

Vorbericht
zum
Haushaltsplan
für das
Haushaltsjahr 2001

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil: Das Haushaltsgesetz

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001 – HG 2001 –)	Seite 3
Gesamtplan	
a) Haushaltsübersicht	Seite 10
b) Finanzierungsübersicht	Seite 12
c) Kreditfinanzierungsplan	Seite 13
Allgemeine Bestimmungen zu den Persönlichen Verwaltungsausgaben für das Haushaltsjahr 2001 (Allgemeine Bestimmungen 2001)	Seite 14
Begründung	
a) zum Haushaltsgesetz 2001	Seite 18
b) zu den Allgemeinen Bestimmungen 2001	Seite 20
Allgemeine Bemerkungen zur Veranschlagung der Personalausgaben	Seite 21

Zweiter Teil: Anlagen zum Haushaltsplan

1. a) Gruppierungsübersicht	Seite 22
b) Funktionenübersicht	Seite 32
c) Haushaltsquerschnitt	Seite 50
2. Übersicht über die den Haushalt in Einnahmen und Ausgaben durchlau- fenden Posten	Seite 78
3. Übersicht über die Planstellen und die anderen Stellen (ohne Titelgruppen)	Seite 81

Dritter Teil: Weitere Übersichten

1. Zahlungen des Landes an den kommunalen Bereich	Seite 100
2. Darstellung der Erfolgs- und Finanzpläne von Landesbetrieben	Seite 102

G e s e t z
über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2001
(Haushaltsgesetz 2001 – HG 2001 –)

Vom 20. Dezember 2000
(Nds. GVBl. S. 365)

§ 1

¹Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2001 (**Gesamtplan – Anlage 1**) wird in Einnahme und Ausgabe auf 43 713 259 800 Deutsche Mark festgestellt. ²Die Summe der im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2001 ausgebrachten Ermächtigungen, über das Haushaltsjahr 2001 hinaus Verpflichtungen zulasten des Landes einzugehen, wird auf 3 335 368 200 Deutsche Mark festgestellt.

§ 2

¹Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Zuwendungen im Sinne des § 23 der Niedersächsischen Landeshaushaltsordnung (LHO) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben einer Stelle außerhalb der Landesverwaltung (institutionelle Förderung) sind gesperrt, solange die Übersichten nach § 26 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 LHO nicht von dem zuständigen Ministerium und dem Finanzministerium gebilligt sind. ²Ausnahmen kann das Finanzministerium zulassen.

§ 3

(1) ¹Das Finanzministerium ist ermächtigt, im Haushaltsjahr 2001 zur Deckung von Ausgaben Kredite vom Kreditmarkt bis zur Höhe von 2 650 000 000 Deutsche Mark aufzunehmen. ²Zusätzlich ist das Finanzministerium ermächtigt, zweckgebundene Kredite zur Erhöhung des Eigenkapitals der Expo GmbH bis zur Höhe von 1 150 000 000 Deutsche Mark aufzunehmen. ³Außerdem ist das Finanzministerium ermächtigt, die Niedersächsische Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH im eigenen Namen und auf eigene Rechnung zweckgebundene Kredite bis zur Höhe von 120 000 000 Deutsche Mark am Kreditmarkt aufnehmen zu lassen. ⁴Dem Kreditrahmen nach Satz 3 wachsen die Beträge zur Tilgung von Krediten zu, soweit sie nicht vom Land erstattet werden.

(2) ¹Das Finanzministerium ist ferner ermächtigt, zweckgebundene Darlehen, insbesondere aus Mitteln des Bundes, die vor allem zur Förderung des Wohnungsbaus gewährt werden, bis zur Höhe von 43 140 000 Deutsche Mark aufzunehmen. ²Diese Kreditermächtigung erhöht sich insoweit, als die zur Verfügung gestellten zweckgebundenen Darlehen die im Haushaltsplan veranschlagten Beträge überschreiten.

§ 4

(1) Das Finanzministerium ist ermächtigt, Garantien und Bürgschaften zulasten des Landes bis zur Höhe von 3 330 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen.

(2) ¹Zur Übernahme solcher Garantien und Bürgschaften ist die Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages erforderlich. ²Ausgenommen sind Bürgschaften und Garantien, die

1. nach den Allgemeinen Bürgschaftsrichtlinien des Landes Niedersachsen sowie den Grundsätzen bei der Übernahme von Bürgschaften für Schiffbaukredite,
2. nach den Richtlinien für Garantien des Landes Niedersachsen für Beteiligungen in Staaten, die sich im demokratischen und marktwirtschaftlichen Reformprozess befinden,
3. nach den Bürgschaftsrichtlinien des Landes Niedersachsen für den Wohnungsbau einschließlich des Erwerbs vorhandener Wohnungen durch kinderreiche Familien und der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen,
4. zugunsten der Hannoverschen Beteiligungsgesellschaft mbH,
5. zugunsten der Niedersächsischen Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH,
6. zugunsten landwirtschaftlicher Betriebe in dem in Artikel 1 Abs. 1 des Staatsvertrages zwischen den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen über die Umgliederung der Gemeinden im ehemaligen Amt Neuhaus und anderer Gebiete nach Niedersachsen vom 2./9. März 1993 (Nds. GVBl. S. 124) bezeichneten Gebiet,
7. zugunsten der Niedersächsischen Landestreuhandstelle für das Wohnungswesen,
8. gegenüber der EU-Kommission im Rahmen ihres Programms INTERREG III für Haushaltsjahre bis einschließlich 2008 und bis zur Höhe von höchstens 30 000 000 Deutsche Mark übernommen werden.

(3) Das Finanzministerium ist in den Fällen des Absatzes 2 Satz 2 Nr. 3 ermächtigt, die Übernahme von Bürgschaften und Gewährleistungen und die Vollziehung der entsprechenden Urkunden auf die mit den Förderprogrammen befassten Stellen außerhalb der Landesverwaltung zu übertragen.

§ 5

(1) ¹Das Finanzministerium kann auf Antrag einer obersten Landesbehörde für bestimmte Bereiche der Verwaltung, die zur Durchführung von Modellversuchen geeignet sind, mit Zustimmung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages zulassen, dass veranschlagte Ausgaben

1. übertragbar sind,
2. gegenseitig oder einseitig deckungsfähig sind oder
3. bis zur tatsächlichen Höhe damit zusammenhängender Einnahmen überschritten werden dürfen,

soweit erwartet werden kann, dass dadurch die Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit der Verwaltung verbessert wird. ²Ein Modellversuch nach Satz 1 soll in der Regel so ausgestattet werden, dass die für den Bereich des Modellversuchs veranschlagten Ausgaben in Höhe eines vom Finanzministerium zu bestimmenden Vomhundertsatzes nicht in Anspruch genommen werden.

(2) ¹Soll ein Modellversuch über ein Haushaltsjahr hinaus fortgeführt werden, so ist er in den Entwurf des Haushaltsplans für das nächste Haushaltsjahr aufzunehmen. ²Regelungen nach Absatz 1 Satz 1 sind mit dem In-Kraft-Treten des nächsten Haushaltsgesetzes aufgehoben; § 18 gilt entsprechend.

§ 6

Das Finanzministerium ist ermächtigt, die zur Fortführung eines geordneten Forstwirtschaftsbetriebes im Forstwirtschaftsjahr 2002 (1. Oktober 2001 bis 30. September 2002) unvermeidbaren Ausgaben bis zum In-Kraft-Treten des Haushaltsgesetzes 2002 im Rahmen der im Entwurf des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2002 vorgesehenen Betriebsausgaben (Kapitel 10 04 Titelgruppen 61 bis 63) zuzulassen.

§ 7

Der nach § 37 Abs. 1 Satz 4 Nr. 3 LHO zu bestimmende Betrag wird auf 10 000 000 Deutsche Mark festgesetzt.

§ 8

(1) Die gesetzlichen Vorschriften über die Veranschlagung und Bewirtschaftung von persönlichen Verwaltungsausgaben werden durch die nachstehenden Allgemeinen Bestimmungen zu den persönlichen Verwaltungsausgaben für das Haushaltsjahr 2001 (Allgemeine Bestimmungen 2001) – **Anlage 2** – ergänzt.

(2) ¹In Kapiteln, in denen Personalkostenbudgetierung angewendet wird, dürfen Planstellen und Stellen sowie entsprechende Ermächtigungen zu Personalausgaben nur bis zur Höhe des Beschäftigungsvolumens in Anspruch genommen werden. ²Das Beschäftigungsvolumen wird jeweils in einer Erläuterung des Kapitels verbindlich festgelegt. ³Es wird gebildet durch Umrechnung der Zahl der jahresdurchschnittlich mit Bezügen Beschäftigten in Vollzeiteinheiten pro Jahr. ⁴Das Finanzministerium ist ermächtigt, das Beschäftigungsvolumen infolge von neuen Stellen, Stellenumsetzungen, Vollzug von kw-Vermerken sowie zulässigen kapitelübergreifenden Verwendungen von Planstellen und Stellen zu verändern. ⁵Überschreitungen des Beschäftigungsvolumens bedürfen der Einwilligung des Finanzministeriums. ⁶Sie darf nur im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses erteilt werden.

(3) ¹Die zur Finanzierung des Beschäftigungsvolumens erforderlichen Mittel werden kapitelweise in einem Personalkostenbudget zusammengefasst. ²Eine Überschreitung des Personalkostenbudgets ist nur zulässig, wenn das Beschäftigungsvolumen eingehalten oder gemäß Absatz 2 Satz 5 überschritten wird; Erhöhungen des Beschäftigungsvolumens nach Nummer 6 Abs. 1 Satz 9 der Allgemeinen Bestimmungen bleiben unberücksichtigt. ³Das Finanzministerium ist ermächtigt, die Personalkostenbudgets bei Besoldungs- und Tarifierhöhungen aus den in Kapitel 13 02 Titel 461 01 veranschlagten Mittel zu verstärken.

(4) ¹Wird das Personalkostenbudget in einem Kapitel nicht in voller Höhe ausgeschöpft, so wird für dieses Kapitel im Folgejahr die Hälfte der nicht ausgeschöpften Mittel als Reformdividende bereitgestellt. ²Die Mittel der Reformdividende sind übertragbar. ³Sie dürfen für Ausgaben der Obergruppen 42 und 51 bis 54 (ohne Gruppe 529), der Gruppe 711 und der Obergruppe 81 (ohne Gruppen 811 und 816) sowie für Leistungsprämien im Sinne der Leistungsprämien- und -zulagenverordnung vom 5. Oktober 1999 (Nds. GVBl. S. 359) in der jeweils gültigen Fassung verwendet werden. ⁴Dauerverpflichtungen dürfen nicht eingegangen werden. ⁵Überschreitungen des Personalkostenbudgets, die nicht auf Absatz 3 Satz 2 beruhen, vermindern das Personalkostenbudget im Folgejahr. ⁶Dieses verminderte Personalkostenbudget darf auch bei Einhaltung des Beschäftigungsvolumens nicht überschritten werden.

(5) ¹Die Absätze 2 bis 4 gelten ausschließlich für Kapitel mit Personalkostenbudgetierung. ²Das Personalkostenbudget umfasst die Titel 422 01, 422 11, 422 19, 425 01, 425 02, 425 03, 425 05, 425 11, 425 13, 425 14, 425 23, 425 27, 426 01, 426 03, soweit sie in den jeweiligen Kapiteln ausgebracht sind, sowie in den Kapiteln 03 14 und 03 18 den Titel 429 01. ³Abweichend von § 20 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a LHO bilden diese Titel innerhalb eines Kapitels einen eigenen Deckungskreis. ⁴Sonstige Vorschriften über die Bewirtschaftung von Personalausgaben und Stellen bleiben unberührt.

§ 9

(1) ¹Die im Zusammenhang mit Maßnahmen der Verwaltungsreform nach Bestimmung durch das jeweils zuständige Ressort entbehrlich gewordenen Stellen und Mittel sind, soweit sie nicht gestrichen werden können, nach Kapitel 03 10 – Bezirksregierungen – Reform-Arbeitsmarkt – umzusetzen. ²Sie sind zu streichen, wenn die betreffenden Bediensteten auf diesen Stellen nicht mehr geführt werden.

(2) ¹Die auf den Stellen nach Absatz 1 geführten Bediensteten können vorübergehend in Bereichen eingesetzt werden, in denen ein Bedarf festgestellt worden ist. ²Diese Feststellung wird vom jeweils zuständigen Ressort oder von der von diesem beauftragten Stelle im Einvernehmen mit der jeweils zuständigen Bezirksstelle Reform-Arbeitsmarkt getroffen.

(3) ¹Abweichend von § 50 Abs. 3 LHO können für Beamtinnen und Beamte oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die wegen des Abbaus von Personalüberhang infolge Maßnahmen der Verwaltungsreform mit dem Ziel der Versetzung zu einer Behörde eines anderen Dienstherrn abgeordnet worden sind, von der abordnenden Verwaltung die Personalausgaben für die Dauer der Abordnung – höchstens für die Dauer von 24 Monaten – weitergezahlt werden. ²Voraussetzung hierfür ist, dass die aufnehmende Behörde spätestens drei Monate nach Beginn der Abordnung eine verbindliche Erklärung zur Übernahme der Beamtin oder des Beamten oder der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers abgibt.

(4) Die zur Durchführung der in den Absätzen 1 und 2 getroffenen Regelungen erforderlichen Bestimmungen erlässt das Innenministerium mit Einwilligung des Finanzministeriums.

(5) ¹Abweichend von § 98 des Niedersächsischen Beamtengesetzes und von § 1 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 der Trennungsgeldverordnung (TGV) in der Fassung vom 29. Juni 1999 (BGBl. I S. 1533) mit den nachfolgenden Änderungen wird bei Maßnahmen im unmittelbaren Zusammenhang mit der Verwaltungsreform, die mit dem Wechsel Bediensteter zu einem anderen Dienstort verbunden sind, den betroffenen Bediensteten Trennungsgeld für die Dauer von drei Jahren auch dann gewährt, wenn die Wohnung im Einzugsgebiet des neuen Dienstortes liegt. ²Liegt die Wohnung nicht im Einzugsgebiet des neuen Dienstortes, so finden bis zur Zusage der Umzugskostenvergütung § 6 Abs. 1 Sätze 2 bis 4 und Abs. 4 TGV keine Anwendung; § 6 Abs. 2 TGV gilt mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Zahlwortes „elf“ das Zahlwort „acht“ tritt.

(6) Abweichend von § 50 Abs. 3 LHO können Personalausgaben für abgeordnete Bedienstete bei projektbezogenen Abordnungen auch für einen längeren Zeitraum als bis zur Verkündung des nächsten Haushaltsgesetzes – längstens für die Dauer des Projektes – von den abordnenden Verwaltungen weitergezahlt werden.

§ 10

¹Das Finanzministerium ist ermächtigt, die Stellen, die bis zur Verkündung dieses Gesetzes im Wege der Abweichung von den Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen des Haushaltsjahres 2000 zu den für beamtete und richterliche Hilfskräfte, Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst in Betracht kommenden Titeln genehmigt wurden, in den entsprechenden Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen darzustellen, soweit sie im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2001 noch nicht enthalten sind. ²Entsprechendes gilt

1. für Änderungen in den Stellenplänen aufgrund Nummer 1 Abs. 1 bis 3 und Nummer 3 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000,
2. für die im Haushaltsjahr 2000 nach den Haushaltsvermerken zu den Stellenplänen und -übersichten der Kapitel 06 10 bis 06 38 in Auswirkung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) in der Fassung vom 24. März 1998 (Nds. GVBl. S. 300), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29. März 2000 (Nds. GVBl. S. 66), vorgenommenen Stellenumwandlungen.

§ 11

(1) ¹Gegenseitig deckungsfähig sind innerhalb eines jeden Einzelplans die veranschlagten Ausgaben außerhalb von Titelgruppen der Obergruppen 51 bis 54 – mit Ausnahme der Titel 529 ., 536 11 bis 536 19, 542 01 und 544 54 –, soweit sie

1. nicht übertragbar sind,
2. nicht mit Ausgaben außerhalb des Deckungskreises deckungsfähig sind oder
3. nicht mit Einnahmen korrespondieren.

(2) ¹Werden Maßnahmen vom Land Niedersachsen und der Europäischen Gemeinschaft gemeinsam finanziert, bei denen nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaft ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht, so kann das Finanzministerium Mehrausgaben ohne Ausgleich durch Einsparungen bei anderen Ausgaben in Höhe von zweckgebundenen Mehreinnahmen über den im Haushaltsplan veranschlagten entsprechenden Landesanteil hinaus zulassen. ²§ 37 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 LHO ist nicht anzuwenden.

(3) ¹Mehrausgaben bei den Titeln der Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ und „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, durch welche die jeweils für die Gemeinschaftsaufgabe veranschlagten Landesmittel überschritten werden, dürfen nur mit Einwilligung des Finanzministeriums geleistet werden und müssen durch Einsparungen an anderer Stelle innerhalb des die jeweilige Gemeinschaftsaufgabe betreffenden Einzelplans 08, 09, 10 oder 15 gedeckt sein. ²Stellt der Bund zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen bereit, so darf das zuständige Fachministerium mit Einwilligung des Finanzministeriums zusätzliche Verpflichtungen unter Berücksichtigung des Mitleistungsverhältnisses eingehen.

§ 12

Im Bereich des Ministeriums für Frauen, Arbeit und Soziales wird folgende Bewirtschaftung der Ausgaben zugelassen:

1. Innerhalb der Kapitel 05 22 und 05 23 dürfen für Planstellen und Stellen (Titel 422 11 und 425 11), die nicht gesperrt sind, die nicht in Anspruch genommenen Personalausgaben zur Zahlung von Vergütungen an voll-, teil- oder stundenweise beschäftigte Vertretungs- und Aus-
hilfslehrkräfte (Titel 427 01) verwendet werden.
2. Bei der Ermittlung der nicht in Anspruch genommenen Personalausgaben ist die Tabelle der Durchschnittssätze anzuwenden, die der Veranschlagung für Stellenveränderungen im Entwurf des Haushaltsplans für das laufende Haushaltsjahr zugrunde gelegen hat. Sonderzuwendungen und Urlaubsgeld bleiben dabei unberücksichtigt.

§ 13

¹Im Rahmen des Pilotprojekts Landesbehörden-Energiesparaktion-Niedersachsen (LENI) eingesparte Ausgaben für Energie sind in Höhe von 80 vom Hundert des ermittelten Einsparbetrages übertragbar (Reformdividende). ²Die Reformdividende darf für Ausgaben der Obergruppen 42 und 51 bis 54 (ohne Gruppe 529), der Gruppe 711 und der Obergruppe 81 verwendet werden. ³Sie ist mindestens in Höhe von 60 vom Hundert für Energiesparmaßnahmen in Gebäuden einzusetzen. ⁴Dauerverpflichtungen dürfen nicht eingegangen werden.

§ 14

(1) Aufwandsentschädigungen betreffende Erläuterungen sind für die Bewirtschaftung verbindlich.

(2) Das Finanzministerium kann Ausnahmen zulassen.

§ 15

(1) Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen:

1. Beträge, die aus Anlass der Mitbenutzung landeseigener oder vom Land angemieteter Einrichtungen erstattet werden, wenn die Erstattungsbeträge und die Gesamtkosten in demselben Haushaltsjahr anfallen und auf der gleichen Berechnungsgrundlage beruhen;
2. Erstattungen von Persönlichen Verwaltungsausgaben (Hauptgruppe 4), soweit es sich nicht um durchlaufende Mittel Dritter (beispielsweise Bundesmittel) handelt sowie Zahlungen von Eingliederungszuschüssen durch die Bundesanstalt für Arbeit;
3. Erstattungen bei folgenden Titeln – einschließlich der entsprechenden Titel in Titelgruppen –:
 - a) Titel 511 01 und 518 01 – aus der Anfertigung von Fotokopien für Dritte –,
 - b) Titel 513 01 – aus der privaten Inanspruchnahme dienstlicher Fernmeldeanlagen –,
 - c) Titel 514 01 – aus der privaten Nutzung von Dienstkraftfahrzeugen –,
 - d) Titel 517 01 und 517 59 – aus Erstattungen Dritter –,
 - e) Titel 527 01 – aus Erstattungen aus dem öffentlichen Bereich –;
4. Schadensersatz, den Dritte im Rahmen der Durchführung der im Einzelplan 20 sowie in den Kapiteln 06 03 und 06 04 einzeln veranschlagten Hochbaumaßnahmen leisten, solange die jeweilige Maßnahme im Haushaltsplan aufgeführt ist;
5. Einnahmen aus Vereinbarungen nach § 34 b LHO.

(2) Werden vom Kostenschuldner geleistete Erstattungen von Auslagen gemäß § 13 Abs. 1 Satz 2 des Niedersächsischen Verwaltungskostengesetzes vom 7. Mai 1962 (Nds. GVBl. S. 43), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 17. Dezember 1997 (Nds. GVBl. S. 539), an andere Behörden weitergeleitet, so ist die Ausgabe abweichend von § 35 Abs. 1 LHO von der Einnahme abzusetzen.

(3) Das Nähere bestimmt das Finanzministerium.

§ 16

(1) Die Landesregierung wird ermächtigt, unabhängig von den Bestimmungen des Niedersächsischen Schulgesetzes in der Fassung vom 3. März 1998 (Nds. GVBl. S. 137), zuletzt geändert durch § 16 des Gesetzes vom 17. Dezember 1999 (Nds. GVBl. S. 430), und von sozialrechtlichen Vorschriften an Träger von Fachschulen der Heilerziehungspflege sowie Berufsfachschulen der Heilerziehungshilfe oder an die Schülerinnen oder Schüler dieser Schulen Zuwendungen im Sinne der §§ 23 und 44 LHO zu dem Zweck zu gewähren, dass ein unentgeltlicher Schulbesuch möglich ist.

(2) ¹Die Landesregierung wird ermächtigt, für Miet- und Genossenschaftswohnungen, die mit Mitteln des Landes im Sinne des § 3 des Ersten Wohnungsbaugesetzes oder der §§ 6, 88 oder 88 d des Zweiten Wohnungsbaugesetzes (II. WoBauG) in der Fassung vom 19. August 1994 (BGBl. I S. 2137), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 16. Dezember 1997 (BGBl. I S. 2970), oder im Regionalprogramm des Bundes nach § 88 II. WoBauG gefördert worden sind, zur Senkung der Miete Aufwendungszuschüsse als Zuwendungen im Sinne der §§ 23 und 44 LHO zu gewähren. ²Aufwendungszuschüsse können für den Zeitraum des Jahres gewährt werden, für den der Mieterin oder dem Mieter Wohngeld bewilligt worden ist. ³Aufwendungszuschüsse können auch gewährt werden, wenn die Mieterin oder der Mieter wegen Überschreitung der wohngeldrechtlichen Einkommensgrenze kein Wohngeld erhält, aber eine von der für den Wohnort zuständigen Behörde ausgestellte Bescheinigung über die Wohnberechtigung nach § 5 Abs. 1 Satz 1 des Wohnungsbindungsgesetzes in der Fassung vom 19. August 1994 (BGBl. I S. 2166, 2319) vorgelegt wird.

(3) Der Vollzug des § 132 Abs. 2 Sätze 3 bis 6 und Abs. 4 NHG wird ausgesetzt.

(4) ¹Der Träger eines niedersächsischen Ensembles der instrumentalen und vokalen Laienmusik erhält im Haushaltsjahr 2001 auf Antrag für die Übungsleiterin oder den Übungsleiter des Ensembles eine Finanzhilfe, wenn

1. sich das Ensemble regelmäßig aktiv und selbstständig am öffentlichen Musikleben mit mindestens 16 Musikerinnen oder Musikern beteiligt,
2. mindestens 80 vom Hundert der Musikerinnen oder Musiker des Ensembles keinem anderen Ensemble angehören, für dessen Übungsleitung nach diesem Gesetz Finanzhilfe gewährt wird, und
3. die Übungsleiterin oder der Übungsleiter die vom Landesmusikrat Niedersachsen e.V. mit Zustimmung des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur festgelegte Qualifikation besitzt und wenigstens 50 Zeitstunden im Jahr Proben des Ensembles leitet.

²Für Blasorchester in großer Harmoniebesetzung erhält der Träger die Finanzhilfe für zwei Übungsleiterinnen oder Übungsleiter, wenn diese die Qualifikation in jeweils unterschiedlichen Instrumentalbereichen besitzen. ³Für Ensembles, die von einer Kirche, einer kirchlichen Einrichtung, einer Schule in öffentlicher oder privater Trägerschaft, einer Hochschule oder einer vom Land geförderten Musikschule getragen werden, wird keine Finanzhilfe gezahlt. ⁴Die nach den Sätzen 1 und 2 zu gewährende Finanzhilfe beträgt 50 vom Hundert des Honorars, jedoch nicht mehr, als sich aus der Division von 300 000 Deutsche Mark durch die Zahl der nach den Sätzen 1 und 2 zu berücksichtigenden Übungsleiterinnen und Übungsleiter ergibt, höchstens jedoch 600 Deutsche Mark je Übungsleiterin oder Übungsleiter. ⁵Anträge nach Satz 1 sind jeweils bis zum 30. Juni beim Landesmusikrat zu stellen.

(5) Die Musikschulen werden wie folgt gefördert:

1. Der Träger einer niedersächsischen Musikschule erhält im Haushaltsjahr 2001 auf Antrag eine Finanzhilfe wenn
 - a) die Musikschule mindestens
 - aa) musikalische Früherziehung
 - bb) Vokalunterricht,
 - cc) Instrumentalunterricht und
 - dd) Unterricht in Ensemble- und Ergänzungsfächern anbietet,
 - b) an der Musikschule mindestens 100 Jahreswochenstunden Unterricht erteilt werden,
 - c) die Leiterin oder der Leiter der Musikschule eine musikpädagogische Fachausbildung mit der Diplomprüfung für Musikerziehung (Diplom-Musiklehrerin oder Diplom-Musiklehrer) oder mit der staatlichen Prüfung für Musiklehrerinnen oder Musiklehrer oder mit einem fachlich gleichwertigen Abschluss sowie eine pädagogisch-praktische Berufserfahrung nachweist,
 - d) die Mehrzahl der haupt- und nebenberuflichen Lehrkräfte den Abschluss als Diplom-Musiklehrerin oder Diplom-Musiklehrer oder als staatlich geprüfter Musiklehrer oder die erste Staatsprüfung für die Lehrämter an Gymnasien oder an Realschulen im Fach „Musik“ nachweist,
 - e) an der Musikschule mindestens eine hauptberufliche Lehrkraft beschäftigt wird,
 - f) die Leiterin oder der Leiter der Musikschule hauptberuflich tätig ist, sofern mehr als 150 Jahreswochenstunden Unterricht erteilt werden, und
 - g) die Musikschule nicht mit Gewinnerzielungsabsicht betrieben wird.
2. Die Finanzhilfe setzt sich aus Teilbeträgen für die Ensemble- und Ergänzungsfächer, für die studienvorbereitende Ausbildung sowie für den Unterricht in der Elementar- und Primarstufe zusammen.
3. Der Teilbetrag für die Ensemble- und Ergänzungsfächer ergibt sich aus der Division des im Haushaltsplan festgesetzten Betrages durch die Gesamtzahl aller in diesem Bereich erteilten Jahreswochenstunden, vervielfacht mit der Zahl der an der Musikschule in diesem Bereich erteilten Jahreswochenstunden.
4. Der Teilbetrag für die studienvorbereitende Ausbildung ergibt sich aus der Division des im Haushaltsplan festgesetzten Betrages durch die Gesamtzahl aller Schülerinnen und Schüler dieser Ausbildung, vervielfacht mit der Zahl der an der Musikschule zur Studienvorbereitung unterrichteten Schülerinnen und Schüler.
5. Der Teilbetrag für die Elementar- und Primarstufe ergibt sich aus der Division des im Haushaltsplan festgesetzten Betrages durch die Gesamtzahl aller Schülerinnen und Schüler dieses Bereichs, vervielfacht mit der Zahl der an der Musikschule in diesem Bereich unterrichteten Schülerinnen und Schüler.
6. Maßgebend für die Ermittlung der Teilbeträge sind die in dem Jahr vor dem jeweiligen Jahr der Antragstellung erteilten Jahreswochenstunden und die am 15. November des Vorjahres angemeldeten Schülerinnen und Schüler. Anträge sind bis zum 1. März des Haushaltsjahres bei dem Landesverband Niedersächsischer Musikschulen e.V. zu stellen.
7. Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur kann dem Landesverband Niedersächsischer Musikschulen e.V. mit dessen Einverständnis Verwaltungstätigkeiten, die sich aus der Durchführung dieser Finanzierungsregelungen ergeben, übertragen. Bei der Wahrnehmung dieser Verwaltungstätigkeiten unterliegt der Landesverband der Fachaufsicht des Ministeriums, er gilt als Behörde im Sinne des Niedersächsischen Verwaltungsverfahrensgesetzes und des Niedersächsischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes. Er unterliegt wie eine Landesbehörde der Prüfung und der Überwachung durch den Landesrechnungshof.

Aufgrund des § 2 der Verordnung über die Erhebung von Gewerbesteuer im Gebiet des niedersächsischen Küstengewässers und des daran anschließenden Festlandsockels vom 21. Juli 1981 (Nds. GVBl. S. 203) wird der Hebesatz für das Haushaltsjahr 2001 auf 375 vom Hundert festgesetzt.

§ 18

Die Vorschriften und Ermächtigungen der §§ 4, 8, 9, 12, 15 und 16 gelten bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 2002 weiter.

§ 19

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2001 in Kraft.

Hannover, den 20. Dezember 2000

Der Präsident des Niedersächsischen Landtages

Rolf Wernstedt

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Der Niedersächsische Ministerpräsident

Sigmar Gabriel

G E S A M T

A. H a u s h a l t s ü b e r

Epl.	Bezeichnung	E i n n a h m e n						
		0 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	1 eigene Einnahmen	2 Über- tragungs- einnahmen	3 vermögens- wirksame und Sonder- einnahmen	Gesamt- einnahmen	4 persönliche Verwaltungs- ausgaben	5 sächliche Verwaltungs- ausgaben; Schulden- dienst
		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9
01	Landtag	—	220.000	170.000	—	390.000	57.621.000	5.392.600
02	Staatskanzlei	—	595.800	581.000	—	1.176.800	37.015.600	13.987.500
03	Innenministerium	—	211.457.100	43.334.300	3.649.800	258.441.200	2.065.694.500	306.806.800
04	Finanzministerium	—	151.706.100	240.826.300	24.968.000	417.500.400	1.097.036.500	281.301.100
05	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	1.000.000	49.577.400	855.911.800	309.859.500	1.216.348.700	226.460.000	61.515.600
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	—	70.191.600	225.515.400	208.377.800	504.084.800	178.577.000	78.763.200
07	Kultusministerium	—	24.100.700	12.641.000	388.500	37.130.200	6.443.983.600	99.336.300
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	—	534.758.000	1.104.915.800	685.757.600	2.325.431.400	432.824.900	580.989.800
09	Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-	5.800.000	38.553.500	188.787.600	114.030.000	347.171.100	169.911.700	49.598.400
10	Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-	2.300.000	158.316.000	6.272.200	4.286.100	171.174.300	159.801.800	90.684.900
11	Justizministerium	—	716.185.500	14.401.000	—	730.586.500	1.183.712.200	462.966.500
12	Staatsgerichtshof	—	—	—	—	—	308.000	59.700
13	Allgemeine Finanzverwaltung	27.991.800.000	1.077.484.100	2.801.268.700	5.316.805.700	37.187.358.500	3.940.985.600	4.540.303.400
14	Landesrechnungshof	—	6.000	1.978.300	—	1.984.300	24.082.000	2.038.000
15	Umweltministerium	212.000.000	72.140.700	33.676.800	146.674.100	464.491.600	164.959.500	113.946.600
20	Hochbauten	—	435.000	205.000	49.350.000	49.990.000	—	61.538.000
	Summe 2001	28.212.900.000	3.105.727.500	5.530.485.200	6.864.147.100	43.713.259.800	16.182.973.900	6.749.228.400
	Summe 2000	28.814.180.000	2.419.339.900	5.400.735.900	4.427.826.100	41.062.081.900	17.064.466.700	6.873.861.500
	2001 mehr/weniger (-)	-601.280.000	686.387.600	129.749.300	2436.321.000	2.651.177.900	-881.492.800	-124.633.100

PLAN

sicht

Ausgaben					2001 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 – Sp.14)	Ver- pflichtungs- ermächti- gungen	Epl.
6 Über- tragungs- ausgaben	7 Bau- ausgaben	8 Sonst. Ausga- ben für Inve- stitionen und Invest.förd.- maßnahmen	9 besondere Finan- zierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben			
DM	DM	DM	DM	DM			
10	11	12	13	14	15	16	17
14.645.200	—	1.094.000	—	78.752.800	-78.362.800	—	01
13.450.700	—	4.140.000	5.822.300	74.416.100	-73.239.300	8.350.000	02
624.105.100	15.600.000	152.012.000	92.883.100	3.257.101.500	-2.998.660.300	107.618.000	03
2.203.700	6.500.000	56.126.100	68.632.400	1.511.799.800	-1.094.299.400	9.000.000	04
4.185.609.000	—	828.588.300	23.797.700	5.325.970.600	-4.109.621.900	525.851.100	05
3.781.379.900	300.000	354.214.900	8.408.100	4.401.643.100	-3.897.558.300	597.655.800	06
537.479.100	—	9.749.400	5.115.800	7.095.664.200	-7.058.534.000	63.517.800	07
614.522.800	168.300.000	1.185.548.200	60.198.500	3.042.384.200	-716.952.800	1.399.138.000	08
275.521.200	6.460.700	172.683.000	167.954.200	842.129.200	-494.958.100	197.530.000	09
8.212.800	7.590.000	5.646.600	88.163.400	360.099.500	-188.925.200	2.510.000	10
32.715.900	—	23.433.700	78.350.300	1.781.178.600	-1.050.592.100	8.518.600	11
—	—	—	—	367.700	-367.700	—	12
4.900.421.000	—	1.765.635.000	-323.376.200	14.823.968.800	22.363.389.700	420.000	13
—	—	356.200	437.000	26.913.200	-24.928.900	—	14
185.072.600	91.383.000	148.722.700	45.868.100	749.952.500	-285.460.900	197.258.900	15
160.000	268.220.000	10.000.000	1.000.000	340.918.000	-290.928.000	218.000.000	20
15.175.499.000	564.353.700	4.717.950.100	323.254.700	43.713.259.800	—	3.335.368.200	
13.124.929.100	770.829.200	3.486.312.100	-258.316.700	41.062.081.900		2.680.571.500	
2050.569.900	-206.475.500	1231.638.000	581.571.400	2.651.177.900		654.796.700	

Anlage 1
(zu § 1 Satz 1)

B. Finanzierungsübersicht

(in Millionen DM)

I. Ermittlung des Finanzierungssaldos

1. Ausgaben

Ausgaben nach § 1 HG 2001 (ohne Schuldentilgung an den Kreditmarkt für Allgemeine Deckungskredite nach § 3 Abs. 1 HG 2001)	43 713,3	
davon ab: Schuldentilgung für zweckgebundene Kredite an den Kreditmarkt (siehe Abschnitt II. Nr. 1.2.2)	4,8	
Zuführungen an Rücklagen (siehe Abschnitt II. Nr. 3.2)	60,0	
Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	–,-	43 648,5

2. Einnahmen

Einnahmen nach § 1 HG 2001	43 713,3	
davon ab: Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt		
a) Allgemeine Deckungsmittel (siehe Abschnitt II. Nr. 1.1.3)	2 650,0	
b) andere (zweckgebundene) Kredite (siehe Abschnitt II. Nr. 1.2.1)	1 151,5	
Entnahmen aus Rücklagen (siehe Abschnitt II. Nr. 3.1)	1 036,3	
Einnahmen aus Überschüssen	–,-	38 875,5

3. Finanzierungssaldo	– 4 773,0	

II. Zusammensetzung des Finanzierungssaldos

1. Netto-Neuverschuldung/Netto-Tilgung am Kreditmarkt

1.1 Allgemeine Deckungsmittel

1.1.1 Einnahmen aus Kreditmarktmitteln (Kapitel 13 25 Titel 325 61)	6 011,0	
1.1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung für Kreditmarktmittel (Kapitel 13 25 Titel 325 62 und 326 62)	3 361,0	
1.1.3 Saldo (Nettokreditermächtigung nach § 3 Abs. 1 HG 2001)	– 2 650,0	

1.2 Andere (zweckgebundene) Kredite

1.2.1 Einnahmen aus zweckgebundenen Krediten der Obergruppe 32	1 151,5	
1.2.2 Ausgaben zur Schuldentilgung für zweckgebundene Kredite am Kreditmarkt (Obergruppe 59 – einschließlich Ausgleichsforderungen)	4,8	– 1 146,7

Saldo (Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt)	– 3 796,7	

2. Abwicklung der Rechnungsergebnisse aus Vorjahren

2.1 Einnahmen aus Überschüssen	–,-	
2.2 Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	–,-	–,-

3. Rücklagenbewegung

3.1 Entnahmen aus Rücklagen	1 036,3	
3.2 Zuführungen an Rücklagen	60,0	– 976,3

4. Finanzierungssaldo (Summe Nummern 1 bis 3)	– 4 773,0	

C. Kreditfinanzierungsplan

(in Millionen DM)

I. Einnahmen aus Krediten (brutto)	
1. aus Kreditmarktmitteln (Kapitel 13 25 Titel 325 61)	6 011,0
2. aus anderen Krediten der Obergruppen 31 und 32	<u>1 193,1</u>
Summe I	<u>7 204,1</u>
II. Tilgungsausgaben für Kredite	
1. für Kreditmarktmittel (Kapitel 13 25 Titel 325 62 und 326 62)	3 361,0
2. für andere Kredite (Obergruppen 58 und 59)	<u>68,5</u>
Summe II	<u>3 429,5</u>
III. Einnahmen aus Krediten (netto)	
1. aus Kreditmarktmitteln (Abschnitt I Nr. 1 $\times$ Abschnitt II Nr. 1)	2 650,0
2. aus anderen Krediten (Abschnitt I Nr. 2 $\times$ Abschnitt II Nr. 2)	<u>1 124,6</u>
Summe III (Summe I $\times$ Summe II)	<u><u>3 774,6</u></u>

Allgemeine Bestimmungen zu den persönlichen Verwaltungsausgaben für das Haushaltsjahr 2001

(Allgemeine Bestimmungen 2001)

1. Stellenveranschlagungen sowie Bindung an Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

(1) ¹Das Finanzministerium ist ermächtigt, neue Stellen in der jeweils erforderlichen Besoldungsgruppe auszubringen für

1. von ihren dienstlichen Tätigkeiten voll freigestellte Vertrauensleute der Schwerbehinderten,
2. Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter, die für die Dauer von mehr als einem Jahr als nationale Sachverständige bei Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaft eingesetzt und zu diesem Zweck zugewiesen oder unter Fortzahlung der Bezüge beurlaubt werden,
3. Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter, die für die Dauer von mehr als einem Jahr zu Hilfeleistungen bei öffentlichen Einrichtungen in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Thüringen abgeordnet oder beurlaubt werden. In Fällen, in denen eine Wahrnehmung der Aufgaben der abgeordneten oder beurlaubten Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richter durch nichtbeamtete Ersatzkräfte gesetzlich ausgeschlossen ist, sowie bei Abordnungen mit dem Ziele der Versetzung kann bei einem unabweisbaren Bedarf eine Stelle auch bei Abordnungen oder Beurlaubungen von einem Jahr und weniger ausgebracht werden,
4. die zur Bekämpfung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität nach Berlin für die Dauer von mehr als einem Jahr abgeordneten Beamtinnen und Beamten der Kriminalpolizei, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Richterinnen und Richter.

²Die Stellen erhalten den Vermerk „künftig wegfallend nach Fortfall der Freistellungs-, Abordnungs-, Beurlaubungsvoraussetzungen“. ³Entfallen diese Voraussetzungen, so sind die Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richter in eine freie oder die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe bei ihrer Verwaltung oder ihrem Gericht einzuweisen. ⁴Mit der Einweisung entfällt die als „künftig wegfallend“ ausgebrachte Planstelle. ⁵Sofern durch die Ausbringung der Stellen die Gesamtzahl der besetzbaren Stellen und die Summe der Personalausgaben im jeweiligen Einzelplan nicht erhöht werden, gelten die Stellen bei Eintritt der Voraussetzungen nach Satz 1 Nrn. 1 bis 4 als ausgebracht.

(2) ¹Für von ihren dienstlichen Tätigkeiten nach dem Niedersächsischen Personalvertretungsgesetz freigestellte Personalratsmitglieder können Planstellen und Stellen durch Ausbringung von Haushaltsvermerken bereitgestellt werden. ²Für zu mindestens 50 vom Hundert freizustellende Personalratsmitglieder gelten neue Stellen mit entsprechendem Haushaltsvermerk als ausgebracht, wenn sich dadurch die Gesamtzahl der besetzbaren Planstellen und Stellen und die Summe der Personalausgaben im jeweiligen Einzelplan nicht erhöhen. ³Die personalbewirtschaftenden Dienststellen sind ermächtigt, bei einem Wechsel der Person des freigestellten Personalratsmitglieds die ausgebrachte Planstelle oder Stelle auch dann mit dem neu freigestellten Personalratsmitglied zu besetzen, wenn dieses einer anderen Besoldungs-, Vergütungs- oder Lohngruppe angehört; im nächsten Haushaltsplan ist die Planstelle oder Stelle wieder in der jeweils erforderlichen Besoldungs-, Vergütungs- oder Lohngruppe auszubringen.

(3) ¹Steht bei der Anstellung von Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richtern eine entsprechende Planstelle nicht zur Verfügung, so kann die stellenbewirtschaftende Dienststelle vorübergehend die bislang in Anspruch genommene Stelle für beamtete oder richterliche Hilfskräfte in eine Planstelle umwandeln. ²Die Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richter sind in die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe einzuweisen. ³Damit entfällt die umgewandelte Planstelle und steht zum gleichen Zeitpunkt wieder als Stelle für beamtete und richterliche Hilfskräfte zur Verfügung. ⁴Änderungen der Stellenpläne und Stellenübersichten unterbleiben.

(4) ¹Aus den veranschlagten Stellen für Angestellte können die Vergütungen der nächsthöheren Vergütungsgruppe dann gezahlt werden, wenn diese den Stelleninhaberinnen oder Stelleninhabern aufgrund eines Zeit- oder Bewährungsaufstiegs zustehen. ²Satz 1 gilt entsprechend für Planstellen und Stellen für beamtete und richterliche Hilfskräfte, wenn diese nach Nummer 2 Abs. 2 Nr. 1 Buchst. a und b vorübergehend mit Angestellten besetzt sind.

2. Ausnahmen zu den §§ 17 und 49 LHO sowie Nummer 1 dieser Bestimmungen

(1) ¹Stellen, die in die Eingangsgruppe der nächsthöheren Laufbahn gehoben werden oder worden sind, dürfen in Abweichung von § 49 Abs. 3 LHO übergangsweise auch mit Beamtinnen und Beamten einer niedrigeren Laufbahn besetzt werden, sofern diese den dazugehörigen Dienstposten schon vor der Stellenhebung innegehabt haben. ²§ 49 Abs. 3 Satz 2 LHO gilt entsprechend für Beamtinnen und Beamte, die sich nach erfolgreicher Beendigung der Einführungszeit in der Laufbahn zu bewähren haben.

(2) Im Bedarfsfall dürfen innerhalb der einzelnen Kapitel verwendet werden

1. nicht besetzte Stellen
 - a) der planmäßigen Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richter vorübergehend für beamtete und richterliche Hilfskräfte, Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst und nichtbeamtete Kräfte,
 - b) der beamteten und richterlichen Hilfskräfte vorübergehend für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst und nichtbeamtete Kräfte,
 - c) der Angestellten vorübergehend für Lohnempfängerinnen und Lohnempfänger,
2. Stellen, deren Inhaber Grundwehrdienst oder dem Grundwehrdienst gleichgestellten Dienst leisten und Bezüge aus dem Landeshaushalt nicht erhalten,
 - a) soweit es sich um planmäßige Beamte oder Richter handelt, für beamtete und richterliche Hilfskräfte, Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst und nichtbeamtete Kräfte,
 - b) soweit es sich um beamtete und richterliche Hilfskräfte handelt, für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst und nichtbeamtete Kräfte,
3. Planstellen und Stellen, aus denen vorübergehend Bezüge nicht zu zahlen sind, bis zur Höhe der nicht in Anspruch genommenen Ausgaben für entsprechende nichtbeamtete Kräfte (Angestellte sowie Arbeiterinnen und Arbeiter); die Buchung der Ausgaben erfolgt bei den entsprechenden Titeln der Gruppen 425 und 426,
4. Planstellen für die Besetzung mit Beamtinnen und Beamten im Eingangsamt einer niedrigeren Laufbahngruppe.

(3) ¹Eine Kraft (Voll- oder Teilzeitkraft) darf anteilig auf mehreren Stellen geführt werden. ²Jede Planstelle und jede andere Stelle dürfen mit einer beliebigen Anzahl von Teilzeitkräften sowie Besetzungsanteilen von Vollzeitkräften besetzt werden, soweit die sich aus den Besetzungsanteilen ergebende regelmäßige durchschnittliche Gesamtarbeitszeit die regelmäßige durchschnittliche Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft nicht übersteigt. ³Sofern die Besetzung laufbahngruppenübergreifend erfolgt, darf sie nur in der niedrigsten Laufbahngruppe erfolgen, aus der ein Stellenanteil herangezogen wird.

(4) ¹Begrenzt dienstfähige Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter werden bei gemäß § 54 a des Niedersächsischen Beamtengesetzes (NBG) in der Fassung vom 11. Dezember 1985 (Nds. GVBl. S. 493), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. März 2000 (Nds. GVBl. S. 66), herabgesetzter Arbeitszeit nach dem Umfang der verbleibenden Arbeitszeit auf einer entsprechenden Planstelle geführt. ²Von § 6 des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG) in der Fassung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3434), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. April 2000 (BGBl. I S. 570), abweichende Besoldungszahlungen gemäß § 72 a Abs. 1 und 2 BBesG bleiben bei der Berechnung der Inanspruchnahme der Planstelle unberücksichtigt. ³Nach den Sätzen 1 und 2 freie Planstellenanteile können anderweitig besetzt werden.

(5) ¹Abweichend von § 49 Abs. 3 LHO dürfen Planstellen vorübergehend auch mit Beamtinnen und Beamten einer niedrigeren Besoldungsgruppe einer niedrigeren Laufbahngruppe besetzt werden. ²Die Planstellen sind für den nächsten Haushaltsplan zur Umwandlung in die niedrigere Besoldungsgruppe der niedrigeren Laufbahngruppe anzumelden. ³Entsprechendes gilt für die Besetzung von Planstellen mit nichtbeamteten Kräften sowie für die Besetzung von Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(6) ¹Die Besetzung der in Absatz 2 Nrn. 1 und 2 genannten Stellen richtet sich nach § 49 Abs. 3 Satz 1 LHO sowie nach Absatz 4 dieser Bestimmungen. ²Entsprechendes gilt für die Besetzung von Stellen mit nichtbeamteten Kräften; als vergleichbare Gruppen im Sinne dieser Vorschrift gelten die in Nummer 6 der Vorbemerkungen zu allen Vergütungsgruppen der Anlage 1 a zum Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT) als vergleichbar bezeichneten Vergütungs- und Besoldungsgruppen. ³Die Besetzung der Stelle von Angestellten mit Ersatzkräften richtet sich nach den gleichen Grundsätzen. ⁴Dies gilt nicht für Stellen im Bereich der Hochschulen, soweit sie Lehre und Forschung dienen und für Kräfte in Lehre und Forschung in Anspruch genommen werden.

(7) ¹Die stellenbewirtschaftenden Dienststellen dürfen für Angestellte ausgewiesene Stellen abweichend von den Stellenübersichten nach Maßgabe der tariflichen Bewertung in eine andere Vergütungsgruppe einstufen. ²Dabei muss der finanzielle Mehrbedarf, der sich aus der Einstufung von Stellen in eine höhere als der veranschlagten Vergütungsgruppe ergibt, durch eine niedrigere Einstufung anderer Stellen ausgeglichen werden. ³Die Ermittlung der finanziellen Auswirkungen ist anhand der Tabelle der Durchschnittssätze vorzunehmen, die für das laufende Haushaltsjahr zugrunde gelegt ist. ⁴Die anderweitige Einstufung der Stellen ist im nächsten Haushaltsplan darzustellen.

(8) Für die Bereiche des Kultusministeriums und des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur gilt folgendes:

1. Das Kultusministerium wird ermächtigt, die in den Bereichen des allgemein bildenden und des berufsbildenden Schulwesens bei den Kapiteln 07 10 bis 07 21 veranschlagten Stellen für Lehrkräfte bei Bedarf abweichend von § 50 Abs. 2 LHO innerhalb dieser Kapitel umzusetzen. Soweit es sich um nicht nur vorübergehende Stellenumsetzungen handelt, sind diese in den Stellenplänen oder Stellenübersichten des Haushaltsplans des nächsten Jahres darzustellen.
2. Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur kann die bei den Kapiteln 06 10 bis 06 30 veranschlagten Planstellen in Fächern, die an der Lehrerbildung beteiligt sind, sowie Planstellen zur Förderung des hoch qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses (Fiebigler-Plan) in das Kapitel einer anderen Hochschule umsetzen.
3. Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur wird, soweit dies nach dem Fachhochschulkonzept geboten ist, ermächtigt, die bei den Kapiteln 06 33 bis 06 39 veranschlagten Planstellen und Stellen in das Kapitel einer anderen Fachhochschule umzusetzen sowie die in den Stellenübersichten für Angestellte und die in den Bedarfsnachweisen für Arbeiterinnen und Arbeiter ausgewiesenen Stellen nach Maßgabe der tariflichen Bewertung in eine andere Vergütungs- oder Lohn- oder Funktionsgruppe einzustufen. Absatz 7 Sätze 2 bis 4 ist entsprechend anzuwenden.
4. Das Ministerium für Wissenschaft und Kultur unterrichtet den Landtag zum 1. März 2001 über die Denomination der Professorenstellen in den Hochschulkapiteln sowie über wesentliche strukturelle Änderungen in einzelnen Hochschulen, über Letztere zusätzlich zum 1. Oktober 2001.

(9) Für die Wahrnehmung der Aufgaben der Landesbediensteten, die während der Zeit der Mutterschutzfrist nicht beschäftigt werden dürfen, können entsprechende nichtbeamtete Ersatzkräfte eingestellt werden.

(10) ¹Die Bezirksregierungen sind ermächtigt, ihnen für ihre Behörde zur Bewirtschaftung zugewiesene Stellen (bis einschließlich Besoldungsgruppe A 15/Vergütungsgruppe I b BAT) vorübergehend, jedoch längstens für die Dauer von zwei Jahren, kapitel- und funktionsübergreifend zu verwenden. ²Die anderweitige Verwendung ist den betroffenen Ministerien anzuzeigen.

3. Ausbringung von Leerstellen und Stellen für ehemalige Abgeordnete, Gewährleistungsentscheidungen

(1) ¹Sind planmäßige Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter des Landes länger als ein Jahr unter Wegfall der Bezüge beurlaubt und besteht ein unabweisbares Bedürfnis, diese Planstelle neu zu besetzen, so kann die stellenbewirtschaftende Dienststelle für diese Bediensteten im Kapitel der jeweiligen Dienststelle eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen. ²Entsprechendes gilt, wenn

1. planmäßige Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter des Landes in die Landesregierung berufen werden,
2. planmäßige Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter zu Präsidentinnen oder Präsidenten von Hochschulen ernannt werden.

³Bei Beurlaubungen nach § 87 a Abs. 1 NBG, § 4 a Abs. 1 des Niedersächsischen Richtergesetzes vom 14. Dezember 1962 (Nds. GVBl. S. 265), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. März 2000 (Nds. GVBl. S. 66), sowie bei Erziehungsurlaub – im Bereich der allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen auch bei Beurlaubungen nach § 80 c Abs. 1 NBG – gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass eine Leerstelle auch bei kürzerer Beurlaubungsdauer ausgebracht

werden kann. ⁴Im Bereich der allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen können die Leerstellen bei Beurlaubungen nach § 80 c Abs. 1 und § 87 a Abs. 1 NBG sowie bei Erziehungsurlaub ohne den Vermerk „künftig wegfallend“ ausgebracht werden.

(2) ¹Werden Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter nach dem Ende der Beurlaubung wieder mit Dienstbezügen oder entsprechend den ihnen auf Dauer übertragenen Ämtern verwendet, so sind sie in eine freie oder in die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe bei ihrer Verwaltung – Richterinnen oder Richter bei ihrem Gericht – einzuweisen; mit der Einweisung fällt die Leerstelle weg. ²Bis zur Einweisung in eine freie Planstelle sind sie auf Leerstellen zu führen. ³Solange sie auf der Leerstelle mangels freier Planstelle geführt werden müssen, dürfen die hierdurch entstehenden Mehrausgaben abweichend von § 37 Abs. 1 LHO ohne besondere Einwilligung des Finanzministeriums überplanmäßig geleistet werden. ⁴Soweit es im Einzelfall erforderlich ist, nach Rückkehr der Leerstelleneinhaberinnen oder -inhaber die Bezüge vorübergehend aus der Leerstelle zu zahlen, sind die hierdurch entstehenden Mehrausgaben im Rahmen der Personalausgaben der Hauptgruppe 4 (außerhalb von Ansätzen in Titelgruppen) einzusparen. ⁵Diese Einsparauflage gilt nicht für Leerstellen, die im Haushaltsplan für die Durchführung gemeinsamer Berufungsverfahren gemäß § 53 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) in der Fassung vom 24. März 1998 (Nds. GVBl. S. 300), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29. März 2000 (Nds. GVBl. S. 66), ausgewiesen sind.

(3) ¹Soweit für die Wiederverwendung von Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richtern des Landes, deren Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis aufgrund ihrer Wahl in den Landtag, in den Deutschen Bundestag oder in das Europäische Parlament nach § 106 NBG oder nach § 5 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes (AbgG) in der Fassung vom 21. Februar 1996 (BGBl. I S. 326), zuletzt geändert durch Artikel 18 des Gesetzes vom 16. Dezember 1997 (BGBl. I S. 2998), ruhen und die nach § 107 Abs. 2 NBG oder § 6 AbgG wieder in das Beamten- oder Richterverhältnis zu übernehmen sind, eine freie Planstelle ihrer früheren Besoldungsgruppe nicht zur Verfügung steht, kann das Finanzministerium im Kapitel der jeweiligen Dienstbehörde die hierfür erforderliche Stelle mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ ausbringen. ²Satz 1 gilt entsprechend für Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter des Landes, deren Rechte und Pflichten aus dem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder aus dem Richterverhältnis auf Lebenszeit nach § 194 a Abs. 4 NBG ruhen, soweit ein solches Beamtenverhältnis oder Richterverhältnis nach Beendigung eines Beamtenverhältnisses auf Zeit nach § 194 a Abs. 1 NBG wieder auflebt. ³Die in diesen Stellen wieder verwendeten Beamtinnen und Beamten oder Richterinnen und Richter sind in die nächste frei werdende Planstelle ihrer Besoldungsgruppe bei ihrer Verwaltung oder bei ihrem Gericht einzuweisen. ⁴Mit der Einweisung fällt die als „künftig wegfallend“ ausgebrachte Stelle weg. ⁵Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend.

(4) Die Ausbringung der Stellen ist im nächsten Haushaltsplan darzustellen.

(5) Die Absätze 1 bis 4 finden für beamtete und richterliche Hilfskräfte, Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst sowie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entsprechende Anwendung.

(6) ¹Werden Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter unter Wegfall ihrer Bezüge zur Ausübung einer Beschäftigung in einem anderen Rechtsverhältnis bei einem anderen Dienstherrn oder Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes oder einem privaten Arbeitgeber beurlaubt, so werden die obersten Dienstbehörden ermächtigt, für die Beurlaubungszeit einen förmlichen Gewährleistungsbescheid nach § 5 Abs. 1 Satz 1 des Sechsten Buchs des Sozialgesetzbuchs zu erteilen. ²Diese Ermächtigung umfasst auch allgemeine Gewährleistungsentscheidungen für bestimmte Fallgruppen und Gewährleistungsentscheidungen für eine Zweitbeschäftigung bei einem anderen Arbeitgeber.

4. Wiederbesetzung freier Stellen

(1) Aus Gründen des § 35 NBG oder des Abschnitts XII BAT freie oder frei werdende Planstellen der Besoldungsgruppe A 15 und höher sowie Angestelltenstellen der Vergütungsgruppe I b BAT und höher dürfen erst nach Unterrichtung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages wieder besetzt werden, soweit dieser nicht darauf verzichtet hat oder verzichtet.

(2) ¹Für den Bereich des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur dürfen freie oder frei werdende Planstellen und Stellen für wissenschaftliches Personal in Fächern, die überwiegend an der Lehrerausbildung beteiligt sind, nur mit vorheriger Zustimmung des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur wieder besetzt werden. ²Bis zur Wiederbesetzung oder einer anderen Verwendung derartiger Planstellen und Stellen dürfen die diesen zuzurechnenden Personalausgaben für Zwecke im Rahmen des § 132 Abs. 3 NHG so genutzt werden, wie das dort für nicht in Anspruch genommene Ausgaben aus nicht gesperrten Planstellen und Stellen vorgesehen ist.

5. Umwandlung der Stellen für Schulleiterinnen und Schulleiter oder deren Vertreterinnen und Vertreter bei sinkenden Schülerzahlen

¹Sind oder werden im Bereich des Einzelplans 07 Stellen der Schulleiterinnen und Schulleiter oder ihrer Vertreterinnen oder Vertreter frei und ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler an dieser Schule so weit zurückgegangen, dass das der bisherigen Stelleninhaberin oder dem bisherigen Stelleninhaber übertragen gewesene Amt zu hoch eingestuft war, so sind sie in Stellen umzuwandeln, die dem Amt entsprechen, das den künftigen Stelleninhaberinnen oder Stelleninhabern nach den besoldungsrechtlich maßgebenden Schülerzahlen zu übertragen ist. ²Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn begründete Aussicht besteht, dass die Schülerzahl an der Schule den Schwellenwert innerhalb von drei Jahren voraussichtlich wieder übersteigen wird. ³In Fällen, in denen die Schülerzahl so weit gesunken ist, dass die Funktion der Stellvertreterin oder des Stellvertreters einer Schulleiterin oder eines Schulleiters besoldungsrechtlich kein herausgehobenes Amt mehr trägt, ist die frei werdende Stelle in eine dem Eingangsamt der Laufbahn entsprechende Stelle umzuwandeln; Satz 2 ist entsprechend anzuwenden.

6. Umsetzung der Altersteilzeit

(1) ¹Planstellen für Beamtinnen und Beamte oder Richterinnen und Richter, die nach § 80 b NBG oder § 4 f des Niedersächsischen Richtergesetzes Altersteilzeit in Anspruch nehmen, gelten für die gesamte Dauer der Altersteilzeit mit einem Stellenanteil von 50 vom Hundert als besetzt; das gilt auch für das Beschäftigungsvolumen. ²Bei Teilzeitbeschäftigten ist der als besetzt geltende Anteil der Planstellen oder des Beschäftigungsvolumens entsprechend der festgelegten durchschnittlichen Arbeitszeit zu verringern. ³Der nach der Altersteilzeitzuschlagsverordnung vom 21. Oktober 1998 (BGBl. I S. 3191) zu gewährende Altersteilzeitzuschlag ist aus Titel 422 19 zu zah-

len. ⁴Die Mehrausgaben nach Satz 3 sind durch personalwirtschaftliche Maßnahmen (z. B. verzögerte Wiederbesetzungen/Beförderungen) oder Einsparungen, die sich aus einer Ersatzeinstellung (z. B. geringere Bezüge wegen jüngeren Lebensalters, unterwertige Beschäftigung) ergeben, auszugleichen. ⁵Satz 4 gilt auch in Bereichen ohne Personalkostenbudgets; in diesen Fällen ist der Ausgleich gegenüber dem Finanzministerium nachzuweisen. ⁶Wird die Altersteilzeit in eine Arbeits- und Freizeitphase aufgeteilt (Blockmodell), so sind während der Arbeitsphase 50 vom Hundert der Planstelle, des Beschäftigungsvolumens und ein entsprechender Anteil des Personalkostenbudgets gesperrt. ⁷Die gesperrten Budgetanteile sind nach den vom Finanzministerium hierfür festgelegten Durchschnittssätzen zu berechnen. ⁸Bei Teilzeitkräften ist der Vomhundertsatz entsprechend der festgelegten durchschnittlichen Arbeitszeit zu verringern. ⁹Die während der Arbeitsphase gesperrten Anteile werden den zur Verfügung stehenden Anteilen der Planstelle, des Beschäftigungsvolumens sowie des Personalkostenbudgets in der Freizeitphase hinzugechnet. ¹⁰Die erforderlichen Haushaltsmittel gelten insoweit als zugewiesen.

(2) ¹Stellen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, deren regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit aufgrund des Tarifvertrags zur Regelung der Altersteilzeit (TV-ATZ) vom 5. Mai 1998 auf die Hälfte der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit vermindert wird, gelten mit einem Stellenanteil in Höhe von 70 vom Hundert als besetzt. ²Der verbleibende Stellenanteil von 30 vom Hundert steht für Ersatzeinstellungen zur Verfügung. ³Werden mehrere Stellenanteile für die Ersatzeinstellung einer oder eines Angestellten genutzt, so darf diese nur in der niedrigsten Vergütungsgruppe erfolgen, aus der ein Stellenanteil herangezogen wird. ⁴Sofern die Bundesanstalt für Arbeit Leistungen nach § 4 Abs. 1 des Altersteilzeitgesetzes (AtG) vom 23. Juli 1996 (BGBl. I S. 1078), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1999 (BGBl. I S. 2494), gewährt, erhöht sich für diesen Zeitraum der besetzbare Anteil um 20 vom Hundert der Stelle. ⁵Wird die Altersteilzeit in eine Arbeits- und eine Freizeitphase aufgeteilt (Blockmodell), so ist der besetzbare Stellenanteil von 30 vom Hundert während der Arbeitsphase gesperrt. ⁶Dieser Stellenanteil wird dem besetzbaren Stellenanteil in der Freizeitphase hinzugerechnet, sodass dann ein besetzbarer Stellenanteil von insgesamt 60 vom Hundert für Ersatzeinstellungen zur Verfügung steht. ⁷Die erforderlichen Haushaltsmittel gelten insoweit als zugewiesen. ⁸Für den Zeitraum der Gewährung von Leistungen nach § 4 Abs. 1 AtG erhöht sich der besetzbare Anteil um 40 vom Hundert der Stelle. ⁹Bei Änderung des Erstattungsverfahrens der Bundesanstalt für Arbeit ändert sich der Vomhundertsatz entsprechend. ¹⁰Besetzbare Stellenanteile können für Vollzeitbeschäftigungen zusammengefasst werden. ¹¹Die vorstehenden Regelungen gelten entsprechend für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nicht auf Stellen geführt werden, mit der Maßgabe, dass die hierdurch nicht in Anspruch genommenen Mittel gesperrt sind. ¹²Diese Mittel sind übertragbar. ¹³Das Nähere bestimmt das Finanzministerium.

7. Wegfall- und Umwandlungsvermerke

Ausnahmen von § 47 LHO bedürfen der Einwilligung des Finanzministeriums.

8. Durchführung der Verwaltungsreform

(1) ¹Besetzbare Planstellen sind mit Beamtinnen und Beamten zu besetzen, die bei der eigenen oder einer anderen Verwaltung des Landes entbehrlich geworden sind. ²Abweichend von § 48 Abs. 2 und § 49 Abs. 3 LHO dürfen Planstellen auch mit Beamtinnen und Beamten einer anderen Laufbahn derselben Laufbahngruppe besetzt werden, wenn dadurch eine sinnvolle Verwendung ermöglicht wird.

(2) ¹Werden Beamtinnen und Beamte, die bei der eigenen Verwaltung entbehrlich geworden sind, von einer anderen Verwaltung übernommen, so können mit Einwilligung des Finanzministeriums abweichend von § 50 Abs. 2 LHO die mit ihnen besetzten Planstellen in die aufnehmende Verwaltung umgesetzt werden. ²Bei dieser sind zum Ausgleich entsprechende freie und besetzbare Planstellen in Abgang zu stellen, sofern sie nicht zur Beförderung von Beamtinnen und Beamten vorgesehen sind, denen ein höherwertiger Dienstposten übertragen worden ist. ³In diesem Fall bleiben die umgesetzten Planstellen erhalten, es sind jedoch freie und besetzbare Stellen der entsprechenden Laufbahn in Abgang zu stellen. ⁴Werden geringerwertige Planstellen in Abgang gestellt, so sind die umgesetzten Planstellen nach ihrem Freiwerden entsprechend umzuwandeln.

(3) ¹Sind Beamtinnen und Beamte nicht innerhalb angemessener Zeit gemäß Absatz 2 einzusetzen, so ist das Finanzministerium ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Innenministerium und den beteiligten Ministerien die entbehrlichen Planstellen abweichend von den Voraussetzungen des § 50 LHO in eine andere Verwaltung umzusetzen, wenn dort eine bessere Verwendungsmöglichkeit besteht. ²Der Vollzug des Vermerks „künftig wegfallend“ wird bis zum Ablauf des vierten folgenden Haushaltsjahres ausgesetzt.

(4) Abweichend von § 47 Abs. 1 LHO sind die nach Absatz 3 mit einer Befristung ausgebrachten Vermerke „künftig wegfallend“ erst dann zu vollziehen, wenn bei der aufnehmenden Behörde Dienstposten mit Planstellen frei werden, deren Aufgaben von den unterzubringenden Beamtinnen und Beamten aufgrund ihrer Vorbildung, Ausbildung oder bisherigen Tätigkeit und gegebenenfalls nach Teilnahme an Umschulungs- oder Fortbildungsmaßnahmen wahrgenommen werden können.

(5) Auf Planstellen für Richterinnen und Richter, auf Stellen für beamtete Hilfskräfte, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer finden § 48 Abs. 2 LHO und die Absätze 1 bis 5 dieser Bestimmungen entsprechende Anwendung.

Begründung

a) zum Haushaltsgesetz 2001

§ 3 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2, Abs. 3 Sätze 3 und 4, sowie Abs. 4 und 5, § 4, § 11 Abs. 2, § 12 Abs. 1 Sätze 2 und 3, § 14 und § 17 Abs. 1 Satz 2 sowie Abs. 4 und 5 des Haushaltsgesetzes 1999/2000 sind entfallen.

Die Vorschriften entsprechen im Übrigen denen des Vorjahres, soweit Änderungen im Folgenden nicht besonders begründet sind.

Zu § 3:

(Absatz 1)

Zusätzliche Ermächtigung zur Aufnahme zweckgebundener Kredite zur Erhöhung des Eigenkapitals der Expo GmbH.

Der Niedersächsischen Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH wird ab dem Haushaltsjahr 2001 als zusätzliche Finanzierungsaufgabe die Vorfinanzierung des Bundesanteils an den Baukosten der Bundesautobahn 31 übertragen.

Zu § 4:

(Absatz 1)

Die Ermächtigungssumme ist vorgesehen zur Übernahme von Bürgschaften in folgenden Bereichen:

Bürgschaften nach den Allgemeinen Bürgschaftsrichtlinien vom 9. August 1990 (Nds. MBl. S. 1019), zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft, sozialer und kultureller Einrichtungen sowie freier Berufe	Mio. DM 750
Bürgschaften zugunsten der niedersächsischen Landwirtschaft	10
Bürgschaften zugunsten der Hannoverschen Beteiligungsgesellschaft mbH und der Niedersächsischen Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH	1 500
Bürgschaften zur Förderung des Wohnungswesens	840
Sonstige Bürgschaften und Gewährleistungen (u. a. für Garantien des Landes für Beteiligungen im Ausland und für Gewährleistungen gegenüber der EU-Kommission im Zusammenhang mit dem Programm INTERREG III)	230
Insgesamt	3 330

(Absatz 2)

Es handelt sich um Gewährleistungen für eventuelle Verpflichtungen des Partnerlandes Niederlande im Rahmen des Programms INTERREG III, die gemäß der „Vereinbarung zum EG-Programm INTERREG für die Ems-Dollart-Region“ vom Land Niedersachsen zu übernehmen wären. Für einen solchen Fall ist ein Rückgriffsanspruch gegenüber den Niederlanden vertraglich vereinbart.

(Absatz 3)

Mit der Durchführung des Förderprogramms ist die Landestreuhandstelle für das Wohnungswesen, Hannover, beauftragt. Die Ermächtigung des § 8 Abs. 4 des Gesetzes über das Schuldenwesen des Landes Niedersachsen vom 30. November 1954 (Nds. GVBl. Sb. I S. 546), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 21. November 1997 (Nds. GVBl. S. 481), nach der das Finanzministerium in besonderen Fällen die Übernahme von Bürgschaften und Gewährleistungen und die entsprechende Vollziehung der Urkunden auf andere Dienststellen übertragen kann, wird hiermit auch für das Haushaltsjahr 2001 auf die genannte Einrichtung ausgedehnt.

Zu § 8:

(Absatz 1)

Infolge der nahezu flächendeckenden Einführung der Personalkostenbudgetierung im Haushaltsjahr 2001 ist es erforderlich, die Allgemeinen Bestimmungen umzubenennen.

(Absatz 2)

Die Ergänzung in Satz 4 ermöglicht die Anpassung von Beschäftigungsvolumen und Budget auch im Fall der durch Haushaltsvermerke oder sonstige Bestimmungen zugelassenen kapitelübergreifenden Inanspruchnahme von Planstellen und Stellen.

(Absatz 3)

Die sich aus der Altersteilzeit ergebenden Budgetbelastungen sind durch personalwirtschaftliche Maßnahmen im Personalkostenbudget zu erwirtschaften. Durch die Ergänzung in Satz 2 wird die zulässige Überschreitung des Budgets bei Einhaltung des Beschäftigungsvolumens in diesen Fällen in entsprechendem Umfang ausgesetzt.

(Absatz 4)

Die Ergänzung in Satz 3 schafft eine Rechtsgrundlage für die Zahlung von Leistungsprämien aus Mitteln der Reformdividende.

(Absatz 5)

Anpassung aufgrund der nahezu flächendeckenden Einführung der Personalkostenbudgetierung in der Landesverwaltung.

Zu § 9:

(Absatz 6)

Die Regelung dient der Verwaltungsvereinfachung.

Zu § 13:

Die Regelung schafft eine Rechtsgrundlage für die Gewährung einer Reformdividende im Rahmen des Pilotprojekts.

Zu § 15:

(Absatz 1)

Die Ergänzung in Nummer 2 ist aus sachlichen Gründen erforderlich.

Die Ergänzung in Nummer 4 dient der Anpassung an die Umwandlung von Hochschulen in Landesbetriebe nach § 26 LHO.

(Absatz 2)

Die Vorschrift dient der entstehungsgerechten Zuordnung von Auslagen. Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.

Zu § 18:

Durch die Änderung wird eine Fortgeltung der Allgemeinen Bestimmungen bis zur Verkündung des nächsten Haushaltsgesetzes sichergestellt.

b) zu den Allgemeinen Bestimmungen 2001 (Anlage 2)

Zu Nummer 2

(Absatz 2)

Durch die Ergänzung in Nummer 3 wird sichergestellt, dass Mittel aus dem Stellenbereich bei den entsprechenden Titeln gebucht werden. Im Absatz 2 ist Nummer 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000 entfallen, da keine Leistungen des Landes mehr gezahlt werden und die zu den entsprechenden Stellen ausgebrachten kw-Vermerke vollzogen sind. Die bisherige Nummer 5 wird Nummer 4.

(Absatz 3)

Die Änderungen ermöglichen die anteilige Führung auch einer Vollzeitkraft auf mehreren Stellen.

(Absatz 4)

Stellenrechtliche Umsetzung der erstmalig für zunächst fünf Jahre eingeführten begrenzten Dienstfähigkeit. Die Vorschrift in den Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000 wurde redaktionell umgesetzt nach Nummer 6 Abs. 2 – neu –.

(Absatz 7)

In den Allgemeinen Bestimmungen zum HG 1997/1998 ist erstmals allgemein als Modellversuch für die Dauer von drei Jahren eine Ermächtigung aufgenommen worden, nach der bis zu 5 vom Hundert der Gesamtzahl der in den Stellenübersichten ausgewiesenen Stellen für Angestellte nach Maßgabe der tariflichen Bewertung in eine andere Vergütungs- und/oder Funktionsgruppe gegen entsprechende Einsparung eingestuft werden konnten. Aufgrund des Ergebnisses einer Ressortumfrage wird der Modellversuch in eine Dauerermächtigung überführt. Aus Gründen einer noch weitergehenden Verwaltungsvereinfachung wird im Rahmen eines erneuten Modellversuchs für die Dauer von drei Jahren auf eine prozentuale Begrenzung gänzlich verzichtet. Vorgegeben ist damit nur noch ein monetärer Stellenrahmen, innerhalb dessen die Ressorts – unter Beachtung der Tarifverträge – eigenverantwortlich wirtschaften können.

Zu Nummer 3

Durch die Ergänzung in Absatz 5 werden Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst in die Regelung einbezogen.

Zu Nummer 6

Nummer 6 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000 ist entfallen, da die Vorschrift zwischenzeitlich entbehrlich geworden ist.

(Absatz 1)

Mit der Regelung wird die Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter haushaltsrechtlich umgesetzt. Die Umsetzung ermöglicht eine Wiederbesetzung im Verhältnis 1 zu 1 und ist dennoch weitgehend kostenneutral. Dies wird dadurch erreicht, dass der Altersteilzeitzuschlag – der den Landeshaushalt bei einer sofortigen Wiederbesetzung der frei gewordenen Anteile von Stellen oder Beschäftigungsvolumen zusätzlich belasten würde – von den jeweiligen Personalkostenbudgets zu erwirtschaften ist. Die Erwirtschaftung kann durch personalwirtschaftliche Maßnahmen und durch Einsparungen, die sich aus der Beschäftigung von Ersatzkräften ergeben, erfolgen. Für die durch die vorgenannten Maßnahmen nicht aufzufangenden Budgetbelastungen wird ein Gesamtbetrag von bis zu 55 Mio. DM zur Verfügung gestellt, der entsprechend dem Bedarf in den einzelnen Haushaltsjahren (voraussichtlich ab dem Haushaltsjahr 2005) in Teilbeträgen veranschlagt werden wird. Die personalwirtschaftlichen Maßnahmen sind so zu gestalten, dass der Gesamtbetrag von 55 Mio. DM nicht überschritten wird.

(Absatz 2)

Vgl. Begründung zu Nummer 2 Abs. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000. Die Vorschrift wurde aus redaktionellen Gründen umgesetzt.

Allgemeine Bemerkungen zur Veranschlagung der persönlichen Verwaltungsausgaben und Darstellung der Stellen für das Tarifpersonal

I.

1. Grundlage für die Berechnung der Personalkostenbudgets ist eine Personalkostenhochrechnung (PKH), die auf der Basis des für das Haushaltsjahr 2001 festgelegten Beschäftigungsvolumens durchgeführt wurde. In der PKH sind auch alle budgetrelevanten Veränderungen im Stellenbereich enthalten. Einbezogen wurden dabei ausschließlich die PKB-Titel (422 01, 422 11, 422 19, 425 01, 425 02, 425 03, 425 05, 425 11, 425 13, 425 14, 425 23, 425 27, 426 01, 426 03 sowie in den Kapiteln 03 14 und 03 18 auch der Titel 429 01). Das Personalkostenbudget ist im ersten PKB-Titel eines Kapitels (i. d. R. Titel 422 01) veranschlagt. Die weiteren PKB-Titel sind – soweit im jeweiligen Kapitel erforderlich – als Leertitel ausgebracht.

In Kapiteln ohne Personalkostenbudgetierung bzw. bei den Titeln, die nicht der PKB unterliegen, ist Ausgangsbasis für die Veranschlagung der persönlichen Verwaltungsausgaben grundsätzlich das Jahres-Ist 1999.

2. Beträge für **Nachversicherungen** ausscheidender Bediensteter werden zentral bei Kapitel 13 02 Titel 422 02 veranschlagt.
3. Den Ansätzen für **Beihilfen** (Titel 441 .. und 446 01) liegt die Ist-Ausgabe des Jahres 1999, hochgerechnet auf 2001, zugrunde. Die Mittel hierfür werden grundsätzlich zentral im Ministerialkapitel ..01 veranschlagt.
4. Den Ansätzen für **Unterstützungen** (Titel 442 01) und für **Fürsorgemaßnahmen** (Gruppe 443) liegt die Ist-Ausgabe des Jahres 1999 unter Berücksichtigung von Mehr- und Minderausgaben aufgrund von Stellenveränderungen der Jahre 2000 und 2001 zugrunde. Die Mittel hierfür werden für den jeweiligen Einzelplan zentral im Ministerialkapitel ..01 veranschlagt.
5. Mittel für zu erwartende lineare Besoldungs-, Versorgungs- und Tarifierhöhungen der Jahre 2000 und 2001 werden zusammen mit Mitteln für die Versorgungsrücklage (§ 6 Nds. Versorgungsrücklagengesetz) global im Einzelplan 13 bei Kapitel 13 02 Titel 461 01 bzw. bei Kapitel 13 50 Titel 461 01 veranschlagt.

Soweit sich aufgrund dieser Veranschlagungsmethoden bei den erwähnten Titeln Ansatzänderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben, werden sie zur Vermeidung eines unnötigen Verwaltungsaufwands nicht im Einzelnen begründet.

II.

In Abweichung von Nr. 5.2 der VV zu § 17 LHO erfolgt die Ausbringung der Stellen für das Tarifpersonal in den Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen erstmalig grundsätzlich nur nach Vergütungsgruppen ohne Unterscheidung nach Funktionen. Auf die Aufgliederung der Stellen für das Haushaltsjahr 2000 nach Funktionen ist in der Darstellung ebenfalls verzichtet worden.

Gruppierungsübersicht					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen					
Gruppe Nr.	Einnahmen	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2001 DM	2000 DM	2001 DM	2000 DM
0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben				
01	Gemeinschaftssteuern und Gewerbesteuerumlage				
011	Lohnsteuer (Landesanteil)	—	—	9.468.150.000	10.775.875.000
012	Veranlagte Einkommensteuer (Landesanteil)	—	—	563.975.000	325.125.000
013	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (Landesanteil)	—	—	570.500.000	413.000.000
014	Körperschaftsteuer (Landesanteil)	—	—	1.176.500.000	2.455.000.000
015	Umsatzsteuer (Landesanteil)	—	—	11.123.275.000	10.236.920.000
016	Einfuhrumsatzsteuer	—	—	—	—
017	Gewerbesteuerumlage (Landesanteil)	—	—	832.000.000	773.000.000
018	Zinsabschlagsteuer (Landesanteil)	—	—	567.600.000	432.080.000
	01 insgesamt	—	—	24.302.000.000	25.411.000.000
05	Landessteuern (05/06)				
051	Vermögensteuer	—	—	43.000.000	9.000.000
052	Erbschaftsteuer	—	—	474.000.000	458.000.000
053	Grunderwerbsteuer	—	—	968.000.000	900.000.000
054	Kraftfahrzeugsteuer	—	—	1.566.000.000	1.211.000.000
055	Totalisatorsteuer	—	—	3.000.000	3.000.000
056	Sonstige Rennwettsteuern	—	—	2.000.000	3.000.000
057	Lotteriesteuer	—	—	321.000.000	275.000.000
058	Sportwettsteuer	—	—	—	—
059	Feuerschutzsteuer	—	—	61.000.000	70.000.000
061	Biersteuer	—	—	78.000.000	80.000.000
062	Gewerbesteuer im nds. Küstengewässer/Festland- sockel (abzüglich Gewerbesteuerumlage)	—	—	—	—
069	Sonstige	—	—	—	—
	05/06 insgesamt	—	—	3.516.000.000	3.009.000.000
09	Steuerähnliche Abgaben				
093	Abgaben von Spielbanken	—	—	173.800.000	172.000.000
099	Sonstige	—	—	221.100.000	222.180.000
	09 insgesamt	—	—	394.900.000	394.180.000
	0 insgesamt	—	—	28.212.900.000	28.814.180.000
1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.				
11	Verwaltungseinnahmen				
111	Gebühren, sonstige Entgelte	—	—	278.474.300	351.339.900
112	Geldstrafen und Geldbußen (einschl. der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	—	—	725.894.400	719.081.400
113	Verkaufserlöse, soweit nicht unter 13	—	—	705.600	1.849.100
119	Sonstige	—	—	301.303.200	335.080.000
	11 insgesamt	—	—	1.306.377.500	1.407.350.400
12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)				
121	Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen	—	—	70.365.600	47.299.600
122	Konzessionsabgaben	—	—	766.370.000	498.800.000
123	Einnahmen aus Lotterie, Lotto, Toto	—	—	10.500.000	12.600.000
124	Mieten und Pachten	—	—	412.163.700	37.508.700
125	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit	—	—	154.349.700	185.915.900
129	Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	—	—	50.000.000	44.525.200
	12 insgesamt	—	—	1.463.749.000	826.649.400
13	Erlöse a.d. Veräußerg. v. Gegenst., soweit i.d. Nach- weis ü.d. Vermögen u.d.Schulden erfasst;Kapitalrückz.				
131	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	—	—	60.000	200.000
132	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	—	—	2.925.600	3.292.300
133	Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen	—	—	125.000.000	—
134	Kapitalrückzahlungen	—	—	201.600	—
	13 insgesamt	—	—	128.187.200	3.492.300

Gruppierungsübersicht					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen					
Gruppe Nr.	Einnahmen	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2001 DM	2000 DM	2001 DM	2000 DM
14	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen (Einnahmen aus Gewährleistungen)				
141	Aus dem Inland	—	—	1.100.000	3.700.000
146	Aus dem Ausland	—	—	—	—
	14 insgesamt	—	—	1.100.000	3.700.000
15	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich				
151	Vom Bund	—	—	—	—
152	Von Ländern	—	—	—	—
153	Von Gemeinden (GV)	—	—	677.200	694.700
154	Vom Lastenausgleichsfonds	—	—	—	—
155	Vom ERP-Sondervermögen	—	—	—	—
156	Von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—	—	—
157	Von Zweckverbänden	—	—	107.700	110.600
	15 insgesamt	—	—	784.900	805.300
16	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen				
161	Von öffentlichen Unternehmen	—	—	5.725.500	6.125.500
162	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	—	—	32.943.600	40.911.600
166	Zinseinnahmen aus dem Ausland	—	—	—	—
	16 insgesamt	—	—	38.669.100	47.037.100
17	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich				
171	Vom Bund	—	—	—	—
172	Von Ländern	—	—	—	—
173	Von Gemeinden (GV)	—	—	12.404.500	14.463.800
174	Vom Lastenausgleichsfonds	—	—	—	—
175	Vom ERP-Sondervermögen	—	—	—	—
176	Von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—	—	—
177	Von Zweckverbänden	—	—	7.299.900	8.147.600
	17 insgesamt	—	—	19.704.400	22.611.400
18	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen				
181	Von öffentlichen Unternehmen	—	—	—	—
182	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	—	—	147.155.400	107.694.000
186	Darlehensrückflüsse aus dem Ausland	—	—	—	—
	18 insgesamt	—	—	147.155.400	107.694.000
	1 insgesamt	—	—	3.105.727.500	2.419.339.900
2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke mit Ausnahme für Investitionen				
21	Allgemeine Finanzzuweisungen aus dem öffentlichen Bereich				
211	Vom Bund	—	—	1.530.000.000	1.557.000.000
212	Von Ländern	—	—	884.000.000	819.000.000
213	Von Gemeinden (GV)	—	—	50.000.000	44.000.000
214	Vom Lastenausgleichsfonds	—	—	—	—
215	Vom ERP-Sondervermögen	—	—	—	—
216	Von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—	—	—
217	Von Zweckverbänden	—	—	—	—
	21 insgesamt	—	—	2.464.000.000	2.420.000.000
22	Schuldendiensthilfen aus dem öffentlichen Bereich				
221	Vom Bund	—	—	—	69.074.000
222	Von Ländern	—	—	—	—
223	Von Gemeinden (GV)	—	—	—	—
224	Vom Lastenausgleichsfonds	—	—	—	—
225	Vom ERP-Sondervermögen	—	—	—	—
226	Von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—	—	—
227	Von Zweckverbänden	—	—	—	—
	22 insgesamt	—	—	—	69.074.000

Gruppierungsübersicht					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen					
Gruppe Nr.	Einnahmen	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2001 DM	2000 DM	2001 DM	2000 DM
23	Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem öffentlichen Bereich				
231	Vom Bund	—	—	284.369.300	323.158.600
232	Von Ländern	—	—	5.862.100	7.202.900
233	Von Gemeinden (GV)	—	—	12.180.600	8.152.400
234	Vom Lastenausgleichsfonds	—	—	—	—
235	Vom ERP-Sondervermögen	—	—	—	—
236	Von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—	7.905.300	7.947.300
237	Von Zweckverbänden	—	—	—	—
	23 insgesamt	—	—	310.317.300	346.461.200
24	Sonstige Erstattungen aus dem öffentlichen Bereich				
241	Vom Bund	—	—	815.759.800	850.819.600
242	Von Ländern	—	—	6.599.000	14.324.500
243	Von Gemeinden (GV)	—	—	223.438.000	223.154.000
244	Vom Lastenausgleichsfonds	—	—	30.000	60.000
245	Vom ERP-Sondervermögen	—	—	—	—
246	Von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—	280.000	300.000
247	Von Zweckverbänden	—	—	150.000	150.000
	24 insgesamt	—	—	1.046.256.800	1.088.808.100
25	Sonstige Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich				
251	Vom Bund	—	—	1.197.574.800	942.305.200
252	Von Ländern	—	—	9.673.700	11.326.000
253	Von Gemeinden (GV)	—	—	34.552.100	34.489.800
254	Vom Lastenausgleichsfonds	—	—	—	—
255	Vom ERP-Sondervermögen	—	—	—	—
256	Von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—	114.606.900	83.906.900
257	Von Zweckverbänden	—	—	—	1.200.000
	25 insgesamt	—	—	1.356.407.500	1.073.227.900
26	Schuldendiensthilfen aus sonstigen Bereichen				
261	Aus dem Inland	—	—	—	—
266	Aus dem Ausland	—	—	—	—
	26 insgesamt	—	—	—	—
27	Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen				
271	Aus dem Inland	—	—	116.939.500	119.791.800
276	Aus dem Ausland	—	—	—	—
	27 insgesamt	—	—	116.939.500	119.791.800
28	Sonstige Erstattungen und Zuschüsse aus sonstigen Bereichen				
281	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	—	—	222.004.100	109.446.600
282	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	—	—	5.777.800	141.050.800
286	Sonstige Erstattungen aus dem Ausland	—	—	8.160.000	16.580.000
287	Sonstige Zuschüsse aus dem Ausland	—	—	622.200	16.295.500
	28 insgesamt	—	—	236.564.100	283.372.900
29	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen				
291	Vom Bund, soweit nicht Investitionszuweisungen	—	—	—	—
292	Von Ländern, soweit nicht Investitionszuweisungen	—	—	—	—
293	Von Gemeinden (GV), soweit nicht Investitionszuweis.	—	—	—	—
297	Von Unternehmen, soweit nicht Investitionszuschüsse	—	—	—	—
298	Von Sonstigen aus dem Inland, soweit nicht Investitionszuschüsse	—	—	—	—
299	Aus dem Ausland, soweit nicht Investitionszuschüsse	—	—	—	—
	29 insgesamt	—	—	—	—
	2 insgesamt	—	—	5.530.485.200	5.400.735.900

Gruppierungsübersicht					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen					
Gruppe Nr.	Einnahmen	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2001 DM	2000 DM	2001 DM	2000 DM
3	Einn. aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen u. Zuschüssen f. Investitionen, bes. Finanzierungseinn.				
31	Schuldenaufnahmen bei Gebietskörperschaften, Sondervermö. u. gebietskörperschaftl. Zusammenschlüssen				
311	Beim Bund	—	—	41.640.000	46.274.000
312	Bei Ländern	—	—	—	—
313	Bei Gemeinden (GV)	—	—	—	—
314	Beim Lastenausgleichsfonds	—	—	—	—
315	Beim ERP-Sondervermögen	—	—	—	—
317	Bei Zweckverbänden	—	—	—	—
	31 insgesamt	—	—	41.640.000	46.274.000
32	Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt				
321	Bei öffentlichen Unternehmen	—	—	—	—
322	Bei Sozialversicherungsträgern sowie bei der Bundesanstalt für Arbeit	—	—	1.500.000	1.500.000
325	Auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt	—	—	4.050.000.000	2.730.000.000
326	Schuldenaufnahmen im Ausland	—	—	-250.000.000	-80.000.000
	32 insgesamt	—	—	3.801.500.000	2.651.500.000
33	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich (Vermögenswirksame Zuweisungen)				
331	Vom Bund	—	—	1.166.149.500	1.148.995.900
332	Von Ländern	—	—	1.400.000	2.196.000
333	Von Gemeinden (GV)	—	—	159.400.000	162.795.500
334	Vom Lastenausgleichsfonds	—	—	—	—
335	Vom ERP-Sondervermögen	—	—	—	—
336	Von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	—	—	1.800.000	1.800.000
337	Von Zweckverbänden	—	—	—	—
	33 insgesamt	—	—	1.328.749.500	1.315.787.400
34	Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen				
341	Beiträge	—	—	2.780.000	1.312.100
342	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland	—	—	70.000.000	45.749.700
346	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus d. Ausland	—	—	21.850.000	53.915.000
	34 insgesamt	—	—	94.630.000	100.976.800
35	Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken				
351	Aus der allgemeinen Rücklage	—	—	870.234.400	81.411.400
352	Aus der Betriebsmittellrücklage	—	—	—	—
353	Aus der Schuldendienstrücklage	—	—	—	—
354	Aus der Bürgschaftssicherungsrücklage	—	—	—	—
355	Aus der Konjunkturausgleichsrücklage	—	—	—	—
356	Aus den Fonds und Stöcken	—	—	150.605.000	116.699.800
359	Sonstige Entnahmen	—	—	15.496.000	17.522.000
	35 insgesamt	—	—	1.036.335.400	215.633.200
36	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre				
361	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	—	—	—	—
	36 insgesamt	—	—	—	—
37	Globale Mehr- und Mindereinnahmen				
371	Globale Mehreinnahmen	—	—	—	—
372	Globale Mindereinnahmen	—	—	—	—
	37 insgesamt	—	—	—	—
38	Haushaltstechnische Verrechnungen				
381	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts	—	—	521.709.200	50.160.700
382	Durchlaufende Gelder	—	—	19.278.000	21.289.000
383	Bauleitungsmittel	—	—	20.305.000	26.205.000
	38 insgesamt	—	—	561.292.200	97.654.700
	3 insgesamt	—	—	6.864.147.100	4.427.826.100
	0 - 3 Gesamteinnahmen	—	—	43.713.259.800	41.062.081.900

Gruppierungsübersicht					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen					
Gruppe Nr.	Ausgaben	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2001 DM	2000 DM	2001 DM	2000 DM
4	Persönliche Verwaltungsausgaben				
41	Aufwendungen für Abgeordnete, ehrenamtlich Tätige				
411	Für Abgeordnete	—	—	43.074.000	43.646.200
412	Für ehrenamtlich Tätige	2.030.000	—	6.651.000	6.859.600
	41 insgesamt	2.030.000	—	49.725.000	50.505.800
42	Dienstbezüge und dgl.				
421	Bezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten und der Ministerinnen und Minister	—	—	3.233.400	2.907.100
422	Dienstbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	20.000.000	40.000.000	10.775.290.900	9.965.735.600
425	Vergütungen der Angestellten	—	23.020.000	336.250.800	1.863.521.800
426	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	171.235.300	334.707.100
427	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	10.965.000	1.220.000	76.461.400	129.842.100
429	Nicht aufteilbare Personalausgaben	53.910.000	27.700.000	345.102.000	362.706.800
	42 insgesamt	84.875.000	91.940.000	11.707.573.800	12.659.420.500
43	Versorgungsbezüge und dgl.				
431	Der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten und der Ministerinnen und Minister	—	—	3.700.000	3.700.000
432	Der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	—	—	3.067.901.000	2.922.881.600
435	Der Angestellten	—	—	—	—
436	Der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	208.000	308.000
437	Nach G 131	—	—	—	—
439	Sonstige Versorgungsbezüge	—	—	4.814.000	4.756.000
	43 insgesamt	—	—	3.076.623.000	2.931.645.600
44	Beihilfen, Unterstützungen und dgl.				
441	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger und dgl.	—	—	432.343.300	441.155.000
442	Unterstützungen	—	—	10.800	510.800
443	Fürsorgeleistungen	—	520.000	53.002.700	53.262.400
446	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger und dgl.	—	—	420.452.000	378.712.000
	44 insgesamt	—	520.000	905.808.800	873.640.200
45	Personalbezogene Sachausgaben				
451	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung u. zu Gemeinschaftsveranstaltungen sowie f. soziale Einrichtungen	—	—	—	—
453	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	—	—	11.916.300	13.276.400
459	Sonstige personalbezogene Sachausgaben	—	—	49.608.400	48.350.400
	45 insgesamt	—	—	61.524.700	61.626.800
46	Globale Mehr- und Minderausgaben f. Personalausgaben				
461	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	—	—	393.778.600	542.185.800
462	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—	-12.060.000	-54.558.000
	46 insgesamt	—	—	381.718.600	487.627.800
	4 insgesamt	86.905.000	92.460.000	16.182.973.900	17.064.466.700
5	Sächliche Verwaltungsausgaben; Ausgaben für den Schuldendienst				
51	Sächliche Verwaltungsausgaben (51-54)				
511	Geschäftsbedarf	—	—	23.872.400	31.012.600
512	Bücher und Zeitschriften	—	—	11.174.900	10.109.400
513	Post- und Fernmeldegebühren	52.500.000	—	104.880.400	128.920.200
514	Haltung von Fahrzeugen und dgl.	—	—	32.049.000	35.786.700
515	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	41.573.400	41.850.700
516	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände (einschließlich Zuschüsse)	—	—	3.276.300	3.715.400
517	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	129.615.300	202.688.200
518	Mieten und Pachten	—	4.720.000	97.044.800	105.610.900
519	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	—	61.031.300	81.871.200
521	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	—	—	41.896.800	50.279.600
522	Verbrauchsmittel	3.000.000	3.000.000	62.464.400	81.476.600
523	Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen	—	—	22.289.200	28.121.600

Gruppierungsübersicht					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen					
Gruppe Nr.	Ausgaben	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2001 DM	2000 DM	2001 DM	2000 DM
524	Lehr- und Lernmittel	—	—	48.685.400	88.049.100
525	Aus- und Fortbildung, Umschulung	—	3.000.000	28.377.900	27.372.800
526	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	156.188.000	199.716.000	66.385.900	75.348.200
527	Reisekosten	2.200.000	—	51.583.300	52.906.600
529	Verfügungsmittel	—	200.000	2.210.100	2.377.600
531	Veröffentlichungen	1.000.000	52.700.000	11.497.800	10.352.700
532	Unterkunftsgeräte und Spinnstoffe	—	—	5.136.200	5.464.000
533	Sachaufwand der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung Außenstehender	—	—	2.873.200	4.572.200
534	Nutz- und Zuchtterhaltung	—	—	1.501.000	1.437.400
535	Geräte für Fachaufgaben	—	—	17.966.800	35.855.000
536	Verfahrensauslagen, besonders in Rechtssachen	—	—	298.409.300	328.494.200
537	Beförderungskosten	—	—	13.178.600	12.396.900
538	Dienstleistungen Außenstehender	229.877.500	752.540.000	776.669.600	667.027.100
539	Maßnahmen bei zivilen Notständen	—	—	—	72.800
541	Ehrenzeichen und sonstige Auszeichnungen	—	—	297.000	297.000
542	Umsatzsteuer, Lohnsteuer für die VBL-Umlage	—	—	11.412.300	11.704.900
543	Versicherungen	—	—	3.100	3.100
544	Rückz. vereinn. Beträge sowie Ausg. nach Schluss des Haushaltsjahres aus Anlass von Titelverwechslungen	—	—	249.800	250.300
546	Vermischter Sachaufwand	6.000.000	—	74.517.400	57.674.800
547	Nicht aufteilbarer Sachaufwand	5.750.000	20.000	174.695.500	297.295.400
548	Globale Mehrausgaben für sächl. Verwaltungsausgaben	—	—	—	—
549	Globale Minderausgaben f. sächl. Verwaltungsausgaben	—	—	-10.160.800	-910.800
	51 - 54 insgesamt	456.515.500	1.015.896.000	2.206.657.600	2.479.484.400
56	Zinsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftliche Zusammenschlüsse				
561	An Bund	—	—	31.627.900	31.117.000
562	An Länder	—	—	—	—
563	An Gemeinden (GV)	—	—	—	—
564	An Lastenausgleichsfonds	—	—	—	—
565	An ERP-Sondervermögen	—	—	—	—
567	An Zweckverbände	—	—	—	—
	56 insgesamt	—	—	31.627.900	31.117.000
57	Zinsausgaben an Kreditmarkt				
571	An öffentliche Unternehmen	—	—	10.000.000	10.262.000
572	An Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—	382.000	414.000
573	Für Ausgleichsforderungen	—	—	—	—
575	An sonstigen inländischen Kreditmarkt	—	—	4.353.965.700	4.206.961.000
576	An Ausland	—	—	78.102.000	77.380.000
	57 insgesamt	—	—	4.442.449.700	4.295.017.000
58	Tilgungsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen u. gebietskörperschaftl. Zusammenschlüsse				
581	An Bund	—	—	63.700.500	64.304.100
582	An Länder	—	—	—	—
583	An Gemeinden (GV)	—	—	—	—
584	An Lastenausgleichsfonds	—	—	1.000	1.000
585	An ERP-Sondervermögen	—	—	—	—
587	An Zweckverbände	—	—	—	—
	58 insgesamt	—	—	63.701.500	64.305.100
59	Tilgungsausgaben an Kreditmarkt				
591	An öffentliche Unternehmen	—	—	2.631.700	1.738.000
592	An Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—	2.070.000	2.110.000
593	Für Ausgleichsforderungen	—	—	—	—
595	An sonstigen inländischen Kreditmarkt	—	—	90.000	90.000
596	An Ausland	—	—	—	—
	59 insgesamt	—	—	4.791.700	3.938.000
	5 insgesamt	456.515.500	1.015.896.000	6.749.228.400	6.873.861.500

Gruppierungsübersicht					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen					
Gruppe Nr.	Ausgaben	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2001 DM	2000 DM	2001 DM	2000 DM
6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke mit Ausnahme für Investitionen				
61	Allgemeine Finanzzuweisungen an öffentlichen Bereich				
611	An Bund	—	—	—	—
612	An Länder	—	—	—	—
613	An Gemeinden (GV)	—	—	4.751.612.200	4.954.767.300
614	An Lastenausgleichsfonds	—	—	—	—
615	An ERP-Sondervermögen	—	—	—	—
616	An Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—	—	—
617	An Zweckverbände	—	—	—	—
618	Gewerbesteuerausgleich	—	—	—	—
619	Grundsteuerbeteiligung	—	—	—	—
	61 insgesamt	—	—	4.751.612.200	4.954.767.300
62	Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich				
621	An Bund	—	—	—	—
622	An Länder	—	—	—	—
623	An Gemeinden (GV)	—	—	—	—
624	An Lastenausgleichsfonds	—	—	—	—
625	An ERP-Sondervermögen	—	—	—	—
626	An Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—	—	—
627	An Zweckverbände	—	—	—	—
	62 insgesamt	—	—	—	—
63	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an öffentlichen Bereich				
631	An Bund	—	—	7.185.100	6.378.800
632	An Länder	—	—	29.905.800	33.792.200
633	An Gemeinden (GV)	—	—	13.355.100	11.690.500
634	An Lastenausgleichsfonds	—	—	—	—
635	An ERP-Sondervermögen	—	—	—	—
636	An Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	7.000.000	8.500.000	12.562.000	16.520.000
637	An Zweckverbände	—	—	—	—
	63 insgesamt	7.000.000	8.500.000	63.008.000	68.381.500
64	Sonstige Erstattungen an öffentlichen Bereich				
641	An Bund	—	—	49.566.300	53.467.600
642	An Länder	2.730.000	2.230.000	10.952.000	12.921.000
643	An Gemeinden (GV)	—	—	3.604.695.500	3.367.254.400
644	An Lastenausgleichsfonds	—	—	—	—
645	An ERP-Sondervermögen	—	—	—	—
646	An Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—	16.025.300	14.330.700
647	An Zweckverbände	—	—	290.000	360.000
	64 insgesamt	2.730.000	2.230.000	3.681.529.100	3.448.333.700
65	Sonstige Zuweisungen an öffentlichen Bereich				
651	An Bund	150.000	180.000	254.300	239.300
652	An Länder	—	—	19.235.500	18.578.800
653	An Gemeinden (GV)	73.849.500	13.620.900	391.751.000	272.424.200
654	An Lastenausgleichsfonds	—	—	7.500.000	9.000.000
655	An ERP-Sondervermögen	—	—	—	—
656	An Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—	450.000	500.000
657	An Zweckverbände	46.420.000	31.700.000	335.071.000	302.708.400
	65 insgesamt	120.419.500	45.500.900	754.261.800	603.450.700
66	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche				
661	An öffentliche Unternehmen (soweit nicht unter 669)	95.000.000	70.000.000	13.000.000	15.800.000
662	An private Unternehmen	—	30.000.000	600.000	1.320.000
663	An Sonstige im Inland	45.000.000	—	121.786.000	112.303.500
666	An Ausland	—	—	—	—
669	An kommunale Sondervermögen	—	—	—	—
	66 insgesamt	140.000.000	100.000.000	135.386.000	129.423.500

Gruppierungsübersicht					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen					
Gruppe Nr.	Ausgaben	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2001 DM	2000 DM	2001 DM	2000 DM
67	Erstattungen an sonstige Bereiche				
671	An öffentliche Unternehmen	698.542.000	327.654.000	64.622.100	81.093.400
672	An Sonstige im Inland	8.790.000	—	167.959.900	172.682.500
676	An Ausland	—	—	29.300	29.300
	67 insgesamt	707.332.000	327.654.000	232.611.300	253.805.200
68	Sonstige Zuschüsse an sonstige Bereiche				
681	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	2.431.800	16.357.800	580.399.300	523.211.600
682	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen (soweit nicht unter 661, 687 und 689)	111.211.200	3.830.000	3.398.442.200	1.544.590.500
683	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen (soweit nicht unter 662)	47.320.000	35.157.500	136.522.500	97.043.600
684	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	9.860.000	60.500.000	724.082.900	810.868.500
685	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	67.655.600	41.553.300	666.290.700	626.639.000
686	Zuschüsse für laufende Zwecke an Ausland	—	—	46.003.000	55.014.000
687	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen, soweit nicht durch den laufenden Betrieb bedingt	—	—	—	—
689	Zuschüsse für laufende Zwecke an kommunale Sondervermögen	—	—	5.100.000	9.150.000
	68 insgesamt	238.478.600	157.398.600	5.556.840.600	3.666.517.200
69	Vermögensübertragung, soweit nicht für Investitionen				
691	An Bund, soweit nicht Investitionszuweisungen	—	—	—	—
692	An Länder, soweit nicht Investitionszuweisungen	—	—	—	—
693	An Gemeinden, soweit nicht Investitionszuweisungen	—	—	—	—
697	An Unternehmen, soweit nicht Investitionszuschüsse	—	—	—	—
698	An Sonstige im Inland, soweit nicht Invest.zuschüsse	225.000	225.000	250.000	250.000
699	An Ausland, soweit nicht Investitionszuschüsse	—	—	—	—
	69 insgesamt	225.000	225.000	250.000	250.000
	6 insgesamt	1.216.185.100	641.508.500	15.175.499.000	13.124.929.100
7	Bausausgaben				
711	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	77.440.000	59.374.000
712	Hochbaumaßnahmen (712 - 729)	218.000.000	192.964.900	223.220.000	395.305.000
731	Straßenbaumaßnahmen (731 - 739)	48.500.000	49.000.000	134.300.000	101.700.000
741	Hafenbaumaßnahmen (741 - 759)	—	—	34.000.000	36.000.000
761	Sonstige Tiefbaumaßnahmen (761 - 779)	80.000.000	80.500.000	95.393.700	178.450.200
	7 insgesamt	346.500.000	322.464.900	564.353.700	770.829.200
8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen				
81	Erwerb von beweglichen Sachen				
811	Von Fahrzeugen im Inland	9.772.000	7.710.000	31.834.200	38.013.100
812	Von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	24.350.000	76.575.000	160.975.800	269.627.900
813	Von sonstigen beweglichen Sachen im Inland	5.000.000	6.500.000	12.710.100	13.094.400
816	Von Fahrzeugen im Ausland	—	—	—	—
817	Von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Ausland	—	—	—	—
818	Von sonstigen beweglichen Sachen im Ausland	—	—	—	—
	81 insgesamt	39.122.000	90.785.000	205.520.100	320.735.400
82	Erwerb von unbeweglichen Sachen				
821	Von Grundstücken	200.000	60.500.000	13.311.600	26.131.200
	82 insgesamt	200.000	60.500.000	13.311.600	26.131.200
83	Erwerb von Beteiligungen und dgl.				
831	Von Beteiligungen und dgl. im Inland	—	—	1.150.350.000	6.193.100
836	Von Beteiligungen und dgl. im Ausland	—	—	—	—
	83 insgesamt	—	—	1.150.350.000	6.193.100

Gruppierungsübersicht Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen					
Gruppe Nr.	Ausgaben	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2001 DM	2000 DM	2001 DM	2000 DM
85	Darlehen an öffentlichen Bereich				
851	An Bund	—	—	—	—
852	An Länder	—	—	—	—
853	An Gemeinden (GV)	—	—	—	—
854	An Lastenausgleichsfonds	—	—	—	—
855	An ERP-Sondervermögen	—	—	—	—
856	An Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—	—	—
857	An Zweckverbände	—	—	—	—
	85 insgesamt	—	—	—	—
86	Darlehen an sonstige Bereiche				
861	An öffentliche Unternehmen	—	—	100.000.000	—
862	An private Unternehmen	—	—	1.000.000	1.000.000
863	An Sonstige im Inland	—	—	125.758.000	112.103.000
866	An Ausland	—	—	—	—
	86 insgesamt	—	—	226.758.000	113.103.000
87	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen				
871	Gewährleistungen	—	—	60.000.000	75.000.000
	87 insgesamt	—	—	60.000.000	75.000.000
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich				
881	An Bund	—	—	35.260.000	35.510.000
882	An Länder	—	—	2.880.000	3.300.000
883	An Gemeinden (GV)	399.470.600	97.687.600	976.328.800	999.893.700
884	An Lastenausgleichsfonds	—	—	—	—
885	An ERP-Sondervermögen	—	—	—	—
886	An Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—	—	—
887	An Zweckverbände	—	—	8.000.000	7.010.800
	88 insgesamt	399.470.600	97.687.600	1.022.468.800	1.045.714.500
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche				
891	An öffentliche Unternehmen	454.648.000	88.109.000	746.954.600	712.908.800
	(soweit nicht unter 899)				
892	An private Unternehmen	38.400.000	70.500.000	444.058.500	334.625.600
893	An Sonstige im Inland	175.622.000	100.660.500	637.994.600	633.954.700
896	An Ausland	—	—	100.000	—
899	An kommunale Sondervermögen	110.000.000	100.000.000	210.433.900	217.945.800
	89 insgesamt	778.670.000	359.269.500	2.039.541.600	1.899.434.900
	8 insgesamt	1.217.462.600	608.242.100	4.717.950.100	3.486.312.100
9	Besondere Finanzierungsausgaben				
91	Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke				
911	An die Allgemeine Rücklage	—	—	35.444.000	35.444.000
912	An Betriebsmittelrücklage	—	—	—	—
913	An Schuldendienstrücklage	—	—	—	—
914	An Bürgschaftssicherungsrücklage	—	—	—	—
915	An Konjunkturausgleichsrücklage	—	—	—	—
916	An Fonds und Stöcke	—	—	24.203.500	5.021.600
919	Sonstige Zuführungen	—	—	400.000	—
	91 insgesamt	—	—	60.047.500	40.465.600
96	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren				
961	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	—	—	—	—
	96 insgesamt	—	—	—	—
97	Globale Mehr- und Minderausgaben				
971	Globale Mehrausgaben	11.800.000	—	141.402.000	31.050.000
972	Globale Minderausgaben	—	—	-439.487.000	-427.487.000
	97 insgesamt	11.800.000	—	-298.085.000	-396.437.000

Gruppierungsübersicht Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen					
Gruppe Nr.	Ausgaben	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2001 DM	2000 DM	2001 DM	2000 DM
98	Haushaltstechnische Verrechnungen				
981	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	521.709.200	50.160.700
982	Durchlaufende Gelder	—	—	19.278.000	21.289.000
984	Nicht aufteilbare Personalausgaben der staatlichen Bauleitung	—	—	18.350.000	23.150.000
985	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben der staatlichen Bauleitung	—	—	50.000	50.000
986	Vergütungen freischaffender Architektinnen und Architekten	—	—	—	—
987	Vergütungen freischaffender Sonderfachleute	—	—	500.000	700.000
988	Nicht aufteilbarer Sachaufwand der staatlichen Bauleitung	—	—	1.405.000	2.305.000
	98 insgesamt	—	—	561.292.200	97.654.700
	9 insgesamt	11.800.000	—	323.254.700	-258.316.700
	4 - 9 Gesamtausgaben	3.335.368.200	2.680.571.500	43.713.259.800	41.062.081.900

Funktionenübersicht					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen					
Funktion	Einnahmen	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2001 DM	2000 DM	2001 DM	2000 DM
0	Allgemeine Dienste				
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung				
011	Politische Führung	—	—	60.379.500	67.995.100
012	Innere Verwaltung	—	—	27.454.500	27.403.900
013	Informationswesen	—	—	—	—
014	Statistischer Dienst	—	—	672.500	567.500
015	Zivildienst	—	—	—	—
016	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	—	—	593.658.600	192.327.900
017	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	—	—	8.772.000	10.112.000
018	Hochbauverwaltung	—	—	174.898.300	212.804.100
019	Sonstige allgemeine Staatsaufgaben	—	—	34.000	7.000
	01 insgesamt	—	—	865.869.400	511.217.500
02	Auswärtige Angelegenheiten				
021	Auslandsvertretungen	—	—	—	—
022	Internationale Organisationen	—	—	—	—
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit	—	—	15.000	15.000
024	Auslandsschulwesen u. kult. Angelegenheiten im Ausland	—	—	—	—
029	Sonstiges	—	—	—	—
	02 insgesamt	—	—	15.000	15.000
03	Verteidigung (nur Bund)				
031	Verwaltung	—	—	—	—
032	Deutsche Verteidigungsstreitkräfte	—	—	—	—
033	Verteid.lasten im Zus.hang mit dem Aufenthalt ausl. Streitkr.	—	—	—	—
034	Zivile Verteidigung	—	—	—	—
036	Wissenschaftliche Forschung	—	—	—	—
037	Unterhaltssicherung	—	—	—	—
	03 insgesamt	—	—	—	—
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung				
041	Bundesgrenzschutz (nur Bund)	—	—	—	—
042	Polizei	—	—	36.199.800	36.564.500
043	Öffentliche Ordnung (nur Stadtstaaten)	—	—	—	—
044	Brandschutz	—	—	1.835.200	371.200
045	Katastrophenschutz	—	—	1.500.000	2.400.000
049	Sonstiges	—	—	11.846.000	11.799.000
	04 insgesamt	—	—	51.381.000	51.134.700
05	Rechtsschutz				
051	Verfassungsgerichte	—	—	—	—
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	—	—	699.588.000	699.209.000
053	Verwaltungsgerichte	—	—	6.108.000	5.880.500
054	Arbeits- und Sozialgerichte	—	—	5.959.200	6.061.100
055	Finanzgerichte	—	—	2.252.000	2.252.000
056	Justizvollzugsanstalten	—	—	16.422.800	16.200.000
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	—	—	—	—
	05 insgesamt	—	—	730.330.000	729.602.600
	0 insgesamt	—	—	1.647.595.400	1.291.969.800

Funktionenübersicht					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen					
Funktion	Einnahmen	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2001 DM	2000 DM	2001 DM	2000 DM
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung,kult. Angelegenheiten				
11	Verwaltung				
111	Unterrichtsverwaltung	—	—	1.059.000	1.014.000
112	Wissenschafts- und Forschungs- verwaltung	—	—	15.000	5.000
113	Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten	—	—	476.000	440.000
	11 insgesamt	—	—	1.550.000	1.459.000
12	Schulen und vorschulische Bildung				
121	Grund- und Hauptschulen	—	—	1.471.000	1.491.000
122	Sonderschulen	—	—	27.059.900	28.299.500
123	Realschulen	—	—	355.000	220.000
124	Gymnasien	—	—	4.890.500	5.326.900
125	Gesamtschulen	—	—	240.000	153.000
126	Kindergärten	—	—	—	—
127	Berufliche Schulen	—	—	13.018.800	2.903.000
128	Fachschulen	—	—	102.500	141.900
129	Sonstiges	—	—	9.109.000	8.655.600
	12 insgesamt	—	—	56.246.700	47.190.900
13	Hochschulen				
131	Universitäten, Techn. Hoch- schulen, Techn. Universitä. ...	—	—	153.297.700	320.549.300
132	Hochschulkliniken	—	—	2.146.800	10.396.800
133	Verwaltungsfachhochschulen	—	—	1.555.400	530.400
136	Kunsthochschulen	—	—	423.000	1.048.700
137	Fachhochschulen	—	—	32.368.000	23.061.000
138	Deutsche Forschungsgemein- schaft, Sonderforschungsber.	—	—	—	128.098.200
139	Sonstiges	—	—	48.730.000	52.830.100
	13 insgesamt	—	—	238.520.900	536.514.500
14	Förderung des Bildungswesens				
141	Ausbildungsförderung für Schülerinnen und Schüler	—	—	58.113.900	45.786.000
142	Ausbildungsförderung für Studierende	—	—	163.604.600	131.874.100
143	Andere Förderungsmaßnahmen für Schülerinnen und Schüler	—	—	—	—
144	Andere Förderungsmaßnahmen für Studierende	—	—	—	—
145	Schülerbeförderung	—	—	—	—
146	Studentenwohnraumförderung	—	—	—	—
149	Sonstiges	—	—	—	—
	14 insgesamt	—	—	221.718.500	177.660.100
15	Sonstiges Bildungswesen				
151	Außerschulische Jugendbildung	—	—	604.000	604.000
152	Volkshochschulen	—	—	—	—
153	Sonstige Weiterbildung	—	—	307.000	307.000
154	Lehrerfortbildung	—	—	347.400	684.400
155	Betriebl. und überbetriebliche berufliche Aus- und Fortbildung	—	—	900.000	—
156	Förderung der politischen Bildung	—	—	136.000	156.000
157	Bibliothekswesen	—	—	—	—
158	Berufsakademien, Fachakademien	—	—	—	—
159	Sonstiges	—	—	43.500	63.500
	15 insgesamt	—	—	2.337.900	1.814.900

Funktionenübersicht					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen					
Funktion	Einnahmen	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2001 DM	2000 DM	2001 DM	2000 DM
16	Wissensch.,Forschung, Entw. außerh. d. Hochschulen (16/17)				
161	Fächerübergreifende Förd.- und Trägerorg. in Wiss. u. Forsch.	—	—	—	—
162	Wiss. Biblioth., Archive, Doku- mentation, Dokument.- Forschung	—	—	19.285.300	16.594.300
163	Wissenschaftliche Museen	—	—	—	—
165	Kernforschung	—	—	—	—
166	Sonstige Energieforschung	—	—	—	—
167	Weltraumforschung und -technik	—	—	—	—
168	Informatik, Datenverarbeitung	—	—	—	—
169	Technologische Forschung und Entwicklung	—	—	—	—
171	Wirtschaft einschließlich Infrastruktur	—	—	—	—
172	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	—	—	—	—
173	Reinhalt. von Luft,Wasser,Erde Lärmbekämpf., Reaktorsicherh.	—	—	—	—
174	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	—	—	520.100	492.000
175	Soziale Fragen, Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen	—	—	—	—
176	Bau- und Wohnungswesen, Raum- und Städteplanung	—	—	—	—
177	Boden- und Meeresforschung	—	—	9.928.700	12.535.500
178	Bildungswesen	—	—	1.929.000	1.864.200
179	Sonstiges	—	—	32.313.700	39.940.100
	16/17 insgesamt	—	—	63.976.800	71.426.100
18	Kunst- und Kulturpflege				
181	Theater	—	—	32.300.100	31.019.300
182	Berufssorchester und -chöre, sonstige Musikpflege	—	—	—	—
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	—	—	1.620.600	1.862.600
184	Denkmalschutz und Denkmal- pflege	—	—	399.200	399.200
185	Naturschutz und Landschafts- pflege	—	—	2.839.000	2.760.500
189	Sonstiges	—	—	7.205.400	7.205.400
	18 insgesamt	—	—	44.364.300	43.247.000
190	Kirchliche Angelegenheiten	—	—	—	—
	1 insgesamt	—	—	628.715.100	879.312.500
2	Soz. Sicherung, soz. Kriegsfol- geaufgaben, Wiedergutmachung				
21	Verwaltung				
211	Versicherungsbehörden	—	—	—	—
212	Sozialamt, Sozialhilfeverband, Landeswohlfahrtsverband	—	—	2.308.400	1.279.500
213	Jugendämter	—	—	—	4.000
214	Versorgungsämter	—	—	—	—
215	Lastenausgleichsverwaltung	—	—	—	—
216	Wiedergutmachungsbehörden	—	—	—	—
219	Sonstige Behörden im Bereich der sozialen Sicherung	—	—	—	—
	21 insgesamt	—	—	2.308.400	1.283.500

Funktionenübersicht					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen					
Funktion	Einnahmen	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2001 DM	2000 DM	2001 DM	2000 DM
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung				
221	Rentenversicherung der Angest., Arbeiterinnen u. Arbeiter(Bund)	—	—	—	—
222	Knappschaftsversicherung (Bund)	—	—	—	—
223	Unfallversicherung	—	—	5.606.500	3.861.400
224	Krankenversicherung	—	—	—	—
225	Arbeitslosenversicherung (Bund)	—	—	—	—
226	Altershilfe für Landwirtinnen und Landwirte (Bund)	—	—	—	—
227	Pflegeversicherung	—	—	—	—
229	Sonstige Sozialversicherungen	—	—	—	—
	22 insgesamt	—	—	5.606.500	3.861.400
23	Familien-, Sozial- und Jugendhilfe				
231	Kindergeld	—	—	—	—
232	Erziehungsgeld, Mutterschutz (Bund)	—	—	—	—
233	Wohngeld	—	—	405.000.000	427.000.000
234	Sozialhilfeleistungen	—	—	174.860.000	172.165.000
235	Einrichtungen der Sozialhilfe des öffentl. Bereichs	—	—	7.920.500	33.009.000
236	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	—	—	2.000	2.000
237	Jugendhilfeleistungen	—	—	81.557.000	104.360.000
238	Einrichtungen der Jugendhilfe des öffentl. Bereichs	—	—	3.330.000	5.030.000
239	Förderung der freien Jugendhilfe	—	—	40.000	40.000
	23 insgesamt	—	—	672.709.500	741.606.000
24	Soz. Leistungen für Folgen von Krieg und polit. Ereignissen				
241	Leistungen der KriegsofERVER- sorg. u. gleichart. Leist.(Bd.)	—	—	—	—
242	Einrichtungen der KriegsofERVER- versorgung	—	—	—	—
243	Lastenausgleich	—	—	—	—
244	Wiedergutmachung nach den Entschädigungsgesetzen	—	—	105.000	198.200
245	Sonst. Wiedergutmachungsleist.	—	—	382.000	380.500
246	Vertriebene und Flüchtlinge	—	—	23.193.500	24.175.700
247	KriegsofERVERfürsorge	—	—	65.820.400	74.316.800
249	Sonstiges	—	—	11.775.000	4.339.000
	24 insgesamt	—	—	101.275.900	103.410.200
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz				
251	Arbeitslosenhilfe (Bund)	—	—	—	—
252	Hilfen f. Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	—	—	8.418.000	11.718.000
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen u. produktive Arbeitsförderung	—	—	114.025.000	83.460.000
254	Arbeitsschutz	—	—	10.492.000	12.022.000
	25 insgesamt	—	—	132.935.000	107.200.000
260	Naturkatastrophen	—	—	—	—
270	Förderung d. Vermögensbildung	—	—	1.000	1.000
290	Sonst. soziale Angelegenheiten	—	—	12.762.000	96.952.500
	2 insgesamt	—	—	927.598.300	1.054.314.600

Funktionenübersicht					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen					
Funktion	Einnahmen	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2001 DM	2000 DM	2001 DM	2000 DM
3	Gesundheit, Sport und Erholung				
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens				
311	Gesundheitsbehörden	—	—	580.000	580.000
312	Krankenhäuser und Heilstätten	—	—	167.600.000	172.992.900
314	Maßnahmen d. Gesundheitswesens	—	—	5.367.100	8.529.200
319	Sonstiges	—	—	—	5.000
	31 insgesamt	—	—	173.547.100	182.107.100
32	Sport und Erholung				
321	Park- und Gartenanlagen	—	—	—	—
322	Badeanstalten	—	—	—	—
323	Sportstätten	—	—	180.000	180.000
324	Förderung des Sports	—	—	10.000	10.000
329	Sonstiges	—	—	—	—
	32 insgesamt	—	—	190.000	190.000
330	Reinhalt. von Luft, Wasser, Erde Lärmbekämpf., Reaktorsicherh.	—	—	22.258.000	1.705.600
	3 insgesamt	—	—	195.995.100	184.002.700
4	Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste				
41	Wohnungswesen				
411	Förderung des Wohnungsbaus	—	—	207.333.400	209.293.500
419	Sonstiges	—	—	—	—
	41 insgesamt	—	—	207.333.400	209.293.500
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen				
421	Kataster- und Vermessungsver- waltung	—	—	152.191.700	137.463.800
422	Raumordnung, Landesplanung	—	—	3.000	3.000
	42 insgesamt	—	—	152.194.700	137.466.800
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste				
431	Straßenbeleuchtung	—	—	—	—
432	Ortsentwässerung	—	—	—	—
433	Müllbeseitigung u. -verwertung	—	—	—	—
434	Straßenreinigung	—	—	—	—
435	Schlacht- und Viehhöfe	—	—	—	—
439	Sonstiges	—	—	—	—
	43 insgesamt	—	—	—	—
440	Städtebauförderung	—	—	15.294.500	7.844.700
	4 insgesamt	—	—	374.822.600	354.605.000
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
51	Verwaltung (ohne Betriebs- verwaltung)				
511	Ernährung und Landwirtschaft	—	—	14.877.500	13.580.500
512	Forsten	—	—	150.000	108.000
	51 insgesamt	—	—	15.027.500	13.688.500

Funktionenübersicht					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen					
Funktion	Einnahmen	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2001 DM	2000 DM	2001 DM	2000 DM
52	Verbesserung der Agrarstruktur				
521	Flurbereinigung	—	—	—	—
522	Einzelbetriebliche Maßnahmen	—	—	264.000	314.000
523	Verbesserung der Marktstruktur	—	—	12.800.000	19.800.000
524	Wirtschaftswege	—	—	—	—
528	EG-Ausrichtungsfonds	—	—	—	—
529	Sonstiges	—	—	148.591.800	150.912.000
	52 insgesamt	—	—	161.655.800	171.026.000
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen				
531	EG-Garantiefonds	—	—	—	—
532	Marktordnungen (einschl. EG)	—	—	5.830.000	5.830.000
533	Gasölverbilligung	—	—	—	—
534	Aufwertungsausgleich	—	—	—	—
539	Sonstiges	—	—	—	—
	53 insgesamt	—	—	5.830.000	5.830.000
54	Sonstige Bereiche				
541	Versuchsgüter und -felder	—	—	—	—
542	Fischerei	—	—	9.057.000	167.000
549	Sonstiges	—	—	128.571.000	46.239.200
	54 insgesamt	—	—	137.628.000	46.406.200
	5 insgesamt	—	—	320.141.300	236.950.700
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen				
610	Verwaltung	—	—	7.580.500	11.484.100
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau				
621	Kernenergie	—	—	58.000	3.455.000
622	Sonstige Energieformen	—	—	—	—
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau	—	—	229.291.100	229.275.100
624	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	—	—	—	—
625	Küstenschutz	—	—	110.298.400	115.588.600
626	Erdölversorgung	—	—	—	—
627	Sonstige Energieversorgung	—	—	—	—
628	Sonstige Rohstoffbeschaffungsmaßnahmen	—	—	—	—
629	Sonstiges	—	—	—	—
	62 insgesamt	—	—	339.647.500	348.318.700
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe				
631	Kohlenbergbau	—	—	—	—
632	Sonstiger Bergbau	—	—	450.100.000	226.050.000
633	Sonstige Grundstoffproduktion	—	—	—	—
634	Verarbeitende Industrie	—	—	—	—
635	Handwerk und Kleingewerbe	—	—	—	—
638	Baugewerbe	—	—	—	—
639	Sonst. verarbeitendes Gewerbe	—	—	—	—
	63 insgesamt	—	—	450.100.000	226.050.000

Funktionenübersicht					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen					
Funktion	Einnahmen	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2001 DM	2000 DM	2001 DM	2000 DM
64	Handel				
641	Handel (allgemein)	—	—	—	—
642	Exportförderung,Auslandsmessen	—	—	—	—
643	Märkte und Inlandsmessen	—	—	—	—
649	Sonstiges	—	—	—	—
	64 insgesamt	—	—	—	—
650	Fremdenverkehr	—	—	—	—
66	Geld- und Versicherungswesen				
661	Banken und sonstige Kreditinstitute	—	—	—	—
662	Versicherungen	—	—	—	—
669	Sonstiges	—	—	—	—
	66 insgesamt	—	—	—	—
670	Sonstige Dienstleistungen	—	—	—	38.900
680	Sonstige Bereiche	—	—	—	—
69	Regionale Förderungsmaßnahmen				
691	Betriebliche Investitionen	—	—	—	—
692	Verbesserung der Infrastruktur	—	—	89.504.000	77.058.500
699	Sonstiges	—	—	234.015.000	64.781.000
	69 insgesamt	—	—	323.519.000	141.839.500
	6 insgesamt	—	—	1.120.847.000	727.731.200
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen				
71	Verwaltung				
711	Straßen- und Brückenbau	—	—	6.103.000	6.826.000
712	Wasserstraßen und Häfen	—	—	10.800.000	4.442.600
719	Sonstiges	—	—	—	—
	71 insgesamt	—	—	16.903.000	11.268.600
72	Straßen				
721	Bundesautobahnen	—	—	125.300.000	94.070.000
722	Bundesstraßen	—	—	26.424.000	28.542.000
723	Landesstraßen	—	—	4.585.000	4.024.000
724	Kreisstraßen	—	—	11.210.000	6.780.000
725	Gemeindestraßen	—	—	121.027.000	120.998.000
729	Sonstiges	—	—	—	—
	72 insgesamt	—	—	288.546.000	254.414.000
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt				
731	Wasserstraßen und Häfen	—	—	49.070.000	43.188.000
732	Förderung der Schifffahrt	—	—	—	—
	73 insgesamt	—	—	49.070.000	43.188.000
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr				
741	Maßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr	—	—	1.170.226.000	1.174.666.500
749	Sonstiges	—	—	—	—
	74 insgesamt	—	—	1.170.226.000	1.174.666.500

Funktionenübersicht					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen					
Funktion	Einnahmen	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2001 DM	2000 DM	2001 DM	2000 DM
75	Luftfahrt				
751	Flugsicherung	—	—	175.000	175.000
759	Sonstiges	—	—	—	—
	75 insgesamt	—	—	175.000	175.000
760	Wetterdienst	—	—	—	—
77	Nachrichtenwesen				
771	Post- und Fernmeldewesen	—	—	—	—
772	Rundfunkanstalten und Fernsehen	—	—	—	—
	77 insgesamt	—	—	—	—
780	Sonstige Bereiche	—	—	—	—
	7 insgesamt	—	—	1.524.920.000	1.483.712.100
8	Wirtsch.untern., allg. Grd.- u. Kapitalvermög., Sondervermög.				
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen				
811	Domänen	—	—	15.031.300	15.095.400
812	Forsten	—	—	164.077.400	183.383.500
	81 insgesamt	—	—	179.108.700	198.478.900
82	Versorgungsunternehmen				
821	Elektrizitätsunternehmen	—	—	—	—
822	Gasunternehmen	—	—	—	—
823	Wasserunternehmen	—	—	—	—
824	Kombinierte Versorgungsuntern.	—	—	—	—
829	Sonstiges	—	—	—	—
	82 insgesamt	—	—	—	—
83	Verkehrsunternehmen				
831	Straßenverkehrsunternehmen	—	—	—	—
832	Eisenbahnen	—	—	—	—
833	Schifffahrt	—	—	—	—
834	Häfen und Umschlag	—	—	—	—
835	Flughäfen und Luftverkehr	—	—	—	—
839	Sonstige Verkehrsunternehmen	—	—	—	—
	83 insgesamt	—	—	—	—
840	Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	—	—	—	—
85	Bergbau- und Gewerbeunternehmen				
851	Bergbau	—	—	—	—
852	Industrielle Unternehmen	—	—	—	—
853	Banken und Kreditinstitute	—	—	29.000.000	23.000.000
854	Münzbetriebe	—	—	—	—
859	Sonstiges	—	—	—	—
	85 insgesamt	—	—	29.000.000	23.000.000
86	Sonstige Wirtschaftsunternehmen				
861	Staatsbäder	—	—	—	—
862	Lotterie, Lotto, Toto	—	—	326.700.000	285.300.000
869	Sonstiges	—	—	128.595.000	4.115.000
	86 insgesamt	—	—	455.295.000	289.415.000

Funktionenübersicht					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen					
Funktion	Einnahmen	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2001 DM	2000 DM	2001 DM	2000 DM
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen				
871	Allgemeines Grundvermögen	—	—	431.600	230.000
872	Allgemeines Kapitalvermögen	—	—	86.408.200	85.179.300
873	Sondervermögen	—	—	—	—
	87 insgesamt	—	—	86.839.800	85.409.300
	8 insgesamt	—	—	750.243.500	596.303.200
9	Allgemeine Finanzwirtschaft				
910	Steuern und allgemeine Finanzausweisungen	—	—	30.455.800.000	31.012.000.000
92	Schulden				
921	Ausgleichsforderungen	—	—	—	—
922	Schuldenaufn. u. Schuldendienst für Wohnungsbau	—	—	41.640.000	46.274.000
923	für ländliche Siedlung	—	—	—	—
924	für Entwicklungshilfe	—	—	—	—
925	für Hafen- und Umschlagseinrichtungen (Stadtstaaten)	—	—	—	—
926	für Wirtschaftsunternehmen	—	—	—	—
928	für sonstige Schulden	—	—	4.051.500.000	2.731.500.000
929	für Auslandsschulden	—	—	-250.000.000	-80.000.000
	92 insgesamt	—	—	3.843.140.000	2.697.774.000
93	Versorgung				
931	Versorgung der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen u. Richter	—	—	218.003.900	96.398.500
932	Versorgung der Soldaten der Bundeswehr	—	—	—	—
933	Beihilfen f. Versorgungsempfängerinnen u. Versorgungsempf.	—	—	—	—
934	Versorg.ausg., die durch das 2. Überl.Ges. vom Bund übern....	—	—	—	—
935	Versorg. v. verdrängten Angeh. des öff. Dienst...(nach G 131)	—	—	107.810.000	108.319.700
936	Versorg. von Berufssoldaten der früh. Wehrmacht...(nach G 131)	—	—	—	—
	93 insgesamt	—	—	325.813.900	204.718.200
940	Beihilfen, Unterstützungen u.ä.	—	—	—	—
950	Rücklagen	—	—	1.036.335.400	215.633.200
960	Sonstiges	—	—	—	25.400.000
970	Abwicklung der Vorjahre	—	—	—	—
98	Globalposten				
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben	—	—	—	—
988	Globale Mehrausgaben / Globale Mindereinnahmen	—	—	—	—
989	Globale Minderausgaben / Globale Mehreinnahmen	—	—	—	—
	98 insgesamt	—	—	—	—
990	Haushaltstechn. Verrechnungen	—	—	561.292.200	97.654.700
	9 insgesamt	—	—	36.222.381.500	34.253.180.100
	0 - 9 Gesamteinnahmen	—	—	43.713.259.800	41.062.081.900

Funktionenübersicht					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen					
Funktion	Ausgaben	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2001 DM	2000 DM	2001 DM	2000 DM
0	Allgemeine Dienste				
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung				
011	Politische Führung	21.600.000	3.920.000	461.283.600	496.789.500
012	Innere Verwaltung	2.000.000	3.800.000	324.138.700	323.391.200
013	Informationswesen	—	—	2.125.000	1.123.600
014	Statistischer Dienst	—	—	48.910.500	45.633.000
015	Zivildienst	—	—	—	—
016	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	9.000.000	12.000.000	982.588.100	989.545.400
017	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	—	—	8.530.500	9.127.500
018	Hochbauverwaltung	—	—	229.727.600	249.085.500
019	Sonstige allgemeine Staatsaufgaben	—	220.000	33.299.100	26.866.900
	01 insgesamt	32.600.000	19.940.000	2.090.603.100	2.141.562.600
02	Auswärtige Angelegenheiten				
021	Auslandsvertretungen	—	—	—	—
022	Internationale Organisationen	—	—	—	—
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit	5.100.000	100.000	3.640.100	3.627.100
024	Auslandsschulwesen u. kult. Angelegenheiten im Ausland	—	—	1.452.800	1.452.800
029	Sonstiges	—	—	282.800	283.800
	02 insgesamt	5.100.000	100.000	5.375.700	5.363.700
03	Verteidigung (nur Bund)				
031	Verwaltung	—	—	—	—
032	Deutsche Verteidigungsstreitkräfte	—	—	—	—
033	Verteid.lasten im Zus.hang mit dem Aufenthalt ausl. Streitkr.	—	—	—	—
034	Zivile Verteidigung	—	—	—	—
036	Wissenschaftliche Forschung	—	—	—	—
037	Unterhaltssicherung	—	—	—	—
	03 insgesamt	—	—	—	—
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung				
041	Bundesgrenzschutz (nur Bund)	—	—	—	—
042	Polizei	86.500.000	27.600.000	1.754.306.300	1.791.241.900
043	Öffentliche Ordnung (nur Stadtstaaten)	—	—	—	—
044	Brandschutz	992.000	—	64.402.800	71.271.700
045	Katastrophenschutz	—	—	2.911.000	3.849.700
049	Sonstiges	420.000	—	46.621.100	48.928.000
	04 insgesamt	87.912.000	27.600.000	1.868.241.200	1.915.291.300
05	Rechtsschutz				
051	Verfassungsgerichte	—	—	367.700	368.800
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	1.200.000	—	1.207.705.700	1.197.606.400
053	Verwaltungsgerichte	—	—	48.533.100	48.352.200
054	Arbeits- und Sozialgerichte	10.237.500	—	75.243.800	72.980.900
055	Finanzgerichte	—	—	13.923.100	12.277.000
056	Justizvollzugsanstalten	4.661.800	6.087.800	380.105.400	404.297.400
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	—	—	4.400	4.400
	05 insgesamt	16.099.300	6.087.800	1.725.883.200	1.735.887.100
	0 insgesamt	141.711.300	53.727.800	5.690.103.200	5.798.104.700

Funktionenübersicht					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen					
Funktion	Ausgaben	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2001 DM	2000 DM	2001 DM	2000 DM
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung,kult. Angelegenheiten				
11	Verwaltung				
111	Unterrichtsverwaltung	—	—	42.668.500	42.344.800
112	Wissenschafts- und Forschungs- verwaltung	—	—	3.687.800	3.589.300
113	Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten	—	—	—	—
	11 insgesamt	—	—	46.356.300	45.934.100
12	Schulen und vorschulische Bildung				
121	Grund- und Hauptschulen	—	—	5.826.758.200	2.577.177.700
122	Sonderschulen	—	—	113.680.600	514.564.900
123	Realschulen	—	—	1.222.300	418.195.100
124	Gymnasien	—	—	227.971.200	1.183.567.100
125	Gesamtschulen	—	—	1.596.300	336.918.500
126	Kindergärten	—	—	—	5.510.000
127	Berufliche Schulen	—	—	95.953.000	995.889.800
128	Fachschulen	—	—	350.000	2.548.600
129	Sonstiges	2.267.800	—	313.291.400	279.231.900
	12 insgesamt	2.267.800	—	6.580.823.000	6.313.603.600
13	Hochschulen				
131	Universitäten, Techn. Hoch- schulen, Techn. Universitä. ...	635.886.000	300.784.900	1.962.566.300	2.207.977.300
132	Hochschulkliniken	2.925.000	19.950.000	612.102.000	553.301.800
133	Verwaltungsfachhochschulen	—	—	19.011.800	6.979.800
136	Kunsthochschulen	20.000	—	57.578.500	42.989.700
137	Fachhochschulen	470.000	—	513.245.400	66.931.200
138	Deutsche Forschungsgemein- schaft, Sonderforschungsber.	—	—	80.726.200	85.296.800
139	Sonstiges	100.041.200	40.000.000	101.145.700	96.891.400
	13 insgesamt	739.342.200	360.734.900	3.346.375.900	3.060.368.000
14	Förderung des Bildungswesens				
141	Ausbildungsförderung für Schülerinnen und Schüler	—	—	89.406.000	70.440.000
142	Ausbildungsförderung für Studierende	—	—	251.084.000	203.858.000
143	Andere Förderungsmaßnahmen für Schülerinnen und Schüler	—	—	579.000	602.000
144	Andere Förderungsmaßnahmen für Studierende	—	—	64.870.700	58.890.600
145	Schülerbeförderung	—	—	—	—
146	Studentenwohnraumförderung	—	—	3.423.000	3.734.500
149	Sonstiges	—	—	462.800	462.800
	14 insgesamt	—	—	409.825.500	337.987.900
15	Sonstiges Bildungswesen				
151	Außerschulische Jugendbildung	—	—	604.000	604.000
152	Volkshochschulen	—	—	98.818.600	97.827.200
153	Sonstige Weiterbildung	—	—	203.400	178.400
154	Lehrerfortbildung	—	—	13.142.000	13.147.900
155	Betriebl. und überbetriebliche berufliche Aus- und Fortbildung	61.000.000	—	31.245.300	27.780.300
156	Förderung der politischen Bildung	250.000	250.000	9.649.600	8.288.300
157	Bibliothekswesen	—	—	—	—
158	Berufsakademien, Fachakademien	—	—	162.000	162.000
159	Sonstiges	—	—	16.850.800	20.039.400
	15 insgesamt	61.250.000	250.000	170.675.700	168.027.500

Funktionenübersicht					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen					
Funktion	Ausgaben	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2001 DM	2000 DM	2001 DM	2000 DM
16	Wissensch.,Forschung, Entw. außerh. d. Hochschulen (16/17)				
161	Fächerübergreifende Förd.- und Trägerorg. in Wiss. u. Forsch.	—	—	90.809.000	91.087.500
162	Wiss. Biblioth., Archive, Doku- mentation, Dokument.- Forschung	—	—	103.810.100	90.197.900
163	Wissenschaftliche Museen	—	—	—	—
165	Kernforschung	—	—	1.149.000	1.202.900
166	Sonstige Energieforschung	3.384.000	—	17.772.100	15.574.100
167	Weltraumforschung und -technik	—	—	10.493.400	10.321.700
168	Informatik, Datenverarbeitung	—	—	—	—
169	Technologische Forschung und Entwicklung	3.000.000	3.000.000	4.400.000	8.430.000
171	Wirtschaft einschließlich Infrastruktur	—	—	3.045.000	2.987.000
172	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	—	—	10.200	40.500
173	Reinhalt. von Luft,Wasser,Erde Lärmbekämpf., Reaktorsicherh.	—	—	2.029.900	1.931.000
174	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	—	—	13.403.500	13.390.300
175	Soziale Fragen, Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen	26.321.000	—	29.109.800	34.662.900
176	Bau- und Wohnungswesen, Raum- und Städteplanung	—	—	4.291.300	4.266.800
177	Boden- und Meeresforschung	—	425.000	37.158.300	40.599.600
178	Bildungswesen	—	—	3.214.100	4.829.900
179	Sonstiges	—	—	103.538.000	78.420.100
	16/17 insgesamt	32.705.000	3.425.000	424.233.700	397.942.200
18	Kunst- und Kulturpflege				
181	Theater	1.000.000	—	217.159.000	200.576.000
182	Berufsorchester und -chöre, sonstige Musikpflege	10.140.000	—	9.741.100	9.985.300
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	—	—	41.164.600	46.125.400
184	Denkmalschutz und Denkmal- pflege	3.000.000	3.000.000	28.146.700	27.243.600
185	Naturschutz und Landschafts- pflege	25.804.500	10.328.400	41.067.200	36.222.100
189	Sonstiges	15.218.600	—	56.020.800	33.452.600
	18 insgesamt	55.163.100	13.328.400	393.299.400	353.605.000
190	Kirchliche Angelegenheiten	—	—	74.676.100	73.183.900
	1 insgesamt	890.728.100	377.738.300	11.446.265.600	10.750.652.200
2	Soz. Sicherung, soz. Kriegsfol- geaufgaben, Wiedergutmachung				
21	Verwaltung				
211	Versicherungsbehörden	—	—	—	—
212	Sozialamt, Sozialhilfeverband, Landeswohlfahrtsverband	—	—	120.511.800	125.752.000
213	Jugendämter	—	—	5.116.000	11.258.400
214	Versorgungsämter	—	—	—	—
215	Lastenausgleichsverwaltung	—	—	7.111.000	7.510.500
216	Wiedergutmachungsbehörden	—	—	194.400	362.900
219	Sonstige Behörden im Bereich der sozialen Sicherung	—	—	—	—
	21 insgesamt	—	—	132.933.200	144.883.800

Funktionenübersicht					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen					
Funktion	Ausgaben	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2001 DM	2000 DM	2001 DM	2000 DM
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung				
221	Rentenversicherung der Angest., Arbeiterinnen u. Arbeiter(Bund)	—	—	—	—
222	Knappschaftsversicherung (Bund)	—	—	—	—
223	Unfallversicherung	—	—	40.811.000	38.912.200
224	Krankenversicherung	—	—	—	—
225	Arbeitslosenversicherung (Bund)	—	—	—	—
226	Altershilfe für Landwirtinnen und Landwirte (Bund)	—	—	—	—
227	Pflegeversicherung	—	—	4.017.900	5.097.900
229	Sonstige Sozialversicherungen	—	—	—	—
	22 insgesamt	—	—	44.828.900	44.010.100
23	Familien-, Sozial- und Jugendhilfe				
231	Kindergeld	—	—	—	—
232	Erziehungsgeld, Mutterschutz (Bund)	—	—	—	—
233	Wohngeld	—	—	810.000.000	310.000.000
234	Sozialhilfeleistungen	—	—	2.903.664.300	2.583.519.800
235	Einrichtungen der Sozialhilfe des öffentl. Bereichs	—	—	44.543.200	71.768.700
236	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	15.860.000	16.500.000	75.937.200	75.939.600
237	Jugendhilfeleistungen	—	—	186.220.100	189.686.100
238	Einrichtungen der Jugendhilfe des öffentl. Bereichs	—	—	3.116.000	3.160.000
239	Förderung der freien Jugendhilfe	2.656.800	868.300	33.173.100	32.940.500
	23 insgesamt	18.516.800	17.368.300	4.056.653.900	3.267.014.700
24	Soz. Leistungen für Folgen von Krieg und polit. Ereignissen				
241	Leistungen der KriegsofERVER- sorg. u. gleichart. Leist.(Bd.)	—	—	—	—
242	Einrichtungen der KriegsofERVER- versorgung	—	—	50.000	93.500
243	Lastenausgleich	—	—	7.500.000	9.000.000
244	Wiedergutmachung nach den Entschädigungsgesetzen	225.000	225.000	72.614.000	77.987.800
245	Sonst. Wiedergutmachungsleist.	—	—	764.000	761.000
246	Vertriebene und Flüchtlinge	—	—	39.695.300	54.263.100
247	KriegsofERVERfürsorge	—	—	95.109.600	102.800.600
249	Sonstiges	—	—	4.282.000	4.300.000
	24 insgesamt	225.000	225.000	220.014.900	249.206.000
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz				
251	Arbeitslosenhilfe (Bund)	—	—	—	—
252	Hilfen f. Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	—	—	12.000.000	16.187.000
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen u. produktive Arbeitsförderung	83.364.000	73.775.000	175.190.000	155.801.000
254	Arbeitsschutz	—	—	57.380.000	60.448.600
	25 insgesamt	83.364.000	73.775.000	244.570.000	232.436.600
260	Naturkatastrophen	—	—	720.000	900.000
270	Förderung d. Vermögensbildung	—	—	1.000	1.000
290	Sonst. soziale Angelegenheiten	2.340.000	52.340.000	338.747.300	433.129.700
	2 insgesamt	104.445.800	143.708.300	5.038.469.200	4.371.581.900

Funktionenübersicht					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen					
Funktion	Ausgaben	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2001 DM	2000 DM	2001 DM	2000 DM
3	Gesundheit, Sport und Erholung				
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens				
311	Gesundheitsbehörden	—	—	3.587.000	3.745.900
312	Krankenhäuser und Heilstätten	220.000.000	200.000.000	626.052.600	574.902.100
314	Maßnahmen d. Gesundheitswesens	—	—	47.960.500	51.831.300
319	Sonstiges	—	—	237.000	221.300
	31 insgesamt	220.000.000	200.000.000	677.837.100	630.700.600
32	Sport und Erholung				
321	Park- und Gartenanlagen	—	—	—	—
322	Badeanstalten	—	—	—	—
323	Sportstätten	8.801.000	11.160.500	18.953.400	3.844.200
324	Förderung des Sports	—	—	51.090.400	49.943.200
329	Sonstiges	—	—	—	—
	32 insgesamt	8.801.000	11.160.500	70.043.800	53.787.400
330	Reinhalt. von Luft, Wasser, Erde Lärmbekämpf., Reaktorsicherh.	1.020.000	420.000	21.368.400	25.302.900
	3 insgesamt	229.821.000	211.580.500	769.249.300	709.790.900
4	Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste				
41	Wohnungswesen				
411	Förderung des Wohnungsbaus	158.759.000	404.763.000	155.276.000	709.904.000
419	Sonstiges	—	—	110.000	110.000
	41 insgesamt	158.759.000	404.763.000	155.386.000	710.014.000
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen				
421	Kataster- und Vermessungsver- waltung	6.000.000	—	306.742.700	269.877.500
422	Raumordnung, Landesplanung	500.000	—	825.100	530.800
	42 insgesamt	6.500.000	—	307.567.800	270.408.300
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste				
431	Straßenbeleuchtung	—	—	—	—
432	Ortsentwässerung	—	—	—	—
433	Müllbeseitigung u. -verwertung	—	—	6.772.000	9.521.000
434	Straßenreinigung	—	—	—	—
435	Schlacht- und Viehhöfe	—	—	—	—
439	Sonstiges	—	—	—	—
	43 insgesamt	—	—	6.772.000	9.521.000
440	Städtebauförderung	35.290.600	17.487.600	34.089.000	17.168.100
	4 insgesamt	200.549.600	422.250.600	503.814.800	1.007.111.400
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten				
51	Verwaltung (ohne Betriebs- verwaltung)				
511	Ernährung und Landwirtschaft	—	4.500.000	183.807.600	176.747.600
512	Forsten	1.150.000	—	23.985.600	24.070.400
	51 insgesamt	1.150.000	4.500.000	207.793.200	200.818.000

Funktionenübersicht					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen					
Funktion	Ausgaben	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2001 DM	2000 DM	2001 DM	2000 DM
52	Verbesserung der Agrarstruktur				
521	Flurbereinigung	39.000.000	39.000.000	55.772.000	55.777.500
522	Einzelbetriebliche Maßnahmen	50.000.000	30.000.000	80.982.000	93.500.500
523	Verbesserung der Marktstruktur	12.200.000	7.600.000	30.700.000	38.584.000
524	Wirtschaftswege	800.000	600.000	1.500.000	800.000
528	EG-Ausrichtungsfonds	—	—	—	—
529	Sonstiges	74.000.000	61.600.000	85.714.000	62.870.000
	52 insgesamt	176.000.000	138.800.000	254.668.000	251.532.000
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen				
531	EG-Garantiefonds	—	—	—	—
532	Marktordnungen (einschl. EG)	—	—	5.830.000	5.030.000
533	Gasölverbilligung	—	—	—	—
534	Aufwertungsausgleich	—	—	350.000	—
539	Sonstiges	1.500.000	1.600.000	4.556.600	6.345.000
	53 insgesamt	1.500.000	1.600.000	10.736.600	11.375.000
54	Sonstige Bereiche				
541	Versuchsgüter und -felder	—	—	—	—
542	Fischerei	—	—	12.891.500	491.500
549	Sonstiges	1.230.000	1.910.000	176.613.700	218.432.800
	54 insgesamt	1.230.000	1.910.000	189.505.200	218.924.300
	5 insgesamt	179.880.000	146.810.000	662.703.000	682.649.300
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen				
610	Verwaltung	—	—	88.515.900	140.192.100
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau				
621	Kernenergie	—	—	88.000	261.600
622	Sonstige Energieformen	—	—	—	—
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau	89.740.000	49.000.000	247.907.700	176.609.800
624	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	—	—	—	—
625	Küstenschutz	84.594.400	80.000.000	148.384.600	220.917.000
626	Erdölversorgung	—	—	—	—
627	Sonstige Energieversorgung	—	—	—	—
628	Sonstige Rohstoffbeschaffungsmaßnahmen	—	—	—	—
629	Sonstiges	—	—	—	—
	62 insgesamt	174.334.400	129.000.000	396.380.300	397.788.400
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe				
631	Kohlenbergbau	—	—	—	—
632	Sonstiger Bergbau	—	—	—	—
633	Sonstige Grundstoffproduktion	—	—	—	—
634	Verarbeitende Industrie	—	—	—	—
635	Handwerk und Kleingewerbe	—	—	450.000	500.000
638	Baugewerbe	—	—	—	—
639	Sonst. verarbeitendes Gewerbe	—	—	—	—
	63 insgesamt	—	—	450.000	500.000

Funktionenübersicht					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen					
Funktion	Ausgaben	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2001 DM	2000 DM	2001 DM	2000 DM
64	Handel				
641	Handel (allgemein)	—	—	—	—
642	Exportförderung,Auslandsmessen	—	—	—	—
643	Märkte und Inlandsmessen	—	—	—	—
649	Sonstiges	—	—	3.210.000	3.312.300
	64 insgesamt	—	—	3.210.000	3.312.300
650	Fremdenverkehr	—	—	—	—
66	Geld- und Versicherungswesen				
661	Banken und sonstige Kreditinstitute	—	—	—	—
662	Versicherungen	—	—	—	—
669	Sonstiges	—	—	—	—
	66 insgesamt	—	—	—	—
670	Sonstige Dienstleistungen	—	—	1.349.000	1.248.500
680	Sonstige Bereiche	—	—	60.000.000	75.000.000
69	Regionale Förderungsmaßnahmen				
691	Betriebliche Investitionen	—	—	114.861.000	81.650.000
692	Verbesserung der Infrastruktur	158.788.000	248.916.000	254.722.000	251.569.500
699	Sonstiges	112.300.000	—	258.315.000	72.031.000
	69 insgesamt	271.088.000	248.916.000	627.898.000	405.250.500
	6 insgesamt	445.422.400	377.916.000	1.177.803.200	1.023.291.800
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen				
71	Verwaltung				
711	Straßen- und Brückenbau	150.000	180.000	130.367.500	128.850.600
712	Wasserstraßen und Häfen	20.000.000	40.000.000	95.492.300	102.994.100
719	Sonstiges	—	—	—	—
	71 insgesamt	20.150.000	40.180.000	225.859.800	231.844.700
72	Straßen				
721	Bundesautobahnen	590.000.000	—	125.318.400	94.088.400
722	Bundesstraßen	18.000.000	19.000.000	80.964.300	81.951.100
723	Landesstraßen	51.700.000	52.300.000	237.775.300	232.793.900
724	Kreisstraßen	—	—	—	—
725	Gemeindestraßen	6.500.000	3.500.000	128.463.000	129.063.000
729	Sonstiges	—	—	1.100.000	1.072.000
	72 insgesamt	666.200.000	74.800.000	573.621.000	538.968.400
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt				
731	Wasserstraßen und Häfen	—	—	56.929.000	58.629.000
732	Förderung der Schifffahrt	—	—	—	—
	73 insgesamt	—	—	56.929.000	58.629.000
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr				
741	Maßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr	443.300.000	830.000.000	1.366.126.000	1.360.927.500
749	Sonstiges	—	—	18.669.300	16.669.300
	74 insgesamt	443.300.000	830.000.000	1.384.795.300	1.377.596.800

Funktionenübersicht					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen					
Funktion	Ausgaben	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2001 DM	2000 DM	2001 DM	2000 DM
75	Luftfahrt				
751	Flugsicherung	—	—	1.688.200	1.712.600
759	Sonstiges	—	—	—	—
	75 insgesamt	—	—	1.688.200	1.712.600
760	Wetterdienst	—	—	—	—
77	Nachrichtenwesen				
771	Post- und Fernmeldewesen	—	—	—	—
772	Rundfunkanstalten und Fernsehen	—	—	—	—
	77 insgesamt	—	—	—	—
780	Sonstige Bereiche	—	—	—	—
	7 insgesamt	1.129.650.000	944.980.000	2.242.893.300	2.208.751.500
8	Wirtsch.untern., allg. Grd.- u. Kapitalvermög., Sondervermög.				
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen				
811	Domänen	—	500.000	16.986.400	14.141.900
812	Forsten	1.360.000	1.360.000	226.689.600	239.292.100
	81 insgesamt	1.360.000	1.860.000	243.676.000	253.434.000
82	Versorgungsunternehmen				
821	Elektrizitätsunternehmen	—	—	—	—
822	Gasunternehmen	—	—	—	—
823	Wasserunternehmen	—	—	—	—
824	Kombinierte Versorgungsuntern.	—	—	—	—
829	Sonstiges	—	—	—	—
	82 insgesamt	—	—	—	—
83	Verkehrsunternehmen				
831	Straßenverkehrsunternehmen	—	—	—	350.000
832	Eisenbahnen	—	—	—	—
833	Schifffahrt	—	—	—	—
834	Häfen und Umschlag	—	—	—	—
835	Flughäfen und Luftverkehr	—	—	725.000	630.000
839	Sonstige Verkehrsunternehmen	—	—	—	—
	83 insgesamt	—	—	725.000	980.000
840	Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	—	—	—	—
85	Bergbau- und Gewerbeunternehmen				
851	Bergbau	—	—	—	—
852	Industrielle Unternehmen	—	—	—	—
853	Banken und Kreditinstitute	—	—	—	—
854	Münzbetriebe	—	—	—	—
859	Sonstiges	—	—	—	—
	85 insgesamt	—	—	—	—
86	Sonstige Wirtschaftsunternehmen				
861	Staatsbäder	—	—	22.000.000	24.100.000
862	Lotterie, Lotto, Toto	—	—	—	—
869	Sonstiges	—	—	1.153.582.000	9.463.300
	86 insgesamt	—	—	1.175.582.000	33.563.300

Funktionenübersicht					
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen					
Funktion	Ausgaben	Haushaltsplan			
		Verpflichtungsermächtigungen		Ansatz	
		2001 DM	2000 DM	2001 DM	2000 DM
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen				
871	Allgemeines Grundvermögen	—	—	112.448.000	123.995.000
872	Allgemeines Kapitalvermögen	—	—	400.000	400.000
873	Sondervermögen	—	—	—	—
	87 insgesamt	—	—	112.848.000	124.395.000
	8 insgesamt	1.360.000	1.860.000	1.532.831.000	412.372.300
9	Allgemeine Finanzwirtschaft				
910	Steuern und allgemeine Finanzaufweisungen	—	—	5.313.732.700	5.532.990.600
92	Schulden				
921	Ausgleichsforderungen	—	—	—	—
922	Schuldenaufn. u. Schuldendienst für Wohnungsbau	—	—	—	—
923	für ländliche Siedlung	—	—	2.631.700	2.000.000
924	für Entwicklungshilfe	—	—	—	—
925	für Hafen- und Umschlagseinrichtungen (Stadtstaaten)	—	—	—	—
926	für Wirtschaftsunternehmen	—	—	—	—
928	für sonstige Schulden	—	—	4.461.837.100	4.314.997.100
929	für Auslandsschulden	—	—	78.102.000	77.380.000
	92 insgesamt	—	—	4.542.570.800	4.394.377.100
93	Versorgung				
931	Versorgung der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen u. Richter	—	—	3.080.278.100	2.935.319.100
932	Versorgung der Soldaten der Bundeswehr	—	—	—	—
933	Beihilfen f. Versorgungsempfängerinnen u. Versorgungsempf.	—	—	420.452.000	406.712.000
934	Versorg.ausg., die durch das 2. Überl.Ges. vom Bund übern....	—	—	—	—
935	Versorg. v. verdrängten Angeh. des öff. Dienst...(nach G 131)	—	—	11.676.500	11.786.500
936	Versorg. von Berufssoldaten der früh. Wehrmacht...(nach G 131)	—	—	—	—
	93 insgesamt	—	—	3.512.406.600	3.353.817.600
940	Beihilfen, Unterstützungen u.ä.	—	—	428.278.200	472.819.300
950	Rücklagen	—	—	60.047.500	40.465.600
960	Sonstiges	—	—	138.888.700	143.371.000
970	Abwicklung der Vorjahre	—	—	—	—
98	Globalposten				
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben	—	—	397.156.300	459.627.800
988	Globale Mehrausgaben / Globale Mindereinnahmen	11.800.000	—	144.402.000	31.050.000
989	Globale Minderausgaben / Globale Mehreinnahmen	—	—	-449.647.800	-428.397.800
	98 insgesamt	11.800.000	—	91.910.500	62.280.000
990	Haushaltstechn. Verrechnungen	—	—	561.292.200	97.654.700
	9 insgesamt	11.800.000	—	14.649.127.200	14.097.775.900
	0 - 9 Gesamtausgaben	3.335.368.200	2.680.571.500	43.713.259.800	41.062.081.900

Haushaltsquer													
A. Gliederung der Einnahmen nach													
in 1.000													
Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Steuer- einnahmen und steuer- ähnliche Abgaben	Ver- waltungs- einnahmen	Einnahmen aus wirt- schaftl. Tätigkeit und aus Vermögen	Erlöse (nur Ober- gr. 13) Kapitel- rück- zahlungen	Zinseinnahmen				Darlehensrückflüsse			
						aus dem öffentlichen Bereich		aus sonstigen Bereichen	aus dem öffentlichen Bereich				
						Bd./Ld. LAF, ERP	Gemein- den	Sonstige		Bund, LAF, ERP	Länder	Gemein- den	Sonstige
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung												
011	Politische Führung	—	56.746	1.173	185	—	—	—	—	—	—	—	—
012	Innere Verwaltung	—	16.847	132	62	—	—	—	—	—	—	—	—
013	Informationswesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
014	Statistischer Dienst	—	573	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
015	Zivildienst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
016	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	—	150.431	380.143	35	—	—	—	—	—	—	—	—
017	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	—	6.072	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
018	Hochbauverwaltung	—	1.095	40	50	—	—	—	—	—	—	—	—
019	Sonstige allgemeine Staatsaufgaben	—	5	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
	01 insgesamt	—	231.769	381.488	333	—	—	—	—	—	—	—	—
02	Auswärtige Angelegenheiten												
021	Auslandsvertretungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
022	Internationale Organisationen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
024	Auslandsschulwesen u. kult. Angelegenheiten im Ausland	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
029	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	02 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
03	Verteidigung (nur Bund)												
031	Verwaltung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
032	Deutsche Verteidigungsstreitkräfte	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
033	Verteidlasten im Zus.hang mit dem Aufenthalt ausl. Streitkr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
034	Zivile Verteidigung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
036	Wissenschaftliche Forschung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
037	Unterhaltssicherung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	03 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung												
041	Bundesgrenzschutz (nur Bund)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
042	Polizei	—	32.380	1.605	805	—	—	—	—	—	—	—	—
043	Öffentliche Ordnung (nur Stadtstaaten)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
044	Brandschutz	—	260	56	39	—	—	—	—	—	—	—	—
045	Katastrophenschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
049	Sonstiges	—	521	—	25	—	—	—	—	—	—	—	—
	04 insgesamt	—	33.161	1.661	869	—	—	—	—	—	—	—	—
05	Rechtsschutz												
051	Verfassungsgerichte	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	—	698.931	500	17	—	—	—	—	—	—	—	—
053	Verwaltungsgerichte	—	5.417	6	5	—	—	—	—	—	—	—	—
054	Arbeits- und Sozialgerichte	—	5.930	22	7	—	—	—	—	—	—	—	—
055	Finanzgerichte	—	2.252	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
056	Justizvollzugsanstalten	—	1.965	863	15	—	—	—	—	—	—	—	—
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	05 insgesamt	—	714.495	1.391	44	—	—	—	—	—	—	—	—
	0 insgesamt	—	979.425	384.540	1.246	—	—	—	—	—	—	—	—
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung,kult. Angelegenheiten												
11	Verwaltung												
111	Unterrichtsverwaltung	—	1.059	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
112	Wissenschafts- und Forschungsverwaltung	—	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
113	Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten	—	475	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	11 insgesamt	—	1.549	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12	Schulen und vorschulische Bildung												
121	Grund- und Hauptschulen	—	1.471	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
122	Sonderschulen	—	24.165	406	7	—	—	—	—	—	—	—	—
123	Realschulen	—	355	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
124	Gymnasien	—	3.124	206	—	—	—	—	—	—	—	—	—
125	Gesamtschulen	—	240	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
126	Kindergärten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
127	Berufliche Schulen	—	13.019	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
128	Fachschulen	—	—	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—
129	Sonstiges	—	278	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	12 insgesamt	—	42.651	620	7	—	—	—	—	—	—	—	—
13	Hochschulen												
131	Universitäten, Techn. Hochschulen, Techn. Universitä. ...	—	25.013	24.665	—	—	—	—	—	—	—	—	—
132	Hochschulkliniken	—	—	2.147	—	—	—	—	—	—	—	—	—
133	Verwaltungsfachhochschulen	—	525	27	—	—	—	—	—	—	—	—	—
136	Kunsthochschulen	—	—	423	—	—	—	—	—	—	—	—	—
137	Fachhochschulen	—	—	6.981	—	—	—	—	—	—	—	—	—
138	Deutsche Forschungsgemeinschaft, Sonderforschungsber.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
139	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	13 insgesamt	—	25.537	34.242	—	—	—	—	—	—	—	—	—

schnitt Funktionen und Einnahmegruppen DM															
aus sonstigen Bereichen	Zuweis. und Zusch. mit Ausn. f. Invest. aus dem öffentlichen Bereich				aus sonstigen Bereichen	Schuldenaufnahme		Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich				Bei- träge und sonstige Zusch. f. Invest.	sonstige Ein- nahmen (Ober- gruppen 35 – 38)	Einnahmen insgesamt	Fkt
	Bund, LAF, ERP	Länder	Gemein- den	Sonstige		bei Gebiets- körper- schaften	am Kredit- markt	Bund, LAF, ERP	Länder	Gemein- den	Sonstige				
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
30	320	200	—	455	1.271	—	—	—	—	—	—	—	—	60.380	01
—	112	—	150	3.035	7.116	—	—	—	—	—	—	—	—	27.455	011
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	012
—	—	—	—	—	100	—	—	—	—	—	—	—	—	673	013
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	014
—	—	200	—	30	62.820	—	—	—	—	—	—	—	—	593.659	015
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	016
—	2.700	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.772	017
—	160.653	—	—	4.010	9.050	—	—	—	—	—	—	—	—	174.898	018
—	—	—	—	—	28	—	—	—	—	—	—	—	—	34	019
30	163.785	400	150	7.530	80.385	—	—	—	—	—	—	—	—	865.869	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	02
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	021
—	—	—	—	—	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	022
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15	023
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	024
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	029
—	—	—	—	—	15	—	—	—	—	—	—	—	—	15	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	03
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	031
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	032
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	033
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	034
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	036
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	037
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	04
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	041
—	10	870	—	100	430	—	—	—	—	—	—	—	—	36.200	042
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	043
—	1.480	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.835	044
—	—	—	—	—	1.500	—	—	—	—	—	—	—	—	1.500	045
—	11.300	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11.846	049
—	12.790	870	—	100	1.930	—	—	—	—	—	—	—	—	51.381	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	05
—	—	100	—	—	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	051
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	699.588	052
—	—	680	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6.108	053
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.959	054
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.252	055
—	600	550	—	1.030	11.400	—	—	—	—	—	—	—	—	16.423	056
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	059
—	600	1.330	—	1.030	11.440	—	—	—	—	—	—	—	—	730.330	
30	177.175	2.600	150	8.660	93.770	—	—	—	—	—	—	—	—	1.647.595	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.059	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15	11
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	111
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	476	112
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	113
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.550	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12
—	795	—	—	—	1.687	—	—	—	—	—	—	—	—	1.471	121
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	27.060	122
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	355	123
—	—	—	1.560	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	4.891	124
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	240	125
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	126
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13.019	127
—	—	—	—	—	96	—	—	—	—	—	—	—	—	103	128
—	850	—	7.950	—	30	—	—	—	—	—	—	—	—	9.109	129
—	1.645	—	9.510	—	1.814	—	—	—	—	—	—	—	—	56.247	
—	873	—	—	—	—	—	—	102.747	—	—	—	—	—	153.298	13
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	131
—	—	900	—	—	104	—	—	—	—	—	—	—	—	2.147	132
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.555	133
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	423	136
—	—	—	86	—	—	—	—	25.301	—	—	—	—	—	32.368	137
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	138
—	8.730	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40.000	—	48.730	139
—	9.603	900	86	—	104	—	—	128.048	—	—	—	40.000	—	238.521	

Haushaltsquer A. Gliederung der Einnahmen nach in 1.000													
Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Steuer- einnahmen und steuer- ähnliche Abgaben	Ver- waltungs- einnahmen	Einnahmen aus wirt- schaftl. Tätigkeit und aus Vermögen	Erlöse (nur Ober- gr. 13) Kapitel- rück- zahlungen	Zinseinnahmen				Darlehensrückflüsse			
						aus dem öffentlichen Bereich			aus sonstigen Bereichen	aus dem öffentlichen Bereich			Bund, LAF, ERP
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
14	Förderung des Bildungswesens	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
141	Ausbildungsförderung für Schülerinnen und Schüler	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
142	Ausbildungsförderung für Studierende	—	222	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
143	Andere Förderungsmaßnahmen für Schülerinnen und Schüler	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
144	Andere Förderungsmaßnahmen für Studierende	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
145	Schülerbeförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
146	Studentenwohnraumförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
149	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	14 insgesamt	—	222	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
15	Sonstiges Bildungswesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
151	Außerschulische Jugendbildung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
152	Volkshochschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
153	Sonstige Weiterbildung	—	307	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
154	Lehrerfortbildung	—	207	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—
155	Betriebl. und überbetriebliche berufliche Aus- und Fortbildung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
156	Förderung der politischen Bildung	—	127	8	1	—	—	—	—	—	—	—	—
157	Bibliothekswesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
158	Berufsakademien, Fachakademien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
159	Sonstiges	—	44	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	15 insgesamt	—	685	13	1	—	—	—	—	—	—	—	—
16	Wissensch.,Forschung, Entw. außerh. d. Hochschulen (16/17)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
161	Fächerübergreifende Förd.- und Trägerorg. in Wiss. u. Forsch.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
162	Wiss. Biblioth., Archive, Doku- mentation, Dokument.- Forschung	—	4.888	166	7	—	—	—	—	—	—	—	—
163	Wissenschaftliche Museen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
165	Kernforschung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
166	Sonstige Energieforschung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
167	Weltraumforschung und -technik	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
168	Informatik, Datenverarbeitung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
169	Technologische Forschung und Entwicklung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
171	Wirtschaft einschließlich Infrastruktur	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
172	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
173	Reinhalt. von Luft,Wasser,Erde Lärmbekämpf., Reaktorsicherh.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
174	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	—	107	144	11	—	—	—	—	—	—	—	—
175	Soziale Fragen, Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
176	Bau- und Wohnungswesen, Raum- und Städteplanung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
177	Boden- und Meeresforschung	—	2.884	6	9	—	—	—	—	—	—	—	—
178	Bildungswesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
179	Sonstiges	—	6	30	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	16/17 insgesamt	—	7.884	346	26	—	—	—	—	—	—	—	—
18	Kunst- und Kulturpflege	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
181	Theater	—	4.164	61	3	—	—	—	—	—	—	—	—
182	Berufsorchester und -chöre, sonstige Musikpflege	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	—	678	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—
184	Denkmalschutz und Denkmal- pflege	—	66	23	—	—	—	—	—	—	—	—	—
185	Naturschutz und Landschafts- pflege	—	2.202	425	1	—	—	—	—	—	—	—	—
189	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	18 insgesamt	—	7.110	608	4	—	—	—	—	—	—	—	—
190	Kirchliche Angelegenheiten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	19 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1 insgesamt	—	85.638	35.830	38	—	—	—	—	—	—	—	—
2	Soz. Sicherung, soz. Kriegsfol- geaufgaben, Wiedergutmachung												
21	Verwaltung												
211	Versicherungsbehörden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
212	Sozialamt, Sozialhilfeverband, Landeswohlfahrtsverband	—	1.832	33	17	—	—	—	—	—	—	—	—
213	Jugendämter	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
214	Versorgungsämter	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
215	Lastenausgleichsverwaltung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
216	Wiedergutmachungsbehörden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
219	Sonstige Behörden im Bereich der sozialen Sicherung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	21 insgesamt	—	1.832	33	17	—	—	—	—	—	—	—	—

Haushaltsquer													
A. Gliederung der Einnahmen nach													
in 1.000													
Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Steuer- einnahmen und steuer- ähnliche Abgaben	Ver- waltungs- einnahmen	Einnahmen aus wirt- schaftl. Tätigkeit und aus Vermögen	Erlöse (nur Ober- gr. 13) Kapitel- rück- zahlungen	Zinseinnahmen				Darlehensrückflüsse			
						aus dem öffentlichen Bereich		aus sonstigen Bereichen	aus dem öffentlichen Bereich				
						Bd./Ld. LAF, ERP	Gemein- den	Sonstige		Bund, LAF, ERP	Länder	Gemein- den	Sonstige
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
22	Sozialversicherung einschl.												
221	Arbeitslosenversicherung												
222	Rentenversicherung der Angest.,	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
223	Arbeiterinnen u. Arbeiter(Bund)												
224	Knappschaftsversicherung (Bund)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
225	Unfallversicherung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
226	Krankenversicherung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
227	Arbeitslosenversicherung (Bund)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
229	Altershilfe für Landwirtinnen und Landwirte (Bund)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Pflegeversicherung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Sonstige Sozialversicherungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	22 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
23	Familien-, Sozial- und												
231	Jugendhilfe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
232	Kindergeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
233	Erziehungsgeld, Mutterschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
234	(Bund)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
235	Wohngeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
236	Sozialhilfeleistungen	—	2.001	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—
237	Einrichtungen der Sozialhilfe	—	5.055	205	10	—	—	—	—	—	—	—	—
238	des öffentl. Bereichs	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
239	Förderung der freien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Wohlfahrtspflege	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Jugendhilfeleistungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Einrichtungen der Jugendhilfe	—	3.330	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	des öffentl. Bereichs	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Förderung der freien	—	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Jugendhilfe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	23 insgesamt	—	10.426	205	10	—	—	—	2	—	—	—	—
24	Soz. Leistungen für Folgen von												
241	Krieg und polit. Ereignissen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
242	Leistungen der Kriegsopferver-	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
243	sorg. u. gleichart. Leist.(Bd.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
244	Einrichtungen der Kriegsopfer-	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
245	versorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
246	Lastenausgleich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
247	Wiedergutmachung nach den	—	15	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
248	Entschädigungsgesetzen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
249	Sonst. Wiedergutmachungsleist.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Vertriebene und Flüchtlinge	—	231	41	7	—	—	—	100	—	—	—	—
	Kriegsopferfürsorge	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	24 insgesamt	—	246	41	7	—	—	—	101	—	—	—	—
25	Arbeitsmarktpolitik und												
251	Arbeitsschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
252	Arbeitslosenhilfe (Bund)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
253	Hilfen f. Berufsausbildung,	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
254	Fortbildung und Umschulung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Sonstige Anpassungsmaßnahmen	—	760	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	u. produktive Arbeitsförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Arbeitsschutz	—	9.672	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	25 insgesamt	—	10.432	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
260	Naturkatastrophen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	26 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
270	Förderung d. Vermögensbildung	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	27 insgesamt	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
290	Sonst. soziale Angelegenheiten	—	7.550	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	29 insgesamt	—	7.550	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	2 insgesamt	—	30.487	279	34	—	—	—	103	—	—	—	—
3	Gesundheit, Sport und Erholung												
31	Einrichtungen und Maßnahmen												
311	des Gesundheitswesens	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
312	Gesundheitsbehörden	—	580	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
313	Krankenhäuser und Heilstätten	—	—	1.400	—	—	—	—	—	—	—	—	—
314	Maßnahmen d. Gesundheitswesens	—	4.284	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
319	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	31 insgesamt	—	4.864	1.400	—	—	—	—	—	—	—	—	—
32	Sport und Erholung												
321	Park- und Gartenanlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
322	Badeanstalten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
323	Sportstätten	—	180	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
324	Förderung des Sports	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
329	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	32 insgesamt	—	190	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
330	Reinhalt. von Luft, Wasser,Erde	—	3.769	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Lärmbekämpf., Reaktorsicherh.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	33 insgesamt	—	3.769	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	3 insgesamt	—	8.823	1.400	—	—	—	—	—	—	—	—	—

schnitt Funktionen und Einnahmegruppen DM															
aus sonstigen Bereichen	Zuweis. und Zusch. mit Ausn. f. Invest. aus dem öffentlichen Bereich				aus sonstigen Bereichen	Schuldenaufnahme		Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich				Bei- träge und sonstige Zusch. f. Invest.	sonstige Ein- nahmen (Ober- gruppen 35 – 38)	Einnahmen insgesamt	Fkt
	Bund, LAF, ERP	Länder	Gemein- den	Sonstige		bei Gebiets- körper- schaften	am Kredit- markt	Bund, LAF, ERP	Länder	Gemein- den	Sonstige				
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
															22
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	221
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	222
—	—	—	—	—	5.607	—	—	—	—	—	—	—	—	5.607	223
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	224
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	225
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	226
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	227
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	229
—	—	—	—	—	5.607	—	—	—	—	—	—	—	—	5.607	23
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	231
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	232
800	405.000 330 2.590	300	171.427 60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	405.000 174.860 7.921	233
2	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	234
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	235
—	51.667	—	29.880	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—	81.557 3.330	236
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	237
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	238
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40	239
802	459.587	300	201.367	—	11	—	—	—	—	—	—	—	—	672.710	24
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	241
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	242
—	60	—	—	30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	105	243
—	382	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	382	244
1.350	21.465	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23.194	245
400	52.118	—	13.001	—	—	—	—	—	—	300	—	—	—	65.820	246
—	11.775	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11.775	247
1.750	85.800	—	13.001	30	—	—	—	—	—	300	—	—	—	101.276	249
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25
—	7.761	—	—	—	657	—	—	—	—	—	—	—	—	—	251
—	—	—	—	113.265	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.418	252
—	—	—	820	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	114.025	253
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.492	254
—	7.761	—	820	113.265	657	—	—	—	—	—	—	—	—	132.935	254
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	260
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	260
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	270
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	270
—	5.212	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	290
—	5.212	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12.762	290
2.552	558.366	600	215.188	113.415	6.275	—	—	—	—	300	—	—	—	927.598	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	31
—	—	—	5.850	—	1.250	—	—	—	—	159.100	—	—	—	580	311
—	360	523	—	—	200	—	—	—	—	—	—	—	—	167.600	312
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.367	314
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	319
—	360	523	5.850	—	1.450	—	—	—	—	159.100	—	—	—	173.547	32
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	321
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	322
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	180	323
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	324
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	329
—	18.009	—	—	—	480	—	—	—	—	—	—	—	—	190	330
—	18.009	—	—	—	480	—	—	—	—	—	—	—	—	22.258	330
—	18.369	523	5.850	—	1.930	—	—	—	—	159.100	—	—	—	22.258	
—	18.369	523	5.850	—	1.930	—	—	—	—	159.100	—	—	—	195.995	

schnitt Funktionen und Einnahmegruppen DM															
aus sonstigen Bereichen	Zuweis. und Zusch. mit Ausn. f. Invest. aus dem öffentlichen Bereich				aus sonstigen Bereichen	Schuldenaufnahme		Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich				Bei- träge und sonstige Zusch. f. Invest.	sonstige Ein- nahmen (Ober- gruppen 35 – 38)	Einnahmen insgesamt	Fkt
	Bund, LAF, ERP	Länder	Gemein- den	Sonstige		bei Gebiets- körper- schaften	am Kredit- markt	Bund, LAF, ERP	Länder	Gemein- den	Sonstige				
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
															4
95.343	—	—	—	—	—	—	—	84.007	—	—	—	—	—	207.333	41
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	411
95.343	—	—	—	—	—	—	—	84.007	—	—	—	—	—	207.333	419
—	—	152	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	152.192	42
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	421
—	—	152	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	152.195	422
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	43
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	431
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	432
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	433
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	434
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	435
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	439
—	—	—	—	—	—	—	—	15.295	—	—	—	—	—	15.295	440
—	—	—	—	—	—	—	—	15.295	—	—	—	—	—	15.295	440
95.343	—	152	—	—	—	—	—	99.302	—	—	—	—	—	374.823	5
—	320	200	—	50	3.742	—	—	—	—	—	—	—	—	14.878	51
—	—	—	—	—	40	—	—	—	—	—	—	—	—	150	511
—	320	200	—	50	3.782	—	—	—	—	—	—	—	—	15.028	512
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	52
145	—	—	—	—	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	521
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12.800	—	264	522
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12.800	523
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	524
—	60.332	—	—	—	8.160	—	—	78.600	—	—	—	—	—	—	528
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	148.592	529
145	60.332	—	—	—	8.260	—	—	78.600	—	—	—	12.800	—	161.656	53
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	531
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.830	532
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	533
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	534
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	539
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.830	54
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	541
5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9.050	—	9.057	542
—	115.743	—	—	—	120	—	—	—	—	—	—	—	—	128.571	549
5	115.743	—	—	—	120	—	—	—	—	—	—	9.050	—	137.628	549
150	176.395	200	—	50	12.162	—	—	78.600	—	—	—	21.850	—	320.141	6
—	5	1.657	—	62	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.581	610
—	5	1.657	—	62	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.581	62
—	58	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	58	621
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	622
—	—	—	—	—	—	—	—	17.090	—	—	—	—	—	229.291	623
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	624
—	—	—	—	—	—	—	—	108.478	—	—	1.800	—	—	110.298	625
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	626
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	627
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	628
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	629
—	58	—	—	—	—	—	—	125.569	—	—	1.800	—	—	339.648	629

Haushaltsquer A. Gliederung der Einnahmen nach in 1.000													
Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Steuer- einnahmen und steuer- ähnliche Abgaben	Ver- waltungs- einnahmen	Einnahmen aus wirt- schaftl. Tätigkeit und aus Vermögen	Erlöse (nur Ober- gr. 13) Kapitel- rück- zahlungen	Zinseinnahmen				Darlehensrückflüsse			
						aus dem öffentlichen Bereich		sonstigen Bereichen	Bund, LAF, ERP	Länder	Gemein- den	Sonstige	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe												
631	Kohlenbergbau	—	—			—	—	—	—	—	—	—	—
632	Sonstiger Bergbau			450.100		—	—	—	—	—	—	—	—
633	Sonstige Grundstoffproduktion	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
634	Verarbeitende Industrie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
635	Handwerk und Kleingewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
638	Baugewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
639	Sonst. verarbeitendes Gewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	63 insgesamt	—	—	450.100	—	—	—	—	—	—	—	—	—
64	Handel												
641	Handel (allgemein)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
642	Exportförderung, Auslandsmessen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
643	Märkte und Inlandsmessen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
649	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	64 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
650	Fremdenverkehr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	65 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
66	Geld- und Versicherungswesen												
661	Banken und sonstige Kreditinstitute	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
662	Versicherungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
669	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	66 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
670	Sonstige Dienstleistungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	67 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
680	Sonstige Bereiche	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	68 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
69	Regionale Förderungsmaßnahmen												
691	Betriebliche Investitionen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
692	Verbesserung der Infrastruktur	—	4.000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
699	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	69 insgesamt	—	4.000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	6 insgesamt	212.000	9.929	450.230	18	—	—	—	—	—	—	—	—
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen												
71	Verwaltung												
711	Straßen- und Brückenbau	—	3.452	450	681	—	—	—	—	—	—	—	—
712	Wasserstraßen und Häfen	—	10.800	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
719	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	71 insgesamt	—	14.252	450	681	—	—	—	—	—	—	—	—
72	Straßen												
721	Bundesautobahnen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
722	Bundesstraßen	—	—	2.360	—	—	—	—	—	—	—	—	—
723	Landesstraßen	—	4.500	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—
724	Kreisstraßen	—	—	1.210	—	—	—	—	—	—	—	—	—
725	Gemeindestraßen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
729	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	72 insgesamt	—	4.500	3.570	60	—	—	—	—	—	—	—	—
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt												
731	Wasserstraßen und Häfen	—	—	49.000	—	—	—	—	—	—	—	—	—
732	Förderung der Schifffahrt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	73 insgesamt	—	—	49.000	—	—	—	—	—	—	—	—	—
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr												
741	Maßnahmen für den öffent- lichen Personennahverkehr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
749	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	74 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
75	Luftfahrt												
751	Flugsicherung	—	175	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
759	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	75 insgesamt	—	175	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
760	Wetterdienst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	76 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
77	Nachrichtenwesen												
771	Post- und Fernmeldewesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
772	Rundfunkanstalten und Fernsehen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	77 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
780	Sonstige Bereiche	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	78 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	7 insgesamt	—	18.927	53.020	741	—	—	—	—	—	—	—	—

schnitt Funktionen und Einnahmegruppen DM															
aus sonstigen Bereichen	Zuweis. und Zusch. mit Ausn. f. Invest. aus dem öffentlichen Bereich				aus sonstigen Bereichen	Schuldenaufnahme		Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich				Bei- träge und sonstige Zusch. f. Invest.	sonstige Ein- nahmen (Ober- gruppen 35 – 38)	Einnahmen insgesamt	Fkt
	Bund, LAF, ERP	Länder	Gemein- den	Sonstige		bei Gebiets- körper- schaften	am Kredit- markt	Bund, LAF, ERP	Länder	Gemein- den	Sonstige				
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
															63
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	631
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	450.100	632
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	633
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	634
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	635
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	638
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	639
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	450.100	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	64
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	641
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	642
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	643
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	649
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	650
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	66
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	661
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	662
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	669
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	69
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	691
—	234.015	—	—	—	—	—	—	84.104	1.400	—	—	—	—	89.504	692
—	234.015	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	234.015	699
—	234.015	—	—	—	—	—	—	84.104	1.400	—	—	—	—	323.519	
—	234.078	1.657	—	62	—	—	—	209.673	1.400	—	1.800	—	—	1.120.847	
—	—	—	—	20	1.500	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6.103	71
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.800	711
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	712
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	719
—	—	—	—	20	1.500	—	—	—	—	—	—	—	—	16.903	
—	95.300	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30.000	—	125.300	72
—	24.064	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26.424	721
—	25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.585	722
—	—	—	10.000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11.210	723
—	1	—	63	—	—	—	—	120.963	—	—	—	—	—	121.027	724
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	725
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	729
—	119.390	—	10.063	—	—	—	—	120.963	—	—	—	30.000	—	288.546	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	73
—	—	—	—	—	70	—	—	—	—	—	—	—	—	49.070	731
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	732
—	—	—	—	—	70	—	—	—	—	—	—	—	—	49.070	
—	724.773	—	—	—	—	—	—	445.453	—	—	—	—	—	1.170.226	74
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	741
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	749
—	724.773	—	—	—	—	—	—	445.453	—	—	—	—	—	1.170.226	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	75
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	175	751
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	759
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	175	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	760
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	77
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	771
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	772
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	780
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	844.163	—	10.063	20	1.570	—	—	566.416	—	—	—	30.000	—	1.524.920	

Haushaltsquer													
A. Gliederung der Einnahmen nach													
in 1.000													
Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Steuer-einnahmen und steuer-ähnliche Abgaben	Ver-waltungs-einnahmen	Einnahmen aus wirt-schaftl. Tätigkeit und aus Vermögen	Erlöse (nur Ober-gr. 13) Kapitel-rück-zahlungen	Zinseinnahmen				Darlehensrückflüsse			
						aus dem öffentlichen Bereich		aus sonstigen Bereichen	aus dem öffentlichen Bereich				
						Bd./Ld. LAF, ERP	Gemein-den	Sonstige		Bund, LAF, ERP	Länder	Gemein-den	Sonstige
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
8	Wirtsch.untern., allg. Grd.- u. Kapitalvermög., Sondervermög.												
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen												
811	Domänen	—	72	13.661	7	—	—	—	—	—	—	—	—
812	Forsten	—	2.659	155.185	260	—	—	—	—	—	—	—	—
	81 insgesamt	—	2.731	168.846	267	—	—	—	—	—	—	—	—
82	Versorgungsunternehmen												
821	Elektrizitätsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
822	Gasunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
823	Wasserunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
824	Kombinierte Versorgungsuntern.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
829	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	82 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
83	Verkehrsunternehmen												
831	Straßenverkehrsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
832	Eisenbahnen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
833	Schifffahrt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
834	Häfen und Umschlag	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
835	Flughäfen und Luftverkehr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
839	Sonstige Verkehrsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	83 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
840	Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	84 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
85	Bergbau- und Gewerbeunternehmen												
851	Bergbau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
852	Industrielle Unternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
853	Banken und Kreditinstitute	—	—	29.000	—	—	—	—	—	—	—	—	—
854	Münzbetriebe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
859	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	85 insgesamt	—	—	29.000	—	—	—	—	—	—	—	—	—
86	Sonstige Wirtschaftsunternehmen												
861	Staatsbäder	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
862	Lotterie, Lotto, Toto	—	—	326.700	—	—	—	—	—	—	—	—	—
869	Sonstiges	—	—	3.595	125.000	—	—	—	—	—	—	—	—
	86 insgesamt	—	—	330.295	125.000	—	—	—	—	—	—	—	—
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen												
871	Allgemeines Grundvermögen	—	25	—	202	—	—	—	—	—	—	—	—
872	Allgemeines Kapitalvermögen	—	3.000	500	—	—	677	108	12.239	—	—	12.405	7.300
873	Sondervermögen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	87 insgesamt	—	3.025	500	202	—	677	108	12.239	—	—	12.405	7.300
	8 insgesamt	—	5.756	528.641	125.469	—	677	108	12.239	—	—	12.405	7.300
9	Allgemeine Finanzwirtschaft												
910	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	27.991.800	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	91 insgesamt	27.991.800	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
92	Schulden												
921	Ausgleichsforderungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
922	Schuldenaufn. u. Schuldendienst für Wohnungsbau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
923	für ländliche Siedlung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
924	für Entwicklungshilfe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
925	für Hafen- und Umschlagseinrichtungen (Stadtstaaten)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
926	für Wirtschaftsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
928	für sonstige Schulden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
929	für Auslandsschulden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	92 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
93	Versorgung												
931	Versorgung der Beamtinnen, Be- amten, Richterinnen u. Richter	—	2.510	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
932	Versorgung der Soldaten der Bundeswehr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
933	Beihilfen f. Versorgungsempfän- gerinnen u. Versorgungsempfg.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
934	Versorg.ausg., die durch das 2. Überl.Ges. vom Bund übern....	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
935	Versorg. v. verdrängten Angeh. des öff. Dienst...(nach G 131)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
936	Versorg. von Berufssoldaten der früh. Wehrmacht...(nach G 131)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	93 insgesamt	—	2.510	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
940	Beihilfen, Unterstützungen u.ä.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	94 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
950	Rücklagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	95 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

schnitt Funktionen und Einnahmegruppen DM															
aus sonstigen Bereichen	Zuweis. und Zusch. mit Ausn. f. Invest. aus dem öffentlichen Bereich				aus sonstigen Bereichen	Schuldenaufnahme		Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich				Bei- träge und sonstige Zusch. f. Invest.	sonstige Ein- nahmen (Ober- gruppen 35 – 38)	Einnahmen insgesamt	Fkt
	Bund, LAF, ERP	Länder	Gemein- den	Sonstige		bei Gebiets- körper- schaften	am Kredit- markt	Bund, LAF, ERP	Länder	Gemein- den	Sonstige				
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
															8
															81
—	—	—	—	—	11	—	—	—	—	—	—	1.280	—	15.031	811
—	—	—	551	—	5.422	—	—	—	—	—	—	—	—	164.077	812
—	—	—	551	—	5.433	—	—	—	—	—	—	1.280	—	179.109	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	82
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	821
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	822
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	823
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	824
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	829
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	83
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	831
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	832
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	833
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	834
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	835
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	839
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	840
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	85
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	851
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	852
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29.000	853
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	854
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	859
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29.000	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	86
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	861
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	326.700	862
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	128.595	869
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	455.295	
—	200	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	432	871
50.179	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	86.408	872
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	873
50.179	200	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	86.840	
50.179	200	—	558	—	5.433	—	—	—	—	—	—	1.280	—	750.244	
—	1.530.000	884.000	50.000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30.455.800	9
—	1.530.000	884.000	50.000	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30.455.800	910
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	92
—	—	—	—	—	—	41.640	—	—	—	—	—	—	—	—	921
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	41.640	922
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	923
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	924
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	925
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	926
—	—	—	—	—	—	—	4.051.500	—	—	—	—	—	—	4.051.500	928
—	—	—	—	—	—	—	-250.000	—	—	—	—	—	—	-250.000	929
—	—	—	—	—	—	41.640	3.801.500	—	—	—	—	—	—	3.843.140	
—	—	1.900	—	—	213.594	—	—	—	—	—	—	—	—	218.004	93
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	931
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	932
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	933
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	934
—	105.000	1.500	150	400	760	—	—	—	—	—	—	—	—	107.810	935
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	936
—	105.000	3.400	150	400	214.354	—	—	—	—	—	—	—	—	325.814	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	940
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1036.335	1.036.335	950
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1036.335	1.036.335	

Haushaltsquer A. Gliederung der Einnahmen nach in 1.000													
Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	Steuer- einnahmen und steuer- ähnliche Abgaben	Ver- waltungs- einnahmen	Einnahmen aus wirt- schaftl. Tätigkeit und aus Vermögen	Erlöse (nur Ober- gr. 13) Kapitel- rück- zahlungen	Zinseinnahmen				Darlehensrückflüsse			
						aus dem öffentlichen Bereich		aus sonstigen Bereichen		aus dem öffentlichen Bereich			
1	2	3	4	5	6	Bd./Ld. LAF, ERP	Gemein- den	Sonstige	10	Bund, LAF, ERP	Länder	Gemein- den	Sonstige
7	8	9	10	11	12	13	14						
960	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	96 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
970	Abwicklung der Vorjahre	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	97 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
98	Globalposten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
988	Globale Mehrausgaben / Globale Mindereinnahmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
989	Globale Minderausgaben / Glo- bale Mehreinnahmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	98 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
990	Haushaltstechn. Verrechnungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	99 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	9 insgesamt	27.991.800	2.510	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	0 - 9 Gesamteinnahmen	28.212.900	1.306.378	1.463.749	128.187	—	677	108	38.669	—	—	12.405	7.300

schnitt

Funktionen und Einnahmegruppen

DM

	Zuweis. und Zusch. mit Ausn. f. Invest.				Schuldenaufnahme			Zuweisungen für Investitionen				Bei- träge und sonstige Zusch. f. Invest.	sonstige Ein- nahmen (Ober- gruppen 35 – 38)	Einnahmen insgesamt	Fkt
aus sonstigen Bereichen	aus dem öffentlichen Bereich				aus sonstigen Bereichen	bei Gebiets- körper- schaften	am Kredit- markt	aus dem öffentlichen Bereich							
	Bund, LAF, ERP	Länder	Gemein- den	Sonstige				Bund, LAF, ERP	Länder	Gemein- den	Sonstige				
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	960
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	970
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	98
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	981
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	988
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	989
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	561.292	561.292	990
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	561.292	561.292	
—	1.635.000	887.400	50.150	400	214.354	41.640	3.801.500	—	—	—	—	—	1597.628	36.222.382	
148.255	3.827.734	906.135	320.171	122.942	353.504	41.640	3.801.500	1.166.150	1.400	159.400	1.800	94.630	1597.628	43.713.260	

Haushaltsquer A. Gliederung der Ausgaben nach in 1.000												
Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	persön- liche Ver- waltungs- ausgaben	säch- liche Ver- waltungs- ausgaben	Zins- ausgaben	Tilgungs- ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse f. lfd. Zwecke mit Ausn. f. Invest.						
						an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche		
						Bund, LAF, ERP	Länder	Gemein- den	Sonstige	Renten, Unter- stütz.	Unter- nehmen	Sonstige
1	2	3	4	6	7	8	8	9	10	11	12	13
0	Allgemeine Dienste											
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung											
011	Politische Führung	328.168	103.551	—	—	25	3.868	500	—	1.274	—	12.543
012	Innere Verwaltung	266.878	51.518	—	—	—	40	143	—	95	—	6
013	Informationswesen	—	2.100	—	—	—	—	—	—	—	—	25
014	Statistischer Dienst	38.771	9.882	—	—	—	—	255	—	2	—	1
015	Zivildienst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
016	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	802.812	138.862	—	—	—	—	171	—	60	1.752	—
017	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	—	1.213	—	—	—	—	2.300	—	—	—	5.018
018	Hochbauverwaltung	162.140	64.087	—	—	—	23	—	—	25	—	—
019	Sonstige allgemeine Staatsaufgaben	11.701	16.489	—	—	—	—	—	—	—	—	4.895
	01 insgesamt	1.610.470	387.701	—	—	25	3.931	3.369	—	1.456	1.752	22.488
02	Auswärtige Angelegenheiten											
021	Auslandsvertretungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
022	Internationale Organisationen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit	—	1.099	—	—	—	—	—	—	486	—	1.865
024	Auslandsschulwesen u. kult. Angelegenheiten im Ausland	—	7	—	—	—	—	—	—	—	—	1.446
029	Sonstiges	99	4	—	—	—	—	—	—	—	—	180
	02 insgesamt	99	1.110	—	—	—	—	—	—	486	—	3.491
03	Verteidigung (nur Bund)											
031	Verwaltung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
032	Deutsche Verteidigungsstreitkräfte	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
033	Verteid.lasten im Zus.hang mit dem Aufenthalt ausl. Streitkr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
034	Zivile Verteidigung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
036	Wissenschaftliche Forschung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
037	Unterhaltssicherung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	03 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung											
041	Bundesgrenzschutz (nur Bund)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
042	Polizei	1.498.049	154.431	—	—	1.278	5.287	—	—	1.359	—	3
043	Öffentliche Ordnung (nur Stadtstaaten)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
044	Brandschutz	5.314	3.413	—	—	—	—	3.312	—	2	—	324
045	Katastrophenschutz	1.500	91	—	—	—	—	—	—	—	—	1.000
049	Sonstiges	22.590	20.925	—	—	140	—	—	—	31	—	—
	04 insgesamt	1.527.454	178.861	—	—	1.418	5.287	3.312	—	1.392	—	1.327
05	Rechtsschutz											
051	Verfassungsgerichte	308	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	806.651	374.514	—	—	—	1.141	—	—	5.928	—	281
053	Verwaltungsgerichte	41.592	6.909	—	—	—	—	—	—	—	—	—
054	Arbeits- und Sozialgerichte	47.715	27.279	—	—	—	—	—	—	1	—	1
055	Finanzgerichte	11.851	1.692	—	—	—	380	—	—	—	—	—
056	Justizvollzugsanstalten	236.610	61.651	—	—	—	4.133	—	—	15.893	—	3.503
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4
	05 insgesamt	1.144.727	472.105	—	—	—	5.654	—	—	21.822	—	3.790
	0 insgesamt	4.282.749	1.039.777	—	—	1.443	14.873	6.681	—	25.156	1.752	31.095
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kult. Angelegenheiten											
11	Verwaltung											
111	Unterrichtsverwaltung	39.535	2.809	—	—	—	270	—	—	—	—	54
112	Wissenschafts- und Forschungsverwaltung	—	—	—	—	—	1.790	—	—	—	—	1.898
113	Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	11 insgesamt	39.535	2.809	—	—	—	2.060	—	—	—	—	1.952
12	Schulen und vorschulische Bildung											
121	Grund- und Hauptschulen	5.814.403	2.243	—	—	—	—	4.708	—	30	—	5.375
122	Sonderschulen	54.726	7.206	—	—	—	—	300	—	1.075	—	49.116
123	Realschulen	1.085	134	—	—	—	—	—	—	3	—	—
124	Gymnasien	7.012	2.426	—	—	—	10.667	—	—	22	—	207.409
125	Gesamtschulen	1.326	225	—	—	—	—	—	—	2	—	43
126	Kindergärten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
127	Berufliche Schulen	12.892	2.704	—	—	—	—	5.302	—	46	—	75.009
128	Fachschulen	—	139	—	—	—	—	—	—	7	—	25
129	Sonstiges	229.394	75.309	—	—	—	5.656	1.997	—	60	—	426
	12 insgesamt	6.120.837	90.386	—	—	—	16.323	12.307	—	1.245	—	337.403

Schuldendiensthilfen an			Baumaß- nahmen	Erwerb von			Darlehen an			Zuweis. u. Zusch. f. Invest. an				Sonstige Aus- gaben (Haupt- gruppe 9)	Ausgaben insgesamt	Fkt
öffentlichen Bereich		sonstige Bereiche		beweg- lichen Sachen	unbeweg- lichen Sachen	Beteili- gungen	öffentlichen Bereich		sonstige Bereiche	öffentlichen Bereich			sonstige Bereiche			
Gemein- den	Sonstige						Gemein- den	Sonstige		Länder	Gemein- den	Sonstige				
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
																0
																01
—	—	—	5.500	5.805	—	—	—	—	50	—	—	—	—	—	461.284	011
—	—	—	—	5.458	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	324.139	012
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.125	013
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	48.911	014
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	015
—	—	—	2.400	28.136	—	—	—	—	—	—	—	—	8.395	—	982.588	016
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.531	017
—	—	—	—	3.453	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	229.728	018
—	—	—	—	215	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	33.299	019
—	—	—	7.900	43.066	—	—	—	—	50	—	—	—	8.395	—	2.090.603	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	02
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	021
—	—	—	—	90	—	—	—	—	—	—	—	—	100	—	3.640	022
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.453	023
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	283	024
—	—	—	—	90	—	—	—	—	—	—	—	—	100	—	5.376	029
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	03
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	031
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	032
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	033
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	034
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	036
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	037
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	04
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	041
—	—	—	27.000	66.447	452	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.754.306	042
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	043
—	—	—	2.050	2.642	—	—	—	—	—	—	47.347	—	—	—	64.403	044
—	—	—	—	150	—	—	—	—	—	—	—	—	170	—	2.911	045
—	—	—	—	2.935	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	46.621	049
—	—	—	29.050	72.174	452	—	—	—	—	—	47.347	—	170	—	1.868.241	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	368	05
—	—	—	—	19.191	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.207.706	051
—	—	—	—	32	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	48.533	052
—	—	—	—	248	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	75.244	053
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13.923	054
—	—	—	52.800	5.515	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	380.105	055
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	056
—	—	—	52.800	24.986	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.725.883	059
—	—	—	89.750	140.316	452	—	—	—	50	—	47.347	—	8.665	—	5.690.103	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	42.669	11
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.688	111
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	112
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	113
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	46.356	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.826.758	12
—	—	—	—	1.258	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	113.681	121
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.222	122
—	—	—	—	436	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	227.971	123
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.596	124
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	125
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	95.953	126
—	—	—	—	180	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	350	127
—	—	—	—	449	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	313.291	128
—	—	—	—	2.323	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6.580.823	129

Haushaltsquer A. Gliederung der Ausgaben nach in 1.000												
Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	persön- liche Ver- waltungs- ausgaben	säch- liche Ver- waltungs- ausgaben	Zins- ausgaben	Tilgungs- ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse f. lfd. Zwecke mit Ausn. f. Invest.						
						an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche		
						Bund, LAF, ERP	Länder	Gemein- den	Sonstige	Renten, Unter- stütz.	Unter- nehmen	Sonstige
1	2	3	4	6	7	8	8	9	10	11	12	13
13	Hochschulen											
131	Universitäten, Techn. Hoch- schulen, Techn. Universitä. ...	32.696	17.193	—	—	—	688	—	—	172	1.768.132	500
132	Hochschulkliniken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	536.330	—
133	Verwaltungsfachhochschulen	16.552	2.308	—	—	—	3	—	—	1	—	—
136	Kunsthochschulen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	56.982	—
137	Fachhochschulen	—	—	—	—	—	78	—	—	—	434.681	10.105
138	Deutsche Forschungsgemein- schaft, Sonderforschungsber.	—	—	—	—	—	14.844	—	—	—	—	65.882
139	Sonstiges	18.888	1.025	—	—	—	—	—	—	—	77.610	1.622
	13 insgesamt	68.136	20.526	—	—	—	15.612	—	—	173	2.873.734	78.110
14	Förderung des Bildungswesens											
141	Ausbildungsförderung für Schülerinnen und Schüler	—	—	—	—	—	—	—	—	88.906	—	—
142	Ausbildungsförderung für Studierende	—	—	—	—	—	1.700	250	—	123.686	—	240
143	Andere Förderungsmaßnahmen für Schülerinnen und Schüler	—	562	—	—	—	—	—	—	—	—	17
144	Andere Förderungsmaßnahmen für Studierende	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.135	56.236
145	Schülerbeförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
146	Studentenwohnraumförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
149	Sonstiges	—	458	—	—	—	—	—	—	—	—	5
	14 insgesamt	—	1.020	—	—	—	1.700	250	—	212.592	4.135	56.498
15	Sonstiges Bildungswesen											
151	Außerschulische Jugendbildung	—	5	—	—	—	—	167	—	—	—	432
152	Volkshochschulen	—	—	—	—	—	—	34.472	—	—	—	64.347
153	Sonstige Weiterbildung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	203
154	Lehrerfortbildung	8.592	4.440	—	—	—	—	—	—	—	—	—
155	Betriebl. und überbetriebliche berufliche Aus- und Fortbildung	7	106	—	—	—	—	4.620	—	—	—	22.512
156	Förderung der politischen Bildung	4.226	2.297	—	—	—	—	—	—	—	—	3.007
157	Bibliothekswesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
158	Berufsakademien, Fachakademien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	162
159	Sonstiges	135	147	—	—	—	549	—	—	—	—	16.019
	15 insgesamt	12.960	6.995	—	—	—	549	39.259	—	—	—	106.682
16	Wissensch., Forschung, Entw. außerh. d. Hochschulen (16/17)											
161	Fächerübergreifende Förd.- und Trägerorg. in Wiss. u. Forsch.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	90.809
162	Wiss. Biblioth., Archive, Doku- mentation, Dokument.- Forschung	50.609	34.396	—	—	—	180	—	—	414	3.808	8.377
163	Wissenschaftliche Museen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
165	Kernforschung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	930
166	Sonstige Energieforschung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15.722
167	Weltraumforschung und -technik	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.761
168	Informatik, Datenverarbeitung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
169	Technologische Forschung und Entwicklung	—	20	—	—	—	—	—	—	—	2.000	1.600
171	Wirtschaft einschließlich Infrastruktur	—	3.045	—	—	—	—	—	—	—	—	—
172	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10
173	Reinhalt. von Luft, Wasser, Erde Lärmbekämpf., Reaktorsicherh.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.030
174	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	10.552	2.275	—	—	—	—	—	—	5	—	37
175	Soziale Fragen, Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25.460
176	Bau- und Wohnungswesen, Raum- und Städteplanung	—	50	—	—	—	—	—	—	—	—	4.241
177	Boden- und Meeresforschung	22.839	3.683	—	—	1.156	—	—	—	4	—	7.537
178	Bildungswesen	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—	3.204
179	Sonstiges	4.014	1.595	—	—	—	130	—	—	—	—	97.136
	16/17 insgesamt	88.014	45.073	—	—	1.156	310	—	—	423	5.808	265.853
18	Kunst- und Kulturpflege											
181	Theater	33.678	3.329	—	—	—	—	—	10.212	—	164.898	3.093
182	Berufsorchester und -chöre, sonstige Musikpflege	—	6	—	—	—	—	700	—	—	—	9.035
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	17.528	9.396	—	—	—	246	4.156	—	—	—	6.675
184	Denkmalschutz und Denkmal- pflege	14.721	2.280	—	—	—	—	230	—	2	—	341
185	Naturschutz und Landschafts- pflege	15.628	5.400	—	—	—	—	3.492	—	—	8.978	3.460
189	Sonstiges	7.207	362	—	—	—	—	11.500	—	—	3.000	26.688
	18 insgesamt	88.760	20.773	—	—	—	246	20.078	10.212	2	176.876	49.291
190	Kirchliche Angelegenheiten	—	77	—	—	—	—	—	—	—	—	74.599
	19 insgesamt	—	77	—	—	—	—	—	—	—	—	74.599
	1 insgesamt	6.418.243	187.659	—	—	1.156	36.801	71.893	10.212	214.435	3.060.553	970.388

schnitt Funktionen und Ausgabegruppen DM																
Schuldendiensthilfen an			Baumaß- nahmen	Erwerb von			Darlehen an			Zuweis. u. Zusch. f. Invest. an				Sonstige Aus- gaben (Haupt- gruppe 9)	Ausgaben insgesamt	Fkt
öffentlichen Bereich		sonstige Bereiche		beweg- lichen Sachen	unbeweg- lichen Sachen	Beteili- gungen	öffentlichen Bereich		sonstige Bereiche	öffentlichen Bereich			sonstige Bereiche			
Gemein- den	Sonstige						Gemein- den	Sonstige		Länder	Gemein- den	Sonstige				
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
—	—	—	44.670	2.900	—	—	—	—	—	—	—	—	95.617	—	1.962.566	13 131
—	—	—	33.100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	42.672	—	612.102	132
—	—	—	—	148	—	—	—	—	—	—	—	—	19.012	—	57.579	133
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	597	—	513.245	136
—	—	—	11.450	—	—	—	—	—	—	—	—	—	56.932	—	513.245	137
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	80.726	138
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.000	—	101.146	139
—	—	—	89.220	3.048	—	—	—	—	—	—	—	—	197.817	—	3.346.376	14
—	—	—	—	—	—	—	—	—	500	—	—	—	—	—	89.406	141
—	—	—	—	—	—	—	—	—	125.208	—	—	—	—	—	251.084	142
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	579	143
—	—	—	—	1.500	—	—	—	—	—	—	—	—	3.000	—	64.871	144
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	145
—	—	1.923	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.500	—	3.423	146
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	463	149
—	—	1.923	—	1.500	—	—	—	—	125.708	—	—	—	4.500	—	409.826	15
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	604	151
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	98.819	152
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	203	153
—	—	—	—	110	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13.142	154
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.000	—	31.245	155
—	—	—	—	120	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9.650	156
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	157
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	162	158
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.851	159
—	—	—	—	230	—	—	—	—	—	—	—	—	4.000	—	170.676	16
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	90.809	161
—	—	—	3.300	2.345	—	—	—	—	—	—	—	—	382	—	103.810	162
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	163
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	220	—	1.149	165
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.050	—	17.772	166
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.732	—	10.493	167
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	168
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	780	—	4.400	169
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.045	171
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	172
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.030	173
—	—	—	150	384	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13.404	174
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.650	—	29.110	175
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.291	176
—	—	—	—	969	—	—	—	—	—	—	—	—	970	—	37.158	177
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.214	178
—	—	—	—	58	—	—	—	—	—	—	—	—	606	—	103.538	179
—	—	—	3.450	3.756	—	—	—	—	—	—	—	—	10.390	—	424.234	18
—	—	—	—	300	—	—	—	—	—	—	—	—	1.650	—	217.159	181
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9.741	182
—	—	—	1.500	694	—	—	—	—	—	—	830	—	140	—	41.165	183
—	—	—	1.000	95	—	—	—	—	—	—	2.329	—	7.150	—	28.147	184
—	—	—	250	210	650	—	—	—	—	—	2.420	—	580	—	41.067	185
—	—	—	—	600	—	—	—	—	—	—	165	—	6.500	—	56.021	189
—	—	—	2.750	1.898	650	—	—	—	—	—	5.744	—	16.020	—	393.299	190
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	74.676	190
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	74.676	190
—	—	1.923	95.420	12.755	650	—	—	—	125.708	—	5.744	—	232.726	—	11.446.266	

Haushaltsquer A. Gliederung der Ausgaben nach in 1.000												
Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	persön- liche Ver- waltungs- ausgaben	säch- liche Ver- waltungs- ausgaben	Zins- ausgaben	Tilgungs- ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse f. lfd. Zwecke mit Ausn. f. Invest.						
						an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche		
						Bund, LAF, ERP	Länder	Gemein- den	Sonstige	Renten, Unter- stütz.	Unter- nehmen	Sonstige
1	2	3	4	6	7	8	8	9	10	11	12	13
2	Soz. Sicherung, soz. Kriegsfol- geaufgaben, Wiedergutmachung											
21	Verwaltung											
211	Versicherungsbehörden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
212	Sozialamt, Sozialhilfeverband, Landeswohlfahrtsverband	90.190	23.238	—	—	—	—	1.500	2.525	233	—	43
213	Jugendämter	5.012	81	—	—	—	—	—	—	—	—	23
214	Versorgungsämter	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
215	Lastenausgleichsverwaltung	—	11	—	—	—	—	7.100	—	—	—	—
216	Wiedergutmachungsbehörden	—	160	—	—	—	12	—	2	—	—	20
219	Sonstige Behörden im Bereich der sozialen Sicherung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	21 insgesamt	95.202	23.489	—	—	—	12	8.600	2.527	233	—	86
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung											
221	Rentenversicherung der Angest., Arbeiterinnen u. Arbeiter(Bund)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
222	Knappschaftsversicherung (Bund)	—	—	—	—	—	—	—	13.411	27.400	—	—
223	Unfallversicherung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
224	Krankenversicherung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
225	Arbeitslosenversicherung (Bund)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
226	Altershilfe für Landwirtinnen und Landwirte (Bund)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
227	Pflegeversicherung	4.018	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
229	Sonstige Sozialversicherungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	22 insgesamt	4.018	—	—	—	—	—	—	13.411	27.400	—	—
23	Familien-, Sozial- und Jugendhilfe											
231	Kindergeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
232	Erziehungsgeld, Mutterschutz (Bund)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
233	Wohngeld	—	—	—	—	—	—	650.000	—	160.000	—	—
234	Sozialhilfeleistungen	—	—	—	—	294	—	2.863.493	—	37.293	—	2.584
235	Einrichtungen der Sozialhilfe des öffentl. Bereichs	11.297	17.095	—	—	—	—	—	—	6.759	—	9.215
236	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	—	—	—	—	—	—	—	335	5.887	—	61.440
237	Jugendhilfeleistungen	—	—	—	—	9.934	486	175.800	—	—	—	—
238	Einrichtungen der Jugendhilfe des öffentl. Bereichs	200	1.300	—	—	—	66	350	—	—	—	1.200
239	Förderung der freien Jugendhilfe	—	172	—	—	—	—	1.200	—	—	—	27.602
	23 insgesamt	11.497	18.567	—	—	10.228	552	3.690.843	335	209.939	—	102.040
24	Soz. Leistungen für Folgen von Krieg und polit. Ereignissen											
241	Leistungen der Kriegsoferv- sorg. u. gleichart. Leist.(Bd.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
242	Einrichtungen der Kriegsoferv- versorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50
243	Lastenausgleich	—	—	—	—	7.500	—	—	—	—	—	—
244	Wiedergutmachung nach den Entschädigungsgesetzen	—	—	—	—	20.000	—	100	60	6.390	—	46.064
245	Sonst. Wiedergutmachungsleist.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	764
246	Vertriebene und Flüchtlinge	21.432	17.801	—	—	—	30	—	—	5	—	186
247	Kriegsofervsorge	—	—	—	—	10.962	—	64.958	—	—	—	—
249	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	4.282	—	—	—	—
	24 insgesamt	21.432	17.801	—	—	38.462	30	69.340	60	6.395	—	47.064
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz											
251	Arbeitslosenhilfe (Bund)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
252	Hilfen f. Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	—	50	—	—	—	—	—	—	9.950	—	2.000
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen u. produktive Arbeitsförderung	—	500	—	—	—	—	9.000	123.965	—	—	41.325
254	Arbeitsschutz	47.367	9.873	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	25 insgesamt	47.367	10.423	—	—	—	—	9.000	123.965	9.950	—	43.325
260	Naturkatastrophen	—	—	—	—	—	—	—	—	720	—	—
	26 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	720	—	—
270	Förderung d. Vermögensbildung											
	27 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
290	Sonst. soziale Angelegenheiten	—	3.500	—	—	2.256	—	—	—	60.540	—	12.210
	29 insgesamt	—	3.500	—	—	2.256	—	—	—	60.540	—	12.210
	2 insgesamt	179.515	73.779	—	—	50.946	595	3.777.783	140.298	315.177	—	204.725
3	Gesundheit, Sport und Erholung											
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens											
311	Gesundheitsbehörden	2.562	25	—	—	—	—	1.000	—	—	—	—
312	Krankenhäuser und Heilstätten	—	10	—	—	—	—	—	—	51.725	—	134.040
314	Maßnahmen d. Gesundheitswesens	12.177	7.754	—	—	—	1.618	—	—	—	1.529	23.347
319	Sonstiges	211	26	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	31 insgesamt	14.950	7.815	—	—	—	1.618	1.000	—	—	53.255	157.387

schnitt Funktionen und Ausgabegruppen DM																
Schuldendiensthilfen an			Baumaß- nahmen	Erwerb von			Darlehen an			Zuweis. u. Zusch. f. Invest. an				Sonstige Aus- gaben (Haupt- gruppe 9)	Ausgaben insgesamt	Fkt
öffentlichen Bereich		sonstige Bereiche		beweg- lichen Sachen	unbeweg- lichen Sachen	Beteili- gungen	öffentlichen Bereich		sonstige Bereiche	öffentlichen Bereich			sonstige Bereiche			
Gemein- den	Sonstige						Gemein- den	Sonstige		Länder	Gemein- den	Sonstige				
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
																2
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21
—	—	—	—	2.784	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	120.512	211
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.116	212
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	213
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	214
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.111	215
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	216
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	194	219
—	—	—	—	2.784	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	132.933	22
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	221
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	222
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40.811	223
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	224
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	225
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	226
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.018	227
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	229
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	44.829	23
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	231
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	232
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	810.000	233
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.903.664	234
—	—	—	—	178	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	44.543	235
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.275	—	75.937	236
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	186.220	237
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.116	238
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.000	—	3.199	—	33.173	239
—	—	—	—	178	—	—	—	—	—	—	1.000	—	11.474	—	4.056.654	24
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	241
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50	242
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.500	243
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	72.614	244
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	764	245
—	—	—	—	242	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	39.695	246
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	190	19.000	—	—	95.110	247
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.282	249
—	—	—	—	242	—	—	—	—	—	—	190	19.000	—	—	220.015	25
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	251
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12.000	252
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	400	—	175.190	253
—	—	—	—	140	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	57.380	254
—	—	—	—	140	—	—	—	—	—	—	—	—	400	—	244.570	260
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	720	260
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	720	270
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	260.241	—	338.747	290
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	260.241	—	338.747	290
—	—	—	—	3.344	—	—	—	—	—	—	1.190	19.000	272.116	—	5.038.469	3
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	31
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.587	311
—	—	—	5.750	—	—	—	—	—	—	—	—	—	434.528	—	626.053	312
—	—	—	—	835	—	—	—	—	—	—	—	—	700	—	47.961	314
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	237	319
—	—	—	5.750	835	—	—	—	—	—	—	—	—	435.228	—	677.837	

Haushaltsquer A. Gliederung der Ausgaben nach in 1.000												
Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	persön- liche Ver- waltungs- ausgaben	säch- liche Ver- waltungs- ausgaben	Zins- ausgaben	Tilgungs- ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse f. lfd. Zwecke mit Ausn. f. Invest.						
						an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche		
						Bund, LAF, ERP	Länder	Gemein- den	Sonstige	Renten, Unter- stütz.	Unter- nehmen	Sonstige
1	2	3	4	6	7	8	8	9	10	11	12	13
32	Sport und Erholung											
321	Park- und Gartenanlagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
322	Badeanstalten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
323	Sportstätten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
324	Förderung des Sports	—	248	—	—	—	—	650	—	—	—	44.880
329	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	32 insgesamt	—	248	—	—	—	—	650	—	—	—	44.880
330	Reinhalt. von Luft, Wasser, Erde Lärmbekämpf., Reaktorsicherh.	61	3.795	—	—	1.486	1.542	390	—	50	5.028	4.883
	33 insgesamt	61	3.795	—	—	1.486	1.542	390	—	50	5.028	4.883
	3 insgesamt	15.011	11.858	—	—	1.486	3.160	2.040	—	50	58.283	207.150
4	Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste											
41	Wohnungswesen											
411	Förderung des Wohnungsbaus	—	—	—	—	—	—	—	—	2.000	—	26.232
419	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	110
	41 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	2.000	—	26.342
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen											
421	Kataster- und Vermessungsver- waltung	200.945	48.846	—	—	—	—	—	—	19	39.893	6
422	Raumordnung, Landesplanung	—	360	—	—	—	100	65	—	—	—	300
	42 insgesamt	200.945	49.206	—	—	—	100	65	—	19	39.893	306
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste											
431	Straßenbeleuchtung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
432	Ortsentwässerung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
433	Müllbeseitigung u. -verwertung	—	—	—	—	—	—	250	—	—	—	—
434	Straßenreinigung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
435	Schlacht- und Viehhöfe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
439	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	43 insgesamt	—	—	—	—	—	—	250	—	—	—	—
440	Städtebauförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	44 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	4 insgesamt	200.945	49.206	—	—	—	100	315	—	2.019	39.893	26.648
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten											
51	Verwaltung (ohne Betriebs- verwaltung)											
511	Ernährung und Landwirtschaft	130.748	28.401	—	—	—	—	—	—	—	—	15
512	Forsten	16.866	4.681	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	51 insgesamt	147.614	33.082	—	—	—	—	—	—	—	—	15
52	Verbesserung der Agrarstruktur											
521	Flurbereinigung	—	8.962	—	—	—	—	—	—	—	1.000	10
522	Einzelbetriebliche Maßnahmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.008
523	Verbesserung der Marktstruktur	—	1.100	—	—	—	—	—	—	—	1.000	—
524	Wirtschaftswege	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
528	EG-Ausrichtungsfonds	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
529	Sonstiges	—	850	—	—	—	—	—	—	—	34.464	1.910
	52 insgesamt	—	10.912	—	—	—	—	—	—	—	36.464	2.928
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen											
531	EG-Garantiefonds	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
532	Marktordnungen (einschl. EG)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	330	5.500
533	Gasölverbilligung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
534	Aufwertungsausgleich	—	350	—	—	—	—	—	—	—	—	—
539	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.557	—
	53 insgesamt	—	350	—	—	—	—	—	—	—	4.887	5.500
54	Sonstige Bereiche											
541	Versuchsgüter und -felder	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
542	Fischerei	—	80	—	—	—	—	—	—	—	22	30
549	Sonstiges	6.035	3.436	—	—	—	—	48	1.500	—	3.684	159.583
	54 insgesamt	6.035	3.516	—	—	—	—	48	1.500	—	3.684	159.613
	5 insgesamt	153.649	47.860	—	—	—	—	48	1.500	—	45.035	168.056
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen											
610	Verwaltung	73.137	12.573	—	—	—	65	—	—	12	—	1
	61 insgesamt	73.137	12.573	—	—	—	65	—	—	12	—	1

schnitt

Funktionen und Ausgabegruppen

DM

Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich			Baumaßnahmen	Erwerb von			Darlehen an öffentlichen Bereich			Zuweis. u. Zusch. f. Invest. an öffentlichen Bereich				Sonstige Ausgaben (Hauptgruppe 9)	Ausgaben insgesamt	Fkt
Gemeinden	Sonstige	Bereiche		beweglichen Sachen	unbeweglichen Sachen	Beteiligungen	Gemeinden	Sonstige	Bereiche	Länder	Gemeinden	Sonstige	Bereiche			
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	32
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	321
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17.052	—	1.901	—	18.953	322
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.312	—	51.090	323
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	324
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	329
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17.052	—	7.213	—	70.044	330
—	—	—	—	1.194	—	—	—	—	—	2.880	—	60	—	—	21.368	
—	—	—	—	1.194	—	—	—	—	—	2.880	—	60	—	—	21.368	
—	—	—	5.750	2.029	—	—	—	—	—	2.880	17.052	60	442.441	—	769.249	4
—	—	58.389	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	68.655	—	155.276	41
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	110	411
—	—	58.389	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	68.655	—	155.386	419
—	—	—	14.350	1.950	—	—	—	—	—	—	—	—	735	—	306.743	42
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	825	421
—	—	—	14.350	1.950	—	—	—	—	—	—	—	—	735	—	307.568	422
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	43
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	431
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	250	—	6.272	—	6.772	432
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	433
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	434
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	435
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	250	—	6.272	—	6.772	439
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	34.089	—	—	—	34.089	440
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	34.089	—	—	—	34.089	
—	—	58.389	14.350	1.950	—	—	—	—	—	—	34.339	—	75.662	—	503.815	
—	—	—	19.500	5.144	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	183.808	5
—	—	—	920	1.518	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23.986	51
—	—	—	20.420	6.662	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	207.793	52
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.000	—	40.800	—	55.772	521
—	—	61.974	—	—	—	—	—	—	1.000	—	—	—	17.000	—	80.982	522
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28.600	—	30.700	523
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.500	—	1.500	524
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	528
—	—	40	—	—	—	—	—	—	—	—	15.750	—	32.700	—	85.714	529
—	—	62.014	—	—	—	—	—	—	1.000	—	20.750	—	120.600	—	254.668	53
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.830	531
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	532
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	533
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	350	534
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.557	539
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.737	54
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12.700	—	—	
—	—	—	—	1.500	850	—	—	—	—	—	—	—	—	—	176.614	542
—	—	60	—	1.500	850	—	—	—	—	—	—	—	12.700	—	189.505	549
—	—	62.074	20.420	8.162	850	—	—	—	1.000	—	20.750	—	133.300	—	662.703	6
—	—	—	—	2.728	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	88.516	
—	—	—	—	2.728	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	88.516	

Haushaltsquer A. Gliederung der Ausgaben nach in 1.000												
Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	persön- liche Ver- waltungs- ausgaben	säch- liche Ver- waltungs- ausgaben	Zins- ausgaben	Tilgungs- ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse f. lfd. Zwecke mit Ausn. f. Invest.						
						an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche		
						Bund, LAF, ERP	Länder	Gemein- den	Sonstige	Renten, Unter- stütz.	Unter- nehmen	Sonstige
1	2	3	4	6	7	8	8	9	10	11	12	13
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau											
621	Kernenergie	—	88	—	—	—	—	—	—	—	—	—
622	Sonstige Energieformen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
623	Wasserwirtschaft und Kulturbau	630	19.349	—	—	—	—	24.425	4.180	22.575	85.403	14.303
624	Talsperren, Hochwasserrück- haltebecken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
625	Küstenschutz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.073
626	Erdölversorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
627	Sonstige Energieversorgung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
628	Sonstige Rohstoffbeschaffungs- maßnahmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
629	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	62 insgesamt	630	19.437	—	—	—	—	24.425	4.180	22.575	85.403	17.376
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe											
631	Kohlenbergbau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
632	Sonstiger Bergbau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
633	Sonstige Grundstoffproduktion	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
634	Verarbeitende Industrie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
635	Handwerk und Kleingewerbe	—	—	—	—	—	—	—	450	—	—	—
638	Baugewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
639	Sonst. verarbeitendes Gewerbe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	63 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	450	—	—	—
64	Handel											
641	Handel (allgemein)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
642	Exportförderung, Auslandsmessen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
643	Märkte und Inlandsmessen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
649	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.210
	64 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.210
650	Fremdenverkehr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	65 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
66	Geld- und Versicherungswesen											
661	Banken und sonstige Kreditinstitute	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
662	Versicherungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
669	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	66 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
670	Sonstige Dienstleistungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.349
	67 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.349
680	Sonstige Bereiche	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	68 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
69	Regionale Förderungsmaßnahmen											
691	Betriebliche Investitionen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
692	Verbesserung der Infrastruktur	—	—	—	—	—	—	—	—	—	330	3.000
699	Sonstiges	—	370	—	—	—	—	14.900	—	—	27.700	15.000
	69 insgesamt	—	370	—	—	—	—	14.900	—	—	28.030	18.000
	6 insgesamt	73.767	32.380	—	—	—	65	39.325	4.630	22.587	113.433	39.935
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen											
71	Verwaltung											
711	Straßen- und Brückenbau	112.137	12.084	—	—	245	—	—	—	355	—	—
712	Wasserstraßen und Häfen	55.585	39.333	—	—	550	—	—	25	—	—	—
719	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	71 insgesamt	167.722	51.417	—	—	795	—	—	25	355	—	—
72	Straßen											
721	Bundesautobahnen	95.300	18	—	—	—	—	—	—	—	—	—
722	Bundesstraßen	42.384	35.000	—	—	1.990	—	445	—	—	—	1.045
723	Landesstraßen	61.183	57.968	—	—	400	—	—	—	—	—	824
724	Kreisstraßen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
725	Gemeindestraßen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
729	Sonstiges	—	50	—	—	—	—	—	—	—	—	1.050
	72 insgesamt	198.868	93.036	—	—	2.390	—	445	—	—	—	2.919
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt											
731	Wasserstraßen und Häfen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	277
732	Förderung der Schifffahrt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	73 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	277
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr											
741	Maßnahmen für den öffent- lichen Personennahverkehr	—	416.508	—	—	—	—	96.051	207.414	—	168.000	17.400
749	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	200	—	—	11.969	—
	74 insgesamt	—	416.508	—	—	—	—	96.251	207.414	—	179.969	17.400
75	Luftfahrt											
751	Flugsicherung	84	256	—	—	530	—	—	—	—	—	818
759	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	75 insgesamt	84	256	—	—	530	—	—	—	—	—	818

[illegible]

Haushaltsquer A. Gliederung der Ausgaben nach in 1.000												
Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	persön- liche Ver- waltungs- ausgaben	säch- liche Ver- waltungs- ausgaben	Zins- ausgaben	Tilgungs- ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse f. lfd. Zwecke mit Ausn. f. Invest.						
						an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche		
						Bund, LAF, ERP	Länder	Gemein- den	Sonstige	Renten, Unter- stütz.	Unter- nehmen	Sonstige
1	2	3	4	6	7	8	8	9	10	11	12	13
760	Wetterdienst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	76 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
77	Nachrichtenwesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
771	Post- und Fernmeldewesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
772	Rundfunkanstalten und Fernsehen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	77 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
780	Sonstige Bereiche	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	78 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	7 insgesamt	366.674	561.217	—	—	3.714	—	96.697	207.439	355	179.969	21.414
8	Wirtsch.untern., allg. Grd.- u. Kapitalvermög., Sondervermög.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
811	Domänen	5.502	1.758	—	—	—	—	—	—	—	1.195	1.534
812	Forsten	134.274	82.830	—	—	—	—	—	—	209	—	—
	81 insgesamt	139.776	84.588	—	—	—	—	—	—	209	1.195	1.534
82	Versorgungsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
821	Elektrizitätsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
822	Gasunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
823	Wasserunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
824	Kombinierte Versorgungsuntern.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
829	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	82 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
83	Verkehrsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
831	Straßenverkehrsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
832	Eisenbahnen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
833	Schifffahrt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
834	Häfen und Umschlag	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
835	Flughäfen und Luftverkehr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	415	—
839	Sonstige Verkehrsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	83 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	415	—
840	Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	84 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
85	Bergbau- und Gewerbeunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
851	Bergbau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
852	Industrielle Unternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
853	Banken und Kreditinstitute	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
854	Münzbetriebe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
859	Sonstiges	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	85 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
86	Sonstige Wirtschaftsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
861	Staatsbäder	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19.000	—
862	Lotterie, Lotto, Toto	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
869	Sonstiges	17	194	—	—	—	—	—	—	—	—	1
	86 insgesamt	17	194	—	—	—	—	—	—	—	19.000	1
87	Allgemeines Grund- und Kapital- vermögen, Sondervermögen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
871	Allgemeines Grundvermögen	—	54.038	—	—	160	—	—	—	—	—	—
872	Allgemeines Kapitalvermögen	—	—	—	—	—	—	—	—	400	—	—
873	Sondervermögen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	87 insgesamt	—	54.038	—	—	160	—	—	—	400	—	—
	8 insgesamt	139.793	138.819	—	—	160	—	—	—	609	20.610	1.535
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
910	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	—	—	—	—	—	—	4.765.112	—	—	—	36
	91 insgesamt	—	—	—	—	—	—	4.765.112	—	—	—	36
92	Schulden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
921	Ausgleichsforderungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
922	Schuldenaufn. u. Schuldendienst für Wohnungsbau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
923	für ländliche Siedlung	—	—	—	2.632	—	—	—	—	—	—	—
924	für Entwicklungshilfe	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
925	für Hafen- und Umschlagsein- richtungen (Stadtstaaten)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
926	für Wirtschaftsunternehmen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
928	für sonstige Schulden	—	—	4.395.976	65.862	—	—	—	—	—	—	—
929	für Auslandsschulden	—	—	78.102	—	—	—	—	—	—	—	—
	92 insgesamt	—	—	4.474.078	68.493	—	—	—	—	—	—	—

schnitt																
Funktionen und Ausgabegruppen																
DM																
Schuldendiensthilfen an			Baumaß- nahmen	Erwerb von			Darlehen an			Zuweis. u. Zusch. f. Invest. an				Sonstige Aus- gaben (Haupt- gruppe 9)	Ausgaben insgesamt	Fkt
öffentlichen Bereich		sonstige Bereiche		beweg- lichen Sachen	unbeweg- lichen Sachen	Beteili- gungen	öffentlichen Bereich		sonstige Bereiche	öffentlichen Bereich			sonstige Bereiche			
Gemein- den	Sonstige						Gemein- den	Sonstige		Länder	Gemein- den	Sonstige				
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	760
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	77
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	771
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	772
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	780
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	780
—	—	10.000	170.800	13.298	7.400	—	—	—	100.000	—	152.770	16.200	334.946	—	2.242.893	8
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	81
—	—	—	6.461	537	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.986	811
—	—	—	5.520	3.797	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	226.690	812
—	—	—	11.981	4.334	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	243.676	82
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	821
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	822
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	823
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	824
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	829
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	83
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	831
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	832
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	833
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	834
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	310	—	725	835
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	839
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	310	—	725	840
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	840
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	85
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	851
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	852
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	853
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	854
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	859
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	86
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.000	—	22.000	861
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	862
—	—	3.000	—	20	—	1.150.350	—	—	—	—	—	—	—	—	1.153.582	869
—	—	3.000	—	20	—	1.150.350	—	—	—	—	—	—	3.000	—	1.175.582	87
—	—	—	58.250	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	112.448	871
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	400	872
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	873
—	—	—	58.250	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	112.848	873
—	—	3.000	70.231	4.354	60	1.150.350	—	—	—	—	—	—	3.310	—	1.532.831	9
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	548.585	—	—	—	5.313.733	910
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	548.585	—	—	—	5.313.733	910
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	92
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	921
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	922
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.632	923
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	924
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	925
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	926
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.461.837	928
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	78.102	929
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.542.571	929

Haushaltsquer A. Gliederung der Ausgaben nach in 1.000												
Fkt	Funktion/Aufgabenbereich	persön- liche Ver- waltungs- ausgaben	säch- liche Ver- waltungs- ausgaben	Zins- ausgaben	Tilgungs- ausgaben	Zuweisungen und Zuschüsse f. lfd. Zwecke mit Ausn. f. Invest.						
						an öffentlichen Bereich				an sonstige Bereiche		
						Bund, LAF, ERP	Länder	Gemein- den	Sonstige	Renten, Unter- stütz.	Unter- nehmen	Sonstige
1	2	3	4	6	7	8	8	9	10	11	12	13
93	Versorgung											
931	Versorgung der Beamtinnen, Be- amten, Richterinnen u. Richter	3.075.223	24	—	—	—	1	1.400	263	12	—	3.356
932	Versorgung der Soldaten der Bundeswehr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
933	Beihilfen f. Versorgungsempfän- gerinnen u. Versorgungsempfg.	420.452	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
934	Versorg.ausg., die durch das 2. Überl.Ges. vom Bund übern....	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
935	Versorg. v. verdrängten Angeh. des öff. Dienst...(nach G 131)	1.400	—	—	—	5.600	4.500	120	57	—	—	—
936	Versorg. von Berufssoldaten der früh. Wehrmacht...(nach G 131)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	93 insgesamt	3.497.075	24	—	—	5.600	4.501	1.520	319	12	—	3.356
940	Beihilfen, Unterstützungen u.ä.	428.278	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	94 insgesamt	428.278	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
950	Rücklagen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	95 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
960	Sonstiges	45.557	71.240	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	96 insgesamt	45.557	71.240	—	—	—	—	—	—	—	—	—
970	Abwicklung der Vorjahre	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	97 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
98	Globalposten											
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben	381.719	—	—	—	—	—	—	—	—	15.438	—
988	Globale Mehrausgaben / Globale Mindereinnahmen	—	3.000	—	—	—	—	—	—	—	—	—
989	Globale Minderausgaben / Glo- bale Mehreinnahmen	—	-10.161	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	98 insgesamt	381.719	-7.161	—	—	—	—	—	—	—	15.438	—
990	Haushaltstechn. Verrechnungen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	99 insgesamt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	9 insgesamt	4.352.628	64.103	4.474.078	68.493	5.600	4.501	4.766.632	319	12	15.438	3.392
	0 - 9 Gesamtausgaben	16.182.974	2.206.658	4.474.078	68.493	64.506	60.093	8.761.414	364.398	580.399	3.534.965	1.674.338

chnitt

Funktionen und Ausgabegruppen

DM

Schuldendiensthilfen an			Baumaß- nahmen	Erwerb von			Darlehen an			Zuweis. u. Zusch. f. Invest. an				Sonstige Aus- gaben (Haupt- gruppe 9)	Ausgaben insgesamt	Fkt
öffentlichen Bereich		sonstige Bereiche		beweg- lichen Sachen	unbeweg- lichen Sachen	Beteili- gungen	öffentlichen Bereich		sonstige Bereiche	öffentlichen Bereich		sonstige Bereiche				
Gemein- den	Sonstige						Gemein- den	Sonstige		Länder	Gemein- den		Sonstige			
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.080.278	93 931
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	932
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	420.452	933
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	934
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11.677	935
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	936
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.512.407	940
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	428.278	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	428.278	950
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	60.048	60.048	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	60.048	60.048	960
—	—	—	6.500	15.592	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	138.889	
—	—	—	6.500	15.592	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	138.889	970
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	98
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	397.156	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	141.402	144.402	988
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	-439.487	-449.648	989
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	-298.085	91.911	990
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	561.292	561.292	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	561.292	561.292	
—	—	—	6.500	15.592	—	—	—	—	—	—	548.585	—	—	323.255	14.649.127	
—	—	135.386	564.354	205.520	13.312	1.150.350	—	—	286.758	2.880	976.329	43.260	2.039.542	323.255	43.713.260	

Übersicht über die den Haushalt 2001 in Einnahmen und Ausgaben durchlaufenden Posten						
Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Einnahmen		Ausgaben	
			Ansatz		Ansatz	
			2001 DM	2000 DM	2001 DM	2000 DM
	Epl. 03	Innenministerium				
03 05	382 01	Durchlaufende Gelder	—	—	—	—
	982 01	Durchlaufende Gelder	—	—	—	—
03 31	382 01	Durchlaufende Gelder	—	—	—	—
	982 01	Durchlaufende Gelder	—	—	—	—
		Summe Epl. 03	—	—	—	—
	Epl. 08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr				
08 03	382 01	Bundesmittel f. d. Unterhaltung und den Betrieb höhengleicher Kreuzungen von Bundesstrassen mit nichtbundeseig. Eisenbahnen	390.000	390.000	—	—
	982 01	Bundesmittel zur Unterhaltung u. zum Betrieb höhengleicher Kreuzungen von Bundesstrassen mit nichtbundeseigenen Eisenbahnen	—	—	390.000	390.000
08 20	982 01	Zahlungen an private Unternehmen der Tiefbauwirtschaft	—	—	—	—
		Summe Epl. 08	390.000	390.000	390.000	390.000
	Epl. 09	Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-				
09 02	382 01	Durchlaufende Gelder für die Gemeinschaftsinitiative Pesca (1994 - 1999)	—	—	—	—
	TGr. 68 / 69	EU-Mittel zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum (LEADER)				
	382 68	Durchlaufende Gelder aus EAGFL	—	—	—	—
	382 69	Durchlaufende Gelder aus EFRE	—	—	—	—
	TGr. 75	EU-Mittel zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum (LEADER PLUS - 2000 bis 2006 -)				
	382 75	Durchlaufende Gelder aus dem EAGFL	—	—	—	—
	982 01	Durchlaufende Gelder für die kommunalen Gebietskörperschaften im Rahmen von "Pesca 1994 - 1999"	—	—	—	—
	TGr. 68	Zuschüsse zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum (LEADER) - Ziel 5 b der Reform des EG-Strukturfonds-				
	982 68	Durchlaufende Gelder für die kommunalen Gebietskörperschaften	—	—	—	—
	TGr. 75	Zuschüsse zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum (LEADER PLUS - 2000 bis 2006 -)				
	982 75	Durchlaufende Gelder für die kommunalen Gebietskörperschaften	—	—	—	—

Übersicht über die den Haushalt 2001 in Einnahmen und Ausgaben durchlaufenden Posten						
Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Einnahmen		Ausgaben	
			Ansatz		Ansatz	
			2001 DM	2000 DM	2001 DM	2000 DM
09 40	382 01	Durchlaufende Gelder für Tollwutimpfungen von Füchsen	—	—	—	—
	982 01	Durchlaufende Gelder für Tollwutimpfungen von Füchsen	—	—	—	—
		Summe Epl. 09	—	—	—	—
	Epl. 13	Allgemeine Finanzverwaltung				
13 20	382 07	Bundesanteile an den Darlehen einzelbetriebliche Förderung GemAgrG -Zinsen-	2.100.000	2.400.000	—	—
	382 08	Wie 382 07 -Tilgungen-	13.800.000	14.100.000	—	—
	382 09	Bundesanteile an den Darlehen Flurbereinigung GemAgrG -Zinsen-	—	—	—	—
	382 10	Wie 382 09 -Tilgungen-	450.000	480.000	—	—
	382 11	Bundesanteile an den Darlehen Siedlung und Landarbeiterwohnungen GemAgrG -Zinsen-	186.000	186.000	—	—
	382 12	Wie 382 11 -Tilgungen-	2.352.000	3.732.000	—	—
	982 04	Ablieferung des Bundesanteils an den Zinsen und Tilgungen für Darlehen einzelbetriebliche Förderung GemAgrG	—	—	15.900.000	16.500.000
	982 05	Ablieferung des Bundesanteils an den Zinsen und Tilgungen für Darlehen Flurbereinigung GemAgrG	—	—	450.000	480.000
	982 06	Ablieferung des Bundesanteils an den Zinsen und Tilgungen für Darlehen Siedlung und Landarbeiterwohnungen GemAgrG	—	—	2.538.000	3.918.000
		Summe Epl. 13	18.888.000	20.898.000	18.888.000	20.898.000
		Summe für inzwischen weggefallene Epl.	—	1.000	—	1.000
		Gesamtsumme	19.278.000	21.289.000	19.278.000	21.289.000

**3.) Übersicht über die Planstellen
der Beamten/-innen und die anderen Stellen (ohne Titelgruppen)**

Zergliederung
der
Stellenpläne usw.
nach Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen
für das Haushaltsjahr 2001

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2001)

Einzel- plan	Bezeichnung	Außerhalb der Besoldungsordnung		PLANMÄSSIGE BEAMTE/-INNEN			
				Besoldungsgruppe:			
				9	8	7	6
1	2	3	4	5	6	7	8
01	Landtag	0	0	1	0	0	0
02	Staatskanzlei	1	0	2	0	1	4
03	Innenministerium	0	1	1	2	3	4
04	Finanzministerium	0	1	1	0	1	4
05	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	0	1	1	0	0	5
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	0	1	1	0	1	6
07	Kultusministerium	0	1	1	0	0	5
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	0	1	1	0	0	4
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	0	1	1	0	0	4
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	0	1	1	0	0	2
11	Ministerium der Justiz und für Europa- angelegenheiten	0	0	0	0	0	0
12	Staatsgerichtshof	0	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	0	0	1	0	1	5
15	Umweltministerium	0	1	1	0	0	4
Stellen insgesamt		1	9	13	2	7	47

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2001)

UND RICHTER/-INNEN

ordnung B				Besoldungsordnung A					
				Besoldungsgruppe:					
5	4	3	2	16	15	14	13 höherer Dienst	13 gehobener Dienst	12
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
4	0	2	4	5	6	8	0	14	6
0	1	4	13	19	18	14	7	39	18
1	3	10	42	96	226	310	124	553	1.122
0	1	9	23	69	152	183	63	529	982
1	0	7	20	46	143	222	210	79	105
2	1	16	18	38	268	588	438	65	118
0	0	9	17	499	3.230	8.746	10.167	14.294	22.205
1	1	6	19	40	88	96	53	102	167
0	0	4	12	37	60	108	68	45	83
0	0	4	13	20	47	69	62	187	380
0	0	0	0	0	5	0	0	15	42
0	0	0	0	2	3	14	9	0	1
0	0	0	5	7	15	10	3	46	44
1	0	7	15	42	88	122	87	79	147
10	7	78	201	920	4.349	10.490	11.291	16.047	25.420

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2001)

Einzel- plan	Bezeichnung	PLANMÄSSIGE BEAMTE/-INNEN					
		Besoldungsordnung A					
		Besoldungsgruppe:					
		11	10	9 geh. Dienst	9 mittl. Dienst	8	7
1	2	19	20	21	22	23	24
01	Landtag	4	2	0	1	0	0
02	Staatskanzlei	10	6	4	8	0	1
03	Innenministerium	1.942	4.498	6.961	1.518	1.976	603
04	Finanzministerium	1.708	931	964	1.760	1.370	703
05	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	154	115	55	306	230	155
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	114	196	114	10	27	44
07	Kultusministerium	175	1.471	911	7	1	1
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	168	76	7	13	21	22
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	106	83	29	16	30	29
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	622	661	299	1.326	1.534	1.879
11	Ministerium der Justiz und für Europa- angelegenheiten	60	0	0	0	0	0
12	Staatsgerichtshof	3	0	0	0	4	0
14	Landesrechnungshof	62	0	0	2	0	0
15	Umweltministerium	157	72	1	42	54	28
	Stellen insgesamt	5.285	8.111	9.345	5.009	5.247	3.465

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2001)

UND RICHTER/-INNEN

					Besoldungsordnung C			
					Besoldungsgruppe:			
6 mittl. Dienst	6 einf. Dienst	5 einf. Dienst	4	3	C4	C3	C2	C1
25	26	27	28	29	30	31	32	33
0	4	12	0	0	0	0	0	0
0	3	10	2	0	0	0	0	0
110	3	11	2	0	0	0	0	0
419	1	11	0	0	0	0	0	0
20	1	1	0	0	0	0	0	0
39	0	0	0	0	1.107	1.652	1.034	923
0	0	2	0	0	0	0	0	0
0	0	2	0	0	0	0	0	0
12	12	42	6	0	0	0	0	0
328	130	453	67	27	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
928	154	544	77	27	1.107	1.652	1.034	923

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2001)

Einzel- plan	Bezeichnung	PLANMÄSSIGE BEAMTE/-INNEN					
		Besoldungsordnung R für Richter/-innen und Staatsanwälte/-innen					
		Besoldungsgruppe:					
		8	7	6	5	4	3
1	2	34	35	36	37	38	39
01	Landtag	0	0	0	0	0	0
02	Staatskanzlei	0	0	0	0	0	0
03	Innenministerium	0	0	0	0	0	0
04	Finanzministerium	0	0	0	0	0	0
05	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	0	0	1	0	0	15
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	0	0	0	0	0	0
07	Kultusministerium	0	0	0	0	0	0
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	0	0	0	0	0	0
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	0	0	0	0	0	0
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	4	0	4	9	11	100
11	Ministerium der Justiz und für Europa- angelegenheiten	0	0	0	0	0	0
12	Staatsgerichtshof	0	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	0	0	0	0	0	0
15	Umweltministerium	0	0	0	0	0	0
Stellen insgesamt		4	0	5	9	11	115

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2001)

UND RICHTER/-INNEN					BEAMTETE UND RICHTERLICHE HILFSKRÄFTE					
Besoldungsgruppe: 2 1		Planmäßige Beamte/-innen und Richter/-innen insgesamt (Spalte 5 bis 41) 2001 2000 1999			Besoldungsgruppe: Besoldungsordn u n g A 14 13 höherer Dienst 13 gehob. Dienst 12 11					
		40	41	42	43	44	45	46	47	48
0	0	73	73	73	0	0	0	0	0	0
0	0	184	164	164	0	0	0	0	0	0
2	4	20.127	20.195	20.275	0	39	0	0	0	0
0	0	9.884	9.955	9.957	0	0	0	0	0	0
6	49	1.947	1.984	1.984	0	0	0	2	0	0
0	0	6.820	6.855	6.882	0	0	0	0	0	0
0	0	61.741	61.289	61.289	0	0	0	0	0	0
0	0	887	952	952	0	2	0	0	0	0
0	0	787	788	788	2	0	0	0	0	0
685	1.387	10.311	10.006	9.901	0	0	0	0	0	0
0	0	122	125	125	0	0	0	0	0	0
0	0	36	36	36	0	0	0	0	0	0
0	0	201	205	205	0	0	0	0	0	0
0	0	947	977	977	0	1	0	0	0	0
693	1.440	114.067	113.604	113.608	2	42	0	2	0	0

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2001)

Einzel- plan	Bezeichnung	BEAMTETE UND RICHTERLICHE HILFSKRÄFTE					
		Besoldungsordnung A					
		Besoldungsgruppe:					
		10	9 gehob. Dienst	9 mittl. Dienst	8	7	6
1	2	50	51	52	53	54	55
01	Landtag	0	0	0	0	0	0
02	Staatskanzlei	0	0	0	0	0	0
03	Innenministerium	0	302	0	0	100	2
04	Finanzministerium	0	39	0	0	0	278
05	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	0	0	0	0	0	0
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	0	0	0	0	0	0
07	Kultusministerium	0	0	0	0	0	0
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	0	0	0	0	0	0
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	5	0	4	0	0	4
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	0	14	0	0	0	51
11	Ministerium der Justiz und für Europa- angelegenheiten	0	0	0	0	0	0
12	Staatsgerichtshof	0	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	0	0	0	0	0	0
15	Umweltministerium	7	0	0	0	0	0
Stellen insgesamt		12	355	4	0	100	335

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2001)

				Beamtete wissen- schaftl. Hilfskräfte H 2 A 14 A 13	Besoldungsordnung R Richter/-innen und Staatsanwälte/-innen		Beamtete, richterliche und wissenschaftliche Hilfskräfte			
5 einf. Dienst	4	3	2		2	1	insgesamt (Spalte 45 bis 62)			
							2001	2000	1999	
56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
0	0	0	0	0	0	0	0	443	505	521
0	0	0	0	0	18	0	0	335	338	338
0	0	0	0	0	0	0	0	2	6	6
0	0	0	0	0	0	0	0	0	15	16
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	2	2	2
0	0	0	0	0	0	0	0	15	16	16
0	0	0	0	0	0	0	85	150	189	164
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	8	8	8
0	0	0	0	18	0	85	955	1.079	1.071	

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2001)

Einzel- plan	Bezeichnung	BEAMTE/-INNEN IM VORBEREITUNGSDIENST					
		Vorbereitungsdienst					Praktikanten/- innen und Dienstanfänger /-innen in einem ö.-r. Ausbildungs- verhältnis
		für Eingangs-Bes.-Gr. A:					
		13	12	9 -11	6 - 8	1 - 4	
1	2	66	67	68	69	70	71
01	Landtag	0	0	0	0	0	0
02	Staatskanzlei	3	0	4	0	0	0
03	Innenministerium	80	0	1.563	118	0	0
04	Finanzministerium	22	0	576	231	0	0
05	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	10	0	26	9	0	0
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	15	0	3	40	0	0
07	Kultusministerium	2.505	1.735	120	0	0	0
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	33	0	34	3	0	0
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	48	0	4	0	0	0
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	1.818	0	231	472	11	0
11	Ministerium der Justiz und für Europa- angelegenheiten	0	0	0	0	0	0
12	Staatsgerichtshof	10	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	0	0	0	0	0	0
15	Umweltministerium	21	0	13	5	0	0
	Stellen insgesamt	4.565	1.735	2.574	878	11	0

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2001)

			NICHTBEAMTETE KRÄFTE												
i n s g e s a m t (Spalte 66 bis 71)			A n g e s t e l l t e												
2001	2000	1999	Vergütungsgruppe BAT:												
			außer- tarifver- traglich	Sonder- tarife	I	Ia	Ib	IIa	IIb	III	IVa	IVb	Va	Vb	Vc
72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87
0	0	0	0	0	0	0	0	3	0	6	9	0	0	7	25
7	7	6	7	0	7	5	0	0	0	3	4	7	0	21	32
1.761	1.766	1.766	2	0	1	1	8	38	0	103	312	278	6	188	1.287
829	748	698	2	0	2	3	3	72	0	265	474	63	0	62	1.322
45	45	45	3	10	3	2	2	18	0	50	56	25	0	208	336
58	58	58	4	0	5	4	24	116	0	18	29	33	0	88	68
4.360	3.900	3.840	1	0	0	1	2	397	66	416	249	516	0	760	1.373
70	70	70	5	0	5	14	24	65	0	119	145	46	0	86	217
52	57	57	0	0	1	2	8	12	0	21	145	81	0	87	238
2.532	2.809	2.632	0	0	0	0	7	1	0	0	17	50	0	17	216
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	8	2	0	0	0	0
10	10	10	0	0	0	0	1	9	0	26	18	1	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	3	0	22	3	0	0	2	0
39	34	34	1	0	2	7	13	82	0	110	104	34	0	50	64
9.763	9.504	9.216	25	10	26	39	92	816	66	1.167	1.567	1.134	6	1.576	5.178

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2001)

Einzel- plan	Bezeichnung	NICHTBEAMTETE KRÄFTE								
		noch: A n g e s t e l l t e								Vergü außer- tarifver- traglich
		Vergütungsgruppe BAT:								
		VIa	VIb	VII	VIII	IXb	IXb-VII	VIII/VII Fallgr. 4	X	
1	2	88	89	90	91	92	93	94	95	96
01	Landtag	0	8	1	6	0	11	0	0	0
02	Staatskanzlei	0	30	19	18	0	13	0	0	0
03	Innenministerium	0	654	1.846	350	50	648	0	4	0
04	Finanzministerium	0	356	1.084	65	106	286	0	1	0
05	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	0	247	291	34	6	128	0	0	0
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	0	80	78	70	3	47	0	0	0
07	Kultusministerium	0	1.186	204	6	3	34	0	0	0
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	0	142	39	26	1	114	0	0	0
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	0	173	128	44	1	36	41	0	0
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	0	1.052	580	33	2	1.358	0	0	0
11	Ministerium der Justiz und für Europa- angelegenheiten	0	5	3	0	1	0	0	0	0
12	Staatsgerichtshof	0	0	0	0	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	0	9	4	0	3	6	0	0	0
15	Umweltministerium	0	111	57	26	0	96	0	0	0
Stellen insgesamt		0	4.053	4.334	678	176	2.777	41	5	0

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2001)

noch: A n g e s t e l l t e
Krankenpflegepersonal

tungsgruppe Kr.:

XIII	XII	XI	X	IX	VIII	VII	VI	Va	V	IV	III	II	I
97	98	99	100	101	102	103	104	105	106	107	108	109	110
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	2	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	3	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	2	0	5	0	0	2	0

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2001)

Einzelplan	Bezeichnung	NICHTBEAMTETE KRÄFTE							
		Angestellte insgesamt (Spalte 75 bis 110)			Arbeiter/-innen Vollbeschäftigte				
		2001	2000	1999	Lohngruppe: Gesamt- pauschal- lohn (Kraftf.)	9	8/8a	7/7a	6/6a
1	2	111	112	113	114	115	116	117	118
01	Landtag	76	78	78	0	0	0	0	0
02	Staatskanzlei	166	149	149	0	0	0	0	1
03	Innenministerium	5.780	5.985	5.985	0	3	151	22	84
04	Finanzministerium	4.166	4.389	4.389	64	0	14	0	2
05	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	1.422	1.536	1.536	4	0	0	0	1
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	667	5.489	5.489	9	0	1	0	3
07	Kultusministerium	5.214	5.283	5.283	0	0	0	0	0
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	1.048	1.211	1.211	38	0	54	0	0
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	1.018	1.031	1.031	36	0	6	0	3
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	286	297	297	0	0	0	0	0
11	Ministerium der Justiz und für Europa- angelegenheiten	3.335	3.403	3.403	28	0	0	0	5
12	Staatsgerichtshof	1	1	1	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	52	54	54	0	0	0	0	0
15	Umweltministerium	757	1.085	1.085	4	0	3	3	2
Stellen insgesamt		23.988	29.991	29.991	183	3	229	25	101

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Planstellen und Stellen – Haushaltsjahr 2001)

noch: Arbeiter/-innen Vollbeschäftigte						Arbeiter/-innen insgesamt (Spalte 114 bis 124)			Landesbedienstete insgesamt (Spalte 41/43, 63/65,72/74,111/113,125/127)		
5/5a	4/4a	3/3a	2/2a	1/1a	MTW	2001	2000	1999	2001	2000	1999
119	120	121	122	123	124	125	126	127	128	129	130
4	11	0	0	0	0	15	15	15	164	166	166
1	9	7	20	1	0	39	41	41	396	361	361
231	610	132	384	153	0	1.770	1.839	1.839	29.881	30.290	30.290
14	37	54	105	2	0	292	314	314	15.506	15.744	15.744
9	46	21	86	16	0	183	197	197	3.599	3.768	3.768
18	17	40	31	19	0	138	1.329	1.332	7.683	13.746	13.746
5	14	4	5	9	0	37	41	41	71.352	70.513	70.513
0	6	8	0	0	0	106	117	117	2.113	2.352	2.352
6	25	12	47	1	0	136	141	141	2.008	2.033	2.033
0	1	1	0	3	972	977	1.008	1.008	2.148	2.207	2.207
20	11	103	5	14	0	186	201	197	16.514	16.608	16.608
0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	1
0	2	0	0	0	0	2	2	2	255	261	261
2	14	8	1	0	0	37	333	333	1.788	2.437	2.437
310	803	390	684	218	972	3.918	5.578	5.577	153.408	160.487	160.487

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Leerstellen – Haushaltsjahr 2001)

Einzel- plan	Bezeichnung	Planmäßige Beamte/-innen und Richter/-innen			Beamtete, richterliche und wissenschaftliche Hilfskräfte		
		2001	2000	1999	2001	2000	1999
1	2	3	4	5	6	7	8
01	Landtag	3	3	3	0	0	0
02	Staatskanzlei	14	10	10	0	0	0
03	Innenministerium	419	439	439	3	5	5
04	Finanzministerium	663	686	686	32	34	34
05	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	47	39	39	0	0	0
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	98	94	96	0	0	0
07	Kultusministerium	3.067	3.067	3.067	0	0	0
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	14	15	15	0	0	0
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	29	27	28	0	0	0
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	10	10	10	0	0	0
11	Ministerium der Justiz und für Europa- angelegenheiten	459	462	462	32	32	32
12	Staatsgerichtshof	0	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	4	8	8	0	0	0
15	Umweltministerium	32	22	22	0	0	0
Leerstellen insgesamt		4.859	4.882	4.885	67	71	71

Zergliederung der Stellenpläne usw. (Leerstellen – Haushaltsjahr 2001)

Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst			Angestellte			Arbeiter/-innen insgesamt			Landesbedienstete insgesamt		
2001	2000	1999	2001	2000	1999	2001	2000	1999	2001	2000	1999
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
0	0	0	3	3	3	0	0	0	6	6	6
0	0	0	12	9	9	1	0	0	27	19	19
0	0	0	327	402	402	10	16	16	759	862	862
40	40	40	248	272	272	0	0	0	983	1.032	1.032
0	0	0	37	33	34	0	0	0	84	72	73
0	0	0	141	143	143	2	2	2	241	239	241
160	160	160	70	71	71	0	0	0	3.297	3.298	3.298
0	0	0	7	8	8	0	0	0	21	23	23
0	0	0	66	66	68	0	0	0	95	93	96
0	0	0	11	11	11	0	0	0	21	21	21
0	0	0	486	495	495	3	3	3	980	992	992
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0	4	8	8
0	0	0	36	10	10	0	0	0	68	32	32
200	200	200	1.444	1.523	1.526	16	21	21	6.586	6.697	6.703

Zergliederung der Stellenpläne usw. (zu den Titeln 422 31, 425 31 und 426 31 – Haushaltsjahr 2001)

Einzel- plan	Bezeichnung	Planmäßige Beamte/-innen und Richter/-innen			Beamtete, richterliche und wissenschaftliche Hilfskräfte		
		2001	2000	1999	2001	2000	1999
1	2	3	4	5	6	7	8
01	Landtag	0	0	0	0	0	0
02	Staatskanzlei	6	7	7	0	0	0
03	Innenministerium	92	97	97	0	0	0
04	Finanzministerium	54	57	58	0	0	0
05	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	32	33	33	0	0	0
06	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	0	0	0	1	0	0
07	Kultusministerium	0	0	0	0	0	0
08	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	45	48	48	0	0	0
09	Min. für Ernährg., Landwirtsch. und Forsten - Ernährung und Landwirtschaft -	27	28	28	0	0	0
10	desgl. - Landesforstverwaltung -	29	30	30	0	0	0
11	Ministerium der Justiz und für Europa- angelegenheiten	11	11	11	0	0	0
12	Staatsgerichtshof	0	0	0	0	0	0
14	Landesrechnungshof	11	12	12	0	0	0
15	Umweltministerium	51	50	50	0	0	0
Stellen insgesamt		358	373	374	1	0	0

Zergliederung der Stellenpläne usw. (zu den Titeln 422 31, 425 31 und 426 31 – Haushaltsjahr 2001)

Angestellte			Arbeiter/-innen			Landesbedienstete insgesamt		
2001	2000	1999	2001	2000	1999	2001	2000	1999
9	10	11	12	13	14	15	16	17
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	1	0	0	0	6	7	8
0	61	84	0	60	63	92	218	244
0	6	152	0	1	6	54	64	216
0	0	25	0	0	0	32	33	58
24	0	0	10	0	0	35	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	55	55	0	2	2	45	105	105
0	24	24	0	3	3	27	55	55
0	9	9	0	1	1	29	40	40
0	2	2	0	0	0	11	13	13
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	4	4	0	0	0	11	16	16
0	0	27	0	0	18	51	50	95
24	161	383	10	67	93	393	601	850

Dritter Teil:

Zahlungen des Landes an den kommunalen Bereich für 2001

Als Zahlungen im Sinne dieser Aufstellung sind anzusehen: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen. Der kommunale Bereich umfasst Gemeinden, Gemeindeverbände, Zweckverbände und kommunale Sondervermögen.

1. Zuweisungen innerhalb des Steuerverbundes

- 1.1 Allgemeine Schlüsselzuweisungen
- 1.2 Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises
- 1.3 Bedarfszuweisungen
- 1.4 Finanzhilfen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen

Zuweisungsmasse

- 1.5 Finanzausgleichsumlage

Kapitel 13 12 Titelgruppe 81/84

Ansatz DM
3 875 801 600
705 810 600
125 000 000
543 584 500
5 250 196 700
50 000 000
5 300 196 700

2. Finanzausgleichsumlage

– 50 000 000

3. Zahlungen außerhalb des Steuerverbundes

		Ansatz 2001 DM	darin enthaltene Mittel Dritter*) DM	Ansatz 2000 DM	darin enthaltene Mittel Dritter*) DM	Vorläufiges Ist 1999 DM
1	2	3	4	5	6	7
	Z u s a m m e n s t e l l u n g					
	Einzelplan 03	479.882.000	11.980.000	378.082.000	5.444.000	321.268.586
	04	170.000	—	170.000	—	168.947
	05	3.719.377.000	636.856.200	3.479.660.200	640.328.100	3.397.712.792
	06	53.018.400	—	19.793.300	—	50.511.080
	07	39.520.600	2.694.000	37.956.700	762.000	129.957.313
	08	610.140.600	565.366.700	579.863.900	440.677.000	423.891.101
	09	22.798.000	13.650.000	54.510.000	42.970.000	61.501.270
	13	17.610.000	—	17.370.000	—	16.939.187
	15	61.359.400	—	57.358.400	—	69.779.124
	zusammen	5.003.876.000	1.230.546.900	4.624.764.500	1.130.181.100	4.471.729.401
	Bindung durch					
	Bundesgesetze					
	Gemeinschaftsaufgaben	89.907.000	47.228.500	76.455.000	8.970.000	51.010.536
	Sozialleistungen	3.159.315.900	483.404.200	2.992.069.900	484.172.100	2.903.619.860
	Auftragsverwaltung	7.545.400	—	7.945.400	—	7.210.543
	Verwaltungsvereinbarungen	400.000	400.000	450.000	450.000	262.803
	Sonstige	251.391.200	229.578.800	270.185.800	224.829.500	270.796.409
	Summe Bundesgesetze	3.508.559.500	760.611.500	3.347.106.100	718.421.600	3.232.900.151
	Landesgesetze	947.436.100	143.788.400	808.935.900	143.446.500	653.410.806
	Verträge u. ä.	232.451.100	192.818.000	167.155.900	75.500.000	249.111.670
	zusammen	4.688.446.700	1.097.217.900	4.323.197.900	937.368.100	4.135.422.627
	weitere Zahlungen	315.429.300	133.329.000	301.566.600	192.813.000	336.306.773
	insgesamt	5.003.876.000	1.230.546.900	4.624.764.500	1.130.181.100	4.471.729.401

*) Beträge sind teilweise geschätzt

4. Zusammenstellung nach Gruppierungen

Grupp. Nr.	Ausgaben	Ansatz 2001 DM	darin enthaltene Mittel Dritter*) DM	Ansatz 2000 DM	darin enthaltene Mittel Dritter*) DM	Vorläufiges Ist 1999 DM
1	2	3	4	5	6	7
6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke mit Ausnahme für Investitionen					
61	Allgemeine Finanzzuweisungen an öffentlichen Bereich					
613	An Gemeinden (GV)	4.747.972.300	—	4.954.767.300	—	4.522.153.168
63	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an öffentlichen Bereich					
633	An Gemeinden (GV)	13.555.100	2.000.000	11.690.500	—	11.066.592
64	Sonstige Erstattungen an öffentlichen Bereich					
643	An Gemeinden (GV)	3.604.695.500	432.915.400	3.367.254.400	470.584.800	3.256.848.938
647	An Zweckverbände	290.000	—	360.000	—	390.993
65	Sonstige Zuweisungen an öffentlichen Bereich					
653	An Gemeinden (GV)	389.796.200	117.843.400	272.424.200	95.515.000	346.867.399
657	An Zweckverbände	335.151.000	320.679.000	302.708.400	289.814.500	193.580.574
68	Sonstige Zuschüsse an sonstige Bereiche					
689	Zuschüsse für laufende Zwecke an kommunale Sondervermögen	5.100.000	1.700.000	9.150.000	3.050.000	4.789.109
8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen					
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich					
883	An Gemeinden (GV)	984.928.300	277.597.800	999.893.700	191.088.200	978.389.865
887	An Zweckverbände	8.000.000	—	7.010.800	—	3.380.499
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche					
899	An kommunale Sondervermögen	210.433.900	77.811.300	217.945.800	80.128.600	182.829.725
	Summe insgesamt	10.299.922.300	1.230.546.900	10.143.205.100	1.130.181.100	9.500.296.862

*) Beträge sind teilweise geschätzt

Übersicht über die Erfolgs- und Finanzpläne der Landesbetriebe 2001*)

Kapitel	Landesbetrieb	Erfolgspläne					Finanzpläne		Zuführungen aus dem Landeshaus- halt gesamt (Sp.7 + Sp.9)	Summe Erfolgsplan und Investitionen (Sp.3 + Sp.8)
		Summe Erfolgsplan	Aufwendungen			Erträge	Ausgaben für Investitionen	In den Deckungs- mitteln enthaltene Zuführungen aus dem Lan- deshaushalt		
			In den Aufwendungen sind enthalten			In den Er- trägen ent- haltene Zu- führungen aus dem Landes- haushalt				
			Personal- aufwand	Sachaufwand	Ablieferun- gen an den Landes- haushalt					
		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
03 17	Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen	47.089.200	32.525.400	14.363.800	200.000	39.893.200	734.600	734.600	40.627.800	47.823.800
04 30	Informationszentrum Niedersachsen	134.561.200	42.663.200	91.898.000	—	1.251.500	12.177.400	8.395.000	9.646.500	146.738.600
05 21	Landeskrankenhaus Brauel	12.568.000	9.805.200	2.762.800	—	—	280.000	—	—	12.848.000
05 21	Landeskrankenhaus Göttingen	61.585.900	50.086.700	11.499.200	—	40.000	1.565.600	—	40.000	63.151.500
05 21	Landeskrankenhaus Hildesheim	68.010.500	55.421.400	12.589.100	—	40.000	1.825.200	—	40.000	69.835.700
05 21	Landeskrankenhaus Königslutter	72.359.500	59.050.500	13.309.000	—	130.000	2.602.800	—	130.000	74.962.300
05 21	Landeskrankenhaus Lüneburg	86.627.400	70.929.100	15.698.300	—	20.000	1.744.900	—	20.000	88.372.300
05 21	Landeskrankenhaus Moringen	46.939.400	36.759.400	10.180.000	—	20.000	2.151.400	—	20.000	49.090.800
05 21	Landeskrankenhaus Osnabrück	62.014.700	49.642.300	12.372.400	—	—	3.701.500	—	—	65.716.200
05 21	Landeskrankenhaus Tiefenbrunn	20.089.500	17.186.900	2.902.600	—	—	1.020.400	—	—	21.109.900
05 21	Landeskrankenhaus Wehnen	63.767.600	52.909.900	10.857.700	—	—	2.633.600	—	—	66.401.200
05 21	Landeskrankenhaus Wunstorf	76.395.500	62.098.100	14.297.400	—	—	3.016.100	—	—	79.411.600
06 06	Verbundzentrale des Gemeinsamen Biblio- theksverbundes (GBV)	10.367.000	5.491.000	4.876.000	—	3.190.600	1.126.000	382.300	3.572.900	11.493.000
06 10	Universität Göttingen	534.645.300	382.798.300	151.847.000	—	431.472.500	17.759.100	4.580.000	436.052.500	552.404.400
06 10	Versuchswirtschaft Marienstein	803.500	245.000	558.500	129.000	65.000	73.500	—	65.000	877.000
06 10	Versuchswirtschaft Reinshof	861.500	261.000	600.500	23.000	75.000	69.500	—	75.000	931.000
06 10	Versuchswirtschaft Relliehausen	2.215.500	750.000	1.465.500	—	1.187.000	105.000	—	1.187.000	2.320.500
06 12	Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin -	780.045.200	510.071.400	266.566.700	700.000	257.703.200	27.878.100	25.775.000	283.478.200	807.923.300
06 13	Universität Oldenburg	200.347.100	151.778.300	48.568.800	—	167.561.900	4.916.400	3.416.400	170.978.300	205.263.500
06 14	Universität Osnabrück	153.592.100	117.423.100	36.169.000	—	141.710.400	4.181.000	4.005.000	145.715.400	157.773.100
06 15	Technische Universität Braunschweig	368.945.500	276.149.600	92.795.900	904.500	297.985.300	15.007.800	3.350.000	301.335.300	383.953.300
06 16	Technische Universität Clausthal	145.314.600	104.874.600	40.440.000	561.500	110.486.300	6.132.400	6.132.400	116.618.700	151.447.000
06 17	Universität Hannover	510.507.200	376.129.600	134.377.600	2.750.000	395.806.500	27.960.000	5.278.000	401.084.500	538.467.200
06 18	Hochschule Vechta	31.797.700	24.365.422	7.432.278	—	30.318.500	352.300	352.300	30.670.800	32.150.000
06 19	Medizinische Hoch- schule Hannover	856.295.700	519.702.900	292.419.700	642.000	275.184.100	27.507.100	21.996.700	297.180.800	883.802.800

Übersicht über die Erfolgs- und Finanzpläne der Landesbetriebe 2001*)

Kapitel	Landesbetrieb	Erfolgspläne					Finanzpläne		Zuführungen aus dem Landeshaushalt gesamt (Sp.7 + Sp.9)	Summe Erfolgsplan und Investitionen (Sp.3 + Sp.8)
		Summe Erfolgsplan	Aufwendungen			Erträge	Ausgaben für Investitionen	In den Deckungsmitteln enthaltene Zuführungen aus dem Landeshaushalt		
			In den Aufwendungen sind enthalten			In den Erträgen enthaltene Zuführungen aus dem Landeshaushalt				
			Personal-aufwand	Sachaufwand	Ablieferungen an den Landeshaushalt					
		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
06 21	Lehr- u. Forschungsanstalt Ruthe	3.810.600	1.140.000	2.670.600	—	1.475.700	200.000	—	1.475.700	4.010.600
06 21	Tierärztliche Hochschule Hannover	118.779.800	77.748.300	41.031.500	137.500	95.665.100	4.251.100	3.937.100	99.602.200	123.030.900
06 22	Hochschule für Bildende Künste Braunschweig	25.708.700	19.950.400	5.896.400	—	25.142.100	782.000	782.000	25.924.100	26.490.700
06 23	Hochschule für Musik und Theater Hannover	32.629.800	27.229.600	5.400.200	—	32.089.700	725.700	695.700	32.785.400	33.355.500
06 29	Universität Hildesheim	46.490.000	38.580.000	7.910.000	—	43.493.800	574.000	574.000	44.067.800	47.064.000
06 30	Universität Lüneburg	55.776.500	41.237.700	14.538.800	—	50.744.300	1.442.000	1.442.000	52.186.300	57.218.500
06 33	Fachhochschule Osnabrück	80.456.100	59.795.600	20.660.500	—	75.901.700	2.039.300	2.039.300	77.941.000	82.495.400
06 34	Fachhochschule Hildesheim/Holzmin-den	63.048.300	48.909.400	14.138.900	—	62.768.000	1.586.800	1.586.800	64.354.800	64.635.100
06 36	Fachhochschule Nordostniedersachsen	48.924.800	35.736.700	13.188.100	—	47.869.500	1.418.000	1.418.000	49.287.500	50.342.800
06 37	Fachhochschule Braunschweig / Wolfenbüttel	61.844.000	48.038.000	13.806.000	—	59.832.200	1.706.800	1.706.800	61.539.000	63.550.800
06 38	Fachhochschule Hannover	87.850.900	59.052.300	28.798.600	—	85.968.700	2.434.200	2.434.200	88.402.900	90.285.100
06 39	Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven	117.116.800	93.399.200	23.717.600	—	113.151.100	2.814.100	2.814.100	115.965.200	119.930.900
06 60	Staatstheater Braunschweig	53.110.700	44.668.700	8.442.000	—	47.454.700	400.000	400.000	47.854.700	53.510.700
08 11	Mess- und Eichwesen Niedersachsen	17.097.100	14.021.700	3.075.400	—	3.829.100	1.115.500	1.075.500	4.904.600	18.212.600
08 13	Materialprüfanstalten	26.142.300	20.646.700	5.495.600	—	3.752.500	2.772.000	2.152.000	5.904.500	28.914.300
09 30	Domäne Derneburg	808.400	252.000	399.000	180.000	—	64.600	—	—	873.000
09 30	Domäne Hollanderhof	460.300	193.000	291.000	—	—	42.000	20.000	20.000	502.300
09 30	Domäne Kloster Appingen	867.000	295.000	568.000	—	—	90.000	—	—	957.000
09 30	Domäne St. Ludgeri	1.910.376	504.780	1.146.395	400.000	—	146.175	—	—	2.056.551
09 50	Hengstaufzuchtgestüt Hunnesrück	2.347.000	580.000	1.344.000	400.000	—	190.000	—	—	2.537.000
09 50	Hengstparade Celle	1.435.000	200.000	825.000	420.000	—	—	—	—	1.435.000
15 55	Nds. Landesbetrieb für Wasserwirtschaft und Küstenschutz	105.121.400	66.784.400	38.337.000	—	—	102.768.000	90.027.800	90.027.800	207.889.400
	Gesamt	5.299.482.176	3.708.081.802	1.542.528.373	7.447.500	2.903.279.200	294.083.975	197.503.000	3.100.782.200	5.593.566.151

* ohne Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalten

Haushaltsplan
für das
Haushaltsjahr 2001

Einzelplan 01
Landtag

Vorwort zum Einzelplan 01

Dem am 1. März 1998 gewählten Landtag der 14. Wahlperiode gehören 157 Abgeordnete an. Die Fraktion der SPD hat 83, die der CDU 62 und die von Bündnis 90/Die Grünen 11 Mitglieder, ein Abgeordneter ist fraktionslos. Die Abgeordneten sind auf fünf Jahre gewählt.

Der Einzelplan 01 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Landtages und seiner Verwaltung. Die Verwaltung des Landtages ist eine oberste Landesbehörde.

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	E i n n a h m e n						
		0 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	1 eigene Einnahmen	2 Über- tragungs- einnahmen	3 vermögens- wirksame und Sonder- einnahmen	Gesamt- einnahmen	4 persönliche Verwaltungs- ausgaben	5 sächliche Verwaltungs- ausgaben; Schulden- dienst
		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0101	Landtag	—	220.000	170.000	—	390.000	57.621.000	5.392.600
	Summe 2001	—	220.000	170.000	—	390.000	57.621.000	5.392.600
	Summe 2000	—	200.000	170.000	—	370.000	57.517.200	6.059.600
	2001 mehr/weniger (-)	—	20.000	—	—	20.000	103.800	-667.000

gaben und Verpflichtungsermächtigungen

Epl. 01

A u s g a b e n					2001 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 – Sp.14)	2000 Überschuss Zuschuss (-)	2001 Verbesserung Verschlechte- rung (-) (Sp.15 – Sp.16)	Ver- pflichtungs- ermächti- gungen
6 Über- tragungs- ausgaben	7 Bau- ausgaben	8 sonst. Ausga- ben für Inve- stitionen und Invest.förd.- maßnahmen	9 besondere Finan- zierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
10	11	12	13	14	15	16	17	18
14.645.200	—	1.094.000	—	78.752.800	-78.362.800	-78.384.000	21.200	—
14.645.200	—	1.094.000	—	78.752.800	-78.362.800	-78.384.000	21.200	—
14.512.200	—	665.000	—	78.754.000				—
133.000	—	429.000	—	-1.200				—

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
113 01-3	011	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		2.000	3.000	-1.000	2
119 06-2	011	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		2.000	2.000	—	1
119 31-3	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen ***Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen, Gesetzesmaterialien, Drucksachen und sonstiges Informationsmaterial gegen ermäßigtes Entgelt bzw. unentgeltlich an Dritte abgegeben werden.		2.000	4.000	-2.000	2
119 32-1	011	Einnahmen aus dem Verkauf von Gegenständen und Veröffentlichungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit * Vgl. K-Vermerk zu 685 02.		—	—	—	2
119 41-0	011	Rückzahlung von Überzahlungen		1.000	1.000	—	—
119 51-8	011	Vermischte Einnahmen		5.000	2.000	+3.000	8
122 01-2	011	Einnahmen aus Braugerechtsamen		70.000	50.000	+20.000	83
124 01-5	011	Mieten und Pachten ***Nach § 63 Abs. 5 i. V. m. § 63 Abs. 3 LHO wird zugelassen, daß die Landespressekonferenz unentgeltlich ein Büro und bei Bedarf den Vortragsraum 2 nutzt. Die Reinigung und Heizung der Räume sowie die Lieferung von Strom und Wasser erfolgt ebenfalls unentgeltlich. Außerdem wird zugelassen, dass den öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk- und Fernsehanbietern der für ihre Berichterstattung aus dem Landtag und für ihre Beteiligung an Veranstaltungen des Landtages erforderliche Strom unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird.		138.000	137.000	+1.000	181
132 01-8	011	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		—	—	—	—
132 11-5	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge * Vgl. K-Vermerk zu 811 11.		—	—	—	141
282 01-0	011	Erstattungen der Fraktionen		170.000	170.000	—	163
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			1.000	-1.000	
A U S G A B E N							
411 01-4	011	Aufwendungen für Abgeordnete * Gegenseitig deckungsfähig: 411 01, 411 02 und 411 03. ***Der Präsident hat freie Amtswohnung mit Ausstattung. Die Abgeordneten erhalten bei Benutzung von Kraftwagen einschließlich Taxen und Mietwagen zwischen Wohngemeinde und Ort der Veranstaltung eine Entschädigung. Die Entschädigung bemisst sich nach den für niedersächsische Landesbedienstete geltenden Vorschriften.	—	25.999.000	25.856.000	+143.000	24.432
411 02-2	011	Aufwendungen für frühere Abgeordnete und deren Hinterbliebene * Vgl. D-Vermerk zu 411 01.	—	11.825.000	12.640.200	-815.200	10.810
411 03-0	011	Aufwendungen für die Beschäftigung von Schreib- und Bürokräften nach § 7 Abs. 2 NAbgG * Vgl. D-Vermerk zu 411 01.	—	5.250.000	5.150.000	+100.000	4.984
412 04-5	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 71 Abs. 7 Nds. PersVG und § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	—	—	—	—
422 01-6	011	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	14.024.800	5.609.100	+8.415.700	4.811

ERLÄUTERUNGEN

Zu 113 01

1. Geräte	— DM
2. Maschinen	— DM
3. Ausstattungsgegenstände	2 000 DM
4. Sonstiges	— DM
Zusammen	2 000 DM

Zu 122 01

Dividende von der Brauergilde Hannover AG.

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	13 000 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	23 000 DM
3. Sonstige Mieten und Pachten	102 000 DM
Zusammen	138 000 DM

Zu 282 01

Kostenbeiträge der Fraktionen für die Leistungen von dpa.

Zu 411 01

1. Grundentschädigungen	18 780 000 DM
2. Aufwandsentschädigungen	
a) gem. § 7 NAbgG	3 630 000 DM
b) Reisekosten (auch für gewählte Personen in der Zeit bis zum Beginn der Wahlperiode)	2 724 000 DM
3. Leistungen für Krankheits- und Pflegefälle	765 000 DM
4. Unterstützungen in Notfällen an Abgeordnete	50 000 DM
Die Unterstützungen werden nach den Richtlinien des Präsidiums gewährt.	
5. Ersatz von Schäden	50 000 DM
Zusammen	25 999 000 DM

Zu 411 02

1. Übergangsgelder, Altersrenten/Altersentschädigungen, Witwenrenten/Witwenentschädigungen, Waisenentschädigungen und Sterbegelder	11 115 000 DM
2. Leistungen für Krankheits- und Pflegefälle	510 000 DM
3. Versorgungsabfindungen	150 000 DM
4. Unterstützungen an frühere Abgeordnete und Hinterbliebene, wenn ein besonderer Notfall vorliegt oder wenn ein angemessenes Einkommen fehlt	50 000 DM
Die Unterstützungen werden nach den Richtlinien des Präsidiums gewährt.	
Zusammen	11 825 000 DM

Zu 411 03

Als Aufwandsentschädigungen gem. § 7 NAbgG:

Vergütungen der Schreib- und Bürokräfte der Abgeordneten, einschließlich Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld und gesetzlicher Arbeitgeberleistungen.

Zu 412 04

Der Vorsitzende einer Einigungsstelle – § 71 Abs. 7 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz – erhält für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 200 DM, in jedem Jahr der Wahlperiode der Personalräte jedoch nicht mehr als 1 000 DM.

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 164,71 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	59,14	59,14	—	73
Angestellte	86,66	86,66	—	76
Lohnempfänger/-innen	18,91	16,25	2,66	15
Insgesamt	164,71	162,05	2,66	164

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 14 024 800 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	14 024 800
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	305 200
43	Versorgungsbezüge	1 799 100
44	Beihilfen, Unterstützungen	238 200
45	Personalbezogene Sachausgaben	8 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	377 800
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—

Summe der Personalausgaben im Kapitel 16 753 100

In dem Personalkostenbudget sind enthalten:

226 494 DM für 4 (4) ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiterinnen – sämtlich im Reinigungsdienst – veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
422 09-1	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-9	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 41-5	011	Anwärterbezüge	—	1.000	1.000	—	—
422 51-2	011	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	1.000	1.000	—	—
425 01-5	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	6.313.800	–6.313.800	6.278
425 41-4	011	Vergütungen der auszubildenden Kräfte	—	31.000	—	+31.000	8
425 51-1	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	1.000	—	0
426 01-1	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	1.311.000	–1.311.000	1.301
426 51-8	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	3.000	3.000	—	2
427 01-8	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	239.000	213.000	+26.000	198
441 02-9	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Beamtinnen und Beamte	—	233.000	402.700	–169.700	218
441 03-7	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Angestellte	—	3.200	5.400	–2.200	3
441 04-5	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.000	1.000	—	0
441 06-1	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften	—	—	—	—	—
442 01-7	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	—	—
443 01-3	940	Fürsorgemaßnahmen, insbesondere bei Dienstunfällen	—	1.000	1.000	—	—
453 01-9	011	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	8.000	8.000	—	3
511 01-9	011	Geschäftsbedarf	—	895.000	1.075.000	–180.000	727
512 01-5	011	Bücher und Zeitschriften	—	99.000	97.500	+1.500	98
513 01-1	011	Post- und Fernmeldegebühren	—	298.000	392.000	–94.000	241
514 01-8	011	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	70.000	68.000	+2.000	44
515 01-4	011	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	85.000	70.000	+15.000	69
515 02-2	011	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	170.000	280.000	–110.000	304
516 01-0	011	Dienst- und Schutzkleidung	—	13.000	15.000	–2.000	11
517 01-7	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	640.000	670.000	–30.000	585
517 19-0	011	Reinigungskosten	—	600.000	660.000	–60.000	567
517 59-9	011	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	530.000	580.000	–50.000	477
518 01-3	011	Mieten und Pachten	—	287.500	190.000	+97.500	101
519 02-8	011	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	60.000	60.000	—	42
519 03-6	011	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	35.000	35.000	—	27
519 04-4	011	Unterhaltung des Denkmals auf dem Platz der Göttinger Sieben	—	2.500	5.000	–2.500	1
523 01-7	011	Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen	—	197.600	186.000	+11.600	194
523 02-5	011	Erwerb und Unterhaltung von Kunstwerken für das Landtagsgebäude * Gegenseitig deckungsfähig: 523 02 und 813 01.	—	5.000	5.000	—	10

ERLÄUTERUNGEN

Zu 422 51

Insbesondere für Beamte des einfachen Dienstes im Sitzungsdienst.

Zu 426 51

Überstundenlöhne insbesondere für Hausmeister und Heizer.

Zu 427 01

Für Hilfs- und Aushilfskräfte:

1. Stenographen	70 000 DM
2. Schreibkräfte, Landtagsdiener	132 000 DM
3. Sonstige	37 000 DM
Zusammen	239 000 DM

Zu 453 01

1. Trennungsgeld	8 000 DM
2. Umzugskostenvergütung	— DM
Zusammen	8 000 DM

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	20 000 DM
2. Drucksachen, Druckwerke	700 000 DM
3. Büro- und Kanzleibedarf	150 000 DM
4. Bekanntmachungen	5 000 DM
5. Sonstiger Geschäftsbedarf	20 000 DM
Zusammen	895 000 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	25 500 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	25 000 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	27 500 DM
4. Buchbinderkosten	20 000 DM
5. Dokumentarliefersdienste	1 000 DM
Zusammen	99 000 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	130 000 DM
2. Fernmeldegebühren	120 000 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	10 000 DM
4. Einmalige Gebühren für die Verlegung usw. von Fernmeldeanlagen	— DM
5. Rundfunk- und Fernsehgebühren	8 000 DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	30 000 DM
Zusammen	298 000 DM

Zu 514 01

1. Betriebsstoffe	45 000 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	15 000 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	5 000 DM
4. Sonstiges, u. a. Ergänzung der Kfz-Sonderausstattung	5 000 DM
Zusammen	70 000 DM

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1. 1. 2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	6	6	6

Zu 515 02

1. Dienstzimmersausstattungen	110 000 DM
2. Büromaschinen	20 000 DM
3. Wirtschaftsgeräte	15 000 DM
4. Werkstattausrüstungen	17 000 DM
5. Ausstattung von Amts- und Dienstwohnungen	8 000 DM
Zusammen	170 000 DM

Zu 517 01

1. Wassergeld	20 000 DM
2. Grundbesitzabgaben	40 000 DM
3. Bewachungskosten	520 000 DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	50 000 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	10 000 DM
Zusammen	640 000 DM

Zu 517 59

1. Strom	265 000 DM
2. Heizstoffe	265 000 DM
Zusammen	530 000 DM

Zu 518 01

1. Diensträume und -gebäude	— DM
2. Garagen und Stellplätze	1 000 DM
3. Fahrzeuge	2 500 DM
4. Geräte und Maschinen	280 000 DM
5. Sonstiges	4 000 DM

Zusammen 287 500 DM

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE*) DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	263 000	—	263 000
2002	—	263 000	—	263 000
2003	—	263 000	—	263 000
2004	—	263 000	—	263 000
ff.	—	416 500	—	416 500

*) üpl. bewilligt.

Zu 519 02

Kosten für Unterhaltung und Ersatz der Übertragungsanlage im Plenarsaal und der sonstigen betrieblichen Einbauten.

Zu 519 03

Insbesondere für die Pflege des Platzes der Göttinger Sieben und der Grünanlagen am Erweiterungsgebäude Am Markte.

Zu 523 01

1. Bibliotheken	174 600 DM
2. Buchbinderarbeiten	23 000 DM
Zusammen	197 600 DM

Einzelplan 01 Landtag
Kapitel 0101 Landtag

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
525 01-0	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	70.000	70.000	—	5
526 01-6	011	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten ***Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die Erläuterungen zu Nr. 4 und 5 verbindlich	—	50.000	59.200	-9.200	35
527 01-2	011	Reisekostenvergütungen	—	80.000	25.000	+55.000	12
527 02-0	011	Reisekostenvergütungen aus Anlaß von auswärtigen Ausschusssitzungen und anderen parlamentarischen Anlässen	—	—	55.000	-55.000	28
527 03-9	011	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	—	—	—	—
529 01-5	011	Verfügungsmittel	—	90.000	90.000	—	67
529 02-3	011	Veranstaltungen des Landtages	—	210.000	360.000	-150.000	224
531 02-8	011	Ausstellungen im Landtagsgebäude	—	—	10.000	-10.000	6
531 04-4	011	Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrecht	—	—	25.000	-25.000	36
536 08-9	011	Kosten der Ausländerkommission	—	8.000	4.000	+4.000	6
536 09-7	011	Genehmigte Anhörungen von Sachverständigen durch Ausschüsse des Landtages, Kosten der Enquete-Kommissionen	—	10.000	10.000	—	2
536 12-7	011	Kosten parlamentarischer Untersuchungsausschüsse	—	6.500	6.500	—	—
538 01-4	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	37.000	37.000	—	24
538 03-0	011	Dienstleistungen Außenstehender - dpa -	—	170.000	170.000	—	158
546 59-9	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	2
632 01-0	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	—	115.000	120.000	-5.000	103
681 01-1	011	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	1.000	1.000	—	—
684 01-0	019	Staatliche Mittel für Parteien und Einzelbewerber * Übertragbar.	—	4.260.000	4.260.000	—	4.221
684 02-9	011	Zahlungen an die Fraktionen des Landtages ***Die Fraktionen erhalten neben den Zuschüssen zur Deckung ihres allgemeinen Bedarfs in dem bisherigen Rahmen unentgeltlich folgende Sach- und Dienstleistungen: 1. Die Bereitstellung und Unterhaltung von Büro- und Sitzungsräumen einschließlich Mikrofonanlagen in den Räumen 117 und 122 sowie einer grundsätzlich einheitlichen Ausstattung an Tischen, Stühlen und Schränken, 2. die Reinigung und Heizung der Räume, die Lieferung von Strom und Wasser; 3. die Bereitstellung der Telekommunikationsanlage des Landtages, des EDV-Netzes und eingerichteter zentraler Informations- und Kommunikationseinrichtungen einschließlich der für den jeweiligen Anschluß erforderlichen Kopplungselemente, aber mit Ausnahme der anfallenden Nutzungs- und Übertragungsgebühren, die von den Fraktionen zu tragen sind, 4. die Weiterleitung der Postsendungen und die Durchführung von Umzügen. Über das Nähere entscheidet der Präsident.	—	9.608.000	9.500.000	+108.000	9.109
685 01-7	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	6.200	6.200	—	6
685 02-5	019	Öffentlichkeitsarbeit und Einführung von Gruppen in die Arbeit des Parlaments * Die Ausgabe darf überschritten werden	—	635.000	600.000	+35.000	437

ERLÄUTERUNGEN

Zu 525 01

1. Ausbildungslehrgänge	25 000 DM
2. Fortbildungsveranstaltungen	20 000 DM
3. Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	20 000 DM
4. Aus- und Fortbildung ehrenamtl. Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	— DM
5. Erstattung von Prüfungsgebühren	— DM
6. Sonstiger Aufwand	5 000 DM
Zusammen	70 000 DM

Zu 526 01

1. (Amts)ärztliche und Röntgen- schirmbilduntersuchungen	3 000 DM
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	4 000 DM
3. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus	4 000 DM
4. Kontrollkommission nach Art. 10 GG	
a) Aufwandsentschädigungen	28 800 DM
b) Reisekosten	2 000 DM
c) Kosten der Geschäftsstelle	400 DM
5. Kosten der Kommission gemäß § 25 Abs. 2 NAbgG	1 000 DM
6. Arbeitsmedizinische und sicherheits- technische Betreuung	6 800 DM
Zusammen	50 000 DM

Zu 4.:

Die Mitglieder der Kommission gemäß § 3 NAbgG zu Art. 10 GG und deren Vertreter erhalten für ihre ehrenamtliche Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 400 DM monatlich.

Zu 5.:

Mitglieder der Kommission gem. § 25 Abs. 2 NAbgG können zur Abgeltung ihrer Unkosten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 150 DM je Sitzung und Reisekosten nach Reisekostenstufe C des Bundesreisekostengesetzes mit der Maßgabe erhalten, dass bei Benutzung des eigenen Pkw 0,52 DM je km erstattet werden.

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	25 000 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für privateigene Kraftfahrzeuge	— DM
3. Reisekosten aus parlamentarischen Anlässen	55 000 DM
Zusammen	80 000 DM

Zu 529 01

Außergewöhnlicher Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen.

1. zur Verfügung des Präsidenten	65 000 DM
2. zur Verfügung der Vizepräsidenten	20 000 DM
3. zur Verfügung der Verwaltung	5 000 DM
Zusammen	90 000 DM

Zu 529 02

Der Ansatz schließt die Kosten für Repräsentationsgeschenke, soweit diese nicht aus Tit. 529 01 zu beschaffen sind, ein. Kulturelle Veranstaltungen werden bei 685 02 nachgewiesen.

Zu 531 02

Verlagert nach 685 02.

Zu 531 04

Verlagert nach 685 02.

Zu 536 08

Kosten der ausländischen Mitglieder der Ausländerkommission.

Zu 536 09

Kosten von Anhörungen (z. B. für Sachverständige) und der Enquete-Kommissionen.

Zu 536 12

Durch Ausübung des verfassungsmäßigen Rechts auf Einsetzung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse und durch die Tätigkeit des Wahlprüfungsausschusses können besondere Kosten entstehen (für Zeugenvernehmungen, Sachverständigenentschädigungen usw.).

Zu 538 01

Erstattung der Kosten, die Gaststättenpächtern durch den vom Landtag für den Sitzungsbetrieb (Ausschüsse, Fraktionssitzungen usw.) geforderten Service im Landtagsgebäude zusätzlich entstehen und weitere Dienstleistungen Dritter.

Zu 538 03

Benutzergebühren und Leitungskosten für den dpa-Anschluss.

Zu 632 01

Anteilmäßige Kostenerstattung an die Verwaltung des Landtages Nordrhein-Westfalen, die im Einvernehmen mit den anderen Landtagsverwaltungen die Herausgabe des Parlamentsspiegels bearbeitet.

Zu 684 01

Zahlungen aufgrund des Parteiengesetzes und des Niedersächsischen Landeswahlgesetzes.

Zu 684 02

Die Berechnung richtet sich nach §§ 30 bis 33 d des Niedersächsischen Abgeordnetengesetzes.

Zu 685 01

Für Mitgliedschaften bei Vereinigungen u. a., an denen ein dienstliches Interesse besteht.

Zu 685 02

1. Allgemeine Kosten der Öffentlichkeitsarbeit (einschl. Broschüren, Begleitmaterial usw.)	170 000 DM
2. Besuchergruppen	
a) Fahrtkosten	145 000 DM
b) Bewirtungskosten	50 000 DM
3. Projekt: Schüler begleiten Abgeordnete	30 000 DM
4. Besondere Veranstaltungen (Schülerwettbewerb, Europäischer Wettbewerb, Senioren im Parlament usw.)	20 000 DM
5. Tag der offenen Tür	30 000 DM
6. Tag der Niedersachsen	20 000 DM
7. Besondere Veröffentlichungen (u. a. Schriftenreihe)	10 000 DM
8. Taschenhandbuch	20 000 DM
9. Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche (VG Wort)	40 000 DM
10. Kulturelle Veranstaltungen	40 000 DM
11. Ausstellungen	10 000 DM
12. Internet	50 000 DM
Zusammen	635 000 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 685 02-5		<i>bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 32.</i>					
811 01-2	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	47.000	—	+47.000	47
811 11-0	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen * <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.</i>	—	—	—	—	141
812 13-2	011	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	30
812 15-9	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	582.000	505.000	+77.000	387
813 01-5	011	Erwerb von Kunstwerken für das Landtagsge- bäude * <i>Vgl. D-Vermerk zu 523 02.</i>	—	15.000	30.000	-15.000	10
981 01-5	990	Abführung an 13 21 - 381 01	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommuni- kationstechnik	(—)	(1.143.500)	(904.400)	(+239.100)	(665)
511 99-0	011	Geschäftsbedarf	—	45.000	30.000	+15.000	42
512 99-6	011	Bücher und Zeitschriften	—	1.500	3.300	-1.800	0
513 99-2	011	Post- und Fernmeldegebühren	—	25.000	20.000	+5.000	23
515 99-5	011	Erwerb und Unterhaltung von Geräten und Programmen	—	300.000	351.100	-51.100	283
518 99-4	011	Mieten und Pachten	—	30.000	40.000	-10.000	25
525 99-0	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	42.000	45.000	-3.000	16
538 99-5	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	230.000	260.000	-30.000	117
671 99-7	011	Erstattung der Kosten für die Inanspruch- nahme von Fremddatenbanken	—	20.000	25.000	-5.000	7
812 99-0	011	Erwerb von Geräten und Programmen * <i>Übertragbar.</i>	—	450.000	130.000	+320.000	153
		Abschluss Kapitel 01 01					
		1 Eigene Einnahmen		220.000	200.000	+20.000	
		2 Übertragungseinnahmen		170.000	170.000	—	
		Summe der Einnahmen		390.000	370.000	+20.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	57.621.000	57.517.200	+103.800	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	5.392.600	6.059.600	-667.000	
		6 Übertragungsausgaben	—	14.645.200	14.512.200	+133.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	1.094.000	665.000	+429.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	78.752.800	78.754.000	-1.200	
		Zuschuss		78.362.800	78.384.000	-21.200	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		1.799.100	2.015.000		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		80.551.900	80.769.000		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		80.161.900	80.399.000		

 ERLÄUTERUNGEN

Zu 811 01

Ersatzbeschaffungen:

1 Pkw für die Vizepräsidenten des Landtages	47 000 DM

Zu 812 15

Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von Geräten und Ausstattungsgegenständen.

Zu 813 01

Für die Ausstattung des Landtagsgebäudes.

Zu Titelgruppe 99

Für die Beschaffung bzw. Anmietung sowie Unterhaltung von EDV-Anlagen einschließlich der Programme für EDV-Anwendungen.

513 99

Fernmeldegebühren für Datenfernübertragungsleitungen.

515 99

1. Maschinen, Geräte und Programme	228 000 DM
2. Reparatur- und Wartungskosten	60 000 DM
3. Elektronische Publikationen für die Bibliothek	12 000 DM
Zusammen	<u>300 000 DM</u>

538 99

Für Dienstleistungen des IZN 86 900 DM..

671 99

U. a. Benutzergebühren insbesondere für JURIS.

812 99

Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von Geräten, Programmen und Ausstattungsgegenständen.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		<u>Gesamtabschluss Einzelplan 01</u>					
		1 Eigene Einnahmen		220.000	200.000	+20.000	
		2 Übertragungseinnahmen		170.000	170.000	—	
		Summe der Einnahmen		390.000	370.000	+20.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	57.621.000	57.517.200	+103.800	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	5.392.600	6.059.600	-667.000	
		6 Übertragungsausgaben	—	14.645.200	14.512.200	+133.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	1.094.000	665.000	+429.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	78.752.800	78.754.000	-1.200	
		Zuschuss		78.362.800	78.384.000	-21.200	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		1.799.100	2.015.000		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		80.551.900	80.769.000		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		80.161.900	80.399.000		

Einzelplan 01

Landtag

Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

**für das
Haushaltsjahr 2001**

Einzelplan 01 Niedersächsischer Landtag
Kapitel 01 01 Niedersächsischer Landtag

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Allgemeiner Haushaltsvermerk für den Epl. 01: Abweichend von § 49 Abs. 3 LHO und Nr. 2 der Allgemeinen Bestimmungen zu den Stellenplänen und Stellenübersichten dürfen Planstellen des höheren und gehobenen Dienstes und vergleichbare Stellen für Angestellte auch mit Angestellten einer vergleichbar niedrigeren Laufbahngruppe besetzt werden, soweit sie sich in einer Ausbildung als Nachwuchsstenographen befinden oder eine für den Erwerb der Befähigung für die Laufbahn des höheren Stenographischen Dienstes in der Landtagsverwaltung erforderliche hauptberufliche Tätigkeit ausüben. 1) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zu Bes.-Gr. B 9 LBesO. 2) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO. 3) 1 Stelle ku nach Bes.-Gr. A 15 mit dem Ausscheiden des Stelleninhabers (Stellen-Nr. 5). 4) 3 Stellen können wahlweise mit Richtern/-innen der Bes.-Gr. R 1 und/oder R 2 besetzt werden. 7) kw. 8) 1 Stelle darf (in Höhe von 50 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. 10) 1 kw. Die Planstelle entfällt mit Ende des Monats, in dem die 14. Wahlperiode endet.
	2001	2000		
Planmäßige Beamte/-innen				
			Feste Gehälter:	
B 9 ¹⁾	1	1	Direktor/-in beim Niedersächsischen Landtag	
B 5	2	2	Ministerialdirigent/-in	
B 5	2	2	Parlamentsrat/-rätin	
B 3	1	1	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin	
B 3	1	1	Ministerialrat/-rätin	
B 2	4	4	Ministerialrat/-rätin	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16 ³⁾	5	5	Ministerialrat/-rätin	
A 15	6	6	Direktor/-in	
A 14 ⁴⁾ ¹⁰⁾	8	8	Oberrat/-rätin	
A 13 ⁸⁾	14	14	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	6	6	Amtsrat/-rätin	
A 11	4	4	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	2	2	Oberinspektor/-in	
A 9 ²⁾	1	1	Amtsinspektor/-in	
A 6	4	4	Oberamtsmeister/-in	
A 5	12	12	Oberamtsmeister/-in	
	73	73	Zusammen	
			Leerstellen:	
A 11 ⁷⁾	2	2	Amtmann/-männin/-frau	
A 10 ⁷⁾	1	1	Oberinspektor/-in	
	3	3	Zusammen	

Allgemeiner Haushaltsvermerk für den Epl. 01:

Abweichend von § 49 Abs. 3 LHO und Nr. 2 der Allgemeinen Bestimmungen zu den Stellenplänen und Stellenübersichten dürfen Planstellen des höheren und gehobenen Dienstes und vergleichbare Stellen für Angestellte auch mit Angestellten einer vergleichbar niedrigeren Laufbahngruppe besetzt werden, soweit sie sich in einer Ausbildung als Nachwuchsstenographen befinden oder eine für den Erwerb der Befähigung für die Laufbahn des höheren Stenographischen Dienstes in der Landtagsverwaltung erforderliche hauptberufliche Tätigkeit ausüben.

¹⁾ Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zu Bes.-Gr. B 9 LBesO.

²⁾ Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

³⁾ 1 Stelle ku nach Bes.-Gr. A 15 mit dem Ausscheiden des Stelleninhabers (Stellen-Nr. 5).

⁴⁾ 3 Stellen können wahlweise mit Richtern/-innen der Bes.-Gr. R 1 und/oder R 2 besetzt werden.

⁷⁾ kw.

⁸⁾ 1 Stelle darf (in Höhe von 50 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

¹⁰⁾ 1 kw.

Die Planstelle entfällt mit Ende des Monats, in dem die 14. Wahlperiode endet.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte			
II a	3	3	
III	6	6	
IV a ¹⁾	9	9	
V b ¹⁾	7	7	
V c	25	25	
VI b	8	8	
VII	1	1	
VIII	6	7	
IX b–VII ³⁾	11	12	Schreib- und Fernschreibdienst
	76	78	Zusammen
			Leerstellen:
V c ⁵⁾	2	2	
IX b–VII ⁵⁾	1	1	Schreibdienst
	3	3	Zusammen

Allgemeiner Haushaltsvermerk für den Epl. 01:
Abweichend von § 49 Abs. 3 LHO und Nr. 2 der Allgemeinen Bestimmungen zu den Stellenplänen und Stellenübersichten dürfen Planstellen des höheren und gehobenen Dienstes und vergleichbare Stellen für Angestellte auch mit Angestellten einer vergleichbar niedrigeren Laufbahngruppe besetzt werden, soweit sie sich in einer Ausbildung als Nachwuchsstenographen befinden oder eine für den Erwerb der Befähigung für die Laufbahn des höheren Stenographischen Dienstes in der Landtagsverwaltung erforderliche hauptberufliche Tätigkeit ausüben.

¹⁾ Die erste Sekretärin des/der Landtagspräsidenten/-in ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. IVa BAT eingruppiert.
Die zweite Sekretärin des/der Landtagspräsidenten/-in und die Sekretärin des/der Direktors/-in beim Niedersächsischen Landtag sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Vergütungsgruppe Vb BAT eingruppiert.
Die Beschränkung „für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft“ entfällt nach fünfjähriger Bewährung in dieser Tätigkeit.
Die zweite Sekretärin des/der Landtagspräsidenten/-in und die Sekretärin des/der Direktors/-in beim Niedersächsischen Landtag erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b BAT und Verg.-Gr. IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung sind sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt.
Die Sekretärinnen der Vizepräsidenten/-innen sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Vergütungsgruppe Vb BAT eingruppiert.
Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

³⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

⁵⁾ kw.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Abgang:		
Verg.-Gr. VIII	1	Einsparung
Verg.-Gr. IX b–VII	1	Stelle gem. ZV für 2001
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen:

Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde geändert.
Haushaltsvermerk Nr. 7 ist entfallen.

Einzelplan 01 Niedersächsischer Landtag
 Kapitel 01 01 Niedersächsischer Landtag

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) 1 (–) kw zum 31. 7. 2003 infolge ZV bis 2003 (ZV 2003).
	2001	2000		
			Arbeiter/-innen	
4 ¹⁾	7	7	Kraftfahrdienst	
5	4	4	Boten-, Pförtner- und	
4	4	4	Hausmeisterdienst	
	15	15	Zusammen	
Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen				

Sonstige Veränderungen:
 Haushaltsvermerk Nr. 1 neu ausgebracht.

Haushaltsplan
für das
Haushaltsjahr 2001

Einzelplan 02
Staatskanzlei

Vorwort zum Einzelplan 02

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 02 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereichs der Staatskanzlei und zwar:

- I. der Staatskanzlei (Kap. 02 01) einschl. Vertretungen des Landes Niedersachsen beim Bund (TGr. 64/65) und bei der Europäischen Union (TGr. 70/71)
- II. der Allgemeinen Bewilligungen (Kap. 02 02)
- III. des Landesbeauftragten für Sachsen-Anhalt (Kap. 02 03),
- IV. der Staatsarchive (Kap. 02 06),
in Aurich, Bückeburg, Oldenburg, Osnabrück, Stade, Wolfenbüttel und des Hauptstaatsarchivs in Hannover.

B. Wesentliche organisatorische Änderungen:

1. Durch Beschluss der Landesregierung vom 15. 12. 1999 (Nds. MBl. 2000 S. 2) sind nach Berufung eines Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten in der Staatskanzlei die Aufgaben
 - der Abteilung V (Europaangelegenheiten, Internationale Zusammenarbeit) des MJ auf die StK
 - „Verfassungsrecht“ (staats- und verfassungsrechtliche Angelegenheiten des Landes, der Bundesrepublik und der EU sowie ihrer Verfassungsorgane, Verfahren vor dem BVerfG und dem StGH) und „Rechtsvereinfachung“ von der StK auf das MJmit Wirkung vom 15. 12. 1999 übergegangen.
2. Die Zuständigkeit für den Innovationsfonds ist durch Beschluss der Landesregierung vom 29. 2. 2000 mit Wirkung vom 1. 3. 2000 von der StK auf das MW übertragen worden.
3. Durch Beschluss der Landesregierung vom 21. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 277) sind die bisher
 - beim MWK wahrgenommenen Aufgaben der Medienwirtschaft (kulturwirtschaftliche Film- und Medienförderung sowie Betreuung und Förderung von Projekten der Medienwirtschaft)
 - beim MW wahrgenommene Aufgaben der Medienwirtschaft (Grundsatzangelegenheiten der Informations- und Medienwirtschaft, Betreuung und Förderung von Unternehmen der Medienwirtschaft, Koordinierung der Anwendung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien, Koordinierung und Steuerung der Multimedia-Initiative, Koordinierung von Strategien zur Erhöhung der Akzeptanz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien)mit Wirkung vom 1. 4. 2000 auf die StK übertragen worden.
4. Die Aufgabe der Neugestaltung der gemeinsamen Internet-Präsentation der Landesregierung sowie die künftige Koordinierung der Internet-Präsentation der Landesregierung sind der StK durch Beschluss der Landesregierung vom 11. 4. 2000 übertragen worden.

C. Sonstige Veränderungen:

Infolge der Änderungen gemäß B Nrn. 1 und 3 wurde im Einzelplan 02 das Kapitel 02 02 (Allgemeine Bewilligungen) neu eingerichtet. Die Titelgruppe 66 „Staatsmodernisierung“ ist von Kapitel 02 01 nach Kapitel 02 02 verlagert worden.

D. Hochbaumaßnahmen

Die Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich der Staatskanzlei sind im Kap. 20 25 des Einzelplans 20 – Hochbauten – ausgewiesen.

E. Hinsichtlich der **persönlichen Verwaltungsausgaben** für 2001 wird auf die „Allgemeinen Bemerkungen zur Veranschlagung der Personalausgaben“ im Vorbericht hinter der Begründung zu den „Allgemeinen Bestimmungen“ verwiesen.

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	E i n n a h m e n						
		0 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	1 eigene Einnahmen	2 Über- tragungs- einnahmen	3 vermögens- wirksame und Sonder- einnahmen	Gesamt- einnahmen	4 persönliche Verwaltungs- ausgaben	5 sächliche Verwaltungs- ausgaben; Schulden- dienst
		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0201	Staatskanzlei	—	285.900	110.000	—	395.900	25.299.700	6.987.900
0202	Allgemeine Bewilligungen	—	1.000	65.000	—	66.000	98.600	4.267.200
0203	Landesbeauftragter für Sachsen-Anhalt	—	—	—	—	—	—	—
0206	Staatsarchive	—	308.900	406.000	—	714.900	11.617.300	2.732.400
	Summe 2001	—	595.800	581.000	—	1.176.800	37.015.600	13.987.500
	Summe 2000	—	635.300	439.000	25.000.000	26.074.300	32.288.100	9.629.700
	2001 mehr/weniger (-)	—	-39.500	142.000	-25.000.000	-24.897.500	4.727.500	4.357.800

gaben und Verpflichtungsermächtigungen

Epl. 02

A u s g a b e n					2001 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 – Sp.14)	2000 Überschuss Zuschuss (-)	2001 Verbesserung Verschlech- terung (-) (Sp.15 – Sp.16)	Ver- pflichtungs- ermächti- gungen
6 Über- tragungs- ausgaben	7 Bau- ausgaben	8 sonst. Ausga- ben für Inve- stitionen und Invest.förd.- maßnahmen	9 besondere Finan- zierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
10	11	12	13	14	15	16	17	18
6.200	—	145.000	2.255.600	34.694.400	-34.298.500	-27.991.000	-6.307.500	—
13.360.000	—	3.690.000	—	21.415.800	-21.349.800	—	-21.349.800	8.350.000
—	—	—	—	—	—	—	—	—
84.500	—	305.000	3.566.700	18.305.900	-17.591.000	-13.418.300	-4.172.700	—
13.450.700	—	4.140.000	5.822.300	74.416.100	-73.239.300	-41.409.300	-31.830.000	8.350.000
134.000	—	25.431.800	—	67.483.600				2.000.000
13.316.700	—	-21.291.800	5.822.300	6.932.500				6.350.000

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
113 06-6	011	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen * Vgl. K-Vermerk zu 531 01, 531 02 und 531 03.		5.000	12.000	–7.000	4
119 01-3	011	Einnahmen aus Nebentätigkeit		30.000	60.000	–30.000	226
119 06-4	011	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		1.000	1.000	—	0
119 31-5	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		60.000	60.000	—	57
119 41-2	011	Rückzahlung von Überzahlungen		1.000	1.000	—	0
119 46-3	011	Ersatzleistungen		11.000	11.000	—	0
119 51-0	011	Vermischte Einnahmen		50.000	30.000	+20.000	140
124 01-7	011	Mieten und Pachten		12.400	22.400	–10.000	25
125 61-7	869	Erlöse der Gasthäuser, sonstige Dienstleistungen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		95.000	115.000	–20.000	73
132 01-0	011	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		8.000	11.000	–3.000	—
132 11-7	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge * Vgl. K-Vermerk zu 811 11.		—	—	—	—
256 01-0	011	Sonstige Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	—
256 02-9	011	Sonstige Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit für Schwerbehinderte		—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 64		Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund		(122.500)	(47.000)	(+75.500)	(205)
113 64-3	011	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen		10.000	—	+10.000	—
124 64-5	011	Mieten und Pachten		2.500	14.000	–11.500	30
251 64-7	011	Zuweisungen d.Presse-und Informationsamtes d.Bundesregierung zu d.staatsbürgerlichen Bildungsveranstaltungen d.Landesvertretung * Vgl. K-Vermerk zu 529 64.		30.000	3.000	+27.000	26
281 64-3	011	Kostenerstattungen Dritter für Veranstaltungen in der Landesvertretung * Vgl. K-Vermerk zu 529 64.		80.000	30.000	+50.000	149
TGr. 73		Tagungen „Neues Niedersachsen“ ***vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 73		(—)	(—)	(—)	(—)
281 73-2	011	Sonstige Erstattungen aus dem Inland		—	—	—	—
282 73-9	011	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland		—	—	—	—
286 73-4	011	Sonstige Erstattungen aus dem Ausland		—	—	—	—
287 73-0	011	Sonstige Zuschüsse aus dem Ausland		—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			25.002.000	–25.002.000	
		A U S G A B E N					
412 04-7	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 73 b Abs. 4 Nds. PersVG. und § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	1.000	1.000	—	—
421 01-1	011	Amtsbezüge der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten und der Ministerin oder des Ministers	—	630.000	327.500	+302.500	339

ERLÄUTERUNGEN

Zu 119 01

Abführung auf Grund des § 5 Abs. 3 des Ministergesetzes in der jeweils geltenden Fassung	30 000 DM
Abführung auf Grund des § 75 a Abs. 2 NBG	— DM
Zusammen	30 000 DM

Zu 119 06

Einnahmen aus der Benutzung landeseigener Geräte usw.

Zu 119 31

Abgabe kann bei Bedarf unentgeltlich an öffentliche Dienststellen und Institutionen, an Abgeordnete, zu wissenschaftlichen und zu Austauschzwecken erfolgen.

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	12 400 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	— DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	— DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	— DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	— DM
Zusammen	12 400 DM

Zu 125 61

Einnahmen aus der Bewirtschaftung des Hauses der Landesregierung in Hannover, Luerstr. 5.

Vgl. TGr. 61.

Zu 124 64

1. Amts- und Dienstwohnungen	— DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	— DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	2 500 DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	— DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	— DM
Zusammen	2 500 DM

Zu 251 64

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gewährt Zuweisungen zu staatsbürgerlichen Bildungsveranstaltungen.

Vgl. 529 64.

Zu 412 04

Der Vorsitzende einer Einigungsstelle – § 71 Abs. 7 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz und § 48 Abs. 3 Niedersächsisches Richterrechtsgesetz – erhält eine angemessene Vergütung, deren Höhe das Finanzministerium nach pauschalen Sätzen bestimmt.

Zu 421 01

a) Ministerpräsident/Ministerpräsidentin

1. Amtsgehalt	311 400 DM
2. Dienstaufwandsentschädigung	18 000 DM
3. Entschädigung für getrennte Haushaltsführung	6 000 DM

b) Minister/Ministerin

1. Amtsgehalt	276 600 DM
2. Dienstaufwandsentschädigung	12 000 DM
3. Entschädigung für getrennte Haushaltsführung	6 000 DM

Zusammen	630 000 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
421 02-0	011	Amtsbezüge des Ministers - Übergangsgeld	—	—	—	—	—
422 01-8	011	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	22.978.200	18.853.800	+4.124.400	8.960
422 09-3	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-0	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-0	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	315.700	434.000	-118.300	510
425 01-7	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	7.091
425 03-3	011	Vergütung stundenweise beschäftigter Angestellten	—	—	—	—	—
425 31-9	011	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	10
425 41-6	011	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
425 51-3	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	6.000	6.000	—	2
426 01-3	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	1.617
426 03-0	011	Löhne stundenweise beschäftigter Arbeiter/Arbeiterinnen	—	—	—	—	—
426 41-2	011	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	20.000	20.000	—	11
426 51-0	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	9.000	9.000	—	7
427 01-0	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte sowie Praktikantinnen und Praktikanten	—	19.000	19.000	—	0
427 39-7	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	9.000	9.000	—	—
441 02-0	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Beamtinnen und Beamte	—	530.900	480.600	+50.300	447
441 03-9	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Angestellte	—	7.100	5.300	+1.800	4
441 04-7	940	Beihilfen auf Grund der Beihilfevorschriften für Arbeiter	—	1.100	1.100	—	1
441 05-5	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Sonstige	—	12.600	12.600	—	—
441 06-3	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	14.600	14.600	—	—
443 01-5	940	Fürsorgemaßnahmen, insbesondere bei Dienstunfällen	—	13.000	13.000	—	12
453 01-0	011	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	451.200	443.000	+8.200	15
462 01-0	981	Globale Minderausgabe für Personalausgaben	—	—	—	—	—
511 01-0	011	Geschäftsbedarf	—	75.500	60.000	+15.500	66
512 01-7	011	Bücher und Zeitschriften	—	133.000	110.000	+23.000	100
513 01-3	011	Post- und Fernmeldegebühren	—	202.300	164.000	+38.300	185
514 01-0	011	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	108.100	108.100	—	88
515 01-6	011	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	68.900	27.900	+41.000	23
515 02-4	011	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	102.200	80.000	+22.200	166
515 03-2	011	Ausrüstungsgegenstände für den Behördenselbstschutz	—	1.100	1.100	—	—
516 01-2	011	Dienst- und Schutzkleidung	—	6.200	6.200	—	2
517 01-9	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	255.000	250.000	+5.000	233

ERLÄUTERUNGEN

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 234,49 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nach- richtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	104,11	104,11		121
Angestellte	104,17	104,17	—	98
Lohnempfänger/ -innen	26,21	22,80	3,41	23
Insgesamt	234,49	231,08	3,41	242

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 22 978 200 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Ober- gruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	22 978 200
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	1 299 700
43	Versorgungsbezüge	3 872 900
44	Beihilfen, Unterstützungen	391 800
45	Personalbezogene Sachausgaben	452 700
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	639 700
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—

Summe der Personalausgaben im Kapitel 29 635 000

In dem Personalkostenbudget sind enthalten:

129 000 DM für 3 (3) ständig nicht vollbeschäftigte Kräfte im Haus der Landesregierung im Haus- und Küchendienst, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt. Sie erhalten für die Dauer der Tätigkeit im Haus der Landesregierung eine übertarifliche Zulage von je 225 DM monatlich.

Außerdem sind 170 000 DM für 6 (9) ständig nicht vollbeschäftigte Kräfte im Reinigungs-, Servierdienst u. ä. der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu 422 31

Dienstbezüge für gemäß § 15 SonderUrlVO dienstlich freigestellte lebensältere Beamtinnen und Beamte.

Zu 425 31

Leistungen gemäß Vereinbarungen zu § 81 Nds. PersVG über Personalabbau durch Auflösungsverträge mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern.

Zu 426 41

Veranschlagt sind 20 000 DM für 1 (–) bei der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund beschäftigten Auszubildenden (Fachgehilfe im Gastgewerbe).

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für Landesbedienstete	295 000 DM
2. Umzugskostenvergütungen für Landesbedienstete, insbesondere im Zusammenhang mit dem Umzug der Landesvertretung von Bonn nach Berlin	148 000 DM
Zusammen	443 000 DM

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	5 000 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	45 700 DM
3. Bekanntmachungen	3 500 DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	21 300 DM
Zusammen	75 500 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	84 700 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	31 300 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	4 000 DM
4. Buchbinderkosten	13 000 DM
Zusammen	133 000 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	99 100 DM
2. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	79 000 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	— DM
4. Einmalige Gebühren für die Verlegung usw. von Fernmeldeanlagen	6 800 DM
5. Rundfunk- und Fernsehgebühren	5 800 DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	11 600 DM
Zusammen	202 300 DM

Zu 514 01

1. Betriebsstoffe	50 000 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	47 400 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	3 700 DM
4. Sonstiges	7 000 DM
Zusammen	108 100 DM

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	8	8	8

Zu 515 02

1. Dienstzimmersausstattungen	84 000 DM
2. Büromaschinen	16 200 DM
3. Wirtschaftsgeräte	— DM
4. Werkstattausrüstungen	2 000 DM
Zusammen	102 200 DM

Zu 516 01

Dienst- und Schutzkleidung der Amtsboten, des Bedienungspersonals von Vervielfältigungseinrichtungen, Hausarbeiter, Kraftfahrer und Sonstiger.

Hieraus kann den Sachbearbeitern für Protokollangelegenheiten eine Entschädigung für besondere Kleiderabnutzung gewährt werden.

Zu 517 01

1. Wassergeld	17 800 DM
2. Grundbesitzabgaben	16 200 DM
3. Bewachungskosten	211 300 DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	5 000 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	4 700 DM
Zusammen	255 000 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
517 19-1	011	Reinigungskosten	—	125.000	125.000	—	140
517 59-0	011	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	110.000	140.000	-30.000	100
518 01-5	011	Mieten und Pachten	—	100.000	150.000	-50.000	89
519 01-1	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	—	—	—	—
519 02-0	011	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	2.500	2.500	—	15
519 03-8	011	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	10.300	10.300	—	12
525 01-1	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	20.000	17.000	+3.000	14
526 01-8	011	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	75.000	105.000	-30.000	37
527 01-4	011	Reisekostenvergütungen	—	190.500	131.000	+59.500	192
527 03-0	011	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	6.100	6.100	—	4
529 01-7	011	Zur Verfügung der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten und der Ministerin oder des Ministers	—	60.000	60.000	—	25
531 01-1	013	Zur Information über das Land Niedersachsen und die Tätigkeit der Landesregierung -Veröffentlichungen- * Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 113 06. Gegenseitig deckungsfähig: 531 01, 531 02 und 531 03. *** Abweichend von § 63 LHO dürfen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit Gegenstände/ Veröffentlichungen auch unentgeltlich abgegeben werden.	—	100.000	100.000	—	96
531 02-0	013	Zur Information über das Land Niedersachsen und die Tätigkeit der Landesregierung -Auftritt im Internet - * Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 113 06. Vgl. D-Vermerk zu 531 01. *** Abweichend von § 63 LHO dürfen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit Gegenstände/ Veröffentlichungen auch unentgeltlich abgegeben werden.	—	1.000.000	—	+1.000.000	—
531 03-8	013	Zur Information über das Land Niedersachsen und die Tätigkeit der Landesregierung -Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit- * Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 113 06. Vgl. D-Vermerk zu 531 01. *** Abweichend von § 63 LHO dürfen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit Gegenstände/ Veröffentlichungen auch unentgeltlich abgegeben werden.	—	1.000.000	1.000.000	—	668
537 01-0	011	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	3.100	3.100	—	9
538 01-6	011	Dienstleistungen Außenstehender * Übertragbar. Gegenseitig deckungsfähig: 538 01, 412 62, 526 62, 531 62, 538 62 und 547 62.	—	90.000	90.000	—	42
541 02-5	011	Ehrenzeichen und sonstige Auszeichnungen	—	10.000	10.000	—	6
541 03-3	011	Niedersachsenpreis	—	85.000	85.000	—	57
546 59-0	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	8.300	8.300	—	6
681 01-3	011	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	5.000	5.000	—	12
685 01-9	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1.200	1.500	-300	1
685 51-5	011	Zuschuss an die Akademie für Publizistik in Hamburg	—	—	25.000	-25.000	25

ERLÄUTERUNGEN

Zu 518 01

1. Diensträume und -gebäude	35 000 DM
2. Wohnungen und Wohngebäude	— DM
3. unbebaute Grundstücke	— DM
4. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	65 000 DM
Zusammen	100 000 DM

Zu 525 01

1. Ausbildungslehrgänge	— DM
2. Fortbildungsveranstaltungen	10 000 DM
3. Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	10 000 DM
4. Aus- und Fortbildung ehrenamtl. Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	— DM
5. Erstattung von Prüfungsgebühren	— DM
6. Sonstiger Aufwand	— DM
Zusammen	20 000 DM

Zu 526 01

1. (Amts)ärztliche und Röntgen- schirmbilduntersuchungen	1 000 DM
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungs- kosten für Verwaltungszwecke	50 000 DM
3. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus	24 000 DM
Zusammen	75 000 DM

Reisekosten zu Unterabschn. 2 sind hier zu verrechnen.

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	190 500 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für privateigene Kraftfahrzeuge	— DM
Zusammen	190 500 DM

Zu 529 01

Veranschlagt sind für

a) die Ministerpräsidentin/den Ministerpräsidenten	50 000 DM
b) die Ministerin/den Minister	10 000 DM
Zusammen	60 000 DM

Zu 531 01 und 531 03

Kosten der Öffentlichkeitsarbeit der Pressestelle der Landesregierung, u. a. Aufwendungen für Broschüren, Informationsmaterial und kleine Werbegeschenke, Veröffentlichungen, eigene Informationsdienste, Pressekonferenzen und Pressefahrten, Informationsveranstaltungen, Bewirtungskosten im Zusammenhang mit der Öffentlichkeitsarbeit; Bezugsgebühren für Nachrichtendienste.

Zu 531 02

Durch Beschluss der Landesregierung vom 11. 4. 2000 ist die Neugestaltung der gemeinsamen Internet-Präsentation der Landesregierung sowie die künftige Koordinierung dieser Internet-Präsentation der Staatskanzlei übertragen worden.

Der Auftritt der Landesregierung im Internet, das sich zu einer wichtigen Informationsquelle und Kommunikationsplattform entwickelt, ist Bestandteil moderner Öffentlichkeitsarbeit.

Veranschlagt sind die Sachkosten für die Präsentation im Internet.

Zu 541 02

Orden und Ehrenzeichen einschl. Urkunden, insbesondere Nieders. Verdienstorden und Verdienstmedaille für vorbildliche Verdienste um den Nächsten.

Zu 541 03

„Niedersachsenpreis“ für Publizistik, für Wissenschaft, für Kultur und für wirtschaftliche Entwicklung/Arbeit sowie für Jugendliche (Nds. MBl. 1978 S. 1567 und 1992 S. 1581; Beschluss der Landesregierung vom 27. 5. 1997) einschl. Reisekosten der Jury-Mitglieder, Kosten der Preisverleihung, sonstige Nebenkosten.

Zu 685 01

Mitgliedschaften des Ministerpräsidenten.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
811 01-4	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	31.800	-31.800	—
811 11-1	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.	—	—	—	—	65
812 13-4	011	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-0	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
981 01-7	990	Abführung an 1321-38102	—	2.255.600	—	+2.255.600	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61/97		Bewirtschaftung des Hauses der Landesre- gierung in Hannover, Lüerstraße 5 * Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 125 61.	(—)	(201.000)	(239.200)	(-38.200)	(146)
427 61-3	869	Beschäftigungsentgelte für Aushilfs- kräfte	—	17.400	27.000	-9.600	13
515 61-0	869	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsge- genstände; sonstige Gebrauchsgegenstän- de	—	15.400	15.400	—	15
517 61-2	869	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	41.000	43.800	-2.800	34
517 97-3	869	Reinigungskosten	—	13.000	17.000	-4.000	11
519 61-5	869	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	4.000	5.000	-1.000	2
522 61-6	869	Verbrauchsmittel	—	72.000	90.000	-18.000	50
538 61-0	869	Dienstleistung Außenstehender	—	—	—	—	—
547 61-9	869	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	18.200	21.000	-2.800	21
812 61-4	869	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	20.000	20.000	—	—
TGr. 62		Planungsaufgaben * Übertragbar.	(—)	(170.000)	(120.000)	(+50.000)	(42)
412 62-4	011	Aufwendungen für ehrenamtliche Tätige * Vgl. D-Vermerk zu 538 01.	—	50.000	—	+50.000	6
526 62-0	011	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten * Vgl. D-Vermerk zu 538 01.	—	41.000	41.000	—	—
531 62-3	011	Veröffentlichungen * Vgl. D-Vermerk zu 538 01.	—	—	—	—	—
538 62-8	011	Dienstleistungen Außenstehender * Vgl. D-Vermerk zu 538 01.	—	76.000	76.000	—	18
547 62-7	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 538 01.	—	3.000	3.000	—	18
TGr. 63		Ehrung der ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger durch die Nds. Landesregierung	(—)	(45.000)	(45.000)	(—)	(37)
538 63-6	019	Dienstleistungen Außenstehender	—	45.000	45.000	—	35
547 63-5	019	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	2
685 63-9	019	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 64/65		Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund	(—)	(1.208.300)	(911.900)	(+296.400)	(796)
511 64-9	011	Geschäftsbedarf	—	21.000	15.000	+6.000	14
512 64-5	011	Bücher und Zeitschriften	—	16.000	16.000	—	13

ERLÄUTERUNGEN

Zu 981 01

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61/97**Zu 427 61**

Stundenweise tätige Aushilfskräfte erhalten eine übertarifliche Zulage von 7 DM je Stunde.

Zu 517 61

1. Heizstoffe	27 500 DM
2. Wassergeld, Licht- und Kraftstrom	7 300 DM
3. Grundbesitzabgaben	2 900 DM
4. Bewachungskosten	3 000 DM
5. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	— DM
6. Sonstige Hauswirtschaftskosten	300 DM
Zusammen	41 000 DM

Zu 522 61

Für Lebens- und Genussmittel.

Zu 812 61

Beschaffung von Einrichtungsgegenständen p. p. 20 000 DM

Zu Titelgruppe 62

Veranschlagt sind hier die Ausgaben für die politische Planung in Aufgabenfeldern, die unter dem Gesichtspunkt der Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten besondere Bedeutung haben. Zurzeit sind dies u. a. Bündnis für Arbeit und Ausbildung, Mittelstand, zentrale bildungspolitische Fragen.

Zur sachverständigen Beratung in zentralen bildungspolitischen Fragen ist vom Ministerpräsidenten ein Bildungsrat als unabhängiges Gremium berufen worden (Kab.-Beschluss vom 29. 6. 1999). Dem Bildungsrat gehören Persönlichkeiten an, die als anerkannte Expertinnen und Experten im Bildungsbereich über langjährige nationale und auch internationale Erfahrungen in Wissenschaft und Praxis verfügen.

Zu 412 62

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die ehrenamtlich tätigen Mitglieder des Bildungsrates.

1. Der Vorsitzende erhält für die Abgeltung des über die Reisekosten hinausgehenden weiteren Aufwandes für eine eintägige Sitzung eine Aufwandsentschädigung von pauschal 600 DM.
2. Die übrigen Mitglieder des Bildungsrates erhalten für die Abgeltung des über die Reisekosten hinausgehenden weiteren Aufwandes für eine eintägige Sitzung eine Aufwandsentschädigung von pauschal 500 DM.

Für die Erstattung der Reisekosten finden die für Landesbeamte geltenden reisekostenrechtlichen Vorschriften entsprechende Anwendung.

Zu Titelgruppe 63

Veranschlagt sind die Kosten für den jährlichen Empfang der Landesregierung zur Ehrung ehrenamtlich tätiger Bürgerinnen und Bürger. Die Empfänge finden im jährlichen Wechsel in den vier Regierungsbezirken statt.

Zu Titelgruppe 64/65

Veranschlagt sind die Kosten der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund in Berlin (ab Anfang 2001).

Zu 511 64

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	3 000 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	13 000 DM
3. Bekanntmachungen	4 000 DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	1 000 DM
Zusammen	21 000 DM

Zu 512 64

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	9 000 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	5 000 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	1 500 DM
4. Buchbinderkosten	500 DM
Zusammen	16 000 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
513 64-1	011	Post- und Fernmeldegebühren	—	90.000	110.000	–20.000	56
514 64-8	011	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	25.000	24.000	+1.000	18
515 64-4	011	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	8.000	8.000	—	7
515 65-2	011	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	20.000	6.000	+14.000	2
516 64-0	011	Dienst- und Schutzkleidung	—	3.000	3.000	—	0
517 64-7	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	431.800	310.400	+121.400	297
517 65-5	011	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	176.500	100.000	+76.500	98
518 64-3	011	Mieten und Pachten	—	22.000	22.000	—	21
519 64-0	011	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	5.000	45.000	–40.000	30
519 65-8	011	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	21.000	10.000	+11.000	6
522 64-0	011	Kleingeräte	—	10.000	5.000	+5.000	0
525 64-0	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	6.000	6.000	—	2
526 64-6	011	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1.000	1.000	—	0
527 64-2	011	Reisekostenvergütungen	—	20.000	28.500	–8.500	40
527 65-0	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u.in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	1.000	1.000	—	—
529 64-5	011	Kosten für außergewöhnlichen Aufwand in Berlin aus dienstlicher Veranlassung * Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 251 64 und 281 64.	—	220.000	100.000	+120.000	173
531 64-0	011	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	20.000	10.000	+10.000	19
537 64-8	011	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	90.000	90.000	—	0
547 64-3	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.000	1.000	—	—
TGr. 70/71		Vertretung des Landes Niedersachsen bei der Europäischen Union	(—)	(649.400)	(538.400)	(+111.000)	(496)
427 70-2	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	2.300	2.100	+200	2
429 70-5	011	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	210.100	94.100	+116.000	106
429 71-3	011	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	97.400	–97.400	35
459 70-1	011	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	1.500	1.500	—	0
511 70-3	011	Geschäftsbedarf	—	10.000	10.000	—	6
512 70-0	011	Bücher und Zeitschriften	—	25.000	25.000	—	24
513 70-6	011	Post- und Fernmeldegebühren	—	60.000	39.800	+20.200	46
514 70-2	011	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	5.000	6.000	–1.000	5
515 70-9	011	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	9.000	5.000	+4.000	3
515 71-7	011	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	3.000	4.000	–1.000	12
517 70-1	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	46.000	46.000	—	42
518 70-8	011	Mieten und Pachten	—	160.500	160.500	—	169
527 70-7	011	Reisekostenvergütungen	—	20.000	15.000	+5.000	16

ERLÄUTERUNGEN

513 64			
1. Postgebühren	20 000	DM	
2. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	56 100	DM	
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	2 500	DM	
4. Einmalige Gebühren für die Ver- legung usw. von Fernmeldeanlagen	2 000	DM	
5. Rundfunk- und Fernsehgebühren	3 000	DM	
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	6 400	DM	
Zusammen	90 000	DM	
Zu 514 64			
1. Betriebsstoffe	13 000	DM	
2. Unterhaltung und Instandsetzung	9 000	DM	
3. Kraftfahrzeugsteuer	1 000	DM	
4. Sonstiges	2 000	DM	
Zusammen	25 000	DM	
Bestand an Dienstkraftfahrzeugen			
	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	3	3	3
Zu 515 64			
1. Dienstzimmerausstattungen	4 000	DM	
2. Büromaschinen	3 000	DM	
3. Wirtschaftsgeräte	—	DM	
4. Werkstattausrüstungen	500	DM	
5. Ausstattung von Amts und Dienstwohnungen	500	DM	
Zusammen	8 000	DM	
Zu 517 64			
1. Wassergeld	7 000	DM	
2. Grundbesitzabgaben	20 300	DM	
3. Bewachungskosten	140 000	DM	
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	100 000	DM	
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	1 000	DM	
6. Reinigungskosten	163 500	DM	
Zusammen	431 800	DM	
Zu 518 64			
1. Diensträume und -gebäude	—	DM	
2. Wohnungen und Wohngebäude	—	DM	
3. unbebaute Grundstücke	—	DM	
4. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	22 000	DM	
Zusammen	22 000	DM	
Zu 527 64			
1. Reisekosten allgemein	20 000	DM	
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für privateigene Kraftfahrzeuge	—	DM	
Zusammen	20 000	DM	
Zu Titelgruppe 66			
Verlagert nach Kapitel 02 02.			
Zu Titelgruppe 69			
Umgesetzt nach Kapitel 08 02 TGr. 77.			
Zu Titelgruppe 70/71			
Veranschlagt sind die Kosten der Vertretung des Landes Niedersachsen bei der Europäischen Union in Brüssel.			
Zu 429 70			
Aus den veranschlagten Mitteln wird Vergütung nach belgischem Tarifrecht für zwei in der Vertretung in Brüssel beschäftigte Ortskräfte gezahlt.			
Zu 514 70			
Bestand an Dienstkraftfahrzeugen			
	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	1	1	1

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
529 70-0	011	Kosten für außergewöhnlichen Aufwand der Vertretung in Brüssel aus dienstlicher Veranlassung	—	20.000	20.000	—	21
531 70-4	011	Veröffentlichungen	—	5.000	1.000	+4.000	1
531 71-2	011	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	36.000	9.000	+27.000	6
537 70-2	011	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	20.000	—	+20.000	—
547 70-8	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	16.000	2.000	+14.000	2
817 70-5	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Ausland	—	—	—	—	—
TGr. 73		Tagungen „Neues Niedersachsen“ * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. *** Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei der Einnahmetitelgruppe 73	(—)	(500.000)	(—)	(+500.000)	(—)
429 73-0	011	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
538 73-3	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	400.000	—	+400.000	—
547 73-2	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	100.000	—	+100.000	—
TGr. 94		Reformdividende aus dem Pilotprojekt Energiekosteneinsparung (LENI)	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 94-2	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 94-5	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
711 94-0	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 94-0	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 96		Reformdividende	(—)	(—)	(—)	(—)	(353)
429 96-9	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	12
547 96-1	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	180
711 96-6	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 96-7	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	161
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechniken	(—)	(692.400)	(483.900)	(+208.500)	(555)
427 99-0	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
513 99-4	011	Post- und Fernmeldegebühren	—	1.500	1.500	—	—
515 99-7	011	Geräte und Ausstattungsgegenstände für die maschinelle Aufbereitung -Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung-	—	442.500	296.400	+146.100	333
518 99-6	011	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—
522 99-3	011	Verbrauchsmittel	—	31.000	21.000	+10.000	20
525 99-2	019	Aus- und Fortbildung	—	15.000	15.000	—	15
538 99-7	019	Dienstleistungen Außenstehender	—	67.400	15.000	+52.400	32
547 99-6	019	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	10.000	10.000	—	—

 ERLÄUTERUNGEN

Zu 531 71

Die Durchführung von Veranstaltungen sowie Kontaktpflege und Besucherbetreuung gehören zu den zentralen Aufgaben der Vertretung in Brüssel. Mit ihrer Hilfe sollen vor allem der Kommunikationsprozess und die Lobbyfunktion des Büros gestärkt werden.

Veranschlagt sind die in diesem Zusammenhang anfallenden sächlichen Verwaltungsausgaben für:

1. Veranstaltungen	16 000 DM
2. Kontaktpflege	10 000 DM
3. Betreuung von Besuchern	10 000 DM
Zusammen	36 000 DM

Zu 537 70

Veranschlagt sind die Kosten für einen Umzug der Landesvertretung in eine andere Liegenschaft.

Zu Titelgruppe 73

Im Anschluss an die Weltausstellung EXPO werden in den Jahren 2001 und 2002 unter dem Motto „Neues Niedersachsen“ etwa 6 Tagungen mit vorwiegend internationalem Charakter durchgeführt. Unter Einbindung von qualifizierten Wissenschaftlern, Experten und Politikern aus aller Welt soll ein Erfahrungsaustausch ermöglicht und aufgezeigt werden, wie andere Länder u. a. Zukunftsfähigkeit herstellen, Wissenschaft organisieren, innere Sicherheit gewährleisten, Wirtschaft anregen und fördern sowie Finanzen verwalten. Aus diesen Erfahrungen werden neue Impulse für Niedersachsen erwartet.

Veranschlagt sind die Ausgaben für drei Tagungen in 2001 (u. a. Anmietung von Tagungsräumen und technischen Hilfsmitteln, Honorare und Reisekosten von Experten, Programmhefte und Plakate, Veröffentlichungen, Konferenzbewirtungen).

Zu Titelgruppe 99

Veranschlagt sind die Kosten zur Beschaffung von Hard- und Software für die Bürokommunikation in den Liegenschaften der Staatskanzlei einschl. der Vertretungen des Landes Niedersachsen beim Bund in Berlin sowie bei der Europäischen Union in Brüssel sowie für Ersatz und Ergänzung nicht mehr einsatzbereiter oder überalterter Hard- und Softwarekomponenten.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0201 Staatskanzlei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
812 99-1	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	125.000	125.000	—	155
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	2.000.000		28.000.000	-28.000.000	
		Abschluss Kapitel 02 01					
		1 Eigene Einnahmen		285.900	339.400	-53.500	
		2 Übertragungseinnahmen		110.000	33.000	+77.000	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	25.000.000	-25.000.000	
		Summe der Einnahmen		395.900	25.372.400	-24.976.500	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	25.299.700	20.676.500	+4.623.200	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	6.987.900	7.478.600	-490.700	
		6 Übertragungsausgaben	2.000.000	6.200	31.500	-25.300	
		7 Bauausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	145.000	25.176.800	-25.031.800	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	2.255.600	—	+2.255.600	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	34.694.400	53.363.400	-18.669.000	
			2.000.000				
		Zuschuss		34.298.500	27.991.000	+6.307.500	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		3.872.900	3.085.700		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		38.567.300	56.449.100		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		38.171.400	31.076.700		

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 41-6	011	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 66		Staatsmodernisierung		(1.000)	(1.000)	(—)	(—)
119 66-1	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		1.000	1.000	—	—
TGr. 71		Unterstützung der europäischen Integration		(50.000)	(—)	(+50.000)	(38)
282 71-6	011	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland * Vgl. K-Vermerk zu 685 71.		—	—	—	38
287 71-8	011	Zuschüsse der EU-Kommission zum Europäischen Informations-Zentrum (EIZ)		50.000	—	+50.000	—
TGr. 73		Interregionale Beziehungen		(15.000)	(15.000)	(—)	(57)
271 73-0	023	Erstattungen im Rahmen der Neuen Hanse Interregio		15.000	15.000	—	3
276 73-2	023	Beteiligung der NHI-Partner an Maßnahmen und Vorhaben des NHI-Sekretariates * Vgl. K-Vermerk zu 538 73.		—	—	—	54
TGr. 82		Förderung von Maßnahmen zur Stärkung des Medienstandortes Niedersachsen		(—)	(—)	(—)	(—)
297 82-9	189	Entnahme aus dem Vermögen der Nord/LB * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 82.		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
632 04-0	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Land Baden-Württemberg	—	120.000	120.000	—	99
685 51-9	011	Zuschuss an den Verein Global Partnership e.V. * Übertragbar.	—	250.000	—	+250.000	—
685 59-4	189	Finanzhilfe an die Gesellschaft zur För- derung der Medienentwicklung gem. § 7 Abs. 1 NLOttG aus Konzessionsabgabemitteln ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. *** Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetz- lichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.	—	6.000.000	—	+6.000.000	—
981 01-0	990	Abführung an 1321-38102	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 66		Staatsmodernisierung * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind. *** Deckungsfähig zu Lasten Kapitel 0302 Titelgruppe 76/97 und Kapitel 0402 Titelgruppe 66 bis zur Höhe von jeweils 4,0 Mio.DM. Deckungsfähig zugunsten Kapitel 0302 Titelgruppe 76/97 und Kapitel 0402 Titelgruppe 66.	(2.500.000) (2.000.000)	(3.000.000)	(3.000.000)	(—)	(1.867)
429 66-0	011	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 276 73

Kostenbeteiligung bei Maßnahmen des Neuen Hanse Interregio (NHI)-Sekretariates in Oldenburg durch die NHI-Partner.

Zu 632 04 und Titelgruppen 71, 72, 73, 74 bis 76 und 78 bis 80

Umgesetzt von Kapitel 11 02 (Abteilung für Europaangelegenheiten und Internationale Zusammenarbeit).

Zu 297 82

Rückflüsse aus Zinsen, Tilgungen u. a. des Film-/Medienförderprogramms des Landes, bei dem die Landestreuhandstelle für Wirtschaftsförderung – Bereich Filmförderung – als Bewilligungsstelle tätig wurde.

Verlagert von Kap. 06 75 Titel 297 80 im Zuge der Übertragung der Zuständigkeit für Film-/Medienförderung vom MWK auf die StK.

Zu 632 04

Nach dem Abkommen über den Beobachter der Länder bei den Europäischen Gemeinschaften vom 24. 10. 1996 ist ein Beobachter der Länder bei der EU in Brüssel bestellt worden, der die Länder laufend über den Stand und die Entwicklung der europäischen Integration unterrichtet. Die vom Land Baden-Württemberg getragenen Kosten für den Länderbeobachter werden nach dem vorl. Königsteiner Schlüssel auf die Länder verteilt. Veranschlagt ist der voraussichtlich auf das Land Niedersachsen entfallende Anteil.

Zu 685 59

Die Gesellschaft zur Förderung der Medienentwicklung erhält gem. § 7 Abs. 1 Satz 4 NLottG vom 21. 06. 1997 (Nds. GVBl. I S. 289) in der zz. geltenden Fassung aus den Konzessionsabgaben eine Finanzhilfe in Höhe von 6,0 Mio. DM zur zweckgebundenen Verwendung nach Maßgabe des § 9 a NLottG.

Zu 981 02

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 66

Verlagert von Kapitel 02 01.

Die Mittel sind bestimmt für die Steuerung des Gesamtprozesses der Staatsmodernisierung einschl. des dafür notwendigen gesellschaftlichen Diskurses als ressortübergreifende Aufgabe der Staatskanzlei.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
459 66-7	011	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
515 66-4	011	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
525 66-0	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	300.000	—	+300.000	50
526 66-6	011	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	800.000	–800.000	—
527 66-2	011	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	8
531 66-0	011	Veröffentlichungen	—	200.000	200.000	—	94
538 66-4	011	Dienstleistungen Außenstehender	2.500.000 2.000.000	2.500.000	2.000.000	+500.000	1.695
547 66-3	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	7
682 66-8	011	Zuschüsse an Landesbetriebe zur Förderung von Projekten	—	—	—	—	—
812 66-9	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Software	—	—	—	—	13
TGr. 71		Unterstützung der europäischen Integration	(—)	(328.000)	(272.000)	(+56.000)	(242)
531 71-6	011	Veröffentlichungen * Gegenseitig deckungsfähig: 531 71, 533 71, 538 71, 547 71, 682 71, 685 71, 538 73, 547 73, 682 73, 685 73 und 686 73.	—	50.000	36.000	+14.000	5
533 71-9	011	Sachaufwand der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung Außenstehender * Vgl. D-Vermerk zu 531 71.	—	22.000	22.000	—	—
538 71-0	011	Dienstleistungen Außenstehender * Vgl. D-Vermerk zu 531 71.	—	1.000	1.000	—	—
547 71-0	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 531 71.	—	91.000	8.000	+83.000	23
682 71-4	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen * Vgl. D-Vermerk zu 531 71.	—	—	—	—	—
685 71-3	011	Zuschüsse an Verbände und Organisationen * Übertragbar. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 71. Vgl. D-Vermerk zu 531 71. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	—	164.000	205.000	–41.000	214
TGr. 72		Kosten der Entsendung von Landesbediensteten an Einrichtungen der EU	(—)	(102.800)	(102.800)	(—)	(9)
422 72-0	029	Auslandszuschläge u. ä. für Beamte	—	52.000	52.000	—	9
425 72-0	029	Auslandszuschläge u. ä. für Angestellte	—	17.600	17.600	—	—
453 72-3	029	Auslandstrennungsgeld	—	29.000	29.000	—	—
527 72-7	029	Auslandsreisekosten	—	4.200	4.200	—	—
682 72-2	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
TGr. 73		Interregionale Beziehungen	(100.000) (100.000)	(435.000)	(435.000)	(—)	(421)
538 73-7	023	Maßnahmen und Vorhaben des NHI-Sekretariates in Oldenburg * Übertragbar. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 276 73. Vgl. D-Vermerk zu 531 71.	100.000 100.000	50.000	50.000	—	93

ERLÄUTERUNGEN

Zu 538 66

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	37 500	2 000 000	—	2 037 500
2002	—	—	2 000 000	2 000 000
2003	—	—	500 000	500 000
2004	—	—	—	—
2005 ff.	—	—	—	—
Summe	37 500	2 000 000	2 500 000	4 537 500

Zu Titelgruppe 71

Die Mittel sind veranschlagt für projektorientierte Zuschüsse an Organisationen und Verbände, die der Förderung der europäischen Integration dienen, sowie für Sachausgaben des Europäischen Informationszentrum (EIZ) Niedersachsen in Hannover. Weiterhin sind Mittel für die Informations- und Aufklärungsarbeit der Landesregierung zu europäischen Fragen vorgesehen.

Zu 533 71

Die Mittel sind vorgesehen für gemeinsam mit dem Bund in Niedersachsen durchzuführende Sprachkurse in Deutsch für Bedienstete der EU-Kommission (stärkerer Einsatz der deutschen Sprache als Amts- und Arbeitssprache in der EU).

Zu Titelgruppe 72

Zur Wahrnehmung der Interessen des Landes bei der EU ist beabsichtigt, jährlich 5 bis 7 Landesbedienstete als Sachverständige unter Beurlaubung und gleichzeitiger Fortzahlung der Bezüge/Vergütungen an Institutionen der EU sowie an die dortigen Einrichtungen des Bundes und der Länder bzw. zur Teilnahme an Austauschprogrammen der EU zu entsenden.

Die hierfür zusätzlich erforderlichen Mittel sind zentral im Einzelplan 02 veranschlagt.

Zu Titelgruppe 73

Die veranschlagten Mittel sind vorgesehen für die Pflege von interregionalen Beziehungen.

Zu 538 73

Veranschlagt sind die Ausgaben für Maßnahmen des NHI-Sekretariates in Oldenburg, die von Dritten durchgeführt werden.

Die veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen gelten für die gesamte Titelgruppe. Sie dienen der Finanzierung mehrjähriger Projekte im interregionalen Bereich, z.B. im Rahmen der EU Gemeinschaftsinitiative Interreg IIc und III.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	46 200	50 000	—	96 200
2002	—	50 000	50 000	100 000
2003	—	—	50 000	50 000
2004	—	—	—	—
2005	—	—	—	—
Summe	46 200	100 000	100 000	246 200

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
547 73-6	023	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 531 71.	—	100.000	100.000	—	51
682 73-0	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen * Vgl. D-Vermerk zu 531 71.	—	—	—	—	—
685 73-0	023	Zuschüsse an Verbände und Organisationen * Vgl. D-Vermerk zu 531 71.	—	100.000	100.000	—	134
686 73-6	023	Zuschüsse und Beiträge an interregionale Institutionen * Vgl. D-Vermerk zu 531 71.	—	185.000	185.000	—	143
TGr. 74 bis 76		Internationale Beziehungen ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(—)	(1.634.000)	(1.934.000)	(–300.000)	(1.823)
429 74-1	023	Nicht aufteilbare Personalausgaben * Übertragbar. Gegenseitig deckungsfähig: 429 74, 547 74, 682 74, 685 74, 685 75, 685 76, 813 74, 896 76, 429 78, 547 78, 682 78, 684 79, 685 78, 685 79, 685 80, 686 78, 813 78 und 896 78.	—	—	—	—	—
547 74-4	023	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 429 74.	—	390.000	390.000	—	186
682 74-9	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen * Vgl. D-Vermerk zu 429 74.	—	—	—	—	—
685 74-8	023	Zuschüsse zur Förderung der wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 429 74.	—	400.000	600.000	–200.000	490
685 75-6	023	Zuschüsse zur Förderung der wirtschaftlichen und sonstigen Beziehungen * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 429 74.	—	478.000	678.000	–200.000	848
685 76-4	029	Humanitäre Hilfe * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 429 74.	—	176.000	176.000	—	300
813 74-6	023	Investitionen im Rahmen der Internationalen Zusammenarbeit * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 429 74.	—	90.000	90.000	—	—
896 76-5	023	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Ausland * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 429 74.	—	100.000	—	+100.000	—
TGr. 78 bis 80		Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe in Entwicklungsländern ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(—)	(546.000)	(546.000)	(—)	(537)
429 78-4	023	Nicht aufteilbare Personalausgaben * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 429 74.	—	—	—	—	—
547 78-7	023	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 429 74.	—	59.000	59.000	—	0
682 78-1	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen * Vgl. D-Vermerk zu 429 74.	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 74 bis 76

Die Mittel sind vorgesehen für die Zusammenarbeit im Rahmen bestehender Partnerschaften des Landes mit den Regionen Perm, Tjumen in Russland, den Wojewodschaften Großpolen und Niederschlesien in Polen, der Provinz Ostkap in Südafrika, den Partnerregionen in der VR China sowie zur Intensivierung internationaler Kontakte.

Zu 547 74

Veranschlagt sind u. a. Mittel für Projekte und Maßnahmen der Fachressorts im Rahmen der Koordinierung der internationalen Beziehungen.

Zu 685 74

Die Mittel sind vorgesehen insbesondere zur Förderung der kulturellen, wissenschaftlichen und schulischen Beziehungen mit den Partnerregionen.

Darüber hinaus wird ein Projekt in Israel „Givat Haviva – Kinder lehren Kinder“ mit 100 000 DM gefördert.

Zu 685 75, 813 74 und 896 76

Die Mittel sind veranschlagt zur Förderung der Zusammenarbeit mit den obengenannten Regionen.

Gefördert werden sollen insbesondere Projekte für die Landwirtschaft sowie strukturverbessernde und Bildungsmaßnahmen im Bereich der Wirtschaft (auch durch Zuschüsse für Investitionen an im Ausland ansässige Institutionen).

Mehrbedarf bei 896 76 infolge der einmaligen Beteiligung des Landes Niedersachsen an den Gesamtkosten für die Errichtung des Konrad-Adenauer-Konferenzentrums Jerusalem durch die Jerusalem-Foundation.

Zu 685 76

Der Ansatz dient der Finanzierung von Maßnahmen für Hilfeleistungen in mittel- und osteuropäischen Ländern.

Zu Titelgruppe 78 bis 80

Die Mittel sind vorgesehen für humanitäre Hilfen und Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit in Entwicklungsländern sowie für die Förderung der Informations- und Bildungsarbeit der entwicklungspolitischen Initiativen und Nicht-Regierungsorganisationen in Niedersachsen.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
684 79-2	023	Zuschüsse zur Umsetzung der Agenda 21 im kommunalen Bereich * <i>Vgl. D-Vermerk zu 429 74.</i>	—	30.000	30.000	—	38
685 78-0	023	Zuschüsse zur Förderung der wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen * <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 429 74.</i>	—	50.000	50.000	—	21
685 79-9	023	Zuschüsse zur Förderung der wirtschaftlichen und sonstigen Beziehungen * <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 429 74.</i>	—	50.000	50.000	—	—
685 80-2	023	Projekte der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe * <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 429 74.</i>	—	357.000	357.000	—	452
686 78-7	029	Hilfe für das Kurdische Volk * <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 429 74.</i>	—	—	—	—	25
813 78-9	023	Investitionen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit * <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 429 74.</i>	—	—	—	—	—
896 78-1	023	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Ausland * <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 429 74.</i>	—	—	—	—	—
TGr. 82		Förderung von Maßnahmen zur Stärkung des Medienstandortes Niedersachsen * <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 297 82.</i> ** <i>Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> *** <i>Gegenseitig deckungsfähig mit TGr. 86</i>	(750.000) (—)	(1.000.000)	(—)	(+1.000.000)	(—)
547 82-5	189	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	750.000 —	—	—	—	—
682 82-0	189	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
685 82-9	189	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	500.000	—	+500.000	—
893 82-0	189	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	500.000	—	+500.000	—
TGr. 86		Multimedia-Initiative * <i>Übertragbar.</i> ** <i>Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> *** <i>Gegenseitig deckungsfähig mit TGr. 82</i>	(5.000.000) (—)	(8.000.000)	(—)	(+8.000.000)	(—)
547 86-8	023	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	5.000.000 —	500.000	—	+500.000	—
682 86-2	189	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	300.000	—	+300.000	—
683 86-9	189	Zuschüsse an private Unternehmen	—	2.700.000	—	+2.700.000	—
685 86-1	189	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	1.500.000	—	+1.500.000	—
892 86-7	189	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	2.000.000	—	+2.000.000	—
893 86-3	189	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	1.000.000	—	+1.000.000	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 684 79

Zur Unterstützung von nachhaltiger Entwicklung im Sinne der Agenda 21 werden Maßnahmen von Kommunen und lokale gemeinnützige Nicht-Regierungsorganisationen in Niedersachsen gefördert, die einen internationalen Bezug haben.

685 78

Vorgesehen sind z. B. Zuschüsse zur Hochschulzusammenarbeit, soweit nicht aus Einzelplan 06 gefördert wird. Außerdem wird das Studienbegleitprogramm (STUBE) des kirchlichen Entwicklungsdienstes für ausländische Studierende an niedersächsischen Hochschulen gefördert.

Zu 685 80

Die veranschlagten Haushaltsmittel sollen für Maßnahmen der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit in Niedersachsen eingesetzt werden. Wichtigster Träger ist der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN) als Dachverband niedersächsischer entwicklungspolitischer Organisationen.

Gefördert werden sollen auch über den lokalen Rahmen hinausgehende Maßnahmen zur Problematik des Nord-Süd-Verhältnisses in seinem globalen Zusammenhang.

Des Weiteren dient der Ansatz der Förderung von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit sowie zur Beteiligung an und Finanzierung von Aktionen und Maßnahmen zur Hilfeleistung für die Bevölkerung und Flüchtlinge in Entwicklungsländern.

Zu Titelgruppe 82

Die Mittel sind vorgesehen zur zusätzlichen Förderung von Maßnahmen zur Stärkung des Medienstandortes Niedersachsen. Sie sollen die Qualität und Leistungsfähigkeit der niedersächsischen Medienwirtschaft steigern, die Qualifizierung des Mediennachwuchses verbessern und die Vielfalt medienkultureller Projekte, Einrichtungen und Veranstaltungen gewährleisten.

Im Übrigen sind Mittel für entsprechende Zwecke als Finanzhilfe für die Gesellschaft zur Förderung der Medienentwicklung bei Kapitel 02 02 Titel 685 59 veranschlagt.

Zu 547 82

Die veranschlagten VE gilt für die gesamte Titelgruppe.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2002	750 000	750 000
2003	—	—
2004	—	—
2005	—	—
2006	—	—
Summe	750 000	750 000

Zu Titelgruppe 86

Mit den veranschlagten Mitteln soll die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien gefördert werden. In diesem Zusammenhang sind Kooperationen des Landes mit Partnern in der IuK-Wirtschaft geplant, u. a.:

- Beteiligung des Landes an der Initiative Deutschland 21 (D 21),
- Fortführung der Zusammenarbeit mit der Deutschen Telekom AG,
- Vereinbarung weiterer Multimedia-Initiativen mit Unternehmen der Informations- und Kommunikationswirtschaft.

Die Mittel sollen für die Komplementärfinanzierung von Projekten verwendet werden, die von den beteiligten Ressorts im Rahmen der o. g. strategischen Kooperationen entwickelt werden. Vor der Aufgabenübertragung vom MW auf die StK waren Mittel für Multimediaaktivitäten im Wirtschaftsförderfonds veranschlagt.

Zu 547 86

Die veranschlagte VE gilt für die gesamte Titelgruppe.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2002	2 000 000	2 000 000
2003	2 000 000	2 000 000
2004	1 000 000	1 000 000
2005	—	—
2006	—	—
Summe	5 000 000	5 000 000

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 02 02					
		1 Eigene Einnahmen		1.000	—	+1.000	
		2 Übertragungseinnahmen		65.000	—	+65.000	
		Summe der Einnahmen		66.000	—	+66.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	98.600	—	+98.600	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	8.350.000	4.267.200	—	+4.267.200	
		6 Übertragungsausgaben	—	13.360.000	—	+13.360.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	3.690.000	—	+3.690.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	8.350.000	21.415.800	—	+21.415.800	
		Zuschuss	—	21.349.800	—	+21.349.800	

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 61-4	019	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	—
232 62-3	960	Erstattungen von Verwaltungskosten von anderen Ländern		—	—	—	760
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		Hilfen für das Land Sachsen-Anhalt und andere neue Bundesländer		(—)	(—)	(—)	(—)
231 61-9	960	Personalkostenerstattung vom Bund im Zusammenhang mit Abordnungen von Landesbediensteten in die neuen Bundesländer		—	—	—	—
232 61-5	960	Erstattung von Verwaltungskosten vom Land Sachsen-Anhalt		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62		Hilfen für das Land Sachsen-Anhalt und andere neue Bundesländer * Übertragbar.	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
461 61-4	981	Z.Deckg.d.zusätzl. Personalausg. sowie f.d. Einstellg.v.Ersatz- u.Aushilfskr.für in die neuen Länder abgeordn. bzw. beurl. Landesb.	—	—	—	—	—
461 62-2	981	Z.Deckg.d.zusätzl. Personalausg.sowie f.d. Einstellg.v. Ersatzkräften f.d.in d.neuen Bundesl. abgeordn. Bediensteten d. Justiz	—	—	—	—	—
632 61-3	960	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	—
651 61-8	960	Sonstige Zuweisungen an den Bund	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 02 03					
		1 Eigene Einnahmen		—	—	—	
		2 Übertragungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	
		6 Übertragungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	—	—	

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeiner Vermerk:

Die Veranschlagung der Haushaltsmittel im Zusammenhang mit der Hilfeleistung von Landesbediensteten bei öffentlichen Einrichtungen in den neuen Bundesländern ist ab 1997 dezentral in den Einzelplänen der Ressorts bei den entsprechenden Titeln vorzunehmen.

Die im Kapitel 02 03 ausgebrachten Leertitel sind für die Abrechnung der bis zum 31. 12. 1996 zentral veranschlagten Mittel für die Verwaltungshilfe notwendig.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 11-8	162	Verwaltungsgebühren		70.000	70.000	—	59
119 31-3	162	Einnahmen aus Veröffentlichungen <i>** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>		7.500	7.500	—	2
119 41-0	162	Rückzahlung von Überzahlungen		1.400	1.400	—	0
119 51-8	162	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	—	0
119 66-6	162	Einnahmen aus Fotoarbeiten der Staatsarchive <i>* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.</i>		170.000	170.000	—	169
124 01-5	162	Mieten und Pachten		58.000	45.000	+13.000	65
241 62-3	162	Erstattungen vom Bund für die Sicherungs- verfilmung <i>* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.</i>		405.000	405.000	—	346
256 01-9	162	Sonstige Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	1.225
256 02-7	162	Sonstige Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit für Schwerbehinderte		—	—	—	4
282 65-6	162	Zuschüsse Dritter zur Förderung sachthema- tischer Erschließung und archivfachlicher Publikationsvorhaben <i>* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.</i>		—	—	—	437
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		Vervollständigung, Erschließung und Pflege der Archivbestände		(2.000)	(2.000)	(—)	(0)
113 61-7	162	Einnahmen aus dem Verkauf von redundantem Bibliotheksgut <i>* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.</i>		1.000	1.000	—	—
282 61-3	162	Förderungs- und Kostenbeiträge sowie Spenden Dritter zur Erschließung und Pflege von Archivgut <i>* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.</i>		1.000	1.000	—	0
		A U S G A B E N					
422 01-6	162	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	10.828.900	10.757.400	+71.500	4.774
422 05-9	162	Dienstbezüge der beamteten Hilfskräfte	—	—	—	—	62
422 19-9	162	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-8	162	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	14.600	57.200	–42.600	58
422 41-5	162	Anwärterbezüge	—	133.700	164.000	–30.300	118
425 01-5	162	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	4.657
426 01-1	162	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	929
426 03-8	162	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	66
426 41-0	162	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	186.900	180.200	+6.700	160
427 01-8	162	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	2.000	2.000	—	1.355
427 31-0	162	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	6.500	6.500	—	0
427 39-5	162	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	12
453 01-9	162	Trennungsgeld für abgeordnete oder ver- setzte Bedienstete und Umzugskostenver- gütungen	—	20.000	20.000	—	23

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 02 06

Es sind vorhanden:

Hauptstaatsarchiv in Hannover, Staatsarchive in Aurich, Bückeburg, Oldenburg, Osnabrück, Stade und Wolfenbüttel.

Zu 119 31

Abgabe kann bei Bedarf zu wissenschaftlichen und Austauschzwecken sowie im archivischen Interesse unentgeltlich erfolgen.

Zu 119 66

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppe 66.

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	58 000 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	— DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	— DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	— DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	— DM
Zusammen	58 000 DM

Zu 241 62

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppe 62.

Zu 256 02

Arbeitsentgeltzuschüsse von Arbeitsämtern.

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 143,26 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	62,00	62,00	—	62
Angestellte	62,36	62,36	—	68
Lohnempfänger/-innen	18,90	16,0	2,90	16
Insgesamt	143,26	140,36	2,90	146

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 10 828 900 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	10 828 900
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	789 900
43	Versorgungsbezüge	1 678 100
44	Beihilfen, Unterstützungen	187 600
45	Personalbezogene Sachausgaben	25 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	306 300
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—

Summe der Personalausgaben im Kapitel 13 815 800

Im Personalkostenbudget sind Mittel in Höhe von 93 600 DM für 3 (3) ständige nicht vollbeschäftigte Kräfte im Reinigungs- und Magazindienst, deren Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt, sowie in Höhe von 63 300 DM für 3 (3) stundenweise beschäftigte Kräfte im Reinigungsdienst veranschlagt.

Zu 422 31

Dienstbezüge für gemäß § 15 Sonder-UrlVO dienstlich freigestellte lebensältere Beamtinnen und Beamte.

Zu 422 41

1. Anwärterbezüge, Sonderzuwendungen	133 700 DM
2. Aufwandsentschädigungen	— DM
3. Besondere Zulagen	— DM
Zusammen	133 700 DM

Zu 426 41

Mittel sind veranschlagt für 9 (9) Auszubildende – Buchbinder – .

Zu 427 01

Veranschlagt sind 2 000 DM für 1 Vertretungskraft im Reinigungsdienst.

Zu 427 31

1. Lehrvergütungen	—
2. Prüfungsvergütungen	6 500 DM
Zusammen	6 500 DM

Entschädigung der Mitglieder in Prüfungsausschüssen bei Abnahme von Prüfungen nach den §§ 34, 42, 46 und 47 des Berufsbildungsgesetzes auf der Grundlage des RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 – VD4 – 0053.20 – (Nds. MBl. S. 666).

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für	
2 Landesbedienstete	12 000 DM
2. Umzugskostenvergütung für	
2 Landesbedienstete	8 000 DM
Zusammen	20 000 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
453 11-6	162	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	3.000	3.000	—	—
511 01-9	162	Geschäftsbedarf	—	19.000	19.000	—	19
512 01-5	162	Bücher und Zeitschriften	—	13.700	13.700	—	12
513 01-1	162	Post- und Fernmeldegebühren	—	136.800	136.800	—	117
514 01-8	162	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	6.300	6.300	—	4
515 01-4	162	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	18.500	18.500	—	12
515 02-2	162	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	99.400	99.400	—	140
516 01-0	162	Dienst- und Schutzkleidung	—	1.200	1.200	—	1
517 01-7	162	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	125.500	125.500	—	162
517 19-0	162	Reinigungskosten	—	42.500	42.500	—	36
517 59-9	162	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	318.400	318.400	—	309
518 01-3	162	Mieten und Pachten	—	150.000	180.000	-30.000	133
519 01-0	162	Unterhaltung der Grundstücke und der baulichen Anlagen	—	—	—	—	—
519 02-8	162	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	20.200	20.200	—	24
519 03-6	162	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	4.800	4.800	—	17
525 01-0	162	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	5.600	5.600	—	11
526 01-6	162	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	12.200	12.200	—	11
527 01-2	162	Reisekostenvergütungen	—	21.800	21.800	—	23
527 03-9	162	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	1.000	1.000	—	0
537 01-8	162	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	—	—	—	—
546 59-9	162	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	1.000	1.000	—	—
632 01-0	137	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Archivschule in Marburg	—	78.000	96.000	-18.000	44
685 01-7	162	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	6.500	6.500	—	6
811 01-2	162	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 13-2	162	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	50.000	—	+50.000	23
812 15-9	162	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	125.000	125.000	—	201
812 19-1	162	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	—
981 01-5	990	Abführung an 1321-381 02	—	3.566.700	—	+3.566.700	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Vervollständigung, Erschließung und Pflege der Archivbestände <i>* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 113 61 und 282 61.</i>	(—)	(239.900)	(239.500)	(+400)	(239)
427 61-1	162	Beschäftigungsentgelte für Aushilfskräfte	—	15.700	15.300	+400	0
511 61-2	162	Entsorgung von Altpapier	—	—	—	—	7
522 61-4	162	Verbrauchsmittel	—	97.700	97.700	—	125

ERLÄUTERUNGEN

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	8 100 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	7 000 DM
3. Bekanntmachungen	1 800 DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	2 100 DM
Zusammen	19 000 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	5 400 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	5 100 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	3 200 DM
4. Buchbinderkosten	— DM
Zusammen	13 700 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	50 700 DM
2. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	50 400 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	15 500 DM
4. Einmalige Gebühren für die Verlegung usw. von Fernmeldeanlagen	— DM
5. Rundfunk- und Fernsehgebühren	— DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	20 200 DM
Zusammen	136 800 DM

Zu 514 01

1. Betriebsstoffe	4 700 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	1 100 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	500 DM
4. Sonstiges	— DM
Zusammen	6 300 DM

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Kasten-transportwagen	1	1	1

Zu 515 02

1. Dienstzimmerausstattungen	38 000 DM
2. Büromaschinen	32 800 DM
3. Wirtschaftsgeräte	22 900 DM
4. Werkstattausrüstungen	5 700 DM
Zusammen	99 400 DM

Zu 516 01

Dienst- und Schutzkleidung der Amtsboten, des Bedienungspersonals von Vervielfältigungseinrichtungen, Hausarbeiter, Heizer, Kraftfahrer, Pförtner und Sonstiger.

Zu 517 01

1. Wassergeld	46 000 DM
2. Grundbesitzabgaben	21 800 DM
3. Bewachungskosten	— DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	56 700 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	1 000 DM
Zusammen	125 500 DM

Zu 518 01

1. Diensträume und -gebäude	150 000 DM
2. Wohnungen und Wohngebäude	— DM
3. unbebaute Grundstücke	— DM
4. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	— DM
Zusammen	150 000 DM

Zu 519 02

Für die Wartung von Alarmanlagen in den Archiven.

Zu 525 01

1. Ausbildungslehrgänge	— DM
2. Fortbildungsveranstaltungen	3 500 DM
3. Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	2 100 DM
4. Aus- und Fortbildung ehrenamtl. Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	— DM
5. Erstattung von Prüfungsgebühren	— DM
6. Sonstiger Aufwand	— DM
Zusammen	5 600 DM

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	21 800 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für private Kraftfahrzeuge	— DM
Zusammen	21 800 DM

Zu 685 01

Für Mitgliedschaften im dienstlichen Interesse bei

– 50 landesgeschichtlichen Vereinen,	3 800 DM
– einer internationalen Archivvereinigung	2 700 DM
Zusammen	6 500 DM

Zu 812 13

Ersatzbeschaffung einer ISDN-Telekommunikationsanlage für das Hauptstaatsarchiv in Hannover – Außenstelle Magazingebäude Pattensen –.

Zu 812 15

Ergänzungsbeschaffung:

Kartenschränke für das Hauptstaatsarchiv in Hannover (2. Rate)	49 000 DM
Kartenschränke für das Staatsarchiv in Osnabrück (2. Rate)	36 000 DM

Ersatzbeschaffung:

Bestuhlung des Vortragssaales im Staatsarchiv in Bückeburg (1. Rate)	25 000 DM
Rasentraktor für das Staatsarchiv in Wolfenbüttel	15 000 DM
Zusammen	125 000 DM

Zu 981 01

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61

Die Mittel sind zur Vervollständigung, Erschließung und Pflege des staatlichen und des nichtstaatlichen Archivgutes vorgesehen.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
523 61-0	162	Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen	—	84.900	84.900	—	88
525 61-3	162	Aufwendungen für Veranstaltungen im Rahmen der nichtstaatlichen Archivpflege	—	—	—	—	—
531 61-3	162	Veröffentlichungen	—	25.000	25.000	—	0
535 61-9	162	Geräte für Fachaufgaben	—	7.300	7.300	—	13
538 61-8	162	Dienstleistungen Außenstehender	—	6.500	6.500	—	6
547 61-7	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.800	2.800	—	—
TGr. 62		Sicherungsverfilmung * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 241 62.	(—)	(405.000)	(405.000)	(—)	(346)
427 62-0	162	Beschäftigungsentgelte für Aushilfskräfte	—	404.000	404.000	—	346
459 62-9	162	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	1.000	1.000	—	—
TGr. 63		Zentrale Instandsetzung und Erhaltung von Archivgut	(—)	(331.900)	(331.900)	(—)	(324)
426 63-1	162	Löhne der Arbeiter/Arbeiterinnen	—	—	—	—	—
459 63-7	162	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	1.000	1.000	—	—
522 63-0	162	Verbrauchsmittel	—	12.500	12.500	—	30
535 63-5	162	Geräte für Fachaufgaben	—	2.500	2.500	—	13
537 63-8	162	Transportkosten	—	1.600	1.600	—	—
538 63-4	162	Dienstleistungen Außenstehender * Übertragbar.	—	313.200	313.200	—	280
547 63-3	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.100	1.100	—	2
812 63-9	162	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Fachaufgaben	—	—	—	—	—
TGr. 65		Förderung sachthematischer Erschließung und archivfachlicher Publikationsvorhaben durch Dritte * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 65.	(—)	(—)	(—)	(—)	(446)
425 65-1	162	Vergütung von Angestellten	—	—	—	—	431
459 65-3	162	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
522 65-7	162	Verbrauchsmittel	—	—	—	—	1
527 65-9	162	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	13
538 65-0	162	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	1
547 65-0	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	0
TGr. 66		Fotoarbeiten der Staatsarchive * Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 119 66.	(—)	(200.100)	(200.100)	(—)	(184)
511 66-3	162	Entsorgung der Foto-Chemikalien	—	3.200	3.200	—	1
518 66-8	162	Mieten und Pachten	—	58.800	58.800	—	39
522 66-5	162	Verbrauchsmittel	—	61.400	61.400	—	98
535 66-0	162	Geräte für Fachaufgaben	—	20.600	20.600	—	14

ERLÄUTERUNGEN

523 61

Für den Erwerb von Archivalien und Büchern einschl. Bindekosten.

525 61

Für Aufwendungen im Rahmen von Veranstaltungen zur Förderung der nichtstaatlichen Archivpflege.

531 61

Für wissenschaftliche Veröffentlichungen, vornehmlich aus den Beständen der Staatsarchive.

538 61

Für Vergabe von Werkverträgen.

Zu Titelgruppe 62

Um im Katastrophenfall dem Verlust der wichtigsten Archivalien vorzubeugen, wird eine Sicherungsverfilmung durchgeführt.

Nach dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes zu der Konvention vom 14. 5. 1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten vom 10. 8. 1971 (BGBl. II S. 1025) hat der Bund die Kosten der Sicherungsverfilmung ab 1. 1. 1972 zu übernehmen.

427 62

Vgl. 241 62.

Zu Titelgruppe 63

Die Mittel sind für die zentrale Instandsetzung und Erhaltung von Archivgut bestimmt.

Hier sind zusammengefasst die zentralen Aufgaben

- Restaurierung von älterem Archivgut
- Konservierung von modernem Archivgut
- fototechnische Erhaltungsmaßnahmen der Schutzverfilmung.

Zu 538 63

1. Aufträge für die Konservierung von modernem Archivgut	263 200 DM
2. Aufträge für die Schutzverfilmung und Konvertierung von Sicherungsfilmen	50 000 DM
Zusammen	<u>313 200 DM</u>

Zu Titelgruppe 66

Die niedersächsischen Staatsarchive erledigen Film- und Kopierarbeiten im Auftrage Dritter gegen Kostenerstattung nach der Entgeltordnung für Staatsarchive vom 25. 7. 1990 und für dienstliche Zwecke.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
538 66-9	162	Dienstleistungen Außenstehender	—	56.100	56.100	—	32
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechniken	(—)	(1.109.300)	(498.000)	(+611.300)	(1.019)
511 99-0	162	Geschäftsbedarf	—	15.000	15.000	—	9
513 99-2	162	Post- und Fernmeldegebühren	—	35.000	35.000	—	0
515 99-5	162	Geräte und Ausstattungsgegenstände für die maschinelle Aufbereitung -Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung-	—	80.400	95.000	-14.600	72
525 99-0	162	Aus- und Fortbildung	—	50.000	50.000	—	2
538 99-5	162	Dienstleistungen Außenstehender	—	798.900	173.000	+625.900	518
812 99-0	162	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	130.000	130.000	—	418
Abschluss Kapitel 02 06							
1 Eigene Einnahmen				308.900	295.900	+13.000	
2 Übertragungseinnahmen				406.000	406.000	—	
Summe der Einnahmen				714.900	701.900	+13.000	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	11.617.300	11.611.600	+5.700	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	2.732.400	2.151.100	+581.300	
6 Übertragungsausgaben			—	84.500	102.500	-18.000	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	305.000	255.000	+50.000	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	3.566.700	—	+3.566.700	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	18.305.900	14.120.200	+4.185.700	
Zuschuss				17.591.000	13.418.300	+4.172.700	
Nachrichtlich:							
Anteil an den Versorgungsausgaben				1.678.100	1.704.500		
Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil				19.984.000	15.824.700		
Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil				19.269.100	15.122.800		

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 99

Veranschlagt sind die Kosten zur Beschaffung von Hard- und Software für die Bürokommunikation, für Ersatz und Ergänzung nicht mehr einsatzbereiter oder überalterter Hard- und Softwarekomponenten sowie für die Erledigung der Fachaufgaben in den Staatsarchiven.

Zu 538 99

Die Mittel sind veranschlagt insbesondere für die Abgeltung der Dienstleistungen des Informatikzentrums Niedersachsen (IZN).

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		<u>Gesamtabschluss Einzelplan 02</u> 1 Eigene Einnahmen 2 Übertragungseinnahmen 3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen Summe der Einnahmen 4 Persönliche Verwaltungsausgaben 5 Sächliche Verwaltungsausgaben 6 Übertragungsausgaben 7 Bauausgaben 8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen 9 Besondere Finanzierungsausgaben Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben Zuschuss Nachrichtlich: Anteil an den Versorgungsausgaben Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		595.800 581.000 — 1.176.800 — 8.350.000 2.000.000 — — — — 5.822.300 8.350.000 2.000.000 73.239.300 5.551.000 79.967.100 78.790.300	635.300 439.000 25.000.000 26.074.300 32.288.100 9.629.700 134.000 — 25.431.800 — 67.483.600 41.409.300 4.790.200 72.273.800 46.199.500	-39.500 +142.000 -25.000.000 -24.897.500 +4.727.500 +4.357.800 +13.316.700 — -21.291.800 +5.822.300 +6.932.500 +31.830.000	

Einzelplan 02

Staatskanzlei

Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

für das
Haushaltsjahr 2001

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 02 01 Staatskanzlei

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen			1) Der/die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 LBesO.
B 9 ¹⁾	2	2	2) Der/die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
B 7	1	1	3) kw.
B 6	4	3	4) Die Stelle darf in dieser Wertigkeit erst nach Einrichtung eines entsprechenden Amtes in Anspruch genommen werden.
B 4 ⁴⁾	1	—	
B 3	3	2	
B 3	1	—	
B 2	13	12	
Aufsteigende Gehälter:			
A 16	16	11	
A 15	11	9	
A 14	2	4	
A 13 h. D.	1	1	
A 13	38	32	
A 12	16	13	
A 11	4	5	
A 10	1	—	
A 9 ²⁾	1	1	
A 9	6	5	
A 8	—	—	
A 7	1	1	
	122	102	
Zusammen			
Stellen zu Titel 422 31:			
B 3	—	1	
B 3	1	1	
A 16	1	1	
A 15	2	2	
A 5	1	1	
	5	6	
Zusammen			
Leerstellen:			
B 9 ³⁾	1	1	
B 6 ³⁾	—	1	
B 2 ³⁾	1	1	
A 16	—	—	
A 15 ³⁾	2	1	
A 14 ³⁾	—	1	
A 13 ³⁾	2	1	
A 12 ³⁾	1	—	
A 11 ³⁾	1	1	
A 9	2	—	
	10	7	
Zusammen			

¹⁾ Der/die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 LBesO.

²⁾ Der/die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

³⁾ kw.

⁴⁾ Die Stelle darf in dieser Wertigkeit erst nach Einrichtung eines entsprechenden Amtes in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:		Abgang:		Stellen	
Bes.-Gr. B 6 (Ministerial- dirigent/-in)		Bes.-Gr. B 5 (Landesbeauftragter für die Zusammenarbeit mit Sachsen-Anhalt)		1	infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerk
Bes.-Gr. B 5 (Landesbeauftragter für die Zusammenarbeit mit Sachsen-Anhalt)		Bes.-Gr. B 2 (Ministerialrat/-rätin)		1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 11 01
Bes.-Gr. B 4		Bes.-Gr. A 16 (Ministerialrat/-rätin)		1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 11 01
Bes.-Gr. B 3		Bes.-Gr. A 15 (Direktor/-in)		1	Einsparung für neue Stellen
Bes.-Gr. B 3 (Leitende(r) Ministerial- rat/-rätin)		Bes.-Gr. A 14 (Oberrat/-rätin)		2	davon 1 Umwandlung nach Bes.-Gr. A 13 g. D. gem. Nr. 2 Abs. 5 Allgem. Bestimmungen 1999/2000
Bes.-Gr. B 2 (Ministerialrat/-rätin)				1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 11 01
Bes.-Gr. A 16 (Ministerialrat/-rätin)		Bes.-Gr. A 11 (Amtmann/-männin/ -frau)		1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 05 01
Bes.-Gr. A 15 (Regierungs- direktor/-in)		Zusammen		7	
Bes.-Gr. A 13 (Oberamtsrat/-rätin)		Bleibt Zugang		18	
Bes.-Gr. A 12 (Amtsrat/-rätin)		Leerstellen:			
Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/in)		Zugang:			
Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in)		Bes.-Gr. A 15 ³⁾ (Direktor/-in)		1	infolge Sonderurlaub (Nr. 3 Abs. 1 Allgem. Bestimmungen 1999/2000)
Zusammen		Bes.-Gr. A 13 ³⁾ (Oberamtsrat/-rätin)		1	infolge Beurlaubung
		Bes.-Gr. A 12 ³⁾ (Amtsrat/-rätin)		1	infolge Erziehungsurlaub
		Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in)		2	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 11 01
		Zusammen		5	1 infolge Sonderurlaub (Nr. 3 Abs. 1 Allgem. Bestimmungen 1999/2000)
		Abgang:			
		Bes.-Gr. B 6 ³⁾ (Ministerial- dirigent/-in)		1	infolge Beendigung der Beurlaubung
		Bes.-Gr. A 14 ³⁾		1	infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerks
		Zusammen		2	
		Bleibt Zugang		3	

Stelle zu Titel 422 31:

Abgang:	
Bes.-Gr. B 3 (Leitende(r) Ministerial- rat/-rätin)	1
Eintritt in den Ruhestand	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 7 und 12 wurden gestrichen.

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Angestellte				
Außer- tariflich (B 9) ¹⁾	—	1	Verwaltungsdienst	¹⁾ – (1) Stelleninhaber/-in (Außertariflich entsprechend B 9) erhält eine Zulage in Höhe der Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 LBesO. ³⁾ Die zweite Vorzimmerkraft des Ministerpräsidenten, die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten in der Staatskanzlei, die erste Vorzimmerkraft des Staatssekretärs/der Staatssekretärin, die Vorzimmerkraft der Leiterin/des Leiters der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung (soweit die Leiterin/der Leiter mindestens der Bes.-Gr. B 9 angehört) und die Vorzimmerkraft der Leiterin/des Leiters der Landesvertretung und Bevollmächtigten des Landes sind für die Dauer ihrer Vorzimmeramtstätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Grn. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig. Die zweite Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs, der Leiterin/des Leiters der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung (soweit die Leiterin/der Leiter mindestens der Bes.-Gr. B 9 angehört), die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen, der Referatsgruppenleiter/-innen sind für die Dauer ihrer Vorzimmeramtstätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten. Die bis zum 31. 8. 1994 eingesetzte zweite Vorzimmerkraft des Ministers im ehemaligen MB – Hannover – wird nach dem durch die Auflösung des MB bedingten Ausscheiden aus der Vorzimmerfunktion weiterhin wie bisher nach dem Haushaltsvermerk Nr. 1 zu Kapitel 12 01 des Haushaltsplans 1994 (Haushaltsgesetz 1994 vom 20. 12. 1993) eingruppiert und vergütet. ⁴⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen. ⁸⁾ Stelleninhaber/-in erhält für die Dauer der Tätigkeit im Hause der Landesregierung eine übertarifliche Zulage in Höhe von 265 DM monatlich. ⁹⁾ Stelleninhaber/-in erhält für die Dauer der Tätigkeit im Hause der Landesregierung eine übertarifliche Zulage von 300 DM monatlich. ¹¹⁾ 1 (1) übertariflich. ¹²⁾ 1 (1) übertariflich. ¹³⁾ 2 (1) Stelleninhaber der Verg.-Gr. VI b erhalten eine persönliche aufzehrbare Besitzstandszulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem letzten Pauschalloon als Chefkraftfahrer zzgl. aller sonstigen Lohnzulagen und Lohnzuschläge und der tariflichen Vergütung einschl. aller Zulagen und Zuschläge. Die Zulage verringert sich um jeweils die Hälfte des Betrages, um den sich die Bezüge auf Grund einer allgemeinen linearen Erhöhung verbessern; sie verringert sich ferner um jede sonstige Erhöhung der Bezüge. ¹⁸⁾ 1 (1) ku nach Verg.-Gr. VII BAT. Der Stelleninhaber ist für die Dauer seiner Tätigkeit im Wirtschaftsdienst der Landesvertretung in Bonn übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT und nach 3jähriger Bewährung übertariflich in Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. ²³⁾ kw. ²⁵⁾ 3 Stellen dürfen nur mit einer/einem nicht voll beschäftigten Angestellten besetzt werden, deren/dessen durchschnittliche Arbeitszeit nicht mehr als die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.
Außer- tariflich (B 6)	1	—		
Außer- tariflich (B 4)	—	1		
Außer- tariflich (B 3)	3	2		
Außer- tariflich (B 2)	3	3		
I	7	2		
I a ²⁶⁾	5	2		
I b	—	1		
III	3	3		
IV a	4	3		
IV b ¹²⁾	2	2		
V b üt	1	—		
V b ³⁾	9	8		
V c ¹⁸⁾ 25)	22	13		
VI b ³⁾ 13)	17	19		
VII	3	3		
VIII ²⁷⁾	2	2		
X	—	2		
VI b	1	1	Bibliotheksdienst	
IX b–VII ⁴⁾ 28)	13	11	Schreib- und Fernschreibdienst	
IV a ⁹⁾ 11)	—	1	Sonstige Dienste	
IV b ⁹⁾ 11)	1	—		
V c ⁸⁾ 11)	1	1		
	98	81	Zusammen	
			Leerstellen:	
I ²³⁾	1	—	Verwaltungsdienst	
V c ²³⁾	1	1		
VI b üt ²³⁾	1	1		
IX b–VII ²³⁾	5	3	Schreib- und Fernschreibdienst	
	8	5	Zusammen	

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
			²⁶⁾ Davon 1 kw nach Beendigung des Einsatzes bei der EU-Kommission. ²⁷⁾ 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003. ²⁸⁾ 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugang:	Stellen	Abgang:	Stellen
Verwaltungsdienst		Außertariflich (B 9)	1
Außertariflich (B 6)	1		gegen Schaffung einer Stelle – Außertariflich B 6 –
Außertariflich (B 3)	1	Außertariflich (B 4)	1
Verg.-Gr. I	5	Verg.-Gr. I a	1
	1		infolge Umwandlung in eine Planstelle der Bes.-Gr. B 4
	1	Verg.-Gr. I b	2
	1		Hebung gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000
	1		davon
	1		1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 08 01
	1		1 infolge Einsparungsaufgabe für 1998
	1	Verg.-Gr. IV a üt	1
	1		Senkung einer Stelle nach Verg.-Gr. IV b üt gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000
	1	Verg.-Gr. V c	1
	1		Hebung gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000
	1	Verg.-Gr. VI b	3
	1		Hebung gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000
	1	Verg.-Gr. VII	1
	1		Hebung gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000
	1	Verg.-Gr. X	2
	1		davon
	1		1 Einsparung gem. Zielvereinbarung für 1999
	1		1 Einsparung für Hebung gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000
	10		
	4	Zusammen	13
	4	Bleibt Zugang	17
	1	Leerstellen:	
	1	Zugang:	Stellen
	1	Verg.-Gr. I ²³⁾	2
	1		infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 11 01
	1	Verg.-Gr. V b ²³⁾	1
	1	Verg.-Gr. V c	1
	1		infolge Erziehungsurlaub infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 11 01
	1	Verg.-Gr. IX b–VII ²³⁾	2
	1		infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 11 01
	2		
	2	Zusammen	6
		Abgang:	Stellen
		Verg.-Gr. I ²³⁾	1
		Verg.-Gr. V b ²³⁾	1
		Verg.-Gr. V c ²³⁾	1
			Beendigung der Beurlaubung
		Zusammen	3
		Bleibt Zugang	3

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nrn. 1, 12 und 13 wurden geändert.
Die Fußnote Nr. 21 bei B 2 at wurde gestrichen. Der entsprechende Haushaltsvermerk wurde bereits im Haushaltsplan 1999/2000 gestrichen.

Die Haushaltsvermerke Nr. 20 und 24 wurden gestrichen.
Bei der Verg.-Gr. IV b BAT wurde der Haushaltsvermerk Nr. 23 gestrichen.

Die Haushaltsvermerke Nr. 25 bis 28 wurden neu ausgebracht.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 02 01 Staatskanzlei

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) kw. 3) 2 (2) Stelleninhaber/-innen erhalten für die Dauer der Tätigkeit im Hause der Landesregierung eine übertarifliche Zulage von 225 DM monatlich.
	2001	2000		
			Arbeiter/-innen	
4	7	6	Kraftfahrdienst	
2	—	1	Reinigungsdienst	
1	1	1		
2 ³⁾	1	1	Haus- und Küchendienst	
2 a	7	7	Botendienst	
6	1	1	Haustechniker	
4	1	1	Hausmeister/-in	
3 ³⁾	1	1	Haus- und Hofarbeiter/-in	
5	1	1	Wirtschaftsdienst	
3	3	3		
	23	23	Zusammen	
			Leerstellen:	
4 ¹⁾	1	—	Kraftfahrdienst	
	1	—	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Zugang:
Kraftfahrdienst
Lohn-Gr. 4

Stellen	1	neue Stelle
Zusammen	1	

Abgang:
Reinigungsdienst
Lohn-Gr. 2

Stellen	1	Einsparung gem. Zielvereinbarung für 2000
Zusammen	1	
Bleibt Abgang	—	

Leerstellen:
Zugang:
Kraftfahrdienst
Lohn-Gr. 4¹⁾

Stellen	1	infolge Beurlaubung
Zusammen	1	

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 3 wurde geändert.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
			1) 8 (7) DW.
			2) 2 (2) Stelleninhaber/-innen erhalten eine Hausdienstvergütung nach Lohngruppe 2a.
			5) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 4 BBesO.
			6) 1 (1) Stelle für die Abordnung einer Beamtin/eines Beamten an das Historische Institut in Rom.
			7) kw.
			8) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage nach Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.
			9) 1 (1) Leitende(r) Archivdirektor/-in – als Leiter/-in des Hauptstaatsarchivs in Hannover. Er/Sie erhält eine Amtszulage nach Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 16 LBesO.
			10) 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 5. 2002 infolge ZV bis 2003.
Planmäßige Beamte/-innen			
A 16 ⁹⁾	3	3	Aufsteigende Gehälter:
A 15	7	7	Leitende(r) Direktor/-in
A 14	12	12	Direktor/-in
A 13 ¹⁰⁾	6	6	Oberrat/-rätin
A 13	1	1	Rat/-rätin
A 12	2	2	Oberamtsrat/-rätin
A 11	6	6	Amtsrat/-rätin
A 10	5	4	Amtmann/-frau
A 9	4	4	Oberinspektor/-in
A 9	1	2	Inspektor/-in
A 6	3	3	Amtsinspektor/-in
A 5 ¹⁾²⁾⁸⁾	10	10	Betriebsassistent/-in
A 4 ⁵⁾	2	2	Betriebsassistent/-in
			Hauptaufseher/-in
	62	62	Zusammen
			Stellen zu Titel 422 31
A 11	1	1	Amtmann/-frau
	1	1	Zusammen
			Leerstellen:
A 14 ⁶⁾⁷⁾	2	1	Oberrat/-rätin
A 13 ⁷⁾	1	1	Rat/-rätin
A 9 ⁷⁾	1	1	Amtsinspektor/-in
	4	3	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 10		
Oberinspektor/-in	1	infolge Hebung einer Stelle der Bes.-Gr. A 9 m.D.
Zusammen	1	
Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9 m.D.		
Amtsinspektor/-in	1	infolge Umwandlung in eine Stelle der Bes.-Gr. A 10
Zusammen	1	

Leerstellen:	
Zugang:	
Bes.-Gr. A 14	
(Oberrat/-rätin)	1 Beurlaubung

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
Verg.-Gr.	2001	2000	
			1) 6 (7) der Angestellten sind für die Dauer ihrer Tätigkeit im Archivdienst übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.
			4) 1 (-) kw.
			5) 1 (-) kw nach Ausscheiden des/der Stelleninhabers/-in (Staatsarchiv Oldenburg).
			7) 1 (-) kw nach Ausscheiden des/der Stelleninhabers/-in (Staatsarchiv Oldenburg).
			8) 1 (-) Stelle der Verg.-Gr. VI b und 1 (-) Stelle der Verg.-Gr. VIII darf nur mit einem Bediensteten/einer Bediensteten mit höchstens 50 v. H. der regelmäßigen Wochenarbeitszeit eines/einer Vollbeschäftigten besetzt werden.
Angestellte			
V c	2	2	Verwaltungsdienst
VI b ⁸⁾	2	2	
VII	3	3	
IV b	4	4	Bibliotheks- und Archivdienst
V b ⁷⁾	3	3	
V c ¹⁾²⁾	6	8	
VI b	8	6	
VII ⁴⁾⁵⁾	8	8	
VIII	7	7	
V b	8	8	Technischer Dienst
V c	1	1	
VI b	2	3	
VII	5	5	
VIII ⁸⁾	9	7	
IX b–VII ⁶⁾⁸⁾	—	1	Schreibdienst
	68	68	Zusammen
			Leerstellen:
IV b	1	1	Bibliotheks- und Archivdienst
VIII ⁶⁾	2	1	
VII	1	2	Technischer Dienst
	4	4	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugang:	Stellen	Abgang:	Stellen
Bibliotheks- und Archivdienst		Bibliotheks- und Archivdienst	
Verg.-Gr. VI b	1	Verg.-Gr. V c	1
		Verg.-Gr. V c	1
Verg.-Gr. VI b	1	Verg.-Gr. VI b	1
		Verg.-Gr. VII	1
Verg.-Gr. VI b	1	Technischer Dienst	
Verg.-Gr. VII	1	Verg.-Gr. VI b	1
Technischer Dienst			
Verg.-Gr. VIII	1	Schreibdienst	
Verg.-Gr. VIII	1	Verg.-Gr. IX b–VII	1
		Zusammen	6
Zusammen	6	Leerstellen:	
		Zugang:	
		Bibliotheks- und Archivdienst	
		Verg.-Gr. VIII	1

infolge Einsparungsauflage 1998
infolge Umwandlung einer Stelle nach Verg.-Gr. VI b
infolge gem. ZV für 2001
infolge Einsparungsauflage 1998
infolge teilweiser Verlagerung zum Bibliotheks- und Archivdienst (Funktionswechsel)
infolge Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 6 (kw)
gem. Nr. 3 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 der Allgemeinen Bestimmungen

BEDARFSNACHWEISE

Haushaltsvermerke

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	3) 1 (–) kw nach Ausscheiden des/der Stelleninhabers/-in (Staatsarchiv Stade). 4) 1 (2) ku in Verg.-Gr. VIII BAT. 5) kw. 6) Davon 1 (–) kw nach Beendigung der Ausbildung.
	2001	2000		
Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst				
A 13 ⁶⁾	3	3	Referendar/-in	
A 9 ⁶⁾	4	4	Inspektor/-Anwärter/-in	
	7	7	Zusammen	
Arbeiter/-innen				
3/3 a	—	—	Magazindienst	
2 a	1	1		
2/2 a	11	12	Reinigungs- und Magazindienst	
4 ⁵⁾	1	1	Technischer Dienst	
3/3 a ³⁾⁴⁾	3	4		
	16	18	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Abgang:	Stellen
Reinigungs- und Magazindienst	
Lohn-Gr. 2/2 a	1
Technischer Dienst	
Lohn-Gr. 3/3 a	1
Zusammen	2

Haushaltsplan
für das
Haushaltsjahr 2001

Einzelplan 03
Innenministerium

Vorwort zum Einzelplan 03

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 03 enthält die Einnahmen und die Ausgaben des Geschäftsbereichs des Innenministeriums, im Einzelnen:

- I. des Innenministeriums (Kap. 03 01),
- II. der Allgemeinen Bewilligungen (Kap. 03 02),
- III. der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege (Kap. 03 04),
- IV. der Bezirksregierungen (Kap. 03 05)
Braunschweig, Hannover, Lüneburg und Weser-Ems,
- V. des Brandschutzes (Kap. 03 07)
mit den
Landesfeuerwehrschulen Celle und Loy,
- VI. des Landesamtes für Statistik (Kap. 03 09),
- VII. des Reform-Arbeitsmarktes (Kap. 03 10),
- VIII. des Notrufs 110 (Kap. 03 12),
- IX. des Präventionsprogramms Polizei/Sozialarbeiter (Kap. 03 13),
- X. des Studieninstituts des Landes Niedersachsen (Kap. 03 14),
- XI. der Wiedergutmachung (Kap. 03 15),
- XII. des Landesbetriebes „Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen“ – LGN – (Kap. 03 17),
- XIII. der 4 Dezernate für Vermessungs- und Katasterangelegenheiten bei den Bezirksregierungen und 24 Vermessungs- und Katasterbehörden in der Ortsstufe,
 - soweit budgetiert (Kap. 03 18),
 - soweit nicht budgetiert (Kap. 03 19),
- XIV. der Landespolizei (Kap. 03 20)
mit den
Polizeibehörden
 - a) Bezirksregierungen Braunschweig, Hannover, Lüneburg und Weser-Ems,
 - b) Polizeidirektionen Braunschweig und Hannover,
 - Zu a) und b):
Hierzu zählen auch die unselbstständigen Dienststellen, die den Polizeibehörden nachgeordnet sind –,
 - c) Landeskriminalamt Niedersachsen in Hannover
und den polizeilichen Einrichtungen
 - a) Landesbereitschaftspolizei mit der Direktion und der I. BPA in Hannover, der II. BPA in Braunschweig, Lüneburg und Göttingen sowie der III. BPA in Oldenburg und Osnabrück
 - b) Bildungsinstitut der Polizei,
 - c) Polizeiamt für Technik und Beschaffung,
- XV. der Grenzdurchgangslager Osnabrück-Bramsche (Kap. 03 23) und Friedland (Kap. 03 24),
- XVI. der Asylbewerber, Asylberechtigten, Kontingentflüchtlinge; Zentralen Anlaufstellen für Asylbewerber und Gemeinschaftsunterkünfte (Kap. 03 26),
- XVII. der Sportförderung (Kap. 03 31),
- XVIII. des Landesbeauftragten für den Datenschutz (Kap. 03 80),
- XIX. des Landesamtes für Verfassungsschutz (Kap. 03 90),

B. Organisatorische Veränderungen

1. Auf Grund des Beschlusses der Landesregierung vom 9. 5. 2000 über die Weiterentwicklung der Nieders. Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege sind die bisher hierfür in den Kapiteln 03 04, 03 20, 04 08, 11 01, 11 02 und 11 15 veranschlagten Stellen und Mittel im Kapitel 03 04 zusammengefasst worden.
2. Die Haushaltsmittel für das Studieninstitut des Landes Niedersachsen sind budgetiert und wurden nach Kapitel 03 14 verlagert.
3. Die für die Sportförderung vorgesehenen Mittel wurden neu strukturiert und im Kapitel 03 31 veranschlagt.
4. Das Kapitel 03 96 ist weggefallen.

C. Hochbaumaßnahmen

Die Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich des MI sind in den Kapiteln 20 31 und 20 32 des Einzelplanes 20 – Hochbaumaßnahmen – ausgewiesen.

D. Hinsichtlich der persönlichen Verwaltungsausgaben für 2001 wird auf die „Allgemeinen Bemerkungen zur Veranschlagung der Personalausgaben“ im Vorbericht hinter der Begründung zu den „Allgemeinen Bestimmungen“ verwiesen.

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	E i n n a h m e n						
		0	1	2	3	Gesamt-	4	5
		Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	eigene Einnahmen	Über- tragungs- einnahmen	vermögens- wirksame und Sonder- einnahmen	einnahmen	persönliche Verwaltungs- ausgaben	sächliche Verwaltungs- ausgaben; Schulden- dienst
		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0301	Ministerium des Innern	—	272.400	—	632.900	905.300	67.208.900	2.697.200
0302	Allgemeine Bewilligungen	—	137.000	13.657.000	1.400.000	15.194.000	1.540.000	6.571.500
0304	Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege	—	551.400	1.004.000	—	1.555.400	16.552.100	2.308.300
0305	Bezirksregierungen	—	16.686.700	1.003.600	1.186.900	18.877.200	181.100.300	34.064.200
0306	Studieninstitut des Landes Niedersachsen	—	—	—	—	—	—	—
0307	Brandschutz	—	355.200	1.480.000	—	1.835.200	5.314.400	3.413.200
0309	Landesamt für Statistik	—	572.500	100.000	—	672.500	38.770.800	9.881.900
0310	Bezirksregierungen - Reform-Arbeitsmarkt -	—	—	—	—	—	1.673.400	—
0312	Notruf 110	—	70.000	—	—	70.000	—	2.600.000
0313	Präventionsprogramm Polizei/Sozialarbeiter	—	—	—	—	—	729.200	30.200
0314	Studieninstitut des Landes Niedersachsen - budgetiert -	—	94.100	262.000	430.000	786.100	2.140.000	2.521.100
0315	Wiedergutmachung	—	15.000	—	—	15.000	—	160.000
0317	Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen	—	200.000	—	—	200.000	—	—
0318	Vermessungs- und Katasterverwaltung - budgetiert -	—	151.680.000	—	—	151.680.000	199.074.600	37.268.000
0319	Vermessungs- und Katasterverwaltung - nicht budgetiert -	—	160.000	151.700	—	311.700	1.870.000	11.577.700
0320	Landespolizei	—	34.789.800	1.410.000	—	36.199.800	1.497.319.800	154.401.200
0323	Grenzdurchgangslager Osnabrück-Bramsche	—	186.000	2.570.000	—	2.756.000	9.797.200	6.519.700
0324	Grenzdurchgangslager Friedland	—	92.500	21.615.000	—	21.707.500	11.634.600	11.180.800
0326	Asylbewerber, Asylberech- tigte, Kontingentflücht- linge; Zentrale Anlauf- stellen für Asylbewerber	—	5.269.500	81.000	—	5.350.500	11.296.600	17.094.700
0330	Sportförderung	—	—	—	—	—	—	—
0331	Sportförderung	—	190.000	—	—	190.000	—	248.000
0380	Landesbeauftragter für den Datenschutz	—	10.000	—	—	10.000	1.743.800	532.800
0390	Landesamt für Verfassungsschutz	—	125.000	—	—	125.000	17.928.800	3.736.300
	Summe 2001	—	211.457.100	43.334.300	3.649.800	258.441.200	2.065.694.500	306.806.800
	Summe 2000	—	196.642.100	59.988.200	8.489.600	265.119.900	2.043.251.300	342.825.800
	2001 mehr/weniger (-)	—	14.815.000	-16.653.900	-4.839.800	-6.678.700	22.443.200	-36.019.000

gaben und Verpflichtungsermächtigungen

Epl. 03

A u s g a b e n					2001 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 – Sp.14)	2000 Überschuss Zuschuss (-)	2001 Verbesserung Verschlech- terung (-) (Sp.15 – Sp.16)	Ver- pflichtungs- ermächti- gungen
6 Über- tragungs- ausgaben	7 Bau- ausgaben	8 sonst. Ausga- ben für Inve- stitionen und Invest.förd.- maßnahmen	9 besondere Finan- zierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
DM	DM	DM	DM	DM				
10	11	12	13	14	15	16	17	18
44.500	—	646.000	1.958.200	72.554.800	-71.649.500	-72.085.800	436.300	—
50.385.000	—	4.520.000	390.100	63.406.600	-48.212.600	-49.399.200	1.186.600	5.100.000
3.500	—	147.900	1.839.500	20.851.300	-19.295.900	-2.195.400	-17.100.500	—
192.700	—	3.415.800	13.880.100	232.653.100	-213.775.900	-198.186.900	-15.589.000	—
—	—	—	—	—	—	-4.364.000	4.364.000	—
3.766.500	250.000	48.488.700	3.294.000	64.526.800	-62.691.600	-66.107.700	3.416.100	992.000
257.800	—	—	—	48.910.500	-48.238.000	-45.065.500	-3.172.500	—
—	—	—	—	1.673.400	-1.673.400	—	-1.673.400	—
—	—	700.000	—	3.300.000	-3.230.000	-2.980.000	-250.000	—
—	—	—	—	759.400	-759.400	-721.400	-38.000	—
12.000	—	—	327.300	5.000.400	-4.214.300	—	-4.214.300	—
72.488.400	—	—	—	72.648.400	-72.633.400	-78.106.900	5.473.500	225.000
39.893.200	—	734.600	200.000	40.827.800	-40.627.800	-38.486.000	-2.141.800	—
24.600	—	1.950.000	7.541.200	245.858.400	-94.178.400	-81.402.900	-12.775.500	6.000.000
—	—	—	—	13.447.700	-13.136.000	-12.713.800	-422.200	—
7.927.300	15.350.000	66.148.600	59.227.100	1.800.374.000	-1.764.174.200	-1.727.761.000	-36.413.200	86.500.000
95.000	—	114.000	—	16.525.900	-13.769.900	—	-13.769.900	—
401.000	—	128.000	1.727.000	25.071.400	-3.363.900	-5.560.300	2.196.400	—
402.927.200	—	178.000	2.498.600	433.995.100	-428.644.600	-365.264.600	-63.380.000	—
—	—	—	—	—	—	-53.597.400	53.597.400	—
45.530.400	—	24.265.400	—	70.043.800	-69.853.800	—	-69.853.800	8.801.000
—	—	75.000	—	2.351.600	-2.341.600	-2.097.200	-244.400	—
156.000	—	500.000	—	22.321.100	-22.196.100	-24.423.000	2.226.900	—
624.105.100	15.600.000	152.012.000	92.883.100	3.257.101.500	-2.998.660.300	-2.830.519.000	-168.141.300	107.618.000
562.476.800	1.200.000	141.558.800	4.326.200	3.095.638.900				46.985.500
61.628.300	14.400.000	10.453.200	88.556.900	161.462.600				60.632.500

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 11-1	011	Verwaltungsgebühren		200.000	200.000	—	210
113 01-7	011	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		2.000	2.000	—	3
119 41-4	011	Rückzahlung von Überzahlungen		8.000	8.000	—	12
119 46-5	011	Ersatzleistungen		6.000	6.000	—	9
119 51-1	011	Vermischte Einnahmen		20.000	20.000	—	19
124 01-9	011	Mieten und Pachten		6.400	6.400	—	9
132 01-1	011	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		—	—	—	5
132 11-9	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge * Vgl. K-Vermerk zu 811 11.		—	—	—	—
182 06-0	011	Rückflüsse aus Darlehen an Landesbedienstete für Rechtsschutz		30.000	—	+30.000	26
256 01-2	011	Sonstige Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	—
381 01-1	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		632.900	1.007.800	–374.900	820
A U S G A B E N							
412 04-9	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 73 b Abs. 4 Nds. PersVG. und § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	1.000	1.000	—	—
421 01-3	011	Amtsbezüge der Ministerin oder des Ministers	—	288.600	287.600	+1.000	344
422 01-0	011	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	30.628.500	29.992.400	+636.100	22.405
422 09-5	960	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-2	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-1	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	1.036.700	1.085.700	–49.000	1.111
422 51-6	011	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
425 01-9	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	5.819
425 51-5	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	2.000	2.000	—	1
426 01-5	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	1.288
426 03-1	011	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 41-4	011	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
426 51-1	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.000	1.000	—	1
427 01-1	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	20.000	25.000	–5.000	10
427 39-9	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	48.400	–48.400	—
441 02-2	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Beamtinnen und Beamte	—	33.871.900	36.558.600	–2.686.700	29.477
441 03-0	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Angestellte	—	261.000	472.000	–211.000	244
441 04-9	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	40.400	81.500	–41.100	38
441 05-7	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Sonstige	—	—	5.000	–5.000	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeiner Vermerk:

Sonderkosten für Polizeivollzugs- und Verwaltungsbeamte/-innen, die dem Niedersächsischen Innenministerium angehören, sind im Haushalt der Landespolizei – 03 20 – mit veranschlagt.

Dazu gehören:

a) Kosten für das Fernsprechnetz der Polizei	513 01 u. TGr. 69
b) Haltung von Dienstkraftfahrzeugen (nur für den/die Landespolizeidirektor/-in)	514 01
c) Bewegungsgelder für Polizeivollzugsbeamte/-innen im Kriminaldienst	527 04
d) Kosten für Sportzwecke	Titelgruppe 62 Titelgruppe 64
e) Heilfürsorge	
f) Bekleidungszuschuss für Polizeivollzugsbeamte/-innen im Kriminaldienst	Titelgruppe 65
g) Unterhaltung sowie Ersatz von Bekleidung und Ausrüstung	
h) Kosten für Aus- und Fortbildung	Titelgruppe 67
i) Kosten für Waffen und Munition	Titelgruppe 68

Vgl. Allgemeinen Vermerk zu Kapitel 03 20.

Zu 111 11

Verwaltungskosten (Gebühren und Auslagen) nach dem Nds. Verwaltungskostengesetz – Nds. Verw. KostG. – i. d. F. vom 2. 12. 1974 (Nieders. GVBl. S. 531) sowie Einnahmen aufgrund der VO über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen und Leistungen (Allg. GebO) vom 5. 6. 1997 (Nieders. GVBl. S. 171) in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 113 01

1. Geräte	1 000 DM
2. Maschinen	1 000 DM
3. Ausstattungsgegenstände	— DM
4. Akten, Drucksachen und dgl.	— DM
Zusammen	2 000 DM

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	5 800 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	— DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	600 DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	— DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	— DM
Zusammen	6 400 DM

Zu 132 01

Vgl. 811 01.

Zu 132 11

Nach den neuen Kfz-Richtlinien dürfen personenbezogene Dienstkraftfahrzeuge schon dann durch neue Fahrzeuge ersetzt werden, wenn in Höhe der jeweils zu erwartenden Verwertungserlöse mindestens gleichwertige Ersatzbeschaffungen vorgenommen werden können.

Zu 381 01

Erstattung der auf die Fachaufsicht über das Grenzdurchgangslager Friedland entfallenden persönlichen Verwaltungsausgaben (vgl. 03 24 – 981 02) sowie Zuführung von 03 07 – 981 02 für die Personal- und Sachkosten der mit Aufgaben des Brandschutzes befassten Bediensteten des Innenministeriums.

Zuführung von

03 07 – 981 02	592 700 DM
03 24 – 981 02	40 200 DM
Zusammen	632 900 DM

Für das Grenzdurchgangslager Bramsche ist die Erstattungspflicht entfallen, da Spätaussiedler grundsätzlich nur noch im Grenzdurchgangslager Friedland aufgenommen werden.

Zu 412 04

Der/Die Vorsitzende einer Einigungsstelle – § 73 b Abs. 4 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz und § 48 Abs. 3 Niedersächsisches Richtergesetz – erhält für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 200 DM, in jedem Jahr der Wahlperiode der Personalaräte jedoch nicht mehr als 1 000 DM.

Zu 421 01

1. Amtsgehalt	276 600 DM
2. Dienstaufwandsentschädigung	12 000 DM
Zusammen	288 600 DM

Zu 422 01, 425 01, 426 01 und 426 03

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 334,00 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	238,02	238,02	—	249
Angestellte	76,78	76,78	—	78
Lohnempfänger/-innen	19,20	17,70	1,50	20
Insgesamt	334,00	332,50	1,50	347

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 30 628 500 DM

Im Personalkostenbudget sind Haushaltsmittel für 3 (6) stundenweise beschäftigte Kräfte im Reinigungsdienst veranschlagt.

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	30 628 500
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	1 471 500
43	Versorgungsbezüge	7 931 600
44	Beihilfen, Unterstützungen	2 137 900
45	Personalbezogene Sachausgaben	61 700
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	844 700
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		43 075 900

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0301 Ministerium des Innern

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
441 06-5	940	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	404.500	674.100	-269.600	379
442 01-0	940	Unterstützungen auf Grund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	—	—
443 01-7	940	Fürsorgemaßnahmen, insbesondere bei Dienstunfällen	—	591.600	712.700	-121.100	592
453 01-2	011	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	61.700	61.700	—	89
453 11-0	011	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	—
459 01-0	011	Vergütungen für Arbeitnehmererfindungen	—	—	—	—	—
462 01-1	981	Globale Minderausgabe für Personalausgaben	—	—	—	—	—
511 01-2	011	Geschäftsbedarf	—	75.500	116.400	-40.900	72
512 01-9	011	Bücher und Zeitschriften	—	126.000	126.000	—	128
513 01-5	011	Post- und Fernmeldegebühren	—	155.000	270.000	-115.000	149
514 01-1	011	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	65.000	72.900	-7.900	91
515 01-8	011	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	35.000	46.000	-11.000	9
515 02-6	011	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	219.400	209.400	+10.000	244
516 01-4	011	Dienst- und Schutzkleidung	—	3.500	5.000	-1.500	3
517 01-0	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	390.000	410.000	-20.000	383
517 19-3	011	Reinigungskosten	—	202.000	221.000	-19.000	188
517 59-2	011	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	165.000	230.000	-65.000	154
518 01-7	011	Mieten und Pachten	—	70.000	125.000	-55.000	53
519 01-3	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	10.000	—	+10.000	24
519 02-1	011	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	65.000	65.000	—	69
519 03-0	011	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	2.000	2.000	—	0
525 01-3	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	17.000	17.000	—	12
526 01-0	011	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	50.000	30.000	+20.000	21
526 02-8	011	Kosten des Landespersonalausschusses	—	4.000	6.000	-2.000	0
527 01-6	011	Reisekostenvergütungen	—	200.000	200.000	—	249
527 03-2	011	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	70.500	70.500	—	62
529 01-9	011	Zur Verfügung des Ministers oder der Ministerin	—	10.000	10.000	—	10
531 01-3	011	Veröffentlichungen ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.	—	90.000	84.000	+6.000	27
531 03-0	011	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	13.000	13.000	—	8
536 01-5	011	Zeugenentschädigungen	—	—	—	—	—
537 01-1	011	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	5.000	7.000	-2.000	—
538 01-8	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	35.000	35.000	—	27
546 59-2	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	6.000	6.000	—	0

ERLÄUTERUNGEN

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für 6 (6) Landesbedienstete	41 700 DM
2. Umzugskostenvergütungen für 5 (5) Landesbedienstete	20 000 DM
Zusammen	61 700 DM

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	30 000 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	30 000 DM
3. Bekanntmachungen	10 000 DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	5 500 DM
Zusammen	75 500 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	64 000 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	54 000 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	7 000 DM
4. Buchbinderkosten	1 000 DM
Zusammen	126 000 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	56 000 DM
2. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	75 000 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	— DM
4. Einmalige Gebühren für die Ver- legung usw. von Fernmeldeanlagen	— DM
5. Hörfunk- und Fernsehgebühren	4 000 DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	20 000 DM
Zusammen	155 000 DM

Zu 514 01

1. Betriebsstoffe	53 400 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	6 500 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	2 400 DM
4. Sonstiges	2 700 DM
Zusammen	65 000 DM

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	5	5	5
Kleintraktoren	1	1	1

Zu 515 02

1. Dienstzimmersausrüstungen	108 000 DM
2. Büromaschinen	96 400 DM
3. Wirtschaftsgeräte	10 000 DM
4. Werkstattausrüstungen	5 000 DM
Zusammen	219 400 DM

Zu 516 01

Dienst- und Schutzkleidung des feuerwehrtechnischen Personals, der Amtsboten, des Bedienungspersonals von Vervielfältigungseinrichtungen, Hausarbeiter, Kraftfahrer, Pfortner und Sonstiger, Schutzbrillen für an APC-Tätige. Dienstkleidungszuschuss (Aufwandsentschädigung) für den/die Landesbranddirektor/-in i. H. v. mtl. 32 DM.

Zu 517 01

1. Wassergeld	20 000 DM
2. Grundbesitzabgaben	15 000 DM
3. Bewachungskosten	310 000 DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	10 000 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	35 000 DM
Zusammen	390 000 DM

Zu 518 01

1. Diensträume und -gebäude	— DM
2. Wohnungen und Wohngebäude	— DM
3. Unbebaute Grundstücke	— DM
4. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	70 000 DM
Zusammen	70 000 DM

Zu 519 02

Insbesondere Kosten technischer Einrichtungen zur Überwachung der Dienstgebäude.

Zu 525 01

1. Ausbildungslehrgänge	— DM
2. Fortbildungsveranstaltungen	17 000 DM
3. Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	— DM
4. Aus- und Fortbildung ehrenamtl. Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	— DM
5. Erstattung von Prüfungsgebühren	— DM
6. Sonstiger Aufwand	— DM
Zusammen	17 000 DM

Zu 526 01

1. (Amts)ärztliche und Röntgen- schirmbilduntersuchungen	1 000 DM
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungs- kosten für Verwaltungszwecke	10 000 DM
3. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus	38 000 DM
4. Reisekostenvergütungen für Mitglieder der Auswahlkommission für den Aufstieg in die Laufbahn des Höheren Allgemeinen Verwaltungsdienstes	1 000 DM
Zusammen	50 000 DM

Zu 526 02

Auf Grund der §§ 116 ff. des Niedersächsischen Beamtengesetzes (NBG) in der jeweils geltenden Fassung ist ein Landespersonalaus-
schuss gebildet worden, für den beim Innenministerium eine Ge-
schäftsstelle eingerichtet worden ist.

Veranschlagt sind:

1. Reisekostenvergütungen für Mitglieder und Bedienstete der Geschäftsstelle nach den Vorschriften des Reisekostenrechts	3 000 DM
2. Entschädigungen und Reisekosten für Sachverständige	1 000 DM
Zusammen	4 000 DM

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	200 000 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für private Kraftfahrzeuge	— DM
Zusammen	200 000 DM

Zu 531 01

1. Amtliche Druckwerke	— DM
2. Öffentlichkeitsarbeit	71 500 DM
3. Technische und wissenschaftliche Druckwerke	— DM
4. Darstellung des Landes im Internet	10 000 DM
5. Mitteilungsblatt der Schwerbehinderten	8 500 DM
6. Sonstige Veröffentlichungen	— DM
Zusammen	90 000 DM

Zu 531 03

Für Öffentlichkeitsarbeit – ohne Druckwerke –, z. B. für Fachtagun-
gen, Konferenzen und Symposien über aktuelle Themen aus dem Be-
reich MI.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
632 01-4	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	—	39.900	28.500	+11.400	28
681 01-5	011	Schadensersatzleistungen und Unfallent- schädigungen	—	4.000	5.000	-1.000	2
685 01-0	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	600	600	—	1
811 01-6	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 11-3	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraft- fahrzeugen * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.	—	—	—	—	—
812 15-2	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	30.000	42.300	-12.300	182
813 59-0	011	Globalansatz für den Erwerb beweglicher Sachen	—	—	—	—	—
863 06-7	011	Darlehen an Landesbedienstete für Kosten ihrer Rechtsverteidigung	—	50.000	50.000	—	76
981 03-5	990	Abführung an 13 21 - 381 03	—	1.958.200	—	+1.958.200	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 96		Reformdividende	(—)	(—)	(—)	(—)	(1.347)
429 96-0	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	74
547 96-3	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	544
711 96-8	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	28
812 96-9	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	702
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik	(—)	(1.179.300)	(823.700)	(+355.600)	(899)
513 99-6	011	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	17.700	-17.700	—
515 99-9	011	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	200.700	200.700	—	178
522 99-5	011	Verbrauchsmittel	—	57.700	40.000	+17.700	62
538 99-9	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	354.600	85.000	+269.600	270
547 99-8	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	300	300	—	0
812 99-3	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Aus- rüstungsgegenständen	—	566.000	480.000	+86.000	389

 ERLÄUTERUNGEN

Zu 632 01

Anteil des Landes Niedersachsen an den Kosten der ständigen Geschäftsstelle der IMK einschl. Nachberechnung der Kosten in 1999/2000.

Zu 811 11

Es handelt sich um Dienstkraftfahrzeuge für die Ministerin/den Minister, die Staatssekretärin/den Staatssekretär.

Zu 812 15

Ersatzbeschaffung:

Ausstattung Postabsendestelle	30 000 DM
Zusammen	30 000 DM

Zu 981 03

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 99

Hier sind die Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie für die damit verbundenen Einrichtungen zusammengefasst.

Zu 538 99

Mehr infolge Verlagerung von Kapitel 04 30 für die Inanspruchnahme von Leistungen des IZN.

Für Dienstleistungen des IZN 99 600 DM.

812 99

Ersatzbeschaffungen:

100 APC	300 000 DM
Update für Betriebssystem und Office-Anwendung	250 000 DM
1 Großformatdrucker	16 000 DM
Zusammen	566 000 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 03 01					
		1 Eigene Einnahmen		272.400	242.400	+30.000	
		2 Übertragungseinnahmen		—	—	—	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		632.900	1.007.800	–374.900	
		Summe der Einnahmen		905.300	1.250.200	–344.900	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	67.208.900	70.008.700	–2.799.800	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.697.200	2.720.900	–23.700	
		6 Übertragungsausgaben	—	44.500	34.100	+10.400	
		7 Bauausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	646.000	572.300	+73.700	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.958.200	—	+1.958.200	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	72.554.800	73.336.000	–781.200	
		Zuschuss		71.649.500	72.085.800	–436.300	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		7.931.600	7.622.300		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		80.486.400	80.958.300		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		79.581.100	79.708.100		

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 31-0	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen		3.000	3.000	—	2
119 41-8	011	Rückzahlung von Überzahlungen		100.000	50.000	+50.000	224
119 42-6	692	Rückflüsse des Aufbaufonds Bremen/Nds.		—	—	—	—
119 51-5	011	Vermischte Einnahmen		30.000	70.000	–40.000	44
119 76-0	012	Einnahmen aus Veröffentlichungen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 76. ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		—	—	—	—
231 61-7	011	Erstattungen von Wahlkosten * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		—	—	—	9.881
241 01-9	249	Erstattung für die Erhaltung von Gräbern auf Grund des Gräbergesetzes vom Bund *** Vgl. K-Vermerke zu 643 01 und 981 01.		4.300.000	4.300.000	—	4.115
241 02-7	245	Erstattung des Bundesanteils zu den Kosten der Betreuung jüdischer Friedhöfe * Vgl. K-Vermerk zu 685 07.		382.000	380.500	+1.500	373
241 04-3	249	Sonstige Zuweisungen vom Bund		7.475.000	39.000	+7.436.000	89
251 01-4	176	Sonstige Zuweisungen vom Bund * Vgl. K-Vermerk zu 653 01.		—	—	—	141
282 74-2	012	Zuschüsse Dritter * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 74.		—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		Für länderübergreifende Maßnahmen der Raumordnung und Landesentwicklung		(—)	(—)	(—)	(—)
119 62-0	422	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		—	—	—	—
281 62-2	422	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch Dritte * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.		—	—	—	—
TGr. 63		Für Arbeiten und für Veröffentlichungen der staatlichen Landesplanung		(3.000)	(3.000)	(—)	(1)
119 63-9	422	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		3.000	3.000	—	1
281 63-0	422	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch Dritte * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.		—	—	—	—
TGr. 65		Personalkosten des erweiterten Katastrophenschutzes		(1.500.000)	(2.400.000)	(–900.000)	(1.580)
231 65-0	045	Erstattung von Personalkosten für die Bediensteten des erweiterten Katastrophen- schutzes durch den Bund		—	515.000	–515.000	733
271 65-1	045	Erstattung von Personalkosten für der DLRG zur Verfügung gestellte Bedienstete * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.		1.500.000	1.885.000	–385.000	847
TGr. 66		Förderfonds Hamburg/Niedersachsen		(1.400.000)	(1.481.000)	(–81.000)	(1.153)
153 66-7	692	Zinseinnahmen aus den gewährten Darlehen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.		—	3.900	–3.900	8
173 66-8	692	Rückflüsse aus den gewährten Darlehen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.		—	77.100	–77.100	83
332 66-9	692	Zuweisung der Freien und Hansestadt Hamburg		1.400.000	1.400.000	—	1.062

ERLÄUTERUNGEN

Zu 119 31

Kostenerstattungen für Verdingungsunterlagen bei der zentralen Vordruckbeschaffung.

Vgl. 511 01.

Zu 119 41

Rückzahlungen des Bundes aufgrund von Leistungen des Landes gem. § 6 (4) LAG und aus Überzahlungen.

Vgl. 654 02.

Zu 119 76

Abgabe kann bei Bedarf an öffentliche Dienststellen und Institutionen erfolgen.

Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 76/97.

Zu 241 01

Kostenerstattung des Bundes für Pflege und Instandsetzung von Gräbern nach dem Gräbergesetz vom 29. 1. 1993 – BGBl. I S. 178 –.

Vgl. 643 01 und 981 01.

Zu 241 02

Der Bund zahlt einen Pauschbetrag je qm Friedhofsfläche unter der Voraussetzung, dass das Land Aufwendungen in gleicher Höhe für die Friedhofspflege übernimmt. Der veranschlagte Betrag entspricht der zu betreuenden Friedhofsfläche.

Vgl. 685 07.

Zu 241 04

Der Bund erstattet den Ländern nach § 20 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) 65 v. H. der Aufwendungen für die Kapitalentschädigung, die Berechtigte auf Grund des Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes (1. SED-UnBerG) erhalten.

Mehr infolge des „Zweiten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR“ vom 17. 12. 1999 (BGBl. 1999 Teil I S. 2662).

Vgl. 653 04.

Zu 251 01

Zuweisungen vom Bund aus Forschungsmitteln des BM Bau; Forschungsvorhaben „EXWOST“, Forschungsfeld „Städtenetze“.

Zu 282 74

Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 74/98.

Zu Titelgruppe 62

Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 62.

Zu Titelgruppe 63

Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 63.

119 63

Abgabe kann bei Bedarf an öffentliche Dienststellen und Institutionen, an Abgeordnete, zu wissenschaftlichen und zu Austauschzwecken sowie für Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit erfolgen.

281 63

Erstattung von Gutachterkosten, die im Rahmen von Raumordnungsverfahren anfallen und die von Dritten übernommen werden.

Zu Titelgruppe 65

Kostenerstattung der DLRG für die Bediensteten der ehemaligen KatS-Schule.

Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 65.

Zu Titelgruppe 66

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabe-Titelgruppe 66.

332 66

Anteil Hamburgs am Förderfonds.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 70		Förderung des Tages der Niedersachsen		(—)	(—)	(—)	(121)
119 70-1	189	Einnahmen aus Sponsoring * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 70.		—	—	—	121
TGr. 90		Förderung kultureller Aufgaben nach § 96 BVFG, grenzüberschreitender Maßnahmen sowie von Maßnahmen in den Aussiedlungsgebieten		(1.000)	(1.000)	(—)	(—)
119 90-6	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		1.000	1.000	—	—
		A U S G A B E N					
511 01-6	011	Kosten der zentralen Beschaffung von Vordrucken	—	1.250.000	1.633.000	–383.000	1.251
511 02-4	011	Kosten der zentralen Beschaffung von Gültigkeitsverzeichnissen	—	77.300	77.300	—	72
525 01-7	012	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	50.000	70.000	–20.000	36
531 02-5	019	Öffentlichkeitsarbeit	—	20.000	40.000	–20.000	21
531 04-1	019	Zentrale Gedenkveranstaltungen zum Volkstrauertag	—	12.500	—	+12.500	—
533 01-0	011	Sachaufwand für die Fortbildung Außen- stehender	—	2.000	2.000	—	1
533 02-8	011	Kosten der Personalauslese	—	45.000	45.000	—	39
541 02-0	011	Für Rettungstaten	—	1.000	1.000	—	—
544 01-1	011	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluß des Haushaltsjahres	—	1.000	1.000	—	0
546 59-6	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	5.000	10.000	–5.000	—
643 01-0	249	Erstattung der Kosten aus Bundesmitteln auf Grund des Gräbergesetzes * Übertragbar. Gegenseitig deckungsfähig: 643 01 und 981 01. *** Ausgaben bei 643 01 und 981 01 dürfen insgesamt nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 241 01.	—	4.005.000	4.005.000	—	3.983
652 01-9	131	Zuweisung des Landes für die Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer	—	310.600	322.000	–11.400	308
653 01-5	176	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 251 01.	—	—	—	—	141
653 03-1	215	Zuweisungen zu den Verwaltungskosten der Ausgleichsbehörden bei den Landkreisen und kreisfreien Städten	—	7.100.000	7.500.000	–400.000	7.171
653 04-0	189	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	11.500.000	60.000	+11.440.000	137
654 02-0	243	Finanzzuweisungen an den Lastenausgleichs- fonds	—	7.500.000	9.000.000	–1.500.000	9.168
681 04-3	011	Ehrengaben	—	1.183.000	901.400	+281.600	848
684 02-6	011	Zuwendungen für kommunalpolitische Veran- staltungen ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	—	—	—	—
685 07-3	245	Zuschüsse zur Betreuung jüdischer Fried- höfe * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 200,0 v.H. der Isteinnahmen bei 241 02. *** Der Ansatz darf jedoch nur nach Maßgabe des § 37 LHO überschritten werden.	—	764.000	761.000	+3.000	731

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 90**119 90**

Die aus Tit. 512 90 beschafften Druckschriften, Bücher etc. dürfen an Institutionen und Personen, die bei der Erfüllung von Aufgaben gem. § 96 BVFG beteiligt sind, abgegeben werden.

Zu 511 01

Zentrale Beschaffung und Bezahlung verbindlich eingeführter

- landesweit geltender und ressortübergreifender Vordrucke sowie
- ressortbezogener Vordrucke im Geschäftsbereich des MI
- landeseinheitlicher PTV-Handbücher

und Entwicklung von elektronisch verfügbaren Vordrucken sowie des Aktenplanes durch die Bezirksregierung Braunschweig für alle Ressorts.

511 02

Kosten der Sonderdrucke der VORIS-Gültigkeitsverzeichnisse (Beschluss des Landesministeriums vom 4. 9. 1990 – Nds. MBl. S. 1120).

Zu 525 01

Veranschlagt sind für

a) Ausbildung von Referendaren mit abgeschlossenem Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	15 000 DM
b) zentrale Fortbildungsveranstaltungen (z. B. Ausländer- und Asylrecht, Raumordnungsrecht) für Bedienstete des MI einschl. der dafür benötigten Hilfsmittel	6 000 DM
c) Beitrag des Landes zum Gemeinschaftsfonds des Kuratoriums des Oberprüfungsamtes für die technischen Verwaltungsbeamten/-innen in Frankfurt/M.	3 500 DM
d) die Teilnahme von Bediensteten am Führungskolleg Speyer	25 500 DM
Zusammen	50 000 DM

Zu 531 02

Veranschlagt sind im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit die Ausgaben für die Organisation und Durchführung niedersächsischer Beiträge zu den zentralen Festveranstaltungen aus Anlass des Nationalfeiertages „Tag der Deutschen Einheit“ jeweils am 3. 10. d. J.

Zu 531 04

Die Gedenkfeier zum Volkstrauertag wird gemeinsam vom Land Niedersachsen und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. gestaltet.

Zu 533 01

Kosten des Verwaltungsvolontariats und der FKS-Veranstaltungen in Niedersachsen.

Zu 533 02**Allgemeiner Vermerk:**

Bewerber/-innen für eine Laufbahn des gehobenen und mittleren Dienstes sind vor ihrer Einstellung als Anwärter/-innen oder als Fachoberschulpraktikanten/-innen in einem Auswahlverfahren zu begutachten (§ 8 Abs. 1 APVO geh. Dienst, § 4 Abs. 2 APVO geh. Landesplanungsdienst und § 7 APVO mittl. Dienst).

Das Gleiche gilt für Bewerber/-innen, die in den Vorbereitungsdienst der Laufbahn des höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes mit einem abgeschlossenen Studium der Wirtschafts- oder Sozialwissenschaften (§ 2 Abs. 3 APVO höherer allgemeiner Verwaltungsdienst), der Laufbahn des höheren Landesplanungsdienstes (§ 4 APVO höherer Landesplanungsdienst) und als Verwaltungsfachangestellte eingestellt werden sollen. Volljuristen, die in den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst eingestellt werden sollen, werden ebenfalls in einem Stellungsverfahren ausgewählt.

1. Kosten der Eignungsprüfungen	45 000 DM
2. Kosten der zentralen Vorstellungstermine	
– einschl. der Reisekostenvergütungen für Mitglieder der Auswahlkommissionen –	— DM
Zusammen	45 000 DM

Zu 541 02

Aus den Mitteln werden aufgrund des Beschlusses des LM vom 1. 2. 2000 (Nds. MBl. S. 221) Geldbelohnungen in Höhe von 50 bis 200 DM gewährt.

Zu 643 01

Aufwendungen für die im Gräbergesetz vom 29. 1. 1993 (BGBl. I S. 178) genannten Gräber mit Ausnahme der Gedenkstätte Bergen-Belsen.

Vgl. Erläuterungen zu 241 01 und 981 01.

Zu 652 01

Beitragsanteile zu den Kosten der Unterhaltung der Hochschule.

Zu 653 01

Zuweisungen an Gemeinden (GV) aus Forschungsmitteln des BM Bau; ausgewählte Maßnahmen des Forschungsvorhabens „EXWOST“, Forschungsfeld „Städtenetze“.

Vgl. Erläuterungen zu 251 01.

Zu 653 03

Nach Wegfall der Verwaltungskostenerstattung durch den Bund mit Ablauf des Hj. 1973 – Außerkrafttreten der 15. LeistungsDV-LA vom 3. 3. 1960 auf Grund des Art. 2 Abs. 2 und 3 in Verbindung mit Art. 17 des Finanzanpassungsgesetzes vom 30. 8. 1971 (BGBl. I S. 1426) – trägt das Land Niedersachsen seit 1974 die Verwaltungskosten der Ausgleichsbehörden bei den Landkreisen und kreisfreien Städten zu 50 v. H.

Zu 653 04

Nach § 20 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) haben die Länder 35 v. H. der Aufwendungen für die Kapitalentschädigung, die Berechtigte aufgrund des Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes (1. SED-UnBerG) erhalten, zu tragen.

Veranschlagt sind die Bundes- und Landesmittel.

Mehr infolge des „Zweiten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR“ vom 17. 12. 1999 (BGBl. 1999 Teil I S. 2662).

Vgl. 241 04.

Zu 654 02

Bund und Länder leisten an den Ausgleichsfonds einen jährlichen Zuschuss von 50 v. H. des Jahresaufwandes des Ausgleichsfonds für die Unterhaltshilfe, höchstens 650 Mio. DM. Die Länder erbringen $\frac{2}{3}$ nach dem Verhältnis ihrer Steueraufkommen im jeweils vorhergehenden Haushaltsjahr (§ 6 Abs. 4 LAG).

Der Ansatz ist nach dem Verhältnis des nieders. Steueraufkommens zum Gesamtsteueraufkommen aller Länder geschätzt.

Weniger durch Verringerung des Landeszuschusses nach § 6 Abs. 4 LAG.

Vgl. 119 41.

Zu 681 04

Aufwendungen der Landesregierung für die Ehrung von Alters- und Ehejubilaren (Vollendung des 100. Lebensjahres, 50-, 60-, 65- und 70jähriges Ehejubiläum).

Mehr durch erheblichen Anstieg der Anzahl von Jubiläen.

Zu 685 07

Das Land hat wie die übrigen Länder ohne Anerkennung einer rechtlichen Verpflichtung die Betreuung verwaister jüdischer Friedhöfe übernommen. Die Kosten der Betreuung dieser Friedhöfe werden vom Bund und von den Ländern je zur Hälfte getragen. Veranschlagt sind Bundes- und Landesmittel. Der Betrag entspricht der zu betreuenden Friedhofsfläche.

Vgl. 241 02.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
685 08-1	246	Zuwendungen für soziale Aufgaben für Aussiedler	—	16.000	20.000	-4.000	20
685 12-0	179	Zuweisung an die Deutsche Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften in Bonn	—	2.000	2.000	—	2
685 51-0	159	Zuschüsse aus Konzessions-Abgabe (Zusatzlotterien) für die Stiftung Niedersachsen	—	—	—	—	197
685 52-9	159	Zuschüsse aus Toto-/Lotto-Mitteln (Konz.-Abgabe) für die Stiftung Niedersachsen * Übertragbar. ***Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.	—	2.917.200	2.855.600	+61.600	2.794
685 53-7	159	Zuschüsse aus Konzessions-Abgabe (Zusatzlotterien) an die Niedersächsische Lotto-stiftung	—	—	—	—	604
685 54-5	159	Zuschüsse aus Toto-/Lotto-Mitteln (Konz.-Abgabe) an die Niedersächsische Lotto-stiftung * Übertragbar. ***Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.	—	8.221.200	8.047.600	+173.600	7.874
685 55-3	159	Zuschüsse aus Konzessions-Abgaben für Bingo-Lotterie an die Niedersächsische Lottostiftung * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1302 - 122 05.	—	4.100.000	7.700.000	-3.600.000	3.214
685 56-1	159	Kosten der Sonderlehrgänge für jugendliche Spätaussiedler * Gegenseitig deckungsfähig: 685 56 und 981 02.	—	780.900	900.000	-119.100	806
883 02-9	692	Zuweisungen an den Aufbaufonds Bremen/Nds.	1.000.000 1.400.000	1.400.000	1.400.000	—	700
981 01-2	990	Abführung an 0784 - 381 64 * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 643 01. ***Vgl. K-Vermerke zu 241 01 und 643 01.	—	295.000	295.000	—	277
981 02-0	990	Abführung an 0714 - 381 01 * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 685 56.	—	93.500	—	+93.500	—
981 03-9	990	Abführung an 13 21 - 381 03	—	1.600	—	+1.600	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Zur Durchführung öffentlicher Wahlen und Volksabstimmungen * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 231 61.	(—)	(200.000)	(50.000)	(+150.000)	(10.361)
547 61-4	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	200.000	50.000	+150.000	536
643 61-3	011	Erstattungen an Gemeinden (GV) * Übertragbar.	—	—	—	—	9.825
671 61-7	011	Erstattungen für die Beförderung von Wahlbriefen anlässlich von Landtagswahlen * Übertragbar.	—	—	—	—	—
TGr. 62		Für länderübergreifende Maßnahmen der Raumordnung und Landesentwicklung * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 62.	(500.000) (—)	(365.100)	(238.800)	(+126.300)	(269)
531 62-9	422	Veröffentlichungen * Übertragbar.	—	100.000	100.000	—	97
538 62-3	422	Dienstleistungen Außenstehender * Übertragbar.	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 685 08

Förderung von Beratungs- und Betreuungsmaßnahmen für Aussiedler.

Zu 685 12

Die Deutsche Sektion des internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften hat sich zur Aufgabe gestellt, alle an den Verwaltungswissenschaften und der Verwaltungspraxis interessierten Kräfte innerhalb der Bundesrepublik zu verbinden und insbesondere die für die Lösung anstehender Verwaltungsprobleme erforderliche Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen und Praktikern zu fördern. Darüber hinaus veröffentlicht die Sektion Bücher und Broschüren.

Sie führt Tagungen und Kolloquien durch, an denen auch Angehörige der niedersächsischen Landesverwaltung teilnehmen.

Zu 685 52 und 685 54

Die dem Land auf Grund § 6 Abs. 1 Niedersächsisches Gesetz über das Lotteriede- und Wettwesen (NLottG) vom 21. 6. 1997 (Nds. GVBl. S. 289) zustehende Konzessionsabgabe beim Zahlenlotto, bei Sportwetten, bei Lotterien und Ausspielungen in Höhe von 132,6 Mio. DM ist zweckgebunden gem. § 7 Abs. 1 bis 3 NLottG zu verwenden und nach Maßgabe des § 7 Abs. 2 NLottG zu verausgaben.

Zu 685 55

Gemäß § 7 Abs. 4 NLottG erhält die Niedersächsische Lottostiftung die Konzessionsabgaben der Lotterie „BingoLotto“ mit der Auflage, sie in voller Höhe zur Förderung von Projekten in den Bereichen Umwelt- und Naturschutz zu verwenden.

Zu 685 56

Für die Gewährung eines Zuschusses an das Göttinger Institut – Sonderlehrgänge für Spätaussiedler e. V. – zur Durchführung von Sonderlehrgängen für jugendliche Spätaussiedler, um diesem Personenkreis den Zugang zum Studium an einer deutschen Hochschule zu ermöglichen.

*) Die Mittel für die Erstattung anteiliger Dienstbezüge für Lehrkräfte sind nach Titel 981 02 verlagert.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Göttinger Instituts – Sonderlehrgänge für Spätaussiedler e. V.
Göttingen

	Betrag für 2001 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben		
1. Personalausgaben	680 900	714 000
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	100 000	92 500
3. Schuldendienst	—	—
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—
5. Ausgaben für Investitionen	—	—
6. Besondere Finanzierungsausgaben	—	—
Zusammen	780 900	806 500

Einnahmen

Eigene Einnahmen		
einschl. Vorsteuererstattungen	—	—
Abschreibungen	—	—
Mithin Fehlbetrag	780 900	806 500

Der Fehlbetrag für 2001 soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	780 900 DM
c) den Bund mit	— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— DM
e) Private	— DM
Zusammen	780 900 DM

Zu 883 02

Bremen und Niedersachsen betreiben seit 1963 eine gemeinsame Landesplanung. Aus dem 1965 gebildeten Aufbaufonds, an dem sich beide Länder je zur Hälfte beteiligen, werden Zuwendungen bewilligt. (Zuwendungsrichtlinie vom 15. 11. 1996 – Nds. MBl. S. 132). Mit diesen Zuwendungen soll die Struktur des gemeinsamen Planungsraumes verbessert werden.

Ab 1997 werden die Mittel aus dem Ausbaufonds dem – die Aufgaben der Geschäftsstelle der Regionalen Arbeitsgemeinschaft wahrnehmenden – Landkreis Diepholz in Form einer Zuwendung bewilligt und von diesem auf die in Frage kommenden Gemeinden und Landkreise als Zuwendung weiter vergeben. Der Bremer Anteil wird im nds. Haushalt nicht mehr vereinnahmt oder verausgabt.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	1 400 000	—	1 400 000
2002	—	—	1 000 000	1 000 000

Zu 981 01

Abführung der auf den Friedhof Bergen-Belsen entfallenden pauschalen Bundesmittel für die Pflege und Instandsetzung der Gräber nach dem Gräbergesetz.

Vgl. 241 01 und 643 01.

Zu 981 02

Abführung anteiliger Dienstbezüge von Lehrkräften zugunsten Kapitel 07 14 Titel 381 01.

Verlagert von Titel 685 56.

Vgl. 685 56.

Zu 981 03

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61

Kosten des Landes aufgrund der Kommunalwahl 2001.

Zu Titelgruppe 62

Veranschlagt sind die Kosten für länderübergreifende Maßnahmen der Raumordnung und Landesentwicklung.

Zu 531 62, 538 62 und 547 62

Finanzierung des Arbeitsstabes der Trilateralen Gemeinsamen Landesplanung Hamburg/Niedersachsen/Schleswig-Holstein.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
547 62-2	422	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	—
642 62-5	422	Erstattungen an die Länder * <i>Übertragbar.</i>	500.000 —	100.000	—	+100.000	75
643 62-1	422	Landesanteil an der Geschäftsstelle der Regionalen Arbeitsgemeinschaft im Rahmen der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Nds.	—	65.100	63.800	+1.300	62
653 62-7	422	Zuweisungen an Gemeinden * <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	—
685 62-6	422	Zuweisungen an Sonstige * <i>Übertragbar.</i>	—	100.000	75.000	+25.000	34
TGr. 63		Für Arbeiten und für Veröffentlichungen der Landesplanung * <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 63.</i>	(—)	(460.000)	(292.000)	(+168.000)	(286)
531 63-7	422	Veröffentlichungen * <i>Übertragbar.</i>	—	160.000	42.000	+118.000	4
538 63-1	422	Dienstleistungen Außenstehender * <i>Übertragbar.</i>	—	100.000	250.000	–150.000	276
547 63-0	422	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	6
653 63-5	422	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden * <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	—
685 63-4	422	Sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke * <i>Übertragbar.</i>	—	200.000	—	+200.000	—
TGr. 64		Katastrophenschutz und zivile Verteidigung * <i>Übertragbar.</i>	(—)	(1.410.000)	(1.410.000)	(—)	(1.189)
513 64-7	045	Post- und Fernmeldegebühren	—	15.000	10.000	+5.000	12
515 64-0	045	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenstände	—	40.000	40.000	—	12
547 64-9	045	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	35.000	40.000	–5.000	22
684 64-6	045	Zuschüsse an die im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen	—	1.000.000	1.000.000	—	1.000
812 64-4	045	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	150.000	150.000	—	—
893 64-4	045	Zuschüsse für Investitionen an die im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsor- ganisationen	—	170.000	170.000	—	143
TGr. 65		Personalkosten des erweiterten Katastrophenschutzes * <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 271 65.</i>	(—)	(1.500.000)	(2.400.000)	(–900.000)	(1.797)
425 65-9	045	Vergütungen der Angestellten	—	900.000	1.400.000	–500.000	1.250
426 65-5	045	Löhne der Arbeiter/Arbeiterinnen	—	600.000	1.000.000	–400.000	546
TGr. 66		Förderfonds Hamburg/Niedersachsen * <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 153 66 und 173 66.</i>	(1.600.000) (2.800.000)	(2.800.000)	(2.800.000)	(—)	(2.215)
853 66-9	692	Darlehen an Gemeinden und Landkreise	—	—	—	—	—
883 66-5	692	Zuweisungen an Gemeinden und Landkreise	1.600.000 2.800.000	2.800.000	2.800.000	—	2.215
TGr. 67		Aufbaufonds Bremen/Niedersachsen	(—)	(—)	(—)	(—)	(9)
652 67-1	692	Rückzahlung an das Land Bremen	—	—	—	—	9

ERLÄUTERUNGEN

Zu 642 62, 653 62 und 685 62

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft hat 1999 im Rahmen der Reform der EU-Strukturfonds für die Jahre 2000 bis 2006 die Gemeinschaftsinitiative INTERREG III beschlossen, die unter ihrer Ausrichtung B eine transnationale Zusammenarbeit von europäischen Kooperationsräumen fördert. Europaweit sind elf Kooperationsräume vorgesehen, davon sechs mit deutscher Beteiligung. Niedersachsen arbeitet in den Kooperationsräumen Ostsee und Nordsee mit.

Mehr für die Mitwirkung des Landes an der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG III B.

Zu 642 62

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamtbelastung DM
2002	—	—	100 000	100 000
2003	—	—	100 000	100 000
2004	—	—	100 000	100 000
ff.	—	—	200 000	200 000

Zu 643 62

Kosten für die Unterhaltung der Geschäftsstelle der Regionalen Arbeitsgemeinschaft im Rahmen der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen beim Landkreis Diepholz.

Zu Titelgruppe 63

Die Mittel sind für die Durchführung der sich aus dem Nieders. Gesetz über Raumordnung und Landesplanung (NROG) i. d. F. vom 27. 4. 1994 (Nds. GVBl. S. 211), geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21. 11. 1997 (Nds. GVBl. S. 481) ergebenden Aufgaben und zur Fortentwicklung der Ziele und Instrumente der Landesentwicklung. Ebenso sind die Mittel bestimmt zur Weiterentwicklung der regionalisierten Landesentwicklungspolitik.

Mehr für die Kofinanzierung (Landesanteil) der EU-Mittel für die Absicherung und Weiterentwicklung des Regionalisierungsprozesses.

Zu 531 63

Kosten für raumordnerische Gutachten, Dienstleistungen Außenstehender, Druck von Raumordnungsprogrammen, Basiskarten und thematischen Karten sowie für sonstige Veröffentlichungen.

Vgl. 119 63.

Zu 538 63, 653 63 und 685 63

Förderung der regionalen Entwicklung durch regionale Kooperationen/Netzwerke als Teil einer regionalisierten und europaorientierten Landesentwicklungspolitik.

Zu Titelgruppe 64

Ausgaben für den Katastrophenschutz nach Landesrecht sowie sächliche Verwaltungskosten für den Bereich der zivilen Verteidigung, die nach Art. 104 a Abs. 5 GG vom Land zu tragen sind.

513 64

Laufende Kosten für Fernmeldeanlagen des KatS.

515 64

Für technisches Gerät und Führungsmittel sowie sonstige mit der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Behörden im Katastrophen- und Verteidigungsfall in Zusammenhang stehende Kosten.

547 64

Kosten für die Teilnahme an Übungen, für die Ausbildung von Führungskräften des Katastrophenschutzes und der zivilen Verteidigung, Planungskosten u.a. mehr.

684 64

Für die Aufstellung und Ausbildung von Einheiten des Katastrophenschutzes sowie für die Beschaffung und Instandhaltung der Katastrophenschutztausrüstung.

Zuschüsse erhalten:

1. das Deutsche Rote Kreuz
– Landesverbände Niedersachsen und Oldenburg
2. der Arbeiter-Samariter-Bund
3. die Johanniter-Unfall-Hilfe
4. der Malteser-Hilfsdienst
5. die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

nach Maßgabe der entsprechenden Förderrichtlinien des Landes.

Den genannten Hilfsorganisationen obliegen durch ihre Mitwirkung im Katastrophenschutz wichtige Aufgaben, die sie nur mit Hilfe des Landes erfüllen können.

812 64

Umrüstung der im überörtlichen Sprechfunknetz des Katastrophenschutzes eingesetzten Funkzubringeranlagen von 2-m- auf 70-cm-Bandanlagen – einschließlich Ersatz der Antennen.

893 64

Zuschüsse an private Träger von Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes für Beschaffung von Ausstattung im investiven Bereich (KatS-Fahrzeuge und Spezialgerät).

Zu Titelgruppe 65

Personalkosten der Bediensteten der ehemaligen KatS-Schule.

Die Mittel werden von der DLRG (ehem. KatS-Schule) erstattet – vgl. 271 65.

Weniger infolge Verringerung der Anzahl der Bediensteten.

Zu Titelgruppe 66

Hamburg und Niedersachsen betreiben seit 1958 eine gemeinsame Landesplanung. Aus dem 1962 gebildeten Förderfonds, an dem sich beide Länder je zur Hälfte beteiligen, werden Finanzierungshilfen in Form von Zuschüssen und Darlehen bereitgestellt (Vergaberichtlinie vom 19. 11. 1997 – Nds. MBl. S. 1784). Mit diesen Zuwendungen soll die Struktur des gemeinsamen Planungsraumes verbessert werden.

883 66

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamtbelastung DM
2001	—	2 800 000	—	2 800 000
2002	—	—	1 600 000	1 600 000

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
853 67-7	692	Darlehen an Gemeinden und Landkreise	—	—	—	—	—
883 67-3	692	Zuweisungen an Gemeinden und Landkreise	—	—	—	—	—
TGr. 70		Förderung des Tages der Niedersachsen * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 70.	(—)	(372.000)	(372.000)	(—)	(446)
547 70-3	189	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	52.000	52.000	—	29
685 70-7	189	Zuschüsse an Verbände und Organisationen	—	320.000	320.000	—	416
TGr. 71/72		Ressortübergreifende Maßnahmen zur Ver- besserung der Verwaltungsorganisation	(—)	(40.000)	(40.000)	(—)	(18)
459 71-5	012	Prämien im Rahmen des Vorschlagwesens für Landesbedienstete und Versorgungsempfänger, deren Bezüge durch das NLBV gezahlt werden	—	40.000	40.000	—	18
459 72-3	012	Prämien im Rahmen des Vorschlagwesens, soweit nicht Titel 459 71	—	—	—	—	—
TGr. 74/98		Verwaltungsreform * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 74. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind.	(—) (800.000)	(—)	(1.200.000)	(-1.200.000)	(580)
515 74-7	012	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	—	10.000	-10.000	13
515 98-4	012	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	—	150.000	-150.000	10
525 74-2	012	Fortbildung der Bediensteten	—	—	100.000	-100.000	99
527 74-5	012	Reisekostenvergütungen	—	—	15.000	-15.000	2
531 74-2	012	Veröffentlichungen	—	—	10.000	-10.000	—
538 74-7	012	Dienstleistungen Außenstehender	— 800.000	—	800.000	-800.000	413
538 98-4	012	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	100.000	-100.000	3
547 74-6	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	15.000	-15.000	41
812 74-1	012	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
812 98-9	012	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 75		Kosten des Landespräventionsrates	(—)	(435.700)	(175.000)	(+260.700)	(175)
527 75-3	012	Reisekostenvergütungen	—	17.000	20.000	-3.000	14
547 75-4	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	418.700	155.000	+263.700	161
TGr. 76/97		Staatsmodernisierung; Ressortübergreifende- und ressortbezogene Maßnahmen der Personalentwicklung * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 76. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind. *** Deckungsfähig zu Lasten Kapitel 02 02 Titelgruppe 66 bis zur Höhe von 3,0 Mio. DM und Kapitel 04 02 Titelgruppe 66 bis zur Höhe von 4,0 Mio. DM und	(2.000.000) (3.000.000)	(3.870.000)	(3.200.000)	(+670.000)	(3.934)

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 70

547 70

Verpflegungs- und Unterbringungskosten sowie Kosten für technische Hilfsmittel, Werbung, Verbreitung von Plakaten und Programmhefte.

685 70

Zuwendungen für die Durchführung des Programnteils der im Kuratorium „Tag der Niedersachsen“ zusammengeschlossenen Verbände und Organisationen.

Zu Titelgruppe 74/98

Verlagert in die Titelgruppe 76/97.

Zu Titelgruppe 75

Mehr infolge Intensivierung und Ausdehnung der Kriminalprävention.

Zu Titelgruppe 76/97

Mit den Mitteln sollen ressortübergreifende und ressortbezogene Maßnahmen der Personalentwicklung unterstützt werden.

Mehr infolge Verlagerung von Titelgruppe 74/98.

Vgl. 119 76.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0302 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch TGr. 76/97		<i>deckungsfähig zugunsten Kapitel 02 02 Titelgruppe 66 und Kapitel 04 02 Titel- gruppe 66.</i>					
459 76-6	012	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
515 76-3	012	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	110.000	50.000	+60.000	119
515 97-6	012	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	150.000	—	+150.000	—
519 76-9	012	Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	—	—	—	—
525 76-9	012	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	400.000	100.000	+300.000	2.968
527 76-1	012	Reisekostenvergütungen	—	15.000	—	+15.000	—
531 76-9	012	Veröffentlichungen	—	10.000	—	+10.000	—
538 76-3	012	Dienstleistungen Außenstehender	2.000.000 3.000.000	3.000.000	3.000.000	—	585
538 97-6	012	Dienstleistungen Außenstehender	—	70.000	—	+70.000	—
547 76-2	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	115.000	50.000	+65.000	53
682 76-7	012	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	—	—	—	209
711 76-7	012	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 76-8	012	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
812 97-0	012	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 90		Förderung kultureller Aufgaben nach § 96 BVFG, grenzüberschreitender Maßnahmen so- wie von Maßnahmen i.d. Aussiedlungsgebieten * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind.	(—)	(300.000)	(300.000)	(—)	(299)
512 90-0	246	Bücher und Zeitschriften	—	10.000	10.000	—	3
547 90-8	246	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	90.000	90.000	—	109
652 90-6	246	Sonstige Zuweisungen	—	30.000	30.000	—	—
685 90-1	246	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	170.000	170.000	—	186
		Abschluss Kapitel 03 02					
		1 Eigene Einnahmen		137.000	208.000	-71.000	
		2 Übertragungseinnahmen		13.657.000	7.119.500	+6.537.500	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		1.400.000	1.400.000	—	
		Summe der Einnahmen		15.194.000	8.727.500	+6.466.500	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	1.540.000	2.440.000	-900.000	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	2.000.000	6.571.500	7.138.300	-566.800	
		6 Übertragungsausgaben	3.800.000	50.385.000	43.733.400	+6.651.600	
		7 Bauausgaben	500.000	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	2.600.000 4.200.000	4.520.000	4.520.000	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	390.100	295.000	+95.100	
			5.100.000 8.000.000	63.406.600	58.126.700	+5.279.900	
		Zuschuss		48.212.600	49.399.200	-1.186.600	

ERLÄUTERUNGEN

525 76

Durchführung von Vortrags- und Schulungsveranstaltungen, Kosten für Unterbringung, Verpflegung und Fahrtkosten, Honorare für externe Referenten.

538 76

Beratung, Unterstützung bei der Verfahrensentwicklung, Begleitung bzw. Durchführung von Einzelprojekten in den Ressorts.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE*) DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	3 000 000	—	3 000 000
2002	—	—	2 000 000	2 000 000

*) teilweise bei Kapitel 03 02 Titel 538 74

538 97

Beratung, Softwareerstellung u. a. durch Beratungsunternehmen, Softwarehäuser, Datenzentralen u. a.

682 76

Zuschüsse an Landesbetriebe, bei denen Personalentwicklungsmaßnahmen eingeführt werden.

Zu Titelgruppe 90

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Förderung von kulturellen Aufgaben sowie Kunst- und Forschungsförderung nach § 96 BVFG, von grenzüberschreitenden Maßnahmen und Maßnahmen in den Aussiedlungsgebieten.

512 90

1. Zeitschriften	3 000 DM
2. Bücher	7 000 DM
3. sonstige Publikationen	— DM
Zusammen	10 000 DM

547 90

Veranschlagt sind die im Zusammenhang mit der Verleihung des Kulturpreises Schlesien des Landes Niedersachsen entstehenden Kosten.

1. Preisgelder	26 000 DM
2. Reisekosten	11 000 DM
3. Festschrift	16 000 DM
4. Kosten der Feierstunde	20 000 DM
5. sonstige Kosten	17 000 DM
Zusammen	90 000 DM

652 90

Veranschlagt sind Zuweisungen an Einrichtungen in Niedersachsen zur Durchführung von Maßnahmen im Rahmen des § 96 BVFG oder von grenzüberschreitenden Maßnahmen. Empfänger sind Museen, Universitäten, Bibliotheken etc.

685 90

Förderung von kulturellen Aufgaben, Kunst- und Forschungsförderung nach § 96 BVFG sowie grenzüberschreitenden Maßnahmen. Gefördert werden Einrichtungen und Organisationen (z. B. Nordost-deutsches Kulturwerk und Künstlergilde, Landesverband Niedersachsen e. V.), die entsprechende Aufgaben im Kunst- und Forschungsbereich wahrnehmen sowie inländische und grenzüberschreitende Maßnahmen im kulturellen Bereich.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0304 Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 61-9	133	Gebühren für die Nachdiplomierung von Hochschulabsolventen		1.000	2.000	–1.000	2
113 01-8	133	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		2.200	1.000	+1.200	—
119 06-7	133	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		400	—	+400	—
119 26-1	133	Einnahmen für die Verpflegung		514.200	—	+514.200	—
119 31-8	133	Einnahmen aus Veröffentlichungen		4.000	4.000	—	8
119 51-2	133	Vermischte Einnahmen		3.000	1.000	+2.000	2
124 01-0	133	Mieten und Pachten		26.600	6.600	+20.000	8
232 01-7	133	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Ländern		900.000	—	+900.000	—
256 01-3	133	Sonstige Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	—
271 01-2	133	Erstattungen von Lehrgangskosten		104.000	104.000	—	124
A U S G A B E N							
422 01-0	133	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten <i>***In Höhe der hier für die Rektorin bzw. den Rektor veranschlagten Haushaltsmittel für Stellsenzzulagen und Dienstaufwandsentschädigungen können im Bedarfsfall in den Kapiteln 03 20, 04 08 oder 11 15 entsprechende Mehrausgaben geleistet werden.</i>	—	14.520.500	1.789.100	+12.731.400	1.347
422 19-3	133	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-0	133	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	325
425 03-6	133	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 41-9	133	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	62.300	—	+62.300	—
426 01-6	133	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	—
426 03-2	133	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 41-5	133	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
426 51-2	133	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	200	—	+200	—
427 01-2	133	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	21.600	1.000	+20.600	—
427 21-7	133	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	—	—	—	—	—
427 31-4	133	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	620.300	160.000	+460.300	102
453 01-3	133	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	30.000	—	+30.000	4
453 11-0	133	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	1.297.200	80.000	+1.217.200	51
511 01-3	133	Geschäftsbedarf	—	58.700	11.000	+47.700	16
512 01-0	133	Bücher und Zeitschriften	—	68.400	1.500	+66.900	1
513 01-6	133	Post- und Fernmeldegebühren	—	74.200	12.100	+62.100	14
515 01-9	133	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	30.500	6.000	+24.500	4

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeiner Vermerk:

Der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege wird als eigenständige Fachhochschule für den öffentlichen Dienst zur Sicherung der Bedarfsausbildung von Anwärterinnen und Anwärtern des gehobenen Dienstes in den Fachbereichen „Allgemeine Verwaltung“, „Polizei“, „Steuerverwaltung“ und „Rechtspflege“ geführt. Auf dieser Grundlage werden hochschulgerechte Strukturen in Verwaltung (gemeinsamer Haushalt, Einheitsverwaltung) und Lehrkörper (Einrichtung von Professorenstellen) geschaffen.

In Folge dessen werden die bisher fachbereichsbezogenen in den Kapiteln 03 04, 03 20, Einzelplan 04 (04 08) und Einzelplan 11 (Kapitel 11 15 sowie teilweise Kapitel 11 01 und 11 02) veranschlagten Haushaltsmittel und Stellen nunmehr zusammengefasst und ab 2001 zentral im Kapitel 03 04 ausgebracht.

Zusammensetzung der Ansätze nach Hauptgruppen

	Fachbereich				Zusammen in DM
	„Allgemeine Verwaltung“ und Rektorat (aus 03 04) in DM	„Polizei“ (aus 03 20) in DM	„Steuerverw.“ (aus 04 08) in DM	„Rechts- pflege“ (aus 11 15, 11 01, 11 02) in DM	
1 eigene Einnahmen	13 600	5 400	524 400	8 000	551 400
2 Übertragungseinnahmen	104 000	—	—	900 000	1 004 000
3 vermögenswirksame und sonstige Einnahmen	—	—	—	—	—
Gesamteinnahmen	117 600	5 400	524 400	908 000	1 555 400
4 persönliche Verwaltungs- ausgaben	2 213 400	7 932 700	4 309 900	2 096 100	16 552 100
5 sächl. Verwaltungsausgaben	291 200	1 079 900	672 700	264 500	2 308 300
6 Übertragungsausgaben	—	3 500	—	—	3 500
7 Bauausgaben	—	—	—	—	—
8 sonst. Ausg. f. Investitionen	60 000	—	87 900	—	147 900
9 besondere Finanzierungs- ausgaben	—	—	—	—	—
Gesamtausgaben	2 564 600	9 016 100	5 070 500	2 360 600	19 011 800

Die Istergebnisse 1999 sind in den jeweiligen Ursprungskapiteln nachgewiesen.

Sonderkosten für Polizeivollzugs- und Verwaltungsbeamte/-innen, die der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege angehören, sind weiterhin im Haushalt der Landespolizei – 03 20 – mit veranschlagt. Dazu gehören:

- a) Kosten für das Fernsprechnetz der Polizei 513 01 u. TGr. 69
- b) Haltung von Dienstkraftfahrzeugen 514 01
- c) Bewegungsgelder für Polizeivollzugsbeamte/-innen im Kriminaldienst 527 04
- d) Kosten für Sportzwecke TGr. 62
- e) Heilfürsorge TGr. 64
- f) Bekleidungszuschuss für Polizeivollzugsbeamte/-innen im Kriminaldienst TGr. 65
- g) Unterhaltung sowie Ersatz von Bekleidung und Ausrüstung
- h) Kosten für Aus- und Fortbildung TGr. 67
- i) Kosten für Waffen und Munition TGr. 68

Vgl. Allgemeiner Vermerk zu Kapitel 03 20.

Zu 111 61

Gebühren für die Nachdiplomierung von Fachhochschulabsolventen/-innen.

Zu 113 01

- 1. Geräte 600 DM
- 2. Maschinen 1 000 DM
- 3. Ausstattungsgegenstände 200 DM
- 4. Akten, Drucksachen und dgl. 400 DM

Zusammen 2 200 DM

Zu 119 06

Für Einnahmen aus der Benutzung landeseigener Geräte usw.

Zu 119 26

Im Fachbereich Steuerverwaltung:

Einnahmen aus der entgeltlichen Bereitstellung von Frühstück und Mittagsverpflegung für Beamte/-innen auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und für Aufstiegsbeamte/-innen während der Einführungszeit sowie für sonstige Personen.

Im Fachbereich Rechtspflege ist der Betrieb der amtlichen Küche im Haushaltsjahr 2000 eingestellt worden.

Zu 119 31

Einnahmen aus dem Verkauf von Leitfäden.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	26 600 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	— DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	— DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	— DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	— DM
Zusammen	26 600 DM

Zu 232 01

Verlagert von Kapitel 11 15.

In der Niedersächsischen Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege – Fachbereich Rechtspflege – werden Rechtspflegeranwärter/-innen der Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg ausgebildet. Die Ausgaben der Fachhochschule tragen die Länder anteilig nach bestimmten Schlüsseln.

Weniger Erstattungen von Verwaltungsausgaben infolge des Rückgangs der Anwärterzahlen der anderen Länder und des Wegfalls der Erstattungen für die unentgeltliche Verpflegung nach Schließung der Kantine.

Zu 271 01

Erstattung der Lehrgangskosten für Bedienstete anderer Körperschaften des öffentlichen und privaten Rechts.

Zu 422 01, 425 01, 425 03, 426 01 und 426 03

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 163,05 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	117,75	117,75	—	118
Angestellte	33,10	32,60	0,50	33
Lohnempfänger/-innen	12,20	9,00	3,20	9
Insgesamt	163,05	159,35	3,70	160

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 14 520 500 DM

Es sind veranschlagt

1. Dienstaufwandsentschädigung	1 500 DM
Das im Dienste des Landes Niedersachsen stehende Mitglied der Professorengruppe, das gem. § 17 Abs. 1 der Verordnung über die Nds. Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege vom Senat zur Rektorin/zum Rektor gewählt wird, erhält für die Dauer der Amtsperiode eine Dienstaufwandsentschädigung von 125 DM monatlich (jährlich: 1 500 DM).	
2. Lehrzulagen*)	
a) für 4 (1) Stelleninhaber/-innen	6 000 DM
mtl. 125 DM – jährl. 1 500 DM –	
b) für 85 (13) Stelleninhaber/-innen	95 625 DM
mtl. 93,75 DM – jährl. 1 125 DM –	
Zusammen	103 125 DM
rd.	103 200 DM

*) Die Lehrzulagen für hauptamtliche Lehrkräfte gelten gem. Abschn. I Nr. 4 des RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Im Personalkostenbudget sind Haushaltsmittel enthalten für 1 (1) ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte – davon 1 (1) für das Frauenbüro – und 6 (–) ständige nicht voll beschäftigte Arbeiter/-innen – davon 4 (–) Kräfte im Reinigungsdienst –, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	14 520 500
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	761 700
43	Versorgungsbezüge	3 533 400
44	Beihilfen, Unterstützungen	1 017 900
45	Personalbezogene Sachausgaben	1 327 200
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	402 200
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—

Summe der Personalausgaben im Kapitel 21 562 900

Zu 427 01

Für die Beschäftigung von Aushilfskräften im Reinigungs- und Küchendienst für unvermeidliche Urlaubs- und Krankheitsvertretung.

Zu 427 31

1. Lehrvergütungen für nebenamtliche Lehrkräfte	540 000 DM
2. Prüfungsvergütungen für die Mitglieder der Prüfungsausschüsse	80 300 DM
Zusammen	620 300 DM

Zu 1.:

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte/-innen, Richter/-innen und Angestellte des Landes richtet sich nach den auf Grund des RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 75 DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 2.:

25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die Vergütungen für Prüfungen nach dem Steuerbeamten-Ausbildungsgesetz sind bei Kapitel 04 05 ausgebracht.

Zu 453 11

Hier sind die Umzugskostenvergütungen und Trennungsgeld für Beamte/-innen auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und für Aufstiegsbeamte während der Einführungszeit veranschlagt.

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	22 600 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	25 800 DM
3. Bekanntmachungen	400 DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	9 900 DM
Zusammen	58 700 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	26 700 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	31 100 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	8 700 DM
4. Buchbinderkosten	1 900 DM
Zusammen	68 400 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	27 200 DM
2. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	29 500 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	8 500 DM
4. Einmalige Gebühren für die Verlegung usw. von Fernmeldeanlagen	600 DM
5. Hörfunk- und Fernsehgebühren	8 400 DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	— DM
Zusammen	74 200 DM

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0304 Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
515 02-7	133	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	49.200	11.000	+38.200	5
516 01-5	133	Dienst- und Schutzkleidung	—	7.600	—	+7.600	—
517 01-1	133	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	122.700	13.000	+109.700	15
517 19-4	133	Reinigungskosten	—	129.900	40.000	+89.900	41
517 59-3	133	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	252.700	35.000	+217.700	28
518 01-8	133	Mieten und Pachten	—	543.800	5.000	+538.800	4
519 02-2	133	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	3.900	—	+3.900	—
519 03-0	133	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	8.500	8.000	+500	4
522 01-5	133	Verpflegungskosten für Lehrgangsteilnehmer ** <i>Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO.</i>	—	252.000	—	+252.000	—
522 31-7	133	Kleingeräte	—	4.300	—	+4.300	—
524 02-6	133	Lehr- und Lernmittel	—	307.400	35.000	+272.400	25
525 01-4	133	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	248.200	25.000	+223.200	10
526 01-0	133	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-7	133	Reisekostenvergütungen	—	35.200	4.300	+30.900	4
527 03-3	133	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	2.900	—	+2.900	—
529 01-0	133	Zur Verfügung der Rektorin / des Rektors der Fachhochschule	—	1.000	—	+1.000	—
531 01-4	133	Veröffentlichungen ** <i>Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>	—	3.900	—	+3.900	—
532 01-0	133	Unterkunftsgeräte und Spinnstoffe	—	5.600	—	+5.600	—
546 59-3	133	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	9.400	1.000	+8.400	—
632 01-5	133	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder * <i>Übertragbar.</i>	—	2.500	—	+2.500	—
681 01-6	133	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	1.000	—	+1.000	—
812 13-7	133	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-3	133	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	32.900	—	+32.900	—
981 01-0	990	Abführung an 13 50 - 381 03	—	—	—	—	—
981 03-6	990	Abführung an 1321 - 381 03	—	1.839.500	—	+1.839.500	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Rektorat der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege	(—)	(—)	(31.500)	(–31.500)	(31)
511 61-7	133	Geschäftsbedarf	—	—	4.500	–4.500	10
512 61-3	133	Bücher und Zeitschriften	—	—	1.600	–1.600	2
513 61-0	133	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	9.300	–9.300	8
515 61-2	133	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung von Gebrauchsgegenständen	—	—	1.400	–1.400	7
527 61-0	133	Reisekostenvergütungen	—	—	8.000	–8.000	3
529 61-3	133	Zur Verfügung der Rektorin / des Rektors der Fachhochschule	—	—	1.000	–1.000	1

ERLÄUTERUNGEN

Zu 515 02

1. Dienstzimmerausstattungen	32 000 DM
2. Büromaschinen	9 700 DM
3. Wirtschaftsgeräte	3 300 DM
4. Werkstattausrüstungen	4 200 DM
5. Ausstattung von Amts- und Dienstwohnungen	— DM
Zusammen	49 200 DM

Zu 516 01

Dienst- und Schutzkleidung für Hausarbeiter/-innen (Haus- und Küchenpersonal) sowie für die Bediener von Vervielfältigungseinrichtungen.

Zu 517 01

1. Wassergeld	61 400 DM
2. Grundbesitzabgaben	30 600 DM
3. Bewachungskosten	— DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	8 800 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	21 900 DM
Zusammen	122 700 DM

Zu 518 01

1. Diensträume und -gebäude	500 000 DM
2. Wohnungen und Wohngebäude	— DM
3. Unbebaute Grundstücke	— DM
4. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	43 800 DM
Zusammen	543 800 DM

Zu 519 02

Wartungskosten der betrieblichen Einbauten (Feuermeldeanlagen, Unterrichtsmittschauanlage u. ä.).

Zu 522 01

Im Fachbereich Steuerverwaltung werden Verpflegungskosten (Frühstück und Mittagessen) mit 4,50 DM je Verpflegungsteilnehmer/-in pro Tag veranschlagt.

Die Einnahmen aus der Verpflegung für Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst und für Aufstiegsbeamte/-innen während der Einführungszeit sind bei Titel 119 26 veranschlagt.

Im Fachbereich Rechtspflege ist der Betrieb der amtlichen Küche im Haushaltsjahr 2000 eingestellt worden (vgl. Erl. zu Titel 119 26).

Zu 524 02

1. Lehrbücher	134 500 DM
2. Gerätschaften (einschl. Anschauungsmaterial und Sportgeräte sowie Waffen)	75 200 DM
3. Verbrauchsstoffe und Lernmittel	97 700 DM
Zusammen	307 400 DM

Zu 525 01

1. Ausbildungslehrgänge	208 400 DM
2. Fortbildungsveranstaltungen	27 300 DM
3. Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	12 500 DM
Zusammen	248 200 DM

Zu 3.: auch für Ausbildungsfahrten sowie für die sportliche Betätigung mit Ausnahme der Beschaffung von Sportgeräten nach der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Steuerbeamte/-innen.

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	32 100 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für private Kraftfahrzeuge	3 100 DM
Zusammen	35 200 DM

Zu 632 01

Kosten der Verpflegung und Schulgeld für Lehrgangsteilnehmer/-innen an Lehranstalten und Ausbildungsstätten der anderen Länder.

Zu 812 15

Ersatzbeschaffung:

1 Hörsaalausstattung	32 900 DM

Zu 981 01

Abführung des Versorgungszuschlags an Kapitel 13 50 – 381 03.

Zu 981 03

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61

Verlagert in diverse Titel HGr. 5.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0304 Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
547 61-1	133	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	5.700	-5.700	1
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik	(—)	(203.300)	(44.500)	(+158.800)	(7)
513 99-7	133	Post- und Fernmeldegebühren	—	33.500	31.500	+2.000	—
515 99-0	133	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	37.900	8.000	+29.900	2
518 99-9	133	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—
522 99-6	133	Verbrauchsmittel	—	11.600	5.000	+6.600	3
538 99-0	133	Dienstleistungen Außenstehender	—	5.300	—	+5.300	2
812 99-4	133	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	115.000	—	+115.000	—
Abschluss Kapitel 03 04							
1 Eigene Einnahmen				551.400	14.600	+536.800	
2 Übertragungseinnahmen				1.004.000	104.000	+900.000	
Summe der Einnahmen				1.555.400	118.600	+1.436.800	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	16.552.100	2.030.100	+14.522.000	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	2.308.300	283.900	+2.024.400	
6 Übertragungsausgaben			—	3.500	—	+3.500	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	147.900	—	+147.900	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	1.839.500	—	+1.839.500	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	20.851.300	2.314.000	+18.537.300	
Zuschuss				19.295.900	2.195.400	+17.100.500	
Nachrichtlich:							
Anteil an den Versorgungsausgaben				3.533.400	484.600		
Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil				24.384.700	2.798.600		
Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil				22.829.300	2.680.000		

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 99

Hier sind die Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie für die damit verbundenen Einrichtungen zusammengefasst.

Zu 538 99

Für die Inanspruchnahme von Leistungen des IZN verlagert von Kapitel 04 30.

Für Dienstleistungen des IZN	5 300 DM

Zu 812 99

Firewall	55 000 DM
Ausstattung und Vernetzung	60 000 DM

Zusammen	115 000 DM

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0305 Bezirksregierungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 02-7	012	Säumniszuschläge und Verspätungszuschläge		12.000	12.000	—	4
111 11-6	012	Verwaltungsgebühren		14.506.500	14.506.500	—	14.268
111 13-2	012	Gebühren und Auslagen für Prüfungen der Vergabekammer		100.000	—	+100.000	—
112 01-5	012	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		880.000	880.000	—	612
113 01-1	012	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		6.300	6.300	—	15
119 01-0	012	Einnahmen aus Nebentätigkeit		7.800	7.800	—	10
119 03-6	012	Erstattungen von Prozeßkosten		112.500	112.500	—	123
119 06-0	012	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		1.000	1.000	—	4
119 11-7	012	Einnahmen für Aufträge Dritter		—	—	—	—
119 31-1	012	Einnahmen aus Veröffentlichungen		15.700	15.700	—	17
119 41-9	012	Rückzahlung von Überzahlungen		25.700	19.800	+5.900	28
119 46-0	012	Ersatzleistungen		162.800	167.400	–4.600	130
119 51-6	012	Vermischte Einnahmen		663.300	739.500	–76.200	381
119 54-0	012	Einnahmen nach Schluß des Haushaltsjahres aus Anlaß von Titelverwechslungen		—	—	—	—
124 01-3	012	Mieten und Pachten		132.100	157.600	–25.500	121
132 01-6	012	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		61.000	61.000	—	21
132 11-3	012	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge * Vgl. K-Vermerk zu 811 11.		—	—	—	96
231 01-4	012	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund		100.000	150.000	–50.000	124
256 01-7	012	Sonstige Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	61
256 02-5	012	Sonstige Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit für Schwerbehinderte		—	—	—	—
256 03-3	012	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern		—	—	—	—
271 09-1	012	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch Landesbetriebe und sonstige öffentliche Einrichtungen		903.600	903.600	—	911
271 10-5	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch Dritte * Vgl. K-Vermerk zu 546 01.		—	—	—	555
381 05-9	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		1.186.900	2.581.800	–1.394.900	1.338
382 01-2	990	Durchlaufende Gelder * Vgl. K-Vermerk zu 982 01.		—	—	—	38
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			1.000	–1.000	
		A U S G A B E N					
422 01-4	012	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen	—	174.491.800	176.280.900	–1.789.100	87.656
422 19-7	012	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-6	012	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	1.930.700	2.416.700	–486.000	2.247
422 41-3	012	Anwärterbezüge	—	2.982.000	3.284.200	–302.200	2.113
422 51-0	012	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Es sind vorhanden:

Bezirksregierungen Braunschweig, Hannover, Lüneburg und Weser-Ems.

Zu 03 05 – allgemein:

Bei den Bezirksregierungen werden in sogenannten Fachdezernaten Aufgaben verschiedener Spezialverwaltungen erfüllt, für die haushaltsmäßig besondere Kapitel (Fachkapitel) vorgesehen sind. In diesen Fachkapiteln werden folgende durch die Fachdezernate bei den Bezirksregierungen entstehende Einnahmen und Ausgaben veranschlagt:

- die Ausgaben für die Dienstbezüge und dergl. für das Fachpersonal (Obergruppe 42),
- die Ausgaben für die eigentlichen Fachaufgaben (insbesondere Ausgaben der Gruppe 535, des Titels 812 35 und der Titelgruppen) sowie
- die Einnahmen, die mit den Ausgaben zu a) und b) im ursächlichen Zusammenhang stehen. Dazu gehören nicht die Einnahmen aus „Verwaltungsgebühren“ (Titel 111 11) und „Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten“ (Titel 112 01).

Alle übrigen Einnahmen und Ausgaben für die Fachdezernate werden, um eine einfache und zweckmäßige Mittelbewirtschaftung zu ermöglichen, zusammengefasst im Kapitel 03 05 ausgebracht.

Sonderkosten (Dienstkleidungszuschuss, Kosten der Aus- und Fortbildung, Reisekosten) für das bei den Bezirksregierungen eingesetzte Forstfachpersonal sind im Haushalt der Landesforstverwaltung – Kap. 10 03 – mit veranschlagt.

Die im Bereich des Nationalparks Harz entstehenden Sachkosten des Dezernates 04 der Bezirksregierung Braunschweig sind bei Kapitel 10 04 mit veranschlagt.

Die gemäß § 114 des Vergaberechtsänderungsgesetzes (VgRÄG) einzurichtende Vergabekammer ist bei der Bezirksregierung Lüneburg angesiedelt. Die bisher dafür bei Kapitel 08 01 veranschlagten Haushaltsmittel sind ab 1. 1. 2001 nach Kapitel 03 05 verlagert worden.

Das Niedersächsische Landesjugendamt wurde zum 1. 7. 1999 aufgelöst und ist als Dezernat 407 auf die Bezirksregierung Hannover übergegangen. In Folge dessen sind m. W. vom 1. 1. 2000 folgende Haushaltsmittel mit einer Gesamtsumme von 5 263 900 DM von Kapitel 07 71 nach Kapitel 03 05 verlagert worden:

Titel	Betrag
111 11	1 000 DM
119 51	3 000 DM
422 01	3 414 700 DM
453 01	15 000 DM
511 01	53 900 DM
512 01	10 000 DM
513 01	141 000 DM
514 01	30 000 DM
515 01	12 000 DM
515 02	25 000 DM
517 01	177 500 DM
517 19	50 000 DM
517 59	42 000 DM
518 01	685 000 DM
525 01	25 000 DM
526 01	22 000 DM
527 01	90 000 DM
527 03	3 000 DM
546 59	5 800 DM
811 01	27 000 DM
525 99	25 300 DM
538 99	66 800 DM
547 99	65 200 DM
812 99	273 700 DM

Zu 111 11

Einnahmen aufgrund der VO über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen und Leistungen (Allgemeine Gebührenordnung) vom 5. 6. 1997 (Nieders. GVBl. S.171) in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 111 13

Vgl. Ausgabetitelgruppe 61.

Zu 112 01

Weniger infolge Anpassung an die Ist-Entwicklung der Vorjahre.

Zu 113 01

1. Geräte	— DM
2. Maschinen	— DM
3. Ausstattungsgegenstände	6 300 DM
4. Akten, Drucksachen und dgl.	— DM
Zusammen	6 300 DM

Zu 119 06

Einnahmen aus der Benutzung landeseigener Geräte usw.

Zu 119 31

Einnahmen aus dem Vertrieb der Amtsblätter der Bezirksregierungen.

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	56 600 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	4 500 DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	— DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	3 900 DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	67 100 DM
Zusammen	132 100 DM

Zu 132 01

Vgl. 811 01.

Zu 132 11

Vgl. 811 11.

Zu 231 01

Erstattung von Personal- und Sachausgaben durch den Bund für die Aufgaben der Dezernate für Verteidigungslasten bei den Bezirksregierungen.

Zu 271 09

Erstattungen von Personal- und Sachausgaben für die Wahrnehmung der Kassengeschäfte und Rechnungsprüfung:

1. Braunschweigischer Vereinigter Kloster- und Studienfonds	812 000 DM
2. Klosterkammer Hannover	91 600 DM
3. Sonstiges	— DM
Zusammen	903 600 DM

Zu 271 10

Vgl. 546 01.

Zu 381 05

Erstattung von Personal- und Sachausgaben:

Zuführung von	
03 07 – 981 02	656 800 DM
15 56 – 981 02	530 100 DM
Zusammen	1 186 900 DM

Zu 382 01

Vgl. 982 01.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 422 01, 425 01, 426 01 und 426 03

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 2 432,50 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nach- richtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	1 297,28	1 297,28	—	1 364
Angestellte	1 027,38	1 027,38	—	1 103
Lohnempfänger/ -innen	107,84	92,16	15,68	112
Insgesamt	2 432,50	2 416,82	15,68	2 579

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 174 491 800 DM

Es sind veranschlagt:

1. Dienstaufwandsentschädigungen
 - a) für 4 Regierungspräsidenten/-innen
– je 2 400,— DM – mtl. 200,— DM 9 600 DM
 - b) für 4 Regierungsvizepräsidenten/-innen
– je 1 800,— DM – mtl. 150,— DM 7 200 DM
 2. Lehrzulagen*)
 - a) für 15 (15) Stelleninhaber/-innen
– je 1 500,— DM – mtl. 125,— DM 22 500 DM
 - b) für 9 (9) Stelleninhaber/-innen
– je 562,80 DM – mtl. 46,90 DM rd. 5 065 DM
- | | |
|----------|-----------|
| Zusammen | 44 365 DM |
| rd. | 44 400 DM |

*) Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von mtl. 75 DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Im Personalkostenbudget sind Haushaltsmittel für 22 – kw: 2 – (22 – kw: 2 –) ständige nicht vollbeschäftigte Kräfte im Reinigungsdienst, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft beträgt sowie Haushaltsmittel für 17 – davon 1 bis 31. 12. 2002 – (17) stundenweise beschäftigte Kräfte – davon 16 – davon 1 bis 31. 12. 2002 – (16) Kräfte im Reinigungsdienst – veranschlagt.

Personalausgaben nach Obergruppen:

Ober- gruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	174 491 800
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	6 703 800
43	Versorgungsbezüge	30 655 700
44	Beihilfen, Unterstützungen	12 082 700
45	Personalbezogene Sachausgaben	376 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	4 774 000
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		229 084 000

Zu 422 41

1. Anwärterbezüge, Sonderzuwendungen 2 982 000 DM
 2. Aufwandsentschädigungen — DM
 3. Besondere Zulagen — DM
 4. Unterhaltsbeihilfen für Dienst-
fänger/-innen gem. § 24 Abs. 2 NBG — DM
- | | |
|----------|--------------|
| Zusammen | 2 982 000 DM |
|----------|--------------|

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0305 Bezirksregierungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
425 01-3	012	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	79.657
425 02-1	012	Vergütungen der ständigen , nur teilzeit- beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	371
425 03-0	012	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	52
425 41-2	012	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	872.800	872.800	—	402
425 51-0	012	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	16.500	16.500	—	19
426 01-0	012	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	6.698
426 03-6	012	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	24
426 41-9	012	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
426 51-6	012	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	16.200	18.000	-1.800	4
427 01-6	012	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	78.400	100.000	-21.600	37
427 03-2	012	Vergütungen an Praktikanten/ Praktikantinnen	—	126.000	253.500	-127.500	45
427 31-8	012	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	140.000	140.000	—	93
427 39-3	012	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	59.900	64.200	-4.300	60
453 01-7	012	Trennungsgeld für abgeordnete oder ver- setzte Bedienstete und Umzugskostenver- gütungen	—	364.200	369.200	-5.000	287
453 11-4	012	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbil- dungslehrgängen	—	11.800	14.100	-2.300	2
511 01-7	012	Geschäftsbedarf ***Ausgaben, die hier zunächst für Organi- sationseinheiten der Bezirksregierungen, denen für besondere Fachaufgaben eigene Ausgaben zur Verfügung stehen, und in Einzelfällen für andere Landesbehörden geleistet und erstattet werden, sind, sofern keine besonderen Einnahmetitel ausgebracht sind, durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen. Minderausgaben bei den sächlichen Ver- waltungs Ausgaben nach § 11 Abs. 1 Satz 1 HG, die sich bei den Bezirksregierungen ergeben, wachsen den Ansätzen des nächsten Haushaltsjahres zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden.	—	1.471.000	1.417.100	+53.900	1.035
512 01-3	012	Bücher und Zeitschriften	—	713.400	644.900	+68.500	755
513 01-0	012	Post- und Fernmeldegebühren	—	4.674.900	4.429.400	+245.500	4.101
514 01-6	012	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	449.800	347.000	+102.800	369
515 01-2	012	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	305.200	277.600	+27.600	299
515 02-0	012	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	1.193.200	1.138.200	+55.000	1.476
516 01-9	012	Dienst- und Schutzkleidung	—	9.000	9.000	—	9
516 03-5	012	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	—	2.000	2.500	-500	0
517 01-5	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	1.513.900	1.295.300	+218.600	1.413
517 19-8	012	Reinigungskosten	—	1.664.700	1.631.700	+33.000	1.467
517 59-7	012	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	2.177.900	2.157.000	+20.900	1.999
518 01-1	012	Mieten und Pachten	—	6.188.900	5.246.100	+942.800	6.048

ERLÄUTERUNGEN

Zu 425 41

Für 167 (167) Auszubildende im Beruf des Verwaltungsfachangeestellten und 20 (13) Auszubildende im Beruf Kauffrau/Kaufmann für Bürokommunikation.

Zu 427 03

Vergütungen für bei den Bezirksregierungen tätige Praktikantinnen und Praktikanten, die bei der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege als externe Bewerberinnen und Bewerber studieren und im Rahmen ihrer Ausbildung auf der Grundlage eines Praktikumsvertrages bei den Bezirksregierungen berufspraktische Abschnitte absolvieren.

Weniger infolge geringerer Anzahl von Praktikantinnen und Praktikanten (Studienabbruch).

Zu 427 31

1. Lehrvergütungen	140 000 DM
2. Prüfungsvergütungen	— DM

Zusammen 140 000 DM

Zu 1.:

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte/-innen, Richter/-innen und Angestellte des Landes richtet sich nach den auf Grund des RdErl. d. MF vom 23. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 75 DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für 41 (42) Landesbedienstete	142 000 DM
2. Umzugskostenvergütungen für 41 (42) Landesbedienstete	222 200 DM

Zusammen 364 200 DM

Zu 453 11

Trennungsgeld	5 900 DM
Fahrtkosten für Auszubildende	5 900 DM

Zusammen 11 800 DM

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	309 000 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	558 900 DM
3. Bekanntmachungen	147 100 DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	456 000 DM

Zusammen 1 471 000 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	196 100 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	421 600 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	80 500 DM
4. Buchbinderkosten	15 200 DM

Zusammen 713 400 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	2 450 000 DM
2. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	1 704 600 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	420 800 DM
4. Einmalige Gebühren für die Ver- legung usw. von Fernmeldeanlagen	17 000 DM
5. Hörfunk- und Fernsehgebühren	7 500 DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	75 000 DM

Zusammen 4 674 900 DM

Zu 514 01

1. Betriebsstoffe	235 300 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	182 600 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	22 900 DM
4. Sonstiges	9 000 DM

Zusammen 449 800 DM

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	42	42	60
Sonderfahrzeuge	22	22	8
Zusammen	64*)	64*)	68**)

	2001		Ist 1.1.2000	
	Pkw	Sonder-***) fahrzeuge	Pkw	Sonder- fahrzeuge
Braunschweig	11	—	7	2
Hannover	17	2	11	7
Lüneburg	12	—	10	3
Weser-Ems	20	6	14	10
Zusammen	60	8	42	22

*) Zugang von 3 Pkw infolge Umsetzung von Kapitel 07 71 in 1999.

**) Die Zuordnung Pkw/Sonderfahrzeuge wurde aktualisiert und Einbeziehung von 4 zusätzlichen Leasingfahrzeugen (Pkw).

***) 1 Kleintraktor (Weser-Ems)
3 Wohnwagenanhänger (Hannover und Weser-Ems)
4 Anhänger (Hannover und Weser-Ems)

Zu 515 02

1. Dienstzimmerausstattungen	843 000 DM
2. Büromaschinen	175 900 DM
3. Wirtschaftsgüter	110 700 DM
4. Werkstattausrüstungen	60 600 DM
5. Ausstattung von Amts- und Dienstwohnungen	3 000 DM

Zusammen 1 193 200 DM

Zu 516 01

Dienst- und Schutzkleidung des feuerwehrtechnischen Personals, der Amtsboten/-innen, des Bedienungspersonals von Vervielfältigungseinrichtungen, Hausarbeiter/-innen, Heizer/-innen, Kraftfahrer/-innen, Pförtner/-innen und Sonstiger.

Zu 517 01

1. Wassergeld	232 200 DM
2. Grundbesitzabgaben	187 100 DM
3. Bewachungskosten	429 700 DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	373 400 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	291 500 DM

Zusammen 1 513 900 DM

Zu 518 01

1. Diensträume und -gebäude	5 565 000 DM
2. Wohnungen und Wohngebäude	82 300 DM
3. Unbebaute Grundstücke	— DM
4. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	541 600 DM

Zusammen 6 188 900 DM

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	4 130 060	—	—	4 130 060
2002	5 605 060	—	—	5 605 060
2003	1 811 420	—	—	1 811 420
2004	1 475 000	—	—	1 475 000
ff.	10 325 000	—	—	10 325 000

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0305 Bezirksregierungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
519 02-6	012	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	12.100	12.100	—	3
519 03-4	012	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	64.000	52.500	+11.500	65
521 01-2	012	Unterhaltung eines Grenzgrabens	—	1.900	2.200	-300	2
522 31-0	012	Kleingeräte	—	1.100	1.100	—	—
524 02-0	012	Lehr- und Lernmittel	—	69.300	74.500	-5.200	67
525 01-8	012	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	558.800	500.000	+58.800	467
526 01-4	012	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1.473.200	1.250.200	+223.000	1.335
527 01-0	012	Reisekostenvergütungen	—	2.177.300	2.078.300	+99.000	2.011
527 03-7	012	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	618.800	615.800	+3.000	543
529 01-3	012	Zur Verfügung der Regierungspräsidenten	—	24.000	24.000	—	24
531 01-8	012	Veröffentlichungen ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.	—	—	—	—	—
536 01-0	215	Beschwerdeverfahren	—	11.000	10.500	+500	10
536 02-8	012	Zeugenentschädigungen	—	2.100	2.100	—	2
537 01-6	012	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	83.100	66.900	+16.200	47
538 01-2	012	Dienstleistungen Außenstehender	—	145.000	145.000	—	155
546 01-5	012	Vermischte drittfinanzierte Verwaltungsausgaben * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 271 10.	—	—	—	—	437
546 59-7	012	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	57.300	21.800	+35.500	36
633 01-5	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Kommunalverwaltungen	—	95.000	110.000	-15.000	93
633 02-3	012	Erstattung von Gerichtskosten an kommunale Gebietskörperschaften	—	48.000	50.000	-2.000	17
681 01-0	012	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen ***Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind bis zur Höhe von 5 000 DM zulässig.	—	44.000	55.000	-11.000	64
681 59-1	012	Sonstige Geldleistungen	—	—	—	—	—
685 01-5	012	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	5.700	4.600	+1.100	4
811 01-0	012	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen ***Die Ansätze der Titel 811 01, 812 13 und 812 15 sowie der Titelgruppe 99 dürfen insgesamt bis zur Höhe der Minderausgaben bei den sächlichen Verwaltungsausgaben nach § 11 Abs.1 Satz 1 HG, die sich bei den Bezirksregierungen ergeben, überschritten werden. Von den Erläuterungen darf insoweit abgewichen werden.	—	218.800	264.200	-45.400	184
811 11-8	012	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.	—	—	—	—	92
812 13-0	012	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen ***Vgl. Vermerk zu 811 01.	—	—	300.000	-300.000	567
812 15-7	012	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen ***Vgl. Vermerk zu 811 01.	—	724.000	405.000	+319.000	630
813 59-5	012	Globalansatz für den Erwerb beweglicher Sachen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 521 01

Unterhaltung des Grenzgrabens zwischen Niedersachsen und Bremen bei Lilienthal.

Zu 522 31

Für Kleingeräte mit einer Wertgrenze bis zu 100 DM.

Zu 524 02

1. Lehrbücher	60 800 DM
2. Gerätschaften	6 500 DM
3. Verbrauchsstoffe	2 000 DM
Zusammen	69 300 DM

Zu 525 01

1. Ausbildungslehrgänge	323 000 DM
2. Fortbildungsveranstaltungen	192 500 DM
3. Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	31 000 DM
4. Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	— DM
5. Erstattung von Prüfungsgebühren	— DM
6. Sonstiger Aufwand	12 300 DM
Zusammen	558 800 DM

Veranschlagt sind für

a) Seminartagungen für Referendare/-innen in der Verwaltungsstation	30 000 DM
b) Kosten für Ausbildungsmaßnahmen und Reisekostenvergütungen an Auszubildende und Angestellte, Reisen zu auswärtigen Ausbildungsstellen, nebendienstlichen Unterricht, regionale Arbeitsgemeinschaften oder Verwaltungslehrgänge	279 400 DM
c) Besichtigungsfahrten	10 100 DM
d) Reise- und sonstige Kosten für Beamte/-innen und Angestellte in Ausbildungsangelegenheiten und im Rahmen der Personalauslese	12 300 DM
e) Reise- und sonstige Kosten für Fortbildungsveranstaltungen	196 000 DM
f) Reise- und sonstige Kosten für Fachtagungen	31 000 DM
Zusammen	558 800 DM

Zu 526 01

1. (Amts)ärztliche und Röntgen-schirmbilduntersuchungen	28 100 DM
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	69 600 DM
3. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus	1 247 000 DM
4. Aufwandsentschädigungen und Auslagenersatz von Beirats- u. a. Ausschussmitgliedern	128 500 DM
Zusammen	1 473 200 DM

Zu 4. sind folgende Kosten vorgesehen:

der Schiedsstellen nach § 110a NBG, Tierschutzkommissionen nach § 15 TierschG, zuständigen Stellen für die Ausbildungsberufe – Schwimmmeistergehilfe/-in – Kartograph/-in im öffentlichen Dienst – Vermessungstechniker/-in – (einschl. Reisekosten, Entschädigungen, Geschäftsbedarf, Druckschriften und Verbrauchsmittel)

sowie die Reisekostenvergütungen

der Mitglieder des Fachausschusses für die Anerkennung von Kurorten, Beisitzer/-innen der nach § 11 der Verordnung über die Vermögensauseinandersetzung zwischen Schulträgern bei gemeinsamen Schulanlagen gebildeten Schiedsstellen, Prüfungsausschüsse für Fahrlehrerprüfungen und Sachkundeprüfungen im Waffenrecht, Prüfungsräte für Luftfahrtpersonal.

Mehr infolge Anpassung an die Ist-Entwicklung der Vorjahre bei den Gerichtskosten sowie den Kosten für die Beschaffung von Heimreisedokumenten.

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	1 518 300 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für private Kraftfahrzeuge	659 000 DM
Zusammen	2 177 300 DM

Mehr infolge Erhöhung der Anzahl der Außenstellen.

Zu 529 01

Hieraus werden u. a. bezahlt: Preise für Sportkämpfe, Turniere usw., Ehrengeschenke bei Jubiläen an außerhalb der Landesverwaltung stehende Personen, Kranzspenden und Nachrufe beim Ableben von Kommunalbeamten/-innen und sonstigen im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten, einmalige Spenden an Vereine usw., Kosten aus Anlass von Empfängen, Dienstbesprechungen und der Verabschiedung von verdienten Bediensteten.

Zu 536 01

1. Kosten für Verfahrensauslagen im Rahmen von förmlichen Besitzzeiweisungs-, Enteignungs- und Entschädigungsfeststellungsverfahren	9 000 DM
2. Kosten für Verfahrensauslagen im Rahmen von Genehmigungsverfahren gem. § 18 Gentechnik gesetz	2 000 DM
Zusammen	11 000 DM

Zu 536 02

Entschädigungen an Zeugen/-innen in Disziplinarverfahren.

Zu 546 01

Zweckgebundene Zuwendungen Dritter zur Umsetzung der Regionalen Innovationsstrategie Weser-Ems (RIS); ein Modellprojekt der EU im Rahmen des Art. 10 des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung. Vgl. 271 10.

Zu 546 59

1. Für katasteramtliche Vermessungskosten und für sonstige nicht aufteilbare Sachkosten	12 200 DM
2. Nach der Verordnung über Luftfahrtpersonal vom 9. 1. 1976 (BGBl. I, S. 53) sind für die Gültigkeit des Luftfahrtscheines Flugstunden nachzuweisen. Die für Flugbetriebskontrolleure bei den Bezirksregierungen Braunschweig und Oldenburg entstehenden Kosten sind mit	13 200 DM
3. Für nicht aufteilbare Kosten im Zusammenhang mit dem Modellprojekt Identitätsaufklärung (Dezernat 301b bei den Bezirksregierungen Braunschweig und Weser-Ems) veranschlagt.	31 900 DM
Zusammen	57 300 DM

Zu 633 01

Erstattung von Dienstbezügen für die Abordnung von juristischen Nachwuchskräften oder sonstigen Bediensteten von der Kommunalverwaltung an die Bezirksregierungen.

Zu 681 59

Ausgleich nicht mehr abzuwickelnder Vorschüsse und Verwahrungen.

Zu 811 01

	Listenpreis einschl. MwSt. DM	Sonderaus- stattung u. a. DM	Gesamt- preis DM
1. Neubeschaffung:			
1 Transporter Kombi	38 500	13 500	52 000
2. Ersatzbeschaffungen:			
5 Pkw (ca. 1800 ccm)	159 800	7 000	166 800
Zusammen			218 800

Sonderausstattungen:

u.a.: Radio, Dreipunkt-Automatikgurte für alle Sitze, ABS, Halogen-Nebelscheinwerfer, Handylvorbereitung mit Freisprechanlage, Heckscheiben-Wisch-Waschanlage mit Intervallschaltung, Standheizung, Klimaanlage, Feuerlöscher 2 kg und Halterung, Verbandskasten, Warndreieck, Airbags, Fahrersitz mit Lordosstütze.

Zur Aussonderung gelangen folgende Fahrzeuge:

4 x 210 000 km, 6 x 230 000 km voraussichtliche Fahrleistung im Zeitpunkt der Aussonderung. 5 Kfz werden durch Leasingfahrzeuge ersetzt.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 811 11

Dienstfahrzeuge für die Regierungspräsidentinnen/die Regierungspräsidenten.

Zu 812 15

Ersatzbeschaffungen:

Zusammentragmaschine	97 000 DM
2 Kälteaggregate	152 000 DM
Küchengeräte und Ausstattungsgegenstände	155 000 DM
Fahrbare Regalanlage	150 000 DM
Schwerlastregal	70 000 DM
Arbeitsplatzausstattungen	100 000 DM
Zusammen	724 000 DM

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0305 Bezirksregierungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
981 01-3	990	Abführung an 13 02 - 381 02 zur Refinan- zierung des Grundstocks	—	42.000	42.000	—	42
981 03-0	990	Abführung an 1321 - 381 03	—	13.838.100	—	+13.838.100	—
982 01-0	990	Durchlaufende Gelder * <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 01.</i>	—	—	—	—	47
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Kosten der Vergabekammer	(—)	(100.000)	(—)	(+100.000)	(—)
427 61-0	012	Entschädigung der Beisitzer	—	10.000	—	+10.000	—
538 61-6	012	Dienstleistungen Außenstehender	—	80.000	—	+80.000	—
547 61-5	012	Nichtaufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	10.000	—	+10.000	—
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik ***Vgl. Vermerk zu 811 01.	(—)	(10.784.300)	(9.994.700)	(+789.600)	(8.255)
427 99-7	012	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
512 99-4	012	Bücher und Zeitschriften	—	13.300	13.300	—	14
513 99-0	012	Post- und Fernmeldegebühren	—	149.600	149.600	—	21
515 99-3	012	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	4.380.000	3.094.700	+1.285.300	5.442
518 99-2	012	Mieten und Pachten	—	12.400	12.400	—	19
519 99-9	012	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	—	—	—	—
522 99-0	012	Verbrauchsmittel	—	1.079.800	1.248.400	-168.600	353
525 99-9	012	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	286.300	261.000	+25.300	167
538 99-3	012	Dienstleistungen Außenstehender	—	2.324.700	4.035.000	-1.710.300	1.538
547 99-2	012	Nicht aufteilbare Verwaltungsausgaben	—	65.200	—	+65.200	—
711 99-7	012	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 99-8	012	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	2.473.000	1.180.300	+1.292.700	699
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		2.000	-2.000	
		Abschluss Kapitel 03 05					
		1 Eigene Einnahmen		16.686.700	16.687.100	-400	
		2 Übertragungseinnahmen		1.003.600	1.054.600	-51.000	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		1.186.900	2.581.800	-1.394.900	
		Summe der Einnahmen		18.877.200	20.323.500	-1.446.300	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	181.100.300	183.830.100	-2.729.800	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	34.064.200	32.269.200	+1.795.000	
		6 Übertragungsausgaben	—	192.700	219.600	-26.900	
		7 Bauausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	3.415.800	2.149.500	+1.266.300	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	13.880.100	42.000	+13.838.100	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	232.653.100	218.510.400	+14.142.700	
		Zuschuss		213.775.900	198.186.900	+15.589.000	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		30.655.700	30.310.200		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		263.308.800	248.820.600		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		244.431.600	228.497.100		

ERLÄUTERUNGEN

Zu 981 01

Abführung zur Refinanzierung des Grundstocks wegen der Nutzung der Cambridge-Dragoner-Kaserne in Celle (bis zum 31. 12. 2008).

Zu 981 03

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu 982 01

Finanzielle Abwicklung des im Rahmen einer EU-Initiative von verschiedenen kommunalen Trägern durchgeführten Projekts eines Radwanderweges um die Nordsee. Die Beiträge der deutschen Projektteilnehmer werden von der Bezirksregierung Weser-Ems abgeführt.

Vgl. 382 01.

Zu Titelgruppe 61

Verlagert von Kapitel 08 01.

Kosten für die gemäß § 114 des Vergaberechtsänderungsgesetzes (VgRÄG) einzurichtenden Vergabekammern. Für die Amtshandlungen der Vergabekammern werden Kosten (Gebühren und Auslagen) erhoben, die die voraussichtlichen Aufwendungen decken werden Vgl. Titel 111 13.

Zu Titelgruppe 99

Hier sind die Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie damit verbundene Einrichtungen zusammengefasst.

Mehr wegen der Erhöhung der Anzahl der Arbeitsplatzcomputer durch verschiedene Projekte der Verwaltungsreform.

513 99

Leitungskosten und Anschlussgebühren.

515 99

Für die Wartung der Geräte, Beschaffung von Software und Geräten.

518 99

Mietkosten für Geräte.

522 99

Für Disketten, Endlospapier, Farbbänder und dergl.

525 99

Aus- und Fortbildung der Bediensteten in der Datenverarbeitung.

538 99

Weniger in Anpassung an die Ist-Entwicklung unter Berücksichtigung der Verlagerung von Kapitel 04 30 für die Inanspruchnahme von Leistungen des IZN und von Kapitel 07 71.

Für Dienstleistungen des IZN 1 600 000 DM.

Zu 812 99

Ersatzbeschaffungen:

Arbeitsplatzcomputer, Monitore, Drucker	1 200 000 DM
Software updates	400 000 DM
Server und Plattenstapel	238 000 DM
Sternkoppler	140 000 DM
Firewall	30 000 DM
Einsatz GIS-Server incl. Software	150 000 DM
Akt. Netzcomponenten, Cabletron Switches	200 000 DM
Unterbrechungsfreie Stromversorgung Serverraum	40 000 DM
Exchange-Email-Server	75 000 DM

Zusammen 2 473 000 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 11-0	012	Verwaltungsgebühren		—	1.000	-1.000	0
113 01-5	012	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		—	1.000	-1.000	1
119 24-2	012	Einnahmen für Unterkunft im Studien- institut		—	1.800	-1.800	3
119 26-9	012	Einnahmen für Verpflegung im Studien- institut		—	24.200	-24.200	28
119 27-7	012	Einnahmen für Unterkunft und Verpflegung in Bad Münster		—	55.000	-55.000	44
119 31-5	012	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	—	—	—
119 41-2	012	Rückzahlungen von Überzahlungen		—	—	—	—
124 01-7	012	Mieten und Pachten		—	16.400	-16.400	15
251 01-9	012	Zuweisungen vom Bund für die Vergabe von Stipendien * Vgl. K-Vermerk zu 681 52.		—	15.000	-15.000	6
271 01-0	012	Erstattungen von Lehrgangskosten		—	185.000	-185.000	226
		A U S G A B E N					
422 01-8	012	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	—	1.722.600	-1.722.600	1.066
422 19-0	012	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-7	012	Vergütungen der Angestellten ***Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung zu Ziffer 2 verbindlich.	—	—	—	—	626
426 01-3	012	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	61
426 03-0	012	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiter/Arbeiterinnen	—	—	—	—	128
426 41-2	012	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
427 01-0	012	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	2.000	-2.000	4
427 31-1	012	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	—	203.700	-203.700	129
453 01-0	012	Trennungsgeld für abgeordnete oder ver- setzte Bedienstete und Umzugskostenver- gütungen	—	—	—	—	16
511 01-0	012	Geschäftsbedarf	—	—	20.000	-20.000	16
512 01-7	012	Bücher und Zeitschriften	—	—	3.500	-3.500	3
513 01-3	012	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	32.000	-32.000	37
515 01-6	012	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	5.000	-5.000	4
515 02-4	012	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	20.000	-20.000	41
517 01-9	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	24.300	-24.300	24
517 19-1	012	Reinigungskosten	—	—	13.800	-13.800	12
517 59-0	012	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	54.700	-54.700	57
518 01-5	012	Mieten und Pachten	—	—	7.000	-7.000	7
519 03-8	012	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	5.000	-5.000	6
522 01-2	012	Verpflegungskosten für in der Schule ein- genommenen Mahlzeiten	—	—	21.200	-21.200	19

ERLÄUTERUNGEN

Die Haushaltsmittel und Stellen des Kapitels 03 06 sind wegen der Budgetierung des Haushalts des Studieninstituts ab 1. 1. 2001 wie folgt in das Kapitel 03 14 verlagert:

Kapitel 03 06	Ansatz 2000	Kapitel 03 14
Titel	DM	Titel
111 11	1 000	
113 01	1 000	
119 24	1 800	
119 26	24 200	119 51
119 27	55 000	
119 31	—	
119 41	—	
124 01	16 400	
251 01	15 000	251 01
271 01	185 000	271 01
Summe der Einnahmen	299 400	
422 01	1 722 600	
425 01	—	
426 01	—	429 01
426 03	—	
426 41	—	
427 01	2 000	
427 31	203 700	427 31
453 01	—	429 01
511 01	20 000	
512 01	3 500	
513 01	32 000	
515 01	5 000	
515 02	20 000	
517 01	24 300	
517 19	13 800	
517 59	54 700	
518 01	7 000	
519 03	5 000	
522 01	21 200	546 59
522 02	30 600	
522 31	1 000	
524 02	13 000	
525 01	50 500	
525 02	892 600	
525 03	621 500	
526 01	1 000	
527 01	6 000	
532 01	50 100	
533 01	29 000	
546 59	1 000	
681 52	15 000	681 52
711 01	800 000	711 01
812 13	—	813 59
812 15	—	
981 01	—	981 03
513 99	—	
515 99	16 100	
518 99	—	546 59
522 99	1 200	
538 99	—	
812 99	—	813 59
Summe der Ausgaben	4 663 400	

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0306 Studieninstitut des Landes Niedersachsen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
522 02-0	012	Verpflegungskosten für außerhalb der Schule eingenommenen Mahlzeiten	—	—	30.600	-30.600	55
522 31-4	012	Kleingeräte	—	—	1.000	-1.000	0
524 02-3	012	Lehr- und Lernmittel	—	—	13.000	-13.000	19
525 01-1	012	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	50.500	-50.500	36
525 02-0	012	Kosten für Verpflegung und Unterbringung der Teilnehmer an Ausbildungslehrgängen	—	—	892.600	-892.600	599
525 03-8	012	Fortbildungsveranstaltungen, zentrale Lehrgänge an Heimvolkshochschulen	—	—	621.500	-621.500	518
526 01-8	012	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	1.000	-1.000	3
527 01-4	012	Reisekostenvergütungen	—	—	6.000	-6.000	11
532 01-8	012	Unterkunftsgeräte und Spinnstoffe	—	—	50.100	-50.100	13
533 01-4	012	Eignungsprüfungen für Angestelltenlehrgänge	—	—	29.000	-29.000	23
546 59-0	012	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	1.000	-1.000	1
681 52-8	012	Stipendien an begabte Absolventen / Absolventinnen einer anerkannten Berufsausbildung nach den Richtlinien des Bundes * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 251 01.	—	—	15.000	-15.000	6
711 01-0	012	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	800.000	-800.000	724
812 13-4	012	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-0	012	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
981 01-7	990	Abführung an 13 50 - 381 03	—	—	—	—	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik	(—)	(—)	(17.300)	(-17.300)	(21)
513 99-4	012	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	—	—	—
515 99-7	012	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	—	16.100	-16.100	16
518 99-6	012	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—
522 99-3	012	Verbrauchsmittel	—	—	1.200	-1.200	5
538 99-7	012	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	0
812 99-1	012	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0306 Studieninstitut des Landes Niedersachsen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 03 06					
		1 Eigene Einnahmen		—	99.400	–99.400	
		2 Übertragungseinnahmen		—	200.000	–200.000	
		Summe der Einnahmen		—	299.400	–299.400	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	—	1.928.300	–1.928.300	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	1.920.100	–1.920.100	
		6 Übertragungsausgaben	—	—	15.000	–15.000	
		7 Bauausgaben	—	—	800.000	–800.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	4.663.400	–4.663.400	
		Zuschuss		—	4.364.000	–4.364.000	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		—	337.900		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		—	5.001.300		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil			4.701.900		

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0307 Brandschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
113 01-9	044	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		1.000	1.000	—	0
119 21-1	044	Einnahmen aus der Verpflegung * Vgl. K-Vermerk zu 522 61.		28.200	28.200	—	27
119 24-6	044	Einnahmen der Beschulung von Bediensteten der Berufsfeuerwehren anderer Bundesländer und der Werkfeuerwehren		200.000	200.000	—	196
119 31-9	044	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		—	—	—	13
119 41-6	044	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	—
119 42-4	044	Rückzahlung von Zuweisungen		—	—	—	—
119 51-3	044	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	—	13
119 62-9	044	Einnahmen aus der Tätigkeit der „Prüfstelle für Feuerlöschschläuche“ * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.		30.000	30.000	—	13
124 01-0	044	Mieten und Pachten		56.000	62.000	–6.000	63
132 01-3	044	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		39.000	17.500	+21.500	4
231 01-1	044	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund		480.000	31.500	+448.500	781
381 01-3	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts * Vgl. K-Vermerk zu 883 02.		—	3.500.000	–3.500.000	3.500
Titelgruppe(n)							
TGr. 67		Brandschutz in Häfen und auf Bundeswasserstraßen		(1.000.000)	(—)	(+1.000.000)	(966)
231 67-4	044	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.		1.000.000	—	+1.000.000	966
232 67-0	044	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.		—	—	—	—
233 67-7	044	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Gemeinden * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.		—	—	—	—
A U S G A B E N							
422 01-1	044	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	4.729.000	4.743.400	–14.400	2.228
422 19-4	044	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 41-0	044	Anwärterbezüge	—	228.500	268.900	–40.400	130
425 01-0	044	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	893
425 41-0	044	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
425 51-7	044	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	2.000	1.000	+1.000	2
426 01-7	044	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	1.134
426 41-6	044	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
426 51-3	044	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.000	1.000	—	0
427 01-3	044	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	45.000	55.000	–10.000	52
427 39-0	044	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	12.700	–12.700	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeiner Vermerk:

Das Land Niedersachsen ist nach dem „Gesetz über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren“ vom 8. 3. 1978 – Nieders. GVBl. S. 233 in der z. Zt. geltenden Fassung – Träger der zentralen Aufgaben des Brandschutzes und der Hilfeleistung.

Gem. § 25 Abs. 2 und 3 NBrandSchG ist das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer für Brandschutzaufgaben zu verwenden.

Das Land erhält gem. § 25 NBrandSchG einen Anteil aus dem Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer zur Deckung seiner Aufwendungen für Aufgaben des Brandschutzes.

Die Ausgaben für die im Geschäftsbereich des MI ressortierenden Brandschutzaufgaben – u. a. Aufwendungen für die Landesfeuerweherschulen Celle und Loy, für die Brandbekämpfung aus der Luft, für den Brandschutz in Häfen und auf Bundeswasserstraßen, für die Bezirksbrandmeister/-innen und für sonstige zentralen Aufgaben des Brandschutzes – sind in den Kapiteln 03 07 und 20 31 veranschlagt.

Das Feuerschutzsteueraufkommen wird abzüglich des Landesanteils gem. § 25 NBrandSchG an Landkreise und Gemeinden ausschließlich für Zwecke des Brandschutzes verteilt.

Für 2001 wird ein Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer in Höhe von rd. 61 Mio. DM geschätzt – vgl. 13 01 – 059 01 –.

Für Brandschutzaufgaben des Landes sind folgende Mittel veranschlagt:

a) Laufende Aufwendungen der Landesfeuerweherschulen Celle und Loy	7,15 Mio. DM
b) Sonstige Sachausgaben	0,1 Mio. DM
c) Zuweisungen an die Länder	0,1 Mio. DM
d) Zuschüsse	0,2 Mio. DM
e) Ausgaben für Bezirksbrandmeister/-innen	0,2 Mio. DM
f) Brandbekämpfung aus der Luft	0,3 Mio. DM
g) Brandschutz in Häfen und auf Bundeswasserstraßen	4,0 Mio. DM
h) Um- und Erweiterungsbau Loy	— Mio. DM
i) Um- und Erweiterungsbau Celle	— Mio. DM
j) Abführungen von Personal- und Sachkosten	1,6 Mio. DM
k) Zuweisungen an Landkreise und Gemeinden für besondere Zwecke	1,6 Mio. DM
Zusammen	15,25 Mio. DM

Zu 113 01

1. Geräte	— DM
2. Maschinen	— DM
3. Ausstattungsgegenstände	1 000 DM
4. Akten, Drucksachen und dgl.	— DM
Zusammen	1 000 DM

Zu 119 21

Teilnahme von Schulbediensteten sowie von anderen Personen – außer Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmern – an der Schulküchenverpflegung.

Zu 119 24

Lehrgangskosten für Angehörige nieders. Werksfeuerwehren und für Angehörige von Feuerwehren anderer Länder zuzügl. Verpflegungskosten (vgl. 522 61).

Zu 119 62

Prüfgebühren gemäß der VO über die Gebühren für die Prüfung von Feuerlöschschläuchen vom 16. 9. 1999 (Nieders. GVBl. S. 344).

Vgl. Ausgabetitelgruppe 62/98.

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	23 000 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	16 000 DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	— DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	— DM
5. Sonstige Mieten und Pachten (Kantine)	17 000 DM
Zusammen	56 000 DM

Zu 132 01

Vgl. 811 04.

Zu 231 01

Mehr wegen Änderung des Erstattungsverfahrens des Bundes für die an den LFS durchgeführte integrierte Ausbildung (Ausbildung für den Bundesanteil des KatS).

Titelgruppe 67

Vgl. Ausgabetitelgruppe 67.

231 67

Veranschlagung der Erstattungen des Bundes für vom Land verauslagte Kosten (des Bundes und des Landes) aufgrund der mit den Hafenstädten geschlossenen Vereinbarungen.

Zu 381 01

Da das Feuerschutzsteueraufkommen ausschließlich für Brandschutzaufgaben zu verwenden ist, sind die an das Kapitel 20 31 für Baumaßnahmen an den Nds. Landesfeuerweherschulen Celle und Loy abgeführten Haushaltsmittel, die die tatsächlichen Ausgaben übersteigen, dem Kapitel 03 07 wieder zuzuführen.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 68,10 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	36,00	36,00	—	39
Angestellte	13,10	13,10	—	13
Lohnempfängern/-innen	19,00	19,00	—	19
Insgesamt	68,10	68,10	—	71

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 4 729 000 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	4 729 000
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	311 300
43	Versorgungsbezüge	891 600
44	Beihilfen, Unterstützungen	78 400
45	Personalbezogene Sachausgaben	23 500
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	132 800
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		6 166 600

Zu 427 01

Für die zeitweilige Beschäftigung von Aushilfs- und Vertretungskräften.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0307 Brandschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
441 02-4	044	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Beamtinnen und Beamte	—	73.500	29.600	+43.900	69
441 03-2	044	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Angestellte	—	1.300	1.300	—	0
441 04-0	044	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.000	—	+1.000	1
443 01-9	044	Fürsorgemaßnahmen, insbesondere bei Dienstunfällen	—	1.000	1.000	—	1
443 04-3	044	Heilfürsorge für Beamtinnen und Beamte des Feuerwehrdienstes, die im Brandbekämpfungs- und Hilfeleistungsdienst stehen	—	1.600	1.600	—	2
453 01-4	044	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	15.000	15.000	—	19
453 11-1	044	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	8.500	8.500	—	—
511 01-4	044	Geschäftsbedarf ***Die im HG zugelassene gegenseitige Deckungsfähigkeit der sächlichen Verwaltungsausgaben ist für das Kapitel nicht anzuwenden. Die Titel der HGr. 5 - mit Ausnahme der Ausgaben in Titelgruppen - des Kapitels sind gegenseitig deckungsfähig.	—	20.000	20.000	—	20
512 01-0	044	Bücher und Zeitschriften	—	7.200	7.200	—	5
513 01-7	044	Post- und Fernmeldegebühren	—	40.000	48.200	-8.200	27
514 01-3	044	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	9.500	9.500	—	5
514 06-4	044	Unterhaltung der Feuerwehrfahrzeuge und Kraftspritzen einschließlich der feuerwehrtechnischen Ausrüstung	—	73.000	71.000	+2.000	62
515 01-0	044	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	18.500	18.500	—	13
515 02-8	044	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	55.500	43.500	+12.000	63
516 01-6	044	Dienst- und Schutzkleidung	—	4.400	4.400	—	4
516 02-4	044	Dienst- und Schutzkleidung für das Fachpersonal	—	30.200	24.000	+6.200	53
517 01-2	044	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	97.000	105.000	-8.000	73
517 19-5	044	Reinigungskosten	—	350.000	281.000	+69.000	326
517 59-4	044	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	240.000	271.000	-31.000	231
518 01-9	044	Mieten und Pachten	—	10.000	6.000	+4.000	16
519 01-5	044	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	207.000	207.000	—	277
519 02-3	044	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	18.000	18.000	—	25
519 03-1	044	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	20.000	28.000	-8.000	16
522 51-2	044	Rohstoffe für Werkstätten	—	8.800	8.400	+400	6
522 52-0	044	Verbrauchsmittel	—	18.500	18.500	—	10
524 02-7	044	Lehr- und Lernmittel	—	30.000	36.500	-6.500	19
525 01-5	044	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	41.200	31.200	+10.000	40
526 01-1	044	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	4.000	4.000	—	11
527 01-8	044	Reisekostenvergütungen	—	5.000	5.000	—	3

ERLÄUTERUNGEN

Zu 443 04

Referendare/-innen und Anwärter/-innen haben gem. § 230 Abs. 1 i. V. m. § 224 Abs. 3 NBG Anspruch auf freie Heilfürsorge, wenn sie als Beamte/Beamtinnen des Feuerwehrdienstes im Brandbekämpfung- und Hilfeleistungsdienst stehen.

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für 10 (10) Landesbedienstete	15 000 DM
2. Umzugskostenvergütung für — (–) Landesbedienstete	— DM
Zusammen	15 000 DM

Zu 453 11

Für das Lehr- und Ausbildungspersonal sowie für Auszubildende.

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	10 000 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	7 000 DM
3. Bekanntmachungen	2 000 DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	1 000 DM
Zusammen	20 000 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	3 900 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	2 000 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	900 DM
4. Buchbinderkosten	400 DM
Zusammen	7 200 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	20 000 DM
2. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	15 000 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	5 000 DM
4. Einmalige Gebühren für die Ver- legung usw. von Fernmeldeanlagen	— DM
5. Hörfunk- und Fernsehgebühren	— DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	— DM
Zusammen	40 000 DM

Zu 514 01

1. Betriebsstoffe	6 500 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	1 600 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	800 DM
4. Sonstiges	600 DM
Zusammen	9 500 DM

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Transporter	2	2	1*)
Kleintraktor mit Zubehör	2	2	2
Gabelstapler mit Zubehör	1	1	1
Kehr- und Saugmaschine mit Zubehör	—	1	1
Zusammen	5	6	5

*) 1 verlagert nach 514 06.

Vgl. 811 01.

Zu 514 06

Betriebsstoffe, Instandsetzungen, Unterhaltung und feuerwehrtechnische Ausrüstung gemäß Beladeplan. Im Rahmen der Zweckbestimmung ist die Ausrüstung der Feuerwehrfahrzeuge regelmäßig zu ergänzen und zu erneuern.

Bestand an Feuerwehrfahrzeugen:

	für 2001 erforderlich		Soll 2000		Ist 1. 1. 2000	
	Celle	Loy	Celle	Loy	Celle	Loy
Löschfahrzeug (LF 8*)	4	4	4	4	4	4
Löschfahrzeug (LF 16)	3	1	3	1	3	1
Tanklöschfahrzeug (TLF 16)	1	1	1	1	1	1
Tanklöschfahrzeug (TLF 8 -S-/TLF 8/18)	1	1	1	1	1	1
Gerätewagen Atem- und Strahlenschutz (GW-A/S)	1	—	1	—	1	—
Gerätewagen (GW-Öl/GW-Z)	1	—	1	—	1	—
Gerätewagen Gefahrgut (GW-G)	1	1	1	1	1	1
Drehleiter (DLK 23-12)	1	—	1	—	1	—
Drehleiter (DL 16-4)	—	1	—	1	—	1
Schlauchwagen (SW 1000/2000)	1	—	1	—	1	—
Rüstwagen (RW 2)	1	1	1	1	1	1
Lastkraftwagen (Lkw) – mit 2-Achsanhänger – Mehrzweckfahrzeug (MZF)	1	—	1	—	1	—
Kommandowagen (KdW)	—	1	—	1	—	1
Einsatzleitwagen (ELW 2)	1	1	1	1	1	1
Tragkraftspritzenfahrzeug (TSF*)	3	1	3	1	3	1
Mannschaftstransport- wagen (MTW)	1 ¹⁾	—	—	—	—	—
Anhänger für Löschwasserbehälter	2	—	2	—	2	—
Feuerwehranhänger für Sondergerät	—	1	—	1	—	1
Pulveranhänger P 250	—	1	—	1	—	1
Zusammen	24	16	23	16	23	16

Veränderungen siehe 811 04.

Die mit *) gekennzeichneten Fahrzeugtypen sind jeweils mit 1 TS 8 bestückt.

¹⁾ Verlagert von 514 01

Vgl. 811 04.

Zu 515 02

1. Dienstzimmersausrüstungen	44 500 DM
2. Büromaschinen	2 000 DM
3. Wirtschaftsgeräte	6 000 DM
4. Werkstattausrüstungen	3 000 DM
Zusammen	55 500 DM

Zu 516 01

Arbeitskleidung für Küchenpersonal.

Zu 516 02

Kosten der Bekleidung und Ausrüstung nach dem Dienstkleidungssoll. Die Mittel dienen der Bereitstellung der vom technischen Personal benötigten Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke sowie der laufenden Unterhaltung und Ergänzung der Kammerbestände.

Zu 517 01

1. Wassergeld	35 500 DM
2. Grundbesitzabgaben	47 000 DM
3. Bewachungskosten	— DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	8 300 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	6 200 DM
Zusammen	97 000 DM

ERLÄUTERUNGEN

Zu 518 01

1. Diensträume und -gebäude	— DM
2. Wohnungen und Wohngebäude	— DM
3. Unbebaute Grundstücke	— DM
4. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	10 000 DM
Zusammen	10 000 DM

Zu 519 01

1. Landeseigene Gebäude	207 000 DM
2. Gemietete oder gepachtete Gebäude	— DM
Zusammen	207 000 DM

Zu 519 02

1. Ersatzteile	7 000 DM
2. Unterhaltung und Ergänzung der Maschinen und Werkzeuge	8 000 DM
3. Ausrüstungsgegenstände (Ersatz)	3 000 DM
Zusammen	18 000 DM

Zu 522 51

1. Schweißmaterial	4 400 DM
2. Sonstiges Material	4 400 DM
Zusammen	8 800 DM

Zu 522 52

1. Schaummittel, Pulver	12 000 DM
2. Übungsbedarf	6 500 DM
Zusammen	18 500 DM

Zu 524 02

1. Lehrbücher, Lehrtafeln, Lichtbildarchiv	20 000 DM
2. Gerätschaften	6 000 DM
3. Verbrauchsstoffe	4 000 DM
Zusammen	30 000 DM

Zu 525 01

1. Ausbildungslehrgänge	34 000 DM
2. Fortbildungsveranstaltungen	4 200 DM
3. Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	3 000 DM
4. Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	— DM
5. Erstattung von Prüfungsgebühren	— DM
6. Sonstiger Aufwand	— DM
Zusammen	41 200 DM

Hierin enthalten sind die Reisekosten, die durch die Teilnahme der Schulbediensteten an feuerwehrtechnischen Lehrgängen, Seminaren und Arbeitstagungen sowie Veranstaltungen der Freiwilligen Feuerwehren entstehen.

Zu 526 01

1. (Amts)ärztliche und Röntgen- schirmbilduntersuchungen	4 000 DM
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungs- kosten für Verwaltungszwecke	— DM
3. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus	— DM
Zusammen	4 000 DM

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	5 000 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für private Kraftfahrzeuge	— DM
Zusammen	5 000 DM

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0307 Brandschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
527 03-4	044	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	2.100	2.100	—	1
531 01-5	044	Veröffentlichungen	—	170.000	170.000	—	200
532 01-1	044	Unterkunftsgeräte und Spinnstoffe	—	57.500	57.500	—	44
533 01-8	044	Fahrkosten und Unkostenbeiträge für Lehrgangsteilnehmer	—	580.000	580.000	—	544
535 01-0	044	Geräte für Fachaufgaben -Unterhaltung-	—	59.000	65.300	-6.300	53
535 02-9	044	Geräte für Fachaufgaben -Ersatz und Ergänzung-	—	65.000	54.900	+10.100	66
538 01-0	044	Dienstleistungen Außenstehender	—	10.000	10.000	—	—
541 02-9	044	Feuerwehrenzeichen	—	40.000	40.000	—	26
546 01-2	044	Durchführung von Leistungswettbewerben der Feuerwehren	—	28.000	26.000	+2.000	30
546 59-4	044	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	3.500	3.500	—	6
652 01-7	179	Zuweisungen an die Länder * <i>Gegenseitig deckungsfähig: 652 01 und 685 51.</i>	—	130.000	230.000	-100.000	111
681 01-7	044	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	1.500	1.500	—	—
685 51-9	044	Sonstige Zuschüsse * <i>Vgl. D-Vermerk zu 652 01.</i>	—	85.000	85.000	—	94
685 52-7	044	Zuschuß an den Landesfeuerwehrverband Niedersachsen e. V.	—	153.500	153.500	—	154
711 01-3	044	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	250.000	400.000	-150.000	308
811 01-8	044	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	144.000	-144.000	89
811 04-2	044	Erwerb von Löschfahrzeugen, Tragkraftspritzen und Sonderfahrzeugen	992.000 —	535.000	490.000	+45.000	509
812 02-2	044	Erwerb von größeren Prüf- und Übungsgeräten	—	13.000	31.000	-18.000	27
812 13-8	044	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-4	044	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	100.000	55.000	+45.000	66
812 19-7	044	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	178
883 01-9	044	Zuweisungen an Landkreise und Gemeinden *** <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden in Höhe des in § 25 Abs. 2 Nds. BrandSchG festgelegten Anteils am Feuerschutzsteueraufkommen zuzüglich der nicht in Anspruch genommenen Mittel des Landesanteils gem. § 25 Abs. 3 Nds. BrandSchG in der jeweils geltenden Fassung sowie der nicht verbrauchten Isteinnahmen des Kapitels, soweit diese nicht der Ausgabendeckung des Kapitels dienen.</i>	—	45.750.000	52.500.000	-6.750.000	38.865
883 02-7	044	Zuweisungen an Landkreise und Gemeinden für besondere Zwecke * <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 381 01.</i> *** <i>Nicht verbrauchte Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch entstehende Mehrausgaben dürfen geleistet werden.</i>	—	1.596.700	1.379.700	+217.000	4.540
981 01-0	990	Abführung an 2031 - 381 01	—	—	—	—	—
981 02-9	990	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	1.562.000	2.227.200	-665.200	1.605
981 03-7	990	Abführung an 13 21 - 381 03	—	1.732.000	—	+1.732.000	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 531 01

Überarbeitung der Waldbrandeinsatzkarte (WBEK).

Zu 532 01

1. Unterhaltung und Ersatz	
a) des Wirtschaftsinventars	11 500 DM
b) der Unterkunftswäsche und Fenstervorhänge	11 500 DM
2. Reinigung der Unterkunftswäsche	29 500 DM
3. Ergänzungsbeschaffungen	
Verschiedene Küchengeräte	5 000 DM
Zusammen	57 500 DM

Zu 533 01

Fahrkosten und Unkostenbeiträge (5 DM je Person/Tag) für Lehrgangsteilnehmer/-innen aus nieders. Freiwilligen Feuerwehren.

Zu 535 01

Kosten der Unterhaltung durch Reinigung, Wartung und Instandsetzung.

Zu 535 02

Geräte für Lehr- und Übungszwecke sowie für Hilfsmaßnahmen, wenn und soweit kommunale Gebietskörperschaften entsprechende Anforderungen stellen.

Zu 541 02

Das Feuerwehr-Ehrenzeichen wird für Verdienste im Feuerlöschwesen gem. RdErl. des MI vom 17. 7. 1975 (Nds. MBl. S. 1107) in der z. Zt. geltenden Fassung verliehen.

Zu 546 01

Zur Durchführung von Wettbewerben der nds. Feuerwehren auf Bezirks- und Landesebene.

Zu 652 01

Für die Brandschutzforschungsstelle in Karlsruhe und das Institut der Feuerwehr in Heyrothsberge (Sachsen-Anhalt).

Zu 685 51

Zur Förderung des Brandschutzes

1. Fachnormenausschuss Feuerlöschwesen im DIN	
Deutsches Institut für Normung e.V. in Berlin	46 900 DM
2. Wettkämpfe der Feuerwehren	10 800 DM
3. Sonstige Maßnahmen	27 300 DM
Zusammen	85 000 DM

Zu 685 52

Der Landesfeuerwehrverband Niedersachsen (e.V.) ist die Vertretung der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren im Lande Niedersachsen; er leistet mit seiner Arbeit auf Kreis- und Landesebene einen aner kennenswerten Beitrag zur Erhaltung des kommunalen Freiwilligen Feuerlöschwesens, das sich im Zuge der allgemeinen technischen Entwicklung in zunehmendem Maße auch auf den Bereich der Hilfeleistung bei öffentlichen Notständen aller Art erstreckt.

Zur Förderung der Arbeit des Landesfeuerwehrverbandes sind Zuschüsse u. a. zu den Kosten des Feuerwehrflugdienstes (vgl. auch 685 66), der Jugendarbeit in den Jugendabteilungen der Freiwilligen Feuerwehren, der Durchführung der bundeseinheitlichen Brandschutzwoche und des Musikwesens in den Musikabteilungen der Freiwilligen Feuerwehren veranschlagt.

Zu 711 01

LFS Celle:	
Überdachung von Übungsflächen	150 000 DM
LFS Loy:	
Garagenwohnhaus (1. Bauabschnitt)	100 000 DM
Zusammen	250 000 DM

Zu 811 04

LFS Celle:

Ersatzbeschaffungen:

1 Löschgruppenfahrzeug LF16	
– mit Teilbestückung –	450 000 DM
1 Mannschaftstransportwagen MTW	65 000 DM

LFS Loy:

Ergänzungsbeschaffung:

1 Tragkraftspritze TS 8/8	
	20 000 DM
Zusammen	535 000 DM

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2002	—	—	992 000	992 000

Zu 812 02

Ersatzbeschaffungen:

LFS Loy:

1 Sprungpolster	
	13 000 DM
Zusammen	13 000 DM

Zu 812 15

Ersatzbeschaffung:

LFS Celle

Bestuhlung Besprechungsraum	15 000 DM
1 Sorter für Lehrunterricht	50 000 DM

LFS Loy:

1 PC/Video-Projektionsgerät	
	35 000 DM
Zusammen	100 000 DM

Zu 883 01

Vgl. Allgemeinen Vermerk.

Die bei diesem Titel tatsächlich verfügbaren Mittel werden über die Bezirksregierungen schlüsselmäßig den Landkreisen, kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden mit Berufsfeuerwehr auf der Grundlage

- a) der Zahl der Brandschaubereiche für die Durchführung der hauptamtlichen Brandschau
- b) der Zahl der Ortsfeuerwehren, der Zahl der Einwohner und der Fläche für die Förderung des abwehrenden Brandschutzes

zugewiesen und sind von diesen gemäß den vom Innenministerium herausgegebenen Richtlinien für die Förderung des Brandschutzes zu verwenden.

Der Ansatz entspricht 75 % des jeweiligen Jahresaufkommens aus der Feuerschutzsteuer.

Zu 883 02

Insbesondere Zuweisungen zur Beschaffung von Feuerwehrschiutkleidung.

Zu 981 01

Abführung an 20 31 – 381 01 für Baumaßnahmen an den Landesfeuerweherschulen Celle und Loy.

Zu 981 02

Abführung für die Personal- und Sachkosten der mit Aufgaben des Brandschutzes befassten Bediensteten des Nds. Innenministeriums und der Bezirksregierungen

an 03 01 – 381 01	592 700 DM
an 03 05 – 381 05	656 800 DM
an 13 50 – 381 03	312 500 DM
Zusammen	1 562 000 DM

Zu 981 03

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Kosten für die Abhaltung von Lehrgängen und die Verpflegung der Lehrgangsteilnehmer	(—)	(423.000)	(410.000)	(+13.000)	(396)
427 61-7	044	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte zur Ausbildung, Fortbildung und Prüfung Außenstehender	—	21.500	18.500	+3.000	21
515 61-3	044	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
522 61-0	044	Lebensmittel und Zutaten zur Selbstbewirtschaftung * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 21. ** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO.	—	365.700	355.700	+10.000	342
533 61-1	044	Sachaufwand der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung Außenstehender	—	34.300	34.300	—	33
633 61-6	044	Erstattungen an Gemeinden	—	1.500	1.500	—	—
813 61-4	044	Erwerb von Lehr- und Lernmitteln	—	—	—	—	—
TGr. 62/98		Ausgaben der „Prüfstelle für Feuerlöschschläuche“ * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 62.	(—)	(94.700)	(94.700)	(—)	(23)
511 62-6	044	Geschäftsbedarf	—	1.500	1.500	—	1
527 62-0	044	Reisekostenvergütungen	—	1.500	1.500	—	4
535 62-2	044	Geräte für Fachaufgaben	—	4.500	4.500	—	7
538 62-1	044	Dienstleistungen Außenstehender	—	4.000	4.000	—	—
547 62-0	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.200	1.200	—	—
547 98-1	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.000	2.000	—	1
812 62-6	044	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	80.000	80.000	—	11
TGr. 64		Durchführung von Fachausstellungen, Fachtagungen usw.	(—)	(—)	(40.000)	(-40.000)	(—)
531 64-3	044	Öffentlichkeitsarbeit	—	—	—	—	—
547 64-7	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	40.000	-40.000	—
TGr. 65		Ausgaben für Bezirksbrandmeister und stellvertr. Bezirksbrandmeister mit eigenem Aufsichtsbereich	(—)	(234.700)	(229.700)	(+5.000)	(168)
412 65-2	044	Entschädigungen	—	185.500	180.500	+5.000	138
515 65-6	044	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	19.200	19.200	—	3
547 65-5	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	30.000	30.000	—	27
813 65-7	044	Erwerb von technischen Geräten und Ausrüstungsstücken	—	—	—	—	—
TGr. 66		Brandbekämpfung/Waldbrandbeobachtung aus der Luft	(—)	(337.500)	(471.000)	(-133.500)	(144)
518 66-3	044	Mieten und Pachten	—	14.000	19.200	-5.200	12
533 66-2	044	Sachaufwand für Ausbildungs- und Übungsdienst	—	60.000	95.800	-35.800	—
535 66-5	044	Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	—	20.000	35.500	-15.500	10
538 66-4	044	Dienstleistungen Außenstehender	—	83.500	83.500	—	43

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 61**427 61**

1. Lehrvergütungen für nebenamtl. Lehrkräfte	14 500 DM
2. Vergütungen für Gastlehrer/-innen (aus privaten Spezialinstituten, Industriebetrieben usw.)	— DM
3. Prüfungsvergütungen	7 000 DM
Zusammen	21 500 DM

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte/-innen, Richter/-innen und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 75 DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 3.:

25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

522 61

Verpflegungskosten (Tagesverpflegungssatz zu 7,80 DM).

Die Verpflegungswirtschaft wird in Celle und Loy als „Selbstbewirtschaftung“ nach § 15 Abs. 2 LHO durchgeführt.

533 61

Kosten der Lehrgänge und Arbeitstagungen für Berufs-, Frei- und Werkfeuerwehren sowie für Brandschutzprüfer/-innen und andere kommunale Fachkräfte, die hauptberuflich im abwehrenden und im vorbeugenden Brandschutz der Landkreise und Gemeinden tätig sind, soweit nicht entsprechende Mittel bei anderen Titeln veranschlagt sind.

Veranschlagt sind:

1. Ausbildungsveranstaltungen außerhalb der Schulanlagen, z. B. Lehrausflüge, Besuchsreisen zu Industriebetrieben u. ä. Anlagen einschl. dabei anfallender zusätzlicher Verpflegungskosten für Lehrgangsteilnehmer/-innen	9 500 DM
2. Anmietung von Spezialausbildungsgerät einschl. Betriebsstoffe	4 600 DM
3. Druckkosten, z. B. Einberufungskarten, Prüfungszeugnisse u. ä. Vordrucke	6 000 DM
4. Sonstiges	500 DM
5. Erwerb von Dienst- und Schutzkleidung für Lehrgangsteilnehmer/-innen	6 500 DM
6. Reinigung von Dienst- und Schutzkleidung	4 000 DM
7. Reisekosten für nebenamtliche Lehrkräfte	1 500 DM
8. Reisekosten für Mitglieder der Prüfungsausschüsse	1 700 DM
Zusammen	34 300 DM

633 61

Für abgeordnetes Vertretungs- und Aushilfspersonal im Lehr- und Ausbildungsbereich.

Zu Titelgruppe 62/98

Die Ausgaben sind von der Zahl der Prüfaufträge abhängig und werden, soweit es sich um Arbeiten für Schlauchwebereien u. ä. Privatbetriebe handelt, durch Gebühren gemäß VO vom 16. 9. 1999 (Nds. GVBl. S. 344) in der jeweils geltenden Fassung gedeckt (vgl. 119 62).

547 98

Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie für die damit verbundenen Einrichtungen in Zusammenhang mit der „Prüfstelle für Feuerlöschschläuche“.

Zu 812 62

Ergänzungsbeschaffungen:

LFS Celle	
Prüfgerät Ozon-Beständigkeit	40 000 DM
Prüfgerät UV-Beständigkeit	40 000 DM
Zusammen	80 000 DM

Zu Titelgruppe 65**412 65**

Es sind für die 9 Bezirksbrandmeisterinnen und Bezirksbrandmeister und stellv. Bezirksbrandmeisterinnen und Bezirksbrandmeister veranschlagt:

1. pauschaler Auslagenersatz – mtl. 1 110 DM –,
 2. Verdienstausfallentschädigung für Selbstständige (bis zu 75 DM/Std. bei 8 Std./Tag),
 3. Erstattung des fortgezählten Arbeitsentgelts.
- Vgl. § 12 NBrandSchG.

547 65

Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der techn. Ausrüstung, Funkgebühren, Reisekosten für Dienstreisen außerhalb des Aufsichtsbezirks sowie zu der im Aufsichtsbereich gelegenen Bezirksregierung.

Zu Titelgruppe 66**518 66**

Anmietung von Lagerraum für Löschwasseraußenlastbehälter.

533 66

Flugstunden für Ausbildungs- und Übungsdienst.

535 66

Wartung und Reparatur der Löschwasseraußenlastbehälter und der Transportanhänger.

538 66

Kosten der Waldbrandbeobachtung aus der Luft (Flugkosten).

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0307 Brandschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
547 66-3	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	15.000	38.000	-23.000	—
633 66-7	044	Erstattungen an Gemeinden (GV)	—	60.000	120.000	-60.000	—
685 66-7	044	Zuschuß an den Feuerwehrflugdienst des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen e.V.	—	85.000	79.000	+6.000	79
812 66-9	044	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 67		Brandschutz in Häfen und auf Bundeswasserstraßen <i>* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 231 67, 232 67 und 233 67.</i>	(—)	(4.020.000)	(3.519.400)	(+500.600)	(2.866)
515 67-2	044	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	30.000	22.600	+7.400	—
533 67-0	044	Sachaufwand für Ausbildungs- und Übungsdienst	—	50.000	22.600	+27.400	—
538 67-2	044	Dienstleistungen Außenstehender	—	240.000	84.200	+155.800	—
547 67-1	044	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	50.000	180.000	-130.000	53
641 67-8	044	Erstattungen an den Bund	—	—	200.000	-200.000	—
642 67-4	044	Erstattungen an Länder	—	—	—	—	—
643 67-0	044	Erstattungen an Gemeinden (GV)	—	3.250.000	2.610.000	+640.000	2.557
711 67-6	044	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 67-7	044	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	400.000	400.000	—	256
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik	(—)	(77.900)	(103.000)	(-25.100)	(49)
515 99-0	044	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	30.000	30.000	—	17
522 99-7	044	Verbrauchsmittel	—	9.000	9.000	—	10
538 99-0	044	Dienstleistungen Außenstehender	—	24.900	50.000	-25.100	8
812 99-5	044	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	14.000	14.000	—	14
Abschluss Kapitel 03 07							
1 Eigene Einnahmen				355.200	339.700	+15.500	
2 Übertragungseinnahmen				1.480.000	31.500	+1.448.500	
3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen				—	3.500.000	-3.500.000	
Summe der Einnahmen				1.835.200	3.871.200	-2.036.000	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	5.314.400	5.338.000	-23.600	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	3.413.200	3.439.500	-26.300	
6 Übertragungsausgaben			—	3.766.500	3.480.500	+286.000	
7 Bauausgaben			—	250.000	400.000	-150.000	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			992.000	48.488.700	55.093.700	-6.605.000	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	3.294.000	2.227.200	+1.066.800	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			992.000	64.526.800	69.978.900	-5.452.100	
Zuschuss			—	62.691.600	66.107.700	-3.416.100	
Nachrichtlich:							
Anteil an den Versorgungsausgaben				891.600	888.200		
Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil				65.418.400	70.867.100		
Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil				63.583.200	66.995.900		

ERLÄUTERUNGEN

547 66

Kosten für Bodenpersonal/Kleingeräte und Verbrauchsmaterial.

633 66

Erstattung von Sach- und Personalkosten an Landkreise und Gemeinden.

685 66

Der Feuerwehrflugdienst des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen (e.V.) wird bei Bedarf bei Brand-, Hilfeleistungs- und Katastrophenfällen eingesetzt.

Zu Titelgruppe 67

Die Verhandlungen mit dem Bund, den Ländern und Gemeinden (GV) über die Aufgabenwahrnehmung und Kostenerstattung sind noch nicht abgeschlossen. Die zur Erstattung veranschlagten Haushaltsmittel können daher zunächst nur geschätzt werden.

515 67

Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung von landeseigenen Ausrüstungsgegenständen.

533 67

Zur Durchführung von Übungen.

538 67

Anmietung von Feuerlöschschleppern.

547 67

Unterhaltung des Feuerlöschboots FLB II, der Hafenfeuerwache in Emden und der sonstigen feuerwehrtechnischen Ausrüstung in landeseigenen Häfen.

643 67

Erstattung von Personal- und Sachkosten aufgrund der mit Gemeinden geschlossenen Vereinbarungen über den Brandschutz und Hilfeleistungen.

Mehr durch bereits abgeschlossene und aufgrund im Bereich Elbe und Weser noch abzuschließender Vereinbarungen.

812 67

Vervollständigung der feuerwehrtechnischen Ausrüstung der mit Brandschutzaufgaben des Landes beauftragten Gebietskörperschaften.

Ergänzungsbeschaffung:

feuerwehrtechnische Ausrüstung	400 000 DM

Zu Titelgruppe 99

Hier sind die Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie für die damit verbundenen Einrichtungen zusammengefasst.

538 99

Für Dienstleistungen des IZN	6 000 DM

812 99

LFS Celle:

Ergänzungsbeschaffung:

1 Farblaserdrucker	14 000 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 11-0	014	Verwaltungsgebühren		2.500	2.500	—	1
111 12-9	014	Gebühren für statistische Auskünfte		60.000	60.000	—	60
112 01-0	014	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		250.000	240.000	+10.000	253
112 02-8	014	Zwangsgelder		30.000	15.000	+15.000	29
113 01-6	014	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		1.300	1.300	—	0
119 03-0	014	Erstattungen von Prozeßkosten		1.000	1.000	—	—
119 06-5	014	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		—	—	—	—
119 31-6	014	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		180.000	160.000	+20.000	178
119 32-4	014	Sonstige Einnahmen aus der Vermarktung von Daten * Vgl. K-Vermerk zu 531 03.		20.000	10.000	+10.000	22
119 41-3	014	Rückzahlungen von Überzahlungen		8.400	8.400	—	—
119 46-4	014	Ersatzleistungen		9.000	9.000	—	4
119 51-0	014	Vermischte Einnahmen		9.300	9.300	—	8
132 01-0	014	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		—	—	—	—
132 02-9	014	Erlöse aus dem Verkauf sonstiger beweglicher Sachen		—	—	—	—
251 01-0	014	Zuweisungen vom Bund zu den Kosten von Statistiken * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		—	—	—	—
256 01-1	014	Sonstige Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	—
281 01-6	014	Erstattungen Dritter zur Durchführung von Sonderstatistiken * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		—	—	—	—
287 01-4	014	Zuschüsse der EU zu den Kosten von EU-Statistiken * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		100.000	50.000	+50.000	248
Titelgruppe(n)							
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik		(1.000)	(1.000)	(—)	(—)
113 99-7	014	Erlöse aus dem Verkauf von DV-Geräten		1.000	1.000	—	—
132 99-1	014	Erlöse aus dem Verkauf von DV-Investitionsgütern		—	—	—	—
A U S G A B E N							
422 01-9	014	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	32.561.600	32.620.700	-59.100	3.543
422 19-1	014	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-0	014	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	97.400	94.900	+2.500	96
425 01-8	014	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	28.667
425 51-4	014	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	6.300	6.300	—	2
426 01-4	014	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	59
427 01-0	014	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	207.700	207.700	—	180

ERLÄUTERUNGEN

Zu 113 01

1. Geräte	300 DM
2. Maschinen	100 DM
3. Ausstattungsgegenstände	800 DM
4. Akten, Drucksachen und dgl.	100 DM
Zusammen	1 300 DM

Zu 119 31

Abgabe kann bei Bedarf an öffentliche Dienststellen und Institutionen, an Abgeordnete, zu wissenschaftlichen und zu Austauschzwecken sowie für Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit erfolgen.

Zu 251 01, 281 01 und 287 01

Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 61.

Zu 113 99

Erlöse aus der Veräußerung von Personalcomputern, deren Beschaffungspreis bis 10 000 DM betrug.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 415,42 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	38,13	38,13	—	49
Angestellte	375,29	375,29	—	383
Lohnempfänger/-innen	2,00	2,00	—	2
Insgesamt	415,42	415,42	—	434

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt: 32 561 600 DM

Veranschlagt ist:

Für den/die Präsidenten/-in des NLS eine Dienstaufwandsentschädigung in Höhe von 1 000 DM/Jahr 1 000 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	32 561 600
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	6 227 400
43	Versorgungsbezüge	1 210 500
44	Beihilfen, Unterstützungen	2 592 100
45	Personalbezogene Sachausgaben	1 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	1 024 200
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		43 616 800

Zu 427 01

Für Vertretungs- und Aushilfskräfte.

Im übrigen vgl. 256 01.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0309 Landesamt für Statistik

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
427 02-9	014	Versicherungsbeiträge für Praktikanten/ Praktikantinnen	—	1.000	1.000	—	—
427 31-2	014	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	1.000	1.000	—	1
427 39-8	014	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	150.000	8.500	+141.500	151
451 11-6	014	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbil- dungslehrgängen	—	—	—	—	—
453 01-1	014	Trennungsgeld für abgeordnete oder ver- setzte Bedienstete und Umzugskostenver- gütungen	—	—	10.000	-10.000	—
453 11-9	014	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fort- bildungslehrgängen	—	1.000	1.000	—	—
511 01-1	014	Geschäftsbedarf	—	180.000	147.700	+32.300	159
512 01-8	014	Bücher und Zeitschriften	—	28.000	18.300	+9.700	29
513 01-4	014	Post- und Fernmeldegebühren	—	460.000	350.000	+110.000	357
514 01-0	014	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	3.000	7.000	-4.000	1
515 01-7	014	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	15.000	10.000	+5.000	19
515 02-5	014	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	40.000	40.000	—	61
517 01-0	014	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	85.400	53.000	+32.400	51
517 19-2	014	Reinigungskosten	—	230.000	207.800	+22.200	95
517 59-1	014	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	110.000	133.000	-23.000	140
518 01-6	014	Mieten und Pachten	—	1.507.700	1.172.300	+335.400	1.241
519 02-0	014	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	5.000	—	+5.000	44
525 01-2	014	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	10.000	10.000	—	8
526 01-9	014	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	10.100	10.100	—	6
527 01-5	014	Reisekostenvergütungen	—	65.000	25.300	+39.700	70
527 03-1	014	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Perso- nalvertretungsangelegenheiten u. in Vertre- tung der Interessen der Schwerbehinderten	—	2.500	1.000	+1.500	2
529 01-8	014	Zur Verfügung des Präsidenten des Landesamtes für Statistik	—	500	500	—	0
531 01-2	014	Veröffentlichungen	—	45.000	73.000	-28.000	48
531 03-9	014	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit * Übertragbar. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 32.	—	—	—	—	1
537 01-0	014	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	9.400	9.400	—	48
538 01-7	014	Dienstleistungen Außenstehender	—	428.000	522.000	-94.000	476
546 59-1	014	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	1
633 01-0	014	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Gemeinden	—	255.000	250.000	+5.000	212
681 01-4	014	Schadenersatzleistungen und Unfallent- schädigungen	—	2.000	2.500	-500	—
685 01-0	014	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	800	1.000	-200	1
811 01-5	014	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 13-5	014	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	16.500	-16.500	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 427 02

Beiträge für Praktikanten/-innen in der Rentenversicherung der Angestellten, der Kranken- und der Arbeitslosenversicherung.

Zu 427 31

1. Lehrvergütungen für nebenamtliche Lehrkräfte	1 000 DM
2. Prüfungsvergütungen für die Mitglieder des Prüfungsausschusses	— DM
Zusammen	1 000 DM

Zu 1.:

Fachstatistische Aus- und Fortbildung für Angestellte und Beamte/-innen des mittleren und gehobenen Dienstes (z. B. Lehrgang „Statistische Geheimhaltung“)

Zu 427 39

Mehr infolge Anpassung an die Ist-Entwicklung.

Zu 453 11

Trennungsgeld für Teilnehmer/-innen an Ang.-Lehrgängen I+II	1 000 DM

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	7 100 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	75 000 DM
3. Bekanntmachungen	13 600 DM
4. Druckkosten für statistische Vordrucke	83 200 DM
5. Sonstiger Geschäftsbedarf	1 100 DM
Zusammen	180 000 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	6 100 DM
1.1 Fachbücher	3 800 DM
1.2 Zeitschriften	2 300 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	14 400 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	5 500 DM
4. Buchbinderkosten	2 000 DM
Zusammen	28 000 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	266 000 DM
2. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	93 700 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	100 000 DM
4. Einmalige Gebühren für die Verlegung usw. von Fernmeldeanlagen	300 DM
5. Hörfunk- und Fernsehgebühren	— DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	— DM
Zusammen	460 000 DM

Mehr infolge Neuanmietung einer Fernmeldeanlage im neuen Dienstgebäude.

Zu 514 01

1. Betriebsstoffe	700 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	2 000 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	300 DM
4. Sonstiges	— DM
Zusammen	3 000 DM

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Kleinbus	1	1	1

Zu 515 02

1. Dienstzimmerausstattungen	29 200 DM
2. Büromaschinen	10 800 DM
3. Wirtschaftsgeräte	— DM
Zusammen	40 000 DM

Zu 517 01

1. Wassergeld	22 500 DM
2. Grundbesitzabgaben	18 800 DM
3. Bewachungskosten	11 600 DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	12 500 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	20 000 DM
Zusammen	85 400 DM

Zu 518 01

1. Diensträume und -gebäude	1 500 000 DM
2. Wohnungen und Wohngebäude	— DM
3. Unbebaute Grundstücke	— DM
4. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	7 700 DM

Zusammen 1 507 700 DM

Mehr infolge Anmietung eines neuen Dienstgebäudes.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE*) DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	1 500 000	—	—	1 500 000
2002	1 500 000	—	—	1 500 000
2003	1 500 000	—	—	1 500 000
2004	1 500 000	—	—	1 500 000
ff.	7 375 000	—	—	7 375 000

*) 1999 üpl. bewilligt

Zu 525 01

1. Ausbildungslehrgänge	— DM
2. Fortbildungsveranstaltungen	8 000 DM
3. Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	2 000 DM
4. Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Kräfte, Umschulung von Hilfskräften	— DM
5. Erstattung von Prüfungsgebühren	— DM
6. Sonstiger Aufwand	— DM
Zusammen	10 000 DM

Zu 526 01

1. (Amts)ärztliche und Röntgen-schirmbilduntersuchungen	8 800 DM
2. Sachverständigenentschädigung Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	100 DM
3. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus	1 200 DM
4. Aufwandsentschädigungen und Auslagenersatz von Beirats- u. a. Ausschussmitgliedern	— DM
Zusammen	10 100 DM

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	63 000 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für private Kraftfahrzeuge	1 500 DM
3. Feldaufwand	500 DM
Zusammen	65 000 DM

Zu 529 01

Zur Bestreitung von Ausgaben für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlichem Anlass.

Zu 531 01

1. Amtliche Druckwerke, CD-ROM-Herstellung	40 000 DM
2. Öffentlichkeitsarbeit	5 000 DM
3. Technische und wissenschaftliche Druckwerke	— DM
4. Sonstige Veröffentlichungen	— DM
Zusammen	45 000 DM

ERLÄUTERUNGEN

Zu 538 01

Prämien für buchführende Haushaltungen sowie Entschädigungen für Preisermittler/-innen und Ernteberichterstatte/-innen.

- a) Die Ernteberichterstattung wird aufgrund des Gesetzes zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes und anderer Gesetze vom 25. 6. 1998 (BGBl. I S. 1626) durchgeführt. Aus den insgesamt 3 683 Berichten sollen die Auswinterungsschäden, der Wachstumsstand und – aufgrund von Schätzungen und repräsentativen Gewichtsermittlungen – die Erträge von Hauptfeldfrüchten sowie von Obst und Gemüse festgestellt werden.
Aus diesem Titel sind den ehrenamtlichen Berichterstatte/-innen Reisekostenvergütungen und Entschädigungen – je Bericht 10 DM – zu zahlen sowie die Kosten für Schulungsmaterial und Hilfsmittel zu bestreiten.
- b) Die Wirtschaftsrechnungen werden aufgrund des Gesetzes über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. 1. 1961 (BGBl. I S. 18) durchgeführt. Als Anerkennung für sorgfältige Führung der Wirtschaftsbücher wird eine monatliche Prämie von 60 DM an die buchführenden Haushaltungen gezahlt.
- c) Die Preisstatistiken sind aufgrund des Gesetzes über die Preisstatistik vom 9. 8. 1958 (BGBl. I S. 605) durchzuführen. Aus diesem Titel sind den Preisermittlern/-innen Entschädigungen – 120 DM je Erhebungstag – zu zahlen.
Im Lande Niedersachsen sind in 16 Städten ehrenamtliche Preisermittler/-innen tätig, die monatlich an 125 Erhebungstagen durch persönliche Besuche in Einzelhandelsgeschäften und Dienstleistungsbetrieben die erforderlichen Preisangaben erfragen.

Im einzelnen sind vorgesehen:

zu a)	130 000 DM
zu b)	118 000 DM
zu c)	180 000 DM
	Zusammen 428 000 DM

Die den Preisermittlern/-innen gewährten Entschädigungen sind Aufwandsentschädigungen.

Weniger infolge veränderter Erhebungsmethoden.

Zu 633 01

Erstattungen für die Durchführung der Verbraucherpreisstatistik aufgrund der Verordnung zur Durchführung von Statistiken vom 1. 5. 1999 (Nds. GVBl. Nr. 8/1999). Die Aufwendungen für die in die Erhebungen eingebundenen Gemeinden werden seit 1. 1. 1999 nicht mehr im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs abgegolten.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
812 15-1	014	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 61/96		Titelgruppe(n) Zur Durchführung von Statistiken * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 251 01, 281 01 und 287 01. ***Es wird die Ermächtigung erteilt, die Ausgaben der Titelgruppe zur Durchführung der einzelnen Statistiken entsprechend dem jeweiligen Bedarf in Anspruch zu nehmen. Die Bewilligung von Ausgaben für Statistiken, die bei der Ermittlung der Ansätze nicht berücksichtigt worden sind und für die bei 251 01, 281 01 und 287 01 keine Mehreinnahmen eingehen, bedarf der Zustimmung des MF. Hieraus dürfen auch die mit der Durchführung der Statistiken verbundenen persönlichen Ausgaben für zusätzliche Aushilfskräfte und sächliche Ausgaben (Werkverträge und sonstige Sachausgaben) geleistet werden.	(—)	(8.051.700)	(7.832.500)	(+219.200)	(7.106)
425 61-1	014	Vergütungen der Angestellten * Übertragbar. ***Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung hinsichtlich der Dauerarbeitsplätze verbindlich.	—	5.736.200	5.682.500	+53.700	4.693
426 61-8	014	Löhne der Arbeiter	—	—	—	—	—
459 61-3	014	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
511 61-5	014	Geschäftsbedarf	—	184.200	194.400	–10.200	256
513 61-8	014	Post- und Fernmeldegebühren	—	404.500	385.400	+19.100	550
515 61-0	014	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände; sonstige Gebrauchsgegenstände * Übertragbar.	—	18.000	25.000	–7.000	10
517 61-3	014	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	52.900	42.700	+10.200	30
517 96-6	014	Reinigungskosten	—	46.000	10.700	+35.300	57
518 61-0	014	Mieten und Pachten	—	289.500	172.300	+117.200	147
525 61-6	014	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	13.900	31.500	–17.600	42
527 61-9	014	Reisekostenvergütungen	—	65.200	79.500	–14.300	42
531 61-6	014	Veröffentlichungen * Übertragbar.	—	30.300	75.400	–45.100	61
538 61-0	014	Dienstleistungen Außenstehender * Übertragbar.	—	1.209.000	1.130.300	+78.700	1.219
547 61-0	014	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.000	2.800	–800	—
632 61-7	014	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	—
633 61-3	014	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
812 61-5	014	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik	(—)	(4.340.400)	(1.786.200)	(+2.554.200)	(4.250)
427 99-1	014	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	8.600	8.600	—	6
512 99-9	014	Bücher und Zeitschriften	—	10.300	10.300	—	5
513 99-5	014	Post- und Fernmeldegebühren	—	35.300	35.300	—	33
515 99-8	014	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	400.000	400.000	—	753

 ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 61/96

Veranschlagt sind die Kosten der durchzuführenden Statistiken für den Bund und die EU.

425 61

Der Veranschlagung liegen zugrunde:

Verg.-Gr. II a BAT	51	Arbeitsmonate
Verg.-Gr. IV a BAT	84	Arbeitsmonate
Verg.-Gr. IV b BAT	24	Arbeitsmonate
Verg.-Gr. V b BAT	47	Arbeitsmonate
Verg.-Gr. V c BAT	124	Arbeitsmonate
Verg.-Gr. VI b BAT	—	Arbeitsmonate
Verg.-Gr. VII BAT	560	Arbeitsmonate
Verg.-Gr. VIII BAT	48	Arbeitsmonate

Hieraus können folgende Dauerarbeitsplätze finanziert werden:

Verg.-Gr. II a BAT	2	Stelle(n)
Verg.-Gr. IV a BAT	5	Stelle(n)
Verg.-Gr. IV b BAT	1	Stelle(n)
Verg.-Gr. V c BAT	8	Stelle(n)
Verg.-Gr. VII BAT	26	Stelle(n)

511 61

Einschließlich Druckkosten für statistische Erhebungen.

518 61

Mehr infolge Anmietung eines neuen Dienstgebäudes.

538 61

Entschädigungen für Interviewer/-innen.

Zu Titelgruppe 99**512 99**

Insbesondere Systemliteratur.

513 99

Leitungsmieten und Postgebühren.

515 99

Ersatzbeschaffungen, Umrüstung auf Dialogverarbeitungsprogramme, neue Software und für die Umsetzung der EU-Regelungen zum Arbeitsschutzgesetz.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0309 Landesamt für Statistik

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
518 99-7	014	Mieten und Pachten	—	150.000	150.000	—	121
522 99-4	014	Verbrauchsmittel	—	110.000	110.000	—	74
525 99-3	014	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	50.000	20.000	+30.000	113
538 99-8	014	Dienstleistungen Außenstehender * Übertragbar.	—	3.576.200	1.018.000	+2.558.200	2.153
547 99-7	014	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	—
812 99-2	014	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	34.000	-34.000	993
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		2.800	-2.800	
		Abschluss Kapitel 03 09					
		1 Eigene Einnahmen		572.500	517.500	+55.000	
		2 Übertragungseinnahmen		100.000	50.000	+50.000	
		Summe der Einnahmen		672.500	567.500	+105.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	38.770.800	38.642.200	+128.600	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	9.881.900	6.686.800	+3.195.100	
		6 Übertragungsausgaben	—	257.800	253.500	+4.300	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	50.500	-50.500	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	48.910.500	45.633.000	+3.277.500	
		Zuschuss		48.238.000	45.065.500	+3.172.500	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		1.210.500	1.164.800		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		50.121.000	46.797.800		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		49.448.500	46.230.300		

ERLÄUTERUNGEN

518 99

Mieten für Datenfernverarbeitungs-konfiguration.

522 99

Verbrauchsmittel – EDV-Papier, Drucktücher, Druckbänder, Disketten u. ä. –.

525 99

Insbesondere Großrechnerschulung.

538 99

Umstellung der maschinellen Aufbereitung der amtlichen Statistik auf moderne Dialogverarbeitungsprogramme.

Mehr infolge Verlagerung von Kapitel 04 30 für die Inanspruchnahme von Leistungen des IZN.

Für Dienstleistungen des IZN 2 182 600 DM.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0310 Bezirksregierungen - Reform-Arbeitsmarkt -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
422 01-9	012	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	1.673.400	—	+1.673.400	182
422 19-1	012	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-8	012	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	366
426 01-4	012	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	477
		Abschluss Kapitel 03 10					
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	1.673.400	—	+1.673.400	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.673.400	—	+1.673.400	
		Zuschuss		1.673.400	—	+1.673.400	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		88.200	—		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		1.761.600	—		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		1.761.600			

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeiner Vermerk:

Durch die Einrichtung des Kapitels 03 10 sollen Bedienstete, deren Aufgaben wegfallen, frühzeitig aus ihren bisherigen Aufgabenbereichen herausgezogen werden. Des weiteren soll ein Einsatz in anderen Bedarfsfeldern ermöglicht werden.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 24,78 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	4,00	4,00	—	4
Angestellte	9,78	9,78	—	10
Lohnempfänger/-innen	11,00	11,00	—	11
Insgesamt	24,78	24,78	—	25

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt: 1 673 400 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	1 673 400
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	1 500
43	Versorgungsbezüge	88 200
44	Beihilfen, Unterstützungen	111 900
45	Personalbezogene Sachausgaben	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	44 300
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—

Summe der Personalausgaben im Kapitel 1 919 300

Die Entwicklung des konkreten Bedarfs ist abhängig von der Umsetzung des geplanten Stellenabbaus in der Landesverwaltung und der damit verbundenen Personalentwicklungsplanung der einzelnen Ressorts.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0312 Notruf 110

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 61-5	049	Sonstige Verwaltungseinnahmen		70.000	70.000	—	36
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		Für die Einrichtung des Notrufs 110	(—)	(3.300.000)	(3.050.000)	(+250.000)	(3.144)
513 61-5	049	Post- und Fernmeldegebühren * Übertragbar.	—	2.400.000	2.500.000	–100.000	2.824
535 61-9	049	Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	—	200.000	250.000	–50.000	45
812 61-2	049	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	700.000	300.000	+400.000	275
		Abschluss Kapitel 03 12					
		1 Eigene Einnahmen		70.000	70.000	—	
		Summe der Einnahmen		70.000	70.000	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.600.000	2.750.000	–150.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	700.000	300.000	+400.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	3.300.000	3.050.000	+250.000	
		Zuschuss		3.230.000	2.980.000	+250.000	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 119 61

Erstattung von Einrichtungskosten und Gebühren für den Anschluss an das Notrufsystem.

Zu Titelgruppe 61**513 61**

Gebühren an die Telekom für die Einrichtung und laufende Gebühren für den Betrieb des Notrufsystems der Landespolizei (z. B. Notrufanschlüsse, Notrufabfrageeinrichtungen, Notruftelefone, Notrufmelder, besondere Festverbindungen).

535 61

Lfd. Wartung und Unterhaltung (Materialkosten) der Notrufabfrageeinrichtungen und der Stromversorgungsanlagen, die mit eigenem Fachpersonal durchgeführt werden.

812 61

Die analogen Notrufabfrageeinrichtungen werden seit 1999 im Rahmen eines mehrjährigen Programms durch EURO-ISDN-Anlagen ersetzt.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0313 Präventionsprogramm Polizei/Sozialarbeiter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
256 01-2	042	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	—
282 01-3	042	Zweckgebundene Geldspenden * Vgl. K-Vermerk zu 546 01.		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-0	042	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	721.800	683.800	+38.000	28
422 19-2	042	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 51-6	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	200	200	—	—
425 01-9	042	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	712
425 51-5	042	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	2.500	2.500	—	0
427 01-1	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	4.700	4.700	—	—
427 07-0	042	Beschäftigungsentgelte für Rechts- und andere Praktikanten/Praktikantinnen	—	—	—	—	—
427 39-9	042	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
511 01-2	042	Geschäftsbedarf	—	3.200	3.200	—	1
512 01-9	042	Bücher und Zeitschriften	—	1.300	1.300	—	1
513 01-5	042	Post- und Fernmeldegebühren	—	4.900	4.900	—	6
515 01-8	042	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	200	200	—	—
515 02-6	042	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	3.100	3.100	—	8
517 01-0	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	500	500	—	—
517 19-3	042	Reinigungskosten	—	1.100	1.100	—	—
517 59-2	042	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	1.600	1.600	—	—
518 01-7	042	Mieten und Pachten	—	10.300	10.300	—	13
522 32-4	042	Betreuungskosten	—	300	300	—	0
525 01-3	042	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	1.000	1.000	—	1
526 01-0	042	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-6	042	Reisekostenvergütungen	—	2.700	2.700	—	1
546 01-0	042	Verwendung zweckgebundener Geldspenden * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 01.	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeiner Vermerk:

Im Präventionsprogramm Polizei/Sozialarbeiter wird in den Diensträumen von Polizeidienststellen die Zusammenarbeit von Polizei und Sozialdienst gefördert. Grundgedanke ist es, Hilfsmaßnahmen an den Ort der Entstehung kriminalitätsträchtiger Konflikte so weit vorzuverlagern, dass sich Notsituationen nicht in Straftaten verlagern, sondern rechtzeitig kanalisiert werden.

Zu 282 01

Leertitel für die Vereinnahmung etwaiger zweckgebundener Einnahmen (Spenden u. ä.) für das Präventionsprogramm.

Vgl. 546 01.

Zu 422 01 und 425 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 8,00 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	1,00	1,00	—	1
Angestellte	7,00	7,00	—	7
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	8,00	8,00	—	8

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 721 800 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	721 800
	Bezüge ausserhalb von PKB-Titeln	7 900
43	Versorgungsbezüge	29 300
44	Beihilfen, Unterstützungen	48 800
45	Personalbezogene Sachausgaben	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	19 300
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		827 100

Zu 422 51 und 425 51

Für unabweisbar notwendige Überstunden, insbesondere im nächtlichen Schichtdienst.

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	1 200 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	2 000 DM
3. Bekanntmachungen	— DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	— DM
Zusammen	3 200 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	700 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt und Entscheidungssammlungen	600 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	— DM
4. Buchbinderkosten	— DM
Zusammen	1 300 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	4 000 DM
2. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	900 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	— DM
4. Einmalige Gebühren für die Verlegung usw. von Fernmeldeanlagen	— DM
5. Hörfunk- und Fernsehgebühren	— DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	— DM
Zusammen	4 900 DM

Zu 515 02

1. Dienstzimmerausstattungen	1 800 DM
2. Büromaschinen	1 300 DM
3. Wirtschaftsgeräte	— DM
Zusammen	3 100 DM

Zu 517 01

1. Wassergeld	500 DM
2. Grundbesitzabgaben	— DM
3. Bewachungskosten	— DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	— DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	— DM
Zusammen	500 DM

Zu 518 01

1. Diensträume und -gebäude	7 000 DM
2. Wohnungen und Wohngebäude	— DM
3. Unbebaute Grundstücke	— DM
4. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	3 300 DM
Zusammen	10 300 DM

Zu 522 32

Für die Betreuung von Hilfesuchenden.

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	2 700 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für private Kraftfahrzeuge	— DM
Zusammen	2 700 DM

Zu 546 01

Leertitel für die Verausgabung etwaiger zweckgebundener Einnahmen (Spenden u. ä.) für das Präventionsprogramm.

Vgl. 282 01.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0313 Präventionsprogramm Polizei/Sozialarbeiter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 03 13					
		2 Übertragungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	729.200	691.200	+38.000	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	30.200	30.200	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	759.400	721.400	+38.000	
		Zuschuss		759.400	721.400	+38.000	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		29.300	19.600		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		788.700	741.000		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		788.700	741.000		

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 03 Innenministerium
 Kapitel 0314 Studieninstitut des Landes Niedersachsen - budgetiert -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 51-5	012	Sonstige Einnahmen		94.100	—	+94.100	—
251 01-4	012	Zuweisungen vom Bund für die Vergabe von Stipendien * Vgl. K-Vermerk zu 681 52.		12.000	—	+12.000	—
271 01-5	012	Erstattungen von Lehrgangskosten (Ausbildung)		250.000	—	+250.000	—
271 02-3	012	Erstattungen von Seminarkosten(Fortbildung) ***Vgl. ***-Vermerk zu 427 31		—	—	—	—
381 01-5	990	Zuführung von 0402 - 981 66 * Vgl. K-Vermerk zu 427 31.		430.000	—	+430.000	—
		A U S G A B E N					
427 31-7	012	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung * Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 381 01. Gegenseitig deckungsfähig: 427 31, 429 01, 546 59, 711 01 und 813 59. ***Die Ausgaben dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei 271 02. 80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben und 90 v.H. der nicht ver- brauchten Einnahmen bei 271 02 wachsen den Ausgaben bei 427 31 bis 546 59 und 711 01 bis 813 59 für das nächste Haus- haltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden.	—	148.700	—	+148.700	—
429 01-8	012	Nicht aufteilbare Personalausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 427 31. ***Vgl. *** -Vermerk zu 427 31	—	1.991.300	—	+1.991.300	—
546 59-6	012	Nicht aufteilbare Sachausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 427 31. ***Vgl. *** -Vermerk zu 427 31	—	2.521.100	—	+2.521.100	—
681 52-3	012	Stipendien an begabte Absolventen/ Absolventinnen einer anerkannten Berufs- ausbildung nach den Richtlinien des Bundes * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 251 01.	—	12.000	—	+12.000	—
711 01-5	012	Kleine Neu-,Um- und Erweiterungsbauten * Vgl. D-Vermerk zu 427 31. ***Vgl. *** Vermerk zu 427 31	—	—	—	—	—
813 59-4	012	Investitionen * Vgl. D-Vermerk zu 427 31.	—	—	—	—	—
981 03-9	990	Abführung an 1321 - 381 03	—	327.300	—	+327.300	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 03 14 allgemein

Das „Studieninstitut des Landes Niedersachsen (SiN)“ ist unmittelbar dem Nds. Innenministerium nachgeordnet und hat seinen Sitz in Bad Münden. Es nimmt die sich aus der Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter des mittleren nichttechnischen Dienstes, des mittleren und gehobenen technischen Dienstes, der Referendarinnen und Referendare von Sonderverwaltungen sowie der Angestellten ergebenden Aufgaben wahr. Darüber hinaus ist das Studieninstitut für die fachübergreifende dienstliche Fortbildung zuständig. Es nimmt auch die Aufgaben der Leitstelle der niedersächsischen Verwaltungsschulen – einschließlich der „zuständigen Stelle“ nach dem Berufsbildungsgesetz wahr.

Hinsichtlich der Verlagerungen von Haushaltsmitteln und Stellen wegen der Budgetierung des Haushalts des Studieninstituts ab 1. 1. 2001 vgl. Kapitel 03 06.

Zu 429 01

Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten, Vergütungen der Angestellten, Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter.

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 25,50 Vollzeiteneinheiten (VZE). Aufgrund der Gesamtbudgetierung des Kapitels 03 14 dient dieses – nur nachrichtlich aufgeführte – Beschäftigungsvolumen abweichend von § 9 Abs. 2 bis 5 HG 2001 lediglich der Berechnung der Haushaltsansätze. Im übrigen gelten die Vorschriften des § 9 Abs. 2 bis 5 HG 2001 entsprechend, soweit durch die ausgebrachten Haushaltsvermerke nicht anderes bestimmt wird.

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	15,50	15,50	—	16
Angestellte	5,80	5,80	—	6
Lohnempfänger/-innen	4,20	1,00	3,20	1
Insgesamt	25,50	22,30	3,20	23

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 1 991 300 DM

Es sind veranschlagt:

Lehrzulagen*)

- a) für 1 Lehrkraft mtl. 125,— DM
– 1 500 DM/Jahr 1 500 DM
- b) für 6 Lehrkräfte mtl. 93,75 DM
– 1 125 DM/Jahr 6 750 DM

Zusammen 8 250 DM
rd. 8 300 DM

*) Die Lehrzulagen für hauptamtliche Lehrkräfte gelten gem. Abschn. I Nr. 4 des RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Es ist veranschlagt:

Eine Entschädigung für die Geschäftsführerin/den Geschäftsführer der Leitstelle der Verwaltungsschulen beim Studieninstitut

mtl. 100,— DM – 1 200 DM/Jahr 1 200 DM

Im Personalkostenbudget sind Haushaltsmittel für 1 (1) ständige nicht vollbeschäftigte Kraft, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft beträgt, sowie Haushaltsmittel für 6 (6) stundenweise beschäftigte Kräfte – davon 5 (5) Kräfte im Reinigungsdienst bzw. Haus- und Gartenarbeiter/-innen – veranschlagt.

Zu 546 59

Auf der Grundlage der Kosten- und Leistungsrechnung haben sich in 1999 die Sachkosten auf folgende Kostenarten verteilt:

Büro- und Verwaltungskosten	23 800 DM
Kommunikations- und Reisekosten	65 800 DM
Material-, Verbrauchsmittel-, Betriebs-, Instandhaltungskosten	47 700 DM
Unterhaltungs-, Bewirtschaftungs-, Instandhaltungskosten unbewegliches Vermögen	98 000 DM
Dozenten honorare, Lehr- und Prüfungsvergütungen	859 000 DM
Unterkunft und Verpflegung	909 700 DM
Dienstleistungen Dritter	169 500 DM
Kalkulatorische Abschreibungen	79 300 DM
Kalkulatorische Zinsen auf gebundenes Kapital	21 300 DM
Kalkulatorische Miete	475 100 DM

Zusammen 2 758 200 DM

In den Kosten sind neben den Ansätzen aus Kapitel 03 06 auch Haushaltsmittel aus den Kapiteln 03 02 und 04 02 sowie hauswirtschaftlich nicht gebuchte Ansätze (kalkulatorische Kosten) enthalten.

Für Dienstleistungen des IZN 4 600 DM.

Zu 981 03

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Aufgaben**1.1 Ausbildung**

Das SiN führt i. d. R. pro Jahr über 20 Ausbildungslehrgänge für die unterschiedlichsten Ausbildungsgänge der allgemeinen Verwaltung und diverser Fachverwaltungen durch. Die Lehrgangsdauer variiert zwischen drei Wochen und elf Monaten. Die Klientel reicht dabei von Auszubildenden, Anwärtern für den mittleren Dienst über Teilnehmer an den Angestelltenlehrgängen I und II bis zu Anwärtern für den gehobenen technischen, forst- und landwirtschaftlichen Dienst und Referendaren von Sonderverwaltungen. Die Lehrgänge enden regelmäßig mit Prüfungen.

Im Jahr 1999 nahmen 488 Personen an Ausbildungslehrgängen teil. Daraus ergaben sich rd. 20 800 Teilnehmertage.

Der Unterricht wird zu ca. 35 % von eigenen (hauptamtlichen) Dozenten des SiN und zu ca. 65 % von Bediensteten anderer Landesbehörden bzw. Kommunalbehörden erteilt.

Die Ausbildungsteilnehmer/-innen werden in Privatunterkünften in Bad Münden untergebracht.

1.2 Fortbildung

Im Bereich Fortbildung wendet sich das SiN mit mehr als 200 Veranstaltungen/Jahr an Bedienstete aller Laufbahn- und Vergütungsgruppen aus ca. 800 Dienststellen/Behörden aller Ressorts der Niedersächsischen Landesverwaltung. Hierbei handelt es sich in der Regel um mehrtägige Veranstaltungen. Im Jahr 1999 wurden mehr als 10 600 Teilnehmertage durchgeführt.

Im Mittelpunkt des Angebotes stehen Themen der Staatsmodernisierung, wie zum Beispiel Personalentwicklung und Einführung betriebswirtschaftlicher Steuerungsinstrumente in der Landesverwaltung. Dazu kommen Fach- und Funktionsfortbildungen sowie Veranstaltungen zur Stärkung der Europakompetenz. Ein Schwerpunkt bei den Zielgruppen liegt derzeit im Bereich der Führungskräfte.

Das SiN setzt fast ausschließlich externe Trainer, Unternehmensberater und Bedienstete anderer Dienststellen als Referenten ein.

Neben richtungsweisender konzeptioneller Tätigkeit auf dem Gebiet ressort- und fachübergreifender Fortbildung stellt das SiN sein Know-how hinsichtlich Entwicklung, Durchführung und Evaluation von Fortbildungsveranstaltungen in Form von Beratungen und organisatorischer Unterstützung allen anderen Dienststellen der Niedersächsischen Landesverwaltung zur Verfügung.

Für Fortbildungsteilnehmer steht ein 1999/2000 saniertes landeseigenes Gebäude mit 49 Einzelzimmern und einer Cafeteria zur Verfügung.

Außerhalb der Einrichtung in Bad Münden führt das SiN auch in auswärtigen Tagungshotels, Heimvolkshochschulen und sonstigen Einrichtungen einschließlich verschiedener Landesdienststellen Fortbildungsveranstaltungen durch.

1.3 Leitstelle

Die beim SiN eingerichtete Leitstelle der staatlichen und der kommunalen Studieninstitute ist für die Koordinierung der Ausbildung im mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst und im mittleren Polizeiverwaltungsdienst verantwortlich.

Gleichzeitig nimmt sie die Aufgaben als zuständige Stelle gemäß § 84 Berufsbildungsgesetz (BBiG) für die Ausbildungsberufe „Verwaltungsfachangestellte“ und „Fachangestellte für Bürokommunikation“ wahr. 1999 wurden für diese Berufe 688 Verträge geprüft und in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverträge eingetragen.

Seit 1999 unterstehen auch die Angestelltenlehrgänge I und II dem Berufsbildungsgesetz und damit hinsichtlich der rechtlichen Umsetzung der Leitstelle und der zuständigen Stelle nach dem BBiG.

Des Weiteren werden Seminare zum Erwerb der Ausbildereignung gemäß der Ausbildereignungsverordnung in Zusammenarbeit mit anderen Bildungsträgern auch für andere zuständige Stellen nach dem Berufsbildungsgesetz organisiert und durchgeführt.

2. Ziele

2.1 Allgemeine Ziele

Das SiN wird als zentraler Dienstleister für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten der niedersächsischen Landesverwaltung seine Leistung bedarfs- und kundenorientiert kontinuierlich weiterentwickeln.

Es kooperiert mit anderen Aus- und Fortbildungseinrichtungen, insbesondere den drei kommunalen Studieninstituten, dem Bildungsinstitut der Polizei Niedersachsen sowie dem Senator der Finanzen (früher Senatskommission für das Personalwesen SKP) Bremen.

Zur Steigerung von Effizienz und Effektivität der Leistungserbringung des SiN wird ab dem Haushaltsjahr 2001 die Budgetierung des Haushalts des Studieninstituts sowie ein begleitendes Controlling eingeführt. Grundlage hierfür ist die 1998 erprobte und 1999 mit der Software Baan ERP im Echtbetrieb eingeführte Kosten- und Leistungsrechnung (KLR).

Zur Unterstützung ist hierbei der Einsatz aktueller Technik auf dem Gebiet Audiovisueller Medien (Multimedia) zu erproben und voranzutreiben.

Im Rahmen der Neuausrichtung der Ausbildungslehrgänge (neue Lerninhalte, Einführung von Referaten, Hausarbeit etc.) und zur Unterstützung des Bereichs Fortbildung hat die Bibliothek eine größere Bedeutung erlangt. Der Bestand wird daher ständig aktualisiert, aufgestockt und mit der Software izn-bibliothek systematisch verwaltet.

2.2 Ziele im Bereich Ausbildung

Es werden folgende Lehrgänge stattfinden, zu deren Durchführung das SiN aufgrund zahlreicher Ausbildungs- und Prüfungsordnungen verpflichtet ist:

- Verwaltungslehrgänge für den gehobenen technischen Verwaltungsdienst einschl. Fachunterricht für die verschiedenen Laufbahnen
- Grundlehrgänge für Referendare von Sonderverwaltungen
- Aufbaulehrgänge für Referendare von Sonderverwaltungen
- Fachlehrgang für Vermessungsreferendare
- Verwaltungslehrgang für Forstreferendare
- Verwaltungslehrgang für den gehobenen Forstdienst
- Einführungslehrgang für Auszubildende zu Verwaltungsfachangestellten
- Zwischenlehrgang für Auszubildende zu Verwaltungsfachangestellten
- Abschlusslehrgänge für Auszubildende zu Verwaltungsfachangestellten

Daneben werden angeboten:

- 1 Angestelltenlehrgang II (Grundlehrgang) mit zeitlich versetztem Abschlusslehrgang, der im Jahr 2002 endet,
- 1 Angestelltenlehrgang I (Abschlusslehrgang)
- sowie 1 weiterer Grundlehrgang Angestelltenlehrgang I oder II (nach Bedarfsabfrage).

Zusätzlich wird für Angestellte aus dem Geschäftsbereich der ev.-luth. Landeskirche Hannover ein Angestelltenlehrgang II (Abschlusslehrgang) durchgeführt. Die Kosten hierfür trägt das Landeskirchenamt.

Insgesamt werden für 2001 rd. 520 Teilnehmer erwartet. Daraus ergeben sich rd. 28 000 Teilnehmertage. Da das SiN auf die Teilnehmerzahl in den erstgenannten Lehrgängen keinen Einfluss hat, basiert die vorgenannte Teilnehmerzahl teilweise auf Erfahrungswerten.

In qualitativer Hinsicht strebt das SiN die folgenden Leistungssteigerungen an:

- Die Lehrgangsteilnehmer werden stärker als bisher fachübergreifend unterrichtet. Die Koordination zwischen den Dozenten wird daher verstärkt. Der Erfahrungsaustausch mit vergleichbaren Ausbildungseinrichtungen wird weiter intensiviert.
- Zusätzliche Kompetenzen der Teilnehmenden (Eigenständigkeit, Teamverhalten, Umgang mit modernen Medien etc.) werden intensiver gefördert.
- Das System zur Qualitätsmessung und -überwachung wird weiterentwickelt.

2.3 Ziele im Bereich Fortbildung

2.3.1 Inhaltliche Ziele

Der Vergleichszeitraum 1996 bis 1999 zeigt eine signifikante Steigerung der Fortbildungsmenge und zwar unabhängig davon, ob man als Kennzahlen

- Veranstaltungsmenge (1996: **67** Veranstaltungen, 1999: **196**; Steigerung: **190 %**),
- Anmeldezahlen (1996: entsprechend der Teilnehmerzahl von 1264, da Plätze kontingentiert wurden, 1999: **5821**)
- Teilnehmerzahlen (1996: **1264**, 1999: **3653**, Steigerung: **190 %**) oder
- Teilnehmertage (1996: **4369**, 1999: **10 691**, Steigerung: **145 %**)

zugrundelegt.

Die Steigerungen resultieren insbesondere aus dem Aufgreifen der Themen zum Modernisierungsprozess der Landesverwaltung (vgl. Kabinettsbeschluss vom 25. 3. 1997 zur Errichtung des SiN), hier vor allem Personalentwicklung und betriebswirtschaftlichen Elemente des Neuen Steuerungsmodells.

2001 wird die Anzahl der Teilnehmertage in den einzelnen Themenfeldern beibehalten und nach Möglichkeit gesteigert.

Schwerpunkte des Angebots werden insbesondere die Themen „Steuerungsinstrumente Niedersachsen“ mit den Feldern „Führungskompetenz und Personalentwicklung“ und den betriebswirtschaftlichen Elementen im engeren Sinne (KLR, Controlling, Budgetierung) sein. Unter Berücksichtigung der Entwicklungen und Bedürfnisse in den einzelnen Behörden soll speziell der Bereich der betriebswirtschaftlichen Elemente gestärkt werden. Darüber hinaus werden weitere Angebote zur Stärkung der Europakompetenz der Landesbediensteten entwickelt.

Das SiN wird im Jahre 2001 Fortbildungsveranstaltungen im Umfang von **ca. 12 500 Teilnehmertagen (TNT)** anbieten. In Anlehnung an das Programm 2000 werden diese sich im Rahmen einer perspektivischen Planung in etwa wie folgt zusammensetzen:

Themenbereiche	ca. Teilnehmertage
1. Personal- und Organisationsentwicklung (davon Führungskompetenz)	7 150 (2 600)
2. Betriebswirtschaftliche Entwicklung/ Steuerung (davon	3 500
– KLR, Controlling, Budgetierung	(3 000)
– Qualitätsmanagement, Benchmarking, Staatsmodernisierung)	(500)
3. Europa	350
4. Fach- und funktionsbezogene Fortbildung	1 400
Sonstige	100
Zusammen	12 500

Durch die Ausbildung von „Multiplikatoren“ soll der Landesverwaltung ermöglicht werden, Veränderungsprozesse aus eigener Kraft zu gestalten.

2.3.2 Organisatorische Ziele

Mit Sanierung des Gästehauses stehen im SiN neben 45 Einzelzimmern vier behindertengerechte Zimmer zur Verfügung, sodass Bediensteten, die hierauf angewiesen sind, die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen spürbar erleichtert wird.

Im Jahr 2001 wird die Auslastung erstmals nach der Sanierung ermittelt und in den Folgejahren in das Controlling eingestellt.

Auch weiterhin werden Veranstaltungen in der Fläche (dezentral) vorgesehen. Dabei wird das SiN Fortbildungsveranstaltungen, die sich an den zeitlichen Bedürfnissen von Teilzeitbeschäftigten orientieren, anbieten.

ERLÄUTERUNGEN

2.3.3 Sonstige Ziele

Als Referenten sollen mehr Landesbedienstete, die neben einer hohen fachlichen Qualifikation vor allem auch den Praxisbezug zur Landesverwaltung im Reformprozess mitbringen, gewonnen werden.

Das SiN entwickelt die Kooperation mit anderen Fortbildungsanbietern der öffentlichen Verwaltung weiter.

Im Rahmen freier Kapazitäten können auch Personen, die nicht Bedienstete der unmittelbaren Landesverwaltung sind, gegen Entgelt an Veranstaltungen teilnehmen.

Das SiN unterstützt hausinterne Fortbildungsvorhaben der Ressorts/Behörden durch Beratung, Konzeption, Organisation, Durchführung und Evaluation von Fortbildungsveranstaltungen.

Das im SiN eingeführte Verfahren zur Evaluation von Fortbildungsmaßnahmen wird weiter ausgebaut (z. B. Qualitätskennzahlen).

Zur Steigerung der Effektivität der Teilnehmerverwaltung soll ein EDV-gestütztes Anmeldeverfahren via Intranet entwickelt werden. Darüber hinaus soll das Intranet verstärkt zur Information über das Fortbildungsangebot genutzt werden.

2.4 Ziele im Bereich Leitstelle

Die Leitstelle wird die Zusammenarbeit zwischen den Berufsschulen und den betrieblichen Ausbildungseinrichtungen (Studieninstitute) im dualen System verbessern.

Die neustrukturierte Ausbildung der Verwaltungsfachangestellten erfordert ein hohes Maß an handlungsorientierter Vermittlung des Ausbildungsstoffes. Die Prüfung muss diesen Kriterien ebenfalls Rechnung tragen. Dies bedeutet für die Leitstelle einen erhöhten Bedarf an Beratung und Weiterbildung der in den Ausbildungsbehörden mit der Ausbildung befassten Personen.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0314 Studieninstitut des Landes Niedersachsen - budgetiert -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 03 14					
		1 Eigene Einnahmen		94.100	—	+94.100	
		2 Übertragungseinnahmen		262.000	—	+262.000	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		430.000	—	+430.000	
		Summe der Einnahmen		786.100	—	+786.100	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	2.140.000	—	+2.140.000	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.521.100	—	+2.521.100	
		6 Übertragungsausgaben	—	12.000	—	+12.000	
		7 Bauausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	327.300	—	+327.300	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	5.000.400	—	+5.000.400	
		Zuschuss		4.214.300	—	+4.214.300	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		385.700	—		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		5.386.100	—		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		4.600.000			

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 42-0	244	Einnahmen, die mit Entschädigungsaufwen- dungen zusammenhängen		15.000	30.000	–15.000	101
241 01-2	244	Erstattungen vom Bund nach § 172 BEG vom 29.6.1956 (BGBl. I S. 562)		—	100.000	–100.000	—
		A U S G A B E N					
536 01-2	216	Verfahrenskosten * <i>Gegenseitig deckungsfähig: 536 01, 632 01, 636 01 und 676 01.</i>	—	160.000	220.000	–60.000	137
632 01-1	216	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an andere Länder * <i>Vgl. D-Vermerk zu 536 01.</i>	—	12.400	12.900	–500	10
636 01-7	216	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Träger der gesetzlichen Krankenversiche- rung nach § 227 b Abs. 1 BEG * <i>Vgl. D-Vermerk zu 536 01.</i>	—	2.000	110.000	–108.000	15
641 01-0	244	Erstattungen an den Bund nach § 172 BEG * <i>Gegenseitig deckungsfähig: 641 01, 681 31, 681 41, 686 31 und 686 41.</i>	—	20.000.000	14.700.000	+5.300.000	18.194
676 01-9	216	Erstattung von Verwaltungsausgaben an aus- ländische Dienststellen, die bei der Wie- dergutmachung mitwirken * <i>Vgl. D-Vermerk zu 536 01.</i>	—	20.000	20.000	—	13
681 31-4	244	Renten und sonstige fortdauernde Leistungen nach dem BEG und dem Nds. SHG an Berechti- gte im Inland * <i>Vgl. D-Vermerk zu 641 01.</i> *** <i>Gemäß § 15 Abs. 1 S. 3 LHO dürfen zurückzuzahlende Renten und sonstige fortdauernde Leistungen nach dem BEG und dem Nds. SHG auch nach Schluß des Haus- haltsjahres durch Absetzen von der Aus- gabe bei 681 31, 681 32, 686 31 und 686 32 vereinnahmt werden.</i>	—	6.000.000	6.700.000	–700.000	5.758
681 32-2	244	Laufende Zuschüsse aus dem Härteausgleich nach § 171 BEG an Personen im Inland * <i>Gegenseitig deckungsfähig: 681 32 und 686 32.</i> *** <i>Vgl. Vermerk zu 681 31.</i>	—	40.000	50.000	–10.000	34
681 41-1	244	Kapitalentschädigungen und sonstige einmalige Leistungen nach dem BEG und dem Nds. SHG an Berechtigte im Inland * <i>Vgl. D-Vermerk zu 641 01.</i>	—	350.000	1.350.000	–1.000.000	274
686 31-6	244	Renten und sonstige fortdauernde Leistun- gen nach dem BEG und dem Nds. SHG an Be- rechtigte im Ausland * <i>Vgl. D-Vermerk zu 641 01.</i> *** <i>Vgl. Vermerk zu 681 31.</i>	—	44.500.000	53.806.000	–9.306.000	46.022
686 32-4	244	Laufende Zuschüsse aus dem Härteausgleich nach § 171 BEG an Personen im Ausland * <i>Vgl. D-Vermerk zu 681 32.</i> *** <i>Vgl. Vermerk zu 681 31.</i>	—	14.000	18.000	–4.000	12
686 41-3	244	Kapitalentschädigungen u. sonst. einmalige Leistungen nach dem BEG an Berechtigte im Ausland * <i>Vgl. D-Vermerk zu 641 01.</i>	—	1.300.000	1.000.000	+300.000	1.212
698 01-2	244	Hilfen an Verfolgte des NS-Regimes in besonderen Notlagen * <i>Übertragbar.</i>	225.000 225.000	250.000	250.000	—	234

ERLÄUTERUNGEN

Zu 03 15 allgemein:

Entschädigungsbehörde (§§ 173, 184 BEG) ist das Nds. Landesamt für Bezüge und Versorgung (NLBV). Oberste Landesbehörde ist das Innenministerium.

Nach § 172 BEG werden die Entschädigungsaufwendungen ab 1. 4. 1956 je zur Hälfte vom Bund und von der Gesamtheit der Länder getragen. Die Länder bringen ihren Anteil nach dem Verhältnis ihrer Einwohnerzahl auf. Dazu tragen die Länder 25 % der vom Land Berlin zu leistenden Entschädigungsaufwendungen.

Dieselbe Verteilung erfolgt bei den Aufwendungen nach Artikel V BEG-Schlussgesetz (BEG-SG) für die überregionalen Verfolgtengruppen.

Entschädigungsleistungen, die über die Bundesregelung hinaus auf Grund günstigerer niedersächsischer Regelung gewährt werden, müssen vom Land zu 100 % getragen werden.

Der Lastenausgleich erfolgt durch den Bund.

Zu 119 42

Rückflüsse aus Leistungen auf Grund des Niedersächsischen Sonderhilfegesetzes, des Niedersächsischen Haftentschädigungsgesetzes, des Bundesergänzungsgesetzes und des Bundesentschädigungsgesetzes.

Zu 241 01

Hier sind Erstattungen des Bundes zu vereinnahmen, wenn die von Niedersachsen erbrachten Entschädigungsleistungen den gem. § 172 BEG auf das Land entfallenden Anteil übersteigen.

Zu 536 01

Hier sind Zeugengebühren, Sachverständigengebühren und sonstige Beweiserhebungskosten nachzuweisen, soweit sie nicht unter 632 01, 636 01 und 676 01 fallen. Zu den Beweiserhebungskosten gehören auch Reisekosten, die durch Entsendung Bediensteter der Entschädigungsbehörde ins Ausland entstehen.

Zu 632 01

Kostenanteil des Landes an der Bundeszentalkartei.

Zu 636 01

Weniger infolge des Rückgangs der Zahl der Anträge.

Zu 641 01

Abführungsbeträge an den Bund, wenn die von Niedersachsen erbrachten Entschädigungsleistungen niedriger sind als der nach § 172 BEG auf das Land entfallende Lastenanteil.

Mehr infolge Anpassung an die Ist-Entwicklung.

Zu 676 01

Für Aufwendungen des Medical Board für die Mitwirkung bei Heilverfahren in Israel.

Zu 681 31

Hier sind auch die gemäß § 59 Abs. 3 Pflegeversicherungsgesetz zu zahlenden Beiträge zur Pflegeversicherung nachzuweisen.

Weniger wegen des Rückgangs der Anzahl der Berechtigten.

Zu 681 41

Weniger wegen des Rückgangs der Anzahl der Berechtigten und wegen Verlagerung der Ausgaben für BEG-Krankenversorgung nach Titel 641 01.

Zu 686 31

Weniger wegen des Rückgangs der Anzahl der Berechtigten.

Zu 686 41

Mehr wegen Erleichterungen in Kurantragsverfahren.

Zu 698 01

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	139 000	15 000	—	154 000
2002	139 000	15 000	25 000	179 000
2003	139 000	15 000	25 000	179 000
2004	139 000	15 000	25 000	179 000
ff.	1 390 000	165 000	150 000	1 705 000

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0315 Wiedergutmachung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 03 15					
		1 Eigene Einnahmen		15.000	30.000	–15.000	
		2 Übertragungseinnahmen		—	100.000	–100.000	
		Summe der Einnahmen		15.000	130.000	–115.000	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	160.000	220.000	–60.000	
		6 Übertragungsausgaben	225.000 225.000	72.488.400	78.016.900	–5.528.500	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	225.000 225.000	72.648.400	78.236.900	–5.588.500	
		Zuschuss		72.633.400	78.106.900	–5.473.500	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 03 Innenministerium
 Kapitel 0317 Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 01-4	421	Ablieferungen des Landesbetriebs von Versorgungszuschlägen für Beamte * Vgl. K-Vermerk zu 981 01.		200.000	189.000	+11.000	175
121 02-2	421	Sonstige Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	116
121 03-0	421	Ablieferungen v. Beiträgen z. gesetzl.Unfallvers., d. LohnSt.f.VBL-u.BVA-Umlagen u. Ausgl.-Abgaben n.d.Schwerbehindertengesetz * Vgl. K-Vermerk zu 981 02.		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-6	421	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs * Übertragbar. Einseitig deckungsfähig zugunsten 891 01. ***Gemäß §17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich	—	39.893.200	37.751.400	+2.141.800	40.309
682 39-3	421	Zuschuß an Landesbetriebe für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
891 01-4	421	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs * Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01. ***Gemäß §17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich	—	734.600	734.600	—	735
981 01-3	990	Abführungen an 1350 - 381 03 * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 121 01.	—	200.000	189.000	+11.000	175
981 02-1	990	Abführungen an 1399 - 381 64 * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 121 03.	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 03 17					
		1 Eigene Einnahmen		200.000	189.000	+11.000	
		Summe der Einnahmen		200.000	189.000	+11.000	
		6 Übertragungsausgaben	—	39.893.200	37.751.400	+2.141.800	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	734.600	734.600	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	200.000	189.000	+11.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	40.827.800	38.675.000	+2.152.800	
		Zuschuss		40.627.800	38.486.000	+2.141.800	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 03 17 allgemein:

Aufgrund des Beschlusses der Landesregierung vom 14. 1. 1997 wird die „Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen (LGN)“ als Landesbetrieb geführt.

Zur Erledigung der Aufgaben, die dem Landesbetrieb LGN nach § 2 der Betriebssatzung zugewiesen sind, sind die Zuführungen an ihn bei 682 01, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Zu 121 01

In den Gebühren und Entgelten, die der Landesbetrieb für Leistungen erhebt, sind auch Versorgungszuschläge für Beamte enthalten, die an das Land abzuführen sind.

Zu 682 01

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	2 763 400	—	—	2 763 400
2002	2 763 400	—	—	2 763 400
2003	2 763 400	—	—	2 763 400
2004	2 763 400	—	—	2 763 400
ff.	20 386 200	—	—	20 386 200

Zu 891 01

Fortführung des Aufbaus des flächendeckenden Netzes von GPS-Permanentstationen für das Land Niedersachsen. 500 000 DM

Das Programm endet 2001.

1 Geodatenserver	170 000 DM
1 Kfz-Kombi (Ersatzbeschaffung)	64 600 DM
Zusammen	734 600 DM

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

Aufwendungen	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Erträge	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
8 Aufwendungen für den Kauf von Geräten für Fachaufgaben, DV-Geräten, Software	1 184 000	—	936 600	51 Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse u.a. eigene Leistungen	6 790 000	2 988 000	5 956 500
61 Materialaufwand:				57/58 Sonstige betriebliche Erträge	—	—	6 764 600
Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1 979 000	1 682 100	1 945 100	59 Zuschüsse und Zuweisungen			
62 Aufwand für bezogene Leistungen*)	4 042 400	3 587 000	4 682 300	59.1 für Programmpflege/Projekte	406 000	506 000	1 758 300
63 Personalkosten	31 899 800	27 837 000	29 810 200	59.2 Zuführung des Bundes	—	250 000	—
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge u. f. Unterstützung	609 600	555 300	515 100	59.3 Zuführung des Landes	39 893 200	37 751 400	39 582 900
65 Abschreibungen	—	—	2 248 600				
66 Sonstige Personalaufwendungen	16 000	151 200	15 200				
67 Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten, Gerätemieten, Leasing	1 461 000	2 788 000	1 497 200				
68 Aufwendungen für Kommunikation (Reisekosten, Fortbildung, Telekommunikation, Postgebühren, Öffentlichkeitsarbeit)	1 544 000	945 600	1 503 200				
69 Aufwendungen für Beiträge u. Sonstiges sowie Wertkorrekturen u. periodenfremde Aufwendungen, Schadenersatzleistungen	8 000	—	652 200				
70 Gebäudekosten/Grundstücke**)	3 345 400	2 785 100	3 348 300				
71 Unterhaltung/Instandhaltung	618 000	995 200	561 000				
72 Kfz-Kosten	267 000	133 900	139 100				
74 Außerordentliche Aufwendungen	—	—	4 660 300				
48 Umsatzsteuer (aus Kontengruppe 4)	115 000	35 000	118 800				
Gesamtsumme:	47 089 200	41 495 400	52 633 200		47 089 200	41 495 400	54 062 300

*) für Dienstleistungen des IZN 792 000 DM

**) Zur Abführung der ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13 1 400 DM

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontengruppe

62	Mehr infolge Verlagerung von Kapitel 04 30 für die Inanspruchnahme von Leistungen des IZN	792 000 DM
63	Personalkostenbudget	30 737 000 DM
	– für 18 Auszubildende	390 700 DM
	– Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne	57 600 DM
	– Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	714 500 DM
64	Beihilfen	409 600 DM
	– Versorgungszuschläge Beamte	200 000 DM

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2001

Aufwendungen	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Erträge	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
7 Technische Anlagen und Maschinen				1 Erlöse aus der Abgabe von Anlagegegenständen bis zur Höhe des Buchwertes	—	—	—
77 Geräte für Fachaufgaben	500 000	635 000	922 300	2 Zuweisungen der Öffentlichen Hand zu Investitions-			
78 ADV-Kommunikations-	170 000	99 600	374 700	vorhaben	734 600	734 600	1 297 000
8 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung				3 Zuschüsse aus Drittmitteln	—	—	—
801 Andere Anlagen	—	—	—				
841 Fuhrpark	64 600	—	—				
Summe:	734 600	734 600	1 297 000		734 600	734 600	1 297 000

Erläuterungen zum Finanzplan

Zu Kontengruppe

77	Fortführung des Aufbaus des flächendeckenden Netzes von GPS-Permanentstationen für das Land Niedersachsen (das Programm endet in 2001)	500 000 DM
78	1 Geodatenserver	170 000 DM
841	1 Kfz-Kombi für den vermessungstechnischen Außendienst	64 600 DM
Summe:		734 600 DM

Bewirtschaftungsvermerke:

Personalaufwendungen

1. Gemäß Zielvereinbarung vom 18. 10. 1999 über den Stellenabbau bis zum Jahre 2003 sind im Haushaltsjahr 2001 beim Landesbetrieb LGN 10 Stellen einzusparen.
2. Mehreinnahmen dürfen nicht für Dauerverpflichtungen verwendet werden.

Sonstiges

1. Aufträge von Landesverwaltungen, die von der Druckerei des Landesbetriebs gegen Erstattung der sächlichen Verwaltungsausgaben (Material, Maschinenkosten) erledigt worden sind, werden bis auf Weiteres im bisherigen Umfang ohne Personalkostenanteile abgerechnet.
2. Aufträge der Argarstrukturverwaltung für Repro- und Druckarbeiten sowie Aufträge der Vermessungs- und Katasterbehörden für die Digitalisierung der Automatisierten Liegenschaftskarte (ALK) sind bis auf Weiteres im bisherigen Umfang ohne Kostenersatzung zu erledigen.
3. Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden. Dies gilt nicht für Veröffentlichungen im Marktleistungsbereich.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte)

Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Angestellte²⁾³⁾⁴⁾⁷⁾				¹⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.
II a	4	—		
III	28	—		
IV a	45	—		²⁾ Siehe HV Nr. 1 zum Stellenplan Kapitel 03 17.
IV b	18	—		³⁾ Siehe HV Nr. 5 zum Stellenplan Kapitel 03 17.
V b	9	—		⁴⁾ Siehe HV Nr. 6 zum Stellenplan Kapitel 03 17.
V c	76	—		⁵⁾ kw.
VI b	13	—		⁷⁾ Bei Bedarf können nicht besetzte Stellen bei Kap. 03 17 und Kap. 03 18 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.
VII	18	—		
IX b–VII ¹⁾	4	—		
III	—	1	Verwaltungsdienst	
V c	—	1		
VI b	—	1		
VII	—	7		
VIII	—	1		
II a	—	4	Technischer Dienst	
III	—	26		
IV a	—	34		
IV b	—	13		
V b	—	1		
V c	—	69		
VI b	—	9		
VII	—	11		
IV a	—	11	Datenverarbeitung	
IV b	—	3		
V b	—	10		
V c	—	6		
VI b	—	1		
VII	—	5		
IX b–VII ¹⁾	—	4	Schreibdienst	
IV a	—	1	Sonstige Dienste	
V c	—	1		
VI b	—	2		
	215	222	Zusammen	
Leerstellen:				
III ⁵⁾	1	—		
IV a ⁵⁾	1	—		
V c ⁵⁾	5	—		
VII ⁵⁾	1	—		
III ⁵⁾	—	1	Verwaltungsdienst	
IV a ⁵⁾	—	1	Technischer Dienst	
V c ⁵⁾	—	5		
VII ⁵⁾	—	1		
	8	8	Zusammen	
Bemerkungen				

Zugang	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	1	infolge Verlagerung von Kapitel 03 18
Abgang:		
Verg.-Gr. V c	1	infolge Verlagerung nach Kapitel 03 18
Verg.-Gr. VI b	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 02 06
Verg.-Gr. VIII	1	
Verg.-Gr. VII	5	Stellen gem. ZV für 2001
Zusammen	8	
Bleibt Abgang	7	
Höhergruppierungen:		
Verg.-Gr. III	1	von Verg.-Gr. IV a
Verg.-Gr. IV b	1	von Verg.-Gr. V b
Zusammen	2	infolge Abweichung von den Stellenübersichten gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000
Herabgruppierungen:		
Verg.-Gr. VI b	1	von Verg.-Gr. V b
Sonstige Veränderungen:		
Die Bemerkungen Nrn. 2, 3 und 4 sind neu ausgebracht worden.		

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Arbeiterinnen und Arbeiter)

Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
			Arbeiter/-innen¹⁾²⁾³⁾	¹⁾ Siehe HV Nr. 1 zum Stellenplan Kapitel 03 17.
8	10	—		²⁾ Siehe HV Nr. 5 zum Stellenplan Kapitel 03 17.
6	8	—		³⁾ Siehe HV Nr. 6 zum Stellenplan Kapitel 03 17.
5	14	—		
4	12	—		
3	1	—		
2/2 a	5	—		
4	—	11	Kraftfahrdienst	
2/2 a	—	1	Kartenvertrieb	
2/2 a	—	2	Botendienst	
5	—	10	Vermessungsgehilfe/-in	
5	—	1	Haus- und Lagerarbeiter/-in	
4	—	1		
2/2 a	—	1		
8	—	10	Drucker/-in	
6	—	8		
5	—	3		
3	—	1		
2/2 a	—	1		
	50	50	Zusammen	
Bemerkungen				

Sonstige Veränderungen:

Die Bemerkungen Nrn. 1, 2 und 3 sind neu ausgebracht worden.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0318 Vermessungs- und Katasterverwaltung - budgetiert -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 12-8	421	Einnahmen aus der Herstellung der digital geführten Liegenschaftskarte		1.580.000	580.000	+1.000.000	4.231
119 51-0	421	Sonstige Einnahmen ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden. *** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben: 1. Beträge, die im Rahmen der Vertriebs- partnerschaft dem Landesbetrieb LGN von den Vermessungs- und Kataster- behörden (VKB) für gemeinsam herge- stellte Produkte erstattet werden müssen, weil die Gesamtkosten im Kapitel 0318 vereinnahmt worden sind. 2. Beträge für Rechnerleistungen, die aus Anlass von Auszügen aus den Nach- weisen des Liegenschaftskatasters und der Landesvermessung zu zahlen sind.		150.100.000	136.383.100	+13.716.900	150.369
256 01-0	421	Zuweisungen		—	—	—	497
381 01-0	990	Besondere Finanzierungsmaßnahmen		—	—	—	—
A U S G A B E N							
429 01-2	421	Dienstbezüge, Vergütungen, Löhne * Gegenseitig deckungsfähig: 429 01, 429 02, 546 59, 681 01, 685 51, 981 01 und 981 03. *** Die Ausgaben dürfen überschritten werden bis zu 85 v. H. der Einnahmen bei 111 12, bis zu 90 v. H. der nicht verbrauchten Mehreinnahmen bei 119 51 und bis zu 100 v. H. der Einnahmen bei 256 01 und 381 01. 90 v. H. der nicht verbrauchten Ausgaben und 100 v. H. der nicht verbrauchten Einnahmen bei 256 01 und 381 01 sowie nicht verbrauchte Ausgaben aus 85 v. H. der Einnahmen bei 111 12 wachsen den Ausgaben bei 429 01 bis 981 03 für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden.	—	191.810.600	189.524.000	+2.286.600	186.276
429 02-0	421	Sonstige persönliche Verwaltungsausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 429 01. *** Vgl. ***-Vermerk zu 429 01.	—	7.264.000	4.851.800	+2.412.200	6.709
546 59-0	421	Sächliche Verwaltungsausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 429 01. *** Vgl. ***-Vermerk zu 429 01.	6.000.000 —	37.268.000	22.015.600	+15.252.400	32.844
681 01-3	421	Schadenersatzleistungen * Vgl. D-Vermerk zu 429 01. *** Vgl. ***-Vermerk zu 429 01. Die Ausgaben dürfen in der Höhe über- schritten werden, in der Schadenersatz- leistungen im Einzelfall den Betrag von DM 10.000 übersteigen. Diese Überschreitungen sind nicht inner- halb des Budgets auszugleichen.	—	19.000	19.000	—	16
685 51-5	421	Sonstige Zuschüsse * Vgl. D-Vermerk zu 429 01. *** Vgl. ***-Vermerk zu 429 01.	—	5.600	5.600	—	6
813 59-9	421	Investitionen *** Vgl. ***-Vermerk zu 429 01. - Einseitig deckungsfähig zu Lasten 429 01 bis 685 51. - Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 429 01 bis 685 51 bis zur Höhe von insgesamt höchstens 500.000 DM. - Nicht verbrauchte Ausgaben wachsen den Ausgaben bei 813 59 für das näch- ste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintre- tende Mehrausgaben dürfen ge- leistet werden.	—	1.950.000	1.950.000	—	2.860

ERLÄUTERUNGEN

Zu 03 18 allgemein:

Es sind vorhanden:

- 4 Dezernate für Vermessungs- und Katasterangelegenheiten bei den Bezirksregierungen,
24 Vermessungs- und Katasterbehörden unterteilt in 53 Katasterämter in der Ortsstufe.

Für das bei den Bezirksregierungen tätige Fachpersonal sind hier nur die

- a) Ausgaben für Bezüge,
b) Ausgaben für die eigentlichen Fachaufgaben, insbesondere für Fachgeräte und IuK-Technik,
c) Einnahmen, die mit den eigentlichen Fachaufgaben in ursprünglichem Zusammenhang stehen.

Alle übrigen Haushaltseinnahmen und -ausgaben sind bei Kapitel 03 05 ausgebracht (vgl. allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 03 05).

Zu 429 01

Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten, Vergütungen der Angestellten, Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter.

Aus dem Haushaltsansatz dürfen, ohne dass dafür Stellen ausgewiesen sind, auch ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Hausmeisterentschädigungen an Bedienstete, die über die reguläre Arbeitszeit hinaus stundenweise Hausmeistertätigkeiten in Katasterämtern ohne Hausmeister ausüben, bezahlt werden.

Der Haushaltsansatz kann bei Besoldungs- und Tarifierhöhungen aus im Epl. 13 zentral veranschlagten Personalverstärkungsmitteln verstärkt werden.

Im Rahmen des Gesamtbudgets dürfen vollbeschäftigte Bedienstete auch auf mehreren Stellenteilen geführt werden.

Das Beschäftigungsvolumen (BV) beträgt 2.461,69 Vollzeiteinheiten (VZE). Aufgrund der Gesamtbudgetierung des Kapitels 03 18 dient dieses – nur nachrichtlich aufgeführte – BV abweichend von § 9 Abs. 2 bis 5 HG 2001 lediglich der Berechnung der Haushaltsansätze. Im übrigen gelten die Vorschriften des § 9 Abs. 2 bis 5 HG 2001 entsprechend, soweit durch die ausgebrachten Haushaltsvermerke nichts anderes bestimmt wird.

Beschäftigungsvolumen

	Beschäftigungsvolumen (in VZE)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	720,00	720,00	—	798
Angestellte	1 491,69	1 415,00	76,69	1 452
Lohnempfänger/-innen	250,00	240,00	10,00	257
Insgesamt	2 461,69	2 375,00	86,69	2 507

Zu 429 02

In dem Haushaltsansatz sind Vergütungen für 205 (201) Auszubildende des technischen Dienstes enthalten.

Zu 546 59

Mehr infolge Verlagerung aus dem Kapitel 04 30 für die Inanspruchnahme von Leistungen des IZN.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000*) ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamtbelastung DM
2001	1 884 600	6 000 000	—	7 884 600
2002	1 581 300	—	6 000 000	7 581 300
2003	1 118 500	—	—	1 118 500
2004	—	—	—	—
ff.	—	—	—	—

üpl. bewilligt.

Zu 546 59 und 813 59

Nach der Kosten- und Leistungsrechnung haben sich die Sach- und Investitionskosten der Vermessungs- und Katasterbehörden der Ortsstufe in 1999 wie folgt auf die Kostenartengruppen verteilt:

	in TDM
1. Geschäftskosten	2 598
2. Materialkosten	843
3. Reisekosten	1 358
4. Energiekosten	1 334
5. Sonstige Sachkosten	140
6. Dienstleistungen Dritter	11 757
7. Anlagekosten Grundstücke und Gebäude	10 205
8. Anlagekosten Kfz	1 966
9. Anlagekosten Fachgeräte einschl. IuK-Technik	8 730
10. Anlagekosten Ausrüstungsgegenstände	3 464
Zusammen	42 395

Diese Aufteilung bleibt in 2001 im Wesentlichen unverändert.

Zusätzlich werden aufgrund der „Zielvereinbarung“ über Stellenabbau vom 18. 10. 1999 6 000

für Dienstleistungen Dritter (vgl. Nr. 6.) in den Haushalt eingestellt.

Zusammen Kosten 2001 48 395

In den o. g. Kosten sind die Ansätze der Titel 546 59 und 813 59, an anderer Stelle im Haushalt veranschlagte Ausgaben sowie haushaltsmäßig nicht gebuchte Ansätze (z. B. kalkulatorische Mietkosten für landeseigene Gebäude) enthalten.

Für Dienstleistungen des IZN 6 953 100 DM.

Ersatzbeschaffungen sind im wesentlichen in folgenden Bereichen vorgesehen:

- Dienstkraftfahrzeuge
- Dokumentenmanagementsysteme und Archivanlagen
- Elektronische Tachymeter
- Satellitenmess- und Empfangseinrichtungen

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0318 Vermessungs- und Katasterverwaltung - budgetiert -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
981 01-7	990	Abführungen an 1399 - 381 64 * Vgl. D-Vermerk zu 429 01. *** Vgl. ***-Vermerk zu 429 01.	—	—	—	—	—
981 03-3	990	Abführungen an 13 21 - 381 03 * Vgl. D-Vermerk zu 429 01. *** Vgl. ***-Vermerk zu 429 01.	—	7.541.200	—	+7.541.200	—
Abschluss Kapitel 03 18							
1 Eigene Einnahmen				151.680.000	136.963.100	+14.716.900	
2 Übertragungseinnahmen				—	—	—	
3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen				—	—	—	
Summe der Einnahmen				151.680.000	136.963.100	+14.716.900	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	199.074.600	194.375.800	+4.698.800	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			6.000.000	37.268.000	22.015.600	+15.252.400	
6 Übertragungsausgaben			—	24.600	24.600	—	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	1.950.000	1.950.000	—	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	7.541.200	—	+7.541.200	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			6.000.000	245.858.400	218.366.000	+27.492.400	
Zuschuss				94.178.400	81.402.900	+12.775.500	
Nachrichtlich:							
Anteil an den Versorgungsausgaben				17.262.000	—	—	
Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil				263.120.400	218.366.000	—	
Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil				111.440.400	81.402.900	—	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 981 01

Abführungen von Beiträgen zur gesetzlichen Unfallversicherung, der Lohnsteuer für die VBL- und VBA-Umlagen und von Ausgleichsabgaben aufgrund des Schwerbehindertengesetzes.

Zu 981 03

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Aufgabenbeschreibung:

Rechtsgrundlage der Tätigkeiten der Vermessungs- und Katasterverwaltung (VKV) ist das Nds. Vermessungs- und Katastergesetz.

Aufgabe der 24 Vermessungs- und Katasterbehörden und der zuständigen Dezernate der Bezirksregierungen ist es, landesweit einen Kernbestand an Angaben zum Grund und Boden (Basisinformationen) für Aufgaben der öffentlichen Verwaltung und der Privatwirtschaft sowie für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zuverlässig und aktuell vorzuhalten (Führung des Liegenschaftskatasters). Dafür werden flächendeckend Flurstücke und alle wesentlichen Gebäude grafisch, beschreibend und durch Vermessungszahlen erfasst und nachgewiesen.

Die Flurstücke beschreiben die Grundstücke im Grundbuch und dienen damit der Eigentumssicherung; mit den Gebäuden werden für den Grundstücksrechtsverkehr wertbeeinflussende, bauplanungsrechtlich bedeutsame Rechtsobjekte nachgewiesen. Darüber hinaus werden weitere, für den Rechtsverkehr wesentliche Merkmale des Grund und Bodens geführt. Dazu zählen Hinweise auf öffentlich-rechtliche Festlegungen (z. B. zu Naturschutzgebieten oder die Ergebnisse der amtlichen Bodenschätzung), die tatsächliche Nutzung der Grundstücke und deren Flächengröße.

Die Angaben sind in raumbezogenen Informationssystemen auf der Grundlage eines einheitlich geodätischen Bezugssystems zu führen. Damit wird sichergestellt, dass die Angaben zum Grund und Boden für die Nutzer bedarfsorientiert abrufbar sind und überregional mit anderen Sachdaten verknüpft werden können. Dies ist besonders für die öffentlichen Aufgaben der Bauleitplanung, der Energie- und Wasserver- und -entsorgung sowie für den Katastrophenschutz bedeutsam. Vor allem für diese Zwecke sind die Nachweise auch kontinuierlich zu aktualisieren.

Aus den Anforderungen im Rechtsverkehr und als Basisinformation für die zuvor genannten öffentlichen Aufgaben werden örtlich Liegenschaftsvermessungen durchgeführt, insbesondere anlässlich beabsichtigter Grundstücksteilungen, für Grenzfeststellungen oder auf Grund geänderter Bebauung. Außerdem sind die Ergebnisse von Liegenschaftsvermessungen anderer Stellen, vor allem von Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und -ingenieuren (ÖbVI) zu übernehmen. Weiterhin sind wechselseitig Daten mit anderen Behörden, insbesondere mit den Grundbuchämtern und den Finanzämtern zur Erhaltung der Übereinstimmung der amtlichen Nachweise auszutauschen. Soweit dabei Rechte betroffener Eigentümer berührt werden, sind die Verfahren unter den üblichen verwaltungs-verfahrensrechtlichen Bedingungen durchzuführen.

Neben der inhaltlichen Aktualisierung sind die historisch seit über 100 Jahren geführten Nachweise fortwährend technologischen Entwicklungen anzupassen; z. Z. wird dazu ein einheitlicher digitaler Gesamtdatenbestand (Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem – ALKIS) aufgebaut. Nur auf dieser Basis können den Nutzer künftig dauerhaft die gewünschten bodenbezogenen Sachverhalte effektiv für seine Informations- und Entscheidungssysteme bereitgestellt werden. Diese Bereitstellung umfasst aber auch, dass Nutzer beraten werden und Auskunft erhalten, ihnen sachgerecht Auszüge aus den Nachweisen erteilt werden, ebenso, dass für sie Bescheinigungen und Planunterlagen nach anderen Rechtsvorschriften (z. B. Lagepläne) gefertigt werden können. Auf diese Weise wird die Transparenz und Öffentlichkeit wesentlicher Angaben zum Grund und Boden für alle gesellschaftlichen Prozesse nachhaltig gewährleistet.

Die Vermessungs- und Katasterbehörden sind fachlich eingebunden in die gesetzlichen Aufgaben der Landesvermessung, die schwerpunktmäßig vom „Landesbetrieb Landesvermessung und Geoinformation Niedersachsen (LGN)“ wahrgenommen werden. Vgl. hierzu Kapitel 03 17.

Ferner nehmen die Vermessungs- und Katasterbehörden auf Grund bundesrechtlicher Vorschriften (BauBG) i. V. mit einer Landesverordnung (DVO-BauBG) umfangreiche Arbeiten der Wertermittlung und Bodenordnung wahr.

Als Geschäftsstelle der auf Kreisebene eingerichteten Gutachterausschüsse führen die Vermessungs- und Katasterbehörden die Kaufpreissammlung und bereiten die Wertermittlungen (Verkehrswertgutachten, Bodenrichtwerte, Grundstücksmarktberichte) vor. Die Arbeitsergebnisse tragen wesentlich zur Markttransparenz bei und dienen vielen Stellen aus Wirtschaft und Verwaltung sowie den freiberuflich tätigen Sachverständigen als Grundlage ihrer Aufgabenerfüllung. Die Finanzverwaltung benötigt die Bodenrichtwerte als Grundlage ihrer Einheitsbewertung und der steuerlichen Bedarfsverwertung für die Erbschafts- und Schenkungssteuer.

Auf Antrag der Kommunen übernehmen die Vermessungs- und Katasterbehörden die Geschäftsstellenfunktion der kommunalen Umlegungsausschüsse und bereiten deren Entscheidungen vor. Die Bodenordnungsmaßnahmen (Umlegung, Grenzlegung) dienen insbesondere der beschleunigten Bereitstellung von Bauland.

ERLÄUTERUNGEN

Zielkonzept:

Die VKV hat im Rahmen der Aufgabenkritik (Beschluss der LReg. vom 29. 4. 1997) eine langfristige Zielkonzeption für ihre Entwicklung für die nächsten 10 Jahre erstellt. Dieses Zielkonzept umfasst folgende Maßnahmen:

- Einstellung von Aufgaben,
- Standardabsenkung bei der Wahrnehmung von Aufgaben,
- Kundenorientierte Weiterentwicklung von Aufgaben,
- Wirtschaftlichkeitssteigerung durch technische Verfahrensentwicklungen,

- Wirtschaftlichkeitssteigerung durch organisatorische Veränderungen,
- Wahrnehmung von Aufgaben durch Dritte.

Diese Veränderungen betreffen sowohl die Amtsleistungen als auch die Marktleistungen der VKV und haben das Ziel, den Zuschussbedarf für die VKV und die Kosten der Leistungen für den Bürger zu senken. Einige Maßnahmen bedürfen noch der Abstimmung mit anderen Stellen.

Die Produkte entwickeln sich im Haushaltsjahr 2001, bezogen auf das Basisjahr 1999, wie folgt (in Mio. DM):

	A = Amts- M = Markt- leistungen	Kosten	1999 ¹⁾ Erlöse	Deckungs- grad (Erlöse/ Kosten)	Kosten	2000 ¹⁾ Erlöse	Deckungs- grad (Erlöse/ Kosten)	Kosten	2001 ²⁾ Erlöse	Deckungs- grad (Erlöse/ Kosten)
1 Liegenschaftskataster ²⁾										
1.1 Anfertigung von Vermessungs- unterlagen ²⁾	M	13,0	17,5	1,34	13,3	14,5	1,09	12,6	15,7	1,25
1.2 Ausführung und Auswertung von Liegenschaftsvermessun- gen ²⁾	M	62,1	72,3	1,17	57,1	62,1	1,09	61,0	72,0	1,18
1.3 Übernahme ²⁾	M	28,6	29,4	1,03	29,1	31,1	1,07	27,9	29,7	1,06
1.4 Nutzungen, öffentl.-rechtliche Festlegungen, Überein- stimmung mit anderen Nach- weisen ³⁾	A	11,8	—	—	13,1	—	—	11,4	—	—
1.5 Erneuerung und Bereinigung des Liegenschaftskatasters ³⁾	A	56,4	—	—	46,5	—	—	71,3	—	—
1.6 Benutzung des Liegenschafts- katasters ³⁾	A/M	24,1	26,7	1,10	23,6	23,8	1,01	23,0	26,1	1,13
2 Bodenordnung ²⁾	M	5,9	5,8	0,98	6,0	6,5	1,08	5,9	5,8	0,99
3 Wertermittlung										
3.1 Kaufpreissammlung und Markttransparenz ³⁾	A	12,4	—	—	12,3	—	—	12,3	—	—
3.2 Gutachten und Auskünfte ²⁾	M	13,3	10,8	0,81	10,3	9,8	0,95	12,9	10,8	0,83
4 Landesvermessung ³⁾	A	17,2	—	—	18,4	—	—	16,4	—	—
5 Produkte der Dez. 207 der Bezirksregierungen ³⁾	A	14,0	—	—	10,9	—	—	13,4	—	—
		258,9	162,5		240,6	147,8		268,0	160,1	
Kosten minus Erlöse		96,4			92,8			107,9		

¹⁾ Personalkosten 1999 und 2001 auf der Basis der Durchschnittssätze für Haushaltsaufstellung 2001, Personalkosten 2000 auf Basis der Durchschnittssätze 1997 ermittelt.

²⁾ Die Marktleistungen sind gegenseitig austauschbar.

³⁾ Kapazitäten der Amtsleistungen dürfen nur in besonderen Ausnahmefällen für Marktleistungen eingesetzt werden.

Die Zahlenangaben zur Entwicklung der Produkte 2001 basieren auf der Kosten-Leistungs-Rechnung (KLR) 1999.

Die Budgetansätze enthalten Einnahmen und Ausgaben, während die Erläuterungen zu den Produkten auf Kosten und Erlösen basieren, wie sie in der KLR ermittelt werden. Kosten und Erlöse umfassen u. a. auch haushaltsmäßig nicht gebuchte Ansätze wie beispielsweise Mieten für landeseigene Gebäude und Leistungen bei Gebührenbefreiungen. Die Kosten und Erlöse geben somit die wirtschaftliche Leistungsbilanz der VKV umfassend wieder.

Die KLR der VKV ist vom Grundsatz her eine Vollkostenrechnung. Z. Z. werden aber einige Kostenanteile (z. B. Entwicklungskosten IuK, Risikokosten, überbehördliche Leistungsverrechnungen BezReg. und MI ...) nicht auf die Produkte umgelegt. Deshalb geht die Planung von einem Deckungsgrad (Erlöse dividiert durch Kosten) von 1,05 bis 1,10 als Ziel aus.

Maßnahmen im Haushaltsjahr 2001

Das Budget 2001 geht davon aus, dass grundsätzlich die Leistungsmengen 1999 für die Produkte wieder erreicht werden.

Bei den Produkten sind 2001 – als Teil des langjährigen Zielkonzepts der VKV – folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Kundenorientierter Aufbau eines „GIS-Service für Basisinformation“ der VKV wird erweitert,
- Vergabe von Digitalisierungen für die ALK in Höhe von 6 Mio. DM (Kosten sind enthalten),
- Steigerung der Wirtschaftlichkeit bei der Aufgabenerledigung (Folge: Gebührensenkungen bei einzelnen Produkten).

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0319 Vermessungs- und Katasterverwaltung - nicht budgetiert -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 14-9	421	Einnahmen von Bauwerkseinmessungen, die von Öffentlich bestellten Ingenieuren ausgeführt werden * Vgl. K-Vermerk zu 538 01.		160.000	160.000	—	182
252 01-9	421	Zuweisungen zur Erledigung der Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder (AdV) * Vgl. K-Vermerk zu 547 02.		151.700	151.700	—	167
		A U S G A B E N					
422 31-3	421	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	1.870.000	2.400.000	-530.000	1.984
538 01-0	421	Erstattung der Kosten für Bauwerkseinmessungen an Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 85,0 v.H. der Isteinnahmen bei 119 14.	—	136.000	136.000	—	133
542 01-7	421	Umsatzsteuer ***Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der vom Land zu entrichtenden Umsatzsteuer aus Einnahmen bei 03 18 - 119 51	—	11.290.000	10.337.800	+952.200	11.471
547 02-7	421	Ausgaben in Verbindung mit der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder (AdV) * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 252 01.	—	151.700	151.700	—	161
981 01-0	990	Abführungen an 13 50 - 381 03 ***Ausgaben dürfen geleistet werden bis zur Höhe der bei 03 18 - 119 51 enthaltenen Versorgungszuschläge für Beamte	—	—	—	—	6.360
		Abschluss Kapitel 03 19					
		1 Eigene Einnahmen		160.000	160.000	—	
		2 Übertragungseinnahmen		151.700	151.700	—	
		Summe der Einnahmen		311.700	311.700	—	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	1.870.000	2.400.000	-530.000	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	11.577.700	10.625.500	+952.200	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	13.447.700	13.025.500	+422.200	
		Zuschuss		13.136.000	12.713.800	+422.200	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		605.700	861.900		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		14.053.400	13.887.400		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		13.741.700	13.575.700		

ERLÄUTERUNGEN

Zu 03 19 – allgemein

Nicht budgetierte Einnahmen und Ausgaben der 4 Dezernate für Vermessungs- und Katasterangelegenheiten bei den Bezirksregierungen und der 24 Vermessungs- und Katasterbehörden in der Ortsstufe (vgl. Kapitel 03 18).

Zu 119 14

Einnahmen für Bauwerkseinmessungen in Fällen des § 14 Abs. 2 des Gesetzes über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster vom 2. 7. 1985 (Nieders. GVBl. S. 187), die von Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren/-innen ausgeführt werden.

Vgl. 538 01.

Zu 252 01

Beiträge der Länder zur Finanzierung gemeinsamer Projekte im Rahmen bestehender Verwaltungsvereinbarungen.

Vgl. 547 02.

Zu 422 31

In den Ansätzen sind auch die Zahlungen für Dienstbezüge und Leistungen an Bedienstete des Landesbetriebes LGN (Kapitel 03 17) enthalten, die von der sog. „58er-Regelung“ Gebrauch gemacht haben.

Zu 538 01

Erstattung von Kosten für Bauwerkseinmessungen an Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure/-innen in Fällen des § 14 Abs. 2 des Gesetzes über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster vom 2. 7. 1985 (Nieders. GVBl. S. 187).

Vgl. 119 14.

Zu 542 01

Für die Buchung der vom Land zu entrichtenden Umsatzsteuer.

Mehr infolge höherer Verkaufserlöse.

Zu 547 02

Im Ansatz sind auch die Kosten für die Geschäftsstelle der Adv enthalten, die beim Landesbetrieb LGN (Kap. 03 17) eingerichtet ist.

Vgl. 252 01.

Zu 981 01

In den Gebühren und Entgelten, die die Vermessungs- und Katasterverwaltung (VuKV) für Leistungen erhebt, sind auch Versorgungszuschläge für Beamte/-innen enthalten. Der abzuführende Anteil aus diesen Einnahmen, die bei Kap. 03 18 Titel 119 51 nachgewiesen werden, beträgt 7 v. H.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 11-3	042	Verwaltungsgebühren		6.000.000	5.500.000	+500.000	5.911
112 01-2	042	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		9.750.000	9.750.000	—	8.543
113 01-9	042	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		200.000	30.000	+170.000	161
113 07-8	042	Verkaufserlöse für abgängige Diensthunde		2.500	2.500	—	1
113 65-5	042	Verkaufserlöse aus dem Bekleidungswesen		200.000	90.000	+110.000	153
119 06-8	042	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		39.600	40.000	–400	65
119 21-1	042	Einnahmen aus dem Verpflegungswesen		220.000	200.000	+20.000	243
119 25-4	042	Einnahmen für die Verpflegung zur Selbstbewirtschaftung * Vgl. K-Vermerk zu 522 03. *** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO dürfen Erstattungen auch nach Schluß des Hj. durch Absetzen von der Einnahme verausgabt werden.		678.700	700.000	–21.300	1.009
119 31-9	042	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		8.000	8.000	—	2
119 41-6	042	Rückzahlung von Überzahlungen		100.000	125.000	–25.000	70
119 45-9	042	Umsatzsteuerrückzahlungen aus Vorjahren		1.000	1.000	—	—
119 46-7	042	Ersatzleistungen * Vgl. K-Vermerk zu 811 01.		2.700.000	3.100.000	–400.000	2.326
119 51-3	042	Vermischte Einnahmen		900.000	500.000	+400.000	860
124 01-0	042	Mieten und Pachten		1.595.000	1.600.000	–5.000	1.473
124 02-9	042	Pachten für Polizeikantinen * Vgl. K-Vermerk zu 522 03.		10.000	10.000	—	17
132 01-3	042	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen *** Vgl. K-Vermerk zu 811 01		800.000	800.000	—	640
132 02-1	042	Erlöse aus der Veräußerung gebraucht erworbener Kraftfahrzeuge * Vgl. K-Vermerk zu 811 07.		—	10.000	–10.000	1
132 03-0	042	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen		5.000	18.000	–13.000	9
231 01-1	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund		10.000	10.000	—	7
232 01-8	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern		400.000	800.000	–400.000	413
243 01-0	042	Einnahmen auf Grund des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten		—	—	—	13.826
253 01-5	042	Zuweisungen von Gemeinden * Vgl. K-Vermerk zu 427 03.		—	—	—	128
256 01-4	042	Sonstige Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	337
256 02-2	042	Sonstige Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit für Schwerbehinderte		100.000	175.000	–75.000	97
282 01-5	042	Zuschüsse Dritter		—	—	—	—
282 02-3	042	Zuschüsse der Hauptfürsorgestelle * Vgl. K-Vermerk zu 427 02.		—	—	—	—
286 67-3	042	Erstattung durch die EU für fachbezogene grenzüberschreitende Aus- und Fortbildung * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.		—	—	—	156

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeiner Vermerk:

Zur Landespolizei gehören:

- a) Der Polizeiverwaltungsdienst,
- b) die Schutzpolizei,
- c) die Kriminalpolizei.

Die Landespolizei hat folgende Polizeibehörden und polizeiliche Einrichtungen:

I. Polizeibehörden

- a) Die Bezirksregierungen Braunschweig, Hannover, Lüneburg und Weser-Ems,
- b) die Polizeidirektionen Braunschweig und Hannover,
– Zu a) und b):
Hierzu zählen auch die unselbstständigen Dienststellen, die den Polizeibehörden nachgeordnet sind –,
- c) das Landeskriminalamt Niedersachsen in Hannover.

II. Polizeiliche Einrichtungen

- a) Die Landesbereitschaftspolizei mit der Direktion und der I. BPA in Hannover, der II. BPA in Braunschweig, Lüneburg und Göttingen sowie der III. BPA in Oldenburg und Osnabrück,
- b) das Bildungsinstitut der Polizei,
- c) das Polizeiamt für Technik und Beschaffung Niedersachsen.

Zu 03 20 allgemein:

Für das bei den BezReg. tätige Fachpersonal sind hier nur die

- a) Ausgaben der Obergruppe 42 (Dienstbezüge und dergl.),
- b) Ausgaben für die eigentlichen Fachaufgaben (Ausgaben der Titelgruppen) sowie die
- c) Einnahmen, die mit den Ausgaben zu a) und b) im ursächlichen Zusammenhang stehen, veranschlagt.

Zu c) gehören nicht die Einnahmen aus „Verwaltungsgebühren“ (Titel 111 11) und „Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten“ (Titel 112 01).

Alle übrigen Haushaltseinnahmen und -ausgaben sind bei Kap. 03 05 ausgebracht (vgl. allgemeine Erläuterung zu Kap. 03 05).

In den Haushaltsansätzen bei den Titeln 514 01, 527 04 und bei den Titelgruppen 62, 64, 65, 67 und 68 sind auch die Sonderkosten für Polizeibeamte/-innen enthalten, die dem Innenministerium, dem Fachbereich Polizei der Niedersächsischen Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege und dem Niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz angehören (vgl. allgemeine Vermerke zu den Kapiteln 03 01, 03 04 und 03 90). Dies gilt auch für Titel 513 01 und TGr. 69/70, soweit Polizei- und Verwaltungsbeamte/-innen an das FeSo-Netz der Polizei angeschlossen sind.

Die Mittel und Stellen für die bisherige polizeiliche Einrichtung – Fachbereich Polizei der FHS – sind nach Kapitel 03 04 verlagert worden.

Vgl. Kapitel 03 04.

Zu 112 01

1. Verwarnungsgelder	9 730 000 DM
2. Geldstrafen und -bußen	20 000 DM
Zusammen	9 750 000 DM

Zu 113 01

1. Geräte	120 000 DM
2. Maschinen	65 000 DM
3. Ausstattungsgegenstände	6 000 DM
4. Akten, Drucksachen und dgl.	7 000 DM
5. Stalldünger	2 000 DM
Zusammen	200 000 DM

Zu 113 65

Mehr infolge Anpassung an die Istentwicklung.

Zu 119 06

1. Einnahmen aus der Benutzung landeseigener Geräte usw.	19 600 DM
2. Einnahmen aus der Benutzung von Kraftfahrzeugen	10 000 DM
3. Anerkennungsgebühren für Warenautomaten	10 000 DM
Zusammen	39 600 DM

Zu 119 25

Erhebung von Verpflegungskosten von Teilnehmern/-innen an der Gemeinschaftsverpflegung.

Vgl. 522 03.

Zu 119 31

Erstattung der Kosten für Verdingungsunterlagen bei öffentlicher Ausschreibung gem. VOL.

Zu 119 46

1. Schadenersatzleistungen aus dem Kraftfahrbetrieb	2 190 000 DM
2. Einnahmen aus Schadenersatzansprüchen bei Verlusten und Beschädigungen an Dienstkleidung und Ausrüstung	10 000 DM
3. Sonstige Schadenersatzleistungen	500 000 DM
Zusammen	2 700 000 DM

Weniger infolge Anpassung an die Istentwicklung.

Vgl. 811 01.

Zu 119 51

Mehr infolge Anpassung an die Istentwicklung.

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	645 000 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	920 000 DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	— DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	— DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	30 000 DM
Zusammen	1 595 000 DM

Zu 124 02

Vgl. 522 03.

Zu 132 01

Vgl. 811 01.

Zu 132 02

Vgl. 811 07.

Zu 231 01

Anteilige Kosten für die Mitbenutzung der Datenverarbeitungsanlagen und Übertragungswege.

Zu 232 01

Erstattung von Einsatzkosten u. a.

Weniger infolge Anpassung an die Istentwicklung.

Zu 243 01

Seit 1999 werden die von den Gebietskörperschaften von ihren Gesamteinnahmen aus rechtskräftigen Bußgeldbescheiden auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts an die Landeskasse abzuführenden Beträge bei der Bemessung der Zuweisung für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises berücksichtigt.

Infolgedessen entfiel hier die Vereinnahmung ab 2000.

In 1999 erfolgte die Abwicklung der Abführungen aus 1998.

Zu 253 01

Für Beschäftigungsförderungsmaßnahmen von Kommunen.

Vgl. 427 03.

Zu 256 02

Für Arbeitsentgeltzuschüsse von Arbeitsämtern.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
Titelgruppe(n)							
TGr. 64		Heilfürsorge		(11.580.000)	(12.000.000)	(-420.000)	(11.293)
119 64-5	042	Einnahmen aus der Eigenbeteiligung an der Heilfürsorge		11.580.000	12.000.000	-420.000	11.293
TGr. 72		Bekämpfung der Organisierten Kriminalität ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72		(—)	(95.000)	(-95.000)	(133)
119 72-6	042	Vermischte Einnahmen		—	40.000	-40.000	133
132 72-2	042	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		—	45.000	-45.000	1
232 72-7	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern		—	10.000	-10.000	—
286 72-0	042	Zuschüsse der EU für ein länderübergreifendes Kooperationsprojekt		—	—	—	—
TGr. 75		Gefangenwesen		(900.000)	(1.000.000)	(-100.000)	(883)
242 75-7	042	Erstattungen v. Ländern für die Abschiebung von Ausländern		470.000	500.000	-30.000	463
281 75-2	042	Sonstige Erstattungen für die Abschiebung von Ausländern		430.000	500.000	-70.000	420
TGr. 86		Einnahmen der Polizeiinspektion Salzgitter ***vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 86		(—)	(—)	(—)	(2)
113 86-8	042	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb der Vermögensrechnung		—	—	—	0
119 86-6	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	1
132 86-2	042	Erlöse aus der Veräußerung beweglicher Sachen		—	—	—	—
TGr. 87		Einnahmen der Polizeidirektion Braunschweig ***vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 87		(—)	(—)	(—)	(9)
113 87-6	042	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb der Vermögensrechnung		—	—	—	1
119 87-4	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	1
132 87-0	042	Erlöse aus der Veräußerung beweglicher Sachen		—	—	—	8
TGr. 88		Einnahmen der Polizeiinspektion Delmenhorst ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 88		(—)	(—)	(—)	(0)
113 88-4	042	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb der Vermögensrechnung		—	—	—	—
119 88-2	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	0
132 88-9	042	Erlöse aus der Veräußerung beweglicher Sachen		—	—	—	—
TGr. 89		Einnahmen der Polizeiinspektion Cloppenburg ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 89		(—)	(—)	(—)	(4)
113 89-2	042	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb der Vermögensrechnung		—	—	—	1
119 89-0	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	2
132 89-7	042	Erlöse aus der Veräußerung beweglicher Sachen		—	—	—	1
TGr. 90		Einnahmen der Polizeiinspektion Celle ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 90		(—)	(—)	(—)	(1)
113 90-6	042	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb der Vermögensrechnung		—	—	—	1

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 72

Vgl. Ausgabetitelgruppe 72.

Zu 286 72

Zuschüsse der EU zur Durchführung eines „Operativen Analyseprojektes zur Internationalen Schleusungskriminalität“.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
119 90-4	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	1
132 90-0	042	Erlöse aus der Veräußerung beweglicher Sachen		—	—	—	—
TGr. 91		Einnahmen der Polizeiinspektion Goslar ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 91		(—)	(—)	(—)	(1)
113 91-4	042	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb der Vermögensrechnung		—	—	—	—
119 91-2	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	1
132 91-9	042	Erlöse aus der Veräußerung beweglicher Sachen		—	—	—	—
TGr. 92		Einnahmen der Polizeiinspektion Hameln ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 92		(—)	(—)	(—)	(1)
113 92-2	042	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb der Vermögensrechnung		—	—	—	—
119 92-0	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	1
132 92-7	042	Erlöse aus der Veräußerung beweglicher Sachen		—	—	—	—
TGr. 93		Einnahmen der Polizeiinspektion Holzminden ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 93		(—)	(—)	(—)	(11)
113 93-0	042	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb der Vermögensrechnung		—	—	—	—
119 93-9	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	11
132 93-5	042	Erlöse aus der Veräußerung beweglicher Sachen		—	—	—	—
TGr. 94		Budgetierte Dienststellen im Regierungsbezirk Weser-Ems ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 94		(—)	(—)	(—)	(—)
113 94-9	042	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb der Vermögensrechnung		—	—	—	—
119 94-7	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	—
132 94-3	042	Erlöse aus der Veräußerung beweglicher Sachen		—	—	—	—
TGr. 95		Budgetierte Dienststellen im Regierungsbezirk Braunschweig ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 95		(—)	(—)	(—)	(—)
113 95-7	042	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb der Vermögensrechnung		—	—	—	—
119 95-5	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	—
132 95-1	042	Erlöse aus der Veräußerung beweglicher		—	—	—	—
TGr. 96		Budgetierte Dienststellen im Regierungsbezirk Hannover ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 96		(—)	(—)	(—)	(—)
113 96-5	042	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb der Vermögensrechnung		—	—	—	—
119 96-3	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	—
132 96-0	043	Erlöse aus der Veräußerung beweglicher Sachen		—	—	—	—
TGr. 98		EXPO 2000 ***Vgl. K-Vermerk bei Ausgabetitelgruppe 98		(—)	(—)	(—)	(—)
111 98-9	042	Verwaltungsgebühren		—	—	—	—
112 98-5	042	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		—	—	—	—
113 98-1	042	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb der Vermögensrechnung		—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0320 Landespolizei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
119 98-0	042	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	—
132 98-6	042	Erlöse aus dem Verkauf beweglicher Sachen		—	—	—	—
282 98-8	042	Zuschüsse zu Beschäftigungsentgelten		—	—	—	—
286 98-3	042	Zuschüsse für fachbezogene Aus- und Fortbildung		—	—	—	—
A U S G A B E N							
422 01-1	042	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	1.413.643.300	1.414.129.600	–486.300	1.210.865
422 19-4	042	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 41-0	042	Anwärterbezüge	—	30.692.600	19.650.900	+11.041.700	26.835
422 51-8	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	1.172.000	1.308.100	–136.100	1.322
425 01-0	042	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	160.946
425 03-7	042	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	68
425 41-0	042	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	103.800	41.000	+62.800	56
425 51-7	042	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	189.400	200.300	–10.900	165
426 01-7	042	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	65.183
426 03-3	042	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	1.031
426 41-6	042	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	373.700	399.600	–25.900	228
426 51-3	042	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	48.100	65.400	–17.300	50
427 01-3	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	319.300	336.300	–17.000	599
427 02-1	042	Beschäftigungsentgelte für Aushilfskräfte im Rahmen der begleitenden Hilfe im Arbeitsleben durch die Hauptfürsorgestelle * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 02.	—	—	—	—	—
427 03-0	042	Beschäftigungsentgelte für Aushilfskräfte im Rahmen kommunaler Arbeitsförderungsprogramme * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 253 01.	—	—	—	—	37
427 39-0	042	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	479.600	248.600	+231.000	480
453 01-4	042	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	1.000.000	1.150.000	–150.000	979
459 03-9	042	Gebührenanteile und Pauschentschädigungen für Geschäftszimmeraufwand	—	—	74.000	–74.000	44
511 01-4	042	Geschäftsbedarf	—	877.000	1.008.000	–131.000	1.023
512 01-0	042	Bücher und Zeitschriften	—	575.700	647.100	–71.400	696
513 01-7	042	Post- und Fernmeldegebühren	—	7.583.900	14.102.000	–6.518.100	8.617
514 01-3	042	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen ***Erstattungen dürfen auch nach Schluß des Haushaltsjahres durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.	—	19.199.200	21.234.300	–2.035.100	21.539
514 02-1	042	Haltung von Wasserfahrzeugen	—	700.000	750.000	–50.000	707
514 03-0	042	Haltung von Luftfahrzeugen	—	2.300.000	2.500.000	–200.000	2.265
515 01-0	042	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	459.200	537.500	–78.300	478

ERLÄUTERUNGEN

Zu Hauptgruppen 4, 5, 6 und 8

Zur Durchführung des Pilotprojektes „Kosten- und Leistungsrechnung in der Polizei“ wurden Haushaltsmittel in die TGr. 87, 90, 94 bis 96 verlagert.

Vgl. Erläuterungen zu den TGr. 87, 90, 94 bis 96.

Zu 422 01, 425 01, 426 01 und 426 03

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 20 714,00 Vollzeiteinheiten (VZE). Davon sind 234 VZE gesperrt.

Beschäftigungsvolumen:

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	17 277,10	17 277,10	—	17 650
Angestellte	2 378,90	2 378,90	—	2 398
Lohnempfänger/-innen	1 058,00	988,00	70,00	1 084
Insgesamt	20 714,00	20 644,00	70,00	21 132

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 1 413 643 300 DM

Es sind veranschlagt:

Aufwandsentschädigungen:

1. Dienstaufwandsentschädigungen
 - a) für den Polizeipräsidenten/die Polizeipräsidentin in Hannover mtl. 150,— DM 1 800 DM
 - b) für den Polizeipräsidenten/die Polizeipräsidentin in Braunschweig mtl. 100,— DM 1 200 DM
 2. Lehrzulagen*)
 - a) für 3 (4) Stelleninhaber/-innen – je 1 500 DM – mtl. 125,— DM 4 500 DM
 - b) für 297 (340) Stelleninhaber/-innen – je 1 125 DM – mtl. 93,75 DM 334 125 DM
 - c) für 13 (13) Stelleninhaber/-innen – je 375 DM – mtl. 31,25 DM 4 875 DM
- Zusammen 346 500 DM

*) Die Lehrzulagen für hauptamtliche Lehrkräfte gelten gem. Abschn. 1 Nr. 4 der LehrzRL v. 25. 3. 1998 – VORIS 20444 00 00 00 002 – in der jeweils geltenden Fassung als steuerfreie Aufwandsentschädigung i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

noch zu 422 01, 425 01, 426 01 und 426 03

Besondere Zulagen:

1. Stellenzulagen:

a) Polizeizulage*)	59 100 000 DM
b) Zulage für fliegendes Personal**)	282 300 DM
c) Zulage für Nachprüfer von Luftfahrtgerät***)	7 800 DM
d) Zulage für den Marinebereich****)	28 800 DM

*) gem. Nr. 9 der Anl. 1 zum BBesG in der jeweils geltenden Fassung.

***) gem. Nr. 6 der Anl. 1 zum BBesG in der jeweils geltenden Fassung.

****) gem. Nr. 6a der Anl. 1 zum BBesG in der jeweils geltenden Fassung.

*****) gem. Nr. 9a der Anl. 1 zum BBesG in der jeweils geltenden Fassung.

2. Erschwerniszulagen:

a) Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten einschließlich der Gewährung der Zulagen nach § 4 MuSchV*)	18 600 000 DM
b) Zulage für besondere polizeiliche Einsätze**)	1 263 600 DM
c) Taucherzulage***)	1 000 DM
d) EDV-Zulage****)	25 100 DM
e) Wechselschicht- und Schichtzulagen*****)	8 000 000 DM
f) Zulage für fliegendes Personal*****)	202 300 DM

*) gem. §§ 3 bis 6 EZulV in der jeweils geltenden Fassung.

**) gem. § 22 EZulV in der jeweils geltenden Fassung.

****) gem. §§ 7 bis 9 EZulV in der jeweils geltenden Fassung.

*****) gem. § 4 ZulTVe in der jeweils geltenden Fassung.

******) gem. § 20 EZulV in der jeweils geltenden Fassung.

******) gem. § 22a EZulV in der jeweils geltenden Fassung.

Im Personalkostenbudget sind Haushaltsmittel enthalten für 122 (126) ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen – davon 104 (108) Kräfte im Reinigungsdienst –, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt sowie Haushaltsmittel für 140 (140) stundenweise beschäftigte Kräfte – davon 123 (123) Kräfte im Reinigungsdienst.

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	1 413 643 300
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	40 329 700
43	Versorgungsbezüge	395 706 300
44	Beihilfen, Unterstützungen	46 094 700
45	Personalbezogene Sachausgaben	3 500 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	38 242 600
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		1 937 516 600

Zu 422 41

1. Anwärterbezüge, Sonderzuwendungen	27 536 700 DM
2. Aufwandsentschädigungen	— DM
3. Besondere Zulagen (Polizeizulage, Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten)	3 155 900 DM
Zusammen	30 692 600 DM

Zu 425 41

Für Auszubildende 5 (5)

Zu 426 41

Für Auszubildende 18 (18)

Zu 427 01

Für Vertretungs- und Aushilfskräfte.

Im übrigen vgl. 256 01.

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für 320 (320) Landesbedienstete	746 300 DM
2. Umzugskostenvergütungen für 140 (140) Landesbedienstete	253 700 DM
Zusammen	1 000 000 DM

ERLÄUTERUNGEN

Zu 459 03

Infolge Änderung der Vorschriften über die geringfügige Beschäftigung (§§ 7 und 8 SGB IV), verlagert nach Titel 518 01.

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	180 000 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	655 100 DM
3. Bekanntmachungen	21 000 DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	20 900 DM
Zusammen	877 000 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	100 000 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	80 000 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	364 200 DM
4. Buchbinderkosten	31 500 DM
Zusammen	575 700 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	1 500 000 DM
2. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	5 125 800 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	108 100 DM
4. Einmalige Gebühren für die Verlegung usw. von Fernmeldeanlagen	650 000 DM
5. Hörfunk- und Fernsehgebühren	100 000 DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	100 000 DM
7. Gebühren für das Polizei-Fernsprech- und -Fernschreibsondernetz	— DM
Zusammen	7 583 900 DM

Weniger infolge der aufgrund der Integration des Telekommunikations-Sondernetzes der Polizei in das IZN-net erforderlichen Verlagerung von Haushaltsmitteln in das Kapitel 04 02.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 514 01

1. Betriebsstoffe	14 549 000 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	4 100 200 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	450 000 DM
4. Sonstiges	100 000 DM

Zusammen 19 199 200 DM

Die Kosten der Herrichtung – Aus- und Umbauten sowie Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände – von handelsüblich bezogenen Neufahrzeugen in Grundausrüstung zu Spezialfahrzeugen sind, wenn die Arbeiten in polizeieigenen Werkstätten durchgeführt werden, wie folgt nachzuweisen:

- a) bei 811 01 die Beschaffungskosten für das Kfz in Grundausrüstung sowie alle Kosten für Gegenstände, die handelsüblich bezogen werden können,
- b) bei 514 01 die Sachkosten für Gegenstände, die durch handwerkliche Arbeit in den Polizeiwerkstätten erstellt werden.

Dienstkraftfahrzeugsoll für das Haushaltsjahr 2001

Type	Polizeilicher Einzel-dienst	PK BAB	LBPN		LKA	BIP NI	FHS	Gesamt 2001	Gesamt 2000	Mehr/ Weniger (-) als 2000
			Land	Bund						
Pkw gebraucht	40	0	0	0	0	0	0	40	40	0
FuStw	1 666	165	23	144	96	11	3	2 108	2 280	-172
VU-Kfz	144	0	0	0	0	0	0	144	165	-21
Verk.-Überw.-Kfz	2	14	0	0	0	0	0	16	24	-8
Gefangenen-Kfz	9	0	2	0	0	0	0	11	14	-3
Kranken-Kfz	3	0	2	6	0	0	0	11	11	0
Fm-Instands.-Kfz	21	0	0	3	0	0	0	24	27	-3
Tatort-Kfz	13	0	0	0	2	0	0	15	17	-2
leichte Lkw	27	0	0	18	1	2	0	48	51	-3
mittlere Lkw	24	0	5	28	0	1	0	58	59	-1
MKW (Kombi)	239	13	0	24	2	5	2	285	284	1
mittlere Busse	45	0	5	89	0	8	0	147	157	-10
schwere Busse	2	0	0	12	0	4	1	19	19	0
Küchen-Kraftwagen	2	0	0	12	0	0	0	14	14	0
Wasserwerfer	0	0	6	9	0	0	0	15	15	0
Sonder-Kfz	10	0	20	64	13	0	0	107	112	-5
Sonderanhänger	54	0	6	12	2	0	0	74	77	-3
Küchenanhänger	5	0	0	0	0	0	0	5	6	-1
Krafträder	87	34	0	58	2	0	0	181	196	-15
Summe	2 393	226	69	479	118	31	6	3 322*)	3 568	-246

*) Weniger infolge Verlagerung von 268 Fahrzeugen in die Titelgruppen 94 bis 96 bei Berücksichtigung einer Erhöhung des Kfz-Soll um 12 Fahrzeuge für OK-Dienststellen und um 10 Fahrzeuge zur Umsetzung des Einsatzkonzeptes für die Kleingruppenverlastung von Leo Leine Einheiten.

Zu 514 02**Bestand an Wasserfahrzeugen**

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Küstenboote	5	5	5
Streckenboote	11	11	11
Hafenboote	8	8	8
Hilfsboote	15	15	15
Zusammen	39	39	39

Zu 514 03

Für Grund- und Industrieüberholungen der Hubschrauber sowie Kosten für Ersatzteile, Kraft- und Schmierstoffe zur Aufrechterhaltung des Flugdienstes.

Im Falle der Inanspruchnahme von Hubschraubern durch den in Nr. 6.2 DA-PHuSt genannten Personenkreis findet ein Aufwendersatz nicht statt.

Bestand an Luftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Hubschrauber	6	6	6

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0320 Landespolizei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
515 02-8	042	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	1.470.400	1.663.800	–193.400	2.170
515 03-6	045	Ausrüstungsgegenstände für den Behördenselbstschutz	—	—	—	—	—
516 01-6	042	Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für den Arbeitsschutz	—	9.600	—	+9.600	21
517 01-2	042	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	6.228.900	6.798.100	–569.200	6.219
517 19-5	042	Reinigungskosten	—	8.565.200	9.214.000	–648.800	9.173
517 59-4	042	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	9.451.100	11.896.000	–2.444.900	10.151
518 01-9	042	Mieten und Pachten	—	24.172.000	25.735.800	–1.563.800	24.228
519 02-3	042	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	908.700	1.013.300	–104.600	947
519 03-1	042	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	25.800	28.300	–2.500	25
522 02-4	042	Kosten der unentgeltlichen Verpflegung ***Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO. Dies gilt nur, soweit die Ausgaben Beköstigungsfonds zugeführt werden. Das Verpflegungsgeld ist nach der tatsächlichen Verpflegungsstärke und dem festgesetzten Tagesverpflegungssatz zu berechnen.	—	1.034.300	1.082.700	–48.400	1.147
522 03-2	042	Kosten der entgeltlichen Verpflegung * Übertragbar. Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 119 25 und 124 02. ** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO. Das Verpflegungsgeld ist nach der tatsächlichen Verpflegungsstärke und dem festgesetzten Tagesverpflegungssatz zu berechnen.	—	688.700	710.000	–21.300	1.032
522 31-8	042	Kleingeräte	—	38.300	41.500	–3.200	44
526 01-1	042	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	7.695.000	9.168.600	–1.473.600	9.436
526 59-3	042	Sachverständige und ähnliche Kosten im Zusammenhang mit der Feststellung der Dienstfähigkeit	—	—	—	—	0
527 01-8	042	Reisekostenvergütungen	—	1.330.500	1.471.600	–141.100	1.380
527 03-4	042	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	29.100	35.500	–6.400	39
527 04-2	042	Reisekostenpauschbeträge; Bewegungsgelder für Polizeivollzugsbeamte und Fahndungskosten	—	971.000	1.694.400	–723.400	2.044
531 01-5	042	Veröffentlichungen	—	76.700	80.000	–3.300	85
532 01-1	042	Unterkunftsgerät und Spinnstoffe	—	278.400	300.000	–21.600	334
536 12-2	042	Zeugenentschädigungen	—	111.500	115.000	–3.500	345
536 21-1	042	Auslobungen und Belohnungen	—	9.100	9.600	–500	62
537 01-3	042	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	113.500	117.000	–3.500	147
538 01-0	042	Dienstleistungen Außenstehender	—	1.250.700	1.413.400	–162.700	1.396
546 59-4	042	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	3
631 01-0	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—
632 01-6	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder * Übertragbar.	—	4.600.000	6.100.000	–1.500.000	5.444

ERLÄUTERUNGEN

Zu 515 02

1. Dienstzimmerausstattungen	924 600 DM
2. Büromaschinen	350 000 DM
3. Wirtschaftsgeräte	123 800 DM
4. Werkstattausrüstungen	70 000 DM
5. Ausstattung von Amts- und Dienstwohnungen	2 000 DM
Zusammen	1 470 400 DM

Zu 517 01

1. Wassergeld	2 148 900 DM
2. Grundbesitzabgaben	1 900 000 DM
3. Bewachungskosten	1 100 000 DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	380 000 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	700 000 DM
Zusammen	6 228 900 DM

Zu 518 01

1. Diensträume und -gebäude	23 822 000 DM
2. Wohnungen und Wohngebäude	— DM
3. Unbebaute Grundstücke	— DM
4. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	350 000 DM
Zusammen	24 172 000 DM

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE*) DM	durch die 2000 ausgebrachte VE**) DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	12 881 500	214 000	—	13 095 500
2002	12 895 500	214 000	—	13 109 500
2003	12 895 500	214 000	—	13 109 500
2004	12 895 500	214 000	—	13 109 500
ff.	104 029 200	107 000	—	104 136 200

*) einschl. der 1999 üpl. bewilligten VE

**) üpl. bewilligt

Zu 522 02

Verpflegung von Lehrgangsteilnehmern/-innen	900 000 DM
Verpflegung bei Einsätzen u. a.	134 400 DM
Zusammen	1 034 400 DM

Der Tagesverpflegungssatz richtet sich nach den Verpflegungsbestimmungen PolNds. (RdErl. des MI vom 8. 6. 1977 – Nds. MBl. S. 613 – in der jeweils geltenden Fassung).

Zu 522 03

Kosten der Verpflegung für Beamte/-innen der LBPN, des BIP sowie für Lehrgangsteilnehmer/-innen ohne Trennungsgeld, die verpflichtet oder berechtigt sind, gegen Bezahlung an der Verpflegung teilzunehmen.

Verpflegungskosten für an der Gemeinschaftsverpflegung gegen Bezahlung teilnehmende Mittagsgäste und Küchenbedienstete.

Die anfallenden Beträge sind dem Beköstigungsfonds (Selbstbewirtschaftung) zuzuführen.

Vgl. 119 25 und 124 02.

Zu 526 01

1. (Amts)ärztliche und Röntgen-schirmbilduntersuchungen	— DM
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	7 665 000 DM
3. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus	30 000 DM
Zusammen	7 695 000 DM

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	790 500 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für private Kraftfahrzeuge	500 000 DM
3. Aufwandsvergütung für Dienstfahrten mit Polizei-Wasserfahrzeugen gem. RdErl. d. MI vom 1. 8. 1998 (VORIS 20441 0000 0302) in der jeweils geltenden Fassung	40 000 DM
Zusammen	1 330 500 DM

Zu 527 04**a) Bewegungsgeld für Polizeivollzugsbeamte**

Die Anspruchsvoraussetzungen regelt der RdErl. des MI vom 10. 9. 1999 – 22.2 – 03590 – VORIS 50 444 00 00 03 007 in der jeweils geltenden Fassung.

b) Pauschvergütung für Bedienstete der Landespolizei bei Leichenöffnungen.

Die Anspruchsvoraussetzungen regelt der RdErl. des MI vom 20. 8. 1998 – VORIS 20441 00 00 03 018.

Ausgenommen sind die bei TGr. 72 veranschlagten besonderen Fahndungskosten für Maßnahmen zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität.

Zu 531 01

1. Öffentliche Druckwerke	76 700 DM
2. Öffentlichkeitsarbeit	— DM
3. Technische und wissenschaftliche Druckwerke	— DM
4. Sonstige Veröffentlichungen	— DM
Zusammen	76 700 DM

Zu 532 01

1. Unterkunftsgüter	209 100 DM
2. Bettzeug	59 300 DM
3. Handtücher u. ä.	10 000 DM
Zusammen	278 400 DM

Zu 536 12

Entschädigung von Personen, die von der Polizei als Zeugen/-innen herangezogen werden.

Zu 536 21

Belohnung für die Mitwirkung bei der Aufklärung von Straftaten oder bei der Fahndung nach Straftätern/Straftäterinnen.

Zu 538 01

Abschleppkosten für sichergestellte Fahrzeuge u. a.

Zu 631 01

Anteilige Kosten für den Druck und Versand von Vorschriftenentwürfen sowie Beteiligung an den Aufwendungen für die Instandsetzung von Schießplätzen.

Zu 632 01

1. Polizei-Führungsakademie Münster	1 272 000 DM
2. Wasserschutzpolizeischule Hamburg	398 000 DM
3. Anteilige Kosten für die wasserschutzpolizeiliche Überwachung auf der Elbe	2 900 000 DM
4. Sonstige anteilige Kosten	20 000 DM
5. Kosten für die polizeiliche Aufgabenwahrnehmung Mecklenburg-Vorpommerns im Umgliederungsgebiet Neuhaus	10 000 DM
Zusammen	4 600 000 DM

Die Anteile des Landes Niedersachsen sind nach den Verwaltungsabkommen zu tragen und werden nach den Jahresabschlüssen endgültig verrechnet.

Weniger infolge Auflösung der „Zentralen Ermittlungsstelle zur Bekämpfung von Regierungs- und Vereinigungskriminalität“ zum 31. 12. 2000.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0320 Landespolizei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
681 01-7	042	Schadensersatzleistungen und Unfallent- schädigungen ***Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind bis zur Höhe von 15000 DM zulässig.	—	1.359.000	1.700.000	-341.000	1.835
685 01-2	042	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1.200	1.100	+100	1
811 01-8	042	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen * Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um 25,0 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 119 46. ***Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Erlöse bei 132 01 aus dem Verkauf von nicht den Aussonderungs- kriterien unterliegenden Fahrzeugen.	7.000.000 6.000.000	15.100.000	13.130.000	+1.970.000	15.336
811 02-6	042	Erwerb von Wasserfahrzeugen	—	12.000	200.000	-188.000	8.297
811 03-4	042	Ankauf von Luftfahrzeugen	—	350.000	5.000.000	-4.650.000	24.728
811 07-7	042	Erwerb von gebrauchten Kraftfahrzeugen für den Dienstgebrauch * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 02.	—	50.000	36.000	+14.000	15
812 15-4	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	400.000	400.000	—	387
812 19-7	042	Erwerb von Geräten für Kraftfahrzeugwerk- stätten der Polizei und sonstigen besonde- ren Betriebseinrichtungen	—	507.000	510.000	-3.000	687
813 59-2	042	Globalansatz für den Erwerb beweglicher Sachen	—	—	—	—	—
821 01-3	042	Erwerb von Grundstücken	—	451.600	471.200	-19.600	491
981 01-0	990	An die Staatshochbauverwaltung zu erstattende Bauleitkosten für Mietbauvorhaben	—	—	—	—	—
981 02-9	990	Abführung an Kapitel 1302 - Titel 381 02	—	540.000	540.000	—	540
981 03-7	990	Abführung an 13 21 - 381 03	—	58.687.100	—	+58.687.100	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Kriminaltechnisches Gerät und Dienstkraftfahrzeuge	(—)	(5.977.600)	(5.022.400)	(+955.200)	(4.872)
522 61-0	042	Verbrauchsmittel	—	2.089.200	1.250.100	+839.100	1.550
535 61-4	042	Geräte für Fachaufgaben	—	688.400	716.300	-27.900	676
811 61-1	042	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen für die Spezialeinheiten * Übertragbar.	—	1.300.000	1.100.000	+200.000	893
812 61-8	042	Erwerb von kriminaltechnischem Gerät	—	1.900.000	1.956.000	-56.000	1.753
TGr. 62		Sport	(—)	(93.500)	(96.400)	(-2.900)	(100)
527 62-0	042	Reisekostenvergütungen	—	14.200	15.300	-1.100	7
535 62-2	042	Geräte für Fachaufgaben	—	36.200	42.800	-6.600	55
541 62-2	042	Erwerb von Sportpreisen und Ehrenurkunden	—	5.000	3.000	+2.000	7
547 62-0	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	10.000	10.000	—	12
685 62-4	042	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	2.000	2.500	-500	2
812 62-6	042	Erwerb von Sportgerät	—	26.100	22.800	+3.300	18
TGr. 63		Polizeimusikkorps	(—)	(82.200)	(35.200)	(+47.000)	(48)
525 63-5	042	Sachaufwand der Bediensteten	—	2.500	2.500	—	—
527 63-8	042	Reisekostenvergütungen	—	10.500	11.500	-1.000	7
535 63-0	042	Geräte für Fachaufgaben	—	21.200	21.200	—	28

ERLÄUTERUNGEN

Zu 811 01

Es entfallen auf:

Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. DM	Sonderausstattung DM	Gesamtpreis DM
Ersatzbeschaffungen:			
264 Funkstreifenwagen bis zu je 2 000 ccm Hubraum	30 410	7 370 (1.2, 2.1, 3.1)	9 973 920
21 Funkstreifenwagen bis zu je 2 600 ccm Hubraum	37 810	10 290 (1.2, 2.1, 3.3)	1 010 100
3 Police-Pilot-Kraftwagen bis zu je 3 000 ccm Hubraum	38 030	6 390 (1.1, 2.1, 3.5)	133 260
43 Mannschaftswagen bis zu je 2 500 ccm Hubraum	39 161	11 550 (1.2, 2.2, 3.2)	2 180 573
23 Verkehrsunfallwagen bis zu je 2 500 ccm Hubraum	39 290	9 850 (1.2, 2.2, 3.7)	1 130 220
20 Motorräder bis zu je 650 ccm Hubraum	11 250	5 840 (1.3, 2.3, 3.4)	341 800
– Mannschaftskraftwagen bis zu 50 Sitzplätze	198 820	34 500 (1.4, 2.4, 3.8)	—
– Mannschaftskraftwagen bis zu je 22 Sitzplätze	134 470	32 800 (1.4, 2.4, 3.8)	—
– Lastkraftwagen bis zu je 10 t Nutzlast	137 430	24 470 (1.4, 2.4, 3.6)	—
5 Lastkraftwagen bis zu je 4 t Nutzlast (einschl. Kripotatortwagen)	54 270	11 750 (1.4, 2.4, 3.2)	330 100
– Anhänger bzw. Einsatzcontainer	9 770	5 000 (2.3, 3.7)	—
379 Summe			15 099 973 rd. 15 100 000

Sonderausstattungen:

1. Funkvorbereitung	2. Sicherheitsausstattung	3. Einsatzausstattung
1.1 2 350 DM	2.1 1 000 DM	3.1 4 330 DM
1.2 2 040 DM	2.2 3 250 DM	3.2 6 260 DM
1.3 1 630 DM	2.3 440 DM	3.3 7 250 DM
1.4 1 580 DM	2.4 3 910 DM	3.4 3 770 DM
		3.5 3 040 DM
		3.6 18 980 DM
		3.7 4 560 DM
		3.8 27 310 DM

Die auszusondernden Kraftfahrzeuge werden 2001 voraussichtlich folgende Fahrleistungen erbracht haben:

264 Funkstreifenwagen bis zu je 2000 ccm Hubraum	240 000 bis 290 000 km
21 Funkstreifenwagen bis zu je 2600 ccm Hubraum	230 000 bis 450 000 km
3 Police-Pilot-Kraftwagen	200 000 bis 250 000 km
28 leichte Mannschaftswagen	170 000 bis 230 000 km
23 Verkehrsunfallkraftwagen	170 000 bis 230 000 km
20 Motorräder	60 000 bis 90 000 km
5 leichte Lastkraftwagen	70 000 bis 190 000 km
5 mittlere Mannschaftskraftwagen*)	120 000 bis 220 000 km

369

*) 5 ausgesonderte mittlere Mannschaftskraftwagen werden durch
15 leichte Mannschaftswagen ersetzt,
– Kleingruppenverlastung der LEO-Leine Einheiten –.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	6 000 000	—	6 000 000
2002	—	—	7 000 000	7 000 000

Zu 811 02

Ersatzbeschaffungen:

1 Außenbordmotor	12 000 DM

Zu 811 03

Ersatzbeschaffungen:

Hauptersatzteile für Hubschrauber	190 000 DM
5 Fliegerhelme mit Restlichtverstärker	160 000 DM
Zusammen	350 000 DM

ERLÄUTERUNGEN

Zu 811 07

Mittel für den Erwerb von gebrauchten Kraftfahrzeugen für den Dienstgebrauch.

Vgl. 132 02.

Zu 812 15

Ersatzbeschaffungen:

1 Mehrzweckarbeitsgerät	70 000 DM
1 Wendeschlepper	60 000 DM
1 Risograph-Drucker mit Sorter	12 200 DM
1 Zeiterfassungsgerät	70 000 DM

Neubeschaffungen:

1 Anhänger Arbeitsbühne	47 000 DM
1 LCD Projektor	14 300 DM
Unterrichtssaalausstattung	20 600 DM
Fensterjalousien	24 000 DM
Garten tractor	13 500 DM
2 Mehrzweckarbeitsgeräte	68 400 DM

Zusammen 400 000 DM

Zu 812 19

Ersatzbeschaffungen:

6 Notstromaggregate	200 000 DM
1 Aufschnittschneidemaschine	20 000 DM

Ergänzungsbeschaffungen:

2 Notstromaggregate	97 000 DM
9 Sicherungsanlagen/Einlasskontrollen	177 000 DM
1 Salatbar	13 000 DM

Zusammen 507 000 DM

Zu 821 01

Restkaufraten für den Ankauf eines bebauten Grundstücks.

Belastung

der Haus- halts- jahre	DM
2001	451 600
2002	431 900
2003	412 300

Zu 981 02

Abführung an Kapitel 13 02 Titel 381 02 (seit 1997 bis einschl. 20 11) zur Refinanzierung des Grundstocks für den Ankauf eines bebauten Grundstücks sowie (seit 1997 bis einschl. 2005) für den Erwerb von Teilflächen der Ohnacker-Kaserne.

Belastung

der Haus- halts- jahre	DM
2001	540 000
2002	540 000
2003	540 000
2004	540 000
ff.	3 006 000

Zu 981 03

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61

535 61

1. Unterhaltung des kriminaltechnischen Gerätes	408 400 DM
2. Ersatz und Ergänzung des kriminaltechnischen Gerätes	280 000 DM

Zusammen 688 400 DM

ERLÄUTERUNGEN

Zu 811 61

2000 entfallen auf:

Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. DM	Sonderausstattung DM	Gesamtpreis DM
Ersatzbeschaffungen:			
21 Pkw bis zu je 3 500 ccm Hubraum	48 100	7 930 (1.1, 2.1, 3.1)	1 176 630
3 Motorräder	13 930	4 140 (1.2, 2.2, 3.2)	54 210
1 Sonderfahrzeug bis 3 000 kg Nutzlast	62 150	7 010 (1.3, 2.3, 3.3)	69 160
25	Summe		1 300 000

Sonderausstattungen:

1. Funkvorbereitung	2. Sicherheitsausstattung	3. Einsatzausstattung
1.1 4 600 DM	2.1 1 000 DM	3.1 2 330 DM
1.2 2 040 DM	2.2 1 250 DM	3.2 850 DM
1.3 1 180 DM	2.3 1 220 DM	3.3 4 610 DM

Die auszusondernden Kraftfahrzeuge werden 2001 voraussichtlich folgende Fahrleistungen (km) erbracht haben:

21 Pkw bis 3 500 ccm	240 000 bis 350 000 km
3 Motorräder	65 000 bis 90 000 km
1 Sonderfahrzeug bis 3 000 kg Nutzlast	120 000 km

25

812 61

Ersatzbeschaffungen:

4 Tatortüberwachungsanlagen	82 000 DM
7 Fach-Fotolaborgeräte	170 000 DM
6 Spezial-Fotogerätesätze	80 000 DM
5 Analytische Beweissicherungsgeräte	60 000 DM
2 digitale Bildbearbeitungssysteme	130 000 DM
1 Fingerspurenidentifizierungsstation	180 000 DM
1 Vergleichsmakroskop	134 000 DM
1 Multi-Scanning-Lab	320 000 DM
1 Dokumentenprüfgerät	80 000 DM

Ergänzungsbeschaffungen:

1 Stereo-Mikroskop	36 000 DM
1 Wasserstoffgenerator	20 000 DM
1 Split-/Splitlos-Injektor	16 000 DM
1 GC-MS System	220 000 DM
1 Röntgenfluoreszenz Mikroanalyser	302 000 DM
1 Densimeter	12 000 DM
1 tragbares Röntgengerät	12 000 DM
1 Hochleistungsstereomikroskop	46 000 DM

Zusammen 1 900 000 DM

Zu Titelgruppe 62**527 62**

Für dienstlich angeordnete Polizei-Sportveranstaltungen.

547 62

Kosten der Ausrichtung von in Niedersachsen stattfindenden Deutschen Polizeimeisterschaften und bundesoffenen Wettbewerben.

685 62

Mitgliedsbeitrag für das Deutsche Polizeisportkuratorium und Startgebühren bei Teilnahme an Wettkämpfen.

812 62

Ergänzungsbeschaffungen:

1 Kraftraumeinrichtung	26 100 DM

Zu Titelgruppe 63**525 63**

Für die Durchführung von Aus- und Fortbildungslehrgängen.

527 63

Für die Teilnahme an dienstlichen Veranstaltungen.

535 63

Für Unterhaltung und Ersatz von Instrumenten und den Ankauf von Notenmaterial.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
812 63-4	042	Erwerb von Musikinstrumenten	—	48.000	—	+48.000	13
TGr. 64		Heilfürsorge * <i>Abweichend von § 20 LHO sind nur gegen- seitig deckungsfähig 427 64, 522 64, 535 64, 537 64 und 812 64.</i>	(—)	(46.494.600)	(46.581.900)	(–87.300)	(49.172)
427 64-1	042	Beschäftigungsentgelte für Vertrags- ärzte	—	—	—	—	—
443 64-7	042	Heilbehandlungs-, Krankenhaus-, Zahnbe- handlungs- und Kurkosten	—	46.094.700	46.236.500	–141.800	48.867
522 64-4	042	Arzneimittel, Heilmittel u. ä. sowie Kleingeräte	—	159.000	164.000	–5.000	153
535 64-9	042	Geräte für Fachaufgaben	—	135.800	140.000	–4.200	119
537 64-1	042	Kranken-Beförderungskosten	—	—	—	—	—
812 64-2	042	Erwerb von ärztlichen Instrumenten	—	105.100	41.400	+63.700	34
TGr. 65		Bekleidung	(5.000.000) (5.000.000)	(9.506.100)	(8.807.400)	(+698.700)	(8.126)
516 65-2	042	Bekleidungszuschüsse, sonstige Entschä- digungen, Einkleidungsbeihilfen	—	786.200	908.200	–122.000	1.119
522 65-2	042	Verbrauchsmittel	—	32.500	57.800	–25.300	14
538 65-6	042	Dienstleistungen Außenstehender	—	87.400	91.400	–4.000	109
711 65-0	042	Bauausgaben	—	1.000.000	—	+1.000.000	—
813 65-7	042	Erwerb von landeseigener Dienst- und Schutzbekleidung	5.000.000 5.000.000	7.600.000	7.750.000	–150.000	6.883
TGr. 66		Dienstpferde und Diensthunde	(—)	(695.400)	(732.500)	(–37.100)	(756)
427 66-8	042	Beschäftigungsentgelte für Vertragstier- ärzte	—	—	40.400	–40.400	—
534 66-9	042	Unterhaltungskosten für Dienstpferde und -hunde, Aufwandsentschädigung für die Pflege von Dienstpferden und -hunden	—	635.400	652.100	–16.700	689
813 66-5	042	Ankauf von Dienstpferden	—	60.000	40.000	+20.000	67
TGr. 67		Aus- und Fortbildung * <i>Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 286 67.</i>	(—)	(5.013.700)	(5.061.200)	(–47.500)	(6.970)
427 67-6	042	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	327.600	519.700	–192.100	247
453 67-7	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fort- bildungslehrgängen	—	2.194.200	2.408.900	–214.700	1.080
524 67-1	042	Lehr- und Lernmittel	—	210.300	443.200	–232.900	1.140
525 67-8	042	Sachaufwand der Bediensteten einschl. Reisekostenvergütungen	—	1.272.000	582.300	+689.700	2.904
533 67-0	042	Kosten der Eignungsprüfungen	—	125.800	132.700	–6.900	71
538 67-2	042	Dienstleistungen Außenstehender	—	291.000	300.000	–9.000	550
547 67-1	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	39
631 67-2	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Bund	—	310.000	400.000	–90.000	78
632 67-9	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	—	131.600	174.400	–42.800	133
813 67-3	042	Erwerb von Lehr- und Ausbildungsgeräten	—	151.200	100.000	+51.200	728

ERLÄUTERUNGEN

812 63

Neubeschaffungen:

1 Keyboardanlage	34 000 DM
1 Tonmischpult	14 000 DM
Zusammen	48 000 DM

Zu Titelgruppe 64

443 64

1. Kosten der Heilbehandlung	12 649 400 DM
2. Krankenhauskosten	11 842 000 DM
3. Zahnbehandlung und Zahnersatz	8 810 000 DM
4. Kurkosten	4 890 900 DM
5. Arzneien, Heil- und Hilfsmittel	7 200 000 DM
6. Reisekosten	268 000 DM
7. Krankentransportkosten	434 400 DM
Zusammen	46 094 700 DM

522 64

1. Arzneien und Kleingeräte für den Praxisbedarf des ärztl. Dienstes	135 000 DM
2. Unterhaltung von ärztlichen Instrumenten	24 000 DM
Zusammen	159 000 DM

812 64

Ersatzbeschaffungen:

2 Ergometriemessplätze	36 600 DM
1 Sehtestgerät	11 700 DM
1 EKG-Gerät	29 000 DM
1 Perimeter	12 800 DM
1 Anlage für Unterwassermassage und elektrogalvanische Bäder	15 000 DM
Zusammen	105 100 DM

Zu Titelgruppe 65

516 65

1. Bekleidungszuschüsse für Polizeivollzugsbeamte/-innen im Kriminaldienst und Angestellte je 28 DM mtl., jährlich 336 DM	506 200 DM
2. Entschädigung für das Tragen von Zivilkleidung	58 000 DM
3. Einkleidungsbeihilfen für im Personenschutz verwendete Polizeivollzugsbeamte/-innen je 500 DM	2 000 DM
4. Selbstbeschaffung von Dienstkleidung	220 000 DM
Zusammen	786 200 DM

Zu 1.:
Zur Abgeltung der durch die Besonderheiten des Dienstes bedingten erhöhten Abnutzung der Bekleidung erhalten Polizeivollzugsbeamte/-innen im Kriminaldienst und Angestellte, die eine vergleichbare Tätigkeit wahrnehmen, einen Bekleidungszuschuss (Aufwandsentschädigung) von mtl. 28 DM (RdErl. des MI vom 7. 12. 1999 – 22. 2. – 03590 – VORIS 20 444 00 00 03 008).

Zu 2.:
Die Schutzpolizeibeamten/-innen erhalten für das dienstlich angeordnete Tragen von Zivilkleidung eine Entschädigung von 28 DM pro Monat als Aufwandsentschädigung (RdErl. d. MI vom 7. 12. 1999 – 22. 2. – 03590 – VORIS 20 444 00 00 03 008).

Zu 3.:
Polizeivollzugsbeamte/-innen, die ständig im Personenschutz verwendet werden und in Wahrnehmung dieser Aufgabe bei besonderen Anlässen Gesellschaftskleidung tragen müssen, erhalten auf Antrag eine steuerfreie Einkleidungsbeihilfe von 500 DM (RdErl. d. MI vom 7. 12. 1999 – 22. 2. – 03590 – VORIS 20 444 00 00 03 008).

522 65

Materialkosten der Instandsetzung in eigenen Werkstätten.

538 65

Kosten der Instandsetzung durch Dritte.

711 65

Umbaumaßnahmen im Zusammenhang mit der beabsichtigten Gründung eines Landesbetriebes "Logistik Zentrum Niedersachsen".

813 65

1. 340 (400) Ersteinkleidungen je 2 850 DM	969 000 DM
2. Ersatz und Ergänzung der Dienst- und Schutzkleidung	6 631 000 DM
Zusammen	7 600 000 DM

Gem. § 224 Abs. 1 NBG erhalten Polizeivollzugsbeamte/-innen Bekleidung und Ausrüstung, die die besondere Art ihres Dienstes erfordert. Als Folge dieses Rechtsanspruchs entsteht ein zwangsläufiger Ausgabebedarf für die Ersteinkleidung der Dienstanfänger/-innen, sowie für die notwendigen Ersatzbeschaffungen von Bekleidung und Ausrüstung.

Belastung

der Haushalts-jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamtbelastung DM
2001	—	5 000 000	—	5 000 000
2002	—	—	5 000 000	5 000 000

Zu Titelgruppe 66

534 66

1. Für den Ankauf von 43 (43) Diensthunden	86 000 DM
2. Tierärztliche Behandlung	70 000 DM
3. Für den Ankauf von Reit- und Hundeausrüstungen sowie tragbaren Hundezwingern usw.	75 000 DM
4. Unterhaltung der Dressurmittel und -geräte	15 000 DM
5. Entschädigung – Aufwandsentschädigung – für die Pflege (einschl. Futter) von 169 Diensthunden mtl. 130 DM, jährlich 1 560 DM	263 640 DM
6. Entschädigung – Aufwandsentschädigung – für die tiergerechte Haltung ausgemusterter Diensthunde mtl. 100 DM, jährlich 1 200 DM	31 200 DM
7. Futter- und Unterhaltungskosten für 65 Dienstpferde	92 060 DM
8. Futterkosten für Ausbildungskurse	2 500 DM
Zusammen	635 400 DM

Bei Vorliegen der Voraussetzungen werden Aufwandsentschädigungen für die Pflege oder Haltung gewährt

- a) eines Dienstpferdes mtl. 25 DM
- b) eines Diensthundes mtl. 130 DM
- c) eines ausgemusterten Diensthundes mtl. 100 DM

gem. RdErl. des MI vom 20. 8. 1998 – VORIS 20441 00 00 03 018 – in der jeweils geltenden Fassung.

813 66

Für den Ankauf von Dienstpferden als Ersatz für auszumusternde Dienstpferde	60 000 DM

Zu Titelgruppe 67

427 67

1. Lehrvergütungen	305 600 DM
2. Prüfungsvergütungen	10 000 DM
3. Beschäftigungsentgelte	12 000 DM
Zusammen	327 600 DM

Zu 1.:

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte/-innen, Richter/-innen und Angestellte des Landes richtet sich nach den auf Grund des RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 – VORIS 20444 00 00 002 –, in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 75 DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 2.:

25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

 ERLÄUTERUNGEN

524 67

1. Lehrbücher	100 000 DM
2. Gerätschaften	70 000 DM
3. Verbrauchsstoffe	40 300 DM
Zusammen	210 300 DM

525 67

1. Ausbildungslehrgänge	247 000 DM
2. Fortbildungsveranstaltungen	1 000 000 DM
3. Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	25 000 DM
Zusammen	1 272 000 DM

533 67

Die Aufstiegsbewerber/-innen für den gehobenen und höheren Polizeivollzugsdienst werden durch die Gesellschaft für Personalwesen unter einheitlichen Bedingungen einer Eignungsprüfung unterzogen.

538 67

Kosten für Vorbereitungskurse für die sog. Immaturenprüfung durch externe Bildungsträger.

631 67

Kosten der Verpflegung und Schulgeld für Lehrgangsteilnehmer/-innen an Lehranstalten und Ausbildungsstätten des Bundes.

632 67

Kosten der Verpflegung und Schulgeld für Lehrgangsteilnehmer/-innen an Lehranstalten und Ausbildungsstätten der anderen Länder. Es liegt eine angenommene durchschnittliche Lehrgangsteilnehmerzahl von 45 (45) Beamten/-innen zugrunde.

813 67

Ergänzungsbeschaffungen:

1 CD Rechercheanlage	45 000 DM
1 Beameranlage	40 700 DM
1 Crashdummy	53 000 DM
1 Multimedia Projektor	12 500 DM
Zusammen	151 200 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 68		Waffen, Munition und technisches Gerät	(12.000.000) (3.300.000)	(4.731.400)	(4.830.300)	(-98.900)	(4.450)
518 68-0	042	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—
522 68-7	042	Munition und Verbrauchsmaterial	—	1.185.400	780.800	+404.600	1.221
535 68-1	042	Geräte für Fachaufgaben	—	1.046.000	1.049.500	-3.500	732
541 68-1	042	Erwerb von Schießpreisen	—	—	—	—	—
812 68-5	042	Erwerb von Waffen und technischem Gerät	12.000.000 3.300.000	2.500.000	3.000.000	-500.000	2.496
TGr. 69/70		Fernmeldewesen	(5.000.000) (7.300.000)	(13.819.200)	(19.952.600)	(-6.133.400)	(20.472)
522 69-5	042	Verbrauchsmittel	—	418.800	420.000	-1.200	684
535 69-0	042	Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	—	1.605.900	1.677.600	-71.700	1.716
535 70-3	042	Ersatz, Ergänzung und Erstbeschaffung der Fernmeldeanlagen * Übertragbar.	—	760.600	800.000	-39.400	765
538 69-9	042	Dienstleistungen Außenstehender	—	334.800	300.000	+34.800	275
547 69-8	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	1.500	5.000	-3.500	0
812 69-3	042	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	5.000.000 7.300.000	10.697.600	16.750.000	-6.052.400	13.033
891 69-0	042	Zuschüsse an Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	—	—	—	4.000
TGr. 71		Verkehrsaufklärung und -erziehung	(—)	(83.500)	(59.300)	(+24.200)	(56)
511 71-5	042	Geschäftsbedarf	—	10.200	7.100	+3.100	29
535 71-1	042	Geräte für Fachaufgaben	—	12.200	13.500	-1.300	12
538 71-0	042	Dienstleistungen Außenstehender	—	14.100	14.500	-400	2
547 71-0	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	47.000	24.200	+22.800	13
812 71-5	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und - Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 72		Bekämpfung der Organisierten Kriminalität ***Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen der Einnahmetitelgruppe 72.	(—)	(1.629.000)	(1.680.000)	(-51.000)	(1.215)
535 72-0	042	Geräte für Fachaufgaben	—	291.000	300.000	-9.000	29
547 72-8	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	1.338.000	1.380.000	-42.000	962
632 72-5	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	—
811 72-7	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	170
812 72-3	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	53
TGr. 73		Bewerberinformation und Nachwuchsauswahl	(—)	(310.400)	(320.000)	(-9.600)	(369)
511 73-1	042	Geschäftsbedarf	—	29.100	30.000	-900	29
533 73-5	042	Sachaufwand für Prüfung Außenstehender	—	145.500	150.000	-4.500	153
538 73-7	042	Dienstleistungen Außenstehender	—	38.800	40.000	-1.200	103
547 73-6	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	97.000	100.000	-3.000	83
812 73-1	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 68**522 68**

1. Munition und Verbrauchsmaterial	1 095 400 DM
2. Pflegemittel, Taschenlampen, Batterien	90 000 DM

Zusammen 1 185 400 DM

Mehr infolge Einführung von Deformationgeschossen.

535 68

1. Unterhaltung der Waffen und des technischen Gerätes	638 000 DM
2. Ersatz und Ergänzung der Waffen und des technischen Gerätes	136 000 DM
3. Ersatz und Ergänzung des Gerätes für die Verkehrsüberwachung	172 000 DM
4. Sonstige Kosten der Verkehrsüberwachung	100 000 DM

Zusammen 1 046 000 DM

812 68

Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen:

1. Einsatzmittel	810 000 DM
2. Technisches Gerät	482 000 DM
3. Gerät für die Verkehrsüberwachung	1 181 000 DM
4. Umweltschutzgerät	27 000 DM

Zusammen 2 500 000 DM

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	3 300 000	—	3 300 000
2002	—	—	3 000 000	3 000 000
2003	—	—	3 000 000	3 000 000
2004	—	—	3 000 000	3 000 000
ff.	—	—	3 000 000	3 000 000

Zu Titelgruppe 69/70**522 69**

Für die Beschaffung von Fernschreib-, Fernkopierer-, Telebildpapier sowie Farb- und Magnetbändern u. a.

535 69 und 535 70

Unterhaltung des polizeieigenen Fernsprechnetzes und der Funkanlagen.

538 69

Wartung und Instandsetzung durch Dritte.

812 69

Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen:

Fernsprechanlagen	4 000 000 DM
Gegensprechanlagen	50 000 DM
Mess- und Prüfmittel	450 000 DM
Telekommunikationsbetriebstische	320 000 DM
Antennenanlagen	365 000 DM
Mobiles Datenfunksystem	150 000 DM
Sprechfunkgeräte	870 000 DM
Funkzubringeranlagen	300 000 DM
Sprechfunkversorgung/-netze	780 000 DM
Funkvermittlungen incl. FMS und ELR	800 000 DM
Videoanlagen	180 000 DM
Lautsprecheranlagen	112 600 DM
Telebild Systeme	360 000 DM
Telekommunikationsüberwachung	750 000 DM
Spezialüberwachungstechnik	130 000 DM
Digitale Richtfunkstrecken	150 000 DM
Peil- und Ortungssysteme incl. GPS	180 000 DM
Pilotierung Digitalfunk	750 000 DM

Zusammen 10 697 600 DM

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	7 300 000	—	7 300 000
2002	—	—	5 000 000	5 000 000

Zu Titelgruppe 71

Mittel für die Intensivierung der Verkehrssicherheitsarbeit und der Verkehrsaufklärung, insbesondere durch die Zentrale Beratungsstelle für Verkehrssicherheit bei dem Bildungsinstitut der Polizei.

Zu Titelgruppe 72

Mittel für operative Maßnahmen zur Intensivierung der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, u. a. bei den eingerichteten bzw. noch einzurichtenden Spezialdienststellen/-einrichtungen zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität.

535 72

Beschaffung einsatztaktisch notwendiger Geräte für Fachaufgaben.

547 72

U. a. besondere Fahndungskosten für operative Maßnahmen und verdeckte Zeugenschutzmaßnahmen.

Im übrigen vgl. 527 04.

811 72

Beschaffung einsatztaktisch notwendiger neuer und gebrauchter Kraftfahrzeuge.

812 72

Beschaffung von einsatztaktisch notwendigen Geräten, Ausrüstungs- und Ausrüstungsgegenständen.

Zu Titelgruppe 73**533 73**

Auslagenerstattung bei Vorstellungsreisen sowie Kosten der Eigenschaftsprüfungen.

547 73

Für Bewerberinformation.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 74		Vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung	(—)	(305.300)	(317.600)	(-12.300)	(308)
427 74-9	042	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	1.000	1.000	—	—
519 74-0	042	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	1.600	2.000	-400	21
531 74-0	042	Veröffentlichungen	—	13.200	13.200	—	21
538 74-5	042	Dienstleistungen Außenstehender	—	12.400	13.000	-600	25
547 74-4	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	52.100	58.400	-6.300	48
632 74-1	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	—	225.000	230.000	-5.000	194
TGr. 75		Gefangenenwesen	(—)	(3.051.500)	(3.236.900)	(-185.400)	(3.027)
522 75-0	042	Verpflegung	—	38.100	40.800	-2.700	32
537 75-7	042	Gefangenenverführungs- und ähnliche Beförderungskosten	—	2.693.800	2.779.900	-86.100	2.605
538 75-3	042	Dienstleistungen Außenstehender	—	1.400	6.200	-4.800	1
642 75-5	042	Erstattungen an die Länder für die Abschiebung von Ausländern	—	318.200	410.000	-91.800	390
TGr. 76		Einrichtung und Ausstattung von Spezialdienststellen	(—)	(720.000)	(471.000)	(+249.000)	(1.414)
535 76-2	042	Geräte für Fachaufgaben	—	—	—	—	10
547 76-0	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	4
811 76-0	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	500.000	220.000	+280.000	522
812 76-6	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	220.000	251.000	-31.000	878
TGr. 80		Feststellung von Alkohol im Blut und der Einnahme von Rauschgiften	(—)	(5.485.000)	(6.147.400)	(-662.400)	(6.365)
522 80-6	042	Verbrauchsmittel	—	191.500	212.400	-20.900	230
538 80-0	042	Dienstleistungen Außenstehender	—	5.293.500	5.935.000	-641.500	6.135
631 80-0	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—
632 80-6	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	—
TGr. 85		Kosten für Sondereinsätze der Polizei <i>***Erstattungen der Kosten für Einsätze ausserhalb Niedersachsens sind im laufenden Haushaltsjahr durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen</i>	(—)	(2.425.000)	(2.500.000)	(-75.000)	(-1.475)
429 85-7	042	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	320
459 85-3	042	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
547 85-0	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.425.000	2.500.000	-75.000	-1.795
812 85-5	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 86		Ausgaben der Polizeiinspektion Salzgitter <i>***80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen</i>	(—)	(—)	(2.829.100)	(-2.829.100)	(2.905)

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 74

Durchführung von kriminalpolizeilichen Vorbeugungsprogrammen. Durch gezielte, auf den gleichen Tatbestand abgestimmte Maßnahmen aller Bundesländer zum gleichen Zeitpunkt soll eine größere Wirksamkeit erreicht werden.

632 74

Für die Finanzierung des „Programms Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes“.

Zu Titelgruppe 75

538 75

Für ärztliche Leistungen u. ä.

Zu Titelgruppe 76

Mittel zur Ausstattung von Spezialdienststellen/-einrichtungen für die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität.

811 76

Es entfallen auf:

Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. DM	Sonderausstattung DM	Gesamtpreis DM
Neubeschaffungen:			
12 Pkw bis zu je 2 600 ccm Hubraum	38 045	3 620 (1.1, 2.1, 3.1)	499 980
12 Summe			499 980 rd. 500 000

Sonderausstattungen:

1. Funkvorbereitung	
1.1	1 600 DM
2. Sicherheitsausstattung	
2.1	690 DM
3. Einsatzausstattung	
3.1	1 330 DM

812 76

Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung von Geräten, Ausrüstungs- und Ausstattungsgegenständen zur Ausstattung von Spezialdienststellen/-einrichtungen zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität.

Zu Titelgruppe 80

Anfallende Einnahmen – Erstattung entstandener Kosten bei Strafverfahren – werden im Falle der Verurteilung bei 11 04 – 112 01 nachgewiesen.

522 80

Kosten für Verbrauchsmittel bei Feststellung von Alkohol im Blut und der Einnahme von Rauschgiften.

538 80

Für Kosten der Entnahmen und Untersuchungen.

Zu Titelgruppe 85

547 85

Hier sind Ausgaben, die durch Sondereinsätze der Polizei entstehen, zu buchen.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0320 Landespolizei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch TGr. 86		<i>überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahme der Einnahmetitelgruppe 86</i>					
422 86-0	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	31.000	–31.000	—
425 86-0	042	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	5.000	–5.000	2
426 86-6	042	Mehrarbeits- bzw. Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	5.000	–5.000	3
427 86-2	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	13.200	–13.200	—
453 86-3	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfe für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	35.000	–35.000	19
522 86-5	042	Verbrauchsmittel	—	—	823.500	–823.500	754
535 86-0	042	Geräte für Fachaufgaben	—	—	400.000	–400.000	250
547 86-8	042	Nicht aufteilbare sachliche Verwaltungsausgaben	—	—	1.500.000	–1.500.000	1.877
631 86-9	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an den Bund	—	—	8.400	–8.400	—
632 86-5	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	8.000	–8.000	1
811 86-7	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 86-3	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
813 86-0	042	Erwerb von sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 87		Ausgaben der Polizeidirektion Braunschweig <i>***80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahme der Einnahmetitelgruppe 87</i>	(—)	(4.119.100)	(4.190.400)	(–71.300)	(4.215)
422 87-9	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	24.900	25.300	–400	27
425 87-8	042	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	3.900	4.000	–100	3
426 87-4	042	Mehrarbeits- bzw. Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	3.900	4.000	–100	1
427 87-0	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	19.700	20.000	–300	—
453 87-1	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfe für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	157.600	160.000	–2.400	37
522 87-3	042	Verbrauchsmittel	—	660.000	670.100	–10.100	1.556
535 87-8	042	Geräte für Fachaufgaben	—	1.477.500	1.500.000	–22.500	311
547 87-6	042	Nicht aufteilbare sachliche Verwaltungsausgaben	—	1.766.200	1.800.000	–33.800	2.251
631 87-7	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an den Bund	—	1.500	2.000	–500	0
632 87-3	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	—	3.900	5.000	–1.100	2
811 87-5	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 87-1	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	11
813 87-8	042	Erwerb von sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	17
TGr. 88		Ausgaben der Polizeiinspektion Delmenhorst <i>***80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende</i>	(—)	(—)	(1.443.100)	(–1.443.100)	(1.392)

ERLÄUTERUNGEN

Zu den Titelgruppen 87, 90, 94 bis 96

In Umsetzung des Kabinettsbeschlusses vom 12. 11. 1996 ist seit Beginn des Jahres 1997 bei der PI Salzgitter und bei der PD Braunschweig und seit Beginn des Jahres 1999 bei den PI'en Delmenhorst, Cloppenburg, Celle, Goslar, Hameln und Holzminden die Kosten- und Leistungsrechnung als Pilotvorhaben für die Landespolizei (KOLEIPOL) eingeführt worden, um eine fundierte Entscheidung über die Ausgestaltung einer flächendeckenden Einführung in der gesamten Polizei zu ermöglichen.

In einem weiteren Schritt wird dieses Projekt ab 2001 um die PI'en Hildesheim, Schaumburg, Peine und Oldenburg-Stadt erweitert.

Durch die weitgehende Übertragung der Budget- und Kostenverantwortung auf die Polizeidienststellen sollen diese in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben noch effektiver zu erledigen. Die hierfür erforderlichen Globalhaushalte, die bisher in je acht Einnahme- und Ausgabe-Titelgruppen dokumentiert wurden, ermöglichen die Zusammenführung der Fach- und Ressourcenverantwortung und fördern das Kostenbewusstsein sowie die Motivation der Bediensteten.

Ab 2001 werden anstelle in bisher sieben Titelgruppen die Budgets der nunmehr elf Polizeiinspektionen getrennt nach Bezirksregierungen in je einer Titelgruppe zusammengefasst; hinsichtlich des Budgets der PD Braunschweig (TGr. 87) ergeben sich keine Änderungen.

Die Mittel der bisherigen Titelgruppen für Polizeiinspektionen werden wie folgt verlagert:

TGr. 86 nach TGr. 95

TGr. 88 nach TGr. 94

TGr. 89 nach TGr. 94

TGr. 91 nach TGr. 95

TGr. 92 nach TGr. 96

TGr. 93 nach TGr. 96

Innerhalb der einzelnen Budgets besteht die Möglichkeit, losgelöst vom Haushaltsgrundsatz der Jährlichkeit, 80 % der erwirtschafteten und nicht verausgabten Haushaltsmittel dem nächsten Haushaltsjahr zuzuführen, um so die zweckmäßigste und damit wirtschaftlichste Lösung zum richtigen Zeitpunkt treffen zu können.

Die erforderlichen Mittel für die neu hinzugekommenen Dienststellen wurden wie folgt aus Titeln des Kapitels 03 20 verlagert:

422 51	78 000 DM
425 51	10 600 DM
426 51	1 700 DM
427 01	15 400 DM
511 01	65 900 DM
512 01	46 200 DM
513 01	955 900 DM
514 01	1 635 100 DM
515 01	40 200 DM
515 02	119 900 DM
516 01	400 DM
517 01	429 000 DM
517 19	842 100 DM
517 59	965 800 DM
518 01	1 090 000 DM
519 02	73 900 DM
519 03	800 DM
522 02	15 800 DM
522 31	1 900 DM
526 01	631 900 DM
527 01	90 300 DM
527 03	2 400 DM
527 04	129 000 DM
532 01	11 700 DM
536 21	200 DM
538 01	120 300 DM
TGr. 61	88 700 DM
TGr. 62	1 900 DM
TGr. 65	79 700 DM
TGr. 66	57 100 DM
TGr. 67	177 300 DM
TGr. 68	66 600 DM
TGr. 69	183 400 DM
TGr. 71	3 700 DM
TGr. 74	3 700 DM
TGr. 75	8 800 DM
TGr. 80	478 000 DM
TGr. 99	163 000 DM

Zusammen 8 686 300 DM

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Titelgruppen 87, 90, 94 bis 96

Dienstkraftfahrzeugsoll für das Haushaltsjahr 2001

Typ	PD Braunschweig TGr. 87	PI Celle (BR Lüneburg) TGr. 90	BR Weser-Ems TGr. 94	BR Braunschweig TGr. 95	BR Hannover TGr. 96	Gesamt 2001	Gesamt 2000	Mehr/ Weniger (–) als 2000
Pkw gebraucht	3	0	0	2	0	5	5	0
FuStw	93	45	113	126	169	546	362	184
VU-Kfz	6	8	6	8	22	50	29	21
Verk.-Überw.-Kfz	1	2	7	6	9	25	17	8
Gefangenen-Kfz	1	0	1	2	1	5	2	3
Kranken-Kfz	2	0	0	0	0	2	2	0
Fm-Instands.-Kfz	2	1	3	1	2	9	6	3
Tatort-Kfz	2	1	2	2	2	9	7	2
leichte Lkw	1	1	2	2	3	9	6	3
mittlere Lkw	4	1	0	0	2	7	6	1
MKW (Kombi)	15	2	13	4	13	47	33	14
mittlere Busse	2	1	2	3	6	14	9	5
schwere Busse	0	0	0	0	0	0	0	—
Küchen-Kraftwagen	0	0	0	1	0	1	1	—
Wasserwerfer	0	0	0	0	0	0	0	—
Sonder-Kfz	4	5	7	4	4	24	19	5
Sonderanhänger	3	3	3	4	3	16	13	3
Küchenanhänger	0	0	0	0	1	1	0	1
Krafträder	8	2	13	8	13	44	29	15
Summe	147	72	172	173	250	814*)	546	268

*) Mehr infolge Verlagerung von 514 01.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch TGr. 88		<i>Mehrausgaben dürfen geleistet werden. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahme der Einnahmetitelgruppe 88</i>					
422 88-7	042	Mehrarbeitsvergütung für Beamtinnen und Beamte	—	—	15.200	–15.200	—
425 88-6	042	Überstundenvergütung für Angestellte	—	—	2.400	–2.400	—
426 88-2	042	Mehrarbeits- bzw. Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	500	–500	—
427 88-9	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	4.600	–4.600	—
453 88-0	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	10.200	–10.200	3
522 88-1	042	Verbrauchsmittel	—	—	564.200	–564.200	544
535 88-6	042	Geräte für Fachaufgaben	—	—	72.300	–72.300	127
547 88-4	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	773.700	–773.700	718
631 88-5	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—
632 88-1	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	—
811 88-3	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 88-0	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
813 88-6	042	Erwerb von sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 89		Ausgaben der Polizeiinspektion Cloppenburg <i>***80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahme der Einnahmetitelgruppe 89</i>	(—)	(—)	(1.550.000)	(–1.550.000)	(1.471)
422 89-5	042	Mehrarbeitsvergütung für Beamtinnen und Beamte	—	—	11.800	–11.800	—
425 89-4	042	Überstundenvergütung für Angestellte	—	—	1.900	–1.900	—
426 89-0	042	Mehrarbeits- bzw. Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	400	–400	—
427 89-7	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	3.500	–3.500	—
453 89-8	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	7.900	–7.900	4
522 89-0	042	Verbrauchsmittel	—	—	627.600	–627.600	535
535 89-4	042	Geräte für Fachaufgaben	—	—	75.300	–75.300	100
547 89-2	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	821.600	–821.600	831
631 89-3	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—
632 89-0	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	—
811 89-1	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 89-8	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
813 89-4	042	Erwerb von sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 90		Ausgaben der Polizeiinspektion Celle <i>***80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende</i>	(—)	(2.695.500)	(2.696.000)	(–500)	(2.671)

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch TGr. 90		<i>Mehrausgaben dürfen geleistet werden. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahme der Einnahmetitelgruppe 90</i>					
422 90-9	042	Mehrarbeitsvergütung für Beamtinnen und Beamte	—	34.400	35.000	–600	27
425 90-8	042	Überstundenvergütung für Angestellte	—	6.800	7.000	–200	—
426 90-4	042	Mehrarbeits- bzw. Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.400	1.500	–100	—
427 90-0	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	4.900	5.000	–100	—
453 90-1	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	39.400	40.000	–600	23
522 90-3	042	Verbrauchsmittel	—	701.300	712.000	–10.700	655
535 90-8	042	Geräte für Fachaufgaben	—	112.700	114.500	–1.800	305
547 90-6	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.794.200	1.780.400	+13.800	1.661
631 90-7	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—
632 90-3	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	400	600	–200	—
811 90-5	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 90-1	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
813 90-8	042	Erwerb von sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 91		Ausgaben der Polizeiinspektion Goslar <i>***80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahme der Einnahmetitelgruppe 91</i>	(—)	(—)	(1.953.100)	(–1.953.100)	(1.848)
422 91-7	042	Mehrarbeitsvergütung für Beamtinnen und Beamte	—	—	22.000	–22.000	1
425 91-6	042	Überstundenvergütung für Angestellte	—	—	3.100	–3.100	3
426 91-2	042	Mehrarbeits- bzw. Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	1.000	–1.000	1
427 91-9	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	7.000	–7.000	—
453 91-0	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	33.000	–33.000	14
522 91-1	042	Verbrauchsmittel	—	—	747.400	–747.400	746
535 91-6	042	Geräte für Fachaufgaben	—	—	92.800	–92.800	180
547 91-4	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	1.045.900	–1.045.900	893
631 91-5	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—
632 91-1	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	900	–900	—
811 91-3	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 91-0	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	10
813 91-6	042	Erwerb von sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 92		Ausgaben der Polizeiinspektion Hameln <i>***80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende</i>	(—)	(—)	(1.511.400)	(–1.511.400)	(1.505)

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch TGr. 92		<i>Mehrausgaben dürfen geleistet werden. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahme der Einnahmetitelgruppe 92</i>					
422 92-5	042	Mehrarbeitsvergütung für Beamtinnen und Beamte	—	—	19.000	-19.000	—
425 92-4	042	Überstundenvergütung für Angestellte	—	—	4.300	-4.300	3
426 92-0	042	Mehrarbeits- bzw. Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	1.000	-1.000	0
427 92-7	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	9.500	-9.500	—
453 92-8	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	—
522 92-0	042	Verbrauchsmittel	—	—	534.700	-534.700	560
535 92-4	042	Geräte für Fachaufgaben	—	—	78.600	-78.600	81
547 92-2	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	864.300	-864.300	861
631 92-3	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—
632 92-0	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	—
811 92-1	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 92-8	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
813 92-4	042	Erwerb von sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 93		Ausgaben der Polizeiinspektion Holzminden <i>***80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahme der Einnahmetitelgruppe 93</i>	(—)	(—)	(1.135.800)	(-1.135.800)	(1.126)
422 93-3	042	Mehrarbeitsvergütung für Beamtinnen und Beamte	—	—	8.400	-8.400	—
425 93-2	042	Überstundenvergütung für Angestellte	—	—	1.000	-1.000	—
426 93-9	042	Mehrarbeits- bzw. Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	200	-200	—
427 93-5	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	2.100	-2.100	—
453 93-6	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	—
522 93-8	042	Verbrauchsmittel	—	—	260.000	-260.000	266
535 93-2	042	Geräte für Fachaufgaben	—	—	35.500	-35.500	109
547 93-0	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	828.600	-828.600	751
631 93-1	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—
632 93-8	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	—
811 93-0	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 93-6	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
813 93-2	042	Erwerb von sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 94		Budgetierte Dienststellen im Regierungsbezirk Weser-Ems <i>***80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste</i>	(—)	(5.908.900)	(—)	(+5.908.900)	(—)

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch TGr. 94		<i>Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahme der Einnahmetitelgruppe 94.</i>					
422 94-1	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	54.500	—	+54.500	—
425 94-0	042	Überstundenvergütung für Angestellte	—	8.200	—	+8.200	—
426 94-7	042	Mehrarbeits- bzw. Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.500	—	+1.500	—
427 94-3	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	15.800	—	+15.800	—
453 94-4	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	28.900	—	+28.900	—
522 94-6	042	Verbrauchsmittel	—	2.204.100	—	+2.204.100	—
535 94-0	042	Geräte für Fachaufgaben	—	334.300	—	+334.300	—
547 94-9	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	3.261.600	—	+3.261.600	—
631 94-0	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—
632 94-6	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	—
811 94-8	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 94-4	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
813 94-0	042	Erwerb von sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 95		Budgetierte Dienststellen im Regierungsbezirk Braunschweig <i>***80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahme der Einnahmetitelgruppe 95.</i>	(—)	(5.642.200)	(—)	(+5.642.200)	(—)
422 95-0	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	66.800	—	+66.800	—
425 95-9	042	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	9.800	—	+9.800	—
426 95-5	042	Mehrarbeits bzw. Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	6.500	—	+6.500	—
427 95-1	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	22.700	—	+22.700	—
453 95-2	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	79.900	—	+79.900	—
522 95-4	042	Verbrauchsmittel	—	1.916.500	—	+1.916.500	—
535 95-9	042	Geräte für Fachaufgaben	—	523.300	—	+523.300	—
547 95-7	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	3.002.200	—	+3.002.200	—
631 95-8	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund	—	6.600	—	+6.600	—
632 95-4	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	7.900	—	+7.900	—
811 95-6	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 95-2	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
813 95-9	042	Erwerb von sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 96		Budgetierte Dienststellen im Regierungsbezirk Hannover <i>***80 v.H. der nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahme der Einnahmetitelgruppe 96.</i>	(—)	(7.656.700)	(—)	(+7.656.700)	(—)
422 96-8	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	62.200	—	+62.200	—
425 96-7	042	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	9.700	—	+9.700	—
426 96-3	042	Mehrarbeits bzw. Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.200	—	+1.200	—
427 96-0	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	15.900	—	+15.900	—
453 96-0	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	—
522 96-2	042	Verbrauchsmittel	—	2.486.700	—	+2.486.700	—
535 96-7	042	Geräte für Fachaufgaben	—	279.800	—	+279.800	—
547 96-5	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	4.801.200	—	+4.801.200	—
631 96-6	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—
632 96-2	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	—
811 96-4	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 96-0	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
813 96-7	042	Erwerb von sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 98		EXPO 2000 <i>***Die nicht verbrauchten Ausgaben wachsen den Ausgaben für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahme der Einnahmetitelgruppe 98.</i>	(—)	(—)	(49.700.500)	(–49.700.500)	(2.108)
422 98-4	042	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
425 98-3	042	Überstundenvergütung für Angestellte	—	—	85.000	–85.000	—
426 98-0	042	Mehrarbeits- bzw. Überstundenentgelte für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 98-6	042	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
453 98-7	042	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfe für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	725.000	–725.000	—
522 98-9	042	Verbrauchsmittel	—	—	8.735.500	–8.735.500	66
535 98-3	042	Geräte für Fachaufgaben	—	—	1.162.300	–1.162.300	165
547 98-1	042	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	30.585.100	–30.585.100	860
631 98-2	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Bund	—	—	—	—	—
632 98-9	042	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	—	—	—	—
711 98-6	042	Bauausgaben	—	—	—	—	675
811 98-0	042	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	1.350.000	–1.350.000	—
812 98-7	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	7.057.600	–7.057.600	343

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
813 98-3	042	Erwerb von sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik * Übertragbar.	(57.500.000) (6.000.000)	(47.695.000)	(12.404.400)	(+35.290.600)	(13.195)
513 99-8	042	Post- und Fernmeldegebühren	52.500.000 —	49.700	1.111.400	–1.061.700	45
515 99-0	042	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	232.900	230.000	+2.900	533
518 99-0	042	Mieten und Pachten	—	149.500	180.000	–30.500	110
522 99-7	042	Verbrauchsmittel	—	1.518.600	1.500.000	+18.600	1.375
535 99-1	042	Unterhaltung der Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	390.600	400.000	–9.400	682
538 99-0	042	Dienstleistungen Außenstehender	—	5.873.700	1.983.000	+3.890.700	4.488
631 99-0	042	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Bund	—	960.000	—	+960.000	704
711 99-4	421	Bauausgaben	—	14.350.000	—	+14.350.000	—
812 99-5	042	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	5.000.000 6.000.000	24.170.000	7.000.000	+17.170.000	5.257
Abschluss Kapitel 03 20							
1 Eigene Einnahmen				34.789.800	34.569.500	+220.300	
2 Übertragungseinnahmen				1.410.000	1.995.000	–585.000	
Summe der Einnahmen				36.199.800	36.564.500	–364.700	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	1.497.319.800	1.488.181.300	+9.138.500	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			52.500.000	154.401.200	200.175.300	–45.774.100	
6 Übertragungsausgaben			—	7.927.300	9.042.900	–1.115.600	
7 Bauausgaben			—	15.350.000	—	+15.350.000	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			34.000.000	66.148.600	66.386.000	–237.400	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			27.600.000	59.227.100	540.000	+58.687.100	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			86.500.000 27.600.000	1.800.374.000	1.764.325.500	+36.048.500	
Zuschuss				1.764.174.200	1.727.761.000	+36.413.200	
Nachrichtlich:							
Anteil an den Versorgungsausgaben				395.706.300	401.314.000		
Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil				2.196.080.300	2.165.639.500		
Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil				2.159.880.500	2.129.075.000		

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 99**513 99**

Weniger infolge der aufgrund der Integration des Telekommunikationssondernetzes der Polizei in das IZN-net erforderlichen Verlagerung von Haushaltsmitteln in das Kapitel 04 02.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	—	—	—
2002	—	—	27 000 000	27 000 000
2003	—	—	25 500 000	25 500 000

515 99

U. a. für Datenträgerschränke und Spezialeinrichtungen für DV-Arbeitsplätze.

522 99

Für Erfassungsbelege, Datenträger, Tabellierpapier usw.

538 99

Für Programme, Programmpflege, Wartung und Instandsetzung durch Dritte.

Mehr infolge Verlagerung von Kapitel 04 30 für die Inanspruchnahme von Leistungen des IZN und infolge Umsetzung des Projektes MIKADO – neu / INPOL – neu.

Für Dienstleistungen des IZN 3 496 700 DM.

631 99

Anteil Niedersachsens an der Bund-Länder-Kooperation Inpol-Neu-Land.

711 99

Erstellung der Infrastruktur bei den Polizeidienststellen im Rahmen des Projektes MIKADO – neu / INPOL – neu.

Belastung

des Haus- halts- jahres	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE*) DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	8 700 000	—	8 700 000

*) einschl. der 2000 apl. bewilligten VE

812 99

Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen:

INPOL-neu/MIKADO-neu	16 710 000 DM
Projekt WEFUSA	55 000 DM
Abrechnungssystem Med. Dienst	250 000 DM
Mess- und Prüfmittel	120 000 DM
DV-Systeme für Kriminaltechnische Untersuchung	200 000 DM
Sonstige Insellösungen	5 200 000 DM
DV-Systeme für Zusammenarbeit Polizei – Justiz	200 000 DM
Netzintegration	320 000 DM
DV-Systeme für Führung und Einsatz	400 000 DM
DV-Systeme für Ermittlungsgruppen	715 000 DM

Zusammen 24 170 000 DM

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	6 000 000	—	6 000 000
2002	—	—	5 000 000	5 000 000

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0323 Grenzdurchgangslager Osnabrück-Bramsche

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
113 01-0	246	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		3.000	3.000	—	6
119 06-9	246	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		180.000	1.000	+179.000	17
119 41-7	246	Rückzahlung von Überzahlungen		1.000	1.000	—	7
119 46-8	246	Ersatzleistungen		—	—	—	—
119 51-4	246	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	—	3
124 01-1	246	Mieten und Pachten ***Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen im GDL Osnabrück-Bramsche und seinen Nebenstellen an die hier tätigen Stellen zur Betreuung der Spätaussiedler sowie den Dienststellen des Bundes, der Bundesländer und der Kommunen die notwendigen Räumlichkeiten mietfrei überlassen sowie Heizung, Beleuchtung und Wasser unentgeltlich abgegeben werden.		1.000	18.900	–17.900	19
132 01-4	246	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		—	—	—	33
241 01-8	235	Erstattungen vom Bund		2.500.000	27.548.500	–25.048.500	15.498
241 03-4	235	Erstattungen des Bundesamtes für Zivildienst für den Einsatz von Zivildienstleistenden		10.000	—	+10.000	0
243 01-0	235	Sonstige Erstattungen von Gemeinden (GV)		60.000	120.000	–60.000	120
243 02-9	235	Erstattungen von Gemeinden		—	—	—	—
281 01-0	246	Erstattungen der Friedlandhilfe		—	6.650.000	–6.650.000	1.155
A U S G A B E N							
422 01-2	246	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	9.688.200	10.736.500	–1.048.300	449
422 19-5	246	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-1	246	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	5.659
425 51-8	246	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	5.000	5.000	—	4
426 01-8	246	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	3.736
426 51-4	246	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	10.000	10.000	—	4
427 01-4	246	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	50.000	50.000	—	—
427 09-0	246	Entgelte für Zivildienstleistende	—	34.000	—	+34.000	—
427 39-1	246	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	60.100	–60.100	—
443 01-0	246	Fürsorgemaßnahmen, insbesondere bei Dienstunfällen	—	—	20.700	–20.700	—
453 01-5	246	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	10.000	10.000	—	—
511 01-5	246	Geschäftsbedarf	—	10.000	20.000	–10.000	10
512 01-1	246	Bücher und Zeitschriften	—	9.100	9.100	—	4
513 01-8	246	Post- und Fernmeldegebühren	—	50.000	117.600	–67.600	33
514 01-4	246	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	65.000	105.000	–40.000	56
515 01-0	246	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	20.000	60.000	–40.000	16
515 02-9	246	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	40.000	80.000	–40.000	20

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kap. 03 23:

Für die Unterbringung von Spätaussiedlern, deren Familienangehörigen und ausländischen Flüchtlingen stehen im Grenzdurchgangslager Osnabrück-Bramsche täglich 2 600 Betten (davon 1 300 Reservebetten für den Bund) zur Verfügung.

Infolge der Nutzungsänderung des GDL zum 1. 10. 2000 sind die Ansätze entsprechend angepasst worden.

Zu 113 01

1. Geräte	600 DM
2. Maschinen	700 DM
3. Ausstattungsgegenstände	1 600 DM
4. Akten, Drucksachen und dgl.	100 DM
5. Küchenabfälle	— DM
Zusammen	3 000 DM

Zu 119 06

Mieteinnahmen Landeswohnheim.

Zu 241 01

Der Bund erstattet dem Land die für die Bereithaltung von 1 300 Reservebetten und die Betreuung der Spätaussiedler notwendigen Kosten.

Zu 243 01

Die Kommunen erstatten dem Land die für die Wahrnehmung mel-derechtlicher Aufgaben anfallenden Personalkosten.

Zu 281 01

Die Wahrnehmung der Aufgaben für die Friedlandhilfe ist entfallen.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 138,81 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nach- richtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	6,00	6,00	—	6
Angestellte	77,60	77,60	—	86
Lohnempfänger/ -innen	55,21	55,21	—	73
Insgesamt	138,81	138,81	—	165

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 9 688 200 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Ober- gruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	9 688 200
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	101 600
43	Versorgungsbezüge	157 900
44	Beihilfen, Unterstützungen	654 400
45	Personalbezogene Sachausgaben	10 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	258 600
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		10 870 700

Zu 427 01

Bei Bedarf werden Aushilfskräfte befristet in Anlehnung an den BAT beschäftigt.

Zu 427 09

Entgelte für zwei Zivildienstleistende.

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für 2 (2) Landesbedienstete	6 000 DM
2. Umzugskostenvergütungen für 2 (2) Landesbedienstete	4 000 DM
Zusammen	10 000 DM

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	2 000 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	6 000 DM
3. Bekanntmachungen	500 DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	1 500 DM
Zusammen	10 000 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	1 700 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	6 300 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	700 DM
4. Buchbinderkosten	400 DM
Zusammen	9 100 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	10 000 DM
2. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	29 000 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	11 000 DM
4. Einmalige Gebühren für die Ver- legung usw. von Fernmeldeanlagen	— DM
5. Rundfunk- und Fernsehgebühren	— DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	— DM
Zusammen	50 000 DM

Zu 514 01

1. Betriebsstoffe	37 400 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	23 000 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	3 600 DM
4. Sonstiges	1 000 DM
Zusammen	65 000 DM

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	1	1	1
Lkw	—	—	—
Kleinbus	4	4	4
Elektrowagen	—	—	—
Allzweckfahrzeug- Kleinschlepper	2	2	2
Kreiselmäher	—	—	—
Summe	7	7	7

Zu 515 02

1. Dienstzimmerausstattungen	7 000 DM
2. Büromaschinen	12 000 DM
3. Wirtschaftsgeräte	6 000 DM
4. Werkstattausrüstungen	15 000 DM
Zusammen	40 000 DM

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0323 Grenzdurchgangslager Osnabrück-Bramsche

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
515 03-7	045	Ausrüstungsgegenstände für den Behördenselbstschutz	—	—	—	—	—
516 01-7	246	Dienst- und Schutzkleidung	—	12.000	12.000	—	9
517 01-3	246	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	406.000	559.000	-153.000	164
517 19-6	246	Reinigungskosten	—	461.000	461.000	—	186
517 59-5	246	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	503.000	861.000	-358.000	478
518 01-0	246	Mieten und Pachten	—	59.500	59.500	—	63
519 01-6	246	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	500.000	700.000	-200.000	228
519 03-2	246	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	5.000	12.000	-7.000	5
522 22-0	246	Sachleistungen für Spätaussiedler	—	118.000	6.710.000	-6.592.000	1.229
522 31-9	246	Kleingeräte	—	—	4.400	-4.400	1
525 01-6	246	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	3.500	10.300	-6.800	3
526 01-2	246	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	3.900	3.900	—	1
527 01-9	246	Reisekostenvergütungen	—	10.000	35.100	-25.100	11
527 03-5	246	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Perso- nalvertretungsangelegenheiten u. in Vertre- tung der Interessen der Schwerbehinderten	—	—	2.600	-2.600	0
532 01-2	246	Unterkunftsgeräte und Spinnstoffe	—	215.000	700.000	-485.000	113
537 04-9	246	Kosten des Transports von Spätaussiedlern und anderen Personen	—	470.000	2.920.000	-2.450.000	1.048
538 01-0	246	Dienstleistungen Außenstehender	—	3.500.000	8.571.900	-5.071.900	2.117
546 59-5	246	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	1.200	-1.200	—
681 01-8	246	Schadenersatzleistungen und Unfall- entschädigungen	—	4.000	5.000	-1.000	—
685 03-0	236	Zuwendungen an Verbände der Freien Wohl- fahrtpflege für die Betreuung der Spät- aussiedler	—	91.000	840.000	-749.000	424
811 01-9	246	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 15-5	246	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	114.000	81.000	+33.000	12
981 01-1	990	Abführung an 0305 - 381 05 und 0301 - 381 01	—	—	361.600	-361.600	366
981 02-0	990	Abführung an 13 50 - 381 03	—	—	95.900	-95.900	135
Titelgruppe(n)							
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik	(—)	(58.700)	(52.000)	(+6.700)	(74)
515 99-1	246	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	44.000	44.000	—	24
522 99-8	246	Verbrauchsmittel	—	2.000	2.000	—	2
538 99-1	246	Dienstleistungen Außenstehender	—	6.700	—	+6.700	—
547 99-0	246	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	6.000	6.000	—	16
812 99-6	246	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	33

ERLÄUTERUNGEN

Zu 516 01

Dienst- und Schutzkleidung des Bedienungspersonals von Vervielfältigungseinrichtungen, der Hausarbeiter, Heizer, Kraftfahrer und Pfortner.

Zu 517 01

1. Wassergeld	320 000 DM
2. Grundbesitzabgaben	— DM
3. Bewachungskosten	— DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	16 000 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	70 000 DM
Zusammen	406 000 DM

Zu 518 01

1. Diensträume und -gebäude	— DM
2. Wohnungen und Wohngebäude	— DM
3. Unbebaute Grundstücke	— DM
4. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	59 500 DM
Zusammen	59 500 DM

Zu 519 01

Bauunterhaltung auf Grund außergewöhnlicher Beanspruchung der Liegenschaften, bedingt durch turnusmäßigen Wechsel und durch Belegung mit Spätaussiedlern und ausländischen Flüchtlingen.

Zu 522 22

1. Betreuungsgeld	108 000 DM
2. Kulturelle Betreuung	10 000 DM
Zusammen	118 000 DM

Zu 525 01

1. Ausbildungslehrgänge	2 000 DM
2. Fortbildungsveranstaltungen	1 000 DM
3. Fachtagung u. ä. Veranstaltungen	500 DM
4. Aus- und Fortbildung ehrenamtl. Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	— DM
5. Erstattung von Prüfungsgebühren	— DM
6. Sonstiger Aufwand	— DM
Zusammen	3 500 DM

Zu 526 01

1. (Amts)ärztliche und Röntgen-schirmbilduntersuchungen	1 000 DM
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	— DM
3. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus	2 900 DM
Zusammen	3 900 DM

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	8 000 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für private Kraftfahrzeuge	2 000 DM
Zusammen	10 000 DM

Zu 532 01

1. Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte und Ausstattungsgegenstände in den Unterkunft- und Wirtschaftsräumen	20 000 DM
2. Neu- und Ersatzbeschaffung sowie Instandhaltung von Bett- und Haushaltswäsche	35 000 DM
3. Reinigung von Wäsche und Woldecken	160 000 DM
Zusammen	215 000 DM

Zu 537 04

1. Transportkosten für Spätaussiedler und ausländische Flüchtlinge Personenbeförderung und Frachtkosten	458 000 DM
2. Transportkosten für nicht aus der Landeskasse besoldetes Begleitpersonal	12 000 DM
Zusammen	470 000 DM

Zu 538 01

Veranschlagt sind die Kosten der Verpflegung der Spätaussiedler und ausländischen Flüchtlinge, außerdem Kosten für den Betrieb der Sanitäts- und Pflagestation in Bramsche sowie für Entgelte bei der Vergabe von Werkverträgen.

Zu 685 03

Zuwendungen zu den Verwaltungskosten der freien Wohlfahrtsverbände zur Erfüllung von Betreuungsaufgaben im Grenzdurchgangslager Osnabrück-Bramsche, deren Wahrnehmung sonst Organen des Landes obliegen würde.

Zu 812 15

Ersatzbeschaffungen:	
Abfallaufbereitungsanlage	52 000 DM
Heißluftdämpfer (Konvektomat)	39 000 DM
Aufschnittmaschine	23 000 DM
Zusammen	114 000 DM

Zu 981 01

Erstattungen der auf die Fachaufsicht entfallenden persönlichen Verwaltungsaufgaben.

Verlagert nach Kap. 03 24 – 981 02.

Zu 538 99

Verlagerung von Kapitel 04 30 für die Inanspruchnahme von Leistungen des IZN.

Für Dienstleistungen des IZN 6 700 DM.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0323 Grenzdurchgangslager Osnabrück-Bramsche

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 03 23					
		1 Eigene Einnahmen		186.000	24.900	+161.100	
		2 Übertragungseinnahmen		2.570.000	34.318.500	–31.748.500	
		Summe der Einnahmen		2.756.000	34.343.400	–31.587.400	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	9.797.200	10.892.300	–1.095.100	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	6.519.700	22.067.600	–15.547.900	
		6 Übertragungsausgaben	—	95.000	845.000	–750.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	114.000	81.000	+33.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	457.500	–457.500	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	16.525.900	34.343.400	–17.817.500	
		Zuschuss		13.769.900	—	+13.769.900	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		157.900	158.400		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		16.683.800	34.501.800		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		13.927.800	158.400		

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
113 01-3	246	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		3.000	5.000	–2.000	0
119 06-2	246	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		1.000	850.000	–849.000	180
119 21-6	246	Einnahmen aus der Verpflegung		35.000	37.300	–2.300	32
119 41-0	246	Rückzahlung von Überzahlungen		1.000	1.000	—	1
119 46-1	246	Ersatzleistungen		5.000	10.000	–5.000	11
119 51-8	246	Vermischte Einnahmen		1.000	2.000	–1.000	0
119 53-4	246	Einnahmen aus Nachlässen * Vgl. K-Vermerk zu 681 16.		—	—	—	—
124 01-5	246	Mieten und Pachten ***Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen im GDL Friedland an die hier tätigen Stellen zur Betreuung der im GDL untergebrachten Personen sowie den Dienststellen des Bundes, der Bundesländer und der Kommunen die notwendigen Räumlichkeiten mietfrei überlassen sowie Heizung, Beleuchtung und Wasser unentgeltlich abgegeben werden.		40.000	37.100	+2.900	51
132 01-8	246	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		6.500	—	+6.500	12
241 01-1	246	Erstattungen des Bundesamtes für Zivildienst für den Einsatz von Zivildienstleistenden		50.000	52.000	–2.000	26
241 02-0	246	Erstattungen und Zuweisungen vom Bund		21.415.000	14.676.400	+6.738.600	10.068
243 01-4	012	Sonstige Erstattungen von Gemeinden (GV)		150.000	54.000	+96.000	44
256 01-9	246	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit		—	—	—	—
A U S G A B E N							
422 01-6	246	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	11.514.600	11.615.300	–100.700	176
422 19-9	246	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-5	246	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	4.717
425 51-1	246	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	5.000	2.000	+3.000	1
426 01-1	246	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	5.024
426 51-8	246	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	25.000	30.000	–5.000	4
427 01-8	246	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	80.000	–80.000	—
427 09-3	246	Entgelte für Zivildienstleistende	—	90.000	89.000	+1.000	57
427 39-5	246	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
443 01-3	235	Fürsorgemaßnahmen, insbesondere bei Dienstunfällen	—	—	18.400	–18.400	—
453 01-9	246	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	—	10.000	–10.000	—
511 01-9	246	Geschäftsbedarf	—	30.000	60.000	–30.000	22
512 01-5	246	Bücher und Zeitschriften	—	10.000	6.800	+3.200	7
513 01-1	246	Post- und Fernmeldegebühren	—	120.000	165.300	–45.300	65
514 01-8	246	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	80.000	76.300	+3.700	71
515 01-4	246	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	30.000	30.000	—	31

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kap. 03 24:

Bei der Veranschlagung der Haushaltsmittel ist von einer täglichen Lagerbelegung von bis zu 2 600 Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen im GDL Friedland ausgegangen worden.

Infolge der Nutzungsänderung des Grenzdurchgangslagers sind die Ansätze entsprechend angepasst worden.

Zu 113 01

1. Geräte	1 000 DM
2. Maschinen	— DM
3. Ausstattungsgegenstände	2 000 DM
4. Akten, Drucksachen und dgl.	— DM
Zusammen	3 000 DM

Zu 119 06

Das Landeswohnheim für Spätaussiedler wird ab 2001 nicht mehr im GDL Friedland sondern im GDL Osnabrück-Bramsche betrieben.

Zu 119 21

Einnahmen aus der Abgabe von Beköstigung an das Lagerpersonal u. a.

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	— DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	— DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	38 000 DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	— DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	2 000 DM
Zusammen	40 000 DM

Zu 241 01

Beschäftigung von 9 (9) Zivildienstleistenden.

Zu 241 02

Vereinbarungsgemäß erstattet der Bund dem Land die für die Erstaufnahme von Spätaussiedlern und deren Familienangehörigen entstehenden Kosten im GDL Friedland.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 165,00 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	2,00	2,00	—	2
Angestellte	69,00	69,00	—	75
Lohnempfänger/-innen	94,00	94,00	—	102
Insgesamt	165,00	165,00	—	179

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 11 514 600 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	11 514 600
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	121 200
43	Versorgungsbezüge	69 500
44	Beihilfen, Unterstützungen	777 900
45	Personalbezogene Sachausgaben	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	307 400
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		12 790 600

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	5 000 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	20 000 DM
3. Bekanntmachungen	2 000 DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	3 000 DM
Zusammen	30 000 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	5 000 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	4 000 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	500 DM
4. Buchbinderkosten	500 DM
Zusammen	10 000 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	30 000 DM
2. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	40 000 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	50 000 DM
4. Einmalige Gebühren für die Verlegung usw. von Fernmeldeanlagen	— DM
5. Rundfunk- und Fernsehgebühren	— DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	— DM
Zusammen	120 000 DM

Zu 514 01

1. Betriebsstoffe	50 000 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	25 000 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	3 000 DM
4. Sonstiges	2 000 DM
Zusammen	80 000 DM

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	1	1	1
Lkw	1	1	1
Kleinbus	3	3	3
Allzweckfahrzeug-Kleinschlepper	2	2	2
Tanklöschfahrzeug	1	1	1
Einachsanhänger	1	1	1
Zusammen	9	9	9

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0324 Grenzdurchgangslager Friedland

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
515 02-2	246	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	60.000	60.000	—	25
515 03-0	246	Ausrüstungsgegenstände für den Behördenselbstschutz	—	—	—	—	—
516 01-0	246	Dienst- und Schutzkleidung	—	15.000	11.000	+4.000	12
517 01-7	246	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	580.000	450.000	+130.000	241
517 19-0	246	Reinigungskosten	—	200.000	144.000	+56.000	156
517 59-9	246	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	720.000	562.300	+157.700	388
518 01-3	246	Mieten und Pachten	—	120.000	119.900	+100	102
519 01-0	246	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	430.000	500.000	-70.000	474
519 02-8	246	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	30.000	40.000	-10.000	32
519 03-6	246	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	5.000	6.000	-1.000	3
519 04-4	246	Instandsetzung von Lagerstraßen und -plätzen	—	30.000	60.000	-30.000	62
519 05-2	246	Kosten der Unterhaltung der Friedlandgedächtnisstätte	—	5.000	5.600	-600	2
522 01-0	246	Lebensmittel, Zutaten	—	2.559.800	2.796.900	-237.100	703
522 22-3	246	Sachleistungen für im GDL untergebrachte Personen	—	2.060.000	61.700	+1.998.300	34
522 31-2	246	Kleingeräte	—	10.000	10.000	—	4
525 01-0	246	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	10.000	4.000	+6.000	6
526 01-6	246	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	3.000	5.000	-2.000	2
527 01-2	246	Reisekostenvergütungen	—	10.000	9.000	+1.000	4
527 03-9	246	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	2.000	2.500	-500	2
532 01-6	246	Unterkunftsgeräte und Spinnstoffe	—	700.000	550.000	+150.000	216
537 04-2	246	Kosten des Transports von Spätaussiedlern und anderen Personen	—	2.700.000	2.302.000	+398.000	701
538 01-4	246	Dienstleistungen Außenstehender	—	600.000	990.000	-390.000	566
546 59-9	246	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	1.000	2.600	-1.600	—
681 01-1	246	Schadenersatzleistungen und Unfallschädigungen	—	1.000	10.000	-9.000	—
681 16-0	246	Nachlaßangelegenheiten * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 53.	—	—	—	—	3
685 03-3	236	Zuwendungen an Verbände der Freien Wohlfahrtspflege für die Betreuung der Spätaussiedler	—	400.000	310.000	+90.000	310
711 01-8	246	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	573
811 01-2	246	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	53.000	—	+53.000	48
812 15-9	246	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	75.000	—	+75.000	—
981 01-5	990	Abführung an 13 50 - 381 03	—	60.000	59.500	+500	34
981 02-3	990	Abführung an 0301 - 381 01	—	40.200	—	+40.200	—
981 03-1	990	Abführung an 1321 - 381 03	—	1.626.800	—	+1.626.800	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 515 02

1. Dienstzimmersausrüstungen	27 500 DM
2. Büromaschinen	20 000 DM
3. Wirtschaftsgeräte	8 000 DM
4. Werkstattausrüstungen	4 500 DM
Zusammen	60 000 DM

Zu 516 01

Dienst- und Schutzkleidung der Hauswarte, Reinigungskräfte, Pförtner, Lagerfeuerwehr und des Küchenpersonals.

Zu 517 01

1. Wassergeld	250 000 DM
2. Grundbesitzabgaben	280 000 DM
3. Bewachungskosten	— DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	— DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	50 000 DM
Zusammen	580 000 DM

Zu 518 01

1. Diensträume und -gebäude	31 000 DM
2. Wohnungen und Wohngebäude	— DM
3. Unbebaute Grundstücke	62 500 DM
4. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	26 500 DM
Zusammen	120 000 DM

Zu 519 01

1. Landeseigene Gebäude	430 000 DM
2. Gemietete oder gepachtete Gebäude	— DM
Zusammen	430 000 DM

Zu 519 04

Beseitigung von Schäden an Lagerstraßen und -plätzen sowie deren Unterhaltung.

Zu 522 22

1. Betreuungsgeld	2 000 000 DM
2. Kulturelle Betreuung	10 000 DM
3. Weihnachtsbetreuung	50 000 DM
Zusammen	2 060 000 DM

Zu 522 31

Für Essbestecke sowie Materialien für den Kultur- und Freizeitbedarf.

Zu 525 01

1. Ausbildungslehrgänge	2 000 DM
2. Fortbildungsveranstaltungen	6 000 DM
3. Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	2 000 DM
4. Aus- und Fortbildung ehrenamtl. Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	— DM
5. Erstattung von Prüfungsgebühren	— DM
6. Sonstiger Aufwand	— DM
Zusammen	10 000 DM

Zu 526 01

1. (Amts)ärztliche und Röntgen-schirmbilduntersuchungen	1 000 DM
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	— DM
3. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus	2 000 DM
Zusammen	3 000 DM

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	7 000 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für private Kraftfahrzeuge	3 000 DM
Zusammen	10 000 DM

Zu 532 01

1. Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte und Ausstattungsgegenstände in den Unterkunfts- und Wirtschaftsräumen	100 000 DM
2. Neu- und Ersatzbeschaffung sowie Instandhaltung von Bett- und Haushaltswäsche	50 000 DM
3. Reinigung von Wäsche und Wolldecken	550 000 DM
Zusammen	700 000 DM

Zu 538 01

Erstattung der Kosten für den Betrieb der Kranken- und Pflegestation sowie die Vergabe von sonstigen Dienstleistungen und Werkverträgen.

Zu 685 03

Zuwendungen zu den Kosten der freien Wohlfahrtsverbände zur Erfüllung von Betreuungsaufgaben im Grenzdurchgangslager Friedland, deren Wahrnehmung sonst dem Lande obliegen würde.

Zu 811 01

Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. DM	Sonderaus- stattung u. a. DM	Gesamt DM

Ersatzbeschaffungen:

1 Kleinbus	53 000	—	53 000

Zur Aussonderung gelangt folgendes Fahrzeug:

1 Kleinbus mit 600 000 km voraussichtlicher Fahrleistung zum Zeitpunkt der Aussonderung.

Zu 812 15

Ersatzbeschaffung:

1 Topfspüle	75 000 DM

Zu 981 01

Abführung des Versorgungszuschlags an 13 50 – 381 03.

Zu 981 02

Erstattungen der auf die Fachaufsicht entfallenden persönlichen Verwaltungsausgaben im Ministerium (vgl. Zuführung bei Kapitel 03 01 – 381 01).

Aus Vereinfachungsgründen sind hier die geringen Erstattungsanteile für das GDL Osnabrück-Bramsche mitveranschlagt.

Zu 981 03

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik	(—)	(60.000)	(30.000)	(+30.000)	(29)
515 99-5	246	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	40.000	24.000	+16.000	29
522 99-1	246	Verbrauchsmittel	—	—	—	—	—
547 99-4	246	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	20.000	6.000	+14.000	—
812 99-0	246	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 03 24					
		1 Eigene Einnahmen		92.500	942.400	–849.900	
		2 Übertragungseinnahmen		21.615.000	14.782.400	+6.832.600	
		Summe der Einnahmen		21.707.500	15.724.800	+5.982.700	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	11.634.600	11.844.700	–210.100	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	11.180.800	9.060.900	+2.119.900	
		6 Übertragungsausgaben	—	401.000	320.000	+81.000	
		7 Bauausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	128.000	—	+128.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.727.000	59.500	+1.667.500	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	25.071.400	21.285.100	+3.786.300	
		Zuschuss		3.363.900	5.560.300	–2.196.400	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		69.500	99.400		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		25.140.900	21.384.500		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		3.433.400	5.659.700		

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 99

515 99

Ersatz-/Ergänzungsbedarf für vorhandene IuK-Ausstattung.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0326 Asylbewerber, Asylberechtigte, Kontingentflüchtlinge; Zentrale Anlaufstellen für Asylbewerber

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
113 01-0	235	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		2.500	2.500	—	20
119 06-0	235	Einnahmen aus der Benutzung von Gemeinschaftsunterkünften und sonstigen Einrichtungen		500.000	500.000	—	2.195
119 41-8	235	Rückzahlung von Überzahlungen usw.		4.500.000	4.500.000	—	5.284
119 46-9	235	Ersatzleistungen		2.000	2.000	—	2
119 51-5	235	Vermischte Einnahmen		50.000	50.000	—	93
124 01-2	235	Mieten und Pachten		205.000	205.000	—	202
132 01-5	235	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		10.000	—	+10.000	—
241 01-9	235	Erstattung des Bundesamtes für Zivildienst für den Einsatz von Zivildienstleistenden		80.000	80.000	—	—
241 03-5	235	Erstattung von Leistungen für Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina		—	—	—	—
246 01-0	235	Erstattungen der Bundesanstalt für Arbeit		—	—	—	120
282 02-5	235	Spenden für Asylbewerber * Vgl. K-Vermerk zu 681 14.		1.000	1.000	—	4
A U S G A B E N							
422 01-3	235	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	10.889.300	10.343.300	+546.000	405
422 19-6	235	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-2	235	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	6.819
425 51-9	235	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	20.000	41.000	–21.000	1
426 01-9	235	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	3.675
426 51-5	235	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	20.000	42.000	–22.000	1
427 01-5	235	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	300.000	400.000	–100.000	173
427 09-0	235	Entgelte für Zivildienstleistende	—	32.000	32.000	—	—
427 39-2	235	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	10.100	34.000	–23.900	10
443 01-0	235	Fürsorgemaßnahmen, insbesondere bei Dienstunfällen	—	—	32.400	–32.400	—
453 01-6	235	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	10.000	18.000	–8.000	1
453 11-3	235	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungsveranstaltungen	—	2.000	2.000	—	—
459 01-4	235	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	13.200	13.200	—	—
511 01-6	235	Geschäftsbedarf	—	70.000	70.000	—	60
512 01-2	235	Bücher und Zeitschriften	—	14.000	14.000	—	14
513 01-9	235	Post- und Fernmeldegebühren	—	170.000	250.000	–80.000	138
514 01-5	235	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	50.000	50.000	—	51
515 01-1	235	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	54.000	54.000	—	34
515 02-0	235	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	60.000	100.000	–40.000	46

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kap. 03 26:

Veranschlagt sind die Kosten, die dem Land unmittelbar durch die Aufnahme von Asylbewerbern, Asylberechtigten und ausländischen Flüchtlingen entstehen (u. a. für die Zentralen Anlaufstellen des Landes für Asylbewerberinnen und Asylbewerber), ferner Mittel für die Erstattung der Kosten, die den Gemeinden (GV) und anderen Trägern aus dem gleichen Grund entstehen. Ab Haushaltsjahr 2001 sind Haushaltsmittel aus dem KFA in das Kapitel 03 26 für die Ausgaben außerhalb des Aufnahmegesetzes (171,3 Mio. DM) verlagert worden.

Zu 113 01

1. Geräte	1 300 DM
2. Maschinen	800 DM
3. Ausstattungsgegenstände	400 DM
4. Akten, Drucksachen und dgl.	— DM
Zusammen	2 500 DM

Zu 119 41

Rückzahlung von zuviel gezahlten Erstattungen von Aufwendungen an die Gemeinden (GV) und andere Träger.

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	— DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	— DM
3. Dienst- und Werkräume	2 000 DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	— DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	203 000 DM
Zusammen	205 000 DM

Zu 241 01

Veranschlagt sind Erstattungen des Bundesamtes für Zivildienst für 15 (15) Zivildienstleistende.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 153,00 Vollezeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	7,00	7,00	—	8
Angestellte	90,00	90,00	—	97
Lohnempfänger/-innen	56,00	56,00	—	60
Insgesamt	153,00	153,00	—	165

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 10 889 300 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	10 889 300
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	384 100
43	Versorgungsbezüge	121 700
44	Beihilfen, Unterstützungen	753 600
45	Personalbezogene Sachausgaben	25 200
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	297 800
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		12 471 700

Zu 427 01

Bei Bedarf werden sonstige Aushilfskräfte befristet in Anlehnung an den BAT beschäftigt.

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für	
2 (3) Landesbedienstete	6 000 DM
2. Umzugskostenvergütungen für	
1 (1) Landesbediensteten	4 000 DM
Zusammen	10 000 DM

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	10 000 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	50 000 DM
3. Bekanntmachungen	3 000 DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	7 000 DM
Zusammen	70 000 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	4 000 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	6 000 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	3 000 DM
4. Buchbinderkosten	1 000 DM
Zusammen	14 000 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	60 000 DM
2. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	106 000 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	— DM
4. Einmalige Gebühren für die Verlegung usw. von Fernmeldeanlagen	3 000 DM
5. Rundfunk- und Fernsehgebühren	1 000 DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	— DM
Zusammen	170 000 DM

Zu 514 01

1. Betriebsstoffe	29 500 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	17 000 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	1 500 DM
4. Sonstiges	2 000 DM
Zusammen	50 000 DM

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Kleinbusse	3	3	3
Compactschlepper	2	2	2
Zusammen	5	5	5

Die Zuordnung wurde aktualisiert.

Zu 515 02

1. Dienstzimmerausstattungen	15 000 DM
2. Büromaschinen	5 000 DM
3. Wirtschaftsgeräte	10 000 DM
4. Werkstattausrüstungen	30 000 DM
Zusammen	60 000 DM

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0326 Asylbewerber, Asylberechtigte, Kontingentflüchtlinge; Zentrale Anlaufstellen für Asylbewerber

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
515 03-8	235	Ausrüstungsgegenstände für den Behördenselbstschutz	—	—	—	—	—
516 01-8	235	Dienst- und Schutzkleidung	—	10.000	12.000	–2.000	5
517 01-4	235	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	2.500.000	2.800.000	–300.000	2.451
517 19-7	235	Reinigungskosten	—	1.015.000	1.115.000	–100.000	980
517 59-6	235	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	1.000.000	1.110.000	–110.000	945
518 01-0	235	Mieten und Pachten	—	1.100.000	1.300.000	–200.000	1.140
519 01-7	235	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten und baulichen Anlagen	—	350.000	714.000	–364.000	337
522 01-8	235	Lebensmittel, Zutaten	—	1.818.000	1.818.000	—	1.469
522 31-0	235	Kleingeräte	—	65.000	65.000	—	36
525 01-7	235	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	25.000	25.000	—	16
526 01-3	235	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	10.000	10.000	—	5
527 01-0	235	Reisekostenvergütungen	—	25.000	25.000	—	5
527 03-6	235	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Perso- nalvertretungsangelegenheiten u. in Vertre- tung der Interessen der Schwerbehinderten	—	7.500	7.500	—	4
532 01-3	235	Unterkunftsgeräte und Spinnstoffe	—	150.000	220.000	–70.000	134
537 01-5	235	Kosten des Transports von Asylbewerbern und ausländischen Flüchtlingen	—	600.000	784.500	–184.500	428
537 02-3	235	Kosten der Rückführung und Weiterwanderung- von ausländischen Flüchtlingen	—	5.000.000	1.450.000	+3.550.000	1.567
538 01-1	235	Dienstleistungen Außenstehender	—	2.850.000	2.850.000	—	2.954
546 59-6	235	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	16.000	16.000	—	1
633 01-4	212	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Gemeinden (GV) * <i>Gegenseitig deckungsfähig: 633 01, 643 01, 672 01, 681 15, 681 16 und 681 17.</i>	—	1.500.000	1.500.000	—	1.134
643 01-0	234	Erstattungen an Gemeinden (GV) * <i>Vgl. D-Vermerk zu 633 01.</i>	—	385.453.300	296.838.800	+88.614.500	235.201
643 02-8	235	Kostenerstattung an Gemeinden (GV) für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge	—	—	3.200.000	–3.200.000	4.211
672 01-0	235	Erstattungen an Wohlfahrtsverbände und Träger von Gemeinschaftsunterkünften * <i>Vgl. D-Vermerk zu 633 01.</i>	—	7.914.500	35.520.000	–27.605.500	22.204
672 02-8	235	Erstattungen an Verbände für die Betreuung ausländischer Flüchtlinge	—	300.000	300.000	—	286
681 01-9	235	Schadenersatzleistungen und Unfallent- schädigungen	—	8.400	8.400	—	2
681 11-6	235	Erstattung von Bar- und Sozialhilfe- leistungen an Gemeinden pp. für Kriegs- flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina	—	—	—	—	—
681 12-4	235	Kostenerstattung für Bürgerkriegsflücht- linge aus Umverteilung	—	—	—	—	–8
681 14-0	235	Verwendung der Spenden für Asylbewerber * <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 02.</i>	—	1.000	1.000	—	2
681 15-9	235	Sozialleistungen in den ZAS ten * <i>Vgl. D-Vermerk zu 633 01.</i>	—	2.500.000	2.500.000	—	3.368
681 16-7	235	Erstattungen von Krankenhilfeleistungen an die KVN u.a. * <i>Vgl. D-Vermerk zu 633 01.</i>	—	4.000.000	4.000.000	—	4.844
681 17-5	235	Erstattungen von zahnärztlichen Leistungen * <i>Vgl. D-Vermerk zu 633 01.</i>	—	250.000	250.000	—	212

ERLÄUTERUNGEN

Zu 516 01

Dienst- und Schutzkleidung der Hauswarte und Hausarbeiter/-innen, Heizer/-innen, Kraftfahrer/-innen, Küchenpersonal und Sonstiger.

Zu 517 01

1. Wassergeld	550 000 DM
2. Grundbesitzabgaben	150 000 DM
3. Bewachungskosten	1 500 000 DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	20 000 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	130 000 DM
6. Diverses	150 000 DM
Zusammen	2 500 000 DM

Zu 518 01

1. Diensträume und -gebäude	1 000 000 DM
2. Wohnungen und Wohngebäude	— DM
3. Unbebaute Grundstücke	— DM
4. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	100 000 DM
Zusammen	1 100 000 DM

Zu 519 01

1. Landeseigene Gebäude	245 000 DM
2. Gemietete oder gepachtete Gebäude	105 000 DM
Zusammen	350 000 DM

Zu 522 01

Tagesverpflegung für durchschnittlich 500 Personen à 9,95 DM in der landeseigenen Küche der ZAST in Braunschweig.

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	25 000 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für private Kraftfahrzeuge	— DM
Zusammen	25 000 DM

Zu 532 01

1. Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte und Ausstattungsgegenstände in den Unterkunft- und Wirtschaftsräumen	40 000 DM
2. Neu- und Ersatzbeschaffung sowie Instandhaltung von Bett- und Haushaltswäsche	40 000 DM
3. Reinigung von Wäsche und Wolldecken	70 000 DM
Zusammen	150 000 DM

Zu 537 01

Weniger infolge Rückgangs der Zahl der Asylbewerber/-innen und Reduzierung der Anzahl der ZASTen.

Zu 537 02

Der Bund und die Länder haben zur Förderung der freiwilligen Rückkehr von Flüchtlingen und Bürgerkriegsflüchtlingen ein humanitäres Hilfsprogramm vereinbart. Gewährt werden sollen durchschnittliche Flugkosten von 1 200 DM, Gepäckkostenpauschale von rd. 100 DM und eine Überbrückungshilfe von 300 DM.

Veranschlagt ist der Anteil des Landes Niedersachsen. Mehr wegen verstärkter Rückführungsmaßnahmen und zur verstärkten Förderung der Rückführung der Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Zu 538 01

Veranschlagt sind u. a. die Aufwendungen für die Lieferung von Verpflegung in der ZAST Oldenburg sowie die Kosten für Sprachmittler.

Zu 633 01

Erstattung der den Kommunen entstehenden Verwaltungskosten für die in den Zentralen Anlaufstellen betriebenen Außenstellen der Gesundheitsämter.

Zu 643 01

Erstattung der den Gemeinden durch die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge entstehenden Kosten nach dem Aufnahmegesetz und dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Mehr infolge erstmaliger Veranschlagung der Kosten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz unter Berücksichtigung des Rückgangs der Zahl der Asylbewerber; verlagert aus dem KFA.

Zu 643 02

Wegfall der Ausgaben infolge pauschaler Abgeltung der Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Zu 672 01

Veranschlagt sind die Kosten für die Erstattung der Aufwendungen an kommunale und private Träger von Gemeinschaftsunterkünften. Weniger infolge Abbaus der Zahl der Wohnheime und Wohnheimplätze.

Zu 672 02

Veranschlagt sind die Kosten für die Beratung von Asylsuchenden in den Zentralen Anlaufstellen durch Verbände.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0326 Asylbewerber, Asylberechtigte, Kontingentflüchtlinge; Zentrale Anlaufstellen für Asylbewerber

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
685 51-0	235	Zuwendungen an Hilfsorg. zur Finanzierung v. Projekten z. Förderung d. freiw. Rückk. in Gebiete des ehemaligen Jugoslawien	—	1.000.000	—	+1.000.000	—
811 01-0	235	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	128.000	—	+128.000	—
812 15-6	235	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	50.000	20.000	+30.000	11
981 01-2	990	Abführung an 2031 - 381 01	—	—	—	—	—
981 02-0	990	Abführung an 2031-38102	—	—	—	—	2.515
981 03-9	990	Abführung an 1302 - 381 02	—	516.000	516.000	—	516
981 04-7	990	Abführung an 13 21 - 381 03	—	1.982.600	—	+1.982.600	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik	(—)	(135.200)	(133.000)	(+2.200)	(375)
427 99-6	235	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
515 99-2	235	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	30.000	70.000	-40.000	2
522 99-9	235	Verbrauchsmittel	—	20.000	20.000	—	11
538 99-2	235	Dienstleistungen Außenstehender	—	75.200	33.000	+42.200	80
547 99-1	235	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	10.000	10.000	—	2
812 99-7	235	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	281
Abschluss Kapitel 03 26							
1 Eigene Einnahmen				5.269.500	5.259.500	+10.000	
2 Übertragungseinnahmen				81.000	81.000	—	
Summe der Einnahmen				5.350.500	5.340.500	+10.000	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	11.296.600	10.957.900	+338.700	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	17.094.700	14.993.000	+2.101.700	
6 Übertragungsausgaben			—	402.927.200	344.118.200	+58.809.000	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	178.000	20.000	+158.000	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	2.498.600	516.000	+1.982.600	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	433.995.100	370.605.100	+63.390.000	
Zuschuss				428.644.600	365.264.600	+63.380.000	
Nachrichtlich:							
Anteil an den Versorgungsausgaben				121.700	198.400		
Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil				434.116.800	370.803.500		
Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil				428.766.300	365.463.000		

ERLÄUTERUNGEN

Zu 685 51

Zuwendungen an Hilfsorganisationen zur Finanzierung von Projekten zur Förderung der freiwilligen Rückkehr in Gebiete des ehemaligen Jugoslawien. Fortführung und Abschluss des 2000 begonnenen Förderprogramms.

Zu 811 01

	Listenpreis einschl. MwSt. DM	Sonderaus- stattung u. a. DM	Gesamt- preis DM

Ersatzbeschaffungen:

2 Kleinbusse	97 500	30 500	128 000

Sonderausstattungen:

u. a.: Radio, Dreipunkt-Automatikgurte für alle Sitze, ABS, Halogen-Nebelscheinwerfer, Handylvorbereitung mit Freisprechanlage, Heckscheiben-Wisch-Waschanlage mit Intervallschaltung, Standheizung, Klimaanlage, Feuerlöscher 2 kg und Halterung, Verbandskasten, Warndreieck, Airbags, Fahrersitz mit Lordosstütze.

Zur Aussonderung gelangen 2 Kleinbusse,
1 x 309 000 km, 1 x 230 000 km voraussichtliche Fahrleistung zum Zeitpunkt der Aussonderung.

Zu 812 15

Erneuerung der Einrichtung in den Anlaufstellen	50 000 DM

Zu 981 03

Abführung an 13 02 – 381 02 zur Refinanzierung des Kaufpreises für ein bebautes Grundstück (ehem. Husarenkaserne in Braunschweig) – bis 2011 –.

Zu 981 04

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu 538 99

Für Dienstleistungen des IZN	2 200 DM

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0330 Sportförderung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
119 42-7	323	Rückflüsse aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentsprechend verwendeten Zuweisungen des Bundes (einschl. Zinsen) * Vgl. K-Vermerk zu 544 02.		—	180.000	–180.000	1
119 51-6	324	Vermischte Einnahmen		—	10.000	–10.000	3
331 64-7	323	Zuweisungen vom Bund zur Spitzenfinanzierung des Baues von Turn- und Sportstätten * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.		—	—	—	366
A U S G A B E N							
544 02-0	324	Rückzahlungen an den Bund aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentsprechend verwend. Bundeszuw. (einschl. Zinsen) * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 42.	—	—	180.000	–180.000	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Förderung des Sports aus Konz.-Abgabe gem. § 7 NLottG. * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(—)	(—)	(420.500)	(–420.500)	(518)
547 61-5	324	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * Gegenseitig deckungsfähig: 547 61, 684 61, 883 61, 893 61, 684 62, 893 62, 547 65, 653 65, 684 65, 883 70, 883 72, 893 70, 893 71, 893 72, 653 76 und 684 76. ***Die Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.	—	—	—	—	167
684 61-2	324	Zuschüsse für lfd. Zwecke an Sonstige * Vgl. D-Vermerk zu 547 61. ***Vgl. ***-Vermerk zu 547 61.	—	—	180.000	–180.000	351
883 61-5	323	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV) * Vgl. D-Vermerk zu 547 61. ***Vgl. ***-Vermerk zu 547 61.	—	—	100.000	–100.000	—
893 61-0	323	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige * Vgl. D-Vermerk zu 547 61. ***Vgl. ***-Vermerk zu 547 61.	—	—	140.500	–140.500	—
TGr. 62 63/66		Förderung der Sportorganisationen und -vereine ***Abweichend von § 20 Abs.1 Nr.1 LHO sind innerhalb der Titelgruppe Landesmittel, Konz.-Abgabe (Zusatzlotterien) und Toto-/Lotto-Mittel (Konz.-Abgabe) nicht gegenseitig deckungsfähig.	(—)	(—)	(48.545.200)	(–48.545.200)	(54.877)
684 62-0	324	Zuschüsse aus Toto-/Lotto-Mitteln (Konz.-Abgabe) für lfd. Zwecke an Sonstige * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 547 61. ***Vgl. ***-Vermerk zu 547 61.	—	—	43.233.200	–43.233.200	42.186
684 63-9	324	Zuschüsse aus Konz.-Abgabe (Zusatzlotterien) für lfd. Zwecke an Sonstige * Übertragbar. ***Die Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an den Ist-Einnahmen bei Kap. 13 02 Tit. 122 03 geleistet werden.	—	—	—	—	7.379
684 66-3	324	Zuschüsse aus Landesmitteln für sportmedizinische Betreuung	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 03 30 allgemein

Die bisher bei Kapitel 03 30 veranschlagten Haushaltsmittel für die Sportförderung wurden neu gegliedert und ab 2001 wie folgt in das Kapitel 03 31 verlagert.

Kapitel 03 30 Titel	Ansatz 2000	Kapitel 03 31 Titel	Insgesamt verlagert Betrag DM
119 42	180 000	119 42	180 000
119 51	10 000	119 51	10 000
331 64	—	331 63	—
Summe Einnahmen	190 000		190 000
544 02	180 000	544 02	180 000
547 61	—	547 61	—
684 61	180 000	684 61	180 000
883 61	100 000	547 61	58 500
		684 61	41 500
893 61	140 500	893 61	140 500
684 62	43 233 200	684 62	43 233 200
684 63	—	—	—
684 66	—	—	—
893 62	5 312 000	893 62	5 312 000
893 63	—	—	—
883 64	—	883 63	—
893 64	—	893 63	—
547 65	9 500	547 61	9 500
653 65	—	—	—
684 65	325 500	684 61	325 500
883 69	—	883 61	—
883 70	2 943 200	883 61	2 943 200
883 71	—	—	—
883 72	—	—	—
883 73	—	—	—
893 69	—	893 61	—
893 70	160 500	893 61	160 500
893 71	500 000	893 61	500 000
893 72	—	—	—
653 76	650 000	653 61	650 000
684 76	53 000	684 61	53 000
Summe Ausgaben	53 787 400		53 787 400

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0330 Sportförderung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
893 62-9	324	Zuschüsse aus Toto-/Lotto-Mitteln (Konz.-Abgabe) für Investitionen an Sonstige * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 547 61. ***Vgl. ***-Vermerk zu 547 61.	—	—	5.312.000	–5.312.000	5.312
893 63-7	324	Zuschüsse aus Landesmitteln für Investitionen an Sonstige * Übertragbar.	—	—	—	—	—
TGr. 64		Zuweisungen vom Bund zur Spitzenfinanzierung des Baues von Turn- u. Sportstätten * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 64.	(—)	(—)	(—)	(—)	(405)
883 64-0	323	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	405
893 64-5	323	Zuschüsse für Investitionen an andere Träger	—	—	—	—	—
TGr. 65		Förderung besonderer Aufgabenbereiche des Sports aus Konz.-Abgabe gem. § 7 NLottG. * Übertragbar.	(—)	(—)	(335.000)	(–335.000)	(745)
547 65-8	324	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 547 61. ***Vgl. ***-Vermerk zu 547 61.	—	—	9.500	–9.500	8
653 65-2	324	Zuweisungen für lfd. Zwecke an Gemeinden (GV) * Vgl. D-Vermerk zu 547 61. ***Vgl. ***-Vermerk zu 547 61.	—	—	—	—	—
684 65-5	324	Zuschüsse für lfd. Zwecke an Sonstige * Vgl. D-Vermerk zu 547 61. ***Vgl. ***-Vermerk zu 547 61.	—	—	325.500	–325.500	737
TGr. 69 bis 73		Förderung der Errichtung von Sportanlagen durch das Land * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. ***Abweichend von § 20 Abs.1 Nr.1 LHO sind innerhalb der Titelgruppe Landesmittel, Konz.-Abgabe (Zusatzlotterien) und Toto-/Lotto-Mittel (Konz.-Abgabe) nicht gegenseitig deckungsfähig.	(—) (11.160.500)	(—)	(3.603.700)	(–3.603.700)	(8.137)
883 69-0	323	Zuweisungen aus Landesmitteln an Gemeinden (GV) für Investitionen	— 8.000.000	—	—	—	6.650
883 70-4	323	Zuweisungen aus Toto-/Lotto-Mitteln (Konz.-Abgabe) an Gemeinden (GV) für Investitionen * Vgl. D-Vermerk zu 547 61. ***Vgl. ***-Vermerk zu 547 61	— 2.500.000	—	2.943.200	–2.943.200	4
883 71-2	323	Zuweisungen aus Landesmitteln an Gemeinden (GV) für Investitionen nach dem Zonenrandförderungsgesetz	—	—	—	—	—
883 72-0	323	Zuweisungen aus Toto-/Lotto-Mitteln (Konz.-Abgabe) an Gemeinden (GV) für Investitionen nach dem Zonenrandförderungsgesetz * Vgl. D-Vermerk zu 547 61. ***Vgl. ***-Vermerk zu 547 61.	—	—	—	—	—
883 73-9	323	Zuschüsse aus Konz.-Abgabe (Zusatzlotterien) an Gemeinden (GV) für Investitionen ***Die Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an den Ist-Einnahmen bei Kap. 1302 Tit. 122 03 geleistet werden.	—	—	—	—	961
893 69-6	323	Zuschüsse aus Landesmitteln an Sonstige für Investitionen	—	—	—	—	116

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0330 Sportförderung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
893 70-0	323	Zuschüsse aus Toto-/Lotto-Mitteln (Konz.-Abgabe) an Sonstige für Investitionen * Vgl. D-Vermerk zu 547 61. ***Vgl. ***-Vermerk zu 547 61	— 160.500	—	160.500	–160.500	27
893 71-8	323	Zuschüsse aus Konz.-Abgabe (Zusatzlotterien) an Sonstige für Investitionen * Vgl. D-Vermerk zu 547 61. ***Vgl. ***-Vermerk zu 547 61	— 500.000	—	500.000	–500.000	379
893 72-6	323	Zuweisungen aus Toto-/Lotto-Mitteln (Konz.-Abgabe) an Sonstige für Investitionen nach dem Zonenrandförderungsgesetz * Vgl. D-Vermerk zu 547 61. ***Vgl. ***-Vermerk zu 547 61.	—	—	—	—	—
TGr. 76		Förderung von Sportschulen, Lehrstätten und Leistungszentren aus Toto-/Lotto-Mitteln (Konz.-Abgabe) * Übertragbar.	(—)	(—)	(703.000)	(–703.000)	(792)
653 76-8	324	Zuweisungen für lfd. Zwecke an Gemeinden (GV) * Vgl. D-Vermerk zu 547 61. ***Vgl. ***-Vermerk zu 547 61	—	—	650.000	–650.000	178
684 76-0	324	Zuschüsse für lfd. Zwecke an Sonstige * Vgl. D-Vermerk zu 547 61. ***Vgl. ***-Vermerk zu 547 61	—	—	53.000	–53.000	614
Abschluss Kapitel 03 30							
1 Eigene Einnahmen				—	190.000	–190.000	
3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen				—	—	—	
Summe der Einnahmen				—	190.000	–190.000	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	—	189.500	–189.500	
6 Übertragungsausgaben			—	—	44.441.700	–44.441.700	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			— 11.160.500	—	9.156.200	–9.156.200	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			— 11.160.500	—	53.787.400	–53.787.400	
Zuschuss				—	53.597.400	–53.597.400	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0331 Sportförderung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 42-0	323	Rückflüsse aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentsprechend verwendeten Zuweisungen des Bundes (einschl. Zinsen) * Vgl. K-Vermerk zu 544 02.		180.000	—	+180.000	—
119 51-0	324	Vermischte Einnahmen		10.000	—	+10.000	—
331 63-2	323	Zuweisungen vom Bund zur Spitzenfinanzierung des Baues von Turn- und Sportstätten * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.		—	—	—	—
382 01-6	990	Durchlaufende Gelder * Vgl. K-Vermerk zu 982 01.		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
544 02-4	324	Rückzahlungen an den Bund aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentsprechend verwend. Bundeszuw. (einschl. Zinsen) * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 42.	—	180.000	—	+180.000	—
982 01-3	990	Durchlaufende Gelder * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 01.	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		Allgemeine Förderung des außerschulischen Sports * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 1302 - 122 06.	(8.801.000) (—)	(20.271.400)	(—)	(+20.271.400)	(—)
547 61-9	324	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	68.000	—	+68.000	—
653 61-3	324	Zuweisungen für lfd. Zwecke an Gemeinden (GV)	—	650.000	—	+650.000	—
684 61-6	324	Zuschüsse für lfd. Zwecke an Sonstige	—	600.000	—	+600.000	—
883 61-9	323	Zuweisungen für die Errichtung und Sanierung von Sportanlagen an Gemeinden (GV)	8.000.000 —	17.052.400	—	+17.052.400	—
893 61-4	323	Zuschüsse für die Errichtung und Sanierung von Sportanlagen an Sonstige	801.000 —	1.901.000	—	+1.901.000	—
TGr. 62		Förderung des Landessportbundes Niedersachsen * Übertragbar.	(—)	(49.592.400)	(—)	(+49.592.400)	(—)
684 62-4	324	Zuschüsse für lfd. Zwecke	—	44.280.400	—	+44.280.400	—
893 62-2	324	Zuschüsse für Investitionen	—	5.312.000	—	+5.312.000	—
TGr. 63		Zuweisungen vom Bund zur Spitzenfinanzierung des Baues von Turn- und Sportstätten * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 63.	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
883 63-5	323	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
893 63-0	323	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 03 31 allgemein

Hinsichtlich der Verlagerung von Haushaltsmitteln vgl. Kap. 03 30.

In diesem Kapitel sind insbesondere ausgebracht

- Mittel zur Förderung des Sports in Vereinen und Verbänden durch den Landessportbund Niedersachsen e. V. (TGr. 62),
- Mittel zur Förderung des Sportstättenbaues (883 61, 893 61, TGr. 63),
- Mittel für internationale Sportbegegnungen und Ehrenpreise (547 61),
- Betriebskostenzuschüsse für Sportschulen (TGr. 61).

Die dem Land aufgrund § 6 Abs. 1 Niedersächsisches Gesetz über das Lotteriel- und Wettwesen (NLottG) vom 21. 6. 1997 (Nieders. GVBl. S. 289) zustehende Konzessionsabgabe beim Zahlenlotto, bei Sportwetten, bei Lotterien und Ausspielungen in Höhe von 132,6 Mio. DM ist zweckgebunden gem. § 7 Abs. 1 bis 3 NLottG zu verwenden. Der Landessportbund Niedersachsen e. V. erhält davon 37,4 % als Finanzhilfe zur Förderung des Sports in anerkannten niedersächsischen Sportverbänden und -vereinen (rd. 49,6 Mio. DM, TGr. 62). Das Land Niedersachsen verwendet 3,9 % der zweckgebundenen Konzessionsabgaben für die allgemeine Förderung des außerschulischen Sports (rd. 5,2 Mio. DM, TGr. 61).

In TGr. 61 sind außer den Konzessionsabgabemitteln auch originäre Landesmittel (14,0 Mio. DM) sowie Mehrerträge aus der Lotterie GlücksSpirale (1,1 Mio. DM) veranschlagt.

Zu 382 01

Vgl. 982 01.

Zu 982 01

Mittel der EU für das Projekt „Kampf gegen Doping in erwerbswirtschaftlichen Sporteinrichtungen“.

Zu 547 61

Ausgaben u.a. für Ehrenpreise.

Zu 653 61

Veranschlagt sind Zuwendungen zu den laufenden Betriebskosten von Sportschulen, Lehrstätten und Leistungszentren.

Zu 684 61

Veranschlagt sind Zuwendungen für

- a) internationale Begegnungen besonderen Charakters,
- b) besondere Sportveranstaltungen..

Zu 883 61 und 893 61

Veranschlagt sind Zuwendungen zur Sanierung und Förderung des Baues von Sportstätten einschl. innovativer Sportanlagen nach den Richtlinien vom 30. 9. 1996 (Nds. MBl. S. 1786) i.d.F. vom 29. 8. 1997 (Nds. MBl. S. 1464).

Zu 883 61

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000*) ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	6 500 000	—	6 500 000
2002	—	4 000 000	8 000 000	12 000 000

*) bei Kapitel 03 30 Titel 883 69 und 883 70

Zu 893 61

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000*) ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	660 500	—	660 500
2002	—	—	801 000	801 000

*) bei Kapitel 03 30 Titel 893 70 und 893 71

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0331 Sportförderung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 03 31					
		1 Eigene Einnahmen		190.000	—	+190.000	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		190.000	—	+190.000	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	248.000	—	+248.000	
		6 Übertragungsausgaben	—	45.530.400	—	+45.530.400	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	8.801.000	24.265.400	—	+24.265.400	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	8.801.000	70.043.800	—	+70.043.800	
		Zuschuss		69.853.800	—	+69.853.800	

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 11-0	011	Verwaltungsgebühren		8.000	8.000	—	—
112 01-9	011	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		1.000	1.000	—	—
119 51-0	011	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-8	011	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	1.741.800	1.648.400	+93.400	1.309
422 19-0	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-7	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	190
426 01-3	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	—
453 01-0	011	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	—	—	—	—
453 11-8	011	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	2.000	2.000	—	—
511 01-0	011	Geschäftsbedarf	—	2.000	2.000	—	1
512 01-7	011	Bücher und Zeitschriften	—	10.100	10.100	—	14
513 01-3	011	Post- und Fernmeldegebühren	—	18.500	21.500	-3.000	11
515 01-6	011	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	1.000	1.000	—	0
515 02-4	011	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	8.000	8.000	—	47
517 01-9	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	23.000	23.000	—	26
517 19-1	011	Reinigungskosten	—	13.000	13.000	—	9
517 59-0	011	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	13.000	13.000	—	20
518 01-5	011	Mieten und Pachten	—	102.500	102.500	—	102
525 01-1	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	12.500	12.500	—	10
526 01-8	011	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	3.000	3.000	—	—
527 01-4	011	Reisekostenvergütungen	—	12.000	12.000	—	7
529 01-7	011	Zur Verfügung des Datenschutzbeauftragten	—	1.000	1.000	—	0
531 01-1	011	Veröffentlichungen	—	5.000	25.000	-20.000	2
538 01-6	011	Dienstleistungen Aussenstehender	—	15.000	—	+15.000	—
546 59-0	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 15-0	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik	(—)	(368.200)	(209.200)	(+159.000)	(346)
515 99-7	011	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	13.500	13.500	—	50
522 99-3	011	Verbrauchsmittel	—	2.100	2.100	—	85
538 99-7	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	277.600	148.600	+129.000	109
812 99-1	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	75.000	45.000	+30.000	102

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeiner Vermerk:

Nach § 21 des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes (NDSG) ist ein Landesbeauftragter für den Datenschutz bestellt, dessen Geschäftsstelle beim Niedersächsischen Innenministerium eingerichtet ist. Der Landesbeauftragte ist unabhängig und nur an Gesetz und Recht gebunden, im übrigen untersteht er der Dienstaufsicht der Landesregierung.

Er hat die Einhaltung der Datenschutzvorschriften in der öffentlichen Verwaltung im Lande zu kontrollieren, kann Empfehlungen zur Verbesserung des Datenschutzes geben und in Fragen des Datenschutzes beratend tätig werden. Zugleich ist er Aufsichtsbehörde für den nichtöffentlichen Bereich.

Zu 111 11

Gebühren für Aufsichtsprüfungen gem. § 38 Bundesdatenschutzgesetz.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 17,51 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	15,51	15,51	—	16
Angestellte	2,00	2,00	—	2
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	17,51	17,51	—	18

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt: 1 741 800 DM

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	1 741 800
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	7 900
43	Versorgungsbezüge	485 100
44	Beihilfen, Unterstützungen	116 500
45	Personalbezogene Sachausgaben	2 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	46 100
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		2 399 400

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	500 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	500 DM
3. Bekanntmachungen	500 DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	500 DM
Zusammen	2 000 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	3 300 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	5 800 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	500 DM
4. Buchbinderkosten	500 DM
Zusammen	10 100 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	9 500 DM
2. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	9 000 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	— DM
4. Einmalige Gebühren für die Verlegung usw. von Fernmeldeanlagen	— DM
5. Hörfunk- und Fernsehgebühren	— DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	— DM
Zusammen	18 500 DM

Zu 515 02

1. Dienstzimmerausstattungen	5 000 DM
2. Büromaschinen	3 000 DM
3. Wirtschaftsgeräte	— DM
Zusammen	8 000 DM

Zu 517 01

1. Wassergeld	3 000 DM
2. Grundbesitzabgaben	— DM
3. Bewachungskosten	— DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	— DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	20 000 DM
Zusammen	23 000 DM

Zu 518 01

1. Diensträume und -gebäude	99 500 DM
2. Wohnungen und Wohngebäude	— DM
3. Unbebaute Grundstücke	— DM
4. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	3 000 DM
Zusammen	102 500 DM

Zu 526 01

1. (Amts)ärztliche und Röntgen-schirmbilduntersuchungen	— DM
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	3 000 DM
3. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus	— DM
Zusammen	3 000 DM

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	12 000 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für private Kraftfahrzeuge	— DM
Zusammen	12 000 DM

Zu 531 01

1. Amtliche Druckwerke	— DM
2. Öffentlichkeitsarbeit	5 000 DM
3. Technische und wissenschaftliche Druckwerke	— DM
4. Sonstige Veröffentlichungen	— DM
Zusammen	5 000 DM

Zu Titelgruppe 99

Hier sind die Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie für die damit verbundenen Einrichtungen zusammengefasst.

515 99

Beschaffungs-, Unterhaltungs- und Wartungskosten.

538 99

Unterstützung durch Dritte bei datenschutzrechtlichen Prüfungen und Beratungen.

Mehr infolge Verlagerung von Kapitel 04 30 für die Inanspruchnahme von Leistungen des IZN.

Für Dienstleistungen des IZN 152 200 DM.

812 99

Ersatzbeschaffung:

20 Flachbildmonitore 30 000 DM

Ergänzungsbeschaffungen:

1 CD-Server 15 000 DM

1 Scanner, 1 Datenserver, Software (Dokumentenmanagementsystem) 30 000 DM

Zusammen 75 000 DM

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 0380 Landesbeauftragter für den Datenschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 03 80					
		1 Eigene Einnahmen		10.000	10.000	—	
		Summe der Einnahmen		10.000	10.000	—	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	1.743.800	1.650.400	+93.400	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	532.800	411.800	+121.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	75.000	45.000	+30.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	2.351.600	2.107.200	+244.400	
		Zuschuss		2.341.600	2.097.200	+244.400	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		485.100	476.200		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		2.836.700	2.583.400		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		2.826.700	2.573.400		

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 51-2	049	Vermischte Einnahmen		100.000	100.000	—	73
132 01-2	049	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		25.000	25.000	—	3
		A U S G A B E N					
422 01-0	049	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	17.457.600	17.555.600	–98.000	10.929
422 19-3	049	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-2	049	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	421.200	434.700	–13.500	433
422 51-7	049	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
425 01-0	049	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	4.828
425 51-6	049	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	2.000	2.000	—	—
426 01-6	049	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter ***Hier sind auch Betriebspersonalkosten für zwei Küchenkräfte mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von zusammen 30 Std. zu verausgaben.	—	—	—	—	1.426
426 51-2	049	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	40.000	40.000	—	72
453 01-3	049	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	5.000	5.000	—	4
453 11-0	049	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	3.000	3.000	—	2
511 01-3	049	Geschäftsbedarf	—	39.000	39.000	—	40
512 01-0	049	Bücher und Zeitschriften	—	26.000	26.000	—	30
514 01-2	049	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	258.700	258.700	—	280
515 01-9	049	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	36.500	36.500	—	35
515 02-7	049	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattung und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	14.500	14.500	—	12
516 01-5	049	Dienst- und Schutzkleidung	—	1.700	1.700	—	3
517 01-1	049	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	121.500	121.500	—	137
517 19-4	049	Reinigungskosten	—	136.000	136.000	—	141
517 59-3	049	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	139.300	139.300	—	136
518 01-8	049	Mieten und Pachten	—	1.365.000	1.365.000	—	1.361
519 01-4	049	Unterhaltung der Grundstücke und bauliche Anlagen	—	4.400	4.400	—	3
519 03-0	049	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	4.200	4.200	—	5
522 52-0	049	Rohstoffe für Werkstätten	—	10.700	10.700	—	12
526 01-0	049	Sachverständige-, Gerichts- und ähnliche Kosten	—	5.700	5.700	—	13
527 03-3	049	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	600	600	—	0
531 03-0	049	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	5.000	—	+5.000	—
536 03-2	049	GeheimSchutzaufklärung und -erziehung	—	—	—	—	—
546 59-3	049	Vermischte Verwaltungsausgaben ***Vgl. Allgem. Vermerk zu Kapitel 0390.	—	1.492.700	3.179.000	–1.686.300	1.139

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeiner Vermerk:

Einnahmen und Ausgaben, die im Einzelnen der Geheimhaltung unterliegen, werden nicht erläutert. Hierüber ist der Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammen mit dem/der Vorsitzenden und dem/der stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zu unterrichten.

Die Prüfung der hier nachgewiesenen Ausgaben und der damit im Zusammenhang stehenden Einnahmen erfolgt gemeinsam durch den Präsidenten/die Präsidentin und zwei weitere durch den Senat zu bestimmende Mitglieder des LRH (§ 89 Abs. 3 LHO).

Sonderkosten für Polizeivollzugsbeamte/-beamtinnen, die dem Landesamt für Verfassungsschutz angehören, sind in dem Haushalt der Landespolizei – Kap. 03 20 – mitveranschlagt.

Dazu gehören:

- a) Kosten für Heilfürsorge – Titelgr. 64 –
- b) Kosten für Sportbekleidung – Titelgr. 65 –
- c) Kosten für Aus- und Fortbildung (Laufbahnlehrgänge) – Titelgr. 67 –
- d) Kosten für das Fernschreib- oder Fernsprechsondernetz der Polizei – Titelgr. 69/70 –

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 214,25 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	139,64	139,64	—	163
Angestellte	55,17	55,17	—	37
Lohnempfänger/-innen	19,44	19,44	—	20
Insgesamt	214,25	214,25	—	220

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 17 457 600 DM

Für den Präsidenten/die Präsidentin des NLFV ist eine jährliche Dienstaufwandentschädigung von 1 800 DM veranschlagt.

Mitveranschlagt sind 10 000 DM für Stellenzulagen gem. Nr. 8 der Vorbemerkungen der Bundesbesoldungsordnungen A und B an vorübergehend im NLFV tätige Beamte/-innen, die ihre Dienstbezüge weiterhin von ihrer Stammbehörde erhalten.

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	17 457 600
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	523 800
43	Versorgungsbezüge	3 873 700
44	Beihilfen, Unterstützungen	1 198 200
45	Personalbezogene Sachausgaben	8 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	473 400
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		23 534 700

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für	
1 (1) Landesbediensteten	2 000 DM
2. Umzugskostenvergütungen für	
1 (1) Landesbediensteten	3 000 DM
Zusammen	5 000 DM

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	22 000 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	10 000 DM
3. Bekanntmachungen	2 000 DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	5 000 DM
Zusammen	39 000 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	10 200 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	12 800 DM
3. Gesetz- und andere Verkündungsblätter	2 000 DM
4. Buchbinderkosten	1 000 DM
Zusammen	26 000 DM

Zu 515 02

1. Dienstzimmerausstattungen	1 500 DM
2. Büromaschinen	4 500 DM
3. Wirtschaftsgeräte	3 500 DM
4. Werkstattausrüstung	5 000 DM
Zusammen	14 500 DM

Zu 516 01

Dienst- und Schutzkleidung der Amtsboten, Hausarbeiter, Kraftfahrer, Pförtner und Sonstiger sowie des Bedienungspersonals von Vervielfältigungseinrichtungen.

Zu 517 01 bis 519 03

In den Ansätzen sind auch die Aufwendungen berücksichtigt, die durch die Mitbenutzung des Dienstgebäudes durch andere Dienststellen entstehen.

Zu 517 01

1. Wassergeld	17 000 DM
2. Grundbesitzabgaben	72 700 DM
3. Bewachungskosten	— DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	23 800 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	8 000 DM
Zusammen	121 500 DM

Zu 518 01

1. Diensträume und Gebäude	1 345 000 DM
2. Wohnungen und Dienstgebäude	— DM
3. Unbebaute Grundstücke	— DM
4. Geräte, Maschinen, Fahrzeuge	20 000 DM
Zusammen	1 365 000 DM

Zu 519 01

1. Landeseigene Gebäude	900 DM
2. Gemietete oder gepachtete Gebäude	3 500 DM
Zusammen	4 400 DM

Zu 526 01

1. (Amts-)ärztliche und Röntgenschirmbilduntersuchungen	1 500 DM
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	1 500 DM
3. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus	2 700 DM
Zusammen	5 700 DM

Zu 531 03

1. Pressegespräche, Kontaktpflege	1 500 DM
2. Informationsveranstaltungen	1 000 DM
3. Ausstellungen	2 500 DM
Zusammen	5 000 DM

Zu 546 59

Für besondere Zwecke des Verfassungsschutzes.

Weniger, weil Aufwendungen aus Anlass der EXPO 2000 entfallen.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
631 01-9	049	Erstattung von Verwaltungsausgaben an den Bund * Übertragbar.	—	140.000	160.000	–20.000	166
681 01-6	049	Schadenersatzleistungen- und Unfallent- schädigungen ***Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind bis zur Höhe von 5.000 DM zulässig.	—	16.000	20.000	–4.000	19
812 01-3	049	Erwerb von beweglichen Sachen ***Vergl. Allgem. Vermerk zu Kapitel 0390.	—	445.000	445.000	—	444
Titelgruppe(n)							
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik	(—)	(129.800)	(125.200)	(+4.600)	(127)
513 99-7	049	Post- und Fernmeldegebühren	—	1.000	1.000	—	—
515 99-0	049	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	49.800	49.800	—	94
522 99-6	049	Verbrauchsmittel	—	3.400	3.400	—	21
538 99-0	049	Dienstleistungen Außenstehender	—	20.600	16.000	+4.600	10
812 99-4	049	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausstattungsgegenstände	—	55.000	55.000	—	2
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		414.700	–414.700	
		Abschluss Kapitel 03 90					
		1 Eigene Einnahmen		125.000	125.000	—	
		Summe der Einnahmen		125.000	125.000	—	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	17.928.800	18.040.300	–111.500	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	3.736.300	5.827.700	–2.091.400	
		6 Übertragungsausgaben	—	156.000	180.000	–24.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	500.000	500.000	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	22.321.100	24.548.000	–2.226.900	
		Zuschuss		22.196.100	24.423.000	–2.226.900	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		3.873.700	3.706.300		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		26.194.800	28.254.300		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		26.069.800	28.129.300		

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 99**538 99**

Mehr infolge Verlagerung von Kapitel 04 30 für die Inanspruchnahme von Leistungen des IZN.

Für Dienstleistungen des IZN 4 600 DM.

812 99

Ersatzbeschaffungen:

1 Server	40 000 DM
Anschlusstechnik	15 000 DM
Zusammen	55 000 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 03 1 Eigene Einnahmen 2 Übertragungseinnahmen 3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen Summe der Einnahmen		211.457.100 43.334.300 3.649.800	196.642.100 59.988.200 8.489.600	+14.815.000 –16.653.900 –4.839.800	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben 5 Sächliche Verwaltungsausgaben 6 Übertragungsausgaben 7 Bauausgaben 8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen 9 Besondere Finanzierungsausgaben Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— 60.500.000 3.800.000 725.000 225.000 — 46.393.000 42.960.500 —	2.065.694.500 306.806.800 624.105.100 15.600.000 152.012.000 92.883.100	2.043.251.300 342.825.800 562.476.800 1.200.000 141.558.800 4.326.200	+22.443.200 –36.019.000 +61.628.300 +14.400.000 +10.453.200 +88.556.900	
		Zuschuss Nachrichtlich: Anteil an den Versorgungsausgaben Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil	107.618.000 46.985.500	3.257.101.500 2.998.660.300	3.095.638.900 2.830.519.000	+161.462.600 +168.141.300	
				463.007.900 3.720.109.400 3.461.668.200	447.642.200 3.543.281.100 3.278.161.200		

Einzelplan 03

Innenministerium

Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

für das

Haushaltsjahr 2001

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen¹⁾⁶⁾²²⁾			1) Insgesamt 4 (-) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 01 kw zum 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).
			4) 1 (1) Planstelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
B 9 ¹³⁾	1	1	6) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 03 01 und 03 80 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.
B 6	4	4	13) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 LBesO.
B 3	5	5	16) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.
B 3	1	1	18) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
B 3	1	1	21) kw.
			22) Bei Bedarf können Stellen bei Kapitel 03 01, 03 04 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.
B 2	14	14	
B 2	1	1	
A 16	24	23	
A 15	18	19	
A 14	12	11	
A 13	—	1	
A 13 ¹⁶⁾	4	3	
A 13 ⁴⁾	64	65	
A 12	54	56	
A 11	16	17	
A 10	8	6	
A 9 ¹⁸⁾	8	8	
A 9	9	11	
A 8	1	2	
A 7	1	1	
A 5	3	3	
	249	253	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	1	infolge Vollzugs des HV Nr. 10 zu den Stellenübersichten
Bes.-Gr. A 14	1	infolge Verlagerung von Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 9 m. Z.	1	
Zusammen	3	
Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	infolge Verlagerung nach Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 13 h. D.	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 03 06
Bes.-Gr. A 12	1	infolge Verlagerung nach Kapitel 03 80
Bes.-Gr. A 11	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 03 06
Bes.-Gr. A 9 m. Z.	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 03 09
Bes.-Gr. A 9 m. D.	1	infolge Verlagerung nach Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 8	1	infolge Verlagerung nach Kapitel 03 80
Zusammen	7	
Bleibt Abgang	4	

Stellensenkungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12 (Amtsrat/-rätin)	1	nach Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)
Stellenhebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 g. D. (Oberamtsrat/-rätin)	1	nach Bes.-Gr. A 13 m. Z. (Oberamtsrat/-rätin)
Bes.-Gr. A 9 m. D. (Amtsinspektor/-in)	1	nach Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)
Zusammen	2	
Stellen zu Titel 422 31:		
Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 g. D.	1	infolge Versetzung in den Ruhestand
Leerstellen:		
Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 g. D.	1	neu
Abgang:		
Bes.-Gr. A 12	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Bes.-Gr. A 11	1	
Zusammen	2	
Bleibt Abgang	1	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 22 ist geändert worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist neu ausgebracht worden.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte¹⁾⁹⁾¹⁷⁾			
Außer- tariflich (B 2)	—	1	
I ⁴⁾	1	1	
IV a	4	4	
IV b	4	4	
V b ²⁾	5	5	
V c	9	10	
VI b ²⁾	21	20	
VII ⁶⁾	8	9	
VIII	2	2	
IX b–VII ⁵⁾	24	29	
	78	85	Zusammen
Leerstellen:			
V b ⁷⁾	—	1	
V c ⁷⁾	2	2	
VI b ⁷⁾	2	2	
VII ⁷⁾	1	2	
IX b–VII ⁷⁾	8	9	
	13	16	Zusammen

¹⁾ Siehe HV Nr. 1 zum Stellenplan Kapitel 03 01.

²⁾ Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Grn. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen sind für die Dauer ihrer Vorzimmer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Grn. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

⁴⁾ 1 (1) ku nach Verg.-Gr. I a (VD).

⁵⁾ Hier sind Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

⁶⁾ Angestellte im Fernschreibdienst, die mit mindestens einem Drittel der regelmäßigen Arbeitszeit Textverarbeitungsautomaten bedienen und hierbei vollwertige Leistungen erbringen, erhalten eine außertarifliche Funktionszulage. Die Zulage wird in Höhe der entsprechenden tariflichen Zulagen gewährt.

⁷⁾ kw.

⁹⁾ Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 03 01 und 03 80 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

¹⁷⁾ Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 03 01, 03 04 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b	1	infolge Verlagerung von Kapitel 03 80
Abgang:	Stellen	
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. V c	1	infolge Vollzugs des HV Nr. 8 – Stelle gem. ZV für 2001 –
Außertariflich (B 2)	1	infolge Vollzugs des HV Nr. 10
Schreibdienst		
Verg.-Gr. IX b–VII	5	davon 1 infolge Stelleneinsparungen 1998 gem. § 9 HG 1997/1998 3 Stellen gem. ZV für 2001 1 Stelle gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Fernschreibdienst		
Verg.-Gr. VII	1	infolge Stelleneinsparungen 1998 gem. § 9 HG 1997/1998
Zusammen	8	
Bleibt Abgang	7	

Leerstellen:

Abgang:	Stellen
Verg.-Gr. V b	1
Verg.-Gr. VII	1
Verg.-Gr. IX b–VII	1
Zusammen	3

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 8 und 10 sind vollzogen worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 17 ist geändert worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist neu ausgebracht worden.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 01 Ministerium

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke	
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) kw. 2) Siehe HV Nr. 1 zum Stellenplan Kapitel 03 01.
	2001	2000		
Arbeiter/-innen ²⁾				
4	5	5		
2/2 a	13	13		
1	2	3		
	20	21	Zusammen	
			Leerstellen:	
2/2 a ¹⁾	1	2		
Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen				

Arbeiter/-innen

Abgang: Stellen
Reinigungsdienst
Lohn-Gr. 1 1 infolge Stelleneinsparungen 1998
gem. § 9 HG 1997/1998

Leerstellen:
Abgang: Stellen
Botendienst
Lohn-Gr. 2/2 a 1 infolge Vollzugs des kw-Vermerks

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist neu ausgebracht worden.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
			Planmäßige Beamte/-innen¹⁾³⁾⁷⁾¹¹⁾
B 2	1	1	Feste Gehälter: Fachbereichsdirektor/-in – als Dekan/-in des Fachbereichs Allgemeine Verwaltung –
A 15	1	—	Aufsteigende Gehälter: Verwaltung
A 13	3	1	Direktor/-in
A 12	1	—	Oberamtsrat/-rätin
A 11	2	1	Amtsrat/-rätin
A 10	2	—	Amtmann/-männin/-frau
A 9 ²⁾	2	1	Oberinspektor/-in
A 9	1	—	Amtsinspektor/-in
A 8	1	—	Hauptsekretär/-in
R 2 ¹²⁾	2	—	Lehre, Praxisausbildung Vorsitzende(r) Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Oberlandesgericht, Oberstaatsanwalt/-wältin
R 1 ¹²⁾	4	—	Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Amtsgericht, Staatsanwalt/-wältin
A 16 ⁸⁾	4	—	Leitende(r) Direktor/-in
A 15 ⁹⁾	18	4	Direktor/-in
A 14 ¹⁰⁾	16	3	Oberrat/-rätin
A 13	7	—	Rat/Rätin
A 13	20	3	Oberamtsrat/-rätin, Erste(r) Polizeihauptkommissar/-in
A 12	9	—	Amtsrat/rätin, Hauptkommissar/-in
A 11	4	—	Amtmann/-männin/-frau, Hauptkommissar/-in
A 10	7	1	Oberkommissar/-in
A 9	13	—	Kommissar/-in
	118	15	Zusammen
A 15 ⁵⁾	1	1	Leerstellen: Direktor/-in
A 10 ⁵⁾	1	—	Polizeioberkommissar/-in
A 8 ⁵⁾	1	—	Hauptsekretär/-in
	3	1	Zusammen

¹⁾ Bei Bedarf können Planstellen bei 03 04, 03 05 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

²⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

³⁾ Für die Dauer der Tätigkeit als Rektor/-in erhält ein/eine Stelleninhaber/-in eine Stellenzulage in Höhe von 225 DM monatlich.

⁵⁾ kw

⁷⁾ Bei Bedarf können Planstellen bei 03 01, 03 04 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

⁸⁾ 1 (—) ku nach Bes.-Gr. C 3.

⁹⁾ 3 (—) ku nach Bes.-Gr. C 3.

¹⁰⁾ 3 (—) ku nach Bes.-Gr. C 2.

¹¹⁾ Bei Bedarf können Planstellen bei 03 04 und 03 20 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

¹²⁾ Vgl. 11 04 – Leerstellen.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Infolge der Einrichtung eines Zentralkapitels für die Fachhochschule ab Haushaltsjahr 2001 werden die bisherigen Kapitel 03 04, 04 08, 11 15 und Teile des Kapitels 03 20 zusammengefasst.

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. R 2	2	} infolge Verlagerung von Kap. 11 15
Bes.-Gr. R 1	4	
Bes.-Gr. A 16	4	davon
		3 infolge Verlagerung von Kap. 03 20
		1 infolge Verlagerung von Kap. 04 08
Bes.-Gr. A 15	15	davon
		1 neu
		9 infolge Verlagerung von Kap. 03 20
		5 infolge Verlagerung von Kap. 04 08
Bes.-Gr. A 14	13	davon
		7 infolge Verlagerung von Kap. 03 20
		4 infolge Verlagerung von Kap. 04 08
		2 infolge Verlagerung von Kap. 11 15
Bes.-Gr. A 13 h.D.	7	infolge Verlagerung von Kap. 03 20
Bes.-Gr. A 13 g.D.	19	davon
		8 infolge Verlagerung von Kap. 03 20
		6 infolge Verlagerung von Kap. 04 08
		5 infolge Verlagerung von Kap. 11 15
Bes.-Gr. A 12	10	davon
		6 infolge Verlagerung von Kap. 03 20
		3 infolge Verlagerung von Kap. 04 08
		1 infolge Verlagerung von Kap. 11 15
Bes.-Gr. A 11	5	infolge Verlagerung von Kap. 03 20
Bes.-Gr. A 10	9	davon
		7 infolge Verlagerung von Kap. 03 20
		1 infolge Verlagerung von Kap. 04 08
		1 infolge Verlagerung von Kap. 11 15
Bes.-Gr. A 9 g.D.	13	infolge Verlagerung von Kap. 03 20
Bes.-Gr. A 9 m.Z.	1	infolge Verlagerung von Kap. 11 15
Bes.-Gr. A 9 m.D.	1	infolge Verlagerung von Kap. 03 20
Bes.-Gr. A 8	1	infolge Verlagerung von Kap. 03 20

Zusammen 104

Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. A 10	
Oberkommissar/-in	1 infolge Stelleneinsparungen 1998 gem. § 9 HG 1997/1998
Bleibt Zugang	103
Leerstellen:	
Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. A 10	1
Bes.-Gr. A 8	1
	} neu
Zusammen	2
Sonstige Veränderungen:	
Der Haushaltsvermerk Nr. 6 ist entfallen.	
Die Haushaltsvermerke Nr. 8, 9, 10 und 11 sind neu ausgebracht.	
Der Haushaltsvermerk Nr. 12 ist verlagert von Kapitel 11 15.	
Die Haushaltsvermerke Nr. 1 und 7 sind geändert worden.	

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 04 Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte²⁾			
Außertariflich			1) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i.d.F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen. 2) Bei Bedarf können Stellen bei 03 01, 03 04 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. 3) 2 (2) kw zum 31. 12. 2001.
A 15 ³⁾	2	—	
V b	1	—	
V c	4	—	
VI b	7	1	
VII	2	1	
VIII	2	1	
IX b–VII ¹⁾	15	3	
	33	6	
		Zusammen	
Erläuterungen zu den Stellenübersichten			

¹⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i.d.F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

²⁾ Bei Bedarf können Stellen bei 03 01, 03 04 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

³⁾ 2 (2) kw zum 31. 12. 2001.

Angestellte

Infolge der Einrichtung eines Zentralkapitels für die Fachhochschule ab Haushaltsjahr 2001 werden die bisherigen Kapitel 03 04, 04 08, 11 15 und Teile des Kapitels 03 20 zusammengefasst.

Zugang:	Stellen	
Außertariflich		
Bes.-Gr. A 15	2	infolge Verlagerung von Kap. 03 20
Verg.-Gr. V b	1	infolge Verlagerung von Kap. 04 08
Verg.-Gr. V c	4	davon
		1 infolge Verlagerung von Kap. 03 20
		2 infolge Verlagerung von Kap. 04 08
		1 infolge Verlagerung von Kap. 11 15
Verg.-Gr. VI b	6	davon
		5 infolge Verlagerung von Kap. 03 20
		1 infolge Verlagerung von Kap. 04 08
Verg.-Gr. VII	1	infolge Verlagerung von Kap. 03 20
Verg.-Gr. VIII	1	infolge Verlagerung von Kap. 11 15
Verg.-Gr. IX b–VII	12	davon
		8 infolge Verlagerung von Kap. 03 20
		2 infolge Verlagerung von Kap. 04 08
		2 infolge Verlagerung von Kap. 11 15
Zusammen	<u>27</u>	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 3 ist verlagert von Kapitel 03 20.

Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist geändert worden.

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Arbeiter/-innen			
4	4	—	
3	1	—	
2/2 a	4	—	
	9	—	Zusammen
Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen			

Arbeiter/-innen

Infolge der Einrichtung eines Zentralkapitels für die Fachhochschule ab Haushaltsjahr 2001 werden die bisherigen Kapitel 03 04, 04 08, 11 15 und Teile des Kapitels 03 20 zusammengefasst.

Zugang:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	4	davon
		1 infolge Verlagerung von Kap. 03 20
		3 infolge Verlagerung von Kap. 04 08
Lohn-Gr. 3	1	infolge Verlagerung von Kap. 04 08
Lohn-Gr. 2/2 a	4	davon
		1 infolge Verlagerung von Kap. 03 20
		3 infolge Verlagerung von Kap. 04 08
Zusammen	<u>9</u>	

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen			
B 8	2	2	Feste Gehälter:
B 7	2	2	Regierungspräsident/-in – Hannover, Weser-Ems –
B 4	2	2	Regierungspräsident/-in – Braunschweig, Lüneburg –
B 3	2	2	Regierungsvizepräsident/-in – Hannover, Weser-Ems –
B 2	17	18	Regierungsvizepräsident/-in – Braunschweig, Lüneburg – Abteilungsdirektor/-in
A 16	22	21	Aufsteigende Gehälter: ²⁾ ⁷⁾ ²³⁾ ²⁴⁾ Leitende(r) Direktor/-in
A 15 ¹⁵⁾	57	57	Direktor/-in
A 14 ¹⁾	67	68	Oberrat/-rätin
A 13 ⁹⁾	25	26	Rat/Rätin
A 13 ⁸⁾ ¹⁰⁾ ¹⁶⁾	35	34	Oberamtsrat/-rätin
A 12 ¹²⁾ ²²⁾	111	110	Amtsrat/-rätin
A 11 ⁶⁾ ¹³⁾ ¹⁷⁾ ²²⁾	224	215	Amtmann/-männin/-frau
A 10 ²²⁾	246	237	Oberinspektor/-in
A 9 ²²⁾	111	111	Inspektor/-in
A 9 ⁵⁾	36	38	Amtsinspektor/-in
A 9 ⁴⁾ ²²⁾	114	111	Amtsinspektor/-in
A 8 ²²⁾	63	64	Hauptsekretär/-in
A 7	83	85	Obersekretär/-in
A 6	42	53	Sekretär/-in
A 6	3	3	Oberamtsmeister/-in
A 5	7	9	Oberamtsmeister/-in
A 4	2	2	Amtsmeister/-in
	1 273	1 270	Zusammen
B 2	2	2	Stellen zu Titel 422 31: Abteilungsdirektor/-in
A 15	3	3	Direktor/-in
A 14	3	3	Oberrat/-rätin
A 13	6	6	Oberamtsrat/-rätin
A 12	7	7	Amtsrat/-rätin
A 11	5	6	Amtmann/-männin/-frau
A 10	1	1	Oberinspektor/-in
A 9 m. Z.	7	7	Amtsinspektor/-in
A 8	1	2	Hauptsekretär/-in
A 5	1	1	Erste(r) Justizhauptwachtmeister/-in
	36	38	Zusammen
A 15 ¹¹⁾	—	1	Leerstellen: Direktor/-in
A 14 ¹¹⁾	—	1	Oberrat/-rätin
A 13 ¹¹⁾	9	12	Rat/Rätin
A 11 ¹¹⁾	12	10	Amtmann/-männin/-frau
A 10 ¹¹⁾	60	66	Oberinspektor/-in
A 9 ¹¹⁾	28	29	Inspektor/-in
A 9 ¹¹⁾	8	9	Amtsinspektor/-in
A 8 ¹¹⁾	12	14	Hauptsekretär/-in
A 7 ¹¹⁾	15	9	Obersekretär/-in
A 6 ¹¹⁾	5	8	Sekretär/-in
	149	159	Zusammen

¹⁾ Abweichend von § 49 Abs. 3 Satz 1 LHO können 2 Planstellen bei Bedarf mit Beamtinnen oder Beamten einer niedrigeren Laufbahngruppe besetzt werden.

²⁾ Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.

⁴⁾ 1 (1) kw bei Ausscheiden des Stelleninhabers (Hannover).

⁵⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

⁶⁾ 3 (3) Planstellen dürfen nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Braunschweig, Lüneburg, Weser-Ems).

⁷⁾ Bei Bedarf können Planstellen bei Kap. 03 04, 03 05 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

⁸⁾ 1 (1) kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers (Weser-Ems).

⁹⁾ 1 (1) Planstelle darf im Rahmen des Projektes zur flächendeckenden Einführung des neuen integrierten Haushaltswirtschaftssystems (Haushaltsvollzug P 53) abweichend von § 49 Abs. 3 Satz 1 LHO mit einem Beamten oder einer Beamtin einer niedrigeren Laufbahngruppe beim Amtsgericht Bückeburg (Kapitel 11 04) besetzt werden.

¹⁰⁾ 2 (2) Planstellen dürfen nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Weser-Ems, Hannover).

¹¹⁾ kw.

¹²⁾ 4 (4) Planstellen dürfen nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Weser-Ems, Braunschweig).

¹³⁾ 1 (–) ku nach Bes.-Gr. A 10 (Braunschweig).

¹⁵⁾ 1 (1) Planstelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

¹⁶⁾ 1 (1) kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen (Hannover).

¹⁷⁾ 1 (1) ku bei Ausscheiden des Stelleninhabers in Bes.-Gr. A 10 (Weser-Ems).

²²⁾

4 (3) A 12*)	} kw mit Wegfall der Aufgaben bei Abschiebungen nach § 63 Abs. 1 AuslG und bei den ausländerrechtlichen Maßnahmen gegenüber Ausländern, die in Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber wohnen und zu wohnen verpflichtet sind.
3 (3) A 11	
8 (8) A 10	
3 (3) A 9 (RI)	
4 (4) A 9 (RAI)	
10 (10) A 8	

^{*)} davon 1 (–) ku nach A 11 (Weser-Ems/Bramsche).

²³⁾ Insgesamt 16 (–) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 05 kw zum 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

²⁴⁾ Insgesamt 32 (–) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 05 kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

¹⁾ Abweichend von § 49 Abs. 3 Satz 1 LHO können 2 Planstellen bei Bedarf mit Beamtinnen oder Beamten einer niedrigeren Laufbahngruppe besetzt werden.

²⁾ Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.

⁴⁾ 1 (1) kw bei Ausscheiden des Stelleninhabers (Hannover).

⁵⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

⁶⁾ 3 (3) Planstellen dürfen nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Braunschweig, Lüneburg, Weser-Ems).

⁷⁾ Bei Bedarf können Planstellen bei Kap. 03 04, 03 05 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

⁸⁾ 1 (1) kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers (Weser-Ems).

⁹⁾ 1 (1) Planstelle darf im Rahmen des Projektes zur flächendeckenden Einführung des neuen integrierten Haushaltswirtschaftssystems (Haushaltsvollzug P 53) abweichend von § 49 Abs. 3 Satz 1 LHO mit einem Beamten oder einer Beamtin einer niedrigeren Laufbahngruppe beim Amtsgericht Bückeburg (Kapitel 11 04) besetzt werden.

¹⁰⁾ 2 (2) Planstellen dürfen nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Weser-Ems, Hannover).

¹¹⁾ kw.

¹²⁾ 4 (4) Planstellen dürfen nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Weser-Ems, Braunschweig).

¹³⁾ 1 (–) ku nach Bes.-Gr. A 10 (Braunschweig).

¹⁵⁾ 1 (1) Planstelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

¹⁶⁾ 1 (1) kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen (Hannover).

¹⁷⁾ 1 (1) ku bei Ausscheiden des Stelleninhabers in Bes.-Gr. A 10 (Weser-Ems).

²²⁾ 4 (3) A 12*)
3 (3) A 11
8 (8) A 10
3 (3) A 9 (RI)
4 (4) A 9 (RAI)
10 (10) A 8 } kw mit Wegfall der Aufgaben bei Abschiebungen nach § 63 Abs. 1 AuslG und bei den ausländerrechtlichen Maßnahmen gegenüber Ausländern, die in Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber wohnen und zu wohnen verpflichtet sind.

^{*)} davon 1 (–) ku nach A 11 (Weser-Ems/Bramsche).

²³⁾ Insgesamt 16 (–) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 05 kw zum 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

²⁴⁾ Insgesamt 32 (–) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 05 kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Von den Planstellen entfallen auf die VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I Seite 1596):

Bes.-Gr.	§ 1 Nr. 12 der VO
A 16	4
A 15	3
A 14	6
A 13	1
Insgesamt höh. Dienst	14

Bes.-Gr.	§ 1 Nr. 9 der VO
A 12	5
A 11	5
A 10	3
Insgesamt geh. Dienst	13

Bes.-Gr.	§ 1 Nr. 6 der VO
A 9	6
A 8	3
A 7	1
Insgesamt mittl. Dienst	10

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I Seite 1597 ff.):

Bes.-Gr.	§ 3 Abs. 1 Nr. 2 a) der VO
A 11	3 (1*)
Insgesamt geh. Dienst	3

Bes.-Gr.	§ 3 Abs. 1 Nr. 4 der VO
A 9 mit Amtszulage	30
A 9	90
A 8	21
Insgesamt mittl. Dienst	141

*) Die in der Klammer genannte Stellenzahl ist auf die allgemeinen Obergrenzen nach § 26 Abs. 1 BBesG im Landesbereich angerechnet worden.

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. A 15	1 infolge Verlagerung von Kap. 03 01
Bes.-Gr. A 14	1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 07 71
Bes.-Gr. A 13 g.D.	2 davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 03 26 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 07 71
Bes.-Gr. A 12	3 davon 2 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 07 71 1 neu gegen Einsparung
Bes.-Gr. A 11	10 } infolge Umsetzung gem. § 50 LHO
Bes.-Gr. A 10	9 } von Kap. 07 71
Bes.-Gr. A 9 m.D.	4 davon 1 infolge Umsetzung Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998 von Kap. 03 26 2 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 07 71 1 infolge Verlagerung von Kap. 03 01 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 07 71
Bes.-Gr. A 8	1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 07 71
Bes.-Gr. A 7	2 davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 04 20 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 07 71
Zusammen	33

Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. A 15	1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kap. 04 20
Bes.-Gr. A 14	2 davon 1 infolge Verlagerung nach Kap. 03 01 1 Stelle gem. ZV für 2001
Bes.-Gr. A 13 h.D.	1 Stelle gem. ZV für 2001
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1 infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 3 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000 nach Kap. 15 10 – Stelle gem. ZV für 2001
Bes.-Gr. A 12	2 davon 1 Stelle gem. ZV für 2001 1 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 3
Bes.-Gr. A 11	1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kap. 03 09
Bes.-Gr. A 9 m.Z.	2 davon 1 infolge Verlagerung nach Kap. 03 01 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kap. 04 20
Bes.-Gr. A 9 m.D.	1 infolge Umsetzung gem. § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 nach Kap. 03 10
Bes.-Gr. A 8	2 davon 1 infolge Stelleneinsparungen 1998 gem. § 9 HG 1997/1998 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kap. 07 58
Bes.-Gr. A 7	4 davon 2 Stellen gem. ZV für 2001 2 Stellen gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Bes.-Gr. A 6 m. D.	11 davon 1 infolge Stelleneinsparungen 1998 gem. § 9 HG 1997/1998 10 Stellen gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Bes.-Gr. A 5 e.D.	2 davon 1 infolge Stelleneinsparungen 1998 gem. § 9 HG 1997/1998 1 Stelle gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Zusammen	30
Bleibt Zugang	3

Erläuterungen zum Stellenplan

– noch Planmäßige Beamte/-innen –

Stellensenkung: Stellen
Bes.-Gr. A 16 1 von Bes.Gr. B 2

Stellen zu Titel 422 31:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	1	} infolge Versetzung in den Ruhestand
Bes.-Gr. A 8	1	
Zusammen	<u>2</u>	

Leerstellen:

Zugang:		
Bes.-Gr. A 11	2	davon
		1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO
		von Kap. 07 71
		1 neu
Bes.-Gr. A 7	<u>6</u>	neu
Zusammen	8	

Abgang:		
Bes.-Gr. A 15	1	} infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Bes.-Gr. A 14	1	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	3	
Bes.-Gr. A 10	6	
Bes.-Gr. A 9 g.D.	1	
Bes.-Gr. A 9 m.D.	1	
Bes.-Gr. A 8	2	
Bes.-Gr. A 6	<u>3</u>	
Zusammen	18	
Bleibt Abgang	10	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 13, 23 und 24 sind neu ausgebracht worden.

Die Haushaltsvermerke Nr. 7 und 22 sind geändert worden.

Der Haushaltsvermerk Nr. 3 ist vollzogen worden.

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Beamtete Hilfskräfte				
A 13	39	46	Assessor/-in	2) Die jeweilige Sekretärin der Regierungspräsidentin/des Regierungspräsidenten ist für die Dauer ihrer Vorzimmer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert. Sie erhält eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Vergütungsgruppen V c und V b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. V b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung wird sie in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig. Die jeweilige Sekretärin eines(r) Regierungsvizepräsidenten/-in ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
A 9	50	80	Inspektor/-in z. A.	
A 6	2	11	Sekretär/-in z. A.	
	91	137	Zusammen	
A 13 ¹⁰⁾	1	—	Leerstellen:	3) 3 (3) Angestellte bei den Bezirksregierungen sind für die Dauer ihrer Tätigkeit im Bibliotheksdienst übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert. 5) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen. 6) 1 (3) Stelle ist nach Ausscheiden der Stelleninhaberin bei dem SAA Uelzen nach Kap. 07 10 zurückzuverlagern. 7) 2 (2) Stellen dürfen nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Braunschweig, Weser-Ems). 8) Die bis zum 31. 8. 1994 eingesetzte Vorzimmerkraft des Staatssekretärs wird nach dem durch die Auflösung des MB bedingten Ausscheiden aus der Vorzimmerfunktion weiterhin wie bisher nach dem Haushaltsvermerk Nr. 1 in Kapitel 12 01 des Haushaltsplans 1994 (Haushaltsgesetz 1994 vom 20. 12. 1993) eingruppiert und vergütet. Sofern die vorstehend genannte Vorzimmerkraft einen Textverarbeitungsautomaten bedient, erhält sie eine übertarifliche Zulage. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten (Hannover). 9) 1 (1) kw zum 31. 12. 2001 gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998 (Hannover). 10) kw. 11) 1 (1) ku nach Verg.-Gr. V c BAT (Hannover). 13) 2 (2) Angestellte erhalten als ehemalige persönliche Kraftfahrer eine aufzehrbare Besitzstandszulage nach dem RdSchr. d. MF v. 18. 4. 1986 i. d. F. des RdSchr. v. 10. 3. 1993 (454080/1N) (Braunschweig, Weser-Ems). 14) Bei Bedarf können Stellen bei Kapitel 03 05 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. 16) 1 (–) kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen (Lüneburg). 17) 2 (–) kw (Hannover, Lüneburg). 18) 1 (–) ku nach Verg.-Gr. IV b (Braunschweig). 19) 2 (2) Datenverarbeitung ku in Verwaltungsdienst. 21) 1 (1) ku von Verg.-Gr. V c Datenverarbeitung nach Verg.-Gr. VIII BAT (VD) bei Ausscheiden der Stelleninhaberin (Lüneburg). 27) 1 (1) außertariflich (Braunschweig). 30) 1 (1) IV a } kw mit Wegfall der Aufgaben 4 (2) IV b } bei Abschiebungen nach § 63 4 (6) V b } Abs. 1 AuslG und bei den aus- 12 (13) V c } länderrechtlichen Maßnahmen 2 (2) VII } gegenüber Ausländern, die in 1 (2) VIII } Aufnahmeeinrichtungen für 2 (4) IX b–VII } Asylbewerber wohnen und zu wohnen verpflichtet sind.
A 9 ¹⁰⁾	—	3	Inspektor/-in z. A.	
A 6 ¹⁰⁾	2	2	Sekretär/-in z. A.	
	3	5	Zusammen	
Angestellte^{14) 31) 32)}				
I a	1	1		31) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 23 zum Stellenplan des Kap. 03 05. 32) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 24 zum Stellenplan des Kap. 03 05.
I b	8	6		
II a	12	13		
III	11	11		
IV a ^{7) 17) 18) 30)}	64	63		
IV b ³⁰⁾	30	29		
V b ^{8) 11) 16) 30)}	77	76		
V c ^{2) 3) 9) 19) 21) 30)}	257	293		
VI b ^{2) 27)}	138	145		
VII ^{6) 30)}	262	278		
VIII ³⁰⁾	41	49		
IX b ¹³⁾	31	40		
IX b–VII ^{5) 30)}	171	226		
	1 103	1 230	Zusammen	
			Leerstellen:	
IV b ¹⁰⁾	3	—		
V b ¹⁰⁾	7	7		
V c ¹⁰⁾	22	27		
VI b ¹⁰⁾	14	12		
VII ¹⁰⁾	17	18		
VIII ¹⁰⁾	3	6		
IX b ¹⁰⁾	1	1		
IX b–VII ¹⁰⁾	26	42		
	93	113	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Beamtete Hilfskräfte

Abgang:	Stellen		noch Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	7	davon	Übertrag:	36	
		6 Stellen gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)	Sozial- und Erziehungsdienst		
		1 Stelle gem. ZV für 2001	Verg.-Gr. IV b	1	} infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998 von Kap. 03 26
Bes.-Gr. A 9 g.D.	30	davon	Verg.-Gr. VI b	2	
		20 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kap. 04 06			
		10 Stellen gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)	Krankenpflegedienst		
Bes.-Gr. A 6	9	davon	Verg.-Gr. Kr. II	1	infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998 von Kap. 03 26
		1 infolge Stelleneinsparungen 1998 gem. § 9 HG 1997/1998			
		8 Stellen gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)			
Zusammen	46		Zusammen	40	
Leerstellen:			Abgang:	Stellen	
Zugang:			Verwaltungsdienst		
Bes.-Gr. A 13 h.D.	1	neu	Verg.-Gr. IV a	1	Stelle gem. ZV für 2001
			Verg.-Gr. IV b	2	davon
Abgang:					1 infolge Stelleneinsparungen 1998 gem. § 9 HG 1997/1998
Bes.-Gr. A 9	3	infolge Vollzugs des kw-Vermerks			1 infolge Umsetzung gem. § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 nach Kap. 03 10
Bleibt Abgang	2		Verg.-Gr. V b	2	infolge Einsparung zur Finanzierung neuer Stellen
Sonstige Veränderungen:			Verg.-Gr. V c	45	davon
Der Haushaltsvermerk Nr. 4 ist weggefallen.					2 infolge Umsetzung gem. § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 nach Kap. 03 10

Angestellte

Zugang:	Stellen				
Verwaltungsdienst					
Verg.-Gr. I a	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 04 20			1 infolge Umsetzung gem. § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 nach Kap. 03 10
Verg.-Gr. IV a	2	davon			3 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kap. 07 58
		1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kap. 03 09			11 infolge Stelleneinsparungen 1998 gem. § 9 HG 1997/1998
		1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 07 71			26 Stellen gem. ZV für 2001
Verg.-Gr. IV b	4	davon			1 infolge Stelleneinsparung bei der Bearbeitung der Wasserentnahmegebühr
		1 infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998 von Kap. 03 26	Verg.-Gr. VI b	8	1 infolge Einsparung zur Finanzierung neuer Stellen
		1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 07 71			davon
		2 neu gegen Einsparung	Verg.-Gr. VII	21	1 Stelle gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Verg.-Gr. V b	6	davon			7 Stellen gem. ZV für 2001
		1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 03 26			davon
		1 neu nach Nr. 1 Abs. 1 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998			2 infolge Umsetzung gem. § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 nach Kap. 03 10
		4 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 07 71			2 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 08 11
Verg.-Gr. V c	9	davon			- Stellen gem. ZV für 2001
		3 infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998 von Kap. 03 26			1 infolge Vollzugs des kw-Vermerks nach Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998
		6 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 07 71			2 Umsetzungen nach Kap. 07 10 infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 6
Verg.-Gr. VII	5	davon	Verg.-Gr. VIII	3	9 Stellen gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
		3 infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998 von Kap. 03 26			5 Stellen gem. ZV für 2001
		2 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 07 71			davon
Verg.-Gr. VIII	1	infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998 von Kap. 03 26	Verg.-Gr. IX b	9	1 infolge Vollzugs des kw-Vermerks nach Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998
Schreibdienst			Datenverarbeitung		1 Stelle gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Verg.-Gr. IX b–VII	8	davon	Verg.-Gr. V b	3	1 infolge Einsparung zur Finanzierung neuer Stellen
		1 infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998 von Kap. 03 26			9 Stellen gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
		7 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 07 71	Verg.-Gr. VIII	6	davon
zu übertragen	36				3 Stellen gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
					3 infolge Stelleneinsparungen 1998 gem. § 9 HG 1997/1998

zu übertragen 100

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

– noch Angestellte –

noch Abgang:	Stellen	
Übertrag:	100	
Schreibdienst		
Verg.-Gr. IX b–VII	63	davon
		1 infolge Umsetzung
		gem. § 10 Abs. 1 HG 1999/2000
		nach Kap. 03 10
		54 Stellen gem. ZV für 2001
		(PKB-Überschuss)
		5 infolge Stelleneinsparungen 1998
		gem. § 9 HG 1997/1998
		1 Stelle gem. ZV für 2001
		2 infolge Einsparung entsprechend
		Haushaltsvermerk Nr. 30
Sozial- und		
Erziehungsdienst		
Verg.-Gr. IV b	1	} infolge Umsetzung gem. § 10 Abs. 1
Verg.-Gr. VI b	2	
Krankenpflegedienst		
Verg.-Gr. Kr. II	1	} HG 1999/2000 nach Kap. 03 10
Zusammen	167	
Bleibt Abgang	127	

Höhergruppierungen:

	Stellen	
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. I b	1	von Verg.-Gr. II a
		infolge Abweichung
		von den Stellenübersichten
		gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen
		Bestimmungen 1999/2000

Herabgruppierungen:

Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. I b	1	von Verg.-Gr. I a
		infolge Abweichung
		von den Stellenübersichten
		gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen
		Bestimmungen 1999/2000
Verg.-Gr. VI b	1	von Verg.-Gr. IV b
		infolge Abweichung
		von den Stellenübersichten
		gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen
		Bestimmungen 1999/2000
Zusammen	2	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. IV b	3	neu
Verg.-Gr. V b	1	} infolge Umsetzung gem. § 50 LHO
Verg.-Gr. V c	1	
Verg.-Gr. VI b	2	neu
Zusammen	7	

Abgang:

Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. V b	1	} infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Verg.-Gr. V c	6	
Verg.-Gr. VII	1	
Verg.-Gr. VIII	3	
Schreibdienst		
Verg.-Gr. IX b–VII	16	
Zusammen	27	
Bleibt Abgang	20	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 16, 17, 18, 31 und 32 sind neu ausgebracht worden.

Der Haushaltsvermerk Nr. 6 ist teilweise vollzogen.

Die Haushaltsvermerke Nr. 13, 14, 19, 21 und 30 sind geändert worden.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 05 Bezirksregierungen

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst			
A 13	5	5	Referendar/-in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
A 9 ³⁾	264	264	Inspektoranwärter/-in
A 6 ²⁾	100	100	Sekretäranwärter/-in
	369	369	Zusammen
Arbeiter/-innen⁵⁾⁶⁾⁷⁾			
6	3	3	
4	41	45	
3	7	7	
2/2 a	53	56	
1	8	13	
	112	124	Zusammen

²⁾ 4 (4) Stellen können bei Bedarf für Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst des Kapitels 03 07 in Anspruch genommen werden.

³⁾ 5 (5) Stellen können bei Bedarf für Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst des Kapitels 03 07 in Anspruch genommen werden.

⁵⁾ Bei Bedarf können Stellen vorübergehend im Kapitel 03 14 in Anspruch genommen werden.

⁶⁾ Siehe Haushaltsvermerk Nr. 23 zum Stellenplan des Kap. 03 05.

⁷⁾ Siehe Haushaltsvermerk Nr. 24 zum Stellenplan des Kap. 03 05.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Zugang:	Stellen	
Kraftfahrdienst Lohn-Gr. 4	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 07 71
Reinigungsdienst Lohn-Gr. 1	5	infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998 von Kap. 03 26
Hausarbeiter/-in Lohn-Gr. 6	2	infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998 von Kap. 03 26
Lohn-Gr. 4	2	
Lohn-Gr. 2 a	3	
Botendienst Lohn-Gr. 2 a	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kap. 07 71 – Sonstige Dienste –
Zusammen	14	
Abgang:		
Kraftfahrdienst Lohn-Gr. 4	5	Stellen gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Reinigungsdienst Lohn-Gr. 1	10	davon
	2	infolge Stelleneinsparungen 1998 gem. § 9 HG 1997/1998
	2	infolge Vollzugs des kw-Vermerks nach Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998
	3	infolge Umsetzung gem. § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 nach Kap. 03 10
	3	Stellen gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Botendienst Lohn-Gr. 2/2 a	4	davon
	3	Stellen gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
	1	infolge Verlagerung nach Kap. 03 14
Hausarbeiter/-in Lohn-Gr. 2/2 a	3	davon
	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks nach Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998
	2	infolge Umsetzung gem. § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 nach Kap. 03 10
Lohn-Gr. 4	2	infolge Umsetzung gem. § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 nach Kap. 03 10
Lohn-Gr. 6	2	
Zusammen	26	
Bleibt Abgang	12	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 6 und 7 sind neu ausgebracht worden.

Der Haushaltsvermerk Nr. 4 ist entfallen.

Der Haushaltsvermerk Nr. 5 ist geändert worden.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 06 Studieninstitut des Landes Niedersachsen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen			
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	—	1	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	—	2	Direktor/-in
A 14	—	1	Oberrat/-rätin
A 13	—	2	Oberamtsrat/-rätin
A 12	—	2	Amtsrat/-rätin
A 11	—	4	Amtmann/-männin/-frau
A 8	—	2	Hauptsekretär/-in
	—	14	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Wegen der Budgetierung des Haushalts des Studieninstituts ab 1. 1. 2001 sind die Stellen in das neu eingerichtete Kapitel 03 14 verlagert.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
			Angestellte
V c	—	1	Verwaltungsdienst
VI b	—	1	
VIII	—	2	
IX b–VII	—	2	Schreibdienst
	—	6	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Wegen der Budgetierung des Haushalts des Studieninstituts ab 1. 1. 2001 sind die Stellen in das neu eingerichtete Kapitel 03 14 verlagert.

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Arbeiter/-innen				
1/1 a	—	1	Wirtschaftsdienst	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Wegen der Budgetierung des Haushalts des Studieninstituts ab 1. 1. 2001 sind die Stellen in das neu eingerichtete Kapitel 03 14 verlagert.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 07 Brandschutz

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) Feuerwehrtechnische Beamte/-innen, die Nachtdienst leisten, erhalten nach Maßgabe des RdErl. des MF vom 14. 6. 1971 (Nds. MBl. S. 765) in der Fassung vom 18. 12. 1975 (Nds. MBl. 1976 S. 63) eine Nachtdienstzulage. 2) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
	2001	2000		
Planmäßige Beamte/-innen ¹⁾				
		Aufsteigende Gehälter: Verwaltungsdienst		
A 15	1	1	Direktor/-in	
A 14	2	2	Oberrat/-rätin	
A 13	1	1	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	8	8	Amtsrat/-rätin	
A 11	9	9	Amtmann/-männin/-frau	
A 9 ²⁾	3	3	Hauptbrandmeister/-in	
A 9	8	8	Hauptbrandmeister/-in	
A 8	7	7	Oberbrandmeister/-in, Hauptsekretär/-in	
	39	39	Zusammen	

¹⁾ Feuerwehrtechnische Beamte/-innen, die Nachtdienst leisten, erhalten nach Maßgabe des RdErl. des MF vom 14. 6. 1971 (Nds. MBl. S. 765) in der Fassung vom 18. 12. 1975 (Nds. MBl. 1976 S. 63) eine Nachtdienstzulage.

²⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Die Stellen verteilen sich wie folgt auf die Landesfeuerwehrschulen:

Bes.-Gruppe	Celle*)	Loy
A 15	1 Brand-direktor/-in	—
A 14	2 Brandoberrat/-rätin	—
A 13	—	1 Brand-oberamtsrat/-rätin (Schulleiter/-in)
A 12	1 Regierungsamtsrat/-rätin	—
	6 Brandamtsrat/-rätin	1 Brandamtsrat/-rätin
A 11	6 Brandamtmann/-männin/-frau	2 Brandamtmann/-männin/-frau
		1 Regierungsamtmann/-männin/-frau
A 9 m.Z.	2 Hauptbrandmeister/-in	1 Hauptbrandmeister/-in
A 9	5 Hauptbrandmeister/-in	3 Hauptbrandmeister/-in
A 8	3 Oberbrandmeister/-in	3 Oberbrandmeister/-in
	1 Regierungshauptsekretär/-in	—
Insgesamt	27 Stellen	12 Stellen

*) Zugleich „Prüfstelle für Feuerlöschschläuche“ und „Normenprüfstelle für kommunale Feuerwehrfahrzeuge“.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 07 Brandschutz

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Angestellte				
V c	2	2		
VI b	2	2		
VII	4	4		
VIII	4	4		
IX b	1	1		
	13	13	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Die Stellen verteilen sich wie folgt auf die Landesfeuerweherschulen:

	Celle*)	Loy
Verg.-Gr. V c	—	2
Verg.-Gr. VI b	2	—
Verg.-Gr. VII	3	1
Verg.-Gr. VIII	3	1
Verg.-Gr. IX b	—	1
Insgesamt	8	5

*) Zugleich „Prüfstelle für Feuerlöschschläuche“ und „Normenprüfstelle für kommunale Feuerwehrfahrzeuge“.

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke	
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) 4 (4) Stellen des mittleren Dienstes und 5 (5) Stellen des gehobenen Dienstes im Vorbereitungsdienst können bei Bedarf zu Lasten des Kapitels 03 05 in Anspruch genommen werden.	
	2001	2000			
					Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst¹⁾
					Arbeiter/-innen
6	5	5			
5	3	3			
4	2	2			
2/2 a	9	9			
	19	19	Zusammen		

¹⁾ 4 (4) Stellen des mittleren Dienstes und 5 (5) Stellen des gehobenen Dienstes im Vorbereitungsdienst können bei Bedarf zu Lasten des Kapitels 03 05 in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Die Stellen verteilen sich wie folgt auf die Landesfeuerweherschulen:

	Celle*)	Loy
	12	7

*) Zugleich „Prüfstelle für Feuerlöschschläuche“ und „Normenprüfstelle für kommunale Feuerwehrfahrzeuge“.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen¹⁾			1) Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 5 Abs. 6 Satz 3 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht. 2) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO. 4) kw.
B 4	1	1	
B 2	1	1	Präsident/-in des Landesamtes für Statistik
			Abteilungsdirektor/-in
			Aufsteigende Gehälter: ¹⁾
A 16	3	3	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	5	5	Direktor/-in
A 14	10	10	Oberrat/-rätin
A 13	5	6	Rat/Rätin
A 13	2	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12	2	3	Amtsrat/-rätin
A 11	8	7	Amtmann/-männin/-frau
A 10	4	4	Oberinspektor/-in
A 9	2	3	Inspektor/-in
A 9 ²⁾	1	—	Amtsinspektor/-in
A 8	3	2	Hauptsekretär/-in
A 6	2	2	Sekretär/-in
	49	48	Zusammen
A 16	1	1	Stellen zu Titel 422 31: Leitende(r) Direktor/-in
A 11 ⁴⁾	1	1	Leerstellen: Amtmann/-männin/-frau

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I Seite 1597 ff.):

Gehobener Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 2 a) der VO 2001
A 13	1
A 11	1
Insgesamt geh. Dienst	2

Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. A 11	1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO von Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 9 m.Z.	1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 03 01
Zusammen	2

Abgang:	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	1 infolge Stelleneinsparungen 1998 gem. § 9 HG 1997/1998
Bleibt Zugang	1

Stellenhebungen:	
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1 von Bes.-Gr. A 12

Stellensenkungen:	
Bes.-Gr. A 8	1 von Bes.-Gr. A 9 g.D.

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist neu ausgebracht worden.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte			
III	3	3	
IV a	29	30	
IV b ¹²⁾	36	36	
V b	11	11	
V c	56	57	
VI b ⁹⁾	37	37	
VII ¹¹⁾	198	198	
VIII ¹⁾³⁾⁵⁾	12	22	
IX b	—	1	
IX b–VII ¹⁰⁾	1	3	
	383	398	Zusammen
Leerstellen:			
II a ²⁾	1	—	
IV b ²⁾	1	1	
V c ²⁾	—	1	
VII ²⁾	7	6	
	9	8	Zusammen

¹⁾ 1 (—) kw zum 30. 9. 2001.
²⁾ kw.
³⁾ 1 (—) kw zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2002).
⁵⁾ 1 (—) kw zum 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2003).
⁹⁾ Die jeweilige Sekretärin des Präsidenten/der Präsidentin des Landesamtes für Statistik ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.
Die vorstehend genannte Vorzimmerkraft, die Textverarbeitungsautomaten bedient, erhält eine übertarifliche Zulage. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung bzw. der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
¹⁰⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.
¹¹⁾ 1 (1) Stelle darf nur bis zu 50% besetzt werden.
¹²⁾ 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. VII	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 4
Abgang:		
Verg.-Gr. IV a	1	infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 von Kapitel 03 05
Verg.-Gr. V c	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 4
Verg.-Gr. VII	1	Stelle gem. ZV für 2001
Verg.-Gr. VIII	10	davon
		4 infolge Stelleneinsparung 1998 gem. § 9 HG 1997/1998
		6 Stellen gem. ZV für 2001
Verg.-Gr. IX b	1	infolge Stelleneinsparung 1998 gem. § 9 HG 1997/1998
Verg.-Gr. IX b–VII ²⁾	2	davon
		1 Stelle gem. ZV für 2001
		1 infolge Stelleneinsparungen 1998 gem. § 9 HG 1997/1998
Zusammen	16	
Bleibt Abgang	15	

Leerstellen:

Zugang:	
Verg.-Gr. II a	1 neu
Verg.-Gr. VII	1 neu
Zusammen	2
Abgang:	
Verg.-Gr. V c	1 infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Bleibt Zugang	1
Sonstige Veränderungen:	
Der Haushaltsvermerk Nr. 4 ist vollzogen worden.	
Die Haushaltsvermerke Nr. 1, 3 und 5 sind neu ausgebracht worden.	

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Arbeiter/-innen			
5	1	1	
4	1	1	
	2	2	Zusammen

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 10 Bezirksregierungen – Reform-Arbeitsmarkt –

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		1) kw gemäß § 10 Abs. 1 HG 1999/2000.
	2001	2000	

Planmäßige Beamte/-innen

A 13 ¹⁾	1	—	Oberamtsrat/-rätin
A 11 ¹⁾	1	—	Amtmann/-männin/-frau
A 9 ¹⁾	2	—	Amtsinspektor/-in
	4	—	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 (Oberamtsrat/-rätin)	1	} infolge Umsetzung gem. § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 von Kapitel 03 26
Bes.-Gr. A 11 (Amtmann/ -männin/-frau)	1	
Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in)	2	
		infolge Umsetzung gem. § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 davon 1 von Kapitel 03 05 1 von Kapitel 03 26
Zusammen	4	

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		1) kw gemäß § 10 Abs. 1 HG 1999/2000.
	2001	2000	

Angestellte

IV b ¹⁾	3	—
V c ¹⁾	2	—
VI b ¹⁾	1	—
VII ¹⁾	2	—
IX b–VII ¹⁾	1	—
Kr. II ¹⁾	1	—
	10	—
		Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugang:	Stellen		Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	3	} infolge Umsetzung gem. § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 davon 1 von Kapitel 03 26 2 von Kapitel 03 05	Verg.-Gr. V c	1	} infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 1
			Verg.-Gr. VI b	1	
			Verg.-Gr. VII	1	
			Zusammen	3	
Verg.-Gr. V c	3	} infolge Umsetzung gem. § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 davon 1 von Kapitel 03 26 2 von Kapitel 03 05	Bleibt Zugang	10	
Verg.-Gr. VI b	2	} infolge Umsetzung gem. § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 von Kapitel 03 05			
Verg.-Gr. VII	3	} infolge Umsetzung gem. § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 davon 2 von Kapitel 03 05 1 von Kapitel 03 26			
Verg.-Gr. IX b–VII	1	} infolge Umsetzung gem. § 10 Abs. 1 HG 1999/2000			
Verg.-Gr. Kr. II	1				
Zusammen	13				

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 10 Bezirksregierungen – Reform-Arbeitsmarkt –

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		1) kw gemäß § 10 Abs. 1 HG 1999/2000.
	2001	2000	

Arbeiter/-innen

6 ¹⁾	2	—	
4 ¹⁾	3	—	
2/2 a ¹⁾	4	—	
1 ¹⁾	2	—	
	11	—	Zusammen

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Zugang:	Stellen	
Lohn-Gr. 6	2	infolge Umsetzung gem. § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 von Kapitel 03 05
Lohn-Gr. 4	3	infolge Umsetzung gem. § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 davon 2 von Kapitel 03 05 1 von Kapitel 03 26
Lohn-Gr. 2/2 a	6	infolge Umsetzung gem. § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 davon 2 von Kapitel 03 05 4 von Kapitel 03 26
Lohn-Gr. 1	3	infolge Umsetzung gem. § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 von Kapitel 03 05
Zusammen	14	
Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 2/2 a	2	} infolge teilweisen Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 1
Lohn-Gr. 1	1	
Zusammen	3	
Bleibt Zugang	11	

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 13 Präventionsprogramm Polizei/Sozialarbeiter

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	

Planmäßige Beamte/-innen

A 10	1	1	Sozialoberinspektor/-in
	1	1	Zusammen

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	

Angestellte

IV a	1	—	Zusammen
IV b	6	7	
	7	7	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Höhergruppierung: Stellen
Verg.-Gr. IV a 1 von Verg.-Gr. IV b infolge Abwei-
chung von den Stellenübersichten
gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen
Bestimmungen 1999/2000

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
			1) Bei Bedarf können Planstellen bei 03 04, 03 05 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.
			2) Bei Bedarf können Planstellen bei 03 01, 03 04 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.
Planmäßige Beamte/-innen¹⁾²⁾			
A 16	1	—	Aufsteigende Gehälter:
A 15	2	—	Leitende(r) Direktor/-in
A 14	1	—	Direktor/-in
A 13	1	—	Oberrat/-rätin
A 13	2	—	Rat/Rätin
A 12	2	—	Oberamtsrat/-rätin
A 11	5	—	Amtsrat/-rätin
A 8	2	—	Amtmann/-männin/-frau
			Hauptsekretär/-in
	16	—	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Siehe Erläuterungen zum Stellenplan des Kapitels 03 06.

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 1 und 2 sind geändert worden.

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 h. D.		
(Rat/Rätin)	1	} infolge Umsetzung gemäß § 50 LHO von Kapitel 03 01
Bes.-Gr. A 11		
(Amtmann/-männin/-frau)	1	
Zusammen	2	

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
Verg.-Gr.	2001	2000	
			1) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.
			3) Bei Bedarf können Stellen bei 03 05 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.
			4) Bei Bedarf können Stellen bei 03 01, 03 04 und 03 14 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.
Angestellte³⁾⁴⁾			
V c	1	—	
VI b	1	—	
VIII	2	—	
IX b–VII ¹⁾	2	—	
	6	—	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Siehe Erläuterungen zu den Stellenübersichten des Kapitels 03 06.

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 3 und 4 sind geändert worden.

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
Lohn-Gr.	2001	2000	
			1) Bei Bedarf können Stellen vorübergehend aus Kapitel 03 05 in Anspruch genommen werden.
Arbeiter/-innen¹⁾			
2/2 a	1	—	
	1	—	Zusammen

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Siehe Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen des Kapitels 03 06.

Zugang:	Stellen
Lohn-Gr. 2/2 a	1 infolge Verlagerung von Kapitel 03 05

Abgang:	Stellen
Lohn-Gr. 1/1 a	1 infolge Stelleneinsparung 1998 gem. § 9 HG 1997/1998

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 17 Landesbetrieb Landesvermessung und Geobasisinformation Niedersachsen (LGN)

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen ¹⁾⁵⁾⁶⁾			
B 2	1	1	Feste Gehälter: Direktor/-in des Landesbetriebes LGN
A 16	1	1	Aufsteigende Gehälter: ²⁾¹³⁾ Leitende(r) Direktor/-in
A 15	6	7	Direktor/-in
A 14	11	10	Oberrat/-rätin
A 13	2	3	Rat/Rätin
A 13 ⁹⁾	2	2	Oberamtsrat/-rätin
A 13	2	2	Oberamtsrat/-rätin
A 12	15	15	Amtsrat/-rätin
A 11	14	14	Amtmann/-männin/-frau
A 10	6	6	Oberinspektor/-in
A 9 ⁴⁾	3	2	Amtsinspektor/-in
A 9	5	5	Amtsinspektor/-in
A 8	9	9	Hauptsekretär/-in
A 7	8	8	Obersekretär/-in
A 6	1	2	Sekretär/-in
A 5	1	1	Oberamtsmeister/-in
	87	88	Zusammen
Leerstellen:			
A 8 ³⁾	1	1	Hauptsekretär/-in
A 7 ³⁾	1	1	Obersekretär/-in
A 6 ³⁾	1	1	Sekretär/-in
	3	3	Zusammen

1) Insgesamt 10 (—) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 17 kw zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001).

2) Die Zuordnung zu Funktionsgruppen im Sinne des § 26 BBesG ergibt sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.

3) kw.

4) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

5) Insgesamt 10 (—) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 17 kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

6) Insgesamt 10 (—) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 17 kw zum 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

9) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.

13) Bei Bedarf können nicht besetzte Stellen bei Kap. 03 17 und Kap. 03 18 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

¹⁾ Insgesamt 10 (—) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 17 kw zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001).

²⁾ Die Zuordnung zu Funktionsgruppen im Sinne des § 26 BBesG ergibt sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.

³⁾ kw.

⁴⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

⁵⁾ Insgesamt 10 (—) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 17 kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

⁶⁾ Insgesamt 10 (—) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 17 kw zum 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

⁹⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.

¹³⁾ Bei Bedarf können nicht besetzte Stellen bei Kap. 03 17 und Kap. 03 18 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Die Planstellen verteilen sich auf

- den Allgemeinen Verwaltungsdienst nach § 26 Abs. 1 BBesG
- die Sachbearbeitung nach § 3 Nr. 4 der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I Seite 1597 ff.)
- den Technischen Dienst nach § 1 Nr. 6, 9 und 12 der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I Seite 1596)

wie folgt:

Bes.-Gr.	Allgemeiner Verwaltungsdienst	Sachbearbeitung	Technischer Dienst	Zusammen
B 2	—	—	1	1
A 16	—	—	1	1
A 15	—	—	6	6
A 14	—	—	11	11
A 13 h. D.	—	—	2	2
A 13 m. Z.	—	—	2	2
A 13 g. D.	—	—	2	2
A 12	1	—	14	15
A 11	—	—	14	14
A 10	1	—	5	6
A 9 m. Z.	—	2	1	3
A 9	—	5	—	5
A 8	1	2	6	9
A 7	1	—	7	8
A 6	—	1	—	1
A 5	1	—	—	1
Insgesamt	5	10	72	87

Verlagerung in den Funktionsbereich „Sachbearbeitung“:

Stellensenkungen: Stellen
Bes.-Gr. A 9 m. Z. 1 von Bes.-Gr. A 13 h. D.

Bes.-Gr. A 6 1 von Bes.-Gr. A 6
„Technischer Dienst“

Sonstige Veränderungen:
Die Haushaltsvermerke Nr. 1, 5 und 6 sind neu ausgebracht worden.

Zugang:
Bes.-Gr. A 14 1 Verlagerung von Kapitel 03 18

Abgang:
Bes.-Gr. A 15 1 Verlagerung nach Kapitel 03 18
Bes.-Gr. A 6 1 gem. ZV für 2001

Zusammen 2
Bleibt Abgang 1

Einzelplan 03 Innenministerium
 Kapitel 03 18 Vermessungs- und Katasterverwaltung – budgetiert –

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen⁷⁾⁸⁾¹¹⁾			
			Aufsteigende Gehälter: ²⁾¹³⁾
A 16 ¹⁰⁾	2	2	Leitende(r) Direktor/-in
A 16	9	9	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	29	28	Direktor/-in
A 14	37	38	Oberrat/-rätin
A 13	17	17	Rat/Rätin
A 13 ⁹⁾	6	6	Oberamtsrat/-rätin
A 13 ⁶⁾	34	34	Oberamtsrat/-rätin
A 12	89	89	Amtsrat/-rätin
A 11	106	106	Amtmann/-männin/-frau
A 10	56	56	Oberinspektor/-in
A 9 ¹⁾⁴⁾	40	36	Amtsinspektor/-in
A 9	85	84	Amtsinspektor/-in
A 8 ⁵⁾	129	131	Hauptsekretär/-in
A 7	112	113	Obersekretär/-in
A 6	47	50	Sekretär/-in
	798	799	Zusammen
Leerstellen:			
A 13 ³⁾	1	1	Rat/Rätin
A 11 ³⁾	1	1	Amtmann/-männin/-frau
A 10 ³⁾	5	3	Oberinspektor/-in
A 9 m. D. ³⁾	2	4	Amtsinspektor/-in
A 8 ³⁾	2	3	Hauptsekretär/-in
A 7 ³⁾	4	6	Obersekretär/-in
A 6 ³⁾	4	4	Sekretär/-in
	19	22	Zusammen

¹⁾ 1 (1) kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen. Die Stelle darf nur mit einer Bediensten/einem Bediensteten mit höchstens 70 % der regelmäßigen durchschnittlichen Wochenarbeitszeit einer Vollbeschäftigten/eines Vollbeschäftigten besetzt und nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

²⁾ Die Zuordnung zu Funktionsgruppen im Sinne des § 26 BBesG ergibt sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.

³⁾ kw.

⁴⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

⁵⁾ 1 (1) kw (Landesplanungshauptsekretär/-in).

⁶⁾ 1 (1) kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen. Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

⁷⁾ Insgesamt 22 (–) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 18 kw zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001).

⁸⁾ Insgesamt 22 (–) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 18 kw zum 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

⁹⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.

¹⁰⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Vorbemerkungen Nr. 21 zur BBesO. A und B.

¹¹⁾ Insgesamt 47 (–) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 18 kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

¹³⁾ Bei Bedarf können nicht besetzte Stellen bei Kap. 03 17 und Kap. 03 18 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

¹⁾ 1 (1) kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen. Die Stelle darf nur mit einer Bediensteten/einem Bediensteten mit höchstens 70 % der regelmäßigen durchschnittlichen Wochenarbeitszeit einer Vollbeschäftigten/eines Vollbeschäftigten besetzt und nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

²⁾ Die Zuordnung zu Funktionsgruppen im Sinne des § 26 BBesG ergibt sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.

³⁾ kw.

⁴⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

⁵⁾ 1 (1) kw (Landesplanungshauptsekretär/-in).

⁶⁾ 1 (1) kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen. Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

⁷⁾ Insgesamt 22 (–) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 18 kw zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001).

⁸⁾ Insgesamt 22 (–) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 18 kw zum 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

⁹⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.

¹⁰⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Vorbemerkungen Nr. 21 zur BBesO. A und B.

¹¹⁾ Insgesamt 47 (–) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 18 kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

¹³⁾ Bei Bedarf können nicht besetzte Stellen bei Kap. 03 17 und Kap. 03 18 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Die Planstellen verteilen sich auf

- die Sachbearbeitung nach § 3 Nr. 4 der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I Seite 1597 ff.)
- den Technischen Dienst nach § 1 Nr. 6, 9 und 12 der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I Seite 1596)

wie folgt:

Bes.-Gr.	Sach- bearbeitung	Technischer Dienst	Zusammen
A 16 m. Z.	—	2	2
A 16	—	9	9
A 15	—	29	29
A 14	—	37	37
A 13 h. D.	—	17	17
A 13 m. Z.	—	6	6
A 13 g. D.	—	34	34
A 12	—	89	89
A 11	—	106	106
A 10	—	56	56
A 9 m. Z.	27	13	40
A 9 m. D.	56	29	85
A 8	26	103	129
A 7	18	94	112
A 6	—	47	47
Insgesamt	127	671	798

Verlagerungen in andere Funktionsbereiche:

Sachbearbeitung		
Bes.-Gr. A 9 m. Z.	1	von Bes.-Gr. A 9 m. Z. – Technischer Dienst –
Bes.-Gr. A 9 m. D.	1	von Bes.-Gr. A 9 m. D. – Technischer Dienst –
Bes.-Gr. A 8	7	von Bes.-Gr. A 8 – Technischer Dienst –
Bes.-Gr. A 7	18	von Bes.-Gr. A 7 – Technischer Dienst –
Bes.-Gr. A 6	1	von Bes.-Gr. A 6 – Technischer Dienst –

Die Planstellen verteilen sich auf:

Bes.-Gruppe	mittlere (Bezirks- regierungen)	untere (Kataster- ämter)	Zusammen
Landesbehörden			
A 16 mit Amtszulage	—	2	2
A 16	4	5	9
A 15	5	24	29
A 14	4	33	37
A 13	—	17	17
A 13 mit Amtszulage	3	3	6
A 13	4	30	34
A 12	10	79	89
A 11	4	102	106
A 10	—	56	56
A 9 mit Amtszulage	5	35	40
A 9	5	80	85
A 8	3	126	129
A 7	1	111	112
A 6	—	47	47
Insgesamt	48	750	798

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	infolge Verlagerung von Kapitel 03 17
Bes.-Gr. A 8	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 12
Zusammen	2	
Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	infolge Verlagerung nach Kapitel 03 17
Bes.-Gr. A 9 m. D.	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 12
Bes.-Gr. A 6	1	gem. ZV für 2001
Zusammen	3	
Bleibt Abgang	1	
Leerstellen:	Stellen	
Zugang:	2	neu
Bes.-Gr. A 10		
Abgang:		
Bes.-Gr. A 9 m. D.	2	} infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Bes.-Gr. A 8	1	
Bes.-Gr. A 7	2	
Zusammen	5	
Bleibt Abgang	3	

Stellenhebungen:

Anpassung der Stellen des Funktionsbereichs „Sachbearbeitung“ gemäß § 3 Nr. 4 der VO vom 21. 8. 1992 zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:

Bes.-Gr. A 9 m. Z.	4	von Bes.-Gr. A 8
Bes.-Gr. A 9 m. D.	2	von Bes.-Gr. A 6
Bes.-Gr. A 8	1	von Bes.-Gr. A 7
Zusammen	7	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 12 ist vollzogen worden.
Die Haushaltsvermerke Nr. 7, 8 und 11 sind neu ausgebracht worden.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 18 Vermessungs- und Katasterverwaltung – budgetiert –

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke	
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Angestellte³⁾8)11)12)			1) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) des Tarifvertrages vom 10.7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen. 2) 2 (2) Stellen entfallen auf Personen, die gem. § 3 des NÖbVingG vom 16. 12. 1993 (Nds. GVBl. S. 707) ihre praktische Tätigkeit im Landesdienst ableisten. 3) Siehe HV Nr. 7 zum Stellenplan Kapitel 03 18. 4) 2 (2) kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen. Die Stellen dürfen nur für Personalrats-tätigkeit und den Hauptvertrauensmann der Schwerbehinderten verwendet werden. 5) kw. 7) 1 (1) Stelle darf nur zu 50 v. H. besetzt und für Personalratstätigkeit verwendet werden. 8) Bei Bedarf können nicht besetzte Stellen bei Kap. 03 17 und Kap. 03 18 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. 9) 1 (-) kw. 10) 1 (-) Stelle darf ab 1. 12. 2001 nur bis zu 50 % besetzt werden und ist kw zum 1. 12. 2003. 11) Siehe HV Nr. 8 zum Stellenplan Kapitel 03 18. 12) Siehe HV Nr. 11 zum Stellenplan Kapitel 03 18.	
II a ²⁾	3	3		
III	81	81		
IV a	162	160		
IV b ⁹⁾	152	155		
V b	4	4		
V c ⁴⁾⁷⁾¹⁰⁾	481	481		
VI b	172	165		
VII	380	380		
VIII	12	33		
IX b–VII ¹⁾	5	5		
	1 452	1 467		Zusammen
Leerstellen:				
III ⁵⁾	—	1		
IV a ⁵⁾	—	3		
IV b ⁵⁾	8	10		
V c ⁵⁾	23	14		
VI b ⁵⁾	11	9,5		
VII ⁵⁾	22	13,5		
VIII ⁵⁾	1	8,5		
	65	59,5	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Die Stellen verteilen sich auf:

Verg.-Gr.	mittlere (Bezirks- regierungen)	untere (Kataster- ämter)	Zusammen
Landesbehörden			
II a	1	2	3
III	10	71	81
IV a	20	142	162
IV b	7	145	152
V b	—	4	4
V c	65	416	481
VI b	19	153	172
VII	17	363	380
VIII	1	11	12
IX b–VII	—	5	5
Insgesamt	140	1 312	1 452
Zugang:	Stellen		
Verg.-Gr. V c	1	infolge Verlagerung von Kapitel 03 17	
Verg.-Gr. VII	1	neu	
Zusammen	2		
Abgang:			
Verg.-Gr. IV b	1	infolge Verlagerung nach Kapitel 03 17	
Verg.-Gr. V c	1	Stelle gem. ZV für 2000	
Verg.-Gr. VII	2	davon	
		1 infolge Einsparung für Stellenhebungen	
		1 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 6	
Verg.-Gr. VIII	13	davon	
		1 infolge Einsparung für Stellenhebungen	
		12 Stellen gem. ZV für 2000 (davon 4 für 03 17)	
Zusammen	17		
Bleibt Abgang	15		

Höhergruppierungen:

Verg.-Gr. IV a	2	von Verg.-Gr. IV b	infolge Abweichung von den Stellenübersichten gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000
Verg.-Gr. VI b	7	von Verg.-Gr. VII	
Verg.-Gr. VII	8	von Verg.-Gr. VIII	

Zusammen 17

Leerstellen:

Zugang:	Stellen
Verg.-Gr. V c	9
Verg.-Gr. VI b	1,5
Verg.-Gr. VII	8,5
Zusammen	19

Zusammen 19

Abgang:

Verg.-Gr. III	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Verg.-Gr. IV a	3	
Verg.-Gr. IV b	2	
Verg.-Gr. VIII	7,5	

Zusammen 13,5

Bleibt Zugang 5,5

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 6 ist vollzogen worden.
Die Haushaltsvermerke Nr. 3, 11 und 12 sind neu ausgebracht.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 18 Vermessungs- und Katasterverwaltung – budgetiert –

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst				1) Siehe HV Nr. 7 zum Stellenplan Kapitel 03 18. 2) Siehe HV Nr. 8 zum Stellenplan Kapitel 03 18. 3) Siehe HV Nr. 11 zum Stellenplan Kapitel 03 18. 4) kw.
A 13	75	75	Referendar/-in	
A 10	20	—	Oberinspektor/-in-Anwärter/-in	
A 9	—	20	Inspektor/-in-Anwärter/-in	
A 6	10	10	Sekretäranwärter/-in	
	105	105	Zusammen	
Arbeiter/-innen¹⁾²⁾³⁾				
5	132	134		
4	121	125		
1	4	4		
	257	263	Zusammen	
5 ⁴⁾	1	—	Leerstellen:	
Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen				

Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst

Die Stellen verteilen sich auf:

Bes.-Gr.	mittlere (Bezirks- regierungen)	untere (Kataster- ämter)	Zusammen
	Landesbehörden		
A 13	75	—	75
A 10	20	—	20
A 6	—	10	10
Insgesamt	95	10	105

Umwandlungen:
Bes.-Gr. A 10
(Oberinspektor-
Anwärter/-in) 20 von Bes.-Gr. A 9
(Inspektor/-in-Anwärter/-in)
gem. § 23 Abs. 2 BBesG
i.V.m. § 2 APVO
mittl./gehob./verm.D.
vom 3. 8. 1999

Arbeiter/-innen

Alle Stellen sind in unteren Landesbehörden (Katasterämter).

Abgang: Lohn-Gr. 5	Stellen 2 davon 1 infolge Einsparung für Stellenhebungen 1 Stelle gem. ZV für 1999 gem. ZV für 1999	} für 03 17
Lohn-Gr. 4	4	
Zusammen	6	
Leerstellen: Zugang: Lohn-Gr. 5	Stellen 1 neu	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 1, 2, 3 und 4 sind neu ausgebracht worden.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 19 Vermessungs- und Katasterverwaltung – nicht budgetiert –

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	

Planmäßige Beamte/-innen

B 2	1	1	Stellen zu Titel 422 31: Abteilungsdirektor/-in
A 16	1	1	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	2	2	Direktor/-in
A 13 m. Z.	2	2	Oberamtsrat/-rätin
A 13	7	7	Oberamtsrat/-rätin
A 12	13	13	Amtsrat/-rätin
A 11	5	5	Amtmann/-männin/-frau
A 10	1	1	Oberinspektor/-in
A 9 m. Z.	2	3	Amtsinspektor/-in
A 9	3	3	Amtsinspektor/-in
	37	38	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Stellen zu Titel 422 31:
Abgang: Stellen
Bes.-Gr. A 9 m. Z. 1 infolge Beendigung des Beamten-
verhältnisses

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	

Angestellte

VI b	—	1	Stellen zu Titel 425 31: Verwaltungsdienst
VII	—	4	
VIII	—	2	
IV b	—	8	Technischer Dienst
VII	—	20	
VIII	—	24	
VI b	—	2	Datenverarbeitung
	—	61	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Stellen zu Titel 425 31:

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	8	} infolge Rentenbezugs
Verg.-Gr. VI b	3	
Verg.-Gr. VII	24	
Verg.-Gr. VIII	26	
Zusammen	61	

Einzelplan 03 Innenministerium
 Kapitel 03 19 Vermessungs- und Katasterverwaltung – nicht budgetiert –

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Arbeiter/-innen			
4	—	33	Stellen zu Titel 426 31: Kraftfahrdienst
5	—	20	Vermessungsgehilfe/-in
8	—	1	Drucker/-in
	—	54	Zusammen
Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen			

Stellen zu Titel 426 31:

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 8	1	} infolge Rentenbezugs
Lohn-Gr. 5	20	
Lohn-Gr. 4	33	
Zusammen	54	

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
			a) Polizei-Verwaltungsbeamte/-innen⁴⁾¹²⁾	
			Planmäßige Beamte/-innen	
			Feste Gehälter:	²⁾ In Abweichung vom Stellenplan dürfen nicht in Anspruch genommene Ausgaben bei Titel 422 01 durch nicht besetzte Planstellen für 1 (1) Direktor/-in, 3 (3) Oberräte/-innen und 2 (2) Räte/-innen für Beschäftigungsentgelte von 6 (6) zusätzlichen Vertragsärzten/-innen bei Titel 427 64 verwendet werden.
B 3	1	1	Polizeipräsident/-in in Hannover	³⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
B 2	1	1	Polizeipräsident/-in in Braunschweig	⁴⁾ Bei Bedarf können Planstellen bei 03 04 und 03 20 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.
			Aufsteigende Gehälter:	⁵⁾ kw.
A 16	2	2	Leitende(r) Direktor/-in	⁸⁾ 3 (3) kw.
A 15 ²⁾	11	11	Direktor/-in	⁹⁾ 3 (3) kw.
A 15	1	1	Studiendirektor/-in	¹⁰⁾ 1 (1) kw.
			– zur Koordinierung fort- und ausbildungsspezifischer Aufgaben beim Bildungsinstitut der Polizei Niedersachsen –	¹²⁾ Die Planstellen der Abschnitte a) bis c) des Kapitels 03 20 können auch mit Beamten/-innen einer anderen Laufbahn derselben Laufbahngruppe besetzt werden, sofern das verliehene Amt nicht mit einem höheren Endgrundgehalt ausgestattet ist, und die für die jeweiligen Laufbahnen und Laufbahngruppen bundesrechtlich vorgeschriebenen Obergrenzen dadurch nicht überschritten werden.
A 14 ²⁾	26	26	Oberrat/-rätin	
A 14	4	4	Oberstudienrat/-rätin	
			– mit der Befähigung für das Lehramt an Gymnasien oder an beruflichen Schulen bei einer der jeweiligen Befähigung entsprechenden Verwendung –	
A 13 ²⁾	5	5	Rat/Rätin	
A 13	9	9	Oberamtsrat/-rätin	
A 13	1	1	Oberlehrer/-in	
A 12	25	26	Amtsrat/-rätin	
A 11	47	49	Amtmann/-männin/-frau	
A 10 ¹⁰⁾	47	47	Oberinspektor/-in	
A 9	33	33	Inspektor/-in	
A 9 ³⁾	10	9	Amtsinspektor/-in	
A 9 ⁸⁾	14	15	Amtsinspektor/-in	
A 8 ⁹⁾	54	55	Hauptsekretär/-in	
A 7	56	56	Obersekretär/-in	
A 6	18	18	Sekretär/-in	
	365	369	Zusammen Abschnitt a)	
			Leerstellen:	
A 11 ⁵⁾	3	1	Amtmann/-männin/-frau	
A 10 ⁵⁾	6	6	Oberinspektor/-in	
A 9 ⁵⁾	5	4	Inspektor/-in	
A 8 ⁵⁾	7	2	Hauptsekretär/-in	
A 7 ⁵⁾	11	10	Obersekretär/-in	
	32	23	Zusammen	

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
			b) Schutzpolizei (uniformiert)⁷⁾³⁰⁾
			Planmäßige Beamte/-innen
B 2	1	1	Feste Gehälter: Direktor/-in der Landesbereitschaftspolizei
A 16	4	4	Aufsteigende Gehälter: Direktor/Direktorin der Polizei bei einer Bezirksregierung oder einer Polizeidirektion
A 16	13	15	Leitende(r) Polizeidirektor/-in
A 15	40	48	Polizeidirektor/-in
A 14	80	87	Polizeioberkommissar/-in
A 13	38	38	Polizeirat/-rätin
A 13 ¹⁷⁾	207	219	Erste(r) Polizeihauptkommissar/-in
A 12 ²⁾ ⁴⁾ ⁶⁾	451	453	Polizeihauptkommissar/-in
A 11 ⁴⁾ ²²⁾ ³³⁾	989	992	Polizeihauptkommissar/-in
A 10 ⁴⁾ ²¹⁾	3 157	2 972	Polizeioberkommissar/-in
A 9 ⁴⁾ ¹⁵⁾	6 162	5 616	Polizeikommissar/-in
A 9 ⁴⁾	651	962	Polizeihauptmeister/-in
A 8 ⁴⁾ ²⁰⁾	1 493	1 909	Polizeiobermeister/-in
A 7 ⁴⁾ ³²⁾	343	455	Polizeimeister/-in
	13 629	13 771	Zusammen Abschnitt b)
			Leerstellen:
A 16	—	1	Leitende(r) Polizeidirektor/-in
A 10 ⁸⁾	7	9	Polizeioberkommissar/-in
A 9 ⁸⁾	12	11	Polizeikommissar/-in
A 9 m. Z. ⁸⁾	—	1	Polizeihauptmeister/-in
A 9 ⁸⁾	7	4	Polizeihauptmeister/-in
A 8 ⁸⁾	80	55	Polizeiobermeister/-in
A 7 ⁸⁾	30	52	Polizeimeister/-in
	136	133	Zusammen

²⁾ Bis zu 5 (5) Planstellen dürfen nur für Teilnehmer an der L III-Ausbildung und während der Dauer der Lehrgänge an der Polizei-Führungsakademie in Münster in Anspruch genommen werden.

⁴⁾ 15 (15) DW für Beamte/-innen der Bes.-Gr. A 12, A 11, A 10, A 9 mit Amtszulage, A 9, A 8 und A 7.

⁶⁾ 2 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

⁷⁾ Bei Bedarf können Planstellen bei 03 04 und 03 20 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

⁸⁾ kw.

¹⁵⁾ 2 (2) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

¹⁷⁾ 1 (2) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

²⁰⁾ 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

²¹⁾ 7 (5) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

²²⁾ 3 (2) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

³⁰⁾ Die Planstellen der Abschnitte a) bis c) des Kapitels 03 20 können auch mit Beamten/-innen einer anderen Laufbahn derselben Laufbahngruppe besetzt werden, sofern das verliehene Amt nicht mit einem höheren Endgrundgehalt ausgestattet ist, und die für die jeweiligen Laufbahnen und Laufbahngruppen bundesrechtlich vorgeschriebenen Obergrenzen dadurch nicht überschritten werden.

³²⁾ 234 (156) kw, davon 78 kw zum 31. 12. 2001, 78 kw zum 31. 12. 2002 und 78 kw zum 31. 12. 2003.

³³⁾ 1 (–) kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
			c) Kriminalpolizei ^{5) 8)}
			Planmäßige Beamte/-innen
B 2	1	1	Feste Gehälter: Direktor/-in des Landeskriminalamts
A 16	2	2	Aufsteigende Gehälter: Direktor/Direktorin der Polizei bei einer Bezirksregierung oder einer Polizeidirektion
A 16	6	7	Leitende(r) Kriminaldirektor/-in
A 15	30	31	Kriminaldirektor/-in
A 14	40	40	Kriminaloberrat/-rätin
A 13	23	23	Kriminalrat/-rätin
A 13	142	148	Erste(r) Kriminalhauptkommissar/-in
A 12 ²⁾	317	319	Kriminalhauptkommissar/-in
A 11 ¹⁷⁾	489	490	Kriminalhauptkommissar/-in
A 10 ¹⁸⁾	934	848	Kriminaloberkommissar/-in
A 9	617	457	Kriminalkommissar/-in
A 9 ⁴⁾	19	33	Kriminalhauptmeister/-in
A 9	475	605	Kriminalhauptmeister/-in
A 8	209	320	Kriminalobermeister/-in
	3 304	3 324	Zusammen Abschnitt c)
			Leerstellen:
A 13	—	1	Erste(r) Kriminalhauptkommissar/-in
A 12 ⁶⁾	—	1	Kriminalhauptkommissar/-in
A 11 ⁶⁾	7	3	Kriminalhauptkommissar/-in
A 10 ⁶⁾	17	26	Kriminaloberkommissar/-in
A 9 ⁶⁾	12	16	Kriminalkommissar/-in
A 9 m.Z. ⁶⁾	—	1	Kriminalhauptmeister/-in
A 9 ⁶⁾	12	15	Kriminalhauptmeister/-in
A 8 ⁶⁾	14	19	Kriminalobermeister/-in
	62	82	Zusammen
	17 298	17 464	Zusammen Abschnitte a)–c) (ohne Leerstellen)

²⁾ Bis zu 5 (5) Planstellen dürfen nur für Teilnehmer an der L III-Ausbildung und während der Dauer der Lehrgänge an der Polizei-Führungsakademie in Münster in Anspruch genommen werden.

⁴⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

⁵⁾ Bei Bedarf können Planstellen bei 03 04 und 03 20 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

⁶⁾ kw.

⁸⁾ Die Planstellen der Abschnitte a) bis c) des Kapitels 03 20 können auch mit Beamten/-innen einer anderen Laufbahn derselben Laufbahngruppe besetzt werden, sofern das verliehene Amt nicht mit einem höheren Endgrundgehalt ausgestattet ist, und die für die jeweiligen Laufbahnen und Laufbahngruppen bundesrechtlich vorgeschriebenen Obergrenzen dadurch nicht überschritten werden.

¹⁷⁾ 1 (–) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

¹⁸⁾ 1 (2) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen**a) Polizei-Verwaltungsbeamte/-innen**

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9 m.Z. (Amtsinspektor/-in)	1	infolge Umwandlung von Bes.-Gr. A 9 m.Z. (Kriminalhauptmeister/-in)
Abgang:		
Bes.-Gr. A 12 (Amtsrat/-rätin)	1	} infolge Verlagerung nach Kap. 03 04
Bes.-Gr. A 11 (Amtmann/ -männin/-frau)	1	
Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)	1	infolge Umwandlung nach Verg.-Gr. IV b
Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in)	1	} infolge Verlagerung nach 03 04
Bes.-Gr. A 8 (Hauptsekretär/-in)	1	
Zusammen	5	
Bleibt Abgang	4	
Umwandlung:		
Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)	1	von Bes.-Gr. A 11 (Amtmann/-männin/-frau) infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 13
Leerstellen:		
Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	2	} neu
Bes.-Gr. A 9 g.D.	1	
Bes.-Gr. A 8	5	
Bes.-Gr. A 7	1	
Zusammen	9	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 13 ist vollzogen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 4 ist neu ausgebracht.

b) Schutzpolizei (uniformiert)

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 10 (Polizeiober- kommissar/-in)	3	infolge Umwandlung gem. Nr. 1 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000 von Bes.-Gr. A 9 m. Z. (Kriminalhauptmeister/-in)
Zusammen	3	
Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16 (Leitende(r) Polizeidirektor/-in)	2	} infolge Umsetzung nach Kap. 03 04
Bes.-Gr. A 15 (Polizeidirektor/-in)	8	
Bes.-Gr. A 14 (Polizeiober- rätin)	7	
Bes.-Gr. A 13 (Polizeirat/-rätin)	4	
Bes.-Gr. A 13 (Erste(r) Polizei- hauptkommissar/-in)	7	
		davon 1 infolge Umwandlung nach Verg.-Gr. II a 6 infolge Umsetzung nach Kap. 03 04
Bes.-Gr. A 12 (Polizeihaupt- kommissar/-in)	3	infolge Umsetzung nach Kap. 03 04
Bes.-Gr. A 11 (Polizeihaupt- kommissar/-in)	5	davon 1 infolge Umwandlung nach Verg.-Gr. IV b 4 infolge Umsetzung nach Kap. 03 04
Bes.-Gr. A 10 (Polizeiober- kommissar/-in)	6	infolge Umsetzung nach Kap. 03 04
Bes.-Gr. A 9 (Polizei- kommissar/-in)	14	davon 1 infolge Umwandlung nach Verg.-Gr. V b 13 infolge Umsetzung nach Kap. 03 04
Bes.-Gr. A 9 (Polizeihaupt- meister/-in)	1	infolge Umwandlung nach Verg.-Gr. V b
Bes.-Gr. A 8 (Polizeiober- meister/-in)	6	infolge Umwandlung nach Verg.-Gr. V c
Bes.-Gr. A 7 (Polizeimeister/-in)	82	davon 3 infolge Umwandlung nach Verg.-Gr. VII 1 infolge Umwandlung nach Verg.-Gr. VI b 78 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 10
Zusammen	145	
Bleibt Abgang	142	
Umwandlungen:		
Bes.-Gr. A 13 h.D. (Polizeirat/-rätin)	4	von Bes.-Gr. A 13 g.D. (Erste(r) Polizeihauptkommissar/-in)
Bes.-Gr. A 10 (Polizeiober- kommissar/-in)	190	davon 30 von Bes.-Gr. A 8 160 von Bes.-Gr. A 9 m.D.
Bes.-Gr. A 9 g.D. (Polizei- kommissar/-in)	560	davon 30 von Bes.-Gr. A 7 380 von Bes.-Gr. A 8 150 von Bes.-Gr. A 9 m.D.
Zusammen	754	

Erläuterungen zum Stellenplan

noch Planmäßige Beamte/-innen

Umwandlungen gem. Nr. 1 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000:

Bes.-Gr. A 10 (Polizeioberkommissar/-in) 1 von Bes.-Gr. A 13 (Erste(r) Polizeihauptkommissar/-in)

Bes.-Gr. A 12 (Polizeihauptkommissar/-in) 1 von Bes.-Gr. A 11 (Polizeihauptkommissar/-in)

Bes.-Gr. A 11 (Polizeihauptkommissar/-in) 3 von Bes.-Gr. A 10 (Polizeioberkommissar/-in)

Zusammen 5

Leerstellen:

Zugang: Stellen
Bes.-Gr. A 9 g.D. 1 }
Bes.-Gr. A 9 m.D. 3 } neu
Bes.-Gr. A 8 25 }

Zusammen 29

Abgang: Stellen

Bes.-Gr. A 16 1 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 5
Bes.-Gr. A 10 2 }
Bes.-Gr. A 9 m.Z. 1 } infolge Vollzugs des kw-Vermerkes
Bes.-Gr. A 7 22 }

Zusammen 26

Bleibt Zugang 3

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 5, 10 und 31 sind vollzogen.
Die Haushaltsvermerke Nr. 3, 9 und 12 sind weggefallen.
Die Haushaltsvermerke Nr. 6, 17, 21, 22 und 32 sind geändert worden.
Die Haushaltsvermerke Nr. 7 und 33 sind neu ausgebracht.

c) Kriminalpolizei

Abgang: Stellen

Bes.-Gr. A 16 (Leitende(r) Kriminaldirektor/-in) 1 }
Bes.-Gr. A 15 (Kriminaldirektor/-in) 1 } infolge Umsetzung nach Kap. 03 04
Bes.-Gr. A 13 (Kriminalrat/-rätin) 3 }
Bes.-Gr. A 13 (Erste(r) Kriminalhauptkommissar/-in) 3 davon
1 infolge Umwandlung nach Verg.-Gr. II a
2 infolge Umsetzung nach Kap. 03 04

Bes.-Gr. A 12 (Kriminalhauptkommissar/-in) 2 infolge Umsetzung nach Kap. 03 04

Bes.-Gr. A 11 (Kriminalhauptkommissar/-in) 2 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 7

Bes.-Gr. A 10 (Kriminaloberkommissar/-in) 3 davon
2 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 11
1 infolge Umsetzung nach Kap. 03 04

Bes.-Gr. A 9 m.Z. (Kriminalhauptmeister/-in) 4 davon
3 infolge Umwandlung gem. Nr. 1 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000 nach Bes.-Gr. A 10 (Polizeioberkommissar/-in)
1 infolge Umwandlung nach Bes.-Gr. A 9 m. Z. (Amtsinspektor/-in)

Bes.-Gr. A 8 (Kriminalobermeister/-in) 1 infolge Umwandlung nach Verg.-Gr. V c

Zusammen 20

Umwandlungen: Bes.-Gr. A 13 h.D. (Kriminalrat/-rätin)

Stellen

3 infolge Umwandlung von Bes.-Gr. A 13 g.D. (Erste(r) Kriminalhauptkommissar/in)

Bes.-Gr. A 11 (Kriminalhauptkommissar/-in)

1 infolge Umwandlung gem. Nr. 1 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000 von Bes.-Gr. A 10 (Kriminaloberkommissar/-in)

Bes.-Gr. A 10 (Kriminaloberkommissar/-in)

90 davon
10 von Bes.-Gr. A 9 m.Z.
40 von Bes.-Gr. A 9 m.D.
40 von Bes.-Gr. A 8

Bes.-Gr. A 9 g.D. (Kriminalkommissar/-in)

160 davon
90 von Bes.-Gr. A 9 m.D.
70 von Bes.-Gr. A 8

Zusammen 254

Leerstellen:

Zugang: Bes.-Gr. A 11 4 neu

Abgang:

Bes.-Gr. A 13 g. D. 1 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 10

Bes.-Gr. A 12 1 }
Bes.-Gr. A 10 9 }
Bes.-Gr. A 9 g.D. 4 } infolge Vollzugs des kw-Vermerkes
Bes.-Gr. A 9 m.Z. 1 }
Bes.-Gr. A 9 m.D. 3 }
Bes.-Gr. A 8 5 }

Zusammen 24

Bleibt Abgang 20

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 7, 10 und 11 sind vollzogen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist weggefallen.
Die Haushaltsvermerke Nr. 5 und 17 sind neu ausgebracht.
Der Haushaltsvermerk Nr. 18 ist geändert.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
			1) 6 (6) Angestellte erhalten für ihre Tätigkeit als Sprengstoffsachbearbeiter/-in beim Landeskriminalamt Niedersachsen eine Gefahrenzulage und Versicherungsschutz nach der Berechnungsgrundlage, wie sie sich aus dem Tarifvertrag für die Bediensteten des Kampfmittelbeseitigungsdienstes ergibt.
			2) Die jeweilige Sekretärin des/der Direktors/-in des Landeskriminalamts Niedersachsen ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
			3) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.
			4) Insgesamt 23 (–) Stellen für Angestellte und/oder Arbeiter/-innen des Kapitels 03 20 kw zum 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2003).
			5) 1 (1) kw.
			6) 1 (1) Angestellte beim LKA Niedersachsen ist für die Dauer ihrer Tätigkeit im Bibliotheksdienst übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.
			7) Der Angestellte ist als Hausmeister beim BIPNI übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.
			8) 10 (10) ku nach Verg.-Gr. VI b BAT.
			9) kw.
			10) 1 (1) kw bei Vorliegen der Voraussetzungen gem. Nr. 6 der Allgemeinen Bestimmungen 1993.
			11) 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
			12) 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
			13) 3 (3) ku nach Verg.-Gr. IV a BAT.
			14) 1 (1) kw bei der Polizeidirektion Braunschweig.
			19) 1 (1) ku nach Verg.-Gr. VI b bei Ausscheiden des Stelleninhabers.
			20) 1 (1) ku nach Lohn-Gr. 6 MTL.
			21) Angestellte im Fernschreibdienst, die mit mindestens einem Drittel der regelmäßigen Arbeitszeit Textverarbeitungsautomaten bedienen und hierbei vollwertige Leistungen erbringen, erhalten eine außertarifliche Funktionszulage. Die Zulage wird in Höhe der entsprechenden tariflichen Zulagen gewährt.
			22) 1 (1) übertariflich.
			23) 1 (1) für Sozialwissenschaftlicher Dienst.
			24) 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
			25) 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
			27) 10 (10) kw zum 31. 12. 2001.
			28) 1 (–) kw zum 31. 12. 2003 gem. Nr. 8 Abs. 3 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000.
			29) 1 (–) Angestellter erhält eine außertarifliche Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages der Vergütungsgruppen V c BAT und V b BAT bis zum Ablauf der Bewährungszeit (30. 6. 2003).
A 9	252	168	
A 7	100	200	
	352	368	Zusammen
			Beamtete Hilfskräfte
			a) Schutzpolizei (uniformiert)
			Polizeikommissar/-in z. A.
			Polizeimeister/-in z. A.
			Angestellte ⁴⁾
			Außertariflich
A 15	—	2	
II a ²³⁾²⁷⁾	20	18	
III ¹³⁾	6	7	
IV a ¹²⁾²⁸⁾	45	43	
IV b	14	10	
V a ¹⁾	6	6	
V b ⁸⁾¹¹⁾	67	66	
V c ⁶⁾¹⁹⁾²²⁾²⁴⁾²⁹⁾	422	400	
VI b ²⁾⁵⁾⁷⁾²⁰⁾	225	255	
VII ¹⁴⁾²¹⁾²⁵⁾	921	908	
VIII	254	259	
IX b–VII ³⁾¹⁰⁾	398	401	
IX b	16	19	
X	4	1	
	2 398	2 395	Zusammen
			Leerstellen:
IV a ⁹⁾	2	—	
IV b ⁹⁾	—	1	
V b ⁹⁾	3	8	
V c ⁹⁾	9	10	
VI b ⁹⁾	14	9	
VII ⁹⁾	57	68	
VIII ⁹⁾	15	28	
IX b–VII ⁹⁾	38	71	
IX b ⁹⁾	3	2	
	141	197	Zusammen

- ¹⁾ 6 (6) Angestellte erhalten für ihre Tätigkeit als Sprengstoffsachbearbeiter/-in beim Landeskriminalamt Niedersachsen eine Gefahrenzulage und Versicherungsschutz nach der Berechnungsgrundlage, wie sie sich aus dem Tarifvertrag für die Bediensteten des Kampfmittelbeseitigungsdienstes ergibt.
- ²⁾ Die jeweilige Sekretärin des/der Direktors/-in des Landeskriminalamts Niedersachsen ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.
- Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
- ³⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.
- ⁴⁾ Insgesamt 23 (–) Stellen für Angestellte und/oder Arbeiter/-innen des Kapitels 03 20 kw zum 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2003).
- ⁵⁾ 1 (1) kw.
- ⁶⁾ 1 (1) Angestellte beim LKA Niedersachsen ist für die Dauer ihrer Tätigkeit im Bibliotheksdienst übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.
- ⁷⁾ Der Angestellte ist als Hausmeister beim BIPNI übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.
- ⁸⁾ 10 (10) ku nach Verg.-Gr. VI b BAT.
- ⁹⁾ kw.
- ¹⁰⁾ 1 (1) kw bei Vorliegen der Voraussetzungen gem. Nr. 6 der Allgemeinen Bestimmungen 1993.
- ¹¹⁾ 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
- ¹²⁾ 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
- ¹³⁾ 3 (3) ku nach Verg.-Gr. IV a BAT.
- ¹⁴⁾ 1 (1) kw bei der Polizeidirektion Braunschweig.
- ¹⁹⁾ 1 (1) ku nach Verg.-Gr. VI b bei Ausscheiden des Stelleninhabers.
- ²⁰⁾ 1 (1) ku nach Lohn-Gr. 6 MTL.
- ²¹⁾ Angestellte im Fernschreibdienst, die mit mindestens einem Drittel der regelmäßigen Arbeitszeit Textverarbeitungsautomaten bedienen und hierbei vollwertige Leistungen erbringen, erhalten eine außertarifliche Funktionszulage. Die Zulage wird in Höhe der entsprechenden tariflichen Zulagen gewährt.
- ²²⁾ 1 (1) übertariflich.
- ²³⁾ 1 (1) für Sozialwissenschaftlicher Dienst.
- ²⁴⁾ 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
- ²⁵⁾ 1 (1) Die Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
- ²⁷⁾ 10 (10) kw zum 31. 12. 2001.
- ²⁸⁾ 1 (–) kw zum 31. 12. 2003 gem. Nr. 8 Abs. 3 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000.
- ²⁹⁾ 1 (–) Angestellter erhält eine außertarifliche Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages der Vergütungsgruppen V c BAT und V b BAT bis zum Ablauf der Bewährungszeit (30. 6. 2003).

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Beamtete Hilfskräfte

a) Schutzpolizei (uniformiert)

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 7	16	infolge Einsparung für Stellenumwandlungen
Umwandlungen:		
Bes.-Gr. A 9 g.D.	84	von Bes.-Gr. A 7
Angestellte		
Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	2	1 infolge Umwandlung von Bes.-Gr. A 13 (Erste(r) Polizeihauptkommissar/-in)
		1 infolge Umwandlung von Bes.-Gr. A 13 (Erste(r) Kriminalhauptkommissar/-in)
Verg.-Gr. IV a	1	infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 3 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000 von Kapitel 03 26
Verg.-Gr. IV b	2	davon
		1 infolge Umwandlung von Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in)
		1 infolge Umwandlung von Bes.-Gr. A 11 (Polizeihauptkommissar/-in)
Verg.-Gr. V b	2	davon
		1 infolge Umwandlung von Bes.-Gr. A 9 (Polizeihauptmeister/-in)
		1 infolge Umwandlung von Bes.-Gr. A 9 (Polizeikommissar/-in)
Verg.-Gr. V c	10	davon
		6 infolge Umwandlung von Bes.-Gr. A 8 (Polizeiobermeister/-in)
		1 infolge Umwandlung von Bes.-Gr. A 8 (Kriminalobermeister/-in)
		2 infolge Umwandlung von Lohn-Gr. 8
		1 infolge Umwandlung von Lohn-Gr. 4
Verg.-Gr. VI b	1	infolge Umwandlung von Bes.-Gr. A 7 (Polizeimeister/-in)
Verg.-Gr. VII	3	infolge Umwandlung von Bes.-Gr. A 7 (Polizeimeister/-in)
Zusammen	21	
Abgang:		
Verg.-Gr. A 15 AT	2	} infolge Verlagerung nach Kap. 03 04
Verg.-Gr. V c	1	
Verg.-Gr. VI b	5	
Verg.-Gr. VII	1	
Verg.-Gr. IX b–VII	8	
Verg.-Gr. IX b	1	infolge Einsparung für Stellenumwandlungen
Zusammen	18	
Bleibt Zugang	3	

Gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000 durchgeführte Veränderungen in der Stellenübersicht:

Höhergruppierungen:

	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	2	von Verg.-Gr. V b
Verg.-Gr. V b	2	davon
		1 von Verg.-Gr. V c
		1 von Verg.-Gr. VIII
Verg.-Gr. V c	13	davon
		11 von Verg.-Gr. VI b
		1 von Verg.-Gr. VII
		1 von Verg.-Gr. VIII
Verg.-Gr. VII	8	davon
		6 von Verg.-Gr. VIII
		2 von Verg.-Gr. IX b–VII
Zusammen	25	

Herabgruppierungen:

Verg.-Gr. IV a	1	von Verg.-Gr. III
Verg.-Gr. V c	1	von Verg.-Gr. V b
Verg.-Gr. VII	14	von Verg.-Gr. VI b
Verg.-Gr. VIII	4	davon
		3 von Verg.-Gr. VII
		1 von Verg.-Gr. VI b
Verg.-Gr. IX b–VII	7	davon
		6 von Verg.-Gr. VII
		1 von Verg.-Gr. VIII
Verg.-Gr. IX b	1	von Verg.-Gr. VII
Verg.-Gr. X	3	von Verg.-Gr. IX b
Zusammen	31	

Leerstellen:

Zugang:		
Verg.-Gr. IV a	2	} neu
Verg.-Gr. VI b	5	
Verg.-Gr. IX b	1	
Zusammen	8	
Abgang:		
Verg.-Gr. IV b	1	} infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Verg.-Gr. V b	5	
Verg.-Gr. V c	1	
Verg.-Gr. VII	11	
Verg.-Gr. VIII	13	
Verg.-Gr. IX b–VII	33	
Zusammen	64	
Bleibt Abgang	56	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 4, 28 und 29 wurden neu ausgebracht.
Der Haushaltsvermerk Nr. 26 verlagert nach Kapitel 03 04.

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst			
			a) Polizei-Verwaltungsbeamte/-innen
A 9	19	19	Inspektor/-in-Anwärter/-in
A 6	8	8	Sekretär/-in-Anwärter/-in
	27	27	Zusammen Abschnitt a)
			b) Schutzpolizei (uniformiert)
A 9	1 220	1 220	Polizeikommissar/-in-Anwärter/-in
			c) Kriminalpolizei
A 9	40	40	Kriminalkommissar/-in-Anwärter/-in
	1 287	1 287	Zusammen Abschnitte a)–c)
Arbeiter/-innen⁹⁾			
9	3	3	
8	151	153	
7	22	22	
6	65	65	
5 ⁸⁾	88	91	
4 ²⁾	392	396	
3 ⁷⁾	111	111	
2/2 a ⁶⁾	150	155	
1 ⁵⁾	102	104	
	1 084	1 100	Zusammen
			Stellen zu Titel 426 31:
6	—	2	Sonstige Dienste
5	—	2	
2/2 a	—	2	
	—	6	Zusammen
			Leerstellen:
8 ⁴⁾	—	1	
7 ⁴⁾	—	1	
5 ⁴⁾	2	4	
4 ⁴⁾	—	2	
3 a ⁴⁾	1	1	
2/2 a ⁴⁾	3	3	
2 a ⁴⁾	1	1	
1 ⁴⁾	1	1	
	8	14	Zusammen

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 8	2	infolge Umwandlung nach Verg.-Gr. V c
Lohn-Gr. 5	3	davon
	1	infolge Einsparung
Lohn-Gr. 4	4	2 Stellen gem. ZV für 2001
		davon
	1	infolge Umwandlung nach Verg.-Gr. V c
	2	Stellen gem. ZV für 2001
	1	infolge Verlagerung nach Kapitel 03 04
Lohn-Gr. 2/2 a	5	davon
	4	Stellen gem. ZV für 2001
	1	infolge Verlagerung nach Kapitel 03 04
Lohn-Gr. 1	2	Stellen gem. ZV für 2001
Zusammen	16	

Stellen zu Titel 426 31:

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 6	2	infolge Rentenbezuges
Lohn-Gr. 5	2	
Lohn-Gr. 2/2 a	2	
Zusammen	6	

Leerstellen:

Abgang:		
Sonstige Dienste		
Lohn-Gr. 8	1	} infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Lohn-Gr. 7	1	
Lohn-Gr. 5	2	
Lohn-Gr. 4	2	
Zusammen	6	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 5, 6, 7, 8 und 9 wurden neu ausgebracht.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 23 Grenzdurchgangslager Osnabrück-Bramsche

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen			¹⁾ Der Stelleninhaber/die Stelleninhaberin erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO. ²⁾ 1 A 12 Amtsrat/-rätin kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003). 1 A 8 Hauptsekretär/-in kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
A 13	1	1	Aufsteigende Gehälter:
A 12 ²⁾	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 11	1	2	Amtsrat/-rätin
A 9 ¹⁾	1	1	Amtmann/-männin/-frau
A 9	1	1	Amtsinspektor/-in
A 8 ²⁾	1	1	Amtsinspektor/-in
	6	7	Hauptsekretär/-in
			Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Abgang: Stellen
Bes.-Gr. A 11 1 infolge Umwandlung
nach Verg.-Gr. V b

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist neu ausgebracht worden.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte			¹⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen. ²⁾ 5 Verg.-Gr. V b kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003). 1 Verg.-Gr. V c kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003). 16 Verg.-Gr. VI b kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003). 8 Verg.-Gr. VII kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003). 9 Verg.-Gr. VIII kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003). 7 Verg.-Gr. IX b–VII kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
IV a	1	1	
IV b	5	5	
V b ²⁾	7	6	
V c ²⁾	16	16	
VI b ²⁾	21	22	
VII ²⁾	20	20	
VIII ²⁾	9	9	
IX b–VII ¹⁾ ²⁾	7	9	
	86	88	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugang: Stellen
Verg.-Gr. V b 1 infolge Umwandlung
von Bes.-Gr. A 11

Abgang:
Verg.-Gr. VI b 1 } 3 Stellen gem. ZV für 2001
Verg.-Gr. IX b–VII 2 } (PKB-Überschuss)

Zusammen 3
Bleibt Abgang 2

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist neu ausgebracht worden.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 23 Grenzdurchgangslager Osnabrück-Bramsche

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Arbeiter/-innen			2) 3 Lohn-Gr. 6 kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003). 1 Lohn-Gr. 5 kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003). 8 Lohn-Gr. 4 kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003). 8 Lohn-Gr. 2 a kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003). 10 Lohn-Gr. 1 kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
62)	6	6	
52)	1	1	
42)	17	18	
2 a2)	39	39	
12)	10	12	
	73	76	
Zusammen			
Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen			

Arbeiter/-innen

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	1	infolge Vollzugs des HV Nr. 1 – Stelle gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Lohn-Gr. 1	2	2 Stellen gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Zusammen	3	

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist neu ausgebracht worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist vollzogen worden.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 24 Grenzdurchgangslager Friedland

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen¹⁾			¹⁾ Insgesamt 24 (–) Planstellen für planmäßige Beamte/-innen, Stellen für Angestellte und/oder Stellen für Arbeiter/-innen des Kapitels 03 24 kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
A 13	—	1	
A 13	1	1	
A 12	1	1	
A 8	—	1	
	2	4	
Zusammen			
Erläuterungen zum Stellenplan			

Planmäßige Beamte/-innen

Abgang: Stellen
 Bes.-Gr. A 13 h. D. 1 } 2 Stellen gem. ZV für 2001
 Bes.-Gr. A 8 1 } (PKB-Überschuss)
 Zusammen 2

Sonstige Veränderungen:
 Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist neu ausgebracht.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte²⁾			¹⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen. ²⁾ Siehe HV Nr. 1 zum Stellenplan Kapitel 03 24.
II a	1	1	
IV a	2	2	
IV b	2	2	
V b	12	12	
V c	13	13	
VI b	8	8	
VII	21	21	
VIII	9	11	
IX b–VII ¹⁾	7	9	
	75	79	Zusammen
Erläuterungen zu den Stellenübersichten			

Angestellte

Abgang: Stellen
 Verg.-Gr. IX b–VII 2 } 4 Stellen gem. ZV für 2001
 Verg.-Gr. VIII 2 } (PKB-Überschuss)
 Zusammen 4

Sonstige Veränderungen:
 Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist neu ausgebracht.

Einzelplan 03 Innenministerium
Kapitel 03 24 Grenzdurchgangslager Friedland

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	

¹⁾ Siehe HV Nr. 1 zum Stellenplan Kapitel 03 24.

Arbeiter/-innen¹⁾

6	1	1	
5	6	6	
4	10	12	
3	3	3	
2/2 a	68	69	
1	14	14	
	102	105	Zusammen

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	2	} 3 Stellen gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Lohn-Gr. 2	1	
Zusammen	3	

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist neu ausgebracht.

Einzelplan 03 Innenministerium
 Kapitel 03 26 Asylbewerber, Asylberechtigte, Kontingentflüchtlinge, Zentrale Anlaufstellen für Asylbewerber

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen			
A 13	2	4	Oberamtsrat/-rätin
A 11	2	4	Amtmann/-männin/-frau
A 10	3	5	Oberinspektor/-in
A 9	1	3	Amtsinspektor/-in
	8	16	Zusammen
Erläuterungen zum Stellenplan			

Planmäßige Beamte/-innen

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 g. D.	2	davon
		1 infolge Umsetzung gem. § 10
		Abs. 1 HG 1999/2000
		nach Kapitel 03 10 (ZV 2001)
		1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO
		nach Kapitel 03 05
Bes.-Gr. A 11	2	davon
		1 infolge Umsetzung gem. § 10
		Abs. 1 HG 1999/2000
		nach Kapitel 03 10 (ZV 2001)
		1 Stelle gem. ZV für 2001
		(PKB-Überschuss)
Bes.-Gr. A 10	2	2 Stellen gem. ZV für 2001
		(PKB-Überschuss)
Bes.-Gr. A 9 m. D.	2	davon
		1 infolge Umsetzung gem. Nr. 8
		Abs. 4 der Allgemeinen
		Bestimmungen 1997/1998 nach
		Kapitel 03 05 (ZV 2001)
		1 infolge Umsetzung gem. § 10
		Abs. 1 HG 1999/2000
		nach Kapitel 03 10 (ZV 2001)
Zusammen	8	

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte			
IV b	2	4	Verwaltungsdienst
V b	4	5	
V c	21	31	
VI b	2	3	
VII	25	49	
VIII	3	5	
IX b	2	2	
VII ¹⁾	3	3	Wirtschaftsdienst
IV a	2	3	Sozial- und Erziehungsdienst
IV b	23	40	
VI b	4	10	
Sozial- praktikanten	—	5	
IX b–VII ²⁾	3	8	Schreibdienst
Kr. V	2	3	Krankenpflegedienst
Kr. II	1	3	
	97	174	Zusammen
			Leerstellen:
V b ³⁾	1	1	Verwaltungsdienst
IV b ³⁾	3	3	Sozial- und Erziehungsdienst
	4	4	Zusammen

¹⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten übertariflich Vergütung nach VII BAT; nach einer Bewährungszeit von 1 Jahr und 6 Monaten übertariflich Vergütung nach VI b BAT.

²⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b bis VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

³⁾ kw.

¹⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten übertariflich Vergütung nach VII BAT; nach einer Bewährungszeit von 1 Jahr und 6 Monaten übertariflich Vergütung nach VI b BAT.

²⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b bis VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

³⁾ kw.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte		noch Abgang: Übertrag:	Stellen 45
Abgang: Verwaltungsdienst Verg.-Gr. IV b	2 davon 1 infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestim- mungen 1997/1998 nach Kap. 03 05 (ZV 2001) 1 Stelle gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)	Sozial- und Erziehungsdienst Verg.-Gr. IV a	1 infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 3 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000 nach Kap. 03 20 (ZV 2001)
Verg.-Gr. V b	1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kap. 03 05	Verg.-Gr. IV b	17 davon 1 infolge Stelleneinsparungen 1998 gem. § 9 HG 1997/1998 1 infolge Umsetzung gem. § 10 Abbs. 1 HG 1999/2000 nach Kap. 03 10 (ZV 2001)
Verg.-Gr. V c	10 davon 2 infolge Stelleneinsparungen 1998 gem. § 9 HG 1997/1998 3 infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestim- mungen 1997/1998 nach Kap. 03 05 (ZV 2001) 1 infolge Umsetzung gem. § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 nach Kap. 03 10 (ZV 2001) 4 Stellen gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)		1 infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998 nach Kap. 03 05 (ZV 2001) 3 infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 3 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998 nach Kap. 07 10 (ZV 2001) 1 infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 3 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998 nach Kap. 07 20 (ZV 2001) 10 Stellen gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Verg.-Gr. VI b	1 Stelle gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)	Verg.-Gr. VI b	6 davon 2 infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998 nach Kap. 03 05 (ZV 2001) 4 Stellen gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Verg.-Gr. VII	24 davon 2 infolge Stelleneinsparungen 1998 gem. § 9 HG 1997/1998 3 infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998 nach Kap. 03 05 (ZV 2001) 1 infolge Umsetzung gem. § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 nach Kap. 03 10 (ZV 2001) 17 Stellen gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss) 1 infolge Einsparung für neue Stelle Kap. 03 18	Sozialpraktikanten Krankenpflegedienst Verg.-Gr. Kr. V	5 5 Stellen gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss) 1 infolge Stelleneinsparungen 1998 gem. § 9 HG 1997/1998
Verg.-Gr. VIII	2 davon 1 infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestim- mungen 1997/1998 nach Kap. 03 05 (ZV 2001) 1 Stelle gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)	Verg.-Gr. Kr. II	2 davon 1 infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998 nach Kap. 03 05 (ZV 2001) 1 infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 3 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000 nach Kap. 06 19 (ZV 2001)
Schreibdienst Verg.-Gr. IX b–VII	5 davon 1 infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestim- mungen 1997/1998 nach Kap. 03 05 (ZV 2001) 4 Stellen gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)	Zusammen	77
zu übertragen	45		

Einzelplan 03 Innenministerium
 Kapitel 03 26 Asylbewerber, Asylberechtigte, Kontingentflüchtlinge, Zentrale Anlaufstellen für Asylbewerber

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Arbeiter/-innen				
4	2	4	Kraftfahrdienst	
6	2	4	Kesselwärter	
4	8	12	Technischer Dienst, Handwerker/-innen	
2 a	27	53	Hauswart/-in	
2	13	14	Küchenhilfen	
1	8	17	Haus- und Wäschedienst	
1	—	4	Reinigungsdienst	
	60	108	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Abgang:	Stellen	
Kraftfahrdienst Lohn-Gr. 4	2	davon 1 infolge Umsetzung gem. § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 nach Kap. 03 10 (ZV 2001) 1 Stelle gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Kesselwärter Lohn-Gr. 6	2	infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestim- mungen 1997/1998 nach Kap. 03 05 (ZV 2001)
Technischer Dienst, Handwerker/-in Lohn-Gr. 4	4	davon 2 infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestim- mungen 1997/1998 nach Kap. 03 05 (ZV 2001) 2 Stellen gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Hauswart/-in Lohn-Gr. 2 a	26	davon 3 infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998 nach Kap. 03 05 (ZV 2001) 4 infolge Umsetzung gem. § 10 Abs. 1 HG 1999/2000 nach Kap. 03 10 1 infolge Stelleneinsparungen 1998 gem. § 9 HG 1997/1998 18 Stellen gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Küchenhilfen Lohn-Gr. 2	1	infolge Stelleneinsparungen 1998 gem. § 9 HG 1997/1998
Haus- und Wäschedienst Lohn-Gr. 1	9	davon 8 Stellen gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss) 1 infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestim- mungen 1997/1998 nach Kap. 03 05 (ZV 2001)
Reinigungsdienst Lohn-Gr. 1	4	infolge Umsetzung gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestim- mungen 1997/1998 nach Kap. 03 05 (ZV 2001)
Zusammen	48	

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen²⁾			1) 1 Planstelle kann wahlweise mit einem(r) Richter/-in der Bes.-Gr. R 1 besetzt werden. 2) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 03 80 und 03 01 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. 3) kw.
B 7	1	1	
B 2	1	1	Landesbeauftragte(r) für den Datenschutz
			Ministerialrat/-rätin
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	2	2	Ministerialrat/-rätin
A 15	1	1	Direktor/-in
A 14 ¹⁾	2	2	Rat/Rätin
A 13	3	3	Oberamtsrat/-rätin
A 12	5	4	Amtsrat/-rätin
A 8	1	—	Hauptsekretär/-in
	16	14	Zusammen
			Leerstellen:
A 13 ³⁾	1	1	Oberamtsrat/-rätin
Erläuterungen zum Stellenplan			

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12	1	} infolge Verlagerung von Kapitel 03 01
Bes.-Gr. A 8	1	
Zusammen	2	

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
			Angestellte²⁾
VI b ¹⁾	1	2	
IX b–VII ³⁾	1	1	
	2	3	Zusammen
			Leerstellen:
VI b	—	1	
			¹⁾ Die jeweilige Sekretärin des(r) Landesbeauftragten für den Datenschutz ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhält sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensalterstufe.
			Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierte Vorzimmerkraft, die Textverarbeitungsautomaten bedient, erhält eine übertarifliche Zulage. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
			²⁾ Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 03 80 und 03 01 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.
			³⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.
Erläuterungen zu den Stellenübersichten			

Angestellte

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b	1	infolge Verlagerung nach Kapitel 03 01
Leerstellen:	Stellen	
Abgang:	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 4
Verg.-Gr. VI b		
Sonstige Veränderungen:		
Der Haushaltsvermerk Nr. 4 ist vollzogen.		

¹⁾ 1 Planstelle kann wahlweise mit einem(r) Richter/-in der Bes.-Gr. R 1 besetzt werden.

²⁾ Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 03 80 und 03 01 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

³⁾ kw.

¹⁾ Die jeweilige Sekretärin des(r) Landesbeauftragten für den Datenschutz ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhält sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensalterstufe.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierte Vorzimmerkraft, die Textverarbeitungsautomaten bedient, erhält eine übertarifliche Zulage. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

²⁾ Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 03 80 und 03 01 vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden.

³⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
			2) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszu- lage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
			3) kw.
Planmäßige Beamte/-innen			
B 5	1	1	Feste Gehälter:
B 2	1	1	Präsident/-in des Landesamts für Verfassungsschutz
B 2	2	2	Vizepräsident/-in des Landesamts für Verfassungsschutz
			Abteilungsdirektor/-in
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	Ltd. Direktor/-in/
A 15	6	6	Direktor/-in
A 14	2	2	Oberrat/-rätin
A 13	12	12	Oberamtsrat/-rätin/ Erste(r) Hauptkommissar/-in
A 12	31	31	Amtsrat/-rätin/ Hauptkommissar/-in
A 11	25	25	Amtmann/-männin/-frau/ Hauptkommissar/-in
A 10	27	27	Oberkommissar/-in/Oberinspektor/-in
A 9	23	23	Inspektor/-in/Kommissar/-in
A 9 ²⁾	8	9	Amtsinspektor/-in/Hauptmeister/-in
A 9	21	21	Amtsinspektor/-in/Hauptmeister/-in
A 8	3	2	Hauptsekretär/-in/Obermeister/-in
	163	163	Zusammen
			Stellen zu Titel 422 31:
B 2	1	1	Abteilungsdirektor/-in
A 13	3	4	Oberamtsrat/-rätin
A 9 m. Z.	1	1	Amtsinspektor/-in/Hauptmeister/-in
	5	6	Zusammen
			Leerstellen:
A 11 ³⁾	1	1	Amtmann/-männin/-frau
A 9 ³⁾	1	—	Kriminal-/Polizeihauptmeister/-in/ Amtsinspektor/-in
A 8 ³⁾	—	1	Kriminal-/Polizeiobermeister/-in
	2	2	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Stellensenkungen:	Stellen
Bes.-Gr. A 9 m. Z. (Amtsinspektor/-in)	1 nach Bes.-Gr. A 9 m. D. (Amtsinspektor/-in)
Bes.-Gr. A 9 m. D. (Amtsinspektor/-in)	1 nach Bes.-Gr. A 8 (Hauptsekretär/-in)
Zusammen	2
Stellen zu Titel 422 31:	
Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. A 13 g. D. (Oberamtsrat/-rätin)	1 infolge Versetzung in den Ruhestand
Leerstellen:	
Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. A 9 m. D. (Amtsinspektor/-in/ Hauptmeister/-in)	1 neu
Abgang:	
Bes.-Gr. A 8 (Hauptsekretär/-in/ Obermeister/-in)	1 infolge Vollzugs des kw-Vermerks

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte			2) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen. 3) Die jeweilige Sekretärin des/der Präsidenten/-in des Landesamts für Verfassungsschutz ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Die vorstehend genannte Vorzimmerkraft, die Textverarbeitungsautomaten bedient, erhält eine übertarifliche Zulage. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung bzw. der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten. 4) 1 (1) ku nach Verg.-Gr. V b. 5) kw.
II a	2	2	
III	2	2	
IV a	2	2	
IV b ⁴⁾	1	1	
V c	3	3	
VI b ³⁾	14	14	
IX b	—	2	
IX b-VII ²⁾	13	13	
	37	39	
Zusammen			
Leerstellen:			
VI b ⁵⁾	—	1	
IX b-VII ⁵⁾	2	2	
	3	3	
Zusammen			

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IX b	2	infolge Stelleneinsparung 1998 gem. § 9 HG 1997/1998
Zusammen	2	
Leerstellen:		
Abgang:		
Verg.-Gr. VI b	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Arbeiter/-innen				
4	4	4		
3	10	10		
2/2 a	3	3		
1	3	3		
	20	20	Zusammen	

Haushaltsplan
für das
Haushaltsjahr 2001

Einzelplan 04
Finanzministerium

Vorwort zum Einzelplan 04

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 04 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereichs des Finanzministeriums, im Einzelnen:

- I. Ministerium (Kap. 04 01)
- II. Allgemeine Bewilligungen (Kap. 04 02)
- III. Oberfinanzdirektion (Kap. 04 05)
- IV. Finanzämter (Kap. 04 06)
- V. Landesfinanzschule Niedersachsen (Kap. 04 07)
- VI. Hochbauverwaltung (Kap. 04 10)
- VII. Landesamt für Bezüge und Versorgung (Kap. 04 20)
- VIII. Informatikzentrum Niedersachsen (Kap. 04 30).

B. Hochbaumaßnahmen

Die Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich des Finanzministeriums sind im Kap. 20 35 des Einzelplans 20 – Hochbauten – ausgewiesen.

C. Wesentliche Veränderungen gegenüber dem HP 1999/2000

In dem Kapitel 04 02 – Allgemeine Bewilligungen – sind neu die Kosten für zentrale Aufgaben der IuK-Technik – zentrale Aufgaben IZN, Koordinierungsstelle – IuK, Innovationen – ausgebracht.

In dem Kapitel 04 06 – Finanzämter – wird ab Haushaltsjahr 2001 bei vier Finanzämtern im Rahmen einer Teil-Sachkostenbudgetierung für ausgewählte Ausgabetitel der Hauptgruppen 4, 5 und 8 das Modell zur Flexibilisierung der Haushaltsführung mit dezentraler Ressourcenverantwortung als Pilotvorhaben eingeführt. Die Ausgabeansätze werden dafür in der neu eingerichteten Ausgabetitelgruppe 75 mit der Zweckbestimmung „Ausgaben der Finanzämter Emden, Göttingen, Uelzen und Vechta“ zusammengefasst veranschlagt.

In dem Kapitel 04 06 – Finanzämter – wurden die Haushaltsansätze der Titelgruppen 61 – Aus- und Fortbildung – des Kapitels 04 05 – Oberfinanzdirektion – und des Kapitels 04 06 sowie der Titelgruppen 99 – Kosten der Informations- und Kommunikationstechniken – der Kapitel 04 05, 04 06 und 04 07 – Landesfinanzschule Niedersachsen – zusammengefasst.

Das Kapitel 04 08 – Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege – Fachbereich Steuerverwaltung – in Rinteln wurde nach Überführung in das im Einzelplan 03 ausgebrachte Kapitel 03 04 zum 1. 1. 2001 aufgelöst.

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	E i n n a h m e n						
		0	1	2	3	Gesamt-	4	5
		Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	eigene Einnahmen	Über- tragungs- einnahmen	vermögens- wirksame und Sonder- einnahmen	einnahmen	persönliche Verwaltungs- ausgaben	sächliche Verwaltungs- ausgaben; Schulden- dienst
		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0401	Ministerium	—	646.700	51.000	—	697.700	66.225.200	4.231.500
0402	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—	—	613.600	78.376.400
0405	Oberfinanzdirektion	—	81.000	—	—	81.000	40.909.100	3.117.200
0406	Finanzämter	—	150.201.000	63.050.000	8.208.000	221.459.000	755.560.100	117.226.700
0407	Landesfinanzschule Niedersachsen	—	355.900	—	—	355.900	2.641.800	836.000
0408	Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege -Fachbereich "Steuerverwaltung"-	—	—	—	—	—	—	—
0410	Hochbauverwaltung	—	375.000	171.763.000	16.750.000	188.888.000	151.927.000	56.402.500
0420	Landesamt für Bezüge und Versorgung	—	46.500	5.962.300	10.000	6.018.800	79.159.700	21.110.800
0430	Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)	—	—	—	—	—	—	—
	Summe 2001	—	151.706.100	240.826.300	24.968.000	417.500.400	1.097.036.500	281.301.100
	Summe 2000	—	129.187.900	277.128.300	23.591.000	429.907.200	1.096.852.300	227.841.100
	2001 mehr/weniger (-)	—	22.518.200	-36.302.000	1.377.000	-12.406.800	184.200	53.460.000

gaben und Verpflichtungsermächtigungen

Epl. 04

A u s g a b e n					2001 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 – Sp.14)	2000 Überschuss Zuschuss (-)	2001 Verbesserung Verschlech- terung (-) (Sp.15 – Sp.16)	Ver- pflichtungs- ermächti- gungen
6 Über- tragungs- ausgaben	7 Bau- ausgaben	8 sonst. Ausga- ben für Inve- stitionen und Invest.förd.- maßnahmen	9 besondere Finan- zierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
10	11	12	13	14	15	16	17	18
166.500	—	820.100	1.423.900	72.867.200	-72.169.500	-68.541.600	-3.627.900	—
500.000	6.500.000	17.591.800	430.000	104.011.800	-104.011.800	-91.965.700	-12.046.100	9.000.000
20.000	—	429.800	5.026.700	49.502.800	-49.421.800	-43.349.600	-6.072.200	—
210.000	—	25.246.500	31.424.200	929.667.500	-708.208.500	-651.751.500	-56.457.000	—
—	—	39.500	706.000	4.223.300	-3.867.400	-3.168.500	-698.900	—
—	—	—	—	—	—	-4.312.500	4.312.500	—
25.000	—	3.441.400	27.024.100	238.820.000	-49.932.000	-30.223.300	-19.708.700	—
30.700	—	162.000	2.597.500	103.060.700	-97.041.900	-91.943.900	-5.098.000	—
1.251.500	—	8.395.000	—	9.646.500	-9.646.500	-65.366.300	55.719.800	—
2.203.700	6.500.000	56.126.100	68.632.400	1.511.799.800	-1.094.299.400	-1.050.622.900	-43.676.500	9.000.000
63.995.800	23.200.000	46.603.900	22.037.000	1.480.530.100				12.000.000
-61.792.100	-16.700.000	9.522.200	46.595.400	31.269.700				-3.000.000

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 45-8	011	Gebühren nach dem Steuerberatungsgesetz * Vgl. K-Vermerk zu 427 32.		500.000	600.000	-100.000	501
119 01-7	011	Einnahmen aus Nebentätigkeit		100.000	100.000	—	166
119 31-9	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		—	—	—	—
119 46-7	011	Ersatzleistungen		5.000	5.000	—	573
119 51-3	011	Vermischte Einnahmen		24.000	19.000	+5.000	24
124 01-0	011	Mieten und Pachten		17.700	15.000	+2.700	15
132 01-3	011	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		—	—	—	—
132 11-0	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge * Vgl. K-Vermerk zu 811 11.		—	—	—	89
231 01-1	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund		50.000	110.000	-60.000	50
271 01-3	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch den Hannoverschen Hospital-,Legat- und Stiftungsfonds		1.000	1.000	—	1
282 01-5	144	Spenden Dritter zum Zwecke der Auslobung von Laves-Reisestipendien * Vgl. K-Vermerk zu 681 52.		—	—	—	—
381 02-1	990	Zuführung von 04 11 - 981 01		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
412 04-0	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungs- stellen gem. § 71 Abs. 7 NPersVG § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	2.000	2.000	—	0
421 01-5	011	Amtsbezüge der Ministerin oder des Ministers	—	288.600	281.600	+7.000	412
421 02-3	011	Amtsbezüge der Ministerin oder des Ministers Übergangsgeld	—	—	—	—	—
422 01-1	011	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	27.106.300	26.618.600	+487.700	18.100
422 09-7	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-4	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-3	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Frei- stellung bei Personalüberhang	—	1.943.300	2.039.900	-96.600	2.054
425 01-0	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	7.254
425 03-7	011	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 31-2	011	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	106
425 41-0	011	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	40.600	40.100	+500	42
425 51-7	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-7	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	474
426 31-9	011	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
426 51-3	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	5
427 01-3	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	—	30.000	30.000	—	27
427 32-3	011	Prüfungsvergütungen * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden	—	400.000	480.000	-80.000	302

ERLÄUTERUNGEN

Zu 111 45

Gebühren für das Zulassungs-, Prüfungs- und Anerkennungsverfahren aufgrund der §§ 39, 44, 51 und 157 des Steuerberatungsgesetzes.

Zu 119 01

1. Abführung aufgrund des § 5 Abs. 3 des Ministergesetzes in der jeweils geltenden Fassung	60 000 DM
2. Abführungen auf Grund des § 75a Abs. 2 NBG	40 000 DM
Zusammen	100 000 DM

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	— DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	— DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	— DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	— DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	17 700 DM
Zusammen	17 700 DM

Zu 231 01

Für die Wahrnehmung von Aufgaben der Verteidigungslastenverwaltung.

Zu 271 01

Für die Wahrnehmung von Kassengeschäften.

Zu 412 04

Der Vorsitzende einer Einigungsstelle – § 71 Abs. 7 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz und § 48 Abs. 3 Niedersächsisches Richtergesetz – erhält für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 200 DM, in jedem Jahr der Wahlperiode der Personalräte jedoch nicht mehr als 1 000 DM.

Zu 421 01

1. Amtsgehalt	276 600 DM
2. Dienstaufwandsentschädigung	12 000 DM
3. Entschädigung bei getrennter Haushaltsführung	— DM
4. Sonderzuwendungen	— DM
Zusammen	288 600 DM

Zu 422 01, 422 19, 425 01, 425 03 und 426 01

Haushaltsjahr 2001:

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 292,75 Vollzeiteneinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	205	205	—	210
Angestellte	79,75	79,75	—	84
Lohnempfänger/-innen	8	8	—	10
Insgesamt	292,75	292,75	—	304

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 27 106 300 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	27 106 300
43	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	2 804 800
44	Versorgungsbezüge	6 933 000
44	Beihilfen, Unterstützungen	1 025 000
45	Personalbezogene Sachausgaben	14 100
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	787 500
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—

Summe der Personalausgaben im Kapitel 38 670 700

Zu 427 32

Anteile der Mitglieder des Zulassungs-, Prüfungs- und Sachkundeausschusses an den Gebühren (vgl. Erl. zu 111 45) aufgrund der Erlasse des MF vom 27. 8. 1952, 2. 5. 1960 und 10. 7. 1963 – S. 1145 – 88 – 314 –

400 000 DM

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0401 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 427 32-3		<i>bis zu 80,0 v.H. der Isteinnahmen bei 111 45.</i>					
427 39-0	016	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	3
441 02-4	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Beamtinnen und Beamte	—	35.813.000	35.813.000	—	34.066
441 03-2	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Angestellte	—	242.600	285.000	–42.400	262
441 04-0	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	13.700	13.700	—	6
441 05-9	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Sonstige	—	5.200	5.200	—	1
441 06-7	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevor- schriften	—	—	—	—	260
442 01-2	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstüt- zungsgrundsätze	—	1.000	1.000	—	–6
443 01-9	940	Fürsorgemaßnahmen, insbesondere bei Dienstunfällen	—	324.800	324.800	—	338
453 01-4	011	Trennungsgeld für abgeordnete oder ver- setzte Bedienstete und Umzugskostenver- gütungen	—	14.100	14.100	—	1
462 01-3	981	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—	—	—	—
511 01-4	011	Geschäftsbedarf	—	120.300	120.300	—	91
512 01-0	011	Bücher und Zeitschriften	—	160.000	160.000	—	172
513 01-7	011	Post- und Fernmeldegebühren	—	148.500	148.500	—	182
514 01-3	011	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	38.700	38.700	—	39
515 01-0	011	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	42.500	42.500	—	36
515 02-8	011	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	23.200	23.200	—	48
516 01-6	011	Dienst- und Schutzkleidung	—	4.700	4.700	—	3
517 01-2	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	173.300	173.300	—	181
517 19-5	011	Reinigungskosten	—	190.000	220.000	–30.000	168
517 59-4	011	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	280.000	310.300	–30.300	264
518 01-9	011	Mieten und Pachten	—	382.000	232.000	+150.000	287
519 02-3	011	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	60.000	60.000	—	76
519 03-1	011	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	5.900	5.900	—	4
525 01-5	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	47.000	45.000	+2.000	42
526 01-1	011	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	18.700	15.800	+2.900	2
527 01-8	011	Reisekostenvergütungen	—	154.700	154.700	—	186
527 03-4	011	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Perso- nalvertretungsangelegenheiten u. in Vertre- tung der Interessen der Schwerbehinderten	—	63.900	63.900	—	70
527 05-0	011	Fahrtkosten und Sachaufwand des Zulas- sungs-, Prüfungs- und Sachkundeausschusses	—	60.000	35.000	+25.000	59
529 01-0	011	Zur Verfügung des Ministers/der Ministerin	—	10.000	10.000	—	10
531 01-5	011	Veröffentlichungen	—	20.000	25.200	–5.200	3
537 01-3	011	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	30.000	30.000	—	6
538 01-0	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	21.100	16.700	+4.400	20

ERLÄUTERUNGEN

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für 1 Landesbediensteten	11 100 DM
2. Umzugskostenvergütungen für 1 Landesbediensteten	3 000 DM
Zusammen	14 100 DM

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	34 300 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	73 000 DM
3. Bekanntmachungen	10 000 DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	3 000 DM
Zusammen	120 300 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	65 200 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	80 500 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	6 000 DM
4. Buchbinderarbeiten	8 300 DM
Zusammen	160 000 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	72 900 DM
2. Fernmeldegebühren	43 800 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	3 000 DM
4. Einmalige Gebühren für die Ver- legung usw. von Fernmeldeanlagen	5 000 DM
5. Rundfunk- und Fernsehgebühren	1 000 DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	22 800 DM
Zusammen	148 500 DM

Zu 514 01

1. Betriebsstoffe	24 100 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	11 500 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	1 600 DM
4. Sonstiges	1 500 DM
Zusammen	38 700 DM

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	4	4	4
Kombi	1	1	1

Zu 515 02

1. Dienstzimmersausstattungen	— DM
2. Büromaschinen	17 200 DM
3. Wirtschaftsgeräte	3 500 DM
4. Werkstattausrüstungen	2 500 DM
5. Ausstattung von Amts- und Dienstwohnungen	— DM
Zusammen	23 200 DM

Zu 517 01

1. Wassergeld	20 000 DM
2. Grundbesitzabgaben	6 300 DM
3. Bewachungskosten	107 000 DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	8 000 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	32 000 DM
Zusammen	173 300 DM

Zu 518 01

1. Diensträume und -gebäude	150 000 DM
2. Wohnungen und Wohngebäude	— DM
3. Unbebaute Grundstücke	— DM
4. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	232 000 DM
Zusammen	382 000 DM

Zu 525 01

1. Ausbildungslehrgänge	— DM
2. Fortbildungsveranstaltungen	37 000 DM
3. Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	10 000 DM
4. Aus- und Fortbildung ehrenamtl. Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	— DM
5. Erstattung von Prüfungsgebühren	— DM
6. Sonstiger Aufwand	— DM
Zusammen	47 000 DM

Zu 526 01

1. (Amts)ärztliche und Röntgen- schirmbilduntersuchungen	14 900 DM
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	2 500 DM
3. Aufwandsentschädigungen und Auslagen- ersatz von Beirats- u. a. Ausschußmitgliedern	— DM
4. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus	1 300 DM
5. Kosten des Rechtsschutzes in Strafsachen	— DM
Zusammen	18 700 DM

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	154 700 DM
2. Wegstreckenentschädigungen für anerkannte private und für privateigene Kraftfahrzeuge	— DM
Zusammen	154 700 DM

Zu 531 01

Für die Unterrichtung der Öffentlichkeit über finanzpolitische Fragen.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0401 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
546 59-4	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	20.100	20.100	—	9
632 01-6	011	Anteilige Erstattung der Kosten der zentralen Datenstelle der Landesfinanzminister in Bonn	—	114.000	114.000	—	107
632 02-4	011	Anteilige Erstattung der Kosten der Informationszentrale für den Steuerfahndungsdienst in Wiesbaden	—	20.000	20.000	—	18
632 03-2	018	Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Land Baden-Württemberg	—	22.800	22.800	—	20
681 01-7	011	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	0
681 52-1	144	Auslobung von Laves-Reisestipendien * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 01.	—	—	—	—	—
685 01-2	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	—	—	—	—
811 01-8	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	75
811 11-5	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.	—	—	—	—	89
812 15-4	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
812 19-7	011	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	—
981 04-5	990	Abführung an 13 21 - 381 04	—	1.423.900	—	+1.423.900	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 96		Reformdividende	(—)	(—)	(—)	(—)	(317)
429 96-2	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	95
547 96-5	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	155
711 96-0	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 96-0	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	67
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechniken	(—)	(2.986.700)	(1.330.000)	(+1.656.700)	(2.566)
513 99-8	011	Post- und Fernmeldegebühren	—	44.900	44.900	—	8
515 99-0	011	Geräte und Ausstattungsgegenstände für die maschinelle Aufbereitung - Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung -	—	200.000	200.000	—	296
518 99-0	011	Mieten und Pachten	—	171.600	171.600	—	141
522 99-7	016	Verbrauchsmittel	—	25.000	25.000	—	41
525 99-6	011	Aus- und Fortbildung	—	116.300	47.200	+69.100	85
538 99-0	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	1.599.100	11.500	+1.587.600	1.681
671 99-2	011	Erstattungen für das Juristische Informationssystem	—	9.700	9.700	—	5
812 99-5	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	820.100	820.100	—	309

ERLÄUTERUNGEN

Zu 632 01

Die Finanzminister der Länder haben durch Vereinbarung vom 29. 4. 1971 eine zentrale Datenstelle in Berlin mit dem Zweck errichtet, die Landesfinanzminister durch die Sammlung und Aufbereitung finanzpolitisch bedeutsamer Daten zu beraten und zu unterstützen. Veranschlagt ist der für das Haushaltsjahr auf das Land entfallende Kostenanteil.

Darüber hinaus haben die Finanzminister und Finanzsenatoren der Länder beschlossen, die Personalkosten für Geschäftsführung der Finanzministerkonferenz gemeinsam zu finanzieren. Die Kosten werden nach dem „Königsteiner Schlüssel“ aufgeteilt und über die Zentrale Datenstelle abgerechnet.

Zu 632 02

Das hessische Finanzministerium hat für die Finanzminister und -senatoren der Länder in Wiesbaden eine Informationszentrale für den Steuerfahndungsdienst eingerichtet. Sie hat die Aufgabe, den Ländern Auskunft über Steuerstraftäter und Tätermerkmale zu geben. Sie nimmt Informationen der Länder entgegen, wertet diese aus und gibt den Ländern auf Anfrage Auskunft.

Nach der zwischen den Ländern abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung werden die Kosten auf die Länder nach dem „Königsteiner Schlüssel“ aufgeteilt.

Zu 632 03

Auf Beschluß der Länderarbeitsgemeinschaft – Hochbau (LAG-Hochbau) vom 20./21. 4. 1975 sind die Planungs- und Kostendaten der Hochbaumaßnahmen von in den einzelnen Ländern geplanten und fertiggestellten großen Baumaßnahmen zentral bei der „Informationsstelle Wirtschaftliches Bauen“ (IWB) in Freiburg zu sammeln und auszuwerten. Die Maßnahme dient der Rationalisierung bei der Planung und Durchführung von Hochbaumaßnahmen. Die Kosten werden nach dem Vorläufigen Königsteiner Schlüssel auf die einzelnen Länder verteilt. Veranschlagt ist der voraussichtlich auf das Land Niedersachsen entfallende Anteil.

Zu 981 04

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 99

Ausgaben für die Datenverarbeitungsanlagen.

513 99

1. Postgebühren	—	DM
2. Fernmeldegebühren	29 000	DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	—	DM
4. Einmalige Gebühren für die Verlegung usw. von Fernmeldeanlagen	15 900	DM
5. Rundfunk- und Fernsehgebühren	—	DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	—	DM
Zusammen	44 900	DM

515 99

Instandhaltungs-(Wartungs-)kosten für Geräte der Informationsverarbeitung.

518 99

1. Diensträume und -gebäude	—	DM
2. Wohnungen und Wohngebäude	—	DM
3. Unbebaute Grundstücke	—	DM
4. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	171 600	DM
Zusammen	171 600	DM

522 99

1. Ausdruckpapier, Vordrucke	25 000	DM
2. Magnetbandkassetten, Drucktücher	—	DM
3. Sonstiges Verbrauchsmaterial	—	DM
Zusammen	25 000	DM

671 99

Kosten des Anschlusses an das Juristische Informationssystem (JURIS).

812 99

Einrichtung von APC- und Netzwerkarbeitsplätzen 820 100 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 04 01					
		1 Eigene Einnahmen		646.700	739.000	–92.300	
		2 Übertragungseinnahmen		51.000	111.000	–60.000	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		697.700	850.000	–152.300	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	66.225.200	65.949.000	+276.200	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	4.231.500	2.456.000	+1.775.500	
		6 Übertragungsausgaben	—	166.500	166.500	—	
		7 Bauausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	820.100	820.100	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.423.900	—	+1.423.900	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	72.867.200	69.391.600	+3.475.600	
		Zuschuss		72.169.500	68.541.600	+3.627.900	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		6.933.000	6.256.500		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		79.800.200	75.648.100		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		79.102.500	74.798.100		

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0402 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
271 02-5	016	Tagungsgebühren für den überregionalen Erfahrungsaustausch „Verwaltungsreform - Kosten- und Leistungsrechnung“ * Vgl. K-Vermerk zu 525 66.		—	—	—	19
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 66		Kosten für landesweite Maßnahmen im Bereich der Neuen Steuerungsinstrumente und der Personalkostenbudgetierung *** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe 66 im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. Deckungsfähig zu Lasten Kap. 0202 TGr.66 und Kap. 0302 TGr. 76/97 sowie deckungsfähig zugunsten Kap. 0202 TGr. 66 und Kap. 0302 TGr. 76/97 bis zur Höhe von 4 Mio. DM.	(9.000.000) (12.000.000)	(10.123.100)	(13.994.700)	(–3.871.600)	(5.785)
429 66-4	016	Nicht aufteilbare Personalausgaben für den Gesamthaushalt * Übertragbar.	9.000.000 12.000.000	56.400	72.700	–16.300	25
459 66-0	016	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben * Übertragbar.	—	700	1.000	–300	—
513 66-5	016	Post- und Fernmeldegebühren * Übertragbar.	—	50.000	50.000	—	—
515 66-8	016	Geräte und Gebrauchsgegenstände * Übertragbar.	—	500.000	500.000	—	60
518 66-7	016	Mieten und Pachten * Übertragbar.	—	100.000	50.000	+50.000	33
525 66-3	016	Aus- und Fortbildung der Bediensteten * Übertragbar. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 271 02.	—	2.600.000	2.000.000	+600.000	396
538 66-8	016	Dienstleistungen Außenstehender * Übertragbar.	—	3.885.000	8.820.000	–4.935.000	4.703
547 66-7	016	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * Übertragbar.	—	1.000	1.000	—	16
682 66-1	016	Zuschüsse an Landesbetriebe zur Förderung von Projekten * Übertragbar.	—	500.000	500.000	—	164
812 66-2	016	Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Software * Übertragbar.	—	2.000.000	2.000.000	—	388
981 66-9	990	Abführung an 0314 - 381 01	—	430.000	—	+430.000	—
TGr. 77/78		Zentrale Aufgaben der IuK-Technik - Zentrale Aufgaben IZN, Koordinierungsstelle -IuK-, Innovationen - * Übertragbar.	(—)	(31.162.900)	(—)	(+31.162.900)	(13.398)
525 78-7	960	Aus- und Fortbildung	—	50.400	—	+50.400	12
538 77-3	960	Dienstleistungen Außenstehender	—	26.256.200	—	+26.256.200	13.136
538 78-1	960	Dienstleistungen Außenstehender	—	4.856.300	—	+4.856.300	250
547 77-2	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
547 78-0	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	0
812 77-8	960	Erwerb von Geräten, Software etc.	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 66

Im Rahmen der Staatsmodernisierung soll durch das Aufgabengebiet „Neue Steuerungsinstrumente in der niedersächsischen Landesverwaltung“ der Einführungsprozeß u. a. der Personalkostenbudgetierung und der Kosten- und Leistungsrechnung koordiniert, gesteuert und unterstützt werden.

Zu 429 66

Für die Implementierung der erforderlichen Software, für den Erwerb von Lizenzen und Schulungsmaßnahmen durch Dritte wurden Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht:

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch gen. VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	5 000 000	5 000 000	—	10 000 000
2002	—	5 000 000	5 000 000	10 000 000
2003	—	2 000 000	2 000 000	4 000 000
2004 ff.	—	—	2 000 000	2 000 000
Summe	5 000 000	12 000 000	9 000 000	26 000 000

Zu 513 66

Post- und Fernmeldegebühren u. a. für ISDN-Gebühren im Rahmen der Durchführung von Einzelprojekten.

Zu 515 66

Ersatz und Ergänzung von Geräten und Zubehör für die Einführung neuer Steuerungsinstrumente.

Zu 518 66

Mieten für Geräte u. a. für Teststellungen der Einzelprojekte sowie deren Instandhaltung.

Zu 525 66

Durchführung von Vortrags- und Schulungsveranstaltungen für Bedienstete der Landesverwaltung.

Zu 538 66

Beratung, Unterstützung bei der Verwaltungsabwicklung, Begleitung bzw. Durchführung von Einzelprojekten in der Landesverwaltung. Für Dienstleistungen des IZN sind Mittel in Höhe von 2 Mio. DM veranschlagt.

Zu 682 66

Zuschüsse an Landesbetriebe für die Einführung neuer Steuerungsinstrumente.

Zu 812 66

Erwerb von Geräten und Software für die Personalkostenbudgetierung und die Kosten- und Leistungsrechnung in der Landesverwaltung.

Zu 981 66

Abführung an das Studieninstitut des Landes Niedersachsen (SiN) für betriebswirtschaftliche Veranstaltungen.

Zu Titelgruppe 77/78

In dieser Titelgruppe sind die Kosten für die zentralen Aufgaben auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnik zusammengefasst. Die zentralen Aufgaben der Informations- und Kommunikationstechnik lassen sich in zwei große Teilbereiche aufgliedern:

1. Netzdienste
2. Koordinierungsstelle -IuK-

Zu 1: Netzdienste

Unter dem Oberbegriff Netzdienste sind die Kosten zusammengefasst, die in den Bereichen Datendienst, Fernsprechkdienste und izn-net anfallen. Es ist geplant, diese Bereiche so auszuweiten, dass in den nächsten Jahren jeder Büroarbeitsplatz in der niedersächsischen Landesverwaltung an das izn-net angeschlossen wird und die darin zur Verfügung stehenden Funktionalitäten nutzen kann.

Zu 2: Koordinierungsstelle -IuK-

Die Koordinierungsstelle -IuK- ist zuständig für die ressortübergreifende Koordinierung des Einsatzes der IuK-Technik in der Landesverwaltung. Hier wurden die Kosten veranschlagt, die sich für ressortübergreifende Projekte und Aufgaben ergeben. Es handelt sich hierbei vorrangig um Kosten für Beratungstätigkeiten.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0402 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
812 78-6	960	Erwerb von Geräten, Software etc.	—	—	—	—	—
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommuni- kationstechniken (Projekt P 53) * Übertragbar. ***Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur mit Einwilligung des MF geleistet werden.	(—)	(62.725.800)	(77.971.000)	(–15.245.200)	(77.883)
429 99-0	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben für den Gesamthaushalt	—	556.500	542.600	+13.900	6
462 99-8	981	Globale Minderausgaben im Personalbereich für den Gesamthaushalt	—	—	—	—	—
513 99-1	960	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	—	—	—
515 99-4	960	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	278.400	–278.400	2
518 99-3	960	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—
522 99-0	960	Verbrauchsmittel	—	—	—	—	1.878
525 99-0	960	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	6.750.000	9.680.000	–2.930.000	6.123
535 99-5	960	Unterhaltung von Geräten	—	—	—	—	993
538 99-4	960	Dienstleistungen Außenstehender	—	33.227.500	20.800.000	+12.427.500	13.531
547 99-3	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	100.000	350.000	–250.000	1.602
549 99-6	989	Globale Minderausgaben bei laufenden Verfahren für den Gesamthaushalt	—	—	—	—	—
712 99-4	960	Verbesserung der Infrastruktur ***Gegenseitig deckungsfähig: VE 1998 bei 712 99 und VE 1998 bei 812 99.	—	6.500.000	23.200.000	–16.700.000	11.140
812 99-9	960	Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegen- ständen und Software ***Vgl. D-Vermerk zu 712 99.	—	15.591.800	23.120.000	–7.528.200	42.608
Abschluss Kapitel 04 02							
2 Übertragungseinnahmen				—	—	—	
Summe der Einnahmen				—	—	—	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			9.000.000	613.600	616.300	–2.700	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			12.000.000	—	—	—	
6 Übertragungsausgaben			—	78.376.400	42.529.400	+35.847.000	
7 Bauausgaben			—	500.000	500.000	—	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	6.500.000	23.200.000	–16.700.000	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	17.591.800	25.120.000	–7.528.200	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			9.000.000 12.000.000	104.011.800	91.965.700	+12.046.100	
Zuschuss				104.011.800	91.965.700	+12.046.100	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 99

Im Rahmen der Staatsmodernisierung ist durch das Projekt „Aufbau eines neuen integrierten Haushaltswirtschaftssystem (P 53)“ die Automation der Haushaltswirtschaft des Landes ausgebaut worden. Erforderlich ist neben der flächendeckenden Einführung der Standardsoftware BaanPPM die Schaffung der technischen Rahmenbedingungen an allen Arbeitsplätzen mit Haushaltsvollzugsaufgaben und an zentraler Stelle bis Ende 2001 der Ausbau der erforderlichen Datenverbindungen und die Ausbildung der Bediensteten.

Zu 525 99

Kosten der Aus- und Fortbildung der Bediensteten (Grund-, Spezial- und Nachschulung der mit Haushaltsvollzugsaufgaben betrauten Bediensteten).

Zu 538 99

Betriebskosten des Informatik-Zentrums Niedersachsen (insbesondere für den Betrieb der Datenverbindungen), landesspezifische Anpassungen, Beratungsleistungen, Kosten der Softwarepflege.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	29 088 000	—	29 088 000
2002	31 084 000	—	31 084 000
2003	31 784 000	—	31 784 000
2004	31 784 000	—	31 784 000
Summe	123 740 000	—	123 740 000

Zu 712 99

Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Errichtung eines Landesdatennetzes und der Einrichtung lokaler Netze in den betroffenen Dienststellen.

Zu 812 99

Ausstattung der anordnenden Stellen mit lokaler Hard- und Software

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
112 01-7	016	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		1.000	1.000	—	—
113 01-3	016	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		5.000	5.000	—	2
119 46-1	016	Ersatzleistungen		5.000	10.000	-5.000	2
119 51-8	016	Vermischte Einnahmen		50.000	12.000	+38.000	226
124 01-5	016	Mieten und Pachten		10.000	10.000	—	31
132 01-8	016	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		10.000	28.000	-18.000	16
256 01-9	016	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-6	016	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	40.894.100	36.443.600	+4.450.500	26.868
422 19-9	016	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-5	016	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	9.829
426 01-1	016	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	2.806
427 39-5	016	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	79.000	-79.000	—
453 01-9	016	Trennungsgeld für abgeordnete oder ver- setzte Bedienstete und Umzugskostenver- gütungen	—	15.000	50.000	-35.000	15
511 01-9	016	Geschäftsbedarf	—	139.900	139.900	—	135
512 01-5	016	Bücher und Zeitschriften	—	260.600	236.000	+24.600	270
513 01-1	016	Post- und Fernmeldegebühren	—	238.000	282.000	-44.000	210
514 01-8	016	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	246.000	278.800	-32.800	246
515 01-4	016	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	35.000	35.000	—	33
515 02-2	016	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	52.800	52.800	—	58
516 01-0	016	Dienst- und Schutzkleidung	—	4.000	4.000	—	3
517 01-7	016	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	180.000	180.000	—	153
517 19-0	016	Reinigungskosten	—	280.000	280.000	—	290
517 59-9	016	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	543.000	631.800	-88.800	503
518 01-3	016	Mieten und Pachten	—	569.000	320.000	+249.000	385
519 03-6	016	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	5.000	5.000	—	5
526 01-6	016	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	40.000	40.000	—	45
527 01-2	016	Reisekostenvergütungen	—	396.000	350.000	+46.000	372
527 03-9	016	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Perso- nalvertretungsangelegenheiten u. in Vertre- tung der Interessen der Schwerbehinderten	—	40.000	40.000	—	46
527 04-7	016	Reisekostenpauschbeträge; Bewegungsgelder	—	1.900	1.900	—	1
529 01-5	016	Zur Verfügung des Oberfinanzpräsidenten	—	1.000	1.000	—	1
531 03-6	016	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	15.000	15.000	—	12
537 01-8	016	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	10.000	10.000	—	—
538 02-2	016	Dienstleistungen Außenstehender	—	50.000	40.000	+10.000	46

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 04 05

Es ist vorhanden: Oberfinanzdirektion Hannover mit den Besitz- und Verkehrsteuerabteilungen Hannover und Oldenburg als Mittelins-tanz für 68 Finanzämter und die Landesfinanzschule Niedersachsen.

Zu 113 01

1. Geräte	2 100 DM
2. Maschinen	2 600 DM
3. Ausstattungsgegenstände	100 DM
4. Akten, Drucksachen und dgl.	200 DM
Zusammen	5 000 DM

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	5 500 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	3 800 DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	300 DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	— DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	400 DM
Zusammen	10 000 DM

Zu 422 01, 422 19, 425 01 und 426 01

Haushaltsjahr 2001:

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 521,00 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nach- richtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	323,00	323,00	—	348
Angestellte	160,00	160,00	—	162
Lohnempfänger/ -innen	38,00	37,00	1,00	50
Insgesamt	521,00	520,00	1,00	560

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 40 894 100 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Ober- gruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	40 894 100
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	146 800
43	Versorgungsbezüge	9 047 300
44	Beihilfen, Unterstützungen	1 406 100
45	Personalbezogene Sachausgaben	15 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	1 080 300
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—

Summe der Personalausgaben im Kapitel 52 589 600

In dem Personalkostenbudget sind enthalten:

Lehrzulagen 900 DM

Der Leiter der Arbeitsgemeinschaft der Regie-rungsassessoren erhält eine Lehrzulage von monatl. 62,50 DM bis 125 DM gem. RdErl. des MF v. 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fas-sung.

Die Lehrzulage gilt bis zur Höhe von mtl. 75 DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtli-cher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuer-freie Aufwandsentschädigung i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Der Oberfinanzpräsident ist zugleich Bundes- und Landesbeamter. Seine Planstelle ist sowohl im Bundes- als auch im Landeshaushalt ausgebracht. Er wird jedoch nach den besoldungsrechtlichen Vor-schriften des Bundes besoldet. Die Bezüge des Oberfinanzpräsi-den-ten werden vom Bund und vom Land je zur Hälfte getragen.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für 7 Landesbedienstete	12 000 DM
2. Umzugskostenvergütungen für 1 Landesbediensteten	3 000 DM
Zusammen	15 000 DM

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	22 000 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	91 000 DM
3. Bekanntmachungen	9 000 DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	17 900 DM
Zusammen	139 900 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	94 000 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	159 000 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	6 000 DM
4. Buchbinderkosten	1 600 DM
Zusammen	260 600 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	105 000 DM
2. Fernmeldegebühren	122 000 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	5 200 DM
4. Einmalige Gebühren für die Ver- legung usw. von Fernmeldeanlagen	1 500 DM
5. Rundfunk- und Fernsehgebühren	1 500 DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	2 800 DM
Zusammen	238 000 DM

Zu 514 01

1. Betriebsstoffe	153 000 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	78 000 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	11 000 DM
4. Sonstiges	4 000 DM
Zusammen	246 000 DM

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	22	22	22

Zu 515 02

1. Dienstzimmerausstattungen	30 000 DM
2. Büromaschinen	1 000 DM
3. Wirtschaftsgüter	12 000 DM
4. Werkstattausrüstungen	9 800 DM
Zusammen	52 800 DM

Zu 517 01

1. Wassergeld	35 000 DM
2. Grundbesitzabgaben	42 000 DM
3. Bewachungskosten	61 000 DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	38 500 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	3 500 DM
Zusammen	180 000 DM

Zu 518 01

1. Diensträume und -gebäude	329 000 DM
2. Wohnungen und Wohngebäude	— DM
3. Unbebaute Grundstücke	— DM
4. Geräte und Maschinen	240 000 DM
Zusammen	569 000 DM

Belastung bei Kapitel 04 05

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2000	100 753	—	—	100 753
2001	50 546	—	—	50 546
Summe	151 299	—	—	151 299

Zu 526 01

1. (Amts)ärztliche und Röntgen- schirmbilduntersuchungen	24 000 DM
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungs- kosten für Verwaltungszwecke	— DM
3. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus	16 000 DM
Zusammen	40 000 DM

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	271 000 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private Kraftfahrzeuge	124 000 DM
3. Vorstellungsreisen	1 000 DM
Zusammen	396 000 DM

Zu 531 03

Die Mittel sind für Veranstaltungen vorgesehen, die das Ziel haben, die Bevölkerung über Aufgaben und Arbeitsweise der nieders. Steuerverwaltung zu unterrichten.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0405 Oberfinanzdirektion

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
541 01-5	016	Zuwendungen an Bedienstete zum Erwerb des Verwaltungs- und Wirtschaftsdiplooms	—	—	—	—	—
546 57-2	016	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden, die nicht versichert sind	—	10.000	10.000	—	4
546 59-9	016	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
681 01-1	016	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen ***Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.	—	20.000	20.000	—	9
811 01-2	016	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	114.800	392.500	-277.700	291
812 13-2	016	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	125.000	—	+125.000	125
812 15-9	016	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	90.000	98.700	-8.700	66
812 16-7	016	Erwerb von Maschinen und Einrichtungen zur Rationalisierung und Vereinfachung des Geschäftsbetriebes b. d. Oberfinanzdirektion	—	100.000	600.000	-500.000	214
981 04-0	990	Abführung an 13 21-381 04	—	5.026.700	—	+5.026.700	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Aus- und Fortbildung	(—)	(—)	(797.800)	(-797.800)	(140)
427 61-1	016	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte zur Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	—	242.800	-242.800	41
453 61-2	016	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Aus- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	2
524 61-7	016	Lehr- und Lernmittel	—	—	30.000	-30.000	20
525 61-3	016	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	525.000	-525.000	78
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechniken * Übertragbar.	(—)	(—)	(1.980.800)	(-1.980.800)	(898)
513 99-2	016	Post- und Fernmeldegebühren * Gegenseitig deckungsfähig: 0405 - 513 99, 0405 - 515 99, 0405 - 518 99, 0405 - 522 99, 0405 - 812 99, 0406 - 518 98, 0406 - 538 98, 0406 - 812 98, 0406 - 513 99, 0406 - 515 99, 0406 - 518 99, 0406 - 519 99, 0406 - 522 99, 0406 - 525 99, 0406 - 538 99, 0406 - 812 99, 0407 - 513 99, 0407 - 515 99, 0407 - 522 99, 0407 - 812 99, 0408 - 513 99, 0408 - 515 99 und 0408 - 522 99.	—	—	25.000	-25.000	7
515 99-5	016	Geräte und Gebrauchsgegenstände für die maschinelle Aufbereitung- Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung - * Vgl. D-Vermerk zu 0405 - 513 99.	—	—	379.200	-379.200	34
518 99-4	016	Mieten und Pachten * Vgl. D-Vermerk zu 0405 - 513 99.	—	—	392.600	-392.600	61
522 99-1	016	Verbrauchsmittel, insbes. Lochstreifen, Magnetbandkassetten, Drucktücher, Ausdruckpapier * Vgl. D-Vermerk zu 0405 - 513 99.	—	—	135.000	-135.000	54
812 99-0	016	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen * Vgl. D-Vermerk zu 0405 - 513 99.	—	—	1.049.000	-1.049.000	742

 ERLÄUTERUNGEN

Zu 811 01

Ersatzbeschaffungen:

2 VW-Kombi bis 2 400 ccm Hubraum

Listenpreis 90 500 DM

Sonderausstattungen 24 300 DM

Zusammen	<u>114 800 DM</u>

An Sonderausstattungen sind vorgesehen:

ABS, Lordosstütze, Radio, Klimaanlage

Zu 812 15

Ersatzbeschaffungen:

Zeiterfassungssystem 35 000 DM

Büromöbel 20 000 DM

Ausstattung Bibliothek 25 000 DM

Ergänzungsbeschaffungen:

Hebebühne 10 000 DM

Zusammen	<u>90 000 DM</u>

Zu 812 16

Ersatzbeschaffungen:

IuK-gerechte Büroausstattung für

Ausstattung Bibliothek 100 000 DM**Zu 981 04**

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für
Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0405 Oberfinanzdirektion

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 04 05					
		1 Eigene Einnahmen		81.000	66.000	+15.000	
		2 Übertragungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		81.000	66.000	+15.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	40.909.100	36.815.400	+4.093.700	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	3.117.200	4.440.000	-1.322.800	
		6 Übertragungsausgaben	—	20.000	20.000	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	429.800	2.140.200	-1.710.400	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	5.026.700	—	+5.026.700	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	49.502.800	43.415.600	+6.087.200	
		Zuschuss		49.421.800	43.349.600	+6.072.200	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		9.047.300	8.267.900		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		58.550.100	51.683.500		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		58.469.100	51.617.500		

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 02-2	016	Säumniszuschläge und Verspätungszuschläge		130.000.000	108.000.000	+22.000.000	120.782
111 11-1	016	Verwaltungsgebühren		5.500.000	5.300.000	+200.000	5.468
111 45-6	016	Gebühren nach dem Steuerberatungsgesetz		55.000	35.000	+20.000	62
112 01-0	016	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		12.000.000	11.000.000	+1.000.000	11.343
113 01-7	016	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		10.000	10.000	—	24
119 01-5	016	Einnahmen aus Nebentätigkeit		—	—	—	2
119 31-7	016	Einnahmen aus Veröffentlichungen		1.000	1.000	—	—
119 41-4	016	Rückzahlung von Überzahlungen		80.000	100.000	–20.000	72
119 46-5	016	Ersatzleistungen		450.000	450.000	—	569
119 51-1	016	Vermischte Einnahmen		1.930.000	2.200.000	–270.000	1.929
121 01-0	869	Ablieferungen aus behördeneigenen Küchen- und Kantinenbetrieben		—	—	—	—
124 01-9	016	Mieten und Pachten		150.000	160.000	–10.000	161
132 01-1	016	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		10.000	3.000	+7.000	1
132 02-0	016	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen		15.000	5.000	+10.000	71
232 01-6	016	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch das Land Sachsen-Anhalt		200.000	1.000.000	–800.000	705
256 01-2	016	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		30.000	40.000	–10.000	30
271 01-1	016	Erstattung der Kosten für die Verwaltung der Kirchensteuer		60.300.000	58.900.000	+1.400.000	57.779
271 02-0	016	Erstattung der Kosten für die Verwaltung der Landwirtschaftskammerbeiträge		2.200.000	2.200.000	—	2.190
271 03-8	016	Erstattung sonstiger Verwaltungskosten		320.000	380.000	–60.000	311
381 01-1	990	Zuführung von 13 99-981 02		8.208.000	6.840.000	+1.368.000	6.840
		A U S G A B E N					
422 01-0	016	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	738.355.100	718.096.700	+20.258.400	554.045
422 19-2	016	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 41-9	016	Anwärterbezüge	—	14.332.800	13.063.400	+1.269.400	13.257
425 01-9	016	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	165.743
426 01-5	016	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	9.042
426 03-1	016	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	190
426 41-4	016	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
426 51-1	016	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	10.000	10.000	—	—
427 01-1	016	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	—	657.100	3.747.100	–3.090.000	466
427 39-9	016	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	131.000	374.500	–243.500	131
453 01-2	016	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	450.000	350.000	+100.000	518
459 04-5	016	Vergütungen für Beamte im Vollstreckungsdienst	—	610.000	600.000	+10.000	578
511 01-2	016	Geschäftsbedarf	—	5.156.000	5.400.000	–244.000	5.146

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 04 06

Es sind vorhanden: 57 Veranlagungsfinanzämter, 7 Finanzämter für Großbetriebsprüfung und 4 Finanzämter für Fahndung und Strafsachen.

Mit Beginn des Haushaltsjahres 2001 wird bei den Finanzämtern Emden, Göttingen, Uelzen und Vechta als Pilotvorhaben für die Steuerverwaltung eine Teil-Sachkostenbudgetierung eingeführt. Durch die weitgehende Übertragung der Budget- und Kostenverantwortung bei ausgewählten Titeln der Hauptgruppen 4, 5 und 8 sollen die vier Finanzämter in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben effektiver zu erledigen und damit ihre Leistungsfähigkeit zu verbessern. Das Modellvorhaben dient dem Ziel, die Möglichkeiten einer Effizienzsteigerung bei der Haushaltswirtschaft (sparsame Verwendung von Haushaltsmitteln) durch

- die Zulassung größerer Flexibilität bei der Haushaltsführung und
- die Übertragung von Eigenverantwortung für ein Haushaltsbudget (Bewirtschaftung der verfügbaren Haushaltsmittel unter wirtschaftlicheren und bedarfsorientierteren Gesichtspunkten)

bei allen 68 niedersächsischen Finanzämtern im Rahmen einer späteren Voll-Sachkostenbudgetierung zu prüfen.

Für den Modellversuch gilt

- a) die in der Titelgruppe 75 für die vier Finanzämter veranschlagten Haushaltsmittel sind wie folgt aus den Titeln des Kapitels 04 06 nach hier verlagert worden:

von Titel	nach Titel der TGr. 75
427 01	427 75
511 01	511 75
512 01	512 75
513 01	513 75
514 01	514 75
515 01, 515 02	515 75
517 01, 517 19,	517 75
517 59, 519 03	
518 01	518 75
526 01, 526 02	526 75
527 01, 527 03, 527 04	527 75
538 02	538 75
516 01, 536 02,	547 75
544 01, 546 57,	
546 59	
812 13, 812 15, 812 16	812 75

- b) Die Ausgabeansätze der Titel der Hauptgruppen 5 und 8 sind innerhalb der Titelgruppe 75 gegenseitig deckungsfähig.
- c) Der Ausgabeansatz des Titels 427 75 ist einseitig deckungsfähig zugunsten der Titel der Hauptgruppen 5 und 8 der Titelgruppe 75.
- d) Bei Titel 812 75 wird zugelassen, dass von den Erläuterungen abgewichen werden kann.
- e) Für nicht verausgabte Haushaltsmittel der Titelgruppe 75 dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 90 v.H. in das Folgejahr übertragen und ohne Anrechnung auf die Ausgabeansätze des Folgejahres in Anspruch genommen werden dürfen. Die Deckungsfähigkeit gilt auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.

Zu 111 02

1. Säumniszuschläge	94 000 000 DM
2. Verspätungszuschläge	36 000 000 DM
Zusammen	130 000 000 DM

Zu 111 11

1. Vollstreckungskosten usw.	5 410 000 DM
2. Sonstige Gebühren und Auslagen	90 000 DM
Zusammen	5 500 000 DM

Zu 112 01

1. Erstattung von Prozesskosten	1 000 000 DM
2. Zwangsgelder wegen Nichtbefolgung steuerrechtlicher Anordnungen	5 500 000 DM
3. Bußgelder nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz	5 500 000 DM
Zusammen	12 000 000 DM

Zu 113 01

1. Geräte	4 000 DM
2. Maschinen	5 000 DM
3. Ausstattungsgegenstände	1 000 DM
4. Akten, Drucksachen und dgl.	— DM
Zusammen	10 000 DM

Zu 119 46

Schadenersatzleistungen, insbesondere von Versicherungsunternehmen.

Zu 119 51

1. Kassenüberschüsse	1 450 000 DM
2. Rückzahlungen von Kassenfehlbeträgen	— DM
3. Sonstiges	480 000 DM
Zusammen	1 930 000 DM

Bei den Kassenüberschüssen handelt es sich im wesentlichen um Steuererstattungen, die den Empfängern wegen unbekannten Aufenthalts nicht zugestellt werden können.

Zu 121 01

Nach den Erfolgsplänen der behördeneigenen Küchen- und Kantinenbetriebe bei den Finanzämtern Celle und Hannover-Mitte sind veranschlagt:

Erträge	136 000 DM
Aufwendungen	136 000 DM
Gewinn/Verlust	— DM

Etwaige erzielte Gewinne verbleiben den Betrieben, etwaige Verluste werden von den Betrieben getragen.

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	81 000 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	26 000 DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	500 DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	3 500 DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	39 000 DM
Zusammen	150 000 DM

Zu 132 02

Erlöse aus der Veräußerung von Geräten usw.

Mehreinnahmen aus dem Verkauf abgängiger Geräte.

Zu 232 01

Erstattung der Verwaltungsausgaben der Titelgruppe 70 und der steuerpflichtigen Aufwandsentschädigungen, die bei 422 01 und 425 01 verauslagt werden.

Zu 271 01

Veranschlagt sind 4 v. H. des Aufkommens an Kirchensteuer.

Zu 271 02

Veranschlagt sind 4,5 v. H. des Aufkommens an Landwirtschaftskammerbeiträgen.

Zu 271 03

Verwaltungskosten-Erstattung für

1. die Mitteilung der Gewerbesteuermessbeträge an die Industrie- und Handelskammern, Datenabgleich	50 000 DM
2. Sonstiges (zentrale Versendeanlage beim Finanzamt Gifhorn: Kostenerstattung durch die Länder Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein)	270 000 DM
Zusammen	320 000 DM

Zu 381 01

Erstattung der Personal- und Sachausgaben für den Spielbankenaufsichtsdienst.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 422 01, 422 19, 425 01, 426 01 und 426 03

Haushaltsjahr 2001:

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 11 042,23 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nach- richtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	8 528,61	8 528,61	—	8 875
Angestellte	2 363,72	2 363,72	—	2 460
Lohnempfänger/ -innen	149,90	134,01	15,89	156
Insgesamt	11 042,23	11 026,34	15,89	11 491

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 738 355 100 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Ober- gruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	738 355 100
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	18 572 500
43	Versorgungsbezüge	188 165 200
44	Beihilfen, Unterstützungen	25 923 900
45	Personalbezogene Sachausgaben	1 608 400
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	19 916 100
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		992 541 200

In den Personalkostenbudget sind enthalten:

Lehrzulagen für den Ausbildungsleiter für Regierungsassessoren im Betriebsprüfungsdienst sowie die Ausbildungsleiter für Anwärter des gehobenen und des mittleren Dienstes. Sie erhalten eine Lehrzulage von monatl. 31,25 DM bis 125 DM gem. RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung.

Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von mtl. 75 DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die bei den öffentlichen Spielbanken im Aufsichtsdienst eingesetzten Bediensteten der niedersächsischen Steuerverwaltung erhalten eine steuerfreie Aufwandsentschädigung in Höhe von monatlich 150 DM.

Zu 426 51

Für unabweisbar notwendig werdende Mehrarbeit im Bereich des Ressorts, insbesondere im Hausmeisterdienst und bei der Zentralen Versendeanlage des Finanzamts Gifhorn.

Zu 427 01

Veranschlagt sind Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte der Verg.-Gr. VIII.

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für
190 Landesbedienstete 319 000 DM
2. Umzugskostenvergütungen für
45 Landesbedienstete 131 000 DM

Zusammen 450 000 DM

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen
(z. B. Steuererklärungs-vordrucke) 4 030 000 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf 1 051 000 DM
3. Bekanntmachungen 32 000 DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf 43 000 DM

Zusammen 5 156 000 DM

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0406 Finanzämter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
512 01-9	016	Bücher und Zeitschriften	—	1.657.000	1.500.000	+157.000	1.751
513 01-5	016	Post- und Fernmeldegebühren	—	27.620.000	29.637.000	–2.017.000	27.396
514 01-1	016	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	48.000	96.900	–48.900	54
515 01-8	016	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	350.000	350.000	—	362
515 02-6	016	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	758.000	250.000	+508.000	308
516 01-4	016	Dienst- und Schutzkleidung	—	29.000	106.000	–77.000	18
517 01-0	016	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	1.870.000	2.100.000	–230.000	2.066
517 19-3	016	Reinigungskosten	—	4.278.000	4.476.000	–198.000	4.133
517 59-2	016	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	3.710.000	3.840.000	–130.000	3.875
518 01-7	016	Mieten und Pachten	—	9.200.000	10.672.000	–1.472.000	9.831
519 03-0	016	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	85.000	76.000	+9.000	96
526 01-0	016	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1.399.100	1.500.000	–100.900	1.524
526 02-8	016	Entschädigungen für die ehrenamtlichen Mitglieder des Gutachterausschusses und der Schätzungsausschüsse	—	227.000	250.000	–23.000	250
526 59-1	016	Sachverständige und ähnliche Kosten im Zusammenhang mit der Feststellung der Dienstfähigkeit	—	—	10.000	–10.000	3
527 01-6	016	Reisekostenvergütungen	—	9.314.000	8.930.000	+384.000	9.322
527 03-2	016	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	11.000	11.000	—	15
527 04-0	016	Reisekostenpauschbeträge; Bewegungsgelder	—	1.396.000	1.300.000	+96.000	1.363
536 02-3	016	Zeugenentschädigungen	—	6.600	6.600	—	6
537 01-1	016	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	163.000	163.000	—	84
538 02-6	016	Dienstleistungen Außenstehender	—	1.280.300	720.000	+560.300	1.011
544 01-8	016	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluß des Haushaltsjahres	—	—	—	—	—
546 57-6	016	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden, die nicht versichert sind	—	10.000	15.000	–5.000	3
546 59-2	016	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	400.000	380.000	+20.000	420
633 01-0	016	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Gemeinden	—	170.000	170.000	—	169
681 01-5	016	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen ***Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.	—	40.000	40.000	—	35
811 01-6	016	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	77.100	39.300	+37.800	54
812 13-6	016	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	2.515.000	1.200.000	+1.315.000	976
812 15-2	016	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	1.100.000	1.100.000	—	774
812 16-0	016	Erwerb von Maschinen und Einrichtungen zur Rationalisierung und Vereinfachung des Geschäftsbetriebes bei den Finanzämtern	—	1.183.000	2.425.000	–1.242.000	2.797
981 02-7	990	Abführung an 13 02-381 02	—	2.598.800	561.000	+2.037.800	1.402
981 04-3	990	Abführung an 13 21-381 04	—	28.825.400	—	+28.825.400	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	528 000 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	913 000 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	157 000 DM
4. Buchbinderkosten	59 000 DM
Zusammen	1 657 000 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	25 610 000 DM
2. Fernmeldegebühren	1 625 000 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	310 000 DM
4. Einmalige Gebühren für die Verlegung usw. von Fernmeldeanlagen	25 000 DM
5. Rundfunk- und Fernsehgebühren	1 000 DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	49 000 DM
Zusammen	27 620 000 DM

Zu 514 01

1. Betriebsstoffe	25 000 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	19 000 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	3 000 DM
4. Sonstiges	1 000 DM
Zusammen	48 000 DM

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	9	9	9

Zu 515 01

Wartungsgebühren und Reparaturkosten.

Zu 515 02

1. Dienstzimmerausstattungen	443 000 DM
2. Büromaschinen	206 000 DM
3. Wirtschaftsgeräte	69 000 DM
4. Werkstattausrüstungen	40 000 DM
5. Ausstattung von Amts- und Dienstwohnungen	— DM
Zusammen	758 000 DM

Zu 516 01

Dienst- und Schutzkleidung der Amtsboten, Hausmeister, Heizer, Kraftfahrer, Pförtner und des Bedienungspersonals von Vervielfältigungseinrichtungen; spezielle Sehhilfen i. S. des § 6 Abs. 2 BildscharbV.

Zu 517 01

1. Wassergeld	439 000 DM
2. Grundbesitzabgaben	833 000 DM
3. Bewachungskosten	98 000 DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	418 000 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	82 000 DM
Zusammen	1 870 000 DM

Zu 518 01

1. Diensträume und -gebäude	8 475 000 DM
2. Wohnungen und Wohngebäude	30 000 DM
3. Unbebaute Grundstücke	45 000 DM
4. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	650 000 DM
Zusammen	9 200 000 DM

Für die Miete von Finanzamtsdienstgebäuden sind Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht, und zwar:

Finanzamt Wolfenbüttel	20 373 100 DM
Finanzämter Westerstede, Goslar	28 512 000 DM
Finanzamt Lingen	5 100 000 DM
Finanzamt Nordenham	13 380 000 DM
Finanzamt Osnabrück-Land	2 013 400 DM

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2000	3 431 640	—	—	3 431 640
2001	3 431 640	—	—	3 431 640
2002	3 431 640	—	—	3 431 640
2003	3 431 340	—	—	3 431 340
2004	2 412 940	—	—	2 412 940
2005 bis				
2021	9 398 500	—	—	9 398 500
	25 537 700	—	—	25 537 700

Zu 526 01

1. (Amts)ärztliche und Röntgen-schirmbilduntersuchungen	246 100 DM
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	3 000 DM
3. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u.a. Parteikosten des Fiskus	1 150 000 DM
Zusammen	1 399 100 DM

Zu 526 02

1. Entschädigungen für die ehrenamtlichen Mitglieder des Gutachterausschusses gem. § 67 des Bewertungsgesetzes i.d.F. vom 26. 9. 1974 (BGBl. I S. 2369)	12 000 DM
2. Entschädigungen für die ehrenamtlichen Mitglieder der Schätzungsausschüsse gem. § 7 des Bodenschätzungsgesetzes vom 16.10.1934 (RGBl. I S. 1050)	214 000 DM
3. Für sonstige Sachverständige	1 000 DM
Zusammen	227 000 DM

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	2 364 000 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private Kraftfahrzeuge	6 950 000 DM
Zusammen	9 314 000 DM

Zu 527 04

Veranschlagt sind die Pauschvergütungen für die steuerliche Außenprüfung und die Steuerfahndung.

Die den Steuerfahndungsbeamten zu erstattenden Ermittlungsauslagen gelten in Höhe von 20 DM je Monat als Aufwandsentschädigung.

Zu 536 02

Veranschlagt sind Zeugenentschädigungen, die im Rahmen des Steuerstraf- und Bußgeldverfahrens anfallen.

Zu 546 59

Im wesentlichen Bankgebühren für nicht eingelöste Lastschriften im Einzugsermächtigungsverfahren (Rückscheckgebühren).

Zu 633 01

Kosten für Aushilfskräfte der Gemeinden im Zusammenhang mit der Bodenschätzung.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 811 01

Ersatzbeschaffungen:

2 Pkw bis 1 900 ccm Hubraum

Listenpreis 70 000 DM

Sonderausstattung 7 100 DM

Zusammen 77 100 DM

An Sonderausstattung sind vorgesehen:

Schlechtwegefahrwerk, Lordosstütze, Radio, Klimaanlage.

Zu 812 13

Ersatzbeschaffungen:

Telefonanlage für 16 Finanzämter 2 415 000 DM

Für Erweiterungen oder Teilerneuerungen 100 000 DM

Zusammen 2 515 000 DM

Zu 812 15

Ersatzbeschaffungen:

Zeiterfassungsgeräte 460 000 DM

Frankiermaschinen 94 500 DM

Küche/Kantinenausstattung 121 600 DM

Dienstzimmerausstattung 33 600 DM

Regale 25 300 DM

Schneeräum-/Kehrgeräte 12 000 DM

Zusammen 747 000 DM

Ergänzungsbeschaffungen:

Regalanlagen 257 000 DM

Gartentraktor 36 000 DM

Kantinenausstattung 60 000 DM

Zusammen 353 000 DM

Zu 812 16

Ersatzbeschaffungen:

Iuk-gerechte Büroausstattung 772 000 DM

Archivierungssystem 334 000 DM

Rollregale 35 000 DM

Zusammen 1 141 000 DM

Ergänzungsbeschaffungen:

Rollregale 42 000 DM

Zusammen 1 183 000 DM

Zu 981 02

Zuführung eingesparter Mieten zur Refinanzierung an den Grundstock für den Erwerb von Dienstgebäuden (Finanzamt Northeim – 1996/2008, Finanzamt Rotenburg (Wümme) – 1998/2012, Finanzamt für Großbetriebsprüfung Osnabrück – 2000/2003 und Finanzamt Göttingen – 1999/2013).

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch Kauf eines Dienstgebäudes			Gesamt- belastung DM
	in 1999 DM	in 2000 DM	in 2001 DM	
2001	2 421 800	177 000	—	2 598 800
2002	2 421 800	177 000	—	2 598 800
2003	2 421 800	82 000	—	2 503 800
2004	2 421 800	—	—	2 421 800
2005 bis 2013	18 836 400	—	—	18 836 400
Summe	28 523 600	436 000	—	28 959 600

Zu 981 04

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Aus- und Fortbildung	(—)	(2.226.800)	(929.000)	(+1.297.800)	(1.573)
427 61-5	016	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte zur Ausbildung, Fortbildung und Prüfung * <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 525 99.</i>	—	225.700	102.400	+123.300	192
453 61-6	016	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Aus- und Fortbildungslehrgängen * <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 525 99.</i>	—	548.400	233.600	+314.800	308
524 61-0	016	Lehr- und Lernmittel	—	50.000	—	+50.000	—
525 61-7	016	Aus- und Fortbildung der Bediensteten * <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 525 99.</i>	—	1.402.700	593.000	+809.700	1.073
TGr. 70		Personelle Verwaltungshilfe für das Land Sachsen-Anhalt	(—)	(170.000)	(750.000)	(–580.000)	(438)
453 70-5	016	Trennungsgeld für entsandte Bedienstete	—	—	100.000	–100.000	5
459 70-3	016	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
527 70-9	016	Reisekostenvergütungen	—	170.000	650.000	–480.000	433
TGr. 75		Ausgaben der Finanzämter Emden, Göttingen, Uelzen und Vechta im Rahmen des Modellversuchs einer Teil-Sachkostenbudgetierung * <i>Übertragbar.</i> *** <i>Der Titel 427 75 ist nur einseitig deckungsfähig zugunsten der übrigen Titel der Titelgruppe. Ausgabereste der Titelgruppe dürfen zu 90 v.H. in das Folgejahr übertragen und ohne Anrechnung auf die Ausgabeansätze des Folgejahres in Anspruch genommen werden. Beim Titel 812 75 wird zugelassen, daß von den Erläuterungen abgewichen werden kann.</i>	(—)	(3.536.500)	(—)	(+3.536.500)	(—)
427 75-5	016	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	240.000	—	+240.000	—
511 75-6	016	Geschäftsbedarf	—	44.000	—	+44.000	—
512 75-2	016	Bücher und Zeitschriften	—	43.000	—	+43.000	—
513 75-9	016	Post- und Fernmeldegebühren	—	1.224.000	—	+1.224.000	—
514 75-5	016	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	12.000	—	+12.000	—
515 75-1	016	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs-, Ausrüstungs- und sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	78.500	—	+78.500	—
517 75-4	016	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume einschl. Kosten für Reinigung, Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	750.000	—	+750.000	—
518 75-0	016	Mieten und Pachten	—	156.000	—	+156.000	—
526 75-3	016	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	288.000	—	+288.000	—
527 75-0	016	Reisekostenvergütungen; Reisekostenpauschbeträge; Bewegungsgelder	—	621.000	—	+621.000	—
538 75-1	016	Dienstleistungen Außenstehender	—	27.000	—	+27.000	—
547 75-0	016	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	31.000	—	+31.000	—
812 75-6	016	Erwerb von Maschinen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen; Ergänzung landeseigener Fernmeldeanlagen	—	22.000	—	+22.000	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 61

In dieser Titelgruppe sind ab 2001 die Kosten für die Aus- und Fortbildungslehrgänge der Kapitel 04 05 und 04 06 veranschlagt.

427 61

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des Rund-erlasses des MF vom 9. 8. 2000 (Nds. MBl. S. 568) in der jeweils geltenden Fassung erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 75 DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die Höhe der Prüfungsvergütung bemisst sich nach den vom MF erlassenen Richtlinien über die Vergütung von Prüfungstätigkeiten im Bereich der nieders. Landesverwaltung vom 9. 8. 2000 (Nds. MBl. S. 569).

25 v.H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

525 61

Ausbildung	162 000 DM
Fortbildung	1 240 700 DM
Zusammen	1 402 700 DM

Zu Titelgruppe 70

Die Verwaltungsausgaben werden durch das Land Sachsen-Anhalt erstattet. Hinweis auf 232 01.

Zu Titelgruppe 75

Für den Modellversuch zur Teil-Sachkostenbudgetierung sind in der neu eingerichteten Titelgruppe 75 die den vier Pilotfinanzämtern zur eigenverantwortlichen Verwendung zugewiesenen Ausgabemittel zusammengefasst veranschlagt.

Verteilung der Haushaltsansätze auf die Pilotfinanzämter:

Titel	Finanzamt Göttingen DM	Finanzamt Uelzen DM	Finanzamt Emden DM	Finanzamt Vechta DM	Haushalts- ansatz ins- gesamt DM
427 75	60 000	60 000	60 000	60 000	240 000
511 75	12 700	10 500	6 800	14 000	44 000
512 75	11 500	9 500	10 000	12 000	43 000
513 75	497 000	243 900	153 000	330 100	1 224 000
514 75	7 000	5 000	—	—	12 000
515 75	50 400	9 700	4 300	14 100	78 500
517 75	331 600	121 100	93 500	203 800	750 000
518 75	24 000	8 000	112 000	12 000	156 000
526 75	102 000	20 000	67 000	99 000	288 000
527 75	116 300	120 200	75 200	309 300	621 000
538 75	10 000	3 000	6 000	8 000	27 000
547 75	12 300	5 200	5 200	8 300	31 000
812 75	22 000	—	—	—	22 000
Summe	1 256 800	616 100	593 000	1 070 600	3 536 500

Zu 812 75

Ersatzbeschaffungen: Schneeräum- und Kehrgerät	22 000 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 88		Weiterer Ausbau der IuK- Technik in der nds. Steuerverwaltung (VDV II)	(—)	(—)	(—)	(—)	(1.054)
812 88-8	016	Erwerb von Geräten,Ausstattungs- und Ausrü- stungsgegenständen	—	—	—	—	1.054
981 88-4	990	Abführung an 20 35 - 381 01 * Übertragbar.	—	—	—	—	—
TGr. 94		Reformdividende aus dem Pilotprojekt Energiekosteneinsparung (LENI)	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 94-4	016	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 94-7	016	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	—
711 94-1	016	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 94-2	016	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 98		Weiterer Ausbau der IuK-Technik in der nds. Steuerverwaltung /(FISCUS) * Übertragbar.	(—)	(23.972.200)	(7.946.800)	(+16.025.400)	(13.480)
518 98-0	016	Mieten und Pachten * Vgl. D-Vermerk zu 0405 - 513 99.	—	3.637.600	2.006.800	+1.630.800	3.393
538 98-0	016	Dienstleistungen Außenstehender * Vgl. D-Vermerk zu 0405 - 513 99.	—	5.982.500	1.990.000	+3.992.500	3.091
812 98-5	016	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Aus- rüstungsgegenständen * Vgl. D-Vermerk zu 0405 - 513 99.	—	14.352.100	3.950.000	+10.402.100	6.995
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechniken * Übertragbar.	(—)	(39.738.700)	(25.183.200)	(+14.555.500)	(43.746)
513 99-6	016	Post- und Fernmeldegebühren * Vgl. D-Vermerk zu 0405 - 513 99.	—	128.500	54.800	+73.700	74
515 99-9	016	Geräte und Gebrauchsgegenstände für die maschinelle Aufbereitung - Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung - * Vgl. D-Vermerk zu 0405 - 513 99.	—	5.912.000	5.951.800	–39.800	7.262
518 99-8	016	Mieten und Pachten * Vgl. D-Vermerk zu 0405 - 513 99.	—	4.275.900	3.104.200	+1.171.700	5.442
519 99-4	016	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten * Vgl. D-Vermerk zu 0405 - 513 99.	—	327.000	244.400	+82.600	70
522 99-5	016	Verbrauchsmittel, insbes. Lochstreifen, Magnetbandkassetten, Drucktücher, Aus- druckpapier * Vgl. D-Vermerk zu 0405 - 513 99.	—	3.463.000	4.900.000	–1.437.000	2.870
525 99-4	016	Aus- und Fortbildung der Bediensteten * Einseitig deckungsfähig zugunsten 427 61, 453 61 und 525 61. Vgl. D-Vermerk zu 0405 - 513 99.	—	1.806.600	1.518.000	+288.600	1.241
538 99-9	016	Dienstleistungen Außenstehender * Vgl. D-Vermerk zu 0405 - 513 99.	—	17.828.400	6.402.000	+11.426.400	12.856
812 99-3	016	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen * Vgl. D-Vermerk zu 0405 - 513 99.	—	5.997.300	3.008.000	+2.989.300	13.932

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 94

An dem Pilotprojekt Energiekosteneinsparung (Leni) ist das Finanzamt Hannover-Mitte beteiligt.

Zu Titelgruppe 98

In dieser Titelgruppe werden die IuK-Kosten veranschlagt, die durch das Bund/Länder-Projekt FISCUS verursacht werden.

FISCUS (Föderales Integriertes Standardisiertes Computer Unterstütztes Steuersystem) ist ein Gemeinschaftsprojekt auf der Basis eines Verwaltungsabkommens der 16 deutschen Länder und des Bundes mit dem Ziel, arbeitsteilig eine Neukonzeption und Neuentwicklung der Automationsunterstützung in der Steuerverwaltung durchzuführen.

Die Automationsunterstützung umfasst die den Steuerverwaltungen der Länder gesetzlich zugewiesenen Aufgaben, insbesondere alle Vorgänge des Besteuerungsverfahrens einschließlich der steuerlichen Nebenleistungen und des Strafsachen- und Bußgeldverfahrens in den Finanzämtern, Oberfinanzdirektionen und Oberste Finanzbehörden (ohne Haushalts- und Personalwesen).

518 98

Lizenzen FISCUS, Datenbank, Mail 3 637 600 DM

538 98

Beratungsleistungen 5 982 500 DM

812 98

Geräte und Maschinen 14 352 100 DM

Zu Titelgruppe 99

In dieser Titelgruppe – hinsichtlich des Projekts FISCUS in der TGr. 98 – werden ab 2001 die Ausgaben für die automatisierte Datenverarbeitung in der niedersächsischen Steuerverwaltung (Kapitel 04 05, 04 06 und 04 07) zusammengefasst.

Dazu zählen insbesondere

- die Kosten für die Produktionsstätten Hannover und Lüneburg,
- die Kosten für Betrieb und Unterhaltung der ADV-Anlagen und Geräte in den Finanzämtern sowie in den Fachreferaten der Oberfinanzdirektion,
- die Kosten für die Leistungen des IZN,
- die Kosten für die Verbrauchsmaterialien, die im Rahmen der automatisierten Verfahren benötigt werden und
- die Kosten, die für IuK-Aus- und Fortbildung der Bediensteten entstehen.

Mit Hilfe der Datenverarbeitung werden die Finanzämter von den automatisierten Arbeiten auf den Gebieten der Steuerfestsetzung und der Steuererhebung im Interesse eines rationelleren Personaleinsatzes entlastet. Aus dem Bereich der Steuerfestsetzung werden die meisten Aufgaben im automatisierten Verfahren durchgeführt.

Das Steuererhebungsverfahren, das ein ständiges Verbundnetz von Datenfernübertragungsleitungen zwischen Finanzämtern und dem Großrechner beim IZN voraussetzt, wird für sämtliche Finanzämter automatisiert durchgeführt.

Mittels eines Datenerfassungs- und Dialogsystems (VDV II-System) wird Computerleistung direkt am Arbeitsplatz verfügbar gemacht und die Auskunftsbereitschaft der Finanzämter verbessert.

515 99

1. Maschinen und Geräte	1 493 400 DM
2. Reparaturkosten	767 500 DM
3. Wartungskosten	3 651 100 DM
Zusammen	5 912 000 DM

518 99

Softwareüberlassung und Pflege 4 275 900 DM

522 99

1. Papier, Vordrucke	2 148 000 DM
2. Verbrauchsmaterial	1 315 000 DM
Zusammen	3 463 000 DM

525 99

Aus- und Fortbildung 1 806 600 DM

538 99

1. Umsetzung/Entsorgung	50 000 DM
2. Beratung Softwareentwicklung	2 300 000 DM
3. Inanspruchnahme IZN	15 478 400 DM

Zusammen 17 828 400 DM

812 99

Maschinen und Geräte 5 997 300 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 04 06 1 Eigene Einnahmen 2 Übertragungseinnahmen 3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen Summe der Einnahmen 4 Persönliche Verwaltungsausgaben 5 Sächliche Verwaltungsausgaben 6 Übertragungsausgaben 7 Bauausgaben 8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen 9 Besondere Finanzierungsausgaben Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben Zuschuss Nachrichtlich: Anteil an den Versorgungsausgaben Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		 150.201.000 63.050.000 8.208.000 221.459.000 755.560.100 117.226.700 210.000 — 25.246.500 31.424.200 — 929.667.500 708.208.500 188.165.200 1.117.832.700 896.373.700	 127.264.000 62.520.000 6.840.000 196.624.000 736.677.700 99.204.500 210.000 — 11.722.300 561.000 848.375.500 651.751.500 182.804.100 1.031.179.600 834.555.600	 +22.937.000 +530.000 +1.368.000 +24.835.000 +18.882.400 +18.022.200 — — +13.524.200 +30.863.200 +81.292.000 +56.457.000 	

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 24-8	016	Einnahmen für Unterkunft in der Landes- finanzschule		93.600	75.400	+18.200	68
119 26-4	016	Einnahmen für Verpflegung in der Landesfinanzschule		240.300	169.000	+71.300	145
119 51-5	016	Vermischte Einnahmen		2.000	2.000	—	35
124 01-2	016	Mieten und Pachten		20.000	17.500	+2.500	19
		A U S G A B E N					
422 01-3	016	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	2.520.900	2.604.200	–83.300	1.067
422 19-6	016	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-2	016	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	437
425 03-9	016	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 41-1	016	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
426 01-9	016	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	998
427 01-5	016	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	—	7.000	7.000	—	—
427 02-3	016	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	—	—	—	—	—
427 31-7	016	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	5.100	5.100	—	1
427 39-2	016	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	9.600	–9.600	—
453 01-6	016	Trennungsgeld für abgeordnete oder ver- setzte Bedienstete und Umzugskostenver- gütungen	—	3.000	3.000	—	—
453 11-3	016	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbil- dungslehrgängen	—	105.800	77.200	+28.600	119
511 01-6	016	Geschäftsbedarf	—	4.000	4.000	—	2
512 01-2	016	Bücher und Zeitschriften	—	3.300	3.300	—	2
513 01-9	016	Post- und Fernmeldegebühren	—	8.600	8.600	—	8
515 01-1	016	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	7.600	7.600	—	9
515 02-0	016	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	134.400	25.800	+108.600	18
516 01-8	016	Dienst- und Schutzkleidung	—	1.100	1.100	—	1
517 01-4	016	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	80.700	80.700	—	69
517 19-7	016	Reinigungskosten	—	72.800	72.800	—	59
517 59-6	016	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	144.000	144.000	—	142
518 01-0	016	Mieten und Pachten	—	53.000	3.000	+50.000	5
519 02-5	016	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	3.800	3.800	—	8
519 03-3	016	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1.100	1.100	—	1
522 01-8	016	Verpflegungskosten für Lehrgangsteilneh- mer, die in den Schulen verpflegt werden ** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO. Das Verpflegungsgeld ist nach der tat- sächlichen Verpflegungsstärke und dem	—	255.200	251.600	+3.600	207

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 04 07

Es ist vorhanden: 1 Landesfinanzschule (LFS) in Bad Eilsen für die Ausbildung der Anwärter des mittleren Dienstes und für die Fortbildung der Bediensteten der Steuerverwaltung (mit internatsmäßiger Unterbringung und Verpflegung).

Zu 119 24

Einnahmen aus der entgeltlichen Bereitstellung von Unterkünften für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und für Aufstiegsbeamte während der Einführungszeit sowie für sonstige Personen.

Zu 119 26

Einnahmen aus der entgeltlichen Bereitstellung von Verpflegung für den zu 119 24 genannten Personenkreis.

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	15 500 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	— DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	— DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	— DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	4 500 DM
Zusammen	20 000 DM

Zu 5.: Pacht für die behördeneigene

Kantine,	
geschätzter Jahresumsatz	90 000 DM
davon 5% Pacht	4 500 DM

Zu 422 01, 422 19, 425 01, 425 03 und 426 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 35,08 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	12,24	12,24	—	13
Angestellte	7,12	7,12	—	7
Lohnempfänger/-innen	15,72	7,22	8,50	9
Insgesamt	35,08	26,58	8,50	29

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 2 520 900 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	2 520 900
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	17 800
43	Versorgungsbezüge	349 600
44	Beihilfen, Unterstützungen	87 100
45	Personalbezogene Sachausgaben	108 800
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	67 000
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe Personalausgaben im Kapitel		3 151 200

In dem Personalkostenbudget sind enthalten:

Lehrzulagen für	
a) die Leiterin/den Leiter der Landesfinanzschule*)	1 500 DM
b) die hauptamtlichen Lehrer an der Landesfinanzschule – je 1 125 DM – *)	11 300 DM
Zusammen	12 800 DM

Die Lehrzulagen für hauptamtliche Lehrkräfte gelten gem. Abschn. I Nr. 4 der LehrzRL v. 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung als steuerfreie Aufwandsentschädigung i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

*) RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 427 01

Vergütung für die Betreuung von Kindern, wenn Bedienstete mit Familienaufgaben an Fortbildungsveranstaltungen in der LFS teilnehmen.

Zu 427 31

Veranschlagt sind:

1. Lehrvergütungen	2 250 DM
2. Prüfungsvergütungen	2 850 DM
Zusammen	5 100 DM

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den auf Grund des Runderlasses des MF vom 9. 8. 2000 (Nds. MBl. S. 568) in der jeweils geltenden Fassung erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 75 DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die Höhe der Prüfungsvergütung bemisst sich nach den vom MF erlassenen Richtlinien über die Vergütung von Prüfungstätigkeiten im Bereich der nieders. Landesverwaltung vom 9. 8. 2000 (Nds. MBl. S. 569).

25 v.H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 453 11

Umzugskostenvergütungen und Trennungsgeld für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und für Aufstiegsbeamte während der Einführungszeit.

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	— DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	2 000 DM
3. Bekanntmachungen	— DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	2 000 DM
Zusammen	4 000 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	1 600 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	400 DM
3. Gesetz- und Verordnungsblätter	400 DM
4. Buchbinderkosten	900 DM
5. Büchereiaufwand für Personalunterkünfte und in Anstalten	— DM
Zusammen	3 300 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	1 000 DM
2. Fernmeldegebühren	5 600 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	— DM
4. Einmalige Gebühren für die Verlegung usw. von Fernmeldeanlagen	— DM
5. Rundfunk- und Fernsehgebühren	2 000 DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	— DM
Zusammen	8 600 DM

Zu 515 02

1. Dienstzimmerausstattungen	129 000 DM
2. Büromaschinen	— DM
3. Wirtschaftsgeräte	2 400 DM
4. Werkstattausrüstungen	3 000 DM
5. Ausstattung von Amts- und Dienstwohnungen	— DM
Zusammen	134 400 DM

 ERLÄUTERUNGEN

Zu 517 01

1. Wassergeld	20 600 DM
2. Grundbesitzabgaben	40 000 DM
3. Bewachungskosten	14 300 DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	2 900 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	2 900 DM
Zusammen	80 700 DM

Zu 518 01

1. Diensträume und -gebäude	1 000 DM
2. Wohnungen und Wohngebäude	50 000 DM
3. Unbebaute Grundstücke	— DM
4. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	2 000 DM
Zusammen	53 000 DM

Zu 519 02

Wartungskosten der betrieblichen Einbauten (Unterrichtsmitschau-anlage, Lastenaufzüge, Alarmanlage u. ä.).

Zu 522 01

Verpflegungskosten werden mit 7,60 DM je
Verpflegungsteilnehmer pro Tag veranschlagt 255 200 DM

Die Einnahmen aus der Verpflegung für Beamte auf Widerruf im Vor-
bereitungsdienst und für Aufstiegsbeamte während der Ein-
führungszeit sind bei 119 26 veranschlagt.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0407 Landesfinanzschule Niedersachsen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 522 01-8		<i>festgesetzten Tagesverpflegungssatz zu berechnen.</i>					
522 02-6	016	Verpflegungskosten für sonstige Personen	—	3.000	3.000	—	2
522 31-0	016	Kleingeräte	—	3.700	3.700	—	1
524 02-9	016	Lehr- und Lernmittel	—	38.900	38.900	—	46
525 01-7	016	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	6.000	6.000	—	10
526 01-3	016	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	0
527 01-0	016	Reisekostenvergütungen	—	1.900	1.900	—	2
532 01-3	016	Unterkunftsgeräte und -spinnstoffe	—	11.000	11.000	—	3
538 02-0	016	Dienstleistungen Außenstehender	—	1.000	—	+1.000	—
546 57-0	016	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden, die nicht versichert sind	—	—	—	—	—
546 59-6	016	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	900	900	—	1
681 01-9	016	Schadensersatzleistungen und Unfallent- schädigungen ***Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.	—	—	—	—	—
812 13-0	016	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-6	016	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	39.500	40.500	-1.000	29
812 19-9	016	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	—
812 32-6	016	Erwerb von Unterkunftsgeräten und Spinn- stoffen	—	—	—	—	—
813 24-1	016	Erwerb von Lehr- und Lernmitteln	—	—	—	—	—
981 04-7	990	Abführung an 13 21-381 04	—	706.000	—	+706.000	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechniken	(—)	(—)	(13.000)	(-13.000)	(10)
513 99-0	016	Post- und Fernmeldegebühren * Vgl. D-Vermerk zu 0405 - 513 99.	—	—	—	—	—
515 99-2	016	Geräte und Gebrauchsgegenstände für die maschinelle Aufbereitung- Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung- * Vgl. D-Vermerk zu 0405 - 513 99.	—	—	10.000	-10.000	8
522 99-9	016	Verbrauchsmittel, insbes. Lochstreifen, Magnetbandkassetten, Drucktücher, Ausdruck- papier * Vgl. D-Vermerk zu 0405 - 513 99.	—	—	3.000	-3.000	1
812 99-7	016	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen * Vgl. D-Vermerk zu 0405 - 513 99.	—	—	—	—	—

 ERLÄUTERUNGEN

Zu 522 02

Die Einnahmen aus der Verpflegung sonstiger Verpflegungsteilnehmer in Höhe des Selbstkostentagesatzes von z. Z. 24,51 DM sind bei 119 26 veranschlagt.

Zu 522 31

Für Ersatz und Ergänzung des Geschirrs und der Bestecke.

Zu 524 02

1. Lehrbücher	20 900 DM
2. Gerätschaften (Anschauungsmaterial und Sportgeräte)	2 000 DM
3. Verbrauchsstoffe (Lernmittel)	16 000 DM
4. Overhead-Projektoren	— DM
Zusammen	38 900 DM

Zu 532 01

1. Unterkunftsgeräte	— DM
2. Bettzeug	8 500 DM
3. Handtücher u. ä.	800 DM
4. Gardinen	1 700 DM
5. Matratzen	— DM
Zusammen	11 000 DM

Zu 812 15

Ersatzbeschaffungen:

Möblierung für die Lehrsäle	39 500 DM

Zu 981 04

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0407 Landesfinanzschule Niedersachsen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		<u>Abschluss Kapitel 04 07</u>					
		1 Eigene Einnahmen		355.900	263.900	+92.000	
		Summe der Einnahmen		355.900	263.900	+92.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	2.641.800	2.706.100	–64.300	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	836.000	685.800	+150.200	
		6 Übertragungsausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	39.500	40.500	–1.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	706.000	—	+706.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	4.223.300	3.432.400	+790.900	
		Zuschuss		3.867.400	3.168.500	+698.900	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		349.600	387.200		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		4.572.900	3.819.600		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		4.217.000	3.555.700		

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
113 01-4	133	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		—	1.200	-1.200	—
119 26-8	133	Einnahmen für die Verpflegung in der Fachhochschule Rinteln		—	401.600	-401.600	334
119 51-9	133	Vermischte Einnahmen		—	2.000	-2.000	1
124 01-6	133	Mieten und Pachten		—	7.000	-7.000	8
256 01-0	133	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	—
A U S G A B E N							
422 01-7	133	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	—	3.101.600	-3.101.600	1.847
425 01-6	133	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	445
425 03-2	016	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 41-5	016	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	—	58.500	-58.500	33
426 01-2	133	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	431
427 02-7	133	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	—	—	10.000	-10.000	—
427 31-0	133	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	—	196.700	-196.700	149
453 01-0	133	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	—	10.000	-10.000	—
453 11-7	133	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	637.400	-637.400	603
511 01-0	133	Geschäftsbedarf	—	—	3.300	-3.300	9
512 01-6	133	Bücher und Zeitschriften	—	—	9.500	-9.500	14
513 01-2	133	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	10.700	-10.700	11
515 01-5	133	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	8.500	-8.500	5
515 02-3	133	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	9.500	-9.500	24
516 01-1	133	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	2.400	-2.400	2
517 01-8	133	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	52.600	-52.600	52
517 19-0	133	Reinigungskosten	—	—	21.300	-21.300	15
517 59-0	133	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	85.000	-85.000	76
518 01-4	133	Mieten und Pachten	—	—	5.000	-5.000	5
519 02-9	133	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	—	3.900	-3.900	3
519 03-7	133	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	—	0
522 01-1	133	Verpflegungskosten für Lehrgangsteilnehmer, die in den Schulen verpflegt werden ** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO. Das Verpflegungsgeld ist nach der tatsächlichen Verpflegungsstärke und dem festgesetzten Tagesverpflegungssatz zu berechnen.	—	—	281.700	-281.700	181
522 31-3	133	Kleingeräte	—	—	4.200	-4.200	1

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 04 08

Das Kapitel 04 08 wurde in das im Einzelplan 03 ausgebrachte Kapitel 03 04 umgesetzt.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0408 Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege -Fachbereich „Steuerverwaltung“

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
524 02-2	133	Lehr- und Lernmittel	—	—	51.800	-51.800	56
525 01-0	133	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	85.200	-85.200	76
527 01-3	133	Reisekostenvergütungen	—	—	4.900	-4.900	3
531 03-7	133	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	—	1.000	-1.000	3
532 01-7	133	Unterkunftsgeräte und -spinnstoffe	—	—	4.700	-4.700	5
546 59-0	133	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	1.500	-1.500	1
681 01-2	133	Schadensersatzleistungen und Unfallent- schädigungen ***Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.	—	—	—	—	—
812 13-3	133	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-0	133	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	32.900	-32.900	33
813 24-5	133	Erwerb von Lehr- und Lernmitteln	—	—	—	—	—
981 04-0	990	Abführung an 13 21 - 38104	—	—	—	—	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechniken	(—)	(—)	(30.500)	(-30.500)	(30)
513 99-3	133	Post- und Fernmeldegebühren * Vgl. D-Vermerk zu 0405 - 513 99.	—	—	—	—	—
515 99-6	133	Geräte und Gebrauchsgegenstände für die ma- schinelle Aufbereitung - Unterhaltung, Er- satz und Ergänzung * Vgl. D-Vermerk zu 0405 - 513 99.	—	—	28.900	-28.900	28
522 99-2	133	Verbrauchsmittel * Vgl. D-Vermerk zu 0405 - 513 99.	—	—	1.600	-1.600	3
812 99-0	133	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
Abschluss Kapitel 04 08							
1 Eigene Einnahmen				—	411.800	-411.800	
2 Übertragungseinnahmen				—	—	—	
Summe der Einnahmen				—	411.800	-411.800	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	—	4.014.200	-4.014.200	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	—	677.200	-677.200	
6 Übertragungsausgaben			—	—	—	—	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	—	32.900	-32.900	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	—	—	—	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	—	4.724.300	-4.724.300	
Zuschuss				—	4.312.500	-4.312.500	
Nachrichtlich:							
Anteil an den Versorgungsausgaben				—	703.900		
Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil				—	5.428.200		
Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil					5.016.400		

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
113 01-8	018	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		5.000	5.000	—	7
119 06-7	018	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		—	—	—	—
119 31-8	018	Einnahmen aus Veröffentlichungen		75.000	75.000	—	191
119 41-5	018	Rückzahlung von Überzahlungen		150.000	150.000	—	357
119 46-6	018	Ersatzleistungen		10.000	10.000	—	71
119 51-2	018	Vermischte Einnahmen		55.000	55.000	—	21
124 01-0	018	Mieten und Pachten		40.000	40.000	—	37
132 01-2	018	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		40.000	40.000	—	24
231 01-0	018	Erstattungen der Verwaltungsausgaben für die hochbautechnische Betreuung der Bundesbauanlagen		80.000.000	96.000.000	-16.000.000	64.000
231 61-4	018	Erstattungen von Baunebenkosten - Bauleitungskosten - durch den Bund * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		78.553.000	99.982.000	-21.429.000	80.265
231 66-5	018	Erstattungen vom Bund für Baunebenkosten - Bauleitungskosten - bei Hochbauten an BAB		150.000	150.000	—	83
236 01-2	018	Erstattungen der Verwaltungsausgaben für die hochbautechnische Betreuung der Bauanlagen der Bundesanstalt für Arbeit		10.000	250.000	-240.000	—
236 63-2	018	Erstattungen von Baunebenkosten - Bauleitungskosten - durch die Bundesanstalt für Arbeit * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.		4.000.000	4.000.000	—	11.519
256 01-3	018	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	—
271 01-2	018	Erst. der Verw.Ausg. für die hochbautechn. Betreuung der Grundstücke des Braunschw. Vereinigten Kloster- u. Studienfonds		100.000	100.000	—	233
271 03-9	018	Erst. der Verw.Ausgaben für die Unterhaltungsbetreuung für Bauten von Landesbetrieben		6.500.000	3.250.000	+3.250.000	3.452
271 66-7	018	Erstattungen von der GFN für Bauleitungskosten bei Raststätten an BAB		100.000	1.500.000	-1.400.000	—
271 68-3	018	Erstattungen von Baunebenkosten - Bauleitungskosten - durch Dritte * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.		2.350.000	3.310.000	-960.000	2.850
381 66-7	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
381 68-3	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
381 99-3	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
383 65-1	990	Zuführung von Bauleitungsmitteln für Landesbauten * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.		16.750.000	16.750.000	—	19.115
A U S G A B E N							
422 01-0	018	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	108.915.200	108.438.500	+476.700	18.857
422 19-3	018	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-2	018	Dienstbezüge auf Grund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	1.536.100	1.607.000	-70.900	1.172
422 41-0	018	Anwärterbezüge	—	676.200	676.200	—	684

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 04 10

Die Hochbauverwaltung umfasst die Mittelinstanz bei der Landesbauabteilung der Oberfinanzdirektion Hannover sowie 18 Staatshochbauämter. Ihr obliegt die Durchführung der Bauaufgaben des Landes, des Bundes und Dritter. Die Übertragung der Bauaufgaben des Bundes beruht auf Artikel I Abs. 2 des Finanzanpassungsgesetzes vom 30. August 1971 in Verbindung mit Artikel 5 des Verwaltungsabkommens über die Erledigung von Bauaufgaben des Bundes vom 10. Dezember/21. Dezember 1993. Im Kapitel 04 10 sind Verwaltungskosten für die Wahrnehmung der Bauaufgaben des Landes und des Bundes gemeinsam veranschlagt. Von diesen Ausgaben trägt der Bund gemäß der Vereinbarung über die Erstattung der Kosten vom 21. 12. 93 / 7. 2. 94 alle durch die Wahrnehmung der Bauaufgaben des Bundes dem Land entstandenen Kosten.

Soweit darüber hinaus Baumaßnahmen Dritter aufgrund von Verpflichtungen des Bundes bzw. des Landes von der Staatshochbauverwaltung wahrzunehmen sind, werden die dabei entstehenden Kosten dem Land gleichfalls voll erstattet.

Zu 113 01

1. Geräte	1 000 DM
2. Maschinen	1 500 DM
3. Ausstattungsgegenstände	2 000 DM
4. Akten, Drucksachen und dgl.	500 DM
Zusammen	5 000 DM

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	13 000 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	7 000 DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	— DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	1 000 DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	19 000 DM
Zusammen	40 000 DM

Zu 132 01

Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf auszusondernder Kraftfahrzeuge (s. Tit. 811 01, 811 61).

Zu 231 01

Die vom Bund zu erstattenden Verwaltungskosten für die Wahrnehmung seiner Planaufgaben (Bauunterhaltung, Durchführung kleiner Neu-, Um- und Erweiterungsbauten und allg. hochbautechnische Betreuung vorhandener Liegenschaften) werden unter Anwendung eines Schlüsselsatzes auf die Ausgaben des Kapitels 04 10 mit Ausnahme von Titel 427 31, 519 03, 981 01 und Titelgruppen 61/62 bis 68/69 und anderer Buchungsstellen im Landeshaushalt berechnet.

Der Schlüsselsatz ändert sich entsprechend dem Verhältnis der zu betreuenden Vermögenswerte des Landes und des Bundes.

Veranschlagt sind hierfür	74 900 000 DM
zuzügl. besonders zu berechnende Personalausgaben, die bei anderen Kapiteln des Landeshaushalts anfallen	1 000 000 DM
zuzügl. Abschreibung der Dienstgebäude	400 000 DM
zuzügl. anteilige Kosten zu den Versorgungsbezügen	3 700 000 DM
Zusammen	80 000 000 DM

Zu 231 61

Voraussichtliche Bauleitungskosten für die Durchführung von großen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten.

Vgl. Titelgruppe 61/62.

Zu 236 01

Erstattung der Verwaltungskosten durch die Bundesanstalt für Arbeit nach dem voraussichtlichen Aufwand.

Zu 236 63

Voraussichtliche Bauleitungskosten für die Durchführung von Bauvorhaben der Bundesanstalt für Arbeit. – Vgl. Titelgruppe 63/64. –

Zu 271 01

Erstattung nach der Vereinbarung vom 21. 1./31. 5. 76 zwischen dem Braunschweigischen Kloster- und Studienfonds und dem Land Niedersachsen.

Zu 271 03

Die Betreuung der landeseigenen baulichen Anlagen und die Betriebsüberwachung für Landesbetriebe nach § 26 LHO wird von der StHBVerw. durchgeführt. Für deren Leistungen ist von den Landesbetrieben eine Entschädigung zu zahlen.

Zu 271 66

Voraussichtliche Bauleitungskosten für Hochbauten der Tank + Rast AG

Zu 271 68

Voraussichtliche Bauleitungskosten für die Durchführung von Hochbaumaßnahmen von Dritten.

Vgl. TGr. 68/69.

Zu 383 65

Voraussichtliche Bauleitungskosten für die Durchführung der veranschlagten großen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landes einschließlich der Landesbetriebe nach § 26 LHO.

Vgl. Tgr. 65

Zu 381 99

Vorsorglich Leertitel für Erstattungen anderer Verwaltungen bei der Aus- und Fortbildung durch die Hochbauverwaltung im IuK-Bereich.

Zu 422 01, 422 19, 425 01, 425 03, 426 01 und 426 03

Haushaltsjahr 2001:

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 1 073,52 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	198,80	198,80	—	242
Angestellte	835,92	835,92	—	799
Lohnempfänger/-innen	38,80	37,55	1,25	35
Insgesamt	1 073,52	1 072,27	1,25	1 076

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 108 915 200 DM

Die Personalausgaben verteilen sich wie folgt (ohne Personalausgaben in Titelgruppen):

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	108 915 200
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	42 903 200
43	Versorgungsbezüge	7 138 600
44	Beihilfen, Unterstützungen	5 216 600
45	Personalbezogene Sachausgaben	212 100
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	4 007 700
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel 04 10		168 394 100

Zu 422 41

1. Anwärterbezüge, Sonderzuwendungen	676 200 DM
2. Aufwandsentschädigungen	— DM
3. Besondere Zulagen	— DM
4. Unterhaltsbeihilfen für Verwaltungspraktikanten gemäß § 25 Abs. 2 NBG	— DM
Zusammen	676 200 DM

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0410 Hochbauverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
422 51-7	018	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
425 01-0	018	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	86.308
425 03-6	018	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	0
425 31-1	018	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	4.423
425 41-9	018	Vergütungen der auszubildenden Kräfte	—	720.000	720.000	—	718
425 51-6	018	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	3.600	3.600	—	—
426 01-6	018	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	2.455
426 03-2	018	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 31-8	018	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	83
426 51-2	018	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	2
427 01-2	018	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	57.300	57.300	—	2
427 21-7	018	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	—	—	—	—	—
427 31-4	018	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	16.500	15.000	+1.500	20
427 39-0	018	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	16
453 01-3	018	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	150.000	150.000	—	110
511 01-3	018	Geschäftsbedarf	—	717.200	717.200	—	619
512 01-0	018	Bücher und Zeitschriften	—	197.700	197.700	—	233
513 01-6	018	Post- und Fernmeldegebühren	—	693.400	758.400	-65.000	832
514 01-2	018	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	153.200	153.200	—	197
515 01-9	018	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	157.600	157.600	—	94
515 02-7	018	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	295.600	295.600	—	104
516 01-5	018	Dienst- und Schutzkleidung	—	3.300	3.300	—	18
517 01-1	018	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	195.000	195.000	—	223
517 19-4	018	Reinigungskosten	—	420.800	420.800	—	514
517 59-3	018	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	370.200	420.200	-50.000	425
518 01-8	018	Mieten und Pachten	—	397.000	397.000	—	352
519 03-0	018	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	15.300	15.300	—	19
525 01-4	018	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	322.700	135.700	+187.000	249
526 01-0	018	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	133.100	125.100	+8.000	139
527 01-7	018	Reisekostenvergütungen	—	476.200	476.200	—	457
527 03-3	018	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	36.300	36.300	—	22
531 03-0	018	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	4.800	4.800	—	1
535 01-0	018	Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	—	2.100	2.100	—	1
535 02-8	018	Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	—	—	—	—	6

ERLÄUTERUNGEN

Zu 425 41

Veranschlagt sind Vergütungen für die auszubildenden Bauzeichner.

Zu 427 01

Veranschlagt sind Beschäftigungsentgelte für Vertretungen von Hausmeistern, Reinigungskräften und Lichtpausern.

Zu 427 31

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den auf Grund des RdErl. d. MF v. 9. 8. 2000 (Nds. MBl. S. 568), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 75 DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die Vergütungen von Prüfungstätigkeiten im Bereich der niedersächsischen Landesverwaltung richten sich nach dem RdErl. d. MF vom 9. 8. 2000 (Nds. MBl. S. 569).

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für 8 Landesbedienstete	87 500 DM
2. Umzugskostenvergütungen für 8 Landesbedienstete	62 500 DM
Zusammen	150 000 DM

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	219 000 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	383 000 DM
3. Bekanntmachungen	56 000 DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	59 200 DM
Zusammen	717 200 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	96 000 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	40 000 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	52 000 DM
4. Buchbinderkosten	9 700 DM
Zusammen	197 700 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	219 000 DM
2. Fernmeldegebühren	251 000 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	172 400 DM
4. Einmalige Gebühren für die Ver- legung usw. von Fernmeldeanlagen	33 000 DM
5. Rundfunk- und Fernsehgebühren	— DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	18 000 DM
Zusammen	693 400 DM

Zu 514 01

1. Betriebsstoffe	17 500 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	120 000 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	13 800 DM
4. Sonstiges	1 900 DM
Zusammen	153 200 DM

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Staatshochbau- ämter	63	63	63
OFD Hannover -LBA-	2	2	2
Zusammen	65	65	65

Zu 515 02

1. Dienstzimmerausstattung	153 600 DM
2. Büromaschinen	142 000 DM
3. Wirtschaftsgeräte	— DM
4. Werkstattausrüstungen	— DM
5. Ausstattung von Amts- und (Werk-)Dienstwohnungen	— DM
Zusammen	295 600 DM

Zu 516 01

Dienst- und Schutzkleidung der Amtsboten, Hausarbeiter, Heizer, Kraftfahrer, Pfortner und Sonstiger sowie des Bedienungspersonals von Vervielfältigungseinrichtungen.

Zu 517 01

1. Wassergeld	76 000 DM
2. Grundbesitzabgaben	82 000 DM
3. Bewachungskosten	— DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	— DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	37 000 DM
Zusammen	195 000 DM

Zu 518 01

1. Diensträume und -gebäude	367 000 DM
2. Wohnungen und Wohngebäude	— DM
3. Unbebaute Grundstücke	— DM
4. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	30 000 DM
Zusammen	397 000 DM

Zu 525 01

1. Ausbildungslehrgänge, Laufbahnprüfungen	10 000 DM
2. Fortbildungsveranstaltungen	262 300 DM
3. Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	50 000 DM
4. Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	400 DM
5. Erstattung von Prüfungsgebühren	— DM
6. Sonstiger Aufwand	— DM
Zusammen	322 700 DM

Zu 526 01

1. (Amts-)ärztliche und Röntgen- schirmbilduntersuchungen	2 000 DM
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzge- bühren und Übersetzungskosten für Verwal- tungszwecke	2 500 DM
3. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Par- teikosten des Fiskus	126 100 DM
4. Aufwandsentschädigungen und Auslagenersatz von Beirats- und Ausschußmitgliedern, Landes- personalausschuss, Richterwahlausschuss, Ver- trauensleute zur Wahl von Schöffen und Ge- schworenen	— DM
5. Kosten des Rechtsschutzes in Strafsachen	2 500 DM
Zusammen	133 100 DM

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	436 200 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für privateigene Kraftfahrzeuge	40 000 DM
Zusammen	476 200 DM

Zu 531 03

Die Mittel sind für Veranstaltungen vorgesehen, die das Ziel haben, die Bevölkerung über Aufgaben und Arbeitsweise der nds. Staats-hochbauverwaltung zu unterrichten.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0410 Hochbauverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
537 01-2	018	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	24.300	24.300	—	4
538 01-9	018	Dienstleistungen Außenstehender	—	28.700	—	+28.700	—
546 59-3	018	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	1.300	1.300	—	—
636 01-0	018	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	—	—	—	—
681 01-6	018	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	25.000	25.000	—	7
811 01-7	018	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	300.000	260.000	+40.000	363
812 13-7	018	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	140.000	140.000	—	304
812 15-3	018	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	300.000	365.000	-65.000	277
812 35-8	018	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	—	27.400	27.400	—	—
981 01-0	990	Abführung an 13 50 - 381 04	—	3.700.000	3.700.000	—	3.700
981 02-8	990	Abführung an 13 21 - 381 19	—	825.000	825.000	—	825
981 04-4	990	Abführung an 13 21 - 381 04	—	5.698.100	—	+5.698.100	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61/62		Baunebenkosten -Bauleitungskosten- für die Durchführung von Bauten des Bundes * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 61.	(—)	(78.553.000)	(99.982.000)	(-21.429.000)	(75.115)
429 61-9	018	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	35.000.000	50.279.000	-15.279.000	34.445
459 61-5	018	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	50.000	50.000	—	21
538 61-2	018	Vergütungen der Architekten	—	3.700.000	4.700.000	-1.000.000	2.801
538 62-0	018	Vergütungen der Sonderfachleute	—	37.000.000	42.000.000	-5.000.000	34.943
547 61-1	018	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.579.000	2.579.000	—	2.765
811 61-0	018	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	64.000	64.000	—	24
812 61-7	018	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	110.000	110.000	—	48
981 61-3	990	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	50.000	200.000	-150.000	68
TGr. 63/64		Baunebenkosten -Bauleitungskosten- für die Durchführung von Bauten der Bundesanstalt für Arbeit * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 236 63.	(—)	(4.000.000)	(4.000.000)	(—)	(7.681)
429 63-5	018	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	1.000.000	1.000.000	—	2.303
459 63-1	018	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	1.100	1.100	—	-2
538 63-9	018	Vergütungen der Architekten	—	1.197.900	1.197.900	—	1.806
538 64-7	018	Vergütungen der Sonderfachleute	—	1.500.000	1.500.000	—	3.360
547 63-8	018	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	300.000	300.000	—	214
811 63-7	018	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 63-3	018	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
981 63-0	990	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	1.000	1.000	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 811 01

Ersatzbeschaffungen:

a) 1/2 Pkw bis 1 800 ccm Hubraum	110 000 DM
Listenpreis (einschl. Umsatzsteuer)	15 000 DM
Sonderausstattung	
b) 7/6 Pkw bis 1 400 ccm Hubraum	
bzw. bis 1 900 ccm bei Dieselmotor	
Listenpreis (einschl. Umsatzsteuer)	150 000 DM
Sonderausstattung	25 000 DM
Zusammen	300 000 DM

An Sonderausstattungen sind vorgesehen:

Zu a)+b) Radio, Nebelscheinwerfer, Kopfstützen hinten, Fahrersitz höhenverstellbar, vier Türen, Automatikgetriebe

Zu 812 13

Ersatzbeschaffungen:

StHBA Braunschweig I	60 000 DM
StHBA Oldenburg	60 000 DM
StHBA Wilhelmshaven	20 000 DM
Zusammen	140 000 DM

Zu 812 15

Ersatzbeschaffungen:

1/3 Zeiterfassungsgerät	15 000 DM
1 Rollregalanlage	15 000 DM
Div. Dienstzimmereinrichtungen	150 000 DM
2 Großflächenkopierer	— DM

Ergänzungsbeschaffungen:

2 Lichtpausgeräte	— DM
Div. Dienstzimmereinrichtungen	120 000 DM
Zusammen	300 000 DM

Zu 812 35

Ergänzungsbeschaffung:

1 Reader-Printer	27 400 DM

Zu 981 01

Anteilige Kosten zu den Versorgungsbezügen (vgl. Erläuterung zu 231 01).

Zu 981 02

Anteilige Bewirtschaftungskosten für Staatshochbauämter, die in Behördenhäusern untergebracht sind (vgl. Erläuterung zu 231 01).

Zu 981 04

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppen 61/62 bis 68/69 allgemein

Voraussichtliche Bauleitungskosten für die Durchführung von großen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten.

Im Zusammenhang mit der Durchführung von Bauleitungsaufgaben werden sowohl Landesbedienstete beschäftigt als auch private Unternehmen (Architekten, Sonderfachleute) beauftragt, deren Einsatz sich nach der jeweiligen Höhe der zur Verfügung stehenden Bauleitungsmittel richtet.

Übersicht

über die beschäftigten Dienstkräfte, deren Vergütung aus Bauleitungsmitteln gezahlt wird

Verg.-Gr. BAT	Für die Haushaltsjahre sind durchschnittlich erforderlich	nachrichtlich: in Vollzeit-einheiten (VZE)
Angestellte		
Technischer Dienst		
I b	6	6,00
II a	22	21,52
III	23	19,84
IV a	116	109,82
IV b	96	92,25
V a	2	2,00
V b	105	102,72
V c	27	24,80
VI b	70	57,20
VII	48	27,36
VIII	5	5,00
Datenverarbeitung		
IV a	1	1,00
IV b	3	3,00
V b	9	7,64
V c	5	3,22
VI b	4	3,50
VII	10	8,00
Verwaltungsdienst		
IV b	23	21,50
V b	30	26,40
V c	29	22,00
VI b	39	20,26
VII	12	10,40
VIII	6	4,16
IX a	8	4,75
IX b	1	1,00
IX b–VII	39	18,30
	739	623,64
Lohnempfänger	6	4,70
	745	628,34

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Staatshochbau-ämter	23	23	23
OFD -LBA-	—	—	—
Zusammen	23	23	23

Zu 981 61, 981 63, 981 65, 981 66 und 981 68

Bei diesen Titeln sind die Ausgaben für die Einschaltung des Landesamtes für Bodenforschung (08 18 – 381 61) und anderer Landesdienststellen nachzuweisen.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0410 Hochbauverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 65		Baunebenkosten -Bauleitungskosten- für die Durchführung von Bauten des Landes * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 383 65.	(—)	(16.750.000)	(16.750.000)	(—)	(17.269)
984 65-5	990	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	15.500.000	15.500.000	—	14.129
985 65-1	990	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personenbezogene Sachausgaben	—	50.000	50.000	—	1
986 65-8	990	Vergütungen der Architekten	—	—	—	—	612
987 65-4	990	Vergütungen der Sonderfachleute	—	—	—	—	1.628
988 65-0	990	Sachaufwand der staatlichen Bauleitung	—	1.200.000	1.200.000	—	899
TGr. 66/67		Baunebenkosten -Baultg.kost.- für Hochbaumaßnahmen an Bundesfernstraßen und BAB * Übertragbar.	(—)	(1.872.000)	(2.852.000)	(-980.000)	(1.343)
429 66-0	018	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	1.790.000	2.700.000	-910.000	1.238
459 66-6	018	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	1.000	1.000	—	—
538 66-3	018	Vergütungen der Architekten	—	30.000	50.000	-20.000	35
538 67-1	018	Vergütungen der Sonderfachleute	—	50.000	100.000	-50.000	39
547 66-2	018	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.000	1.000	—	31
811 66-1	018	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 66-8	018	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 68/69		Baunebenkosten -Bauleitungskosten- für die Durchführung von Bauten Dritter * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 271 68.	(—)	(2.350.000)	(3.310.000)	(-960.000)	(2.088)
429 68-6	018	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	2.000.000	2.960.000	-960.000	1.760
459 68-2	018	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	10.000	10.000	—	0
538 68-0	018	Vergütungen der Architekten	—	40.000	40.000	—	18
538 69-8	018	Vergütungen der Sonderfachleute	—	100.000	100.000	—	135
547 68-9	018	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	200.000	200.000	—	174
811 68-8	018	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 68-4	018	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
981 68-0	990	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	—	—
TGr. 99		Elektronische Datenverarbeitung	(—)	(7.558.800)	(7.449.200)	(+109.600)	(4.962)
518 99-9	018	Miete für EDV-Anlagen * Übertragbar.	—	—	—	—	—
525 99-5	018	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	80.000	—	+80.000	49
538 99-0	018	Vergütungen der Sonderfachleute	—	929.600	900.000	+29.600	726
547 99-9	018	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * Übertragbar.	—	4.049.200	4.049.200	—	2.089
812 99-4	018	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	2.500.000	2.500.000	—	2.098

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 65

Vgl. 383 65.

Zu Titelgruppe 66/67

Vgl. 231 66.

Zu Titelgruppe 68/69

Vgl. 271 68.

Zu Titelgruppe 99

Veranschlagt sind Ausgaben, die im Zusammenhang mit der Fortführung des von der OFD Hannover durchgeführten Projektes „Automatisierte Datenverarbeitung – ADV – in der Nieders. Staats-hochbauverwaltung“ – entstehen.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0410 Hochbauverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 04 10					
		1 Eigene Einnahmen		375.000	375.000	—	
		2 Übertragungseinnahmen		171.763.000	208.542.000	–36.779.000	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		16.750.000	16.750.000	—	
		Summe der Einnahmen		188.888.000	225.667.000	–36.779.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	151.927.000	168.668.700	–16.741.700	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	56.402.500	62.254.200	–5.851.700	
		6 Übertragungsausgaben	—	25.000	25.000	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	3.441.400	3.466.400	–25.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	27.024.100	21.476.000	+5.548.100	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	238.820.000	255.890.300	–17.070.300	
		Zuschuss		49.932.000	30.223.300	+19.708.700	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		7.138.600	6.457.600		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		245.958.600	262.347.900		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		57.070.600	36.680.900		

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0420 Landesamt für Bezüge und Versorgung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 11-5	012	Verwaltungsgebühren		1.000	3.000	–2.000	1
113 01-0	012	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		1.000	1.300	–300	6
113 99-1	019	Erlöse aus dem Verkauf von DV-Geräten		5.000	1.000	+4.000	9
119 03-5	012	Erstattungen von Prozeßkosten		3.500	3.000	+500	4
119 41-8	012	Rückzahlung von Überzahlungen		5.000	1.000	+4.000	7
119 46-9	012	Ersatzleistungen		12.000	12.000	—	71
119 51-5	012	Vermischte Einnahmen		17.000	31.100	–14.100	16
132 01-5	012	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		—	13.800	–13.800	1
132 02-3	012	Erlöse aus dem Verkauf sonstiger beweglicher Sachen		1.000	1.000	—	—
132 11-2	012	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge		—	—	—	—
132 99-6	019	Erlöse aus dem Verkauf von DV-Investitionsgütern		1.000	1.000	—	—
233 01-6	012	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Gemeinden (GV)		—	—	—	—
256 01-6	012	Sonstige Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	—
271 02-3	012	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch Landesbetriebe		5.891.600	5.891.600	—	754
271 03-1	012	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch die Klosterkammer Hannover		63.000	63.000	—	8
271 04-0	012	Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen		7.700	700	+7.000	0
381 02-3	990	Zuführung von 05 12 - 981 03		10.000	1.000	+9.000	110
A U S G A B E N							
422 01-3	012	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	76.847.600	78.234.100	–1.386.500	26.505
422 19-6	012	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-5	012	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	1.050.200	1.362.900	–312.700	1.150
422 41-2	012	Anwärterbezüge	—	739.100	1.285.100	–546.000	—
422 51-0	012	Mehrarbeitvergütung für Beamtinnen und Beamte	—	5.000	5.000	—	1
425 01-2	012	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	47.537
425 03-9	012	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 31-4	012	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	1.010
425 41-1	012	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	317.200	317.200	—	107
425 51-9	012	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	5.000	5.000	—	26
426 01-9	012	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	1.859
426 31-0	012	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	23
426 51-5	012	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.000	1.000	—	2
427 01-5	012	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	150.000	150.000	—	158
427 31-7	012	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	12.600	12.600	—	4

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 04 20

Das NLBV wurde am 1. 1. 1998 als selbstständige obere Landesbehörde mit dezentralen Standorten in Aurich, Braunschweig, Hannover und Lüneburg errichtet. Es hat die Aufgaben der bisherigen Bezügestellen des NLVwA, der Bezirksregierungen und der Oberfinanzdirektion Hannover und teilweise die Aufgaben der Technischen Universität Braunschweig und der Universität Hannover übernommen. Die Bezügeverwaltung der Justiz wurde bereits im Vorgriff am 1. 10. 1997 ohne Personal (ca. 77 Stellen) in das damalige NLVwA verlagert.

Im NLBV wird ab 1999 die Kosten-Leistungs-Rechnung verbunden mit einem betriebswirtschaftlichen Controlling praktiziert. Mittelfristig ist eine Budgetierung angestrebt.

Zu 111 11

Gebühren für Auskünfte aus dem Versorgungsrecht
(Dezernat 23, 24, 25) 1 000 DM

Zu 113 01

1. Geräte	— DM
2. Maschinen	500 DM
3. Ausstattungsgegenstände	500 DM
4. Akten, Drucksachen und dgl.	— DM
Zusammen	1 000 DM

Zu 119 51

Verwaltungseinnahmen, die nicht anderweitig zugeordnet werden können.

Zu Titel 422 01, 422 19, 425 01, 425 03 und 426 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen im Haushaltsjahr 2001 beträgt 1 057,01 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	403,36	403,36	—	424
Angestellte	623,21	623,21	—	654
Lohnempfänger/ -innen	30,44	30,44	—	32
Insgesamt	1 057,01	1 057,01	—	1 110

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 76 847 600 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	76 847 600
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	2 421 600
43	Versorgungsbezüge	9 303 500
44	Beihilfen, Unterstützungen	2 720 800
45	Personalbezogene Sachausgaben	32 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	2 090 300
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		93 415 800

Zu 427 31

1. Lehrvergütungen für nebenamtliche Lehrkräfte	12 600 DM
2. Prüfungsvergütungen für die Mitglieder des Prüfungsausschusses	— DM
Zusammen	12 600 DM

Zu 1.:

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte/-innen, Richter/-innen und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF vom 9. 8. 2000 (Nds. MBl. S. 568), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 75 DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 2.:

25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0420 Landesamt für Bezüge und Versorgung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
427 39-2	012	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-6	012	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	22.000	22.000	—	16
453 11-3	012	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	10.000	10.000	—	1
461 01-9	981	Einsparung von Personalausgaben	—	—	—	—	—
511 01-6	012	Geschäftsbedarf * Übertragbar. <i>Gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 512 01, 513 01, 514 01, 515 01, 515 02, 516 01, 517 01, 517 19, 517 59, 518 01, 519 02, 519 03, 524 02, 525 01, 526 01, 527 01, 527 03, 531 03, 537 01, 538 01, 546 59, 681 01, 685 01, 811 01, 812 13, 812 15, 427 99, 512 99, 513 99, 515 99, 518 99, 519 99, 522 99, 525 99, 538 99 und 812 99.</i> ***Ausgaben, die hier zunächst für andere Landesbehörden geleistet und erstattet werden, sind, sofern keine besonderen Einnahmetitel ausgebracht sind, durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.	—	525.100	536.200	–11.100	479
512 01-2	012	Bücher und Zeitschriften * Übertragbar. <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	320.000	363.300	–43.300	302
513 01-9	012	Post- und Fernmeldegebühren * Übertragbar. <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	2.020.800	2.725.600	–704.800	2.100
514 01-5	012	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen * Übertragbar. <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	80.700	84.900	–4.200	73
515 01-1	012	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände * Übertragbar. <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	120.000	109.900	+10.100	114
515 02-0	012	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände * Übertragbar. <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	665.700	333.300	+332.400	634
516 01-8	012	Dienst- und Schutzkleidung * Übertragbar. <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	5.400	6.100	–700	5
517 01-4	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume * Übertragbar. <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	363.600	422.500	–58.900	342
517 19-7	012	Reinigungskosten * Übertragbar. <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	338.700	417.200	–78.500	379
517 59-6	012	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft * Übertragbar. <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	358.000	635.400	–277.400	295
518 01-0	012	Mieten und Pachten * Übertragbar. <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	1.359.900	2.082.000	–722.100	2.264
519 02-5	012	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten * Übertragbar. <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	19.500	10.000	+9.500	18
519 03-3	012	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen * Übertragbar. <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	20.200	9.000	+11.200	18
524 02-9	012	Lehr- und Lernmittel * Übertragbar. <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	3.500	7.800	–4.300	2

ERLÄUTERUNGEN

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für 8 (8) Landesbedienstete	15 000 DM
2. Umzugskostenvergütungen für 2 (2) Landesbedienstete	7 000 DM
Zusammen	22 000 DM

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	18 600 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	355 400 DM
3. Bekanntmachungen	11 700 DM
4. Druckarbeiten in und außer dem Hause	127 600 DM
5. Sonstiger Geschäftsbedarf	11 800 DM
Zusammen	525 100 DM

In dem Ansatz sind auch Mittel für die Herstellung von Urkunden für Ehrungen aus Anlass von Ehejubiläen, der Vollendung des 100. Lebensjahres und zur Auszeichnung von Rettungstaten sowie für die Ehrung der Beamten/-innen und Richter/-innen für langjährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst enthalten.

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	21 300 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	289 400 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	3 500 DM
4. Buchbinderkosten	5 800 DM
Zusammen	320 000 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	1 720 300 DM
2. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	282 600 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	7 700 DM
4. Einmalige Gebühren für die Ver- legung usw. von Fernmeldeanlagen	500 DM
5. Rundfunk- und Fernsehgebühren	800 DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	8 900 DM
Zusammen	2 020 800 DM

Zu 514 01

1. Betriebsstoffe	32 600 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	43 400 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	3 700 DM
4. Sonstiges	1 000 DM
Zusammen	80 700 DM

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw (einschl. Kombi)	5	5	5
Sonderwagen (einschl. Kombi)	3	4	4
Anhänger	1	—	—

Zu 515 02

1. Dienstzimmersaustattungen	543 600 DM
2. Büromaschinen	89 900 DM
3. Wirtschaftsgeräte	32 200 DM
Zusammen	665 700 DM

Zu 516 01

Dienst- und Schutzkleidung des Bedienungspersonals von Vervielfältigungseinrichtungen, Hausarbeiter/-innen und Sonstiger Mitarbeiter.

Zu 517 01

1. Wassergeld	23 400 DM
2. Grundbesitzabgaben	80 900 DM
3. Bewachungskosten	124 400 DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	38 100 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	96 800 DM
Zusammen	363 600 DM

Zu 518 01

1. Diensträume und -gebäude	1 135 400 DM
2. Wohnungen und Wohngebäude	— DM
3. Unbebaute Grundstücke	— DM
4. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	224 500 DM
Zusammen	1 359 900 DM

Zu 519 02

Kosten für Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung, insbesondere der Klimaanlage.

Zu 524 02

1. Lehrbücher	3 500 DM
2. Gerätschaften	— DM
3. Verbrauchsstoffe	— DM
Zusammen	3 500 DM

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0420 Landesamt für Bezüge und Versorgung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
525 01-7	012	Aus- und Fortbildung der Bediensteten * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 511 01.	—	50.200	171.400	–121.200	42
526 01-3	012	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 511 01.	—	130.800	127.600	+3.200	115
527 01-0	012	Reisekostenvergütungen * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 511 01.	—	165.400	77.000	+88.400	157
527 03-6	012	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Perso- nalvertretungsangelegenheiten u. in Vertre- tung der Interessen der Schwerbehinderten * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 511 01.	—	16.800	23.700	–6.900	15
529 01-2	012	Zur Verfügung des Präsidenten des Landes- amtes für Bezüge und Versorgung * Übertragbar.	—	1.000	2.000	–1.000	2
531 03-3	012	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 511 01.	—	2.000	2.000	—	0
537 01-5	012	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 511 01.	—	50.000	80.500	–30.500	134
538 01-1	012	Dienstleistungen Außenstehender * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 511 01.	—	250.000	—	+250.000	216
546 59-6	012	Vermischte Verwaltungsausgaben * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 511 01.	—	10.000	12.600	–2.600	–73
681 01-9	012	Schadensersatzleistungen und Unfallent- schädigungen * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 511 01.	—	30.100	7.300	+22.800	28
685 01-4	012	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 511 01.	—	600	700	–100	1
811 01-0	012	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen * Vgl. D-Vermerk zu 511 01.	—	42.000	74.200	–32.200	39
811 11-7	012	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraft- fahrzeugen	—	—	—	—	—
812 13-0	012	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen * Vgl. D-Vermerk zu 511 01.	—	—	200.000	–200.000	381
812 15-6	012	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen * Vgl. D-Vermerk zu 511 01.	—	—	—	—	200
813 59-4	012	Globalansatz für den Erwerb beweglicher Sachen	—	—	—	—	—
981 04-7	990	Abführung an 13 21 - 381 04	—	2.597.500	—	+2.597.500	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechniken * Übertragbar.	(—)	(14.353.500)	(8.041.300)	(+6.312.200)	(11.600)
427 99-6	019	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte * Vgl. D-Vermerk zu 511 01.	—	—	—	—	—
512 99-3	019	Bücher und Zeitschriften * Vgl. D-Vermerk zu 511 01.	—	6.300	9.500	–3.200	6
513 99-0	019	Post- und Fernmeldegebühren * Vgl. D-Vermerk zu 511 01.	—	15.000	67.000	–52.000	8
515 99-2	019	Geräte und Gebrauchsgegenstände * Vgl. D-Vermerk zu 511 01.	—	2.662.300	3.580.500	–918.200	2.925

ERLÄUTERUNGEN

Zu 525 01

1. Ausbildungslehrgänge	6 500 DM
2. Fortbildungsveranstaltungen	39 900 DM
3. Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	3 800 DM
4. Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	— DM
5. Erstattung von Prüfungsgebühren	— DM
6. Sonstiger Aufwand	— DM
Zusammen	50 200 DM

Zu 526 01

1. (Amts)ärztliche und Röntgen- schirmbilduntersuchungen	25 000 DM
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungs- kosten für Verwaltungszwecke	9 700 DM
3. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus	94 600 DM
4. Aufwandsentschädigungen und Auslagenersatz von Beirats- u. a. Ausschussmitgliedern	1 500 DM
Zusammen	130 800 DM

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	165 400 DM
2. Wegstreckenentschädigungen für anerkannte private und für private Kraftfahrzeuge	— DM
Zusammen	165 400 DM

Zu 529 01

Zur Bestreitung von Ausgaben für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlichem Anlass.

Zu 811 01

Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. DM	Sonderaus- stattung u. a. DM	Gesamt- preis DM

Ersatzbeschaffungen:

1 Kombi T4 mit regeltem Katalysator	37 400	4 600*)	42 000

Sonderausstattungen:

*) Radio, Winterpaket für Kombis, Schiebedach, Trennwand, Fahrer-/Beifahrerairbag, Rahmenkopfstützen vorn, Heckscheibenwischer, Innenleuchten für den Laderaum

Zu 981 04

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 99

Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie für die damit verbundenen Einrichtungen.

513 99

Leitungskosten.

515 99

Beschaffung, Wartung und Unterhaltung von Geräten und Datenträgern.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0420 Landesamt für Bezüge und Versorgung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
518 99-1	019	Mieten und Pachten * Vgl. D-Vermerk zu 511 01.	—	1.802.000	2.109.200	–307.200	1.757
519 99-8	019	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten und baulichen Anlagen * Vgl. D-Vermerk zu 511 01.	—	152.300	100.000	+52.300	194
522 99-9	019	Verbrauchsmittel * Vgl. D-Vermerk zu 511 01.	—	340.700	147.000	+193.700	266
525 99-8	019	Aus- und Fortbildung der Bediensteten * Vgl. D-Vermerk zu 511 01.	—	419.500	264.000	+155.500	391
538 99-2	019	Dienstleistungen Außenstehender * Vgl. D-Vermerk zu 511 01.	—	8.835.400	1.076.800	+7.758.600	5.382
812 99-7	019	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen * Vgl. D-Vermerk zu 511 01.	—	120.000	687.300	–567.300	670
Abschluss Kapitel 04 20							
1 Eigene Einnahmen				46.500	68.200	–21.700	
2 Übertragungseinnahmen				5.962.300	5.955.300	+7.000	
3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen				10.000	1.000	+9.000	
Summe der Einnahmen				6.018.800	6.024.500	–5.700	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	79.159.700	81.404.900	–2.245.200	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	21.110.800	15.594.000	+5.516.800	
6 Übertragungsausgaben			—	30.700	8.000	+22.700	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	162.000	961.500	–799.500	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	2.597.500	—	+2.597.500	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	103.060.700	97.968.400	+5.092.300	
Zuschuss				97.041.900	91.943.900	+5.098.000	
Nachrichtlich:							
Anteil an den Versorgungsausgaben				9.303.500	9.283.500		
Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil				112.364.200	107.251.900		
Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil				106.345.400	101.227.400		

ERLÄUTERUNGEN

538 99

Mehrkosten beim IZN durch Einführung von KIDICAP und SAMBA.

Zu 812 99

Ersatzbeschaffungen:

Netzschrankerweiterung (SS 6000)	120 000 DM

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 0430 Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 01-6	016	Ablieferungen des Landesbetriebes		—	—	—	—
381 01-8	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-8	016	Zuführungen an den Landesbetrieb * Übertragbar. Gegenseitig deckungsfähig: 682 01, 682 03 und 891 01.	—	—	—	—	—
682 03-4	016	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 682 01.	—	1.192.700	—	+1.192.700	—
682 38-7	016	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Ausbildung in Kammerberufen	—	58.800	—	+58.800	—
891 01-6	016	Zuführungen für Investitionen an den Landesbetrieb * Vgl. D-Vermerk zu 682 01.	—	8.395.000	—	+8.395.000	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		65.366.300	–65.366.300	
		Abschluss Kapitel 04 30					
		1 Eigene Einnahmen		—	—	—	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		6 Übertragungsausgaben	—	1.251.500	63.066.300	–61.814.800	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	8.395.000	2.300.000	+6.095.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	9.646.500	65.366.300	–55.719.800	
		Zuschuss		9.646.500	65.366.300	–55.719.800	

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 04 30

Das Informatikzentrum Niedersachsen (IZN) wird seit dem 1. 5. 1997 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt.

Es unterstützt die Landesverwaltung bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben durch Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik (IuK-Technik). Zur Erfüllung dieser Aufgabe bietet es verschiedene Dienstleistungen als Pflichtaufgaben an.

Im Auftrag der Landesdienststellen kann das IZN als zentrale Beschaffungsstelle für IuK-Technik tätig werden. Es ist berechtigt, in Abstimmung mit dem IMA IuK-Technik oder der Koordinierungsstelle – IuK – im MF für die Landesverwaltung Rahmenverträge abzuschließen. Darüber hinaus kann es weitere IuK-Dienstleistungen anbieten.

Ein in Finanz- und Erfolgsplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigelegt.

Zu 682 03

Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes zur Abführung an den Einzelplan 13 – 13 21 – 381 04.

Zu 891 01

Ersatz und Ergänzung des Anlagevermögens über eine Zuführung für Investitionen.

Netze und Netzdienste	1 895 000 DM
Übrige Bereiche	6 500 000 DM
Zusammen	8 395 000 DM

**Wirtschaftsplan für das
Informatikzentrum Niedersachsen (IZN)**
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)
für das Geschäftsjahr 2001

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

KGz.	Aufwendungen	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	13 993 300	1 560 500	6 554 400
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	14 931 400	5 779 800	8 690 792
62	Löhne	—	426 100	351 481
63	Dienstbezüge und Gehälter	32 445 200	24 721 700	16 573 236
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	7 157 000	5 344 200	3 487 020
65	Abschreibungen	—	—	2 983 402
66	Sonstige Personalaufwendungen	3 061 000	542 200	2 712 276
67	Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	48 427 100	40 746 800	25 536 970
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	804 100	342 900	725 757
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	1 231 000	644 900	2 295 003
70	Betriebliche Steuern	12 511 100	7 902 100	6 757 929
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	525 000	—
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—
Gesamtsumme:		134 561 200	88 536 200	76 668 266

KGz.	Erträge	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
50 10	Umsatzerlöse für RZ-Leistungen	41 112 400	31 485 700	37 181 333
50 20	Umsatzerlöse für Netzleistungen	51 043 300	17 765 500	18 651 383
50 30	Umsatzerlöse Dezentrale Systeme	13 285 000	2 276 700	2 095 685
50 40	Umsatzerlöse Beratung und Unterstützungen	2 533 000	1 911 200	3 186 857
50 50	Umsatzerlöse Entwicklung	4 600 000	6 690 400	4 847 340
50 60	Umsatzerlöse Schulung	4 283 000	2 936 800	4 496 328
51	Umsatzerlöse für Waren und sonstige Umsatzerlöse	16 000 000	1 268 300	8 206 840
	Projekt P 53 und neue Projekte	—	24 201 600	—
54	Sonstige betriebliche Erträge	425 000	—	3 725 477
57	Zinsen und sonstige Erträge	28 000	—	26 506
58	Außerordentliche Erträge	1 251 500	—	145 991
Gesamtsumme:		134 561 200	88 536 200	82 563 740

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2001

Finanzbedarf	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
Investitionsmittel			
02 Softwarelizenzen	595 900	421 000	15 041
05 Grundstücke und Bauten	1 076 000	—	94 528
07 technische Anlagen und Maschinen	9 350 000	1 003 000	1 691 662
08 Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 155 500	876 000	758 574
Sonstiger Finanzbedarf			
Im Vorjahre nicht gedeckter Finanzbedarf	—	—	—
verfügbare Deckungsmittel	1 419 400	5 201 800	5 201 852
Gesamtsumme:	13 596 800	7 501 800	7 761 656

Deckungsmittel	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
34 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	—	—	5 895 474
33 Verlustvortrag aus Eröffnungsbilanz	—	—	-450 604
35 Zuweisungen für Investitionen	8 395 000	2 300 000	2 300 000
65 Abschreibungen	—	—	16 786
im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	5 201 800	5 201 800	—
nicht gedeckter Finanzbedarf	—	—	—
Gesamtsumme:	13 596 800	7 501 800	7 761 656

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter/-innen)

Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Angestellte				
I	1	1		1) 1 Stelle ku nach IV b.
I a	1	1		
I b	5	2		2) Davon darf 1 Stelle (in Höhe von 100 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
II a	5	3		
III	17	10		6) Stellen dürfen nur im Zusammenhang mit Einnahmen aufgrund der Auftragslage besetzt werden.
IV a ¹⁾²⁾⁶⁾⁷⁾	184	110		
IV b ⁶⁾	15	13		
V b ⁶⁾	29	19		
V c ⁶⁾	20	19		
VI b ⁶⁾	26	14		
VII	6	6		
VIII ⁶⁾	15	17		
IX b	—	—		
	324	215	Zusammen	
Arbeiter/-innen				
2/2a	—	—	Sonstige Dienste	
3/3a	—	6	Datenverarbeitung	
	—	6	Zusammen	

Projekt				
Verg.-Gr.	P 53	Solum Star	Sonst.	Gesamt
IV a	22	12	55	89
IVb	—	2	1	3
Vb	—	—	5	5
Vc	6	1	1	8
VIb	—	—	7	7
VIII	—	—	2	2
	28	15	71	114

7) Stellen dürfen nur im Zusammenhang mit der Verlagerung von Aufgaben im Bereich zentrale/dezentrale Systembetreuung unter im Einzelfall zu prüfenden Bedingungen genutzt werden.

BesGr.	Stellen
IVa	25

Verg.-Gr.	Projekt			
	P 53	Solum Star	Sonst.	Gesamt
IV a	22	12	55	89
IVb	—	2	1	3
Vb	—	—	5	5
Vc	6	1	1	8
VIb	—	—	7	7
VIII	—	—	2	2
	28	15	71	114

⁷⁾ Stellen dürfen nur im Zusammenhang mit der Verlagerung von Aufgaben im Bereich zentrale/dezentrale Systembetreuung unter im Einzelfall zu prüfenden Bedingungen genutzt werden.

BesGr.	Stellen
IVa	25

Erläuterungen zu den Übersichten der vollbeschäftigten Angestellten

Zugang:	Stellen		Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. I b	3	Stellen gem. Nr.2 Abs.7 der AB 99/00	Verg.-Gr. III	3	Stellen gem. Nr. 2 Abs. 7 der AB 99/00
Verg.-Gr. II a	2	neu entsprechend dem Bedarf			
Verg.-Gr. III	10	neu entsprechend dem Bedarf	Verg.-Gr. IV a	7	davon
Verg.-Gr. IV a	81	davon			1 infolge Umwandlung nach Bes.-Gr. A 12
		79 neu entsprechend dem Bedarf			4 infolge Umwandlung nach Bes.-Gr. A 10
		1 infolge Umwandlung von Verg.-Gr. IV b			1 infolge Umwandlung nach Bes.-Gr. A 9 ⁷⁾
		1 Stelle gem. Nr. 2 Abs. 7 der AB 99/00			1 infolge Umwandlung nach Bes.-Gr. A 9
Verg.-Gr. IV b	4	neu entsprechend dem Bedarf	Verg.-Gr. IV b	2	davon
Verg.-Gr. V b	10	davon			1 infolge Umwandlung nach Verg.-Gr. IV a
		3 neu entsprechend dem Bedarf			1 Stellen gem. Nr. 2 Abs. 7 der AB 99/00
		7 infolge Umwandlung von Verg.-Gr. V c	Verg.-Gr. V c	12	davon
Verg.-Gr. V c	13	davon			5 infolge Umwandlung nach Bes.-Gr. A 9
		12 neu entsprechend dem Bedarf			7 infolge Umwandlung nach Verg.-Gr. V b
		1 Stellen gem. Nr. 2 Abs. 7 der AB 99/00	Verg.-Gr. VII	2	Stellen gem. Nr. 2 Abs. 7 der AB 99/00
Verg.-Gr. VI b	12	davon	Verg.-Gr. VIII	8	Stellen gem. Nr. 2 Abs. 7 der AB 99/00
		6 neu entsprechend dem Bedarf			
		6 Stellen gem. Nr. 2 Abs. 7 der AB 99/00			
Verg.-Gr. VII	2	infolge Verlagerung von Kapitel 05 20			
Verg.-Gr. VIII	6	infolge Umwandlung von Lohn-Gr. 3/3a			
Zusammen	143		Zusammen	34	
			Bleibt Zugang	109	

Sonstige Veränderungen:

Die einzelnen Funktionen wurden ab Haushaltsjahr 2001 nach Vergütungsgruppen zusammengefasst.

Die Haushaltsvermerke Nr. 3, 4 und Nr. 8 wurden vollzogen.

Die Haushaltsvermerke Nr. 6 und Nr. 7 wurden angepasst.

Erläuterungen zu den Übersichten der vollbeschäftigten Arbeiter

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 3/3a	6	Umwandlung nach Verg.-Gr. VIII BAT
Zusammen	6	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5: Erträge

Konto	Kontobezeichnung	Soll für 2001 DM	Plan für 2000 DM	Ist 1999 DM
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse und andere eigene Leistungen	116 856 700	87 267 900	70 458 926
5010	Rechenzentrumsleistungen	41 112 400	31 485 700	37 181 333
5020	Netzleistungen	51 043 300	17 765 500	18 651 383
5030	Systembetreuung	13 285 000	2 276 700	2 095 685
5040	Beratung	2 533 00	1 911 200	3 186 857
5050	Entwicklung	4 600 000	6 690 400	4 847 340
5060	Schulung	4 283 000	2 936 800	4 496 328
	Projekt P 53	—	21 700 000	—
	Neue Projekte	—	2 501 600	—
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse für Waren und sonstige Umsatzerlöse	16 000 000	1 268 300	8 206 840
5110	Verkauf bezogener Waren	14 973 500	361 500	7 150 116
5120	Verkauf bezogener Leistungen	1 026 500	906 800	1 056 724
Zu Kontengruppe				
52	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen und fertigen Erzeugnissen	—	—	—
5210	Bestandsveränderungen an nicht abgerechneten Leistungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	425 000	—	3 725 477
5410	Sonstige Erlöse	—	—	318 973
5420	Erträge aus Anzeigen in IZN-mail	98 000	—	98 314
5430	Andere sonstige betriebliche Erträge	127 000	—	127 182
5440	Erträge aus Werterhöhung von Gegen- ständen des Anlagevermögens	—	—	—
5460	Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	8 500
5470	Herabsetzung von Sonderposten	—	—	2 966 616
5480	Erträge aus der Herabsetzung von Rückstellungen	200 000	—	80 040
5490	Periodenfremde Erträge	—	—	125 852
Zu Kontengruppe				
57	Zinsen und sonstige Erträge	28 000	—	26 506
5710	Zinserträge	—	—	—
5720	Erhaltene Skonti	28 000	—	26 506
Zu Kontengruppe				
58	Außerordentliche Erträge	1 251 500	—	145 991
5810	Erträge aus Zuführungen des Landes	1 251 500	—	138 188
5820	Zugang von Anlagen aus Haushalt	—	—	7 803

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklassen 6 und 7: Aufwendungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll für 2001 DM	Plan für 2000 DM	Ist 1999 DM
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	13 993 300	1 560 500	6 554 400
5010	Rechenzentrumsleistungen	41 112 400	31 485 700	37 181 333
6010	Papier, Vordrucke, Etiketten	529 500	456 400	386 868
6015	Datenträger	13 000	5 400	11 804
6020	Drucktücher, -bänder, Toner	71 700	29 900	65 841
6025	Mikrofilme	5 500	54 800	11 664
6030	Sonstiges RZ-Material	1 200	49 800	1 038
6035	Treibstoff	18 100	7 200	—
6040	Heizung	108 600	124 000	53 397
6045	Strom	633 600	455 600	495 978
6060	Reparaturmaterial	500	19 000	456
6070	Sonstiges Material	79 200	86 900	64 769
6080	Bezogene Waren	12 532 400	271 500	5 462 585
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	14 931 400	5 779 800	8 690 792
6105	Datenerfassung	708 000	678 800	708 812
6110	Beratung und Unterstützung	2 886 100	769 300	573 886
6115	Lehrvergütung für externe Lehrkräfte	1 207 500	534 100	982 119
6120	Lehrvergütung für eigene Mitarbeiter	21 000	54 300	20 106
6125	Lehrgangsunterlagen	278 300	100 100	294 352
6140	Porto Kuvertieranlage	3 762 000	—	784 080
6165	Instandhaltung Hardware	4 238 200	2 767 800	3 610 839
6166	Instandhaltung TK-Netze	—	—	20 470
6170	Softwarepflege	1 715 100	540 500	1 024 241
6175	Update Softwarelizenzen	30 000	27 200	188 391
6190	Transportkosten	21 100	217 200	220 905
6195	Sonstige Aufwendungen	64 100	90 500	262 591

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklassen 6 und 7: Aufwendungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll für 2001 DM	Plan für 2000 DM	Ist 1999 DM
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Zulagen	—	426 100	351 481
6210	Löhne und Zulagen	—	417 900	325 674
6220	Urlaubs- und Weihnachtsgeld	—	8 200	25 807
Zu Kontengruppe				
63	Dienstbezüge und Gehälter	32 445 200	24 721 700	16 573 326
6310	Dienstbezüge und Zulagen für Beamte	4 870 200	5 666 600	4 285 785
6320	Urlaubs- und Weihnachtsgeld für Beamte	378 100	36 000	347 570
6330	Vergütungen und Zulagen für Angestellte	25 179 100	18 893 400	11 047 162
6340	Urlaubs- und Weihnachtsgeld für Angestellte	2 017 800	125 700	892 719
In diesem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen sowie für die Stellen der beamteten Hilfskräfte und der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:				
1	Dienstaufwandsentschädigungen	—	—	—
2	a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkung zur BBesO C	—	—	—
3	b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkung zur BBesO C	—	—	—
3	Ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte	—	—	—
4	Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	—	—	—
5	Auszubildende für Angestelltenberufe	81 000	—	—
6	Überstundenvergütungen für Angestellte	150 000	150 000	155 192
7	Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiterinnen/Arbeiter	—	—	—
8	Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiterinnen/Arbeiter	—	—	—
9	Auszubildende für Arbeiterberufe	—	—	—
10	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	—	20 000	—
11	Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	50 000	31 000	171 561
12	Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	—	—	—
13	Wissenschaftliche Hilfskräfte	—	—	—
14	Vergütungen für studentische Hilfskräfte	—	—	—
15	Vergütungen für sonstige wissenschaftliche Beschäftigte	—	—	—
16	Vergütungen für sonstige Beschäftigte	—	—	—
17	Lehraufträge	—	—	—
18	Emeritierte Professoren	—	—	—
19	VBL-Versteuerung	—	—	—
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	7 157 000	5 344 200	3 487 020
6410	Sozialversicherung (Lohnbereich)	—	122 600	75 768
6420	Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	5 072 700	3 778 600	2 374 533
6430	Beihilfen und Unterstützungen	295 000	584 000	196 400
6440	Versorgungsbezüge	—	—	—
6450	Aufwendungen für Pensionsrückstellungen (Versorgungsrücklage)	40 400	—	—
6460	VBL (Lohnbereich)	—	27 400	27 434
6470	VBL (Gehaltsbereich)	1 748 900	831 600	812 885
Zu Kontengruppe				
65	Abschreibungen	—	—	2 983 402
6510	Softwarelizenzen	—	—	843 206
6520	Verwaltungsgebäude	—	—	562 579
6530	Gebäudeeinrichtungen/Klimaanlage	—	—	12 296
6535	RZ-Hardware	—	—	469 599
6540	TK-Hardware	—	—	372 909
6545	Unterbrechungsfreie Stromversorgung	—	—	—
6550	Fuhrpark	—	—	—
6555	Telekommunikationsanlage	—	—	300
6560	Arbeitsplatzrechner	—	—	419 284
6570	Büromöbel und sonstige Geschäftsausstattung	—	—	162 831
6580	Geringwertige Wirtschaftsgüter	—	—	140 398

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklassen 6 und 7: Aufwendungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll für 2001 DM	Plan für 2000 DM	Ist 1999 DM
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	3 061 000	542 200	2 712 276
6610	Personaleinstellungen	110 000	54 300	103 324
6620	Heimfahrten, Trennungsgeld, Umzugskosten	900	900	—
6630	Aus- und Fortbildung	1 252 800	362 100	246 306
6635	Reisekosten für Aus- und Fortbildung	48 300	113 100	63 090
6640	Dienstjubiläen	2 400	900	-49 600
6645	Aufwendungen für Altersteilzeit	1 615 000	—	1 615 000
6650	Belegschaftsveranstaltungen	900	900	395
6660	Kantine und Sozialeinrichtungen	18 100	9 100	—
6690	Übrige sonstige Personalaufwendungen	12 600	900	733 761
Zu Kontengruppe				
67	Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	48 427 100	40 746 800	25 536 970
6710	Miete für Gebäude	1 472 500	68 300	—
6715	Miete für Dienstkraftwagen	15 400	—	2 767
6720	Miete, Leasing RZ – Hardware	6 563 900	6 934 800	7 339 002
6730	Miete, Leasing RZ – Software	6 406 800	6 372 800	5 929 381
6740	Gebühren für Netzinfrastruktur	32 673 900	25 890 100	11 230 901
6750	Gebühren für Datendienste	431 000	253 400	225 235
6760	Gebühren für Fernsprechkosten	827 600	1 222 000	776 705
6780	Kosten des Geldverkehrs	—	900	—
6790	Rechts- und Beratungskosten	36 000	4 500	32 979
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	804 100	342 900	725 757
6810	Büromaterial	181 000	81 500	167 695
6820	Fotokopien	22 600	10 900	—
6830	Zeitungen und Fachliteratur	37 200	31 400	33 062
6835	Onlinedienste	—	9 100	2 267
6840	Gebühren für Post, Telekom	234 300	126 700	216 301
6860	Reisekosten allgemein	72 500	22 600	90 809
6870	Bewirtung und Präsentation	6 500	1 800	6 500
6880	Werbung und Öffentlichkeitsarbeit	250 000	58 900	209 123
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	1 231 000	644 900	2 295 003
6910	Versicherungsbeiträge	—	—	—
6920	Instandhaltung Gebäude	554 700	61 300	856 084
6925	Gebäudereinigung	144 800	249 600	124 410
6930	Müllabfuhr, Straßenreinigung	2 300	27 200	11 473
6935	Wasser-, Kanalgebühren	99 600	16 200	43 021
6940	Instandhaltung Geschäftsausstattung	7 400	33 500	66 113
6945	Entsorgung, Vernichtung von Abfall	58 800	9 100	41 063
6950	Gebäude-, Betriebssicherung	363 400	248 000	307 141
6960	Verluste aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	2 258
6980	Sonstige Aufwendungen	—	—	37 498
6990	Periodenfremde Aufwendungen	—	—	805 942
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	12 511 100	7 902 100	6 757 629
7007	Nicht abziehbare Vorsteuer (7 %)	—	20 900	29 664
7015	Nicht abziehbare Vorsteuer (15 %)	—	—	2 735
7016	Nicht abziehbare Vorsteuer (16 %)	12 511 100	7 880 200	6 725 375
7030	Kraftfahrzeugsteuer	—	1 000	155
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	525 000	—
7510	Zinsen für kurzfristige Kredite	—	—	—
7520	Zinsen für langfristige Kredite	—	525 000	—
7530	Gewährte Skonti	—	—	—
Zu Kontengruppe				
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—
7610	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 04 1 Eigene Einnahmen 2 Übertragungseinnahmen 3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen Summe der Einnahmen 4 Persönliche Verwaltungsausgaben 5 Sächliche Verwaltungsausgaben 6 Übertragungsausgaben 7 Bauausgaben 8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen 9 Besondere Finanzierungsausgaben Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben Zuschuss Nachrichtlich: Anteil an den Versorgungsausgaben Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		151.706.100 240.826.300 24.968.000 417.500.400 1.097.036.500 281.301.100 2.203.700 6.500.000 56.126.100 68.632.400 1.511.799.800 1.094.299.400 220.937.200 1.732.737.000 1.315.236.600	129.187.900 277.128.300 23.591.000 429.907.200 1.096.852.300 227.841.100 63.995.800 23.200.000 46.603.900 22.037.000 1.480.530.100 1.050.622.900 214.160.700 1.694.690.800 1.264.783.600	+22.518.200 –36.302.000 +1.377.000 –12.406.800 +184.200 +53.460.000 –61.792.100 –16.700.000 +9.522.200 +46.595.400 +31.269.700 +43.676.500	

Einzelplan 04

Finanzministerium

Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

**für das
Haushaltsjahr 2001**

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 01 Ministerium

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen			
			Feste Gehälter:
B 9 ³⁾	1	1	Staatssekretär/-in
B 6	4	4	Ministerialdirigent/-in
B 3	5	5	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin
B 2 ⁶⁾	15	14	Ministerialrat/-rätin
Aufsteigende Gehälter:			
A 16 ⁵⁾	14	14	Ministerialrat/-rätin
A 15	19	21	Direktor/-in
A 14 ⁷⁾	10	6	Oberrat/-rätin
A 13	1	1	Rat/Rätin
A 13	54	54	Oberamtsrat/-rätin
A 12 ⁵⁾	47	46	Amtsrat/-rätin
A 11	19	17	Amtmann/-männin/-frau
A 9 ⁴⁾	12	10	Amtsinspektor/-in
A 9	5	8	Amtsinspektor/-in
A 8	3	4	Hauptsekretär/-in
A 6	1	1	Oberamtsmeister/-in
	210	206	Zusammen
(Titel 422 31)			
B 6	2	2	Ministerialdirigent/-in
B 3	3	3	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin
B 2	4	4	Ministerialrat/-rätin
A 16	3	4	Ministerialrat/-rätin
A 13 ¹⁾	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 13	8	9	Oberamtsrat/-rätin
	21	23	Zusammen
Leerstellen:			
B 6 ²⁾	—	1	Ministerialdirigent/-in
B 2 ²⁾	3	2	Ministerialrat/-rätin
A 16 ²⁾	1	2	Ministerialrat/-rätin
A 15 ²⁾	1	1	Direktor/-in
A 13 ²⁾	1	—	Oberamtsrat/-rätin
A 12 ²⁾	4	5	Amtsrat/-rätin
A 9 ²⁾	—	1	Amtsinspektor/-in
	10	12	Zusammen

¹⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.

²⁾ kw.

³⁾ Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zu Bes.-Gr. B 9 LBesO.

⁴⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

⁵⁾ Davon 2 kw zum 1. 1. 2002.

⁶⁾ Davon 1 kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen.

⁷⁾ Davon 1 kw zum 1. 1. 2004.

- 1) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.
2) kw.
3) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zu Bes.-Gr. B 9 LBesO.
4) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
5) Davon 2 kw zum 1. 1. 2002.
6) Davon 1 kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen.
7) Davon 1 kw zum 1. 1. 2004.

Erläuterungen zum Stellenplan

Beamte		Planmäßige Beamte/-innen	
Zugang:	Stellen	Titel 422 31:	
Bes.-Gr. B 2	1	Abgang:	Stellen
		Bes.-Gr. A 16	1
Bes.-Gr. A 14	4	Bes.-Gr. A 13	1
		Zusammen	2
Bes.-Gr. A 12	1	Leerstellen:	
Bes.-Gr. A 9 ⁴⁾	2	Zugang:	
Zusammen	8	Bes.-Gr. B 2	1
		Bes.-Gr. A 13	1
Abgang:		Zusammen	2
Bes.-Gr. A 15	2		
		Abgang:	
Bes.-Gr. A 9	2	Bes.-Gr. B 6	1
Zusammen	4	Bes.-Gr. A 16	1
Bleibt Zugang	4	Bes.-Gr. A 12	1
		Bes.-Gr. A 9	1
Umwandlungen:		Zusammen	4
Bes.-Gr. A 11	2	Bleibt Abgang	2
Bes.-Gr. A 9	1		
Zusammen	3		

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte			
Außer- tariflich (B 2)	2	2	³⁾ Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmer-tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.
I	2	2	
II a	3	3	
III	3	3	
IV b ⁸⁾	2	2	
V b ³⁾	9	9	
V c	26	24	
VI b ³⁾	19	19	
VII	3	3	
IX b–VII ⁵⁾	15	19	
	84	86	Zusammen
(Titel 425 31)			
IV b	—	1	Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungs-leiter/-innen sind für die Dauer ihrer Vorzimmer-tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT ein-gruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vor-zimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstu-fe.
VI b	—	3	
VII	—	1	
IX b–VII ⁵⁾	—	1	
	—	6	
			Zusammen
Leerstellen:			
IV a ⁷⁾	1	—	Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
V c ⁷⁾	1	—	
VI b ⁷⁾	2	2	
IX b–VII ⁷⁾	3	4	
	7	6	
			Zusammen

³⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

⁷⁾ kw.

⁸⁾ Davon 1 kw bei Ausscheiden der Stelleninhaberin.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. VII	1	Verlagerung von Kapitel 04 20
Zusammen	1	
Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b	1	Verlagerung nach Kapitel 04 10
Verg.-Gr. IX b–VII	2	Einsparung für Umwandlungen und neue Stellen
Zusammen	3	
Bleibt Abgang	2	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	neu gem. Nr. 3 Abs. 5 der
Verg.-Gr. V c	1	Allgemeinen Bestimmungen
Zusammen	2	
Abgang:		
Verg.-Gr. IX b–VII	1	infolge teilweisen Vollzugs
		des kw-Vermerks
Bleibt Zugang	1	

Umwandlungen:	Stellen	
Verg.-Gr. V c	2	von Verg.-Gr. VI b
Verg.-Gr. VI b	3	davon
		2 von Verg.-Gr. IX b/VII
		1 von Verg.-Gr. VII

Titel 425 31:

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	1	durch Ausscheiden
		des Stelleninhabers
Verg.-Gr. VI b	3	durch Ausscheiden
		der Stelleninhaber
Verg.-Gr. VII	1	durch Ausscheiden
		des Stelleninhabers
Verg.-Gr. IX b–VII	1	durch Ausscheiden
		der Stelleninhaberin
Zusammen	6	

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 01 Ministerium

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Arbeiter/-innen				
4	4	3	Kraftfahrdienst	
2 a	6	6	Sonstige Dienste	
1	—	1		
	10	10	Zusammen	
(Titel 426 31)				
2 a	—	1	Sonstige Dienste	
	—	1	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Zugang: Stellen
Lohn-Gr. 4 1 Verlagerung von Kapitel 04 20

Abgang: Stellen
Lohn-Gr. 1 1 Verlagerung nach Kapitel 04 20

Arbeiter/-innen (Titel 426 31)

Abgang: Stellen
Lohn-Gr. 2 a 1 Ausscheiden der Stelleninhaberin

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 05 Oberfinanzdirektion

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Planmäßige Beamte/-innen¹⁾²⁾				
			Feste Gehälter:	
B 7	1	1	Oberfinanzpräsident/-in	¹⁾ Bei Bedarf können die Planstellen bei 04 05, 04 06 und 04 07 mit vorheriger Zustimmung des MF vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. Dies darf nicht zu einer kapitelübergreifenden Inanspruchnahme von Beschäftigungsvolumen und Personalkostenbudget führen.
B 3	2	2	Finanzpräsident/-in	
B 2	4	4	Abteilungsdirektor/-in	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	8	9	Leitende(r) Direktor/-in	²⁾ Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1595) und § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21.8. 1992 (BGBl. I S. 1597) in der jeweils geltenden Fassung vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.
A 15 ⁵⁾	28	27	Direktor/-in	
A 14	9	10	Oberrat/-rätin	
A 13	2	—	Rat/Rätin	³⁾ kw.
A 13 ⁵⁾	52	51	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	69	66	Amtsrat/-rätin	⁴⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
A 11	94	93	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	13	13	Oberinspektor/-in	⁵⁾ Davon darf eine Planstelle (in Höhe von 100 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
A 9	7	2	Inspektor/-in	
A 9 ⁴⁾	19	18	Amtsinspektor/-in	
A 9	31	35	Amtsinspektor/-in	
A 8	9	9	Hauptsekretär/-in	
A 7	—	—	Obersekretär/-in	
A 6	—	—	Sekretär/-in	
	348	340	Zusammen	
			Leerstellen:	
A 13 ³⁾	—	1	Oberamtsrat/-rätin	
A 12 ³⁾	—	3	Amtsrat/-rätin	
A 11 ³⁾	12	16	Amtmann/-männin/-frau	
A 9 ³⁾⁴⁾	2	3	Amtsinspektor/-in	
A 9 ³⁾	—	1	Amtsinspektor/-in	
	14	24	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1597) in der jeweils geltenden Fassung.

Gehobener Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 2a) der VO 2001
A 13	8
A 12	16
A 11	59 (7)**)
A 10	10
A 9	2
Insgesamt	95

***) Die in Klammern genannte Stellenzahl ist auf die Obergrenzen nach § 1 Nr. 11 der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG angerechnet worden.

Mittlerer Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 2b) der VO 2001	§ 3 Nr. 4 der VO 2001
A 9 ⁴⁾	8 (7)*)	11 (6)*)
A 9	8 (4)*)	5
A 8	9	—
Insgesamt	25	16

*) Die in den Klammern genannte Stellenzahl ist auf die allgemeinen Obergrenzen nach § 26 Abs. 1 BBesG im Landesbereich angerechnet worden.

Von den Planstellen entfallen auf den Bereich der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1595) in der jeweils geltenden Fassung.

Bes.-Gr.	§ 1 Nr. 11 der VO 2001
A 13	44
A 12	53
A 11	35
A 10	3
A 9 (g.D.)	5
Insgesamt	140

Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. A 15	1 Personalratstätigkeit Nr. 1 Abs. 2 AB
Bes.-Gr. A 13	
Rat/Rätin	2 Verlagerung von Kapitel 04 06
Bes.-Gr. A 13	
Oberamtsrat/-rätin	1 Verlagerung von Kapitel 04 06
Bes.-Gr. A 12	3 Verlagerung von Kapitel 04 20
Bes.-Gr. A 11	3 Verlagerung von Kapitel 04 06
Bes.-Gr. A 9	
Inspektor/-in	5 Verlagerung von Kapitel 04 06
Bes.-Gr. A 9 ⁴⁾	
Amtsinspektor/-in	1 Verlagerung von Kapitel 04 20
Bes.-Gr. A 9	
Amtsinspektor/-in	1 Verlagerung von Kapitel 04 20
Zusammen	17

Abgang:	
Bes.-Gr. A 16	1 Verlagerung nach Kapitel 04 06
Bes.-Gr. A 14	1 Vollzug des HV Nr. 5
Bes.-Gr. A 11	2 Verlagerung nach Kapitel 04 06
Bes.-Gr. A 9	
Amtsinspektor/-in	5 Verlagerung nach Kapitel 04 06
Zusammen	9
Bleibt Zugang	8

Leerstellen:	
Abgang:	
Bes.-Gr. A 13	1
Bes.-Gr. A 12	3
Bes.-Gr. A 11	4
Bes.-Gr. A 9 ⁴⁾	1
Bes.-Gr. A 9	1
Zusammen	10

infolge teilweisen Vollzugs
des kw-Vermerks (HV Nr. 3)

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte			
II a	8	8	Verwaltungsdienst
III	3	3	
IV a ⁵⁾	12	12	
V b	3	3	
V c	37	38	
VI b ¹⁾ ⁴⁾	33	35	
VII	12	14	
VIII	19	21	
IX b	8	9	
IX b–VII ²⁾	27	37	
	162	180	Zusammen
Leerstellen:			
V c ³⁾	2	3	
VIII ³⁾	1	1	
IX b ³⁾	1	1	
IX b–VII ³⁾	2	4	
	6	9	Zusammen

¹⁾ Die 1. Sekretärin des/der Oberfinanzpräsidenten/-in ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Vergütungsgruppe VIb BAT eingruppiert.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

²⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

³⁾ kw.

⁴⁾ Davon 1 ku nach Verg.-Gr. VII.

⁵⁾ Davon 1 ku nach Verg.-Gr. IV b, 1 ku nach Verg.-Gr. V c.

¹⁾ Die 1. Sekretärin des/der Oberfinanzpräsidenten/-in ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Vergütungsgruppe VI b BAT eingruppiert.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

²⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

³⁾ kw.

⁴⁾ Davon 1 ku nach Verg.-Gr. VII.

⁵⁾ Davon 1 ku nach Verg.-Gr. IV b,
1 ku nach Verg.-Gr. V c.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. V c	1	gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998
Verg.-Gr. VI b	2	
Verg.-Gr. VII	2	gem. ZV 2001 (PKB-Überschuss)
Verg.-Gr. VIII	2	
Verg.-Gr. IX b	1	
Verg.-Gr. IX b–VII	10	davon 4 Stellen gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998 6 Stellen gem. ZV 2001 (PKB-Überschuss)
Zusammen	18	

Leerstellen:

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. V c	1	infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks (HV Nr. 3)
Verg.-Gr. IX b–VII	2	
Zusammen	3	

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Arbeiter/-innen				
5	1	1		
4	30	30		
3	8	10		
2 a	11	14		
	50	55	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 3	2	gem. ZV 2001 (PKB-Überschuss)
Lohn-Gr. 2 a	3	
Zusammen	5	

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen¹⁾²⁾³⁾⁴⁾			
A 16 ⁵⁾	6	7	Aufsteigende Gehälter:
A 16	22	21	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	65	65	Leitende(r) Direktor/-in
A 14 ¹⁴⁾	127	133	Direktor/-in
A 13	38	35	Oberrat/-rätin
A 13 ⁸⁾²³⁾	376	375	Rat/Rätin
A 12	767	770	Oberamtsrat/-rätin/
A 11	1 443	1 440	Amtsrat/-rätin
A 10 ⁷⁾	804	807	Amtmann/-männin/-frau
A 9 ¹⁹⁾	945	950	Oberinspektor/-in
A 9 ⁶⁾⁸⁾²⁴⁾	449	424	Inspektor/-in
A 9 ⁸⁾²⁵⁾	1 154	1 047	Amtsinspektor/-in
A 8 ⁸⁾²⁶⁾²⁷⁾	1 217	1 049	Amtsinspektor/-in
A 7 ⁸⁾	699	968	Hauptsekretär/-in
A 6	404	454	Obersekretär/-in
A 6	14	14	Sekretär/-in
A 5	11	50	Oberamtsmeister/-in
	8 541	8 609	Zusammen
A 14 ¹⁰⁾	5	5	Leerstellen:
			Oberrat/-rätin,
			soweit sie am Nieders. Finanzgericht
			in freien Planstellen der Bes.-Gr. R 2
			geführt werden
			(vgl. Kap. 11 08 – Planmäßige
			Richter/-innen und Beamte/-innen –)
A 14 ¹¹⁾	5	2	Oberrat/-rätin
A 13 ¹¹⁾	—	1	Rat/Rätin
A 13 ¹¹⁾	—	2	Oberamtsrat/-rätin
A 12 ¹¹⁾	4	4	Amtsrat/-rätin
A 11 ¹¹⁾	61	66	Amtmann/-männin/-frau
A 10 ¹¹⁾	122	147	Oberinspektor/-in
A 9 ¹¹⁾	55	33	Inspektor/-in
A 9 ⁶⁾¹¹⁾	4	6	Amtsinspektor/-in
A 9 ¹¹⁾	15	16	Amtsinspektor/-in
A 8 ¹¹⁾	78	80	Hauptsekretär/-in
A 7 ¹¹⁾	175	182	Obersekretär/-in
A 6 ¹¹⁾	46	36	Sekretär/-in
A 6 ¹¹⁾	1	1	Oberamtsmeister/-in
A 5 ¹¹⁾	2	2	Oberamtsmeister/-in
	573	583	Zusammen

1) Beamte/-innen des mittleren Dienstes, die im Vollstreckungsdienst der Steuerverwaltung tätig sind (Vollziehungsbeamte/-innen), erhalten eine Vergütung nach der Vollstreckungsvergütungsverordnung vom 8. 7. 1976 (BGBl. I S. 1783) in der jeweils geltenden Fassung.

2) Bei Bedarf können die Planstellen bei 04 05, 04 06 und 04 07 mit vorheriger Zustimmung des MF vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. Dies darf nicht zu einer kapitelübergreifenden Inanspruchnahme von Beschäftigungsvolumen und Personalkostenbudget führen.

3) Beamte/-innen, die im Aufsichtsdienst über die öffentlichen Spielbanken im Land Niedersachsen eingesetzt sind, erhalten eine steuerfreie Aufwandsentschädigung in Höhe von 150 DM monatlich.

4) Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1595) und § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1597) in der jeweils geltenden Fassung vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.

5) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Vorbemerkung Nr. 21 zur BBesO. A und B.

6) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

7) Davon dürfen 2 Planstellen (in Höhe von 100 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

8) Davon darf 1 Planstelle (in Höhe von 100 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

10) Bezüge werden aus diesen Stellen nicht gezahlt.

11) kw.

14) Davon ku nach Bes.-Gr. A 13 Rat/Rätin 6 Planstellen zum 1. 1. 2003, 10 Planstellen nach Ausscheiden des Stelleninhabers/der Stelleninhaberin.

19) Davon 12 kw zum 31. 12. 2001.

23) Davon 2 kw zum 31. 12. 2002.

24) Davon aufgrund von Stellenhebungen von Bes.-Gr. A 9 Amtsinspektor/-in 12 besetzbar ab 1. 7. 2001, 11 besetzbar ab 1. 1. 2002.

25) Davon aufgrund von Stellenhebungen von Bes.-Gr. A 8 54 besetzbar ab 1. 7. 2001, 55 besetzbar ab 1. 1. 2002.

26) Davon aufgrund von Stellenhebungen von Bes.-Gr. A 7 134 besetzbar ab 1. 7. 2001, 135 besetzbar ab 1. 1. 2002.

27) Davon aufgrund von Stellenhebungen von Bes.-Gr. A 6 4 besetzbar ab 1. 7. 2001, 3 besetzbar ab 1. 1. 2002.

- ¹⁾ Beamte/-innen des mittleren Dienstes, die im Vollstreckungsdienst der Steuerverwaltung tätig sind (Vollziehungsbeamte/-innen), erhalten eine Vergütung nach der Vollstreckungsvergütungsverordnung vom 8. 7. 1976 (BGBl. I S. 1783) in der jeweils geltenden Fassung.
- ²⁾ Bei Bedarf können die Planstellen bei 04 05, 04 06 und 04 07 mit vorheriger Zustimmung des MF vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. Dies darf nicht zu einer kapitelübergreifenden Inanspruchnahme von Beschäftigungsvolumen und Personalkostenbudget führen.
- ³⁾ Beamte/-innen, die im Aufsichtsdienst über die öffentlichen Spielbanken im Land Niedersachsen eingesetzt sind, erhalten eine steuerfreie Aufwandsentschädigung in Höhe von 150 DM monatlich.
- ⁴⁾ Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1595) und § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1597) in der jeweils geltenden Fassung vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.
- ⁵⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Vorbemerkung Nr. 21 zur BBesO. A und B.
- ⁶⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
- ⁷⁾ Davon dürfen 2 Planstellen (in Höhe von 100 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
- ⁸⁾ Davon darf 1 Planstelle (in Höhe von 100 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
- ¹⁰⁾ Bezüge werden aus diesen Stellen nicht gezahlt.
- ¹¹⁾ kw.
- ¹⁴⁾ Davon ku nach Bes.-Gr. A 13 Rat/Rätin 6 Planstellen zum 1. 1. 2003, 10 Planstellen nach Ausscheiden des Stelleninhabers/der Stelleninhaberin.
- ¹⁹⁾ Davon 12 kw zum 31. 12. 2001.
- ²³⁾ Davon 2 kw zum 31. 12. 2002.
- ²⁴⁾ Davon aufgrund von Stellenhebungen von Bes.-Gr. A 9 Amtsinspektor/-in 12 besetzbar ab 1. 7. 2001, 11 besetzbar ab 1. 1. 2002.
- ²⁵⁾ Davon aufgrund von Stellenhebungen von Bes.-Gr. A 8 54 besetzbar ab 1. 7. 2001, 55 besetzbar ab 1. 1. 2002.
- ²⁶⁾ Davon aufgrund von Stellenhebungen von Bes.-Gr. A 7 134 besetzbar ab 1. 7. 2001, 135 besetzbar ab 1. 1. 2002.
- ²⁷⁾ Davon aufgrund von Stellenhebungen von Bes.-Gr. A 6 4 besetzbar ab 1. 7. 2001, 3 besetzbar ab 1. 1. 2002.

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1597) in der jeweils geltenden Fassung.

Gehobener Dienst

Bes.-Gr.	§ 2 Nr. 1a) der VO 2001	§ 2 Nr. 1b) der VO 2001
A 13	170 *)	—
A 12	241	142 **)
A 11	112	303
A 10	—	30
Insgesamt	523	475

Gehobener Dienst

Bes.-Gr.	§ 2 Nr. 1c) der VO 2001	§ 2 Nr. 1e) der VO 2001
A 13	—	82 (1)***)
A 12	—	44
A 11	510	—
A 10	492	—
A 9	—	—
Insgesamt	1 002	126

*) Höchstens 50 v.H. von 445 Planstellen.

**) Höchstens 40 v.H. von 354 Planstellen. Gem. Art. 2 der ÄnderungsVO vom 3. 7. 1986 (BGBl. I S. 993).

***) Die in Klammern genannte Stellenzahl ist auf die Obergrenzen nach § 1 Nr. 11 der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG anzurechnen.

Von den Planstellen entfallen auf den Bereich der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1595) in der jeweils geltenden Fassung.

Bes.-Gr.	§ 1 Nr. 11 der VO 2001
A 13	124
A 12	340
A 11	518
A 10	282
A 9	945
Insgesamt	2 209

Mittlerer Dienst

Bes.-Gr.	§ 2 Nr. 1d) der VO 2001	§ 3 Nr. 4 der VO 2001
A 9 ⁶⁾	78	371
A 9	185	839
A 8	176	523
A 7	—	124
A 6	—	10
Insgesamt	439	1 867

Aufsichtsdienst bei den öffentlichen Spielbanken

Bes.-Gr.	Aufsichtsdienst 2001
A 12	1
A 11	6
A 9 ⁶⁾	1
A 9	—
Amtsinspektor/-in	19
A 8	1
A 7	1

29

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	1	Verlagerung von Kapitel 04 05
Bes.-Gr. A 13		
Oberamtsrat/-rätin	2	Verlagerung von Kapitel 08 10
Bes.-Gr. A 11	3	davon
		2 Verlagerung von Kapitel 04 05
		1 Verlagerung von Kapitel 04 08
Bes.-Gr. A 10	1	Verlagerung von Kapitel 04 20
Bes.-Gr. A 9		
Inspektor/-in	20	Umwandlung von Stellen
		für beamtete Hilfskräfte
Bes.-Gr. A 9 ⁶⁾	2	davon
		1 Verlagerung von Kapitel 04 20
		1 neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 9		
Amtsinspektor/-in	21	davon
		5 Verlagerung von Kapitel 04 05
		16 Verlagerung von Kapitel 04 20
Bes.-Gr. A 8	1	Verlagerung von Kapitel 04 20
Zusammen	51	
Abgang:		
Bes.-Gr. A 16 ⁵⁾	1	teilweiser Vollzug
		des Haushaltsvermerks Nr. 8
Bes.-Gr. A 13		
Rat/Rätin	3	davon
		2 Verlagerung nach Kapitel 04 05
		1 gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998
Bes.-Gr. A 13		
Oberamtsrat/-rätin	1	Verlagerung nach Kapitel 04 05
Bes.-Gr. A 12	3	davon
		1 teilweiser Vollzug
		des Haushaltsvermerks Nr. 8
		2 Verlagerung nach Kap. 04 08
Bes.-Gr. A 11	3	Verlagerung nach Kapitel 04 05
Bes.-Gr. A 10	1	Verlagerung nach Kapitel 04 20
Bes.-Gr. A 9		
Inspektor/-in	25	davon
		5 Verlagerung nach Kap. 04 05
		18 infolge des teilweisen Vollzugs
		des HV Nr. 19
		2 gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998
Bes.-Gr. A 6		
Sekretär/-in	43	davon
		24 infolge des Vollzugs des HV Nr. 18
		19 gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998
Bes.-Gr. A 5	39	davon
		36 gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998
		3 gem. ZV 2001
		(davon 2 PKB-Überschuss)
Zusammen	119	
Bleibt Abgang	68	
Hebungen:		
Bes.-Gr. A 11	3	von Bes.-Gr. A 10
Bes.-Gr. A 9 ⁶⁾		
Amtsinspektor/-in	23	von Bes.-Gr. A 9
		Amtsinspektor/-in
Bes.-Gr. A 9		
Amtsinspektor/-in	109	von Bes.-Gr. A 8
Bes.-Gr. A 8	276	davon
		269 von Bes.-Gr. A 7
		7 von Bes.-Gr. A 6
Zusammen	411	
Umwandlungen:		
Bes.-Gr. A 13		
Rat/Rätin	6	von Bes.-Gr. A 14
		(teilweiser Vollzug des HV Nr. 14)

Erläuterungen zum Stellenplan

Leerstellen:

Zugang:	Stellen		
Bes.-Gr. A 14	3		} neu gem. Nr. 3 (1) der Allgemeinen Bestimmungen
Bes.-Gr. A 9	22	Inspektor/-in	
Bes.-Gr. A 6	10	Sekretär/-in	

Zusammen 35

Abgang:

Bes.-Gr. A 13	1	Rat/Rätin	} infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks (HV Nr. 11)
Bes.-Gr. A 13	2	Oberamtsrat/-rätin	
Bes.-Gr. A 11	5		
Bes.-Gr. A 10	25		
Bes.-Gr. A 9 ⁶⁾	2		
Bes.-Gr. A 9	1	Amtsinspektor/-in	
Bes.-Gr. A 8	2		
Bes.-Gr. A 7	7		

Zusammen 45

Bleibt Abgang 10

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nrn. 17, 20, 21 und 22 wurden gestrichen.

Der Haushaltsvermerk Nr. 14 wurde teilweise vollzogen.

Der Haushaltsvermerk Nr. 18 wurde vollzogen.

Der Haushaltsvermerk Nr. 19 wurde teilweise vollzogen.

Die Haushaltsvermerke Nr. 23 bis 27 wurden neu ausgebracht.

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Beamtete Hilfskräfte				*) Allgemeiner Haushaltsvermerk Nach Umwandlung von Angestelltenstellen gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen sollen gem. ZV 2001 bis 2003 in Abgang gestellt werden: 19 Stellen der Verg.-Gr. X zum 31. 12. 2001 13 Stellen der Verg.-Gr. X zum 31. 12. 2002 24 Stellen der Verg.-Gr. X zum 31. 12. 2003.
A 13	17	17	Assessor/-in	
A 9	39	39	Inspektor/-in z. A.	
A 6	278	278	Sekretär/-in z. A.	
	334	334	Zusammen	
Leerstellen:				1) Angestellte, die im Aufsichtsdienst über die öffent- lichen Spielbanken im Land Niedersachsen einge- setzt sind, erhalten eine steuerfreie Aufwandsent- schädigung in Höhe von 150 DM monatlich.
A 13 ⁵⁾	1	—	Assessor/-in	
A 9 ⁵⁾	19	23	Inspektor/-in z. A.	
A 6 ⁵⁾	12	11	Sekretär/-in z. A.	
	32	34	Zusammen	
Angestellte^{1)*)}				2) Die am 31. 12. 1983 als Bedienungskräfte von Datenerfassungsgeräten des Typs Nixdorf 720 täti- gen Kräfte erhalten für die Bedienung des Nixdorf- Systems 8860 für ihre Person eine jederzeit wider- rufliche außertarifliche Stellenzulage in Höhe von 8 v. H. der Anfangsvergütung der jeweiligen Vergü- tungsgruppe. Bei Besetzung einer Stelle mit zwei Halbtagskräften gilt dies entsprechend.
II a	2	2		
III	16	16		
IV a	102	97		
IV b	25	26		3) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.
V c ¹⁰⁾	765	575		
VI b	262	477		
VII ²⁾	1 011	1 031		
VIII	28	126		4) 7 Stellen kw zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001).
IX b	92	92		
IX b-VII ⁴⁾	156	190		
X	1	2		
	2 460	2 634	Zusammen	5) kw.
Leerstellen:				10) Davon dürfen 2 Stellen (in Höhe von 100 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
IV a ⁵⁾	1	2		
IV b	1	—		
V c ⁵⁾	8	7		
VI b ⁵⁾	30	25		
VII ⁵⁾	69	77		
VIII ⁵⁾	11	14		
IX b ⁵⁾	—	1		
IX b-VII ⁵⁾	29	39		
	149	165	Zusammen	

Beamtete Hilfskräfte

Angestellte

Bes.-Gr.	Aufsichtsdienst 2001
IV a	1
V c	46
VI b	2
VII	1
VIII	1
	51

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. V c	7	davon
		2 Verlagerung von Kap. 04 20
		5 neu entsprechend dem Bedarf
Abgang:		
Verg.-Gr. VI b	21	gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998
Verg.-Gr. VII	12	gem. ZV 2001
Verg.-Gr. VIII	20	gem. ZV 2001 (PKB-Überschuss)
Verg.-Gr. IX b–VII	34	davon
		22 Verlagerung nach Kap. 04 20
		12 gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998
Verg.-Gr. X	94	davon
		30 gem. ZV 2001 (PKB-Überschuss)
		64 gem. ZV 2001
Zusammen	181	
Bleibt Abgang	174	
Umwandlungen:		
Verg.-Gr. IV a	5	davon
		1 von Verg.-Gr. IV b
		4 von Verg.-Gr. V c
Verg.-Gr. V c	188	von Verg.-Gr. VI b
Verg.-Gr. VIII	15	davon
		1 von Vewrg.-Gr. V c
		6 von Verg.-Gr. VI b
		8 von Verg.-Gr. VII
Verg.-Gr. X	93	von Verg.-Gr. VIII
Zusammen	301	

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 06 Finanzämter

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) Davon 60 besetzbar ab 1. 8. 2001. 5) kw.
	2001	2000		
Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst				
A 9 ¹⁾	559	499	Finanzanwärter/-in	
A 6	221	191	Steueranwärter/-in	
	780	690	Zusammen	
A 9 ⁵⁾	40	40	Leerstellen: Finanzanwärter/-in	
Arbeiter/-innen				
5	12	12		
4	39	39		
3	42	43		
2 a	62	62		
1	1	2		
	156	158	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9	60	entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 6	30	entsprechend dem Bedarf
Zusammen	90	

Arbeiter/-innen

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 3	1	gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998
Lohn-Gr. 1	1	gem. ZV 2001
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde neu ausgebracht.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 07 Landesfinanzschule Niedersachsen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen¹⁾			
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	Leitende(r) Direktor/-in
A 14	1	1	Oberrat/-rätin
A 13	1	1	Rat/Rätin
A 13	4	4	Oberamtsrat/-rätin
A 12	4	4	Amtsrat/-rätin
A 9 ²⁾	1	1	Amtsinspektor/-in
A 9	1	1	Amtsinspektor/-in
	13	13	Zusammen
			Leerstellen:
A 12	1	1	Amtsrat/-rätin

¹⁾ Bei Bedarf können die Planstellen bei 04 05, 04 06 und 04 07 mit vorheriger Zustimmung des MF vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. Dies darf nicht zu einer kapitelübergreifenden Inanspruchnahme von Beschäftigungsvolumen und Personalkostenbudget führen.

²⁾ Der (die) Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

¹⁾ Bei Bedarf können die Planstellen bei 04 05, 04 06 und 04 07 mit vorheriger Zustimmung des MF vorübergehend gegenseitig in Anspruch genommen werden. Dies darf nicht zu einer kapitelübergreifenden Inanspruchnahme von Beschäftigungsvolumen und Personalkostenbudget führen.

²⁾ Der (die) Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte			
V b	1	1	
V c	1	1	
VI b	2	2	
VII	1	1	
VIII	1	1	
IX b–VII	1	2	
	7	8	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Abgang: Stellen
Verg.-Gr. IX b–VII 1 gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Arbeiter/-innen			
5	1	1	
4	2	2	
3	2	2	
2 a	1	2	
2	3	4	
	9	11	Zusammen

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Abgang: Stellen
Lohn-Gr. 3 1 } gem. ZV 2001 (PKB-Überschuss)
Lohn-Gr. 2 a 1 }
Zusammen 2

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 08 Nieders. Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege – Fachbereich Steuerverwaltung –

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen			
			Aufsteigende Gehälter:
			Verwaltungsdienst
A 16	—	1	Leitende(r) Direktor/-in
A 12	—	1	Amtsrat/-rätin
A 10	—	1	Oberinspektor/-in
			Schuldienst
A 15	—	5	Direktor/-in
A 14	—	4	Oberrat/-rätin
A 13	—	6	Oberamtsrat/-rätin/
A 11	—	1	Amtmann/-männin/-frau
	—	19	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12	2	Verlagerung von Kap. 04 06
Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	1	Verlagerung nach Kap. 03 04
Bes.-Gr. A 15	5	Verlagerung nach Kap. 03 04
Bes.-Gr. A 14	4	Verlagerung nach Kap. 03 04
Bes.-Gr. A 13	6	Verlagerung nach Kap. 03 04
Oberamtsrat/-rätin		
Bes.-Gr. A 12	3	Verlagerung nach Kap. 03 04
Bes.-Gr. A 11	1	Verlagerung nach Kap. 04 06
Bes.-Gr. A 10	1	Verlagerung nach Kap. 03 04
Zusammen	21	
Bleibt Abgang	19	

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde gestrichen.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte			
V b		1	
V c		2	
VI b		1	
IX b–VII		2	
		6	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. V b	1	Verlagerung nach Kap. 03 04
Verg.-Gr. V c	2	Verlagerung nach Kap. 03 04
Verg.-Gr. VI b	1	Verlagerung nach Kap. 03 04
Verg.-Gr. IX b – VII	2	Verlagerung nach Kap. 03 04
Zusammen	6	

Einzelplan 04 Finanzministerium
 Kapitel 04 08 Nieders. Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege – Fachbereich Steuerverwaltung –

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Arbeiter/-innen			
4	—	3	
3	—	1	
2 a	—	1	
2	—	6	
	—	11	Zusammen
Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen			

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	3	Verlagerung nach Kap. 03 04
Lohn-Gr. 3	1	Verlagerung nach Kap. 03 04
Lohn-Gr. 2 a	1	Verlagerung nach Kap. 03 04
Lohn-Gr. 2	6	davon
		4 gem. ZV 2001
		2 Verlagerung nach Kap. 03 04
Zusammen	11	

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
			Planmäßige Beamte/-innen*) (Titel 422 01)	
B 3	1	1	Feste Gehälter: Finanzpräsident	*) Allgemeiner Haushaltsvermerk zu den Stellenplänen pp. des Kap. 04 10: 10 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2002, der Einsparbetrag soll mindestens 636 000 DM betragen. 10 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2003, der Einsparbetrag soll mindestens 636 000 DM betragen.
B 2	1	1	Abteilungsdirektor/-in	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16 ⁵⁾	4	4	Leitende(r) Direktor/-in	¹⁾ 1 Stelle kw zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001).
A 16	11	11	Leitende(r) Direktor/-in	
A 15	28	27	Direktor/-in	²⁾ Davon ist eine Stelle kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers/der Stelleninhaberin.
A 14	32	33	Oberrat/-rätin	
A 13	20	22	Rat/Rätin	³⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.
A 13 ³⁾	3	3	Oberamtsrat/-rätin	
A 13	17	15	Oberamtsrat/-rätin	⁴⁾ kw.
A 12	53	50	Amtsrat/-rätin	
A 11	50	55	Amtmann/-männin/-frau	⁵⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Vorbemerkung Nr. 21 zur BBesO A und B.
A 10 ¹⁾	18	19	Oberinspektor/-in	
A 9 ²⁾⁶⁾	2	1	Amtsinspektor/-in	⁶⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
A 9	—	1	Amtsinspektor/-in	
A 8	1	1	Hauptsekretär/-in	
	241	244	Zusammen	
			Planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 31)	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16 ⁴⁾	1	1	Leitende(r) Direktor/-in	
A 15 ⁴⁾	4	4	Direktor/-in	
A 14 ⁴⁾	5	5	Oberrat/-rätin	
A 13 ³⁾⁴⁾	1	1	Oberamtsrat/-rätin	
A 13 ⁴⁾	2	3	Oberamtsrat/-rätin	
A 12 ⁴⁾	2	2	Amtsrat/-rätin	
	15	16	Zusammen	
			Leerstellen:	
B 2 ⁴⁾	1	—	Abteilungsdirektor/-in	
A 16 ⁴⁾	1	1	Leitende(r) Direktor/-in	
A 12 ⁴⁾	1	—	Amtsrat/-rätin	
A 11 ⁴⁾	1	4	Amtmann/-männin/-frau	
A 10 ⁴⁾	2	2	Oberinspektor/-in	
	6	7	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 01)

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	Zugang von Kapitel 04 01
Zusammen	1	
Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	Verlagerung nach Kapitel 04 01
Bes.-Gr. A 13	2	davon
(Rat/Rätin)		1 als Einsparung für Stellenhebungen
		1 Stelle gem. ZV für 2001
A 10	1	Stelle gem. ZV für 2001
Zusammen	4	
Bleibt Abgang	3	
Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	2	von Bes.-Gr. A 12
Oberamtsrat/-rätin		
Bes.-Gr. A 12	5	von Bes.-Gr. A 11
Bes.-Gr. A 9 ²⁾ ⁶⁾	1	von Bes.-Gr. A 9
		(Amtsinspektor/-in)
Zusammen	8	
Leerstellen:	Stellen	
Zugang:		
B 2	1	neu gem. Nr. 3 Abs. 1 der
		Allgemeinen Bestimmungen
A 12	1	1999/2000
Zusammen	2	
Abgang:	Stellen	
A 11	3	infolge teilweisen Vollzugs des
		kw-Vermerks (HV Nr. 4)
Zusammen	3	
Bleibt Abgang	1	

Planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 31)

Abgang:		
Bes.-Gr. A 13	1	infolge Ausscheiden
		des Stelleninhabers
Zusammen	1	

Sonstige Veränderungen:

Der Allgemeine Haushaltsvermerk und die Haushaltsvermerke Nr. 1 und 2 wurden neu ausgebracht.

Von den ausgebrachten Planstellen für planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 01) entfallen auf Ämter nach der Verordnung zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG:

Bes.-Gr.	§ 1 Nr. 9 der VO (geh. techn. Dienst) 2001	§ 1 Nr. 12 der VO (höh. techn. Dienst) 2001
B 2	—	1
A 16 ⁵⁾	—	4
A 16	—	11
A 15	—	25
A 14	—	32
A 13 (h.D.)	—	19
A 13 ³⁾	3	—
A 13 (g.D.)	16	—
A 12	50	—
A 11	47	—
A 10	15	—
Insgesamt	131	92

Die ausgebrachten Planstellen für planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 01) verteilen sich auf die:

Bes.-Gr.	OFD- Landes- bauabteilung 2001	Staats- hochbauämter 2001	Zusammen 2001
B 3	1	—	1
B 2	1	—	1
A 16 ⁵⁾	—	4	4
A 16	3	8	11
A 15	10	18	28
A 14	4	28	32
A 13 (h.D.)	3	17	20
A 13 ³⁾	1	2	3
A 13 (g.D.)	3	14	17
A 12	10	43	53
A 11	5	45	50
A 10	1	17	18
A 9 ⁶⁾	1	1	2
A 9 (m.D.)	—	—	—
A 8	—	1	1
Insgesamt	43	198	241

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 10 Hochbauverwaltung

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Beamtete Hilfskräfte			
A 13	1	1	Assessor/-in
	1	1	Zusammen
Angestellte (Titel 425 01)			
I a	3	3	
II b	3	3	
II a	58	58	
III ⁶⁾	240	240	
IV a ²⁾	315	317	
IV b	24	24	
V b ⁶⁾	7	7	
V c ³⁾	9	10	
VI b ¹⁾	21	22	
VII ¹⁾	48	51	
VIII	12	13	
IX b	—	2	
IX b – VII	59	64	
	799	814	Zusammen
Leerstellen			
III ⁷⁾	1	1	
IV b ⁷⁾	—	1	
V b ⁷⁾	—	1	
VI b ⁷⁾	1	3	
VII ⁷⁾	1	1	
IX b – VII ⁷⁾	2	4	
	5	11	Zusammen

¹⁾ 1 Stelle kw zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001)

²⁾ 5 Stellen kw zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001)

³⁾ 2 Stellen kw zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001)

⁶⁾ Davon darf eine Stelle (in Höhe von 100 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

⁷⁾ kw.

- ¹⁾ 1 Stelle kw zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001)
²⁾ 5 Stellen kw zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001)
³⁾ 2 Stellen kw zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001)
⁶⁾ Davon darf eine Stelle (in Höhe von 100 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
⁷⁾ kw.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte (Titel 425 01)

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b	1	Verlagerung von Kapitel 04 01
Zusammen	1	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	2	Stellen gem. ZV für 2001
Verg.-Gr. V c	1	Stellen gem. ZV für 2001
Verg.-Gr. VI b	2	Stellen gem. ZV für 2001
Verg.-Gr. VII	3	Stellen gem. ZV für 2001
Verg.-Gr. VIII	1	Stellen gem. ZV für 2001
Verg.-Gr. IX b	2	Stellen gem. ZV für 2001
Verg.-Gr. IX b – VII	5	Stellen gem. ZV für 2001

Zusammen	16
Bleibt Abgang	15

Leerstellen:	Stellen	
Abgang:		
Verg.-Gr. IV b	1	} infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks (HV Nr. 7)
Verg.-Gr. V b	1	
Verg.-Gr. VI b	2	
Verg.-Gr. IX b – VII	2	
Zusammen	6	

Die ausgebrachten Stellen für Angestellte (Titel 425 01) verteilen sich auf die:

Verg.-Gr.	OFD- Landes- bauabteilung 2001	Staats- hochbauämter 2001	Zusammen 2001
I a	3	—	3
I b	2	1	3
II a	27	31	58
III	52	188	240
IV a	14	301	315
IV b	1	23	24
V b	1	6	7
V c	8	1	9
VI b	4	17	21
VII	9	39	48
VIII	—	12	12
IX b–VII	8	51	59
Insgesamt	129	670	799

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 4 ist entfallen, die Haushaltsvermerke 1, 2 und 3 wurden neu ausgebracht.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 10 Hochbauverwaltung

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst (Titel 422 41)				
A 13	22	22	Referendar/-in	
A 9	17	17	Inspektoranwärter/-in	
	39	39	Zusammen	
Arbeiter/-innen (Titel 426 01)				
4	21	22	Kraftfahrdienst	
1–8	14	15	Sonstige Dienste	
	35	37	Zusammen	
Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen				

Arbeiter/-innen (Titel 426 01)

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	1	Stelle gem. ZV 2001
Lohn-Gr. 1-8	1	Stelle gem. ZV 2001
Zusammen	2	

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 01)				1) Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.
B 6	—	1	Feste Gehälter: Präsident/-in des Landesamtes für Bezüge und Versorgung	2) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszu- lage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
B 4	1	—	Präsident/-in des Landesamtes für Bezüge und Versorgung	4) 1 Planstelle darf nur für Personalratstätigkeit ver- wendet werden.
B 2	2	2	Abteilungsdirektor/-in	5) kw.
A 16	2	2	Aufsteigende Gehälter ¹⁾ : Leitende(r) Direktor/-in	6) 1 Stelle kw zum 31. 1. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001).
A 15	8	7	Direktor/-in	7) 1 Stelle kw zum 30. 4. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).
A 14	3	3	Oberrat/-rätin	
A 13	16	16	Oberamtsrat/-rätin	
A 12 ⁴⁾	22	23	Amtsrat/-rätin	
A 11	65	65	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	72	75	Oberinspektor/-in	
A 9 ⁶⁾⁷⁾	12	14	Inspektor/-in	
A 9 ²⁾⁴⁾	21	24	Amtsinspektor/-in	
A 9	56	71	Amtsinspektor/-in	
A 8	140	141	Hauptsekretär/-in	
A 7	4	9	Obersekretär/-in	
A 6	—	1	Sekretär/-in	
	424	454	Zusammen	
Planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 31)				
B 2 ⁵⁾	2	2	Abteilungsdirektor/-in	
A 15 ⁵⁾	3	3	Direktor/-in	
A 13 ⁵⁾	3	3	Oberamtsrat/-rätin	
A 12 ⁵⁾	1	1	Amtsrat/-rätin	
A 11 ⁵⁾	2	2	Amtmann/-männin/-frau	
A 10 ⁵⁾	2	2	Oberinspektor/-in	
A 9 ²⁾⁵⁾	1	1	Amtsinspektor/-in	
A 9 ⁵⁾	1	1	Amtsinspektor/-in	
A 6 ⁵⁾	—	—	Sekretär/-in	
	15	15	Zusammen	
A 12 ⁵⁾	1	1	Leerstellen: Amtsrat/-rätin	
A 11 ⁵⁾	5	5	Amtmann/-männin/-frau	
A 10 ⁵⁾	17	17	Oberinspektor/-in	
A 9 ⁵⁾	7	7	Inspektor/-in	
A 9 ⁵⁾	7	7	Amtsinspektor/-in	
A 8 ⁵⁾	17	17	Hauptsekretär/-in	
A 5 ⁵⁾	1	1	Assistent/-in	
	55	55	Zusammen	

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 20 Landesamt für Bezüge und Versorgung

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 01)

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I Seite 1597 ff.).

Hebungen:	Stellen
Bes.-Gr. A 12	2 von Bes.-Gr. A 11
Bes.-Gr. A 11	2 von Bes.-Gr. A 10
Zusammen	<u>4</u>

Mittlerer Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO 2001
A 9 mit Amtszulage	21
A 9	56
A 8	140
Insgesamt	<u>217</u>

Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. B 4	1 infolge Vollzug des HV 10
Bes.-Gr. A 15	1 infolge Verlagerung von Kap. 03 05
Bes.-Gr. A 10	1 infolge Verlagerung von Kap. 04 06
Bes.-Gr. A 9 ²⁾ (Amtsinspektor/-in)	1 infolge Verlagerung von Kap. 03 05
Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in)	2 infolge Verlagerung von Kap. 04 01
Zusammen	<u>6</u>

Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. B 6	1 infolge Vollzug des HV 10
Bes.-Gr. A 12	3 infolge Verlagerung nach Kap. 04 05
Bes.-Gr. A 10	2 davon
	1 infolge Verlagerung nach Kap. 04 06
	1 infolge Verlagerung nach Kap. 05 01
Bes.-Gr. A 9 (Inspektor/-in)	2 davon
	1 Einsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998
	1 Stelle gem. ZV für 2001
Bes.-Gr. A 9 ²⁾ (Amtsinspektor/-in)	4 davon
	2 infolge Verlagerung nach Kap. 04 01
	1 infolge Verlagerung nach Kap. 04 05
	1 infolge Verlagerung nach Kap. 04 06
Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektor/-in)	17 infolge Verlagerung nach Kap. 04 05/04 06
Bes.-Gr. A 8	1 infolge Verlagerung nach Kap. 04 06
Bes.-Gr. A 7	5 davon
	1 infolge Verlagerung nach Kap. 03 05
	2 Einsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998
	2 Stellen gem. ZV für 2001
Bes.-Gr. A 6 (Sekretär/-in)	1 Stellen gem. ZV für 2001
Zusammen	<u>36</u>
Bleibt Abgang	30

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 10 wurde vollzogen.
Die Haushaltsvermerke Nrn. 6 und 7 wurden neu ausgebracht.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Beamtete Hilfskräfte			
A 9	—	3	Inspektor/-in z.A.
	—	3	Zusammen
Angestellte (Titel 425 01)			
I a	—	1	
II a	1	1	
III	3	3	
IV a ¹⁰⁾	45	45	
IV b	12	8	
V b ⁹⁾ ¹⁴⁾ ¹⁷⁾	42	45	
V c ³⁾ ⁴⁾ ⁶⁾ ¹⁸⁾	484	485	
VI b ²⁾	19	20	
VII ¹¹⁾	9	15	
VIII	5	5	
IX b ¹²⁾	6	6	
IX b–VII ¹⁾ ¹³⁾ ¹⁵⁾ ¹⁶⁾ ¹⁹⁾ ²⁰⁾	28	27	
	654	661	Zusammen
Leerstellen:			
IV a ⁵⁾	1	1	
V b ⁵⁾	5	5	
V c ⁵⁾	55	55	
VI b ⁵⁾	7	7	
VII ⁵⁾	4	4	
IX b–VII ⁵⁾	9	9	
	81	81	Zusammen

¹⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i.d.F. des Tarifvertrages v. 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

²⁾ Die jeweilige Sekretärin des Präsidenten des Landesamtes für Bezüge und Versorgung ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

Die vorstehend genannte Vorzimmerkraft, die einen Textverarbeitungsautomaten bedient, erhält eine übertarifliche Zulage. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung bzw. der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

³⁾ 1 Angestellte ist für die Dauer ihrer Tätigkeit im Bibliotheksdienst übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.

⁴⁾ Davon dürfen 2 Stellen (in Höhe von 100 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

⁵⁾ kw.

⁶⁾ 1 Stelle kw zum 31. 12. 2002 gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998.

⁹⁾ 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

¹⁰⁾ 1 Stelle kw zum 31. 12. 2002 gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998.

¹¹⁾ 1 Stelle kw zum 31. 7. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001).

¹²⁾ 1 Stelle kw zum 28. 2. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001).

¹³⁾ 2 Stellen kw zum 28. 2. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001).

¹⁴⁾ 1 Stelle kw zum 31. 7. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

¹⁵⁾ 2 Stellen kw zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2002).

¹⁶⁾ 1 Stelle kw zum 31. 1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

¹⁷⁾ 1 Stelle kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

¹⁸⁾ 1 Stelle kw zum 30. 11. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

¹⁹⁾ 1 Stelle kw zum 31. 10. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

²⁰⁾ 2 Stellen kw zum 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2003).

 Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Beamtete Hilfskräfte

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9	3	davon
		2 Einsparung gem. § 9 Abs. 2
		HG 1997/1998
		1 Stelle gem. ZV 2001
Zusammen	<u>3</u>	

Angestellte (Titel 425 01)

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	4	Stellenumwandlung
		gem. Nr. 2 Abs. 7
		der Allgemeinen
		Bestimmungen 1999/2000
Verg.-Gr. V b	1	infolge Verlagerung von Kap. 06 17
Verg.-Gr. V c	2	infolge Verlagerung von Kap. 06 17
Verg.-Gr. IX b–VII	22	infolge Verlagerung von Kap. 04 06
Zusammen	<u>29</u>	
Abgang:		
Verg.-Gr. I a	1	infolge Verlagerung nach Kap. 03 05
Verg.-Gr. V b	4	davon
		1 Einsparung für Stellenhebungen
		3 infolge Einsparung für Stellen-
		umwandlung gem. Nr. 2 Abs. 7
		der Allgemeinen
		Bestimmungen 1999/2000
Verg.-Gr. V c	3	davon
		2 infolge Verlagerung
		nach Kap. 04 06
		1 infolge Einsparung für Stellen-
		umwandlung gem. Nr. 2 Abs. 7
		der Allgemeinen
		Bestimmungen 1999/2000
Verg.-Gr. VI b	1	Einsparung
Verg.-Gr. VII	6	gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998
		davon
		1 infolge Verlagerung
		nach Kap. 04 01
		1 infolge Verlagerung
		nach Kap. 02 06
		4 Stellen gem. ZV für 2001
Verg.-Gr. IX b–VII	21	davon
		6 Einsparung gem. § 9 Abs. 2
		HG 1997/1998
		12 Stellen gem. ZV für 2001
		3 Stellen gem. ZV für 2001
Zusammen	<u>36</u>	
Bleibt Abgang	7	

Sonstige Veränderungen:

Die einzelnen Funktionen wurden ab Haushaltsjahr 2001 nach Vergütungsgruppen zusammengefasst.
 Die Haushaltsvermerke Nrn. 11 bis 20 wurden neu ausgebracht.

Einzelplan 04 Finanzministerium
Kapitel 04 20 Landesamt für Bezüge und Versorgung

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst (Titel 422 41)				
A 9	4	—	Inspektoranwärter/-in	
A 6	6	6	Sekretäranwärter/-in	
Dienst- anfänger/-in	—	13		
	10	19	Zusammen	
Arbeiter/-innen (Titel 426 01)				
6	2	2		
4	5	6		
3	2	2		
2/2 a	22	22		
1	1	—		
	32	32	Zusammen	
Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen				

Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst

Zugang:
Bes.-Gr. A 9 Stellen
 4 entsprechend dem Bedarf

Zusammen 4

Abgang:
Dienstanfänger 13 Einsparung

Zusammen 13

Bleibt Abgang 9

Arbeiter/-innen

Zugang:
Lohn-Gr. 1 Stellen
 1 infolge Verlagerung von Kap. 04 01

Zusammen 1

Abgang:
Lohn-Gr. 4 1 infolge Verlagerung nach Kap. 04 01

Zusammen 1

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Allgemeiner Haushaltsvermerk: Das MF ist ermächtigt, für das IZN im Bedarfsfall bis zu 20 Planstellen gegen Einsparung entsprechender Angestelltenstellen im Wirtschaftsplan auszubringen.
	2001	2000		
Planmäßige Beamte/-innen²⁾ (Titel 422 01)				¹⁾ kw. ²⁾ Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1597) in der jeweiligen Fassung vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht. ³⁾ 1 Stelle ku nach Bes.-Gr. A 10 und 3 Stellen ku nach Bes.-Gr. A 11 (davon 2 Stellen der Bes.-Gr. A 12 aus dem DV-Bereich), jeweils nach Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers. ⁴⁾ 1 Stelle ku nach Bes.-Gr. A 14 nach Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers. ⁵⁾ kw jeweils nach Ausscheiden der Stelleninhaberin/Stelleninhabers. ⁶⁾ Stellen dürfen nur im Zusammenhang mit Einnahmen aus dem Projekt P 53 aufgrund der Auftragslage besetzt werden.
B 3	1	1	Feste Gehälter:	
B 2	1	1	Geschäftsführende(r) Direktor/-in	
			Kaufmännische(r) Direktor/-in	
Aufsteigende Gehälter:				
A 16	1	1	Leitende(r) Direktor/-in	
A 15 ⁴⁾	4	4	Direktor/-in	
A 14	1	1	Oberrat/-rätin	
A 13	1	1	Rat/Rätin	
A 13	7	7	Oberamtsrat/-rätin	
A 12 ³⁾ 6 ⁸⁾	19	13	Amtsrat/-rätin	
A 12	1	1	Polizeihauptkommissar/-in	
A 11 ⁸⁾	36	26	Amtmann/-männin/-frau	
A 11	1	1	Polizeihauptkommissar/-in	
A 10 ⁶⁾ 8 ⁸⁾	24	10	Oberinspektor/-in	
A 9 ⁶⁾ 7 ⁸⁾	3	—	Amtsinspektor/-in	
A 9 ⁶⁾	6	2	Amtsinspektor/-in	
A 6	1	1	Oberamtsmeister/-in	
	107	70	Zusammen	
Planmäßige Beamte/-innen (Titel 422 31)				
A 15 ⁵⁾	1	1	Direktor/-in	
A 14 ⁵⁾	1	1	Oberrat/-rätin	
A 13 ⁵⁾	1	1	Oberamtsrat/-rätin	
	3	3	Zusammen	
Leerstellen:				
A 12 ¹⁾	—	—	Amtsrat/-rätin	
A 11 ¹⁾	4	4	Amtmann/-männin/-frau	
A 10 ¹⁾	—	—	Oberinspektor/-in	
	4	4	Zusammen	

Bes.-Gr.	Stellen
A 12	1
A 10	4
A 9 m.D. Z	1
A 9 m.D.	6
	12

Bes.-Gr.	Stellen
A 12	5
A 11	10
A 10	10
	25

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 21. 8. 1992 (BGBl. I S. 1597) in der jeweils geltenden Fassung.

Gehobener Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 2 der VO 2001
A 13	5
A 12	7
A 11	35
A 10	3
A 9	—
Insgesamt	50

Mittlerer Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 2 der VO 2001
A 9 ⁷⁾	3
A 9	1
Insgesamt	4

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12	6	davon
		1 infolge Umwandlung
		von Verg.-Gr. IV a
Bes.-Gr. A 11	10	5 entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 10	14	entsprechend dem Bedarf
		davon
		4 infolge Umwandlung
		von Verg.-Gr. IV a
		10 entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 9 ⁷⁾		
(Amtsinspektor/-in)	3	davon
		2 infolge Umwandlung
		von Bes.-Gr. A 9
		1 infolge Umwandlung
		von Verg.-Gr. IV a
Bes.-Gr. A 9		
(Amtsinspektor/-in)	6	davon
		1 infolge Umwandlung
		von Verg.-Gr. IV a
		5 infolge Umwandlung
		von Verg.-Gr. V c
Zusammen	39	
Abgang:		
Bes.-Gr. A 9		
(Amtsinspektor/-in)	2	infolge Umwandlung
		nach Bes.-Gr. A 9 ⁷⁾
Zusammen	2	
Bleibt Zugang	37	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nrn. 5 bis 8 wurden neu ausgebracht.

Haushaltsplan
für das
Haushaltsjahr 2001

Einzelplan 05
Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales

Vorwort zum Einzelplan 05

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen.

Der Einzelplan 05 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereichs des Ministeriums für Frauen, Arbeit und Soziales (MFAS):

- des Ministeriums (Kap. 05 01)
- der Allgemeinen Bewilligungen (Kap. 05 02)
- der Arbeit und Qualifizierung (Kap. 05 03)
- der Bauaufsicht und des Städtebaues (Kap. 05 04)
- des Wohnungs- und Siedlungswesens (Kap. 05 05)
- der Wohnungsbauprogramme (Kap. 05 07)
- der städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, Wohnungsmodernisierung (Kap. 05 08)
- der Frauen (Kap. 05 11)
- des Landesversicherungsamtes (Kap. 05 12)
- der Arbeitsgerichtsbarkeit
- mit dem Landesarbeitsgericht Niedersachsen und 15 Arbeitsgerichten (Kap. 05 15)
- der Zentralen Sozialen Aufgaben mit dem Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben und den Versorgungsämtern (Kap. 05 20)
- der Landeskrankenhäuser Brauel, Göttingen, Hildesheim, Königslutter, Lüneburg, Moringen, Osnabrück, Tiefenbrunn, Wehnen und Wunstorf (Kap. 05 21)
- der Landesbildungszentren für Hörgeschädigte (Kap. 05 22)
- des Landesbildungszentrums für Blinde (Kap. 05 23)
- des Landeskrankenhauses Brauel (Kap. 05 24) – s. auch B II
- der Sozialhilfe (Kap. 05 30)
- der Sonstigen sozialen Leistungen (Kap. 05 36)
- der Kriegsopferfürsorge nach dem BVG und entsprechende Leistungen (Kap. 05 38)
- der Gesundheitsverwaltung
- mit den Gesundheitsdezernaten bei den Bezirksregierungen (Kap. 05 40)
- des Landesgesundheitsamtes (Kap. 05 42)

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr.

- I. Mit Wirkung vom 1. 1. 2001 werden die Mittel der Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz in ein Sondervermögen gemäß § 26 Abs. 2 LHO überführt. Die Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Sondervermögens 50 51 ist Anlage zum Kapitel 05 20 (Zentrale Soziale Aufgaben). Die Mittel der Ausgleichsabgabe waren bisher in Einnahme und Ausgabe bei Kapitel 05 36 (Sonstige soziale Leistungen) veranschlagt.
- II. Die Einnahmen und Ausgaben des LKH Brauel sind ab 2001 im Kapitel 05 21 mit veranschlagt; auch der Wirtschaftsplan wird als Anlage zu diesem Kapitel ausgewiesen. Das bisherige Kapitel 05 27 (LKH Tiefenbrunn) ist in das Kapitel 05 21 (Landeskrankenhäuser) verlagert worden.

C. Sonstige Veränderungen.

- I. Die Ansätze des Kapitels 05 06 (Einzelmaßnahmen im Rahmen des Wohnungsbaus) sind nach Kapitel 05 05 (Wohnungs- und Siedlungswesen) verlagert worden. Das Kapitel 05 06 wurde aufgelöst.
- II. Die Ansätze des Kapitels 05 96 (Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz) sind nach Kapitel 05 08 (Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, Wohnungsmodernisierung) verlagert worden. Das Kapitel 05 96 wurde aufgelöst.
- III. Die Personalkostenbudgetierung (PKB) umfasst neben dem Kapitel 05 15 ab 2001 auch die Kapitel 05 01, 05 04, 05 12, 05 20, 05 22, 05 23, 05 40 und 05 42.
- IV. Für das Kapitel 05 15 (Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte) wird die Budgetierung – ohne die Ausgaben der Hauptgruppe 4 (siehe hierzu § 9 HG 2001) – fortgeführt.
 1. Erfasst sind die Ausgaben der Hauptgruppen 5 und 8.
 2. Die Ansätze sind jeweils innerhalb der Hauptgruppe 5 – ohne Titel 529 01 und 536 .. – und der Hauptgruppe 8 gegenseitig deckungsfähig. Deckungsfähig sind darüber hinaus die Ansätze der Hauptgruppe 5 zugunsten der Hauptgruppe 8.
 3. Bei den von der Budgetierung erfassten Titeln dürfen Ausgabereste in Höhe von 90 v.H. der nicht verausgabten Haushaltsmittel gebildet, übertragen und mit Einwilligung des MF ohne Anrechnung auf die Ausgabeansätze des Folgejahres in Anspruch genommen werden.
 4. Bei der OGr. 81 wird zugelassen, dass von den Erläuterungen abgewichen werden darf.

D. Kurzer Hinweis auf Hochbaumaßnahmen.

Sämtliche Hochbaumaßnahmen sind in den Kapiteln 20 41 und 20 42 des Einzelplans 20 – Hochbauten – ausgewiesen.

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	E i n n a h m e n						
		0	1	2	3	Gesamt-	4	5
		Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	eigene Einnahmen	Über- tragungs- einnahmen	vermögens- wirksame und Sonder- einnahmen	einnahmen	persönliche Verwaltungs- ausgaben	sächliche Verwaltungs- ausgaben; Schulden- dienst
		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0501	Ministerium	—	243.100	1.250.000	10.000	1.503.100	35.138.000	5.608.200
0502	Allgemeine Bewilligungen	—	71.000	—	—	71.000	—	1.905.000
0503	Arbeit und Qualifizierung	—	760.000	113.265.000	—	114.025.000	—	500.000
0504	Bauaufsicht und Städtebau	—	400.000	—	—	400.000	8.443.600	15.000
0505	Wohnungs- und Siedlungswesen	1.000.000	706.000	405.000.000	2.000.000	408.706.000	—	50.000
0507	Wohnungsbauprogramme	—	—	—	125.647.000	125.647.000	—	—
0508	Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, Wohnungsmodernisierung	—	—	—	15.294.500	15.294.500	—	—
0511	Frauen	—	664.000	81.467.000	—	82.131.000	—	—
0512	Landesversicherungsamt	—	—	3.035.300	—	3.035.300	2.764.800	619.000
0515	Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte	—	3.614.000	—	—	3.614.000	22.054.500	11.052.900
0520	Zentrale Soziale Aufgaben	—	2.632.400	5.638.000	—	8.270.400	90.399.500	26.761.600
0521	Landeskrankenhäuser	—	1.400.000	—	—	1.400.000	—	—
0522	Landesbildungszentren für Hörgeschädigte	—	16.704.900	1.487.000	—	18.191.900	35.897.400	5.184.900
0523	Landesbildungszentrum für Blinde	—	7.512.000	570.000	—	8.082.000	17.022.200	2.038.300
0524	Landeskrankenhaus Brauel	—	—	—	—	—	—	—
0530	Sozialhilfe	—	803.000	172.026.000	—	172.829.000	—	—
0536	Sonstige soziale Leistungen	—	8.802.000	121.000	7.500.000	16.423.000	—	—
0538	Kriegsopferfürsorge nach dem BVG und entsprechende Leistungen	—	401.000	65.119.400	300.000	65.820.400	—	—
0540	Gesundheitsverwaltung und Gesundheitswesen	—	580.000	6.573.000	159.100.000	166.253.000	2.563.000	2.556.000
0542	Landesgesundheitsamt	—	4.284.000	360.100	8.000	4.652.100	12.177.000	5.224.700
	Summe 2001	1.000.000	49.577.400	855.911.800	309.859.500	1.216.348.700	226.460.000	61.515.600
	Summe 2000	1.500.000	129.987.200	954.305.400	277.628.200	1.363.420.800	229.388.600	60.475.000
	2001 mehr/weniger (-)	-500.000	-80.409.800	-98.393.600	32.231.300	-147.072.100	-2.928.600	1.040.600

gaben und Verpflichtungsermächtigungen**Epl. 05**

A u s g a b e n					2001 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 – Sp.14)	2000 Überschuss Zuschuss (-)	2001 Verbesserung Verschlech- terung (-) (Sp.15 – Sp.16)	Ver- pflichtungs- ermächti- gungen
6 Über- tragungs- ausgaben	7 Bau- ausgaben	8 sonst. Ausga- ben für Inve- stitionen und Invest.förd.- maßnahmen	9 besondere Finan- zierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
DM	DM	DM	DM	DM				
10	11	12	13	14	15	16	17	18
112.600	—	449.000	810.700	42.118.500	-40.615.400	-35.241.800	-5.373.600	—
9.245.200	—	—	—	11.150.200	-11.079.200	-10.947.700	-131.500	—
173.465.000	—	400.000	—	174.365.000	-60.340.000	-72.193.000	11.853.000	84.864.000
—	—	—	—	8.458.600	-8.058.600	-7.256.000	-802.600	—
812.292.600	—	1.001.000	—	813.343.600	-404.637.600	-373.023.500	-31.614.100	—
84.621.000	—	67.655.000	—	152.276.000	-26.629.000	-51.168.000	24.539.000	158.759.000
—	—	34.089.000	—	34.089.000	-18.794.500	-9.323.400	-9.471.100	35.290.600
189.181.000	—	250.000	—	189.431.000	-107.300.000	-88.103.000	-19.197.000	—
49.000	—	—	629.000	4.061.800	-1.026.500	-899.000	-127.500	—
2.000	—	202.000	706.300	34.017.700	-30.403.700	-28.828.900	-1.574.800	10.237.500
23.875.300	—	2.783.700	5.785.200	149.605.300	-141.334.900	-140.248.000	-1.086.900	—
35.143.500	—	—	200.000	35.343.500	-33.943.500	940.000	-34.883.500	—
825.000	—	1.114.700	4.886.600	47.908.600	-29.716.700	-24.025.800	-5.690.900	—
255.200	—	352.900	2.614.300	22.282.900	-14.200.900	-9.558.100	-4.642.800	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
2.389.362.000	—	—	—	2.389.362.000	-2.216.533.000	-1.986.930.000	-229.603.000	—
335.100.200	—	268.266.000	7.500.000	610.866.200	-594.443.200	-570.974.400	-23.468.800	16.700.000
75.919.600	—	19.190.000	—	95.109.600	-29.289.200	-28.483.800	-805.400	—
56.149.800	—	432.000.000	—	493.268.800	-327.015.800	-337.041.700	10.025.900	220.000.000
10.000	—	835.000	665.600	18.912.300	-14.260.200	-12.684.600	-1.575.600	—
4.185.609.000	—	828.588.300	23.797.700	5.325.970.600	-4.109.621.900	-3.785.990.700	-323.631.200	525.851.100
3.991.019.000	—	866.518.500	2.010.400	5.149.411.500				764.865.600
194.590.000	—	-37.930.200	21.787.300	176.559.100				-239.014.500

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 11-5	011	Verwaltungsgebühren		180.000	180.000	—	271
113 01-0	011	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		1.000	1.000	—	0
119 01-9	011	Einnahmen aus Nebentätigkeit		10.000	10.000	—	10
119 31-0	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen * Vgl. K-Vermerk zu 531 01.		—	—	—	1
119 41-8	011	Rückzahlung von Überzahlungen		1.000	1.000	—	0
119 46-9	011	Ersatzleistungen		5.000	5.000	—	3
119 51-5	011	Vermischte Einnahmen		7.000	7.000	—	—
124 01-2	011	Mieten und Pachten		39.100	15.100	+24.000	33
132 01-5	011	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		—	—	—	—
132 11-2	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge * Vgl. K-Vermerk zu 811 11.		—	—	—	—
256 01-6	011	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit (für Aushilfskräfte)		—	—	—	—
271 01-5	312	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch kaufmännisch geführte landeseigene Krankenhäuser		1.250.000	1.597.900	-347.900	798
282 01-7	011	Spenden für Hilfsmaßnahmen für die Opfer des ICE-Unfalls in Eschede * Vgl. K-Vermerk zu 682 01.		—	—	—	2
381 01-5	990	Zuführung von 05 03 - 981 01 * Vgl. K-Vermerk zu 427 01.		—	—	—	66
381 02-3	990	Zuführung von 05 24 - 981 07		—	—	—	24
381 03-1	990	Zuführung von 05 12 - 981 04		10.000	15.000	-5.000	8
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Der Landesbeauftragte für Behinderte		(—)	(—)	(—)	(76)
119 61-2	011	Einnahmen im Zusammenhang mit den Tätig- keiten des Behindertenbeauftragten * Vgl. K-Vermerk zu 427 61, 527 61, 531 61, 538 61, 547 61, 685 61 und 812 61.		—	—	—	75
282 61-0	011	Einnahmen aus Spenden * Vgl. K-Vermerk zu 546 61.		—	—	—	1
A U S G A B E N							
412 03-4	011	Kosten verschiedener Ausschüsse und Arbeitskreise	—	44.000	44.000	—	32
412 04-2	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungs- stellen gem. § 71 Nds. PersVG. und § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	1.000	1.000	—	—
421 01-7	011	Amtsbezüge der Ministerin oder des Ministers	—	288.600	281.600	+7.000	287
421 02-5	011	Amtsbezüge der Ministerin oder des Ministers Übergangsgeld	—	—	33.200	-33.200	122
422 01-3	011	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	29.385.600	17.665.200	+11.720.400	16.238
422 09-9	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-6	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-5	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	1.048.000	1.431.400	-383.400	1.166

ERLÄUTERUNGEN

Zu 111 11

Gebühren für die Anerkennung von Prüfungsingenieuren für Bau-
statik (vgl. 427 31) und Gebühren für Amtshandlungen der obersten
Bauaufsichtsbehörde sowie Erstattung von Auslagen für Sachver-
ständigengutachten und sonstige Aufwendungen (vgl. 526 01).

Zu 113 01

1. Geräte	— DM
2. Maschinen	— DM
3. Ausstattungsgegenstände	1 000 DM
4. Akten, Drucksachen und dgl.	— DM
Zusammen	1 000 DM

Zu 119 01

1. Abführung auf Grund des § 5 Abs. 3 des Ministergesetzes in der jeweils geltenden Fassung	10 000 DM
2. Abführung aufgrund des § 75 a Abs. 2 NBG	— DM
Zusammen	10 000 DM

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	13 800 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	7 300 DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	— DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	— DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	18 000 DM
Zusammen	39 100 DM

Zu 381 03

Erstattung der Kosten für zentrale Dienstleistungen durch das Lan-
desversicherungsamt.

Zu Titelgruppe 61

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabe TGr. 61.

Zu 412 03

1. Entschädigungen, die den Laienmitgliedern der aufgrund des Kontrollratsgesetzes Nr. 35 vom 20. 8. 1946 gebildeten Schiedsausschüsse zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu zahlen sind, und die Kosten für die Tarifausschüsse	1 000 DM
2. Nach § 4 des Heimarbeitsgesetzes vom 14. 3. 1951 (BGBl. I S. 191) i. d. F. des Heimarbeitsände- rungsgesetzes vom 29. 10. 1974 (BGBl. I S. 2879) hat die zuständige Arbeitsbehörde Heimarbeits- ausschüsse für Gewerbebezüge und Beschäf- tigungsarten zu errichten, in denen Heimarbeit in nennenswertem Umfang geleistet wird. Die Kosten der auf Landesebene errichteten Ausschüsse trägt das betreffende Land. Die Kosten eines für mehrere Länder errichteten Ausschusses trägt das Land, in dem der Ausschuss errichtet ist. Die Entschädigung der Mitglieder nach den für ehrenamtliche Richter geltenden Vorschriften haben die Länder zu tragen, die die Mitglieder entsenden. Veranschlagt sind: Reisekosten sowie Entschädigungen für Zeitver- säumnis und Verdienstausschlag der Beisitzer nach den für die ehrenamtlichen Richter geltenden Vorschriften	1 000 DM
3. Nach § 55 des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 12. 4. 1976, zuletzt geändert durch Art. 13 des 1. Rechtsbereinigungsgesetzes vom 24. April 1986 (BGBl. I S. 560) sind bei der obersten Landes- behörde ein Landesausschuss für Jugendarbeits- schutz und ggf. Unterausschüsse zu bilden; da- neben sind Ausschüsse bei den Aufsichtsbehör- den zu bilden. Veranschlagt sind Tagegelder und Bundesbahn- fahrkosten der 1. Klasse nach dem Bundesreise- kostengesetz sowie Entschädigung bei nachge- wiesenem Verdienstausschlag nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen vom 1. 10. 1969 (BGBl. I S. 1757), zuletzt geändert durch § 6 des Gesetzes zur Änderung von Kostengesetzen vom 9. 12. 1986 (BGBl. I S. 2326)	4 000 DM
4. Kosten des Beirats für Kriegsopferrecht und so- ziale Fürsorge einschl. Reisekosten	1 000 DM
5. Um die Bestrebungen nach einer Verbesserung des Unfallschutzes in den gewerblichen Betrie- ben zu verstärken, soll in Zusammenarbeit mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisati- onen, den Berufsgenossenschaften und der staat- lichen Gewerbeaufsicht in jedem Jahr eine Arbeitssicherheitskonferenz durchgeführt wer- den.	18 000 DM
6. Aufgabe des beim MFAS bestehenden Landesar- beitskreises für Arbeitssicherheit und der be- zirklichen Arbeitskreise ist es, durch Koordinie- rung geeigneter Maßnahmen sowie durch Sicherheits-Werbewochen und sonstige Öffent- lichkeitsarbeit auf eine Senkung der Anzahl der Unfälle in allen Bereichen hinzuwirken. Veranschlagt sind: Vortragshonorare, Durchführung von Sicher- heitsveranstaltungen, Aufwandsentschädigun- gen und Reisekosten für die Beiräte sowie Sach- kosten (Porto, Telefon, Druckkosten pp.)	18 000 DM
7. Aufgabe des beim MFAS bestehenden Beirates für Arbeitsschutz ist es, das MFAS in allen An- gelegenheiten des Arbeitsschutzes und der Si- cherheitstechnik zu beraten. Veranschlagt sind: Reisekosten sowie Entschädigungen für Zeitver- säumnis und Verdienstausschlag der Mitglieder nach den für die ehrenamtlichen Richter gelten- den Vorschriften.	1 000 DM
Zusammen	44 000 DM

ERLÄUTERUNGEN

Zu 421 01

Amtsgehalt	276 600 DM
Dienstaufwandsentschädigung	12 000 DM
Zusammen	288 600 DM

Zu 421 02

Zahlung eines Übergangsgeldes für die ausgeschiedene Ministerin gem. § 12 Ministergesetz i.d. F. vom 3. 4. 1979 (Nds. GVBl. S. 105), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 21. 1. 1999 (Nds. GVBl. S. 10).

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 300,81 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)		Stellen (nach- richtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln
Beamte/-innen			197
Angestellte			98
Lohnempfänger/ -innen			16
Insgesamt			311

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 29 385 600 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Ober- gruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	29 385 600
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	1 486 400
43	Versorgungsbezüge	5 832 800
44	Beihilfen, Unterstützungen	607 400
45	Personalbezogene Sachausgaben	11 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	813 200
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0
Summe der Personalausgaben im Kapitel		38 136 400

Die den Beamten/Beamtinnen gem. § 75 Abs. 3 NBG belassenen Beträge sind Aufwandsentschädigungen im Sinne des EStG.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0501 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
425 01-2	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	12.030.300	–12.030.300	11.328
425 31-4	011	Leistungen auf Grund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	159
425 51-9	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.700	1.700	—	—
426 01-9	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	1.302.300	–1.302.300	967
426 03-5	011	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 31-0	011	Leistungen auf Grund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
426 51-5	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	35.000	35.000	—	29
427 01-5	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 381 01.	—	23.000	23.000	—	63
427 31-7	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	1.000	1.000	—	—
427 39-2	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
441 02-6	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Beamtinnen und Beamte	—	4.157.400	4.639.600	–482.200	3.893
441 03-4	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Angestellte	—	88.100	200.200	–112.100	82
441 04-2	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	3.900	9.200	–5.300	4
441 05-0	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Sonstige	—	1.000	8.100	–7.100	1
441 06-9	940	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften	—	42.300	34.800	+7.500	40
442 01-4	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	1.000	1.000	—	1
443 01-0	940	Fürsorgemaßnahmen, insbesondere bei Dienstunfällen	—	5.400	27.200	–21.800	5
453 01-6	011	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	10.000	10.000	—	8
453 11-3	011	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	1.000	1.000	—	—
462 01-5	981	Globale Minderausgabe für Personalausgaben	—	—	–7.295.200	+7.295.200	—
511 01-6	011	Geschäftsbedarf	—	120.000	169.000	–49.000	81
512 01-2	011	Bücher und Zeitschriften	—	144.600	144.600	—	123
513 01-9	011	Post- und Fernmeldegebühren	—	400.000	452.600	–52.600	357
514 01-5	011	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	105.000	105.000	—	42
515 01-1	011	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	33.000	33.000	—	30
515 02-0	011	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	120.000	75.000	+45.000	145
515 03-8	045	Ausrüstungsgegenstände für den Behördenselbstschutz	—	—	4.700	–4.700	—
516 01-8	011	Dienst- und Schutzkleidung	—	6.800	6.800	—	3
517 01-4	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	475.200	522.000	–46.800	451
517 19-7	011	Reinigungskosten	—	510.000	586.100	–76.100	470

ERLÄUTERUNGEN

Zu 427 31

Der Ausgabe stehen Einnahmen an Gebühren für die Anerkennung von Prüfungsingenieuren für Baustatik bei 111 11 gegenüber.

Zu 453 01

Trennungsgeld, Trennungsbeihilfen sowie Fahrkostenzuschüsse in besonderen Fällen	10 000 DM

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	30 000 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	70 000 DM
3. Bekanntmachungen	20 000 DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	— DM
Zusammen	120 000 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	68 000 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	59 600 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	8 000 DM
4. Buchbinderkosten	9 000 DM
Zusammen	144 600 DM

Zu 513 01

Postgebühren	250 000 DM
Fernmeldegebühren	129 000 DM
Rundfunk- und Fernsehgebühren	1 000 DM
Raumsicherungs- und Notrufanlagen	20 000 DM
Zusammen	400 000 DM

Zu 514 01

1. Betriebsstoffe	77 000 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	27 000 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM
Zusammen	105 000 DM

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	5	5	5

Zu 515 02

1. Dienstzimmersausstattungen	110 000 DM
2. Büromaschinen	10 000 DM
3. Wirtschaftsgeräte	— DM
Zusammen	120 000 DM

Zu 516 01

Dienst- und Schutzkleidung der Amtsboten, Hausarbeiter, Kraftfahrer.

Zu 517 01

1. Wassergeld	65 200 DM
2. Grundbesitzabgaben	100 000 DM
3. Bewachungskosten	220 000 DM
4. Andere Hauswirtschaftskosten	90 000 DM
Zusammen	475 200 DM

Weniger durch Kündigung des angemieteten Bürogebäudes in der Kurt-Schumacher-Straße.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
517 59-6	011	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft <i>*** Ausgaben, die hier zunächst für andere Landesdienststellen geleistet werden, sind durch Absetzung von der Ausgabe zu vereinnahmen.</i>	—	400.000	436.400	-36.400	367
518 01-0	011	Mieten und Pachten	—	880.000	1.246.000	-366.000	1.050
519 03-3	011	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1.400	1.400	—	1
525 01-7	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	35.500	35.500	—	21
526 01-3	011	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	527.900	317.900	+210.000	211
527 01-0	011	Reisekostenvergütungen	—	201.600	201.600	—	188
527 03-6	011	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	17.600	17.600	—	4
529 01-2	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers	—	10.000	10.000	—	10
531 01-7	011	Veröffentlichungen <i>* Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 31. ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>	—	600.000	605.000	-5.000	602
531 03-3	011	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	60.000	88.200	-28.200	29
537 01-5	011	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	20.000	101.000	-81.000	17
538 01-1	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	102.000	102.000	—	50
546 59-6	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	2.400	2.400	—	0
681 01-9	011	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	79.200	79.200	—	80
682 01-5	011	Verwendung der Spenden für Hilfsmaßnahmen für die Opfer des ICE-Unfalls in Eschede <i>* Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 01.</i>	—	—	—	—	204
685 01-4	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	33.400	33.400	—	30
811 01-0	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 11-7	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen <i>* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.</i>	—	—	—	—	—
812 13-0	011	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	280
812 15-6	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	200.000	200.000	—	200
972 01-3	989	Globale Minderausgabe zum Haushaltsausgleich	—	—	—	—	—
981 05-5	990	Abführung an 13 21 - 381 05	—	810.700	—	+810.700	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Der Landesbeauftragte für Behinderte <i>* Übertragbar.</i>	(—)	(80.000)	(86.000)	(-6.000)	(105)
427 61-9	011	Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige <i>* Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 61.</i>	—	—	—	—	—
527 61-3	011	Reisekostenvergütungen <i>* Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 61.</i>	—	6.000	6.000	—	10

ERLÄUTERUNGEN

Zu 518 01

Diensträume und -gebäude	594 000 DM
Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	286 000 DM
Zusammen	880 000 DM

Weniger durch Kündigung des angemieteten Bürogebäudes in der Kurt-Schumacher-Straße.

Zu 525 01

1. Ausbildungslehrgänge einschl. Reisekosten	— DM
2. Fortbildungsveranstaltungen	25 500 DM
3. Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	10 000 DM
Zusammen	35 500 DM

Zu 526 01

Sachverständigenentschädigung, Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	497 900 DM
Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus	30 000 DM
Zusammen	527 900 DM

Mehr für die Wahrnehmung der Fachaufsicht über das Epidemiologische Krebsregister Niedersachsen infolge des beschleunigten Stufenaufbaus.

Zu 527 01

Reisekosten allgemein	201 600 DM

Zu 531 01

Amtliche Druckwerke	250 000 DM
Öffentlichkeitsarbeit	300 000 DM
Sonstige Veröffentlichungen	50 000 DM
Zusammen	600 000 DM

Zu 538 01

Kosten der Fachkommissionen, der Prüfung von Rechenzentren nach § 88 SGB IV und für arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz gem. § 16 Arbeitssicherheitsgesetz.

Zu 681 01

Schadensersatzleistungen für Haftungsfälle der ehem. Landesfrauenklinik Hannover.

Zu 685 01

1. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Frankfurt (Main)	30 000 DM
2. Bundesarbeitsgemeinschaft für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit, Düsseldorf	3 000 DM
3. Bundesarbeitsgemeinschaft der Träger psychiatrischer Krankenhäuser, Köln	200 DM
4. Frauen und EXPO e. V., Hannover	200 DM
Zusammen	33 400 DM

Zu 812 15

Ersatzbeschaffungen:

20 Dienstzimmer- und Ausstattungsgegenstände (u. a. Gardinen und Mobiliar)	170 000 DM
Küchen- und Kantinenausstattung (technische Geräte und Mobiliar)	30 000 DM
Zusammen	200 000 DM

Zu 981 05

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61

Veranschlagt sind die Kosten für Maßnahmen zur Förderung der Eingliederung behinderter Menschen in Beruf und Gesellschaft.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
531 61-0	011	Veröffentlichungen * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 61.	—	30.000	30.000	—	44
538 61-5	011	Dienstleistungen Außenstehender * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 61.	—	44.000	50.000	-6.000	44
546 61-8	011	Zur Verwendung von Spenden * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 61.	—	—	—	—	7
547 61-4	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 61.	—	—	—	—	—
685 61-8	011	Sonstige Zuschüsse * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 61.	—	—	—	—	—
812 61-0	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 61.	—	—	—	—	—
TGr. 62		Frauenratschläge, insbesondere Maßnahmen zur Herstellung der Gleichberechtigung	(—)	(50.000)	(14.000)	(+36.000)	(—)
526 62-5	011	Sachverständigenhonorare	—	—	6.000	-6.000	—
547 62-2	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	50.000	8.000	+42.000	—
TGr. 67		Durchführung der Gleichstellungs- und Frauenministerinnenkonferenz (GFMK)	(—)	(—)	(100.000)	(-100.000)	(—)
429 67-0	011	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 67-3	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	100.000	-100.000	—
812 67-9	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 96		Reformdividende	(—)	(—)	(—)	(—)	(124)
429 96-4	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	24
547 96-7	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	68
711 96-1	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 96-2	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	32
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikati- onstechniken	(—)	(954.200)	(811.800)	(+142.400)	(928)
427 99-6	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
511 99-7	011	Geschäftsbedarf	—	22.000	21.000	+1.000	28
513 99-0	011	Post- und Fernmeldegebühren	—	9.700	9.700	—	—
515 99-2	011	Ersatz u.Ergänzung d.Geräte,Ausstattungs- u .Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	247.000	90.000	+157.000	144
518 99-1	011	Mieten und Pachten	—	70.000	45.000	+25.000	6
519 99-8	011	Unterhaltung,Ersatz und Ergänzung der besonderen Betriebseinrichtungen	—	50.000	40.000	+10.000	50
522 99-9	011	Verbrauchsmittel	—	35.000	15.500	+19.500	31
525 99-8	011	Aus- und Fortbildung	—	72.000	151.500	-79.500	60

 ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 62

Veranschlagt sind u. a. Mittel zur Unterstützung der Umsetzung des Gender Mainstreaming in Niedersachsen.

Zu Titelgruppe 99

Neben den Kosten der IuK-Technik des MFAS sind auch die Kosten für das kaufm. Rechnungswesen (kfm. Buchführung, Kosten-Leistungsrechnung sowie Controlling) in den landeseigenen Krankenhäusern veranschlagt, soweit sie zentral verausgabt werden. Diese Kosten werden von den Krankenhäusern erstattet und bei Titel 271 01 vereinnahmt.

Zu 511 99

Allgemeine Arbeitsunterlagen	13 000 DM
Sonstiger Geschäftsbedarf	9 000 DM
Zusammen	22 000 DM

Zu 515 99

Ersatz- und Ergänzungsbedarf insbesondere für Bildschirme und Drucker.

Zu 522 99

Verbrauchsmaterial der „maschinellen Aufbereitung“.

Durch die eingesetzten Laserdrucker werden jährlich Mittel für die Beschaffung von Laserdruckpapier und Ersatztonern benötigt.

Zu 525 99

Für Schulungen beim IZN und sonstigen IuK-Fortbildungsmaßnahmen.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
527 99-0	312	Reisekosten	—	10.000	10.000	—	5
538 99-2	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	189.500	99.900	+89.600	169
685 99-5	312	Sonstige Zuschüsse * Übertragbar.	—	—	40.000	-40.000	25
812 99-7	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgeräten	—	249.000	289.200	-40.200	410
Abschluss Kapitel 05 01							
1 Eigene Einnahmen				243.100	219.100	+24.000	
2 Übertragungseinnahmen				1.250.000	1.597.900	-347.900	
3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen				10.000	15.000	-5.000	
Summe der Einnahmen				1.503.100	1.832.000	-328.900	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	35.138.000	30.485.600	+4.652.400	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	5.608.200	5.946.400	-338.200	
6 Übertragungsausgaben			—	112.600	152.600	-40.000	
7 Bauausgaben			—	—	—	—	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	449.000	489.200	-40.200	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	810.700	—	+810.700	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	42.118.500	37.073.800	+5.044.700	
Zuschuss				40.615.400	35.241.800	+5.373.600	
Nachrichtlich:							
Anteil an den Versorgungsausgaben				5.832.800	6.970.700		
Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil				47.951.300	44.044.500		
Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil				46.448.200	42.212.500		

 ERLÄUTERUNGEN

Zu 527 99

Die einzelnen Verfahren im Rahmen der kaufm. Buchführung erfordern Anwesenheiten der mit den Aufgaben betrauten Bediensteten in den Krankenhäusern sowie die Schulung des Personals.

Zu 538 99

Erwerb, Beratung und Entwicklung von Softwareprodukten durch Dritte.

Zu 685 99

Die Ausgaben wurden nach Titel 538 99 verlagert.

Zu 812 99

Netzwerkweite integrierte Fax-Lösung	70 000 DM
3 Server für Dokumentenmanagementsystem VIS	127 000 DM
100 Lizenzen VIS	52 000 DM
Zusammen	249 000 DM

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
119 31-4	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen <i>** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>		—	—	—	—
119 41-1	011	Rückzahlung von Überzahlungen		70.000	60.000	+10.000	77
119 51-9	011	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	—	1
231 73-4	319	Erstattung von Personalkosten für die Bediensteten in Zivilschutz-Sanitätslagern		—	5.000	–5.000	3
Titelgruppe(n)							
TGr. 81		Integration und Betreuung von Ausländern		(—)	(—)	(—)	(9)
282 81-9	253	Sonstige Zuschüsse für Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und für interkulturelle Verständigung <i>* Vgl. K-Vermerk zu 681 81.</i>		—	—	—	9
A U S G A B E N							
632 01-1	011	Erstattung von Verw.Ausg. der Arbeitsgemeinschaft der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Länderminister	—	47.000	61.000	–14.000	59
646 01-2	223	Unfallversicherung für Schüler usw.	—	212.200	212.200	—	128
656 01-8	635	Zuschüsse der Küstenländer zur Unfallversicherung der Küstenfischer gem § 878 Abs. 1 RVO	—	450.000	500.000	–50.000	403
684 02-0	419	Zuschüsse für soziale Wohnraumhilfe <i>* Übertragbar.</i>	—	110.000	110.000	—	110
684 04-6	236	Zuschüsse an Kontakt- und Informationsberatungsstellen für Selbsthilfegruppen -KIB-	—	1.572.000	1.572.000	—	1.572
684 05-4	236	Zuschüsse an Selbsthilfegruppen für Homosexuelle	—	200.000	200.000	—	189
685 02-6	253	Psychosoziale und medizinische Beratung von Flüchtlingen und Ausländern	—	300.000	300.000	—	300
685 21-2	670	Anteil des Landes Niedersachsen an dem Zuschussbedarf des Instituts für Bautechnik in Berlin <i>* Gegenseitig deckungsfähig: 685 21 und 685 51.</i>	—	1.000.000	900.000	+100.000	730
685 22-0	670	Anteil d.Landes Niedersachsen am Zuschussbedarf der Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik u.Akkreditierung	—	65.000	65.000	—	28
685 23-9	670	Anteil des Landes Nds. an den Kosten des Deutschen Institutes für Normung e.V. (DIN)	—	155.000	155.000	—	149
685 24-7	670	Anteil des Landes Nds.am Zuschussbedarf der Zentralstelle d.Länder f.Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln u. Medizinprodukten (ZLG)	—	117.000	116.500	+500	103
685 25-5	670	Anteil des Landes Nds. am Netzwerk Gesunde Regionen der Weltgesundheitsorganisationen (WHO)	—	12.000	12.000	—	11
685 51-4	176	Zuschüsse zu den Kosten für Untersuchungen, Planungen und Erprobungen auf dem Gebiet der Bauaufsicht <i>* Vgl. D-Vermerk zu 685 21.</i>	—	180.000	180.000	—	184
Titelgruppe(n)							
TGr. 73		Zivile Verteidigung -Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit-	(—)	(—)	(5.000)	(–5.000)	(4)
425 73-3	319	Vergütung der Angestellten	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 231 73

Vgl. Erl. zu TGr. 73.

Zu 646 01

Ausgewiesen sind die voraussichtlichen Kosten nach dem Gesetz über Unfallversicherung für Schüler und Studenten sowie Kinder in Kindergärten vom 18. 3. 1971 (BGBl. I S. 237) für den Bereich des Epl. 05.

Zu 656 01

Die Beitragspflicht beruht auf § 878 der RVO.

Für den nach Maßgabe der Unfalllast und des Gesamtjahresarbeitsverdienstes der Kleinbetriebe der Seefischerei auf das Land Niedersachsen voraussichtlich entfallenden Zuschuss für das Haushaltsjahr.

Zu 684 02

Verlagert von Kapitel 05 05 Titel 684 02.

Zur Förderung von Wohnungsbaumaßnahmen im Rahmen der sozialen Wohnraumhilfe. Ziel der sozialen Wohnraumhilfe ist eine Integration von alleinstehenden wohnungslosen Menschen, denen aufgrund ihrer schwierigen sozialen Lage der Wohnungsmarkt praktisch versperrt ist. Das Land finanziert die Regiekosten für die Beschaffung und Verwaltung von Wohnraum sowie die Vermittlung sozialer Betreuung.

Zu 684 04

Gefördert werden Kontakt- und Beratungsstellen für Selbsthilfegruppen zum Ausbau der Selbsthilfe im sozialen und gesundheitlichen Bereich.

Zu 684 05

Zuschüsse zum Auf- und Ausbau einer Infrastruktur der Selbsthilfe homosexueller Männer in Niedersachsen (öffentliche Veranstaltungen, Kommunikationszentren, Fortbildung, Beratung, nichtkommerzielle Medien) gem. Richtl. MS vom 15. 6. 1993 – (Nds. MBl. S. 700).

Zu 685 02

Gefördert werden durch Zuwendungen als Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben Maßnahmen (Beratungen, Veranstaltungen, Veröffentlichungen u. ä.), die der sozialen Integration und der Verbesserung der medizinischen Versorgung von ausländischen Mitbürgern und Flüchtlingen dienen.

Zu 685 21

Das Deutsche Institut für Bautechnik dient der einheitlichen Erfüllung bautechnischer Aufgaben auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts.

Es wird aufgrund des Abkommens zwischen Bund und Ländern als überregional finanzierte Einrichtung (rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts) des Landes Berlin geführt.

Die Finanzierung erfolgt – soweit sie nicht durch eigene Einnahmen gedeckt ist – durch die am Abkommen Beteiligten.

Zu 685 22

Anteil des Landes aufgrund des Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz vom 21. 12. 1989 im Zuge der Harmonisierung des EG-Binnenmarkts für die Einrichtung einer Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik zur Akkreditierung von Prüflaboratorien und die Benennung von Zertifizierungsstellen (ZLS) sowie für eine Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrenstoffrechtes (AKMP).

Zu 685 23

Der Normenausschuss Bauwesen im DIN erarbeitet neue Normen mit sicherheitstechnischer Relevanz, die als technische Baubestimmungen im bauaufsichtlichen Bereich eingeführt werden. Er erhält dafür von den Ländern einen angemessenen Kostenbeitrag, der nach dem Königsteiner Schlüssel auf die einzelnen Länder verteilt wird.

Zu 685 24

Anteil des Landes am nicht gedeckten Finanzbedarf der Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten (ZLG) aufgrund des Beschlusses der Ministerpräsidenten v. 30. 6. 1994.

Die ZLG übernimmt Vollzugsaufgaben der Länder im Rahmen der Durchführung des Medizinproduktegesetzes (MPG) für den Bereich der nicht energetisch betriebenen Medizinprodukte, soweit sie diese Akkreditierung und Überwachung von Prüflaboratorien und Zertifizierungsstellen betreffen.

Anteil des Landes am Förderbeitrag für das technische Komitee CEN „Rettungssysteme“ (Europäische DIN-Behörde in Brüssel).

Zu 685 25

Durch die Anbindung an das „Netzwerk Gesunde Regionen“ (RHN) werden effektive Wege des Austausches gesundheitspolitisch relevanter Informationen mit anderen Ländern und der Weltgesundheitsorganisation hergestellt. Vordringlich werden überregional entwickelte Strategien der Gesundheitsförderung und Prävention (WHO-Programme „Gesundheit für alle bis zum Jahr 2000“) und die damit gewonnenen Erfahrungen ausgetauscht und weiterentwickelt.

Zu 685 51

Aufwendungen für technische und bauaufsichtliche Untersuchungen sowie für Maßnahmen der Typisierung und Rationalisierung auf dem Gebiet des Bauwesens durch das Institut für Bautechnik in Berlin.

Zu Titelgruppe 73

Die Bezahlung der Bediensteten erfolgte bisher direkt aus dem Bundeshaushalt. Im Zusammenhang mit der automatisierten Bezügeabrechnung ist es erforderlich, die Zahlungen aus dem Landeshaushalt vorzunehmen. Die vom Bund zu erstattenden Personalkosten werden bei Titel 231 73 vereinnahmt.

Die Sanitätslager Dieckholzen und Zetel wurden aufgelöst.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0502 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
426 73-0	319	Löhne der Arbeiter	—	—	—	—	—
427 73-6	319	Beschäftigungsentgelte	—	—	5.000	-5.000	4
TGr. 80		Untersuchungen nach dem Jugendarbeits- schutzgesetz	(—)	(1.905.000)	(1.910.000)	(-5.000)	(1.893)
531 80-0	254	Veröffentlichungen	—	30.000	35.000	-5.000	27
538 80-5	254	Kosten der ärztlichen Untersuchungen	—	1.875.000	1.875.000	—	1.867
547 80-4	254	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	—
TGr. 81/82		Integration und Betreuung von Ausländern <i>** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind.</i>	(—)	(4.825.000)	(4.825.000)	(—)	(5.791)
531 81-9	253	Veröffentlichungen	—	—	—	—	123
547 81-2	253	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	2
681 81-0	253	Verwendung der Zuschüsse für Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und inter- kulturelle Verständigung <i>* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 81.</i>	—	—	—	—	26
684 81-0	253	Zuschüsse für Betreuungsmaßnahmen	—	1.340.000	1.350.000	-10.000	1.298
684 82-8	253	Zuschüsse zur sozialen Betreuung von Flüchtlings an Verbände und Gemeinden (GV)	—	3.000.000	3.000.000	—	4.019
685 81-6	253	Koordinierungsmaßnahmen	—	210.000	200.000	+10.000	199
685 82-4	253	Sondermaßnahmen	—	275.000	275.000	—	124
Abschluss Kapitel 05 02							
1 Eigene Einnahmen				71.000	61.000	+10.000	
2 Übertragungseinnahmen				—	5.000	-5.000	
Summe der Einnahmen				71.000	66.000	+5.000	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	—	5.000	-5.000	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	1.905.000	1.910.000	-5.000	
6 Übertragungsausgaben			—	9.245.200	9.098.700	+146.500	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	11.150.200	11.013.700	+136.500	
Zuschuss				11.079.200	10.947.700	+131.500	

 ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 80

Gemäß § 32 ff. des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 12. 4. 1976 (BGBl. I S. 965), geändert durch das Erste Gesetz zur Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 15. 10. 1984 (BGBl. I S. 1277), sind die Jugendlichen vor Beginn und während einer Berufstätigkeit ärztlich zu untersuchen. Die Kosten hat das Land zu tragen.

Zu 531 80

Veröffentlichungen zur Information der Schulabgänger.

Zu Titelgruppe 81/82

Veranschlagt sind die Kosten zur Verbesserung der Situation von Ausländern in Niedersachsen, die neben den Maßnahmen des Bundes zur Eingliederung geleistet werden.

Zu 684 81

Zuschüsse für die Sozialberatung ausländischer Arbeitnehmer und deren Familien und zur Aus- und Fortbildung von Sozialberatern.

Zu 684 82

Zuschüsse für Betreuung und soziale Eingliederung sonstiger in Niedersachsen lebender Ausländerinnen und Ausländer sowie von Deutschen ausländischer Herkunft an Verbände und Gemeinden; veranschlagt sind Personalkostenzuschüsse.

685 81

Zuschüsse zu den Aufwendungen der Vertretungen von Ausländern und Flüchtlingen.

Flüchtlingsrat:	120 000 DM
AG KAN:	90 000 DM
	210 000 DM

Zu 685 82

Zuschüsse für Integrationsmaßnahmen zugunsten von Ausländern sowie Maßnahmen zur Verbesserung von Toleranz und Akzeptanz zwischen Ausländern und Deutschen.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 41-5	253	Rückzahlung von Überzahlungen		700.000	700.000	—	482
119 51-2	253	Vermischte Einnahmen		50.000	50.000	—	18
119 52-0	253	Verzugszinsen der ESF-Förderung		10.000	10.000	—	175
256 01-3	253	Einnahmen aus dem ESF ***Vgl. *** HV zu Titel 657 01		106.265.000	74.100.000	+32.165.000	76.369
256 03-0	253	Einnahmen aus den Gemeinschaftsinitiativen der EU ***Vgl.*** HV zu Titel 65703		7.000.000	8.600.000	–1.600.000	18.154
		A U S G A B E N					
653 01-2	253	Zuschüsse für die Qualifizierung von Sozialhilfeempfängern * Übertragbar. Gegenseitig deckungsfähig: 653 01, 684 02, 684 03, 685 51, 685 53, 636 65, 685 67, 685 83 und 893 83. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	4.500.000 6.500.000	9.000.000	13.000.000	–4.000.000	7.305
657 01-8	253	Zuweisungen aus dem ESF * Übertragbar. Einseitig deckungsfähig zugunsten 981 01. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. *** Der Ansatz erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 256 01, entsprechend den genehmigten Förderkonzepten. Die nicht durch Einnahmen im lfd. Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen. Die Verpflichtungsermächtigung darf im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte überschritten werden, soweit es sich um Maßnahmen handelt, die nicht mit Landesmitteln kofinanziert werden.	46.420.000 30.000.000	106.265.000	74.100.000	+32.165.000	68.556
657 03-4	253	Zuweisungen aus den Gemeinschaftsinitiativen der EU * Übertragbar. *** Der Ansatz erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen entsprechend der genehmigten Förderkonzepte bei 256 03. Die nicht durch Einnahmen im lfd. Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gem. § 37 LHO nachzuweisen. Die Verpflichtungsermächtigung darf im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte überschritten werden, soweit es sich um Maßnahmen handelt, die nicht mit Landesmitteln kofinanziert werden.	— 1.700.000	7.000.000	8.600.000	–1.600.000	28.184
684 01-5	253	Zuschüsse an die Landesgesellschaft zur Beratung und Information von Beschäftigungsinitiativen mbH - LABIB * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	—	990.000	970.000	+20.000	850
684 02-3	253	Zuschüsse an Träger von Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 653 01. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks	1.200.000 1.200.000	1.650.000	1.650.000	—	1.587

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen:

Mit dem Programm „Arbeit und Qualifizierung für Niedersachsen“ werden Maßnahmen zur Entlastung des Arbeitsmarktes gefördert. Das Arbeitsmarktprogramm gibt mit wesentlicher Unterstützung des Europäischen Sozialfonds (ESF) vielfältige Impulse zur Arbeitsförderung in Niedersachsen. Dabei steht die Integration in den regulären Arbeitsmarkt im Zentrum der Bestrebungen. Das Land gewährt Zuschüsse und Zuweisungen, insbesondere an Gemeinden (GV), Wohlfahrtsverbände, Einrichtungen der Erwachsenen- und beruflichen Weiterbildung und an Arbeitgeber der Privatwirtschaft zur Förderung arbeitsmarktpolitischer Zielgruppen. Außerdem ergänzt es die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit.

Die Ansätze werden im übrigen teilweise neben den Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit, der Kommunen und der sonstigen öffentlichen Träger als komplementärer nationaler Anteil zur Bindung von Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF).

Zu 653 01

Das Land gewährt Zuwendungen zur Qualifizierung von langzeitarbeitslosen Sozialhilfeempfängern/-innen mit Mitteln des Landes nach den Richtlinien des MS vom 12. 12. 1997 (Nds. MBl. 1998 S. 267).

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	6 500 000	—	6 500 000
2002	—	4 500 000	4 500 000
Summe	6 500 000	4 500 000	11 000 000

Zu 657 01

Die hier veranschlagten Ausgaben korrespondieren mit den Einnahmen bei Titel 256 01.

Mittel des Europäischen Sozialfonds werden im Rahmen der Förderziele der EU zur Verstärkung von Landesprogrammen zur Förderung der beruflichen Qualifizierung eingesetzt bzw. an Dritte zur Durchführung entsprechender Maßnahmen weitergeleitet.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	30 000 000	—	30 000 000
2002	—	31 670 000	31 670 000
2003	—	11 000 000	11 000 000
2004	—	1 750 000	1 750 000
2005 ff.	—	2 000 000	2 000 000
Summe	30 000 000	46 420 000	76 420 000

Die ESF-Förderung des Landes ist in Abstimmung mit der Europäischen Kommission in mehrjährigen Plänen festgelegt. Bedarfsgerechte Anpassungen sind nach den EU-Vorschriften im Rahmen des Planes und mit Zustimmung der Europäischen Kommission zulässig und vorgesehen.

ERLÄUTERUNGEN

noch zu 657 01

Die ESF-Förderung des Landes ist in Abstimmung mit der Europäischen Kommission in mehrjährigen Plänen (2000 bis 2006) festgelegt. Bedarfsgerechte Anpassungen sind nach den EU-Vorschriften im Rahmen des Planes und mit Zustimmung der Europäischen Kommission zulässig.

Der Ablauf der Förderung mit Mitteln des ESF stellt sich wie folgt dar (in Mio. DM):

Fördermaßnahmen Ziel 2		ESF-Mittel	Komplementärmittel					Haushaltsstelle Kofinanzierung
Schwerpunkt/ Maßnahme	Bezeichnung	ESF	Bund	Land	Kom- munen	Sonstige	Ein- nahmen	
<i>Schwerpunkt 1-A</i>								
Maßnahme 1.1	Qualifiz. altindustrielle Bereiche	4,300	3,268	0,258	0,611	0,077	0,086	***
Maßnahme 1.2	Qualifiz. ländliche Bereiche	4,300	3,062	0,086	1,014	0,043	0,095	***
Maßnahme 1.3	Regionale Konzepte	0,450	0,000	0,000	0,450	0,000	0,000	—
<i>Schwerpunkt 2-B</i>								
Maßnahme 2.1	Präv. Arbeitsmarktpolitik	3,150	0,126	0,189	0,063	0,063	2,709	***
Maßnahme 2.2	Ländliche Gebiete MWK	0,650	0,450	0,065	0,078	0,018	0,039	***
<i>Schwerpunkt 3-E</i>								
Maßnahme	Frauenprojekte	2,150	1,634	0,129	0,305	0,039	0,043	***
Gesamt		15,000	8,540	0,727	2,521	0,240	2,972	
Fördermaßnahmen Ziel 3		ESF-Mittel	Komplementärmittel					Haushaltsstelle Kofinanzierung
Schwerpunkt/ Maßnahme	Bezeichnung	ESF	Bund	Land	Kom- munen	Sonstige	Ein- nahmen	
<i>Schwerpunkt 1-A</i>								
Maßnahme 1.1	Einzelprojekte Qualifiz.- Maßnahmen	10,950	6,658	0,772	5,510	0,230	0,276	09 03 – 685 47 und TGr. 71
	davon MFAS	10,582	6,658	0,322	5,510	0,230	0,276	
	davon MWK, Kulturbere.	0,368		0,450				*
Maßnahme 1.2	Jugendwerkstätten	20,360	47,395	10,590	16,435		8,620	Kap. 07 71
<i>Schwerpunkt 2-B</i>								
Maßnahme 2.1	Straffällige	2,350	4,085	0,255	1,890		0,820	11 02 – 685 54
Maßnahme 2.2	Nichtsesshafte	6,000	0,150	7,200	0,015	—	1,635	05 36 – 684 11
Maßnahme 2.3	Behinderte in Werkstätten	4,000	3,030	10,400				05 30 – 643 14
Maßnahme 2.4	Sozialhilfeempfänger	10,000	0,222	0,444	11,333	0,022	0,200	05 03 – 653 01
Maßnahme 2.5	Arbeitslosen- u. Sozialhilfe- Initiativen	0,729		1,650	1,140		0,085	05 03 – 684 02
<i>Schwerpunkt 3-C</i>								
Maßnahme 3.1	RAN	4,820		5,000	2,750		0,460	Kap. 07 71 u. 05 03 – 685 53
Maßnahme 3.2	Prävention an Schulen	1,500		0,900	2,600			07 07 – 425 01 u. Kap. 07 71
Maßnahme 3.3	MK überbetr. Ausbildung	2,770	8,100	7,650			25,500	07 02 – 685 67
<i>Schwerpunkt 4-D</i>								
Maßnahme 4.1	Wissenschaftl. Maßnahmen	2,000		2,444			0,003	**
Maßnahme 4.2	Präv. Arbeitsmarktpolitik, gesamt	10,848	1,007	2,160	0,266	0,461	8,957	
	davon MFAS	8,800	0,587	1,500	0,196	0,391	8,082	05 03 – 685 51
	davon MK	1,050				0,070	0,805	Einzelplan 07
	davon MWK, Erw.-Bildung	0,630	0,420	0,210	0,070		0,070	Kap. 06 80
	davon MWK, Kulturbereich	0,368		0,450				*
<i>Schwerpunkt 5-E</i>								
Maßnahme 5.1	FIFA, Frauen, gesamt	12,000	3,700	4,300	3,350		1,000	05 03 – 685 67
	davon FIFA, allgem.	10,000	3,700	3,000	3,000		0,650	
	davon Koordinierungsstellen	2,000		1,300	0,350		0,350	
Maßnahme 5.2	Verlässliche Grundschule	1,624		1,986				07 10 – 427 32
<i>Schwerpunkt 6-F</i>								
Maßnahme 6.1	Soziales Risikokapital-Kleinstprojekte	0,300						
Technische Hilfe	Technische Hilfe, ges.	1,014		1,014				
	davon Evaluierung	0,500		0,500				05 03 – 538 84
	davon LaBIB	0,486		0,486				05 03 – 684 01
	davon Sonstiges	0,028		0,028				Einzelplan 05
Gesamt		91,265	74,347	56,765	45,289	0,713	47,556	

* Die Kofinanzierung wird aus den jeweiligen Einzelkapiteln – Kultur – des Einzelplans 06 sichergestellt.

** Die Kofinanzierung wird aus den jeweiligen Hochschulkapiteln des Einzelplans 06 sichergestellt.

*** Unterschiedliche Haushaltsstellen verschiedener Ressorts, die eingesetzten Landesmittel wurden entsprechend den Ergebnissen der Förderperiode 1994 – 1999 hochgerechnet.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 657 03

Die hier veranschlagten Ausgaben korrespondieren mit den Einnahmen bei Titel 256 03.

Die Mittel des Europäischen Sozialfonds werden zur Abwicklung der EU-Gemeinschaftsinitiative EQUAL eingesetzt.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	1 200 000	1 200 000
2002	500 000	500 000
Summe	1 700 000	1 700 000

Die ESF-Förderung des Landes ist in Abstimmung mit der Europäischen Kommission in mehrjährigen Plänen festgelegt. Bedarfsgerechte Anpassungen sind nach den EU-Vorschriften im Rahmen des Planes und mit Zustimmung der Europäischen Kommission zulässig und vorgesehen.

Zu 684 01

Die Gesellschaft, durch das Land 1991 gegründet, wird dauerhaft mit Zuschüssen zu den Personal- und Sachkosten gefördert.

Übersicht der Einnahmen und Ausgaben
der Landesberatungsgesellschaft für Integration
und Beschäftigung mbH – LaBIB –

	2001 (Entwurf) DM	2000 (Soll) DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	1 380 000	1 335 000	1 344 600
Einnahmen	160 000	135 000	140 500
Fehlbetrag	1 220 000	1 200 000	1 204 100

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	990 000 DM
c) den Bund mit	— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit (ESF)	230 000 DM
e) Private	— DM
Zusammen	1 220 000 DM

Zu 684 02

Die Sach- und Personalkosten von Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen werden nach Richtl. des MS vom 31. 7. 1991 (Nds. MBl. S. 1098) bezuschußt.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	1 200 000	—	1 200 000
2002	—	1 200 000	1 200 000
Summe	1 200 000	1 200 000	2 400 000

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0503 Arbeit und Qualifizierung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 684 02-3		<i>auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>					
684 03-1	253	Zuschüsse für Modellvorhaben * Übertragbar. <i>Einseitig deckungsfähig zugunsten 981 01. Vgl. D-Vermerk zu 653 01.</i> ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	—	—	6.000	–6.000	26
685 51-8	253	Sonstige Zuschüsse für die Qualifizierung von Beschäftigten * Übertragbar. <i>Einseitig deckungsfähig zugunsten 981 01. Vgl. D-Vermerk zu 653 01.</i> ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	1.200.000 500.000	1.960.000	1.500.000	+460.000	1.708
685 53-4	253	Beschäftigungsprogramm für arbeitslose Jugendliche * Übertragbar. <i>Vgl. D-Vermerk zu 653 01.</i>	7.300.000 7.000.000	11.000.000	13.000.000	–2.000.000	3.859
981 01-0	990	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts * Einseitig deckungsfähig zu Lasten 657 01, 684 03, 685 51 und 685 83.	—	—	—	—	256
Titelgruppe(n)							
TGr. 65/66		Förderung von Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(7.000.000) (8.500.000)	(10.700.000)	(13.700.000)	(–3.000.000)	(14.290)
461 65-2	981	Zur Deckung des zusätzlichen Bedarfs für Personalausgaben	—	—	—	—	—
461 66-0	981	Förderung der Beschäftigung von schwerbehinderten älteren Langzeitarbeitslosen bei Landesbehörden	—	—	—	—	—
636 65-7	253	Erstattung an die Bundesanstalt für Arbeit für gewährte Zuschüsse * Vgl. D-Vermerk zu 653 01.	7.000.000 8.500.000	10.700.000	13.700.000	–3.000.000	14.290
TGr. 67		Maßnahmen zur Integration von Frauen in das Arbeitsleben * Übertragbar.	(1.500.000) (1.500.000)	(4.300.000)	(4.977.000)	(–677.000)	(2.627)
547 67-0	290	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	67.000	–67.000	36
685 67-4	290	Zuschüsse für laufende Zwecke * Vgl. D-Vermerk zu 653 01.	1.500.000 1.500.000	4.300.000	4.910.000	–610.000	2.591
TGr. 83		Förderung der Schaffung von Dauerarbeitsplätzen in Sozialen Betrieben * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(15.744.000) (15.375.000)	(21.000.000)	(23.650.000)	(–2.650.000)	(20.469)
685 83-6	253	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige * Einseitig deckungsfähig zugunsten 981 01. <i>Vgl. D-Vermerk zu 653 01.</i>	15.744.000 15.375.000	20.600.000	23.250.000	–2.650.000	20.469

ERLÄUTERUNGEN

Zu 685 51

Es werden Qualifizierungen für Arbeitnehmer gefördert, deren Arbeitsplätze gefährdet sind. Daneben werden Beratungen und Studien zu diesem Themenbereich durchgeführt. Die Mittel dienen der Ko-finanzierung von ESF-geförderten Projekten in diesem Bereich.

Belastung

der Haus-halts-jahre	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt-belastung DM
2001	500 000	—	500 000
2002	—	700 000	700 000
2003	—	500 000	500 000
Summe	500 000	1 200 000	1 700 000

Zu 685 53

Mit Landesmitteln soll die Eingliederung in den Arbeitsmarkt für arbeitslose Jugendliche (unter 25 Jahre) gefördert werden. Insbesondere den langzeitarbeitslosen und von Langzeitarbeitslosigkeit bedrohten Jugendlichen wird durch ein abgestimmtes Arbeits-, Aus-bildungs- und/oder Qualifizierungsangebot ein Einstieg in das Berufsleben durch das Programm „Regionale Arbeits- und Bildungs-angebote für die Zukunft langzeitarbeitsloser Jugendlicher – RABaZ“ ermöglicht.

Die Förderung erfolgt gemäß den Richtlinien „Förderung der beruflichen Integration arbeitsloser junger Erwachsener“ (RdErl. d. MFAS vom 11. 5. 2000 – Nds. MBl. S. 314).

Belastung

der Haus-halts-jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommene VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt-belastung DM
2001	515 600	5 355 000	—	5 870 600
2002	216 600	1 115 000	5 600 000	6 931 600
2003	9 500	500 000	1 100 000	1 609 500
2004	—	30 000	500 000	530 000
2005	—	—	100 000	100 000
Summe	741 700	7 000 000	7 300 000	15 041 700

Zu Titelgruppe 65/66

Die Bundesanstalt für Arbeit fördert Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gem. §§ 260–271 SGB III und Strukturanpassungsmaßnahmen gem. §§ 272 – 279 SGB III. Die ergänzende Landesförderung sichert die Bindung der Mittel der Bundesanstalt für Arbeit und ihren ziel-gruppenorientierten Einsatz in Niedersachsen. Gefördert werden Maßnahmen, die ohne den Einsatz von Landesmitteln nicht durch-geführt werden könnten.

Zu 636 65

Das Land stellt im Rahmen der Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Strukturanpassungsmaßnahmen (RdErl. d. MS vom 27. 10. 1997 – Nds. MBl. S. 2000) Mittel bereit und erweitert somit die Anzahl der förderbaren Maßnahmen. Gleichermaßen werden Förderschwer-punkte (Soziale Infrastruktur, Arbeiten und Lernen) gesetzt, die den Bedürfnissen des niedersächsischen Arbeitsmarktes entsprechen. Die Arbeitsämter entscheiden im Rahmen der o. g. Richtlinien auch über den Einsatz der Landesmittel. Näheres regelt eine Verwal-tungsvereinbarung mit dem Landesarbeitsamt Niedersachsen-Bre-men.

Belastung

der Haus-halts-jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommene VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt-belastung DM
2001	224 000	7 500 000	—	7 724 000
2002	—	1 000 000	6 000 000	7 000 000
2003	—	—	1 000 000	1 000 000
Summe	224 000	8 500 000	7 000 000	15 724 000

Zu Titelgruppe 67

Zuschüsse für arbeitsmarkt- und strukturpolitische Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation von Frauen; u. a. Pro-gramm „Förderung der Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt (FIFA)“, Zuwendungen an Koordinierungsstellen zur beruflichen und betrieblichen Förderung von Frauen, Kosten für Veranstaltun-gen und Maßnahmen der betrieblichen Frauenförderung und zur Be-ratung und Vernetzung von Existenzgründerinnen und Unterneh-merinnen.

Zu 685 67**Belastung**

der Haus-halts-jahre	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt-belastung DM
2001	1 500 000	—	1 500 000
2002	—	1 500 000	1 500 000
Summe	1 500 000	1 500 000	3 000 000

Zu Titelgruppe 83

Es werden Zuschüsse zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen in So-zialen Betrieben, die Langzeitarbeitslose beschäftigen, qualifizieren und sozial stabilisieren, gewährt (siehe auch Erläuterungen zu 657 01 und allgemeine Erläuterungen).

Die Förderung erfolgt gemäß den Richtlinien

1. Gewährung von Zuwendungen zur Finanzierung von Dauerar-beitsplätzen in Sozialen Betrieben (RdErl. d. MS v. 1. 8. 1997 Nds. MBl. S. 1498).
2. Förderung der beruflichen Qualifizierung und Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen auf Dauerarbeitsplätzen in Sozialen Betrie-ben, mit Förderung aus dem Europäischen Sozialfonds (RdErl. d. MS vom 25. 6. 1992 Nds. MBl. S. 1258).
3. Förderung von Dauerarbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose in Sozialen Betrieben (RdErl. d. MS v. 9. 5. 1995 – Nds. MBl. S. 706).
4. Gewährung von Beschäftigungs- und Qualifizierungszuschüssen für Soziale Betriebe (RdErl. d. MS v. 1. 8. 1997 – Nds. MBl. S. 1497).

Zu 685 83**Belastung**

der Haus-halts-jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommene VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt-belastung DM
2001	8 068 000	8 632 000	—	16 700 000
2002	2 657 000	5 306 000	7 737 000	15 700 000
2003	—	1 437 000	5 841 000	7 278 000
2004	—	—	2 166 000	2 166 000
Summe	10 725 000	15 375 000	15 744 000	41 844 000

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
893 83-8	253	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige * Vgl. D-Vermerk zu 653 01.	—	400.000	400.000	—	—
TGr. 84		Kosten für Konferenzen, Tagungen und Gutachten im Zusammenhang mit dem Programm zur Entlastung des Arbeitsmarktes * Übertragbar.	(—) (3.000.000)	(500.000)	(500.000)	(—)	(51)
518 84-0	253	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—
531 84-7	253	Veröffentlichungen	—	—	—	—	—
538 84-1	253	Dienstleistungen Außenstehender	— 3.000.000	500.000	500.000	—	51
547 84-0	253	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 05 03					
		1 Eigene Einnahmen		760.000	760.000	—	
		2 Übertragungseinnahmen		113.265.000	82.700.000	+30.565.000	
		Summe der Einnahmen		114.025.000	83.460.000	+30.565.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	500.000	567.000	-67.000	
		6 Übertragungsausgaben	3.000.000 84.864.000 72.275.000	173.465.000	154.686.000	+18.779.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	400.000	400.000	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	84.864.000 75.275.000	174.365.000	155.653.000	+18.712.000	
		Zuschuss		60.340.000	72.193.000	-11.853.000	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 84

Sachverständige Begleitung des Programms zur Entlastung des Arbeitsmarktes soll einen optimalen Mitteleinsatz gewährleisten. Die Mittel dienen außerdem zur Kofinanzierung der Evaluation der ESF-Maßnahmen sowie der Technischen Hilfe.

Zu 538 84

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	Gesamt Belastung DM
2001	500 000	500 000
2002	500 000	500 000
2003	500 000	500 000
2004	500 000	500 000
2005ff.	1 000 000	1 000 000
Summe	3 000 000	3 000 000

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 11-6	018	Verwaltungsgebühren		400.000	400.000	—	346
256 01-7	018	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit (für Aushilfskräfte)		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-4	018	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten ***Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist Abs. 2 der Erläuterung verbindlich.	—	7.882.700	3.052.300	+4.830.400	3.735
422 19-7	018	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-6	018	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	218.600	459.800	-241.200	217
422 41-3	018	Anwärterbezüge	—	341.300	277.400	+63.900	259
422 51-0	018	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
425 01-3	018	Vergütungen der Angestellten	—	—	3.850.500	-3.850.500	4.092
425 31-5	018	Leistungen auf Grund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	109
425 51-0	018	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
427 01-6	018	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 31-8	018	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	1.000	1.000	—	1
427 39-3	018	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
535 02-1	018	Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	—	15.000	15.000	—	15
812 35-1	018	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 05 04					
		1 Eigene Einnahmen		400.000	400.000	—	
		2 Übertragungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		400.000	400.000	—	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	8.443.600	7.641.000	+802.600	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	15.000	15.000	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	8.458.600	7.656.000	+802.600	
		Zuschuss		8.058.600	7.256.000	+802.600	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		1.412.200	1.360.800		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		9.870.800	9.016.800		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		9.470.800	8.616.800		

ERLÄUTERUNGEN

Zu 05 04 – allgemein:

Für das bei den Bezirksregierungen tätige Fachpersonal sind hier nur die

- a) Ausgaben der Obergruppe 42 (Dienstbezüge und dergl.),
- b) Ausgaben für die eigentlichen Fachaufgaben (insbesondere Ausgaben der Gruppe 535, des Titels 812 35 und der Titelgruppen) sowie die
- c) Einnahmen, die mit den Ausgaben zu a) und b) im ursächlichen Zusammenhang stehen, veranschlagt.

Zu c) gehören nicht die Einnahmen aus „Verwaltungsgebühren“ (Titel 111 11).

Alle übrigen Haushaltseinnahmen und -ausgaben sind bei Kap. 03 05 und 03 08 ausgebracht (vgl. allgemeine Erläuterung zu Kap. 03 05 und 03 08).

Zu 111 11

Verwaltungsgebühren für Baudispense und Widerspruchsentscheidungen.

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 76,66 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	—	—	—	42
Angestellte	—	—	—	37
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	13
Insgesamt	—	—	—	92

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 7 882 703 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	7 882 700
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	580 900
43	Versorgungsbezüge	1 412 200
44	Beihilfen, Unterstützungen	166 700
45	Personalbezogene Sachausgaben	0
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	233 100
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0
Summe der Personalausgaben im Kapitel		10 265 600

Beamte, die als Ausbildungsleiter tätig sind, erhalten eine Lehrzulage. Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von mtl. 75 DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 535 02

Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen zur landeseinheitlichen Umstellung des Städtebaukatasters (Fortsetzungsmaßnahme).

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0505 Wohnungs- und Siedlungswesen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
099 01-2	411	Ausgleichszahlungen nach dem Gesetz über den Abbau von Fehlsubventionierungen im Wohnungswesen (AFWoG) * Vgl. K-Vermerk zu 893 03.		1.000.000	1.500.000	–500.000	1.314
111 11-0	411	Verwaltungsgebühren		700.000	400.000	+300.000	758
119 51-0	411	Vermischte Einnahmen		5.000	5.000	—	9
119 70-6	270	Prämien nach dem Wohnungsbauprämien-gesetz -Rückzahlungen bis Sparjahr 1983-		1.000	1.000	—	—
241 62-5	233	Erstattung des Bundesanteils an den Aufwen-dungen für Miet- und Lastenzuschüsse nach dem Wohngeldgesetz		405.000.000	427.000.000	–22.000.000	381.146
359 01-4	950	Entnahme aus dem Geschäftsvermögen der Landestreuhandstelle für den Härteausgleich * Vgl. K-Vermerk zu 681 12.		2.000.000	2.500.000	–500.000	2.285
A U S G A B E N							
538 01-6	176	Dienstleistungen Außenstehender * Gegenseitig deckungsfähig: 538 01, 685 51, 685 53 und 685 56.	—	50.000	50.000	—	89
633 01-9	016	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Ge-meinden (GV) für Hauszinssteuer- und ähn-liche Darlehen * Gegenseitig deckungsfähig: 633 01 und 671 01.	—	1.100	1.500	–400	1
663 01-5	411	Zuschüsse für Modernisierungs- und Instand-setzungsmaßnahmen in Amt Neuhaus	—	—	—	—	17
671 01-8	016	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Bremer Landesbank für Hauszinssteuer- und ähnliche Darlehen * Vgl. D-Vermerk zu 633 01.	—	—	—	—	0
681 12-9	411	Zuwendungen zur Verminderung von Mieterhöhungen im Sozialwohnungsbestand (Härteausgleich) * Übertragbar. Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 359 01.	—	2.000.000	2.500.000	–500.000	2.285
685 01-9	176	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	11.500	7.000	+4.500	10
685 51-5	176	Zuschüsse zur Ausbildung, Aufklärung und Beratung auf dem Gebiet des Städtebaues und des Wohnungswesens * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 538 01.	—	100.000	100.000	—	54
685 52-3	176	Zuschüsse an das Institut für Bauforschung e.V. Hannover * Übertragbar.	—	160.000	160.000	—	160
685 53-1	176	Zuschüsse für Forschungsarbeiten auf dem Gebiet des Städtebaues u. Wohnungswesens * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 538 01.	—	—	—	—	—
685 55-8	176	Zuschüsse zur Förderung der Deutschen Akademie für Städtebau u. Landesplanung	—	20.000	—	+20.000	—
685 56-6	422	Zuschüsse für Wettbewerbe auf dem Gebiet des Städtebaues und Wohnungswesens pp. * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 538 01.	—	—	—	—	—
893 02-9	270	Prämien nach § 2 Wohnungsbauprämien-gesetz f. Aufwendungen bis Sparjahr 1983	—	1.000	1.000	—	—
893 03-7	411	Zuschüsse zur Förderung von Wohnungen i.S. der §§ 87a, 87b und 111 des II. Wohnungs-baugesetzes (Wohnungsfürsorgemittel) * Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 099 01.	—	1.000.000	1.500.000	–500.000	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 099 01

Einnahmen nach § 10 Abs. 3 und 4 des Bundesgesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen.

Die aufkommenden Mittel werden bei 893 03 wieder zur Förderung des Wohnungsbaus eingesetzt.

Zu 111 11

Überwiegend Leistungen gem. § 7 und § 25 des Wohnungsbindungsgesetzes in der Fassung v. 19. 8. 1994 (BGBl. I S. 2166).

Zu 241 62

Nach § 34 des Wohngeldgesetzes in der Fassung vom 1. 2. 1993 (BGBl. I S. 183), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Wohngeldgesetzes und anderer Gesetze vom 22. 12. 1999 (BGBl. I S. 2671) erstattet der Bund dem Land die Hälfte des gezahlten Wohngeldes.

Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 62/63.

Zu 538 01

Durchführung des niedersächsischen Staatspreises für Architektur.

Der Staatspreis für Architektur wird durch Entschließung des Niedersächsischen Landtages vom 17. 5. 1995 alle zwei Jahre für hervorragende und beispielhafte Arbeiten vergeben. Die zur Ausrichtung erforderlichen Leistungen, wie Vorarbeiten, Ausschreibung, Bereisung durch die Jury, Bewertung, Verleihung und Dokumentation werden zeitlich über zwei Jahre versetzt erbracht und entsprechend mit zwei unterschiedlichen Jahresbeträgen veranschlagt.

Zu 633 01 und 671 01

Veranschlagt sind die Kosten für die Verwaltung der staatlichen und gemeindlichen Hauszinssteuerhypotheken sowie verschiedener von der Bremer Landesbank verwalteten Wohnungsbaudarlehen.

Zu 681 12

Der Härteausgleich stellt sicher, dass Mieten von Wohnungen, die mit Mitteln des Landes oder des Bundes gefördert wurden, noch tragbar bleiben, wenn geltende Wohngeldregelungen nicht ausreichen. Er setzt die Härteausgleichsförderung 1991 bis 2000 fort; deren Förderungsgrundsätze gelten entsprechend.

Entsprechende Einnahmen sind bei 359 01 veranschlagt.

Zu 685 01

1. Institut für Bauforschung	3 500 DM
2. Deutsches Volksheimstättenwerk e. V. Hannover	3 500 DM
3. Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung	4 500 DM
Zusammen	11 500 DM

Zu 685 52

Zuschüsse für das Institut für Bauforschung e. V. in Hannover:

- a) für die Beratungsstelle „Gesundes Bauen und Wohnen – Ökologisches Bauen“,
- b) zur Erweiterung von Grundlagen über Gesundes Bauen und Wohnen – Ökologisches Bauen – und zur Erarbeitung von Merkblättern zur Weiterbildung der Mitarbeiter.

Zu 893 03

Vgl. Erläuterungen zu 099 01.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
		TGr. 62/63					
		Wohngeld	(—)	(810.000.000)	(800.000.000)	(+10.000.000)	(710.225)
643 62-6	233	Erstattung an Gemeinden (GV) für Miet- und Lastenzuschüsse nach dem Wohngeldgesetz ***Zurückgezahlte Zuschüsse sind hier durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen	—	220.000.000	180.000.000	+40.000.000	158.455
643 63-4	233	Erstattungen an Gemeinden (GV) für Mietzuschüsse nach dem 5. Teil des Wohngeldgesetzes ***Zurückgezahlte Zuschüsse sind hier durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen	—	430.000.000	490.000.000	–60.000.000	438.283
681 62-5	233	Leistungen an Empfänger von Miet- und Lastenzuschüssen nach dem Wohngeldgesetz ***Zurückgezahlte Zuschüsse sind hier durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen	—	160.000.000	130.000.000	+30.000.000	113.487
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		110.000	–110.000	
		Abschluss Kapitel 05 05					
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben		1.000.000	—	+1.000.000	
		1 Eigene Einnahmen		706.000	406.000	+300.000	
		2 Übertragungseinnahmen		405.000.000	427.000.000	–22.000.000	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		2.000.000	2.500.000	–500.000	
		Summe der Einnahmen		408.706.000	429.906.000	–21.200.000	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	50.000	50.000	—	
		6 Übertragungsausgaben	—	812.292.600	802.878.500	+9.414.100	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	1.001.000	1.000	+1.000.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	813.343.600	802.929.500	+10.414.100	
		Zuschuss		404.637.600	373.023.500	+31.614.100	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 62/63

Vgl. Erläuterungen zu 241 62.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0507 Wohnungsbauprogramme

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
221 01-0	411	Einnahmen vom Bund für Aufwendungszuschüsse im Wohnungsbau * Vgl. K-Vermerk zu 663 01.		—	69.074.000	–69.074.000	86.059
311 01-9	922	Einnahmen vom Bund für Baudarlehen im Wohnungsbau * Vgl. K-Vermerk zu 891 01. ** Die Beschaffung und Bewirtschaftung aller Kredite obliegt dem MF. Zuviel gebuchte Einnahmen aus Kreditaufnahmen können durch Absetzen von der Einnahme verausgabt werden. Die Jahreskreditermächtigung wird davon nicht berührt.		17.658.000	17.604.000	+54.000	17.593
311 02-7	922	Einnahmen vom Bund für Aufwendungsdarlehen im Wohnungsbau * Vgl. K-Vermerk zu 891 01. ** Die Beschaffung und Bewirtschaftung aller Kredite obliegt dem MF. Zuviel gebuchte Einnahmen aus Kreditaufnahmen können durch Absetzen von der Einnahme verausgabt werden. Die Jahreskreditermächtigung wird davon nicht berührt.		23.982.000	28.670.000	–4.688.000	23.704
331 01-0	411	Einnahmen vom Bund für Zuschüsse im Wohnungsbau * Vgl. K-Vermerk zu 891 01.		84.007.000	49.388.000	+34.619.000	66.494
		A U S G A B E N					
663 01-2	411	Zuweisungen für Aufwendungszuschüsse an die Landestreuhandstelle * Übertragbar. Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 221 01. Gegenseitig deckungsfähig: 663 01 und 891 01.	—	58.389.000	70.428.000	–12.039.000	89.627
671 01-5	411	Zuweisung von Finanzierungskosten im Wohnungsbau an die Landestreuhandstelle * Übertragbar.	108.542.000 327.654.000	26.232.000	47.344.000	–21.112.000	14.010
891 01-5	411	Zuschüsse für Investitionen im Wohnungsbau an die Landestreuhandstelle * Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 311 01, 311 02 und 331 01. Vgl. D-Vermerk zu 663 01. *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist Abs. 2 der Erläuterung verbindlich.	50.217.000 77.109.000	67.655.000	98.132.000	–30.477.000	107.507
		Abschluss Kapitel 05 07					
		2 Übertragungseinnahmen		—	69.074.000	–69.074.000	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		125.647.000	95.662.000	+29.985.000	
		Summe der Einnahmen		125.647.000	164.736.000	–39.089.000	
		6 Übertragungsausgaben	108.542.000 327.654.000	84.621.000	117.772.000	–33.151.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	50.217.000 77.109.000	67.655.000	98.132.000	–30.477.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	158.759.000 404.763.000	152.276.000	215.904.000	–63.628.000	
		Zuschuss		26.629.000	51.168.000	–24.539.000	

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kap. 05 07

1. Im Kapitel 05 07 sind die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt, die zur Abwicklung der Wohnungsbauprogramme erforderlich sind, soweit sie nicht aus Rückflussmitteln oder im Rahmen des Bankenmodells finanziert werden.
2. Die Finanzierung der Wohnungsbauförderung ist nach dem Beschluss der Landesregierung vom 14. 2. 1995 ab dem Haushaltsjahr 1995 auf das Bankenmodell umgestellt worden. Dazu ist mit der Nord/LB am 4. 5. 1995 eine Vereinbarung über die Finanzierung der Wohnungsbauförderung durch die LTS geschlossen worden. Nach dieser Vereinbarung erstellt die LTS jährlich vor der Aufstellung des Haushaltsplans des Landes einen besonderen Wirtschaftsplan für die Finanzierung des Wohnungsbaus. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2001 ist diesem Kapitel als Anlage beigelegt.
3. Neues Wohnungsbauprogramm 2001: Im Rahmen der jährlich zwischen dem Bund und den Ländern abzuschließenden Verwaltungsvereinbarung über die Förderung des Wohnungswesens stellt der Bund dem Land Niedersachsen im Jahre 2001 voraussichtlich 32 408 000 DM an Bundesfinanzhilfen zur Verfügung, die in Tranchen über einen Zeitraum von **sieben Jahren** ausbezahlt werden. Von den 32 408 000 DM entfallen 17 677 000 DM auf Baudarlehen – 1. Förderungsweg – und 14 731 000 DM auf Zuschüsse. Die Bundesfinanzhilfen werden entsprechend dem Barwert vom Land voll gegenfinanziert. Entsprechend dem Barwert ergibt sich eine Gegenfinanzierung in Höhe von insgesamt 51 161 000 DM. Das Wohnungsbauprogramm 2001 hat somit ein Gesamtvolumen in Höhe von 83 569 000 DM. Das Programm wird vom Land in Tranchen über einen Zeitraum von **vier Jahren** abgewickelt.

Wohnungsbauprogramm 2001 (Abwicklung von 2001 bis 2004)

Förderungsweg	geplantes Programm- volumen	Bundesfinanz- hilfen (1. bis 4. Jahresrate)	geplanter Einsatz von	
			Rückflussmitteln (Landesanteil)	Finanzierungs- mitteln aus Bankenmodell: Kredite der LTS
Baudarlehen 1. Förderungsweg	17 677 000	17 677 000	—	—
Baudarlehen 3. Förderungsweg/ vereinbarte Förderung	43 392 000	8 116 000	30 753 000	4 523 000
KfW-Darlehen	22 500 000	—	—	22 500 000
Summe	83 569 000	25 793 000	30 753 000	27 023 000

Die Vorfinanzierung der 5. bis 7. Jahresrate der Bundesfinanzhilfen in Höhe von 6 615 000 DM durch das Land (s. Tabelle oben, Spalte 3 – Gesamtbetrag an Bundesfinanzhilfen = 32 408 000 DM –) erfordert eine höhere Kreditaufnahme durch die Landestreuhandstelle bzw. den Einsatz höherer Rückflüsse im vierjährigen Abwicklungszeitraum (siehe Tabelle oben, Spalten 4 und 5). Der Ausgleich erfolgt durch die Vereinnahmung der Bundesfinanzhilfen in den Haushaltsjahren 2005 bis 2007 (vgl. Wirtschaftsplan der LTS, Ziffer 5.3, Einnahmen).

4. Alte und neue Wohnungsbauprogramme: Durch die Haushaltsansätze wird gewährleistet, dass für die **alten und neuen** Wohnungsbauprogramme
 - die jeweils zur Verfügung gestellten Bundesfinanzhilfen entsprechend dem Barwert voll gegenfinanziert,
 - die Bundesfinanzhilfen eingesetzt,
 - die Verpflichtungsermächtigungen für die alten Wohnungsbauprogramme bedient und
 - die Finanzierungskosten im Rahmen des Bankenmodells abgedeckt werden.

Die Programmstrukturen ergeben sich im einzelnen aus dem Wirtschaftsplan der Niedersächsischen Landestreuhandstelle für das Wohnungswesen (LTS), der diesem Kapitel als Anlage beigelegt ist. Danach ergibt sich für die Wohnungsbauförderung (aufgeteilt auf die Förderungswege Baudarlehen, Aufwendungsdarlehen und Aufwendungszuschüsse) ein Gesamtbedarf im Jahre 2001 in Höhe von 520 105 000 DM. Die Finanzierung des Gesamtbedarfs wird durch den Einsatz der Bundesfinanzhilfen, Landesmittel und Rückflüsse sichergestellt bzw. durch die LTS im Rahmen des Bankenmodells refinanziert.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 05 07

Finanzierung der alten und neuen Wohnungsbauprogramme im Haushaltsjahr 2001

Förderungsweg	Bedarf	Deckung			
		Titel 663 01	Titel 891 01	Rückflussmittel (Landesanteil)	Finanzierungs- mittel aus Bankenmodell: Kredite der LTS
Baudarlehen 1. Förderungsweg/ vereinbarte Förderung	303 350 000	—	41 241 000	118 348 000	143 761 000
Aufwendungsdarlehen	45 039 000	—	26 414 000	18 625 000	—
Aufwendungszuschüsse	171 716 000	58 389 000	—	113 327 000	—
Summe	520 105 000	58 389 000	67 655 000	250 300 000	143 761 000
davon Bundesmittel	—	58 389 000	67 258 000	—	—
davon Landesmittel	—	—	397 000	—	—

Zu 221 01, 311 01, 311 02 und 331 01

Bundesfinanzhilfen für alle laufenden Wohnungsbauprogramme und das neue Wohnungsbauprogramm 2001.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 671 01

Die LTS wird die auszahlenden Wohnungsbaumittel – soweit sie nicht aus dem jährlichen Aufkommen aus Rückflussmitteln und Bundesfinanzhilfen gedeckt sind – im Rahmen des Bankenmodells refinanzieren. Das Land trägt den Schuldendienst dieser Refinanzierung entsprechend dem Wirtschaftsplan der LTS. Finanzierungskosten fallen für das Wohnungsbauprogramm 2001 (bis auf das KfW-Darlehen) erstmals ab 1. 1. 2002 an.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1998 ausgebrachte VE DM	durch die 1999 ausgebrachte VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	21 185 000	322 000	5 760 000	—	27 267 000*
2002	68 053 000	322 000	10 382 000	6 220 000	84 977 000
2003	52 232 000	9 343 000	8 384 000	10 413 000	80 372 000
2004	32 513 000	9 306 000	9 613 000	9 914 000	61 346 000
2005ff.	231 855 000	12 211 000	26 108 000	81 995 000	352 169 000
Summe	405 838 000	31 504 000	60 247 000	108 542 000	606 131 000

* Nach Erstellung des Wirtschaftsplans 2001 vom 05.05.2000 hat die Rückflussentwicklung ergeben, dass die Kreditaufnahme im Jahre 2000 voraussichtlich um 18,8 Mio. DM geringer ausfallen kann. Hieraus ergeben sich 1,5 Mio. DM geringere Finanzierungskosten in Höhe von nunmehr 25 767 000 DM.

Der Haushaltsansatz für 2001 in Höhe von 26 232 000 DM enthält die notwendigen Mittel zur Bedienung der Finanzierungskosten für alte Verpflichtungen (vgl. vorstehendes Ablaufgitter) sowie Barmittel für KfW-Darlehen in Höhe von 465 000 DM. Barmittel zur Bedienung des neuen Programms werden nicht benötigt, weil Finanzierungskosten für das neue Programm erst im folgenden Jahr anfallen.

Die Höhe der notwendigen Bedienungsmittel für die Altverpflichtungen sind einem laufenden Änderungsprozess unterworfen. Ursache dafür ist, dass der Einsatz der Finanzierungsquellen zur Deckung des Gesamtbedarfs aller laufenden Wohnungsbauprogramme im Rahmen der Vereinbarungen so gesteuert wird, daß eine Minimierung der Finanzierungskosten erreicht werden kann.

Verpflichtungsermächtigungen

Für die Finanzierungskosten der im Bankenmodell aufzunehmenden Kredite des Haushaltsjahres 2001 wird eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 108 542 000 DM benötigt. Die Verpflichtungsermächtigung enthält die Summe der in den folgenden Jahren benötigten Haushaltsmittel zur Bedienung der Finanzierungskosten für die neuen Kredite des Haushaltsjahres (Kredite siehe Tabelle oben „Finanzierung der alten und neuen Wohnungsbauprogramme“, Spalte 6, Finanzierungsmittel aus Bankenmodell – Kredite der LTS –).

Zu 663 01**Belastung**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1994 in Anspruch genommenen VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	58 389 000	58 389 000
2002	136 631 000	136 631 000
2003	113 562 000	113 562 000
2004	94 539 000	94 539 000
2005ff.	575 322 000	575 322 000
Summe	978 443 000	978 443 000

Nach Abschluss der Anmeldungen ergab sich, dass mit einem erhöhten Rückflussaufkommen zu rechnen ist, das mit jeweils 20 Mio. DM in den Jahren 2002 bis 2004 zur Deckung der Aufwendungszuschüsse eingesetzt werden soll.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 891 01

Zuschüsse zur Finanzierung alter und neuer Wohnungsbauprogramme gem. dem Wirtschaftsplan der LTS. Die 1997 ausgebrachte EXPO-VE in Höhe von 113 650 000 DM bzw. 1998 in Höhe von 6 350 000 DM (Gesamt-EXPO-VE 120 000 000 DM) belastet das Haushaltsjahr 2001.

Für den Fall, dass der Verpflichtungsrahmen des Wohnungsbauprogramms 2000 bis zum 31. 12. 2000 nicht voll belegt werden konnte, werden bis zu 60 v. H. der ursprünglichen Verpflichtungsermächtigung als „Reserve-VE“ im folgenden Jahr erneut veranschlagt. Hierdurch wird die Haushaltsbelastung der Ursprungs-VE nicht ausgeweitet. Durch die Inanspruchnahme der „Reserve-VE“ darf der ursprüngliche Bewilligungsrahmen des jeweiligen Programms nicht überschritten werden.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1998 ausgebrachte VE DM	durch die 1999 in Anspruch genommene VE DM	durch die 2000 in Anspruch genommene VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	38 263 000	14 137 000	10 763 000	—	63 163 000
2002	20 065 000	12 060 000	8 984 000	9 163 000	50 272 000
2003	16 573 000	—	6 332 000	7 395 000	30 300 000
2004	13 431 000	—	—	4 743 000	18 174 000
2005ff.	56 464 000	—	—	—	56 464 000
Summe	144 796 000	26 197 000	26 079 000	21 301 000	218 373 000
zuzügl. Reserve-VE				28 916 000	
Gesamt-VE				50 217 000	
Haushaltsmittelbedarf				2001 DM	
Bedienungsmittel aus bisherigen Verpflichtungsermächtigungen				63 163 000	
1. Rate für das neue Programm (Barmittel)				4 492 000	
Titel 891 01 insgesamt				67 655 000	

Verpflichtungsermächtigungen

Für das Wohnungsbauprogramm 2001 wird eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 21 301 000 DM benötigt. Die Verpflichtungsermächtigung enthält die Summe der in den folgenden Jahren benötigten Haushaltsmittel zur Bedienung des Wohnungsbauprogramms, soweit nicht Rückflussmittel und aufzunehmende Kredite durch die LTS zur Finanzierung des Wohnungsbauprogramms vorgesehen sind. Im Jahr der Ausbringung der Verpflichtungsermächtigung sind für das Programm bereits Barmittel in Höhe von 4 492 000 DM ausgebracht (siehe oben). Es verbleibt somit ein Haushaltsmittelbedarf für die zukünftigen Jahre in Höhe von 21 301 000 DM (vgl. Übersicht „Wohnungsbauprogramm 2001“ – Spalte 3 –). Für den Fall, dass der Verpflichtungsrahmen des Wohnungsbauprogramms bis zum 31. 12. des Jahres nicht voll belegt werden konnte, werden bis zu 60 v. H. der ursprünglichen Verpflichtungsermächtigung als „Reserve-VE“ im folgenden Jahr erneut veranschlagt.

**Wirtschaftsplan 2001
der Niedersächsischen Landestreuhandstelle
für das Wohnungswesen (LTS)
für die Finanzierung des Wohnungsbaues**

Wirtschaftsplan 2001 für die Finanzierung der Wohnungsbauprogramme bis einschließlich 2001

	SOLL 1999 DM	IST 1999 DM	SOLL 2000 DM	Ansatz 2001 DM	2002 DM	2003 DM	2004 DM	2005 ff. ¹⁾ DM	Gesamt 2002 ff. ¹⁾ DM
Einnahmen									
1. Übertrag liquider Mittel aus Vorjahr		(23 334 301,09)							
1.1 noch nicht eingesetzte Rückflüsse		17 734 918,80							
1.2 noch nicht weitergeleitete Mittel		5 275 390,40							
1.3 noch nicht zur Rückführung von Kapitalmarktmitteln eingesetzt		316 266,90							
1.4 den Erstattungsansprüchen gegenzurechnende Zinserträge aus refinanzierten Darlehen		7 724,99							
2. Rückflüsse									
2.1 Zinsen	290 000 000	(538 259 824,66)	293 000 000	400 500 000	49 668 000	19 123 000	3 147 000		
2.2 Tilgungen		63 721 380,93 474 538 443,73							
3. Sonstige Zinserträge		1 577 828,21							
4. Zuweisungen des Landes für Investitionen im Wohnungsbau	200 157 000	197 132 083,70	168 560 000	126 044 000	225 080 000	179 087 000	144 973 000	631 786 000	1 180 926 000
5. Zuweisungen des Landes für Tilgungen aufgenommener Kapitalmarktdarlehen gem. § 10 der Vereinbarung vom 4./9. 5. 95									
5.1 Programme bis 1999					(47 051 000)	(40 415 000)	(25 572 000)	(25 057 000)	(138 095 000)
5.2 Programm 2000					47 051 000	40 415 000	21 891 000	10 481 000	119 838 000
5.3 Programm 2001					—	—	3 681 000	7 961 000	11 642 000
6. Zuweisungen des Landes für Finanzierungs- kosten im Wohnungsbau									
6.1 für Kredite bis 1999	(28 893 000)	(14 009 618,33)	(47 344 000)	(27 732 000)	(37 267 000)	(38 786 000)	(34 626 000)	(316 590 000)	(427 269 000)
6.2 für Kredite im Jahr 2000	28 893 000	14 009 618,33	47 344 000	21 507 000	21 324 000	21 160 000	19 928 000	233 585 000	295 997 000
6.3 für Kredite ab dem Jahr 2001				5 760 000	10 382 000	8 384 000	5 932 000	18 147 000	42 845 000
7. Rückflüssaufkommen außerhalb der Rückflussbindung				465 000	5 561 000	9 242 000	8 766 000	64 858 000	88 427 000
7.1 planmäßige Zinsaufkommen	(2 574 000)	(194 458,80)	(7 799 000)	(8 894 000)	(11 678 000)	(11 842 000)	(12 042 000)	(90 294 000)	(125 856 000)
7.1.1 Auszahlungen bis 1999									
7.1.2 Auszahlungen im Jahr 2000		30 449,25	24 000	182 000	365 000	529 000	729 000	13 925 000	15 548 000
7.1.3 Auszahlungen im Jahr 2001				—	—	—	—	16 032 000	16 032 000
7.2 planmäßige Tilgungen aus Eigentumsmaßnahmen (3. FW)									
7.2.1 Auszahlungen bis 1999	2 574 000	84 000,00	7 775 000	2 850 000	2 850 000	2 850 000	2 850 000	9 498 000	18 048 000
7.2.2 Auszahlungen im Jahr 2000				5 862 000	5 862 000	5 862 000	5 862 000	25 401 000	42 987 000
7.2.3 Auszahlungen im Jahr 2001				—	2 601 000	2 601 000	2 601 000	13 874 000	21 677 000
7.3 außerplanmäßiges Tilgungsaufkommen		80 000,00							
7.4 außerplanmäßiges Zinsaufkommen		9,55							
8. Kredit- und Darlehensaufnahmen									
8.1 Programme bis 1999	(177 649 000)	(-32 017 313,40)	(138 836 000)	(128 761 000)	(12 000 000)	(2 250 000)	—	—	(14 250 000)
8.2 Programm 2000	177 649 000	-32 017 313,40	120 611 000	84 531 000	—	—	—	—	—
8.3 Programm 2001			18 225 000	28 457 000	3 000 000	—	—	—	3 000 000
Summe der Einnahmen	699 273 000	742 490 801,39	655 539 000	691 931 000	382 744 000	291 503 000	220 360 000	1 063 727 000	

¹⁾ jeweils bis zum Ende des Förderzeitraumes

²⁾ dargestellt sind die zur Finanzierung der Wohnungsbauprogramme bis einschließlich 2001 erforderlichen Anteile an dem Gesamtaufkommen der Rückflüsse

Wirtschaftsplan 2001 für die Finanzierung der Wohnungsbauprogramme bis einschließlich 2001

	SOLL 1999 DM	IST 1999 DM	SOLL 2000 DM	Ansatz 2001 DM	2002 DM	2003 DM	2004 DM	2005 ff. ¹⁾ DM	Gesamt 2002 ff. ¹⁾ DM
Ausgaben									
1. Abführung von Rückflüssen an das Land (Bundesanteil)	98 500 000	(188 379 105,59)	98 000 000	135 200 000					
2. Auszahlungen	(571 306 000)	(516 277 640,86)	(502 396 000)	(520 105 000)	(286 748 000)	(200 460 000)	(148 120 000)	(631 786 000)	(1 267 114 000)
2.1 Baudarlehen	295 200 000	253 940 712,21	253 876 000	303 350 000	91 875 000	35 100 000	7 890 000	—	134 865 000
2.2 Aufwendungsdarlehen	72 979 000	62 191 040,75	63 092 000	45 039 000	38 242 000	31 798 000	25 691 000	56 464 000	152 195 000
2.3 Zuschüsse	203 127 000	200 145 887,90	185 428 000	171 716 000	156 631 000	133 562 000	114 539 000	575 322 000	980 054 000
3. Kapitaldienst	(31 467 000)	(12 075 027,95)	(55 143 000)	(36 626 000)	(48 945 000)	(50 628 000)	(46 668 000)	(406 884 000)	(553 125 000)
3.1 Zinsen									
3.1.1 für Kredite bis 1999				17 771 000	17 771 000	17 771 000	16 739 000	192 950 000	245 231 000
3.1.2 für Kredite im Jahr 2000	24 462 000	12 075 027,95	41 593 000	4 860 000	4 860 000	7 484 000	5 032 000	24 280 000	46 278 000
3.1.3 für Kredite ab dem Jahr 2001			—	—	—	7 089 000	6 568 000	57 637 000	74 987 000
3.2 Tilgungen gem. § 8 der Vereinbarung v. 4./9. 5. 95									
Tilgungen aus Eigentumsmaßnahmen (3. FW)									
3.2.1 für Kredite bis 1999				6 768 000	6 768 000	6 768 000	6 768 000	64 058 000	84 362 000
3.2.2 für Kredite im Jahr 2000	7 005 000	—	13 550 000	6 762 000	6 762 000	6 762 000	6 762 000	35 300 000	55 586 000
3.2.3 für Kredite ab dem Jahr 2001			—	465 000	4 469 000	4 754 000	4 799 000	32 659 000	46 681 000
4. Tilgung aufgenommenen Kapitalmarktdarlehen									
gem. § 10 der Vereinbarung vom 4./9. 5. 95									
4.1 für Kredite bis 1999					(47 051 000)	(40 415 000)	(25 572 000)	(25 057 000)	(138 095 000)
4.2 für Kredite in 2000					—	26 000 000	25 572 000	21 064 000	72 636 000
4.3 für Kredite in 2001					43 551 000	13 000 000	—	3 703 000	60 254 000
5. nicht verausgabte Mittel zum Ende					3 500 000	1 415 000	—	290 000	5 205 000
des laufenden Haushaltsjahres		(25 759 024,99)							
5.1 noch nicht eingesetzte Rückflüsse		23 136 351,32							
5.2 noch nicht weitergeleitete Mittel		2 111 947,97							
5.3 noch nicht zur Rückführung									
von Kapitalmarktmitteln eingesetzt		480 266,90							
5.4 den Erstattungsansprüchen gegenzurechnende									
Zinserträge aus refinanzierten Darlehen		30 458,80							
Summe der Ausgaben	699 273 000	742 490 801,39	655 539 000	691 931 000	382 744 000	291 503 000	220 360 000	1 063 727 000	

¹⁾ jeweils bis zum Ende des Förderzeitraumes

Auszahlungen von Baudarlehen bis 2005 ff.									
	SOLL 1999 DM	IST 1999 DM	SOLL 2000 DM	Ansatz 2001 DM	2002 DM	2003 DM	2004 DM	2005 ff. DM	Gesamt 2002 ff. DM
I. Baudarlehen 1. FW									
1. 1. Förderungsweg									—
1989									—
1989 Aufstockung									—
1990									—
1991									—
1992									—
1993									—
1994		8 400,00							—
1995		9 600,00							—
1996	189 000	86 520,00							—
1997	4 177 000	1 147 210,00	156 000						—
1998	7 042 000	12 125 740,00	5 282 000	773 000					
1999	2 641 000	2 448 530,00	7 042 000	5 116 000	3 039 000				3 039 000
2000			2 641 000	7 082 000	5 303 000	2 651 000			7 954 000
2001				2 652 000	7 071 000	5 303 000	2 651 000		15 025 000
II. Baudarlehen 3. FW									
1. Eigentumsmaßnahmen 3. FW									
1997	25 800 000	19 263 000,00	16 125 000						
1998	26 000 000	63 553 990,00	19 500 000	16 768 000					
1999	9 750 000		26 000 000	16 440 000	7 760 000				7 760 000
2000			9 750 000	12 880 000	9 660 000	4 830 000			14 490 000
2001				2 700 000	7 200 000	5 400 000	2 700 000		15 300 000
2. Vereinbarte Förderung									
1992 § 25									
1993 § 25		1 535 000,00							
1994 § 25		3 594 100,00							
1995 § 25	5 150 000	15 528 714,50							
1996 § 25	9 493 000	12 237 329,90							
1997 § 25	30 802 000	40 071 093,35							
1998 § 25	36 450 000	13 918 413,33	21 592 000	10 588 000					
1999 § 25	18 225 000	432 000,00	54 675 000	18 247 000	17 645 000				17 645 000
2000 § 25			36 450 000	56 603 000	14 579 000	3 240 000			17 819 000
2001 § 25			18 225 000	3 809 000	7 618 000	11 426 000	2 539 000		21 583 000
1992 § 25 + 60 %		8 000,00							
1993 § 25 + 60 %		104 000,00							
1994 § 25 + 60 %		1 492 400,00							
1995 § 25 + 60 %		703 200,00							
EXPO Start 1996									
EXPO Start 1997	79 207 000	22 446 139,55	36 438 000						
EXPO Vornutzer § 25	40 274 000	43 227 331,58		54 864 000					
EXPO Vornutzer § 25+60%				61 859 000					
3. Modern.-Darlehen KfW									
2000				12 000 000	3 000 000				3 000 000
2001				11 250 000	9 000 000	2 250 000			11 250 000
Zwischensumme Baudarlehen	295 200 000	253 940 712,21	253 876 000	303 350 000	91 875 000	35 100 000	7 890 000		134 865 000

Auszahlungen von AWD bis 2005 ff.

	SOLL 1999 DM	IST 1999 DM	SOLL 2000 DM	Ansatz 2001 DM	2002 DM	Planung		2005 ff. DM	Gesamt 2002 ff. DM
						2003 DM	2004 DM		
II. Aufwendungsdarlehen									
Sozialprogramme 1973–1977	2 000	1 263,60							
AWD-Zukunft	38 000	37 735,20	7 000						
Sozialprogramme 1982–1984	14 000	21 807,90	—						
Eigentumsprogramme 1978–1982	25 000	22 396,80	3 000						
Eigentumsprogramme 1983–1986/2. Fw 1987/88	5 933 000	5 086 684,95	3 635 000	1 666 000	817 000	318 000	85 000	13 000	1 233 000
1. Förderungsweg 1987/88	1 662 000	1 321 639,20	1 308 000	766 000	508 000	257 000	72 000	18 000	855 000
1. Förderungsweg 1989/90	2 686 000	2 384 210,70	2 288 000	1 651 000	1 349 000	1 046 000	744 000	676 000	3 815 000
2. Förderungsweg 1989/90	5 878 000	4 998 182,84	4 986 000	3 474 000	2 824 000	2 174 000	1 525 000	1 290 000	7 813 000
1. u. 2. Förderungsweg 1989 – Aufst. –	4 706 000	3 993 020,64	3 953 000	2 459 000	1 922 000	1 384 000	847 000	417 000	4 570 000
1. Förderungsweg 1991	3 199 000	2 481 951,70	2 832 000	1 858 000	1 583 000	1 309 000	1 034 000	1 532 000	5 458 000
2. Förderungsweg 1991	5 132 000	3 552 147,90	4 518 000	2 666 000	2 249 000	1 832 000	1 416 000	1 812 000	7 309 000
1. Förderungsweg 1992	1 814 000	1 469 619,43	1 628 000	1 028 000	897 000	766 000	635 000	1 280 000	3 578 000
2. Förderungsweg 1992	8 493 000	6 683 436,91	7 556 000	4 483 000	3 853 000	3 222 000	2 592 000	4 248 000	13 915 000
1. Förderungsweg 1993	1 421 000	1 273 696,20	1 290 000	1 052 000	935 000	818 000	701 000	1 806 000	4 260 000
2. Förderungsweg 1993	10 436 000	9 615 740,70	9 397 000	7 605 000	6 661 000	5 718 000	4 775 000	9 973 000	27 127 000
1. Förderungsweg 1994	1 660 000	1 525 836,19	1 516 000	1 255 000	1 124 000	993 000	861 000	2 437 000	5 415 000
2. Förderungsweg 1994	11 180 000	10 349 708,09	10 157 000	8 424 000	7 484 000	6 543 000	5 603 000	14 190 000	33 820 000
1. Förderungsweg 1995	628 000	515 088,00	578 000	432 000	391 000	350 000	309 000	1 020 000	2 070 000
2. Förderungsweg 1995	4 731 000	4 313 334,90	4 346 000	3 661 000	3 307 000	2 953 000	2 598 000	8 409 000	17 267 000
2. Förderungsweg 1996	2 556 000	2 267 945,40	2 361 000	1 972 000	1 794 000	1 615 000	1 437 000	5 156 000	10 002 000
Eigentumsmaßnahmen „EXPO 2000“	785 000	275 583,50	733 000	587 000	544 000	500 000	457 000	2 187 000	3 688 000
Zwischensumme Aufwendungsdarlehen	72 979 000	62 191 040,75	63 092 000	45 039 000	38 242 000	31 788 000	25 691 000	56 464 000	152 195 000

Auszahlungen von AZ bis 2005 ff.

	SOLL 1999 DM	IST 1999 DM	SOLL 2000 DM	Ansatz 2001 DM	2002 DM	2003 DM	2004 DM	2005 ff. DM	Gesamt 2002 ff. DM
III. Zuschüsse									
AZ 12 (1971, 1972)		– 1 175,00							
Zins- und Tilgungshilfe 1956									
Eigentumsprogramme 1980–1982 (AZ 12)									
Zusatzprogramm 1982 (AZ 12)									
Eigentumsprogramm 1983 (AZ 15)	352 000	333 608,70	101 000						
Mietwohnungsbau 1989									
– Aufst. – (AZ 12) – DM 5,10	6 422 000	6 370 799,67	6 019 000	5 859 000	3 472 000	493 000	97 000	22 000	4 084 000
Mietwohnungsbau 1990 (AZ 12) – DM 5,10	37 463 000	36 853 552,70	28 425 000	25 498 000	23 098 000	11 960 000	2 853 000	747 000	38 658 000
Dachausbau (AZ 12) – DM 5,10	7 630 000	7 414 199,28	6 790 000	4 777 000	4 012 000	3 801 000	2 982 000	1 166 000	11 941 000
1. Forderungsweg 1991	4 542 000	4 311 066,17	4 542 000	4 542 000	4 379 000	4 379 000	4 379 000	31 934 000	45 071 000
Allgemeine MW-Bau/Altenwohnungen/									
Mietwohnungen für Schwerbeh. 1991	66 819 000	66 634 994,88	64 358 000	61 900 000	59 708 000	57 150 000	54 593 000	366 402 000	537 853 000
Mietwohnungsbau 1992 „§ 25“	16 459 000	16 438 759,69	15 078 000	13 730 000	12 364 000	11 007 000	9 651 000	30 014 000	63 036 000
Mietwohnungsbau 1993 „§ 25“	20 878 000	20 036 558,48	19 583 000	18 073 000	16 467 000	14 845 000	13 220 000	48 039 000	92 571 000
Mietwohnungsbau 1994 „§ 25“	20 724 000	20 195 872,08	19 982 000	18 659 000	16 713 000	15 147 000	13 595 000	53 427 000	98 882 000
Freimacher von Mietwohnungen 1992	274 000	256 250,00	49 000						
Mietwohnungsbau 1992 „§ 88“ (DM 5,10)	4 050 000	4 039 291,80	3 837 000	3 227 000	2 375 000	2 117 000	1 903 000	1 964 000	8 359 000
Mietwohnungsbau 1992 „§ 25 + 60 %“	6 329 000	6 224 357,92	5 908 000	5 425 000	4 996 000	4 461 000	3 928 000	12 764 000	26 149 000
Mietwohnungsbau 1993 „§ 25 + 60 %“	5 418 000	5 383 953,51	5 153 000	4 749 000	4 333 000	3 920 000	3 503 000	13 120 000	24 876 000
Mietwohnungsbau 1994 „§ 25 + 60 %“	5 767 000	5 653 788,02	5 603 000	5 277 000	4 714 000	4 282 000	3 855 000	15 723 000	28 574 000
Zwischensumme Zuschüsse	203 127 000	200 145 887,90	185 428 000	171 716 000	156 631 000	133 562 000	114 539 000	575 322 000	980 054 000

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0508 Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, Wohnungsmodernisierung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
119 41-3	440	Rückzahlung von Überzahlungen aus Sanierungsprogrammen * Vgl. K-Vermerk zu 883 65.		—	—	—	2.418
119 42-1	440	Rückzahlung von Überzahlungen aus sonstigen Programmen * Vgl. K-Vermerk zu 544 01. ***Der in den Rückzahlungen enthaltene Anteil an Bundesmitteln ist durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.		—	—	—	—
119 43-0	440	Rückzahlungen von Überzahlungen aus der Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt - * Vgl. K-Vermerk zu 883 69.		—	—	—	—
331 01-3	440	Zuweisungen für Investitionen vom Bund für Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz		—	—	—	—
331 02-1	440	Zuweisungen für Investitionen vom Bund (Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen) * Vgl. K-Vermerk zu 883 63. ***Die Einnahmen dürfen nur für Ausgaben bei 0508 - 883 63 verwendet werden.		9.204.000	7.823.400	+1.380.600	7.344
331 03-0	440	Zuweisungen für Investitionen vom Bund (Modellvorhaben zur Erneuerung von Städten und Dörfern) * Vgl. K-Vermerk zu 883 71. ***Die Einnahmen dürfen nur für Ausgaben bei 0508 - 883 71 verwendet werden.		—	21.300	–21.300	125
331 05-6	440	Zuweisungen für Investitionen vom Bund (Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt -) * Vgl. K-Vermerk zu 883 68.		6.090.500	—	+6.090.500	—
A U S G A B E N							
544 01-7	440	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluß des Haushaltsjahres * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 42.	—	—	—	—	—
883 01-6	440	Zuweisungen an Gemeinden für die Modernisierung von Wohnungen in Problemgebieten * Gegenseitig deckungsfähig: 883 01 und 883 70.	—	—	—	—	—
883 02-4	440	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden für Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz	—	—	—	—	–636
Titelgruppe(n)							
TGr. 61/63 65/67 68/69		Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen * Übertragbar.	(35.290.600) (17.487.600)	(34.089.000)	(17.146.800)	(+16.942.200)	(16.612)
883 61-0	440	Zuweisungen an Gemeinden aus Landesmitteln	8.743.800 8.743.800	10.704.000	9.323.400	+1.380.600	8.612
883 63-6	440	Zuweisungen an Gemeinden aus Bundesmitteln * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 02.	8.743.800 8.743.800	9.204.000	7.823.400	+1.380.600	7.286
883 65-2	440	Zuweisungen an Gemeinden aus Rückzahlungen und Zinsen * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 41.	—	—	—	—	714
883 67-9	440	Zuweisungen an Gemeinden aus Landesmitteln zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf -die soziale Stadt-	8.901.500 —	8.090.500	—	+8.090.500	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zu 05 08

Ab 1980 sind in diesem Kapitel die Einnahmen und Ausgaben nachzuweisen, die erforderlich sind zur Förderung

- städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen und
- von Modellvorhaben zur Erneuerung von Städten und Dörfern.

Zu Einnahmetitel 331 02 und 331 05 sowie Ausgabe-Titelgruppen 61 bis 65, 67 bis 69

Auf Grund der Verwaltungsvereinbarung vom 9. 2./18. 3. 1988 über Finanzhilfen gem. Art. 104 a Abs. 4 GG zur Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen hat der Bund den Ländern in den Haushaltsjahren bis 1990 Mittel für neue Programme in Höhe von jährlich 660 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Auf das Land Niedersachsen entfiel hiervon ein Anteil in Höhe von jährlich 76,428 Mio. DM.

Nach der Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung West vom 2. 5./17. 12. 1991 wollte der Bund den westlichen Bundesländern für die Programmjahre 1992 bis 1994 Finanzhilfen in Höhe von jährlich 380 Mio. DM zur Verfügung stellen, wovon auf das Land Niedersachsen ein Anteil von jährlich 43,719 Mio. DM entfallen sollte. Tatsächlich hat der Bund die vereinbarten Finanzhilfen nur im Programmjahr 1992 erbracht. Im Programmjahr 1993 sind den westlichen Bundesländern keine, im Programmjahr 1994 lediglich Finanzhilfen in Höhe von 80 Mio. DM zur Verfügung gestellt worden, wovon auf das Land Niedersachsen ein Anteil von 9,204 Mio. DM entfällt. Ab dem Programmjahr 1995 wurde die Trennung der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung in West und Ost aufgegeben. Für die Programmjahre ab 1995 wurden zwischen Bund und den Ländern jeweils einheitliche Verwaltungsvereinbarungen mit einer einjährigen Laufzeit abgeschlossen. Es wurden jeweils Finanzhilfen in Höhe von 80 Mio. DM zur Verfügung gestellt, wovon auf das Land Niedersachsen ein Anteil von 9,204 Mio. DM entfällt. Seit dem Programmjahr 1999 hat der Bund die neue Programmkomponente „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ in das bewährte Verfahren der Städtebauförderung integriert. Die Mittel für diese Programmkomponente werden bei den Titeln 883 67 und 883 68 veranschlagt. Für die Programmjahre ab 2000 sind weitere Verwaltungsvereinbarungen zwischen Bund und den Ländern abzuschließen. Diese weisen voraussichtlich weiterhin einen Betrag in Höhe von jährlich 80 Mio. DM für die westlichen Bundesländer bzw. 100 Mio. DM für die Programmkomponente „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt – für sämtliche Bundesländer aus. Der auf das Land Niedersachsen entfallende Anteil wird demnach weiterhin jährlich 9,204 Mio. DM bzw. 9,370 Mio. DM für die Programmkomponente „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ betragen. Das Land stellt Komplementärmittel in gleicher Höhe bereit.

Förderungsgegenstand sind städtebauliche Sanierungsmaßnahmen im Sinne von §§ 136 ff. BauGB als Gesamtmaßnahmen. Die §§ 136 ff. BauGB bestimmen auch die materiell-rechtlichen Voraussetzungen für die Förderung; ergänzend finden die VV-BauGB Anwendung.

Für die Förderung waren bislang nach § 245 Abs. 11 BauGB, § 38 Abs. 2 Satz 2 und 3, sowie die §§ 39, 40, 41 Abs. 1 bis 3, § 43 Abs. 3 und 4 und die §§ 44 bis 49 und 58 des Städtebauförderungsgesetzes über den 31. 12. 1987 hinaus anzuwenden, sofern nicht Landesrecht an deren Stelle trat. Daneben sind die Städtebauförderungsrichtlinien (R-StBauF) maßgebend.

Durch das ab dem 1. 1. 1998 geltende Bau- und Raumordnungsgesetz 1998 (BauROG) wird die Städtebauförderung im Dauerrecht des BauGB verankert. Die §§ 164a, 164b BauGB übernehmen in gestraffter und zugleich vereinfachter Form die bisher auf Grund der Überleitungsvorschrift des § 245 Abs. 11 BauGB weitergeltenden Vorschriften des StBauFG über den Einsatz von Städtebauförderungsmitteln. Daneben bedarf es jedoch auch künftig einer Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern auf der Grundlage des Artikels 104a Abs. 4 GG.

Gemäß § 245 Abs. 11 BauGB in Verb. mit § 39 Abs. 5 StBauFG werden die Städtebauförderungsmittel als Vorauszahlung gegeben unter Vorbehalt einer späteren Bestimmung, ob sie als Darlehen oder als Zuschuss gewährt werden oder durch andere Finanzierungsmittel zu ersetzen oder zurückzahlen sind; die vorausgezählten Mittel sind in der Vorauszahlungszeit zins- und tilgungsfrei. Der ab 1998 geltende § 164a BauGB hat die Möglichkeit, Städtebauförderungsmittel als Vorauszahlung zu gewähren, nicht übernommen. Es wird seitens des Landes jedoch davon ausgegangen, dass dieser Grundsatz für den Einsatz von Städtebauförderungsmitteln jeweils in die künftigen Verwaltungsvereinbarungen zwischen Bund und Ländern aufgenommen wird. Die Bewilligung von Vorauszahlungen erfolgt aus den Titeln 883 61 und 883 63 bzw. für die Programmkomponente „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ aus den Titeln 883 67 und 883 68.

Noch zu Einnahmetitel 331 02 und 331 05 sowie Ausgabe-Titelgruppen 61 bis 65, 67 bis 69

	Verpflichtungs- ermächtigungen 2001 DM	Ausgabe- mittel 2001 DM

Veranschlagt sind:

I. Landesmittel

1.) Für Alt-Programme bei 883 61 Zuweisungen zur Bedienung der VE'en aus Vorjahren	—	10 243 800
2.) Für Programm 2001 bei 883 61 Zuweisungen aus Landesmitteln	8 743 800	460 200
Landesmittel insgesamt	8 743 800	10 704 000

II. Bundesmittel

1.) Für Alt-Programme bei 883 63 Zuweisungen zur Bedienung der VE'en aus Vorjahren	—	8 743 800
2.) Für Programm 2001 bei 883 63 Zuweisungen aus Bundesmitteln	8 743 800	460 200
Bundesmittel insgesamt	8 743 800	9 204 000

Für das Programm 2001 stehen jeweils zur Verfügung:

Bundesmittel bar bei 883 63	460 200 DM
VE bei 883 63	8 743 800 DM
Landesmittel bar bei 883 61	460 200 DM
VE bei 883 61	8 743 800 DM
	18 408 000 DM

Programmkomponente „Soziale Stadt“	Verpflichtungs- ermächtigungen 2001 DM	Ausgabe- mittel 2001 DM

Veranschlagt sind:

I. Landesmittel

1.) Für Alt-Programme bei 883 67 Zuweisungen zur Bedienung der VE'en aus Vorjahren	—	5 622 000
2.) Für Programm 2001 bei 883 67 Zuweisungen aus Landesmitteln	8 901 500	468 500
Landesmittel insgesamt	8 901 500	6 090 500

II. Bundesmittel

1.) Für Alt-Programme bei 883 68 Zuweisungen zur Bedienung der VE'en aus Vorjahren	—	5 622 000
2.) Für Programm 2001 bei 883 68 Zuweisungen aus Bundesmitteln	8 901 500	468 500
Bundesmittel insgesamt	8 901 500	6 090 500

Für das Programm 2001 stehen jeweils zur Verfügung:

Bundesmittel bar bei 883 68	468 500 DM
VE bei 883 68	8 901 500 DM
Landesmittel bar bei 883 67	468 500 DM
VE bei 883 67	8 901 500 DM
	18 740 000 DM

ERLÄUTERUNGEN

Zu 883 01

Haushaltsstelle für die Ausfinanzierung von Strukturhilfeprojekten aus Landesmitteln.

Hinweis auf die Erläuterungen zu Kapitel 08 96 Titel 331 01.

Zu 883 61

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die 1997 ausgebrachte VE DM	durch die 1997 üpl. ausgebrachte VE DM	durch die 1998 ausgebrachte VE DM	durch die 1999 ausgebrachte VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	1 380 600	1 500 000	1 840 800	3 221 400	2 301 000	—	10 243 800
2002	—	1 500 000	1 380 600	1 840 800	3 221 400	2 301 000	10 243 800
2003	—	1 500 000	—	1 380 600	1 840 800	3 221 400	7 942 800
2004	—	1 500 000	—	—	1 380 600	1 840 800	4 721 400
2005ff.	—	11 900 000	—	—	—	1 380 600	13 280 600
Summe	1 380 600	17 900 000	3 221 400	6 442 800	8 743 800	8 743 800	46 432 400

Zu 883 63

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1997 ausgebrachte VE DM	durch die 1998 ausgebrachte VE DM	durch die 1999 ausgebrachte VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte DM	Gesamt- belastung DM
2001	1 380 600	1 840 800	3 221 400	2 301 000	—	8 743 800
2002	—	1 380 600	1 840 800	3 221 400	2 301 000	8 743 800
2003	—	—	1 380 600	1 840 800	3 221 400	6 442 800
2004	—	—	—	1 380 600	1 840 800	3 221 400
2005	—	—	—	—	1 380 600	1 380 600
Summe	1 380 600	3 221 400	6 442 800	8 743 800	8 743 800	28 532 400

Zu 883 67

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die 1999 üpl. ausgebrachte VE DM	durch die 2000 apl. ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	3 279 500	2 342 500	—	5 622 000
2002	1 874 000	3 279 500	2 342 500	7 496 000
2003	1 405 500	1 874 000	3 279 500	6 559 000
2004	—	1 405 500	1 874 000	3 279 500
2005	—	—	1 405 500	1 405 500
Summe	6 559 000	8 901 500	8 901 500	24 362 000

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0508 Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, Wohnungsmodernisierung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
883 68-7	440	Zuweisungen an Gemeinden aus Bundesmitteln zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf -die soziale Stadt- * <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 05.</i>	8.901.500 —	6.090.500	—	+6.090.500	—
883 69-5	440	Zuweisungen an Gemeinden aus Rückzahlungen und Zinsen * <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 43.</i>	—	—	—	—	—
TGr. 70/71		Modellvorhaben zur Erneuerung von Städten und Dörfern * <i>Übertragbar.</i> *** <i>Ausgaben dieser Titelgruppe dürfen nur entsprechend dem zwischen Bund und Land vereinbarten Beteiligungsverhältnis geleistet werden.</i>	(—)	(—)	(21.300)	(–21.300)	(125)
883 70-9	440	Zuweisungen an Gemeinden aus Landesmitteln * <i>Vgl. D-Vermerk zu 883 01.</i>	—	—	—	—	—
883 71-7	440	Zuweisungen an Gemeinden aus Bundesmitteln * <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 03.</i>	—	—	21.300	–21.300	125
Abschluss Kapitel 05 08							
1 Eigene Einnahmen				—	—	—	
3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen				15.294.500	7.844.700	+7.449.800	
Summe der Einnahmen				15.294.500	7.844.700	+7.449.800	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	—	—	—	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			35.290.600 17.487.600	34.089.000	17.168.100	+16.920.900	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			35.290.600 17.487.600	34.089.000	17.168.100	+16.920.900	
Zuschuss				18.794.500	9.323.400	+9.471.100	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 883 68

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die 1999 üpl. ausgebrachte VE DM	durch die 2000 üpl. ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	3 279 500	2 342 500	—	5 622 000
2002	1 874 000	3 279 500	2 342 500	7 496 000
2003	1 405 500	1 874 000	3 279 500	6 559 000
2004	—	1 405 500	1 874 000	3 279 500
2005	—	—	1 405 500	1 405 500
Summe	6 559 000	8 901 500	8 901 500	24 362 000

Zu Titelgruppe 70/71

Im Rahmen eines besonderen Programms werden vom Bund und vom Land zu Forschungszwecken ausgewählte Maßnahmen als Modellvorhaben zur Erneuerung von Städten und Dörfern in einzelnen Gemeinden gefördert. Hierfür gewährt der Bund dem Land Darlehen und Zuschüsse. Nach den „Richtlinien des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau für Forschungsvorhaben zur Weiterentwicklung des Wohnungs- und Städtebaus (Experimenteller Wohnungs- und Städtebau)“ vom 2. 11. 1987 (BBauBl. 1988, S. 293) übernimmt der Bund bei Modellvorhaben nur den forschungsbedingten Anteil der förderungsfähigen Kosten. Die Höhe dieses Anteils wird fallbezogen ermittelt. Die Durchführungskosten der Modellvorhaben sind vom Land und der jeweiligen Gemeinde in dem im Einzelfall festgelegten Beteiligungsverhältnis zu übernehmen.

Die zweckgebundene Verwendung der erwarteten Bundesmittel ist durch Haushaltsvermerk bei dem Ausgabe-Titel 883 71 geregelt.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 41-0	011	Rückzahlung von Überzahlungen		650.000	650.000	—	248
119 51-8	011	Vermischte Einnahmen		14.000	14.000	—	13
		Titelgruppe(n)					
TGr. 72		Unterhaltsvorschüsse und -ausfälle		(81.467.000)	(104.300.000)	(–22.833.000)	(105.691)
241 72-0	237	Erstattungen durch den Bund für Leistungen an die Berechtigten		51.667.000	77.500.000	–25.833.000	75.942
243 72-3	237	Erstattungen von Kommunen aus Rückzahlungen von Unterhaltspflichtigen * Vgl. K-Vermerk zu 641 72.		29.800.000	26.800.000	+3.000.000	29.749
		A U S G A B E N					
684 01-0	290	Zuschüsse an die zentrale Koordinierungs- und Beratungsstelle für Opfer von Frauenhandel (KOBRA)	—	250.000	250.000	—	197
684 05-3	239	Zuschüsse zur Förderung von Familienbildungsstätten durch das Land	—	1.800.000	1.800.000	—	1.796
685 09-2	290	Zuschüsse an das Institut Frau und Gesellschaft	—	—	—	—	1.300
685 10-6	314	Zuschüsse an Ehe-, Partnerschafts- und Familienberatungsstellen	—	500.000	500.000	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		Verwendung der Konzessionsabgaben gem. § 7 Abs. 3 NLottG, Anteil für die Förderung von familien- und frauenbezogenen Maßnahmen * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. *** Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.	(—)	(3.165.000)	(3.095.000)	(+70.000)	(2.888)
547 61-7	236	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	9
684 61-4	236	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	2.915.000	2.795.000	+120.000	2.629
893 61-2	236	Zuschüsse für Investitionen	—	250.000	300.000	–50.000	250
TGr. 62		Verwendung der Konzessionsabgaben gem. Art. 10 Abs. 3 des HBegleitG 1997 für familien- und frauenbezogene Maßnahmen * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. *** Die Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an den Ist-Einnahmen bei Kap. 1302 Tit. 122 03 geleistet werden.	(—)	(—)	(—)	(—)	(299)
547 62-5	236	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
684 62-2	236	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	299
893 62-0	236	Zuschüsse für Investitionen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen:

Frauenpolitik zielt weiterhin darauf ab, Frauen und Mädchen ein selbstbestimmtes und eigenständiges Leben zu ermöglichen. Um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, ist es notwendig, der Gewalt gegen Frauen und Mädchen entgegenzuwirken und deren materielle Unabhängigkeit zu erreichen. Auch familienbezogene Maßnahmen haben in der heutigen Zeit in erheblichem Maße frauenpolitische Relevanz. Die schwierige Einkommenssituation und die hohe Arbeitslosigkeit führen zu einer besonderen Belastung der Familien. Dieser gilt es entgegenzuwirken und zwar durch aktive und begleitende Fördermaßnahmen.

Zu 241 72

Veranschlagt sind bei einem geschätzten Gesamtbedarf von 155 Mio. DM die zu erwartenden Erstattungen des Bundes von rd. 51,67 Mio. DM. Die Rückflüsse werden bei 243 72 vereinnahmt.

Zu 243 72

Veranschlagt sind die zu erwartenden Rückflüsse aufgrund der Einziehung von den zum Unterhalt Verpflichteten. Die Rückflüsse stehen zu einem Drittel dem Bund und zu zwei Dritteln dem Land zu. Vgl. auch Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 72.

Zu 684 01

Gefördert wird KOBRA, eine Einrichtung in Trägerschaft des Phoenix e. V. Hannover; sie ist die einzige zentrale Koordinierungs- und Beratungsstelle für Opfer von Frauenhandel in Niedersachsen.

Zu 684 05

Förderung von Familienbildungsstätten nach Maßgabe der entsprechenden Richtlinien in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 685 09

Das Institut wurde zum 31. 12. 1999 aufgelöst.

Zu 685 10

Gefördert werden Beratungsstellen für Ehe-, Partnerschafts- und Familienberatung, die zur Bewältigung von schwierigen oder krisenhaften Situationen im persönlichen, familiären und partnerchaftlichen Bereich fachkundige Hilfe anbieten.

Zu Titelgruppe 61

Ausgebracht ist der gem. § 7 Abs. 3 Nr. 5 NLottG festgelegte Anteil (2,5 v. H.) für die Förderung familien- und frauenbezogener Maßnahmen abzüglich eines Betrages in Höhe von 150 000 DM für Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes entsprechend den jeweils hierfür geltenden Förderrichtlinien. Konzessionsabgabemittel für den Kinder- und Jugendschutz werden seit 1999 bei Kapitel 07 72 Titelgruppe 93 veranschlagt.

Aus den Mitteln sollen gefördert werden:

a) Mütterzentren	620 000 DM
b) Familienfreizeiten	580 000 DM
c) Familienerholungsaufenthalte (Verstärkung der TGr. 63)	429 000 DM
d) Investitionen Familienerholung (Verstärkung der TGr. 63)	250 000 DM
e) Familienverbände	230 000 DM
f) Maßnahmen im Bereich Gewalt gegen Frauen und Mädchen (Verstärkung der TGr. 65/66)	220 000 DM
g) Landesfrauenrat Niedersachsen	130 000 DM
h) Gesundheits- und Therapiezentren	290 000 DM
i) Projekt für drogenabhängige Frauen (La Strada)	330 000 DM
j) Sonstige frauen- und familienpolitische Maßnahmen	86 000 DM
Zusammen	3 165 000 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 63		Förderung von familienbezogenen Maßnahmen	(—)	(710.000)	(710.000)	(—)	(703)
547 63-3	236	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	—
684 63-0	236	Zuschüsse zu den Kosten von Familien- Erholungsaufenthalten * <i>Übertragbar.</i>	—	710.000	710.000	—	703
893 63-9	236	Zuschüsse für Investitionen * <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	—
TGr. 65/66		Maßnahmen zur Beratung und zum Schutze von Mädchen und Frauen in Problemsituationen * <i>Übertragbar.</i>	(—)	(5.970.000)	(5.990.000)	(-20.000)	(5.980)
547 65-0	312	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	—
653 65-4	312	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	371
684 65-7	312	Zuschüsse für Frauenhäuser	—	4.300.000	4.300.000	—	3.949
684 66-5	312	Zuschüsse für Beratungsstellen f. v. Gewalt betroffene Mädchen u. Frauen, Notrufein- richtungen und sonstige zentrale Maßnahmen	—	1.220.000	1.220.000	—	1.190
685 65-3	312	Förderung von Mädchenhausinitiativen	—	450.000	470.000	-20.000	470
893 65-5	312	Zuschüsse für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 68		Zuschüsse für Schwangerschaftskonfliktbera- tungsstellen und sexualpäd. Arbeitskreise nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz * <i>Übertragbar.</i>	(—)	(4.700.000)	(4.700.000)	(—)	(4.544)
531 68-0	314	Veröffentlichungen	—	—	—	—	—
547 68-4	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	—
684 68-1	314	Förderung von Schwangerschaftskonfliktbera- tungsstellen und sexualpäd. Arbeitskreisen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz	—	4.700.000	4.700.000	—	4.544
TGr. 69		Maßnahmen zur Förderung von Frauengruppen und Frauenselbsthilfegruppen, Frauen- projekten und kulturellen Maßnahmen * <i>Übertragbar.</i>	(—)	(880.000)	(1.100.000)	(-220.000)	(853)
547 69-2	290	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	1
653 69-7	290	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	76
685 69-6	290	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	880.000	1.100.000	-220.000	775
893 69-8	290	Zuschüsse für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 71		Frauen- und familienpolitische Einzelmaß- nahmen * <i>Übertragbar.</i>	(—)	(300.000)	(300.000)	(—)	(320)
547 71-4	290	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	—
685 71-8	290	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	300.000	300.000	—	320
893 71-0	290	Zuschüsse für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 72		Unterhaltsvorschüsse und -ausfälle * <i>Übertragbar.</i>	(—)	(164.934.000)	(168.400.000)	(-3.466.000)	(166.758)
641 72-9	237	Erstattungen an den Bund aus Rückzahlungen von Unterhaltspflichtigen * <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 33,34 v.H. der Isteinnahmen bei 243 72.</i>	—	9.934.000	13.400.000	-3.466.000	14.875
643 72-1	237	Erstattungen an Kommunen für Leistungen an die Berechtigten *** <i>Ausgaben dürfen bis zu der Höhe gelei- stet werden, die zur Erfüllung der sich</i>	—	155.000.000	155.000.000	—	151.884

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 63

Die nach Förderrichtlinien zu gewährenden Zuschüsse sollen Familien, insbesondere Familien mit einem behinderten Kind und Eineltern-Familien mit geringeren Einkommen eine gemeinsame Erholung ermöglichen.

Außerdem können Zuschüsse insbesondere zu den Kosten der Erneuerung und Einrichtung von gemeinnützigen Erholungseinrichtungen gewährt werden.

Zu Titelgruppe 65/66

U. a. Maßnahmen im Bereich „Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ sowie Zuwendungen an Frauenhäuser nach Maßgabe der „Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Zufluchtstätten für mißhandelte Frauen und ihre Kinder“ in der jeweils gültigen Fassung;

Förderung von Kontakt- und Informationsstellen zur Betreuung der von Gewalt betroffenen Mädchen, Frauenberatungsstellen und Notrufeinrichtungen nach Richtlinien sowie drei Mädchenhäusern in Hannover, Oldenburg und Osnabrück.

Zu Titelgruppe 68

Zuwendungen zum Betrieb von Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen werden nach Richtlinien gewährt sowie Zuschüsse zur Förderung von sexualpädagogischen Arbeitskreisen.

Zu Titelgruppe 69

Veranschlagt sind u. a. Zuschüsse an Frauenverbände und Frauengruppen zu Maßnahmen der Information und Aktivierung von Frauen in verschiedenen Lebenslagen, die nach Förderrichtlinien gewährt werden.

Zu Titelgruppe 71

Die Mittel sind veranschlagt für:

1. Vernetzungsstelle für Gleichberechtigung und Frauenbeauftragte	155 000 DM
2. Projekte für Frauen im ländlichen Raum	145 000 DM
Zusammen	300 000 DM

Zu Titelgruppe 72

Die Kosten des Bundesgesetzes zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder -ausfalleistungen (Unterhaltsvorschussgesetz) werden vom Bund zu einem Drittel und vom Land zu zwei Dritteln getragen. Nach dem Unterhaltsvorschussgesetz geht der Anspruch in Höhe der geleisteten Zahlung auf das Land über. Die Rückflüsse stehen zu einem Drittel dem Bund und zu zwei Dritteln dem Land zu.

Vgl. auch Erläuterungen zu 241 72 und 243 72.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 643 72-1		<i>aus § 8 Abs.1 Satz 1 UVG ergebenden Ver- pflichtungen notwendig sind.</i>					
TGr. 73		Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsab- brüchen in besonderen Fällen * Übertragbar.	(—)	(6.222.000)	(6.222.000)	(—)	(6.438)
636 73-3	236	Erstattung von Verwaltungskosten	—	335.000	335.000	—	476
681 73-9	236	Ärztliche Kosten	—	5.887.000	5.887.000	—	5.962
		<u>Abschluss Kapitel 05 11</u>					
		1 Eigene Einnahmen		664.000	664.000	—	
		2 Übertragungseinnahmen		81.467.000	104.300.000	–22.833.000	
		Summe der Einnahmen		82.131.000	104.964.000	–22.833.000	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	
		6 Übertragungsausgaben	—	189.181.000	192.767.000	–3.586.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	250.000	300.000	–50.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	189.431.000	193.067.000	–3.636.000	
		Zuschuss		107.300.000	88.103.000	+19.197.000	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 73

Kostenerstattung an die gesetzlichen Krankenkassen durch das Land Niedersachsen nach § 4 des Gesetzes zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen vom 21. 8. 1995 (BGBl. I S. 1054).

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 11-1	012	Verwaltungsgebühren		—	3.000	-3.000	—
119 51-1	012	Vermischte Einnahmen		—	—	—	1
236 01-1	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Sozialversicherungsträgern ***Rückzahlungen vereinnahmter Beträge aus Vorjahren dürfen von den Einnahmen abgesetzt werden.		3.035.300	3.074.300	-39.000	1.308
236 02-0	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Sozialversicherungsträgern-für Vorjahre -		—	—	—	101
236 62-3	012	Erstattung von Ausgaben für Sozialversicherungswahlen von Sozialversicherungsträgern		—	—	—	2
		A U S G A B E N					
422 01-0	012	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen ***Die Personalkostenbewirtschaftung im Kap. 05 12 ist von den Regelungen zur Reformdividende ausgeschlossen.	—	2.632.600	2.110.600	+522.000	2.163
422 19-2	012	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-1	012	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	87.600	85.800	+1.800	87
425 01-9	012	Vergütungen der Angestellten	—	—	266.600	-266.600	291
425 31-0	012	Leistungen auf Grund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
441 02-2	012	Beihilfen auf Grund d. Beihilfavorschriften für Beamte/Beamtinnen	—	43.600	79.000	-35.400	43
441 03-0	012	Beihilfen auf Grund d. Beihilfavorschriften für Angestellte	—	1.000	1.000	—	—
443 01-7	012	Fürsorgemaßnahmen, insbesondere bei Dienstunfällen	—	—	—	—	—
511 01-2	012	Geschäftsbedarf	—	6.000	6.000	—	5
512 01-9	012	Bücher und Zeitschriften	—	32.000	36.000	-4.000	25
513 01-5	012	Post- und Fernmeldegebühren	—	6.000	8.300	-2.300	5
515 01-8	012	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	3.000	3.000	—	2
515 02-6	012	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	20.000	30.000	-10.000	2
517 01-0	012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	19.000	19.000	—	17
517 19-3	012	Reinigungskosten	—	18.000	18.000	—	16
517 59-2	012	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	12.000	12.000	—	10
518 01-7	012	Mieten und Pachten	—	80.000	80.000	—	73
525 01-3	012	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	60.000	80.000	-20.000	41
526 01-0	012	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1.000	1.000	—	1
527 01-6	012	Reisekostenvergütungen	—	150.000	150.000	—	123
531 01-3	012	Veröffentlichungen	—	—	1.000	-1.000	—
538 01-8	012	Dienstleistungen Außenstehender	—	40.000	50.000	-10.000	32
544 01-8	012	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluß des Haushaltsjahres	—	—	—	—	25
546 59-2	012	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	3.000	3.000	—	0

ERLÄUTERUNGEN

Zu 05 12 allgemein:

Dem zum 1. Januar 1997 eingerichteten Landesversicherungsamt (Verordnung zur Regelung der Aufsichtszuständigkeiten im Bereich der Sozialversicherung vom 2. 12. 1996 – GVBl. S. 475) obliegt die Aufsicht über die landesunmittelbaren Renten- und Unfallversicherungsträger, die Innungs-, Betriebs- und Ersatzkrankenkassen sowie die landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträger Braunschweig und Oldenburg-Bremen. Die Personal- und die in TGr. 61 – 63 veranschlagten Sachkosten trägt insoweit das Land.

Der daneben im Landesversicherungsamt nach § 274 SGB V errichtete Prüfdienst hat die Aufgabe, mindestens alle fünf Jahre die Geschäfts-, Rechnungs- und Betriebsführung der landesunmittelbaren Krankenkassen und der Landesverbände sowie der Kassenärztlichen und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung (KVN und KZVN) zu prüfen. Dieser Prüfung unterliegen auch der Medizinische Dienst der Krankenversicherung (MDKN) gem. § 281 SGB V und die Pflegekassen gem. § 46 SGB XI. Die Personal- und Sachkosten des Prüfdienstes tragen in vollem Umfange die zu prüfenden Institutionen (Drittmittel).

Zu 111 11

Einnahmen von Gebühren für Prüfungen nach § 31 SVHV, der KVN, der KZVN und des MDKN.

Zu 236 01

Kostendeckende Vorschüsse der Krankenkassen und Landesverbände nach § 274 SGB V für den Prüfdienst in Höhe der Personal- und Personalnebenkosten (1 798 300 DM) sowie der Sachkosten des Kapitels ohne TGr. 61 – 63 (1 237 000 DM).

Zu 236 02

Nachzahlungen der Kostenträger aus Abrechnungen für Vorjahre.

Zu 422 01

Das Kapitel ist von den Regelungen der Reformdividende ausgenommen, da die Kosten für die Prüfdienste in voller Höhe von den Sozialversicherungsträgern erstattet werden.

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 30,00 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen				27
Angestellte				5
Lohnempfänger/ -innen				—
Insgesamt				32

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 2 632 600 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	2 632 600
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	99 900
43	Versorgungsbezüge	784 300
44	Beihilfen, Unterstützungen	44 600
45	Personalbezogene Sachausgaben	0
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	71 900
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0
Summe der Personalausgaben im Kapitel		3 633 300

Zu 511 01

Allgemeine Arbeitsunterlagen	2 000 DM
Büro- und Kanzleibedarf	4 000 DM
Zusammen	6 000 DM

Zu 512 01

Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	8 000 DM
Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	18 000 DM
Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	3 000 DM
Buchbinderkosten	3 000 DM
Zusammen	32 000 DM

Zu 513 01

Postgebühren	4 000 DM
Fernmeldegebühren	2 000 DM
Zusammen	6 000 DM

Zu 515 02

Dienstzimmerausstattungen	10 000 DM
Büromaschinen	10 000 DM
Zusammen	20 000 DM

Zu 518 01

Diensträume und -gebäude	78 000 DM
Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	2 000 DM
Zusammen	80 000 DM

Zu 525 01

Ausbildungslehrgänge einschl. Reisekosten	10 000 DM
Fortbildungsveranstaltungen	50 000 DM
Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	— DM
Zusammen	60 000 DM

Zu 526 01

(Amts-)ärztliche und Röntgen-schirmbilduntersuchungen	1 000 DM

Zu 527 01

Reisekosten allgemein	150 000 DM

Zu 538 01

Zur Prüfung von Rechenzentren durch externe Prüfer.

Zu 544 01

Rückzahlungen überzahlter Vorschüsse an Kostenträger des Prüfdienstes aus Abrechnungen für Vorjahre.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
681 01-5	012	Schadensersatzleistungen und Unfall- entschädigungen	—	8.000	10.000	-2.000	0
981 01-9	990	Abführung an 13 50 - 381 05	—	600.000	620.000	-20.000	579
981 02-7	990	Abführung an 13 99 - 381 63	—	1.000	1.000	—	1
981 03-5	990	Abführung an 04 20 - 381 02	—	10.000	1.000	+9.000	7
981 04-3	990	Abführung an 05 01 - 381 03	—	10.000	15.000	-5.000	8
981 06-0	990	Abführung an 05 42 - 381 05	—	8.000	10.000	-2.000	8
Titelgruppe(n)							
TGr. 61 bis 63		Sachausgaben der Sozialversicherungs- aufsicht	(—)	(60.000)	(70.000)	(-10.000)	(48)
511 61-6	012	Geschäftsbedarf	—	3.000	5.000	-2.000	2
512 61-2	012	Bücher und Zeitschriften	—	10.000	10.000	—	10
513 61-9	012	Post- und Fernmeldegebühren	—	4.000	8.000	-4.000	3
515 61-1	012	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	1.000	1.000	—	2
515 62-0	012	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	10.000	14.000	-4.000	1
518 61-0	012	Mieten und Pachten	—	2.000	2.000	—	2
525 61-7	012	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	5.000	8.000	-3.000	3
526 61-3	012	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1.000	3.000	-2.000	0
526 62-1	012	Kosten des Landeswahlausschusses für die Wahlen zu den Organen der Sozialversiche- rungsträger	—	—	—	—	0
526 63-0	012	Kosten der/des Landeswahlbeauftragten für die Wahlen zu den Organen der Sozialversi- cherungsträger	—	1.000	1.000	—	1
527 61-0	012	Reisekostenvergütungen	—	22.000	15.000	+7.000	23
546 61-4	012	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	2.000	-2.000	—
681 61-9	012	Schadensersatzleistungen und Unfall- entschädigungen	—	1.000	1.000	—	—
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikati- onstechniken	(—)	(150.000)	(209.000)	(-59.000)	(66)
511 99-3	012	Geschäftsbedarf	—	6.000	4.000	+2.000	3
513 99-6	012	Post- und Fernmeldegebühren	—	4.000	6.000	-2.000	—
515 99-9	012	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	65.000	30.000	+35.000	8
519 99-4	012	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der besonderen Betriebseinrichtungen	—	15.000	20.000	-5.000	—
525 99-4	012	Aus- und Fortbildung	—	10.000	10.000	—	8
538 99-9	012	Dienstleistungen Außenstehender	—	10.000	10.000	—	—
632 99-5	012	Erstattung von Verwaltungsausgaben für die IuK-Geschäftsstelle der Prüfdienste des Bundes und der Länder	—	40.000	40.000	—	32
812 99-3	012	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	89.000	-89.000	13

ERLÄUTERUNGEN

Zu 981 01

1. Abführung von Versorgungslastenanteilen an Kapitel 13 50. Veranschlagt sind 30 v. H. der Dienstbezüge der Beamten	440 000 DM
2. Erstattung der Kosten für die Versorgungsempfänger, die gem. § 274 i. V. m. Art. 74 Abs. 4 SGB V von den Landesversicherungsanstalten Braunschweig, Hannover und Oldenburg/Bremen übernommen wurden	160 000 DM
Zusammen	600 000 DM

Zu 981 02

Erstattung von Ausgaben für die Angestellten des Prüfdienstes an die gesetzliche Unfallversicherung des Landes Niedersachsen.

Zu 981 03

Erstattung der Verwaltungskosten für die Zahlbarmachung der Beamtenbesoldung und der Angestelltenvergütungen des Prüfdienstes an das NLBV.

Zu 981 04 und 981 05

Erstattung der Kosten für zentrale Dienstleistungen des MFAS und des NLGA für den Prüfdienst.

Zu TGr. 61 – 63

Die Sachkosten des Aufsichtsdezernats des LVersA trägt das Land; sie sind zur klaren Abgrenzung von den Kosten des Prüfdienstes hier zusammengefaßt. Die Mittel sind aus den Titeln des Kapitels umgesetzt.

Zu 511 61

Allgemeine Arbeitsunterlagen	1 000 DM
Büro- und Kanzleibedarf	2 000 DM
Zusammen	3 000 DM

Zu 512 61

Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	2 000 DM
Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	8 000 DM
Zusammen	10 000 DM

Zu 513 61

Postgebühren	1 500 DM
Fernmeldegebühren	2 500 DM
Zusammen	4 000 DM

Zu 515 62

Dienstzimmerausstattungen	2 000 DM
Büromaschinen	8 000 DM
Zusammen	10 000 DM

Zu 518 61

Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	2 000 DM

Zu 525 61

Fortbildungsveranstaltungen	5 000 DM

Zu 526 61

(Amts-)ärztliche und Röntgen-schirmbilduntersuchungen	500 DM
Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs u. a. Parteikosten des Fiskus	500 DM
Zusammen	1 000 DM

Zu 526 63

Nach § 82 Abs. 2 SVWO tragen die Länder die durch die Tätigkeit der Landeswahlbeauftragten entstehenden Kosten.

Zu 527 61

Reisekosten allgemein	22 000 DM

Zu Titelgruppe 99

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie die damit verbundenen Einrichtungen und Schulungen der Bediensteten des Prüfdienstes. Die Mittel sind aus den Titeln des Kapitels umgesetzt.

Zu 515 99

Ersatz- und Ergänzungsbedarf insb. für Notebooks, PC, Bildschirme, Drucker und Ausrüstung der Büroarbeitsplätze.

Zu 519 99

Insbesondere Wartungskosten.

Zu 525 99

Für Schulungen beim IZN und sonstigen IuK-Fortbildungsmaßnahmen.

Zu 538 99

Dienstleistungen des IZN.

Zu 632 99

Lizenzgebühren für den Einsatz des IuK-Systems der Prüfdienste des Bundes und der Länder.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0512 Landesversicherungsamt

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 05 12					
		1 Eigene Einnahmen		—	3.000	–3.000	
		2 Übertragungseinnahmen		3.035.300	3.074.300	–39.000	
		Summe der Einnahmen		3.035.300	3.077.300	–42.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	2.764.800	2.543.000	+221.800	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	619.000	646.300	–27.300	
		6 Übertragungsausgaben	—	49.000	51.000	–2.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	89.000	–89.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	629.000	647.000	–18.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	4.061.800	3.976.300	+85.500	
		Zuschuss		1.026.500	899.000	+127.500	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		784.300	168.700		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		4.846.100	4.145.000		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		1.810.800	1.067.700		

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
112 01-1	054	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten ***Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C.IV. des Vorwortes zum Einzelplan 05 sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.		3.600.000	4.000.000	-400.000	3.577
119 41-5	054	Rückzahlung von Überzahlungen		2.000	5.000	-3.000	1
119 51-2	054	Vermischte Einnahmen		4.000	9.000	-5.000	2
124 01-0	054	Mieten und Pachten		1.000	3.100	-2.100	2
132 01-2	054	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		7.000	—	+7.000	—
256 01-3	054	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit (für Aushilfskräfte)		—	—	—	28
A U S G A B E N							
412 01-5	054	Entschädigung für ehrenamtliche Richter/Richterinnen und andere Beisitzer/Beisitzerinnen	—	990.000	990.000	—	904
422 01-0	054	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	20.873.300	21.079.900	-206.600	10.008
422 05-3	054	Dienstbezüge der beamteten Hilfskräfte	—	—	—	—	402
422 19-3	054	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 41-0	054	Anwärterbezüge	—	46.300	60.800	-14.500	—
422 51-7	054	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
425 01-0	054	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	9.356
425 51-6	054	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-6	054	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	226
426 03-2	054	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	146
426 41-5	054	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
426 51-2	054	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-2	054	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	60.000	60.000	—	64
427 31-4	054	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	3.000	3.000	—	—
427 39-0	054	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	40.900	42.200	-1.300	41
443 01-8	054	Fürsorgemaßnahmen, insbesondere bei Dienstunfällen	—	—	—	—	—
453 01-3	054	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	40.000	40.000	—	14
453 11-0	054	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	1.000	1.000	—	—
511 01-3	054	Geschäftsbedarf	—	160.000	109.400	+50.600	162
512 01-0	054	Bücher und Zeitschriften	—	221.900	221.900	—	220
513 01-6	054	Post- und Fernmeldegebühren	—	1.220.000	1.295.200	-75.200	1.182
514 01-2	054	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	7.600	7.600	—	14
515 01-9	054	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	50.600	50.600	—	40
515 02-7	054	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	88.100	88.100	—	109

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zu Kapitel 05 15

Es sind vorhanden: Landesarbeitsgericht Niedersachsen und Arbeitsgerichte Braunschweig, Celle, Emden, Göttingen, Hameln, Hannover, Hildesheim, Lingen, Lüneburg, Nienburg, Oldenburg, Osnabrück, Stade, Verden, Wilhelmshaven.

Zu 112 01

1. Gebühren	1 800 000 DM
2. Erstattete Auslagen in Rechtssachen	1 800 000 DM
Zusammen	3 600 000 DM

Zu 412 01

Entschädigungen für Zeitversäumnis und Aufwand sowie Fahrtkosten und Wegegeld nach dem Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. 10. 1969 (BGBl. I S. 1753) zuletzt geändert durch Artikel 5 des Kostenänderungsgesetzes 1994 vom 24. 6. 1994 (BGBl. I S. 1325).

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 253,00 Vollzeiteneinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen				111
Angestellte				137
Lohnempfänger/-innen				5
Insgesamt	253,00			253

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 20 873 300 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	20 873 300
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	207 000
43	Versorgungsbezüge	3 512 200
44	Beihilfen, Unterstützungen	414 900
45	Personalbezogene Sachausgaben	41 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	555 400
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0
Summe der Personalausgaben im Kapitel		25 603 800

Mitveranschlagt sind

- a) Dienstaufwandsentschädigung für den Präsidenten/die Präsidentin des Landesarbeitsgerichts von 1 500 DM jährlich,
b) Lehrzulage für 3 Stelleninhaber/-innen je 1 200 DM.

Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von mtl. 75,— DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 422 41

Anwärterbezüge	46 300 DM

Zu 427 31

Lehrstundenentschädigung für nebenamtlichen Unterricht an auszubildende Kräfte.

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den auf Grund des Runderlasses des MF vom 13. 4. 1966 (Nds. MBl. S. 319), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Danach gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 75,— DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 453 01

1. Trennungsgeld	24 000 DM
2. Umzugskostenvergütungen	16 000 DM
Zusammen	40 000 DM

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	5 700 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	150 700 DM
3. Bekanntmachungen	1 300 DM
4. Anderer Geschäftsbedarf	2 300 DM
Zusammen	160 000 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	135 500 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	66 700 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	9 100 DM
4. Buchbinderkosten	10 600 DM
Zusammen	221 900 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	1 159 000 DM
2. Fernmeldegebühren	38 500 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	20 300 DM
4. Änderung und Erweiterung von Fernmeldeanlagen	1 200 DM
5. Rundfunk- und Fernsehgebühren	1 000 DM
Zusammen	1 220 000 DM

Zu 514 01

1. Betriebsstoffe	5 000 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	1 600 DM
3. Sonstiges	1 000 DM
Zusammen	7 600 DM

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1. 1. 2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	1	1	1

Zu 515 02

1. Dienstzimmerausstattungen	56 300 DM
2. Büromaschinen	31 800 DM
Zusammen	88 100 DM

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0515 Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
516 01-5	054	Dienst- und Schutzkleidung	—	1.100	1.100	—	1
517 01-1	054	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	49.900	49.900	—	53
517 19-4	054	Reinigungskosten	—	218.800	218.800	—	212
517 59-3	054	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	146.000	170.000	–24.000	146
518 01-8	054	Mieten und Pachten	—	1.298.000	1.289.000	+9.000	1.291
519 03-0	054	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	10.000	20.000	–10.000	11
525 01-4	054	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	45.000	41.500	+3.500	44
526 01-0	054	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	8.800	8.800	—	2
527 01-7	054	Reisekostenvergütungen	—	22.200	22.200	—	27
527 03-3	054	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	3.000	3.000	—	3
529 01-0	054	Zur Verfügung der Präsidentin/ des Präsidenten des Landesarbeitsgerichts	—	1.000	1.000	—	1
536 11-3	054	Entschädigungen beigeordneter Anwälte * <i>Gegenseitig deckungsfähig: 536 11, 536 12, 536 13, 536 15, 536 16 und 536 17.</i>	—	5.400.000	5.400.000	—	5.338
536 12-1	054	Zeugenentschädigungen * <i>Vgl. D-Vermerk zu 536 11.</i>	—	185.000	185.000	—	160
536 13-0	054	Sachverständigenentschädigungen * <i>Vgl. D-Vermerk zu 536 11.</i>	—	215.000	215.000	—	252
536 15-6	054	Bekanntmachungskosten * <i>Vgl. D-Vermerk zu 536 11.</i>	—	2.400	2.400	—	4
536 16-4	054	Sonstige Verfahrensauslagen * <i>Vgl. D-Vermerk zu 536 11.</i>	—	1.800	1.800	—	3
536 17-2	054	Reisekosten des Gerichts * <i>Vgl. D-Vermerk zu 536 11.</i>	—	1.100	1.100	—	0
537 01-2	054	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	15.000	15.000	—	—
546 59-3	054	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	1.000	1.000	—	—
681 01-6	054	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	1.000	1.000	—	2
685 01-1	054	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1.000	1.000	—	1
685 06-2	054	Zuschüsse zur lehrgangsmäßigen Fortbildung der ehrenamtlichen Richter	—	—	63.700	–63.700	—
811 01-7	054	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	40.000	—	+40.000	—
812 13-7	054	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	50.000	50.000	—	44
812 15-3	054	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	80.000	80.000	—	72
981 01-0	990	Abführung an 13 02 - 381 02	—	110.400	110.400	—	110
981 05-2	990	Abführung an 13 21 - 381 05	—	595.900	—	+595.900	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 99		Aufwendungen für die Daten- und Textverarbeitungsanlagen	(10.237.500) (—)	(1.711.600)	(843.600)	(+868.000)	(730)
511 99-4	054	Geschäftsbedarf	—	85.000	55.300	+29.700	85
512 99-0	054	Bücher und Zeitschriften	—	53.500	65.000	–11.500	29
513 99-7	054	Post- und Fernmeldegebühren	—	1.000	15.200	–14.200	0
515 99-0	054	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	16.000	32.200	–16.200	114
518 99-9	054	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 516 01

Dienst- und Schutzkleidung für 1 Kraftfahrer.

Zu 517 01

1. Wassergeld	9 900 DM
2. Grundbesitzabgaben	9 700 DM
3. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	1 300 DM
4. Sonstige Hauswirtschaftskosten	29 000 DM
Zusammen	49 900 DM

Zu 518 01

1. Diensträume und -gebäude	1 237 000 DM
2. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	61 000 DM
Zusammen	1 298 000 DM

Belastung aus den VE zur Anmietung von Dienstgebäuden für das Landesarbeitsgericht und das Arbeitsgericht Hannover:

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM
2001	532 220
2002	532 220
2003	532 220
2004	532 220
2005 ff.	2 344 100
Summe	4 472 980

Zu 525 01

1. Fortbildungsveranstaltungen	40 000 DM
2. Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	5 000 DM
Zusammen	45 000 DM

Zu 527 01

Reisekosten allgemein	22 200 DM

Zu 536 11 bis 536 17

Reiseentschädigungen an mittellose Personen und Vorschüsse an Zeugen und Sachverständige in Verfahren vor den Gerichten für Arbeitssachen werden auch aus Mitteln des Kap. 11 04 – 536 11 bis 536 17 gezahlt (RdErl. d. MS vom 29. 5. 1978 – Nds. MBl. S. 842 –).

Zu 685 01

Mitgliedsbeitrag für den Deutschen Arbeitsgerichtsverband.

Zu 811 01

Ersatzbeschaffung eines Dienst-Pkw einschl. Sonderausstattung.

Zu 812 13

Beschaffung von Fernmeldeanlagen und Telefaxgeräten.

Zu 812 15

Möbiliar für Diensträume	60 000 DM
Büromaschinen	20 000 DM
Zusammen	80 000 DM

Zu 981 01

Zuführung an den „Grundstock“ wegen des Erwerbs eines Gebäudes für das Arbeitsgericht Braunschweig in Höhe der ersparten Miete auf die Dauer von 10 Jahren (1996 – 2005).

Zu Titelgruppe 99

Mit Hilfe der elektronischen Daten- bzw. Textverarbeitung werden im Geschäftsbereich des Landesarbeitsgerichts Niedersachsen folgende Aufgaben erledigt:

- Erfassung und Auswertung der Daten der Prozeßparteien und -bevollmächtigten sowie Termindaten
- Erstellen von Ladungen, Beschlüssen, Urteilen pp. mit Hilfe der integrierten Textverarbeitung
- Erstellen der nach der Aktenordnung vorgeschriebenen Register sowie der monatlichen Statistiken
- Nutzung der Juris-Datenbank
- Erstellen von Abrechnungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter
- Erstellen von Überweisungsträgern und Kostenrechnungen
- allgemeiner Schriftverkehr.

Zu 511 99

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	13 000 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	43 700 DM
3. Sonstiger Geschäftsbedarf	28 300 DM
Zusammen	85 000 DM

Zu 512 99

Fachbücher, Zeitschriften für Daten- und Textverarbeitung.

Zu 513 99

Gebühren für JURIS-Online u. ä.

Zu 515 99

Ersatz- und Ergänzungsbedarf insbesondere für Regale, DV-Schränke.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0515 Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
519 99-5	054	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der besonderen Betriebseinrichtungen	—	96.000	96.000	—	134
522 99-6	054	Ausdruckpapier und sonstiges Verbrauchsmaterial	—	44.300	7.000	+37.300	44
525 99-5	054	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	25.000	45.000	–20.000	25
527 99-8	054	Reisekostenvergütungen	—	6.900	15.900	–9.000	7
538 99-0	054	Dienstleistungen Außenstehender	10.237.500 —	1.351.900	76.000	+1.275.900	174
812 99-4	054	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	32.000	436.000	–404.000	118
Abschluss Kapitel 05 15							
1 Eigene Einnahmen				3.614.000	4.017.100	–403.100	
2 Übertragungseinnahmen				—	—	—	
Summe der Einnahmen				3.614.000	4.017.100	–403.100	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	22.054.500	22.276.900	–222.400	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			10.237.500 —	11.052.900	9.827.000	+1.225.900	
6 Übertragungsausgaben			—	2.000	65.700	–63.700	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	202.000	566.000	–364.000	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	706.300	110.400	+595.900	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			10.237.500 —	34.017.700	32.846.000	+1.171.700	
Zuschuss				30.403.700	28.828.900	+1.574.800	
Nachrichtlich:							
Anteil an den Versorgungsausgaben				3.512.200	3.662.500		
Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil				37.529.900	36.508.500		
Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil				33.915.900	32.491.400		

ERLÄUTERUNGEN

Zu 519 99

Wartungs- und Reparaturkosten.

Zu 522 99

Verbrauchsmittel, insbesondere Druckerpapier, Toner.

Zu 525 99

Ausbildungslehrgänge und Fortbildungsveranstaltungen.

Zu 527 99

Reisekosten, insbesondere für Reisen zur Betreuung der Anwender und Pflege der Anwendungen.

Zu 538 99

a) Erwerb und Weiterentwicklung von Programmen, Verfahrens- und Programmpflege	171 000 DM
b) Kosten für die Lieferung und den Austausch von Komponenten sowie die DV-Systembetreuung durch das IZN im Jahre 2001	1 180 900 DM
Summe	1 351 900 DM

Der Abschluss einer Benutzungsvereinbarung zwischen der nieders. Arbeitsgerichtsbarkeit und dem IZN im Jahre 2001 stellt sich für die Leistungen zu b) ab dem Jahre 2002 nach voller Inanspruchnahme wie folgt dar (Abschluss für 8 Jahre):

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	—	—
2002	—	1 462 500	1 462 500
2003	—	1 462 500	1 462 500
2004	—	1 462 500	1 462 500
2005	—	1 462 500	1 462 500
2006ff.	—	4 387 500	4 387 500
Summe	—	10 237 500	10 237 500

Zu 812 99

Beschaffung von Rechnern und peripheren Geräten (Drucker, Bildschirme);
Installation von hardwareunabhängigen Netzen;
Einrichtung von DV-Arbeitsplätzen.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 11-7	212	Verwaltungsgebühren		1.600.000	520.000	+1.080.000	1.604
112 01-6	212	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		6.400	6.400	—	6
113 01-2	212	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		1.000	1.200	–200	0
119 01-0	212	Einnahmen aus Nebentätigkeit		30.000	15.000	+15.000	32
119 31-2	212	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	1.000	–1.000	—
119 41-0	212	Rückzahlung von Überzahlungen		10.000	7.000	+3.000	12
119 46-0	212	Ersatzleistungen		150.000	200.000	–50.000	155
119 51-7	212	Vermischte Einnahmen		35.000	100.000	–65.000	35
124 01-4	212	Mieten und Pachten		33.000	42.900	–9.900	33
132 01-7	212	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		16.000	18.000	–2.000	13
132 02-5	212	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen		1.000	1.000	—	—
231 01-5	212	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund		1.000	1.000	—	—
232 01-1	212	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Ländern		300.000	300.000	—	276
236 01-7	212	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch Sozialversicherungsträger sowie die Bundesanstalt für Arbeit		60.000	23.000	+37.000	69
241 68-1	290	Leistungen nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz - VwRehaG; Erstattungen des Bundes nach § 17 VwRehaG		12.000	12.000	—	7
251 01-6	212	Zuweisungen vom Bund * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.		5.000	13.000	–8.000	6
256 01-8	212	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit (für Aushilfskräfte)		60.000	30.000	+30.000	62
256 02-6	212	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit (Leistungen zur beruflichen Eingliederung von Behinderten)		—	—	—	22
Titelgruppe(n)							
TGr. 65		Leistungen nach dem OEG		(5.950.000)	(3.728.000)	(+2.222.000)	(5.187)
119 65-7	290	Ersatzleistungen * Vgl. K-Vermerk zu 641 65.		750.000	600.000	+150.000	787
241 65-7	290	Erstattungen vom Bund gem. § 4 Abs. 2 OEG		5.200.000	3.128.000	+2.072.000	4.400
TGr. 99		Einnahmen der Informations- und Kommunikationstechnik		(—)	(—)	(—)	(1)
119 99-1	212	Einnahmen aus Aufträgen Dritter		—	—	—	1
232 99-2	212	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch Länder		—	—	—	—
233 99-9	212	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch Gemeinden (GV)		—	—	—	—
271 99-8	212	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus dem Inland		—	—	—	—
A U S G A B E N							
412 02-8	212	Kosten für Mitglieder von Ausschüssen, Fachbeiräten und Kommissionen beim NLZSA	—	83.000	70.000	+13.000	70
422 01-5	212	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	88.853.000	24.562.900	+64.290.100	23.669

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 05 20

- A. Mit Wirkung vom 1. 1. 1994 wurden die Aufgaben des Landessozialamtes Niedersachsen, des Landesversorgungsamtes Niedersachsen (bisher Kapitel 05 60) und des Niedersächsischen Landesprüfungsamtes für Studierende der Medizin, Pharmazie und Zahnmedizin (bisher Kapitel 05 47) in dem Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben (NLZSA) zusammengefasst.
- B. Es sind vorhanden:
Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben und die Versorgungsämter Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Verden.
- C. Nach § 9 der Approbationsordnung für Ärzte in der Neufassung vom 14. 7. 1987 (BGBl. I S. 1593), zuletzt geändert durch Einigungsvertragsgesetz vom 23. 9. 1990 (BGBl. II S. 1077), und § 5 der Approbationsordnung für Apotheker vom 19. 7. 1989 (BGBl. I S. 1489), zuletzt geändert durch Einigungsvertragsgesetz vom 23. 9. 1990, sind Prüfungen der Studierenden vor der nach Landesrecht zuständigen Stelle (Versorgungsamt Hannover) abzulegen.
Das Versorgungsamt Hannover bedient sich bei der Festlegung der Prüfungsfragen des durch Länderabkommen vom 14. 10. 1970 (Nds. MBl. 1971 S. 1042), geändert durch Abkommen vom 17. 6. 1993 (Nds. MBl. 26/95 S. 798 ff.), errichteten Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen in Mainz.
- D. Die Mittel der Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz sind zum 1. 1. 2001 in ein Sondervermögen überführt worden. Das Sondervermögen wird von der Hauptfürsorgestelle beim NLZSA verwaltet.
Die Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Sondervermögens ist Anlage zu Kapitel 05 20 (siehe auch Vorwort zum Einzelplan 05, B I).

Zu 111 11

Einnahmen aus gebührenpflichtigen Tatbeständen nach dem Heimgesetz i. d. F. vom 23. 4. 1990 – BGBl. I S. 763, berichtigt S. 1069 – i. V. mit dem Beschluss des LM über zuständige Behörden nach dem Heimgesetz vom 11. 10. 1994 – Nds. MBl. S. 1344 –.

Einnahmen aufgrund des Kostentarifs zur Allgemeinen Gebührenordnung in der Fassung vom 25. 10. 1995 (Nieders. GVBl. S. 335).

Gebühren für Schiedsstellenverfahren nach § 94 BSHG.

Zu 112 01

Einnahmen aus vom Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben festgesetzten Geldbußen im Rahmen der Heimaufsicht.

Zu 113 01

1. Geräte	500 DM
2. Maschinen	500 DM
3. Ausstattungsgegenstände	— DM
4. Akten, Drucksachen und dgl.	— DM
Zusammen	1 000 DM

Zu 119 01

Versorgungsärzte/-innen üben – insbesondere nach Dienstschluss – in den Diensträumen genehmigte Nebentätigkeiten aus.

Zu 119 46

Ersatzleistungen von Bediensteten im Erstattungsverfahren oder sonstigen Rückgriffen von haftenden Versicherungsunternehmen z. B. bei Kraftfahrzeugunfällen.

Zu 119 51

1. Erstattung von Prozesskosten	25 000 DM
2. Sonstige Einnahmen	10 000 DM
Zusammen	35 000 DM

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	28 000 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	— DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	— DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	— DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	5 000 DM
Zusammen	33 000 DM

Zu 231 01

Im Rahmen der Amtshilfe werden Dienststellen der Bundeswehr mit Heil- und Hilfsmitteln beliefert.

Zu 232 01

Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern für die Inanspruchnahme des Prüf- und Beschaffungsamtes für Heil- und Hilfsmittel (PBHH) beim Versorgungsamt Hannover.

Zu 236 01

Erstattungen von Verwaltungsausgaben für ärztliche Untersuchungen und Begutachtungen für Berufsgenossenschaften, Krankenkassen u. a.

Zu 251 01

Beitrag des Bundes zu den Kosten für die Fortbildung des Verwaltungspersonals sowie der Ärzte/-innen, Zahnärzte/-innen, Apotheker/-innen und des ärztlichen Hilfspersonals.

Zu 256 01

Vgl. Erl. zu 427 01.

Zu 119 65

Einnahmen aus Schadensersatzansprüchen in Fällen nach § 4 Abs. 1 Satz 1 i. V. mit § 5 Abs. 1 OEG.

Zu 241 65

Erstattungen vom Bund gem. § 4 Abs. 2 OEG.

Vergleiche Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppen 65/66.

Zu 241 68

Erstattungen vom Bund gem. § 17 Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz – VwRehaG – vom 1. 7. 1997 (BGBl. I S. 1670 ff.)

Vgl. Ausgabetitelgruppe 68/69.

Zu Titelgruppe 99

In 1998 verlagert nach Kapitel 04 30 (Informatikzentrum Niedersachsen).

Zu 412 02

Entschädigung für Zeitversäumnisse, Fahrkosten und Fußwegstrecken sowie Aufwand nach dem Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter in der jeweils gültigen Fassung, das für die Abfindung sinngemäß angewendet wird.

Beim Landesamt sind folgende Ausschüsse und Beiräte gebildet worden:

1. Widerspruchsausschuss	gemäß § 41 Schwerbehindertengesetz
2. Beratender Ausschuss	gemäß § 32 Schwerbehindertengesetz
3. Beirat in der Kriegsopferfürsorge	gemäß RdErl. MS vom 16. 3. 1966 (Nds. MBl. S. 236) i. V. mit §§ 6 und 9 der VO über die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge vom 8. 2. 1919 (RGBl. S. 187)
4. Beteiligung sozial erfahrener Personen	gemäß § 114 Bundessozialhilfegesetz
5. Ausschuss und Besuchskommissionen	gemäß § 24 Nds. MVollzG und § 30 NPsychKG

ERLÄUTERUNGEN

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 1 178,93 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nach- richtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen				430
Angestellte				785
Lohnempfänger/ -innen				54
Insgesamt				1 269

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 88 853 000 DM

Veranschlagt ist auch:

Dienstaufwandsentschädigung für den
Präsidenten/die Präsidentin des Landesamtes
für Zentrale Soziale Aufgaben 1 000 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Ober- gruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	88 853 000
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	1 432 100
43	Versorgungsbezüge	9 963 100
44	Beihilfen, Unterstützungen	1 779 100
45	Personalbezogene Sachausgaben	153 900
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	2 381 800
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0
Summe der Personalausgaben im Kapitel		104 563 000

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0520 Zentrale Soziale Aufgaben

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
422 05-8	212	Dienstbezüge der beamteten Hilfskräfte	—	—	—	—	500
422 19-8	212	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-7	212	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	484.500	556.800	-72.300	508
422 41-4	212	Anwärterbezüge	—	259.900	405.400	-145.500	260
422 51-1	212	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
425 01-4	212	Vergütungen der Angestellten	—	—	69.245.000	-69.245.000	67.183
425 03-0	212	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	35.000	-35.000	24
425 31-6	212	Leistungen auf Grund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	180
425 41-3	212	Vergütungen der auszubildenden Kräfte	—	308.100	513.900	-205.800	308
425 51-0	212	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	3.100	3.100	—	1
426 01-0	212	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	3.110.900	-3.110.900	3.161
426 03-7	212	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	15.400	-15.400	16
426 31-2	212	Leistungen auf Grund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	—
426 41-0	212	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
426 51-7	212	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-7	212	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 11-4	212	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	—
427 39-4	212	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	3.200	-3.200	—
442 01-6	212	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	—	—
453 01-8	212	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	150.200	178.000	-27.800	150
453 11-5	212	Trennungsgeld und Ausbildungshilfen für Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	3.700	10.000	-6.300	4
511 01-8	212	Geschäftsbedarf	—	550.000	530.300	+19.700	621
511 02-6	212	Verpackungs- und Versandkosten	—	2.000	10.600	-8.600	2
512 01-4	212	Bücher und Zeitschriften	—	178.000	197.000	-19.000	174
513 01-0	212	Post- und Fernmeldegebühren	—	2.600.000	2.501.400	+98.600	2.589
514 01-7	212	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	135.000	110.000	+25.000	109
515 01-3	212	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	110.000	130.000	-20.000	107
515 02-1	212	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	278.000	180.000	+98.000	319
516 01-0	212	Dienst- und Schutzkleidung	—	6.000	10.000	-4.000	4
517 01-6	212	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	250.000	278.800	-28.800	238
517 19-9	212	Reinigungskosten	—	624.400	606.100	+18.300	586
517 59-8	212	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	600.000	600.000	—	557
518 01-2	212	Mieten und Pachten	—	980.000	966.000	+14.000	972

ERLÄUTERUNGEN

Zu 422 05

Veranschlagt bei Titel 422 01.

Zu 422 41

Anwärterbezüge, Sonderzuwendungen 259 900 DM

Zu 425 51

Überstundenpauschale für Hausmeister.

Zu 453 01

1. Trennungsgeld	150 200 DM
2. Umzugskostenvergütungen	— DM
Zusammen	150 200 DM

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	12 000 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	520 000 DM
3. Bekanntmachungen	3 000 DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	15 000 DM
Zusammen	550 000 DM

Zu 511 02

Zur Belieferung der Beschädigten mit orthopädischen Hilfsmitteln.

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	40 000 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	129 500 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	7 000 DM
4. Buchbinderkosten	1 500 DM
Zusammen	178 000 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	2 113 500 DM
2. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	400 000 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	80 000 DM
4. Änderung und Erweiterung von Fernmeldeanlagen	6 000 DM
5. Rundfunk- und Fernsehgebühren	500 DM
Zusammen	2 600 000 DM

Zu 514 01

1. Betriebsstoffe	102 700 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	28 200 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	3 600 DM
4. Sonstiges	500 DM
Zusammen	135 000 DM

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	16	16	15

*) Davon 3 für Selbstfahrer.

Zu 515 02

Dienstzimmerausstattungen	241 000 DM
Büromaschinen	23 000 DM
Werkstattausrüstungen	3 000 DM
Wirtschaftsgeräte	11 000 DM
Zusammen	278 000 DM

Zu 516 01

Dienst- und Schutzkleidung der Amtsboten, Hausarbeiter, Heizer, Kraftfahrer, Pförtner und Sonstiger sowie des Bedienungspersonals von Vervielfältigungseinrichtungen.

Zu 517 01

1. Wassergeld	25 000 DM
2. Grundbesitzabgaben	100 000 DM
3. Bewachungskosten	14 000 DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	96 000 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	15 000 DM
Zusammen	250 000 DM

Zu 517 59

1. Heizung	410 000 DM
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	190 000 DM
Zusammen	600 000 DM

Zu 518 01

Dienststräume und -gebäude	800 000 DM
Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	180 000 DM
Zusammen	980 000 DM

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0520 Zentrale Soziale Aufgaben

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
519 03-5	212	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	2.000	5.100	–3.100	0
522 11-7	212	Arzneien, Stärkungsmittel, Verbands- und Impfstoffe	—	2.000	2.400	–400	2
522 21-4	212	Labor-, Röntgen- und Fotobedarf	—	50.000	152.800	–102.800	38
526 01-5	212	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1.130.000	1.140.000	–10.000	1.102
527 01-1	212	Reisekostenvergütungen	—	500.000	322.200	+177.800	498
527 03-8	212	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	25.000	45.000	–20.000	20
529 01-4	212	Zur Verfügung des Präsidenten/der Präsidentin des Niedersächsischen Landesamtes für Zentrale Soziale Aufgaben	—	3.000	3.000	—	3
535 01-4	212	Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	—	18.000	55.000	–37.000	12
535 02-2	212	Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	—	5.000	31.400	–26.400	1
536 01-0	290	Kosten für Beratungshilfen nach dem Nieders. Gesetz zur Ausführung der Insolvenzordnung * Übertragbar.	—	3.500.000	4.700.000	–1.200.000	440
537 01-7	212	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	1.500	1.500	—	—
538 01-3	212	Dienstleistungen Außenstehender * Gegenseitig deckungsfähig: 538 01 und 681 59.	—	10.150.000	10.700.000	–550.000	10.670
544 01-3	214	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluß des Haushaltsjahres	—	—	—	—	—
546 59-8	212	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	1.000	2.000	–1.000	1
646 01-0	212	Ersatz an Krankenkassen nach § 20 Bundesversorgungsgesetz und an andere öffentlich-rechtliche Leistungsträger * Übertragbar.	—	2.200.000	2.400.000	–200.000	2.123
646 02-9	212	Ersatz an Krankenkassen nach § 90 b Abs. 6 Bundesvertriebenengesetz	—	325.000	325.000	—	232
672 01-1	212	Erstattung an sonstige Stellen	—	40.000	80.000	–40.000	58
672 03-8	242	Erstattung von Verwaltungskosten an Versichertenverbände	—	50.000	93.500	–43.500	98
681 01-0	212	Schadensersatzleistungen und Unfallschädigungen	—	25.000	15.000	+10.000	20
681 59-2	212	Entschädigung der zur ärztlichen Untersuchung Vorgeladenen * Vgl. D-Vermerk zu 538 01.	—	208.000	260.000	–52.000	206
685 01-6	212	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1.000	1.000	—	1
685 21-0	112	Zuschuss an das Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen in Mainz	—	930.000	930.000	—	883
811 01-1	212	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	85.500	112.900	–27.400	131
812 13-1	212	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	170.000	—	+170.000	196
812 15-8	212	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	554.200	301.800	+252.400	291
812 35-2	212	Erwerb von ärztlichen Geräten und Laborgerät	—	11.000	57.800	–46.800	—
981 05-7	990	Abführung an 13 21 - 381 05	—	5.785.200	—	+5.785.200	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Ärztliche, zahnärztliche, pharmazeutische und lebensmittelrechtliche Prüfungen	(—)	(235.000)	(213.000)	(+22.000)	(208)
427 61-0	319	Prüfungsvergütungen	—	210.000	190.000	+20.000	189

ERLÄUTERUNGEN

Zu 526 01

1. (Amts)ärztliche und Röntgen-schirmbilduntersuchungen	80 000 DM
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	340 000 DM
3. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus	590 000 DM
4. Entschädigung der Landesärzte	120 000 DM
Zusammen	1 130 000 DM

Zu 2.: Unter anderem auch für Untersuchungen nach dem Arbeitssicherheitsgesetz.

Zu 4.: Landesärztlicher Dienst für Behinderte (10 Ärzte).

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	140 000 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für privateigene Kraftfahrzeuge	360 000 DM
Zusammen	500 000 DM

Bestand an anerkannten privaten Kraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	42	42	42

Zu 529 01

Zur Bestreitung von Aufwendungen für dienstliche Besucher aus besonderem Anlass.

Zu 535 01

Wartung von ärztlichen Instrumenten und Geräten sowie med.-technischen Anlagen.

Zu 535 02

Ersatz von ärztl. Instrumenten und Geräten sowie med.-techn. Anlagen

5 000 DM

Zu 536 01

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Beratungsvergütung der geeigneten Stellen im Sinne der §§ 2 Abs. 1 und 3 Abs. 1 Satz 1 Nds. Ausführungsgesetz zur Insolvenzordnung (Nds. AG InsO, Nds. GVBl. 31/1998, S. 710ff.) nach Maßgabe des § 5 Abs. 2 Nds. AG InsO sowie die Gebühren der Rechtsanwälte nach dem Beratungshilfegesetz für die Wahrnehmung der Beratungstätigkeit im Bereich der außergerichtlichen Insolvenzberatung gem. § 305 Abs. 1 Nr. 1 Insolvenzordnung (InsO).

Mehr infolge Verlagerung von Mitteln aus Kap. 11 04 Titel 536 18 für die Kosten der Beratungshilfe der Rechtsanwälte.

Zu 538 01

- Gutachten, Befundberichte und Stellungnahmen nach der BVG und dem SchwbG.
- Durchführung der orthopädischen Sprechstage durch außenstehende Fachärzte/-innen.

Zu 646 01

Den Krankenkassen sind für die Erbringung von Leistungen nach § 18 c BVG 3,25 v. H. Verwaltungskosten zu erstatten. Basis ist die nach §§ 19, 20 Abs. 1 BVG jährlich festgesetzte pauschale Erstattung.

Zu 646 02

Als Ersatz für Verwaltungskosten erhalten die Krankenkassen 8 v. H. ihres Aufwands für Leistungen bei Krankheit an Heimkehrer p.p.

Zu 672 01

Beiträge zu den Verwaltungskosten der Arbeitsgemeinschaften

1. der Hauptfürsorgestellen	1 600 DM
2. der überörtlichen Träger der Sozialhilfe	21 900 DM
3. der Bundesarbeitsgemeinschaft für Nichtsesshaftenfürsorge	8 500 DM
4. Beitrag zu den Verwaltungskosten der Zentralstelle Schweiz beim Landeswohlfahrtsverband Baden (Sozialhilfe für Deutsche im Ausland)	8 000 DM
Zusammen	40 000 DM

Zu 672 03

Erstattung von Verwaltungskosten für die Durchführung von Ver-sehrtenleibesübungen an die Ver-sehrten-sportverbände gemäß § 11 a Bundesversorgungsgesetz.

Zu 681 01

a) Schadensersatzleistungen für 3 ehemalige Be-dienstete bzw. deren Hinterbliebene des früheren BFW in Bad Pyrmont	rd. =	10 000 DM
b) Andere Schadensersatzleistungen an Bedienstete (z. B. Kfz-Schäden)	rd. =	15 000 DM
Zusammen		25 000 DM

Zu 681 59

Zur Abgeltung der entstandenen Reisekosten und des entstandenen Verdienstaufschlags der zur ärztlichen Untersuchung vorgeladenen Be-schäftigten.

Zu 685 01

Mitgliedsbeitrag an die Vereinigung für die Rehabilitation Behinderter	1 000 DM
Zusammen	1 000 DM

Zu 685 21

Die anderweitig nicht gedeckten Kosten der Einrichtung und der Unterhaltung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen tragen nach Art. 11 des Länderabkommens vom 14. 10. 1970 i. d. F. vom 17. 6. 1993 (siehe allgemeine Erläuterungen) die Länder. Der Fehlbetrag des Instituts wird für 2001 auf 10 081 200 DM geschätzt. In dieser Höhe benötigt das Institut Länderzuweisungen. Das Land Niedersachsen hat nach dem „Königsteiner Schlüssel“ für 2000 rd. 9,10 % = rd. 930 000 DM zu übernehmen.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Instituts f. medizinische u. pharmazeutische Prüfungsfragen

	Betrag für 2001 (Entwurf) DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	10 771 000	10 531 600	9 429 700
Einnahmen	689 800	511 100	364 400
Mithin Fehlbetrag	10 081 200	10 020 500	9 065 300
Der Fehlbetrag 2001 soll gedeckt werden durch:			
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers			— DM
b) das Land mit			930 000 DM
c) den Bund mit			— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit (andere Länder)			9 151 200 DM
e) Private			— DM
Zusammen			10 081 200 DM

Zu 811 01

Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. DM	Sonderaus- stattung u. a. DM
Ersatzbeschaffungen:		
2 Pkw*)	74 600	10 900
	85 500	

*) 1 Pkw für das Versorgungsamt Hannover (Sonderausstattung: Radio, Nebelscheinwerfer, ComfortLine, Klimaanlage)
1 Pkw Kombi für das Versorgungsamt Hannover (Sonderausstat-tung: Radio, 2. Sitzbankreihe, Nebelscheinwerfer, Sitze im Fond mit Lendenwirbelstütze, Wärmeschutzverglasung)

 ERLÄUTERUNGEN

Zu 812 15

IuK-Dienstzimmerausstattung	165 400 DM
IuK-Arbeitstische	300 000 DM
2 Frankiermaschinen	24 800 DM
1 Papierbohrmaschine	20 200 DM
1 Meng-Maschine (Kantine NLZSA)	15 000 DM
1 Convectomat (Kantine NLZSA)	28 800 DM
Zusammen	554 200 DM

Zu 812 35

1 Laborphotometer	11 000 DM
Zusammen	11 000 DM

Zu Titelgruppe 61

Prüfungsvergütungen, die den Mitgliedern und Sekretären/-innen der Prüfungsausschüsse nach Maßgabe der jeweiligen Prüfungsordnung zustehen, und mit den Prüfungen verbundene sächliche Verwaltungsausgaben.

Außerdem werden den bei den schriftlichen Prüfungen tätigen Aufsichtspersonen Vergütungen gewährt.

Entwicklung der Zahl der Prüfungsteilnehmer:

Jahr		Teilnehmer			
		1)	2)	3)	zus.
1997	Ist	3 501	466	144	4 111
1998	Ist	3 581	538	140	4 259
1999	Ist	3 643	496	152	4 291
2000	ca.	3 700	500	160	4 360
2001	ca.	3 600	500	150	4 250

1) = Humanmedizin

2) = Pharmazie

3) = Zahnmedizin.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
527 61-5	319	Reisekosten	—	5.000	5.000	—	—
547 61-6	319	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	20.000	18.000	+2.000	18
TGr. 63		Aus- und Fortbildung der Bediensteten * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 251 01.	(—)	(500.200)	(460.000)	(+40.200)	(459)
427 63-7	212	Entschädigungen an nebenamtliche Lehr- kräfte	—	44.000	74.600	–30.600	112
453 63-8	212	Trennungsgeld für Lehrgangsteilnehmer	—	—	—	—	—
524 63-2	212	Lehr- und Lernmittel	—	22.000	3.000	+19.000	46
525 63-9	212	Reisekosten für Lehrkräfte und Lehrgangs- teilnehmer	—	90.000	103.300	–13.300	88
533 63-1	212	Kosten von Eignungsprüfungen für Laufbahnbewerber	—	6.200	6.200	—	1
538 63-3	212	Dienstleistungen Außenstehender	—	300.000	270.800	+29.200	161
547 63-2	212	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	38.000	2.100	+35.900	51
TGr. 64		Fortbildung der Ärzte, Zahnärzte und des ärztlichen Hilfspersonals	(—)	(—)	(30.300)	(–30.300)	(20)
427 64-5	212	Entschädigung für Dozenten	—	—	—	—	—
524 64-0	212	Unterrichtsmaterial	—	—	5.500	–5.500	4
527 64-0	212	Reisekosten für Dozenten sowie für Teil- nehmer an Lehrgängen, Kongressen und Tagungen	—	—	19.800	–19.800	15
547 64-0	212	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	5.000	–5.000	1
TGr. 65/66		Leistungen nach dem OEG ***Überzahlungen aus Vorjahren sind abweichend von § 35 LHO durch Absetzung von der Ausgabe zu vereinnahmen.	(—)	(20.056.300)	(15.040.000)	(+5.016.300)	(17.572)
641 65-5	290	Erstattungen gem. § 5 Abs. 2 an den Bund * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 7,5 v.H. der Isteinnahmen bei 119 65.	—	56.300	40.000	+16.300	40
641 66-3	290	Erstattung von Beiträgen gem. § 22 BVG (Landesanteil) an den Bund	—	—	—	—	6
681 65-7	290	Geldleistungen	—	13.000.000	8.000.000	+5.000.000	10.054
681 66-5	290	Sachleistungen	—	7.000.000	7.000.000	—	7.471
TGr. 68/69		Leistungen nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz - VwRehaG -	(—)	(40.000)	(40.000)	(—)	(3)
681 68-1	290	Geldleistungen	—	20.000	20.000	—	3
681 69-0	290	Sachleistungen	—	20.000	20.000	—	—
TGr. 99		Aufwendungen für Informations- und Kommunikationstechnik	(—)	(6.542.500)	(2.917.000)	(+3.625.500)	(4.062)
511 99-9	212	Geschäftsbedarf	—	125.000	108.000	+17.000	124
512 99-5	212	Bücher und Zeitschriften	—	7.000	7.000	—	1
513 99-1	212	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	90.000	–90.000	5
515 99-4	212	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	1.090.000	548.000	+542.000	432
518 99-3	212	Mieten und Pachten	—	—	—	—	4
519 99-0	212	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der besonderen Betriebseinrichtungen	—	580.000	528.200	+51.800	539

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 63

Hier sind die Kosten für die Aus- und Fortbildung des Verwaltungspersonals sowie für die Fortbildung der Ärzte/-innen pp. veranschlagt.

Es werden u. a. durchgeführt:

Ausbildungslehrgänge im Rahmen der Ausbildungspläne für den Beamten- und Angestelltennachwuchs, Ausbildungslehrgänge für Angestellte, Fortbildungslehrgänge für das Verwaltungspersonal, Fortbildungsmaßnahmen für Ärzte/-innen pp.

Zu 427 63

Die Höhe der hier veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte/-innen, Richter/-innen und Angestellte richtet sich nach den auf Grund des Runderlasses des MF vom 13. 4. 1966 (Nds. MBl. S. 319), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 75 DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu Titelgruppe 65/66

Leistungen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten vom 11. 5. 1976 (BGBl. I S. 1181) i. d. F. v. 21. 7. 1993 (BGBl. I S. 1262). Der Bund trägt gemäß § 4 des Gesetzes 40 v. H. der Geldleistungen.

Vgl. Tit. 241 65.

Mehr insbesondere infolge Erweiterung des anspruchsberechtigten Personenkreises.

Zu 641 65

Einnahmen aus Schadenersatzansprüchen (vgl. Titel 119 65) werden gem. § 5 Abs. 2 OEG zu 7,5 v. H. an den Bund abgeführt (im Vorgriff auf die geplante Änderung des § 5 Abs. 2 OEG).

Zu 681 65

Geldleistungen in Fällen des § 4 Abs. 1 Satz 1 OEG.

Zu 681 66

Leistungen in Fällen des § 4 Abs. 1 Satz 1 OEG, die nicht Geldleistungen sind.

Zu Titelgruppe 68/69

Leistungen nach dem verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz vom 1. 7. 1997 (BGBl. I S. 1609). Der Bund trägt gem. § 17 des Gesetzes 60 v. H. der Geldleistungen (vgl. Einnahmetitel 241 68).

Zu 681 68

Geldleistungen in Fällen des § 3 Abs. 1 S. 1 VwRehaG.

Zu 681 69

Leistungen in Fällen des § 3 Abs. 1 S. 1 VwRehaG, die nicht Geldleistungen sind.

Zu Titelgruppe 99

A) Mit Hilfe von Anlagen der Informations- und Kommunikationstechnik beim NLZSA und den Versorgungsämtern werden insbesondere folgende Aufgaben ausgeführt:

- a) Dokumentation und Auswertung von Haushaltsdaten für Heime und Einrichtungen der Sozialhilfe incl. Bearbeitung der Selbstkostenblätter, Pflegesatzermittlung.
- b) Erstellung von Grundanerkennnissen im Rahmen der Heranziehungs-Verordnungen BSHG und KOF.
- c) Dokumentation und Auswertung von Daten im Rahmen der Heranziehungsverordnungen BSHG und KOF oder von Verwaltungsvereinbarungen mit den herangezogenen Gebietskörperschaften.
- d) Textverarbeitung im Zentralen Schreibdienst für alle Bereiche des NLZSA.
- e) Haushaltsmittelbewirtschaftung
- f) für den Bereich des Schwerbehindertenrechtes:
 - Kündigung und Kündigungsschutzstatistik
 - Verwendung der Ausgleichsabgabe einschließlich Statistik
 - Schulung nach dem SchwbG einschließlich Statistik
 - Psychosoziale Dienste einschließlich Statistik
 - begleitende Hilfen einschließlich Statistik
 - Dokumentation technischer Hilfsmittel
 - § 53 REHA-Statistik
 - Bearbeitung der Anträge nach dem SchwbG und Pflege des Datenbestandes
- g) Sachbearbeitung des BVG sowie der Anhangsgesetze zum BVG mit PROSID,
- h) Abwicklung der Beschaffungen des PBHH beim Versorgungsamt Hannover für die bundesweite orthopädische Versorgung (einschl. Rechnungsstellung),
- i) Abwicklung der Prüfungen im Rahmen der Zuständigkeiten des Versorgungsamtes Hannover (vgl. Allgemeine Erläuterungen zu Kap. 05 20 Buchst. C).

Zu 511 99

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	8 000 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	115 000 DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	2 000 DM
Zusammen	125 000 DM

Zu 512 99

Fachbücher, Zeitschriften für Daten- und Textverarbeitung.

Zu 515 99

Ersatz- und Ergänzungsbedarf, insbesondere für Bildschirme, Drucker.

Zu 519 99

Insbesondere Wartungskosten.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0520 Zentrale Soziale Aufgaben

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
522 99-0	212	Ausdruckpapier und sonstiges Verbrauchs- material	—	119.000	73.000	+46.000	118
525 99-0	212	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	250.000	77.000	+173.000	170
527 99-2	212	Reisekostenvergütungen	—	8.500	8.500	—	1
538 99-4	212	Dienstleistungen Außenstehender	—	2.400.000	718.600	+1.681.400	1.482
812 99-9	212	Erwerb von Geräten, Ausrüstungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	1.963.000	758.700	+1.204.300	1.186
Abschluss Kapitel 05 20							
1 Eigene Einnahmen				2.632.400	1.512.500	+1.119.900	
2 Übertragungseinnahmen				5.638.000	3.507.000	+2.131.000	
Summe der Einnahmen				8.270.400	5.019.500	+3.250.900	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	90.399.500	98.974.200	–8.574.700	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	26.761.600	25.877.600	+884.000	
6 Übertragungsausgaben			—	23.875.300	19.184.500	+4.690.800	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	2.783.700	1.231.200	+1.552.500	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	5.785.200	—	+5.785.200	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	149.605.300	145.267.500	+4.337.800	
Zuschuss				141.334.900	140.248.000	+1.086.900	
Nachrichtlich:							
Anteil an den Versorgungsausgaben				9.963.100	9.166.200		
Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil				159.568.400	154.433.700		
Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil				151.298.000	149.414.200		

 ERLÄUTERUNGEN

Zu 522 99

Verbrauchsmittel der „maschinellen Aufbereitung“.

Durch die eingesetzten Laserdrucker werden jährlich erhebliche Mittel für die Beschaffung von Laserdruckpapier und Ersatztonern benötigt.

Zu 525 99

IuK-Ausbildungsmaßnahmen	120 000 DM
IZN-Schulungen	130 000 DM
Zusammen	<u>250 000 DM</u>

Zu 527 99

Reisekosten allgemein	8 500 DM

Zu 538 99

Erwerb und Weiterentwicklung von Programmen, Verfahrens- und Programmpflege, Inanspruchnahme von Leistungen des IZN.

Zu 812 99

Umsetzung der Zielvereinbarung:

100 PC-Arbeitsplätze inkl. Drucker/ Druckeranbindung	500 000 DM
5 Windows NT-Server	105 000 DM
Softwarebeschaffung für neue Projekte	495 000 DM
Ausbau des Datensicherungssystems	24 000 DM
7 brandgeschützte Datenschränke	139 000 DM
Softwarekosten für die Einführung von PROSID	350 000 DM
6 Server für die Einführung von PROSID	350 000 DM
Zusammen	<u>1 963 000 DM</u>

Übersicht

über die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen
des Sondervermögens „Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz“
– Kapitel 50 51 – gemäß § 26 Abs. 2 LHO

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
 Kapitel 5051 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7
E I N N A H M E N						
111 01	Ausgleichsabgabe von privaten Arbeitgebern		68.000.000	—	+68.000.000	—
111 02	Ausgleichsabgabe von Arbeitgebern der öffentlichen Hand außer vom Land		4.200.000	—	+4.200.000	—
112 01	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		300.000	—	+300.000	—
119 02	Rückzahlung widerrufener Leistungen; Erstattung von Vorsteuern; Erstattung von anderen Trägern		2.000.000	—	+2.000.000	—
162 03	Zinsen für Darlehen nach §§ 15, 20, 21, 22 und 26 SchwbAV		170.000	—	+170.000	—
162 04	Zinsen für Darlehen nach § 30 SchwbAV		1.700.000	—	+1.700.000	—
162 05	Zinsen für Geldanlagen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe nach dem SchwbG		3.000.000	—	+3.000.000	—
182 03	Rückflüsse aus Darlehen nach §§ 15, 20, 21, 22 und 26 SchwbAV		2.400.000	—	+2.400.000	—
182 04	Rückflüsse aus Darlehen nach § 30 SchwbAV		2.700.000	—	+2.700.000	—
242 02	Ausgleichsleistungen von anderen Hauptfürsorgestellen		7.500.000	—	+7.500.000	—
243 01	Zinsen für Darlehen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe nach dem SchwbG (Erstattungen von örtlichen Trägern)		—	—	—	—
251 01	Zuweisung Ausgleichsabgabe Land		7.500.000	—	+7.500.000	—
251 02	Sonstige Zuweisungen aus dem Einzelplan 13		—	—	—	—
331 01	Rückflüsse aus Darlehen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe nach dem SchwbG (Erstattungen von den örtlichen Trägern)		1.300	—	+1.300	—
333 01	Rückflüsse aus Darlehen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe nach dem SchwbG (Erstattungen von örtlichen Trägern)		—	—	—	—
A U S G A B E N						
684 01	Ausgleichsleistungen an andere Hauptfürsorgestellen ***Übertragbar Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen zuzüglich etwaiger Ausgabereste aus Vorjahren. Die Ausgaben innerhalb des Sondervermögens sind gegenseitig deckungsfähig.	—	—	—	—	—
684 02	Abführung an den Ausgleichsfonds für überregional finanzierte Maßnahmen zur Eingliederung Schwerbehinderter beim BMA ***Übertragbar Ausgaben dürfen bis zu 45 v.H. der Einnahmen bei den Titeln 111 01, 111 02 und 381 01 zuzüglich etwaiger Ausgabereste aus den Vorjahren geleistet werden.	—	35.865.000	—	+35.865.000	—
684 03	Zuschüsse nach §§ 27 und 28 SchwbAV ***Übertragbar Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen zuzüglich etwaiger Ausgabereste aus Vorjahren. Die Ausgaben innerhalb des Sondervermögens sind gegenseitig deckungsfähig. Anstelle der Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen bei Bedarf Mehrausgaben in Höhe der ausgetragenen Verpflichtungsermächtigung geleistet werden. Die Verpflichtungsermächtigung kann für alle Ausgabetitel in Anspruch genommen werden.	50.000.000	14.500.000	—	+14.500.000	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 50 51**Allgemeine Erläuterungen**

Mit Wirkung vom 1. 1. 2001 sind die Mittel der Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz (SchwbG) in ein Sondervermögen „Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz“ überführt worden (Art. Haushaltsbegleitgesetz 2001).

Das Sondervermögen wird von der Hauptfürsorgestelle beim Nds. Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben verwaltet (siehe auch allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 05 20, D).

Die Mittel der Ausgleichsabgabe nach dem SchwbG waren bisher in Einnahme und Ausgabe bei Kapitel 05 36 veranschlagt.

Zu 111 01, 111 02 und 251 01

Gemäß § 5 Abs. 1 und 2 i. V. mit § 11 Abs. 1 und 2 des SchwbG i. d. F. vom 26. 8. 1986 (BGBl. I S. 1421) haben private Arbeitgeber und Arbeitgeber der öffentlichen Hand, solange sie die vorgeschriebene Zahl Schwerbehinderter nicht beschäftigen, für jeden unbesetzten Pflichtplatz mtl. eine Ausgleichsabgabe zu entrichten. Die Ausgleichsabgabe beträgt je Monat und unbesetzten Pflichtplatz 200 DM. Für die Verpflichtung, je Monat und unbesetzten Pflichtplatz 200 DM als Ausgleichsabgabe zu entrichten, gilt das Land als ein Arbeitgeber (§ 11 Abs. 7 SchwbG).

Zu 112 01

Säumniszuschläge nach § 11 Abs. 2 und Geldbußen gem. § 68 Abs. 1, 2 und 5 SchwbG.

Zu 119 02, 162 03, 162 04, 162 05, 182 03, 182 04, 242 02, 243 01 und 333 01

Die Rückflüsse aus den aus Mitteln der Ausgleichsabgabe gewährten Darlehen sind ebenso wie die bei der Hauptfürsorgestelle verbleibenden Mittel der Ausgleichsabgabe aufgrund des SchwbG's i. d. F. vom 26. 8. 1986 (BGBl. I S. 1421) gesondert zu verwalten (§ 11 Abs. 5 SchwbG). Die Zinseinnahmen und Tilgungen aus diesen Darlehen sowie Zinseinnahmen für Geldanlagen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe nach dem SchwbG werden ebenfalls der zweckgebundenen Verwendung wieder zugeführt.

Voraussichtliches Aufkommen nach den Zins- und Tilgungsplänen.

Zwischen den HFSt. wird nach Maßgabe des § 11 Abs. 4 SchwbG ggf. ein Ausgleich durchgeführt.

Zu 684 02

Gem. § 11 Abs. 4 und 12 Abs. 1 SchwbG sind 45 v. H. des Aufkommens an Ausgleichsabgabe an den „Ausgleichsfonds für überregionale Maßnahmen zur Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft“ beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung weiterzuleiten.

45 v. H. der geschätzten Einnahmen bei den Titeln 111 01, 111 02 und 251 01 in Höhe von 79 700 000 DM ergeben = 35 865 000 DM

Zu 684 01, 684 02 bis 892 01

Der dem Lande gem. § 11 Abs. 4 SchwbG verbleibende Anteil der Ausgleichsabgabe = 55 v. H. von 79 700 000 DM

= 43 835 000 DM

wird zusammen mit dem voraussichtlichen Aufkommen an Zinsen und Tilgungen von Darlehen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe bei Tit. 162 03, 162 04, 182 03, 182 04, 243 01, 333 01 und Einnahmen bei 119 02 in Höhe von voraussichtlich

= 8 971 300 DM

sowie den Zinseinnahmen aus der Anlage von Mitteln der Ausgleichsabgabe bei 162 05

= 3 000 000 DM

und ggf. Ausgleichsleistungen von anderen HFSt bei Tit. 242 02 sowie Säumniszuschläge und Geld-

bußen bei Tit. 112 01 = 7 800 000 DM

Insgesamt = 63 606 300 DM

zweckgebunden verwendet.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	50 000 000	—	50 000 000
2002	—	50 000 000	50 000 000
Summe	50 000 000	50 000 000	100 000 000

Zu 684 03

1. Leistungen an Arbeitgeber für besondere Belastungen bei Beschäftigung Schwerbehinderter und
2. Leistungen an freie gemeinnützige Träger psychosozialer Dienste.

Zu 684 04 und 863 01

1. Aufwendungen zur Beschaffung und Erhaltung einer Wohnung sowie zum Erreichen des Arbeitsplatzes. Hierunter fällt auch das Betreute Wohnen von Schwerbehinderten, soweit die Beschaffung und Erhaltung des Wohnraumes mit ihrer beruflichen Eingliederung in Zusammenhang steht.
2. Aufwendungen für Hilfen zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit Schwerbehinderter.
3. Geldleistungen an Arbeitgeber. Hierunter fallen auch Leistungen an Arbeitgeber für die Einstellung schwerbehinderter jugendlicher Arbeitsloser.

Es werden Zuschüsse und Darlehen gewährt.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 5051 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7
684 04	Zuschüsse nach §§ 14 Abs. 1 Nr.4, 15, 16 und 19 bis 26 und 29 SchwbAV ***Übertragbar <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen zuzüglich etwaiger Ausgabereste aus Vorjahren. Die Ausgaben innerhalb des Sondervermögens sind gegenseitig deckungsfähig.</i>	—	35.506.300	—	+35.506.300	—
863 01	Darlehen nach §§ 15, 20 bis 22 und 26 SchwbAV ***Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen zuzüglich etwaiger Ausgabereste aus Vorjahren. <i>Die Ausgaben innerhalb des Sondervermögens sind gegenseitig deckungsfähig.</i>	—	1.000.000	—	+1.000.000	—
863 02	Darlehen nach § 30 SchwbAV ***Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen zuzüglich etwaiger Ausgabereste aus Vorjahren. <i>Die Ausgaben innerhalb des Sondervermögens sind gegenseitig deckungsfähig.</i>	—	7.500.000	—	+7.500.000	—
883 01	Darlehen im Rahmen der nachgehenden Hilfe im Arbeitsleben (Zuweisung an die örtlichen Träger) ***Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen zuzüglich etwaiger Ausgabereste aus Vorjahren. <i>Die Ausgaben innerhalb des Sondervermögens sind gegenseitig deckungsfähig.</i>	—	—	—	—	—
892 01	Zuschüsse nach § 30 SchwbAV ***Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen zuzüglich etwaiger Ausgabereste aus Vorjahren. <i>Die Ausgaben innerhalb des Sondervermögens sind gegenseitig deckungsfähig.</i>	—	5.100.000	—	+5.100.000	—
Abschluss Kapitel 50 51						
1 Eigene Einnahmen			84.470.000	—	+84.470.000	
2 Übertragungseinnahmen			15.000.000	—	+15.000.000	
3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen			1.300	—	+1.300	
Summe der Einnahmen			99.471.300	—	+99.471.300	
6 Übertragungsausgaben		50.000.000	85.871.300	—	+85.871.300	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		—	13.600.000	—	+13.600.000	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben		50.000.000	99.471.300	—	+99.471.300	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 863 02 und 892 01

Gefördert werden sollen insbesondere Werkstätten für Behinderte und sonstige Rehabilitationseinrichtungen sowie sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in Werkstätten für Behinderte.

Zu 883 01

Die örtlichen Träger und anderen Gebietskörperschaften haben in dem Umfang, in dem sie zu Aufgaben des überörtlichen Trägers herangezogen sind, auch Darlehen im Rahmen der nachgehenden Hilfe im Arbeitsleben nach dem Schwerbehindertengesetz zu gewähren sowie die darauf entfallenden Zins- und Tilgungsbeträge zu erheben und mit dem Land abzurechnen (vgl. Erl. zu Tit. 243 01 und 333 01).

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0521 Landeskrankenhäuser

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 41-3	312	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	—
119 51-0	312	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
121 02-7	312	Ablieferungen der kaufmännisch geführten landeseigenen Krankenhäuser		1.400.000	2.302.000	–902.000	4.047
		A U S G A B E N					
422 01-9	312	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	—	—	—	—
422 19-1	312	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-8	312	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
426 01-4	312	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	—
682 01-0	312	Zuführungen an die Landeskrankenhäuser für laufende Zwecke	—	35.143.500	110.000	+35.033.500	30
682 39-8	312	Zuschüsse an Landesbetriebe für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
891 01-9	312	Zuführungen an die Landeskrankenhäuser für Investitionen	—	—	—	—	—
981 01-8	990	Abführung an 2042 - 381 01	—	200.000	1.252.000	–1.052.000	1.452
		Abschluss Kapitel 05 21					
		1 Eigene Einnahmen		1.400.000	2.302.000	–902.000	
		Summe der Einnahmen		1.400.000	2.302.000	–902.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	
		6 Übertragungsausgaben	—	35.143.500	110.000	+35.033.500	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	200.000	1.252.000	–1.052.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	35.343.500	1.362.000	+33.981.500	
		Zuschuss		33.943.500		+34.883.500	
		Überschuss			940.000		

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 05 21

Es sind folgende Landeskrankenhäuser vorhanden:

– Psychiatrische Krankenhäuser in Göttingen, Hildesheim, Königslutter, Lüneburg, Moringen, Osnabrück, Wehnen und Wunstorf

– Fachklinik für straffällige drogenabhängige Frauen und Männer als Entziehungsanstalt gem. §§ 7, 93 a des Jugendgerichtsgesetzes und § 64 des Strafgesetzbuches in Brauel (bisher Kap. 05 24).

– Krankenhaus für Psychiatrie und Psychotherapie Tiefenbrunn in Rosdorf (bisher Kap. 0527).

Die Kostendeckung der Landeskrankenhäuser wird nach den Regeln der kaufmännischen Buchführung überwacht. Zuführungen sind bei 682 01 und 891 01 nachzuweisen. Wirtschaftspläne mit den Übersichten über die Stellen der Angestellten und Arbeiter sind diesem Kapitel als Anlagen 1 bis 10 beigefügt.

Die Pflegesätze (§ 13 BPfLV) werden auf der Grundlage des Budgets (§ 12 BPfLV) für jedes Landeskrankenhaus ermittelt. Die Entgelte für die Forensik sowie für Heim- und Pflegebereiche werden nach den dafür geltenden Grundsätzen festgelegt.

Wahlleistungen nach § 22 BPfLV werden angeboten.

Krankenhausbetten – insgesamt –

Krankenhausbetten in	2001	2000
Brauel	76	76
Göttingen	430	450
Hildesheim	461	496
Königslutter	510	528
Lüneburg	546	514
Moringen	300	300
Osnabrück	446	456
Tiefenbrunn	176	176
Wehnen	425	466
Wunstorf	520	560
Summe	3 890	4 022

davon KHG-Betten

KHG-Betten in	2001	2000*)
Brauel	—	—
Göttingen	360	360
Hildesheim	461	461
Königslutter	510	510
Lüneburg	456	456
Moringen	—	—
Osnabrück	410	410
Tiefenbrunn	176	176
Wehnen	425	425
Wunstorf	465	465
Summe	3 263	3 263

*) Bettenzahlen gegenüber HP 1999/2000 aktualisiert (Stand 1. 1. 2000).

davon Maßregelvollzugsbetten

Maßregelvollzugsbetten in	2001	2000
Brauel	76 (96)	76
Göttingen	70 (96)	80
Hildesheim	— (35)	18
Königslutter	— (45)	18
Lüneburg	90 (85)	64
Moringen	300 (295)	300
Osnabrück	36 (46)	36
Tiefenbrunn	— (—)	—
Wehnen	— (60)	46
Wunstorf	55 (123)	80
Summe	627 (881)	718

Insgesamt werden in den Landeskrankenhäusern 881 forensische Patienten behandelt (davon 60 einstweilig untergebrachte Patienten). Die jeweilige Patientenzahl ist in Klammern angegeben.

Zusätzliche Plätze in Heimbereichen u. ä.

Krankenhaus	2001	2000
Lüneburg	136	136
Osnabrück	40	40
Summe	176	176

Zu 121 02

Die Nieders. Landeskrankenhäuser werden als rechtlich unselbstständige abgesonderte Teile der Landesverwaltung nach § 26 LHO selbstbewirtschaftet.

Ablieferungen werden hier vereinnahmt, und zwar

LKH Lüneburg	200 000 DM
LKH Moringen	1 200 000 DM
Zusammen	1 400 000 DM

Zu 682 01

Zum Ausgleich nicht gedeckter Betriebskosten auch aus vorangegangenen Geschäftsjahren.

Die nicht gedeckten Betriebskosten werden durch den testierten Jahresabschluss festgestellt.

Mitveranschlagt sind Zuschüsse von 30 000 DM zu den laufenden Kosten der Kindertagesstätte im Landeskrankenhaus Königslutter und 220 000 DM für 11 Auszubildende in Kammerberufen in den Landeskrankenhäusern Göttingen (2), Hildesheim (2), Königslutter (5), Lüneburg (1) und Osnabrück (1).

Zu 981 01

Abführungen in Höhe der für Baumaßnahmen der LKH Lüneburg im Epl. 20 entstandenen Aufwendungen.

**Wirtschaftsplan für das
Landeskrankenhaus Brauel**
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)
für das Geschäftsjahr 2001

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MFAS im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Landeskrankenhäuser vom 30. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 299).

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

KGr.	Aufwendungen	2001 DM	2000 DM	Ist 1999 DM	KGr.	Erträge	2001 DM	2000 DM	Ist 1999 DM
	Personalaufwendungen				40	Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	12 470 700	11 538 600	—
60	Löhne und Gehälter	7 629 100	6 945 700	—	41	Erlöse aus Wahlleistungen	—	—	—
61	Gesetzliche Sozialabgaben	1 456 800	1 318 800	—	42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	—	—	—
62	Aufwendungen für Altersversorgung	683 400	576 700	—	43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	1 000	1 000	—
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützungen	8 800	9 100	—	44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	30 000	30 000	—
64	Sonstige Personalaufwendungen	27 100	22 600	—	45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben; Notarztdienst	—	—	—
	Sachaufwendungen				47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	42 400	42 400	—
65	Lebensmittel und bezogene Leistungen	346 700	346 700	—	51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
66	Medizinischer Bedarf	809 600	809 600	—	55	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	214 700	214 700	—	57	Sonstige ordentliche Erträge	23 900	23 700	—
68	Wirtschaftsbedarf	46 100	46 100	—	59	Übrige Erträge	—	—	—
69	Verwaltungsbedarf	161 200	161 200	—					
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	134 800	134 800	—					
72	Instandhaltung	226 700	226 700	—					
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	15 600	15 600	—					
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	50 000	50 000	—					
76	Abschreibungen	80 000	80 000	—					
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	677 400	677 400	—					
79	Übrige Aufwendungen	—	—	—					
	Summe:	12 568 000	11 635 700	—		Summe:	12 568 000	11 635 700	—

Finanzplan (ohne Baumaßnahmen) für das Geschäftsjahr 2001

Finanzbedarf	2001 DM	2000 DM	Deckung	2001 DM	2000 DM
1. Kurzfristige Anlagegüter			1. Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG		
a) Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	170 000	200 000	a) für das laufende Geschäftsjahr	—	—
b) Mieten für Anlagegüter	—	—	b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	—	—
2. Sonstige Anlagegüter und aktivierungspflichtige kleine bauliche Maßnahmen	80 000	80 000	2. Fördermittel nach § 9 Abs. 1 Ziff. 1 KHG	—	—
3. Pacht und Miete für Grundstücke und bauliche Anlagen	—	—	3. Fördermittel nach § 9 Abs. 2 KHG	—	—
4. Abführungen an das Land	—	—	4. Abschreibungen		
5. Deckungsmittelvortrag	30 000	—	a) für das laufende Geschäftsjahr	80 000	80 000
			b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	—	—
			5. Zuführung für Anlagegüter	200 000	200 000
Summe:	280 000	280 000	Summe:	280 000	280 000

**Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Erfolgsplans
des Landeskrankenhauses Brauel für das Geschäftsjahr 2001**

Zu Gliederung und Inhalt der einzelnen Kontenklassen/Kontengruppen gilt grundsätzlich die Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und die Abgrenzungsverordnung (AbgrV).

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – 64

Das Istergebnis 1999 ist auf das Haushaltsjahr 2001 hochgerechnet worden. In den Löhnen für Arbeiter sind 252 300 DM für 7 ständige nicht vollbeschäftigte Kräfte – davon 5 Kräfte im Reinigungsdienst mit 180 200 DM – veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu KGr. 74

An Zinsen für Betriebsmittelvorschüsse sind 2 % über dem jeweiligen von der Deutschen Bundesbank bekannt gegebenen Basiszinssatz von ca. $\frac{1}{8}$ des Erfolgsplanvolumens veranschlagt.

Zu KGr. 76

Veranschlagt sind Abschreibungen für Anlagegüter für 76 nicht nach dem KHG geförderte Betten, für Wohnbauten sowie für gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AbgrV pflegesatzfähige wiederbeschaffte Gebrauchsgüter.

Zu KGr. 78

1. Sachaufwand Gebäudemiete	250 400 DM
2. Sachaufwand Fort- und Weiterbildung	22 100 DM
3. Andere sonstige Aufwendungen (Taschengeld, Weihnachts- und Bekleidungs- beihilfen, Bildungsmaßnahmen für Patienten)	204 900 DM
4. Abführungen für nicht durch Abschreibungen finanzierte Anlagegüter	200 000 DM
Zusammen	677 400 DM

B. Erträge**Zu KGr. 40**

Regelbehandlung gem. § 64 StGB wegen
Betäubungsmittelabhängigkeit
27 740 Berechnungstage je 449,56 DM

= 12 470 794,40 DM
rd. 12 470 700,00 DM

Zu KGr. 43

Ablieferungen aus Nebeneinnahmen der Ärzte.

Zu KGr. 44

1. Erstattungen des Personals für

– Unterkunft	10 000 DM
– Verpflegung	20 000 DM
– sonstige Leistungen	— DM

2. Erstattungen Fremder für

– Unterkunft	— DM
– Verpflegung	— DM
– sonstige Leistungen	— DM

Zusammen	<u>30 000 DM</u>

Zu KGr. 57

Erträge aus Vermietung und Verpachtung, Arbeits- und Beschäftigungstherapie, Werkstätten
sowie Skonti.

**Erläuterungen zum Finanzplan des Landeskrankenhauses Brauel
für das Geschäftsjahr 2001**

Folgende Investitionen übersteigen 50 000 DM im Einzelfall:

1. Kurzfristige Anlagegüter	— DM
2. Sonstige Anlagegüter	— DM

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		

*) 2 Praktikanten/-innen für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes
– TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. 3. 1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

Verg.-Gr. I b	1	von Verg.-Gr. IV b
Verg.-Gr. VI b	1	nach Lohn-Gr. 4
Verg.-Gr. VII	2	nach Lohn-Gr. 4 (1) und Lohn-Gr. 3 (1)
Verg.-Gr. Kr. V	1	von Verg.-Gr. IV b

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		

5	3	3	
4	7	5	
3	1	—	
	11	8	Zusammen

Umwandlungen:	Stellen	
Lohn-Gr. 3	1	von Verg.-Gr. VII
Lohn-Gr. 4	2	von Verg.-Gr. VI b (1) und Verg.-Gr. VII (1)

**Wirtschaftsplan für das
Landeskrankenhaus Göttingen**
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)
für das Geschäftsjahr 2001

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MFAS im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Landeskrankenhäuser vom 30. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 299).

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

KGr.	Aufwendungen	2001 DM	2000 DM	Ist 1999 DM
	Personalaufwendungen			
60	Löhne und Gehälter	38 931 900	37 907 600	36 463 800
61	Gesetzliche Sozialabgaben	7 471 900	7 182 600	6 998 700
62	Aufwendungen für Altersversorgung	3 311 600	2 778 100	3 100 800
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützungen	122 100	150 000	114 300
64	Sonstige Personalaufwendungen	249 200	249 200	234 100
	Sachaufwendungen			
65	Lebensmittel und bezogene Leistungen	1 852 600	1 852 600	1 706 000
66	Medizinischer Bedarf	2 488 500	2 488 500	2 185 800
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	1 832 500	1 904 500	1 343 200
68	Wirtschaftsbedarf	1 968 900	1 968 900	2 410 000
69	Verwaltungsbedarf	443 600	443 600	744 600
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	310 300	310 300	156 500
72	Instandhaltung	1 360 000	1 360 000	1 939 400
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	191 000	191 000	184 500
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	308 000	336 800	—
76	Abschreibungen	134 800	134 800	152 000
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	409 000	409 000	592 800
79	Übrige Aufwendungen	200 000	200 000	5 000
	Summe:	61 585 900	59 867 500	58 331 500

KGr.	Erträge	2001 DM	2000 DM	Ist 1999 DM
40	Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	59 460 800	57 683 300	58 426 500
41	Erlöse aus Wahlleistungen	—	—	—
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	704 800	516 900	757 000
43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	6 000	4 300	6 400
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	227 300	252 000	233 000
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben; Notarzdienst	440 000	459 000	397 700
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	90 800	130 800	—
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2 200	2 100	4 700
55	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	40 000	40 000	159 600
57	Sonstige ordentliche Erträge	454 000	579 100	471 400
59	Übrige Erträge	160 000	200 000	4 700
	Summe:	61 585 900	59 867 500	60 461 000

Finanzplan (ohne Baumaßnahmen) für das Geschäftsjahr 2001

Finanzbedarf	2001 DM	2000 DM
1. Kurzfristige Anlagegüter		
a) Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	875 000	860 400
b) Mieten für Anlagegüter	31 200	31 200
2. Kleine bauliche Maßnahmen (i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG)		
a) Aktivierungspflichtige Maßnahmen (Investitionen)	320 000	340 000
b) Nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	—	—
3. Pacht und Miete für Grundstücke und bauliche Anlagen	48 000	56 000
4. Deckungsmittelvortrag		
a) Fördermittel nach KHG	47 900	13 700
b) Abschreibungen	243 500	243 700
Summe:	1 565 600	1 545 000

Deckung	2001 DM	2000 DM
1. Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG		
a) für das laufende Geschäftsjahr	1 135 400	1 116 300
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	13 700	—
2. Fördermittel nach § 9 Abs. 1 Ziff. 1 KHG	—	—
3. Fördermittel nach § 9 Abs. 2 KHG	48 000	56 000
4. Abschreibungen		
a) für das laufende Geschäftsjahr	124 800	124 800
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	243 700	247 900
5. Überschussverwendung	—	—
6. Zuführung des Landes	—	—
Summe:	1 565 600	1 545 000

**Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Erfolgsplans
des Landeskrankenhauses Göttingen für das Geschäftsjahr 2001**

Zu Gliederung und Inhalt der einzelnen Kontenklassen/Kontengruppen gilt grundsätzlich die Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und die Abgrenzungsverordnung (AbgrV).

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – 64

Das Istergebnis 1999 ist auf das Geschäftsjahr 2001 hochgerechnet worden.

Zu KGr. 65

Veranschlagt ist der Lebensmittelaufwand.

Die Erstattungen des Personals und der Fremden für Verpflegung sind bei KGr. 44 veranschlagt.

Zu KGr. 74

An Zinsen für Betriebsmittelvorschüsse sind 2% über dem jeweiligen von der Deutschen Bundesbank bekannt gegebenen Basiszinssatz von ca. $\frac{1}{8}$ des Erfolgsplanvolumens veranschlagt.

Zu KGr. 76

Veranschlagt sind Abschreibungen für Anlagegüter für 70 nicht nach dem KHG geförderte Betten, für landeseigene Wohnbauten sowie für gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AbgrV pflegesatzfähige wiederbeschaffte Gebrauchsgüter.

Zu KGr. 78

1. Sachaufwand Ausbildungsstätten (Die Aufwendungen für das Ausbildungspersonal sind bei den KGr. 60 – 64 veranschlagt worden)	=	49 000 DM
2. Sachaufwand aus Fort- und Weiterbildung	=	120 000 DM
3. Andere sonstige Aufwendungen	=	240 000 DM
	Zusammen	409 000 DM

Zu KGr. 79

Es handelt sich um durchlaufende Posten, wie z.B. Taschengeld, Weihnachtsbeihilfen, Bekleidungsbeihilfen, Krankenhilfe außerhalb von Anstalten.

B. Erträge**Zu KGr. 40**

a) Allgem. Pflegesatz		
105 100 Berechnungstage je 403,80 DM	=	42 439 380,00 DM
b) Tagesklinik		
9 000 Berechnungstage je 179,00 DM	=	1 611 000,00 DM
c) Forensik		
Aufnahme/Intensivbehandlung im Maßregelvollzug		
11 315 Berechnungstage je 569,35 DM	=	6 442 195,25 DM
Regelbehandlung gem. § 63 StGB		
18 250 Berechnungstage je 384,03 DM	=	7 008 547,50 DM
Offener Maßregelvollzug		
2 555 Berechnungstage je 281,68 DM	=	719 692,40 DM
Allgemeinpsychiatrische Behandlung gem. § 63 StGB		
2 555 Berechnungstage je 424,67 DM	=	1 085 031,85 DM
Sonstige forensische Unterbringungen		
365 Berechnungstage je 424,67 DM	=	155 004,55 DM
Zwischensumme Forensik		= 15 410 471,55 DM
	Zusammen	59 460 851,55 DM
	rd.	59 460 800,00 DM

Zu KGr. 42

Erträge der Institutsambulanz		
1 800 Fälle x 391,60 DM	=	704 880 DM
	rd.	704 800 DM

Zu KGr. 43

Ablieferungen aus Nebeneinnahmen der Ärzte.

Zu KGr. 44

1. Erstattungen des Personals für		
– Unterkunft	=	60 100 DM
– Verpflegung	=	61 000 DM
– sonstige Leistungen	=	81 500 DM
2. Erstattungen Fremder für		
– Unterkunft	=	4 700 DM
– Verpflegung	=	20 000 DM
– sonstige Leistungen	=	— DM
	Zusammen	227 300 DM

Zu KGr. 45

Erträge durch die Versorgung der Jugendanstalt Leineberg mit Wärme und Wasser.

Zu KGr. 47

a) Zu Lasten des Landes Niedersachsen gehende Aufwendungen für nicht gedeckte Kosten des Personalwohnheims, die aus Überschussvorträgen finanziert werden	=	50 800 DM
b) Für zusätzliche Ausbildungsplätze aus Landesmitteln	=	40 000 DM
	Zusammen	90 800 DM

Zu KGr. 57

Erträge aus Vermietung und Verpachtung, Werkstätten, der Gärtnerei, Arbeits- und Beschäftigungstherapie, Rückvergütungen für Ersatzdienstleistende und für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie Skonti und Erstattungen aus Fort- und Weiterbildung		454 000 DM

Zu KGr. 59

Es handelt sich um durchlaufende Posten (s. Erläuterungen zu KGr. 79).

**Erläuterungen zum Finanzplan des Landeskrankenhauses Göttingen
für das Geschäftsjahr 2001**

Folgende Investitionen übersteigen 50 000 DM im Einzelfall:

1. Kurzfristige Anlagegüter (Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände) Röntengenerator	— DM
2. Kleine bauliche Maßnahmen i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG (Aktivierungspflichtige Maßnahmen)	— DM

**Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60 – 62 des Wirtschaftsplans 2001 des Landeskrankenhauses Göttingen
(Übersicht über die Stellen der Beamteten Hilfskräfte, Angestellten und Arbeiter)**

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Beamtete Hilfskräfte				
A 13	—	2	Rat/Rätin z.A.	1) 10% der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden.
	—	2	Zusammen	2) Für je 7 fehlende Schüler/-innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflagedienst nach Verg.-Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.-Gr. zusätzlich beschäftigt werden.
Angestellte¹⁰⁾				
I a	2	2		3) 3 (3) Stellen können bei Bedarf mit je 2,5 Ärzten/-innen im Praktikum besetzt werden.
I b ⁴⁾	12	7		4) 2 Stellen kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.
II a ³⁾	33	36		5) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
IV a	5	3		6) 29 (22) kw.
IV b	19	21		7) 1 Stelleninhaber ist für die Dauer seiner Tätigkeit als Sporttherapeut und Sportpädagoge übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert.
V b	1	1		8) 5% der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden.
V c ⁷⁾	43	44		9) 2 (–) Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.
VI b ⁹⁾	10	10		10) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
VII	6	6		
VIII	7	7		
IX b–VII	7	7		
Sondervergütungen*)	4	4		
Kr. VIII	2	2		
Kr. VII	13	13		
Kr. VI ⁵⁾	17	17		
Kr. V ¹⁾²⁾⁸⁾	250	259		
	431	439	Zusammen	
			Leerstellen ⁶⁾ : Angestellte	
I a	1	—		
I b	2	—		
II a	4	5		
IV b	2	3		
V c	4	4		
VI b	1	—		
VII	2	—		
Kr. VII	—	2		
Kr. V	13	8		
	29	22	Zusammen	

*) 4 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes
– TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. 3. 1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

Erläuterungen zu den Angestellten

Umwandlung: Verg.-Gr. II a	Stellen 2	von Bes.-Gr. A 13 – Rat/Rätin z. A. – Beamtete Hilfskräfte –	Abgang: Verg.-Gr. V c Verg.-Gr. Kr. V	Stellen 1 9	} Verlagerung nach Kap. 05 21 – LKH Wehnen –
			Zusammen	10	
			Sonstige Veränderungen (Höhergruppierungen):		
			Ver.-Gr. I b	5	von Verg.-Gr. II a
			Ver.-Gr. IV a	2	von Verg.-Gr. IV b
			Zusammen	7	

**Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60 – 62 des Wirtschaftsplans 2001 des Landeskrankenhauses Göttingen
(Übersicht über die Stellen der Beamteten Hilfskräfte, Angestellten und Arbeiter)**

Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
			Arbeiter/-innen	¹⁾ 1 (-) kw.
6	3	3		
5	18	18		
4	5	5		
3	17	17		
2 a	6	6		
2	15	19		
	64	68	Zusammen	
			Leerstellen ¹⁾ :	
5	1	—		
Erläuterungen zu den Arbeitern/Arbeiterinnen				

Abgang: Lohn-Gr. 2	Stellen 4 Einsparung	Auszubildende	
		2001	2000
		Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	80 80
		Auszubildende im Verwaltungsdienst	2 2
		Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	13 11
		Zusammen	95 93

**Wirtschaftsplan für das
Landeskrankenhaus Hildesheim**
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)
für das Geschäftsjahr 2001

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MFAS im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Landeskrankenhäuser vom 30. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 299).

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

KGr.	Aufwendungen	2001 DM	2000 DM	Ist 1999 DM	KGr.	Erträge	2001 DM	2000 DM	Ist 1999 DM
	Personalaufwendungen								
60	Löhne und Gehälter	43 212 100	45 230 700	41 447 700	40	Erlöse aus Krankenhausleistungen	64 844 100	67 507 400	62 266 200
61	Gesetzliche Sozialabgaben	8 333 200	8 850 400	7 938 800	41	Erlöse aus Wahlleistungen	30 000	15 000	34 000
62	Aufwendungen für Altersversorgung	3 560 700	3 056 800	3 426 800	42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	1 155 200	759 700	1 170 800
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützung	120 400	121 600	112 700	43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	220 000	216 500	219 500
64	Sonstige Personalaufwendungen	195 000	173 000	195 000	44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	415 000	306 500	405 000
	Sachaufwendungen				45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben; Notarzdienst	—	—	—
65	Lebensmittel und bezogene Leistungen	2 042 200	2 342 200	1 589 700	47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	40 000	—	—
66	Medizinischer Bedarf	3 041 000	3 041 000	2 780 300	51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16 000	16 000	16 200
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	1 642 200	1 697 200	1 450 000	55	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
68	Wirtschaftsbedarf	1 914 200	1 914 200	2 273 500	57	Sonstige ordentliche Erträge	742 200	956 000	722 800
69	Verwaltungsbedarf	552 100	572 100	828 300	59	Übrige Erträge	548 000	575 300	548 500
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	335 400	335 400	217 800					
72	Instandhaltung	1 454 300	1 454 300	1 400 000					
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	327 400	327 400	281 700					
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	397 800	395 800	80 000					
76	Abschreibungen	70 200	28 000	24 000					
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	255 000	255 000	291 300					
79	Übrige Aufwendungen	557 300	557 300	548 500					
	Summe:	68 010 500	70 352 400	64 886 100		Summe:	68 010 500	70 352 400	65 383 000

Finanzplan (ohne Baumaßnahmen) für das Geschäftsjahr 2001

Finanzbedarf	2001 DM	2000 DM	Deckung	2001 DM	2000 DM
1. Kurzfristige Anlagegüter			1. Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG		
a) Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	1 700 000	1 715 000	a) für das laufende Geschäftsjahr	1 453 900	1 442 100
b) Mieten für Anlagegüter	60 000	20 000	b) berechtigter Vortrag aus Vorjahr	277 100	305 100
2. Kleine bauliche Maßnahmen (i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG)			2. Fördermittel nach § 9 Abs. 1 Ziff. 1 KHG	—	—
a) Aktivierungspflichtige Maßnahmen (Investitionen)	—	—	3. Fördermittel nach § 9 Abs. 2 KHG	—	—
b) Nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	—	—	4. Abschreibungen		
3. Pacht und Miete für Grundstücke und bauliche Anlagen	—	—	a) für das laufende Geschäftsjahr	60 200	18 000
4. Deckungsmittelvortrag			b) berechtigter Vortrag aus Vorjahr	34 000	16 000
a) Fördermittel nach KHG	21 000	12 200	5. Überschussverwendung	—	—
b) Abschreibungen	44 200	34 000	6. Zuführungen des Landes	—	—
Summe:	1 825 200	1 781 200	Summe:	1 825 200	1 781 200

**Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Erfolgsplans
des Landeskrankenhauses Hildesheim einschließlich der Fachklinik für
Kinder- und Jugendpsychiatrie für das Geschäftsjahr 2001**

Zu Gliederung und Inhalt der einzelnen Kontenklassen/Kontengruppen gilt grundsätzlich die Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und die Abgrenzungsverordnung (AbgrV).

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – 64

Das Istergebnis 1999 ist auf das Geschäftsjahr 2001 hochgerechnet worden.

In den Löhnen für Arbeiter sind 171 000 DM für 5 ständige nicht vollbeschäftigte Kräfte im Reinigungsdienst veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu KGr. 65

Veranschlagt ist der Lebensmittelaufwand für die Kranken, für das Personal und die Fremden. Die Erstattungen des Personals und der Fremden für Verpflegung sind bei KGr. 44 veranschlagt.

Zu KGr. 74

An Zinsen für Betriebsmittelvorschüsse sind 2 % über dem jeweiligen von der Deutschen Bundesbank bekannt gegebenen Basiszinssatz von ca. $\frac{1}{8}$ des Erfolgsplanvolumens veranschlagt.

Zu KGr. 76

Veranschlagt sind Abschreibungen gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AbgrV pflegesatzfähige wiederbeschaffte Gebrauchsgüter.

Zu KGr. 78

1. Sachaufwand Aus-, Fort- und Weiterbildungsstätten (Die Aufwendungen für das Ausbildungspersonal sind bei den KGr. 60 – 64 veranschlagt worden)	=	75 000 DM
2. Sachaufwand Fort- und Weiterbildung	=	160 000 DM
3. Andere sonstige Aufwendungen	=	20 000 DM
	Zusammen	255 000 DM

Zu KGr. 79

Es handelt sich um durchlaufende Posten, wie z. B. Taschengeld, Weihnachtsbeihilfen, Bekleidungsbeihilfen, Krankenhilfe außerhalb von Anstalten.

B. Erträge**Zu KGr. 40**

a) Allgem. Pflegesatz		
87 300 Berechnungstage je 402,58 DM	=	35 145 234,00 DM
b) Neurologie		
17 700 Berechnungstage je 431,22 DM	=	7 632 594,00 DM
c) Kinder- und Jugendpsychiatrie		
23 600 Berechnungstage je 563,26 DM	=	13 292 936,00 DM
d) Tageskliniken		
15 500 Berechnungstage je 238,45 DM	=	3 695 975,00 DM
e) Forensik		
Regelbehandlung gem. § 63 StGB		
8 030 Berechnungstage je 384,03 DM	=	3 083 760,90 DM
Allgemeinpsychiatrische Behandlung gem. § 63 StGB		
1 825 Berechnungstage je 402,58 DM	=	734 708,50 DM
Behandlung von Jugendlichen gem. § 63 StGB		
365 Berechnungstage je 563,26 DM	=	205 589,90 DM
Sonstige forensische Behandlungen		
1 825 Berechnungstage je 384,03 DM	=	700 854,75 DM
365 Berechnungstage je 402,58 DM	=	146 941,70 DM
365 Berechnungstage je 563,26 DM	=	205 589,90 DM
Zwischensumme Forensik	=	5 077 445,65 DM
Zusammen		64 844 184,65 DM
rd.		64 844 100,00 DM

Zu KGr. 41

Zuschlag für 1-Bett-Zimmer		
200 Berechnungstage je 150,00 DM	=	30 000 DM

Zu KGr. 42

Erträge der Institutsambulanzen

a) Erwachsenenpsychiatrie		
430 Fälle je Quartal x 4 = 1 720 Fälle x 391,60 DM	=	673 552 DM
b) Kinder- und Jugendpsychiatrie		
205 Fälle je Quartal x 4 = 820 Fälle x 587,40 DM	=	481 668 DM
Zusammen		1 155 220 DM
rd.		1 155 200 DM

Zu KGr. 44

1. Erstattungen des Personals für		
– Unterkunft	=	— DM
– Verpflegung	=	196 000 DM
– sonstige Leistungen	=	9 500 DM
2. Erstattungen Fremder für		
– Wasser, Energie	=	130 000 DM
– Verpflegung	=	20 500 DM
– Telefon, Labor	=	59 000 DM
Zusammen		415 000 DM

Zu KGr. 47

Für zusätzliche Ausbildungsplätze aus Landesmitteln	=	40 000 DM

Zu KGr. 57

1. Erträge aus Vermietung und Verpachtung, Arbeits- und Beschäftigungstherapie, Werkstätten, der Gärtnerei, Rückvergütungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Ersatzdienstleistende sowie Skonti	=	584 700 DM
2. Erträge aus Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe		
920 Berechnungstage je 171,27 DM = 157 568,40 DM	rd.	157 500 DM
Zusammen		742 200 DM

Zu KGr. 59

Es handelt sich um durchlaufende Posten (s. Erläuterungen zu KGr. 79).

**Erläuterungen zum Finanzplan des Landeskrankenhauses Hildesheim
einschließlich der Fachklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie
für das Geschäftsjahr 2001**

Folgende Investitionen übersteigen 50 000 DM im Einzelfall:

1. Kurzfristige Anlagegüter (Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände)		
1 Gebäudeschließsystem		100 000 DM
1 Gebäudeleittechnik		100 000 DM
1 Speisewassergefäß		75 000 DM
Summe		275 000 DM
2. Kleine bauliche Maßnahmen i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG (Aktivierungspflichtige Maßnahmen)		— DM

**Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60 – 62 des Wirtschaftsplans 2001 des Landeskrankenhauses Hildesheim
(Übersicht über die Stellen der Beamteten Hilfskräfte, Angestellten und Arbeiter)**

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Beamtete Hilfskräfte				
A 13	—	1	Rat/Rätin z.A.	¹⁾ 1 (1) Stelle im Sozial- und Erziehungsdienst ku nach Verg.-Gr. V c nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen. ²⁾ 10% der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden.
	—	1	Zusammen	
Angestellte⁷⁾				
I a	3	3		³⁾ Für je 7 fehlende Schüler/-innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflegedienst nach Verg.-Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.-Gr. zusätzlich beschäftigt werden.
I b	12	12		
II a ⁴⁾	41	40		⁴⁾ 3 (3) Stellen können bei Bedarf mit je 2,5 Ärzten/-innen im Praktikum besetzt werden.
IV a	2	2		
IV b	26	26		⁵⁾ 5% der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden.
V b ¹⁾	11	11		
V c	68	68		⁶⁾ 2 (–) Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.
VI b ⁶⁾	10	10		
VII	19	19		⁷⁾ Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
VIII	11	11		
IX b–VII	12	12		
Sondervergütungen*)	4	4		
Kr. IX	1	1		
Kr. VIII	2	2		
Kr. VII	16	16		
Kr. VI	33	33		
Kr. V ²⁾ ³⁾ ⁵⁾	281	281		
	552	551	Zusammen	

*) 4 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes
– TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. 3. 1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

Erläuterungen zu den Angestellten

Umwandlung: Stellen
Verg.-Gr. II a 1 von Bes.-Gr. A 13 – Rat/Rätin z. A.
– Beamtete Hilfskräfte

Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Arbeiter/-innen				
6	11	11		
5	9	9		
4	8	8		
3	15	15		
2 a	11	11		
2	14	14		
1	3	3		
	71	71	Zusammen	

Auszubildende

	2001	2000
Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	80	80
Auszubildende im Verwaltungsdienst	1	1
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	9	7
Zusammen	90	88

**Wirtschaftsplan für das
Landeskrankenhaus Königslutter**
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)
für das Geschäftsjahr 2001

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MFAS im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Landeskrankenhäuser vom 30. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 299).

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

KGzr.	Aufwendungen	2001 DM	2000 DM	Ist 1999 DM
	Personalaufwendungen			
60	Löhne und Gehälter	46 206 600	44 693 100	43 094 200
61	Gesetzliche Sozialabgaben	8 614 700	8 403 100	7 994 100
62	Aufwendungen für Altersversorgung	3 868 900	3 209 400	3 646 900
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützung	177 400	191 600	166 100
64	Sonstige Personalaufwendungen	182 900	172 700	179 200
	Sachaufwendungen			
65	Lebensmittel und bezogene Leistungen	2 016 200	2 016 200	1 621 200
66	Medizinischer Bedarf	2 724 500	2 724 500	2 103 000
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	1 861 200	1 893 200	1 231 100
68	Wirtschaftsbedarf	2 509 400	2 509 400	2 067 400
69	Verwaltungsbedarf	572 700	577 700	769 300
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	458 300	458 300	677 700
72	Instandhaltung	1 490 100	1 490 100	3 126 700
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	426 600	426 600	306 700
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	361 800	393 000	—
76	Abschreibungen	155 000	167 000	139 900
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	626 000	435 700	224 300
79	Übrige Aufwendungen	107 200	103 500	147 800
Summe:		72 359 500	69 865 100	67 495 600

KGzr.	Erträge	2001 DM	2000 DM	Ist 1999 DM
40	Erlöse aus Krankenhausleistungen	70 633 800	68 237 800	66 150 500
41	Erlöse aus Wahlleistungen	365 100	280 700	361 200
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	—	—	—
43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	76 000	62 300	170 700
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	261 400	276 700	453 300
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben; Notarztdienst	—	—	—
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	130 000	30 000	30 000
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5 100	4 800	2 500
55	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
57	Sonstige ordentliche Erträge	780 900	869 300	699 900
59	Übrige Erträge	107 200	103 500	67 000
Summe:		72 359 500	69 865 100	67 935 100

Finanzplan (ohne Baumaßnahmen) für das Geschäftsjahr 2001

Finanzbedarf	2001 DM	2000 DM
1. Kurzfristige Anlagegüter		
a) Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	1 554 100	1 433 700
b) Mieten für Anlagegüter	—	—
2. Kleine bauliche Maßnahmen (i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG)		
a) Aktivierungspflichtige Maßnahmen (Investitionen)	1 040 000	1 210 000
b) Nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	—	—
3. Pacht und Miete für Grundstücke und bauliche Anlagen	4 600	4 400
4. Deckungsmittelvortrag		
a) Fördermittel	—	—
b) Abschreibungen	4 100	3 400
Summe:	2 602 800	2 651 500

Deckung	2001 DM	2000 DM
1. Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG		
a) für das laufende Geschäftsjahr	1 608 500	1 538 600
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	—	—
2. Fördermittel nach § 9 Abs. 1 Ziff. 1 KHG	—	—
3. Fördermittel nach § 9 Abs. 2 KHG	—	—
4. Abschreibungen		
a) für das laufende Geschäftsjahr	116 000	121 000
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	8 700	7 800
5. Überschussverwendung	869 600	984 100
6. Zuführungen des Landes	—	—
Summe:	2 602 800	2 651 500

**Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Erfolgsplans
des Landeskrankenhauses Königsutter für das Geschäftsjahr 2001**

Zu Gliederung und Inhalt der einzelnen Kontenklassen/Kontengruppen gilt grundsätzlich die Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und die Abgrenzungsverordnung (AbgrV).

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – 64

Das Istergebnis 1999 ist auf das Geschäftsjahr 2001 hochgerechnet worden.

Zu KGr. 65

Veranschlagt ist der Lebensmittelaufwand für die Kranken, für das Personal und die Fremden. Die Erstattungen des Personals und der Fremden für Verpflegung sind bei KGr. 44 veranschlagt.

Zu KGr. 74

An Zinsen für Betriebsmittelvorschüsse sind 2% über dem jeweiligen von der Deutschen Bundesbank bekannt gegebenen Basiszinssatz von ca. $\frac{1}{8}$ des Erfolgsplanvolumens veranschlagt.

Zu KGr. 76

Veranschlagt sind Abschreibungen für landeseigene Wohnbauten sowie für gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AbgrV pflegesatzfähige wiederbeschaffte Gebrauchsgüter.

Zu KGr. 78

1. Sachaufwand Aus-, Fort- und Weiterbildungsstätten (Die Aufwendungen für das Ausbildungspersonal sind bei den KGr. 60 – 64 veranschlagt worden)	=	244 500 DM
2. Sachaufwand Fort- und Weiterbildung	=	157 200 DM
3. Andere sonstige Aufwendungen	=	224 300 DM
	Zusammen	626 000 DM

Zu KGr. 79

Es handelt sich um durchlaufende Posten, wie z. B. Taschengeld, Weihnachtsbeihilfen, Bekleidungsbeihilfen, Krankenhilfe außerhalb von Anstalten.

B. Erträge**Zu KGr. 40**

a) Allgem. Pflegesatz		
143 600 Berechnungstage je 380,30 DM	=	54 611 080,00 DM
b) Allgem. Pflegesatz teilstationär		
7 900 Berechnungstage je 302,52 DM	=	2 389 908,00 DM
c) Kinder- und Jugendpsychiatrie		
13 600 Berechnungstage je 507,06 DM	=	6 896 016,00 DM
d) Kinder- und Jugendpsychiatrie teilstationär		
1 100 Berechnungstage je 397,58 DM	=	437 338,00 DM
e) Forensik		
Regelbehandlung gem. § 63 StGB		
12 410 Berechnungstage je 384,03 DM	=	4 765 812,30 DM
Allgemeinpsychiatrische Behandlung gem. § 63 StGB		
1 825 Berechnungstage je 384,03 DM	=	700 854,75 DM
Sonstige forensische Unterbringungen		
1 825 Berechnungstage je 380,30 DM	=	694 047,50 DM
365 Berechnungstage je 380,30 DM	=	138 809,50 DM
Zusammen		70 633 866,05 DM
rd.		70 633 800,00 DM

Zu KGr. 41

Zuschlag für 1-Bett-Zimmer		
420 Berechnungstage je 170,40 DM	=	71 568 DM
Zuschlag für 2-Bett-Zimmer		
3 100 Berechnungstage je 94,70 DM	=	293 570 DM
Zusammen		365 138 DM
rd.		365 100 DM

Zu KGr. 43

Ablieferungen aus Nebeneinnahmen der Ärzte.

Zu KGr. 44

1. Erstattungen des Personals für		
– Unterkunft	=	79 600 DM
– Verpflegung	=	85 800 DM
– sonstige Leistungen	=	4 500 DM
2. Erstattungen Fremder für		
– Unterkunft	=	30 100 DM
– Verpflegung	=	53 000 DM
– sonstige Leistungen	=	8 400 DM
Zusammen		261 400 DM

Zu KGr. 47

1. Zu Lasten des Landes gehende Aufwendungen für nicht gedeckte Kosten der Kindertagesstätten	=	30 000 DM
2. Für zusätzliche Ausbildungsplätze aus Landesmitteln	=	100 000 DM
Zusammen		130 000 DM

Zu KGr. 57

1. Erträge aus Vermietung und Verpachtung, Arbeits- und Beschäftigungstherapie, Werkstätten, der Gärtnerei, Rückvergütungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Ersatzdienstleistende sowie Skonti	=	615 500 DM
2. Fort- und Weiterbildungsstätten	=	165 400 DM
Zusammen		780 900 DM

Zu KGr. 59

Es handelt sich um durchlaufende Posten (s. Erläuterungen zu KGr. 79).

Erläuterungen zum Finanzplan des Landeskrankenhauses Königsutter für das Geschäftsjahr 2001

Folgende Investitionen übersteigen 50 000 DM im Einzelfall:

1. Kurzfristige Anlagegüter (Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände)		
1 Kleinbus		100 000 DM
1 EEG-Gerät		60 000 DM
Summe		160 000 DM
2. Kleine bauliche Maßnahmen i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG (Aktivierungspflichtige Maßnahmen)		
Tagesklinik Peine (Umbauarbeiten)		450 000 DM
Sanierung von Sanitärbereichen		380 000 DM
Sanierung Funktionsräume der Ergotherapie		210 000 DM
Summe		1 040 000 DM

**Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60 – 62 des Wirtschaftsplans 2001 des Landeskrankenhauses Königslutter
(Übersicht über die Stellen der Beamteten Hilfskräfte, Angestellten und Arbeiter)**

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Beamtete Hilfskräfte				
A 13	—	3	Rat/Rätin z.A.	1) 1 (1) Stelle im Sozial- und Erziehungsdienst ku nach Verg.-Gr. V c nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen. 2) 1 Stelle kw; die Stelle darf nur mit einer Halbtagskraft besetzt werden.
	—	3	Zusammen	
Angestellte⁸⁾				
I a	1	1		4) Für je 7 fehlende Schüler/-innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflegedienst nach Verg.-Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.-Gr. zusätzlich beschäftigt werden.
I b	5	4		
II a ⁵⁾	47	45		5) 3 (3) Stellen können bei Bedarf mit je 2,5 Ärzten/-innen im Praktikum besetzt werden.
IV a	4	3		
IV b	21	22		6) 5% der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden.
V b ¹⁾	11	8		
V c ²⁾	58	59		7) 2 (–) Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.
VI b ⁷⁾	13	14		
VII	3	6		8) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
VIII	12	14		
IX b–VII	14	14		
Sondervergütungen*)	7	7		
Kr. VII	27	27		
Kr. VI	30	30		
Kr. V ³⁾ ⁴⁾ ⁶⁾	232	232		
	485	486	Zusammen	

*) 7 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes
– TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. 3. 1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

Erläuterungen zu den Angestellten

Umwandlung: Verg.-Gr. II a	Stellen	Höhergruppierungen/Herabgruppierungen
	3 von Bes.-Gr. A 13 – Rat/Rätin z. A. – Beamtete Hilfskräfte	Stellen Verg.-Gr. I b 1 von Verg.-Gr. II a Verg.-Gr. IV a 1 von Verg.-Gr. IV b Verg.-Gr. V b 3 von Verg.-Gr. VI b (1) und Verg.-Gr. VII (2)
Abgang: Verg.-Gr. V c	2 Verlagerung nach Kap. 05 21 – LKH Wehnen –	Verg.-Gr. V c 1 von Verg.-Gr. VII
Verg.-Gr. VIII	2 Einsparung	

**Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60 – 62 des Wirtschaftsplans 2001 des Landeskrankenhauses Königslutter
(Übersicht über die Stellen der Beamteten Hilfskräfte, Angestellten und Arbeiter)**

Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Arbeiter/-innen				
8	3	3		
6	13	13		
5	6	6		
4	13	13		
3	7	7		
2 a	1	1		
2	42	42		
1	10	10		
	95	95	Zusammen	

Auszubildende		
	2001	2000
Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	88	88
Auszubildende im Verwaltungsdienst	8	8
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	24	19
Zusammen	120	115

**Wirtschaftsplan für das
Landeskrankenhaus Lüneburg**
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)
für das Geschäftsjahr 2001

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MFAS im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Landeskrankenhäuser vom 30. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 299).

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

KGr.	Aufwendungen	2001 DM	2000 DM	Ist 1999 DM
	Personalaufwendungen			
60	Löhne und Gehälter	55 264 200	50 187 100	48 601 300
61	Gesetzliche Sozialabgaben	10 738 100	9 633 000	9 441 300
62	Aufwendungen für Altersversorgung	4 484 500	3 346 900	3 873 000
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützung	145 300	133 500	136 000
64	Sonstige Personalaufwendungen	297 000	281 000	289 900
	Sachaufwendungen			
65	Lebensmittel	2 449 200	2 294 800	2 165 200
66	Medizinischer Bedarf	4 392 900	4 153 300	3 968 500
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	2 153 500	2 036 800	1 574 000
68	Wirtschaftsbedarf	1 914 400	1 742 800	2 929 800
69	Verwaltungsbedarf	548 300	502 000	975 700
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	426 900	409 700	78 100
72	Instandhaltung	1 711 400	1 584 500	2 951 300
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	227 200	210 000	282 100
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	479 100	479 100	—
76	Abschreibungen	365 800	317 800	402 300
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	308 500	257 000	201 800
79	Übrige Aufwendungen	721 100	727 000	719 700
	Summe:	86 627 400	78 296 300	78 590 000

KGr.	Erträge	2001 DM	2000 DM	Ist 1999 DM
40	Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	74 821 700	66 241 000	69 779 700
41	Erlöse aus Wahlleistungen	143 400	138 900	209 800
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	1 088 600	1 088 600	1 302 700
43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	291 400	310 900	291 400
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	188 300	195 300	188 300
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben; Notarztdienst	—	—	—
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	20 000	—	—
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6 300	6 600	6 000
55	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
57	Sonstige ordentliche Erträge	9 559 000	9 755 300	9 167 900
59	Übrige Erträge	508 700	559 700	418 200
	Summe:	86 627 400	78 296 300	81 364 000

Finanzplan (ohne Baumaßnahmen) für das Geschäftsjahr 2001

Finanzbedarf	2001 DM	2000 DM
1. Kurzfristige Anlagegüter		
a) Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	1 710 800	1 350 400
b) Mieten für Anlagegüter	34 100	34 100
2. Kleine bauliche Maßnahmen (i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG)		
a) Aktivierungspflichtige Maßnahmen (Investitionen)	—	275 000
b) Nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	—	—
3. Pacht und Miete für Grundstücke und bauliche Anlagen	—	—
4. Abführung an das Land	200 000	—
5. Deckungsmittelvortrag	—	—
Summe:	1 944 900	1 659 500

Deckung	2001 DM	2000 DM
1. Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG		
a) für das laufende Geschäftsjahr	1 438 200	1 357 700
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	–16 600	—
2. Fördermittel nach § 9 Abs. 1 Ziff. 1 KHG	—	—
3. Fördermittel nach § 9 Abs. 2 KHG	—	—
4. Abschreibungen		
a) für das laufende Geschäftsjahr	301 800	301 800
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	21 500	—
5. Überschussverwendung	200 000	—
6. Zuführung des Landes	—	—
Summe:	1 944 900	1 659 500

**Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Erfolgsplans
des Landeskrankenhauses Lüneburg einschließlich der Fachklinik für
Kinder- und Jugendpsychiatrie für das Geschäftsjahr 2001**

Zu Gliederung und Inhalt der einzelnen Kontenklassen/Kontengruppen gilt grundsätzlich die Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und die Abgrenzungsverordnung (AbgrV).

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – 64

Das Istergebnis 1999 ist auf das Geschäftsjahr 2001 hochgerechnet worden. Mehrkosten sind durch die Erweiterung der forensischen Psychiatrie begründet.

Zu KGr. 65 – 72

Mehrkosten sind durch die Erweiterung der forensischen Psychiatrie begründet.

Zu KGr. 65

Veranschlagt ist der Lebensmittelaufwand für die Kranken, für das Personal und die Fremden. Die Erstattungen des Personals und der Fremden für Verpflegung sind bei KGr. 44 veranschlagt.

Zu KGr. 74

An Zinsen für Betriebsmittelvorschüsse sind 2% über dem jeweiligen von der Deutschen Bundesbank bekannt gegebenen Basiszinssatz von ca. $\frac{1}{8}$ des Erfolgsplanvolumens veranschlagt.

Zu KGr. 76

Veranschlagt sind Abschreibungen für Anlagegüter der landeseigenen Wohnbauten für gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AbgrV pflegesatzfähige wiederbeschaffte Gebrauchsgüter sowie für 226 nicht nach KHG geförderte Betten.

Zu KGr. 78

1. Sachaufwand Ausbildungsstätten (Die Aufwendungen für das Ausbildungspersonal sind bei den KGr. 60 – 64 veranschlagt worden)	=	60 000 DM
2. Sachaufwand Fort- und Weiterbildung	=	180 000 DM
3. Andere sonstige Aufwendungen	=	68 500 DM
Zusammen		308 500 DM

Zu KGr. 79

Es handelt sich um durchlaufende Posten wie z.B. Taschengeld, Weihnachtsbeihilfen, Bekleidungsbeihilfen, Krankenhilfe außerhalb von Anstalten.

B. Erträge**Zu KGr. 40**

a) Allgem. Psychiatrie		
94 900 Berechnungstage je 425,98 DM	=	40 425 502,00 DM
b) Neurologie		
22 000 Berechnungstage je 540,88 DM	=	11 899 360,00 DM
c) Kinder- und Jugendpsychiatrie		
13 100 Berechnungstage je 555,09 DM	=	7 271 679,00 DM
d) Tagesklinik		
14 000 Berechnungstage je 209,12 DM	=	2 927 680,00 DM
e) Forensik		
Regelbehandlung gem. § 63 StGB		
19 710 Berechnungstage je 384,03 DM	=	7 569 231,30 DM
Allgemeinpsychiatrische Behandlung gem. § 63 StGB		
1 825 Berechnungstage je 425,98 DM	=	777 413,50 DM
Behandlung von Jugendlichen gem. § 63 StGB		
365 Berechnungstage je 555,09 DM	=	202 607,85 DM
Regelbehandlung gem. § 64 StGB wegen		
Betäubungsmittelabhängigkeit		
7 300 Berechnungstage je 406,81 DM	=	2 969 713,00 DM
Sonstige forensische Unterbringungen		
1 095 Berechnungstage je 384,03 DM	=	420 512,85 DM
365 Berechnungstage je 425,98 DM	=	155 482,70 DM
365 Berechnungstage je 555,09 DM	=	202 607,85 DM
Zwischensumme Forensik		= 12 297 569,05 DM
	Zusammen	74 821 790,05 DM
	rd.	74 821 700,00 DM

Zu KGr. 41

a) Zuschlag für 1-Bett-Zimmer		
600 Berechnungstage je 130,40 DM	=	78 240 DM
b) Zuschlag für 2-Bett-Zimmer		
1 500 Berechnungstage je 43,50 DM	=	65 250 DM
	Zusammen	143 490 DM
	rd.	143 400 DM

Zu KGr. 42

Erträge aus der Institutsambulanz		
je Quartal 470 Fälle = 1 880 Fälle x 391,60 DM	=	736 208 DM
Erträge aus der Institutsambulanz Kinder- und Jugendpsychiatrie		
je Quartal 150 Fälle = 600 Fälle x 587,40 DM	=	352 440 DM
	Zusammen	1 088 648 DM
	rd.	1 088 600 DM

Zu KGr. 43

Ablieferungen aus Nebeneinnahmen der Ärzte.

Zu KGr. 44

1. Erstattung des Personals für		
– Unterkunft	=	72 700 DM
– Verpflegung	=	70 000 DM
– sonstige Leistungen	=	30 300 DM
2. Erstattung Fremder für		
– Unterkunft	=	— DM
– Verpflegung	=	5 300 DM
– sonstige Leistungen	=	10 000 DM
	Zusammen	188 300 DM

Zu KGr. 47

Für einen zusätzlichen Ausbildungsplatz aus Landesmitteln	=	20 000 DM

Zu KGr. 57

1. Erträge aus Vermietung und Verpachtung, Werkstätten, der Gärtnerei, Arbeits- und Beschäftigungstherapie, Rückvergütung für Ersatzdienstleistende, Skonti sowie durch die Versorgung der Justizvollzugsanstalt mit Wärme	=	453 100 DM
2. Pflegeheim für seelisch Behinderte Ebsterhof des Nieders. Landeskrankenhauses Lüneburg		
26 300 Berechnungstage je 140,10 DM	=	3 684 630 DM
3. Bereich heilpädagogisches Zentrum		
17 500 Berechnungstage je 282,20 DM	=	4 938 500 DM
4. Erträge aus Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe		
2 900 Berechnungstage je 166,50 DM	=	482 850 DM
	Zusammen	9 559 080 DM
	rd.	9 559 000 DM

Zu KGr. 59

Es handelt sich um durchlaufende Posten (s. Erläuterungen zu KGr. 79).

**Erläuterungen zum Finanzplan des Landeskrankenhauses Lüneburg
für das Geschäftsjahr 2001**

Folgende Investitionen übersteigen 50 000 DM im Einzelfall:

1. **Kurzfristige Anlagegüter** (Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände)

Elektrische Kochgeräte	357 000 DM
1 Dunstabzuganlage	86 000 DM
1 Patientenüberwachungsanlage	116 000 DM
Summe	559 000 DM

2. Kleine bauliche Maßnahmen i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG
(Aktivierungspflichtige Maßnahmen)

— DM

**Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60 – 62 des Wirtschaftsplans 2001 des Landeskrankenhauses Lüneburg
(Übersicht über die Stellen der Beamteten Hilfskräfte, Angestellten und Arbeiter)**

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Beamtete Hilfskräfte				
A 13	—	5	Rat/Rätin z.A.	1) 1 (2) Stellen ku nach Verg.-Gr. VII mit dem Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen. 2) 4 (5) Stellen im Sozial- und Erziehungsdienst ku nach Verg.-Gr. V c nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.
	—	5	Zusammen	
Angestellte¹⁰⁾				
I a	2	2		3) 10% der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden. 4) 1 (1) ku nach Verg.-Gr. V c BAT (Technischer Dienst).
I b	12	12		
II a ⁶⁾	41	36		5) Für je 7 fehlende Schüler/-innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflegedienst nach Verg.-Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.-Gr. zusätzlich beschäftigt werden.
IV a	1	1		
IV b	22	22		6) 4 (4) Stellen können bei Bedarf mit je 2,5 Ärzten/-innen im Praktikum besetzt werden.
V b ²⁾ ⁴⁾	7	8		
V c	59	58		7) 29 (16) kw.
VI b ¹⁾ ⁹⁾	13	14		
VII	12	11		8) 5% der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden.
VIII	8	8		
IX b–VII	14	14		9) 2 (–) Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 1993 infolge ZV bis 2003.
Sondervergütungen*)	7	7		
Kr. VII	9	9		10) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
Kr. VI	37	37		
Kr. V ³⁾ ⁵⁾ ⁸⁾	314	314		
	558	553	Zusammen	
			Leerstellen ⁷⁾ :	
I b	1	2		
II a	1	1		
IV b	1	—		
V c	—	3		
VI b	1	1		
VII	6	—		
Kr. VII	1	1		
Kr. VI	1	1		
Kr. V	17	7		
	29	16	Zusammen	

*) 7 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes
– TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. 3. 1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

Erläuterungen zu den Angestellten

Umwandlung:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	5	von Bes.-Gr. A 13 – Rat/Rätin z. A. – Beamtete Hilfskräfte
Verg.-Gr. V c	1	von Verg.-Gr. V b (Teilvollzug des HV Nr. 2)
Herabgruppierungen:		
Verg.-Gr. VI b	1	nach Verg.-Gr. VII (Teilvollzug des HV Nr. 1/2000)

**Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60 – 62 des Wirtschaftsplans 2001 des Landeskrankenhauses Lüneburg
(Übersicht über die Stellen der Beamteten Hilfskräfte, Angestellten und Arbeiter)**

Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		

Arbeiter/-innen

6	8	8	
5	14	14	
4	18	18	
3	5	5	
2 a	15	15	
2	25	25	
1	10	10	
	95	95	Zusammen

Auszubildende

	2001	2000
Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	104	104
Auszubildende im Verwaltungsdienst	1	1
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	9	8
Zusammen	114	113

**Wirtschaftsplan für das
Landeskrankenhaus Moringen**
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)
für das Geschäftsjahr 2001

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MFAS im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Landeskrankenhäuser vom 30. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 299).

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

KGr.	Aufwendungen	2001 DM	2000 DM	Ist 1999 DM
	Personalaufwendungen			
60	Löhne und Gehälter	28 517 700	28 863 500	27 299 700
61	Gesetzliche Sozialabgaben	5 541 700	5 476 500	5 305 000
62	Aufwendungen für Altersversorgung	2 380 900	2 166 300	2 289 000
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützung	85 700	152 600	80 200
64	Sonstige Personalaufwendungen	233 400	174 300	315 100
	Sachaufwendungen			
65	Lebensmittel	1 209 000	1 209 900	1 165 200
66	Medizinischer Bedarf	1 802 500	1 802 500	2 030 100
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	810 300	810 300	696 500
68	Wirtschaftsbedarf	765 900	765 900	829 100
69	Verwaltungsbedarf	521 400	521 400	611 700
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	205 300	205 300	192 200
72	Instandhaltung	820 000	820 000	901 500
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	118 000	198 000	168 700
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	23 400	22 500	—
76	Abschreibungen	1 900 000	1 900 000	2 243 000
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1 947 000	1 867 000	1 749 800
79	Übrige Aufwendungen	57 200	245 000	48 000
	Summe:	46 939 400	47 201 000	45 924 800

KGr.	Erträge	2001 DM	2000 DM	Ist 1999 DM
40	Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	45 914 700	46 176 300	44 839 900
41	Erlöse aus Wahlleistungen	—	—	—
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	—	—	—
43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	2 300	2 300	400
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	152 000	152 000	124 900
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben; Notarzdienst	—	—	—
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	—	—	—
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1 500	1 500	12 100
55	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	73 200	73 200	46 100
57	Sonstige ordentliche Erträge	727 500	727 500	591 100
59	Übrige Erträge	68 200	68 200	185 300
	Summe:	46 939 400	47 201 000	45 799 800

Finanzplan (ohne Baumaßnahmen) für das Geschäftsjahr 2001

Finanzbedarf	2001 DM	2000 DM
1. Kurzfristige Anlagegüter		
a) Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	916 200	675 000
b) Mieten für Anlagegüter	—	—
2. Sonstige Anlagegüter und aktivierungspflichtige kleine bauliche Maßnahmen	730 000	320 000
3. Pacht und Miete für Grundstücke und bauliche Anlagen	—	—
4. Abführung an das Land	1 200 000	1 050 000
5. Deckungsmittelvortrag	505 200	1 596 400
Summe:	3 351 400	3 641 400

Deckung	2001 DM	2000 DM
1. Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG		
a) für das laufende Geschäftsjahr	—	—
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	—	—
2. Fördermittel nach § 9 Abs. 1 Ziff. 1 KHG	—	—
3. Fördermittel nach § 9 Abs. 2 KHG	—	—
4. Abschreibungen		
a) für das laufende Geschäftsjahr	1 900 000	1 900 000
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	1 451 400	1 741 400
5. Zuführungen des Landes	—	—
Summe:	3 351 400	3 641 400

**Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Erfolgsplans
des Landeskrankenhauses Moringen für das Geschäftsjahr 2001**

Zu Gliederung und Inhalt der einzelnen Kontenklassen/Kontengruppen gilt grundsätzlich die Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und die Abgrenzungsverordnung (AbgrV).

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – 64

Das Istergebnis 1999 ist auf das Geschäftsjahr 2001 hochgerechnet worden.

Zu KGr. 74

An Zinsen für Betriebsmittelvorschüsse sind 2 % über dem jeweiligen von der Deutschen Bundesbank bekannt gegebenen Basiszinssatz von einem Betrag in Höhe von 500 000 DM veranschlagt. Das LKH Moringen als Maßregelvollzugseinrichtung muß höhere Betriebsmittelvorschüsse nicht aufnehmen.

Zu KGr. 76

Veranschlagt sind Abschreibungen für Anlagegüter für 300 nicht nach dem KHG geförderte Betten, für landeseigene Wohnbauten sowie für gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AbgrV pflegesatzfähige wiederbeschaffte Gebrauchsgüter.

Zu KGr. 78

1. Sachaufwand Ausbildungsstätten (Die Aufwendungen für das Ausbildungspersonal sind bei den Kontengruppen 60 – 64 veranschlagt worden)	=	57 000 DM
2. Sachaufwand Fort- und Weiterbildung	=	270 000 DM
3. Andere sonstige Aufwendungen (Taschengeld, Weihnachts- und Bekleidungsbeihilfen, Bildungsmaßnahmen für Patienten u. ä.)	=	1 620 000 DM
Zusammen		<u>1 947 000 DM</u>

Zu KGr. 79

Es handelt sich um Taschengeld, Kosten für Probewohnen, Weihnachts- und Bekleidungsbeihilfen außerhalb des Pflegesatzes (siehe Erläuterungen zu KGr. 78).

B. Erträge**Zu KGr. 40**

Aufnahme/Intensivbehandlung im Maßregelvollzug		
17 155 Berechnungstage je 581,18 DM	=	9 970 142,90 DM
Regelbehandlung gem. § 63 StGB		
74 825 Berechnungstage je 395,86 DM	=	29 620 224,50 DM
Offener Maßregelvollzug		
3 285 Berechnungstage je 293,51 DM	=	964 180,35 DM
Regelbehandlung gem. § 64 StGB wegen		
Befähigungsmittelabhängigkeit		
8 760 Berechnungstage je 418,64 DM	=	3 667 286,40 DM
Regelbehandlung gem. § 64 StGB wegen		
sonstiger Suchtstoffkrankungen		
1 825 Berechnungstage je 383,49 DM	=	699 869,25 DM
Sonstige forensische Unterbringungen		
1 460 Berechnungstage je 581,18 DM	=	848 522,80 DM
365 Berechnungstage je 395,86 DM	=	144 488,90 DM
		993 011,70 DM
Summe Forensik		45 914 715,10 DM
rd.		45 914 700,00 DM

Zu KGr. 43

Ablieferungen aus Nebeneinnahmen der Ärzte.

Zu KGr. 44

1. Erstattung des Personals für		
– Unterkunft	=	— DM
– Verpflegung	=	43 600 DM
– Sonstige Leistungen	=	3 800 DM
2. Erstattungen Fremder für		
– Unterkunft	=	— DM
– Verpflegung	=	3 900 DM
– Sonstige Leistungen	=	100 700 DM
Zusammen		152 000 DM

Zu KGr. 57

Erträge aus Vermietung und Verpachtung, Arbeits- und Beschäftigungstherapie, Werkstätten sowie Skonti.

Zu KGr. 59

Es handelt sich um durchlaufende Posten (s. Erläuterungen zu KGr. 79).

Erläuterungen zum Finanzplan des Landeskrankenhauses Moringen für das Geschäftsjahr 2001

Folgende Investitionen übersteigen 50 000 DM im Einzelfall:

1. Kurzfristige Anlagegüter (Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände)	— DM
2. Kleine bauliche Maßnahmen (Aktivierungspflichtige Maßnahmen)	
Erweiterung der Cafeteria im Soz.- und Wirtschaftsgebäude	150 000 DM
– Umgestaltung Innenhof in einen Wintergarten –	
Umsetzung/Herstellung der Containerstation	580 000 DM
– Errichtung einer Nachtklinik/Ambulanz –	
Summe	730 000 DM

**Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60 – 62 des Wirtschaftsplans 2001 des Landeskrankenhauses Moringen
(Übersicht über die Stellen der Beamteten Hilfskräfte, Angestellten und Arbeiter)**

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Beamtete Hilfskräfte				
A 13	—	1	Rat/Rätin z.A.	1) 10% der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden. 2) Für je 7 fehlende Schüler/-innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflegedienst nach Verg.-Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.-Gr. zusätzlich beschäftigt werden.
	—	1	Zusammen	
Angestellte⁸⁾				
I a	1	1		3) 1 (1) Stelle kann bei Bedarf mit je 2,5 Ärzten/-innen im Praktikum besetzt werden. 4) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
I b	7	7		
II a ³⁾	26	25		5) 12 (12) kw. 6) 5% der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden.
IV a	3	3		
IV b	15	15		7) 2 (-) Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 1993 infolge ZV bis 2003.
V b	2	2		
V c	36	36		8) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
VI b ⁷⁾	8	8		
VII	7	7		
VIII	7	7		
IX b–VII	7	7		
Sondervergütungen*)	2	2		
Kr. VII	3	3		
Kr. VI ⁴⁾	20	20		
Kr. V ¹⁾²⁾⁶⁾	173	173		
	317	316	Zusammen	
Leerstellen ⁵⁾ :				
I b	1	—		
II a	4	4		
IV b	1	—		
V c	—	3		
VII	3	2		
VIII	1	—		
Kr. V	2	3		
	12	12	Zusammen	

*) 2 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes
– TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. 3. 1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

Erläuterungen zu den Angestellten

Umwandlung: Stellen
Verg.-Gr. II a 1 von Bes.-Gr. A 13 – Rat/Rätin z. A.
– Beamtete Hilfskräfte

**Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60 – 62 des Wirtschaftsplans 2001 des Landeskrankenhauses Moringen
(Übersicht über die Stellen der Beamteten Hilfskräfte, Angestellten und Arbeiter)**

Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
			Arbeiter/-innen	¹⁾ 1 (1) kw.
6	2	2		
5	13	13		
4	2	2		
3	3	3		
2 a	1	1		
2	11	11		
1	2	2		
	34	34	Zusammen	
			Leerstellen ¹⁾ :	
4	1	1		
	1	1	Zusammen	

	Auszubildende	
	2001	2000
Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	45	45
Auszubildende im Verwaltungsdienst	2	2
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	13	13
Zusammen	60	60

**Wirtschaftsplan für das
Landeskrankenhaus Osnabrück**
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)
für das Geschäftsjahr 2001

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MFAS im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Landeskrankenhäuser vom 30. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 299).

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

KGr.	Aufwendungen	2001 DM	2000 DM	Ist 1999 DM
	Personalaufwendungen			
60	Löhne und Gehälter	38 479 200	39 534 200	37 561 000
61	Gesetzliche Sozialabgaben	7 164 800	7 231 900	6 993 800
62	Aufwendungen für Altersversorgung	3 491 100	3 080 400	3 407 700
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützung	206 200	179 200	193 000
64	Sonstige Personalaufwendungen	301 000	236 000	258 800
	Sachaufwendungen			
65	Lebensmittel und sonstige bezogene Leistungen	1 817 500	1 967 500	1 567 600
66	Medizinischer Bedarf	2 304 900	2 304 900	2 041 500
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	1 347 400	1 764 200	997 500
68	Wirtschaftsbedarf	2 754 800	2 754 800	2 726 100
69	Verwaltungsbedarf	496 400	496 400	600 600
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	387 600	387 600	358 900
72	Instandhaltung	1 792 500	1 307 500	2 596 300
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	240 700	240 700	204 200
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	308 600	350 500	—
76	Abschreibungen	257 000	257 000	191 400
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	173 000	123 000	389 000
79	Übrige Aufwendungen	492 000	442 000	321 600
Summe:		62 014 700	62 657 800	60 409 000

KGr.	Erträge	2001 DM	2000 DM	Ist 1999 DM
40	Erlöse aus Krankenhausleistungen	55 755 500	56 597 700	53 604 000
41	Erlöse aus Wahlleistungen	—	—	—
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	1 033 800	900 600	1 034 900
43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	140 000	90 000	146 400
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	294 000	294 000	301 000
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben; Notarzdienst	—	—	—
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	60 000	40 000	—
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6 000	6 000	1 300
55	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	400 000	175 000	377 400
57	Sonstige ordentliche Erträge	3 869 700	4 078 800	4 907 100
59	Übrige Erträge	455 700	475 700	604 200
Summe:		62 014 700	62 657 800	60 976 300

Finanzplan (ohne Baumaßnahmen) für das Geschäftsjahr 2001

Finanzbedarf	2001 DM	2000 DM
1. Kurzfristige Anlagegüter		
a) Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	2 230 000	1 662 000
b) Mieten für Anlagegüter	—	—
2. Kleine bauliche Maßnahmen (i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG)		
a) Aktivierungspflichtige Maßnahmen (Investitionen)	1 095 000	750 000
b) Nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	—	—
3. Pacht und Miete für Grundstücke und bauliche Anlagen	—	—
4. Deckungsmittelvortrag		
a) Fördermittel	—	—
b) Abschreibungen	376 500	246 300
Summe:	3 701 500	2 658 300

Deckung	2001 DM	2000 DM
1. Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG		
a) für das laufende Geschäftsjahr	1 293 100	1 267 100
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	1 186 900	—
2. Fördermittel nach § 9 Abs. 1 Ziff. 1 KHG	—	—
3. Fördermittel nach § 9 Abs. 2 KHG	—	—
4. Abschreibungen		
a) für das laufende Geschäftsjahr	250 000	250 000
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	406 500	276 300
5. Überschussverwendung	565 000	864 900
6. Zuführungen des Landes	—	—
Summe:	3 701 500	2 658 300

**Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Erfolgsplans
des Landeskrankenhauses Osnabrück für das Geschäftsjahr 2001**

Zu Gliederung und Inhalt der einzelnen Kontenklassen/Kontengruppen gilt grundsätzlich die Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und die Abgrenzungsverordnung (AbgrV).

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – 64

Das Istergebnis 1999 ist auf das Geschäftsjahr 2001 hochgerechnet worden.

In den Löhnen für Arbeiter sind 500 000 DM für 16 ständige nicht vollbeschäftigte Kräfte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt, enthalten.

Zu KGr. 65

Veranschlagt ist der Lebensmittelaufwand der Kranken, des Personals und der Fremden.

Die Erstattungen des Personals und der Fremden für Verpflegung sind bei KGr. 44 veranschlagt.

Zu KGr. 73

Veranschlagt sind Steuern, Abgaben sowie Gebäude-, Sach- und Haftpflichtversicherungen.

Zu KGr. 74

An Zinsen für Betriebsmittelvorschüsse sind 2 % über dem jeweiligen von der Deutschen Bundesbank bekannt gegebenen Basiszinssatz von ca. $\frac{1}{8}$ des Erfolgsplanvolumens veranschlagt.

Zu KGr. 76

Veranschlagt sind Abschreibungen für Anlagegüter für landeseigene Wohnbauten sowie für gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AbgrV pflegesatzfähige wiederbeschaffte Gebrauchsgüter und Abschreibungen für 76 nicht nach dem KHG geförderte Betten.

Zu KGr. 78

1. Sachaufwand Ausbildungsstätten und aus Fort- und Weiterbildungsstätten (Die Aufwendungen für das Ausbildungspersonal sind bei den KGr. 60 – 64 veranschlagt worden)	= 80 000 DM
2. Sachaufwand Fort- und Weiterbildung	= 80 000 DM
3. Andere sonstige Aufwendungen	= 13 000 DM
Zusammen	<u>173 000 DM</u>

Zu KGr. 79

Es handelt sich um durchlaufende Posten, wie z.B. Taschengeld, Weihnachtsbeihilfen und Bekleidungsbeihilfen, Krankenhilfe außerhalb von Anstalten.

B. Erträge**Zu KGr. 40**

a) Allgemeiner Pflegesatz		
118 200 Berechnungstage je 386,30 DM	=	45 660 660,00 DM
b) Tagesklinik		
10 900 Berechnungstage je 303,50 DM	=	3 308 150,00 DM
c) Forensik		
Regelbehandlung gem. § 63 StGB		
14 235 Berechnungstage je 387,37 DM	=	5 514 211,95 DM
Sonstige forensische Unterbringungen		
3 285 Berechnungstage je 387,37 DM	=	1 272 510,45 DM
Zwischensumme Forensik	=	6 786 722,40 DM
Zusammen		55 755 532,40 DM
rd.		55 755 500,00 DM

Zu KGr. 42

Einnahmen aus psychiatrischer Institutsambulanz		
je Quartal 660 Fälle x 4 = 2 640 Fälle x 391,60 DM	=	1 033 824 DM
	rd.	1 033 800 DM

Zu KGr. 43

Ablieferungen aus Nebeneinnahmen der Ärzte.

Zu KGr. 44

1. Erstattungen des Personals für		
– Unterkunft	=	21 900 DM
– Verpflegung	=	188 100 DM
– sonstige Leistungen	=	30 200 DM
2. Erstattungen Fremder für		
– Unterkunft	=	— DM
– Verpflegung	=	53 800 DM
– sonstige Leistungen	=	— DM
Zusammen		294 000 DM

Zu KGr. 47

1. Zu Lasten des Landes Niedersachsen gehende Aufwendungen für nicht gedeckte Kosten, die aus Überschussvorträgen finanziert werden		
a) des Personalwohnheimes	=	40 000 DM
b) der Mietwohnungen	=	— DM
2. Für einen zusätzlichen Ausbildungsplatz aus Landesmitteln	=	20 000 DM
Zusammen		60 000 DM

Zu KGr. 57

1. Erträge aus Vermietung und Verpachtung, Arbeits- und Beschäftigungstherapie, Werkstätten, der Gärtnerei sowie Rückvergütungen für Ersatzdienstleistende, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Skonti und Fort- und Weiterbildungsstätten	=	675 300 DM
2. Tagesstätte		
390 Fälle je Fallkosten von 1 209,10 DM = 471 549,00 DM	= rd.	471 500 DM
3. Heimbereich		
14 600 Berechnungstage je 186,50 DM = 2 722 900,00 DM	= rd.	2 722 900 DM
Zusammen		3 869 700 DM

Zu KGr. 59

Es handelt sich um durchlaufende Posten (s. Erläuterungen zu KGr. 79).

Erläuterungen zum Finanzplan des Landeskrankenhauses Osnabrück für das Geschäftsjahr 2001

Folgende Investitionen übersteigen 50 000 DM im Einzelfall:

1. Kurzfristige Anlagegüter (Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände)		
1 Küchenblock		210 000 DM
1 Dampfkessel		115 000 DM
1 Elektronische Patientenakte (DV-System)		250 000 DM
Summe		575 000 DM
2. Kleine bauliche Maßnahmen i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG (Aktivierungspflichtige Maßnahmen)		
Erneuerung der Steuer- und Regelungstechnik in der Energiezentrale		345 000 DM
Sanierung Station S 1		750 000 DM
Summe		1 095 000 DM

**Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60 – 62 des Wirtschaftsplans 2001 des Landeskrankenhauses Osnabrück
(Übersicht über die Stellen der Beamteten Hilfskräfte, Angestellten und Arbeiter)**

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Beamtete Hilfskräfte				
A 13	—	1	Rat/Rätin z. A.	¹⁾ 1 Stelle ku nach Verg.-Gr. V c bei Ausscheiden der Stelleninhaberin (Verwaltungsdienst). ²⁾ 10% der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden.
	—	1	Zusammen	
Angestellte⁸⁾				
I a	2	2		³⁾ Für je 7 fehlende Schüler/-innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflagedienst nach Verg.-Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.-Gr. zusätzlich beschäftigt werden.
I b	3	3		
II a ⁴⁾	42	41		⁴⁾ 3 (3) Stellen können bei Bedarf mit je 2,5 Ärzten/-innen im Praktikum besetzt werden.
IV a ¹⁾	5	5		
IV b	24	24		⁵⁾ 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
V b	2	2		
V c	45	45		⁶⁾ 5% der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden.
VI b ⁷⁾	10	10		
VII	9	9		⁷⁾ 2 (–) Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.
VIII	9	9		
IX b	1	1		⁸⁾ Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
IX b–VII	10	10		
Sondervergütungen*)	7	7		
Kr. VIII	1	1		
Kr. VII	2	2		
Kr. VI ⁵⁾	15	15		
Kr. V ²⁾³⁾⁶⁾	228	228		
	415	414	Zusammen	

*) 7 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes
– TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. 3. 1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

Erläuterungen zu den Angestellten

Umwandlung: Stellen
Verg.-Gr. II a 1 von Bes.-Gr. A 13 – Rat/Rätin z. A.
– Beamtete Hilfskräfte

Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Arbeiter/-innen				
6	4	4		
5	10	10		
4	6	6		
3	13	13		
2 a	17	17		
2	23	23		
1	6	6		
	79	79	Zusammen	

Auszubildende

	2001	2000
Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	75	75
Auszubildende im Verwaltungsdienst	2	2
Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	14	13
Zusammen	91	90

**Wirtschaftsplan für das
Landeskrankenhaus Tiefenbrunn**
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)
für das Geschäftsjahr 2001

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MFAS im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Landeskrankenhäuser vom 30. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 299).

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

KGr.	Aufwendungen	2001 DM	2000 DM	Ist 1999 DM
	Personalaufwendungen			
60	Löhne und Gehälter	13 556 300	13 712 900	12 389 000
61	Gesetzliche Sozialabgaben	2 628 700	2 650 600	2 415 600
62	Aufwendungen für Altersversorgung	837 500	889 300	774 900
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützung	64 400	38 000	55 600
64	Sonstige Personalaufwendungen	100 000	100 000	105 300
	Sachaufwendungen			
65	Lebensmittel und sonstige bezogene Leistungen	607 100	631 700	524 500
66	Medizinischer Bedarf	196 200	196 200	207 000
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	487 400	499 300	377 000
68	Wirtschaftsbedarf	348 500	348 500	464 000
69	Verwaltungsbedarf	289 100	289 100	295 400
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	77 400	77 400	60 000
72	Instandhaltung	526 500	526 500	562 600
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	105 000	105 000	89 200
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	100 500	114 400	—
76	Abschreibungen	63 000	63 000	58 000
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	62 000	62 000	45 600
79	Übrige Aufwendungen	39 900	39 900	22 200
Summe:		20 089 500	20 343 800	18 445 900

KGr.	Erträge	2001 DM	2000 DM	Ist 1999 DM
40	Erlöse aus Krankenhausleistungen	19 438 700	19 951 000	17 762 000
41	Erlöse aus Wahlleistungen	—	—	—
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	250 000	—	244 000
43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	68 000	68 000	64 000
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	51 800	49 600	62 700
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben; Notarzdienst	—	—	—
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	—	—	—
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1 400	1 400	400
55	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	2 000	2 000	1 500
57	Sonstige ordentliche Erträge	240 000	258 600	228 000
59	Übrige Erträge	37 600	13 200	45 500
Summe:		20 089 500	20 343 800	18 408 100

Finanzplan (ohne Baumaßnahmen) für das Geschäftsjahr 2001

Finanzbedarf	2001 DM	2000 DM
1. Kurzfristige Anlagegüter		
a) Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	480 000	450 000
b) Mieten für Anlagegüter	—	—
2. Kleine bauliche Maßnahmen (i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG)		
a) Aktivierungspflichtige Maßnahmen (Investitionen)	200 000	200 000
b) Nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	—	—
3. Pacht und Miete für Grundstücke und bauliche Anlagen	—	—
4. Deckungsmittelvortrag		
a) Fördermittel	56 400	4 400
b) Abschreibungen	284 000	245 000
Summe:	1 020 400	899 400

Deckung	2001 DM	2000 DM
1. Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG		
a) für das laufende Geschäftsjahr	555 100	531 000
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	81 300	23 400
2. Fördermittel nach § 9 Abs. 1 Ziff. 1 KHG	—	—
3. Fördermittel nach § 9 Abs. 2 KHG	—	—
4. Abschreibungen		
a) für das laufende Geschäftsjahr	39 000	39 000
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	245 000	206 000
5. Überschussverwendung	100 000	100 000
6. Zuführungen des Landes	—	—
Summe:	1 020 400	899 400

**Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Erfolgsplans
des Landeskrankenhauses Tiefenbrunn für das Geschäftsjahr 2001**

Zu Gliederung und Inhalt der einzelnen Kontenklassen/Kontengruppen gilt grundsätzlich die Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und die Abgrenzungsverordnung (AbgrV).

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – 64

Das Istergebnis 1999 ist auf das Geschäftsjahr 2001 hochgerechnet worden.

In den Löhnen für Arbeiter sind 200 500 DM für 8 ständige nicht vollbeschäftigte Kräfte, – davon 4 Kräfte im Reinigungsdienst mit 100 900 DM – veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt; außerdem sind 147 000 DM für 6 stundenweise beschäftigte Kräfte – davon 45 300 DM für 2 Kräfte im Reinigungsdienst – veranschlagt.

Zu KGr. 65

Veranschlagt ist der Lebensmittelaufwand der Kranken, des Personals und der Fremden.

Die Erstattungen des Personals und der Fremden für Verpflegung sind bei KGr. 44 veranschlagt.

Zu KGr. 74

An Zinsen für Betriebsmittelvorschüsse sind 2 % über dem jeweiligen von der Deutschen Bundesbank bekannt gegebenen Basiszinssatz von ca. $\frac{1}{8}$ des Erfolgsplanvolumens veranschlagt.

Zu KGr. 76

Veranschlagt sind Abschreibungen für Anlagegüter für landeseigene Wohnbauten sowie für gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AbgrV pflegesatzfähige wiederbeschaffte Gebrauchsgüter.

Zu KGr. 78

1. Sachaufwand Ausbildungsstätten und (Die Aufwendungen für das Ausbildungspersonal sind bei den KGr. 60 – 64 veranschlagt worden)	=	— DM
2. Sachaufwand Fort- und Weiterbildung	=	62 000 DM
3. Andere sonstige Aufwendungen	=	— DM
	Zusammen	62 000 DM

Zu KGr. 79

Es handelt sich um durchlaufende Posten, wie z.B. Taschengeld, Weihnachtsbeihilfen und Bekleidungsbeihilfen, Krankenhilfe außerhalb von Anstalten.

B. Erträge**Zu KGr. 40**

a) Allgemeiner Psychiatrie		
45 300 Berechnungstage je 285,90 DM	=	12 951 270,00 DM
b) Kinder- und Jugendpsychiatrie		
12 400 Berechnungstage je 523,18 DM	=	6 487 432,00 DM
Zusammen		19 438 702,00 DM
rd.		19 438 700,00 DM

Zu KGr. 43

Ablieferungen aus Nebeneinnahmen der Ärzte.

Zu KGr. 44

1. Erstattungen des Personals für		
– Unterkunft	=	4 400 DM
– Verpflegung	=	32 800 DM
– sonstige Leistungen	=	9 000 DM
2. Erstattungen Fremder für		
– Unterkunft	=	2 000 DM
– Verpflegung	=	3 600 DM
– sonstige Leistungen	=	— DM
Zusammen		51 800 DM

Zu KGr. 57

Erträge aus Vermietung und Verpachtung, Arbeits- und Beschäftigungstherapie sowie Skonti.

Zu KGr. 59

Es handelt sich um durchlaufende Posten (s. Erläuterungen zu KGr. 79).

**Erläuterungen zum Finanzplan des Landeskrankenhauses Tiefenbrunn
für das Geschäftsjahr 2001**

Folgende Investitionen übersteigen 50 000 DM im Einzelfall:

Kleine bauliche Maßnahmen i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG
(Aktivierungspflichtige Maßnahmen)

Ausbau der Nebeneinfahrt zum Wirtschaftsgebäude	200 000 DM

**Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60 – 62 des Wirtschaftsplans 2001 des Landeskrankenhauses Tiefenbrunn
(Übersicht über die Stellen der Beamteten Hilfskräfte, Angestellten und Arbeiter)**

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Angestellte				
I b	10	10		1) 7 Stellen im Sozial- und Erziehungsdienst ku nach Verg.-Gr. V c nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.
II a ³⁾	13	13		
III	3	3		2) 19 (18) kw.
IV a	1	1		3) 3 (3) Stellen können bei Bedarf mit je 2,5 Ärztinnen/Ärzten im Praktikum besetzt werden.
IV b	8	8		
V b ¹⁾	8	8		4) 10% der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden.
V c	28	28		
VI b	10	10		5) 10% der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden.
VII	2	2		
VIII	4	4		
IX b	1	1		
IX b–VII	7	7		
Sondervergütungen*)	2	2		
Kr. VIII	1	1		
Kr. VI	22	22		
Kr. V a	9	9		
Kr. V ⁴⁾ 5)	27	27		
	156	156	Zusammen	
Leerstellen ²⁾ :				
I b	6	5		
V c	3	4		
VI b	—	1		
IX b–VII	1	2		
Kr. VI	4	3		
Kr. V a	1	—		
Kr. V	4	3		
	19	18	Zusammen	

*) 2 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes
– TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. 3. 1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Arbeiter/-innen				
6	1	1		
5	10	10		
4	3	3		
3	7	7		
2 a	1	1		
1	27	27		
	49	49	Zusammen	

**Wirtschaftsplan für das
Landeskrankenhaus Wehnen**
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)
für das Geschäftsjahr 2001

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MFAS im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Landeskrankenhäuser vom 30. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 299).

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

KGr.	Aufwendungen	2001 DM	2000 DM	Ist 1999 DM
	Personalaufwendungen			
60	Löhne und Gehälter	41 315 800	38 371 600	35 846 400
61	Gesetzliche Sozialabgaben	8 027 200	7 494 100	6 966 900
62	Aufwendungen für Altersversorgung	3 302 600	2 496 100	2 850 100
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützung	67 500	84 000	63 200
64	Sonstige Personalaufwendungen	196 800	196 800	178 500
	Sachaufwendungen			
65	Lebensmittel und bezogene Leistungen	1 790 100	1 790 100	1 698 500
66	Medizinischer Bedarf	2 064 700	2 064 700	2 131 100
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	981 700	1 054 200	781 200
68	Wirtschaftsbedarf	2 527 800	2 527 800	2 421 000
69	Verwaltungsbedarf	504 800	504 800	642 800
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	267 100	267 100	262 200
72	Instandhaltung	1 484 000	1 484 000	2 085 500
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	183 100	183 100	178 900
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	318 900	335 200	—
76	Abschreibungen	227 600	227 600	56 500
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	200 800	200 800	223 100
79	Übrige Aufwendungen	307 100	307 100	266 800
Summe:		63 767 600	59 589 100	56 652 700

KGr.	Erträge	2001 DM	2000 DM	Ist 1999 DM
40	Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	62 361 600	58 184 600	59 961 900
41	Erlöse aus Wahlleistungen	—	—	—
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	469 900	254 500	329 900
43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	5 600	28 500	5 600
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	275 300	262 100	275 600
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben; Notarzdienst	—	—	—
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	—	—	—
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5 300	5 300	3 800
54	Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	—	—	—
55	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—
57	Sonstige ordentliche Erträge	533 500	696 600	532 600
59	Übrige Erträge	116 400	157 500	116 400
Summe:		63 767 600	59 589 100	61 225 800

Finanzplan (ohne Baumaßnahmen) für das Geschäftsjahr 2001

Finanzbedarf	2001 DM	2000 DM
1. Kurzfristige Anlagegüter		
a) Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	2 468 900	1 474 100
b) Mieten für Anlagegüter	—	—
2. Kleine bauliche Maßnahmen (i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG)		
a) Aktivierungspflichtige Maßnahmen (Investitionen)	—	—
b) Nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	—	410 000
3. Pacht und Miete für Grundstücke und bauliche Anlagen	52 000	—
4. Abführung an das Land	—	1 252 000
5. Deckungsmittelvortrag		
a) Fördermittel nach KHG	—	—
b) Abschreibungen	112 700	163 300
Summe:	2 633 600	3 299 400

Deckung	2001 DM	2000 DM
1. Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG		
a) für das laufende Geschäftsjahr	1 340 400	1 267 100
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	334 400	—
2. Fördermittel nach § 9 Abs. 1 Ziff. 1 KHG	—	—
3. Fördermittel nach § 9 Abs. 2 KHG	52 000	—
4. Abschreibungen		
a) für das laufende Geschäftsjahr	219 400	219 400
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	163 300	268 900
5. Überschussverwendung	524 100	1 544 000
6. Zuführung des Landes	—	—
Summe:	2 633 600	3 299 400

**Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Erfolgsplans
des Landeskrankenhauses Wehen für das Geschäftsjahr 2001**

Zu Gliederung und Inhalt der einzelnen Kontenklassen/Kontengruppen gilt grundsätzlich die Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und die Abgrenzungsverordnung (AbgrV).

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – 64

Das Istergebnis 1999 ist auf das Geschäftsjahr 2001 hochgerechnet worden.

Zu KGr. 65

Veranschlagt ist der Lebensmittelaufwand für die Kranken, für das Personal und die Fremden. Die Erstattungen des Personals und der Fremden für Verpflegung sind bei KGr. 44 veranschlagt.

Zu KGr. 74

An Zinsen für Betriebsmittelvorschüsse sind 2% über dem jeweiligen von der Deutschen Bundesbank bekannt gegebenen Basiszinssatz von ca. $\frac{1}{8}$ des Erfolgsplanvolumens veranschlagt.

Zu KGr. 76

Veranschlagt sind Abschreibungen für landeseigene Wohnbauten sowie für gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AbgrV pflegesatzfähige wiederbeschaffte Gebrauchsgüter.

Zu KGr. 78

1. Sachaufwand Ausbildungsstätten	=	73 300 DM
(Die Aufwendungen für das Ausbildungspersonal sind bei den KGr. 60 – 64 veranschlagt worden)		
2. Sachaufwand Fort- und Weiterbildung	=	127 500 DM
3. Andere sonstige Aufwendungen	=	— DM
Zusammen		200 800 DM

Zu KGr. 79

Es handelt sich um durchlaufende Posten, wie z.B. Taschengeld, Weihnachtsbeihilfen, Bekleidungsbeihilfen, Krankenhilfe außerhalb von Anstalten.

B. Erträge**Zu KGr. 40**

a) Allgem. Psychiatrie		
129 700 Berechnungstage je 396,43 DM	=	51 416 971,00 DM
b) Tagesklinik		
6 700 Berechnungstage je 373,55 DM	=	2 502 785,00 DM
c) Forensik		
Regelbehandlung gem. § 63 StGB		
16 425 Berechnungstage je 384,03 DM	=	6 307 692,75 DM
Allgemeinpsychiatrische Behandlung gem. § 63 StGB		
1 460 Berechnungstage je 396,43 DM	=	578 787,80 DM
Sonstige forensische Unterbringungen		
2 920 Berechnungstage je 384,03 DM	=	1 121 367,60 DM
1 095 Berechnungstage je 369,43 DM	=	434 090,85 DM
	=	1 555 458,45 DM
Zwischensumme Forensik	=	8 441 939,00 DM
	Zusammen	62 361 695,00 DM
	rd.	62 361 600,00 DM

Zu KGr. 42

Erträge der Institutsambulanz 1 200 Fälle x 391,60 DM	=	469 920 DM
	rd.	469 900 DM

Zu KGr. 43

Ablieferungen aus Nebeneinnahmen der Ärzte.

Zu KGr. 44

1. Erstattungen des Personals für		
– Unterkunft	=	127 700 DM
– Verpflegung	=	83 200 DM
– sonstige Leistungen	=	2 200 DM
2. Erstattungen Fremder für		
– Unterkunft	=	1 700 DM
– Verpflegung	=	6 000 DM
– sonstige Leistungen	=	54 500 DM
	Zusammen	275 300 DM

Zu KGr. 57

1. Erträge aus Vermietung und Verpachtung, Arbeits- und Beschäftigungstherapie, Skonto sowie Rückvergütungen für Ersatzdienstleistungen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	=	448 900 DM
2. Erträge aus Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe		
500 Berechnungstage je 169,25 DM = 84 625 DM	= rd.	84 600 DM
	Zusammen	533 500 DM

Zu KGr. 59

Es handelt sich um durchlaufende Posten (s. Erläuterungen zu KGr. 79).

Erläuterungen zum Finanzplan des Landeskrankenhauses Wehen für das Geschäftsjahr 2001

Folgende Investitionen übersteigen 50 000 DM im Einzelfall:

1. Kurzfristige Anlagegüter (Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände)		
1 Netzwerkinstallation für EDV		360 000 DM
1 Netzwerkelektrifizierung		350 000 DM
1 Erweiterung der Telefonanlage		120 000 DM
1 Erweiterung der Netzwerkinstallation für die Telefonanlage		100 000 DM
	Zusammen	930 000 DM

**Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60 – 62 des Wirtschaftsplans 2001 des Landeskrankenhauses Wehnen
(Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiter)**

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Angestellte ⁸⁾				
I a	1	1		1) 1 Stelle ku nach Verg.-Gr. V b mit dem Ausscheiden des Stelleninhabers (– Wirtschaftsdienst –).
I b	10	7		
II a ⁴⁾	33	33		2) 10% der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden.
IV a	2	2		
IV b ¹⁾	24	20		3) Für je 7 fehlende Schüler/-innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflegedienst nach Verg.-Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.-Gr. zusätzlich beschäftigt werden.
V b	7	7		
V c	48	45		
VI b ⁷⁾	10	10		4) 3 (3) Stellen können bei Bedarf mit je 2,5 Ärzten/-innen im Praktikum besetzt werden.
VII	9	9		
VIII	9	9		5) 19 (19) kw.
IX b–VII	10	10		
Sondervergütungen*)	4	4		6) 5% der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden.
Kr. VIII	3	3		
Kr. VII	13	13		7) 2 (–) Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.
Kr. VI	26	16		
Kr. V a	6	6		8) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
Kr. V ²⁾³⁾⁶⁾	252	253		
	467	448	Zusammen	
			Leerstellen ⁵⁾ :	
V b	1	1		
V c	2	2		
VII	3	3		
Kr. V	13	13		
	19	19	Zusammen	

*) 4 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes
– TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. 3. 1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

Erläuterungen zu den Angestellten

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. I b	3	Fachärzte/Fachärztinnen
Verg.-Gr. IV b	4	Sozialarbeiter/-innen
Verg.-Gr. V c	3	verlagert vom LKH Göttingen (1) und LKH Königslutter (2)
Verg.-Gr. Kr. V	9	verlagert vom LKH Göttingen
Zusammen	19	
Höhergruppierungen:		
Ver.-Gr. Kr. VI	10	von Ver.-Gr. Kr. V

**Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60 – 62 des Wirtschaftsplans 2001 des Landeskrankenhauses Wehen
(Übersicht über die Stellen Angestellten und Arbeiter)**

Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Arbeiter/-innen				
6	28	28		
5	4	4		
4	2	2		
3	29	29		
2 a	4	4		
2	10	10		
1	34	36		
	111	113	Zusammen	

Erläuterungen zu den Arbeitern/Arbeiterinnen

Abgang: Lohn-Gr. 1	Stellen 2 Einsparung		Auszubildende	
			2001	2000
		Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege	70	70
		Auszubildende im Verwaltungsdienst	—	—
		Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	—	—
		Zusammen	70	70

**Wirtschaftsplan für das
Landeskrankenhaus Wunstorf**
(Landesbetrieb nach § 26 Abs. 1 LHO)
für das Geschäftsjahr 2001

Das voraussichtliche Betriebsergebnis ist im Haushaltsplan veranschlagt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MFAS im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten Landeskrankenhäuser vom 30. 3. 2000 (Nds. MBl. S. 299).

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

KGr.	Aufwendungen	2001 DM	2000 DM	Ist 1999 DM
	Personalaufwendungen			
60	Löhne und Gehälter	48 028 800	47 360 600	46 882 800
61	Gesetzliche Abgaben	10 119 100	9 471 800	9 877 600
62	Aufwendungen für Altersversorgung	3 585 300	2 854 800	3 499 700
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützung	54 400	78 000	50 900
64	Sonstige Personalaufwendungen	310 500	210 200	299 000
	Sachaufwendungen			
65	Lebensmittel und bezogene Leistungen	2 009 100	2 009 100	1 451 100
66	Medizinischer Bedarf	2 368 100	2 368 100	2 212 000
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	1 816 000	1 816 000	1 336 000
68	Wirtschaftsbedarf	2 155 500	2 155 500	2 433 800
69	Verwaltungsbedarf	685 900	685 900	1 216 100
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	343 600	343 600	195 600
72	Instandhaltung	2 274 800	2 274 800	2 666 000
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	357 000	357 000	357 900
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	382 000	417 500	4 800
76	Abschreibungen	955 700	875 700	870 900
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	411 800	411 800	783 200
79	Übrige Aufwendungen	537 900	537 900	237 700
Summe:		76 395 500	74 228 300	74 375 100

KGr.	Erträge	2001 DM	2000 DM	Ist 1999 DM
40	Erlöse aus Krankenhausleistungen	73 030 300	71 133 400	67 844 000
41	Erlöse aus Wahlleistungen	—	—	—
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	1 636 800	1 237 400	1 652 000
43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	12 700	13 100	30 700
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	157 400	157 400	215 100
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben; Notarzdienst	165 500	165 500	144 900
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	50 000	50 000	—
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18 000	18 000	4 800
55	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	60 000	60 000	—
57	Sonstige ordentliche Erträge	810 800	910 800	980 300
59	Übrige Erträge	454 000	482 700	348 800
Summe:		76 395 500	74 228 300	71 220 600

Finanzplan (ohne Baumaßnahmen) für das Geschäftsjahr 2001

Finanzbedarf	2001 DM	2000 DM
1. Kurzfristige Anlagegüter		
a) Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände	2 128 600	1 688 500
b) Mieten für Anlagegüter	242 700	61 100
2. Kleine bauliche Maßnahmen (i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG)		
a) Aktivierungspflichtige Maßnahmen (Investitionen)	—	—
b) Nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	644 800	644 800
3. Pacht und Miete für Grundstücke und bauliche Anlagen	—	—
4. Deckungsmittelvortrag	—	—
Summe:	3 016 100	2 394 400

Deckung	2001 DM	2000 DM
1. Fördermittel nach § 9 Abs. 3 KHG		
a) für das laufende Geschäftsjahr	1 466 600	1 448 100
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	—	—
2. Fördermittel nach § 9 Abs. 1 Ziff. 1 KHG	—	—
3. Fördermittel nach § 9 Abs. 2 KHG	—	—
4. Abschreibungen		
a) für das laufende Geschäftsjahr	896 300	816 300
b) berichtigter Vortrag aus Vorjahr	—	—
5. Überschussverwendung	653 200	130 000
6. Zuführungen des Landes	—	—
Summe:	3 016 100	2 394 400

**Erläuterungen zu einzelnen Positionen des Erfolgsplans
des Landeskrankenhauses Wunstorf für das Geschäftsjahr 2001**

Zu Gliederung und Inhalt der einzelnen Kontenklassen/Kontengruppen gilt grundsätzlich die Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und die Abgrenzungsverordnung (AbgrV).

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – 64

Das Istergebnis 1999 ist auf das Geschäftsjahr 2001 hochgerechnet worden.

In den Löhnen für Arbeiter sind 127 000 DM für 6 ständige nicht vollbeschäftigte Kräfte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu KGr. 65

Veranschlagt ist die Verpflegung für die Kranken, für das Personal und die Fremden.

Die Erstattungen für das Personal und die Fremden für Verpflegung sind bei KGr. 44 veranschlagt.

Zu KGr. 74

An Zinsen für Betriebsmittelvorschüsse sind 2 % über dem jeweiligen von der Deutschen Bundesbank bekannt gegebenen Basiszinssatz von ca. $\frac{1}{8}$ des Erfolgsplanvolumens veranschlagt.

Zu KGr. 76

Veranschlagt sind Abschreibungen für Anlagegüter für 55 nicht nach dem KHG geförderte Betten, für landeseigene Wohnbauten sowie für gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AbgrV pflegesatzfähige wiederbeschaffte Gebrauchsgüter.

Zu KGr. 78

1. Sachaufwand Ausbildungsstätten (Die Aufwendungen für das Ausbildungspersonal sind bei den KGr. 60 – 64 veranschlagt worden)	=	70 000 DM
2. Sachaufwand Fort- und Weiterbildung	=	74 500 DM
3. Andere sonstige Aufwendungen	=	267 300 DM
Zusammen		411 800 DM

Zu KGr. 79

Es handelt sich um durchlaufende Posten, wie z.B. Taschengeld, Weihnachtsbeihilfen, Bekleidungsbeihilfen, Krankenhilfe außerhalb von Anstalten.

B. Erträge**Zu KGr. 40**

a) Allgem. Psychiatrie		
133 100 Berechnungstage je 370,20 DM	=	49 273 620,00 DM
b) Kinder- und Jugendpsychiatrie		
9 900 Berechnungstage je 651,70 DM	=	6 451 830,00 DM
c) Tagesklinik		
6 900 Berechnungstage je 297,30 DM	=	2 051 370,00 DM
d) Forensik		
Regelbehandlung gem. § 63 StGB		
9 900 Berechnungstage je 384,03 DM	=	3 801 897,00 DM
Allgemeinpsychiatrische Behandlung gem. § 63 StGB		
1 310 Berechnungstage je 370,20 DM	=	484 962,00 DM
Regelbehandlung gem. § 64 StGB		
24 700 Berechnungstage je 371,66 DM	=	9 180 002,00 DM
Sonstige forensische Unterbringungen		
3 620 Berechnungstage je 384,03 DM	=	1 390 188,60 DM
990 Berechnungstage je 370,20 DM	=	366 498,00 DM
Zwischensumme Forensik		= 15 223 547,60 DM
	Zusammen	73 030 367,60 DM
	rd.	73 030 300,00 DM

Zu KGr. 42

Erträge der Institutsambulanz		
775 Fälle je Quartal = 3 100 Fälle x 391,60 DM	=	1 213 960 DM
180 Fälle je Quartal = 720 Fälle x 587,40 DM	=	422 928 DM
	rd.	1 636 888 DM
		1 636 800 DM

Zu KGr. 43

Ablieferungen aus Nebeneinnahmen der Ärzte.

Zu KGr. 44

1. Erstattungen des Personals für		
– Unterkunft	=	59 900 DM
– Verpflegung	=	61 400 DM
– sonstige Leistungen	=	16 200 DM
2. Erstattungen Fremder für		
– Unterkunft	=	1 000 DM
– Verpflegung	=	3 700 DM
– sonstige Leistungen	=	15 200 DM
	Zusammen	157 400 DM

Zu KGr. 45

Erträge durch die Versorgung der Stadt Wunstorf und der St.-Bonifatius-Gemeinde mit Fernwärme.

Zu KGr. 47

Zu Lasten des Landes Niedersachsen gehende Aufwendungen für nicht gedeckte Kosten, die aus Überschussvorträgen finanziert werden		
a) des Personalwohnheims		50 000 DM
b) der Mietwohnungen		— DM
	Zusammen	50 000 DM

Zu KGr. 57

Rückläufige Erträge aus Vermietung, Arbeits- und Beschäftigungstherapie, Werkstätten, der Gärtnerei, Rückvergütungen für Ersatzdienstleistende und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie Skonti, Aus-, Fort- und Weiterbildungsstätte.

Zu KGr. 59

Es handelt sich um durchlaufende Posten (s. Erläuterungen zu KGr. 79).

**Erläuterungen zum Finanzplan des Landeskrankenhauses Wunstorf
für das Geschäftsjahr 2001**

Folgende Investitionen übersteigen 50 000 DM im Einzelfall:

1. **Kurzfristige Anlagegüter**

(Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände)

Einführung eines E-Mail-Systems (Hardware)	150 000 DM
Software Rechnungswesen/Controlling	250 000 DM
Software Datensicherung	70 000 DM
Ausbau DV-Netz Wunstorf einschl. Software	225 000 DM
Ausbau DV-Netz einschl. Software Fachabt. Bad Rehburg	125 000 DM
Erneuerung Regel- und Meßtechnik im Blockheizkraftwerk/ Energiezentrale	95 000 DM
Universelles Laborsystem (Technologie)	
Fachabt. Bad Rehburg/Wunstorf	265 000 DM

Summe	1 180 000 DM

2. Kleine bauliche Maßnahmen i. S. § 6 Abs. 1 Nr. 2 Nds. KHG
(Aktivierungspflichtige Maßnahmen)

— DM

**Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60 – 62 des Wirtschaftsplans 2001 des Landeskrankenhauses Wunstorf
(Übersicht über die Stellen der Beamteten Hilfskräfte, Angestellten und Arbeiter)**

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Beamtete Hilfskräfte				
A 13	—	6	Rat/Rätin z. A.	1) 1 Stelleninhaber erhält eine persönliche Zulage entsprechend dem Unterschiedsbetrag zwischen Verg.-Gr. I a BAT und Verg.-Gr. I BAT.
	—	6	Zusammen	2) 10% der Stellen dürfen mit Beschäftigten der Verg.-Gr. Kr. I oder Kr. II besetzt werden.
Angestellte⁹⁾				
I a ¹⁾	1	1		3) Für je 7 fehlende Schüler/-innen in der Krankenpflege kann bei Bedarf 1 Pflegekraft im Krankenpflegedienst nach Verg.-Gr. Kr. V oder einer niedrigeren Verg.-Gr. zusätzlich beschäftigt werden.
I b	17	14		4) 4 (4) Stellen können bei Bedarf mit je 2,5 Ärzten/-innen im Praktikum besetzt werden.
II a ⁴⁾	58	50		5) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
IV a	6	6		6) 23 (23) kw.
IV b	32	29		7) 5% der Stellen dürfen für Erzieherinnen/Erzieher in Anspruch genommen werden.
V b	5	5		8) 2 (-) Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.
V c	79	75		9) Abweichend von Nr. 6 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen können Stellen, auf denen Beschäftigte, die sich im Rahmen der Altersteilzeit im Blockmodell in der Freistellungsphase befinden, geführt werden, zu 100 v. H. wiederbesetzt werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrausgaben an anderer Stelle eingespart werden. Die Einsparung ist aktenkundig zu machen.
VI b ⁸⁾	10	10		
VII	14	16		
VIII	15	17		
IX b–VII	11	13		
Sondervergütungen*)	7	7		
Kr. VIII	2	2		
Kr. VII	6	5		
Kr. VI ⁵⁾	52	42		
Kr. V ²⁾³⁾⁷⁾	321	304		
	636	596	Zusammen	
Leerstellen ⁶⁾ :				
II a	3	3		
IV b	1	1		
V c	5	5		
VII	2	1		
VIII	—	1		
Kr. V	12	12		
	23	23	Zusammen	

*) 7 Prakt. für med. Hilfsberufe und Prakt. für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes
– TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 22. 3. 1991 (Nds. MBl. S. 570) in der jeweils gültigen Fassung.

Erläuterungen zu den Angestellten

Zugang:	Stellen	Abgang:	Stellen	} Einsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998
Verg.-Gr. I b	3	Verg.-Gr. VII	2	
Verg.-Gr. II a	2	Verg.-Gr. VIII	2	
Verg.-Gr. IV b	3	Verg.-Gr. IX b–VII	2	
Verg.-Gr. V c	4			
Verg.-Gr. Kr. VII	1	Zusammen	6	
Verg.-Gr. Kr. VI	10			
Verg.-Gr. Kr. V	17	Umwandlung:	Stellen	
		Verg.-Gr. II a	6	von Bes.-Gr. A 13 – Rat/Rätin z. A. – Beamtete Hilfskräfte
Zusammen	40			

**Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60 – 62 des Wirtschaftsplans 2001 des Landeskrankenhauses Wunstorf
(Übersicht über die Stellen der Beamteten Hilfskräfte, Angestellten und Arbeiter)**

Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
			Arbeiter/-innen	¹⁾ 3 (3) kw.
6	9	9		
5	15	15		
4	17	17		
3	4	9		
2 a	7	8		
2	18	25		
1	27	30		
	97	113	Zusammen	
			Leerstellen ¹⁾ :	
2 a	2	2		
4	1	1		
	3	3	Zusammen	

Erläuterungen zu den Arbeitern/Arbeiterinnen

Abgang: Lohn-Gr. 3 Lohn-Gr. 2 a Lohn-Gr. 2 Lohn-Gr. 1	Stellen 5 1 7 3	Einsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998	Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege Auszubildende im Verwaltungsdienst Auszubildende im Hauswirtschaftlichen und Sonstigen Dienst	Auszubildende	
				2001	2000
				69	69
				4	4
				11	11
Zusammen	16			84	84

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
113 01-0	122	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		1.000	1.000	—	0
119 21-2	122	Einnahmen aus der Teilnahme des Personals und Sonstiger an der Verpflegung		100.000	85.000	+15.000	101
119 24-7	122	Einnahmen für Unterkunft, Verpflegung und Ausbildung		16.356.000	15.970.000	+386.000	16.795
119 41-7	122	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	1
119 46-8	122	Ersatzleistungen		13.000	2.500	+10.500	14
119 51-4	122	Vermischte Einnahmen		2.000	25.000	–23.000	1
124 01-1	122	Mieten und Pachten		210.000	230.000	–20.000	210
125 01-8	122	Erlöse der Werkstätten u. a. technische Betriebe		6.000	12.000	–6.000	6
125 02-6	122	Erlöse des Gärtnereibetriebes		10.000	14.000	–4.000	10
132 01-4	122	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		6.900	—	+6.900	—
241 34-4	122	Erstattung des Bundes für Beschäftigungs- entgelte an Zivildienstleistende * Vgl. K-Vermerk zu 427 09.		220.000	220.000	—	161
256 01-5	122	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit (für Aushilfskräfte)		—	—	—	338
281 01-0	122	Erstattung besonderer Auslagen ***Vergl. K-Vermerk zu 538 02,681 11,681 12 und 681 13.		1.267.000	1.167.000	+100.000	1.153
282 01-6	122	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland * Vgl. K-Vermerk zu 535 07.		—	—	—	5
381 01-4	990	Zuführung von 0707 - 981 94		—	—	—	—
A U S G A B E N							
422 01-2	122	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	35.543.200	407.700	+35.135.500	476
422 05-5	122	Dienstbezüge der beamteten Hilfskräfte	—	—	—	—	—
422 11-0	122	Dienstbezüge der planmäßigen beamteten Lehrkräfte -lfd. Zahlungen-	—	—	17.688.100	–17.688.100	17.277
422 15-2	122	Dienstbezüge der nichtplanmäßigen beamteten Lehrkräfte -lfd. Zahlungen-	—	—	—	—	—
422 19-5	122	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 51-9	122	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
425 01-1	122	Vergütungen der Angestellten	—	—	10.557.700	–10.557.700	10.573
425 03-8	122	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	152.500	–152.500	98
425 11-9	122	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbe- schäftigten Lehrkräfte	—	—	2.584.300	–2.584.300	3.333
425 41-0	122	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
425 51-8	122	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	0
426 01-8	122	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	3.272.800	–3.272.800	3.341
426 03-4	122	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 41-7	122	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
426 51-4	122	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	0
427 01-4	122	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	9.000	9.000	—	382

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 05 22

Es sind vorhanden:

	Schüler/ Schülerinnen/ Berufsschüler/ Berufsschülerinnen	Aus- zubil- dende	Kinder- garten- kinder	Kinder in Wechsel- gruppen
Landesbildungszentren für Hörgeschädigte in Hildesheim	271	75	28	18
Osnabrück	315	12	20	—
Braunschweig	187	—	25	—
Oldenburg	226	—	36	18
Zusammen	999	87	109	36

Zu 113 01

1. Geräte	1 000 DM
2. Maschinen	— DM
3. Ausstattungsgegenstände	— DM
4. Akten, Drucksachen und dgl.	— DM
Zusammen	1 000 DM

Zu 119 24

195 Schüler/Schülerinnen	7 613 000 DM
19 Schüler/Schülerinnen extern (vgl. 538 01)	729 000 DM
	8 342 000 DM
51 Auszubildende (stat.)	2 693 000 DM
36 Auszubildende (ambulant)	958 300 DM
1 Kindergartenkind (stat.)	45 500 DM
109 Kindergartenkinder (teilstat.)	4 298 300 DM
36 Kinder in Wechselgruppen	18 900 DM
Zusammen	16 356 000 DM

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	45 000 DM
2. Mietwohnungen und Einzelräume	51 000 DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	— DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	— DM
5. Andere Mieten und Pachten	114 000 DM
Zusammen	210 000 DM

Zu 281 01

Erstattung der Aufwendungen für stationäre und ambulante Krankenbehandlung außerhalb des Hauses.

Fahrtgelder, Ferienkosten, Bekleidung, Barbeträge, Weihnachtsbeihilfen und dgl. (vgl. Erl. zu 538 02, 681 11, 681 12 und 681 13).

Zu 282 01

Von Dritten werden hin und wieder Zuschüsse gegeben, die über 535 07 ihrem Verwendungszweck zugeführt werden.

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 409,54 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nach- richtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	—	—	—	223
Angestellte	—	—	—	153
Lohnempfänger/ -innen	—	—	—	56
Insgesamt	—	—	—	432

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 35 543 200 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Ober- gruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	35 543 200
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	445 200
43	Versorgungsbezüge	5 763 100
44	Beihilfen, Unterstützungen	708 300
45	Personalbezogene Sachausgaben	2 500
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	948 200
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0
Summe der Personalausgaben im Kapitel		43 410 500

Zu 427 01

Vergütungen oder Löhne der nur vorübergehend zu Urlaubs- oder Krankheitsvertretungen oder zur Personalverstärkung aushilfsweise Tätigen.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
427 09-0	122	Beschäftigungsentgelte für Zivildienst- leistende * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 241 34. ** Kostenbeiträge der Beschäftigungsstellen dürfen aus Ersparnissen bei 425 01 und 426 01 infolge zeitweilig nicht besetz- ter oder unterbesetzter Stellen für Er- zieher/Erzieherinnen oder Arbeiter/Ar- beiterinnen hier zusätzlich verwendet werden.	—	220.000	220.000	—	295
427 11-1	122	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	18.500	25.000	–6.500	18
427 21-9	122	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	—	104.200	140.000	–35.800	104
427 39-1	122	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
442 01-3	122	Unterstützungen aufgrund der Unterstüt- zungsgrundsätze	—	—	—	—	—
453 01-5	122	Trennungsgeld für abgeordnete oder ver- setzte Bedienstete und Umzugskostenver- gütungen	—	2.500	15.300	–12.800	2
453 11-2	122	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	—
511 01-5	122	Geschäftsbedarf	—	30.000	40.000	–10.000	28
512 01-1	122	Bücher und Zeitschriften	—	22.300	22.300	—	27
513 01-8	122	Post- und Fernmeldegebühren	—	99.800	99.800	—	115
514 01-4	122	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	60.000	48.300	+11.700	57
515 01-0	122	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	20.300	20.300	—	29
515 02-9	122	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	75.000	91.300	–16.300	94
516 01-7	122	Dienst- und Schutzkleidung	—	4.700	4.700	—	7
517 01-3	122	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	400.000	362.000	+38.000	423
517 19-6	122	Reinigungskosten	—	500.000	480.000	+20.000	398
517 59-5	122	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	695.000	695.000	—	623
518 01-0	122	Mieten und Pachten	—	25.000	25.000	—	21
519 02-4	122	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	27.500	—	+27.500	—
519 03-2	122	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	19.800	19.800	—	14
522 01-7	122	Beköstigung	—	540.000	520.000	+20.000	533
522 11-4	122	Arznei- und Stärkungsmittel, sowie Ver- bands- und Impfstoffe	—	3.900	3.900	—	4
522 28-9	122	Reinigungs- und Entwesungsmittel	—	20.000	—	+20.000	—
522 31-9	122	Sachaufwand für Beschäftigung, Unterhaltung u.pers. Bedarf d. Kinder, Schüler u. Auszu- bildenden sowie f. bes. Schulungsmaßnahmen	—	140.000	94.000	+46.000	89
522 41-6	122	Pflanz- und Saatgut; Düngemittel	—	13.600	13.600	—	14
522 51-3	122	Rohstoffe für Werkstätten	—	60.000	46.100	+13.900	59
524 02-8	122	Lehr- und Lernmittel	—	290.000	282.600	+7.400	278
525 01-6	122	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	150.000	43.000	+107.000	24
526 01-2	122	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	15.000	15.000	—	2
527 01-9	122	Reisekostenvergütungen	—	120.000	100.000	+20.000	104

ERLÄUTERUNGEN

Zu 427 11

Für stundenweise beschäftigte Ärzte/Ärztinnen und Seelsorger/Seelsorgerinnen.

Zu 427 21

1. Für Erteilung des Berufsschulunterrichts	52 100 DM
2. Für technische Lehrkräfte	52 100 DM
Zusammen	104 200 DM

Zu 453 01

1. Trennungsgeld	2 500 DM
2. Umzugskostenvergütungen	—
Zusammen	2 500 DM

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	9 000 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	14 000 DM
3. Bekanntmachungen	4 000 DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	3 000 DM
Zusammen	30 000 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	7 700 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	10 000 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	1 700 DM
4. Buchbinderkosten	1 300 DM
5. Büchereiaufwand für Personalunterkünfte und in Anstalten	1 600 DM
Zusammen	22 300 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	28 500 DM
2. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	30 400 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	34 000 DM
4. Änderung und Erweiterung von Fernmeldeanlagen	2 800 DM
5. Rundfunk- und Fernsehgebühren	1 200 DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	2 900 DM
Zusammen	99 800 DM

Zu 514 01

Betriebsstoffe	48 300 DM
Unterhaltung und Instandsetzung	8 300 DM
Kraftfahrzeugsteuer	3 400 DM
Zusammen	60 000 DM

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Kombiwagen	8	8	8
Neunsitzer	3	3	3

Zu 515 02

Dienstzimmerausstattungen	40 000 DM
Büromaschinen	8 000 DM
Wirtschaftsgeräte	15 000 DM
Werkstattausrüstungen	12 000 DM
Zusammen	75 000 DM

Zu 516 01

Dienst- und Schutzkleidung der Hausarbeiter, Heizer, Kraftfahrer, Pförtner und Sonstiger sowie des Bedienungspersonals von Vervielfältigungseinrichtungen.

Zu 517 01

1. Wassergeld	130 000 DM
2. Grundbesitzabgaben	152 000 DM
3. Bewachungskosten	47 500 DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	60 000 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	10 500 DM
Zusammen	400 000 DM

Zu 518 01

Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	25 000 DM

Zu 524 02

1. Lehrbücher	185 000 DM
2. Gerätschaften	65 000 DM
3. Verbrauchsstoffe	40 000 DM
Zusammen	290 000 DM

Zu 526 01

1. (Amts)ärztliche und Röntgen-schirmbilduntersuchungen	5 000 DM
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	5 000 DM
3. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus	5 000 DM
Zusammen	15 000 DM

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	70 000 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für privateigene Kraftfahrzeuge	50 000 DM
Zusammen	120 000 DM

Bestand an anerkannten privaten Kraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	11	11	11

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0522 Landesbildungszentren für Hörgeschädigte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
527 02-7	122	Kostenerstattungen an Eltern und Elternver- treter	—	12.400	12.400	—	8
527 03-5	122	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Perso- nalvertretungsangelegenheiten u. in Vertre- tung der Interessen der Schwerbehinderten	—	3.900	3.200	+700	4
532 01-2	122	Beschaffung, Instandhaltung und Reinigung der Wäsche	—	30.000	30.000	—	23
532 02-0	122	Reinigung und Instandhaltung der Beklei- dung für Schülerinnen/Schüler; Auszubilden- de und Kinder	—	1.200	1.200	—	0
535 01-1	122	Betriebstechn. Anlagen, Geräte und Aus- stattungsgegenstände in den Wohn-, Schul- und Wirtschaftsräumen -Unterhaltung-	—	101.700	101.700	—	69
535 02-0	122	Wie 535 01 -Ersatz und Ergänzung-	—	300.000	336.600	–36.600	432
535 03-8	122	Maschinen und Geräte für den Gärtnerei- betrieb -Unterhaltung-	—	1.600	1.600	—	1
535 04-6	122	Wie 535 03 -Ersatz und Ergänzung-	—	5.800	5.800	—	6
535 05-4	122	Maschinen und Geräte für die Werkstät- tenbetriebe -Unterhaltung-	—	5.700	5.700	—	7
535 06-2	122	Wie 535 05 -Ersatz und Ergänzung-	—	22.500	22.500	—	79
535 07-0	122	Beschaffung aus Zuschüssen Dritter * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 01.	—	—	—	—	1
537 01-4	122	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	—	—	—	—
538 01-0	122	Kosten der Externatsunterbringung für Schüler und Lehrlinge	—	620.000	770.000	–150.000	521
538 02-9	122	Sonstige Dienstleistungen Außenstehender im Auftrag oder für Rechnung der Kosten- träger außerhalb des Pflegesatzes * Gegenseitig deckungsfähig: 538 02, 681 11, 681 12 und 681 13. ***Die Ausgaben bei 538 02, 681 11, 681 12 und 681 13 dürfen überschritten werden bis zur Höhe d. Mehreinnahmen bei 281 01.	—	440.000	350.000	+90.000	368
538 03-7	122	Kosten für Schullandheimaufenthalte und betriebspraktische Aufenthalte	—	80.600	80.600	—	95
538 04-5	122	Kosten der Untersuchungen in fremden Laboratorien	—	1.000	1.000	—	0
538 05-3	122	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	18
543 01-4	122	Beiträge zur Unfallversicherung für die Internatskinder	—	2.000	2.000	—	2
544 01-0	122	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluß des Haushaltsjahres	—	—	—	—	—
546 59-5	122	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
681 01-8	122	Schadensersatzleistungen und Unfallent- schädigungen	—	1.000	1.000	—	1
681 11-5	122	Kosten der Familienheimfahrten * Vgl. D-Vermerk zu 538 02. ***Die Ausgaben bei 538 02, 681 11, 681 12 und 681 13 dürfen überschritten werden bis zur Höhe d. Mehreinnahmen bei 281 01.	—	660.000	660.000	—	616
681 12-3	122	Barbeträge an Schüler/Schülerinnen * Vgl. D-Vermerk zu 538 02. ***Die Ausgaben bei 538 02, 681 11, 681 12 und 681 13 dürfen überschritten werden bis zur Höhe d. Mehreinnahmen bei 281 01.	—	140.000	140.000	—	131
681 13-1	122	Weihnachtsbeihilfen an Schüler/Schülerinnen * Vgl. D-Vermerk zu 538 02. ***Die Ausgaben bei 538 02, 681 11, 681 12 und 681 13 dürfen überschritten werden bis zur Höhe d. Mehreinnahmen bei 281 01.	—	17.000	17.000	—	13
685 01-3	122	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	7.000	2.000	+5.000	4

ERLÄUTERUNGEN

Zu 527 02

Veranschlagt sind gem. § 81 Abs. 3 NSchG die Reisekosten für die Teilnahme an einer Gesamtelternversammlung und zwei Versammlungen der Klassenelternschaft in jedem Schuljahr.

Zu 535 01

Unterhaltung von	
1. Geräten und Ausstattungsgegenständen	55 300 DM
2. betriebstechnischen Anlagen (5 % des Zeitwertes)	45 400 DM
Zusammen	101 700 DM

Zu 535 02

Ersatz von Geräten und Ausstattungs- gegenständen	280 000 DM
Ergänzung von Geräten und Ausstattungsgegenständen	20 000 DM
Zusammen	300 000 DM

Zu 535 04

Ersatz von Maschinen und Geräten	5 800 DM

Zu 535 06

Ersatz von Maschinen und Geräten	22 500 DM
Ergänzung	— DM
Zusammen	22 500 DM

Zu 535 07

Vgl. Erl. zu 282 01.

Zu 538 01

Für 35 Schüler/Schülerinnen

Zu 538 02

Auslagen für die Schüler/Schülerinnen (vgl. Erläuterungen zu 281 01).

Zu 538 03

Verpflegung und Unterbringung	80 600 DM

Zu 681 11

Familienheimfahrten werden gewährt als Teil der Eingliederungshilfe gem. § 40 Abs. 1 Ziff. 2 a, 3 und 4 BSHG.

(Vgl. Erl. zu 281 01).

Zu 681 12

Zahlungen im Auftrage der Träger der Sozialhilfe nach Maßgabe der Richtlinien des MS und des MK vom 3. 12. 1986 (Nds.Min.Bl. S. 1118).

Vgl. Erl. zu 281 01.

Zu 681 13

Zahlungen im Auftrage der Träger der Sozialhilfe nach den jeweils geltenden Richtlinien des MS.

Vgl. Erl. zu 281 01.

Zu 685 01

Innungsbeiträge.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
811 01-9	122	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	31.600	—	+31.600	—
812 13-9	122	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-5	122	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	393.400	371.800	+21.600	370
812 31-7	122	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	130
812 35-0	122	Erwerb von Geräten für Unterrichtszwecke	—	504.700	557.900	-53.200	588
981 05-4	990	Abführung an 13 21 - 381 05	—	4.886.600	—	+4.886.600	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik	(—)	(409.600)	(179.200)	(+230.400)	(223)
511 99-6	011	Geschäftsbedarf	—	—	—	—	3
513 99-9	011	Post- und Fernmeldegebühren	—	20.000	20.000	—	7
515 99-1	011	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	26.600	26.600	—	29
519 99-7	011	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung von besonderen Betriebseinrichtungen	—	10.000	10.000	—	4
522 99-8	011	Verbrauchsmittel	—	8.000	8.000	—	6
524 99-0	011	Lehr- und Lernmittel	—	70.000	20.000	+50.000	24
535 99-2	011	PC-Beschaffung für Lehrwerkstätten und -klassen	—	30.000	27.000	+3.000	39
538 99-1	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	60.000	67.600	-7.600	87
547 99-0	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 99-6	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	185.000	—	+185.000	24
Abschluss Kapitel 05 22							
1 Eigene Einnahmen				16.704.900	16.339.500	+365.400	
2 Übertragungseinnahmen				1.487.000	1.387.000	+100.000	
3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen				—	—	—	
Summe der Einnahmen				18.191.900	17.726.500	+465.400	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	35.897.400	35.072.400	+825.000	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	5.184.900	4.930.200	+254.700	
6 Übertragungsausgaben			—	825.000	820.000	+5.000	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	1.114.700	929.700	+185.000	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	4.886.600	—	+4.886.600	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	47.908.600	41.752.300	+6.156.300	
Zuschuss				29.716.700	24.025.800	+5.690.900	
Nachrichtlich:							
Anteil an den Versorgungsausgaben				5.763.100	6.498.300		
Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil				53.671.700	48.250.600		
Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil				35.479.800	30.524.100		

ERLÄUTERUNGEN

Zu 811 01

Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. DM
Ersatzbeschaffungen: (einschl. Sonderausstattung)	
1 Personenkraftwagen	31 600 DM

Zu 812 13

— DM

Zu 812 15

6 Arbeitsplatzausstattungen Hauswirtschaft	150 000 DM
Spielgeräte Außenanlage	60 000 DM
Spielgeräte Freizeitaußenbereich	15 000 DM
Speiseausgabe Zentralküche	16 700 DM
Spritzanlage	27 000 DM
Plattensäge	51 800 DM
Schneideplotter	38 800 DM
Biegemaschine	19 100 DM
Grundausrüstung Elektropneumatik	15 000 DM
Zusammen	393 400 DM

Zu 812 35

Infrarot-Höranlage	62 000 DM
4 Frequenz-Modulations-Höranlagen	152 800 DM
11 Klassenraumausrüstungen	169 700 DM
Abricht hobelmaschine	17 500 DM
Formatkreissäge	21 000 DM
Lehrmaterial Montessori	18 000 DM
Würzburger Hörfeldskalierung	16 500 DM
2 Raumträumer	31 200 DM
Traumland	16 000 DM
Zusammen	504 700 DM

Zu 981 05

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu 515 99

Ersatz- und Ergänzungsbedarf, insbesondere für Bildschirme, Drucker, Druckertische und Ausrüstung der Bildschirmarbeitsplätze.

Zu 519 99

Insbesondere Wartungskosten.

Zu 538 99

Erwerb und Weiterentwicklung von Programmen, Verfahrens- und Programmpflege.

Für die Abrechnung der Pflegekosten mit den einzelnen Kostenträgern wird eine private EDV-Anlage in Anspruch genommen (umgesetzt von 538 05).

Zu 812 99

Physikalisches System	19 500 DM
Ersatzbeschaffung von PC in Klassen-/Computerräumen	101 100 DM
2 Beamer	28 800 DM
Computersystem Orthopädie	35 600 DM
Zusammen	185 000 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
113 01-3	122	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		1.000	1.000	—	—
119 21-6	122	Einnahmen aus der Teilnahme des Personals und sonstiger an der Verpflegung		30.000	28.000	+2.000	33
119 24-0	122	Einnahmen für Unterkunft und Verpflegung sowie für die Ausbildung der Umschüler/Umschülerinnen und Auszubildenden		7.300.000	9.000.000	–1.700.000	6.850
119 41-0	122	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	—
119 46-1	122	Ersatzleistungen		—	—	—	0
119 51-8	122	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	—	6
124 01-5	122	Mieten und Pachten		130.000	140.000	–10.000	120
125 01-1	122	Erlöse der Werkstätten u. a. technischer Betriebe		50.000	50.000	—	41
132 01-8	122	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		—	2.000	–2.000	—
241 34-8	122	Erstattung des Bundes für Beschäftigungs- entgelte an Ersatzdienstleistende * Vgl. K-Vermerk zu 427 09.		150.000	150.000	—	149
256 01-9	122	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit (für Aushilfskräfte)		—	—	—	89
281 01-3	122	Erstattung besonderer Auslagen ***vergl.K-Vermerk zu 538 02,681 11,681 12 und 681 13.		420.000	420.000	—	368
282 01-0	122	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland * Vgl. K-Vermerk zu 535 05.		—	—	—	23
381 01-8	990	Zuführung von 0707 - 981 94		—	—	—	—
A U S G A B E N							
422 01-6	122	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	16.771.400	148.000	+16.623.400	161
422 05-9	122	Dienstbezüge der beamteten Hilfskräfte	—	—	—	—	—
422 11-3	122	Dienstbezüge der planmäßigen beamteten Lehrkräfte -lfd. Zahlungen-	—	—	4.909.400	–4.909.400	5.116
422 15-6	122	Dienstbezüge der nichtplanmäßigen beamteten Lehrkräfte -lfd. Zahlungen-	—	—	—	—	165
422 19-9	122	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 51-2	122	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
425 01-5	122	Vergütungen der Angestellten	—	—	7.905.100	–7.905.100	7.865
425 03-1	122	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	36.000	–36.000	8
425 11-2	122	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbeschäftigten Lehrkräfte	—	—	1.775.700	–1.775.700	1.665
425 41-4	122	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
425 51-1	122	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	3.100	–2.100	1
426 01-1	122	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	1.836.100	–1.836.100	1.673
426 03-8	122	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 41-0	122	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
426 51-8	122	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-8	122	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	54.500	54.500	—	66

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zu Kapitel 05 23

Sitz des Landesbildungszentrums für Blinde: Hannover.

Zu 119 24

1. 72 Schüler/Schülerinnen	4 900 000 DM
2. 26 Auszubildende und Umschüler/ Umschülerinnen (stat.)	1 800 000 DM
3. 13 Auszubildende und Umschüler/ Umschülerinnen (ambulant)	600 000 DM
Zusammen	7 300 000 DM

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	14 000 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	111 000 DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	— DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	— DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	5 000 DM
Zusammen	130 000 DM

Zu 125 01

Betriebseinnahmen der Lehrwerkstätten.

Zu 281 01

Erstattung der Aufwendungen für stationäre und ambulante Krankenbehandlung außerhalb des Hauses, Fahrgelder, Ferienreisekosten, Bekleidung, Barbeträge, Weihnachtsbeihilfen und dgl. (vgl. Erl. zu 538 02, 681 11, 681 12 und 681 13).

Zu 282 01

Von Dritten werden hin und wieder Zuschüsse gegeben, die über Tit. 535 05 ihrem Verwendungszweck zugeführt werden.

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 200,00 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nach- richtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen				76
Angestellte				105
Lohnempfänger/ -innen				33
Insgesamt				214

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 16 771 400 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Ober- gruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	16 771 400
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	271 900
43	Versorgungsbezüge	1 831 700
44	Beihilfen, Unterstützungen	335 700
45	Personalbezogene Sachausgaben	8 700
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	449 500
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0
Summe der Personalausgaben im Kapitel		19 668 900

Zu 427 01

Vergütungen oder Löhne der nur vorübergehend zu Urlaubs- oder Krankheitsvertretungen oder zur Personalverstärkung aushilfsweise Tätigen.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
427 09-3	122	Beschäftigungsentgelte für Zivildienstlei- stende * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 241 34. ** Kostenbeiträge der Beschäftigungsstellen dürfen aus Ersparnissen bei 425 01 und 426 01 infolge zeitweilig nicht besetz- ter oder unterbesetzter Stellen für Er- zieher/Erzieherinnen oder Arbeiter/Ar- beiterinnen hier zusätzlich verwendet werden.	—	150.000	150.000	—	302
427 11-5	122	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	1.400	7.000	-5.600	1
427 21-2	122	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	—	35.200	30.000	+5.200	35
427 39-5	122	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
442 01-7	122	Unterstützungen aufgrund der Unterstüt- zungsgrundsätze	—	—	—	—	—
453 01-9	122	Trennungsgeld für abgeordnete oder ver- setzte Bedienstete und Umzugskostenver- gütungen	—	8.700	5.500	+3.200	9
453 11-6	122	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	—
511 01-9	122	Geschäftsbedarf	—	15.100	15.100	—	13
512 01-5	122	Bücher und Zeitschriften	—	5.000	5.000	—	7
513 01-1	122	Post- und Fernmeldegebühren	—	40.800	40.800	—	43
514 01-8	122	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	30.000	20.000	+10.000	30
515 01-4	122	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	5.000	5.000	—	27
515 02-2	122	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	10.000	7.400	+2.600	20
516 01-0	122	Dienst- und Schutzkleidung	—	1.500	1.500	—	4
517 01-7	122	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	170.000	160.000	+10.000	171
517 19-0	122	Reinigungskosten	—	160.000	242.000	-82.000	158
517 59-9	122	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	430.000	420.000	+10.000	431
518 01-3	122	Mieten und Pachten	—	29.000	22.000	+7.000	21
519 02-8	122	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	10.000	—	+10.000	—
519 03-6	122	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	2.000	2.000	—	8
522 01-0	122	Beköstigung	—	255.000	255.000	—	227
522 11-8	122	Arznei- und Stärkungsmittel sowie Ver- bands- und Impfstoffe	—	2.000	2.000	—	2
522 28-2	122	Reinigungs- und Entwesungsmittel	—	35.000	—	+35.000	—
522 31-2	122	Sachaufwand für Beschäftigung, Unterhaltung und persönlichen Bedarf der Schüler/innen sowie für besondere Schulungsmaßnahmen	—	19.200	19.200	—	20
522 51-7	122	Rohstoffe für Werkstätten	—	22.000	30.000	-8.000	16
524 02-1	122	Lehr- und Lernmittel	—	185.000	45.000	+140.000	45
525 01-0	122	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	50.000	26.000	+24.000	13
526 01-6	122	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	3.300	3.300	—	4
527 01-2	122	Reisekostenvergütungen	—	68.000	62.000	+6.000	68

ERLÄUTERUNGEN

Zu 427 11

Vergütungen für stundenweise beschäftigte Seelsorger/Seelsorgerinnen, Vertragsärzte/Vertragsärztinnen und Organisten/Organistinnen.

Zu 427 21

Für nebenamtliche Erteilung des Berufsschulunterrichts.

Vgl. RdErl. MS vom 9. 10. 1992 (Nds. MBl. S. 1382).

Zu 453 01

1. Trennungsgeld	8 700 DM
2. Umzugskostenvergütungen	— DM
Zusammen	8 700 DM

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	1 500 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	12 100 DM
3. Bekanntmachungen	700 DM
4. Anderer Geschäftsbedarf	800 DM
Zusammen	15 100 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	1 600 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	1 800 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	1 000 DM
4. Buchbinderkosten	200 DM
5. Büchereiaufwand für Personalunterkünfte und in Anstalten	400 DM
Zusammen	5 000 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	10 000 DM
2. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	12 400 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	12 300 DM
4. Änderung und Erweiterung von Fernmeldeanlagen	4 000 DM
5. Rundfunk- und Fernsehgebühren	1 000 DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	1 100 DM
Zusammen	40 800 DM

Zu 514 01

1. Betriebsstoffe	20 000 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	7 000 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	3 000 DM
4. Sonstiges	— DM
Zusammen	30 000 DM

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Kombi	1	1	1
Pkw	4	4	4
Sonderfahrz.	2	2	2

Zu 515 02

1. Dienstzimmerausstattungen	9 000 DM
2. Büromaschinen	— DM
3. Wirtschaftsgeräte	1 000 DM
4. Werkstattausrüstungen	— DM
5. Ausstattung von Amts- und Dienstwohnungen	— DM
Zusammen	10 000 DM

Zu 516 01

Dienst- und Schutzkleidung der Hausarbeiter, Heizer, Kraftfahrer, Pfortner und Sonstiger sowie des Bedienungspersonals von Vervielfältigungseinrichtungen.

Zu 517 01

1. Wassergeld	55 000 DM
2. Grundbesitzabgaben	79 200 DM
3. Bewachungskosten	4 000 DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	16 000 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	15 800 DM
Zusammen	170 000 DM

Zu 518 01

1. Diensträume und -gebäude	17 500 DM
2. Wohnungen und Wohngebäude	— DM
3. Unbebaute Grundstücke	1 500 DM
4. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	10 000 DM
Zusammen	29 000 DM

Zu 524 02

1. Lehrbücher	95 000 DM
2. Gerätschaften	45 000 DM
3. Verbrauchsstoffe	45 000 DM
Zusammen	185 000 DM

Mehr für die Ausstattung der integrativ beschulten Schülerinnen und Schüler mit Lernmitteln.

Diese bisher im Geschäftsbereich des Kultusministeriums wahrgenommene Aufgabe wurde der zum 1. 9. 2000 neu eingerichteten Medienzentrale des Landesbildungszentrums für Blinde dauerhaft übertragen (s. a. Kapitel 07 07 Titelgruppe 88).

Zu 526 01

1. (Amts)ärztliche und Röntgen-schirmbilduntersuchungen	1 000 DM
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	1 000 DM
3. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus	1 300 DM
Zusammen	3 300 DM

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	15 000 DM
2. Wegstreckenentschädigungen für 4 anerkannte private und für privateigene Kraftfahrzeuge	53 000 DM
Zusammen	68 000 DM

Bestand an anerkannten privaten Kraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	7	7	7

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0523 Landesbildungszentrum für Blinde

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
527 02-0	122	Kostenerstattung an Eltern und Elternver- treter	—	1.000	1.000	—	3
527 03-9	122	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Perso- nalvertretungsangelegenheiten u. in Vertre- tung der Interessen der Schwerbehinderten	—	1.100	1.100	—	1
532 01-6	122	Beschaffung, Instandhaltung und Reinigung der Wäsche	—	34.100	34.100	—	28
532 02-4	122	Reinigung und Instandhaltung der Beklei- dung für Schülerinnen/Schüler; Auszubilden- de und Kinder	—	1.400	1.400	—	1
535 01-5	122	Betriebstechnische Anlagen, Geräte u. Aus- stattungsgegenstände in den Wohn-, Schul- und Wirtschaftsräumen -Unterhaltung-	—	60.000	60.000	—	79
535 02-3	122	Wie 535 01 -Ersatz und Ergänzung-	—	84.400	84.400	—	136
535 03-1	122	Maschinen und Gerät für die Lehrwerkstatt -Unterhaltung-	—	10.000	10.000	—	3
535 04-0	122	Wie 535 03 -Ersatz und Ergänzung-	—	16.700	16.700	—	16
535 05-8	122	Beschaffung aus Zuschüssen Dritter * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 01.	—	—	—	—	34
538 01-4	122	Dienstleistungen Außenstehender	—	20.000	14.000	+6.000	37
538 02-2	122	Sonstige Dienstleistungen Außenstehender im Auftrag oder für Rechnung der Kosten- träger außerhalb des Pflegesatzes * Gegenseitig deckungsfähig: 538 02, 681 11, 681 12 und 681 13. ***Die Ausgaben bei 538 02, 681 11, 681 12 und 681 13 dürfen überschritten werden bis zur Höhe d. Mehreinnahmen bei 281 01.	—	165.000	165.000	—	153
538 03-0	122	Kosten für Schullandheimaufenthalte und Betriebspraktika	—	30.000	30.000	—	14
538 04-9	122	Kosten für die externe Unterbringung von Auszubildenden	—	10.000	10.000	—	—
543 01-8	122	Beiträge zur Unfallversicherung für die Internatskinder	—	1.100	1.100	—	0
546 57-2	122	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulie- rung von Schäden, die nicht versichert sind	—	—	—	—	—
546 59-9	122	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	1.100	1.100	—	0
681 01-1	122	Schadensersatzleistungen und Unfallent- schädigungen	—	—	—	—	1
681 11-9	122	Kosten der Familienheimfahrten der Schüler/ Schülerinnen * Vgl. D-Vermerk zu 538 02. ***Die Ausgaben bei 538 02, 681 11, 681 12 und 681 13 dürfen überschritten werden bis zur Höhe d. Mehreinnahmen bei 281 01.	—	234.000	230.000	+4.000	231
681 12-7	122	Barbeträge an Schüler/Schülerinnen * Vgl. D-Vermerk zu 538 02. ***Die Ausgaben bei 538 02, 681 11, 681 12 und 681 13 dürfen überschritten werden bis zur Höhe d. Mehreinnahmen bei 281 01.	—	16.000	20.000	-4.000	7
681 13-5	122	Weihnachtsbeihilfen an Schüler/Schülerinnen * Vgl. D-Vermerk zu 538 02. ***Die Ausgaben bei 538 02, 681 11, 681 12 und 681 13 dürfen überschritten werden bis zur Höhe d. Mehreinnahmen bei 281 01.	—	5.000	5.000	—	5
685 01-7	122	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	200	—	+200	—
811 01-2	122	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	29.200	-29.200	24
812 13-2	122	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-9	122	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	132.400	86.700	+45.700	134
812 31-0	122	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 527 02

Veranschlagt sind gem. § 81 NSchG die Reisekosten für die Teilnahme an einer Gesamtelternversammlung und zwei Versammlungen der Klassenelternschaft in jedem Schuljahr.

Zu 535 01

Unterhaltung von

1. Geräten und Ausstattungsgegenständen	40 000 DM
2. betriebstechnische Anlagen (5% des Zeitwertes von 600 000 DM)	20 000 DM
Zusammen	60 000 DM

Zu 535 02

a) Ersatz von

1. Geräten und Ausstattungsgegenständen	75 000 DM
2. betriebstechnischen Anlagen	— DM

Zusammen a) 75 000 DM

b) Ergänzung von

1. Geräten und Ausstattungsgegenständen	9 400 DM
2. betriebstechnischen Anlagen	— DM

Zusammen b) 9 400 DM

Zusammen a) und b) 84 400 DM

Zu 535 04

1. Ersatz von Maschinen und Geräten	16 700 DM
2. Ergänzung von Maschinen und Geräten	— DM
Zusammen	16 700 DM

Zu 535 05

Vgl. Erl. zu 282 01.

Zu 538 01

Mit der Ausführung des Arbeitssicherheitsgesetzes (ASIG) und der Unfallverhütungsvorschrift des GuV Hannover ist eine Fremdfirma beauftragt.

Zu 538 02

Auslagen für die Schüler/Schülerinnen (vgl. Erl. zu 281 01).

U. a. werden auch die Kosten für die Bekleidung der Schüler/Schülerinnen abgerechnet.

Zu 538 03

1. Verpflegung	28 000 DM
2. Sonstiges	2 000 DM
Zusammen	30 000 DM

Zu 681 11

Familienheimfahrten werden gewährt als Teil der Eingliederungshilfe gem. § 40 Abs. 1 Ziff. 2 a, 3 und 4 BSHG.

Zu 681 12

Zahlungen im Auftrage der Träger der Sozialhilfe aufgrund der Richtlinien des MS und des MK vom 21. 9. 1977 (Nds. MBl. S. 1353). Vgl. auch 281 01.

Zu 681 13

Zahlungen im Auftrage der Träger der Sozialhilfe nach den jeweils geltenden Richtlinien des MFAS. Vgl. auch 281 01.

Zu 812 15

1 Trecker	67 400 DM
Ausstattung von 2 Wohnetagen (Haus H)	30 000 DM
1 Zentrale Sicherungsanlage (Verwaltungsgebäude)	20 000 DM
1 Kompostieranlage	15 000 DM
Zusammen	132 400 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
812 35-3	122	Erwerb von Geräten für Unterrichtszwecke	—	195.500	265.200	-69.700	192
981 05-8	990	Abführung an 13 21 - 381 05	—	2.614.300	—	+2.614.300	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik	(—)	(79.500)	(40.400)	(+39.100)	(44)
511 99-0	011	Geschäftsbedarf	—	1.000	1.000	—	0
513 99-2	011	Post- und Fernmeldegebühren	—	8.000	5.000	+3.000	8
515 99-5	011	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	2.500	9.300	-6.800	1
519 99-0	011	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung von besonderen Betriebseinrichtungen	—	2.000	—	+2.000	—
522 99-1	011	Verbrauchsmittel	—	8.000	2.500	+5.500	8
524 99-4	011	Lehr- und Lernmittel	—	2.000	2.000	—	0
535 99-6	011	PC-Beschaffung für die Lehrwerkstatt	—	20.000	16.600	+3.400	18
538 99-5	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	10.000	4.000	+6.000	9
547 99-4	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	1.000	—	+1.000	—
812 99-0	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	25.000	—	+25.000	—
Abschluss Kapitel 05 23							
1 Eigene Einnahmen				7.512.000	9.222.000	-1.710.000	
2 Übertragungseinnahmen				570.000	570.000	—	
3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen				—	—	—	
Summe der Einnahmen				8.082.000	9.792.000	-1.710.000	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	17.022.200	16.860.400	+161.800	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	2.038.300	1.853.600	+184.700	
6 Übertragungsausgaben			—	255.200	255.000	+200	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	352.900	381.100	-28.200	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	2.614.300	—	+2.614.300	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	22.282.900	19.350.100	+2.932.800	
Zuschuss				14.200.900	9.558.100	+4.642.800	
Nachrichtlich:							
Anteil an den Versorgungsausgaben				1.831.700	1.816.100		
Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil				24.114.600	21.166.200		
Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil				16.032.600	11.374.200		

 ERLÄUTERUNGEN

Zu 812 35

Ausstattung Haus H (Möbel für Büroausbildung)	120 000 DM
Fernsehseegeräte	60 000 DM
1 Tiefziehpresse	15 500 DM
Zusammen	195 500 DM

Zu 981 05

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 99

Hier sind die Ausgaben für Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie für die damit verbundenen Einrichtungen zusammengefasst.

Zu 812 99

1 NT Server	25 000 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 31-6	312	Einnahmen aus stationärer Behandlung		—	—	—	12.386
119 01-5	312	Einnahmen aus Nebentätigkeit		—	—	—	1
119 21-0	312	Einnahmen aus der Teilnahme des Personals und Fremder an der Verpflegung		—	—	—	26
119 41-4	312	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	4
119 51-1	312	Vermischte Einnahmen		—	—	—	5
121 02-8	312	Ablieferungen des kaufmännisch geführten Landeskrankenhauses Brauel		—	—	—	—
124 01-9	312	Mieten und Pachten		—	—	—	7
125 01-5	312	Erlöse der Werkstätten und anderer technischer Betriebe		—	—	—	3
125 51-1	312	Verkaufserlöse für Erzeugnisse aus der Beschäftigungstherapie		—	—	—	—
132 01-1	312	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		—	—	—	2
241 34-1	312	Erstattungen des Bundes für Beschäftigungsentgelte an Ersatzdienstleistende * Vgl. K-Vermerk zu 427 09.		—	—	—	25
256 01-2	312	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit (für Aushilfskräfte)		—	—	—	—
281 01-7	312	Sonstige Erstattungen aus dem Inland		—	—	—	16
282 01-3	312	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland * Vgl. K-Vermerk zu 515 04.		—	—	—	—
A U S G A B E N							
422 01-0	312	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	—	—	—	141
425 01-9	312	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	7.350
425 41-8	312	Vergütungen der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	41
425 51-5	312	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	24
426 01-5	312	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	1.173
426 03-1	312	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	19
426 41-4	312	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
426 51-1	312	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	2
427 01-1	312	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	4
427 09-7	312	Beschäftigungsentgelte für Zivildienstleistende * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 241 34. ** Kostenbeiträge der Beschäftigungsstellen aus Ersparnissen bei 422 01, 425 01 und 426 01 infolge zeitweilig nicht besetzter oder unterbesetzter Stellen für Krankenpflegepersonal oder nicht besetzter Arbeiterstellen dürfen hier zusätzlich verwendet werden.	—	—	—	—	49
427 11-9	312	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	33
427 21-6	312	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	—	—	—	—	13
427 39-9	312	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
441 02-2	312	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	0

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 05 24:

Ab 1. 1. 2000 wird die Kostendeckung des Landeskrankenhauses nach den Regeln der kaufmännischen Buchführung überwacht. Die Zuführungen werden ab 2001 bei Kapitel 05 21 nachgewiesen. Der Wirtschaftsplan mit den Übersichten über die Stellen der Angestellten und Arbeiter für das Geschäftsjahr 2001 ist ebenfalls dem Kapitel 05 21 als Anlage beigefügt.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0524 Landeskrankenhaus Brauel

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
441 03-0	312	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften für Angestellte	—	—	—	—	—
441 04-9	312	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
442 01-0	312	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	—	—	—	—
443 01-7	312	Fürsorgemaßnahmen, insbesondere bei Dienstunfällen	—	—	—	—	1
453 01-2	312	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	—	—	—	—
453 11-0	312	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	—
511 01-2	312	Geschäftsbedarf	—	—	—	—	55
512 01-9	312	Bücher und Zeitschriften	—	—	—	—	10
512 02-7	312	Wissenschaftliche und Unterhaltungsbücherei	—	—	—	—	3
513 01-5	312	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	—	—	53
514 01-1	312	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	51
515 01-8	312	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	35
515 02-6	312	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	192
515 04-2	312	Beschaffungen aus Zuschüssen Dritter und aus von Gerichten verhängten Geldbußen * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 01.	—	—	—	—	—
516 01-4	312	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	8
517 01-0	312	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	94
517 19-3	312	Reinigungskosten	—	—	—	—	26
517 59-2	312	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	110
518 01-7	312	Mieten und Pachten	—	—	—	—	210
519 03-0	312	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	—	15
522 01-4	312	Beköstigung	—	—	—	—	372
522 31-6	312	Sachaufwand für Beschäftigung, kulturelle Betreuung und persönlichen Bedarf der Kranken	—	—	—	—	38
522 51-0	312	Rohstoffe für Werkstätten	—	—	—	—	78
524 02-5	312	Lehr- und Lernmittel	—	—	—	—	2
525 01-3	312	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	9
526 01-0	312	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	10
527 01-6	312	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	31
527 03-2	312	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	—	—	—	3
532 02-8	312	Beschaffung, Instandhaltung und Reinigung der Wäsche	—	—	—	—	21
532 03-6	312	Beschaffung und Instandhaltung der Leibwäsche und der Bekleidung der Kranken	—	—	—	—	42

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0524 Landeskrankenhaus Brauel

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
535 01-9	312	Betriebstechnische Anlagen, Geräte und Ausstattungsgegenstände in den Kranken- und Wirtschaftsräumen -Unterhaltung-	—	—	—	—	9
535 02-7	312	Wie 535 01 -Ersatz und Ergänzung-	—	—	—	—	63
535 03-5	312	Medizinisch-technische Anlagen sowie ärztliche Instrumente und Geräte -Unterhaltung-	—	—	—	—	4
535 04-3	312	Wie 535 03 - Ersatz und Ergänzung-	—	—	—	—	15
535 05-1	312	Maschinen und Geräte für die Werkstätten- betriebe -Unterhaltung-	—	—	—	—	3
535 06-0	312	Wie 535 05 - Ersatz und Ergänzung -	—	—	—	—	13
537 02-0	312	Transportkosten für die Verlegung von Kranken	—	—	—	—	—
538 01-8	312	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	5
542 01-5	312	Umsatzsteuer	—	—	—	—	—
544 01-8	312	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluß des Haushaltsjahres	—	—	—	—	—
546 57-6	312	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulie- rung von Schäden, die nicht versichert sind	—	—	—	—	—
546 59-2	312	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	0
681 01-5	312	Schadensersatzleistungen und Unfallent- schädigungen	—	—	—	—	0
681 09-0	312	Zuwendungen an die in der Arbeitstherapie beschäftigten Kranken	—	—	—	—	42
681 12-0	312	Barbeträge für die Kranken	—	—	—	—	137
681 13-9	312	Weihnachtsbeihilfen für die Kranken	—	—	—	—	5
681 58-9	312	Kosten externer Schul- und anderer Maßnahmen	—	—	—	—	31
682 01-1	312	Zuführungen an das Landeskrankenhaus Brauel für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
685 01-0	312	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	—	—	—	1
811 01-6	312	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 15-2	312	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	38
812 31-4	312	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	40
812 35-7	312	Erwerb von ärztlichem Gerät und medizi- nisch-technischen Anlagen	—	—	—	—	28
818 57-6	312	Ausgaben für Investitionen zur Regulierung von Schäden, die nicht versichert sind	—	—	—	—	—
891 01-0	312	Zuführungen an das Landeskrankenhaus Brauel für Investitionen	—	—	—	—	—
981 02-7	990	Abführung an 13 50 - 381 05	—	—	—	—	46
981 03-5	990	Abführung an 20 11 - 381 01	—	—	—	—	180
981 06-0	990	Abführung an 04 20 - 381 02	—	—	—	—	54
981 07-8	990	Abführung an 05 01 - 381 02	—	—	—	—	24
981 08-6	990	Abführung an 13 99 - 381 63	—	—	—	—	22
Titelgruppe(n)							
TGr. 61/62		Arzneimittel, Laborbedarf, Untersuchungen	(—)	(—)	(—)	(—)	(574)
522 61-8	312	Arzneimittel, Stärkungsmittel, Verbands- stoffe, Impfstoffe und Blutkonserven	—	—	—	—	94

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0524 Landeskrankenhaus Brauel

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
522 62-6	312	Laborbedarf (Chemikalien, Glassachen), Röntgen- und Fotobedarf	—	—	—	—	134
538 61-1	312	Untersuchungen in fremden Laboratorien	—	—	—	—	26
538 62-0	312	Fachärztliche Untersuchungen; Dienstlei- stungen Außenstehender	—	—	—	—	321
Abschluss Kapitel 05 24							
1 Eigene Einnahmen				—	—	—	
2 Übertragungseinnahmen				—	—	—	
Summe der Einnahmen				—	—	—	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	—	—	—	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	—	—	—	
6 Übertragungsausgaben			—	—	—	—	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	—	—	—	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	—	—	—	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	—	—	—	

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
119 41-2	234	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	—
119 52-8	234	Sonstige Einnahmen im Rahmen der TBC-Hilfe		1.000	1.000	—	1
162 01-6	234	Einnahmen aus Darlehn, die im Rahmen der Sozialhilfe und TBC-Hilfe gewährt worden sind - Zinseinnahmen -		2.000	4.000	-2.000	1
182 01-7	234	Wie 162 01 - Darlehnsrückflüsse		800.000	620.000	+180.000	767
241 01-3	234	Erstattungen des Bundes zu den Kosten der Sozialhilfe für Deutsche im Ausland		300.000	300.000	—	259
242 01-0	234	Kostenerstattung - von staatlichen überörtlichen Trägern der Sozialhilfe -		300.000	400.000	-100.000	209
243 01-6	234	Wie 242 01 - von kommunalen überörtlichen Trägern der Sozialhilfe -		700.000	300.000	+400.000	624
243 02-4	234	Erstattungen von den örtl. Trägern für Hilfe zum Lebensunterhalt - außerhalb von Einrichtungen - lfd. u. einm. Leistungen		400.000	3.800.000	-3.400.000	321
243 03-2	234	wie 243 02 - in Einrichtungen -		500.000	1.000.000	-500.000	404
243 04-0	234	Erstattungen von den örtl. Trägern für Hilfe zur Pflege - außerhalb von Einrichtungen -		25.000	86.000	-61.000	20
243 05-9	234	wie 243 04 - in Einrichtungen -		17.000.000	20.190.000	-3.190.000	16.928
243 06-7	234	Erstattungen von den örtl. Trägern für Eingliederungshilfe - außerhalb von Einrichtungen -		900.000	1.200.000	-300.000	807
243 07-5	234	wie 243 06 - in Einrichtungen -		150.000.000	139.600.000	+10.400.000	150.979
243 08-3	234	Erstattungen von den örtl. Trägern für Krankenhilfe - außerhalb von Einrichtungen -		100.000	60.000	+40.000	93
243 09-1	234	wie 243 08 - in Einrichtungen -		600.000	1.200.000	-600.000	530
243 11-3	234	Erstattungen von den örtl. Trägern für sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen - außerhalb von Einrichtungen -		400.000	244.000	+156.000	319
243 12-1	234	wie 243 11 - in Einrichtungen -		800.000	952.000	-152.000	746
243 13-0	234	Erstattung der Überschüsse im Rahmen der Hilfe zur Arbeit nach § 72 BSHG		1.000	138.000	-137.000	1
281 01-5	234	Kostenersatz zu den Hilfen für Deutsche im Ausland		—	—	—	—
281 02-3	234	Erstattungen von Leistungen des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe		—	5.000	-5.000	—
A U S G A B E N							
544 01-6	234	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluß des Haushaltsjahres	—	—	—	—	—
641 01-1	234	Erstattungen an den Bund für Aufwendungen in der Tbc-Hilfe * Gegenseitig deckungsfähig: 641 01, 643 01, 643 02, 643 03, 643 16, 643 17, 643 19, 643 20, 681 01, 681 06 und 681 08.	—	294.000	288.000	+6.000	284
643 01-4	234	Kostenerstattung - an überörtl. und örtl. Träger der Sozialhilfe - * Vgl. D-Vermerk zu 641 01. ***Überzahlungen aus Vorjahren bei den Titeln 643 01 bis 643 20 und 681 01 bis 681 08 sind abweichend von § 35 Abs.1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.	—	11.251.000	17.726.000	-6.475.000	10.878
643 02-2	234	Hilfe zum Lebensunterhalt - außerhalb von Einrichtungen - lfd. und einm. Leistungen (Erstattungen an die örtl. Träger) * Vgl. D-Vermerk zu 641 01. ***Vgl. Vermerk zu Titel 643 01	—	3.412.000	4.123.000	-711.000	3.298

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Vorbemerkungen

1. Gemäß § 2 des Nieders. Gesetzes zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes (Nds. AG BSHG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 12. 11. 1987 (Nieders. GVBl. S. 205), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Nds. AG BSHG vom . . . 2000 (Nds. GVBl. S. ...), ist das Land überörtlicher Träger der Sozialhilfe. Die sachliche Zuständigkeit des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe ergibt sich aus § 100 BSHG und § 3 des Nieders. Gesetzes zur Ausführung des BSHG.
2. Soweit der überörtliche Träger der Sozialhilfe zur Durchführung seiner Aufgaben die örtlichen Träger der Sozialhilfe und andere Gebietskörperschaften heranzieht (Heranziehungsverordnung – AG BSHG vom 14. 4. 1994 – Nieders. GVBl. S. 205), sind die betreffenden Titel mit dem Zusatz „Erstattungen an die örtlichen Träger“ versehen. Die für die Gewährung von Sozialhilfe in stationären Einrichtungen veranschlagten Ausgaben enthalten auch Nebenkosten wie Barbeträge, Bekleidungsbeihilfen, Fahrtkosten, Ausgaben für die Sozialversicherung Behinderter sowie Ausgaben für die Sozialversicherung Behinderter sowie Ausgaben für Erholungsmaßnahmen und Weihnachtsbeihilfen.
3. Mit dem Gesetz zur Änderung des Nds. AG BSHG vom . . . 2000 (Nds. GVBl. S. ...) wurde zum 1. 1. 2001 das „Quotale System“ zur Finanzierung der Sozialhilfe eingeführt. Danach beteiligen sich das Land – als überörtlicher Träger der Sozialhilfe – sowie die Landkreise und kreisfreien Städte – als örtliche Träger der Sozialhilfe – jeweils gegenseitig mit bestimmten, vorher festgelegten Anteilen an den Pflichtaufwendungen des Anderen.

Zu 119 52, 162 01 und 182 01 allgemein

Durch Artikel 26 des 2. Rechtsbereinigungsgesetzes vom 16. 12. 1986 (BGBl. I S. 2441) sind die Vorschriften über die Tuberkulosehilfe und die Tuberkulosebekämpfung außerhalb der Sozialhilfe mit Wirkung vom 1. 1. 1987 aufgehoben worden. Es sind jedoch noch Einnahmen im Zusammenhang mit früheren Darlehensbewilligungen sowie sonstige Einnahmen wie z. B. Rückzahlungen von Überzahlungen aus Vorjahren und Schadensersatzleistungen abzuwickeln (119 52, 162 02 und 182 02). Der auf die Einnahmen entfallende Bundesanteil ist bei Titel 641 01 veranschlagt.

Zu 182 01

Voraussichtliches Aufkommen nach den vertraglich vereinbarten Tilgungsleistungen für Darlehen, die im Rahmen der Sozialhilfe und Tuberkulosehilfe gewährt worden sind.

Zu 241 01

Erstattung des Bundes gemäß § 119 BSHG i. V. mit dem Rundschreiben des BMI vom 24. 7. 1962 (GMBl. S. 329).

Vgl. Erläuterung zu 681 08.

Zu 242 01 und 243 01

Kostenerstattungen gemäß § 103 BSHG durch kostenpflichtige überörtliche Träger der Sozialhilfe.

Zu 243 02, 243 03, 243 04, 243 05, 243 06, 243 07, 243 08, 243 09, 243 11 und 243 12

Ersatzleistungen gemäß §§ 90, 91, 92 und 140 BSHG, § 48 Abs. 1 Satz 2 SGB I, §§ 102 ff. und 119 ff. SGB X und § 292 Abs. 3 – 5 LAG.

Zu 281 01

Kostenersatz von Versicherungsträgern, Unterhaltspflichtigen und sonstigen Drittverpflichteten im Bundesgebiet und im Land Berlin für Sozialhilfepflichtigen gemäß §§ 119 und 146 BSHG an Deutsche im Ausland.

Zu 641 01

Vgl. Erl. zu 119 52, 162 01 und 182 01.

Zu 643 01 und 681 01

Kostenerstattungen bei Aufenthalt in einer Anstalt und bei Übertritt aus dem Ausland (§§ 103 und 108 BSHG).

Zu 643 02

Hilfe zum Lebensunterhalt gemäß § 11 BSHG außerhalb von Einrichtungen. Hierunter fallen z. B. Erhalt der Wohnung bei kurzzeitigen stationären Aufenthalten.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0530 Sozialhilfe

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
643 03-0	234	Hilfe zum Lebensunterhalt - in Einrichtungen - lfd. und einm. Leistungen (Erstattungen an die örtl. Träger) * Vgl. D-Vermerk zu 641 01. ***Vgl. Vermerk zu Titel 643 01	—	2.272.000	2.061.000	+211.000	2.197
643 06-5	234	Hilfe zur Pflege - außerhalb von Einrichtungen - (Erstattungen an die örtl. Träger) * Gegenseitig deckungsfähig: 643 06, 643 07 und 681 02. ***Vgl. Vermerk zu Titel 643 01	—	145.000	134.000	+11.000	141
643 07-3	234	Hilfe zur Pflege - in Einrichtungen - (Erstattungen an die örtl. Träger) * Vgl. D-Vermerk zu 643 06. ***Vgl. Vermerk zu Titel 643 01	—	89.304.000	91.211.000	-1.907.000	86.344
643 09-0	234	Eingliederungshilfe für Behinderte - außerhalb von Einrichtungen - (Erstattungen an die örtl. Träger) * Gegenseitig deckungsfähig: 643 09, 643 10, 643 11, 643 12, 643 13, 643 14, 643 15 und 681 04. ***Vgl. Vermerk zu Titel 643 01	—	3.721.000	3.813.000	-92.000	3.598
643 10-3	234	Eingliederungsh. f. Beh. d. Gew. ärztl. Beh., Körperersatzst. u. Hilfsmittel - in Einrichtungen - (Erst. a. d. örtl. Träger) * Vgl. D-Vermerk zu 643 09. ***Vgl. Vermerk zu Titel 643 01	—	71.301.000	68.640.000	+2.661.000	68.465
643 11-1	234	Eingliederungsh. f. Beh. d. Gew. von heilpäd. Maßn. f. Kinder - in Einrichtungen (Erstattungen an die örtl. Träger) * Vgl. D-Vermerk zu 643 09. ***Vgl. Vermerk zu Titel 643 01	—	198.963.000	165.005.000	+33.958.000	192.367
643 12-0	234	Eingliederungsh. f. Beh. d. Gew. einer angemessenen Schulausbildung - in Ein- richtungen - (Erst. a. d. örtl. Träger) * Vgl. D-Vermerk zu 643 09. ***Vgl. Vermerk zu Titel 643 01	—	211.970.000	207.608.000	+4.362.000	199.647
643 13-8	234	Eingliederungsh. f. Beh. d. Gew. v. Hilfen zur Berufsausb., Fortb. u. Arbeitsplatz- besch. - in Einr. - (Erst. a. d. ö. Träger) * Vgl. D-Vermerk zu 643 09. ***Vgl. Vermerk zu Titel 643 01	—	12.202.000	12.986.000	-784.000	11.797
643 14-6	234	Eingliederungsh. f. Beh. d. Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte (Erstattungen an die örtl. Träger) * Vgl. D-Vermerk zu 643 09. ***Vgl. Vermerk zu Titel 643 01	—	534.743.000	453.472.000	+81.271.000	469.046
643 15-4	234	Eingliederungsh. f. Beh. d. Gew. von sonstigen Maßn. - in Einrichtungen - (Erstattungen an die örtl. Träger) * Vgl. D-Vermerk zu 643 09. ***Vgl. Vermerk zu Titel 643 01	—	954.641.000	885.548.000	+69.093.000	900.730
643 16-2	234	Krankenhilfe - außerhalb von Einrichtungen- (Erstattungen an die örtl. Träger) * Vgl. D-Vermerk zu 641 01. ***Vgl. Vermerk zu Titel 643 01	—	5.953.000	5.101.000	+852.000	5.755
643 17-0	234	Krankenhilfe - in Einrichtungen - (Erstattungen an die örtl. Träger) * Vgl. D-Vermerk zu 641 01. ***Vgl. Vermerk zu Titel 643 01	—	34.872.000	41.483.000	-6.611.000	33.716
643 19-7	234	Sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen - außerhalb von Einrichtungen - (Erstattungen an die örtl. Träger) * Vgl. D-Vermerk zu 641 01. ***Vgl. Vermerk zu Titel 643 01	—	8.796.000	7.266.000	+1.530.000	8.504
643 20-0	234	Sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen - in Einrichtungen - (Erstattungen an die örtl. Träger) * Vgl. D-Vermerk zu 641 01. ***Vgl. Vermerk zu Titel 643 01	—	37.344.000	39.783.000	-2.439.000	35.580
653 01-0	234	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	186.400.000	127.500.000	+58.900.000	122.594

ERLÄUTERUNGEN

Zu 643 03

Hilfe zum Lebensunterhalt gemäß §§ 11 BSHG innerhalb von Einrichtungen. Hierunter fallen z. B. Bekleidungsbeihilfen, Barbeträge usw.

Zu 643 06

Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen durch Gewährung häuslicher Pflege (§ 69 Abs. 2 BSHG) und Pflegegeld (§ 69 Abs. 3 bis 5 BSHG).

Zu 643 07

Hilfe zur Pflege in Einrichtungen gemäß § 68 BSHG für Personen, die nicht nur vorübergehend körperlich, geistig oder seelisch wesentlich behindert sind.

Hilfe zur Pflege gemäß § 68 BSHG wird auch für Geisteskranke, Personen mit einer sonstigen geistigen oder seelischen Behinderung oder Störung, Anfallsranke, Suchtkranke und Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten gewährt.

Zu 643 09

Eingliederungshilfe für Behinderte außerhalb von Einrichtungen durch ambulante Behandlungen (§ 100 Abs. 2 BSHG), Körperersatzstücke, orthopädische und andere Hilfsmittel (§ 100 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 BSHG) sowie zum Besuch einer Hochschule (§ 100 Abs. 1 Nr. 6 BSHG).

Zu 643 10

Eingliederungshilfe in stationären Einrichtungen sind

- Sprachheilbehandlung
- Krebsbehandlung
- Gewährung von Kuren
- stationäre Behandlung
- Behandlung in psychischen Krankenhäusern
- Behandlung in Drogeneinrichtungen

Für die in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Sprachbehinderten werden 60 % der Ausgaben für stationäre Sprachheilbehandlung erstattet. Dieser Betrag wird bei Titel 243 07 vereinbart.

Die Eingliederungsmaßnahmen werden auch für Sprachbehinderte in Sonderkindergärten gewährt.

Zu 643 11

Eingliederungshilfe gemäß § 40 Abs. 1 Nr. 2 a BSHG durch heilpädagogische Maßnahmen für Kinder in noch nicht schulpflichtigem Alter.

Ausgaben für die Betreuung Behinderter in Sonderkindergärten für geistig Behinderte und Körperbehinderte, auch in Gruppen zur gemeinsamen Erziehung behinderter und nichtbehinderter Kinder.

Zu 643 12

Eingliederungshilfe gemäß § 40 Abs. 1 Nr. 3 BSHG als Hilfe zu einer angemessenen Schulausbildung, vor allem im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht und durch Hilfe zum Besuch weiterführender Schulen einschließlich der Vorbereitung hierzu.

Die Leistungen werden an Sinnesbehinderte und geistig-seelisch Behinderte, körperlich Behinderte, Behinderte in psychiatrischen Einrichtungen sowie als Hilfen zur Ergänzung der Bildungsarbeit aus teilstationären Einrichtungen erbracht.

Veranschlagt sind auch die Kosten für die Betreuung geistig, körperlich und seelisch Behinderter in Tagesbildungsstätten (teilstationäre Einrichtungen, die keine Schulen i. S. des Nds. SchulG sind).

Zu 643 13

Eingliederungsmaßnahmen gemäß § 40 Abs. 1 Nr. 4 bis 6 BSHG:

- Hilfe zur Ausbildung für einen angemessenen Beruf oder für eine sonstige angemessene Tätigkeit,
- Hilfe zur Fortbildung im früheren oder einem diesem verwandten Beruf,
- Hilfe zur Umschulung für einen angemessenen Beruf oder eine sonstige angemessene Tätigkeit,
- Hilfe, die zum Aufstieg im Berufsleben gewährt werden kann,
- Hilfe zur Erlangung eines geeigneten Platzes im Arbeitsleben.

Zu 643 14

Hilfe gemäß § 41 BSHG.

Für den Eingangs- und Arbeitstrainingsbereich ist die Bundesanstalt für Arbeit unmittelbarer Kostenträger.

Aufwendungen für die gesetzliche Rentenversicherung der in Werkstätten beschäftigten Behinderten werden ab 01. 01. 1987 ausschließlich vom Bundesversicherungsamt getragen (Kapitel 11 13 Titel 656 04).

Zu 643 15

Eingliederungsmaßnahmen gemäß § 40 Abs. 1 Nr. 6 a und 8 BSHG. Durch diese Hilfe sollen die in Werkstätten beschäftigten Behinderten befähigt werden, sich soweit wie möglich selbstständig zu versorgen.

Eingliederungsmaßnahmen gem. § 40 BSHG, die nicht bei den Titeln 643 10 bis 643 14 und 681 04 ausgewiesen sind, insbesondere:

- nachgehende Hilfe zur Sicherung der Wirksamkeit der ärztlichen oder ärztlich verordneten Maßnahmen und zur Sicherung der Eingliederung des Behinderten in das Arbeitsleben,
- Hilfe zur Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft,
- Hilfe zur Ausübung einer der Behinderung entsprechenden Beschäftigung, wenn arbeits- und berufsfördernde Maßnahmen nicht möglich sind.

Die Eingliederungshilfen werden gewährt für Hilfeempfänger

- in Landeskrankenhäusern
- für Kuren für Krebskranke und an Atmungsorganen Erkrankte
- in psych. Übergangseinrichtungen
- in Einrichtungen für geistig und seelisch Behinderte
- in Einrichtungen für körperlich Behinderte
- in psych. Krankenhäusern (Alkoholranke)
- in sonstigen Einrichtungen
- für Plätze in Einrichtungen für stationäre Hilfe nach § 72 BSHG.

Die Leistungsentgelte dienen auch der Übergangspflege zur Eingliederung von Behinderten in die örtliche Gemeinschaft (Extramurale Betreuung und Pflege).

Ausgaben für die Betreuung von Behinderten in Fördergruppen an Werkstätten für Behinderte und in sonstigen teilstationären Arbeitsstätten.

Zu 643 16

Krankenhilfe im Rahmen des § 37 BSHG, soweit sie außerhalb von Einrichtungen erbracht wird.

Zu 643 17

Krankenhilfe im Rahmen des § 37 BSHG in Landeskrankenhäusern und sonstigen stationären Einrichtungen.

Zu 643 19

Hilfe gem. § 72 BSHG i. V. m. § 3 Abs. 1 Nieders. AG BSHG in der Form der Hilfe zum Lebensunterhalt, laufende und einmalige Leistungen sowie durch Tagesaufenthalte. Im Übrigen sind Ausgaben für Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage, vorbeugende Gesundheitshilfe, Hilfe für werdende Mütter, Wöchnerinnen, Blindenhilfe, Hilfe zur Weiterführung des Haushalts und Hilfen in besonderen Lebenslagen außerhalb von Einrichtungen veranschlagt.

Zu 643 20

Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage, vorbeugende Gesundheitshilfe, Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen, Blindenhilfe, Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes und Hilfen in anderen besonderen Lebenslagen innerhalb von Einrichtungen;

Hilfe gemäß § 72 BSHG in stationären Einrichtungen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten;

teilstationäre Hilfen an Hilfeempfänger, die aus hilfesspezifischen Gründen nicht das Landesprogramm (Kapitel 05 36 Titel 684 11 – Hilfe gemäß § 72 BSHG zur Qualifizierung und Beschäftigung Nichtsesshafter) in Anspruch nehmen können.

Zu 653 01

Veranschlagt sind die Mittel für den ehemaligen Altenplafond (Hilfen für über 60-Jährige in besonderen Lebenslagen).

Mehr infolge Aufstockung des bisherigen Altenplafonds im Rahmen der Einführung des „Quotalen Systems“ zur Finanzierung der Sozialhilfe (Gesetz zur Änderung des AG BSHG vom . . . 2000, Nds. GVBl. S. ...).

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0530 Sozialhilfe

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
681 01-3	234	Kostenerstattung an sonstige (Einrichtungs-) Träger gem § 108 BSHG * Vgl. D-Vermerk zu 641 01. ***Vgl. Vermerk zu Titel 643 01	—	3.124.000	5.050.000	–1.926.000	3.021
681 02-1	234	Hilfe zur Pflege - in Einrichtungen - * Vgl. D-Vermerk zu 643 06. ***Vgl. Vermerk zu Titel 643 01	—	—	52.000	–52.000	—
681 04-8	234	Eingliederungshilfe für Behinderte - in Einrichtungen - * Vgl. D-Vermerk zu 643 09. ***Vgl. Vermerk zu Titel 643 01	—	923.000	948.000	–25.000	893
681 06-4	234	Sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen - außerhalb von Einrichtungen * Vgl. D-Vermerk zu 641 01. ***Vgl. Vermerk zu Titel 643 01	—	16.472.000	16.078.000	+394.000	15.644
681 08-0	234	Sozialhilfe für Deutsche im Ausland * Vgl. D-Vermerk zu 641 01. ***Vgl. Vermerk zu Titel 643 01	—	1.259.000	1.154.000	+105.000	1.217
Abschluss Kapitel 05 30							
1 Eigene Einnahmen				803.000	625.000	+178.000	
2 Übertragungseinnahmen				172.026.000	169.475.000	+2.551.000	
Summe der Einnahmen				172.829.000	170.100.000	+2.729.000	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	—	—	—	
6 Übertragungsausgaben			—	2.389.362.000	2.157.030.000	+232.332.000	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	2.389.362.000	2.157.030.000	+232.332.000	
Zuschuss				2.216.533.000	1.986.930.000	+229.603.000	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 681 02

Vgl. Erläuterung zu 643 07.

Zu 681 04

Vgl. Erläuterung zu 643 10 bis 643 15.

Zu 681 06

Vgl. Erläuterung zu 643 19.

Hilfe gem. § 72 BSHG i. V. mit § 3 Abs. 1 Nieders. AG BSHG durch ambulante flächenorientierte Hilfe und ambulante Nachsorge.

Zu 681 08

Hilfen gemäß §§ 119 und 146 BSHG, insbesondere Hilfe zum Lebensunterhalt, Krankenhilfe und Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen, für Deutsche im Ausland.

Der Bundesanteil ist bei Tit. 241 01, der Kostenersatz von Versicherungsträgern u. a. bei Tit. 281 01 veranschlagt.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0536 Sonstige soziale Leistungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 01-4	290	Eigenbeteiligung an den Aufwendungen für die unentgeltl. Beförderung Schwerbehinderter im öffentl. Personenverkehr ***Zu erstattende Eigenbeteiligungsbeträge sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.(Vgl. Vermerk zu 641 01)		6.800.000	7.000.000	–200.000	6.146
112 01-0	290	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.		—	250.000	–250.000	303
119 41-4	234	Rückzahlung von Überzahlungen		2.000.000	2.000.000	—	585
119 68-6	290	Rückzahlung widerrufener Leistungen; Erstattungen von Vorsteuern; Erstattungen von anderen Trägern * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.		—	900.000	–900.000	2.045
162 03-4	290	Zinsen für Darlehen nach §§ 15, 20, 21, 22 und 26 SchwbAV * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.		—	160.000	–160.000	166
162 04-2	290	Zinsen für Darlehen nach § 30 SchwbAV * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.		—	1.600.000	–1.600.000	1.718
162 05-0	290	Zinsen für Geldanlagen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe nach dem SchwbG. * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.		—	—	—	3.000
182 01-9	236	Rückflüsse aus Darlehen aus Mitteln der Spielbankabgabe		2.000	2.000	—	—
182 03-5	290	Rückflüsse aus Darlehen nach §§ 15, 20, 21, 22 und 26 SchwbAV * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.		—	2.400.000	–2.400.000	2.430
182 04-3	290	Rückflüsse aus Darlehen nach § 30 SchwbAV * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.		—	2.400.000	–2.400.000	2.721
242 02-0	290	Ausgleichsleistungen von anderen Hauptfürsorgestellten * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68. ***Zu erstattende Ausgleichsleistungen sind von der Einnahme abzusetzen.		—	7.500.000	–7.500.000	8.125
243 01-8	290	Zinsen für Darlehen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe nach dem SchwbG (Erstattungen von den örtlichen Trägern) * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.		—	—	—	—
243 03-4	234	Beteiligung der Unterhaltshilfeempf. an der Krankenvers. nach § 276 LAG (Erstattung von den örtlichen Trägern)		1.000	5.000	–4.000	1
244 01-4	234	Erstattungen des Ausgleichsfonds zu der Krankenversorgung nach § 276 LAG		30.000	60.000	–30.000	28
333 01-7	290	Rückflüsse aus Darlehen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe nach dem SchwbG (Erstattungen von den örtlichen Trägern) * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.		—	2.500	–2.500	1
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62		Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz		(7.500.000)	(79.800.000)	(–72.300.000)	(80.556)
111 61-8	290	Von privaten Arbeitgebern * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68. ** Vgl. Vermerk zu 684 03. ***Zu erstattende Ausgleichsabgabe ist von der Einnahme abzusetzen.		—	68.000.000	–68.000.000	68.790
111 62-6	290	Von Arbeitgebern der öffentlichen Hand außer vom Land * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68. ** Vgl. Vermerk zu 684 03. ***vgl. Vermerk zu 111 61		—	3.000.000	–3.000.000	4.201
381 61-5	990	Vom Land; (Zuführung von Kap. 13 99 - 981 63) * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68. ** Vgl. Vermerk zu 684 03. ***Vgl. Vermerk zu 111 61.		7.500.000	8.800.000	–1.300.000	7.565

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 05 36

Die Mittel der Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz (SchwbG), die bisher in Einnahme und Ausgabe bei Kapitel 05 36 veranschlagt waren, sind zum 1. 1. 2001 in ein Sondervermögen überführt worden. Die Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Sondervermögens ist Anlage zu Kapitel 05 20 (siehe auch Vorwort zum Einzelplan 05, B I).

Zu 111 01

Gemäß § 59 Abs. 1 SchwbG haben sich bestimmte Personengruppen Schwerbehinderter an den Kosten für die unentgeltliche Beförderung mit einem Betrag von 120,— DM jährlich oder 60,— DM halbjährlich zu beteiligen. Der Schwerbehinderte hat die Freifahrtberechtigung durch den Schwerbehindertenausweis und eine entsprechende Wertmarke nachzuweisen. Gem. § 66 SchwbG ist von den Einnahmen aus der Abgabe von Wertmarken ein bestimmter Anteil an den Bund abzuführen (vgl. Tit. 641 01).

Zu 112 01, 119 68, 162 03, 162 04, 162 05, 182 03, 182 04, 242 02, 243 01, 333 01 sowie Titelgruppe 61/62

Vgl. allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 05 36.

Zu 243 03

Beteiligung der Unterhaltshilfeempfänger gemäß § 276 Abs. 4 LAG an den Kosten der Krankenhausbehandlung. Veranschlagt bei Tit. 643 15 und 681 15.

Zu 244 01

Die Krankenversorgung für Empfänger von Unterhaltshilfe obliegt dem Träger der Sozialhilfe. Der Ausgleichsfonds hat gemäß § 276 Abs. 3 LAG 25 v. H. der Kosten bei Tit. 643 15 und 681 15 zu erstatten.

Zu 381 61

Veranschlagt ist die vom Land Niedersachsen als Arbeitgeber zu zahlende Ausgleichsabgabe nach dem SchwbG. Die Abführung an das Sondervermögen „Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz“ erfolgt bei Kap. 05 36 Titel 916 01.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 79		Erstattungen nach dem 2. SED-Unrechtsberei- nigungsgesetz (2.SED-UnBerG)		(90.000)	(68.200)	(+21.800)	(62)
241 79-1	244	Erstattungen des Bundes für Leistungen nach Art.2 2.SED-UnBerG (BerRehaG)		60.000	68.200	-8.200	62
246 79-3	244	Erstattungen der Bundesanstalt für Arbeit für Leistungen nach Art.2 2.SED-UnBerG (BerRehaG)		30.000	—	+30.000	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			1.000	-1.000	
		A U S G A B E N					
544 01-8	234	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluß des Haushaltsjahres	—	—	—	—	—
641 01-3	290	Abführung von Eigenbeteiligungsbeträgen an den Bund *** <i>Ausgaben dürfen geleistet werden bis zur Höhe der gesetzlich abzuführenden Einnahmen bei 05 36 - 111 01.</i>	—	2.200.000	2.600.000	-400.000	1.740
643 13-0	234	Landesblindengeld (Erstattungen an die örtlichen Träger)	—	110.600.000	112.200.000	-1.600.000	109.392
643 15-6	234	Krankenversorgung gem. § 276 LAG (Erstat- tungen an die örtlichen Träger) * <i>Gegenseitig deckungsfähig: 643 15 und 681 15.</i>	—	150.000	150.000	—	110
671 01-0	290	Zuweisung an die Umlagestelle nach §§ 8,9 APBG zur Herstellung der Liquidität	—	1.286.000	350.000	+936.000	271
671 02-8	290	Erstattung an die Umlagestelle nach §§ 8,9 APBG	—	576.000	600.000	-24.000	600
672 01-6	312	Kosten des Vollzugs der Maßregeln der Besserung und Sicherung nach dem Nds. Maßregelvollzugsgesetz	—	119.490.000	94.018.000	+25.472.000	93.845
681 14-7	234	Kosten der Untersuchung, Behandlung und Heimunterbringung von Geschlechtskranken	—	5.000	15.000	-10.000	1
681 15-5	234	Krankenversorgung gemäß § 276 Lasten- ausgleichsgesetz * <i>Vgl. D-Vermerk zu 643 15.</i>	—	10.000	20.000	-10.000	2
681 17-1	290	Erstattung von Fahrgeldausfällen an die Verkehrsträger	—	40.500.000	42.500.000	-2.000.000	39.419
684 01-4	290	Ausgleichsleistungen an andere Hauptfür- sorgestellen	—	—	—	—	—
684 03-0	290	Abführung an den Ausgleichsfonds für über- regionale Maßnahmen zur Eingliederung Schwerbehinderter beim BMA * <i>Übertragbar.</i> ** <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe von 45 v.H. der Istein- nahmen bei 111 61, 111 62 und 381 61.</i>	—	—	35.910.000	-35.910.000	36.133
684 05-7	236	Zuschuss zu den laufenden Kosten des Ver- eins zur Förderung der Blindenbildung e.V. Hannover	—	160.000	160.000	—	160
684 06-5	236	Zuschüsse zu den Kosten der Betreuung von seelisch und geistig Behinderten in Wohn- gemeinschaften * <i>Übertragbar.</i>	1.460.000 2.100.000	2.100.000	2.560.000	-460.000	2.372
684 07-3	236	Zuschüsse zur Förderung der Zentralen Be- ratungsstellen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten	—	900.000	900.000	—	887
684 08-1	236	Zuschuss zur Förderung d. Niedersächsischen Beratungsstelle für Sinti und Roma	—	470.000	450.000	+20.000	449
684 09-0	234	Zuschüsse zu Maßnahmen der Früherkennung behinderter oder von einer Behinderung be- drohter Kinder * <i>Übertragbar.</i>	—	225.000	200.000	+25.000	189

ERLÄUTERUNGEN

Zu 241 79

Erstattungen des Bundes nach § 29 BerRehaG für Aufwendungen gem. Art. 2, 3. Abschnitt, § 8 2. SED-UnBerG (BerRehaG) vom 23. 6. 1994 (BGBl. I S. 1311), zuletzt geändert durch Art. 2 des Zweiten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR vom 17. 12. 1999 (BGBl. I S. 2662).

Vgl. Erläuterungen zu Titel 643 79.

Zu 246 79

Erstattungen des Bundes nach § 28 BerRehaG für Aufwendungen gem. Art. 2, 2. Abschnitt, § 6 2. SED-UnBerG (BerRehaG) vom 23. 6. 1994 (BGBl. I S. 1311) zuletzt geändert durch Art. 2 des Zweiten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR vom 17. 12. 1999 (BGBl. I S. 2662).

Vgl. Erläuterungen zu Titel 646 79.

Zu 641 01

Vgl. Erl. zu Tit. 111 01.

Zu 643 13

Gemäß §§ 1 und 9 des Gesetzes über das Landesblindengeld für Zivilblinde i. d. F. vom 18. 1. 1993 (Nieders. GVBl. S. 25), zuletzt geändert durch Art. 9 des Haushaltsbegleitgesetzes 1999 vom 21. 1. 1999 (Nds. GVBl. S. 10) ist Landesblindengeld durch den überörtlichen Träger der Sozialhilfe zu gewähren. Der monatliche Satz gemäß § 2 Abs. 1 des Landesblindengeldgesetzes beträgt 961,— DM.

Das Landesblindengeld geht der Blindenhilfe nach § 67 BSHG vor. Das Gesetz wird gemäß § 9 von den herangezogenen Gebietskörperschaften ausgeführt.

Veranschlagt ist der Bedarf für 11 809 Zivilblinde entsprechend der Abrechnungen zum 30. 9. 1999 (11 709 Zivilblinde).

Zu 643 15 allgemein:

Empfänger von Unterhaltshilfe erhalten als zusätzliche Leistung im Falle der Krankheit Krankenversorgung (einschließlich Erstattung freiwilliger Krankenversicherungsbeiträge), die gem. § 276 Abs. 3 und 4 LAG den Trägern der Sozialhilfe obliegt, die auch die Kosten der Krankenversorgung tragen (vgl. Tit. 243 03 und 244 01).

Zu 643 15

Hilfsempfänger in stationärer Behandlung	}	=	160 000 DM
Hilfsempfänger in ambulanter Behandlung			
Zusammen			160 000 DM

davon bei 643 15 = 150 000 DM
681 15 = 10 000 DM

Der Ausgleichsfonds erstattet gemäß § 276 Abs. 3 LAG 25 v. H. der Aufwendungen (vgl. Erl. zu Tit. 244 01).

Zu 671 02

Durch Art. 1 des Zweiten Gesetzes zur Änderung des SGB XI und anderer Gesetze vom 29. 5. 1998 (BGBl. I Nr. 32 S. 1188) wurde in das SGB XI der § 82a eingefügt. Hierdurch wurden die bisher umlagefinanzierten Ausbildungsvergütungen pflegesatzwirksam. Gem. § 82a Abs. 3 Nr. 3 SGB XI bleiben hierbei jedoch die Verwaltungskosten der nach Landesrecht für das Umlageverfahren zuständigen Stelle (Nord/LB) unberücksichtigt. Die Verwaltungskosten der Umlagestelle hat ab 1. 1. 1998 das Land unmittelbar zu tragen.

Zu 672 01

Kosten der Unterbringung auf Grund einer strafrichterlichen Entscheidung in psychiatrischen Krankenhäusern oder in Entziehungsanstalten.

	Patienten
LKH Brauel	= 76
LKH Göttingen	= 90
LKH Hildesheim	= 28
LKH Königslutter	= 39
LKH Lüneburg	= 80
LKH Moringen	= 278
LKH Osnabrück	= 38
LKH Wehnen	= 49
LKH Wunstorf	= 109
Einrichtungen anderer Bundesländer	14
Insgesamt	= 801

Zu 681 14

Leistungen nach dem Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 23. 7. 1953 (BGBl. I S. 700) i. d. F. des Artikels 66 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 2. 3. 1974 (BGBl. I S. 469 und 552).

Hilfsempfänger in stationärer Behandlung	=	2 500 DM
Hilfsempfänger in ambulanter Behandlung	=	2 500 DM
Zusammen		5 000 DM

Zu 681 15

Vgl. Erl. zu Tit. 643 15.

Zu 681 17

Nach § 65 Abs. 1 Satz 2 des SchwbG i. d. F. vom 26. 8. 1986 (BGBl. I S. 1421) tragen die Länder die Aufwendungen für die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter und der mitgeführten Gegenstände im Sinne des § 59 Abs. 2 Nr. 2 des Gesetzes, soweit nicht gemäß § 65 Abs. 1 Satz 1 der Bund zur Kostentragung verpflichtet ist. Das Land erstattet den Verkehrsträgern die Fahrgeldausfälle im Nahverkehr nach einem durchschnittlichen (§ 62 Abs. 4 SchwbG) bzw. einem im Einzelfall ermittelten (§ 62 Abs. 5 SchwbG) Vomhundertsatz der von den Unternehmern nachgewiesenen Fahrgeldeinnahmen.

Zu 684 03

Vgl. allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 05 36.

Zu 684 05

Veranschlagt sind Zuschüsse für:

1. Entwicklung und Herstellung von Lehr-, Unterrichts- und Hilfsmitteln für Blinde,
2. Druckerei und Buchbinderei für Blindenschriften und
3. Übertragung von Noten aus dem Normaldruck in die Musikschrift der Blinden.

Der Verein vertreibt seine Artikel im gesamten deutschsprachigen Raum.

Zu 684 06

Veranschlagt ist der voraussichtlich notwendige Förderbedarf (gem. LT-Entschließung vom 20. 5. 1983 – LT-Drs. 10/1178).

Die Wohngemeinschaften für seelisch und geistig Behinderte sind von rd. 360 Plätzen im Jahre 1990 auf nunmehr rd. 850 Plätze erweitert worden. Durch die Einrichtung solcher Plätze verringern sich die Kosten für die sonst notwendige stationäre Betreuung dieses Personenkreises.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	2 560 000	—	2 560 000
2002	—	1 460 000	1 460 000
Summe	2 560 000	1 460 000	4 020 000

Zu 684 07

Veranschlagt sind Zuschüsse zu den Aufwendungen, die das Land den Trägern der Zentralen Beratungsstellen für die Durchführung von Landesaufgaben gewährt.

Grundlage der Förderung bildet der Gem.RdErl. d. MS u. d. MK vom 20. 9. 1982 (Nds. MBl. S. 1845), zuletzt geändert durch RdErl. d. MS vom 30. 9. 1996 (Nds. MBl. S. 1676).

Gefördert werden die Zentralen Beratungsstellen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten in Braunschweig, Hannover, Lüneburg, Oldenburg und Osnabrück.

Zu 684 08

Sinti und Roma gehören zu den Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten i. S. des § 72 Abs. 1 BSHG (vgl. § 3 der VO zur Durchführung des § 72 BSHG vom 9. 6. 1976 – BGBl. I S. 1469, i. d. F. vom 16. 2. 1993 – BGBl. I S. 239). Die Förderung der Beratungsstelle liegt im besonderen Interesse des Landes.

Zu 684 09

Zuwendungen an bestehende oder aufzubauende Einrichtungen für Personal-, Sach- und Investitionskosten.

Ein flächendeckendes Netz für Niedersachsen wird angestrebt.

Grundlage der Förderung bilden die vorläufigen Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Finanzierung von Leistungen im Bereich der Frühförderung von behinderten und von Behinderung bedrohten Kindern durch das Land Niedersachsen (RdErl. MS v. 2. 2. 1996 – Nds. MBl. S. 205).

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0536 Sonstige soziale Leistungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
684 11-1	236	Förderung der Qualifizierung u. Beschäftigung von Nichtseßhaften d. sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse * Übertragbar.	7.200.000 7.200.000	7.200.000	7.200.000	—	6.359
684 13-8	234	Zuschüsse an Selbsthilfegruppen und Träger von Initiativen zur Aktivierung der Selbsthilfe in sozialen Brennpunkten	—	566.000	566.000	—	541
684 15-4	234	Zuschüsse an Träger von Schuldnerberatungsstellen	—	700.000	—	+700.000	561
684 17-0	234	Zuschüsse zur Förderung von Betreuungsvereinen nach dem Betreuungsgesetz	—	1.000.000	1.000.000	—	1.263
684 18-9	236	Zuschüsse zur Förderung der Ausbildung von Logopäden.	—	—	—	—	224
684 22-7	236	Zuschüsse zu den Kosten der Betreuung von seelisch Behinderten in Nachsorgeeinrichtungen für Drogenabhängige	—	870.000	780.000	+90.000	700
684 23-5	290	Zuschüsse an Träger von Heilerziehungspflege- und Heilerziehungshilfeschulen	—	1.200.000	1.500.000	–300.000	1.215
684 24-3	236	Zuschüsse an Familienentlastende Dienste	—	490.000	525.000	–35.000	415
684 51-0	236	Finanzhilfe gem. § 7 Abs. 2 NLottG, Anteil für Aufgaben der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. ***Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.	—	41.371.200	40.497.600	+873.600	39.624
684 52-9	236	Zusch. aus Konzess.Abg. gem. Art. 10 Abs. 3 Haushaltsbegleitgesetz 1997, Anteil für Aufg. d. Verb. der Freien Wohlfahrtspflege * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. ***Die Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an den Ist-Einnahmen bei Kap.1302 Tit.122 03 geleistet werden	—	—	—	—	7.672
893 01-2	236	Zusch. z. Förderung v. stat. u. teilstat. Einrichtg. z. Überw. bes.soz. Schwierigk.-u. Projekten z. ambul. Betreuung Nichtseßh.	—	—	—	—	–13
916 01-2	950	Vom Land: Abführung an Sondervermögen Schwerbehindertenausgleichsabgabe	—	7.500.000	—	+7.500.000	—
TGr. 65		Titelgruppe(n) Verwendung der Konzessionsabgabe gem. § 7 Abs. 3 NLottG für die allgem. Förderung wohlfahrtspflegerischer Aufgaben * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. ***Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.	(3.200.000) (3.200.000)	(4.641.000)	(4.543.000)	(+98.000)	(3.517)
538 65-4	236	Dienstleistungen Außenstehender	3.200.000 3.200.000	—	—	—	9
684 65-0	236	Zuschüsse zur Durchführung von Einzelmaßnahmen in besonderen Fällen	—	1.441.000	1.343.000	+98.000	513
893 65-9	236	Zuschüsse zu den Kosten von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie der Ausstattung von Heimen und sonstigen Einrichtungen	—	3.200.000	3.200.000	—	2.995

ERLÄUTERUNGEN

Zu 684 11

Hilfe gemäß § 72 BSHG zur Qualifizierung und Beschäftigung von Nichtseßhaften.

Die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse soll im Rahmen des Landesprogramms wie bisher gefördert werden.

Die Landesmittel (7.2 Mio. DM) werden dem Bedarf entsprechend mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds aus Kap. 05 03 – 657 01 (6,0 Mio. DM) ergänzt. Die Förderung erfolgt nach Richtlinien des MFAS vom (Nds. MBl. S. . .).

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	7 200 000	—	7 200 000
2002	—	7 200 000	7 200 000
Summe	7 200 000	7 200 000	14 400 000

Zu 684 13

Zur Stärkung der Selbsthilfekräfte der in den sozialen Brennpunkten lebenden Personen werden Zuschüsse (Personal- und Sachkostenzuschüsse) an Selbsthilfegruppen, Träger von Projekten der Gemeinwesenarbeit zur Aktivierung der Selbsthilfe und an den landesweiten Zusammenschluss der Initiativen und Projekte (Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Niedersachsen e. V.) gewährt.

Die Förderung erfolgt nach Richtlinien des MS vom 20. 7. 1993 (Nds. MBl. S. 1035), zuletzt geändert durch RdErl. MS vom 17. 12. 1996 (Nds. MBl. S. 85).

Zu 684 15

Veranschlagt ist die Landeszuwendung zur Förderung der allgemeinen, sozialen Schuldnerberatung nach Maßgabe der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen an Träger von Schuldnerberatungsstellen (Nds. MBl. 32/1993, S. 1037), zuletzt geändert durch RdErl. MFAS vom 16. 6. 2000 (Nds. MBl. 21/2000, S. 358).

Die Zuwendung dient der Erhaltung und Förderung des flächendeckenden Netzes der Schuldnerberatungsstellen in Niedersachsen, die auch Insolvenzberatung i. S. d. § 305 Abs. 1 Nr. 1 Insolvenzordnung (InsO) anbieten.

Zu 684 17

Nach dem Gesetz zur Reform des Rechts der Vormundschaft und Pflegschaft für Volljährige (Betreuungsgesetz) vom 12. 09. 1990 können Betreuungen u. a. von anerkannten Betreuungsvereinen übernommen werden.

Das Land trägt im Rahmen einer Ergänzungsförderung jeweils ein Drittel der notwendigen laufenden Personal- und Sachkosten.

Die Gewährung der Zuschüsse erfolgt nach Richtlinien des MFAS vom 20. 12 1999 (Nds. MBl. S. 57).

Zu 684 22

Gegenwärtig bestehen in Niedersachsen rd. 200 Plätze für die „Nachsorge“ von Drogenkranken, die aus stationärer Therapie entlassen worden sind. Hier findet neben Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation auch Eingliederungshilfe gem. den §§ 39, 40 BSHG statt. Die Einrichtungen werden insoweit gefördert, als sich das Land mit 50 v. H. an den Kosten für das Betreuungspersonal im Rahmen der ambulanten Nachsorge beteiligt. Die verbleibenden 50 v. H. tragen die Rentenversicherungsträger.

Die Förderung erfolgt aufgrund einer Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Land und den Landesversicherungsanstalten mit Sitz in Niedersachsen.

Zu 684 23

Zuwendungen zur Aufrechterhaltung der Schulgeldfreiheit für Schülerinnen und Schüler der Heilerziehungspflege und Heilerziehungshilfe, die keinen Anspruch auf Erstattung von Lehrgangsgeldern aufgrund eines Gesetzes haben. Die Förderung erfolgt nach der Richtlinie des MFAS vom (Nds. MBl. S. . .).

Zu 684 24

Veranschlagt sind die Finanzierungshilfen zur Förderung Familienentlastender Dienste (FED). Die Förderung erfolgt nach den Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen zur Finanzierung von Familienentlastenden Diensten (FED) durch das Land Niedersachsen vom 8. 3. 1999 (Nds. MBl. S. 217).

Zu 684 51

Veranschlagt sind die in § 7 Abs. Nr. 2 NLottG (Nds. GVBl. Nr. 12/97, S. 289 ff.) festgelegten Anteile für Aufgaben der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege.

Zu Titelgruppe 65

Veranschlagt sind die in § 7 Abs. 3 Nr. 3 NLottG (Nds. GVBl. Nr. 12/97, S. 289 ff.) festgelegten Anteile für die Förderung allgemeiner wohlfahrtspflegerischer Einzelmaßnahmen durch das MFAS entsprechend der hierfür geltenden Richtlinie (RdErl. MS v. 10. 4. 1996, Nds. MBl. S. 833 ff.).

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2000	3 200 000	—	3 200 000
2001	—	3 200 000	3 200 000
Summe	3 200 000	3 200 000	6 400 000

Zu 916 01

Vgl. Erläuterungen zu Kap. 05 36 Titel 381 61.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 66		Zusch. aus Konzessionsabgabe gem. Art. 10 Abs.3 Haushaltsbegleitges.1997, Anteil für wohlfahrtspfleg. Einzelmaßnahmen durch MFAS * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. ***Die Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an den Ist-Einnahmen bei Kap.1302 Tit.112 03 geleistet werden	(—)	(—)	(—)	(—)	(1.555)
538 66-2	236	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	18
684 66-9	236	Zuschüsse zur Durchführung von Einzelmaßnahmen in besonderen Fällen	—	—	—	—	899
893 66-7	236	Zuschüsse zu den Kosten von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie der Ausstattung von Heimen und sonstigen Einrichtungen	—	—	—	—	638
TGr. 68 69/71		Verwendung der Ausgleichsabgabe * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 01, 119 68, 162 03, 162 04, 162 05, 182 03, 182 04, 242 02, 243 01 und 333 01 sowie bis zu 55,0 v.H. der Isteinnahmen bei 111 61, 111 62 und 381 61. ***Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen bei Bedarf Mehrausgaben in Höhe der ausgebrachten Verpflichtungsermächtigung geleistet werden.	(—) (50.000.000)	(—)	(59.102.500)	(–59.102.500)	(82.618)
684 68-5	290	Zuschüsse nach §§ 27 und 28 SchwbAV	— 50.000.000	—	13.000.000	–13.000.000	13.440
684 69-3	290	Zuschüsse nach §§ 14 Abs. 1 Nr. 4, 15, 16 und 19 bis 26 und 29 SchwbAV	—	—	30.902.500	–30.902.500	43.541
863 68-7	290	Darlehen nach §§ 15, 20 - 22 und 26 SchwbAV	—	—	2.600.000	–2.600.000	900
863 69-5	290	Darlehen nach § 30 SchwbAV	—	—	7.500.000	–7.500.000	15.048
883 68-8	290	Darlehen im Rahmen der nachgehenden Hilfe im Arbeitsleben (Zuweisungen an die örtlichen Träger)	—	—	—	—	—
892 71-7	290	Zuschüsse nach § 30 SchwbAV	—	—	5.100.000	–5.100.000	9.690
TGr. 78		Enthospitalisierung * Übertragbar.	(—)	(—)	(—)	(—)	(449)
538 78-6	235	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
643 78-4	235	Sonstige Erstattungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
681 78-3	235	Ambulante Hilfe für Behinderte	—	—	—	—	223
893 78-0	235	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	226
TGr. 79		Leistungen nach dem 2.SED-Unrechtsbereinigungsgesetz	(—)	(160.000)	(113.800)	(+46.200)	(97)
643 79-2	244	Ausgleichsleistungen nach Art.2 2.SED-UnBerG (BerRehaG) - Erstattungen an die örtlichen Träger	—	100.000	53.800	+46.200	90
646 79-1	244	Erstattungen an die Bundesanstalt für Arbeit für Leistungen nach Art.2 2.SED-UnBerG (BerRehaG)	—	60.000	60.000	—	7
TGr. 81		Verwendung des Landesanteils am Aufkommen der Spielbankabgabe für außergewöhnliche Maßnahmen im sozialen Bereich ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts	(4.000.000) (4.000.000)	(5.375.000)	(5.375.000)	(—)	(2.815)

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 68, 69/71

Vgl. allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 05 36.

Zu Titelgruppe 78

Der Langzeitbereich des Klinikum Wahrendorff GmbH umfasst z. Z. rd. 700 Bewohner/-innen. Dies entspricht nicht dem heutigen Stand der Sozialpsychiatrie. In einem auf drei Jahre angelegten Programm soll unter fachlicher Begleitung des Landesfachbeirats „Psychiatrie“ und auf der Grundlage einer Vereinbarung mit den Landkreisen Celle und Hannover sowie der Landeshauptstadt Hannover für rd. 100 Bewohner bzw. Bewohnerinnen ein adäquates ambulantes Angebot geschaffen werden.

Zu TGr. 79

Veranschlagt sind die Aufwendungen des Landes nach Art. 2, 2. und 3. Abschnitt des 2. SED-UnBerG (BerRehaG) vom 23. 6. 1994 (BGBl. I S. 1311) zuletzt geändert durch Art. 2 des Zweiten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR vom 17. 12. 1999 (BGBl. I S. 2662).

Zu 643 79

Ausgleichsleistungen gem. § 8 BerRehaG (3. Abschnitt). Der Bund erstattet gem. § 29 BerRehaG 60 v. H. der Aufwendungen der Länder (vgl. Erl. zu Titel 241 79).

Zu 646 79

Leistungen gem. § 6 BerRehaG (2. Abschnitt). Die Leistungen werden von der Bundesanstalt für Arbeit (BA) erbracht und aufgrund einer Verwaltungsvereinbarung zwischen der BA und den Ländern von den Ländern erstattet. Gem. § 28 BerRehaG trägt der Bund 60 v. H. der Leistungen der Länder (vgl. Erl. zu Titel 246 79).

Zu Titelgruppe 81

Zur Verwendung des Landesanteils an dem Aufkommen der Spielbankabgabe gem. § 3 Abs.1 des Gesetzes über die Zulassung öffentlicher Spielbanken in der derzeit gültigen Fassung.

Aus Mitteln der Spielbankabgabe stehen für das Haushaltsjahr 2001 25 Mio. DM zur Verfügung.

Veranschlagt ist der Anteil für den Geschäftsbereich des MS zur Durchführung von außergewöhnlichen Maßnahmen im sozialen Bereich entsprechend der Landtagsentschließung vom 5. 7. 1973 – LT-Drucksache 7/2077 –.

Zuwendungen gemäß Richtlinie des MS vom 10. 4. 96 (Nds. MBl. S. 833).

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	4 000 000	—	4 000 000
2002	—	4 000 000	4 000 000
Summe	4 000 000	4 000 000	8 000 000

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0536 Sonstige soziale Leistungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch TGr. 81		<i>halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind.</i>					
538 81-6	236	Dienstleistungen Außenstehender	4.000.000 4.000.000	—	—	—	148
684 81-2	236	Zuschüsse an Verbände der Freien Wohl- fahrtspflege * Übertragbar.	—	50.000	50.000	—	—
685 81-9	236	Zuschüsse an Sonstige * Übertragbar.	—	500.000	500.000	—	1.014
893 81-0	236	Zuschüsse an Verbände der Freien Wohl- fahrtspflege und andere gemeinn.Träger sowie an Sonstige * Übertragbar.	—	4.825.000	4.825.000	—	1.653
TGr. 86 bis 89		Förderung der Investitionsfolgekosten nach §§10,11 und 13 Nieders. Landespflegegesetz (NPflegeG) * Übertragbar.	(—)	(256.798.000)	(256.798.000)	(—)	(243.971)
883 86-6	290	Zuweisungen an Gemeinden (§10 NPflegeG)	—	—	—	—	175
883 87-4	290	Zuweisungen an Gemeinden für teil - stationäre Pflegeplätze (§ 11 NPflegeG)	—	—	—	—	34
883 88-2	290	Zuweisungen an Gemeinden für Kurz - zeitpflegeplätze (§ 11 NPflegeG)	—	—	—	—	352
883 89-0	290	Zuweisungen an Gemeinden (§ 13 NPflegeG)	—	—	—	—	8.218
893 86-1	290	Zuschüsse an Sonstige (§10 NPflegeG)	—	38.000.000	34.024.000	+3.976.000	35.975
893 87-0	290	Zuschüsse an Sonstige für teil - stationäre Pflegeplätze (§ 11 NPflegeG)	—	2.000.000	2.574.000	-574.000	1.728
893 88-8	290	Zuschüsse an Sonstige für Kurzzeit - pflegeplätze (§ 11 NPflegeG)	—	7.000.000	3.880.000	+3.120.000	6.974
893 89-6	290	Zuschüsse an Sonstige (§ 13 NPflegeG)	—	209.798.000	216.320.000	-6.522.000	190.514
TGr. 90		Förderung der Investitionsfolgekosten nach § 12 Nieders. Landespflegegesetz (NPflegeG) * Übertragbar.	(—)	(3.443.000)	(3.488.200)	(-45.200)	(771)
883 90-4	290	Zuweisungen an Gemeinden	—	—	—	—	—
893 90-0	290	Zuschüsse an Sonstige	—	3.443.000	3.488.200	-45.200	771
TGr. 91/92		Förderung nach §§16 und 17 NPflegeG * Übertragbar.	(840.000) (840.000)	(880.000)	(1.000.000)	(-120.000)	(719)
538 91-3	290	Dienstleistungen Außenstehender	840.000 840.000	—	—	—	273
653 91-7	290	Zuschüsse gem § 16 NPflegeG an Gemeinden	—	—	—	—	—
653 92-5	290	Zuschüsse gem. § 17 NPflegeG an Gemeinden	—	—	—	—	—
684 91-0	290	Zuschüsse gem.§ 16 NPflegeG an Sonstige	—	280.000	280.000	—	20
684 92-8	290	Zuschüsse gem. § 17 NPflegeG an Sonstige	—	600.000	720.000	-120.000	426
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		1.000	-1.000	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 86 bis 89 und 90 allgemein

Die im SGB XI (Soziale Pflegeversicherung) getroffenen Regelungen und Vorgaben bedürfen der Ausführung und Umsetzung durch den Landesgesetzgeber. Das Land Niedersachsen ist den Vorgaben durch das Nds. Pflegegesetz (NPflegeG) sowie die Durchführungsverordnung zum Nds. Pflegegesetz (DVO-NPflegeG) nachgekommen.

Zu 883 86 und 893 86

Gemäß § 10 NPflegeG i. V. mit § 2 DVO-PflegeG werden die betriebsnotwendigen Investitionsfolgekosten für ambulante Pflegeeinrichtungen mit einer landeseinheitlichen Pauschale je Leistungseinheit auf der Grundlage von Zeit- oder Punktwerten gefördert.

Zu 883 87, 893 87, 883 88 und 893 88

Gemäß § 11 NPflegeG i. V. mit § 1 und §§ 3 ff. DVO-PflegeG erhalten Träger von teilstationären Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Kurzzeitpflege Investitionsfolgekostenzuschüsse. Gefördert werden der Bestand sowie neue Plätze, soweit diese durch Pflegebedürftige im Sinne des SGB XI belegt sind (leistungsfolgende Förderung).

Zu 883 89 und 893 89

Gemäß § 13 Abs. 1 NPflegeG erhalten Träger von vollstationären Einrichtungen der Dauerpflege bewohnerbezogene Zuschüsse nach §§ 9 und 10 DVO-NPflegeG für die nach § 8 Abs. 3 NPflegeG zu berücksichtigenden Pflegebedürftigen, die Leistungen nach dem BSHG oder den Vorschriften über die Kriegsopferfürsorge erhalten oder ohne den bewohnerbezogenen Aufwendungszuschuss erhalten würden. Dieser Zuschuss wird in Abhängigkeit vom Einkommen der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner gewährt. Der Zuschuss wird für Einrichtungen im Bestand gewährt. § 13 Abs. 1 NPflegeG gilt für Maßnahmen, die der Verbesserung der pflegerischen Versorgungsstruktur vollstationärer Einrichtungen dienen (§ 12 NPflegeG), nur insoweit, als eine Förderung nach § 12 NPflegeG allein deshalb unterbleibt, weil die Maßnahme trotz Förderfähigkeit nicht in das Förderprogramm (§ 12 Abs. 2 NPflegeG) aufgenommen ist oder die Förderung nach § 12 NPflegeG die Aufwendungen nach Abs. 1 Satz 1 nicht ausgleicht.

Zu Titelgruppe 91/92

In Ausführung der Vorschriften von § 16 des Niedersächsischen Pflegegesetzes (NPflegeG) – Förderung neuartiger Maßnahmen – und § 17 NPflegeG – Förderung vorpflegerischer Maßnahmen – sollen gefördert werden

- die Entwicklung und Erprobung neuartiger Formen der Pflege, Maßnahmen zur Vermeidung von Pflege und Verbindungen von Pflegeangeboten oder -einrichtungen mit gesundheits- oder sozialpflegerischen Angeboten oder Einrichtungen,
- Maßnahmen der Vermittlung, Durchführung und Organisation hauswirtschaftlicher und sozialpflegerischer Hilfen, auf die nach anderen gesetzlichen Vorschriften kein Anspruch besteht, nach Maßgabe von Richtlinien des MFAS vom 24. 9. 1998 – Nds. MBl. S. 1328.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die 1997 ausgebrachte VE DM	durch die 1999 ausgebrachte VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	175 000	210 000	210 000	—	595 000
2002	—	210 000	210 000	210 000	630 000
2003	—	210 000	210 000	210 000	630 000
2004	—	—	210 000	210 000	420 000
2005 ff.	—	—	—	210 000	210 000
Summe	175 000	630 000	840 000	840 000	2 485 000

Zu Titelgruppe 90

Gemäß § 12 Abs. 1 NPflegeG erhalten Träger von vollstationären Einrichtungen der Dauerpflege für Maßnahmen zur Umstrukturierung, Modernisierung oder zum Ersatz einer Einrichtung oder wesentlicher Teile einer Einrichtung, die die Qualität der Pflege oder Unterkunft verbessern, eine Förderung in Höhe der Zinskosten gem. § 5 Abs. 3 DVO-NPflegeG für das zur Durchführung der Maßnahmen eingesetzte Fremdkapital. Die Förderung erfolgt leistungsfolgend nur für belegte Plätze. Die Maßnahmen werden durch ein jährliches Förderprogramm nach Maßgabe des Haushaltsplans aufgestellt und von der Landesregierung beschlossen (§ 12 Abs. 2 NPflegeG).

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die 1996 außerplanm. VE DM	durch die 1997 ausgebrachte VE DM	durch die 1998 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	740 000	300 000	2 403 000	3 443 000
2002	730 000	295 000	2 373 000	3 398 000
2003	695 600	213 400	2 288 000	3 197 000
2004	675 000	205 000	1 821 700	2 701 700
2005 ff.	9 481 600	2 706 800	32 666 000	44 854 400
Summe	12 322 200	3 720 200	41 551 700	57 594 100

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0536 Sonstige soziale Leistungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 05 36					
		1 Eigene Einnahmen		8.802.000	87.712.000	–78.910.000	
		2 Übertragungseinnahmen		121.000	7.633.200	–7.512.200	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		7.500.000	8.803.500	–1.303.500	
		Summe der Einnahmen		16.423.000	104.148.700	–87.725.700	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	8.040.000	—	—	—	
		6 Übertragungsausgaben	8.040.000 8.660.000 59.300.000	335.100.200	391.610.900	–56.510.700	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	268.266.000	283.511.200	–15.245.200	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	7.500.000	1.000	+7.499.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	16.700.000 67.340.000	610.866.200	675.123.100	–64.256.900	
		Zuschuss		594.443.200	570.974.400	+23.468.800	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0538 Kriegsopferfürsorge nach dem BVG und entsprechende Leistungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
119 41-1	247	Rückzahlung von Überzahlungen * Vgl. K-Vermerk zu 641 02.		—	300.000	-300.000	—
162 01-5	247	Darlehenszinsen - Altdarlehen - - * Vgl. K-Vermerk zu 641 01.		1.000	2.000	-1.000	0
182 01-6	247	Darlehensrückflüsse -Altdarlehen - * Vgl. K-Vermerk zu 641 01.		400.000	400.000	—	639
241 01-2	247	Erstattungen durch den Bund für Aufwendungen in der Kriegsopferfürsorge		52.118.400	54.104.800	-1.986.400	53.556
243 01-5	247	Ersatzl. v. Anspruchsber., Unterhaltsver- pfl., sonst.Dritten sowie Erst. v. zu Un- recht erh. Leistg. (Erst. v.d.örtl.Trägern) * Vgl. K-Vermerk zu 641 02.		13.000.000	18.900.000	-5.900.000	12.645
243 02-3	247	Sonstige Erstattungen von Gemeinden (GV) -Darlehenszinsen- * Vgl. K-Vermerk zu 641 01.		1.000	—	+1.000	3
281 01-4	247	Ersatzl. v. Anspruchsberechtigten, Unter- haltsverpfl., sonst. Dritten sowie Erstat- tung von zu Unrecht erhaltenen Leistungen * Vgl. K-Vermerk zu 641 02.		—	10.000	-10.000	—
333 01-4	247	Zuweisungen für Investitionen von Gemeinden (GV) - Darlehensrückflüsse - * Vgl. K-Vermerk zu 641 01.		300.000	600.000	-300.000	298
A U S G A B E N							
641 01-0	247	Abführung von Darlehensrückflüssen an den Bund * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 80,0 v.H. der Isteinnahmen bei 162 01, 182 01, 243 02 und 333 01.	—	561.600	801.600	-240.000	752
641 02-9	247	Abführung der sonstigen Einnahmen im Rahmen der KOF an den Bund * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 80,0 v.H. der Isteinnahmen bei 119 41, 243 01 und 281 01.	—	10.400.000	15.368.000	-4.968.000	10.116
643 11-0	247	Hilfen z. berufl. Rehabilitat. -Beih. an Beschäd. u. Witw. o. Kfz-Beih., Übergangs- geld u. Unterh.Beih.- (Erst. a. d. ö. Tr.) * Gegenseitig deckungsfähig: 643 11, 643 12, 643 13, 643 14, 643 15, 643 16, 643 17, 643 18, 643 19, 643 21, 643 22, 643 23, 643 24, 643 25, 643 26, 643 27, 643 28 und 643 29. ***Überzahlungen aus den Vorjahren bei den Titeln 643 11 bis 643 29 sind abweichend von § 35 Abs.1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu verein - nahmen.	—	60.000	130.000	-70.000	72
643 12-9	247	wie 643 11 -Beih. a. Beschäd. z.Beschaffg., z. Betrieb, z. Unterh., z. Unterstell. u.z. Abstellen eines Kfz.- (Erst. a.d.ö. Träger) * Vgl. D-Vermerk zu 643 11.	—	150.000	60.000	+90.000	121
643 13-7	247	wie 643 11 -Übergangsgeld u. Unterhaltsbei- hilfe an Beschädigte- (Erstattungen an die örtlichen Träger) * Vgl. D-Vermerk zu 643 11.	—	20.000	70.000	-50.000	21
643 14-5	247	wie 643 11 -Leistungen an Arbeitgeber- (Erstattungen an die örtlichen Träger) * Vgl. D-Vermerk zu 643 11.	—	1.000	1.000	—	5
643 15-3	247	Krankenhilfe -Beihilfen- (Erstattungen an die örtlichen Träger) * Vgl. D-Vermerk zu 643 11.	—	40.000	50.000	-10.000	16

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Vorbemerkung zum Kapitel:

Leistungen der Kriegsofopferfürsorge (KOF) erhalten Beschädigte und Hinterbliebene zur Ergänzung der übrigen Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) als besondere Hilfen im Einzelfall. Die KOF hilft, bei Beschädigten die Folgen der erlittenen Schädigung oder bei Hinterbliebenen die Folgen des Verlustes des Ernähers in allen Lebenslagen nach Möglichkeit zu überwinden oder zu mildern.

Zu 162 01 und 182 01

Zur Abwicklung der bis 1987 aus Tit. 863 01 bis 863 11 vom Nds. Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben unmittelbar bewilligten und ausgezahlten Darlehen.

Vgl. Erläuterungen zu Tit. 241 01, 641 01, 641 02 und 883 02 bis 883 13.

Zu 241 01

Der Bund trägt die Aufwendungen für die Kriegsofopferfürsorge nach den §§ 25–27 j des Bundesversorgungsgesetzes ab 1. 1. 1964 zu 80 v.H.

Die Höhe der Erstattung ist wie folgt errechnet:

Ausgaben bei Tit. 643 11 bis 643 29 und Tit. 883 02 bis 883 13	= 65 148 000 DM
hiervon 80 %	= 52 118 400 DM

Zu 243 01

Rückerstattungen gemäß § 50 Sozialgesetzbuch (SGB) – Zehntes Buch (X) – vom 18. 8. 1980 (BGBl. I S. 1469) und Einnahmen aus dem Übergang von Ansprüchen (§ 115 SGB X, § 27 g BVG und § 81 a BVG), Erstattungsansprüchen (§ 104 SGB X) und Auslagenersatz (§ 109 SGB X) für Aufwendungen der KOF aus Tit. 643 11 bis 643 29.

Zu 243 02 und 333 01

Zur Vereinnahmung von Darlehensrückflüssen (Zinsen und Tilgung) aus von den örtlichen Trägern der KOF bewilligten und ausgezahlten Darlehen (vgl. Erl. zu Tit. 883 02 bis 883 13).

Allgemeine Vorbemerkungen zu den Ausgaben:

Der überörtliche Träger der KOF hat zur Durchführung seiner Aufgaben die örtlichen Träger herangezogen (VO über die Heranziehung örtl. Träger der KOF zur Durchführung von Aufgaben der KOF vom 25. 3. 1981 [Nds. GVBl. S. 47]). Die Titel sind daher mit dem Zusatz „Erstattungen an die örtlichen Träger“ versehen.

Zu 641 01

Abführung des Bundesanteils (80 v.H.) an den Darlehensrückflüssen im Rahmen des KOF.

Der Ansatz errechnet sich danach wie folgt:

Voraussichtliches Zinsaufkommen Titel 162 01 und 243 02	=	2 000 DM
Voraussichtliches Tilgungsaufkommen Titel 182 01 und 333 01	=	700 000 DM
Zusammen	=	702 000 DM
davon 80 v. H.	=	561 600 DM

Zu 641 02

Abführung des Bundesanteils (80 v. H.) an den übrigen Einnahmen im Rahmen der KOF.

Der Ansatz errechnet sich wie folgt:

Voraussichtliche Einnahmen bei Titel 243 01	=	13 000 000 DM
davon 80 v. H.	=	10 400 000 DM

Vgl. Erläuterungen zu 241 01.

Zu 643 11, 643 12, 643 13 und 643 14

Gewährung von Beihilfen nach §§ 26 und 26 a BVG.

Zu 643 15

Gewährung von Beihilfen nach § 26 b BVG.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0538 Kriegsopferfürsorge nach dem BVG und entsprechende Leistungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
643 16-1	247	Hilfe zur Pflege -Beihilfen an Beschädigte für häusliche Pflege einschl. Pflegegeld- (Erstattungen an die örtlichen Träger) * Vgl. D-Vermerk zu 643 11.	—	120.000	80.000	+40.000	120
643 17-0	247	wie 643 16 -Sonstige Hilfen zur Pflege an Beschädigte- (Erstattungen an die örtlichen Träger) * Vgl. D-Vermerk zu 643 11.	—	1.500.000	1.900.000	-400.000	1.497
643 18-8	247	wie 643 16 -Beihilfen an Hinterbliebene für häusliche Pflege einschl. Pflegegeld- (Erstattungen an die örtlichen Träger) * Vgl. D-Vermerk zu 643 11.	—	—	—	—	0
643 19-6	247	wie 643 16 -Sonstige Hilfe zur Pflege an Hinterbliebene- (Erstattungen an die örtlichen Träger) * Vgl. D-Vermerk zu 643 11.	—	35.000.000	37.500.000	-2.500.000	35.339
643 21-8	247	Hilfe zur Weiterführung des Haushalts -Beihilfen an Beschädigte- (Erstattungen an die örtlichen Träger) * Vgl. D-Vermerk zu 643 11.	—	50.000	60.000	-10.000	49
643 22-6	247	Altenhilfe -Beihilfen an Beschädigte- (Erstattungen an die örtlichen Träger) * Vgl. D-Vermerk zu 643 11.	—	17.000	30.000	-13.000	19
643 23-4	247	Erziehungsbeihilfe (Erstattungen an die örtlichen Träger) * Vgl. D-Vermerk zu 643 11.	—	300.000	700.000	-400.000	299
643 24-2	247	Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt -Beihilfen an Beschädigte- (Erstattungen an die örtlichen Träger) * Vgl. D-Vermerk zu 643 11.	—	500.000	700.000	-200.000	546
643 25-0	247	Erholungshilfe -Beihilfen an Beschädigte (Erstattungen an die örtlichen Träger) * Vgl. D-Vermerk zu 643 11.	—	400.000	550.000	-150.000	381
643 26-9	247	Wohnungshilfe -Beihilfen- (Erstattungen an die örtlichen Träger) * Vgl. D-Vermerk zu 643 11.	—	100.000	200.000	-100.000	77
643 27-7	247	Hilfen in besonderen Lebenslagen -Beihilfen an Beschädigte ohne Kfz-Beihilfen- (Erstattungen an die örtlichen Träger) * Vgl. D-Vermerk zu 643 11.	—	1.700.000	1.900.000	-200.000	1.692
643 28-5	247	wie 643 27 -Beih. a. Beschäd. z.Beschaffg., z. Betrieb, z. Unterh., z. Unterst. u.z. Abstellen eines Kfz.- (Erst.a.d.ö.Träger) * Vgl. D-Vermerk zu 643 11.	—	1.000.000	1.300.000	-300.000	988
643 29-3	247	wie 643 27 -Beihilfen an Hinterbliebene- (Erstattungen an die örtlichen Träger) * Vgl. D-Vermerk zu 643 11.	—	24.000.000	22.000.000	+2.000.000	25.506
881 01-1	247	Investitionszuschuss an den Bund gem. Art. 52 Pflegeversicherungsgesetz	—	19.000.000	19.000.000	—	18.995
883 02-2	247	Hilfen z.berufl.Rehabilitation -Darlehen an Beschädigte zur Beschaffung, zum Unterstellen u. zum Abstellen eines Kfz- * Gegenseitig deckungsfähig: 883 02, 883 09, 883 11, 883 12 und 883 13.	—	20.000	70.000	-50.000	20
883 09-0	247	Erziehungsbeihilfe -Darlehen- * Vgl. D-Vermerk zu 883 02.	—	10.000	20.000	-10.000	12
883 11-1	247	Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt -Darlehen- * Vgl. D-Vermerk zu 883 02.	—	—	—	—	—
883 12-0	247	Wohnungshilfe -Darlehen- * Vgl. D-Vermerk zu 883 02.	—	30.000	10.000	+20.000	29
883 13-8	247	Hilfen in besonderen Lebenslagen -Darlehen- * Vgl. D-Vermerk zu 883 02.	—	130.000	300.000	-170.000	136

ERLÄUTERUNGEN

Zu 643 16

Gewährung von Beihilfen nach § 26 c BVG.

Zu 643 17 und 643 19

Gewährung von Beihilfen nach § 26 c BVG.

Zu 643 21

Gewährung von Beihilfen nach § 26 d BVG.

Zu 643 22

Gewährung von Beihilfen nach § 26 e BVG.

Zu 643 23

Gewährung von Beihilfen nach § 27 BVG.

Zu 643 24

Gewährung von Beihilfen nach § 27 a BVG.

Zu 643 25

Gewährung von Beihilfen nach § 27 b BVG.

Zu 643 26

Gewährung von Beihilfen nach § 27 c BVG.

Zu 643 27, 643 28 und 643 29

Gewährung von Beihilfen nach § 27 d BVG i. V. mit Abschnitt 3 des BSHG.

Zu 881 01

Nach Art. 52 Abs. 3 Nr. 2 Pflegeversicherungsgesetz haben die alten Länder nach Inkrafttreten der 2. Stufe der Pflegeversicherung (stationäre Pflege) zur Finanzierung der Investitionen in Pflegeeinrichtungen in den neuen Bundesländern beizutragen. Eine Verwaltungsvereinbarung gem. Art. 52 Abs. 3 Nr. 2 PflegeVG zwischen den Bundesländern wurde geschlossen. Der Bund kürzt die Erstattungen an die alten Bundesländer in den Jahren 1997 bis 2001 um 800 Millionen DM und im Jahre 2002 um 720 Millionen DM. Der auf das Land Niedersachsen nach dem Einwohnerschlüssel entfallende Anteil ist bei Titel 881 01 ausgebracht.

Zu 883 02 bis 883 13 allgemein:

Nach § 25 b Abs. 4 BVG werden Geldleistungen als Beihilfen oder Darlehen gewährt. Darlehen können gegeben werden, wenn diese Art der Hilfe zur Erreichung des Leistungszwecks ausreichend oder zweckmäßiger ist. Zinseinnahmen und Tilgungen werden bei den Titeln 243 02 und 333 01 nachgewiesen (vgl. Erl. zu Tit. 641 01).

Zu 883 02

Gewährung von Darlehen nach § 26 BVG.

Zu 883 09

Gewährung von Darlehen nach § 27 BVG.

Zu 883 12

Gewährung von Darlehen nach § 27 c BVG.

Zu 883 13

Gewährung von Darlehen nach § 27 d BVG i. V. mit Abschnitt 3 des BSHG.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0538 Kriegsofferfürsorge nach dem BVG und entsprechende Leistungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 05 38 1 Eigene Einnahmen 2 Übertragungseinnahmen 3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen Summe der Einnahmen 6 Übertragungsausgaben 8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben Zuschuss		401.000 65.119.400 300.000 65.820.400 — 75.919.600 19.190.000 — 95.109.600 29.289.200	702.000 73.014.800 600.000 74.316.800 83.400.600 19.400.000 102.800.600 28.483.800	–301.000 –7.895.400 –300.000 –8.496.400 –7.481.000 –210.000 –7.691.000 +805.400	

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 11-2	314	Verwaltungsgebühren ***Vgl. Vermerk zu 631 01, 632 01, 637 01 und 671 01.		—	—	—	—
119 41-5	311	Rückzahlung von Überzahlungen		500.000	500.000	—	526
119 46-6	311	Ersatzleistungen		50.000	50.000	—	78
119 51-2	311	Vermischte Einnahmen		30.000	30.000	—	23
251 08-9	314	Zuweisungen des Bundes zur Suchtbekämpfung * Vgl. K-Vermerk zu 685 89.		—	100.000	–100.000	315
282 01-4	314	Zuschüsse für umwelthygienische Untersu- chungen		—	—	—	—
333 74-3	312	Beiträge der Landkreise und kreisfreien Städte zur Förderung von Krankenhäusern nach § 9 (1) KHG		92.000.000	91.760.000	+240.000	102.120
Titelgruppe(n)							
TGr. 68/72		Krankenhausfinanzierung		(72.950.000)	(77.333.000)	(–4.383.000)	(73.704)
253 68-5	312	Beiträge der Landkreise und kreisfreien Städte zur Förderung von Krankenhäusern nach § 9 (2) 1,2 und 3 KHG		5.850.000	6.900.000	–1.050.000	8.670
333 72-7	312	Beiträge der Landkreise und kreisfreien Städte zur Förderung von Krankenhäusern nach § 9 (2) 5 und (3) KHG		67.100.000	70.433.000	–3.333.000	65.034
TGr. 90		Kooperation der norddeutschen Länder durch gemeinsame Aufgabenwahrnehmung auf ver- schiedensten Gebieten des Gesundheitswesens		(723.000)	(721.000)	(+2.000)	(597)
232 90-4	314	Erstattungen der norddeutschen Länder auf- grund d. gemeins. Aufgabenwahrnehmung auf versch. Gebieten des Gesundheitswesens * Vgl. K-Vermerk zu 682 90.		523.000	521.000	+2.000	470
271 90-0	314	Erstattung von Kosten für Arzneimittelun- tersuchungen und andere Dienstleistungen der AMI-Nord GmbH * Vgl. K-Vermerk zu 632 90.		200.000	200.000	—	128
A U S G A B E N							
412 02-3	311	Entschädigung für ehrenamtliche Pharma- zieräte	—	80.000	80.000	—	65
412 03-1	311	Kosten verschiedener Ausschüsse	—	90.000	80.000	+10.000	94
422 01-0	311	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	2.304.400	1.993.100	+311.300	1.985
422 19-3	311	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-2	311	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	87.600	367.800	–280.200	87
425 01-0	311	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	166
427 01-2	311	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 31-4	311	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	—	—	—	—
427 39-0	311	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
512 02-8	314	Anteil d. Landes Nds. a. d. Kosten der Nutzung der AMIS- Datenbanken des DIMDI im Rahmen der Arzneimittelüberwachung	—	22.600	22.600	—	23
522 12-0	314	Bekämpfung von Seuchen, einschließlich Geschlechtskrankheiten	—	20.000	20.000	—	2

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zu Kapitel 05 40:

Für das bei den Bezirksregierungen tätige Fachpersonal der Gesundheitsdezernate sind hier nur die

- a) Ausgaben der Obergruppe 42 (Dienstbezüge und dergl.),
 - b) Ausgaben für die eigentlichen Fachaufgaben sowie die
 - c) Einnahmen, die mit den Ausgaben zu a) und b) im ursächlichen Zusammenhang stehen,
- veranschlagt.

Alle übrigen Haushaltseinnahmen und -ausgaben sind bei Kap. 03 05 ausgebracht (vgl. allgemeine Erläuterung zu Kap. 03 05).

Zu 111 11

Im Rahmen der Überwachung der Herstellung und des Verkehrs mit Arzneimitteln nach § 64 Arzneimittelgesetz haben die pharmazeutischen Überwachungskräfte der Bezirksregierungen Betriebsbesichtigungen in besonderen Fällen unter Beteiligung von Sachverständigen anderer Bundesländer, des Bundes oder öffentlicher Institutionen vorzunehmen. Die für die Beteiligung externer Sachverständiger zu erhebenden Verwaltungsgebühren sind hier zu vereinnahmen. Ebenso werden Überwachungskräfte der Bezirksregierungen in Niedersachsen zu Betriebsbesichtigungen in anderen Ländern hinzugezogen, die Erstattungen der anteiligen Kosten sind ebenfalls hier zu vereinnahmen.

Zu 251 08

Zur Vereinnahmung von durchlaufenden Bundesmitteln.
Vgl. Titel 685 89.

Zu 333 74

Die Aufwendungen nach § 9 (1) KHG für den Krankenhausbau (s. Ausgabe-TGr. 74) übernehmen nach dem Nds. KHG vom 12. 7. 1973 (Nieders. GVBl. S. 231) in der Fassung vom 12. 11. 1986 (Nieders. GVBl. S. 343) das Land zu 60 v. H. und die Landkreise und kreisfreien Städte zu 40 v. H.

Zu 253 68 und 333 72

Nach dem Nds. KHG vom 12. 7. 1973 (Nieders. GVBl. S. 231) in der Fassung vom 12. 11. 1986 (Nieders. GVBl. S. 343) haben von den Aufwendungen nach § 9 (2) 1, 2, 3, 5 und 6 und (3) KHG (s. Ausgabe-TGr. 67 – 73) das Land zwei Drittel und die Landkreise und kreisfreien Städte ein Drittel zu tragen.

Zu 232 90

Zur Vereinnahmung der Anteile der Länder Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein am gemeinsam in Niedersachsen betriebenen Giftinformationszentrum für Norddeutschland – GIZ-Nord – (vgl. Titel 682 90).

Zu 271 90

Es handelt sich um Einnahmen von Verwaltungsgebühren nach AllGO für Untersuchungsleistungen der AMI-Nord i. R. der Durchführung des Arzneimittelgesetzes.

Zu 412 02

Ehrenamtliche Pharmazierate, die nach § 6 des Gesetzes über das Apothekenwesen i. d. F. vom 15. 10. 1980 (BGBl. I S. 1933) mit Änderungen i. V. m. der Richtlinie für die amtliche Besichtigung von Apotheken (RdErl. d. MFAS vom 14. 7. 2000 – Nds. MBl. S. 570) an der amtlichen Besichtigung von Apotheken teilnehmen, erhalten Entschädigung nach dem RdErl. d. MS vom 13. 8. 1997 (Nds. MBl. S. 1499) i. d. F. vom 5. 4. 2000 (Nds. MBl. S. 284).

Für die amtliche Besichtigung von Apotheken werden Gebühren nach dem Kostentarif zur Allgemeinen Gebührenordnung v. 22. 7. 1966 (Nds. GVBl. S. 191) in der jeweils geltenden Fassung erhoben und bei 03 05 – 111 11 vereinnahmt.

Zu 412 03

Mitglieder der Gutachterausschüsse für Heilpraktiker erhalten Entschädigung nach dem RdErl. d. MS vom 22. 2. 1995 (Nds. MBl. S. 375).

Die Aufwendungen werden im Wege des Auslagenersatzes erstattet und bei 03 05 – 111 11 vereinnahmt.

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 23,61 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)		Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln
Beamte/-innen			24
Angestellte			—
Lohnempfänger/ -innen			—
Insgesamt			24

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 2 304 400 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	2 304 400
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	100 100
43	Versorgungsbezüge	737 200
44	Beihilfen, Unterstützungen	47 300
45	Personalbezogene Sachausgaben	0
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	63 300
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0
Summe der Personalausgaben im Kapitel		3 252 300

Zu 512 02

Die Datenbanken des Arzneimittelinformationssystems (AMIS) beim Deutschen Institut für medizinische Dokumentation und Information (DIMIDI) werden von der deutschen Arzneimittel-Zulassungsstelle, dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM), unterhalten und stehen den Ländern im Rahmen der Überwachung der Herstellung und des Verkehrs von Arzneimitteln zur Verfügung. In Niedersachsen nutzen vornehmlich die Bezirksregierungen als zuständige Überwachungsbehörden die Datenbanken.

Nach dem Medizinproduktegesetz besteht für die mit der Durchführung betrauten Behörden eine Verpflichtung zur Nutzung.

Die Kosten der AMIS-Datenbanken werden von den Ländern nach dem „Königsteiner Schlüssel“ getragen.

Zu 522 12

- a) Überführungskosten zum Obduktionsort der verdachtsweise an der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit Verstorbenen,
- b) Vorsorgemittel zur Prävention oder für den Fall des Ausbruchs eines besonderen Seuchengeschehens (z. B. Seuchenalarmplanung, Informationsmittel, sonstige Sachkosten) und
- c) Umsetzung des neuen Seuchenrechts-Infektionsschutzgesetzes (z. B. Fachtagungen; Beteiligung Dritter) im Bereich des ÖGD.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0540 Gesundheitsverwaltung und Gesundheitswesen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
525 01-4	311	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	25.000	25.000	—	20
526 01-0	314	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
538 01-9	314	Überwachung und Untersuchungen zur Umwelt- hygiene * Übertragbar.	—	770.000	770.000	—	486
631 01-9	314	Erstattung anteiliger Verwaltungsgebühren an den Bund ***Ausgaben bei den Titeln 631 01, 632 01, 637 01 und 671 01 dürfen insgesamt nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist- einnahmen bei 111 11.	—	—	—	—	—
632 01-5	314	Erstattung anteiliger Verwaltungsgebühren an andere Länder ***Vgl. Vermerk zu 631 01.	—	—	—	—	—
633 01-1	311	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Gemeinden (GV) für die Wahrnehmung des hafenärztlichen Dienstes	—	1.000.000	1.200.000	–200.000	902
637 01-7	314	Erstattungen an die Zentrale Koordinie- rungsstelle der Länder im Arzneimittelbe- reich ***Vgl. Vermerk zu 631 01.	—	—	—	—	—
671 01-0	314	Erstattungen an die AMI-Nord GmbH ***Vgl. Vermerk zu 631 01.	—	—	—	—	—
672 01-7	212	Kosten der Unterbringung gem. § 37 Abs. 2 Nds. PsychKG	—	2.000	—	+2.000	1
672 02-5	314	Erstattung der Kosten der Unterrichtsver- anstaltungen für Apothekeranwärter	—	59.000	59.000	—	50
672 03-3	314	Erstattung der Aufwendungen gem. § 8 Abs. 3 Transplantationsgesetz an die Ärztekammer	—	50.000	100.000	–50.000	—
685 01-1	314	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	—	—	—	2
685 05-4	314	Zuschüsse an die Akademie für Sozialmedi- zin in Hannover	—	85.000	85.000	—	85
685 06-2	314	Zuschüsse für gesundheitliche Aufklärung	—	650.000	650.000	—	700
685 07-0	314	Gesundheitsfördernde Projekte „ Gesundheit 2000 „	—	548.000	548.000	—	538
685 09-7	312	Zuschüsse für Wettbewerbe im Krankenhaus- wesen	—	30.000	—	+30.000	—
685 12-7	314	Hebammenfortbildung	—	80.000	100.000	–20.000	91
685 22-4	175	Zuschuss an die Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf	—	690.000	657.000	+33.000	643
685 24-0	234	Erstattungen nach dem Anti-D-Hilfegesetz (AntiDHG)	—	93.000	—	+93.000	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 62		Leistungen nach dem Bundesseuchengesetz	(—)	(15.500.000)	(15.500.000)	(—)	(15.650)
681 62-8	234	Entschädigungen ***Überzahlungen aus Vorjahren aus Lei- stungen nach dem BSeuchG i. V. mit dem BVG sind abweichend von §35 LHO durch Absetzung von der Ausgabe zu vereinnah- men.	—	15.500.000	15.500.000	—	15.650
863 62-9	290	Darlehen	—	—	—	—	—
TGr. 67		Förderung von Krankenhäusern nach § 9 (2) 1 KHG ***Überzahlungen aus Vorjahren bei den Titelgruppen 67 und 69 sowie 72 und 73 sind abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu ver- einnahmen.	(—)	(4.750.000)	(4.200.000)	(+550.000)	(3.999)
682 67-5	312	Zuführungen an kaufmännisch geführte landeseigene Krankenhäuser	—	100.000	56.000	+44.000	48

ERLÄUTERUNGEN

Zu 525 01

Fortbildungsveranstaltungen	12 500 DM
Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	12 500 DM
Zusammen	25 000 DM

Die Mittel werden veranschlagt, um eine angemessene und qualifizierte Fortbildung der hauptamtlichen pharmazeutischen Überwachungskräfte zu ermöglichen, damit diese dem mit hoher Verantwortung (Sicherstellung des Verbraucherschutzes durch Gewährleistung eines Höchstmaßes an Arzneimittelsicherheit) verbundenen Überwachungsauftrag nachkommen können.

Die Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von GMP-Inspektionen zwischen der EU und USA, Kanada, Australien, Neuseeland und Japan verlangen ein Qualitätssicherungssystem, das nur mit einem Mindestmaß an qualifizierter und damit entsprechend kostenaufwendiger Fortbildung zu gewährleisten ist.

Für die pharmazeutischen Inspektorinnen/Inspektoren sind 10 Tage fachliche Fortbildung pro Jahr vorgeschrieben. In Niedersachsen sind 9 Inspektorinnen/Inspektoren tätig.

Im Bereich der ehrenamtlichen Überwachungskräfte (Pharmazieratinnen und Pharmazierate für die Apothekenüberwachung) werden Mittel eingesetzt, um es diesen nebenberuflich tätigen Kräften zu ermöglichen, sich im notwendigen Umfang auf ihre Tätigkeit vorzubereiten. Das ehrenamtlich tätige Überwachungspersonal entlastet die hauptamtlichen Kräfte in erheblichem Umfang, dies ist jedoch nur bei qualifizierter Fortbildung leistbar.

Zu 538 01

Veranschlagt sind Ausgaben für epidemiologische und humanmedizinische Untersuchungen über Auswirkungen schädlicher Umweltbelastungen:

1. Bevölkerungsbezogene Untersuchung in Belastungsgebieten	105 000 DM
2. Ermittlung von Gesundheitsrisiken durch Schadstoffe, Lärm und Strahlung	166 800 DM
3. Untersuchungen von Missbildungs-, Erkrankungs- und Todesursachen in der Umgebung von Kernkraftwerken	83 200 DM
4. Sonstiges (z. B. Pilotprojekt „Gesundheitliche Gefährdungseinschätzung durch Massentierhaltung“)	415 000 DM
Zusammen	770 000 DM

Zu 631 01

Soweit Sachverständige der Bundesoberbehörden bei Betriebsbesichtigungen in Niedersachsen zu beteiligen sind, stehen dem Bund die anteiligen Verwaltungsgebühren hierfür zu. Ausgaben sind dann in der Höhe zu leisten, wie anteilige Verwaltungsgebühren vereinbart worden sind.

Zu 632 01

Vergleiche Erläuterung zu 631 01.

Die anteiligen Verwaltungsgebühren stehen insoweit den anderen Ländern zu, als deren Überwachungskräfte bei Besichtigungen in Niedersachsen beteiligt worden sind.

Zu 633 01

Die Aufgaben der Schiffshygiene (Hafenärztlicher Dienst) sind Pflichtaufgaben des Bundes nach Artikel 1 i. V. mit Artikel 14–17 der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) vom 25.7.1969 (BGBl. II S. 865) i. d. F. vom 10.4.1975 (BGBl. II S. 456) zuletzt geändert durch VO vom 17.3.1982 (BGBl. II S. 286), deren Ausführung den Ländern obliegt.

Nach Artikel 14 Abs. 1 IGV hat die Gesundheitsverwaltung – dies ist entsprechend den Definitionen nach Artikel 1 IGV das Land – sicherzustellen, dass die Häfen und Flughäfen in ihrem Hoheitsgebiet über eine Organisation und Ausrüstung verfügen, die für die Durchführung der in diesen Vorschriften vorgesehenen Maßnahmen angemessen sind. Die Aufgaben betreffen die internationale Schifffahrt und dienen der Verhütung von Infektionskrankheiten durch die Einschleppung per Schiff. Daneben sind Aufgaben der Prüfung der Medizinkenntnisse der Schiffsoffiziere, -apparate und des Apothekenstandards an Bord der unter Bundesflagge fahrenden Seeschiffe als Bundes- und EU-Recht u. ä. auszuführen. Das Land bedient sich hierfür der kommunalen Gesundheitsämter in den Kommunen mit Schiffsverkehr.

Zu 637 01

Vergleiche Erläuterung zu 631 01.

Die anteiligen Verwaltungsgebühren stehen insoweit der zentralen Koordinierungsstelle zu, als deren Sachverständige bei Besichtigungen in Niedersachsen beteiligt worden sind.

Zu 671 01

Vergleiche Erläuterung zu 631 01.

Die anteiligen Verwaltungsgebühren stehen der AMI-Nord GmbH insoweit zu, als deren Beschäftigte außerhalb des vom Rahmenabkommen abgedeckten Auftrags als Sachverständige bei Besichtigungen in Niedersachsen beteiligt worden sind.

Zu 672 01

Die Kosten einer vorläufigen Unterbringungsmaßnahme sind vom Land zu tragen, wenn

1. der Antrag auf Anordnung einer Unterbringung abgelehnt oder zurückgenommen wird oder aus anderen Gründen seine Erledigung findet oder
 2. die Anordnung einer Unterbringung vom Beschwerdegericht aufgehoben wird
- und die Voraussetzungen für die Unterbringung von Anfang an nicht vorgelegen haben.

Umgesetzt von 05 20 – 672 02.

Zu 672 02

Nach § 4 Abs. 4 der Approbationsordnung für Apotheker vom 19.7.1989 (BGBl. I S. 1489) sind die Länder verpflichtet, begleitende Unterrichtsveranstaltungen durchzuführen, an denen die Auszubildenden im Rahmen der praktischen Ausbildung teilnehmen müssen. Durch Beschluss des Landesministeriums vom 17.12.1973 (Nds. MBl. S. 1713) wurde die Aufgabe der Apothekerkammer Niedersachsen übertragen (Erstattung an die Apothekerkammer).

Zu 672 03

Personal- und Sachkosten für die gemäß § 8 Abs. 3 Transplantationsgesetz vom 5. 11. 1997 (BGBl. I S. 2631) vorzunehmende Begutachtung (Prüfung der Freiwilligkeit der Organspende bei Lebenden).

Der Ansatz ergibt sich ausgehend von ca. 25 Fällen pro Jahr.

Zu 685 05

Gefördert werden als satzungsgemäße Aufgaben der Akademie landesweite Fortbildungsveranstaltungen für Ärztinnen und Ärzte, medizinisches Personal und interessierte Gruppen auf dem Gebiet der Sozialmedizin. Die Akademie organisiert u. a. Veranstaltungen zu den Themenfeldern AIDS, Sucht, öffentliches Gesundheitswesen, übertragbare Krankheiten, Ernährung, Alter, soziale Faktoren und Gesundheit.

Zu 685 06

Es handelt sich um die institutionelle Förderung der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e. V. in Höhe von 580 000 DM und 70 000 DM für die Landesarbeitsgemeinschaft Jugendzahnpflege e. V. Die Förderung wird nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für gesundheitliche Aufklärung zur Unterstützung gesundheitsfördernder Aktivitäten und Selbsthilfegruppen (RdErl. d. MS vom 27. 5. 1987 – Nds. MBl. S. 725) gewährt.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e. V.

	Betrag für 2001 (Aufstellungsjahr) DM	Betrag für 2000 (Vorjahr) DM	Ist-Ergebnis für 1999 (vorhergehendes Jahr) DM
Ausgaben	1 200 000	1 185 000	878 422,79
Einnahmen	120 000	104 000	82 936,70
Mithin			
Fehlbetrag	1 080 000	1 081 000	795 486,09

Der Fehlbetrag 2001 soll gedeckt werden durch:

- a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers — DM
- b) das Land mit 580 000 DM
- c) den Bund und EU-Mittel 245 000 DM
- d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand 71 000 DM
- e) andere Mittel 184 000 DM

Zusammen 1 080 000 DM

ERLÄUTERUNGEN

Zu 685 07

Maßgeblich sind das WHO-Programm „Gesundheit 2000“ und die dem Programm zugrundeliegende Ottawa-Charta mit dem Ziel des Ausbaus der Chancengleichheit und der Selbstbestimmung betroffener Bevölkerungsgruppen sowie der Verbesserung der Lebensverhältnisse für die Bürgerinnen und Bürger auf örtlicher und überörtlicher Ebene. Grundlage hierfür ist die Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern bei Aktivitäten zur Bekämpfung krankmachender Lebensfaktoren wie zur Schaffung gesundheitsfördernder Lebensbedingungen und der Aufbau eines demokratisch bestimmten und patientenorientierten Gesundheitswesens.

Diesen Zielen dienen

1. die Förderung zukunftsweisender Projekte der Gesundheitsförderung (u. a. Gesundheitswerkstätten, Gesundheitszentren) im örtlichen, regionalen und überregionalen Bereich,
2. die Intensivierung der Koordination und Kooperation aller in der Gesundheitsförderung, Gesundheitspflege und Gesundheitsaufklärung stehenden Kräfte,
3. die Landeskoordination für Gesundheitsförderung und Präventionsarbeit,
4. die Einbeziehung der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe,
5. die Bekämpfung chronischer Erkrankungen,
6. sonstige gesundheitspflegerische und gesundheitsaufklärerische Maßnahmen.

Zur Unterstützung dieser Aktivitäten werden Zuwendungen nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für gesundheitliche Aufklärung, zur Unterstützung gesundheitsfördernder Aktivitäten und Selbsthilfegruppen (RdErl. d. MS vom 27. 5. 1987 – Nds. MBl. S. 725) gewährt.

Zu 685 09

Mit einem Niedersächsischen Qualitätspreis sollen besondere Leistungen im Krankenhausmanagement anerkannt, Anreize zu vorbildlichem Verhalten im Bereich der Managementqualität im Gesundheitswesen gesetzt und durch die Vermittlung von „best practice“ zur Verbreitung der Qualitätsorientierung beigetragen werden. Der Niedersächsische Qualitätspreis orientiert sich maßgeblich an dem international anerkannten Qualitätsmodell der Europäischen Stiftung für Qualitätsmanagement (EFQM).

Zu 685 12

Zu der durch Berufsrecht vorgegebenen Fortbildungspflicht der Hebammen und Entbindungspfleger kann dem Berufsverband als Veranstalter eine Zuwendung nach § 44 LHO gewährt werden. Bewilligungsbehörde für diese landesweite Maßnahme ist die Bezirksregierung Hannover.

Umgesetzt von 05 40 – 685 83.

Zu 685 22

Der anderweitig nicht gedeckte Finanzbedarf für die Einrichtung und die Unterhaltung der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf ist nach Artikel 7 (1) des Länderabkommens vom 9. 2. 1971 (Nds. MBl. S. 885) von den Ländern zu tragen. Der auf die Länder entfallende Anteil bemisst sich nach Art. 7 (2) je zur Hälfte nach dem Verhältnis ihrer Einwohner und nach der Zahl der aus ihnen kommenden Lehrgangsteilnehmer.

Bislang sind die Länderbeiträge jährlich um rd. 2 v. H. gestiegen. Die überdurchschnittliche Steigerung des niedersächsischen Beitrages für das Haushaltsjahr 2001 erklärt sich aus der erheblich gestiegenen Zahl der niedersächsischen Teilnehmer im Jahr 1999: 570 (1998: 456), die Grundlage für die Beitragsberechnung ist. Im Haushaltsjahr 2002 ist zusätzlich der Wegfall der „sonstigen Länderzuweisung Berlin“ aufgrund der Kündigung der Mitgliedschaft dieses Landes zum 31.12.1997 durch die verbleibenden Trägerländer aufzufangen.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf

	Betrag für 2001 (Aufstellungsjahr) DM	Betrag für 2000 (Vorjahr) DM	Ist-Ergebnis für 1999 (vorhergehendes Jahr) DM
Ausgaben	3 793 900	3 726 700	3 750 553
Einnahmen	300 000	265 000	391 063
Mithin Fehlbetrag	3 493 900	3 461 700	3 359 490

Der Fehlbetrag 2001 soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers (Überschuss aus Vorjahr)	147 400 DM
b) das Land mit	690 000 DM
c) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit den Ländern: Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein	2 356 500 DM
d) sonstige Länderzuweisung „Berlin“ (durch Kündigung zum 31. 12. 1997)	300 000 DM
Zusammen	3 493 900 DM

Zu 685 24

Das Gesetz über die Hilfe für durch Anti-D-Immunprophylaxe mit dem Hepatitis-C-Virus infizierte Personen (Anti-D-Hilfegesetz, AntiDHG) vom 2. 8. 2000 (BGBl. I S. 1270) sieht eine Kostenbeteiligung der alten Bundesländer in Höhe von 12,4 v. H. an den neben den im Gesetz vorgesehenen Einmalzahlungen (Kostenträger Bund) entstehenden Kosten vor (§ 10 Abs. 3). Der veranschlagte Betrag ist ausgehend von den für das Haushaltsjahr 2001 erwarteten Gesamtkosten ermittelt worden.

Zu 681 62

Entschädigungen gem. §§ 49, 51 und 57 des Bundesseuchengesetzes vom 18. 7. 1961 (BGBl. I S. 1012) i. d. F. vom 25. 8. 1971 (BGBl. I S. 1401).

Aus dem Ansatz werden im wesentlichen laufende Rentenzahlungen, Heilbehandlungskosten, Beiträge zur Pflegeversicherung u. ä. Leistungen in Impfschadensfällen in analoger Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes getragen.

Zu 863 62

Leertitel für die Gewährung von Darlehen an Impfgeschädigte nach § 51 des Bundesseuchengesetzes i. V. m. §§ 25 bis 27e des Bundesversorgungsgesetzes.

Zu Titelgruppen 67 bis 74

Die Fördermittel nach dem KHG in Verbindung mit dem Nds. KHG werden vom Land, den Landkreisen und kreisfreien Städten getragen (vgl. Erl. zu Einnahme-Titelgruppe 68/72 und zu Titel 333 74).

Insgesamt sind bei den Ausgabe-Titelgruppen 67 bis 74 als Barmittel veranschlagt 448 850 000 DM

Davon werden aufgebracht:

a) von den Landkreisen und kreisfreien Städten (Tit. 253 68, 333 72 und 333 74)	164 950 000 DM
b) vom Land	283 900 000 DM

Es sind folgende Fördermittel vorgesehen:

1. Zu Titelgruppe 67 bis 73

– Förderung aufgrund eines Rechtsanspruchs nach dem KHG –

Zu TGr. 67

Übernahme von Entgelten für die Nutzung von Anlagegütern (Miete, Pacht usw.) nach § 9 (2) 1 KHG 4 750 000 DM

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0540 Gesundheitsverwaltung und Gesundheitswesen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
683 67-1	312	Zuschüsse für private Krankenanstalten	—	4.500.000	3.969.000	+531.000	3.801
684 67-8	312	Zuschüsse für freie gemeinnützige Krankenhäuser	—	150.000	175.000	–25.000	149
TGr. 69		Förderung von Krankenhäusern nach § 9 (2) 3 KHG ***Vgl. ***-Vermerk zu Titelgruppe 67.	(—)	(12.800.000)	(16.500.000)	(–3.700.000)	(12.423)
683 69-8	312	Zuschüsse für private Krankenanstalten	—	4.400.000	3.300.000	+1.100.000	4.420
684 69-4	312	Zuschüsse für freie gemeinnützige Krankenhäuser	—	3.300.000	4.050.000	–750.000	3.213
689 69-6	312	Zuschüsse für lfd. Zwecke an kommunale Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen	—	5.100.000	9.150.000	–4.050.000	4.789
TGr. 72		Förderung von Krankenhäusern nach § 9 (2) 5 u. 6 KHG ***Vgl. ***-Vermerk zu Titelgruppe 67.	(—)	(1.000.000)	(2.000.000)	(–1.000.000)	(—)
892 72-6	312	Zuschüsse für private Krankenanstalten	—	500.000	1.000.000	–500.000	—
893 72-2	312	Zuschüsse für freie gemeinnützige Krankenhäuser	—	500.000	500.000	—	—
899 72-0	312	Zuschüsse für kommunale Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen	—	—	500.000	–500.000	—
TGr. 73		Förderung von Krankenhäusern nach §§ 9 (3) KHG ***Vgl. ***-Vermerk zu Titelgruppe 67.	(20.000.000) (—)	(200.300.000)	(209.300.000)	(–9.000.000)	(202.203)
891 73-8	312	Zuführungen an kaufmännisch geführte landeseigene Krankenhäuser	—	10.291.500	10.755.200	–463.700	10.083
892 73-4	312	Zuschüsse für private Krankenanstalten	—	16.513.900	15.152.100	+1.361.800	19.827
893 73-0	312	Zuschüsse für freie gemeinnützige Krankenhäuser	10.000.000 —	78.060.700	80.646.900	–2.586.200	75.004
899 73-9	312	Zuschüsse für Investitionen an kommunale Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen	10.000.000 —	95.433.900	102.745.800	–7.311.900	97.289
TGr. 74		Förderung von Krankenhäusern nach § 9 (1) KHG	(200.000.000) (200.000.000)	(230.000.000)	(229.400.000)	(+600.000)	(189.184)
891 74-6	312	Zuführungen an kaufmännisch geführte landeseigene Krankenhäuser * Übertragbar.	—	—	—	—	—
892 74-2	312	Zuschüsse für private Krankenanstalten * Übertragbar.	—	—	—	—	19.132
893 74-9	312	Zuschüsse für freie gemeinnützige Krankenhäuser * Übertragbar.	100.000.000 100.000.000	115.000.000	114.700.000	+300.000	84.512
899 74-7	312	Zuschüsse für Investitionen an kommunale Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen * Übertragbar.	100.000.000 100.000.000	115.000.000	114.700.000	+300.000	85.541
981 74-5	990	Abführung an Kap. 2041 - 381 02	—	—	—	—	—
TGr. 78		Aufbau und Betrieb eines Krebsregisters	(—)	(1.617.400)	(1.747.400)	(–130.000)	(1.237)
547 78-6	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.617.400	1.747.400	–130.000	1.237
812 78-1	314	Erwerb von Geräten, Ausrüstungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 79		Ambulante Versorgung und Nachsorge im Bereich gemeindenaher Psychiatrie sowie Förderung von Aktivitäten psychisch Kranker * Übertragbar.	(—)	(950.000)	(950.000)	(—)	(638)
538 79-5	314	Dienstleistungen Außenstehender	—	100.000	100.000	—	61

ERLÄUTERUNGEN

Zu TGr. 69

Übernahme von Lasten für förderungsfähige Investitionskosten, für die auf dem Kapitalmarkt Darlehen nach § 9 (2) 3 KHG aufgenommen wurden (alte Last) 12 800 000 DM

Zu TGr. 72

Fördermittel zur Erleichterung der Schließung und zur Umstellung von Krankenhäusern auf andere Aufgaben nach § 9 (2) 5 u. 6 KHG i. V. m. § 7 Nds.KHG 1 000 000 DM

Der Bedarf orientiert sich nach den geplanten Umstellungsmaßnahmen.

Zu TGr. 73

Förderung der Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter nach § 9 (3) KHG 200 300 000 DM

Der Ansatz beinhaltet Fördermittel auf der Grundlage der nach dem Krankenhausplan vorhandenen Betten und des geltenden Pauschalbetrages nach § 9 (3) KHG i. V. m. § 6 Abs. 2 Nds. KHG in Höhe von 185 300 000 DM. Für die Beschaffung von Großgeräten sind 15 Mio. DM vorgesehen, davon 10 000 000 DM zur Bedienung der 1999 in Anspruch genommenen VE.

Zu 891 73

Es handelt sich um die Landeskrankenhäuser (Kap. 05 21).

TGr. 67 bis 73 zusammen = 218 850 000 DM

Belastung zu TGr. 73

der Haus- halts- jahre	durch die 1999 in Anspruch genommene VE DM	durch die 2001 veranschlagte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	10 000 000	—	10 000 000
2002	10 000 000	—	10 000 000
2003	—	10 000 000	10 000 000
2004	—	10 000 000	10 000 000
Summe	20 000 000	20 000 000	40 000 000

2. Zu Titelgruppe 74

– Investitionsprogramm –

Förderung der Errichtung von Krankenhäusern einschl. der Erstaussstattung mit Anlagegütern nach § 9 (1) 1 KHG und Wiederbeschaffung von Anlagegütern (soweit sie nicht von § 9 (3) KHG erfasst werden – s. TGr. 73) nach § 9 (1) 2 KHG aufgrund des Nieders. Investitionsprogramms 2001 gem. (Beschluss der Landesregierung vom ■■■ Nds. MBl. S. ■■)

als Barmittel 2001 230 000 000 DM

Belastung zu TGr. 74

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1998 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 1999 in Anspruch genommene VE DM	durch die 2000 in Anspruch genommene VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	170 000 000	60 000 000	—	—	230 000 000
2002	85 000 000	85 000 000	60 000 000	—	230 000 000
2003	45 000 000	55 000 000	70 000 000	60 000 000	230 000 000
2004	—	—	70 000 000	100 000 000	170 000 000
2005	—	—	—	40 000 000	40 000 000
Summe	300 000 000	200 000 000	200 000 000	200 000 000	900 000 000

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 78

Am 1.1.2000 ist das Gesetz über das Epidemiologische Krebsregister Niedersachsen (GEKN) vom 16.11.1999 (Nds. GVBl. S. 390) in Kraft getreten.

Ab Januar 2000 werden in der ersten Ausbaustufe (unter Beibehaltung aller bereits während der Erprobungsphase funktionierenden Meldewege) alle innerhalb des Regierungsbezirks Weser-Ems auftretenden Krebserkrankungen (einschließlich ihrer Frühformen) vom EKN dokumentiert. Ab Januar 2001 wird auch der Regierungsbezirk Lüneburg einbezogen, ab 2002 Braunschweig und ab 2003 Hannover.

Hier sind die Personal- und Sachkosten der Registerstelle veranschlagt.

Die Kosten der Vertrauensstelle sind bei Kapitel 05 42 (Titel 425 01, 511 01, 513 01 und 527 01) und die Kosten der Fachaufsicht bei Kapitel 05 01 (Titel 422 01, 425 01 und 526 01) mit veranschlagt.

Zu Titelgruppe 79

Die Ansätze der Titel 538 79, 683 79 und 684 79 sollen insbesondere verwendet werden für gemeindenahe Psychiatrie, Sozial- und Psychotherapie sowie für

- ambulante Behandlung ehemals forensischer Patienten,
- ambulante Versorgung gerontopsychiatrischer Patienten,
- Forschung im Bereich „Kinder- und Jugendpsychiatrie“ und
- gemeindenahe Versorgung psychisch kranker Mütter und Kinder.

Die Förderung erfolgt nach Richtlinien des MS vom 11. 9. 1991 (Nds. MBl. S. 1256).

Aus Titel 685 79 sollen Selbsthilfegruppen von Kranken und Angehörigen in folgenden Bereichen nach Maßgabe des RdErl. MS vom 18. 6. 1991 – 406.1 – 41 580/90.6 gefördert werden

- psychisch Kranke,
- Erkrankungen des Zentralnervensystems und
- Autismus bei Kindern.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0540 Gesundheitsverwaltung und Gesundheitswesen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
683 79-5	314	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Träger	—	300.000	300.000	—	12
684 79-1	314	Zuschüsse an Vereine oder Verbände der Freien Wohlfahrtspflege und andere gemeinnützige Träger	—	380.000	380.000	—	523
685 79-8	314	Zuschüsse zur Förderung von Aktivitäten psychisch Kranker	—	170.000	170.000	—	43
TGr. 82		Förderung des Rettungsdienstes	(—)	(300.000)	(125.000)	(+175.000)	(125)
653 82-9	314	Zuweisungen an kommunale Träger für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
684 82-1	314	Zuschüsse an freie gemeinn. Träger für laufende Zwecke	—	100.000	125.000	–25.000	125
883 82-4	314	Zuweisungen an kommunale Träger für Investitionen	—	—	—	—	—
893 82-0	314	Zuschüsse an freie gemeinnützige Träger für Investitionen	—	200.000	—	+200.000	—
TGr. 85		Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von AIDS aus Landesmitteln	(—)	(2.900.000)	(2.900.000)	(—)	(2.894)
547 85-9	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
685 85-2	314	Zuschüsse an Verbände, Vereine u.ä.	—	2.900.000	2.900.000	—	2.894
TGr. 87		Laufbahnprüfung für den mittleren Gesundheitsdienst	(—)	(2.000)	(3.300)	(–1.300)	(—)
427 87-0	319	Prüfungsvergütungen	—	1.000	1.300	–300	—
547 87-5	319	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.000	2.000	–1.000	—
TGr. 88/89		Maßnahmen zur Suchtbekämpfung	(—)	(13.615.000)	(15.300.000)	(–1.685.000)	(15.435)
547 88-3	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	80
685 88-7	314	Zuschüsse für Maßnahmen zur Suchtbekämpfung	—	13.115.000	14.700.000	–1.585.000	15.011
685 89-5	314	Zuschüsse für Maßnahmen zur Suchtbekämpfung aus Bundesmitteln * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 251 08.	—	—	100.000	–100.000	344
893 88-9	314	Zuschüsse für Investitionen * Übertragbar.	—	500.000	500.000	—	—
TGr. 90 bis 92		Kooperation der norddeutschen Länder durch gemeinsame Aufgabenwahrnehmung auf verschiedenen Gebieten des Gesundheitswesens	(—)	(2.847.800)	(2.852.500)	(–4.700)	(2.723)
632 90-2	314	Zuweisungen des Landes Niedersachsen an das Arzneimitteluntersuchungsinstitut der norddeutschen Länder * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 271 90.	—	1.272.000	1.275.000	–3.000	1.272
632 91-0	314	Zuweisungen des Landes Niedersachsen an das Norddeutsche Zentrum zur Sicherstellung der Pflege	—	142.000	142.500	–500	142
632 92-9	314	Zuweisungen des Landes Niedersachsen an die Einr. f. Forschung u. Beratung a. d. Gebiet d. Schifffahrtsmedizin der nordd. Länder	—	204.400	205.500	–1.100	204
682 90-0	314	Zuführungen an die Kliniken der Universität Göttingen für den Betrieb eines Giftinformationszentrums für Norddeutschland * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 232 90.	—	1.229.400	1.229.500	–100	1.104

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 82**1. 684 82**

Zuschuss an den Landesverband
Niedersachsen der DLRG 100 000 DM

Zur Errichtung und Unterhaltung von Rettungsstationen und -wachen und zur Ausbildung von Rettungsschwimmern.

2. 893 82

Investitionen in der Koordinierungsstelle Luftrettung.
Notwendige Ergänzung der Erstausrüstung im
Bereich EDV und Kommunikation 200 000 DM

Zu Titelgruppe 85

Die epidemiologische Entwicklung der Infektionskrankheit AIDS erfordert weiterhin wirksame Maßnahmen zur Verhinderung einer schnellen Ausbreitung bei den Betroffenenengruppen, zur Verhütung eines Übergreifens auf die Allgemeinbevölkerung (ganzheitliche Prävention) und zur geeigneten Beratung und Hilfe zur Selbsthilfe und Betreuung Betroffener.

Begünstigte sind freie Träger im Bereich der lokalen und landesweiten AIDS-Aktivitäten im Rahmen des 1992 zuletzt formulierten Landesprogramms i. V. m. der ab 1.1.1998 in Kraft getretenen Förderlinie (RdErl. d. MFAS vom 16. 6. 1997 – Nds. MBl. 1997, S. 1101). Mittelbar werden durch die durchgeführten Maßnahmen alle Bevölkerungsgruppen erreicht mit Schwerpunkten bei Aufklärungsmaßnahmen in Schulen und in den Hauptbetroffenengruppen. Daneben werden auch Aktivitäten unterstützt, die der Stabilisierung von Menschen mit HIV und AIDS im Sinne der Sekundärprävention dienen.

Bei Titel 685 85 sind Mittel für Zuwendungen in folgenden Bereichen veranschlagt:

1. Frauen- und Kinderrelevante AIDS-Prävention und Sexualaufklärung	370 000 DM
2. AIDS-Hilfen und andere freie Träger der AIDS-Bekämpfung zur Unterstützung der Beratungs- und Betreuungstätigkeit, betreutes Wohnen	2 110 000 DM
3. Sonderprojekte (Fortbildung von Multiplikatoren, ambulante Hilfen und Präventionsprojekte)	420 000 DM
Zusammen	2 900 000 DM

Zu Titelgruppe 87

Zur Zahlung von Prüfungs- und Reisekostenvergütungen an die Mitglieder des Prüfungsausschusses nach § 10 der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des mittleren Gesundheitsdienstes (APVO mittl. GesD) vom 8. 3. 1985 (Nieders. GVBl. S. 69) i. V. m. dem RdErl. d. MF vom 29. 8. 1986 (Nds. MBl. S. 890). Außerdem sind die mit den Prüfungen verbundenen Sachkosten zu übernehmen.

Zu Titelgruppe 88/89**1. Titel 685 88**

Es sind Zuwendungen für folgende Bereiche vorgesehen:

1. Suchtberatungsstellen	8 135 000 DM
2. Präventionsmaßnahmen	850 000 DM
3. Methadongestützte Sozialtherapie	4 000 000 DM
4. Unterstützung der Suchtberatung in Justizvollzugsanstalten	1 400 000 DM
5. Unterstützung von Selbsthilfeaktivitäten	120 000 DM
6. Landesstelle gegen die Suchtgefahren	600 000 DM
7. Nieders. Suchtkonferenz	10 000 DM

Zusammen 15 115 000 DM*)

Nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen an Beratungs- und Behandlungsstellen für Suchtkranke und -gefährdete (RdErl. d. MFAS vom 11. 1. 1999 – Nds. MBl. S. 139) werden Trägern solcher Einrichtungen Zuwendungen zur institutionellen Förderung bewilligt. Ausgewählte Suchtberatungsstellen erhalten zusätzliche Zuwendungen für Prävention, psychosoziale Begleitung Substituierter und Beratung im Justizvollzug. Die Landesstelle gegen die Suchtgefahren, die u. a. die Koordination und die Weiterentwicklung von Hilfen für Suchtkranke und den effektiven Einsatz der hierfür bereitgestellten Mittel fördert, erhält für die Wahrnehmung dieser Aufgaben ebenfalls eine Landeszuwendung als institutionelle Förderung (480 000 DM) und für ein besonderes Projekt 120 000 DM.

*) Davon werden 2 000 000 DM aus Spielbankmitteln (Kap. 05 36 TGr. 81) für psychosoziale Betreuungsmaßnahmen bereitgestellt.

2. Titel 685 89

Vorsorglich Leertitel zur Verausgabung von durchlaufenden Bundesmitteln für Modellprogramme zur Verstärkung der Drogenhilfe (vgl. 251 08).

3. Titel 893 88

Für Zuwendungen als Investitionszuschüsse zum Auf- und Ausbau von ambulanten und stationären Therapieeinrichtungen zur Suchtbekämpfung.

Zu TGr. 90 bis 92

Die norddeutschen Länder Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen nehmen auf verschiedenen Gebieten des Gesundheitswesens ihre Aufgaben gemeinsam wahr.

Die Ratifizierung des Rahmenabkommens erfolgte durch Gesetz vom 2. 10. 1995.

Nach Artikel 4 Abs. 3 des Abkommens sind die Verteilerschlüssel nach Ablauf von 4 Jahren ab dem 1. 1. 1999 neu festzusetzen. Das Änderungsabkommen ist von den Regierungschefs der beteiligten Länder am 16.12.1999 in Bonn unterzeichnet worden. Der Niedersächsische Landtag hat mit Gesetz vom 11. 10. 2000 das Änderungsabkommen ratifiziert.

Zu 632 90

Veranschlagt sind Zuweisungen an das gemeinsame Arzneimitteluntersuchungsinstitut in Bremen 1 272 000 DM
Die Einnahmen des Landes Niedersachsen für Dienstleistungen der AMI-Nord werden bei 271 90 vereinnahmt.

Zu 632 91

Norddeutsches Zentrum zur Sicherstellung der Pflege in Schleswig-Holstein 142 000 DM

Zu 632 92

Veranschlagt sind Zuweisungen an die gemeinsame Einrichtung für Forschung und Beratung auf dem Gebiet der Schifffahrtsmedizin in Hamburg 204 400 DM

Zu 682 90

Veranschlagt sind Zuschüsse für das in Niedersachsen betriebene gemeinsame Informationszentrum für Vergiftungen (GIZ-Nord). 1 229 400 DM
Die Anteile der Länder Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein werden bei 232 90 vereinnahmt.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0540 Gesundheitsverwaltung und Gesundheitswesen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 05 40					
		1 Eigene Einnahmen		580.000	580.000	—	
		2 Übertragungseinnahmen		6.573.000	7.721.000	–1.148.000	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		159.100.000	162.193.000	–3.093.000	
		Summe der Einnahmen		166.253.000	170.494.000	–4.241.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	2.563.000	2.522.200	+40.800	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.556.000	2.687.000	–131.000	
		6 Übertragungsausgaben	—	56.149.800	61.126.500	–4.976.700	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	220.000.000 200.000.000	432.000.000	441.200.000	–9.200.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	220.000.000 200.000.000	493.268.800	507.535.700	–14.266.900	
		Zuschuss		327.015.800	337.041.700	–10.025.900	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		737.200	847.800		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		494.006.000	508.383.500		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		327.753.000	337.889.500		

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 11-0	314	Verwaltungsgebühren * Vgl. K-Vermerk zu 522 21.		4.200.000	4.400.000	-200.000	4.957
113 01-5	314	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		1.000	1.000	—	0
119 01-3	314	Einnahmen aus Nebentätigkeit		20.000	15.000	+5.000	29
119 41-2	314	Rückzahlung von Überzahlungen		1.000	1.000	—	—
119 46-3	314	Ersatzleistungen		1.000	1.000	—	—
119 51-0	314	Vermischte Einnahmen		1.000	5.000	-4.000	—
119 67-6	314	Erstattung für Aus- und Fortbildung		60.000	35.000	+25.000	188
124 01-7	314	Mieten und Pachten		—	4.000	-4.000	6
132 01-0	314	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		—	—	—	—
241 34-0	314	Erstattungen des Bundes für Beschäftigungs- entgelte an Ersatzdienstleistende * Vgl. K-Vermerk zu 427 09.		—	—	—	—
251 62-0	314	Zuweisungen d.Robert-Koch-Institutes f.d. Durchf.d.Modellprogramms“Anonyme HIV-Tests von Neugeborenenseren“. * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 62.		120.100	139.100	-19.000	120
251 64-7	314	Zuweisung des Bundes für Nationales Referenzzentrum für Influenzaüberwachung * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 64.		109.000	106.000	+3.000	62
251 66-3	314	Zuweisungen des Bundes für das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben „Polioeradikation in Europa bis zum Jahre 2000“ * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 66.		131.000	131.100	-100	197
256 01-0	314	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit (für Aushilfskräfte)		—	—	—	190
282 68-2	314	Zuschüsse der Deutschen Krebshilfe zur Durchf. des Modellversuches „Früherkennung des Neuroblastoms im Säuglingsalter“ * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 68. ***Die Einnahmen dürfen nur für Ausgaben bei 0542 Ausgabe-TGr. 68 verwendet werden.		—	2.870.000	-2.870.000	1.863
381 01-0	990	Zuführung von 0512-981 06		8.000	10.000	-2.000	8
A U S G A B E N							
422 01-8	314	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	11.632.100	739.200	+10.892.900	661
422 19-0	314	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-0	314	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Frei- stellung bei Personalüberhang	—	171.700	171.700	—	175
425 01-7	314	Vergütungen der Angestellten	—	—	9.350.400	-9.350.400	8.295
425 03-3	314	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	17.700	-17.700	3
425 41-6	314	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	80.100	80.100	—	107
425 51-3	314	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	22.100	22.100	—	8
426 01-3	314	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	1.052.500	-1.052.500	1.029
426 03-0	314	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	4.400	-4.400	—
426 41-2	314	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
426 51-0	314	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.000	1.000	—	0
427 01-0	314	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	4.000	4.000	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 05 42

Bis 1995 waren im Kapitel 05 42 die Einnahmen und Ausgaben der acht Staatlichen Medizinaluntersuchungsämter (MUA) bzw. des Landeshygieneinstituts Oldenburg veranschlagt.

Nach dem Beschluss der Landesregierung vom 21. 3. 1995 zur Konzentration der MUA wurden die Ämter Braunschweig, Göttingen, Lüneburg, Stade, Oldenburg und Osnabrück Ende 1995 bzw. in 1996 aufgelöst.

Das bisherige MUA Hannover führt seit dem 1. 7. 1995 die Bezeichnung „Niedersächsisches Landesgesundheitsamt (NLGA)“. Das MUA Aurich wird seit dem 1. 7. 1995 als Abteilung des NLGA mit der Schwerpunktaufgabe „Wasserhygiene“ weitergeführt.

Zu 111 11

Gebühren und Auslagen werden für bakteriologische, serologische und virologische Untersuchungen erhoben.

Die Untersuchungen werden nach der noch gültigen Gebührenordnung für die Medizinaluntersuchungsämter vom 14. 12. 1994 (Nds. GVBl. S. 544) berechnet.

Zu 113 01

Geräte	700 DM
Ausstattungsgegenstände	300 DM
Zusammen	1 000 DM

Zu 119 01

Für die Inanspruchnahme von Einrichtungen oder Material des Landes oder der Arbeitskraft anderer Landesbediensteter in Ausübung einer Nebentätigkeit ist ein Entgelt nach dem RdErl. d. MS vom 1. 8. 1967 (Nds. MBl. 775) i. V. mit dem RdErl. d. MS vom 29. 7. 1997 (Nds. MBl. S. 1582) an das Land abzuführen.

Zu 124 01

Amts- und Dienstwohnungen	— DM
Zusammen	— DM

Zu 251 62, 251 64, 251 66 und 282 68

Zur Vereinnahmung von durchlaufenden Bundesmitteln. Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 62, 64, 66 und 68.

Zu 381 01

Erstattung der Kosten für zentrale Dienstleistungen durch das Landesprüfungsamt für Sozialversicherung.

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 141,25 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	—	—	—	27
Angestellte	—	—	—	104
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	19
Insgesamt	—	—	—	150

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 11 632 100 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	11 632 100
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	541 900
43	Versorgungsbezüge	299 800
44	Beihilfen, Unterstützungen	240 200
45	Personalbezogene Sachausgaben	7 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	321 500
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0

Summe der Personalausgaben im Kapitel 13 042 500

Die den Beamtinnen/Beamten gemäß § 75 Abs. 3 NBG belassenen Beträge sind Aufwandsentschädigungen im Sinne des EStG.

Zu 425 41

Für 5 Auszubildende im Labordienst.

Zu 425 51

Für Zeitzuschläge und Überstundenvergütungen aus Anlass des regelmäßigen Sonn- und Feiertagsdienstes.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 0542 Landesgesundheitsamt

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
427 09-5	314	Beschäftigungsentgelte für Zivildienstlei- stende * <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 241 34.</i> ** <i>Zur Zahlung der Entgelte dürfen Erspar- nisse aus nicht besetzten oder unterbe- setzten Stellen für Angestellte und Ar- beiter/Arbeiterinnen bei Kapitel 05 42 Titel 425 01 und 426 01 zusätzlich ver- wendet werden.</i>	—	—	—	—	—
427 11-7	314	Entschädigung für nebenamtlich und neben- beruflich Tätige	—	—	—	—	—
427 31-1	314	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	20.000	20.000	—	—
427 39-7	314	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-0	314	Trennungsgeld für abgeordnete oder ver- setzte Bedienstete und Umzugskostenver- gütungen	—	6.000	12.000	-6.000	9
453 11-8	314	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	1.000	1.000	—	—
511 01-0	314	Geschäftsbedarf	—	159.800	112.700	+47.100	143
512 01-7	314	Bücher und Zeitschriften	—	58.000	58.000	—	41
513 01-3	314	Post- und Fernmeldegebühren	—	318.000	270.900	+47.100	368
514 01-0	314	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	25.000	25.000	—	29
515 01-6	314	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	19.000	19.000	—	8
515 02-4	314	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	56.000	56.000	—	103
516 01-2	314	Dienst- und Schutzkleidung	—	1.000	1.000	—	2
516 02-0	314	Dienst- und Schutzkleidung für das Fachpersonal	—	40.000	40.000	—	45
517 01-9	314	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	93.000	93.000	—	100
517 19-1	314	Reinigungskosten	—	122.000	122.000	—	91
517 59-0	314	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	192.000	192.000	—	218
519 02-0	314	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	52.000	52.000	—	35
519 03-8	314	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	2.100	2.100	—	1
522 21-7	314	Laborbedarf, Röntgen- und Photobedarf * <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zu 50,0 v.H. der Mehreinnahmen bei 111 11.</i>	—	2.450.000	2.450.000	—	2.372
522 22-5	314	Versuchstierhaltung	—	—	2.500	-2.500	2
525 01-1	314	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	18.000	18.000	—	19
526 01-8	314	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-4	314	Reisekostenvergütungen	—	97.300	50.300	+47.000	34
527 03-0	314	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Perso- nalvertretungsangelegenheiten u. in Vertre- tung der Interessen der Schwerbehinderten	—	1.000	1.000	—	0
529 01-7	212	Zur Verfügung der Präsidentin/des Präsi- denten des Niedersächsischen Landesgesund- heitsamtes	—	1.000	1.000	—	1
533 01-4	314	Fortbildung von Fachkräften des Gesund- heitsdienstes	—	30.000	30.000	—	49

ERLÄUTERUNGEN

Zu 427 31

Honorar für Gastdozenten bei Fortbildungsveranstaltungen 20 000 DM

Zu 453 01

Trennungsgeld 6 000 DM

Zu 453 11

Für die Erstattung von Fahrkosten an Auszubildende, die eine auswärtige Berufsschule besuchen, nach § 10 (1) des Manteltarifvertrages für Auszubildende vom 6. 12. 1974 (Nds. MBl. 1975 S. 269) in der jeweils gültigen Fassung.

Zu 511 01

Allgemeine Arbeitsunterlagen 22 800 DM
Büro- und Kanzleibedarf 127 000 DM
Bekanntmachungen 10 000 DM

Zusammen 159 800 DM

Auf die Erläuterungen zu Kapitel 05 40 TGr. 78 wird hingewiesen.

Zu 512 01

Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten 30 000 DM
Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen 15 000 DM
Gesetz- u. a. Verkündungsblätter 5 000 DM
Buchbinderkosten 8 000 DM

Zusammen 58 000 DM

Zu 513 01

Postgebühren 160 000 DM
Fernmeldegebühren 128 000 DM
Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen 30 000 DM

Zusammen 318 000 DM

Auf die Erläuterungen zu Kapitel 05 40 TGr. 78 wird hingewiesen.

Zu 514 01

Betriebsstoffe 11 000 DM
Unterhaltung und Instandsetzung 12 000 DM
Kraftfahrzeugsteuer 2 000 DM

Zusammen 25 000 DM

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Kombi-Fahrzeuge	5	5	5

Zu 515 02

Dienstzimmersausstattungen 40 000 DM
Büromaschinen 9 000 DM
Wirtschaftsgeräte 3 000 DM
Werkstattausrüstungen 4 000 DM

Zusammen 56 000 DM

Zu 516 01

Dienst- und Schutzkleidung der Amtsboten, Hausarbeiter, Heizer, Kraftfahrer, Pförtner und Sonstiger sowie des Bedienungspersonals von Vervielfältigungseinrichtungen.

Zu 516 02

Für Schutzkleidung des Labor- und Verwaltungspersonals und des ärztlichen Dienstes.

Zu 517 01

Wassergeld 80 000 DM
Grundbesitzabgaben 10 000 DM
Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen 3 000 DM

Zusammen 93 000 DM

Zu 517 59

Heizung 100 000 DM
Licht- und Kraftstrom 92 000 DM

Zusammen 192 000 DM

Zu 527 01

Reisekosten allgemein 97 300 DM

Zusammen 97 300 DM

Die Reisekostenvergütungen für Dienstreisen zur Durchführung gebührenpflichtiger Untersuchungen werden neben den Gebühren wieder eingezogen und bei 111 11 vereinnahmt.

Auf die Erläuterungen zu Kapitel 05 40 TGr. 78 wird hingewiesen.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
535 01-7	314	Unterhaltung der Geräte für den Unter- suchungsbetrieb mit den dazugehörigen Einrichtungen	—	145.000	145.000	—	110
535 02-5	314	Ersatz und Ergänzung der Geräte für den Untersuchungsbetrieb mit den dazugehörigen Einrichtungen	—	310.000	310.000	—	154
538 01-6	314	Umweltmedizin	—	150.000	150.000	—	150
538 02-4	314	Dienstleistungen Außenstehender	—	530.000	30.000	+500.000	40
546 57-4	314	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulie- rung von Schäden, die nicht versichert sind	—	—	—	—	16
546 59-0	314	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	15.000	15.000	—	7
681 01-3	314	Schadensersatzleistungen und Unfallent- schädigungen	—	—	—	—	7
685 01-9	314	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	10.000	10.000	—	8
811 01-4	314	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 13-4	314	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	13
812 15-0	314	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	50.000	50.000	—	99
812 35-5	314	Erwerb von Laborgerät	—	735.000	1.070.000	–335.000	585
981 01-7	990	Abführung an 1321-381 05	—	665.600	—	+665.600	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 62		Durchführung d. Modellprogramms „Anonyme HIV-Tests von Neugeborenenseren“ * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur ge- leistet werden bis zur Höhe der Istein- nahmen bei 251 62.	(—)	(120.100)	(139.100)	(–19.000)	(116)
429 62-4	314	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	72.000	91.000	–19.000	75
547 62-7	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	48.100	48.100	—	41
TGr. 64		Unterhaltung des Nationalen Referenz- zentrums für Influenzäüberwachung aus Bundesmitteln * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur ge- leistet werden bis zur Höhe der Istein- nahmen bei 251 64.	(—)	(109.000)	(106.000)	(+3.000)	(107)
429 64-0	314	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	69.000	66.000	+3.000	65
547 64-3	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	40.000	40.000	—	42
TGr. 66		Durchführung des Forschungs- und Entwick- lungsvorhabens „Polioeradikation in Europa bis zum Jahr 2000“ aus Bundesmitteln * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur ge- leistet werden bis zur Höhe der Istein- nahmen bei 251 66.	(—)	(131.000)	(131.100)	(–100)	(197)
429 66-7	314	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	98.000	97.800	+200	168
547 66-0	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	33.000	33.300	–300	29
TGr. 68		Durchführung des Modellprogramms „Neuroblastom-Screening“ * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur ge- leistet werden bis zur Höhe der Istein- nahmen bei 282 68.	(—)	(—)	(2.870.000)	(–2.870.000)	(1.649)
429 68-3	314	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	1.277.000	–1.277.000	850
547 68-6	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	1.593.000	–1.593.000	800

ERLÄUTERUNGEN

Zu 535 02

Ersatz von Laborgeräten	310 000 DM
Zusammen	310 000 DM

Zu 538 01

Überwachung und Untersuchungen zur Umwelthygiene und Toxikologie	150 000 DM

Zu 538 02

Kosten für arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Arbeitsschutz sowie Meldehonorare nach dem Gesetz über das epidemiologische Krebsregister Nds. (GEKN) vom 16. 11. 1999 (GVBL Nr. 23, S. 390).

Betriebsarzt	15 000 DM
Sicherheitsingenieur	15 000 DM
Meldehonorare	500 000 DM
Zusammen	530 000 DM

Zu 685 01

Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	10 000 DM

Zu 812 15

Arbeitsplatzausstattungen	50 000 DM

Zu 812 35

Gaschromatograph-Elektroneneinfangdetektor	85 000 DM
Gaschromatograph-Massendetektor	145 000 DM
Labortisch/doppelseitig	25 000 DM
Tiefkühlschrank	20 000 DM
Labormikroskop	28 000 DM
VITEK 2 XL-Linie zur Identifizierung und Resistenzbestimmung klinisch relevanter Keime	305 000 DM
Elektronische Analysenwaage	42 000 DM
Geräte für Ringversuchsarbeitsplatz	34 000 DM
Graphitrohrfurn für AAS	21 000 DM
Kohlendioxid-Monitor mit Datalogger	11 000 DM
Thermoextraktor	19 000 DM
Zusammen	735 000 DM

Zu 981 01

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 62

Für die Durchführung von anonymen HIV-Tests im Rahmen eines Modellprogramms. Die Ausgaben erstattet das Bundesgesundheitsamt bei 251 62.

Zu Titelgruppe 64

Für das beim NLGA eingerichtete Nationale Referenzzentrum für Influenzaüberwachung. Die Ausgaben erstattet der Bund bei 251 64.

Zu Titelgruppe 66

Für die Durchführung des F. u. E.-Vorhabens „Polioeradikation in Europa bis zum Jahre 2000“. Die Ausgaben erstattet der Bund bei 251 66.

Zu Titelgruppe 68

Für die Durchführung des Modellversuchs „Früherkennung des Neuroblastoms im Säuglingsalter“. Die Finanzierung erfolgt über die Deutsche Krebshilfe durch die Krankenkassen. Daneben stellt die Deutsche Krebshilfe unmittelbar Mittel zur Verfügung (vgl. auch Einnahmetitel 282 68). Das Modellprogramm läuft 2001 aus.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
812 68-1	314	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Aus- rüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikati- onstechnik	(—)	(268.400)	(304.000)	(-35.600)	(606)
511 99-1	314	Geschäftsbedarf	—	16.000	16.000	—	12
512 99-8	314	Bücher und Zeitschriften	—	2.000	2.000	—	0
513 99-4	314	Post- und Fernmeldegebühren	—	13.000	13.000	—	2
515 99-7	314	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	42.000	42.000	—	68
518 99-6	314	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—
519 99-2	314	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der besonderen Betriebseinrichtungen	—	5.000	5.000	—	2
522 99-3	314	Ausdruckpapier und sonstiges Verbrauchs- material	—	20.000	20.000	—	25
525 99-2	314	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	31.700	20.000	+11.700	13
527 99-5	314	Reisekostenvergütungen	—	2.000	2.000	—	—
538 99-7	314	Dienstleistungen Außenstehender	—	86.700	84.000	+2.700	47
812 99-1	314	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	50.000	100.000	-50.000	438
Abschluss Kapitel 05 42							
1 Eigene Einnahmen				4.284.000	4.462.000	-178.000	
2 Übertragungseinnahmen				360.100	3.246.200	-2.886.100	
3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen				8.000	10.000	-2.000	
Summe der Einnahmen				4.652.100	7.718.200	-3.066.100	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	12.177.000	13.007.900	-830.900	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	5.224.700	6.164.900	-940.200	
6 Übertragungsausgaben			—	10.000	10.000	—	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	835.000	1.220.000	-385.000	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	665.600	—	+665.600	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	18.912.300	20.402.800	-1.490.500	
Zuschuss				14.260.200	12.684.600	+1.575.600	
Nachrichtlich:							
Anteil an den Versorgungsausgaben				299.800	327.100		
Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil				19.212.100	20.729.900		
Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil				14.560.000	13.011.700		

 ERLÄUTERUNGEN

Zu 511 99

Allgemeine Arbeitsunterlagen	6 000 DM
Büro- und Kanzleibedarf	10 000 DM
Zusammen	16 000 DM

Zu 512 99

Fachbücher, Zeitschriften für Daten- und Textverarbeitung.

Zu 513 99

Fernmelde und Fernschreibgebühren	13 000 DM
Einmalige Gebühren für die Verlegung usw. von Fernmeldeanlagen	— DM
Zusammen	13 000 DM

Zu 519 99

Insbesondere Wartungskosten.

Zu 522 99

Verbrauchsmittel der „maschinellen Aufbereitung“.

Durch die einzusetzenden Laserdrucker werden jährlich erhebliche Mittel für die Beschaffung von Laserdruckpapier und Ersatztonern benötigt.

Zu 525 99

Fortbildungsveranstaltungen	31 700 DM
Zusammen	31 700 DM

Zu 527 99

Reisekosten allgemein	2 000 DM
Zusammen	2 000 DM

Zu 538 99

Erwerb und Weiterentwicklung von Programmen, Verfahrens- und Programmpflege.

Zu 812 99

Netzwerk	— DM
Arbeitsplatzendgeräte	50 000 DM
Zusammen	50 000 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 05 0 Steuern und steuerähnliche Abgaben 1 Eigene Einnahmen 2 Übertragungseinnahmen 3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen Summe der Einnahmen 4 Persönliche Verwaltungsausgaben 5 Sächliche Verwaltungsausgaben 6 Übertragungsausgaben 7 Bauausgaben 8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen 9 Besondere Finanzierungsausgaben Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben Zuschuss Nachrichtlich: Anteil an den Versorgungsausgaben Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil Summe für inzwischen weggefallene Kapitel Einnahmen Ausgaben					
				1.000.000	1.500.000	-500.000	
				49.577.400	129.987.200	-80.409.800	
				855.911.800	954.305.400	-98.393.600	
				309.859.500	277.628.200	+32.231.300	
				1.216.348.700	1.363.420.800	-147.072.100	
				226.460.000	229.388.600	-2.928.600	
			18.277.500	61.515.600	60.475.000	+1.040.600	
			11.040.000				
			202.066.000	4.185.609.000	3.991.019.000	+194.590.000	
			459.229.000				
			—	—	—	—	
			305.507.600	828.588.300	866.518.500	-37.930.200	
			294.596.600				
			—	23.797.700	2.010.400	+21.787.300	
			525.851.100	5.325.970.600	5.149.411.500	+176.559.100	
			764.865.600				
				4.109.621.900	3.785.990.700	+323.631.200	
				30.136.400	30.818.200		
				5.356.107.000	5.180.229.700		
				4.139.758.300	3.816.808.900		
					1.500.000		
					1.500.000		

Einzelplan 05

Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales

Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

für das

Haushaltsjahr 2001

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen¹⁴⁾			1) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zu Bes.-Gr. B 9 LBesO.
Feste Gehälter:			2) 1 (1) kw nach dem 31. 12. 2002.
B 9 ¹⁾	1	1	3) 1 (1) kw nach dem 31. 12. 2002.
B 6	5	5	4) 1 (1) kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen.
B 3	6	6	5) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
B 3	—	1	6) 1 (1) kw nach dem 31. 12. 2002.
B 2 ²⁾	16	16	7) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zu Bes.-Gr. A 9 BBesO.
Aufsteigende Gehälter:			8) 11 (10) kw.
A 16 ⁶⁾	18	18	12) 1 (1) kw nach dem 31. 12. 2001.
A 15	19	18	13) 1 (1) kw nach dem 31. 12. 2002.
A 14 ³⁾	18	18	14) 1,2 Stellen dürfen für die Geschäftsführung der Stiftung „Familie in Not“ in Anspruch genommen werden.
A 13	1	—	16) 1 (1) kw nach dem 31. 12. 2002.
A 13 ⁴⁾ 5)	42	42	
A 12	37	37	
A 11 ¹²⁾ 13)	21	20	
A 10	7	7	
A 9	1	1	
A 9 ⁷⁾	1	1	
A 9	1	1	
A 7 ¹⁶⁾	1	1	
A 6	1	1	
A 5	1	2	
	197	196	
Zusammen			
Stellen zu Titel 422 31:			
B 6	1	1	
B 3	1	1	
B 2	1	1	
A 16	3	3	
A 15	1	1	
A 13	6	6	
A 9 ⁷⁾	1	1	
	14	14	
Zusammen			
Leerstellen:			
B 6 ⁸⁾	—	1	
B 2 ⁸⁾	1	1	
A 16 ⁸⁾	—	1	
A 15 ⁸⁾	1	1	
A 14 ⁸⁾	1	—	
A 13 ⁸⁾	1	1	
A 12 ⁸⁾	3	3	
A 11 ⁸⁾	4	2	
	11	10	
Zusammen			

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugänge:	Stellen	Sonstige Veränderungen:
Bes.-Gr. A 15 Direktor/-in	1 umgesetzt gem. § 50 (2) LHO von Kapitel 05 20	Wegfall der HV Nr. 10 und 15 gegen Einsparung. Wegfall des HV Nr. 11 infolge Vollzug.
Bes.-Gr. A 13 Rat/Rätin	1 umgewandelt von Verg.-Gr. II a	
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/ -männin/-frau	1 umgesetzt gem. § 50 (1) LHO von Kapitel 02 01	
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	1 umgesetzt gem. § 50 (2) LHO von Kapitel 04 20	
Zusammen	4	
Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. B 3 Ministerialrat/-rätin	1 umgesetzt gem. § 50 (2) LHO nach Kapitel 02 01	
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	1 Vollzug eines kw-Vermerks (HV Nr. 11)	
Bes.-Gr. A 5 Oberamtsmeister/-in	1 Einsparung für Wegfall von kw-Ver- merken (HV Nr. 10 und 15)	
Zusammen	3	
Bleibt Zugänge	1	

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte ⁸⁾			
Außer- tariflich (B 2)	1	1	1) Der derzeitige Stelleninhaber erhält eine persönliche Zulage in Höhe des Differenzbetrages zwischen seiner jeweiligen Dienstaltersstufe und dem Endgrundgehalt der Bes.-Gr. A 16. 2) 1 (1) Ein derzeitiger Stelleninhaber erhält eine Besitzstandszulage in Höhe des Differenzbetrages zwischen der Vergütungsgruppe und seinen ehem. jährlichen Bezügen als pers. Ministerfahrer gem. Erlaß v. 18. 4. 1986 – 4540 80/1 N. 3) 2 (2) kw nach dem 31. 12. 2002. 4) 1 (1) ku nach Verg.-Gr. IV a nach Ausscheiden des Stelleninhabers. 5) Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig. Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen und der selbstständigen dem/der Staatssekretär/-in unmittelbar unterstellten Referatsgruppenleiter/-in sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten. 7) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen. 8) 2 Stellen dürfen für die Geschäftsführung der Stiftung „Familie in Not“ in Anspruch genommen werden. 9) 5 (8) kw. 10) 1 (1) kw nach dem 31. 12. 1998. 12) 1 (1) kw nach dem 31. 12. 2002. 13) 1 (1) Stelle darf nur zur Hälfte besetzt werden.
(A 16) ¹⁾	2	2	
I	3	3	
I b	1	1	
II a ⁴⁾	3	4	
III	11	11	
IV a ¹⁰⁾	3	3	
IV b ¹³⁾	2	1	
V b ⁵⁾	6	9	
V c ³⁾	14	11	
VI b ²⁾⁵⁾¹²⁾	26	26	
VII	1	1	
VIII	2	2	
IX b	—	—	
X	—	—	
IX b–VII ⁵⁾⁷⁾	23	27	
	98	102	Zusammen
Leerstellen:			
I b ⁹⁾	—	1	
IV a ⁹⁾	2	2	
V b ⁹⁾	1	2	
VI b ⁹⁾	1	1	
IX b–VII ⁹⁾	1	2	
	5	8	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Abgänge:	Stellen	Sonstige Veränderungen:
Verg.-Gr. II a	1 umgewandelt nach Bes.-Gr. A 13 h. D.	Wegfall des HV Nr. 11 wegen Umsetzung der Stelleninhaberin auf eine IV b-Stelle.
Verg.-Gr. IX b	1 } Einsparungen für Wegfall von kw-	
Verg.-Gr. X	2 } Vermerken zum Stellenplan (HV Nr. 10 und 15)	
Zusammen	4	
		Hebungen:
		Verg.-Gr. IV b 1 von Verg.-Gr. V b } gem. Nr. 2 (6)
		Verg.-Gr. V c 1 von Verg.-Gr. VI b } AB 1999/2000
		Verg.-Gr. VI b 1 von Verg.-Gr. IX b–VII } in 1999
		Zusammen 3
		Senkungen:
		Verg.-Gr. V c 2 von Verg.-Gr. V b } Ausgleich für
		Verg.-Gr. IX b 1 von Verg.-Gr. IX b–VII } Stellenhebun-
		Verg.-Gr. X 2 } gen in 1999
		Zusammen 5

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 05 01 Ministerium

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	

Arbeiter/-innen

TV für Personen- kraft- fahrer/ -innen	4	4	
5	1	1	
4	2	2	
3	2	2	
2 a	7	7	
1	—	—	
	16	16	Zusammen

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 05 04 Bauaufsicht und Städtebau

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen³⁾			¹⁾ Bei Bedarf kann 1 (1) Stelle der Bes.-Gr. A 16 aus Kap. 05 40 gegen 1 (1) Stelle der Bes.-Gr. A 15 in Anspruch genommen werden. ²⁾ 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003). ³⁾ 4 (-) kw (Kap. 05 04 insgesamt) mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
A 16	3	3	Aufsteigende Gehälter:
A 15 ¹⁾	7	7	Leitende(r) Direktor/-in
A 14 ²⁾	13	13	Direktor/-in
A 13	1	1	Oberrat/-rätin
A 13	2	2	Rat/Rätin
A 12	7	7	Oberamtsrat/-rätin
A 11	8	8	Amtsrat/-rätin
A 10	1	1	Amtmann/-männin/-frau
			Oberinspektor/-in
	42	42	Zusammen
A 16	1	1	Stellen zu Titel 422 31:
A 15	1	1	Leitende(r) Direktor/-in
A 14	2	2	Direktor/-in
A 13	1	1	Oberrat/-rätin
A 12	1	1	Oberamtsrat/-rätin
	6	6	Amtsrat/-rätin
			Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Die ausgebrachten Stellen verteilen sich auf:

Bes.-Gr.	Bauaufsicht 205	Städtebau 204	Zusammen
A 16	—	3	3
A 15	3	4	7
A 14	6	7	13
A 13	—	1	1
A 13 g.D.	—	2	2
A 12	5	2	7
A 11	6	2	8
A 10	1	—	1
Insgesamt	21	21	42

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 05 04 Bauaufsicht und Städtebau

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
			1) Eine Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
			2) 2 (2) kw.
			3) Siehe HV Nr. 3 zum Stellenplan bei Kap. 05 04.
Angestellte ³⁾			
II a ¹⁾	5	5	
III	28	28	
VI b	4	4	
	37	37	Zusammen
			Leerstellen:
III ²⁾	2	2	
Erläuterungen zu den Stellenübersichten			

Die ausgebrachten Stellen verteilen sich auf:

Verg.-Gr.	Bauaufsicht 205	Städtebau 204	Zusammen
II a	1	4	5
III	12	16	28
VI b	—	4	4
Insgesamt	13	24	37

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) Siehe HV Nr. 3 zum Stellenplan bei Kap. 05 04.
	2001	2000		
Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst ¹⁾				
A 13	10	10	Baureferendar/-in	
A 9	3	3	Bauinspektoranwärter/-in	
	13	13	Zusammen	

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 05 12 Landesversicherungsamt

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) 1 (-) kw mit Ablauf des 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).
	2001	2000		
Planmäßige Beamte/-innen				
B 2	1	1	Feste Gehälter: Abteilungsdirektor/-in	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	—	1	Ltd. Direktor/-in	
A 15	3	2	Direktor/-in	
A 14	1	1	Oberrat/-rätin	
A 13	9	9	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	11	11	Amtsrat/-rätin	
A 11 ¹⁾	2	2	Amtmann/-männin/-frau	
	27	27	Zusammen	
A 15	1	1	Stellen zu Titel 422 31: Direktor/-in	
Erläuterungen zum Stellenplan				

Sonstige Veränderungen:

Absenkung einer Stelle von Bes.-Gr. A 16 nach Bes.-Gr. A 15.

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen. 2) 1 (-) kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
	2001	2000		
Angestellte				
VI b	2	2		
IX b–VII ¹⁾ 2)	3	3		
	5	5	Zusammen	
Stellen zu Titel 425 31:				
IX b–VII	—	—		

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
			Planmäßige Beamte/-innen⁶⁾ und Richter/-innen
			Feste Gehälter:
R 6	1	1	Präsident/-in des Landesarbeitsgerichts
R 3 ¹⁾	1	1	Vizepräsident/-in des Landesarbeitsgerichts
R 3	14	14	Vorsitzende Richter/-in am Landesarbeitsgericht
			Aufsteigende Gehälter:
R 2 ⁷⁾	5	5	Direktor/-in des Arbeitsgerichts – an Arbeitsgerichten mit 4 und mehr Richterplanstellen
R 2	1	1	Richter/-in am Arbeitsgericht – als der/die ständige Vertreter/-in eines Direktors/einer Direktorin eines Arbeitsgerichts mit 8 und mehr Richterplanstellen
R 1 ²⁾	10	10	Direktor/-in des Arbeitsgerichts – an Arbeitsgerichten mit bis zu 3 Richterplanstellen
R 1 ⁴⁾ ⁸⁾ ⁹⁾	39	41	Richter/-in am Arbeitsgericht
A 13	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12 ⁵⁾	7	6	Amtsrat/-rätin
A 11	14	14	Amtmann/-männin/-frau
A 10	3	3	Oberinspektor/-in
A 9	1	2	Inspektor/-in
A 9	1	1	Amtsinspektor/-in
A 8	2	2	Hauptsekretär/-in
A 7	10	10	Obersekretär/-in
A 6	1	1	Sekretär/-in
	111	113	Zusammen
			Leerstellen: ³⁾
R 1	1	1	Direktor/-in des Arbeitsgerichts – an Arbeitsgerichten mit bis zu 3 Richterplanstellen
R 1	4	6	Richter/-in am Arbeitsgericht
A 11	1	1	Amtmann/-männin/-frau
A 7	1	2	Obersekretär/-in
	7	10	Zusammen

- 1) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 3.
2) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. R 1.
3) 7 (10) kw.
4) – (2) kw nach Fortfall der Entsendungsvoraussetzungen, jedoch nicht vor dem 31. 12. 1999.
5) 1 kw – befristet nach dem 31. 12. 2001 – RAR'in –
6) Abweichend von Nr. 3 der Allgemeinen Bestimmungen zu den Stellenplänen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen dürfen Leerstellen auch in den Fällen ausgebracht werden, in denen Richter/-innen und Beamte/-innen (auch bis zu einem Jahr) an eine Dienststelle des Bundes abgeordnet und die Dienstbezüge erstattet werden. Diese Leerstellen gelten von Beginn der Abordnung an als ausgebracht.
7) Ein Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 2.
8) 2 (2) kw ab 1. 1. 2004.
9) 2 (2) kw ab 1. 1. 2005.

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:
Bes.-Gr. A 12
Amtsrat/-rätin

Stellen

1 gegen Einsparung 1 Stelle der Bes.-Gr. A 9 und 20% einer Stelle der Verg.-Gr. VI b – Kap. 05 15 –

Abgang:
Bes.-Gr. R 1
Bes.-Gr. A 9
Inspektor/-in

Stellen

2 Vollzug des HV Nr. 4

1 Einsparung

Zusammen 3

Bleibt Abgang 2

Sonstige Veränderungen:
Änderung des HV Nr. 5
– bisher 31. 12. 1999 –.

Die ausgebrachten Stellen verteilen sich auf:

Bes.-Gr.	Landesarbeitsgericht	Arbeitsgerichte	Zusammen
R 6	1	—	1
R 3	15	—	15
R 2	—	6	6
R 1	—	49	49
A 13 (g.D.)	1	—	1
A 12	4	3	7
A 11	1	13	14
A 10	—	3	3
A 9 (g.D.)	—	1	1
A 9 (m.D.)	—	1	1
A 8	—	2	2
A 7	1	9	10
A 6	1	—	1
Insgesamt	24	87	111

Leerstellen:

Für 7 (10) beurlaubte bzw. abgeordnete Richter/-innen bzw. Beamte/-innen.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 05 15 Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte			1) 1 Stelle darf nur zu 80% besetzt werden. 2) Die Sekretärin des Präsidenten des LAG ist für die Dauer der Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. VI b eingruppiert. 3) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen. 4) Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten. 5) 13 (13) kw. 6) 1 Stelle darf nur mit einer Halbtagskraft besetzt werden. 7) 4 kw ab 1. 1. 2004. 8) 4 kw ab 1. 1. 2005.
V b	2	2	
V c	10	10	
VI b ¹⁾²⁾⁴⁾⁷⁾⁸⁾	116	116	
VII	1	1	
VIII	5	5	
IX b ⁶⁾	2	2	
IX b–VII ³⁾	1	1	
	137	137	
Zusammen			
Leerstellen: ⁵⁾			
VI b	12	1	
VII	—	9	
IX b–VII	1	3	
	13	13	
Zusammen			

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Die ausgebrachten Stellen verteilen sich auf:

Verg.-Gr. BAT	Landes- arbeits- gericht	Arbeits- gerichte	Zusammen
V b	2	—	2
V c	2	8	10
VI b	19	97	116
VII	1	—	1
VIII	1	4	5
IX b	1	1	2
IX b–VII	1	—	1
Insgesamt	27	110	137

Leerstellen:

Für 12 (12) Angestellte, die gem. § 50 BAT beurlaubt sind sowie für 1 (1) Angestellte infolge Gewährung einer Rente auf Zeit (§ 59 BAT).

Sonstige Veränderungen:
Ausbringung des HV Nr. 1 als Teileinsparung für 1 Stelle der Bes.-Gr. A 12.

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) 1 (1) kw; die Stelle darf nur mit einer Halbtagskraft besetzt werden.
	2001	2000		
Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst				
A 9	1	1	Rechtspfleger/-in-Anwärter/-in	
A 6	1	1	Sekretär/-in-Anwärter/-in	
	2	2	Zusammen	
Arbeiter/-innen				
4	1	1		
3 ¹⁾	1	1		
2 a	3	3		
	5	5	Zusammen	

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen⁸⁾¹²⁾¹³⁾¹⁴⁾			1) 20 (11) kw.
B 5	1	1	Feste Gehälter:
B 2	1	1	Präsident/-in
B 2	2	2	Vizepräsident/-in
			Abteilungsdirektor/-in
Aufsteigende Gehälter:			2) Die allen Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes vom 23. Dezember 1971 (BGBl. I S. 2162) vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.
A 16	7	7	Leitende(r) Direktor/-in
A 15 ⁵⁾¹⁰⁾¹⁵⁾	47	51	Direktor/-in
A 14 ¹¹⁾¹⁶⁾¹⁷⁾	19	27	Oberrat/-rätin
A 13	1	1	Rat/Rätin
A 13 ⁶⁾	13	11	Oberamtsrat/-rätin
A 12	33	33	Amtsrat/-rätin
A 11	94	95	Amtmann/-männin/-frau
A 10 ¹⁸⁾	76	88	Oberinspektor/-in
A 9	52	58	Inspektor/-in
A 9 ³⁾⁴⁾⁹⁾	18	17	Amtsinspektor/-in
A 8	24	24	Hauptsekretär/-in
A 7	23	23	Obersekretär/-in
A 6	19	22	Sekretär/-in
A 6	—	1	Oberamtsmeister/-in
A 5	—	—	Oberamtsmeister/-in
	430	462	Zusammen
Leerstellen:¹⁾			11) 1 (1) kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers.
A 11	2	2	Amtmann/-männin/-frau
A 10	14	6	Oberinspektor/-in
A 9	1	1	Inspektor/-in
A 8	2	2	Hauptsekretär/-in
A 6	1	—	Sekretär/-in
	20	11	Zusammen
Stellen zu 422 31:			12) 211 (–) kw (Kapitel 05 20 insgesamt) mit Ablauf des 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001).
A 13	1	2	Oberamtsrat/-rätin
A 12	3	3	Amtsrat/-rätin
A 11	2	2	Amtmann/-männin/-frau
A 7	1	1	Obersekretär/-in
A 5 ⁷⁾	1	1	Oberamtsmeister/-in
	8	9	Zusammen
			13) 84 (–) kw (Kapitel 05 20 insgesamt) mit Ablauf des 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).
			14) 2 (–) kw (Kapitel 05 20 insgesamt) mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
			15) 1 (–) kw mit Ablauf des 30. 4. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).
			16) 1 (–) kw mit Ablauf des 31. 8. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).
			17) 1 (–) kw mit Ablauf des 30. 11. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).
			18) 1 (–) kw mit Ablauf des 30. 4. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang: Bes.-Gr. A 15 Direktor/-in	1	Abweichung vom Stellenplan gem. Nr. 1 Abs. 2 Allgem. Bestimmungen 1999/2000
Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrat/-rätin	2	Umwandlung gem. Nr. 2 Abs. 5 Allgem. Bestimmungen 1999/2000 (von Bes.-Gr. A 14)
Bes.-Gr. A 9 Amtsinspektor/-in	3	Umwandlung gem. Nr. 2 Abs. 5 Allgem. Bestimmungen 1999/2000 (von Bes.-Gr. A 10)
Zusammen	6	
Abgang: Bes.-Gr. A 15 Direktor/-in	5	1 gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss) 3 gem. ZV für 2001 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kap. 05 01 in 1999
Bes.-Gr. A 14 Oberrat/-rätin	8	2 infolge Stelleneinsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998 2 infolge Umwandlung gem. Nr. 2 Abs. 5 Allgem. Bestimmungen 1999/2000 3 gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss) 1 gem. ZV für 2001
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/ -männin/-frau	1	Abweichung vom Stellenplan gem. Nr. 1 Abs. 2 Allgem. Bestimmungen 1999/2000
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	12	3 infolge Umwandlung gem. Nr. 2 Abs. 5 Allgem. Bestimmungen 1999/2000 3 gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss) 6 gem. ZV für 2001
Bes.-Gr. A 9 Inspektor/-in	6	4 gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss) 2 gem. ZV für 2001
Bes.-Gr. A 9 Amtsinspektor/-in	2	1 Stelleneinsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998 (Vollzug des HV Nr. 30) 1 gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss; gleichzeitig Teilvervollzug des HV Nr. 9)
Bes.-Gr. A 6 Sekretär/-in	3	2 gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss) 1 gem. ZV für 2001
Bes.-Gr. A 6 Oberamtsmeister/-in	1	1 gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Zusammen	38	
Bleibt Abgang	32	

Die ausgebrachten Planstellen verteilen sich auf:

Bes.-Gr.	Landes- amt	Ver- sorgungs- ämter	Zusammen
B 5	1	—	1
B 2	3	—	3
A 16	4	3	7
A 15	22	25	47
A 14	3	16	19
A 13	—	1	1
A 13 (geh.D.)	8	5	13
A 12	27	6	33
A 11	67	27	94
A 10	41	35	76
A 9	14	38	52
A 9 (mittl.D.)	15	3	18
A 8	7	17	24
A 7	5	18	23
A 6	5	14	19
A 6 (einf.D.)	—	—	—
A 5	—	—	—
Insgesamt	222	208	430

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 des BBesG vom 23. 12. 1971 in der jeweils geltenden Fassung:

Gehobener Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 2a der VO
A 13	1
A 12	1
A 11	1
A 10	—
	3

Mittlerer Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO
A 9	3
A 8	1
A 7	—
A 6	—
	4

*) Die in Klammern genannte Stellenzahl ist auf die allgemeinen Obergrenzen nach § 26 Abs. 1 BBesG im Landesbereich angerechnet worden.

Leerstellen:

Für 20 (11) gem. §§ 80 a bzs 87 a NBG beurlaubte Beamte/-innen.

Sonstige Veränderungen:

Abgang bei Titel 422 31:

	Stellen
Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrat/-rätin	1

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Beamtete Hilfskräfte			
A 13	—	—	Assessor/-in
A 9	—	4	Inspektor/-in z. A.
	—	4	Zusammen
Angestellte¹¹⁾¹²⁾			
I b	1	1	
II a	2	2	
III	10	10	
IV a ⁸⁾	51	51	
IV b	9	10	
V b ⁹⁾	113	129	
V c ³⁾¹⁰⁾	174	96	
VI b ¹⁾²⁾¹⁴⁾	61	152	
VII ⁶⁾⁷⁾¹³⁾¹⁵⁾¹⁶⁾	247	278	
VIII ⁴⁾	18	18	
IX b	4	4	
IX b–VII ¹⁷⁾	95	119	
	785	870	Zusammen
Leerstellen ⁵⁾ :			
V b	4	4	
V c	1	—	
VI b	—	1	
VII	5	2	
IX b–VII	5	1	
	15	8	Zusammen

1) Die Sekretärin des Präsidenten des Landesamtes ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VIb BAT eingruppiert.

2) Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

3) 1 (1) Der/die Stelleninhaber/-in ist übertariflich in Verg.-Gr. V c eingruppiert.

4) 1 (1) kw gem. Nr. 5 Abs. 5 der Allgem. Bestimmungen 1980.

5) 15 (8) kw.

6) Hier sind auch die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b –VII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppe 4) der Anlage 1 a zum BAT i. d. Fassung des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

7) Die am 31. Dezember 1983 als Bedienungskräfte des Datenerfassungs- und Terminalsystems Nixdorf 8820 tätigen Kräfte erhalten für die Bedienung des Nixdorf-Systems 8850 und Nachfolgesysteme für ihre Person eine jederzeit widerrufliche Stellenzulage in Höhe von 8 v.H. der Anfangsgrundvergütung der jeweiligen Vergütungsgruppe. Bei Besetzung einer Stelle mit 2 Halbtagskräften gilt dies entsprechend.

8) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

9) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

10) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

11) 6 Stellen dürfen für die Amtsgeschäfte der Stiftung „Familie in Not“ in Anspruch genommen werden. Die Geschäftsführung für die Stiftung „Familie in Not“ liegt im MFAS.

12) Siehe HV Nr. 12–14 Stellenplan Kapitel 05 20.

13) 1 (–) kw mit Ablauf des 31. 10. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

14) 1 (–) kw mit Ablauf des 30. 9. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

15) 1 (–) kw mit Ablauf des 31. 10. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

16) 1 (–) kw mit Ablauf des 30. 11. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

17) 1 (–) kw mit Ablauf des 30. 3. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

¹⁾ Die Sekretärin des Präsidenten des Landesamtes ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.

²⁾ Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

³⁾ 1 (1) Der/die Stelleninhaber/-in ist übertariflich in Verg.-Gr. V c eingruppiert.

⁴⁾ 1 (1) kw gem. Nr. 5 Abs. 5 der Allgem. Bestimmungen 1980.

⁵⁾ 15 (8) kw.

⁶⁾ Hier sind auch die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b –VII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppe 4) der Anlage 1 a zum BAT i. d. Fassung des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

⁷⁾ Die am 31. Dezember 1983 als Bedienungskräfte des Datenerfassungs- und Terminalsystems Nixdorf 8820 tätigen Kräfte erhalten für die Bedienung des Nixdorf-Systems 8850 und Nachfolgesysteme für ihre Person eine jederzeit widerrufliche Stellenzulage in Höhe von 8 v.H. der Anfangsgrundvergütung der jeweiligen Vergütungsgruppe. Bei Besetzung einer Stelle mit 2 Halbtagskräften gilt dies entsprechend.

⁸⁾ 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

⁹⁾ 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

¹⁰⁾ 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

¹¹⁾ 6 Stellen dürfen für die Amtsgeschäfte der Stiftung „Familie in Not“ in Anspruch genommen werden. Die Geschäftsführung für die Stiftung „Familie in Not“ liegt im MFAS.

¹²⁾ Siehe HV Nr. 12–14 Stellenplan Kapitel 05 20.

¹³⁾ 1 (–) kw mit Ablauf des 31. 10. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

¹⁴⁾ 1 (–) kw mit Ablauf des 30. 9. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

¹⁵⁾ 1 (–) kw mit Ablauf des 31. 10. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

¹⁶⁾ 1 (–) kw mit Ablauf des 30. 11. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

¹⁷⁾ 1 (–) kw mit Ablauf des 30. 3. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Beamtete Hilfskräfte

Abgang: Bes.-Gr. A 9 Inspektor/-in z. A.	Stellen 4	Stellen gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)

Angestellte

Zugang: Verg.-Gr. V c	Stellen 80	75 Abweichung von der Stellenübersicht in 2000 gem. § 49 Abs. 7 LHO 1 Abweichung von der Stellenübersicht gem. Nr. 1 Abs. 2 Allgem. Bestimmungen 1999/2000 4 Umwandlung zum Ausgleich der Abweichungen gem. Nr. 1 Abs. 2 Allgem. Bestimmungen 1999/2000 (von Verg.-Gr. V b)
Zusammen	80	
Abgang: Verg.-Gr. IV b	Stellen 1	Abweichung von der Stellenübersicht gem. Nr. 1 Abs. 2 Allgem. Bestimmungen 1999/2000
Verg.-Gr. V b	16	6 Stelleneinsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998 1 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 2 LHO nach Kapitel 06 01 in 1999 4 Stelleneinsparung als Ausgleich der Differenz für neue Stellen gem. Nr. 1 Abs. 2 Allgem. Bestimmungen 1999/2000 (1 x Bes.-Gr. A 15; 1 x Verg.-Gr. V c) 4 gem. ZV für 2001 1 gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Verg.-Gr. V c	2	Stelleneinsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998
Verg.-Gr. VI b	91	5 Stelleneinsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998 75 Abweichung von der Stellenübersicht in 2000 gem. § 49 Abs. 7 LHO (vgl. Zugang Verg.-Gr. V c) 4 gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss) 7 gem. ZV für 2001
Verg.-Gr. VII	31	6 Stelleneinsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998 2 infolge Umsetzung gem. § 50 Abs. 1 LHO nach Kapitel 04 30 in 1999 11 gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Verg.-Gr. IX b–VII	24	12 gem. ZV für 2001 2 Stelleneinsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998 18 gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss) 4 gem. ZV für 2001
Zusammen	165	
Bleibt Abgang	85	

Leerstellen:

Für 15 (8) nach § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte Angestellte.

Die ausgebrachten Stellen verteilen sich auf:

Bes.-Gr. BAT	Landes- amt	Ver- sorgungs- ämter	Zusammen
I b	1	—	1
II a	1	1	2
III	8	2	10
IV a	21	30	51
IV b	3	6	9
V b	4	109	113
V c	19	155	174
VI b	16	45	61
VII	25	222	247
VIII	3	15	18
IX b	—	4	4
IX b–VII (Schreibkräfte)	31	64	95
Insgesamt	132	653	785

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 05 20 Zentrale Soziale Aufgaben

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) Siehe HV Nr. 12–14 Stellenplan Kapitel 05 20. 2) 1(–) kw mit Ablauf des 30. 6. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
	2001	2000		
Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst ¹⁾				
A 9	22	22	Inspektor/-in-Anwärter/-in	
A 5	8	8	Assistent/-in-Anwärter/-in	
	30	30	Zusammen	
Arbeiter/-innen ¹⁾				
5	2	2		
4	15	15		
3 ²⁾	8	10		
2 a	28	33		
1	1	1		
	54	61	Zusammen	
Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen				

Arbeiter/-innen

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 2 a	5	Stellen gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Lohn-Gr. 3	2	infolge Verlagerung nach Kapitel 05 22
Zusammen	7	

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 05 21 Niedersächsische Landeskrankenhäuser

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen			
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	10	9	Leitende(r) Direktor/-in
A 15 ¹⁾	33	32	Direktor/-in
A 14	65	65	Oberrat/-rätin/
A 13	43	41	Rat/Rätin
A 13	9	8	Oberamtsrat/-rätin
A 12	5	5	Amtsrat/-rätin
A 11 ⁷⁾	9	8	Amtmann/-männin/-frau, Erste Oberin, Erster Pflegevorsteher
A 10 ⁸⁾	12	12	Oberinspektor/-in, Erste Oberin, Erster Pflegevorsteher
A 9	1	1	Inspektor/-in
A 9 ²⁾	3	3	Pflegevorsteher/Oberin
A 9 ³⁾	47	47	Pflegevorsteher/Oberin
A 9	233	232	Oberpfleger/-schwester, Betriebsinspektor/-in
A 8	201	202	Abteilungspfleger/-schwester, Hauptwerkmeister/-in, Hauptsekretär/-in
A 7 ⁴⁾	72	72	Stationspfleger/-schwester
A 7	47	47	Krankenpfleger/-schwester, Obersekretär/-in, Oberwerkmeister/-in
	790	784	Zusammen
			Leerstellen: ⁶⁾
A 13	2	4	Rat/Rätin
A 9	—	1	Oberpfleger/-schwester, Betriebsinspektor/-in
A 8	1	—	Abteilungspfleger/-schwester, Hauptwerkmeister/-in
A 7	1	—	Stationspfleger/-schwester
	4	5	Zusammen

¹⁾ 1 Stelle darf nur mit Zustimmung des MF besetzt werden (LKH Göttingen).

²⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten Amtszulagen gem. Fußnoten 6 und 7 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

³⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

⁴⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 7 BBesO.

⁶⁾ 4 (5) kw.

⁷⁾ 4 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Stellenzulage nach Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 11 LBesO.

⁸⁾ 4 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Stellenzulage nach Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 10 LBesO.

- ¹⁾ 1 Stelle darf nur mit Zustimmung des MF besetzt werden (LKH Göttingen).
²⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten Amtszulagen gem. Fußnoten 6 und 7 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
³⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
⁴⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 7 BBesO.
⁶⁾ 4 (5) kw.
⁷⁾ 4 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Stellenzulage nach Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 11 LBesO.
⁸⁾ 4 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Stellenzulage nach Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 10 LBesO.

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	1	Die Planstellen sind von Kap. 05 24 nach Kap. 05 21 verlagert worden
Bes.-Gr. A 15	1	
Bes.-Gr. A 13		
– Rat/Rätin –	2	
Bes.-Gr. A 13		
– Oberamtsrat/-rätin –	1	
Bes.-Gr. A 11	1	
Bes.-Gr. A 9		
– Oberpfleger/-schwester –	1	
Zusammen	7	

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 8		
Hauptwerkmeister	1	Einsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998

Die ausgebrachten Planstellen verteilen sich auf:

Bes.-Gr.	Stellenbezeichnung	LKH Brauel	LKH Göttingen	LKH Hildesheim	LKH Königslutter	LKH Lüneburg	LKH Moringen	LKH Osna-brück	LKH Tiefen-brunn	LKH Weh-nen	LKH Wuns-torf	Zu-sammen
A 16	Leitende(r) Direktor/-in	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	10
A 15	Direktor/-in	1	4	4	4	3	4	2	2	5	4	33
A 14	Oberrat/-rätin/	—	8	5	8	10	3	5	4	10	12	65
A 13	Rat/Rätin	2	2	14	2	6	3	5	3	2	4	43
A 13	Oberamtsrat/-rätin	1	1	1	1	1	1	1	—	1	1	9
A 12	Amtsrat/-rätin	—	—	—	2	—	—	1	1	—	1	5
A 11	Amtmann/-männin/-frau, Erste Oberin/Erster Pflegevorsteher	1	2	2	1	2	—	—	—	1	—	9
A 10	Oberinspektor/-in, Erste Oberin/Erster Pflegevorsteher	—	—	1	1	2	2	1	1	—	4	12
A 9	Inspektor/-in	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1
A 9	Pflegevorsteher/Oberin mit Amtszulagen (Fußnoten 6 und 7)	—	—	1	—	—	—	1	—	—	1	3
A 9	Pflegevorsteher/Oberin mit Amtszulage (Fußnote 6)	—	6	3	8	8	5	9	—	4	4	47
A 9	Oberpfleger/-schwester, Betriebsinspektor/-in	1	30	24	28	30	26	38	—	21	35	233
A 8	Abteilungspfleger/-schwester, Hauptwerkmeister/-in, Hauptsekretär/-in	—	35	16	23	33	29	26	1	14	24	201
A 7	Stationspfleger/-schwester	—	3	12	16	11	6	16	—	1	7	72
A 7	Krankenpfleger/-schwester, Obersekretär/-in, Oberwerkmeister/-in	—	5	9	3	5	5	5	—	3	12	47
	Insgesamt	7	97	93	99	112	85	111	13	63	110	790

Leerstellen:

Für 4 (5) gem. §§ 80 a bzw. 87 a NBG beurlaubte Beamte/-innen.

Von den Planstellen des mittleren Dienstes entfallen auf

Bes.-Gr.	Werkdienst bei den LKH – mittlerer technischer Dienst – (§ 1 Nr. 6 der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG)	Krankenpflegedienst (Sonderlaufbahn nach § 24 BBesG)	Zusammen
A 9 (mit Amtszulagen nach Fußnoten 6 u. 7 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO)	—	3	3
A 9 (mit Amtszulage nach Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO)	—	47	47
A 9	1	232	233
A 8	21	179	200
A 7 (mit Amtszulage nach Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 7 BBesO)	—	72	72
A 7	5	40	45
Zusammen	27	573	600

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Planmäßige Beamte/-innen ¹⁾⁴⁾				
A 16	4	4	Aufsteigende Gehälter: Oberstudiendirektor/-in – als Leiter/-in eines Landesbildungszentrums für Hörgeschädigte mit einer Schülerzahl von mehr als 150 –	1) Die ausgebrachten Planstellen dürfen im Bedarfsfalle in dem Umfange mit mehreren Beamten, deren Arbeitszeit gem. § 80 a Abs. 1 Nr. 1 oder § 87 a Abs. 1 Nr. 1 NBG ermäßigt worden ist, besetzt werden, als sie durch die Teilzeitbeschäftigung der Beamten nicht in voller Höhe der regelmäßigen Arbeitszeit in Anspruch genommen werden. Bei Bedarf kann auch eine Lehrkraft, deren Arbeitszeit gem. § 80 a Abs. 1 Nr. 1 oder § 87 a Abs. 1 Nr. 1 NBG ermäßigt worden ist, auf zwei oder mehreren Stellen geführt werden.
A 15 ²⁾⁶⁾	13	13	Studiendirektor/-in – als ständige(r) Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines Landesbildungszentrums für Hörgeschädigte mit einer Schülerzahl von mehr als 150 –	2) 4 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 15 LBesO.
A 14	68	68	Oberstudienrat/-rätin – mit der Befähigung für das Lehramt an Schulen für Gehörlose und Schwerhörige in den Landesbildungszentren für Hörgeschädigte bei einer der Befähigung entsprechenden Verwendung –	3) 20 (20) Stellen dürfen gem. § 49 Abs. 3 Satz 2 LHO mit Lehrkräften des gehobenen Dienstes besetzt werden.
A 13 ³⁾	117	118	Studienrat/-rätin – mit der Befähigung für das Lehramt an Schulen für Gehörlose und Schwerhörige in den Landesbildungszentren für Hörgeschädigte bei einer der Befähigung entsprechenden Verwendung –	4) 1 (–) kw (Kapitel 05 22 insgesamt) mit Ablauf des 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).
A 13	2	2	Oberamtsrat/-rätin	6) 1 (1) Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
A 12 ⁷⁾	2	2	Lehrer/-in – bei einer Schule für Gehörlose und Schwerhörige –	7) 2 (2) Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 12 LBesO.
A 12	2	2	Amtsrat/-rätin	10) Für die Dauer der Wahrnehmung der Aufgaben eines(r) Lehrers/-in für Fachpraxis erhalten die Stelleninhaber/-innen als Angestellte eine Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Endgrundvergütung der Verg.-Gr. BAT Vb (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) und dem Endgrundgehalt (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) eines Beamten der Bes.-Gr. A 10 LBesO.
A 10 ¹⁰⁾	10	10	Lehrer/-in für Fachpraxis	11) 1 (1) kw nicht vor dem 31. 12. 2000 beim LBZH Braunschweig.
A 9 ¹¹⁾	2	2	Amtsinspektor/-in	
A 8	2	2	Hauptsekretär/-in	
A 7	1	1	Obersekretär/-in	
	223	224	Zusammen	
A 13 ⁸⁾	1	1	Leerstellen: Studienrat/-rätin	
Erläuterungen zum Stellenplan				

Folgende Lehrkräfte an der staatlich anerkannten privaten Sonderschule für zusätzlich behinderte gehörlose Kinder und Jugendliche im Karl-Luhmann-Heim in Osnabrück sind hier veranschlagt:

	Stellen 2001	Stellen 2000
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in	—	1
Bes.-Gr. A 14 Oberstudienrat/-rätin	2	2

Abgang:
Bes.-Gr. A 13
Studienrat/-rätin

Stellen

1 umgesetzt gem. § 50 (2) LHO nach Kapitel 05 23

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 05 22 Landesbildungszentren für Hörgeschädigte

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Angestellte				¹⁾ Siehe HV Nr. 4 zum Stellenplan Kapitel 05 22.
II a	1	1		²⁾ 1 (1) Stelle darf nur zu ¾ besetzt werden.
III	1	1		⁴⁾ 2 (2) kw.
IV b ²⁾	5	5		⁵⁾ 40 (40) ku nach Verg.-Gr. V c BAT nach Ausscheiden der Stelleninhaberinnen im Sozial- und Erziehungsdienst.
V b ³⁾	48	48		⁶⁾ 1 (1) kw nicht vor dem 31. 12. 2000 beim LBZH Hildesheim.
V c	61	61		
VI b	3	3		
VII	20	20		
VIII	2	2		
IX b–VII ⁶⁾	5	5		
Sondervergütung*)	7	7		
	153	153	Zusammen	
			Leerstellen ⁴⁾ :	
V b	2	2		

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Leerstellen:

Für 2 (2) gem. § 50 Abs. 2 BAT beurlaubte Angestellte.

*) Praktikanten/-innen des Sozial- und Erziehungsdienstes – TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt.) vom 23. 3. 1991.

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) Siehe HV Nr. 4 zum Stellenplan Kapitel 05 22.
	2001	2000		
Arbeiter/-innen ¹⁾				
6	1	1		
5	5	5		
4	9	9		
3	7	5		
2 a	10	11		
2	21	21		
1	3	3		
	56	55	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Zugang: Stellen
Lohn-Gr. 3 2 Verlagerung von Kapitel 05 20

Abgang:
Lohn-Gr. 2 a 1 Stelle gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Planmäßige Beamte/-innen¹⁾⁶⁾				
A 16	1	1	Aufsteigende Gehälter: Oberstudiendirektor/-in – als Leiter/-in eines Landesbildungszentrums für Blinde mit einer Schülerzahl von mehr als 150 –	1) Die ausgebrachten Planstellen dürfen im Bedarfsfalle in dem Umfang mit mehreren Beamten, deren Arbeitszeit gem. § 80 a Abs. 1 Nr. 1 oder § 87 a Abs. 1 Nr. 1 NBG ermäßigt worden ist, besetzt werden, als sie durch die Teilzeitbeschäftigung der Beamten nicht in voller Höhe der regelmäßigen Arbeitszeit in Anspruch genommen werden. Bei Bedarf kann auch eine Lehrkraft, deren Arbeitszeit gem. § 80 a Abs. 1 Nr. 1 oder § 87 a Abs. 1 Nr. 1 NBG ermäßigt worden ist, auf zwei oder mehreren Stellen geführt werden. 2) 2 Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 15 LBesO. 3) 8 Stelleninhaber/-innen erhalten als Taubblindenlehrer/-innen eine ruhegehaltstfähige Stellenzulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 14 LBesO. 4) 8 Stellen dürfen gemäß § 49 Abs. 3 Satz 2 LHO mit Lehrkräften des gehobenen Dienstes besetzt werden. 5) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 12 Anh. LBesO. 6) 2 (–) kw (Kapitel 05 23 insgesamt) mit Ablauf des 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002). 7) 1 (1) ku in Lehrer/-in – bei einer Schule für Blinde –. 8) 1 (1) kw. 10) 8 (8) Stelleninhaber/-innen erhalten als Taubblindenlehrer/-innen eine ruhegehaltstfähige Stellenzulage gem. Fußnote 8 zur Bes.-Gr. A 13 LBesO.
A 15 ²⁾	7	7	Studiendirektor/-in – als Leiter/-in einer selbständigen Schule für Blinde mit mehr als 70 Schülern/als ständige(r) Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines Landesblindenzentrums für Blinde mit einer Schülerzahl von mehr als 150 –	
A 14 ³⁾	20	20	Oberstudienrat/-rätin – mit der Befähigung für das Lehramt an der Schule für Blinde im Landesbildungszentrum für Blinde bei einer der Befähigung entsprechenden Verwendung –	
A 14	1	1	Oberrat/-rätin	
A 13 ⁴⁾ ¹⁰⁾	41	40	Studienrat/-rätin – mit der Befähigung für das Lehramt an der Schule für Blinde im Landesbildungszentrum für Blinde bei einer der Befähigung entsprechenden Verwendung –	
A 12 ⁵⁾ ⁷⁾	1	1	Technische(r) Lehrer/-in mit der Prüfung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen – bei einer Blindenschule –	
A 10	2	2	Jugendleiterin	
A 10	1	1	Oberinspektor/-in	
A 8	1	1	Abteilungsschwester	
A 7	1	1	Obersekretär/-in	
	76	75	Zusammen	
A 13	1	1	Leerstellen: ⁸⁾ Studienrat/-rätin	

Erläuterungen zum Stellenplan

Folgende Lehrkräfte an der staatlich anerkannten privaten Schule für Taubblinde (Sonderschule) im Deutschen Taubblindenwerk sind hier veranschlagt:

	Stellen 2001	Stellen 2000
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in	3	3
Bes.-Gr. A 14 Oberstudienrat/-rätin	8	8
Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin	8	8
Bes.-Gr. A 12 Technische(r) Lehrer/-in	1	1
Bes.-Gr. A 10 Jugendleiterinnen	2	2
Zusammen	22	22

Zugang:
Bes.-Gr. A 13
Studienrat/-rätin

Stellen

1 umgesetzt gem. § 50 (2) LHO
von Kapitel 05 22

Leerstellen:

Für 1 (1) gem. §§ 80 a bzw. 87 a NBG beurlaubten Beamten/-in.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 05 23 Landesbildungszentrum für Blinde

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) 18 (19) ku nach Verg.-Gr. V c BAT bei Ausscheiden des/der Stelleninhabers/Stelleninhaberin im Sozial- und Erziehungsdienst. 2) Siehe HV Nr. 6 zum Stellenplan Kapitel 05 23.
	2001	2000		
Beamtete Hilfskräfte ²⁾				
A 12	2	2		
Angestellte ²⁾				
II a	2	2		
IV b	9	9		
Kr. V	3	3		
V b ¹⁾	23	24		
V c	43	46		
VI b	3	3		
VII	12	13		
Sondervergütung*)	3	5		
VIII	4	4		
IX b–VII	1	1		
	103	110	Zusammen	

*) Praktikanten/-innen des Sozial- und Erziehungsdienstes – TV über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen/Praktikanten (TV Prakt) vom 23. 3. 1991.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Abgang:	Stellen	Sonstige Veränderungen:
Verg.-Gr. V b	1	Teilvollzug des HV Nr. 1 infolge des Abgangs einer Stelle Verg.-Gr. V b (PKB-Überschuss).
Verg.-Gr. V c	2	
Verg.-Gr. VII	1	
Sondervergütung	2	
Verg.-Gr. V c	1	
	Einsparung 1998	
	gem. § 9 (2) HG 1997/1998	
Zusammen	7	

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) Siehe HV Nr. 6 zum Stellenplan Kapitel 05 23.
	2001	2000		
Arbeiter/-innen ¹⁾				
5	1	1		
4	5	5		
3	1	1		
2 a	4	6		
2	10	10		
1	12	14		
	33	37	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Abgang:	Stellen
Lohn-Gr. 1	2
Lohn-Gr. 2 a	2
	(PKB-Überschuss)
Zusammen	4

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
 Kapitel 05 24 Landeskrankenhaus Brauel

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen			
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	—	1	Leitende(r) Direktor/-in
A 15	—	1	Direktor/-in
A 13	—	2	Rat/Rätin
A 13	—	1	Oberamtsrat/-rätin
A 11	—	1	Amtfrau/Amtmann/Amtmännin
A 9	—	1	Oberpfleger/-schwester
	—	7	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Die Planstellen werden ab 2001 im Stellenplan des Kapitels 05 21 dargestellt.

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 05 40 Gesundheitsverwaltung und Gesundheitswesen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen³⁾			¹⁾ 3 (4) ku nach Bes.-Gr. A 14 (Oberrat/-rätin) nach Ausscheiden des Stelleninhabers (gilt nur für Medizinaldirektor/-in).
A 16	3	3	Aufsteigende Gehälter:
A 15 ¹⁾ ²⁾	9	9	Leitende(r) Direktor/-in
A 14 ³⁾	7	7	Direktor/-in
A 11	5	5	Oberrat/-rätin
A 10	—	1	Amtmann/-männin/-frau
			Oberinspektor/-in
	24	25	Zusammen
A 15	1	1	Stellen zu Titel 422 31: Direktor/-in
A 15	1	1	Leerstellen: ⁴⁾ Direktor/-in
Erläuterungen zum Stellenplan			

Abgang: Stellen
Bes.-Gr. A 10
Oberinspektor/-in 1 zur Erfüllung der Einsparauflage
gem. § 9 (2) HG 1997/1998

Sonstige Veränderungen:
Bes.-Gr. A 15
Direktor/-in 1 ku nach Bes.-Gr. A 14
Oberrat/-rätin
– Teilvollzug HV Nr. 1 –

Bes.-Gr. A 15
Direktor/-in 1 Hebung von Bes.-Gr. A 14
Oberrat/-rätin
aufgrund der Dienstposten-
bewertung

Einzelplan 05 Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel 05 42 Landesgesundheitsamt

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Planmäßige Beamte/-innen²⁾3)				1) Der Stelleninhaber erhält für seine Person Bezüge nach Bes.-Gr. B 6.
B 3 ¹⁾	1	1	Feste Gehälter: Präsident/-in des Landesgesundheitsamtes	2) 1 (-) kw (Kapitel 05 42 insgesamt) infolge ZV bis 2003 mit Ablauf des 31. 12. 2002 (2002).
			Aufsteigende Gehälter:	3) 2 (-) kw (Kapitel 05 42 insgesamt) infolge ZV bis 2003 mit Ablauf des 31. 12. 2003 (2003).
A 15	5	5	Direktor/-in	
A 14	10	10	Oberrat/-rätin	
A 13	6	6	Rat/Rätin	
A 13	1	1	Oberamtsrat/-rätin	
A 11	1	1	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	3	3	Oberinspektor/-in	
	27	27	Zusammen	
			Stellen zu Titel 422 31:	
A 16	1	1	Leitende(r) Direktor/-in	
A 14	1	1	Oberrat/-rätin	
	2	2	Zusammen	

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) 1 (1) Stelle darf nur mit einer/einem nicht vollbeschäftigten Angestellten besetzt werden, deren/dessen durchschnittliche Arbeitszeit nicht mehr als die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt. 2) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 2 bis 3 zum Stellenplan bei Kapitel 05 42 3) 4 (4) Stellen können bei Bedarf mit je 2,5 Ärztinnen/Ärzten im Praktikum besetzt werden.
	2001	2000		
Angestellte ²⁾				
I a	2	2		
II a ³⁾	5	6		
IV a	2	2		
V b	16	18		
V c	34	37		
VI b	32	35		
VII ¹⁾	10	15		
VIII	3	7		
	104	122	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. V b	2	Einsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998 zum 31. 12. 1998
Verg.-Gr. VI b	1	Einsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998 zum 31. 12. 1998
Verg.-Gr. VII	1	Einsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998 zum 31. 12. 1998
Verg.-Gr. II a	1	Stelle gemäß ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Verg.-Gr. V c	3	Stellen gemäß ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Verg.-Gr. VI b	2	Stellen gemäß ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Verg.-Gr. VII	4	Stellen gemäß ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Verg.-Gr. VIII	4	Stellen gemäß ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Zusammen	18	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 2 (alt), 4 bis 7 sind gestrichen worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist neu ausgebracht worden.

– Arbeiter/-innen –

Abgang: Stellen
Lohn-Gr. 2 a 4 Stellen gem. ZV für 2001
(PKB-Überschuss)

Haushaltsplan

für das

Haushaltsjahr 2001

Einzelplan 06

Ministerium

für Wissenschaft und Kultur

Vorwort zum Einzelplan 06

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 06 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereichs des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur, und zwar:

- des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur (Kap. 06 01)
- der Allgemeinen Bewilligungen (Kap. 06 02)
- der Baumaßnahmen für Fachhochschulen und künstl.-wissenschaftl. Hochschulen (Kap. 06 03)
- der Baumaßnahmen für Universitäten und wiss. Hochschulen, sonstige Investitionen nach dem HBFG (Kap. 06 04)
- der Ausbildungsförderung, sonstigen Förderung von Studierenden (Kap. 06 05)
- der Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (Kap. 06 06)
- der Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung (Kap. 06 07)
- der Förderung der Wissenschaft allgemein (Kap. 06 08)
- der zusätzlichen Förderung von Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre (Kap. 06 09)
- der Universität Göttingen (Kap. 06 10)
- der Kliniken der Universität Göttingen (Kap. 06 12)
- der Universität Oldenburg (Kap. 06 13)
- der Universität Osnabrück (Kap. 06 14)
- der Technischen Universität Braunschweig (Kap. 06 15)
- der Technischen Universität Clausthal (Kap. 06 16)
- der Universität Hannover (Kap. 06 17)
- der Hochschule Vechta (Kap. 06 18)
- der Medizinischen Hochschule Hannover (Kap. 06 19)
- der Tierärztlichen Hochschule Hannover (Kap. 06 21)
- der Hochschule für Bildende Künste Braunschweig (Kap. 06 22)
- der Hochschule für Musik und Theater Hannover (Kap. 06 23)
- der Universität Hildesheim (Kap. 06 29)
- der Universität Lüneburg (Kap. 06 30)
- der Fachhochschule Osnabrück (Kap. 06 33)
- der Fachhochschule Hildesheim/Holzminen/Göttingen (Kap. 06 34)
- der Fachhochschule Nordostniedersachsen (Kap. 06 36)
- der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel (Kap. 06 37)
- der Fachhochschule Hannover (Kap. 06 38)
- der Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven (Kap. 06 39)
- der Landesbibliothek Hannover (Kap. 06 45)
- der Landesbibliothek Oldenburg (Kap. 06 46)
- der Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel (Kap. 06 47)
- des Instituts für Vogelforschung – Vogelwarte Helgoland – in Wilhelmshaven-Rüstersiel (Kap. 06 49)
- des Instituts für historische Küstenforschung (Kap. 06 50)
- der Technischen Informationsbibliothek an der Universität Hannover (Kap. 06 51)
- des Staatstheaters Braunschweig (Kap. 06 60)
- des Oldenburgischen Staatstheaters (Kap. 06 61)
- der staatlichen Museen (Kap. 06 65) (Nds. Landesmuseum Hannover, Braunschweigesches Landesmuseum, Staatl. Naturhistorisches Museum in Braunschweig, Herzog Anton Ulrich-Museum in Braunschweig, Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte in Oldenburg, Staatliches Museum für Naturkunde und Vorgeschichte in Oldenburg)
- der Förderung der nichtstaatlichen Theater und Museen sowie der Sozio-Kultur und der kulturellen Jugendbildung (Kap. 06 74)
- der Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein (Kap. 06 75)
- der Denkmalpflege (Kap. 06 76)
- der Öffentlichen Gärten (Kap. 06 77)
- der Klosterkammer Hannover (Kap. 06 79 – nur persönliche Verwaltungsausgaben sowie Stellenplan, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise)
- der Erwachsenenbildung (Kap. 06 80)
- der Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz (Kap. 06 96)

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Mit dem 1. 1. 2001 werden die Universitäten Göttingen, Hannover, Hildesheim und Lüneburg, die Technische Universität Braunschweig, die Tierärztliche Hochschule Hannover, die Hochschule für Bildende Künste Braunschweig und die Hochschule für Musik und Theater Hannover sowie die Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (GBV) – Kap.06 06 – in Landesbetriebe gemäß § 26 LHO mit kaufmännischer Buch- und Wirtschaftsführung umgewandelt.

C. Sonstige Veränderungen

Da der separate Druck der Beilagen zum Einzelplan 06 entfallen ist, werden die Wirtschaftspläne für das Wirtschaftsjahr 2000/2001 der Versuchswirtschaften Rellehausen, Marienstein und Reinshof der Universität Göttingen als Anlagen 5 bis 7 zu Kapitel 06 10 sowie des Lehr- und Forschungsguts Ruthe der Tierärztlichen Hochschule Hannover als Anlage 5 zu Kapitel 06 21 dargestellt.

D. Hochbaumaßnahmen

Die Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur sind in den Kapiteln 20 51 bis 20 53 und 20 60 bis 20 69 des Einzelplans 20 – Hochbaumaßnahmen – ausgewiesen.

Weitere Hochschulbaumaßnahmen sind in den Kapiteln 06 03 und 06 04 veranschlagt.

Darüber hinaus werden Hochschulbaumaßnahmen auch aus dem Kapitel 06 09 (VW-Vorab) finanziert.

Die Zuweisungen für die von der Niedersächsischen Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen zu finanzierenden Bauvorhaben sind im Kapitel 20 69 ausgebracht.

Eine Darstellung des neuen Hochschulbauplafonds ist in den allgemeinen Erläuterungen zu Kap. 06 03 ausgebracht.

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	E i n n a h m e n						
		0	1	2	3	Gesamt-	4	5
		Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	eigene Einnahmen	Über- tragungs- einnahmen	vermögens- wirksame und Sonder- einnahmen	einnahmen	persönliche Verwaltungs- ausgaben	sächliche Verwaltungs- ausgaben; Schulden- dienst
		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0601	Ministerium für Wissenschaft und Kultur	—	61.000	—	—	61.000	10.854.800	2.595.100
0602	Allgemeine Bewilligungen	—	15.000	—	—	15.000	1.860.800	2.808.800
0603	Baumaßnahmen für Fachhochschulen und künstl.-wissenschaftl. Hochschulen	—	—	—	25.301.000	25.301.000	—	—
0604	Baumaßnahmen für Universitäten und wiss. Hochschulen, sonstige Investitionen nach dem HBFG	—	—	—	49.207.200	49.207.200	—	—
0605	Ausbildungsförderung, sonstige Förderung von Studierenden	—	223.500	139.784.800	81.710.200	221.718.500	—	—
0606	Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (GBV)	—	—	—	—	—	—	—
0607	Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung	—	2.900.000	32.480.600	1.253.000	36.633.600	—	—
0608	Förderung der Wissenschaft allgemein	—	532.500	9.689.200	243.400	10.465.100	50.533.200	18.167.900
0609	Zusätzliche Förderung von Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre	—	—	—	50.000.000	50.000.000	—	—
0610	Universität Göttingen	—	4.587.600	—	—	4.587.600	—	—
0612	Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin -	—	1.504.800	—	—	1.504.800	—	—
0613	Universität Oldenburg	—	2.138.400	—	—	2.138.400	—	—
0614	Universität Osnabrück	—	1.973.000	—	—	1.973.000	—	—
0615	Technische Universität Braunschweig	—	3.605.500	—	—	3.605.500	—	—
0616	Technische Universität Clausthal	—	1.055.900	—	—	1.055.900	—	—
0617	Universität Hannover	—	8.181.600	—	—	8.181.600	—	—
0618	Hochschule Vechta	—	338.700	—	—	338.700	—	—
0619	Medizinische Hochschule Hannover	—	642.000	—	—	642.000	—	—
0621	Tierärztliche Hochschule Hannover	—	477.900	—	—	477.900	—	—
0622	Hochschule für Bildende Künste Braunschweig	—	207.400	—	—	207.400	—	—
0623	Hochschule für Musik und Theater Hannover	—	215.600	—	—	215.600	—	—
0629	Universität Hildesheim	—	676.400	—	—	676.400	—	—
0630	Universität Lüneburg	—	1.360.000	—	—	1.360.000	—	—

gaben und Verpflichtungsermächtigungen

Epl. 06

A u s g a b e n					2001 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 – Sp.14)	2000 Überschuss Zuschuss (-)	2001 Verbesserung Verschlech- terung (-) (Sp.15 – Sp.16)	Ver- pflichtungs- ermächti- gungen
6 Über- tragungs- ausgaben	7 Bau- ausgaben	8 sonst. Ausga- ben für Inve- stitionen und Invest.förd.- maßnahmen	9 besondere Finan- zierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
DM	DM	DM	DM	DM				
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	—	-18.048.300	-4.598.400	4.659.400	-930.400	5.589.800	—
10.404.400	—	—	—	15.074.000	-15.059.000	-11.488.100	-3.570.900	—
—	—	49.702.000	900.000	50.602.000	-25.301.000	—	-25.301.000	—
—	—	86.914.600	10.000.000	96.914.600	-47.707.400	-58.782.500	11.075.100	394.506.000
272.134.900	—	128.708.000	—	400.842.900	-179.124.400	-158.214.500	-20.909.900	—
3.190.600	—	382.300	—	3.572.900	-3.572.900	—	-3.572.900	—
288.341.300	—	8.257.600	—	296.598.900	-259.965.300	-235.777.700	-24.187.600	29.705.000
44.355.900	—	5.700.000	243.400	119.000.400	-108.535.300	-100.100.400	-8.434.900	75.041.200
48.500.000	—	—	1.500.000	50.000.000	—	—	—	40.000.000
431.472.500	—	4.580.000	—	436.052.500	-431.464.900	-336.594.200	-94.870.700	3.660.000
257.817.400	—	18.775.000	—	276.592.400	-275.087.600	-222.988.200	-52.099.400	1.925.000
167.561.900	—	908.400	—	168.470.300	-166.331.900	-149.225.800	-17.106.100	600.000
141.710.400	—	1.058.000	—	142.768.400	-140.795.400	-107.941.900	-32.853.500	570.000
297.985.300	—	3.350.000	—	301.335.300	-297.729.800	-235.621.000	-62.108.800	7.800.000
110.486.300	—	430.000	—	110.916.300	-109.860.400	-95.904.500	-13.955.900	2.760.000
395.806.500	—	5.278.000	—	401.084.500	-392.902.900	-299.421.800	-93.481.100	9.850.000
30.318.500	—	352.300	—	30.670.800	-30.332.100	-27.378.400	-2.953.700	—
276.083.300	—	14.896.700	—	290.980.000	-290.338.000	-241.835.200	-48.502.800	1.000.000
95.665.100	—	985.600	—	96.650.700	-96.172.800	-72.326.600	-23.846.200	850.000
24.892.100	—	180.000	—	25.072.100	-24.864.700	-18.064.700	-6.800.000	20.000
32.089.700	—	416.700	—	32.506.400	-32.290.800	-23.956.500	-8.334.300	—
43.493.800	—	274.000	—	43.767.800	-43.091.400	-34.542.100	-8.549.300	170.000
50.744.300	—	586.000	—	51.330.300	-49.970.300	-37.621.500	-12.348.800	120.000

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	E i n n a h m e n						
		0	1	2	3	Gesamt-	4	5
		Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	eigene Einnahmen	Über- tragungs- einnahmen	vermögens- wirksame und Sonder- einnahmen	einnahmen	persönliche Verwaltungs- ausgaben	sächliche Verwaltungs- ausgaben; Schulden- dienst
		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0633	Fachhochschule Osnabrück	—	1.152.200	—	—	1.152.200	—	—
0634	Fachhochschule Hi/Holzm./Gö	—	1.605.000	—	—	1.605.000	—	—
0636	Fachhochschule Nordostniedersachsen	—	751.800	—	—	751.800	—	—
0637	Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel	—	1.003.000	—	—	1.003.000	—	—
0638	Fachhochschule Hannover	—	1.039.000	—	—	1.039.000	—	—
0639	FH Old./Ostfr./Whv	—	1.429.800	—	—	1.429.800	—	—
0645	Niedersächsische Landesbibliothek Hannover	—	60.500	1.471.400	—	1.531.900	14.401.900	6.518.800
0646	Landesbibliothek Oldenburg	—	52.700	1.000	—	53.700	2.856.700	1.141.900
0647	Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel	—	748.000	2.010.000	—	2.758.000	8.864.700	4.606.400
0649	Institut f. Vogelforschung -Vogelwarte Helgoland- in Wilhelmshaven-Rüstersiel	—	24.500	211.600	—	236.100	2.151.300	379.100
0650	Institut für historische Küstenforschung	—	11.000	262.000	—	273.000	1.862.400	269.200
0651	Technische Informationsbibliothek an der Universität Hannover	—	3.890.300	8.173.500	663.000	12.726.800	12.058.500	17.055.000
0660	Staatstheater Braunschweig	—	—	14.833.300	—	14.833.300	—	—
0661	Oldenburgisches Staatstheater	—	4.227.500	8.239.300	—	12.466.800	33.677.500	3.328.900
0665	Staatliche Museen	—	778.000	842.600	—	1.620.600	17.527.800	9.346.300
0674	Förderung der nichtstaatl. Theater und Museen sowie der Sozio-Kultur und der kult. Jugendbildung	—	205.000	—	—	205.000	—	10.050.000
0675	Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein	—	271.000	—	—	271.000	1.100	316.000
0676	Denkmalpflege	—	64.000	—	—	64.000	13.668.300	2.065.700
0677	Öffentliche Gärten	—	24.500	310.700	—	335.200	1.052.600	114.100
0679	Klosterkammer Hannover	—	—	7.205.400	—	7.205.400	7.205.400	—
0680	Erwachsenenbildung	—	307.000	—	—	307.000	—	—
0696	Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz	—	21.850.000	—	—	21.850.000	—	—
	Weggefallene Kapitel							
	Summe 2001	—	70.191.600	225.515.400	208.377.800	504.084.800	178.577.000	78.763.200
	Summe 2000	—	130.725.300	412.525.000	205.796.100	749.046.400	1.373.803.800	327.153.600
	2001 mehr/weniger (-)	—	-60.533.700	-187.009.600	2.581.700	-244.961.600	-1.195.226.800	-248.390.400

gaben und Verpflichtungsermächtigungen**Epl. 06**

A u s g a b e n					2001 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 – Sp.14)	2000 Überschuss Zuschuss (-)	2001 Verbesserung Verschlechte- rung (-) (Sp.15 – Sp.16)	Ver- pflichtungs- ermächti- gungen
6 Über- tragungs- ausgaben	7 Bau- ausgaben	8 sonst. Ausga- ben für Inve- stitionen und Invest.förd.- maßnahmen	9 besondere Finan- zierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
DM	DM	DM	DM	DM				
10	11	12	13	14	15	16	17	18
75.901.700	—	612.300	—	76.514.000	-75.361.800	-67.389.200	-7.972.600	240.000
61.358.500	—	521.800	—	61.880.300	-60.275.300	-49.761.000	-10.514.300	30.000
45.673.800	—	324.000	—	45.997.800	-45.246.000	-36.916.300	-8.329.700	25.000
58.882.200	—	503.200	—	59.385.400	-58.382.400	-49.752.900	-8.629.500	80.000
79.713.200	—	609.400	—	80.322.600	-79.283.600	-61.383.500	-17.900.100	20.000
113.151.100	—	859.000	—	114.010.100	-112.580.300	—	-112.580.300	75.000
203.000	—	50.000	3.129.400	24.303.100	-22.771.200	-18.985.800	-3.785.400	—
3.500	—	23.000	491.700	4.516.800	-4.463.100	-3.983.800	-479.300	—
407.400	—	57.000	1.112.100	15.047.600	-12.289.600	-10.976.900	-1.312.700	—
—	—	—	279.400	2.809.800	-2.573.700	-2.237.900	-335.800	—
—	—	58.000	268.300	2.457.900	-2.184.900	-1.843.600	-341.300	—
31.100	300.000	1.910.000	1.722.600	33.077.200	-20.350.400	-16.763.700	-3.586.700	—
47.454.700	—	400.000	12.000	47.866.700	-33.033.400	-28.854.600	-4.178.800	—
47.900	—	300.000	1.463.300	38.817.600	-26.350.800	-21.576.800	-4.774.000	—
5.900	—	694.000	4.210.900	31.784.900	-30.164.300	-24.573.800	-5.590.500	—
144.725.500	—	2.220.000	—	156.995.500	-156.790.500	-151.702.000	-5.088.500	9.790.000
31.009.200	—	3.765.000	—	35.091.300	-34.820.300	-38.445.100	3.624.800	15.818.600
573.000	—	9.573.000	937.900	26.817.900	-26.753.900	-24.997.100	-1.756.800	3.000.000
—	—	—	185.400	1.352.100	-1.016.900	-747.300	-269.600	—
—	—	—	—	7.205.400	—	—	—	—
99.184.000	—	—	—	99.184.000	-98.877.000	-97.860.600	-1.016.400	—
—	—	—	—	—	21.850.000	—	21.850.000	—
						-96.860.700	96.860.700	
3.781.379.900	300.000	354.214.900	8.408.100	4.401.643.100	-3.897.558.300	-3.274.328.600	-623.229.700	597.655.800
1.909.980.300	91.092.000	330.594.200	-9.248.900	4.023.375.000				188.734.900
1.871.399.600	-90.792.000	23.620.700	17.657.000	378.268.100				408.920.900

Allgemeine Vorbemerkungen zum Einzelplan 06

Zu den persönlichen Verwaltungsausgaben (Hauptgruppe 4):

Die allgemeine Einsparauflage für die persönlichen Verwaltungsausgaben bei Kapitel 06 01 Titel 462 01 ist unter Berücksichtigung der Erfüllung der Einsparauflagen gemäß § 9 Abs. 2 HG 1995/1996 und § 9 Abs. 2 HG 1997/1998 (entsprechende Mittelkürzung und Stellenabgänge in den jeweiligen Kapiteln des Einzelplans) angepasst worden; der Kürzungsbetrag ist durch Bewirtschaftungsmaßnahmen zu realisieren.

Zum Liegenschafts-, Bau- und Gebäudemanagement:

Mit der Einführung der ersten Stufe eines integrierten Liegenschafts-, Bau- und Gebäudemanagements werden die von einem unabhängigen Unternehmen ermittelten marktgerechten Nutzungsentgelte für Landesliegenschaften im Ergebnis belastungsneutral im Landeshaushalt bzw. bei Landesbetrieben in den Wirtschaftsplänen veranschlagt.

Die ausgabeseitige Veranschlagung im Einzelplan 06 erfolgt kapitelweise grundsätzlich bei Titel 981 06. Bei Dienststellen des Landes, die als Landesbetrieb geführt werden, wurde der Ansatz des jeweiligen Zuführungstitels entsprechend erhöht. Die Einnahmen im Landeshaushalt sind bei Kapitel 13 21 Titel 381 06 bzw. Titel 124 06 veranschlagt.

Die für den Einzelplan 06 ermittelten Nutzungsentgelte betragen insgesamt 339,26 Mio. DM. Hiervon entfallen 338,95 Mio. DM auf bebaute und 0,31 Mio. DM auf unbebaute Grundstücke.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 11-7	011	Verwaltungsgebühren		30.000	25.000	+5.000	35
119 31-2	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen * Vgl. K-Vermerk zu 531 01. ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		1.000	1.000	—	7
119 51-7	011	Vermischte Einnahmen		30.000	24.000	+6.000	53
124 01-4	011	Mieten und Pachten ***Die für den Betrieb einer Cafeteria er- forderlichen Räume dürfen ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden.		—	—	—	—
132 01-7	011	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		—	—	—	—
132 11-4	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge * Vgl. K-Vermerk zu 811 11.		—	—	—	—
256 01-8	011	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
412 04-4	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungs- stellen gem. § 71 Abs. 7 Nds. PersVG.	—	4.000	6.000	–2.000	0
421 01-9	011	Amtsbezüge der Ministerin oder des Ministers	—	288.600	281.600	+7.000	276
422 01-5	011	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	18.087.100	17.815.400	+271.700	10.413
422 09-0	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-8	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-7	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	1.221.800	1.215.100	+6.700	1.358
425 01-4	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	6.174
425 03-0	011	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 31-6	111	Leistungen auf Grund von Auflösungsver- trägen mit älteren Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	—	—	—	—	12
425 41-3	011	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	31.100	31.100	—	21
425 51-0	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	3.900	3.900	—	—
426 01-0	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	618
426 31-2	111	Leistungen auf Grund von Auflösungsver- trägen mit älteren Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	—	—	—	—	3
426 51-7	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-7	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	61.700	61.700	—	31
427 39-4	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
441 02-8	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Beamtinnen und Beamte	—	1.908.300	17.291.800	–15.383.500	16.950
441 03-6	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Angestellte	—	624.000	886.600	–262.600	624
441 04-4	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	45.600	74.100	–28.500	46
441 05-2	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Sonstige	—	23.100	3.300	+19.800	23

ERLÄUTERUNGEN

Zu 111 11

Gebühren insbesondere für die Bestätigung ausländischer akademischer Grade sowie für Nachgraduierungen.

Zu 119 31

Einnahmen aus dem Verkauf von Katalogen und anderen Drucksachen.

Zu 132 11

Vgl. Erläuterungen zu 811 11.

Zu 412 04

Der/Die Vorsitzende einer Einigungsstelle erhält gem. § 71 Abs. 7 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 200,— DM.

Zu 421 01

1. Amtsgehalt	276 600 DM
2. Dienstaufwandsentschädigung	12 000 DM
3. Getrennte Haushaltsführung	— DM
Zusammen	288 600 DM

Zu 422 01 (PKB-Titel)

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 180,33 Vollzeiteinheiten (VZE).
Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	106,33	106,33	—	123
Angestellte	65,00	65,00	—	53
Lohnempfänger/-innen	9,00	9,00	—	9
Insgesamt	180,33	180,33	—	185

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 18 087 100 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	18 087 100
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	1 664 800
43	Versorgungsbezüge	3 949 800
44	Beihilfen, Unterstützungen	527 600
45	Personalbezogene Sachausgaben	3 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	520 300
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		24 752 600

Zu 425 41

2 (2) Auszubildende im Verwaltungsdienst.

Zu 441 02

Weniger infolge Verlagerung in die Kapitel 06 10, 06 14, 06 15, 06 17, 06 21, 06 22, 06 23, 06 29 und 06 30 im Rahmen der Umwandlung der Hochschulen (Projekt U 2001) in Landesbetriebe.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0601 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
441 06-0	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfe- vorschriften	—	332.000	430.200	-98.200	332
442 01-6	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstüt- zungsgrundsätze	—	—	—	—	—
443 01-2	940	Fürsorgemaßnahmen, insbesondere bei Dienstunfällen	—	280.600	158.000	+122.600	281
453 01-8	011	Trennungsgeld für abgeordnete oder ver- setzte Bedienstete und Umzugskostenver- gütungen	—	2.000	2.000	—	14
453 11-5	011	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für die Teilnahme an Ausbildungs- und Fortbil- dungslehrgängen	—	1.000	1.000	—	—
462 01-7	981	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	-12.060.000	-19.850.000	+7.790.000	—
511 01-8	011	Geschäftsbedarf	—	94.800	94.800	—	75
512 01-4	011	Bücher und Zeitschriften	—	59.800	59.800	—	64
513 01-0	011	Post- und Fernmeldegebühren	—	205.300	213.300	-8.000	136
514 01-7	011	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	54.900	54.900	—	39
515 01-3	011	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	34.700	34.700	—	9
515 02-1	011	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	145.300	145.300	—	167
516 01-0	011	Dienst- und Schutzkleidung	—	3.500	3.500	—	2
517 01-6	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	206.400	206.400	—	192
517 19-9	011	Reinigungskosten	—	188.600	188.600	—	233
517 58-0	131	Ausgaben für von Dritten vorfinanzierte Energiesparmaßnahmen	—	—	—	—	—
517 59-8	011	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	113.200	203.200	-90.000	172
518 01-2	011	Mieten und Pachten	—	150.000	150.000	—	117
519 03-5	011	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	6.300	6.300	—	3
525 01-9	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	37.000	37.000	—	27
526 01-5	011	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	32.800	32.800	—	165
527 01-1	011	Reisekostenvergütungen	—	127.800	127.800	—	151
527 03-8	011	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Perso- nalvertretungsangelegenheiten u. in Vertre- tung der Interessen der Schwerbehinderten	—	24.500	24.500	—	10
529 01-4	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers	—	10.000	10.000	—	10
531 01-9	011	Veröffentlichungen * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 31.	—	119.700	119.700	—	96
531 03-5	011	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	34.000	24.000	+10.000	150
537 01-7	011	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	—	—	—	—
538 01-3	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
546 59-8	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	1
681 01-0	011	Schadensersatzleistungen und Unfallent- schädigungen	—	—	—	—	2
811 01-1	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 11-9	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraft- fahrzeugen * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für 2 Landesbedienstete	2 000 DM
2. Umzugskostenvergütungen für — Landesbedienstete	— DM
Zusammen	2 000 DM

Zu 453 11

Für die Ableistung der Unterweisungszeit auf Grund laufbahnrechtlicher Vorschriften (Laufbahnwechsel).

Zu 462 01

Allgemeine Einsparauflage gem. § 9 Abs. 2 Haushaltsgesetze 1995/1996 und 1997/1998. Angepasst an den realisierten Stellenabbau in den Kapiteln des Einzelplans im Haushaltsjahr 2001.

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	10 000 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	79 300 DM
3. Bekanntmachungen	3 500 DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	2 000 DM
Zusammen	94 800 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	38 800 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	17 000 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	3 000 DM
4. Buchbinderkosten	1 000 DM
Zusammen	59 800 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	75 500 DM
2. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	123 800 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	— DM
4. Einmalige Gebühren für die Ver- legung usw. von Fernmeldeanlagen	— DM
5. Rundfunk- und Fernsehgebühren	1 000 DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	5 000 DM
Zusammen	205 300 DM

Zu 514 01

1. Betriebsstoffe	33 200 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	20 000 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	1 700 DM
4. Sonstiges	— DM
Zusammen	54 900 DM

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.1999	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	4	4	4

Zu 515 02

1. Dienstzimmerausstattungen	94 000 DM
2. Büromaschinen	43 000 DM
3. Wirtschaftsgeräte	5 000 DM
4. Werkstattausrüstungen	3 300 DM
Zusammen	145 300 DM

Zu 517 01

1. Wassergeld	20 000 DM
2. Grundbesitzabgaben	20 000 DM
3. Bewachungskosten	141 600 DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	19 000 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	5 800 DM
Zusammen	206 400 DM

Zu 518 01

1. Diensträume und -gebäude	— DM
2. Wohnungen und Wohngebäude	— DM
3. Unbebaute Grundstücke	— DM
4. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	150 000 DM
Zusammen	150 000 DM

Zu 525 01

1. Ausbildungslehrgänge	12 500 DM
2. Fortbildungsveranstaltungen	22 500 DM
3. Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	1 000 DM
4. Aus- und Fortbildung ehrenamtl. Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	— DM
5. Erstattung von Prüfungsgebühren	— DM
6. Sonstiger Aufwand	1 000 DM
Zusammen	37 000 DM

Zu 526 01

1. (Amts)ärztliche Untersuchungen	9 000 DM
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungs- kosten für Verwaltungszwecke	— DM
3. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus	19 000 DM
4. Arbeitsmedizinischer Arbeitsschutz	4 800 DM
5. Untersuchung zur baulichen Entwicklungsplanung (Universität Göttingen)	— DM
Zusammen	32 800 DM

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	127 800 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für privateigene Kraftfahrzeuge	— DM
Zusammen	127 800 DM

Zu 531 01

1. Amtliche Druckwerke	— DM
2. Öffentlichkeitsarbeit	119 700 DM
3. Technische und wissenschaftliche Druckwerke	— DM
4. Andere Veröffentlichungen	— DM
Zusammen	119 700 DM

Für hochschul-, kunst- und kulturpolitische Dokumentationen sowie sonstige Druckwerke zur Unterrichtung der Öffentlichkeit.

Zu 811 11

Für den Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen für Minister/-in und Staatssekretär/-in.

Personenbezogene Dienstkraftfahrzeuge dürfen schon dann durch neue Fahrzeuge ersetzt werden, wenn in Höhe der jeweils zu erwartenden Verwertungserlöse der bisherigen Fahrzeuge mindestens gleichwertige Ersatzbeschaffungen vorgenommen werden können.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
812 15-8	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
972 01-5	989	Globale Minderausgabe	—	-19.487.000	-19.487.000	—	—
981 06-5	990	Abführung an 1321 - 381 06	—	1.438.700	—	+1.438.700	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 96		Reformdividende	(—)	(—)	(—)	(—)	(155)
429 96-6	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	79
547 96-9	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	66
711 96-3	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	10
812 96-4	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechniken	(—)	(946.500)	(319.000)	(+627.500)	(943)
427 99-8	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	9
522 99-0	179	Verbrauchsmittel	—	50.000	50.000	—	20
535 99-5	179	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	—	179.000	269.000	-90.000	242
538 99-4	179	Dienstleistungen Außenstehender	—	717.500	—	+717.500	395
547 99-3	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	17
812 99-9	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	260
Abschluss Kapitel 06 01							
1 Eigene Einnahmen				61.000	50.000	+11.000	
2 Übertragungseinnahmen				—	—	—	
Summe der Einnahmen				61.000	50.000	+11.000	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	10.854.800	18.411.800	-7.557.000	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	2.595.100	2.055.600	+539.500	
6 Übertragungsausgaben			—	—	—	—	
7 Bauausgaben			—	—	—	—	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	—	—	—	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	-18.048.300	-19.487.000	+1.438.700	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	-4.598.400	980.400	-5.578.800	
Zuschuss					930.400		
Überschuss				4.659.400		+5.589.800	
Nachrichtlich:							
Anteil an den Versorgungsausgaben				3.949.800	3.788.900		
Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil				-648.600	4.769.300		
Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil					4.719.300		
Überschuss einschl. Versorgungsanteil				709.600			

ERLÄUTERUNGEN

Zu 981 06

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 99

Hier sind die Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung von Datenverarbeitungsverfahren und Datenverarbeitungsanlagen sowie für die damit verbundenen Einrichtungen zusammengefasst.

538 99

Insbesondere für Dienstleistungen des IZN.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0602 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
119 41-3	112	Rückzahlung von Überzahlungen		15.000	5.000	+10.000	28
119 42-1	189	Rückflüsse aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentsprechend verwendeten Zuweisungen des Bundes * Vgl. K-Vermerk zu 544 02.		—	—	—	16
119 81-2	162	Erstattungen durch andere Länder * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.		—	—	—	10
119 83-9	162	Einnahmen von niedersächsischen Einrichtungen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 83.		—	—	—	—
119 84-7	162	Erstattungen durch andere Projektpartner * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 84.		—	—	—	—
282 70-5	189	Zuschüsse der Kulturstiftung Oldenburg * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 70.		—	—	—	—
282 71-3	189	Zuschüsse der Stiftung der NordLB und der Öffentlichen Versicherung Braunschweig * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 71.		—	—	—	—
A U S G A B E N							
427 01-0	162	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	332.000	-332.000	251
515 04-1	149	Vergütung für die Wiedergabe und Vervielfältigung urheberrechtlich geschützter Werke	—	100.000	100.000	—	98
525 01-2	178	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	10.000	10.000	—	—
531 05-5	149	Betreiberabgabe gem. § 54 Abs. 2 S. 2 UrhG	—	357.800	357.800	—	357
544 01-7	189	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluß des Haushaltsjahres	—	—	—	—	—
544 02-5	189	Rückzahlungen an den Bund aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentsprechend verwendeten Bundeszuweisungen * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 42.	—	—	—	—	112
632 01-3	112	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen * Übertragbar.	—	1.790.000	1.790.000	—	1.670
632 02-1	131	Erstattung an die Freie und Hansestadt Hamburg für die lfd. Unterhaltung der Norddeutschen Blindenhörbücherei	—	377.000	—	+377.000	—
685 02-8	024	Zuschuß an den internationalen Arbeitskreis Sonnenberg -Laufende Zuschüsse-	—	1.445.900	1.445.900	—	1.415
685 22-2	162	Zuschuß für Bibliothekstantieme	—	2.276.100	2.253.100	+23.000	2.053
685 24-9	112	Zuschuß des Landes Niedersachsen zu der Finanzierung der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates	—	432.800	432.800	—	342
685 25-7	112	Zuschuß des Landes Niedersachsen zur Hochschulrektorenkonferenz * Übertragbar.	—	535.000	436.500	+98.500	322
685 26-5	013	Zuschuß zu den Kosten einer Informationsschrift für Abiturienten und Absolventen von Fachoberschulen	—	25.000	23.600	+1.400	21
685 27-3	162	Zuschuss des Landes Niedersachsen zu den Kosten der Büchereizentrale Lüneburg	—	1.542.500	1.504.500	+38.000	—
685 51-6	149	Zuschuß des Landes Niedersachsen an den Hochschulsportverband	—	5.000	5.000	—	3

ERLÄUTERUNGEN

Zu 119 81

Vereinnahmt wird hier der Anteil des Landes Sachsen-Anhalt an den Herstellungskosten des Mitteilungsblattes der Arbeitsgemeinschaft der Bibliotheken in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt sowohl für wissenschaftliche als auch für öffentliche Bibliotheken.

Zu 119 83

Betriebseinnahmen von den nicht vom Land Niedersachsen finanzierten Einrichtungen.

Zu 119 84

Beiträge Dritter im Rahmen von Projekten der Europäischen Bibliothekszusammenarbeit.

Zu 282 70

Mittel, die zur Förderung kultureller Einrichtungen von der Kulturstiftung der Öffentlichen Versicherung Oldenburg zur Verfügung gestellt werden.

Zu 282 71

Mittel, die zur Förderung kultureller und wissenschaftlicher Einrichtungen von der Stiftung Nord LB und der Öffentlichen Versicherung Braunschweig zur Verfügung gestellt werden.

Zu 515 04

Pauschale Vergütung für die Nutzung von Urheberrechten an Musikwerken in Lehrveranstaltungen in Hochschulen.

Zu 525 01

1. Ausbildungslehrgänge	— DM
2. Fortbildungsveranstaltungen	10 000 DM
3. Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	— DM
4. Aus- und Fortbildung ehrenamtl. Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	— DM
5. Erstattung von Prüfungsgebühren	— DM
6. Sonstiger Aufwand	— DM
Zusammen	10 000 DM

Zu 2.: Kosten zentraler Fortbildungsveranstaltungen von Bediensteten des gesamten Geschäftsbereichs.

Zu 531 05

Pauschale Abgeltung für die in den Hochschulen, wissenschaftlichen und kommunalen öffentlichen Bibliotheken von den Bibliotheksträgern aufgestellten Kopiergeräte.

Zu 632 01

Die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) ist am 1. 5. 1973 als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Dortmund und zugleich als Einrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen staatsvertraglich errichtet worden. Die ZVS vergibt Studienplätze für Studienanfänger in bestimmten Studiengängen und Fächerkombinationen.

Gemäß Artikel 17 Abs. 2 des Staatsvertrages vom 12. März 1992 (Nds. GVBl. S. 87) erstatten die Länder dem Sitzland anteilig den rechnungsmäßigen Finanzbedarf für die Studienplatzvergabe durch die ZVS. Darüber hinaus erstatten die Länder gemäß Artikel 17 Abs. 3 Staatsvertrag anteilig die in die Haushaltsrechnung der Zentralstelle nicht eingehenden besonderen Kosten des Sitzlandes.

Zu 632 02

Die durch den Verein „Norddeutsche Blindenhörbücherei“ gegründete Blindenhörbücherei in Hamburg steht auch für Blinde der Länder Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zur Verfügung, wenn diese Länder zu einer Kostenbeteiligung bereit sind. Als Sitzland übernimmt die Freie und Hansestadt Hamburg vorweg 30 v. H. der Gesamtaufwendungen. Die hiernach verbleibenden Kosten werden auf die vier beteiligten Länder nach dem Königsteiner Schlüssel aufgeteilt, die der Freien und Hansestadt Hamburg als federführende Kulturbehörde zu erstatten sind.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Norddeutschen Blindenhörbücherei, Hamburg			
	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	973 000	988 100	
Einnahmen	83 000	82 000	
Mithin Fehlbetrag	890 000	906 100	

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	377 000 DM
c) den Bund mit	— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	513 000 DM
e) Private	— DM
Zusammen	890 000 DM

Zu 685 02

Der Internationale Arbeitskreis Sonnenberg – Gesellschaft für Kulturaustausch e. V. – ist eine seit 1949 bestehende, bewährte und vom Land laufend finanziell unterstützte Einrichtung, die die Verständigung zwischen den Gruppen und Völkern fördert.

Diesem Ziel dienen vor allem internationale Tagungen für Erwachsene und Jugendliche aus allen Nationen, Rassen und Berufen, die im Haus Sonnenberg in St. Andreasberg/Harz durchgeführt werden.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Internationalen Arbeitskreises Sonnenberg – Gesellschaft für Kulturaustausch e. V. –			
	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	1 680 000	1 759 500	
Einnahmen	83 300	98 000	
Mithin Fehlbetrag	1 596 700	1 661 500	

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	1 445 900 DM
c) den Bund mit	101 000 DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	20 000 DM
e) Private und EU mit	29 800 DM
Zusammen	1 596 700 DM

Neben dem Internationalen Arbeitskreis Sonnenberg – Gesellschaft für Kulturaustausch e. V. – bestehen das Haus Sonnenberg – Internationale Bildungsstätte e. V. – sowie die gemeinsame Geschäftsstelle mit Sitz in Braunschweig.

Zu 685 22

Das Gesetz zur Änderung des Urheberrechts vom 10. 11. 1972 (BGBl. I S. 2081) sieht mit Wirkung vom 1. 1. 1973 einen Vergütungsanspruch der Urheber (sog. Bibliothekstantieme) gegen die einzelnen Bibliotheken vor. Der Vergütungsanspruch kann nur durch eine Verwertungsgesellschaft geltend gemacht werden.

Die Bibliothekstantieme soll aus kulturpolitischen Gründen nicht auf den Benutzer abgewälzt werden und auch zu keiner Kürzung des Buchanschaffungsetats der Bibliotheken führen. Sie soll deshalb durch zusätzliche Mittel der Träger der öffentlichen Bibliotheken aufgebracht werden.

Bund, Länder und Gemeinden haben sich in Verhandlungen mit den bestehenden Verwertungsgesellschaften auf eine pauschale Abgeltung des Vergütungsanspruchs pro Jahr geeinigt. Der auf die Gemeinden und die freien Träger entfallende Anteil wird von Bund und Ländern übernommen. Unter Einbeziehung dieses Anteils tragen die Länder 90 v. H. und der Bund 10 v. H.

Veranschlagt ist der niedersächsische Landesanteil für das Haushaltsjahr 2001.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 685 24

Anteil, der aufgrund Artikel 9 des Verwaltungsabkommens vom 5. 9. 1957 i. d. F. vom 28. 2. 1991 zwischen Bund und Ländern über die Errichtung eines Wissenschaftsrats im Haushaltsjahr 1994 voraussichtlich auf das Land Niedersachsen entfällt.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Wissenschaftsrates

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	8 279 500	8 818 300	8 498 335
Einnahmen	2 700	2 700	3 415
Mithin Fehlbetrag	8 276 800	8 815 600	8 494 920

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	432 800 DM
c) den Bund mit	4 137 600 DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	3 706 400 DM
e) Private	— DM
Zusammen	8 276 800 DM

Zu 685 25

Haushalt der Stiftung zur Förderung der Hochschulrektorenkonferenz

Der Zuschussbedarf der Stiftung zur Förderung der Hochschulrektorenkonferenz wird gem. Art. 1 und 2 der Verwaltungsvereinbarung vom 4. 12. 1992 von Bund und Ländern im Verhältnis 50 : 50 aufgebracht, soweit nicht der Bund oder die Länder einzelne Aufgabenbereiche allein finanzieren. Der auf die Länder entfallende Anteil am Zuwendungsbetrag wird zu zwei Dritteln nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen und zu einem Drittel nach dem der Bevölkerungszahlen der Länder aufgebracht.

Übersicht über den (vorläufigen) Haushaltsplan
(Einzelpläne I und III) der Stiftung
zur Förderung der Hochschulrektorenkonferenz

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis (vorl.) 1999 DM
Ausgaben	7 769 200	4 967 000	
Einnahmen	112 600	114 500	
Mithin Fehlbetrag	7 656 600	4 852 500	

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	535 000 DM
c) den Bund mit	— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— DM
e) Private	— DM
Zusammen	535 000 DM

Für die HRK wurde der Neubau eines Dienstgebäudes beschlossen. Die Kosten werden zu 75 v.H. vom Bund und zu 25 v.H. von den Ländern aufgebracht. Zur Abdeckung des niedersächsischen Anteils an den Kosten wurde 1999 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 250 500 DM ausgebracht. Nachträglich hat sich die baurechtliche Notwendigkeit zur Errichtung einer Tiefgarage ergeben. Der niedersächsische Anteil an den Mehrkosten beläuft sich auf rund 30 000 DM, die zusätzlich veranschlagt wurden.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	137 000	—	—	137 000
2002	45 000	—	—	45 000

Zu 685 26

Die Informationsschrift für Abiturienten und Absolventen der Fachoberschulen wird von der BLK und der Bundesanstalt für Arbeit herausgegeben. Die Kosten werden je zu einem Drittel von Bund, Ländern und der BAfA getragen. Veranschlagt ist der voraussichtliche Anteil Niedersachsens für das Haushaltsjahr 2001.

Zu 685 27

Der Büchereiverband Lüneburg-Stade e. V. (Büchereizentrale Lüneburg) unterhält ein das Land Niedersachsen umfassendes Beratungs- und Dienstleistungssystem für die kommunalen öffentlichen Bibliotheken.

Die Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und dem Büchereiverband Lüneburg-Stade e. V. vom 30.11.1992/14.12.1992 sieht eine Festbetragsfinanzierung als jährlichen Zuschuss vor, der zur teilweisen Finanzierung der jährlich anstehenden Personal- und Sachkosten bestimmt ist.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Büchereiverbandes Lüneburg-Stade e. V.

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	3 186 930	3 338 455	3 320 187
Einnahmen	1 374 430	1 563 955	1 538 868
Mithin Fehlbetrag	1 812 500	1 774 500	1 781 319

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	1 542 500 DM
c) den Bund mit	— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	270 000 DM
e) Private	— DM
Zusammen	1 812 500 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst im Rahmen des Bündnisses für Arbeit und Ausbildung in Niedersachsen	(—)	(1.161.100)	(—)	(+1.161.100)	(103)
682 61-4	131	Zuführungen an die Landesbetriebe für die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze	—	1.161.100	—	+1.161.100	103
TGr. 63		Wissenschaftliche Kommission des Landes Niedersachsen	(—)	(1.050.800)	(1.000.000)	(+50.800)	(690)
429 63-3	139	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	1.050.800	1.000.000	+50.800	542
547 63-6	139	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten	—	—	—	—	147
812 63-1	139	Erwerb von Geräten, Austattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 66		Kosten der Geschäftsführung der Landeshochschulkonferenz	(—)	(163.900)	(—)	(+163.900)	(—)
682 66-5	131	Zuführungen an die Landesbetriebe	—	163.900	—	+163.900	—
TGr. 67		Kosten der Geschäftsstelle der Landes Konferenz der niedersächsischen Hochschulfrauenbeauftragten (LNHF)	(—)	(32.600)	(—)	(+32.600)	(—)
682 67-3	131	Zuführungen an die Landesbetriebe	—	32.600	—	+32.600	—
TGr. 70		Verwendung der Mittel der Kulturstiftung Oldenburg * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 70.	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
653 70-3	189	Zuweisungen an Gemeinden(GV) * Übertragbar.	—	—	—	—	—
685 70-2	189	Zuschüsse an Sonstige * Übertragbar.	—	—	—	—	—
712 70-0	189	Hochbaumaßnahmen	—	—	—	—	—
883 70-9	189	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV) * Übertragbar.	—	—	—	—	—
893 70-4	189	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige * Übertragbar.	—	—	—	—	—
TGr. 71		Verwendung der Mittel der Stiftung der Nord LB und der Öffentlichen Versicherung Braunschweig * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 71.	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
653 71-1	189	Zuweisungen an Gemeinden(GV)	—	—	—	—	—
685 71-0	189	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
883 71-7	189	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
893 71-2	189	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 80		Zusätzliche Förderung von Restaurierungs- und Konservierungsarbeiten in Landes- und Hochschulbibliotheken	(—)	(987.300)	(967.300)	(+20.000)	(965)
429 80-3	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	810.000	790.000	+20.000	599
538 80-7	162	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	27
547 80-6	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	167.300	167.300	—	329
682 80-0	162	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	10.000	10.000	—	10

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 61**Zu 682 61**

Die Landesregierung hat in ihren Sitzungen am 13.7.1999 und 20./21.5.2000 die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungspätzen in Kammerberufen beschlossen. Auf den Geschäftsbereich des MWK entfallen (ab 1999) 12 Auszubildende für den Ausbildungsberuf Fachinformatikerin/Fachinformatiker sowie (ab 2000) 45 Auszubildende für übrige Kammerberufe.

Veranschlagt sind die notwendigen Ausgaben für die Ausbildungsvergütungen für die Dauer der Ausbildungsverhältnisse.

Zu Titelgruppe 63

Die Niedersächsische Landesregierung hat mit Beschluss vom 25. 3. 1997 der Errichtung einer Wissenschaftlichen Kommission des Landes Niedersachsen zugestimmt. Die Wissenschaftliche Kommission wird auf Dauer eingesetzt und soll die Landesregierung und die wissenschaftlichen Institutionen kontinuierlich im Wege gutachterlicher Stellungnahmen bei der Wahrnehmung folgender Aufgaben beraten:

- Fortentwicklung der Struktur des niedersächsischen Hochschul- und Forschungssystems
- Entwicklung und Prüfung von Forschungsschwerpunkten
- Entwicklung und Organisation von Evaluationsverfahren für die Forschung
- Schwerpunktsetzung bei der Verteilung von Personalstellen und/oder Mittel aus dem Forschungspool des Landes sowie aus Mitteln des Nieders. Vorabs der Volkswagen-Stiftung
- Umsetzung von Empfehlungen des Wissenschaftsrates in Niedersachsen.

Zur Bewältigung dieser Aufgaben bedient sich die Wissenschaftliche Kommission nicht nur einer neu einzurichtenden Geschäftsstelle, sondern darüber hinaus auch des Sachverständigen von Arbeitsgruppen und ad hoc-Kommissionen.

Zu 429 63

1. Der ehrenamtlich tätige Vorsitzende der Wissenschaftlichen Kommission erhält für die Abgeltung des über die Reisekosten hinausgehenden weiteren Aufwandes für eine eintägige Sitzung eine Aufwandsentschädigung von pauschal 600 DM und für eine zweitägige Sitzung eine Aufwandsentschädigung von pauschal 1 200 DM.
2. Die ehrenamtlich tätigen Mitglieder der Wissenschaftlichen Kommission erhalten für die Abgeltung des über die Reisekosten hinausgehenden weiteren Aufwandes für eine eintägige Sitzung eine Aufwandsentschädigung von pauschal 500 DM und für eine zweitägige Sitzung eine Aufwandsentschädigung von pauschal 1 000 DM.

Zu Titelgruppe 66

Nach § 7 Abs. 2 NHG ist für Aufgaben der Hochschulen, die ein ständiges Zusammenwirken erfordern, eine Landeshochschulkonferenz zu bilden. Sie fördert die Zusammenarbeit der einzelnen Hochschulen in Forschung, Lehre, Studium und Weiterbildung und wirkt mit bei der Aufstellung und Fortschreibung des Hochschulgesamtplans. Die Mittel dienen zur Bestreitung der Kosten der Geschäftsführung der Landeshochschulkonferenz.

682 66

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Beschäftigung einer Mitarbeiterin/eines Mitarbeiters nach Verg.-Gr. II a BAT und einer ständig nicht vollbeschäftigten Kraft nach Verg.-Gr. VII BAT, deren durchschnittliche Arbeitszeit die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt, sowie eine jährliche Aufwandsentschädigung von 3 600 DM für den Vorsitzenden der Landeshochschulkonferenz, die Ausgaben für Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Post- und Fernspreckgebühren sowie Reisekosten.

Zu Titelgruppe 67

Für die Geschäftsstelle der Landeskongferenz Niedersächsischer Hochschulfrauenbeauftragter (LNHF) sind Mittel in Höhe von 32 400 DM für eine ständige, nicht vollbeschäftigte Kraft veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Die Ausgaben dürfen nur für die Vergütung einer Beschäftigten in einem befristeten Arbeitsverhältnis geleistet werden.

Zu Titelgruppe 70

Vgl. Erläuterungen zu 282 70.

Zu Titelgruppe 71

Vgl. Erläuterungen zu 282 71.

Zu Titelgruppe 80

Die Ausgaben gliedern sich auf in

- zentrale Mittel für Restaurierungsaufträge
- verstärkte Förderung von Restaurierung/Konservierung in den wissenschaftlichen Bibliotheken.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0602 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
812 80-1	162	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 81		Förderung der Arbeitsgemeinschaft der Bibliotheken im Land Niedersachsen * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 81.	(—)	(37.100)	(37.100)	(—)	(47)
527 81-3	162	Reisekostenvergütungen	—	5.100	5.100	—	1
547 81-4	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben ***Abweichend von §61 Abs. 1 bzw. §63 Abs. 3 LHO darf das Mitteilungsblatt unentgeltlich abgegeben werden.	—	32.000	32.000	—	46
TGr. 82		Nieders. Beirat für Bibliotheksangelegenheiten	(—)	(13.000)	(13.000)	(—)	(13)
526 82-5	162	Entschädigungen für die Beiratsmitglieder	—	6.900	6.900	—	2
547 82-2	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	6.100	6.100	—	11
TGr. 83		Betriebsausgaben der niedersächsischen Bibliotheksautomation * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 83.	(—)	(2.651.100)	(—)	(+2.651.100)	(—)
425 83-2	162	Vergütung der Angestellten	—	—	—	—	—
427 83-5	162	Beschäftigungsentgelte; Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	—
429 83-8	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 83-0	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.043.600	—	+2.043.600	—
632 83-8	162	Erstattung an niedersächsische Einrichtungen	—	—	—	—	—
682 83-5	162	Zuführungen an Landesbetriebe	—	607.500	—	+607.500	—
812 83-6	162	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 84		Europäische Bibliothekszusammenarbeit * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 84.	(—)	(80.000)	(80.000)	(—)	(80)
429 84-6	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	70
547 84-9	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	80.000	80.000	—	10
685 84-2	162	Sonstige Zuschüsse	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		704.500	-704.500	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 81

Die Ausgaben dienen zur Bestreitung von Reisekosten und der Kosten der Herstellung des Manuskriptes, der Korrektur und des Druckes eines Mitteilungsblattes der Arbeitsgemeinschaft der Bibliotheken in den Ländern Niedersachsen und Sachsen-Anhalt sowie der in diesem Zusammenhang anfallenden Schreibarbeiten.

Zu Titelgruppe 82

Der Bibliotheksbeirat hat die Aufgabe, das Land in allen bibliothekarischen Fragen zu beraten und zu unterstützen sowie im Auftrage des MWK Vorschläge für die Fortschreibung des Bibliotheksplans zu erarbeiten.

526 82

Veranschlagt sind die Ausgaben für Aufwandsentschädigungen und Reisekostenvergütungen für die Mitglieder des Beirates, die nicht Landesbedienstete sind (Rd.Erl. MWK v. 13. 3. 1979 Nds. MBl. S. 441).

Zu Titelgruppe 83

Die Titelgruppe 83 wird zum 1.1.2001 eingerichtet und ist aus der bisherigen Titelgruppe 97/98 im Kapitel 06 10 hervorgegangen.

547 83

Aus dem Ansatz sind alle sächlichen Verwaltungsausgaben zu bestreiten, die für die niedersächsische Bibliotheksautomation anfallen.

682 83

Aus dem Ansatz sind die Aufwendungen für die niedersächsische Bibliotheksautomation zu bestreiten, die in dem Landesbetrieb „Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (GBV)“ entstehen.

812 83

Für Investitionen an niedersächsischen Bibliotheksstandorten.

Zu Titelgruppe 84

Die EG-Kommission fördert mit einem Aktionsprogramm die europäische Bibliothekszusammenarbeit. Dieses Programm sieht Zuschüsse der EG bei einer Eigenbeteiligung der Bibliotheken vor. Dabei geht es im wesentlichen um die Vorbereitung einer EDV-Vernetzung europäischer Bibliotheksverbände und eine Zusammenarbeit bei der Bibliotheksautomation. Der Ansatz ist erforderlich, um den Projektanträgen der nds. Bibliotheken Erfolgchancen zu geben.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0602 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 06 02					
		1 Eigene Einnahmen		15.000	5.000	+10.000	
		2 Übertragungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		15.000	5.000	+10.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	1.860.800	2.437.900	-577.100	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.808.800	776.800	+2.032.000	
		6 Übertragungsausgaben	—	10.404.400	8.278.400	+2.126.000	
		7 Bauausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	15.074.000	11.493.100	+3.580.900	
		Zuschuss		15.059.000	11.488.100	+3.570.900	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0603 Baumaßnahmen für Fachhochschulen und künstl.-wissenschaftl. Hochschulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
331 01-7 (GA)	137	Zuweisungen des Bundes gem. § 12 HBFG		25.301.000	—	+25.301.000	—
333 01-0	137	Zuweisungen für Investitionen von Gemeinden		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
891 02-0	137	Zuführungen für Baumaßnahmen bis 3 Mio. DM ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich. ***Die allgemeinen Erläuterungen zum Kapitel 0603 sind verbindlich.	—	—	—	—	—
891 03-9	137	Zuführungen aus dem Sonderprogramm BU zur Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	—	—	—	—
891 04-7 (GA)	137	Fachhochschule Osnabrück ; Zuführung für den Erwerb von Grundstücken Rpl.Nr. 5500 005	—	—	—	—	—
891 05-5 (GA)	137	Fachhochschule Osnabrück, Standort Haste; Zuführung für den Erwerb eines Gebäudes Rpl.Nr. 5500 006	—	1.000.000	—	+1.000.000	—
891 06-3 (GA)	137	Fachhochschule Osnabrück; Zuführungen für Baukosten und Erwerb von Grundstücken Rpl.Nr. 5500 003.	—	3.060.000	—	+3.060.000	—
891 07-1 (GA)	137	Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel, Standort Wolfsburg; Zuführung für den Er- werb von Grundstücken - Rpl.Nr. 5313 005	—	8.000.000	—	+8.000.000	—
893 01-5 (GA)	137	Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel; Zuführungen für Ersteinrichtungen des FB Verkehrswesen in Salzgitter -Rpl.Nr.5314002	—	—	—	—	—
916 01-5 (GA)	950	Fachhochschule Hildesheim/Holzminde/Gött.; Zuführung an den Grundstock für den Erwerb eines Grundstücks in Göttingen * Übertragbar.	—	900.000	—	+900.000	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		Fachhochschule Hannover; Ankauf des Kurt-Schwitters-Forums, Geb.1 Rpl.Nr. 5331 004	(—)	(15.000.000)	(—)	(+15.000.000)	(—)
891 61-6 (GA)	137	Zuführungen für den Erwerb von Grund- stücken	—	13.000.000	—	+13.000.000	—
893 61-9 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	2.000.000	—	+2.000.000	—
TGr. 62		Fachhochschule Hannover; Ankauf des Kurt-Schwitters-Forums, Geb.2 Rpl.Nr. 5331 005	(—)	(2.200.000)	(—)	(+2.200.000)	(—)
891 62-4 (GA)	137	Zuführungen für den Erwerb von Grund- stücken	—	—	—	—	—
893 62-7 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	2.200.000	—	+2.200.000	—
TGr. 63		Fachhochschule Hannover; Ankauf des Kurt-Schwitters-Forums, Geb.3 Rpl.Nr. 5331 006	(—)	(580.000)	(—)	(+580.000)	(—)
891 63-2 (GA)	137	Zuführungen für den Erwerb von Grund- stücken	—	—	—	—	—
893 63-5 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	580.000	—	+580.000	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 03 allgemein (s. Haushaltsvermerk zu 891 02)

1. Die Ansätze der Kapitel 06 03 und 06 04 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Hochschulbauplafond
Der Aufbau und Ausbau von Hochschulen (einschließlich der Hochschulkliniken) ist eine Gemeinschaftsaufgabe des Bundes und der Länder (Art. 91 a Abs. 1 Nr. 1 GG). Die Ausführung richtet sich nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Ausbau und Neubau von Hochschulen“ (Hochschulbauförderungsgesetz – HBFG –) vom 1. 9. 1969 (BGBl. I Seite 1556) in der jeweils gültigen Fassung. Für die Erfüllung dieser Gemeinschaftsaufgabe wird entsprechend dem Zeitraum der Finanzplanung ein gemeinsamer Rahmenplan aufgestellt, der jährlich der Entwicklung angepasst und fortgeschrieben wird (§ 5 HBFG).
Mit dem Haushalt 1999/2000 und der MiPla 1998–2002 wurde ein zunächst bis zum Haushaltsjahr 2002 festgeschriebener Hochschulbauplafond in Höhe von 242 Mio. DM für kleine und große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (ohne Bauunterhaltung) geschaffen.
Der Betrag für den Plafond erhöht sich durch Einsparungen aus räumlicher Konzentration der MHH um 20 Mio. DM (brutto), sowie ggf. um zusätzliche Mittel aus dem Anreizsystem (Medizin), von Dritten finanzierte Vorhaben sowie im laufenden Betrieb der Hochschulen eingesparte Mittel (§ 132 NHG).
Im Hinblick auf die Bewirtschaftung des Hochschulbauplafonds verbleibt es bei den derzeit veranschlagten Maßnahmen zunächst bei der bisherigen Veranschlagung (Kap. 06 03/0604/Epl. 20). Die Bewirtschaftung der laufenden sowie der aus der Prioritätenliste Hochschulbau in die Veranschlagung übernommenen Vorhaben erfolgt nach dem bisherigen Verfahren.
Neue Vorhaben werden nach den Regelungen für den Plafond geplant und durchgeführt.
Die Deckungsfähigkeit im Epl. 20 zwischen den Maßnahmen des Hochschulbauplafonds und den sonstigen Hochbaumaßnahmen wird für das Haushaltsjahr 2001 in dem Sinne eingeschränkt, dass Verstärkungen zugunsten oder zu Lasten des einen oder anderen Plafonds bei der Resteübertragung bzw. im Zuge der Bewirtschaftung des nächsten Jahres auszugleichen sind („Vorriffsregelung“).
3. MWK darf die zur Durchführung der im Kap. 06 03 aufgeführten Maßnahmen erforderlichen Mittel nach dem Bau- oder Beschaffungsfortschritt in der Höhe zusätzlich in Anspruch nehmen, in der sie bei anderen Titeln oder Titelgruppen der Kap. 06 03 oder 06 04 entbehrlich sind.
4. Grundstückskosten für große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landes, die aus dem Allgemeinen Grundstock vorfinanziert werden, sind diesem nach entsprechender Veranschlagung zu erstatten.
5. Die Ausgabeansätze erhöhen sich um die für einzelne Maßnahmen bestimmten Mehreinnahmen der Titel 121 02 der Hochschulkapitel.
6. Die Erläuterung zu Kapitel 06 04 Titel 891 45 gilt für das Kapitel 06 03 entsprechend.

Zu 331 01

Erstattung des Bundes gem. § 12 HBFG für die im Kap. 06 03 veranschlagten Baumaßnahmen.

Zu 891 02

Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der für diesen Zweck aufkommenden Ablieferungen der Landesbetriebe bei Titel 121 02 der Kapitel 06 33 bis 06 39.

Zu 891 05

Vorläufige Gesamtkosten	10 084 000 DM
Baukosten	10 084 000 DM
Finanzierung:	
bis einschließlich Haushalt 2000	4 500 000 DM
Haushalt 2001	1 000 000 DM
Noch zu veranschlagen	4 584 000 DM

Zu 891 06

Gesamtkosten	12 340 000 DM
Grunderwerbskosten	4 705 000 DM
Baukosten	7 635 000 DM
Finanzierung:	
bis einschließlich Haushalt 2000	9 280 000 DM
Haushalt 2001	3 060 000 DM

Zu 891 07

Gesamtkosten	25 000 000 DM
Grunderwerbskosten	25 000 000 DM
Finanzierung:	
bis einschließlich Haushalt 2000	9 000 000 DM
Haushalt 2001	8 000 000 DM
Noch zu veranschlagen	8 000 000 DM

Zu TGr. 61

Gesamtkosten	69 250 000 DM
Grunderwerbskosten	66 700 000 DM
Ersteinrichtung	2 550 000 DM
Finanzierung:	
bis einschließlich Haushalt 2000	2 300 000 DM
Haushalt 2001	15 000 000 DM
Noch zu veranschlagen	51 950 000 DM

Zu TGr. 62

Vorläufige Gesamtkosten	57 725 000 DM
Grunderwerbskosten	55 00 000 DM
Ersteinrichtung	2 725 000 DM
Finanzierung:	
bis einschließlich Haushalt 2000	2 600 000 DM
Haushalt 2001	2 200 000 DM
Noch zu veranschlagen	52 925 000 DM

Zu TGr. 63

Vorläufige Gesamtkosten	8 725 000 DM
Grunderwerbskosten	8 000 000 DM
Ersteinrichtung	725 000 DM
Finanzierung:	
bis einschließlich Haushalt 2000	400 000 DM
Haushalt 2001	580 000 DM
Noch zu veranschlagen	7 745 000 DM

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0603 Baumaßnahmen für Fachhochschulen und künstl.-wissenschaftl. Hochschulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 64		Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven - Standort Emden; Umbau im Altgebäudebestand - Rpl.Nr. 5441 002	(—)	(2.000.000)	(—)	(+2.000.000)	(—)
891 64-0 (GA)	137	Zuführungen für Baukosten	—	2.000.000	—	+2.000.000	—
893 64-3 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 65		Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven - Standort Wilhelmshaven; Neubau eines Hallen- u. Laborber. -Rpl.Nr.5520 005	(—)	(2.650.000)	(—)	(+2.650.000)	(—)
891 65-9 (GA)	137	Zuführungen für Baukosten	—	2.650.000	—	+2.650.000	—
893 65-1 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 66		Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven; Neubau einschl. Beschaffung eines Simulators - Rpl.Nr. 5482 001	(—)	(3.812.000)	(—)	(+3.812.000)	(—)
891 66-7 (GA)	137	Zuführungen für Baukosten und Erwerb von Grundstücken	—	3.612.000	—	+3.612.000	—
893 66-0 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	200.000	—	+200.000	—
TGr. 68		Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven - Standort Emden; Neubau für praxisnahe Forschung u.a. - Rpl.Nr.5441 006	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 68-3 (GA)	137	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	—	—
893 68-6 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 69		Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel; Umbau der Northampton Barracks Rpl.Nr. 5311 188	(—)	(1.000.000)	(—)	(+1.000.000)	(—)
891 69-1 (GA)	137	Zuführungen für Baukosten	—	1.000.000	—	+1.000.000	—
893 69-4 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
916 69-4 (GA)	950	Zuführungen an den Grundstock	—	—	—	—	—
TGr. 70		Fachhochschule Osnabrück; Erwerb und Umbau der Von-Stein-Kaserne Rpl.Nr. 5500 001	(—)	(3.000.000)	(—)	(+3.000.000)	(—)
891 70-5 (GA)	137	Zuführungen für Baukosten und Erwerb von Grundstücken	—	3.000.000	—	+3.000.000	—
893 70-8 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 73		Fachhochschule Hildesheim/Holzminde/Gött.-Standort Göttingen; Neubau für Präzisionsfertigungstechnik - Rpl.Nr. 5382 007	(—)	(4.400.000)	(—)	(+4.400.000)	(—)
891 73-0 (GA)	137	Zuführungen für Baukosten	—	3.400.000	—	+3.400.000	—
893 73-2 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	1.000.000	—	+1.000.000	—
TGr. 75		Fachhochschule Nordostniedersachsen; Umbau des Gebäudes Rotenbleicher Weg 67 Rpl.Nr. 5461 004	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 75-6 (GA)	137	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu TGr. 64

Gesamtkosten	6 092 000 DM
Baukosten	3 442 000 DM
Ersteinrichtung	2 650 000 DM
Finanzierung:	
bis einschließlich Haushalt 2000	1 100 000 DM
Haushalt 2001	2 000 000 DM
Noch zu veranschlagen	2 992 000 DM

Zu TGr. 65

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 25 457 000 DM.

Zu TGr. 66

Gesamtkosten	9 662 000 DM
Grunderwerbskosten	12 000 DM
Baukosten	9 450 000 DM
Ersteinrichtung	200 000 DM
Finanzierung:	
bis einschließlich Haushalt 2000	5 850 000 DM
Haushalt 2001	3 812 000 DM

Zu TGr. 68

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 5 958 000 DM.

Zu TGr. 69

Gesamtkosten	13 860 000 DM
Baukosten	10 600 000 DM
Ersteinrichtung	2 900 000 DM
Grunderwerbskosten	360 000 DM
Finanzierung:	
bis einschließlich Haushalt 2000	2 500 000 DM
Haushalt 2001	1 000 000 DM
Noch zu veranschlagen	10 360 000 DM

Zu TGr. 70

Gesamtkosten	16 500 000 DM
Grunderwerbskosten	1 700 000 DM
Baukosten	12 800 000 DM
Ersteinrichtung	2 000 000 DM
Finanzierung:	
bis einschließlich Haushalt 2000	8 500 000 DM
Haushalt 2001	3 000 000 DM
Noch zu veranschlagen	5 500 000 DM

Zu TGr. 73

Gesamtkosten	9 362 000 DM
Baukosten	7 862 000 DM
Ersteinrichtung	1 500 000 DM
Finanzierung:	
bis einschließlich Haushalt 2000	700 000 DM
Haushalt 2001	4 400 000 DM
Noch zu veranschlagen	4 262 000 DM

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0603 Baumaßnahmen für Fachhochschulen und künstl.-wissenschaftl. Hochschulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
893 75-9 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 76		Fachhochschule Nordostniedersachsen; Umbau des Gebäudes Wilschenbrucher Weg Rpl.Nr. 5461 005	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 76-4 (GA)	137	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	—	—
893 76-7 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 81		Hochschule für Bildende Künste Braun- schweig; Erweiterung der Bibliothek Rpl.Nr. 2830 001	(—)	(3.000.000)	(—)	(+3.000.000)	(—)
891 81-0 (GA)	137	Zuführungen für den Erwerb von Gebäuden und für Baukosten	—	2.640.000	—	+2.640.000	—
893 81-3 (GA)	137	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	360.000	—	+360.000	—
TGr. 85		Dienstleistungen Außenstehender bei Modell- versuchen für Bauunterhaltungsmaßnahmen und kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
682 85-5	137	Zuführungen für Bauunterhaltungsmaßnahmen	—	—	—	—	—
891 85-3	137	Zuführungen für kleine Neu-, Um- und Erwei- terungsbauten	—	—	—	—	—
Abschluss Kapitel 06 03							
3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen				25.301.000	—	+25.301.000	
Summe der Einnahmen				25.301.000	—	+25.301.000	
6 Übertragungsausgaben			—	—	—	—	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	49.702.000	—	+49.702.000	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	900.000	—	+900.000	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	50.602.000	—	+50.602.000	
Zuschuss				25.301.000	—	+25.301.000	

ERLÄUTERUNGEN

Zu TGr. 81

Gesamtkosten	8 547 000 DM
Grunderwerbskosten	5 963 000 DM
Umbaukosten	2 224 000 DM
Ersteinrichtung	360 000 DM
Finanzierung:	
Haushalt 2001	3 000 000 DM
Noch zu veranschlagen	5 547 000 DM

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0604 Baumaßnahmen für Universitäten und wiss. Hochschulen, sonstige Investitionen nach dem HBFG

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
331 01-0 (GA)	131	Zuweisungen des Bundes gem. § 12 HBFG		49.207.200	55.782.500	-6.575.300	34.000
333 01-3	132	Zuweisungen für Investitionen von Gemeinden		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
883 02-1 (GA)	131	Zuweisungen für Investitionen der Stadt Göttingen ***Die allgemeinen Erläuterungen zum Kapitel 0604 sind verbindlich.	—	—	—	—	—
883 03-0 (GA)	131	Zuweisungen für Investitionen der Stadt Hannover - Rpl.Nr. 1739 018	—	—	—	—	—
891 02-4	131	Zuführungen für Baumaßnahmen bis 3 Mio. DM ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	—	—	—	650
891 03-2	131	Zuführungen aus dem Sonderprogramm BU zur Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	—	—	—	—
891 04-0	132	Zuführungen für Baumaßnahmen bis 3 Mio. DM der Universität Göttingen - Bereich Human- medizin ***Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist Nr. 1 der Erläuterung verbindlich.	—	1.000.000	—	+1.000.000	—
891 05-9 (GA)	132	Zuführungen für die U. Göttingen, Bereich Humanmed.; Erneuerung von Sterilisations- anlagen einschl. Umbau -Rpl.Nr.1039-002/017	—	—	—	—	—
891 06-7 (GA)	132	Zuführungen für die U. Göttingen, Bereich Humanmedizin; Grundinstandsetzung der AWT- Anlage - Rpl.Nr. 1039-004	—	—	—	—	—
891 08-3 (GA)	132	Zuführungen für die Med. Hochschule Han- nover; baul. Maßnahmen zur Inbetriebnahme eines Kernspintomographen - Rpl.Nr.1739 028	—	—	—	—	—
891 11-3 (GA)	131	Zuführungen für die Universität Osnab- rück; Erwerb eines Hörsaal- und Verfü- gungsgebäudes - Rpl.Nr. 0530 006	—	—	—	—	—
891 12-1 (GA)	131	Universität Hannover; Zuführungen für die Herrichtung des Rech- nerraumes (Hochleistungsrechner)	—	—	—	—	—
891 36-9 (GA)	131	Zuführungen an die Landesbetriebe für Großgerätebeschaffungen nach dem HBFG ein- schl. Vernetzungen * Einseitig deckungsfähig zu Lasten 0610 - 682 01, 0610 - 891 01, 0612 - 682 01, 0612 - 891 01, 0613 - 682 01, 0613 - 891 01, 0614 - 682 01, 0614 - 891 01, 0615 - 682 01, 0615 - 891 01, 0616 - 682 01, 0616 - 891 01, 0617 - 682 01, 0617 - 891 01, 0618 - 682 01, 0618 - 891 01, 0619 - 682 01, 0619 - 891 01, 0621 - 682 01, 0621 - 891 01, 0622 - 682 01, 0622 - 891 01, 0623 - 682 01, 0623 - 891 01, 0629 - 682 01, 0629 - 891 01, 0630 - 682 01, 0630 - 891 01, 0633 - 682 01, 0633 - 891 01, 0634 - 682 01, 0634 - 891 01, 0636 - 682 01, 0636 - 891 01, 0637 - 682 01, 0637 - 891 01, 0638 - 682 01, 0638 - 891 01, 0639 - 682 01 und 0639 - 891 01. ***Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist Nr. 1 der Erläuterung verbindlich.	39.500.000 —	54.067.000	—	+54.067.000	—
891 45-8 (GA)	131	Zuführungen für die Durchführung von Hochbaumaßnahmen ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	355.006.000 —	—	—	—	—
893 02-7 (GA)	144	Zuschuss an das Studentenwerk Osnabrück für die Errichtung einer Mensa an der Fachhoch- schule Osnabrück - Rpl.Nr. 5500 005 -	—	3.000.000	—	+3.000.000	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 04 allgemein (s. Haushaltsvermerk zu 883 02)

1. Die Ansätze der Kapitel 06 03 und 06 04 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Die sonstigen Erläuterungen zu Kap. 06 03 allgemein gelten für das Kap. 06 04 entsprechend.

Zu 331 01

Erstattungen des Bundes gem. § 12 HBFG für die im Kap. 06 04 veranschlagten Baumaßnahmen.

Zu 891 02

Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der für diesen Zweck aufkommenden bzw. veranschlagten Ablieferungen der Landesbetriebe bei Titel 121 02 der Kapitel 06 10, 06 13 bis 06 21, 06 29 und 06 30.

Zu 891 04

1. Mehrausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der für diesen Zweck zusätzlich aufkommenden Ablieferungen des Landesbetriebs bei Kap. 06 12 Titel 121 02.
2. Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt aus dem Anreizsystem. Die Veranschlagung umfasst folgende Maßnahmen:
 1. Umgestaltung des Eingangsbereichs 700 000 DM
 2. Bauliche Maßnahmen zur Inbetriebnahme eines Großgeräts 300 000 DM

Zusammen 1 000 000 DM

Zu 891 11

Gesamtkosten 23 000 000 DM
 Grunderwerbskosten 23 000 000 DM
 Finanzierung
 Noch zu veranschlagen 23 000 000 DM

Zu 891 36

1. Die Ausgaben erhöhen sich um die für diesen Zweck zusätzlich aufkommenden Ablieferungen der Landesbetriebe bei Titel 121 02 der Kap. 06 10 bis 06 39.
2. Ansätze und VE 2001:
 1. Barmittel 29 567 000 DM
 2. Ablösung von Verpflichtungsermächtigungen anderer Haushaltsstellen aus dem Haushaltsjahr 2000 zu Lasten des Haushaltsjahres 2001 24 500 000 DM
3. Aus Drittmitteln finanzierte Großgeräte 7 207 000 DM
4. Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2001 zu Lasten des Haushaltsjahres 2002 29 500 000 DM
5. Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2001 zu Lasten des Haushaltsjahres 2003 5 000 000 DM
6. Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2001 zu Lasten des Haushaltsjahres 2004 5 000 000 DM

Zusammen 100 774 000 DM

davon

1. Großgeräte NIG 32 014 000 DM
2. Großgeräte Medizin 25 100 000 DM
3. Wiss. EDV-Netzprogramm 5 000 000 DM
4. Wiss. EDV-Großgeräte 32 500 000 DM
5. FHS-Entwicklungsprogramm 6 160 000 DM

Noch zu 891 36

Zusammenstellung der Großgeräte nach Hochschulen (einschließlich Wiss. EDV-Netzprogramm) und Großgeräten über 2 Mio. DM:

Universität Göttingen (ohne Medizin) 3 817 000 DM
 Universität Göttingen (Medizin) 13 241 700 DM
 Großgeräte bis 2 Mio. DM 10 441 700 DM
 Großgeräte über 2 Mio. DM
 12-01-08 1 Herzkathetermessplatz (Abt. Kardiologie) 2 800 000 DM

Universität Oldenburg 2 508 000 DM
 Universität Osnabrück 2 947 000 DM
 Technische Universität Braunschweig 8 952 800 DM
 Technische Universität Clausthal 6 220 400 DM

Universität Hannover 34 593 000 DM

Großgeräte bis 2 Mio. DM 7 693 000 DM

Großgeräte über 2 Mio. DM

17-01-01* 1 Präzisions-schmiedepresse (Institut für Umformtechnik) 4 000 000 DM

17-00-ZR-03 2 Vorrechner, 2. Rate 2 900 000 DM
 (Gesamtkosten 4,9 Mio. DM)

(Regionales Rechenzentrum)

17-01-ZR-01 1 Landeshochleistungsrechner 20 000 000 DM
 (Zahlung in 4 Raten à 5,0 Mio. DM)
 (Regionales Rechenzentrum)

Medizinische Hochschule Hannover 12 471 900 DM

Großgeräte bis 2 Mio. DM 7 472 000 DM

Großgeräte über 2 Mio. DM

19-00-02 1 PET-Scanner 4 999 900 DM
 (Nuklearmedizin)

Tierärztliche Hochschule Hannover 2 951 500 DM

Hochschule für Bildende Künste Braunschweig 602 000 DM

Hochschule für Musik und Theater Hannover 279 000 DM

Universität Hildesheim 300 000 DM

Universität Lüneburg 856 000 DM

FH Osnabrück 1 447 000 DM

FH Hildesheim/Holzminde/Göttingen 1 065 000 DM

FH Nordostniedersachsen 1 094 000 DM

FH Braunschweig/Wolfenbüttel 1 203 600 DM

FH Hannover 1 770 300 DM

FH Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven 1 955 100 DM

Preissteigerungsansätze und Unvorhersehbares 2 498 700 DM

*) Finanzierung des Landesanteils aus Drittmitteln

Belastung

des Haus- halts- jahres	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2002	—	—	29 500 000	29 500 000
2003	—	—	5 000 000	5 000 000
2004	—	—	5 000 000	5 000 000

Zu 891 45

Zur Durchführung von Baumaßnahmen, die in den Kap. 06 03 und 06 04 veranschlagt sind, dürfen Verpflichtungen zu Lasten kommender Haushaltsjahre bis zur Höhe der noch zu veranschlagenden Ausgaben eingegangen werden. Gleiches gilt für Vorhaben, bei denen im Rahmen der Bauausführung Mehrkosten entstehen.

Der noch nicht belegte Anteil der Verpflichtungsermächtigungen stellt sich wie folgt dar:

Belastung künftiger Haushaltsjahre

Belastung der Haushaltsjahre	DM
Hj. 2002 und später	355 006 000

Zu 893 02

Zuschuss an das Studentenwerk Osnabrück für die Errichtung einer Mensa an der FH Osnabrück als Festbetragsfinanzierung in Höhe der Gesamtherstellungskosten (34,9 Mio. DM).

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0604 Baumaßnahmen für Universitäten und wiss. Hochschulen, sonstige Investitionen nach dem HBFG

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
916 01-9 (GA)	950	Technische Universität Braunschweig; Zuführung an den Grundstock für den Erwerb einer BGS-Kaserne -Rpl.Nr. 1430 025/026- * Übertragbar.	—	10.000.000	—	+10.000.000	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Universität Göttingen; Neubau eines Gästehauses	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 61-0 (GA)	132	Zuführungen für Baukosten und den Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	—
893 61-2 (GA)	132	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 62		Universität Göttingen; Neubau für den FB Physik, 1. BA - Rpl.Nr. 1031 003/004 -	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 62-8 (GA)	131	Zuführungen für den Erwerb von Grund- stücken	—	—	—	—	—
893 62-0 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 63		Universität Göttingen; Sanierung der SUB, 1.BA - Rpl.Nr. 1031 009 -	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 63-6 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	—	—
893 63-9 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 64		Dienstleistungen Außenstehender bei Modell- versuchen für Bauunterhaltungsmaßnahmen und kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	(—)	(—)	(—)	(—)	(51)
682 64-6	131	Zuführungen für Bauunterhaltungsmaßnahmen	—	—	—	—	51
891 64-4	131	Zuführungen für kleine Neu-, Um- und Erwei- terungsbauten	—	—	—	—	—
TGr. 66		Universität Oldenburg; Neubau eines Hörsaalzentrums - Rpl.Nr. 0520 002 -	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 66-0 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	—	—
893 66-3 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 67		Universität Oldenburg; Neubau für Wirt- schaftswissenschaften, Informatik und Zentrale Einrichtungen - Rpl.Nr. 0520 005 -	(—)	(3.678.000)	(—)	(+3.678.000)	(—)
891 67-9 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten und den Erwerb von Grundstücken	—	3.453.000	—	+3.453.000	—
893 67-1 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	225.000	—	+225.000	—
TGr. 69		Universität Göttingen; Neubau eines interdisziplinären Experimentallabors zur Förderung des wissensch. Nachwuchses	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 69-5 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	—	—
893 69-8 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—

 ERLÄUTERUNGEN

Zu TGr. 62

Gesamtkosten	209 633 000 DM
Baukosten	96 211 000 DM
Finanzierungskosten	77 822 000 DM
Ersteinrichtung	27 600 000 DM
Planungskosten	8 000 000 DM
Finanzierung:	
bis einschl. Haushalt 2000	7 000 000 DM
Noch zu veranschlagen	202 633 000 DM

Zu TGr. 67

Gesamtkosten	13 778 000 DM
Baukosten	12 703 000 DM
Ersteinrichtung	1 075 000 DM
Finanzierung:	
bis einschl. Haushalt 2000	10 000 000 DM
Haushalt 2001	3 678 000 DM

Zu TGr. 69

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist. Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 5,9 Mio. DM.

Die Realisierung erfolgt im Rahmen des XLAB-Projekts.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0604 Baumaßnahmen für Universitäten und wiss. Hochschulen, sonstige Investitionen nach dem HBFG

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 70		Universität Osnabrück; Engpassbeseitigung im Innenstadtbereich - Rpl.Nr. 0530 003 -	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 70-9 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten und den Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	—
893 70-1 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 73		Technische Universität Braunschweig; Neubau einer 2. Mensa - Rpl.Nr. 1430 262 -	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 73-3 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	—	—
893 73-6 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 74		Technische Universität Braunschweig; Neubau eines Informatikzentrums - Rpl.Nr. 1430 001/019 -	(—)	(2.050.100)	(—)	(+2.050.100)	(—)
891 74-1 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	2.050.100	—	+2.050.100	—
893 74-4 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 76		Technische Universität Clausthal; Neubau und Sanierung von Mensen - Rpl.Nr. 1440 226 -	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 76-8 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten und den Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	—
893 76-0 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 77		Universität Hannover; Erweiterungsbauten am Standort Herrenhausen für den FB Gartenbau, 1.BA - Rpl.Nr. 1450 017 -	(—)	(4.119.500)	(—)	(+4.119.500)	(—)
891 77-6 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	4.119.500	—	+4.119.500	—
893 77-9 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 78		Universität Hannover; Erwerb und Erweite- rung sowie Ersteinrichtung des ehemaligen Conti-Gebäudes - Rpl.Nr. 1450 574 -	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 78-4 (GA)	131	Zuführungen für den Erwerb von Geräten sowie eines Verwaltungsgebäudes	—	—	—	—	—
TGr. 79		Universität Hannover; Ausbau der Informatikinstitute - Rpl.Nr. 1450 674 -	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 79-2 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	—	—
893 79-5 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 80		Universität Hannover; Umbau Gebäude Nienburger Str. 1-4 - Rpl.Nr. 1450 021 -	(—)	(2.600.000)	(—)	(+2.600.000)	(—)
891 80-6 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	2.600.000	—	+2.600.000	—
893 80-9 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu TGr. 74

Gesamtkosten	39 500 000 DM
Baukosten	34 200 000 DM
Ersteinrichtung	5 300 000 DM
Finanzierung:	
bis einschl. Haushalt 2000	24 985 100 DM
Haushalt 2001	2 050 100 DM
noch zu veranschlagen	12 464 800 DM

Zu TGr. 77

Gesamtkosten	16 900 000 DM
Baukosten	16 900 000 DM
Finanzierung:	
bis einschl. Haushalt 2000	4 380 500 DM
Haushalt 2001	4 119 500 DM
Noch zu veranschlagen	8 400 000 DM

Zu TGr. 80

Gesamtkosten	6 391 000 DM
Baukosten	4 830 000 DM
Ersteinrichtung	1 561 000 DM
Finanzierung:	
bis einschl. Haushalt 2000	1 500 000 DM
Haushalt 2001	2 600 000 DM
Noch zu veranschlagen	2 291 000 DM

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0604 Baumaßnahmen für Universitäten und wiss. Hochschulen, sonstige Investitionen nach dem HBFG

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 81		Universität Hannover; Erwerb und Herrichtung Grundstück Schneiderberg - Rpl.Nr. 1450 023 -	(—)	(2.000.000)	(—)	(+2.000.000)	(—)
891 81-4 (GA)	132	Zuführungen für Baukosten und den Erwerb von Grundstücken	—	2.000.000	—	+2.000.000	—
TGr. 82		Universität Hannover; Neubauten für den FB Gartenbau, 2.BA - Rpl.Nr. 1450 018 -	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 82-2 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	—	—
893 82-5 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 83		Med. Hochschule Hannover; Neubau eines Transplantationsforschungszentrums (TPFZ) sowie einer Frauenkl. - Rpl.Nr.1739 003/033	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 83-0 (GA)	131	Zuführungen für den Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	—
893 83-3 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 85		Universität Lüneburg; räumlicher Ausbau, 2. BA - Rpl.Nr. 0990 001 -	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 85-7 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	—	—	—	—
893 85-0 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 86		Universität Lüneburg; räumlicher Ausbau, 3. BA - Rpl.Nr. 0990 002 -	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 86-5 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten und den Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	—
893 86-8 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 87		Klinikum Göttingen; Ausstattung mit Client-Server-Strukturen einschl. Vernetzung - Rpl.Nr. 1039 027 -	(—)	(5.000.000)	(—)	(+5.000.000)	(—)
891 87-3 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	5.000.000	—	+5.000.000	—
893 87-6 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 88		Medizinische Hochschule Hannover; Ausstattung mit Client-Server-Strukturen einschl. Vernetzung - Rpl.Nr. 1739 026 -	(—)	(5.000.000)	(—)	(+5.000.000)	(—)
891 88-1 (GA)	132	Zuführungen für Baukosten	—	5.000.000	—	+5.000.000	—
893 88-4 (GA)	132	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 89		Universität Göttingen - Bereich Humanmedizin -; Umbau VER-Gebäude Ost - Rpl.Nr. 1039 022 -	(—)	(3.000.000)	(—)	(+3.000.000)	(—)
891 89-0 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	3.000.000	—	+3.000.000	—
893 89-2 (GA)	131	Zuführungen für Ersteinrichtungen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu TGr. 81

Vorläufige Gesamtkosten	9 000 000 DM
Grunderwerbskosten	7 000 000 DM
Baukosten	2 000 000 DM
Finanzierung:	
bis einschl. Haushalt 2000	7 000 000 DM
Haushalt 2001	2 000 000 DM

Zu TGr. 82

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist. Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 18,1 Mio. DM.

Zu TGr. 83

Gesamtkosten	252 198 000 DM
Baukosten	121 053 000 DM
Finanzierungskosten	80 145 000 DM
Ersteinrichtung	40 000 000 DM
Planungskosten	11 000 000 DM
Finanzierung:	
bis einschl. Haushalt 2000	11 000 000 DM
Haushalt 2001	— DM
Noch zu veranschlagen	241 198 000 DM

Zu TGr. 87

Gesamtkosten	25 000 000 DM
Baukosten	25 000 000 DM
Finanzierung:	
bis einschl. Haushalt 2000	17 230 000 DM
Haushalt 2001	5 000 000 DM
Noch zu veranschlagen	2 770 000 DM

Zu TGr. 88

Gesamtkosten	25 000 000 DM
Baukosten	5 700 000 DM
Ersteinrichtung	19 300 000 DM
Finanzierung:	
bis einschl. Haushalt 2000	20 000 000 DM
Haushalt 2001	5 000 000 DM

Zu TGr. 89

Gesamtkosten	9 431 000 DM
Baukosten	9 406 000 DM
Ersteinrichtung	25 000 DM
Finanzierung:	
bis einschl. Haushalt 2000	1 500 000 DM
Haushalt 2001	3 000 000 DM
Noch zu veranschlagen	4 931 000 DM

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0604 Baumaßnahmen für Universitäten und wiss. Hochschulen, sonstige Investitionen nach dem HBFG

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 90		Universität Göttingen - Bereich Humanmedi- zin -; Grundinstandsetzung der zentralen OP-Abteilung - Rpl.Nr. 1039 013 -	(—)	(1.000.000)	(—)	(+1.000.000)	(—)
891 90-3 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	1.000.000	—	+1.000.000	—
TGr. 91		Universität Göttingen - Bereich Humanmedi- zin -; Grundinstandsetzung der Zufahrten - Rpl.Nr. 1039 023 -	(—)	(400.000)	(—)	(+400.000)	(—)
891 91-1 (GA)	131	Zuführungen für Baukosten	—	400.000	—	+400.000	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	86.864.900		114.565.000	-114.565.000	
		Abschluss Kapitel 06 04					
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		49.207.200	55.782.500	-6.575.300	
		Summe der Einnahmen		49.207.200	55.782.500	-6.575.300	
		6 Übertragungsausgaben	—	—	—	—	
		7 Bauausgaben	—	—	85.450.000	-85.450.000	
			12.964.900				
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	394.506.000	86.914.600	19.615.000	+67.299.600	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	73.900.000	10.000.000	9.500.000	+500.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	394.506.000 86.864.900	96.914.600	114.565.000	-17.650.400	
		Zuschuss		47.707.400	58.782.500	-11.075.100	

ERLÄUTERUNGEN

Zu TGr. 90

Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage-Bau gem. § 24 LHO aufgestellt ist. Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf 79,438 Mio. DM.

Zu TGr. 91

Vorläufige Gesamtkosten	5 750 000 DM
Baukosten	5 750 000 DM
Finanzierung:	
Haushalt 2001	400 000 DM
Noch zu veranschlagen	5 350 000 DM

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0605 Ausbildungsförderung, sonstige Förderung von Studierenden

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 41-4	142	Rückzahlung von Überzahlungen		210.000	110.000	+100.000	211
119 51-1	142	Vermischte Einnahmen		2.000	2.000	—	—
119 67-8	142	Rückzahlung von aus Landesmitteln gewährten Ausbildungsbeihilfen		10.000	40.000	–30.000	7
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62		Ausbildungsförderung (BAföG)		(221.496.500)	(177.508.100)	(+43.988.400)	(172.952)
162 62-0	142	Zinseinnahmen aus Darlehen		—	—	—	1
182 62-0	142	Tilgungseinnahmen aus Darlehen		1.500	—	+1.500	—
241 61-9	141	Zuweisungen des Bundes für Schüler (Zuschüsse)		57.788.900	45.461.000	+12.327.900	46.354
241 62-7	142	Zuweisungen des Bundes für Studierende (Zuschüsse)		80.395.900	64.177.700	+16.218.200	63.022
242 62-3	142	Erstattung von Förderungsbeträgen für Auszubildende im Ausland durch Länder		500.000	500.000	—	350
281 61-0	142	Erstattungen für Leistungen im Rahmen der Ausbildungsförderung durch Unterhalts- pflichtige		1.100.000	1.100.000	—	800
331 61-8	141	Zuweisungen des Bundes für Schüler (Darlehen)		325.000	325.000	—	184
331 62-6	142	Zuweisungen des Bundes für Studierende (Darlehen)		81.385.200	65.944.400	+15.440.800	62.240
		A U S G A B E N					
663 01-7	146	Schuldendiensthilfe für Studentenwohn- raumbau	—	1.923.000	1.934.500	–11.500	1.945
682 01-1	144	Zuschüsse an Landesbetriebe für Essen der Studierenden * <i>Gegenseitig deckungsfähig: 682 01 und 684 01.</i>	—	1.535.000	1.000.000	+535.000	1.353
684 01-4	144	Essenzuschüsse für Studierende an Hoch- schulen außerhalb des Einzugsbereichs von Mensen der Studentenwerke * <i>Einseitig deckungsfähig zugunsten 684 02. Vgl. D-Vermerk zu 682 01.</i>	—	80.000	1.200.000	–1.120.000	76
684 02-2	144	Finanzhilfe für die Studentenwerke gemäß § 145 NHG * <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 684 01.</i>	—	34.568.800	34.110.000	+458.800	33.851
684 22-7	144	Zuschuß zur Studienstiftung des Deutschen Volkes	—	551.100	505.800	+45.300	506
812 19-5	144	Betriebliche Einbauten in die Mensen der Studentenwerke	—	1.500.000	1.300.000	+200.000	1.425
893 21-7	146	Zuschüsse des Landes für Studentenwohnraumförderung	—	1.500.000	1.800.000	–300.000	1.513
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62		Ausbildungsförderung (BAföG) * <i>Übertragbar.</i>	(—)	(340.240.000)	(274.048.000)	(+66.192.000)	(242.498)
642 62-1	142	Erstattung von Ausbildungsförderung an Länder	—	1.700.000	2.100.000	–400.000	1.483
681 61-9	141	Zuschüsse für Schüler *** <i>Gemäß § 15 Abs. 1 Satz 2 LHO dür- fen zurückzuzahlende Förderungsbeträ- ge einschließlich der anfallenden Zin- sen auch nach Schluß des Haushaltsjah-</i>	—	88.906.000	69.940.000	+18.966.000	64.788

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 61/62

Vgl. Erläuterungen zu der Ausgabetitelgruppe 61/62.

241 61, 241 62, 331 61 und 331 62

Veranschlagt sind die zu erwartenden Zuweisungen des Bundes i. H. v. 65 % des Gesamtansatzes der Ausgabetitelgruppe 61/62.

242 62

Erstattung des Länderanteils an der Förderung für Auszubildende, die ihren ständigen Wohnsitz in anderen Bundesländern haben und eine Ausbildungsstätte in Benelux-Staaten besuchen.

281 61

Erstattungen für Vorausleistungen an Schüler und Studierende.

Zu 663 01

Für die Umnutzung ehem. Kasernen und anderer geeigneter Liegenschaften für Zwecke stud. Wohnens ist ein Schuldendiensthilfeprogramm im Umfang von rd. 20,14 Mio. DM eingerichtet, in dessen Rahmen ca. 800 zusätzliche Wohnplätze an verschiedenen Hochschulstandorten geschaffen werden.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	1 923 000	—	—	1 923 000
2002	1 912 000	—	—	1 912 000
2003	1 901 000	—	—	1 901 000
2004	1 081 000	—	—	1 081 000
2005 ff.	2 339 900	—	—	2 339 900

Zu 682 01

	Portionen
1. Medizinische Hochschule Hannover (Betriebsküche)	129 023
2. Kliniken der Universität Göttingen (Betriebsküche)	235 200
3. Fachhochschule Hannover	17 000
4. Fachhochschule Hildesheim/Holzminde- Göttingen	53 786
5. Fachhochschule Nordostniedersachsen	167 352
6. Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/ Wilhelmshaven	85 866
7. Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel	66 670
8. Fachhochschule Osnabrück	97 880
Zusammen	852 777
je 1,80 DM =	1 534 998 DM

Zu 684 01

	Portionen
1. Ev. Fachhochschule Hannover	22 000
2. Freie Kunststudienstätte Ottersberg e. V.	22 444
Zusammen	44 444
je 1,80 DM =	79 999 DM

Zu 684 02

Die Studentenwerke erhalten ab 1994 eine Finanzhilfe gemäß § 145 NHG.

Auf die einzelnen Studentenwerke entfallen folgende Beträge:

Braunschweig	8 651 300 DM
Clausthal	2 416 700 DM
Göttingen	7 708 500 DM
Hannover	5 835 600 DM
Oldenburg	4 940 600 DM
Osnabrück	5 016 100 DM

Zusammen 34 568 800 DM

Zu 684 22

Die Studienstiftung des Deutschen Volkes gewährt Stipendien an Studenten im Grund- und Promotionsstudium und betreibt Auslandsförderungen sowie studienbegleitende Maßnahmen.

Der Berechnung des Zuschusses an die Studienstiftung liegt ein Satz von 7 Pf je Kopf der Wohnbevölkerung des Landes zugrunde.

Zu 812 19

Folgende Ersatzbeschaffungen bzw. Investitionszuschüsse sind erforderlich:

Studentenwerk Braunschweig	236 250 DM
FHS Braunschweig/Wolfenbüttel:	
Hubfriteuse	
Lüftung im Spülbereich	
FHS Nordostniedersachsen:	
2 Kombi-Dämpfer	
Uni Hildesheim:	
Kombidämpfer	
Hubfriteuse	
FHS Hildesheim:	
Kaffeemaschine mit Intercardzahlssystem	
Studentenwerk Clausthal	98 700 DM
Transportabler Getränkebehälter	
Erneuerung der Fußböden	
Erneuerung der Beleuchtung	
Innenausstattung	
Kaffeeautomat	
Kücheneinrichtung	
Studentenwerk Göttingen	486 250 DM
Zentralmensa:	
Erneuerung der Lüftungsanlage	
Studentenwerk Hannover	159 600 DM
Uni Hannover:	
Geräteausstattung Menülinie	
Studentenwerk Oldenburg	359 600 DM
FHS Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven:	
7 Kippbratpfannen	
5 Kochkessel	
Allesschneider	
Studentenwerk Osnabrück	159 600 DM
Spülautomat	
Erneuerung der Ausgabeanlage	
Zusammen	1 500 000 DM

Zu 893 21

Die Zuschüsse des Landes sind für die Sanierung und Modernisierung der älteren Studentenheime der Studentenwerke aus den 50er und 60er Jahren vorgesehen.

Zu Titelgruppe 61/62

Die Mittel für die aufgrund des Bundesgesetzes über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz – BAföG) in der jeweils geltenden Fassung zu gewährenden Leistungen für die Förderung der Studenten (Epl. 06) und die Förderung der Schüler (Epl. 07) sind hier veranschlagt. Der Bund trägt 65 v. H., die Länder tragen 35 v. H. der Förderungsleistungen.

Vgl. Erläuterungen zu Einnahmetitelgruppe 61/62.

642 62

Landesanteil an der Förderung für Auszubildende, die ihren ständigen Wohnsitz in Niedersachsen haben und eine Ausbildungsstätte außerhalb der Bundesrepublik und außerhalb der Benelux-Staaten besuchen.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0605 Ausbildungsförderung, sonstige Förderung von Studierenden

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 681 61-9		<i>res durch Absetzen von der Ausgabe ver- einnahmt werden.</i>					
681 62-7	142	Zuschüsse für Studierende ***Vgl. Vermerk zu 681 61.	—	123.686.000	98.735.000	+24.951.000	88.853
685 62-2	142	Anspruch der Deutschen Ausgleichsbank auf Erstattung von Verwaltungskosten sowie Darlehens- und Zinsbeträgen	—	240.000	1.320.000	-1.080.000	—
863 61-0	141	Darlehen für Schüler ***Vgl. Vermerk zu 681 61.	—	500.000	500.000	—	257
863 62-8	142	Darlehen für Studierende ***Vgl. Vermerk zu 681 61.	—	125.208.000	101.453.000	+23.755.000	87.118
TGr. 64		Besondere Kosten der Ausbildungsförderung	(—)	(15.859.000)	(16.734.000)	(-875.000)	(14.939)
633 64-9	142	Erstattung für Sonderzuständigkeiten gemäß § 45 Abs. 4 BAföG	—	250.000	250.000	—	244
684 64-2	144	Erstattung an die Studentenwerke ***Etwaige Überzahlungen sind auf die Ab- schlagszahlungen des folgenden Haus- haltsjahres anzurechnen.	—	15.609.000	16.484.000	-875.000	14.695
812 64-0	144	Erwerb von Informations- und Kommunika- tionstechnik * Übertragbar.	—	—	—	—	—
TGr. 67/68		Studienförd. für ausländische Studenten ***Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die Er- läuterungen zur Titelgruppe verbindlich.	(—)	(486.000)	(486.000)	(—)	(321)
681 67-8	023	Zuschüsse für Studenten aus Entwick- lungsländern * Übertragbar.	—	486.000	486.000	—	321
681 68-6	142	Zuschüsse für Studenten aus anderen Ländern * Übertragbar.	—	—	—	—	—
685 68-1	142	Zuschüsse an Institutionen und Sonstige im Inland	—	—	—	—	—
TGr. 72		Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses an Hochschulen * Übertragbar.	(—)	(2.600.000)	(2.756.300)	(-156.300)	(2.409)
681 72-4	144	Zuschüsse	—	—	2.756.300	-2.756.300	1.911
682 72-0	144	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	2.600.000	—	+2.600.000	498
Abschluss Kapitel 06 05							
1 Eigene Einnahmen				223.500	152.000	+71.500	
2 Übertragungseinnahmen				139.784.800	111.238.700	+28.546.100	
3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen				81.710.200	66.269.400	+15.440.800	
Summe der Einnahmen				221.718.500	177.660.100	+44.058.400	
6 Übertragungsausgaben			—	272.134.900	230.821.600	+41.313.300	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	128.708.000	105.053.000	+23.655.000	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	400.842.900	335.874.600	+64.968.300	
Zuschuss				179.124.400	158.214.500	+20.909.900	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 64

633 64

Veranschlagt ist der erwartete Bedarf für das Amt für Ausbildungsförderung in Hannover.

684 64

Für die verwaltungsmäßige Abwicklung der Förderungsfälle der Studierenden als Erstattungen an Studentenwerke.

Weniger infolge Anpassung an den Bedarf.

Zu Titelgruppe 67/68

Für die Förderung ausländischer Studenten, die nicht förderungsberechtigt nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) sind.

Diese Leistungen werden als Leistungen eigener Art unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes gewährt.

Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

681 67

Die Mittel sind bestimmt zur Gewährung von Stipendien an Fachhochschulstudenten (Teilnehmer des Bund/Länder-Stipendienprogramms).

Zu Titelgruppe 72

681 72

Die Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses an den Hochschulen durch Promotionsstipendien sowie durch Sonderzuwendungen für Sach- und Reisekosten richtet sich nach dem Nieders. Gesetz zur Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses (Graduiertenförderungsgesetz – GradFöG).

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0606 Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (GBV)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-1	162	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
381 01-5	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-5	162	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes * Übertragbar. Einseitig deckungsfähig zugunsten 891 01. ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich. *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.	—	3.190.600	—	+3.190.600	—
891 01-3	162	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebes * Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01. *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.	—	382.300	—	+382.300	—
		Abschluss Kapitel 06 06					
		1 Eigene Einnahmen		—	—	—	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		6 Übertragungsausgaben	—	3.190.600	—	+3.190.600	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	382.300	—	+382.300	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	3.572.900	—	+3.572.900	
		Zuschuss		3.572.900	—	+3.572.900	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 06 allgemein

Die Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes (GVB) in Göttingen wird ab 1.1.2001 als Landesbetrieb gemäß § 26 Abs. 1 LHO geführt. Der Landesbetrieb ist aus der bisherigen Titelgruppe 97/98 im Kapitel 06 10 hervorgegangen.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage beigelegt.

**Wirtschaftsplan für die
Verbundzentrale des Gemeinsamen Bibliotheksverbunds (GBV)
für das Geschäftsjahr 2001**

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

Aufwendungen	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Erträge	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
60 Sachaufwand	586 100	572 600	569 600	501 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen	3 190 600 ¹⁾	3 142 000	3 388 800
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	719 000	719 000	719 000	503 Zuweisungen Dritter für laufende Aufwendungen	6 543 900	6 370 000	4 498 500
62 Dienstbezüge, Löhne und Gehälter	4 186 400	4 160 790	3 224 863	51 Erträge aus Entgelten (Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse und andere eigene Leistungen)	25 000	25 000	25 000
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen	1 274 600	1 060 510	825 937	54 Sonstige betriebliche Erträge	607 500	593 000	2 550 000
66 Sonst. Personalaufwendungen	30 000	30 000	30 000	55 Übrige Erträge	—	—	—
67 Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	3 065 500	3 079 300	2 469 200	58 Sonstige außerordentliche Erträge	—	—	—
68 Aufwendungen für Kommunikation	505 400	507 800	500 100				
69 Sonstige Aufwendungen	—	—	2 123 600				
70 Betriebliche Steuern	—	—	—				
76 Außerordentlicher Aufwand	—	—	—				
78 Sonstige Steuern	—	—	—				
Gesamtsumme:	10 367 000	10 130 000	10 462 300		10 367 000	10 130 000	10 462 300

¹⁾ Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebes 3 190 600 DM

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2001

Investitionsausgaben	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Deckungsmittel	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
07 Technische Anlagen und Maschinen	1 126 000	1 135 000	1 000 000	504 Zuweisungen des Landes für Investitionen	382 300 ¹⁾	405 700	449 000
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—	509 Zuweisungen Dritter für Investitionen	743 700	729 300	551 000
				546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
				65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	1 126 000	1 135 000	1 000 000		1 126 000	1 135 000	1 000 000

¹⁾ Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebes 382 300 DM

**Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen der Angestellten)**

Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Angestellte im nds. Dienstverhältnis				
IV a	1	1	Verwaltungsdienst	Die Kosten für insgesamt 33 Stellen werden zu $\frac{4}{33}$ vom Land Niedersachsen getragen. Die übrigen $\frac{29}{33}$, die 2 von Hamburg verlagerten und die 3 in Hamburg etatisierten Stellen werden von allen Verbundteilnehmern am Bibliotheksverbund getragen.
VI b	1	1		
I a	1	1	Wissenschaftlicher Dienst	*) Zugang infolge Verlagerung aus Hamburg.) Zugang infolge Verlagerung aus Hamburg.
I b	1	1		
II a	4	4		
I	—	—	Bibliotheksdienst	
I a	—	—		
I b	1	1		
II a	2	2		
IV a*)	1	—		
I	1	1	Datenverarbeitungsdienst	
I b	2	2		
II a	—	—		
III	4	4		
IV a**)	10	9		
IV b	2	2		
V b	2	2		
VI b	2	2		
	35	33	Zwischensumme Niedersachsen	
Beamte und Angestellte im Hamburger Dienstverhältnis				
IV a	1	1	Bibliotheksdienst	
A 12	—	1		2001: Verlagert nach NI als IV a.
A 11	1	1		
A 10	1	1		
IV a	—	1	Datenverarbeitungsdienst	2001: Verlagert nach NI
	3	5	Zwischensumme Hamburg	
	38	38	Gesamt	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
60	Sachaufwand	586 100	572 600	569 600
6075	Sachaufwendungen für bibl. Fremddaten	443 500	430 000	430 000
6076	Weiterer Sachaufwand für bezogene Waren	98 000	98 000	95 000
605	Aufwendungen für Energie	44 600	44 600	44 600
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	719 000	719 000	719 000
616	Aufwendungen für Fremdwartung und Instandhaltung	719 000	719 000	719 000
Zu Kontengruppe				
63	Dienstbezüge, Gehälter	4 186 400	4 160 790	3 224 863
6301	Vergütungen der Angestellten	3 312 247	3 336 368	3 224 863
	Vergütung der befr. Beschäftigten	874 153	824 422	—
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen	1 274 600	1 060 510	825 937
6410	Arbeitgeberanteile Angestellte VZ	1 099 753	804 431	825 937
	Arbeitgeberanteile befr. Angestellte	174 847	256 079	—
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	30 000	30 000	30 000
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	30 000	30 000	30 000
Zu Kontengruppe				
67	Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	3 065 500	3 079 300	2 469 200
670	Arbeitsplatzkosten (Miete) VZ	372 800	372 800	354 500
	Arbeitsplatzkosten (Miete) Nds. Bibliotheksautomation	36 000	36 000	—
6721	Aufwendungen für das zentrale Bibliothekssystem	1 230 200	1 247 200	947 200
6722	Aufwendungen für die lokalen Bibliothekssysteme	693 700	706 000	685 500
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	732 800	717 300	482 000
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation	505 400	507 800	500 100
682	Aufwendungen für Telefon, Fax, WIN-Anschluss	450 100	450 100	450 100
685	Aufwendungen für Dienstreisen	55 300	57 700	50 000
Zu Kontengruppe				
69	Sonstige Aufwendungen	—	—	2 123 600
693	Andere sonst. Betriebliche Aufwendungen	—	—	2 123 600

Erläuterungen zum Erfolgs- und Finanzplan

Zu Kontenklasse 5: Erträge

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse sowie Erträge aus Zuweisungen und Entgelten	10 860 500	10 647 000	8 887 300
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen	3 190 600	3 142 000	3 388 800
504	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für Investitionen in der VZ	382 300	405 700	449 000
503	Erträge aus Zuweisungen Dritter für laufende Aufwendungen	6 543 900	6 370 000	4 498 500
509	Erträge aus Zuweisungen Dritter für Investitionen	743 700	729 300	551 000
Zu Kontengruppe				
51	Erträge aus Entgelten Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse und andere eigene Leistungen	25 000	25 000	25 000
511	Erträge aus Nutzungsentgelten	25 000	25 000	25 000
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	607 500	593 000	2 550 000
544	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen zur Nds. Bibliotheksautomation	607 500	593 000	2 550 000

Die Verbundzentrale des GBV ist eine Dienstleistungseinrichtung des Gemeinsamen Bibliotheksverbundes. Träger ist das Land Niedersachsen. Vertragspartner des Verwaltungsabkommens vom 14. 06. 1996 sind die Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen. Die Staatsbibliothek zu Berlin nimmt aufgrund des Vertrages vom 18. 06. 1999 am GBV teil.

Grundlage der Aufgaben und die Finanzierungsmodalitäten der Verbundzentrale des GBV sind das Verwaltungsabkommen über die Einrichtung eines Bibliotheksverbundes vom 14.6.1996 und die Beschlüsse der Verbundleitung des GBV.

Zu 503:

Bremen:	253 000 DM
Hamburg:	949 100 DM
Mecklenburg-Vorpommern:	854 700 DM
Sachsen-Anhalt:	975 500 DM
Schleswig-Holstein:	738 200 DM
Thüringen:	1 234 800 DM
Staatsbibliothek zu Berlin:	1 538 600 DM
Zusammen	6 543 900 DM

Zu 509:

Bremen:	30 100 DM
Hamburg:	123 400 DM
Mecklenburg-Vorpommern:	103 200 DM
Sachsen-Anhalt:	119 400 DM
Schleswig-Holstein:	91 300 DM
Thüringen:	150 300 DM
Staatsbibliothek zu Berlin:	126 000 DM
Zusammen	743 700 DM

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0607 Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 41-1	131	Rückzahlung von Überzahlungen		2.900.000	2.500.000	+400.000	2.867
242 01-9	178	Sonstige Erstattungen von Ländern		1.929.000	1.864.200	+64.800	1.833
251 01-8	179	Sonstige Zuweisungen vom Bund aufgrund der Ausführungsvereinbarung Akademienprogramm		6.026.700	5.907.600	+119.100	5.512
251 02-6	179	Zuweisungen des Bundes für die Einrichtungen der Blauen Liste - Betrieb -		15.002.900	16.397.300	–1.394.400	16.673
252 01-4	179	Sonstige Zuweisungen von Ländern aufgrund der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist Absatz 1 der Erläuterung verbindlich. 2. Rückzahlungen können abweichend von § 15 LHO durch Absetzungen von der Einnahme erfolgen.		7.300.000	8.952.300	–1.652.300	9.893
252 02-2	179	Sonstige Zuweisungen von Ländern aufgrund der Ausführungsvereinbarung Akademienprogramm ***Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist Absatz 1 der Erläuterung verbindlich.		2.222.000	2.222.000	—	1.988
331 01-1	179	Zuweisungen des Bundes für die Einrichtungen der Blauen Liste - Investitionen -		1.253.000	4.830.000	–3.577.000	2.410
		A U S G A B E N					
672 01-3	178	Erstattungen an das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung (IES) für Versorgungsleistungen	—	75.800	—	+75.800	—
685 27-1	179	Zuschüsse an wissenschaftliche Vereinigungen	—	665.900	615.900	+50.000	607
685 28-0	139	Zuschuss des Landes Niedersachsen zur Finanzierung der Hochschul-Informations-System GmbH (HIS) * Übertragbar. Gegenseitig deckungsfähig: 685 28, 685 29, 685 30, 685 32, 685 35, 685 36, 685 51, 685 52, 685 53, 685 55, 685 57, 685 64, 893 64, 685 69, 893 69, 685 71 und 893 71.	—	1.112.300	1.065.700	+46.600	1.037
685 29-8	175	Zuschuss an das Soziologische Forschungsinstitut e.V. in Göttingen (SOFI) * Vgl. D-Vermerk zu 685 28.	—	1.379.800	1.358.000	+21.800	1.358
685 30-1	179	Institut für Regionalforschung e. V. Göttingen * Vgl. D-Vermerk zu 685 28.	—	—	100.000	–100.000	100
685 32-8	179	Zuschuss für das Laser-Laboratorium Göttingen e. V. (LLG) * Vgl. D-Vermerk zu 685 28.	—	1.493.500	1.469.900	+23.600	1.470
685 35-2	179	Kuratorium OFFIS e.V. (Oldenburger Forschungs- und Entwicklungsinstitut für Informatik-Werkzeuge und -Systeme) * Vgl. D-Vermerk zu 685 28.	—	3.811.600	3.259.400	+552.200	3.259
685 36-0	179	Zuschuss für das Forschungszentrum TERRAMARE in Wilhelmshaven * Vgl. D-Vermerk zu 685 28.	—	1.419.400	1.397.000	+22.400	1.397
685 51-4	179	Zuschuss für die Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft in Braunschweig (BWG) * Vgl. D-Vermerk zu 685 28. ***Für Verwaltungsleistungen, die Landesbehörden für die BWG erbringen, werden Leistungsgebühren / Entgelte nicht erhoben.	—	177.400	174.600	+2.800	175
685 52-2	179	Zuschuss an die Akademie der Wissenschaften in Göttingen (AdW) * Vgl. D-Vermerk zu 685 28. ***Für Verwaltungsleistungen, die Landesbehörden für die Akademie der Wissen-	—	1.147.100	1.129.000	+18.100	1.129

ERLÄUTERUNGEN

Zu 242 01

Erstattungsanteil der Länder, die nach § 8 des Gesetzes über die Gründung des „Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung“ die Mitverantwortung für die Arbeit des Instituts übernehmen.

Vgl. Erläuterungen zu 685 57.

Zu 251 01 und 252 02

Nach der Ausführungsvereinbarung Akademienprogramm (AV-AK) finanzieren Bund und Länder gemeinsam ein von der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften e.V. in der Bundesrepublik Deutschland koordiniertes Programm.

Die zuwendungsfähigen Ausgaben des koordinierten Programms werden vom Bund und von den an der Finanzierung beteiligten Ländern im Verhältnis 50:50 aufgebracht.

Jedes Sitzland stellt seiner Akademie den für die gemeinsam geförderten Vorhaben erforderlichen Finanzbedarf zur Verfügung. Vgl. Erl. zu 685 52 und 685 89.

Für die Arbeitsstellen von Akademien, die nicht im Sitzland dieser Akademien liegen, findet ein besonderes Verrechnungsverfahren zwischen den Ländern statt.

Zu 251 02 und 331 01

Seit dem Haushaltsjahr 1998 werden die Bundesmittel zur Förderung der Einrichtungen der Blauen Liste nicht mehr den Einrichtungen bewilligt, sondern den Sitzländern zur Bewilligung zugewiesen. Dementsprechend sind bei den Ausgabetiteln die Bundes- und Länderanteile veranschlagt.

Zu 252 01

Gem. § 15 Abs. 1 Satz 3 LHO wird die von den Ländern beschlossene Verrechnung der Länderleistungen zugelassen.

Die gemeinsame Förderung der in Betracht kommenden Einrichtungen ist in der Ausführungsvereinbarung Forschungseinrichtungen geregelt:

Ab 1997 werden die selbstständigen Forschungseinrichtungen und die Einrichtungen mit Servicefunktion für die Forschung vom Bund und von den Ländern gemeinsam finanziert.

Der auf die Länder entfallende Teil des Zuwendungsbetrages abzüglich des Länderanteils für Bauinvestitionen, der vom jeweiligen Sitzland allein zu tragen ist, wird

- bei Forschungseinrichtungen in Höhe von 75 %,
- bei Serviceeinrichtungen in Höhe von 25 %

vom Sitzland aufgebracht (Interessenquote).

Der Rest des Länderanteils wird von den Ländern gemeinsam nach dem Königsteiner Schlüssel getragen.

Der Finanzierungsbeitrag der Länder für die einzelnen Einrichtungen wird vereinbarungsgemäß durch die Sitzländer bereitgestellt. Der Saldo zwischen der Mittelbereitstellung durch das Sitzland und seinem schlüsselmäßigen Anteil am Finanzierungsbeitrag der Länder zur Förderung aller Einrichtungen bildet die Ausgleichszuweisung an andere Länder bzw. von anderen Ländern.

Nach dem von Bund und Ländern beschlossenen Berechnungs- und Zahlungsverfahren sind folgende Einnahmen zu veranschlagen:

Gesamtzuschuss für die niedersächsischen Blaue-Liste-Einrichtungen:

Deutsches Primatenzentrum	13 228 000 DM
Institut für den Wissenschaftlichen Film	7 320 000 DM
Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen	7 752 000 DM
Akademie für Raumforschung und Landesplanung	3 769 800 DM
Institut für Erdöl- und Erdgasforschung	4 950 000 DM
Technische Informationsbibliothek	27 588 300 DM
Kapitel 06 51	
Institut für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben (Kap. 08 02 TGr. 73)	8 500 000 DM
	73 108 100 DM
Länderanteil	42 825 700 DM
– davon Anteil Niedersachsens	13 629 800 DM
– davon Anteil anderer Länder	29 195 900 DM
× Anteil Niedersachsens an Einrichtungen anderer Länder	21 895 900 DM
Erstattungsbetrag anderer Länder	7 300 000 DM

Zu 252 02

Gem. § 15 Abs. 1 Satz 3 LHO wird die Verrechnung der Länderleistungen zugelassen.

Erstattungen anderer Länder	3 013 700 DM
abzüglich nieders. Kostenanteil an den nieders. Arbeitsstellen der Akademien anderer Länder	791 700 DM
Zusammen	2 222 000 DM

Zu 685 27

Veranschlagt sind Ausgaben für folgende wissenschaftliche Vereine in Niedersachsen:

Archäologische Kommission in Hannover	31 000 DM
Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Gesellschaft e.V. in Hannover	98 900 DM
Historische Kommission für Niedersachsen in Hannover	184 400 DM
Institut für Sozialgeschichte in Braunschweig	9 700 DM
Lessing-Akademie in Wolfenbüttel	106 700 DM
Volkskundliche Kommission für Niedersachsen	4 900 DM
Arbeitskreis „Geschichte des Landes Niedersachsen (nach 1945)“	79 100 DM
Wissenschaftliche Gesellschaft zum Studium Niedersachsens e. V., Hannover	44 400 DM
Akademie für Ethik in der Medizin e. V., Göttingen	106 800 DM
Zusammen	665 900 DM

Zu 685 28

Aufgrund des Beschlusses der Gemeinsamen Konferenz der Finanz- und Kultusminister der Länder am 31. 1. 1974 ist die Hochschul-Informations-System-GmbH in die Trägerschaft der öffentlichen Hand übernommen worden. Bund und Länder beteiligen sich an der Finanzierung im Verhältnis 1:2. Unter Zugrundelegung des für die Länder anzuwendenden Königsteiner Schlüssels hat das Land Niedersachsen voraussichtlich einen Anteil von 1 107 400 DM (einschl. des übernommenen Anteils des Saarlandes) sowie eine Sonderfinanzierung in Höhe von 4 900 DM (Sitzland) aufzubringen.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Hochschul-Informations-System-GmbH in Hannover (HIS)

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	19 850 500	18 687 600	19 225 592
Einnahmen	3 762 200	3 500 000	4 499 105
Fehlbetrag	16 088 300	15 187 600	14 726 487

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	1 112 300 DM
c) den Bund mit	5 362 800 DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	9 613 200 DM
e) Private	— DM
Zusammen	16 088 300 DM

ERLÄUTERUNGEN

Zu 685 29

Das Soziologische Forschungsinstitut e.V. Göttingen betreibt Forschungen insbesondere auf dem Gebiet der Industriesoziologie. Der Zuschuss dient zur Grundfinanzierung der Arbeit des Instituts.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Soziologischen Forschungsinstituts e.V. Göttingen (SOFI)

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	4 709 500	4 524 100	3 962 987
Einnahmen	74 700	49 000	33 950
Fehlbetrag	4 634 800	4 475 100	3 929 037

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	1 379 800 DM
c) den Bund mit	1 815 600 DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	1 439 400 DM
e) Private	— DM
Zusammen	4 634 800 DM

Zu 685 32

Zuschuss zur Grundfinanzierung des Laser-Laboratoriums Göttingen e. V. (LLG), das sich mit der anwendungsorientierten Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Excimer- und Farbstofflaser befasst.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Laser-Laboratoriums Göttingen e. V. (LLG)

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	4 473 100	4 779 300	4 901 004
Einnahmen	2 051 600	1 600 900	1 902 490
Fehlbetrag	2 421 500	3 178 400	2 998 514

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	1 493 500 DM
c) den Bund mit	700 000 DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— DM
e) Private	228 000 DM
Zusammen	2 421 500 DM

Zu 685 35

Zuschuss zur Grundfinanzierung des „Kuratoriums OFFIS“ e. V., das sich im Wesentlichen mit der anwendungsorientierten Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Informatikwerkzeuge und -Systeme befasst.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Kuratoriums OFFIS e. V.

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	4 257 800	3 779 500	4 422 707
Einnahmen	—	—	—
Fehlbetrag	4 257 800	3 779 500	4 422 707

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	3 811 600 DM
c) den Bund mit	— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— DM
e) Private	446 200 DM
Zusammen	4 257 800 DM

Zu 685 36

Zuschuss für Personal- und Sachkosten des Zentrums für Flachmeer-, Küsten- und Meeresumweltforschung (TERRAMARE), Wilhelmshaven, das als gemeinsame wissenschaftlich-technische Infrastruktureinrichtung für die in Niedersachsen angesiedelten meereskundlich orientierten Forschungseinrichtungen und Arbeitsgruppen konzipiert ist.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Zentrums für Flachmeer-, Küsten- und
Meeresumweltforschung (TERRAMARE) e. V.

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	1 434 400	1 412 000	1 425 878
Einnahmen	15 000	15 000	46 046
Fehlbetrag	1 419 400	1 397 000	1 379 832

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	1 419 400 DM
c) den Bund mit	— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— DM
e) Private	— DM
Zusammen	1 419 400 DM

Zu 685 52 und 685 89 gemeinsam

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Akademie der Wissenschaften in Göttingen (AdW)

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	13 900 600	13 280 400	13 172 816
Einnahmen	100 000	94 000	74 668
Fehlbetrag	13 800 600	13 186 400	13 098 148

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	
– Grundfinanzierung	
(Tit. 685 52) –	1 147 100 DM
– Akademien-Programm	
(Tit. 685 89) –	12 153 500 DM
c) den Bund mit	— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	500 000 DM
e) Private	— DM
Zusammen	13 800 600 DM

Für Verwaltungsleistungen, die Landesbehörden für die Akademie der Wissenschaften in Göttingen erbringen, werden Leistungsgebühren/Entgelte nicht erhoben.

Vgl. Erläuterungen zu 251 01, 252 02 und 685 89.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0607 Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 685 52-2		<i>schaften in Göttingen erbringen, werden Leistungsgebühren/Entgelte nicht erhoben.</i>					
685 53-0	173	Zuschuss an das Kriminologische Forschungsinstitut in Hannover (KFN) * Vgl. D-Vermerk zu 685 28.	—	2.029.900	1.931.000	+98.900	1.931
685 55-7	179	Finanzierung Niedersachsens an das Hanse- Wissenschaftskolleg (HWK) * Vgl. D-Vermerk zu 685 28. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	—	2.250.000	2.250.000	—	2.250
685 57-3	178	Zuschuss des Landes Niedersachsen für das Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung (GEI) * Vgl. D-Vermerk zu 685 28. ***Für Verwaltungsleistungen, die Landesbehörden für das Institut erbringen, werden Leistungsgebühren/ Entgelte nicht erhoben.	—	3.128.300	3.019.900	+108.400	3.021
685 58-1	179	Zuschuss für das Niedersächsische Institut für Peptid-Forschung (IPF)	—	20.000.000	2.000.000	+18.000.000	4.594
685 59-0	178	Zuschuss an das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH in Hannover (IES)	—	—	1.800.000	–1.800.000	2.800
Titelgruppe(n)							
TGr. 64		Förderung der Institute für technisch- wissenschaftliche Innovation an Fachhoch- schulen	(—)	(640.600)	(630.500)	(+10.100)	(631)
685 64-6	179	Zuschuss für laufende Zwecke * Vgl. D-Vermerk zu 685 28.	—	640.600	630.500	+10.100	631
893 64-8	179	Zuschuss für Investitionen * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 685 28.	—	—	—	—	—
TGr. 69		Förderung des Instituts für Solarenergie- forschung (ISFH)	(—)	(4.894.500)	(6.856.700)	(–1.962.200)	(5.037)
685 69-7	166	Zuschuss für laufende Zwecke * Vgl. D-Vermerk zu 685 28.	—	4.894.500	4.856.700	+37.800	4.857
893 69-9	166	Zuschuss für Investitionen * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 685 28.	—	—	2.000.000	–2.000.000	180
TGr. 71		Clausthaler Umwelttechnik-Institut GmbH (CUTEC)	(—)	(7.927.600)	(5.607.800)	(+2.319.800)	(5.608)
685 71-9	166	Zuschuss für laufende Zwecke * Vgl. D-Vermerk zu 685 28.	—	5.877.600	5.607.800	+269.800	5.608
893 71-0	166	Zuschuss für Investitionen * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 685 28.	—	2.050.000	—	+2.050.000	—
TGr. 77 78/79 80/86 87/88 89/91 92/94 95/96 97/98		Gemeinsame Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen mit überregionalem Wirkungsbereich ***Soweit Landesbehörden Verwaltungs- leistungen für die gemeinsam finanzier- ten wissenschaftlichen Einrichtungen erbringen, werden hierfür Leistungs- gebühren/Entgelte nicht erhoben.	(29.705.000) (—)	(244.445.200)	(243.785.700)	(+659.500)	(228.221)
544 77-5	179	Rückzahlungen nach Schluss des Haushaltsjahres	—	—	—	—	—
652 91-8	138	Zuschuss an die Deutsche Forschungsgemein- schaft zu den Kosten der Finanzierung von Sonderforschungsbereichen (SFB) * Übertragbar.	—	14.844.100	14.691.600	+152.500	13.959

ERLÄUTERUNGEN

Zu 685 53

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Kriminologischen Forschungsinstituts in Hannover (KFN)

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	2 983 400	2 892 000	2 933 917
Einnahmen	—	—	—
Fehlbetrag	2 983 400	2 892 000	2 933 917

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	2 029 900 DM
c) den Bund mit	— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	250 000 DM
e) Private	703 500 DM
Zusammen	2 983 400 DM

Zu 685 55

Gemäß Stiftungsurkunde und Stiftungssatzung vom 5. 10. 1995 werden für die von den Stiftern (Land Bremen, Land Niedersachsen und Stadt Delmenhorst) errichtete Stiftung „Hanse-Wissenschaftskolleg“ die Bauinvestitionen und die Betriebskosten anteilig vom Land Niedersachsen gedeckt. Die dafür notwendigen Mittel wurden in den Haushaltsjahren 1996 und 1997 aus dem Nieders. Vorab der VW-Stiftung (Kapitel 06 09) aufgebracht. Ab dem Haushaltsjahr 1998 ist der niedersächsische Anteil an der Finanzierung der Stiftung hier veranschlagt.

Zu 685 57

Das „Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung“ ist durch Gesetz als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet worden.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Georg-Eckert-Instituts
für internationale Schulbuchforschung (GEI)

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	3 652 500	3 544 100	4 035 535
Einnahmen	24 200	24 200	19 776
Fehlbetrag	3 628 300	3 519 900	4 015 759

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	3 128 300 DM
c) den Bund mit	400 000 DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	100 000 DM
e) Private	— DM
Zusammen	3 628 300 DM

Zu b):

Die Leistungen der mitfinanzierenden Länder sind bei 242 01 veranschlagt.

Vgl. Erläuterungen dazu.

Zu 685 58

Die Förderung des Instituts wird ab 2001 eingestellt.

Vgl. jedoch Erläuterungen zu Kapitel 06 96 Titel 119 41.

Zu 685 59

Die Förderung aus Landesmitteln wird ab 2001 eingestellt.

Zu Titelgruppe 64 allgemein

Aufgabe und Ziel der Institute ist es, auf einzelnen Forschungsbereichen in Zusammenarbeit mit Fachhochschulen dem Stand der Technik vorgelagerte Forschungs- und Entwicklungsvorhaben für die Wirtschaft, insbesondere für mittelständische Unternehmen, durchzuführen. Die Institute werden als unselbstständige Betriebsstätten der Niedersächsischen Agentur für Technologietransfer und Innovation GmbH (NATI) geführt. Es bestehen Institute an den Fachhochschulen Osnabrück (Automatisierungstechnik, Oberflächenanalytik, Oberflächentechnik), Wilhelmshaven (Automatisierungstechnik, Umwelttechnik) und an der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel (Verfahrensoptimierung, Entsorgungstechnik).

Veranschlagt sind eine Grundfinanzierung für Personal- und Sachausgaben aller drei Institute.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Institute für technisch-wissenschaftliche Innovation
an den Fachhochschulen Braunschweig/Wolfenbüttel,
Osnabrück und Wilhelmshaven

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	3 665 000	3 652 100	4 414 469
Einnahmen	3 024 400	3 021 600	3 784 096
Fehlbetrag	640 600	630 500	630 373

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	640 600 DM
c) den Bund mit	— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— DM
e) Private	— DM
Zusammen	640 600 DM

Zu Titelgruppe 69

Die Solarenergie wird in Zukunft einen wichtigen Beitrag zur allgemeinen Energieversorgung in den Industrieländern leisten können. Das Land Niedersachsen fördert daher den Aufbau eines Instituts für Solarenergieforschung und stellt die langfristige Finanzierung sicher.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Instituts für Solarenergieforschung GmbH (ISFH)

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	7 785 000	9 272 900	10 229 200
Einnahmen	205 000	205 000	266 800
Fehlbetrag	7 580 000	9 067 900	9 962 400

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	4 894 500 DM
c) den Bund mit	— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— DM
e) Private	2 685 500 DM
Zusammen	7 580 000 DM

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 71

Mit dem Clausthaler Umwelttechnik-Institut GmbH (CUTEC) soll die wirtschaftsnahe Forschung im Bereich der Umwelttechnologien in Niedersachsen nachhaltig ausgebaut werden. Schwerpunkt soll sein die in die Bereiche Kreislauf- und Abfallwirtschaft, Energiewirtschaft und Mobilitätswirtschaft gegliederte Erforschung von Technologien zur Minderung von Emissionen in Wasser/Luft, wie Recyclingtechnik, Prozessanalytik und Prozesssteuerung sowie die Veränderung und Neugestaltung von Produktionsprozessen mit dem Ziel der prozessintegrierten Emissionsminderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der CUTEC

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	8 551 100	5 991 300	6 340 666
Einnahmen	623 500	383 500	564 866
Fehlbetrag	7 927 600	5 607 800	5 775 800

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	7 927 600 DM
c) den Bund mit	— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— DM
e) Private	— DM
Zusammen	7 927 600 DM

Zu 893 71

Erweiterungsbau für eine zusätzliche Lager- und Versuchshalle.

Zu Titelgruppe 77/98 allgemein

Die Förderung der wissenschaftlichen Forschung durch den Bund und die Länder ist durch die Rahmenvereinbarung über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Art. 91 b GG vom 28. 11. 1975, zuletzt geändert am 24. 10/3. 11. 1997, geregelt worden.

Die Rahmenvereinbarung ist mit Wirkung vom 1. 1. 1976 in Kraft getreten. Nach dieser Rahmenvereinbarung und den geschlossenen Ausführungsvereinbarungen wirken die Vertragsschließenden bei der Förderung von Einrichtungen und Vorhaben der wissenschaftlichen Forschung von überregionaler Bedeutung nach den näheren Bestimmungen dieser Vereinbarungen zusammen.

Zu Titeln 685 77, 685 78, 685 79, 685 80, 685 98, 893 77, 893 78, 893 79

Vgl. Erläuterung zu 251 02 und 331 01

652 91

Nach der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung vom 28. 11. 1975, zuletzt geändert am 24. 10./3. 11. 1997, und der Ausführungsvereinbarung DFG/SFB vom 28. 10./17. 12. 1976, zuletzt geändert am 17./21. 12. 1990, werden die Sonderforschungsbereiche im bisherigen Fördergebiet vom Bund und von den alten Ländern im Verhältnis 75:25 gemeinsam finanziert.

Der Anteil des Landes Niedersachsen errechnet sich nach dem Königsteiner Schlüssel.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0607 Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
682 98-1	166	Zuführung an den Landesbetrieb TU Clausthal für die Abwicklung des Instituts für Erdölforschung (IfE)	—	—	—	—	—
685 77-8	175	Zuschuss an das Deutsche Primaten- zentrum GmbH, Göttingen (DPZ)	—	11.988.000	11.707.600	+280.400	11.478
685 78-6	179	Zuschuss an das Institut für den Wissen- schaftlichen Film gemeinn. GmbH, Göttingen (IWF) * Übertragbar.	—	6.714.000	7.200.000	-486.000	10.100
685 79-4	175	Zuschuss an die Deutsche Sammlung Mikro- organismen und Zellkulturen GmbH (DSMZ)	—	7.092.000	6.409.700	+682.300	5.884
685 80-8	176	Zuschuss an die Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover (ARL) ***Übertragbar bis zur Höhe von 215.000 DM.	—	3.769.800	3.769.800	—	3.696
685 86-7	161	Zuschuss an die Max-Planck-Gesellschaft (MPG)	—	87.479.000	87.533.900	-54.900	79.216
685 87-5	138	Zuschuss an die Deutsche Forschungs- gemeinschaft (DFG) für die allgemeine Forschungsförderung * Übertragbar.	—	65.882.100	65.205.200	+676.900	61.590
685 88-3	144	Graduiertenkollegs	—	5.426.800	1.426.800	+4.000.000	1.427
685 89-1	179	Akademienprogramm * Übertragbar.	—	12.153.500	11.915.200	+238.300	11.168
685 92-1	175	Zuschuss an die Gesellschaft für Biotechno- logische Forschung mbH, Stöckheim (GBF)	—	4.310.000	4.370.800	-60.800	4.285
685 94-8	179	Spitzenforschung (Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Programm)	—	607.500	607.500	—	546
685 95-6	161	Fraunhofer-Gesellschaft e. V. (FhG) - Zuschuss für laufende Zwecke -	—	3.330.000	3.553.600	-223.600	3.661
685 96-4	165	GKSS - Forschungszentrum Geesthacht mbH - Zuschuss für laufende Zwecke -	—	929.500	988.900	-59.400	915
685 97-2	167	Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) - Zuschuss für laufende Zwecke -	—	8.761.300	8.589.600	+171.700	8.506
685 98-0	166	Institut für Erdöl- und Erdgasforschung, Clausthal-Zellerfeld (IfE) - Zuschuss für laufende Zwecke - * Übertragbar.	3.384.000 —	4.950.000	3.109.600	+1.840.400	3.666
893 77-0	175	Für Investitionen (Deutsches Primatenzentrum) * Übertragbar.	25.521.000 —	1.240.000	5.800.000	-4.560.000	1.000
893 78-8	179	Für Investitionen (Institut für den Wissenschaftlichen Film) * Übertragbar.	—	606.000	600.000	+6.000	600
893 79-6	175	Für Investitionen (Deutsche Sammlung Mikroorganismen und Zellkulturen GmbH) * Übertragbar.	—	660.000	3.120.000	-2.460.000	3.220
893 86-9	161	Zuschuss für den Netzanschluss des Max-Planck-Institutes für Aeronomie an die Region Göttingen * Übertragbar.	—	—	—	—	—
893 92-3	175	Für Investitionen (Gesellschaft für Biotechnologische Forschung mbH) * Übertragbar.	800.000 —	1.750.000	1.239.800	+510.200	1.561
893 96-6	165	GKSS - Forschungszentrum Geesthacht mbH - Zuschuss für Investitionen - * Übertragbar.	—	219.500	214.000	+5.500	177
893 97-4	167	Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) - Zuschuss für Investitionen - * Übertragbar.	—	1.732.100	1.732.100	—	1.566
893 98-2	166	Institut für Erdöl- und Erdgasforschung, Clausthal-Zellerfeld (IfE) - Zuschuss für Investitionen - * Übertragbar.	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

685 77 und 893 77 gemeinsam

Die Deutsche Primatenzentrum GmbH in Göttingen betreibt naturwissenschaftliche und medizinische Forschung über und mit Primaten. Darüber hinaus hält und züchtet sie Primaten für die Versorgung anderer Forschungsinstitute.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Deutsches Primatenzentrum GmbH
in Göttingen (DPZ)

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	24 118 000	22 162 200	20 078 938
Einnahmen	595 000	564 900	518 300
Fehlbetrag	23 523 000	21 597 300	19 560 638

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers			— DM
b) das Land mit			
– lfd. Zuschuss (Tit. 685 77) –	11 988 000 DM		
– Investitionen (Tit. 893 77) –	7 540 000 DM	19 528 000 DM	
c) den Bund mit			— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit		3 995 000 DM	
e) Private			— DM
Zusammen		23 523 000 DM	

Die VE ist vorgesehen für die Sanierung des Tierhauses. Die Gesamtkosten der Maßnahme betragen rd. 31,8 Mio. DM. Die Differenz wird aus übertragenen Ausgaberesten finanziert.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	—	—	—
2002	—	—	8 500 000	8 500 000
2003	—	—	7 000 000	7 000 000
2004	—	—	6 000 000	6 000 000
2005	—	—	4 021 000	4 021 000

685 78 und 893 78 gemeinsam

Das Institut für den Wissenschaftlichen Film GmbH hat die Herstellung und Veröffentlichung von Filmen für Forschung und Hochschulunterricht in allen Disziplinen zur Aufgabe.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Instituts für den Wissenschaftlichen Film
gem. GmbH in Göttingen (IWF)

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	8 220 000	8 040 000	10 180 821
Einnahmen	900 000	1 000 000	2 380 502
Fehlbetrag	7 320 000	7 040 000	7 800 319

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers			— DM
b) das Land mit			
– lfd. Zuschuss (Tit. 685 78) –	6 714 000 DM		
– Investitionen (Tit. 893 78) –	606 000 DM	7 320 000 DM	
c) den Bund mit			— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit			— DM
e) Private			— DM
Zusammen		7 320 000 DM	

Zu 685 79 und 893 79 gemeinsam

Die Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen GmbH in Braunschweig (DSMZ) besteht seit dem 1. 1. 1988. Alleiniger Gesellschafter ist nach dem Gesellschaftervertrag vom 16. 12. 1987 das Land Niedersachsen.

Hauptaufgaben der DSMZ liegen in der Sammlung, Konservierung und Bereitstellung von Mikroorganismen für Forschung und Industrie sowie in ihrer Funktion als international anerkannte Hinterlegungsstelle für patentrechtlich geschützte Stämme von Mikroorganismen.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Deutschen Sammlung von Mikroorganismen
und Zellkulturen GmbH (DSMZ)

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	10 252 000	9 361 700	9 250 598
Einnahmen	2 500 000	2 500 000	3 444 051
Fehlbetrag	7 752 000	6 861 700	5 806 547

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers			— DM
b) das Land mit			
– lfd. Zuschuss (Tit. 685 79) –	7 092 000 DM		
– Investitionen (Tit. 893 79) –	660 000 DM	7 752 000 DM	
c) den Bund mit			— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit			— DM
e) Private			— DM
Zusammen		7 752 000 DM	

Vgl. Erläuterungen zu 252 01.

685 80

Die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) ist eine bundesweite Forschungseinrichtung; ihre Aufgabe ist es, selbstständig und im Zusammenwirken mit ähnlichen Einrichtungen des In- und Auslandes wissenschaftliche Grundlagen der Entwicklung von Raum und Umwelt zu erarbeiten.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Akademie für Raumforschung und
Landesplanung in Hannover (ARL)

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	3 967 000	3 921 800	3 872 571
Einnahmen	197 200	226 000	313 878
Fehlbetrag	3 769 800	3 695 800	3 558 693

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers			— DM
b) das Land mit		3 769 800 DM	
c) den Bund mit			— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit			— DM
e) Private			— DM
Zusammen		3 769 800 DM	

Vgl. Erläuterungen zu 252 01.

685 86 und 685 87 gemeinsam

Die vorgesehenen Ansätze bei der MPG und der DFG entsprechen dem Verhandlungsergebnis von Bund und Ländern in den Gremien der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung.

Die veranschlagten Mittel sind erforderlich, um das derzeitige Förderungsniveau der MPG und DFG aufrechtzuerhalten.

ERLÄUTERUNGEN

685 86

Die 1948 gegründete Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., die unmittelbar an die Tradition der 1911 gegründeten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft anknüpft, ist Träger von etwa 50 Instituten (davon 6 in Niedersachsen), in denen Grundlagenforschung vor allem im naturwissenschaftlichen Bereich, aber auch auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften betrieben wird. Ihre Aufgabe ist es auch, neue Forschungsbereiche aufzugreifen, die innerhalb der universitären Forschung nicht oder nicht ausreichend erfasst werden können, und somit Lücken im deutschen Wissenschaftsgefüge zu schließen.

Der allgemeine Zuwendungsbedarf der Max-Planck-Gesellschaft wird aufgrund der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung nach Art. 91 b GG vom Bund und von den Ländern je zur Hälfte gedeckt. Er wird nach der „Ausführungsvereinbarung MPG“ von dem Ausschuss „Forschungsförderung“ der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, dem Vertreter des Bundes und der Länder angehören, geprüft und von den Regierungschefs bzw. – bei Einstimmigkeit – von der Bund-Länder-Kommission festgestellt. Neben dem gemeinsam aufzubringenden allgemeinen Zuschussbedarf können Bund und Länder im gegenseitigen Einvernehmen Sonderleistungen erbringen.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Max-Planck-Gesellschaft (MPG)

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	1 945 642 200	1 888 973 000	1 746 613 000
Einnahmen	55 125 600	53 520 000	52 920 000
Fehlbetrag	1 890 516 600	1 835 453 000	1 693 693 000

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	87 479 000 DM
c) den Bund mit	945 258 300 DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	857 779 300 DM
e) Private	— DM
Zusammen	1 890 516 600 DM

685 87, 652 91, 685 88 und 685 94 gemeinsam

Die DFG fördert einzelne Forschungsvorhaben auf allen Gebieten der Wissenschaft (Normalverfahren). Sie regt auf ausgewählten, besonders wichtigen Gebieten intensive Forschungen in überregionaler Zusammenarbeit an (Schwerpunktverfahren). Außerdem verbessert die DFG die Ausstattung der wissenschaftlichen Hochschulen mit Großgeräten und nimmt wichtige internationale Beziehungen für die Wissenschaft wahr.

Aufgrund der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung vom 28. November 1975 und der Ausführungsvereinbarung über die gemeinsame Förderung der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Sonderforschungsbereiche vom 17. Dezember 1976 tragen der Bund und die Länder den jährlichen allgemeinen Zuschussbedarf für die DFG (einschließlich Investitionen) je zur Hälfte. Er wird nach der „Ausführungsvereinbarung DFG/SFB“ von dem Ausschuss „Forschungsförderung“ der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, dem Vertreter des Bundes und der Länder angehören, geprüft und von den Regierungschefs bzw. – bei Einstimmigkeit – von der Bund-Länder-Kommission festgestellt.

Der Anteil Niedersachsens errechnet sich nach dem sog. „Königsteiner Schlüssel“.

685 87

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	2 357 761 000	2 347 035 000	2 220 993 000
Einnahmen	1 333 000	1 446 000	1 712 000
Fehlbetrag	2 356 428 000	2 345 589 000	2 219 281 000

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	
Titel 685 87	65 882 100 DM
(Allg. Forschungsförderung)	
Titel 652 91	14 844 100 DM
(Sonderforschungsbereiche)	
Titel 685 88	5 426 800 DM
(Graduiertenkolleg)	
Titel 685 94	607 500 DM
(Spitzenforschung)	
c) andere Länder mit	899 697 000 DM
d) den Bund mit	1 363 335 000 DM
e) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— DM
f) Private	6 635 500 DM
Zusammen	2 356 428 000 DM

685 89

Der vom Land Niedersachsen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen zur Verfügung zu stellende Finanzbedarf für das „Akademien-Programm“ beträgt 12 053 500 DM. Außerdem ist hier der Anteil Niedersachsens an den Verwaltungskosten der Geschäftsstelle der Union der deutschen Akademien e.V. der Wissenschaften mit 100 000 DM veranschlagt.

Vgl. Erläuterungen zu 251 01, 252 02 und 685 52.

685 92 und 893 92 gemeinsam

Nach dem am 3. 8. 1976 zwischen dem Bund und dem Land Niedersachsen geschlossenen Konsortialvertrag wird der Zuwendungsbedarf der GBF im Verhältnis 90:10 finanziert.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Gesellschaft für Biotechnologische Forschung mbH,
Braunschweig-Stöckheim (GBF)

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	79 054 000	72 372 200	77 306 357
Einnahmen	4 200 000	4 095 000	6 578 979
Fehlbetrag	74 854 000	68 277 200	70 727 378

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	
– lfd. Zuschuss	
(Tit. 685 92) –	4 310 000 DM
– Investitionen	
(Tit. 893 92) –	1 750 000 DM
c) den Bund mit	54 540 000 DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	14 254 000 DM
e) Private	— DM
Zusammen	74 854 000 DM

Die VE ist vorgesehen für Ausbau- und Geräteinvestitionen in Höhe von insgesamt 8 Mio. DM (Landesanteil 800 000 DM).

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	—	—	—
2002	—	—	300 000	300 000
2003	—	—	300 000	300 000
2004	—	—	200 000	200 000

ERLÄUTERUNGEN

685 94

Der Bund und die Länder haben beschlossen, ab dem Haushaltsjahr 1986 ein Sonderprogramm zur Förderung ausgewählter Forscher und Forschergruppen (Spitzenforschung) durchzuführen. Das Programm wird vom Bund und von den Ländern im Verhältnis 75 : 25 finanziert. Ausgehend von einem Programmvolumen von 27 000 000 DM werden unter Berücksichtigung des Königsteiner Schlüssels Mittel in der veranschlagten Höhe erforderlich.

Zu 685 95

Die Fraunhofer-Gesellschaft e. V. (FhG) betreibt in ihren Einrichtungen Forschung und Entwicklung auf wirtschaftlich relevanten Gebieten der angewandten Naturwissenschaften und der Technik. Die institutionelle Förderung durch Bund und vierzehn Länder ermöglicht der FhG die Bearbeitung selbstgewählter Forschungsthemen zur Sicherung ihres wissenschaftlichen Potentials und die Entwicklung neuer Technologien.

Die Mittel der institutionellen Förderung werden ab 1. Januar 1977 nach der Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Artikel 91 b des Grundgesetzes (Rahmenvereinbarung Forschungsförderung) vom 28. November 1975 im Verhältnis 90:10 vom Bund und von vierzehn Ländern aufgebracht.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG)

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	1 226 890 000	1 173 490 000	—
Einnahmen	732 380 000	695 020 000	—
Fehlbetrag	494 510 000	478 470 000	—

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

- a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers 8 610 000 DM
- b) das Land mit 3 330 000 DM
- c) den Bund mit 440 253 000 DM
- d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit 42 317 000 DM
- e) Private — DM

Zusammen 494 510 000 DM

Zu 685 96 und 893 96 gemeinsam

Das Land Niedersachsen ist zusammen mit dem Bund und den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen im Jahre 1961 der Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt mbH (GKSS) – jetzt: GKSS, Forschungszentrum Geesthacht GmbH – in Hamburg als Gesellschafter beigetreten und hat sich im Rahmen eines Konsortialvertrages zur gemeinsamen Aufbringung des Zuschussbedarfs für das Forschungsprogramm der GKSS verpflichtet.

Mit Vertragsneufassung vom 13. 12. 1971 wurde der Bundesanteil auf 90 v. H. des Gesamtzuschussbedarfs erhöht, während die verbleibenden 10 v. H. von den Ländern aufzubringen sind.

Seit 1998 beträgt der Finanzierungsanteil Niedersachsens 1,0 v. H.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	117 200 000	113 170 000	122 023 527
Einnahmen	2 300 000	4 500 000	16 850 079
Fehlbetrag	114 900 000	108 670 000	105 173 448

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

- a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers — DM
- b) das Land mit — DM
 - lfd. Zuschuss (Tit. 685 96) – 929 500 DM
 - Investitionen (Tit. 893 96) – 219 500 DM
- c) den Bund mit 103 410 000 DM
- d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit 10 341 000 DM
- e) Private — DM

Zusammen 114 900 000 DM

Zu 685 97 und 893 97 gemeinsam

Zuschuss an die DLR aufgrund der zwischen dem Bund und den Ländern Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen mit Wirkung vom 1. Januar 1977 geschlossenen Ausführungsvereinbarung-DFLR zur Rahmenvereinbarung „Forschungsförderung“.

Veranschlagt ist der auf das Land Niedersachsen entfallende Anteil an der Gesamtfinanzierung der DLR.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des
Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR)

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	792 222 300	798 678 400	800 391 700
Einnahmen	339 200 000	357 000 000	369 585 200
Fehlbetrag	453 022 300	441 678 400	430 806 500

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

- a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers — DM
- b) das Land mit — DM
 - lfd. Zuschuss (Tit. 685 97) – 8 761 300 DM
 - Investitionen (Tit. 893 97) – 1 732 100 DM
- c) den Bund mit 442 528 900 DM
- d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit 442 528 900 DM
- e) Private — DM

Zusammen 453 022 300 DM

Zu 685 98 und 893 98 gemeinsam

Das Institut für Erdöl- und Erdgasforschung in Clausthal-Zellerfeld wird im Rahmen der „Blauen Liste“ als Forschungseinrichtung vom Bund und von Niedersachsen im Verhältnis 50:50 finanziert.

Im Institut für Erdöl- und Erdgasforschung wird anwendungsorientierte Grundlagenforschung betrieben.

Das Institut soll zum 31. 12. 2001 aufgelöst werden.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Instituts für Erdöl- und Erdgasforschung
in Clausthal-Zellerfeld (IfE)

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	5 061 000	3 597 600	3 604 058
Einnahmen	111 000	488 000	238 247
Fehlbetrag	4 950 000	3 109 600	3 365 811

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

- a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers — DM
- b) das Land mit — DM
 - lfd. Zuschuss (Tit. 685 98) – 4 950 000 DM
- c) den Bund mit — DM
- d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit — DM
- e) Private — DM

Zusammen 4 950 000 DM

Die VE ist vorgesehen zum Eingehen von Verpflichtungen, die zur Abwicklung des Instituts erforderlich sind.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	—	—	—
2002	—	—	3 384 000	3 384 000

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0607 Förderung von Einrichtungen der wissenschaftlichen Forschung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
981 98-9	990	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 06 07					
		1 Eigene Einnahmen		2.900.000	2.500.000	+400.000	
		2 Übertragungseinnahmen		32.480.600	35.343.400	–2.862.800	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		1.253.000	4.830.000	–3.577.000	
		Summe der Einnahmen		36.633.600	42.673.400	–6.039.800	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	
		6 Übertragungsausgaben	3.384.000	288.341.300	263.745.200	+24.596.100	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	26.321.000	8.257.600	14.705.900	–6.448.300	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	29.705.000	296.598.900	278.451.100	+18.147.800	
		Zuschuss		259.965.300	235.777.700	+24.187.600	

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 41-5	131	Rückzahlung von Überzahlungen		250.000	250.000	—	314
119 51-2	131	Vermischte Einnahmen		2.500	2.500	—	—
119 65-2	131	Technologietransfer - Einnahmen aus Veröffentlichungen, Zuwendungen und Aufträgen Dritter - * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65. *** Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		10.000	10.000	—	283
251 05-4	139	Zuweisungen des Bundes *** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 95.		8.730.000	—	+8.730.000	—
251 06-2	131	Zuweisungen des Bundes * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 76.		873.000	—	+873.000	—
253 01-4	137	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden		86.200	—	+86.200	—
282 01-4	131	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland		—	—	—	40
		Titelgruppe(n)					
TGr. 74		Forschungs- und Berufungspool, innovative Hochschulprojekte		(—)	(—)	(—)	(38)
119 74-1	179	Rückzahlungen für TGr. 74 * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 74.		—	—	—	38
331 74-0 (GA)	179	Zuweisungen des Bundes gem. § 12 HBFG für aus TGr. 74 finanzierte Aufwendungen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 74.		—	—	—	—
TGr. 75		Zentrale Evaluations- und Akkreditierungs-agentur Hannover (ZEVA)		(513.400)	(—)	(+513.400)	(—)
121 75-4	131	Ablieferungen der ZEVA * Vgl. K-Vermerk zu 682 75.		270.000	—	+270.000	—
381 75-6	990	Zuführung von 0608 - 981 73		243.400	—	+243.400	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			38.015.100	–38.015.100	
		A U S G A B E N					
422 01-0	139	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten * Einseitig deckungsfähig zu Lasten 429 74, 459 74, 547 74, 681 74, 682 74, 685 74, 812 74, 891 74, 893 74, 425 76, 426 76, 427 76, 459 76, 524 76, 547 76, 682 76, 812 76 und 891 76. *** 1. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 02. 2. Zeitweilig nicht in Anspruch genommene Ausgaben für Planstellen der Professoren dürfen für Vertretungsaufträge und für Aufträge zur Wahrnehmung von Professorenstellen verwendet werden. 3. Zeitweilig nicht in Anspruch genommene Ausgaben für Planstellen der Professoren und Akademischen Räte dürfen ferner zur Verstärkung der Ausgaben bei Titelgruppe 76 verwendet werden. Dies gilt nicht für Planstellen zur Förderung des hochqualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses (Fiebiger-Plan). 4. Die Verstärkung der Ausgaben bei den deckungsberechtigten Titeln darf den Gesamtbetrag der Einsparungen nicht überschreiten.	—	1.274.800	1.509.300	–234.500	3.029
422 19-3	139	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-0	139	Vergütungen der Angestellten * Einseitig deckungsfähig zu Lasten 429 74, 459 74, 547 74, 681 74, 682 74,	—	6.141.000	6.850.300	–709.300	5.500

ERLÄUTERUNGEN

Zu 251 05

Bund und Länder haben am 16. 12. 1999 eine Vereinbarung nach Artikel 91 b GG über die Fortsetzung ihrer gemeinsamen Anstrengung zur Weiterentwicklung von Hochschule und Wissenschaft sowie zur Realisierung der Chancengleichheit in Forschung und Lehre mit einer Laufzeit vom 1. 1. 2001 bis 31. 12. 2003 beschlossen. Die Vereinbarung beinhaltet u. a. die Durchführung von Fachprogrammen zur Förderung

- der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre,
- der Entwicklung von Fachhochschulen,
- struktureller Innovationen im Hochschulbereich,

die gemeinsam von Bund und Ländern finanziert werden.

2001 beteiligt sich der Bund an den Maßnahmen des Landes in Höhe des veranschlagten Betrages.

Vgl. Erläuterungen zu TGr. 95.

Zu 251 06

Einnahmen für das Sofortprogramm zur Weiterentwicklung des Informatikstudiums an den Hochschulen in Deutschland (WIS).

Zu 253 01

Zuschüsse der Stadt Wolfsburg für das Investorenbauvorhaben der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel jeweils für das Mietjahr 1. 4. – 31. 3.

Zu Titelgruppe 74**331 74**

Die Mehreinnahmen aus Bundesmitteln gem. § 12 HBFG werden für zusätzliche Beschaffungen benötigt.

Zu Titelgruppe 75**121 75**

Entgelte für die Akkreditierung von Bachelor-/Bakkalaureus- und Master-/Magisterstudiengängen niedersächsischer Hochschulen sowie von Hochschulen vorwiegend norddeutscher Länder. Mehrerträge sowie die Erträge aus der Evaluation insbesondere durch Beteiligung von Hochschulen anderer Länder an Evaluationsverfahren stehen der ZEvA im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung zur Deckung der hierdurch entstehenden zusätzlichen Aufwendungen zur Verfügung.

381 75

Für eine Übergangszeit werden die Grundkosten für die Akkreditierung von Studiengängen aus den Ansätzen der Ausgabetitelgruppe 73 (Hochschulübergreifende Innovationen) bestritten, soweit sie nicht über Entgelte gedeckt werden können. Mittelfristig sollen die Kosten in voller Höhe über Entgelte erwirtschaftet werden.

Zu 422 01

1. Dienstbezüge und Zulagen, jährliche Sonderzuwendungen usw.	1 274 800 DM
2. Aufwandsentschädigungen	— DM
3. Mehrarbeitsentschädigungen	— DM
4. Besondere Zulagen	— DM

Zusammen 1 274 800 DM

1. Es sind Ausgaben für 24 Planstellen veranschlagt für den zu erwartenden dringenden Bedarf zum Abbau des Numerus clausus, um Engpässe zu beseitigen oder zu lindern und um eine kapazitätsrechtlich gebotene Erhöhung des Lehrangebots an den Hochschulen zu gewährleisten, soweit die vorhandene Aufnahmekapazität überschritten wird, weil auf Zulassungsbeschränkungen verzichtet oder ein besonderes Verteilungsverfahren mit Studienplatzgarantie angeordnet worden ist, sowie für Maßnahmen zur Verbesserung der Hochschulstruktur und zur Steigerung der Qualität des Studiums.
2. Für Nachfolgeaktivitäten des HSP III mit den Teilprogrammen
 - a) Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre
 - b) Förderung der Entwicklung von Fachhochschulen und
 - c) Förderung struktureller Innovationen im Hochschulbereich
 stehen 51 Planstellen (Bes.-Gr. C 3 = 8, Bes.-Gr. C 2 = 18 und Bes.-Gr. C 1 = 25) zur Verfügung.
3. 15 Planstellen (Bes.-Gr. A 15 = 1, Bes.-Gr. A 14 = 2, Bes.-Gr. A 13 = 4, Bes.-Gr. C 4 = 2, Bes.-Gr. C 3 = 2 und Bes.-Gr. C 2 = 4) stehen im Rahmen der Innovationsoffensive zur Verfügung.
4. 1 Planstelle (Bes.-Gr. C 3) gehört zum Fiebig-Plan.
5. Ausgaben für die Vergütung von 73,5 Angestellten sowie zusätzliche Personal- und Sachausgaben sind bei Titelgruppe 76 veranschlagt.

Zu 425 01

1. Vergütungen und Zulagen, jährliche Zuwendungen, Sozialversicherung (Arbeitgeberanteil) usw.	6 141 000 DM
2. Aufwandsentschädigungen	— DM
3. Besondere Zulagen	— DM

Zusammen 6 141 000 DM

1. Es sind Ausgaben für 56 Stellen (Wissenschaftlicher Dienst: Verg.-Gr. I b = 7, Verg.-Gr. II a = 18; Verg.-Gr. II a (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) = 30; Technischer Dienst: Verg.-Gr. III = 1) im Rahmen eines zentral bewirtschafteten Forschungspools veranschlagt. Damit soll vorwiegend ermöglicht werden, Hochschuleinrichtungen, in denen in besonders hohem Maße Forschungsaufgaben wahrgenommen werden, kurzfristig zusätzliche Stellen für Personal mit Aufgaben in der Forschung zuzuweisen.
2. 2 Stellen stehen den Hochschulen für die Umstellung auf einen Landesbetrieb nach § 26 LHO zur Verfügung (Verwaltungsdienst: Verg.-Gr. V c).
3. Ferner sind Mittel für eine ständige, nicht vollbeschäftigte Kraft veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.
Darüber hinaus sind folgende Stellen in der Stellenübersicht für Angestellte veranschlagt, für die Ausgaben in den Titelgruppen 74, 75 und 95 sowie im Titel 682 03 enthalten sind.
4. 22 Stellen (s. Erläuterungen zur Stellenübersicht) stehen im Rahmen der Innovationsoffensive in der Titelgruppe 74 zur Verfügung.
5. 7 Stellen (Verg.-Gr. I = 1, I b = 2, II a = 1, IV a = 1; VI b = 2) sind für die Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover (ZEvA) bestimmt.
Die Mittel sind bei Kapitel 06 08 Titel 682 75 enthalten.
6. 7 Stellen (Verg.-Gr. II a = 5, Verg.-Gr. IV a = 2) stehen für die Nachfolgeaktivitäten des HSP III zur Verfügung.
7. 13 Stellen (s. Erläuterungen zur Stellenübersicht) sind für die vier EU-Hochschulbüros bestimmt.
Die Mittel sind bei Titel 682 03 veranschlagt.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0608 Förderung der Wissenschaft allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 425 01-0		685 74, 812 74, 891 74, 893 74, 425 76, 426 76, 427 76, 459 76, 524 76, 547 76, 682 76, 812 76 und 891 76. ***1. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 02. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 75.					
426 01-6	139	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter * Einseitig deckungsfähig zu Lasten 429 74, 459 74, 547 74, 681 74, 682 74, 685 74, 812 74, 891 74, 893 74, 425 76, 426 76, 427 76, 459 76, 524 76, 547 76, 682 76, 812 76 und 891 76.	—	—	—	—	—
427 05-5	139	Entgelte für Vertretungsaufträge und für Aufträge zur Wahrnehmung von Professoren- stellen	—	—	—	—	19
538 01-9	131	Dienstleistungen Außenstehender	—	2.500.000	—	+2.500.000	—
682 02-0	131	Zuschüsse an Landesbetriebe ***Einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 01 und 425 01.	—	—	—	—	663
682 03-9	139	Zuschuss an Landesbetriebe zur Finanzierung der EU-Büros	—	1.714.000	—	+1.714.000	—
684 01-5	137	Finanzhilfe für Fachhochschulen in kirchlicher Trägerschaft gemäß § 140 NHG ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	10.105.200	9.449.200	+656.000	9.386
684 02-3	139	Zuschuß an die Freie Kunststudienstätte Ottersberg e.V.	—	400.000	400.000	—	400
684 03-1	139	Zuschuß zur Finanzierung der Deutsch- Französischen Hochschule	—	110.000	110.000	—	—
684 04-0	131	Zuschuss an die Internationale Frauen- universität GmbH ***Der Zuschuss darf nur in Anspruch genommen werden, wenn sich der Bund an der Finanzierung der IFU maßgeblich beteiligt.	—	500.000	—	+500.000	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Wissenschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ausland * Übertragbar. Abweichend von § 20 LHO sind nur gegen- seitig deckungsfähig 429 61, 511 61, 527 61, 547 61, 681 61, 682 61, 685 61 und 812 61. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind.	(—)	(497.200)	(497.200)	(—)	(486)
429 61-9	131	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	5.400	5.400	—	57
511 61-7	131	Geschäftsbedarf	—	27.000	27.000	—	—
527 61-0	131	Reisekostenvergütungen	—	114.700	114.700	—	41
529 61-3	131	Repräsentative Ausgaben	—	1.000	1.000	—	1
547 61-1	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	199.100	199.100	—	131
681 61-0	131	Stipendien ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	150.000	150.000	—	73
682 61-6	132	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	—	—	—	—
685 61-5	131	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	184
812 61-7	132	Geräte für Fachaufgaben	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 538 01

Zahlungen an den DFN-Verein für das Landeswissenschaftsnetz.

Zu 682 03

Verlagert infolge Beendigung des HSP III (ehemals Titelgruppe 97).
Vgl. Erläuterungen zu 425 01 Nr. 7.

Zu 684 01

Zur Förderung der staatlich anerkannten Evangelischen Fachhochschule in Hannover (FB Sozialwesen) und der staatlich anerkannten Katholischen Fachhochschule für Sozialwesen Norddeutschland in Osnabrück und Vechta sowie des Instituts für analytische Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapie.

Für die Finanzhilfe für die Kirchlichen Fachhochschulen sind veranschlagt:

Evangelische Fachhochschule Hannover:	6 389 800 DM
davon 873 000 DM für das Institut für analytische Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapie.	
Katholische Fachhochschule Norddeutschland:	3 715 400 DM
Zusammen	10 105 200 DM

Zu 684 02

Zuwendungen nach § 139 NHG.

Zu 684 03

Die Deutsch-Französische Hochschule wird als Verbund deutscher und französischer Hochschulen gestaltet, durch den die Möglichkeiten integrierter Studiengänge vermehrt und die gemeinsamen Forschungsvorhaben entwickelt werden. Die Finanzierung erfolgt durch den Bund und die Länder. Die Aufteilung des Länderanteils wird nach dem Königsteiner Schlüssel vorgenommen.

Zu Titelgruppe 61

Vorgesehen sind:

a) Zusammenarbeit mit den USA	105 000 DM
b) Zusammenarbeit mit den ost- und südosteuropäischen Staaten	67 200 DM
c) Zusammenarbeit mit übrigen Staaten	100 000 DM
d) Zusammenarbeit im Hochschulbereich zwischen Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bremen, den Niederlanden und Flandern	225 000 DM
Zusammen	497 200 DM

681 61

Stipendien können als Leistungen eigener Art im Einzelfall bis zur Höhe von monatlich 1 350,- DM zzgl. 180,- DM für Krankenversicherungsbeiträge gezahlt werden. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

Der Gesamtbedarf pro Haushaltsjahr beträgt bis zu 150 000 DM.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0608 Förderung der Wissenschaft allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 63		Internationalisierung der Hochschulen * <i>Übertragbar.</i>	(—)	(200.000)	(—)	(+200.000)	(—)
429 63-5	131	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	200.000	—	+200.000	—
547 63-8	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
682 63-2	131	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	—	—	—	—
685 63-1	131	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 64		Multimediale Lehrmodule und internetgestützte Lehrangebote * <i>Übertragbar.</i> ** <i>Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 64-3	139	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
538 64-7	139	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
547 64-6	139	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
682 64-0	139	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	—	—	—	—
891 64-9	139	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 65		Maßnahmen zur Förderung des Technologietransfers zwischen Wirtschaft und Wissenschaft * <i>Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 119 65.</i> ** <i>Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(1.820.700)	(1.680.700)	(+140.000)	(1.546)
425 65-6	131	Vergütungen der Angestellten * <i>Übertragbar.</i> ** <i>Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	—	—	—	—	154
427 65-9	131	Vergütungen für Lehraufträge * <i>Übertragbar.</i>	—	169.900	169.900	—	—
429 65-1	131	Nicht aufteilbare Personalausgaben * <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	13
459 65-8	131	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben * <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	—
547 65-4	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * <i>Übertragbar.</i>	—	1.510.800	1.510.800	—	884
682 65-9	132	Zuschüsse an Landesbetriebe * <i>Übertragbar.</i>	—	140.000	—	+140.000	494
685 65-8	132	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
812 65-0	131	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen * <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	—
891 65-7	132	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitionen * <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	—
TGr. 66		Förderung der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft	(16.700.000) (—)	(10.000.000)	(—)	(+10.000.000)	(—)
429 66-0	139	Nicht aufteilbare Personalausgaben * <i>Übertragbar.</i>	16.700.000 —	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 63

Zur Förderung von besonderen Internationalisierungsmaßnahmen der Hochschulen.

Kernbereiche sind:

1. Ausgleichsfinanzierung für Fachhochschulen bei Teilnahme an EU-Forschungsprogrammen (z. B.: personelle Hilfen bei der Vorbereitung von EU-Forschungsanträgen und der Durchführung genehmigter Forschungsprojekte),
2. Zuschüsse für innovative Anreizmaßnahmen der Hochschulen zur Anwerbung von ausländischen Studierenden zur Aufnahme des Studiums an niedersächsischen Hochschulen,
3. Zuschüsse für kurzzeitige „Orientierungs“-Tutorien für ausländische Studierende zu Beginn ihres Aufenthaltes an einer niedersächsischen Hochschule,
4. Zuschüsse zur Förderung innovativer Maßnahmen der europäischen Zusammenarbeit im Einzelfall.

Zu Titelgruppe 65

Um das erhebliche Forschungspotential der Hochschulen für die Innovationsbedürfnisse der Wirtschaft zu erschließen, sind an den Hochschulen des Landes Niedersachsen Technologiekontaktstellen eingerichtet und Technologietransferbeauftragte bestellt worden.

Veranschlagt sind

- die Kosten für zusätzliche Maßnahmen zur Förderung des Technologietransfers zwischen Wissenschaft und Wirtschaft (z. B. Förderung von Existenzgründungen, Ausbau der Patentberatung und -verwertung im Hochschulbereich, Präsentation von Forschungsergebnissen der Hochschulen auf herausgehobenen Messen und Ausstellungen) sowie
- der Geschäftsbedarf der Technologiekontaktstellen

Zu Titelgruppe 66

Zur zeitlich befristeten Anschubfinanzierung von Kompetenzzentren im Rahmen des Innovationsprogramms der Landesregierung für folgende fachliche Schwerpunkte:

- Multimedia/Virtual Reality,
- Produktionstechnik/Präzisionsfertigungstechnik/Optische Technologien,
- Biomedizinische Technik/Messtechnik in der Medizin
- Biotechnologie/Bioinformatik.

Förderung ab 2001:

- Kompetenzzentrum Medizintechnik „Kardiovaskuläre Implantate“ (MHH),
- Kompetenzzentrum Medizintechnik „Biotechnologie und Meßtechnik“ (U Göttingen),
- Kompetenzzentrum Medizintechnik „Mobile Informationssysteme“ (U Braunschweig, U Hannover, U Oldenburg),
- Kompetenzzentrum Optische Technologien (U Hannover, FH Hildesheim/Holzwinden/Göttingen)
- Kompetenzzentrum für Versicherungswissenschaften Hannover (U Hannover/MHH)
- Hörzentrum Oldenburg (U Oldenburg, FH Ostfriesland/Oldenburg/Wilhelmshaven),
- Learning Laboratory Lower Saxony (U Hannover, TU Braunschweig), Hochschule für Bildende Künste Braunschweig und weitere nieders. Hochschulen in Verbindung mit der Universität Stanford, Ca. (USA),
- Innovationsgesellschaften an nieders. Hochschulen.

429 66**Belastung**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	—	—	—
2002	—	—	5 700 000	5 700 000
2003	—	—	4 200 000	4 200 000
2004	—	—	3 700 000	3 700 000
2005	—	—	3 100 000	3 100 000

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0608 Förderung der Wissenschaft allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
538 66-3	139	Dienstleistungen Außenstehender * Übertragbar.	—	—	—	—	—
547 66-2	139	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * Übertragbar.	—	—	—	—	—
682 66-7	139	Zuschüsse an Landesbetriebe * Übertragbar.	—	8.000.000	—	+8.000.000	—
685 66-6	139	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	—
891 66-5	139	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitionen * Übertragbar.	—	2.000.000	—	+2.000.000	—
893 66-8	139	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	—	—	—	—
TGr. 71		Erhaltung und Förderung der Lehre und Forschung * Übertragbar. <i>Abweichend von § 20 LHO sind nur gegenseitig deckungsfähig 425 71, 429 71, 459 71, 547 71, 681 71, 682 71, 685 71, 812 71 und 891 71.</i> ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(—)	(2.082.100)	(2.072.100)	(+10.000)	(1.875)
425 71-0	131	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	329
429 71-6	131	Nicht aufteilbare Personalausgaben *** Ausgaben dürfen nur für die Vergütung von Beschäftigten in einem befristeten Arbeitsverhältnis geleistet werden.	—	510.500	500.500	+10.000	310
459 71-2	131	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
529 71-0	131	Zur Verfügung verschiedener Ausschüsse ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	1.100	1.100	—	0
547 71-9	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.548.900	1.552.500	–3.600	603
681 71-7	131	Zuschüsse an natürliche Personen in besonderen Fällen ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	21.600	18.000	+3.600	18
682 71-3	132	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	—	—	—	74
685 71-2	131	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	256
812 71-4	131	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	252
891 71-1	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitionen	—	—	—	—	32
TGr. 72		Reform der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Hochschulen * Übertragbar.	(—)	(6.300.000)	(1.199.800)	(+5.100.200)	(744)
538 72-8	131	Dienstleistungen Außenstehender	—	4.000.000	700.000	+3.300.000	721
547 72-7	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	800.000	499.800	+300.200	—
682 72-1	131	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	—	—	—	22
812 72-2	131	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	700.000	—	+700.000	—
891 72-0	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitionen	—	800.000	—	+800.000	—
TGr. 73		Hochschulübergreifende Innovationen * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus-	(—)	(15.500.000)	(12.000.000)	(+3.500.000)	(3.600)

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 71

Die veranschlagten Mittel teilen sich wie folgt auf:

1. Mittel für strukturelle Förderung des Bibliothekswesens	1 105 100 DM
2. Sonstige Ausgaben zur zusätzlichen Förderung der Lehre und Forschung	977 000 DM
Zusammen	2 082 100 DM

Zu 1.:

Ausbau von Lehrbuchsammlungen bzw. Ergänzung von Studienliteratur an den Hochschulen sowie ergänzende Schwerpunktförderung.

429 71

Veranschlagt sind Ausgaben zur zusätzlichen Förderung der Lehre und Forschung.

529 71

Aus diesem Ansatz können Ausgaben bis zur Höhe von 1 100 DM für Repräsentationsausgaben anlässlich der Vergabesitzung des Ausschusses zur Vergabe von Mitteln zur verstärkten Förderung der wissenschaftlichen Forschung geleistet werden.

547 71

Veranschlagt sind:

Mittel für strukturelle Förderung des Bibliothekswesens	1 105 100 DM
Förderung der Lehre und Forschung	443 800 DM
Zusammen	1 548 900 DM

681 71

Veranschlagt ist die Vergabe eines Stipendiums des Landes am Zentralinstitut für Kunstgeschichte in München in Höhe von bis zu 1 800 DM monatlich für 12 Monate im Einzelfall als Leistung eigener Art. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden. Der Gesamtbedarf pro Haushaltsjahr beträgt bis zu 21 600 DM.

Zu Titelgruppe 72

Ab Haushaltsjahr 1999 wurden die Hochschule Vechta sowie die Fachhochschulen Braunschweig/Wolfenbüttel, Hannover, Hildesheim/Holzminde, Nordostniedersachsen, Oldenburg, Ostfriesland und Wilhelmshaven auf Landesbetriebe gem. § 26 LHO umgestellt. Zum Haushaltsjahr 2000 folgte die Umstellung der Universität Osnabrück. Mit Beginn des Haushaltsjahres 2001 werden die weiteren Hochschulen folgen.

Neben Ausgaben für die Vorbereitung der Umstellung der weiteren Hochschulen auf globale Landeszuschüsse sind Ausgaben für den wissenschaftlichen Beirat, für Dienst- und Beratungsleistungen sowie Sachausgaben bei der Entwicklung von Verfahren zur künftigen aufgaben- und leistungsbezogenen Bemessung der Landeszuschüsse (§ 132 Abs. 5 NHG) sowie für ausgewählte Bereiche der Kosten- und Leistungsrechnung veranschlagt.

538 72

Veranschlagt sind Ausgaben für Customizing sowie für sonstige Dienst- und Beratungsleistungen u. a. an der Universität Hannover.

547 72

Veranschlagt sind Sachausgaben für die Vorbereitung der Umstellung von Hochschulen auf das Kaufmännische Rechnungswesen sowie für die Vorbereitung von stufenweise einzuführenden Verfahren einer aufgaben- und leistungsbezogenen Mittelbemessung und im Zusammenhang mit ausgewählten Bereichen der Kosten- und Leistungsrechnung.

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 73, 74 und 95 allgemein

Durch kostensenkende Strukturmaßnahmen sollen im Hochschulbereich in den nächsten Jahren Gestaltungsspielräume in einer Größenordnung von 27 Mio. DM geschaffen werden. Die an den Hochschulen erzielten Effizienzgewinne werden im Rahmen einer sog. Innovationsoffensive durch Landeszuschüsse auf 54 Mio. DM verdoppelt. In diesem Zusammenhang ist schrittweise (3 x 6 Mio. DM), beginnend ab 1999, ein zentraler Pool in Höhe von 18 Mio. DM, aus dem hochschulübergreifende Innovationen finanziert werden, geschaffen worden (Pool II).

Aus dem Gesamtbetrag von 54 Mio. DM wird des weiteren der Forschungs- und Berufungspool in TGr. 74 aufgestockt. Für Promotionsprogramme und die Projektförderung der Fachhochschulen sind außerdem Landesmittel im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Förderung der Weiterentwicklung von Hochschule und Wissenschaft“ veranschlagt (vgl. auch TGr. 95).

Es sind veranschlagt:

Förderung/Verwendungsbereiche	insgesamt DM	davon in		
		TGr. 73 DM	TGr. 74 DM	TGr. 95 DM
1. Wissenschaftlicher Nachwuchs	9 000 000	3 500 000	3 000 000	2 500 000
2. Innovative Fachhochschulprojekte	6 057 100	600 000	2 857 100	2 600 000
3. Innovative Projekte der anderen Hochschulen	11 400 000	11 400 000	—	—
4. Forschungs- und Berufungspool	7 150 000	—	7 150 000	—
5. Hochschulübergreifende Verlagerung von Stellen im Bereich Lehramt	1 638 100	—	1 638 100	—
Zusammen	35 245 200	15 500 000	14 645 200	5 100 000

Nachrichtlich zu TGr. 74

Ausgabemittel für die bereits verlagerten Stellen

– im Rahmen des Fachhochschulstrukturkonzeptes	342 900
– im Rahmen der hochschulübergreifenden Verlagerungen von Stellen im Bereich Lehramt	411 900

Insgesamt 36 000 000

Zu Titelgruppe 73

Mehr	6 000 000 DM
Weniger infolge Verlagerung nach TGr. 95 (für Promotionsprogramme)	2 500 000 DM
Bleibt Mehr	3 500 000 DM

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0608 Förderung der Wissenschaft allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch TGr. 73		<i>gaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>					
429 73-2	131	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	15.256.600	12.000.000	+3.256.600	737
459 73-9	131	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
547 73-5	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	621
681 73-3	131	Stipendien	—	—	—	—	—
682 73-0	132	Zuschüsse an Landesbetriebe	—	—	—	—	1.389
891 73-8	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitionen	—	—	—	—	852
981 73-7	990	Abführung an 0608 - 381 75	—	243.400	—	+243.400	—
TGr. 74		Forschungs- und Berufungspool, innovative Hochschulprojekte * Übertragbar. <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 74 und 331 74.</i> ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(15.000.000) (10.000.000)	(25.193.600)	(22.869.400)	(+2.324.200)	(18.200)
429 74-0	131	Nicht aufteilbare Personalausgaben * Einseitig deckungsfähig zugunsten 422 01, 425 01 und 426 01. ***Die Ausgaben dürfen nur für Vergütung von Beschäftigten in einem befristeten Arbeitsverhältnis geleistet werden.	15.000.000 10.000.000	16.553.600	14.229.400	+2.324.200	4.166
459 74-7	131	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben * Einseitig deckungsfähig zugunsten 422 01, 425 01 und 426 01.	—	—	—	—	0
547 74-3	131	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * Einseitig deckungsfähig zugunsten 422 01, 425 01 und 426 01.	—	6.440.000	6.440.000	—	3.540
681 74-1	179	Zuschüsse an natürliche Personen in besonderen Fällen * Einseitig deckungsfähig zugunsten 422 01, 425 01 und 426 01.	—	—	—	—	—
682 74-8	132	Zuschüsse an Landesbetriebe * Einseitig deckungsfähig zugunsten 422 01, 425 01 und 426 01. ***Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 95.	—	—	—	—	2.892
685 74-7	179	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke * Einseitig deckungsfähig zugunsten 422 01, 425 01 und 426 01.	—	—	—	—	1.398
812 74-9	131	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen * Einseitig deckungsfähig zugunsten 422 01, 425 01 und 426 01.	—	2.200.000	2.200.000	—	2.337
891 74-6	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitionen * Einseitig deckungsfähig zugunsten 422 01, 425 01 und 426 01. ***Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 95.	—	—	—	—	2.728
893 74-9	179	Zuschüsse für Investitionen * Einseitig deckungsfähig zugunsten 422 01, 425 01 und 426 01.	—	—	—	—	1.139

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 74

Die Mittel des Forschungs- und Berufungspools sind insbesondere bestimmt für

- die Förderung von Forschungsvorhaben auf der Grundlage des RdErl. des MWK vom 16. 6. 1997 (Nds. MBl. S. 1085)
- die Bildung von Forschungsschwerpunkten
- Berufungs- und Bleibeverhandlungen
- Strukturverbesserungen im Bereich der Forschung
- innovative Hochschulprojekte (s. a. TGr. 73).

Ablösung der Verpflichtungsermächtigung:

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	3 300 000	3 400 000	—	6 700 000
2002	3 300 000	3 300 000	8 000 000	14 600 000
2003	—	3 300 000	5 500 000	8 800 000
2004	—	—	1 500 000	1 500 000

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0608 Förderung der Wissenschaft allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 75		Zentrale Evaluations- und Akkreditierungs- agentur Hannover (ZEVA) * Übertragbar.	(—)	(1.529.400)	(310.300)	(+1.219.100)	(103)
425 75-3	139	Vergütungen der Angestellten ***Die Mittel stehen nur für eine be- fristete Beschäftigung zur Verfügung	—	—	171.300	–171.300	28
429 75-9	139	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	5.000	–5.000	12
459 75-5	139	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
526 75-4	131	Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder der Akkreditierungskommission und Gutachterkosten	—	—	72.000	–72.000	—
527 75-0	131	Reisekostenvergütungen	—	—	10.000	–10.000	3
547 75-1	139	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	52.000	–52.000	22
682 75-6	131	Zuschuss an den Landesbetrieb U Hannover für laufende Zwecke der ZEVA * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 121 75. ***1. Die Mittel für die Vergütung von 2 Angestellten der VergGr. IIa BAT stehen nur für eine befristete Be- schäftigung zur Verfügug. 2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 425 01.	—	1.529.400	—	+1.529.400	—
812 75-7	139	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	39
891 75-4	131	Zuschuss an den Landesbetrieb U Hannover für Investitionen der ZEVA	—	—	—	—	—
TGr. 76		Besondere Maßnahmen zum Abbau des Numerus Clausus, zur Förderung der Hochschul- struktur und der Qualität des Studiums * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 251 06. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind. ***1. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 3 zu 422 01. 2. Vgl. Buchst. B, Nr. 1 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Stellenplä- nen, Stellenübersichten und Bedarfs- nachweisen. Im übrigen dürfen bei 425 76, 426 76 und 427 76 nur Ausga- ben für Vergütung von Beschäftigten in einem befristeten Arbeitsverhält- nis geleistet werden.	(—)	(13.736.300)	(9.407.300)	(+4.329.000)	(10.531)
425 76-1	139	Vergütungen der Angestellten * Einseitig deckungsfähig zugunsten 422 01, 425 01 und 426 01.	—	9.292.200	7.725.500	+1.566.700	5.353
426 76-8	139	Löhne der Arbeiter/Arbeiterinnen * Einseitig deckungsfähig zugunsten 422 01, 425 01 und 426 01.	—	—	—	—	—
427 76-4	139	Beschäftigungsentgelte; Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige * Einseitig deckungsfähig zugunsten 422 01, 425 01 und 426 01.	—	1.123.200	260.900	+862.300	908
459 76-3	139	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben * Einseitig deckungsfähig zugunsten 422 01, 425 01 und 426 01.	—	6.000	6.000	—	29
524 76-0	139	Lehrmittel * Einseitig deckungsfähig zugunsten 422 01, 425 01 und 426 01.	—	550.600	550.600	—	518

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 75

Die seit 1995 tätige ZEvA (Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover) ist eine Einrichtung in der Trägerschaft der niedersächsischen Hochschulen. Sie ist der Universität Hannover zugeordnet.

1. Abteilung Evaluation:
Koordinierung der hochschulübergreifenden Evaluation der Lehrangebote und Beratung der Hochschulen bei ihrer Selbst-evaluation (§ 10 Abs. 2 NHG) mit dem Ziel der Verbesserung der Qualität der Lehre.
2. Abteilung Akkreditierung:
Die Einrichtung von Bachelor/Bakkalaureus- und Master-/Magisterstudiengängen als konsekutive Studiengänge aufgrund von Empfehlungen der KMK, HRK und der Regierungschefs von Bund und Ländern soll durch Akkreditierungen begleitet werden, die die nationale und vor allem die internationale Vergleichbarkeit prüfen, Transparenz gewährleisten und die Qualität der Hochschulausbildung auf diesem Sektor sichern. Die Teilnahme an dem Verfahren steht den in der norddeutschen Wissenschaftsministerkonferenz kooperierenden Ländern offen. Die Genehmigung von Studiengängen soll von der Akkreditierung abhängig gemacht werden.

Es sind veranschlagt:

Für die Abteilung Evaluation	1 011 000 DM
Für die Abteilung Akkreditierung	518 400 DM
Zusammen	1 529 400 DM

Mehr für die Abteilung Evaluation infolge Rückverlagerung von Titelgruppe 97 sowie Verlagerung für die Abteilung Akkreditierung von 425 01.

682 75

Ausgaben für die Vergütung folgender in der Stellenübersicht für Angestellte enthaltene Stellen:

Für die Geschäftsführung 1 Verg.-Gr. I BAT (Verwaltungsdienst); für die Abteilung Evaluation 1 Verg.-Gr. I b, 1 Verg.-Gr. II a BAT (Wissenschaftlicher Dienst), 1 Verg.-Gr. IV a und 1 Verg.-Gr. VI b BAT (Verwaltungsdienst); für die Abteilung Akkreditierung 1 Verg.-Gr. I b BAT (Wissenschaftlicher Dienst) und 1 Verg.-Gr. VI b BAT (Verwaltungsdienst) sowie 2 Verg.-Gr. II a (Wissenschaftlicher Dienst) – befristet –, die nicht in der Stellenübersicht enthalten sind.

Außerdem sind veranschlagt: Ausgaben für die wissenschaftliche Leitung der ZEvA im Nebenamt, für wissenschaftliche Hilfskräfte und Aushilfskräfte, Entschädigungen für die Mitglieder der „Peer-Groups“ (Gutachter) im Rahmen der Evaluation und für die Mitglieder der Akkreditierungskommission, sonstige Gutachterkosten sowie für Geschäftsbedarf, Miet-, Betriebs- und Energiekosten.

Die Haushaltsmittel werden dem Landesbetrieb Universität Hannover zugeführt.

Zu Titelgruppe 76

Zum Abbau von Engpässen in stark nachgefragten Studiengängen an Universitäten und Fachhochschulen, insbesondere in den Lehramtsstudiengängen sowie zur Umsetzung des Programms „Profilbildung, Kapazitätserweiterung und beschleunigter Ausbau innovativer Schwerpunkte in der Informatik“ ferner zur Verbesserung der Hochschulstruktur und der Qualität des Studiums.

Mit Maßnahmen zur Verbesserung der Hochschulstruktur sollen notwendige Umstrukturierungen zügig umgesetzt und Anreize für die Hochschulen zur Stärkung der Effektivität und der Effizienzien des Mitteleinsatzes geschaffen werden. Mit Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität des Studiums sollen insbesondere Vorhaben zur Verkürzung überlanger Studienzeiten, zur Erhöhung der Studienerfolgsquoten und zur Verbesserung der Auslastung der Ausbildungskapazitäten ermöglicht werden.

Es entfallen auf Maßnahmen

– zum Abbau des Numerus clausus	6 839 000 DM
– zur Verbesserung der Hochschulstruktur	1 500 000 DM
– zur Verbesserung der Qualität des Studiums	3 000 000 DM
– im Informatik-Programm	2 397 300 DM
Zusammen	13 736 300 DM

Vgl. Erläuterung zu 422 01.

Mehr infolge Rückverlagerung aus Titel 812 36.

425 76 und 426 76

Zahl und Einstufung der Angestellten und Arbeiter für 2001:

I. Angestellte	Verg.-Gr.	Zahl
Wissenschaftlicher Dienst	I b	2 (2)
	II a	54 (55)
Technischer Dienst/ Verwaltungsdienst	IV a	6 (6)
	V b	4,5 (4,5)
	V c	1 (1)
	VI b	5 (5,5)
	VII	1 (1)
Zusammen		73,5 (75)

427 76

Aus den Ausgaben können Vergütungen für Aushilfskräfte, wissenschaftliche Hilfskräfte, Lehraufträge und Gastdozenten gezahlt werden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0608 Förderung der Wissenschaft allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
547 76-0	139	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben * <i>Einseitig deckungsfähig zugunsten 422 01, 425 01 und 426 01.</i>	—	474.700	474.700	—	610
682 76-4	132	Zuschüsse an Landesbetriebe * <i>Einseitig deckungsfähig zugunsten 422 01, 425 01 und 426 01.</i>	—	2.289.600	389.600	+1.900.000	3.061
812 76-5	139	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausstattungsgegenständen * <i>Einseitig deckungsfähig zugunsten 422 01, 425 01 und 426 01.</i>	—	—	—	—	51
891 76-2	132	Zuschüsse an Landesbetriebe zum Erwerb von Geräten * <i>Einseitig deckungsfähig zugunsten 422 01, 425 01 und 426 01.</i>	—	—	—	—	—
TGr. 95		Programm zur Förderung der Weiterentwick- lung von Hochschulen und Wissenschaft * <i>Übertragbar.</i> ** <i>Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind.</i> *** <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 251 05.</i>	(43.341.200) (—)	(19.396.100)	(—)	(+19.396.100)	(—)
429 95-3	139	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 95-6	139	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	—	—	—	—
682 95-0	139	Zuschüsse an Landesbetriebe ***1. <i>Gemäß § 17 Abs. 2 S. 2 LHO sind die Erläuterungen zu Nr. 2 und Nr. 3 verbindlich.</i> 2. <i>Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 74 und 891 74.</i>	43.341.200 —	19.396.100	—	+19.396.100	—
683 95-7	139	Zuschüsse an staatlich anerkannte Fach- hochschulen	—	—	—	—	—
684 95-3	139	Zuschüsse an kirchliche Fachhochschulen	—	—	—	—	—
685 95-0	139	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
891 95-9	139	Zuschüsse an Landesbetriebe zum Erwerb von Geräten	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	11.000.000		70.022.400	–70.022.400	

ERLÄUTERUNGEN

547 76

Veranschlagt sind u. a. Ausgaben für Geschäftsbedarf, Post- und Fernmeldegebühren sowie Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben.

682 76

Insbesondere für die Gewährung von Zuschüssen an die Kliniken der Universität Göttingen im Bereich des vorklinischen Studienabschnitts des Studiengangs Medizin.

812 76

Hier dürfen auch Ausgaben für die Beschaffung von Kraftfahrzeugen nachgewiesen werden.

Zu Titelgruppe 95

Durchführung der Bund-Länder-Vereinbarung zur Förderung der Weiterentwicklung von Hochschulen und Wissenschaft sowie zur Realisierung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre.

Vgl. Erläuterungen zu 251 05.

Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre	5 539 200 DM
Förderung der Entwicklung von Fachhochschulen	9 610 900 DM
Förderung struktureller Innovationen im Hochschulbereich	4 246 000 DM
Zusammen	19 396 100 DM

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2002	—	—	20 734 100	20 734 100
2003	—	—	22 607 100	22 607 100

682 95

1. Im Stellenplan des Kapitels 06 08 sind 25 Planstellen der Bes.-Gr. C 1 veranschlagt. Die Personalausgaben für diese Planstellen werden aus 682 95 finanziert.
2. Im Rahmen des Fachprogramms zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre können für die Qualifizierung des weiblichen künstlerischen Nachwuchses für eine Professur im Einzelfall Stipendien bis zur Höhe von jährlich 43 800 DM gewährt werden.
3. Im Rahmen des Fachprogramms zur Förderung struktureller Innovationen im Hochschulbereich können zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in innovativen Promotionsstudiengängen (Ausschreibung des MWK über die Förderung von Promotionsprogrammen vom 30. 9. 1999) im Einzelfall Stipendien an hochqualifizierte Bewerber nach Maßgabe des RdErl. des MWK vom 30. 9. 1999 – 21.2 – 78904 – 63 gewährt werden.

Zu 2. und 3.:

Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
 Kapitel 0608 Förderung der Wissenschaft allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 06 08 1 Eigene Einnahmen 2 Übertragungseinnahmen 3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen Summe der Einnahmen		532.500 9.689.200 243.400	262.500 11.635.100 26.380.000	+270.000 -1.945.900 -26.136.600	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben 5 Sächliche Verwaltungsausgaben 6 Übertragungsausgaben 7 Bauausgaben 8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen 9 Besondere Finanzierungsausgaben Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben Zuschuss Nachrichtlich: Anteil an den Versorgungsausgaben Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil	31.700.000 10.000.000 — 43.341.200 — 5.000.000 — 6.000.000 — 75.041.200 21.000.000	50.533.200 18.167.900 44.355.900 — 5.700.000 243.400 119.000.400 108.535.300 413.000 119.413.400 108.948.300	65.485.400 16.278.800 15.553.800 5.000.000 36.060.000 — 138.378.000 100.100.400 542.000 138.920.000 100.642.400	-27.812.500 -14.952.200 +1.889.100 +28.802.100 -5.000.000 -30.360.000 +243.400 -19.377.600 +8.434.900	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0609 Zusätzliche Förderung von Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
119 51-6	179	Vermischte Einnahmen ***Vgl. K-Vermerk zu 682 01.		—	—	—	—
282 01-8	179	Zuschüsse der „Volkswagen-Stiftung“ für die Vergabe von Stipendien		—	1.250.300	-1.250.300	105
331 01-9 (GA)	131	Zuweisungen des Bundes gem. § 12 HBFG ***Vgl. K-Vermerk zu 682 01.		10.000.000	10.000.000	—	12.200
342 01-0	139	Zuschüsse der „Volkswagen-Stiftung“ zur zusätzlichen Förderung von Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre ***Vgl. K-Vermerk zu 682 01. Rückzahlungen der bei den Ausgabtiteln verausgabten Beträge - auch aus Vor- jahren - sind hier zu vereinnahmen.		40.000.000	41.749.700	-1.749.700	37.730
A U S G A B E N							
681 01-0	139	Stipendien	—	—	1.250.300	-1.250.300	72
682 01-6	139	Zuschüsse für laufende Zwecke an Landes- betriebe * Übertragbar. ***Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 02, 685 01, 712 01, 821 01, 891 01, 893 01 und 429 76 bis 812 76. Ausgaben bei den deckungsberechtigten Titeln dürfen insgesamt nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 51, 331 01 und 342 01. Sind in Vorjahren Verpflichtungen auf Grund von Verpflichtungsermächtigungen eingegangen worden, dürfen Ausgaben auch geleistet werden, wenn die Istein- nahmen die Höhe der Istaussgaben nicht erreichen. Vor Eingang der Zuschüsse dürfen Zah- lungsverpflichtungen begründet werden, soweit die VW-Stiftung entsprechende Mittel verbindlich zugesagt hat. Persönliche Verwaltungsausgaben dürfen nur für Vergütungen von Beschäftigten in einem befristeten Arbeitsverhältnis geleistet werden. Gem. § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben des Kapitels 0609 im Rahmen des Verwen- dungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind.	40.000.000	48.500.000	—	+48.500.000	—
682 02-4	139	Zuschüsse für Stipendien an Landes- betriebe ***Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01. Vgl. Vermerk zu 682 01. Gem. § 17 Abs.1 Satz 2 LHO sind die Sätze 2 und 3 der Erläuterungen ver- bindlich.	—	—	—	—	—
685 01-5	179	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige ***Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01. Vgl. Vermerk zu 682 01.	—	—	—	—	—
712 01-2	139	Hochbaumaßnahmen ***Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01. Vgl. Vermerk zu 682 01.	—	—	—	—	—
812 35-1	139	Mittel aus dem Zuschuß der „Volkswagen- Stiftung“ zur zusätzlichen Förderung von Wissenschaft u. Technik in Forsch. u. Lehre	40.000.000	—	51.749.700	-51.749.700	—
821 01-6	139	Erwerb von Grundstücken ***Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01. Vgl. Vermerk zu 682 01.	—	—	—	—	—
891 01-4	139	Zuschüsse für Investitionen an Landes- betriebe ***Einseitig deckungsfähig zu Lasten	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 331 01

Buchungsstelle für Erstattungen des Bundes für aus Mitteln des Nieders. Vorabs der Volkswagen-Stiftung getragene Erschließungs- und Baukosten sowie Kosten für Ersteinrichtungen, Baugrundstücke und Großgeräte.

Zu 342 01

Die Einnahmen dienen der Finanzierung der auf Vorschlag der Landesregierung vom Kuratorium der Volkswagen-Stiftung beschlossenen Fördermaßnahmen des Niedersächsischen Vorabs.

Zu 682 01

Aus den hier zentral veranschlagten Mitteln sollen u. a. finanziert werden:

- Auf- und Ausbau der Forschungsinfrastruktur,
- Baumaßnahmen im Hochschulbereich,
- Einrichtung von Graduierten-Kollegs,
- nieders.-israelische Gemeinschaftsvorhaben,
- Forschungsschwerpunkte,
- Projekte auf dem Gebiet der Friedens- und Konfliktforschung,
- Zusagen aus Berufungs- und Bleibvereinbarungen

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2002	31 300 000	10 000 000	10 000 000	51 300 000
2003	10 000 000	10 000 000	10 000 000	30 000 000
2004	—	10 000 000	10 000 000	20 000 000
2005	—	—	10 000 000	10 000 000

Es ist vorgesehen, die Verpflichtungsermächtigungen bei den einzelnen Titeln des Kapitels 06 09 in Anspruch zu nehmen.

Zu 682 02

Stipendien für israelische Postdoktoranden sowie für Doktoranden und Postdoktoranden aus bestimmten Ländern Amerikas, Asiens und Afrikas. Stipendien können im Einzelfall bis zur Höhe von jährlich 48 800 DM gezahlt werden. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0609 Zusätzliche Förderung von Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 891 01-4		682 01. Vgl. Vermerk zu 682 01.					
893 01-7	179	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige ***Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01. Vgl. Vermerk zu 682 01.	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 76		Zusätzliche Förderung sonstiger staatlicher Einrichtungen ***Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01. Vgl. Vermerk zu 682 01.	(—)	(1.500.000)	(—)	(+1.500.000)	(—)
429 76-0	179	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
459 76-7	179	Nicht aufteilbare Fuersorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
524 76-3	179	Lehrmittel	—	—	—	—	—
547 76-3	179	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
681 76-1	179	Zuschüsse an natürliche Personen in besonderen Fällen ***Gem. § 17 Abs.1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	—	—	—	—
812 76-9	179	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
981 76-5	990	Abführung an 20 53 - 381 67	—	1.500.000	—	+1.500.000	—
		Abschluss Kapitel 06 09					
		1 Eigene Einnahmen	—	—	—	—	—
		2 Übertragungseinnahmen	—	—	1.250.300	-1.250.300	—
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen	—	50.000.000	51.749.700	-1.749.700	—
		Summe der Einnahmen		50.000.000	53.000.000	-3.000.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
		6 Übertragungsausgaben	40.000.000	48.500.000	1.250.300	+47.249.700	—
		7 Bauausgaben	—	—	—	—	—
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	40.000.000	—	51.749.700	-51.749.700	—
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.500.000	—	+1.500.000	—
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	40.000.000 40.000.000	50.000.000	53.000.000	-3.000.000	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 681 76

Hier können Stipendien gezahlt werden nach Maßgabe der Erläuterungen zu Titel 682 02.

Zu 981 76

Anbau eines Lesesaals bei der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel (HAB). Die Baumaßnahme ist im Einzelplan 20 veranschlagt. Die Gesamtkosten betragen voraussichtlich rd. 6 Mio. DM. Hiervon trägt das Land 3 Mio. DM, die in 2 Raten zu 1,5 Mio. DM in den Haushaltsjahren 2001 und 2002 an den Einzelplan 20 abgeführt werden. Die restlichen Kosten werden von der Gesellschaft der Freunde der HAB bzw. durch Sponsoren erbracht.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-2	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
121 03-0	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		4.587.600	—	+4.587.600	—
381 01-6	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			84.045.700	-84.045.700	
		A U S G A B E N					
682 01-6	131	Zuführung für laufende Zwecke des Landes- betriebes * Übertragbar. Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.	3.660.000 —	425.496.700	—	+425.496.700	—
682 03-2	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der tech- nischen und baulichen Anlagen * Übertragbar. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	5.737.000	—	+5.737.000	—
682 39-3	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	238.800	—	+238.800	—
891 01-4	131	Zuführungen für Investitionen des Landes- betriebes * Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	4.580.000	—	+4.580.000	—
981 01-3	990	Abführung an 1321 - 381 06	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	3.660.000		420.639.900	-420.639.900	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 10 allgemein

Die Universität Göttingen wird ab 1. 1. 2001 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigelegt.

Zu 682 01

Dem Studentenwerk Göttingen dürfen für seine Aufgabenerfüllung landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgeltes überlassen werden.

Dem Studentenwerk Göttingen in Göttingen dürfen landeseigene Gebäude für studentische Wohnzwecke ohne Erhebung eines Nutzungsentgeltes gegen Übernahme der Kosten für die Bauunterhaltung, der Verkehrssicherung und der mit dem Grundstück zusammenhängenden öffentlichen Lasten überlassen werden.

nachrichtlich:

Einrichtung	qm	Mietwert/jährlich
Mensen	9 710	1 162 800 DM
Studentenwohnheime/ -wohnungen	8 836	
Geschäftsräume	1 300	
Werkstätten/Garagen	300	
Kindergarten	308	
Wohnungen	352	

Der Akademie der Wissenschaften dürfen für ihre Aufgabenerfüllung landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgeltes überlassen werden.

nachrichtlich:

Einrichtung	qm	Mietwert/jährlich
Diensträume	872	62 784 DM

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgeltes überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung

des Haus- halts- jahres	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2002	—	—	3 660 000	3 660 000

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 53 428 800 DM (Universität = 52 884 800 DM, Versuchswirtschaft Relliehausen = 544 000 DM); vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Einzelplan 06.

Zu 891 01

1. Investitionen bis zu 50 000 DM im Einzelfall	1 666 900 DM
2. Geräte zur Umsetzung umweltrechtlicher und arbeitsrechtlicher Vorschriften	468 700 DM
3. Investitionen über 50 000 DM (ohne Großgeräte)	
a) Garderobenschränke	71 700 DM
b) Teleskop mit Auswertungsrechnern	66 000 DM
c) VW-Bus	57 000 DM
d) Atomabsorptions-Spektrometer	130 000 DM
e) Laborzentrifuge	88 700 DM
f) Arbeitsplatz für Faseroptik und Holografie	83 600 DM
g) GC-MS-System	150 800 DM
h) Atomares Kraftmikroskop mit hochauflösend. Oberflächenanalytik	242 000 DM
i) VW-Transporter	54 600 DM
4. Investitionen für die Gesellschaft für wissenschaftliche Datenverarbeitung mbH	1 500 000 DM
Zusammen	4 580 000 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	DM	DM	DM	DM	8
		Abschluss Kapitel 06 10 1 Eigene Einnahmen 2 Übertragungseinnahmen 3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen Summe der Einnahmen 4 Persönliche Verwaltungsausgaben 5 Sächliche Verwaltungsausgaben 6 Übertragungsausgaben 7 Bauausgaben 8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen 9 Besondere Finanzierungsausgaben Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben Zuschuss Nachrichtlich: Anteil an den Versorgungsausgaben Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		4.587.600 — — 4.587.600 — — 4.580.000 — 436.052.500 431.464.900 — 436.052.500 431.464.900	23.431.600 60.058.100 556.000 84.045.700 333.803.800 68.286.600 9.342.900 542.000 8.664.600 — 420.639.900 336.594.200 37.565.100 458.205.000 374.159.300	-18.844.000 -60.058.100 -556.000 -79.458.100 -333.803.800 -68.286.600 +422.129.600 -542.000 -4.084.600 — +15.412.600 +94.870.700	

ERLÄUTERUNGEN

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

**Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2001
für die Universität Göttingen**

Lfd. Nr.	Aufwendungen*)	Lehre 40% DM	Forschung 55% DM	Sonstige Aufgaben 5% DM	Lfd. Nr.	Erträge*)	Lehre 40% DM	Forschung 55% DM	Sonstige Aufgaben 5% DM
1	Personalaufwand	153 119 320	210 539 065	19 139 915	5	Zuschuss	172 589 000	237 309 875	21 573 625
2	Sachaufwand	58 444 000	80 360 500	7 305 500	6	Sondermittel	3 319 480	4 564 285	414 935
3	Bauunterhaltung	2 294 800	3 155 350	286 850	7	Drittmittel	25 714 480	35 357 410	3 214 310
4	Investitionen (einschl. Großgeräte)	7 103 640	9 767 505	887 955	8	Sonstige	12 235 160	16 823 345	1 529 395
					9	Deckungsmittel aus dem Finanzplan	7 103 640	9 767 505	887 955
	Summe Aufwendungen	220 961 760	303 822 420	27 620 220		Summe Erträge	220 961 760	303 822 420	27 620 220

*) Die Aufwendungen und Erträge der zentralen Einrichtungen (einschl. zentrale Verwaltung) sind über einen geeigneten Schlüssel einzubeziehen.

Grunddaten:

Lfd. Nr.	Datenart	Ist 1999	Soll 2001
11	Stellen für wissenschaftliches Personal	1 132	1 117
12	darunter: Stellen für Professuren	371	369
13	Stellen für nichtwissenschaftliches Personal	1 597	1 563
14	Stellen für Forschung	495	497
15	Gesamtaufnahmekapazität nach KapVO (mit Schwund)	6 057	6 015
16	Studienanfänger (1. Fachsemester)	4 310	4 500
17	Studierende insgesamt	23 653	24 000
18	Studierende in der Regelstudienzeit	14 575	14 600
19	Zahl der Zwischenprüfungen	—	—
20	Zahl der Abschlussprüfungen	—	—
21	Zahl der Absolventen	2 829	2 800
22	Zahl der Promotionen	673	670
23	Zahl der Habilitationen	65	60
24	Zahl der Graduiertenkollegs	7	7
25	Zahl der Sonderforschungsbereiche	5	5
26	Weiterbildungskurse (Unterrichtsstunden)	970	970
27	Drittmittel je Stelle wissenschaftliches Personal	60 730 DM	57 433 DM
28	Drittmittel je Professorenstelle	185 300 DM	173 854 DM
29.1	Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge	4	4
29.2	Internat. (Austausch-)Studiengänge		
29.3	Weiterbildungsstudiengänge		
29.4	Fernstudiengänge/Kontaktstudiengänge (EU)		
29.5	Studium Generale, Serviceangebote		
30	Internat. Zusammenarbeit (außerhalb von Studiengängen)		
31	Frauenförderung		

Anmerkung:

Bei der vorgegebenen vertikalen Gliederung werden Kennzahlen nicht gebildet (Ausnahmen lfd. Nrn. 27 u. 28), weil dieses nur auf der Ebene von Fachgruppen sinnvoll ist und sich nur dann vergleichbare Aussagen ergeben.

**Wirtschaftsplan für die
Universität Göttingen
für das Geschäftsjahr 2001**

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

Aufwendungen	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Erträge	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
60 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	47 542 600	53 633 000	55 511 093	501 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	431 472 500	333 788 300	324 074 659
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	11 277 200	5 540 200	6 528 030	502 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	8 298 700	9 451 800	10 438 193
62 Löhne und Vergütungen	51 074 700	46 154 700	46 942 293	503 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	39 468 000	38 211 400	43 593 619
63 Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	269 345 300	269 085 900	269 763 419	51 Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	23 251 500	22 028 300	23 523 509
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	56 741 700	17 916 000	16 736 291	54 Sonstige betriebliche Erträge	32 154 600	33 299 300	40 142 824
66 Sonstige Personalaufwendungen	5 636 600	5 023 600	5 048 309	57 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
67 Aufwendungen für Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	71 425 500	18 294 100	18 894 186	58 Außerordentliche Erträge	—	—	—
68 Aufwendungen für Kommunikation	8 979 000	9 336 400	9 005 619				
69 Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	12 602 900	11 775 400	13 324 623				
70 Betriebliche Steuern	19 800	19 800	18 939				
75 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—				
76 Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—				
77 Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—				
Gesamtsumme:	534 645 300	436 779 100	441 772 804		534 645 300	436 779 100	441 772 804

Beitrag zum Innovationspakt II i.H. von 11 701 000 DM.

Zu 501:

davon	
682 01	425 496 700 DM
682 03	5 737 000 DM
682 39	238 800 DM

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2001

Investitionsausgaben	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Deckungsmittel	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—		504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	4 580 000 ¹⁾	4 785 700	9 081 587
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—		507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	9 867 100 ²⁾	7 091 400	6 564 567
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	522 500	630 300	622 485	509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	2 250 000	2 100 000	2 462 782
07 Technische Anlagen und Maschinen	16 975 000 ³⁾	15 250 500	19 334 311	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	1 062 000	2 320 900	3 208 666
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	261 600	417 200	1 360 806	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—		65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	17 759 100	16 298 000	21 317 602		17 759 100	16 298 000	21 317 602

¹⁾ Zuführungen aus 891 01.²⁾ davon 3 537 000 DM Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFVG)³⁾ davon 3 537 000 DM für HBFVG-Beschaffungen

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Vgl. Haushaltsmerke Nr. 1 zum Stellenplan.
2. Abweichend von § 50 LHO dürfen Stellen in das Kap. 06 12 umgesetzt werden. Ein eventueller finanzieller Mehrbedarf ist in dem aufnehmenden Kapitel auszugleichen.
3. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:
 - a) Verg.-Gr. I a – Verwaltungsdienst –
1 kw zum 31. 12. 2006
(Zentrale Studien- und Studentenberatung
– St.-Nr. A 191/1 –).
 - b) Verg.-Gr. V c – Verwaltungsdienst –
0,5 kw zum 31. 12. 2003 infolge ZV
(Institut für Holzbiologie und Holztechnologie).
 - c) Verg.-Gr. VI b – Verwaltungsdienst –
0,5 kw zum 31. 12. 2002
(Institut für deutsche und internationale Besteuerung
– St.-Nr. A 487/1 –).
1 kw zum 31. 12. 2003
(Institut für Forstbotanik – St.-Nr. A 851/10).
0,5 kw zum 31. 12. 2004
(Ibero-Amerikanisches Institut – St.-Nr. A 493/1 –).
 - d) Verg.-Gr. VII – Verwaltungsdienst –
1 kw zum 31. 12. 2003
(Prüfungsamt Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
– St.-Nr. A 450-2/4).
0,5 kw zum 31. 12. 2004
(Institut für Rechnungs- und Prüfungswesen
– St.-Nr. A 498/10).
0,5 kw zum 31. 12. 2005
(Institut für Tierzucht und Haustiergenetik
– St.-Nr. A 959/3 –).
 - e) Verg.-Gr. I b – Wissenschaftlicher Dienst –
1 kw zum 31. 12. 2002
(Institut für Geologie und Paläontologie – St.-Nr. A 770/15 –).
1 kw zum 31. 12. 2003
Agrikulturchemie – St.-Nr. A 967/13 –
(bei Inkrafttreten Verlagerung nach Kap. 06 08 TGr. 74).
 - f) Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst –
1 kw bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in
(Institut Wirtschafts- und Sozialpsychologie).
1 kw zum 31. 12. 2001 (n. v. b.)
(Juristische Fakultät – Institut für Völkerrecht
– St.-Nr. A 429/15).
 - g) Verg.-Gr. VI b – Technischer Dienst –
1 kw bei Außerbetriebsetzung der Neutronenschleuder des
II. Physikalischen Instituts.
1 kw zum 31. 12. 2003
(Isotopenlaboratorium – St.-Nr. A 965/14).
 - h) Verg.-Gr. III – Datenverarbeitungsdienst –
1 kw zum 31. 12. 2002
(III. Physikalisches Institut – St.-Nr. A 758/9).
 - i) Verg.-Gr. VIII/VII – Schreib- und Fernschreibdienst –
1 kw zum 31. 12. 2004
(Allgemeine Verwaltung – St.-Nr. A 170 A-64).
 - j) Verg.-Gr. II a – Lektorin, Lektor –
1 kw zum 31. 12. 2004
Ev. Theologie – St.-Nr. A 300/3
(bei Inkrafttreten Verlagerung nach Kap. 06 08 TGr. 74).
 - k) Stellen zu 422 31 Bes.-Gr. A 13 – Lektor –
kw gem. Nr. 1 Abs. 3 der Allgemeinen Bestimmungen
1997/1998.
4. Verg.-Gr. IV a/V c – Bibliotheksdienst –
Bis zum Abschluss einer tarifvertraglichen Neuregelung sind die Angestellten für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. IV a bzw. die Verg.-Gr. V c BÄT eingruppiert.
5. Soweit ausreichende Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 108 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeiter(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Arbeitsverträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen für befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.
6. Beihilfen für ausländische Studierende werden als Leistungen eigener Art gewährt.
7. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
8. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:
 - a) Lohn-Gr. 8 – Handwerklicher Dienst –
0,5 kw zum 31. 12. 2004
(A. v. H.-Institut für Pflanzenwissenschaften
– St.-Nr. L 773/8).
 - b) Lohn-Gr. 1 – Reinigungsdienst –
1 kw zum 31. 12. 2003
(Allgemeine Verwaltung – St.-Nr. L 1709/46).
9. Lohn-Gr. 2 a – Sonstige Dienste –
1 als Pförtner beschäftigter Arbeiter erhält weiterhin Lohn der Lohn-Gr. 4 MTL.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte und Arbeiterinnen, Arbeiter)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen		
	2001	2000				
Beamtete Hilfskräfte						
AH 2	—	1	Oberassistentin, -assistent	1) 1 ku nach Verg.-Gr. VI b für das Institut und Museum für Geologie und Paläontologie. 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Institut für Forsteinrichtung und Ertragskunde). 2) Die für das Institut für theoretische Physik ausgebrachte Stelle ist nach Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in in den Funktionsbereich „Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses“ zu verlagern. 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Institut für Spezialforschungen des Fachbereichs Theologie). 3) 1 Stelle des Instituts für Waldbau ist vorgesehen für die Weiterbeschäftigung eines zusätzlich eingestellten Angestellten (vgl. Abschnitt B Nr. 3 der Allgemeinen Haushaltsvermerke). 4) 1 Stelle darf in Höhe von 50 v. H. nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Institut für Agrartechnik). 5) kw. 6) 1 ku nach Verg.-Gr. II a für das Seminar für Englische Philologie nach Ausscheiden des Stelleninhabers. 1 ku nach Verg.-Gr. II a für das Seminar für Römische Philologie nach Ausscheiden des Stelleninhabers. 7) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung). 8) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung). 9) kw. 10) kw gem. Nr. 1 Abs. 3 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998..		
A 13 ⁶⁾	2	2	Lektorin, Lektor			
	2	3	Zusammen			
Angestellte						
I a	1	1	Verwaltungsdienst	1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Institut für Spezialforschungen des Fachbereichs Theologie).		
I b	3	3				
II a	15	13				
III	1	—				
IV a	3	2				
IV b	10	12				
V b	10	9				
V c ¹⁾	125	125				
VI b	86	87				
VII	77	85				
VIII	21	20	Ärztlicher und zahnärztlicher Dienst sowie Angestellte in med. Hilfsberufen und med.-techn. Berufen	1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Institut für Agrartechnik).		
IX b	1	1				
I b	1	1				
V b	1	1				
V c	1	1				
VI b	2	2				
I a	4	4			Wissenschaftlicher Dienst	1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung).
I b	27	27				
II a ²⁾	52	52				
II a	137	137				
II a	8	9	Lehrkräfte	1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung). 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung). 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung). 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung). 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung). 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung). 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung). 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung). 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung). 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung).		
IV b	2	3	Sozial- und Erziehungsdienst			
II a	5	5	Bibliotheks- bzw. Archivdienst			
IV a	5	4				
IV b	5	6				
V b	30	30				
V c	7	9				
VI b	23	21				
VII	14	17				
VIII	28	30				
IX b	2	2				
I	1	1	Technischer Dienst	1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung). 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung). 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung). 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung). 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung). 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung). 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung). 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung). 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung). 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung).		
I b	2	1				
II a	6	5				
III	15	15				
IV a	19	20				
IV b	44	46				
V b	66	64				
V c	113	113				
VI b ³⁾	171	178				
VII ⁴⁾	13	14				
VIII	13	15	Datenverarbeitungsdienst	1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung). 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung). 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung). 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung). 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung). 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung). 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung). 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung). 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung). 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Betriebstechnische Verwaltung).		
IX b	2	2				
II a	1	1				
III	1	1				
IV a	10	10				
IV b	9	6				
V b	5	5				
V c	1	1				
VI b	1	1				
VII	2	2			Schreib- und Fernschreibdienst	
VIII/VII	11	11				
IX b–VII	22	22				
VI b	2	2	Sonstige Dienste			
VIII	2	2				
II a	27	27	Lektor/-in			
	1 266	1 284	Zusammen			
Stellen nach § 15 der Sonderurlaubsverordnung ¹⁰⁾ :						
A 13	1	1	Lektor/-in			
	1	1	Zusammen			

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
noch Angestellte				
			Leerstellen ⁵⁾ :	
II a	1	—	Verwaltungsdienst	
V c	7	7		
VI b	4	4		
VII	6	7		
VIII	1	1		
II a	1	2	Wissenschaftlicher Dienst	
II a	1	—	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	
II a	—	1	Lehrkräfte	
V b	1	1	Bibliotheks- und Archivdienst	
V c	1	1		
VII	1	—		
VIII	2	2		
V b	1	1	Technischer Dienst	
V c	4	4		
VI b	13	14		
VII	1	1		
VIII	3	4		
VIII/VII	2	1	Schreib- und Fernschreibdienst	
VII	1	1		
	51	52	Zusammen	
Arbeiter/-innen				
4	12	12	Kraftfahrdienst	
8	48	49	Handwerklicher Dienst	
6 ⁷⁾	108	112		
5	20	21		
4	37	38		
3	16	18		
2 a	9	10		
1	1	1		
2 a	4	4	Labordienst	
4	69	69	Hausmeisterdienst	
3	1	1		
2	1	1	Reinigungsdienst	
1 ⁸⁾	44	46		
5	5	6	Sonstige Dienste	
4	7	5		
3	5	6		
2 a	14	14		
2	1	1		
1	3	3		
	405	417	Zusammen	
6	1	1	Leerstellen ⁹⁾ : Handwerklicher Dienst	
	1	1	Zusammen	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren für den Lehr- und Forschungsbetrieb	47 542 600	53 633 000	55 511 093
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	—	—	—
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	—	—	—
602	Hilfsstoffe	—	—	—
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	14 420 900	20 746 900	20 450 307
604	Verpackungsmaterial	—	—	—
605	Energie	14 720 500	14 720 500	15 931 713
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	—	—	—
607	Sonstiges Material	18 401 200	18 165 600	19 129 073
608	Aufwendungen für Waren	—	—	—
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen für den Lehr- und Forschungsbetrieb	11 277 200	5 540 200	6 528 030
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	—	—	—
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	—	—	—
612	Entwicklungs-, Versuchsarbeiten und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	—	—	—
613	Weitere Fremdarbeiten	—	—	—
614	Frachten und Fremdlager	—	—	—
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	9 770 000	4 033 000	5 000 482
617	Aufwendungen für sonstige bezogene Leistungen	1 507 200	1 507 200	993 042

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	51 074 700	46 154 700	46 942 293
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	269 345 300	269 085 900	269 763 419

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2001 DM	2000 DM	1999 DM	Bemerkungen
1. Dienstaufwandsentschädigungen	—	8 000	8 000	Zu lfd. Nr. 1
2. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	1 320 000	1 320 000	1 320 000	für 1 Präsidentin, Präsident 3 000 DM
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	844 500	875 000	875 000	Vizepräsidenten 3 000 DM für 1 Kanzlerin, Kanzler 2 000 DM
3. Ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte	4 700 000	4 700 000	4 409 344	Zu lfd. Nr. 3
4. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	820 600	790 900	1 271 043	Für 132 (132) ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.
5. Auszubildende für Angestelltenberufe	1 501 200	1 501 200	1 083 705	Zu lfd. Nr. 5
6. Überstundenvergütung für Angestellte	18 200	18 200	14 660	Für die Vergütung von 75 (75) Auszubildenden (Verwaltungsdienst und Technischer Dienst).
7. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	10 100 000	10 100 000	9 359 041	Zu lfd. Nr. 7
8. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	1 189 900	1 146 800	1 606 305	Für 328 (328) ständige nicht vollbeschäftigte Kräfte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.
9. Auszubildende für Arbeiterberufe	1 301 000	1 301 000	838 042	Zu lfd. Nr. 9
10. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	31 700	31 700	15 152	Für die Vergütung von 65 (65) Auszubildenden (Handwerklicher Dienst und Sonstige Dienste).
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	410 000	410 000	409 877	
12. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	130 000	130 000	129 623	
13. Wissenschaftliche Hilfskräfte	12 481 700	12 481 700	12 544 874	

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	56 741 700	17 916 000	16 736 291
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	—	—	—
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	—	—	—
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	637 200	—	—
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	—
644	Versorgungszuschlag der Beamten	32 213 500	—	—
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	674 100	—	—
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	18 746 100	17 882 200	16 693 714
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	4 470 800	33 800	42 577

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	5 636 600	5 023 600	5 048 309
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen	—	—	—
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten	64 200	64 200	87 198
662	Aufwendungen für Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	166 600	166 600	167 991
663	Aufwendungen für personenbezogene Versicherungen	—	—	—
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	174 000	174 000	189 235
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	—	—	—
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
667	Nebenbezüge	5 231 800	4 618 800	4 603 884
668	Aufwendungen für Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	71 425 500	18 294 100	18 894 186
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	53 390 400	505 600	523 368
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	—	—	—
673	Gebühren	1 632 300	1 632 300	1 627 038
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	1 211 900	1 211 900	1 101 047
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs	—	—	—
677	Aufwendungen für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	262 600	16 000	131 944
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	14 928 300	14 928 300	15 507 790
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	8 979 000	9 336 400	9 005 619
680	Aufwendungen für Büromaterial, Drucksachen	4 100 400	4 689 600	4 538 601
681	Aufwendungen für Zeitungen und Fachliteratur	2 500	2 500	2 509
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	1 470 400	1 410 400	1 121 700
683	Aufwendungen für sonstige Kommunikationsmittel	—	—	—
685	Aufwendungen für Reisekosten	3 338 700	3 166 900	3 257 250
686	Aufwendungen für Gästebewirtung und Repräsentation	7 000	7 000	7 000
687	Öffentlichkeitsarbeit	60 000	60 000	78 560
689	Sonstige Ausgaben für Kommunikation	—	—	—
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	12 602 900	11 775 400	13 324 623
690	Versicherungsbeiträge, diverse	899 900	899 900	861 200
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	14 500	14 500	14 500
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	7 681 400	6 791 000	8 045 720
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	4 007 100	4 070 000	4 403 203
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	19 800	19 800	18 939
702	Grundsteuer	—	—	—
703	Kraftfahrzeugsteuer	19 800	19 800	18 939
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	—
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
751	Bankzinsen	—	—	—
703	Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
76	Ausserordentliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
77	Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5: Erträge

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber	479 239 200	381 451 500	378 106 472
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen	431 472 500	333 788 300	324 074 659
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	8 298 700	9 451 800	10 438 193
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	39 468 000	38 211 400	43 593 619
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	23 251 500	22 028 300	23 523 509
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	3 138 200	3 138 200	3 418 193
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge für lfd. Aufwendungen	20 113 300	18 890 100	20 105 316
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	32 154 600	33 108 100	39 905 914
540	Nebenerlöse	30 582 700	32 089 700	38 180 128
541	Sonstige Erlöse	1 081 900	683 400	1 432 232
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	235 000	235 000	55 905
546	Erlöse aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	155 000	191 200	236 910
549	Periodenfremde Erträge	100 000	100 000	237 648
Zu Kontengruppe				
55	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
551	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
552	Erträge aus Gebühren und gebührenähnliche Erträge	—	—	—
558	Periodenfremde Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
58	Außerordentliche Erträge	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Aufteilung der Dritt- und Sondermittel

Dritt- und Sondermittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

	Drittmittel DM	Sondermittel DM
A. Aufwendungen		
60	13 646 300	907 600
61	1 802 300	614 900
62	545 000	2 592 700
63	34 593 300	2 091 400
64	—	33 800
66	5 033 000	27 300
67	10 000	56 300
68	4 599 900	1 131 600
69	4 047 400	843 100
70	9 000	—
75	—	—
76	—	—
77	—	—
Zusammen:	64 286 200	8 298 700
B. Erträge		
50	39 468 000	8 298 700
51	23 251 500	—
54	1 566 700	—
55	—	—
57	—	—
58	—	—
Zusammen:	64 286 200	8 298 700

Zahl und Einstufung der Angestellten und Arbeiter nach dem Stand
vom 31. 12. 1999

I. Angestellte:	Verg.-Gr.	Zahl
1. Wiss. Hilfskräfte	—	122
2. Außertarifliche	—	1
3. Tariflich Vollbeschäftigte	I a bis IX b	179
4. Tariflich Nichtvollbeschäftigte	II a bis IX b	457
Zusammen		759
II. Arbeiter/-innen:		
Tariflich Vollbeschäftigte		3
Zusammen		3
Insgesamt		762

Wirtschaftspläne

der Versuchswirtschaft Relliehausen der Universität Göttingen
der Versuchswirtschaft Marienstein der Universität Göttingen
der Versuchswirtschaft Reinshof der Universität Göttingen
für das Wirtschaftsjahr 2000/2001
(Betriebe gem. § 26 LHO)

Wirtschaftsplan der Versuchswirtschaft Relliehausen für das Wirtschaftsjahr 2000/2001 (LF 330 ha)

I. Erfolgsplan

	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM		Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM
Umsatzerlöse				Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	355 000	360 500	294 960	Pflanzenproduktion	100 000	105 000	89 105
Tierproduktion	628 000	715 000	573 385	Tierproduktion	330 000	365 000	329 103
Forstwirtschaft, Jagd	5 500	5 500	10	Nebenbetriebe, Dienstleistungen	—	—	817
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	30 000	15 000	36 940	Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
Summe Umsatzerlöse	1 018 500	1 096 000	905 295	sonstiger Materialaufwand	125 000	125 000	137 427
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	—	—	-12 663	Summe Materialaufwand	555 000	595 000	556 452
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an Tieren	—	—	2 900	Personalaufwand	750 000	745 000	711 038
andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—	Abschreibungen	95 000	100 000	89 820
sonstige betriebliche Erträge	1 069 000	488 000	500 812	sonstige betriebliche Aufwendungen			
Fischzuchtforschung	—	135 000	—	Unterhaltung	190 000	190 000	275 951
Zwergschweinforschung	—	165 000	—	Betriebsversicherungen	26 000	30 000	25 175
Lamaforschung	—	10 000	—	sonstiger Betriebsaufwand	582 000	32 000	47 099
Betriebliche Erträge	2 087 500	1 894 000	1 396 344	zeitraumfremde Aufwendungen	16 000	20 000	9 920
Zuführung aus Kapitel 06 10	515 000	515 000	519 918	Summe sonst. betriebl. Aufwendungen	814 000	272 000	358 145
				Fischzuchtforschung	—	135 000	—
				Zwergschweinforschung	—	165 000	—
				Lamaforschung	—	10 000	—
				Betriebliche Aufwendungen	2 214 000	2 022 000	1 715 456
				Betriebsergebnis	-126 500	-128 000	-319 112
				sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	500	+2 000	+376
				Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	-2 958
				Finanzergebnis	500	+2 000	-2 582
				Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-126 000	-126 000	-321 694
				+ a. o. Erträge	—		+11 828
				- a. o. Aufwand	—		
				sonstige Steuern	-2 000	-2 000	-1 697
				Gewinn/Verlust	-128 000	-128 000	-311 563

Bemerkungen:

Personalaufwand – vorgesehen sind

- a) Angestellte
- b) Lohnempfänger

Zu a)

2 BAT (davon eine nicht vollbeschäftigt)

Zu b)

12 MTArb

2 Auszubildende(r)

II. Finanzplan

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM	Finanzierung	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	90 000	100 000	62 000	1. Abschreibungen	95 000	100 000	89 820
2. Totes Inventar und zu aktivierende Reparaturen	15 000	90 000	35 000	2. Betriebserträge	—	—	—
3. Tieranlagevermögen	—	—	—	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	10 000	—	16 898
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	—	—	4 864	4. Zuschuss aus Haushalts- mitteln (Titel 891 71)	—	90 000	—
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapital- ausstattung (Titel 861 ..)	—	—	6 976
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	—	—	—	6. Sonstiges	—	—	—
7. Sonstiges	—	—	11 830				
Finanzbedarf	105 000	190 000	113 694	Finanzdeckung	105 000	190 000	113 694

Bemerkungen:

Vorgesehen sind:

Zu 1.: Lagerhalle	90 000 DM
Zu 2.: Betriebsauto (gebraucht) Feldtechnik	5 000 DM 10 000 DM
Zusammen	105 000 DM

VE:

Ersatzinvestitionen i. Wj. 2000/2001 = 15 000 DM

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM
+/- Gewinn/Verlust	-128 000	-128 000	-311 563
+ Abschreibungen	95 000	100 000	89 820
+ Buchwertabgänge des Anlagevermögens	10 000	—	16 898
+ sonstige Eigenmittel	—	90 000	—
- Finanzbedarf	-105 000	-190 000	-113 694
Endergebnis:			
Zuschuss	-128 000	-128 000	-318 539
Ablieferung	—	—	—

Wirtschaftsplan der Versuchswirtschaft Marienstein für das Wirtschaftsjahr 2000/2001 (LF 260 ha)

I. Erfolgsplan

	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM		Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM
Umsatzerlöse				Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	640 000	650 000	622 072	Pflanzenproduktion	170 000	179 500	174 563
Tierproduktion	—	—	—	Tierproduktion	—	—	—
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—	Nebenbetriebe, Dienstleistungen	500	500	20
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	30 000	37 500	22 251	Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
Summe Umsatzerlöse	670 000	687 500	644 323	sonstiger Materialaufwand	40 000	48 000	45 574
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	—	—	–18 947	Summe Materialaufwand	210 500	228 000	220 157
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an Tieren	—	—	—	Personalaufwand	245 000	230 000	233 849
andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—	Abschreibungen	125 000	115 000	114 802
sonstige betriebliche Erträge	163 000	147 500	183 587	sonstige betriebliche Aufwendungen			
zeitraumfremde Erträge	30 000	—	—	Unterhaltung	30 000	55 000	31 433
Betriebliche Erträge	863 000	835 000	808 963	Betriebsversicherungen	13 000	14 000	11 289
				sonstiger Betriebsaufwand	170 000	150 000	175 204
				zeitraumfremde Aufwendungen	13 000	15 000	16 648
				Summe sonst. betriebl. Aufwendungen	226 000	234 000	234 574
				Betriebliche Aufwendungen	806 500	807 000	803 382
				Betriebsergebnis	+56 500	+28 000	+5 581
				sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	+2 000	+2 000	+3 595
Zuführung aus Kapitel 06 10	65 000	65 000	54 971	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
				Finanzergebnis	+2 000	+2 000	+3 595
				Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	+58 500	+30 000	+9 176
				a. o. Erträge	+1 500	+1 500	—
				sonstige Steuern	–500	–500	—
				Gewinn/Verlust	+59 500	+31 000	+9 176

Bemerkungen:

Personalaufwand – vorgesehen sind

a) Angestellte

b) Lohnempfänger

Zu a)

2 BAT (nicht vollbeschäftigt)

Zu b)

3 MTArb

II. Finanzplan

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM	Finanzierung	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	—	25 000	—	1. Abschreibungen	55 500	95 000	114 802
2. Totes Inventar und zu aktivierende Reparaturen	73 500	70 000	104 047	2. Betriebserträge	—	—	—
3. Tieranlagevermögen	—	—	—	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	18 000	—	—
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	—	—	—	4. Zuschuss aus Haushalts- mitteln (Titel 682 ..)	—	—	—
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapital- ausstattung (Titel 861 ..)	—	—	—
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	—	—	—	6. Sonstiges	—	—	-10 756
7. Sonstiges	—	—	—				
Finanzbedarf	73 500	95 000	104 047	Finanzdeckung	73 500	95 000	104 046

Bemerkungen:

Vorgesehen sind:

Zu 2.:

Langfahrwagen 12 000 DM

Drillmaschine (gemeinsam mit Reinshof) 61 500 DM

Zusammen 73 500 DM

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM
+/- Gewinn/Verlust	+59 500	+31 000	+9 176
+ Abschreibungen	+69 500	+20 000	+10 756
+ Buchwertabgänge des Anlagevermögens	—	—	—
+ sonstige Eigenmittel	—	—	—
- Finanzbedarf	—	—	—
Endergebnis:			
Zuschuss	—	—	—
Ablieferung	+129 000	+51 000	+19 932

Wirtschaftsplan der Versuchswirtschaft Reinshof
für das Wirtschaftsjahr 2000/2001
(LF 235 ha)

I. Erfolgsplan

	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM		Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM
Umsatzerlöse				Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	589 000	624 500	591 583	Pflanzenproduktion	160 000	133 000	121 276
Tierproduktion	—	—	—	Tierproduktion	—	—	—
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—	Nebenbetriebe, Dienstleistungen	19 000	20 000	14 224
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	18 000	17 000	24 410	Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
Summe Umsatzerlöse	607 000	641 500	615 993	sonstiger Materialaufwand	58 000	48 000	44 351
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	—	—	–90	Summe Materialaufwand	237 000	201 000	179 851
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an Tieren	—	—	—	Personalaufwand	261 000	235 000	246 108
andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—	Abschreibungen	117 000	110 000	115 817
sonstige betriebliche Erträge	210 000	178 000	196 854	sonstige betriebliche Aufwendungen			
zeitraumfremde Erträge	16 500	20 000	—	Unterhaltung	66 000	72 000	58 113
Betriebliche Erträge	833 500	839 500	812 757	Betriebsversicherungen	15 000	18 000	14 097
				sonstiger Betriebsaufwand	157 000	105 000	122 761
				zeitraumfremde Aufwendungen	13 000	15 000	20 399
				Summe sonst. betriebl. Aufwendungen	251 000	210 000	215 370
				Betriebliche Aufwendungen	866 000	756 000	757 146
				Betriebsergebnis	–32 500	+83 500	+55 611
				sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	+3 500	+3 500	+2 363
Zuführung aus Kapitel 06 10	75 000	75 000	71 711	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
				Finanzergebnis	+3 500	+3 500	+2 363
				Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	–29 000	+87 000	+57 974
				a. o. Erträge	+2 000	+2 000	+30 000
				sonstige Steuern	–1 000	–1 000	–468
				Gewinn/Verlust	–28 000	+88 000	+87 506

Bemerkungen:

Personalaufwand – vorgesehen sind

a) Angestellte

b) Lohnempfänger

Zu a)

2 BAT (nicht vollbeschäftigt)

Zu b)

3 MTArb

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM	Finanzierung	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	—	22 000	23 370	1. Abschreibungen	69 500	97 000	115 817
2. Totes Inventar und zu aktivierende Reparaturen	69 500	75 000	95 652	2. Betriebserträge	—	—	1 549
3. Tieranlagevermögen	—	—	—	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	—	—	1 656
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	—	—	—	4. Zuschuss aus Haushalts- mitteln (Titel 682 ..)	—	—	—
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapital- ausstattung (Titel 861 ..)	—	—	—
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	—	—	—	6. Sonstiges	—	—	—
7. Sonstiges	—	—	—				
Finanzbedarf	69 500	97 000	119 022	Finanzdeckung	69 500	97 000	119 022

Bemerkungen:

Vorgesehen sind:

Zu 2.:

Drillmaschine (gemeinsam mit Marienstein) 61 500 DM
Kleingerät 8 000 DM

Zusammen 69 500 DM

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM
+/- Gewinn/Verlust	-28 000	+88 000	+87 506
+ Abschreibungen	+47 500	+13 000	—
+ Buchwertabgänge des Anlagevermögens	+3 500	—	—
+ sonstige Eigenmittel	—	—	—
- Finanzbedarf	—	—	-1 549
Endergebnis:			
Zuschuss	—	—	—
Ablieferung	+23 000	+101 000	+85 957

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 01-1	869	Ablieferungen aus behördeneigenen Küchen- und Kantinenbetrieben		—	—	—	—
121 02-0	132	Ablieferungen des Landesbetriebs ** Die Einnahmen dürfen nur für Ausgaben bei den im K-Vermerk genannten Titeln insgesamt verwendet werden. *** Vgl. K-Vermerk zu 891 01 sowie HV zu 0604 - 883 02.		700.000	4.950.000	-4.250.000	—
121 03-8	132	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		804.800	804.800	—	381
		A U S G A B E N					
682 01-3	132	Zuführungen für laufende Zwecke des Landes- betriebs * Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Vermerke verbindlich. 2. Übertragbar: Nicht ausgezahlte Mittel zur Ver- stärkung bei 682 03, 891 01 und 0604 - 891 36. 3. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.	—	249.317.100	188.429.900	+60.887.200	186.790
682 03-0	132	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen * Übertragbar. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Vermerke verbindlich. 2. Vgl. D-Vermerk zu 682 01.	—	8.386.100	10.974.700	-2.588.600	10.975
682 39-0	132	Zuführungen an Landesbetriebe für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	114.200	114.200	—	275
891 01-1	132	Zuführungen für Investitionen des Landes- betriebs * Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Vermerke verbindlich. 2. Vgl. D-Vermerk zu 682 01. 3. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 121 02.	—	17.700.000	22.224.200	-4.524.200	23.621
891 25-9	132	Zuschuss an den Körperschaftshaushalt	1.925.000	1.075.000	—	+1.075.000	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	5.500.000		7.000.000	-7.000.000	
		Abschluss Kapitel 06 12					
		1 Eigene Einnahmen		1.504.800	5.754.800	-4.250.000	
		Summe der Einnahmen		1.504.800	5.754.800	-4.250.000	
		6 Übertragungsausgaben	—	257.817.400	199.518.800	+58.298.600	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.925.000 5.500.000	18.775.000	29.224.200	-10.449.200	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	1.925.000 5.500.000	276.592.400	228.743.000	+47.849.400	
		Zuschuss		275.087.600	222.988.200	+52.099.400	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 06 12 allgemein**Grunddaten der Universität Göttingen – Bereich Humanmedizin**

Lfd. Nr.	Datenart	Ist 1999	Soll 2001
1	Stellen für wissenschaftliches Personal	1 000	1 015
2	darunter: Stellen für Professuren	148	148
3	Stellen für nichtwissenschaftliches Personal	4 110	4 100
4	Stellen für Forschung	nicht ermittelbar	
5	Gesamtaufnahmekapazität nach KapVO (mit Schwund)	552	552
6	Studienanfänger (1. Fachsemester)	572	572
7	Studierende insgesamt	3 831	3 831
8	Studierende in der Regelstudienzeit	2 857	2 857
9	Zahl der Zwischenprüfungen	1 390	1 390
10	Zahl der Abschlussprüfungen	464	464
11	Zahl der Absolventen	463	463
12	Zahl der Promotionen	255	255
13	Zahl der Habilitationen	24	24
14	Zahl der Graduiertenkollegs	5	5
15	Zahl der Sonderforschungsbereiche	5	5
16	Weiterbildungskurse (Unterrichtsstunden)	—	—
17	Drittmittel je Stelle wissenschaftliches Personal	36 378 DM	36 400 DM
18	Drittmittel je Prof.-Stelle	245 797 DM	249 636 DM

Anmerkung: Bei der vorgegebenen vertikalen Gliederung werden Kennzahlen nicht gebildet (Ausnahmen: lfd. Nrn. 17, 18), weil dieses nur auf der Ebene von Fächergruppen sinnvoll ist und sich nur dann vergleichbare Aussagen ergeben.

Der Fachbereich Humanmedizin der Universität Göttingen wird als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt.

Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei 682 01, 682 03, 891 01 bzw. Kap. 06 04 Titel 891 36, Ablieferungen des Landesbetriebs bei 121 02 nachzuweisen.

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der Klinikverwaltung jährlich zu überprüfen.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage beigelegt.

Bei dem Landesbetrieb besteht ein 1979 eingerichteter Küchen- und Kantinenbetrieb gem. § 26 LHO, der von dem Landesbetrieb u. a. mit Mittagessen für das Personal und die Studenten beliefert wird. Nach dem Erfolgsplan des Küchen- und Kantinenbetriebs sind veranschlagt:

	Soll 2001 DM	Soll 2000 DM	Ist 1999 DM
Aufwendungen			
1. Personalkosten	2 616 500	2 756 700	2 358 200
2. Wareneinsatz	3 213 000	3 119 400	3 110 200
3. Allgemeiner Geschäftsaufwand	236 600	229 700	213 300
4. Abschreibung auf Anlagevermögen	350 200	340 000	292 000
5. Sonstige Aufwendungen	33 000	32 000	35 400
6. Erstattung Bewirtschaftungskosten	200 000	200 000	200 000
Zusammen	6 649 300	6 677 800	6 209 100
Erträge			
1. Verkauf	5 884 200	5 713 300	5 433 500
2. Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung	400 000	610 600	392 300
3. Sonstige Erträge	94 700	91 900	112 000
4. Erstattung von Personalkosten	269 900	262 000	271 300
Zusammen	6 649 300	6 677 800	6 209 100
Mithin Verlust	—	—	—

Zu 682 01 und 682 03 gemeinsam

Vgl. Erläuterungen zu 06 12 allgemein.

Veranschlagt ist das im Erfolgsplan ermittelte Abschlussergebnis des Landesbetriebes.

Zu 682 01

Mehr für Tarifierungen in den Jahren 1999/2000 sowie für Nutzungsentgelte für Liegenschaften.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 44 788 500 DM (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 682 03

Die Veranschlagung, Bewirtschaftung und Abrechnung der Ausgaben für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen im Bereich der Universität Göttingen – Bereich Humanmedizin – obliegt dem Landesbetrieb.

Zu 891 01 und Kap. 06 04 891 36 gemeinsam

In Ausgestaltung des Anreizsystems dürfen nicht in Anspruch genommene Zuführungen für laufende Zwecke (vgl. D-Vermerk zu 682 01) und Ablieferungen des Landesbetriebes aus Vorjahren (vgl. K-Vermerke) für Investitionen verwendet werden.

Zu 891 01

Vgl. Erläuterungen zu 06 12 allgemein.

Veranschlagt ist der auf diese Buchungsstelle entfallende Zuschussbedarf gem. Finanzplan.

Zu 891 25

Der Zuschuss ermöglicht es der Universität Göttingen, sich über ihren Körperschaftshaushalt gemäß § 134 NHG an Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des privaten Rechts, insbesondere an der Goe Inno GmbH, zu beteiligen.

Mitwirkungs- und Entscheidungsbefugnisse des Bereichs Humanmedizin insbesondere bei der Mittelverwendung und der Wahrnehmung von Gesellschafterrechten werden in der Körperschaftssatzung geregelt.

**Wirtschaftsplan für die
Universität Göttingen – Bereich Humanmedizin
für das Geschäftsjahr 2001**

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten medizinischen Hochschuleinrichtungen des Landes Niedersachsen vom 15. 3. 1999 – 23.4 – 04101/1 –.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

Aufwendungen	Soll 2001 DM	Soll 2000 DM	Ist 1999 DM	Erträge	Soll 2001 DM	Soll 2000 DM	Ist 1999 DM
1. Personalaufwendungen				1. Betriebliche Erträge			
60 Löhne und Gehälter	508 122 100	476 977 700	474 702 300	40 Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	418 046 600	409 533 100	404 024 600
61 Gesetzliche Sozialabgaben				41 Erlöse aus Wahlleistungen	2 657 900	2 609 300	2 610 500
62 Aufwendungen für Altersversorgung				42 Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	41 867 300	36 132 400	40 526 600
63 Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützungen	1 597 000	1 811 000	1 582 900	43 Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte	5 800 500	8 290 300	7 705 700
64 Sonstige Personalaufwendungen	352 300	120 000	352 800	44 Erstattungen des Personals für Mietwohnungen usw.	1 865 900	1 839 600	1 612 700
Zw.-Summe	510 071 400	478 908 700	476 638 000	45 Erträge aus Küche, Apotheke, Wäscherei u. a.	4 394 600	5 158 200	3 270 400
2. Sachaufwendungen				472 Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand für lfd. Zwecke (ohne Konto 47 200)	24 550 800	25 107 600	30 809 800
65 Lebensmittel	5 824 900	6 300 200	5 466 300	473 Zuwendungen Dritter (nicht öffentliche Hand)	5 786 700	5 600 600	
66 Medizinischer Bedarf	109 215 400	110 663 600	104 045 000	Zw.-Summe	504 970 300	494 271 100	490 560 300
67 Wasser, Energie, Brennstoffe	20 042 100	20 342 300	19 676 300	2. Andere Erträge			
68 Wirtschaftsbedarf	14 973 300	17 938 300	15 471 200	51 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	156 200	349 100	125 900
69 Verwaltungsbedarf	11 223 400	9 867 500	10 956 700	53 Erträge aus Herabsetzung der Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	154 000	89 000	1 917 200
70 Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	10 076 800	10 391 200	9 554 700	54 Erträge aus Auflösung von Rückstellungen	1 089 900	924 600	3 300 000
72 Instandhaltung, Material für aktivierte Eigenleistungen	29 073 300	33 430 200	32 874 900	55 Bestandsänderungen, aktivierte Eigenleistungen	7 900	126 800	296 200
73 Steuern, Abgaben, Versicherungen	2 932 200	3 316 800	3 167 700	57 Sonstige ordentliche Erträge	8 389 600	5 632 400	7 195 700
74 Zinsen für ähnliche Aufwendungen	3 600	3 700	200	59 Übrige Erträge, soweit nicht KUGr. 599	3 092 300	1 613 900	2 195 000
76 Wiederbeschaffung von Gebrauchsgütern (mit einem Wert von mehr als 100 bis zu 800 DM ohne MwSt.)	3 442 000	2 058 500	4 648 400	599 Entgelte Dritter	4 481 800	4 372 400	3 943 800
78 Sonstige ordentliche Aufwendungen	59 759 700	11 667 200	17 652 700	Zw.-Summe	17 371 700	13 108 200	18 973 800
Zw.-Summe	266 566 700	225 979 500	223 514 100	47 200 Erfolgsplan/Zuschuss	257 703 200	199 404 600	196 056 200
3. Übrige Aufwendungen							
79 Übrige Aufwendungen	3 407 100	1 895 700	5 438 200				
Gesamtsumme:	780 045 200	706 783 900	705 590 300		780 045 200	706 783 900	705 590 300

Zuschussbedarf (Titel 682 01): 249 317 100 DM
 (Titel 682 03): 8 386 100 DM¹⁾
 Zusammen 257 703 200 DM

¹⁾ Ansätze der Konten 70 011 und 72 010.

Bewirtschaftungsvermerke:

(1) Deckungsfähigkeit

Die Kontengruppen des Erfolgsplans sind gegenseitig deckungsfähig.

Ausgenommen hiervon sind die Konten 70 011 und 72 010 (Bauunterhaltung). Die Konten für die Bauunterhaltung sind einseitig deckungsfähig zu Lasten anderer Konten des Erfolgsplans.

Die Aufwendungen erhöhen oder vermindern sich um Mehr- oder Mindererträge.

Der Erfolgsplan ist insgesamt zugunsten des Finanzplans deckungsfähig.

(2) Personalaufwendungen

Die Bemerkungen zu den Übersichten über die Stellen der vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter/-innen sind verbindlich. Der Landesbetrieb ist befugt, von den Übersichten unter Beachtung des Tarifrechts im Rahmen einer eigenverantwortlichen Wirtschaftsführung abzuweichen, soweit dieses im Rahmen der Ansätze der KGr. 60 – 64 oder durch Budgetzusagen der Kostenträger dauerhaft gesichert ist oder sofern dieses befristet erfolgt. Dies gilt auch für die Schaffung zusätzlicher Stellen.

Die Allgemeinen Haushaltsvermerke A zu den Stellenplänen der Kap. 06 08 und 06 10 ff. finden Anwendung.

Die Mittel für die Beschäftigung wissenschaftlicher Hilfskräfte stehen nur für eine befristete Beschäftigung zur Verfügung.

(3) Konten 47 222, 47 223, 47 229, 47 300, 47 301 und 59 900

Im Rahmen von Personalaufwendungen aus den bei diesen Konten aufkommenden Erträgen können im Bedarfsfall aus Landesmitteln vergüteten Arbeitnehmern über die Vergütung (§ 26 BAT)/ den Monatstabellenlohn (§ 21 Abs. 3 MTL) hinaus andere tarifliche Leistungen gewährt werden.

(4) Konto 59 900

Der Direktor des Instituts für Rechtsmedizin erhält aus den bei diesem Konto aufkommenden Erträgen aus Blutalkoholuntersuchungen einen Anteil von 1,50 DM je Untersuchungsfall als Nebenvergütung.

(5) Drittmittel (vgl. Konten 47 222, 47 223, 47 229, KUGr. 473 und Konto 59 900 und die jeweiligen Aufwandskonten)

Die aus Drittmitteln finanzierten Aufwendungen sind übertragbar.

Aufwendungen aus Drittmitteln erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindererträge bei den korrespondierenden Ertragskonten. Abweichend hiervon dürfen die Erträge (Isteinnahmen) des Instituts für Rechtsmedizin aus Blutalkoholuntersuchungen nur bis zur Höhe von 70 v. H. zweckgebunden verwendet werden.

In unabwiesbaren Fällen können Zahlungsverpflichtungen vor Eingang der Deckungsmittel begründet werden, wenn es sich um Vorhaben von mindestens 500 000 DM handelt und der MF zustimmt oder wenn durch schriftlichen Zuwendungsbescheid öffentliche Mittel bereits förmlich bewilligt sind.

(6)

Soweit ausreichende Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 45 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeiter(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Verträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.

(7)

Die Hochschule ist befugt, für die Belegung von Betten aus wissenschaftlichem Interesse oder für besonders Bedürftige Freibetten im Umfang von bis zu 1 000 Berechnungstagen in Anspruch zu nehmen.

(8)

Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als laufende oder einmalige Leistungen eigener Art gewährt werden.

(9)

MWK wird gem. § 40 Abs. 2 LHO ermächtigt, mit Zustimmung des MF in den Dienstverträgen mit Vorstandsmitgliedern außertarifliche Vergütungen zu vereinbaren.

(10)

Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

(11)

Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dies zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2001
(ohne Baumaßnahmen)

Investitionsausgaben für:	Soll 2001 DM	Soll 2000 DM	Ist 1999 DM	Deckungsmittel	Soll 2001 DM	Soll 2000 DM	Ist 1999 DM
06 Technische Anlagen	150 000	100 000	—	1. Erlöse aus Veräußerung von Anlagegegenständen bis zur Höhe des Buchwertes	10 000	10 000	609 900
07 Einrichtungen und Ausstattungen einschl. des Aufwandes für Festwertgüter	26 653 100	30 455 700	29 699 100	2. Zuweisungen der öffentlichen Hand zu Investitionsvorhaben			
08 Anzahlungen auf Anlagen	—	—	—	2.1 Kap. 06 12 Tit. 891 01 für Investitionen			
				a) bis 100 000 DM	16 160 100	20 324 200 ¹⁾	} 23 620 500
				b) über 100 000 DM	1 539 900	1 000 000 ²⁾	
				2.2 Kap. 06 04 (bis 2000 Kap. 06 12) Tit. 891 36 (zum Rahmenplan nach dem HBFG angemeldete Vorhaben)	7 000 000	7 000 000	9 935 800
				3. Zuschüsse aus Drittmitteln	2 093 100	2 221 500	2 088 800
Summe:	26 803 100	30 555 700	29 699 100		26 803 100	30 555 700	36 255 000

¹⁾ bis 50 000 DM²⁾ über 50 000 DM

Zuschussbedarf gem. Ziff. 2.1 – Deckungsmittel – (Titel 891 01): 17 700 000 DM.

Bewirtschaftungsvermerke:

(1) KGr. 06 und 07

Die Ansätze der Kontengruppen 06 und 07 sind gegenseitig deckungsfähig.

(2) KGr. 06 und 07 sowie Erlöse aus Veräußerung von Anlagegegenständen

Die Investitionsausgaben erhöhen oder vermindern sich um Mehr- oder Mindererlöse aus der Veräußerung von Anlagegegenständen ohne Beschränkung auf den Buchwert.

(3) Drittmittel

Die Ausgaben für aus Drittmitteln finanzierte Investitionen sind übertragbar.

Investitionsausgaben aus Drittmitteln erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindererträge bei den korrespondierenden Ertragskonten. Abweichend hiervon dürfen die Deckungsmittel (Isteinnahmen) des Instituts für Rechtsmedizin aus Blutalkoholuntersuchungen nur bis zur Höhe von 70 v.H. zweckgebunden verwendet werden.

In unabweisbaren Fällen können Zahlungsverpflichtungen vor Eingang der Deckungsmittel begründet werden, wenn es sich um Vorhaben von mindestens 500 000 DM handelt und der MF zustimmt oder wenn durch schriftlichen Zuwendungsbescheid öffentliche Mittel bereits förmlich bewilligt sind.

Erläuterungen zum Erfolgsplan

A. Aufwendungen

Zu KGr. 60 – Löhne und Gehälter

61 – Gesetzliche Sozialabgaben

62 – Aufwendungen für Altersversorgung

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen (einschl. Einzelzahlungen) für die Planstellen und für die Stellen der beamteten Hilfskräfte und der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
1. Mehrarbeit und Überstunden	2 465 300	2 408 500	2 363 600
Bereitschaftsdienste	7 797 800	7 251 400	7 476 300
Rufbereitschaften	4 492 700	4 526 900	4 307 400
Zusammen	14 755 800	14 186 800	14 147 300
2. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	90 100	90 100	
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	77 100	77 100	
3. Ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte	840 900	840 900	
4. Auszubildende für Angestelltenberufe	7 346 800	7 346 800	
5. Zulage gem. § 2 Abs. 1 des Ausbildungsvergütungstarifvertrages Nr. 9 für Auszubildende bei Bund und Ländern vom 20. 6. 1983	1 400	1 400	
6. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	9 145 300	9 145 300	
7. Auszubildende für Arbeiterberufe	184 400	184 400	
8. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	320 800	320 800	
9. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	3 059 000	3 059 000	
10. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter/-innen)	818 800	818 800	
11. Wissenschaftliche Hilfskräfte	1 065 800	1 065 800	
12. Aushilfskräfte/Bundesanstalt für Arbeit	523 800	523 800	
13. Praktikanten/-innen	714 200	714 200	
14. Vergütung von Personen, die zivilen Ersatzdienst leisten	1 200 000	1 430 000	1 424 000
15. Emeritierte Professoren	2 872 900	2 707 200	2 754 400
16. Pauschalbetrag als Anwartschaft auf die Altersversorgung der Beamten	8 787 500	7 468 900	8 446 400
17. Erstattung der Leistungen des Landes für die gesetzliche Unfallversicherung der Angestellten und Arbeiter	1 292 200	932 300	1 242 000
Drittmittel*):	21 278 400	21 278 400	

Zu lfd. Nr. 3

Für 29 (29) ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft beträgt, davon:

- 7 Verg.-Gr. II a
- 1 Verg.-Gr. V b
- 3 Verg.-Gr. V c
- 3 Verg.-Gr. VI b
- 4 Verg.-Gr. VII
- 4 Verg.-Gr. VIII
- 1 Verg.-Gr. IX b
- 1 Verg.-Gr. IX b –VII
- 4 Verg.-Gr. VIII/VII
- 1 Verg.-Gr. Kr. IV

Zu lfd. Nr. 4

Für die Vergütung von

- a) 271 (271) Auszubildenden für Angestelltenberufe, davon
 - 4 (4) für den Beruf der/des Bürokauffrau/-manns
 - 24 (24) für den Beruf der/des zahnärztlichen HelferIn/Helfers
 - 5 (5) für den Beruf der/des Zahnärztin/-technikerin
 - 214 (214) Lernschwestern/-pfleger
 - 24 (24) für den Beruf der/des Biologie-/Chemielaborantin/-laboranten
- b) 36 (36) Hebammenschülerinnen/-schüler/Entbindungs-pfleger/-innen.

Zu lfd. Nr. 6

Für 241 (241) ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen, davon 1 im medizinisch-technischen Dienst und 240 im Wirtschafts-, Versorgungs- und technischen Dienst, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu lfd. Nr. 7

Für die Vergütung von

- 26 (26) Auszubildenden für Arbeiterberufe, davon
 - 2 (2) für den Beruf eines/einer Maschinenschlossers/-schlosserin
- 13 (13) für den Beruf eines/einer Feinmechanikers/-mechanikerin
- 3 (3) für den Beruf eines/einer Tierpflegers/-pflegerin
- 1 (1) für den Beruf eines/einer Rundfunk- und Fernsehtechnikers/-technikerin
- 2 (2) für den Beruf eines/einer Kältetechnikers/-technikerin
- 3 (3) für den Beruf eines/einer Elektrotechnikers/-technikerin
- 2 (2) für den Beruf eines/einer Kochs/Köchin.

Zu lfd. Nr. 8

Für 13 (13) stundenweise beschäftigte Kräfte, davon 10 im Wirtschafts-, Versorgungs- und technischen Dienst und 3 klinisches Hauspersonal.

Zu lfd. Nr. 9

Für Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte), davon
 2 366 600 DM für Sitz- und Sonderwachen
 199 900 DM für studentische Hilfskräfte im Zentralen Blutspendedienst
 420 800 DM für Vertretung und Aushilfe allgemein (davon 16 100 DM für das Frauenbüro).

Zu lfd. Nr. 12

Für die Beschäftigung von Aushilfskräften im Rahmen der Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit (vgl. Konto 47 211).

Erläuterungen zum Erfolgsplan

noch zu KGr. 60 – 62

Zu lfd. Nr. 13

Für Beschäftigungsentgelte von

19 (19) Praktikanten/-innen, davon

9 (9) Praktikanten für den Beruf des Sozialarbeiters

10 (10) Praktikanten für den Beruf des Masseurs und med. Bade-
meisters

Zu lfd. Nr. 15

Bezüge für 22 (22) emeritierte Professoren.

Zu KGr. 63 – Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützungen

1. Beihilfen	1 799 400 DM
2. Unterstützungen auf Grund der Unterstützungsgrundsätze	— DM
3. Fürsorgemaßnahmen (insbesondere bei Dienstunfällen)	600 DM

Drittmittel*): 11 000 DM

Zusammen 1 811 000 DM

Zu KGr. 64 – Sonstige Personalaufwendungen

1. Trennungsgeld abgeordneter oder versetzter Bediensteter und Umzugskostenvergütungen	91 900 DM
2. Jubiläumszuwendungen	15 100 DM
3. Essengeldzuschüsse für Zivildienstleistende	13 000 DM

Drittmittel*): — DM

Zusammen 120 000 DM

Zu KGr. 65 – Lebensmittel

I. Kranke

Die Aufwendungen sind auf der Grundlage eines Verpflegungssatzes von 8,45 DM tägl. für 442 263 Verpflegungstage (einschl. Dialyse und Tagesklinik) ermittelt worden, zuzügl. 10 800 Tage Säuglingsnahrung von 1,43 DM täglich, eines Bedarfs von 0,51 DM pro Verpflegungstag Sonderkost (ärztl. Verordnung), der Sonderverpflegung für Blutspender und für Begleitpersonen von stationär behandelten Patienten.

II. Personal

Die Aufwendungen sind auf der Grundlage eines Bedarfs von 6,73 DM für unentgeltliche Verpflegung von Gastärzten, sonstigen Gästen und unentgeltlich beschäftigten Praktikanten (tägl. rd. 20 Portionen)

4,39 DM für die Verpflegung im betriebseigenen Kindergarten

6,73 DM für die Teilnahme von Bediensteten an der Vollverpflegung im Altbereich (tägl. rd. 5 Portionen)

2,58 DM für Mittagessen

a) von Betriebsangehörigen im Altbereich

b) die an den Küchen- und Kantinenbetrieb geliefert werden ermittelt worden.

III. Warenlieferungen

an den Küchen- und Kantinenbetrieb für 600 000 DM.

Vgl. Erläuterungen zu den Konten 44 200 und 45 010.

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu KGr. 66 – Medizinischer Bedarf

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
66 00	Arznei-, Heil- und Hilfsmittel	23 696 800	22 724 700	23 455 700
66 02	Blut, Blutkonserven und Blutersatzmittel	6 217 200	7 270 100	5 627 300
66 03	Verbandmittel	1 660 400	1 875 600	1 603 300
66 04	Ärztliches und pflegerisches Verbrauchsmaterial, Instrumente	13 978 900	13 382 000	13 392 900
66 06	Narkose- und sonstiger OP-Bedarf, Medizinische Gase	14 300 400	16 630 300	12 651 800
66 07	Röntgen- und Nuklearmedizin	4 974 600	5 775 400	4 697 300
66 08	Laborbedarf	19 733 400	18 473 100	18 937 800
66 09	Entgelte für Untersuchungen in fremden Instituten	510 300	314 900	511 100
66 10	EKG, EEG und Sonographie	318 200	310 200	308 400
66 11	Bedarf der physikalischen Therapie	5 600	21 700	6 500
66 12	Apothekenbedarf, Desinfektionsmaterial	233 200	162 900	225 600
66 13	Implantate	13 350 600	13 733 700	12 876 000
66 14	Transplantate	780 000	1 037 200	755 000
66 15	Dialysebedarf	1 843 400	1 932 900	1 789 300
66 16	Kosten für Krankentransporte	317 200	378 600	318 200
66 17	Sonstiger medizinischer Bedarf	422 400	338 200	367 100
66 180	Honorar für nicht eingestellte Ärzte	248 300	377 100	119 800
Lehrmittel:		1 248 000	1 202 600	1 130 100
Drittmittel*):		5 376 500	4 722 400	5 271 800
		109 215 400	110 663 600	104 045 000

Zu KUUGr. 66 00

Davon 200 000 DM für die Durchführung von Hepatitis-B-Schutzimpfungen für Studenten.

Zu KGr. 67 – Wasser, Energie, Brennstoffe

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
67 00	Wasser einschl. Abwasser	3 560 800	3 065 300	3 195 000
67 10	Strom	10 960 400	10 421 200	10 960 400
67 11	Fernwärme	5 426 200	6 721 000	5 426 200
67 20	Gas/Sonstige Brennstoffe	94 700	134 800	94 700
		20 042 100	20 342 300	19 676 300

Zu KGr. 68 – Wirtschaftsbedarf

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
68 00	Verbrauchsmittel	5 643 000	5 861 500	5 515 000
68 01	Wäsche	1 690 300	1 642 800	1 636 500
68 100	Fremdreinigung	2 725 600	5 634 800	3 777 700
68 103	Andere Leistungen durch Dritte	815 000	979 300	887 300
68 104	Werkfeuerwehr/Stadt Göttingen	3 592 700	3 539 600	3 164 300
Lehrmittel:		235 200	169 900	215 500
Drittmittel*):		271 500	110 400	274 900
		14 973 300	17 938 300	15 471 200

Zu KGr. 69 – Verwaltungsbedarf

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
69 000–				
69 115	Verwaltungsbedarf	8 789 600	7 786 200	8 565 100
Lehrmittel:		1 256 000	1 070 900	1 176 700
Drittmittel*):		1 177 800	1 010 400	1 214 900
		11 223 400	9 867 500	10 956 700

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Konto 69 000

Davon 31 700 DM für das Frauenbüro.

Zu Konto 69 110

1. Prüfungskosten der Wibera	160 000 DM
2. Externe Berechnung im Rahmen der Einführung neuer DV-Systeme (Med. Mikrobiologie, Pathologie, Radiologie)	1 000 000 DM
3. Gerichts- und Anwaltskosten	300 000 DM
4. Beratung in umsatzsteuerrechtl. Fragen durch die Treuarbeit	10 000 DM
Zusammen	1 470 000 DM

Zu Konto 69 111

1. Niedersächsische Krankenhausgesellschaft	98 215 DM
2. Feinmechanikerinnung (Abt. Med. Physik und Biophysik)	85 DM
Zusammen	98 300 DM

Zu KGr. 70 – Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
70 00	Zentrale Universitätsverwaltung, NLBV, Staatshochbauamt	10 048 200	10 361 900	9 526 100
70 11	Nds. Landeskrankenhaus/Weiterbildung des Pflegepersonals	28 600	29 300	28 600
		10 076 800	10 391 200	9 554 700

Zu KUUGr. 70 00

- a) Veranschlagt sind die gem. § 61 Abs. 3 Satz 1 LHO zu erstatten- den Aufwendungen von anderen Einrichtungen der Universität gegenüber dem Landesbetrieb (Betriebstechnische Verwaltung, Personalsachbearbeitung, zentrale Hausverwaltung, Teilbibliothek usw. – Kap. 06 10 Tit. 271 01 –).
- Die Erstattungen für Leistungen des Landesbetriebs gegenüber der Universität sind bei Konto 45 090 veranschlagt.
- b) Veranschlagt ist die Entschädigung für die Baubetreuung durch das zuständige Staatshochbauamt im Rahmen der Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen des Landesbetriebs (15 v. H. des Ansatzes bei Konto 72 010).

Zu KGr. 72 – Instandhaltung, Material für aktivierte Eigenleistungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
72 00	Außenanlagen	54 100	—	16 400
72 01	Gebäudeunterhaltung	10 988 500	13 119 900	15 817 800
72 02	Technische Anlagen	1 671 700	2 075 200	1 467 100
72 03	Einrichtung und Ausstattung	13 709 600	13 383 700	12 944 600
72 04	Kosten der gesetzlichen Überwachung	709 800	947 500	783 200
72 07	Fahrzeuge und sonstige Instandhaltung	133 500	68 800	128 200
72 130	Nicht aktivierungspflichtiger Aufwand	379 800	340 200	338 300
72 30	Material für aktivierte Eigenleistungen	10 800	12 500	3 200
Lehrmittel:		706 100	804 200	668 200
Drittmittel*):		709 400	2 678 200	707 900
		29 073 300	33 430 200	32 874 900

Zu KGr. 73 – Steuern, Abgaben, Versicherungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
73 00	Grundsteuer	117 200	109 900	108 400
73 01	Kraftfahrzeugsteuer	5 800	6 300	6 100
73 100	Sonstige Abgaben	1 117 200	1 250 600	1 361 200
73 200	Versicherungen	1 692 000	1 950 000	1 692 000
		2 932 200	3 316 800	3 167 700

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu KGr. 76 – Abschreibungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
76 10	Wiederbeschaffte Gebrauchsgüter	771 700	1 394 400	658 900
76 30/31	Abschreibungen auf Forderungen und Pauschalwertberichtigungen	2 590 100	508 100	3 868 100
Lehrmittel:		47 500	57 400	76 400
Drittmittel*):		32 700	98 600	45 000
		3 442 000	2 058 500	4 648 400

Zu KGr. 78 – Sonstige ordentliche Aufwendungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
78 00	Ausgleichbeträge nach § 4 Abs. 1 und 2 BPflV		—	—
78 10	Schulen	352 600	343 300	334 400
78 11	Sachaufwendungen für Auszubildende	28 200	42 500	28 800
78 20/				
78 21	Mieten und Pachten	47 430 400	1 635 900	2 244 300
78 22	Nicht aufteilbare Frachten	41 400	29 900	39 800
78 24	Akademische Lehrkrankenhäuser	3 237 600	3 252 600	3 723 700
78 25	Bücher (bis 100 DM ohne MwSt.)	256 700	269 100	248 400
78 26	Fort- und Weiterbildung, Lehraufträge usw.	1 000 500	616 800	854 400
78 29	Sonstiger Aufwand	627 400	358 200	3 762 300
78 50	Verkäufe Wareneinsatz Apotheke, Technik, Materialwirtschaft	451 000	—	428 100
Lehrmittel:		945 300	1 133 100	863 000
Drittmittel*):		5 388 600	3 985 800	5 125 500
		59 759 700	11 667 200	17 652 700

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu KUUGr. 78 10

Die nebenamtlichen Lehrkräfte erhalten eine Stundenvergütung gem. RdErl. des MK vom 28. 4. 1994 (Nds. MBl. S. 883), zuletzt geändert durch RdErl. v. 24. 5. 1996 (Nds. MBl. S. 983).

Zu KUUGr. 78 20/21

Erstmals veranschlagt sind Nutzungsentgelte für Liegenschaften in Höhe von 44 788 500 DM.

Zu KUUGr. 78 24

Für 234 Ausbildungsplätze an den Akademischen Lehrkrankenhäusern wird pro Jahr und Ausbildungsplatz eine Gesamtpauschale in Höhe von 13 900 DM gezahlt. Die Pauschale beinhaltet Personal- und Sachkosten sowie ein Essensgeld von 500 DM.

Zu KUUGr. 78 26

1. Vergütungen für Lehraufträge (davon 190 000 DM für die Erteilung von Lehraufträgen an Ärzte in den Lehrkrankenhäusern)	252 100 DM
2. Gastvorträge und Gastprofessuren	45 000 DM
3. Für die Drogenberatungsstelle	17 400 DM
Zusammen	314 500 DM

Zu KGr. 79 – Übrige Aufwendungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
79 00	Außerordentliche Aufwendungen aus Ausgleichsbeträgen nach § 4 Abs. 1 bis 3 BPfIV	—	—	—
79 20	Schadenersatzleistungen	2 215 600	1 387 100	3 022 700
79 21	Unfallentschädigungen	—	3 100	—
79 22	Schlichtungsstelle	34 200	9 300	17 700
79 24	Inventurdifferenzen, Materialwagnis, Transportverluste, Preisdifferenzen	251 900	219 800	195 700
79 25/27	Umwertung, Skontoverluste, Apoth., Zentrallager	—	—	1 525 100
79 30	Periodenfremde Aufwendungen	905 400	276 400	677 000
		3 407 100	1 895 700	5 438 200

Zu KUUGr. 79 22

Für die Einschaltung der Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen der Norddeutschen Ärztekammern in allen Auseinandersetzungen über Schadenersatzforderungen von Patienten aus der Behandlung.

Erläuterungen zum Erfolgsplan

B. Erträge

Zu KGr. 40 und 41 gemeinsam

An planmäßigen Betten sind vorhanden:

Bezeichnung der Klinik	Zahl der betriebenen Betten			Nachrichtlich:	
	Normalpflege	Intensivpflege	Zusammen	Zahl der zuschlagspflichtigen Betten in Einbettzimmern	in Zweibettzimmern*)
Zentrum Innere Medizin	216	19	235	6	—
Abt. Allgemeinchirurgie/Abt. Transplantationschirurgie	110	9	119	4	—
Abt. Orthopädie	75	—	75	2	—
Abt. Urologie	50	—	50	2	—
Abt. Thorax-, Herz- und Gefäßchirurgie	57	16	73	2	—
Abt. Unfallchirurgie	74	—	74	—	—
Abt. Nuklearmedizin	6	—	6	—	—
Abt. Strahlentherapie	17	—	17	1	—
Zentrum Frauenheilkunde	110	—	110	3	—
Zentrum Kinderheilkunde	118	10	128	—	—
Abt. Augenheilkunde und					
Abt. Strabologie und Neuroophthalmologie	80	—	80	3	—
Abt. Hals-, Nasen-, Ohrenheilkunde	60	—	60	3	—
Abt. Dermatologie und Venerologie	84	—	84	—	10
Zentrum Neurologische Medizin					
Abt. Neurologie und					
Abt. Klinische Neurophysiologie	80	13	93	2	—
Abt. Neurochirurgie	60	10	70	—	—
Zentrum Psychologische Medizin	127	—	127	—	9
Zentrum Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde	40	—	40	2	—
Zentrum Anästhesiologie	—	18	18	—	—
Zusammen	1 364	95	1 459	30	19
dazu					
Für gesunde Säuglinge					
im Zentrum Frauenheilkunde	20 Betten				
Tagesklinik } des Zentrums	2 Plätze				
Nachtklinik } Psychologische Medizin	2 Plätze				
Dialyse	22 Plätze				

*) Im Neubau des Zentralklinikums sind die Patienten im Regelfall in Zweibettzimmern untergebracht, ein besonderer Zuschlag für die Unterbringung in Zweibettzimmern kann deshalb nicht mehr erhoben werden.

Zahl der Pflage tage/Berechnungstage:

Betriebene Betten	Berechnungstage 84,76% Belegungsquote (309 Berechnungstage i.D. jährl. je Bett)	Pflage tage 83,80% Belegungsquote (306 Berechnungstage i.D. jährl. je Bett)
1 459	451 427	496 281
	451 427	496 281
davon ab	1 000	
Für die Belegung von Betten aus wissenschaftlichem Interesse (Freibetten)		
Bleiben Berechnungstage	450 427	

Zu KGr. 40 – Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll für 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
40 010	Basispflegesatz	95 900 200	109 002 400	93 712 000
40 030	Abteilungspflegesätze	230 568 700	215 592 200	227 008 000
40 040	Teilstationärer Pflegesatz H.E.L.P.	3 838 200	2 491 300	3 363 600
40 100	Erlöse aus Fallpauschalen	60 762 900	50 073 700	56 331 100
40 110	Erlöse aus Sonderentgelten	26 976 600	32 373 500	23 609 900
		418 046 600	409 533 100	404 024 600

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu KGr. 41 – Erlöse aus Wahlleistungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll für 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
41 100	1-Bett-Zimmer	1 025 000	875 000	981 000
41 110	2-Bett-Zimmer	241 900	306 400	238 500
41 300	Begleitperson	—	2 700	—
41 310	Telefon	1 391 000	1 425 200	1 391 000
		2 657 900	2 609 300	2 610 500

Zu Konto 41 100

4 100 Tage à 250,00 DM 1 025 000 DM

Zu Konto 41 110

2 250 Tage à 107,50 DM 241 875 DM

Zu KGr. 42 – Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses

Konto	Kontobezeichnung	Soll für 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
42 00	Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen	15 721 700	15 360 600	15 772 100
42 01	Kassenzahnärztliche Vereinigung Niedersachsen	2 976 500	2 557 400	2 167 700
42 02	Sozialleistungsträger, z.B. Sozialämter, Jugendämter	6 802 600	3 948 700	6 956 300
42 03	Sonstige	48 400	2 396 400	39 300
42 04/				
42 05	Selbstzahler	5 730 100	4 653 000	5 705 900
42 06	Laboruntersuchungen für externe Auftraggeber	1 962 100	1 871 100	1 996 100
42 08	Sachkosten	169 600	202 500	166 100
42 10	Vorteilsausgleich und Sachkosten	8 456 300	5 142 700	7 723 100
		41 867 300	36 132 400	40 526 600

Zu KUGr. 43 – Erstattungen der Ärzte

Konto	Kontobezeichnung	Soll für 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
43 00	Stationärer Bereich – Vorteilsausgleich	5 764 500	7 697 200	7 705 700
43 40	Vorteilsausgleich aus sonstigen Nebentätigkeiten	24 000	451 400	—
43 41	Sachkosten – Sonstige Nebentätigkeiten	12 000	141 700	—
		5 800 500	8 290 300	7 705 700

Zu KUGr. 472 – Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand für lfd. Zwecke (ohne Konto 47 200)

Konto	Kontobezeichnung	Soll für 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
47 210	Bund/Ersatzdienstpflichtige	508 300	670 000	703 200
47 211	Bundesanstalt für Arbeit/Aushilfskräfte	133 600	515 400	136 800
47 221	Nds. Vorab/Zuweisung*)	—	—	1 193 400
47 222	DFG/Zuweisung	16 196 000	18 014 800	15 851 700
47 223	Bund/Wissenschaftsförderung	4 281 500	3 093 600	4 646 100
47 229	Sonstige Zuschüsse Öffentliche Hand	3 429 700	2 813 800	3 465 600
		24 549 100	25 107 600	25 996 800

*) Zuweisungen überwiegend aus Haushaltsmitteln des Landes, die nach Art und Höhe bei Aufstellung des Wirtschaftsplans nicht ausreichend exakt vorausgeschätzt werden können und die wegen ihrer Zweckgebundenheit ohne Auswirkungen auf den Zuschussbedarf bei Kapitel 06 12 sind.

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu KGr. 57 – Sonstige ordentliche Erträge

Konto	Kontobezeichnung	Soll für 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
57 000	Vermietung Betriebseinrichtungen allgemein	4 600	—	4 600
57 020	Vermietung Verkaufseinrichtungen	352 700	357 700	282 900
57 100–				
57 107	Boni, Rückvergütungen, Skonti, Sonstiges	808 200	1 498 500	631 400
57 110	Erstattungen/Organentnahme	43 000	43 000	—
57 200	Kindergarten	474 000	472 400	414 000
57 301	Erstattung durch das Deutsche Primatenzentrum GmbH	362 800	348 800	—
57 307	Erstattung Notarzt	582 300	587 400	582 300
57 308	Erstattung Rettungshubschrauber	306 800	306 800	271 100
57 390	Sonstige Erstattungen für das Personal	2 950 000	649 700	3 072 000
57 900–				
57 996	Sonstige Verwaltungsgebühren, Erstattungen, Kostenbeiträge u. a.	2 505 200	1 368 100	1 937 400
		8 389 600	5 632 400	7 195 700

Zu Konto 57 301

Erstattung der Personalkosten für die für das Deutsche Primatenzentrum tätigen Inhaber folgender Stellen:

- 1 Bes.-Gr. C 4 – Universitätsprofessor/-in –
- 1 Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessor/-in –

Zu Konto 57 390

Davon Anteil 121 600 DM des Bundes an den Bezügen für 1 (1) emeritierten Professor:

1 (1) gem. § 23 Abs. 1 BWG.

Mehr infolge erstmaliger Ausbringung von Erstattungen des Restaurationsbetriebes.

Zu Konto 57 994

Der Anteil der Aufträgen Dritter entstammenden Mittel, die gem. Bewirtschaftungsvermerk Nr. 10 Abs. 2 Satz 2 zum Erfolgsplan und Nr. 4 Abs. 2 Satz 2 zum Finanzplan nicht zweckgebunden verwendet werden dürfen, beträgt 390 300 DM.

Vgl. Übersicht über die Drittmittel.

Zu KUGr. 599 – Entgelte Dritter

Konto	Kontobezeichnung	Soll für 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
59 900	Entgelte Dritter	4 481 800	4 372 400	3 943 800
		4 481 800	4 372 400	3 943 800

Zu Konto 59 900

Davon entfallen auf

- a) die Abteilung Rechtsmedizin (Blutalkoholuntersuchungen) 915 700 DM
- b) Sonstige Aufträge Dritter 3 565 800 DM

Zu a): Auf Grund von Nr. 5 Abs. 2 Satz 2 der Bewirtschaftungsvermerke sind die berücksichtigten Erträge um 390 300 DM niedriger veranschlagt als das erwartete Aufkommen. Dieser Betrag ist in dem Ansatz des Kontos 57 994 enthalten.

Vgl. Übersicht über die Drittmittel.

Erläuterungen zum Finanzplan

Zu Ziff. 3 – Deckungsmittel –

Davon entfallen auf

a) die Abteilung Rechtsmedizin (Blutalkoholuntersuchungen)	— DM
b) Sonstige Aufträge Dritter	322 700 DM
c) andere Drittmittel	1 770 400 DM

Zu KGr. 06

1. Investitionen bis zu 100 000 DM im Einzelfall:	150 000 DM

Zu KGr. 07¹⁾

1. Investitionen bis zu 100 000 DM im Einzelfall:	16 160 100 DM
2. Investitionen über 100 000 DM im Einzelfall:	

Abt. Molekulare Neurophysiologie

1 Titan-Saphir-Laser	160 000 DM

Abt. Entwicklungsbiochemie

1 3-D-Fluoreszenz-Imager	100 000 DM

Zentrum Pathologie

1 Light-Cycler	100 000 DM

Abt. Zytopathologie

1 FACS Calibur	138 000 DM

Zentrum Pharmakologie

1 Openlab Cell Imaging System	194 900 DM

Abt. Humangenetik

1 Light-Cycler	100 000 DM

Zentrum Innere Medizin

1 Ultraschallgerät	200 000 DM

**Abt. Gastroenterologie und
Endokrinologie**

1 UV-Laser- Spectra-Physics	137 000 DM

Abt. Neuropädiatrie

1 Digitales EEG-Gerät mit mit Infrarot-Videoeinrichtung	100 000 DM

Zentrum Anästhesiologie

1 Echokardiographiegerät	150 000 DM

I/N

1 Fahrbarer C-Bogen	160 000 DM

Summe 2. 1 539 900 DM

3. Drittmittel*):	2 093 100 DM

Insgesamt 19 739 100 DM

¹⁾ Die im Finanzplan bei der KGr. 07 enthaltenen Investitionen aus Zuführungen bei 06 04 – 891 36 in Höhe von 7 000 000 DM sind bei dieser Zweckbestimmung erläutert.

Übersicht über die Drittmittel

1. Ansätze im Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2001

1.1 Erfolgsplan
1.11 Ertragskonten

Konten	Bruttoerträge	abzüglich Zuführung zu den allgemeinen Deckungs- mitteln/ Konto 57 994	Ansatz
47 222			16 196 000 DM
47 223			4 281 500 DM
47 229			3 429 700 DM
47 300			5 786 700 DM
59 900			
a) Rechts- medizin	1 306 300 DM	390 300 DM*)	
b) Sonstige Aufträge Dritter	3 565 800 DM		
	4 872 100 DM	390 300 DM	4 481 800 DM
		Summe	34 175 700 DM

*) ca. 30 % von 1 306 300 DM

1.12 Aufwandskonten

Kontengruppen	Ansatz
60 – 62	21 215 500 DM
63	3 400 DM
64	300 DM
66	5 376 500 DM
68	271 500 DM
69	1 177 800 DM
72	709 400 DM
76	32 700 DM
78	5 388 600 DM
	Summe 34 175 700 DM

1.2 Finanzplan

1.21 Deckungsmittel/Investitionen

Konten	Bruttoerträge	abzüglich Zuführung zu den allgemeinen Deckungs- mitteln/ Konto 57 994	Ansatz
Drittmittel ohne Aufträge Dritter			1 770 400 DM
Aufträge Dritter			
a) Rechts- medizin	— DM	— DM	
b) Sonstige Aufträge Dritter	322 700 DM		
	322 700 DM	— DM	322 700 DM
		Summe	2 093 100 DM

1.3 Zuführungen zu den allgemeinen Deckungsmitteln/
Konto 57 994

Erfolgsplan (gem. Ziff. 1.11)	390 300 DM
Finanzplan (gem. Ziff. 1.21)	— DM
	Summe 390 300 DM

2. Zahl und Einstufung der Angestellten und Arbeiter nach dem
Stand vom 1. 1. 2000

Aus Erträgen des Kontos:

47 222 DFG/Zuweisung

I. Angestellte	Verg.-Gr.	Zahl
a) Vollbeschäftigte	I a	1
	I b	2
	II a	40
	IV b	2
	V b	8
	V c	23
	VI b	12
	VII	3
b) Nichtvollbeschäftigte	II a	122
	IV a	1
	V b	1
	V c	5
	VII	2
	VIII	1
	Insgesamt	223 (141)

47 223 Bund/Wissenschaftsförderung

I. Angestellte	Verg.-Gr.	Zahl
a) Vollbeschäftigte	I b	4
	II a	18
	V b	3
	V c	2
	VI b	6
b) Nichtvollbeschäftigte	II a	18
	V b	2
	VI b	1
	VII	1
	Insgesamt	55 (44)

47 300 Mittel Dritter/nicht öffentliche Hand

I. Angestellte	Verg.-Gr.	Zahl
a) Vollbeschäftigte	II a	11
	III	1
	IV b	2
	V b	5
	V c	10
	VI b	6
	VII	2
	VIII	2
	Kr. V a	1
b) Nichtvollbeschäftigte	I a	1
	I b	5
	II a	24
	V c	3
	VI b	4
	VII	1
	Kr. V a	2
	Insgesamt	80 (64)

59 900 Entgelte Dritter

I. Angestellte	Verg.-Gr.	Zahl
a) Vollbeschäftigte	I b	2
	II a	13
	IV b	1
	V b	2
	V c	2
	VI b	3
	VII	3
	VIII	3
b) Nichtvollbeschäftigte	II a	22
	V b	1
	VII	5
	VIII	1
	Insgesamt	58 (43)

Übersicht über die Lehrmittel

1. Ansätze im Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2001

1.1 Erfolgsplan

Kontengruppen	Ansatz
66	1 248 000 DM
68	235 200 DM
69	1 256 000 DM
72	706 100 DM
76	47 500 DM
78	945 300 DM
Summe	4 438 100 DM

1.2 Finanzplan

Der Anteil der Lehrmittel im Finanzplan ist nicht betragsmäßig abgegrenzt.

Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60–62
(Übersicht über die Stellen für vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter/-innen)

Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
			Angestellte²⁾	1) Vgl. Haushaltsvermerke Nr. 2 zum Stellenplan.
I a ⁴⁾ 24)28)	12	12	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	2) Abweichend von § 50 LHO dürfen Stellen in das Kap. 06 10 umgesetzt werden. Ein evtl. finanzieller Mehrbedarf ist in dem aufnehmenden Kapitel auszugleichen.
I b ⁵⁾ 25)28)	162	160		3) Bis zu 35 v. H. der Stellen können für Ärzte/-innen (Fachärzte/-innen, Fachzahnärzte/-innen) in Anspruch genommen werden, die bei Vorliegen der tarifvertraglichen Voraussetzungen in die Verg.-Gr. I b BAT einzustufen sind.
II a ²⁶⁾	108	89		4) Die Leiterin des betriebsärztlichen Dienstes ist für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. I a BAT eingruppiert.
II a ¹⁾ 3)20)	291	291		5) 1 ku nach Bes.-Gr. C 2 – Oberassistent/-in – für das Zentrum Hygiene und Humangenetik – Abt. Medizinische Mikrobiologie –.
III	14	17		6) 1 Stelle übertariflich für eine(n) Stomatherapeuten/-in.
IV a ¹³⁾	32	28		7) Im Bedarfsfall dürfen zeitweilig unbesetzte Stellen für Mutterhausschwester für freie Krankenschwestern in Anspruch genommen werden.
IV b ⁸⁾	74	74		8) 1 Stelle ku nach Verg.-Gr. V c für das Zentrum Chirurgie – Abt. Thorax-, Herz- und Gefäßchirurgie –.
V b ¹⁴⁾ 22)23)	217	217		9) 2 Stellen kw bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen für das Zentrum Anatomie.
V c ¹⁵⁾	425	406		10) Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
VI b ⁹⁾	360	369		11) kw nach Fortfall der Inanspruchnahme für die Leistungen nach Nr. 2 Abs. 2 Nr. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 2001.
VII ¹⁰⁾	204	200	12) Davon 3 Stellen für die neue Leitungsstruktur nach § 125 a Abs. 2 NHG. Die Stellen sind nur mit Zustimmung des MF besetzbar.	
VIII	158	160	13) Davon 1 ku nach Verg.-Gr. IV b bei Ausscheiden des Stelleninhabers für die Allgemeine Verwaltung.	
IX b	14	14	14) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Zentrum Physiologie und Pathophysiologie).	
X	2	2	15) 1 ku nach Verg.-Gr. VI b BAT bei Ausscheiden des Stelleninhabers.	
IX b–VII	28	28	16) kw.	
VIII/VII	126	124	17) Davon je 1 ku nach Verg.-Gr. VI b – Sonderdienste – für die Allgemeine Verwaltung.	
Kr. XII	1	1		
Kr. X	3	3		
Kr. IX	8	8		
Kr. VIII ²⁷⁾	18	18		
Kr. VII ²¹⁾	57	55		
Kr. VI ⁶⁾	261	260		
Kr. V a	440	441		
Kr. V ¹⁷⁾ 18)	742	728		
Außer-tariflich ⁷⁾ 12)	95	96		
	3 852	3 801	Zusammen	

Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
			noch Angestellte²⁾	
			Leerstellen ¹⁶⁾ :	¹⁸⁾ Davon sind 20 Stellen ohne Mittel ausgebracht. Ihre Inanspruchnahme ist nur vorübergehend für Kräfte der Verg.-Gr'n Kr. IV und Kr. V im Rahmen der Ansätze für Personalaufwand des Pflege- und Funktionspersonals zulässig, wenn bei einem zu erwartenden Freiwerden einer Stelle aus zwingenden betrieblichen Gründen die Einstellung der Nachfolgekraft oder der Abschluß eines Arbeitsvertrages bereits vor dem Freiwerden der Stelle erforderlich ist. Die auf diesen Stellen geführten Kräfte sind auf die nächsten freiwerdenden mit Mitteln ausgestatteten Stellen ihrer Verg.-Gr. zu übernehmen.
Kr. VII	1	1		
Kr. VI	7	7		
Kr. V a	29	29		
Kr. V	52	52		
Kr. ¹⁹⁾	50	50		
Außer- tariflich	8	8		
V c	1	1		
	148	148	Zusammen	
			Stellen nach § 81 NdsPersVG ¹¹⁾	¹⁹⁾ Abweichend von Nr. 3 Abs. 1 der Allgemeinen Bestimmungen 2001 dürfen die Leerstellen auch für Kräfte in Anspruch genommen werden, die unter Fortfall der Vergütung länger als 3 Monate beurlaubt sind. Soweit es aus zwingenden betrieblichen Gründen erforderlich ist, dürfen ausnahmsweise mit den zur Vertretung eingestellten Kräften unbefristete Arbeitsverhältnisse begründet werden. In diesen Fällen ist, soweit erforderlich, Nr. 3 Abs. 2 i. V. m. Abs. 5 der Allgemeinen Bestimmungen entsprechend anzuwenden mit der Maßgabe, daß ein Ausgleich innerhalb der Ansätze für den Personalaufwand des Pflege- und Funktionspersonals erfolgt.
Kr. V a	1	1		
IV b	1	1		
V b	1	1		
V c	1	1		
VI b	1	1		
VII	1	1		
VIII	1	1		
IX b	2	2		
	9	9	Zusammen	²⁰⁾ 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Abt. Kinder- und Jugendpsychiatrie). ²¹⁾ 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Krankenpflegedienst). ²²⁾ 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Abt. Psychosomatik und Psychotherapie). ²³⁾ 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Abt. Vegetative Physiologie und Pathologie). ²⁴⁾ davon 10 Stellen für den Wissenschaftlichen Dienst. ²⁵⁾ davon 156 Stellen für den Wissenschaftlichen Dienst. ²⁶⁾ davon 79 Stellen für den Wissenschaftlichen Dienst. ²⁷⁾ Zwei Angestellte sind übertariflich in die Verg.-Gr. Kr. VIII eingruppiert. ²⁸⁾ Bis zu 100 Stellen für den Abschluss von leistungsbezogenen Angestelltenverträgen mit Oberärzten.

Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
			Arbeiter/-innen⁵⁾	
8	12	12		¹⁾ 50 Stellen ku nach Lohn-Gr. 1.
6	143	145		²⁾ 1 kw nach Durchführung der Investitionsmaßnahmen in der Zentralsterilisation (Packautomat).
5	13	13		³⁾ 2 kw nach Durchführung der Investitionsmaßnahmen an der Spülanlage der Zentralküche.
4 ⁴⁾	102	102		⁴⁾ Je 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Allgemeine Verwaltung).
3	71	71		⁵⁾ Abweichend von § 50 LHO dürfen Stellen in das Kap. 06 10 umgesetzt werden. Ein evtl. finanzieller Mehrbedarf ist in dem aufnehmenden Kapitel auszugleichen.
2 a ²⁾	86	86		
2 ¹⁾ 3)	434	437		
1 ⁴⁾	47	48		
	908	914	Zusammen	

Erläuterungen

Nachweis über die Zahl und Eingruppierung der Angestellten/Arbeiter/-innen, die mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt sind und aus Drittmitteln der KGr. 60 bis 64 vergütet werden (vgl. Nr. 6 der Bewirtschaftungsvermerke zum Erfolgsplan).

Verg.-Gr./Lohn-Gr.	Zahl
Angestellte	
I b	1,5
II a	1,5
II b	1
III	1
V b	1
V c	4,5
VI b	4,5
VII	4
VII	0,5
IX b	1
Zusammen	20,5

Die Stellenzugänge gehen zum größten Teil auf die Umsetzung des Gutachtens zur Bemessung des Personalbedarfs in der stationären Krankenversorgung zurück.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-3	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	2.495
121 03-1	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		2.138.400	2.369.400	–231.000	2.122
381 01-7	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-7	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs * Übertragbar. Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.	600.000 600.000	164.889.000	148.026.300	+16.862.700	130.022
682 03-3	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen * Übertragbar. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	2.552.900	2.552.900	—	2.553
682 39-4	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	120.000	38.300	+81.700	120
891 01-5	131	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs * Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	908.400	977.700	–69.300	850
		Abschluss Kapitel 06 13					
		1 Eigene Einnahmen		2.138.400	2.369.400	–231.000	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		2.138.400	2.369.400	–231.000	
		6 Übertragungsausgaben	600.000 600.000	167.561.900	150.617.500	+16.944.400	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	908.400	977.700	–69.300	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	600.000 600.000	168.470.300	151.595.200	+16.875.100	
		Zuschuss		166.331.900	149.225.800	+17.106.100	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 13 allgemein

Die Universität Oldenburg wird ab 1. 1. 1995 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigelegt.

Zu 682 01

Im Rahmen des Pilotvorhabens „Maßnahmen zur Reduzierung des Energie- und Medienverbrauchs in Hochschulen des Landes durch Drittfinanzierung“ wird die Universität Oldenburg ermächtigt, bis zu einem Investitionsvolumen i. H. von 580 000 DM Verpflichtungen für Änderungen an den RLT-Anlagen einzugehen und Verträge mit sog. Contractoren abzuschließen, in denen die Verpflichtung des Landes enthalten ist, aus eingesparten Energiekosten die Investitionskosten zuzüglich Zinsen zurückzuzahlen. Die Maßnahmen bedürfen der Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des LT.

Dem Studentenwerk Oldenburg werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa	5 315	} 422 000 DM
Verwaltung	478	

Dem Wolfgang-Schulenberg-Institut für Bildungsforschung und Erwachsenenbildung werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Verwaltung	182	11 000

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	600 000	—	600 000
2002	—	—	600 000	600 000

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 13 779 200 DM (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 891 01

1. Investitionen bis zu 50 000 DM im Einzelfall	564 400 DM
2. Arbeitsplatz für medizinische Bildbearbeitung EEG/MEG	58 000 DM
3. Traktor	81 000 DM
4. 2 Laborgasanlagen	80 000 DM
5. 2 Transportfahrzeuge	68 000 DM
6. Rekonstruktionssoftware CURRY	57 000 DM
Zusammen	908 400 DM

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

**Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2001
für die Universität Oldenburg**

Lfd. Nr.	Aufwendungen*)	Lehre 45% DM	Forschung 40% DM	Sonstige Aufgaben 15% DM	Lfd. Nr.	Erträge*)	Lehre 45% DM	Forschung 40% DM	Sonstige Aufgaben 15% DM
1	Personalaufwand	69 225 453	61 533 736	23 075 151	5	Zuschuss	75 811 635	67 388 120	25 270 545
2	Sachaufwand	19 781 937	17 583 944	6 593 979	6	Sondermittel	5 628 600	5 003 200	1 876 200
3	Bauunterhaltung	1 148 805	1 021 160	382 935	7	Drittmittel	9 059 715	8 053 080	3 019 905
4	Investitionen (einschl. Großgeräte)	2 212 380	1 966 560	737 460	8	Sonstige	1 868 625	1 661 000	622 875
Summe Aufwendungen		92 368 575	82 105 400	30 789 525	Summe Erträge		92 368 575	82 105 400	30 789 525

*) Die Aufwendungen und Erträge der zentralen Einrichtungen (einschl. zentrale Verwaltung) sind über einen geeigneten Schlüssel einzubeziehen.

Grunddaten:

Lfd. Nr.	Datenart	Ist 1999	Soll 2001
11	Stellen für wissenschaftliches Personal	500	500
12	darunter: Stellen für ProfessorInnen	213	210
13	Stellen für nichtwissenschaftliches Personal	645	650
14	Stellen für Forschung	190	250
15	Gesamtaufnahmekapazität nach KapVO (mit Schwund)	2 115	2 200
16	Studienanfänger (1. Fachsemester)	2 258	2 300
17	Studierende insgesamt	12 139	12 000
18	Studierende in der Regelstudienzeit	7 000	8 000
19	Zahl der Zwischenprüfungen	—	—
20	Zahl der Abschlussprüfungen	2 300	2 600
21	Zahl der Absolventen	1 120	1 300
22	Zahl der Promotionen	89	120
23	Zahl der Habilitationen	9	20
24	Zahl der Graduiertenkollegs	1	2
25	Zahl der Sonderforschungsbereiche	1	3
26	Weiterbildungskurse (Unterrichtsstunden)	5 500	4 500
27	Drittmittel je Stelle wissenschaftliches Personal	37 000 DM	42 000 DM
28	Drittmittel je Professorenstelle	117 000 DM	130 000 DM
29.1	Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge	9	10
29.2	Internat. (Austausch-)Studiengänge	7	7
29.3	Weiterbildungsstudiengänge	2	2
29.4	Fernstudiengänge/Kontaktstudiengänge	1 000	1 000
29.5	Studium Generale/Serviceangebote	900 SWS	900 SWS
30	Internat. Zusammenarbeit außerhalb von Studiengängen	125	130
31	Frauenförderung (Projekte)	1 300 000 DM	1 000 000 DM

Anmerkung:

Bei der vorgegebenen vertikalen Gliederung werden Kennzahlen nicht gebildet (Ausnahmen lfd. Nrn. 27 u. 28), weil dieses nur auf der Ebene von Fachgruppen sinnvoll ist und sich nur dann vergleichbare Aussagen ergeben.

**Wirtschaftsplan für die
Universität Oldenburg**
für das Geschäftsjahr 2001

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

Aufwendungen	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Erträge	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
60 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	11 092 500	18 249 501	12 774 252	50 Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen			
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	10 162 800	10 083 239	13 121 504	Öffentl. Zuschussgeber			
62 Löhne und Vergütungen	4 582 000	118 625 323	108 909 047	501 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen			
63 Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	116 981 400	13 644 824	8 392 992	aus Mitteln des Erfolgsplans	167 561 900 ¹⁾	150 617 500	159 550 420
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	30 214 900	15 253 752	27 693 716	502 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	10 000 000	—	—
66 Sonst. Personalaufwendungen	2 055 900	2 861 940	3 882 836	503 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	19 032 700	27 366 500	21 316 281
67 Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	21 141 900	1 738 075	2 408 351	51 Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	1 100 000	1 050 000	1 550 707
68 Aufwendungen für Kommunikation	3 196 300	1 223 455	1 819 409	54 Sonstige betriebliche Erträge	2 652 500	5 021 900	11 504 606
69 Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	915 900	2 372 325	14 951 555	57 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	2 692
70 Betriebliche Steuern	3 500	3 466	11 076	58 Außerordentliche Erträge	—	—	347 599
75 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	1 161				
76 Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—				
77 Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—				
Gesamtsumme:	200 347 100	184 055 900	193 965 899		200 347 100	184 055 900	194 272 305

Beitrag der Hochschule zum Innovationspakt II: 4 623 000 DM.

¹⁾ Zuführungen:

682 01	164 889 000 DM
682 03	2 552 900 DM
682 39	120 000 DM
Gesamt	167 561 900 DM

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2001

Investitionsausgaben	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Deckungsmittel	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—	282 646	504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	908 400 ¹⁾	977 700	10 873 244
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—	507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	2 508 000 ²⁾	—	—
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	97 337	509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
07 Technische Anlagen und Maschinen	4 008 000	—	126 501	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	1 500 000	1 583 500	1 646 426
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	908 400	2 561 200	9 579 486	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	—	65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	4 916 400	2 561 200	12 519 670		4 916 400	2 561 200	12 519 670

¹⁾ Zuführungen aus Titel 891 01²⁾ Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG)

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dies zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.
2. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
3. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:

1 Verg.-Gr. IV b	Bibliotheksdienst	zum Zeitpunkt des Freiwerdens der nächsten Stelle dieser Wertigkeit
1 Lohn-Gr. 8	Handwerklicher Dienst	zum Zeitpunkt des Freiwerdens der nächsten Stelle dieser Wertigkeit
1 Verg.-Gr. II a	Wissenschaftlicher Dienst	zum Zeitpunkt des Freiwerdens der nächsten Stelle dieser Wertigkeit (0542)
2 Verg.-Gr. V c	Technischer Dienst	zum Zeitpunkt des Freiwerdens der nächsten Stelle dieser Wertigkeit (0542)
1 Verg.-Gr. VI b	Technischer Dienst	zum Zeitpunkt des Freiwerdens der nächsten Stelle dieser Wertigkeit (0542)
1 Verg.-Gr. IX b/VII	Schreibdienst	zum Zeitpunkt des Freiwerdens der nächsten Stelle dieser Wertigkeit (0542)

sowie um die Mittel

0,5 Verg.-Gr. V c	Technischer Dienst	bei ihrem Freiwerden (0542)
4. Angestellte im Bibliotheksdienst, deren Tätigkeit zu mindestens 50 v. H. ihrer Gesamtarbeitszeit gründliche und vielseitige Fachkenntnisse sowie selbstständige Leistungen erfordert, sind für die Dauer ihrer Tätigkeit bis zum Abschluss einer tarifvertraglichen Neuregelung übertariflich in Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.
5. 6 Hausmeister/-innen sind für die Dauer ihrer Hausmeister/(-innen)tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.
6. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
7. Soweit ausreichende Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 9 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeiter(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Verträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.
8. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:

1 Verg.-Gr. VI b	Verwaltung	zum 31. 12. 2003
1 Verg.-Gr. VI b	Verwaltung	zum 31. 12. 2004
1 Lohn-Gr. 2	Verwaltung	zum 31. 12. 2004

Stellenabgang gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998 i. d. F. des Hochschulstrukturkonzeptes.
9. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes.
Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte und Arbeiterinnen, Arbeiter)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
			Angestellte	
I a	1	2	Verwaltungsdienst	1) Die Vergütung für 1 Bediensteten in unbefristetem Beschäftigungsverhältnis wird aus Erträgen der Kontengruppe 51 erwirtschaftet.
I b	2	3		
II a	11	11		2) 1 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Hochschulassistent/-in – (Soziologie).
III	2	3		
IV a	7	8		3) 1 ku nach Verg.-Gr. V c – Technischer Dienst – bei Ausscheiden des Stelleninhabers (Technische Verwaltung).
IV b	8	7		
V b ¹⁾⁵⁾	12	10		4) 1 ku nach Verg.-Gr. V c – Verwaltungsdienst – bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in (Allgemeine Verwaltung).
V c	62	56		
VI b	32	32	5) Davon darf eine Stelle nur für die Personalrats-tätigkeit verwendet werden.	
VII	21	24		
VIII	6	5		
I a	6	5	Wissenschaftlicher Dienst	
I b	10	10		
II a ²⁾	54	52	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	
II a	53	50		
II a	5	6	Lehrkräfte	
V b	1	1		
II a	1	1	Bibliotheksdienst	
IV b	2	3		
V b	1	1		
V c	8	8		
VI b	11	10		
VII	7	7		
VIII	4	4		
I a	1	1	Technischer Dienst	
II a	—	—		
III	10	10		
IV a	16	14		
IV b	3	3		
V b ³⁾	33	34		
V c	47	48		
VI b	23	27		
VII	3	4		
VIII	3	3		
III	6	6	Datenverarbeitungsdienst	
IV a ⁵⁾	12	10		
IV b ⁴⁾	1	1		
V b	2	2		
VI b	4	4		
VIII	—	1		
VI b	2	2	Schreib- und Fernschreibdienst	
VIII/VII	2	2		
IX b–VII	54	55		
VI b	6	6	Sonstige Dienste	
VII	1	1		
VIII	2	2		
II a	8	8	Lektor/-in	
	566	563	Zusammen	

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Arbeiterinnen, Arbeiter				
4	3	3	Kraftfahrdienst	
8	12	12	Handwerklicher Dienst	
7	1	—		
6	19	16		
5	20	22		
4	6	7		
4	3	2	Hausmeisterdienst	
3	—	1		
1	1	1	Reinigungsdienst	
5	1	1	Sonstige Dienste	
4	5	4		
2 a	3	3		
2	2	2		
	(6)	(6)	(hiervon: Bot(en)/-in, Pfortner/-in, Hausmeister/-in)	
	76	74	Zusammen	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	11 092 500	18 249 501	12 774 252
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	550 000	—	—
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	625 000	—	—
602	Hilfsstoffe	340 000	—	—
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	340 000	—	—
604	Verpackungsmaterial	110 000	—	—
605	Energie	453 900	5 883 601	4 384 869
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	735 000	5 525 100	681 167
607	Sonstiges Material	7 510 500	6 840 800	7 708 216
608	Aufwendungen für Waren	428 100	—	—
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	10 162 800	10 083 239	13 121 504
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	900 000	237 863	—
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	800 000	—	—
612	Entwicklungs-, Versuchs- und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	500 000	—	—
613	Weitere Fremdleistungen	2 935 300	4 765 239	5 470 949
614	Frachten und Fremdlager	—	—	—
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	2 732 900	2 905 029	5 117 311
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	2 294 600	2 175 108	2 533 244

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	4 582 000	118 625 323	108 909 047
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	116 981 400	13 644 824	8 392 992

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2001 DM	2000 DM	1999 DM	Bemerkungen
1. Dienstaufwandsentschädigungen	—	5 800		Zu lfd. Nr. 1
2. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	321 000	321 000		für 1 Präsident/-in 3 000 DM 2 Vizepräsidenten/-innen (je 800 DM) 1 600 DM 1 Kanzler 1 200 DM
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	66 000	66 000		Zu lfd. Nr. 3
3. Ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte	1 423 177	1 423 177		Für 38 (37) ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt; davon 53 000 DM für 2 Kräfte im Frauenbüro (Verg.-Gr. II a/VI b).
4. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	316 658	316 658		Zu lfd. Nr. 5
5. Auszubildende für Angestelltenberufe	585 900	333 363		Für die Vergütung von 22 (16) Auszubildenden – TD –.
6. Überstundenvergütung für Angestellte	3 200	3 200		Zu lfd. Nr. 7
7. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	1 002 822	1 002 822		Für 35 (35) ständig nicht vollbeschäftigte Arbeitskräfte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.
8. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	—	—		Außerdem sind 53 000 DM für die Betreuung (1 Hausmeister zu 15 %) und Reinigung (1 Kraft im Reinigungsdienst zu 72,5 %) des Gästehauses enthalten.
9. Auszubildende für Arbeiterberufe	386 210	386 210		Zu lfd. Nr. 9
10. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	—	—		Für die Vergütung von 33 (19) Auszubildenden – Handwerklicher Dienst –.
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	163 500	163 500		Zu lfd. Nr. 14
12. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	—	—		Bezüge für 26 (20) emeritierte Professoren/-innen.
13. Wissenschaftliche Hilfskräfte	4 300 000	4 986 500		
14. Emeritierte Professoren	3 218 800	3 428 115		

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	30 214 900	15 253 752	27 693 716
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	880 200	—	—
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	13 022 800	—	14 724 242
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	205 000	150 000	205 008
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	930
644	Versorgungszuschlag der Beamten	11 095 300	13 690 200	11 133 829
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	327 900	—	—
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	3 270 100	—	—
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	1 413 600	1 413 552	1 629 707
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	2 055 900	2 861 940	3 882 836
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen	—	—	10 000
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten	1 750 000	1 650 000	2 441 639
662	Aufwendungen für Betriebs-, Amtsarzt- und Arbeitssicherheit	140 000	140 000	74 256
663	Aufwendungen für personenbezogene Versicherungen	—	—	—
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	165 900	161 940	251 239
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	—	—	—
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
667	Nebenbezüge	—	—	—
668	Aufwendungen für Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	—	910 000	1 105 702
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	21 141 900	1 738 075	2 408 351
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	15 100 000	1 423 775	1 798 149
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	—	—	—
673	Gebühren	57 800	57 000	60 027
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	336 400	160 000	448 843
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs	7 300	7 300	10 196
677	Aufwendungen für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	213 500	90 000	91 136
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	5 426 900	—	—
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	3 196 300	1 223 455	1 819 409
680	Aufwendungen für Büromaterial, Drucksachen	1 844 300	—	—
681	Aufwendungen für Zeitungen, Fachliteratur	25 000	—	—
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	1 246 500	1 158 455	1 441 411
683	Aufwendungen für sonstige Kommunikationsmittel	—	—	—
685	Aufwendungen für Reisekosten	—	—	—
686	Aufwendungen für Gästebewirtung und Repräsentation	10 000	40 000	12 093
687	Öffentlichkeitsarbeit	70 500	25 000	365 905
689	Sonstige Aufwendungen für Kommunikation	—	—	—
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	915 900	2 372 325	14 951 555
690	Versicherungsbeiträge, diverse	—	—	—
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	—	—	—
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	2 900	2 372 325	—
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	913 000	—	—
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	3 500	3 466	11 076
702	Grundsteuer	3 500	—	2 877
703	Kraftfahrzeugsteuer	—	3 466	8 199
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	—
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	1 161
751	Bankzinsen	—	—	762
759	Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	399

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5: Erträge

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber	196 594 600	177 984 000	180 866 701
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	167 561 900	150 617 500	159 550 420
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	10 000 000	—	—
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	19 032 700	27 366 500	21 316 281
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	1 100 000	1 050 000	1 550 707
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	—	—	—
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge	1 100 000	—	845 635
514	Andere Umsatzerlöse	—	1 050 000	705 072
516	Skonti	—	—	—
516	Boni	—	—	—
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	2 652 500	5 021 900	11 504 606
540	Nebenerlöse	2 404 100	2 404 100	4 338 060
541	Sonstige Erlöse	248 400	—	3 328 976
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	2 617 800	3 837 570
549	Periodenfremde Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	2 692
571	Bankzinsen	—	—	2 692

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Aufteilung der Dritt- und Sondermittel

Dritt- und Sondermittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

	Drittmittel DM	Sondermittel DM
A. Aufwendungen		
60	2 028 400	1 006 600
61	2 677 100	1 326 400
62	—	—
63	10 527 700	5 232 300
64	2 631 800	1 308 200
66	828 400	411 600
67	157 800	78 400
68	712 800	354 200
69	568 700	282 300
Zusammen:	20 132 700	10 000 000
B. Erträge		
50	19 032 700	10 000 000
51	1 100 000	—
Zusammen:	20 132 700	10 000 000

Zahl und Einstufung der Angestellten und Arbeiter nach dem Stand
vom 31. 12. 1999

I. Angestellte:	Verg.-Gr.	Zahl
1. Wiss. Hilfskräfte	—	200
2. Außertarifliche	—	—
3. Tarifliche	I a	—
	I b	1
	II a	64
	III	2
	IV a	3
	IV b	—
	V b	4
	V c	3
	VI b	2
	VII	2
	VIII	1
4. Nichtvollbeschäftigte	I b	1
	II a	151
	III	1
	IV a	—
	V b	2
	V c	1
	VI b	5
	VII	1
	VIII	3
	IX b	1
Zusammen		448
II. Arbeiter/-innen:		
Nichtvollbeschäftigte	Lohn-Gr. 4	1
Insgesamt		449

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-7	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
121 03-5	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		1.973.000	—	+1.973.000	—
381 01-0	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			14.329.500	–14.329.500	
		A U S G A B E N					
682 01-0	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landes- betriebes * Übertragbar. Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.	570.000 —	139.840.300	—	+139.840.300	—
682 03-7	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der tech- nischen und baulichen Anlagen * Übertragbar. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	1.622.300	—	+1.622.300	—
682 39-8	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	247.800	—	+247.800	—
891 01-9	131	Zuführungen für Investitionen des Landes- betriebs * Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	1.058.000	—	+1.058.000	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	570.000		122.271.400	–122.271.400	
		Abschluss Kapitel 06 14					
		1 Eigene Einnahmen		1.973.000	4.220.500	–2.247.500	
		2 Übertragungseinnahmen		—	10.109.000	–10.109.000	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		1.973.000	14.329.500	–12.356.500	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	—	102.168.400	–102.168.400	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	570.000	—	18.746.100	–18.746.100	
		6 Übertragungsausgaben	570.000	141.710.400	33.300	+141.677.100	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	1.058.000	1.323.600	–265.600	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	570.000 570.000	142.768.400	122.271.400	+20.497.000	
		Zuschuss		140.795.400	107.941.900	+32.853.500	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		—	14.789.200		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		142.768.400	137.060.600		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		140.795.400	122.731.100		

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 14 allgemein:

Die Universität Osnabrück wird ab 1. 1. 2000 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei den Titeln 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigelegt.

Zu 682 01

Dem Studentenwerk Osnabrück werden die zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben nach § 134 NHG erforderlichen landeseigenen Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen. Es handelt sich dabei insbesondere um folgende Einrichtungen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
1. Mensa/Cafeteria, AVZ	1 900	768 600 DM
2. Mensa/Cafeteria Innenstadt einschl. Studentenwerks- verwaltung und Tiefgarage	7 255	
3. Studentenlokal im Schloss	239	
4. Ehem. Kreishausgaststätte	300	
5. Cafeteria im Bio-Gebäude	139	
	9 833	

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	570 000	—	570 000
2002	—	—	570 000	570 000

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen: 12 380 200 DM
(vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 891 01

1. Investitionen bis zu 50 000 DM im Einzelfall	494 900 DM
2. Investitionen über 50 000 DM im Einzelfall	
Ultrazentrifuge im FB 5	55 400 DM
Verzeichnis-Proxy-Server im RZ	62 700 DM
Arbeitsplatzrechner im FB 6	61 000 DM
Erneuerung der Aula-Bestuhlung	95 000 DM
Multimediales Sprachlernzentrum, Computerlernstudio im FB 7	178 000 DM
VW Caravelle – Ersatzbeschaffung	51 000 DM
Erneuerung der Medienausstattung der Aula/Schloss	60 000 DM
Zusammen	1 058 000 DM

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

**Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2001
für die Universität Osnabrück**

Lfd. Nr.	Aufwendungen ¹⁾	Lehre 40 % DM	Forschung 45 % DM	Sonstige Aufgaben 15 % DM	Lfd. Nr.	Erträge ¹⁾	Lehre 40 % DM	Forschung 45 % DM	Sonstige Aufgaben 15 % DM
1	Personalaufwand	46 969 240	52 840 395	17 613 465	5	Zuschuss	56 684 160	63 769 680	21 256 560
2	Sachaufwand	13 818 680	15 546 015	5 182 005	6	Sondermittel	1 672 400	1 881 450	627 150
3	Bauunterhaltung	648 920	730 035	243 345	7	Drittmittel	4 358 800	4 903 650	1 634 550
4	Investitionen (einschl. Großgeräte)	1 672 400	1 881 450	627 150	8	Sonstige	393 880	443 115	147 705
Summe Aufwendungen		63 109 240	70 997 895	23 665 965	Summe Erträge		63 109 240	70 997 895	23 665 965

¹⁾ Die Aufwendungen und Erträge der zentralen Einrichtungen (einschl. zentrale Verwaltung) sind über die geeigneten Schlüssel einzubeziehen.

Grunddaten:

Lfd. Nr.	Datenart	Ist 1999	Soll 2000	Soll 2001
11	Stellen für wissenschaftliches Personal	436	430	432
12	darunter: Stellen für Professuren	189	186	189
13	Stellen für nichtwissenschaftliches Personal	457	485	460
14	Stellen für Forschung	145	151	155
15	Gesamtaufnahmekapazität nach KapVO (mit Schwund)	—	2 570	2 775
16	Studienanfänger (1. Fachsemester)	2 197	2 650	2 400
17	Studierende insgesamt	10 598	12 550	12 000
18	Studierende in der Regelstudienzeit	6 641	7 700	7 500
19	Zahl der Zwischenprüfungen	—	—	—
20	Zahl der Abschlussprüfungen	1 660	—	1 700
21	Zahl der Absolventen	1 121	1 770	1 200
22	Zahl der Promotionen	125	95	95
23	Zahl der Habilitationen	19	10	10
24	Zahl der Graduiertenkollegs	4	6	6
25	Zahl der Sonderforschungsbereiche	2	2	2
26	Weiterbildungskurse (Unterrichtsstunden)	—	—	—
27	Drittmittel je Stelle wissenschaftliches Personal	25 000 DM	63 900 DM	65 000 DM
28	Drittmittel je Professorenstelle	57 650 DM	147 800 DM	147 800 DM
29.1	Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge	7	6	7
29.2	Internat. (Austausch-)Studiengänge	9	8	13
29.3	Weiterbildungsstudiengänge	2	2	2
29.4	Fernstudiengänge/Kontaktstudiengänge (EU)	—	—	—
29.5	Studium Generale, Serviceangebote	—	—	—
30	Internat. Zusammenarbeit (außerhalb von Studiengängen)	—	50	50
31	Frauenförderung	—	24	30

**Wirtschaftsplan für die
Universität Osnabrück
für das Geschäftsjahr 2001**

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

Aufwendungen	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Erträge	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
60 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	10 079 700	8 747 300 ¹⁾	14 426 890	501 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	141 710 400	109 010 200	106 330 797,96
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	1 708 600	1 708 600	401 421	502 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	—	—	—
62 Löhne und Vergütungen	6 634 093	6 503 693	6 010 403	503 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	7 124 000	7 300 000	9 847 054,38
63 Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	93 413 997	89 723 407	92 794 485	51 Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	3 773 000	3 773 000	9 933 621,09
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	17 375 010	2 648 400	2 635 078	54 Sonstige betriebliche Erträge	984 700	984 700	1 193 699,57
66 Sonstige Personalaufwendungen	2 199 700	2 199 700	1 760 036	57 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
67 Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	19 322 100	6 701 900	4 224 269	58 Außerordentliche Erträge	—	—	—
68 Aufwendungen für Kommunikation	2 496 600	2 472 600	3 208 389				
69 Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	17 000	17 000	1 496 202				
70 Betriebliche Steuern	345 300	345 300	348 000				
75 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—				
76 Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—				
77 Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—				
Summe der Aufwendungen	153 592 100	121 067 900	127 305 173	Summe der Erträge	153 592 100	121 067 900	127 305 173
Beitrag der Hochschule zum Innovationspakt II		3 752 000	DM				

Zu 501:

Zuweisungen des Landes zu laufenden Aufwendungen:	
für laufende Aufwendungen des Landesbetriebes	
(06 14 – 682 01)	139 840 300 DM
für Ersatzkräfte im Mutterschutz	
(06 14 – 682 39)	247 800 DM
für die Unterhaltung der Grundstücke und technischen Anlagen	
(06 14 – 682 03)	1 622 300 DM
Zusammen	141 710 400 DM

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2001

Investitionsausgaben	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Deckungsmittel	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—	—	504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	1 058 000 ¹⁾	1 147 600	1 724 418,49
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—	507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	2 947 000 ²⁾	—	—
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	—	509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	100 000	—	581 888,72
07 Technische Anlagen und Maschinen	3 297 000	391 000	294 563,58	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	76 000	176 000	57 173,60
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	884 000	932 600	2 068 917,23	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	—	65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	4 181 000	1 323 600	2 363 480,81		4 181 000	1 323 600	2 363 480,81

¹⁾ Zuführung aus 891 01²⁾ Zuführung aus 06 04 – 891 36 (HBFG)

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
2. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als laufende oder einmalige Leistungen eigener Art gewährt werden.
3. Soweit ausreichend Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 12 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeitnehmer(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Verträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechts-wirksam wäre.
4. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:

1 Verg.-Gr. II a BAT	Wissenschaftl. Dienst	zum 31. 12. 2002
1 Lohn-Gr. 4 MTL	Handwerkl. Dienst	zum 31. 12. 2004

im Rahmen des Hochschulstrukturkonzepts.
5. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Betrag einer Stelle der Verg.-Gr. II a BAT – Verwaltungsdienst – bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in.
6. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Betrag von zwei Stellen der Lohn-Gr. 4 – Labordienst – bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in.
7. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Betrag von 3 Stellen der Verg.-Gr. V b BAT und von 2 Stellen der Verg.-Gr. VI b BAT sowie 0,75 und 0,5 Stellen der Verg.-Gr. VI b BAT – Ärztlicher Dienst – bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in.
8. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Beamtete Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiterinnen, Arbeiter)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Beamtete Hilfskräfte				
A 14	1	1	Lektorin, Lektor	1) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. 2) 1 ku nach Verg.-Gr. VI b BAT nach Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in für den Fachbereich Psychologie. 3) Bis zum Abschluss einer tarifvertraglichen Neuregelung sind die Angestellten für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert. 4) Eine Stelle darf nur zu drei Vierteln, eine weitere nur zur Hälfte besetzt werden.
A 13	2	2	Lektorin, Lektor	
	3	3	Zusammen	
Angestellte				
I a ¹⁾	2	2	Verwaltungsdienst	
I b	5	5		
II a	14	14		
III	1	—		
IV a	3	2		
IV b	5	4		
V b	1	1		
V c ²⁾	40	39		
VI b	38	39		
VII	22	21		
VIII	2	2		
IX b	2	2		
I b	4	5	Wissenschaftlicher Dienst	
II a	58	57		
II a	43	43	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	
II a	2	2	Lehrkräfte	
V b	6	6	Bibliotheksdienst	
V c ³⁾	3	3		
VI b	4	4		
VII	14	15		
VIII	7	7		
V b	3	3	Ärztlicher Dienst	
VI b ⁴⁾	4	4		
I a	1	1	Technischer Dienst	
II a	1	1		
III	4	4		
IV a	2	3		
IV b	11	12		
V b	15	14		
V c	38	38		
VI b	27	27		
VII	1	1		
VIII	3	3		
II a	2	—	Datenverarbeitungsdienst	
III	5	5		
IV a	5	4		
IV b	3	3		
V b	4	4		
V c	2	2		
VI b	2	2		
VIII/VII	9	9	Schreib- und Fernschreibdienst	
IX b–VII	36	37		
VII	4	4	Sonstige Dienste	
II a	1	1	Lektoren	
	459	455	Zusammen	
Arbeiter/-innen				
4	1	1	Kraftfahrdienst	
8	3	3	Handwerklicher Dienst	
6	17	17		
5	18	18		
4	1	1		
4	2	2	Labordienst	
2 a	1	1	Sonstige Dienste	
2	1	1		
	44	44	Zusammen	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren für den Lehr- und Forschungsbetrieb	10 079 700	8 747 300	14 426 890
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	2 300 000	2 200 000	5 500 000
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	—	—	—
602	Hilfsstoffe	—	—	—
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	300 000	300 000	737 928
604	Verpackungsmaterial	—	—	—
605	Energie	2 205 000	1 050 000	990 000
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	1 000 000	1 000 000	1 198 962
607	Sonstiges Material	2 000 000	1 950 000	2 005 000
608	Aufwendungen für Waren	2 274 700	2 247 300	3 995 000
609	Sonderabschreibungen auf Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	—	—	—
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen für den Lehr- und Forschungsbetrieb	1 708 600	1 708 600	401 420
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	—	—	—
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	—	—	—
612	Entwicklungs-, Versuchsarbeiten und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	—	—	—
613	Weitere Fremdarbeiten	—	—	—
614	Frachten und Fremdlager	—	—	—
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	1 692 300	1 692 300	395 567
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	16 300	16 300	5 853

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	6 634 093	6 503 693	6 010 403
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	93 413 997	89 723 407	92 794 485

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2001 DM	2000 DM	1999 DM	
1. Dienstaufwandsentschädigungen	—	5 800	5 800,00	
2. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	321 600	222 500	229 700,00	
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	39 800	47 000	48 900,00	
3. Ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte	1 335 700	1 148 700	1 156 322,80	
4. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	234 200	234 200	211 849,92	
5. Auszubildende für Angestelltenberufe	120 100	120 100	101 017,58	
6. Überstundenvergütung für Angestellte	7 000	6 800	18 135,01	
7. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	123 000	119 600	120 206,50	
8. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	—	—	—	
9. Auszubildende für Arbeiterberufe	240 200	240 200	179 207,93	
10. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	3 300	3 300	943,28	
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	122 500	118 600	212 828,19	
12. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	—	—	—	
13. Wissenschaftliche Hilfskräfte	4 900 000	4 900 000	5 448 145,93	

Zu Kontengruppe

64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	17 375 010	2 648 400	2 635 078
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	—	—	
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	—	—	
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	159 900	—	
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	
644	Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten	12 905 100	—	
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	235 860	—	
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	2 433 650	2 648 400	2 635 078
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	1 640 500	—	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	2 199 700	2 199 700	1 760 036
662	Aufwendungen für Betriebs-/Amtsarzt und Arbeitssicherheit	55 000	55 000	50 856
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	80 000	80 000	38 030
667	Nebenbezüge	2 064 700	2 064 700	1 671 150
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	19 322 100	6 701 900	4 224 269
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	13 460 200	1 051 900	1 030 000
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	262 000	—	—
673	Gebühren	354 000	340 000	—
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	4 685 600	4 800 000	2 660 000
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs	—	—	—
676	Provisionen	—	—	—
677	Aufwendungen für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	10 000	10 000	10 000
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	550 300	500 000	524 269
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	2 496 600	2 472 600	3 208 389
680	Aufwendungen für Büromaterial, Drucksachen	519 100	495 100	595 000
681	Aufwendungen für Zeitungen und Fachliteratur	30 000	30 000	13 025
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	1 241 500	1 261 400	921 737
683	Aufwendungen für sonstige Kommunikationsmittel	—	—	—
685	Aufwendungen für Reisekosten	642 600	642 600	1 624 228
686	Aufwendungen für Gästebewirtung und Repräsentation	3 500	3 500	14 399
687	Öffentlichkeitsarbeit	60 000	40 000	40 000
689	Sonstige Ausgaben für Kommunikation	—	—	—
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	17 000	17 000	1 496 202
690	Versicherungsbeiträge, diverse	—	—	—
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	13 000	13 000	50 000
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	4 000	4 000	16 992
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	—	—	—
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	—	—	1 429 210
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	345 300	345 300	348 000
702	Grundsteuer	341 000	341 000	341 000
703	Kraftfahrzeugsteuer	4 300	4 300	7 000
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5 – Betriebliche Erträge

		2001 DM	2000 DM	2001 DM
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber	148 834 400	116 310 200	116 177 852,34
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	141 710 400	109 010 200	106 330 797,96
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	—	—	
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	7 124 000	7 300 000	9 847 054,38
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	3 773 000	3 773 000	9 933 621,09
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	100 000	100 000	100 000,00
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge für laufende Zwecke	3 673 000	3 673 000	9 833 621,09
514	Andere Umsatzerlöse	—	—	
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	984 700	984 700	1 193 699,57
540	Nebenerlöse	946 000	946 000	1 152 699,57
541	Sonstige Erlöse	28 700	28 700	41 000,00
542	Eigenverbrauch	—	—	
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	10 000	10 000	
544	Erträge aus Werterhöhungen von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	
549	Periodenfremde Erträge	—	—	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Aufteilung der Drittmittel

Drittmittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

	2001 DM	2000 DM	1999 DM
A. Aufwendungen			
60	800 000	800 000	932 321,30
61	—	—	23 629,70
62	580 000	580 000	724 030,00
63	7 010 000	7 010 000	12 924 540,00
64	1 044 000	1 044 000	2 530 026,41
66	200 000	200 000	296 412,96
67	1 003 000	1 003 000	1 975 054,81
68	310 000	310 000	374 660,29
69	—	—	—
70	—	—	—
Zusammen:	10 947 000	10 947 000	19 780 675,47
B. Erträge			
503	7 124 000	7 124 000	9 847 054,38
51	3 773 000	3 773 000	9 933 621,09
54	50 000	50 000	—
Zusammen:	10 947 000	10 947 000	19 780 675,47

Zahl und Einstufung der Angestellten und Arbeiter nach dem Stand
vom 31. 12. 1999

I. Angestellte:	Verg.-Gr.	Zahl
1. Wiss. Hilfskräfte	—	—
2. Tarifliche	I b	1
	II a	76,17
	IV a	1,5
	IV b	0,5
	V b	1
	V c	1,5
	VI b	3,5
	VII	3
3. Nichtvollbeschäftigte	II a	30
Zusammen		118,17

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-0	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		904.500	—	+904.500	—
121 03-9	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		2.701.000	—	+2.701.000	—
381 01-4	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			77.414.600	–77.414.600	
		A U S G A B E N					
682 01-4	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landes- betriebes * Übertragbar. Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.	7.800.000 —	293.941.000	—	+293.941.000	—
682 03-0	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der tech- nischen und baulichen Anlagen * Übertragbar. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	3.994.300	—	+3.994.300	—
682 39-1	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	50.000	—	+50.000	—
891 01-2	131	Zuführungen für Investitionen des Landes- betriebs * Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	3.350.000	—	+3.350.000	—
981 01-1	990	Abführung an 1321 - 381 06	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	7.800.000		313.035.600	–313.035.600	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 15 allgemein

Die TU Braunschweig wird ab 01. 01. 2001 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigelegt.

Zu 121 02

Aus Drittmitteln finanzierter Landesanteil für 2 Großgeräte der TU Braunschweig.

Zu 682 01

Dem Studentenwerk Braunschweig dürfen für seine Aufgabenerfüllung landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa I	5 844	} 1 343 050 DM
Geschäftsräume	1 224	
Cafeteria	233	
Mensa II	3 272	

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung

des Haus- halts- jahres	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2002	—	—	7 800 000	7 800 000

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 33 126 300 DM (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 891 01

1. Investitionen bis zu 50 000 DM im Einzelfall	1 815 700 DM
2. Geräte zur Umsetzung umweltrechtlicher und arbeitsrechtlicher Vorschriften	140 000 DM
3. Investitionen über 50 000 DM (ohne Großgeräte)	
a) Arbeitsplatzrechner	55 000 DM
b) 6 portable PC mit Projektionssystem	90 300 DM
c) Äkta-FPLC-System	120 000 DM
d) Computerausstattung FB Architektur	195 000 DM
e) Aufrüstung 4-Prozessor-Rechner	55 000 DM
f) Absorber für Mikrowellenmesstechnik	120 000 DM
g) VW-Bus	60 000 DM
h) Photonenkorrelationsspektrometer	70 000 DM
i) Fräsmaschine	80 000 DM
j) Traktor mit Anbaugeräten und Anhänger	57 000 DM
k) Digitale Baugruppen für die Telekommunikationsanlage	70 000 DM
l) Deckenaufbau-Beleuchtungsanlage für Hörsaal PK 15.11	100 000 DM
m) Be- und Entlüftungsanlage für Hörsaal PK 11.3	78 000 DM
n) Ersatz Brandmeldeanlage im Rechenzentrum	70 000 DM
o) Erweiterung Netzwerkverwaltungssystem für IuK-Einrichtungen	174 000 DM
Zusammen	3 350 000 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 06 15 1 Eigene Einnahmen 2 Übertragungseinnahmen 3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen Summe der Einnahmen		3.605.500 — —	23.538.900 53.875.700 —	–19.933.400 –53.875.700 —	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben 5 Sächliche Verwaltungsausgaben 6 Übertragungsausgaben 8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen 9 Besondere Finanzierungsausgaben Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— 7.800.000 — 7.800.000 — — —	— — 297.985.300 3.350.000 —	251.313.900 52.979.900 1.783.200 6.958.600 —	–251.313.900 –52.979.900 +296.202.100 –3.608.600 —	
		Zuschuss Nachrichtlich: Anteil an den Versorgungsausgaben Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil	7.800.000 7.800.000	301.335.300 297.729.800	313.035.600 235.621.000	–11.700.300 +62.108.800	
				— 301.335.300 297.729.800	22.880.400 335.916.000 258.501.400		

ERLÄUTERUNGEN

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

**Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2001
für die Technische Universität Braunschweig**

Lfd. Nr.	Aufwendungen*)	Lehre 40% DM	Forschung 55% DM	Sonstige Aufgaben 5% DM	Lfd. Nr.	Erträge*)	Lehre 40% DM	Forschung 55% DM	Sonstige Aufgaben 5% DM
1	Personalaufwand	110 459 840	151 882 280	13 807 480	5	Zuschuss	119 194 120	163 891 915	14 899 265
2	Sachaufwand	35 520 640	48 840 880	4 440 080	6	Sondermittel	—	—	—
3	Bauunterhaltung	1 597 720	2 196 865	199 715	7	Drittmittel	27 395 520	37 668 840	3 424 440
4	Investitionen (einschl. Großgeräte)	6 003 120	8 254 290	750 390	8	Sonstige	988 560	1 359 270	123 570
					9	Deckungsmittel aus dem Finanzplan	6 003 120	8 254 290	750 390
	Summe Aufwendungen	153 581 320	211 174 315	19 197 665		Summe Erträge	153 581 320	211 174 315	19 197 665

*) Die Aufwendungen und Erträge der zentralen Einrichtungen (einschl. zentrale Verwaltung) sind über einen geeigneten Schlüssel einzubeziehen.

Grunddaten:

Lfd. Nr.	Datenart	Ist 1999	Soll 2001
1	Stellen für wissenschaftliches Personal	988,3	940,3
2	darunter: Stellen für Professuren	252	243
3	Stellen für nichtwissenschaftliches Personal	1 040,6	1 012,5
4	Stellen für Forschung	491,5	491,5
5	Gesamtaufnahmekapazität nach KapVO (mit Schwund)	3 084	2 881
6	Studienanfänger (1. Fachsemester)	2 942	3 200
7	Studierende insgesamt	14 690	15 000
8	Studierende in der Regelstudienzeit	9 109	10 000
9	Zahl der Zwischenprüfungen	1 500	1 600
10	Zahl der Abschlussprüfungen	1 182	1 380
11	Zahl der Absolventen	1 017	1 500
12	Zahl der Promotionen	284	300
13	Zahl der Habilitationen	15	20
14	Zahl der Graduiertenkollegs	2	2
15	Zahl der Sonderforschungsbereiche	3	3
16	Weiterbildungskurse (Unterrichtsstunden)	3 644	3 400
17	Drittmittel je Stelle wissenschaftliches Personal	76 053 DM	76 643 DM
18	Drittmittel je Professorenstelle	298 265 DM	296 579 DM
19	Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge	3	4
20	Internat. (Austausch-)Studiengänge	1	2
21	Weiterbildungsstudiengänge	3	4
22	Fernstudiengänge/Kontaktstudiengänge (EU)	1	1
23	Studium Generale, Serviceangebote	90	95
24	Internat. Zusammenarbeit (außerhalb von Studiengängen)	240	260
25	Frauenförderung (Projekte)	1	1

Anmerkung:

Bei der vorgegebenen vertikalen Gliederung werden Kennzahlen nicht gebildet (Ausnahmen lfd. Nrn. 17 u. 18), weil dieses nur auf der Ebene von Fachgruppen sinnvoll ist und sich nur dann vergleichbare Aussagen ergeben.

**Wirtschaftsplan für die
Technische Universität Braunschweig
für das Geschäftsjahr 2001**

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

Aufwendungen	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Erträge	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
60 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	26 479 200	26 899 100	27 397 164	501 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	297 985 300	228 662 400	226 343 867
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	5 136 500	1 142 200	1 348 983	502 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	—	—	—
62 Löhne und Vergütungen	20 561 854	20 479 400	29 196 639	503 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	40 570 000	41 870 000	41 782 481
63 Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	216 194 246	215 359 200	205 067 713	51 Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	27 268 800	29 568 800	32 622 941
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	34 119 300	10 489 000	10 454 754	54 Sonstige betriebliche Erträge	3 121 400	3 121 400	6 315 659
66 Sonstige Personalaufwendungen	5 274 200	5 274 200	4 662 326	55 Andere sonstige betriebliche Erträge	—	2 854 400	2 462 178
67 Aufwendungen für Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	47 363 526	12 654 726	11 497 555	57 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
68 Aufwendungen für Kommunikation	11 691 100	11 653 600	13 274 253	58 Außerordentliche Erträge	—	—	—
69 Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	2 115 574	2 115 574	5 142 110				
70 Betriebliche Steuern	10 000	10 000	8 655				
75 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—				
76 Außerordentliche Aufwendungen	—	—	2 165				
77 Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	972 990				
			502 000				
Gesamtsumme:	368 945 500	306 077 000	309 527 307		368 945 500	306 077 000	309 527 126

Beitrag zum Innovationspakt II i.H. von 8 191 000 DM.

Zu 501:

davon	
682 01	293 941 000 DM
682 03	3 994 300 DM
682 39	50 000 DM

Zu 51:

Hierin enthalten sind 20 000 DM Zuschüsse der Gewerkschaften.

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2001

Investitionsausgaben	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Deckungsmittel	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—		504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	3 350 000 ¹⁾	3 343 600	2 845 967
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—		507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	8 057 800 ²⁾	1 000 600	4 981 735
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	972 990	509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	1 169 280	1 169 280	1 439 922
07 Technische Anlagen und Maschinen	11 258 800 ³⁾	3 323 600	2 730 423	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	2 430 720	2 445 720	3 373 429
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 749 000	4 635 600	8 937 640	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—		65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	15 007 800	7 959 200	12 641 053		15 007 800	7 959 200	12 641 053

¹⁾ Zuführungen aus 891 01²⁾ Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG)³⁾ davon 8 057 800 DM für HBFG-Beschaffungen

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Vgl. Haushaltsmerke Nr. 1 zum Stellenplan.
2. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:
 - a) Bes.-Gr. AH 2– Oberassistentin, Oberassistent –
1 kw zum 31. 12. 2002
für das Institut für Städtebau und Landschaftsplanung (St.-Nr. 7025).
 - b) Verg.-Gr. V c – Verwaltungsdienst –
1 kw für die Allgemeine Verwaltung bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers infolge Auflösung der Vergütungsstelle gemäß Zielvereinbarung,
spätestens zum 31. 12. 2001 (St.-Nr. 9268)
 - c) Verg.-Gr. VI b – Verwaltungsdienst –
1 kw bei Wegfall der Voraussetzungen für die Gestellung einer Vorlesekraft (Seminar B für Philosophie).
1 kw zum 31. 12. 2002
für das Institut für Nachrichtensysteme (St.-Nr. 10022).
1 kw zum 31. 12. 2004
für das Institut für Flugmechanik (St.-Nr. 9870).
 - d) Verg.-Gr. VII – Verwaltungsdienst –
1 kw zum 31. 12. 2002 gem. § 9 Abs. 2 HG 1995/96 i. d. F. des Hochschulstrukturkonzeptes
(Institut für Angewandte Mathematik – EDV-Nr. 9583).
 - e) Verg.-Gr. V c – Angestellte in med. Heilberufen –
2 kw
 - f) Verg.-Gr. V c – Med.-techn. Dienst –
kw bei Ausscheiden der Stelleninhaberin.
 - g) Verg.-Gr. I a – Wissenschaftlicher Dienst –
1 kw zum 31. 12. 2004 gem. § 9 Abs. 2 HG 1995/96 i. d. F. des Hochschulstrukturkonzeptes (Institut für Geowissenschaften – EDV-Nr. 6936).
 - h) Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst –
1 kw bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in (Botanisches Institut und Botanischer Garten).
1 kw zum 31. 12. 2002
für das Institut für Philosophie (St.-Nr. 2178).
 - i) Verg.-Gr. II a – Technischer Dienst –
1 kw zum 31. 12. 2004
für das Institut für Hochmagnetfeldanlage (St.-Nr. 9561).
 - j) Verg.-Gr. IV a – Technischer Dienst –
1 kw zum 31. 12. 2003
für die Betriebsverwaltung
1 kw zum 31. 12. 2004
für das Institut für Geowissenschaften (St.-Nr. 13967).
 - k) Verg.-Gr. IV b – Technischer Dienst –
1 kw zum 31. 12. 2002 gem. § 9 Abs. 2 HG 1995/96 i. d. F. des Hochschulstrukturkonzeptes (Institut für Metallphysik und nukleare Festkörperphysik – EDV-Nr. 9606).
1 kw zum 31. 12. 2003
für das Leichtweiß-Institut (St.-Nr. 9818).
2 kw zum 31. 12. 2004
davon
1 für das Institut für Angewandte Mechanik (St.-Nr. 9814)
1 für das Institut für Thermodynamik (St.-Nr. 9903).
 - l) Verg.-Gr. V b – Technischer Dienst –
1 kw zum 31. 12. 2001
für das Institut für Regelungs- und Automatisierungstechnik. (St.-Nr. 9913).
1 kw zum 31. 12. 2003
für das Institut für Meßtechnik und Austauschbau (St.-Nr. 9914)
4 kw zum 31. 12. 2004
davon
1 für das Institut für Hochmagnetfeldanlage (St.-Nr. 9563)
1 für das Institut für Geowissenschaften (St.-Nr. 9634)
1 für das Institut für Nachrichtensysteme (St.-Nr. 10044)
1 für das Institut für Schweißtechnik (St.-Nr. 9932).
 - m) Ver.-Gr. V c – Technischer Dienst –
1 kw zum 31.12. 2004
für das Institut für Geowissenschaften (St.-Nr. 9633).
 - n) Verg.-Gr. VI b – Technischer Dienst –
1 kw zum 31. 12. 2001
für das Institut für Geodäsie (St.-Nr. 9850).
1 kw zum 31. 12. 2003
für das Institut für Maschinenelemente (St.-Nr. 9938)
1 kw zum 31. 12. 2004
für das Institut für Elektrische Energieanlagen (St.-Nr. 10059)
1 kw zum 31. 12. 2004
für das Institut für Hochspannungstechnik.
 - o) Verg.-Gr. III – Datenverarbeitungsdienst –
1 kw zum 31. 12. 2004
für das Rechenzentrum (St.-Nr. 9540)
 - p) Verg.-Gr. IV a – Datenverarbeitungsdienst –
1 kw zum 31. 12. 2001
für das Institut für Allgemeine Mechanik.
 - q) Verg.-Gr. V b – Datenverarbeitungsdienst –
2 kw zum 31. 12. 2004
für das Rechenzentrum (St.-Nr. 9553 und 9550).
 - r) Verg.-Gr. VI b – Datenverarbeitungsdienst –
1 kw zum 31. 12. 2001 gem. § 9 Abs. 2 HG 1995/1996 i. d. F. des Hochschulstrukturkonzeptes (Rechenzentrum – EDV-Nr. 9559).
3. Bis zum Inkrafttreten einer tarifvertraglichen Neuregelung ist ein/-e Angestellte(r) im Bibliotheksdienst für die Dauer seiner/ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppiert:
1 Verg.-Gr. V c BAT
4. 1 Hausmeister/-in ist übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.
5. Soweit ausreichende Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 136 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeiter(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Arbeitsverträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.
6. Beihilfen für ausländische Studierende werden als Leistungen eigener Art gewährt.
7. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
8. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:
Lohn-Gr. 8 – Handwerklicher Dienst –
1 kw zum 31. 12. 2001
für das Institut für Datenverarbeitungsanlagen. (St.-Nr. 10080)
1 kw zum 31. 12. 2002
für das Institut für Verbrennungskraftmaschinen (St.-Nr. 9983).
1 kw zum 31. 12. 2003
für das Institut für Landmaschinen (St.-Nr. 9977).
4 kw zum 31. 12. 2004
davon
1 für das Institut für Metallphysik (St.-Nr. 9628)
1 für das Institut für Messtechnik und Austauschbau (St.-Nr. 9962)
1 für das Institut für Werkstoffkunde (St.-Nr. 10000)
1 für das Institut für Thermodynamik (St.-Nr. 9989).
9. Eine Stelle der Verg.-Gr. II a BAT – Wissenschaftlicher Dienst – und eine Stelle der Verg.-Gr. V c BAT – Verwaltungsdienst –, beide besetzbar ab 1. 4. 2001 für die Dauer von 7 Jahren (kw 31. 3. 2008), dürfen nur im Rahmen der Bereitstellung der Mittel durch die Stifterin in Anspruch genommen werden.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte und Arbeiterinnen, Arbeiter)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
			Beamtete Hilfskräfte	
AH 2	1	1	Oberassistentin, -assistent,	1) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Romanisches Seminar). 3 Stellen ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst – nach Ausscheiden der Stelleninhaberin/ des Stelleninhabers davon 2 für das Romanische Seminar 1 für das Seminar für Anglistik und Amerikanistik.
A 13 ¹⁾	3	4	Oberingenieurin, -ingenieur Lektorin, Lektor	
	4	5	Zusammen	
			Angestellte	
I a	1	1	Verwaltungsdienst	2) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Institut für Oberflächentechnik und Plasmatechnische Entwicklung).
I b	1	2		
II a	9	9		3) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Allgemeine Verwaltung).
III	1	—		
IV a	3	2		4) 1 Stelle darf i. H. von 50 v. H. nur für für Personalratstätigkeit verwendet werden (Allgemeine Verwaltung).
IV b	3	5		
V b	15	12		5) 1 ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst – bei Ausscheiden des Stelleninhabers (Rechenzentrum).
V c ²⁾	100	99		
VI b	71	74		6) kw
VII ³⁾	25	26		
VIII	9	9	7) kw	
V b	3	3	Angestellte in med. Hilfsberufen und med.-techn. Berufen	
V c	2	2		
VI b	3	3		
V c	1	1	Medizinisch-technischer Dienst	
I a	8	7	Wissenschaftlicher Dienst	
I b	30	31		
II a ⁴⁾	64	64		
II a	291	295	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	
II a	5	3	Lehrkräfte	
II a	1	1	Bibliotheksdienst	
V b	13	13		
V c	1	1		
VI b	4	3		
VII	9	9		
VIII	4	4		
IX b	2	2		
II a	5	6		Technischer Dienst
III	7	10		
IV a	36	33		
IV b	56	60		
V b	72	68		
V c	54	55		
VI b	84	90		
VII	4	6		
VIII	2	2		
III	3	3	Datenverarbeitungsdienst	
IV a	18	20		
IV b	6	3		
V b ⁵⁾	7	7		
V c	3	2		
VI b	1	2		
IX b–VII	11	11	Schreib- und Fernschreibdienst	
VI b	1	1	Sonstige Dienste	
VII	5	5		
II a	1	2	Lektorin, Lektor	
	1 055	1 067	Zusammen	

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
noch Angestellte				
Leerstellen: ⁶⁾				
II a	1	2	Verwaltungsdienst	
V c	4	2		
VI b	8	7		
VII	1	—		
V b	1	1	Angestellte in med. Hilfsberufen und med.-techn. Berufen	
V c	2	1		
VI b	1	2		
II a	3	1	Wissenschaftlicher Dienst	
II a	5	5	Wissenschaftlicher Dienst (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	
V b	1	2	Bibliotheksdienst	
VII	1	1		
IX b	1	1		
IV a	1	2	Technischer Dienst	
V c	6	7		
VI b	5	3		
VII	1	2		
IX b–VII	—	1	Schreib- und Fernschreibdienst	
	42	40	Zusammen	
Arbeiterinnen, Arbeiter				
4	3	3	Kraftfahrdienst	
9	15	11	Handwerklicher Dienst	
8	63	73		
6	30	32		
5	13	13		
4	6	6		
3	1	1		
4	3	4	Hausmeisterdienst	
1	17	21	Reinigungsdienst	
3	8	8	Sonstige Dienste	
2 a	26	26		
1	1	1		
	186	199	Zusammen	
9	—	1	Leerstellen ⁷⁾ : Handwerklicher Dienst	
6	1	—		
	1	1	Zusammen	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren für den Lehr- und Forschungsbetrieb	26 479 200	26 899 100	27 397 164
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	—	—	—
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	—	—	—
602	Hilfsstoffe	—	—	—
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	8 962 100	8 982 100	10 276 479
604	Verpackungsmaterial	—	—	—
605	Energie	6 200 200	6 200 200	5 414 989
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	—	—	—
607	Sonstiges Material	11 316 900	11 716 800	11 705 696
608	Aufwendungen für Waren	—	—	—
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen für den Lehr- und Forschungsbetrieb	5 136 500	1 142 200	1 348 983
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	—	—	—
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	—	—	—
612	Entwicklungs-, Versuchs- und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	—	—	—
613	Weitere Fremdleistungen	—	—	—
614	Frachten und Fremdlager	—	—	—
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	5 117 000	1 122 700	1 228 660
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	19 500	19 500	120 323

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	20 561 854	20 479 400	29 196 639
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	216 194 246	215 359 200	205 067 713

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2001 DM	2000 DM	1999 DM	Bemerkungen
1. Dienstaufwandsentschädigungen	—	6 000	6 000	
2. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	784 500	688 000	688 000	Zu lfd. Nr. 1 für 1 Präsidentin, Präsident für 3 Vizepräsidentinnen, Vizepräsidenten
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	762 100	653 500	653 500	für 1 Kanzlerin, Kanzler
3. Ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte	2 017 615	1 987 639	1 838 599	Zu lfd. Nr. 3
4. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	776 600	534 900	768 758	Für 58 (58) ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.
5. Auszubildende für Angestelltenberufe	630 054	720 600	623 821	
6. Überstundenvergütung für Angestellte	5 300	10 000	5 300	Zu lfd. Nr. 5 Für die Vergütung von 36 (36) Auszubildenden (Technischer Dienst).
7. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	5 159 500	4 689 500	3 418 445	Zu lfd. Nr. 7
8. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	—	—	—	Für 162 (162) ständige nicht vollbeschäftigte Kräfte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.
9. Auszubildende für Arbeiterberufe	1 560 590	1 701 300	1 545 028	
10. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	40 300	36 460	39 900	Zu lfd. Nr. 9
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	10 827 200	10 720 100	7 620 917	Für die Vergütung von 85 (85) Auszubildenden (Handwerklicher Dienst).
12. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	2 700 900	2 455 000		
13. Wissenschaftliche Hilfskräfte	4 686 300	4 551 400	—	

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	34 119 300	10 489 000	10 454 754
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	—	—	—
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	—	—	—
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	461 700	—	—
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	—
644	Versorgungszuschlag der Beamten	19 499 400	—	—
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	409 900	—	—
648	Emeritenbezügen und Nachversicherung	11 079 300	10 489 000	10 454 754
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	2 669 000	—	—
645	Altersversorgung der Beamten	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	5 274 200	5 274 200	4 662 326
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen	—	—	—
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten	3 000	3 000	4 550
662	Aufwendungen für Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	204 900	204 900	188 914
663	Aufwendungen für personenbezogene Versicherungen	—	—	—
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	80 000	80 000	59 953
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	—	—	—
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
667	Nebenbezüge	4 986 300	4 986 300	4 408 909
668	Aufwendungen für Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	47 363 526	12 654 726	11 497 555
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	35 521 900	2 395 600	2 216 180
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	—	—	—
673	Gebühren	460 180	460 180	398 904
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	4 548 846	4 548 846	4 498 144
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs	—	—	—
677	Aufwendungen für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	1 604 200	21 700	14 327
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	5 228 400	5 228 400	4 370 000
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	11 691 100	11 653 600	13 274 253
680	Aufwendungen für Büromaterial, Drucksachen	8 209 900	8 152 400	8 507 039
681	Aufwendungen für Zeitungen und Fachliteratur	—	—	—
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	1 349 200	1 349 200	1 555 299
683	Aufwendungen für sonstige Kommunikationsmittel	—	—	—
685	Aufwendungen für Reisekosten	2 027 000	2 047 000	3 136 667
686	Aufwendungen für Gästebewirtung und Repräsentation	5 000	5 000	4 958
687	Öffentlichkeitsarbeit	100 000	100 000	70 290
689	Sonstige Ausgaben für Kommunikation	—	—	—
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	2 115 574	2 115 574	5 142 110
690	Versicherungsbeiträge, diverse	69 074	69 074	63 303
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	38 600	38 600	38 013
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	1 050 000	1 050 000	3 350 103
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	957 900	957 900	1 690 691
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	10 000	10 000	8 655
702	Grundsteuer	8 500	8 500	7 069
703	Kraftfahrzeugsteuer	1 500	1 500	1 586
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	—
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
751	Bankzinsen	—	—	—
759	Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	2 165
760	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	2 165
Zu Kontengruppe				
77	Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5: Erträge

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber	338 555 300	270 532 400	268 126 348
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen	297 985 300	228 662 400	226 343 867
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	—	—	—
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	40 570 000	41 870 000	41 782 481
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	27 268 800	29 568 800	32 622 941
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	3 100 000	3 600 000	3 760 596
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge für lfd. Aufwendungen	24 168 800	25 968 800	28 862 345
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	3 121 400	3 121 400	6 315 659
540	Nebenerlöse	2 741 300	2 741 300	5 569 372
541	Sonstige Erlöse	240 100	240 100	449 737
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
546	Erlöse aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	140 000	140 000	296 550
549	Periodenfremde Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
55	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	2 854 400	2 462 178
551	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	2 854 400	2 462 178
552	Erträge aus Gebühren und gebührenähnliche Erträge	—	—	—
558	Periodenfremde Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
58	Außerordentliche Erträge	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Aufteilung der Dritt- und Sondermittel

Dritt- und Sondermittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

	Drittmittel DM	Sondermittel DM
A. Aufwendungen		
60	6 998 600	—
61	—	—
62	820 200	—
63	45 461 400	—
64	—	—
66	4 925 000	—
67	105 000	—
68	8 468 600	—
69	1 710 000	—
70	—	—
75	—	—
76	—	—
77	—	—
Zusammen:	68 488 800	—
B. Erträge		
50	40 570 000	—
51	27 268 800	—
54	650 000	—
55	—	—
57	—	—
58	—	—
Zusammen:	68 488 800	—

Zahl und Einstufung der Angestellten und Arbeiterinnen/Arbeiter
nach dem Stand vom 31. 12. 1999

I. Angestellte:	Verg.-Gr.	Zahl
1. Wiss. und stud. Hilfskräfte		432
2. Außertarifliche		—
3. Tariflich Vollbeschäftigte	I bis VII	325
4. Tariflich Nichtvollbeschäftigte	II a bis IX b	258
Zusammen		1 015
II. Arbeiter/-innen:	Lohn-Gr.	
1. Außertarifliche		—
2. Tariflich Vollbeschäftigte	5 bis 8 a	10
3. Tariflich Nichtvollbeschäftigte	8 a	3
Zusammen		13
Insgesamt		1 028

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-4	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		561.500	—	+561.500	1.518
121 03-2	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		494.400	562.000	–67.600	465
		A U S G A B E N					
682 01-8	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landes- betriebes * Übertragbar. Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.	2.760.000 2.760.000	107.911.700	93.442.400	+14.469.300	91.607
682 03-4	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der tech- nischen und baulichen Anlagen * Übertragbar. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	2.485.200	2.485.200	—	2.485
682 39-5	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	89.400	89.400	—	89
891 01-6	131	Zuführungen für Investitionen des Landes- betriebs * Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	430.000	449.500	–19.500	450
		Abschluss Kapitel 06 16					
		1 Eigene Einnahmen		1.055.900	562.000	+493.900	
		Summe der Einnahmen		1.055.900	562.000	+493.900	
		6 Übertragungsausgaben	2.760.000 2.760.000	110.486.300	96.017.000	+14.469.300	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	430.000	449.500	–19.500	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	2.760.000 2.760.000	110.916.300	96.466.500	+14.449.800	
		Zuschuss		109.860.400	95.904.500	+13.955.900	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 16 allgemein:

Die Technische Universität Clausthal wird als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage beigelegt.

Zu 121 02

Aus Drittmitteln finanzierter Landesanteil für 2 Großgeräte der Technischen Universität Clausthal.

Zu 682 01

Dem Studentenwerk Clausthal in Clausthal-Zellerfeld und dem Zentrum für Funktionswerkstoffe Göttingen/Clausthal GmbH dürfen die für ihre Aufgabenerfüllung erforderlichen Räume, dem Zentrum auch die erforderlichen Einrichtungen und Geräte ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden. Der Clausthaler Umweltinstitut GmbH – CUTEC – dürfen die für ihre Aufgabenerfüllung erforderlichen Räume, Einrichtungen und Geräte ohne Erstattung der Kosten überlassen werden, soweit Gegenseitigkeit besteht. Der Stadtwerke Clausthal-Zellerfeld GmbH darf das landeseigene Gebäude des Heizwerks nach Maßgabe des Vertrages vom 27. 9. 1988 ohne Erhebung eines Nutzungsentgeltes überlassen werden.

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	2 760 000	—	2 760 000
2002	—	—	2 760 000	2 760 000

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 13 126 000 DM (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 891 01

1. CNC-Drehmaschine	200 000 DM
2. Zetasizer	115 000 DM
3. Massenspektrometrische Identifikation	115 000 DM
Zusammen	430 000 DM

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

**Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2001
für die Technische Universität Clausthal**

Lfd. Nr.	Aufwendungen*)	Lehre 30 % DM	Forschung 60 % DM	Sonstige Aufgaben 10 % DM	Lfd. Nr.	Erträge*)	Lehre 30 % DM	Forschung 60 % DM	Sonstige Aufgaben 10 % DM
1	Personalaufwand	31 462 400	62 924 700	10 487 500	5	Zuschuss	33 274 900	66 549 800	11 091 600
2	Sachaufwand	11 386 500	22 772 800	3 795 500	6	Sondermittel	2 240 200	4 480 400	746 800
3	Bauunterhaltung	745 500	1 491 100	248 600	7	Drittmittel	9 450 000	18 900 000	3 150 000
4	Investitionen (einschl. Großgeräte)	1 839 700	3 679 500	613 200	8	Sonstige	469 000	937 900	156 400
	Summe Aufwendungen	45 434 100	90 868 100	15 144 800		Summe Erträge	45 434 100	90 868 100	15 144 800

*) Die Aufwendungen und Erträge der zentralen Einrichtungen (einschl. zentrale Verwaltung) sind über einen geeigneten Schlüssel einzubeziehen.

Grunddaten:

Lfd. Nr.	Datenart	Ist 1999	Soll 2001
11	Stellen für wissenschaftliches Personal	287	285
12	darunter: Stellen für Professuren	91	88
13	Stellen für nichtwissenschaftliches Personal	457,5	444
14	Stellen für Forschung	228	230
15	Gesamtaufnahmekapazität nach KapVO (mit Schwund)	1 192	1 100
16	Studienanfänger (1. Fachsemester)	539	800
17	Studierende insgesamt	2 486	3 500
18	Studierende in der Regelstudienzeit	1 403	2 200
19	Zahl der Zwischenprüfungen	172	230
20	Zahl der Abschlussprüfungen (nur bestandene)	255	320
21	Zahl der Absolventen	255	320
22	Zahl der Promotionen	100	120
23	Zahl der Habilitationen	2	3
24	Zahl der Graduiertenkollegs	1	1
25	Zahl der Sonderforschungsbereiche	3	3
26	Weiterbildungskurse (Unterrichtsstunden)	278	300
27	Drittmittel je Stelle wissenschaftliches Personal	111 041 DM	117 545 DM
28	Drittmittel je Prof.-Stelle	350 205 DM	380 682 DM
29.1	Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge	7	9
29.2	Internat. (Austausch-)Studiengänge	2	3
29.3	Weiterbildungsstudiengänge	—	—
29.4	Fernstudiengänge, Kontaktstudiengänge (EU)	—	—
29.5	Studium Generale, Serviceangebote	—	—
30	Internat. Zusammenarb. (außerhalb v. Studiengängen)	—	—
31	Frauenförderung (Projekte)	—	—

Anmerkung:

Bei der vorgegebenen vertikalen Gliederung werden Kennzahlen nicht gebildet (Ausnahmen: lfd. Nrn. 27 u. 28), weil dieses nur auf der Ebene von Fachgruppen sinnvoll ist und sich nur dann vergleichbare Aussagen ergeben.

**Wirtschaftsplan für die
Technische Universität Clausthal
für das Geschäftsjahr 2001**

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

Aufwendungen	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Erträge	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
60 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	7 086 600	12 958 100	12 898 535	50 Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen			
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	9 212 500	6 878 000	6 096 749	Öffentl. Zuschussgeber			
62 Löhne und Vergütungen	11 424 600	93 835 800	70 065 417	501 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen			
63 Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	70 568 000	3 935 900	3 553 108	aus Mitteln des Erfolgsplans	110 486 300 ¹⁾	96 017 000	95 374 008
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	22 882 000	8 526 300	20 981 418	502 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	1 765 000	1 765 000	13 212 179
66 Sonst. Personalaufwendungen	422 300	740 300	1 077 754	503 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	25 350 000	25 350 000	25 593 947
67 Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	18 879 600	1 203 100	1 708 633	51 Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	6 150 000	6 150 000	7 126 697
68 Aufwendungen für Kommunikation	2 995 600	2 182 900	2 611 988	54 Sonstige betriebliche Erträge	1 563 300	1 563 300	2 938 503
69 Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	1 821 700	563 200	1 315 014	57 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	322 342
70 Betriebliche Steuern	21 700	21 700	33 910	58 Außerordentliche Erträge	—	—	—
75 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	21 710				
76 Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—				
77 Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—				
Summe der Aufwendungen	145 314 600	130 845 300	120 364 236	Summe der Erträge	145 314 600	130 845 300	144 567 676

Beitrag der Hochschule zum Innovationspakt II: 2 995 000 DM

¹⁾ Zuführungen:

682 01	107 911 700 DM
682 03	2 485 200 DM
682 39	89 400 DM
Gesamt	110 486 300 DM

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2001

Investitionsausgaben	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Deckungsmittel	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—	479 970	504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	430 000 ¹⁾	449 500	5 758 504
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—	507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	5 702 400 ²⁾	—	11 954 156
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	110 004	509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	3 987 606
07 Technische Anlagen und Maschinen	5 702 400	—	465 957	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	430 000	449 500	11 561 014	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	9 083 321	65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	6 132 400	449 500	21 700 266		6 132 400	449 500	21 700 266

¹⁾ Zuführungen aus Titel 891 01²⁾ Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG)

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dies zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.
2. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
3. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Betrag einer Stelle der Verg.-Gr. V b BAT bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/- in (Institut für Tiefbohrtechnik, Erdöl- und Erdgasgewinnung).
4. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Betrag einer Stelle der Verg.-Gr. VI b BAT bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/- in (Institut für Schweißtechnik und Trennende Fertigungsverfahren).
5. Soweit Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 74 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeiter(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Verträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.
6. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
7. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich zum 1. 1. 2004 um den Betrag einer Stelle der Verg.Gr. VI b BAT (Abgang gem. § 9 Abs. 2 Hg 1997/1998 i. d. F. des Hochschulstrukturkonzeptes).
8. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes.
Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Beamtete Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiterinnen, Arbeiter)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Beamtete Hilfskräfte				
AH 2	—	1	Oberassistent/-in und Obergeringenieur/-in	Der Zuschuss verringert sich um den Betrag einer Stelle der Verg.-Gr. V c BAT bei Fortfall der Freistellungs- voraussetzungen (Institut für Metallkunde).
	—	1	Zusammen	
Angestellte				
I a	—	—	Verwaltungsdienst	1) Davon darf eine Stelle nur für die Personalrats- tätigkeit verwendet werden (Institut für Metallkun- de).
I b	2	3		
II a	10	10		2) Davon ist eine Stelle im Rahmen der Innovations- offensive I zum 1. 1. 2002 zu verlagern nach Kapitel 06 08 TGr. 74.
III	2	2		
IV a	4	1		
IV b	5	5		
V b	—	1		
V c ²⁾	31	32		
VI b	26	24		
VII	29	28		
VIII	2	2		
I a	2	2	Wissenschaftlicher Dienst	
I b	2	4		
II a	13	9		
II a	93	88	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	
II b	2	2	Lehrkräfte	
V c	1	1	Bibliotheks- bzw. Archivdienst	
VI b	1	1		
VII	5	5		
VIII	5	5		
IX b	—	1		
II a	1	1	Technischer Dienst	
III	4	4		
IV a	5	5		
IV b	23	25		
V b	33	30		
V c ¹⁾	30	29		
VI b	59	61		
VII	11	15		
VIII	1	2		
III	1	—	Datenverarbeitungsdienst	
IV a	4	4		
IV b	6	5		
V b	4	4		
VI b	—	—		
VII	1	1		
VIII–VII	5	5	Schreib- und Fernschreibdienst	
IX b–VII	6	6		
VI b	1	1	Sonstige Dienste	
VIII	2	2		
	432	426	Zusammen	
Arbeiter/-innen				
4	5	6	Kraftfahrdienst	
8	10	10	Handwerklicher Dienst	
6	23	23		
5	15	15		
4	3	2		
3	1	1		
2 a	2	2		
4	9	9		Hausmeisterdienst
1	15	22	Reinigungsdienst	
2 a	1	1	Sonstige Dienste	
	84	91	Zusammen	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	7 086 600	12 958 100	12 898 535
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	250 000	729 500	2 440 076
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	250 000	500 000	—
602	Hilfsstoffe	250 000	500 000	—
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	250 000	500 000	—
604	Verpackungsmaterial	20 000	—	—
605	Energie	445 200	4 900 200	3 612 024
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	1 295 700	1 375 700	1 198 231
607	Sonstiges Material	3 663 400	3 838 000	5 648 204
608	Aufwendungen für Waren	662 300	614 700	—
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	9 212 500	6 878 000	6 096 749
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	—	1 203 000	1 475 542
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	—	—	—
612	Entwicklungs-, Versuchsarbeiten und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	2 300 000	—	—
613	Weitere Fremdleistungen	1 223 000	—	—
614	Frachten und Fremdlager	50 000	—	—
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	4 275 100	4 325 100	3 465 710
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	1 364 400	1 349 900	1 155 497

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	11 424 600	93 835 800	70 065 417
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	70 568 000	3 935 900	3 553 108

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2001 DM	2000 DM	1999 DM	Bemerkungen
1. Dienstaufwandsentschädigungen	—	4 500	4 500	Zu lfd. Nr. 1
2. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	432 400	432 400	432 400	für 1 Rektor/-in 2 000 DM 2 Prorektoren/-innen (je 800 DM) 1 600 DM 1 Kanzler 900 DM
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	323 000	323 000	323 000	Zu lfd. Nr. 3
3. Ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte	381 100	270 400	362 200	Für 10 (9) ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt; davon 53 500 DM für 1 Kraft im Frauenbüro (Verg.-Gr. II a).
4. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	41 900	39 800	40 800	Zu lfd. Nr. 5
5. Auszubildende für Angestelltenberufe	495 900	472 000	483 800	Für die Vergütung von 24 (24) Auszubildenden – TD –.
6. Überstundenvergütung für Angestellte	11 000	10 400	10 700	Zu lfd. Nr. 7
7. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	782 500	733 500	751 900	Für 22 (22) ständig nicht vollbeschäftigte Arbeitskräfte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.
8. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	33 200	33 200	34 100	Zu lfd. Nr. 9
9. Auszubildende für Arbeiterberufe	1 708 300	1 708 300	1 654 800	Für die Vergütung von 76 (76) Auszubildenden – Handwerklicher Dienst –.
10. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	15 500	15 500	15 900	Zu lfd. Nr. 13
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	201 300	95 700	95 700	Bezüge für 28 (26) emeritierte Professoren.
12. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	37 900	37 900	37 900	
13. Emeritierte Professoren (KGr. 64)	3 404 600	3 522 825	3 522 825	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	22 882 000	8 526 300	20 981 418
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	1 700 000	—	—
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	9 140 000	—	10 802 006
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	123 600	123 600	144 898
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	188
644	Versorgungszuschlag der Beamten	3 694 600	7 259 900	9 001 077
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	3 179 800	—	—
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	3 901 200	—	—
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	1 142 800	1 142 800	1 033 249
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	422 300	740 300	1 077 754
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen	60 900	30 900	70 902
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten	—	—	—
662	Aufwendungen für Betriebs-, Amtsarzt- und Arbeitssicherheit	158 700	158 700	128 445
663	Aufwendungen für personenbezogene Versicherungen	—	—	—
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	158 200	188 200	144 084
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	—	—	—
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
667	Nebenbezüge	14 500	—	—
668	Aufwendungen für Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	30 000	—	734 323
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	18 879 600	1 203 100	1 708 633
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	13 806 900	470 900	1 046 290
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	—	—	—
673	Gebühren	126 700	86 700	132 646
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	304 500	—	—
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs	10 000	—	17 086
677	Aufwendungen für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	376 500	77 300	512 611
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	4 255 000	568 200	—
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation	2 995 600	2 182 900	2 611 988
680	Aufwendungen für Büromaterial, Drucksachen	484 700	—	—
681	Aufwendungen für Zeitungen, Fachliteratur	24 000	—	—
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	857 800	857 800	870 134
683	Aufwendungen für sonstige Kommunikationsmittel	—	—	—
685	Aufwendungen für Reisekosten	1 427 600	1 297 600	1 452 647
686	Aufwendungen für Gästebewirtung und Repräsentation	54 200	4 200	65 900
687	Öffentlichkeitsarbeit	103 300	23 300	188 268
689	Sonstige Aufwendungen für Kommunikation	44 000	—	35 039
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	1 821 700	563 200	1 315 014
690	Versicherungsbeiträge, diverse	—	—	466 621
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	—	—	—
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	1 139 200	563 200	848 393
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	682 500	—	—
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	21 700	21 700	33 910
702	Grundsteuer	13 400	13 400	12 343
703	Kraftfahrzeugsteuer	8 300	8 300	18 826
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	2 741
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	21 710
751	Bankzinsen	—	—	592
759	Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	21 118

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5 – Erträge

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber	137 601 300	123 132 000	134 180 134
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	110 486 300	96 017 000	95 374 008
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	1 765 000	1 765 000	13 212 179
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	25 350 000	25 350 000	25 593 947
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	6 150 000	6 150 000	7 126 697
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	—	—	—
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge	6 010 000	6 010 000	7 126 697
514	Andere Umsatzerlöse	140 000	140 000	—
516	Skonti	—	—	—
517	Boni	—	—	—
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	1 563 300	1 563 300	2 938 503
540	Nebenerlöse	896 800	845 600	—
541	Sonstige Erlöse	584 000	51 200	—
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	82 500	666 500	2 938 503
549	Periodenfremde Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	322 342
571	Bankzinsen	—	—	322 342

Aufteilung der Dritt- und Sondermittel

Dritt- und Sondermittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

	Drittmittel DM	Sondermittel DM
A. Aufwendungen		
60	2 220 000	180 000
61	3 850 000	50 000
62	3 100 000	105 000
63	16 010 000	1 100 000
64	4 200 000	180 000
67	150 000	—
68	1 170 000	30 000
69	800 000	120 000
Zusammen:	31 500 000	1 765 000
B. Erträge		
50	25 350 000	1 765 000
51	6 150 000	—
Zusammen:	31 500 000	1 765 000

Zahl und Einstufung der Angestellten und Arbeiter nach dem Stand vom 31. 12. 1999

I. Angestellte:	Verg.-Gr.	Zahl
1. Wiss. Hilfskräfte	—	11
2. Studentische Hilfskräfte	—	125
3. Tarifliche Vollbeschäftigte	I b bis VIII	110
4. Nichtvollbeschäftigte	I b bis VIII	136
Zusammen		382
II. Arbeiter/-innen:		
1. Tarifl. Vollbeschäftigte	—	21
2. Nichtvollbeschäftigte		3
Zusammen		24
III. Auszubildende		1
Insgesamt		407

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-8	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		2.750.000	—	+2.750.000	—
121 03-6	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		5.431.600	—	+5.431.600	—
381 01-1	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			105.742.000	–105.742.000	
		A U S G A B E N					
682 01-1	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landes- betriebes * Übertragbar. Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.	9.850.000 —	390.680.700	—	+390.680.700	—
682 03-8	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der tech- nischen und baulichen Anlagen * Übertragbar. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	5.005.800	—	+5.005.800	—
682 39-9	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	120.000	—	+120.000	—
891 01-0	131	Zuführungen für Investitionen des Landes- betriebes * Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	5.278.000	—	+5.278.000	—
981 01-9	990	Abführung an 1321 - 381 06	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	9.850.000		405.163.800	–405.163.800	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 17 allgemein

Die Universität Hannover wird ab 01. 01. 2001 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigelegt.

Zu 121 02

Aus eingesparten Mietmitteln und Drittmitteln finanzierter Landesanteil für eine Baumaßnahme und für ein aus Drittmitteln (in Höhe des Landesanteils) finanziertes Großgerät bei 06 04 – 891 36.

Zu 682 01

Dem Studentenwerk Hannover dürfen für seine Aufgabenerfüllung landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietwert/jährlich
Mensen	10 650	} 1 450 100 DM
Studentenwohnheim	674	
Milchbar	239	

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung

des Haus- halts- jahres	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2002	—	—	9 850 000	9 850 000

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 46 389 500 DM (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 891 01

1. Investitionen bis zu 50 000 DM im Einzelfall	2 314 000 DM
2. Investitionen über 50 000 DM (ohne Großgeräte)	
a) Equipment für hochqualifizierte	
Video-Überwachung	92 000 DM
b) Media-Server	85 000 DM
c) Finnigan Trace GC/MS	137 700 DM
d) Pflanzenwuchskammer	54 000 DM
e) YAG-Laser	135 000 DM
f) Ersatz für Sonnenschutzanlagen	60 000 DM
g) Ersatz von Beschallungsanlagen in Hörsälen	110 000 DM
h) Notstromaggregat	100 000 DM
i) Erneuerung von Aufzügen incl. Steuerung	150 000 DM
j) Erneuerung des Hörsaalgestühls	190 000 DM
k) Erneuerung der H-W-Anlagen	779 300 DM
3. Ausstattung des Außenmagazins der Universitätsbibliothek	1 071 000 DM
Zusammen	5 278 000 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 06 17					
		1 Eigene Einnahmen		8.181.600	32.940.500	–24.758.900	
		2 Übertragungseinnahmen		—	72.801.500	–72.801.500	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		8.181.600	105.742.000	–97.560.400	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	—	319.587.100	–319.587.100	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	9.850.000	—	73.538.900	–73.538.900	
		6 Übertragungsausgaben	9.850.000	395.806.500	4.288.300	+391.518.200	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	5.278.000	7.749.500	–2.471.500	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	9.850.000 9.850.000	401.084.500	405.163.800	–4.079.300	
		Zuschuss		392.902.900	299.421.800	+93.481.100	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		—	36.761.400		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		401.084.500	441.925.200		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		392.902.900	336.183.200		

ERLÄUTERUNGEN

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

**Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2001
für die Universität Hannover**

Lfd. Nr.	Aufwendungen*)	Lehre 40% DM	Forschung 55% DM	Sonstige Aufgaben 5% DM	Lfd. Nr.	Erträge*)	Lehre 40% DM	Forschung 55% DM	Sonstige Aufgaben 5% DM
1	Personalaufwand	150 451 840	206 871 280	18 806 480	5	Zuschuss	158 322 600	217 693 575	19 790 325
2	Sachaufwand	51 748 720	71 154 490	6 468 590	6	Sondermittel	4 070 920	5 597 515	508 865
3	Bauunterhaltung	2 002 320	2 753 190	250 290	7	Drittmittel	41 809 360	57 487 870	5 226 170
4	Investitionen (einschl. Großgeräte)	11 184 000	15 378 000	1 398 000	8	Sonstige	—	—	—
					9	Deckungsmittel aus dem Finanzplan	11 184 000	15 378 000	1 398 000
	Summe Aufwendungen	215 386 880	296 156 960	26 923 360		Summe Erträge	215 386 880	296 156 960	26 923 360

*) Die Aufwendungen und Erträge der zentralen Einrichtungen (einschl. zentrale Verwaltung) sind über einen geeigneten Schlüssel einzubeziehen.

Grunddaten:

Lfd. Nr.	Datenart	Ist 1999	Soll 2001
1	Stellen für wissenschaftliches Personal	1 265	1 232
2	darunter: Stellen für Professuren	394	393
3	Stellen für nichtwissenschaftliches Personal	1 374	1225
4	Stellen für Forschung	639	650
5	Gesamtaufnahmekapazität nach KapVO (mit Schwund)	4 768	4 600
6	Studienanfänger (1. Fachsemester)	5 788	5 500
7	Studierende insgesamt	30 151	29 000
8	Studierende in der Regelstudienzeit	20 800	20 500
9	Zahl der Zwischenprüfungen	3 700	3 600
10	Zahl der Abschlussprüfungen	4 013	3 500
11	Zahl der Absolventen	3 059	2 700
12	Zahl der Promotionen	397	410
13	Zahl der Habilitationen	24	30
14	Zahl der Graduiertenkollegs	5	5
15	Zahl der Sonderforschungsbereiche	5	5
16	Weiterbildungskurse (Unterrichtsstunden)	2 400	2 250
17	Drittmittel je Stelle wissenschaftliches Personal	79 800 DM	81 000 DM
18	Drittmittel je Professorenstelle	256 000 DM	254 000 DM
19	Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge	6	6
20	Internat. (Austausch-)Studiengänge	4	4
21	Weiterbildungsstudiengänge	4	4
22	Fernstudiengänge/Kontaktstudiengänge	2	2
23	Studium Generale/Serviceangebote	100	100
24	Internat. Zusammenarbeit außerhalb von Studiengängen	ca. 800	ca. 800
25	Frauenförderung (Projekte)	5	5

Anmerkung:

Bei der vorgegebenen vertikalen Gliederung werden Kennzahlen nicht gebildet (Ausnahmen lfd. Nrn. 17 u. 18), weil dieses nur auf der Ebene von Fachgruppen sinnvoll ist und sich nur dann vergleichbare Aussagen ergeben.

**Wirtschaftsplan für die
Universität Hannover
für das Geschäftsjahr 2001**

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

Aufwendungen	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Erträge	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
60 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	45 463 300	46 295 900	46 782 827	501 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	395 806 500	312 078 256	296 398 186
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	7 267 100	2 546 200	11 071 179	502 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	10 177 300	10 177 300	17 872 600
62 Löhne und Vergütungen	27 837 000	27 169 300	34 036 500	503 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	60 101 100	57 776 600	60 349 000
63 Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	230 052 478	238 294 500	220 071 900	51 Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschüsse	37 726 800	37 491 700	37 222 700
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	108 127 522	67 387 656	67 317 119	54 Sonstige betriebliche Erträge	6 695 500	6 672 600	8 151 800
66 Sonstige Personalaufwendungen	10 112 600	9 347 300	9 347 300	55 Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
67 Aufwendungen für Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	64 184 600	15 589 700	14 065 500	57 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
68 Aufwendungen für Kommunikation	13 810 700	12 537 200	13 633 000	58 Außerordentliche Erträge	—	—	—
69 Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	3 594 100	4 973 500	3 617 961				
70 Betriebliche Steuern	57 800	55 200	51 000				
75 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—				
76 Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—				
77 Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—				
Gesamtsumme:	510 507 200	424 196 456	419 994 286		510 507 200	424 196 456	419 994 286

Beitrag zum Innovationspakt II i.H. von 10 409 000 DM.

Zu 501:

davon	
682 01	390 680 700 DM
682 03	5 005 800 DM
682 39	120 000 DM

Zu 51:

Hierin enthalten sind 20 000 DM Zuschüsse der Gewerkschaften.

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2001

Investitionsausgaben	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Deckungsmittel	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—		504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	5 278 000 ¹⁾	4 922 200	10 097 000
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—		507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	19 953 000 ²⁾	—	1 751 900
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	1 852 600	509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	1 240 000	1 939 800	1 255 700
07 Technische Anlagen und Maschinen	26 074 300 ³⁾	7 164 100	12 294 000	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	1 489 000	887 500	1 507 600
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 885 700	585 400	465 600	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—		65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	27 960 000	7 749 500	14 612 200		27 960 000	7 749 500	14 612 200

¹⁾ Zuführungen aus 891 01²⁾ Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG)³⁾ davon 19 953 000 DM für HBFG-Beschaffungen

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Vgl. Haushaltsmerk Nr. 1 zum Stellenplan.
2. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:
 - a) Bes.-Gr. AH 2– Oberassistentin, Oberassistent – 2 kw zum 31. 12. 2002
davon
1 für das Institut für Elektrische Maschinen
1 für das Institut für Elektrische Energieversorgung.
 - b) Verg.-Gr. VI b – Verwaltungsdienst –
Davon 1 kw bei Fortfall der Voraussetzungen für die Gestellung einer Vorlesekraft (Fachbereich Rechtswissenschaften).
 - c) Verg.-Gr. I a – Wissenschaftlicher Dienst –
1 von Kap. 06 08 übernommene Stelle wird sofort nach ihrem Freiwerden in das Kap. 06 08 zurückverlagert (Historisches Seminar).
 - d) Verg.-Gr. V c – Technischer Dienst –
1 kw bei Freiwerden einer Stelle für eine(n) Angestellte(n), der/die nach Fallgruppe 1 des Teils II Abschnitt L der Anlage 1a zum BAT eingruppiert ist.
3. Verg.-Gr. V c – Bibl.- u. Archivdienst
Bis zum Inkrafttreten einer tarifvertraglichen Neuregelung sind die Angestellten für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.
4. Verg.-Gr. V c – Technischer Dienst –
Ein Angestellter erhält bis zu seiner Eingruppierung in Verg.-Gr. V b im Wege des Bewährungsaufstiegs für seine Person eine übertarifliche Zulage in Höhe des jeweiligen Unterschiedsbetrages zwischen Verg.-Gr. V c und der Lohngruppe 8 MTL II einschl. Zulage von 0,21 DM je Stunde (Institut für Hochfrequenztechnik).
5. Soweit ausreichende Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 160 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeiter(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Arbeitsverträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.
6. Beihilfen für ausländische Studierende werden als Leistungen eigener Art gewährt.
7. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
8. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:
 - a) Lohn-Gr. 6 – Handwerklicher Dienst –
1 kw zum 31. 12. 2002
für die Allgemeine Verwaltung.
 - b) Lohn-Gr. 6 – Handwerklicher Dienst –
1 kw.
 - c) Lohn-Gr. 3 – Sonstige Dienste –
1 kw zum 31. 12. 2002
für das Institut für Zierpflanzenbau
1 kw zum 31. 12. 2004
für das Institut für Gemüse- und Obstbau.
 - d) Lohn-Gr. 2 – Sonstige Dienste –
1 kw zum 31. 12. 2003
für das Institut für Gemüse- und Obstbau
3 kw zum 31. 12. 2004
davon
1 für das Rechenzentrum
2 für das Institut für Gemüse- und Obstbau.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte und Arbeiterinnen, Arbeiter)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
			Beamtete Hilfskräfte	
AH 2	4	4	Oberassistentin, -assistent, Oberingenieurin, -ingenieur	¹⁾ 1 ku nach Bes.-Gr. A 13 – Regierungsrat/-rätin – bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in.
	4	4	Zusammen	²⁾ 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. ³⁾ 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
			Angestellte	⁴⁾ 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
I a	2	2	Verwaltungsdienst	⁵⁾ 1 ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) – bei Ausscheiden des Stelleninhabers (Curt-Risch-Institut für Dynamik, Schall- und Meßtechnik). ⁶⁾ 6 ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen, davon 3 für das Weiterbildende Studium Arbeitswissenschaft, 1 für das Institut für Mineralogie, 1 für das Institut für Technik im Gartenbau und 1 für das Institut für Thermodynamik (volle Beschäftigung gem. Buchst. A, Nr. 9 der Allgemeinen HV). 1 ku nach Verg.-Gr. III – Datenverarbeitungsdienst – (Rechenzentrum). 1 kw (30 Std.) zum 31. 12. 2004 für das Institut für Quantitative Wirtschaftsforschung.
I b ¹⁾	4	4		
II a ²⁾	13	12		
III	1	—		
IV a	4	4		
IV b	7	7		
V b	9	11		
V c ³⁾	92	83		
VI b	101	108		
VII ⁴⁾	85	86		
VIII	7	7		
IX b	1	1		
I	2	1	Wissenschaftlicher Dienst	1 ku nach Verg.-Gr. III – Datenverarbeitungsdienst – (Rechenzentrum). 1 kw (30 Std.) zum 31. 12. 2004 für das Institut für Quantitative Wirtschaftsforschung.
I a	6	7		
I b ⁵⁾	47	49		
II a ⁶⁾	68	69		
II a	292	285	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	⁷⁾ 2 ku nach Verg.-Gr. V c bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (Institut für Pflanzenkrankheiten und Pflanzenschutz / Institut für Elektrowärme – Stellen-Nr. 58 –).
II a	1	1	Lehrkräfte	⁸⁾ 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
II b	1	1		
IV b	5	5	Bibliotheks- und Archivdienst	⁹⁾ 1 Stelle darf zur Hälfte im Schreibdienst in Anspruch genommen werden (Institut für Grünplanung und Gartenarchitektur).
V b	4	4		
V c	3	3		
VI b	7	7		
VII	14	14		
VIII	3	3		
II a	5	6	Technischer Dienst	
III	23	24		
IV a	33	33		
IV b	36	40		
V b ⁷⁾	83	82		
V c ⁸⁾	68	68		
VI b	73	78		
VII	17	17		
VIII ⁹⁾	9	8		
III	7	8	Datenverarbeitungsdienst	
IV a	16	13		
IV b	1	1		
V b	13	12		
V c	—	2		
VI b	5	5		
VIII	1	—		
VII	—	1	Schreib- und Fernschreibdienst	
IX b–VII	20	20		
VI b	1	1	Sonstige Dienste	
VII	9	8		
VIII	1	1		
IX b	1	1		
II a	6	6	Lektoren	
	1 207	1 209	Zusammen	

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
			noch Angestellte	
			Stellen zu ehem. 425 31 ¹⁰⁾):	
II a	1	1	Verwaltungsdienst	¹⁰⁾ kw nach Fortfall der Inanspruchnahme für die Leistungen nach Nr. 2 Abs. 2 Nr. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998:
V c	1	1		Verwaltungsdienst
VI b	1	3		– Verg.-Gr. II a
VII	2	2		1 für die Verwaltung
VIII	—	1		kw 31. 12. 2004
IX b	—	1		– Verg.-Gr. V c
				1 für das Institut für Organische Chemie
II a	—	1	Wissenschaftlicher Dienst (Förderung des wiss. Nachwuchses)	kw 31. 12. 2003
				– Verg.-Gr. VI b
VII	1	1	Bibliotheks- und Archivdienst	für das Institut für Erdmessung
				kw 31. 12. 2003
IV b	1	—	Technischer Dienst	– Verg.-Gr. VII
V b	4	4		2 davon
V c	—	1		1 für das Lehrgeb. Zivil- u. Zivilprozessrecht
VI b	2	3		kw 31. 12. 2001
VII	1	1		1 für das Institut für Mathem. Stochastik
				kw 31. 12. 2004
IX b–VII	2	2	Schreib- und Fernschreibdienst	Bibliotheks- und Archivdienst
	16	22	Zusammen	– Verg.-Gr. VII
				1 für das Institut für Zierpflanzenbau
I b	1	1	Leerstellen: ¹¹⁾ Wissenschaftlicher Dienst	kw 31. 12. 2002
				Technischer Dienst
VI b	1	1	Technischer Dienst	– Verg.-Gr. IV b
	2	2	Zusammen	1 für das Geodätische Institut kw 31. 12. 2001
				– Verg.-Gr. V b
				4 davon
				1 für das Institut für Techn. Chemie
				kw 31. 12. 2004
				1 für das Institut für Photogrammetrie
				kw 31. 12. 2004
				1 für das Institut für Elektrowärme
				kw 31. 12. 2001
				1 für das Institut für Hochfrequenztechnik
				kw 31. 12. 2002
4	4	5	Kraftfahrdienst	– Verg.-Gr. VI b
9	15	11	Handwerklicher Dienst	2 davon
8 ¹²⁾	49	49		1 für das Zentrum für Strahlenschutz
6	81	69		kw 31. 12. 2004
5	3	21		1 für das Geographische Institut
4	17	32		kw 31. 12. 2004
4	2	2	Hausmeisterdienst	– Verg.-Gr. VII
3	2	2		1 für die Verwaltung
1 ¹³⁾	111	115	Reinigungsdienst	kw 31. 12. 2004
6	2	2	Sonstige Dienste	Schreib- und Fernschreibdienst
5	3	3		– Verg.-Gr. IX b–VII
4 ¹⁴⁾	9	9		2 für die Verwaltung
3	9	16		kw 31. 12. 2002/2003
2 a	24	11		¹¹⁾ kw.
2	5	3		¹²⁾ 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
	336	350	Zusammen	¹³⁾ 116/2000 = 113 Stellen dürfen nur mit Kräften besetzt werden, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens 30 Stunden, höchstens jedoch 34 Stunden beträgt.
8	4	6	Stellen zu ehem. 426 31 ¹⁵⁾):	¹⁴⁾ 1 Stelle ku nach Lohn-Gr. 2 a bei Ausscheiden der StelleninhaberIn (Institut für Obstanbau und Baumschule).
4	2	2	Handwerklicher Dienst	¹⁵⁾ kw nach Fortfall der Inanspruchnahme für die Leistungen nach Nr. 2 Abs. 2 Nr. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998:
1	—	1	Reinigungsdienst	Handwerklicher Dienst
2	1	1	Sonstige Dienste	– Lohn-Gr. 8
	6	10	Zusammen	4 davon
				1 für das Institut für Strömungsmaschinen
				kw für 31.12. 2001
				1 für das Institut für Grünplanung
				kw 31. 12. 2003
				1 für das Franzius-Institut
				kw für 31. 12. 2004
				1 für das Institut für Baustoffkunde
				kw 31. 12. 2002
				– Lohn-Gr. 4
				2 für das Institut für Gemüse- und Obstbau
				kw 31. 12. 2003

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren für den Lehr- und Forschungsbetrieb	45 463 300	46 295 900	46 782 827
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	2 385 600	2 385 600	2 385 600
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	1 256 800	1 256 800	1 256 800
602	Hilfsstoffe	875 200	875 200	875 200
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	15 643 700	17 094 400	16 400 663
604	Verpackungsmaterial	8 500	8 500	8 500
605	Energie	7 600 600	7 298 700	7 005 432
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	975 100	975 100	975 100
607	Sonstiges Material	16 622 000	16 305 800	17 779 732
608	Aufwendungen für Waren	95 800	95 800	95 800
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen für den Lehr- und Forschungsbetrieb	7 267 100	2 546 200	11 071 179
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	285 500	285 500	285 500
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	—	—	—
612	Entwicklungs-, Versuchsarbeiten und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	125 800	125 800	125 800
613	Weitere Fremdarbeiten	—	—	—
614	Frachten und Fremdlager	23 400	23 400	23 400
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	6 307 200	1 829 500	10 586 596
617	Aufwendungen für sonstige bezogene Leistungen	525 200	282 000	49 883

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	27 837 000	27 169 300	34 036 500
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	230 052 478	238 294 500	220 071 900

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2001 DM	2000 DM	1999 DM	Bemerkungen
1. Dienstaufwandsentschädigungen	—	6 200	6 200	
2. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	1 049 600	1 049 600	1 049 600	Zu lfd. Nr. 1 für 1 Präsidentin, Präsident für 2 Vizepräsidentinnen, Vizepräsidenten
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	603 500	730 000	730 000	für 1 Kanzlerin, Kanzler
3. Ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte	1 887 800	1 744 900	1 887 800	Zu lfd. Nr. 3
4. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	2 150 000	2 150 000	2 150 000	Für 45 (45) ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.
5. Auszubildende für Angestelltenberufe	245 700	260 200	238 500	Zu lfd. Nr. 5
6. Überstundenvergütung für Angestellte	14 000	14 000	14 000	Für die Vergütung von 13 (13) Auszubildenden (Verwaltungsdienst und Technischer Dienst).
7. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	2 153 100	2 153 100	2 092 300	Zu lfd. Nr. 7
8. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	—	—	—	Für 67 (67) ständige nicht vollbeschäftigte Kräfte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.
9. Auszubildende für Arbeiterberufe	1 453 700	1 241 000	936 200	Zu lfd. Nr. 9
10. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	62 300	62 300	62 300	Für die Vergütung von 62 (62) Auszubildenden (Handwerklicher Dienst).
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	—	—	10 073 800	
12. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	—	—	530 200	
13. Wissenschaftliche Hilfskräfte	8 503 400	6 436 500	8 503 400	

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	108 127 522	67 387 656	67 317 119
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	5 806 415	5 567 400	5 567 400
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	37 369 622	36 603 756	36 603 756
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	681 379	—	—
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	—
644	Versorgungszuschlag der Beamten	30 639 800	—	—
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	15 540 460	14 057 100	14 030 023
648	Emeritenbezügen und Nachversicherung	14 193 300	11 159 400	11 115 940
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	3 896 546	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	10 112 600	9 347 300	9 347 300
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen	—	—	—
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten	545 400	538 400	538 400
662	Aufwendungen für Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit	355 500	355 500	355 500
663	Aufwendungen für personenbezogene Versicherungen	—	—	—
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	172 700	172 700	172 700
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	53 000	—	—
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
667	Nebenbezüge	8 986 000	8 280 700	8 280 700
668	Aufwendungen für Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	64 184 600	15 589 700	14 065 500
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	48 439 900	2 094 400	2 007 526
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	—	—	—
673	Gebühren	253 000	253 000	266 686
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	9 199 500	6 718 700	6 190 165
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs	—	—	—
677	Aufwendungen für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	342 800	35 700	88 842
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	5 949 400	6 487 900	5 512 281
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	13 810 700	12 537 200	13 633 000
680	Aufwendungen für Büromaterial, Drucksachen	3 705 500	3 328 300	3 477 300
681	Aufwendungen für Zeitungen und Fachliteratur	2 135 600	2 135 600	2 135 600
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	3 362 900	3 029 600	2 759 166
683	Aufwendungen für sonstige Kommunikationsmittel	365 700	365 700	365 700
685	Aufwendungen für Reisekosten	4 076 800	3 469 800	4 790 881
686	Aufwendungen für Gästebewirtung und Repräsentation	6 000	6 000	5 941
687	Öffentlichkeitsarbeit	158 200	139 200	98 412
689	Sonstige Ausgaben für Kommunikation	—	—	—
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	3 594 100	4 973 500	3 617 961
690	Versicherungsbeiträge, diverse	—	—	—
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	29 500	22 800	20 745
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	462 400	1 957 900	462 473
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	3 102 200	2 992 800	3 134 743
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	57 800	55 200	51 000
702	Grundsteuer	42 000	42 000	38 645
703	Kraftfahrzeugsteuer	15 800	13 200	12 355
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	—
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
751	Bankzinsen	—	—	—
703	Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
77	Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5: Erträge

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber	466 084 900	380 032 156	374 619 786
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen	395 806 500	312 078 256	296 398 186
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	10 177 300	10 177 300	17 872 600
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	60 101 100	57 776 600	60 349 000
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	37 726 800	37 491 700	37 222 700
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	2 500 000	2 500 000	2 500 000
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge für lfd. Aufwendungen	35 226 800	34 991 700	34 722 700
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	6 695 500	6 672 600	8 151 800
540	Nebenerlöse	6 695 500	6 672 600	8 151 800
541	Sonstige Erlöse	—	—	—
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
549	Periodenfremde Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
55	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
551	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
552	Erträge aus Gebühren und gebührenähnliche Erträge	—	—	—
558	Periodenfremde Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
58	Außerordentliche Erträge	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Aufteilung der Dritt- und Sondermittel

Dritt- und Sondermittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

	Drittmittel DM	Sondermittel DM
A. Aufwendungen		
60	14 163 300	3 327 300
61	—	—
62	80 850	2 341 500
63	42 775 975	2 877 800
64	33 244 050	635 800
66	6 907 050	31 600
67	—	25 700
68	5 210 025	816 700
69	2 142 150	120 900
70	—	—
75	—	—
76	—	—
77	—	—
Zusammen:	104 523 400	10 177 300
B. Erträge		
50	60 101 100	10 177 300
51	37 726 800	—
54	6 695 500	—
55	—	—
57	—	—
58	—	—
Zusammen:	104 523 400	10 177 300

Zahl und Einstufung der Angestellten und Arbeiter nach dem Stand
vom 31. 12. 1999

I. Angestellte:	Verg.-Gr.	Zahl
1. Wiss. und stud. Hilfskräfte		278
2. Außertarifliche		—
3. Tariflich Vollbeschäftigte	I b bis VIII	338
4. Tariflich Nichtvollbeschäftigte	I b bis VIII	290
Zusammen		906
II. Arbeiter/-innen:	Lohn-Gr.	
1. Außertarifliche		—
2. Tariflich Vollbeschäftigte	5 bis 9	9
4. Tariflich Nichtvollbeschäftigte		2
Zusammen		11
Insgesamt		917

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-1	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
121 03-0	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		338.700	383.600	–44.900	349
381 01-5	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-5	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landes- betriebes * Übertragbar. Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.	—	30.149.400	27.231.100	+2.918.300	29.168
682 03-1	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der tech- nischen und baulichen Anlagen * Übertragbar. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	162.000	162.000	—	162
682 39-2	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	7.100	1.400	+5.700	1
891 01-3	131	Zuführungen für Investitionen des Landes- betriebs * Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	352.300	367.500	–15.200	346
		Abschluss Kapitel 06 18					
		1 Eigene Einnahmen		338.700	383.600	–44.900	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		338.700	383.600	–44.900	
		6 Übertragungsausgaben	—	30.318.500	27.394.500	+2.924.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	352.300	367.500	–15.200	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	30.670.800	27.762.000	+2.908.800	
		Zuschuss		30.332.100	27.378.400	+2.953.700	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 18 allgemein:

Die Hochschule Vechta wird ab 1. 1. 1999 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigelegt.

Zu 682 01

Dem Studentenwerk Osnabrück werden die zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben nach § 134 NHG erforderlichen landeseigenen Räume in Vechta ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen.

Es handelt sich dabei um folgende Einrichtung:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietwert/jährlich
Mensa/Cafeteria	1 567	134 500 DM

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Zur Fortsetzung der Betreuung der bereits Studierenden in eingerichteten Studiengängen gemäß Aufbauplan ist die Hochschule Vechta ermächtigt, weitere 7 Stellen ab 1. 10. 1999 mit befristet Beschäftigten zu besetzen (s. Anlage zum Wirtschaftsplan).

Auf Nutzungsentgelte entfallen: 1 981 300 DM
(vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl.06).

Zu 891 01

1. Investitionen bis zu 50 000 DM im Einzelfall	226 000 DM
2. Investitionen über 50 000 DM im Einzelfall	
Multimedia-Anlage für Lehr- und Forschungsaufgaben	126 300 DM
Zusammen	352 300 DM

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

**Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2001
für die Hochschule Vechta**

Lfd. Nr.	Aufwendungen*)	Lehre 45% DM	Forschung 40% DM	Sonstige Aufgaben 15% DM	Lfd. Nr.	Erträge*)	Lehre 45% DM	Forschung 40% DM	Sonstige Aufgaben 15% DM
1	Personalaufwand	10 964 440	9 746 169	3 654 813	5	Zuschuss	13 801 860	12 268 320	4 600 620
2	Sachaufwand	3 271 625	2 908 111	1 090 542	6	Sondermittel	87 817	78 059	29 272
3	Bauunterhaltung	72 900	64 800	24 300	7	Drittmittel	564 566	501 837	188 189
4	Investitionen (einschl. Großgeräte)	158 535	140 920	52 845	8	Sonstige	13 257	11 784	4 419
Summe Aufwendungen		14 467 500	12 860 000	4 822 500	Summe Erträge		14 467 500	12 860 000	4 822 500

*) Die Aufwendungen und Erträge der zentralen Einrichtungen (einschl. zentrale Verwaltung) sind über einen geeigneten Schlüssel einzubeziehen.

Grunddaten:

Lfd. Nr.	Datenart	Soll 2000	Soll 2001
11	Stellen für wissenschaftliches Personal	103	100
12	darunter: Stellen für Professuren	51	48
13	Stellen für nichtwissenschaftliches Personal	85	85
14	Stellen für Forschung	—	—
15	Gesamtaufnahmekapazität nach KapVO (mit Schwund)	1 533	1 533
16	Studienanfänger (1. Fachsemester)	470	390
17	Studierende insgesamt	2 100	1 830
18	Studierende in der Regelstudienzeit	1 420	1 390
19	Zahl der Zwischenprüfungen	10	18
20	Zahl der Abschlussprüfungen	400	360
21	Zahl der Absolventen	400	360
22	Zahl der Promotionen	4	10
23	Zahl der Habilitationen	1	1
24	Zahl der Graduiertenkollegs	—	—
25	Zahl der Sonderforschungsbereiche	—	—
26	Weiterbildungskurse (Unterrichtsstunden)	320	320
27	Drittmittel je Stelle wissenschaftliches Personal	10 600 DM	9 974 DM
28	Drittmittel je Prof.-Stelle	17 600 DM	18 819 DM

Anmerkung:

Bei der vorgegebenen vertikalen Gliederung werden Kennzahlen nicht gebildet (Ausnahmen lfd. Nrn. 17 u. 18), weil dieses nur auf der Ebene von Fächergruppen sinnvoll ist und sich nur dann vergleichbare Aussagen ergeben. Aufstellung ohne neue Stellen!

**Wirtschaftsplan für die
Hochschule Vechta
für das Geschäftsjahr 2001**

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

Aufwendungen	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Erträge	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
60 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2 081 648	1 823 300	1 821 600	50 Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen öffentlicher Zuschussgeber	31 511 092	28 319 944	28 351 644
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	1 828 130	1 332 722	1 332 722	501 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	30 318 500	27 394 500	27 426 200
62 Löhne und Gehälter	629 050	16 760 703	16 844 093	502 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	195 148	—	—
63 Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	17 758 862	635 839	644 844	503 Zuweisungen anderer öffentlicher Zuschussgeber	997 444	925 444	925 444
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	5 977 510	5 500 380	5 411 385	51 Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	62 000	131 000	131 000
65 Abschreibungen	—	—	—	54 Sonstige betriebliche Erträge	224 608	174 700	174 700
66 Sonst. Personalaufwendungen	51 500	82 600	112 600	55 Erträge aus Beteiligungen	—	388 700	388 700
67 Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	2 956 400	465 100	465 100	57 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
68 Aufwendungen für Kommunikation	458 500	286 400	286 400	58 Außerordentliche Erträge	—	—	—
69 Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	48 700	2 119 900	2 119 900				
70 Betriebliche Steuern	7 400	7 400	7 400				
75 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—				
76 Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—				
78 Sonstige Steuern	—	—	—				
Gesamtsumme:	31 797 700	29 014 344	29 046 044		31 797 700	29 014 344	29 046 044

Beitrag der Hochschule am Innovationspakt II: 829 000 DM

Zu 501:

Zuführungen:	
682 01	30 149 400 DM
682 03	162 000 DM
682 39	7 100 DM
Gesamt	30 318 500 DM

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2001

Investitionsausgaben	Soll 2001	Plan 2000	Ist 1999	Deckungsmittel	Soll 2001	Plan 2000	Ist 1999
	DM	DM	DM		DM	DM	DM
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte, ähnl. Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten	—	—	—	504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	352 300	367 500	345 600
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—	507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	—	—	—
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	—	509 Zuweisungen anderer öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
07 Technische Anlagen und Maschinen	—	—	—	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	352 300	367 500	345 600	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	—	65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	352 300	367 500	345 600		352 300	367 500	345 600

Zu 504:

Zuführungen aus 891 01 352 300 DM

Bewirtschaftungsvermerke:

- Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dies zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.
- Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
- Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Betrag einer Planstelle der Bes.-Gr. A 15 bei Ausscheiden des Stelleninhabers.
- Eine Stelle der Lohn-Gr. 4 – Sonstige Dienste – entfällt zum 1. 1. 2004.
- Soweit Drittmittel zur Verfügung stehen, darf mit einem aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten oder Arbeiterin/Arbeiter ein unbefristeter Arbeitsvertrag unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, daß der Abschluss des befristeten Vertrages nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.
- Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
- Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
- 5 Stellen der Verg.-Gr. II a –Wissenschaftlicher Dienst – und 2 Stellen der Verg.-Gr. V c – Technischer Dienst – entfallen zum 1. 1. 2002.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen der Angestellten und Arbeiterinnen, Arbeiter)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Angestellte				
I b	1	1	Verwaltungsdienst	
II a	7	7		
V b	3	3		
V c	5	5		
VI b	6	6		
VII	3	3		
VIII	2	2		
II a	22	22	Wissenschaftlicher Dienst	
II a	1	1	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	
II a	1	1	Lehrkräfte	
V b	2	2	Bibliotheksdienst	
VI b	4	4		
VII	2	2		
VIII	1	1		
IX b	1	1		
IV b	2	2	Technischer Dienst	
V c	5	5		
VI b	4	4		
VIII	1	1		
V b	1	1	Datenverarbeitungsdienst	
VIII/VII	5	5	Schreib- und Fernschreibdienst	
IX b-VII	8	8		
VII	2	2	Sonstige Dienste	
II a	1	1	Lektorin, Lektor	
	90	90	Zusammen	
Arbeiterinnen, Arbeiter				
4	1	1	Kraftfahrdienst	
5	3	3	Handwerklicher Dienst	
4	2	2		
1	2	2	Reinigungsdienst	
4	2	2	Sonstige Dienste	
	10	10	Zusammen	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	2 081 648	1 823 300	1 821 600
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	255 148	863 600	861 800
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	—	374 800	374 900
602	Hilfsstoffe	—	7 000	7 000
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	—	158 100	158 100
604	Verpackungsmaterial	—	419 800	419 800
605	Energie	584 800	—	—
606	Reparaturmaterial und Fremdinstallierung	7 000	—	—
607	Sonstiges Material	1 234 700	—	—
608	Aufwendungen für Waren	—	—	—
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1 828 130	1 332 722	1 332 722
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	20 200	—	—
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	—	20 200	20 200
612	Entwicklungs-, Versuchsarbeiten und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	—	15 000	15 000
613	Weitere Fremdleistungen	—	—	—
614	Frachten und Fremdlager	—	476 500	476 500
615	Vertriebsprovision	—	—	—
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	566 500	821 022	821 022
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	1 241 430	—	—
618	Skonti	—	—	—
619	Boni und andere Aufwandsberichtigungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	629 050	16 760 703	16 844 093
63	Vergütungen für weitere Personen	17 758 862	635 839	644 844

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2001 DM	2000 DM	1999 DM	Bemerkungen
1. Dienstaufwandsentschädigungen	—	4 500	4 500	
2. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	19 000	18 000	18 000	Zu lfd. Nr. 1 für 1 Rektor 2 000 DM 2 Prorektoren 1 600 DM 1 Kanzler 900 DM
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—	
3. Ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte	240 300	197 500	197 500	Zu lfd. Nr. 3 Für 8 ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt; davon 2 im Frauenbüro (II a/VI b), 1 ZSB (VIII), 1 ZpB) (V c), 1 ISPA (V c), 1 Verwaltungsangestellte Hochschulrat (VI b), 0,52 V b EDV-Systemtechni- ker und 0,73 VII Bibliothek und anteilige Stelle für Personalrat.
4. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	35 000	33 775	32 960	
5. Auszubildende für Angestellten- berufe	17 250	—	—	
6. Überstundenvergütung für Angestellte	1 100	1 100	1 100	
7. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	56 000	53 500	53 500	Zu lfd. Nr. 5 Vergütung für 1 Auszubildenden.
8. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	—	—	—	
9. Auszubildende für Arbeiterberufe	17 250	15 600	15 600	Zu lfd. Nr. 7 Für 2 ständige nicht vollbeschäftigte Arbeitskräf- te, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	9 350	8 955	8 630	Zu lfd. Nr. 9 Lohn für 1 Auszubildenden.
12. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	—	—	—	
13. Wissenschaftliche Hilfskräfte	313 660	311 850	312 200	Zu lfd. Nr. 13/14 Die Beträge für wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte in Forschung und Lehre wurden zusammen erfaßt. Für 1999 und 2000 um Ein- sparungen für Hochschulstrukturkonzept und Innovationsoffensive reduziert.
14. Vergütungen für studentische Hilfskräfte (s. Ziffer 13)				
15. Vergütungen für sonst. wissenschaftliche Beschäftigte	14 000	13 875	13 550	
16. Vergütungen für sonst. Beschäftigte	154 800	149 000	144 600	Zu lfd. Nr. 18 Bezüge für 12 (12) emeritierte Professoren/-innen.
17. Lehraufträge/Gastvorträge	103 000	102 750	117 200	
18. Emeritierte Professoren 432 59/KGr. 64	1 534 000	1 538 735	1 502 700	
19. VBL-Versteuerung	59 970	59 970	—	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	5 977 510	5 500 380	5 411 385
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	134 650	—	—
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	1 654 193	1 654 812	1 620 057
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (GUV)	30 000	7 840	7 840
643	Sonstige soziale Abgaben	30 853	25 335	25 335
644	Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten	1 496 200	3 360 163	3 324 103
645	Veränderungen der Pensionsrückstellungen	—	—	—
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen	641 064	—	—
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	1 527 000	—	—
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	463 550	452 230	434 050
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	51 500	82 600	112 600
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen, -umsetzungen und Entlassungen	18 000	18 000	18 000
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten, Trennungsgeld	20 600	20 600	20 600
663	Aufwendungen für personenbezogene Versicherungen	—	37 100	37 100
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	12 900	6 900	36 900
668	Aufwendungen für Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	2 956 400	465 100	465 100
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	2 422 200	370 900	370 900
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	—	—	—
673	Gebühren	7 000	7 000	7 000
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	405 000	—	—
677	Aufwendungen für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	69 600	69 600	69 600
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	17 600	17 600	17 600
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	35 000	—	—
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	458 500	286 400	286 400
680	Büromaterial und Drucksachen	172 100	—	—
681	Zeitungen und Fachliteratur	—	—	—
682	Aufwendungen für Post, Telekom	173 700	173 700	173 700
685	Reisekosten	108 500	108 500	108 500
686	Aufwendungen für Gästebewirtung und Repräsentation	400	400	400
687	Öffentlichkeitsarbeit	3 800	3 800	3 800
689	Sonstige Aufwendungen Kommunikation	—	—	—
Zu Kontengruppe				
69	Wertkorrekturen und periodenfremde Aufwendungen	48 700	2 119 900	2 119 900
690	Versicherungsbeiträge, diverse	6 600	6 600	6 600
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	—	—	—
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen	5 000	—	—
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	37 100	2 113 300	2 113 300
695	Verluste aus Wertminderungen von Gegenständen des UV	—	—	—
696	Verluste aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
697	Einstellung in den SoPo für Investitionszuschüsse	—	—	—
698	Sonstige Zuführungen zu Rückstellungen	—	—	—
699	periodenfremde Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	7 400	7 400	7 400
702	Grundsteuer	6 600	6 600	6 600
703	Kraftfahrzeugsteuer	800	800	800
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	—
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5 – Erträge

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen öffentlicher Zuschussgeber	31 511 092	28 319 944	28 351 600
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	30 318 500	27 394 500	27 426 200
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für lfd. Aufwendungen aus Sondermitteln	195 148	—	—
503	Erträge aus Zuweisungen anderer öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	997 444	925 444	925 444
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen	62 000	131 000	131 000
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	—	—	—
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge für lfd. Aufwendungen	61 000	69 000	69 000
512	Erträge aus Zuwendungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge für Investitionen	—	61 000	61 000
514	andere Umsatzerlöse	1 000	—	—
515	Erträge aus sonstigen Entgelten	—	1 000	1 000
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	224 608	174 700	174 700
540	Nebenerlöse	174 700	—	—
541	Sonstige Erlöse	44 808	5 000	5 000
542	Eigenverbrauch	—	20 000	20 000
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	5 100	—	—
544	Erträge aus Werterhöhung von Gegenständen des AV	—	5 700	5 700
545	Erträge aus Werterhöhung von Gegenständen des UV	—	96 200	96 200
546	Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	47 800	47 800
547	Erträge aus der Auflösung von Sopo	—	—	—
548	Erträge aus der Herabsetzung von Rückstellungen	—	—	—
549	Periodenfremde Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
55	Erträge aus Beteiligungen	—	388 700	388 700
551		—	3 000	3 000
552		—	385 700	385 700

Aufteilung der Drittmittel

Drittmittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

		2001 DM	2000 DM
A. Aufwendungen			
60		111 000	111 000
61		13 922	13 922
62		674 430	674 430
63		163 110	145 860
64		202 130	193 680
65		—	—
66		—	—
67		—	—
68		90 000	90 000
	Zusammen:	1 254 592	1 228 892
B. Erträge			
50		1 192 592	1 096 892
51		62 000	131 000
54		—	1 000
	Zusammen:	1 254 592	1 228 892

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-5	132	Ablieferungen des Landesbetriebs ***Vgl. K-Vermerk zu 891 01 sowie HV zu 0604 - 883 02.		—	—	—	—
121 04-1	132	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		642.000	642.000	—	648
381 01-9 (GA)	990	Zuführung von 0609 - 981 01		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-9	132	Zuführungen für laufende Zwecke des Landes- betriebs * Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Vermerke verbindlich. 2. Übertragbar: Nicht ausgezahlte Mittel zur Ver- stärkung bei 682 03, 891 01 und 0604 - 891 36. 3. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.	1.000.000 —	265.104.100	213.626.300	+51.477.800	219.574
682 03-5	132	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen * Übertragbar. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Vermerke verbindlich. 2. Vgl. D-Vermerk zu 682 01.	—	7.500.000	7.500.000	—	7.500
682 05-1 (GA)	132	Zuführungen für die Stilllegung und Entsor- gung des TRIGA-MARK I Reaktors der Medizi- nischen Hochschule Hannover * Übertragbar.	—	2.580.000	2.355.000	+225.000	3.500
682 39-6	132	Zuführungen an Landesbetriebe für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	899.200	899.200	—	437
891 01-7	132	Zuführungen für Investitionen des Landes- betriebs * Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Vermerke verbindlich. 2. Vgl. D-Vermerk zu 682 01. 3. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 121 03.	—	10.996.700	10.996.700	—	10.997
891 25-4	132	Zuschuss an den Körperschaftshaushalt	—	3.900.000	—	+3.900.000	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	5.500.000		7.100.000	–7.100.000	
		Abschluss Kapitel 06 19					
		1 Eigene Einnahmen		642.000	642.000	—	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		642.000	642.000	—	
		6 Übertragungsausgaben	1.000.000 —	276.083.300	224.380.500	+51.702.800	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	— 5.500.000	14.896.700	18.096.700	–3.200.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	1.000.000 5.500.000	290.980.000	242.477.200	+48.502.800	
		Zuschuss		290.338.000	241.835.200	+48.502.800	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 06 19 allgemein**Grunddaten der Medizinischen Hochschule Hannover**

Lfd. Nr.	Datenart	Ist 1999	Soll 2001
1	Stellen für wissenschaftliches Personal	1 173	1 175
2	darunter: Stellen für Professuren	171	171
3	Stellen für nichtwissenschaftliches Personal	4 279	4 285
4	Stellen für Forschung	340	340
5	Gesamtaufnahmekapazität nach KapVO (mit Schwund)	412	412
6	Studienanfänger (1. Fachsemester)	412	412
7	Studierende insgesamt	3 339	3 300
8	Studierende in der Regelstudienzeit	2 961	3 000
9	Zahl der Zwischenprüfungen	1 296	1 198
10	Zahl der Abschlussprüfungen	387	415
11	Zahl der Absolventen	387	415
12	Zahl der Promotionen	277	286
13	Zahl der Habilitationen	30	41
14	Zahl der Graduiertenkollegs	5	3
15	Zahl der Sonderforschungsbereiche	4	2
16	Weiterbildungskurse (Unterrichtsstunden)	—	—
17	Drittmittel je Stelle wissenschaftliches Personal	37 600 DM	37 500 DM
18	Drittmittel je Prof.-Stelle	257 700 DM	257 700 DM

Anmerkung: Bei der vorgegebenen vertikalen Gliederung werden Kennzahlen nicht gebildet (Ausnahmen: lfd. Nrn. 17, 18), weil dieses nur auf der Ebene von Fächergruppen sinnvoll ist und sich nur dann vergleichbare Aussagen ergeben.

Die Medizinische Hochschule Hannover wird als Landesbetrieb gem. § 26 Abs.1 LHO geführt.

Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei 682 01, 682 03, 682 05, 891 01 bzw. Kap. 06 04 – 891 36, evtl. Ablieferungen des Landesbetriebs bei 121 02 nachzuweisen.

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist zu überprüfen und jährlich von der Zentralen Hochschulverwaltung festzuhalten.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage beigelegt.

Zu 682 01 und 682 03 gemeinsam

Vgl. Erläuterungen zu 06 19 allgemein.

Veranschlagt ist das im Erfolgsplan ermittelte Abschlussergebnis des Landesbetriebs.

Zu 682 01

Mehr für Tarifierungen in den Jahren 1999/2000 sowie für Nutzungsentgelte für Liegenschaften.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 40 529 900 DM (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Die Verpflichtungsermächtigung ist für eine zusätzliche Anmietung ausgebracht:

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2002	—	—	200 000	200 000
2003	—	—	200 000	200 000
2004 ff.	—	—	600 000	600 000

Zu 682 03

Die Veranschlagung, Bewirtschaftung und Abrechnung der Ausgaben für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen der Medizinischen Hochschule Hannover obliegt dem Landesbetrieb.

Zu 891 01 und Kap. 06 04 – 891 36 gemeinsam

In Ausgestaltung des Anreizsystems dürfen nicht in Anspruch genommene Zuführungen für laufende Zwecke (vgl. D-Vermerk zu 682 01) und Ablieferungen des Landesbetriebes aus Vorjahren (vgl. K-Vermerke) für Investitionen verwendet werden.

Zu 891 01

Vgl. Erläuterungen zu 06 19 allgemein.

Veranschlagt ist der auf diese Buchungsstelle entfallende Zuschussbedarf gem. Finanzplan.

Zu 891 25

Der Zuschuss ermöglicht es der Medizinischen Hochschule Hannover, sich über ihren Körperschaftshaushalt gemäß § 134 NHG an Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des privaten Rechts, insbesondere an der INI GmbH, zu beteiligen.

**Wirtschaftsplan für die
Medizinische Hochschule Hannover
für das Geschäftsjahr 2001**

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 LHO geführten medizinischen Hochschuleinrichtungen des Landes Niedersachsen vom 15. 3. 1999 – 23.4 – 04101/1 –.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

Aufwendungen	Soll 2001 DM	Soll 2000 DM	Ist 1999 DM	Erträge	Soll 2001 DM	Soll 2000 DM	Ist 1999 DM
1. Personalaufwendungen				1. Betriebliche Erträge			
60 Löhne und Gehälter	518 018 700	500 899 100	519 452 600	40 Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	452 097 300	446 894 000	455 478 600
61 Gesetzliche Sozialabgaben				41 Erlöse aus Wahlleistungen	5 021 500	5 021 500	5 600 300
62 Aufwendungen für Altersversorgung				42 Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	15 687 700	15 687 700	14 702 600
63 Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützungen				43 Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte	27 988 600	31 375 100	32 641 200
64 Sonstige Personalaufwendungen	255 000	251 000	230 300	44 Erstattungen des Personals für Mietwohnungen usw.	3 132 900	3 132 900	2 661 300
Zw.-Summe	519 702 900	502 553 400	520 718 500	45 Erträge aus Küche, Forschungs- werkstätten u. a.	2 411 800	2 739 900	3 433 500
2. Sachaufwendungen				472 Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand für lfd. Zwecke (ohne Konto 47 200)	32 141 400	31 916 400	46 105 500
65 Lebensmittel	5 500 200	5 766 700	5 303 200	473 Zuwendungen Dritter	18 000 000	18 000 000	16 201 600
66 Medizinischer Bedarf	136 135 500	144 634 400	157 720 200	Zw.-Summe	556 481 200	554 767 500	576 824 600
67 Wasser, Energie, Brennstoffe	19 958 600	19 841 700	15 312 300	2. Andere Erträge			
68 Wirtschaftsbedarf	24 824 600	24 039 300	25 718 900	51 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	50 000	50 000	267 000
69 Verwaltungsbedarf	10 052 900	10 149 500	12 485 100	52 Erträge aus der Abgabe von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	470 700
70 Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	1 135 700	1 132 900	1 164 300	53 Erträge aus Herabsetzung der Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	—	—	—
72 Instandhaltung, Material für aktivierte Eigenleistungen	33 956 500	34 767 200	45 331 600	54 Erträge aus Auflösung von Rückstellungen	1 004 300	1 004 300	14 168 700
73 Steuern, Abgaben, Versicherungen	6 194 600	4 862 300	6 819 100	55 Bestandsänderungen, aktivierte Eigenleistungen	202 700	202 700	736 600
74 Zinsen für ähnliche Aufwendungen	—	—	10 000	57 Sonstige ordentliche Erträge	23 891 400	23 891 400	23 671 600
76 Wiederbeschaffung von Gebrauchsgütern (mit einem Wert von mehr als 100 bis zu 800 DM ohne MwSt.)	1 952 200	1 929 400	1 781 800	58 Erträge aus Ausgleichsbeträgen nach § 4 Abs. 1 bis 3 BPflV für frühere Geschäftsjahre	—	—	—
78 Sonstige ordentliche Aufwendungen	93 238 800	49 419 500	44 452 300	59 Übrige Erträge, soweit nicht KUGr. 599	4 940 000	4 940 000	6 702 200
Zw.-Summe	332 949 600	296 542 900	316 098 800	599 Entgelte Dritter	4 622 000	4 622 000	7 541 300
3. Übrige Aufwendungen				Zw.-Summe	34 710 400	34 710 400	53 558 100
79 Übrige Aufwendungen	3 643 200	4 007 900	12 058 200	47 200 Erfolgsplan/Zuschuss	265 104 100	213 626 300	219 224 200
Gesamtsumme:	856 295 700	803 104 200	848 875 500		856 295 700	803 104 200	849 606 900
Zuschussbedarf (Titel 682 01):		265 104 100 DM					
(Titel 682 03):		7 500 000 DM ¹⁾					
(Titel 682 05):		2 580 000 DM					
Zusammen		275 184 100 DM					

¹⁾ Ansätze der Konten 68 104, 70 011, 72 054, 72 056 und 72 059.

Bewirtschaftungsvermerke:

(1) Deckungsfähigkeit

Die Kontengruppen des Erfolgsplans sind gegenseitig deckungsfähig.

Ausgenommen hiervon sind die Konten 68 104, 70 011, 72 054, 72 056 und 72 059 (Bauunterhaltung). Die Konten für die Bauunterhaltung sind einseitig deckungsfähig zu Lasten anderer Konten des Erfolgsplans.

Die Aufwendungen erhöhen oder vermindern sich um Mehr- oder Mindererträge.

Der Erfolgsplan ist insgesamt zugunsten des Finanzplans deckungsfähig.

(2) Personalaufwendungen

Die Bemerkungen zu den Übersichten über die Stellen der vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter/-innen sind verbindlich. Der Landesbetrieb ist befugt, von den Übersichten unter Beachtung des Tarifrechts im Rahmen einer eigenverantwortlichen Wirtschaftsführung abzuweichen, soweit dieses im Rahmen der Ansätze der KGr. 60 – 64 oder durch Budgetzusagen der Kostenträger dauerhaft gesichert ist oder sofern dieses befristet erfolgt. Dies gilt auch für die Schaffung zusätzlicher Stellen.

Die Allgemeinen Haushaltsvermerke A zu den Stellenplänen der Kap. 06 08 und 06 10 ff. finden Anwendung.

Die Mittel für die Beschäftigung wissenschaftlicher Hilfskräfte stehen nur für eine befristete Beschäftigung zur Verfügung.

(3) Konten 47 222, 47 223, 47 300 und 59 900

Im Rahmen von Personalaufwendungen aus den bei diesen Konten aufkommenden Erträgen können im Bedarfsfall aus Landesmitteln vergüteten Arbeitnehmern über die Vergütung (§ 26 BAT)/den Monatstabellenlohn (§ 21 Abs. 3 MTL) hinaus andere tarifliche Leistungen gewährt werden.

(4) KUGr. 570

Dem Studentenwerk Hannover in Hannover dürfen die für seine Aufgabenerfüllung erforderlichen Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden.

(5) Konto 59 900

Der Leiter des Instituts für Rechtsmedizin erhält aus den bei diesem Konto aufkommenden Erträgen aus Blutalkoholuntersuchungen einen Anteil von 1,50 DM je Untersuchungsfall als Nebenvergütung.

(6) Drittmittel

Die aus Drittmitteln finanzierten Aufwendungen sind übertragbar.

Aufwendungen aus Drittmitteln erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindererträge bei korrespondierenden Ertragskonten. Abweichend hiervon dürfen die Erträge (Isteinnahmen) des Instituts für Rechtsmedizin aus Blutalkoholuntersuchungen nur bis zur Höhe von 70 v. H. und die Erträge (Isteinnahmen) der Abteilung Psychiatrie aus Ermächtigungsvertrag nur bis zur Höhe von 77,5 v. H. zweckgebunden verwendet werden.

In unabweisbaren Fällen können Zahlungsverpflichtungen vor Eingang der Deckungsmittel begründet werden, wenn es sich um Vorhaben von mindestens 500 000 DM handelt und der MF zustimmt oder wenn durch schriftlichen Zuwendungsbescheid öffentliche Mittel bereits förmlich bewilligt sind.

(7) Soweit ausreichende Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 75 aus diesen Mitteln zu vergütende Angestellten und Arbeiter/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Verträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.

(8) Freibetten

Die Hochschule ist befugt, für die Belegung von Betten aus wissenschaftlichem Interesse oder für besonders Bedürftige Freibetten im Umfang von bis zu 1 000 Berechnungstagen in Anspruch zu nehmen.

(9)

Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als laufende oder einmalige Leistungen eigener Art gewährt werden.

(10)

MWK wird ermächtigt, gem. § 40 Abs. 2 LHO mit Zustimmung MF in den Dienstverträgen mit Vorstandsmitgliedern außertarifliche Vergütungen zu vereinbaren.

(11)

Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2001
(ohne Baumaßnahmen)

Investitionsausgaben für:	Soll 2001 DM	Soll 2000 DM	Ist 1999 DM	Deckungsmittel	Soll 2001 DM	Soll 2000 DM	Ist 1999 DM
06 Technische Anlagen	450 000	450 000	—	1. Erlöse aus Veräußerung von Anlagegegenständen bis zur Höhe des Buchwertes	10 000	10 000	475 500
07 Einrichtungen und Ausstattungen einschl. des Aufwandes für Festwertgüter	22 684 600	22 684 200	22 070 500	2. Zuweisungen der öffentlichen Hand zu Investitionsvorhaben			
08 Anzahlungen auf Anlagen	—	—	7 770 900	2.1 Kap. 06 19 Tit. 891 01 für Investitionen			
09 Immaterielle Vermögens- gegenstände	472 500	472 000	535 800	a) bis 100 000 DM	9 359 950	9 142 000	} 11 825 500
				b) über 100 000 DM	1 636 750	1 854 700	
				2.2 Kap. 06 04 Tit. 891 36 (zum Rahmenplan nach dem HBFG angemeldete Vorhaben)	7 100 000	7 100 000	6 523 600
				3. Zuschüsse aus Drittmitteln	5 500 400	5 500 000	12 442 000
				4. etwaige Überschüsse	—	—	—
Summe:	23 607 100	23 606 700	30 377 200		23 607 100	23 606 700	31 266 600

Zuschussbedarf gem. Ziff. 2.1 – Deckungsmittel – (Titel 891 01): 10 996 700 DM.

Bewirtschaftungsvermerke:

(1) KGr. 06 und 07

Die Ansätze der Kontengruppen 06 und 07 sind gegenseitig deckungsfähig.

(2) KGr. 06 und 07 sowie Erlöse aus Veräußerung von Anlagegegenständen

Die Investitionsausgaben erhöhen oder vermindern sich um Mehr- oder Mindererlöse aus der Veräußerung von Anlagegegenständen ohne Beschränkung auf den Buchwert.

(3) Drittmittel

Die Ausgaben für aus Drittmitteln finanzierte Investitionen sind übertragbar.

Investitionsausgaben aus Drittmitteln erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindererträge bei den korrespondierenden Ertragskonten. Abweichend hiervon dürfen die Deckungsmittel (Isteinnahmen) des Instituts für Rechtsmedizin aus Blutalkoholuntersuchungen nur bis zur Höhe von 70 v.H. zweckgebunden verwendet werden.

In unabweisbaren Fällen können Zahlungsverpflichtungen vor Eingang der Deckungsmittel begründet werden, wenn es sich um Vorhaben von mindestens 500 000 DM handelt und der MF zustimmt oder wenn durch schriftlichen Zuwendungsbescheid öffentliche Mittel bereits förmlich bewilligt sind.

Erläuterungen zum Erfolgsplan

**A.
Aufwendungen****Zu KGr. 60 – Löhne und Gehälter
61 – Gesetzliche Sozialabgaben
62 – Aufwendungen für Altersversorgung**

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen (einschl. Einzelzahlungen) für die Planstellen und für die Stellen der beamteten Hilfskräfte und der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
1. Mehrarbeit und Überstunden	3 962 400	3 962 400	3 839 300
Bereitschaftsdienste	13 613 200	13 613 200	14 868 500
Rufbereitschaften	3 498 500	3 498 500	4 860 300
Zusammen	21 074 100	21 074 100	23 568 100
2. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	186 900	180 400	—
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	226 500	218 600	—
3. Kolleggeldpauschalen	2 400	2 400	0
4. Ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte	2 576 200	2 576 200	1 259 700
5. Zulagen an Angestellte in Kernforschungseinrichtungen sowie für Angestellte, die in der Strahlentherapie im ambulanten Pflegedienst tätig sind	91 900	88 700	62 800
6. Auszubildende für Angestelltenberufe	5 274 500	5 179 700	5 871 400
7. Ständige, nur stundenweise beschäftigte Angestellte	112 400	112 400	0
8. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	3 637 100	3 637 100	3 270 000
9. Auszubildende für Arbeiterberufe	267 800	263 200	408 500
10. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	4 733 200	4 733 200	1 556 700
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter/-innen)	246 900	246 900	49 300
12. Aushilfskräfte/Bundesanstalt für Arbeit	876 800	876 800	942 100
13. Wissenschaftliche Hilfskräfte	876 000	876 000	851 900
14. Praktikanten/-innen	1 210 800	1 210 800	397 500
15. Vergütung von Personen, die zivilen Ersatzdienst leisten	1 437 900	1 437 900	1 349 600
16. Emeritierte Professoren	3 397 600	3 764 900	3 217 200
17. Anwartschaft für die Altersversorgung der Beamten	5 913 800	5 913 800	5 242 500
18. Erstattung der Leistungen des Landes für die gesetzliche Unfallversicherung der Angestellten und Arbeiter	1 166 900	1 166 900	1 300 000
19. Beschäftigung von vollbeschäftigten Angestellten für Laboruntersuchungen externer Auftraggeber	1 924 200	1 857 300	806 300
Drittmittel*):	29 800 000	29 800 000	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu lfd. Nr. 4

Für 67 (67) ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft beträgt, davon:

- 6 Verg.-Gr. I b
- 8 Verg.-Gr. II a
- 7 Verg.-Gr. V b
- 20 Verg.-Gr. V c
- 3 Verg.-Gr. VI b
- 5 Verg.-Gr. VII
- 6 Verg.-Gr. VIII
- 1 Verg.-Gr. VIII/VII
- 1 Verg.-Gr. IX/VII

- 2 Verg.-Gr. Kr. VI
- 1 Verg.-Gr. Kr. V a
- 6 Verg.-Gr. Kr. V
- 1 Verg.-Gr. Kr. III

Zu lfd. Nr. 6

Für die Vergütung von
290 (290) Auszubildenden für Angestelltenberufe, davon

- 228 (228) Lernschwestern/-pfleger
- 2 (2) für den Beruf eines/einer Biologie-/Chemielaboranten/-in
- 20 (20) für den Beruf eines/ einer Arzthelfers/ -in
- 16 (16) für den Beruf eines/ einer zahnärztlichen Helfers/ -in
- 24 (24) für Berufe der Informations-, Telekommunikations-
technik, einschl. Bürokommunikation.

Zu lfd. Nr. 8

Für 95 (95) ständige nicht vollbeschäftigte Arbeitskräfte, davon 42 Klinisches Hauspersonal und 53 im Wirtschafts-, Versorgungs- und technischen Dienst, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu lfd. Nr. 9

Für die Vergütung von
18 (18) Auszubildenden für Arbeiterberufe, davon
11 (11) für den Beruf eines/einer Tierpflegers/-in
7 (7) für den Beruf eines/einer Industriemechanikers/-in.

Zu lfd. Nr. 10

Für Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte), davon

- 3 246 000 DM für Sitz- und Sonderwachen
- 905 000 DM für studentische Hilfskräfte im Zentralen Blutspendendienst, in der Klinischen Chemie, der Hämatologie und im Notdienst der Zahn-, Mund- und Kieferklinik
- 582 200 DM für Vertretung und Aushilfe allgemein
(davon 16 100 DM für das Frauenbüro).

Zu lfd. Nr. 12

Für die Beschäftigung von Aushilfskräften im Rahmen der Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit (vgl. Konto 47 211).

Zu lfd. Nr. 14

Für Beschäftigungsentgelte von
27 (27) Praktikanten/-innen, davon
14 (14) für den Beruf eines/einer Krankengymnasten/-in
6 (6) für den Beruf eines/einer Masseurs/-in
und med. Bademeisters/- in
4 (4) für den Beruf eines/einer Sozialarbeiters/-in
3 (3) für den Beruf eines/einer Erziehers/-in

Zu lfd. Nr. 19

Bezüge für 26 (26) emeritierte Universitätsprofessoren/- innen.

Zu KGr. 63 – Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützungen

- 1. Beihilfen 1 419 700 DM
- 2. Fürsorgemaßnahmen 2 500 DM
(insbesondere bei
Dienstunfällen)

Drittmittel*): 7 000 DM

Zusammen 1 429 200 DM

Zu KGr. 64 – Sonstige Personalaufwendungen

- 1. Trennungsgeld abgeordneter
oder versetzter Bediensteter
und Umzugskostenvergütungen 155 400 DM
- 2. Hepatitis-Schutzimpfungen
für gefährdetes Personal 81 300 DM
- 3. Prüfungskosten für
Auszubildende 18 300 DM

Zusammen 255 000 DM

Zu KGr. 65 – Lebensmittel**I. Kranke**

Die Aufwendungen sind auf der Grundlage eines Verpflegungssatzes von 9,95 DM tägl. für 300 648 Verpflegungstage (einschl. Dialyse und Tagesklinik) ermittelt worden, zuzügl. eines Bedarfs für 118 733 Portionen Sonderkost (ärztl. Verordnung), Formelkost und der Sonderverpflegung für Blutspender.

II. Personal

Die Aufwendungen sind auf der folgenden Grundlage ermittelt worden:

Landesbedienstete	ca. 130 681 Port. jährlich à 1,93 DM
Studenten	ca. 143 900 Port. jährlich à 1,93 DM
Zusatzmarken	ca. 583 856 Port. jährlich à 0,28 DM
unentgeltliche	
Verpflegung	ca. 1 471 Port. jährlich à 3,00 DM
Gäste, Kongressteilnehmer und andere	
Bedienstete	ca. 12 318 Port. jährlich à 9,80 DM
Personal diät	ca. 1 256 Port. jährlich à 3,93 DM
betriebseigener	
Kindergarten	ca. 24 684 Port. jährlich à 4,65 DM

Vgl. Erläuterungen zu den Konten 44 200, 45 012, 45 013, 45 014 und 45 016.

Die Aufwendungen erhöhen sich um die Erlöse aus Warenautomaten bei Konto 45 016.

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu KGr. 66 – Medizinischer Bedarf

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
66 00	Arznei-, Heil- und Hilfsmittel	32 921 900	35 142 600	29 181 900
66 02	Blut, Blutkonserven und Blutersatzmittel	17 602 500	21 178 200	22 594 900
66 03	Verbandsmittel	1 759 200	1 850 700	1 596 200
66 04	Ärztliches und pflegerisches Verbrauchsmaterial, Instrumente	24 511 800	25 789 100	26 101 700
66 06	Narkose- und sonstiger OP-Bedarf, Medizinische Gase	2 435 100	2 363 800	4 397 900
66 07	Röntgenbedarf	5 336 100	5 288 000	6 178 200
66 08	Laborbedarf	15 636 800	15 636 800	21 867 000
66 09	Entgelte für Untersuchungen in fremden Instituten	1 818 200	1 908 000	3 464 000
66 10	EKG, EEG und Sonographie	241 100	250 300	429 200
66 11	Bedarf der physikalischen Therapie	24 400	25 700	10 300
66 12	Apothekenbedarf, Desinfektionsmaterial	295 100	307 100	324 800
66 13	Implantate	17 462 600	16 888 200	23 140 400
66 14	Transplantate	5 581 900	5 862 600	6 797 600
66 15	Dialysebedarf	1 782 900	1 875 600	2 369 100
66 16	Kosten für Krankentransporte	293 800	308 700	273 400
66 17	Sonstiger medizinischer Bedarf	2 964 100	2 707 700	2 508 000
Lehrmittel:		—	1 783 300	—
Drittmittel*):		5 468 000	5 468 000	6 485 600
		136 135 500	144 634 400	157 720 200

Zu KUUGr. 66 00

Davon 150 000 DM für die Durchführung von Hepatitis-B-Schutzimpfungen für Studenten.

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu KGr. 67 – Wasser, Energie, Brennstoffe

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
67 000	Wasser/Abwasser	2 811 700	2 798 400	2 803 600
67 100	Strom	10 311 100	10 249 500	6 707 400
67 110	Fernwärme	5 609 800	5 575 400	4 735 400
67 200	Heizgas/Sonstige Brennstoffe	1 226 000	1 218 400	1 065 500
Drittmittel		—	—	400
		19 958 600	19 841 700	15 312 300

Zu KGr. 68 – Wirtschaftsbedarf

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
68 00	Verbrauchsmittel	1 548 800	1 510 900	1 957 000
68 01	Wäsche u. a.	951 900	941 000	829 200
68 100/				
68 101	Fremdreinigung	19 265 300	18 935 700	19 353 200
68 102–				
68 110	Andere Leistungen durch Dritte	3 011 600	2 396 800	3 490 400
Lehrmittel:		—	207 900	—
Drittmittel*):		47 000	47 000	89 100
		24 824 600	24 039 300	25 718 900

Zu KGr. 69 – Verwaltungsbedarf

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
69 00	Materialaufwendungen	3 525 600	3 064 700	4 351 900
69 10	Bezogene Leistungen	5 027 300	4 787 000	5 765 400
Lehrmittel:		—	797 800	—
Drittmittel*):		1 500 000	1 500 000	2 367 800
		10 052 900	10 149 500	12 485 100

Zu Konto 69 000

Davon 31 700 DM für das Frauenbüro.

Zu Konto 69 110

1. Prüfungs- und Beratungskosten der Wibera	115 000 DM
2. Steuerberatungskosten	22 500 DM
3. Gerichts- und Anwaltskosten	45 000 DM
4. Unterstützungsauftrag für SAP	1 049 300 DM
Zusammen	1 231 800 DM

Zu Konto 69 111

1. Deutsche Krankenhausgesellschaft und Nordwestdeutsche Krankenhausgesellschaft	81 000 DM
2. Verband Deutscher Betriebs- und Werksärzte e.V.	230 DM
3. Zahntechnikerinnung	60 DM
4. Bundesverband Materialwirtschaft und Einkauf e. V.	220 DM
5. Deutscher Verband Technischer Assistenten in der Medizin e. V.	480 DM
6. Medizinischer Fakultätentag	7 000 DM
7. Verband Einkauf und Materialwirtschaft im Krankenhaus e.V.	185 DM
8. Europäische Rektorenkonferenz	3 400 DM
9. Verein Deutscher Sicherheitsingenieure (VDSI)	180 DM
10. Deutscher Akademischer Austauschdienst	200 DM
11. AK Universitäre Erwachsenenbildung	300 DM
12. Creditreform	840 DM
13. Förderung eines Dt. Forschungsnetzes (DFN-Verein)	500 DM
14. Zentrum für Hochschulsport	20 000 DM
15. Subito	1 000 DM
16. Verband der Krankenhausdirektoren	180 DM
17. Verband der Universitätskliniken Deutschlands	3 000 DM
Zusammen	118 775 DM

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu KGr. 70 – Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
70 01	NLBV, Staatshochbauamt	1 065 700	1 062 900	1 070 900
70 02	Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen/ Sachkosten aus Ermächtigungsverträgen	70 000	70 000	70 000
Drittmittel*):		—	—	23 400
		1 135 700	1 132 900	1 164 300

Zu KUUGr. 70 01

Veranschlagt sind u. a. die Entschädigung für die Baubetreuung durch das zuständige Staatshochbauamt im Rahmen der Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen des Landesbetriebs (15 v.H. der Ansätze bei den Konten 72 054 und 72 056).

Zu KUUGr. 70 02

Ersatz der Aufwendungen des KVN gem. der zwischen ihr und der Hochschule geschlossenen Vereinbarung über die Abrechnung von Sachkosten aus Ermächtigungsverträgen.

Zu KGr. 72 – Instandhaltung, Material für aktivierte Eigenleistungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
72 00	Instandhaltung i. S. von § 17 Abs. 4 Satz 2 KHG	3 486 700	4 169 100	4 878 200
72 01	Instandhaltung Medizintechnik	11 158 300	11 012 600	14 183 500
72 02	Technische Anlagen	4 810 300	4 834 700	4 313 600
72 03	Einrichtung und Ausstattung	3 193 900	2 702 200	5 158 800
72 04	Kosten der gesetzlichen Überwachung	471 000	504 600	516 500
72 05	Instandhaltung Gebäude/Außenanlagen	10 378 800	10 427 800	11 288 800
72 07	Fahrzeuge und sonstige Instandhaltung	57 500	94 500	185 400
72 08	Instandhaltung Staatshochbauamt	—	—	4 047 900
Lehrmittel:		—	621 700	—
Drittmittel*):		400 000	400 000	758 900
		33 956 500	34 767 200	45 331 600

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu KGr. 73 – Steuern, Abgaben, Versicherungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
730	Grundsteuer/ Kraftfahrzeugsteuer	103 200	108 300	105 900
731	Sonstige Abgaben	4 403 800	4 275 400	4 981 400
732	Versicherungen	1 687 600	478 600	1 674 800
Drittmittel*):		—	—	57 000
		6 194 600	4 862 300	6 819 100

Zu KUGr. 731

Enthalten sind 2 580 000 DM für die Entsorgung des TRIGA-Mark I-Reaktors.

Zu KGr. 78 – Sonstige ordentliche Aufwendungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
78 00	Ausgleichbeträge nach § 4 Abs. 1 und 2 BPfIV	—	—	—
78 10	Sachaufwand der Ausbildungsstätten	1 234 800	947 900	809 100
78 20	Mieten und Pachten	43 747 000	2 593 300	3 432 100
78 22	Nicht aufteilbare Frachten	86 800	59 300	135 800
78 24	Akademische Lehrkrankenhäuser	2 697 000	2 600 000	2 294 000
78 25	Bücher (bis 100 DM ohne MwSt.)	1 037 100	—	575 500
78 26	Fort- und Weiterbildung, Lehraufträge usw.	1 304 200	1 177 200	973 600
78 27	Erstattungen von Personal- und Sachkosten	24 908 500	24 904 900	20 384 100
78 28	Arbeitstherapie/Beschäftigungs- und Sozialtherapie	57 900	57 900	60 500
78 29	Sonstiger Aufwand für Studierende	644 000	780 600	703 600
783	Sonstige Kostenerstattungen	10 821 500	7 821 500	8 148 400
Lehrmittel:		—	1 776 900	—
Drittmittel*):		6 700 000	6 700 000	6 935 600
		93 238 800	49 419 500	44 452 300

Zu KUUGr. 78 10

Die Lehrkräfte erhalten eine Stundenvergütung gem. RdErl. des MK vom 28. 4. 1994 (Nds. MBl. S. 883), zuletzt geändert mit RdErl. v. 24. 5. 1996 (Nds. MBl. S. 983).

Zu KUUGr. 78 20

Erstmals veranschlagt sind Nutzungsentgelte für Liegenschaften in Höhe von 40 529 900 DM.

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu KUUGr. 78 24

Für 187 Ausbildungsplätze an den Akademischen Lehrkrankenhäusern wird pro Jahr und Ausbildungsplatz eine Gesamtpauschale in Höhe von 13 900 DM gezahlt. Die Pauschale beinhaltet Personal- und Sachkosten sowie ein Essensgeld von 500 DM.

Zu KUUGr. 78 26

Enthalten sind Vergütungen für Lehraufträge, Gastvorträge und Gastprofessuren. (Davon 121 700 DM für Lehraufträge.)

Zu KUUGr. 78 27

Pauschale Erstattung der durch Lehre und Forschung verursachten Mehrkosten für das nicht wissenschaftlich ausgebildete Personal sowie der zusätzlichen Sachausgaben sowie Erstattung der durch den Betrieb poliklinischer Einrichtungen verursachten Personal- und Sachkosten, gemindert um die Kosten für das vom Land gestellte wissenschaftliche Personal gemäß der Vereinbarung vom 5. 5. 1978 über die Nutzung des Krankenhauses Oststadt der Landeshauptstadt Hannover in der Fassung des Änderungsvertrages vom 25. 11. 1986 / 22. 1. 1987 sowie Vereinbarung vom 5. 5. 1978 über die Nutzung der Hautklinik Linden in der Fassung des Änderungsvertrages vom 8. 12. 1982 und der Vereinbarung vom 17. 9./9. 10. 1992 über die Nutzung des Annastifts.

Für das Oststadtkrankenhaus sind Ausgleichszahlungen von 24 394 800 DM veranschlagt.

Zu KUGr. 783

Enthalten sind Kostenerstattungen für Herzoperationen im Krankenhaus Oststadt in Höhe von 7 821 500 DM.

Zu KGr. 79 – Übrige Aufwendungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
79 00	Außerordentliche Aufwendungen			
	aus Ausgleichsbeträgen nach § 4 Abs. 1 bis 3 BPflV	—	—	—
79 10	Aufwand aus Abgabe von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	200 300
79 20	Schadenersatzleistungen	164 100	140 100	— 7 400
79 21-				
79 24	Sonstige Aufwendungen	31 400	24 100	8 600
79 30	Periodenfremde Aufwendungen	3 447 700	3 813 200	11 801 200
Lehrmittel:		—	30 500	—
Drittmittel*):		—	—	55 500
		3 643 200	4 007 900	12 058 200

Zu KUUGr. 79 22

Für die Einschaltung der Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen der Norddeutschen Ärztekammern in allen Auseinandersetzungen über Schadenersatzforderungen von Patienten aus der Behandlung.

Erläuterungen zum Erfolgsplan

B. Erträge

Zu KGr. 40 und 41 gemeinsam

An planmäßigen Betten sind vorhanden:

Bezeichnung der Klinik	Zahl der betriebenen Betten			Nachrichtlich: Zahl der zuschlags- pflichtigen Betten	
	Normalpflege	Intensivpflege	Zusammen	in Einbett- zimmern	in Zweibett- zimmern*)
Aufnahmestation	20	—	20	—	—
Med. Klinik	213	50	263	11	12
Interdisziplin. Station f.	—	6	6	—	—
Knochenmarktransplantationen	—	6	6	—	—
Chirurgische Klinik	247	42	289	10	10
Urologie	54	—	54	2	4
Institut für Klinische Radiologie	27	—	27	1	3
Institut für Nuklearmedizin	18	—	18	—	—
Kinderklinik	179	19	198	18	29
HNO-Klinik	83	—	83	4	5
Augenklinik	57	—	57	3	5
Neurochirurgische Klinik	69	7	76	4	5
Neurologische Klinik	75	5	80	4	4
Psychiatrische Klinik	116	—	116	4	4
Psychosomatische Klinik	14	—	14	—	—
Anästhesie	—	12	12	—	—
Zahn-, Mund- und Kieferklinik	34	4	38	2	1
Zusammen:	1 206	145	1 351	63	82

dazu

Tagesklinik d. Psych. Klinik	20 Plätze
Akutdialyse	4 Plätze
Auffangdialyse	6 Plätze
Onkologische Tagesklinik	10 Plätze
Pädiatrische Tagesklinik	4 Plätze
Gastroenterologische Tagesklinik	10 Plätze

Belegungsdaten:

Planbetten mit Intensiv	1 351
Planbetten ohne Intensiv	1 204
Nutzungsgrad der Planbetten	79,75 %
Berechnungstage im Budgetbereich	380 000
Verweildauer	9,1
Belegungstage im	
Fallpauschalen -Bereich	34 801
Vollstationäre Fälle	
im Budgetbereich	39 450
Fälle mit Fallpauschale	3 061
Berechnungstage	
für Basispflegesatz	
(vollstationär)	358 445

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu KGr. 40 – Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll für 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
40 01/ 40 02/ 40 03/ 40 04/ 40 05/ 40 10/ 40 11	Basispflegesatz Abteilungspflegesätze Fallpauschalen Sonderentgelte	80 279 600 247 610 600 84 769 100 39 438 000	74 716 100 251 090 200 74 588 000 46 499 700	67 996 100 250 526 700 91 275 600 45 680 200
		452 097 300	446 894 000	455 478 600

Zu KGr. 41 – Erlöse aus Wahlleistungen

Konto	Kontobezeichnung	Soll für 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
41 100 41 110 41 300 41 310	1-Bett-Zimmer 2-Bett-Zimmer Begleitperson Telefon	2 280 600 2 682 500 8 000 50 400	2 280 600 2 682 500 8 000 50 400	2 343 500 3 239 900 10 500 6 400
		5 021 500	5 021 500	5 600 300

Zu Konto 41 100

6 953 Tage à 328,— DM 2 280 600 DM

Zu Konto 41 110

20 477 Tage à 131,— DM 2 682 500 DM

Zu Konto 41 300

41 Tage à 193,78 DM 8 000 DM

Zu KGr. 42 – Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses

Konto	Kontobezeichnung	Soll für 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
42 00 42 01 42 02 42 03 42 04– 42 05 42 06 42 07 42 08 42 09	Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen Kassenzahnärztliche Vereinigung Niedersachsen Sozialleistungsträger, z.B. Sozialämter, Jugendämter Sonstige Erlöse aus amb. Leistungen Selbstzahler Laboruntersuchungen für externe Auftraggeber Nierenlithotripsie Sachkosten/Privatpatienten – ZMK – Mukoviszidose-Ambulanz	4 195 800 3 413 100 864 900 1 291 500 2 785 600 2 696 000 74 800 74 300 291 700	4 195 800 3 413 100 864 900 1 291 500 2 785 600 2 696 000 74 800 74 300 291 700	4 935 900 2 056 300 701 100 1 744 300 3 239 800 1 630 200 57 700 61 700 275 600
		15 687 700	15 687 700	14 702 600

Zu KGr. 43 – Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte

Konto	Kontobezeichnung	Soll für 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
43 00 43 10 43 11 43 40 43 41	Stationärer Bereich – Vorteilsausgleich Ambulanter Bereich – Vorteilsausgleich Sachkosten aus Ermächtigungsverträgen/Privatpatienten Vorteilsausgleich aus sonstigen Nebentätigkeiten Sachkosten aus sonstigen Nebentätigkeiten	4 665 400 4 447 700 17 091 800 911 700 872 000	8 051 900 4 447 700 17 091 800 911 700 872 000	9 022 700 5 182 800 16 253 000 1 227 600 955 100
		27 988 600	31 375 100	32 641 200

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu KUGr. 472 – Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand für lfd. Zwecke (ohne Konto 47 200)

Konto	Kontobezeichnung	Soll für 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
47 20	MWK*)	10 080 000	9 855 000	15 784 400
47 21	Bund/Ersatzdienstpflichtige/Bundesanstalt für Arbeit/Emeriten	621 400	621 400	4 853 400
47 22	Öffentliche Hand/Sonstige Zuschüsse	21 440 000	21 440 000	24 164 200
47 23	Bund/Betreuung ausländischer Studenten/Graduiertenförderung*)	—	—	78 400
47 24	Sonstiges	—	—	1 225 100
		32 141 400	31 916 400	46 105 500

Zu KUUGr. 47 20

Für die Entsorgung des TRIGA-MARK I Reaktors sind Mittel in Höhe von 2 580 000 DM enthalten.

*) Zuweisungen überwiegend aus Haushaltsmitteln des Landes, die nach Art und Höhe bei Aufstellung des Wirtschaftsplans nicht ausreichend exakt vorausgeschätzt werden können und die wegen ihrer Zweckgebundenheit ohne Auswirkungen auf den Zuschussbedarf bei Kapitel 06 19 sind.

Zu KGr. 57 – Sonstige ordentliche Erträge

Konto	Kontobezeichnung	Soll für 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
57 0	Mieteinnahmen	1 527 600	1 527 600	1 558 100
57 110	Erstattungen, Rückvergütungen u. ä.	390 600	390 600	834 500
57 2	Kindergarten	426 700	426 700	427 900
57 3	Erstattung Oststadtkrankenhaus	20 092 300	20 092 300	17 968 100
57 5–				
57 7	Erträge aus Verkäufen und Arbeitsleistungen	144 600	144 600	92 400
57 9	Gebühren und sonstige Erträge und Erstattungen	1 309 600	1 309 600	2 790 600
		23 891 400	23 891 400	23 671 600

Zu KUGr. 570

Dem Studentenwerk Hannover werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm	Mietpreis/jährlich
Verkaufsraum		
mit Nebenraum	15	} 7 500 DM
Kellerraum		
(Vorratslager)	80	

Zu KUGr. 575

Veranschlagt sind auch Erträge aus der Tätigkeit von psychisch Kranken, die zu ihrer Rehabilitation arbeitstherapeutisch eingesetzt werden.

Zu KUGr. 599 – Entgelte Dritter

Konto	Kontobezeichnung	Soll für 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
59 900	Entgelte Dritter	4 622 000	4 622 000	7 541 300
		4 622 000	4 622 000	7 541 300

Zu Konto 59 900

Davon entfallen auf

- a) das sportmedizinische Untersuchungszentrum 20 000 DM
- b) die Bibliothek — DM
- c) das Institut für Rechtsmedizin (Blutalkoholuntersuchungen) 1 000 000 DM
- d) die Abteilung Psychiatrie (Ermächtigungsvertrag) 260 000 DM
- e) Sonstige Aufträge Dritter 3 720 000 DM

Zu c) und d): Aufgrund von Nr. 6 Abs. 2 Satz 2 der Bewirtschaftungsvermerke sind die berücksichtigten Erträge um 378 000 DM niedriger veranschlagt als das erwartete Aufkommen. Dieser Betrag ist in dem Ansatz der KUGr. 57 9 enthalten.

Vgl. Übersicht über die Drittmittel.

Zu KUGr. 579

Der Anteil der Aufträgen Dritter entstammenden Mittel, die gem. Bewirtschaftungsvermerk Nr. 6 Abs. 2 Satz 2 zum Erfolgsplan und Nr. 3 Abs. 2 Satz 2 zum Finanzplan nicht zweckgebunden verwendet werden dürfen, beträgt 378 000 DM.

Vgl. Übersicht über die Drittmittel.

Erläuterungen zum Finanzplan

Zu Ziff. 3 – Deckungsmittel –

Davon entfallen auf

a) das Institut für Rechtsmedizin (Blutalkoholuntersuchungen)	25 000 DM
b) die Abteilung Psychiatrie (Ermächtigungsvertrag)	5 000 DM
c) Sonstige Aufträge Dritter (ohne Landessportbund Niedersachsen und Bibliothek)	470 000 DM

Zu KGr. 06

Investitionen bis zu 100 000 DM im Einzelfall: 450 000 DM

Zu KGr. 07¹⁾

1. Investitionen bis zu 100 000 DM im Einzelfall:	9 359 950 DM	
2. Investitionen über 100 000 DM im Einzelfall:		
Abteilung Molekular- und Zellphysiologie		
1 Tischultrazentrifuge	104 100 DM	
Abteilung Physiologische Chemie		
1 Durchflusszytometer	249 400 DM	
Abteilung Pharmakologie		
1 Fluoreszenzmikroskop	152 900 DM	
Abteilung Augenheilkunde		
1 Scanning Laser Ophtalenoscope	208 600 DM	
Abteilung Dermatologie und Venerologie		
1 Dio Lite Laser System	148 500 DM	
Abteilung Endokrinologie		
1 Genetic Analyzer	125 300 DM	
Abteilung Anästhesiologie I/II, spez. Schmerztherapie		
1 Narkosearbeitsplatz Somatom-Einleitung	197 200 DM	
Abteilung Klinische Chemie		
1 Kapillar-Elektrophorese- System	110 700 DM	
Abteilung Strahlentherapie und spezielle Onkologie		
1 Thermolumineszenzdosimetrie- System	137 250 DM	
Abteilung physikalische Medizin und Rehabilitation, Balneologie und Medizinische Klimatologie		
1 Isokenetik-Muskelfunktions- analyseplatz	202 800 DM	1 636 750 DM
3. Drittmittel*):		5 500 400 DM
	Insgesamt	16 497 100 DM

¹⁾ Die im Finanzplan bei der KGr. 07 enthaltenen Investitionen aus Zuführungen bei 06 04 – 891 36 in Höhe von jeweils 7,1 Mio DM sind bei dieser Zweckbestimmung erläutert.

Anlage zu den Erläuterungen zu KGr. 60–62
(Übersicht über die Stellen für vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter/-innen)

Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Angestellte ¹⁾				
Außer- tariflich ²⁰⁾	3	3		1) Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 3 zum Stellenplan.
I ³⁶⁾	1	1		2) Wird für Angestellte in einem befristeten Arbeits- verhältnis die Arbeitszeit auf die Hälfte herabge- setzt, dürfen die Stellen für je 2 Kräfte in Anspruch genommen werden.
I a ⁵⁾ 33)36)	47	46		3) Bis zu 35 v. H. der Stellen können für Ärzte (Fachärzte/-innen, Fachzahnärzte/-innen) in An- spruch genommen werden, die bei Vorliegen der tar- ifvertraglichen Voraussetzungen in die Verg.-Gr. I b BAT einzustufen sind.
I b ³⁴⁾ 36)	354	357		4) kw.
II a ⁶⁾ 35)	116	103		5) Die Leiterin des betriebsärztlichen Dienstes ist für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. I a BAT eingruppiert.
II a ²⁾ 37)31)	366	376	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	6) Davon 1 ku nach Verg.-Gr. II a BAT (Förderung des Wissenschaftlichen Nachwuchses) für das Zentrum Pharmakologie und Toxikologie – Abt. Molekular- pharmakologie –.
III ⁸⁾	19	15		7) Vgl. Allgemeinen Haushaltsvermerk Nr. 9.
IV a ⁹⁾	65	65		8) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwen- det werden (für das Zentrum Biometrie, Informatik und Medizintechnik – Abt. Biometrie –).
IV b ²⁶⁾ 10)19)	90	81		9) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwen- det werden (für das Zentrum Biometrie, Informatik und Medizintechnik – Abt. Medizinische Informa- tik –).
V b ¹¹⁾	286	281		10) Ein Stelleninhaber ist für die Dauer seiner Tätigkeit als leitende(r) Kardiotechniker(in) außertariflich in Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert.
V c	549	538		11) 1 ku nach Verg.-Gr. V c BAT für das Zentrum Pa- thologie und Rechtsmedizin – Abt. Neuropatholo- gie –.
VI b ¹²⁾ 20)22)28)	318	338		12) 2 ku nach Lohn-Gr. VI für das zentrale Tierlabor und 1 ku nach Verg.-Gr. VII für die Einrichtungen gemeinsam (Tumorzentrum).
VII ²²⁾ 13)	325	323		13) 5 ku nach Lohn-Gr. VI für das zentrale Tierlabor.
VIII ²⁹⁾	128	131		14) 1 ku nach Lohn-Gr. VI für das zentrale Tierlabor.
IX b	5	7		15) Krankenpflegekräfte der Poliklinik „Strahlenthe- rapie“ und der Poliklinik der Abteilung für Nukle- armedizin und spezielle Biophysik erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit in diesen Polikliniken überta- riflich die gleiche Zulage, die den unter die Proto- kollerklärung Nr. 1 Buchst. d) der Anlage 1 b zum BAT fallenden Pflegepersonen gewährt wird. Die übertarifliche Regelung gilt ebenfalls nur für die in der Protokollerklärung Nr. 1 genannten Vergü- tungsgruppen.
X	4	2		16) Der Leiter der Sachzentrale ist bis zur tarifvertrag- lichen Neuregelung für die Dauer seiner Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. Kr. VII BAT eingruppiert. 1 Krankenschwester ist übertariflich in Verg.-Gr. Kr. VIII BAT eingruppiert.
IX b–VII	27	74		17) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwen- det werden (Krankenpflegedienst).
VIII/VII	53	9		18) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwen- det werden (für den Krankenpflegedienst).
Kr. XII	1	1		19) 1 ku nach Verg.-Gr. VI b bei Ausscheiden des Stel- leninhabers.
Kr. XI	1	1		
Kr. X	5	5		
Kr. IX	7	7		
Kr. VIII	27	24		
Kr. VII	85	92		
Kr. VI	548	543		
Kr. V a	295	300		
Kr. V ²³⁾	657	657		
Kr. IV	2	—		
Kr. III	56	56		
Kr. II ³²⁾	2	2		
Kr. I	1	—		
	4 443	4 438	Zusammen	
Leerstellen ⁴⁾ :				
1 AT (C 3)	—	1		
I b	—	1		
II a	—	1		
IV b	—	3		
V b	—	14		
V c	—	39		
VI b	—	12		
VII	—	18		
VIII	—	7		
Kr. VII	—	3		
Kr. VI	—	3		
Kr. V a	—	7		
Kr. V	—	10		
Kr. IV	—	2		
Kr. ²⁴⁾	—	50		
	—	171	Zusammen	

- ¹⁾ Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 3 zum Stellenplan.
- ²⁾ Wird für Angestellte in einem befristeten Arbeitsverhältnis die Arbeitszeit auf die Hälfte herabgesetzt, dürfen die Stellen für je 2 Kräfte in Anspruch genommen werden.
- ³⁾ Bis zu 35 v. H. der Stellen können für Ärzte (Fachärzte/-innen, Fachzahnärzte/-innen) in Anspruch genommen werden, die bei Vorliegen der tarifvertraglichen Voraussetzungen in die Verg.-Gr. I b BAT einzustufen sind.
- ⁴⁾ kw.
- ⁵⁾ Die Leiterin des betriebsärztlichen Dienstes ist für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. I a BAT eingruppiert.
- ⁶⁾ Davon 1 ku nach Verg.-Gr. II a BAT (Förderung des Wissenschaftlichen Nachwuchses) für das Zentrum Pharmakologie und Toxikologie – Abt. Molekularpharmakologie –.
- ⁷⁾ Vgl. Allgemeinen Haushaltsvermerk Nr. 9.
- ⁸⁾ 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (für das Zentrum Biometrie, Informatik und Medizintechnik – Abt. Biometrie –).
- ⁹⁾ 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (für das Zentrum Biometrie, Informatik und Medizintechnik – Abt. Medizinische Informatik –).
- ¹⁰⁾ Ein Stelleninhaber ist für die Dauer seiner Tätigkeit als leitende(r) Kardiotechniker(in) außertariflich in Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert.
- ¹¹⁾ 1 ku nach Verg.-Gr. V c BAT für das Zentrum Pathologie und Rechtsmedizin – Abt. Neuropathologie –.
- ¹²⁾ 2 ku nach Lohn-Gr. VI für das zentrale Tierlabor und 1 ku nach Verg.-Gr. VII für die Einrichtungen gemeinsam (Tumorzentrum).
- ¹³⁾ 5 ku nach Lohn-Gr. VI für das zentrale Tierlabor.
- ¹⁴⁾ 1 ku nach Lohn-Gr. VI für das zentrale Tierlabor.
- ¹⁵⁾ Krankenpflegekräfte der Poliklinik „Strahlentherapie“ und der Poliklinik der Abteilung für Nuklearmedizin und spezielle Biophysik erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit in diesen Polikliniken übertariflich die gleiche Zulage, die den unter die Protokollerklärung Nr. 1 Buchst. d) der Anlage 1 b zum BAT fallenden Pflegepersonen gewährt wird. Die übertarifliche Regelung gilt ebenfalls nur für die in der Protokollerklärung Nr. 1 genannten Vergütungsgruppen.
- ¹⁶⁾ Der Leiter der Sachzentrale ist bis zur tarifvertraglichen Neuregelung für die Dauer seiner Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. Kr. VII BAT eingruppiert. 1 Krankenschwester ist übertariflich in Verg.-Gr. Kr. VIII BAT eingruppiert.
- ¹⁷⁾ 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Krankenpflegedienst).
- ¹⁸⁾ 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (für den Krankenpflegedienst).
- ¹⁹⁾ 1 ku nach Verg.-Gr. VI b bei Ausscheiden des Stelleninhabers.

Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		

- ²⁰⁾ Die Hauswirtschaftsleiterin des Bereichs Eigenreinigung bei der Haus- und Liegenschaftsabteilung der Verwaltung der Kliniken ist für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VII BAT und nach dreijähriger Bewährung in ihrer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.
- ²²⁾ 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (für das Zentrum Psychologische Medizin – Abt. Psychosomatik –).
- ²³⁾ Die Stellen sind ohne Mittel ausgebracht.
Ihre Inanspruchnahme ist nur vorübergehend für Kräfte der Verg.-Gr'n Kr. IV und Kr. V im Rahmen der Ansätze für Personalaufwand des Pflege- und Funktionspersonals zulässig, wenn bei einem zu erwartenden Freiwerden einer Stelle aus zwingenden betrieblichen Gründen die Einstellung der Nachfolgekraft oder der Abschluss eines Arbeitsvertrages bereits vor dem Freiwerden der Stelle erforderlich ist.
Die auf diesen Stellen geführten Kräfte sind auf die nächsten freiwerdenden mit Mitteln ausgestatteten Stellen ihrer Verg.-Gr. zu übernehmen.
- ²⁴⁾ Abweichend von Nr. 3 Abs. 1 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/98 dürfen die Leerstellen auch für Kräfte in Anspruch genommen werden, die unter Fortfall der Vergütung länger als 3 Monate beurlaubt sind.
Soweit es aus zwingenden betrieblichen Gründen erforderlich ist, dürfen ausnahmsweise mit den zur Vertretung eingestellten Kräften unbefristete Arbeitsverhältnisse begründet werden. In diesen Fällen ist, soweit erforderlich, Nr. 3 Abs. 2 i. V. m. Abs. 5 der Allgemeinen Bestimmungen entsprechend anzuwenden mit der Maßgabe, dass ein Ausgleich innerhalb der Ansätze für den Personalaufwand des Pflege- und Funktionspersonals erfolgt.
- ²⁵⁾ 1 ku nach Verg.-Gr. Kr. V bei Ausscheiden des Stelleninhabers.
- ²⁶⁾ 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (für die Allgemeine Verwaltung).
- ²⁷⁾ 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (für das Zentrum Pathologie und Rechtsmedizin – Abt. Rechtsmedizin –).
- ²⁸⁾ 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (für das Zentrum Anästhesiologie – Abt. Anästhesiologie –).
- ²⁹⁾ 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (für die Abt. Mund-, Kiefer-, Gesichtschirurgie).
- ³⁰⁾ Die Stellen sind für die neue Leitungsstruktur nach § 125 a Abs. 2 NHG vorgesehen und dürfen nur mit Zustimmung des MF besetzt werden.
- ³¹⁾ Davon 1 Stelle zum 1. 1. 2005 zu verlagern in das Kap. 06 08.
- ³²⁾ Davon 1 kw zum 31. 12. 2003.
- ³³⁾ Davon 46 Stellen für den wissenschaftlichen Dienst.
- ³⁴⁾ Davon 349 Stellen für den wissenschaftlichen Dienst.
- ³⁵⁾ Davon 103 Stellen für den wissenschaftlichen Dienst.
- ³⁶⁾ Bis zu 100 Stellen für den Abschluss von leistungsbezogenen Angestelltenverträgen mit Oberärzten.

Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Arbeiter/-innen				
9	4	4		1) 1 ku nach Lohn-Gr. 6 bei Ausscheiden des Stelleninhabers und 1 ku nach Verg.-Gr. VIII – Medizinisch-technischer Dienst – für das Zentrum Laboratoriumsmedizin – Abt. Klinische Chemie I –.
8 ¹⁾	9	9		
6	74	73		2) 2 ku nach Lohn-Gr. 2 a bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.
5	44	44		
4	47	47		3) kw.
3 ¹⁾²⁾	68	71		
2 a ⁴⁾	230	230		4) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (für die Allgemeine Verwaltung).
2	166	165		
IV	1	1		
II	4	4		
	647	648	Zusammen	
			Leerstellen: ³⁾	
6	—	1		
5	—	1		
4	—	1		
3	—	2		
2 a	—	5		
2	—	3		
		13	Zusammen	

Erläuterungen

Nachweis über die Zahl und Eingruppierung der Angestellten/Arbeiter/-innen, die mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt sind und aus Drittmitteln der KGr. 60 bis 63 vergütet werden (vgl. Nr. 7 der Bewirtschaftungsvermerke zum Erfolgsplan).

Verg.-Gr.	Zahl
Angestellte	
I	1
I a	2
I b	2
II a	5
IV a	1
IV b	6
V b	10
V c	4
VI b	10
VII	8
VIII	5
Kr. VII	2
Kr. VI	6
Kr. V	3
Kr. V a	3
Zusammen	68

Übersicht über die Drittmittel

1. Ansätze im Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2001

1.1 Erfolgsplan

1.11 Ertragskonten

Konten	Bruttoerträge	abzüglich Zuführung zu den allgemeinen Deckungs- mitteln/ Konto 57 994	Ansatz
47 222			11 540 000 DM
47 223			8 400 000 DM
47 224			1 500 000 DM
47 300			18 000 000 DM
59 900			
a) Sportme- dizinisches Untersu- chungs- zentrum	20 000 DM		
b) Bibliothek	— DM		
c) Rechts- medizin	1 000 000 DM	300 000 DM*)	
d) Abt. Psychiatrie	260 000 DM	78 000 DM**)	
e) Sonstige Aufträge Dritter	3 720 000 DM		
	5 000 000 DM	378 000 DM	4 622 000 DM
		Summe	44 062 000 DM

*) 30 % von 1 000 000 DM

**) 22,5 % von 260 000 DM

1.12 Aufwandskonten

Kontengruppen	Ansatz
60 – 62	29 800 000 DM
63	7 000 DM
66	5 468 000 DM
68	47 000 DM
69	1 500 000 DM
72	400 000 DM
76	140 000 DM
78	6 700 000 DM
	Summe 44 062 000 DM

1.2 Finanzplan

1.21 Deckungsmittel/Investitionen

Konten	Bruttoerträge	abzüglich Zuführung zu den allgemeinen Deckungs- mitteln/ Konto 57 994	Ansatz
Drittmittel ohne Aufträge Dritter			5 009 000 DM
Aufträge Dritter			
a) Sportme- dizinisches Untersu- chungs- zentrum	— DM		
b) Bibliothek	— DM		
c) Rechts- medizin	25 000 DM	7 500 DM*)	
d) Abt. Psychiatrie	5 000 DM	1 100 DM**)	
e) Sonstige Aufträge Dritter	470 000 DM		
	500 000 DM	8 600 DM	491 400 DM
		Summe	5 500 400 DM

*) 30 % von 25 000 DM

**) 22,5 % von 5 000 DM

1.3 Zuführungen zu den allgemeinen Deckungsmitteln/
Konto 57 994

Erfolgsplan (gem. Ziff. 1.11)	378 000 DM
Finanzplan (gem. Ziff. 1.21)	9 000 DM
Summe	387 000 DM

2. Zahl und Einstufung der Angestellten und Arbeiter nach dem
Stand vom 1. 1. 2000

Aus Erträgen des Kontos:

47 121 Sonstige Mittel Dritter/öffentliche Hand

I. Angestellte	Verg.-Gr.	Zahl
a) Vollbeschäftigte	I b	1
	II a	13
	IV a	1
	V b	2
	V c	3
	VI b	3
	VII	1
	VIII	1
b) Nichtvollbeschäftigte	I b	1
	II a	17
	V b	2
	Zusammen	45
II. Angestellte		
a) Vollbeschäftigte	Lohn-Gr.	1
	Zusammen	1
	Insgesamt	46

47 222 DFG/Zuweisung

I. Angestellte	Verg.-Gr.	Zahl
a) Vollbeschäftigte	I b	2
	II a	31
	IV b	3
	V b	12
	V c	13
	VI b	2
	VII	1
b) Nichtvollbeschäftigte	I b	1
	II a	60
	IV b	1
	V b	1
	V c	1
	Insgesamt	128 (141)

47 223 Bund/Wissenschaftsförderung

I. Angestellte	Verg.-Gr.	Zahl
a) Vollbeschäftigte	I	1
	I a	1
	I b	3
	II a	22
	IV a	2
	IV b	3
	V b	2
	V c	7
	VI b	4
b) Nichtvollbeschäftigte	I b	2
	II a	18
	IV a	1
	IV b	2
	V b	2
	V c	2
	VI b	1
	Insgesamt	73 (44)

Übersicht über die Drittmittel

47 300 Mittel Dritter/nicht öffentliche Hand

I. Angestellte	Verg.-Gr.	Zahl
a) Vollbeschäftigte	I a	2
	I b	7
	II a	34
	IV a	2
	IV b	9
	V b	8
	V c	12
	VI b	5
	VII	12
	VIII	3
	Kr. VII	1
	Kr. VI	3
	Kr. V a	2
	Kr. V	4
b) Nichtvollbeschäftigte	I b	2
	II a	17
	IV a	1
	IV b	5
	V b	4
	V c	1
	VI b	2
	VII	2
	VIII	2
	Kr. VII	1
	Kr. VI	4
	Zusammen	145 (197)
II. Arbeiter		
a) Vollbeschäftigte	Lohn-Gr. 2 a	1
b) Nichtvollbeschäftigte		1
	Zusammen	2 (2)
	Insgesamt	147 (199)

59 900 Entgelte Dritter

I. Angestellte	Verg.-Gr.	Zahl
a) Vollbeschäftigte	I b	2
	II a	29
	IV a	1
	IV b	1
	V b	7
	V c	13
	VI b	3
	VII	9
	VIII	5
	Kr. V	1
b) Nichtvollbeschäftigte	I b	1
	II a	17
	IV b	2
	V b	3
	V c	4
	VI b	2
	VII	2
	VIII	2
	Insgesamt	104 (39)
II. Arbeiter		
b) Nichtvollbeschäftigte		1
	Zusammen	1
	Insgesamt	105 (39)

Übersicht über die Lehrmittel

1. Ansätze im Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2001

1.1 Erfolgsplan

Kontengruppen	2001	2000
66	1 783 300 DM	1 783 300 DM
68	207 900 DM	207 900 DM
69	797 800 DM	797 800 DM
72	621 700 DM	621 700 DM
76	87 400 DM	87 400 DM
78	1 825 300 DM	1 776 900 DM
79	30 500 DM	30 500 DM
Summe	5 353 900 DM	5 305 500 DM

1.2 Finanzplan

Der Anteil der Lehrmittel im Finanzplan ist nicht betragsmäßig abgegrenzt.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-9	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		137.500	—	+137.500	—
121 03-7	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		340.400	—	+340.400	—
381 01-2	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			21.617.900	–21.617.900	
		A U S G A B E N					
682 01-2	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landes- betriebes * Übertragbar. Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Be- wirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.	850.000 —	91.497.500	—	+91.497.500	—
682 03-9	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der tech- nischen und baulichen Anlagen * Übertragbar. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	3.984.600	—	+3.984.600	—
682 39-0	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	183.000	—	+183.000	—
891 01-0	131	Zuführungen für Investitionen des Landes- betriebs * Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	985.600	—	+985.600	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	850.000		93.944.500	–93.944.500	
		Abschluss Kapitel 06 21					
		1 Eigene Einnahmen		477.900	11.438.200	–10.960.300	
		2 Übertragungseinnahmen		—	10.143.700	–10.143.700	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	36.000	–36.000	
		Summe der Einnahmen		477.900	21.617.900	–21.140.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	—	67.579.500	–67.579.500	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	850.000	—	23.412.600	–23.412.600	
		6 Übertragungsausgaben	850.000	95.665.100	1.244.200	+94.420.900	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	985.600	1.708.200	–722.600	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	850.000 850.000	96.650.700	93.944.500	+2.706.200	
		Zuschuss		96.172.800	72.326.600	+23.846.200	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		—	6.292.800		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		96.650.700	100.237.300		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		96.172.800	78.619.400		

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 21 allgemein:

Die Tierärztliche Hochschule Hannover wird ab 1. 1. 2001 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigelegt.

Zu 682 01

Dem Studentenwerk Hannover werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa	806	} 179 000 DM
Erfrischungsraum	153	
Mensa Bünteweg	488	

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	850 000	—	850 000
2002	—	—	850 000	850 000

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit dieses für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen: 11 956 000 DM (davon 408 800 DM für das Lehr- und Forschungsgut Ruthe) (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 891 01

1. Investitionen bis zu 50 000 DM im Einzelfall	866 100 DM
2. Investitionen über 50 000 DM im Einzelfall	
5 Kleinröntgenanlagen	
Fachgebiet Medizinische Physik	119 500 DM
Zusammen	985 600 DM

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

**Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2001
für die Tierärztliche Hochschule Hannover**

Lfd. Nr.	Aufwendungen*)	Lehre 40 % DM	Forschung 45 % DM	Sonstige Aufgaben 15 % DM	Lfd. Nr.	Erträge*)	Lehre 40 % DM	Forschung 45 % DM	Sonstige Aufgaben 15 % DM
1	Personalaufwand	31 099 320	34 986 735	11 662 245	5	Zuschuss	38 660 280	43 492 815	14 497 605
2	Sachaufwand	14 818 760	16 671 105	5 557 035	6	Sondermittel	5 310 080	5 973 840	1 991 280
3	Bauunterhaltung	1 593 840	1 793 070	597 690	7	Drittmittel	5 089 680	5 725 890	1 908 630
4	Investitionen (einschl. Großgeräte)	1 700 440	1 912 995	637 665	8	Sonstige	152 320	171 360	57 120
Summe Aufwendungen		49 212 360	55 363 905	18 454 635	Summe Erträge		49 212 360	55 363 905	18 454 635

*) Die Aufwendungen und Erträge der zentralen Einrichtungen (einschl. zentrale Verwaltung) sind über einen geeigneten Schlüssel einzubeziehen.

Grunddaten:

Lfd. Nr.	Datenart	Ist 1999	Soll 2000	Soll 2001
1	Stellen für wissenschaftliches Personal	221	220	220
2	darunter: Stellen für Professuren	66	65	65
3	Stellen für nichtwissenschaftliches Personal	453	454	454
4	Stellen für Forschung	1	—	—
5	Gesamtaufnahmekapazität nach KapVO (mit Schwund)	238	238	238
6	Studienanfänger (1. Fachsemester)	242	240	240
7	Studierende insgesamt	2 224	2 224	2 224
8	Studierende in der Regelstudienzeit	1 467	—	—
9	Zahl der Zwischenprüfungen	5 283	5 300	5 300
10	Zahl der Abschlussprüfungen	3 503	—	3 600
11	Zahl der Absolventen	238	240	250
12	Zahl der Promotionen	188	13	100
13	Zahl der Habilitationen	4	1	6
14	Zahl der Graduiertenkollegs	1	1	1
15	Zahl der Sonderforschungsbereiche	2	2	2
16	Weiterbildungskurse (Unterrichtsstunden)	6	6	8
17	Drittmittel je Stelle wissenschaftliches Personal	103 576 DM	—	104 047 DM
18	Drittmittel je Professorenstelle	346 823 DM	—	352 158 DM
19	Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge	1	1	1
20	Internat. (Austausch-)Studiengänge	—	—	—
21	Weiterbildungsstudiengänge	—	—	—
22	Fernstudiengänge/Kontaktstudiengänge (EU)	1	1	1
23	Studium Generale, Serviceangebote	1	1	1
24	Internat. Zusammenarbeit (außerhalb von Studiengängen)	18	18	18
25	Frauenförderung (Projekte)	1	1	1

**Wirtschaftsplan für die
Tierärztliche Hochschule Hannover
für das Geschäftsjahr 2001**

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

Aufwendungen	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Erträge	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
60 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	16 279 000	20 002 000	18 309 900	50 Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentl. Zuschussgeber			
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	4 772 900	484 200	644 600	501 Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	95 665 100 ¹⁾	71 770 100	69 797 600
62 Löhne und Vergütungen	12 150 100	10 392 400	15 543 300	502 Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	—	—	—
63 Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	57 438 530	55 004 700	52 234 800	503 Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	7 604 000	9 376 700	10 574 800
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	8 159 670	1 780 700	1 676 700	51 Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	7 853 900	3 411 800	4 054 100
66 Sonst. Personalaufwendungen	1 093 100	583 200	900 900	54 Sonstige betriebliche Erträge	7 656 800	7 677 700	8 643 900
67 Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	15 151 100	1 425 600	1 320 500	57 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
68 Aufwendungen für Kommunikation	1 684 400	1 269 800	1 282 400	58 Außerordentliche Erträge	—	—	—
69 Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	1 929 300	1 293 700	1 157 300				
70 Betriebliche Steuern	121 700	—	—				
75 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—				
76 Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—				
77 Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—				
Summe der Aufwendungen	118 779 800	92 236 300	93 070 400	Summe der Erträge	118 779 800	92 236 300	93 070 400

¹⁾ Zuführungen bzw. Einnahmen:

682 01	91 497 500 DM
682 03	3 984 600 DM
682 39	183 000 DM

Zusammen 95 665 100 DM

Beitrag der Hochschule zum Innovationspakt II 2 000 000 DM.

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2001

Investitionsausgaben	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Deckungsmittel	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—	—	504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	985 600 ¹⁾	1 020 300	983 900
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—	507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	2 951 500 ²⁾	—	—
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	370 700	509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	441 100
07 Technische Anlagen und Maschinen	—	347 100	136 100	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	314 000	687 900	560 300
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4 251 100	1 361 100	1 478 500	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	—	65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	4 251 100	1 708 200	1 985 300		4 251 100	1 708 200	1 985 300

¹⁾ Zuführungen aus 891 01²⁾ Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG)

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
2. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als laufende oder einmalige Leistungen eigener Art gewährt werden.
3. Soweit ausreichend Drittmittel zur Verfügung stehen, dürfen mit bis zu 12 aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten und Arbeiter(n)/-innen unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abgeschlossen werden, dass der Abschluss befristeter Verträge nach den arbeitsrechtlichen Vorschriften und Grundsätzen über befristete Arbeitsverhältnisse nicht rechtswirksam wäre.
4. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert folgender Stellen:
 - 1 Verg.-Gr. VI b BAT Technischer Dienst zum 31. 12. 2004
 - 1 Verg.-Gr. V b BAT Datenverarbeitungsdienst zum 31. 12. 2004im Rahmen des Hochschulstrukturkonzeptes.
5. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte und Arbeiterinnen, Arbeiter)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Angestellte				
I b	1	1	Verwaltungsdienst	1) Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 3 zum Stellenplan. 2) Die/Der leitende Operationsschwester/-pfleger der Klinik für kleine Haustiere ist für die Dauer ihrer/seiner Tätigkeit außertariflich in Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert und erhält eine persönliche Zulage in Höhe des Differenzbetrages zwischen der Grundvergütung der Verg.-Gr. V c BAT und der Verg.-Gr. Kr. VII BAT. 3) Bis zum Inkrafttreten einer tarifvertraglichen Neuordnung ist eine Angestellte im Bibliotheksdienst übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert. 4) Davon darf eine Stelle nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Institut für Parasitologie).
II a	4	3		
III	2	—		
IV a	2	2		
IV b	2	2		
V b	3	3		
V c	15	13		
VI b	26	27		
VII	14	14		
VIII	6	6		
II a ¹⁾	41	41	Tierärztlicher Dienst (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	
IV b	1	1	Angestellte in med. Hilfsberufen und med.-techn. Berufen	
V b	21	21		
V c ²⁾	33	33		
VI b	28	28		
VII	5	5		
I a	—	1	Wissenschaftlicher Dienst	
I b	5	4		
II a	12	12		
II a	9	9	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	
II a	1	1	Bibliotheks- bzw. Archivdienst	
V b	2	2		
V c ³⁾	1	1		
VI b	1	1		
VIII	3	3		
II a	2	2	Technischer Dienst	
III	2	2		
IV a	1	1		
IV b	2	3		
V b	14	13		
V c	25	27		
VI b ⁴⁾	50	52		
VII	7	4		
VIII	11	11		
III	1	1	Datenverarbeitungsdienst	
IV a	4	2		
IV b	2	2		
V b	1	2		
VI b	1	1		
IX b–VII	3	3	Schreib- und Fernschreibdienst	
	364	360	Zusammen	
Arbeiter/-innen				
4 ¹⁾	11	12	Kraftfahrdienst	1) Davon darf eine Stelle nur für Personalratstätigkeit verwendet werden (Klinik für kleine Klautiere).
8	2	2	Handwerklicher Dienst	
6	2	2		
5	9	9		
4	5	6		
4	1	—	Labordienst	
3	4	4		
2 a	6	6		
2	1	1		
1	1	1		
4	—	1	Hausmeisterdienst	
1	41	41	Reinigungsdienst	
8	1	1	Sonstige Dienste	
6	1	1		
5	34	34		
4	28	26		
3	1	—		
2	1	1		
	149	148		Zusammen

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren für den Lehr- und Forschungsbetrieb	16 279 000	20 002 000	18 309 900
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	—	—	—
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	—	—	—
602	Hilfsstoffe	—	—	—
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	10 179 600	8 548 200	7 653 500
604	Verpackungsmaterial	—	—	—
605	Energie	1 700 000	3 276 000	2 947 100
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	—	—	—
607	Sonstiges Material	4 399 400	8 177 800	7 709 300
608	Aufwendungen für Waren	—	—	—
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen für den Lehr- und Forschungsbetrieb	4 772 900	484 200	644 600
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	—	—	—
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	—	—	—
612	Entwicklungs-, Versuchs- und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	—	—	—
613	Weitere Fremdleistungen	—	—	—
614	Frachten und Fremdlager	—	—	—
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	4 772 900	484 200	640 400
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	—	—	4 200

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	12 150 100	10 392 400	15 543 300
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	57 438 530	55 004 700	52 234 800

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2001 DM	2000 DM	1999 DM	Bemerkungen
1. Dienstaufwandsentschädigungen	—	4 500	4 500	
2. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	84 900	67 500	82 700	
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	105 000	104 300	101 500	
3. Ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte	140 000	135 000	130 000	
4. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	59 000	59 000	27 800	
5. Auszubildende für Angestelltenberufe	530 000	500 400	520 000	
6. Überstundenvergütung für Angestellte	140 000	106 000	127 100	
7. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	1 065 000	1 040 000	1 015 000	
8. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	55 700	87 900	69 200	
9. Auszubildende für Arbeiterberufe	618 300	580 500	625 000	
10. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	264 700	266 400	280 000	
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)		83 800	83 800	
12. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	104 200	50 000	50 000	
13. Wissenschaftliche Hilfskräfte	343 100	200 000	200 000	
14. Entschädigung eine(s)/-r Professor(s)/-in für die nebenamtliche Leitung der Lehranstalt zur Ausbildung technischer Assistenten/-innen	1 500	1 500	1 500	

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	8 159 670	1 780 700	1 676 700
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	—	—	—
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	—	—	—
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	171 900	—	—
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	—
644	Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten	5 375 400	—	—
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	105 720	—	—
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	1 826 450	1 780 700	1 676 700
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	680 200	—	—

Zu Kontengruppe

66	Sonstige Personalaufwendungen	1 093 100	583 200	900 900
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen, -umsetzungen und -entlassungen	—	—	—
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten, Wegstreckenentschädigung	—	—	—
662	Aufwendungen für Betriebs-/Amtsarzt und Arbeitssicherheit	134 600	146 900	103 000
663	Personenbezogene Versicherungen	—	—	—
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	36 800	34 600	45 100
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	—	—	—
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
667	Nebenbezüge	921 700	401 700	752 800
668	Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	15 151 100	1 425 600	1 320 500
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	11 570 700	24 700	15 000
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	—	—	—
673	Gebühren	77 000	—	—
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	1 274 400	—	400
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs und der Kapitalbeschaffung	—	—	—
677	Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	283 800	—	—
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	1 945 200	1 400 900	1 305 100
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	1 684 400	1 269 800	1 282 400
680	Büromaterial und Drucksachen	801 500	573 700	385 000
681	Zeitungen und Fachliteratur (Verwaltung)	—	—	—
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	253 100	253 100	275 000
683	Sonstige Kommunikationsmittel	—	—	—
685	Reisekosten	599 400	421 100	577 700
686	Gästebewirtung und Repräsentation	4 000	4 000	4 000
687	Öffentlichkeitsarbeit	26 400	17 900	40 700
689	Sonstige Ausgaben für Kommunikation	—	—	—
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	1 929 300	1 293 700	1 157 300
690	Versicherungsbeiträge, diverse	—	—	—
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	4 400	4 400	1 200
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	1 475 700	838 600	869 400
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	449 200	450 700	286 700
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	121 700	—	—
702	Grundsteuer	107 200	—	—
703	Kraftfahrzeugsteuer	14 500	—	—
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	—
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
751	Bankzinsen	—	—	—
759	Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
77	Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5 – Erträge

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen öffentlicher Zuschussgeber	103 269 100	81 146 800	80 372 400
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	95 665 100	71 770 100	69 797 600
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	—	—	—
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	7 604 000	9 376 700	10 574 800
504	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	—	—	—
509	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	7 853 900	3 411 800	4 054 100
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	2 733 700	3 164 200	2 733 700
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge für lfd. Aufwendungen	4 806 200	247 600	1 320 400
512	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge für Investitionen	314 000	—	—
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	7 656 800	7 677 700	8 643 900
540	Nebenerlöse	7 475 400	7 496 300	8 320 300
541	Sonstige Erlöse	181 400	181 400	323 600
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
549	Periodenfremde Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
58	Außerordentliche Erträge	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Aufteilung der Dritt- und Sondermittel

Dritt- und Sondermittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

A. Aufwendungen

	2001 DM	1999 DM
60	16 593 700	13 291 100
61	93 100	—
62	520 000	524 000
63	6 800 000	7 027 700
64	—	—
66	594 000	659 400
67	2 500	2 900
68	670 000	438 500
69	402 100	243 800
70	10 000	—
75	—	—
76	—	—
77	—	—

Zusammen:

25 685 400 22 187 400

B. Erträge

50	10 555 500	10 574 800
51	7 539 900	4 054 100
54	7 590 000	7 558 500
55	—	—
57	—	—
58	—	—

Zusammen:

25 685 400 22 187 400

Zahl und Einstufung der Angestellten und Arbeiter nach dem Stand
vom 31. 12. 1999

I. Angestellte:

Verg.-Gr.	Zahl
I b	0,5
II a	23
IV b	5
V b	3
V c	7,75
VI b	3
VII	4,5
Zusammen	46,75

II. Arbeiter/-innen:

Lohn-Gr.	Zahl
6 a	1
4	0,5
Zusammen	1,5
Insgesamt	48,25

Wirtschaftsplan

des Lehr- und Forschungsgutes Ruthe der Tierärztlichen Hochschule Hannover
für das Wirtschaftsjahr 2000/2001
(Betrieb gem. § 26 LHO)

Wirtschaftsplan des Lehr- und Forschungsgutes Ruthe
für das Wirtschaftsjahr 2000/2001
(LF 214 ha)

I. Erfolgsplan

	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM		Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM
Umsatzerlöse				Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	410 000	410 000	377 408	Pflanzenproduktion	145 000	145 000	155 710
Tierproduktion	1 150 800	1 040 000	804 405	Tierproduktion	891 500	564 500	421 883
Forstwirtschaft, Jagd	1 500	1 500	1 615	Nebenbetriebe, Dienstleistungen	—	—	29 297
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	10 000	20 000	11 703	Forstwirtschaft, Jagd	600	600	618
Summe Umsatzerlöse	1 572 300	1 471 500	1 195 131	sonstiger Materialaufwand	60 000	175 000	—
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	—	—	—	Summe Materialaufwand	1 096 600	885 100	607 508
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an Tieren	—	—	—	Personalaufwand	1 140 000	1 050 000	1 031 901
andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—	Abschreibungen	350 000	370 000	451 402
sonstige betriebliche Erträge	931 400	260 000	433 272	sonstige betriebliche Aufwendungen			
Lehre und Forschung	320 000	320 000	320 000	Unterhaltung	230 000	225 000	220 083
besondere Forschung	140 000	135 000	125 000	Betriebsversicherungen	35 000	30 000	28 805
Lehrkurse	75 000	75 000	74 751	sonstiger Betriebsaufwand	697 000	35 000	451 220
Übungsherde	15 000	15 000	15 000	zeitraumfremde Aufwendungen	32 000	30 000	30 485
Betriebliche Erträge	3 053 700	2 276 500	2 163 154	Summe sonst. betriebl. Aufwendungen	994 000	320 000	730 593
				besondere Forschung	140 000	135 000	125 000
				Lehrkurse	75 000	75 000	74 751
				Übungsherde	15 000	15 000	15 000
				Betriebliche Aufwendungen	3 810 600	2 850 100	3 036 155
				Betriebsergebnis	–756 900	–573 600	–873 001
				sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
				Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
				Finanzergebnis	—	—	—
				Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	–756 900	–573 600	–873 001
				sonstige Steuern	—	—	—
				Gewinn/Verlust	–756 900	–573 600	–873 001

Bemerkungen:

Personalaufwand – vorgesehen sind

- a) Angestellte
- b) Lohnempfänger

Zu a)
3 BAT

Zu b)
9 vollbeschäftigt
5 teilzeitbeschäftigt
2 Auszubildende

II. Finanzplan

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM	Finanzierung	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	180 000	150 000	—	1. Abschreibungen	200 000	180 000	256 540
2. Totes Inventar und zu aktivierende Reparaturen	20 000	30 000	174 542	2. Betriebserträge	—	—	—
3. Tieranlagevermögen	—	—	—	3. Buchwertabgänge, Anlagevermögen	—	—	—
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	—	—	—	4. Zuschuss aus Haushalts- mitteln (Titel 682 ..)	—	—	—
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapital- ausstattung (Titel 861 ..)	—	—	—
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	—	—	—	6. Sonstiges	—	—	—
7. Sonstiges	—	—	81 998				
Finanzbedarf	200 000	180 000	256 540	Finanzdeckung	200 000	180 000	256 540

Bemerkungen:

Vorgesehen sind:

Zu 1.:
Ersatzbau Maschinenhalle 180 000 DMZu 2.:
Ersatzbeschaffung Güllpumpe 17 000 DM
Ersatzbeschaffung von Kleingerät 3 000 DM

Zusammen 200 000 DM

VE:

Ersatzinvestitionen i. Wj. 2000/2001 = 20 000 DM

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM
+/- Gewinn/Verlust	-756 900	-573 600	-873 001
+ Abschreibungen	+150 000	+190 000	+453 689
+ Buchwertabgänge des Anlagevermögens	—	—	—
+ sonstige Eigenmittel	—	—	—
- Finanzbedarf	—	—	—
Endergebnis:			
Zuschuss Titel 685 41 (ab Haushaltsjahr 2001 Titel 682 01)	-606 900	-383 600	-419 312
Ablieferung	—	—	—

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-2	136	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
121 03-0	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		207.400	—	+207.400	—
381 01-6	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			754.400	–754.400	
		A U S G A B E N					
682 01-6	136	Zuführungen für laufende Zwecke des Landes- betriebes * Übertragbar. Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Be- wirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.	20.000 —	24.652.300	—	+24.652.300	—
682 03-2	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der tech- nischen und baulichen Anlagen ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Be- wirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	210.000	—	+210.000	—
682 39-3	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	29.800	—	+29.800	—
891 01-4	136	Zuführungen für Investitionen des Landes- betriebs * Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	180.000	—	+180.000	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	20.000		18.819.100	–18.819.100	
		Abschluss Kapitel 06 22					
		1 Eigene Einnahmen		207.400	486.400	–279.000	
		2 Übertragungseinnahmen		—	268.000	–268.000	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		207.400	754.400	–547.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	—	15.381.000	–15.381.000	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	3.217.400	–3.217.400	
		6 Übertragungsausgaben	20.000	24.892.100	10.700	+24.881.400	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	180.000	210.000	–30.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	20.000 20.000	25.072.100	18.819.100	+6.253.000	
		Zuschuss		24.864.700	18.064.700	+6.800.000	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		—	2.737.200		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		25.072.100	21.556.300		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		24.864.700	20.801.900		

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 22 allgemein:

Die Hochschule für Bildende Künste Braunschweig wird ab 1. 1. 2001 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage beigelegt.

Zu 682 01

Dem Studentenwerk Braunschweig werden folgende landeseigenen Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa	733	17 200 DM

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	128 000	—	—	128 000
2002	128 000	—	—	128 000
2003	128 000	—	—	128 000
2004	128 000	—	—	128 000
2005 bis 2007	384 000	—	—	384 000

Die neu ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung ist für die Anmietung neuer Räume für das Institut für Medienwissenschaften und Film im Gebäudekomplex Frankfurter Straße bestimmt.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	150 000	—	—	150 000
2002	150 000	—	—	150 000
2003	150 000	—	—	150 000
2004	150 000	—	—	150 000
2005 bis 2009	750 000	—	—	750 000

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 üpl. in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	20 000	—	—	20 000
2002	20 000	—	—	20 000
2003	20 000	—	—	20 000
2004	20 000	—	—	20 000
2005 bis 2009	100 000	—	—	100 000

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2000	20 000	—	—	20 000
2001	—	20 000	—	20 000
2002	—	—	20 000	20 000

Auf Nutzungsentgelte entfallen 2 223 400 DM (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 891 01

1. Investitionen bis zu 50 000 DM im Einzelfall	110 000 DM
2. Geräte zur Umsetzung umweltrechtlicher und arbeitssicherheitsrechtlicher Vorschriften	20 000 DM
3. Sonstige Investitionen	50 000 DM
Zusammen	180 000 DM

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

**Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2001
für die Hochschule für bildende Künste Braunschweig**

Lfd. Nr.	Aufwendungen*)	Lehre 60 % DM	Forschung 30 %**) DM	Sonstige Aufgaben 10 % DM	Lfd. Nr.	Erträge*)	Lehre 60 % DM	Forschung 30 %**) DM	Sonstige Aufgaben 10 % DM
1	Personalaufwand	11 887 380	5 943 690	1 981 230	5	Zuschuss	15 043 260	7 521 630	2 507 210
2	Sachaufwand	3 411 840	1 705 920	568 640	6	Sondermittel	511 200	255 600	85 200
3	Bauunterhaltung	126 000	63 000	21 000	7	Drittmittel	230 700	115 350	38 450
4	Investitionen (einschl. Großgeräte)	469 200	234 600	78 200	8	Sonstige	109 260	54 630	18 210
	Summe Aufwendungen	15 894 420	7 947 210	2 649 070		Summe Erträge	15 894 420	7 947 210	2 649 070

*) Die Aufwendungen und Erträge der zentralen Einrichtungen (einschl. zentrale Verwaltung) sind über einen geeigneten Schlüssel einzubeziehen.

**) einschließlich künstlerische Entwicklungsvorhaben

Zu Personalaufwand:

Zuweisungen des Landes Kapitel 06 22	19 546 500 DM
Zuweisungen aus anderen Kapiteln	180 000 DM
aus Drittmiteleinnahmen	85 800 DM

Grunddaten:

Lfd. Nr.	Datenart	Ist 1999	Soll 2000	Soll 2001
11	Stellen für wissenschaftliches Personal	73	73	73
12	darunter: Stellen für Professuren	54	53	53
13	Stellen für nichtwissenschaftliches Personal*)	66	66	71**)
14	Stellen für Forschung	—	—	—
15	Gesamtaufnahmekapazität nach KapVO (mit Schwund)	256	285	319
16	Studienanfänger (1. Fachsemester)	238	285	300
17	Studierende insgesamt	1 056	1 200	1 250
18	Studierende in der Regelstudienzeit	801	1 000	900
19	Zahl der Zwischenprüfungen	54	100	90
20	Zahl der Abschlussprüfungen	66	100	100
21	Zahl der Absolventen	66	110	95
22	Zahl der Promotionen	3	4	5
23	Zahl der Habilitationen	—	1	1
24	Zahl der Graduiertenkollegs	—	—	—
25	Zahl der Sonderforschungsbereiche	—	—	—
26	Weiterbildungskurse (Unterrichtsstunden)	864	1 500	1 200
27	Drittmittel je Stelle wissenschaftliches Personal	12 460 DM	12 500 DM	12 500 DM
28	Drittmittel je Professorenstelle	15 230 DM	17 200 DM	16 000 DM
29.1	Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge	2	2	2
29.2	Internat. (Austausch-)Studiengänge	—	—	—
29.3	Weiterbildungsstudiengänge	—	—	—
29.4	Fernstudiengänge	—	—	—
29.5	Studium Generale, Serviceangebote	ja	ja	ja
30	Internat. Zusammenarbeit (außerhalb von Studiengängen)	ja	ja	ja
31	Frauenförderung	ja	ja	ja

*) zusätzlich insgesamt 17 Teilzeitstellen

**) davon 3 Stellen befristet für „Uni 2001“

**Wirtschaftsplan für die
Hochschule für Bildende Künste Braunschweig
für das Geschäftsjahr 2001**

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

Aufwendungen	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Erträge	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
60 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1 600 300	1 899 900	1 828 810	501 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	24 892 100	20 801 900	20 000 000
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	138 100	142 600	239 500	502 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	250 000	410 000	840 000
62 Löhne und Vergütungen	1 421 300	1 071 500	1 538 000	503 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	—	—	322 000
63 Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	15 568 000	14 392 200	13 799 600	51 Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	384 500	384 500	74 400
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2 767 000	2 737 200	2 606 900	54 Sonstige betriebliche Erträge	182 100	182 100	331 200
66 Sonst. Personalaufwendungen	56 000	56 000	103 300	57 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
67 Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	3 649 600	959 700	857 600	58 Außerordentliche Erträge	—	5 000	33 000
68 Aufwendungen für Kommunikation	383 600	348 600	442 650				
69 Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	124 900	175 800	184 240				
70 Betriebliche Steuern	500	—	—				
75 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—				
76 Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—				
77 Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—				
Summe der Aufwendungen	25 708 700	21 783 500	21 600 600	Summe der Erträge	25 708 700	21 783 500	21 600 600

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2001

Investitionsausgaben	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Deckungsmittel	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—	—	504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	180 000 ¹⁾	210 000	202 000
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—	507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	602 000 ²⁾	—	—
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	—	509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
07 Technische Anlagen und Maschinen	757 000	210 000	279 300	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	25 000	—	30 700	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	—	65 Abschreibungen	—	—	—
				Verlagerung 1999 lt. § 132 NHG (Mittel des Erfolgsplans)	—	—	108 000
Gesamtsumme:	782 000	210 000	310 000		782 000	210 000	310 000

¹⁾ Zuführungen bzw. Einnahmen aus 06 22 – 891 01 = 180 000 DM²⁾ Zuführungen bzw. Einnahmen aus 06 04 – 891 36 = 602 000 DM

Bewirtschaftungsvermerke:

Personalaufwendungen

1. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
2. 1 Verg.-Gr. I b – Wissenschaftlicher Dienst –
kw bei Ausscheiden des Stelleninhabers
(Studiengang Industriedesign)
3. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistung eigener Art gewährt werden.
4. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes.
Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Beamtete Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiterinnen, Arbeiter)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Angestellte				
II a	1	1	Verwaltungsdienst	
III	1	—		
IV a	2	1		
V c	3	2		
VI b	10	10		
VII	5	5		
I b	2	2	Wissenschaftlicher Dienst ²⁾	
II a	11	10		
II a	1	1	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	
IV a	3	1	Datenverarbeitungsdienst	
IV a	1	1	Bibliotheksdienst	
V b	2	2		
VI b	3	3		
VII	1	1		
III	1	1	Technischer Dienst	
IV b	1	2		
V b	2	3		
V c	13	12		
VI b	3	3		
IX b–VII	4	4	Schreib- und Fernschreibdienst	
VII	1	1	Sonstige Dienste	
	71	66	Zusammen	
Arbeiter/-innen				
6	1	1	Technischer Dienst	
3	2	2	Handwerklicher Dienst	
3	2	2	Hausmeisterdienst (auch Boten und Pfortner)	
2 a	4	4		
	9	9	Zusammen	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren für den Lehr- und Forschungsbetrieb	1 600 300	1 899 900	1 828 800
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	—	—	—
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	—	—	—
602	Hilfsstoffe	—	—	—
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	491 100	823 800	603 300
604	Verpackungsmaterial	—	—	—
605	Energie	300 000	338 400	330 800
606	Reparaturmaterial und Fremdinstallierung	—	—	—
607	Sonstiges Material	809 200	737 700	894 700
608	Aufwendungen für Waren	—	—	—
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen für den Lehr- und Forschungsbetrieb	138 100	142 600	239 500
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	—	—	—
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	—	—	—
612	Entwicklungs-, Versuchsarbeiten und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	—	—	—
613	Weitere Fremdarbeiten	—	—	—
614	Frachten und Fremdlager	—	—	—
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	37 100	31 600	34 200
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	101 000	111 000	205 300

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
62	Dienstbezüge und Vergütungen	1 404 100	1 071 500	1 538 000
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	15 311 300	14 392 200	13 799 600

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2001 DM	2000 DM	1999 DM	Bemerkungen
1. Dienstaufwandsentschädigungen	—	4 500	4 500	
2. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—	
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—	
3. Ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte	265 400	265 400	265 400	
4. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	—	—	—	
5. Auszubildende für Angestelltenberufe	20 800	20 100	—	
6. Überstundenvergütung für Angestellte	—	—	—	
7. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen (= 11 Teilzeitarbeiter/-innen)	380 500	345 900	345 900	
8. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	12 000	12 000	12 000	
9. Auszubildende für Arbeiterberufe (= 6 Plätze)	124 800	120 000	140 100	
10. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	1 000	1 000	1 000	
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	35 000	35 000	35 000	
12. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	—	—	—	
13. Wissenschaftliche Hilfskräfte	—	—	—	

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2 767 000	2 737 200	2 606 900
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	—	—	—
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	—	—	—
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	34 800	—	—
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	—
644	Versorgungszuschlag der Beamten	2 412 400	2 737 200	2 606 900
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	43 500	—	—
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	—	—	—
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	276 300	—	—

Zu Kontengruppe

66	Sonstige Personalaufwendungen	56 000	56 000	103 300
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen	—	—	—
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten	2 000	—	—
662	Aufwendungen für Betriebs-, Amtsarzt- und Arbeitssicherheit	9 800	9 800	14 700
663	Aufwendungen für personenbezogene Versicherungen	—	—	—
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	7 500	9 500	12 600
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	—	—	—
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
667	Nebenbezüge	36 700	36 700	76 000
668	Aufwendungen für Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	3 649 000	959 700	857 600
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	2 751 500	528 100	285 700
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	—	—	—
673	Gebühren	20 000	—	—
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	796 700	66 300	200 000
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs	—	—	—
677	Aufwendungen für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	800	—	—
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	80 000	365 300	371 900
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	383 600	348 600	442 650
680	Aufwendungen für Büromaterial, Drucksachen	90 100	55 100	72 700
681	Aufwendungen für Zeitungen und Fachliteratur	—	—	—
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	205 700	205 700	240 700
683	Aufwendungen für sonstige Kommunikationsmittel	—	—	—
685	Aufwendungen für Reisekosten	24 700	24 700	61 600
686	Aufwendungen für Gästebewirtung und Repräsentation	2 000	2 000	1 700
687	Öffentlichkeitsarbeit	61 100	61 100	65 950
689	Sonstige Ausgaben für Kommunikation	—	—	—
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	124 900	175 800	189 240
690	Versicherungsbeiträge, diverse	—	—	—
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	7 800	7 800	7 200
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	2 000	2 000	2 000
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	115 100	166 000	175 040
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	500	—	—
702	Grundsteuer	—	—	—
703	Kraftfahrzeugsteuer	500	—	—
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	—
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
751	Bankzinsen	—	—	—
759	Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
77	Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5 – Erträge

		2001 DM	2000 DM	2001 DM
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse sowie Erträge aus Zuweisungen und Entgelten	25 958 700	21 211 900	21 162 000
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen	25 708 700	20 801 900	20 000 000
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	250 000	410 000	840 000
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	—	—	322 000
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	384 500	384 500	74 400
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	—	—	—
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge	384 500	384 500	74 400
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	182 100	182 100	331 200
540	Nebenerlöse	63 600	63 600	207 450
541	Sonstige Erlöse	13 500	13 500	24 050
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
546	Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	105 000	105 500	99 700
549	Periodenfremde Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
55	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
551	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
552	Erträge aus Gebühren und gebührenähnliche Erträge	—	—	—
558	Periodenfremde Aufträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
58	Außerordentliche Erträge (= Spenden)	—	5 000	33 000

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-6	136	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
121 03-4	136	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		215.600	—	+215.600	—
381 01-0	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			759.300	–759.300	
		A U S G A B E N					
682 01-0	136	Zuführungen für laufende Zwecke des Landes- betriebes * Übertragbar. Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Be- wirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.	—	31.549.200	—	+31.549.200	—
682 03-6	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der tech- nischen und baulichen Anlagen ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Be- wirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	540.500	—	+540.500	—
682 39-7	136	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
891 01-8	136	Zuführungen für Investitionen des Landes- betriebs * Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	416.700	—	+416.700	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		24.715.800	–24.715.800	
		Abschluss Kapitel 06 23					
		1 Eigene Einnahmen		215.600	424.300	–208.700	
		2 Übertragungseinnahmen		—	335.000	–335.000	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		215.600	759.300	–543.700	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	—	21.566.000	–21.566.000	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	2.727.700	–2.727.700	
		6 Übertragungsausgaben	—	32.089.700	21.600	+32.068.100	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	416.700	400.500	+16.200	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	32.506.400	24.715.800	+7.790.600	
		Zuschuss		32.290.800	23.956.500	+8.334.300	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		—	4.679.400		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		32.506.400	29.395.200		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		32.290.800	28.635.900		

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 23 allgemein:

Die Hochschule für Musik und Theater wird ab 1. 1. 2001 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigelegt.

Zu 682 01

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	129 000	—	—	129 000
2002	129 000	—	—	129 000

Aufgrund der 1997 üpl. bewilligten Verpflichtungsermächtigung für die Anmietung von Räumen:

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 üpl. in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	193 000	—	—	193 000
2002	193 000	—	—	193 000
2003	193 000	—	—	193 000
2004	193 000	—	—	193 000
2005 bis 2010	1 158 000	—	—	1 158 000

Auf Nutzungsentgelte entfallen: 1 820 700 DM
(vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 891 01

1. Investitionen bis zu 50 000 DM im Einzelfall	96 700 DM
2. Geräte zur Umsetzung umweltrechtlicher und arbeitssicherheitsrechtlicher Vorschriften	— DM
3. Sonstige Investitionen	320 000 DM
Zusammen	416 700 DM

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

**Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2001
für die Hochschule für Musik und Theater Braunschweig**

Lfd. Nr.	Aufwendungen*)	Lehre 65 % DM	Forschung 25 %**) DM	Sonstige Aufgaben 10 % DM	Lfd. Nr.	Erträge*)	Lehre 65 % DM	Forschung 25 %**) DM	Sonstige Aufgaben 10 % DM
1	Personalaufwand	17 687 800	6 803 000	2 721 200	5	Zuschuß	21 129 160	8 126 600	3 250 640
2	Sachaufwand	3 170 245	1 219 325	487 730	6	Sondermittel	280 020	107 700	43 080
3	Bauunterhaltung	351 325	135 125	54 050	7	Drittmittel	130 000	50 000	20 000
4	Investitionen (einschl. Großgeräte)	471 705	181 425	72 570	8	Sonstige	141 895	54 575	21 830
Summe Aufwendungen		21 681 075	8 338 875	3 335 550	Summe Erträge		21 681 075	8 338 875	3 335 550

*) Die Aufwendungen und Erträge der zentralen Einrichtungen (einschl. zentrale Verwaltung) sind über einen geeigneten Schlüssel einzubeziehen.

**) einschließlich künstlerische Entwicklungsvorhaben

Grunddaten:

Lfd. Nr.	Datenart	Ist 1999	Soll 2000	Soll 2001
1	Stellen für wissenschaftliches Personal	129	129	127
2	darunter: Stellen für Professuren	102	102	99
3	Stellen für nichtwissenschaftliches Personal*)	39	39	46
4	Stellen für Forschung	—	—	—
5	Gesamtaufnahmekapazität nach KapVO (mit Schwund)	215	215	215
6	Studienanfänger (1. Fachsemester)	215	220	220
7	Studierende insgesamt	1 079	1 090	1 090
8	Studierende in der Regelstudienzeit	927	930	930
9	Zahl der Zwischenprüfungen	133	130	130
10	Zahl der Abschlussprüfungen	240	230	230
11	Zahl der Absolventen	163	160	160
12	Zahl der Promotionen	4	2	2
13	Zahl der Habilitationen	1	1	1
14	Zahl der Graduiertenkollegs	—	—	—
15	Zahl der Sonderforschungsbereiche	—	—	—
16	Weiterbildungskurse (Unterrichtsstunden)	—	—	—
17	Drittmittel je Stelle wissenschaftliches Personal	2 251 DM	1 940 DM	1 970 DM
18	Drittmittel je Professorenstelle	2 847 DM	2 450 DM	2 530 DM

*) zusätzlich insgesamt 14 Teilzeitstellen
ab 2001 insgesamt 12 Teilzeitstellen

**Wirtschaftsplan für die
Hochschule für Musik und Theater Hannover
für das Geschäftsjahr 2001**

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Anlage 1
zu Kapitel 06 23

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

Aufwendungen	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Erträge	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
60 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1 497 636	1 390 036	1 838 790	501 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	32 089 700 ¹⁾	23 780 173	22 681 865
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	749 800	140 600	150 824	502 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	—	—	—
62 Löhne und Vergütungen	1 649 700	1 542 500	1 866 875	503 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	200 000	200 000	374 522
63 Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	21 033 800	20 023 500	18 307 345	51 Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	151 800	151 800	151 840
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	4 528 500	—	—	54 Sonstige betriebliche Erträge	188 300	183 300	333 600
66 Sonst. Personalaufwendungen	17 600	7 600	56 812	57 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
67 Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	2 802 766	869 539	872 046	58 Außerordentliche Erträge	—	—	—
68 Aufwendungen für Kommunikation	288 000	279 500	350 246				
69 Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	61 600	61 600	98 491				
70 Betriebliche Steuern	398	398	398				
75 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—				
76 Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—				
77 Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—				
Summe der Aufwendungen	32 629 800	24 315 273	23 541 827	Summe der Erträge	32 629 800	24 315 273	23 541 827

¹⁾ Zuführungen bzw. Einnahmen:

06 23 – 682 01	31 549 200 DM
06 23 – 682 03	540 500 DM

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2001

Investitionsausgaben	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Deckungsmittel	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—	—	504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	416 700 ¹⁾	400 500	1 087 754
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände	—	—	—	507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	279 000 ²⁾	—	—
05 Grundstücke, grundstücks- gleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	—	509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
07 Technische Anlagen und Maschinen	725 700	400 500	1 087 754	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	—	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	30 000	30 000	93 556
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	—	65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	725 700	400 500	1 087 754		725 700	430 500	1 181 310

¹⁾ Zuführungen bzw. Einnahmen:

06 23 – 682 01	416 700 DM

²⁾ Zuführungen aus:

06 04 – 891 36 (HBFG)	279 000 DM

Bewirtschaftungsvermerke:

Personalaufwendungen

1. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
2. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistung eigener Art gewährt werden.
3. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes.
Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Beamtete Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiterinnen, Arbeiter)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Angestellte				
II a	1	—	Verwaltungsdienst	
III	1	—		
IV a	2	—		
IV b	1	—		
V c	4	2		
VI b	2	3		
VII	6	6		
I b	1	1	Wissenschaftlicher Dienst	
II a	6	6		
II a	5	5	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	
III	1	1	Datenverarbeitungsdienst	
VI a	1	1		
II a	5	5	Lehrkräfte	
III	5	3		
IV a	3	4		
VI b	1	1	Bibliotheksdienst	
V b	3	2		
VI b	1	1		
VII	1	1		
IV a	2	2	Technischer Dienst	
IV b	1	1		
V c	2	1		
VI b	2	3		
VII	2	2		
IX b–VII	2	2	Schreib- und Fernschreibdienst	
	61	53	Zusammen	
Arbeiter/-innen				
4	1	—	Handwerklicher Dienst	
3	1	2		
4	1	1	Hausmeisterdienst (auch Boten und Pfortner)	
3	2	—		
2 a	—	2		
	5	5	Zusammen	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren für den Lehr- und Forschungsbetrieb	1 497 636	1 390 036	1 838 790
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	—	—	—
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	1 800	1 800	1 600
602	Hilfsstoffe	—	—	—
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	551 536	505 836	416 182
604	Verpackungsmaterial	—	—	—
605	Energie	170 100	150 000	152 957
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	—	—	—
607	Sonstiges Material	774 200	732 400	1 268 051
608	Aufwendungen für Waren	—	—	—
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen für den Lehr- und Forschungsbetrieb	749 800	140 600	150 823
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	—	—	—
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	—	—	—
612	Entwicklungs-, Versuchsarbeiten und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	—	—	—
613	Weitere Fremdarbeiten	—	—	—
614	Frachten und Fremdlager	—	—	—
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	730 500	121 300	131 715
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	19 300	19 300	19 108

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	1 649 700	1 542 500	1 866 875
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	21 033 800	20 023 500	18 307 345

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2001 DM	2000 DM	1999 DM	Bemerkungen
1. Dienstaufwandsentschädigungen	—	—	—	
2. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	103 600	103 600	103 600	
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	39 200	39 200	39 200	
3. Ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte	390 800	386 900	516 684	
4. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	1 051 800	978 900	987 032	
5. Auszubildende für Angestelltenberufe	—	—	—	
6. Überstundenvergütung für Angestellte	8 500	8 500	3 555	
7. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen (= 11 Teilzeitarbeiter/-innen)	—	—	—	
8. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	23 100	17 700	20 862	
9. Auszubildende für Arbeiterberufe	—	—	—	
10. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	6 500	6 500	—	
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	—	—	234 470	
12. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	—	—	—	
13. Wissenschaftliche Hilfskräfte	159 000	159 000	188 500	

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	4 528 500	—	—
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	—	—	—
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	—	—	—
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	34 800	—	—
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	—
644	Versorgungszuschlag der Beamten	3 956 900	—	—
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	69 300	—	—
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	—	—	—
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	467 500	—	—

Zu Kontengruppe

66	Sonstige Personalaufwendungen	17 600	7 600	56 812
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen	—	—	—
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten	—	—	—
662	Aufwendungen für Betriebs-, Amtsarzt- und Arbeitssicherheit	6 000	6 000	6 000
663	Aufwendungen für personenbezogene Versicherungen	—	—	—
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	11 600	1 600	1 100
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	—	—	—
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
667	Nebenbezüge	—	—	49 712
668	Aufwendungen für Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	2 802 766	869 539	872 044
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	2 171 500	334 800	329 259
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	—	—	—
673	Gebühren	25 300	20 800	20 350
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	441 466	366 739	377 511
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs	—	—	—
677	Aufwendungen für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	2 800	2 800	2 370
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	161 700	144 400	142 554
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	288 000	279 500	350 244
680	Aufwendungen für Büromaterial, Drucksachen	70 600	70 600	90 430
681	Aufwendungen für Zeitungen und Fachliteratur	—	—	—
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	152 200	152 200	195 939
683	Aufwendungen für sonstige Kommunikationsmittel	—	—	—
685	Aufwendungen für Reisekosten	55 000	48 500	54 799
686	Aufwendungen für Gästebewirtung und Repräsentation	4 000	2 000	1 989
687	Öffentlichkeitsarbeit	6 200	6 200	7 087
689	Sonstige Ausgaben für Kommunikation	—	—	—
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	61 600	61 600	98 490
690	Versicherungsbeiträge, diverse	—	—	—
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	6 700	6 700	5 813
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	10 800	10 800	10 500
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	44 100	44 100	82 177
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	398	398	398
702	Grundsteuer	161	161	161
703	Kraftfahrzeugsteuer	237	237	237
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	—
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
751	Bankzinsen	—	—	—
759	Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
77	Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5 – Erträge

		2001 DM	2000 DM	2001 DM
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse sowie Erträge aus Zuweisungen und Entgelten	32 289 700	200 000	374 523
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen	32 089 700	—	—
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	—	—	—
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	200 000	200 000	374 523
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	151 800	151 800	151 840
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	16 800	16 800	13 440
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge für lfd. Aufwendungen	135 000	135 000	138 400
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	188 300	183 300	333 600
540	Nebenerlöse	120 300	115 300	159 350
541	Sonstige Erlöse	38 000	38 000	80 694
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
546	Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	30 000	30 000	93 556
549	Periodenfremde Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
55	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
551	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
552	Erträge aus Gebühren und gebührenähnliche Erträge	—	—	—
558	Periodenfremde Aufträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
58	Außerordentliche Erträge	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Aufteilung der Dritt- und Sondermittel

Dritt- und Sondermittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

	Drittmittel 2001 DM	Sondermittel 2001 DM	DM
A. Aufwendungen			
60	200 000	200 000	110 842
61	—	—	—
62	—	—	—
63	—	—	129 784
64	—	—	—
66	—	—	49 712
67	—	—	—
68	—	—	—
69	—	—	—
70	—	—	—
75	—	—	—
76	—	—	—
77	—	—	—
Zusammen:	200 000	200 000	290 338
B. Erträge			
50	200 000	200 000	355 279
51	—	—	—
54	—	—	—
55	—	—	—
57	—	—	—
58	—	—	—
Zusammen:	200 000	200 000	355 279

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-8	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
121 03-6	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		676.400	—	+676.400	—
381 01-1	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			2.027.500	–2.027.500	
		A U S G A B E N					
682 01-1	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landes- betriebes * Übertragbar. Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.	170.000 —	42.956.000	—	+42.956.000	—
682 03-8	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der tech- nischen und baulichen Anlagen * Übertragbar. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	530.800	—	+530.800	—
682 39-9	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	7.000	—	+7.000	—
891 01-0	131	Zuführungen für Investitionen des Landes- betriebes * Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	274.000	—	+274.000	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	170.000		36.569.600	–36.569.600	
		Abschluss Kapitel 06 29					
		1 Eigene Einnahmen		676.400	1.147.500	–471.100	
		2 Übertragungseinnahmen		—	880.000	–880.000	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		676.400	2.027.500	–1.351.100	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	— 170.000	—	31.296.300	–31.296.300	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	4.849.300	–4.849.300	
		6 Übertragungsausgaben	170.000 —	43.493.800	143.000	+43.350.800	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	274.000	281.000	–7.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	170.000 170.000	43.767.800	36.569.600	+7.198.200	
		Zuschuss		43.091.400	34.542.100	+8.549.300	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		—	4.589.200		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		43.767.800	41.158.800		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		43.091.400	39.131.300		

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 29 allgemein:

Die Universität Hildesheim wird ab 1. 1. 2001 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage beigelegt.

Zu 682 01

Dem Studentenwerk Hannover werden folgende landeseigenen Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa	949	62 407 DM

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	170 000	—	170 000
2002	—	—	170 000	170 000

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen:

2 856 000 DM (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 891 01

1. Investitionen bis zu 50 000 DM im Einzelfall	140 000 DM
2. Ersatzbeschaffung Klimaanlage Rechenzentrum	69 000 DM
3. Ersatzbeschaffung Rechner-Pool BWL	65 000 DM
Zusammen	274 000 DM

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

**Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2001
für die Universität Hildesheim**

Lfd. Nr.	Aufwendungen*)	Lehre 50 % DM	Forschung 40 % DM	Sonstige Aufgaben 10 % DM	Lfd. Nr.	Erträge*)	Lehre 50 % DM	Forschung 40 % DM	Sonstige Aufgaben 10 % DM
1	Personalaufwand	19 290 000	15 432 000	3 858 000	5	Zuschuss	21 883 900	17 507 120	4 376 780
2	Sachaufwand	3 689 600	2 951 680	737 920	6	Sondermittel	925 000	740 000	185 000
3	Bauunterhaltung	265 400	212 320	53 080	7	Drittmittel	525 800	420 640	105 160
4	Investitionen (einschl. Großgeräte)	287 000	229 600	57 400	8	Sonstige	197 300	157 840	39 460
	Summe Aufwendungen	23 532 000	18 825 600	4 706 400		Summe Erträge	23 532 000	18 825 600	4 706 400

*) Die Aufwendungen und Erträge der zentralen Einrichtungen (einschl. zentrale Verwaltung) sind über einen geeigneten Schlüssel einzubeziehen.

Grunddaten:

Lfd. Nr.	Datenart	Ist 1999	Soll 2000	Soll 2001
1	Stellen für wissenschaftliches Personal	145	141	134
2	darunter: Stellen für Professuren	52	51	51
3	Stellen für nichtwissenschaftliches Personal	93	96	100
4	Stellen für Forschung	11	11	12
5	Gesamtaufnahmekapazität nach KapVO (mit Schwund)	718	600	728
6	Studienanfänger (1. Fachsemester)	762	650	750
7	Studierende insgesamt	3 587	3 600	3 700
8	Studierende in der Regelstudienzeit	2 534	2 600	2 850
9	Zahl der Zwischenprüfungen	504	240	500
10	Zahl der Abschlussprüfungen	444	410	430
11	Zahl der Absolventen	444	430	430
12	Zahl der Promotionen	11	13	10
13	Zahl der Habilitationen	4	1	1
14	Zahl der Graduiertenkollegs	1	1	1
15	Zahl der Sonderforschungsbereiche	—	—	—
16	Weiterbildungskurse (Unterrichtsstunden)	—	—	—
17	Drittmittel je Stelle wissenschaftliches Personal	7 252 DM	—	—
18	Drittmittel je Professorenstelle	20 223 DM	—	—
19	Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge	2	1	2
20	Internat. (Austausch-)Studiengänge	2	2	2
21	Weiterbildungsstudiengänge	4	4	4
22	Fernstudiengänge/Kontaktstudiengänge (EU)	17	17	17
23	Studium Generale, Serviceangebote	7	7	7
24	Internat. Zusammenarbeit (außerhalb von Studiengängen)	146	146	146
25	Frauenförderung (Projekte)	1	1	1

Anmerkung:

Bei der vorgegebenen vertikalen Gliederung werden Kennzahlen nicht gebildet (Ausnahmen: lfd. Nrn. 17 u. 18), weil dieses nur auf der Ebene von Fachgruppen sinnvoll ist und sich nur dann vergleichbare Aussagen ergeben.

**Wirtschaftsplan für die
Universität Hildesheim
für das Geschäftsjahr 2001**

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

Aufwendungen	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Erträge	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
60 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2 307 700	3 141 798	2 787 911	501 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	43 493 800	33 582 900	32 346 640
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	566 000	488 400	147 755	502 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	1 550 000	2 965 726	2 196 502
62 Löhne und Vergütungen	1 629 900	1 628 764	1 648 149	503 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	931 600	880 000	911 160
63 Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	30 474 320	30 523 349	29 208 094	51 Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	—	—	—
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	6 475 780	700	700	54 Sonstige betriebliche Erträge	514 600	433 500	927 216
66 Sonst. Personalaufwendungen	22 300	22 300	19 280	57 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
67 Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	3 804 900	1 023 600	988 824	58 Außerordentliche Erträge	—	—	—
68 Aufwendungen für Kommunikation	814 700	773 815	1 044 596				
69 Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	391 700	256 700	533 508				
70 Betriebliche Steuern	2 700	2 700	2 700				
75 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—				
76 Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—				
77 Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—				
Summe der Aufwendungen	46 490 000	37 862 126	36 381 518	Summe der Erträge	46 490 000	37 862 126	36 381 518

Beitrag der Hochschule zum Innovationspakt II: 1 201 000 DM

Zu 501:

Zuweisungen des Landes zu laufenden Aufwendungen: für laufende Aufwendungen des Landesbetriebes	42 956 000 DM
06 29 – 682 01 für Ersatzkräfte im Mutterschutz	7 000 DM
06 29 – 682 39 für die Unterhaltung der Grundstücke und technischen Anlagen	530 800 DM
06 29 – 682 03	
Zusammen	43 493 800 DM

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2001

Investitionsausgaben	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Deckungsmittel	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—	—	504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	274 000 ¹⁾	335 000	518 800,00
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände	—	—	—	507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	300 000 ²⁾	—	583 068,30
05 Grundstücke, grundstücks- gleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	—	509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
07 Technische Anlagen und Maschinen	526 000	241 000	1 007 076,36	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	48 000	94 000	40 080,52	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	—	65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	574 000	335 000	1 047 156,88		574 000	335 000	1 101 868,30

¹⁾ Zuführung aus 891 01

²⁾ Zuführung aus Kap. 06 04 Titel 891 36 (HBFG)

Bewirtschaftungsvermerke:

Personalaufwendungen

1. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
2. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
3. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Beamtete Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiterinnen, Arbeiter)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Angestellte				
II a	4	4	Verwaltungsdienst	¹⁾ 1 Stelle ku nach Ver.-Gr. VII BAT (siehe Allgem. HV A 7). ²⁾ Eine Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
III	4	3		
IV a	1	—		
IV b	1	1		
V b	6	5		
V c	8	5		
VI b ¹⁾	9	12		
VII ²⁾	7	7		
I a	1	1	Wissenschaftlicher Dienst	
I b	—	1		
II a	9	10		
II a	8	7	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	
II a	10	10	Lehrkräfte für besondere Aufgaben	
IV b	2	2	Bibliotheksdienst	
V b	2	2		
VI b	1	1		
VII	4	4		
III	3	4	Technischer Dienst	
IV a	1	1		
IV b	2	1		
V b	1	1		
V c	1	1		
VI b	6	6		
IV a	5	4		Datenverarbeitungsdienst
IX b–VII	9	9	Schreib- und Fernschreibdienst	
VII	1	1	Sonstige Dienste	
II a	2	2	Lektoren	
	108	105	Zusammen	
Arbeiter/-innen				
8	2	2	Handwerklicher Dienst	
6	2	2		
5	2	2		
4	2	2	Hausmeisterdienst	
3	1	1	Sonstige Dienste	
	9	9	Zusammen	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren für den Lehr- und Forschungsbetrieb	2 307 700	3 141 798	2 787 911
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	—	—	—
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	—	—	—
602	Hilfsstoffe	—	—	—
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	181 600	193 098	330 710
604	Verpackungsmaterial	—	—	—
605	Energie	423 700	480 900	347 564
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	136 100	82 100	31 080
607	Sonstiges Material	1 566 300	2 385 700	2 078 557
608	Aufwendungen für Waren	—	—	—
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen für den Lehr- und Forschungsbetrieb	566 000	488 400	147 755
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	—	—	—
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	—	—	—
612	Entwicklungs-, Versuchsarbeiten und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	40 000	40 000	44 100
613	Weitere Fremdarbeiten	—	—	—
614	Frachten und Fremdlager	—	—	—
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	526 000	448 400	103 655
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	1 629 900	1 628 764	1 648 149
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	30 474 320	30 523 349	29 298 094

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2001 DM	2000 DM	1999 DM	Bemerkungen
1. Dienstaufwandsentschädigungen	—	4 500	4 500	
2. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	39 500	39 500	39 500	
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—	
3. Ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte	1 496 200	1 160 200	1 160 200	
4. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	2 598 200	2 644 800	2 156 400	
5. Auszubildende für Angestelltenberufe	20 100	20 100	61 100	
6. Überstundenvergütung für Angestellte	1 700	1 700	—	
7. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	88 500	81 200	81 200	
8. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	790 200	742 000	855 800	
9. Auszubildende für Arbeiterberufe	—	—	—	
10. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	1 500	1 500	1 137	
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	34 100	34 100	34 100	
12. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	251 600	226 500	240 800	
13. Emeritierte Professoren (KGr. 64)	1 993 200	1 382 000	1 465 820	

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	6 475 780	700	700
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	—	—	—
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	—	—	—
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	39 600	—	—
643	Sonstige soziale Abgaben	700	700	700
644	Versorgungszuschlag der Beamten	3 829 900	—	—
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	79 380	—	—
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	1 994 900	—	—
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	531 300	—	—

Zu Kontengruppe

66	Sonstige Personalaufwendungen	22 300	22 300	19 280
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen	—	—	—
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten	—	—	—
662	Aufwendungen für Betriebs-, Amtsarzt- und Arbeitssicherheit	15 100	15 100	12 566
663	Aufwendungen für personenbezogene Versicherungen	—	—	—
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	7 200	7 200	6 714
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	—	—	—
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
667	Nebenbezüge	—	—	—
668	Aufwendungen für Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	3 804 900	1 023 600	988 824
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	2 929 900	72 000	70 804
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	—	—	—
673	Gebühren	45 200	45 200	45 200
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	661 900	813 500	779 920
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs	—	—	—
677	Aufwendungen für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	79 200	4 200	4 200
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	88 700	88 700	88 700
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	814 700	773 815	1 044 596
680	Aufwendungen für Büromaterial, Drucksachen	181 300	202 700	269 367
681	Aufwendungen für Zeitungen und Fachliteratur	18 800	25 100	18 711
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	357 000	259 435	427 977
683	Aufwendungen für sonstige Kommunikationsmittel	—	—	—
685	Aufwendungen für Reisekosten	228 500	267 380	303 270
686	Aufwendungen für Gästebewirtung und Repräsentation	3 500	3 500	2 393
687	Öffentlichkeitsarbeit	25 300	15 700	22 879
689	Sonstige Ausgaben für Kommunikation	—	—	—
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	391 700	256 700	533 508
690	Versicherungsbeiträge, diverse	—	—	—
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	2 500	2 500	2 477
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	1 400	1 400	1 138
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	387 800	252 800	529 893
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	2 700	2 700	2 700
702	Grundsteuer	2 200	2 200	2 200
703	Kraftfahrzeugsteuer	500	500	500
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	—
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
751	Bankzinsen	—	—	—
759	Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
77	Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5 – Erträge

		2001 DM	2000 DM	2001 DM
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen öffentlicher Zuschussgeber	45 975 400	37 428 626	35 454 302
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen	43 493 800	33 582 900	32 346 640
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	1 550 000	2 965 726	2 196 502
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	931 600	880 000	911 160
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	—	—	—
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	—	—	—
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	514 600	433 500	927 216
540	Nebenerlöse	458 200	381 700	850 903
541	Sonstige Erlöse	51 400	46 800	62 951
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	1 000	1 000	9 362
549	Periodenfremde Erträge	—	—	—
549	Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	4 000	4 000	4 000
Zu Kontengruppe				
55	Anders sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
551	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
552	Erträge aus Gebühren und gebührenähnliche Erträge	—	—	—
558	Periodenfremde Aufträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
58	Außerordentliche Erträge	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Aufteilung der Dritt- und Sondermittel

Dritt- und Sondermittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

	Drittmittel 2001 DM	Sondermittel 2001 DM
A. Aufwendungen		
60	238 200	71 800
61	50 000	—
62	80 000	108 400
63	340 000	1 245 000
64	—	—
66	—	—
67	40 300	28 700
68	121 500	13 100
69	181 600	83 000
70	—	—
75	—	—
76	—	—
77	—	—
Zusammen:	1 051 600	1 550 000
B. Erträge		
50	931 600	1 550 000
51	—	—
54	120 000	—
55	—	—
57	—	—
58	—	—
Zusammen:	1 051 600	1 550 000

Zahl und Einstufung der Angestellten und Arbeiter nach dem Stand vom 31. 12. 1999

I. Angestellte:	Verg.-Gr.	Zahl
1. Wiss. Hilfskräfte		2
2. Außertarifliche		
3. Tarifliche	II a	1
4. Nichtvollbeschäftigte	II a	3
	III	1
	VII	1
	Insgesamt	8
II. Arbeiter/-innen:		
Studentische Hilfskräfte		5
	Insgesamt	13

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-8	131	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
121 03-6	131	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		1.360.000	—	+1.360.000	—
381 01-1	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			6.363.800	-6.363.800	
		A U S G A B E N					
682 01-1	131	Zuführungen für laufende Zwecke des Landes- betriebes * Übertragbar. Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.	120.000 —	50.230.700	—	+50.230.700	—
682 03-8	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der tech- nischen und baulichen Anlagen * Übertragbar. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	505.300	—	+505.300	—
682 39-9	131	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	8.300	—	+8.300	—
891 01-0	131	Zuführungen für Investitionen des Landes- betriebs * Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	586.000	—	+586.000	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	120.000		43.985.300	-43.985.300	
		Abschluss Kapitel 06 30					
		1 Eigene Einnahmen		1.360.000	2.900.800	-1.540.800	
		2 Übertragungseinnahmen		—	3.463.000	-3.463.000	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		1.360.000	6.363.800	-5.003.800	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	— 120.000	—	34.452.300	-34.452.300	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	8.749.000	-8.749.000	
		6 Übertragungsausgaben	120.000 —	50.744.300	219.600	+50.524.700	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	586.000	564.400	+21.600	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	120.000 120.000	51.330.300	43.985.300	+7.345.000	
		Zuschuss		49.970.300	37.621.500	+12.348.800	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		—	5.137.800		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		51.330.300	49.123.100		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		49.970.300	42.759.300		

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 30 allgemein:

Die Universität Lüneburg wird ab 1. 1. 2001 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei den Titeln 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage beigelegt.

Zu 682 01

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	120 000	—	120 000
2002	—	—	120 000	120 000

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen:

5 905 900 DM (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 891 01

1. Investitionen bis zu 50 000 DM im Einzelfall	394 000 DM
2. Investitionen über 50 000 DM im Einzelfall	
Standard-Rechnerkonfiguration	
– für die Bibliothek	72 000 DM
– für die FB I und II (je 60 000 DM)	120 000 DM
Zusammen	586 000 DM

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

**Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2001
für die Universität Lüneburg**

Lfd. Nr.	Aufwendungen ¹⁾	Lehre 30 % DM	Forschung 60 % DM	Sonstige Aufgaben 10 % DM	Lfd. Nr.	Erträge ¹⁾	Lehre 30 % DM	Forschung 60 % DM	Sonstige Aufgaben 10 % DM
1	Personalaufwand	12 371 310	24 742 620	4 123 770	5	Zuschuss	15 399 090	30 798 180	5 133 030
2	Sachaufwand	4 210 050	8 420 100	1 403 350	6	Sondermittel	256 800	513 600	85 600
3	Bauunterhaltung	151 590	303 180	50 530	7	Drittmittel	1 284 900	2 569 800	428 300
4	Investitionen (einschl. Großgeräte)	432 600	865 200	144 200	8	Sonstige	224 760	449 520	74 920
	Summe Aufwendungen	17 165 550	34 331 100	5 721 850		Summe Erträge	17 165 550	34 331 100	5 721 850

¹⁾ Die Aufwendungen und Erträge der zentralen Einrichtungen (einschl. zentrale Verwaltung) sind über die geeigneten Schlüssel einzubeziehen.

Grunddaten:

Lfd. Nr.	Datenart	Ist 1999	Soll 2001
1	Stellen für wissenschaftliches Personal	191	194
2	darunter: Stellen für Professuren	70	72
3	Stellen für nichtwissenschaftliches Personal	134	137
4	Stellen für Forschung	20	23
5	Gesamtaufnahmekapazität nach KapVO (mit Schwund) ¹⁾	996	1 100
6	Studienanfänger (1. Fachsemester)	1 140	1 240
7	Studierende insgesamt	6 944	7 050
8	Studierende in der Regelstudienzeit	4 353	4 450
9	Zahl der Zwischenprüfungen	590	566
10	Zahl der Abschlussprüfungen ²⁾	670	891
11	Zahl der Absolventen	600	492
12	Zahl der Promotionen	15	15
13	Zahl der Habilitationen	3	3
14	Zahl der Graduiertenkollegs	—	1
15	Zahl der Sonderforschungsbereiche	—	2
16	Weiterbildungskurse (Unterrichtsstunden)	3 000	3 400
17	Drittmittel je Stelle wissenschaftliches Personal ³⁾	52 400 DM	70 000 DM
18	Drittmittel je Professorenstelle ³⁾	142 900 DM	200 000 DM
19	Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge	5	6
20	Internat. (Austausch-)Studiengänge	—	—
21	Weiterbildungsstudiengänge	2	2
22	Fernstudiengänge/Kontaktstudiengänge (EU)	1	1
23	Studium Generale, Serviceangebote	120	150
24	Internat. Zusammenarbeit ⁴⁾	110	160
25	Frauenförderung (Projekte) ⁵⁾	5	5

Anmerkung:

¹⁾ 1999: Ohne weiterbildende Studiengänge

²⁾ 2001: Inklusive Freiversuche

³⁾ erwartete Gesamtbewilligungen einschließlich
EU-Förderungen zugrundegelegt

⁴⁾ ausländische Studierende

⁵⁾ beantragte Objekte

**Wirtschaftsplan für die
Universität Lüneburg
für das Geschäftsjahr 2001**

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

Aufwendungen	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Erträge	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
60 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4 252 932	4 921 500	5 113 155	501 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	50 744 300	38 388 900	35 360 086
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	611 000	105 700	67 784	502 Zuweisungen des Landes für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	—	—	—
62 Löhne und Vergütungen	2 571 039	2 517 700	3 049 694	503 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	2 605 000	2 605 000	2 487 923
63 Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	32 077 301	30 406 300	28 345 029	51 Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	1 678 000	1 678 000	39 279
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	6 589 360	1 147 900	1 234 921	54 Sonstige betriebliche Erträge	749 200	749 200	2 050 688
66 Sonst. Personalaufwendungen	469 546	469 600	747 258	57 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
67 Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	8 267 500	2 899 100	214 719	58 Außerordentliche Erträge	—	—	—
68 Aufwendungen für Kommunikation	677 822	689 900	950 697				
69 Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	259 000	262 400	214 719				
70 Betriebliche Steuern	1 000	1 000	—				
75 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—				
76 Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—				
77 Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—				
Summe der Aufwendungen	55 776 500	43 421 100	39 937 976	Summe der Erträge	55 776 500	43 421 100	39 937 976

Beitrag der Hochschule zum Innovationspakt II: 1 299 000 DM

Zu 501:

Zuweisungen des Landes zu laufenden Aufwendungen:

für laufende Zwecke des Landesbetriebes

(06 30 – 682 01) 50 230 700 DM

für Ersatzkräfte im Mutterschutz

(06 30 – 682 39) 8 300 DM

für die Unterhaltung der Grundstücke und

technischen Anlagen

(06 30 – 682 03) 505 300 DM

Zusammen 50 744 300 DM

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2001

Investitionsausgaben	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Deckungsmittel	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—	—	504 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	586 000 ¹⁾	564 400	—
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände	—	—	—	507 Zuweisungen des Landes für Investitionen aus Sondermitteln	856 000 ²⁾	—	—
05 Grundstücke, grundstücks- gleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	—	509 Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
07 Technische Anlagen und Maschinen	1 442 000	564 400	647 090	512 Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	—	—	33 688	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	—	65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	1 442 000	564 400	680 778		1 442 000	564 400	—

¹⁾ Zuführung aus 891 01²⁾ Zuführung aus 06 04 – 891 36 (HBFG)

Bewirtschaftungsvermerke:

Personalaufwendungen

1. Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
2. 3 Stellen der Verg.-Gr. II a BAT (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) dürfen nur im Rahmen frei verfügbarer Stiftungsmittel der „Stiftungsprofessur für Existenzgründung“ genutzt werden; die Stellen entfallen mit dem Auslaufen der Stiftungsmittel.
3. Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.
4. Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als laufende oder einmalige Leistungen eigener Art gewährt werden.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte und Arbeiterinnen, Arbeiter)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Angestellte				
I b	1	1	Verwaltungsdienst	
II a	5	6		
III	2	—		
IV a	2	2		
IV b	2	1		
V b	2	3		
V c	12	9		
VI b	7	8		
VII	15	15		
VI b	1	1	Angestellte in med. Hilfsberufen und med.-techn. Berufen	
I b	1	—	Wissenschaftlicher Dienst	
II a	17	16		
II a	19	16	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	
II a	3	2	Lehrkräfte	
III	0	2		
IV b	2	2	Bibliotheksdienst	
V b	3	3		
VI b	1	1		
VII	3	3		
VIII	3	3		
III	1	1	Technischer Dienst	
IV a	2	2		
V c	1	1		
VI b	2	2		
VIII	1	1		
IV a	3	2	Datenverarbeitungsdienst	
V c	1	1		
VIII/VII	4	4	Schreib- und Fernschreibdienst	
IX b–VII	8	9		
VI b	1	—	Sonstige Dienste	
VII	—	1		
VIII	—	1		
II a	4	4	Lektoren	
	129	123	Zusammen	
Arbeiter/-innen				
4	3	3	Kraftfahrdienst	
6	1	1	Handwerklicher Dienst	
5	2	2		
4	2	2		
3	3	2		
2 a	2	2	Hausmeisterdienst	
	13	12	Zusammen	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren für den Lehr- und Forschungsbetrieb	4 252 932	4 921 432	5 113 155
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	—	—	—
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	—	—	—
602	Hilfsstoffe	—	—	—
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	1 474 332	2 134 332	2 175 452
604	Verpackungsmaterial	—	—	—
605	Energie	240 900	240 900	515 459
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	—	—	—
607	Sonstiges Material	2 537 700	2 546 200	2 422 244
608	Aufwendungen für Waren	—	—	—
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen für den Lehr- und Forschungsbetrieb	611 000	105 700	67 784
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	—	—	—
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	—	—	—
612	Entwicklungs-, Versuchsarbeiten und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	—	—	—
613	Weitere Fremdarbeiten	—	—	—
614	Frachten und Fremdlager	—	—	—
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	550 000	44 700	59 150
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	61 000	61 000	8 634

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	2 571 039	2 517 700	3 049 649
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	32 077 301	30 406 300	28 345 029

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2001 DM	2000 DM	1999 DM	Bemerkungen
1. Dienstaufwandsentschädigungen	—	4 500	4 500	
2. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	62 200	28 000	28 000	
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	48 000	40 500	40 500	
3. Ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte	1 268 762	1 256 200	1 256 200	
4. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	413 400	228 400	228 400	
5. Auszubildende für Angestelltenberufe	41 512	—	—	
6. Überstundenvergütung für Angestellte	3 000	3 000	2 800	
7. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	325 523	322 300	322 300	
8. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	30 000	30 000	30 000	
9. Auszubildende für Arbeiterberufe	41 512	—	—	
10. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	1 000	1 000	1 000	
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	51 510	51 000	49 800	
12. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	—	—	—	
13. Wissenschaftliche Hilfskräfte	—	—	—	

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	6 589 360	1 147 900	1 234 921
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	—	—	—
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	—	—	—
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	47 400	—	—
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	—
644	Versorgungszuschlag der Beamten	4 495 900	—	—
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	87 960	—	—
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	1 380 100	1 147 900	1 234 921
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	578 000	—	—

Zu Kontengruppe

66	Sonstige Personalaufwendungen	469 546	469 546	747 258
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen	—	—	—
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten	9 846	9 846	5 600
662	Aufwendungen für Betriebs-, Amtsarzt- und Arbeitssicherheit	74 300	74 300	145 722
663	Aufwendungen für personenbezogene Versicherungen	—	—	—
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	5 000	5 000	2 078
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	—	—	—
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
667	Nebenbezüge	380 400	380 400	593 858
668	Aufwendungen für Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	8 267 500	2 899 100	2 063 852
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	6 009 400	103 500	195 722
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	—	—	—
673	Gebühren	—	—	—
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	1 588 600	2 215 600	1 259 699
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs	—	—	—
677	Aufwendungen für Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	110 500	21 000	14 000
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	559 000	559 000	594 431
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	677 822	689 822	950 697
680	Aufwendungen für Büromaterial, Drucksachen	151 168	151 168	285 103
681	Aufwendungen für Zeitungen und Fachliteratur	—	—	—
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	350 100	362 100	397 476
683	Aufwendungen für sonstige Kommunikationsmittel	—	—	—
685	Aufwendungen für Reisekosten	150 054	150 054	240 837
686	Aufwendungen für Gästebewirtung und Repräsentation	3 500	3 500	2 111
687	Öffentlichkeitsarbeit	23 000	23 000	25 170
689	Sonstige Ausgaben für Kommunikation	—	—	—
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	259 000	262 400	214 719
690	Versicherungsbeiträge, diverse	—	—	—
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	2 300	2 300	3 942
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	—	—	—
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	256 700	260 100	210 777
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	1 000	1 000	—
702	Grundsteuer	—	—	—
703	Kraftfahrzeugsteuer	1 000	1 000	—
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	—
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
751	Bankzinsen	—	—	—
759	Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
77	Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5 – Erträge

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen öffentlicher Zuschussgeber	53 349 300	40 993 900	37 848 009
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen	50 744 300	38 388 900	35 360 086
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	—	—	—
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	2 605 000	2 605 000	2 487 923
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	1 678 000	1 678 000	39 279
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	—	—	—
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge für laufende Aufwendungen	1 678 000	1 678 000	39 279
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	749 200	749 200	2 050 688
540	Nebenerlöse	744 000	744 000	1 401 761
541	Sonstige Erlöse	5 200	5 200	648 927
549	Periodenfremde Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
58	Außerordentliche Erträge	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Aufteilung der Dritt- und Sondermittel

Dritt- und Sondermittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

	2001 DM	1999 DM
A. Aufwendungen		
60	1 618 719	1 300 000,00
61	—	—
62	1 000 000	705 037,00
63	6 000	—
64	—	—
66	1 234 317	1 050 225,60
67	223 964	59 564,70
68	—	—
69	200 000	100 000,00
70	—	—
75	—	—
76	—	—
77	—	—
Zusammen:	4 283 000	3 214 827,30
B. Erträge		
50	2 605 000	2 100 000,00
51	1 678 000	1 114 827,30
54	—	—
55	—	—
57	—	—
58	—	—
Zusammen:	4 283 000	3 214 827,30

Zahl und Einstufung der Angestellten und Arbeiter nach dem Stand
vom 31. 12. 1999

I. Angestellte:	Verg.-Gr.	Zahl
1. Wiss. Hilfskräfte		2
2. Außertarifliche		—
3. Tarifliche	II a	6
4. Nichtvollbeschäftigte	II a	27
	Insgesamt	35

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-9	137	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	1.898
121 03-7	137	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		1.152.200	1.104.200	+48.000	1.084
381 01-2	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-2	137	Zuführungen für laufende Zwecke des Landes- betriebes * Übertragbar. Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.	240.000 240.000	74.600.200	66.606.500	+7.993.700	66.423
682 03-9	137	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der tech- nischen und baulichen Anlagen * Übertragbar. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	1.218.300	1.218.300	—	1.218
682 39-0	137	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	83.200	36.600	+46.600	83
891 01-0	137	Zuführungen für Investitionen des Landes- betriebs * Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	612.300	632.000	–19.700	550
		Abschluss Kapitel 06 33					
		1 Eigene Einnahmen		1.152.200	1.104.200	+48.000	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		1.152.200	1.104.200	+48.000	
		6 Übertragungsausgaben	240.000 240.000	75.901.700	67.861.400	+8.040.300	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	612.300	632.000	–19.700	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	240.000 240.000	76.514.000	68.493.400	+8.020.600	
		Zuschuss		75.361.800	67.389.200	+7.972.600	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 33 allgemein:

Die Fachhochschule Osnabrück wird ab 1. 1. 1995 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigelegt.

Zu 682 01

Dem Studentenwerk Osnabrück werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa	308	} 43 459 DM
Studentenwohnheim	556	
Cafeteria	182	

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	240 000	—	240 000
2002	—	—	240 000	240 000

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 6 226 300 DM (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 891 01

1. Investitionen bis zu 50 000 DM im Einzelfall	437 300 DM
2. LCR-Messgerät	75 000 DM
3. Autonome Service-Roboter	50 000 DM
4. Zugversuchstisch (REM)	50 000 DM
Zusammen	612 300 DM

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

**Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2001
für die Fachhochschule Osnabrück**

Lfd. Nr.	Aufwendungen*)	Lehre 90 % DM	Forschung 5 % DM	Sonstige Aufgaben 5 % DM	Lfd. Nr.	Erträge*)	Lehre 90 % DM	Forschung 5 % DM	Sonstige Aufgaben 5 % DM
1	Personalaufwand	53 816 040	2 989 780	2 989 780	5	Zuschuss	68 862 600	3 825 700	3 825 700
2	Sachaufwand	17 497 980	972 110	972 110	6	Sondermittel	2 298 420	127 690	127 690
3	Bauunterhaltung	1 096 470	60 915	60 915	7	Drittmittel	1 824 840	101 380	101 380
4	Investitionen	1 835 370	101 965	101 965	8	Sonstige	1 260 000	70 000	70 000
	Summe Aufwendungen	74 245 860	4 124 770	4 124 770		Summe Erträge	74 245 860	4 124 770	4 124 770

*) Die Aufwendungen und Erträge der zentralen Einrichtungen (einschl. zentrale Verwaltung) sind über einen geeigneten Schlüssel einzubeziehen.

Grunddaten:

Lfd. Nr.	Datenart	Ist 1999	Soll 2001
11	Stellen für wissenschaftliches Personal	301	301
12	darunter: Stellen für Professuren	217	217
13	Stellen für nichtwissenschaftliches Personal	190,73	190,73
14	Stellen für Forschung	—	—
15	Gesamtaufnahmekapazität nach KapVO (mit Schwund)	1 496	1 582
16	Studienanfänger (1. Fachsemester)	1 500	1 500
17	Studierende insgesamt	5 884	5 900
18	Studierende in der Regelstudienzeit	4 699	4 445
19	Zahl der Zwischenprüfungen	—	—
20	Zahl der Abschlußprüfungen (nur bestandene)	—	—
21	Zahl der Absolventen	911	865
22	Zahl der Promotionen	—	—
23	Zahl der Habilitationen	—	—
24	Zahl der Graduiertenkollegs	—	—
25	Zahl der Sonderforschungsbereiche	—	—
26	Weiterbildungskurse (Unterrichtsstunden)	—	—
27	Drittmittel je Stelle wissenschaftliches Personal	5 329 DM	4 577 DM
28	Drittmittel je Professorenstelle	7 442 DM	6 348 DM
29.1	Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge	3	3
29.2	Internat. (Austausch-)Studiengänge	3	4
29.3	Weiterbildungsstudiengänge	6	5
29.4	Fernstudiengänge, Kontaktstudien	—	—
29.5	Studium Generale, Serviceangebote	—	—
30	Internat. Zusammenarbeit (außerhalb v. Studiengängen)	—	—
31	Frauenförderung (Projekte)	161 954 DM	163 000 DM

Anmerkung:

Bei der vorgegebenen vertikalen Gliederung werden Kennzahlen nicht gebildet (Ausnahmen lfd. Nrn. 27 u. 28), weil dieses nur auf der Ebene von Fachgruppen sinnvoll ist und sich nur dann vergleichbare Aussagen ergeben.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Budgetdaten 2001

Fachhochschule Osnabrück

Fachhochschule (FH) Studiengang (genehmigt ab ...; dargestellt ab 1996)	Preis- Cluster	Regel- studienzeit (RZ) in Semestern	Kapazität (kursiv/unterstrichen = fiktiv)		Absolventen (kursiv/unterstrichen = fiktiv)		Studierende i.d. RZ (kursiv/unterstrichen = fiktiv)	
			vor Schwund Soll 2001 (WS 2000/01 + SS 2001)	budget- relevant	1996–1998	budget- relevant	WS 1998/99	budget- relevant
			3	4	5	6	7	8
Grundständige Studiengänge								
Agrarwissenschaft/Landwirtschaft	H1	8	88	88	61	61	353	353
Betriebswirtschaft in Einrichtungen des								
Gesundheitswesens – BIG –	T	8	43	43	38	38	190	190
Betriebswirtschaftslehre	T	8	103	103	126	126	518	518
Bodenwiss. (SS 1996)	H1	8	28	28	0	<u>20</u>	70	<u>101</u>
Elektrotechnik/Elektronik	H2	8	63	63	78	78	357	357
Fertigungs-/Produktionstechnik (auslaufend, s. unten*)	H2	9	14	14	10	10	46	46
Gartenbau	H1	8	55	55	49	49	235	235
Hochleistungswerkstoffe (auslaufend)	H2	8	0	0	4	4	0	0
Informationstechnik (auslaufend, s. Techn. Informatik)	H2	8	0	0	46	46	208	208
Pflegewissenschaft (seit SS 94)	T	8	27	27	11	11	96	96
Landschaftsentwicklung	H2	8	27	27	10	10	171	171
Landespflege/Landschaftsgestaltung	H2	8	93	93	97	97	374	374
Management im Gesundheits- und Sozialbereich (seit WS 92/93)	T	8	30	30	30	30	96	96
Maschinenbau/-wesen (auslaufend, s. unten*)	H2	8	125	125	119	119	457	457
Medieninformatik (SS 1999)	H2	8	63	63	0	0	37	37
Musikerziehung (WS 1997/98)	H1	8	17	17	0	<u>12</u>	44	61
Ökotoxikologie	T	8	27	27	12	<u>14</u>	73	73
Pflege- und Gesundheitsmanagement (SS 1999)	T	8	27	27	0	0	0	0
Techn. Informatik (SS 1999)	H2	8	40	40	0	0	0	0
Technische Betriebswirtschaft (WS 1995/96) Lingen	T	8	50	<u>43</u>	0	0	191	191
Verfahrenstechnik (WS 1994/95)	H2	8	63	63	0	0	134	134
Verwaltungsmanagement (WS 1996/97)	T	8	35	35	0	<u>25</u>	110	110
Werkstoffwissenschaften	H2	8	42	42	53	53	104	104
Wirtschaftsrecht (WS 1998/99)	T	8	33	33	0	0	36	36
Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge								
Betriebswirtschaft Osnabrück	T	2	9	9	3	3	11	11
Kommunikation Zusatzstudium Lingen (SS 1996)								
Aufbaustudium	H2	4	22	22	0	<u>16</u>	30	30
Kommunikation Zusatzstudium Lingen (SS 1996)								
Zertifikat	H2	4	11	11	0	<u>8</u>	14	14
Techn. Betriebswirtschaft für Abs. v. Berufsakademien (AufbauStG/Lingen)	T	2	9	9	3	3	11	11
Techn. BWL (Erg.StG)	T	2	11	11	0	0	0	0
Theaterpädagogik (WS 1998/99) Lingen	H1	4	21	21	0	0	17	17
Internationale (Austausch)-Studiengänge								
Europäisches Elektrotechnik/Informatik-Studium								
EES/EIS	H2	8	22	22	13	13	93	93
European Business Studies – EBS –	T	8	64	64	54	54	277	277
International Business Management (WS 1999/00)	T	6	32	32	0	0	0	0
Maschinenbau – EMS – European Mechanical Engineering	H2	8	28	28	23	23	84	84
Weiterbildungsstudiengänge								
Business Administration (MBA) (Master)	T	2,5	23	23	0	0	0	0
Ergotherapie (WS 1997/98)	T	4	14	14	0	0	18	18
Pflegedienstleitung im Krankenhaus – PDL – (auslaufend)	T	4	0	0	6	6	34	34
Verwaltungsmanagement (WB) (WS 1997/98)	T	5	25	25	0	<u>18</u>	45	45
*) ab 2000/01 laufen die Studiengänge Produktionstechnik und Maschinenbau aus; neue Studiengänge sind genehmigt:								
Fahrzeugtechnik (WS 2000/01)	H2	8	0	0	0	0	0	0
Maschinenbauinformatik (WS 2000/01)	H2	8	0	0	0	0	0	0
Integrierte Produktentwicklung (WS 2000/01)	H2	8	0	0	0	0	0	0
Maschinenbau im Praxisverbund – Industrie (WS 2000/01)	H2	10	0	0	0	0	0	0
Maschinenbau im Praxisverbund – Handwerk (WS 2000/01)	H2	10	0	0	0	0	0	0

**Wirtschaftsplan für die
Fachhochschule Osnabrück
für das Geschäftsjahr 2001**

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

Aufwendungen	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Erträge	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
60 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	7 304 600	8 107 500	5 148 352	50 Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber			
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	2 217 900	3 654 900	3 532 812	501 Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	75 901 700 ¹⁾	67 861 400	67 846 423
62 Löhne und Vergütungen	3 655 900	48 165 900	42 918 711	502 Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	1 126 800	2 160 800	3 806 237
63 Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	46 776 600	1 268 500	2 079 553	503 Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	527 600	1 600 000	2 041 559
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	9 363 100	8 877 300	13 685 441	51 Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	1 500 000	1 500 000	1 763 634
66 Sonst. Personalaufwendungen	260 200	420 000	625 995	54 Sonstige betriebliche Erträge	1 400 000	2 324 200	3 081 843
67 Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	8 293 000	1 131 700	2 289 765	57 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
68 Aufwendungen für Kommunikation	1 719 300	1 361 400	1 905 737	58 Außerordentliche Erträge	—	—	142 874
69 Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	837 500	2 431 200	1 066 416				
70 Betriebliche Steuern	28 000	28 000	22 950				
75 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—				
76 Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—				
77 Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—				
Gesamtsumme:	80 456 100	75 446 400	73 275 732		80 456 100	75 446 400	78 682 570

Beitrag der Hochschule zum Innovationspakt II: 762 000 DM

¹⁾ Zuführungen:

682 01	74 600 200 DM
682 03	1 218 300 DM
682 39	83 200 DM
Gesamt	75 901 700 DM

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2001

Investitionsausgaben	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Deckungsmittel	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—	237 519	504 Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	612 300 ¹⁾	632 000	550 300
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—	507 Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für Investitionen aus Sondermitteln	1 427 000 ²⁾	—	2 795 199
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	2 799 863	509 Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
07 Technische Anlagen und Maschinen	1 427 000	—	787 703	512 Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	612 300	632 000	6 497 436	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	46 174
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	—	65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	2 039 300	632 000	10 322 521		2 039 300	632 000	3 391 673

¹⁾ Zuführungen aus Titel 891 01²⁾ Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG)

Bewirtschaftungsvermerke:

- Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dieses zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.
- Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
- Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
- Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich zum 1. 1. 2008 um den Betrag von 0,5 Stellen der Lohn-Gr. 1 a (05 42).
- Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich zum 1. 1. 2003 um den Betrag von 1 Stelle der Verg.-Gr. VII (Fachhochschulstrukturkonzept).
- Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes.
Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

**Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte und Arbeiter/-innen)**

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
			Angestellte	1) ku nach Verg.-Gr. IV a BAT bei Ausscheiden des Stelleninhabers.
II a	4	4	Verwaltungsdienst	
III	3	3		
IV a	16	16		
IV b	4	4		
V b	—	1		
V c	17	17		
VI b	5	5		
VII	10	10		
VII	1	1		
I a	1	1	Wissenschaftlicher Dienst	
I b	9	9	Lehrkräfte	
II a	9	9		
IX b–VII	6	6	Schreib- und Fernschreibdienst	
VIII–VII	1	2		
III	1	1	Technischer Dienst	
IV a	66	66		
IV b	10	10		
V a	1	1		
V b	1	1		
V c	14	14		
VI b	6	6		
VII	—	—		
IV a	2	2		
V b	1	1		
V c	1	1		
VI b	1	1		
VII	4	4		
II a	1	1	Datenverarbeitungsdienst	
III ¹⁾	1	1		
IV a	6	6		
IV b	1	1		
VII	2	2	Sonstige Dienste	
	205	207	Zusammen	
			Arbeiter/-innen	
9	1	1	Handwerklicher Dienst	
8	3	3		
6	3	3		
5	3	4		
8	3	3	Sonstige Dienste	
6	7	7		
5	6	6		
4	5	5		
2 a	5	5		
	36	37		Zusammen

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	7 304 600	8 107 500	5 148 352
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	—	2 512 000	996 846
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	2 330 900	2 330 900	1 538 505
602	Hilfsstoffe	232 100	160 000	182 651
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	—	275 000	349 773
604	Verpackungsmaterial	—	—	—
605	Energie	2 829 600	2 829 600	2 080 577
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	—	—	—
607	Sonstiges Material	1 912 000	—	—
608	Aufwendungen für Waren	—	—	—
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	2 217 900	3 654 900	3 532 812
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	—	—	—
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	—	—	27 460
612	Entwicklungs-, Versuchs- und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	336 000	626 500	465 256
613	Weitere Fremdleistungen	11 500	158 000	1 208 238
614	Frachten und Fremdlager	—	—	—
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	1 870 400	2 068 400	1 831 858
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	—	802 000	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	3 655 900	48 165 900	42 918 711
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	46 776 600	1 268 500	2 079 553

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2001 DM	2000 DM	1999 DM	Bemerkungen
1. Dienstaufwandsentschädigungen	—	4 000	4 000	Zu lfd. Nr. 1
2. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—	für 1 Präsident/-in 1 500 DM
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—	2 Vizepräsidenten/-innen (je 800 DM) 1 600 DM
				1 Kanzlerin, Kanzler 900 DM
3. Ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte	774 900	777 900	777 900	Zu lfd. Nr. 3
4. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	—	—	—	Für 20 (19) ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt; davon 53 000 DM für 1 Kraft im Frauenbüro (Verg.-Gr. II a).
5. Auszubildende für Angestelltenberufe	—	—	—	
6. Überstundenvergütung für Angestellte	16 500	16 500	16 500	Zu lfd. Nr. 7
7. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	119 700	130 900	130 900	Für 4 (4) ständige nicht vollbeschäftigte Arbeitskräfte – davon eine Kraft zur Umsetzung der Unfallverhütungsvorschriften –, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.
8. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	30 000	30 000	30 000	
9. Auszubildende für Arbeiterberufe	112 400	64 000	64 000	Zu lfd. Nr. 9
10. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	15 500	15 500	15 500	Für die Vergütung von 6 (6) Auszubildenden – Handwerklicher Dienst –.
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	59 700	59 700	59 700	
12. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)				
13. Wissenschaftliche Hilfskräfte	10 000	10 000	10 000	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	9 363 100	8 877 300	13 685 441
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	—	—	4 709 049
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	—	—	—
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	72 600	31 400	72 569
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	57 520
644	Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten	8 087 800	7 785 900	7 777 768
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	142 700	—	—
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	—	—	—
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	1 060 000	1 060 000	1 068 535
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	260 200	420 000	625 995
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen, -umsetzungen und -entlassungen	130 000	81 500	151 484
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten, Wegstreckenentschädigung	—	219 000	35 641
662	Aufwendungen für Betriebs-/Amtsarzt und Arbeitssicherheit	30 000	36 000	20 375
663	Personenbezogene Versicherungen	—	—	301 627
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	100 200	83 500	116 868
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	—	—	—
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
667	Nebenbezüge	—	—	—
668	Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	8 293 000	1 131 700	2 289 765
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	6 976 300	879 700	1 015 633
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	—	—	—
673	Gebühren	66 900	202 000	1 152 815
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	1 000 000	—	—
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs und der Kapitalbeschaffung	—	—	—
677	Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	65 000	50 000	121 317
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	184 800	—	—
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	1 719 300	1 361 400	1 905 737
680	Büromaterial und Drucksachen	275 000	—	—
681	Zeitungen und Fachliteratur (Verwaltung)	—	—	—
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	461 800	463 900	557 276
683	Sonstige Kommunikationsmittel	—	—	—
685	Reisekosten	815 000	730 000	803 512
686	Gästebewirtung und Repräsentation	2 000	2 000	2 000
687	Öffentlichkeitsarbeit	150 000	150 000	322 382
689	Sonstige Aufwendungen für Kommunikation	15 500	15 500	220 567
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	837 500	2 431 200	1 066 416
690	Versicherungsbeiträge, diverse	12 000	—	10 660
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	42 000	—	—
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	473 000	1 256 700	299 033
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	310 500	1 174 500	756 723
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	28 000	28 000	22 950
702	Grundsteuer	11 500	11 500	12 422
703	Kraftfahrzeugsteuer	2 500	2 500	2 142
709	Sonstige betriebliche Steuern	14 000	14 000	8 386
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
751	Bankzinsen	—	—	—
759	Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5 – Erträge

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber	77 556 100	71 622 200	73 694 219
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	75 901 700	67 861 400	67 846 423
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	1 126 800	2 160 800	3 806 237
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	527 600	1 600 000	2 041 559
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	1 500 000	1 500 000	1 763 634
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	500 000	400 000	1 058 037
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge	1 000 000	1 100 000	705 597
514	Andere Umsatzerlöse	—	—	—
516	Erlöse aus Skonti	—	—	—
517	Boni, Rückvergütungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	1 400 000	2 324 200	3 081 843
540	Nebenerlöse	1 400 000	1 185 000	1 626 608
541	Sonstige Erlöse	—	1 139 200	1 455 235
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
549	Periodenfremde Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
571	Bankzinsen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
58	Außerordentliche Erträge	—	—	—
589	Sonstige außerordentliche Erträge	—	—	—

Aufteilung der Dritt- und Sondermittel

Dritt- und Sondermittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

		Drittmittel DM	Sondermittel DM
A. Aufwendungen			
60		361 800	28 500
61		—	—
62		—	200 000
63		400 000	712 600
64		—	—
66		—	—
67		41 000	—
68		174 800	185 700
69		400 000	—
70		—	—
	Zusammen:	1 377 600	1 126 800
B. Erträge			
50		527 600	1 126 800
51		—	—
54		850 000	—
	Zusammen:	1 377 600	1 126 800

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-2	137	Ablieferungen des Landesbetriebs		500.000	—	+500.000	—
121 03-0	137	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		1.105.000	1.008.000	+97.000	972
381 01-6	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-6	137	Zuführungen für laufende Zwecke des Landes- betriebes * Übertragbar. Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.	30.000 30.000	61.103.800	50.027.800	+11.076.000	49.141
682 03-2	137	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der tech- nischen und baulichen Anlagen * Übertragbar. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	249.000	249.000	—	249
682 39-3	137	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	5.700	5.700	—	6
891 01-4	137	Zuführungen für Investitionen des Landes- betriebs * Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	521.800	486.500	+35.300	433
		Abschluss Kapitel 06 34					
		1 Eigene Einnahmen		1.605.000	1.008.000	+597.000	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		1.605.000	1.008.000	+597.000	
		6 Übertragungsausgaben	30.000 30.000	61.358.500	50.282.500	+11.076.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	521.800	486.500	+35.300	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	30.000 30.000	61.880.300	50.769.000	+11.111.300	
		Zuschuss		60.275.300	49.761.000	+10.514.300	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 34 allgemein:

Die Fachhochschule Hildesheim/Holzminde/Göttingen wird ab 1. 1. 1999 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigelegt.

Zu 121 02

Zuschuss für die Ersteinrichtung des Neubaus für Präzisionsfertigungstechnik.

Zu 682 01

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Dem Studentenwerk Braunschweig dürfen für seine Aufgabenerfüllung landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgeltes überlassen werden.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	30 000	—	30 000
2002	—	—	30 000	30 000

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 6 431 100 DM (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum EP 06).

Zu 891 01

1. Investitionen bis zu 50 000 DM im Einzelfall	88 900 DM
2. PC-Ausstattung (Bibliothek)	64 800 DM
3. Helium-Lecksucher	131 900 DM
4. Geoinformatik-Software	74 800 DM
5. 19 EDV-Arbeitsplätze	55 200 DM
6. 15 mobile Arbeitsplatzrechner	106 200 DM
Zusammen	521 800 DM

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

**Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2001
für die Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen**

Lfd. Nr.	Aufwendungen*)	Lehre 94% DM	Forschung 5 % DM	Sonstige Aufgaben 1% DM	Lfd. Nr.	Erträge*)	Lehre 94% DM	Forschung 5 % DM	Sonstige Aufgaben 1% DM
1	Personalaufwand	45 974 836	2 445 470	489 094	5	Zuschuss	58 167 482	3 094 015	618 803
2	Sachaufwand	13 056 506	694 495	138 899	6	Sondermittel	2 326 030	123 725	24 745
3	Bauunterhaltung	234 060	12 450	2 490	7	Drittmittel	228 890	12 175	2 435
4	Investitionen (einschl. Großgeräte)	1 491 592	79 340	15 868	8	Sonstige	34 592	1 840	368
Summe Aufwendungen		60 756 994	3 231 755	646 351	Summe Erträge		60 756 994	3 231 755	646 351

*) Die Aufwendungen und Erträge der zentralen Einrichtungen (einschl. zentrale Verwaltung) sind über einen geeigneten Schlüssel einzubeziehen.

Grunddaten:

Lfd. Nr.	Datenart	Ist 1999	Soll 2001
11	Stellen für wissenschaftliches Personal	202	200
12	darunter: Stellen für Professuren	189	187
13	Stellen für nichtwissenschaftliches Personal	150	153
14	Stellen für Forschung	—	—
15	Gesamtaufnahmekapazität nach KapVO (mit Schwund)	—	1 347
16	Studienanfänger (1. Fachsemester)	1 138	1 344
17	Studierende insgesamt	5 454	—
18	Studierende in der Regelstudienzeit	4 029	4 605
19	Zahl der Zwischenprüfungen	—	—
20	Zahl der Abschlussprüfungen (nur bestandene)	—	—
21	Zahl der Absolventen	718	857
22	Zahl der Promotionen	—	—
23	Zahl der Habilitationen	—	—
24	Zahl der Graduiertenkollegs	—	—
25	Zahl der Sonderforschungsbereiche	—	—
26	Weiterbildungskurse (Unterrichtsstunden)	—	—
27	Drittmittel je Stelle wissenschaftliches Personal	2 659 DM	1 218 DM
28	Drittmittel je Professorenstelle	2 842 DM	1 302 DM
29.1	Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge	2	2
29.2	Internat. (Austausch-)Studiengänge	1	1
29.3	Weiterbildungsstudiengänge	1	1
29.4	Fernstudiengänge, Kontaktstudien	—	—
29.5	Studium Generale, Serviceangebote	—	—
30	Internat. Zusammenarbeit (außerhalb v. Studiengängen)	—	—
31	Frauenförderung (Projekte)	—	—

Anmerkung:

Bei der vorgegebenen vertikalen Gliederung werden Kennzahlen nicht gebildet (Ausnahmen lfd. Nrn. 27 u. 28), weil dieses nur auf der Ebene von Fachgruppen sinnvoll ist und sich nur dann vergleichbare Aussagen ergeben.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Budgetdaten 2001

Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen

Fachhochschule (FH) Studiengang (genehmigt ab ...; dargestellt ab 1996)	Preis- Cluster	Regel- studienzeit (RZ) in Semestern	Kapazität (kursiv/unterstrichen = fiktiv)		Absolventen (kursiv/unterstrichen = fiktiv)		Studierende i.d. RZ (kursiv/unterstrichen = fiktiv)	
			vor Schwund Soll 2001 (WS 2000/01 + SS 2001)	budget- relevant	1996–1998	budget- relevant	WS 1998/99	budget- relevant
1	9	2	3	4	5	6	7	8
Grundständige Studiengänge								
Architektur Hildesheim	M	8	86	86	67	67	307	307
Architektur Holzminden	M	8	86	86	70	70	328	328
Bau-Chemie (WS 1999/00)	H2	8	27	27	0	0	0	0
Bauinformatik (auslaufend)	M	8	0	0	3	3	3	3
Bauingenieurwesen/Ingenieurbau Hildesheim	M	8	76	76	52	52	318	318
Bauingenieurwesen/Ingenieurbau Holzminden	M	8	64	64	61	61	325	325
Betriebswirtschaftslehre	T	8	131	131	32	32	433	433
Farbdesign	H2	7	10	10	8	8	45	45
Feinwerktechnik	H2	8	17	17	8	8	56	56
Forstwissenschaft	M	8	102	102	91	91	427	427
Graphikdesign/Kommunikationsgestaltung	H2	8	42	<u>41</u>	37	37	191	191
Historisches Kulturgut (auslaufend)	H2	7			2	2	24	24
Holzingenieurwesen	M	8	69	69	35	35	192	192
Immobilienwirtschaft/-management								
Praxisverbund (WS 1999/00)	T	8	15	15	0	0	0	0
Immobilienwirtschaft/-management, Facility								
Management (WS 1999/00)	T	8	38	38	0	0	0	0
Innenarchitektur	H2	7	28	<u>27</u>	20	20	108	108
Krankenversicherung (SS 1996)	T	8	15	<u>2</u>				
Medizinalfachtherapie (WS 2000/01)	T	8	30	30	0	0	0	0
Messtechnik	H2	8	23	23	8	8	75	75
Metallgestaltung	H2	7	13	<u>12</u>	14	14	44	44
Physikalische Technik	H2	8	24	24	3	3	65	65
Präzisionsfertigungstechnik (WS 2000/01)	H2	8	17	<u>7</u>	0	0	0	0
Produkt-Design	H2	7	13	13	12	12	90	90
Restaurierungskunde	H1	8	42	42	11	11	110	110
Sozialarbeit/-hilfe (WS 2000/01)	T	8	25	25	0	0	0	0
Sozialwesen (RZ = 6+2 Sem.)	T	8	183	183	154	154	1 040	1 040
Wirtschaftsingenieurwesen (WS 1996/97)	M	8	42	42	0	<u>30</u>	95	151
Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge								
Bauinformatik (auslaufend)	M	2	0	0	2	2	49	49
Ökologische Umwelt- und Landschaftsplanung	T	3	13	13	19	19	57	57
Internationale (Austausch)-Studiengänge								
Internationales Bauen	M	2	16	16	0	0	29	29
Weiterbildungsstudiengänge								
Sozialmanagement (WS 2000/01)/RZ = 3 bzw. 4 Sem.	T	3,5	25	25	0	0	0	0

**Wirtschaftsplan für die
Fachhochschule Hildesheim/Holzminden/Göttingen
für das Geschäftsjahr 2001**

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

Aufwendungen	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Erträge	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
60 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2 848 000	1 871 300	1 391 989	50 Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber			
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	876 400	876 400	461 109	501 Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	61 358 500 ¹⁾	50 282 500	49 770 200
62 Löhne und Vergütungen	825 100	769 600	1 080 742	502 Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	1 409 500	—	—
63 Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	39 944 000	36 788 200	35 037 505	503 Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	103 500	103 500	252 818
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	8 063 300	7 662 400	7 506 602	51 Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	140 000	140 000	336 289
65 Abschreibungen	—	—	—	54 Sonstige betriebliche Erträge	36 800	36 800	1 495 758
66 Sonst. Personalaufwendungen	77 000	77 000	388 724	57 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
67 Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	9 386 800	1 605 300	1 416 942	58 Außerordentliche Erträge	—	—	13 812
68 Aufwendungen für Kommunikation	742 000	742 000	976 130				
69 Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	284 700	169 600	1 256 782				
70 Betriebliche Steuern	1 000	1 000	9 607				
76 Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—				
78 Sonstige Steuern	—	—	—				
Gesamtsumme:	63 048 300	50 562 800	49 526 132		63 048 300	50 562 800	51 868 877

¹⁾ Zuführungen bzw. Einnahmen:

682 01	61 103 800 DM
682 03	249 000 DM
682 39	5 700 DM

Gesamt 61 358 500 DM

Beitrag der Hochschule zum Innovationspakt II: 563 000 DM.

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2001

Investitionsausgaben	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Deckungsmittel	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	—	—	—	502 Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für lfd. Aufwendungen aus Sondermitteln	—	—	—
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—	504 Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	521 800 ¹⁾	486 500 ¹⁾	423 000
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	63 033	507 Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für Investitionen aus Sondermitteln	1 065 000 ²⁾	—	—
07 Technische Anlagen und Maschinen	1 522 000	486 500	922 454	509 Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	64 800	—	362 800	512 Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	136 572	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
				65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	1 586 800	486 500	1 484 859		1 586 800	486 500	423 000

¹⁾ Zuführungen aus 891 01²⁾ Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG)

Bewirtschaftungsvermerke:

- Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dieses zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.
- Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
- Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
- Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

**Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte und Arbeiter/-innen)**

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
			Angestellte	1) Davon 1 ku nach Verg.-Gr. IV a BAT.
I b	1	1	Verwaltungsdienst	2) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i.d.F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 – Nds. MBl. S. 829 – nachgewiesen.
II a	1	1		
III ¹⁾	2	3		
IV a	2	2		
IV b	1	1		
V b	2	1		
V c	6	5		
VI b ²⁾	6	7		
VII	12	11		
I b	1	1	Lehrkräfte	
II a	6	6		
III	3	—		
IV a	2	—		
IX b–VII	11	13	Schreib- und Fernschreibdienst	
III	1	1	Technischer Dienst	
IV a	36	36		
IV b	4	5		
V b	1	1		
V c1	1	1		
VI b	6	6		
IV a	1	1	Bibliotheksdienst	
V b	3	3		
V c	2	2		
VI b	1	1		
VII	3	3		
II a	—	1	Datenverarbeitungsdienst	
IV a	7	6		
IV b	3	3		
V b	—	—		
VII	2	2	Sonstige Dienste	
VIII	1	1		
IX b	—	1		
	21	14	Stellenpool Durchschnittswertigkeit 83 100 DM	
	149	140	Zusammen	
			Arbeiter/-innen	
5	2	2	Hausmeisterdienst	
4	3	3		
5	1	1	Sonstige Dienste	
4	1	1		
3	1	1		
	8	8	Zusammen	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2 848 000	1 871 300	1 391 989
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	175 000	175 000	174 095
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	—	—	—
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	—	—	29 067
605	Energie	381 000	277 300	204 165
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	—	—	3 976
607	Sonstiges Material	2 292 000	1 419 000	980 686
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen für den Lehr- und Forschungsbetrieb	876 400	876 400	461 109
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	—	—	—
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	—	—	—
612	Entwicklungs-, Versuchs- und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	6 100	6 100	50 325
613	Weitere Fremdleistungen	—	—	—
614	Frachten und Fremdlager	—	—	6 413
615	Vertriebsprovisionen	—	—	—
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	488 000	488 000	342 134
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	382 300	382 300	62 237

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	825 100	769 600	1 080 742
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wiss. Personal	39 944 000	36 788 200	35 037 505

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2001 DM	2000 DM	1999 DM	Bemerkungen
1. Dienstaufwandsentschädigungen	—	4 000	4 000	
2. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—	Zu lfd. Nr. 1 für 1 Präsident/-in 1 500 DM
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—	2 Vizepräsidenten/-innen (je 800 DM) 1 600 DM
3. Ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte	—	—	—	1 Kanzlerin, Kanzler 900 DM
4. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	117 100	114 400	366 639	Zu lfd. Nr. 3 Für 8 (8) ständige nicht vollbeschäftigte Ange- stellte, deren durchschnittliche Arbeitszeit min- destens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt; davon 53 000 DM für 1 Kraft im Frauen- büro (Verg.-Gr. II a).
5. Auszubildende für Angestellten- berufe	—	—	41 100	
6. Überstundenvergütung für Angestellte	3 300	3 200	56 797	Zu lfd. Nr. 5 Für die Vergütung von 2 (2) Auszubildenden – Verwaltungsdienst –.
7. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	—	—	—	
8. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	234 100	228 600	192 865	Zu lfd. Nr. 7 Für 9 (9) ständige nicht vollbeschäftigte Arbeits- kräfte – davon eine Kraft zur Umsetzung der Un- fallverhütungsvorschriften –, deren durchschnitt- liche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer voll- beschäftigten Kraft beträgt.
9. Auszubildende für Arbeiterberufe	—	—	—	
10. Mehrarbeits- bzw. Überstunden- löhne für Arbeiter	1 300	1 200	—	
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	28 000	27 400	—	
12. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)				
13. Wissenschaftliche Hilfskräfte	—	—	—	
14. Vergütungen für studentische Hilfskräfte	—	—	239 803	
15. Vergütungen für sonst. wissenschaftliche Beschäftigte	—	—	—	
16. Vergütungen für sonst. Beschäftigte	72 200	70 900	—	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	8 063 300	7 662 400	7 506 602
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	—	—	—
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	—	—	—
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	48 300	12 300	48 002
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	—
644	Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten	6 983 600	6 733 600	6 579 200
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	114 900	—	—
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	916 500	916 500	879 400
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	77 000	77 000	388 724
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen, -umsetzungen und -entlassungen	18 500	18 500	220 744
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten, Wegstreckenentschädigung	30 000	30 000	97 095
662	Aufwendungen für Betriebs-/Amtsarzt und Arbeitssicherheit	27 300	27 300	33 645
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	1 200	1 200	34 860
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	—	—	—
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
667	Nebenbezüge	—	—	—
668	Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	2 380
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	9 386 800	1 605 300	1 416 942
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	7 313 600	539 500	700 448
673	Gebühren	48 500	48 500	55 886
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	1 403 800	500 000	465 759
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs und der Kapitalbeschaffung	—	—	446
677	Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	239 900	239 900	1 835
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	381 000	277 400	192 568
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	742 000	742 000	976 130
680	Büromaterial und Drucksachen	130 900	130 900	231 791
681	Zeitungen und Fachliteratur (Verwaltung)	—	—	—
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	470 200	470 200	437 447
685	Reisekosten	130 800	130 800	244 855
686	Gästebewirtung und Repräsentation	2 000	2 000	11 916
687	Öffentlichkeitsarbeit	4 600	4 600	34 561
689	Sonstige Ausgaben für Kommunikation	3 500	3 500	15 560
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	284 700	169 600	1 256 782
690	Versicherungsbeiträge, diverse	—	—	150
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	—	—	2 597
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	186 500	146 500	1 012 676
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	98 200	23 100	235 396
699	Periodenfremde Aufwendungen	—	—	5 963
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	1 000	1 000	9 607
702	Grundsteuer	1 000	1 000	3 078
703	Kraftfahrzeugsteuer	—	—	6 529
Zu Kontengruppe				
78	Sonstige Steuern	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5 – Erträge

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber	62 871 500	50 386 000	50 023 018
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	61 358 500	50 282 500	49 770 200
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	1 409 500	—	—
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	103 500	103 500	252 818
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	140 000	140 000	336 289
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	60 000	60 000	122 125
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge für laufende Aufwendungen	80 000	80 000	214 164
514	Andere Umsatzerlöse	—	—	—
515	Umsatzerlöse für Waren	—	—	—
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	36 800	36 800	1 495 758
540	Nebenerlöse	29 500	29 500	443 761
541	Sonstige Erlöse	7 300	7 300	1 015 544
542	Eigenverbrauch	—	—	—
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	7 176
544	Erträge aus Werterhöhungen von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	—
545	Erträge aus der Werterhöhung von Gegenständen des Umlaufvermögens	—	—	—
546	Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	10 200
547	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	—	—	—
548	Erträge aus der Herabsetzung von Rückstellungen	—	—	—
549	Periodenfremde Erträge	—	—	19 077
Zu Kontengruppe				
58	Außerordentliche Erträge	—	—	13 812
581	Spenden	—	—	13 812
589	Sonstige außerordentliche Erträge	—	—	—

Aufteilung der Drittmittel

Drittmittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

		2001 DM	2000 DM
A. Aufwendungen			
60		73 500	73 500
61		—	—
62		40 000	40 000
63		110 000	110 000
64		—	—
65		—	—
66		—	—
67		—	—
68		20 000	20 000
69		—	—
70		—	—
78		—	—
	Zusammen:	243 500	243 500
B. Erträge			
50		103 500	103 500
51		140 000	140 000
54		—	—
58		—	—
	Zusammen:	243 500	243 500

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-0	137	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
121 03-8	137	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		751.800	776.600	–24.800	747
381 05-6	990	Zuführungen von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-3	137	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs * Übertragbar. Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.	25.000 25.000	44.958.500	36.611.100	+8.347.400	39.453
682 03-0	137	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen * Übertragbar. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	705.000	705.000	—	528
682 39-0	137	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	10.300	10.300	—	24
891 01-1	137	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs * Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	324.000	366.500	–42.500	319
		Abschluss Kapitel 06 36					
		1 Eigene Einnahmen		751.800	776.600	–24.800	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		751.800	776.600	–24.800	
		6 Übertragungsausgaben	25.000 25.000	45.673.800	37.326.400	+8.347.400	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	324.000	366.500	–42.500	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	25.000 25.000	45.997.800	37.692.900	+8.304.900	
		Zuschuss		45.246.000	36.916.300	+8.329.700	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 36 allgemein:

Die Fachhochschule Nordostniedersachsen wird ab 1. 1. 1999 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigelegt.

Zu 682 01

Dem Studentenwerk Braunschweig werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa Suderburg	680	7 264 DM
Mensa Volgershall	795	12 724 DM
Mensa Rotes Feld	721	11 535 DM

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	25 000	—	25 000
2002	—	—	25 000	25 000

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 4 319 800 DM (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 891 01

1. Investitionen bis zu 50 000 DM im Einzelfall	66 200 DM
2. Medientechnik für Aula Wilschenbrucher Weg 84	89 200 DM
3. Großbildprojektionsanlage	103 600 DM
4. Medientechnik für Aula Wilschenbrucher Weg 84	65 000 DM
Zusammen	324 000 DM

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

**Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2001
für die Fachhochschule Nordostniedersachsen**

Lfd. Nr.	Aufwendungen*)	Lehre 80% DM	Forschung 5% DM	Sonstige Aufgaben 15% DM	Lfd. Nr.	Erträge*)	Lehre 80% DM	Forschung 5% DM	Sonstige Aufgaben 15% DM
1	Personalaufwand	28 415 760	1 775 985	5 327 955	5	Zuschuss	36 798 240	2 299 890	6 899 670
2	Sachaufwand	10 160 080	635 005	1 905 015	6	Sondermittel	2 631 760	164 485	493 455
3	Bauunterhaltung	564 000	35 250	105 750	7	Drittmittel	814 880	50 930	152 790
4	Investitionen (einschl. Großgeräte)	1 134 400	70 900	212 700	8	Sonstige	29 360	1 835	5 505
Summe Aufwendungen		40 274 240	2 517 140	7 551 420	Summe Erträge		40 274 240	2 517 140	7 551 420

*) Die Aufwendungen und Erträge der zentralen Einrichtungen (einschl. zentrale Verwaltung) sind über einen geeigneten Schlüssel einzubeziehen.

Grunddaten:

Lfd. Nr.	Datenart	Ist 1999	Soll 2001
11	Stellen für wissenschaftliches Personal	137	140
12	darunter: Stellen für Professoren	125	129
13	Stellen für nichtwissenschaftliches Personal	126	129
14	Stellen für Forschung	—	—
15	Gesamtaufnahmekapazität nach KapVO (mit Schwund) (ohne Weiterbildungsstudiengänge)	870	900
16	Studienanfänger (1. Fachsemester)	785	864
17	Studierende insgesamt	3 435	3 779
18	Studierende in der Regelstudienzeit	2 572	2 636
19	Zahl der Zwischenprüfungen	—	—
20	Zahl der Abschlussprüfungen (nur bestandene)	—	—
21	Zahl der Absolventen	510	528
22	Zahl der Promotionen	—	—
23	Zahl der Habilitationen	—	—
24	Zahl der Graduiertenkollegs	—	—
25	Zahl der Sonderforschungsbereiche	—	—
26	Weiterbildungskurse (Unterrichtsstunden)	—	—
27	Drittmittel je Stelle wissenschaftliches Personal	11 239 DM	7 276 DM
28	Drittmittel je Professorenstelle	12 318 DM	7 896 DM
29.1	Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge	2	2
29.2	Internat. (Austausch-)Studiengänge	2	2 ¹⁾
29.3	Weiterbildungsstudiengänge	6	6
29.4	Fernstudiengänge, Kontaktstudien	1	1
29.5	Studium Generale, Serviceangebote	—	—
30	Internat. Zusammenarbeit (außerhalb v. Studiengängen)	—	—
31	Frauenförderung (Projekte)	—	—

Anmerkung:

Bei der vorgegebenen vertikalen Gliederung werden Kennzahlen nicht gebildet (Ausnahmen lfd. Nrn. 27 u. 28), weil dieses nur auf der Ebene von Fachgruppen sinnvoll ist und sich nur dann vergleichbare Aussagen ergeben.

¹⁾ Auch in 29.1 bzw. 29.3 enthalten.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Budgetdaten 2001

Fachhochschule Nordostniedersachsen

Fachhochschule (FH) Studiengang (genehmigt ab ...; dargestellt ab 1996)	Preis- Cluster	Regel- studienzeit (RZ) in Semestern	Kapazität (kursiv/unterstrichen = fiktiv)		Absolventen (kursiv/unterstrichen = fiktiv)		Studierende i.d. RZ (kursiv/unterstrichen = fiktiv)	
			vor Schwund Soll 2001 (WS 2000/01 + SS 2001)	budget- relevant	1996–1998	budget- relevant	WS 1998/99	budget- relevant
1	9	2	3	4	5	6	7	8
Grundständige Studiengänge								
Architektur	M	8	64	64	49	49	287	287
Automatisierungstechnik	H1	8	77	77	24	24	139	139
Bauingenieurwesen/Ingenieurbau	M	8	73	73	56	56	303	303
Betriebswirtschaftslehre	T	8	115	115	84	84	518	518
Sozialwesen (RZ = 6+2 Sem.)	T	8	143	143	84	84	524	524
Umwelttechnik (einschl. Recycling)	H2	8	40	40	13	13	112	112
Wasserwirtschaft	H2	8	58	58	54	54	222	222
Wirtschaftsinformatik	T	8	53	53	38	38	227	227
Wirtschaftspsychologie (WS 1999/00)	T	8	27	27	0	<u>20</u>	0	<u>98</u>
Wirtschaftsrecht (WS 1994/95)	T	8	92	92	3	<u>46</u>	377	377
Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge								
Abfallwirtschaft und Stoffstrommanagement	H2	3	30	30	10	10	12	12
Tropenwasserwirtsch. (Master)	H2	3	15	15	11	11	26	26
Weiterbildungsstudiengänge								
Angewandte Informatik im Bauwesen	H2	3	30	30	0	0	49	49
Applied Computing (WS 1998/99)	T	3	15	15	0	0	11	11
Gesundheitswiss.	T	2	24	24	11	11	30	30
Multimedia (SS 1998)	M	2	25	25	0	<u>18</u>	19	<u>23</u>
Projektmanagement	M	3	20	20	0	0	3	3
Qualitätssicherung im Bauwesen	M	3	20	20	0	0	4	4
Sozialmanagement	T	4	20	20	10	10	26	26

**Wirtschaftsplan für die
Fachhochschule Nordostniedersachsen
für das Geschäftsjahr 2001**

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

Aufwendungen	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Erträge	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
60 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2 586 000	2 239 000	1 451 457	50 Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber			
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	1 899 500	1 635 600	857 065	501 Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	45 673 800 ¹⁾	37 326 400	35 586 993
62 Löhne und Vergütungen	943 600	884 300	1 290 027	502 Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	2 195 700	3 961 300	4 685 868
63 Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	28 932 600	28 234 300	28 664 312	503 Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	200 000	200 000	—
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	5 624 000	5 335 900	4 743 904	51 Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	694 600	694 600	900 519
65 Abschreibungen	—	—	—	54 Sonstige betriebliche Erträge	160 700	160 700	1 960 055
66 Sonst. Personalaufwendungen	19 500	4 900	451 334	57 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	315
67 Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	7 919 900	3 110 400	2 504 843	58 Außerordentliche Erträge	—	—	3 769
68 Aufwendungen für Kommunikation	484 500	484 500	1 271 867				
69 Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	513 700	484 800	1 219 442				
70 Betriebliche Steuern	1 500	1 500	909				
76 Außerordentliche Aufwendungen	—	-72 200	5 856				
Gesamtsumme:	48 924 800	42 343 000	42 461 016		48 924 800	42 343 000	43 137 519

¹⁾ Zuführungen bzw. Einnahmen:

682 01	44 958 500 DM
682 03	705 000 DM
682 39	10 300 DM

Gesamt 45 673 800 DM

Beitrag der Hochschule zum Innovationspakt II: 418 000 DM.

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2001

Investitionsausgaben	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Deckungsmittel	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	—	—	208 818	504 Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	324 000 ¹⁾	366 500	1 814 607
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—	507 Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für Investitionen aus Sondermitteln	1 094 000 ²⁾	—	2 436 242
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	—	509 Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	158 101
07 Technische Anlagen und Maschinen	1 094 000	—	3 017 208	512 Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	324 000	366 500	1 166 624	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	16 300	65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	1 418 000	366 500	4 408 950		1 418 000	366 500	4 408 950

¹⁾ Zuführungen aus 891 01²⁾ Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG).

Bewirtschaftungsvermerke:

- Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dieses zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.
- Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
- Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
- Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich zum 1. 1. 2002 um den Betrag von 1 Stelle der Verg.-Gr. IV a (für vorgezogene Berufungen im Rahmen des Fachhochschulstrukturkonzeptes).
- Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte und Arbeiter/-innen)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
			Angestellte	
I b	1	1	Verwaltungsdienst	1) Lehrkräfte mit abgeschlossener wissenschaftlicher Hochschulausbildung und entsprechender Tätigkeit sowie sonstige Angestellte, die aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und ihrer Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausüben, erhalten eine Vergütung entsprechend der Verg.-Gr. II a BAT einschl. der allgemeinen Zulage. 2) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 – Nds. MBl. S. 829 – nachgewiesen.
II a	2	2		
III	2	2		
IV a	2	2		
IV b	7	7		
V b	1	1		
V c	9	8		
VI b	11	11		
VII	8	8		
VIII	3	3		
II a	1	1	Wissenschaftlicher Dienst	
II a ¹⁾	5	5	Lehrkräfte	
IV a	1	1		
IV b	—	—		
IX b–VII ²⁾	2	2	Schreib- und Fernschreibdienst	
III	1	1	Technischer Dienst	
IV a	20	20		
IV b	—	—		
V b	2	2		
V c	6	6		
VI b	4	4		
IV b	1	1	Bibliotheksdienst	
V b	1	1		
V c	2	2		
VI b	3	3		
VII	4	4		
I b	1	1	Datenverarbeitungsdienst	
III	2	1		
IV a	13	12		
IV b	2	2		
V c	1	1		
VIII	3	3	Sonstige Dienste	
IX b	1	1		
	122	119	Zusammen	

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Arbeiterinnen, Arbeiter				
4	2	2	Sonstige Dienste	
3	1	1		
2 a	1	1		
	(1)	(1)	(hiervon: Boten, Pförtner, Hausmeister usw.)	
1	3	3	Reinigungsdienst	
	7	7	Zusammen	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2 586 000	2 239 000	1 451 457
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	200 000	200 000	184 300
605	Energie	1 133 800	568 800	463 241
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	—	—	—
607	Sonstiges Material	1 252 200	1 470 200	803 916
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen für den Lehr- und Forschungsbetrieb	1 899 500	1 635 600	857 065
612	Entwicklungs-, Versuchs- und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	1 310 600	1 310 600	160 204
614	Frachten und Fremdlager	—	—	941
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	588 900	325 000	695 920
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	943 600	884 300	1 290 027
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wiss. Personal	28 932 600	28 234 300	28 664 312

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2001 DM	2000 DM	1999 DM	Bemerkungen
1. Dienstaufwandsentschädigungen	—	4 000	4 000	Zu lfd. Nr. 1
2. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—	für 1 Präsidentin, Präsident 1 500 DM
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—	2 Vizepräsidentinnen Vizepräsidenten (je 800 DM) 1 600 DM 1 Kanzlerin, Kanzler 900 DM
3. Ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte	370 800	361 800	352 900	Zu lfd. Nr. 3
4. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	—	—	—	Für 8 (8) ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt; davon 1 Kraft im Frauenbüro (Verg.-Gr. II a), 1 im FB Architektur, 1 im FB Bauingenieurwesen, 1 für das Akademische Auslandsamt, 2 für den FB Sozialwesen und Wirtschaft und 1 Schreibkraft Technologietransfer.
5. Auszubildende für Angestelltenberufe	—	—	—	
6. Überstundenvergütung für Angestellte	3 600	3 600	3 600	
7. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	416 100	406 000	396 100	Zu lfd. Nr. 4
8. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	—	—	—	In lfd. Nr. 14 enthalten.
9. Auszubildende für Arbeiterberufe	42 400	41 400	40 400	Zu lfd. Nr. 7
10. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	1 100	1 100	1 100	Für 12 (12) ständige nicht vollbeschäftigte Arbeitskräfte – davon eine Kraft zur Umsetzung der Unfallverhütungsvorschriften –, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	125 700	125 700	125 700	Zu lfd. Nr. 9
12. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)				
13. Wissenschaftliche Hilfskräfte	—	—	—	Für die Vergütung von 2 (2) Auszubildenden – für den Beruf des Industriemechanikers im FB Angewandte Automatisierungstechnik –.
14. Vergütungen für studentische Hilfskräfte	72 700	72 700	72 700	
15. Vergütungen für sonst. wissenschaftliche Beschäftigte	—	—	—	Zu lfd. Nr. 13
16. Vergütungen für sonst. Beschäftigte	—	—	—	In lfd. Nr. 14 enthalten.
17. Lehraufträge	286 300	286 300	278 800	
18. VBL-Versteuerung	—	—	—	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	5 624 000	5 335 900	4 743 904
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	—	—	—
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	—	—	—
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	42 100	10 800	42 050
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	—
644	Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten	4 889 800	4 716 800	3 965 400
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	83 800	—	—
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	608 300	608 300	736 454
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	19 500	4 900	451 334
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen, -umsetzungen und -entlassungen	—	—	146 148
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten, Wegstreckenentschädigung	—	—	—
662	Aufwendungen für Betriebs-/Amtsarzt und Arbeitssicherheit	14 800	200	14 939
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	4 700	4 700	123 669
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	—	—	—
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
668	Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	4 138
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	—	—	162 440
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	7 919 900	3 110 400	2 504 843
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	4 442 800	123 000	261 515
673	Gebühren	105 100	101 100	99 614
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	2 540 500	2 074 400	1 637 103
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs und der Kapitalbeschaffung	—	—	349
677	Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	363 400	363 400	44 333
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	468 100	448 500	461 929
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	484 500	484 500	1 271 867
680	Büromaterial und Drucksachen	188 900	188 900	408 052
681	Zeitungen und Fachliteratur (Verwaltung)	14 000	14 000	14 000
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	197 700	197 700	305 360
685	Reisekosten	79 900	79 900	445 821
686	Gästebewirtung und Repräsentation	2 000	2 000	3 759
687	Öffentlichkeitsarbeit	2 000	2 000	80 870
689	Sonstige Aufwendungen für Kommunikation	—	—	14 005
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	513 700	484 800	1 219 442
690	Versicherungsbeiträge, diverse	—	—	—
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	6 000	6 000	5 731
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	4 700	4 700	1 618
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	503 000	474 100	1 212 093
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	1 500	1 500	909
702	Grundsteuer	1 200	1 200	555
703	Kraftfahrzeugsteuer	300	300	354
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	—
Zu Kontengruppe				
76	Außerordentliche Aufwendungen	—	–72 200	5 856
760	Außerordentliche Aufwendungen	—	–72 200	5 856

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5 – Erträge

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber	48 069 500	41 487 700	40 272 861
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	45 673 800	37 326 400	35 586 993
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	2 195 700	3 961 300	4 685 868
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	200 000	200 000	—
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	694 600	694 600	900 519
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	—	—	—
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge für laufende Aufwendungen	694 600	694 600	900 519
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	160 700	160 700	1 960 055
540	Nebenerlöse	151 500	151 500	357 153
541	Sonstige Erlöse	9 200	9 200	746 600
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	851 093
544	Erträge aus Werterhöhungen von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	—
549	Periodenfremde Erträge	—	—	5 209
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	315
571	Bankzinsen	—	—	315
Zu Kontengruppe				
58	Außerordentliche Erträge	—	—	3 769
589	Sonstige außerordentliche Erträge	—	—	3 769

Aufteilung der Drittmittel

Drittmittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

		2001 DM	2000 DM
A. Aufwendungen			
60		499 100	499 100
61		—	—
62		—	—
63		519 500	519 500
64		—	—
65		—	—
66		—	—
67		—	—
68		—	—
69		—	—
70		—	—
76		—	—
	Zusammen:	1 018 600	1 018 600
B. Erträge			
50		200 000	200 000
51		694 600	694 600
54		124 000	124 000
57		—	—
58		—	—
	Zusammen:	1 018 600	1 018 600

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-3	137	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
121 03-1	137	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		1.003.000	911.200	+91.800	963
381 01-7	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-7	137	Zuführungen für laufende Zwecke des Landes- betriebes * Übertragbar. Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.	80.000 80.000	58.320.600	49.553.000	+8.767.600	50.461
682 03-3	137	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der tech- nischen und baulichen Anlagen * Übertragbar. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	525.000	525.000	—	525
682 39-4	137	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	36.600	36.600	—	2
891 01-5	137	Zuführungen für Investitionen des Landes- betriebs * Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	503.200	549.500	–46.300	478
		Abschluss Kapitel 06 37					
		1 Eigene Einnahmen		1.003.000	911.200	+91.800	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		1.003.000	911.200	+91.800	
		6 Übertragungsausgaben	80.000 80.000	58.882.200	50.114.600	+8.767.600	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	503.200	549.500	–46.300	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	80.000 80.000	59.385.400	50.664.100	+8.721.300	
		Zuschuss		58.382.400	49.752.900	+8.629.500	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 37 allgemein:

Die Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel wird ab 1. 1. 1999 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigelegt.

Zu 682 01

Dem Studentenwerk Braunschweig werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm (HNF)	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa HNF	344	} 63 000 DM
Cafeteria NNF	362	

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	80 000	—	80 000
2002	—	—	80 000	80 000

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 3 559 200 DM (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 891 01

1. Investitionen bis zu 50 000 DM im Einzelfall	294 200 DM
2. Wirbelstromleistungsbremse	94 000 DM
3. Laser-Messplatz mit SPS-Steuerung	55 000 DM
4. Feldstärke-Messempfänger	60 000 DM
Zusammen	503 200 DM

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

**Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2001
für die Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel**

Lfd. Nr.	Aufwendungen*)	Lehre 80% DM	Forschung 5% DM	Sonstige Aufgaben 15% DM	Lfd. Nr.	Erträge*)	Lehre 80% DM	Forschung 5% DM	Sonstige Aufgaben 15% DM
1	Personalaufwand	38 430 400	2 401 900	7 205 700	5	Zuschuss	47 508 320	2 969 270	8 907 810
2	Sachaufwand	10 624 800	664 050	1 992 150	6	Sondermittel	1 722 880	107 680	323 040
3	Bauunterhaltung	420 000	26 250	78 750	7	Drittmittel	1 609 440	100 590	301 770
4	Investitionen (einschl. Großgeräte)	1 365 440	85 340	256 020	8	Sonstige	—	—	—
	Summe Aufwendungen	50 840 640	3 177 540	9 532 620		Summe Erträge	50 840 640	3 177 540	9 532 620

*) Die Aufwendungen und Erträge der zentralen Einrichtungen (einschl. zentrale Verwaltung) sind über einen geeigneten Schlüssel einzubeziehen.

Grunddaten:

Lfd. Nr.	Datenart	Ist 1999	Soll 2001
11	Stellen für wissenschaftliches Personal	196	193
12	darunter: Stellen für Professoren	170	167
13	Stellen für nichtwissenschaftliches Personal	160	163
14	Stellen für Forschung	—	—
15	Gesamtaufnahmekapazität nach KapVO (mit Schwund)	1 256 (1 165)	1 356 (1 150)
16	Studienanfänger (1. Fachsemester)	1 314	1 356
17	Studierende insgesamt	5 015	5 150
18	Studierende in der Regelstudienzeit	4 079	4 200
19	Zahl der Zwischenprüfungen	—	—
20	Zahl der Abschlussprüfungen (nur bestandene)	—	—
21	Zahl der Absolventen	660	720
22	Zahl der Promotionen	—	—
23	Zahl der Habilitationen	—	—
24	Zahl der Graduiertenkollegs	—	—
25	Zahl der Sonderforschungsbereiche	—	—
26	Weiterbildungskurse (Unterrichtsstunden)	—	—
27	Drittmittel je Stelle wissenschaftliches Personal	17 458 DM	10 424 DM
28	Drittmittel je Professorenstelle	20 128 DM	12 047 DM
29.1	Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge	2	2
29.2	Internat. (Austausch-)Studiengänge	2	2
29.3	Weiterbildungsstudiengänge	5	5
29.4	Fernstudiengänge Kontaktstudien	—	—
29.5	Studium Generale Serviceangebote	21	25
30	Internat. Zusammenarbeit (außerhalb v. Studiengängen)	—	—
31	Frauenförderung/weibl. Stud. (Projekte)	1 466	1 650

Anmerkung:

Bei der vorgegebenen vertikalen Gliederung werden Kennzahlen nicht gebildet (Ausnahmen lfd. Nrn. 27 u. 28), weil dieses nur auf der Ebene von Fachgruppen sinnvoll ist und sich nur dann vergleichbare Aussagen ergeben.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Budgetdaten 2001

Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

Fachhochschule (FH) Studiengang (genehmigt ab ...; dargestellt ab 1996)	Preis- Cluster	Regel- studienzeit (RZ) in Semestern	Kapazität (kursiv/unterstrichen = fiktiv)		Absolventen (kursiv/unterstrichen = fiktiv)		Studierende i.d. RZ (kursiv/unterstrichen = fiktiv)	
			vor Schwund Soll 2001 (WS 2000/01 + SS 2001)	budget- relevant	1996–1998	budget- relevant	WS 1998/99	budget- relevant
1	9	2	3	4	5	6	7	8
Grundständige Studiengänge								
Augenoptik (WS 2000/01)	M	9	30	18	0	0	0	0
Betriebswirtschaft (Bank- und Versicherungswirtschaft)	T	8	21	21	11	11	83	83
Betriebswirtschaft-Automobilwirtschaft (WS 1997/98)	T	8	23	23	0	0	39	39
Betriebswirtschaftslehre (WS 1998/99)	T	8	23	23	0	0	67	67
Elektr. Anlagen und Automatisierungstechnik	H2	8	35	35	38	38	135	135
Elektr. Messtechnik und Qualitätssicherung (SS 1996)	H2	8	18	18	0	0	27	27
Elektrotechnik (auslaufend)	H2	8	0	0	2	2	0	0
Fahrzeugtechnik	H1	8	62	<u>57</u>	49	49	238	238
Geragogik (RZ = 6+2 Sem.)	T	8	23	23	7	7		0
Industrie-Automatisierung	H2	8	17	17	23	23	39	39
Industrieinformatik	H1	8	17	<u>15</u>	10	10	51	51
Konstruktion und Entwicklung	H2	8	36	36	46	46	116	116
Krankenversicherungsmanagement	T	8	25	<u>15</u>	1	<u>12</u>	64	64
Kunststofftechnik (Verf.-Technik) (WS 1998/99)	H1	8	17	<u>15</u>	0	0	0	0
Management im Gesundheits- und Sozialbereich (WS 1996/97)	T	8	30	30	0	<u>22</u>	97	<u>108</u>
Maschinenbau (auslaufend)	H2	8	0	0	2	2	0	0
Maschinenbau im Praxisverbund (WS 1996/97)	H2	8	23	23	0	0	60	60
Medieninformatik (WS 1999/00)	M	8	40	40	0	0	0	0
Nachrichten-/Informationstechnik	H2	8	35	35	51	51	162	162
Prakt. Informatik	M	8	26	26	1	1	126	126
Produktion und Logistik	H2	8	21	21	25	25	82	82
Recycling	H1	8	17	<u>15</u>	28	28	88	88
Sozialwesen (RZ = 6+2 Sem.)	T	8	197	197	171	171	832	832
Sportmanagement (SS 1998)	T	8	34	<u>20</u>	0	0	104	104
Techn. Gesundheitswesen	H2	8	11	11	29	29	72	72
Techn. Informatik	M	8	14	14	42	42	98	98
Technische Betriebswirtschaft	T	8	21	21	24	24	138	138
Telekommunikation (SS 1996)	H2	8	18	18	0	0	58	58
Tourismuswirtschaft (WS 1996/97)	T	8	34	34	0	0	138	138
Transportwesen	H2	8	22	22	7	<u>13</u>	83	83
Umwelttechnik (einschl. Recycling)	H2	8	22	22	0	0	35	35
Umwelttechnik/Umwelt- und Hygienetechnik	H2	8	22	22	0	0	66	66
Verkehrsbetriebswirtschaft	T	8	22	22	11	<u>14</u>	142	142
Verkehrsinformatik	H2	8	6	6	0	4	22	22
Verkehrstechnik	H2	8	9	9	15	15	68	68
Versorgungstechn. Gebäudeausrüstung	H2	8	34	34	47	47	223	223
Versorgungstechnik	H2	8	22	22	21	21	64	64
Wirtschaftsinformatik (WS 1998/99)	T	8	21	21	0	0	13	13
Wirtschaftsrecht (SS 1999)	T	8	70	70	0	0	0	0
Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge								
Umwelt- und Qualitätsmanagement (SS 1998)	H2	4	10	10	0	0	35	35
Wirtschaft	T	4	5	5	4	4	13	13
Internationale (Austausch)-Studiengänge								
European Business and Technology	T	8	10	10	0	0	19	19
European Engineering and Technology (WS 1996/97)	H2	8	8	8	2	2	18	18
Weiterbildungsstudiengänge								
Kreislaufwirtschaft (WS 1998/99)	T	5	30	30	0	0	14	14
Multimedia (SS 1998)	M	4	10	10	0	0	13	13
Vertriebsmanagement (SS 1998)	T	4	15	15	0	0	6	6
Wirtschaftswiss. für Abs. der Berufsakademie des Einzelhandels	T	2	0	0	0	0	0	0
Wirtschaftsingenieurwesen für Dipl.-Ing.	T	4	15	15	0	0	48	48

**Wirtschaftsplan für die
Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel
für das Geschäftsjahr 2001**

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

Aufwendungen	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Erträge	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
60 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	3 046 900	2 534 800	1 736 294	50 Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber			
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	2 001 400	1 951 400	1 009 974	501 Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	58 882 200 ¹⁾	50 114 600	49 549 800
62 Löhne und Vergütungen	758 800	1 258 400	1 673 743	502 Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	950 000	—	6 265 222
63 Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	39 741 600	35 671 100	38 605 830	503 Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	502 000	2 000	2 116 442
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	7 507 700	7 115 000	11 235 491	51 Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	753 200	520 000	3 421 682
65 Abschreibungen	—	—	—	53 Andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	25 459
66 Sonst. Personalaufwendungen	29 900	22 000	289 774	54 Sonstige betriebliche Erträge	756 600	862 600	3 528 158
67 Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	7 181 400	2 412 200	4 101 149	57 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	3 100
68 Aufwendungen für Kommunikation	515 700	512 500	1 371 219	58 Außerordentliche Erträge	—	—	790
69 Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	1 060 200	21 400	3 679 156				
70 Betriebliche Steuern	400	400	3 226				
75 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	741				
78 Sonstige Steuern	—	—	—				
Gesamtsumme:	61 844 000	51 499 200	63 706 597		61 844 000	51 499 200	64 910 653

¹⁾ Zuführungen bzw. Einnahmen:

682 01	58 320 600 DM
682 03	525 000 DM
682 39	36 600 DM
Gesamt	58 882 200 DM

Beitrag der Hochschule zum Innovationspakt II: 563 000 DM.

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2001

Investitionsausgaben	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Deckungsmittel	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	—	—		504 Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	503 200 ¹⁾	549 500	478 200
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	236 849	507 Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für Investitionen aus Sondermitteln	1 203 600 ²⁾	—	768 652
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	46 196	509 Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
07 Technische Anlagen und Maschinen	1 203 600	—	3 173 737	512 Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	503 200	549 500	878 499	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			113 437	65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	1 706 800	549 500	4 448 718		1 706 800	549 500	1 246 852

¹⁾ Zuführungen aus 891 01²⁾ Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG).

Bewirtschaftungsvermerke:

- Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dieses zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.
- Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
- Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
- Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich zum 1. 1. 2002 um den Betrag von 1 Stelle der Verg.-Gr. IV b (wegen vorgezogener Berufungen im Rahmen des Fachhochschulkonzeptes).
- Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte und Arbeiter/-innen)

Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Angestellte ¹⁾				
II a	4	4	Verwaltungsdienst	¹⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 – Nds. MBl. S. 829 – nachgewiesen. ²⁾ Davon 1 kw zum 31. 12. 2003 für den FB Gesundheitswesen – Studiengang Krankenversicherungsmanagement.
III	2	1		
IV a	5	5		
IV b	1	1		
V c	4	3		
VI b	7	7		
VII	10	10		
VIII	2	2		
II a ²⁾	21	21	Lehrkräfte	
III	3	—		
IX b–VII ¹⁾	6	6	Schreib- und Fernschreibdienst	
II a	1	1	Technischer Dienst	
III	1	1		
IV a	64	64		
IV b	5	5		
V b	5	5		
V c	4	4		
VI b	2	2		
V b	1	1	Bibliotheksdienst	
V c	3	3		
VI b	1	1		
VIII	1	1		
II a	1	1	Datenverarbeitungsdienst	
IV a	5	5		
IV b	1	—		
V b	2	2		
VII	1	1	Sonstige Dienste	
	163	157	Zusammen	

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		

Arbeiterinnen, Arbeiter			
9	1	1	Handwerklicher Dienst
8	5	5	Sonstige Dienste
6	2	2	
5	2	2	
4	1	1	
3	1	1	
	(1)	(1)	(hiervon: Boten, Pfortner, Hausmeister usw.)
	12	12	Zusammen

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	3 046 900	2 534 800	1 736 294
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	1 041 800	763 700	1 736 294
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	1 499 600	1 499 600	—
602	Hilfsstoffe	—	—	—
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	—	—	—
604	Verpackungsmaterial	—	—	—
605	Energie	505 500	271 500	—
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen für den Lehr- und Forschungsbetrieb	2 001 400	1 951 400	1 009 974
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	401 800	351 800	659 060
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	1 599 600	1 599 600	350 914

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	758 800	1 258 400	1 673 743
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	39 741 600	35 671 100	38 605 830

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2001 DM	2000 DM	1999 DM	Bemerkungen
1. Dienstaufwandsentschädigungen	—	3 200	3 200	Zu lfd. Nr. 1
2. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—	für 1 Präsidentin, Präsident 1 500 DM
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—	1 Vizepräsidentin, Vizepräsident (je 800 DM) 800 DM
				1 Kanzler 900 DM
3. Ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte	186 000	178 800	199 315	Zu lfd. Nr. 3
4. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	80 400	80 400	—	Für 5 (5) ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt; davon 1 Kraft im Frauenbüro (Verg.-Gr. II a), 1 in für die Zentrale Einrichtung, Auslandsamt, Praxissemester und Studienberatung für den Auslandsaufenthalt (ZAFRAP, Verg.-Gr. V c), 2 für die Verwaltung (VI b), 1 Schreibkraft.
5. Auszubildende für Angestelltenberufe	—	—	—	
6. Überstundenvergütung für Angestellte	—	—	—	
7. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	78 200	76 000	27 676	Zu lfd. Nr. 7
8. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	70 200	68 200	—	Für 2 (2) ständige nicht vollbeschäftigte Arbeitskräfte – davon eine Kraft zur Umsetzung der Unfallverhütungsvorschriften –, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.
9. Auszubildende für Arbeiterberufe	—	—	—	
10. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	—	—	—	
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	63 100	61 300	—	
12. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)				
13. Wissenschaftliche Hilfskräfte	—	—	—	
14. Vergütungen für studentische Hilfskräfte	—	—	—	
15. Vergütungen für sonst. wissenschaftliche Beschäftigte	—	—	—	
16. Vergütungen für sonst. Beschäftigte	—	—	—	
17. Lehraufträge	—	—	—	
18. VBL-Versteuerung	—	—	—	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	7 507 700	7 115 000	11 235 491
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	—	—	312 570
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	—	—	4 745 063
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	61 200	13 900	61 250
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	—
644	Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten	6 501 700	6 266 000	5 576 784
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen; VBL-Umlage	109 700	—	—
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	835 100	835 100	539 824
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	29 900	22 000	289 774
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen, -umsetzungen und -entlassungen	—	—	231 040
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten, Wegstreckenentschädigung	10 000	10 000	20 135
662	Aufwendungen für Betriebs-/Amtsarzt und Arbeitssicherheit	19 900	12 000	19 995
663	Personenbezogene Versicherungen	—	—	—
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	—	—	18 604
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	—	—	—
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	7 181 400	2 412 200	4 101 149
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	5 866 700	914 000	3 645 321
673	Gebühren	—	—	96 639
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	628 100	628 100	—
677	Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	60 000	60 000	359 189
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	626 600	810 100	—
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	515 700	512 500	1 371 219
680	Büromaterial und Drucksachen	100 000	100 000	—
681	Zeitungen und Fachliteratur (Verwaltung)	—	—	—
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	270 300	270 300	704 266
685	Reisekosten	64 300	64 300	598 195
686	Gästebewirtung und Repräsentation	5 200	2 000	14 044
687	Öffentlichkeitsarbeit	3 800	3 800	54 714
689	Sonstige Aufwendungen für Kommunikation	72 100	72 100	—
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	1 060 200	21 400	3 679 156
690	Versicherungsbeiträge, diverse	3 400	3 400	—
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	843 000	—	3 679 156
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	213 800	18 000	—
699	Periodenfremde Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	400	400	3 226
702	Grundsteuer	—	—	1 406
703	Kraftfahrzeugsteuer	400	400	1 820
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	741
751	Bankzinsen	—	—	741

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5 – Erträge

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber	60 334 200	50 116 600	57 931 464
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	58 882 200	50 114 600	49 549 800
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	950 000	—	6 265 222
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	502 000	2 000	2 116 442
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	753 200	520 000	3 421 682
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge für laufende Aufwendungen	753 200	520 000	3 421 682
515	Umsatzerlöse für Waren	—	—	—
Zu Kontengruppe				
53	Andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	25 459
539	Sonstige andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	25 459
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	756 600	862 600	3 528 158
540	Nebenerlöse	—	14 000	3 348 281
541	Sonstige Erlöse	244 100	2 000	59 397
542	Eigenverbrauch	—	—	—
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	512 500	779 600	119 720
546	Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	67 000	760
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	3 100
579	Übrige sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	3 100
Zu Kontengruppe				
58	Außerordentliche Erträge	—	—	790
589	Sonstige außerordentliche Erträge	—	—	790

Aufteilung der Drittmittel

Drittmittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

		2001 DM	2000 DM
A. Aufwendungen			
60		550 000	517 400
61		—	—
62		1 179 800	366 800
63		250 000	14 000
64		—	—
65		—	—
66		—	4 400
67		—	—
68		32 000	4 000
69		—	—
70		—	—
75		—	—
	Zusammen:	2 011 800	906 600
B. Erträge			
50		502 000	2 000
51		753 200	520 000
53		—	290 600
54		756 600	—
57		—	1 000
58		—	—
	Zusammen:	2 011 800	813 600

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-7	137	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
121 03-5	137	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		1.039.000	1.055.800	–16.800	487
381 01-0	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-0	137	Zuführungen für laufende Zwecke des Landes- betriebes * Übertragbar. Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.	20.000 20.000	79.120.600	61.220.700	+17.899.900	61.163
682 03-7	137	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der tech- nischen und baulichen Anlagen * Übertragbar. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	556.000	556.000	—	—
682 39-8	137	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	36.600	36.600	—	29
891 01-9	137	Zuführungen für Investitionen des Landes- betriebs * Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	609.400	626.000	–16.600	—
		Abschluss Kapitel 06 38					
		1 Eigene Einnahmen		1.039.000	1.055.800	–16.800	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		1.039.000	1.055.800	–16.800	
		6 Übertragungsausgaben	20.000 20.000	79.713.200	61.813.300	+17.899.900	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	609.400	626.000	–16.600	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	20.000 20.000	80.322.600	62.439.300	+17.883.300	
		Zuschuss		79.283.600	61.383.500	+17.900.100	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 38 allgemein:

Die Fachhochschule Hannover wird ab 1. 1. 1999 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigelegt.

Zu 682 01

Dem Studentenwerk Hannover werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa Ricklingen	451	86 592 DM

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	20 000	—	20 000
2002	—	—	20 000	20 000

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 7 863 000 DM (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 891 01

1. Investitionen bis zu 50 000 DM im Einzelfall	269 600 DM
2. Laborausstattung	60 000 DM
3. Ersatz für 13 PCs in Raum 2601	63 400 DM
4. Spurbildungsgerät	110 300 DM
5. Gerät zur Netzwerkanalyse und -überwachung	106 100 DM
Zusammen	609 400 DM

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

**Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2001
für die Fachhochschule Hannover**

Lfd. Nr.	Aufwendungen*)	Lehre 85 % DM	Forschung 5 % DM	Sonstige Aufgaben 10 % DM	Lfd. Nr.	Erträge*)	Lehre 85 % DM	Forschung 5 % DM	Sonstige Aufgaben 10 % DM
1	Personalaufwand	50 194 455	2 952 615	5 905 230	5	Zuschuß	68 274 210	4 016 130	8 032 260
2	Sachaufwand	24 006 210	1 412 130	2 824 260	6	Sondermittel	6 868 255	404 015	808 030
3	Bauunterhaltung	472 600	27 800	55 600	7	Drittmittel	1 542 665	90 745	181 490
4	Investitionen (einschl. Großgeräte)	2 069 070	121 710	243 420	8	Sonstige	57 205	3 365	6 730
	Summe Aufwendungen	76 742 335	4 514 255	9 028 510		Summe Erträge	76 742 335	4 514 255	9 028 510

*) Die Aufwendungen und Erträge der zentralen Einrichtungen (einschl. zentrale Verwaltung) sind über einen geeigneten Schlüssel einzubeziehen.

Grunddaten:

Lfd. Nr.	Datenart	Ist 1999	Soll 2001
11	Stellen für wissenschaftliches Personal	241	240
12	darunter: Stellen für Professoren	221	220
13	Stellen für nichtwissenschaftliches Personal	198	204
14	Stellen für Forschung	—	—
15	Gesamtaufnahmekapazität nach KapVO (mit Schwund)	1 133	1 142
16	Studienanfänger (1. Fachsemester)	1 056	1 106
17	Studierende insgesamt	—	—
18	Studierende in der Regelstudienzeit	3 993	4 069
19	Zahl der Zwischenprüfungen	—	—
20	Zahl der Abschlussprüfungen (nur bestandene)	—	—
21	Zahl der Absolventen	—	—
22	Zahl der Promotionen	—	—
23	Zahl der Habilitationen	—	—
24	Zahl der Graduiertenkollegs	—	—
25	Zahl der Sonderforschungsbereiche	—	—
26	Weiterbildungskurse (Unterrichtsstunden)	—	—
27	Drittmittel je Stelle wissenschaftliches Personal	5 254 DM	7 562 DM
28	Drittmittel je Professorenstelle	5 730 DM	8 250 DM
29.1	Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge	1	1
29.2	Internat. (Austausch-)Studiengänge	—	1
29.3	Weiterbildungsstudiengänge	—	1
29.4	Fernstudiengänge, Kontaktstudien	—	—
29.5	Studium Generale, Serviceangebote	—	—
30	Internat. Zusammenarbeit (außerhalb v. Studiengängen)	—	—
31	Frauenförderung (Projekte)	41 300 DM	43 200 DM

Anmerkung:

Bei der vorgegebenen vertikalen Gliederung werden Kennzahlen nicht gebildet (Ausnahmen lfd. Nrn. 27 u. 28), weil dieses nur auf der Ebene von Fachgruppen sinnvoll ist und sich nur dann vergleichbare Aussagen ergeben.

¹⁾ Viele fachübergreifende und fachspezifische Veranstaltungen für Studierende der Fachhochschule Hannover und Externe, häufig in Kooperation mit anderen Bildungseinrichtungen und -trägern.

²⁾ Austausch von Gastdozenten, Kooperation mit anderen Hochschulen, insbesondere China.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Budgetdaten 2001

Fachhochschule Hannover

Fachhochschule (FH) Studiengang (genehmigt ab ...; dargestellt ab 1996)	Preis- Cluster	Regel- studienzeit (RZ) in Semestern	Kapazität (kursiv/unterstrichen = fiktiv)		Absolventen (kursiv/unterstrichen = fiktiv)		Studierende i.d. RZ (kursiv/unterstrichen = fiktiv)	
			vor Schwund Soll 2001 (WS 2000/01 + SS 2001)	budget- relevant	1996–1998	budget- relevant	WS 1998/99	budget- relevant
1	9	2	3	4	5	6	7	8
Grundständige Studiengänge								
Architektur	M	8	69	69	64	64	340	340
Bauingenieurwesen/Ingenieurbau	M	8	72	72	96	96	371	371
Betriebswirtschaftslehre	T	8	70	70	15	<u>26</u>	241	241
Bibliothekswiss./wesen (nicht an Verw.-FH)	M	8	38	38	32	32	128	128
Bildende Kunst/Graphik	H2	10	27	27	25	25	104	104
Biowissenschaftliche Dokumentation	M	8	29	29	18	18	99	99
Design für elektronische Medien (auslaufend)	H2	9	0	0	2	2	29	29
Dokumentationswissenschaft	M	8	28	28	19	19	98	98
Elektr. Energietechnik	H2	8	43	43	53	53	170	170
Elektrotechnik/Elektronik (auslaufend)	H2	8	0	0	4	4	0	0
Farb-Designinformatik (auslaufend)	H2	8	0	0	7	7	0	0
Fertigungs-/Produktionstechnik	H2	9	34	34	23	23	90	90
Fertigungsinformatik im Praxisverbund	H2	8	0	0	3	3	1	1
Graphikdesign/Kommunikationsgestaltung (auslaufend)	H2	9	0	0	22	22	79	79
Graphik-Designinformatik (auslaufend)	H2	9	0	0	8	8	12	12
Industriedesign/Produktgestaltung (auslaufend)	H2	9	0	0	9	9	35	35
Industrie-Designinformatik (auslaufend)	H2	9	0	0	5	5	10	10
Informatik (WS 1997/98)	M	8	52	52	0	0	64	64
Informationstechnik	H2	8	72	72	64	64	234	234
Ingenieurinformatik (WS 1996/97)	H2	8	48	48	0	0	99	99
Innenarchitektur	H2	9	29	29	28	28	137	137
Innenarchitektur-Designinformatik (auslaufend)	H2	9	0	0	3	3	12	12
Journalistik (WS 1999/00)	M	8	14	14	0	<u>10</u>	0	<u>51</u>
Kommunikationsdesign (WS 1997/98)	H2	9	48	48	0	0	94	94
Kostüm-Design (auslaufend)	H2	9	0	0	3	3	25	25
Maschinenbau/-wesen	H2	8	169	169	165	165	469	469
Milchwirtschaftliche Lebensmitteltechnologie	H1	8	25	25	23	23	75	75
Mode-Design (auslaufend)	H2	9	0	0	16	16	50	50
Mode-Designinformatik (auslaufend)	H2	9	0	0	3	3	9	9
Nachrichten-/Informationstechnik	H2	8	67	67	89	89	296	296
Produkt-Design (WS 1997/98)	H2	9	63	63	0	0	101	101
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (WS 1999/00)	M	8	14	14	0	<u>10</u>	0	<u>51</u>
Raumszenarien (auslaufend)	H2	9	0	0	5	5	21	21
Techn. Informatik (auslaufend)	H2	8	0	0	40	40	74	74
Techn. Informatik im Maschinenbau	H2	8	23	23	0	0	52	52
Techn. Redakteur	M	8	32	32	19	19	140	140
Technologie nachwachs. Rohstoffe (WS 1997/98)	H1	8	25	25	0	<u>0</u>	45	45
Textil-Designinformatik (auslaufend)	H2	9	0	0	8	8	11	11
Textilgestaltung (auslaufend)	H2	9	0	0	21	21	42	42
Wirtschaftsinformatik	T	8	47	47	8	<u>16</u>	155	155
Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge								
Meisterschüler	H2	2	10	10	10	10	10	10
Internationale (Austausch)-Studiengänge								
Nachrichtentechn. (EU) (WS 2000/01)	H2	8	10	10	0	0	0	0
Weiterbildungsstudiengänge								
Planen und Bauen, nachhaltiges (WS 2000/01)	M	2	0	0	0	0	0	0

**Wirtschaftsplan für die
Fachhochschule Hannover
für das Geschäftsjahr 2001**

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

Aufwendungen	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Erträge	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
60 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	4 262 600	3 482 900	1 252 952	50 Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber			
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	5 722 600	3 044 200	445 103	501 Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	79 713 200 ¹⁾	61 813 300	61 837 500
62 Löhne und Vergütungen	1 467 600	1 366 300	598 386	502 Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	6 255 500	5 479 300	4 472 087
63 Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	47 654 800	45 074 900	45 270 990	503 Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für lfd. Aufwendungen	995 000	—	1 054 841
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	9 725 200	9 231 500	6 467 658	51 Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	819 900	248 000	211 429
65 Abschreibungen	—	—	—	54 Sonstige betriebliche Erträge	67 300	67 300	1 156 634
66 Sonst. Personalaufwendungen	204 700	204 700	826 947	55 Erträge aus Beteiligungen	—	—	—
67 Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	15 733 300	2 537 900	1 645 524	57 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
68 Aufwendungen für Kommunikation	2 727 300	2 342 800	1 222 489	58 Außerordentliche Erträge	—	—	—
69 Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	344 800	315 000	2 969 892				
70 Betriebliche Steuern	8 000	7 700	9 434				
75 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—				
76 Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—				
77 Steuern vom Einkommen und Ertrag	—	—	—				
Gesamtsumme:	87 850 900	67 607 900	60 709 375		87 850 900	67 607 900	68 732 491

¹⁾ Zuführungen bzw. Einnahmen:

682 01	79 120 600 DM
682 03	556 000 DM
682 39	36 600 DM

Gesamt 79 713 200 DM

Beitrag der Hochschule zum Innovationspakt II: 694 000 DM.

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2001

Investitionsausgaben	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Deckungsmittel	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	—	—	—	504 Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	609 400 ¹⁾	626 000 ¹⁾	544 200
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—	507 Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für Investitionen aus Sondermitteln	1 824 800 ²⁾	—	2 567 784
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	—	509 Erträge aus Zuweisungen anderer öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	21 921
07 Technische Anlagen und Maschinen	1 824 800	—	3 175 849	512 Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	33 200
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	609 400	626 000	547 893	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	—	65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	2 434 200	626 000	3 723 742		2 434 200	626 000	3 167 105

¹⁾ Zuführungen aus 891 01²⁾ Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG).

Bewirtschaftungsvermerke:

- Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dieses zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.
- Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
- Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
- Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich zum 1. 1. 2002 um den Betrag von 1 Stelle der Verg.-Gr. IV a (wegen vorgezogener Berufungen im Rahmen des Fachhochschulstrukturkonzeptes).
- Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich zum 1. 1. 2003 um den Betrag von 1 Stelle der Verg.-Gr. V c und von 1 Stelle der Verg.-Gr. VI b (wegen vorgezogener Berufungen im Rahmen des Fachhochschulstrukturkonzeptes).
- Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte und Arbeiter/-innen)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
			Angestellte	
I b	1	1	Verwaltungsdienst	1) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 – Nds. MBl. S. 829 – nachgewiesen. 2) Davon 1 ku nach Verg.-Gr. IV a (FB Maschinenbau).
II a	4	4		
III	5	4		
IV a	3	3		
IV b	9	8		
V b	2	2		
V c	7	7		
VI b	7	7		
VII	12	12		
II a	2	2	Wissenschaftlicher Dienst	
II a	4	4	Lehrkräfte	
IV a	2	2	für besondere Aufgaben	
IX b–VII ¹⁾	7	7	Schreib- und Fernschreibdienst	
II a	2	1	Technischer Dienst	
III ²⁾	3	3		
IV a	35	34		
IV b	27	27		
V b	5	4		
V c	6	6		
VI b	12	12		
IV b	—	—	Bibliotheksdienst	
V b	1	1		
V c	2	2		
VI b	3	3		
II a	2	2	Datenverarbeitungsdienst	
IV a	17	16		
IV b	3	3		
V c	1	1		
VII	3	3	Sonstige Dienste	
	187	181	Zusammen	

Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Arbeiterinnen, Arbeiter				
6	1	1	Handwerklicher Dienst	
5	1	1	Sonstige Dienste	
4	3	3		
3	4	4		
2 a	1	1		
	(3)	(3)	(hiervon: Boten, Pförtner, Hausmeister usw.)	
	10	10	Zusammen	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	4 262 600	3 482 900	1 252 952
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	250 000	210 900	634 087
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	155 500	120 400	597 355
602	Hilfsstoffe	43 200	34 000	—
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	101 400	85 600	—
604	Verpackungsmaterial	—	—	—
605	Energie	584 900	515 500	—
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	1 299 500	1 120 700	—
607	Sonstiges Material	95 100	74 700	21 510
608	Aufwendungen für Waren	1 733 000	1 321 100	—
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen für den Lehr- und Forschungsbetrieb	5 722 600	3 044 200	445 103
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	828 100	750 000	—
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	158 000	145 000	22 918
612	Entwicklungs-, Versuchs- und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	275 600	156 600	27 738
613	Weitere Fremdleistungen	1 939 100	1 258 900	151 013
614	Frachten und Fremdlager	12 500	12 500	242 929
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	556 000	556 000	—
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	1 953 300	165 200	505

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	1 467 600	1 366 300	598 386
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wiss. Personal	47 654 800	45 074 900	45 270 990

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2001 DM	2000 DM	1999 DM	Bemerkungen
1. Dienstaufwandsentschädigungen	—	4 000	4 000	
2. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—	Zu lfd. Nr. 1 für 1 Präsidentin, Präsident 1 500 DM
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—	2 Vizepräsidentinnen, Vizepräsidenten (je 800 DM) 1 600 DM 1 Kanzler 900 DM
3. Ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte	385 500	290 000	315 936	Zu lfd. Nr. 3
4. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	161 100	161 100	161 100	Für 7 (7) ständige nicht vollbeschäftigte Ange- stellte, deren durchschnittliche Arbeitszeit min- destens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt; davon 1 Kraft im Frauenbüro (Verg.-Gr. II a), 1 für die Informationsvermittlungsstelle (Schreibkraft), 1 für das Rechenzentrum, 1 für den Verwaltungsdienst, 1 für das Akademische Aus- landsamt, 1 für das Institut für ausländische Fachhochschulbewerber, 1 für Technologietrans- fer (Schreibkraft), 1/2 IV a und 1/2 V c für Agip um- gesetzt aus dem Fachhochschulentwicklungspro- gramm Kapitel 06 08 TGr. 93/94.
5. Auszubildende für Angestellten- berufe	—	—	—	
6. Überstundenvergütung für Angestellte	1 000	1 000	609	
7. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	34 500	34 500	1 800	
8. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	—	—	—	
9. Auszubildende für Arbeiterberufe	—	—	—	
10. Mehrarbeits- bzw. Überstunden- löhne für Arbeiter	1 100	1 100	1 100	Zu lfd. Nr. 7
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	20 000	23 000	23 400	Für 1 (1) ständige nicht vollbeschäftigte Arbeits- kräfte zur Umsetzung der Unfallverhütungsvor- schriften –, dessen durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.
12. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)	3 000			
13. Wissenschaftliche Hilfskräfte	103 000	100 000	3 611	
14. Vergütungen für studentische Hilfskräfte	374 500	374 500	374 500	
15. Vergütungen für sonst. wissenschaftliche Beschäftigte	218 400	218 400	218 400	
16. Vergütungen für sonst. Beschäftigte	10 000	10 000	10 000	
17. Lehraufträge	772 900	772 900	772 900	
18. VBL-Versteuerung	147 000	147 000	—	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	9 725 000	9 231 500	6 467 658
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	—	—	—
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	—	—	—
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	58 700	15 600	58 734
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	2 747
644	Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten	8 422 200	8 115 800	6 401 299
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	144 200	—	—
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	—	—	—
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	1 100 100	1 100 100	4 878

Zu Kontengruppe

66	Sonstige Personalaufwendungen	204 700	204 700	826 947
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen, -umsetzungen und -entlassungen	98 900	98 900	98 830
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten, Wegstreckenentschädigung	—	—	—
662	Aufwendungen für Betriebs-Amtsarzt- und Arbeitssicherheit	12 400	12 400	13 456
663	Personenbezogene Versicherungen	—	—	6 708
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	30 000	30 000	89 953
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	—	—	30 918
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	587 082
667	Nebenbezüge	23 400	23 400	—
668	Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	40 000	40 000	—

Zu Kontengruppe

67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	15 733 300	2 537 900	1 645 524
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	8 251 500	348 800	364 563
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	50 000	—	—
673	Gebühren	50 000	289 700	59 452
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	—	—	44 984
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs und der Kapitalbeschaffung	5 232 400	—	2 247
677	Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	1 328 800	960 000	1 144 286
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	820 600	939 400	29 992

Zu Kontengruppe

68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	2 727 300	2 342 800	1 222 489
680	Büromaterial und Drucksachen	450 000	501 200	389 475
681	Zeitungen und Fachliteratur (Verwaltung)	969 700	650 400	157 950
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	520 000	432 100	195 422
683	Sonstige Kommunikationsmittel	180 000	60 200	80 804
685	Reisekosten	270 000	105 300	281 695
686	Gästebewirtung und Repräsentation	2 000	2 000	41 516
687	Öffentlichkeitsarbeit	145 600	11 600	72 103
689	Sonstige Aufwendungen für Kommunikation	190 000	580 000	3 524

Zu Kontengruppe

69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	344 800	315 000	2 969 892
690	Versicherungsbeiträge, diverse	—	—	61 200
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	270 186
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	15 000	10 700	45 765
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	50 000	40 000	972 102
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	279 800	264 300	1 620 639

Zu Kontengruppe

70	Betriebliche Steuern	8 000	7 700	9 434
702	Grundsteuer	7 700	7 100	8 901
703	Kraftfahrzeugsteuer	300	600	533
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	—

Zu Kontengruppe

75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
751	Bankzinsen	—	—	—
759	Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5 – Erträge

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber	86 963 700	67 292 600	67 364 428
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	79 713 200	61 813 300	61 837 500
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	6 255 500	5 479 300	4 472 087
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	995 000	—	1 054 841
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	819 900	248 000	211 429
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	—	—	—
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge für laufende Aufwendungen	819 900	248 000	211 429
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	67 300	67 300	1 156 634
540	Nebenerlöse	—	—	—
541	Sonstige Erlöse	67 300	67 300	938 869
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	217 765
549	Periodenfremde Erträge	—	—	—
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	—
571	Bankzinsen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
58	Außerordentliche Erträge	—	—	—
589	Sonstige außerordentliche Erträge	—	—	—

Aufteilung der Drittmittel

Drittmittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

		2001 DM	2000 DM
A. Aufwendungen			
60		411 000	55 000
61		756 700	97 300
62		60 000	—
63		270 000	84 300
64		—	—
65		—	—
66		12 200	5 600
67		145 000	5 800
68		150 000	—
69		10 000	—
70		—	—
76		—	—
77		—	—
	Zusammen:	1 814 900	248 000
B. Erträge			
50		995 000	—
51		819 900	248 000
54		—	—
57		—	—
58		—	—
	Zusammen:	1 814 900	248 000

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-0	137	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
121 03-9	137	Ablieferungen des Landesbetriebs für Verwaltungskostenbeiträge Studierender		1.429.800	—	+1.429.800	—
381 01-4	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-4	137	Zuführungen für laufende Zwecke des Landes- betriebes * Übertragbar. Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zugunsten 682 03 und 891 01.	75.000 —	112.602.700	—	+112.602.700	—
682 03-0	137	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der tech- nischen und baulichen Anlagen * Übertragbar. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	508.000	—	+508.000	—
682 39-1	137	Zuführungen an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	40.400	—	+40.400	—
891 01-2	137	Zuführungen für Investitionen des Landes- betriebs * Einseitig deckungsfähig zugunsten 0604 - 891 36. ***1. Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich. 2. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 682 01.	—	859.000	—	+859.000	—
		Abschluss Kapitel 06 39					
		1 Eigene Einnahmen		1.429.800	—	+1.429.800	—
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	—
		Summe der Einnahmen		1.429.800	—	+1.429.800	—
		6 Übertragungsausgaben	75.000 —	113.151.100	—	+113.151.100	—
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	859.000	—	+859.000	—
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	75.000 —	114.010.100	—	+114.010.100	—
		Zuschuss		112.580.300	—	+112.580.300	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 39 allgemein:

Mit Vereinbarung zwischen dem Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur und dem Niedersächsischen Kultusministerium vom 19. 11. 1999 (in Kraft gesetzt zum 1. 1. 2000) erfolgte die Zusammenlegung der Berufsbildenden Schule – Fachschule Seefahrt – in Leer und des Fachbereichs Seefahrt in Leer der Fachhochschule Ostfriesland.

Mit dem „Gesetz zur Errichtung der Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven“ vom 11. 11. 1999 (Nds. GVBl. Nr. 22/1999 vom 19. 11. 1999) erfolgte der Zusammenschluss der ab 1. 1. 1999 als Landesbetriebe gem. § 26 Abs. 1 LHO geführten Fachhochschulen Wilhelmshaven (Kapitel 06 31), Oldenburg (Kapitel 06 32) und Ostfriesland (Kapitel 06 35).

Das Gesetz trat mit Wirkung vom 1. 1. 2000 in Kraft.

Die Zuführungen der drei Teilstandorte sind zusammengeführt und bei den Titeln 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 des neu geschaffenen Kapitels 06 39 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigelegt.

Zu 682 01

Dem Studentenwerk Oldenburg werden folgende landeseigene Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen:

Einrichtung	qm	nachrichtlich Mietpreis/jährlich
Mensa	1 659	} 195 800 DM
Studentenbüro	66	
Cafeteria	180	

Gemäß § 63 Abs. 5 LHO dürfen außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die vom Land allein oder gemeinsam mit dem Bund und/oder anderen Ländern institutionell gefördert werden und mit Hochschuleinrichtungen kooperieren, im Rahmen entsprechender Vereinbarungen Vermögensgegenstände oder Räume ohne Erhebung eines Nutzungsentgelts überlassen werden, solange die von den Kooperationspartnern wechselseitig zu erbringenden Leistungen einander gleichwertig sind. Das Vorliegen dieser Voraussetzung ist festzuhalten und von der zentralen Hochschulverwaltung jährlich zu überprüfen.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	75 000	—	75 000
2002	—	—	75 000	75 000

Anstelle einer Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung dürfen als Vorgriff auf die Bewilligungen des nächsten Haushaltsjahres Ausgaben geleistet werden, soweit für die ordnungsgemäße Abwicklung von Projekten die Leistung von Ausgaben zwingend erforderlich ist.

Auf Nutzungsentgelte entfallen 9 973 900 DM (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Epl. 06).

Zu 891 01

1. Investitionen bis zu 50 000 DM im Einzelfall	436 500 DM
2. Gradienter/HPLC-Anlage	100 000 DM
3. Multimedia Sprachlabor	135 000 DM
4. ArcView	50 500 DM
5. Netzupgrade von Novell 4 auf Novell 5	60 000 DM
6. Hard- und Software-Erweiterung für aktuelles CADM-System	77 000 DM
Zusammen	859 000 DM

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

**Allgemeine Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan 2001
für die Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven**

Lfd. Nr.	Aufwendungen*)	Lehre 80% DM	Forschung 5% DM	Sonstige Aufgaben 15% DM	Lfd. Nr.	Erträge*)	Lehre 80% DM	Forschung 5% DM	Sonstige Aufgaben 15% DM
1	Personalaufwand	74 719 300	4 670 000	14 009 900	5	Zuschuss	91 208 100	5 700 500	17 101 500
2	Sachaufwand	18 567 700	1 160 500	3 481 400	6	Sondermittel	3 895 400	243 500	730 400
3	Bauunterhaltung	406 400	25 400	76 200	7	Drittmittel	617 300	38 600	115 700
4	Investitionen (einschl. Großgeräte)	2 251 300	140 700	422 100	8	Sonstige	223 900	14 000	42 000
	Summe Aufwendungen	95 944 700	5 996 600	17 989 600		Summe Erträge	95 944 700	5 996 600	17 989 600

*) Die Aufwendungen und Erträge der zentralen Einrichtungen (einschl. zentrale Verwaltung) sind über einen geeigneten Schlüssel einzubeziehen.

Grunddaten:

Lfd. Nr.	Datenart	Ist 1999	Soll 2001
11	Stellen für wissenschaftliches Personal	360	369
12	darunter: Stellen für Professoren	331	334
13	Stellen für nichtwissenschaftliches Personal	334	330
14	Stellen für Forschung (Assist.-Programm)	19	5
15	Gesamtaufnahmekapazität nach KapVO (mit Schwund)	2 113	2 283
16	Studienanfänger (1. Fachsemester)	1 887	1 928
17	Studierende insgesamt	7 349	7 158
18	Studierende in der Regelstudienzeit	5 695	5 758
19	Zahl der Zwischenprüfungen	606	606
20	Zahl der Abschlussprüfungen	1 181	1 181
21	Zahl der Absolventen	1 181	1 181
22	Zahl der Promotionen	—	—
23	Zahl der Habilitationen	—	—
24	Zahl der Graduiertenkollegs	—	—
25	Zahl der Sonderforschungsbereiche	—	—
26	Weiterbildungskurse (Unterrichtsstunden)	4 107	4 150
27	Drittmittel je Stelle wissenschaftliches Personal	15 456 DM	2 901 DM
28	Drittmittel je Professorenstelle	16 811 DM	2 310 DM
29.1	Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge	5	10
29.2	Internat. (Austausch-)Studiengänge	9	10
29.3	Weiterbildungsstudiengänge	1	1
29.4	Fernstudiengänge, Kontaktstudien	—	—
29.5	Studium Generale, Serviceangebote	15	20
30	Internat. Zusammenarbeit (außerhalb v. Studiengängen)	756 481 DM	770 000 DM
31	Frauenförderung (Projekte)	934 299 DM	900 000 DM

Anmerkung:

Bei der vorgegebenen vertikalen Gliederung werden Kennzahlen nicht gebildet (Ausnahmen lfd. Nrn. 27 u. 28), weil dieses nur auf der Ebene von Fachgruppen sinnvoll ist und sich nur dann vergleichbare Aussagen ergeben.

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Budgetdaten 2001

Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven
 Standorte Oldenburg und Elsfleth

Fachhochschule (FH) Studiengang (genehmigt ab ...; dargestellt ab 1996)	Preis- Cluster	Regel- studienzeit (RZ) in Semestern	Kapazität (kursiv/unterstrichen = fiktiv)		Absolventen (kursiv/unterstrichen = fiktiv)		Studierende i.d. RZ (kursiv/unterstrichen = fiktiv)	
			vor Schwund Soll 2001 (WS 2000/01 + SS 2001)	budget- relevant	1996–1998	budget- relevant	WS 1998/99	budget- relevant
1	9	2	3	4	5	6	7	8
Grundständige Studiengänge								
Architektur	M	8	93	93	80	80	392	392
Bauingenieurwesen/Ingenieurbau	M	8	72	<u>67</u>	91	91	373	373
Baumanagement	M	8	20	20	1	1	66	66
Baumanagement (ECEM)	M	8	20	20	18	18	112	112
Internationales Transportmanagement (WS 1997/98)	M	8	15	15	0	0	24	24
Geoinformationswesen (WS 1997/98)	M	8	44	44	0	0	85	85
Nautik/Seefahrt	M	8	49	49	24	24	118	118
Seeverkehrs- und Hafenw.	M	8	15	15	17	17	67	67
Vermessungswesen	M	8	37	37	51	51	218	218
Wirtschaftsingenieurwesen (WS 1999/00)	M	8	30	30	0	0	0	0

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Budgetdaten 2001

Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven
 Standorte Emden und Leer

Fachhochschule (FH) Studiengang (genehmigt ab ...; dargestellt ab 1996)	Preis- Cluster	Regel- studienzeit (RZ) in Semestern	Kapazität (kursiv/unterstrichen = fiktiv)		Absolventen (kursiv/unterstrichen = fiktiv)		Studierende i.d. RZ (kursiv/unterstrichen = fiktiv)	
			vor Schwund Soll 2001 (WS 2000/01 + SS 2001)	budget- relevant	1996–1998	budget- relevant	WS 1998/99	budget- relevant
1	9	2	3	4	5	6	7	8
Grundständige Studiengänge								
Betriebswirtschaftslehre	T	8	105	105	65	65	427	427
Biotechnologie binational (WS 2000/01)	H2	8	0	0	0	0	0	0
Biotechnologie/Chemietechnik	H2	8	25	25	14	14	81	81
Chemietechnik	H2	8	17	17	23	23	35	35
Elektrotechnik/Elektronik	H2	8	64	64	39	39	198	198
Informatik, angewandte Informatik (vorher. Prakt. Informatik)	H2	8	43	43	20	20	187	187
Maschinenbau (Verfahrens- und Prozesstechnik)	H2	8	18	18	18	18	48	48
Medientechnik (WS 1998/99)	H2	8	36	36	0	0	33	33
Nautik/Seefahrt	M	8	40	40	21	21	125	125
Physikalische Technik	H2	8	27	27	14	14	36	36
Produktentwicklung und Design (WS 1996/97)	H2	8	27	27	0	<u>19</u>	63	<u>97</u>
Produktionstechnik	H2	8	27	27	15	<u>15</u>	49	49
Prozessinformatik/Automatisierungstechnik	H2	8	15	15	7	7	38	38
Reedereilogistik (WS 1997/98)	M	8	33	33	0	0	48	48
Sozialmanagement (WS 1999/2000)	T	8	30	30	0	0	0	0
Sozialwesen	T	8	151	151	127	127	628	628
Umwelttechnik/Chemietechnik (WS 1996/97)	H2	8	17	17	0	0	30	30
Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge								
Eng. Physics (Master) (WS 1998/99)	H2	2	21	21	0	<u>15</u>	2	<u>19</u>
Wirtschaftsingenieurwesen	T	3	20	20	11	<u>11</u>	24	<u>24</u>
Internationale (Austausch)-Studiengänge								
Industrial Business System (IBS)	T	8	34	34	4	4	61	61
Internationale Wirtschaftsbeziehungen (IWB) (WS 1994/95)	T	8	21	21	0	<u>15</u>	72	72
Lasertechnik	H2	8	30	30	7	<u>7</u>	59	59
Weiterbildungsstudiengänge								
Gesundheitswiss. (Public Health) Master (WS 1999/00)	T	3	26	26	0	0	0	0
Integrative Kleinkindpädagogik (WS 1997/98)	T	3	25	25	0	0	0	0
Psychosoziale Arbeit in der berufl. Praxis	T	4	25	25	0	0	14	14
Technical Management (Master)	T	2	18	18	0	0	0	0

06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Budgetdaten 2001

Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven
 Standort Wilhelmshaven

Fachhochschule (FH) Studiengang (genehmigt ab ...; dargestellt ab 1996)	Preis- Cluster	Regel- studienzeit (RZ) in Semestern	Kapazität (kursiv/unterstrichen = fiktiv)		Absolventen (kursiv/unterstrichen = fiktiv)		Studierende i.d. RZ (kursiv/unterstrichen = fiktiv)	
			vor Schwund Soll 2001 (WS 2000/01 + SS 2001)	budget- relevant	1996–1998	budget- relevant	WS 1998/99	budget- relevant
1	9	2	3	4	5	6	7	8
Grundständige Studiengänge								
Betriebswirtschaftslehre	T	8	146	146	100	100	491	491
Energiewirtschaft (WS 1999/00)	H2	8	10	10	0	0	0	0
Elektrotechnik/Elektronik	H2	8	91	91	95	95	206	206
Facility Management (WS 2000/01)	T	8	10	10	0	0	0	0
Feinwerktechnik	H2	8	46	46	71	71	188	188
Maschinenbau/-wesen	H2	8	18	18	58	58	92	92
Maschinenbau-Informatik	H2	8	23	23	12	12	58	58
Mathematik (WS 1996/97)	H2	8	13	13	0	<u>9</u>	19	<u>47</u>
Mechatronik (SS 2000)	H2	8	30	30	0	0	0	0
Medizintechnik WS 2000/01 (i. LE								
Feinwerktechnik als Studienrichtung)	H2	8	0	0	0	0	0	0
Telekommunikation (WS 1998/99)	M	8	25	25	0	0	37	37
Tourismuswirtschaft	T	8	58	58	7	<u>18</u>	274	274
Umweltverfahrenstechnik (einschl. Recycling)	H2	8	31	31	4	<u>16</u>	67	<u>112</u>
Wirtschaftsinformatik (WS 1994/95)	M	8	30	30	7	<u>22</u>	<u>122</u>	<u>122</u>
Wirtschaftsinformatik (Bachelor) (SS 1999)	M	6	20	20	0	<u>14</u>	0	<u>54</u>
Wirtschaftsingenieurwesen	M	8	48	48	71	71	342	342
Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge								
Wirtschaftswiss. für Ingenieure (auslfd.)	T	3	0	0	6	6	0	0
Wirtschaft	T	3	16	16	8	8	45	45
Wirtschaftsinformatik (WS 1997/98)	M	3	15	15	3	<u>9</u>	20	<u>20</u>
Internationale (Austausch)-Studiengänge								
Applied Microelectronics	H2	8	10	10	0	0	8	8
Biomedical Engineering (WS 1996/97)	H2	8	7	7	0	0	35	35
Environmental engineering/int.								
Umweltverfahrenstechnik (WS 1997/98)	H2	8	10	10	0	0	4	4
Systems engineering (WS 1997/98)	H2	8	10	10	0	0	12	12

**Wirtschaftsplan für die
Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven
für das Geschäftsjahr 2001**

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vom MWK nach Abstimmung mit dem LRH und im Einvernehmen mit dem MF erlassenen Vorläufigen Anweisung für die Veranschlagung und Abrechnung der Betriebsergebnisse der als Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO geführten Hochschulen Technische Universität Clausthal, Universität Oldenburg und Fachhochschule Osnabrück vom 14. 10. 1994.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

Aufwendungen	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Erträge	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
60 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	7 196 700	6 547 700	3 488 495	50 Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentl. Zuschussgeber			
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	1 187 000	964 200	776 491	501 Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	113 151 100 ¹⁾	98 005 300	96 683 994
62 Löhne und Vergütungen	2 121 400	2 232 900	2 407 057	502 Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	2 914 200	2 371 600	5 405 595
63 Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	73 712 000	70 070 300	71 634 190	503 Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber	470 000	470 000	1 392 905
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	17 565 800	16 640 100	11 833 452	51 Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	176 000	176 000	2 645 515
66 Sonst. Personalaufwendungen	93 700	75 500	495 580	54 Sonstige betriebliche Erträge	405 500	1 874 500	3 554 518
67 Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	13 440 500	3 210 600	3 654 059	57 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	1 481
68 Aufwendungen für Kommunikation	1 412 400	1 352 900	2 699 249	58 Außerordentliche Erträge	—	—	120 300
69 Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	310 900	1 726 800	1 933 441				
70 Betriebliche Steuern	76 400	76 400	7 617				
75 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—				
76 Außerordentliche Aufwendungen	—	—	—				
77 Steuern von Einkommen und Ertrag	—	—	—				
Gesamtsumme:	117 116 800	102 897 400	98 929 631		117 116 800	102 897 400	109 804 308

¹⁾ Zuführungen:

682 01	112 602 700 DM
682 03	508 000 DM
682 39	40 400 DM

Gesamt 113 151 100 DM

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2001

Investitionsausgaben	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Deckungsmittel	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
02 Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	—	—	590 282	504 Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für Investitionen aus Mitteln des Finanzplans	859 000 ¹⁾	1 064 500	491 275
04 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	—	—	—	507 Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für Investitionen aus Sondermitteln	1 955 100 ²⁾	—	1 734 860
05 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	—	509 Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für Investitionen	—	—	8 801
07 Technische Anlagen und Maschinen	2 792 100	704 500	4 766 391	512 Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Investitionen	—	—	—
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	22 000	360 000	1 079 833	546 Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	11 880
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	187 198	65 Abschreibungen	—	—	—
Gesamtsumme:	2 814 100	1 064 500	6 623 704		2 814 100	1 064 500	2 246 816

¹⁾ Zuführungen aus Titel 891 01²⁾ Zuführungen aus Kapitel 06 04 Titel 891 36 (HBFG)

Bewirtschaftungsvermerke:

- Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dieses zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.
- Vgl. Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
- Beihilfen an ausländische Studierende dürfen unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes als einmalige oder laufende Leistungen eigener Art gewährt werden.
- Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich zum 1. 1. 2002 um den Betrag von
 - 1 Stelle der Verg.-Gr. IX b–VII sowie
 - 3 Stellen der Verg.-Gr. IV a (Fachhochschulstrukturkonzept).
- Die Gewährung von Stipendien aus Drittmitteln als Leistungen eigener Art erfolgt durch Bewilligungsbescheid der Hochschule nach den Vorgaben der Drittmittelgeber unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen des Landes. Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte und Arbeiter/-innen)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Angestellte				
I b ¹⁾	1	1	Verwaltungsdienst	¹⁾ ku nach Verg.-Gr. II a BAT bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in (vormals HV Nr. 1 bei 06 35). ²⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 – Nds. MBl. S. 829 – nachgewiesen (vormals HV Nr. 1 bei 06 31 und 06 32 und HV Nr. 2 bei 06 35). ³⁾ kw bei Ausscheiden der Stelleninhaberin (vormals HV Nr. 2 bei 06 32).
II a	6	6		
III	3	1		
IV a	5	5		
IV b	4	4		
V b	6	6		
V c	14	11		
VI b	9	9		
VII	13	13		
VIII	3	2		
II a	2	2	Wissenschaftlicher Dienst	
I b	1	1	Lehrkräfte	
II a	15	15		
III	4	3		
IX b–VII ²⁾	18	18	Schreib- und Fernschreibdienst	
III	7	7	Technischer Dienst	
IV a	106	106		
IV b	19	19		
V b	7	7		
V c	9	9		
VI b	3	3		
IV b ³⁾	1	1	Bibliotheksdienst	
IV b	1	1		
V b	2	2		
V c	2	2		
VI b	2	2		
VII	1	1		
VIII	1	1		
II a	3	3	Datenverarbeitungsdienst	
III	1	1		
IV a	33	30		
IV b	3	3		
V c	2	2		
VII	5	5	Sonstige Dienste	
VIII	—	—		
	312	302	Zusammen	
Arbeiterinnen, Arbeiter				
6	1	2	Handwerklicher Dienst	
5	1	1		
4	1	1		
8	1	1	Sonstige Dienste	
6	6	6		
5	2	2		
4	2	2		
3	2	2		
1 a	—	—		
1	—	—		
	16	17	Zusammen	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
60	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	7 196 700	6 547 700	3 488 495
600	Rohstoffe/Fertigungsmaterial	3 054 500	3 061 300	1 428 695
601	Vorprodukte/Fremdbauteile	—	—	—
602	Hilfsstoffe	—	—	—
603	Betriebsstoffe/Verbrauchswerkzeuge	—	—	40 863
604	Verpackungsmaterial	—	—	—
605	Energie	1 849 400	1 270 000	1 210 846
606	Reparaturmaterial und Fremdinstandhaltung	—	—	—
607	Sonstiges Material	2 292 800	2 216 400	808 091
608	Aufwendungen für Waren	—	—	—
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1 187 000	964 200	776 491
610	Fremdleistungen für Erzeugnisse, Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsarbeiten	—	—	—
611	Fremdleistungen für die Auftragsgewinnung	—	—	—
612	Entwicklungs-, Versuchs- und Konstruktionsarbeiten durch Dritte	20 300	44 300	530 435
613	Weitere Fremdleistungen	—	—	—
614	Frachten und Fremdlager	20 000	20 000	15 640
616	Fremdinstandhaltung und Reparaturmaterial für den Lehr- und Forschungsbetrieb	621 400	529 900	230 416
617	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	525 300	370 000	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
62	Löhne und Vergütungen	2 121 400	2 232 900	2 407 057
63	Gehälter, Dienstbezüge sowie Vergütungen für wissenschaftliches Personal	73 712 000	70 070 300	71 634 190

In dem Ansatz sind neben dem Stellenaufkommen für die Planstellen und die Stellen der beamteten Hilfskräfte sowie der ständig vollbeschäftigten Angestellten und Arbeiter enthalten:

	2001 DM	2000 DM	1999 DM	Bemerkungen
1. Dienstaufwandsentschädigungen	—	12 000	12 000	Zu lfd. Nr. 1
2. a) Zuschüsse nach Nr. 1 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—	für 1 Präsidentin, Präsident 1 500 DM
b) Zuschüsse nach Nr. 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C	—	—	—	2 Vizepräsidentinnen, Vizepräsidenten (je 800 DM) 1 600 DM 1 Kanzler 900 DM
3. Ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte	701 900	701 900	701 900	Zu lfd. Nr. 3
4. Ständige stundenweise beschäftigte Angestellte	94 800	94 800	94 800	Für 18 (18) ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt; davon 3 für die Studienberatung, 1 für das Frauenbüro (Verg.-Gr. II a), 1 für den FB Seefahrt, 1 für das Akademische Auslandsamt, 1 Schreibkraft für die Verwaltung (umgesetzt aus Kap. 06 08 TGr. 65 Technologietransfer).
5. Auszubildende für Angestelltenberufe	188 600	188 600	150 000	
6. Überstundenvergütung für Angestellte	7 300	7 300	7 300	
7. Ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen	195 900	195 900	195 900	Zu lfd. Nr. 5
8. Ständige stundenweise beschäftigte Arbeiter/-innen	32 700	32 700	32 700	Für die Vergütung von 10 (10) Auszubildenden – 2 Verwaltungsdienst, 8 Technischer Dienst –.
9. Auszubildende für Arbeiterberufe	85 200	85 200	85 200	Zu lfd. Nr. 7
10. Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiter	3 300	3 300	3 300	Für 6 (6) ständige nicht vollbeschäftigte(n) Arbeiterinnen/Arbeiter für Arbeitssicherheit, deren/ dessen durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.
11. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	108 700	108 700	108 700	Zu lfd. Nr. 9
12. Vertretungs- und Aushilfskräfte (Arbeiter)				
13. Wissenschaftliche Hilfskräfte	59 600	59 600	9 800	Für die Vergütung von 4 (4) Auszubildenden – Sonstige Dienste –.
14. Vergütungen für studentische Hilfskräfte	147 800	147 800	507 500	

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	17 565 800	16 640 100	11 833 452
640	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Lohnbereich)	110 000	110 000	—
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung (Gehaltsbereich)	2 081 000	2 081 000	—
642	Beiträge zur Berufsgenossenschaft (Landesunfallkasse)	108 000	27 400	108 040
643	Sonstige soziale Abgaben	—	—	—
644	Versorgungszuschlag der Beamtinnen und Beamten	13 469 200	12 840 000	10 114 646
647	Zuweisungen an Pensions- und Unterstützungskassen, VBL-Umlage	215 900	—	—
648	Emeritenbezüge und Nachversicherung	—	—	—
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	1 581 700	1 581 700	1 610 766
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	93 700	75 500	495 580
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen, -umsetzungen und -entlassungen	41 700	21 500	252 627
661	Aufwendungen für übernommene Fahrtkosten, Wegstreckenentschädigung	—	—	—
662	Aufwendungen für Betriebs-/Amtsarzt und Arbeitssicherheit	38 800	38 800	52 061
663	Personenbezogene Versicherungen	—	—	—
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	13 200	15 200	96 578
665	Aufwendungen für Dienstjubiläen	—	—	—
666	Aufwendungen für Belegschaftsveranstaltungen	—	—	—
667	Nebenbezüge	—	—	57 021
668	Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	—
669	Übrige sonstige Personalaufwendungen	—	—	37 293
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	13 440 500	3 210 600	3 654 059
670	Mieten, Pachten und Erbbauzinsen	10 317 700	175 300	266 989
671	Leasing	—	—	—
672	Lizenzen und Konzessionen	—	—	—
673	Gebühren	74 000	63 000	153 823
674	Aufwendungen für Fremdleistungen	1 839 800	1 804 800	2 172 803
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs und der Kapitalbeschaffung	—	—	3 977
677	Prüfung, Beratung, Rechtsschutz	969 000	967 500	872 222
678	Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergl.	—	—	—
679	Aufwendungen für Wasser, Abwasser	240 000	200 000	184 245
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Kommunikation (Dokumentation, Information, Reisen, Werbung)	1 412 400	1 352 900	2 699 249
680	Büromaterial und Drucksachen	414 500	387 200	706 016
681	Zeitungen und Fachliteratur (Verwaltung)	—	—	—
682	Aufwendungen für Porto, Telefon, Netze	453 900	449 900	776 625
683	Sonstige Kommunikationsmittel	—	—	—
685	Reisekosten	514 000	485 800	807 885
686	Gästebewirtung und Repräsentation	11 000	11 000	36 871
687	Öffentlichkeitsarbeit	19 000	19 000	369 284
689	Sonstige Aufwendungen für Kommunikation	—	—	2 568
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges	310 900	1 726 800	1 933 441
690	Versicherungsbeiträge, diverse	1 000	1 000	219
691	Kfz-Versicherungsbeiträge	—	—	—
692	Mitgliedschaften, Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen	65 900	20 000	18 149
693	Andere sonstige betriebliche Aufwendungen, Zuschüsse	—	—	—
694	Aufwendungen für die Betreuung der Studierenden	244 000	1 705 800	1 915 073
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	76 400	76 400	7 617
702	Grundsteuer	75 500	75 500	6 035
703	Kraftfahrzeugsteuer	900	900	1 582
709	Sonstige betriebliche Steuern	—	—	—
Zu Kontengruppe				
75	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—
751	Bankzinsen	—	—	—
759	Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5 – Erträge

		2001 DM	2000 DM	1999 DM
Zu Kontengruppe				
50	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen Öffentlicher Zuschussgeber	116 535 300	100 846 900	103 482 494
501	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Mitteln des Erfolgsplans	113 151 100	98 005 300	96 683 994
502	Erträge aus Zuweisungen des Landes Niedersachsen für laufende Aufwendungen aus Sondermitteln	2 914 200	2 371 600	5 405 595
503	Erträge aus Zuweisungen anderer Öffentlicher Zuschussgeber für laufende Aufwendungen	470 000	470 000	1 392 905
Zu Kontengruppe				
51	Umsatzerlöse und Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber	176 000	176 000	2 645 515
510	Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse	1 000	1 000	2 641 912
511	Erträge aus Zuweisungen sonstiger Zuschussgeber für Forschungs- und ähnliche Aufträge für laufende Aufwendungen	175 000	175 000	—
514	Andere Umsatzerlöse	—	—	—
516	Erlöse aus Skonti	—	—	2 117
517	Boni, Rückvergütungen	—	—	1 486
Zu Kontengruppe				
54	Sonstige betriebliche Erträge	405 500	1 874 500	3 554 518
540	Nebenerlöse	363 000	363 000	2 004 358
541	Sonstige Erlöse	42 500	1 511 500	1 529 491
543	Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	—
549	Periodenfremde Erträge	—	—	20 669
Zu Kontengruppe				
57	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	1 481
571	Bankzinsen	—	—	1 481
Zu Kontengruppe				
58	Außerordentliche Erträge	—	—	120 300
589	Sonstige außerordentliche Erträge	—	—	120 300

Aufteilung der Dritt- und Sondermittel

Dritt- und Sondermittel sind in den einzelnen Kontengruppen wie folgt enthalten:

		Drittmittel DM	Sondermittel DM
A. Aufwendungen			
60		182 600	676 500
61		—	131 300
62		—	158 500
63		443 800	1 478 300
64		—	—
66		1 500	20 200
67		—	120 500
68		48 200	157 400
69		95 500	171 500
70		—	—
	Zusammen:	771 600	2 914 200
B. Erträge			
50		470 000	2 914 200
51		175 000	—
54		126 600	—
	Zusammen:	771 600	2 914 200

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 11-2	162	Verwaltungsgebühren		10.000	10.000	—	2
111 13-9	162	Gebühreneinnahmen der nds. staatl. Bibliotheken * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 61.		—	—	—	333
119 31-8	162	Einnahmen aus Veröffentlichungen * Vgl. K-Vermerk zu 531 01. *** Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abge- geben werden.		10.000	10.000	—	8
119 32-6	162	Einnahmen aus der Reproduktion von Beständen * Vgl. K-Vermerk zu 511 02.		20.000	20.000	—	23
119 51-2	162	Vermischte Einnahmen		5.000	5.000	—	1
119 61-0	162	Einnahmen aus Erstattungen der Ausgaben für Ersatzbeschaffungen verlorengegangener Buchbestände * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 61.		—	—	—	3
124 01-0	162	Mieten und Pachten		10.500	10.500	—	11
125 99-7	162	Betriebseinnahmen für die automatisierte Datenverarbeitung * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 99.		5.000	5.000	—	2
129 02-0	162	Einnahmen aus der Werbung für Wirtschafts- unternehmen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 61.		—	—	—	—
253 02-2	162	Erstattungen von Gemeinden (GV) nach § 19 BSHG * Vgl. K-Vermerk zu 427 01.		—	—	—	—
256 01-3	162	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit		—	—	—	6
281 63-8	162	Sonstige Erstattungen aus dem Inland * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 63.		1.471.400	1.471.400	—	1.358
282 62-6	162	Zuschüsse Dritter * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 62.		—	—	—	339
A U S G A B E N							
422 01-0	162	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	11.360.500	11.082.000	+278.500	4.804
422 19-3	162	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 41-0	162	Anwärterbezüge	—	1.065.500	1.014.200	+51.300	1.098
425 01-0	162	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	5.644
425 03-6	162	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 51-6	162	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	5.000	1.200	+3.800	1
426 01-6	162	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	446
426 03-2	162	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 41-5	162	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	41.500	40.100	+1.400	40
426 51-2	162	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-2	162	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 253 02.	—	85.000	89.800	-4.800	79
427 31-4	162	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	35.400	34.800	+600	27
427 39-0	162	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	37.800	37.800	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 06 45 allgemein

Die Nds. Landesbibliothek

- nimmt die Aufgaben einer Regionalbibliothek wahr
- ist Pflichtexemplarbibliothek für Niedersachsen
- betreibt die Niedersachsen-Dokumentation
- versorgt die Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Fachgebiete der Universität Hannover mit Literatur (s. § 106 NHG)
- ist zentrale Ausbildungsbehörde des Landes Niedersachsen für den höheren und mittleren Dienst an wissenschaftlichen Bibliotheken
- nimmt zentral die Angelegenheiten der Aus- und Fortbildung im Bibliotheksbereich wahr
- betreibt Leibniz-Forschung.

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	7 000 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	— DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	— DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	— DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	3 500 DM
Zusammen	10 500 DM

Zu 281 63

Einnahmen aus Zuweisungen der Akademie der Wissenschaften in Göttingen für Zwecke der Leibniz-Edition, entsprechend der Veranschlagung bei Kapitel 06 07.

Zu 282 62

Zuwendungen für Forschungsvorhaben.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Für das Kapitel 06 45 wurde ab 1. 1. 1998 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 156 Vollzeiteinheiten (VZE).

Nachrichtliche Aufteilung des BV:

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	65,65	65,65	—	83
Angestellte	80,85	76,35	4,50	60
Lohnempfänger/-innen	9,50	8,00	1,50	7
Insgesamt	156,00	150,00	6,00	150

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 11 360 500 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	11 360 500
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	3 014 100
43	Versorgungsbezüge	1 970 900
44	Beihilfen, Unterstützungen	20 000
45	Personalbezogene Sachausgaben	33 800
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	379 100
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	251 700

Summe der Personalausgaben im Kapitel 16 526 700

Besondere Zulagen für die planmäßigen Beamtinnen und Beamten:

Lehrzulagen*)

a) 1 Beamter des höheren Bibliotheksdienstes als hauptamtliche Lehrkraft und Leiter der Nds. Bibliotheksschule – 125,— DM monatlich	1 500,— DM
b) 2 hauptamtliche Lehrkräfte der Nds. Bibliotheksschule – je 93,75 DM monatlich –	2 250,— DM
c) für den Ausbildungsleiter der Anwärter des mittleren Bibliotheksdienstes in Höhe von 46,90 DM monatlich	562,80 DM
Zusammen	4 312,80 DM

Zu a+b):

Die Lehrzulagen für hauptamtliche Lehrkräfte gelten gem. Abschn. I Nr. 4 der LehrzRL v. 13. 4. 1966 (Nds. MBl. S. 319) als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i.S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Zu c):

Die Lehrzulage gilt bis zu dieser Höhe, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigung i.S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

*) Gem. RdErl. des MF vom 13. 4. 1966 (Nds. MBl. S. 319) in der jeweils geltenden Fassung.

Im Personalkostenbudget sind Bezüge für 10 ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte enthalten, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt, davon

1 Kraft für die Zentralabteilung Allgemeine Verwaltung

4 Kräfte für die Zentralbibliothek

5 Kräfte für die Fachbereichsbibliotheken

sowie für 2 ständige nichtvollbeschäftigte Arbeitskräfte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 422 41

1. Anwärterbezüge, Sonderzuwendungen	1 065 500 DM
2. Aufwandsentschädigungen	— DM
3. Besondere Zulagen	— DM
Zusammen	1 065 500 DM

Zu 426 41

2 (2) Auszubildende – Technischer Dienst –.

Zu 427 31

- a) Die Lehrkräfte erhalten Lehrvergütungen gem. RdErl. des MF vom 13. 4. 1966 (Nds. MBl. S. 319) in der jeweils geltenden Fassung.
- b) Nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte, die in den Ausbildungsbibliotheken den die praktische Ausbildung begleitenden theoretischen Unterricht erteilen, erhalten eine Lehrvergütung gem. RdErl. des MF v. 13. 4. 1966 (Nds. MBl. S. 319) in der jeweils geltenden Fassung.
- c) Die Höhe der Prüfungsvergütungen bemißt sich nach den vom MF erlassenen Richtlinien über die Vergütung von Prüfungstätigkeiten im Bereich der nieders. Landesverwaltung vom 18. 12. 1994 (Nds. MBl. S. 139).

Zu a) + b):

Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 75 DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigung i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu c):

25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die Niedersächsische Landesbibliothek ist „zuständige Stelle“ i. S. von § 84 BBiG. Im Rahmen dieser Aufgabe sind weitere Prüfungsvergütungen sowie Entschädigungen für Ausschusstätigkeit zu zahlen.

1. Lehrvergütungen für die theoretische Ausbildung	
a) des mittl. BiblD entsprechend den Richtlinien des MF v. 13. 4. 1966 (Nds. MBl. S. 319) in der jeweils geltenden Fassung in Verbindung mit den RdErl. d. MWK v. 15. 9. 1993 (Nds. MBl. S. 1187)	
266 Std. à 31,70 DM = 8 432,20 DM	8 400 DM
b) von Aufstiegsbeamtinnen und -beamten in den geh. BiblD	
120 Std. à 35,50 DM = 4 260 DM	4 300 DM
2. Prüfungsvergütungen entsprechend den Richtlinien des MF v. 7. 5. 1991 (Nds. MBl. S. 751) in Verbindung mit Erlaß des MWK v. 18. 12. 1994 (Nds. MBl. 1975 S. 139) für 20 Anwärter	1 500 DM
Prüfungsvergütungen für Prüfungen im Rahmen des Zuständigkeiten nach dem BBiG	3 000 DM
3. Lehrvergütungen für den praxisbegleitenden Unterricht	
a) für den mittl. BiblD aufgrund § 11 Abs. 6 APVO mittl. BiblD und entsprechend Nr. 1.6 Buchst. c) der Richtlinien des MF v. 13. 4. 1966 i. d. F. vom 27. 6. 1990 (Nds. MBl. S. 870)	
600 Std. à 17,90 DM = 10 740 DM	10 800 DM
b) für Aufstiegsbeamtinnen und -beamte	
156 Std. à 26,20 DM = 4 087,20 DM	4 100 DM
4. Ausschusstätigkeiten nach dem BBiG	
a) für Prüfungsausschüsse = 1 680 DM	
b) für Berufsbildungsausschuss = 1 600 DM	3 300 DM
Zusammen	35 400 DM

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0645 Niedersächsische Landesbibliothek Hannover

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
453 01-3	162	Trennungsgeld für abgeordnete oder ver- setzte Bedienstete und Umzugskostenver- gütungen	—	33.800	33.800	—	53
511 01-3	162	Geschäftsbedarf	—	62.600	62.600	—	58
511 02-1	162	Sachausgaben für die Fotowerkstatt * <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 80,0 v.H. der Isteinnahmen bei 119 32.</i>	—	16.000	16.000	—	16
513 01-6	162	Post- und Fernmeldegebühren	—	117.600	117.600	—	72
514 01-2	162	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	5.800	5.800	—	4
515 01-9	162	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	13.000	13.000	—	23
515 02-7	162	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	27.400	27.400	—	89
516 01-5	162	Dienst- und Schutzkleidung	—	1.000	1.000	—	2
517 01-1	162	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	91.800	91.800	—	81
517 19-4	162	Reinigungskosten	—	195.300	195.300	—	199
517 59-3	162	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	246.100	246.100	—	225
518 01-8	162	Mieten und Pachten	—	291.800	231.800	+60.000	213
519 02-2	162	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	50.600	50.600	—	32
519 03-0	162	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1.400	1.400	—	10
524 01-8	162	Lehrmittel	—	13.000	13.000	—	9
525 01-4	162	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	20.600	20.600	—	19
526 01-0	162	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	11.300	11.300	—	10
527 01-7	162	Reisekostenvergütungen	—	16.000	16.000	—	17
527 03-3	162	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Perso- nalvertretungsangelegenheiten u. in Vertre- tung der Interessen der Schwerbehinderten	—	3.000	3.000	—	0
531 01-4	162	Veröffentlichungen * <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 31.</i>	—	24.000	24.000	—	23
531 03-0	162	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	13.200	13.200	—	9
537 01-2	162	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	10.000	10.000	—	13
538 01-9	162	Dienstleistungen Außenstehender	—	32.300	32.300	—	44
546 59-3	162	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	1
632 01-5	162	Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Land Nordrhein-Westfalen	—	180.000	180.000	—	150
685 01-1	162	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	9.400	9.400	—	8
811 01-7	162	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 13-7	162	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	168
812 15-3	162	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	50.000	48.000	+2.000	45
813 59-1	162	Globalansatz für den Erwerb beweglicher Sachen	—	—	—	—	—
981 06-0	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	3.129.400	—	+3.129.400	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 453 01

Aus diesem Titel werden insbesondere Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen für die Bibliotheksreferendarinnen, Bibliotheksreferendare und Bibliothekssekretäranwärterinnen, Bibliothekssekretäranwärter gezahlt.

Zu 513 01

1. Postgebühren	66 600 DM
2. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	33 000 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen; Raumsicherungs- und Notrufanlagen	17 200 DM
4. Einmalige Gebühren für die Ver- legung usw. von Fernmeldeanlagen	— DM
5. Rundfunk- und Fernsehgebühren	800 DM
Zusammen	117 600 DM

Zu 514 01**Bestand an Dienstfahrzeugen**

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Kombifahrzeug	1	1	1

Zu 515 01

Ausgaben für vertragliche Wartungen.

Zu 515 02

Hier werden auch Ersatzbeschaffungen für Fachaufgaben geleistet.

Zu 517 01

1. Wassergeld	33 000 DM
2. Grundbesitzabgaben	13 600 DM
3. Bewachungskosten	— DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	27 300 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	17 900 DM
Zusammen	91 800 DM

Zu 518 01

Erhöhung des Ansatzes für die Anmietung zusätzlicher Auslage-
rungsflächen.

Zu 519 02

Für die lfd. Unterhaltung der Kastenförderanlage.

Zu 524 01

Für die Nieders. Bibliotheksschule.

Zu 525 01

1. Ausbildungslehrgänge	6 700 DM
2. Fortbildungsveranstaltungen	13 600 DM
3. Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	— DM
4. Aus- und Fortbildung ehrenamtl. Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	— DM
5. Erstattung von Prüfungsgebühren	300 DM
6. Sonstiger Aufwand	— DM
Zusammen	20 600 DM

Zu 1. und 2.: Für die zentrale Aus- und Fortbildung des Fachperso-
nals der nds. wissenschaftlichen und öffentlichen Bibliotheken.

Zu 5.: Gebühren, die von Stellen außerhalb der Landesverwaltung
für Auszubildende erhoben werden (z. B. für die Eintragung von
Ausbildungsverhältnissen in die Handwerksrolle, Prüfungsge-
bühren).

Zu 526 01

1. (Amts)ärztliche und Röntgenschirmbilduntersuchungen	2 400 DM
2. Arbeitsmedizinischer Arbeitsschutz	8 900 DM
3. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungs- kosten für Verwaltungszwecke	— DM
4. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus	— DM
Zusammen	11 300 DM

Zu 527 03

Die Ausgaben sind insbesondere für die Reisetätigkeit von Mitglie-
dern des Personalrats zu den Ausbildungsbibliotheken vorgesehen.

Zu 531 01

Für den Druck von Veröffentlichungen, insbesondere im Rahmen der
Niedersachsen-Dokumentation.

Zu 531 03

Für die Durchführung von Lesungen und Veranstaltungen.

Zu 538 01

Ausgaben für die Nds. Dokumentation.

Zu 632 01

Nach den Bestimmungen der APVO höherer Bibliotheksdienst an
wiss. Bibliotheken des Landes Niedersachsen ist die theoretische
Ausbildung und Prüfung an der Fachhochschule für Bibliotheks-
und Dokumentationswesen in Köln durchzuführen. Im Rahmen
einer Verwaltungsvereinbarung sind die entstehenden Ausgaben zu
erstatten. Veranschlagt sind eine monatliche Erstattung von 2 000,—
DM pro Referendar.

Zu 812 15

Selbstverbuchungsanlage	50 000 DM

Zu 981 06

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für
Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Ergänzung und Erhaltung der Bibliotheksbestände einschließlich Buchbinderarbeiten * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 13, 119 61 und 129 02.	(—)	(5.308.400)	(5.045.200)	(+263.200)	(5.280)
429 61-9	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	347.400	300.200	+47.200	501
523 61-5	162	Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen	—	4.947.400	4.731.400	+216.000	4.695
547 61-1	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	70
681 61-0	162	Entschädigung gemäß § 12 des Nds. Pressegesetzes	—	13.600	13.600	—	14
813 61-3	162	Erwerb von Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftlichen Sammlungen	—	—	—	—	—
TGr. 62		Verwendung der Zuschüsse Dritter * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 62.	(—)	(—)	(—)	(—)	(344)
429 62-7	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	300
547 62-0	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	43
812 62-5	162	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
813 62-1	162	Erwerb von Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftlichen Sammlungen	—	—	—	—	—
TGr. 63		Ausgaben für Zwecke der Leibniz-Edition * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 281 63.	(—)	(1.471.400)	(1.471.400)	(—)	(1.353)
425 63-0	162	Vergütungen der Angestellten	—	1.280.000	1.280.000	—	1.320
441 63-5	162	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Angestellte	—	20.000	20.000	—	—
547 63-8	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	171.400	171.400	—	33
812 63-3	162	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 71		Zur zusätzlichen Förderung der Niedersächsischen Landesbibliothek Hannover aus Spielbankmitteln * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(—)	(90.000)	(90.000)	(—)	(92)
429 71-6	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	90.000	90.000	—	89
459 71-2	162	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
547 71-9	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	3
812 71-4	162	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
813 71-0	162	Erwerb von Sammlungsgegenständen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 61**429 61**

Zum kontinuierlichen Ausbau sowie für die Verbesserung des Benutzersdienstes der Fachbereichsbibliotheken.

523 61

Veranschlagt sind:

1. für die Zentralbibliothek		2 441 700 DM
2. für den lfd. Erwerb der Fachbereichsbibliotheken:		
Erziehungswissenschaften	424 900 DM	
Literatur und Sprachwissenschaften	366 600 DM	
Rechtswissenschaften	559 400 DM	
Sozialwissenschaften	341 200 DM	
Wirtschaftswissenschaften	556 300 DM	2 248 400 DM
3. für die Literaturversorgung des Fachs Geschichte durch die Fachbereichsbibliothek Sozialwissenschaften und des Fachsprachenzentrums durch die Fachbereichsbibliothek Literatur und Sprachwissenschaft		105 600 DM
		15 800 DM
4. Zum Bestandsausbau für neue Lehr- und Forschungsgebiete		45 900 DM
5. für den Ausbau des Benutzersdienstes in den Fachbereichsbibliotheken		75 000 DM
6. für den allg. Informationsbestand in den Fachbereichsbibliotheken am Standort Königsworther Platz		15 000 DM
	Zusammen	4 947 400 DM

813 61

Für weitere Buchbeschaffungen für die Fachbereichsbibliotheken.

Zu Titelgruppe 62

Vgl. Erläuterung zu 282 62.

812 62

Aus dem Ansatz dürfen auch Ausgaben für die Beschaffung von Kraftfahrzeugen geleistet werden, sofern hierfür Mittel besonders bereitgestellt worden sind.

Zu Titelgruppe 63

Vgl. Erläuterungen zu 281 63.

425 63

Zahl und Eingruppierung der Angestellten (ohne Berücksichtigung eines Bewährungsaufstieges):

– Vollbeschäftigte –	Verg.-Gr.	Zahl
	I a	1
	I b	2
	II a	6
	V b	2
	Zusammen	11

547 63

Veranschlagt sind u. a. Ausgaben für Geschäftsbedarf, Post- und Fernmeldegebühren.

Zu Titelgruppe 71

Vgl. allgemeine Erläuterungen zu Kap. 06 75.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 99		Betriebsausgaben für die automatisierte Datenverarbeitung <i>* Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 50,0 v.H. der Mehreinnahmen bei 125 99.</i>	(—)	(136.200)	(136.200)	(—)	(136)
513 99-7	162	Fernmeldegebühren	—	17.000	17.000	—	3
522 99-6	162	Verbrauchsmittel der maschinellen Aufbereitung	—	17.000	17.000	—	26
535 99-0	162	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	—	59.000	59.000	—	62
538 99-0	162	Dienstleistungen Außenstehender	—	10.000	10.000	—	4
547 99-9	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	33.200	33.200	—	41
812 99-4	162	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 06 45 1 Eigene Einnahmen 2 Übertragungseinnahmen		60.500 1.471.400	60.500 1.471.400	— —	
		Summe der Einnahmen		1.531.900	1.531.900	—	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	14.401.900	14.023.900	+378.000	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	6.518.800	6.242.800	+276.000	
		6 Übertragungsausgaben	—	203.000	203.000	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	50.000	48.000	+2.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	3.129.400	—	+3.129.400	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	24.303.100	20.517.700	+3.785.400	
		Zuschuss		22.771.200	18.985.800	+3.785.400	
		Nachrichtlich: Anteil an den Versorgungsausgaben Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		1.970.900 26.274.000	1.774.300 22.292.000		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		24.742.100	20.760.100		

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 99

Veranschlagt sind die Kosten von Datenbankanschlüssen und -recherchen für den Benutzungsdienst (insbes. JURIS) und für Fortbildungsveranstaltungen an der Nds. Bibliotheksschule.

538 99

Kosten des IZN.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 11-6	162	Verwaltungsgebühren		25.000	10.000	+15.000	31
111 13-2	162	Gebühreneinnahmen der nds. staatl. Bibliotheken * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		—	—	—	5
119 31-1	162	Einnahmen aus Veröffentlichungen ***Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abge- geben werden.		1.000	1.000	—	1
119 32-0	162	Einnahmen aus der Reproduktion von Be- ständen * Vgl. K-Vermerk zu 511 02.		20.000	20.000	—	21
119 41-9	162	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	—
119 51-6	162	Vermischte Einnahmen		—	—	—	0
124 01-3	162	Mieten und Pachten		6.700	6.700	—	7
125 99-0	162	Betriebseinnahmen für die automatisierte Datenverarbeitung * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 99.		—	—	—	—
129 02-3	162	Einnahmen aus der Werbung für Wirtschafts- unternehmen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		—	—	—	—
132 01-6	162	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		—	—	—	7
253 02-6	162	Erstattungen von Gemeinden (GV) nach § 19 BSHG * Vgl. K-Vermerk zu 427 01.		—	—	—	—
256 01-7	162	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit		—	—	—	101
282 62-0	162	Zuschüsse Dritter * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.		1.000	1.000	—	—
A U S G A B E N							
422 01-4	162	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	2.834.400	2.866.100	–31.700	1.071
422 19-7	162	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-3	162	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.410
426 01-0	162	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	403
426 51-6	162	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.200	1.000	+200	1
427 01-6	162	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 253 02.	—	—	—	—	152
427 39-3	162	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	21.100	21.100	—	—
511 01-7	162	Geschäftsbedarf	—	21.500	21.500	—	15
511 02-5	162	Sachausgaben für die Fotowerkstatt * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 80,0 v.H. der Isteinnahmen bei 119 32.	—	16.000	16.000	—	16
512 01-3	162	Bücher und Zeitschriften	—	3.300	3.300	—	4
513 01-0	162	Post- und Fernmeldegebühren	—	41.000	41.000	—	39
514 01-6	162	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	3.200	3.200	—	3
515 01-2	162	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	11.300	11.300	—	5
515 02-0	162	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	12.800	12.800	—	23

ERLÄUTERUNGEN

Zu 06 46 allgemein

Die Landesbibliothek Oldenburg ist Regionalbibliothek für Nordwestniedersachsen.

Zu 111 11

1. Mahngebühren und Verzugszinsen	24 500 DM
2. Gebühren für Ersatzleistungen	500 DM
Zusammen	25 000 DM

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	6 700 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	— DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	— DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	— DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	— DM
Zusammen	6 700 DM

Zu 282 62

Zuwendungen Dritter u. a. für Buchbeschaffungen.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Für das Kapitel 06 46 wurde ab 1. 1. 1998 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen (BV) beträgt 40,90 Vollzeiteinheiten (VZE).

Nachrichtliche Aufteilung des BV:

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	13,86	13,86	—	16
Angestellte	20,50	18,28	2,22	16
Lohnempfänger/-innen	6,54	1,86	4,68	2
Insgesamt	40,90	34,00	6,90	34

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 2 834 400 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	2 834 400
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	28 100
43	Versorgungsbezüge	357 700
44	Beihilfen, Unterstützungen	76 600
45	Personalbezogene Sachausgaben	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	75 500
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		3 372 300

Im Personalkostenbudget sind Bezüge für 3 ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte (Magazin) enthalten, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft beträgt, sowie für 7 ständige nichtvollbeschäftigte Arbeitskräfte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Davon

- 4 Reinigungsdienst
- 3 Sonstige Dienste.

Zu 514 01**Bestand an Dienstfahrzeugen**

	Ist 1. 1. 2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	1	1	1

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
516 01-9	162	Dienst- und Schutzkleidung	—	1.400	1.400	—	0
517 01-5	162	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	19.300	19.300	—	22
517 19-8	162	Reinigungskosten	—	49.400	49.400	—	55
517 59-7	162	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	65.900	65.900	—	65
518 01-1	162	Mieten und Pachten	—	2.000	2.000	—	—
519 03-4	162	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1.400	1.400	—	6
525 01-8	162	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	2.700	2.700	—	4
526 01-4	162	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1.000	1.000	—	1
527 01-0	162	Reisekostenvergütungen	—	3.300	3.300	—	4
527 03-7	162	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	1.000	1.000	—	0
531 01-8	162	Veröffentlichungen	—	3.600	3.600	—	1
531 03-4	162	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	1.400	1.400	—	1
537 01-6	162	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	2.700	2.700	—	2
546 59-7	162	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
685 01-5	162	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	3.500	3.500	—	3
811 01-0	162	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	27
812 15-7	162	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	23.000	23.000	—	—
981 06-4	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	491.700	—	+491.700	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Ergänzung und Erhaltung der Bibliotheksbestände einschließlich Buchbinderarbeiten * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 13 und 129 02.	(—)	(792.300)	(758.200)	(+34.100)	(760)
429 61-2	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
523 61-9	162	Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen	—	777.700	743.600	+34.100	756
547 61-5	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	14.600	14.600	—	4
813 61-7	162	Erwerb von Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftlichen Sammlungen	—	—	—	—	—
TGr. 62		Verwendung der Zuschüsse Dritter * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 62.	(—)	(1.000)	(1.000)	(—)	(1)
429 62-0	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 62-3	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.000	1.000	—	1
813 62-5	162	Erwerb von Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftlichen Sammlungen	—	—	—	—	—
TGr. 71		Zur zusätzlichen Förderung der Landesbibliothek Oldenburg aus Spielbankmitteln * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus-	(—)	(60.000)	(60.000)	(—)	(61)

 ERLÄUTERUNGEN

Zu 517 01

1. Wassergeld	5 300 DM
2. Grundbesitzabgaben	3 300 DM
3. Bewachungskosten	5 200 DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	5 000 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	500 DM
Zusammen	19 300 DM

Zu 526 01

Arbeitsmedizinischer Arbeitsschutz	1 000 DM

Zu 531 01

Herstellung von Informationsmaterial für die Benutzer und Druckkosten für Kataloge von Teilbeständen.

Zu 812 15

Ergänzung der Lesesaal-Regale	10 000 DM
Regaltechnik für die Altregistratur	13 000 DM
Zusammen	23 000 DM

Zu 981 06

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Epl. 13.

Zu Titelgruppe 61**547 61**

Für die Anmietung von zwei Kopiergeräten.

Zu Titelgruppe 71

Vergleiche allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 06 75.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch TGr. 71		<i>halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind.</i>					
429 71-0	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	61
547 71-2	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	60.000	60.000	—	—
812 71-8	162	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
813 71-4	162	Erwerb von Sammlungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 99		Betriebsausgaben für die automatisierte Datenverarbeitung * Übertragbar. <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 50,0 v.H. der Mehreinnahmen bei 125 99.</i>	(—)	(24.400)	(24.400)	(—)	(24)
513 99-0	162	Fernmeldegebühren	—	11.500	11.500	—	12
538 99-3	162	Dienstleistungen Außenstehender	—	5.000	5.000	—	0
547 99-2	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	7.900	7.900	—	13
812 99-8	162	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 06 46 1 Eigene Einnahmen 2 Übertragungseinnahmen		52.700 1.000	37.700 1.000	+15.000 —	
		Summe der Einnahmen		53.700	38.700	+15.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben 5 Sächliche Verwaltungsausgaben 6 Übertragungsausgaben 8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen 9 Besondere Finanzierungsausgaben	— — — — —	2.856.700 1.141.900 3.500 23.000 491.700	2.888.200 1.107.800 3.500 23.000 —	—31.500 +34.100 — — +491.700	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	4.516.800	4.022.500	+494.300	
		Zuschuss		4.463.100	3.983.800	+479.300	
		Nachrichtlich: Anteil an den Versorgungsausgaben Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		357.700 4.874.500 4.820.800	349.400 4.371.900 4.333.200		

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 99

538 99

Kosten des IZN.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 11-0	162	Verwaltungsgebühren		1.000	1.000	—	—
111 13-6	162	Gebühreneinnahmen der nds. staatl. Bibliotheken * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		—	—	—	21
111 41-1	162	Eintrittsgelder * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.		115.000	115.000	—	96
113 01-5	162	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		1.000	1.000	—	0
119 31-5	162	Einnahmen aus Veröffentlichungen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66. ***Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abge- geben werden.		460.000	460.000	—	408
119 32-3	162	Einnahmen aus der Reproduktion von Bestän- den * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.		100.000	100.000	—	101
119 51-0	162	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	—	1
124 01-7	162	Mieten und Pachten		70.000	67.000	+3.000	82
125 99-4	162	Betriebseinnahmen für die automatisierte Datenverarbeitung * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 99.		—	—	—	—
129 02-7	162	Einnahmen aus der Werbung für Wirtschafts- unternehmen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		—	—	—	—
132 01-0	162	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		—	8.000	-8.000	—
253 02-0	162	Erstattungen von Gemeinden (GV) nach § 19 BSHG * Vgl. K-Vermerk zu 427 01.		—	—	—	—
256 01-0	162	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit		—	—	—	626
282 62-3	162	Zuschüsse Dritter * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.		500.000	500.000	—	487
282 63-1	162	Einnahmen des Kulturprogramms der Herzog- August-Bibliothek Wolfenbüttel * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.		10.000	10.000	—	1
282 65-8	162	Sachbeihilfen der DFG * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.		1.500.000	1.500.000	—	1.167
A U S G A B E N							
422 01-8	162	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	6.897.600	6.801.200	+96.400	1.477
422 19-0	162	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-7	162	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	4.795
425 03-3	162	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	33
425 31-9	162	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	86
425 41-6	162	Vergütung der Fortzubildenden	—	51.800	51.800	—	51
426 01-3	162	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	471
426 03-0	162	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	230
426 41-2	162	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	62.300	60.100	+2.200	66
427 01-0	162	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Einnahmen bei 253 02.	—	—	—	—	744

ERLÄUTERUNGEN

Zu 06 47 allgemein

Die Herzog-August-Bibliothek (HAB) ist eine internationale Forschungs- und Studienstätte für europäische Kulturgeschichte. Sie erfüllt außerdem museale Aufgaben und führt kulturelle Veranstaltungen durch. Im übrigen nimmt sie die Aufgaben einer Regionalbibliothek wahr.

Zu 111 11

1. Mahngebühren und Verzugszinsen	500 DM
2. Gebühren für Ersatzleistungen	500 DM
Zusammen	1 000 DM

Zu 111 41

Für die Besichtigung der musealen Räume der Herzog-August-Bibliothek und des Lessinghauses.

Zu 119 31

Einnahmen aus dem Verkauf von Katalogen und anderen Veröffentlichungen der HAB.

Zu 119 51

U. a. Verwaltungsgebühren sowie Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen.

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	— DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	48 000 DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	500 DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	500 DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	21 000 DM
Zusammen	70 000 DM

Zu 282 62

Zuwendungen von dritter Seite für Forschungsvorhaben.

Zu 282 65

Zuschüsse der Deutschen Forschungsgemeinschaft für Forschungsvorhaben.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Für das Kapitel 06 47 wurde ab 1. 1. 1998 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen (BV) beträgt 84,73 Vollzeiteinheiten (VZE).

Nachrichtliche Aufteilung des BV:

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	17,86	17,86	—	27
Angestellte	49,35	46,85	2,50	44
Lohnempfänger/-innen	17,52	11,11	6,41	7
Insgesamt	84,73	75,82	8,91	78

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 6 897 600 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	6 897 600
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	1 973 900
43	Versorgungsbezüge	476 500
44	Beihilfen, Unterstützungen	237 500
45	Personalbezogene Sachausgaben	1 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	234 200
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	98 600

Summe der Personalausgaben im Kapitel 9 722 100

Im Personalkostenbudget sind Bezüge für 5 ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte enthalten, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt,

davon 1 Technischer Dienst
2 Sonstige Dienste
1 Bibliotheksdienst
1 Verwaltungsdienst

sowie für 2 ständige nichtvollbeschäftigte Arbeitskräfte, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Die Arbeitskräfte sind in der Restaurierungswerkstatt (Handschriften- und Papierrestaurierung) eingesetzt.

Zu 425 41

Veranschlagt sind die Ausgaben für 3 (3) Fortzubildende zu Buch- und Papierrestauratoren.

Zu 426 41

Veranschlagt sind die Ausgaben für 3 (3) Auszubildende – Sonstige Dienste –.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
427 39-7	162	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-0	162	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	1.000	1.000	—	—
511 01-0	162	Geschäftsbedarf	—	42.500	42.500	—	39
513 01-3	162	Post- und Fernmeldegebühren	—	166.100	166.100	—	146
514 01-0	162	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	7.100	7.100	—	6
515 01-6	162	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	14.500	14.500	—	7
515 02-4	162	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	100.800	85.800	+15.000	246
516 01-2	162	Dienst- und Schutzkleidung	—	1.000	1.000	—	—
517 01-9	162	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	217.600	207.600	+10.000	186
517 19-1	162	Reinigungskosten	—	192.200	142.200	+50.000	90
517 59-0	162	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	208.900	208.900	—	230
518 01-5	162	Mieten und Pachten	—	86.100	86.100	—	52
519 02-0	162	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	21.400	21.400	—	5
519 03-8	162	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	13.400	13.400	—	8
525 01-1	162	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	10.400	10.400	—	8
526 01-8	162	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	47.100	22.100	+25.000	11
527 01-4	162	Reisekostenvergütungen	—	8.600	8.600	—	9
532 01-8	162	Unterhaltung und Ersatz des Geschirrs und der Wäsche in den Gästezimmern	—	1.800	1.800	—	0
537 01-0	162	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	4.300	4.300	—	—
546 59-0	162	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	1.400	1.400	—	—
681 01-3	162	Schadenersatzleistungen und Unfallschädigungen	—	—	—	—	—
685 01-9	162	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	7.400	7.400	—	7
811 01-4	162	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	34.000	–34.000	—
812 15-0	162	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	57.000	25.000	+32.000	56
981 06-8	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	1.112.100	—	+1.112.100	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Ergänzung und Erhaltung der Bibliotheksbestände einschließlich Buchbinderarbeiten * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 13 und 129 02.	(—)	(2.137.800)	(2.040.800)	(+97.000)	(2.045)
425 61-0	162	Vergütungen der Angestellten	—	260.800	239.100	+21.700	245
429 61-6	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	195.700	191.100	+4.600	60
523 61-2	162	Bibliotheken, Kunst- u. wiss. Sammlungen	—	1.584.900	1.514.200	+70.700	1.641
547 61-9	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	96.400	96.400	—	99
813 61-0	162	Erwerb von Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftlichen Sammlungen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für 1 Landesbediensteten	500 DM
2. Umzugskostenvergütung für 1 Landesbediensteten	500 DM
Zusammen	1 000 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	61 400 DM
2. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	27 800 DM
3. Unterhaltung von Fernmeldeanlagen	12 600 DM
4. Rundfunk- und Fernsehgebühren	— DM
5. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	64 300 DM
Zusammen	166 100 DM

Zu 514 01**Bestand an Dienstfahrzeugen**

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Personenkraftwagen	1	1	1
Kombi-Fahrzeug	1	1	1

Zu 515 01

Ausgaben für vertragliche Wartungen und Reparaturen.

Zu 515 02

Ersatz und Umrüstung der Geldkassiergeräte aufgrund der Einführung des Euro.

Zu 517 01

1. Wassergeld	13 500 DM
2. Grundbesitzabgaben	71 200 DM
3. Bewachungskosten	55 000 DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	34 600 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	43 300 DM
Zusammen	217 600 DM

Erweiterung des Wach- und Schließdienstes durch verstärkte Nutzung des Kornspeichers.

Zu 517 19

Verstärkte Fremdvergabe von Reinigungsaufgaben.

Zu 519 02

Zur Beschaffung von Kohlefiltern für die Klimaanlage in der Bibliotheca Augusta und im Zeughaus.

Zu 525 01

1. Ausbildungslehrgänge	9 200 DM
2. Fortbildungsveranstaltungen	— DM
3. Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	— DM
4. Aus- und Fortbildung ehrenamtl. Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	— DM
5. Erstattung von Prüfungsgebühren	1 200 DM
6. Sonstiger Aufwand	— DM
Zusammen	10 400 DM

Zu 5.: Gebühren, die von Stellen außerhalb der Landesverwaltung für Auszubildende erhoben werden (z. B. für die Eintragung von Ausbildungsverhältnissen in die Handwerksrolle, Prüfungsgebühren).

Zu 526 01

1. (Amts)ärztliche und Röntgen- schirmbilduntersuchungen	— DM
2. Arbeitsmedizinischer Arbeitsschutz und Fachkraft Arbeitssicherheit	11 000 DM
3. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	19 800 DM
4. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus	— DM
5. Ausgaben für das Kuratorium und den Fachbeirat	16 300 DM
Zusammen	47 100 DM

Zu 532 01

Für Ersatz und Unterhaltung des Geschirrs und der Wäsche in den Gästezimmern.

Zu 537 01

Für die Verlagerung von allgemeinen Bibliotheksbeständen.

Zu 812 15

1. Magazinregalanlage	35 000 DM
2. Flucht- und Rettungswegleitsystem	22 000 DM
Zusammen	57 000 DM

Zu 981 06

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61

Zur Erhaltung und Ergänzung der Bestände der Bibliothek, insbesondere infolge Überlassung (Dauerleihgabe) der Stolbergischen Leichenpredigten-Sammlung.

Für die weitere Restaurierung der Sammlung, die auf Kosten des Landes Niedersachsen durchgeführt wird, entstehen ab 1991 voraussichtlich Gesamtkosten in

Höhe von	600 000 DM
Veranschlagt 2001	60 000 DM

Die Ausgaben hierfür sind bei 429 61 und 547 61 veranschlagt.

Ab 1. 10. 1995 sind für Personal- und Sachkosten für die Fortführung des Vorhabens „Sammlung Deutscher Drucke des 17. Jahrhunderts“ Haushaltsmittel veranschlagt.

425 61

Für das Vorhaben „Sammlung Deutscher Drucke des 17. Jahrhunderts“ sind ab 1. 10 1995 die Vergütungen für folgende Angestellte veranschlagt:

Vollbeschäftigte:	Verg.-Gr.	Zahl
	IIa	1
	IVb	1
Nichtvollbeschäftigte:	IVb	1
	Zusammen	3

523 61

Für das Vorhaben „Sammlung Deutscher Drucke des 17. Jahrhunderts“ sind folgende Sachkosten veranschlagt: 392 000 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 62		Verwendung der Zuschüsse Dritter * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 62.	(—)	(500.000)	(500.000)	(—)	(371)
429 62-4	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	200.000	200.000	—	85
547 62-7	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	300.000	300.000	—	286
812 62-2	162	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
813 62-9	162	Erwerb von Kunst- und wissenschaftlichen Sammlungen	—	—	—	—	—
TGr. 63		Ausgaben des Kulturprogramms der Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 282 63.	(—)	(101.200)	(101.000)	(+200)	(101)
429 63-2	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	6.900	6.700	+200	—
511 63-0	162	Geschäftsbedarf	—	5.100	5.100	—	6
547 63-5	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	89.200	89.200	—	95
TGr. 64		Ausgaben für den Studien- und Forschungsbereich der Herzog-August-Bibliothek * Übertragbar.	(—)	(616.100)	(714.300)	(–98.200)	(713)
429 64-0	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	78.600	76.800	+1.800	71
547 64-3	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	137.500	137.500	—	281
681 64-1	162	Stipendien ***Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung zu 681 64 verbindlich.	—	400.000	500.000	–100.000	356
685 64-7	162	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	5
812 64-9	162	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 65		Verwendung der Sachbeihilfen der DFG * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 65.	(—)	(1.500.000)	(1.500.000)	(—)	(1.279)
429 65-9	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	1.000.000	1.000.000	—	1.034
547 65-1	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	500.000	500.000	—	245
812 65-7	162	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
813 65-3	162	Erwerb von Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftlichen Sammlungen	—	—	—	—	—
TGr. 66		Ausgaben für Erstellung und Verkauf von Veröffentlichungen sowie Ausgaben der Fotowerkstatt * Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 111 41 und 119 31 sowie um 80,0 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 119 32.	(—)	(655.000)	(655.000)	(—)	(582)
429 66-7	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	40.000	40.000	—	61
511 66-5	162	Geschäftsbedarf	—	80.000	80.000	—	31
513 66-8	162	Postgebühren	—	20.000	20.000	—	14

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 62

Vgl. Erläuterungen zu 282 62.

547 62

Veranschlagt sind u. a. Ausgaben für Geschäftsbedarf, Post- und Fernmeldegebühren.

812 62

Aus dem Ansatz dürfen auch Ausgaben für die Beschaffung von Kraftfahrzeugen geleistet werden, sofern hierfür Mittel besonders bereitgestellt worden sind.

Zu Titelgruppe 63

Die Ausgaben der notwendigen Kosten für Ausstellungen und für Sonderführungen, für allgemeine Arbeitsunterlagen und Zeitungsanzeigen, für verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, Dienstleistungen Außenstehender (Honorare für Lesungen, Konzerte und sonstige Veranstaltungen) sind hier nachzuweisen.

Zu Titelgruppe 64

In dieser Titelgruppe sind die notwendigen Ausgaben zur Förderung der Forschungsarbeit der Herzog-August-Bibliothek veranschlagt.

429 64

Hier sind die Ausgaben für die Vergütung von wissenschaftlichen Hilfskräften nachzuweisen.

547 64

Die Ausgaben sind insbesondere zur Durchführung von Fachtagungen, wissenschaftlichen Veranstaltungen und anderen Sachaufwendungen vorgesehen.

681 64

Stipendien für Forschungsaufenthalte in der Herzog-August-Bibliothek. Die Stipendien werden im Einzelfall bis zur Höhe von 36 000 DM jährlich und insgesamt bis zur Höhe des Titelsatzes – gewährt. Die Stipendien können auch über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

Zu Titelgruppe 65

Vgl. Erläuterungen zu 282 65.

429 65

Zahl und Einstufung der Angestellten nach dem Stand vom 1. 1. 2000:

Vollbeschäftigte:	Verg.-Gr.	Zahl
	I b	1
	II a	2
	IV b	2
	V b	1
Nichtvollbeschäftigte:	II a	4
	VII	2
Zusammen		12

547 65

Veranschlagt sind u. a. Ausgaben für Geschäftsbedarf, Post- und Fernmeldegebühren.

Zu Titelgruppe 66

Die Ausgaben für die Erstellung und den Verkauf von Veröffentlichungen sowie Ausgaben der Fotowerkstatt sind hier nachzuweisen.

429 66

Hier sind die Ausgaben für höchstens 4 stundenweise beschäftigte Arbeitskräfte nachzuweisen.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	DM	DM	DM	DM	8
515 66-0	162	Ersatz und Ergänzung der Geräte und Aus- rüstungsgegenstände der Fotowerkstatt	—	20.000	20.000	—	24
531 66-6	162	Veröffentlichungen	—	495.000	495.000	—	451
547 66-0	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	1
812 66-5	162	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Aus- rüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 71		Zur zusätzlichen Förderung der Herzog- August-Bibliothek Wolfenbüttel aus Spiel- bankmitteln * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind.	(—)	(70.000)	(70.000)	(—)	(70)
429 71-3	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	70.000	70.000	—	51
459 71-0	162	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
547 71-6	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	—	—	—	19
812 71-1	162	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
813 71-8	162	Erwerb von Sammlungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 99		Betriebsausgaben für die automatisierte Datenverarbeitung * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 50,0 v.H. der Mehreinnahmen bei 125 99.	(—)	(133.100)	(133.100)	(—)	(133)
513 99-4	162	Fernmeldegebühren	—	3.800	3.800	—	31
515 99-7	162	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	22.700	22.700	—	32
522 99-3	162	Verbrauchsmittel der maschinellen Aufbereitung	—	3.800	3.800	—	12
538 99-7	162	Dienstleistungen Außenstehender	—	18.000	18.000	—	—
547 99-6	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	84.800	84.800	—	58
812 99-1	162	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 71

Vergleiche allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 06 75.

Zu Titelgruppe 99

Veranschlagt sind die Ausgaben für den Betrieb und die Unterhaltung der Server und Personalcomputer sowie die Kosten für den Anschluss an das Wissenschaftsnetz und GBV (Pica).

Zu 538 99

Kosten für das IZN.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 06 47					
		1 Eigene Einnahmen		748.000	753.000	–5.000	
		2 Übertragungseinnahmen		2.010.000	2.010.000	—	
		Summe der Einnahmen		2.758.000	2.763.000	–5.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	8.864.700	8.737.800	+126.900	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	4.606.400	4.435.700	+170.700	
		6 Übertragungsausgaben	—	407.400	507.400	–100.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	57.000	59.000	–2.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.112.100	—	+1.112.100	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	15.047.600	13.739.900	+1.307.700	
		Zuschuss		12.289.600	10.976.900	+1.312.700	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		476.500	495.600		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		15.524.100	14.235.500		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		12.766.100	11.472.500		

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
119 31-2	179	Einnahmen aus Veröffentlichungen *** <i>Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>		1.500	1.500	—	1
119 51-7	179	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	—	0
124 01-4	179	Mieten und Pachten		22.000	19.000	+3.000	22
241 34-7	179	Erstattungen des Bundes für Vergütungen an Ersatzdienstleistende * <i>Vgl. K-Vermerk zu 427 09.</i>		11.600	11.600	—	18
256 01-8	179	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit		—	—	—	39
282 62-0	179	Zuschüsse Dritter * <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.</i>		200.000	200.000	—	375
A U S G A B E N							
422 01-5	179	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	2.021.200	1.955.400	+65.800	347
422 19-8	179	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-7	179	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-4	179	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.359
426 01-0	179	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	301
426 03-7	179	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	1
426 41-0	179	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
427 01-7	179	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	44
427 09-2	179	Vergütungen für Personen, die zivilen Er- satzdienst leisten * <i>Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 241 34.</i>	—	30.100	29.300	+800	31
427 39-4	179	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
511 01-8	179	Geschäftsbedarf	—	1.100	1.000	+100	2
513 01-0	179	Post- und Fernmeldegebühren	—	23.700	23.700	—	21
514 01-7	179	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	7.600	7.600	—	7
515 01-3	179	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	2.500	2.500	—	1
515 02-1	179	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	5.600	5.400	+200	9
517 01-6	179	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	14.500	14.100	+400	14
517 19-9	179	Reinigungskosten	—	1.400	1.500	-100	2
517 59-8	179	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	43.400	45.900	-2.500	50
518 01-2	179	Mieten und Pachten	—	—	5.300	-5.300	5
526 01-5	179	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1.100	1.100	—	1
527 01-1	179	Reisekostenvergütungen	—	10.000	10.000	—	10
531 01-9	179	Veröffentlichungen	—	13.200	13.200	—	11
546 59-8	179	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	1.100	1.100	—	1
981 06-5	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	279.400	—	+279.400	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	16 000 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	5 000 DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	— DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	1 000 DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	— DM
Zusammen	22 000 DM

Zu 1.: Mieterträge aus der Dienstwohnung auf Helgoland sowie aus der Hausmeisterwohnung in Wilhelmshaven.

Zu 2.: Kostenbeiträge für Beleuchtung, Heizung und Wasser bei Übernachtungen im Gästezimmer.

Zu 4.: Pachterträge.

Zu 241 34

Vgl. Erläuterungen zu 427 09.

Zu 282 62

Die Einnahmen aus Spenden sind entsprechend ihrer Zweckbindung, zweckfreie Spenden für den Ausbau der wissenschaftlichen Sammlungen sowie für die Anschaffung, Wartung und Nutzung von Geräten für Fachaufgaben (siehe Titelgruppe 62) zu verwenden.

Bewilligung von Mitteln insbesondere durch die DFG, das Umweltbundesamt und den BML.

Zu 422 01, 425 01, 426 01 und 426 03

Für das Kapitel 06 49 wurde ab 1. 1. 1998 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Beschäftigungsvolumen 2001:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 24,57 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	3,00	3,00	—	3
Angestellte	16,57	16,00	0,57	16
Lohnempfänger/-innen	5,00	5,00	—	5
Insgesamt	24,57	24,00	0,57	24

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 2 021 200 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	2 021 200
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	132 000
43	Versorgungsbezüge	111 700
44	Beihilfen, Unterstützungen	57 700
45	Personalbezogene Sachausgaben	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	56 900
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—

Summe der Personalausgaben im Kapitel 2 379 500

Im Personalkostenbudget sind Bezüge für 1 ständigen, nichtvollbeschäftigten Angestellten – techn. Dienst – enthalten, dessen durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu 427 09

Nach dem Zivildienstgesetz i. d. F. vom 29. 9. 1983 (BGBl. I S. 1221) werden anerkannte Kriegsdienstverweigerer zu einem Zivildienst in anerkannten Beschäftigungsstellen oder in einer Zivildienstgruppe herangezogen und erfüllen dort Aufgaben, die dem Allgemeinwohl dienen.

Die Erstattungen durch den Bund werden bei 241 34 vereinnahmt.

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	— DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	600 DM
3. Bekanntmachungen	— DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	500 DM
Zusammen	1 100 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	10 000 DM
2. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	10 700 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	3 000 DM
4. Einmalige Gebühren für die Verlegung usw. von Fernmeldeanlagen	— DM
5. Rundfunk- und Fernsehgebühren	— DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	— DM
Zusammen	23 700 DM

Zu 514 01

1. Betriebsstoffe	3 800 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	2 900 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	700 DM
4. Sonstiges	200 DM
Zusammen	7 600 DM

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1. 1. 2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	2	2	2

Zu 515 02

1. Dienstzimmerausstattungen	2 200 DM
2. Büromaschinen	1 900 DM
3. Wirtschaftsgeräte	1 000 DM
4. Werkstattausrüstungen	500 DM
Zusammen	5 600 DM

Zu 517 01

1. Wassergeld	10 500 DM
2. Grundbesitzabgaben	2 000 DM
3. Bewachungskosten	— DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	1 000 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	1 000 DM
Zusammen	14 500 DM

Zu 517 59

1. Heizstoffe	32 600 DM
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	10 800 DM
Zusammen	43 400 DM

Weniger infolge Schließung der Außenstation Braunschweig zum 31. 12. 2000.

Zu 518 01

Weniger infolge Schließung der Außenstation Braunschweig zum 31. 12. 2000.

Zu 526 01

Veranschlagt sind die Reisekosten für 8 Kuratoriumsmitglieder.

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	9 000 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für privateigene Kraftfahrzeuge	1 000 DM
Zusammen	10 000 DM

Zu 531 01

1. Amtliche Druckwerke	— DM
2. Öffentlichkeitsarbeit	— DM
3. Technische und wissenschaftliche Druckwerke	11 400 DM
4. Sonstige Veröffentlichungen	1 800 DM
Zusammen	13 200 DM

Zu 546 59

Im Rahmen der Deckungsfähigkeit der HGr. 5 können hier Ausgaben für Mitgliedsbeiträge bis zur Höhe von 600 DM und bis zur Höhe von 900 DM für Bücher, Zeitschriften und Loseblattsammlungen geleistet werden.

Zu 981 06

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes Niedersachsen an den Einzelplan 13.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0649 Institut f. Vogelforschung -Vogelwarte Helgoland- in Wilhelmshaven-Rüstersiel

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		Wissenschaftliche Unternehmungen, Ankauf und Bearbeitung der Sammlungen, wissenschaftliches Schrifttum * Übertragbar.	(—)	(153.900)	(153.900)	(—)	(154)
429 61-3	179	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	4
527 61-5	179	Reisekostenvergütungen	—	12.100	12.100	—	16
542 61-4	179	Umsatzsteuer	—	1.000	1.000	—	2
547 61-6	179	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	140.800	140.800	—	132
812 61-1	179	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 62		Verwendung der Zuschüsse Dritter * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 62.	(—)	(200.000)	(200.000)	(—)	(330)
429 62-1	179	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	100.000	100.000	—	118
547 62-4	179	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	100.000	100.000	—	212
812 62-0	179	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 06 49					
		1 Eigene Einnahmen		24.500	21.500	+3.000	
		2 Übertragungseinnahmen		211.600	211.600	—	
		Summe der Einnahmen		236.100	233.100	+3.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	2.151.300	2.084.700	+66.600	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	379.100	386.300	-7.200	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	279.400	—	+279.400	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	2.809.800	2.471.000	+338.800	
		Zuschuss		2.573.700	2.237.900	+335.800	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		111.700	116.700		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		2.921.500	2.587.700		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		2.685.400	2.354.600		

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 61

Zur Intensivierung der Forschungstätigkeit.

Zu 527 61

Bestand an anerkannten privateigenen Kraftfahrzeugen nach § 6 Abs. 2 BRKG:

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	1	1	1

547 61

Veranschlagt sind u. a. Ausgaben für Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Ersatz und Ergänzung der Geräte sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände, Verbrauchsmittel, Bibliotheken und wissenschaftliche Sammlungen, Lehrmittel, Nutz- und Zuchttierhaltung, Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben, Beförderungskosten sowie Dienstleistungen Außenstehender.

Mitveranschlagt sind Mittel für Hilfskräfte (z. B. Schüler, Studenten, wissenschaftliche Mitarbeiter), denen für die Arbeiten auf der Inselstation Helgoland eine Entschädigung gewährt wird (Erlaß des MWK vom 22. 7. 1975 – 2013 – B VIII 3 – 5/73 – Nds. MBl. S. 1342 –).

Zu Titelgruppe 62

Vgl. Erläuterungen zu 282 62.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 51-7	179	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	—	0
119 65-7	179	Einnahmen für Aufträge Dritter * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.		2.000	2.000	—	—
124 01-4	179	Mieten und Pachten		8.000	7.500	+500	8
256 01-8	179	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit		—	—	—	98
282 62-0	179	Verwendung der Sachbeihilfen der DFG * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.		222.000	97.000	+125.000	340
282 63-9	179	Zuschüsse Dritter * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.		40.000	40.000	—	42
		A U S G A B E N					
422 01-5	179	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	1.671.400	1.657.500	+13.900	434
422 19-8	179	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-7	179	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-4	179	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.084
426 01-0	179	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	112
427 01-7	179	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	126
427 39-4	179	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
511 01-8	179	Geschäftsbedarf	—	2.200	2.200	—	3
512 01-4	179	Bücher und Zeitschriften	—	2.800	2.800	—	2
513 01-0	179	Post- und Fernmeldegebühren	—	16.600	16.600	—	18
514 06-8	179	Haltung von Nutz- und Sonderfahrzeugen	—	—	—	—	—
515 01-3	179	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	3.200	3.200	—	1
515 02-1	179	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	1.000	1.000	—	1
517 01-6	179	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	7.800	7.800	—	8
517 19-9	179	Reinigungskosten	—	1.900	1.900	—	2
517 59-8	179	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	17.700	17.700	—	18
518 01-2	179	Mieten und Pachten	—	19.200	17.600	+1.600	18
526 01-5	179	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	3.300	3.300	—	3
527 01-1	179	Reisekostenvergütungen	—	1.500	1.500	—	1
531 01-9	179	Veröffentlichungen	—	26.100	26.100	—	26
532 01-5	179	Unterkunftsgeräte und Spinnstoffe	—	1.000	1.000	—	0
546 59-8	179	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	2.700	2.700	—	3
811 06-2	179	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	—	58.000	—	+58.000	—
981 06-5	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	268.300	—	+268.300	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	5 000 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	1 500 DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	500 DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	— DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	1 000 DM
Zusammen	8 000 DM

Zu 282 62

Veranschlagung von Zuschüssen der DFG zur Förderung von Forschungsvorhaben entsprechend der Veranschlagungspraxis bei den Hochschulen.

Zu 282 63

Veranschlagung von Zuschüssen Dritter, die zweckgebunden für Forschungsvorhaben, insbesondere für Ausgrabungen, Bohrungen und wissenschaftliche Auswertungen gewährt werden.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Für das Kapitel 06 50 wurde ab 1. 1. 1998 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Beschäftigungsvolumen 2001:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 18,5 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	4	4	—	4
Angestellte	12,5	12	0,5	12
Lohnempfänger/-innen	1	1	1,0	1
Insgesamt	18,5	17	1,5	17

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 1 671 400 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	1 671 400
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	193 600
43	Versorgungsbezüge	160 000
44	Beihilfen, Unterstützungen	49 900
45	Personalbezogene Sachausgaben	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	49 200
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—

Summe der Personalausgaben im Kapitel 2 124 100

Im Personalkostenbudget sind Bezüge für 1 ständige, nichtvollbeschäftigte Kraft enthalten, deren wöchentliche Arbeitszeit 19,25 Stunden beträgt, sowie für 2 ständige nichtvollbeschäftigte Arbeitskräfte im Reinigungsdienst, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	1 000 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	1 000 DM
3. Bekanntmachungen	— DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	200 DM
Zusammen	2 200 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	1 400 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	800 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	500 DM
4. Buchbinderkosten	100 DM
Zusammen	2 800 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	8 600 DM
2. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	5 000 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	3 000 DM
4. Einmalige Gebühren für die Verlegung usw. von Fernmeldeanlagen	— DM
5. Rundfunk- und Fernsehgebühren	— DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	— DM
Zusammen	16 600 DM

Zu 515 02

1. Dienstzimmersausrüstungen	— DM
2. Büromaschinen	1 000 DM
3. Wirtschaftsgeräte	— DM
Zusammen	1 000 DM

Zu 517 01

1. Wassergeld und Gas	4 000 DM
2. Grundbesitzabgaben	1 500 DM
3. Bewachungskosten	300 DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	2 000 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	— DM
Zusammen	7 800 DM

Zu 517 59

1. Heizstoffe	9 500 DM
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	8 200 DM
Zusammen	17 700 DM

Zu 518 01

1. Diensträume und -gebäude	19 200 DM
2. Wohnungen und Wohngebäude	— DM
3. Unbebaute Grundstücke	— DM
4. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	— DM
Zusammen	19 200 DM

Zu 526 01

1. Reisekosten für Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates	2 200 DM
2. Arbeitsmedizinischer Arbeitsschutz	1 100 DM
Zusammen	3 300 DM

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	600 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte, private und für privateigene Kraftfahrzeuge	900 DM
Zusammen	1 500 DM

Bestand an anerkannten privateigenen Kraftfahrzeugen

	Ist 1. 1. 2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	3	3	3

Zu 531 01

Für Druckkosten von wissenschaftlichen Publikationen, die das Institut herausgibt.

Zu 532 01

Für Unterhaltung und Ersatz der Einrichtungsgegenstände für die Gästezimmer.

Zu 546 59

Buchungsstelle u. a. für Ausgaben für Pflege und Unterhaltung der Grünanlagen, Aus- und Fortbildung der Bediensteten sowie Labor-, Röntgen- und Fotobedarf.

Im übrigen dürfen im Rahmen der Deckungsfähigkeit der HGz. 5 bis zur Höhe von 1 300 DM Ausgaben für Mitgliedsbeiträge geleistet werden.

Zu 811 06

Ersatzbeschaffung für das auszusondernde Dienstkraftfahrzeug VW-Bus, amtl. Kennzeichen WHV-94.

1 Transporter	
Listenpreis einschl. Sonderausstattung und Umsatzsteuer	58 000 DM

Zu 981 06

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes Niedersachsen an den Einzelplan 13.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Wissensch. Unternehmungen, Ankauf und Bearbeitung d. Samml., wissenschaft. Schrifttum	(—)	(89.200)	(89.200)	(—)	(89)
427 61-0	179	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte * Übertragbar.	—	—	—	—	—
429 61-3	179	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	11.000	11.000	—	—
527 61-5	179	Reisekostenvergütungen * Übertragbar.	—	15.300	15.300	—	14
547 61-6	179	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * Übertragbar.	—	62.900	62.900	—	76
812 61-1	179	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen * Übertragbar.	—	—	—	—	—
TGr. 62		Verwendung der Sachbeihilfen der DFG * Übertragbar. <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 62.</i> ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. ***In unabwiesbaren Fällen können Zahlungsverpflichtungen vor Eingang der Sachbeihilfen begründet werden, wenn die Sachbeihilfen bereits durch schriftlichen Zuwendungsbescheid der DFG bewilligt sind. Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung zu TG 62 verbindlich.	(—)	(222.000)	(97.000)	(+125.000)	(298)
425 62-6	179	Vergütungen der Angestellten	—	70.000	40.000	+30.000	43
426 62-2	179	Löhne der Arbeiter	—	110.000	42.000	+68.000	175
427 62-9	179	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	—
459 62-8	179	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
527 62-3	179	Reisekostenvergütungen	—	12.000	5.000	+7.000	9
547 62-4	179	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	30.000	10.000	+20.000	72
812 62-0	179	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 63		Verwendung der Zuschüsse Dritter * Übertragbar. <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 63.</i>	(—)	(40.000)	(40.000)	(—)	(42)
429 63-0	179	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 63-2	179	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	40.000	40.000	—	42
812 63-8	179	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 65		Ausgaben für Aufträge Dritter * Übertragbar. <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 65.</i>	(—)	(2.000)	(2.000)	(—)	(—)
429 65-6	179	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
527 65-8	179	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppen 61, 62, 63 und 65 gemeinsam

Die Landesbediensteten, die mit Ausgrabungsarbeiten und ähnlichen Verrichtungen beschäftigt werden, erhalten (auf Antrag) eine Feldaufwandsvergütung nach Maßgabe des RdErl. d. MWK vom 9. 9. 1991 (Nds. MBl. S. 1183 – GültL 26/369 –) in Höhe von 3,- DM für jeden Tag der Arbeiten im Freien.

Die Feldaufwandsvergütung entfällt, wenn Schutz- oder Berufskleidung gestellt wird oder für deren Beschaffung Zuschüsse gewährt werden.

547 61

Im Ansatz sind u. a. enthalten: Mittel für den Ankauf und die Bearbeitung der Sammlungen, die Erhaltung und Ergänzung des wissenschaftlichen Schrifttums, die Beschaffung von Foto- und Diapositivmaterial sowie für Betriebsstoffe und die Unterhaltung und Instandsetzung eines Kombifahrzeugs.

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Kombifahrzeug	1	1	1

Zu Titelgruppen 62, 63 und 65

Vgl. Erläuterungen zu 282 62 und 262 63.

Zu Titelgruppe 62

Sofern es für Aufgaben von unbegrenzter Dauer aus arbeitsrechtlichen Gründen zwingend erforderlich ist, darf mit Zustimmung des MWK mit einem aus diesen Mitteln zu vergütenden Angestellten oder Arbeiter ein unbefristetes Arbeitsverhältnis begründet werden.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
538 65-0	179	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
547 65-9	179	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	2.000	2.000	—	—
812 65-4	179	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
Abschluss Kapitel 06 50							
1 Eigene Einnahmen				11.000	10.500	+500	
2 Übertragungseinnahmen				262.000	137.000	+125.000	
Summe der Einnahmen				273.000	147.500	+125.500	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	1.862.400	1.750.500	+111.900	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	269.200	240.600	+28.600	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	58.000	—	+58.000	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	268.300	—	+268.300	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	2.457.900	1.991.100	+466.800	
Zuschuss				2.184.900	1.843.600	+341.300	
Nachrichtlich:							
Anteil an den Versorgungsausgaben				160.000	145.100		
Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil				2.617.900	2.136.200		
Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil				2.344.900	1.988.700		

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Haushaltsvermerke zu Kapitel 06 51

- a) Mehreinnahmen bei Titel 111 11 (Verwaltungsgebühren) verstärken die Ausgaben der Titelgruppe 61.
- b) Isteinnahmen bei Titel 256 01 (Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte) verstärken die Ausgaben der Hauptgruppe 4, Isteinnahmen bei Titel 282 02 (zweckfreie Spenden) die Ausgaben der Titelgruppe 61.
- c) Ausgaben aus Beiträgen Dritter (Titelgruppe 63) können aus Mitteln der Grundfinanzierung vorübergehend finanziert werden.
- d) Die Ausgaben der Hauptgruppen 4, 5 – ausgenommen Titel 525 32, 529 01, 531 01 und 546 58 – und 6 sowie die Titelgruppen 61 – ausgenommen Titel 813 61 – und 99 – ausgenommen Titel 812 99 – sind untereinander gegenseitig deckungsfähig.
- e) Die Ausgaben der Titel 811 01, 812 15, 813 61 und 812 99 sind untereinander gegenseitig deckungsfähig.
- f) Die nach Buchstabe d) gegenseitig deckungsfähigen Ausgaben des Betriebshaushaltes und die Ausgaben der Hauptgruppe 8 gemäß Buchst. e) sind in Höhe von 10 % gegenseitig deckungsfähig.
- g) Die Ausgaben der Titelgruppen 61, 63 und 65 sowie die Titel 711 01, 811 01, 812 15 und 812 99 sind übertragbar.
- h) Inhabern von Stellen, die aufgrund tarifvertraglicher Regelungen nach Ablauf von Bewährungszeiten in die nächsthöhere Vergütungsgruppe aufrücken, kann aus den veranschlagten Stellen Vergütung der höheren Vergütungsgruppe gezahlt werden. Dies gilt auch für neu eingestellte Angestellte, die im Zeitpunkt der Einstellung bereits die Voraussetzung für die Eingruppierung in die nächsthöhere Vergütungsgruppe erfüllen.
- i) Aus Drittmitteln zu finanzierendes Personal unterliegt den gleichen tariflichen Bestimmungen wie das im Rahmen der Grundfinanzierung beschäftigte Personal. Drittmittelpersonal wird befristet beschäftigt, soweit nicht dem Abschluss eines unbefristeten Arbeitsvertrages zugestimmt wurde.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 11-0	162	Verwaltungsgebühren		2.100.000	2.324.600	-224.600	1.574
119 11-1	162	Einnahmen für Aufträge Dritter -Bestellungen- * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.		900.000	996.300	-96.300	675
119 12-0	162	Einnahmen für Aufträge Dritter -Übersetzungen-		—	—	—	—
119 13-8	162	Einnahmen für Aufträge Dritter -Leihverkehr der Bibliotheken- * Vgl. K-Vermerk zu 546 58.		50.000	60.000	-10.000	43
119 15-4	162	Einnahmen für Aufträge Dritter -Bearbeitungskosten- * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.		807.600	812.600	-5.000	430
119 31-6	162	Einnahmen aus Veröffentlichungen * Vgl. K-Vermerk zu 531 01. ***Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		—	5.000	-5.000	—
119 32-4	162	Einnahmen aus Fortbildungsveranstaltungen * Vgl. K-Vermerk zu 525 32.		10.000	10.000	—	12
119 46-4	162	Ersatzleistungen		—	—	—	—
119 51-0	162	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
124 01-8	162	Mieten und Pachten		15.800	15.800	—	16
132 01-0	162	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		6.900	—	+6.900	—
251 01-0	162	Zuweisungen des Bundes		7.613.500	6.992.000	+621.500	6.420
251 02-8	162	Sonderzuschuß des Bundes		—	—	—	—
256 01-1	162	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	—
282 02-0	162	Zweckfreie Spenden		—	—	—	—
282 63-2	162	Einnahmen aus Beiträgen Dritter * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.		560.000	150.000	+410.000	864
331 01-3	162	Zuweisungen für Investitionen vom Bund		663.000	192.500	+470.500	146
381 01-0	990	Zuführung von 2062 - 981 01		—	—	—	—
A U S G A B E N							
422 01-9	162	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	2.279.500	2.092.700	+186.800	2.160
422 02-7	162	Nachversicherungen für aus dem Landesdienst ausscheidende Bedienstete ***Ausgaben können gegen Einsparung bei 981 01 geleistet werden.	—	—	—	—	—
422 05-1	162	Dienstbezüge der beamteten Hilfskräfte	—	—	—	—	30
422 19-1	162	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-0	162	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-8	162	Vergütungen der Angestellten	—	7.534.200	7.266.400	+267.800	7.193
425 03-4	162	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	42.000	40.000	+2.000	40
425 41-7	162	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
425 51-4	162	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-4	162	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	452.700	438.300	+14.400	501
426 03-0	162	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 41-3	162	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 06 51 allgemein

Die im Jahr 1959 als unselbstständige Anstalt des Landes Niedersachsen gegründete Technische Informationsbibliothek an der Universität Hannover (TIB) wird nach der Rahmenvereinbarung Forschungsförderung vom 28. 11. 1975 von Bund und Ländern gemeinsam finanziert.

Hinsichtlich der Finanzierungsbeteiligung der anderen Länder vgl. Erläuterungen zu Kapitel 06 07 Titel 252 01.

Da die TIB eine unselbstständige Anstalt des Landes ist, sind sämtliche Ausgaben und Einnahmen im Landeshaushalt darzustellen.

Zu 111 11 und 119 11

Verkauf von Bestellscheinen an Direktbenutzer, Erledigung von Eilaufträgen, Nachbelastung bei umfangreichen Aufträgen

3 807 600 DM

Von den Einnahmen fließen 807 600 DM der Titelgruppe 65 zu (siehe auch Erläuterungen zu Titel 119 15)

807 600 DM

verbleiben 3 000 000 DM

Davon fließen 70 % dem Titel 111 11 und 30 % dem Titel 119 11 zu (lt. Beschluss des Ausschusses Forschungsförderung der BLK vom 10. 11. 1981).

Zu 119 13

Gemäß § 25 der Leihverkehrsordnung sind im Leihverkehr der Bibliotheken nur die Aufträge kostenpflichtig, für die im Einzelfall mehr als 20 Seiten kopiert werden müssen.

Zu 119 15

Die Portokosten für die Erledigung der Direktbestellungen und die Übertragungskosten bei Online-Bestellungen müssen als durchlaufender Posten getrennt im TIB-Haushalt ausgewiesen werden.

Hinzu kommen die Zusatzgebühren für die Eilbestellungen (TIB-QUICK), die für das notwendige Personal verwendet werden müssen:

1. Portokosten	127 600 DM
2. Host-Nutzungsgebühren	22 000 DM
3. Telefax-Übertragungsgebühren	56 000 DM
4. Personal für die Erledigung von Eilbestellungen	602 000 DM

Zusammen 807 600 DM

Der Ansatz erhöht oder verringert sich entsprechend dem tatsächlichen Bestellscheinverkauf.

Zu 119 32

2 Seminare à 20 Teilnehmer x 200 DM	=	8 000 DM
2 Seminare (eintägig)		
à 15 Teilnehmer x 65 DM	=	2 000 DM
Zusammen		10 000 DM

Zu 251 01 und 331 01

Zuweisungen des Bundes. Aufgrund der Ausführungsvereinbarungen zur Rahmenvereinbarung Forschungsförderung trägt der Bund 30 % des Zuschussbedarfs.

Zu 256 01

Leertitel für den Einsatz von ABM-Kräften.

Zu 282 63

Zuwendungen der DFG und des Bundes für TIB-Projekte und andere Einnahmen aus Beiträgen Dritter (z. B. EU-Projekte, siehe Erläuterungen zu Titelgruppe 63).

Zu 422 01

1. Dienstbezüge und Zulagen, jährliche Sonderzuwendungen usw.	2 279 500 DM
2. Aufwandsentschädigungen	— DM
3. Besondere Zulagen	— DM
Zusammen	2 279 500 DM

Zu 425 01

1. Vergütungen und Zulagen, jährliche Zuwendungen, Sozialversicherung (Arbeitgeberanteil) usw.	7 534 200 DM
2. Aufwandsentschädigungen	— DM
3. Besondere Zulagen	— DM
Zusammen	7 534 200 DM

Zu 425 03

Mittel für 2 Auszubildende.

Zu 426 01

1. Löhne und Zulagen, jährliche Zuwendungen, Sozialversicherung (Arbeitgeberanteil) usw.	452 700 DM
2. Aufwandsentschädigungen	— DM
Zusammen	452 700 DM

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0651 Technische Informationsbibliothek an der Universität Hannover

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
426 51-0	162	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-0	162	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	204.500	137.200	+67.300	29
427 11-8	162	Entschädigung für nebenamtliche Tätigkeiten	—	—	—	—	—
427 31-2	162	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	—	—	—	—
427 39-8	162	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
441 02-1	162	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften für Beamtinnen und Beamte	—	43.000	43.000	—	8
441 03-0	162	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften für Angestellte	—	5.900	5.900	—	1
441 04-8	162	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
453 01-1	162	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	—	—	—	10
511 01-1	162	Geschäftsbedarf	—	152.700	152.700	—	94
513 01-4	162	Post- und Fernmeldegebühren	—	132.200	144.200	-12.000	131
514 01-0	162	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	5.000	3.700	+1.300	5
515 01-7	162	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	22.000	22.000	—	6
515 02-5	162	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	3.000	2.200	+800	0
516 01-3	162	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	—
517 01-0	162	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	107.300	60.000	+47.300	84
517 19-2	162	Reinigungskosten	—	270.000	245.400	+24.600	239
517 59-1	162	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	410.000	299.500	+110.500	371
518 01-6	162	Mieten und Pachten	—	654.600	250.000	+404.600	258
525 01-2	162	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	21.000	20.100	+900	14
525 32-2	162	Fortbildungsveranstaltungen * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 32.	—	10.000	10.000	—	12
526 01-9	162	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	7.500	205.800	-198.300	-5
526 03-5	162	Reisekostenvergütungen für den Fachbeirat	—	2.500	2.500	—	1
527 01-5	162	Reisekostenvergütungen	—	20.000	18.500	+1.500	25
529 01-8	162	Zur Verfügung des Bibliotheksdirektors/-direktorin	—	1.000	1.000	—	1
531 01-2	162	Veröffentlichungen * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 31.	—	—	5.000	-5.000	—
531 05-5	162	Betreiberabgabe nach dem UrhG	—	24.000	24.000	—	21
537 01-0	162	Kosten für Umzüge	—	275.000	—	+275.000	—
546 58-3	162	Erledigung von Bestellungen im Leihverkehr der Bibliotheken * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 13.	—	50.000	60.000	-10.000	43
546 59-1	162	Vermischter Sachaufwand	—	5.000	5.000	—	0
681 01-4	162	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 427 01

Veranschlagt ist der Einsatz von Aushilfskräften in Zeiten der Spitzenbenutzung und in Krankheitsfällen.

Zu 441 02 bis 441 04

Zur Bewilligung von Beihilfen an Landesbedienstete. Es gelten die Beihilfevorschriften in Verbindung mit den jeweils gültigen Tarifverträgen.

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	21 000 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	9 000 DM
3. Bekanntmachungen	5 000 DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	— DM
5. Leihverkehr der Bibliotheken	86 000 DM
6. Nutzung elektronischer Fachinformation	31 700 DM
Zusammen	152 700 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	7 500 DM
2. Portogebühren Leihverkehr der Bibliotheken	81 700 DM
3. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	23 000 DM
4. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	10 000 DM
5. Änderung und Erweiterung von Fernmeldeanlagen	— DM
6. Rundfunk- und Fernsehgebühren	— DM
7. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	10 000 DM
Zusammen	132 200 DM

Zu 514 01

1. Betriebsstoffe	1 800 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	2 600 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	400 DM
4. Sonstiges	200 DM
Zusammen	5 000 DM

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Kleintransporter	1	1	1

Zu 515 01

Kosten der Unterhaltung und Wartung von Büromaschinen durch fremde Kräfte, z. B. aufgrund von Wartungsverträgen.

Zu 515 02

1. Dienstzimmersausstattungen	— DM
2. Büromaschinen	3 000 DM
3. Wirtschaftsgeräte	— DM
4. Werkstattausrüstungen	— DM
5. Ausstattung von Amts- und Dienstwohnungen	— DM
Zusammen	3 000 DM

Zu 517 01

1. Wassergeld	19 300 DM
2. Grundbesitzabgaben	— DM
3. Bewachungskosten	45 000 DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	— DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	43 000 DM
Zusammen	107 300 DM

Der Ansatz entspricht dem Schlüssel zwischen TIB (55 %) und Universitätsbibliothek Hannover (45 %).

Zu 517 19

Der Ansatz entspricht dem Schlüssel zwischen TIB (55 %) und Universitätsbibliothek Hannover (45 %). Mehr infolge des Bezugs des neuen Außenmagazins.

Zu 517 59

1. Heizstoffe	145 000 DM
2. Licht und Kraftstrom	265 000 DM
Zusammen	410 000 DM

Der Ansatz entspricht dem Schlüssel zwischen TIB (55 %) und Universitätsbibliothek Hannover (45 %). Mehr infolge des Bezugs des neuen Außenmagazins.

Zu 518 01

Mietkosten für das Außenmagazin. Mehr infolge des Bezugs des neuen Außenmagazins.

Zu 525 01

1. Ausbildungslehrgänge	7 000 DM
2. Fortbildungsveranstaltungen	10 000 DM
3. Fachtagungen	4 000 DM
Zusammen	21 000 DM

Zu 525 32

Für UB/TIB-Seminare.

Zu 526 01

U. a. für betriebsärztlichen Dienst.

Zu 527 01

1. Reisekosten für Dienstreisen im In- und Ausland	20 000 DM
2. Dienstantrittsreisen, Vorstellungsreisen	— DM
Zusammen	20 000 DM

Zu 531 05

Nach der Rahmenvereinbarung mit der VG Wort sind 24 000 DM zu zahlen.

Zu 546 58

Veranschlagung der Kosten für die Erledigung von Leihverkehrsbestellungen von über 20 Seiten entsprechend § 25 der Leihverkehrsordnung (Porto und Material).

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
685 01-0	162	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	31.100	27.000	+4.100	31
686 01-6	162	Zuschüsse für laufende Zwecke an Ausland	—	—	—	—	-3
711 01-0	162	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	300.000	100.000	+200.000	—
811 01-5	162	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	60.000	—	+60.000	—
812 15-1	162	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	1.350.000	41.600	+1.308.400	17
981 01-8	990	Abführung an 13 50 - 381 06 *** Vgl. Vermerk zu 422 02. <i>Ausgaben dürfen in Höhe von 30 v.H. der Istausgaben bei den Titeln 422 01 und 422 05 geleistet werden. Mehrausgaben sind an anderer Stelle des Kap. 0651 einzusparen.</i>	—	683.900	627.900	+56.000	656
981 06-9	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	1.038.700	—	+1.038.700	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		Ergänzung und Erhaltung der Bibliotheksbestände einschl. Buchbinderarbeiten	(—)	(13.916.100)	(13.316.800)	(+599.300)	(11.400)
523 61-3	162	Bibliotheken, Kunst- u. wiss. Sammlungen	—	13.916.100	13.316.800	+599.300	11.400
547 61-0	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
813 61-1	162	Erwerb von Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftlichen Sammlungen	—	—	—	—	—
TGr. 63		Ausgaben aus Beiträgen Dritter * <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 63.</i>	(—)	(560.000)	(150.000)	(+410.000)	(721)
425 63-8	162	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	294
426 63-4	162	Löhne der Arbeiter	—	—	—	—	—
427 63-0	162	Aushilfskräfte	—	300.000	150.000	+150.000	125
429 63-3	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
459 63-0	162	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
523 63-0	162	Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen	—	—	—	—	—
527 63-5	162	Reisekosten	—	10.000	—	+10.000	14
538 63-7	162	Erstellung von Referaten	—	—	—	—	—
547 63-6	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	250.000	—	+250.000	289
812 63-1	162	Erwerb von Geräten	—	—	—	—	—
981 63-8	990	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	—	—
TGr. 65		Ausgaben zur Erfüllung v. Aufträgen Dritter * <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 11 und 119 15.</i> ** <i>Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> *** <i>Bei 425 65 und 426 65 dürfen für 3 Mitarbeiter/-innen nur Ausgaben für Vergütungen von Beschäftigten in einem befristeten Arbeitsverhältnis und für 9</i>	(—)	(1.707.600)	(1.808.900)	(-101.300)	(1.125)

ERLÄUTERUNGEN

Zu 685 01

Mitgliedsbeitrag für die Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL).

Mehr infolge Erhöhung des Mitgliedsbeitrags.

Zu 711 01

Für den Umbau im Zusammenhang mit der Anmietung des neuen Außenmagazins (55 %) 300 000 DM

Zu 811 01

Ersatzbeschaffung 1 Transporter Listenpreis einschließlich Sonderausstattung und Umsatzsteuer 60 000 DM

Zu 812 15

Ersatzbeschaffung für Mobiliar	41 000 DM
Regalanlage für neues Außenmagazin	1 309 000 DM
	1 350 000 DM

Zu 981 01

Erstattung von Versorgungsleistungen.

Gemäß BLK-Drucksache F 71/81 vom 20. 10. 1981 wird im Haushaltsplan der TIB ein pauschaler Betrag von 30 % der Summe der ruhegehaltstfähigen Dienstbezüge der im jeweiligen Haushaltsjahr tätigen Mitarbeiter (Titel 422 01) ausgebracht, der an den Haushalt des Landes Niedersachsen abzuführen ist.

30 % der Soll-Ausgaben 2001 (2 279 500 DM):	683 900 DM

Zu 981 06

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu 523 61

1. Erst-, Ergänzungs- und Ersatzbeschaffungen von Büchern und Zeitschriften	12 849 000 DM
2. Kosten des Ein- und Nachbindens einschl. der Kleingeräte und Verbrauchsmaterialien	967 100 DM
3. Retrokonversion des Zettelkatalogs	100 000 DM
	13 916 100 DM

Mehr infolge hoher Preissteigerungen, insbesondere bei den Zeitschriften und einer ständigen Zunahme an fachrelevanten Publikationen. Hinzu kommt in steigendem Maße der parallele Bezug von elektronischen Zeitschriftenversionen, die zusätzlich bezahlt werden müssen.

Zu Titelgruppe 63

Vgl. Erläuterungen zu 282 63.

427 63

Aushilfskräfte für den Bereich der TIB (Bestellscheinerledigung, Leihverkehr).

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0651 Technische Informationsbibliothek an der Universität Hannover

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch TGr. 65		<i>Mitarbeiter/-innen in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis geleistet werden.</i>					
425 65-4	162	Vergütungen der Angestellten ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	896.700	896.700	—	739
426 65-0	162	Löhne der Arbeiter/Arbeiterinnen ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	—	—	—	—
427 65-7	162	Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	300.000	300.000	—	91
429 65-0	162	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
459 65-6	162	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
547 65-2	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	510.900	612.200	-101.300	295
812 65-8	162	Erwerb von Geräten	—	—	—	—	—
981 65-4	990	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	—	—
TGr. 99		Betriebsausgaben für die automatisierte Datenverarbeitung	(—)	(695.200)	(695.200)	(—)	(661)
513 99-5	162	Post- und Fernmeldegebühren	—	45.000	45.000	—	9
522 99-4	162	Verbrauchsmaterial	—	30.000	30.000	—	33
535 99-9	162	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	—	120.200	120.200	—	151
812 99-2	162	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausstattungsgegenständen * Übertragbar.	—	500.000	500.000	—	468
		Abschluss Kapitel 06 51					
		1 Eigene Einnahmen		3.890.300	4.224.300	-334.000	
		2 Übertragungseinnahmen		8.173.500	7.142.000	+1.031.500	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		663.000	192.500	+470.500	
		Summe der Einnahmen		12.726.800	11.558.800	+1.168.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	12.058.500	11.370.200	+688.300	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	17.055.000	15.655.800	+1.399.200	
		6 Übertragungsausgaben	—	31.100	27.000	+4.100	
		7 Bauausgaben	—	300.000	100.000	+200.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	1.910.000	541.600	+1.368.400	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.722.600	627.900	+1.094.700	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	33.077.200	28.322.500	+4.754.700	
		Zuschuss		20.350.400	16.763.700	+3.586.700	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		738.400	123.600		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		33.815.600	28.446.100		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		21.088.800	16.887.300		

ERLÄUTERUNGEN

Zu 425 65 und 426 65

Am 1. 1. 2000 waren die folgenden 9 Stellen unbefristet besetzt:

- 1 BAT IV b Erwerbung von Monographien (Bibliotheksdienst)
- 3 BAT IV b TIBQUICK (Bibliotheksdienst)
- 1 BAT V c EDV und techn. Infrastruktur
- 1 BAT V c Dokumentlieferung
- 1 BAT VI b Einband- und Schlußstelle (Bibliotheksdienst)
- 1 BAT VI b Erwerbung von Zeitschriften (Bibliotheksdienst)
- 1 BAT VII TIBQUICK (Verwaltungsdienst)

Die Grundlage für unbefristete Arbeitsverträge aus eigenen Einnahmen bilden die Verfahrensgrundsätze des BLK-Ausschusses „Forschungsförderung“ vom 10. 9. 1979.

427 65

Hieraus werden Aushilfskräfte finanziert, um Personalausfall und Arbeitsspitzen ausgleichen zu können.

547 65

Hieraus wird der bei den Direktbestellungen entstehende Sachaufwand (Papier, Filme, Toner, Porto, Kopiermiete usw.) sowie weiterer Geschäftsbedarf finanziert.

Zu Titelgruppe 99

Im Herbst 1991 wurde von der Nds. Landesregierung entschieden, dass in allen wissenschaftlichen Bibliotheken in Niedersachsen das niederländische PICA-System als Integriertes EDV-Bibliothekssystem (IBS) eingeführt wird.

Veranschlagt sind die laufenden Kosten, die in der TIB bei dem Betrieb des Integrierten EDV-Bibliothekssystems PICA sowie der TIB-spezifischen EDV entstehen.

Die PICA-Kosten werden im Verhältnis 50/50 zwischen TIB und UB geschlüsselt.

513 99

In Ansatz gebracht wird:

1 WIN-Anschluss	45 000 DM

522 99

Für Papier, Formulare, Disketten usw. werden in Ansatz gebracht (50 %)	30 000 DM

535 99

Wartungskosten für die TIB-spezifische EDV (TIBMAIL und Rechnungsstelle) pro Jahr (100 %)	48 500 DM
Anteilige Wartungskosten für die PICA-EDV (50 %)	71 700 DM
Insgesamt	120 200 DM

812 99

Es handelt sich hierbei um den EDV-Ersatz- und Ergänzungsbedarf, der sich aus dem allgemeinen EDV-Einsatz, insbesondere auch aus dem Einsatz des integrierten PICA-Bibliothekssystems und der Dokumentlieferdienste in der Bibliothek ergibt.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-6	181	Ablieferungen des Landesbetriebes		—	—	—	—
253 01-1	181	Zuweisung der Stadt Braunschweig zu den laufenden Kosten des Landesbetriebes		14.833.300	14.405.100	+428.200	14.502
		A U S G A B E N					
682 01-0	181	Zuschuß für laufende Zwecke des Landesbetriebes * Übertragbar. Gegenseitig deckungsfähig: 682 01, 682 03 und 891 01. ***Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.	—	46.933.800	42.262.000	+4.671.800	43.682
682 03-6	181	Zuschuß an den Landesbetrieb für die Unterhaltung der Grundstücke, der technischen und baulichen Anlagen * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 682 01. ***Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.	—	520.900	510.600	+10.300	759
682 39-7	181	Zuschuß an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	14.100	–14.100	—
891 01-8	181	Zuschuß an den Landesbetrieb für Investitionen * Vgl. D-Vermerk zu 682 01. ***Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.	—	400.000	400.000	—	469
981 01-7	990	Abführung an 1350 - 38106	—	12.000	73.000	–61.000	11
		Abschluss Kapitel 06 60					
		1 Eigene Einnahmen		—	—	—	
		2 Übertragungseinnahmen		14.833.300	14.405.100	+428.200	
		Summe der Einnahmen		14.833.300	14.405.100	+428.200	
		6 Übertragungsausgaben	—	47.454.700	42.786.700	+4.668.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	400.000	400.000	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	12.000	73.000	–61.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	47.866.700	43.259.700	+4.607.000	
		Zuschuss		33.033.400	28.854.600	+4.178.800	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 06 60 allgemein:

Das Staatstheater Braunschweig wird ab 1. 1. 1999 als Landesbetrieb gem. § 26 Abs. 1 LHO geführt. Zuführungen an den Landesbetrieb sind bei Titel 682 01, 682 03, 682 39 und 891 01 veranschlagt.

Ein in Erfolgs- und Finanzplan gegliederter Wirtschaftsplan ist diesem Kapitel als Anlage 1 beigelegt.

Zu 253 01

Die Stadt Braunschweig ist mit einem Drittel an den nicht gedeckten laufenden Kosten beteiligt mit Ausnahme der veranschlagten Nutzungsentgelte im Rahmen des neuen Liegenschaftsmanagements des Landes.

Zu 682 01

Auf Nutzungsentgelte entfallen: 2 076 100 DM
(vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Einzelplan 06)

Zu 891 01

1. Investitionen bis zu 50 000 DM im Einzelfall	235 000 DM
2. Erweiterung Tonanlage	80 000 DM
3. Ersatzbeschaffung Zugmaschine/LKW	85 000 DM
Zusammen	400 000 DM

**Wirtschaftsplan für das
Staatstheater Braunschweig
für das Geschäftsjahr 2001**

Haushaltsrechtlicher Vermerk für den Wirtschaftsplan:

Die Wirtschaftsführung richtet sich nach der vorläufigen Betriebsanweisung für das Staatstheater Braunschweig vom 11. 8. 1999 sowie der Dienstanweisung für das Staatstheater Braunschweig (Landesbetrieb) aufgrund der §§ 74 und 87 LHO.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

Aufwendungen	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Erträge	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
60 Sachaufwand	2 717 000	2 892 400	2 889 100	50 Umsatzerlöse sowie			
61 Aufwendungen für bezogene Leistungen	1 472 900	1 390 000	1 709 800	Erträge aus Zuweisungen und Entgelten			
62 Dienstbezüge, Löhne und Gehälter	18 577 500	16 825 700	18 093 000	501 Zuweisungen für laufende Aufwendungen ¹⁾	44 099 900	42 786 700	44 440 900
63 Vergütungen für weitere Personen	25 840 200	24 137 200	24 604 200	503 Zuweisungen Dritter für laufende Aufwendungen ²⁾	—	—	700 000
64 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	123 000	123 000	104 300	51 Erträge aus Entgelten (Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse und andere eigene Leistungen)	5 410 000	4 790 000	5 408 800
66 Sonst. Personalaufwendungen	128 000	128 000	112 500	54 Sonstige betriebliche Erträge	246 000	80 000	454 300
67 Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	3 470 000	1 245 600	1 750 300	55 Andere sonstige betriebliche Erträge	—	—	817 200
68 Aufwendungen für Kommunikation	632 000	584 800	604 500				
69 Sonstige Aufwendungen	145 100	325 000	2 178 500				
70 Betriebliche Steuern	5 000	5 000	6 400				
Gesamtsumme:	53 110 700	47 656 700	52 052 600		49 755 900	47 656 700	51 821 200

¹⁾ Zuführungen bzw. Einnahmen:

682 01	46 933 800 DM
682 03	520 900 DM
682 39	— DM
Gesamt	47 454 700 DM

²⁾ Der Anteil der Stadt Braunschweig (rd. $\frac{1}{3}$ der Gesamtaufwendungen) ist hier nicht berücksichtigt, da bei 253 01 gesondert veranschlagt.

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2001

Investitionsausgaben	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Deckungsmittel	Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
05 Grundstücke, grundstücks- gleiche Rechte und Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	—	—	—	50 Zuweisungen für Investitionen ¹⁾ 65 Abschreibungen	400 000 —	400 000 —	469 200 1 188 000
07 Technische Anlagen und Maschinen	170 000	200 000	149 500				
08 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	230 000	200 000	1 384 600				
09 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	—	—	—				
Gesamtsumme:	400 000	400 000	1 534 100		400 000	400 000	1 657 200

¹⁾ Zuführungen aus 891 01

400 000 DM

Bewirtschaftungsvermerke:

1. Der Titel 682 01 kann überschritten werden bis zur Höhe der Forderungen gegenüber dem Land aus linearer Besoldungs- und Vergütungserhöhung, soweit dies zur Leistung fälliger Zahlungen unabweisbar erforderlich ist.
2. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich um den Gegenwert einer Stelle der Verg.-Gr. IV a – Verwaltungsdienst – bei Ausscheiden des Stelleninhabers (Personalabteilung).
3. MWK wird gemäß § 40 Abs. 1 LHO ermächtigt, im Einvernehmen mit MF mit dem kaufmännischen Direktor eine außertarifliche Vergütung mit Wirkung vom 1. 1. 1999 zu vereinbaren.
4. Die Vorzimmerkraft der Intendanz beim Staatstheater Braunschweig ist für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.
5. Die Zuführung für laufende Zwecke verringert sich aufgrund der Zielvereinbarung um den Gegenwert je einer Stelle der Verg.-Gr. III und IV a zum 1. 1. 2003.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte und Arbeiterinnen und Arbeiter mit einer Vergütung nach BAT bzw. MTL II)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Angestellte				
Außer- tariflich ¹⁾	1	1	Verwaltungsdienst	1) Vgl. Bewirtschaftungsvermerk Nr. 3. 2) Eine Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
I	—	—		
III	2	2		
IV a	2	2		
IV b	1	1		
V b	1	1		
V c	6	6		
VI b ²⁾	7	7		
VII	6	6		
VIII	1	1		
IX b	1	1		
	28	28	Zusammen	
Arbeiter/-innen				
4	1	1	Kraftfahrdienst	
1	4	4	Reinigungsdienst	
3	7	7	Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst	
	12	12	Zusammen	

Außerdem sind bei Kontengruppe 62 Aufwendungen für künstlerisches, technisches und künstlerisch-technisches Personal in folgendem Umfang enthalten (Personalbestand am 1. 9. 2000):

a) Orchester	84
künstlerische Vorstände	19
Musiktheater	38
Schauspiel (Kinder- und Jugendtheater)	44
Chor	40
Ballett	24
b) künstlerisch-technische Angestellte	27
technische Angestellte	24
Bühnen-/Werkstattpersonal	132
Zusammen	<u>432</u>

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
Zu Kontengruppe				
60	Sachaufwand	2 717 000	2 880 200	2 889 100
600	Aufwendungen für Geschäftsbedarf, Büromaterial und Drucksachen	97 000	72 000	92 600
601	Aufwendungen für Bücher, Zeitschriften	14 000	13 000	15 000
602	Aufwendungen für Post- und Fernmeldegebühren	180 000	177 800	189 900
603	Aufwendungen für Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	212 000	400 000	1 539 700
604	Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser	690 000	979 400	670 300
605	Aufwendungen für Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	410 000	250 000	357 800
606	Aufwendungen für Dienst-Kfz	25 000	28 000	23 800
607	Weiterer Sachaufwand für Materialien (Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe)	896 000	380 000	—
608	Aufwendungen für Verbrauchsmittel	72 000	580 000	—
609	sonstige Sachaufwendungen	121 000	—	—
Zu Kontengruppe				
61	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1 472 900	1 390 000	1 709 800
611	Aufwendungen für Tantiemen, Gema-Gebühren	610 000	390 000	663 000
612	Aufwendungen für Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	5 400	15 000	3 600
613	Aufwendungen für Fremdleistungen (Dekorationen)	30 000	45 000	93 500
614	Aufwendungen für Fremdstandhaltung, Wartung	275 000	300 000	251 200
615	Aufwendungen für Fremddentsorgung	80 000	40 000	107 900
617	Aufwendungen für sonstige bezogene Leistungen	472 500	600 000	590 600
Zu Kontengruppe				
62	Dienstbezüge, Löhne und Gehälter für Beamtinnen und Beamte, Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter	18 577 500	16 825 700	18 093 000
622	Bezüge der Beamten und Beamtinnen	70 400	97 200	66 900
624	Vergütungen der Angestellten	3 944 100	3 633 800	3 867 500
625	Vergütungen der Angestellten nach BTT	2 308 500	2 069 100	2 217 900
627	Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen	11 649 300	10 426 700	11 940 700
628	Löhne für Auszubildende	147 200	145 700	—
629	Löhne Vorderhauspersonal	458 000	453 200	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Noch zu Kontenklasse 6: Aufwendungen

		Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
Zu Kontengruppe				
63	Vergütungen für weitere Personen	25 840 200	24 137 200	24 604 200
631	Vergütungen der Betriebsleitung	1 807 800	1 729 000	1 741 000
632	Vergütungen der Orchester-Mitglieder	10 073 600	9 000 000	9 747 000
633	Vergütungen der Opern-Mitglieder	2 908 000	2 323 000	2 447 200
634	Vergütungen der Chor-Mitglieder	3 435 100	3 005 000	3 259 600
635	Vergütungen der Ballett-Mitglieder	1 880 900	1 773 000	1 755 800
636	Vergütungen der Schauspiel-Mitglieder	3 225 300	3 136 000	2 639 400
637	Vergütungen der Gäste	2 142 100	2 815 000	2 776 200
638	Vergütungen der Statisten	367 400	356 200	238 000
Zu Kontengruppe				
64	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	123 000	123 000	104 300
641	Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung	—	—	—
642	Arbeitgeberanteil für freiw. Sozialleistungen	—	—	—
643	Beiträge zur Berufsgenossenschaft	—	—	41 300
644	sonstige soziale Leistungen (VBL, usw.)	—	—	—
646	Aufwendungen für Altersversorgung	77 000	77 000	—
649	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	46 000	46 000	63 000
Zu Kontengruppe				
66	Sonstige Personalaufwendungen	128 000	128 000	112 500
660	Aufwendungen für Personaleinstellungen, -umsetzungen und -entlassungen	13 000	23 000	8 900
661	Aufwendungen für Fahrtkosten, Trennungsgeld	20 000	20 000	—
662	Aufwendungen für Betriebsarzt und Arbeitssicherheit	40 000	60 000	22 200
664	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	30 000	20 000	55 300
666	Dienstkleidung	25 000	5 000	26 000
668	Aufwendungen für Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz	—	—	100
669	sonstige Personalaufwendungen	—	—	—
Zu Kontengruppe				
67	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	3 470 000	1 245 600	1 750 300
670	Mieten und Pachten	2 856 100	650 000	752 600
671	Aufwendungen für Gebäudeunterhaltung	520 900	510 600	726 700
673	Gebühren	5 000	20 000	8 000
675	Bankspesen/Kosten des Geldverkehrs	3 000	—	2 800
676	Aufwendungen für Prüfungen, Beratungen,	50 000	15 000	123 600
679	sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	35 000	50 000	136 600
Zu Kontengruppe				
68	Aufwendungen für Reisen, Dokumentation, Information und Werbung	632 000	597 000	604 500
682	Aufwendungen für Werbung	50 000	200 000	339 800
685	Aufwendungen für Dienstreisen	80 000	65 000	54 200
686	Aufwendungen für Repräsentationen und Gästebewirtung	2 000	2 000	1 800
687	Öffentlichkeitsarbeit	165 000	30 000	5 200
688	Druckerzeugnisse	235 000	300 000	203 500
689	sonstige Aufwendungen	100 000	—	—
Zu Kontengruppe				
69	Aufwendungen für Beiträge, periodenfremde Aufwendungen und Sonstiges, sowie Wertkorrekturen	145 100	325 000	2 178 500
690	Verschiedene Versicherungsbeiträge	—	—	—
691	Bühnenvereinsbeiträge	80 000	65 000	69 800
693	andere sonstige betriebliche Aufwendungen	65 100	260 000	2 108 700
699	periodenfremde Aufwendungen	—	—	—
Zu Kontenklasse 7: Aufwendungen				
Zu Kontengruppe				
70	Betriebliche Steuern	5 000	5 000	6 400
703	Kraftfahrzeugsteuer	5 000	5 000	6 400
709	sonstige betriebliche Steuern	—	—	—

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Zu Kontenklasse 5: Erträge

		Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM

Zu Kontengruppe

51	Erträge aus Entgelten (Umsatzerlöse für eigene Erzeugnisse)	5 410 000	4 740 000	5 408 800
510	Erträge aus eigenen Vorstellungen	5 020 000	4 550 000	5 189 500
511	Erträge aus Vorstellungen anderer	100 000	100 000	80 000
512	Erträge aus Publikationen	290 000	140 000	139 300

Zu Kontengruppe

54	Sonstige betriebliche Erträge	140 000	80 000	454 300
541	Erträge aus Erstattung von Personalaufwendungen	—	—	77 500
543	Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	70 000	70 000	56 800
544	Nebenerlöse aus der Abgabe von Energien	—	—	—
546	Nebenerlöse aus anderen Nebenbetrieben	—	—	—
547	sonstige Erträge	—	10 000	320 000

Zu Kontengruppe

55	Sonstige betriebliche Erträge	106 000		817 200
551	Andere sonstige betriebliche Erträge	106 000	—	—
552	Erträge aus Gebühren und gebührenähnliche Erträge	—	—	—
553	Erträge aus der Werterhöhung von Gegenständen des Anlagevermögens	—	—	817 200
555	Erträge aus dem Abgang von Vermögensgegenständen	—	—	—
558	periodenfremde Erträge	—	—	—

Zu Kontenuntergruppe 510

Eintrittspreise ab Spielzeit 2000/2001:

I. Großes Haus

Platzgruppe	Platzanzahl	Musikalische Werke Kategorie A DM	Musikalische Werke Kategorie B DM	Sprechstücke DM
I	194	56	50	43
II	198	50	43	36
III	206	41	35	30
IV	188	34	27	23
V	68	26	21	16
VI	42	21	14	10
896				

II. Kleines Haus

Platzgruppe	Platzanzahl	Normal DM	Raubühne DM
I	72	40	} 30
II	58	34	
III	66	29	
IV	49	22	
V	18	16	
VI	20	11	
283			

III. Stadthalle Braunschweig (Konzerte)

Platzgruppe	Platzanzahl	Kassenpreise DM	Anrechtspreise für 10 Konzerte DM
I	338	50	399
II	419	43	344
III	330	36	286
IV	414	31	246
V	150	25	198
VI	440	21	168
2 091			

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 42-3	181	Theatereinnahmen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		4.000.000	4.000.000	—	4.396
119 51-3	181	Vermischte Einnahmen		4.000	4.000	—	3
119 61-0	181	Einnahmen aus Veröffentlichungen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61. *** Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		160.000	160.000	—	143
124 01-0	181	Mieten und Pachten		60.500	60.500	—	68
132 02-1	181	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		3.000	3.000	—	5
253 01-5	181	Zuweisung der Stadt Oldenburg zu den laufenden Kosten		8.229.300	7.376.700	+852.600	7.687
256 01-4	181	Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit		—	—	—	—
282 62-7	181	Zuschüsse Dritter zur Förderung des Oldenburgischen Staatstheaters * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.		10.000	10.000	—	301
342 62-0	181	Zuschüsse Dritter für Investitionen des Oldenburgischen Staatstheaters * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.		—	—	—	22.260
A U S G A B E N							
422 01-1	181	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	2.584.800	198.200	+2.386.600	201
422 19-4	181	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-3	181	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Frei- stellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-0	181	Vergütungen der Angestellten	—	—	1.077.600	–1.077.600	1.110
425 51-7	181	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	4.100	4.000	+100	—
426 01-7	181	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	1.695.000	–1.695.000	1.779
426 03-3	181	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	195.500	–195.500	201
426 41-6	181	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	20.800	20.100	+700	20
426 51-3	181	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	35.200	34.500	+700	27
427 01-3	181	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	60.500	176.900	–116.400	202
427 39-0	181	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-4	181	Trennungsgeld für abgeordnete oder ver- setzte Bedienstete und Umzugskostenver- gütungen	—	—	—	—	—
511 01-4	181	Geschäftsbedarf	—	18.700	18.700	—	26
512 01-0	181	Bücher und Zeitschriften	—	9.100	9.100	—	8
513 01-7	181	Post- und Fernmeldegebühren	—	81.800	81.800	—	122
515 01-0	181	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	53.500	53.500	—	39
515 02-8	181	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	75.300	75.300	—	87
517 01-2	181	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	83.800	83.800	—	114
517 19-5	181	Reinigungskosten	—	142.700	42.700	+100.000	49

ERLÄUTERUNGEN

Zu 111 42

a) Eintrittspreise ab Spielzeit 2000/2001:

Theatereinnahmen:

I. Großes Haus

Platzgruppe	Platz- anzahl	Oper und Operette DM	Sprech- stücke DM
I	182	54,—	45,—
II	150	46,—	39,—
III	117	36,—	30,—
IV	59	26,—	21,—
V	99	20,—	16,—
VI	47	15,—	13,—
	<u>654</u>		

II. Kleines Haus

Platzgruppe	Platzanzahl	Musicals DM	Kammerstücke DM	Sprechstücke DM
I	121	54,—	31,—	45,—
II	123	46,—	26,—	39,—
III	60	36,—	21,—	30,—
IV	46	26,—	16,—	21,—
	<u>350</u>			

Abonnementsermäßigung ca. 20 %.

b) Einnahmen

I. Großes Haus	260 Aufführungen	2 270 000 DM
II. Kleines Haus	235 Aufführungen	1 080 000 DM
	<u>495</u>	<u>3 350 000 DM</u>

Gastspieleinnahmen:

Wilhelmshaven:

8 Abonnementsvorstellungen (musikalische Werke) zu je 15 700 DM	=	125 600 DM
Sonstige		100 000 DM
	<u>Insgesamt</u>	<u>225 600 DM</u>

Konzerteinnahmen:

a) Eintrittspreise ab Spielzeit 2000/2001:

I. Großes Haus

Platz- gruppe	Platz- anzahl	DM
I	204	61,—
II	193	54,—
III	180	46,—
IV	114	38,—
V	16	28,—
VI	76	20,—
	<u>783</u>	

Abonnementsermäßigung ca. 20 %.

b) Einnahmen

I. Großes Haus		
12 Symphoniekonzerte im		
Abonnement	zu je 20 000 DM =	240 000 DM
2 Jugendkonzerte	zu je 9 000 DM =	18 000 DM
1 Kinderkonzert	=	4 000 DM
II. Weser-Ems-Halle		
8 Symphoniekonzerte im		
Abonnement	zu je 32 000 DM =	256 000 DM
	<u>Zusammen</u>	<u>518 000 DM</u>

Zu 253 01

Die Stadt Oldenburg ist gemäß Vereinbarung vom 12. 2. 1963 mit 25 % an den nicht gedeckten laufenden Kosten beteiligt.

Der Zuschuss berechnet sich wie folgt:

Summe der bei 06 61 veran- schlagten laufenden Ausgaben ohne 981 01 und 981 06	36 603 300 DM
dazu	
Versorgungsbezüge für Verwaltungsbeamte, Kammer- musiker und sonstige Beamte sowie deren Hinterbliebene	rd. 150 000 DM
dazu	
Bauunterhaltungskosten (8 % des Friedens- neubauwertes von 5 018 057 DM)	rd. 401 400 DM
<u>Zusammen</u>	<u>37 154 700 DM</u>
ab Einnahmen ohne 253 01	4 237 500 DM
bleibt ungedeckter Zuschuss	32 917 200 DM
davon $\frac{1}{4}$	8 229 300 DM

Zu 422 01, 425 01, 426 01

Für das Kapitel 06 61 wurde ab 1. 1. 2000 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 35,51 Vollzeiteinheiten (VZE).

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens:

	(in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	2,00	2,00	—	2
Angestellte	15,33	15,33	—	15
Lohnempfänger/ -innen	18,18	17,25	0,93	19
Insgesamt	35,51	34,58	0,93	36

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 2 584 800 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Ober- gruppe	Bezeichnung	DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	2 584 800
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	31 071 200
43	Versorgungsbezüge	70 200
44	Beihilfen, Unterstützungen	22 700
45	Personalbezogene Sachausgaben	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	889 100
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	
	<u>Summe der Personalausgaben im Kapitel</u>	<u>34 638 000</u>

Zu 426 41

Für 1 (1) Auszubildende, Auszubildenden.

Zu 427 01

Für Aushilfskräfte in Krankheitsfällen.

Zu 517 01

1. Wassergeld	15 200 DM
2. Grundbesitzabgaben	63 000 DM
3. Bewachungskosten und Versicherungen	— DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	— DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	5 600 DM
<u>Zusammen</u>	<u>83 800 DM</u>

Zu 517 19

Mehr infolge Umstellung auf Fremdreinigung.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
517 59-4	181	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	311.300	311.300	—	333
518 01-9	181	Mieten und Pachten	—	58.100	58.100	—	8
519 02-3	181	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	120.700	120.700	—	176
519 03-1	181	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1.000	1.000	—	1
525 01-5	181	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	4.000	4.000	—	8
526 01-1	181	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	20.000	20.000	—	25
527 01-8	181	Reisekostenvergütungen	—	6.900	6.900	—	9
529 01-0	181	Zur Verfügung des Generalintendanten	—	1.900	1.900	—	2
537 01-3	181	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	—	—	—	—
538 01-0	181	Dienstleistungen Außenstehender	—	392.100	392.100	—	283
542 01-7	181	Umsatzsteuer	—	6.100	6.100	—	4
681 01-7	181	Schadenersatzleistungen und Unfallent- schädigungen	—	—	—	—	1
685 01-2	181	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	47.900	47.900	—	48
811 06-9	181	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 13-8	181	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-4	181	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	100.000	–100.000	219
812 19-7	181	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	300.000	—	+300.000	97
981 01-0	990	Abführung an 13 50 - 381 06	—	37.200	37.200	—	37
981 06-1	990	Abführung an 1321 - 381 06	—	1.426.100	—	+1.426.100	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61/63		Theaterbetriebskosten einschl. Personalaus- gaben für das künstlerische und technische Bühnenpersonal * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 42, 119 61 und 132 02.	(—)	(32.904.000)	(28.307.100)	(+4.596.900)	(28.719)
425 61-4	181	Verg. der BTT-Angestellten u. der Musiker	—	9.688.900	8.728.400	+960.500	8.938
425 63-0	181	Verg. der BAT-Angestellten	—	1.626.100	1.428.300	+197.800	1.502
426 61-0	181	Vergütung des Bühnenpersonals	—	7.554.000	7.322.000	+232.000	7.208
426 63-7	181	Vergütung des Abendpersonals	—	913.900	—	+913.900	—
427 61-7	181	Beschäftigungsentgelte für das künst- lerische Personal (einschl. Vertretungs- und Aushilfskräfte)	—	11.143.200	9.651.500	+1.491.700	9.160
429 61-0	181	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	23.300	22.800	+500	—
441 61-0	181	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschri- ften	—	22.700	22.200	+500	39
459 61-6	181	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
511 61-8	181	Geschäftsbedarf	—	22.400	22.400	—	39
514 61-7	181	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	11.000	11.000	—	19
516 61-0	181	Dienst- und Schutzkleidung	—	3.000	3.000	—	14
518 61-2	181	Mieten und Pachten	—	3.400	3.400	—	128
522 61-0	181	Verbrauchsmittel	—	1.403.900	603.900	+800.000	713
527 61-1	181	Reisekostenvergütungen	—	69.900	69.900	—	53

ERLÄUTERUNGEN

Zu 519 02

Zeitwert der Betriebseinrichtungen 6 493 951 DM.

Zu 526 01

1. (Amts)ärztliche und Röntgen- schirmbilduntersuchungen	16 000 DM
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungs- kosten für Verwaltungszwecke	— DM
3. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus	4 000 DM
Zusammen	20 000 DM

Zu 685 01

Mitgliedsbeitrag für den Deutschen Bühnenverein.

Die Höhe des Beitrages ist von den Personalkosten abhängig.

Zu 812 13

Erneuerung der Telefonanlage.

Zu 812 19

Erneuerung der Stellwarte im Großen Haus (II. Bauabschnitt)	300 000 DM

Zu 981 01

Abführung der in der Zuweisung der Stadt Oldenburg enthaltenen anteiligen Versorgungslasten.

Vgl. Erläuterungen zu 253 01.

Zu 981 06

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13 (vgl. Allgemeine Vorbemerkungen zum Einzelplan 06).

Zu Titelgruppe 61

I. Die Titelgruppe umfasst alle Ansätze der Mittel für künstlerisch-technisches Personal, Orchester, Gäste- und Aushilfskräfte (einschl. Schauspielmusik), Konzertsolisten, Frack-, Instrumenten-, Saiten-, Rohr- und Blattgeld, künstlerische Vorstände, Einzeldarsteller, Chor, Ballett, Statisten und Probespiele sowie für das Abendpersonal.

II. Personalbestand am 1. 9. 2000:

a) Stellen für künstlerisches Personal:	
Orchester	68
Künstlerische Vorstände	21
Oper und Operette	17
Schauspiel	24
Chor	30
Ballett	16
Sonstiges NV-Solo Personal	28
b) Stellen für technisches und künstlerisch-technisches Personal:	
Künstlerisch-technische Angestellte	18
Technische Angestellte	17
Bühnenpersonal	87
Zusammen	326

511 61

1. Eintrittskarten	16 300 DM
2. Transportkosten	6 100 DM
Zusammen	22 400 DM

514 61

1. Betriebsstoffe	8 900 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	600 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM
4. Sonstiges	500 DM

Zusammen 11 000 DM

Bestand an Dienstfahrzeugen

	Ist 1. 1. 2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Kleinbus	1	1	1
Lkw mit Anhänger	1	1	1

516 61

Erhaltung und Ergänzung der Schutzkleidung.

518 61

Mieten, Requisiten und Bühnenmöbel.

522 61

1. Bühnendekorationen	700 000 DM
2. Requisiten und Bühnenmöbel	90 000 DM
3. Kostümbedarf	420 000 DM
4. Haar- und Maskenbedarf	70 000 DM
5. Tontechnik	80 000 DM
6. Fotobedarf	43 900 DM

Zusammen 1 403 900 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
531 61-9	181	Veröffentlichungen	—	126.400	126.400	—	213
532 61-5	181	Reinigung der Wäsche	—	8.800	8.800	—	10
535 61-4	181	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	—	56.400	56.400	—	159
538 61-3	181	Dienstleistungen Außenstehender	—	188.500	188.500	—	461
547 61-2	181	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	38.200	38.200	—	64
813 61-4	181	Erwerb von Musikinstrumenten	—	—	—	—	—
TGr. 62		Verwendung der Zuschüsse Dritter zur För- derung des Oldenburgischen Staatstheaters * Übertragbar. <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur ge- leistet werden bis zur Höhe der Istein- nahmen bei 282 62 und 342 62.</i>	(—)	(10.000)	(10.000)	(—)	(22.541)
535 62-2	181	Geräte für Fachaufgaben	—	—	—	—	—
547 62-0	181	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	10.000	10.000	—	281
712 62-1	181	Erschliessungs- und Baukosten	—	—	—	—	—
812 62-6	181	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
981 62-2	990	Abführung an 2053 - 381 02	—	—	—	—	22.260
Abschluss Kapitel 06 61							
1 Eigene Einnahmen				4.227.500	4.227.500	—	
2 Übertragungseinnahmen				8.239.300	7.386.700	+852.600	
3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen				—	—	—	
Summe der Einnahmen				12.466.800	11.614.200	+852.600	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	33.677.500	30.577.000	+3.100.500	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	3.328.900	2.428.900	+900.000	
6 Übertragungsausgaben			—	47.900	47.900	—	
7 Bauausgaben			—	—	—	—	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	300.000	100.000	+200.000	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	1.463.300	37.200	+1.426.100	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	38.817.600	33.191.000	+5.626.600	
Zuschuss				26.350.800	21.576.800	+4.774.000	
Nachrichtlich:							
Anteil an den Versorgungsausgaben				70.200	34.000		
Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil				38.887.800	33.225.000		
Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil				26.421.000	21.610.800		

ERLÄUTERUNGEN

535 61

1. Unterhaltung	42 000 DM
2. Ersatz und Ergänzung von Musikinstrumenten	14 400 DM
Zusammen	56 400 DM

538 61

1. Für Plakate, Wochenspielpläne, Photos, Zeitungsanzeigen	171 000 DM
2. Für Vermittlungsgebühren	17 500 DM
Zusammen	188 500 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 41-0	183	Eintrittsgelder von Museen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.		400.000	400.000	—	470
119 31-3	183	Einnahmen aus Veröffentlichungen * Vgl. K-Vermerk zu 522 21 und 531 31. *** Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden. Die Mehreinnahmen dürfen nur für Ausgaben bei den im k-Vermerk genannten Titeln insgesamt verwendet werden.		258.000	500.000	–242.000	280
119 32-1	183	Einnahmen aus museumspädagogischer Arbeit * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.		—	—	—	63
119 46-1	183	Ersatzleistungen		—	—	—	2
119 51-8	183	Vermischte Einnahmen		20.000	20.000	—	31
119 71-2	183	Vermischte Einnahmen im Bereich der Spielbankmittel * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 71.		—	—	—	13
124 01-5	183	Mieten und Pachten *** Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Sammlungsgegenstände unentgeltlich abgegeben werden.		45.000	80.000	–35.000	42
124 02-3	183	Mieten und Pachten für den Museumsshop und das Bistro des Landesmuseums Hannover * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.		35.000	—	+35.000	32
125 61-5	183	Einnahmen des Museumsshops beim Staatlichen Museum für Naturkunde und Vorgeschichte Oldenburg * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		—	—	—	20
125 64-0	183	Erlöse aus der Cafeteria des Herzog Anton Ulrich-Museums * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.		20.000	20.000	—	16
125 99-2	183	Betriebseinnahmen für die automatisierte Datenverarbeitung * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 99.		—	—	—	—
129 01-7	183	Einnahmen aus Überlassungs- und Nutzungsverträgen (ohne Dienst- und Landeswohnungen) * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.		—	—	—	—
129 02-5	183	Einnahmen aus der Werbung für Wirtschaftsunternehmen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.		—	—	—	20
253 01-0	183	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden (GV)		242.600	242.600	—	218
253 02-8	183	Erstattungen von Gemeinden (GV) nach § 19 BSHG * Vgl. K-Vermerk zu 427 01.		—	—	—	101
256 01-9	183	Zuwendungen der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	1.504
282 63-0	183	Zuschüsse Dritter * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.		600.000	600.000	—	1.238
A U S G A B E N							
422 01-6	183	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	16.325.900	16.039.600	+286.300	3.049
422 19-9	183	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-8	183	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	157.100	157.100	—	154
425 01-5	183	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	7.575
425 03-1	183	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	0
425 41-4	183	Vergütungen der auszubildenden Kräfte	—	41.600	40.100	+1.500	37
425 51-1	183	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	1.000	—	1

ERLÄUTERUNGEN

Zu 06 65 allgemein:

Veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben für das

- a) Nds. Landesmuseum Hannover,
- b) Herzog-Anton-Ulrich-Museum in Braunschweig,
- c) Braunschweigische Landesmuseum,
- d) Staatl. Naturhistorische Museum in Braunschweig,
- e) Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte in Oldenburg,
- f) Staatliche Museum für Naturkunde und Vorgeschichte in Oldenburg

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	7 500 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	5 500 DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	2 000 DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	— DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	30 000 DM
Zusammen	45 000 DM

Zu 124 02

Hier sind die Einnahmen aus dem Betrieb des Museumsshops und des Bistros im Landesmuseum Hannover veranschlagt.

Zu 253 01

Nach der zwischen dem Land Niedersachsen und der Stadt Oldenburg am 27. 1. 1976 abgeschlossenen Vereinbarung erstattet die Stadt Oldenburg dem Land die Personalkosten für einen Hausmeister und drei Aufseher im Augusteum in Oldenburg. Das Augusteum ist 1976 vom Land erworben worden. Es wird nach dem Umbau als Außenstelle des Landesmuseums für Kunst und Kulturgeschichte in Oldenburg geführt. Die Personalkosten umfassen den tariflichen Lohn, die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und Zusatzversorgung, Zuwendungen und Zulagen aufgrund besonderer Tarifverträge, Beihilfen, Vermögenswirksame Leistungen.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Für das Kapitel 06 65 wurde ab 1. 1. 1998 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 217,13 Vollzeiteinheiten (VZE).

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens:

	(in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen*)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	31,26	31,26	—	36
Angestellte	97,13	94,61	2,52**	91
Lohnempfänger/-innen	88,74	53,56	35,18	57
Insgesamt	217,13	179,43	37,70	184

*) Bei den Angestellten darf eine Stelle nur zu 3/4 und eine Stelle nur zur Hälfte besetzt werden.

**) 0,5 kw bei Ausscheiden eines beim Nds. Landesmuseum Hannover Beschäftigten.

Aus Mitteln werden sowohl 5 ständige nichtvollbeschäftigte Angestellte als auch 46 ständige nichtvollbeschäftigte Lohnempfänger/-innen – davon 12 Reinigungskräfte – bezahlt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 16 325 900 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	16 325 900
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	1 204 800
43	Versorgungsbezüge	1 127 100
44	Beihilfen, Unterstützungen	469 200
45	Personalbezogene Sachausgaben	14 600
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	462 700
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	71 700
Summe der Personalausgaben im Kapitel		19 532 600

Zu 425 41

1 (1) Auszubildender (Techn. Dienst) beim Staatl. Naturhistorischen Museum Braunschweig und 1 (1) Auszubildender beim Nieders. Landesmuseum Hannover.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
426 01-1	183	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	4.952
426 03-8	183	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	240
426 31-3	183	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	32
426 41-0	183	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	62.300	60.100	+2.200	41
426 51-8	183	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	36.500	35.700	+800	9
427 01-8	183	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 253 02.	—	42.600	41.700	+900	1.768
427 08-5	183	Beschäftigungsentgelte für Praktikanten	—	498.900	498.900	—	393
427 39-5	183	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	1.900	1.900	—	7
453 01-9	183	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	14.600	14.600	—	—
511 01-9	183	Geschäftsbedarf	—	27.300	27.300	—	23
512 01-5	183	Bücher und Zeitschriften	—	12.000	12.000	—	19
513 01-1	183	Post- und Fernmeldegebühren	—	399.100	313.600	+85.500	423
515 01-4	183	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	32.900	32.900	—	34
515 02-2	183	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	45.000	45.000	—	45
516 01-0	183	Dienst- und Schutzkleidung	—	15.500	15.500	—	5
517 01-7	183	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	2.647.700	1.804.300	+843.400	1.872
517 19-0	183	Reinigungskosten	—	717.800	482.000	+235.800	382
517 59-9	183	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	1.097.800	984.100	+113.700	1.010
518 01-3	183	Mieten und Pachten	—	408.600	408.600	—	326
519 02-8	183	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	67.000	67.000	—	77
519 03-6	183	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	15.700	15.700	—	18
522 21-5	183	Foto- und Diapositivmaterial * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 31.	—	29.000	70.000	–41.000	30
525 01-0	183	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	35.500	2.000	+33.500	6
526 01-6	183	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	33.100	14.100	+19.000	8
527 01-2	183	Reisekostenvergütungen	—	26.900	26.900	—	11
527 03-9	183	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	1.000	1.000	—	—
531 31-1	183	Veröffentlichungen * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 31.	—	229.000	430.000	–201.000	229
537 01-8	183	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	120.000	120.000	—	3
546 59-9	183	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	1.400	1.400	—	—
681 01-1	183	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 426 41

Für 2 (2) Auszubildende beim Nieders. Landesmuseum Hannover und 1 (1) Auszubildenden beim Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte Oldenburg.

Zu 427 08

Für Praktikantenentgelte sind in jedem Jahr 120 800 DM ausgebracht.

Bei den staatl. Museen werden Volontäre beschäftigt:

Nds. Landesmuseum Hannover:	4
Herzog Anton Ulrich-Museum in Braunschweig:	2
Braunschweigisches Landesmuseum:	2
Staatl. Naturhistorisches Museum in Braunschweig:	1
Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte in Oldenburg:	1
Staatliches Museum für Naturkunde und Vorgeschichte in Oldenburg:	2

Zusammen 12

Die Volontäre erhalten Vergütungen gem. RdErl. des MWK vom 2. 4. 1980 – Nds. MBl. S. 491 in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für	
1 Landesbediensteten	7 200 DM
2. Umzugskostenvergütungen für	
2 Landesbedienstete	7 400 DM
	Zusammen 14 600 DM

Zu 517 01

1. Wassergeld	117 000 DM
2. Grundbesitzabgaben	102 700 DM
3. Bewachungskosten	2 257 600 DM
4. Vertragliche Wartungskosten	
betriebs technischer Anlagen	98 100 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	72 300 DM
	Zusammen 2 647 700 DM

Mehr wegen weiterer Privatisierung der Bewachungs- und Aufsichtsdienste, gestiegener Wartungskosten, Gesamteröffnung des Landesmuseums Hannover und zusätzlicher Flächen für das Braunschweigische Landesmuseum.

Zu 518 01

Diensträume und -gebäude	408 600 DM

Zu 525 01

Mehrbedarf des Landesmuseums Hannover zur Fortsetzung der Personalentwicklung (PE) als Daueraufgabe.

Zu 526 01

1. (Amts-)ärztliche und Röntgen-	
schirmbilduntersuchungen	500 DM
2. Arbeitsmedizinischer Arbeitsschutz	31 700 DM
3. Sachverständigenentschädigungen,	
Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	400 DM
4. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a.	
Parteikosten des Fiskus	500 DM
	Zusammen 33 100 DM

Mehr zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben des Arbeitsschutzes.

Zu 537 01

Der Ansatz dieses Titels darf nicht zur Verstärkung der übrigen Titel der H.-Gr. 5 herangezogen werden.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
685 01-7	183	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	5.900	5.900	—	5
811 01-2	183	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 13-2	183	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	30
812 15-9	183	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	200.000	450.000	-250.000	410
812 19-1	183	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	317
981 06-6	990	Abfuhrung an 13 21 - 381 06	—	4.210.900	—	+4.210.900	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Ausgaben des Museumshops beim Staatlichen Museum für Naturkunde und Vorgeschichte in Oldenburg * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 90,0 v.H. der Isteinnahmen bei 125 61. ***Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen neben den Ausgaben für den Museumsshop hier auch Ausgaben geleistet werden, für die auch Haushaltsmittel in der Titelgruppe 65 veranschlagt sind.	(—)	(—)	(—)	(—)	(18)
522 61-4	183	Verbrauchsmittel	—	—	—	—	2
523 61-0	183	Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen	—	—	—	—	7
547 61-7	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	9
812 61-2	183	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
813 61-9	183	Erwerb von Sammlungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 63		Verwendung der Zuwendungen Dritter * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 63.	(—)	(600.000)	(600.000)	(—)	(1.210)
429 63-0	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	58.500	58.500	—	205
459 63-7	183	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
527 63-2	183	Reisekostenvergütungen	—	3.500	3.500	—	2
547 63-3	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	264.000	264.000	—	747
685 63-7	183	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
812 63-9	183	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
813 63-5	183	Erwerb von Sammlungsgegenständen	—	274.000	274.000	—	257
TGr. 64		Betriebsausgaben der Cafeteria des Herzog Anton Ulrich-Museums * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 75,0 v.H. der Mehreinnahmen bei 125 64.	(—)	(15.000)	(15.000)	(—)	(12)
522 64-9	183	Verbrauchsmittel	—	10.000	10.000	—	10
547 64-1	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5.000	5.000	—	2
812 64-7	183	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 65		Museumsarbeit * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen	(—)	(2.052.400)	(2.045.400)	(+7.000)	(3.082)

ERLÄUTERUNGEN

Zu 685 01

Mitgliedsbeiträge an Gesellschaften und Vereine zwecks Bezugs verbilligter Veröffentlichungen. Neue Mitgliedschaften bedürfen der Zustimmung des MWK.

Zu 812 15

Die Mittel sind für folgende Neuanschaffungen veranschlagt:

Nieders. Landesmuseum Hannover:

Luftbefeuchter für die Landesgalerie und Arbeitsbühne	60 000 DM

Braunschweigisches Landesmuseum:

Schnelldrucker	25 000 DM

Staatliches Naturhistorisches Museum**Braunschweig**

Geräte und Ausstattung für die Schausammlung im „Großen Lichtsaal“	50 000 DM

Landesmuseum Oldenburg

Luftbefeuchter, Unterdruckrahmen für Heiztisch, Staffelei, Kaltlichtlampe	25 000 DM

Staatliches Museum für Naturkunde**und Vorgeschichte Oldenburg:**

Besucherterminals, Projektoren und Aquarium-zubehör für die Geestausstellung	40 000 DM

Zusammen	200 000 DM

Zu 981 06

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61

Hier sind die Ausgaben (Verbrauchsmittel u.ä.) für den Museums-shop des Staatl. Museums für Naturkunde und Vorgeschichte Oldenburg nachzuweisen. Darüber hinaus können einnahmeabhängig Ausgaben für die Museumsarbeit geleistet werden. Die Einnahmen werden bei Titel 125 61 gebucht.

Zu 812 63

Aus dem Ansatz dürfen auch Ausgaben für die Beschaffung von Kraftfahrzeugen geleistet werden.

Zu Titelgruppe 64

Hier sind die Ausgaben (Verbrauchsmittel usw.) der Cafeteria des Herzog-Anton-Ulrich-Museums Braunschweig veranschlagt.

Die Einnahmen sind bei Titel 125 64 veranschlagt.

Zu Titelgruppe 65

Hier sind die Kosten der eigentlichen Museumsarbeit wie Sammeln, Erfassen, wissenschaftliches Bearbeiten, Restaurieren und Bewahren von Sammlungsgegenständen, Durchführung von Forschungsaufgaben, Maßnahmen der Museumspädagogik und der Präsentation in Dauer- und Sonderausstellung sowie für Öffentlichkeitsarbeit veranschlagt.

Die Ansätze der Titel innerhalb der Titelgruppe wurden entsprechend der Ist-Ergebnisse der Vorjahre neu aufgeteilt.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch TGr. 65		<i>überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 41, 119 32, 124 02, 129 01 und 129 02.</i>					
429 65-7	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	236.900	1.100	+235.800	230
459 65-3	183	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
511 65-5	183	Geschäftsbedarf	—	93.900	93.900	—	97
522 65-7	183	Verbrauchsmittel	—	124.900	124.900	—	277
523 65-3	183	Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen	—	490.000	1.417.200	-927.200	497
527 65-9	183	Reisekostenvergütungen	—	24.500	24.500	—	49
531 65-6	183	Öffentlichkeitsarbeit	—	580.000	249.300	+330.700	587
538 65-0	183	Dienstleistungen Außenstehender	—	402.000	34.700	+367.300	422
547 65-0	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	100.200	99.800	+400	727
813 65-1	183	Erwerb von Sammlungsgegenständen	—	—	—	—	196
TGr. 71		Zur zusätzlichen Förderung der staatlichen Museen aus Spielbankmitteln * Übertragbar. <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 71.</i> ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(—)	(1.400.000)	(1.400.000)	(—)	(1.506)
429 71-1	183	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	50.000	50.000	—	12
459 71-8	183	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
523 71-8	183	Beschaffung von Kunstwerken, Sammlungsgegenständen und Bibliotheken	—	50.000	50.000	—	11
531 71-0	183	Öffentlichkeitsarbeit	—	100.000	100.000	—	141
538 71-5	183	Dienstleistungen Außenstehender	—	80.000	80.000	—	18
547 71-4	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	900.000	900.000	—	1.227
811 71-3	183	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 71-0	183	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	100.000	100.000	—	97
813 71-6	183	Erwerb von Sammlungsgegenständen	—	120.000	120.000	—	—
TGr. 99		Betriebsausgaben für die automatisierte Datenverarbeitung * Übertragbar. <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 50,0 v.H. der Isteinnahmen bei 125 99.</i>	(—)	(156.000)	(156.000)	(—)	(112)
513 99-2	183	Fernmeldegebühren	—	—	—	—	—
538 99-5	183	Dienstleistungen Außenstehender	—	15.000	15.000	—	—
547 99-4	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	141.000	141.000	—	112
812 99-0	183	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

527 65

Die Landesbediensteten, die mit Ausgrabungsarbeiten und ähnlichen Verrichtungen beschäftigt werden, erhalten auf Antrag eine Feldaufwandsvergütung nach Maßgabe des RdErl. d. MWK vom 9. 9. 1991 (Nds. MBl. S. 1183 – GültL 26/369 –) in Höhe von 3,— DM für jeden Tag der Arbeiten im Freien.

Die Feldaufwandsvergütung entfällt, wenn Schutz- oder Berufskleidung von Amts wegen gestellt wird oder für deren Beschaffung Zuschüsse gewährt werden.

547 65

Für Materialien, insbesondere für Restaurierungsmaßnahmen.

Zu Titelgruppe 71

Vgl. allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 06 75.

429 71

Für die Beschäftigung von Personal für Ausstellungen, Fotoarbeiten, Katalogisierungen usw.

547 71

Neuordnung und Katalogisierung von Sammlungen, Ausstellungen, Restaurierung von Kunstwerken, Komplettierung von Fachbibliotheken, Publikationen und audiovisuelle Programme.

812 71

Zum Beispiel Neugestaltung von Ausstellungsräumen.

Zu Titelgruppe 99

Veranschlagt sind die Kosten für den Betrieb und die Unterhaltung der EDV-Geräte sowie die Kosten für das IZN.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 06 65					
		1 Eigene Einnahmen		778.000	1.020.000	–242.000	
		2 Übertragungseinnahmen		842.600	842.600	—	
		Summe der Einnahmen		1.620.600	1.862.600	–242.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	17.527.800	17.000.300	+527.500	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	9.346.300	8.486.200	+860.100	
		6 Übertragungsausgaben	—	5.900	5.900	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	694.000	944.000	–250.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	4.210.900	—	+4.210.900	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	31.784.900	26.436.400	+5.348.500	
		Zuschuss		30.164.300	24.573.800	+5.590.500	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		1.127.100	1.020.100		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		32.912.000	27.456.500		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		31.291.400	25.593.900		

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0674 Förderung der nichtstaatl. Theater und Museen sowie der Sozio-Kultur und der kult. Jugendbildung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 41-0	113	Rückzahlung von Überzahlungen		150.000	150.000	—	128
119 51-7	113	Vermischte Einnahmen		55.000	20.000	+35.000	40
119 64-9	113	Sonstige Verwaltungseinnahmen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppen 64, 78, 83 und 86. ***Die Einnahmen dürfen nur für Ausgaben der im K-Vermerk genannten Titelgruppen insgesamt verwendet werden.		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62		Förderung des Theaters * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind.	(1.000.000) (—)	(130.650.000)	(123.059.500)	(+7.590.500)	(123.761)
657 61-6	181	Zuweisungen an die Landes Bühnen	—	10.212.000	9.403.900	+808.100	9.147
682 61-0	181	Zuwendung an die Niedersächsische Staats- theater Hannover GmbH ***Gemäß § 17 Abs.1 S. 2 LHO ist der letzte Absatz der Erläuterungen verbindlich. Der Niedersächsischen Staatstheater Hannover GmbH dürfen landeseigene Ge- bäude ohne Erhebung eines Nutzungsent- gelts überlassen werden.	—	91.957.900	86.241.800	+5.716.100	86.984
682 62-9	181	Zuweisungen an die kommunalen Theater	—	25.485.100	24.718.800	+766.300	24.234
685 61-0	181	Zuschüsse an Sonstige	1.000.000 —	1.795.000	1.495.000	+300.000	2.196
893 61-1	181	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige ***Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	1.200.000	1.200.000	—	1.200
TGr. 63		Sanierung der Bühnentechnik des Opernhauses der Niedersächsischen Staatstheater Hannover GmbH	(—)	(10.000.000)	(10.000.000)	(—)	(10.000)
571 63-0	928	Zinsausgaben an öffentliche Unternehmen	—	10.000.000	10.000.000	—	10.000
591 63-1	928	Tilgungsausgaben an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
TGr. 64/65		Zur zusätzlichen Förderung der nichtstaat- lichen Theater aus Spielbankmitteln * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 64. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind. ***Gegenseitig deckungsfähig: Titelgruppen 64 /65, 78, 83 und 86 sowie Kapitel 06 75 Titelgruppen 61, 71, 77, 83, 84, 87, 91, 93 und 96 bis zur Höhe von 30 v.H. des jeweiligen Ansatzes.	(—)	(1.300.000)	(800.000)	(+500.000)	(756)
653 64-5	181	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
657 65-9	181	Zuweisungen an die Landes Bühnen	—	—	—	—	—
682 64-5	181	Zuweisungen an die kommunalen Theater	—	—	—	—	—
685 64-4	181	Zuschüsse an Sonstige	—	1.250.000	750.000	+500.000	756
685 65-2	181	Zuschüsse an die Niedersächsische Staats- theater Hannover GmbH	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 06 74 allgemein:

Es dürfen auch Zuwendungen für Fördermaßnahmen, bei denen die Zuwendungen im Einzelfall 5 000 DM, bei Zuwendungen an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts 50 000 DM unterschreiten, gewährt werden.

Zu Titelgruppe 61/62**657 61**

Für die weitere Förderung der Landesbühne Hannover ist ab 1. 1. 1999 zunächst für einen Übergangszeitraum bis zum 30. 06. 2002 eine Festbetragsfinanzierung in Höhe von 3 900 000 DM jährlich vereinbart worden.

Zum Ausgleich von Tarif- und sonstigen Kostensteigerungen wird der Betrag für 2001 um 700 000 DM erhöht.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	3 900 000	—	—	3 900 000
2002	1 950 000	—	—	1 950 000

ERLÄUTERUNGEN

682 61

Die Beteiligung des Landes Niedersachsen an der Niedersächsischen Staatstheater Hannover GmbH ist mit Wirkung vom 1. 1. 1993 von bisher $66\frac{2}{3}$ v. H. auf 100 v. H. erhöht worden.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Nds. Staatstheater Hannover GmbH

	Betrag für das Wj. 2000/2001 DM	Betrag für das Wj. 1999/2000 DM	Istergebnis für das Wj. 1998/1999 DM
Ausgaben	105 728 000	107 377 000	101 590 407
Einnahmen	15 144 000	14 844 000	14 746 700
Fehlbetrag	90 584 000	92 533 000	86 843 707

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden
durch das Land und beträgt: 91 957 900 DM

Das MWK wird ermächtigt, der Nds. Staatstheater Hannover GmbH im Haushaltsjahr 2001 Zuschuss für das Wirtschaftsjahr 2001/2002 im Vorgriff auf die Ansätze des Haushaltsjahres 2002 bewilligen zu lassen.

Mehr für Tarifikostensteigerungen und Umbaukosten des Ballhofs einschl. Asbestsanierung.

Eintrittspreise ab Spielzeit 2000/2001:

I. Opernhaus

Platz- gruppe	Platz- anzahl	Kategorie A DM	Kategorie B DM	Kategorie S DM	Kategorie P DM	Konzerte DM
I	212	72	79	93	98	54
II	269	65	73	84	89	49
III	198	59	67	75	80	46
IV	257	55	62	66	71	42
V	102	49	54	57	62	38
VI	147	44	47	48	53	34
VII	22	26	27	28	28	25
	1 207					

II. Schauspielhaus

Platz- gruppe	Platz- anzahl	Kategorie A DM	Kategorie B DM	Kategorie P DM
I	190	50	53	60
II	176	45	48	54
III	122	36	38	47
IV	86	27	29	37
V	50	18	20	28
	624			

III. Ballhof

Platz- gruppe	Platz- anzahl	Preis DM
I	79	35
II	229	25
III	94	15
	402	

ERLÄUTERUNGEN

682 62

Ab 1. 1. 1999 sind Anschlussvereinbarungen mit den Trägern der kommunalen Theater zur Personalkostenbezuschung getroffen worden.

685 61

Zuwendungen für Freie Theater, Privattheater, Figurentheater Amateurtheater und Kinder- und Jugendtheater, die u.a. ihren Sitz in Niedersachsen haben.

Für eine 3-jährige Modellphase soll einigen freien Theatern im Rahmen einer jahresübergreifenden Konzeptionsförderung eine zuverlässige Planungssicherheit für eine kontinuierliche Theaterarbeit gegeben werden. Hierfür sind jährlich 500 000 DM bis 2003 vorgesehen.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamtbelastung DM
2001	—	—	—	—
2002	—	—	500 000	500 000
2003	—	—	500 000	500 000

893 61

Die Landesregierung ist ermächtigt, der Stadttheater Hildesheim GmbH als Beteiligung des Landes an den Baukosten der Sanierung des Stadttheaters Hildesheim in den Jahren 1999, 2000 und 2001 im Wege der Erstattung jeweils einen Betrag in Höhe von 1 200 000 DM zu zahlen.

Belastung

des Haushaltsjahres	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamtbelastung DM
2001	1 200 000	—	—	1 200 000

Zu Titelgruppe 63

Für die in den Jahren 1996–1998 erfolgte Sanierung der maschinentechnischen Einrichtungen der Bühne des Opernhauses der Niedersächsischen Staatstheater Hannover GmbH. Die Baumaßnahme wurde finanziert von der Niedersächsischen Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH (NFG) im Auftrag des Landes Niedersachsen.

Die Mittel für die Rückzahlung der Finanzierungskosten an die NFG sind ab dem Haushaltsjahr 1998 in dieser Titelgruppe veranschlagt.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamtbelastung DM
2001	10 000 000	—	—	10 000 000
2002	10 000 000	—	—	10 000 000
2003	10 000 000	—	—	10 000 000
2004	10 000 000	—	—	10 000 000
2005ff.	22 100 000	—	—	22 100 000

Zu Titelgruppe 64/65

Vgl. allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 06 75.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0674 Förderung der nichtstaatl. Theater und Museen sowie der Sozio-Kultur und der kult. Jugendbildung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
883 64-0	181	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
893 64-6	181	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	50.000	50.000	—	—
TGr. 71 bis 77		Förderung der nichtstaatlichen Museen * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(—)	(9.533.400)	(12.400.400)	(–2.867.000)	(9.472)
633 71-7	183	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Stadt Hannover für das Sprengelmuseum	—	4.074.600	3.804.400	+270.200	3.720
685 71-7	183	Zuschuss an den Museumsverband Niedersachsen und Bremen	—	333.700	333.700	—	334
685 72-5	183	Zuschuss an das „Ostpreußische Landesmuseum“ in Lüneburg	—	380.000	380.000	—	380
685 73-3	183	Zuschuss an die Rammelsberger Bergbaumuseum Goslar GmbH	—	1.450.000	1.450.000	—	1.450
685 74-1	183	Zuschuss an die Stiftung „Museumsdorf Cloppenburg“	—	1.760.100	1.697.300	+62.800	1.541
685 75-0	183	Zuschuss an die Stiftung „Henri Nannen“	—	1.175.000	1.175.000	—	705
685 76-8	183	Zuschuss an den Museumsverband „Die Oberharzer Bergbau- und Heimatmuseen e.V.“	—	250.000	250.000	—	250
685 77-6	183	Zuschuss an den Museumsverbund Südniedersachsen	—	110.000	110.000	—	110
813 71-5	183	Beschaffung von Kunstwerken	—	—	—	—	—
883 71-3	183	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	2.000.000	–2.000.000	—
893 71-9	183	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige ***Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	—	1.200.000	–1.200.000	983
TGr. 78		Zur zusätzlichen Förderung der nichtstaatlichen Museen aus Spielbankmitteln * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 64. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. ***Vgl. D-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 64/65.	(—)	(1.191.200)	(1.291.200)	(–100.000)	(1.129)
547 78-0	183	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	50.000	50.000	—	272
653 78-5	183	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	81.200	81.200	—	158
685 78-4	183	Zuschüsse an Sonstige	—	210.000	310.000	–100.000	700
813 78-2	183	Beschaffung von Kunstwerken	—	—	—	—	—
883 78-0	183	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	710.000	710.000	—	—
893 78-6	183	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	140.000	140.000	—	—
TGr. 81		Förderung der Soziokultur * Übertragbar.	(8.790.000) (—)	(2.930.000)	(1.730.000)	(+1.200.000)	(2.882)
672 81-0	189	Erstattung von Personal- und Sachkosten an die LAGS e. V. ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	8.790.000 —	750.000	—	+750.000	—
685 81-4	189	Zuschüsse an Sonstige	—	2.180.000	1.730.000	+450.000	2.882

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 71 bis 77

Zur Förderung der Einrichtungen im Bereich der nichtstaatlichen Museen.

633 71

Gemäß § 7 Abs. 1 der zwischen dem Land Niedersachsen und der Landeshauptstadt Hannover geschlossenen Vereinbarung über die Beteiligung des Landes und der Stadt bei der Errichtung einer Galerie für Werke der Malerei, der Plastik und der Grafik vom 1./29. 7. 1974 werden alle einmaligen und laufenden Ausgaben für die neue Galerie von Land und Stadt je zur Hälfte getragen.

685 72

Das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg wird aufgrund einer Vereinbarung mit dem Bund ab 1998 im Wege einer Festbetragsfinanzierung in Höhe von 380 000 DM jährlich weiterhin vom Land gefördert.

Belastung:

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	380 000	—	—	380 000
2002	380 000	—	—	380 000
2003	380 000	—	—	380 000
2004	380 000	—	—	380 000
2005	380 000	—	—	380 000

685 73

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Rammelsberger Bergbaumuseum Goslar GmbH

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis für 1999 DM
Ausgaben	6 368 000	7 997 500	6 369 400
Einnahmen	3 471 000	4 263 000	2 013 000
Fehlbetrag	2 897 000	3 734 500	4 356 400

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	1 450 000 DM
c) den Bund mit	440 000 DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	1 007 000 DM
e) Private	— DM
Zusammen	2 897 000 DM

685 74

Das Land Niedersachsen trägt die vollen Personalkosten nach Maßgabe des durch das Land genehmigten Stellenplans im Wege der institutionellen Förderung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Stiftung „Museumsdorf Cloppenburg“

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis für 1999 DM
Ausgaben	3 980 500	4 522 400	4 008 747
Einnahmen	1 427 600	1 486 600	1 191 050
Fehlbetrag	2 552 900	3 035 800	2 817 697

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	1 760 100 DM
c) den Bund mit	— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	669 800 DM
e) Private	123 000 DM
Zusammen	2 552 900 DM

685 75

Es ist der Zuschuss zur Mitfinanzierung der Stiftung „Henri Nannen“ (Kunsthalle Emden und der angeschlossenen Kunstschulen) veranschlagt.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Kunsthalle Emden

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis für 1999 DM
Ausgaben	3 695 500	3 512 400	3 021 719
Einnahmen	2 020 500	1 837 400	1 466 078
Fehlbetrag	1 675 000	1 675 000	1 555 641

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	1 175 000 DM
c) den Bund mit	— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	500 000 DM
e) Private	— DM
Zusammen	1 675 000 DM

Zu Titelgruppe 78

Vgl. allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 06 75.

Zu Titelgruppe 81

Neben den traditionellen Kultureinrichtungen sind in vielen Städten Niedersachsens Kultur- und Kommunikationsstätten geschaffen worden, die unter dem Stichwort „Soziokultur“ zusammengefasst werden. Die Arbeit in diesem Bereich soll projektbezogen gefördert werden.

Der Landesarbeitsgemeinschaft soziokultureller Zentren in Niedersachsen e. V. (LAGS) ist gem. § 44 Abs. 3 LHO mit öffentlich-rechtlichem Vertrag die Befugnis verliehen worden, über Anträge von Personen und Einrichtungen, die Aufgaben im Bereich der Soziokultur wahrnehmen, auf Gewährung von Zuwendungen nach §§ 23, 44 LHO und den dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften für Projekte, Sonderprojekte und investive Maßnahmen im eigenen Namen und in den Handlungsformen des öffentlichen Rechts zu entscheiden. Gleichzeitig ist die LAGS gem. § 44 Abs. 2 LHO beauftragt worden, die im Landeshaushalt hierfür veranschlagten Haushaltsmittel im Innenverhältnis zwischen dem Land und der LAGS treuhänderisch für Rechnung des Landes zu verwalten.

Veranschlagt sind auch die Personal- und Sachkosten der Geschäftsstelle der LAGS (vgl. auch Erl. zu 672 81).

672 81

Der öffentlich-rechtliche Vertrag mit der LAGS soll über den 31. 12. 2000 hinaus bis zum 31. 12. 2004 verlängert werden.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	—	—	—
2002	—	—	2 930 000	2 930 000
2003	—	—	2 930 000	2 930 000
2004	—	—	2 930 000	2 930 000

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0674 Förderung der nichtstaatl. Theater und Museen sowie der Sozio-Kultur und der kult. Jugendbildung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 83		Zur zusätzlichen Förderung der Soziokultur aus Spielbankmitteln * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 64. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. *** Vgl. D-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 64/65.	(—)	(1.120.000)	(1.120.000)	(—)	(—)
685 83-0	183	Zuschüsse an Sonstige	—	1.000.000	1.000.000	—	—
883 83-7	183	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	120.000	120.000	—	—
893 83-2	183	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 85		Förderung der kulturellen Jugendbildung	(—)	(220.900)	(220.900)	(—)	(221)
685 85-7	239	Zuschüsse an Sonstige	—	220.900	220.900	—	221
893 85-9	239	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 86		Zur zusätzlichen Förderung der kulturellen Jugendbildung aus Spielbankmitteln * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 64. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. *** Vgl. D-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 64/65.	(—)	(50.000)	(50.000)	(—)	(50)
685 86-5	239	Zuschüsse an Sonstige	—	50.000	50.000	—	50
893 86-7	239	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		1.200.000	–1.200.000	
		Abschluss Kapitel 06 74					
		1 Eigene Einnahmen		205.000	170.000	+35.000	
		Summe der Einnahmen		205.000	170.000	+35.000	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	10.050.000	10.050.000	—	
		6 Übertragungsausgaben	9.790.000	144.725.500	135.202.000	+9.523.500	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	2.220.000	6.620.000	–4.400.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	9.790.000	156.995.500	151.872.000	+5.123.500	
		Zuschuss	—	156.790.500	151.702.000	+5.088.500	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 83

Vgl. allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 06 75.

Zur verstärkten Förderung von Veranstaltungen der Soziokultur sowie zur Gewährung von Zuwendungen zum Aufbau des Gerätebestandes sozio-kultureller Einrichtungen.

Zu Titelgruppe 85

Insbesondere zur Förderung der Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung Niedersachsen e. V.

Zu Titelgruppe 86

Vgl. allgemeine Erläuterungen zu Kap. 06 75.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0675 Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
113 63-6	113	Einnahmen aus der Troja-Ausstellung ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 63		—	—	—	—
113 67-9	113	Einnahmen aus dem Verkauf von Kunstwerken * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 67.		—	—	—	—
119 41-3	113	Rückzahlung von Überzahlungen		200.000	200.000	—	73
119 51-0	113	Vermischte Einnahmen		70.000	70.000	—	9
119 61-8	113	Sonstige Verwaltungseinnahmen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppen 61, 71, 77, 83, 84, 87, 91, 93 und 96. ***Die Einnahmen dürfen nur für Ausgaben der im K-Vermerk genannten Titelgruppen insgesamt verwendet werden.		—	—	—	200
124 01-8	113	Mieten und Pachten		1.000	—	+1.000	1
		A U S G A B E N					
541 02-6	189	Kunst- und Förderpreise	—	141.000	141.000	—	135
632 01-3	183	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Freie Hansestadt Bremen für das Institut für Niederdeutsche Sprache e. V.	—	223.600	217.400	+6.200	202
632 02-1	183	Erstattung von Verwaltungsausgaben für die Koordinierungsstelle der Länder für die Rückführung von Kulturgütern	—	22.400	18.000	+4.400	18
685 01-0	189	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	53.700	53.700	—	51
685 20-6	011	Zuschuss an die Kulturstiftung der Länder	—	1.478.800	1.497.200	–18.400	1.464
685 21-4	162	Zuschuss an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz	—	4.500.000	4.500.000	—	4.500
685 22-2	189	Zuschuss an die Bundesakademie für kultu- relle Bildung	—	1.830.700	1.783.500	+47.200	1.749
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		Zur zusätzlichen Förderung der sonstigen Maßnahmen der Kunst, Kultur- und Heimat- pflege aus Spielbankmitteln * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind. ***Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 74 Ausgabe- titelgruppe 64/65.	(—)	(400.000)	(400.000)	(—)	(342)
547 61-0	189	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	10.000	10.000	—	33
653 61-4	189	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
685 61-3	189	Zuschüsse an Sonstige	—	350.000	350.000	—	308
883 61-0	189	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	40.000	40.000	—	—
893 61-5	189	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 63		Verstärkte Förderung der Bereiche Kunst und Kultur aus Konzessionsabgaben aufgrund § 7 NLottG * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran-	(900.000) (—)	(5.967.000)	(5.841.000)	(+126.000)	(6.649)

ERLÄUTERUNGEN

Zu 06 75 allgemein:

Aus dem Landesanteil am Aufkommen der Spielbankabgabe gem. § 3 Abs. 1 des Gesetzes über die Zulassung öffentlicher Spielbanken steht für das Haushaltsjahr 2001 ein Betrag von 25 000 000 DM zur Verfügung.

Die Mittel sind entsprechend der Landtagsentschließung vom 5. 7. 1973 (Landtags-Drucksache Nr. 7/2077) für folgende Zwecke bestimmt:

1. Durchführung von außergewöhnlichen Maßnahmen im sozialen Bereich,
2. Pflege der Kunst, insbesondere Ankauf von Kunstwerken und Erhaltung von Baudenkmälern,
3. Förderung von Theatern und Orchestern,
4. Ausstattung und Ausbau von öffentlichen Bibliotheken und Museen,
5. Landschaftspflege, Pflege der Bodendenkmäler, Heimatpflege.

Hiervon entfallen auf den Bereich des MWK die Maßnahmen gem. lfd. Nrn. 2–5 (Nr. 5 ohne die Landschaftspflege) mit einem Anteil von 59 v. H. = 14 750 000 DM.

Es dürfen auch Zuwendungen für Fördermaßnahmen, bei denen die Zuwendungen im Einzelfall 5 000 DM, bei Zuwendungen an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts 50 000 DM unterschreiten, gewährt werden.

Zu 541 02

Aus diesen Mitteln werden in den Sparten Bildende Kunst, Literatur, Musik und Theater der Kunstpreis und der Förderpreis vergeben. Der Kunstpreis ist mit 15 000 DM dotiert und wird in den Sparten Literatur und Musik je einmal und in der Sparte Bildende Kunst einschl. eines Galerien-Preises zweimal vergeben. Er dient der Anerkennung einer herausragenden künstlerischen Leistung. Der Förderpreis ist mit 10 000 DM dotiert und wird in jeder Sparte 2 mal vornehmlich an jüngere Künstlerinnen und Künstler vergeben, die nach Abschluss ihrer Ausbildung auszeichnungswürdige, künstlerische Leistungen erbracht haben. Die Preise können an Künstlerinnen und Künstler vergeben werden, die in Niedersachsen leben bzw. geboren sind, sowie an eine nds. Galerie.

Zu 632 01

Gem. Art. 3 des Abkommens über die gemeinsame Finanzierung des Instituts für niederdeutsche Sprache e. V. trägt Bremen als Sitzland 25 % des jährl. Zuwendungsbetrages. Der Rest wird von den Ländern Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein gemeinsam aufgebracht.

Zu 685 01

Mitgliedsbeiträge für die Numismatische Kommission der Länder, die Hannoversch-Britische Gesellschaft e. V. und die Stiftung Lesen.

Zu 685 21

Nach dem am 1. 1. 1997 in Kraft getretenen Abkommen des Bundes und der Länder wird die Stiftung „Preußischer Kulturbesitz“ vom Bund und allen alten Ländern gemeinsam finanziert. Die Kosten für Neubauten und ihre Ersteinrichtung einschließlich des Grunderwerbs werden allein vom Bund und dem Land Berlin je zur Hälfte getragen. Der übrige Gesamtzuschussbedarf wird vom Bund und von den Ländern gedeckt. Hiervon entfallen auf die Länder 60 Mio. DM; Berlin trägt davon 20 Mio. DM und Niedersachsen ist mit 4,5 Mio. DM beteiligt.

Zu 685 22

Die Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel e. V. ist 1986 errichtet worden. Die Finanzierung erfolgt aus Zuwendungen des Landes, des Bundes und Teilnehmerbeiträgen.

Die Bundesakademie dient der Weiterbildung von haupt-, neben- und ehrenamtlichen Kräften, die kulturelle Bildung in der Bundesrepublik Deutschland vermitteln.

Veranschlagt sind die voraussichtlichen Personal- und Sachausgaben der Einrichtung.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Bundesakademie für kulturelle Bildung e. V.

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	2 920 000	2 867 600	2 626 053
Einnahmen	769 300	764 100	557 553
Fehlbetrag	2 150 700	2 103 500	2 068 500

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	1 830 700 DM
c) den Bund mit	320 000 DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	— DM
e) Private	— DM

Zusammen 2 150 700 DM

Zu Titelgruppe 63 allgemein

Die Höhe der Konzessionsabgaben für die Bereiche Kunst und Kultur beträgt gem. § 7 Abs. 1 i. V. mit Abs. 3 Nr. 4 des Niedersächsischen Lotterieggesetzes für das Haushaltsjahr 2001 4,5 v. H. von 132,6 Mio. DM.

Aus den Mitteln der Konzessionsabgaben dürfen Ausgaben für die Bereiche der Kapitel 06 60, 06 61, 06 65, 06 74, 06 75 und 06 76 geleistet werden.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0675 Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch TGr. 63		<i>schlägt sind.</i> ***Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich. <i>Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.</i> <i>Die Ausgaben dürfen nicht überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 113 63.</i>					
429 63-3	189	Nicht aufteilbare Personalausgaben	900.000 —	—	—	—	—
547 63-6	189	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	369
682 63-0	189	Zuschüsse an Landesbetriebe für laufende Zwecke	—	—	—	—	182
685 63-0	189	Zuschüsse an Sonstige	—	2.967.000	2.841.000	+126.000	1.710
711 63-0	189	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	125
712 63-7	189	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 63-1	189	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	217
813 63-8	189	Erwerb von Sammlungsgegenständen	—	—	—	—	95
891 63-9	189	Zuschüsse an Landesbetriebe für Investitionen	—	—	—	—	—
893 63-1	189	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	3.000.000	3.000.000	—	3.951
TGr. 66 75/76		Förderung der Musik ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(10.140.000) (—)	(6.887.100)	(7.131.300)	(–244.200)	(7.453)
547 66-0	182	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	6.400	6.400	—	6
653 66-5	182	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	154
685 66-4	182	Zuschüsse an Sonstige ***Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung zu den Titelgruppen 66-68 und 80 allgemein verbindlich.	—	1.652.300	1.930.900	–278.600	2.494
685 75-3	182	Zuschuss an das Göttinger Symphonie-Orchester <i>* Übertragbar.</i>	4.440.000 —	2.328.400	2.294.000	+34.400	1.899
685 76-1	182	Finanzhilfen ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	2.900.000	2.900.000	—	2.900
883 66-0	182	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden	5.700.000 —	—	—	—	—
893 66-6	182	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 67		Förderung der bildenden Kunst * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 113 67. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(—)	(2.828.200)	(3.528.200)	(–700.000)	(6.442)
523 67-2	189	Erwerb von Kunstwerken	—	—	—	—	19
547 67-9	189	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	55.300	55.300	—	43
653 67-3	189	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	154
685 67-2	189	Zuschüsse an Sonstige ***Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die	—	2.272.900	2.972.900	–700.000	6.226

ERLÄUTERUNGEN

429 63

1. Die 1999 ausgebrachte VE i. H. v. 1 888 000 DM diente zur Weiterfinanzierung der
- Troja-Ausstellung
 - Restaurierung des Barfüßer-Altars.
- Für beide Maßnahmen war für das Jahr 1999 bei Kapitel 06 65 Titelgruppe 65 ein Gesamtbetrag von 1 093 000 DM veranschlagt.

Belastung (Troja-Ausstellung)

des Haushaltsjahres	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamtbelastung DM
2001	425 000	—	—	425 000

Belastung (Barfüßer-Altar)

der Haushaltsjahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamtbelastung DM
2001	395 000	—	—	395 000
2002	257 000	—	—	257 000

2. Die jetzt ausgebrachte VE i. H. von 900 000 DM dient einer vertraglichen Vereinbarung mit dem Landschaftsverband Südniedersachsen. Diesem soll im Rahmen eines Modellversuchs für seinen Bereich die staatliche Förderung der Kunst und Kultur übertragen werden, die bisher von der Bezirksregierung wahrgenommen wird. Dem Verband sollen hierbei u. a. für Projekte, über die eine regionale Kommission selbst entscheiden soll, aus Konzessionsabgabemitteln für die Dauer von 4 Jahren Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 300 000 DM vertraglich zugesichert werden.

Belastung (Landschaftsverband Südniedersachsen)

der Haushaltsjahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamtbelastung DM
2001	—	—	—	—
2002	—	—	300 000	300 000
2003	—	—	300 000	300 000
2004	—	—	300 000	300 000

Zu Titelgruppen 66/75/76, 67 und 68 allgemein

Aus diesen Titelgruppen werden auch Stipendien als Leistungen eigener Art für die in Aus- und Weiterbildung befindlichen Künstler – im Einzelfall bis zur Höhe von 35 000 DM gewährt sowie Leistungen gemäß § 53 LHO zur Unterstützung alter und bedürftiger Künstler und ihrer Hinterbliebenen – im Einzelfall bis zur Höhe von 4 000 DM – gezahlt, sofern diese Leistungen bereits im Vorjahr gewährt wurden. Die Stipendien können über das Haushaltsjahr hinaus bewilligt werden.

Insgesamt dürfen die Zahlungen den Betrag von 1 000 000 DM nicht überschreiten.

Im Einzelnen handelt es sich um folgende Stipendien:

- Stipendien für Studienaufenthalte in niedersächsischen Künstlerstätten
Die Stipendienhöhe ist derzeit grundsätzlich durch RdErl. vom 6. 9. 1996 – 303 – 57 001 – 1 – 2 geregelt.
- Stipendien für Studienaufenthalte in ausländischen Künstlerstätten
Die Stipendien werden in Anlehnung an die bundesweiten Empfehlungen des Kulturausschusses der Kultusministerkonferenz gewährt.
- Jahresstipendien
In den Bereichen der Bildenden Kunst, Musik und Literatur werden jährlich insgesamt 6 Jahresstipendien bewilligt. Diese Jahresstipendien beinhalten einen Betrag von 2 000 DM/Monat bis zu einer Dauer von 12 Monaten.
- Arbeitsstipendien
Die Vergabe von Arbeitsstipendien richtet sich nach dem RdErl. d. MWK vom 31. 8. 1984 (Nds. MBl. S. 803), geändert durch RdErl. vom 16. 8. 1989 (Nds. MBl. S. 1016).

685 66

- Zuwendung für den Landesverband nieders. Musikschulen e. V. 195 000 DM
 - Zuwendung für den Landesmusikrat Niedersachsen e.V. 1 327 900 DM
 - Förderung sonstiger Einrichtungen und Maßnahmen 129 400 DM
- 1 652 300 DM

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Landesmusikrats Niedersachsen im Deutsche Musikrats e.V.

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	1 844 300	1 782 600	1 778 604
Einnahmen	318 200	332 700	313 004
Fehlbetrag	1 526 100	1 449 900	1 465 600

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

- eigene Mittel des Zuwendungsempfängers — DM
 - das Land mit 1 327 900 DM
 - den Bund mit — DM
 - sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand 198 200 DM
 - Private — DM
- Zusammen 1 526 100 DM

Neben den institutionellen Förderungen werden Projekte bezuschusst, die von der niedersächsischen Musikkommission als besonders förderungswürdig eingestuft werden.

685 75

Der zwischen dem Land und den beteiligten Kommunen einerseits und dem Verein zur Förderung des Göttinger Symphonie-Orchesters e. V. andererseits in den Jahren 1990/1992 geschlossene Vertrag soll ab 1. 1. 2001 in der Weise geändert werden, als der bisher als Ausgleich für die entfallenen Zonenrandfördermittel als zusätzliche Projektförderung gezahlte Betrag in Höhe von 210 000 DM mit in vertragliche Regelung einbezogen wird.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamtbelastung DM
2001	—	—	—	—
2002	—	—	2 220 000	2 220 000
2003	—	—	2 220 000	2 220 000

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Vereins zur Förderung des Göttinger Symphonie-Orchesters e. V.

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	6 887 900	6 809 800	6 542 422
Einnahmen	1 451 000	1 451 000	1 535 792
Fehlbetrag	5 436 900	5 358 800	5 006 630

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

- eigene Mittel des Zuwendungsempfängers — DM
 - das Land mit 2 213 400 DM
 - den Bund mit — DM
 - sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand 3 223 500 DM
 - Private — DM
- Zusammen 5 436 900 DM

ERLÄUTERUNGEN

685 76

Die Mittel sind veranschlagt zur Zahlung der Finanzhilfen für Übungsleiterhonorare und für die Förderung der nieders. Musikschulen.

Für die Finanzhilfe werden folgende Beträge festgesetzt:

1. Ensembles der Laienmusik	300 000 DM
2. Musikschulen	
a) Ensemble- und Ergänzungsfächer	1 170 000 DM
b) studienvorbereitende Ausbildung	390 000 DM
c) Elementar- und Primarstufe	1 040 000 DM
Zusammen	2 900 000 DM

883 66

VE für den Landesanteil an den Baukosten einer geplanten Landesmusikakademie.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	—	—	—
2002	—	—	5 700 000	5 700 000

Zu Titelgruppe 67

Es ist beabsichtigt, aus den Ansätzen der Titelgruppe folgende Vorhaben zu fördern:

1. Zur Förderung der Stipendiaten in den Künstlerstätten	400 000 DM
2. Unterhaltung der Künstlerstätten	80 000 DM
3. Förderung der Kestner-Gesellschaft	1 500 000 DM
4. Förderung kultureller Veranstaltungen (Ausstellungen, Symposien, Kunstvereine u. a.)	641 200 DM
5. Förderung der Dachverbände	100 000 DM
6. Ausgaben für die Kunstkommission, die dem MWK Vorschläge für den Ankauf von Kunstwerken sowie auf dem Gebiet der Förderung von Künstlern unterbreitet	7 000 DM
7. Erwerb von Kunstwerken und Atelierförderung	100 000 DM
Zusammen	2 828 200 DM

547 67

Hieraus sind die Reisekosten sowie der Geschäftsbedarf für die Mitglieder der Kunstkommission zu bestreiten, außerdem die laufenden Nebenkosten aus dem Belegungsrecht bei der Künstleratelierstätte Cité Internationale des Arts in Paris sowie Sachaufwand, z. B. für Bilderrahmen.

685 67

Zuwendungen an die Kunstvereine im Lande, den Bund bildender Künstler, das Atelierhaus Worpswede, die Kunststätte Bleckede, die Stiftung Barkenhoff sowie zur Förderung sonstiger Einrichtungen und Vorhaben, vorrangig im Rahmen des Förderschwerpunkts „aktuelle zeitgenössische Kunst“.

Im übrigen vgl. Erläuterung zu Titelgruppen 66/75/76, 67 und 68 allgemein.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Kestner-Gesellschaft e. V.

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	3 600 000	6 100 000	3 869 617
Einnahmen	2 100 000	2 600 000	2 365 000
Fehlbetrag	1 500 000	3 500 000	1 504 617

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	1 500 000 DM
c) den Bund mit	— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	— DM
e) Private	— DM

Zusammen 1 500 000 DM

Die Förderung der Kestner-Gesellschaft e. V. erfolgt ab 1999 auf vertraglicher Grundlage.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	1 500 000	—	—	1 500 000
2002	1 500 000	—	—	1 500 000
2003	1 500 000	—	—	1 500 000

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0675 Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 685 67-2		<i>Erläuterung zu den Titelgruppen 66-68 und 80 allgemein verbindlich.</i>					
813 67-0	189	Erwerb von Kunstwerken	—	500.000	500.000	—	—
893 67-4	189	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 68		Förderung der Literatur ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(—)	(755.400)	(755.400)	(—)	(750)
429 68-4	189	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	1.100	1.100	—	—
547 68-7	189	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.300	2.300	—	35
685 68-0	189	Zuschüsse an Sonstige *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung zu den Titelgruppen 66-68 und 80 allgemein verbindlich.	—	752.000	752.000	—	715
893 68-2	189	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 69/70		Förderung der Heimatpflege * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(4.778.600) (—)	(3.142.800)	(2.877.800)	(+265.000)	(2.860)
685 69-9	189	Zuschüsse für die Ostfriesische Landschaft und das Theaterpädagogische Zentrum Lingen	4.376.000 —	2.450.900	926.700	+1.524.200	914
685 70-2	189	Zuschüsse an Sonstige	402.600 —	691.900	1.951.100	–1.259.200	1.946
883 70-9	189	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
893 70-4	189	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 71		Zur zusätzlichen Förderung der Musik aus Spielbankmitteln * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. *** Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 74 Ausgabe-titelgruppe 64/65.	(—)	(2.000.000)	(2.000.000)	(—)	(1.874)
547 71-7	182	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	14
653 71-1	182	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	700.000	700.000	—	19
685 71-0	182	Zuschüsse an Sonstige	—	1.300.000	1.300.000	—	1.834
883 71-7	182	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
893 71-2	182	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	7
TGr. 77		Zur zusätzlichen Förderung der öffentlichen Bibliotheken aus Spielbankmitteln * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 68

In den Ansätzen dieser Titelgruppe sind auch die Kosten für die Literaturkommission, die den MWK in Literaturangelegenheiten berät, veranschlagt.

429 68 und 547 68

Ausgaben für den Bedarf der Mitglieder der Literaturkommission.

685 68

Veranschlagt sind in erster Linie die Personal- und Sachkosten der Geschäftsstellen der Literaturverbände und -organisationen (Literaturrat Niedersachsen, Fördererkreis, Friedrich-Bödecker-Kreis, Literaturbüros) und die Kosten der Künstlereinzelförderung.

Im übrigen vgl. Erläuterung zu Titelgruppen 66/75/76, 67 und 68 allgemein.

Zu Titelgruppe 69/70

Zur verstärkten Förderung der Einrichtungen und Vorhaben im Bereich der Heimatpflege.

685 69

- Die bis 1998 in der institutionellen Förderung der Ostfriesischen Landschaft enthaltene Förderung der Landschaftsbibliothek in Aurich erfolgt seit 1999 auf vertraglicher Grundlage. Hierfür war im NHP 1998 bei Titel 685 70 eine VE ausgebracht worden.

Ab 1. 1. 2001 soll mit der Ostfriesischen Landschaft ein neuer Vertrag abgeschlossen werden, in dem unter Einbeziehung der bisher schon bestehenden Verträge zur Förderung der Landschaftsbibliothek Aurich und des Kulturbildungszentrums die gesamte der Ostfriesischen Landschaft bisher gewährte institutionelle Förderung abgesichert werden soll. Hierzu dient die jetzt ausgebrachte VE.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	—	—	—
2002	—	—	2 188 000	2 188 000
2003	—	—	2 188 000	2 188 000

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Ostfriesischen Landschaft in Aurich,
Körperschaft des öffentlichen Rechts

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	5 017 800	4 922 500	5 753 076
Einnahmen	1 102 900	1 050 600	1 185 507
Fehlbetrag	3 914 900	3 871 900	4 567 569

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

- I. Institutionelle Förderung
 - a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers — DM
 - b) das Land mit 2 188 000 DM
 - c) Zuwendungen von Sonstigen 1 672 600 DM
 - Zusammen 3 860 600 DM
- II. Projektförderung
 - d) das Land
 - aus Epl. 07 (Kapitel 07 58 Titel 685 62) 54 300 DM
- III. Summen I. und II. 3 914 900 DM

- Die bis 1998 in der institutionellen Förderung der Emsländischen Landschaft enthaltene Förderung des Theaterpädagogischen Zentrums in Lingen erfolgt seit 1999 auf vertraglicher Basis. Hierfür war im NHP 1998 bei Titel 685 70 eine VE ausgebracht worden.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	250 000	—	—	250 000
2002	250 000	—	—	250 000
2003	250 000	—	—	250 000

685 70

- Niedersächsischer Heimatbund e. V. (s. auch Titelgr. 93) 305 100 DM
- Landschaftsverband Südniedersachsen (s. auch Titelgr. 63) 134 200 DM
- Emsländische Landschaft 84 200 DM
- Landschaftsverband Hameln-Pyrmont 84 200 DM
- Regionalverband Harz 84 200 DM

Zusammen 691 900 DM

Die VE ist veranschlagt zum Abschluss eines Zuwendungsvertrages mit dem Landschaftsverband Südniedersachsen (siehe auch Erl. zu 429 63).

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	—	—	—
2002	—	—	134 200	134 200
2003	—	—	134 200	134 200
2004	—	—	134 200	134 200

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0675 Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch TGr. 77		<i>halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind. ***Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 74 Ausgabe- titelgruppe 64/65.</i>					
429 77-3	189	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 77-6	189	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	—
653 77-0	189	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
685 77-0	189	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
883 77-6	189	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
893 77-1	189	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 80		Förderung des Films <i>* Übertragbar.</i>	(—)	(—)	(2.420.000)	(-2.420.000)	(2.320)
429 80-3	189	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 80-6	189	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	290
685 80-0	189	Zuschüsse an Sonstige <i>***Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung zu den Titelgruppen 66-68 und 80 allgemein verbindlich.</i>	—	—	2.420.000	-2.420.000	2.030
893 80-1	189	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 82		Kulturelle Zusammenarbeit mit dem Ausland <i>* Abweichend von § 20 LHO sind nur gegen- seitig deckungsfähig 429 82, 547 82, 653 82 und 685 82. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind.</i>	(—)	(257.000)	(257.000)	(—)	(241)
429 82-0	189	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
529 82-4	189	Repräsentative Ausgaben	—	1.000	1.000	—	1
547 82-2	189	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	6
653 82-7	189	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	7
685 82-6	189	Zuschüsse an Sonstige	—	256.000	256.000	—	227
TGr. 83		Zur zusätzlichen Förderung des Films aus Spielbankmitteln <i>* Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind. ***Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 74 Ausgabe- titelgruppe 64/65.</i>	(—)	(—)	(1.190.000)	(-1.190.000)	(1.158)
547 83-0	189	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	—
685 83-4	189	Zuschüsse an Sonstige	—	—	1.190.000	-1.190.000	1.158
893 83-6	189	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 84		Zur zusätzlichen Förderung der Kulturellen Zusammenarbeit mit dem Ausland aus Spiel- bankmitteln <i>* Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppen 80 und 83

Die Zuständigkeit für die Filmförderung ist ab 1. 1. 2001 auf die Staatskanzlei übergegangen. Die in Titelgruppe 80 hierfür veranschlagten Mittel sind daher in den Einzelplan 02 verlagert worden.

Die bisher in der Titelgruppe 83 veranschlagten Spielbankmittel sind im Rahmen der Zweckbindung umverteilt worden.

Zu Titelgruppe 82

Zuwendungen zur Förderung kultureller Regionalpartnerschaften und auslandsbezogener Kulturveranstaltungen an nds. Kulturträger.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0675 Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch TGr. 84		<i>Isteinnahmen bei 119 61.</i> ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. ***Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 74 Ausgabe- titelgruppe 64/65.					
547 84-9	189	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
653 84-3	189	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
685 84-2	189	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 87		Zur zusätzlichen Förderung der bildenden Kunst aus Spielbankmitteln * Übertragbar. <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.</i> ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. ***Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 74 Ausgabe- titelgruppe 64/65.	(—)	(2.178.800)	(1.678.800)	(+500.000)	(1.167)
523 87-7	189	Erwerb von Kunstwerken	—	100.000	100.000	—	12
547 87-3	189	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	56
653 87-8	189	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
685 87-7	189	Zuschüsse an Sonstige	—	1.903.800	1.403.800	+500.000	1.098
813 87-5	189	Erwerb von Kunstwerken	—	100.000	100.000	—	—
883 87-3	189	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	75.000	75.000	—	—
893 87-9	189	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 91		Zur zusätzlichen Förderung der Literatur aus Spielbankmitteln * Übertragbar. <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.</i> ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. ***Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 74 Ausgabe- titelgruppe 64/65.	(—)	(800.000)	(800.000)	(—)	(611)
429 91-9	189	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 91-1	189	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	6
653 91-6	189	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	35
685 91-5	189	Zuschüsse an Sonstige	—	800.000	800.000	—	570
TGr. 93		Zur zusätzlichen Förderung der Heimatpflege aus Spielbankmitteln * Übertragbar. <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.</i> ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(—)	(770.800)	(770.800)	(—)	(815)

 ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 91

Das Land Niedersachsen vergibt zz. in einem Zweijahresrhythmus jeweils im Wechsel einen Verlags- und einen Buchhandelspreis.

Der Verlagspreis, der mit 25 000 DM dotiert ist, wird an niedersächsische belletristische Verlage, der Buchhandelspreis, dotiert mit 10 000 DM, an niedersächsische belletristische Buchhandlungen vergeben.

Zu Titelgruppe 93

Die Mittel sind vorgesehen für:

1. Oldenburgische Landschaft	92 600 DM
2. Landschaftsverband Stade e. V.	92 600 DM
3. Nd. Heimatbund (s. auch Titelgr. 69/70)	34 900 DM
4. Landschaftsverband Osnabrück e. V.	84 200 DM
5. Regionale Kulturförderung im ehemaligen Fürstentum Lüneburg e. V.	84 200 DM
6. Landschaftsverband Hildesheim	84 200 DM
7. Braunschweigische Landschaft	84 200 DM
8. Landschaftsverband Weser-Hunte	84 200 DM
9. Landschaftsverband Schaumburg	84 200 DM
10. Sonstige Zuwendungen auf dem Gebiet der Heimatpflege	45 500 DM
Zusammen	770 800 DM

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0675 Förderung der Kunst, Kultur- und Heimatpflege allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch TGr. 93		<i>***Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 74 Ausgabe- titelgruppe 64/65.</i>					
653 93-2	189	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
685 93-1	189	Zuschüsse an Sonstige	—	720.800	720.800	—	815
883 93-8	189	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	50.000	50.000	—	—
893 93-3	189	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 95		Förderung der Kunstschulen	(—)	(464.000)	(654.000)	(–190.000)	(656)
547 95-4	182	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	—
685 95-8	182	Zuschüsse an Sonstige	—	464.000	654.000	–190.000	656
893 95-0	182	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 96		Zur zusätzlichen Förderung der Kunstschulen aus Spielbankmitteln * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind. ***Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 06 74 Ausgabe- titelgruppe 64/65.	(—)	(390.000)	(200.000)	(+190.000)	(198)
547 96-2	182	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	—
685 96-6	182	Zuschüsse an Sonstige	—	390.000	200.000	+190.000	198
893 96-8	182	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 06 75					
		1 Eigene Einnahmen		271.000	270.000	+1.000	
		Summe der Einnahmen		271.000	270.000	+1.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	900.000	1.100	1.100	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	316.000	316.000	—	
		6 Übertragungsausgaben	9.218.600	31.009.200	34.633.000	–3.623.800	
		7 Bauausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	5.700.000	3.765.000	3.765.000	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	15.818.600	35.091.300	38.715.100	–3.623.800	
		Zuschuss		34.820.300	38.445.100	–3.624.800	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppen 95 und 96

Zur Förderung von Kunstschulen und des Landesverbandes der Kunstschulen Niedersachsen e. V.

Veranschlagt sind in erster Linie die Personal- und Sachkosten der Geschäftsstelle des Landesverbandes der Kunstschulen Niedersachsen e. V. Daneben werden herausragende Projekte der 41 niedersächsischen Kunstschulen gefördert.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Landesverbandes der Kunstschulen Niedersachsen e. V.

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	875 700	872 600	874 800
Einnahmen	21 700	18 600	20 800
Fehlbetrag	854 000	854 000	854 000

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	854 000 DM
c) den Bund mit	— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	— DM
e) Private	— DM
Zusammen	854 000 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 11-4	184	Verwaltungsgebühren		1.000	1.000	—	0
119 20-4	184	Einnahmen aus der Fort- und Weiterbildung im Bereich der Denkmalpflege * Vgl. K-Vermerk zu 525 02.		—	—	—	0
119 31-0	184	Einnahmen aus Veröffentlichungen * Vgl. K-Vermerk zu 531 01 und 531 03. *** Abweichend von § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich sowie auch für Tauschzwecke abgegeben werden.		3.000	3.000	—	8
119 41-7	184	Rückzahlung von Überzahlungen		40.000	40.000	—	—
119 51-4	184	Vermischte Einnahmen *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Bücher ohne Erstat- tung des vollen Wertes auch für Tausch- zwecke abgegeben werden.		20.000	20.000	—	21
119 61-1	184	Vermischte Einnahmen im Bereich der Spielbankmittel * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 61.		—	—	—	7
119 71-9	184	Rückzahlungen von Überzahlungen bei der Förderung der Bau- und Kunstdenkmalpflege * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 71.		—	—	—	324
125 99-9	184	Betriebseinnahmen für die automatisierte Datenverarbeitung * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 99.		—	—	—	—
129 02-1	184	Einnahmen aus der Werbung für Wirtschafts- unternehmen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 65.		—	—	—	—
256 01-5	184	Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit		—	—	—	1.629
		Titelgruppe(n)					
TGr. 72		Zuwendungen Dritter		(—)	(—)	(—)	(502)
253 72-5	184	Zuweisungen von Gemeinden (GV) * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 72.		—	—	—	15
282 72-5	184	Zuschüsse Dritter * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 72.		—	—	—	487
287 72-7	184	Zuschuss der Europäischen Kommission * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 72.		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
412 02-5	184	Entschädigung für die Beauftragten für die Denkmalpflege	—	85.000	85.000	—	69
422 01-2	184	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	12.252.000	2.458.100	+9.793.900	2.948
422 19-5	184	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-4	184	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Frei- stellung bei Personalüberhang	—	148.300	148.300	—	134
425 01-1	184	Vergütungen der Angestellten	—	—	7.997.900	-7.997.900	8.529
425 03-8	184	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 31-3	184	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	30
425 41-0	184	Vergütungen der auszubildenden Kräfte	—	70.700	70.700	—	18
425 51-8	184	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	13.000	13.000	—	6
426 01-8	184	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	373.900	-373.900	451

ERLÄUTERUNGEN

Zu 06 76 allgemein

Bedingt durch die Auflösung des Niedersächsischen Landesverwaltungsamts wurde zum 1. 1. 1998 das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege errichtet.

Zu 119 20

Hier sind die Einnahmen aus Teilnehmergebühren für die Fort- und Weiterbildung externer Mitarbeiter im Bereich Denkmalschutz veranschlagt.

Zu 119 31

Die Veröffentlichungen werden überwiegend unentgeltlich abgegeben.

Zu 287 72

Einnahmen u. a. für das „Raphael-Projekt“.

Zu 412 02

Pauschalierte Aufwandsentschädigung für die Beauftragten für die Denkmalpflege (§ 22 Abs. 3 Nds. Denkmalschutzgesetz).

Zu 422 01, 425 01, 425 03 und 426 01

Für das Kapitel 06 76 wurde ab 1. 1. 2000 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 131,00 Vollzeiteinheiten (VZE).

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens:

	(in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	36,00	36,00	—	39
Angestellte	88,00	88,00	—	86
Lohnempfänger/-innen	7,00	7,00	—	7
Insgesamt	131,00	131,00	—	132

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 12 252 000 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	12 252 000
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	1 348 100
43	Versorgungsbezüge	1 079 600
44	Beihilfen, Unterstützungen	363 900
45	Personalbezogene Sachausgaben	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	358 900
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		15 402 500

Zu 425 41

4 (4) Auszubildende – Technischer Dienst –

Zu 425 51

Für unabweisbar notwendig werdende Mehrarbeit.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
426 51-4	184	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.000	1.000	—	—
427 01-4	184	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	1.757
427 08-1	184	Beschäftigungsentgelte für Praktikanten	—	101.600	95.600	+6.000	125
427 31-6	184	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	4.700	4.700	—	—
427 39-1	184	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	4
453 01-5	184	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	—	—	—	13
511 01-5	184	Geschäftsbedarf	—	15.400	15.400	—	9
512 01-1	184	Bücher und Zeitschriften	—	5.000	5.000	—	7
513 01-8	184	Post- und Fernmeldegebühren	—	99.000	99.000	—	116
515 01-0	184	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	4.500	4.500	—	0
515 02-9	184	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	4.500	4.500	—	5
516 02-5	184	Dienst- und Schutzkleidung für das Fachpersonal	—	2.000	2.000	—	—
517 01-3	184	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	55.500	55.500	—	44
517 19-6	184	Reinigungskosten	—	117.100	117.100	—	115
517 59-5	184	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	110.000	110.000	—	111
518 01-0	184	Mieten und Pachten	—	5.000	5.000	—	5
519 02-4	184	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	4.600	4.600	—	4
519 03-2	184	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1.000	1.000	—	0
522 21-1	184	Foto- und Diapositivmaterial	—	59.000	59.000	—	28
523 01-3	184	Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen	—	42.600	42.600	—	33
525 01-6	184	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	12.500	12.500	—	3
525 02-4	184	Fort- und Weiterbildung im Bereich der Denkmalpflege * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 20.	—	1.000	1.000	—	1
526 01-2	184	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	7
527 01-9	184	Reisekostenvergütungen	—	22.000	22.000	—	15
529 01-1	184	Zur Verfügung der Präsidentin/ des Präsidenten des Nieders. Landesamtes für Denkmalpflege	—	1.000	1.000	—	0
531 01-6	184	Veröffentlichungen * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 31.	—	160.900	160.900	—	163
531 03-2	184	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 31.	—	2.000	2.000	—	1
533 01-9	184	Sachaufwand für die Fortbildung der Beauftragten für die Denkmalpflege	—	1.400	1.400	—	—
535 01-1	184	Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	—	3.500	3.500	—	1
535 02-0	184	Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	—	1.700	1.700	—	—

 ERLÄUTERUNGEN

Zu 427 08

3 Volontäre – wissensch. Dienst

Zu 517 01

Für Bewirtschaftungskosten des Edo-Wiemke-Denkmal in Jever und andere im Eigentum des Landes stehende Denkmale sind 2 400 DM vorgesehen.

Zu 523 01

1. Bibliotheken	11 200 DM
2. Kunstwerke, Sammlungsgegenstände	4 400 DM
3. Sonderausstellungen und Vorträge	3 200 DM
4. Forschungsarbeiten, Hilfsleistungen Außenstehender	23 800 DM
Zusammen	42 600 DM

Zu 525 02

Hier sind die Kosten für die Fort- und Weiterbildung im Bereich Denkmalschutz externer Mitarbeiter (z. B. aus dem kommunalen Bereich) veranschlagt. Das Landesamt für Denkmalpflege hat nach einem Erlass des MWK vom 1. 7. 1983 (Nds. MBl. S. 751) die Aufgabe, die Fort- und Weiterbildung im Bereich Denkmalschutz auch für externe Mitarbeiter durchzuführen.

Vgl. Erläuterungen zu 119 20.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0676 Denkmalpflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
681 01-8	184	Schadensersatzleistungen und Unfallent- schädigungen	—	—	—	—	2
685 01-3	184	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	10.600	10.600	—	9
981 06-2	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	937.900	—	+937.900	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Zur zusätzlichen Förderung der Bau-, Kunst- sowie der archäologischen Denkmalpflege aus Spielbankmitteln * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind.	(—)	(2.929.200)	(2.829.200)	(+100.000)	(2.569)
429 61-0	184	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	590.000	590.000	—	367
459 61-7	184	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
547 61-3	184	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	300.000	300.000	—	853
653 61-8	184	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	230.000	230.000	—	—
685 61-7	184	Zuschüsse an Sonstige	—	330.000	230.000	+100.000	27
811 61-2	184	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 61-9	184	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	—	59.700	59.700	—	71
883 61-3	184	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	860.000	860.000	—	201
893 61-9	184	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	559.500	559.500	—	1.050
TGr. 65		Maßnahmen der archäologischen Denkmalpflege * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 129 02.	(—)	(850.700)	(818.900)	(+31.800)	(668)
429 65-3	184	Nicht aufteilbare Personalausgaben * Übertragbar.	—	402.000	370.200	+31.800	376
459 65-0	184	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben * Übertragbar.	—	—	—	—	—
522 65-3	184	Verbrauchsmittel * Übertragbar.	—	101.400	101.400	—	11
527 65-5	184	Reisekostenvergütungen * Übertragbar.	—	81.200	81.200	—	86
547 65-6	184	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben * Übertragbar.	—	263.700	263.700	—	194
681 65-4	184	Entschädigungen gem. § 29 Nds. Denk- malschutzgesetz * Übertragbar.	—	2.400	2.400	—	—
685 65-0	184	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige	—	—	—	—	—
812 65-1	184	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen * Übertragbar.	—	—	—	—	—
981 65-8	990	Abführung an Kapitel 0303 Titel 381 01 * Übertragbar.	—	—	—	—	—
TGr. 71		Förderung der Bau- und Kunstdenkmalpflege * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen	(3.000.000) (3.000.000)	(8.165.800)	(8.906.800)	(-741.000)	(11.496)

ERLÄUTERUNGEN

Zu 981 06

Leertitel zur Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61

Vgl. allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 06 75.

Für die Durchführung von Ausgrabungen und die Gewährung von Investitionszuschüssen zur Erhaltung von Baudenkmalen.

Zu Titelgruppe 65

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Erhaltung, Erforschung und Dokumentation von Bodendenkmalen.

Dazu gehört u. a. die archäologische Landesaufnahme mit Inventarisierung der Bodendenkmale, Funde und Fundstellen sowie die Sicherung von Funden und Fundstellen.

429 65

Für die Beschäftigung von Saisonarbeitern zur Durchführung von Grabungen.

522 65

Für die Restaurierungswerkstatt für Bodendenkmalpflege.

527 65

Die Landesbediensteten, die mit Ausgrabungsarbeiten und ähnlichen Verrichtungen beschäftigt werden, erhalten (auf Antrag) eine Feldaufwandsvergütung nach Maßgabe des RdErl. d. MWK v. 9. 9. 1991 (Nds. MBl. S. 1183 – GültL 26/369 –) in Höhe von 3,— DM für jeden Tag der Arbeiten im Freien.

Die Feldaufwandsvergütung entfällt, wenn Schutz- oder Berufskleidung gestellt wird oder für deren Beschaffung Zuschüsse gewährt werden.

Zu Titelgruppe 71

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Erhaltung, Erforschung und Dokumentation von Bau- und Kunstdenkmalen.

Belastung 2001

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2000	3 000 000	—	—	3 000 000
2001	—	3 000 000	—	3 000 000
2002	—	—	3 000 000	3 000 000

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch TGr. 71		<i>überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 71.</i>					
522 71-8	184	Verbrauchsmittel * Übertragbar.	3.000.000 3.000.000	27.600	27.600	—	3
527 71-0	184	Reisekostenvergütungen * Übertragbar.	—	53.200	53.200	—	29
547 71-0	184	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben * Übertragbar.	—	26.200	26.200	—	103
685 71-4	184	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	49
812 71-6	184	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
883 71-0	184	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV) * Übertragbar.	—	1.468.800	1.468.800	—	1.952
893 71-6	184	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige * Übertragbar.	—	6.590.000	7.331.000	-741.000	9.359
TGr. 72		Verwendung der Zuwendungen Dritter * Übertragbar. <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur ge- leistet werden bis zur Höhe der Istein- nahmen bei 253 72, 282 72 und 287 72.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(544)
429 72-6	184	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	131
547 72-9	184	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	395
812 72-4	184	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	18
TGr. 74		Verzeichnis der Kulturdenkmale	(—)	(270.900)	(270.900)	(—)	(256)
527 74-4	184	Reisekostenvergütungen	—	79.800	114.800	-35.000	41
547 74-5	184	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	156.100	126.100	+30.000	179
811 74-4	184	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	35.000	30.000	+5.000	36
812 74-0	184	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	—	—	—	—	—
TGr. 99		Betriebsausgaben für die automatisierte Datenverarbeitung * Übertragbar. <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 50,0 v.H. der Isteinnahmen bei 125 99.</i>	(—)	(245.300)	(245.300)	(—)	(201)
513 99-9	184	Fernmeldegebühren	—	500	500	—	—
538 99-1	184	Dienstleistungen Außenstehender	—	158.500	158.500	—	8
547 99-0	184	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	86.300	86.300	—	152
812 99-6	184	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	41

ERLÄUTERUNGEN

522 71

Für die Restaurierungswerkstatt für Bau- und Kunstdenkmalpflege.

527 71

Vgl. Erläuterung zu 527 65.

Zu Titelgruppe 74

Veranschlagt sind die Sachausgaben für die Erstellung und Fortführung des Verzeichnisses der Kulturdenkmale gem. § 4 Nds. Denkmalschutzgesetz.

527 74

Vgl. Erläuterungen zu 527 65.

547 74

Veranschlagt sind u. a. Ausgaben für Geschäftsbedarf, Post- und Fernmeldegebühren sowie Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben.

Zu Titelgruppe 99

538 99

Kosten für das IZN und andere.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 06 76					
		1 Eigene Einnahmen		64.000	64.000	—	
		2 Übertragungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		64.000	64.000	—	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	13.668.300	12.208.400	+1.459.900	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	3.000.000	2.065.700	2.070.700	–5.000	
			3.000.000				
		6 Übertragungsausgaben	—	573.000	473.000	+100.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	9.573.000	10.309.000	–736.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	937.900	—	+937.900	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	3.000.000	26.817.900	25.061.100	+1.756.800	
			3.000.000				
		Zuschuss		26.753.900	24.997.100	+1.756.800	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		1.079.600	936.000		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		27.897.500	25.997.100		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		27.833.500	25.933.100		

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 51-8	184	Vermischte Einnahmen		2.000	2.000	—	6
124 01-5	184	Mieten und Pachten		22.500	22.500	—	26
253 01-0	184	Zuweisungen zur Unterhaltung der Gärten		310.700	310.700	—	241
		A U S G A B E N					
425 01-5	184	Vergütungen der Angestellten	—	1.031.600	176.100	+855.500	187
425 51-1	184	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	1.000	—	0
426 01-1	184	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	769.100	-769.100	740
426 03-8	184	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	2.200	-2.200	—
426 51-8	184	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	20.000	20.000	—	13
512 01-5	184	Bücher und Zeitschriften	—	1.800	1.800	—	0
513 01-1	184	Post- und Fernmeldegebühren	—	1.500	1.500	—	4
517 01-7	184	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	15.000	15.000	—	15
526 01-6	184	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1.000	1.000	—	—
546 59-9	184	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	10.700	10.700	—	13
981 06-6	990	Abführung an 13 21 - 381 06	—	185.400	—	+185.400	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		Unterhaltung der Gartenanlagen	(—)	(84.100)	(84.100)	(—)	(156)
517 62-9	184	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	20.000	20.000	—	22
518 62-5	184	Mieten und Pachten	—	12.000	12.000	—	3
522 62-2	184	Verbrauchsmittel	—	31.200	31.200	—	28
535 62-7	184	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	—	18.300	18.300	—	16
547 62-5	184	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	2.600	2.600	—	8
811 62-4	184	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 62-0	184	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	80
		Abschluss Kapitel 06 77					
		1 Eigene Einnahmen		24.500	24.500	—	
		2 Übertragungseinnahmen		310.700	310.700	—	
		Summe der Einnahmen		335.200	335.200	—	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	1.052.600	968.400	+84.200	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	114.100	114.100	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	185.400	—	+185.400	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.352.100	1.082.500	+269.600	
		Zuschuss		1.016.900	747.300	+269.600	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 06 77 allgemein

Veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben

- des Schlossgartens in Oldenburg (einschl. Everstenholz) und
- des Schlossgartens in Jever.

Zu 253 01

1. Zuschuss der Stadt Oldenburg	310 000 DM
2. Zuschuss der Stadt Jever	700 DM
Zusammen	310 700 DM

Zu 1.: Die Stadt Oldenburg zahlt aufgrund einer vertraglichen Abmachung vom 8. 9. 1952 einen Zuschuss von 33 $\frac{1}{3}$ % zu bestimmten Ausgaben für den Schlossgarten Oldenburg.

Der Zuschuss berechnet sich wie folgt:

425 01:

Bezüge für 1 Schlossgartenverwalter, 1 Angestellten und Löhne für die 9 im Schlossgarten voll beschäftigten sowie 1 stundenweise beschäftigten Arbeiter/-innen	725 500 DM
Anteilige sächliche Verwaltungsausgaben	28 000 DM
Titelgruppe 62:	
Unterhaltung der Gartenanlagen	101 000 DM
Bauunterhaltung (20 11 – 519 01)	100 000 DM
Zusammen	954 500 DM

abzüglich 119 51 und 124 01	
– Betriebseinnahmen aus dem Schlossgarten –	24 500 DM
bleiben	930 000 DM
davon 33 $\frac{1}{3}$ %	310 000 DM

Zu 2.: Die Stadt Jever zahlt einen jährlich gleichbleibenden Zuschuss von 700 DM.

Zu 425 01, 426 01 und 426 03

Für das Kapitel 06 77 wurde ab 1. 1. 2000 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 15 Vollzeiteinheiten (VZE).

Nachrichtliche Aufteilung des Beschäftigungsvolumens:

	(in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	—	—	—	—
Angestellte	2,00	2,00	—	2
Lohnempfänger/-innen	13,00	13,00	—	13
Insgesamt	15,00	15,00	—	15

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 1 031 600 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	1 031 600
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	21 000
43	Versorgungsbezüge	—
44	Beihilfen, Unterstützungen	28 200
45	Personalbezogene Sachausgaben	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	27 900
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		1 108 700

Zu 526 01

Für den Arbeitsmedizinischen Arbeitsschutz

Zu 546 59

Mitgliedsbeiträge für

1. Verein Dt. Rosenfreunde
2. Dt. Rhododendron-Gesellschaft

Zu 981 06

Zur Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 62**518 62**

Für die Anmietung eines Hubsteigers.

522 62

1. Kleingeräte	10 000 DM
2. Pflanz- und Saatgut; Dünge- und Unkrautbekämpfungsmittel	21 200 DM
Zusammen	31 200 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
271 01-5	189	Erstattungen von Verwaltungsausgaben ***Vgl. k-Vermerk zu Hauptgruppe 4.		7.205.400	7.205.400	—	8.107
		A U S G A B E N					
422 01-3	189	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten ***Die Ausgaben der Hauptgruppe 4 erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 271 01. Ausgaben der Hauptgruppe 4 dürfen ausnahmsweise geleistet werden, wenn die Erstattung bei Titel 271 01 sichergestellt und vor Schluß des Haushaltsjahres nicht mehr möglich ist. Abweichend vom Haushaltsges. fallen die Titel 422 01, 422 02, 422 05, 422 41, 422 42, 425 01, 425 02, 425 03, 425 51, 426 01, 426 02, 426 03, 441 02, 441 03, 441 04 und 441 05 nicht unter die gegenseitige Deckungsfähigkeit der persönlichen Verwaltungsausgaben.	—	1.712.300	1.712.300	—	1.710
422 19-6	189	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-5	189	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
422 41-2	189	Anwärterbezüge	—	71.900	71.900	—	—
425 01-2	189	Vergütungen der Angestellten	—	5.077.600	5.077.600	—	4.902
425 03-9	189	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 51-9	189	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	25
426 01-9	189	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	150.600	150.600	—	161
426 03-5	189	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	38.500	38.500	—	36
427 01-5	189	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	51.700	51.700	—	426
427 07-4	189	Beschäftigungsentgelte für Praktikanten	—	30.000	30.000	—	—
441 02-6	189	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Beamtinnen und Beamte	—	56.200	56.200	—	—
441 03-4	189	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Angestellte	—	10.600	10.600	—	—
441 04-2	189	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
441 05-0	189	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Sonstige	—	—	—	—	—
453 01-6	189	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	6.000	6.000	—	2
453 11-3	189	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 06 79 allgemein

In diesem Kapitel sind die Personalausgaben der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Klosterkammer Hannover veranschlagt. Die Personalaufwendungen trägt der Allgemeine Hannoversche Klosterfonds.

Die Klosterforsten werden gemäß einem Abkommen vom 31. 1. 1885 zwischen den damaligen preußischen Ministerien von Beamten der Landesforstverwaltung verwaltet und geschützt. Diese Aufgabe wird unter Leitung eines Forstbeamten (Bes.-Gr. A 15) des Klosterkammerforstbetriebes, bestehend aus zwei Klosterforstämtern, wahrgenommen.

Bes.-Gr.	Stellen
A 15	2
A 13 g. D.	2
A 12	2
A 11	14
A 10	2

Zusammen	22

Für die im Klosterkammerforstbetrieb beschäftigten Beamten werden der Landesforstverwaltung die entsprechenden Aufwendungen bei Kap. 10 04 des Landeshaushaltsplanes erstattet.

Zu 271 01

Der Allgemeine Hannoversche Klosterfonds erstattet dem Land die Aufwendungen für die Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne der Bediensteten der Klosterkammer Hannover.

Zu 422 01

1. Dienstbezüge und Zulagen, jährliche Sonderzuwendungen usw.	1 710 500 DM
2. Aufwandsentschädigungen	1 800 DM
Zusammen	1 712 300 DM

Zu 2:

Dienstaufwandsentschädigung des Präsidenten der Klosterkammer Hannover.

Zu 422 41

Anwärterbezüge, Sonderzuwendungen	71 900 DM

Zu 425 01

Vergütungen und Zulagen, jährliche Zuwendungen, Sozialversicherung (Arbeitgeberanteil) usw.	5 077 600 DM

Zu 426 01

Löhne und Zulagen, jährliche Zuwendungen, Sozialversicherung (Arbeitgeberanteil) usw.	150 600 DM

Zu 426 03

Löhne für 5 stundenweise beschäftigte Kräfte im Hausarbeitsdienst.

Zu 427 01

Globalmittel zur Deckung eines unabweisbaren Bedarfs (Vertretungsfälle, Sonderaufgaben).

Zu 427 07

Beschäftigungsentgelte für 2 Praktikanten (Volontäre) in der Restaurierungswerkstatt der Klosterkammer Hannover.

Zu 441 02 und 441 03

Zur Bewilligung von Beihilfen an Landesbedienstete. Es gelten die Beihilfenvorschriften in Verbindung mit den jeweils gültigen Tarifverträgen.

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für Landesbedienstete	4 000 DM
2. Umzugskostenvergütungen für Landesbedienstete	2 000 DM
Zusammen	6 000 DM

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 0679 Klosterkammer Hannover

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 06 79					
		2 Übertragungseinnahmen		7.205.400	7.205.400	—	
		Summe der Einnahmen		7.205.400	7.205.400	—	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	7.205.400	7.205.400	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	7.205.400	7.205.400	—	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		577.900	640.700		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		7.783.300	7.846.100		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		577.900	640.700		

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 41-8	153	Rückzahlung von Überzahlungen		300.000	300.000	—	12
119 51-5	153	Vermischte Einnahmen		7.000	7.000	—	1
		A U S G A B E N					
526 01-3	153	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
684 01-8	158	Zuschuß zur Förderung der evangelischen Akademie Loccum	—	162.000	162.000	—	130
684 06-9	153	Zuschüsse zu Sondereinrichtungen	—	203.400	178.400	+25.000	202
		Titelgruppe(n)					
TGr. 80		Förderung nach Neustrukturierung der Erwachsenenbildung	(—)	(98.818.600)	(97.827.200)	(+991.400)	(—)
412 80-8	152	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	—	—	—	—
429 80-8	152	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 80-0	152	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
653 80-5	152	Förderung von Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft	—	34.471.600	—	+34.471.600	—
672 80-0	152	Erstattungen an Sonstige in Inland	—	1.702.000	—	+1.702.000	—
684 80-8	152	Förderung von Einrichtungen in nicht kommunaler Trägerschaft	—	62.645.000	97.827.200	-35.182.200	—
685 80-4	152	Förderung von Modellvorhaben	—	—	—	—	—
893 80-6	152	Förderung von investiven Maßnahmen	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 06 80					
		1 Eigene Einnahmen		307.000	307.000	—	
		Summe der Einnahmen		307.000	307.000	—	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	
		6 Übertragungsausgaben	—	99.184.000	98.167.600	+1.016.400	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	99.184.000	98.167.600	+1.016.400	
		Zuschuss		98.877.000	97.860.600	+1.016.400	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 06 80 allgemein

Nach den Übergangsvorschriften des § 13 des Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetzes (NEBG) vom 17. 12. 1999 bestimmt sich die Förderung der bestehenden finanzhilfeberechtigten Einrichtungen und Verbände im Haushaltsjahr 2001 nach den §§ 5, 6, 8, 9, 12 bis 14 und 19 des Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung (EBG) vom 12. 12. 1996.

Die Finanzierung der Heimvolkshochschulen richtet sich jedoch nach § 13 Abs. 4 NEBG, die der Landeseinrichtungen nach § 5 Abs. 2 NEBG.

Zu 684 01

Freiwilliger Beitrag des Landes zu den Kosten der Tagungen der Evangelischen Akademie Loccum.

Zu 684 06

Mittel für Kulturinstitute befreundeter Nationen.

Gefördert werden hieraus das Institut Français, das Chinesische Zentrum, das Dänische Kulturinstitut, das Istituto Italiano und der deutsch-französische Kulturrat.

Zu Titelgruppe 80

Die Gewährung der Personalkostenzuschüsse (siehe Titel 653 80 und 684 80) richtet sich nach der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung (DVO-EBG) (Inkrafttreten am 1. 1. 1997).

Die Höhe der Personalkostenzuschüsse für Einrichtungen auf kommunaler Ebene in kommunaler und sonstiger Trägerschaft sowie für Landesverbände orientiert sich an der Zahl der nach den Stellenschlüsseln zu fördernden Stellen. Die Personalkostenzuschüsse für das pädagogische Personal werden in voller Höhe, für das Verwaltungs- und Wirtschaftspersonal in Höhe eines Pauschalbetrages gewährt.

- a) Zahl der Angestellten für Einrichtungen auf kommunaler Ebene in kommunaler Trägerschaft:

Pädagogisches Personal	173
Verwaltungspersonal	154
Zusammen	327

- b) Zahl der Angestellten für Einrichtungen auf kommunaler Ebene in sonstiger Trägerschaft:

Pädagogisches Personal	62,5
Verwaltungspersonal	56
Zusammen	118,5

- c) Zahl der Angestellten für Landesverbände:

Pädagogisches Personal	10,5
Verwaltungspersonal	9,5
Zusammen	20

Zu 653 80

Der Betrag verteilt sich wie folgt, wobei die Regelungen des Haushaltsbegleitgesetzes zur Änderung des NEBG bereits berücksichtigt sind:

Personalkostenzuschüsse an Einrichtungen auf kommunaler Ebene in kommunaler Trägerschaft	27 543 500 DM
Allgemeine Finanzhilfe für Einrichtungen auf kommunaler Ebene in kommunaler Trägerschaft	6 928 100 DM ¹⁾
Zusammen	34 471 600 DM

Zu 672 80

Erstattet werden die Kosten für die Verwaltungsstelle des Niedersächsischen Bundes für Freie Erwachsenenbildung e. V. und die Kosten für die Geschäftsführung der Verwaltungsstelle. Der mit dem Niedersächsischen Bund für freie Erwachsenenbildung e. V. abgeschlossene Vertrag ist zum 31. 12. 2000 gekündigt. Für die Zeit ab 1. 1. 2001 ist ein neuer Vertrag abzuschließen.

Zu 684 80

Mit den finanzhilfeberechtigten Landeseinrichtungen sind Vereinbarungen gem. § 5 Abs. 2 NEBG geschlossen worden. Die Regelungen des Haushaltsbegleitgesetzes zur Änderung des NEBG sind bereits berücksichtigt.

Es ergibt sich daher folgende Aufteilung:

Finanzhilfen für Mitarbeiterfortbildung (für Einrichtungen auf kommunaler Ebene)	500 000 DM
Finanzhilfe an Landeseinrichtungen	32 922 700 DM
Finanzhilfe an Heimvolkshochschulen	15 378 200 DM
Personalkostenzuschüsse an Landesorganisationen (Landesverbände)	1 925 500 DM
Personalkostenzuschüsse an Einrichtungen auf kommunaler Ebene in sonstiger Trägerschaft	9 245 200 DM
Allgemeine Finanzhilfe für Einrichtungen auf kommunaler Ebene in sonstiger Trägerschaft	2 673 400 DM ¹⁾

Zusammen 62 645 000 DM

- ¹⁾ Für die Allgemeine Finanzhilfe für Einrichtungen auf kommunaler Ebene stehen zusammen mit den Mitteln bei Titel 653 80 9 601 500 DM gem. § 6 Abs. 5 EBG bereit.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 41-2	131	Rückzahlung von Überzahlungen		21.850.000	—	+21.850.000	—
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 94		Institut für Toxikologie und Aerosol- forschung * Übertragbar.	(—)	(—)	(—)	(—)	(1.850)
892 94-4	169	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
893 94-0	169	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	1.850
		Abschluss Kapitel 06 96					
		1 Eigene Einnahmen		21.850.000	—	+21.850.000	
		Summe der Einnahmen		21.850.000	—	+21.850.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	—	—	
		Überschuss		21.850.000	—	+21.850.000	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 119 41

Rückzahlung von Strukturhilfemitteln:

1. Nds. Institut für Peptid-Forschung GmbH (IPF)	20 000 000 DM
2. Clausthaler Umwelttechnik-Institut GmbH	1 850 000 DM
Zusammen	<u>21 850 000 DM</u>

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 06					
		1 Eigene Einnahmen		70.191.600	130.725.300	–60.533.700	
		2 Übertragungseinnahmen		225.515.400	412.525.000	–187.009.600	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		208.377.800	205.796.100	+2.581.700	
		Summe der Einnahmen		504.084.800	749.046.400	–244.961.600	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	32.600.000 33.020.000	178.577.000	1.372.299.300	–1.193.722.300	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	3.000.000 3.020.000	78.763.200	327.153.600	–248.390.400	
		6 Übertragungsausgaben	133.603.800 3.830.000	3.781.379.900	1.911.484.800	+1.869.895.100	
		7 Bauausgaben	— 17.964.900	300.000	91.092.000	–90.792.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	428.452.000 130.900.000	354.214.900	330.594.200	+23.620.700	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	8.408.100	–9.248.900	+17.657.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	597.655.800 188.734.900	4.401.643.100	4.023.375.000	+378.268.100	
		Zuschuss		3.897.558.300	3.274.328.600	+623.229.700	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		11.032.800	145.398.900		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		4.412.675.900	4.168.773.900		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		3.908.591.100	3.419.727.500		
		Summe für inzwischen weggefallene Kapitel					
		Einnahmen			1.469.000		
		Ausgaben	75.000		98.329.700		

Einzelplan 06

Ministerium für Wissenschaft und Kultur

**Stellenpläne,
Stellenübersichten und Bedarfsnachweise**

für das

Haushaltsjahr 2001

Allgemeine Haushaltsvermerke:

A. Zu den Kapiteln 06 08, 06 10 bis 06 30

1. Die Stellen für Akademische Räte/Rätinnen/Akademische Oberräte/-rätinnen/Akademische Direktor(en)/-innen können im Bedarfsfalle mit Zustimmung des MWK auch mit Studienrät(en)/-rätinnen/Oberstudienrät(en)/-rätinnen/Studiendirektor(en)/-innen besetzt werden. Das gleiche gilt im umgekehrten Falle.

2. Bis zu folgender Anzahl können Inhaber/-innen einer Stelle der Bes.-Gr. C 4 einen Sonderzuschuss nach Nr. 2 Abs. 2 der Vorbemerkungen zur Bundesbesoldungsordnung C (Sonderzuschussplanstellen) erhalten:

06 08 =	0 Stelleninhaber/-innen
06 10 =	43 Stelleninhaber/-innen
06 12 =	12 Stelleninhaber/-innen
06 13 =	23 Stelleninhaber/-innen
06 14 =	21 Stelleninhaber/-innen
06 15 =	30 Stelleninhaber/-innen
06 16 =	11 Stelleninhaber/-innen
06 17 =	41 Stelleninhaber/-innen
06 18 =	4 Stelleninhaber/-innen
06 19 =	12 Stelleninhaber/-innen
06 21 =	5 Stelleninhaber/-innen
06 22 =	5 Stelleninhaber/-innen
06 23 =	7 Stelleninhaber/-innen
06 29 =	7 Stelleninhaber/-innen
06 30 =	6 Stelleninhaber/-innen

Die Zahl der Stelleninhaber/-innen, die diesen Sonderzuschuss erhalten, kann bei den einzelnen Kapiteln in dem Umfang überschritten werden, in dem die bei den anderen Kapiteln ausgewiesene Zahl der Sonderzuschussplanstellen nicht ausgeschöpft ist. Die bei den Kapiteln insgesamt festgelegte Zahl der Sonderzuschussplanstellen darf jedoch nicht überschritten werden.

3. In den Kap. 06 10–06 30 dürfen die Planstellen der Bes.-Gr. C 2 für Universitätsprofessor(en)/-innen im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit und im Beamtenverhältnis auf Zeit in Planstellen – Bes.-Gr. C 2 – für Hochschuldozent(en)/-innen oder Oberassistent(en)/-innen/Oberingenieur(e)/-innen umgewandelt werden.

4. Die am 1. 1. 2001 mit Angestellten im wissenschaftlichen Dienst – Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses – besetzten Stellen für wissenschaftliche Assistent(en)/-innen – Bes.-Gr. C 1 – dürfen für die Stelleninhaber/-innen bis zu ihrem Ausscheiden in Anspruch genommen werden.

Bis zu 30 v. H. der Stellen dürfen nach Maßgabe des Haushaltsvermerks Nr. 9 verwendet werden für wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen, die zugleich zum Zwecke ihrer wissenschaftlichen oder ihrer fachärztlichen Weiterbildung beschäftigt sind (§§ 65 Abs. 3 Satz 3, 66 und 68 NHG).

5. Die am 1.1.2001 mit Hochschulassistent(en)/innen besetzten Stellen für wissenschaftliche oder künstlerische Assistent(en)/-innen – Bes.-Gr. C 1 – dürfen für die Stelleninhaber/-innen bis zu ihrem Ausscheiden in Anspruch genommen werden.

6. In den Kap. 06 10–06 21, 06 29 und 06 30 dürfen die Stellen für wissenschaftliche und künstlerische Assistent(en)/-innen – Bes.-Gr. C 1 – gegen Ausgleich eines Mehrbedarfs in Höhe von 50 v. H. des Differenzbetrages zwischen den Besoldungsgruppen C 1 und C 2 nach den jeweils gültigen Tabellendurchschnittssätzen in Stellen der Bes.-Gr. C 2 umgewandelt und nach Maßgabe des § 59 NHG mit Oberassistent(en)/-innen/Oberingenieur(en)/-innen besetzt werden.

Die nach diesem Haushaltsvermerk umgewandelten Planstellen der Bes.-Gr. C 2 erhalten folgenden Vermerk:

ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche(r) oder künstlerische(r) Assistent/-in bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.

7. Die Sekretärin des/der Präsident(en)/-in/Rektor(s)/-in (ohne 06 19) ist für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Das gleiche gilt für die Sekretärin des Kanzlers bei den Kapiteln 06 10, 06 15, 06 17 und 06 19.

Die für die Dauer ihrer Tätigkeit eingruppierten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

8. Stellen der Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst – dürfen in folgender Zahl nur mit Lehrer(n)/-innen besetzt werden, die nach Maßgabe der Runderlasse des MWK vom 2. 6. 1980 – Z 43 – 03 220/37.2 (1) – (Nds. MBl. S. 859), geändert durch RdErl.

vom 26. 8. 1982 – Z 43 – 03 220/37.2 (8) – (Nds. MBl. S. 1407) und vom 22. 12. 1982 – 2011 – B II 17 – 7/78 – im Rahmen einer Beurlaubung aus dem Schuldienst als wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen in der Lehrerausbildung beschäftigt werden:

06 10 =	12 Stellen	06 17 =	2 Stellen
06 13 =	4 Stellen	06 29 =	6 Stellen
06 14 =	2 Stellen	06 30 =	2 Stellen
06 15 =	2 Stellen		

Sofern diese Stellen nicht mit Lehrer(n)/-innen besetzt werden können, findet für sie der Haushaltsvermerk Nr. 9 Anwendung.

9. In folgender Zahl dürfen Stellen der Verg.-Gr. II a – Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses – mit wissenschaftlichen Mitarbeiter(n)/-innen in einem befristeten Arbeitsverhältnis nach dem BAT, das nach seiner Zweckbestimmung zugleich die wissenschaftliche Weiterqualifikation ermöglichen soll, mit einer vollen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit (volle Beschäftigung – § 15 BAT) besetzt werden:

06 10 =	116 Stellen	06 19 =	9 Stellen
06 13 =	49 Stellen	06 21 =	7 Stellen
06 14 =	42 Stellen	06 22 =	1 Stelle
06 15 =	264 Stellen	06 23 =	5 Stellen
06 16 =	83 Stellen	06 29 =	8 Stellen
06 17 =	272 Stellen	06 30 =	19 Stellen
06 18 =	1 Stelle		

Die anderen freien und frei werdenden Stellen dürfen grundsätzlich nur mit wissenschaftlichen Mitarbeiter(n)/-innen in einem befristeten Arbeitsverhältnis, das nach seiner Zweckbestimmung zugleich die wissenschaftliche Weiterqualifikation ermöglichen soll, mit einer regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit bis zu 30 Stunden besetzt werden.

In Ausnahmefällen ist

- a) die Besetzung einer Stelle mit 2 wissenschaftlichen Mitarbeiter(n)/-innen in einem befristeten Arbeitsverhältnis, das nach seiner Zweckbestimmung zugleich die wissenschaftliche Weiterqualifikation ermöglichen soll, mit einer regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von jeweils der Hälfte einer vollen Beschäftigung und
- b) unter den Voraussetzungen des Abschnitts I Nr. 1.2 des RdErl. d. MWK v. 21. 8. 1991 (Nds. MBl. S. 1181 – Gültl. 26/368 –) eine volle Beschäftigung zulässig.

In den Ausnahmefällen ist der erforderliche Mehrbedarf für die Dauer der Stellenbesetzung durch das Hinausschieben der Besetzung derselben oder einer anderen freien oder anderen frei werdenden Stelle für wissenschaftliches Personal zu erwirtschaften.

10. In den in der Anlage 3 zum Fachkapitel ausgewiesenen Stellen für Angestellte sind bei den Stellen der Verg.-Gr. VIII/VII – Schreib- und Fernschreibdienst – die Schreibkräfte der Verg.-Gr. VIII (Fallgr. 4) und VII (Fallgr. 4) der

Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) und bei den Stellen der Verg.-Gr. IX b bis VII – Schreib- und Fernschreibdienst – die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgr. 1–3) und VII (Fallgr. 1–3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

11. Lektor(en)/-innen, die gemäß Runderlass des MWK vom 02. 11. 1998 – 21.3 – 71058/1 (1) – (Nds. MBl. S. 1413) in einem außertariflichen Angestelltenverhältnis beschäftigt werden, erhalten eine Vergütung entsprechend der Verg.-Gr. II a BAT.

12. Nach Maßgabe des Artikels II des Fünftens Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes können die von dem dort genannten Personenkreis besetzten Planstellen und Stellen in Planstellen der Bes.-Gr. C 2 – Hochschuldozentinnen/Hochschuldozenten auf Lebenszeit – umgewandelt werden.

Die neuen Planstellen erhalten nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs den Vermerk „ku nach Bes.-Gr. C 2 – Hochschuldozentin/Hochschuldozent auf Zeit oder Oberassistentin/Oberassistent bzw. Oberingenieurin/Oberingenieur – oder Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche(r)/Künstlerische(r) Assistentin/Assistent – oder Verg.-Gr. II a BAT – Wissenschaftlicher Dienst (FwN) – bei Ausscheiden der Stelleninhaber(in) oder des Stelleninhabers.“

13. Freiwerdende Planstellen für Akademische Räte/Rätinnen im Beamtenverhältnis auf Zeit dürfen mit wissenschaftlichen und künstlerischen Assistentinnen/Assistenten – Bes.-Gr. C 1 – oder mit wissenschaftlichen oder künstlerischen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern der Verg.-Gr. II a BAT – FwN – besetzt werden. Der Mehrbedarf ist im Einzelfall durch personalwirtschaftliche Maßnahmen auszugleichen.

B. Zu den Kapiteln 06 08, 06 10 bis 06 39

1. Zum Abbau des Numerus clausus, zur Förderung der Hochschulstruktur und der Qualität des Studiums dürfen in Kapitel 06 08 bei den Titeln 425 76, 426 76 und 427 76 für 50 Beschäftigungsmöglichkeiten unbefristete Arbeitsverträge abgeschlossen werden.
2. Bis zu 15 Professoren, die zugleich das Amt eines Richters der Bes.-Gr. R 1 oder R 2 ausüben, erhalten, solange sie beide Ämter bekleiden, die Dienstbezüge aus ihrem Amt als Professor und eine nichtruhegehaltfähige Zulage gemäß Nr. 5 der Vorbemerkungen zur Besoldungsgruppe C.
3. Die Hochschulen dürfen über die in der Anlage 3 zum Fachkapitel ausgewiesenen Stellen für Angestellte und Arbeiterinnen/Arbeiter hinaus zusätzliches Personal unter Beachtung des Tarifrechts einstellen, wenn sichergestellt ist, dass die einzustellenden Bediensteten spätestens drei Jahre nach ihrer Einstellung auf einer in der Anlage ausgewiesenen Stelle mit entsprechenden Tätigkeiten weiterbeschäftigt werden können und bis zu diesem Zeitpunkt die erforderlichen Mittel für das jeweilige Haushaltsjahr entweder aus dem „Eigenen Erwerb“ bereitgestellt oder durch personalwirtschaftliche Maßnahmen in den Kontengruppen 62 und 63 des jeweiligen Fachkapitels erwirtschaftet werden.

Die für die Weiterbeschäftigung vorgesehene Stelle ist im Zeitpunkt der Einstellung zu bestimmen und im nächstfolgenden Haushaltsplan mit einem entsprechenden Bewirtschaftungsvermerk aufzunehmen.

Hinsichtlich der Zahl der Stellen gelten folgende Höchstgrenzen:

06 10 = 30	06 23 = 4
06 13 = 20	06 29 = 10
06 14 = 20	06 30 = 10
06 15 = 20	06 33 = 10
06 16 = 10	06 34 = 10
06 17 = 30	06 36 = 10
06 18 = 5	06 37 = 10
06 21 = 10	06 38 = 10
06 22 = 1	06 39 = 30

Abweichungen sind mit Zustimmung des MF zulässig.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 01 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamtinnen, Beamte			1) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 LBesO.
Feste Gehälter:			2) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
B 9 ¹⁾	1	1	3) kw zum 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
B 6	3	3	4) kw.
B 3	3	3	5) kw.
B 3	1	1	
B 2	10	10	
Aufsteigende Gehälter:			
A 16	15	15	
A 15	18	18	
A 14	3	3	
A 13	1	1	
A 13	26	26	
A 12	28	28	
A 11	9	9	
A 10 ³⁾	1	—	
A 9 ²⁾	1	1	
A 8	2	1	
A 6	1	1	
	123	121	
B 2	5	5	
A 16	2	2	
A 13	8	8	
A 12	—	1	
A 9	1	1	
	16	17	
A 16	2	1	
A 14	1	1	
A 13	2	2	
	5	4	

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 10	1	Oberinspektorin, Oberinspektor infolge Verlagerung von Kap. 08 20
Bes.-Gr. A 8	1	Hauptsekretärin, Hauptsekretär infolge Verlagerung von Kap. 04 20
Zusammen	2	
Abgang bei 422 31:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12	1	Amtsärztin, Amtsarzt infolge Versetzung in den Ruhestand
Zusammen	1	
Verbleibt Zugang	1	
Leerstellen		
Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor

- ¹⁾ Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 LBesO.
²⁾ Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
³⁾ kw zum 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
⁴⁾ kw.
⁵⁾ kw.

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Angestellte¹⁾				
Außer- tariflich ²⁾ (B 2)	1	1	Verwaltungsdienst	1) Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig. Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen sind für die Dauer ihrer Vorzimmer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
Außer- tariflich ³⁾ (A 16)	2	2		
I	3	3		
IV a	3	3		
V b ⁴⁾	2	2		
V c ⁵⁾	10	9		
VI b	6	7		
VII	1	1		
V b	1	1	Bibliotheks- bzw. Archivdienst	
IV a	1	1	Technischer Dienst	
IV a	2	2	Datenverarbeitungsdienst	2) ku nach Bes.-Gr. A 16 bei Ausscheiden der Stelleninhaberin. 3) 1 ku nach Bes.-Gr. A 15 oder Verg.-Gr. I a bei Ausscheiden des Stelleninhabers. 4) 1 kw zum 30. 6. 2004. 5) Eine Stelle darf nur mit einer/einem Angestellten besetzt werden, dessen/deren regelmäßige Arbeitszeit 50 % einer vollbeschäftigten Kraft nicht übersteigt. 6) Eine Angestellte erhält für ihre Person weiterhin eine übertarifliche Vergütung entsprechend der Regelung für Vorzimmerkräfte. 7) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.
V b ⁶⁾	3	3	Schreib- und Fernschreibdienst	
VI b	6	6		
IX b–VII ⁷⁾	12	12		
	53	53	Zusammen	
Leerstellen: ⁸⁾				8) kw.
Außer- tariflich (A 16)	—	1	Verwaltungsdienst	
I a	1	1		
	1	2	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

– Angestellte –

Zugang:	Stellen	
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. V b	1	infolge Verlagerung von Kapitel 05 20
Verg.-Gr. V c	2	gegen Einsparung
Zusammen	3	
Abgang:	Stellen	
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. V c	1	infolge Verlagerung nach Kap. 04 20
Verg.-Gr. V b	1	als Einsparung für die Schaffung
Verg.-Gr. VI b	1	neuer Stellen
Zusammen	3	
Verbleibt	—	

Leerstellen:

Abgang:	Stellen	
Außer tariflich (A 16)	1	Verwaltungsdienst infolge Versetzung der Stelleninhaberin

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 01 Ministerium für Wissenschaft und Kultur

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Arbeiterinnen, Arbeiter				
4	3	3	Kraftfahrdienst	
4	1	1	Hausmeisterdienst	
4	1	1	Druckerin, Drucker	
3	4	4	Botendienst	
	9	9	Zusammen	

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamtinnen, Beamte			1) kw zum 31. 12. 2003.
B 2 ⁴⁾	1	—	2) Davon 6 kw zum 31. 12. 2003.
			3) Davon 2 kw zum 31. 12. 2003.
			4) ku nach Bes.-Gr. C 3 bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers und Verlagerung der Planstelle nach Kapitel 06 39.

- ¹⁾ kw zum 31. 12. 2003.
²⁾ Davon 6 kw zum 31. 12. 2003.
³⁾ Davon 2 kw zum 31. 12. 2003.
⁴⁾ ku nach Bes.-Gr. C 3 bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers und Verlagerung der Planstelle nach Kapitel 06 39.

Erläuterungen zum Stellenplan

- 24 Planstellen (Bes.-Gr. C 4 = 2 Universitätsprofessor(en)/-innen; Bes.-Gr. C 3 = 3 [davon 2 Professor(en)/-innen und 1 Universitätsprofessor/-in]; Bes.-Gr. C 3 = 16 Universitätsprofessor(en)/-innen auf Zeit; Bes.-Gr. C 2 = 2 Universitätsprofessor(en)/-innen; Bes.-Gr. A 13 = 1 Akademische Rat/Rätin), sollen für dringliche Maßnahmen zum Abbau des Numerus clausus verwendet werden, um Engpässe zu beseitigen oder zu lindern und um eine kapazitätsrechtlich gebotene Erhöhung des Lehrangebots an den Hochschulen zu gewährleisten, soweit die vorhandene Aufnahmekapazität überschritten wird, weil auf Zulassungsbeschränkungen verzichtet oder ein besonderes Verteilungsverfahren mit Studienplatzgarantie angeordnet worden ist, sowie für Maßnahmen zur Verbesserung der Hochschulstruktur und zur Steigerung der Qualität des Studiums.
Die Stellen werden bei nachgewiesenem Bedarf den Hochschulen für die notwendige Dauer der Maßnahme zugewiesen.
- 51 Planstellen (Bes.-Gr. C 3 = 6 Universitätsprofessor(en)/-innen; Bes.-Gr. C 3 = 2 Professor(en)/-innen; Bes.-Gr. C 2 = 18 Professor(en)/-innen und Bes.-Gr. C 1 = 25 Wiss. Assistentinnen/Wiss. Assistenten) stehen für die Nachfolgeaktivitäten des HSP III mit den Teilprogrammen
 - Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre,
 - Förderung der Entwicklung von Fachhochschulen und
 - Förderung struktureller Innovationen im Hochschulbereich zur Verfügung.
- 15 Planstellen (Bes.-Gr. A 15 = 1 Direktorin/Direktor; Bes.-Gr. A 14 = 2 Oberrätin/Oberrat; Bes.-Gr. A 13 = 3 Akademische Rätin/Akademischer Rat; Bes.-Gr. A 13 = 1 Lektorin/Lektor; Bes.-Gr. C 4 = 2 Universitätsprofessor(en)/-innen, Bes.-Gr. C 3 = 2 Universitätsprofessor(en)/-innen; Bes.-Gr. C 2 = 2 Universitätsprofessor(en)/-innen; Bes.-Gr. C 2 = 2 Hochschuldozentinnen/Hochschuldozenten stehen im Rahmen der Innovationsoffensive in der Titelgruppe 74 zur Verfügung.
- 1 Planstelle (Bes.-Gr. C 3 Universitätsprofessor/-in – Fiebigers-Programm.

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen		Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. B 2	1	Präsident, Präsidentin	Bes.-Gr. A 13	1 Rat/Rätin
Bes.-Gr. C 4	2	infolge Verlagerung von Kap. 06 32		infolge Verlagerung
Bes.-Gr. C 3	16	Universitätsprofessorinnen, Universitätsprofessoren		nach Kapitel 06 15 – LÜP –
		infolge Verlagerung aus dem HSP III in das Landesüberlastprogramm	Stellenabgänge infolge Beendigung des HSP III:	
		Universitätsprofessorinnen, Universitätsprofessoren auf Zeit	Bes.-Gr. C 4	2 Stellen
		infolge Verlagerung aus dem HSP III in das Landesüberlastprogramm	Bes.-Gr. C 3	44 Universitätsprofessorin/
			Bes.-Gr. C 1	25 Universitätsprofessor
				Wissenschaftliche Assistentin/
				Wissenschaftlicher Assistent
Stellenzugänge für das Nachfolgeprogramm des HSP III			Zusammen	71
Bes.-Gr. C 3	6	Universitätsprofessorinnen, Universitätsprofessoren	Stellenabgang gemäß Zielvereinbarung 2001:	
Bes.-Gr. C 3	2	Professorinnen, Professoren	Bes.-Gr. C 2	1 Stellen
Bes.-Gr. C 2	18	Professorinnen, Professoren		1 Universitätsprofessorin/
Bes.-Gr. C 1	25	Wissenschaftliche Assistentin/		Universitätsprofessor
		Wissenschaftlicher Assistent		zu Lasten des LÜP
Zusammen	51		Stellenabgänge gemäß § 9 Abs. 2 HG 1997/1998 (Tierärztliche Hochschule Hannover):	
Verlagerungen im Rahmen der Innovationsoffensive der Hochschulen:			Bes.-Gr. A 13	2 Stellen
Bes.-Gr. A 15	1	Akad. Direktorin/	Bes.-Gr. C 3	1 Akad. Rätin/Akad. Rat
Bes.-Gr. A 14	2	Akad. Direktor von Kapitel 06 10		Universitätsprofessorin/
Bes.-Gr. A 13	3	Akad. Oberrätin/Akad. Oberrat	Bes.-Gr. C 2	1 Universitätsprofessor
		von Kapitel 06 29		Universitätsprofessorin/
		Akad. Rätin/Akad. Rat		Universitätsprofessor
		davon		– vorz. Vollzug HV Nr. 1
		1 von Kapitel 06 17	Zusammen	4
		2 von Kapitel 06 29	Nachfolgende Stellen werden aus dem Sonderprogramm zur weiteren Entwicklung der Fachhochschulen in die Fachhochschulkapitel (06 33–06 39) umgesetzt:	
Bes.-Gr. A 13	1	Lektor/Lektorin von Kapitel 06 15	Bes.-Gr. C 3	1 Stellen
Bes.-Gr. C 4	1	Universitätsprofessorin/	Bes.-Gr. C 2	1 Professorin/Professor
		Universitätsprofessor		nach Kapitel 06 36
		von Kapitel 06 18		Professorin/Professor
Bes.-Gr. C 3	2	Universitätsprofessorin/		nach Kapitel 06 36
Bes.-Gr. C 2	3	Universitätsprofessor		
		je 1 von Kapitel 06 17/06 18	Inabgangstellung für vorgezogene Berufungen:	
		Universitätsprofessorin/	Bes.-Gr. C 3	1 Stellen
		Universitätsprofessor		1 Professorin/Professor
		davon	Verlagerungen im Rahmen der Innovationsoffensive der Hochschulen:	
		1 von Kapitel 06 10	Bes.-Gr. A 13	1 Stellen
		2 von Kapitel 06 29	Bes.-Gr. C 4	1 Akad. Rätin/Akad. Rat
Bes.-Gr. C 2	2	Hochschuldozentin/Hochschuldozent		nach Kapitel 06 30
		von Kapitel 06 29		Universitätsprofessorin/
Zusammen	15			Universitätsprofessor
Zugang insgesamt	85		Bes.-Gr. C 3	1 nach Kapitel 06 29
				unter gleichzeitiger Absenkung
				nach Bes.-Gr. C 3
				Universitätsprofessorin/
				Universitätsprofessor
				Universitätsprofessorin/
				Universitätsprofessor
				nach Kapitel 06 34
				unter gleichzeitiger Änderung
				in eine Planstelle der Bes.-Gr. C 3
				Professorin/Professor
				Universitätsprofessorin/
				Universitätsprofessor
				nach Kapitel 06 17
				Professorin/Professor
				nach Kapitel 06 36
			Zusammen	6
			Abgang insgesamt	86
			Bleibt Abgang	1

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 08 Förderung der Wissenschaft allgemein

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte¹⁾			¹⁾ Die Stellen des Forschungspools dürfen nur in Anspruch genommen werden für Personal, das im Bereich der Forschung tätig ist.
I	1	—	Verwaltungsdienst
I a	3	4	
I b ²⁾	6	5	
II a	2	2	
III	—	9	
IV a	1	10	
IV b	—	1	
V c ³⁾	3	19	1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2002 infolge Zielvereinbarung bis 2003.
VI b	4	4	
VII	1	1	
I b	9	8	Wissenschaftlicher Dienst
II a	25	20	
II a	47	94	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)
III	1	1	Technischer Dienst
IV a	2	3	
IV b	1	—	
V b	1	—	
VI b	—	2	
VII	—	3	
VIII	—	2	
IV a	—	12	Datenverarbeitungsdienst
			Zusammen
	107	200	

- ¹⁾ Die Stellen des Forschungspools dürfen nur in Anspruch genommen werden für Personal, das im Bereich der Forschung tätig ist.
- ²⁾ 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2002 infolge Zielvereinbarung bis 2003.
- ³⁾ 2 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge Zielvereinbarung bis 2003.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

1. 56 Stellen (Wissenschaftlicher Dienst: Verg.-Gr. I b = 7, Verg.-Gr. II a = 18, Verg.-Gr. II a [Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses] = 30; Technischer Dienst: Verg.-Gr. III = 1) sollen im Rahmen eines Forschungspools zentral bewirtschaftet werden. Damit soll ermöglicht werden, Hochschuleinrichtungen, in denen im besonderen Maße Forschungsaufgaben wahrgenommen werden, kurzfristig zusätzliche Stellen zuzuweisen.

2. 7 Stellen sind für die Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur der niedersächsischen Hochschulen (ZEvA) veranschlagt, davon 5 Stellen (Verwaltungsdienst: Verg.-Gr. I = 1, Verg.-Gr. IV a = 1, Verg.-Gr. VI b = 1, Wissenschaftlicher Dienst: Verg.-Gr. I b = 1, Verg.-Gr. II a = 1) für die Abteilung Evaluation und 2 Stellen (Verwaltungsdienst: Verg.-Gr. VI b = 1; Wissenschaftlicher Dienst: Verg.-Gr. I b = 1) für die Abteilung Akkreditierung.

Die Mittel sind in dem Ansatz bei Kapitel 06 08 Titel 682 75 enthalten.

3. In den o. a. Stellen sind für die 4 EU-Hochschulbüros enthalten:

West	Mitte	Ost	Süd
I a = 1		I a = 1	I a = 1
I b = 1	I b = 2	I b = 1	I b = 1
II a = 1	II a = 1		
VI b = 1	VI b = 1	VI b = 0,5	VI b = 0,5

Die Mittel sind in Kap. 06 08 Titel 682 03 veranschlagt.

4. 2 Stellen (Verwaltungsdienst: Verg.-Gr. V c) stehen den Hochschulen für die Umstellung auf einen Landesbetrieb nach § 26 LHO zur Verfügung.

5. 7 Stellen (Wissenschaftlicher Dienst: Verg.-Gr. II a = 5 und Technischer Dienst: Verg.-Gr. IV a = 2) stehen für die Nachfolgeaktivitäten des HSP III (vgl. Erläuterungen zum Stellenplan) zur Verfügung.

6. Insgesamt 22 Stellen (Verwaltungsdienst: Verg.-Gr. V c = 1, Verg.-Gr. VII = 1; Wissenschaftlicher Dienst: Verg.-Gr. II a = 1; Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses: Verg.-Gr. II a = 17 – davon eine mit 30 Stunden/Woche –, Technischer Dienst: Verg.-Gr. IV b = 1, Verg.-Gr. V b = 1) stehen im Rahmen der Innovationsoffensive in der Titelgruppe 74 zur Verfügung.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

– Angestellte –

Zugang:	Stellen	Übertrag noch Abgang:	Stellen 13
Verwaltungsdienst Verg.-Gr. I	1 für die Zentrale Evaluations-Agentur (ZEVA) gegen Fortfall einer Stelle der Verg.-Gr. I a – Verwaltungsdienst –	Abgang von Stellen infolge Auslaufens des HSP III:	
Verg.-Gr. I a	3 für die EU-Hochschulbüros	Verwaltungsdienst Verg.-Gr. I a	4 davon
Verg.-Gr. I b	6 davon		1 gegen Schaffung einer Stelle der Verg.-Gr. I – Verwaltungsdienst –
	5 für die EU-Hochschulbüros	Verg.-Gr. I b	5
	1 infolge Verlagerung von Kapitel 06 15	Verg.-Gr. II a	2
Verg.-Gr. II a	2 für die EU-Hochschulbüros	Verg.-Gr. IV a	1
Verg.-Gr. IV a	1 für ZEvA	Verg.-Gr. VI b	3
Verg.-Gr. VI b	3 davon	(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	
	2 für die EU-Hochschulbüros	Verg.-Gr. II a	48
	1 für die ZEvA		davon
Wissenschaftlicher Dienst			3 Abgänge gem. ZV 2001
Verg.-Gr. I b	1 für die ZEvA gegen Fortfall einer Stelle der Verg.-Gr. II a – Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses –		2 gegen Schaffung von Stellen der Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst – in Kapitel 06 17 (Kompetenzzentrum)
Verg.-Gr. II a	6 gegen Fortfall von Stellen der Verg.-Gr. II a – Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses –		6 gegen Schaffung von Stellen der Verg.-Gr. III – Verwaltungsdienst – in den Kapiteln 06 34, 06 36, 06 37, 06 38 und 06 39 (2)
	1 für die ZEvA		6 gegen Schaffung von Stellen der Verg.-Gr. V c – Verwaltungsdienst – in den Kapiteln 06 34, 06 36, 06 37, 06 38 und 06 39 (2)
Technischer Dienst			1 gegen Schaffung einer Stelle der Lohn-Gr. 3 in Kapitel 06 21
Verg.-Gr. IV a	2 für das Nachfolgeprogramm des HSP III gegen Fortfall von Stellen der Verg.-Gr. II a – Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses –	Zusammen	63
Verlagerungen im Rahmen der Innovationsoffensive der Hochschulen:		Verlagerungen im Rahmen der Umstellung der Hochschulen auf die kaufmännische Buchführung:	
	Stellen		Stellen
Wissenschaftlicher Dienst		Verwaltungsdienst	
Verg.-Gr. II a (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)	1 von Kapitel 06 15	Verg.-Gr. III	9 je eine nach Kapitel 06 10, 06 14, 06 15, 06 17, 06 21, 06 22, 06 23, 06 29 und 06 30
Verg.-Gr. II a	5 davon	Verg.-Gr. IV a	9 je eine nach Kapitel 06 10, 06 14, 06 15, 06 17, 06 21, 06 22, 06 23, 06 29 und 06 30
	4 von Kapitel 06 15	Verg.-Gr. V c	16 davon
	1 von Kapitel 06 17		je eine nach Kapitel 06 22, 06 23, 06 29 und 06 30
Technischer Dienst			je zwei nach Kapitel 06 10, 06 14, 06 15 und 06 21
Verg.-Gr. IV b	1 von Kapitel 06 16		vier nach Kapitel 06 17
Verg.-Gr. V b	1 von Kapitel 06 16	Datenverarbeitungs-dienst	
Zusammen	8	Verg.-Gr. IV a	9 je eine nach Kapitel 06 10, 06 14, 06 21, 06 29 und 06 30
Zugang insgesamt	33		Je zwei nach Kapitel 06 15 und 06 17
Abgang:	Stellen	Zusammen	43
Wissenschaftlicher Dienst		Nachfolgende Stellen werden aus dem Sonderprogramm zur weiteren Entwicklung der Fachhochschulen in die Fachhochschulkapitel (06 33–06 39) umgesetzt:	
Verg.-Gr. II a	2 davon		Stellen
	1 infolge vorzeitigem Vollzug HV Nr. 4	Verwaltungsdienst	
	1 für den Forschungspool Stellenabgang gemäß Zielvereinbarung 2001	Verg.-Gr. IV b	1 nach Kapitel 06 37 unter gleichzeitiger Funktionsänderung in Datenverarbeitungsdienst
(Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses)		Technischer Dienst	
Verg.-Gr. II a	4 für den Forschungspool Stellenabgang gemäß Zielvereinbarung 2001	Verg.-Gr. IV a	3 nach Kapitel 06 34, 06 36 und 06 38 bei gleichzeitiger Funktionsänderung in Datenverarbeitungsdienst
Technischer Dienst		Datenverarbeitungs-dienst	
Verg.-Gr. VI b	2 infolge vorzeitigem Vollzug HV Nr. 3	Verg.-Gr. IV a	3 nach Kapitel 06 39
Verg.-Gr. VII	3 infolge vorzeitigem Vollzug HV Nr. 3	Zusammen	7
Verg.-Gr. VIII	2 infolge vorzeitigem Vollzug HV Nr. 3	Abgang insgesamt	126
zu übertragen	13	Bleibt Abgang	93

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 08 Förderung der Wissenschaft allgemein

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Arbeiterinnen, Arbeiter				
8	1	1	Handwerklicher Dienst	
	1	1	Zusammen	

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamtinnen, Beamte¹⁾			Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.
B 7	1	1	Feste Gehälter:
B 4	1	1	Präsidentin, Präsident
B 2	1	1	Kanzlerin, Kanzler
			Direktorin, Direktor der Staats- und Universitätsbibliothek
A 16	2	2	Aufsteigende Gehälter: ²⁾
A 15 ²⁾	40	43	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 14 ^{3 4)}	140	146	Direktorin, Direktor
A 13 ⁵⁾	84	85	Oberrätin, Oberrat
A 13	2	5	Rätin, Rat
A 12 ⁷⁾	12	11	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 11	20	21	Amtsärztin, Amtsarzt
A 10 ⁸⁾	34	34	Amtmännin, -frau, Amtmann
A 9	22	22	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9 AZ	1	1	Inspektorin, Inspektor
A 9	1	1	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
A 8	4	4	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
A 7	8	8	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
A 6	7	3	Obersekretärin, Obersekretär
			Sekretärin, Sekretär
C 4 ¹⁰⁾	213	209	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3 ¹¹⁾	127	129	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2 ¹²⁾	30	33	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2 ^{13 15)}	18	22	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
C 2 ¹⁴⁾	32	32	Oberassistentin, Oberassistent
C 1 ¹⁹⁾	205	196	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
	1 005	1 010	Zusammen
			Stellen nach § 15 der Sonderurlaubsverordnung ¹⁶⁾ :
A 15	1	1	Direktorin, Direktor
A 14	5	5	Oberrätin, Oberrat
A 13	1	1	Rätin, Rat
A 10	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
	8	8	Zusammen
zuzügl. EZW:			
A 14	6	6	Oberrätin, Oberrat
	14	14	Zusammen
			Leerstellen:
C 4 ¹⁷⁾	6	6	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3 ²⁰⁾	2	2	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 1 ¹⁸⁾	3	2	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
A 15 ¹⁸⁾	2	2	Direktorin, Direktor
A 13 ¹⁸⁾	2	—	Rätin, Rat
A 11 ¹⁸⁾	1	—	
A 10 ¹⁸⁾	7	5	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9 ¹⁸⁾	2	3	Inspektorin, Inspektor
	25	20	Zusammen
			¹⁾ Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen: Erste(r) Vizepräsident/-in 300 DM mtl. Zweite(r) und Dritte(r) Vizepräsident/-in je 250 DM mtl. 13 Dekan(e)/-innen je 125 DM mtl. 1 Leiter/-in einer gemeinsamen Kommission 125 DM mtl. Abweichend von § 50 LHO dürfen Planstellen in das Kapitel 06 12 umgesetzt werden. Ein eventueller finanzieller Mehrbedarf ist in dem aufnehmenden Kapitel auszugleichen.
			²⁾ – Frei –
			³⁾ 1 ku nach Bes.-Gr. A 13 – Akademische Räte/Rätinnen – nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen, deren Stellen im Rahmen des Übernahmeverfahrens gem. § 148 Abs. 11 NHG 1982 von Verg.-Gr. IIa – Wissenschaftlicher Dienst – umgewandelt wurden (Volkswirtschaftliches Seminar). 1 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wiss. Assistentin, Wiss. Assistent – nach Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in für das Institut für Forstbotanik (St.-Nr. B 851/1) 1 ku nach Bes.-Gr. A 14 – Bibliotheksoberrat/-rätin bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in (Staats- und Universitätsbibliothek). 2 kw spätestens zum 1. 10. 2004 – EZW – (Beratungsstelle für Empirische und Statistische Methodik in den Erziehungswissenschaften – Stellen-Nr. B 628/1/Institut für Pädagogische Psychologie – Stellen-Nr. B 620/4). 1 kw spätestens zum 1. 10. 2006 – EZW – (Seminar für Soziologie, Politikwissenschaft und Didaktik der Geschichte – Stellen-Nr. 623/12). 1 kw spätestens zum 1. 4. 2010 – EZW – (Institut für Pädagogische Psychologie – Stellen-Nr. B 620/6). 2 kw zum 31. 12. 2001 – (Institut für Marketing und Handel, Institut für Geophysik), St.-Nrn. B 659/1 und 479/6. 2 kw zum 31. 12. 2003 – (Institut für Geologie und Dynamik der Lithosphäre, St.-Nr. B 770-215, A. v. H.-Institut für Pflanzenwissenschaften, St.-Nr. B 774 – 215 –). 1 kw zum 31. 12. 2003 – Alte Geschichte – St. Nr. B 653/2 – (bei Inkrafttreten Verlagerung nach Kap. 06 08 TGr. 74)
			⁴⁾ 2 kw bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek/Institut für Forstpolitik, Forstgeschichte und Naturschutz).
			⁵⁾ 1 kw bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (Institut für Geophysik). 1 ku in eine Stelle der Verg.-Gr. IIa – Wissenschaftlicher Dienst (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) – für das II. Zoologische Institut nach Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in. 1 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistentin/-Assistent für das Geochemische Institut. 1 ku nach Verg.-Gr. II a – Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses – für das Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung.
			⁶⁾ – Frei –
			⁷⁾ kw (Geographisches Institut).
			⁸⁾ 1 kw spätestens zum 1. 9. 2005 – EZW – (Fachbereich Erziehungswissenschaften – Stellen-Nr. B 617/84).
			⁹⁾ – Frei –

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
			¹⁰⁾ 1 kw spätestens zum 1. 4. 2001 – EZW – Politikwissenschaften – (Seminar für Soziologie, Politikwissenschaft und Didaktik der Geschichte – Stellen-Nr. P 623/2). 1 kw spätestens zum 1. 10. 2004 – EZW – Didaktik der Geschichte – (Seminar für Soziologie, Politikwissenschaft und Didaktik der Geschichte – Stellen-Nr. P 623/4). 1 kw zum 31. 12. 2005 (Stiftungsprofessur Deutsche Bundesstiftung Umwelt für die Fakultät für Forstwissenschaft und Waldökologie). 1 kw zum 31. 12. 2005 (Stiftungsprofessur Informatik; Besetzung nur mit Zustimmung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Niedersächsischen Landtages). ¹¹⁾ 1 kw bei Ausscheiden des Stelleninhabers (Seminar für Deutsche Philologie). 1 kw zum 31. 12. 2001 – (Ver. Theologisches Seminar St.-Nr. P 350/4). 2 kw zum 31. 12. 2003 – (beide für das Volkswirtschaftliche Seminar St.-Nrn. P 475/1 und P 475/3). ¹²⁾ 1 kw spätestens zum 1. 4. 2002 – EZW – (Seminar für Didaktik der Biologie und der Geographie – Stellen-Nr. P 624/2). ¹³⁾ 3 ku nach Bes.-Gr. C 2 – Oberassistent(en)/-innen – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (Institut für Angewandte Mechanik und Strömungsphysik/Institut für Anorganische Chemie/Diplomatischer Apparat). 5 ku nach Bes.-Gr. C 2 – Hochschuldozenten/-innen (auf Zeit) – bei Ausscheiden der Stelleninhaber (I. Physikalisches Institut/Pädagogisches Seminar/Mineralogisch-Petrologisches Institut/Seminar für mittlere und neuere Geschichte und 1 für das Seminar für Romanische Philologie). ¹⁴⁾ 32 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistent(en)/-innen – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (Institut für Mathematische Stochastik/Fachbereich Historisch-Philologische Wissenschaften/Institut für Geologie und Dynamik der Lithosphäre/Institut für Politikwissenschaften/Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung/III. Zoologisches Institut/Universitätssternwarte/Institut für Organische Chemie/Sprachwissenschaftliches Seminar/I. Zoologisches Institut/Romanische Philologie/Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte/Seminar für Klassische Philologie/Institut für Zoologie und Anthropologie/III. Physikalisches Institut/Institut für Numerische und Angewandte Mathematik/Juristisches Seminar/Kunstgeschichtliches Seminar und Kunstsammlung/IV. Physikalisches Institut/Seminar für Deutsche Philologie/Musikwissenschaftliches Seminar/Institut für Organische Chemie/Seminar für Ägyptologie und Koptologie/Volkswirtschaftliches Seminar/Geochemisches Institut/Institut für Zoologie und Anthropologie/Institut für Mikrobiologie und Genetik/II. Physikalisches Institut/Institut für Bioklimatologie/Geographisches Institut/Seminar für Slawische Philologie/Institut für Arbeitsrecht). ¹⁵⁾ 4 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistent(en)/-innen – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (2 für das I. Zoologische Institut und jeweils 1 Institut für Numerische und Angewandte Mathematik und Mineralogisch-Petrologisches Institut).

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
			¹⁶⁾ 14 Stellen kw: Bes.-Gr. A 15 1 Akademische(r) Direktor/-in für das Institut für Geologie und Dynamik der Lithosphäre. Bes.-Gr. A 14 5 Akademische(r) Oberrat/-rätin, davon 1 für das Institut für Arbeitsrecht 1 für das Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung 1 für das Seminar für Indologie und Buddhistenmuskunde 1 für das Seminar für Geologie und Dynamik der Lithosphäre 1 für das Seminar für Englische Philologie Bes.-Gr. A 13 1 Akademische(r) Rat/Rätin für das Institut für Sportwissenschaften Bes.-Gr. A 10 1 Bibliotheksobersinspektor/-in für die Nieders. Staats- und Universitätsbibliothek EZW 6 Akademische(r) Oberrat/-rätin, davon 1 für das Seminar für Soziologie, Politikwissenschaft und Didaktik der Geschichte 1 für das Seminar für Didaktik der Mathematik, der Chemie und der Physik 1 für das Seminar für Didaktik der Biologie und der Geographie 1 für das Seminar für Schulpädagogik 1 für das Seminar für Allg. Pädagogik 1 für das Seminar für Didaktik der Kunst und der Musik ¹⁷⁾ 3 Leerstellen kw. 3 Leerstellen dürfen nur zur Durchführung von gemeinsamen Berufungsverfahren in Anspruch genommen werden, davon 1 durch die Universität Göttingen und die Deutsche Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt e. V., Fach Physik, 1 durch die Universität Göttingen und die Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel, 1 durch die Universität Göttingen und die Gesellschaft für wissenschaftliche Datenverarbeitung mbH. (GWDG). ¹⁸⁾ kw. ¹⁹⁾ 1 kw zum 31. 12. 2005 – (Deutsche Bundesstiftung Umwelt für die Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie). ²⁰⁾ 1 Leerstelle kw. Die Leerstelle darf nur zur Durchführung eines gemeinsamen Berufungsverfahrens durch die Universität Göttingen und das Deutsche Primatenzentrum (DPZ) in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	noch Zugang: Übertrag:	Stellen 28
Bes.-Gr. C 4	1	In den Hj. 1999/2000 gemäß Nr. 6 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 06 08 und 06 10–06 30 bereits vollzogene Umwandlungen:	
		Bes.-Gr. C 2	16
Bes.-Gr. C 4	1		Oberassistentin, -assistent von Bes.-Gr. C 1
Bes.-Gr. C 3	1		Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent davon
Bes.-Gr. C 1	2		1 für das Juristische Seminar
			1 für das Kunstgeschichtliche Seminar und Kunstsammlung
			1 für das IV. Physikalische Institut
			1 für das Seminar Deutsche Philologie
			1 für das Musikwissenschaftliche Seminar
			1 für das Institut für Organische Chemie
			1 für das Seminar Ägyptologie und Koptologie
			1 für das Volkswirtschaftliche Seminar
			1 für das Geochemische Institut
			1 für das Institut für Zoologie und Anthropologie
			1 für das Institut für Mikrobiologie und Genetik
			1 für das II. Physikalische Institut
			1 für das Institut für Bioklimatologie
			1 für das Geographische Institut
			1 für das Seminar für Slawische Philologie
			1 für das Institut für Arbeitsrecht
Zugang infolge Wirksamwerdens der ku-Vermerke.		Zugang gegen Fortfall von Planstellen und Stellen:	
Bes.-Gr. A 13	1	Bes.-Gr. A 14	3
			Oberrätin, Oberrat
			für die Allgemeine Verwaltung
			gegen Fortfall von 3 Planstellen
			der Bes.-Gr. A 13
			Oberamtsrätin, Oberamtsrat
			Oberrätin, Oberrat
			gegen Fortfall einer Planstelle
			der Bes.-Gr. A 13 Rätin, Rat,
			für das Universitäts-Archiv
		Bes.-Gr. A 13	2
			Rätin, Rat
			gegen Fortfall von 2 Planstellen
			der Bes.-Gr. A 14 Oberrätin, Oberrat
			davon
			1 für das Archäologische Institut
			(St.-Nr. A 674/2)
			1 für das Forschungszentrum
			Waldökosysteme (St.-Nr. B 810/13)
			1 Rätin, Rat
			gegen Fortfall einer Stelle der
			Verg.-Gr. II a Wissenschaftlicher
			Dienst für das A.-v.-H.-Institut
			für Pflanzenwissenschaften
			1 Rätin, Rat zum 1. 10. 2001
			gegen Fortfall einer Planstelle
			der Bes.-Gr. C 2 Hochschuldozentin,
			Hochschuldozent
			für das Seminar für Romanische
			Philologie (St.-Nr. HD 660/2)
			1 Rätin, Rat
			gegen Fortfall einer Planstelle
			der Bes.-Gr. AH 2
			Oberassistentin, Oberassistent
			für das Geographische Institut
			(St.-Nr. W 771/2)
		Bes.-Gr. A 12	1
			Amtsärztin, Amtsarzt
			für die Allgemeine Verwaltung
			gegen Fortfall einer Stelle der
			Bes.-Gr. A 11
			Amtmännin, -frau, Amtmann
zu übertragen:	28	zu übertragen	54

Erläuterungen zum Stellenplan

– noch Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

noch Zugang: Übertrag:	Stellen 54	noch Abgang: Übertrag:	Stellen 4
Bes.-Gr. C 4	2	Bes.-Gr. C 2	1
	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor davon		Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für die Vereinigten Theologischen Seminare infolge Verlagerung nach Kap. 06 08 (Innovationsoffensive)
	1 gegen Fortfall einer Stelle der Bes.-Gr. C 3 Universitätsprofesso- rin; Universitätsprofessor für das Institut für Geologie und Paläontologie	Bes.-Gr. C 1	1
	1 zum 1. 4. 2001 gegen Fortfall einer Stelle der Bes.-Gr. C 3 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für das Institut für Zoologie und Anthropologie (St.-Nr. P 772-7/7)		Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent infolge Verlagerung nach Kap. 06 12
Bes.-Gr. C 3	2	Abgang infolge Wirksamwerdens der kw-Vermerke:	
	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor davon	Bes.-Gr. A 15	2
	1 gegen Fortfall einer Stelle der Bes.-Gr. C 2 Hochschuldozentin, -dozent für das Seminar für Deutsche Philologie (St.-Nr. HD 654/15)		Direktorin, Direktor davon
	1 zum 1. 4. 2001 gegen Fortfall einer Stelle der Bes.-Gr. A 14 Oberrätin, Oberrat für das Seminar für Englische Philologie (St.-Nr. A 659/14)	Bes.-Gr. A 14	1
Bes.-Gr. C 1	7		1 für das Seminar für Schulpädagogik 1 für das Philosophische Seminar Oberrätin, Oberrat für das Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte Rätin, Rat davon
	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent davon	Bes.-Gr. A 13	2
	1 gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 13 Rätin, Rat für das Seminar für Englische Philologie (St.-Nr. 659/2)		1 für das Seminar für Didaktik der Biologie und Geographie 1 für die Allgemeine Verwaltung
	1 zum 1. 4. 2001 gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 14 Oberrätin, Oberrat für das Seminar Klassische Philo- logie (St.-Nr. B 652/3)	Bes.-Gr. C 3	3
	1 gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 13 Rätin, Rat für das Institut für Theoretische Physik (St.-Nr. B 757/3)		Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor davon
	1 gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 13 für das Institut für Pflanzenpatho- logie und Pflanzenschutz (St.-Nr. B 954/2)	Bes.-Gr. C 2	1
	1 zum 1. 4. 2001 gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 14 Oberrätin, Oberrat für das Institut für Bodenwissen- schaften (St.-Nr. B 950/7)		Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für das Institut für Theoretische Physik
	1 gegen Fortfall einer Stelle der Verg.-Gr. IV b Technischer Dienst für das Institut für Bodenwissen- schaften (St.-Nr. B 950/3)	Bes.-Gr. C 1	1
	1 gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 13 Rätin, Rat für das Institut für Fachdidaktik (St.-Nr. B 990/2)		Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent für das Institut für Agrikulturchemie
Zusammen	65	Abgang infolge Wirksamwerdens der ku-Vermerke	
Abgang infolge Verlagerung:	Stellen	Bes.-Gr. A 14	1
Bes.-Gr. A 15	1		Oberrätin, Oberrat nach Bes.-Gr. A 13 Rätin, Rat für das Institut für Völkerrecht
Bes.-Gr. A 14	3	Bes.-Gr. C 2	16
	Oberrätin, Oberrat davon		Oberassistentin, Oberassistent nach Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent davon
	1 für den FB Erziehungswissen- schaften (St.-Nr. B 619/13) infolge Verlagerung nach Kap. 06 17		1 für das Geographische Institut 1 für das Geochemische Institut 1 für das Althistorische Institut 1 für das Institut für Mikrobiologie und Genetik
	1 für den FB Erziehungswissen- schaften (St.-Nr. B 619/10) infolge Verlagerung nach Kap. 06 29		1 für das Zentrum für Europa- und Nordamerikastudien 1 für die Fakultät für Theologie 1 für das Institut für Wirtschaftsin- formatik
	1 für den FB Erziehungswissen- schaften (St.-Nr. B 618/6) infolge Verlagerung nach Kap. 06 30		4 für das Juristische Seminar 1 für das Institut für Nichtlineare Dynamik 1 für das Seminar Romanische Philologie
zu übertragen	4	zu übertragen:	35
			1 für das Institut für Tierzucht und Haustiergenetik 1 für das Mathematische Institut 1 für das Philologische Seminar Hochschuldozentin, Hochschuldozent nach Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent davon
			1 für das Philologische Seminar 1 für das Seminar für Arabistik

Erläuterungen zum Stellenplan

– noch Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

noch Abgang: Übertrag:	Stellen 35	noch Abgang: Übertrag:	Stellen 59
		Bes.-Gr. A 13	1 Rätin, Rat gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. A 14 Oberrätin, Oberrat
In den Hj. 1999/2000 gemäß Nr. 6 der Allgemeinen Haushaltsver- merke zu den Kapiteln 06 08 und 06 10–06 30 bereits vollzogene Umwandlungen:			1 Rätin, Rat (St.-Nr. B 659/2) gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 1
Bes.-Gr. C 1	16		1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent nach Bes.-Gr. C 2 Oberassistentin, Oberassistent davon
			1 für das Juristische Seminar
			1 für das Kunstgeschichtliche Semi- nar und Kunstsammlung
			1 für das IV. Physikalische Institut
			1 für das Seminar Deutsche Philolo- gie
			1 für das Musikwissenschaftliche Seminar
			1 für das Seminar für Organische Chemie
			1 für das Seminar Ägyptologie und Koptologie
			1 für das Volkswirtschaftliche Seminar
			1 für das Geochemische Institut
			1 für das Institut für Zoologie und Anthropologie
			1 für das Institut für Mikrobiologie und Genetik
			1 für das II. Physikalische Institut
			1 für das Institut für Bioklimatolo- gie
		Bes.-Gr. A 11	1 für das Geographische Institut
			1 für das Seminar für Slawische Philologie
		Bes.-Gr. C 3	1 für das Institut für Arbeitsrecht
Abgang gegen Schaffung von Planstellen und Stellen:			
Bes.-Gr. A 14	1		Oberrätin, Oberrat (St.-Nr. B 652/3) zum 1. 4. 2001 gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 1
			Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent für das Seminar für Klassische Philologie
	1		Oberrätin, Oberrat (St.-Nr. A 659/14) zum 1. 4. 2001 gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 3
			Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für das Seminar für Englische Philologie
	1	Bes.-Gr. C 2	Oberrätin, Oberrat (St.-Nr. A 674/2) gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. A 13 Rätin, Rat
			für das Archäologische Institut
	1		Oberrätin, Oberrat (St.-Nr. A 810/13) gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. A 13 Rätin, Rat
			für das Forschungszentrum Waldökosysteme
1	1		Oberrätin, Oberrat (St.-Nr. B 950/7) zum 1. 4. 2001 gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 1
			Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent für das Institut für Bodenwissenschaften
Bes.-Gr. A 13	3		Oberamtsrätin, Oberamtsrat gegen Schaffung von 3 Planstellen der Bes.-Gr. A 14 Oberrätin, Oberrat für die Allgemeine Verwaltung
zu übertragen:	59		
		Zusammen	70
		Bleibt Abgang	5

Erläuterungen zum Stellenplan

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	2	Rätin, Rat
Bes.-Gr. A 11	1	Amtmännin, -frau, Amtmann
Bes.-Gr. A 10	2	Oberinspektorin, Oberinspektor
Bes.-Gr. C 4	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Bes.-Gr. C 1	1	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
Zusammen	7	

Abgang

Bes.-Gr. A 9	1	Inspektorin, Inspektor
Bes.-Gr. C 4	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Zusammen	2	
Bleibt Zugang	5	

Von den Planstellen entfällt auf die Funktionsgruppe „gehobener technischer Verwaltungsdienst“ nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 23. 12. 1971, BGBl. S. 2162, in der jeweils geltenden Fassung:

	Stellen	
Bes.-Gr. A 12		Amtsärztin, Amtsarzt
		davon
	1	Landesplanungsamtsärztin, -rat
Bes.-Gr. A 11		Amtmännin, -frau, -mann
		davon
	1	Bauamtmännin, -frau, -mann

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 16	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
	davon
	1 Leitende(r) Akademische(r) Direktorin, -Direktor
Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor
	davon
	33 Akademische(r) Direktorin, Direktor
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat
	davon
	117 Akademische(r) Oberrätin, Oberrat
	3 Forstoberrätin, Forstoberrat
Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat
	davon
	67 Akademische(r) Rätin, -Rat
	5 Akademische(r) Rätin, -Rat (a.Z.)
	8 Forsträtin, Forstrat
Stellen zu 422 31:	
Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor
	davon
	1 Akademische(r) Direktorin, Direktor
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat
	davon
	11 Akademische(r) Oberrätin, Oberrat
Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat
	davon
	1 Akademische(r) Rätin, Rat

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Planmäßige Beamtinnen, Beamte¹⁾⁸⁾				¹⁾ Der Dekan für den Fachbereich Medizin erhält für die Dauer seiner Tätigkeit eine Stellenzulage von 125 DM monatlich.
			Aufsteigende Gehälter:	²⁾ Wird für Angestellte in einem befristeten Arbeitsverhältnis die Arbeitszeit auf die Hälfte herabgesetzt, dürfen die Stellen für je 2 Kräfte in Anspruch genommen werden. Entsprechendes gilt, wenn Planstellen für Akademische(r) Rat/Rätin (auf Zeit) (A 13) und Stellen für Wissenschaftliche Assistenten/-innen (C 1) mit Angestellten besetzt sind.
A 16	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor	³⁾ 13 Stellen ku in Bes.-Gr. C 1 – Wiss. Ass. –, davon 2 für die Abt. Gastroenterologie und Endokrinologie und je 1 für die Abt. Psychiatrie, Gastroenteropathologie, Med. Mikrobiologie, Immunologie, Hämatologie und Onkologie, Kardiologie und Pneumologie, Gynokologie und Geburtshilfe, Parodontologie, das Zentrum Anaesthesiologie, Rettungsmedizin und Intensivmedizin, Allg. Hygiene und Umweltmedizin sowie für das Zentrum Innere Medizin – Abt. Kardiologie und Pulmonologie –.
A 15 ¹⁰⁾	13	13	Direktorin, Direktor	⁴⁾ Bis zu 50 v.H. der Stellen dürfen verwendet werden für wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen, die zugleich zum Zwecke ihrer wissenschaftlichen oder ihrer fachärztlichen Weiterbildung beschäftigt sind (§ 65 Abs. 3 Satz 4 NHG).
A 14 ¹⁰⁾	34	34	Oberrätin, Oberrat	Besetzte Stellen, aus denen vorübergehend Bezüge nicht zu zahlen sind, dürfen für Ersatzkräfte im Angestelltenverhältnis in Anspruch genommen werden.
A 13	23	23	Rätin, Rat	⁵⁾ Bis zu 35 v.H. der Stellen können für Ärzte/-innen (Fachärzte/-innen/Fachzahnärzte/-innen) in Anspruch genommen werden, die bei Vorliegen der tarifvertraglichen Voraussetzungen in Verg.-Gr. Ib einzustufen sind, wenn die Stellen gem. Haushaltsvermerk Nr. 5 mit Angestellten besetzt sind.
A 13	—	—	Rätin (auf Zeit), Rat (auf Zeit)	⁶⁾ kw.
A 13	3	3	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	⁷⁾ ku nach Bes.-Gr. C 2 – Hochschuldozent/-in (auf Zeit) oder Oberassistent/-in –.
A 12	2	2	Amtsärztin, Amtsarzt	⁸⁾ Abweichend von § 50 LHO dürfen Planstellen in das Kap. 06 10 umgesetzt werden.
A 11	4	4	Amtmännin/-frau, Amtmann	Ein evtl. finanzieller Mehrbedarf ist in dem aufnehmenden Kapitel auszugleichen.
A 10	8	8	Oberinspektorin, Oberinspektor	⁹⁾ Für biophysikalische Chemie.
A 9	6	6	Inspektorin, Inspektor	¹⁰⁾ Bis zu 30 Planstellen insgesamt für Universitätsprofessoren a. Z., Hochschuldozenten, Hochschuldozenten a. Z., Oberassistenten, Akademische Oberräte und Akademische Direktoren jeweils mit oberärztlichen Aufgaben können im Rahmen außertariflicher Angestelltenverträge besetzt werden.
A 9	1	1	Amtsinspektorin, Amtsinspektor	¹¹⁾ Bis zu 70 der Planstellen für Universitätsprofessoren mit ärztlichen Aufgaben können auch im Rahmen außertariflicher Chefarztverträge besetzt werden.
A 8	1	1	Hauptsekretärin, Hauptsekretär	
C 4 ¹¹⁾	59	59	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
C 3 ¹¹⁾	61	61	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
C 3 ¹⁰⁾	16	16	Universitätsprofessorin (auf Zeit), Universitätsprofessor (auf Zeit)	
C 2	10	10	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
C 2 ⁷⁾¹⁰⁾	2	3	Hochschuldozentin, Hochschuldozent	
C 2 ³⁾¹⁰⁾	52	53	Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit)	
C 2 ¹⁰⁾	21	8	Oberassistentin, Oberassistent	
C 1 ²⁾⁴⁾⁵⁾	159	169	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent	
	476	475	Zusammen	
			Leerstellen: ⁶⁾	
C 4 ⁹⁾	1	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
A 9	—	1	Inspektorin, Inspektor	
	1	2	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

		Abgang: Bes.-Gr. C 2	Stellen
Zugang: Bes.-Gr. C 1	2		1 Hochschuldozentin, Hochschuldozent für die Abt. Klinische Chemie gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2 – Oberassistent/-in – infolge Wirksamwerdens des ku-Vermerks
	1		1 Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit) für das Zentrum Anaesthesiologie, Rettungs- und Intensivmedizin infolge Wirksamwerdens des ku-Vermerks
Bes.-Gr. C 2	13		12 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent nach dem Allgemeinen Haushaltsvermerk Nr. 6 gegen Schaffung von 12 Planstellen der Bes.-Gr. C 2 – Oberassistent/-in – davon
	1	Bes.-Gr. C 1	2 für die Abt. Gastroenterologie und Endokrinologie
	1		1 für die Abt. Psychiatrie
	1		1 für die Abt. Gastro- enteropathologie
	1		1 für die Abt. Med. Mikrobiologie
	1		1 für die Abt. Immunologie
	1		1 für die Abt. Haematologie und Onkologie
	1		1 für die Abt. Kardiologie und Pneumologie
	1		1 für die Abt. Gynokologie und Geburtshilfe
	1		1 für die Abt. Paradontologie
	1		1 für das Zentrum Anaesthesio- logie, Rettungs- und Intensiv- medizin
	1		1 für Allg. Hygiene und Umwelt- medizin
Zusammen	15	Zusammen Bleibt Zugang	14 1
		Leerstellen:	
		Abgang: Bes.-Gr. A 9	Stellen
			1 Inspektorin, Inspektor infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerks
		Zusammen	1
		Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besol- dungsgruppen zuzuordnen:	
		Bes.-Gr. A 15	Stellen Direktorin, Direktor davon
		Bes.-Gr. A 14	12 Akademische(r) Direktorin, Direktor Oberrätin, Oberrat davon
		Bes.-Gr. A 13	34 Akademische(r) Oberrätin, Oberrat Rätin, Rat davon
			23 Akademische(r) Rätin, Rat

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamtinnen, Beamte			Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.
B 5	1	1	Feste Gehälter:
B 2	1	1	Präsidentin, Präsident
			Kanzlerin, Kanzler
Aufsteigende Gehälter:			1) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:
A 16	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	13	13	Direktorin, Direktor
A 14 ¹⁰⁾	21	22	Oberrätin, Oberrat
A 13	44	52	Rätin, Rat
A 13	3	2	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	1	1	Amtsärztin, Amtsarzt
A 11	6	6	Amtmännin/-frau, Amtmann
A 10 ¹⁶⁾	14	14	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	14	14	Inspektorin, Inspektor
A 8	3	3	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
A 7	4	4	Obersekretärin, Obersekretär
A 6	5	4	Sekretärin, Sekretär
C 4 ³⁾ 9 ¹⁵⁾	111	112	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3 ⁸⁾ 12)	87	86	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2	7	7	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2	3	3	Universitätsprofessorin (auf Zeit), Universitätsprofessor (auf Zeit)
C 2 ⁴⁾	8	7	Oberassistentin, Oberassistent
C 2	20	20	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
C 2 ⁵⁾ 6)	—	1	Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit)
C 1	36	32	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
	403	406	Zusammen
C 4	2	2	Stellen nach § 15 der Sonderurlaubsverordnung ¹¹⁾ : Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
A 9	3	3	Leerstellen:
C 4 ¹³⁾	1	1	Inspektorin, Inspektor
C 3 ¹⁴⁾	1	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
	5	5	Zusammen
			Erste(r) Vizepräsident/-in 125 DM mtl. Zweite(r) Vizepräsident/-in 125 DM mtl. 11 Dekan(e)/-innen je 125 DM mtl.
			2) – Frei –
			3) 1 kw bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/ –in für den Fachbereich 6. 1 kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers (Fachbereich Soziologie).
			4) ku nach Bes.-Gr. C 1 bei Ausscheiden der Stelleninhaber (3 Fachbereich Sozialwissenschaften, 2 Fachbereich Biologie, 1 Fachbereich Mathematik, 1 Fachbereich Physik).
			5) ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gem. HV Nr. 12 Abs. 2 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kap. 06 10 – 06 30.
			6) 2 ku nach Bes.-Gr. C 1 bei Ausscheiden der Stelleninhaber (1 Fachbereich Biologie, 1 Fachbereich Literatur- und Sprachwissenschaften).
			7) – Frei –
			8) 1 kw bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/ –in für den Fachbereich 6 (Stellen-Nr. 698).
			9) 3 kw gemäß § 9 Abs. 2 HG 1995/1996 i. d. F. des Hochschulstrukturkonzeptes davon 1 zum 31. 12. 2003 Fachbereich 4 Rechtswissenschaften (Stellen-Nr. 219) 1 zum 31. 12. 2004 Fachbereich 9 Chemie (Stellen-Nr. 449) 1 zum 31. 12. 2004 Fachbereich 3 Raumplanung (Stellen-Nr. 295)
			10) 1 kw bei Ausscheiden des Stelleninhabers.
			11) kw zum 31. 12. 2004 davon 1 Bes.-Gr. C 4 Universitätsprofessor/-in für den FB 3 Soziologie 1 Bes.-Gr. C 4 Universitätsprofessor/-in für den FB 3 Raumplanung
			12) 2 kw gemäß § 9 Abs. 2 HG 1995/1996 i. d. F. des Hochschulstruktur-Konzeptes davon 1 zum 31. 12. 2001 Fachbereich 4 Wirtschaftswissenschaften (Stellen-Nr. 243) 1 zum 31. 12. 2004 Fachbereich 3 Raumplanung (Stellen-Nr. 221)
			13) Leiter des Zentrums für Marine Biodiversitätsforschung im Rahmen eines gemeinsamen Berufungsverfahren mit der Universität Oldenburg.
			14) kw.
			15) ku nach Bes.-Gr. C 3 bei Ausscheiden des Stelleninhabers (FB 10 Informatik).
			16) Davon darf eine Stelle nur für die Personalrätstätigkeit verwendet werden (Bibliotheksdienst).

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	Zugang: Übertrag	Stellen 22
Bes.-Gr. A 13	1	Im Haushaltsjahr 1998 gemäß Nr. 12 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 06 10–06 30 bereits vollzogene Umwandlungen:	
Bes.-Gr. A 6	1	Bes.-Gr. C 2 Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit)	1
Bes.-Gr. C 3	1		von Bes.-Gr. C 2 Hochschuldozentin, Hochschuldozent für den FB 1 Pädagogik (St.-Nr. 134)
Bes.-Gr. C 1	6	Zusammen	23
		Abgang: Bes.-Gr. A 14	Stellen 1
		Bes.-Gr. A 13	6
			Oberrätin, Oberrat gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. A 13 Rätin (auf Zeit), Rat (auf Zeit) gegen Schaffung von Planstellen der Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent davon 1 für den FB 3 Sozialwissenschaften (St.-Nr. 662) 1 für den FB 8 Physik (St.-Nr. 413) 1 für den FB 9 Chemie (St.-Nr. 647) 3 für den FB 10 Informatik (St.-Nr. 654, 673, 706)
Im Haushaltsjahr 1998 gemäß Nr. 6 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 06 10–06 30 bereits vollzogene Umwandlungen:		Bes.-Gr. A 13	1
Bes.-Gr. C 2 Oberassistentin, Oberassistent	4		Rätin (auf Zeit), Rat (auf Zeit) gegen Schaffung einer Stelle der Verg.-Gr. II a FnW für den FB 4 Wirtschafts- und Rechtswissenschaften (St.-Nr. 672)
		Bes.-Gr. C 4	1
		Bes.-Gr. C 2	1
Bes.-Gr. C 1	2		Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für den FB 8 Physik (St.-Nr. 73) infolge Wirksamwerdens des HV Nr. 9 Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit) für den FB 6 Mathematik (St.-Nr. 285) infolge Wirksamwerdens des HV Nr. 6
Bes.-Gr. C 1	1	Bes.-Gr. C 1	2
			Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent gegen Schaffung von zwei Stellen der Verg.-Gr. II a FnW für den FB 5
Im Haushaltsjahr 1998 gemäß Nr. 12 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 06 10–06 30 bereits vollzogene Umwandlungen:		Im Haushaltsjahr 1998 gemäß Nr. 6 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 06 10–06 30 bereits vollzogene Umwandlungen:	
Bes.-Gr. C 2 Hochschuldozentin, Hochschuldozent	1	Bes.-Gr. C 2 Oberassistentin, Oberassistent	2
			nach Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent davon 1 für den FB 7 Biologie (St.-Nr. 261) 1 für den FB 9 Chemie (St.-Nr. 289)
Im Haushaltsjahr 1999 gemäß Nr. 6 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 06 10–06 30 bereits vollzogene Umwandlungen:		Bes.-Gr. C 2 Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit)	1
Bes.-Gr. C 2 Oberassistentin, Oberassistent	2		nach Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent für den FB 7 Biologie (St.-Nr. 57)
Bes.-Gr. C 1	3	Bes.-Gr. C 1	4
			nach Bes.-Gr. C 2 Oberassistentin, Oberassistent davon 2 für den FB 7 Biologie (St.-Nr. 154, 366) 1 für den FB 3 Sozialwissenschaften (St.-Nr. 2041) 1 für den FB 11 Literatur- und Sprachwissenschaften (St.-Nr. 677)
		Im Haushaltsjahr 1998 gemäß Nr. 12 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 06 10–06 30 bereits vollzogene Umwandlungen:	
		Bes.-Gr. A 13 Rätin, Rat	1
zu übertragen	22		nach Bes.-Gr. C 2 Hochschuldozentin, Hochschuldozent für FB 9 Chemie (St.-Nr. 381)
		zu übertragen	20

Erläuterungen zum Stellenplan

noch Abgang: Stellen
Übertrag 20

Im Haushaltsjahr 1999 gemäß Nr. 6 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 06 10–06 30 bereits vollzogene Umwandlungen:

Bes.-Gr. C 2 Oberassistentin, Oberassistent	3	nach Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent davon 1 für den FB 6 Mathematik (St.-Nr. 213) 1 für den FB 4 Wirtschafts- und Rechtswissenschaften (St.-Nr. 265) 1 für den FB 11 Literatur- und Sprachwissenschaften (St.-Nr. 677)
Bes.-Gr. C 1	2	nach Bes.-Gr. C 2 Oberassistentin, Oberassistent davon 1 für den FB 3 Sozialwissenschaften (St.-Nr. 655) 1 für den FB 6 Mathematik (St.-Nr. 253)

Im Haushaltsjahr 1999 gemäß Nr. 12 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 06 10–06 30 bereits vollzogene Umwandlungen:

Bes.-Gr. C 2 Hochschuldozentin Hochschuldozent	1	nach Bes.-Gr. C 1 Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit) für den FB 1 Pädagogik (St.-Nr. 134)

Zusammen	26
Bleibt Abgang	3

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 10 Akademische Direktorin, Akademischer Direktor
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 16 Akademische Oberrätin, Akademischer Oberrat und 1 Medi- zinaloberrätin, Medizinaloberrat
Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon 38 Akademische Rätin, Akademischer Rat

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamtinnen, Beamte¹⁾			Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.
B 5	1	1	Feste Gehälter:
B 2	1	1	Präsidentin, Präsident
			Kanzlerin, Kanzler
A 16	1	1	Aufsteigende Gehälter:
A 15 ⁵⁾ 20)	13	14	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 14 ²⁾ 12)	28	28	Direktorin, Direktor
A 13 ¹⁰⁾ 21)	36	38	Oberrätin, Oberrat
A 13	3	3	Rätin, Rat
A 12	4	4	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 11	6	6	Amtsärztin, Amtsarzt
A 10	15	15	Amtmännin/-frau, Amtmann
A 9	11	11	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 8	2	2	Inspektorin, Inspektor
A 7	5	5	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
A 6	4	2	Obersekretärin, Obersekretär
			Sekretärin, Sekretär
C 4 ⁴⁾ 17)19)	106	105	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3 ¹⁸⁾ 19)	76	76	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2	2	3	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2	2	2	Universitätsprofessorin (auf Zeit), Universitätsprofessor (auf Zeit)
C 2 ⁶⁾	16	14	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
C 2 ⁷⁾	2	3	Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit)
C 2 ⁷⁾	4	2	Oberassistentin, Oberassistent
C 1	43	43	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
	381	379	Zusammen
A 13 ⁸⁾	1	1	Stellen nach § 15 der Sonderurlaubsverordnung:
C 3 ⁸⁾ 9)	2	2	Rätin, Rat
C 2 ⁸⁾	1	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
	4	4	Zusammen
			Leerstellen ¹¹⁾ :
C 4	1	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3	1	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
A 10	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
	3	3	Zusammen

¹⁾ Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:

Erste(r) Vizepräsident/-in 125 DM mtl.
 Zweite(r) Vizepräsident/-in 125 DM mtl.
 10 Dekan(e)/-innen je 125 DM mtl.

²⁾ 1 Stelle darf nur für die Personalratstätigkeit verwendet werden.

⁴⁾ 1 kw für den Fachbereich Mathematik/Informatik bei Ausscheiden des Stelleninhabers/der Stelleninhaberin (Prof. Bruns).

⁵⁾ 1 ku nach Bes.-Gr. C 3-Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für Germanistik zum 1. 4. 2001.

⁶⁾ 11 ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gem. HV Nr. 12 Abs. 2 der Allgemeinen Haushaltsvermerke.
 1 kw spätestens zum 1. 4. 2009 – EZW –.

⁷⁾ ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistent(en)/-innen – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen, (1 Fachbereich Kultur- und Geowissenschaften, 1 FB Biologie/Chemie, 1 Fachbereich Physik, 1 FB Mathematik/Informatik, 1 FB Psychologie).

⁸⁾ Davon je 1 kw (1 A 13 für den FB Biologie/Chemie [31. 12. 2004]; 1 C 3 für den FB Erziehungs- und Kulturwissenschaften [31. 12. 2003]; 1 C 2 für den FB Sprach- und Literaturwissenschaften [31. 12. 2002]) im Rahmen des Hochschulstrukturkonzepts.

⁹⁾ 1 kw (FB 3 zum 31. 12. 2003) im Rahmen des Hochschulstrukturkonzepts.

¹⁰⁾ 1 kw bei Ausscheiden des/der Stelleninhabers/-in. Medizinalrätin, Medizinalrat.

¹¹⁾ kw.

¹²⁾ 1 ku nach Bes.-Gr. A 13 – Akad. Rätin, Akad. Rat zum 1. 4. 2002.

¹⁷⁾ 1 kw für den Fachbereich 2 zum 31. 12. 2001.

¹⁸⁾ 2 kw für den Fachbereich 2 und 6 zum 31. 12. 2001.

¹⁹⁾ 1 C 4 und 2 C 3 dürfen nur gegen Erstattung der Kosten durch den DAAD in Anspruch genommen werden.

²⁰⁾ 1 kw zum 31. 12. 2004 (bei Inkrafttreten: Verlagerung nach 06 08 TGr. 74 im Rahmen der Innovationsoffensive).

²¹⁾ 1 kw zum 31. 12. 2002 (bei Inkrafttreten: Verlagerung nach 06 08 TGr. 74 im Rahmen der Innovationsoffensive).

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. A 14	1 Oberrätin, Oberrat für den FB Biologie/Chemie gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 15 – Direktorin, Direktor –	Bes.-Gr. A 15	1 Direktorin, Direktor für den FB 5 gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. A 14 – Oberrätin, Oberrat –
Bes.-Gr. A 6	2 Sekretärin, Sekretär davon 1 infolge Verlagerung von Kap. 06 45 1 gegen Fortfall einer Stelle der Verg.-Gr. VIII BAT – Bibliotheksdienst (SVG)	Bes.-Gr. A 14	1 Oberrätin, Oberrat für den FB 7 gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2 – Hochschuldozentin, Hochschuldozent –
Bes.-Gr. C 4	2 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor davon 1 für den FB 7 gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor – 1 für den FB 6 Stiftungsprofessur „Stoffstrommanagement“	Bes.-Gr. A 13	2 Rätin, Rat davon 1 für den FB 5 gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
Bes.-Gr. C 3	2 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor davon 1 für den FB 8 gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 4 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor – 1 für den FB 3 gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor –	Bes.-Gr. C 4	1 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für den FB 8 gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor –
Bes.-Gr. C 2	2 Hochschuldozentin, Hochschuldozent davon 1 für den FB 6 gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 13 – Rätin, Rat – 1 für den FB 7 gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 14 – Oberrätin, Oberrat –	Bes.-Gr. C 3	2 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor davon 1 für den FB 7 gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 4 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor –
Bes.-Gr. C 2	4 Oberassistentin, Oberassistent für die Fachbereiche 4, 5, 6 und 8 gegen Fortfall von Planstellen der Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent –	Bes.-Gr. C 2	1 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für den FB 2 gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor –
Bes.-Gr. C 1	4 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent davon 1 für den FB 5 gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 13 – Rätin, Rat – 1 für den FB 2 gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2 – Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit) – 1 für den FB 3 gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2 – Oberassistentin, Oberassistent – 1 für den FB 5 gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2 – Oberassistentin, Oberassistent (auf Zeit) –	Bes.-Gr. C 2	1 Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit) für den FB 3 gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent – Vollzug HV Nr. 7
		Bes.-Gr. C 2	2 Oberassistentin, Oberassistent davon 1 für den FB 3 gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent – Vollzug HV Nr. 7
		Bes.-Gr. C 1	4 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent für die Fachbereiche 4, 5, 6 und 8 gegen Schaffung von Planstellen der Bes.-Gr. C 2 – Oberassistentin, Oberassistent –
Zusammen	17	Zusammen	15
		Bleibt Zugang	2

Erläuterungen zum Stellenplan

Zusätzliche Erläuterungen:

Von den Planstellen entfallen auf die Funktionsgruppe „gehobener technischer Verwaltungsdienst“ nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 23. 12. 1997, BGBl. S. 2162, in der jeweils geltenden Fassung:

Bes.-Gr. A 12	Amtsrätin, Amtsrat davon 1 Bauamtsrätin, Bauamtsrat
Bes.-Gr. A 10	Oberinspektorin, Oberinspektor davon 1 Technische Oberinspektorin, Technischer Oberinspektor

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 10 Akademische Direktorinnen, Akademische Direktoren
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 23 Akademische Oberrätinnen, Akademische Oberräte
Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon 32 Akademische Rätinnen, Akademische Räte 1 Medizinalrätin, Medizinalrat

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
			Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.
			¹⁾ Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen: Erste(r) Vizepräsident/-in 300 DM mtl. Zweite(r) und Dritte(r) Vizepräsident/-in 250 DM mtl. 10 Dekan(e)/-innen je 125 DM mtl. 2 Leiter/-innen gemeinsamer Kommissionen je 125 DM mtl.
			²⁾ 2 ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (Leichtweißinstitut für Wasserbau/Institut für Analysis – EDV-Nr. 1723). 1 kw spätestens zum 1. 10. 2005 –EZW – (Seminar für Geographie und Geschichte und deren Didaktik) 2 kw zum 31. 12. 2004 davon 1 für das Institut für Geographie (St.-Nr. 1819) 1 kw zum 31. 12. 2004 für das Romanische Seminar (St.-Nr. 1968)
			³⁾ – Frei –.
			⁴⁾ 3 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistent(en)/-innen – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (Institut für Geographie und Geoökologie/Fachbereich Biowissenschaften und Psychologie/Institut für Biochemie und Biotechnologie). 1 ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) – bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in (Institut für Geographie und Geoökologie).
			⁵⁾ 2 ku nach Verg.-Gr. II a (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) nach Ausscheiden des Stelleninhabers davon 1 für das Institut für Betriebssysteme und Rechnerverbund 1 für das Institut für Robotik.
			⁶⁾ – Frei –.
			⁷⁾ Die für 1998 neu ausgebrachte Planstelle darf nur mit eine(m)/-r Beam(ten)/-in besetzt werden, der/die mit der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit beschäftigt wird.
			⁸⁾ 1 kw zum 31. 12. 2001 für das Institut für Oberflächentechnik (St.-Nr. 6782). 1 ku nach Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessorin/-professor – zum 1. 4. 2001 für das Institut für Maschinenelemente 1 ku nach Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessorin/-professor – zum 1. 10. 2002 für das Institut für Geographie 1 ku nach Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessorin/-professor – zum 1. 10. 2003 für den FB Biowissenschaften und Psychologie 1 zurückzuverlagern nach Kap. 06 29 bei Ausscheiden des Stelleninhabers für Allgemeine Techniklehre und ihre Didaktik. 1 kw (Stiftungsprofessur) zum 31. 03. 2008 für Bauwerkserhaltung und Tragwerk im Fachbereich Bauingenieurwesen.
			⁹⁾ Gem. § 9 Abs. 2 HG 1995/96 i. d. F. des Hochschulstrukturkonzeptes: 1 kw zum 31. 12. 2002 (Institut für Geowissenschaften – EDV-Nr. 6516). 1 kw zum 31. 12. 2003 (Institut für Pharmazeutische Chemie – EDV-Nr. 6677). 2 kw zum 31. 12. 2001 davon 1 für das Institut für Strömungsmechanik (St.-Nr. 6648). 1 für das Institut für Werkstoffkunde (St.-Nr. 7027). 1 kw zum 31. 12. 2002 für das Institut für Geowissenschaften (St.-Nr. 6896). 1 kw zum 31. 12. 2003 für das Institut für Geographie (Nr. 1816) 1 kw zum 31. 12. 2004 für das Institut für Zoologie (St.-Nr. 1908). 1 kw zum 1. 4. 2001 für das Institut für Geometrie.
			¹⁰⁾ 1 kw zum 31. 12. 2003 für das Institut für Maschinenelemente (St.-Nr. 6507)
			¹¹⁾ – Frei –.
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte¹⁾
B 6	1	1	Feste Gehälter: Präsidentin, Präsident
B 3	1	1	Kanzlerin, Kanzler
			Aufsteigende Gehälter: Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 16	2	2	Direktorin, Direktor
A 15 ¹⁸⁾	31	31	Oberrätin, Oberrat
A 14 ²⁾	66	69	Rätin, Rat
A 13 ⁴⁾ ⁵⁾	73	80	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 13	4	4	Amtsärztin, Amtsarzt
A 12	4	4	Amtmännin, -frau, Amtmann
A 11 ⁷⁾	10	10	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 10	12	13	Inspektorin, Inspektor
A 9	9	9	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
A 8	1	—	Obersekretärin, Obersekretär
A 7	2	1	
A 6	—	1	
C 4 ⁸⁾	144	147	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3 ⁹⁾	90	93	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2 ¹⁰⁾	10	11	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2 ¹²⁾ ¹³⁾	14	16	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
C 2 ¹⁴⁾	12	12	Oberingenieurin, Oberingenieur
C 1	116	105	Oberassistentin, Oberassistent Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
	602	610	Zusammen
			Leerstellen: ¹⁵⁾
A 13	1	2	Rätin, Rat
A 10	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	2	3	Inspektorin, Inspektor
C 4	13	12	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3	1	—	
	18	18	Zusammen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
			¹²⁾ 1 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche(r) Assistent/-in – bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in (Institut für Geophysik und Meteorologie). 8 ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gem. Nr. 12 Abs. 2 der Allgemeinen Haushaltsvermerke (Institut für Analysis, Institut für Theoretische Informatik, Historisches Seminar, Seminar für Politikwissenschaft und Soziologie, Seminar für Soziologie und Sozialarbeitswissenschaft, Seminar für Psychologie, Seminar für englische und französische Sprache und deren Didaktik, Institut für Mathematik, Physik und deren Didaktik). 1 kw bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in (Seminar für Biologie und Chemie und deren Didaktik). 1 kw zum 31. 12. 2001 für das Institut für Strömungsmechanik (St.-Nr. 6857). 1 kw zum 31. 12. 2002 für das Institut für Humanbiologie (St.-Nr. 1912). 1 zum 31. 12. 2004 für das Institut für Geographie (St.-Nr. 2126). ¹³⁾ 1 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistent(en)/-innen – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (Botanisches Institut und Botanischer Garten). ¹⁴⁾ 8 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistenten/-innen – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (Institut für Mathematische Stochastik/Institut für Geometrie/Institut für Physikalische und Theoretische Chemie/Institut für Genetik/2 für das Institut für Werkstoffe/Institut für Pharmakologie und Toxikologie/Institut für Anorganische und Analytische Chemie). ¹⁵⁾ 1 Stelle A 13 und 1 Stelle A 10, 2 Stellen A 9, 1 Stelle C 4 und 1 Stelle C 3 kw. 12 Leerstellen der Bes.-Gr. C 4 dürfen nur zur Durchführung eines gemeinsamen Berufungsverfahren in Anspruch genommen werden, davon 6 durch die Technische Universität Braunschweig und die Gesellschaft für Biotechnologische Forschung 1 durch die Technische Universität Braunschweig und die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung 2 durch die Technische Universität Braunschweig und die Fraunhofer-Gesellschaft 1 durch die Technische Universität Braunschweig und die Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen GmbH 2 durch die Technische Universität Braunschweig und das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (DLR). ¹⁶⁾ – Frei –. ¹⁷⁾ – Frei –. ¹⁸⁾ 1 ku zum 1. 4. 2001 nach Bes.-Gr. C 3 für Ältere Deutsche Sprache und Literatur (Übernahme Fiebigerprofessur). 1 kw zum 31. 12. 2003 für das Institut für Allgemeine Mechanik (St.-Nr. 6460). 1 ku nach Bes.-Gr. A 14 bei Ausscheiden des Stelleninhabers.

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang
Bes.-Gr. C 4

Stellen
1

Universitätsprofessorin,
Universitätsprofessor
für Bauwerkserhaltung und Trag-
werk im Fachbereich Bauingenieur-
wesen, besetzbar ab 1. 4. 2001
(Stiftungsprofessur)

Zugang infolge Wirksamwerdens der ku-Vermerke:

Bes.-Gr. A 13

Stellen
1

Rätin, Rat
für das Botanische Institut und
Botanischer Garten
von Bes.-Gr. C 2
Universitätsprofessorin,
Universitätsprofessor

Bes.-Gr. C 3

1

Universitätsprofessorin,
Universitätsprofessor
für das Seminar für Evangelische
Theologie und Religionspädagogik
von Bes.-Gr. C 4
Universitätsprofessorin,
Universitätsprofessor

Bes.-Gr. C 3

1

Universitätsprofessorin,
Universitätsprofessor
für das Institut für Mathematik,
Physik und deren Didaktik
von Bes.-Gr. A 14 Oberrätin, Oberrat

Bes.-Gr. C 1

1

Wissenschaftliche Assistentin,
Wissenschaftlicher Assistent
für das Institut für Analysis
von Bes.-Gr. C 2
Hochschuldozentin, Hochschuldozent

Zugang infolge Abbau der Überschreitung der Obergrenzen nach §
35 BBesG:

Bes.-Gr. C 3

Stellen
1

Universitätsprofessorin,
Universitätsprofessor
für das Institut für Anglistik und
Amerikanistik infolge
Stellensenkung von Bes.-Gr. C 4

Zugang infolge Verlagerung:

Bes.-Gr. A 13

1

Rätin, Rat
für das Kompetenzzentrum
Hochschuldidaktik infolge
Verg. von Kap. 06 08 – LÜP –

Zugang gegen Fortfall von Planstellen:

Bes.-Gr. A 8

1

Hauptsekretärin, Hauptsekretär
für die Universitätsbibliothek
gegen Fortfall einer Planstelle
der Bes.-Gr. A 10
Oberinspektorin, Oberinspektor

Bes.-Gr. A 7

1

Obersekretärin, Obersekretär
für die Universitätsbibliothek
gegen Fortfall einer Planstelle
der Bes.-Gr. A 6

Zugang infolge Umwandlung von Planstellen und Stellen:

. A 13

Stellen
1

Rätin, Rat
infolge Umwandlung
von Verg.-Gr. II a
Wissenschaftlicher Dienst
für das Institut für Statistik

Bes.-Gr. C 1

9

Wissenschaftliche Assistentin,
Wissenschaftlicher Assistent
infolge Umwandlung von
Bes.-Gr. A 13 Rätin, Rat
davon
1 für das Institut für Physikalische
Chemie
1 für das Institut für Flugzeugbau
2 für das Institut für Wärme-
und Brennstofftechnik
1 für das Institut für
Werkzeugmaschinen
1 für das Institut für
Fabrikbetriebslehre
1 für das Institut für Elektro-
magnetische Verträglichkeit
2 für das Institut für
Wirtschaftswissenschaften

zu übertragen

19

noch Zugang:
Übertrag:

Stellen
19

In den Haushaltsjahren 1999/2000 gemäß Nr. 6 der Allgemeinen
Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 06 08, 06 10 – 06 30 bereits voll-
zogenen Umwandlungen:

Bes.-Gr. C 2

Stellen
2

Oberassistentin, Oberassistent
infolge Umwandlung von Bes.-Gr. C 1
Wissenschaftliche Assistentin,
Wissenschaftlicher Assistent
davon
1 für das Institut für Pharmakologie
und Toxikologie
1 für das Institut für Anorganische
und Analytische Chemie

Bes.-Gr. C 1

2

Wissenschaftliche Assistentin,
Wissenschaftlicher Assistent
infolge Umwandlung von Bes.-Gr. C 2
Oberassistentin, Oberassistent
davon
1 für das Institut für Angewandte
Mathematik
1 für das Institut für Psychologie

Bes.-Gr. C 1

1

Wissenschaftliche Assistentin,
Wissenschaftlicher Assistent
infolge Umwandlung von Bes.-Gr. C 2
Hochschuldozentin, Hochschuldozent
für den FB 3, Pharmazeutische
Biologie

Zusammen

24

Abgang infolge Verlagerung:

Bes.-Gr. A 14

Stellen
1

Oberrätin, Oberrat
für das Romanische Seminar
(St.-Nr. 1967)
infolge Verlagerung nach Kap. 06 17

Abgang infolge Wirksamwerdens der kw-Vermerke:

Bes.-Gr. C 4

Stellen
2

Universitätsprofessorin,
Universitätsprofessor
davon
1 für das Institut für
Nachrichtensysteme
(St.-Nr. 6609)
1 für das Romanische Seminar
(St.-Nr. 1965)

Bes.-Gr. C 3

3

Universitätsprofessorin,
Universitätsprofessor
davon
1 für das Institut für Algebra
und Zahlentheorie (St.-Nr. 1708)
1 für das Institut für Geowissen-
schaften (St.-Nr. 6777)
1 für das Institut für Maschinenele-
mente (St.-Nr. 6880)

Abgang infolge vorzeitigen Wirksamwerdens der kw-Vermerke:

Bes.-Gr. A 14

Stellen
1

Oberrätin, Oberrat
für das Institut für Politik und
Sozialwissenschaften (St.-Nr. 1943)
(statt kw 31. 12. 2003)

Bes.-Gr. C 3

3

Universitätsprofessorin,
Universitätsprofessor
davon
2 für das Institut für Betriebssyste-
me und Rechnerverbund
(St.-Nr. 7018 und 7029)
(statt kw 31. 12. 2001)
1 für das Institut für Geowissen-
schaften (St.-Nr. 6821)
(statt kw 31. 12. 2003)

zu übertragen

10

Erläuterungen zum Stellenplan

– noch Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

noch Abgang: Übertrag:	Stellen 10		noch Abgang: Übertrag:	Stellen 27	
Abgang infolge Wirksamwerdens der ku-Vermerke:			In den Haushaltsjahren 1999/2000 gemäß Nr. 6 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 06 08, 06 10 – 06 30 bereits vollzogene Umwandlungen:		
	Stellen			Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	Oberrätin, Oberrat für das Institut für Mathematik, Physik und deren Didaktik nach Bes.-Gr. C 3 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	Bes.-Gr. C 2	2	Oberassistentin, Oberassistent infolge Umwandlung nach Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent davon 1 für das Institut für Angewandte Mathematik (St.-Nr. 1756) 1 für das Institut für Psychologie (St.-Nr. 6733)
Bes.-Gr. C 4	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für das Seminar für Evangelische Theologie und Religionspädagogik nach Bes.-Gr. C 3 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	Bes.-Gr. C 2	1	Hochschuldozentin, Hochschuldozent infolge Umwandlung nach Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent für den FB 3 Pharmazeutische Biologie (St.-Nr. 6526)
Bes.-Gr. C 2	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für das Botanische Institut und Botanischen Garten nach Bes.-Gr. A 13 Rätin, Rat	Bes.-Gr. C 1	2	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent infolge Umwandlung nach Bes.-Gr. C 2 Oberassistentin, Oberassistent davon 1 für das Institut für Pharmakologie und Toxikologie (St.-Nr. 6738) 1 für das Institut für Anorganische und Analytische Chemie (St.-Nr. 1863)
Bes.-Gr. C 2	1	Hochschuldozentin, Hochschuldozent für das Institut für Analysis nach Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent			
Abgang infolge Abbau der Überschreitung der Obergrenzen gem. § 35 BBesG:					
	Stellen				
Bes.-Gr. C 4	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für das Institut für Anglistik und Amerikanistik infolge Stellensenkung nach Bes.-Gr. C 3	Zusammen	32	
			Bleibt Abgang	8	
Abgang gegen Schaffung neuer Planstellen:			Leerstellen:		
	Stellen		Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 10	1	Oberinspektorin, Oberinspektor für die Universitätsbibliothek gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. A 8	Bes.-Gr. A 10	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
			Bes.-Gr. A 9	1	Inspektorin, Inspektor
Bes.-Gr. A 6	1	Hauptsekretärin, Hauptsekretär Sekretärin, Sekretär für die Universitätsbibliothek gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. A 7 Obersekretärin, Obersekretär	Bes.-Gr. C 4	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
Abgang infolge Umwandlung von Planstellen und Stellen:			Zugang infolge Verlagerung von Kapitel 06 17:		
	Stellen		Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	9	Rätin, Rat infolge Umwandlung nach Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent davon 1 für das Institut für Physikalische Chemie 1 für das Institut für Flugzeugbau 2 für das Institut für Wärme- und Brennstofftechnik 1 für das Institut für Werkzeugmaschinen 1 für das Institut für Fabrikbetriebslehre 1 für das Institut für Elektromagnetische Verträglichkeit 2 für das Institut für Wirtschaftswissenschaften	Bes.-Gr. C 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
			Zusammen	4	
			Abgang:	Stellen	
			Bes.-Gr. A 13	1	Rätin, Rat
			Bes.-Gr. A 10	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
			Bes.-Gr. A 9	2	Inspektorin, Inspektor
			Zusammen	4	
			Von den Planstellen entfällt auf die Funktionsgruppe „höherer technischer Verwaltungsdienst“ nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 23. 12. 1971, BGBl. S. 2162, in der jeweils geltenden Fassung:		
				Stellen	
			Bes.-Gr. A 15		Direktorin, Direktor davon 1 Baudirektorin, Baudirektor
			Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:		
				Stellen	
			Bes.-Gr. A 15		Direktorin, Direktor davon 26 Akademische(r) Direktorin, -Direktor 1 Sportdirektorin, -direktor Oberrätin, Oberrat davon 63 Akademische(r) Oberrätin, -Oberrat
			Bes.-Gr. A 14		Rätin, Rat davon 68 Akademische(r) Rätin, -Rat 1 Akademische(r) Rätin, -Rat (auf Zeit)
zu übertragen	27		Bes.-Gr. A 13		

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamtinnen, Beamte¹⁾			Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.
A 16	1	1	Aufsteigende Gehälter:
A 16	1	1	Kanzlerin, Kanzler
A 15	11	11	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 14 ⁹⁾	29	31	Direktorin, Direktor
A 13 ⁹⁾	13	16	Oberrätin, Oberrat
A 13	2	2	Rätin, Rat
A 12	2	2	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 11	4	4	Amtsärztin, Amtsarzt
A 10	7	7	Amtmännin/-frau, Amtmann
A 9	2	2	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 8	1	1	Inspektorin, Inspektor
			Hauptsekretärin, Hauptsekretär
C 4	51	53	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3	37	37	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2	—	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2	—	—	Universitätsprofessorin (auf Zeit), Universitätsprofessor (auf Zeit)
C 2 ¹⁰⁾	2	2	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
C 2	1	1	Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit)
C 2	2	2	Oberassistentin, Oberingenieurin/ Oberassistent, Oberingenieur
C 1	32	30	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
	198	204	Zusammen
			Leerstellen: ⁷⁾
A 10	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
C 4 ⁸⁾	1	2	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 4 ⁵⁾	1	—	Universitätsprofessorin (auf Zeit), Universitätsprofessor (auf Zeit)
	3	3	Zusammen

¹⁾ Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:

1 Rektor/-in 225 DM monatlich
 2 Prorektoren/-innen je 125 DM monatlich
 4 Dekane/-innen je 125 DM monatlich
 2 Leiter/-innen
 gemeinsamer
 Kommissionen je 125 DM monatlich

²⁾ – Frei –.

³⁾ – Frei –.

⁴⁾ – Frei –.

⁵⁾ Davon 1 für ein gemeinsames Berufungsverfahren (Direktor des Forschungsinstituts für angewandte Geowissenschaften/Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben – GGA).

⁶⁾ – Frei –.

⁷⁾ kw.

⁸⁾ Geschäftsführer der CUTEC GmbH im Rahmen eines gemeinsamen Berufungsverfahrens mit der TU Clausthal.

⁹⁾ Davon 1 (A 14/A13) ku nach C 1 bei Ausscheiden des Stelleninhabers/der Stelleninhaberin (Institut für Schweißtechnik und Trennende Fertigungsverfahren).

¹⁰⁾ ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gem. HV Nr. 12 Abs. 2 der Allgemeinen Haushaltsvermerke.

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamte/-innen –

Zugang:	Stellen	Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. C 3	1	Bes.-Gr. A 14	2
	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für das Institut für Bergbau infolge Wirksamwerdens des HV Nr. 2		Oberrätin, Oberrat davon 1 für das Institut für Mathematik 1 für das Rechenzentrum gegen Schaffung von zwei Stellen der Verg.-Gr. II a
Bes.-Gr. C 2	1	Bes.-Gr. A 13	2
	Hochschuldozentin, Hochschuldozent für das Institut f. Elektr. Informationstechnik gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2		Rätin, Rat gegen Schaffung von zwei Planstellen der Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent davon 1 für das Institut für Erdöl- und Erdgastechnik 1 für das Institut für Mechanische Verfahrenstechnik
Bes.-Gr. C 2	1	Bes.-Gr. A 13	1
	Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit) für das Institut für Informatik gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2		Rätin, Rat für das Institut für Anorganische Chemie infolge Wirksamwerdens des HV Nr. 12
Bes.-Gr. C 2	1	Bes.-Gr. C 4	1
	Oberassistentin, Oberassistent für das Institut für Physikalische Chemie infolge Wirksamwerdens des HV Nr. 10		Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor infolge Verlagerung nach Kap. 06 30 (Fortfall des HV Nr. 4)
Bes.-Gr. C 1	1	Bes.-Gr. C 4	1
	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent für das Institut für Anorganische Chemie infolge Wirksamwerdens des HV Nr. 12		Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für das Institut für Bergbau infolge Wirksamwerdens des HV Nr. 2
Bes.-Gr. C 1	2	Bes.-Gr. C 3	1
	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent gegen Fortfall von zwei Planstellen der Bes.-Gr. A 13 Rätin, Rat davon 1 für das Institut für Erdöl- und Erdgastechnik 1 für das Institut für Mechanische Verfahrenstechnik		Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für das Institut für Technische Mechanik infolge Wirksamwerdens des HV Nr. 3
		Bes.-Gr. C 2	1
			Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für das Institut für Geologie und Paläontologie infolge Wirksamwer- dens des HV Nr. 3
Zusammen	7	Bes.-Gr. C 2	1
			Hochschuldozentin, Hochschuldozent für das Institut für Physikalische Chemie infolge Wirksamwerdens des HV Nr. 10
		Bes.-Gr. C 2	1
			Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit) für das Institut für Elektr. Informationstechnik gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2
		Bes.-Gr. C 2	1
			Hochschuldozentin, Hochschuldozent für das Institut für Informatik gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2
		Bes.-Gr. C 1	1
			Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit) Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent für den FB MVC (Fortfall des HV Nr. 11)
		Zusammen	13
		Bleibt Abgang	6
Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besol- dungsgruppen zuzuordnen:			
	Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 10 Akademische Direktorin, Akademischer Direktor	
	Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 26 Akademische Oberrätin, Akademischer Oberrat	
	Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon 13 Akademische Rätin, Akademischer Rat	

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Planmäßige Beamtinnen, Beamte¹⁾				¹⁾ Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen: Erste(r) Vizepräsident/-in 300 DM mtl. Zweite(r) Vizepräsident/-in 250 DM mtl. 17 Dekan(e)/-innen je 125 DM mtl. 2 Leiter/-innen gemeinsamer Kommissionen je 125 DM mtl.
B 6	1	1	Feste Gehälter:	
B 3	1	1	Präsidentin, Präsident	
			Kanzlerin, Kanzler	
Aufsteigende Gehälter:				
A 16	2	2	Leitende Direktorin, Leitender Direktor	²⁾ 1 kw nach Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in (Institut für Halbleitertechnologie und Werkstoffe der Elektrotechnik).
A 15 ²⁾	56	56	Direktorin, Direktor	1 kw spätestens zum 1. 4. 2008 –EZW– (Hochschulinternes Fernsehen).
A 14 ³⁾⁵⁾	120	122	Oberrätin, Oberrat	1 kw zum 31. 12. 2001 für das Institut für Berufspädagogik.
A 13 ⁶⁾	53	64	Rätin, Rat	1 kw zum 31. 12. 2003 für das Institut Mathematik.
A 13	2	2	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	2 kw zum 31. 12. 2004 davon
A 12	7	7	Amtsärztin, Amtsarzt	1 für das Institut für Quantitative Wirtschaftsforschung
A 11	10	10	Amtmännin, -frau, Amtmann	1 für das Institut für Pädagogik.
A 10	22	21	Oberinspektorin, Oberinspektor	1 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent – für das Institut für Unternehmensplanung bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers.
A 9	9	9	Inspektorin, Inspektor	³⁾ 1 Stelle ku nach Bes.-Gr. A 13 – Akademische(r) Rat/-Rätin – für das Institut für Festkörperphysik und 1 Stelle ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) – für das Institut für Getriebetechnik im Maschinenbau bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.
A 8	2	2	Hauptsekretärin, Hauptsekretär	3 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent – für das Institut für Volkswirtschaftslehre bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers.
A 7	4	4	Obersekretärin, Obersekretär	1 ku nach Verg.-Gr. II a –Wissenschaftlicher Dienst (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) – für das Institut für Quantitative Wirtschaftsforschung bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers.
A 6	7	7	Sekretärin, Sekretär	2 kw zum 31. 12. 2001 davon
C 4 ¹⁰⁾	202	203	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	1 für das Institut für Grundlagen der Elektrotechnik
C 3 ¹¹⁾	150	155	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	1 für das Institut für Sportwissenschaften.
C 2 ¹²⁾¹³⁾	41	41	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	2 kw zum 31. 12. 2002 davon
C 2	5	11	Oberingenieurin, Oberingenieur, Oberassistentin, Oberassistent	1 für das Englische Seminar
C 2 ¹⁵⁾¹⁶⁾	48	48	Hochschuldozentin, Hochschuldozent	1 für das Institut für Berufspädagogik.
C 1 ¹⁷⁾	159	138	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent	1 kw zum 31. 12. 2003 für das Lehrgebiet für Rechtssoziologie.
	901	904	Zusammen	2 kw zum 31. 12. 2004 davon
Stellen nach § 15 der Sonderurlaubsverordnung ¹⁸⁾ :				1 für das Rechenzentrum
A 15	1	1	Direktorin, Direktor	1 für das Institut für Atom- und Molekülphysik.
C 2	1	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	1 kw zum 31. 12. 2004 für das Romanische Seminar.
C 2	1	1	Hochschuldozentin, Hochschuldozent	1 kw 31. 12. 2005 für das Institut für Erwachsenenbildung.
	3	3	Zusammen	⁴⁾ – Frei –.
Leerstellen:				⁵⁾ 1 kw nach Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in (Oberstudienrat/-rätin).
C 4 ¹⁹⁾	6	6	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	⁶⁾ 1 ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst – bei Ausscheiden des Stelleninhabers (Institut für Statik).
C 3 ²⁰⁾	1	2	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	2 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent – bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers davon
A 15 ²¹⁾	1	—	Direktorin, Direktor	1 für das Institut für Unternehmensbesteuerung
A 11 ²¹⁾	2	1	Amtmännin, -frau, Amtmann	1 für das Institut für Volkswirtschaftslehre.
A 10 ²¹⁾	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor	⁷⁾ – Frei –.
A 9 ²¹⁾	1	1	Inspektorin, Inspektor	⁸⁾ – Frei –.
	12	11	Zusammen	⁹⁾ – Frei –.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
			¹⁰⁾ 2 kw zum 31. 12. 2003 davan 1 für das Institut für Organische Chemie 1 für das Lehrgebiet für Rechtssoziologie. 3 kw zum 31. 12. 2004 davan 1 für das Institut für Anorganische Chemie 1 für das Institut für Quantitative Wirtschaftsforschung 1 für das Institut für Erziehungswissenschaften. ¹¹⁾ 1 von Kap. 06 08 übernommene Planstelle wird sofort nach ihrem Freiwerden in das Kap. 06 08 zurückverlagert (Psychologisches Institut). ¹²⁾ 1 kw bei Ausscheiden des Stelleninhabers (Institut für Erziehungswissenschaften). 1 kw zum 31. 12. 2004 für das Philosophische Seminar ¹³⁾ 2 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche(r) Assi- stent/-in – bei Ausscheiden des Stelleninhaber/ -innen: 1 für das Geodätische Institut 1 für den Fachbereich Erziehungswissenschaften I (Lehrgebiet Schulpädagogik) ¹⁴⁾ – Frei –. ¹⁵⁾ Davon 1 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche(r) Assistent/-in – bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in für das Historische Seminar. 1 ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gem. HV Nr. 12 Abs. 2 der Allgemeinen Haushaltsvermerke (Hochschuldozent/-in). 39 ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gemäß Nr. 12 Abs. 2 der Allgemeinen HV zu den Kap. 06 08, 06 10 – 06 30 (Institut für Theoretische Physik/Institut für Botanik/Institut für Geobotanik/Institut für Freiraumentwicklung und Planungsbezogene Soziologie/Institut für Landesplanung und Raumforschung/Institut für Grundbau, Bodenmechanik und Energiewasserbau/Institut für Angewandte Genetik/Institut für Berufspädagogik/Englisches Seminar/Psychologisches Institut/Lehrgebiet Psychologie/Lehrgebiet Erwachsenenbildung/Institut für Volkswirtschaftslehre/Lehrgebiet Allgemeine Erziehungswissenschaften/Lehrgebiet Schulpädagogik/Lehrgebiet Bildende Kunst und Textiles Gestalten/Lehrgebiet Lernbehindertenpädagogik/Institut für das Ländliche Bau- und Siedlungswesen/Lehrgebiet Deutsche Literatur und ihre Didaktik/Lehrgebiet Allgemeine Erziehungswissenschaften/Lehrgebiet Psychologie der Behinderten/Lehrgebiet Evangelische Theologie/Institut für Massivbau). Jeweils 2 für das Institut für Politische Wissenschaften/Institut für Biophysik/Seminar für Deutsche Literatur und Sprache/Fachbereich Rechtswissenschaften/Lehrgebiet Soziologie/Lehrgebiet Geographie und ihre Didaktik und 4 für das Historische Seminar. 1 kw zum 31. 12. 2002 – für das Seminar für Deutsche Literatur und Sprache. 1 kw zum 31. 12. 2003 für das Institut für Theoretische Physik. 1 kw zum 31. 12. 2002 für das Institut für Biophysik. 1 ku nach Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent – für das Institut für Volkswirtschaftslehre bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers. ¹⁶⁾ 5 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistent(en)/-innen – bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen (Institut für Mineralogie/Institut für Technische Chemie/Lehrgebiet Deutsche Sprache und ihre Didaktik/Psychologisches Institut/Institut für Gestaltung und Darstellung). ¹⁷⁾ 1 ku nach Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst (Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses) – bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in (Institut für Ländliches Bau- und Siedlungswesen). ¹⁸⁾ kw

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
			¹⁹⁾ 3 Leerstellen dürfen nur zur Durchführung von gemeinsamen Berufungsverfahren in Anspruch genommen werden, davon 1 durch die Universität Hannover und das Institut für Solarenergieforschung, 1 durch die Universität Hannover und die Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt e. V. 1 durch die Universität Hannover und das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung, 3 Leerstellen kw. ²⁰⁾ 1 Leerstelle der Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessor/-in – darf nur für ein gemeinsames Berufungsverfahren durch die Universität Hannover und das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen e. V. zur Besetzung der Stelle des/der stellvertretenden Institutsleiter(s)/-in in Anspruch genommen werden. ²¹⁾ kw.

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang infolge Verlagerungen:

Stellen		
Bes.-Gr. A 14	2	Oberrätin, Oberrat davon 1 für das Romanische Seminar infolge Verlagerung von Kap. 06 15 1 für das Institut für Erwachsenenbildung infolge Verlagerung von Kap. 06 10
Bes.-Gr. C 2	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für den FB Erziehungswissenschaften, Didaktik der Chemie infolge Verlagerung von Kap. 06 08

Zugang gegen Fortfall von Planstellen und Stellen:

Stellen		
Bes.-Gr. A 15	1	Direktorin, Direktor für die Verwaltung gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 15 (Baudirektorin, Baudirektor) in der Verwaltung
Bes.-Gr. A 10	1	Oberinspektorin, Oberinspektor für die Verwaltung gegen Fortfall einer Stelle der Verg.-Gr. IV b (Technischer Dienst) in der Verwaltung
zu übertragen	5	

Erläuterungen zum Stellenplan

– noch Beamtinnen, Beamte –

noch Zugang: Übertrag:	Stellen 5	
Bes.-Gr. C 1	15	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent davon 1 für das Institut für Verkehrswesen gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 13 (Rätin, Rat) im Institut für Verkehrswesen 1 für das Franzius-Institut gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 13 (Rätin, Rat) im Franzius-Institut 1 für das Institut für Theoretische Nachrichtentechnik gegen Fortfall einer Stelle der Verg.-Gr. II a Wissenschaftlicher Dienst im Institut für Theoretische Nachrichtentechnik 1 für das Institut für Sonderpädagogik gegen Fortfall einer Stelle der Verg.-Gr. II a Wissenschaftlicher Dienst im Institut für Sonderpädagogik 1 für das Institut für Theologie und Religionspädagogik gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 13 (Rätin, Rat) im Institut für Theologie und Religionspädagogik 1 für das Institut für Ästhetische Erziehung gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 13 (Rätin, Rat) im Institut für Ästhetische Erziehung 2 für den Zentralen Stellenpool gegen Fortfall von 2 Planstellen der Bes.-Gr. A 13 (Rätin, Rat) im Zentralen Stellenpool 1 für den Zentralen Stellenpool gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 14 (Oberrätin, Oberrat) im Zentralen Stellenpool 1 für den Zentralen Stellenpool gegen Fortfall einer Stelle der Lohn-Gr. 2 (Sonstige Dienste) im Zentralen Stellenpool 1 für den Zentralen Stellenpool gegen Fortfall einer Stelle der Lohn-Gr. 2a (Sonstige Dienste) im Zentralen Stellenpool 1 für den Zentralen Stellenpool gegen Fortfall einer Stelle der Lohn-Gr. 3 (Sonstige Dienste) im Zentralen Stellenpool 1 für den Zentralen Stellenpool gegen Fortfall einer Stelle der Lohn-Gr. 4 (Kraftfahrdienst) im Zentralen Stellenpool 2 für den Zentralen Stellenpool gegen Fortfall von 4 Stellen der Lohn-Gr. 6 (Handwerklicher Dienst) im Zentralen Stellenpool

Zugang infolge Wirksamwerdens der ku-Vermerke:

Bes.-Gr. C 1	Stellen 6	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent infolge Umwandlung von Bes.-Gr. C 2 – Oberingenieurin, Oberingenieur, Obersassistentin, Oberassistent – davon 1 für den Fachbereich Bauingenieur- und Vermessungswesen 1 für das Institut für Verkehrswesen, Eisenbahnbau und -betrieb 1 für das Institut für Anorganische Chemie 1 für das Institut für Kartographie 1 für das Institut für Festkörperphysik 1 für das Institut für Theoretische Physik

Stellenabgang (Verlagerungen im Rahmen der Innovationsoffensive):

a) infolge Wirksamwerdens der kw-Vermerke	Stellen	
Bes.-Gr. C 3	1	Universitätsprofessorin, -professor für Mathematik, nach Kap. 06 08
b)		
Bes.-Gr. A 13	1	Rätin, Rat für Sonderpädagogik, nach Kap. 06 08
Abgang gegen Schaffung von Planstellen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	in der Verwaltung (Baudirektorin, Baudirektor) gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. A 15 (Direktorin, Direktor) für die Verwaltung im Zentralen Stellenpool gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent für den Zentralen Stellenpool Rätin, Rat davon 1 im Institut für Verkehrswesen gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent für das Institut für Verkehrswesen 1 im Franzius-Institut gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent für das Franzius-Institut 1 im Institut für Theologie und Religionspädagogik gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent für das Institut für Theologie und Religionspädagogik 1 im Institut für Ästhetische Erziehung gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent für das Institut für Ästhetische Erziehung 2 im Zentralen Stellenpool gegen Schaffung von 2 Planstellen der Bes.-Gr. C 1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent für den Zentralen Stellenpool
Bes.-Gr. A 14	1	
Bes.-Gr. A 13	6	

Stellenabgänge infolge Wirksamwerdens der kw-Vermerke:

Bes.-Gr. A 14	Stellen 3	Oberrätin, Oberrat davon 1 für das Institut für Strömungsmaschinen 1 für das Institut für Anorganische Chemie 1 für die Allgemeine Verwaltung
Bes.-Gr. A 13	1	Rätin, Rat für das Institut für Elektrowärme
Bes.-Gr. C 4	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für das Institut für Leistungselektronik
Bes.-Gr. C 3	4	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor davon 1 für das Institut für Strömungsmechanik 1 für das Institut für Mathematik 1 für das Institut für Siedlungswas- serwirtschaft und Abfalltechnik 1 für das Institut für Wasserwirt- schaft, Hydrologie und Landwirt- schaftlicher Wasserbau

zu übertragen

19

Erläuterungen zum Stellenplan

– noch Beamtinnen, Beamte –

noch Abgang: Übertrag:	Stellen 19		Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besol- dungsgruppen zuzuordnen:
Bes.-Gr. C 2	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für das Institut für Psychologie und Soziologie in den Erziehungswissenschaften	Bes.-Gr. A 16 Leitende Direktorin, Leitender Direktor davon 1 Oberstudiendirektorin, Oberstudiendirektor als Leiterin, Leiter des Studienkollegs für ausländische Studierende
Stellenabgänge infolge Wirksamwerdens der ku-Vermerke:			Bes.-Gr. A 15 Direktorin, Direktor davon 43 Akademische(r) Direktorin, - Direktor 9 Studiendirektorin, Studiendirektor Oberrätin, Oberrat davon 107 Akademische(r) Oberrätin, - Oberrat 6 Oberstudienrätin, Oberstudienrat Ministerialrat/-rätin Rätin, Rat davon 50 Akademische(r) Rätin, -Rat 1 Akademische(r) Rätin, -Rat (a. Z.) 2 Studienrätin, Studienrat
Bes.-Gr. A 13	3	Rätin, Rat infolge Umwandlung nach Verg.-Gr. II a (Förderung des wissen- schaftlichen Nachwuchses) davon 1 für das Institut für Gartenbau- ökonomie 2 für das Lehrgebiet Schulpädagogik	Bes.-Gr. A 14 Oberrätin, Oberrat davon 107 Akademische(r) Oberrätin, - Oberrat 6 Oberstudienrätin, Oberstudienrat Ministerialrat/-rätin Rätin, Rat davon 50 Akademische(r) Rätin, -Rat 1 Akademische(r) Rätin, -Rat (a. Z.) 2 Studienrätin, Studienrat
Bes.-Gr. C 2	6	Oberingenieurin, Oberingenieur, Oberassistentin, Oberassistent infolge Umwandlung nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent – davon 1 für den Fachbereich Bauingenieur- und Vermessungswesen 1 für das Institut für Verkehrswesen, Eisenbahnbau und -betrieb 1 für das Institut für Anorganische Chemie 1 für das Institut für Kartographie 1 für das Institut für Festkörperphysik 1 für das Institut für Theoretische Physik	Bes.-A 13 Stellen zu 422 31: Bes.-Gr. A 15 Direktorin, Direktor davon 1 Akademische(r) Direktorin, - Direktor
Abgänge insgesamt mithin Abgang	29 3		
Leerstellen:			
Zugang	Stellen		
Bes.-Gr. A 15	1	Direktorin, Direktor	
Bes.-Gr. A 11	1	Amtmännin, -frau, Amtmann	
Bes.-Gr. A 10	1	Oberinspektorin, Oberinspektor	
Zusammen	3		
Abgang:			
Bes.-Gr. A 10	1	Oberinspektorin, Oberinspektor	
Bes.-Gr. C 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor infolge Verlagerung nach Kap. 06 15	
Zusammen	2		
mithin Zugang	1		

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamtinnen, Beamte¹⁾			Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 06 10 bis 06 30 und 06 10 bis 06 39 zu beachten. ¹⁾ Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen: Rektorin/Rektor 225 DM mtl. Zwei Prorektorinnen/Prorektoren je 125 DM mtl. ²⁾ ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gem. HV Nr. 12 Abs. 2 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 06 10 bis 06 30. ³⁾ 1 kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers.
A 15 ³⁾	4	4	
A 14	7	7	Direktorin, Direktor
A 13	8	8	Oberrätin, Oberrat
A 13	1	1	Rätin, Rat
A 11	2	2	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 9	2	2	Amtmännin, -frau, Amtmann
A 6	2	2	Inspektorin, Inspektor
			Sekretärin, Sekretär
C 4	13	14	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3	32	34	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2	3	3	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2 ²⁾	5	5	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
C 2	—	1	Hochschuldozentin (auf Zeit), Hochschuldozent (auf Zeit)
C 1	6	5	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
	85	88	Zusammen

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 06 10 bis 06 30 und 06 10 bis 06 39 zu beachten.

¹⁾ Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:

Rektorin/Rektor 225 DM mtl.
Zwei Prorektorinnen/Prorektoren je 125 DM mtl.

²⁾ ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gem. HV Nr. 12 Abs. 2 der Allgemeinen Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 06 10 bis 06 30.

³⁾ 1 kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers.

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. C 1	1	Bes.-Gr. C 3	1
	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent für das Institut für Geschichte und Historische Landesforschung gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2 – Hochschuldozentin, Hochschuldozent (auf Zeit) –	Bes.-Gr. C 2	1
Zusammen	1		
		Abgang von Planstellen zur Umsetzung der Innovationsoffensive – Pool III –:	
		Bes.-Gr. C 4	1
		Bes.-Gr. C 3	1
			Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für die Physik infolge Verlagerung nach Kap. 06 08
			Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für die Chemie infolge Verlagerung nach Kap. 06 08
		Abgang insgesamt	4
		Bleibt Abgang	3

Zusätzliche Erläuterungen:

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 3 Akademische Direktorinnen, Akademische Direktoren
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 5 Akademische Oberrätinnen, Akademische Oberräte
Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon 8 Akademische Rätinnen, Akademische Räte

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
			Planmäßige Beamte/-innen¹⁾
B 3	1	1	Feste Gehälter: Kanzlerin/Kanzler
A 16	2	2	Aufsteigende Gehälter: Leitende Direktorin/Leitender Direktor
A 15 ¹⁷⁾	12	12	Direktorin/Direktor
A 14 ¹⁷⁾	34	33	Oberrätin/Oberrat
A 13 ²⁾ 14)	15	15	Rätin/Rat
A 13 ¹³⁾	5	5	Oberamtsrätin/Oberamtsrat
A 12	5	5	Amtsärztin/Amtsarzt
A 11	5	5	Amtmännin/-frau/Amtmann
A 10	13	13	Oberinspektorin/Oberinspektor
A 9	2	2	Inspektorin/Inspektor
C 4 ³⁾ 16) ¹⁸⁾	64	63	Universitätsprofessorin/Universitätsprofessor
C 3 ⁴⁾ 6) ¹⁰⁾ 18)	44	43	Universitätsprofessorin/Universitätsprofessor
C 3 ¹¹⁾ 17)	11	11	Universitätsprofessorin (auf Zeit)/ Universitätsprofessor (auf Zeit)
C 2 ¹²⁾	21	21	Universitätsprofessorin/Universitätsprofessor
C 2 ²⁾	29	31	Universitätsprofessorin (auf Zeit)/ Universitätsprofessor (auf Zeit)
C 2 ¹⁶⁾	5	4	Hochschuldozentin/Hochschuldozent
C 2 ¹⁷⁾	4	4	Hochschuldozentin (auf Zeit)/ Hochschuldozent (auf Zeit)
C 1 ⁵⁾ 6) ⁷⁾	75	75	Wissenschaftliche Assistentin/ Wissenschaftlicher Assistent
	347	345	Zusammen
			Stellen der gem. § 15 SUVO freigestellten Beamten und Beamtinnen: ¹⁵⁾
B 3	1	1	Kanzlerin/Kanzler
A 13	3	3	Rätin/Rat
	4	4	Zusammen
			Leerstellen ⁸⁾ :
A 10	3	3	Oberinspektorin/Oberinspektor
A 9	2	2	Inspektorin/Inspektor
C 4 ⁹⁾	5	5	Universitätsprofessorin/Universitätsprofessor
	10	10	Zusammen

Neben den nachstehend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

¹⁾ Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:
 1 Rektor/-in 450 DM mtl.
 1 1. Prorektor/-in 300 DM mtl.
 1 2. Prorektor/-in 250 DM mtl.
 1 Leiter/-in des zentralen Kollegialorgans 125 DM mtl.

²⁾ Die am 1. 1. 1986 mit Oberassistenten/-innen und Oberärzten/-innen der Bes.-Gr. AH 2 oder mit Wissenschaftlichen Assistenten/-innen der Bes.-Gr. A 13 besetzten Stellen dürfen für die Stelleninhaber/-innen bis zu ihrem Ausscheiden in Anspruch genommen werden. Dies gilt auch für Angestellte, soweit sie bisher auf diesen Stellen geführt wurden.

Wissenschaftliche Assistenten/-innen erhalten, soweit sie mit selbständiger Lehrtätigkeit beauftragt sind, eine Stellenzulage gemäß Fußnote 14 zur Bes.-Gr. A 13 LBesO 1974 in Verbindung mit dem Gem. RdErl. des MK und des MF vom 18. 1. 1973 (Nds. MBl. 1973 S. 116).

³⁾ 1 ku nach Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessor/-in – bei Ausscheiden des Stelleninhabers – Abt. Biomedizinische Technik und Krankenhaustechnik –.

⁴⁾ 3 ku nach Bes.-Gr. C 2, davon 2 ku nach Bes.-Gr. C 2 (Hochschuldozent/-in) und 1 ku nach Bes.-Gr. C 2 (Hochschuldozent/-in auf Zeit).

⁵⁾ Bis zu 50 v. H. der Stellen dürfen verwendet werden für wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen, die zugleich zum Zwecke ihrer wissenschaftlichen oder ihrer fachärztlichen Weiterbildung beschäftigt sind (§ 65 Abs. 3 Satz 4 NHG).

Besetzte Stellen, aus denen vorübergehend Bezüge nicht zu zahlen sind, dürfen für Ersatzkräfte im Angestelltenverhältnis in Anspruch genommen werden.

⁶⁾ Werden Stellen für Wissenschaftliche Assistenten/-innen mit Angestellten in einem befristeten Arbeitsverhältnis besetzt und wird die Arbeitszeit dann auf die Hälfte herabgesetzt, dürfen die Stellen für je 2 Kräfte in Anspruch genommen werden.

⁷⁾ Bis zu 35 v. H. der Stellen können für Ärzte/-innen (Fachärzte/-innen, Fachzahnärzte/-innen) in Anspruch genommen werden, die bei Vorliegen der tarifvertraglichen Voraussetzungen in die Verg.-Gr. Ib BAT einzustufen sind, wenn die Stellen gem. Haushaltsvermerk Nr. 5 mit Angestellten besetzt sind.

⁸⁾ kw.

⁹⁾ Davon 3 für Toxikologie- und Aerosolforschung und 1 für das Institut für experimentelle und klinische Peptidforschung und 1 für die Abt. Biophysikalische Chemie.

¹⁰⁾ 1 kw zum 30. 9. 2001 (Abt. Nephrologie).

¹¹⁾ 1 kw zum 31. 12. 2004 (Forschergruppe Humane Stammzellen).

¹²⁾ 1 kw zum 31. 3. 2007 (Abt. Nephrologie).

¹³⁾ Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. der Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13, Anlage 1 zum BBesG.

¹⁴⁾ davon 1 (Med. Chemie) zum 1. 1. 2005 zu verlagern in das Kap. 06 08.

¹⁵⁾ kw
 1 B 3 zum 30. 4. 2001
 1 A 13 zum 30. 4. 2001
 1 A 13 zum 30. 6. 2004
 1 A 13 zum 30. 11. 2004.

¹⁶⁾ je 1 kw 6 Jahre nach Besetzung der Planstellen für Versicherungsmedizin.

¹⁷⁾ Bis zu 30 Planstellen insgesamt für Universitätsprofessoren a. Z., Hochschuldozenten, Hochschuldozenten a. Z., Oberassistenten, Akademische Oberräte und Akademische Direktoren jeweils mit oberärztlichen Aufgaben können im Rahmen außertariflicher Angestelltenverträge besetzt werden.

¹⁸⁾ Bis zu 50 der Planstellen für Universitätsprofessoren mit ärztlichen Aufgaben können auch im Rahmen außertariflicher Chefarztverträge besetzt werden.

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang: Bes.-Gr. A 14	Stellen 1	Akademische Oberrätin, Akademischer Oberrat für die Abt. Geburtshilfe und Perinatalogie gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2 – Universitätsprofessor/-in (auf Zeit) –	Von den Planstellen entfällt auf die Funktionsgruppe „gehobener technischer Verwaltungsdienst“ nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 23. 12. 1971, BGBl. S. 2162, in der jeweils geltenden Fassung: Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrätin, Oberamtsrat davon 1 Bauoberamtsrätin, Bauoberamtsrat
Bes.-Gr. C 4	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor als Stiftungsprofessur für Versicherungsmedizin	Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besol- dungsgruppen zuzuordnen: Bes.-Gr. A 16 Leitende Direktorin, Leitender Direktor davon
Bes.-Gr. C 3	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für die Abt. Dermatologie gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessor/-in (auf Zeit) –	1 Leitende(r) Akademische(r) Direktorin, Direktor Bes.-Gr. A 15 Direktorin, Direktor davon
Bes.-Gr. C 3	1	Universitätsprofessorin (auf Zeit), Universitätsprofessor (auf Zeit) für die Abt. Neurologie gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2 – Universitätsprofessor/-in (auf Zeit) –	10 Akademische(r) Direktorin, Direktor 1 Pharmaziedirektorin, Pharmaziedirektor Bes.-Gr. A 14 Oberrätin, Oberrat davon
Bes.-Gr. C 2	1	Hochschuldozentin, Hochschuldozent für Versicherungsmedizin	30 Akademische(r) Oberrätin, Oberrat 1 Pharmazieoberrätin, Pharmazieoberrat Bes.-Gr. A 13 Rätin, Rat davon
Zusammen	5		15 Akademische(r) Rätin, Rat
Abgang: Bes.-Gr. C 3	Stellen 1	Universitätsprofessorin (auf Zeit), Universitätsprofessor (auf Zeit) für die Abt. Dermatologie gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessor/-in	
Bes.-Gr. C 2	2	Universitätsprofessorin (auf Zeit), Universitätsprofessor (auf Zeit) davon 1 für die Abteilung Geburtshilfe und Perinatalogie gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. A 14 – Akademischer Oberrat/-rätin 1 für die Abt. Neurologie gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 3 Universitätsprofessor/-in (auf Zeit)	
Zusammen	3		
Bleibt Zugang	2		

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamtinnen, Beamte¹⁾			Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.
A 16	1	1	
A 15	9	9	Kanzlerin, Kanzler
A 14 ²⁾	15	16	Direktorin, Direktor
A 13 ³⁾	16	18	Oberrätin, Oberrat
A 13	2	1	Rätin, Rat
A 12	1	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 11	1	1	Amtsärztin, Amtsarzt
A 10	5	5	Amtmännin/-frau, Amtmann
A 9	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
C 4	25	25	Inspektorin, Inspektor
C 3 ⁴⁾	37	37	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2	3	4	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2 ⁶⁾	4	3	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2 ⁵⁾	5	6	Hochschuldozentin, Hochschuldozent
C 1	41	38	Oberassistentin, Oberassistent
	166	166	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
			Zusammen
A 15	1	1	Stellen nach § 15 Sonderurlaubsverordnung:
A 14	1	1	Direktorin, Direktor
	2	2	Oberrätin, Oberrat
			Zusammen
A 13 ⁸⁾	1	1	Leerstellen:
C 4 ⁷⁾	1	1	Rätin, Rat
C 3 ⁸⁾	1	—	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 1 ⁸⁾	—	3	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
			Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
	3	5	Zusammen

¹⁾ Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:

1 Rektor/-in 225 DM mtl.

2 Prorektoren/-innen je 125 DM mtl.

²⁾ Davon 3 ku nach Bes.-Gr. A 13 – Akademische(r) Rat/Rätin – nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen, deren Stellen im Rahmen des Übernahmeverfahrens gem. § 148 Abs. 11 NHG von Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst – umgewandelt wurden (Physiologisches Institut, Institut für Mikrobiologie und Tierseuchen, Klinik für Geburtshilfe und Gynäkologie des Rindes).

³⁾ Aus den Stellen können für Fachtierärzt(e)/-innen bei Vorliegen der tarifvertraglichen Voraussetzungen auch Vergütungen nach Verg.-Gr. I b BAT geleistet werden.

⁴⁾ Davon darf eine Stelle (Senat) nur mit Zustimmung des AfHuF und des AfWuK besetzt werden.

⁵⁾ Davon 2 ku bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche(r) Assistent/-in im Anatomischen Institut und in der Klinik für kleine Haustiere.

⁶⁾ Davon 1 ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gem. HV Nr. 12 Abs. 2 der Allgemeinen Haushaltsvermerke.

⁷⁾ kw.

Die Leerstelle darf nur zur Durchführung eines gemeinsamen Berufungsverfahrens der TiHo und der FhG in Anspruch genommen werden.

⁸⁾ kw.

⁹⁾ kw.

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

¹⁾ Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:

1 Rektor/-in 225 DM mtl.
2 Prorektoren/-innen je 125 DM mtl.

²⁾ Davon 3 ku nach Bes.-Gr. A 13 – Akademische(r) Rat/Rätin – nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen, deren Stellen im Rahmen des Übernahmeverfahrens gem. § 148 Abs. 11 NHG von Verg.-Gr. II a – Wissenschaftlicher Dienst – umgewandelt wurden (Physiologisches Institut, Institut für Mikrobiologie und Tierseuchen, Klinik für Geburtshilfe und Gynäkologie des Rindes).

³⁾ Aus den Stellen können für Fachtierärzt(e)/-innen bei Vorliegen der tarifvertraglichen Voraussetzungen auch Vergütungen nach Verg.-Gr. I b BAT geleistet werden.

⁴⁾ Davon darf eine Stelle (Senat) nur mit Zustimmung des AfHuF und des AfWuK besetzt werden.

⁵⁾ Davon 2 ku bei Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche(r) Assistent/-in im Anatomischen Institut und in der Klinik für kleine Haustiere.

⁶⁾ Davon 1 ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gem. HV Nr. 12 Abs. 2 der Allgemeinen Haushaltsvermerke.

⁷⁾ kw.
Die Leerstelle darf nur zur Durchführung eines gemeinsamen Berufungsverfahrens der TiHo und der FhG in Anspruch genommen werden.

⁸⁾ kw.

⁹⁾ kw.

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	noch Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. A 13	1	Übertrag:	3
		Bes.-Gr. C 2	1
Bes.-Gr. C 2	1		Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2
		Bes.-Gr. C 2	1
Bes.-Gr. C 1	3		– Hochschuldozentin, Hochschuldozent für das Institut für Physiologische Chemie
			gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2
			– Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor –
			Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
			davon
			2 gegen Fortfall von Planstellen der Bes.-Gr. A 13
			– Rätin, Rat (auf Zeit) –
			für die Klinik für Geburtshilfe und die Klinik für kleine Haustiere
			1 gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2
			– Oberassistentin, Oberassistent –
			für das Physiologische Institut
Zusammen	5	Zusammen	5
Abgang:	Stellen	Leerstellen:	Stellen
Bes.-Gr. A 14	1	Zugang:	1
		Bes.-Gr. C 3	1
Bes.-Gr. A 13	2		Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
		Abgang:	
		Bes.-Gr. C 1	3
			Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
		Bleibt Abgang	2
zu übertragen:	3	Zusätzliche Erläuterungen	
		Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:	
		Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor
			davon
			8 Akademische Direktorinnen, Akademische Direktoren
		Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon
			15 Akademische Oberrätinnen, Akademische Oberräte
		Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon
			13 Akademische Rätinnen, Akademische Räte
			2 Akademische Rätinnen, Akademische Räte auf Zeit

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 22 Hochschule für Bildende Künste Braunschweig

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.
	2001	2000		
Planmäßige Beamtinnen, Beamte¹⁾				¹⁾ Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen: 1. Vizepräsident/-in 125 DM monatlich 2. Vizepräsident/-in 125 DM monatlich
B 2	1	1	Feste Gehälter: Präsidentin, Präsident	²⁾ kw.
A 15	1	1	Aufsteigende Gehälter: Kanzlerin, Kanzler	
A 15	1	1	Direktorin, Direktor	
A 13	1	1	Rätin, Rat	
A 13	1	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	
A 12	2	2	Amtsärztin, Amtsarzt	
C 4	23	23	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
C 3	17	17	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
C 3	1	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor (auf Zeit)	
C 2	11	11	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
C 2	1	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor (auf Zeit)	
C 1	5	5	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent	
	65	65	Zusammen	
A 10	1	1	Leerstellen: ²⁾ Oberinspektorin, Oberinspektor	

Erläuterungen zum Stellenplan

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 15 Direktorin, Direktor
davon Akademische Direktorin,
Akademischer Direktor
Bes.-Gr. A 13 Rätin, Rat
davon Akademische Rätin,
Akademischer Rat

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
 Kapitel 06 23 Hochschule für Musik und Theater Hannover

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamtinnen, Beamte¹⁾			¹⁾ Für die Dauer der Amtstätigkeit als Vizepräsidenten/-innen erhalten Stellenzulagen:
B 2	1	1	Feste Gehälter: Präsidentin, Präsident
A 15	1	1	Aufsteigende Gehälter: Kanzlerin, Kanzler
A 14	2	2	Oberrätin, Oberrat
A 13	1	1	Rätin, Rat
A 12	1	1	Amtsärztin, Amtsrat
A 11	1	1	Amtmännin/-frau, Amtmann
A 10	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
C 4	36	36	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 3 ³⁾	34	33	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2	28	32	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor
C 2	1	1	Hochschuldozentin, Hochschuldozent (auf Zeit)
	107	110	Zusammen
C 4	1	1	Leerstellen: ²⁾ Universitätsprofessor/-in

²⁾ kw.
³⁾ 1 kw zum 30. 9. 2003.

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

2 Stelleninhaber/-innen je 125 DM monatlich

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

¹⁾ Für die Dauer der Amtstätigkeit als Vizepräsidenten/-innen erhalten Stollenzulagen:

2 Stelleninhaber/-innen je 125 DM monatlich

²⁾ kw.

³⁾ 1 kw zum 30. 9. 2003.

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang: Bes.-Gr. C 3 Universitäts- professorin/ Universitäts- professor	Stellen	Zusätzliche Erläuterungen:
	1	Stiftungsprofessur der Stiftung Niedersachsen Fach Violine (Frühdidaktik)
Abgänge: Bes.-Gr. C 2 Universitäts- professorin/ Universitäts- professor Fächer Klavier (2) Musik-Wissen- schaften (1) Tanz (1)	Stellen	Nicht der Allgemeinen Obergrenze ist aus den folgenden Besol- dungsgruppen zuzuordnen: Bes.-Gr. A 14 Oberrätin, Oberrat davon 2 Akademische Oberräte, Akademischer Oberrat Bes.-Gr. A 13 Rätin, Rat davon Akademische Rätin, Akademischer Rat
	4	gegen Schaffung: 1 Stelle der Verg.-Gr. II a BAT – Verwaltungsdienst – Presse- und Öffentlichkeitsarbeit 2 Stellen der Verg.-Gr. III BAT – Lehrkräfte – Fach Klavier 1 Stelle der Verg.-Gr. IV a BAT – Verwaltungsdienst – Künstl. Betriebsbüro
Bleibt Abgang	3	

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Planmäßige Beamtinnen, Beamte¹⁾				Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.
B 3	1	1	Feste Gehälter: Präsident/-in	¹⁾ Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen: 1. Vizepräsident/-in 125 DM mtl. 2. Vizepräsident/-in 125 DM mtl. 4 Dekan(e)/-innen je 125 DM mtl.
A 15	1	1	Aufsteigende Gehälter: Kanzlerin, Kanzler	⁵⁾ 1 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche(r) Assistent/-in – nach Ausscheiden des Stelleninhabers (FB Kulturwissenschaften und Ästhetische Kommunikation – Angewandte Sprachwissenschaft –).
A 15	9	10	Direktorin, Direktor	1 ku nach Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche(r) oder Künstlerische(r) Assistent/-in – bei Ausscheiden des Stelleninhabers/der Stelleninhaberin.
A 14 ⁹⁾	15	16	Oberrätin, Oberrat	⁶⁾ 1 kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers im FB II – Kulturwissenschaften und Ästhetische Kommunikation –.
A 13	21	24	Rätin, Rat	⁹⁾ 3 kw nach Ausscheiden der Stelleninhaber, davon 1 spätestens zum 1. 4. 2001, 1 spätestens zum 1. 10. 2005 und 1 spätestens zum 1. 4. 2006 – EZW.
A 12	1	1	Amtsärztin, Amtsrat	¹⁰⁾ 1 kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers im FB Erziehungswissenschaften, spätestens zum 1. 10. 2003.
A 11	2	2	Amtmännin/-frau, Amtmann	¹¹⁾ kw zum 31. 3. 2002.
A 10	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor	¹³⁾ kw (FB IV) zum 31. 12. 2004.
A 9	2	2	Inspektorin, Inspektor	¹⁴⁾ 1 kw spätestens zum 1. 4. 2005 – EZW – FB I – Institut für Sozialwissenschaften.
A 7	1	1	Obersekretärin, Obersekretär	
C 4 ¹⁰⁾ ¹⁴⁾	24	26	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
C 3	24	18	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
C 2 ⁶⁾	2	4	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor	
C 2	1	1	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor (auf Zeit)	
C 2	2	6	Hochschuldozentin, Hochschuldozent	
C 2 ⁵⁾	2	2	Oberassistentin, Oberassistent	
C 1	8	7	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent	
	117	123	Zusammen	
A 14	2	2	Stellen nach § 15 der Sonderurlaubsverordnung: Oberrätin, Oberrat	
	2	2	Zusammen	
A 13 ¹¹⁾	1	1	Leerstellen: Rätin, Rat	

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:		Abgang von Planstellen zur Umsetzung der Innovationsoffensive – Pool III –:	
Bes.-Gr. A 15	Stellen	Bes.-Gr. A 14	Stellen
	1 Bibliotheksdirektorin, Bibliotheksdirektor gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 15 – Akademische Direktorin, Akademischer Direktor –		2 Oberrätin, Oberrat (Akad.) infolge Verlagerung nach Kapitel 06 08
Bes.-Gr. A 14	2 Oberrätin, Oberrat davon	Bes.-Gr. A 13	2 Rätin, Rat (Akad.) infolge Verlagerung nach Kapitel 06 08
	1 für die Musik gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 14 – Bibliotheksoberrätin, Bibliotheksoberrat –	Bes.-Gr. C 2	2 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor infolge Verlagerung nach Kapitel 06 08
	1 infolge Verlagerung von Kapitel 06 10	Bes.-Gr. C 2	2 Hochschuldozentin, Hochschuldozent infolge Verlagerung nach Kapitel 06 08
Bes.-Gr. C 3	6 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor davon	Zusammen	8
	2 gegen Fortfall von Planstellen der Bes.-Gr. C 4 – Universitätsprofessorinnen, Universitätsprofessoren –	Abgang insgesamt	16
	1 infolge Verlagerung von Kapitel 06 08	Bleibt Abgang	6
	1 gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2 – Hochschuldozentin, Hochschuldozent – Vollzug HV Nr. 4 –	Zusätzliche Erläuterungen:	
	1 gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 15 – Direktorin, Direktor – Vollzug HV Nr. 8 –	Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:	
	1 gegen Fortfall einer Stelle der Verg.-Gr. I b BAT (Stellen-Nr. 15/II)	Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon
Bes.-Gr. C 1	1 Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 13 – Rätin, Rat (Akademischer Rat auf Zeit)	Bes.-Gr. A 14	8 Akademische Direktorinnen, Akademische Direktoren Oberrätin, Oberrat davon
		Bes.-Gr. A 13	15 Akademische Oberrätinnen, Akademische Oberräte Rätin, Rat davon
Zusammen	10		18 Akademische Rätinnen, Akademische Räte
Abgang:			
Bes.-Gr. A 15	Stellen		
	2 Direktorin, Direktor davon		
	1 gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. A 15 Bibliotheksdirektorin, Bibliotheksdirektor		
	1 gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor – Vollzug HV Nr. 8 –		
Bes.-Gr. A 14	1 Oberrätin, Oberrat gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. A 14 – Akademische Oberrätin, Akademischer Oberrat –		
Bes.-Gr. A 13	1 Rätin, Rat (auf Zeit) gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent –		
Bes.-Gr. C 4	2 Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor gegen Schaffung von Planstellen der Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor –		
Bes.-Gr. C 2	2 Hochschuldozentin, Hochschuldozent davon		
	1 gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor – (Vollzug HV Nr. 4)		
	1 gegen Schaffung einer Stelle der Verg.-Gr. II a BAT (FwN) – Vollzug HV Nr. 4 –		
Zusammen	8		

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte¹⁾	
B 3	1	1	Feste Gehälter: Präsidentin, Präsident	1) Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen: 1 1. Vizepräsident/-in 125 DM mtl. 1 2. Vizepräsident/-in 125 DM mtl. 4 Dekan(e)/-innen je 125 DM mtl.
A 15	1	1	Aufsteigende Gehälter: Kanzlerin, Kanzler	2) 5 ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gem. HV Nr. 12 Abs. 2 der Allgemeinen Haushaltsvermerke.
A 15	4	6	Direktorin, Direktor	
A 14 ⁵⁾ ⁸⁾	14	12	Oberrätin, Oberrat	4) kw.
A 13	13	15	Rätin, Rat	5) 1 kw spätestens zum 1. 4. 2005 – EZW –, 1 kw spätestens zum 1. 10. 2009 – EZW –.
A 13	2	2	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	6) 1 kw spätestens zum 1. 4. 2006 – EZW –, 1 kw spätestens zum 1. 10. 2006 – EZW –.
A 12	1	1	Amtsärztin, Amtsarzt	9) 1 ku nach Bes.-Gr. C 3 zum 1. 4. 2001 (Sachunter- richt).
A 11	2	2	Amtmännin, -frau, Amtmann	10) 1 ku nach Bes.-Gr. A 13 zum 1. 4. 2001 (DP. Nr. 0050).
A 10	3	3	Oberinspektorin, Oberinspektor	11) 1 kw zum 31. 12. 2001 im Rahmen des Hochschul- strukturkonzeptes (Schulpädagogik).
A 7	3	3	Obersekretärin, Obersekretär	
C 4 ⁹⁾	32	31	Universitätsprofessorin, -professor	
C 3 ¹⁰⁾	31	29	Universitätsprofessorin, -professor	
C 2 ⁶⁾	9	9	Universitätsprofessorin, -professor	
C 2 ²⁾ ¹¹⁾	9	9	Hochschuldozentin, -dozent	
C 2	—	1	Hochschuldozentin, -dozent (auf Zeit)	
C 1	13	11	Wissenschaftliche(r) Assistentin -Assistent	
	138	136	Zusammen	
			Leerstellen: ⁴⁾	
C 3	1	1	Universitätsprofessorin, -professor	

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

¹⁾ Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:
 1 1. Vizepräsident/-in 125 DM mtl.
 1 2. Vizepräsident/-in 125 DM mtl.
 4 Dekan(e)/-innen je 125 DM mtl.

²⁾ 5 ku nach Maßgabe des noch festzulegenden Bedarfs gem. HV Nr. 12 Abs. 2 der Allgemeinen Haushaltsvermerke.

⁴⁾ kw.

⁵⁾ 1 kw spätestens zum 1. 4. 2005 – EZW –,
 1 kw spätestens zum 1. 10. 2009 – EZW –.

⁶⁾ 1 kw spätestens zum 1. 4. 2006 – EZW –,
 1 kw spätestens zum 1. 10. 2006 – EZW –.

⁹⁾ 1 ku nach Bes.-Gr. C 3 zum 1. 4. 2001 (Sachunterricht).

¹⁰⁾ 1 ku nach Bes.-Gr. A 13 zum 1. 4. 2001 (DP Nr. 0050).

¹¹⁾ 1 kw zum 31. 12. 2001 im Rahmen des Hochschulstrukturkonzeptes (Schulpädagogik).

Erläuterungen zum Stellenplan

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	noch Zugang: Übertrag:	Stellen 8
Bes.-Gr. A 14	2	Bes.-Gr. C 1	3
	Oberrätin, Oberrat davon 1 für den Fachbereich Erziehungswissenschaften infolge Verlagerung von Kapitel 06 10 1 für den Fachbereich Erziehungswissenschaften gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2 – Hochschuldozentin, Hochschuldozent –		Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent davon 1 für den Fachbereich Erziehungs- wissenschaften gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 13 – Akad. Rätin/Rat a.Z. – 2 für den Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften gegen Fortfall von Planstellen der Bes.- Gr. A 13 – Akad. Rätin/Rat a.Z. – und der Bes.-Gr. C 2 – Hochschul- dozentin, Hochschuldozent auf Zeit – (Vollzug HV Nr. 3)
Bes.-Gr. A 13	1	Zusammen	11
	Rätin, Rat (Akad.) für den Fachbereich Erziehungswissenschaften infolge Verlagerung von Kapitel 06 08		
Bes.-Gr. C 4	1		
	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor für den Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften infolge Verlagerung von Kapitel 06 16		
Bes.-Gr. C 3	2		
	Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor davon 1 für den Fachbereich Erziehungswissenschaften gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. A 13 – Rätin, Rat (Akad.) – 1 für den Fachbereich Umweltwissenschaften gegen Fortfall einer Planstelle der Bes.-Gr. C 2 – Hochschuldozentin, Hochschuldozent –		
Bes.-Gr. C 2	2		
	Hochschuldozentin, Hochschuldozent für den Fachbereich Erziehungswissenschaften gegen Fortfall von Planstellen der Bes.-Gr. A 15 – Direktorin, Direktor (Akad.) –		
zu übertragen:	8		

Erläuterungen zum Stellenplan

– noch Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Abgang: Bes.-Gr. A 15	2	Direktorin, Direktor für den Fachbereich Erziehungswissenschaften gegen Schaffung von Planstellen der Bes.-Gr. C 2 – Hochschuldozentin, Hochschuldozent – Rätin/Rat davon
Bes.-Gr. A 13	3	2 für den Fachbereich Erziehungswissenschaften (1 Akad. Rätin/Rat, 1 Akad. Rätin/Rat a.Z.) gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor – und einer Planstelle der Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent
Bes.-Gr. C 2	2	1 für den Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Akad. Rätin/Rat auf Zeit) gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent – Hochschuldozentin, Hochschuldozent davon
Bes.-Gr. C 2	1	1 für den Fachbereich Erziehungswissenschaften gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. A 14 – Oberrätin, Oberrat (Akad.) – 1 für den Fachbereich Umweltwissenschaften gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 3 – Universitätsprofessorin, Universitätsprofessor – Hochschuldozentin, Hochschuldozent (auf Zeit) für den Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften gegen Schaffung einer Planstelle der Bes.-Gr. C 1 – Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent –
Bes.-Gr. C 1	1	Wissenschaftliche Assistentin, Wissenschaftlicher Assistent für die Theologie – Vollzug des HV Nr. 7, Hochschulstrukturkonzept –
Zusammen	9	
Bleibt Zugang	2	

Zusätzliche Erläuterungen:

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besol-
dungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 3 Akademische Direktorinnen, Akademische Direktoren
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 13 Akademische Oberrätinnen, Akademische Oberräte
Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon 12 Akademische Rätinnen, Akademische Räte

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 31 Fachhochschule Wilhelmshaven

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
			Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.
			¹⁾ Folgende Amtsinhaberinnen, Amtsinhaber erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen: 1 1. Vizepräsidentin, Vizepräsident 125 DM mtl. 1 2. Vizepräsidentin, Vizepräsident 125 DM mtl. 5 Dekaninnen, Dekane je 125 DM mtl.
			²⁾ kw für den FB Maschinenbau spätestens zum 31. 12. 2003.
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte¹⁾
B 3	—	1	Feste Gehälter: Präsidentin, Präsident
			Aufsteigende Gehälter: Verwaltungsdienst
A 15	—	1	Kanzlerin, Kanzler
A 13	—	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	—	1	Amtsärztin, Amtsarzt
A 11	—	1	Amtmännin/-frau, Amtmann
A 10	—	2	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	—	2	Inspektorin, Inspektor
			Lehrkräfte
C 3	—	76	Professorin, Professor
C 2	—	53	Professorin, Professor
	—	138	Zusammen
			Stellen nach § 15 der Sonderurlaubsverordnung:
C 3 ²⁾	—	1	Professorin, Professor

Erläuterungen zum Stellenplan

Mit dem „Gesetz zur Errichtung der Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven“ vom 11. 11. 1999 (Nds. GVBl. Nr. 22/1999 vom 19. 11. 1999) erfolgte der Zusammenschluss der Fachhochschulen Oldenburg, Ostfriesland und Wilhelmshaven.

Das Gesetz trat mit Wirkung vom 1. 1. 2000 in Kraft.

Die Planstellen wurden überführt in das neu geschaffene Kapitel 06 39.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 32 Fachhochschule Oldenburg

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.
	2001	2000		
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte¹⁾	¹⁾ Folgende Amtsinhaberinnen, Amtsinhaber erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen: 1 1. Vizepräsidentin, Vizepräsident 125 DM mtl. 1 2. Vizepräsidentin, Vizepräsident 125 DM mtl. 4 Dekaninnen, Dekane je 125 DM mtl.
B 2	—	1	Feste Gehälter: Präsidentin, Präsident	²⁾ Soweit Beamtinnen, Beamte nicht als Professorinnen, Professoren übernommen worden und gem. § 148 Abs. 10 NHG in ihrem bisherigen Beamtenverhältnis verblieben sind, dürfen die Planstellen der Bes.-Gr. C 2 und C 3 für diese Beamtinnen, Beamte in Anspruch genommen werden.
			Aufsteigende Gehälter: Verwaltungsdienst	
A 15	—	1	Kanzlerin, Kanzler	
A 12	—	2	Amtsärztin, Amtsrat	
A 10	—	1	Oberinspektorin, Oberinspektor	
A 7	—	1	Obersekretärin, Obersekretär	
			Lehrkräfte	³⁾ Die Stelleninhaberin, der Stelleninhaber erhält nach zehnjähriger Dienstzeit als Funklehrerin, Funklehrer, gerechnet vom Tage der Anstellung an, eine Amtszulage nach Anlage II LBes.O.
C 3 ²⁾ ⁴⁾	—	44	Professorin, Professor	
C 2 ²⁾	—	30	Professorin, Professor	
A 11 ³⁾	—	1	Funklehrerin, Funklehrer	
	—	81	Zusammen	⁴⁾ Davon 1 kw zum 30. 9. 2001 (Stiftungsprofessur für den FB Bauingenieurwesen).
Erläuterungen zum Stellenplan				

– Beamtinnen, Beamte –

Mit dem „Gesetz zur Errichtung der Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven“ vom 11. 11. 1999 (Nds. GVBl. Nr. 22/1999 vom 19. 11. 1999) erfolgte der Zusammenschluss der Fachhochschulen Oldenburg, Ostfriesland und Wilhelmshaven.

Das Gesetz trat mit Wirkung vom 1. 1. 2000 in Kraft.

Die Planstellen wurden überführt in das neu geschaffene Kapitel 06 39.

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

¹⁾ Folgende Amtsinhaberinnen, Amtsinhaber erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:
1 1. Vizepräsidentin, Vizepräsident 125 DM mtl.
1 2. Vizepräsidentin, Vizepräsident 125 DM mtl.
4 Dekaninnen, Dekane je 125 DM mtl.

²⁾ Soweit Beamtinnen, Beamte nicht als Professorinnen, Professoren übernommen worden und gem. § 148 Abs. 10 NHG in ihrem bisherigen Beamtenverhältnis verblieben sind, dürfen die Planstellen der Bes.-Gr. C 2 und C 3 für diese Beamtinnen, Beamte in Anspruch genommen werden.

³⁾ Die Stelleninhaberinnen, der Stelleninhaber erhält nach zehnjähriger Dienstzeit als Funklehrerin, Funklehrer, gerechnet vom Tage der Anstellung an, eine Amtszulage nach Anlage II LBes.O.

⁴⁾ Davon 1 kw zum 30. 9. 2001 (Stiftungsprofessur für den FB Bauingenieurwesen).

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 33 Fachhochschule Osnabrück

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamtinnen, Beamte¹⁾			Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.
B 3	1	1	Feste Gehälter: Präsidentin, Präsident
A 15	1	1	Aufsteigende Gehälter: Verwaltungsdienst
A 13	1	1	Kanzlerin, Kanzler
A 12	1	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 11 ²⁾	2	2	Amtsärztin, Amtsarzt
A 10	2	2	Amtmännin, Amtsfrau, Amtmann
A 9	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
C 3	128	128	Lehrkräfte
C 2 ³⁾ 4)	89	89	Professorin, Professor
	226	226	Zusammen
A 10	1	—	Leerstellen: Oberinspektorin, Oberinspektor
	1	—	Zusammen

¹⁾ Folgende Amtsinhaberinnen, Amtsinhaber erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:
2 Vizepräsidentinnen, je 125 DM mtl.
7 Dekaninnen, Dekane je 125 DM mtl.
²⁾ Davon 1 ku nach Bes.-Gr. A 10.
³⁾ 1 kw zum 31. 12. 2003 für vorgezogene Berufungen.
⁴⁾ Davon 2 zu verlagern nach 06 08 (zugunsten 06 37)
1 Planstelle zum 31. 12. 2003
1 Planstelle zum 31. 12. 2004
(Umsetzung der Innovationsoffensive).

Erläuterungen zum Stellenplan

– Beamtinnen, Beamte –

Leerstellen:	
Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. A 10	1 Oberinspektorin, Oberinspektor
Zusammen	1

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte¹⁾
B 3	1	1	Feste Gehälter: Präsidentin, Präsident
			Aufsteigende Gehälter: Verwaltungsdienst
A 15	1	1	Kanzlerin, Kanzler
A 13	1	1	Rätin, Rat
A 12	1	1	Amtsärztin, Amtsrat
A 10	4	2	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	—	2	Inspektorin, Inspektor
			Lehrkräfte
C 3 ²⁾³⁾	113	112	Professorin, Professor
C 2 ²⁾⁴⁾	74	76	Professorin, Professor
A 13 ⁵⁾	1	1	Oberamtsärztin, Oberamtsrat
A 12	—	2	Fachlehrerin, Fachlehrer
A 12	—	4	Amtsärztin, Amtsrat
	196	203	Zusammen

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

¹⁾ Folgende Amtsinhaberinnen, Amtsinhaber erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:
1 1. Vizepräsidentin, Vizepräsident 125 DM mtl.
1 2. Vizepräsidentin, Vizepräsident 125 DM mtl.
10 Dekaninnen, Dekane je 125 DM mtl.

²⁾ Je 1 kw zum 31. 12. 2001 (Stiftungsprofessuren FB Wirtschaft).

³⁾ Davon zu verlagern nach Kap. 06 08 im Rahmen der Innovationsoffensive:
1 Planstelle der Bes.-Gr. C 3 zum 31. 12. 2004 (zugunsten der FH Braunschweig/Wolfenbüttel – ku nach Bes.-Gr. C 2).

⁴⁾ Davon 1 kw zum 31. 12. 2004 für vorgezogene Berufungen im Rahmen der Innovationsoffensive.

⁵⁾ 1 Stelle ku nach Verg.-Gr. III BAT bei Ausscheiden der Stelleninhaberin, des Stelleninhabers.

Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.

¹⁾ Folgende Amtsinhaberinnen, Amtsinhaber erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:
 1. 1. Vizepräsidentin, Vizepräsident 125 DM mtl.
 2. 2. Vizepräsidentin, Vizepräsident 125 DM mtl.
 10 Dekaninnen, Dekane je 125 DM mtl.

²⁾ Je 1 kw zum 31. 12. 2001 (Stiftungsprofessuren FB Wirtschaft).

³⁾ Davon zu verlagern nach Kap. 06 08 im Rahmen der Innovationsoffensive:
 1 Planstelle der Bes.-Gr. C 3 zum 31. 12. 2004 (zugunsten der FH Braunschweig/Wolfenbüttel – ku nach Bes.-Gr. C 2).

⁴⁾ Davon 1 kw zum 31. 12. 2004 für vorgezogene Berufungen im Rahmen der Innovationsoffensive.

⁵⁾ 1 Stelle ku nach Verg.-Gr. III BAT bei Ausscheiden der Stelleninhaberinnen, des Stelleninhabers.

Erläuterungen zum Stellenplan

– Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. C 3	1	Professorin, Professor für den FB Physik-, Mess- und Feinwerktechnik Umsetzung aus der Innovationsoffensive von Kapitel 06 08
Bes.-Gr. A 10	2	Oberinspektorin, Oberinspektor davon 1 gegen Wegfall einer Stelle der Bes.-Gr. A 9 – Inspektorin, Inspektor – 1 gegen Wegfall einer Stelle der Bes.-Gr. A 12 – Sozialamtsärztin, Sozialamtsarzt (Lehrkräfte) –
Zusammen	3	
Abgang:	Stellen	
Abgang infolge Umsetzung des Fachhochschulstrukturkonzeptes.		
Bes.-Gr. C 2	2	Professorin, Professor 1 für den FB Bauingenieurwesen Holzminde 1 für den FB Sozialpädagogik infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerks Nr. 3
Bes.-Gr. A 12	2	Fachlehrerin, Fachlehrer (künstl. Entwurf) gegen Schaffung von 2 Stellen der Verg.-Gr. IV a Lehrkräfte
Bes.-Gr. A 12	3	Sozialamtsärztin, Sozialamtsarzt gegen Schaffung von 3 Stellen der Verg.-Gr. III BAT Lehrkräfte
Bes.-Gr. A 12	1	Sozialamtsärztin, Sozialamtsarzt gegen Schaffung einer Stelle der Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektorin, Oberinspektor –
Bes.-Gr. A 9	2	Inspektorin, Inspektor davon 1 gegen Schaffung einer Stelle der Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektorin, Oberinspektor – 1 gegen Schaffung einer Stelle der Verg.-Gr. V b – Verwaltungsdienst –
Zusammen	10	
Bleibt Abgang	7	

Erläuterungen zum Stellenplan

Mit dem „Gesetz zur Errichtung der Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven“ vom 11. 11. 1999 (Nds. GVBl. Nr. 22/1999 vom 19. 11. 1999) erfolgte der Zusammenschluss der Fachhochschulen Oldenburg, Ostfriesland und Wilhelmshaven.

Die Planstellen wurden überführt in das neu geschaffene Kapitel 06 39.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
			Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.
			¹⁾ Folgende Amtsinhaberinnen, Amtsinhaber erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stollenzulagen: 1 1. Vizepräsidentin, Vizepräsident je 125 DM mtl. 1 2. Vizepräsidentin, Vizepräsident je 125 DM mtl. 7 Dekaninnen, Dekane je 125 DM mtl.
			²⁾ 4 ku nach Verg.-Gr. III BAT bei Ausscheiden der StelleninhaberIn/des Stelleninhabers
			Planmäßige Beamtinnen, Beamte¹⁾
B 3	1	1	Feste Gehälter: Präsidentin, Präsident
			Aufsteigende Gehälter: Verwaltungsdienst
A 15	1	1	Kanzlerin, Kanzler
A 13	1	1	Rätin, Rat
A 11	2	2	Amtmännin/-frau, Amtmann
A 10	2	2	Oberinspektorin, Oberinspektor
			Lehrkräfte
C 3	76	75	Professorin, Professor
C 2	53	49	Professorin, Professor
A 13 ²⁾	4	—	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	—	5	Amtsärztin, Amtsrat
	140	136	Zusammen
Erläuterungen zum Stellenplan			

– Beamtinnen, Beamte –

Zugang: Stellen

a) Umsetzung aus dem Sonderprogramm zur weiteren Entwicklung der Fachhochschulen von Kap. 06 08 TGr. 93/94:

Bes.-Gr. C 3 1 Professorin, Professor
für den FB Wirtschaftspsychologie
 Bes.-Gr. C 2 1 Professorin, Professor
für den FB Wirtschaftspsychologie

b) Umsetzungen aus der Innovationsoffensive von Kap. 06 08
 Bes.-Gr. C 2 2 Professorin, Professor
für den FB Wirtschaftspsychologie

c) Bes.-Gr. C 2 1 Professorin, Professor
gegen Wegfall einer Stelle
der Bes.-Gr. A 12
– Sozialamtsärztin, Sozialamtsrat –

d) Bes.-Gr. A 13 4 Sozialoberamtsärztin,
Sozialoberamtsrat
gegen Wegfall von 4 Stellen
der Bes.-Gr. A 12
– Sozialamtsärztin, Sozialamtsrat –

Zusammen 9

Abgang: Stellen

Bes.-Gr. A 12 1 Sozialamtsärztin, Sozialamtsrat
gegen Schaffung einer Stelle
der Bes.-Gr. C 2

Bes.-Gr. A 12 4 – Professorin, Professor –
Sozialamtsärztin, Sozialamtsrat
gegen Schaffung von 4 Stellen
der Bes.-Gr. A 13
– Sozialoberamtsärztin,
Sozialoberamtsrat –

Zusammen 5

Bleibt Zugang 4

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 37 Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.
	2001	2000		
Planmäßige Beamtinnen, Beamte¹⁾				¹⁾ Folgende Amtsinhaberinnen, Amtsinhaber erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen: 1 Vizepräsidentin, Vizepräsident 125 DM mtl. 9 Dekaninnen, Dekane je 125 DM mtl.
B 3	1	1	Feste Gehälter: Präsidentin, Präsident	²⁾ Davon 2 Stiftungsprofessuren für das Institut für Fahrzeugbau.
			Aufsteigende Gehälter: Verwaltungsdienst	³⁾ Davon 1 Stiftungsprofessor für den FB Gesundheitswesen – Studiengang Krankenversicherungsmanagement, kw zum 31. 12. 2003.
A 15	1	1	Kanzlerin, Kanzler	⁴⁾ Davon 2 Stiftungsprofessuren für den Fachbereich Transport- und Verkehrswesen – 1 ku nach C 2 zum 31. 12. 2005 1 ku nach C 2 zum 31. 12. 2006.
A 13	1	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	
A 12	4	4	Amtsärztin, Amtsrat	
A 11	1	1	Amtmännin, Amtsfrau, Amtmann	
A 10	3	3	Oberinspektorin, Oberinspektor	
A 9	1	1	Inspektorin, Inspektor	⁵⁾ ku nach Verg.-Gr. III BAT bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers.
			Lehrkräfte	
C 3 ²⁾³⁾⁴⁾	102	102	Professorin, Professor	
C 2	65	67	Professorin, Professor	
A 13 ⁵⁾	2	—	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	
A 12	—	5	Amtsärztin, Amtsrat	
	181	186	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

– Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Stellenumwandlung:		
Bes.-Gr. C 3	1	Professorin, Professor gegen Wegfall einer Stelle der Bes.-Gr. C 2
Bes.-Gr. A 13	2	Sozialoberamtsärztin, Sozialoberamtsrat gegen Wegfall von 2 Stellen der Bes.-Gr. A 12 – Sozialamtsärztin, Sozialamtsrat –
Zusammen	3	
Abgang:	Stellen	
a) Stellenumwandlung		
Bes.-Gr. C 2	1	Professorin, Professor gegen Schaffung einer Stelle der Bes.-Gr. C 3
Bes.-Gr. A 12	2	Sozialamtsärztin, Sozialamtsrat gegen Schaffung von 2 Stellen der Bes.-Gr. A 13 – Sozialoberamtsärztin, Sozialoberamtsrat –
b) Stellenabgang		
Bes.-Gr. C 3	1	Professorin, Professor infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerkes Nr. 3
Bes.-Gr. C 2	1	Professorin, Professor infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerkes Nr. 3
Bes.-Gr. A 12	3	Amtsärztin, Amtsrat gegen Schaffung von 3 Stellen der Verg.-Gr. III BAT
Zusammen	8	
Bleibt Abgang	5	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
 Kapitel 06 38 Fachhochschule Hannover

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Planmäßige Beamtinnen, Beamte¹⁾				¹⁾ Folgende Amtsinhaberinnen, Amtsinhaber erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen:
B 3	1	1	Feste Gehälter: Präsidentin, Präsident	2 Vizepräsidentinnen, je 125 DM mtl. Vizepräsidenten je 125 DM mtl. 8 Dekaninnen, Dekane je 125 DM mtl.
A 15	1	1	Aufsteigende Gehälter: Verwaltungsdienst	²⁾ Davon je 1 kw zum 31. 12. 2001 für vorgezogene Berufungen im Rahmen des Fachhochschulstrukturkonzeptes.
A 13	1	1	Kanzlerin, Kanzler	³⁾ Davon 2 kw zum 31. 12. 2002 für vorgezogene Berufungen im Rahmen des Fachhochschulstrukturkonzeptes.
A 12	2	2	Rätin, Rat	⁴⁾ Verlagerung von 2 Stellen zum 31. 12. 2003 nach Kapitel 06 08 im Rahmen der Innovationsoffensive davon
A 11	3	3	Amtsärztin, Amtsrat	1 im FB Bildende Kunst und
A 10	4	4	Amtmännin, Amtsfrau, Amtmann	1 im FB Design und Medien
A 9	3	3	Oberinspektorin, Oberinspektor	(1 Stelle zugunsten der FH Nordostniedersachsen und 1 Stelle zugunsten der FH Braunschweig/Wolfenbüttel)
			Inspektorin, Inspektor	⁵⁾ 1 ku nach A 12 Amtsärztin, Amtsrat bei Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers.
C 3 ²⁾ 3 ⁴⁾ 6)	134	133	Lehrkräfte	7 ku nach IV a BAT mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers.
C 2 ²⁾	86	87	Professorin, Professor	⁶⁾ Davon eine Stiftungsprofessur für den FB Wirtschaft – kw zum 1. 9. 2006.
A 12 ⁵⁾	8	8	Fachlehrerin, Fachlehrer	
A 12	4	4	Amtsärztin, Amtsrat	
	247	247	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

– Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. C 3	1	Professorin, Professor Stiftungsprofessur für den FB Wirtschaft
Zusammen	1	
Abgang:	Stellen	
Abgang infolge Umsetzung des Fachhochschulstrukturkonzeptes:		
Bes.-Gr. C 2	1	Professorin, Professor infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerks Nr. 2
Zusammen	1	

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamtinnen, Beamte¹⁾			Neben den nachfolgend aufgeführten Haushaltsvermerken sind auch die Allgemeinen Haushaltsvermerke zu beachten.
B 3	1	2	Feste Gehälter:
B 2	—	1	Präsidentin, Präsident
			Präsidentin, Präsident
Aufsteigende Gehälter:			
A 15	1	3	Verwaltungsdienst
A 13 ²⁾	2	2	Kanzlerin, Kanzler
A 13	1	1	Rätin, Rat
A 12	4	4	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 11	3	3	Amtsärztin, Amtsarzt
A 10	3	3	Amtmännin/-frau, Amtmann
A 9	2	2	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 7	1	1	Inspektorin, Inspektor
			Obersekretärin, Obersekretär
Lehrkräfte			
C 3 ¹²⁾ 13)	150	149	Professorin, Professor
C 3 ⁵⁾ 6)	44	44	Professorin, Professor
C 2 ¹⁰⁾ 11)	106	104	Professorin, Professor
C 2 ⁵⁾ 14)	28	30	Professorin, Professor
A 15	1	—	Studiendirektorin, Studiendirektor
A 14	2	—	Oberstudienrätin, Oberstudienrat
A 13	1	—	Studienrätin, Studienrat
A 13 ⁹⁾	2	—	Seefahrtsoberlehrerin, Seefahrtsoberlehrer
A 13 ¹⁵⁾	1	—	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	—	2	Amtsärztin, Amtsarzt
A 11	—	—	Amtmännin/-frau, Amtmann
A 11 ⁷⁾	1	1	Funklehrerin, Funklehrer
	354	352	Zusammen
Stellen nach § 15 der Sonderurlaubsverordnung			
C 3 ⁸⁾	1	1	Professorin, Professor
C 3 ⁴⁾	1	1	Professorin, Professor
A 15 ³⁾	1	1	Kanzlerin, Kanzler
	3	3	Zusammen
			¹⁾ Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen (FH O): 2 Vizepräsidentinnen, je 125 DM mtl. 6 Dekaninnen, Dekane je 125 DM mtl. ¹⁾ Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen (FH Ol): 4 Dekaninnen, Dekane je 125 DM mtl. ¹⁾ Folgende Amtsinhaber/-innen erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit Stellenzulagen (FH WHV): 5 Dekaninnen, Dekane je 125 DM mtl. ²⁾ Davon 1 ku nach Bes.-Gr. A 11 (Leiter der Bibliothek). (vormals HV Nr. 2 bei 06 35) ³⁾ kw zum 31. 12. 2004. (vormals HV Nr. 3 bei 06 35) ⁴⁾ kw zum 31. 12. 2001. (vormals HV Nr. 4 bei 06 35) ⁵⁾ Soweit Beamtinnen, Beamte nicht als Professorinnen, Professoren übernommen werden und gemäß § 148 Abs. 10 in ihrem bisherigen Beamtenverhältnis verblieben sind, dürfen die Planstellen der Bes.-Gr. C 2 und C 3 für diese Beamtinnen, Beamte in Anspruch genommen werden. (vormals HV Nr. 2 bei 06 32) ⁶⁾ Davon 1 kw zum 30. 9. 2001 (Stiftungsprofessur für den FB Bauingenieurwesen). (vormals HV Nr. 4 bei 06 32) ⁷⁾ Die Stelleninhaberin, der Stelleninhaber erhält nach zehnjähriger Dienstzeit als Funklehrerin, Funklehrer, gerechnet vom Tage der Anstellung an, eine Amtszulage nach Anlage II LBes.O. (vormals HV Nr. 3 bei 06 32) ⁸⁾ kw für den FB Maschinenbau spätestens zum 31. 12. 2003. (vormals HV Nr. 2 bei 06 31) ⁹⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 13 NBesO. (vormals HV Nr. 2 bei 07 21) ¹⁰⁾ 2 kw (für vorgezogene Berufungen) davon 1 zum 31. 12. 2001 1 zum 31. 12. 2002 ¹¹⁾ Davon zu verlagern 1 zum 31. 12. 2001 zugunsten Kapitel 06 36. ¹²⁾ Davon zu verlagern nach Kapitel 06 08 (zugunsten Kapitel 06 36) 1 zum 31. 12. 2001 ¹³⁾ 1 kw (für vorgezogene Berufungen) zum 31. 12. 2003 ¹⁴⁾ Davon 1 ku zum 31. 12. 2004 nach Bes.-Gr. C 3 für den Standort Oldenburg. ¹⁵⁾ 1 ku nach Verg.-Gr. III BAT bei Ausscheiden der Stelleninhaberin, des Stelleninhabers.

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen für 2000

– Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. C 3	1	Professorin, Professor gegen Fortfall einer Stelle der Bes.-Gr. B 3
		Präsidentin, Präsident
Bes.-Gr. C 2	2	Professorin, Professor gegen Fortfall von zwei Stellen der Bes.-Gr. A 15
		Kanzlerin, Kanzler
Bes.-Gr. A 15	1	Studiendirektorin, Studiendirektor infolge Umsetzung von Kapitel 07 21
Bes.-Gr. A 14	2	Oberstudienrätin, Oberstudienrat infolge Umsetzung von Kapitel 07 21
Bes.-Gr. A 13	1	Studienrätin, Studienrat infolge Umsetzung von Kapitel 07 21
Bes.-Gr. A 13	2	Seefahrtüberlehrerinnen, Seefahrtüberlehrer infolge Umsetzung von Kapitel 07 21
Zusammen	9	
Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 3	1	Präsidentin, Präsident gegen Schaffung einer Stelle der Bes.-Gr. C 3
		Professorin, Professor
Bes.-Gr. B 2	1	Präsidentin, Präsident infolge Umsetzung nach Kapitel 06 08
Bes.-Gr. A 15	2	Kanzlerin, Kanzler gegen Schaffung von zwei Stellen der Bes.-Gr. C 2
		Professorin, Professor
Zusammen	4	

Erläuterungen für 2001

– Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat gegen Fortfall einer Stelle der Bes.-Gr. A 12
		Amtsärztin, Amtsarzt
Zusammen	1	
Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. C 2	2	Professorin, Professor (für vorgezogene Berufungen)
Bes.-Gr. A 12	2	Amtsärztin, Amtsarzt gegen Schaffung einer Stelle der Bes.-Gr. A 13
		Oberamtsrätin, Oberamtsrat und einer Stelle der Verg.-Gr. III BAT
Zusammen	4	
Bleibt Zugang	2	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 45 Niedersächsische Landesbibliothek Hannover

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) kw.
	2001	2000		
Planmäßige Beamtinnen, Beamte				
			Aufsteigende Gehälter:	
			Verwaltungsdienst	
A 16	1	1	Leitende(r) Direktorin, Direktor	
A 15	4	4	Direktorin, Direktor	
A 14	9	9	Oberätin, Oberrat	
A 12	4	4	Amtsärztin, Amtsarzt	
A 11	6	6	Amtsfrau, Amtsmännin, Amtmann	
A 10	14	14	Oberinspektorin, Oberinspektor	
A 9	20	20	Inspektorin, Inspektor	
A 9	3	3	Amtsinspektorin, Amtsinspektor	
A 8	7	7	Hauptsekretärin, Hauptsekretär	
A 7	9	9	Obersekretärin, Obersekretär	
A 6	6	6	Sekretärin, Sekretär	
			nachrichtlich:	
A 5	—	—	Assistentin, Assistent	
	83	83	Zusammen	
Leerstellen:				
A 14 ¹⁾	—	—	Oberrätin, Oberrat	
A 9 ¹⁾	1	2	Inspektorin, Inspektor	
A 9	1	—	Amtsinspektorin, Amtsinspektor	
A 8 ¹⁾	—	—	Hauptsekretärin, Hauptsekretär	
A 7	2	2	Obersekretärin, Obersekretär	
	4	4	Zusammen	
Erläuterungen zum Stellenplan				

Zugang: Stellen
Bes.-Gr. A 6
Sekretärin, Sekretär 1 infolge Umwandlung einer Stelle der Verg.-Gr. VIII – Bibliotheks- bzw. Archivdienst – für die Unterbringung eines ehemaligen Soldaten nach dem Soldatenversorgungsgesetz

Abgang: Stellen
Bes.-Gr. A 6
– Sekretärin, Sekretär – 1 Verlagerung nach Kapitel 06 14 gegen eine Stelle der Verg.-Gr. VII – Bibliotheks- bzw. Archivdienst –

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte			
V c	3	3	Verwaltungsdienst
VI b	3	3	
VII	2	2	
VIII	7	8	
II a	3	3	Wissenschaftlicher Dienst
IV b	3	3	Bibliotheks- bzw. Archivdienst
V b	11	10	
V c ¹⁾	1	3	
VI b	5	5	
VII	7	5	
VIII	10	10	
V b	1	1	Technischer Dienst
V c	4	4	
	60	60	Zusammen
VI b	2	2	Leerstellen: Verwaltungsdienst
V b	1	1	Technischer Dienst
V b ¹⁾	1	1	Bibliotheks- bzw. Archivdienst
VIII	1	1	
	5	5	Zusammen

¹⁾ Bis zum Inkrafttreten tarifvertraglicher Neuregelungen sind drei Angestellte im Bibliotheksdienst für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Zugang: Verg.-Gr. V b – Bibliotheks- bzw. Archivdienst –	Stellen	Abgang: Verg.-Gr. V c – Bibliotheks- bzw. Archivdienst –	Stellen
1	infolge Umwandlung einer Stelle Verg.-Gr. V c – Bibliotheks- bzw. Archivdienst –	2	davon 1 infolge Umwandlung in eine Stelle der Verg.-Gr. V b – Bibliotheks- bzw. Archivdienst – 1 infolge Umwandlung in eine Stelle der Verg.-Gr. VII – Bibliotheks- bzw. Archivdienst –
1	Verlagerung von Kapitel 06 14 gegen eine Stelle Bes.-Gr. A 6 – Sekretärin, Sekretär –	1	infolge Umwandlung in eine Stelle der Bes.-Gr. A 6 – Sekretärin, Sekretär –
1	infolge Umwandlung einer Stelle Verg.-Gr. V c – Bibliotheks- bzw. Archivdienst –	3	
Zusammen	3	Zusammen	3
Anderweitige Funktionsänderung einer Stelle: Abgang: Verg.-Gr. VIII Verwaltungsdienst Zugang: Verg.-Gr. VIII Bibliotheks- bzw. Archivdienst			

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Beamtinnen, Beamte im Vorbereitungsdienst				
A 13	15	15	Bibliotheksreferendarin, Bibliotheksreferendar	
A 5	40	40	Bibliothekssekretäranwärterinnen, Bibliothekssekretäranwärter	
	55	55	Zusammen	
Arbeiter/-innen				
4	1	1	Kraftfahrdienst	
4	2	2	Sonstige Dienste	
3	1	1		
2 a	3	3		
	(1)	(1)	(hiervon: Boten, Pförtner, Hausmeister usw.)	
	7	7	Zusammen	

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Planmäßige Beamtinnen, Beamte				
			Aufsteigende Gehälter:	
A 15	1	1	Direktorin, Direktor	
A 14	2	2	Oberrätin, Oberrat	
A 13	1	1	Rätin, Rat	
A 12	1	1	Amtsärztin, Amtsarzt	
A 11	2	2	Amtsfrau, Amtsmännin, Amtmann	
A 10	3	4	Oberinspektorin, Oberinspektor	
A 9	1	—	Inspektorin, Inspektor	
A 8	1	1	Hauptsekretärin, Hauptsekretär	
A 7	2	2	Obersekretärin, Obersekretär	
A 6	2	2	Sekretärin, Sekretär	
	16	16	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9		
– Inspektorin,		
Inspektor –	1	infolge Umwandlung einer Stelle der Verg.-Gr. VIII – Bibliotheks- bzw. Archivdienst –
Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 10		
– Oberinspektorin,		
Oberinspektor –	1	zur Erfüllung der Einsparauflage gem. § 9 Abs. 2 HG 1995/1996

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) Davon 1 kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen. 2) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1a zum BAT i.d.F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.
	2001	2000		
Angestellte				
V c ¹⁾	2	2	Verwaltungsdienst	
V b	6	6	Bibliotheks- bzw. Archivdienst	
VI b	2	2		
VIII	3	4		
IX b	1	1		
VII	1	1	Technischer Dienst	
IX b–VII ²⁾	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst	
	16	17	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. VIII		
Bibliotheks- bzw.		
Archivdienst	1	infolge Umwandlung in eine Stelle der Bes.-Gr. A 9 – Inspektorin, Inspektor –

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Arbeiter/-innen				
4 3	1	1	Sonstige Dienste	
	1	1		
	(1)	(1)	(hiervon: Boten, Pförtner, Hausmeister usw.)	
	2	2	Zusammen	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 47 Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamtinnen, Beamte			1) Davon 1 kw bei Beendigung der Altkatalogisierung. 2) Davon 1 ku nach Bes.-Gr. A 10 nach Ausscheiden des Stelleninhabers.
A 16	1	1	Aufsteigende Gehälter:
A 15	2	2	Leitende Direktorin, Direktor
A 14	3	4	Direktorin, Direktor
A 12	2	1	Oberrätin, Oberrat
A 11 ¹⁾ 2)	4	4	Amtsärztin, Amtsarzt
A 10 ¹⁾	6	5	Amtfrau/-männin, Amtmann
A 9	5	6	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 7	2	1	Inspektorin, Inspektor
A 6	2	3	Obersekretärin, Obersekretär
	27	27	Sekretärin, Sekretär
			Zusammen
A 10	—	2	Leerstellen:
A 9	1	—	Oberinspektorin, Oberinspektor
			Inspektorin, Inspektor
	1	2	Zusammen
Erläuterungen zum Stellenplan			

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14 – Oberrätin, Oberrat –	1	wegen Schaffung einer Stelle der Bes.-Gr. A 12 – Amtsärztin, Amtsarzt –
Bes.-Gr. A 9 – Inspektorin, Inspektor –	1	wegen Schaffung einer Stelle der Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektorin, Oberinspektor –
Bes.-Gr. A 6 – Sekretärin, Sekretär –	1	wegen Schaffung einer Stelle der Bes.-Gr. A 7 – Obersekretärin, Obersekretär –
Zusammen	3	
Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12 – Amtsärztin, Amtsarzt –	1	gegen Wegfall einer Stelle der Bes.-Gr. A 14 – Oberrätin, Oberrat –
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektorin, Oberinspektor –	1	gegen Wegfall einer Stelle der Bes.-Gr. A 9 – Inspektorin, Inspektor –
Bes.-Gr. A 7 – Obersekretärin, Obersekretär –	1	gegen Wegfall einer Stelle der Bes.-Gr. A 6 – Sekretärin, Sekretär –
Zusammen	3	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 47 Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte			1) kw bei Ausscheiden der Stelleninhaberin.
Außer- tariflich	1	1	2) kw.
I	1	1	3) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.
I b	3	3	4) Davon 1 kw.
II a ⁵⁾	7	7	5) Davon 1 kw zum 31. 12. 2001 (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998, Rate 97).
IV a ¹⁾	1	1	6) Davon darf eine Stelle nur mit einer Halbtagskraft besetzt werden.
IV b ²⁾	1	1	
V b	2	2	
VI b	2	2	
VII	2	2	
VIII	3	3	
IX b	1	1	
V c	1	1	Verwaltungsdienst
VI b	2	2	
VIII	1	1	
III	1	1	Technischer Dienst
IV a	1	1	
IV b	2	2	
V b	1	1	
V c	2	2	
VIII ⁶⁾	3	3	
IX b–VII ³⁾	4	4	Schreib- und Fernschreibdienst
VIII	2	1	Sonstiger Dienst
IX b	—	1	
	44	44	Zusammen
IV b	1	1	Leerstellen: Technischer Dienst
IV b	1	1	Bibliotheks- bzw. Archivdienst
	2	2	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Zugang: Stellen
Verg.-Gr. VIII
– Sonstiger Dienst – 1 gegen Wegfall einer Stelle
der Verg.-Gr. IX b
– Sonstige Dienste –

Abgang: Stellen
Verg.-Gr. IX b
– Sonstige Dienste – 1 wegen Schaffung einer Stelle
der Verg.-Gr. VIII
– Sonstige Dienste –

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) Davon darf eine Stelle nur mit einer Halbtagskraft besetzt werden.
	2001	2000		
Arbeiter/-innen				
4	1	1	Kraftfahrdienst	
2 a	3	3	Sonstige Dienste	
1 ¹⁾	3	3	Reinigungsdienst	
	7	7	Zusammen	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
 Kapitel 06 49 Institut für Vogelforschung – Vogelwarte Helgoland – in Wilhelmshaven-Rüstersiel

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Planmäßige Beamtinnen, Beamte				
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor	
A 15	1	1	Direktorin, Direktor	
A 14	1	1	Oberrätin, Oberrat	
	3	3	Zusammen	
Erläuterungen zum Stellenplan				

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 16	Leitende Direktorin, Leitender Direktor davon 1 Leitende Wissenschaftliche Direktorin, Leitender Wissenschaftlicher Direktor
Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 1 Wissenschaftliche Direktorin, Wissenschaftlicher Direktor
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 1 Wissenschaftliche Oberrätin, Wissenschaftlicher Oberrat

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
			Angestellte	
V c	1	1	Verwaltungsdienst	1) 1 DW auf der Inselstation Helgoland.
VII	2	2		2) Der Stelleninhaber kann bis zu 50 % seiner Tätigkeit beim Nieders. Institut für historische Küstenerforschung (Kap. 06 50) beschäftigt werden. Auf eine anteilige Erstattung der Vergütung wird in diesem Falle verzichtet.
VIII	1	1		3) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.
I b ¹⁾	2	2	Wissenschaftlicher Dienst	
II a	1	1		
IV b ²⁾	1	1	Bibliotheksdienst	
IV b	1	1	Technischer Dienst	
V b	1	1		
VI b	2	2		
VII	1	1		
VIII	1	1		
V b	1	1	Datenverarbeitungsdienst	
IX b–VII ³⁾	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst	
	16	16	Zusammen	

¹⁾ 1 DW auf der Inselstation Helgoland.

²⁾ Der Stelleninhaber kann bis zu 50 % seiner Tätigkeit beim Nieders. Institut für historische Küstenforschung (Kap. 06 50) beschäftigt werden. Auf eine anteilige Erstattung der Vergütung wird in diesem Falle verzichtet.

³⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	¹) 1 DW im Institut in Wilhelmshaven.
	2001	2000		
Arbeiter/-innen				
1	1	1	Reinigungsdienst	
1	1	1	Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst	
5¹)	1	1		
4	1	1	Sonstige Dienste	
3	1	1		
	5	5	Zusammen	

¹⁾ 1 DW im Institut in Wilhelmshaven.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 50 Niedersächsisches Institut für historische Küstenforschung

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Planmäßige Beamtinnen, Beamte				
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor	
A 15	1	1	Direktorin, Direktor	
A 14	1	1	Oberrätin, Oberrat	
A 13	1	1	Rätin, Rat	
	4	4	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den folgenden Besoldungsgruppen zuzuordnen:

Bes.-Gr. A 16	Leitende Direktorin, Leitender Direktor davon 1 Leitende Wissenschaftliche Direktorin, Leitender Wissenschaftlicher Direktor
Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 1 Wissenschaftliche Direktorin, Wissenschaftlicher Direktor
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 1 Wissenschaftliche Oberrätin, Wissenschaftlicher Oberrat
Bes.-Gr. A 13	Rätin, Rat davon 1 Wissenschaftliche Rätin, Wissenschaftlicher Rat

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 1969 829) nachgewiesen.
	2001	2000		
Angestellte				
V c	1	1	Verwaltungsdienst	
II a	2	2	Wissenschaftlicher Dienst	
V b	5	5	Technischer Dienst	
V c	2	2		
VI b	1	1		
IX b–VII ¹⁾	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst	
	12	12	Zusammen	

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) 1 DW im Institut in Wilhelmshaven.
	2001	2000		
Arbeiter/-innen				
41)	1	1	Hausmeisterdienst	
	1	1	Zusammen	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 51 Technische Informationsbibliothek an der Universität Hannover

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) kw.
	2001	2000		
Planmäßige Beamtinnen, Beamte				
B 2	1	1	Feste Gehälter: Direktorin, Direktor der TIB und UB	
A 15	1	1	Aufsteigende Gehälter: Direktorin, Direktor	
A 14	3	3	Oberrätin, Oberrat	
A 13	2	2	Rätin, Rat	
A 13	2	2	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	
A 12	2	2	Amtsärztin, Amtsarzt	
A 11	5	5	Amtsfrau, Amtsmännin, Amtmann	
A 10	13	13	Oberinspektorin, Oberinspektor	
A 8	1	—	Hauptsekretärin, Hauptsekretär	
A 7	3	3	Obersekretärin, Obersekretär	
A 6	3	2	Sekretärin, Sekretär	
	36	34	Zusammen	
A 10 ¹⁾	1	1	Leerstellen: Oberinspektorin, Oberinspektor	
	1	1	Zusammen	
Erläuterungen zum Stellenplan				

– Planmäßige Beamtinnen, Beamte –

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 8	1	Hauptsekretärin, Hauptsekretär gegen Fortfall einer Stelle der Verg.-Gr. V c – Bibliotheksdienst –
Bes.-Gr. A 6	1	Sekretärin, Sekretär gegen Fortfall einer Stelle der Verg.-Gr. VII – Bibliotheksdienst – ab 1. 8. 2001
Zusammen	2	

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte			
I a	1	1	Wissenschaftlicher Dienst
I b	2	2	
II a	4	4	
IV b	6	6	Bibliotheksdienst
V b	2	2	
V c ²⁾	10	12	
VI b ³⁾	14	13	
VII ³⁾ ⁶⁾	13	14	
VIII ⁸⁾	12	12	Verwaltungsdienst
IV b	1	1	
V b	1	1	
V c ⁵⁾	1	1	
VI b	4	4	
VII	7	7	
VIII ⁷⁾	2	2	
V c	1	1	Technischer Dienst
VI b	1	1	
VII	1	1	
VIII	7	7	
IV a	2	2	Datenverarbeitungsdienst
VIII ⁴⁾	2	2	Schreib- und Fernschreibdienst
IX b–VII	1	1	
VII	1	1	Sonstige Dienste
	96	98	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

– Angestellte –

Abgang:	Stellen
Bibliotheksdienst	
Verg.-Gr. V c	1 gegen Schaffung einer Stelle der Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretärin, Hauptsekretär –
Verg.-Gr. VII	1 gegen Schaffung einer Stelle der Bes.-Gr. A 6 – Sekretärin, Sekretär –

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Arbeiter/-innen				
3	4	4	Bibliotheksdienst	
4	1	1	Kraftfahrdienst	
3	3	3	Sonstige Dienste	
	8	8	Zusammen	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 60 Staatstheater Braunschweig

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	

Planmäßige Beamtinnen, Beamte			
A 10	1	1	Aufsteigende Gehälter:
			Oberinspektorin, Oberinspektor
	1	1	Zusammen

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 61 Oldenburgisches Staatstheater

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Planmäßige Beamtinnen, Beamte				
A 15	1	1	Aufsteigende Gehälter:	
A 12	1	1	Direktorin, Direktor	
			Amtsärztin, Amtsarzt	
	2	2	Zusammen	

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte			
V b	2	2	Verwaltungsdienst
V c	2	2	
VI b	2	2	
VII	7	8	
IX b	—	1	
IV b	1	1	Datenverarbeitungsdienst
IX b–VII	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst
X	—	2	Sonstige Dienste
	15	19	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

– Angestellte –

Abgang:	Stellen	
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr VII	1	} infolge Umsetzung in die Titelgruppe 61
Verg.-Gr. IX b	1	
Sonstige Dienste		
Verg.-Gr. X	2	davon
	1	gegen Schaffung einer Stelle der Lohn-Gr. 3
		– Boten-, Pförtner- und Haus-
		meisterdienst –
	1	gegen Schaffung einer Stelle der Lohn-Gr. 2
		– Boten-, Pförtner- und Haus-
		meisterdienst –
Zusammen	4	

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Arbeiterinnen, Arbeiter				
1	13	13	Reinigungsdienst	
4	1	1	Boten-, Pförtner- und	
3	4	3	Hausmeisterdienst	
2	1	—		
	19	17	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

– Arbeiter –

Zugang:	Stellen	
Boten-, Pförtner- und Hausmeister- dienst		
Lohn-Gr. 3	1	} gegen Fortfall je einer Stelle der Verg.-Gr. X – Sonstige Dienste –
Lohn-Gr. 2	1	
Zusammen	2	

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamtinnen, Beamte			
B 2	1	1	Feste Gehälter: Direktorin, Direktor des Nds. Landesmuseums Hannover
A 16	3	3	Aufsteigende Gehälter: Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	5	5	Direktorin, Direktor
A 14	15	15	Oberkustodin, Oberkustos
A 13 ¹⁾	8	8	Kustodin, Kustos
A 12	1	1	Amtsärztin, Amtsarzt
A 10	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9 ²⁾	2	2	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
	36	36	Zusammen
A 15 ⁴⁾	1	1	Stellen bei 422 31: Direktorin, Direktor
A 14 ⁴⁾	1	1	Oberkustodin, Oberkustos
	2	2	Zusammen
A 13 ³⁾	1	1	Leerstellen: Kustodin, Kustos

1) Eine Stelle beim Nds. Landesmuseum Hannover – Abteilung Urgeschichte – darf mit zwei teilzeitbeschäftigten Angestellten der Verg.-Gr. IIa BAT besetzt werden. Die Gesamtarbeitszeit darf die regelmäßige Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft nicht übersteigen.

2) Ein Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

3) kw für das Nieders. Landesmuseum Hannover.

4) kw.

¹⁾ Eine Stelle beim Nds. Landesmuseum Hannover – Abteilung Urgeschichte – darf mit zwei teilzeitbeschäftigten Angestellten der Verg.-Gr. IIa BAT besetzt werden. Die Gesamtarbeitszeit darf die regelmäßige Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft nicht übersteigen.

²⁾ Ein Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

³⁾ kw für das Nieders. Landesmuseum Hannover.

⁴⁾ kw.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte			
IV b	2	2	Verwaltungsdienst
V c	5	5	
VI b	2	2	
VII ²⁾ 4)5)	8	8	
VIII ²⁾ 3)	2	2	
I b	1	1	Wissenschaftlicher Dienst
II a	3	3	
V b	3	3	Bibliotheksdienst
V c	1	1	
II a	2	2	Technischer Dienst
III	3	3	
IV a	2	2	
IV b	7	7	
V b	17	17	
V c	1	1	
VI b	10	10	
VII	1	1	
VIII	5	5	
IX b–VII ¹⁾ 2)3)	13	13	Schreib- und Fernschreibdienst
VIII	2	2	Sonstige Dienste
IX b	1	1	
	91	91	Zusammen
			Leerstellen:
V c	1	1	Verwaltungsdienst
VI b	1	1	
VII	1	1	
IX a	1	1	
II a	1	1	Wissenschaftlicher Dienst
V b	2	2	Technischer Dienst
VIII	1	1	
IX b–VII	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst
	9	9	Zusammen

1) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

2) davon 1 kw

3) Bis zum Vollzug des kw-Vermerks zu 2) darf eine Stelle nur mit einer Halbtagskraft besetzt werden.

4) Bis zum Vollzug des kw-Vermerks zu 2) darf eine Stelle nur mit einer 3/4-Kraft besetzt werden.

5) Davon 1 Stelle ku nach Verg.-Gr. IX b–VII BAT – Schreib- und Fernschreibdienst – nach Ausscheiden der StelleninhaberIn beim Staat. Museum für Naturkunde und Vorgeschichte Oldenburg.

¹⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

²⁾ davon 1 kw

³⁾ Bis zum Vollzug des kw-Vermerks zu ²⁾ darf eine Stelle nur mit einer Halbtagskraft besetzt werden.

⁴⁾ Bis zum Vollzug des kw-Vermerks zu ²⁾ darf eine Stelle nur mit einer 3/4-Kraft besetzt werden.

⁵⁾ Davon 1 Stelle ku nach Verg.-Gr. IX b–VII BAT – Schreib- und Fernschreibdienst – nach Ausscheiden der Stelleninhaberin beim Staat. Museum für Naturkunde und Vorgeschichte Oldenburg.

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 65 Staatliche Museen

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
			Arbeiter/-innen	
6	3	3	Technischer Dienst	1) kw zum 31. 12. 2006 zur Erfüllung der Einsparauf- lage nach §§ 9 Abs. 2 HG 1995/1996 und 1997/1998.
5	3	2		
2 a	1	1	Reinigungsdienst	2) Die Stellen im Aufsichtsdienst (Lohn-Gr. 2 a und 3) dürfen für je 2 Kräfte des Aufsichtsdienstes dersel- ben oder einer niedrigeren Lohngruppe in Anspruch genommen werden.
1 ¹⁾	1	1		
5	4	4	Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst	
4	6	6		
3	—	—		
2 a	2	3		
3 ²⁾	16	16	Aufsichtsdienst	
2 a ²⁾	19	19		
5	1	1	Sonstige Dienste	
3	1	1		
	57	57	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Zugang:	Stellen	
Lohn-Gr. 5		
– Technischer		
Dienst –	1	infolge Umwandlung einer Stelle Lohn-Gr. 2 a – Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst –
Zusammen	1	
Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 2 a		
– Boten-,		
Pförtner- und		
Hausmeisterdienst –	1	infolge Umwandlung in eine Stelle der Lohn-Gr. 5 – Technischer Dienst –
Zusammen	1	

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 76 Denkmalpflege

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamtinnen, Beamte			¹⁾ 1 kw (Einsparung Neuorganisation) infolge ZV bis 2003 (2003).
			²⁾ kw.
			³⁾ 1 kw (Einsparung Neuorganisation).
B 2	1	1	Feste Gehälter: Präsidentin, Präsident des Landesamtes
			Aufsteigende Gehälter:
A 15	2	2	Hauptkonservatorin, Hauptkonservator
A 15	2	2	Direktorin, Direktor
A 14	6	6	Oberrätin, Oberrat
A 14	11	11	Oberkonservatorin, Oberkonservator
A 13	4	5	Rätin, Rat
A 13 ¹⁾ 3)	7	7	Konservatorin, Konservator
A 12	1	1	Amtsärztin, Amtsarzt
A 10	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	1	1	Inspektorin, Inspektor
A 9	1	1	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
A 8	2	2	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
	39	40	Zusammen
			Stellen bei 422 31:
A 14 ²⁾	2	2	Oberkonservatorin, Oberkonservator
	2	2	Zusammen
			Leerstellen:
A 13	1	1	Rätin, Rat
	1	1	Zusammen

¹⁾ 1 kw (Einsparung Neuorganisation) infolge ZV bis 2003 (2003).

²⁾ kw.

³⁾ 1 kw (Einsparung Neuorganisation).

Erläuterungen zum Stellenplan

Aufteilung der Planstellen 2001

Bes.-Gr.	Amtsbezeichnung	Landesamt	Bez.-Reg. Braunschweig	Bez.-Reg. Hannover	Bez.-Reg. Lüneburg	Bez.-Reg. Weser-Ems	Zuammen
B 2	Präsidentin, Präsident des Landesamtes	1					1
A 15	Direktorin, Direktor	2					2
A 15	Hauptkonservatorin, Hauptkonservator	2					2
A 14	Oberkonservatorin, Oberkonservator	4	3	2	1	1	11
A 13 ¹⁾	Oberrätin, Oberrat	3		1	1	1	6
A 13	Konservatorin, Konservator	2	—	1	2	2	7
A 12	Rätin, Rat	3	1				4
A 12	Amtsärztin, Amtsarzt	1					1
A 10	Oberinspektorin, Oberinspektor	1					1
A 9	Inspektorin, Inspektor	1					1
A 9	Amtsinspektorin, Amtsinspektor	1					1
A 8	Hauptsekretärin, Hauptsekretär	2					2
	Zusammen						39

Abgang: Stellen
A 13 1 Stelle gem. ZV für 2001
(PKB-Überschuss)

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 76 Denkmalpflege

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) Davon 3 kw (Einsparung Neuorganisation).
	2001	2000		
Angestellte				
II a	1	1	Verwaltungsdienst	
IV a	1	1		
V c	2	2		
VI b	3	3		
VII	2	2		
VIII ¹⁾	7	7		
V b	1	1	Bibliotheks- bzw. Archivdienst	
II a	1	1	Wissenschaftlicher Dienst	
I b	1	1	Technischer Dienst	
II a	16	16		
III	5	5		
IV a	6	6		
IV b	4	4		
V b	19	19		
V c	5	5		
VI b	2	2		
VII	6	6		
IX b–VII	4	4	Schreib- und Fernschreibdienst	
	86	86	Zusammen	
V c	—	1	Stellen bei 425 31: Technischer Dienst	
V b	2	2	Leerstellen: Technischer Dienst	
IV a	1	1		
	2	3	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Aufteilung der Stellen 2001

Verg.-Gr.	Stellenbezeichnung	Landesamt	Bez.-Reg. Braunschweig	Bez.-Reg. Hannover	Bez.-Reg. Lüneburg	Bez.-Reg. Weser-Ems	Zusammen
II a	Verwaltungsdienst	1					1
IV a		1					1
V c		2					2
VI b		3					3
VII		2					2
VIII		4	1		1	1	7
II a	Wissenschaftlicher Dienst				1		1
V b	Bibliotheksdienst	1					1
I b	Technischer Dienst	1					1
II a		16					16
III		5					5
IV a		2	2	1		1	6
IV b		4					4
V b		11	1	2,5	2	2,5	19
V c		3	1		1		5
VI b		1	1				2
VII		6					6
IX b–VII	Schreib- und Fernschreibdienst	4					4
	Zusammen						86

Abgang:
Verg.-Gr. V c
– Technischer
Dienst –

1 bei 425 31
nach Fortfall der Inanspruchnahme
für die Leistungen nach Nr. 2
Abs. 2 Nr. 4 der Allgemeinen
Bestimmungen 1997/1998

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 76 Denkmalpflege

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Arbeiter/-innen				
2 a	1	1	Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst	
4	1	—		
5	1	—		
4	2	2	Kraftfahrdienst	
5	—	1	Sonstige Dienste	
2 a	—	1		
3	2	2	Technischer Dienst	
	7	7	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Aufteilung der Stellen 2001

Lohn-Gr.	Stellenbezeichnung	Landesamt	Bez.-Reg. Braunschweig	Bez.-Reg. Hannover	Bez.-Reg. Lüneburg	Bez.-Reg. Weser-Ems	Zusammen
3	Technischer Dienst		1			1	2
4	Kraftfahrdienst	2					2
5	Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst	1					1
4		1					1
2 a		1					1
	Zusammen						7

Zugang:
Lohn-Gr. 4
– Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst –
1 infolge Umwandlung einer Stelle der Lohn-Gr. 2 a – Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst –
Zusammen 1

Abgang:
Lohn-Gr. 2 a
– Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst –
1 infolge Umwandlung in eine Stelle der Lohn-Gr. 4 – Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst –
Zusammen 1

Anderweitige Funktionsänderung:
Abgang:
Lohn-Gr. 5 1 Sonstige Dienste
Lohn-Gr. 2 a 1 Sonstige Dienste
Zusammen 2

Zugang:
Lohn-Gr. 5 1 Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst
Lohn-Gr. 2 a 1 Boten-, Pförtner- und Hausmeisterdienst
Zusammen 2

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 77 Öffentliche Gärten

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	

Angestellte

IV a	1	1	Technischer Dienst
VI b	1	1	
	2	2	Zusammen

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	

Arbeiter/-innen

5	8	8	Handwerklicher Dienst
4	2	2	
3	3	3	Technischer Dienst
	13	13	Zusammen

Einzelplan 06 Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Kapitel 06 79 Klosterkammer Hannover

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) Der Stelleninhaber erhält eine Dienstaufwands- entschädigung von monatlich 150 DM.
	2001	2000		
Planmäßige Beamtinnen, Beamte				
B 6 ¹⁾	1	1	Feste Gehälter: Präsidentin, Präsident der Klosterkammer Hannover	
A 16	1	1	Aufsteigende Gehälter: Leitende Direktorin, Leitender Direktor	
A 15	2	2	Direktorin, Direktor	
A 14	5	5	Oberrätin, Oberrat	
A 13	2	2	Oberamtsrätin, Oberamtsrat	
A 12	5	5	Amtsärztin, Amtsarzt	
A 11	3	3	Amtsfrau, Amtsmännin, Amtmann	
A 10	3	3	Oberinspektorin, Oberinspektor	
A 8	—	1	Hauptsekretärin, Hauptsekretär	
	22	23	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Nicht der Allgemeinen Obergrenze sind aus den Besoldungsgruppen zuzuordnen:		Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. A 15	Direktorin, Direktor davon 1 Baudirektorin, Baudirektor	Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretärin, Hauptsekretär –	1 infolge Umwandlung in eine Stelle der Verg.-Gr. V c – Verwaltungsdienst –
Bes.-Gr. A 14	Oberrätin, Oberrat davon 3 Bauoberrätin, Bauoberrat		
Bes.-Gr. A 13	Oberamtsrätin, Oberamtsrat davon 1 Bauoberamtsrätin, Bauoberamtsrat		
Bes.-Gr. A 12	Amtsärztin, Amtsarzt davon 1 Bauamtsärztin, Bauamtsarzt		

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte			
III	1	1	Verwaltungsdienst ¹⁾
IV a	1	1	
IV b	1	1	
V b	7	5	
V c	10	10	
VI b ⁶⁾	6	8	
VII	14	14	
IV a	1	1	Datenverarbeitungsdienst
IV b	1	—	
V b	—	1	
VI b ⁵⁾	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst ²⁾
IX b–VII ²⁾	9	9	
II a	2	2	Technischer Dienst
III	7	5	
IV a	4	6	
IV b ³⁾	1	1	
V b	1	1	
VI b	1	1	
VII ⁴⁾	1	1	
	69	69	Zusammen

¹⁾ Auf bis zu 9 Stellen der Verg.-Gr. VI b und VII dürfen mehrere Teilzeitbeschäftigte pro Stelle geführt werden mit einer regelmäßigen Gesamtarbeitszeit, die jeweils die Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft nicht übersteigt.

²⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1–3) und VII (Fallgruppen 1–3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

³⁾ Eine Stelle der Verg.-Gr. IV b wird aus Mitteln der Lüneburger Klöster bestritten.

⁴⁾ Die Vergütung wird zu etwa 50 v. H. aus Erstattungen der Klostergutspächter bei 1–271 01 bestritten.

⁵⁾ Die Sekretärin des Präsidenten ist für die Dauer in dieser Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Sie erhält für die Dauer ihrer Tätigkeit, soweit sie Textverarbeitungsautomaten bedient, eine übertarifliche Zulage, die die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage beträgt. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

⁶⁾ Davon 1 Stelle mit 35 Wochenstunden.

- ¹⁾ Auf bis zu 9 Stellen der Verg.-Gr. VI b und VII dürfen mehrere Teilzeitbeschäftigte pro Stelle geführt werden mit einer regelmäßigen Gesamtarbeitszeit, die jeweils die Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft nicht übersteigt.
- ²⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1–3) und VII (Fallgruppen 1–3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.
- ³⁾ Eine Stelle der Verg.-Gr. IV b wird aus Mitteln der Lüneburger Klöster bestritten.
- ⁴⁾ Die Vergütung wird zu etwa 50 v. H. aus Erstattungen der Kloostergutspächter bei 1–271 01 bestritten.
- ⁵⁾ Die Sekretärin des Präsidenten ist für die Dauer in dieser Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Sie erhält für die Dauer ihrer Tätigkeit, soweit sie Textverarbeitungsautomaten bedient, eine übertarifliche Zulage, die die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage beträgt. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
- ⁶⁾ Davon 1 Stelle mit 35 Wochenstunden.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Zugang: Verg.-Gr. V c	Stellen		Im Wege der Abweichung von der Stellenübersicht wurden im Haushaltsjahr 1999
– Verwaltungsdienst –	1	infolge Umwandlung von einer Stelle der Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretärin, Hauptsekretär –	zwei nach Verg.-Gr. V c – Verwaltungsdienst – ausgebrachte Stellen in die Verg.-Gr. V b – Verwaltungsdienst – eingestuft,
Zusammen	1		eine nach Verg.-Gr. VI b – Verwaltungsdienst – ausgebrachte Stelle in die Verg.-Gr. V c – Verwaltungsdienst – eingestuft.
Abgang: Verg.-Gr. VI b	1	Abgang einer Stelle mit 8 Wochenstunden	Im Wege der Abweichung von der Stellenübersicht wurden im Haushaltsjahr 2000
Zusammen	1		zwei nach Verg.-Gr. IV a – Technischer Dienst – ausgebrachte Stellen in die Verg.-Gr. III – Technischer Dienst – eingestuft,
			eine nach Verg.-Gr. V b – Datenverarbeitungsdienst – ausgebrachte Stelle in die Verg.-Gr. IV b – Datenverarbeitungsdienst – eingestuft.

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) Anstelle von Beamten im Vorbereitungsdienst können im Rahmen der Bedarfszahl Verwaltungspraktikanten beschäftigt werden.
	2001	2000		
			</	

- ¹⁾ Anstelle von Beamten im Vorbereitungsdienst können im Rahmen der Bedarfsszahl Verwaltungspraktikanten beschäftigt werden.

Haushaltsplan
für das
Haushaltsjahr 2001

Einzelplan 07
Kultusministerium

Vorwort zum Einzelplan 07

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Zum Geschäftsbereich des Kultusministeriums gehören folgende wesentliche Aufgabenbereiche:

- Schulwesen (allgemein bildende und berufsbildende Schulen),
- Aus-, Fort- und Weiterbildung im Schulwesen,
- Außerschulische Berufsbildung,
- Jugend, einschließlich Tageseinrichtungen für Kinder,
- Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften,
- Politisches Bildungswesen, einschließlich Gedenkstättenarbeit.

Das Kultusministerium bedient sich zur Durchführung seiner Aufgaben u.a. folgender Dienststellen und Einrichtungen:

- 4 Bezirksregierungen in Braunschweig, Hannover, Lüneburg und Osnabrück,
- 1 Nieders. Landesinstitut für Fortbildung und Weiterbildung im Schulwesen und Medienpädagogik – NLI – in Hildesheim,
- 1 Nieders. Landesprüfungsamt für Lehrämter (NLPA) in Hannover,
- 1 Nieders. Landeszentrale für politische Bildung (NLpB) in Hannover,
- 3 683 Schulen,
- darunter 6 vom Land getragene Schulen

Schulen	Öffentliche Schulen	Schulen in freier Trägerschaft	Schulen insgesamt
allgemein bildende	3 310	114	3 424
berufsbildende	144	115	259
Zusammen	3 454	229	3 683

- 24 Ausbildungsseminare für die Lehrämter an Grund- und Hauptschulen, Realschulen und Sonderschulen,
- 18 Studienseminare für das Lehramt an Gymnasien,
- 7 Studienseminare für das Lehramt an berufsbildenden Schulen,
- 4 Regionale Computer-Centren für Lehrerfortbildung,
- 1 Lehrerfortbildungsheim in Wolfenbüttel.

Der Einzelplan 07 enthält folgende Kapitel:

- Kultusministerium (Kap. 07 01)
- Allgemeine Bewilligungen (Kap. 07 02)
- Schulaufsicht (Kap. 07 05)
- Schulen allgemein (Kap. 07 07)
- Grundschulen, Hauptschulen, Grund- und Hauptschulen, Haupt- und Realschulen, Orientierungsstufen (Kap. 07 10)
- Sonderschulen und Sonderschulklassen (Kap. 07 11)
- Realschulen (Kap. 07 13)
- Gymnasien (Kap. 07 14)
- Internatsgymnasien – vom Land getragen – (Kap. 07 15)
- Kollegs – vom Land getragen – (Kap. 07 16)
- Gesamtschulen (Kap. 07 18)
- Berufsbildende Schulen (Kap. 07 20)
- Vorbereitungsdienst für die Lehrämter (Kap. 07 51)
- Nieders. Landesprüfungsamt für Lehrämter – NLPA – (Kap. 07 56)
- Unterstützung der Schulentwicklung und Medienbildung/Fort- und Weiterbildung (Kap. 07 58)
- Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (Kap. 07 65)
- Jugendhilfe, Nieders. Landesjugendamt – NLJA – (Kap. 07 71)
- Tageseinrichtungen für Kinder, Kinder- und Jugendschutz, Mädchenförderung (Kap. 07 74)
- Nieders. Landeszentrale für politische Bildung – NLpB – (Kap. 07 84)

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Zum 1. 7. 1999 wurde das NLJA als Dezernat 407 in die Bezirksregierung Hannover eingegliedert. Die erforderlichen Mittelumsetzungen erfolgten zum 1. 1. 2000. Im Kapitel 07 71 sind nur die zur Erledigung der Fachaufgaben erforderlichen Mittel verblieben. Deshalb werden in diesem Jahr die Kapitel 07 71 (NLJA) und 07 72 (Jugendhilfe) zum neuen Kapitel 07 71 zusammengefasst.

C. Sonstige Veränderungen

Die berufsbildende Schule „Fachschule Seefahrt“ in Leer wurde zum 1. 1. 2000 aufgehoben. Die Fachschulausbildung wird seitdem vom Fachbereich Seefahrt der Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven durchgeführt. Im Rahmen dieser organisatorischen Änderung sind die verbliebenen Personal- und Sachkosten des ehemaligen Kapitels 07 21 (Staatl. Fachschulen Seefahrt) in das Kapitel 07 20 (Berufsbildende Schulen) verlagert worden.

Die bisherigen Kapitel 07 58 (Nieders. Landesinstitut für Fortbildung und Weiterbildung im Schulwesen und Medienpädagogik – NLI) und 07 59 (Fort- und Weiterbildung im Schulwesen) sind zu einem neuen Kapitel 07 58 (Unterstützung der Schulentwicklung und Medienbildung/Fort- und Weiterbildung) zusammengefasst worden. Die Haushaltsmittel für die Internet- und Multimedia-Initiative des Landes „N-21: Schulen in Niedersachsen – online“ sind bei Kapitel 07 02 TGr. 69 veranschlagt.

D. Hochbaumaßnahmen

Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich des Niedersächsischen Kultusministeriums werden im Einzelplan 20 ausgewiesen (Große Hochbaumaßnahmen – über 2,0 Mio. DM –, Kleine Hochbaumaßnahmen und Bauunterhaltung).

E. Struktur des Einzelplans 07

1. Ausgaben nach Hauptgruppen

	1999		2000		2001	
	in Mio. DM	%	in Mio. DM	%	in Mio. DM	%
Persönliche Verwaltungsausgaben (HGr. 4)	6 237,1	88,9	6 248,7	91,3	6 444,0	90,8
Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst (HGr. 5)	76,8	1,1	78,6	1,2	99,3	1,4
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke mit Ausnahme für Investitionen (HGr. 6)	657,4	9,4	501,6	7,3	537,5	7,6
Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen (HGr. 8)	44,6	0,6	15,3	0,2	9,8	0,1
Besondere Finanzierungsausgaben (HGr. 9)	0,2	0,0	0,2	0,0	5,1	0,1
Gesamt	7 016,1	100	6 844,4	100	7 095,7	100
Gegenüber Vorjahr	– 156,9		– 171,7		+ 251,3	

2. Ausgaben nach Geschäftsbereichen des MK

	1999		2000		2001	
	in Mio. DM	%	in Mio. DM	%	in Mio. DM	%
a) Schulen (07 07 – 07 20)	6 086,2	86,7	6 081,1	88,8	6 322,2	89,1
b) Schulaufsicht (07 05)	35,6	0,5	35,6	0,5	35,4	0,5
c) Lehreraus- und -fortbildung (07 51 – 07 58)	180,1	2,6	183,5	2,7	193,9	2,7
d) Jugend (07 71 – 07 74)	272,8	3,9	85,6	1,3	76,2	1,1
e) Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (07 65)	71,9	1,0	73,2	1,1	74,7	1,1
f) Ministerium (07 01)	26,4	0,4	27,4	0,4	28,9	0,4
ohne						
– Globale Minderausgabe für Personalausgaben	– 2,1	0,0	– 2,1	0,0	0,0	0,0
– Beihilfen und Fürsorgemaßnahmen (für den gesamten Epl. 07)	304,7	4,3	319,9	4,6	296,2	4,2
g) Sonstiges (Allgemeine Bewilligungen – 07 02 – und NLpB – 07 84 –)	40,5	0,6	40,2	0,6	68,2	0,9
Gesamt	7 016,1	100	6 844,4	100	7 095,7	100

3. Stellen nach Geschäftsbereichen des MK (ohne Leerstellen und Vorruhestand)

	1999		2000		2001	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
a) Schulen (07 07 – 07 20)	65 250	92,6	65 250	92,6	65 705	92,1
b) Schulaufsicht (07 05)	302	0,4	302	0,4	302	0,4
c) Lehreraus- und -fortbildung (07 51 – 07 58)	4 499	6,4	4 559	6,4	5 009	7,0
d) Ministerium (07 01)	239	0,3	239	0,3	232	0,3
e) NLJA (07 71)	115	0,2	115	0,2	58	0,1
f) NLpB (07 84)	48	0,1	48	0,1	46	0,1
Gesamt	70 453	100	70 513	100	71 352	100

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	E i n n a h m e n						
		0	1	2	3	Gesamt-	4	5
		Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	eigene Einnahmen	Über- tragungs- einnahmen	vermögens- wirksame und Sonder- einnahmen	einnahmen	persönliche Verwaltungs- ausgaben	sächliche Verwaltungs- ausgaben; Schulden- dienst
		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0701	Kultusministerium	—	14.000	—	—	14.000	318.553.400	5.526.500
0702	Allgemeine Bewilligungen	—	440.000	1.440.000	—	1.880.000	6.539.400	17.949.500
0705	Schulaufsicht	—	20.000	—	—	20.000	35.408.800	—
0707	Schulen allgemein	—	830.000	8.830.000	—	9.660.000	56.193.500	53.235.200
0710	Grundschulen, Hauptschulen, Grund- und Hauptschulen, Haupt- und Realschulen, Orientierungsstufen	—	1.471.000	—	—	1.471.000	5.814.402.900	1.856.300
0711	Sonderschulen und Sonderschulklassen	—	361.000	425.000	—	786.000	1.806.300	261.800
0713	Realschulen	—	355.000	—	—	355.000	1.085.300	134.400
0714	Gymnasien	—	1.290.000	—	93.500	1.383.500	6.627.300	340.600
0715	Internatsgymnasien - vom Land getragen -	—	1.911.500	1.501.000	—	3.412.500	384.300	1.594.900
0716	Kollegs - vom Land getragen -	—	128.000	60.000	—	188.000	—	490.400
0718	Gesamtschulen	—	240.000	—	—	240.000	1.325.700	130.900
0720	Berufsbildende Schulen	—	13.025.300	96.000	—	13.121.300	12.891.500	2.839.300
0751	Vorbereitungsdienst für die Lehrämter	—	79.000	—	—	79.000	167.334.800	6.313.400
0756	Niedersächsisches Landesprüfungsamt für Lehrämter	—	9.000	—	—	9.000	2.913.000	880.400
0758	Unterstützung der Schulentwicklung und Medien- bildung / Fort- und Weiterbildung	—	420.900	135.000	—	555.900	9.274.000	4.950.900
0765	Religions- und Welt- anschauungsgemeinschaften	—	—	—	—	—	—	77.000
0771	Jugendhilfe, Nds. Landesjugendamt	—	3.050.000	154.000	—	3.204.000	5.012.400	457.800
0774	Tageseinrichtungen für Kinder, Kinder- und Jugendschutz, Mädchenförderung	—	320.000	—	—	320.000	—	—
0784	Landeszentrale für politische Bildung	—	136.000	—	295.000	431.000	4.231.000	2.297.000
	Weggefallene Kapitel							
	Summe 2001	—	24.100.700	12.641.000	388.500	37.130.200	6.443.983.600	99.336.300
	Summe 2000	—	16.199.300	11.348.000	295.000	27.842.300	6.248.720.500	78.544.300
	2001 mehr/weniger (-)	—	7.901.400	1.293.000	93.500	9.287.900	195.263.100	20.792.000

gaben und Verpflichtungsermächtigungen

Epl. 07

A u s g a b e n					2001 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 – Sp.14)	2000 Überschuss Zuschuss (-)	2001 Verbesserung Verschlech- terung (-) (Sp.15 – Sp.16)	Ver- pflichtungs- ermächti- gungen
6 Über- tragungs- ausgaben	7 Bau- ausgaben	8 sonst. Ausga- ben für Inve- stitionen und Invest.förd.- maßnahmen	9 besondere Finan- zierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
DM	DM	DM	DM	DM				
10	11	12	13	14	15	16	17	18
100	—	255.000	736.200	325.071.200	-325.057.200	-345.148.400	20.091.200	—
29.426.500	—	4.000.000	—	57.915.400	-56.035.400	-31.090.600	-24.944.800	—
—	—	—	—	35.408.800	-35.388.800	-35.554.000	165.200	—
357.559.000	—	—	—	466.987.700	-457.327.700	-433.701.000	-23.626.700	2.267.800
3.844.000	—	—	—	5.820.103.200	-5.818.632.200	-2.569.257.000	-3.249.375.200	—
37.000	—	—	—	2.105.100	-1.319.100	-411.545.000	410.225.900	—
2.600	—	—	—	1.222.300	-867.300	-417.975.100	417.107.800	—
22.100	—	—	—	6.990.000	-5.606.500	-952.184.500	946.578.000	—
—	—	435.900	1.781.900	4.197.000	-784.500	-11.083.300	10.298.800	—
—	—	—	550.200	1.040.600	-852.600	-8.015.200	7.162.600	—
2.000	—	—	—	1.458.600	-1.218.600	-336.553.200	335.334.600	—
2.037.900	—	180.000	186.100	18.134.800	-5.013.500	-918.149.300	913.135.800	—
54.500	—	449.100	1.105.100	175.256.900	-175.177.900	-165.425.600	-9.752.300	—
—	—	—	12.500	3.805.900	-3.796.900	-3.660.100	-136.800	—
136.000	—	110.000	414.800	14.885.700	-14.329.800	-8.276.800	-6.053.000	—
74.609.100	—	—	—	74.686.100	-74.686.100	-73.193.900	-1.492.200	—
63.139.700	—	4.199.400	19.600	72.828.900	-69.624.900	-11.249.400	-58.375.500	61.000.000
3.325.000	—	—	—	3.325.000	-3.005.000	-8.209.000	5.204.000	—
3.283.600	—	120.000	309.400	10.241.000	-9.810.000	-7.677.300	-2.132.700	250.000
						-68.566.500	68.566.500	
537.479.100	—	9.749.400	5.115.800	7.095.664.200	-7.058.534.000	-6.816.515.200	-242.018.800	63.517.800
501.563.000	—	15.316.500	213.200	6.844.357.500				250.000
35.916.100	—	-5.567.100	4.902.600	251.306.700				63.267.800

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 11-9	011	Verwaltungsgebühren		2.000	2.000	—	0
113 99-5	011	Erlöse aus dem Verkauf von DV-Geräten * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 99.		—	—	—	—
119 01-2	011	Einnahmen aus Nebentätigkeit		—	—	—	—
119 31-4	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		1.000	1.000	—	—
119 51-9	011	Vermischte Einnahmen		10.000	10.000	—	2
132 01-9	011	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		—	—	—	—
132 02-7	011	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen		1.000	1.000	—	0
132 11-6	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge * Vgl. K-Vermerk zu 811 11.		—	—	—	75
256 01-0	011	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
412 01-1	011	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige in den Beiräten nach dem Nds.Schulgesetz	—	10.000	10.000	—	6
412 04-6	011	Entschädigungen an Vorsitzende der Eini- gungsstellen gem. § 71 b Abs. 7 Nds. PersVG	—	5.000	5.000	—	2
421 01-0	011	Amtsbezüge der Ministerin oder des Ministers	—	288.600	281.600	+7.000	279
421 02-9	011	Amtsbezüge der Ministerin oder des Ministers - Übergangsgeld -	—	—	—	—	—
422 01-7	011	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	21.214.700	21.814.800	-600.100	13.531
422 09-2	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-0	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-9	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Frei- stellung bei Personalüberhang	—	858.500	1.068.000	-209.500	974
425 01-6	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	6.311
425 51-2	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	1.000	—	—
426 01-2	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	767
426 51-9	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	2.000	2.000	—	10
427 01-9	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte (Angestellte)	—	5.000	10.000	-5.000	—
427 39-6	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	5.000	12.000	-7.000	—
441 02-0	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Beamtinnen und Beamte	—	290.345.000	312.680.900	-22.335.900	270.723
441 03-8	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Angestellte	—	1.018.800	1.309.100	-290.300	954
441 04-6	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	5.100	-5.100	-1
441 05-4	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Sonstige	—	—	2.400	-2.400	—
441 06-2	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevor- schriften	—	1.794.600	2.984.100	-1.189.500	1.680
443 01-4	011	Fürsorgemaßnahmen, insbesondere bei Dienstunfällen	—	3.000.000	2.940.000	+60.000	3.463

ERLÄUTERUNGEN

Zu 412 01

Aufwendungen für die im Landesschulbeirat sowie im Beirat für landw. Fachschulen ehrenamtlich tätigen Mitglieder (§§ 174 Abs. 2, 196 Abs. 2 NSchG).

Zu 412 04

Die/der Vorsitzende einer Einigungsstelle erhält gem. § 71 Abs. 7 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 200 DM.

Zu 421 01

1. Amtsgehalt	276 600 DM
2. Dienstaufwandsentschädigung	12 000 DM
Zusammen	288 600 DM

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 210,00 Vollzeiteinheiten (VZE).

Beschäftigungsvolumen:

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nach- richtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	142,11	142,11	—	157
Angestellte	57,93	57,93	—	64
Lohn- empfänger/-innen	9,96	9,96	—	11
Insgesamt	210,00	210,00	—	232

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 21 214 700 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Ober- gruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	21 214 700
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	1 233 200
43	Versorgungsbezüge	4 783 400
44	Beihilfen, Unterstützungen	1 078 100
45	Personalbezogene Sachausgaben	5 200
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	591 100
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0
Summe der Personalausgaben im Kapitel 07 01		28 905 700

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0701 Kultusministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
453 01-0	011	Trennungsgeld für abgeordnete oder ver- setzte Bedienstete und Umzugskostenver- gütungen	—	5.200	5.200	—	4
462 01-9	981	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—	–2.139.200	+2.139.200	—
511 01-0	011	Geschäftsbedarf	—	102.800	172.800	–70.000	79
512 01-6	011	Bücher und Zeitschriften	—	92.600	92.600	—	116
513 01-2	011	Post- und Fernmeldegebühren	—	300.000	200.000	+100.000	348
514 01-9	011	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	58.700	78.700	–20.000	48
515 01-5	011	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	43.000	43.000	—	36
515 02-3	011	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	120.000	120.000	—	141
516 01-1	011	Dienst- und Schutzkleidung	—	4.200	4.200	—	2
517 01-8	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	76.400	76.400	—	102
517 19-0	011	Reinigungskosten	—	178.000	178.000	—	175
517 59-0	011	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	133.700	164.500	–30.800	119
518 01-4	011	Mieten und Pachten	—	610.000	710.000	–100.000	607
519 03-7	011	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1.400	1.400	—	0
525 01-0	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	25.400	25.400	—	16
525 02-9	011	Klausurtagungen	—	—	—	—	—
526 01-7	011	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	35.800	35.800	—	7
526 59-9	011	Sachverständige und ähnliche Kosten im Zusa- mmenhang mit der Feststellung der Dienstfä- higkeit	—	—	—	—	—
527 01-3	011	Reisekostenvergütungen	—	134.500	134.500	—	118
527 03-0	011	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Perso- nalvertretungsangelegenheiten u. in Vertre- tung der Interessen der Schwerbehinderten	—	115.000	115.000	—	100
529 01-6	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers	—	10.000	10.000	—	10
531 02-9	011	Veröffentlichungen und sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	465.600	370.500	+95.100	445
537 01-9	011	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	5.200	5.200	—	24
538 01-5	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	50.000	100.000	–50.000	14
544 01-5	011	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	—	—	—	—	—
546 59-0	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	1.400	1.400	—	1
681 01-2	011	Schadensersatzleistungen und Unfallent- schädigungen	—	—	—	—	—
685 01-8	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	100	100	—	0
811 01-3	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	35.000	50.000	–15.000	—
811 11-0	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraft- fahrzeugen * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.	—	—	—	—	75
812 13-3	011	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-0	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	220.000	280.000	–60.000	20
981 07-5	990	Abführung an 1321 - 38107	—	736.200	—	+736.200	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 514 01**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.1999	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw/Kombi	6	6	6

Zu 531 02

Aus diesem Ansatz (bisher veranschlagt bei Kap. 07 02 Titel 531 01 und 531 03) werden vor allem Broschüren und Faltblätter bezahlt. Kulturpolitische Dokumentationen sowie Veröffentlichungen zum Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit dürfen unentgeltlich abgegeben werden (vgl. Haushaltsvermerk zu 119 31).

10 000 DM sind bestimmt für die Gestaltung der Internetpräsentation des MK.

Zu 538 01

Für Maßnahmen nach dem Arbeitssicherheitsgesetz von 1973 (ASiG).

Zu 546 59

Hier sind auch Mittel für Erfrischungen anlässlich von Dienstbesprechungen mit Vertretern anderer Behörden veranschlagt.

Zu 811 01

Ersatzbeschaffung: 1 Pkw als Referentenfahrzeug.

Zu 812 15

1. Ausstattung von Diensträumen	70 000 DM
2. Ausstattung der Sitzungsräume	50 000 DM
3. Ersatz einer Frankiermaschine	50 000 DM
4. Ersatz einer Zeiterfassungsanlage	50 000 DM
Zusammen	220 000 DM

Zu 981 07

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		Bildungspolitische Veranstaltungen	(—)	(30.000)	(30.000)	(—)	(4)
527 62-5	011	Reisekostenvergütungen	—	10.000	10.000	—	3
547 62-6	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	20.000	20.000	—	1
TGr. 63		Frauenpolitische Maßnahmen	(—)	(20.000)	(23.000)	(–3.000)	(7)
427 63-9	011	Aufwendungen für nebenamtlich und neben- beruflich Tätige	—	—	—	—	—
527 63-3	011	Reisekostenvergütungen	—	10.000	10.000	—	6
547 63-4	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	10.000	13.000	–3.000	1
TGr. 94		Reformdividende aus dem Pilotprojekt Energiekosteneinsparung (LENI)	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 94-1	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 94-4	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	—
711 94-9	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 94-0	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 96		Reformdividende	(—)	(—)	(—)	(—)	(337)
429 96-8	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	3
547 96-0	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	228
711 96-5	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	21
812 96-6	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	85
TGr. 99		Kosten der Informations- u. Kommunikations- technik * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 113 99.	(—)	(2.912.800)	(1.517.400)	(+1.395.400)	(2.249)
515 99-6	111	Unterhaltg., Ersatz u. Ergänzg. der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	460.000	—	+460.000	—
525 99-1	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	50.000	50.000	—	16
538 99-6	011	Dienstleistungen Außenstehender * Übertragbar.	—	2.354.000	1.000.000	+1.354.000	1.769
547 99-5	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	48.800	467.400	–418.600	463
812 99-0	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen * Übertragbar.	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 62

Im Rahmen der bildungspolitischen Veranstaltungen sollen Tagungen zu bildungspolitischen Schwerpunkten durchgeführt werden (u. a. Werkstattgespräche, Foren, Symposien).

Zu Titelgruppe 63

Zur Durchführung von frauenpolitischen Veranstaltungen im MK und im nachgeordneten Bereich, z. B. Seminare zu aktuellen Themen, Arbeitstagungen und Dienstbesprechungen der Frauenbeauftragten der Schulabteilungen der Bezirksregierungen und der Frauenbeauftragten an Schulen, Netzwerkarbeit der Frauenbeauftragten im Schulbereich.

Zu Titelgruppe 94

Die Niedersächsische Landesregierung hat am 23. 2. 1999 die Einführung einer „Nutzerprämie“ zur Förderung der Energiekosteneinsparung in Landesliegenschaften beschlossen.

Das MK ist an diesem Pilotprojekt beteiligt.

Leertitelgruppe zur Buchung der erwirtschafteten Dividende (§ 14 Abs. 2 HGr 2001).

Zu Titelgruppe 96

Leertitelgruppe zur Buchung der im Rahmen der Personalkostenbudgetierung erwirtschafteten Reformdividende.

Zu Titelgruppe 99

Erstmalig veranschlagt ist die Erstattung der IZN-Entgelte (Titel 538 99).

Die bisher bei Kapitel 07 07 TGr. 99 ausgebrachten Mittel für den Eigenbedarf des Geschäftsbereichs für ADV-Verfahren der staatlichen Schulverwaltungen sind hier mit veranschlagt.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0701 Kultusministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 07 01					
		1 Eigene Einnahmen		14.000	13.000	+1.000	
		2 Übertragungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		14.000	13.000	+1.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	318.553.400	340.992.000	-22.438.600	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	5.526.500	3.839.300	+1.687.200	
		6 Übertragungsausgaben	—	100	100	—	
		7 Bauausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	255.000	330.000	-75.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	736.200	—	+736.200	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	325.071.200	345.161.400	-20.090.200	
		Zuschuss		325.057.200	345.148.400	-20.091.200	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		4.783.400	5.001.800		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		329.854.600	350.163.200		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		329.840.600	350.150.200		

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0702 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
119 41-5	111	Rückzahlung von Überzahlungen		400.000	400.000	—	574
119 42-3	111	Rückflüsse aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentsprechend verwendeten Zuweisungen des Bundes (einschl. Zinsen) * Vgl. K-Vermerk zu 544 02.		—	—	—	7
119 51-2	011	Vermischte Einnahmen		40.000	40.000	—	18
119 68-7	159	Einnahmen für Maßnahmen zur EXPO 2000 im Bildungswesen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.		—	—	—	38
119 69-5	129	Sonstige Verwaltungseinnahmen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 69.		—	—	—	—
251 01-1	155	Zuweisungen des BMBW im Rahmen der Begabtenförderung zur beruflichen Bildung * Vgl. K-Vermerk zu 685 06.		—	—	—	7
251 02-0	155	Zuweisungen der EU zur Durchführung des Programms Sokrates		900.000	—	+900.000	—
251 62-3	128	Zuweisungen u.a. der EU zur Durchführung von EU-Programmen sowie zur Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.		—	—	—	309
251 71-2	155	Zuweisungen des Bundes für Modellversuche auf dem Gebiet der Berufsbildung * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 71.		—	—	—	107
282 63-4	151	Zuschüsse des deutsch-französischen Jugendwerkes zur Förderung des Austausches und der Begegnung von Jugendlichen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.		540.000	540.000	—	410
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			1.000	–1.000	
A U S G A B E N							
412 01-5	156	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	—	10.000	–10.000	6
515 03-5	045	Ausrüstungsgegenstände für den Behördenselbstschutz	—	—	—	—	—
525 01-4	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	24.900	24.900	—	—
531 03-0	011	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	—	85.100	–85.100	15
544 02-7	111	Rückzahlungen a.d.Bund aus nicht in Anspruch genommenen o. nicht zweckentsprechend verwendeten Bundeszuwendungen (einschl. Zinsen) * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 42.	—	—	—	—	—
646 01-6	223	Unfallversicherung für Schüler und Studenten sowie Kinder in Kindergärten	—	13.198.800	11.300.000	+1.898.800	13.211
652 23-7	111	Zuschuss des Landes Niedersachsen zu den Kosten der Geschäftsstelle des Deutschen Bildungsrates	—	18.500	18.500	—	17
681 59-8	155	Förderung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern des berufspraktischen Jahres	—	—	—	—	—
685 02-0	155	Zuschuss für laufende Zwecke an die Landesgewerbeförderungsstelle des nieders. Handwerks in Hannover ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	—	—	—	—	—
685 06-2	155	Zuschüsse aus Mitteln des BMBW an die Sozialversicherungsträger im Rahmen der Begabtenförderung * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 251 01.	—	—	—	—	8

ERLÄUTERUNGEN

Zu den Konzessionsabgaben allgemein

Nach § 6 Abs. 1 des Niedersächsischen Gesetzes über das Lotteriede- und Wettwesen (NLottG) v. 21. 6. 1997 (GVBl. S. 289) haben Wettunternehmen eine Konzessionsabgabe an das Land abzuführen. Ein Teil dieser Konzessionsabgabe ist auf Grund des § 7 Abs. 1 zweckgebunden zu verwenden. Der zweckgebundene Teil beträgt im Haushaltsjahr 2001 132,6 Mio. DM.

Auf den Einzelplan 07 entfallen davon 6,9 v. H. für Zwecke der Jugendarbeit und des Schulsports (§ 7 Abs. 3 Nr. 1) zuzüglich eines Betrages in Höhe von 150 000 DM für Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes (§ 7 Abs. 3 Nr. 5).

Die insgesamt auf den Einzelplan 07 entfallenden Konzessionsabgaben sind wie folgt veranschlagt:

– für Zwecke des Schulsports (Kap. 07 02 TGr. 81)	1 075 000 DM
– für Zwecke der Jugendarbeit und Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes (Kap. 07 71 TGr. 93)	8 224 400 DM

Zu 119 68

Einwerbung von Mitteln durch Kooperationspartner und Sponsoren für die Durchführung bzw. Förderung von Einzelmaßnahmen.

Zu 251 01

Mittel des BMBW zur Begabtenförderung berufliche Bildung für junge Absolventinnen und Absolventen im Ausbildungsberuf der oder des Sozialversicherungsfachangestellten nach den Richtlinien des BMBW vom 31. 1. 1992.

Zu 251 02

Erstattung der im Haushaltsjahr 2000 außerplanmäßig eingesetzten Landesmittel zur Vorfinanzierung der den niedersächsischen Schulprojekten im Rahmen des Programms „Sokrates“ zugesagten EU-Zuschüsse.

Zu 282 63

Das Deutsch-Französische Jugendwerk gewährt nach Maßgabe besonderer Förderungsrichtlinien (vgl. RdErl. d. MK vom 20. 1. 1971 – Nds. MBl. S. 397 –) aus dem Gemeinschaftsfonds der Organisation Zuschüsse für die in Art. 2 des Abkommens über die Errichtung eines Deutsch-Französischen Jugendwerkes vom 5. 7. 1963 (BGBl. II S. 1613) aufgeführten Maßnahmen, insbesondere für die Begegnung und den Austausch von Jugendlichen beider Länder.

Nicht in Anspruch genommene oder nicht zweckentsprechend verwendete Zuschüsse, die von den Trägern an das Deutsch-Französische Jugendwerk zurückgezahlt werden müssen, sind nach Vereinbarung wieder zu verwenden.

Zu 412 01

Die Mittel sind nach Kapitel 07 84 Titel 412 01 verlagert worden.

Zu 525 01

Kosten für die zentrale Fortbildung für die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter im Geschäftsbereich des MK (mit Ausnahme der Reisekosten).

Zu 531 03/531 01

Mit dem Haushaltsplan 2001 ist der Titel 531 01 aufgelöst worden.

Die Mittel aus 531 01 und 531 03 sind nach Kapitel 07 01 Titel 531 02 verlagert worden.

Zu 646 01

Durch das Gesetz über Unfallversicherung für Schüler und Studenten sowie Kinder in Kindergärten vom 18. 3. 1971 – BGBl. I S. 237 – sind in die gesetzliche Unfallversicherung insbesondere einbezogen worden:

- a) Kinder während des Besuchs von Kindergärten,
- b) Schüler während des Besuchs allgemeinbildender Schulen sowie
- c) Studierende während der Aus- und Fortbildung an Hochschulen.

Das Land Niedersachsen, das nach diesem Gesetz Träger der gesetzlichen Unfallversicherung für bestimmte Personengruppen ist:

(vgl. §§ 539 Abs. 1 Nr. 14, 655 Abs. 2 SGB IV)

- Studierende an den vom Land getragenen Hochschulen und Fachhochschulen sowie den privaten Fachhochschulen,
- Schüler an den vom Land getragenen allgemeinbildenden Schulen und Kollegs und an allgemeinbildenden Schulen in freier Trägerschaft,
- Kinder in Kindergärten der Träger der freien Jugendhilfe und in anderen privaten gemeinnützigen Kindergärten,

erstattet der Landesunfallkasse Niedersachsen als Ausführungsbehörde die entstehenden Kosten.

Die Kosten der gesetzlichen Unfallversicherung für Schüler und Kinder in Kindergärten kommunaler Träger werden hingegen von der jeweiligen Gebietskörperschaft übernommen.

Zu 652 23

Das Abkommen der Länder der Bundesrepublik Deutschland untereinander und mit der Bundesregierung vom 12. 2. 1970 über die Verlängerung des Abkommens über die Errichtung eines Deutschen Bildungsrates vom 15. 7. 1965 ist über den 15. 7. 1975 hinaus nicht verlängert worden. Damit entfällt ab Haushaltsjahr 1977 ein laufender Zuschuß an die Geschäftsstelle. Die veranschlagten Mittel sind Abwicklungskosten (Versorgungsleistungen und Beihilfen des seinerzeitigen Generalsekretärs).

Zu 685 06

Gewährung von Zuwendungen aus Mitteln des BMBW im Rahmen der Begabtenförderung berufliche Bildung an junge Absolventinnen und Absolventen im Ausbildungsberuf der oder des Sozialversicherungsfachangestellten.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0702 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
685 51-8	155	Zuschüsse i.R.d. Ausbildungsoffensive 1998 * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	—	3.045.000	2.260.000	+785.000	3.464
685 52-6	179	Zuschuss des Landes Niedersachsen zur Finanzierung des Instituts für Film und Bild in München	—	185.000	235.000	-50.000	106
Titelgruppe(n)							
TGr. 62		Pflege kultureller Beziehungen zum Ausland * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 251 62. *** Abweichungen von § 113 NSchG sind zulässig.	(—)	(114.600)	(114.600)	(—)	(150)
547 62-0	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	114.600	114.600	—	130
685 62-3	129	Sonstige Zuschüsse	—	—	—	—	20
686 62-0	129	Zuschüsse für laufende Zwecke an das Ausland	—	—	—	—	—
TGr. 63		Verwendung der Zuschüsse des DFJW zur Förderung der Begegnung von Jugendlichen * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 63.	(—)	(540.000)	(540.000)	(—)	(407)
544 63-9	151	Rückz. nicht zweckentsprechend verwendeter Zusch. an d. DFJW	—	—	—	—	-1
547 63-8	151	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5.000	5.000	—	—
653 63-2	151	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	150.000	150.000	—	52
685 63-1	151	Zuschüsse an andere Träger	—	385.000	385.000	—	357
TGr. 64/65		Zuweisungen für Einrichtungen der KMK und über sie geförderte Einrichtungen	(—)	(3.857.300)	(3.286.700)	(+570.600)	(3.183)
547 65-4	159	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * Übertragbar.	—	5.000	—	+5.000	—
652 64-4	011	Zuweisung für die Kosten des Sekretariats der KMK sowie die gemeinsam finanzierten Einrichtungen	—	3.303.000	3.184.500	+118.500	3.093
652 65-2	159	Zuweisung für besondere Projekte der KMK * Übertragbar.	—	549.300	102.200	+447.100	90
TGr. 66		Kosten des Landesausschusses für Berufsbildung	(—)	(8.400)	(8.400)	(—)	(4)
412 66-0	155	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	7.400	7.400	—	4
547 66-2	155	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.000	1.000	—	0
TGr. 67		Förderg. d. außerschulischen Berufsbildung * Übertragbar.	(—)	(11.766.900)	(11.766.900)	(—)	(12.144)
684 67-8	155	Zuschüsse für laufende Zwecke an die Landesgewerbeförderungsstelle des nieders. Handwerks in Hannover ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	—	120.500	116.900	+3.600	114
685 67-4	155	Zuschüsse für Lehrgänge, Kurse, Forschungsarbeiten sowie f. laufende Zwecke	—	7.646.400	7.650.000	-3.600	7.304

ERLÄUTERUNGEN

Zu 685 51

Mit den veranschlagten Haushaltsmitteln und Verpflichtungsermächtigungen sollen zusätzliche Ausbildungsplätze gewonnen werden. Ein Schwerpunkt der „Ausbildungsoffensive 1998“ ist die Förderung von Ausbildungsverbünden zum Zwecke der Schaffung zusätzlicher Ausbildungsverhältnisse in einem anerkannten Ausbildungsberuf.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommene VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	750 000	—	—	750 000
2002	300 000	—	—	300 000
2003	200 000	—	—	200 000
2004 ff.	—	—	—	—

Zu 685 52

Das Institut für Film und Bild in München ist eine gemeinnützige GmbH, in der das Land als Gesellschafter fungiert.

Das FWU hat die Aufgabe, audiovisuelle Medien herzustellen und deren Verwendung als Lehr- und Lernmittel in Bildung, Erziehung und Wissenschaft zu fördern. Dazu gehört auch die Beratung bei der Entwicklung und Beschaffung geeigneter Geräte.

Veranschlagt ist der gem. § 7 Abs. 2 des Gesellschaftervertrages vom 6. 3. 1950 auf Niedersachsen entsprechend der Schülerzahl entfallende voraussichtliche Anteil an den Kosten des Instituts.

Zu Titelgruppe 61 (HH 1999/2000)

Mit dem Haushaltsplan 2001 ist die Titelgruppe 61 aufgelöst worden.

Die Mittel sind nach Kapitel 07 84 TGr. 63 verlagert worden.

Zu Titelgruppe 62

Die Mittel sind veranschlagt für:

1. Kooperationsprojekte (Austausch, sprachl. Vorbereitung, kulturelles Beiprogramm) u. a. mit den Ländern USA (Georgia), Frankreich (Haute Normandie), Großbritannien (County of Avon), Spanien, Rußland, Polen, Ungarn im Bereich der Bildung,
2. Reisekosten anlässl. der Entsendung nieders. Vertreter in das Ausland nach/analog BRKG und Betreuungskosten ausländischer Delegationen bei Veranstaltungen im Bereich der Bildung,
3. Durchführung von EU-Programmen.

Zu Titelgruppe 63

Vgl. Erläuterungen zu 282 63.

Zu Titelgruppe 64/65

Die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) behandelt nach ihrer Geschäftsordnung Angelegenheiten der Kulturpolitik von überregionaler Bedeutung mit dem Ziel einer gemeinsamen Meinungs- und Willensbildung und der Vertretung gemeinsamer Anliegen. Zur Erledigung der laufenden Geschäfte der Ständigen Konferenz der Kultusminister und der in ihrem Rahmen verwalteten Einrichtungen stellt das Land Berlin eine Dienststelle als Sekretariat zur Verfügung. Das Nähere, insbesondere über ihre Finanzierung, ist durch das Abkommen der Länder vom 20. 6. 1959 i. d. F. vom 25. 10. 1991 (Beitritt der neuen Länder) geregelt.

652 64

Zuweisung des Landes Niedersachsen an das Sekretariat der KMK für den laufenden Geschäftsbetrieb des Sekretariats und für die über die KMK geförderten Einrichtungen.

Die Zuschüsse der KMK an Vereine, Organisationen usw. für laufende Zwecke, u. a. für

1. Pädagogisches Zentrum, Berlin (Gutachterstelle für Deutsches Schul- und Studienwesen)
2. Heinrich-Heine-Haus in der Cité Internationale in Paris (Wohnheimfreiplätze und Tutorienstellen)
3. Leo Baeck Institute of Jews from Germany (Förderungsgesellschaft des Instituts in Frankfurt/Main)
4. Deutscher Akademischer Austauschdienst, Bonn-Bad Godesberg
5. Deutsche Künstlerhilfe, Bonn
6. Kuratorium „Junger Deutscher Film“, München
7. Hochschule für jüdische Studien, Heidelberg
8. Deutsches Polen-Institut, Darmstadt
9. Gesellschaft für Deutsche Sprache e. V., Wiesbaden
10. Forschungsstelle für unabhängige Literatur und gesellschaftliche Bewegungen Osteuropas, Bremen
11. Deutscher Musikrat
12. Deutsches Komitee für den Europäischen Schultag, Bonn

547 65

In Niedersachsen anfallende Kosten für die Durchführung der Tests zur regelmäßigen Ermittlung von Schülerleistungen.

652 65

Anteil des Landes Niedersachsen an den Kosten der Länder an der Beteiligung Deutschlands an den internationalen Schülerleistungsuntersuchungen zur Lesefähigkeit, sowie in Mathematik und Naturwissenschaften der 15-Jährigen (PISA), in Deutsch und Englisch in der 9. Klasse (DESI) sowie zur Lesefähigkeit in den Grundschulen (PIRLS).

Zu Titelgruppe 66

Fahrkostenersatz, Entschädigungen für Zeitversäumnis (Sitzungsgelder) für die 18 Mitglieder des gemäß § 54 des Berufsbildungsgesetzes v. 14. 8. 1969 (BGBl. I S. 1112) und gemäß Beschluss des Landesministeriums v. 28. 5. 1974 (Nds. MBl. S. 1192) bei der Landesregierung errichteten Landesausschusses für Berufsbildung sowie für die Mitglieder der Unterausschüsse des Landesausschusses.

Zu Titelgruppe 67**684 67**

Der Fehlbetrag der Landesgewerbeförderungsstelle wird zu $\frac{2}{3}$ aus dem Epl. 08 und zu $\frac{1}{3}$ aus dem Epl. 07 gedeckt.

685 67

Zuwendungen zur Lehrgangsfinanzierung in der überbetrieblichen Ausbildung im Handel, Handwerk, Hotel- und Gaststättengewerbe sowie im mittelständischen Wirtschaftsbereich.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0702 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
893 67-6	155	Zuschüsse zur Errichtung und Ausstattung von Ausbildungszentren	—	4.000.000	4.000.000	—	4.726
TGr. 68		Maßnahmen zur EXPO 2000 im Bildungswesen * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 68.	(—)	(30.000)	(300.000)	(-270.000)	(131)
427 68-3	159	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	10.000	-10.000	4
511 68-4	159	Geschäftsbedarf	—	—	40.000	-40.000	2
527 68-8	159	Reisekosten	—	30.000	100.000	-70.000	65
531 68-5	159	Veröffentlichungen	—	—	80.000	-80.000	1
547 68-9	159	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	50.000	-50.000	59
685 68-2	159	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
812 68-4	159	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	20.000	-20.000	—
TGr. 69		N-21: Schulen in Niedersachsen online * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 69. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. *** Sofern aus haushaltssystematischen Gründen die Einrichtung zusätzlicher Titel erforderlich sein sollte, gilt für diese abweichend von § 20 I 1 LHO die Deckungsfähigkeit der Titelgruppe.	(—)	(23.825.000)	(—)	(+23.825.000)	(—)
427 69-1	129	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	5.000.000	—	+5.000.000	—
429 69-4	129	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	1.250.000	—	+1.250.000	—
527 69-6	129	Reisekostenvergütungen	—	6.250.000	—	+6.250.000	—
531 69-3	129	Veröffentlichungen	—	500.000	—	+500.000	—
538 69-8	129	Dienstleistungen Außenstehender	—	9.500.000	—	+9.500.000	—
547 69-7	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	500.000	—	+500.000	—
653 69-1	129	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	825.000	—	+825.000	—
812 69-2	129	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 71		Verausgab. d. Bundesmittel f. Modellversuche auf d. Berufsbildungsgeb. * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 251 71.	(—)	(—)	(—)	(—)	(176)
544 71-0	155	Rückzahlung nicht zweckentspr. verwendet. Zuwendungen	—	—	—	—	—
685 71-2	155	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	176
TGr. 76		Prüfung für den Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung ohne Hochschulreife/Fachhochschulreife	(—)	(226.000)	(226.000)	(—)	(183)
427 76-4	129	Entschädigungen für nebenamtliche u. nebenberufliche Prüfer/Prüferinnen u. Hilfskräfte	—	182.000	182.000	—	139
511 76-5	129	Geschäftsbedarf	—	21.000	21.000	—	16
513 76-8	129	Post- u. Fernmeldegebühren	—	15.000	15.000	—	14

ERLÄUTERUNGEN

893 67

Zuwendungen zur investiven Förderung von überbetrieblichen Ausbildungsstätten und Einrichtungen der beruflichen Fort- und Weiterbildung.

Zu Titelgruppe 68

Das MK hat sich mit 26 Schulen und zwei Bildungseinrichtungen an der Weltausstellung EXPO 2000 mit dem Projekt „Welche Schule braucht die Zukunft unserer Welt?“ beteiligt. Um die Ergebnisse dieses Projektes auch anderen Schulen zugänglich zu machen, wird projektbegleitend eine Evaluation durchgeführt. Veranschlagt sind die Ausgaben für die Evaluation und Dokumentation sowie die Weitergabe der Ergebnisse an interessierte Schulen.

Zu Titelgruppe 69

Zur Erreichung des Ziels, Niedersachsens Schulen fit für den Weg in die Wissensgesellschaft zu machen und die Voraussetzungen für die Integration der neuen Medien in das schulische Lernen zu schaffen, hat die Landesregierung ein Aktionsprogramm „N-21: Schulen in Niedersachsen online“ beschlossen, das auf einander abgestimmte Aktionen zur Ausstattung von Schulen, zur Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, zur Entwicklung didaktischer Konzepte und multimedialer Lernumgebungen, zur Intensivierung der Ausbildung im IT- und Medienbereich sowie zur Öffnung des Zuganges zum Internet und zur Multimedia für breite Bevölkerungsgruppen beinhaltet. Zur Unterstützung dieses Programms ist im Juni 2000 ein Verein gleichen Namens von zunächst 20 Mitgliedern, davon 18 aus der Wirtschaft, gegründet worden.

Das Aktionsprogramm läuft bis zum 31.12.2003. Dafür stellt das Land 75 Mio. DM – gleichmäßig verteilt auf die Jahre 2001 bis 2003 mit je 25 Mio. DM – bereit, wobei der Ansatz im Hj. 2001 aufgrund der Anrechnung der im Hj. 2000 außerplanmäßig bewilligten Ausgaben i.H. von 1,175 Mio. DM gekürzt worden ist. Einen vergleichbar hohen Betrag soll der Verein durch Spenden und Sponsoren aufbringen.

Im Rahmen des zwischen dem Land und dem Verein am 21. 8. 2000 abgeschlossenen Kooperationsvertrages können folgende Maßnahmen (Aktionen) des Programms gefördert werden:

- „Lehrerzimmer online“
(Bereitstellung eines Internetarbeitsplatzes für Lehrkräfte in allen Schulen und Qualifizierung der Lehrkräfte)
- „Schulen online“
(Verbesserung der Ausstattung der Schulen mit Hard- und Software und Internetzugängen für den Einsatz im Unterricht)
- „Lehrkräfte online“
(Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte im Bereich Multimedia und Internet auf der Basis didaktisch-methodischer Konzepte)
- „Unterricht online“
(Entwicklung differenzierter Unterrichtskonzepte, Erarbeitung multimedialer Lernumgebungen und Bereitstellung geeigneter Software; Berücksichtigung frauenspezifischer Interessen an Techniknutzung)
- „Familie online“
(Bereitstellung geeigneter Maßnahmen zur Qualifikation breiter Bevölkerungsgruppen/Internet-Führerschein für die ganze Familie)
- „Ausbildung online“
(Intensivierung der Ausbildung im IT- und Medienbereich, u.a. LOVE-IT)

Das Land trägt außerdem die notwendigen Sach- und Personalausgaben des Vereins.

Zu Titelgruppe 76

Die Prüfungen für den Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung ohne Hochschulreife/Fachhochschulreife werden vor Prüfungsausschüssen abgelegt, die von den für den Bereich der wissenschaftlichen und künstlerisch-wissenschaftlichen Hochschulen sowie für den Bereich der Fachhochschulen bestellten örtlichen Beauftragten des Prüfungsamtes nach Bedarf gebildet werden.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0702 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
526 76-2	129	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	0
527 76-9	129	Reisekostenvergütungen	—	8.000	8.000	—	13
TGr. 80		Förderung des Schulsports aus Konz.-Abgabe gem. Art. 10 Abs. 1 u. 3 HBegleitG 1997 * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. *** Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich. Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an den Ist-Einnahmen bei Kap. 13 02 Tit. 122 03 geleistet werden.	(—)	(—)	(—)	(—)	(195)
427 80-2	129	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	19
533 80-7	154	Sachaufwand der Aus- und Fortbildung	—	—	—	—	19
547 80-8	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	157
684 80-5	129	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 81		Zuschüsse aus Konzessionsabgaben für Zwecke des Schulsports * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. *** Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich. Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.	(—)	(1.075.000)	(1.075.000)	(—)	(954)
427 81-0	129	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	100.000	100.000	—	34
533 81-5	154	Sachaufwand für Aus- und Fortbildung	—	410.000	410.000	—	281
547 81-6	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	565.000	565.000	—	539
684 81-3	129	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	100
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	250.000		820.500	-820.500	
		Abschluss Kapitel 07 02					
		1 Eigene Einnahmen		440.000	441.000	-1.000	
		2 Übertragungseinnahmen		1.440.000	540.000	+900.000	
		Summe der Einnahmen		1.880.000	981.000	+899.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	6.539.400	309.400	+6.230.000	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	17.949.500	1.894.100	+16.055.400	
		6 Übertragungsausgaben	—	29.426.500	25.848.100	+3.578.400	
		250.000					
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	4.000.000	4.020.000	-20.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	57.915.400	32.071.600	+25.843.800	
		Zuschuss	250.000	56.035.400	31.090.600	+24.944.800	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 78 (HH 1999/2000)

Mit dem Haushaltsplan 2001 ist die Titelgruppe 78 aufgelöst worden.

Die Mittel sind nach Kapitel 07 84 TGr. 78 verlagert worden.

Zu Titelgruppe 81

Veranschlagt sind die Ausgaben für

- Schulsportveranstaltungen außerhalb des Unterrichts, z. B. Bundesjugendspiele, Wettbewerb „Jugend trainiert für Olympia“, Feriensportkurse
- Aktionsprogramm für die Zusammenarbeit von Schule und Sportverein in Niedersachsen
- Fort- und Weiterbildungslehrgänge für Lehrkräfte im Fach Sport
- Beschaffung besonderer Lehr- und Lernmittel, sofern sie nicht zu den vom Schulträger nach dem NSchG zu tragenden sächlichen Kosten der Ausstattung der Schule gehören
- Einmalige und besondere Aufgaben einschl. Innovationen und Modellversuche.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 51-3	111	Vermischte Einnahmen		20.000	20.000	—	3
		A U S G A B E N					
422 01-1	111	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	32.943.300	32.996.300	–53.000	30.981
422 19-4	111	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-3	111	Dienstbezüge auf Grund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	2.428.800	2.541.000	–112.200	2.815
425 01-0	111	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.041
425 02-9	111	Vergütungen der ständigen, nur teilzeitbeschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 05-3	111	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	81
427 39-0	111	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-4	111	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	36.700	36.700	—	21
546 59-4	111	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 07 05					
		1 Eigene Einnahmen		20.000	20.000	—	
		Summe der Einnahmen		20.000	20.000	—	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	35.408.800	35.574.000	–165.200	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	35.408.800	35.574.000	–165.200	
		Zuschuss		35.388.800	35.554.000	–165.200	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		11.095.600	10.700.500		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		46.504.400	46.274.500		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		46.484.400	46.254.500		

ERLÄUTERUNGEN

Zu 07 05 allgemein:

Infolge der Schulverwaltungsreform, die zum 1. 2. 1997 vollzogen wurde, sind hier nur noch die persönlichen Verwaltungsausgaben (Dienstbezüge und Trennungsgeld) für das bei den Bezirksregierungen im Bereich der Schulaufsicht tätige Fachpersonal sowie die damit im ursächlichen Zusammenhang stehenden Einnahmen veranschlagt. Alle sonstigen Haushaltseinnahmen und -ausgaben für diesen Personenkreis sind bei Kap. 03 05 ausgebracht.

Zu 422 01, 425 01, 425 02, 425 05

Für das Kapitel 07 05 wurde ab 1. 1. 1998 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 288,00 Vollzeiteneinheiten (VZE).
Beschäftigungsvolumen:

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	280,42	280,42	—	301
Angestellte	7,58	7,58	—	1
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	288,00	288,00	—	302

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 32 943 300 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	32 943 300
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	2 596 000
43	Versorgungsbezüge	11 095 600
44	Beihilfen, Unterstützungen	1 704 300
45	Personalbezogene Sachausgaben	36 700
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	943 400
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0
Summe der Personalausgaben im Kapitel 07 05		49 310 300

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0707 Schulen allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 61-7	111	Gebühren für die Abnahme von Prüfungen		—	—	—	—
119 41-3	111	Rückzahlung von Überzahlungen		600.000	550.000	+50.000	613
119 42-1	129	Rückflüsse aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentsprechend verwendeten Bundeszuweisungen (einschl. Zinsen) * Vgl. K-Vermerk zu 544 02.		—	—	—	2
119 51-0	111	Vermischte Einnahmen		30.000	30.000	—	25
119 75-8	129	Ersatzleistungen im Rahmen von Schulfahrten * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 75.		—	—	—	4
119 88-0	129	Ersatzleistungen im Rahmen der Lernmittelfreiheit * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 88.		200.000	200.000	—	562
243 01-7	129	Erstattung anteiliger Gastschulbeiträge von Gemeinden (GV)		2.100.000	2.100.000	—	190
243 02-5	129	Erstattungen für den Besuch von Vorklassen von Gemeinden (GV)		5.850.000	5.200.000	+650.000	5.829
251 01-0	129	Zuweisungen des Bundes für Modellversuche		50.000	50.000	—	195
251 02-8	129	Zuweisung der EU zur Durchführung von EU-Programmen im Schulbereich * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 79.		—	—	—	—
251 78-8	129	Zuweisungen des Bundes zur Durchführung von Modellversuchen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 78.		800.000	1.000.000	–200.000	827
281 01-6	129	Erstattung von Versorgungszuschlägen durch Dritte		—	—	—	—
282 01-2	129	Elternbeiträge zum deutsch-kanadischen Schüleraustausch * Vgl. K-Vermerk zu 681 59.		30.000	30.000	—	28
A U S G A B E N							
422 01-9	129	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	—	428.300	–428.300	378
422 19-1	129	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-8	129	Vergütungen der Angestellten	—	54.694.200	51.214.400	+3.479.800	53.059
425 05-0	129	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	964.800	–964.800	1.278
427 39-8	129	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	50.000	147.000	–97.000	50
453 01-1	129	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	6.000	1.000	+5.000	6
511 01-1	125	Geschäftsbedarf	—	94.500	179.900	–85.400	94
526 01-9	111	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1.900	1.900	—	2
527 01-5	129	Reisekostenvergütungen	—	1.400	1.400	—	2
527 03-1	129	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	1.100	1.100	—	0
531 02-0	024	Abgabe des Schulverwaltungsblattes an Auslandsschulen für die dort tätigen niedersächsischen Lehrkräfte *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO darf das Schulverwaltungsblatt kostenlos abgegeben werden.	—	6.900	6.900	—	8
531 05-5	111	Abgeltung urheberrechtlicher Ausgleichsansprüche * Übertragbar.	—	860.000	850.000	+10.000	800

ERLÄUTERUNGEN

Zu 243 01

Erstattungen auf Grund der Heranziehung kommunaler Schulträger zu Ausgleichszahlungen gem. § 113 Abs. 5 NSchG oder nach einzelnen Gastschulverträgen.

Zu 243 02

Veranschlagt ist der Landesanteil an den Gebühren für den Besuch von Vorklassen für rd. 7000 Schülerinnen und Schüler gem. § 189 Abs. 6 NSchG.

Zu 251 01

Zu erwartende Einnahmen aus Bundeszuwendungen von 50 v. H. zu den Kosten für befristet eingestellte Ersatzlehrkräfte anlässlich der Durchführung von Modellversuchen, die zu 100 v. H. aus den bei den Kapiteln 07 10 bis 07 20 ausgebrachten persönlichen Verwaltungsausgaben vergütet werden.

Zu 281 01

Leertitel zur Erstattung von Versorgungszuschlägen i.H. v. 30% der Dienstbezüge ab 1. 8. 2000 für unter Wegfall der Dienstbezüge zur Dienstleistung an eine staatlich anerkannte Ersatzschule eines anderen Bundeslandes (Ökumenisches Gymnasium zu Bremen) beurlaubte niedersächsische Beamtinnen und Beamte.

Zu 422 01, 425 01 und 425 05

Für das Kapitel 07 07 wurde ab 1. 1. 2000 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 736,23 Vollzeiteneinheiten (VZE). Beschäftigungsvolumen:

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	6,50	6,50	—	7
Angestellte	729,73	726,73	3,00	769
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	736,23	733,23	3,00	776

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 54 694 200 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	54 694 200
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	1 342 500
43	Versorgungsbezüge	124 700
44	Beihilfen, Unterstützungen	2 699 800
45	Personalbezogene Sachausgaben	6 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	1 480 200
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0
Summe der Personalausgaben im Kapitel 07 07		60 347 400

Zu 425 01 bis 453 01 allgemein

Veranschlagt sind die Mittel für Schulassistentinnen und Schulassistenten an öffentlichen Schulen, für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an öffentlichen Ganztagschulen sowie für Angestellte im Verwaltungsdienst als Vorlesekräfte für blinde oder sehbehinderte Lehrkräfte, beim Landeselternrat (TGr. 62), beim Landesschülerrat (TGr. 63) und bei der Förderschule für spätausgesiedelte Kinder und Jugendliche in Celle (TGr. 67).

Zu 425 01

Vergütungen und Zulagen, jährliche Zuwendungen, Sozialversicherung (Arbeitgeberanteile) usw.

In den veranschlagten Vergütungen sind enthalten die Vergütung einer Angestellten im Verwaltungsdienst der Verg.-Gr. VII BAT in der Geschäftsstelle des Landeselternrats, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Angestellten beträgt, sowie die Vergütungen im Umfang von bis zu insgesamt 2,5 Stellen für Vorlesekräfte für blinde oder sehbehinderte Lehrkräfte.

Zu 425 05

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingesetzten pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Betreuungskräften im Angestelltenverhältnis.

Die hier zu buchenden Ausgaben sind gedeckt aus den nicht benötigten Vergütungsmitteln der Angestelltenstellen, deren Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber beurlaubt sind.

Zu 511 01

Veranschlagt sind Mittel zur Gewährung von Kranzspenden sowie für Nachrufe für verstorbene Lehrkräfte, die im Landesdienst gestanden haben, und übrige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an öffentlichen, nicht vom Lande getragenen Schulen gem. dem Gem.RdErl. v. 8. 1. 1993 (Nds. MBl. S. 130), geändert durch Gem.RdErl. v. 6. 7. 1994 (Nds. MBl. S. 1072).

Aus den Mitteln werden auch Stellenausschreibungen in besonderen Fällen für Lehrkräfte sowie übrige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bezahlt.

Zu 531 05

Zur Zahlung der Vergütung für Ablichtungen und sonstige Vervielfältigungen von urheberrechtlich geschützten Werken in Schulen gem. § 54 ff. des Urheberrechtsgesetzes an die in der „Zentralstelle Fotokopieren an Schulen, ZFS“ zusammengeschlossenen Verwertungsgesellschaften WORT und Musikedition.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0707 Schulen allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
544 02-5	129	Rückzahlungen aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentsprechend verwendeten Bundeszuweisungen * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 42.	—	—	—	—	2
546 59-1	111	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	1.100	1.100	—	5
632 01-3	111	Erstattung von Verwaltungsausgaben der Zentralstelle für Fernunterricht	—	169.800	169.800	—	141
632 02-1	129	Erstattung der Finanzhilfe für niedersächsische Schüler/-innen, die Privatschulen in Bremen und Hamburg besuchen * Übertragbar. Gegenseitig deckungsfähig: 632 02, 632 03, 643 01 und 643 02.	—	5.561.300	6.518.400	–957.100	6.578
632 03-0	124	Ausgleichszahlungen für den Besuch von öffentlichen Schulen in Bremen und Hamburg durch niedersächsische Schüler/-innen * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 632 02.	—	10.666.700	11.608.000	–941.300	10.499
632 04-8	129	Erstattung der Kosten für die Beschulung nieders. Schüler/-innen in der Hochgebirgsklinik Davos-Wolfgang * Übertragbar.	—	45.000	45.000	—	46
643 01-5	121	Erstattung von Gastschulbeiträgen für allgemeinbildende Schulen * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 632 02. ***Aufwendungen für Gastschüler/-innen aus anderen Bundesländern dürfen in besonderen Fällen erstattet werden.	—	1.507.500	1.295.700	+211.800	1.234
643 02-3	127	Erstattung von Gastschulbeiträgen für berufsbildende Schulen * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 632 02.	—	3.302.100	3.224.500	+77.600	2.989
643 03-1	129	Erstattung v. Sachkosten f. d. Beschulung nichtnds. Schüler/-innen an Fachklassen länderübergreifender Einzugsbereiche * Übertragbar.	—	817.500	756.800	+60.700	720
681 01-4	129	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	1.000	1.000	—	1
681 59-6	129	Leistungen aufgrund des deutsch-kanadischen Schüleraustausches * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 01.	—	30.000	30.000	—	28
684 01-3	143	Zuschüsse zur Förderung von in Internaten untergebrachten Schiffer-, Schausteller- u. Zirkuskindern	—	17.000	40.000	–23.000	11
684 02-1	125	Zuschüsse zum Schulgeld für Schüler/-innen der Nordseeinseln	—	43.200	32.400	+10.800	35
684 03-0	124	Leistungen auf Grund des NSchG für allgemein bildende Schulen in freier Trägerschaft ohne Sonderschulen * Übertragbar. Gegenseitig deckungsfähig: 684 03, 684 04, 684 07 und 684 08.	—	182.026.000	169.017.800	+13.008.200	175.903
684 04-8	127	Leistungen auf Grund des NSchG für berufsbildende Schulen in freier Trägerschaft * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 684 03.	—	73.009.000	69.638.800	+3.370.200	68.818
684 05-6	129	Sonstige Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft	—	356.000	350.000	+6.000	—
684 06-4	121	Zuschüsse auf Grund des NSchG zu den laufenden sächlichen Kosten f. Ersatzschulen * Übertragbar.	—	2.761.100	2.727.600	+33.500	2.730

ERLÄUTERUNGEN

Zu 546 59

Zur Erstattung von Sachkosten im Rahmen der Tätigkeit der Vertrauensfrau und des Vertrauensmannes der Schwerbehinderten, soweit die Kosten nicht aus Kap. 03 05 abgerechnet werden können.

Zu 632 01

Veranschlagt ist der gemäß Art. 14 (2) des Staatsvertrages vom 16. 2. 1978 (Anlage zum Gesetz vom 31. 5. 1978 – Nds. GVBl. S. 524), geändert durch Staatsvertrag v. 22. 12. 1992 (Nds. GVBl. S. 379) auf Niedersachsen entfallende voraussichtliche Anteil an den Kosten der Zentralstelle für Fernunterricht.

Zu 632 02

Nach Maßgabe der Vereinbarung vom 1. 3. 1996 mit der Freien Hansestadt Bremen und dem Abkommen vom 13. 6. 1996 mit der Freien und Hansestadt Hamburg leistet das Land Niedersachsen für den Besuch privater Schulen in Bremen und Hamburg durch niedersächsische Schülerinnen und Schüler finanzielle Beiträge an diese Länder. Die Zahlungen werden von dort an die Privatschulen weitergeleitet.

Zu 632 03

Veranschlagt sind die an Bremen gem. Vereinbarung vom 1. 3. 1996 und an Hamburg gem. Abkommen vom 13. 6. 1996 durch das Land Niedersachsen zu zahlenden Ausgleichsbeträge für den Besuch öffentlicher Schulen in Bremen und Hamburg durch Schülerinnen und Schüler aus Niedersachsen.

Zu 632 04

Schülerinnen und Schüler, die sich wegen schwerer organischer Erkrankungen in der Hochgebirgsklinik Davos-Wolfgang, Schweiz (Träger: Stiftung Deutsche Heilstätten), einer stationären Behandlung unterziehen, werden nach den Empfehlungen für den Unterricht kranker Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Veranschlagt ist der auf Niedersachsen entsprechend der Schülerzahl entfallende voraussichtliche Anteil an den Lehrpersonalkosten gem. Vereinbarung v. 1. 1. 1992.

Zu 643 01 und 643 02

Gastschulbeiträge für niedersächsische Schülerinnen und Schüler, die öffentliche Schulen in anderen Ländern besuchen und für die nicht auf die Erhebung von Gastschulbeiträgen verzichtet wurde oder keine pauschale Abgeltung aufgrund der Vereinbarung vom 1. 3. 1996 zwischen Bremen und Niedersachsen erfolgt (vgl. Erläuterungen zu Kapitel 07 07 Titel 632 03).

Veranschlagt ist der Anteil des Landes ($\frac{5}{6}$) an den Gastschulbeiträgen (d. h. die Personalkosten für Lehrkräfte).

Zu 643 03

Gemäß § 105 Abs. 8 NSchG erstattet das Land niedersächsischen Schulträgern die für die Beschulung der nichtniedersächsischen Schülerinnen und Schüler in Klassen an berufsbildenden Schulen mit länderübergreifendem Einzugsbereich entstehenden Sachkosten nach Maßgabe des RdErl. d. MK v. 15. 1. 1985 (Nds. MBl. S. 203) in der Fassung vom 15. 4. 1992 (Nds. MBl. S. 765). Veranschlagt sind Erstattungen für Auszubildende in den Berufen Brunnenbauerin/Brunnenbauer, Rohrleitungsbauerin/Rohrleitungsbauer, Müllerin/Müller, Steinbildhauerin/Steinbildhauer, Steinmetzin/Steinmetz u. a.

Zu 684 01

Aus den veranschlagten Mitteln werden Zuschüsse zur Ermäßigung der Kosten für die Internatsunterbringung von Schiffer-, Schausteller- und Zirkuskindern (RdErl. MK v. 25. 4. 90 – Nds. MBl. S. 589, geändert durch RdErl. d. MK vom 18. 12. 1991 – Nds. MBl. 1992 S. 150) gezahlt.

Zu 684 02

Für die Kinder auf den Nordseeinseln, insbesondere auf Spiekeroog, die aus Mangel an öffentlichen weiterführenden Schulen eine Schule in freier Trägerschaft auf der Insel besuchen, wird ein Zuschuss zur Ermäßigung des Schulgeldes gewährt.

Zu 684 03, 684 04, 684 07 und 684 08

Veranschlagt sind Finanzhilfeeleistungen aufgrund der §§ 150 und 155 NSchG.

Die persönlichen Verwaltungsausgaben der gem. §§ 152 Abs. 3 und 155 Abs. 2 NSchG an Schulen in freier Trägerschaft mit Bezügen beurlaubten Lehrkräfte sind in den Kap. 07 10 und 07 11, diejenigen der in kirchlicher Trägerschaft stehenden Gymnasien Andreanum (s. Nds. GVBl. 1978 S. 327) und Josephinum (s. Nds. GVBl. 1989 S. 267) im Kap. 07 14 veranschlagt (s. Erläuterungen in den Stellenplänen und -übersichten dort).

In den Ansätzen sind auch Mittel für die Erstattung von Zulagen gem. §§ 152 Abs. 3 und 155 Abs. 2 NSchG enthalten.

Zu 684 05

Die veranschlagten Haushaltsmittel sind vorgesehen für Zuschüsse gem. § 151 Abs. 1 NSchG an eine berufsbildende Schule in Clausthal-Zellerfeld, die bei einem Trägerwechsel ihre Bildungsgänge umzustrukturieren hatte und an eine Sonderschule für Erziehungshilfe in Verden, die zum Schuljahr 2000/2001 wohnortnah für bislang an einem anderen Standort unterrichtete Schülerinnen und Schüler neu eingerichtet wurde.

Zu 684 06

Veranschlagt ist ein Schülerbetrag von 210 DM gem. Art. III Nr. 5 des Gesetzes zu dem Vertrag zur Änderung des Konkordats mit dem Heiligen Stuhl vom 12. 7. 1994 (Nds. GVBl. S. 304).

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0707 Schulen allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
684 07-2	124	Zuschüsse zu den persönlichen Kosten für Lehrkräfte an Ersatzschulen i.S. von § 154 NSchG * <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 684 03.</i>	—	25.383.000	26.331.400	–948.400	23.926
684 08-0	122	Leistungen auf Grund des NSchG für Sonder- schulen in freier Trägerschaft * <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 684 03.</i>	—	49.074.000	41.056.100	+8.017.900	46.438
684 09-9	127	Sonstige Zuschüsse an Schulen für andere als ärztliche Heilberufe * <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	—
981 01-8	990	Abführung an 13 50 - 381 07	—	—	—	—	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Prüfungsvergütungen und Verwaltungsaus- gaben	(—)	(700.000)	(809.900)	(–109.900)	(552)
412 61-7	111	Entschädigungen für ehrenamtlich Tätige	—	45.000	45.000	—	34
427 61-4	111	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	621.400	731.300	–109.900	496
527 61-9	111	Reisekostenvergütungen	—	32.000	32.000	—	21
547 61-0	111	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	1.600	1.600	—	1
TGr. 62		Kosten des Landeselternrates	(—)	(238.300)	(257.300)	(–19.000)	(170)
412 62-5	129	Entschädigungen für die Mitglieder	—	80.000	80.000	—	43
511 62-3	129	Geschäftsbedarf	—	4.000	4.000	—	3
512 62-0	129	Bücher und Zeitschriften *** <i>Abweichend von § 61 Abs.1 und § 63 Abs.3</i> <i>LHO darf das Schulverwaltungsblatt</i> <i>unentgeltlich an die Mitglieder des LER</i> <i>abgegeben werden.</i>	—	3.500	3.500	—	4
513 62-6	129	Post- und Fernmeldegebühren	—	40.000	40.000	—	18
517 62-1	129	Reinigungskosten, Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	7.200	7.200	—	5
518 62-8	129	Mieten und Pachten	—	34.000	34.000	—	32
527 62-7	129	Reisekostenvergütungen	—	25.000	44.000	–19.000	27
531 62-4	129	Veröffentlichungen	—	40.000	40.000	—	26
547 62-8	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	2.800	2.800	—	11
685 62-1	129	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1.800	1.800	—	2
686 62-8	129	Mitgliedsbeiträge an die E.P.A. in Brüssel	—	—	—	—	—
TGr. 63		Kosten des Landesschülerrates	(—)	(127.200)	(122.200)	(+5.000)	(97)
412 63-3	129	Entschädigungen für die Mitglieder	—	27.900	27.900	—	14
427 63-0	129	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
511 63-1	129	Geschäftsbedarf	—	2.000	2.000	—	2
512 63-8	129	Bücher und Zeitschriften	—	2.000	2.000	—	0
513 63-4	129	Post- und Fernmeldegebühren	—	15.000	15.000	—	9
517 63-0	129	Reinigungskosten, Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	6.000	6.000	—	4
518 63-6	129	Mieten und Pachten	—	27.000	27.000	—	30
527 63-5	129	Reisekostenvergütungen	—	30.000	15.000	+15.000	27
531 63-2	129	Veröffentlichungen	—	15.000	15.000	—	10

ERLÄUTERUNGEN

Zu 981 01

Abführung der erstatteten anteiligen Kosten zu den Versorgungsaufwendungen (vgl. Erl. zu Titel 281 01).

Zu Titelgruppe 61

Veranschlagt sind die Kosten für die

1. Reifeprüfung von Nichtschülerinnen und Nichtschülern, Sonderreifeprüfung und Ergänzungsprüfung in Latein, Hebräisch und Griechisch sowie für andere Schulprüfungen	40 000 DM
2. Prüfung von Nichtschülerinnen und Nichtschülern zur Erlangung des Abschlusszeugnisses an Hauptschulen und Realschulen	70 000 DM
3. Schulwissenschaftliche Vorprüfung	— DM
4. Prüfungen an berufsbildenden Schulen	— DM
5. Prüfung von Gymnastiklehrkräften, Schwimmmeisterinnen und Schwimmmeistern sowie Schwimmestergehilfinnen und Schwimmestergehilfen	1 500 DM
6. Prüfungen im Hufbeschlagn	2 000 DM
7. Prüfungen von Krankenpflegepersonal sowie anderer als ärztlicher Heilberufe	440 000 DM
8. Prüfungen von pharmazeutisch-technischen Assistentinnen und Assistenten	7 000 DM
9. Anerkennungsprüfung für deutsche Staatsangehörige mit ausländischer Hochschulzulassungsberechtigung	2 000 DM
10. Prüfungen für Lehrerinnen und Lehrer der Kurzschrift und des Maschineschreibens	2 000 DM
11. Feststellung der Sprachbeherrschung und des Kenntnisstandes der Sprache des Herkunftslandes zur Anerkennung als erste Pflichtfremdsprache bei der Eingliederung von deutschen Aussiedlerinnen und Aussiedlern sowie Ausländerinnen und Ausländern in die Schule	134 500 DM
12. Anerkennungsprüfung der Muttersprache als Pflichtfremdsprache für ausländische Schülerinnen und Schüler zur Aufnahme in die gymnasiale Oberstufe	1 000 DM
Zusammen	700 000 DM

Zu Titelgruppe 62

Veranschlagt sind die Ausgaben für die durch die Tätigkeit des Landeselternrates entstehenden notwendigen Kosten (§ 174 Abs. 2 NSchG) einschließlich Gewährung von Sitzungsgeldern und Reisekostenvergütungen sowie Erstattung von Auslagen an die Mitglieder des Landeselternrates (VO vom 12. 5. 1981 – Nieders. GVBl. S. 120).

Die Vergütungen der in der Geschäftsstelle des Landeselternrates beschäftigten Angestellten sind im Ansatz bei Titel 425 01 enthalten (siehe dortige Erläuterungen).

685 62

Beitrag für die Geschäftsstelle des Bundeselternrates.

Zu Titelgruppe 63

Veranschlagt sind die Ausgaben für die durch die Tätigkeit des Landesschülerrats entstehenden notwendigen Kosten (§ 174 Abs. 2 NSchG) einschließlich Gewährung von Sitzungsgeldern und Reisekostenvergütungen sowie Erstattung von Auslagen an die Mitglieder des Landesschülerrats (VO vom 12. 5. 1981 – Nieders. GVBl. S. 120) und die sächliche Ausstattung für die Tätigkeit des Landesschülerrats (§ 168 Abs. 3 NSchG).

Die Vergütung der in der Geschäftsstelle des Landesschülerrats beschäftigten Angestellten (Verg.-Gr. VI b BAT) ist im Ansatz bei Tit. 425 01 enthalten (siehe dortige Erläuterungen).

527 63

Mehr wegen Neuwahlen des Landesschülerrats in 2001.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0707 Schulen allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
547 63-6	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	2.300	12.300	-10.000	1
TGr. 64		Förderung der Arbeit in Schulbibliotheken	(—)	(23.200)	(23.200)	(—)	(9)
527 64-3	111	Reisekostenvergütungen	—	15.100	15.100	—	2
547 64-4	111	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	8.100	8.100	—	7
TGr. 65		Kosten der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Versuchen im Schulbereich sowie deren wissenschaftliche Begleitung * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind.	(—)	(539.600)	(539.600)	(—)	(402)
425 65-4	129	Vergütungen der Angestellten	—	250.000	301.600	-51.600	146
429 65-0	129	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	50.000	6.000	+44.000	49
527 65-1	129	Reisekostenvergütungen	—	39.600	32.000	+7.600	40
547 65-2	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	150.000	150.000	—	152
652 65-0	129	Zuweisungen an andere Länder	—	—	—	—	—
653 65-7	129	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	50.000	50.000	—	14
684 65-0	129	Zuschüsse an Schulen in freier Träger- schaft	—	—	—	—	—
685 65-6	129	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
883 65-2	129	Zuweisungen für Investitionen an Gemein- den (GV)	—	—	—	—	—
TGr. 67		Kosten der Förderschule für spätausge- siedelte Kinder und Jugendliche in Celle	(—)	(386.400)	(406.400)	(-20.000)	(399)
511 67-4	121	Geschäftsbedarf	—	4.300	4.300	—	3
513 67-7	121	Post- und Fernmeldegebühren	—	5.200	5.200	—	3
515 67-0	121	Unterhaltung, Ersatz u. Ergänzung d. Ge- räte, Ausstattungs- u. Ausrüstungsgegen- stände sowie d. sonst. Gebrauchsgegenst.	—	27.100	27.100	—	28
517 67-2	121	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume sowie Reinigungskosten, Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	119.400	119.400	—	118
518 67-9	121	Mieten und Pachten	—	182.000	182.000	—	199
524 67-9	121	Lehr- und Lernmittel	—	47.000	67.000	-20.000	49
547 67-9	121	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	1.400	1.400	—	0
643 67-8	121	Erstattung anteiliger Sachkosten für den Besuch berufsbildender Schulen	—	—	—	—	—
TGr. 68		Kosten der Bestandsaufnahme zur Orien- tierungsstufe * Übertragbar.	(—)	(800.000)	(—)	(+800.000)	(—)
429 68-4	129	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	50.000	—	+50.000	—
527 68-6	129	Reisekostenvergütungen	—	100.000	—	+100.000	—
538 68-8	129	Dienstleistungen Außenstehender	—	600.000	—	+600.000	—
547 68-7	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	50.000	—	+50.000	—
TGr. 69		Kosten der Beschulung langwierig erkrankter Kinder	(—)	(300.000)	(300.000)	(—)	(1.137)
653 69-0	122	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	300.000	300.000	—	437

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 64

Veranschlagt sind die Kosten zur Förderung der Zusammenarbeit von Schule, Schulbibliotheken und öffentlichen Bibliotheken.

Zu Titelgruppe 65

Veranschlagt sind Komplementärmittel für Modellversuche im Bildungswesen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung im allgemein- und berufsbildenden Schulbereich (BLK-Modellversuche).

Darüber hinaus sind Mittel vorgesehen für die Durchführung von Schulversuchen gem. § 22 NSchG auf Grund bestehender pädagogischer, wissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse und Erfordernisse sowie bestimmter bildungspolitischer Ziele.

Insgesamt sind veranschlagt:

1. Komplementärmittel für Modellversuche und wiss. Begleitungen im Bildungswesen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung	429 400 DM
2. für niedersächsische Modell-/Schulversuche	110 200 DM
Zusammen	539 600 DM

425 65

Veranschlagt ist der Landesanteil von 50 v. H. an den Vergütungen des unmittelbar für den Modellversuch eingestellten hauptberuflichen Personals.

429 65

Veranschlagt ist der Landesanteil von 50 v. H. an den Vergütungen der bei Modellversuchen befristet beschäftigten Hilfs- und Aushilfskräfte.

Zu Titelgruppe 67

Die Förderschule für spätausgesiedelte Kinder und Jugendliche in Celle wird vom Land Niedersachsen getragen (§ 102 Abs. 6 NSchG).

Zu Titelgruppe 68

Für die Erstellung eines Gutachtens „Wissenschaftliche Untersuchung Orientierungsstufe“ zur Bewertung der inneren und äußeren Struktur der Orientierungsstufe und ihrer Stellung im niedersächsischen Schulsystem.

Zu Titelgruppe 69

Zur Erstattung der Sachkosten an den Landkreis Cuxhaven als Träger der Seeparkschule Wesermünde, Körperbehindertenschule in Langen-Debstedt, gemäß Vereinbarung vom 20. 11. 1997.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0707 Schulen allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
883 69-5	122	Zuweisungen für Investitionen an Gemein- den (GV) * Übertragbar.	—	—	—	—	700
TGr. 70		Kosten der Austausch- und Hospitationsauf- enthalte von Lehrkräften	(—)	(16.500)	(16.500)	(—)	(1)
427 70-3	129	Zuschüsse für ausländische Lehrkräfte	—	8.000	8.000	—	—
525 70-5	129	Erstattung von Auslagen an niedersächsische Lehrkräfte	—	8.500	8.500	—	1
TGr. 71		Austauschvorhaben mit dem Ausland	(—)	(43.200)	(43.200)	(—)	(24)
547 71-7	127	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	3.200	3.200	—	—
681 71-5	127	Zuschüsse für Teilnehmer/-innen	—	40.000	40.000	—	24
TGr. 72		Förderung des Erziehungswesens in Sonder- fällen	(67.800) (—)	(201.000)	(248.400)	(–47.400)	(159)
429 72-2	129	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
527 72-4	129	Reisekostenvergütungen	—	63.000	52.100	+10.900	62
531 72-1	129	Veröffentlichungen ***Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.	—	10.000	10.000	—	—
547 72-5	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	32.000	42.900	–10.900	5
681 72-3	129	Sonstige Geldleistungen	—	28.000	35.000	–7.000	39
685 72-9	129	Zuschüsse an Sonstige	67.800 —	68.000	108.400	–40.400	53
TGr. 73		Kosten der Lehrplanarbeiten ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind.	(—)	(128.200)	(128.200)	(—)	(73)
527 73-2	129	Reisekostenvergütungen	—	34.700	34.700	—	16
531 73-0	129	Veröffentlichungen ***Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Lehrpläne unentgeltlich abgegeben werden.	—	45.900	45.900	—	45
538 73-4	129	Kosten für Unterkunft und Verpflegung	—	41.600	41.600	—	3
547 73-3	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	6.000	6.000	—	8
TGr. 74		Kosten der Hausaufgabenhilfe für Aussied- lerkinder und ausländische Schüler/-innen	(—)	(2.000.000)	(2.000.000)	(—)	(1.780)
653 74-6	121	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	1.200.000	1.200.000	—	1.149
684 74-9	121	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Ein- richtungen	—	800.000	800.000	—	631
TGr. 75 bis 77		Reisekostenvergütungen aus Anlass von Schulfahrten * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 75.	(2.200.000) (—)	(4.400.000)	(4.400.000)	(—)	(5.543)
527 75-9	129	Schulfahrten im Inland * Gegenseitig deckungsfähig: 0707 - 527 75, 0707 - 527 76, 0707 - 527 77, 0707 - 533 75, 0707 - 547 75, 0707 - 681 75, 0707 - 524 88, 0707 - 547 88, 0758 - 427 69, 0758 - 524 69, 0758 - 527 69, 0758 - 538 69 und 0758 - 547 69.	2.200.000 —	3.348.000	3.348.000	—	3.710

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 70**427 70**

Aus den Mitteln erhalten ausländische Lehrkräfte Zuschüsse zu den Kosten eines durch den Pädagogischen Austauschdienst vermittelten Hospitationsaufenthaltes in Niedersachsen.

525 70

Aus den Mitteln erhalten niedersächsische Lehrkräfte, die an ausländischen Schulen im Rahmen des Lehreraustausches unterrichten oder hospitieren, Zuschüsse zu ihren Auslagen gem. § 23 Abs. 2 BRKG.

Zu Titelgruppe 71

Veranschlagt sind Reise- und Unterbringungskosten aus Anlass von Ausbildungsprogrammen nach dem Vertrag zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland v. 27. 10. 86.

Zu Titelgruppe 72

Veranschlagt sind:

Kosten für überregionale Bildungsveranstaltungen	21 300 DM
Schülerfriedenspreis	8 000 DM
Kosten der Seminare zur Förderung der SV-Arbeit	53 100 DM
Kosten der Einführungstagungen für Fremdsprachenassistentinnen und Fremdsprachenassistenten	6 600 DM
Zuschüsse für	
– den Europäischen Wettbewerb auf Landesebene	15 300 DM
– den Europäischen Wettbewerb auf Bundesebene	2 100 DM
– die Schulschachmannschaftsmeisterschaften	6 600 DM
– Nieders. Schülertheatertreffen	4 200 DM
– Jugend zeichnet und gestaltet	10 200 DM
– Schulen musizieren (Land)	— DM
– 11. Bundesbegegnung „Schulen musizieren“	20 000 DM
– Fremdsprachenwettbewerb	15 900 DM
– Braunschweiger Schultheaterwoche	6 600 DM
– Schultheater der Länder	8 400 DM
– Uelzener Filmtage	600 DM
– Make a video	5 300 DM
– Wettbewerb „Junior“	3 600 DM
– sonstige Schülerwettbewerbe (Erl. v. 10. 6. 97 – SVBl. S. 274)	13 200 DM
Zusammen	201 000 DM

685 72

Belastung

der Haus-halts-jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt-belastung DM
2001	—	—	—	—
2002	—	—	67 800	67 800
2003	—	—	—	—

Zu Titelgruppe 73

Veranschlagt sind Mittel für die Durchführung von Arbeitstagungen zur Entwicklung von Rahmenrichtlinien, Einheitlichen Abiturprüfungsanforderungen, unterrichtsbezogenen Empfehlungen und Materialien sowie von Leitlinien für die Lehrplanarbeiten, für die Veröffentlichung von Rahmenrichtlinien, Einheitlichen Prüfungsanforderungen und Materialien im Bereich der allgemeinbildenden Schulen sowie für die Teilnahme niedersächsischer Vertreterinnen und Vertreter in entsprechenden Bundes- bzw. EU-Arbeitsgruppen im allgemeinbildenden Bereich, soweit die Kosten nicht von anderer Seite getragen werden.

Zu Titelgruppe 74

Veranschlagt sind Zuwendungen gem. § 23 LHO an kommunale Gebietskörperschaften sowie andere Träger der Hausaufgabenhilfe für Aussiedlerkinder und ausländische Schüler/-innen (Erlass des MK vom 8. 7. 1998 – Nds. MBl. S. 1020/SVBl. S. 252).

Zu Titelgruppe 75 bis 77

Veranschlagt sind Reisekostenvergütungen für Lehrkräfte und Begleitpersonen zur Durchführung von

- Schulfahrten im Inland und Studienfahrten ins Ausland gem. RdErl. d. MK v. 30. 6. 1997 (SVBl. S. 266) sowie
- Schüleraustauschfahrten ins Ausland gem. RdErl. d. MK v. 23. 2. 1998 (SVBl. S. 93).

Die Mittel werden den öffentlichen Schulen in budgetierter Form zur Verfügung gestellt (vgl. Erläuterungen zu Kapitel 07 07 Titelgruppe 88).

527 75

Belastung

der Haus-halts-jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt-belastung DM
2001	—	—	—	—
2002	—	—	2 200 000	2 200 000
2003 ff.	—	—	—	—

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0707 Schulen allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
527 76-7	143	Schüleraustauschfahrten * Vgl. D-Vermerk zu 0707 - 527 75.	—	562.000	562.000	—	596
527 77-5	129	Studienfahrten ins Ausland * Vgl. D-Vermerk zu 0707 - 527 75.	—	490.000	490.000	—	1.235
533 75-9	129	Sachaufwand * Vgl. D-Vermerk zu 0707 - 527 75. ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	—	—	—	—
547 75-0	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 0707 - 527 75.	—	—	—	—	2
681 75-8	129	Schadensersatzleistungen * Vgl. D-Vermerk zu 0707 - 527 75.	—	—	—	—	—
TGr. 78		Verausgabung der Zuweisungen des Bundes zur Durchführung von Modellversuchen * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur ge- leistet werden bis zur Höhe der Istein- nahmen bei 251 78.	(—)	(800.000)	(1.000.000)	(–200.000)	(545)
425 78-6	129	Vergütungen der Angestellten	—	300.000	428.000	–128.000	163
429 78-1	129	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	6.000	62.000	–56.000	9
527 78-3	129	Reisekostenvergütungen	—	30.000	30.000	—	34
547 78-4	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	164.000	180.000	–16.000	73
652 78-2	129	Sonstige Zuweisungen an Länder	—	50.000	—	+50.000	54
653 78-9	129	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	250.000	300.000	–50.000	211
685 78-8	129	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
883 78-4	129	Zuweisungen für Investitionen an Gemein- den (GV)	—	—	—	—	—
TGr. 79		Verausgabung der Zuweisungen der EU zur Durchführung von Modellversuchen * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur ge- leistet werden bis zur Höhe der Istein- nahmen bei 251 02.	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 79-0	129	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 79-2	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	—
TGr. 88		Kosten der Lernmittelfreiheit * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 88.	(—)	(45.680.000)	(45.810.000)	(–130.000)	(38.750)
524 88-1	129	Beschaffung von Lernmitteln durch Schulen * Vgl. D-Vermerk zu 0707 - 527 75.	—	45.680.000	45.810.000	–130.000	38.750
547 88-1	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 0707 - 527 75.	—	—	—	—	—
TGr. 89		Maßnahmen zur Agenda 21 bei Umweltbildung und Gesundheitsförderung	(—)	(116.800)	(96.000)	(+20.800)	(144)
427 89-4	129	Entschädigungen für nebenamtlich und neben- beruflich Tätige	—	5.000	—	+5.000	—
527 89-9	129	Reisekostenvergütungen	—	37.800	30.000	+7.800	40
531 89-6	129	Veröffentlichungen *** Abweichend von §§ 61 Abs. 1 und 63 Abs.3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgelt- lich abgegeben werden.	—	36.000	36.000	—	31
547 89-0	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	37.000	29.000	+8.000	24
681 89-8	129	Sonstige Geldleistungen	—	1.000	1.000	—	—

ERLÄUTERUNGEN

533 75

Die Schulen dürfen mit Wirkung für das Land Verpflichtungen im Zusammenhang mit Schulfahrten eingehen, soweit die Kostenübernahme durch Dritte (Eltern, Schülerinnen und Schüler, Sozialhilfeträger) gesichert ist – siehe §§ 71 Abs. 1 Satz 2 und 113 Abs. 4 Satz 2 NSchG.

Zu Titelgruppe 78

Zur Verausgabung der bei 251 78 zu erwartenden zweckgebundenen Zuweisungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur koordinierten Vorbereitung und Durchführung von Modellversuchen im Schulbereich sowie dessen wissenschaftliche Begleitung.

425 78

Veranschlagt sind die anteiligen Bundesmittel zu den persönlichen Verwaltungsausgaben der am Modellversuch beteiligten Lehrkräfte und für das unmittelbar für den Versuch einzusetzende Personal. Die Komplementärmittel des Landes in Höhe von 50 v. H. werden bei dem entsprechenden Titel 425 27 der Kapitel 07 10 bis 07 20 bereitgestellt bzw. sind bei Titel 425 65 veranschlagt.

429 78

Für Vergütungen von befristet eingestellten Hilfs- und Aushilfskräften zur Durchführung von Modellversuchen.

652 78

Zur Verausgabung von Zuweisungen des BMBF an andere Bundesländer für die Abwicklung von Modellversuchs-Programmen, für die Niedersachsen die Federführung übernommen hat.

Zu Titelgruppe 88

Ausgaben nach dem Niedersächsischen Gesetz über Lernmittelfreiheit (NLFrG) vom 24. 4. 1991 (Nds. GVBl. S. 174), zuletzt geändert durch Art. 4 Haushaltsbegleitgesetz 1999 vom 21. 1. 1999 (Nds. GVBl. S. 10).

Aufbauend auf einen haushaltswirtschaftlichen Modellversuch gem. § 6 HG 1997/1998 werden den öffentlichen Schulen gem. RdErl. d. MK v. 4. 8. 1998 (SVBl. S. 248) Haushaltsmittel für die Durchführung der Lernmittelfreiheit, von Dienstreisen aus Anlass von Schulfahrten (Kapitel 07 07 Titelgruppe 75 bis 77) und von schulinterner Lehrerfortbildung – SchiLF – (Kapitel 07 58 Titelgruppe 69) in Form eines Budgets zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung im Rahmen der geltenden Vorschriften zur Verfügung gestellt. Die gegenseitige Deckungsfähigkeit und die Übertragbarkeit der budgetierten Mittel sowie die Verstärkung der Ausgabenseite durch Einnahmen bei Kapitel 07 07 Titel 119 75 und 119 88 ermöglichen eine flexible Inanspruchnahme des Budgets entsprechend dem Bedarf und der unterschiedlichen Schwerpunktsetzung in den Schulen.

Zu 524 88

Die Aufgabe der Ausstattung der integrativ beschulten blinden Schülerinnen und Schüler mit Lernmitteln wurde der zum 1. 9. 2000 neu eingerichteten Medienzentrale des Landesbildungszentrums für Blinde (LBZB) im Geschäftsbereich des MFAS dauerhaft übertragen.

Die Ausgaben der Lernmittel für diesen Personenkreis i. H. v. 130 000 DM sind nunmehr aus Kap. 05 23 Titel 524 02 zu leisten.

Zu Titelgruppe 89

Die Titelgruppe 89 wurde mit der Titelgruppe 71 – Maßnahmen zur Suchtprävention – aus Kapitel 07 58 zusammengelegt. Veranschlagt sind Mittel zur Unterstützung des Bildungsauftrags der Schule in den Bereichen ökologisches Lernen, umweltbewusstes Verhalten, Umwelterziehung, zukunftsorientierte Umwelttechnologie sowie Gesundheitsförderung und Prävention zur Unterstützung schulischer Maßnahmen.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0707 Schulen allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
685 89-3	129	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	50
TGr. 93		Energieeinsparung an Schulen in kommunaler Trägerschaft * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. *** Sofern aus haushaltssystematischen Gründen die Einrichtung zusätzlicher Titel erforderlich sein sollte, gilt dafür abweichend von § 20 LHO die Deckungsfähigkeit der Titelgruppe.	(—)	(—)	(—)	(—)	(7.683)
653 93-2	129	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	498
883 93-8	129	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	7.186
TGr. 94		Modellvorhaben „Moderne Schule“ an öffentlichen Schulen * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. *** Sofern aus haushaltssystematischen Gründen die Einrichtung zusätzlicher Titel erforderlich sein sollte, gilt dafür abweichend von § 20 LHO die Deckungsfähigkeit der Titelgruppe.	(—)	(—)	(—)	(—)	(142)
653 94-0	129	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	5
883 94-6	129	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	136
981 94-8	990	Abführung an 0522-381 01 und 0523-381 01	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		19.000	–19.000	
		Abschluss Kapitel 07 07					
		1 Eigene Einnahmen		830.000	780.000	+50.000	
		2 Übertragungseinnahmen		8.830.000	8.380.000	+450.000	
		Summe der Einnahmen		9.660.000	9.160.000	+500.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	56.193.500	54.445.300	+1.748.200	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	2.200.000	53.235.200	52.736.200	+499.000	
		6 Übertragungsausgaben	67.800	357.559.000	335.679.500	+21.879.500	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	2.267.800	466.987.700	442.861.000	+24.126.700	
		Zuschuss		457.327.700	433.701.000	+23.626.700	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		124.700	153.800		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		467.112.400	443.014.800		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		457.452.400	433.854.800		

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 93

Zur Abwicklung der im Haushaltsjahr 1997 bewilligten Zuwendungen.

Zu Titelgruppe 94

Zur Abwicklung der im Haushaltsjahr 1997 bewilligten Zuwendungen.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0710 Grundschulen, Hauptschulen, Grund- und Hauptschulen, Haupt- und Realschulen, Orientierungsstufen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
112 01-7	121	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		10.000	50.000	-40.000	10
119 02-0	121	Erstattungen Dritter für freigestellte Lehrkräfte * <i>Vgl. K-Vermerk zu 425 13.</i>		—	—	—	245
119 41-0	121	Rückzahlung von Überzahlungen		1.000	1.000	—	1
119 46-1	121	Ersatzleistungen		1.100.000	1.100.000	—	1.089
119 51-8	121	Vermischte Einnahmen		360.000	340.000	+20.000	567
119 61-5	121	Vermischte Einnahmen * <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.</i>		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 11-3	121	Dienstbezüge der planmäßigen beamteten Lehrkräfte * <i>Einseitig deckungsfähig zugunsten 427 32, 427 33 und 538 02.</i>	—	5.632.535.000	2.339.015.700	+3.293.519.300	2.383.993
422 19-9	121	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-8	121	Dienstbezüge auf Grund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	615.400	1.105.300	-489.900	608
422 51-2	121	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	0
425 01-5	121	Vergütungen der Angestellten	—	—	813.400	-813.400	1.419
425 05-8	121	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	36.300	-36.300	180
425 11-2	121	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbeschäftigten Lehrkräfte	—	—	139.273.000	-139.273.000	111.975
425 13-9	121	Vergütungen der ständigen, nur teilzeitbeschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte * <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Einnahmen bei 119 02. Einseitig deckungsfähig zugunsten 642 01.</i>	—	166.988.500	77.611.900	+89.376.600	78.028
425 14-7	121	Vergütungen der nichtbeamteten, teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte mit Gewährleistungsbescheid	—	—	—	—	664
425 23-6	121	Vergütungen der nichtbeamteten Lehrkräfte, deren Arbeitszeit vorübergehend ermäßigt worden ist	—	—	—	—	39.029
425 27-9	121	Vergütungen der nur vorübergehend zu Vertretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	10.155
425 51-1	121	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
427 07-7	121	Beschäftigungsentgelte für Praktikantinnen/Praktikanten ** <i>Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	—	1.729.600	1.682.300	+47.300	1.535
427 21-2	121	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	—	152.000	356.100	-204.100	137
427 27-1	121	Entschädigungen für die nur vorübergehend zu Vertretungen tätigen stundenweise beschäftigten Lehrkräfte	—	—	—	—	—
427 29-8	121	Gestellungsgeld für katechetische Lehrkräfte	—	10.147.400	9.273.500	+873.900	9.632
427 32-8	121	Entgelte für Vertretungslehrkräfte und Betreuungskräfte im Rahmen der verlässlichen Grundschule * <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 11.</i> *** <i>Der letzte Satz der Erläuterungen ist gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO verbindlich. Sofern aus haushaltssystematischen Gründen die Einrichtung zusätzlicher</i>	—	—	—	—	1.142

ERLÄUTERUNGEN

Zu 07 10 allgemein

Persönliche Kosten im Sinne des § 112 NSchG für die an öffentlichen Grundschulen, Hauptschulen und Orientierungsstufen sowie entsprechende gem. § 106 Abs. 4 NSchG zusammengefasste Schulen eingesetzte Lehrkräfte.

Hier sind auch die persönlichen Verwaltungsausgaben für die unter Fortzahlung der Bezüge beurlaubten Lehrkräfte veranschlagt, die an den gem. § 155 f. NSchG aus öffentlichen Schulen hervorgegangenen Ersatzschulen (sog. Konkordatsschulen) tätig sind.

Zu Titel 119 46

Ersatzleistungen von Bediensteten im Erstattungsverfahren oder sonstigen Rückgriffen, insbesondere von haftenden Versicherungsunternehmen.

Zu 422 .. bis 425 ..

Im Rahmen der Bildungsoffensive der Landesregierung werden in 2001

- 500 neue Stellen für Lehrkräfte (Kapitel 07 10 – 07 18)
- 200 Einstellungsmöglichkeiten (Titel 07 10 – 425 13) geschaffen und
- 26,2 Mio. DM für die verlässlichen Grundschulen sowie
- 18,7 Mio. DM für die Beendigung der Einstellungsteilzeit für Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen bereitgestellt.

Für die Schulkapitel 07 10 – 07 20 wurde ab 1. 1. 2000 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Das Beschäftigungsvolumen und das Personalkostenbudget für die Schulkapitel ist bei Kapitel 07 10 zusammengefasst dargestellt.

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 65 187,00 Vollzeiteinheiten (VZE).

Nachrichtl. Aufteilung des Beschäftigungsvolumens:

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	58 769,14	58 769,14	—	60 688
Angestellte	6 396,36	4 384,45	2 011,91	4 226
Lohnempfänger/-innen	21,50	21,50	—	16
Insgesamt	65 187,00	63 175,09	2 011,91	64 930

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt
bei Titel 422 11 5 632 535 000 DM
und bei Titel 425 13 166 988 500 DM
insgesamt 5 799 523 500 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	5 799 523 500
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	66 034 900
43	Versorgungsbezüge	1 707 331 500
44	Beihilfen, Unterstützungen	281 269 200
45	Personalbezogene Sachausgaben	645 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	154 211 200
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0
Summe der Personalausgaben im Kapitel		8 009 015 300

Zu 425 01, 425 05 und 427 39

Für die Schulsozialarbeit.

Zu 425 05

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingesetzten pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Betreuungskräften im Angestelltenverhältnis.

Die hier zu buchenden Ausgaben sind gedeckt aus den nicht benötigten Vergütungsmitteln der Angestelltenstellen, deren Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber beurlaubt sind.

Zu 425 13

Aus den Mitteln sollen

- 48 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. II a BAT,
- 912 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. III BAT,
- 46 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. IVa BAT,
- 135 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. IV b BAT,
- 179 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. V b BAT,
- 98 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. Vc BAT,
- 89 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. VI b BAT und
- 75 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. VII BAT

vergütet werden.

Aus diesem Titel werden auch die Vergütungen der Lehrkräfte gezahlt, die nach den Einstellungserlassen zur Verringerung unerwarteter Unterrichtsausfälle an allgemein bildenden Schulen eingestellt worden sind (Springer).

Zu 425 23

Zur Buchung der Vergütungen von Lehrkräften im Angestelltenverhältnis, deren Arbeitszeit vorübergehend ermäßigt ist. Die hier zu buchenden Ausgaben sind gedeckt aus den veranschlagten Mitteln für die von den Lehrkräften weiterhin besetzten Stellen (Tit. 425 11).

Zu 425 27 und 427 27

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingesetzten teilzeitbeschäftigten und stundenweise beschäftigten Lehrkräften im Angestelltenverhältnis (insbesondere sog. Feuerwehrlehrkräfte). Die hier zu buchenden Ausgaben sind gedeckt aus den nicht benötigten Besoldungsmitteln der ganz oder teilweise freien Planstellen oder Stellen, deren Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber gem. MuSchG, BzrGG oder ErzUrlVO oder §§ 80 a oder 87 a NBG oder §§ 9 oder 13 der Sonderurlaubsverordnung beurlaubt sind oder deren Arbeitszeit gem. § 87 a NBG ermäßigt ist.

Außerdem sind hier die Komplementärstellen des Landes für diejenigen befristet beschäftigten Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis zu buchen, die als Vertretung für die im Rahmen von Modellversuchen tätigen Lehrkräfte eingesetzt werden (vgl. auch Erläuterungen zu 07 07 – 425 78).

Zu 427 07

Für insgesamt bis zu höchstens 75 Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, die im Anschluss an ihre Fachhochschulausbildung ein Anerkennungsjahr ableisten.

Bei Bedarf können die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen auch an Sonderschulen und Sonderschulklassen (Kapitel 07 11) sowie an Gesamtschulen (Kapitel 07 18) eingesetzt werden.

Zu 427 29

Die evangelischen Landeskirchen in Niedersachsen, die katholische Kirche und einzelne katholische Orden stellen auf Grund von Gestellungsverträgen für den Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen katechetische Lehrkräfte gegen Zahlung von Gestellungsgeldern zur Verfügung. Die Lehrkräfte stehen in keinem Dienst- oder Arbeitsverhältnis zum Land.

Zu 427 32 und 538 02

In den kommenden Jahren sollen alle niedersächsischen Grundschulen als verlässliche Grundschulen organisiert werden. Es ist vorgesehen, in 2001 ca. 540 Grundschulen in verlässliche Grundschulen (nach 146 Schulen ab Schuljahr 1999/2000 und ca. 460 Schulen ab Schuljahr 2000/2001) umzuwandeln – abhängig von den Entscheidungen der Schulträger –.

Das Konzept der verlässlichen Grundschule sieht die Einführung eines verlässlichen – täglichen – Zeitrahmens von fünf Zeitstunden vor sowie eine zuverlässige Unterrichtsversorgung durch eine Vertretungsreserve von ca. 5 % der Unterrichtsstunden. Die Schülerinnen und Schüler der 1. und 2. Klasse werden über den Unterricht hinaus je eine Stunde täglich betreut. Dafür können

- zusätzliche Vertretungslehrkräfte und Betreuungskräfte in den Grundschulen eingesetzt werden. Bei diesen Kräften kann es sich auch um nicht im Schuldienst stehende Kräfte handeln – Titel 427 32,
- im Landesdienst stehenden Lehrkräften dürfen aus diesem Titel 427 32 Mehrarbeits-/Überstundenvergütungen gewährt werden,
- Verträge mit Außenstehenden (z. B. Kommunen, Vereine) für die Betreuung abgeschlossen werden – Titel 538 02 –.

Die Kräfte werden von den Schulen ausgesucht.

Für die Berechnung der den Schulen zur Verfügung stehenden Mittel je Stunde (Betreuungskräfte) bzw. Unterrichtsstunde (Vertretungskräfte) wird ein Betrag entsprechend der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der jeweils geltenden Fassung in Höhe der Mehrarbeitsvergütung für Inhaberinnen oder Inhaber von Lehrämtern des gehobenen Dienstes, deren Eingangsämter mindestens der Besoldungsgruppe A 12 zugeordnet sind (Grund- und Hauptschulkräfte), zurzeit 33,54 DM, zugrunde gelegt.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0710 Grundschulen, Hauptschulen, Grund- und Hauptschulen, Haupt- und Realschulen, Orientierungsstufen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 427 32-8		<i>Titel erforderlich sein sollte, gilt für diese die o.a. Deckungsfähigkeit über § 20 Abs.1 Nr.2 LHO hinaus.</i>					
427 33-6	121	Entgelte für befristete Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen der Personalkostenbudgetierung an Schulen * <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 11.</i> *** <i>Sofern aus haushaltstechnischen Gründen die Einrichtung zusätzlicher Titel erforderlich sein sollte, gilt für diese die o.a. Deckungsfähigkeit über § 20 Abs. 1 Nr. 2 LHO hinaus.</i>	—	—	—	—	—
427 39-5	121	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	10.000	43.400	–33.400	2
453 01-9	121	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	225.000	225.000	—	348
526 01-6	121	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	167.300	151.400	+15.900	181
526 59-8	121	Sachverständige u.ä. Kosten im Zusammenhang mit der Feststellung der Dienstfähigkeit	—	32.300	18.400	+13.900	28
527 01-2	121	Reisekostenvergütungen	—	861.300	752.800	+108.500	873
527 03-9	121	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	43.800	55.600	–11.800	25
538 02-2	121	Dienstleistungen Außenstehender im Rahmen der verlässlichen Grundschule * <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 11.</i>	—	—	—	—	201
642 01-6	121	Sonstige Erstattungen an Länder * <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 425 13.</i>	—	—	—	—	1.493
672 01-2	121	Erstattungen von Personalkosten für Lehrkräfte an Schulen in freier Trägerschaft	—	314.000	303.900	+10.100	298
681 01-1	121	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen *** <i>Hieraus können Billigkeitsleistungen gem. § 53 LHO erbracht werden</i>	—	30.000	30.000	—	55
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		„Stärkung der Hauptschule“ im Rahmen der Umsetzung regionaler Konzepte * <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Istannahmen bei 119 61.</i>	(—)	(6.251.600)	(—)	(+6.251.600)	(—)
429 61-4	121	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	2.000.000	—	+2.000.000	—
527 61-6	121	Reisekostenvergütungen	—	100.000	—	+100.000	—
531 61-3	121	Veröffentlichungen	—	—	—	—	—
538 61-8	121	Dienstleistungen Außenstehender	—	200.000	—	+200.000	—
547 61-7	121	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	451.600	—	+451.600	—
653 61-1	121	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	2.000.000	—	+2.000.000	—
684 61-4	121	Zuschüsse an Sonstige	—	1.500.000	—	+1.500.000	—
883 61-7	121	Zuweisungen an Gemeinden (GV) zum Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 427 33

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist die Mittelbewirtschaftung und die Entscheidung über Personalmaßnahmen geprägt vom Auseinanderfallen von Handlungs- und Finanzverantwortung zwischen Schule und Schulbehörde.

Es ist beabsichtigt, durch ein System der Budgetierung und der damit verbundenen Übertragung personalwirtschaftlicher Befugnisse die Eigenverantwortung der Schulen zu stärken. Sie sollen in die Lage versetzt werden, über einen Teil der sie betreffenden personalwirtschaftlichen Maßnahmen eigenständig zu entscheiden.

Eine Personalkostenbudgetierung soll beginnend im Schuljahr 2000/2001 modellhaft erprobt werden. Das Niedersächsische Kultusministerium wird über die Teilnahme und den Umfang der Teilnahme entscheiden.

Zu 527 01

Aus diesem Ansatz werden insbesondere die Entschädigungen der Lehrkräfte für das Zurücklegen von Wegstrecken aus Anlass ihrer Beschäftigung an öffentlichen Schulen gem. RdErl. d. MK vom 7. 5. 1975 (Nds. MBl. S. 663) bezahlt.

Zu 642 01

Kosten des Einsatzes von bis zu 220 Lehrkräften aus den Ländern Sachsen-Anhalt und Thüringen in Niedersachsen. Erstattet werden an diese Länder 25 v. H. der Personalkosten (Titel 642 01).

Ausgaben für Erstattungen dürfen nur geleistet werden, wenn bei Kap. 07 10 Tit. 425 13 Mittel in entsprechender Höhe eingespart werden.

Nach einer Abordnungszeit von 3 bis 5 Jahren und einer besonderen Fortbildung ist eine Übernahme der Lehrkräfte in den niedersächsischen Landesdienst vorgesehen.

Zu 672 01

Es werden 8 Lehrkräfte, die im Dienst von freien Schulträgern stehen, im Umfange von insgesamt z. Zt. 70 Wochenstunden an öffentlichen Orientierungsstufen eingesetzt. Die anteiligen Personalkosten sind den Schulträgern zu erstatten.

Zu 681 01

Für Schadenersatzleistungen auf Grund von Amtspflichtverletzungen durch Lehrpersonen sowie für Ersatzleistungen für Vermögens- und Sachschäden, die Lehrkräften in Ausübung des Dienstes entstehen.

Aus Gründen der Billigkeit ist es zulässig, eine lfd. Zahlung ab 1. 7. 1976 in Höhe von mtl. 200 DM, ab 1. 2. 1977 zuzüglich der alljährlichen Erhöhungen der Vergütungen im öffentlichen Dienst, zu leisten.

Zu Titelgruppe 61

Im Rahmen der Bildungsoffensive der Landesregierung zur „Stärkung der Hauptschule“ und im Rahmen der Umsetzung regionaler Konzepte ist vorgesehen, fußend auf Empfehlungen des Bildungsrates, einen Wettbewerb der Regionen ins Leben zu rufen, der modellhafte Entwicklungen regionaler Netzwerke der Zusammenarbeit zur Realisierung dieser Zielsetzungen fördert.

Daneben ist Ziel die Schülerinnen und Schüler der Hauptschule durch spezifische sozialpädagogische Maßnahmen in ihrer Lern- und Leistungsmotivation zu stabilisieren und sie gezielt auf den Übergang in eine Erwerbstätigkeit vorzubereiten.

Neben Angeboten der Schulen sollen auch Dritte bei der Entwicklung von „Regionen des Lernens“ beteiligt werden.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0710 Grundschulen, Hauptschulen, Grund- und Hauptschulen, Haupt- und Realschulen, Orientierungsstufen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 07 10					
		1 Eigene Einnahmen		1.471.000	1.491.000	–20.000	
		Summe der Einnahmen		1.471.000	1.491.000	–20.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	5.814.402.900	2.569.435.900	+3.244.967.000	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.856.300	978.200	+878.100	
		6 Übertragungsausgaben	—	3.844.000	333.900	+3.510.100	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	5.820.103.200	2.570.748.000	+3.249.355.200	
		Zuschuss		5.818.632.200	2.569.257.000	+3.249.375.200	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		1.707.331.500	840.351.000		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		7.527.434.700	3.411.099.000		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		7.525.963.700	3.409.608.000		

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0711 Sonderschulen und Sonderschulklassen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 11-1	122	Verwaltungsgebühren		1.000	1.000	—	0
119 46-5	122	Ersatzleistungen		330.000	300.000	+30.000	324
119 51-1	122	Vermischte Einnahmen		30.000	30.000	—	24
241 01-5	122	Erstattungen des Bundes für Zivildienst- leistende		425.000	450.000	–25.000	449
		A U S G A B E N					
422 11-7	122	Dienstbezüge der planmäßigen beamteten Lehrkräfte	—	—	329.190.300	–329.190.300	338.811
422 19-2	122	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 51-6	122	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	1
425 01-9	122	Vergütungen der Angestellten * <i>Einseitig deckungsfähig zugunsten 672 01.</i>	—	—	39.084.200	–39.084.200	44.599
425 05-1	122	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	7.339.900	–7.339.900	8.703
425 11-6	122	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbe- schäftigten Lehrkräfte	—	—	30.471.800	–30.471.800	25.245
425 13-2	122	Vergütungen der ständigen, nur teilzeit- beschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	4.212.300	–4.212.300	4.313
425 14-0	122	Vergütungen der nichtbeamteten, teilzeit- beschäftigten Lehrkräfte mit Gewähr- leistungsbescheid	—	—	—	—	300
425 23-0	122	Vergütungen der nichtbeamteten Lehrkräfte, deren Arbeitszeit vorübergehend ermäßigt worden ist	—	—	—	—	5.612
425 27-2	122	Vergütungen der nur vorübergehend zu Ver- tretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	1.955
425 51-5	122	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
427 09-7	122	Vergütungen für Zivildienstleistende	—	1.150.000	1.150.000	—	1.029
427 21-6	122	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	—	4.000	3.000	+1.000	4
427 29-1	122	Gestellungsgeld für katechetische Lehrkräfte	—	266.600	276.500	–9.900	265
427 39-9	122	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	315.700	297.500	+18.200	307
453 01-2	122	Trennungsgeld für abgeordnete oder ver- setzte Bedienstete und Umzugskostenver- gütungen	—	70.000	60.000	+10.000	68
526 01-0	122	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	33.900	25.600	+8.300	36
526 59-1	122	Sachverständige u.ä. Kosten im Zusammenhang mit der Feststellung der Dienstfähigkeit	—	5.500	3.500	+2.000	5
527 01-6	122	Reisekostenvergütungen	—	212.800	166.900	+45.900	207
527 03-2	122	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Perso- nalvertretungsangelegenheiten u. in Vertre- tung der Interessen der Schwerbehinderten	—	9.600	8.600	+1.000	5
672 01-6	122	Erstattungen von persönlichen Verwaltungs- ausgaben an Dritte * <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 425 01.</i> ** <i>Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	—	—	—	—	635
672 02-4	122	Erstattung von Personalausgaben an Ersatz- schulen für die Wahrnehmung von Ausgaben eines Förderzentrums	—	34.700	33.600	+1.100	27

ERLÄUTERUNGEN

Zu 07 11 allgemein

Persönliche Kosten im Sinne des § 112 NSchG für die in öffentlichen Sonderschulen und Sonderschulklassen eingesetzten Lehrkräfte, pädagogische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie Betreuungskräfte.

Hier sind auch die persönlichen Verwaltungsausgaben der gem. § 152 Abs. 3 NSchG an Sonderschulen in freier Trägerschaft unter Fortzahlung der Bezüge beurlaubten Landesbediensteten veranschlagt.

Zu 241 01

Für die vom Bund zu zahlenden anteiligen Erstattungen für bis zu 80 Zivildienstleistende.

Zu 425 05 und 427 39

Für befristet beschäftigte pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Betreuungskräfte.

Zu 425 05

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingesetzten pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Betreuungskräften im Angestelltenverhältnis.

Die über die hier veranschlagten Mittel hinaus zu buchenden Ausgaben sind gedeckt aus den nicht benötigten Vergütungsmitteln der Angestelltenstellen, deren Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber beurlaubt sind.

Zu 425 13

Aus den Mitteln sollen

- 13 Lehrkraft nach Verg.-Gr. II a BAT,
- 12 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. III BAT,
- 1 Lehrkraft nach Verg.-Gr. IV a BAT,
- 9 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. IV b BAT,
- 23 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. V b BAT,
- 8 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. V c BAT,
- 7 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. VI b BAT und
- 3 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. VII BAT

vergütet werden.

Aus diesem Ansatz werden auch die Vergütungen für Lehrkräfte gezahlt, die nach dem Erlass über die Verringerung unerwarteter Unterrichtsausfälle an allgemeinbildenden Schulen eingestellt worden sind (sog. Springer).

Zu 425 23

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 23.

Zu 425 27

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 27.

Zu 427 09

Aus den veranschlagten Mitteln sollen die Personal- und Sachaufwendungen für bis zu 80 Zivildienstleistende in niedersächsischen Sonderschulen für körperlich und geistig behinderte Schülerinnen und Schüler in der Tätigkeit von Betreuungskräften gezahlt werden (anteilige Erstattung des Bundes s. Titel 241 01).

Zu 427 29

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 427 29.

Zu 527 01

Aus diesem Ansatz werden insbesondere die Entschädigungen der Lehrkräfte für das Zurücklegen von Wegstrecken aus Anlass ihrer Beschäftigung an öffentlichen Schulen gemäß RdErl. d. MK vom 7. 5. 1975 (Nds. MBl. S. 663) bezahlt.

Zu 672 01

Erstattungen an das Diakonische Werk der Evangelisch-lutherischen Kirche in Oldenburg e. V. aufgrund der Vereinbarung mit dem Land Niedersachsen 5. 11. 1984 für die im Körperbehindertenzentrum im Borchersweg in Oldenburg tätigen pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Betreuungskräfte des Diakonischen Werkes. Im Umfang von bis zu insgesamt 8 Stellen dürfen Erstattungen geleistet werden, wenn bei Titel 425 01 ein gleich hoher Betrag dadurch eingespart wird, dass in den Stellenübersichten zu Kapitel 07 11 bis zu höchstens 8 Stellen für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Betreuungskräfte gesperrt werden.

Erstattungen an den DRK-Kreisverband Wesermünde für die in der Seeparkschule Wesermünde in Langen-Debstedt tätigen pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Betreuungskräfte des DRK. Im Umfang von bis zu insgesamt 3 Stellen dürfen Erstattungen geleistet werden, wenn bei Titel 425 01 ein gleich hoher Betrag dadurch eingespart wird, dass in den Stellenübersichten zu Kapitel 07 11 bis zu höchstens 3 Stellen für pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Betreuungskräfte gesperrt werden.

Zu 672 02

Erstattung von Personalkosten an die Arbeiterwohlfahrt – Bezirksverband Braunschweig e. V. – als freier Träger der Lotte-Lemke-Schule, Ersatzschule für Erziehungshilfe, Braunschweig, für die Beratung von öffentlichen Schulen mit Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf zur Vermeidung eines Sonderschulbesuchs.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0711 Sonderschulen und Sonderschulklassen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
681 01-5	122	Schadensersatzleistungen und Unfallent- schädigungen	—	2.300	2.300	—	4
		<u>Abschluss Kapitel 07 11</u>					
		1 Eigene Einnahmen		361.000	331.000	+30.000	
		2 Übertragungseinnahmen		425.000	450.000	–25.000	
		Summe der Einnahmen		786.000	781.000	+5.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	1.806.300	412.085.500	–410.279.200	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	261.800	204.600	+57.200	
		6 Übertragungsausgaben	—	37.000	35.900	+1.100	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	2.105.100	412.326.000	–410.220.900	
		Zuschuss		1.319.100	411.545.000	–410.225.900	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		—	118.214.100		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		2.105.100	530.540.100		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		1.319.100	529.759.100		

ERLÄUTERUNGEN

Zu 681 01

Für Schadenersatzleistungen aufgrund von Amtspflichtverletzungen durch Lehrpersonen sowie für Ersatzleistungen für Sachschäden, die Lehrkräften in Ausübung ihres Dienstes entstehen.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0713 Realschulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 46-2	123	Ersatzleistungen		200.000	90.000	+110.000	205
119 51-9	123	Vermischte Einnahmen		155.000	130.000	+25.000	154
		A U S G A B E N					
422 11-4	123	Dienstbezüge der planmäßigen beamteten Lehrkräfte	—	—	388.774.700	–388.774.700	378.212
422 19-0	123	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 51-3	123	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
425 11-3	123	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbeschäftigten Lehrkräfte	—	—	20.627.000	–20.627.000	15.651
425 13-0	123	Vergütungen der ständigen, nur teilzeitbeschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	7.514.800	–7.514.800	7.408
425 14-8	123	Vergütungen der nichtbeamteten, teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte mit Gewährleistungsbescheid	—	—	—	—	—
425 23-7	123	Vergütungen der nichtbeamteten Lehrkräfte, deren Arbeitszeit vorübergehend ermäßigt worden ist	—	—	—	—	3.583
425 27-0	123	Vergütungen der nur vorübergehend zu Vertretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	826
425 51-2	123	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
427 21-3	123	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	—	26.700	28.400	–1.700	26
427 29-9	123	Gestellungsgeld für katechetische Lehrkräfte	—	1.018.600	1.083.900	–65.300	1.010
453 01-0	123	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	40.000	40.000	—	23
526 01-7	123	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	17.800	16.300	+1.500	25
526 59-9	123	Sachverständige u.ä. Kosten im Zusammenhang mit der Feststellung der Dienstfähigkeit	—	4.600	4.000	+600	4
527 01-3	123	Reisekostenvergütungen	—	105.500	93.400	+12.100	105
527 03-0	123	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	6.500	10.000	–3.500	2
681 01-2	123	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	2.600	2.600	—	1
		Abschluss Kapitel 07 13					
		1 Eigene Einnahmen		355.000	220.000	+135.000	
		Summe der Einnahmen		355.000	220.000	+135.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	1.085.300	418.068.800	–416.983.500	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	134.400	123.700	+10.700	
		6 Übertragungsausgaben	—	2.600	2.600	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.222.300	418.195.100	–416.972.800	
		Zuschuss		867.300	417.975.100	–417.107.800	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		—	139.611.200		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		1.222.300	557.806.300		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		867.300	557.586.300		

ERLÄUTERUNGEN

Zu 07 13 allgemein

Persönliche Kosten im Sinne des § 112 NSchG für die an (selbstständigen) öffentlichen Realschulen eingesetzten Lehrkräfte. Die Kosten für Lehrkräfte an mit Hauptschulen verbundenen Realschulen sind bei Kapitel 07 10 veranschlagt.

Zu 425 13

Aus den Mitteln sollen

35 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. II a BAT,
 13 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. III BAT,
 6 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. IV a BAT,
 13 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. IV b BAT,
 12 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. V b BAT,
 16 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. V c BAT,
 28 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. VI b BAT und
 11 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. VII BAT

vergütet werden.

Aus diesem Ansatz werden auch die Vergütungen für Lehrkräfte gezahlt, die nach dem Erlass über die Verringerung unerwarteter Unterrichtsausfälle an allgemeinbildenden Schulen eingestellt worden sind (sog. Springer).

Zu 425 23

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 23.

Zu 425 27

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 27.

Zu 427 29

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 29.

Zu 527 01

Aus diesem Ansatz werden insbesondere die Entschädigungen der Lehrkräfte für das Zurücklegen von Wegstrecken aus Anlass ihrer Beschäftigung an öffentlichen Schulen gem. RdErl. d. Nds. MK vom 7. 5. 1975 (Nds. MBl. S. 663) bezahlt.

Zu 681 01

Für Schadenersatzleistungen aufgrund von Amtspflichtverletzungen durch Lehrpersonen sowie für Ersatzleistungen für Sachschäden, die Lehrkräften in Ausübung des Dienstes entstehen.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
119 02-4	124	Erstattungen Dritter für freigestellte Lehrkräfte * <i>Vgl. K-Vermerk zu 425 13.</i>	—	—	—	—	—
119 46-6	124	Ersatzleistungen	—	390.000	300.000	+90.000	389
119 51-2	124	Vermischte Einnahmen	—	900.000	1.500.000	–600.000	886
381 01-2	990	Zuführungen von 0302 – 981 02 * <i>Vgl. K-Vermerk zu 427 21.</i>	—	93.500	—	+93.500	—
A U S G A B E N							
422 11-8	124	Dienstbezüge der planmäßigen beamteten Lehrkräfte * <i>Einseitig deckungsfähig zugunsten 427 33.</i>	—	—	881.608.400	–881.608.400	866.158
422 19-3	124	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 51-7	124	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
425 11-7	124	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbe- schäftigten Lehrkräfte	—	—	41.789.800	–41.789.800	37.063
425 13-3	124	Vergütungen der ständigen, nur teilzeit- beschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte * <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 02.</i>	—	—	23.332.400	–23.332.400	19.885
425 14-1	124	Vergütungen der nichtbeamteten, teilzeit- beschäftigten Lehrkräfte mit Gewähr- leistungsbescheid	—	—	—	—	310
425 23-0	124	Vergütungen der nichtbeamteten Lehrkräfte, deren Arbeitszeit vorübergehend ermäßigt worden ist	—	—	—	—	3.654
425 27-3	124	Vergütungen der nur vorübergehend zu Ver- tretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	4.288
425 51-6	124	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
427 21-7	124	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte * <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 381 01.</i>	—	289.200	267.400	+21.800	286
427 23-3	124	Entschädigungen für ausländische Fremd- sprachenassistentinnen / Fremdsprachen- assistenten ** <i>Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	—	1.300.000	1.300.000	—	1.189
427 29-2	124	Gestellungsgeld für katechetische Lehrkräfte	—	4.888.100	5.197.800	–309.700	4.761
427 33-0	124	Entgelte für befristete Beschäftigungs- verhältnisse im Rahmen der Personalkosten- budgetierung an Schulen * <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 11.</i> *** <i>Sofern aus haushaltstechnischen Gründen die Einrichtung zusätzlicher Titel erforderlich sein sollte, gilt für diese die o.a. Deckungsfähigkeit über § 20 Abs. 1 Nr. 2 LHO hinaus.</i>	—	—	—	—	—
453 01-3	124	Trennungsgeld für abgeordnete oder ver- setzte Bedienstete und Umzugskostenver- gütungen	—	150.000	150.000	—	180
526 01-0	124	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	43.300	45.000	–1.700	41
526 59-2	124	Sachverständige u.ä. Kosten im Zusammenhang mit der Feststellung der Dienstfähigkeit	—	11.900	5.500	+6.400	12
527 01-7	124	Reisekostenvergütungen	—	265.300	244.500	+20.800	256

ERLÄUTERUNGEN

Zu 07 14 allgemein

Persönliche Kosten im Sinne des § 112 NSchG für die an öffentlichen Gymnasien und Abendgymnasien eingesetzten Lehrkräfte.

Hier sind auch die persönlichen Verwaltungsausgaben für die

- an dem vom Bistum Hildesheim getragenen, als staatlich anerkannte Ersatzschule geführten Gymnasium Josephinum in Hildesheim gem. Vertrag vom 8. 5. 1989 (Anlage zum Gesetz vom 20. 6. 1989 – Nds. GVBl. S. 267 –)
- an dem von der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers getragenen, als anerkannte Ersatzschule geführten Gymnasium Andreanum in Hildesheim gem. Vereinbarung vom 30. 11. 1977 (Anlage zum Gesetz vom 20. 4. 1978 – Nds. GVBl. S. 328 –)

beschäftigten, unter Fortzahlung der Bezüge beurlaubten Lehrkräfte veranschlagt.

Zu 381 01

Erstattung anteiliger Dienstbezüge von Lehrkräften, die zur Durchführung von Sonderlehrgängen für jugendliche Spätaussiedler freigestellt sind (siehe Kapitel 03 02 Titel 685 56).

Zu 425 13

Aus den Mitteln sollen

- 152 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. II a BAT,
- 20 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. II b BAT,
- 35 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. III BAT,
- 12 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. IV a BAT,
- 36 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. IV b BAT,
- 31 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. V b BAT,
- 4 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. V c BAT,
- 10 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. VI b BAT und
- 2 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. VII BAT

vergütet werden.

Aus diesem Ansatz werden auch die Vergütungen für Lehrkräfte gezahlt, die nach dem Erlass über die Verringerung unerwarteter Unterrichtsausfälle an allgemeinbildenden Schulen eingestellt worden sind (sog. Springer).

Zu 425 23

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 23.

Zu 425 27

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 27.

Zu 427 23

Für insgesamt bis zu 107 ausländische Fremdsprachenassistentinnen und -assistenten (während eines Zeitraumes von bis zu 10 Monaten).

Bei Bedarf können die ausländischen Fremdsprachenassistentinnen und -assistenten auch an Grundschulen, Hauptschulen, Grund- und Hauptschulen, Haupt- und Realschulen, Orientierungsstufen (Kapitel 07 10), Realschulen (Kapitel 07 13), Internatsgymnasien (Kapitel 07 15), Kollegs (Kapitel 07 16), Gesamtschulen (Kapitel 07 18) und Berufsbildenden Schulen (Kapitel 07 20) eingesetzt werden.

Daneben befinden sich noch direkt vom Bund – pädagogischer Austauschdienst – bezahlte Fremdsprachenassistentinnen und -assistenten (bis zu 15) im Einsatz.

Zu 427 29

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 427 29.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0714 Gymnasien

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
527 03-3	124	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	20.100	21.600	–1.500	15
681 01-6	124	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	22.100	22.100	—	39
Abschluss Kapitel 07 14							
1 Eigene Einnahmen				1.290.000	1.800.000	–510.000	
3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen				93.500	—	+93.500	
Summe der Einnahmen				1.383.500	1.800.000	–416.500	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	6.627.300	953.645.800	–947.018.500	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	340.600	316.600	+24.000	
6 Übertragungsausgaben			—	22.100	22.100	—	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	6.990.000	953.984.500	–946.994.500	
Zuschuss				5.606.500	952.184.500	–946.578.000	
Nachrichtlich:							
Anteil an den Versorgungsausgaben				—	316.590.700		
Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil				6.990.000	1.270.575.200		
Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil				5.606.500	1.268.775.200		

ERLÄUTERUNGEN

Zu 681 01

Für Schadenersatzleistungen aufgrund von Amtspflichtverletzungen durch Lehrpersonen sowie für Ersatzleistungen für Sachschäden, die Lehrkräften in Ausübung des Dienstes entstehen.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0715 Internatsgymnasien - vom Land getragen -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 06-0	124	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.		18.000	18.000	—	12
119 21-4	124	Einnahmen aus der Verpflegung		16.100	16.100	—	15
119 24-9	124	Einnahmen für Unterkunft und Verpflegung der Internatsschüler/-innen		1.754.400	1.754.400	—	1.684
119 41-9	124	Rückzahlung von Überzahlungen		1.000	1.000	—	—
119 51-6	124	Vermischte Einnahmen		32.000	19.400	+12.600	32
124 01-3	124	Mieten und Pachten		90.000	100.000	-10.000	82
233 01-7	124	Erstattungen der Landkreise zu den Verwaltungsausgaben der vom Land getragenen Schulen		1.500.000	1.500.000	—	1.500
282 03-4	124	Zuschüsse Dritter * Vgl. K-Vermerk zu 546 03.		1.000	1.000	—	—
		A U S G A B E N					
422 11-1	124	Dienstbezüge der planmäßigen beamteten Lehrkräfte	—	—	8.994.900	-8.994.900	9.352
422 19-7	124	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 51-0	124	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
425 01-3	124	Vergütungen der Angestellten	—	—	1.514.500	-1.514.500	1.623
425 05-6	124	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	26.700	-26.700	80
425 11-0	124	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbeschäftigten Lehrkräfte	—	—	474.000	-474.000	193
425 13-7	124	Vergütungen der ständigen, nur teilzeitbeschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	84.400	-84.400	89
425 14-5	124	Vergütungen der nichtbeamteten, teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte mit Gewährleistungsbescheid	—	—	—	—	—
425 27-7	124	Vergütungen der nur vorübergehend zu Vertretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	107
425 51-0	124	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.800	1.800	—	1
426 01-0	124	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	972.700	-972.700	1.008
426 51-6	124	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 29-6	124	Gestellungsgeld für katechetische Lehrkräfte	—	15.100	19.800	-4.700	15
427 39-3	124	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-7	124	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	—	—	—	—
511 01-7	124	Geschäftsbedarf	—	24.600	23.600	+1.000	19
512 01-3	124	Bücher und Zeitschriften	—	9.700	9.600	+100	9
513 01-0	124	Post- und Fernmeldegebühren	—	55.700	48.600	+7.100	57
514 06-7	124	Haltung von Nutz- und Sonderfahrzeugen	—	5.500	6.000	-500	10
515 01-2	124	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	36.700	34.600	+2.100	36
515 02-0	124	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	57.100	37.900	+19.200	63

ERLÄUTERUNGEN

Zu 07 15 allgemein

Das Land Niedersachsen trägt Internatsgymnasien in Bad Harzburg, Bad Bederkesa und Esens.

Zu 119 06

In Abweichung von § 61 Abs. 1 LHO kann auf die Erhebung von Nutzungsentschädigungen für die Inanspruchnahme der Schwimmhalle des Internatsgymnasiums Esens durch Dritte verzichtet werden, soweit in gleichem Umfange Sportanlagen der Gemeinde Esens für den Sportunterricht des Internatsgymnasiums genutzt werden.

Zu 119 21

Veranschlagt sind die Einnahmen aus der Mittagsverpflegung für 9 Landesbedienstete durchschnittlich für 215 Tage; der Satz für das Mittagessen beträgt 8,30 DM.

Zu 119 24

Durch Erlass des MK v. 11. 11. 1997 – SVBl. S. 416 – ist die Gebühr für die Bereitstellung eines Internatsplatzes ab 1. 2. 1998 auf 700 DM pro Monat, für Kinder von den Inseln auf 600 DM, festgelegt worden.

Für 172 Schüler monatl. 700 DM und für 43 Schüler monatl. 600 DM.

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	19 800 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	57 200 DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	6 500 DM
4. Sonstige Mieten und Pachten	6 500 DM
Zusammen	90 000 DM

Zu 233 01

Zu erwartende Einnahmen aufgrund der Vereinbarungen mit den Landkreisen Cuxhaven, Goslar und Wittmund über eine Beteiligung der Landkreise an den Sachkosten des jeweiligen Internatsgymnasiums.

Zu 425 05 und 427 39

Für befristet beschäftigte pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Betreuungskräfte.

Zu 425 13

Aus den Mitteln soll

1 Lehrkraft nach Verg.-Gr. III BAT
vergütet werden.

Zu 425 27

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 27.

Zu 425 51

Für Vergütungen für Mehrarbeit im Rahmen der Heimaufsicht.

Zu 426 01

In den Löhnen sind auch Mittel für 21 ständige, nicht vollbeschäftigte Arbeiter im Reinigungsdienst veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu 426 51

Für Vergütungen für Mehrarbeit der Hausmeister.

Zu 427 29

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 427 29.

Zu 514 06

Veranschlagt sind die durch die in den Internatsgymnasien eingesetzten Kleintraktoren voraussichtlich anfallenden Kosten.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0715 Internatsgymnasien - vom Land getragen -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
517 01-5	124	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	163.100	170.400	-7.300	156
517 19-8	124	Reinigungskosten	—	215.500	188.200	+27.300	206
517 59-7	124	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	267.900	331.800	-63.900	268
518 01-1	124	Mieten und Pachten	—	11.200	10.100	+1.100	11
519 03-4	124	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	10.900	8.700	+2.200	7
522 11-6	124	Arznei und Heilmittel	—	1.700	1.700	—	1
522 31-0	124	Sachaufwendungen für Sport, Werken, Unterhaltung und dgl. der Schüler	—	26.700	15.300	+11.400	25
524 01-1	124	Lehrmittel	—	146.200	131.900	+14.300	170
526 01-4	124	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	700	1.000	-300	—
527 01-0	124	Reisekostenvergütungen	—	2.600	3.900	-1.300	2
532 01-4	124	Unterkunftsgeräte und Spinnstoffe	—	23.800	39.100	-15.300	23
546 03-1	124	Verwendung der Zuschüsse Dritter * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 03.	—	1.000	1.000	—	—
546 59-7	124	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	1.700	1.800	-100	1
812 13-0	124	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	20.000	—	+20.000	—
812 15-7	124	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	62.000	88.800	-26.800	84
812 19-0	124	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	—
812 32-7	124	Erwerb von Unterkunftsgeräten und Spinnstoffen	—	144.000	170.000	-26.000	269
813 24-2	124	Erwerb von Lehrmitteln	—	209.900	180.400	+29.500	206
981 07-2	990	Abführung an 13 21 - 381 07	—	1.781.900	—	+1.781.900	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 62		Verpflegungskosten ** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO.	(—)	(900.000)	(900.000)	(—)	(782)
426 62-1	124	Löhne der Arbeiter/Arbeiterinnen	—	367.400	367.400	—	347
522 62-0	124	Lebensmittel, Zutaten	—	499.600	499.600	—	401
547 62-3	124	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	33.000	33.000	—	34

ERLÄUTERUNGEN

Zu 527 01

Veranschlagt sind auch Ausgaben für Elternversammlungen sowie Mitglieder des Schulelternrates, der Konferenzen und Ausschüsse gem. § 81 Abs. 3 NSchG.

Zu 546 59

Hier sind auch Ausgaben für die Beschaffung von Schutzkleidung der Hausmeister u. Gärtner veranschlagt.

Zu 812 13

Beschaffung einer integrierten ISDN-Telefonanlage für das Internatsgymnasium Bad Bederkesa	20 000 DM

Zu 812 15

Beschaffung eines Thermospeisetransportwagens und eines Tischspeisewarmhalters für das Internatsgymnasium Bad Harzburg	12 000 DM

Ersatz und Ergänzung von Mobiliar im Unterrichtsbereich des Internatsgymnasiums Esens (Klassenräume, Aula, Bühne etc.)	50 000 DM

Zu 812 32

Beschaffung von Mobiliar zur Ausstattung der Räume in den Internatsgebäuden des Internatsgymnasiums Esens	144 000 DM

Zu 813 24

Ersatz technisch überholter Rechner für das Internatsgymnasium Bad Bederkesa	15 500 DM

Ersatz und Ergänzung vorhandener Lehr- und Lernmittel für Physik, Kunst, Medien, Erdkunde, Informatik etc. für das Internatsgymnasium Esens	194 400 DM

Zu 981 07

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 62

1. Für durchschnittlich 241 Schüler für 221 Tage je 16,60 DM	rd. 883 900 DM
2. Für die Verpflegung von Lehrkräften, Personal und Gästen (siehe auch Titel 119 21)	16 100 DM
Zusammen	900 000 DM

Aus den Mitteln werden u. a. bei 426 62 die persönlichen Kosten für das Küchenpersonal (bis zu 7 Lohnempfänger) bestritten.

Das Verpflegungsgeld ist monatlich nach der tatsächlichen Kopfzahl zu berechnen.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0715 Internatsgymnasien - vom Land getragen -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 07 15					
		1 Eigene Einnahmen		1.911.500	1.908.900	+2.600	
		2 Übertragungseinnahmen		1.501.000	1.501.000	—	
		Summe der Einnahmen		3.412.500	3.409.900	+2.600	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	384.300	12.456.200	-12.071.900	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.594.900	1.597.800	-2.900	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	435.900	439.200	-3.300	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.781.900	—	+1.781.900	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	4.197.000	14.493.200	-10.296.200	
		Zuschuss		784.500	11.083.300	-10.298.800	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		—	3.230.100		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		4.197.000	17.723.300		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		784.500	14.313.400		

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0716 Kollegs - vom Land getragen -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 51-0	124	Vermischte Einnahmen		12.000	1.000	+11.000	13
124 01-7	124	Mieten und Pachten		116.000	116.000	—	120
233 01-0	124	Sachkostenerstattung der Stadt Oldenburg		60.000	—	+60.000	—
253 01-1	124	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden * Vgl. K-Vermerk zu 425 06.		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
422 11-5	124	Dienstbezüge der planmäßigen beamteten Lehrkräfte	—	—	7.078.100	-7.078.100	7.003
422 19-0	124	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 51-4	124	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
425 01-7	124	Vergütungen der Angestellten	—	—	145.100	-145.100	156
425 05-0	124	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 06-8	124	Vergütung von befristet beschäftigten Angestellten aus Mitteln der Sozialhilfe * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 253 01.	—	—	—	—	—
425 11-4	124	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbe- schäftigten Lehrkräfte	—	—	216.100	-216.100	186
425 13-0	124	Vergütungen der ständigen, nur teilzeit- beschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	—
425 27-0	124	Vergütungen der nur vorübergehend zu Ver- tretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	—
425 51-3	124	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-3	124	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	132.600	-132.600	139
427 39-7	124	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
511 01-0	124	Geschäftsbedarf	—	12.700	11.600	+1.100	11
512 01-7	124	Bücher und Zeitschriften	—	3.300	3.300	—	3
513 01-3	124	Post- und Fernmeldegebühren	—	8.700	9.900	-1.200	9
515 01-6	124	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	16.600	14.000	+2.600	14
515 02-4	124	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	102.700	42.000	+60.700	83
517 01-9	124	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	50.000	53.200	-3.200	47
517 19-1	124	Reinigungskosten	—	141.400	120.000	+21.400	121
517 59-0	124	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	76.000	115.400	-39.400	76
518 01-5	124	Mieten und Pachten	—	4.500	4.600	-100	3
519 03-8	124	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	8.100	8.200	-100	7
524 01-5	124	Lehrmittel	—	61.000	35.300	+25.700	40
527 01-4	124	Reisekostenvergütungen	—	600	900	-300	0
532 01-8	124	Unterkunftsgeräte und Spinnstoffe	—	3.600	4.500	-900	3
546 59-0	124	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	1.200	2.400	-1.200	0
812 13-4	124	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—

 ERLÄUTERUNGEN

Zu 07 16 allgemein

Veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben für das Braunschweig-Kolleg, das Oldenburg-Kolleg und das Wolfsburg-Kolleg.

Die Stadt Wolfsburg stellt aufgrund einer besonderen Vereinbarung mit dem Land Niedersachsen für das Wolfsburg-Kolleg die erforderlichen Unterrichtsräume kostenlos zur Verfügung und trägt alle sächlichen Lasten und Kosten gem. dem NSchG.

Die persönlichen Ausgaben für die Lehrkräfte des von der Stadt Hannover getragenen Hannover-Kollegs sind bei 07 14 veranschlagt.

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	34 500 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	47 500 DM
3. Sonstige Mieten und Pachten	34 000 DM
Zusammen	116 000 DM

Zu 233 01

Anteilige Sachkostenerstattung der Stadt Oldenburg für die Unterbringung des Abendgymnasiums Oldenburg in den Räumen des Oldenburg-Kollegs.

Zu 425 05 und 427 39

Für befristet beschäftigte pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Betreuungskräfte.

Zu 425 27

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 27.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0716 Kollegs - vom Land getragen -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
812 15-0	124	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	85.000	-85.000	123
813 24-6	124	Erwerb von Lehrmitteln	—	—	50.000	-50.000	45
981 07-6	990	Abführung an 1321 - 381 07	—	550.200	—	+550.200	—
		Abschluss Kapitel 07 16					
		1 Eigene Einnahmen		128.000	117.000	+11.000	
		2 Übertragungseinnahmen		60.000	—	+60.000	
		Summe der Einnahmen		188.000	117.000	+71.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	—	7.571.900	-7.571.900	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	490.400	425.300	+65.100	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	135.000	-135.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	550.200	—	+550.200	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.040.600	8.132.200	-7.091.600	
		Zuschuss		852.600	8.015.200	-7.162.600	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		—	2.541.800		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		1.040.600	10.674.000		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		852.600	10.557.000		

ERLÄUTERUNGEN

Zu 981 07

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 46-0	125	Ersatzleistungen		73.000	53.000	+20.000	71
119 51-7	125	Vermischte Einnahmen		167.000	100.000	+67.000	167
		A U S G A B E N					
422 11-2	125	Dienstbezüge der planmäßigen beamteten Lehrkräfte * <i>Einseitig deckungsfähig zugunsten 427 33.</i>	—	—	317.224.900	–317.224.900	326.238
422 19-8	125	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 51-1	125	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	0
425 01-4	125	Vergütungen der Angestellten	—	—	210.100	–210.100	140
425 05-7	125	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	22
425 11-1	125	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbe- schäftigten Lehrkräfte	—	—	12.953.500	–12.953.500	10.817
425 13-8	125	Vergütungen der ständigen, nur teilzeit- beschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	4.973.100	–4.973.100	5.104
425 14-6	125	Vergütungen der nichtbeamteten, teilzeit- beschäftigten Lehrkräfte mit Gewähr- leistungsbescheid	—	—	—	—	278
425 23-5	125	Vergütungen der nichtbeamteten Lehrkräfte, deren Arbeitszeit vorübergehend ermäßigt worden ist	—	—	—	—	1.833
425 27-8	125	Vergütungen der nur vorübergehend zu Ver- tretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	2.254
425 51-0	125	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
427 21-1	125	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	—	66.200	99.600	–33.400	65
427 29-7	125	Gestellungsgeld für katechetische Lehrkräfte	—	1.209.500	1.084.000	+125.500	1.200
427 33-5	125	Entgelte für befristete Beschäftigungs- verhältnisse im Rahmen der Personalkosten- budgetierung an Schulen * <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 11.</i> *** <i>Sofern aus haushaltstechnischen Gründen die Einrichtung zusätzlicher Titel erforderlich sein sollte, gilt für diese die o.a. Deckungsfähigkeit über § 20 Abs. 1 Nr. 2 LHO hinaus.</i>	—	—	—	—	—
427 39-4	125	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-8	125	Trennungsgeld für abgeordnete oder ver- setzte Bedienstete und Umzugskostenver- gütungen	—	50.000	50.000	—	83
526 01-5	125	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	29.300	27.800	+1.500	20
526 59-7	125	Sachverständige u.ä. Kosten im Zusammenhang mit der Feststellung der Dienstfähigkeit	—	2.000	3.500	–1.500	—
527 01-1	125	Reisekostenvergütungen	—	82.900	61.200	+21.700	77
527 03-8	125	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Perso- nalvertretungsangelegenheiten u. in Vertre- tung der Interessen der Schwerbehinderten	—	16.700	16.500	+200	17
681 01-0	125	Schadensersatzleistungen und Unfallent- schädigungen	—	2.000	2.000	—	2

ERLÄUTERUNGEN

Zu 07 18 allgemein

Persönliche Kosten im Sinne des § 112 NSchG für die an öffentlichen Gesamtschulen (Integrierten und Kooperativen Gesamtschulen) eingesetzten Lehrkräfte.

Zu 425 05 und 427 39

Für befristet beschäftigte pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Betreuungskräfte.

Zu 425 05

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingesetzten pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Betreuungskräften im Angestelltenverhältnis.

Die hier zu buchenden Ausgaben sind gedeckt aus den nicht benötigten Vergütungsmitteln der Angestelltenstellen, deren Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber beurlaubt sind.

Zu 425 13

Aus den Mitteln sollen

35 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. II a BAT,
 20 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. III BAT,
 5 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. IV a BAT,
 7 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. IV b BAT,
 17 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. V b BAT,
 3 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. V c BAT,
 7 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. VI b BAT und
 2 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. VII BAT

vergütet werden.

Aus diesem Ansatz werden auch die Vergütungen für Lehrkräfte gezahlt, die nach dem Erlass über die Verringerung unerwarteter Unterrichtsausfälle an allgemeinbildenden Schulen eingestellt worden sind (sog. Springer).

Zu 425 23

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 23.

Zu 425 27

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 27.

Zu 427 29

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 427 29.

Zu 681 01

Für Schadenersatzleistungen aufgrund von Amtspflichtverletzungen durch Lehrpersonen sowie für Ersatzleistungen für Sachschäden, die Lehrkräften in Ausübung des Dienstes entstehen.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0718 Gesamtschulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 07 18					
		1 Eigene Einnahmen		240.000	153.000	+87.000	
		Summe der Einnahmen		240.000	153.000	+87.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	1.325.700	336.595.200	–335.269.500	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	130.900	109.000	+21.900	
		6 Übertragungsausgaben	—	2.000	2.000	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.458.600	336.706.200	–335.247.600	
		Zuschuss		1.218.600	336.553.200	–335.334.600	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		—	113.917.300		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		1.458.600	450.623.500		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		1.218.600	450.470.500		

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 22-6	127	Schülerentgelte gem. § 54 Abs.3 und 4 NSchG ***Vgl. K-Vermerke zu 546 22 und 633 22		12.000.000	2.000.000	+10.000.000	9.754
112 01-0	127	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		2.000	2.000	—	2
119 41-3	127	Rückzahlung von Überzahlungen		1.800	1.000	+800	2
119 46-4	127	Ersatzleistungen		800.000	800.000	—	813
119 51-0	127	Vermischte Einnahmen		215.000	100.000	+115.000	182
124 01-8	128	Mieten und Pachten		6.500	15.900	–9.400	15
256 01-1	127	Sonstige Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte * Vgl. K-Vermerk zu 427 01.		—	—	—	201
282 01-2	128	Zuschuss des Vereins zur Förderung der Deutschen Müllerschule Braunschweig e.V.		96.000	96.000	—	—
A U S G A B E N							
422 11-6	127	Dienstbezüge der planmäßigen beamteten Lehrkräfte * Einseitig deckungsfähig zugunsten 427 33. ***Vgl. Vermerk zu 672 01.	—	—	834.976.600	–834.976.600	842.132
422 19-1	127	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-0	127	Dienstbezüge auf Grund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	290.900	379.800	–88.900	287
422 51-5	127	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	2.200	2.200	—	2
425 01-8	127	Vergütungen der Angestellten	—	—	194.300	–194.300	1.203
425 05-0	127	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	42
425 11-5	127	Vergütungen der nichtbeamteten, vollbe- schäftigten Lehrkräfte	—	—	50.198.400	–50.198.400	50.947
425 13-1	127	Vergütungen der ständigen, nur teilzeit- beschäftigten nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	22.075.700	–22.075.700	19.675
425 14-0	127	Vergütungen der nichtbeamteten, teilzeit- beschäftigten Lehrkräfte mit Gewähr- leistungsbescheid	—	—	—	—	536
425 23-9	127	Vergütungen der nichtbeamteten Lehrkräfte, deren Arbeitszeit vorübergehend ermäßigt worden ist	—	—	—	—	3.885
425 27-1	127	Vergütungen der nur vorübergehend zu Ver- tretungen tätigen teilzeitbeschäftigten, nichtbeamteten Lehrkräfte	—	—	—	—	6.946
425 51-4	127	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-4	128	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	168.500	–168.500	151
426 03-0	128	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	17.300	–17.300	16
427 01-0	127	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Einnahmen bei 256 01.	—	—	—	—	234
427 21-5	127	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Lehrkräfte	—	3.822.500	3.963.200	–140.700	3.672
427 27-4	127	Entschädigungen für die nur vorübergehend zu Vertretungen tätigen stundenweise be- schäftigten Lehrkräfte	—	—	—	—	73
427 29-0	127	Gestellungsgeld für katechetische Lehrkräfte	—	8.665.900	8.144.300	+521.600	8.382

ERLÄUTERUNGEN

Zu 07 20 allgemein

Persönliche Kosten im Sinne des § 112 NSchG für die an öffentlichen berufsbildenden Schulen eingesetzten Lehrkräfte und die Einnahmen und Ausgaben der staatlichen Fachschule – Seefahrt – in Cuxhaven.

Die Berufsbildende Schule – Fachschule Seefahrt – in Leer wurde zum 1. 1. 2000 aufgehoben. Die dortige Fachschulausbildung wird ab diesem Termin vom Fachbereich Seefahrt der Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven am Standort Leer durchgeführt. Im Rahmen dieser organisatorischen Änderung sind die verbliebenen Personal- und Sachkosten des ehem. Kapitels 07 21 (Staatliche Fachschulen – Seefahrt –) in das Kapitel 07 20 (neu: Berufsbildende Schulen) verlagert worden.

Zu 111 22

Gemäß MK-Erlass vom 26. 1. 1999 – Nds. MBl. S. 73; SVBl. S. 26 – werden Entgelte für berufliche Umschulungsmaßnahmen und für ergänzende Qualifizierungsangebote an öffentlichen berufsbildenden Schulen nach § 54 Abs. 3 und 4 NSchG sowie für die Beteiligung der Berufsschulen an beruflichen Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen Dritter nach § 15 Abs. 1 Satz 2 NSchG erhoben.

Zu 124 01

Einnahmen aus der Hausmeisterwohnung der staatl. Fachschule – Seefahrt – in Cuxhaven.

Zu 282 01

Zuschuss des Vereins zur Förderung der Deutschen Müllerschule Braunschweig e.V. in Höhe von 20 v. H. der Personalkosten der Deutschen Müllerschule Braunschweig. Nach Umwandlung der Schule in eine öffentliche Schule hat sich der Verein zu einer laufenden Beteiligung verpflichtet.

Zu 425 01, 425 05 und 427 39

Für die Schulsozialarbeit.

Zu 425 05

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingesetzten pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Betreuungskräften im Angestelltenverhältnis.

Die hier zu buchenden Ausgaben sind gedeckt aus den nicht benötigten Vergütungsmitteln der Angestelltenstellen, deren Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber beurlaubt sind.

Zu 425 13

Aus den Mitteln sollen

- 135 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. II a BAT,
- 2 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. II b BAT,
- 28 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. III BAT,
- 13 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. IV a BAT,
- 44 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. IV b BAT,
- 50 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. V b BAT,
- 92 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. V c BAT,
- 11 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. VI b BAT und
- 18 Lehrkräfte nach Verg.-Gr. VII BAT

vergütet werden.

Zu 425 23

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 23.

Zu 425 27 und 427 27

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 425 27.

Zu 427 01

Zur Durchführung eines Modell-(Schul-)Versuchs, der als ABM-Maßnahme abgewickelt und im vollen Umfang von der Arbeitsverwaltung gefördert wird.

Zu 427 29

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 07 10 Titel 427 29.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0720 Berufsbildende Schulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
427 33-9	127	Entgelte für befristete Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen der Personalkostenbudgetierung an Schulen * <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 11.</i> *** <i>Sofern aus haushaltstechnischen Gründen die Einrichtung zusätzlicher Titel erforderlich sein sollte, gilt für diese die o.a. Deckungsfähigkeit über § 20 Abs. 1 Nr. 2 LHO hinaus.</i>	—	—	—	—	—
427 39-8	127	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-1	127	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	110.000	110.000	—	81
526 01-9	127	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	44.400	44.300	+100	50
526 59-0	127	Sachverständige u.ä. Kosten im Zusammenhang mit der Feststellung der Dienstfähigkeit	—	4.100	3.000	+1.100	4
527 01-5	127	Reisekostenvergütungen	—	634.800	519.800	+115.000	573
527 03-1	127	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	17.500	31.900	-14.400	13
546 22-2	127	Verwaltungsausgaben der Schulen aus Entgelten nach § 54 Abs. 5 Satz 2 NSchG * <i>Übertragbar.</i> ** <i>Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i> *** <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 16,67 v.H. der Isteinnahmen bei 111 22.</i>	—	2.000.000	—	+2.000.000	—
633 22-2	127	Erstattungen von Schülerentgelten an kommunale Schulträger * <i>Übertragbar.</i> *** <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 16,67 v.H. der Isteinnahmen bei 111 22.</i>	—	2.000.000	333.400	+1.666.600	1.748
672 01-5	127	Erstattungen von persönlichen Verwaltungsausgaben an die Landwirtschaftskammern *** <i>Ersparnisse bei 422 11 infolge zeitweilig nicht besetzter bis zu drei Planstellen der Bes.-Gr. A 13 (Studienräte) dürfen hier verwendet werden.</i>	—	—	—	—	50
681 01-4	127	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	6.400	6.400	—	2
981 01-8	990	Abführung an 1010-381 01	—	186.100	165.000	+21.100	161
981 07-7	990	Abführung an 1321 - 381 07	—	—	—	—	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Sachkosten für die Staatliche Fachschule - Seefahrt - in Cuxhaven	(—)	(350.000)	(—)	(+350.000)	(—)
511 61-5	128	Geschäftsbedarf	—	3.500	—	+3.500	—
512 61-1	128	Bücher und Zeitschriften	—	5.500	—	+5.500	—
513 61-8	128	Post- und Fernmeldegebühren	—	10.000	—	+10.000	—
515 61-0	128	Unterhaltung u. Ersatz der Geräte für Fachaufgaben sowie der sonstigen Ausstattung- u. Gebrauchsgegenstände	—	33.000	—	+33.000	—
517 61-3	128	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude, Räume sowie Reinigungskosten, Heizung und Beleuchtung	—	41.500	—	+41.500	—
524 61-0	128	Lehrmittel	—	30.000	—	+30.000	—
547 61-0	128	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	15.000	—	+15.000	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 527 01

Hier sind auch die Reisekostenmittel für die Lehrkräfte der Staatlichen Fachschule – Seefahrt – in Cuxhaven veranschlagt.

Zu 546 22

Ein Sechstel der Einnahmen bei Titel 111 22 werden nach § 54 Abs. 5 Satz 2 NSchG den betroffenen Schulen für Verwaltungsausgaben zur Verfügung gestellt.

Zu 633 22

Ein Sechstel der Einnahmen bei Titel 111 22 ist nach § 54 Abs. 5 NSchG an kommunale Schulträger zu ertatten.

Zu 672 01

Für Erstattungen an die Landwirtschaftskammern als finanzieller Ausgleich in den Fällen, in denen Mitarbeiter der Landwirtschaftskammern an landwirtschaftlichen Berufs- und Berufsfachschulen unterrichten.

Zu 681 01

Für Schadenersatzleistungen aufgrund von Amtspflichtverletzungen durch Lehrpersonen sowie für Ersatzleistungen für Sachschäden, die Lehrkräften in Ausübung des Dienstes entstehen.

Zu 981 01

Für die Beschulung im Splitterberuf Forstwirt in der Landesfachklasse in Blockform des Landkreises Northeim durch Bedienstete aus dem Geschäftsbereich des ML.

Zu 981 07

Für die Abführung der für die Staatliche Fachschule – Seefahrt – in Cuxhaven festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Epl. 13.

Zu Titelgruppe 61

Nachdem die Fachschule Seefahrt in Leer durch Zusammenlegung mit dem Fachbereich Seefahrt der Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven in den Geschäftsbereich des MWK verlagert wurde, sind hier die Sachkosten der Staatlichen Fachschule – Seefahrt – in Cuxhaven veranschlagt.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0720 Berufsbildende Schulen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
681 61-8	128	Zuschüsse für Studienfahrten	—	6.500	—	+6.500	—
685 61-3	128	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	25.000	—	+25.000	—
813 61-1	128	Erwerb von Lehrmitteln * Übertragbar.	—	180.000	—	+180.000	—
Abschluss Kapitel 07 20							
1 Eigene Einnahmen				13.025.300	2.903.000	+10.122.300	
2 Übertragungseinnahmen				96.000	96.000	—	
Summe der Einnahmen				13.121.300	2.999.000	+10.122.300	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	12.891.500	920.044.500	-907.153.000	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	2.839.300	599.000	+2.240.300	
6 Übertragungsausgaben			—	2.037.900	339.800	+1.698.100	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	180.000	—	+180.000	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	186.100	165.000	+21.100	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	18.134.800	921.148.300	-903.013.500	
Zuschuss				5.013.500	918.149.300	-913.135.800	
Nachrichtlich:							
Anteil an den Versorgungsausgaben				—	299.982.100		
Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil				18.134.800	1.221.130.400		
Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil				5.013.500	1.218.131.400		

ERLÄUTERUNGEN

Zu 681 61

Für Zuschüsse an die Schüler aus Anlass von Fahrten, die im Rahmen der Ausbildung zum Radarsimulator in Oldenburg entstehen.

Zu 685 61

Beitrag des Landes Niedersachsen zu der Berufsbildungsstelle Seeschifffahrt e. V. in Bremen als der zuständigen Stelle nach dem Berufsbildungsgesetz sowie Beiträge für die Mitgliedschaft für eine Lehrkraft aus dem Kollegium der Schule bei der Schiffbautechnischen Gesellschaft in Hamburg.

Zu 813 61

Beschaffungsmaßnahmen zum Auf- und Ausbau des „Integrierten Navigationssystems INS“ und des globalen Seenot- und Sicherheitsfunksystems GMDSS.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0751 Vorbereitungsdienst für die Lehrämter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 41-5	129	Rückzahlung von Überzahlungen		—	2.700	–2.700	—
119 46-6	129	Ersatzleistungen		50.000	40.800	+9.200	70
119 51-2	129	Vermischte Einnahmen		28.000	28.000	—	5
124 01-0	129	Mieten und Pachten		1.000	4.100	–3.100	1
		A U S G A B E N					
422 01-0	129	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	54.205.500	52.690.700	+1.514.800	48.160
422 19-3	129	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 41-0	129	Anwärterbezüge *** Vgl. Vermerk zu 427 02 und 427 08	—	113.088.000	106.884.700	+6.203.300	105.223
425 01-0	129	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	4.021
425 03-6	129	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	23
425 05-2	129	Vergütungen der befristet beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	109
426 01-6	129	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	—
426 03-2	129	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	56
427 01-2	129	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	30.000	18.200	+11.800	29
427 02-0	129	Vergütungen für Lehrkräfte aus den EU-Mitgliedstaaten ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	—	—	—	—
427 08-0	129	Ausbildungsvergütungen ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	—	—	—	275
427 32-2	129	Entschädigungen für stundenweise beschäftigte Fachkräfte zur Ausbildung	—	11.300	10.900	+400	7
427 39-0	129	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-3	129	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	—	3.400	–3.400	1
511 01-3	129	Geschäftsbedarf	—	101.000	95.900	+5.100	97
512 01-0	129	Bücher und Zeitschriften	—	125.900	125.900	—	104
513 01-6	129	Post- und Fernmeldegebühren	—	180.000	181.700	–1.700	180
515 01-9	129	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	59.500	42.000	+17.500	47
515 02-7	129	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	270.500	112.300	+158.200	204
517 01-1	129	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	73.000	75.100	–2.100	74
517 19-4	129	Reinigungskosten	—	243.300	212.800	+30.500	249
517 59-3	129	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	134.500	179.500	–45.000	120
518 01-8	129	Mieten und Pachten	—	1.220.100	1.095.100	+125.000	1.124
519 01-4	129	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	—	—	—	2
523 01-1	129	Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen	—	20.000	—	+20.000	—
524 02-6	129	Lehr- und Lernmittel	—	318.300	262.200	+56.100	294

ERLÄUTERUNGEN

Zu 07 51 allgemein

Die Ausbildung für das Lehramt an Gymnasien erfolgt an 18 Studienseminaren mit den Standorten in Braunschweig (2), Celle, Göttingen, Hameln, Hannover (2), Hildesheim, Leer, Lüneburg, Meppen, Oldenburg, Osnabrück, Salzgitter, Stade, Stadthagen, Wilhelmshaven und Wolfsburg.

Der Vorbereitungsdienst für die Lehrämter an Grund- und Hauptschulen, Sonder- sowie Realschulen wird seit dem 1. 11. 1988 an insgesamt 24 Ausbildungsseminaren – davon 8 für Grund- und Hauptschulen, 12 für Grund-, Haupt- und Realschulen und 4 für Sonderschulen – durchgeführt.

Die Ausbildung für das Lehramt an berufsbildenden Schulen erfolgt an 7 Studienseminaren:

Braunschweig
Hannover – gewerbliche Fachrichtung
Hildesheim – gewerbliche Fachrichtung
Hildesheim – kaufmännische Fachrichtung
Oldenburg
Osnabrück
Stade

Der Vorbereitungsdienst für Lehramtsanwärter/-innen (Lehrer/-innen für Fachpraxis) wird regional (bedarfsgerecht) von 4 Ausbildungsseminaren, die den ortsansässigen Studienseminaren für das Lehramt an berufsbildenden Schulen angegliedert sind, wahrgenommen.

Zu 124 01

Miete für die Dienstwohnung des Hausmeisters in Stade.

Zu 422 01, 425 01, 425 03 und 426 03

Für das Kapitel 07 51 wurde ab dem 1. 1. 1998 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 496,74 Vollzeiteinheiten (VZE). Beschäftigungsvolumen:

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	432,70	432,70	—	475
Angestellte	62,97	51,46	11,51	54
Lohnempfänger/-innen	1,07	—	1,07	—
Insgesamt	496,74	484,16	12,58	529

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 54 205 500 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	54 205 500
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	113 391 900
43	Versorgungsbezüge	52 822 300
44	Beihilfen, Unterstützungen	8 062 200
45	Personalbezogene Sachausgaben	0
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	4 420 300
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0

Summe der Personalausgaben im Kapitel 232 902 200

In den Vergütungen für Angestellte sind Mittel für 21 ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte im Verwaltungsdienst (Verg.-Gr. VII BAT), deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der einer vollbeschäftigten Kraft beträgt – Titel 425 01 – sowie für eine stundenweise beschäftigte Angestellte im Verwaltungsdienst (Verg.-Gr. VII BAT) – Tit. 425 03 – enthalten.

In den Löhnen sind Mittel für 7 stundenweise beschäftigte Arbeitskräfte im Reinigungsdienst (5) – Lohngruppe 1 MTArb – bzw. in der Tätigkeit als Hausarbeiter/-in (2) – Lohngruppe 2 MTArb veranschlagt – Tit. 426 03.

Zu 422 41

Bezüge für Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst entsprechend 4 360 Stellen (HH 2000: 3 900 Stellen).

Zu 425 05

Zur Buchung der Vergütungen von befristet zu Vertretungen eingestellten Angestellten im Verwaltungsdienst. Die hier zu buchenden Ausgaben sind gedeckt aus den nicht benötigten Mitteln der Angestelltenstellen, deren Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber keine Vergütung erhalten (z. B. infolge Beurlaubung).

Zu 427 01

Für die Beschäftigung von Vertretungs- und Aushilfskräften der Verwaltungsangestellten.

Zu 427 02

Vergütungen für Lehrkräfte aus den EU-Mitgliedstaaten, die – entsprechend der Richtlinie des Rates der EG vom 21. 12. 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mind. dreijährige Berufsausbildung abschließen, für den Beruf des Lehrers/der Lehrerin an Schulen (EG-RL-LehrG) – an einem Anpassungslehrgang teilnehmen und während der Teilnahme in einem befristeten öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis besonderer Art stehen.

Vergütungen dürfen lediglich für bereits bestehende befristete Dienstverhältnisse geleistet werden. Neue Dienstverhältnisse besonderer Art dürfen nicht begründet werden.

Für jeden Teilnehmer/jede Teilnehmerin an dem Anpassungslehrgang wird eine der in den Bedarfsnachweisen zu Kap. 07 51 ausgebrachten Stellen für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst der Bes.-Gr. A 12 bzw. A 13 gesperrt.

Zu 427 08

Ausbildungsvergütungen für in einem besonderen arbeitsrechtlichen Ausstellungsverhältnis stehende Angestellte mit der 1. Staatsprüfung für ein Lehramt oder mit einer gleichwertigen Prüfung, die nicht die Einstellungs Voraussetzungen für den Vorbereitungsdienst erfüllen (Ausländer/-innen).

Für jede auszubildende Lehrkraft im Angestelltenverhältnis ist eine der in den Bedarfsnachweisen zu Kap. 07 51 ausgebrachten Stellen für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst der Bes.-Gr. A 12 bzw. A 13 zu sperren.

Zu 517 01, 517 19 und 517 59

Die Studienseminare für das Lehramt an Gymnasien, das Lehramt an berufsbildenden Schulen sowie das Ausbildungsseminar für Grund-, Haupt- und Realschulen und die Außenstelle der Bezirksregierung in Stade sind gemeinsam in einem landeseigenen Gebäude untergebracht. Die Bewirtschaftungs- und Reinigungskosten sowie die Kosten für Heizstoffe dieser Dienststellen sind bei Kapitel 13 21 veranschlagt.

Das Ausbildungsseminar für das Lehramt an Gymnasien Celle und das Ausbildungsseminar Celle sind in dem Behördenhaus Celle II (ehemalige Cambridge-Dragoner-Kaserne) untergebracht. Die Hausverwaltung obliegt dem Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Celle (vgl. Nr. 1.1.3 zu § 64 LHO). Die Bewirtschaftungs- und Reinigungskosten für die Seminare sind dementsprechend im Kap. 13 21 veranschlagt.

Das Ausbildungsseminar für das Lehramt an berufsbildenden Schulen in Braunschweig ist in dem Behördenhaus „In Holzmoor 106“ in Braunschweig untergebracht. Hausverwaltende Dienststelle ist die Polizeidirektion. Die Bewirtschaftungs- und Reinigungskosten für das Seminar sind im Kap. 13 21 veranschlagt.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0751 Vorbereitungsdienst für die Lehrämter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
526 01-0	129	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	14.300	14.900	-600	9
527 01-7	129	Reisekostenvergütungen	—	3.339.000	3.047.300	+291.700	2.946
527 03-3	129	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	3.500	4.100	-600	3
537 01-2	129	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	30.000	—	+30.000	36
546 59-3	129	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	4.000	3.000	+1.000	2
633 01-1	129	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Gemeinden (GV)	—	54.500	54.300	+200	53
812 13-7	129	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	9
812 15-3	129	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	205.000	50.000	+155.000	87
813 23-0	129	Erwerb von Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftlichen Sammlungen	—	30.000	—	+30.000	—
981 01-0	990	Abführung an 1302-381 02 zur Refinanzierung des Grundstocks	—	48.200	48.200	—	48
981 07-9	990	Abführung an 13 21 - 381 07	—	1.056.900	—	+1.056.900	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik	(—)	(390.600)	(289.000)	(+101.600)	(267)
538 99-0	129	Dienstleistungen Außenstehender	—	39.000	—	+39.000	—
547 99-9	129	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	137.500	103.600	+33.900	132
812 99-4	129	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	214.100	185.400	+28.700	136
Abschluss Kapitel 07 51							
1 Eigene Einnahmen				79.000	75.600	+3.400	
Summe der Einnahmen				79.000	75.600	+3.400	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	167.334.800	159.607.900	+7.726.900	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	6.313.400	5.555.400	+758.000	
6 Übertragungsausgaben			—	54.500	54.300	+200	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	449.100	235.400	+213.700	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	1.105.100	48.200	+1.056.900	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	175.256.900	165.501.200	+9.755.700	
Zuschuss				175.177.900	165.425.600	+9.752.300	
Nachrichtlich:							
Anteil an den Versorgungsausgaben				52.822.300	17.135.300		
Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil				228.079.200	182.636.500		
Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil				228.000.200	182.560.900		

ERLÄUTERUNGEN

Zu 527 01

Für das ausbildende Personal einschl. Fachleiterinnen und Fachleiter sowie für die auszubildenden Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst (im Rahmen der Ausbildung und für Seminarkonferenzen).

Zu 633 01

Für die pauschale Erstattung der Kosten für die Unterbringung des Studienseminars für das Lehramt an Gymnasien in Leer aufgrund eines mit dem Landkreis Leer abgeschlossenen Nutzungsvertrages.

Abgegolten werden die Kosten für die Reinigung sowie die Telefon-, Miet- und Nebenkosten.

Zu 981 01

Das Studienseminar – gym. Celle und das Ausbildungsseminar Celle sind in das landeseigene Behördenhaus Celle II (ehemalige Cambridge-Dragonerkaserne) umgezogen.

Die eingesparten Mietkosten (Titel 518 01) werden zur Refinanzierung des Grundstocks an das Kapitel 13 02 abgeführt.

Zu 981 07

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Epl. 13.

Zu Titelgruppe 99

Für die Neubeschaffung und Unterhaltung von Computern mit Zubehör sowie IZN-Entgelte.

Zu 812 99

Ausstattung von Seminaren mit PC.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0756 Niedersächsisches Landesprüfungsamt für Lehrämter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 11-0	111	Verwaltungsgebühren		7.000	5.000	+2.000	9
119 51-0	111	Vermischte Einnahmen		2.000	9.000	–7.000	8
A U S G A B E N							
422 01-9	111	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	2.902.000	2.937.700	–35.700	1.744
422 19-1	111	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-8	111	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.078
426 03-0	111	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	4
427 01-0	111	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	1.000	1.000	—	—
453 01-1	111	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	—	—	—	—
511 01-1	111	Geschäftsbedarf	—	1.000	1.000	—	1
512 01-8	111	Bücher und Zeitschriften	—	2.800	2.800	—	3
513 01-4	111	Post- und Fernmeldegebühren	—	2.500	2.500	—	6
515 01-7	111	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	4.000	4.000	—	3
515 02-5	111	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	25.000	13.000	+12.000	39
517 01-0	111	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	57.400	49.400	+8.000	36
517 19-2	111	Reinigungskosten	—	33.800	23.800	+10.000	22
517 59-1	111	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	36.000	31.000	+5.000	26
518 01-6	111	Mieten und Pachten	—	272.000	222.000	+50.000	210
519 01-2	111	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	—	—	—	—
525 01-2	111	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	1.000	1.000	—	1
526 01-9	111	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1.000	1.000	—	0
527 01-5	111	Reisekostenvergütungen	—	8.600	8.600	—	1
527 03-1	111	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	1.000	1.000	—	1
537 01-0	111	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	5.000	1.000	+4.000	0
981 07-7	990	Abführung an 13 21 - 381 07	—	12.500	—	+12.500	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 62		Prüfungsvergütungen	(—)	(314.700)	(298.200)	(+16.500)	(315)
427 62-2	111	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	10.000	10.000	—	—
511 62-3	111	Geschäftsbedarf	—	27.200	27.200	—	32
512 62-0	111	Bücher und Zeitschriften	—	2.000	2.000	—	2
513 62-6	111	Post- und Fernmeldegebühren	—	38.000	38.000	—	32
526 62-0	111	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1.000	1.000	—	—
527 62-7	111	Reisekostenvergütungen	—	228.500	212.000	+16.500	242

ERLÄUTERUNGEN

Zu 07 56 allgemein

Durch Beschluss des LM ist zum 1. 5. 1989 das Nieders. Landesprüfungsamt für Lehrämter (NLPA) mit Sitz in Hannover errichtet worden, in dem die bisherigen Prüfungsämter konzentriert wurden.

An den Hochschulstandorten bestehen Außenstellen des NLPA.

Zu 422 01, 425 01, 426 03

Für das Kapitel 07 56 wurde ab 1. 1. 1998 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 31,74 Vollzeiteinheiten (VZE).

Beschäftigungsvolumen:

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	17,00	17,00	—	17
Angestellte	14,71	14,00	0,71	15
Lohnempfänger/-innen	0,03	—	0,03	—
Insgesamt	31,74	31,00	0,74	32

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 2 902 200 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	2 902 000
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	20 600
43	Versorgungsbezüge	588 700
44	Beihilfen, Unterstützungen	140 400
45	Personalbezogene Sachausgaben	0
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	77 000
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0
Summe der Personalausgaben im Kapitel 07 56		3 728 700

In den Vergütungen der Angestellten sind Mittel für 1 ständige, nicht vollbeschäftigte Angestellte im Verwaltungsdienst bei einer Außenstelle des NLPA veranschlagt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

In den Löhnen sind Mittel für 1 stundenweise beschäftigte Kraft im Reinigungsdienst bei einer Außenstelle veranschlagt.

Zu 427 01

Für Vertretungs- und Aushilfskräfte, insbesondere während der Prüfungszeiten.

Zu 981 07

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Epl. 13.

Zu Titelgruppe 62

Ausgaben im Zusammenhang mit den Lehramtsprüfungen.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0756 Niedersächsisches Landesprüfungsamt für Lehrämter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
547 62-8	111	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	8.000	8.000	—	7
TGr. 99		Maschinelle Aufbereitung (Automation)	(—)	(124.600)	(75.100)	(+49.500)	(112)
538 99-8	111	Dienstleistungen Außenstehender	—	62.600	25.000	+37.600	—
547 99-7	111	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	62.000	50.100	+11.900	112
812 99-2	111	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 07 56					
		1 Eigene Einnahmen		9.000	14.000	–5.000	
		Summe der Einnahmen		9.000	14.000	–5.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	2.913.000	2.948.700	–35.700	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	880.400	725.400	+155.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	12.500	—	+12.500	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	3.805.900	3.674.100	+131.800	
		Zuschuss		3.796.900	3.660.100	+136.800	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		588.700	641.700		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		4.394.600	4.315.800		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		4.385.600	4.301.800		

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 99

Für die Neu- bzw. Ersatzbeschaffung sowie Unterhaltung von Personalcomputern mit Zubehör.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0758 Unterstützung der Schulentwicklung und Medien- bildung / Fort- und Weiterbildung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 12-6	011	Gebühren und Auslagen für die Prüfung von Schulbüchern ***vgl. Vermerk zu 526 02 <i>Beträge, die in früheren Haushaltsjahren zuviel vereinnahmt worden sind, dürfen durch Absetzung von der Einnahme zurückgezahlt werden.</i>		165.000	165.000	—	170
113 99-4	154	Erlöse aus dem Verkauf von DV-Geräten * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 99.		—	—	—	—
119 12-7	159	Einnahmen für Materialien des technischen Dienstes * Vgl. K-Vermerk zu 522 51.		10.000	30.000	-20.000	5
119 24-0	154	Einnahmen für Unterkunft und Verpflegung in Aus- und Fortbildungsstätten		200.000	200.000	—	177
119 31-3	154	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		5.000	—	+5.000	6
119 34-8	159	Einnahmen aus dem Verkauf von Medienkatalogen und Kontextmaterialien * Vgl. K-Vermerk zu 531 34.		30.000	30.000	—	57
119 41-0	159	Rückzahlung von Überzahlungen		2.500	2.500	—	2
119 46-1	159	Ersatzleistungen		1.000	1.000	—	1
119 51-8	154	Vermischte Einnahmen		2.000	1.000	+1.000	—
119 62-3	154	Sonstige Verwaltungseinnahmen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.		—	—	—	1
119 67-4	154	Sonstige Verwaltungseinnahmen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.		—	220.000	-220.000	113
119 72-0	159	Sonstige Verwaltungseinnahmen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.		—	—	—	—
124 01-5	154	Mieten und Pachten		5.400	5.400	—	5
232 67-5	154	Erstattungen von anderen Ländern * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.		—	24.000	-24.000	49
251 67-0	154	Sonstige Zuweisungen vom Bund * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.		—	200.000	-200.000	149
251 68-8	154	Zuweisungen Dritter zur Durchführung von Lehrgängen für ausländische Lehrkräfte * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.		—	33.000	-33.000	—
252 72-2	159	Zuweisungen aus dem Wirtschaftsförderfonds (Kap. 5081 Tit. 919 67) * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.		—	—	—	2.756
256 01-9	154	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		135.000	—	+135.000	—
A U S G A B E N							
412 02-9	154	Entschädigungen für sonstige ehrenamtlich Tätige	—	1.700	1.700	—	2
422 01-6	154	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	7.531.700	6.463.300	+1.068.400	2.874
422 19-9	154	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-8	154	Dienstbezüge auf Grund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	352.300	395.600	-43.300	390
425 01-5	154	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	3.853
425 51-1	154	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	1.000	—	—
426 01-1	154	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	138
426 03-8	154	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	42
426 41-0	154	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 07 58 allgemein

Mit dem Haushaltsplan 2001 sind die beiden Kapitel 07 58 Nieders. Landesinstitut für Fortbildung u. Weiterbildung im Schulwesen und Medienpädagogik (NLI) und 07 59 Fortbildung und Weiterbildung im Schulwesen zusammengefasst worden. Soweit Ansatzveränderungen nicht gesondert erläutert sind, ergeben sie sich aus der Zusammenfassung der beiden Kapitel.

Das Niedersächsische Landesinstitut für Fortbildung und Weiterbildung im Schulwesen und Medienpädagogik (NLI) hat seinen Sitz in Hildesheim.

Die Aufgaben des NLI ergeben sich im Einzelnen aus dem Beschluss des LM v. 30. 1. 1979 (Nds. MBl. S. 228) in der Fassung des Beschlusses der LReg. v. 13. 6. 1995 (Nds. MBl. S. 886). Das Institut ist eine selbstständige, dem MK unmittelbar nachgeordnete Dienststelle im Geschäftsbereich des MK. Es besteht ein Lehrerfortbildungshaus (LFH) in Wolfenbüttel.

Zu 111 12

Gebühren für die Prüfung von Schulbüchern:	65 000 DM
Erstattung von Auslagen für die Prüfung von Schulbüchern:	100 000 DM

(vgl. Haushaltsvermerk zu Titel 526 02).

Zu 119 24

1. 6 600 Tage für Kurssteilnehmerinnen und Kurssteilnehmer (Lehrkräfte, Lehrkräfte z.A. u. Studienreferendarinnen und Studienreferendare)	— DM
2. 605 Tage für Kursleiterinnen und Kursleiter und Vortragende	— DM
3. 3 280 Tage für sonstige Gäste je 49,— DM Es handelt sich um einen Durchschnittssatz, der der Veranschlagung dient.	160 720 DM
4. 1 000 Tage für Schülerinnen und Schüler je 30,— DM	30 000 DM
5. 600 Tage für das aus 425 61, 426 01 und 426 61 entlohnte Heimpersonal je 12,70 DM (nur Verpflegung)	7 620 DM
6. 100 Tage für das übrige Heimpersonal je 20,— DM (nur Verpflegung)	2 000 DM
12 185 Tage	200 340 DM
Zusammen	200 000 DM
	rd.

Zu 119 46

Ersatzleistungen von Versicherungen und Privatpersonen, z. B. bei Filmschäden.

Zu 119 62

Leertitel für Einnahmen durch Werbeanzeigen Dritter in Programmheften, Spenden für die Fortbildungsarbeit u. ä., Einnahmen von geringer Bedeutung.

Zu 119 67

Leertitel für Eigenbeiträge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Studienfahrten zu Lehrerfortbildungszwecken.

Zu 124 01

Mieteinnahmen für die Dienstwohnung des Hausmeisters im LFH Wolfenbüttel.

Zu 232 67

Nach der Ländervereinbarung beteiligen sich die Länder Berlin, Schleswig-Holstein, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern entsprechend ihrer Teilnehmerquote an den Aufwendungen für den Bereich Verkehrserziehung.

Zu 251 67

Leertitel für Zuweisungen des Bundes als Anteilfinanzierung zur Durchführung besonderer Einzelveranstaltungen der Lehrerfortbildung.

Zu 251 68

Zuweisungen des Bundes für die Durchführung von Lehrgängen für ausländische Lehrkräfte (Deutschlehrerinnen und Deutschlehrer), die durch den Pädagogischen Austauschdienst (PAD) der KMK vermittelt werden.

Vgl. auch Erläuterungen zu TGr. 68.

Zu 252 72

Vgl. Erläuterungen zu TGr. 72.

Zu 412 02

Zur Beratung des NLI wird für jeweils 3 Jahre ein Beirat aus 16 Mitgliedern aus den Bereichen der Lehrerschaft, Schulverwaltung, Hochschulen, Kirchen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildet.

Die Mitglieder des Beirates erhalten ein Sitzungsgeld von 30 DM je Sitzung sowie Reisekosten nach BRKG.

Zu 422 01, 425 01, 426 01 und 426 03

Für das Kapitel 07 58 (bis 2000 Kapitel 07 58 und Kapitel 07 59) wurde ab 1. 1. 1998 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 85,71 Vollzeiteinheiten (VZE).

Beschäftigungsvolumen:

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	29,33	29,33	—	38
Angestellte	47,28	45,78	1,50	42
Lohnempfänger/-innen	9,10	7,73	1,37	8
Insgesamt	85,71	82,84	2,87	88

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 7 531 700 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	7 531 700
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	1 724 000
43	Versorgungsbezüge	1 023 600
44	Beihilfen, Unterstützungen	445 300
45	Personalbezogene Sachausgaben	12 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	244 200
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0

Summe der Personalausgaben im Kapitel 07 58 10 980 800

In den Vergütungen sind Mittel für zwei ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte im Schreib- und Fernschreibdienst (Verg.-Gr. IX b–VII BAT) enthalten, deren durchschnittliche Arbeitszeit $\frac{3}{4}$ der einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

In den Löhnen sind Mittel für 1 ständige(n) nicht vollbeschäftigte(n) Arbeiter/-in der Lohngruppe 2 MTArb (Wirtschaftsdienst) veranschlagt, deren/dessen durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Außerdem sind Mittel für 2 stundenweise beschäftigte Arbeitskräfte im Reinigungsdienst (Lohngruppe 1 MTArb) vorgesehen.

Zu 422 31

Die Planstellen der bei Personalüberhang nach § 15 der Sonderurlaubsverordnung dienstlich freigestellten lebensälteren Beamtinnen und Beamten sind in den Stellenplan zu Titel 422 31 umgesetzt worden. Sie fallen nach Versetzung oder Eintritt der Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber in den Ruhestand weg. Die Dienstbezüge der freigestellten Beamtinnen und Beamten sind bei Titel 422 31 zu buchen.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0758 Unterstützung der Schulentwicklung und Medien- bildung / Fort- und Weiterbildung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
426 51-8	154	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.000	1.000	—	—
427 01-8	154	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	1.000	20.300	-19.300	—
427 02-6	159	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte bei AB-Maßnahmen	—	135.000	—	+135.000	—
427 11-5	154	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	5.000	11.800	-6.800	—
427 39-5	154	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-9	154	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	12.000	12.000	—	47
511 01-9	154	Geschäftsbedarf	—	76.100	74.800	+1.300	66
512 01-5	154	Bücher und Zeitschriften	—	34.900	26.500	+8.400	38
513 01-1	154	Post- und Fernmeldegebühren	—	203.900	130.000	+73.900	198
514 01-8	154	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	20.000	20.000	—	10
515 01-4	154	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	19.500	6.500	+13.000	12
515 02-2	154	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	186.700	191.700	-5.000	165
517 01-7	154	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	59.200	105.300	-46.100	27
517 19-0	154	Reinigungskosten	—	60.700	62.700	-2.000	48
517 59-9	154	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	115.000	50.000	+65.000	60
518 01-3	154	Mieten und Pachten	—	161.300	161.300	—	244
519 01-0	154	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	—	—	—	—
519 03-6	154	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	9.000	4.300	+4.700	10
522 21-5	159	Labor- und Fotobedarf	—	3.000	3.000	—	1
522 51-7	159	Materialien für den technischen Dienst * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 12. ***Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.	—	10.000	30.000	-20.000	3
524 01-3	129	Lehr- und Lernmittel	—	141.600	141.600	—	126
525 01-0	154	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	20.000	6.600	+13.400	1
526 02-4	129	Entschädigungen für die Prüfung von Schulbüchern * Übertragbar. ***Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Ist-Einnahme für Auslagen bei 111 12. Die nicht durch Einnahmen für Auslagen im lfd. Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs.6 LHO nachzuweisen.	—	100.000	100.000	—	109
527 01-2	154	Reisekostenvergütungen	—	87.600	86.100	+1.500	83
527 03-9	154	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	2.600	2.600	—	0
531 01-0	154	Veröffentlichungen	—	70.800	60.100	+10.700	18
531 02-8	159	Sonstige Veröffentlichungen	—	—	11.500	-11.500	12
531 34-6	159	Herstellung von Medienkatalogen und Kontextmaterialien * Übertragbar.	—	30.000	30.000	—	47

 ERLÄUTERUNGEN

Zu 427 01

Für die Vertretung der Heimleiterin/des Heimleiters bzw. der Verwaltungsangestellten sowie der Hausmeisterin/des Hausmeisters im Lehrerfortbildungsheim Wolfenbüttel.

Zu 427 11

Entschädigungen für Referentinnen und Referenten bei der Durchführung von Arbeitstagungen zur Vorbereitung von Kursen.

Zu den Titeln der OGr. 51 – 54

Für Lehrplanarbeiten für den Bereich der allgemein bildenden Schulen wurden insgesamt 106 600 DM veranschlagt.

Zu 514 01**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	2	2	2

Zu 517 01

Wassergeld, Grundbesitzabgaben, vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen und sonstige Hauswirtschaftskosten.

Zu 522 51

Materialien für den Aufnahmedienst sowie Ersatzteile und Zubehör für audiovisuelle Bildungsmittel.

Zu 526 02

Vgl. Erläuterungen zu Titel 111 12.

Zu 531 01

U. a. für die Herausgabe von 4 NLI-Berichten, die Erstellung des Schulbuchverzeichnisses sowie für die Lehrpläne im Bereich der allgemein bildenden Schulen.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0758 Unterstützung der Schulentwicklung und Medien- bildung / Fort- und Weiterbildung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 531 34-6		<i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 34. ***Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gemäß § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen</i>					
532 01-6	154	Unterkunftsgeräte und Spinnstoffe	—	13.000	10.000	+3.000	15
535 01-5	159	Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	—	6.200	6.200	—	0
535 02-3	159	Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	—	21.400	21.400	—	26
537 01-8	129	Kosten für Behördenumzüge, Verlegungen	—	2.000	—	+2.000	—
538 01-4	154	Kosten für Unterkunft und Verpflegung	—	52.900	52.900	—	51
546 59-9	154	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	8.000	7.000	+1.000	22
681 01-1	154	Schadensersatzleistungen und Unfallent- schädigungen	—	—	—	—	—
811 01-2	154	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	30
812 13-2	154	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-9	154	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen ***Ausgaben für die Ersatzbeschaffungen (Mobiliar) in Höhe von 70.000 DM für das LFH Wolfenbüttel dürfen nur mit Zustim- mung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen geleistet werden.	—	110.000	—	+110.000	126
812 35-3	159	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	—	—	—	—	—
981 07-4	990	Abführung an 13 21 - 381 07	—	414.800	—	+414.800	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Verpflegungskosten ** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO.	(—)	(243.700)	(243.700)	(—)	(164)
425 61-9	154	Vergütungen der Angestellten ***Hier sind auch die persönlichen Verwal- tungsausgaben für das Küchenpersonal mit Ausnahme der Wirtschaftsleiter zu ver- ausgaben.	—	7.800	7.800	—	—
426 61-5	154	Löhne der Arbeiter/Arbeiterinnen ***Vgl. Vermerk zu 425 61.	—	105.500	105.500	—	64
522 61-4	154	Lebensmittel, Zutaten * Einseitig deckungsfähig bis zur Höhe von 80.000 DM zu Lasten 538 67. ** Das Verpflegungsgeld ist nach der tat- sächlichen Verpflegungsstärke und dem festgesetzten Tagesverpflegungssatz zu berechnen.	—	116.800	116.800	—	80
547 61-7	154	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben ** Das Verpflegungsgeld ist nach der tat- sächlichen Verpflegungsstärke und dem festgesetzten Tagesverpflegungssatz zu berechnen.	—	13.600	13.600	—	20
TGr. 62		Verwaltungsausgaben der Fortbildungs- regionen * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 62.	(—)	(907.800)	(873.600)	(+34.200)	(770)
425 62-7	111	Vergütungen der ständigen, nur teilzeit- beschäftigten Angestellten	—	530.800	523.900	+6.900	461
546 62-9	111	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	241.000	241.100	-100	209
632 62-2	111	Erstattung an die Universität Oldenburg	—	81.700	54.300	+27.400	56

ERLÄUTERUNGEN

Zu 535 02

Insbesondere für Geräte in der Fotowerkstatt und im technischen Bereich.

Zu 538 01

Ausgaben für die Durchführung von Arbeitstagungen im Zusammenhang mit Lehrplanarbeiten im Bereich der allgemein bildenden Schulen.

Zu 812 15

Dienstzimmerausstattungen des NLI (40 000 DM) und Ersatzbeschaffungen (Mobiliar) für das LFH Wolfenbüttel (70 000 DM).

Zu 981 07

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Epl. 13.

Zu Titelgruppe 61

12 185 Verpflegungstage für Kursusteilnehmerinnen und Kursusteilnehmer einschließlich Kursusleiterinnen und Kursusleiter und Vortragende, Feriengäste und Heimpersonal	
je 20,— DM	243 700 DM

Zu 426 61

Für 2 Arbeiterinnen und Arbeiter im Wirtschaftsdienst (Lohngruppe 2 MTArb).

Zu Titelgruppe 62

Mittel für persönliche und sächliche Verwaltungsausgaben für die 16 Fortbildungsregionen bei den ehemaligen Schulaufsichtsämtern und der Universität Oldenburg sowie der Ostfriesischen Landschaft (Erl. des MK vom 21. 8. 1998 und Gem. RdErl. d. MK u. d. MWK v. 16. 12. 1999 – Regionale Fortbildung –). Die Mittel für die Durchführung der Kurse der Regionalen Fortbildung sind in TGr. 67 veranschlagt.

Zu 425 62

Mittel für 14 Verwaltungsangestellte der Fortbildungsregionen nach Verg.-Gr. VI b BAT, deren durchschnittliche Arbeitszeit bis zur Hälfte (13) bzw. bis zu 3/4 (1) der einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu 632 62

Erstattung der sächlichen und persönlichen Verwaltungsausgaben für das Oldenburger Fortbildungszentrum (OFZ), das der Universität Oldenburg zugeordnet ist (Anlage 1 des v. g. Gem. RdErl. v. 16. 12. 1999).

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0758 Unterstützung der Schulentwicklung und Medien- bildung / Fort- und Weiterbildung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
685 62-9	111	Erstattungen an die Ostfriesische Landschaft	—	54.300	54.300	—	44
TGr. 65		Kommissionen d. berufsbildenden Schulwesens (STAG für CUM)	(—)	(155.900)	(155.900)	(—)	(138)
412 65-7	154	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	19.400	19.400	—	9
527 65-9	154	Reisekostenvergütungen	—	88.100	88.100	—	73
531 65-6	129	Veröffentlichungen *** Abweichend von § 61 Abs.1 und § 63 Abs.3 LHO dürfen Lehrpläne unentgeltlich abgegeben werden.	—	16.300	16.300	—	11
547 65-0	154	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	32.100	32.100	—	45
TGr. 66		Weiterbildung von Lehrkräften in Hochschuleinrichtungen	(—)	(324.000)	(308.700)	(+15.300)	(308)
427 66-2	111	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	16.300	1.000	+15.300	21
525 66-4	111	Reisekostenvergütungen	—	101.000	101.000	—	89
547 66-8	111	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	206.700	206.700	—	197
TGr. 67		Fortbildungsveranstaltungen und Weiterbildungsmaßnahmen im Schulwesen * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 67, 232 67 und 251 67. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(—)	(3.050.000)	(3.509.100)	(-459.100)	(3.572)
425 67-8	154	Vergütungen der Angestellten	—	20.000	20.000	—	28
427 67-0	154	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	523.500	943.500	-420.000	467
524 67-6	154	Lehr- und Lernmittel	—	54.700	91.400	-36.700	43
527 67-5	154	Reisekostenvergütungen	—	942.200	965.000	-22.800	1.328
531 67-2	154	Veröffentlichungen	—	79.100	73.200	+5.900	77
538 67-7	154	Kosten für Unterkunft und Verpflegung außerhalb landeseigener Lehrerfortbildungsheime * Einseitig deckungsfähig bis zur Höhe von 80.000 DM zugunsten 522 61.	—	1.349.000	1.340.600	+8.400	1.483
547 67-6	154	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	81.500	75.400	+6.100	145
TGr. 68		Durchführung von Lehrgängen f. ausländische Lehrkräfte * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 251 68. *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Materialien (z.B. Rahmenrichtlinien, Broschüren, didaktisches Material) unentgeltlich abgegeben werden.	(—)	(72.400)	(72.400)	(—)	(70)
427 68-9	154	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	10.000	10.000	—	4
527 68-3	154	Reisekostenvergütungen	—	26.900	26.900	—	37
538 68-5	154	Dienstleistungen Außenstehender	—	32.500	32.500	—	24
547 68-4	154	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	3.000	3.000	—	5

ERLÄUTERUNGEN

Zu 685 62

Erstattung der sächlichen und persönlichen Ausgaben für das Regionale Pädagogische Zentrum (RPZ) Aurich, dessen Träger die Ostfriesische Landschaft ist (Anlage 2 des v. g. Gem. RdErl. v. 16. 12. 1999).

Zu Titelgruppe 65

Für Entschädigungen und Reisekostenvergütungen für die Mitglieder der Kommissionen und Arbeitsgruppen des berufsbildenden Schulwesens (StAG für CUM).

Zu Titelgruppe 66

Zur Weiterbildung von ca. 80 Lehrkräften aller Schulformen zu Beratungslehrerinnen und Beratungslehrern sowie Fernstudium für die Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern für die Fächer Evangelische und Katholische Religion an der Hochschule Hildesheim.

Zu Titelgruppe 67

Mittel für die Durchführung

- der Kurse der Regionalen Fortbildung,
- von zentralen Lehrerfortbildungsveranstaltungen,
- von vorbereitenden Maßnahmen für die Durchführung von Kursen sowie
- für die Fortbildung der schulfachlichen und schulpsychologischen Dezernentinnen und Dezernenten der Schulbehörden.

Der Ansatz 2000 ist um die voraussichtlich eingehenden Einnahmen bei den Titeln 119 67, 232 67 und 251 67 um insgesamt 444 000 DM gekürzt worden. Der HV wurde entsprechend geändert. Die zweckgebundenen Einnahmen sind bei der TGr. 67 zweckentsprechend zu verausgaben.

Die Haushaltsmittel für die Regionale Fortbildung – sächliche und persönliche Verwaltungsausgaben der 16 Fortbildungsregionen – sind in TGr. 62 veranschlagt.

Zu 425 67

Für die Vergütung der im Rahmen des Verwaltungsabkommens über die Zusammenarbeit in der Fortbildung für Verkehrserziehung zwischen den Ländern Berlin, Schleswig-Holstein, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen stundenweise tätigen Verwaltungsangestellten.

Zu 427 67

Für nebenamtlich tätige Kursleiterinnen und Kursleiter, Referentinnen und Referenten und Moderatorinnen und Moderatoren.

Zu 527 67

Es handelt sich u. a. um Reisekostenvergütungen

- a) für Leiterinnen und Leiter, Vortragende und Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Kursen einschließlich der Besichtigungsfahrten und Praktikumsurse in Betrieben,
- b) für Kursleiterinnen und Kursleiter aus Anlaß von Vorgesprechungen über abzuhaltende Kurse,
- c) für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Arbeitstagen und Dienstbesprechungen im Rahmen des Vorhabens „Sucht- und Drogenprävention“,
- d) für Fortbildungskurse, in denen Lehrerinnen und Lehrer auf den Unterricht mit Aussiedlern pp. vorbereitet werden sollen.

Zu 538 67

Ausgaben für Unterkunft und Verpflegung für Lehrerfort- und -weiterbildungsmaßnahmen, die nicht im landeseigenen Lehrerfortbildungsheim durchgeführt werden.

Zu 547 67

U. a. für Wartung und Reparatur der Medien, Wartung und Miete des Kopierers in dem landeseigenen Lehrerfortbildungsheim sowie Kursnebenkosten (z. B. Verbrauchsmaterial).

Zu Titelgruppe 68

Ausgaben zur Vorbereitung und Durchführung von Lehrgängen für ausländische Lehrkräfte (Deutschlehrerinnen und Deutschlehrer),

1. im Rahmen des Europäischen Kooperationsprogramms nach LINGUA Aktion I b,
2. im Rahmen der Zusammenarbeit mit mittel- und osteuropäischen Ländern (z. B. Polen, Ungarn, Slowakei, Litauen),
3. Lehrgänge für ausländische Lehrkräfte (Deutschlehrerinnen und Deutschlehrer), die vom PAD der KMK vermittelt und finanziert werden.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0758 Unterstützung der Schulentwicklung und Medien- bildung / Fort- und Weiterbildung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 69		Schulinterne Lehrerfortbildung (SchiLF)	(—)	(—)	(—)	(—)	(51)
427 69-7	154	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige * Vgl. D-Vermerk zu 0707 - 527 75.	—	—	—	—	39
524 69-2	154	Lehr- und Lernmittel * Vgl. D-Vermerk zu 0707 - 527 75.	—	—	—	—	3
527 69-1	154	Reisekostenvergütungen * Vgl. D-Vermerk zu 0707 - 527 75.	—	—	—	—	4
538 69-3	154	Kosten für Unterkunft und Verpflegung außerhalb landeseigener Lehrerfortbildungsheime * Vgl. D-Vermerk zu 0707 - 527 75.	—	—	—	—	3
547 69-2	154	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 0707 - 527 75.	—	—	—	—	2
TGr. 71		Maßnahmen zur Suchtprävention ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(—)	(—)	(16.000)	(-16.000)	(18)
527 71-3	111	Reisekostenvergütungen	—	—	8.000	-8.000	4
547 71-4	111	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	8.000	-8.000	14
685 71-8	111	Zuschüsse für Maßnahmen an Sonstige	—	—	—	—	0
TGr. 72		Multimedia und Bildung * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 72 und 252 72.	(—)	(—)	(—)	(—)	(2.238)
427 72-7	159	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	—
429 72-0	159	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	62
527 72-1	159	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	311
547 72-2	159	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	1.296
653 72-7	159	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	517
812 72-8	159	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	53
TGr. 99		Kosten der Informations- u. Kommunikationstechnik * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 113 99.	(—)	(51.000)	(36.900)	(+14.100)	(37)
525 99-0	154	Aus-und Fortbildung der Bediensteten	—	8.400	5.000	+3.400	—
538 99-5	154	Dienstleistungen Außenstehender	—	1.000	—	+1.000	—
547 99-4	159	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	41.600	31.900	+9.700	37
812 99-0	154	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen * Übertragbar.	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		5.000	-5.000	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 69

Im Rahmen des Modellversuchs „Budgetierung von Haushaltsmitteln des Landes für öffentliche Schulen“ sind die Ausgaben für die schulinterne Lehrerfortbildung (SchLF) bei Kap. 07 59 TGr. 69 nachzuweisen. Ausgaben sind im Rahmen des Schulbudgets bei Kap. 07 07 TGr. 75 – 77 (Reisekostenvergütungen aus Anlass von Schulfahrten) und 88 (Kosten der Lernmittelfreiheit) gedeckt.

Zu Titelgruppe 71

Mit dem Haushaltsplan 2001 ist die Titelgruppe 71 aufgelöst worden. Die Mittel wurden nach Kapitel 07 07 TGr. 89 verlagert.

Zu Titelgruppe 72

Abwicklung des Projekts „Multimedia-Initiative Niedersachsen“.

Das Projekt läuft vom 1. 9. 1998 bis zum 30. 6. 2001.

Es wird mit 6,0 Mio. DM aus dem Wirtschaftsförderfonds des Landes und mit 3,0 Mio. DM aus Mitteln der Telekom AG (Sachmittelausstattung) gefördert.

Zu Titelgruppe 99

U. a. für die Pflege und Ergänzung des im NLI aufgebauten Netzwerkes sowie IZN Entgelte.

Einzelplan 07 Kultusministerium
 Kapitel 0758 Unterstützung der Schulentwicklung und Medien- bildung / Fort- und Weiterbildung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 07 58					
		1 Eigene Einnahmen		420.900	229.500	+191.400	
		2 Übertragungseinnahmen		135.000	—	+135.000	
		Summe der Einnahmen		555.900	229.500	+326.400	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	9.274.000	6.929.100	+2.344.900	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	4.950.900	1.577.200	+3.373.700	
		6 Übertragungsausgaben	—	136.000	—	+136.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	110.000	—	+110.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	414.800	—	+414.800	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	14.885.700	8.506.300	+6.379.400	
		Zuschuss		14.329.800	8.276.800	+6.053.000	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		1.023.600	929.600		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		15.909.300	9.435.900		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		15.353.400	9.206.400		

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0765 Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
519 01-1	190	Bauunterhaltung der Schloßpfarrkirche Liebenburg * Übertragbar.	—	70.000	—	+70.000	70
519 02-0	190	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten * Übertragbar.	—	7.000	—	+7.000	7
684 31-4	190	Staatsleistung an die evangelischen Landes- kirchen	—	58.374.600	57.276.600	+1.098.000	56.108
684 33-0	190	Staatsleistung an die Diözesen	—	14.646.100	14.370.600	+275.500	14.077
684 34-9	190	Zuschuss an den Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen	—	1.144.500	652.800	+491.700	1.108
684 37-3	190	Staatsleistungen an die Freien Humanisten Niedersachsen	—	393.900	393.900	—	391
684 39-0	190	Leistung an die Evangelisch-methodistische Kirche in Norddeutschland	—	40.000	40.000	—	40
684 51-9	189	Zuschüsse an Vereine für christlich- jüdische Zusammenarbeit	—	10.000	10.000	—	29
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		450.000	-450.000	
		Abschluss Kapitel 07 65					
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	77.000	—	+77.000	
		6 Übertragungsausgaben	—	74.609.100	73.193.900	+1.415.200	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	74.686.100	73.193.900	+1.492.200	
		Zuschuss		74.686.100	73.193.900	+1.492.200	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 519 01 und 519 02

Für die Bauunterhaltung der Schlosspfarrkirche in Liebenburg auf Grund § 5 Abs. 2 des Kaufvertrages vom 9. 5. 1974.

Nach Art. 16 des Konkordats vom 26. 2. 1965 und § 10 der Anlage zum Konkordat verzichtet die Diözese Hildesheim auf Ansprüche gegen das Land Niedersachsen, die sich auf die Diözesangebäude und -grundstücke beziehen. Zum Ausgleich überträgt das Land das Eigentum an diesen Gebäuden und Grundstücken auf die Diözese. Eine Eigentumsübertragung entfällt, wenn nur Teile staatlicher Gebäude kirchlich genutzt werden; die gegenseitigen Ansprüche sollen dann durch Einzelvereinbarungen geregelt werden.

Das früher im Eigentum des Landes Niedersachsen stehende, inzwischen verkaufte Schloss Liebenburg wird zu $\frac{2}{5}$ von der Diözese Hildesheim für kirchliche Zwecke genutzt (röm.-kath. Schlosspfarrkirche Liebenburg). Nach § 5 Abs. 2 des Kaufvertrages obliegt die bauliche Unterhaltung dieses Teiles des Schlosses Liebenburg bis zu ihrer Ablösung weiterhin dem Lande Niedersachsen.

Zu 684 31

Dotation für kirchenregimentliche Zwecke und Zuschüsse für Zwecke der Pfarrbesoldung und -versorgung gemäß Artikel 16 Abs. 1 des Vertrages des Landes Niedersachsen mit den Evangelischen Landeskirchen vom 19. 3. 1955 (Nds. GVBl. 1955 S. 159).

Die jährliche Staatsleistung ist in ihrer Höhe gemäß Artikel 16 Abs. 1 Satz 2 des Vertrages vom 19. 3. 1955 laufend den Veränderungen der Besoldung der Landesbeamten anzupassen.

Nach einem zwischen den Landeskirchen vereinbarten Schlüssel entfallen auf die

Ev.-luth. Landeskirche Hannovers	39 093 200 DM
Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig	7 229 300 DM
Ev.-luth. Kirche in Oldenburg	5 906 200 DM
Ev.-ref. Kirche in Nordwestdeutschland	5 350 200 DM
Ev.-luth. Landeskirche Schaumburg-Lippe	795 700 DM

Zusammen 58 374 600 DM

Zu 684 33

Dotation und Zuschuss für Zwecke der Pfarrbesoldung und -versorgung gemäß Artikel 15 Absatz 1 des Konkordats zwischen dem Heiligen Stuhle und dem Lande Niedersachsen vom 26. 2. 1965 (Nds. GVBl. 1965 S. 192).

Die jährliche Staatsleistung ist in ihrer Höhe gem. Artikel 15 Abs. 1 Satz 2 des Konkordats vom 26. 2. 1965 laufend den Veränderungen der Besoldung der Landesbeamten anzupassen.

Nach einem zwischen den Diözesen vereinbarten Schlüssel entfallen auf

die Diözese Hildesheim	6 699 100 DM
die Diözese Osnabrück	5 250 600 DM
das Bischöflich-Münstersche Offizialat in Vechta	2 696 400 DM

Zusammen 14 646 100 DM

Zu 684 34

Dotation zu den Ausgaben des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen und den jüdischen Gemeinden in Niedersachsen für religiöse und kulturelle Bedürfnisse sowie für die Verwaltung gem. Vertrag von 15.07.1999 (GVBl. 1999, S. 364). Mehr infolge Vertragsänderung 1999.

Die jährliche Landesleistung ist in ihrer Höhe gem. § 1 des Vertrages laufend den Veränderungen der Besoldung der Landesbeamten anzupassen.

Zu 684 37

Zuschuss zu den Personalkosten gemäß § 7 Abs.1 des Vertrages zwischen dem Lande Niedersachsen und der Freireligiösen Landesgemeinschaft Niedersachsen (jetzt Freie Humanisten Niedersachsen) vom 8. 6. 1970.

Die jährliche Staatsleistung ist in ihrer Höhe gemäß § 7 Abs. 1 Satz 2 des Vertrages vom 8. 6. 1970 laufend den Veränderungen der Besoldung der Landesbeamten anzupassen.

Zu 684 39

Zuschuss zu den Personalkosten gemäß § 1 des Vertrages zwischen dem Lande Niedersachsen und der Evangelisch-Methodistischen Kirche in Norddeutschland vom 26. 1. 1978, geändert durch Vertrag vom 9. 8. 1993 (Nds. MBl. 1994 S. 453).

Die Staatsleistung wird letztmals im Jahre 2022 gezahlt (gleitender Ausstieg).

Zu 684 51

Mit den Mitteln sollen Bestrebungen zur Förderung der Verständigung zwischen den Völkern, Religionen und Rassen unterstützt werden. In Niedersachsen werden zehn Vereine für christlich-jüdische Zusammenarbeit gefördert.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
119 41-0	238	Rückzahlung von Überzahlungen		3.005.000	5.000	+3.000.000	—
119 42-9	239	Rückflüsse aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentspr. verwendeten Zuweisungen d. Bundes u. Dritter (einschl. Zinsen) * Vgl. K-Vermerk zu 544 02.		40.000	40.000	—	—
119 51-8	238	Vermischte Einnahmen		5.000	3.000	+2.000	67
119 61-5	239	Einnahmen aus Teilnehmerbeiträgen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		—	—	—	—
119 62-3	213	Einnahmen aus Teilnehmerbeiträgen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.		—	—	—	145
119 63-1	213	Einnahmen nach der Nds. Verordnung über die Schiedsstelle nach § 78 g SGB VIII - KJHG - * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.		—	—	—	13
119 75-5	155	Rückflüsse aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentspr. verwendeten Zuwendungen des Landes (einschl. Zinsen) * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 75.		—	—	—	102
119 79-8	155	Rückflüsse aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentspr. verwendeten Zuwendungen des Landes (einschl. Zinsen) * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 79.		—	—	—	96
243 01-4	237	Erstattung (Kostenbeiträge) zu den abgeschlossenen Hilfen für Minderjährige durch örtliche Träger der Jugendhilfe		80.000	50.000	+30.000	80
256 01-9	213	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	—
281 02-1	237	Kostenbeiträge zu den Kosten ehemaliger Fürsorgeerziehung und freiwilliger Erziehungshilfe		10.000	10.000	—	12
282 65-6	239	Spenden Dritter für den Landeswettbewerb Kinderfreundliche Gemeinde * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.		—	—	—	—
282 92-3	151	Zuschüsse des deutsch-polnischen Jugendwerks zur Förderung des Austauschs von Jugendlichen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 92.		64.000	64.000	—	58
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			1.000	–1.000	
A U S G A B E N							
422 01-6	213	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	4.666.300	4.037.700	+628.600	4.250
422 19-9	213	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-8	213	Dienstbezüge auf Grund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	211.000	292.400	–81.400	297
422 51-2	213	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
425 01-5	213	Vergütungen der Angestellten	—	—	4.727.000	–4.727.000	3.571
427 01-8	213	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 07-7	213	Beschäftigungsentgelte für Praktikanten/ Praktikantinnen	—	50.000	50.000	—	42
512 01-5	213	Bücher und Zeitschriften	—	10.000	20.000	–10.000	15
526 01-6	213	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	7.000	27.000	–20.000	18
531 01-0	213	Veröffentlichungen	—	20.000	20.000	—	22
544 02-2	239	Rückzahlungen aus nicht in Anspruch genommenen oder nicht zweckentsprechend verwend. Zuweis. d. Bundes u. Dritter (einschl. Zinsen) * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden	—	40.000	40.000	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 07 71 allgemein:

Das Nds. Landesjugendamt (NLJA) in Hannover nimmt die Aufgaben des überörtlichen Trägers der Jugendhilfe wahr (§§ 69 ff. SGB VIII). Es hat Standorte in Hannover, Braunschweig, Lüneburg und Oldenburg.

Infolge der Auflösung des NLJA als eigenständige Behörde und deren Eingliederung in die Bezirksregierung Hannover (Dezernat 407) zum 01. 07. 1999 sind für das bei der Bezirksregierung tätige Fachpersonal nunmehr nur noch die

- a) Ausgaben für Dienstbezüge und dgl. (Obergruppe 42)
- b) Ausgaben für die eigentlichen Fachaufgaben (insbesondere Ausgaben der Gruppe 535 und des Titels 812 35) sowie die
- c) Einnahmen, die mit den Ausgaben zu a) und b) im ursächlichen Zusammenhang stehen bei Kapitel 07 71 veranschlagt.

Alle übrigen Einnahmen und Ausgaben sind bei Kapitel 03 05 ausgebracht. Darüber hinaus sind die bisher im Kapitel 07 72 veranschlagten Einnahmen und Ausgaben nunmehr ebenfalls im Kapitel 07 71 ausgebracht. Sie beinhalten insbesondere

- a) Zuschüsse nach § 6 Abs. 1, § 7 Abs. 1 und 2 sowie Zuwendungen nach § 7 Abs. 4, § 10 und § 11 des Gesetzes zur Förderung der Jugendarbeit (Jugendförderungsgesetz)
- b) Zuwendungen für allgemeine Maßnahmen der Jugendarbeit (internationale Jugendbegegnungen, Bau von Jugendherbergen und zentralen Stätten der Jugendhilfe),
- c) Bildungsmaßnahmen,
- d) Sondermaßnahmen gemäß §§ 12 und 13 Jugendförderungsgesetz,
- e) Zuwendungen zur Förderung der Jugendsozialarbeit,
- f) Mittel zur Förderung von Maßnahmen zur sozialpädagogischen Betreuung jugendlicher Straftäter,
- g) Spielbankmittel für Maßnahmen der Jugendhilfe (sozialer Bereich),
- h) Mittel zur Gewaltprävention und gegen die wachsende Jugendkriminalität und
- i) Konzessionsabgaben für Zwecke der Jugendarbeit und Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes

Zu 119 41

Rückzahlung von Überzahlungen bei Erstattungen an örtliche Jugendhilfeträger. Mehr infolge der Umsetzung der Ansätze von Kapitel 07 72 nach Kapitel 07 71.

Zu 243 01

Kostenersatz (Kostenbeiträge und übergeleitete Ansprüche) zu den Hilfen für Minderjährige durch örtliche Jugendhilfeträger.

Zu 281 02

Kostenbeiträge und übergeleitete Ansprüche zu den Kosten ehem. Fürsorgeerziehung und Freiwilliger Erziehungshilfen.

Zu 422 01 und 425 01

Für das Kapitel 07 71 wurde ab 1. 1. 2000 die Personalkostenbudgetierung (PKB) eingeführt.

Das Beschäftigungsvolumen für das Haushaltsjahr 2001 beträgt 56,34 Vollzeiteinheiten (VZE).

Nachrichtliche Aufteilung des BV:

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	30,17	30,17	—	38
Angestellte	25,17	25,17	—	20
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	55,34	55,34	—	58

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 4 666 300 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	4 666 300
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	358 300
43	Versorgungsbezüge	816 500
44	Beihilfen, Unterstützungen	241 500
45	Personalbezogene Sachausgaben	0
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	132 500
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0
Summe der Personalausgaben im Kapitel 07 71		6 215 100

Zu 427 07

Aus den veranschlagten Mitteln sollen bis zu 3 Praktikanten/-innen vergütet werden.

Zu 526 01

Ersatz der Auslagen und des Verdienstausschlags der Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses; Gerichts-, Anwalts- und ähnliche Kosten.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0771 Jugendhilfe, Nds. Landesjugendamt

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 544 02-2		<i>bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 42.</i>					
546 59-9	239	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	1.200	1.200	—	—
547 02-1	239	Kosten des Landesbeirats für Jugendarbeit und seiner Mitglieder	—	5.800	5.800	—	4
632 01-0	237	Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Land Hamburg für die gemeinsame zentrale Adoptionsstelle	—	486.100	486.100	—	444
643 01-2	237	Erstattung an Gemeinden (GV) von Kosten der Heimerziehung und Familienpflege	—	—	—	—	10.330
643 02-0	237	Erstattung an Gemeinden (GV) von Hilfen für Minderjährige	—	20.800.000	20.800.000	—	18.742
681 01-1	213	Schadensersatzleistungen und Unfallent- schädigungen	—	—	—	—	—
684 01-0	239	Zuschüsse gem. §§ 6 und 7 des Jugendförder- ungsgesetz an anerkannte Träger der Jugend- arbeit * Übertragbar.	—	9.638.400	9.447.700	+190.700	9.225
684 05-3	239	Zuschüsse für das DJI	—	45.000	65.700	–20.700	43
684 06-1	239	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige	—	—	—	—	—
684 08-8	239	Verwaltungskosten der anerkannten Träger der Jugendarbeit gem. § 7 Abs. 4 JFG ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	—	500.000	500.000	—	500
685 01-7	213	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	22.800	21.800	+1.000	22
981 07-4	990	Abführung an 13 21 - 381 07	—	19.600	—	+19.600	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		Förderung von Trägern der Jugendarbeit nach dem Jugendförderungsgesetz * Übertragbar. <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 61.</i> ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind.	(—)	(4.985.600)	(5.211.700)	(–226.100)	(4.789)
429 61-4	239	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 61-7	239	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	25.000	—	+25.000	21
653 61-1	238	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	300.000	200.000	+100.000	285
684 61-4	239	Zuschüsse an Sonstige	—	4.660.600	4.811.700	–151.100	4.483
883 61-7	238	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden	—	—	—	—	—
893 61-2	239	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	200.000	–200.000	—
TGr. 62		Aus- und Fortbildung von Fachkräften der Jugendhilfe * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 62.	(—)	(128.900)	(128.900)	(—)	(248)
427 62-0	213	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	85.100	85.100	—	147
527 62-4	213	Reisekostenvergütungen	—	28.900	28.900	—	50
533 62-4	213	Sachaufwand	—	14.900	14.900	—	51

ERLÄUTERUNGEN

Zu 546 59

Für Ehrenpreise, die vom Land für Veranstaltungen und Wettbewerbe u. a. der Jugendorganisationen gestiftet werden.

Zu 547 02

Veranschlagt sind Ausgaben gem. §§ 15 und 16 Jugendförderungsgesetz zu den Kosten des Landesbeirats für Jugendarbeit.

Zu 632 01

Erstattungen von Verwaltungsausgaben an das Land Hamburg zur Unterhaltung der gemeinsamen zentralen Adoptionsstelle der vier norddeutschen Länder in Hamburg gem. Art. 5 des Abkommens v. Mai 1979 (MBI. 1980 S. 366).

Zu 643 02

Kostenerstattung bei Gewährung von Jugendhilfe nach den §§ 89 bis 89 e KJHG (insbesondere gem. § 89 d Abs. 2 KJHG – minderjährige unbegleitete Flüchtlinge).

Zu 684 01

Gemäß § 6 Abs. 1 des Jugendförderungsgesetzes sind Zuschüsse zu den Personalkosten der hauptberuflichen Jugendbildungsreferenten/-innen sowie Zuschüsse zu den Aufwendungen für den notwendigen Personal- und Sachbedarf der anerkannten Träger der Jugendarbeit gem. § 7 JFG veranschlagt.

Zuschüsse werden für 52 Jugendbildungsreferenten/-innen gewährt.

Zu 684 05

Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) erarbeitet die empirischen und theoretischen Grundlagen für die Durchführung von Entscheidungen im Bereich der Familien- und Jugendpolitik. Die Finanzierung erfolgt überwiegend durch den Bund. Die Länderanteile werden nach dem Königsteiner Schlüssel ermittelt.

Zu 684 08

Veranschlagt sind Zuwendungen an den Landesjugendring Niedersachsen e.V. zu den Personal- und Sachkosten.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Landesjugendringes Niedersachsen e.V.

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben			
1. Personalausgaben	681 000	681 000	654 103
2. Sachausgaben ohne Abschreibungen	126 500	126 500	121 629
3. Abschreibungen	—	—	—
4. Schuldendienst	—	—	—
5. Ausgaben für Investitionen	—	—	—
6. Verlustvorträge	—	—	—
Zusammen	807 500	807 500	775 732
Einnahmen			
1. Eigene Einnahmen einschl. Vorsteuererstattungen	400	400	275
2. Zuschüsse des Bundesamtes für Zivildienst	6 200	6 200	6 283
3. Beiträge der Mitgliedsverbände	30 000	30 000	26 250
Mithin Fehlbetrag	770 900	770 900	742 954

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch das Land mit

a) Zuwendungen nach § 7 Abs. 4 JFG (Titel 684 08 und TGr. 93)	538 600 DM
b) Zuschuss nach § 6 Abs. 1 i.V.m. § 9 Abs. 2 JFG (Titel 684 01)	101 200 DM
c) Zuwendungen nach §§ 12, 13, JFG (TGr. 61)	131 100 DM
Zusammen	770 900 DM

Zu 685 01

1. Vereinsbeitrag für das Deutsche Institut für Vor- und Nachwuchtsarbeit in Heidelberg	2 000 DM
2. Beitrag des Landes Niedersachsen für die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter und überörtlichen Erziehungsbehörden	1 050 DM
3. Mitgliedsbeitrag für die Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe (AFET) in Hannover	8 000 DM
4. Beitrag für den Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge in Frankfurt	132 DM
5. Beitrag für die Arbeitsgemeinschaft der Jugendhilfe (AGJ)	7 500 DM
6. Beitrag für den „Deutschen Jugendhilfepreis“ – (Hermine-Albers-Preis)	1 950 DM
7. Arbeitsgemeinschaft der Jugendämter Niedersachsen/Bremen	2 100 DM
Zusammen	22 732 DM
rd.	22 800 DM

Zu 981 07

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Epl. 13.

Zu Titelgruppe 61

Vorgesehen sind Zuwendungen gemäß §§ 10, 11, 12 und 13 Jugendförderungsgesetz (JFG) zur Förderung von auf Landesebene tätigen Trägern der Jugendarbeit gem. §§ 10, 12 und 13 JFG, insbesondere	1 428 000 DM
– zu den Kosten von Bildungsveranstaltungen (RdErl. v. 12. 07. 99 – Nds. MBI. S. 441),	
– zur Erstattung von Verdienstausschlag bei Inanspruchnahme von Arbeitsbefreiung zu Zwecken der Jugendarbeit (RdErl. v. 15. 1. 87 – Nds. MBI. S. 136),	
– für Freizeit- und Erholungsmaßnahmen (RdErl. v. 23. 1. 86 – Nds. MBI. S. 178),	
– für die Entwicklung neuer Inhalte und Methoden der Kinder- und Jugendarbeit	
– für besondere Einzelvorhaben	
– für den Verband Niedersächsischer Jugendredakteure e. V.	
– für die Förderung der Ehrenamtlichkeit;	
überverbandlich wirkenden Bildungsstätten gem. §§ 11 und 13 JFG, insbesondere Zuwendungen zu den Personalkosten der Jugendbildungsstätten Juist und Steinkimmen (ab Hj. 1999 Projektförderung);	1 970 800 DM
internationalen Begegnungen gem. §§ 12 und 13 JFG. Darin enthalten sind auch Zuwendungen zu internationalen Jugendbegegnungen des Internationalen Arbeitskreises Sonnenberg;	135 000 DM
regionalen und örtlichen Trägern der Jugendarbeit gem. §§ 12 und 13 JFG.	1 451 800 DM
Veranschlagt sind insbesondere Zuwendungen für	
– Modellvorhaben und innovative Konzepte	
– Personal- und Sachausgaben von 9 Mädchenbildungsreferenten/-innen und deren Bildungsmaßnahmen (RdErl. v. 10. 6. 93 – Nds. MBI. S. 772)	
– Förderung strukturschwacher Gebiete (RdErl. v. 13. 1. 89 – Nds. MBI. S. 128), insbesondere durch Zuwendungen zu den Personal- und Sachkosten von 9 Jugendbildungsreferenten/-innen und zu den Kosten für Bildungsmaßnahmen mit dem Ziel der Gewinnung, Ausbildung und Beratung von Jugendleitern	
– Aus- und Fortbildung von Jugendleitern (Erl. v. 5. 10. 1994, geändert 12. 5. 1999)	
Zusammen	4 985 600 DM

Zusätzliche Förderungen erfolgen aus der Titelgruppe 93 (Konzessionsabgaben).

Zu Titelgruppe 62

Sachaufwand für die Aus- und Fortbildung sowie Prüfung Ausstehender. Zusätzlich zu den veranschlagten Ausgaben dürfen die bei Tit. 119 62 vereinnahmten Teilnehmerbeiträge von voraussichtlich rd. 100 000 DM verausgabt werden.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
547 62-5	213	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
TGr. 63		Kosten der Schiedsstelle gem. Nds. Verordnung nach § 78 g SGB VIII - KJHG - * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 63.	(—)	(—)	(—)	(—)	(7)
412 63-0	213	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	—	—	—	5
526 63-6	213	Kosten für Sachverständige u.ä.	—	—	—	—	—
527 63-2	213	Reisekosten	—	—	—	—	0
544 63-4	213	Rückzahlungen	—	—	—	—	1
547 63-3	213	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	1
TGr. 65		Förderung von Maßnahmen im Bereich Kinderpolitik * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 65. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
547 65-0	239	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
653 65-4	239	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
684 65-7	239	Zuschüsse für lfd. Zwecke an Sonstige aus Landesmitteln	—	—	—	—	—
TGr. 75		Förderung des Gesamtprogramms der Jugendsozialarbeit * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 75. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich. Zur Schulpflichterfüllung in Jugendwerkstätten dürfen Verpflichtungen für den im nächsten Haushaltsjahr liegenden Zeitraum des lfd. Schuljahres bis zur Höhe von 7/12 der für diesen Zweck vorgesehenen Mittel eingegangen werden.	(50.000.000) (—)	(10.590.000)	(10.590.000)	(—)	(10.734)
653 75-1	155	Zuweisungen an Gemeinden * Gegenseitig deckungsfähig: 653 75, 684 75, 653 76 und 684 76.	50.000.000 —	2.000.000	2.000.000	—	2.931
684 75-4	155	Zuschüsse an Sonstige * Vgl. D-Vermerk zu 653 75.	—	8.590.000	8.590.000	—	7.803
TGr. 76		Förderung von Projekten zur Gewaltprävention * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(—)	(3.635.000)	(955.000)	(+2.680.000)	(60)
527 76-4	155	Reisekosten	—	20.000	20.000	—	—
531 76-1	155	Veröffentlichungen ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63	—	25.000	25.000	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 63

Das Land Niedersachsen hat die Geschäftsführung für die Schiedsstelle gem. Nds. Verordnung nach § 78 g SGB VIII vom 22. 3. 2000, GVBl. S. 54 (Leistungen und Entgelte in Einrichtungen der Jugendhilfe) übernommen. Die Geschäftsstelle ist beim NLJA eingerichtet worden. Die mit der Führung der Geschäftsstelle entstehenden Personal- und Sachkosten werden vollständig aus Gebühreneinnahmen (vgl. Titel 119 63) gedeckt.

Zu Titelgruppe 65

Im Rahmen der Gemeinschaftsaktion „Niedersachsen – ein Land für Kinder“ werden Maßnahmen gefördert, die der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei der alltagsorientierten Gestaltung des Nahbereichs und von fach- bzw. ressortübergreifenden Planungsprozessen dienen. Gefördert werden können Maßnahmen der freien und öffentlichen Träger der Jugendhilfe, der Städte und Gemeinden sowie rechtsfähiger Träger, die nach ihrem Satzungszweck Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe wahrnehmen.

Die Kosten für den Landeswettbewerb „Kinderfreundliche Gemeinde“ (Geld- und Sachpreise sowie der Sachaufwand der Jury) werden teilweise aus Spenden Dritter gedeckt.

Für beide Maßnahmen sind Spielbankmittel in Höhe von 225 000 DM bei TGr. 90 veranschlagt.

Zu Titelgruppe 75

Veranschlagt sind Zuwendungen zur Förderung von Werkstattprojekten und qualifizierenden Beschäftigungsprojekten im Rahmen des Operationellen Gesamtprogramms zur beruflichen Qualifizierung und Beschäftigung behinderter, lernbeeinträchtigter und sozial benachteiligter junger Menschen in Niedersachsen gem. Richtlinie vom 8. 3. 1995 (Nds. MBl. S. 629) und zur Schulpflichterfüllung in Jugendwerkstätten (§ 67 Abs. 5 NSchG). Mittel für dieses Programm sind auch ausgewiesen bei Kap. 05 03 Titel 657 01. In 93 Werkstattprojekten werden landesweit bis zu 4 500 junge Menschen gefördert.

Die Mittel dienen der Einwerbung von Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF), die bei Kapitel 05 03 Titel 256 01 veranschlagt sind.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	—	—	—
2002	—	—	10 000 000	10 000 000
2003	—	—	10 000 000	10 000 000
2004	—	—	10 000 000	10 000 000
2005ff.	—	—	20 000 000	20 000 000

Zu Titelgruppe 76

Veranschlagt sind Zuwendungen zur Förderung von präventiven Angeboten im Bereich der Jugendsozialarbeit (Gewaltprävention).

Gefördert werden die Personalkosten für eine Stelle von Sozialpädagogen/-pädagoginnen bzw. Sozialarbeitern/-arbeiterinnen sowie die Sachmittel zur Durchführung von Nachmittagsangeboten und sozialpädagogischer Arbeit der Landkreise und kreisfreien Städte als Träger der Präventions- und Integrationsprojekte an den einzelnen schulischen Standorten.

Der Ansatz ist Teil des Projektes „Integration von jugendlichen Ausländern und jugendlichen Deutschen ausländischer Herkunft“, in dem Haushaltsmittel des MI, MFAS und des MK zusammengefasst sind.

Im Haushaltsjahr 2001 stehen zusätzlich Mittel der Spielbankabgabe (Kap. 07 71 TGr. 90) bis zur Höhe von 300 000 DM zur Verfügung.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 531 76-1		<i>Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>					
547 76-5	155	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	60.000	60.000	—	—
653 76-0	155	Zuweisungen an Gemeinden (GV) * Vgl. D-Vermerk zu 653 75.	—	1.740.000	400.000	+1.340.000	30
684 76-2	155	Zuweisungen an Sonstige * Vgl. D-Vermerk zu 653 75.	—	1.790.000	450.000	+1.340.000	30
TGr. 77		Maßnahmen gegen die wachsende Jugendkriminalität -Interventionsprogramm—	(—)	(852.800)	(1.066.000)	(–213.200)	(—)
538 77-4	239	Dienstleistungen Außenstehender * Übertragbar.	—	—	—	—	—
547 77-3	239	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * Übertragbar.	—	—	—	—	—
653 77-8	239	Zuweisungen an Gemeinden (GV) * Übertragbar.	—	—	—	—	—
684 77-0	239	Zuschüsse an Sonstige * Übertragbar.	—	852.800	1.066.000	–213.200	—
883 77-3	239	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
893 77-9	239	Zuweisungen für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 79		Regionale Arbeitsstellen zur beruflichen Eingliederung junger Menschen in Niedersachsen (RAN) * Übertragbar. <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 79.</i> ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(11.000.000) (—)	(2.200.000)	(2.200.000)	(—)	(2.316)
653 79-4	155	Zuweisungen an Gemeinden	11.000.000 —	880.000	880.000	—	1.108
684 79-7	155	Zuschüsse an Sonstige	—	1.320.000	1.320.000	—	1.209
TGr. 84		Förderung von Maßnahmen zur sozialpädagogischen Betreuung jugendlicher Straftäter * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(—)	(3.500.000)	(3.500.000)	(—)	(3.499)
653 84-0	239	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	1.000.000	1.000.000	—	1.454
684 84-3	239	Zuschüsse an Sonstige	—	2.500.000	2.500.000	—	2.045
TGr. 90		Verwendung des Landesanteils an dem Aufkommen der Spielbankabgabe * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. *** Abweichend v. §61 Abs.1 u. §63 Abs.3 LHO dürfen Fach-Veröffentlichungen f. Zwecke der Jugendhilfe unentgeltlich abgegeben werden.	(—)	(2.125.000)	(2.125.000)	(—)	(2.155)
429 90-8	238	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 90-0	238	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	100.000	100.000	—	279

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 77

Veranschlagt sind Zuwendungen an Träger von Einrichtungen für ein pädagogisches Intensivprogramm in Verbindung mit einer individuell gesicherten Heimunterbringung kriminalitätsgefährdeter Kinder bis 14 Jahre bis zu 15 Heimplätze landesweit.

Zu Titelgruppe 79

Gefördert werden die Regionalen Arbeitsstellen zur beruflichen Eingliederung junger Menschen in Niedersachsen (RAN). In 28 RAN-Projekten werden landesweit bis zu 5000 junge Menschen gefördert. Mittel für dieses Programm sind auch bei Kap. 05 03 Titel 657 01 ausgewiesen.

Die Mittel dienen der Einwerbung von Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF), die bei Kap. 05 03 Titel 256 01 veranschlagt sind.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	—	—	—
2002	—	—	2 200 000	2 200 000
2003	—	—	2 200 000	2 200 000
2004	—	—	2 200 000	2 200 000
2005ff.	—	—	4 400 000	4 400 000

Zu Titelgruppe 84

Veranschlagt sind Mittel zur Gewährung von Zuwendungen des Landes zu den Personalkosten von pädagogischen Fachkräften bei ambulanten sozialpädagogischen Angeboten der Jugendhilfe für junge Straffällige (RdErl. v. 24. 6. 1991 – Nds. MBl. S. 904 i. d. F. vom 4. 9. 1992 – Nds. MBl. S. 1305).

Zusätzlich zu den hier veranschlagten Zuwendungen werden im Haushaltsjahr 2001 weitere Zuwendungen bis zur Höhe von 1 035 500 DM aus Mitteln der Spielbankabgabe (TGr. 90) geleistet.

Zu Titelgruppe 90

Zur Verwendung des zweckgebundenen Anteils an dem Aufkommen der Spielbankabgabe gem. § 3 Abs.1 des Niedersächsischen Spielbankgesetzes (NSpielbG) vom 10. 11. 1989 – Nds. GVBl. S. 375 – zugunsten der Jugendhilfe.

Für das Haushaltsjahr 2001 stehen aus Mitteln der Spielbankabgabe 25 000 000 DM zur Verfügung. Auf den Bereich des MK entfällt hiervon ein Anteil von 8,5 v. H. = 2 125 000 DM.

Zuwendungen sind vorgesehen u. a. zur Förderung

– von Bildungs- und Freizeitmaßnahmen im Rahmen der Jugendsozialarbeit gem. Richtlinie v. 8. 3. 1999 (Nds. MBl. S. 181)	100 000 DM
– der sozialpädagogischen Betreuung jugendlicher Straftäter (Kap. 07 71 TGr. 84)	1 035 500 DM
– von sozialpädagogischen Maßnahmen für besondere Zielgruppen der Jugendsozialarbeit (insbesondere für sozial benachteiligte junge Menschen, junge Aussiedler und junge Ausländer) gem. Richtlinie v. 4. 8. 1998 (Nds. MBl. S. 1190)	200 000 DM
– von präventiven Angeboten im Bereich der Jugend(sozial)arbeit als Teil des Präventions- und Integrationsprogrammes der Landesregierung (Kap. 07 71 TGr. 76)	300 000 DM
– von Maßnahmen im Bereich „Gewalt“ einschl. FAN-Projekte – Umsetzung des „Nationalen Konzeptes Sport und Sicherheit“ –	109 500 DM
– von pädagogischen Sondermaßnahmen in Kindertagesstätten (insbes. Curriculum-Arbeit)	30 000 DM
– von Fortbildung sozialpädagogischer Fachkräfte und von Sondermaßnahmen der Jugendhilfe	70 000 DM
– von schülerinnen- und schülerbezogener Jugendsozialarbeit	25 000 DM
– von Maßnahmen im Bereich Kinderpolitik, insbes. Gemeinschaftsaktion „Niedersachsen – Ein Land für Kinder“ gem. Vertrag vom 22. 11. 1999 und Landeswettbewerb „Kinderfreundliche Gemeinde“ (07 71 TGr. 65)	225 000 DM
– von Landesverbänden (Landesarbeitsgemeinschaft für Erziehungsberatung und Landesverband der Pflege- und Adoptiveltern)	25 000 DM
– sonstige Maßnahmen der Jugendhilfe	5 000 DM
Zusammen	2 125 000 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
653 90-5	238	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	50.000	50.000	—	376
684 90-8	239	Zuschüsse an Sonstige	—	1.800.000	1.800.000	—	1.400
883 90-0	238	Zuweisungen für Investitionen an Gemein- den (GV)	—	—	—	—	—
893 90-6	239	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	175.000	175.000	—	100
TGr. 92		Verwendung der Zuschüsse des deutsch-polni- schen Jugendwerks zur Förderung des Aus- tauschs von Jugendlichen * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur ge- leistet werden bis zur Höhe der Istein- nahmen bei 282 92.	(—)	(64.000)	(64.000)	(—)	(58)
544 92-8	151	Rückzahlung nicht zweckentsprechend ver- wendeter Zuschüsse an das DPJW	—	—	—	—	—
653 92-1	151	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	17.000	17.000	—	27
684 92-4	151	Zuschüsse an Sonstige	—	47.000	47.000	—	31
TGr. 93		Zuschüsse aus Konzessionsabgaben für Zwecke der Jugendarbeit und des Kinder- u. Jugend- schutzes * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind. ***Ausgaben dürfen nur in Höhe des ge- setzlichen Anteils an der Konzessionsab- gabe geleistet werden.	(—)	(8.224.400)	(8.031.200)	(+193.200)	(4.791)
429 93-2	239	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 93-5	239	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	100.000	200.000	–100.000	90
653 93-0	239	Zuweisungen für lfd. Zwecke an Gemeinden	—	200.000	500.000	–300.000	81
684 93-2	239	Zuschüsse für lfd. Zwecke an Sonstige	—	3.900.000	3.650.000	+250.000	3.606
883 93-5	239	Zuweisungen an Gemeinden	—	1.000.000	800.000	+200.000	100
893 93-0	239	Zuschüsse an Sonstige	—	3.024.400	2.881.200	+143.200	915
TGr. 94		Zuschüsse aus Konzessionsabgabe gem. Art.10 Abs.1 u.3 HBegleitG 1997 für Zwecke der Jugendarbeit * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind. ***Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetz- lichen Anteils an den Ist-Einnahmen bei Kap. 13 02 Tit. 122 03 geleistet werden.	(—)	(—)	(—)	(—)	(2.425)
653 94-8	239	Zuweisungen für lfd. Zwecke an Gemeinden	—	—	—	—	—
684 94-0	239	Zuschüsse für lfd. Zwecke an Sonstige	—	—	—	—	—
883 94-3	239	Zuweisungen an Gemeinden	—	—	—	—	319
893 94-9	239	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	2.106
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		1.933.600	–1.933.600	

ERLÄUTERUNGEN

Zu den Konzessionsabgaben allgemein

Nach § 6 Abs. 1 des Niedersächsischen Gesetzes über das Lotteriede- und Wettwesen (NLottG) v. 21. 6. 1997 (GVBl. S. 289) haben Wettunternehmen eine Konzessionsabgabe an das Land abzuführen. Ein Teil dieser Konzessionsabgabe ist aufgrund des § 7 Abs. 1 zweckgebunden zu verwenden. Der zweckgebundene Teil beträgt im Haushaltsjahr 2001 132,6 Millionen Deutsche Mark.

Auf den Einzelplan 07 entfallen davon 6,9 v. H. für Zwecke der Jugendarbeit und des Schulsports (§ 7 Abs. 3 Nr. 1) zuzüglich eines Betrages in Höhe von 150 000 DM für Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes (§ 7 Abs. 3 Nr. 5).

Die insgesamt auf den Einzelplan 07 entfallenden Konzessionsabgaben sind wie folgt veranschlagt:

– für Zwecke des Schulsports (Kap. 07 02 TGr. 80 u. 81)	1 075 000 DM
– für Zwecke der Jugendarbeit und Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes (Kap. 07 71 TGr. 93)	8 224 400 DM
Zusammen	9 299 400 DM

Zu Titelgruppe 92

Zur Verausgabung der bei Titel 282 92 zu erwartenden zweckgebundenen Zuweisungen des Bundes.

Ausgehend von dem Vorbild des Deutsch-Französischen Jugendwerkes wurde mit der Gründung des DPJW 1991 eine Organisation ins Leben gerufen, die ein Modell für die Zusammenarbeit und Versöhnung zwischen Deutschland und Polen sein und ein Zeichen für die neuen vertrauensvollen Beziehungen zwischen beiden Ländern setzen sollte.

Vorrangige Aufgabe des DPJW ist „das gegenseitige Kennenlernen, das gegenseitige Verstehen und das enge Zusammenwirken der Jugend Deutschlands und Polens in jeder Weise zu fördern“ (Abkommen zwischen Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen vom 17. 6. 1991).

Zu Titelgruppe 93

Ausgebracht sind die gem. § 7 Abs. 2 des Niedersächsischen Gesetzes über das Lotteriede- und Wettwesen festgelegten Anteile aus der Konzessionsabgabe für Zwecke der Jugendarbeit und Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes.

Zuwendungen sind vorgesehen insbesondere zur Förderung von:

– Verwaltungskosten der anerkannten Träger der Jugendarbeit gem. § 7 Abs. 4 JFG (Titel 684 08)	38 600 DM
– auf Landesebene tätigen Trägern der Jugendarbeit gem. §§ 10, 12 und 13 JFG (Kap. 07 71 TGr. 61)	2 748 200 DM
– verbandlichen Bildungsstätten anerkannter Träger der Jugendarbeit gem. § 11 JFG	500 000 DM
– überverbandlich wirkenden Bildungsstätten gem. §§ 11 und 13 JFG (Kap. 07 71 TGr. 61)	200 000 DM
– internationalen Begegnungen gem. §§ 12 und 13 JFG (Kap. 07 71 TGr. 61)	65 000 DM
– regionalen und örtlichen Trägern der Jugendarbeit gem. §§ 12 und 13 JFG (Kap. 07 71 TGr. 61)	1 122 100 DM
– Jugendherbergen gem. §§ 12 und 13 JFG	2 068 000 DM
– Neu-, Um- und Erweiterungsbau von Freizeit- und zentralen Tagungsstätten gem. §§ 12 und 13 JFG einschließlich entsprechend genutzter Schullandheime	733 900 DM
– Vorhaben der politischen Jugendbildung	400 000 DM
– Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes (Kap. 07 74 TGr. 64)	300 000 DM
– von besonderen Maßnahmen im Bereich der familienunterstützenden Hilfen zur Erziehung	48 600 DM
Zusammen	8 224 400 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 07 71					
		1 Eigene Einnahmen		3.050.000	9.000	+3.041.000	
		2 Übertragungseinnahmen		154.000	—	+154.000	
		Summe der Einnahmen		3.204.000	9.000	+3.195.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	5.012.400	9.327.600	–4.315.200	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	457.800	1.608.300	–1.150.500	
		6 Übertragungsausgaben	61.000.000	63.139.700	21.800	+63.117.900	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	4.199.400	300.700	+3.898.700	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	19.600	—	+19.600	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	61.000.000	72.828.900	11.258.400	+61.570.500	
		Zuschuss	—	69.624.900	11.249.400	+58.375.500	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		816.500	1.555.000		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		73.645.400	12.813.400		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		70.441.400	12.804.400		

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0774 Tageseinrichtungen für Kinder, Kinder- und Jugendschutz, Mädchenförderung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 41-1	238	Rückzahlung von Überzahlungen		300.000	1.000.000	–700.000	2.393
119 51-9	238	Vermischte Einnahmen		20.000	20.000	—	33
		A U S G A B E N					
632 01-1	238	Erstattung von Verwaltungsausgaben für die ständige Vertretung der obersten Landesjugendbehörden bei der FSK	—	66.000	60.000	+6.000	66
672 01-3	238	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Landesstelle Jugendschutz	—	575.000	500.000	+75.000	500
684 04-6	239	Zuschüsse an die Landesgeschäftsstelle des Kinderschutzbundes	—	184.000	184.000	—	184
		Titelgruppe(n)					
TGr. 64		Förderung von Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes * <i>Übertragbar.</i>	(—)	(2.075.000)	(2.300.000)	(–225.000)	(2.180)
429 64-0	290	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 64-2	290	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	2
684 64-0	238	Zuschüsse für präventive Maßnahmen	—	625.000	750.000	–125.000	654
685 64-6	290	Zuschüsse für Kinderschutzzentren und Beratungsstellen	—	1.450.000	1.550.000	–100.000	1.524
893 64-8	290	Zuschüsse für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 70		Finanzhilfen gem. Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder * <i>Übertragbar.</i> *** <i>Zur Abwicklung der bisherigen Förderung dürfen auch Landeszuwendungen gewährt werden</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(153.227)
653 70-1	126	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	51.832
684 70-4	126	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	101.395
TGr. 72		Förderung von lfd. Maßnahmen gem. Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder	(—)	(—)	(160.000)	(–160.000)	(424)
427 72-8	126	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	—	—	—	—
547 72-3	126	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben für sonstige Maßnahmen	—	—	—	—	13
653 72-8	126	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für sonstige Maßnahmen	—	—	—	—	51
684 72-0	126	Zuschüsse an Sonstige für sonstige Maßnahmen	—	—	160.000	–160.000	360
TGr. 73/74		Förderung des Baues von Tageseinrichtungen für Kinder durch das Land * <i>Übertragbar.</i>	(—)	(—)	(5.350.000)	(–5.350.000)	(29.713)
883 73-1	126	Zuweisungen an Gemeinden für Investitionen in Kindergärten und Kinderkrippen	—	—	3.350.000	–3.350.000	24.154
883 74-0	126	Zuweisungen an Gemeinden für Investitionen für Kinderspielkreise	—	—	—	—	204
893 73-7	126	Zuschüsse an Sonstige für Investitionen in Kindergärten und Kinderkrippen	—	—	2.000.000	–2.000.000	5.087
893 74-5	126	Zuschüsse an Sonstige für Investitionen für Kinderspielkreise und Kleine Kindertagesstätten	—	—	—	—	268

ERLÄUTERUNGEN

Zu 07 74 allgemein

In diesem Kapitel sind insbesondere ausgebracht

- a) Förderung von Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes,
- b) Maßnahmen der Mädchenförderung.

Zu 632 01

Anteil des Landes Niedersachsen für die ständige Vertretung der obersten Landesjugendbehörden bei der freiwilligen Filmselbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) und dessen Vertretung auf Grund der Ländervereinbarung vom 1. 8. 1988.

Zu 672 01

Die Landesstelle Jugendschutz ist eine Einrichtung der freien Wohlfahrtspflege. Sie nimmt Landesaufgaben wahr. Auf Grund des abgeschlossenen öffentlich-rechtlichen Vertrages vom 14. 10. 1994 werden die Verwaltungsausgaben erstattet.

Zu 684 04

Veranschlagt sind die Mittel für die Landesgeschäftsstelle des Kinderschutzbundes.

Zu Titelgruppe 64

Gefördert werden Kinderschutzzentren und Beratungsstellen mit dem Schwerpunkt Gewalt gegen Kinder sowie präventive Maßnahmen des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0774 Tageseinrichtungen für Kinder, Kinder- und Jugendschutz, Mädchenförderung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 75		Maßnahmen zur Förderung der Ausbildung von Mädchen, Mädchen in Schule, Mädchenarbeit <i>* Übertragbar.</i>	(—)	(425.000)	(675.000)	(-250.000)	(634)
547 75-8	290	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	42
684 75-5	290	Maßnahmen zur beruflichen Orientierung von Mädchen und zur Förderung der Mädchenarbeit	—	150.000	400.000	-250.000	369
685 75-1	290	Zuschüsse für laufende Zwecke zentraler Maßnahmen <i>** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	—	275.000	275.000	—	222
893 75-3	290	Zuschüsse für Investitionen	—	—	—	—	—
Abschluss Kapitel 07 74							
1 Eigene Einnahmen				320.000	1.020.000	-700.000	
Summe der Einnahmen				320.000	1.020.000	-700.000	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	—	—	—	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	—	—	—	
6 Übertragungsausgaben			—	3.325.000	3.879.000	-554.000	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	—	5.350.000	-5.350.000	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	3.325.000	9.229.000	-5.904.000	
Zuschuss				3.005.000	8.209.000	-5.204.000	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 75

Kosten für zentrale Maßnahmen, für Maßnahmen der Mädchenarbeit und zur Integration von Mädchen und jungen Frauen in das Erwerbsleben.

Mit dem Haushaltsplan 2001 werden Mittel i.H. von 250 000 DM nach Kap. 07 71 TGr. 61 verlagert.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 24-4	156	Einnahmen für Unterkunft und Verpflegung in Aus- und Fortbildungsstätten u. ä.		75.000	75.000	—	16
119 41-4	156	Rückzahlung von Überzahlungen		1.000	1.000	—	—
119 46-5	156	Ersatzleistungen		1.000	1.000	—	—
132 01-1	156	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		—	—	—	—
132 02-0	156	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen ***Abweichend von § 61 Abs. 1 bzw. § 63 Abs. 3 LHO dürfen Lehr- und Lernmittel sowie Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		1.000	1.000	—	6
256 01-2	156	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit		—	—	—	75
281 01-7	156	Erstattungen für Kooperationsveranstaltungen * Vgl. K-Vermerk zu 533 02.		—	—	—	169
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		Landesmittel für die Gedenkstätten Bergen-Belsen und Wolfenbüttel; Zentralnachweis		(58.000)	(78.000)	(–20.000)	(62)
112 62-2	156	Einnahmen aus Geldstrafen und Geldbußen * Vgl. K-Vermerk zu 681 62.		—	—	—	1
119 62-7	156	Einnahmen aus Veröffentlichungen * Vgl. K-Vermerk zu 531 62. ***Abweichend von § 61 Abs. 1 bzw. § 63 Abs. 3 LHO dürfen Lehr- und Lernmittel sowie Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		50.000	70.000	–20.000	50
124 62-0	156	Einnahmen aus dem Gebäude der Gedenkstätte Bergen-Belsen		8.000	8.000	—	8
282 62-5	156	Spenden für die Gedenkstätten in Bergen-Belsen und in der JVA Wolfenbüttel * Vgl. K-Vermerk zu 681 62.		—	—	—	3
TGr. 63		Erhaltung der Gedenkstätte Auschwitz		(—)	(—)	(—)	(1.069)
119 63-5	156	Rückzahlung von Überzahlungen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.		—	—	—	—
242 63-1	156	Zuwendungen für den Erhalt der Gedenkstätte Auschwitz in Polen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.		—	—	—	1.069
TGr. 64		Bundesmittel für die Gedenkstätten Bergen-Belsen und Wolfenbüttel; Zentralnachweis		(295.000)	(295.000)	(—)	(277)
251 64-9	156	Bundeszusweisungen zur Förderung der Gedenkstättenarbeit * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.		—	—	—	—
256 64-0	156	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.		—	—	—	—
381 64-0	990	Zuführung von Kap. 0302 – 981 01 * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.		295.000	295.000	—	277
		A U S G A B E N					
412 01-4	156	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	12.000	2.000	+10.000	—
422 01-0	156	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	4.029.000	1.657.800	+2.371.200	1.546
422 05-2	156	Dienstbezüge der beamteten Hilfskräfte	—	—	—	—	76
422 19-2	156	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 281 01

Zuschüsse der Bundeszentrale für politische Bildung u. a.

Zu 124 62

1. Einnahmen aus der Dienstwohnung des Betreuers.
2. Sonstige Einnahmen (Heizkostenbeitrag u. a.)

Vgl. auch Erläuterungen zu Titelgruppe 62.

Zu 412 01

Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des bei der Landeszentrale gebildeten Kuratoriums und des wissenschaftlichen Beirats für die Gedenkstättenarbeit (mehr durch Umsetzung aus Kapitel 0702, Titel 412 10).

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Für das Kapitel 07 84 wurde ab dem 1. 1. 2000 die Personalbudgetierung (PKB) eingeführt.

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 44,09 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	17,00	17,00	—	20
Angestellte	25,09	25,09	—	24
Lohnempfänger/-innen	2,00	2,00	—	2
Insgesamt	44,09	44,09	—	46

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 4 029 000 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	4 029 000
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	198 700
43	Versorgungsbezüge	590 900
44	Beihilfen, Unterstützungen	203 300
45	Personalbezogene Sachausgaben	0
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	111 500
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0
Summe der Personalausgaben im Kapitel		5 133 400

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0784 Landeszentrale für politische Bildung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
422 31-1	156	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	170.000	178.800	-8.800	167
425 01-9	156	Vergütungen der Angestellten	—	—	2.372.000	-2.372.000	2.170
425 51-5	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	5.000	5.000	—	5
426 01-5	156	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	124.400	-124.400	143
427 01-1	156	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	67
427 39-9	156	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-2	156	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	—	—	—	—
511 01-2	156	Geschäftsbedarf	—	30.000	18.600	+11.400	33
512 01-9	156	Bücher und Zeitschriften	—	8.000	5.000	+3.000	8
513 01-5	156	Post- und Fernmeldegebühren	—	75.300	43.300	+32.000	44
514 01-1	156	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	8.000	9.800	-1.800	8
515 01-8	156	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	6.000	6.200	-200	6
515 02-6	156	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	50.000	21.000	+29.000	52
516 01-4	156	Dienst- und Schutzkleidung	—	1.000	1.000	—	1
517 01-0	156	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	10.800	10.800	—	11
517 19-3	156	Reinigungskosten	—	26.100	26.100	—	24
517 59-2	156	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	23.000	23.000	—	20
518 01-7	156	Mieten und Pachten	—	20.000	9.500	+10.500	16
519 03-0	156	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1.000	1.000	—	0
524 01-7	156	Lehr- und Lernmittel	—	65.000	65.000	—	50
525 01-3	156	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	6.000	1.000	+5.000	0
527 01-6	156	Reisekostenvergütungen	—	38.000	37.600	+400	41
531 01-3	156	Veröffentlichungen ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.	—	188.000	188.000	—	173
533 01-6	156	Tagungen und Kurse, Ausstellungen und Auführungen staatspolitischen Inhalts	—	1.162.000	1.083.800	+78.200	1.005
533 02-4	156	Kooperationsveranstaltungen sowie Veranstaltungen im Ausland * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 01.	—	—	—	—	168
533 03-2	156	Sachausgaben für den Schülerwettbewerb zur staatspolitischen Bildung	—	64.000	80.000	-16.000	104
535 01-9	156	Geräte für Fachaufgaben	—	1.000	1.000	—	4
537 01-1	156	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	—	—	—	1
538 01-8	156	Dienstleistungen Außenstehender	—	25.000	25.000	—	25
546 59-2	156	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	2.000	2.000	—	11
685 02-9	156	Zuschüsse für die Förderung von staatspolitisch bedeutsamen Veranstaltungen	—	350.600	280.600	+70.000	278
685 03-7	156	Zuschüsse an Sonstige im Rahmen des Aktionsbündnisses gegen Rechts ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	1.100.000	—	+1.100.000	—
685 51-7	156	Zuschüsse an politische Stiftungen	—	1.060.000	720.000	+340.000	720

ERLÄUTERUNGEN

Zu 514 01**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1. 2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	1	1	1

Zu 524 01

(bisher TGr. 61)

Für Herstellung und Beschaffung von Literatur, Filmen usw.

Zu 531 01

(bisher TGr. 61)

Veröffentlichungen im Bereich der politischen Bildungsarbeit.

Zu 533 01

Eigene Tagungen, Kurse, Vortragsveranstaltungen, Studienfahrten und internationale Begegnungen, auch in Zusammenarbeit mit öffentlichen und schulischen Einrichtungen und Organisationen, Beteiligung an Ausstellungen mit Publikumswirkung, die für die Integration politischer und staatspolitischer Themen geeignet sind, sowie Preise, die im Rahmen des Wettbewerbs des Niedersächsischen Landtages für Schülerinnen und Schüler vergeben werden.

Mit veranschlagt sind 140 000 DM für die Ausstellung „Fremde in Niedersachsen zu Hause – Einwanderungsland Niedersachsen“ im Rahmen der Sondermaßnahmen „Gegen Rechts“.

Durchführung von Seminaren und zur Beschaffung von Informationsmaterial für die Betreuer von Aussiedlern, Ausländern, Flüchtlingen und Asylbewerbern sowie zur Unterstützung der Arbeit der ehrenamtlichen Betreuerkreise.

Förderung von Veranstaltungen, Informationsfahrten zum Besuch staatlicher Organe des Bundes und des Landes Niedersachsen sowie zur Beschaffung von Informationsmaterial.

Mitveranschlagt sind die Kosten auch für Landesbedienstete. Soweit Angehörige der Landeszentrale dienstlich an einer Veranstaltung beteiligt sind und ihnen darüber hinaus Reisekosten zustehen, werden diese aus Titel 527 01 gezahlt.

Die Förderung des Jugendaustausches kann auch durch Gewährung von Zuwendungen erfolgen.

Zu 533 03

(bisher TGr. 61)

Wettbewerb des Nds. Landtages für Schülerinnen und Schüler (einschl. Vergütungen, Fahrkosten und sonstiger Nebenkosten).

Zu 685 02

Zuwendungen an Verbände und Einrichtungen für Veranstaltungen, die der Aufgabenstellung der Landeszentrale dienen. Hieraus können auch Zuwendungen für zentrale Lenkungsarbeiten und in Ausnahmefällen auch Zuwendungen für einzelne Teilnehmer gewährt werden.

Als Veranstaltungen gelten:

Tagungen, Studienreisen, internationale Begegnungen, Ausstellungen, Vortragsreihen u. ä.

Zu 685 03

Gefördert werden Maßnahmen von Initiativen, Vereinen, Verbänden und Organisationen durch Zuwendungen als Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben (Beratungen, Veranstaltungen, etc.), die sich gegen die Verletzung der Menschenwürde richten und die der Aufklärung von Ursachen gegen Gewalt, der Entgegnung des Extremismus sowie der Prävention dienen.

Für entsprechende Maßnahmen der Landesverbände der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen werden 100 000 DM bereitgestellt.

Zu 685 51

Zuwendungen zur finanziellen Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Rudolf-von-Bennigsen-Stiftung und der Stiftung Leben und Umwelt in Form von Projektförderungen.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0784 Landeszentrale für politische Bildung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
811 01-6	156	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	34
812 13-6	156	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	120.000	—	+120.000	—
981 07-8	990	Abführung an 1321 - 381 07	—	309.400	—	+309.400	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 62		Landesmittel für die Gedenkstätten Bergen-Belsen und Wolfenbüttel; Zentralnachweis	(—)	(506.800)	(661.800)	(–155.000)	(585)
427 62-3	156	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	15.000	15.000	—	14
515 62-0	156	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	3.000	3.000	—	34
517 62-2	156	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	80.000	35.000	+45.000	38
527 62-8	156	Reisekostenvergütungen	—	9.500	19.500	–10.000	9
531 62-5	156	Veröffentlichungen * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 62.	—	50.000	40.000	+10.000	26
533 62-8	156	Tagungen, Kurse, Ausstellungen und Aufführungen	—	96.300	96.300	—	261
538 62-0	156	Dienstleistungen Außenstehender	—	105.000	105.000	—	29
547 62-9	156	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	98.000	98.000	—	124
681 62-7	156	Verwendung von Spenden für die Gedenkstätten in Bergen-Belsen und in der JVA Wolfenbüttel * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 112 62 und 282 62.	—	—	—	—	3
685 62-2	156	Zuschüsse an Dritte	—	50.000	50.000	—	47
893 62-4	156	Zuschüsse für Investitionen	—	—	200.000	–200.000	—
TGr. 63		Erhaltung der Gedenkstätte Auschwitz * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 63 und 242 63.	(—)	(—)	(—)	(—)	(1.216)
544 63-8	156	Rückzahlungen an die Länder aus nicht in Anspruch genommenen oder zweckentsprechend verwendeten Zuwendungen	—	—	—	—	—
547 63-7	156	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	65
686 63-7	156	Zuschüsse an Dritte im Ausland	—	—	—	—	—
896 63-1	156	Zuwendung für den Erhalt der Gedenkstätte Auschwitz in Polen	—	—	—	—	1.151
TGr. 64		Bundesmittel für die Gedenkstätten Bergen-Belsen und Wolfenbüttel; Zentralnachweis * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 251 64, 256 64 und 381 64.	(—)	(277.000)	(295.000)	(–18.000)	(286)
427 64-0	249	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
515 64-6	249	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
538 64-6	249	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
547 64-5	249	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 981 07

Abführung für die für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Epl. 13.

Zu Titelgruppe 62

(bisher TGr. 62/96; siehe auch TGr. 64)

Veranschlagt sind die erforderlichen Ausgaben, die mit Landesmitteln gedeckt werden, für

- a) Gedenkstätte Bergen-Belsen,
- b) Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel,
- c) Zentralnachweis.

Zu a) Auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen stehen ein Gebäudekomplex mit Ausstellungshalle, Seminar-, Film-, Bibliotheks- und Büroräumen sowie eine Werkdienstwohnung. In den Räumen der Gedenkstätte Bergen-Belsen werden die Besucher durch eine ständige Ausstellung („Justiz und Strafvollzug in der NS-Zeit“), Seminare, Filme, Vorträge u. a. über das in Bergen-Belsen Geschehene informiert.

Zu b) In der Gedenkstätte JVA Wolfenbüttel werden Führungen durchgeführt. Die Besucher werden durch eine Ausstellung, Seminare, Filme, Vorträge u. a. über das in der JVA Wolfenbüttel Geschehene informiert.

Zu c) Zur Geschichte von Verfolgung und Widerstand während der NS-Zeit auf dem Gebiet des heutigen Landes Niedersachsen wird ein Zentralnachweis erarbeitet.

Kosten:

1. Bewirtschaftung der Gebäude in Bergen-Belsen einschließlich der durch Bauunterhaltung entstehenden Sachausgaben; Ersatz und Ergänzung von Ausstellungseinrichtungen, Dokumentationsmaterial, sonstigen Einrichtungsgegenständen und Geräten,
2. Post- und Fernmeldegebühren, Reisekosten für den Besucherdienst,
3. Tagegeld für Besucher aus Osteuropa (ehemalige Häftlinge),
4. sonstige Kosten.

Die Personalausgaben für die Bediensteten der Gedenkstätten sind bei 422 01 ausgewiesen.

427 62

Für die Gedenkstätten Bergen-Belsen und Wolfenbüttel.

531 62

Veranschlagt sind die Kosten für Broschüren über die Gedenkstätten Bergen-Belsen und Wolfenbüttel, die gegen ein Entgelt abgegeben werden.

Vgl. 119 62.

533 62

Veranschlagt sind die Kosten für internationale Seminare mit Teilnehmern aus Israel und Osteuropa sowie Tagungen, Kurse, Ausstellungen u. a. für die Gedenkstätten Bergen-Belsen und Wolfenbüttel.

547 62

Veranschlagt sind die Kosten für Post- und Fernmeldegebühren, Miete für Lagerräume, Ergänzung der Bibliothek, Bürobedarf, Unterhaltung der Geräte, Sonstiges (z. B. Übersetzungen, Fotoarbeiten, Zentralnachweis).

685 62

Mittel für Tagegelder der Besucher aus Osteuropa (ehemalige Häftlinge) sowie für die Zusammenarbeit mit Überlebendenorganisationen.

Zu Titelgruppe 63

(bisher Kapitel 07 02 TGr. 61)

Die Ministerpräsidenten der Länder haben am 25. 3. 1993 beschlossen, dass sich die Länder unter Anwendung des Königsteiner Schlüssels an den Restaurationsarbeiten der Gedenkstätte Auschwitz mit einem Betrag von 10 Mio. DM, verteilt längstens auf die Jahre 1994 bis 1999, beteiligen. Der Verlängerung des Zeitraumes zur Verwendung der Landeszuwendungen bis zum Jahr 2004 wurde in der Sitzung vom 10.-12.11.1999 zugestimmt. Die Abwicklung dieses Beschlusses wurde dem Land Niedersachsen übertragen.

Zu Titelgruppe 64

(bisher TGr. 62/96; siehe auch TGr. 62)

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Gedenkstätten Bergen-Belsen und Wolfenbüttel, die mit Bundesmitteln, insbesondere für die Erstattung nach dem Gräbergesetz, geleistet werden.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 0784 Landeszentrale für politische Bildung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
643 64-4	249	Erstattung der Kosten aus Bundesmitteln aufgrund des Gräbergesetzes * Übertragbar.	—	277.000	295.000	-18.000	286
685 64-9	249	Zuschüsse an Dritte	—	—	—	—	—
711 64-0	249	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
TGr. 78		Förderung der Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen	(250.000) (250.000)	(450.000)	(450.000)	(—)	(371)
533 78-4	156	Seminare für Gedenkstätteninitiativen	—	3.000	3.000	—	—
547 78-5	156	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	1.000	1.000	—	4
685 78-9	156	Zuschüsse zur Förderung der Gedenkstätten- arbeit	250.000 250.000	446.000	446.000	—	368
TGr. 99		Kosten der Informations- u. Kommunikations- technik	(—)	(41.000)	(38.000)	(+3.000)	(38)
525 99-4	156	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	3.000	—	+3.000	—
538 99-9	156	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
547 99-8	156	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	38.000	38.000	—	38
812 99-3	156	Erwerb von Geräten	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		134.200	-134.200	
		Abschluss Kapitel 07 84					
		1 Eigene Einnahmen		136.000	156.000	-20.000	
		2 Übertragungseinnahmen		—	—	—	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		295.000	295.000	—	
		Summe der Einnahmen		431.000	451.000	-20.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	4.231.000	4.355.000	-124.000	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.297.000	2.227.700	+69.300	
		6 Übertragungsausgaben	250.000	3.283.600	1.345.600	+1.938.000	
		7 Bauausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	120.000	200.000	-80.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	309.400	—	+309.400	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	250.000 —	10.241.000	8.128.300	+2.112.700	
		Zuschuss		9.810.000	7.677.300	+2.132.700	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		590.900	659.500		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		10.831.900	8.787.800		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		10.400.900	8.336.800		

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 78

(bisher Kapitel 07 02 TGr. 78)

Entsprechend dem Beschluss des Niedersächsischen Landtages vom 17.01.1990 wird die Arbeit der Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Niedersachsen finanziell gefördert. U. a. sind Zuschüsse für das Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Emslandlager, die Gedenkstätte für das KZ Moringen und die Gedenkstätte KZ Drütte in Salzgitter vorgesehen.

685 78

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	250 000	—	250 000
2002	—	—	250 000	250 000
2003 ff.	—	—	—	—

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		<u>Gesamtabschluss Einzelplan 07</u> 1 Eigene Einnahmen 2 Übertragungseinnahmen 3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen Summe der Einnahmen		24.100.700 12.641.000 388.500	16.199.300 11.348.000 295.000	+7.901.400 +1.293.000 +93.500	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben 5 Sächliche Verwaltungsausgaben 6 Übertragungsausgaben 7 Bauausgaben 8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen 9 Besondere Finanzierungsausgaben Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— 2.200.000 — 61.317.800 250.000 — — —	6.443.983.600 99.336.300 537.479.100 — 9.749.400 5.115.800	6.248.720.500 78.624.300 501.483.000 — 15.316.500 213.200	+195.263.100 +20.712.000 +35.996.100 — -5.567.100 +4.902.600	
		Zuschuss Nachrichtlich: Anteil an den Versorgungsausgaben Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil Summe für inzwischen weggefallene Kapitel Einnahmen Ausgaben	63.517.800 250.000	7.095.664.200 7.058.534.000 1.779.177.200 8.874.841.400 8.837.711.200	6.844.357.500 6.816.515.200 1.871.722.300 8.716.079.800 8.688.237.500	+251.306.700 +242.018.800	
					4.898.300 73.464.800		

Einzelplan 07

Kultusministerium

Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

**für das
Haushaltsjahr 2001**

Allgemeine Haushaltsvermerke zu den Kapiteln 07 07 bis 07 20:

1. Die ausgebrachten Planstellen/Stellen dürfen im Bedarfsfalle in dem Umfange mit mehreren Teilzeitkräften, deren Arbeitszeit gem. §§ 80 a Abs. 1 Nr. 1 und 2, 80 b, 87 a Abs. 1 Nr. 1 NBG oder § 15 b BAT ermäßigt worden ist, besetzt werden, als sie durch die Teilzeitbeschäftigung nicht in voller Höhe der regelmäßigen Arbeitszeit in Anspruch genommen werden. Bei Bedarf kann auch eine Teilzeitkraft, deren Arbeitszeit gem. §§ 80 a, 80 b oder 87 a NBG oder § 15 b BAT ermäßigt worden ist, auf zwei oder mehreren Stellen geführt werden.
2. Abweichend von § 50 Abs. 3 LHO dürfen Lehrkräfte im Bedarfsfall vorübergehend an Schulen einer jeweils anderen Schulform abgeordnet werden; dies gilt auch für pädagogische Mitarbeiter/-innen sowie Betreuungskräfte.
3. Das Kultusministerium kann im Rahmen der Automation in der Stellenbewirtschaftung abweichend von § 49 Abs. 5 LHO die Planstellen und die Stellen für Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis sowie Stellen für pädagogische Mitarbeiter/-innen und Betreuungskräfte zu sog. Stellenpools – getrennt nach den in den Stellenplänen und den Stellenübersichten ausgewiesenen Stellenbezeichnungen und Besoldungs- und Vergütungsgruppen – zusammenfassen.
4. Von den Inhaberinnen und Inhabern der bei den Kapiteln 07 10 bis 07 18 ausgebrachten Planstellen der Bes.-Gr. A 12 (Lehrer/-in), A 13 (Realschullehrer/-in) und A 13 (Sonderschullehrer/-in) und entsprechender Stellen für Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis erhalten gem. Verordnung vom 19. 6. 1978 – Nds. GVBl. S. 559 –, zuletzt geändert durch Art. 18 des Haushaltsbegleitgesetzes 1999 vom 21. 1. 1999 – Nds. GVBl. S. 10 – für die Dauer dieser Tätigkeit bis zu
 - 144, die ein pädagogisches Seminar leiten, eine widerrufliche Stellenzulage in Höhe von mtl. 150,- DM
 - 833, die ein fachdidaktisches Seminar leiten, eine widerrufliche Stellenzulage in Höhe von mtl. 125,- DM.
5. Die Leerstellen sind für Lehrkräfte bestimmt, die unter Wegfall der Dienstbezüge für eine Tätigkeit im Dienst an Schulen in freier Trägerschaft, in der Erwachsenenbildung oder im Auslandsschuldienst bzw. für andere Tätigkeiten gemäß §§ 7 und 11 der Niedersächsischen Sonderurlaubsverordnung oder auf Grund der §§ 80 a Abs. 1 Nr. 3 und 4, 87 a Abs. 1 Nr. 2 NBG oder § 50 BAT beurlaubt oder an Auslandsschulen der Bundeswehr abgeordnet sind.
Die ausgebrachten Leerstellen sind nicht personengebunden.
6. Lehrkräften, die nach den Eingruppierungserlassen des MK in der jeweils geltenden Fassung bei Bewährung oder nach entsprechender Unterrichtstätigkeit in eine höhere Vergütungsgruppe aufrücken oder aufgerückt sind, kann aus den veranschlagten Stellen Vergütung der höheren Vergütungsgruppe gezahlt werden; das gilt auch für Lehrkräfte, die im Zeitpunkt der Einstellung bereits die Voraussetzungen für die Eingruppierung in die höhere Vergütungsgruppe erfüllen.
7. Im Bedarfsfall dürfen bis zu 53 Lehrkräfte aus ihren Planstellen/Stellen vorübergehend zur Erfüllung von schulfachlichen Aufgaben abgeordnet werden:
 - a) an die oberste Schulbehörde (bis zu 10),
 - b) an nachgeordnete Schulbehörden (bis zu 17),
 - c) an das NLI (bis zu 9),
 - d) an Träger der regionalen Lehrerfortbildung – Bez.-Reg. oder andere Stellen der öffentlichen Verwaltung – für Aufgaben einer oder eines Fortbildungsbeauftragten (bis zu 17, höchstens aber bis zu 13 Vollzeitlehreereinheiten).
8. Bis zu 30 Lehrkräfte dürfen im Bedarfsfall aus ihrer Planstelle/Stelle vorübergehend zur Dienstleistung an Schulen in die Staaten Mittel- und Osteuropas unter Fortzahlung der Bezüge beurlaubt werden.
9. Von den bei den Kapiteln 07 10 bis 07 20 in den Stellenübersichten ausgewiesenen Stellen für Lehrkräfte dürfen für jedes Haushaltsjahr bei Bedarf bis zu 50 Stellen abweichend von der ausgewiesenen Beschäftigungsart auch für pädagogische Mitarbeiter/-innen sowie Betreuungskräfte, die in Ganztagschulen (Kapitel 07 07), im Rahmen der Schulsozialarbeit (Kapitel 07 10 und 07 20) und die in Förderzentren, Integrationsklassen sowie Regelklassen der Sonderschulen (Kapitel 07 11) eingesetzt werden sollen, verwendet werden. Die Abweichungen sind, sofern sie nicht nur vorübergehend erfolgen, in den Stellenübersichten des nächsten Haushaltsplans darzustellen.
10. Bei den Kapiteln 07 10 bis 07 20 können bis zu 2 Mio. DM für Mehrarbeitsvergütungen und Überstundenvergütungen gewährt werden, wenn in gleichem finanziellen Umfang Planstellen der Bes.-Gr. A 12 (Lehrer/-in) und A 13 (Realschullehrer/-in, Studienrat/-rätin) gesperrt werden.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 01 Kultusministerium

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen			1) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 NBesO.
			2) 1 ku nach Bes.-Gr. B 2 BBesO nach Ausscheiden des/der Stelleninhabers/-in.
			3) 1 kw zum 1. 8. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).
B 9 ¹⁾	1	1	4) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
B 6 ³⁾	5	5	5) kw.
B 3 ²⁾ 12)	6	6	11) Eine Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
B 2	17	17	12) 1 kw zum 1. 8. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).
			</

- ¹⁾ Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 NBesO.
²⁾ 1 ku nach Bes.-Gr. B 2 BBesO nach Ausscheiden des/der Stelleninhabers/-in.
³⁾ 1 kw zum 1. 8. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).
⁴⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
⁵⁾ kw.
¹¹⁾ Eine Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
¹²⁾ 1 kw zum 1. 8. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang: Bes.-Gr. B 2 Ministerialrat/ -rätin	Stellen	1	infolge Umsetzung einer Stelle der Bes.-Gr. B 3 von Kapitel 07 71 gem. § 50 Abs. 1 LHO im Haushaltsjahr 1999 und Vollzugs der Umwandlungsverpflichtung der Stelle nach dem Ausscheiden des Stelleninhabers zum 1. 11. 2000 nach Bes.-Gr. B 2	Leerstellen: Abgang: Bes.-Gr. A 12 Amtsrat/-rätin	Stellen	1	infolge Vollzugs des HV Nr. 5
Bes.-Gr. A 15 Direktor/-in	1	gem. Nr. 1 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen		Stellen zu Titel 422 31: Abgang: Bes.-Gr. A 16 Ministerialrat/-rätin Bes.-Gr. A 13 Oberamtsrat/-rätin	Stellen	1 1	} Versetzung in den Ruhestand nach § 55 NBG
Bes.-Gr. A 12 Amtsrat/-rätin	1	infolge Umsetzung von Kapitel 07 71 gem. § 50 Abs. 1 LHO im Haushaltsjahr 1999		Zusammen		2	
Zusammen	3			Sonstige Veränderungen: Haushaltsvermerk Nr. 11 neu ausgebracht.			
Abgang: Bes.-Gr. B 2 Ministerialrat/-rätin Bes.-Gr. A 16 Ministerialrat/-rätin Bes.-Gr. A 7 Obersekretär/-in	1 1 1	} gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)					
Zusammen	3						
Bleibt Zugang	—						

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 01 Kultusministerium

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke	
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Angestellte				
Außer- tariflich (A 16)	1	1	⁶⁾ 1 kw. ⁷⁾ Eine Angestellte im Bibliotheksdienst ist bis zum Inkrafttreten einer tarifvertraglichen Neuregelung für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert. ⁸⁾ Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig. Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen sind für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten. ⁹⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969, S.829) nachgewiesen. ¹⁰⁾ kw. ¹³⁾ Davon 1 kw zum 31. 12. 2000.	
I a	1	1		
IV a	3	4		
V b ⁶⁾ ⁸⁾	5	5		
V c ⁷⁾	11	11		
VI b ⁸⁾	20	21		
VII	1	1		
VIII	2	2		
IX b–VII ⁹⁾	20	23		
	64	69		Zusammen
				Leerstellen ¹⁰⁾ :
VI b	—	1		
V c	1	1		
IX b–VII	2	1		
	3	3		Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Abgang: Verg.-Gr. IV a	1	infolge Vollzugs des HV Nr. 11 (NH 1999/2000) i. V. m. Nr. 1 Abs. 2 der Allgemeinen Bestimmungen	Leerstellen: Zugang: Verg.-Gr. IX b–VII	1	Gem. Nr. 3 Abs. 1 i. V. m. Nr. 3 Abs. 5 der Allgemeinen Bestimmungen
Verg.-Gr. VI b	1	infolge Vollzugs des HV Nr. 13 zum 31. 12. 2000	Abgang: Verg.-Gr. VI b	1	infolge Vollzugs des HV Nr. 10
Verg.-Gr. IX b–VII	3	davon 1 Einsparung 1998 gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998 1 gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss) 1 gem. ZV für 2001			
Zusammen	5				

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Arbeiter/-innen				
4	8	8		
3	3	4		
2 a	—	1		
	11	13	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Abgang: Lohn-Gr. 3	1	Einsparung 1998 gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998
Lohn-Gr. 2 a	1	gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Zusammen	2	

²⁾ 1 kw zum 1. 3. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001).
³⁾ 1 kw zum 1.12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).
⁴⁾ kw.

Stellen zu 422 31:		Leerstellen:	
Abgang:	Stellen	Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. A 15	1 infolge Versetzung oder Eintritt in den Ruhestand	Bes.-Gr. A 16	1 infolge des Bedarfs

⁵⁾ Nach Beendigung des Projekts „Bewegte Schule“ ist die Stelle in das Kapitel 07 11 zurückzuverlagern (1. 8. 2001).

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 07 Schulen allgemein

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Beamte				1) ku in Stellen für Angestellte Verg.-Gr. V b – Sozial- und Erziehungsdienst –.
				2) ku in Stellen für Angestellte Verg.-Gr. VI b – Sonstige Dienste –.
Aufsteigende Gehälter:				
A 10 ¹⁾	1	1	Jugendleiterin, Jugendleiter	
A 9 ¹⁾	5	5	Jugendleiterin, Jugendleiter	
A 7 ²⁾	1	1	Obersekretärin, Obersekretär	
	7	7	Zusammen	

¹⁾ ku in Stellen für Angestellte Verg.-Gr. V b
– Sozial- und Erziehungsdienst –.
²⁾ ku in Stellen für Angestellte Verg.-Gr. VI b
– Sonstige Dienste –.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte*)			
			Pädagogische Mitarbeiter/-innen
IV b ³⁾	3	3	Sozial- und Erziehungsdienst
V b	88	89	
V c	2	2	
VI b	19	19	
V b	1	1	Verwaltungsdienst
VI b	1	1	
VII	1	1	
VI b ⁵⁾	653	690	Sonstige Dienste
IX b–VII ⁴⁾	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst
	769	807	Zusammen
Leerstellen ⁶⁾ :			
			Pädagogische Mitarbeiter/-innen
V b	8	8	Sozial- und Erziehungsdienst
VI b	1	1	
	9	9	Zusammen

*) Die Stellen dürfen bei Bedarf in dem Umfang mit mehreren Angestellten, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer entsprechend Vollbeschäftigten/eines entsprechend Vollbeschäftigten beträgt, besetzt werden, als sie durch die Teilbeschäftigung der Angestellten nicht in voller Höhe der regelmäßigen Arbeitszeit in Anspruch genommen werden.

³⁾ ku in Verg.-Gr. V b.

⁴⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i.d.F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

⁵⁾ 19 kw infolge ZV bis 2003
davon 9 zum 1. 1. 02 (ZV 2002)
10 zum 1. 1. 03 (ZV 2003)

⁶⁾ kw.

*) Die Stellen dürfen bei Bedarf in dem Umfange mit mehreren Angestellten, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte einer entsprechend Vollbeschäftigten/eines entsprechend Vollbeschäftigten beträgt, besetzt werden, als sie durch die Teilbeschäftigung der Angestellten nicht in voller Höhe der regelmäßigen Arbeitszeit in Anspruch genommen werden.
³⁾ ku in Verg.-Gr. V b.
⁴⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.
⁵⁾ 19 kw infolge ZV bis 2003
davon 9 zum 1. 1. 02 (ZV 2002)
10 zum 1. 1. 03 (ZV 2003)
⁶⁾ kw.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Abgang:	Stellen
Pädagogische Mitarbeiter/-innen – Sozial- und Erziehungsdienst– Verg.-Gr. V b	1 nach Kapitel 07 11 Pädagogische Mitarbeiter – Sozial- und Erziehungsdienst –
Sonstige Dienste Verg.-Gr. VI b	17 Einsparung 1998 gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998
Sonstige Dienste Verg.-Gr. VI b	20 Stellenabgänge gem. ZV für 2001
Zusammen	38

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Planmäßige Beamte/-innen				
			Aufsteigende Gehälter:	
A 15	34	43	Schuldienst Realschulrektorin, Realschulrektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Schülerzahl von mehr als 360 am Realschulzweig –	2) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 14 NBesO.
A 15	85	90	Realschulrektorin, Realschulrektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –	3) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 14 BBesO.
A 15	81	72	Rektor/-in – einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 360 Schülern –	4) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 13 NBesO.
A 15	3	3	Studiendirektorin, Studiendirektor – einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl von mehr als 360 –	5) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.
A 14 ²⁾	1	1	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl von mehr als 360 –	7) ku in Stellen für Studienräte/-innen.
A 14 ²⁾	6	6	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Leiterin oder Leiter einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 –	8) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 12 NBesO.
A 14 ²⁾ 12)	5	5	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von mehr als 360 am Realschulzweig –	9) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 12 NBesO.
A 14 ²⁾ 12)	36	36	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –	10) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 8 zur Bes.-Gr. A 12 NBesO.
A 14 ²⁾ 12)	25	25	Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl bis 540 –	11) Abweichend von § 50 Abs. 3 LHO darf 1 Stelleninhaber bis zum 31. 12. 2002 zur Wahrnehmung von Aufgaben an die Universität Oldenburg abgeordnet werden.
A 14 ²⁾ 12)	43	43	Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –	12) Soweit an zusammengefassten Schulen für diese Funktion sowohl ein Beförderungsamts für Lehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen als auch ein Beförderungsamts für Lehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen vorgesehen ist, darf jeweils nur eines von beiden Ämtern in Anspruch genommen werden.
A 14 ³⁾	221	240	Rektor/-in – einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –	
A 14 ³⁾	86	67	Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 360 Schülern –	
A 14	1	1	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Leiterin oder Leiter einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl bis 180 –	
A 14	3	3	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 –	
630		635	zu übertragen	

- 2) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 14 NBesO.
3) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 14 BBesO.
4) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 13 NBesO.
5) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.
7) ku in Stellen für Studienräte/-innen.
8) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 12 NBesO.
9) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 12 NBesO.
10) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 8 zur Bes.-Gr. A 12 NBesO.
11) Abweichend von § 50 Abs. 3 LHO darf 1 Stelleninhaber bis zum 31. 12. 2002 zur Wahrnehmung von Aufgaben an die Universität Oldenburg abgeordnet werden.
12) Soweit an zusammengefassten Schulen für diese Funktion sowohl ein Beförderungssamt für Lehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen als auch ein Beförderungssamt für Lehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen vorgesehen ist, darf jeweils nur eines von beiden Ämtern in Anspruch genommen werden.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
	630	635	Übertrag
A 14	—	—	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als die zweite ständige Vertreterin oder der zweite ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl von mehr als 540 –
A 14	7	7	Oberstudienrat/-rätin
A 14	214	234	Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –
A 14 ¹²⁾	10	10	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl bis 540 –
A 14 ¹²⁾	28	28	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –
A 14 ¹²⁾	29	29	Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl bis 360 –
A 14	27	27	Rektor/-in – einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit bis zu 180 Schülern –
A 14 ¹²⁾	32	12	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –
A 14	1	1	Rektorin, Rektor – der Förderschule des Landes Niedersachsen in Celle –
A 14	76	76	Rektor/-in – einer Hauptschule mit Realschul- oder Aufbauzug oder mit einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 Schülern –
A 14	339	360	Rektor/-in – einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern –
A 14 ¹²⁾	49	28	Zweite Realschulkonrektorin, Zweiter Realschulkonrektor – an einer zusammengefassten Schule mit einer Schülerzahl von mehr als 180 am Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –
A 14	1	1	Zweite(r) Konrektor/-in – einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 540 Schülern –
A 13 ⁴⁾ 12)	63	63	Konrektorin, Konrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –
A 13 ⁴⁾ 12)	—	—	Rektorin, Rektor – einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von 181 bis 360 –
	1 506	1 511	zu übertragen

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 10 Grundschulen, Hauptschulen, Grund- und Hauptschulen, Haupt- und Realschulen, Orientierungsstufen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
	1 506	1 511	Übertrag	
A 13 ⁵⁾	850	850	Rektor/-in – einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –	
A 13 ⁵⁾	81	81	Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Hauptschule mit Realschul- oder Aufbauzug oder mit einer schulformun- abhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 Schülern –	
A 13 ¹²⁾	6	6	Konrektorin, Konrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschul- zweig und einer Gesamtschülerzahl von 181 bis 360 –	
A 13	377	377	Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Lei- ters/-terin einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 360 Schülern –	
A 13	1	1	Konrektorin, Konrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters der För- derschule des Landes Niedersachsen in Celle –	
A 13	721	721	Rektorin, Rektor – als Leiter/-in einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 80 bis zu 180 Schülern –	
A 13 ¹²⁾	17	17	Zweite Konrektorin, Zweiter Konrektor – an einer zusammengefassten Schule mit Real- schulzweig mit einer Schülerzahl von mehr als 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –	
A 13 ⁶⁾	805	747	Studienrat/-rätin	
A 13	63	63	Sonderschullehrer/-in	
A 13 ⁶⁾	3 530	3 682	Realschullehrer/-in	
A 13 ⁷⁾	9	13	Lehrer/-in – mit fachwissenschaftlicher Ausbildung in zwei Fächern, wenn sich die Lehrbefähigung auf Gymnasien erstreckt, bei einer dieser Befähi- gung entsprechenden Verwendung –	
A 12 ⁸⁾	2	2	Zweite Konrektorin, Zweiter Konrektor – an einer zusammengefassten Schule mit Real- schulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –	
A 12 ⁹⁾	791	782	Konrektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Lei- ters/-terin einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –	
A 12 ⁹⁾	32	32	Zweite(r) Konrektor/-in – einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 540 Schülern –	
A 12 ¹⁰⁾	197	197	Rektorin, Rektor – als Leiter/-in einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit bis zu 80 Schülern –	
A 12 ⁶⁾ ¹¹⁾	20 028	19 735	Lehrer/-in	
A 10	46	46	Fachlehrer/-in – mit Lehrbefähigung für mindestens zwei musisch-technische Fächer –	
A 10	109	96	Jugendleiter/-in	
A 9	4	13	Jugendleiter/-in	
	29 175	28 972	Zusammen	
A 15	12	13	Stellen zu Titel 422 31: Regierungsschuldirektor/-in	
	12	13	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

zu übertragen	49

Erläuterungen zum Stellenplan

Für folgende, gemäß § 155 (2) NSchG unter Fortzahlung der Bezüge zum Dienst an anerkannten Ersatzschulen in kirchlicher Trägerschaft beurlaubte Beamtinnen und Beamte sind hier Planstellen mit veranschlagt:

- 2 Realschulrektorin, Realschulrektor
 - einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Schülerzahl von mehr als 360 am Realschulzweig –
- 2 Realschulrektorin, Realschulrektor
 - einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –
- 3 Rektor/-in
 - einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 360 Schülern –
- 1 Realschulrektorin, Realschulrektor
 - als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl bis 540 –
- Realschulrektorin, Realschulrektor
 - als Leiterin oder Leiter einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –
- Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor
 - als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von mehr als 360 am Realschulzweig –
- 3 Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor
 - als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –
- Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor
 - als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl bis 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –
- Zweite Realschulkonrektorin, Zweiter Realschulkonrektor
 - an einer zusammengefassten Schule mit einer Schülerzahl von mehr als 180 am Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –
- 1 Rektor/-in
 - einer Hauptschule mit Realschul- oder Aufbauzug oder mit einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 Schülern –
- 3 Konrektorin, Konrektor
 - als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 360 –
- 3 Konrektor/-in
 - als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer selbstständigen schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –
- 4 Konrektor/-in
 - als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Hauptschule mit Realschul- oder Aufbauzug oder mit einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit mehr als 180 Schülern –
- 3 Zweite Konrektorin, Zweiter Konrektor
 - an einer zusammengefassten Schule mit Realschulzweig mit einer Schülerzahl von mehr als 180 und einer Gesamtschülerzahl von mehr als 540 –
- 5 Studienrat/-rätin
- 131 Realschullehrer/-in
 - 1 Konrektor/-in
 - als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –
 - Rektorin, Rektor
 - als Leiter/-in einer Grundschule, Hauptschule oder Grund- und Hauptschule mit bis zu 80 Schülern –
- 180 Lehrer/-in
 - 1 Fachlehrer/-in
 - mit Lehrbefähigung für mindestens zwei musisch-technische Fächer –

343 Zusammen

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 10 Grundschulen, Hauptschulen, Grund- und Hauptschulen, Haupt- und Realschulen, Orientierungsstufen

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	14) ku nach Verg.-Gr. V b nach Ausscheiden der Stelleninhaberinnen/Stelleninhaber, die als Sozialpädagogin/Sozialpädagogen eine Vorklasse für nicht schulpflichtige Kinder leiten. 15) ku nach Verg.-Gr. V b nach Ausscheiden der Stelleninhaberinnen/Stelleninhaber.
	2001	2000		
Angestellte				
II a	22	22	Lehrkräfte	
III	234	234		
IV a	150	150		
IV b ¹⁴⁾	281	281		
V b	194	201		
V c	508	508		
VI b	294	294		
VII	22	20		
Pädagogische Mitarbeiter/-innen				
IV b ¹⁵⁾	3	—	– Sozial- und Erziehungsdienst –	
V b	22	18		
	1 730	1 728	Zusammen	

¹⁴⁾ ku nach Verg.-Gr. V b nach Ausscheiden der Stelleninhaberinnen/Stelleninhaber, die als Sozialpädagogin/Sozialpädagogen eine Vorklasse für nicht schulpflichtige Kinder leiten.
¹⁵⁾ ku nach Verg.-Gr. V b nach Ausscheiden der Stelleninhaberinnen/Stelleninhaber.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Gem. Haushaltsvermerk Nr. 6 zu den Stellenübersichten des Kap. 03 05 ist nach dem Ausscheiden der Stelleninhaberin 1 Stelle der Verg.-Gr. VII in das Kapitel 07 10 zurückzuverlagern.

Für folgende, gemäß § 155 (2) NSchG unter Fortzahlung der Bezüge zum Dienst an anerkannten Ersatzschulen in kirchlicher Trägerschaft beurlaubte Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis sind hier Stellen mit veranschlagt:

	Stellen	
	1	IV b BAT
	3	V c BAT
	3	VI b BAT
	1	VII BAT
Zusammen	8	
Zugang	Stellen	
Lehrkräfte		
Verg.-Gr. VII	2	Vollzug des Haushaltsvermerks Nr. 6 Kap. 03 05 ab 1. 1. 2000
Pädagogische Mitarbeiterinnen		
Mitarbeiter		
– Sozial- und Erziehungsdienst –		
Verg.-Gr. IV b	3	Verlagerung von Kapitel 03 26 gem. Nr. 8 der Allg. Bestimmungen 1999
Verg.-Gr. V b	7	Verlagerung von Kap. 07 10 – Verg.-Gr. V b Lehrkräfte
Zugang	12	
Abgang:	Stellen	
Lehrkräfte		
Verg.-Gr. V b	7	Verlagerung nach Kap. 07 10 – Verg.-Gr. V b – Pädagogische Mitarbeiter/-innen –
Pädagogische Mitarbeiterinnen		
Mitarbeiter		
– Sozial- und Erziehungsdienst –		
Verg.-Gr. V b	3	Vollzug der Nr. 8 Allg. Bestimmungen 1999 (Durchführung der Verwaltungsreform)
Zusammen	10	
Bleibt Zugang	2	

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 11 Sonderschulen und Sonderschulklassen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Planmäßige Beamte/-innen				1) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 14 NBesO.
				2) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 13 NBesO.
				3) Davon 5 kw.
A 15	77	72	Aufsteigende Gehälter: Schuldienst Sonderschulrektorin, Sonderschulrektor – einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von mehr als 180 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl von mehr als 120 –	
A 14 ¹⁾	131	131	Sonderschulrektorin, Sonderschulrektor – einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von 91 bis 180 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl von 61 bis 120 –	
A 14 ¹⁾	80	80	Sonderschulkonrektorin, Sonderschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von mehr als 180 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl von mehr als 120 –	
A 14	65	65	Sonderschulrektorin, Sonderschulrektor – einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von 41 bis 90 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl von 31 bis 60 –	
A 14	120	120	Sonderschulkonrektorin, Sonderschulkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von 91 bis 180 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl von 61 bis 120 –	
A 14	17	17	Zweite Sonderschulkonrektorin, Zweiter Sonderschulkonrektor – an einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von mehr als 270 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl von mehr als 180 –	
A 13 ²⁾	13	13	Sonderschullehrerin, Sonderschullehrer – als Leiterin oder Leiter an einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl bis 40 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl bis 30 –	
A 13	3 542	3 367	Sonderschullehrer/-in	
A 12	91	91	Lehrer/-in	
A 11 ³⁾	35	35	Jugendleiterin, Jugendleiter – als Klassenleiterin oder Klassenleiter an einer Sonderschule –	
A 10	10	10	Fachlehrer/-in – mit Lehrbefähigung für mindestens zwei musisch-technische Fächer –	
	4 181	4 001	Zusammen	
A 15	3	3	Leerstellen: Sonderschulrektorin, Sonderschulrektor	
A 14	2	3	Sonderschulrektorin, Sonderschulrektor	
A 14	1	—	Sonderschulkonrektorin, Sonderschulkonrektor	
A 13	151	151	Sonderschullehrer/-in	
A 12	1	1	Lehrer/-in	
	158	158	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15		
Sonderschulrektorin, Sonderschulrektor – einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von mehr als 180 oder einer sonstigen Sonder- schule mit einer Schülerzahl von mehr als 120 –	5	von Kapitel 07 10
Bes.-Gr. A 13		
Sonderschullehrerin, Sonderschullehrer	175	Bildungsoffensive
Zusammen	180	

Für folgende gem. § 152 Abs. 3 NSchG unter Fortzahlung der Bezüge zum Dienst an Sonderschulen in freier Trägerschaft beurlaubte Beamtinnen und Beamte sind hier Planstellen mit veranschlagt:

- 2 Sonderschulrektorin, Sonderschulrektor
– einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von mehr als 180 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl von mehr als 120 –
- 2 Sonderschulrektorin, Sonderschulrektor
– einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von 91 bis 180 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl von 61 bis 120 –
- 2 Sonderschulkonrektorin, Sonderschulkonrektor
– als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von mehr als 180 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl von mehr als 120 –
- 5 Sonderschulrektorin, Sonderschulrektor
– einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von 41 bis 90 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl von 31 bis 60 –
- Sonderschulkonrektorin, Sonderschulkonrektor
– als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von 91 bis 180 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl von 61 bis 120 –
- Zweite Sonderschulkonrektorin, Zweiter Sonderschulkonrektor
– an einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl von mehr als 270 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl von mehr als 180 –
- 3 Sonderschullehrerin, Sonderschullehrer
– als Leiterin oder Leiter einer Schule für Lernhilfe mit einer Schülerzahl bis 40 oder einer sonstigen Sonderschule mit einer Schülerzahl bis 30 –
- 54 Sonderschullehrer/-in
- 4 Lehrer/-in
- 1 Jugendleiterin, Jugendleiter
– als Klassenleiterin oder Klassenleiter an einer Sonderschule –
- 73 Zusammen

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 11 Sonderschulen und Sonderschulklassen

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke	
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	4) Davon 77 ku nach Verg.-Gr. V c BAT bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.
	2001	2000		
Angestellte				
II a	22	22	Lehrkräfte	
III	48	19		
IV a	13	13		
IV b	69	113		
V b	88	78		
V c	64	101		
VI b	57	39		
VII	4	4		
Pädagogische Mitarbeiter/-innen				
IV b	23	23	– Sozial- und Erziehungsdienst –	
V b ⁴⁾	101	110		
V c	358	336		
VI b	4	4		
VII	—	—		
– Medizinische Hilfsberufe –				
V b	4	4	–	
V c	142	127		
VI b	4	4		
VII	—	—		
Betreuungskräfte				
VI b	14	32	– Sozial- und Erziehungsdienst –	
VII	47	35		
– Krankenpflagedienst –				
VI b	2	2	–	
VII	39	36		
– Sonstige Dienste –				
	1 103	1 102	Zusammen	
Leerstellen:				
Pädagogische Mitarbeiter/-innen				
V b	7	6	– Sozial- und Erziehungsdienst –	
V c	23	6		
VI b	19	19		
VII	6	1		
– Medizinische Hilfsberufe –				
V b	—	1	–	
V c	—	12		
VI b	—	2		
Betreuungskräfte				
VI b	—	2	– Sozial- und Erziehungsdienst –	
VII	—	1		
VI b	—	1	– Krankenpflagedienst –	
VII	—	4		
	55	55	Zusammen	

⁴⁾ Davon 77 ku nach Verg.-Gr. V c BAT bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Zugang:	Stellen	
Pädagogische Mitarbeiterinnen/ Mitarbeiter – Sozial- und Erziehungsdienst – Verg.-Gr. V b	1	von Kap. 07 07
Stellenumwandlungen:	Stellen	
Lehrkräfte Verg.-Gr. III	29	von Verg.-Gr. IV b
Verg.-Gr. V b	10	von Kapitel 07 11 – pädagogische Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter
Verg.-Gr. VI b	18	von Kapitel 07 11 – Betreuungskräfte
Verg.-Gr. VII	15	von Verg.-Gr. IV b
Pädagogische Mitarbeiter/-innen – Sozial- und Erziehungsdienst – V c	22	von Kapitel 07 11 – Lehrkräfte
– Medizinische Hilfsberufe – Verg.-Gr. V c	15	von Kapitel 07 11 – Lehrkräfte
Betreuungskräfte – Sozial- und Erziehungsdienst – Verg.-Gr. VII	12	von Kapitel 07 11 – Lehrkräfte
– Krankenpflege- dienst – Verg.-Gr. VII	3	von Kapitel 07 11 – Lehrkräfte
Zusammen	124	
Für folgende gemäß § 152 (3) NSchG unter Fortzahlung der Vergü- tungen zum Dienst an Sonderschulen in freier Trägerschaft beur- laubte Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis sind hier Stellen mit veranschlagt:		
	1	II a BAT
	1	IV b BAT
Zusammen	2	

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
1) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 14 BBesO.			
Planmäßige Beamte/-innen			
			Aufsteigende Gehälter:
			Schuldienst
A 15	112	112	Realschulrektor/-in
A 14 ¹⁾	124	124	– einer Realschule mit mehr als 360 Schülern –
			Realschulrektor/-in
			– einer Realschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –
A 14 ¹⁾	130	130	Realschulkonrektor/-in
			– als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Realschule mit mehr als 360 Schülern –
A 14	8	3	Realschulrektor/-in
			– einer Realschule mit bis zu 180 Schülern –
A 14	128	117	Realschulkonrektor/-in
			– als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Realschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –
A 14	20	36	Zweite(r) Realschulkonrektor/-in
			– einer Realschule mit mehr als 540 Schülern –
A 14	—	—	Oberstudienrat/-rätin
A 13	3 697	3 622	Realschullehrer/-in
			– mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen bei einer dieser Befähigung entsprechenden Verwendung –
A 12	63	63	Lehrer/-in
A 10	11	11	Fachlehrer/-in
			– mit Lehrbefähigung für mindestens zwei musisch-technische Fächer –
	4 293	4 218	Zusammen
Leerstellen:			
A 15	8	8	Realschulrektor/-in
A 14	9	15	Realschulrektor/-in
A 14	6	—	Realschulkonrektor/-in
A 13	201	201	Realschullehrer/-in
A 12	8	8	Lehrer/-in
	232	232	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	Stellenumwandlungen:	Stellen
Bes.-Gr. A 13		Bes.-Gr. A 14	
Realschullehrer/-in		Realschulkonrektor/-in	
– mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen bei einer dieser Befähigung entsprechenden Verwendung –	75	– als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer Realschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülern –	11
Zusammen	75	von Bes.-Gr. A 14 Zweite(r) Realschulkonrektor/-in – einer Realschule mit mehr als 540 Schülern –	
		Bes.-Gr. A 14	
		Realschulrektor/-in	
		– einer Realschule mit bis zu 180 Schülern –	5
		von Bes.-Gr. A 14 Zweite(r) Realschulkonrektor/-in – einer Realschule mit mehr als 540 Schülern –	
		Zusammen	16

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Angestellte				
II a	13	13	Lehrkräfte	
III	17	17		
IV a	8	8		
IV b	26	26		
V b	34	34		
V c	85	85		
VI b	54	54		
VII	5	5		
	242	242	Zusammen	

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Planmäßige Beamte/-innen				1) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 15 BBesO.
Aufsteigende Gehälter:				2) davon 1 gesperrt bis zum Wegfall des Haushaltsvermerks Nr. 5).
Schuldienst				4) ku in Stellen für Studienräte/-rätinnen.
A 16	193	193	Oberstudiendirektor/-in	5) Abweichend von § 50 Abs. 3 LHO darf 1 Stelleninhaber bis zum Eintritt in den Ruhestand an das Bildungsinstitut der Polizei abgeordnet werden.
– als Leiter/-in eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern –				6) Abweichend von § 50 Abs. 3 LHO darf 1 Stelleninhaber für eine Tätigkeit am Theaterpädagogischen Zentrum in Lingen freigestellt werden.
A 16	7	7	Oberstudiendirektor/-in	7) Abweichend von § 50 Abs. 3 LHO darf 1 Stelleninhaber bis zum 31. 12. 2003 an die Hochschule für Bildende Künste, Braunschweig, abgeordnet werden.
– als Leiter/-in eines zweizügig voll ausgebauten Oberstufengymnasiums –				
A 16	1	1	Oberstudiendirektor/-in	
– als Leiter/-in eines Gymnasiums im Aufbau mit mehr als 540 Schülern, wenn die oberste Jahrgangsstufe fehlt –				
A 15 ¹⁾	11	11	Studiendirektor/-in	
– als Leiter/-in eines nicht voll ausgebauten Gymnasiums –				
A 15 ¹⁾	4	4	Studiendirektor/-in	
– als Leiter/-in eines voll ausgebauten Gymnasiums mit bis zu 360 Schülern –				
A 15 ¹⁾	193	193	Studiendirektor/-in	
– als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern –				
A 15 ¹⁾	7	7	Studiendirektor/-in	
– als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines zweizügig voll ausgebauten Oberstufengymnasiums –				
A 15 ¹⁾	1	1	Studiendirektor/-in	
– als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines Gymnasiums im Aufbau mit mehr als 540 Schülern, wenn die oberste Jahrgangsstufe fehlt –				
A 15	11	11	Studiendirektor/-in	
– als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines nicht voll ausgebauten Gymnasiums –				
A 15	4	4	Studiendirektor/-in	
– als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines voll ausgebauten Gymnasiums mit bis zu 360 Schülern –				
A 15 ²⁾	136	136	Studiendirektor/-in	
– als Fachberater/-in in der Schulaufsicht –				
A 15 ⁷⁾	790	790	Studiendirektor/-in	
– zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben –				
A 14 ⁵⁾⁶⁾	3 534	3 534	Oberstudienrat/-rätin	
A 13	3 938	3 939	Studienrat/-rätin	
A 13 ⁴⁾	234	234	Realschullehrer/-in	
A 13 ⁴⁾	76	76	Lehrer/-in	
– mit fachwissenschaftlicher Ausbildung in zwei Fächern, wenn sich die Lehrbefähigung auf Gymnasien erstreckt, bei einer dieser Befähigung entsprechenden Verwendung –				
A 12	54	54	Lehrer/-in	
A 10	1	1	Lehrer/-in für Fachpraxis	
	9 195	9 196	Zusammen	
Leerstellen:				
A 16	14	14	Oberstudiendirektor/-in	
A 15	78	78	Studiendirektor/-in	
A 14	251	251	Oberstudienrat/-rätin	
A 13	375	375	Studienrat/-rätin	
A 13	24	24	Realschullehrer/-in	
A 12	9	9	Lehrer/-in	
	751	751	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Erläuterungen:

Gem. Haushaltsvermerk Nr. 2 zu Kap. 07 58 ist eine Planstelle der Bes.-Gr. A 15 (Direktor/-in beim NLI) in das Kap. 07 14 zurückzuverlagern.

Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. A 13	
Studienrat/-rätin	
– mit der Befähigung	
für das Lehramt an	
Gymnasien oder an	
berufsbildenden	
Schulen bei einer der	
jeweiligen Befähigung	
entsprechenden	
Verwendung –	1 Einsparung 1998 gem. § 9 Abs. 2 HG
	1997/1998 für den Seminarbereich
Zusammen	1

Für die am von der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers geführten Gymnasium Andreanum in Hildesheim und für die am vom Bistum Hildesheim getragenen, als staatlich anerkannte Ersatzschule geführten Gymnasium Josephinum in Hildesheim tätigen, unter Fortzahlung der Bezüge aus dem Landesdienst beurlaubten Lehrkräfte sind hier folgende Planstellen mit veranschlagt:

- 2 Oberstudiendirektoren/-innen
- als Leiter/-in eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern –
- 1 Studiendirektoren/-innen
- als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern –
- 1 Studiendirektor/-in
- als Fachberater/-in in der Schulaufsicht –
- 6 Studiendirektoren/-innen
- zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben –
- 28 Oberstudienräte/-rätinnen
- 40 Studienräte/-rätinnen
- 1 Lehrer/-innen – mit fachwissenschaftlicher Ausbildung... –
- 2 Realschullehrer/-innen
- 81 Zusammen

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	⁸) Davon 1 in der Funktion als Fachberater/-in; diese(r) erhält eine Zulage gem. Nr. 6.1 des Eingruppierungserlasses für die Lehrkräfte an öffentlichen Schulen i. d. F. vom 11. 4. 1986.
	2001	2000		
Angestellte				
I b	1	1	Lehrkräfte	
II a ^{⁸)}	161	161		
II b	49	49		
III	46	46		
IV a	23	23		
IV b	39	39		
V b	105	105		
V c	—	—		
VI b	6	6		
VII	1	1		
	431	431	Zusammen	

⁸⁾ Davon 1 in der Funktion als Fachberater/-in; diese(r) erhält eine Zulage gem. Nr. 6.1 des Eingruppierungserlasses für die Lehrkräfte an öffentlichen Schulen i. d. F. vom 11. 4. 1986.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Für die am von der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers geführten Gymnasium Andreanum in Hildesheim und für die an dem vom Bistum Hildesheim getragenen, als staatlich anerkannte Ersatzschule geführten Gymnasium Josephinum in Hildesheim tätigen, unter Fortzahlung der Bezüge/Vergütungen aus dem Landesdienst beurlaubten Lehrkräfte sind hier folgende Stellen mit veranschlagt:

- 1 II BAT
- 1 IV a BAT
- 1 V b BAT
-
- 3 Zusammen

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Planmäßige Beamte/-innen				1) 3 DW.
A 16	2	2	Aufsteigende Gehälter: Schuldienst Oberstudiendirektor/-in – als Leiter/-in eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern –	2) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 15 BBesO.
A 15 ¹⁾²⁾	1	1	Studiendirektor/-in – als Leiter/-in eines voll ausgebauten Gymnasiums mit bis zu 360 Schülern –	3) Von den Stelleninhabern/-innen erhalten insgesamt 6 eine ruhegehaltfähige Stellenzulage gem. § 1 Nr.2 der VO vom 19.6. 1978 – Nds. GVBl. S. 559 –, geändert durch VO vom 5.9. 1991 – Nds. GVBl. S. 269 –.
A 15 ²⁾	2	2	Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines voll ausgebauten Gymnasiums mit mehr als 360 Schülern –	
A 15	1	1	Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines voll ausgebauten Gymnasiums mit bis zu 360 Schülern –	
A 15 ¹⁾	8	8	Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben –	
A 14 ¹⁾³⁾	32	32	Oberstudienrat/-rätin	
A 13 ³⁾	63	63	Studienrat/-rätin	
A 13	2	2	Realschullehrer/-in	
	111	111	Zusammen	

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte			
II a	2	2	Lehrkräfte
II b	1	1	
IV a	1	1	
V b	1	1	
V b	4	4	Pädagogische Mitarbeiter/-innen – Sozial- und Erziehungsdienst –
VI b	1	1	
VII	2	1	
V b	3	3	Verwaltungsdienst
VI b	—	—	
VII	4	4	
V c	1	1	Sonstige Dienste
VI b	3	3	
VII	6	5	
IX b	—	—	
VII	—	2	Wirtschaftsdienst
	29	29	
			Zusammen
			Leerstellen:
V b	1	1	Pädagogische Mitarbeiter/innen – Sozial- und Erziehungsdienst –

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Stellenumwandlungen:

Stellen			
Pädagogische Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter – Sozial- und Erziehungsdienst – Verg.-Gr. VII	1	von Verg.-Gr. VII Wirtschaftsdienst	
Sonstige Dienste Verg.-Gr. VII	1	von Verg.-Gr. VII Wirtschaftsdienst	

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 15 Internatsgymnasien

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
			Arbeiter/-innen	
1	5	5	Reinigungsdienst	⁴⁾ ku nach Lohn-Gr. 4 nach Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in.
5	1	1	Boten-, Pförtner- und	⁵⁾ ku nach Lohn-Gr. 2 a nach Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in.
5 a ⁴⁾	1	1	Hausmeisterdienst	⁶⁾ ku nach Lohn-Gr. 1 nach Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in.
2 a	1	1	Haus- und Gartendienst	
3 a ⁵⁾	1	1		
4	1	1		
5	—	—		
1 a ⁶⁾	1	1	Wirtschaftsdienst	
2 a	2	2		
5	1	1		
	14	14	Zusammen	

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 16 Kollegs – vom Lande getragen –

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 15 BBesO.
	2001	2000		
Planmäßige Beamte/-innen				
			Aufsteigende Gehälter:	
			Schuldienst	
A 16	3	3	Oberstudiendirektor/-in	
			– als Leiter/-in eines zweizügig voll ausgebauten Oberstufengymnasiums –	
A 15 ¹⁾	3	3	Studiendirektor/-in	
			– als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin eines zweizügig voll ausgebauten Oberstufengymnasiums –	
A 15	5	5	Studiendirektor/-in	
			– zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben –	
A 14	25	25	Oberstudienrat/-rätin	
A 13	46	46	Studienrat/-rätin	
	82	82	Zusammen	

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Angestellte				
II a	1	1	Lehrkräfte	
IV a	1	1		
V b	1	1		
V c	2	2	Verwaltungsdienst	
	5	5	Zusammen	

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	2) ku nach Lohn-Gr. 4 nach Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/-in.
	2001	2000		
Arbeiter/-innen				
4	—	1	Boten-, Pförtner- und	
5 a2)	2	1	Hausmeisterdienst	
	2	2	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Stellenumwandlung:

Stellen

Lohn-Gr. 4
Boten-, Pförtner- und
Hausmeisterdienst 1 Bewährungsaufstieg gem. MTL nach
Lohn-Gr. 5 a – Boten-, Pförtner- und
Hausmeisterdienst

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
1) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszu- lage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 15 NBesO.			
Planmäßige Beamte/-innen			
A 16	25	25	Aufsteigende Gehälter: Schuldiens Gesamtschuldirektorin, Gesamtschuldirektor – als Leiterin oder Leiter einer Gesamtschule mit Oberstufe –
A 16	9	9	Gesamtschuldirektorin, Gesamtschuldirektor – als Leiterin oder Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von mehr als 1 000 –
A 15 ¹⁾	27	27	Direktorstellvertreterin, Direktorstellvertreter – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Gesamtschule mit Oberstufe –
A 15 ¹⁾	7	7	Direktorstellvertreterin, Direktorstellvertreter – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schü- lerzahl von mehr als 1 000 –
A 15 ¹⁾	23	18	Gesamtschuldirektorin, Gesamtschuldirektor – als Leiterin oder Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von 541 bis 1 000 –
A 15 ¹⁾	11	11	Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Gymnasialzweigs mit einer Schülerzahl von mehr als 360 an einer Kooperativen Gesamtschule mit Ober- stufe –
A 15	17	17	Direktorstellvertreterin, Direktorstellvertreter – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schü- lerzahl von 541 bis zu 1 000 –
A 15	12	12	Fachmoderatorin, Fachmoderator – für Gesamtschulen –
A 15	15	11	Gesamtschuldirektorin, Gesamtschuldirektor – als Leiterin oder Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl bis 540 –
A 15	36	36	Gesamtschulrektorin, Gesamtschulrektor – als die Didaktische Leiterin oder der Didakti- sche Leiter einer Gsamtschule mit einer Schü- lerzahl im Sekundarbereich I von mehr als 540 –
A 15	6	6	Gesamtschulrektorin, Gesamtschulrektor – als Leiterin oder Leiter des Sekundarbereichs I mit einer Schülerzahl von mehr als 810 an einer Integrierten Gesamtschule mit Ober- stufe –
A 15	7	7	Stufenleiterin, Stufenleiter – im Sekundarbereich I einer Integrierten Gesamtschule als Leiterin oder Leiter einer Stufe mit einer Schülerzahl bis zu 360 –
A 15	14	14	Studiendirektorin, Studiendirektor – als die Didaktische Leiterin oder der Didakti- sche Leiter einer Gesamtschule mit einer Schülerzahl im Sekundarbereich I von mehr als 540 –
A 15	15	15	Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Sekundarbereichs II an einer Integrierten Gesamtschule –
A 15	7	7	Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Sekundarbereichs I mit einer Schülerzahl von mehr als 810 an einer Integrierten Gesamtschule mit Oberstu- fe –
	231	222	zu übertragen

¹⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 15 NBesO.

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	2) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 14 NBesO.
	2001	2000		
	231	222	Übertrag	
A 15	3	3	Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Gymnasialzweigs mit einer Schülerzahl von 131 bis 360 an einer Kooperativen Gesamtschule mit Oberstufe –	
A 15	5	5	Studiendirektorin, Studiendirektor – als Leiterin oder Leiter des Gymnasialzweigs mit einer Schülerzahl von mehr als 130 an einer Kooperativen Gesamtschule ohne Oberstufe –	
A 15	2	2	Studiendirektor/-in – als Fachberater/-in in der Schulaufsicht –	
A 15	29	29	Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben –	
A 14 ²⁾	1	1	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Leiterin oder Leiter einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl von mehr als 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –	
A 14 ²⁾	5	5	Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter des Realschulzweigs mit einer Schülerzahl von mehr als 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –	
A 14 ²⁾	12	11	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl von mehr als 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –	
A 14 ²⁾	17	17	Stufenleiterin, Stufenleiter – im Sekundarbereich I einer Integrierten Gesamtschule als Leiterin oder Leiter einer Stufe mit einer Schülerzahl bis zu 360 –	
A 14	9	9	Direktorstellvertreterin, Direktorstellvertreter – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl bis 540 –	
A 14	2	2	Gesamtschulrektorin, Gesamtschulrektor – als die Didaktische Leiterin oder der Didaktische Leiter einer Gesamtschule mit einer Schülerzahl im Sekundarbereich I bis 540 –	
A 14	12	12	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als die Didaktische Leiterin oder der Didaktische Leiter einer Gesamtschule mit einer Schülerzahl im Sekundarbereich I bis 540 –	
A 14	—	—	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Leiterin oder Leiter einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –	
A 14	145	145	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Fachbereichsleiterin oder Fachbereichsleiter an einer Gesamtschule –	
A 14	57	57	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Jahrgangsleiterin oder Jahrgangsleiter im Sekundarbereich I einer Integrierten Gesamtschule –	
A 14	32	32	Oberstudienrat/-rätin	
A 14	125	127	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als Fachbereichsleiterin oder Fachbereichsleiter an einer Gesamtschule –	
A 14	30	30	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als Jahrgangsleiterin oder Jahrgangsleiter im Sekundarbereich I einer Integrierten Gesamtschule –	
A 14	16	16	Realschulrektorin, Realschulrektor – als Leiterin oder Leiter des Realschulzweigs mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –	
	733	725	zu übertragen	

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
	733	725	Übertrag	3) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 13 NBesO.
A 14	21	21	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –	4) ku in Stellen für Studienräte/-rätinnen.
A 13 ³⁾	3	3	Realschullehrerin, Realschullehrer – als Leiterin oder Leiter des Realschulzweigs mit einer Schülerzahl von 131 bis 180 an einer Kooperativen Gesamtschule –	5) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 12 NBesO.
A 13 ³⁾	—	—	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter des Hauptschulzweigs mit einer Schülerzahl von mehr als 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –	
A 13 ³⁾	4	4	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl bis 180 an einer Kooperativen Gesamtschule –	
A 13 ³⁾	1	1	Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter eines bei einer Gesamtschule geführten Primärbereichs mit einer Schülerzahl von mehr als 360 –	
A 13 ³⁾	—	—	Studienrätin, Studienrat – als Leiterin oder Leiter einer schulformunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl bis 180 an einer Kooperativen Gesamtschule –	
A 13	13	13	Hauptlehrerin, Hauptlehrer – als Leiterin oder Leiter des Hauptschulzweigs mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –	
A 13	1	—	Hauptlehrerin, Hauptlehrer – als Leiterin oder Leiter eines an einer Gesamtschule geführten Primärbereichs mit einer Schülerzahl von 181 bis 360	
A 13	84	84	Konrektorin, Konrektor – als Fachbereichsleiterin oder Fachbereichsleiter an einer Gesamtschule –	
A 13	57	57	Konrektorin, Konrektor – als Jahrgangsleiterin oder Jahrgangsleiter im Sekundarbereich I einer Integrierten Gesamtschule –	
A 13	1 057	1 011	Studienrat/-rätin	
A 13	13	13	Sonderschullehrer/-in	
A 13	765	795	Realschullehrer/-in	
A 13 ⁴⁾	12	12	Lehrer/-in – mit fachwissenschaftlicher Ausbildung in zwei Fächern, wenn sich die Lehrbefähigung auf Gymnasien erstreckt, bei einer dieser Befähigung entsprechenden Verwendung –	
A 12 ⁵⁾	7	7	Lehrerin, Lehrer – an einer Kooperativen Gesamtschule als Leiterin oder Leiter des Hauptschulzweigs mit einer Schülerzahl von 131 bis 180 –	
A 12	785	760	Lehrer/-in	
A 10	5	5	Fachlehrer/-in – mit Lehrbefähigung für mindestens zwei musisch-technische Fächer –	
	3 561	3 511	Zusammen	
A 14	12	12	Leerstellen:	
A 14	1	1	Oberstudienrat/-rätin	
A 13	49	49	Didaktische(r) Leiter/-in	
A 13	42	42	Studienrat/-rätin	
A 13	42	42	Realschullehrer/-in	
A 12	64	64	Lehrer/-in	
	168	168	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. A 13	
Studienrat/-rätin	50
Zusammen	50

Stellenumwandlungen:

Bes.-Gr. A 15 Zul. Gesamtschul- direktorin, Gesamtschuldirektor – als Leiterin oder Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl von 541 bis 1 000 –	5	von Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin
Bes.-Gr. A 15 Gesamtschul- direktorin, Gesamtschuldirektor – als Leiterin oder Leiter einer Gesamtschule ohne Oberstufe mit einer Schülerzahl bis 540 –	4	von Bes.-Gr. A 12 Lehrer/-in
Bes.-Gr. A 14 Zul. Rektorin, Rektor – als Leiterin oder Leiter einer schul- formunabhängigen Orientierungsstufe mit einer Schülerzahl von mehr als 360 an einer Kooperativen Gesamtschule –	1	von Bes.-Gr. A 14 Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als Fachbereichsleiterin oder Fachbereichsleiter an einer Gesamtschule –
Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin	1	von Bes.-Gr. A 14 Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als Fachbereichsleiterin oder Fachbereichsleiter an einer Gesamtschule –
Bes.-Gr. A 13 Hauptlehrerin, Hauptlehrer – als Leiterin oder Leiter eines an der Gesamtschule ge- führten Primarbereichs mit einer Schülerzahl von 181 bis 360 –	1	von Bes.-Gr. A 13 Realschullehrer/-in
Bes.-Gr. A 12 Lehrer/-in	29	von Bes.-Gr. A 13 Realschullehrer/-in
Zusammen	41	

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	6) Nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen Ver- lagerung nach Kapitel 07 11.
	2001	2000		
Angestellte				
II a	16	16	Lehrkräfte	
II b	9	9		
III	24	24		
IV a	11	11		
IV b	8	8		
V b	13	13		
V c	40	40		
VI b	19	19	Pädagogische Mitarbeiter/-innen – Medizinische Hilfsberufe –	
VII	7	7		
V c6)	3	3		
	150	150	Zusammen	

⁶⁾ Nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen Ver-
lagerung nach Kapitel 07 11.

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Planmäßige Beamte/-innen				
			Aufsteigende Gehälter: Schuldienst	
A 16	136	135	Oberstudiendirektor/-in – als Leiter/-in einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern –	1) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszu- lage gemäß Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 15 BBesO.
A 15 ¹⁾	10	12	Studiendirektor/-in – als Leiter/-in einer beruflichen Schule mit mehr als 80 bis zu 360 Schülern –	3) Für die Dauer der Wahrnehmung der Aufgaben eines(r) Oberstudienrates/-rätin erhält ein(e) Stel- leninhaber/-in als Angestellter eine Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Endgrund- vergütung der Verg.-Gr. BAT II a (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellen- zulagen) und dem Endgrundgehalt (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellen- zulagen) eines Beamten der Bes.-Gr. A 14 BBesO.
A 15 ¹⁾	138	137	Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Lei- ters/-terin einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern –	4) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszu- lage gemäß Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 13 Anh. NBesO.
A 15	3	4	Studiendirektor/-in – als Leiter/-in einer beruflichen Schule mit bis zu 80 Schülern –	5) ku in Bes.-Gr. A 13 (Studienrat/-rätin).
A 15	7	8	Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Lei- ters/-terin einer beruflichen Schule mit mehr als 80 bis zu 360 Schülern –	7) ku in Bes.-Gr. A 11 (Fachlehrer/-in), falls der/die Stelleninhaber/-in die laufbahnrechtlichen Vor- aussetzungen erfüllt.
A 15	70	69	Studiendirektor/-in – als Fachberater/-in in der Schulaufsicht –	8) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszu- lage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 10 NBesO.
A 15	601	601	Studiendirektor/-in – zur Koordinierung schulfachlicher Aufgaben –	9) Für die Dauer der Wahrnehmung der Aufgaben einer Lehrerin für Fachpraxis, Lehrers für Fach- praxis/Technischen Lehrerin, Technischen Lehrers – bei einer berufsbildenden Schule – erhalten die Stelleninhaber/-innen als Angestellte eine Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Endgrundvergütung der Verg.-Gr. BAT V b (zuzüg- lich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) und dem Endgrundgehalt (zuzüg- lich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) eines Beamten der Bes.-Gr. A 10 NBesO.
A 14 ³⁾	2 478	2 480	Oberstudienrat/-rätin	
A 13 ⁴⁾ 5)	23	33	Oberlehrerin, Oberlehrer – bei einer Berufsaufbau-, Berufsfach- oder Fachschule –	10) ku in Bes.-Gr. A 10 NBesO (Lehrerin für Fachpra- xis, Lehrer für Fachpraxis).
A 13 ¹³⁾	1	1	Polizeioberlehrer	11) 2 kw nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.
A 13 ¹⁶⁾	4 207	4 145	Studienrat/-rätin	12) ku in Bes.-Gr. A 9 NBesO (Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis).
A 13 ¹⁸⁾	1	3	Seefahrtoberrlehrerin, Seefahrtoberrlehrer	13) ku nach Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/ -in nach Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin.
A 12	2	2	Technische Lehrerin oder Technischer Lehrer mit der Prüfung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen – bei einer Berufs- oder Berufsfachschule –	16) Davon 6 Stellen bis zum 31. 12. 2002 gesperrt für das Programm Schulpflichterfüllung in Jugend- werkstätten Kapitel 07 71 TGr. 75 –.
A 12	120	120	Fachlehrer/-in	18) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszu- lage gemäß Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 13 NBesO.
A 11	95	116	Fachlehrer/-in	19) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 11 NBesO.
A 11 ⁷⁾	11	11	Jugendleiterin, Jugendleiter – an einer berufsbildenden Schule –	
A 11 ¹⁹⁾	1	1	Funklehrerin, Funklehrer	
A 10 ⁷⁾ 8)	1	1	Jugendleiterin, Jugendleiter – soweit an einer berufsbildenden Schule –	
A 10 ⁹⁾	1 078	1 078	Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis	
A 10 ⁹⁾ 10)	202	202	Technische Lehrerin, Technischer Lehrer – bei einer berufsbildenden Schule –	
A 9 ¹¹⁾	883	923	Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis	
A 9 ¹²⁾	22	22	Technische Lehrerin, Technischer Lehrer – bei einer berufsbildenden Schule –	
	10 090	10 104	Zusammen	
A 16	4	4	Stellen zu Titel 422 31: Leitende(r) Regierungsschuldirektor/-in – als Dezernent/-in in der Schulaufsicht auf Bezirksebene –	
A 16	4	4	Leerstellen: Oberstudiendirektor/-in	
A 15	5	5	Studiendirektor/-in	
A 14	43	43	Oberstudienrat/-rätin	
A 13	130	130	Studienrat/-rätin	
A 12	5	5	Fachlehrer/-in	
A 10	5	5	Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis	
A 10	11	11	Technische Lehrerin, Technischer Lehrer – bei einer berufsbildenden Schule –	
A 9	7	7	Technische Lehrerin, Technischer Lehrer – bei einer berufsbildenden Schule –	
A 9	15	15	Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis	
	225	225	Zusammen	

¹⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 7 zur Bes.-Gr. A 15 BBesO.

³⁾ Für die Dauer der Wahrnehmung der Aufgaben eines(r) Oberstudienrates/-rätin erhält ein(e) Stelleninhaber/-in als Angestellter eine Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Endgrundvergütung der Verg.-Gr. BAT II a (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) und dem Endgrundgehalt (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) eines Beamten der Bes.-Gr. A 14 BBesO.

⁴⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 13 Anh. NBesO.

⁵⁾ ku in Bes.-Gr. A 13 (Studienrat/-rätin).

⁷⁾ ku in Bes.-Gr. A 11 (Fachlehrer/-in), falls der/die Stelleninhaber/-in die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen erfüllt.

⁸⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 10 NBesO.

⁹⁾ Für die Dauer der Wahrnehmung der Aufgaben einer Lehrerin für Fachpraxis, Lehrers für Fachpraxis/Technischen Lehrerin, Technischen Lehrers – bei einer berufsbildenden Schule – erhalten die Stelleninhaber/-innen als Angestellte eine Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Endgrundvergütung der Verg.-Gr. BAT V b (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) und dem Endgrundgehalt (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) eines Beamten der Bes.-Gr. A 10 NBesO.

¹⁰⁾ ku in Bes.-Gr. A 10 NBesO (Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis).

¹¹⁾ 2 kw nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.

¹²⁾ ku in Bes.-Gr. A 9 NBesO (Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis).

¹³⁾ ku nach Ausscheiden des/der Stelleninhaber(s)/ -in nach Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin.

¹⁶⁾ Davon 6 Stellen bis zum 31. 12. 2002 gesperrt für das Programm Schulpflichterfüllung in Jugendwerkstätten Kapitel 07 71 TGr. 75 –.

¹⁸⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 13 NBesO.

¹⁹⁾ Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 11 NBesO.

Erläuterungen zum Stellenplan

Mit dem Haushaltsplan 2001 sind die Stellen der staatlichen Fachschulen – Seefahrt – (Stellenzahl 2000: 22 Stellen für planmäßige Beamte/-innen und 5 Stellen für Angestellte) mit dem Kapitel 07 20 zusammengefasst worden.

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – als Leiter/-in einer beruflichen Schule mit bis zu 80 Schülern –	1	Verlagerung gem. § 50 Abs. 1 LHO zum 1. 1. 2000 an das Kapitel 06 35 – Fachhochschule Ostfriesland (neu 06 39)
Bes.-Gr. A 14 Oberstudienrat/-rätin	2	Verlagerung gem. § 50 Abs. 1 LHO zum 1. 1. 2000 an das Kapitel 06 35 – Fachhochschule Ostfriesland (neu 06 39)
Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin	9	davon 1 Verlagerung gem. § 50 Abs. 1 LHO zum 1. 1. 2000 an das Kapitel 06 35 – Fachhochschule Ostfriesland (neu 06 39) 8 Verlagerung nach Kapitel 07 10
Bes.-Gr. A 13 Seefahrtsoberlehrerin, Seefahrtsoberlehrer	2	Verlagerung gem. § 50 Abs. 1 LHO zum 1. 1. 2000 an das Kapitel 06 35 – Fachhochschule Ostfriesland (neu 06 39)
Zusammen	14	

Umwandlung: Bes.-Gr. A 16 Oberstudien- direktor/-in – als Leiter/-in einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern –	1	von Bes.-Gr. A 15 Zul. Studiendirektor/-in – als Leiter/-in einer beruflichen Schule mit mehr als 80 bis zu 360 Schülern –
Bes.-Gr. A 15 Zul. Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer beruflichen Schule mit mehr als 360 Schülern –	1	Bes.-Gr. A 15 Zul. Studiendirektor/-in – als Leiter/-in einer beruflichen Schule mit mehr als 80 bis zu 360 Schülern –
Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – als Fachberater/-in in der Schulaufsicht –	1	Bes.-Gr. A 15 Studiendirektor/-in – als der/die ständige Vertreter/-in des/der Leiters/-terin einer beruflichen Schule mit mehr als 80 bis zu 360 Schülern –
Bes.-Gr. A 13 Studienrat/-rätin	71	davon 10 von Bes.-Gr. A 13 Zul. Oberlehrerin, Oberlehrer 21 von Bes.-Gr. A 11 Fachlehrer/-in 40 von Bes.-Gr. A 9 Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis
Zusammen	74	

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 20 Berufsbildende Schulen – in kommunaler Trägerschaft –

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
			¹⁷⁾ ku in Verg.-Gr. V b nach Ausscheiden der Stelleninhaberinnen/der Stelleninhaber.
			²⁰⁾ Für die Dauer der Wahrnehmung der Aufgaben eines(r) stellvertretenden Schulleiter(s)/-in kann der/die Stelleninhaber/-in eine Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Endgrundvergütung der Verg.-Gr. BAT III (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) eines Beamten der Bes.-Gr. A 15 BBesG erhalten.

¹⁷⁾ ku in Verg.-Gr. V b nach Ausscheiden der Stelleninhaberinnen/der Stelleninhaber.

²⁰⁾ Für die Dauer der Wahrnehmung der Aufgaben eines(r) stellvertretenden Schulleiter(s)/-in kann der/die Stelleninhaber/-in eine Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Endgrundvergütung der Verg.-Gr. BAT III (zuzüglich des Ortszuschlages und etwaiger Amts- oder Stellenzulagen) eines Beamten der Bes.-Gr. A 15 BBesG erhalten.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugang: Stellen

Pädagogische Mitarbeiter- Sozial- und Erziehungsdienst – Verg.-Gr. IV b

1 Verlagerung von Kapitel 03 26 gem. Nr. 8 der Allgemeinen Bestimmungen 1999

Verg.-Gr. V b 43 Verlagerung von Kapitel 07 20 – Lehrkräfte

Zusammen 44

Abgang: Stellen

Lehrkräfte

Verg.-Gr. V b 43 Verlagerung nach Kapitel 07 20 – Pädagogische Mitarbeiterinnen/ Mitarbeiter

Verwaltungskräfte

Verg.-Gr. V c 1 } Verlagerung gem. § 50 Abs. 1 LHO zum 1. 1. 2000 an das Kapitel 06 35 –
Sonstige Dienste Verg.-Gr. VIII 1 } Fachhochschule Ostfriesland

Pädagogische Mitarbeiter/-innen – Sozial- und Erziehungsdienst – Verg.-Gr. V b

2 Vollzug der Nr. 8 Allg. Bestimmungen 1999 (Durchführung der Verwaltungsreform)

Zusammen 47

Bleibt Abgang 3

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 51 Vorbereitungsdienst für die Lehrämter

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Planmäßige Beamte/-innen				*) Die Stellen für Studiendirektoren/-innen – als Fachleiter/-innen an Studienseminaren – dürfen im Bedarfsfall in dem Umfang mit mehreren Beamten/-innen, deren Arbeitszeit gem. § 80 a Abs. 1 Nr.1 oder § 87 a Abs. 1 Nr.1 NBG ermäßigt worden ist, besetzt werden, als sie durch die Teilbeschäftigung der Beamtinnen und Beamten nicht in voller Höhe der regelmäßigen Arbeitszeit in Anspruch genommen werden. 1) Die Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 15 NBesO. 2) 3 kw infolge ZV davon 2 kw zum 1. 3. 2002 bzw. 1. 6. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002) 1 kw zum 1. 9. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003) 3) Die Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 14 NBesO. 4) Die Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 2 zur Bes.-Gr. A 13 NBesO.
A 16	25	25	Aufsteigende Gehälter:*) Oberstudiendirektorin, Oberstudiendirektor – als Leiterin oder Leiter eines Studienseminars für ein Lehramt des höheren Dienstes –	
A 15 ¹⁾	25	25	Studiendirektorin, Studiendirektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters eines Studienseminars für ein Lehramt des höheren Dienstes –	
A 15 ²⁾	377	380	Studiendirektor/-in – als Fachleiter/-in an Studienseminaren –	
A 14 ³⁾	4	4	Seminarrektorin, Seminarrektor – als Leiterin oder Leiter eines Ausbildungsseminars für das Lehramt an Sonderschulen –	
A 14 ³⁾	12	12	Seminarrektorin, Seminarrektor – als Leiterin oder Leiter eines Ausbildungsseminars für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen und für das Lehramt an Realschulen –	
A 14	8	8	Seminarrektorin, Seminarrektor – als Leiterin oder Leiter eines Ausbildungsseminars für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen –	
A 14	4	4	Seminarkonrektorin, Seminarkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters eines Ausbildungsseminars für das Lehramt an Sonderschulen –	
A 14	12	12	Seminarkonrektorin, Seminarkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters eines Ausbildungsseminars für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen und für das Lehramt an Realschulen –	
A 13 ⁴⁾	8	8	Seminarkonrektorin, Seminarkonrektor – als die ständige Vertreterin oder der ständige Vertreter der Leiterin oder des Leiters eines Ausbildungsseminars für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen –	
	475	478	Zusammen	
A 15	1	1	Leerstellen: Studiendirektor/-in – als Fachleiter/-in an Studienseminaren –	

Erläuterungen zum Stellenplan

Abgang: Stellen
Bes.-Gr. A 15 3 Studiendirektor/-in
– als Fachleiter/-in an Studienseminaren –
infolge Einsparung 1998
gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 51 Vorbereitungsdienst für die Lehrämter

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	5) kw.
	2001	2000		
Angestellte				
V c	1	1		
VI b	2	2		
VII	51	51		
	54	54	Zusammen	
			Leerstellen5):	
VII	1	—		
Erläuterungen zu den Stellenübersichten				

Leerstellen:

Zugang: Stellen
Verg.-Gr. VII 1 infolge des Bedarfs

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst				6) Die Stellen sind in dem Umfang gesperrt, in dem sie gemäß den Erläuterungen zu 07 51 – 427 02 bzw. 427 08 für auszubildende Lehrkräfte in einem befristeten öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis bzw. im Angestelltenverhältnis verwendet werden.
A 13 ⁶⁾	1 730	1 580	Studienreferendar/-in	7) Die Stellen sind folgendermaßen zu verwenden: 630 Stellen für Studienreferendare/-innen (Lehramt an berufsbildenden Schulen)
A 13 ⁶⁾ ⁸⁾	775	650	Sonder-, Realschullehrer-Anwärter/-in	1100 Stellen für Studienreferendare/-innen (Lehramt an Gymnasien)
A 12 ⁶⁾	1 735	1 550	Lehrer-Anwärter/-in	
A 9	120	120	Lehramtsanwärter/-in (Lehrer/-in für Fachpraxis)	8) Die Stellen sind folgendermaßen zu verwenden: 360 Stellen für Sonderschullehrer-Anwärter/-innen 415 Stellen für Realschullehrer-Anwärter/-innen.
	4 360	3 900	Zusammen	9) kw.
			Leerstellen: ⁹⁾	
A 13	69	69	Studienreferendar/-in	
A 13	22	22	Sonder-, Realschullehrer-Anwärter/-in	
A 12	69	69	Lehrer-Anwärter/-in	
	160	160	Zusammen	
Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen				

Zugang: Stellen

Bes.-Gr. A 13
Studienreferendar/-in 150 davon besetzbar
(Lehramt an 75 zum 1. 5. 2000
Gymnasien) 75 zum 1. 11. 2000

Sonder-, Realschul-
lehrer-Anwärter/-in 125 davon besetzbar
55 zum 1. 5. 2000
40 zum 1. 11. 2000
30 zum 1. 5. 2001

Bes.-Gr. A 12
Lehrer-Anwärter/-in 185 davon besetzbar
15 zum 1. 5. 2000
50 zum 1. 11. 2000
120 zum 1. 5. 2001

Zusammen 460

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 56 Niedersächsisches Landesprüfungsamt für Lehrämter

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Planmäßige Beamte/-innen				1) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage nach Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 15 NBesO.
B 3	1	1	Feste Gehälter: Präsidentin oder Präsident des Landesprüfungsamtes für Lehrämter	2) Der derzeitige Stelleninhaber erhält des weiteren eine Überleitungszulage nach § 3 des Gesetzes zur Zusammenfassung und Änderung besoldungs- und anderer dienstrechtlicher Vorschriften vom 27. 3. 1990 Nds. GVBl. S. 115 –.
A 16	1	1	Aufsteigende Gehälter: Leitende Direktorin oder Leitender Direktor beim Landesprüfungsamt für Lehrämter – als Leiterin oder Leiter des Dezernats für Prüfungen für das Lehramt an Gymnasien –	
A 16	1	1	Leitende Direktorin oder Leitender Direktor beim Landesprüfungsamt für Lehrämter – als Leiterin oder Leiter des Dezernats für Prüfungen für das Lehramt an berufsbildenden Schulen –	
A 15	9	9	Direktorin oder Direktor beim Landesprüfungsamt für Lehrämter	
A 15 ¹⁾ 2)	1	1	Direktorin oder Direktor beim Landesprüfungsamt für Lehrämter – als Leiterin oder Leiter des Dezernats für Prüfungen für Lehrämter des gehobenen Dienstes –	
A 15	1	1	Direktorin oder Direktor	
A 11	1	1	Amtfrau oder Amtmann	
A 10	1	1	Oberinspektorin oder Oberinspektor	
A 9	1	1	Amtsinspektorin oder Amtsinspektor	
	17	17	Zusammen	

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Angestellte				⁴⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1–3) und VII (Fallgruppen 1–3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.
VI b	11	11		⁵⁾ kw zum 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
VII	3	3		
IX b–VII ⁴⁾ ⁵⁾	1	1		
	15	15	Zusammen	

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen			
B 3	1	1	Feste Gehälter: Präsidentin oder Präsident des NLI
A 16	3	4	Aufsteigende Gehälter: Leitende Direktorin oder Leitender Direktor beim NLI – als Leiterin oder Leiter eines Dezernats –
A 15 ¹⁾	5	5	Direktorin oder Direktor beim NLI
A 15	1	1	Direktor/-in
A 15 ²⁾	1	1	Studiendirektor/-in
A 14	3	3	Oberrat/-rätin
A 14	12	13	Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Dezernentin oder Dezernent beim NLI –
A 14	2	1	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als Dezernentin oder Dezernent beim NLI –
A 13	—	1	Studienrat/-rätin
A 13	—	1	Realschullehrer/-in, Sonderschullehrerin, Sonderschullehrer
A 13	2	2	Konrektorin, Konrektor – als Dezernentin oder Dezernent beim NLI –
A 13	—	1	Rätin, Rat
A 12 ⁴⁾	1	1	Lehrer/-in
A 12	2	2	Amtsrat/-rätin
A 11	1	1	Amtmann/-männin/-frau
A 10	2	2	Oberinspektor/-in
A 9 ⁵⁾	1	1	Amtsinspektor/-in
A 8	1	—	Hauptsekretär/-in
A 6	—	1	Sekretär/-in
	38	42	Zusammen
A 15	3	3	Stellen zu Titel 422 31: Direktorin oder Direktor beim NLI
A 13	1	1	Realschullehrer/-in, Sonderschullehrer/-in
A 13	1	1	Oberamtsrat/-rätin
	5	5	Zusammen
A 13	1	—	Leerstellen: ⁶⁾ Konrektorin, Konrektor – als Dezernentin oder Dezernent beim NLI –

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:	Stellen	Stellenumwandlungen:	Stellen
Bes.-Gr. A 8		Bes.-Gr. A 14	
Hauptsekretär/-in	1 infolge Verlagerung von Kap.03 05 in 1999	Realschulkonrektorin, Realschulkonrektor – als Dezernentin oder Dezernent beim NLI –	1 Bes.-Gr. A 14 – Oberstudienrätin, Oberstudienrat – als Dezernentin oder Dezernent beim NLI –
Abgang:	Stellen	Leerstellen:	Stellen
Bes.-Gr. A 16		Zugang:	
Leitende Direktorin oder Leitender Direktor beim NLI – als Leiterin oder Leiter eines Dezernats –	1 } gem. ZV bis 2003 (PKB-Überschuss)	Bes.-Gr. A 13	
Bes.-Gr. A 13	1 } gem. ZV bis 2003 (PKB-Überschuss)	Konrektorin, Konrektor – als Dezernentin oder Dezernent beim NLI –	1 infolge des Bedarfs
Studienrat/-rätin	1 } gem. ZV bis 2003 (PKB-Überschuss)		
Bes.-Gr. A 13			
Realschullehrer/-in, Sonderschullehrerin, Sonderschullehrer	1 gem. ZV für 2001		
Bes.-Gr. A 13			
Rätin, Rat	1 } gem. ZV bis 2003 (PKB-Überschuss)		
Bes.-Gr. A 6	1 } gem. ZV bis 2003 (PKB-Überschuss)		
Sekretär/-in	1 } gem. ZV bis 2003 (PKB-Überschuss)		
Zusammen	5		
Bleibt Abgang	4		

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 58 Unterstützung der Schulentwicklung und Medienbildung/Fort- und Weiterbildung

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte			
I b	1	1	7) Die Sekretärin der Präsidentin/des Präsidenten ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Die für die Dauer der Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten. 8) 2 kw nach Ausscheiden der Stelleninhaber. 9) Nach Beendigung des Projekts „Mobiler Beratungsdienst Leseförderung in Nds.“ ist eine Stelle in das Kapitel 07 07 zurückzuverlagern. 10) Die Stelleninhaber/-innen erhalten nach dreijähriger Bewährung in der Tätigkeit als Filmkopienpfleger/-in Vergütung nach Verg.-Gr. VIII BAT. 11) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.
II a	1	1	
IV b	2	2	
V b	4	4	
V c ⁸⁾	10	8	
VI b ⁷⁾	5	5	
VII ⁹⁾	7	9	
VIII	2	2	
IX b ¹⁰⁾	2	3	
IX b–VII ¹¹⁾	8	10	
	42	45	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Mit dem Haushaltsplan 2001 sind die Stellen 2000 der Kapitel 07 58 (42) und 07 59 (3) zusammengefasst worden.

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. V c	3	infolge Verlagerung von Kap. 03 05 in 1999
Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. VII	2	} gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Verg.-Gr. IX b-VII	2	
Verg.-Gr. V c	1	} infolge Einsparung 1998
Verg.-Gr. IX b	1	
		gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998
Zusammen	6	
Bleibt Abgang	3	

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Arbeiter/-innen				
1	3	3		
2	1	1		
4	4	4		
	8	8	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Mit dem Haushaltsplan 2001 sind die Stellen 2000 der Kapitel 07 58 (3) und 07 59 (5) zusammengefasst worden.

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 71 Jugendhilfe, Nds. Landesjugendamt

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) kw.
	2001	2000		
Planmäßige Beamte/-innen				
B 3	—	1	Feste Gehälter: Präsident/-in des Nds. Landesjugendamtes	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	1	1	Ltd. Direktor/-in	
A 15	2	3	Direktor/-in	
A 14	6	7	Oberrat/-rätin	
A 13	1	2	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	5	8	Amtsrat/-rätin	
A 11	19	29	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	4	16	Oberinspektor/-in	
A 9	—	1	Inspektor/-in	
A 9	—	2	Amtsinspektor/-in	
A 8	—	1	Hauptsekretär/-in	
A 7	—	1	Obersekretär/-in	
	38	72	Zusammen	
			Stellen zu Titel 422 31:	
A 12	2	2	Amtsrat/-rätin	
A 11	3	3	Amtmann/-männin/-frau	
	5	5	Zusammen	
			Leerstellen ¹⁾ :	
A 11	1	2	Amtmann/-männin/-frau	
	1	2	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. B 3		
Präsident/-in des Nds. Landesjugendamtes	1	} Verlagerung nach Kapitel 07 01 infolge der Eingliederung des NLJA in die Bezirksregierung Hannover
Bes.-Gr. A 12		
Amtsrat/-rätin	1	
Bes.-Gr. A 15		
Direktor/-in	1	1 kw zum 1. 1. 2001 gem. ZV für 2001
Bes.-Gr. A 14		
Oberrat/-rätin	1	} Verlagerung nach Kapitel 03 05 infolge der Eingliederung des NLJA in die Bezirksregierung Hannover
Bes.-Gr. A 13		
Oberamtsrat/-rätin	1	
Bes.-Gr. A 12		
Amtsrat/-rätin	2	
Bes.-Gr. A 11		
Amtmann/-männin/-frau	10	
Bes.-Gr. A 10		
Oberinspektor/-in	9	
Bes.-Gr. A 9		
Amtsinspektor/-in	2	} Einsparung 1998 gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998
Bes.-Gr. A 8		
Hauptsekretär/-in	1	} ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Bes.-Gr. A 7		
Obersekretär/-in	1	}
Bes.-Gr. A 10		
Oberinspektor/-in	2	
Bes.-Gr. A 9		
Inspektor/-in	1	
Bes.-Gr. A 10		
Oberinspektor/-in	1	
Zusammen	34	

Leerstellen:	Stellen	
Abgang:		
Bes.-Gr. A 11		
Amtmann/-männin/-frau	1	Verlagerung nach Kap. 03 05

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 71 Jugendhilfe, Nds. Landesjugendamt

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Angestellte				
IV a	—	1	Verwaltungsdienst	
IV b	—	1		
V b	—	4		
V c	—	6		
VII	—	2		
IX b–VII	—	7	Schreib- und Fernschreibdienst	
IV a	20	20	Sozial- und Erziehungsdienst	
	20	41	Zusammen	
			Leerstellen: ¹⁾	
IV b	1	1	Verwaltungsdienst	
V b	—	1		
V c	—	1		
	1	3	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Abgang:	Stellen	
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. IV a	1	} Verlagerung nach Kapitel 03 05
Verg.-Gr. IV b	1	
Verg.-Gr. V b	4	
Verg.-Gr. V c	6	
Verg.-Gr. VII	2	
Schreib- und Fernschreibdienst		
Verg.-Gr. IX b–VII	7	
Zusammen	21	
Leerstellen:		
Abgang:		
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. V b	1	} Verlagerung nach Kapitel 03 05
Verg.-Gr. V c	1	
Zusammen	2	

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Arbeiter/-innen				
4	—	1	Kraftfahrdienst	
2 a	—	1	Sonstige Dienste	
	—	2	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	1	} Verlagerung nach Kap. 03 05 infolge der Eingliederung des NLJA in die Bezirksregierung Hannover
Lohn-Gr. 2 a	1	

Einzelplan 07 Kultusministerium
Kapitel 07 84 Landeszentrale für politische Bildung

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	2) Rückverlagerung einer Stelle in das Kapitel 07 01 nach dem Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens mit Ablauf des 30. 6. 2009.
	2001	2000		
Planmäßige Beamte/-innen				
B 3	1	1	Feste Gehälter: Direktor/-in der Landeszentrale für politische Bildung	
A 16 ²⁾	5	5	Aufsteigende Gehälter: Leitende(r) Direktor/-in	
A 15	4	4	Direktor/-in	
A 14	7	7	Oberrat/-rätin	
A 13	2	2	Rat/Rätin	
A 13	1	1	Oberamtsrat/-rätin	
	20	20	Zusammen	
A 16	1	1	Stellen zu Titel 422 31: Leitende(r) Regierungsdirektor/-in	
A 15	1	1	Regierungsdirektor/-in	
	2	2	Zusammen	

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke	
Verg.-Gr.	Stellenzahl			
	2001	2000		
Angestellte				
I a ⁴⁾	—	1	⁴⁾ 1 kw zum 1. 5. 1999 infolge ZV für 2001. ⁶⁾ Die Sekretärin des/der Direktors/-in der Landeszentrale für politische Bildung ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b eingruppiert. Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten. ⁸⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen. ⁹⁾ 1 kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens jedoch zum 31. 12. 2002, infolge ZV bis 2003 (2003).	
II a	1	1		
IV a	1	1		
V b	1	1		
V c	7	7		
VI b ⁶⁾	4	4		
VII	4	5		
VIII	1	1		
IX b ⁹⁾	1	1		
IX b-VII ⁸⁾	4	4		
	24	26		Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. I a	1	Stellenabgang infolge ZV für 2001 (Vollzug des HV Nr. 4)
Verg.-Gr. VII	1	Einsparung 1998 gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998
Zusammen	2	

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Arbeiter/-innen				
4	1	1		
2 a	1	1		
	2	2	Zusammen	

Haushaltsplan

für das

Haushaltsjahr 2001

Einzelplan 08

Ministerium

für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Vorwort zum Einzelplan 08

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 08 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereichs des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, und zwar

des Ministeriums als oberste Landesbehörde auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Technologie und des Verkehrswesens (Kap. 08 01, 08 02 und 08 03)

der Bergverwaltung

mit dem Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld und 3 Bergämtern (Kap. 08 10)

des Mess- und Eichwesens

mit dem Landesbetrieb „Mess- und Eichwesen Niedersachsen (MEN)“ und seinen 10 Betriebsstellen (Kap. 08 11)

der Materialprüfung

mit den fünf Landesbetrieben „Materialprüfanstalten“ (Kap. 08 13)

des Landesamtes für Bodenforschung Hannover mit einem Außeninstitut in Bremen (Kap. 08 18)

der Straßenbauverwaltung

mit den Fachdezernaten in der Mittelinstanz bei den Bezirksregierungen und dem Landesamt für Straßenbau sowie in der Ortsinstanz mit 14 Bauämtern und deren 76 Straßen-, Autobahn- und Fernmeldemeistereien (Kap. 08 20)

der Häfen- und Schifffahrtsverwaltung

bei der Bezirksregierung Weser-Ems und 5 Hafenämtern (Kap. 08 30)

des Modellversuchs „Budgetierung“ in der Häfen- und Schifffahrtsverwaltung (Kap. 08 31).

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

1. Die bisher im Kapitel 08 04 „Bewilligungen für Institutionen im Bereich der wirtschaftsnahen Forschung“ veranschlagten Einnahmen und Ausgaben wurden in das Kapitel 08 02 umgesetzt.

2. Der Niedersächsische Landtag hat am 16. Dezember 1999 das „Gesetz über die Gründung des Instituts für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben“ (GGA-Gesetz) beschlossen (Nds. GVBl. Nr. 25/1999).

Die Zuschüsse für das neue Institut sind im Kapitel 08 02 TGr. 73 veranschlagt. Das Kapitel 08 19 wurde aufgelöst.

C. Hochbaumaßnahmen

Die Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich des MW sind im Kapitel 20 71 des Einzelplans 20 – Hochbauten – ausgewiesen.

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	E i n n a h m e n						
		0	1	2	3	Gesamt-	4	5
		Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	eigene Einnahmen	Über- tragungs- einnahmen	vermögens- wirksame und Sonder- einnahmen	einnahmen	persönliche Verwaltungs- ausgaben	sächliche Verwaltungs- ausgaben; Schulden- dienst
		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0801	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	—	835.000	140.000	—	975.000	33.591.400	11.347.100
0802	Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft	—	5.200.000	245.541.000	84.589.000	335.330.000	—	3.465.000
0803	Allgemeine Bewilligungen im Bereich Verkehr	—	1.100.000	724.772.900	445.843.100	1.171.716.000	—	416.857.500
0810	Bergverwaltung	—	452.211.000	639.200	—	452.850.200	8.422.400	1.345.100
0811	Mess- und Eichwesen	—	—	—	—	—	—	—
0813	Materialprüfanstalten	—	—	—	—	—	—	—
0818	Landesamt für Bodenforschung	—	2.899.000	2.779.700	807.500	6.486.200	22.838.900	3.522.100
0820	Straßenbauverwaltung	—	12.713.000	130.973.000	150.963.000	294.649.000	311.004.800	105.120.400
0830	Häfen- und Schifffahrtsverwaltung	—	—	—	3.555.000	3.555.000	16.000	—
0831	Häfen- und Schifffahrtsverwaltung - Modellversuch "Budgetierung"	—	59.800.000	70.000	—	59.870.000	56.951.400	39.332.600
0896	Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz	—	—	—	—	—	—	—
	Weggefallene Kapitel							
	Summe 2001	—	534.758.000	1.104.915.800	685.757.600	2.325.431.400	432.824.900	580.989.800
	Summe 2000	—	300.345.400	946.280.400	640.606.900	1.887.232.700	434.311.500	571.018.100
	2001 mehr/weniger (-)	—	234.412.600	158.635.400	45.150.700	438.198.700	-1.486.600	9.971.700

gaben und Verpflichtungsermächtigungen

Epl. 08

A u s g a b e n					2001 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 – Sp.14)	2000 Überschuss Zuschuss (-)	2001 Verbesserung Verschlech- terung (-) (Sp.15 – Sp.16)	Ver- pflichtungs- ermächti- gungen
6 Über- tragungs- ausgaben	7 Bau- ausgaben	8 sonst. Ausga- ben für Inve- stitionen und Invest.förd.- maßnahmen	9 besondere Finan- zierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
DM	DM	DM	DM	DM				
10	11	12	13	14	15	16	17	18
1.483.100	—	476.300	1.038.800	47.936.700	-46.961.700	-39.851.200	-7.110.500	1.000.000
85.623.100	—	555.868.000	—	644.956.100	-309.626.100	-263.294.400	-46.331.700	268.488.000
512.509.900	—	457.563.100	390.000	1.387.320.500	-215.604.500	-231.252.800	15.648.300	443.300.000
1.600	—	83.000	975.500	10.827.600	442.022.600	217.972.200	224.050.400	—
3.829.100	—	1.075.500	—	4.904.600	-4.904.600	-1.290.100	-3.614.500	—
3.752.500	—	2.152.000	—	5.904.500	-5.904.500	-3.792.000	-2.112.500	—
1.167.500	—	969.000	396.100	28.893.600	-22.407.400	-21.395.900	-1.011.500	—
5.304.000	134.300.000	144.709.300	13.872.400	714.310.900	-419.661.900	-404.527.000	-15.134.900	666.350.000
—	—	18.200.000	3.555.000	21.771.000	-18.216.000	-17.216.000	-1.000.000	—
852.000	34.000.000	4.452.000	39.970.700	175.558.700	-115.688.700	-98.022.200	-17.666.500	20.000.000
—	—	—	—	—	—	—	—	—
						-10.598.000	10.598.000	
614.522.800	168.300.000	1.185.548.200	60.198.500	3.042.384.200	-716.952.800	-873.267.400	156.314.600	1.399.138.000
577.287.800	137.700.000	1.007.765.700	32.417.000	2.760.500.100				1.191.121.000
37.235.000	30.600.000	177.782.500	27.781.500	281.884.100				208.017.000

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 11-0	011	Verwaltungsgebühren		500.000	500.000	—	206
111 12-9	751	Luftsicherheitsgebühren		175.000	175.000	—	139
111 45-5	011	Prüfungsgebühren * Vgl. K-Vermerk zu 427 41.		38.000	38.000	—	38
112 01-0	011	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		—	—	—	—
113 01-6	011	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		1.000	1.000	—	0
119 01-4	011	Einnahmen aus Nebentätigkeit		70.000	70.000	—	53
119 31-6	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		10.000	10.000	—	3
119 46-4	011	Ersatzleistungen		3.000	3.000	—	—
119 51-0	011	Vermischte Einnahmen		30.000	—	+30.000	28
119 63-4	011	Einnahmen für die Weltausstellung „EXPO 2000“ * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.		—	—	—	—
132 01-0	011	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		8.000	8.000	—	—
132 11-8	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge * Vgl. K-Vermerk zu 811 11.		—	—	—	—
256 01-1	011	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	—
271 01-0	011	Erstattung von Verwaltungskosten für die Versicherungsaufsicht		140.000	133.000	+7.000	140
331 65-0	751	Zuweisungen des Bundes für Investitionen * Vgl. K-Vermerk zu 812 65.		—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			100.000	-100.000	
A U S G A B E N							
412 04-8	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungs- stellen gem. § 71 Abs.7 Nds. PersVG.	—	1.000	1.000	—	0
421 01-2	011	Amtsbezüge der Ministerin oder des Ministers - Laufende Zahlungen -	—	294.600	281.600	+13.000	289
421 02-0	011	Amtsbezüge der Ministerin oder des Ministers - Übergangsgeld -	—	—	—	—	—
422 01-9	011	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten/ Beamtinnen	—	28.348.800	15.662.800	+12.686.000	14.620
422 09-4	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-1	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-0	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Frei- stellung bei Personalüberhang	—	970.700	751.500	+219.200	1.090
425 01-8	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	11.646.300	-11.646.300	12.442
425 03-4	011	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 51-4	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.200	1.200	—	0
426 01-4	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	781.200	-781.200	836
426 51-0	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.200	1.200	—	1
427 01-0	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	33.700	33.700	—	4
427 31-2	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	8.000	8.000	—	6

ERLÄUTERUNGEN

Zu 111 11

Einnahmen nach der Verordnung über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen und Leistungen (Allgemeine Gebührenordnung – AllGO –) vom 22. 9. 1966 (Nds. GVBl. S. 191), in der jeweils geltenden Fassung; sowie für Entscheidungen in Kartellangelegenheiten und Genehmigungen auf dem Gebiet der Börsenaufsicht, der Luftfahrtverwaltung, der Eisenbahnverwaltung und des Straßenverkehrsrechts aufgrund von bundesrechtlichen Kostenvorschriften.

Zu 111 12

Aufgrund der LuftKostVO wird von jedem in Braunschweig abfliegenden kontrollierten Passagier eine Gebühr von 16,00 DM erhoben. Veranschlagt ist das Aufkommen bei geschätzten 11 000 Passagieren.

Die Gebühr wurde mit Wirkung vom 1. 11. 2000 von bisher 9,50 DM auf 16,00 DM erhöht.

Das Fluggastaufkommen ist rückläufig.

Zu 111 45

Voraussichtlich aufkommende Gebühren für die Abnahme der Prüfungen von Bewerbern um die Anerkennung als amtl. anerkannte Sachverständige und amtl. anerkannte Prüfer für den Kraftfahrzeugverkehr sowie von Bewerbern für die Durchführung von Hauptuntersuchungen für Überwachungsorganisationen (Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr vom 26. 6. 1970 – BGBl. I S. 865 in der jeweils geltenden Fassung).

Zu 113 01

1. Geräte	100 DM
2. Maschinen	600 DM
3. Ausstattungsgegenstände	300 DM
4. Akten, Drucksachen und dgl.	— DM
Zusammen	1 000 DM

Zu 119 01

1. Abführung aufgrund des § 5 Abs. 3 des Ministergesetzes i. d. F. vom 3. 4. 1979 (Nds. GVBl. S. 105) und der jeweils geltenden Änderung	40 000 DM
2. Abführungen auf Grund des § 75 Abs. 2 NBG	30 000 DM
Zusammen	70 000 DM

Zu 132 11

Nach den Kfz-Richtlinien dürfen personenbezogene Dienstkraftfahrzeuge schon dann durch neue Fahrzeuge ersetzt werden, wenn in Höhe der jeweils zu erwartenden Verwertungserlöse mindestens gleichwertige Ersatzbeschaffungen vorgenommen werden können.

Zu 271 01

Voraussichtlich aufkommende Erstattungen für die Wahrnehmung der Versicherungsaufsicht gem. § 3 Abs. 1 und 2 des Nieders. Versicherungsaufsichtsgesetzes i. V. m. den Rahmengrundsätzen des MF für die Erhebung und Bemessung von Kosten nach dem Verwaltungskostenrecht.

Zu 412 04

Der Vorsitzende einer Einigungsstelle – § 71 Abs. 7 Nds.PersVG. – erhält für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 200 DM.

Zu 421 01

1. Amtsgehalt	276 600 DM
2. Dienstaufwandsentschädigung	12 000 DM
3. Entschädigung für getrennte Haushaltsführung	6 000 DM
4. Sonderzuwendung	— DM
Zusammen	294 600 DM

Zu 422 01, 422 19, 425 01, 425 03 und 426 01

Für das Kapitel 08 01 ist mit Wirkung vom 1. 1. 2000 die Personalkostenbudgetierung eingeführt worden.

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 280,0 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	151,73	151,73	—	177
Angestellte	117,77	117,77	—	100
Lohnempfänger/-innen	10,50	10,50	—	12
Insgesamt	280,00	280,00	—	289

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 28 348 800 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	28 348 800
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	1 501 700
43	Versorgungsbezüge	5 206 500
44	Beihilfen, Unterstützungen	264 600
45	Personalbezogene Sachausgaben	18 500
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	786 500
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		36 126 600

Zu 422 31

Veranschlagt sind die erforderlichen Mittel für die gem. § 15 Sonderurlaubsverordnung vom Dienst freigestellten Beamtinnen und Beamte (sog. Vorruhestand).

Zu 427 31

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF v. 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 75 DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0801 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
427 39-8	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
427 41-0	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte zur Prüfung außerhalb der Verwaltung stehender Personen * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 75,0 v.H. der Isteinnahmen bei 111 45.	—	28.500	28.500	—	29
441 02-1	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Beamtinnen und Beamte	—	3.479.300	3.271.900	+207.400	3.258
441 03-0	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Angestellte	—	180.900	133.500	+47.400	169
441 04-8	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	57.800	6.200	+51.600	54
441 05-6	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Sonstige	—	—	6.200	–6.200	—
441 06-4	940	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften	—	28.100	16.700	+11.400	26
443 01-6	940	Fürsorgemaßnahmen, insbesondere bei Dienstunfällen	—	46.700	25.000	+21.700	47
453 01-1	011	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	17.500	6.000	+11.500	17
459 06-0	011	Grubenentschädigungen	—	1.000	1.000	—	0
462 01-0	981	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—	—	–6.279.300	+6.279.300	—
511 01-1	011	Geschäftsbedarf	—	95.600	95.600	—	94
512 01-8	011	Bücher und Zeitschriften	—	100.000	100.000	—	99
513 01-4	011	Post- und Fernmeldegebühren	—	261.900	291.900	–30.000	240
514 01-0	011	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	76.200	76.200	—	73
515 01-7	011	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	39.700	39.700	—	28
515 02-5	011	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	180.000	200.000	–20.000	169
516 01-3	011	Dienst- und Schutzkleidung	—	5.500	5.500	—	1
517 01-0	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	290.000	270.100	+19.900	273
517 19-2	011	Reinigungskosten	—	180.000	216.100	–36.100	161
517 59-1	011	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	202.500	225.000	–22.500	182
518 01-6	011	Mieten und Pachten	—	685.000	750.000	–65.000	807
519 01-2	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen * Übertragbar.	—	—	—	—	—
519 03-9	011	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	2.700	2.700	—	3
525 01-2	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	43.200	43.200	—	52
525 02-0	011	Zentrale Fortbildungsveranstaltungen	—	150.000	150.000	—	145
525 03-9	011	Projektmanagement	—	80.000	80.000	—	70
525 04-7	011	Personalentwicklungsmaßnahmen * Übertragbar.	—	400.000	400.000	—	251
526 01-9	011	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	174.200	43.000	+131.200	219
527 01-5	011	Reisekostenvergütungen	—	338.400	368.400	–30.000	305
527 03-1	011	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	45.000	45.000	—	40

ERLÄUTERUNGEN

Zu 427 41

Veranschlagt sind die Vergütungen für die Tätigkeit der Mitglieder des Prüfungsausschusses nach dem Kraftfahrtsachverständigen-gesetz. Die Prüfer erhalten 75 v. H. der bei 111 45 aufkommenden Gebühren.

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für 1 Landesbedienstete	2 000 DM
2. Umzugskostenvergütungen für 1 Landesbedienstete	15 500 DM
Zusammen	17 500 DM

Zu 459 06

Bedienstete des Ministeriums erhalten diese Entschädigung nach den Bestimmungen des RdErl. d. MW vom 27. 12. 1978 – GültL 3/144 – (Nds. MBl. 1979 S. 54).

Diese Entschädigung gilt als Aufwandsentschädigung im Sinne des EStG.

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	6 000 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	74 900 DM
3. Bekanntmachungen	12 200 DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	2 500 DM
Zusammen	95 600 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	52 000 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	35 000 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	4 500 DM
4. Buchbinderkosten	8 500 DM
Zusammen	100 000 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	110 000 DM
2. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	140 000 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	— DM
4. Einmalige Gebühren für die Ver- legung usw. von Fernmeldeanlagen	— DM
5. Rundfunk- und Fernsehgebühren	1 900 DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	10 000 DM
Zusammen	261 900 DM

Weniger Fernmeldegebühren infolge neuer Verträge durch das IZN.

Zu 514 01

1. Betriebsstoffe	51 000 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	22 000 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	3 200 DM
4. Sonstiges	— DM
Zusammen	76 200 DM

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1. 1. 2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	6	6	6

Zu 515 02

1. Dienstzimmerausstattungen	155 800 DM
2. Büromaschinen	20 000 DM
3. Wirtschaftsgeräte	2 200 DM
4. Werkstattausrüstungen	2 000 DM
Zusammen	180 000 DM

Weniger infolge Aufgabe von Büroflächen aufgrund des Personalrückganges.

Zu 516 01

Dienst- und Schutzkleidung der Amtsboten, Hausarbeiter, Kraftfahrer, Pfortner und Sonstiger sowie des Bedienungspersonals von Vervielfältigungseinrichtungen.

Zu 517 01

1. Wassergeld	38 500 DM
2. Grundbesitzabgaben	17 800 DM
3. Bewachungskosten	76 600 DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	7 000 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	150 100 DM
Zusammen	290 000 DM

Mehr infolge Privatisierung des Pfortnerdienstes im Gebäude Friedrichswall 1 (= 54 000 DM) und Einsparungen durch Aufgabe der Liegenschaft „Theaterstraße“.

Zu 517 19

Weniger infolge Neuausschreibung der Unterhaltsreinigung und Aufgabe von Büroräumen.

Zu 517 59

Energiekosteneinsparung durch das Pilotprojekt LENI (Landesbehörden-Energiesparaktion-Niedersachsen).

Zu 518 01

1. Diensträume und -gebäude	680 000 DM
2. Wohnungen und Wohngebäude	— DM
3. Unbebaute Grundstücke	— DM
4. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	5 000 DM
Zusammen	685 000 DM

Weniger infolge Aufgabe von Büroflächen aufgrund des Personalrückganges durch Einsparungen.

Zu 525 01

1. Ausbildungslehrgänge	5 000 DM
2. Fortbildungsveranstaltungen	33 200 DM
3. Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	5 000 DM
4. Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	— DM
5. Erstattung von Prüfungsgebühren	— DM
6. Sonstiger Aufwand	— DM
Zusammen	43 200 DM

Zu 525 02

Vorgesehen ist die Durchführung von eigenen Fortbildungsveranstaltungen für Bedienstete des gesamten Geschäftsbereichs.

Zu 525 03

Veranschlagt sind Ausgaben für Fortbildungsmaßnahmen, durch die die Mitarbeiter in die Lage versetzt werden sollen, unternehmensspezifische Methoden der Führung und Aufgabenerledigung auf die Verwaltung zu übertragen.

Zu 525 04

Fortbildungsmaßnahmen für Nachwuchsführungskräfte an überwiegend international renommierten Ausbildungsstätten sowie für Volontariate bei international tätigen Unternehmen im Ausland.

Zu 526 01

1. (Amts-)ärztliche und Röntgenschirmbilduntersuchungen	10 500 DM
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätz- gebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	38 700 DM
3. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus	125 000 DM
Zusammen	174 200 DM

Mehr zum Vollzug des Arbeitssicherheitsgesetzes sowie Mehraufwendungen in Rechtsstreiten des Landes.

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	333 400 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für privateigene Kraftfahrzeuge	5 000 DM
Zusammen	338 400 DM

Einsparungen infolge Personalreduzierung.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0801 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
529 01-8	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers	—	10.000	10.000	—	9
529 02-6	011	Kongresse, Symposien, Wirtschaftskontakte *** <i>Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.</i>	—	100.000	100.000	—	41
531 01-2	011	Veröffentlichungen * <i>Übertragbar.</i>	—	171.200	171.200	—	84
531 03-9	011	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit * <i>Übertragbar.</i>	—	106.000	96.000	+10.000	123
537 01-0	011	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	1.000	1.000	—	—
538 01-7	011	Dienstleistungen Außenstehender *** <i>Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.</i>	1.000.000 1.000.000	4.372.000	3.872.000	+500.000	3.814
538 02-5	011	Erstellung von Gutachten im Wirtschafts- bereich * <i>Übertragbar.</i>	—	96.000	96.000	—	158
538 03-3	011	Erstellung von Gutachten im Verkehrs- bereich * <i>Übertragbar.</i>	—	500.000	500.000	—	329
538 04-1	011	Dienstleistungen Außenstehender im Zusammen- hang mit der Wahrnehmung der Eisenbahn- aufsicht * <i>Übertragbar.</i>	—	1.291.000	1.272.000	+19.000	1.217
546 59-1	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	6.600	6.600	—	9
632 01-3	011	Erst. der ant. Kosten der gemeinsamen Zu- lass.-Stelle und d. gemeins. Prüf.-Auss. für Wirtsch.-Prüfer und vereid. Buchprüfer	—	50.000	50.000	—	60
632 04-8	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Land Berlin	—	29.500	28.600	+900	24
641 01-2	751	Erstattung anteiliger Personalkosten für den Flughafenkontrolldienst an den Bund	—	520.400	370.000	+150.400	306
676 01-0	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Europäische Hafenorganisation, Brüssel	—	9.300	9.300	—	8
681 01-4	011	Schadensersatzleistungen und Unfallent- schädigungen	—	1.000	1.000	—	26
685 01-0	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	45.800	14.800	+31.000	17
811 01-5	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	31.800	31.800	—	—
811 11-2	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraft- fahrzeugen * <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.</i>	—	—	—	—	—
812 15-1	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
972 01-9	989	Globale Minderausgaben	—	—	—	—	—
981 01-8	990	Abführung an 13 21 - 381 08	—	1.038.800	—	+1.038.800	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 62		Kosten der Luftaufsicht	(—)	(937.300)	(1.012.100)	(–74.800)	(824)
427 62-2	751	Entschädigungen für Luftaufsichtspersonal, das in der Luftaufsicht nebenamtlich tätig ist	—	84.400	85.500	–1.100	78
533 62-7	751	Aus- und Fortbildung von Luftaufsichtspers- onal und Flugleitern	—	—	—	—	—
547 62-8	751	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	50.000	50.000	—	43
671 62-0	751	Erstattung von Kosten an Flugplatzhalter	—	802.900	876.600	–73.700	703
TGr. 63		Weltausstellung „EXPO 2000“ * <i>Übertragbar.</i>	(—)	(100.000)	(2.000.000)	(–1.900.000)	(160)

ERLÄUTERUNGEN

Zu 531 01

Druck von Informationsschriften für die Öffentlichkeit.

Zu 531 03

Zur Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums.

Mitveranschlagt sind Reisekosten für Pressevertreter, die den Minister auf Auslandsreisen begleiten.

Zu 538 01

Veranschlagt sind

1. Kosten für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen Dritter	72 000 DM
2. Kosten für die Durchführung einer Werbekampagne für das Land Niedersachsen	4 300 000 DM
Zusammen	4 372 000 DM

Mehr für neue Maßnahmen der Imagekampagne im Zusammenhang mit dem Auftritt im Internet.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	1 000 000	—	1 000 000
2002	—	—	1 000 000	1 000 000

Zu 538 02

Veranschlagt sind Ausgaben für Gutachten, die als Entscheidungshilfen im wirtschafts- und strukturpolitischen Raum dienen sollen und für deren Erstellung eigenes Personal nicht zur Verfügung steht.

Zu 538 03

Veranschlagt sind Ausgaben für Gutachten, die als Entscheidungshilfen im verkehrspolitischen Raum dienen sollen und für deren Erstellung eigenes Personal nicht zur Verfügung steht.

Zu 538 04

Die Aufsicht über die nichtbundeseigenen Eisenbahnen in Niedersachsen wird vom MW ausgeübt, das sich zur Beurteilung von Fachfragen externer Sachverständiger bedient. Veranschlagt ist der hierdurch voraussichtlich entstehende Honorarbedarf.

Zu 546 59

Nach der Verordnung über Luftfahrtpersonal vom 13. 2. 1984 (BGBl. I S. 265), in der jeweils geltenden Fassung, sind für die Gültigkeit des Luftfahrerscheines Flugstunden nachzuweisen. Veranschlagt sind die für die Bediensteten des Luftfahrtreferats entstehenden Kosten.

Zu 632 01

Zulassungs- und Prüfungsverfahren nach der Wirtschaftsprüferordnung werden gemeinsam für die Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein von der Wirtschaftsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg durchgeführt (vgl. Gesetz vom 20. 5. 1992 – Nds. GVBl. S. 156 – und Bekanntmachung der StK vom 17. 8. 1992 – Nds. GVBl. S. 223 –). Die durch die Zulassungs-, Prüfungs- und Anerkennungsgebühren nicht gedeckten Kosten werden anteilig von den Ländern getragen. Veranschlagt ist der voraussichtlich auf das Land Niedersachsen entfallende Anteil.

Zu 632 04

Die vom Land Berlin getragenen Personalkosten für die Geschäftsstelle der Wirtschafts- und Verkehrsministerkonferenz werden nach dem vorläufigen Königsteiner Schlüssel auf die einzelnen Länder verteilt. Veranschlagt ist der voraussichtlich auf das Land Niedersachsen entfallende Anteil.

Zu 641 01

Mit Wirkung vom 1. 4. 1994 ist das im Kontrolldienst auf dem Flughafen Hannover-Langenhagen tätige Personal vom Bund übernommen worden. Hierfür sind anteilig Personalkosten an den Bund zu erstatten.

Mehr durch tarifvertragliche Ansprüche des Personals (Bewährungsaufstieg).

Zu 685 01

1. Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen e.V., Stuttgart	3 000 DM
2. Eurosolar e.V., Bonn	240 DM
3. Deutscher Ausschuss für das Grubenrettungswesen, Essen-Kray	500 DM
4. Forum für Zukunftsenergie e. V., Bonn	500 DM
5. Forschungsgesellschaft für das Straßen- und Verkehrswesen, Köln	3 300 DM
6. Gemeinschaft zur Förderung der fachlichen Fortbildung der Straßenbau- und Straßenverkehrsingenieure in Niedersachsen e.V., Hannover	1 000 DM
7. Hafenbautechnische Gesellschaft, Hamburg	300 DM
8. Gesellschaft der Förderer des Franzius-Instituts der Universität Hannover	150 DM
9. Deutscher Betonverein e.V., Wiesbaden	75 DM
10. Ifo-Institut, München	657 DM
11. Deutscher Verkehrssicherheitsrat e.V. (DVR), Bonn	6 000 DM
12. Weserbund e.V., Bremen	30 000 DM
Zusammen	45 722 DM
rd.	45 800 DM

Mehr infolge Erhöhung des Mitgliedsbeitrages zu lfd. Nr. 11 und Umsetzung der Ausgaben zu lfd. Nr. 12 von Kapitel 08 03 Titel 685 52.

Zu 811 01

	Listenpreis einschl. MwSt. DM	Sonderaus- stattung u. a. DM

Ersatzbeschaffung:

1 Pkw bis 2 000 ccm	31 800

Zu 811 11

Es handelt sich um Dienstkraftfahrzeuge für die Ministerin oder den Minister, die Staatssekretärin oder den Staatssekretär.

Zu 981 01

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 62 allgemein

Zur Durchführung der dem Lande gemäß §§ 29, 31 Abs. 2 des Luftverkehrsgesetzes vom 27. 3. 1999 (BGBl. I S. 550) – LuftVG – in der jeweils geltenden Fassung obliegenden Luftaufsicht bedient sich das Land Angestellter der Flugplatzhalter, Mitglieder der Luftsportvereine und anderer Personen, die vom MW mit der Wahrnehmung der Luftaufsicht auf einzelnen Flugplätzen oder in bestimmten Bezirken beauftragt werden.

Zu 427 62

Aufwendungen für das Luftaufsichtspersonal auf Flugplätzen und in den Aufsichtsbezirken.

Zu 547 62

Mieten (§ 29 a LuftVG), Geschäftsbedarf, Post- und Fernmeldegebühren, Reisekosten und andere sächliche Verwaltungsausgaben, die im Zusammenhang mit den bei 427 62 veranschlagten persönlichen Verwaltungsausgaben stehen.

Zu 671 62

Veranschlagt sind Kosten der Luftaufsicht, die den Flugplatzhaltern zu erstatten sind.

Weniger entsprechend der Ist-Entwicklung.

Zu Titelgruppe 63

MW ist die zentrale koordinierende Stelle innerhalb der Landesregierung für die im Generalvertrag festgeschriebene enge Zusammenarbeit der Gesellschaft bei der konzeptionellen Entwicklung, der baulichen Gestaltung, der Konzeptumsetzung, der Verkehrserschließung und der Finanzierung der Weltausstellung.

Veranschlagt sind die Kosten für eine evtl. abschließende gutachterliche Bilanzierung der EXPO 2000.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0801 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch TGr. 63		<i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 63. ***Gem. § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>					
531 63-2	011	Veröffentlichungen	—	—	—	—	—
538 63-7	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	100.000	1.950.000	–1.850.000	150
547 63-6	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	50.000	–50.000	10
TGr. 65		Kosten der Sicherheitsmaßnahmen auf dem Flughafen Braunschweig * Übertragbar.	(—)	(230.500)	(330.500)	(–100.000)	(144)
538 65-3	751	Dienstleistungen Außenstehender	—	201.000	301.000	–100.000	132
547 65-2	751	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5.300	5.300	—	2
651 65-4	751	Zuweisungen an den Bund ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	9.300	9.300	—	8
671 65-5	751	Erstattung von Kosten an die Flughafen-gesellschaft Braunschweig	—	14.900	14.900	—	3
812 65-8	751	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 65.	—	—	—	—	—
TGr. 66		Kosten der Kommissionen nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm	(—)	(9.600)	(9.600)	(—)	(7)
412 66-8	011	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	8.000	8.000	—	7
547 66-0	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.600	1.600	—	1
TGr. 94		Reformdividende aus dem Pilotprojekt Energiekosteneinsparung (LENI)	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 94-3	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 94-6	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
711 94-0	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 94-1	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 96		Reformdividende	(—)	(—)	(—)	(—)	(90)
429 96-0	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	58
547 96-2	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	14
711 96-7	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 96-8	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	19
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik	(—)	(1.430.000)	(980.000)	(+450.000)	(1.059)
515 99-8	011	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	150.000	324.500	–174.500	255
518 99-7	011	Miete für EDV - Anlagen	—	—	—	—	—
525 99-3	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	30.000	15.000	+15.000	29
538 99-8	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	580.000	180.000	+400.000	202

 ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 65

Aufgrund einer Weisung des Bundesministeriums des Innern werden seit Ende 1995 auf dem Flughafen Braunschweig Luftsicherheitsmaßnahmen nach den §§ 29 c, 29 d LuftVG (Personen- und Gepäckkontrollen, Bestreifungen u. ä.) durchgeführt.

Zu 538 65

Veranschlagt sind die Kosten für einen privaten Sicherheitsdienst. Weniger entsprechend der Ist-Entwicklung.

Zu 651 65

Von den bei 111 12 aufkommenden Luftsicherheitsgebühren ist ein Betrag von 0,50 DM je abfliegenden kontrollierten Passagier an den Bund abzuführen.

Zu Titelgruppe 66

Sitzungskosten für zwei Fluglärmkommissionen, die nach § 32 b des Luftverkehrsgesetzes vom 27. 3. 1999 (BGBl. I S. 550) – LuftVG –, in der jeweils geltenden Fassung, zu bilden sind. Die Kosten trägt das Land, in dessen Gebiet der Flugplatz liegt, für den die Kommissionen tätig werden.

Zu Titelgruppe 99

Neben der Weiterentwicklung der vorhandenen IuK-Technik sind der Aufbau des „Elektronischen Archivs“ sowie der Ausbau des „Online-Informationssystems“ und die Erstellung von Musterlösungen zum Thema „E-Government“ des MW zu realisieren. Veranschlagt sind weiterhin die laufenden Wartungs- und Betriebskosten sowie Kosten für Schulungen.

Zu 538 99

1. Dienstleistungen des IZN	
(Beratung, Verfahrensentwicklung und Schulung)	190 000 DM
2. Sonstige Dienstleister	390 000 DM
Zusammen	580 000 DM

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0801 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
547 99-7	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	225.500	225.500	—	250
812 99-2	011	Erwerb von Geräten * <i>Übertragbar.</i>	—	444.500	235.000	+209.500	323
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		140.100	-140.100	
		Abschluss Kapitel 08 01					
		1 Eigene Einnahmen		835.000	905.000	-70.000	
		2 Übertragungseinnahmen		140.000	133.000	+7.000	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		975.000	1.038.000	-63.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	33.591.400	26.527.800	+7.063.600	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	1.000.000	11.347.100	12.720.100	-1.373.000	
			1.000.000				
		6 Übertragungsausgaben	—	1.483.100	1.374.500	+108.600	
		7 Bauausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	476.300	266.800	+209.500	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.038.800	—	+1.038.800	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	1.000.000 1.000.000	47.936.700	40.889.200	+7.047.500	
		Zuschuss		46.961.700	39.851.200	+7.110.500	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		5.206.500	5.995.600		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		53.143.200	46.884.800		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		52.168.200	45.846.800		

ERLÄUTERUNGEN

Zu 812 99

Ausbau der Bürokommunikation
(Geräte und Software)

444 500 DM

Zusammen	<u>444 500 DM</u>

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0802 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 41-7	011	Rückzahlung von Überzahlungen		500.000	500.000	—	147
119 43-3 (GA)	692	Rückzahlung von Überzahlungen aus der GA „Verbesserung der regionalen Wirtschafts- struktur“ ***Die Bundesanteile dürfen durch Absetzung von der Einnahme an den Bund verausgabt werden.		4.000.000	4.000.000	—	3.847
119 44-1	699	Rückzahlung von Überzahlungen aus EU-Programmen ***Die EU-Anteile dürfen durch Absetzung von der Einnahme an die EU verausgabt werden.		—	—	—	—
119 51-4	011	Vermischte Einnahmen		700.000	1.200.000	–500.000	659
241 61-1	252	Zuweisungen des Bundes gemäß Aufstiegs- fortbildungsförderungsgesetz (AFBG)		7.761.000	11.027.000	–3.266.000	3.817
251 66-8	699	Sonstige Zuweisungen des Bundes für das Ziel 2 Programm 2000 - 2006 *** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.		213.307.000	—	+213.307.000	—
251 76-5	699	Zuweisungen des Bundes von EU-Mitteln für Förderungen von Existenzgründungen		8.600.000	—	+8.600.000	—
331 02-5	692	Zuweisungen des Bundes für Investitionen - Rückflüsse aus EG - Fonds - * Vgl. K-Vermerk zu 891 03.		—	—	—	—
331 67-0 (GA)	692	Zuweisungen des Bundes als Anteil zur Ge- meinschaftsaufgabe „Verbesserung der regio- nalen Wirtschaftsstruktur“ * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.		84.104.000	70.725.000	+13.379.000	78.581
331 71-8 (GA)	692	Zuweisungen des Bundes als Anteil zur Ge- meinschaftsaufgabe „Verbesserung der regio- nalen Wirtschaftsstruktur“ -Amt Neuhaus- * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 71.		—	852.500	–852.500	603
331 93-9	699	Zuweisungen des Bundes für Investitionen - EG - Mittel - „RENAVAL“ * Vgl. K-Vermerk zu 891 93.		—	—	—	—
356 77-0	950	Entnahme aus dem Grundstock zur Förderung von Innovationen (Innovationsfonds) * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 77.		—	25.000.000	–25.000.000	33.334
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62 bis 65		Durchf. von Sonderprogrammen des europ. Fonds f. regionale Entwickl. (EFRE) in aus- gewählt. Landesteilen ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.		(12.108.000)	(64.781.000)	(–52.673.000)	(53.149)
251 62-5	699	Sonstige Zuweisungen des Bundes für das Programm „Ziel 2“		5.978.000	15.425.000	–9.447.000	17.355
251 63-3	699	Sonstige Zuweisungen des Bundes für das Programm „Ziel 5b“		3.963.000	34.910.000	–30.947.000	35.436
251 64-1	699	Sonstige Zuweisungen des Bundes für das Programm „Interreg“		—	—	—	—
251 65-0	699	Sonstige Zuweisungen des Bundes für sonstige Programme		2.167.000	14.446.000	–12.279.000	182
282 65-2	699	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland		—	—	—	175
381 63-4	990	Zuführung von 09 02 - 981 64		—	—	—	—
TGr. 73		Zuweisungen des Bundes zur Finanzierung des Institutes für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben		(4.250.000)	(4.384.000)	(–134.000)	(4.765)
251 73-0 (GA)	177	Zuweisung des Bundes gem. Art. 91 b GG für laufende Zwecke		3.765.000	3.899.000	–134.000	4.280
331 73-4 (GA)	177	Zuweisung des Bundes gem. Art. 91 b GG für Investitionen		485.000	485.000	—	485

ERLÄUTERUNGEN

Zu 119 41

Rückzahlungen aus Zuwendungen nach den Richtlinien zu §§ 23 und 44 LHO.

Zu 119 51

In dem Ansatz sind überwiegend Zinseinnahmen aus Rückforderungen von Zuwendungen (§ 44 LHO) enthalten.

Weniger wegen Anpassung an das Ist-Ergebnis 1999.

Zu 241 61

Die Ausgaben für Maßnahmen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) werden zu 78 v. H. vom Bund erstattet.

Vgl. Ausgaben TGr. 61 Titel 681 61.

Zu 251 66

Vgl. Ausgaben TGr. 66.

Zu 251 76

Vgl. Ausgaben TGr. 76.

Zu 331 67

Die Ausgaben im Rahmen des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vom 6. 10. 1969 (BGBl. I S. 1861) werden gem. § 10 zur Hälfte vom Bund erstattet.

Vgl. Ausgaben TGr. 67/68.

Zu 331 71

Vgl. Ausgaben TGr. 71.

Zu 356 77

Vgl. Ausgaben TGr. 77.

Zu TGr. 62 – 65

EU-Mittel zur Mitfinanzierung ausgewählter Maßnahmen im Rahmen verschiedener Programme.

Vgl. Ausgaben TGr. 65.

Zu TGr. 73

Vgl. Ausgaben TGr. 73.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
538 01-0	699	Dienstleistung Außenstehender für die Begleitung und Evaluation verschiedener EU-Programme * Übertragbar.	300.000 —	350.000	—	+350.000	91
546 59-5	692	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	1
684 52-1	649	Zuschüsse zur Förderung der Verbraucherberatung	—	3.110.000	3.162.300	–52.300	3.162
684 54-8	649	Zuschüsse an Verbraucherorganisationen	—	100.000	150.000	–50.000	200
891 01-2	692	Zuführung für den Wirtschaftsförderfonds für die Gewährung von Darlehen * Gegenseitig deckungsfähig: 891 01 und 891 02.	—	—	—	—	—
891 02-0	692	Zuführung für den Wirtschaftsförderfonds zur Finanzierung von Investitionen * Vgl. D-Vermerk zu 891 01.	—	101.095.000	133.995.000	–32.900.000	130.495
891 03-9	692	Zuführung für den Wirtschaftsförderfonds aus Rückflüssen des EG - Fonds * Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 331 02.	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		Maßnahmen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) * Übertragbar.	(—)	(12.000.000)	(16.187.000)	(–4.187.000)	(5.221)
547 61-3	252	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	50.000	50.000	—	4
671 61-6	252	Erstattungen an die Deutsche Ausgleichsbank	—	2.000.000	2.000.000	—	456
681 61-1	252	Zuschüsse an die Anspruchsberechtigten	—	9.950.000	14.137.000	–4.187.000	4.761
TGr. 64		Förderung des Nieders. Instituts für Wirtschaftsforschung e.V.	(—)	(518.000)	(518.000)	(—)	(518)
685 64-1	179	Zuschuß für laufende Zwecke	—	518.000	518.000	—	518
893 64-3	179	Zuschuß für Investitionen * Übertragbar.	—	—	—	—	—
TGr. 65		Durchführung von Sonderprogrammen des europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in ausgewählten Landesteilen * Übertragbar. *** Ausgaben der TGr. erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen entsprechend den genehmigten EU-Programmen. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten EU-Programme als Vorgriff gemäß § 37 LHO nachzuweisen.	(—)	(12.108.000)	(64.781.000)	(–52.673.000)	(87.608)
538 65-7	699	Dienstleistungen Außenstehender	—	20.000	—	+20.000	266
547 65-6	699	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	18
653 65-0	699	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	1.000.000	–1.000.000	—
682 65-0	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentl. Unternehmen	—	—	—	—	5.503
683 65-7	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	2.099
741 65-7	699	Hafenbaumaßnahmen	—	—	—	—	—
883 65-6	699	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	7.253.000	40.781.000	–33.528.000	53.633
891 65-9	699	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	1.208.000	5.000.000	–3.792.000	4.297

ERLÄUTERUNGEN

Zu 538 01

Veranschlagt sind Mittel zur Begleitung und Bewertung von EU-Programmen.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung VE DM
2001	—	—	—	—
2002	—	—	150 000	150 000
2003	—	—	150 000	150 000
Summe	—	—	300 000	300 000

Zu 684 52

Zuwendungen an die Verbraucherzentrale Niedersachsen e.V. zum Zwecke der Unterrichtung der Verbraucher über marktwirtschaftlich richtiges Verhalten (Verbraucherunterrichtung und -schulung, Vorträge, Vorführungen, Lehrgänge, Ausstellungen und Veröffentlichungen).

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	6 560 000	6 303 000	6 516 010
Einnahmen	1 620 000	1 450 000	1 532 220
Fehlbetrag	4 940 000	4 853 000	4 983 790

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land – MW –	3 110 000 DM
das Land – ML –	500 000 DM
c) den Bund	720 000 DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	580 000 DM
e) Private	30 000 DM
Zusammen	4 940 000 DM

Zu 684 54

Zuschüsse an andere Institutionen im Dienste des Verbrauchers, z. B. an den Deutschen Hausfrauenbund, Landesverband Niedersachsen, und an die Verbraucherberatungsstellen.

Die Zuwendungen dienen dem Zweck, die Stellung des Verbrauchers im Wirtschaftsgeschehen durch Einzelberatungen und allgemeine Aufklärung zu verbessern.

Zu 891 02

Zuführung an den „Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen“ entsprechend dem Gesetz über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung.

Vgl. Anlage 1 zum Epl. 08.

Zu Titelgruppe 61 allgemein

Ziel der Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) ist es, Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Maßnahmen der beruflichen Aufstiegsfortbildung durch Beiträge zu den Kosten der Maßnahme und zum Lebensunterhalt finanziell zu unterstützen.

Die Ausgaben nach diesem Gesetz werden vom Bund zu 78 v. H. und von den Ländern zu 22 v. H. getragen.

Zu 547 61

Verwaltungskosten für die Durchführung des Gesetzes.

Zu 671 61

Das AFBG sieht Förderungen auf Zuschuss- und Darlehensbasis vor. Die Darlehen werden von der Deutschen Ausgleichsbank gewährt. Der für den Schuldendienst vom Land zu tragende Kostenanteil in Höhe von 22 v. H. muß der Deutschen Ausgleichsbank erstattet werden.

Zu 681 61

Die Zuschüsse werden den Anspruchsberechtigten vom Land ausbezahlt. Von den Zuschussbeträgen werden vom Bund 78 v. H. erstattet, die bei dem Titel 241 61 vereinnahmt werden.

Weniger entsprechend der Ist-Entwicklung.

Zu Titelgruppe 64

Das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung e. V., Hannover, wurde bis zum 31. 12. 1986 aus Mitteln des Niedersächsischen Vorab der Stiftung Volkswagenwerk finanziert. Zur Fortsetzung der für das Land wichtigen wissenschaftlichen Arbeiten dieses unabhängigen Instituts wird die finanzielle Unterstützung aus dem Epl. 08 weitergeführt.

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	2 080 000	2 080 000	2 045 500
Einnahmen	1 562 000	1 562 000	1 527 500
Fehlbetrag	518 000	518 000	518 000

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land – MW – mit	518 000 DM
c) den Bund	— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand	— DM
e) Private	— DM
Zusammen	518 000 DM

Die Ausgaben waren bis zum Haushaltsjahr 2000 bei Kapitel 08 04 Titelgruppe 64 veranschlagt.

Zu Titelgruppe 65

Zur Mitfinanzierung ausgewählter kommunaler Infrastrukturmaßnahmen und gewerblicher produktiver Investitionsmaßnahmen werden EU-Mittel im Rahmen verschiedener EU-Programme („Resider II“, „Ziel-5 b-Programm“, „Rechard II“, „Retex II“, „Ziel 2 Programm 1997-1999“, „Konver II“) bereitgestellt.

Die Kofinanzierung dieser Maßnahmen erfolgt aus laufenden Förderprogrammen des Landes im Rahmen verfügbarer Ansätze oder aus kommunalen Förderprogrammen. Die Vereinnahmung der EU-Mittel erfolgt bei Kap. 08 02 TGr. 62-65.

Die Programme sind am 31. 12. 1999 ausgelaufen. Auszahlungen können bis zum 31. 12. 2001 erfolgen.

Mittel für das neue „Ziel 2 Programm“ sind bei Kapitel 08 02 Titelgruppe 66 neu veranschlagt.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0802 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
892 65-5	699	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	3.627.000	18.000.000	-14.373.000	21.792
TGr. 66		Ziel-2-Programm 2000 - 2006 * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. *** Ausgaben der TGr. erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen entsprechend dem genehmigten Ziel 2 Programm. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programmes als Vorgriff gem. § 37 LHO nachzuweisen.	(105.000.000) (—)	(213.307.000)	(—)	(+213.307.000)	(—)
538 66-5	699	Dienstleistungen Außenstehender	105.000.000 —	—	—	—	—
547 66-4	699	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
653 66-9	699	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	14.900.000	—	+14.900.000	—
682 66-9	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentl. Unternehmen	—	6.400.000	—	+6.400.000	—
683 66-5	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	21.300.000	—	+21.300.000	—
883 66-4	699	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	63.900.000	—	+63.900.000	—
891 66-7	699	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	10.600.000	—	+10.600.000	—
892 66-3	699	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	96.207.000	—	+96.207.000	—
TGr. 67/68		Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 200,0 v.H. der Isteinnahmen bei 331 67. ** Die Ansätze der Titelgruppe dürfen nur nach Maßgabe des § 37 LHO überschritten werden.	(156.188.000) (198.030.000)	(168.208.000)	(141.450.000)	(+26.758.000)	(122.956)
526 67-5 (GA)	692	Erstellung von Gutachten	156.188.000 198.030.000	—	—	—	145
642 67-5 (GA)	692	Erst. an Länder für Forschungsvorhaben	—	—	—	—	—
685 67-6 (GA)	692	Sonstige Zuwendungen für Forschungsvorhaben	—	—	—	—	—
685 68-4 (GA)	692	Sonstige Zuschüsse für nichtinvestive Unternehmensaktivitäten	—	—	—	—	1.356
883 67-2 (GA)	692	Zuweisungen für Infrastrukturmaßnahmen an Gemeinden (GV)	—	53.347.000	59.800.000	-6.453.000	26.140
887 67-8 (GA)	692	Zuwendungen für Infrastrukturmaßnahmen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
891 67-5 (GA)	691	Zuschüsse für Investitionen an Betriebe der gewerblichen Wirtschaft mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	—	—	—	—
891 68-3 (GA)	691	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Betriebe mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	—	—	—	—
892 67-1 (GA)	691	Zuschüsse für Investitionen an private Betriebe der gewerblichen Wirtschaft	—	114.861.000	81.650.000	+33.211.000	94.915
893 67-8 (GA)	691	Zuschüsse für Investitionen an sonstige	—	—	—	—	400

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 66

Das neue EU-Programm beinhaltet ab 1. 1. 2000 u. a. die Mitfinanzierung von kommunalen Infrastrukturmaßnahmen, gewerblichen produktiven Investitionsmaßnahmen, F u. E-Vorhaben, Tourismusprojekten und ökologischen Umstrukturierungsmaßnahmen. Als zentrale Behörde verwaltet MW die Mittel des Fonds auch für MU, MJ, MK, MWK, MFAS.

Die Kofinanzierung dieser Maßnahmen erfolgt aus laufenden Förderprogrammen des Landes im Rahmen verfügbarer Ansätze oder aus kommunalen Förderprogrammen. Die Vereinnahmung der EU-Mittel erfolgt bei Kap. 08 02 Titel 251 66.

Mittel für die ausgelaufenen EU-Programme waren bei Kapitel 08 02 Titelgruppe 65 veranschlagt.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	—	—	—
2002	—	—	55 000 000	55 000 000
2003	—	—	30 000 000	30 000 000
2004	—	—	20 000 000	20 000 000

Zu Titelgruppe 67/68 allgemein

Finanzierungshilfen im Rahmen des Ges. über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung d. regionalen Wirtschaftsstruktur“ v. 6. 10. 69 (BGBl. I S. 1861) i. d. F. vom 24. 06. 1991 (BGBl. I 1991 S. 1322), die der Bund mit 50 % erstattet. Nach den Festlegungen im Rahmenplan stehen für die niedersächsischen regionalen Aktionsprogramme Mittel in Höhe von 168,2 Mio. DM sowie 156,1 Mio. DM als Verpflichtungsermächtigung zur Verfügung. Der Bundesanteilsbeitrag ist bei 331 67 ausgewiesen.

Seit 2000 beinhaltet die „GA-West“ auch das Gebiet des Amtes Neuhaus.

Zu 526 67**Belastung**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	111 140 000	57 068 000	—	168 208 000
2002	52 870 000	51 062 000	52 260 000	156 192 000
2003	—	45 054 000	55 200 000	100 254 000
2004	—	—	48 728 000	48 728 000

Zu 883 67

Förderung des Ausbaues der Infrastruktur, soweit es unmittelbar für die Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft erforderlich ist, durch

- Erschließung von Industriegelände,
- Ausbau von Verkehrsverbindungen, Energie- und Wasserversorgungsleitungen und -verteilungsanlagen, Anlagen für die Beseitigung bzw. Reinigung von Abwasser und Abfall,
- öffentliche Fremdenverkehrseinrichtungen,
- Errichtung oder Ausbau von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten, soweit ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem Bedarf der regionalen gewerblichen Wirtschaft an geschulten Arbeitskräften besteht

entsprechend den Bestimmungen des Rahmenplanes der Gemeinschaftsaufgabe.

Zu 892 67

Förderung der gewerblichen Wirtschaft bei Errichtung, Erweiterung, Umstellung und grundlegender Rationalisierung von gewerblichen Betrieben entsprechend den Festlegungen im Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0802 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 70		Maßnahmen zur Verbesserung der ökologischen Situation an der Ems * <i>Übertragbar.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(1.704)
538 70-3	699	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
761 70-4	699	Sonstige Tiefbaumaßnahmen	—	—	—	—	—
821 70-7	699	Grunderwerb	—	—	—	—	1.704
981 70-4	990	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	—	—
TGr. 71		Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ -Amt Neuhaus- * <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 200,0 v.H. der Isteinnahmen bei 331 71.</i> ** <i>Die Ansätze der Titelgruppe dürfen nur nach Maßgabe des § 37 LHO überschritten werden.</i>	(—) (1.686.000)	(—)	(1.705.000)	(–1.705.000)	(964)
526 71-3 (GA)	692	Erstellung von Gutachten	— 1.686.000	—	—	—	—
883 71-0 (GA)	692	Zuweisungen für Infrastrukturmaßnahmen an Gemeinden (GV)	—	—	1.705.000	–1.705.000	844
892 71-0 (GA)	692	Zuschüsse für Investitionen an private Betriebe der gewerblichen Wirtschaft	—	—	—	—	120
TGr. 72		Förderung der NIGAN e.V. * <i>Übertragbar.</i>	(—)	(1.600.000)	(5.630.000)	(–4.030.000)	(3.411)
685 72-2	169	Zuschuß für laufende Zwecke	—	1.600.000	4.930.000	–3.330.000	2.906
883 72-9	169	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
891 72-1	169	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
893 72-4	169	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	700.000	–700.000	505
TGr. 73		Institut für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben * <i>Übertragbar.</i>	(—)	(8.500.000)	(—)	(+8.500.000)	(—)
685 73-0 (GA)	177	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	7.530.000	—	+7.530.000	—
891 73-0 (GA)	177	Zuschüsse für Investitionen	—	970.000	—	+970.000	—
TGr. 74		Zuschuss an die Deutsche Management-Akademie * <i>Übertragbar.</i>	(—)	(3.100.000)	(3.300.000)	(–200.000)	(3.500)
685 74-9	692	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	3.000.000	3.200.000	–200.000	3.400
893 74-0	692	Zuschüsse für Investitionen	—	100.000	100.000	—	100
TGr. 75		Investment Promotion Agency (IPA)	(—)	(3.045.000)	(2.987.000)	(+58.000)	(2.914)
538 75-4	171	Dienstleistungen Außenstehender	—	3.045.000	2.987.000	+58.000	2.914
685 75-7	171	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
TGr. 76		Förderung von Existenzgründungen * <i>Übertragbar.</i> *** <i>Eingeworbene EU Mittel werden auf den Haushaltsansatz angerechnet.</i>	(2.000.000) (—)	(25.000.000)	(—)	(+25.000.000)	(—)
685 76-5	699	Zuschuß für laufende Zwecke	—	15.000.000	—	+15.000.000	—
892 76-0	699	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	2.000.000 —	10.000.000	—	+10.000.000	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 70

Das Programm ist abgeschlossen. Leertitel zur Buchung von Ausgaberesten.

Zu Titelgruppe 71 allgemein

Finanzierungshilfen im Rahmen des Gesetzes über die Gemeinschaftsausgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA-Ost) für das Amt Neuhaus.

Eine Veranschlagung von Haushaltsmitteln erfolgt nicht, da das Gebiet des Amtes Neuhaus seit 2000 der GA-West zugeordnet wurde (vgl. Titelgr. 67/68). Leertitel zur Buchung von Ausgaberesten.

Zu Titelgruppe 72

Der Ansatz dient ab 2001 der Finanzierung des für den laufenden Betrieb der Niedersächsischen Gesellschaft zur Aus- und Weiterbildung von Nachwuchs auf dem Gebiet der Mikroelektronik e. V. (NIGAN e. V.) verursachten Fehlbedarfs.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der NIGAN e. V.

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	1 600 000	2 900 000	—
Einnahmen	—	200 000	—
Fehlbetrag	1 600 000	2 700 000	—

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	1 600 000 DM
c) den Bund mit	— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— DM
e) Private	— DM
Zusammen	1 600 000 DM

Die Ausgaben für den Sican-Verbund waren bis zum Haushaltsjahr 2000 bei Kapitel 08 04 TGr. 70 veranschlagt.

Zu Titelgruppe 73

Nach Evaluation der „Blauen-Liste-Institute“ ist das Institut für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechtes gegründet worden (Nds. GVBL. Nr. 25/99 S. 428)

Das Institut betreibt überregionale, angewandte geowissenschaftliche Forschung unter besonderer Berücksichtigung der Geophysik. Die Finanzierung wird nach der Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Art. 91 b GG (Rahmenvereinbarung Forschungsförderung) vorgenommen. Danach tragen Bund und Länder je die Hälfte der Ausgaben.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Instituts für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	9 752 000	—	—
Einnahmen	1 252 000	—	—
Fehlbetrag	8 500 000	—	—

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	4 250 000 DM
c) den Bund mit	4 250 000 DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— DM
e) Private	— DM
Zusammen	8 500 000 DM

Von dem Fehlbetrag zu b) sind 965 600 DM als Anteil der anderen Länder bei Kapitel 06 07 Titel 252 01 mitveranschlagt.

Der Finanzierungsanteil Niedersachsens beträgt danach 3 284 000 DM.

Bis 2000 waren die Geowissenschaftlichen Gemeinschaftsaufgaben u. a. bei Kapitel 08 19 veranschlagt.

Zu Titelgruppe 74

Die Deutsche Management Akademie Niedersachsen (DMAN) gGmbH, 1989 auf Initiative der Niedersächsischen Landesregierung gegründet, fördert Führungskräfte und Nachwuchsführungskräfte aus Betrieben in den Ländern Mittel- und Osteuropas durch qualifiziertes Managementtraining mit praxisorientiertem betriebswirtschaftlichen Know-how. Die DMAN realisiert ihre Programme in enger Zusammenarbeit mit den Unternehmen Niedersachsens. Sie eröffnet damit den Führungskräften und den Praktikern beider Seiten die Möglichkeit zu einem intensiven Erfahrungsaustausch.

Durch diese Führungskräftequalifizierung leistet Niedersachsen seinen Beitrag zur erfolgreichen Weiterführung der Reformen in Osteuropa. Zugleich leistet die Akademie ihren Beitrag zur Wirtschaftsförderung für Niedersachsen. Die Fortbildungsgäste aus Mittel- und Osteuropa, die bisherigen und die zukünftigen, sind eingebunden in einen stetig wachsenden Dialog mit den Unternehmen des Landes. Die Akademie ist insofern auch ein Instrument des Landes im Sinne weitsichtiger Marktpflege bzw. zur Förderung der niedersächsischen Außenwirtschaft.

Zu 685 74 und 893 74

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Deutschen Management-Akademie Niedersachsen gGmbH

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	7 902 970	8 600 000	6 853 366
Einnahmen	4 802 970	5 300 000	3 353 366
Mithin Fehlbetrag	3 100 000	3 300 000	3 500 000

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	3 100 000 DM
c) den Bund mit	— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— DM
e) Private	— DM
Zusammen	3 100 000 DM

Zu Titelgruppe 75

Das Landesministerium hat im Jahre 1991 die Gründung der „Investment Promotion Agency“ (IPA) beschlossen.

Aufgabe der IPA soll es sein, Wirtschaftsunternehmen aus Industrie und Dienstleistungsbereich für ein Engagement in Niedersachsen zu gewinnen. Dabei wird es hauptsächlich darauf ankommen, Niedersachsen als Produktions-, Dienstleistungs- und Finanzstandort national und international bekannter zu machen.

Im wesentlichen sollen folgende Aufgaben übernommen werden:

- Akquisition
- Beratung über öffentliche Förderprogramme
- Projektmanagement
- Seminare
- Betreuung internationaler Repräsentanten
- Koordinierung mit den zuständigen Verwaltungen
- Erfolgskontrollen

Zu Titelgruppe 76

Die Landesregierung hat im Rahmen ihrer Gründungsoffensive das Meisterprämien- und Gründungszuschussprogramm beschlossen. Dieses Programm zielt besonders auf die Unterstützung von Existenzgründungen und Betriebsübernahmen, insbesondere im Bereich des Handwerks, ab. Mit dem Programm soll die Selbstständigengquote gesteigert und das Umfeld für Existenzgründungen verbessert werden.

Um die genannten Ziele zu erreichen, sollen Zuschüsse und Prämien an die unter die Vorgaben des Programms fallenden Betriebe geleistet werden. Für Betriebe, die im Ziel-2-Programmgebiet liegen, sollen Kofinanzierungsmittel der EU eingeworben werden.

Belastung

der Haushalts-jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamtbelastung DM
2001	—	—	—	—
2002	—	—	2 000 000	2 000 000

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0802 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 77		Förderung von Innovationen (Innovationsfonds) * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 356 77. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(—)	(—)	(25.000.000)	(–25.000.000)	(—)
538 77-0	699	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
547 77-0	699	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
662 77-3	699	Schuldendienstbeihilfen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
685 77-3	699	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
812 77-5	699	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
862 77-2	699	Darlehen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
883 77-0	699	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden	—	—	—	—	—
891 77-2	699	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
892 77-9	699	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	25.000.000	–25.000.000	—
893 77-5	699	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 81		Förderung wirtschaftlicher Beziehungen zu den Entwicklungsländern und Ländern Osteuropas	(—)	(215.100)	(215.100)	(—)	(215)
547 81-8	023	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
681 81-6	023	Zusch. an Angehörige von Entwicklungsl. und Ländern Osteuropas	—	—	—	—	—
685 81-1	023	Zuschüsse an Institutionen und sonstige im Inland	—	215.100	215.100	—	215
TGr. 88		Wettbewerbshilfen an die nieders. Seeschiffswerften * Übertragbar.	(—) (45.000.000)	(92.600.000)	(48.347.500)	(+44.252.500)	(44.867)
682 88-0	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentl. Unternehmen	—	—	—	—	—
683 88-6	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
891 88-8	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentl. Unternehmen	—	—	—	—	—
892 88-4	692	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	— 45.000.000	92.600.000	48.347.500	+44.252.500	44.867
TGr. 93/94		Gemeinschaftsprogramm zugunsten der Umstellung von Schiffbauregionen (RENAVAL) * Übertragbar.	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
891 93-4	699	Zuschüsse für Investitionen aus EG-Mitteln * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 93.	—	—	—	—	—
891 94-2	699	Zuschüsse für Investitionen aus Landesmitteln	—	—	—	—	—
TGr. 95/96		Zuschüsse zur regionalen Wirtschaftsförderung im Rahmen von EU-Programmen * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver-	(5.000.000) (—)	(100.000)	(100.000)	(—)	(1.066)

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 77

Die Mittel für den Innovationsfonds sind im Haushaltsjahr 2000 von Kapitel 02 01 Titelgruppe 69 nach Kapitel 08 02 Titelgruppe 77 umgesetzt worden. Die Landesregierung hat am 20. 05. 2000 beschlossen, den Innovationsfonds nicht mehr weiterzuführen.

Leertitel zur Buchung von Ausgaberesten.

Zu 685 81

Zuwendungen an die Carl-Duisberg-Gesellschaft e.V., Köln, zugunsten ihrer Außenorganisation in Niedersachsen für die Betreuung von Fach- und Führungskräften aus Entwicklungsländern nach Maßgabe von Teil A Abschnitt I Nr.8, II Nr.11 und III Nr.6 der Richtlinien über die Durchführung von Aus- und Fortbildungsvorhaben für Angehörige der Entwicklungsländer vom 19. 5. 1970 (Nds. MBl. S. 639) in Verbindung mit den Grundsätzen des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 21. 4. 1967 für die Betreuung von Angehörigen der Entwicklungsländer in der Bundesrepublik Deutschland.

Zu Titelgruppe 88**Zu 892 88**

Der Deutsche Bundestag hat das Wettbewerbsbeihilfsprogramm im Haushaltsjahr 2000 von 240 Mio. DM auf 720 Mio. DM aufgestockt. Auf niedersächsische Werften entfällt ein Anteil von 26,25% = 189 Mio. DM. Der vom Land zu leistende Anteil beträgt davon $\frac{2}{3}$ = 126 Mio. DM Laut Beschluss der EU dürfen nationale Wettbewerbsbeihilfen letztmalig bis zum 31.12.2000 bewilligt werden. Die Förderungsdauer endet am 31.12.2003.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE ¹⁾ DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	49 600 000	42 000 000	—	91 600 000
2002	16 000 000	42 000 000	—	58 000 000
2003	—	42 000 000	—	42 000 000

¹⁾ Enthalten ist eine überplanmäßige VE über 81 000 000 DM.

Zu Titelgruppe 95/96

Veranschlagt sind Landesanteile zur Kofinanzierung der im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG bereitgestellten EU-Mittel.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	—	—	—
2002	—	—	5 000 000	5 000 000

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0802 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Wirtschaft

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch TGr. 95/96		<i>wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind.</i>					
653 95-2	699	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	5.000.000 —	—	—	—	—
682 95-2	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
683 95-9	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	65
883 95-8	699	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	1.001
883 96-6	692	Zuweisungen für Infrastrukturmaßnahmen und Fremdenverkehrsmaßnahmen an Gemeinden (GV)	—	50.000	50.000	—	—
891 95-0	699	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
892 95-7	699	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	50.000	50.000	—	—
892 96-5	692	Zuschüsse für Investitionen an private Be- triebe der gewerblichen Wirtschaft und des Fremdenverkehrs	—	—	—	—	—
Abschluss Kapitel 08 02							
1 Eigene Einnahmen				5.200.000	5.700.000	-500.000	
2 Übertragungseinnahmen				245.541.000	75.808.000	+169.733.000	
3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen				84.589.000	71.577.500	+13.011.500	
Summe der Einnahmen				335.330.000	153.085.500	+182.244.500	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			261.488.000	3.465.000	3.037.000	+428.000	
6 Übertragungsausgaben			199.716.000 5.000.000	85.623.100	23.864.400	+61.758.700	
7 Bauausgaben			—	—	—	—	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			2.000.000 45.000.000	555.868.000	389.478.500	+166.389.500	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	—	—	—	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			268.488.000 244.716.000	644.956.100	416.379.900	+228.576.200	
Zuschuss				309.626.100	263.294.400	+46.331.700	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0803 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
119 41-0	011	Rückzahlung von Überzahlungen		1.000.000	1.400.000	–400.000	51
119 51-8	011	Vermischte Einnahmen		100.000	400.000	–300.000	170
251 64-5	741	Zuweisungen des Bundes gemäß Regionalisie- rungsgesetz zur Bestellung von SPNV- Betriebsleistungen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.		575.184.500	555.930.000	+19.254.500	545.960
251 87-4	741	Zuweisungen des Bundes gem. Regionalisie- rungsgesetz zur Förderung sonstiger Maßnah- men, insbes. im Schienenpersonennahverkehr * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 87.		149.588.400	177.529.500	–27.941.100	54.027
251 95-5	699	Sonstige Zuweisungen des Bundes für EU-Verkehrsprogramme * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 95.		—	—	—	—
331 83-5	741	Zuweisungen des Bundes gemäß Regionalisie- rungsgesetz für Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 83.		100.500.000	3.580.000	+96.920.000	156
331 84-3	741	Zuweisungen des Bundes gemäß GVFG für In- vestitionen des öffentlichen Personennah- verkehrs (Baumaßnahmen Bundesplafond) * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 84.		1.000.000	23.790.000	–22.790.000	21.510
331 85-1	741	Zuweisungen d. Bundes gem. GVFG f. Investi- tionen des öffentlichen Personennahverkehrs (Baumaßnahmen Landesplafond) * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 85.		86.486.000	90.960.000	–4.474.000	111.794
331 89-4	741	Zuweisungen des Bundes gem. GVFG für In- vestitionen des öffentlichen Personennah- verkehrs (Fahrzeugbeschaffungen) * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 89.		35.300.000	30.000.000	+5.300.000	32.432
331 90-8	741	Zuweisungen des Bundes gemäß Regionalisie- rungsgesetz für Investitionen des öffentli- chen Personennahverkehrs (Baumaßnahmen) * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 90.		163.604.100	165.227.000	–1.622.900	230.420
331 91-6	741	Zuweisungen des Bundes gemäß Regionalisie- rungsgesetz für Investitionen des öffentl. Personennahverkehrs (Fahrzeugbeschaffungen) * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 91.		58.563.000	127.650.000	–69.087.000	83.172
382 01-4	990	Bundesmittel f. d. Unterhaltung und den Be- trieb höhengleicher Kreuzungen von Bundes- strassen mit nichtbundeseig. Eisenbahnen * Vgl. K-Vermerk zu 982 01.		390.000	390.000	—	396
A U S G A B E N							
538 01-4	534	Dienstleistungen Außenstehender	—	350.000	—	+350.000	350
681 01-1	835	Schadensersatzleistungen im Zusammenhang mit der Flughafen Braunschweig GmbH	—	—	—	—	1
685 51-3	172	Zuschuß an die Deutsche Verkehrswissen- schaftl. Gesellschaft	—	10.200	10.500	–300	10
982 01-1	990	Bundesmittel zur Unterhaltung u. zum Be- trieb höhengleicher Kreuzungen von Bundes- strassen mit nichtbundeseigenen Eisenbahnen * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 01.	—	390.000	390.000	—	396
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Zuschüsse an nichtbundeseigene Eisenbahnen	(—)	(8.990.000)	(6.990.000)	(+2.000.000)	(6.985)
653 61-1	749	Zuweisungen an Gemeinden (GV) zu den Be- triebskosten eigener Eisenbahnen	—	—	—	—	—
682 61-1	749	Zusch. zu den Betriebskosten von Eisen- bahnuntern. des privaten Rechts mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	2.490.000	2.490.000	—	1.146

ERLÄUTERUNGEN

Zu 119 41

Rückzahlungen aus Zuwendungen nach den Richtlinien zu §§ 23 und 44 LHO.

Anpassung an das durchschnittliche Ist-Ergebnis der letzten Jahre.

Zu 251 64

Ab 1996 erhält das Land Niedersachsen gemäß Regionalisierungsgesetz Zuweisungen für Verkehrsleistungen im Schienenpersonennahverkehr. Sie werden bei TGr. 64/65 verausgabt (vgl. TGr. 64/65).

Zu 251 87, 331 83, 331 90 und 331 91

Ab 1996 erhält das Land Niedersachsen gemäß Regionalisierungsgesetz Zuweisungen des Bundes für Angebotsverbesserungen des ÖPNV, insbesondere des Schienenpersonennahverkehrs (sog. „X-Betrag“). Für 2001 stehen voraussichtlich 472 Mio. DM zur Verfügung, die bei den TGrn. 83, 87, 90 und 91 wieder verausgabt werden (vgl. TGr. 83, 87, 90 und 91).

Zu 331 84, 331 85 und 331 89

Der Bund gewährt dem Land aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer zweckgebundene Finanzhilfen nach Maßgabe des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG). Das Land hat die Mittel für Investitionen zur Förderung von Vorhaben zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden zu verwenden (Bau/Ausbau von Stadtbahn- und DB-Nahverkehrslinien, zentralen Omnibusbahnhöfen, Park and Ride, zentralen Werkstätten und Betriebshöfen, Beschleunigungsmaßnahmen, Haltestelleneinrichtungen, Beschaffung von Linien-Omnibussen und Schienenfahrzeugen). Die Zuwendungen werden über den Landeshaushalt geleitet und bei den Titelgruppen 84, 85 und 89 wieder verausgabt.

Bei Titel 331 84 sind zweckgebundene GVFG-Mittel aus dem sog. Bundesplafond in Höhe von 1,0 Mio. DM für ÖPNV-Baumaßnahmen mit Gesamtkosten von mehr als 100 Mio. DM veranschlagt.

Im sog. Landesplafond stehen für Niedersachsen 242 Mio. DM zur Verfügung. Zur Förderung des ÖPNV sollen hiervon 121 Mio. DM eingesetzt werden (TGr. 85 und 89). Die restlichen Mittel sind für Straßenbauvorhaben kommunaler Baulastträger vorgesehen (vgl. auch Kap. 08 20 Titel 331 01 und 883 05).

Zu 382 01

Der Bund gewährt aus seinen Haushaltsmitteln für Bundesfernstraßen Beiträge an nichtbundeseigene Eisenbahnen für die Unterhaltung und den Betrieb höhengleicher Kreuzungen von Bundesstraßen mit Eisenbahnstrecken. Die Zuwendungen werden über den Landeshaushalt geleitet und bei 982 01 wieder verausgabt.

Zu 538 01

Betrag für die Durchführung des verkehrsübergreifenden Informationssystems MOVE.

Die Ausgaben waren bis zum Haushaltsjahr 2000 bei Titel 682 01 veranschlagt.

Zu 681 01

Leertitel zur Deckung von Schadenersatzleistungen.

Nach dem Selbstversicherungsprinzip muss das Land entsprechend der Beteiligung an der Flughafen Braunschweig GmbH evtl. Versicherungsschäden tragen.

Zu 685 51

Die im Haushaltsjahr 1981 begonnene Förderung der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft (DVWG) soll fortgeführt werden.

Zu 982 01

Vgl. Erläuterungen zu 382 01.

Zu Titelgruppe 61

Betriebskosten- und Investitionszuschüsse zur finanziellen Stützung von nichtbundeseigenen Eisenbahnen in Niedersachsen, die verkehrlich notwendig, aber infolge ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht in der Lage sind, ihren Betrieb ohne finanzielle Hilfe des Landes zu rationalisieren oder fortzuführen.

Zu 653 61, 682 61 und 683 61

1. Jahresverlust der Osthannoverschen Eisenbahnen AG (OHE) aus dem Vorjahr	1 100 000 DM
2. Jahresverlust der Eisenbahnen- und Verkehrsbetriebe Elbe-Weser GmbH aus dem Vorjahr	800 000 DM
3. Jahresverlust der Rinteln-Stadthagener Verkehrsgesellschaft aus dem Vorjahr	590 000 DM
Zusammen	2 490 000 DM

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0803 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
683 61-8	749	Zuschüsse zu den Betriebskosten sonstiger privater Eisenbahnunternehmen	—	—	—	—	—
883 61-7	749	Zuweisungen an Gemeinden (GV) zu den Investitionen eigener Eisenbahnen * Übertragbar.	—	—	—	—	—
891 61-0	749	Zusch. zu den Investitionen von Eisenbahnunternehmen des privaten Rechts mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung * Übertragbar.	—	5.500.000	3.500.000	+2.000.000	5.702
892 61-6	749	Zuschüsse zu den Investitionen sonstiger privater Eisenbahnunternehmen * Übertragbar.	—	1.000.000	1.000.000	—	136
TGr. 62		Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen im Straßenverkehr	(—)	(1.050.000)	(1.052.000)	(–2.000)	(1.052)
547 62-5	729	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	5
685 62-9	729	Zuschüsse an die Landesverkehrswacht Nds. e. V. und an andere Organisationen für Maßnahmen zur Unfallverhütung	—	1.050.000	1.052.000	–2.000	1.047
TGr. 63		Gesetzliche Ausgleichszahlungen an nicht-bundeseigene Eisenbahnen * Übertragbar.	(—)	(9.679.300)	(9.679.300)	(—)	(9.186)
653 63-8	749	Zuweisungen an Gemeinden	—	200.000	200.000	—	—
682 63-8	749	Zuschüsse zu den Betriebskosten von Eisenbahnunternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	5.933.000	5.933.000	—	5.520
683 63-4	749	Zuschüsse zu den Betriebskosten sonstiger privater Eisenbahnunternehmen	—	3.546.300	3.546.300	—	3.666
TGr. 64/65		SPNV-Betriebsleistungen * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 251 64.	(30.000.000) (700.000.000)	(575.184.500)	(555.930.000)	(+19.254.500)	(526.681)
538 64-2	741	Dienstleistungen Außenstehender	30.000.000 700.000.000	416.507.500	397.253.000	+19.254.500	368.004
653 64-6	741	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	86.309.000	86.309.000	—	86.309
653 65-4	741	Zahlungen zum Ausgleich von Mindereinnahmen aus gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen an Gemeinden(GV)	—	—	—	—	—
657 64-1	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	72.368.000	72.368.000	—	72.368
682 64-6	741	Zuschüsse zu den Betriebskosten von Unternehmen des privaten Rechts mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	—	—	—	—
682 65-4	741	Zahlungen zum Ausgl. v. Mindereinn. aus gemeinwirtsch. Verpfl. an Untern. d. priv. Rechts mit mehr als 50 v.H. öff. Beteil.	—	—	—	—	—
683 64-2	741	Zuschüsse zu den Betriebskosten sonstiger privater Unternehmen	—	—	—	—	—
683 65-0	741	Zahlungen zum Ausgleich von Mindereinnahmen aus gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen an sonstige private Unternehmen	—	—	—	—	—
TGr. 66		Zuschuss an die Flughafengesellschaft Braunschweig mbH	(—)	(725.000)	(630.000)	(+95.000)	(387)
682 66-2	835	Zuschuß zu den Betriebskosten	—	415.000	310.000	+105.000	310
891 66-0	835	Zuschuß für Investitionen	—	310.000	320.000	–10.000	77
TGr. 67		Investitionsmaßnahmen für den Fernbahnhof Laatzen ***Das Land kann seine Verpflichtung auch durch die Erstattung des Schuldendienstes für Darlehnsaufnahmen zur Finanzierung der Investitionszuschüsse	(—)	(9.300.000)	(8.400.000)	(+900.000)	(3.331)

ERLÄUTERUNGEN

Zu 883 61, 891 61 und 892 61

Investitionszuschüsse für Investitionen bei nichtbundeseigenen Eisenbahnen 6 500 000 DM

Der Mehrbedarf ist aufgrund der von der DB Cargo AG vorgenommenen strategischen Neuausrichtung für die Gewährung von Zuschüssen für die Beschaffung oder Modernisierung von Triebfahrzeugen vorgesehen.

Belastung

des Haus- halts- jahres	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die in 2000 üpl. bereitgestellte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	400 000	—	400 000

Zu 685 62

Zuwendungen zu Projekten der Verkehrsaufklärung und Verkehrserziehung, insbesondere für Gastarbeiter, Kinder und ältere Menschen, zur Förderung des Schülerlotsendienstes und für andere unfallverhütende Maßnahmen, ferner für Zwecke der Unfallursachenforschung und der Gewinnung wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Unfallvorbeugung.

Zu 653 63 bis 683 63

Ausgleichszahlungen an nichtbundeseigene Eisenbahnunternehmen aufgrund des § 6 a (Mindereinnahmen im Ausbildungsverkehr) und des § 16 Abs. 1 Nr. 2 und 3 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) für auferlegte Ruhegehälter und Renten und für Aufwendungen der Bahnunternehmen zur Erhaltung und zum Betrieb höhengleicher Kreuzungen (außer Kreuzungen mit Bundesstraßen), die über 50 v. H. der nachgewiesenen Aufwendungen hinausgehen.

Aus diesen Titelansätzen dürfen Ausgleichszahlungen nach § 6 a AEG nur geleistet werden, soweit bereits vor der Regionalisierung des ÖPNV Ausbildungsverkehr auf Schienenpersonennahverkehrsstrecken durchgeführt wurde (Eisenbahnen- und Verkehrsbetriebe Elbe-Weser GmbH auf der Strecke Bremerhaven-Bremervörde-Stade, Inselbahnen Borkum und Langeoog).

Zu TGr. 64/65

Es handelt sich hier um Zahlungen für Betriebsleistungen im Schienenpersonennahverkehr, gemäß § 7 Nds. Nahverkehrsgesetz vom 28. 6. 1995 (Nds. GVBL. S. 180) sowie im Rahmen der Regionalisierung des ÖPNV ggf. erforderliche gesetzliche Ausgleichszahlungen nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz.

Vgl. Erläuterungen zu 251 64.

Zu 538 64

Die Verpflichtungsermächtigung ist ausgebracht, um für die Folgejahre SPNV-Leistungen für den Zuständigkeitsbereich des Landes bestellen zu können.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	350 000 000	—	350 000 000
2002	—	350 000 000	20 000 000	370 000 000
2003	—	—	5 000 000	5 000 000
2004	—	—	5 000 000	5 000 000

Zu Titelgruppe 66

An der Gesellschaft ist das Land mit 17,8 % des Gesellschaftskapitals beteiligt.

Mehrbedarf aufgrund der gestiegenen Brandschutzanforderungen.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	310 000	—	—	310 000
2002	670 000	—	—	670 000

Die Verpflichtungsermächtigung aus 1997 in Höhe von 1,6 Mio. DM betrifft die Finanzierung der Startbahnverlängerung und die dazu erforderliche Infrastruktur.

Zu Titelgruppe 67

Der Bau eines Fernbahnhofs an der Messe ist ein wichtiger Baustein des Verkehrskonzepts für die EXPO, damit möglichst viele Sonderzüge unmittelbar bis zum Messe- und EXPO-Gelände fahren können. Dieser Bahnhof wird anschließend auch für den normalen Messebetrieb von großem Nutzen sein. Zur Finanzierung der Gesamtkosten gewährt das Land einen Zuschuss in Höhe von max. 70 Mio. DM zu den Investitionskosten sowie max. 5 Mio. DM zu den Planungskosten.

Die Finanzierung erfolgt über die NFG, so dass rd. das 1,5fache, ab 1995 insgesamt 112,5 Mio. DM (75 Mio. DM x 1,5), veranschlagt sind.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	9 300 000	—	—	9 300 000
2002	10 500 000	—	—	10 500 000
2003	10 500 000	—	—	10 500 000
2004	10 500 000	—	—	10 500 000
2005 ff.	54 560 000	—	—	54 560 000

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0803 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch TGr. 67		<i>durch die NFG erfüllen. Bis zum Eingang der von der NFG zu be- schaffenden Finanzierungsmittel dürfen die notwendigen Ausgaben aus allgemeinen Kassenmitteln geleistet werden.</i>					
671 67-9	741	Erstattungen an die NFG	—	4.000.000	3.100.000	+900.000	3.331
883 67-6	741	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
887 67-1	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
891 67-9	741	Zuschüsse an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	5.300.000	5.300.000	—	—
892 67-5	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	—	—	—	—
TGr. 81		Investitionsmaßnahmen für den Stadtbahnbau Hannover *** <i>Das Land kann seine Verpflichtung auch durch die Erstattung des Schulden- dienstes für Darlehnsaufnahmen zur Fi- nanzierung der Investitionszuschüsse durch die NFG erfüllen. Bis zum Eingang der von der NFG zu be- schaffenden Finanzierungsmittel dürfen die notwendigen Ausgaben aus allgemeinen Kassenmitteln geleistet werden.</i>	(—)	(13.700.000)	(12.500.000)	(+1.200.000)	(11.970)
661 81-9	741	Schuldendiensthilfen an die NFG	—	—	—	—	—
671 81-4	741	Erstattungen an die NFG	—	4.700.000	3.500.000	+1.200.000	2.970
883 81-1	741	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
887 81-7	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
891 81-4	741	Zuschüsse an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	9.000.000	9.000.000	—	9.000
892 81-0	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	—	—	—	—
TGr. 82		Investitionsmaßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr in der Region Hannover *** <i>Das Land kann seine Verpflichtung auch durch die Erstattung des Schulden- dienstes für Darlehnsaufnahmen zur Fi- nanzierung der Investitionszuschüsse durch die NFG erfüllen. Bis zum Eingang der von der NFG zu be- schaffenden Finanzierungsmittel dürfen die notwendigen Ausgaben aus allgemeinen Kassenmitteln geleistet werden.</i>	(—)	(3.900.000)	(3.600.000)	(+300.000)	(5.509)
671 82-2	741	Erstattungen an die NFG	—	2.400.000	2.100.000	+300.000	1.509
883 82-0	741	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
887 82-5	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
891 82-2	741	Zuschüsse an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	1.500.000	1.500.000	—	4.000
892 82-9	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	—	—	—	—
TGr. 83		Investitionsmaßnahmen für den SPNV - Durchfahrt Lehrte - * <i>Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur ge- leistet werden bis zur Höhe der Istein- nahmen bei 331 83.</i>	(—)	(100.500.000)	(3.580.000)	(+96.920.000)	(156)
671 83-0	741	Erstattungen an die NFG	—	500.000	3.580.000	–3.080.000	156
861 83-4	741	Darlehen an öffentliche Unternehmen	—	100.000.000	—	+100.000.000	—
TGr. 84		Förderung von Investitionen des öffentli- chen Personennahverkehrs nach dem GVFG (Baumaßnahmen Bundesplafond) * <i>Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur ge-</i>	(—)	(1.000.000)	(23.790.000)	(–22.790.000)	(21.637)

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 81

Die Finanzhilfen des Landes für den Bau der Stadt-Bahn in Hannover beruhen auf mit der Landeshauptstadt Hannover geschlossenen Vereinbarungen. Ab 1986 ist für die über die Stadtgrenze hinausgehenden Strecken der Zweckverband Großraum Hannover Vertragspartner. Die Finanzhilfen werden seit Beginn der Bauarbeiten 1965 gewährt.

Seit dem 1. 1. 1967 beteiligt sich auch der Bund an der Finanzierung aus zweckgebundenen Mitteln des Mineralölsteuer-Aufkommens ab 1972 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – GVFG). Die zuwendungsfähigen Kosten werden in folgendem Verhältnis aufgeteilt:

Stadtbahn Hannover:

1. 11. 1965 – 1966	Land 25 v. H. Landeshauptstadt Hannover 75 v. H.
1967 – 28. 2. 1972	Bund 50 v. H. Land 25 v. H. Landeshauptstadt Hannover 25 v. H.
1. 3. 1972 – 31. 12. 1991	Bund 60 v. H. Land 25 v. H. Landeshauptstadt Hannover 15 v. H.
ab 1. 1. 1992	Bund 75 v. H. Land 15,6 v. H. kommunale Seite 9,4 v. H.

Für über die Stadtgrenze Hannover hinausgehende Strecken tragen außer dem Bund, dem Land und der kommunalen Seite auch die Hannoverschen Verkehrsbetriebe – ÜSTRA – Kostenanteile.

Für die Jahre 1965 bis Ende 1972 wurde der Landesanteil durch die Übernahme des Schuldendienstes für Darlehen geleistet, die die Landeshauptstadt Hannover aufgenommen hat. 1973 wurde der Landesanteil als Investitionszuschuss gewährt. Seit dem 1. 1. 1974 leistet die Niedersächsische Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH, Hannover (NFG), die Finanzhilfen des Landes als Investitionszuschüsse an die Landeshauptstadt Hannover. Das Land erstattet diese Leistungen sowie die für die notwendige Darlehensaufnahme anfallenden Zinsen der NFG.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	13 700 000	—	—	13 700 000
2002	14 075 000	—	—	14 075 000
2003	14 075 000	—	—	14 075 000
2004	14 075 000	—	—	14 075 000
2005 ff.	83 420 000	—	—	83 420 000

Zuschüsse wurden und werden geleistet für die Stadtbahnlinien A, B, C, die jeweils Tunnel- und oberirdische Strecken umfassen sowie für die oberirdische Anschlussstrecke D West. Die an den Strecken A und B gebauten Stadtbahnbetriebshöfe Glocksee und Döhren sind in die Förderung einbezogen. Damit sind für alle bisherigen Stadtbahnbauprojekte, die die Förderungskriterien des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) erfüllen, auch Landesmittel eingesetzt worden.

Linie A (Lahe – Mühlenberg/Empelde)

Die zuwendungsfähigen Gesamtkosten für die Stadt-Bahn-Linie A (Bauzeit 1965 – 1988) beliefen sich auf rd. 580 Mio. DM.

Die auf das Land entfallenen zuwendungsfähigen Kosten betrugen rd. 124 Mio. DM.

Linie B (Langenhagen – Laatzen – Sarstedt)

Die zuwendungsfähigen Gesamtkosten für die Stadt-Bahn-Linie B (Bauzeit 1972 – 1994) belaufen sich auf rd. 690 Mio. DM.

Die auf das Land entfallenen zuwendungsfähigen Kosten betragen – vorbehaltlich der Abrechnung und ihrer Nachprüfung – für die Haushaltsjahre 1972 bis zum letzten Hj. rd. 166 Mio. DM. Diese wurden durch eine inzwischen ausgelaufene Schuldendienstübernahme und 1973 durch Barzuschuss abgegolten; seit 1974 leistet die NFG die Investitionszuschüsse des Landes an die Landeshauptstadt Hannover.

Linie C (Garbsen – Kirchrode/Anderten und Königsworther Platz – Schulenburg Landstraße)

Die zuwendungsfähigen Gesamtkosten für die Stadt-Bahn-Linie C (Bauzeit 1978 – ca. 1996) werden nach dem derzeitigen Stand auf 770 Mio. DM geschätzt.

Für 1978 bis 1994 betragen die auf das Land entfallenen zuwendungsfähigen Kosten – vorbehaltlich der Abrechnung und ihrer Nachprüfung – rd. 183 Mio. DM. Die Finanzierung ist, wie bei den Linien A und B, der NFG übertragen worden.

Linie D West (Abschnitt Limmer – Ahlem)

Die zuwendungsfähigen Gesamtkosten werden auf 60 Mio. DM geschätzt. Bauzeit voraussichtlich 1989 – 1994. Landesanteil für 1989 – 1994: 9 Mio. DM.

Zu Titelgruppe 82

Bis zum Jahr 2001 sind für folgende ÖPNV-Projekte in der Region Hannover, die überwiegend aus Mitteln des GVFG und des Regionalisierungsgesetzes finanziert werden sollen, zusätzliche Landeszuschüsse vorgesehen:

1. Stadtbahnlinie D – 50 %iger Planungskostenzuschuss	22 Mio. DM
2. S-Bahn Bannemühlen/Flughafen – Laatzen – 50 %iger Planungskostenzuschuss	29 Mio. DM
Landeszuschüsse insgesamt	51 Mio. DM

Die Finanzhilfen des Landes in Höhe von insgesamt 51 Mio. DM werden als Investitionszuschüsse von der NFG geleistet und vom Land erstattet, so dass rd. das 1,5fache des Landesanteils, ab 1995 insgesamt 76,5 Mio. DM (51 Mio. DM x 1,5) veranschlagt sind.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	3 900 000	—	—	3 900 000
2002	4 350 000	—	—	4 350 000
2003	4 350 000	—	—	4 350 000
2004	4 350 000	—	—	4 350 000
2005 ff.	41 144 000	—	—	41 144 000

Zu Titelgruppe 83

Das Land finanziert in den Jahren 1999 bis 2001 aus Mitteln nach dem Regionalisierungsgesetz im Rahmen des DB AG-Projektes Schnellfahrstrecke „Hannover-Berlin“ den Teilabschnitt „Durchführung Lehrte“ mit 100 Mio. DM in Form eines Darlehens vor. Die Vorfinanzierung in den Jahren 1999 und 2000 erfolgt über die Niedersächsische Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH, Hannover, (NFG) bis zu 80 Mio. DM. In 2001 erfolgt die Ablösung des Darlehens aus nicht gebundenen Mitteln nach dem Regionalisierungsgesetz. Eine weitere Rate (20 Mio. DM an die DB) wird in 2001 ebenfalls aus Mitteln nach dem Regionalisierungsgesetz geleistet. Die Tilgung dieses gesamten Darlehens erfolgt seitens des Bundes in den Jahren 2003 und 2004 aus Mitteln nach dem Bundesschienenwegeausbaugesetz.

Durch diese Vorfinanzierung soll die Qualität und Quantität des SPNV im Bereich des bereits jetzt schon überlasteten Eisenbahnknotenpunktes Lehrte frühzeitig gehalten und verbessert werden.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	100 000 000	—	—	100 000 000

Zu Titelgruppe 84

GVFG-Mittel aus dem sog. Bundesplafond für ÖPNV-Baumaßnahmen mit Gesamtkosten von mehr als 100 Mio. DM. Vgl. Erläuterungen zu 331 84.

Veranschlagt ist der Bedarf für den 1. Bauabschnitt der Regionalstadtbahn Braunschweig.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0803 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch TGr. 84		<i>leistet werden bis zur Höhe der Istein- nahmen bei 331 84.</i>					
883 84-6	741	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
887 84-1	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
891 84-9	741	Zuschüsse an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	1.000.000	23.790.000	-22.790.000	21.637
892 84-5	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	—	—	—	—
TGr. 85		Förderung von Investitionen des öffentli- chen Personennahverkehrs nach dem GVFG (Baumaßnahmen Landesplafond) * Übertragbar. <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur ge- leistet werden bis zur Höhe der Istein- nahmen bei 331 85.</i>	(70.000.000) (—)	(86.486.000)	(90.960.000)	(-4.474.000)	(116.327)
883 85-4	741	Zuweisungen an Gemeinden GV)	70.000.000 —	5.778.000	14.557.500	-8.779.500	21.710
887 85-0	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
891 85-7	741	Zuschüsse an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	80.708.000	76.402.500	+4.305.500	94.617
892 85-3	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	—	—	—	—
TGr. 86		Zahlungen zum Ausgleich von Mindereinnahmen aus gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im nichtschienengebundenen ÖPNV * Übertragbar.	(—)	(169.000.000)	(189.811.000)	(-20.811.000)	(173.091)
641 86-9	741	Sonstige Erstattungen an den Bund	—	—	—	—	—
653 86-7	741	Zahlungen an Gemeinden (GV)	—	1.000.000	1.000.000	—	58
682 86-7	741	Zahlungen an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	127.500.000	148.311.000	-20.811.000	142.308
683 86-3	741	Zahlungen an sonstige private Unternehmen	—	40.500.000	40.500.000	—	30.724
TGr. 87		Förderung sonstiger Maßnahmen zur Verbesse- rung des öffentlichen Personennahverkehrs * Übertragbar. <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur ge- leistet werden bis zur Höhe der Istein- nahmen bei 251 87.</i>	(—)	(149.588.400)	(177.529.500)	(-27.941.100)	(49.950)
538 87-1	741	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	239
637 87-0	741	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Zweckverbände	—	—	—	—	—
653 87-5	741	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	8.742.400	8.700.000	+42.400	8.743
657 87-0	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	135.046.000	134.746.500	+299.500	10.226
671 87-3	741	Kostenerstattung an die nds. Landesnahver- kehrsgesellschaft	—	5.800.000	6.000.000	-200.000	3.971
682 87-5	741	Zuschüsse an Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentl. Beteiligung	—	—	—	—	400
683 87-1	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	—	—	—	6
883 87-0	741	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für Invest. zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse	—	—	33.000	-33.000	1.299
891 87-3	741	Leistungen an die Landesnahverkehrsgesell- schaft Nds. mbH für die Beschaffung von Fahrzeugen u. Geräten im Bereich des SPNV	—	—	—	—	25.066
892 87-0	741	Zusch. an sonstige private Unternehmen für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse	—	—	—	—	—
971 87-7	988	Globale Mehrausgaben	—	—	28.050.000	-28.050.000	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 85

Vgl. Erl. zu 331 85 und 331 89.

Veranschlagt ist der Zuschußbedarf für folgende Baumaßnahmen des ÖPNV:

	Mio. DM	Betrag für 2001 DM
1. Stadtbahnlinien D in Hannover voraus- sichtliche zuwendungsfähige Gesamt- kosten	310	
Landeszuschuss 1995 – 2000 (GVFG-Landesplafond)	35,79	
Bundeszuschuss 1997 – 2001 (GVFG-Bundesplafond)	123,78	
Landeszuschuss 1997 – 2001 („X-Betrag“ – TGr. 90)	150,43	
vorgesehene Rate in 2001		13,47
2. Stadtbahnverträge Braunschweig voraussichtliche zuwendungsfähige Gesamtkosten	100	
Landeszuschuss 1995 – 2001 (GVFG-Landesplafond)	75	
Bundeszuschuss 2001 – 2004 („X-Betrag“ – TGr. 90)	15,60	
vorgesehene GVFG-Raten		8
3. Sonstige Projekte (GVFG Landesplafond-Raten)		20
4.–7. Stadtbahnverträge Hannover sonstige Baumaßnahmen		45,02
		<u>86,49</u>

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	8 000 000	—	—	8 000 000
2002	—	—	30 000 000	30 000 000
2003	—	—	25 000 000	25 000 000
2004	—	—	15 000 000	15 000 000

Zu Titelgruppe 86

Veranschlagt sind Mittel, die gem. § 45 a Personenbeförderungsgesetz (PBefG) an Verkehrsunternehmen im öffentlichen Personennahverkehr zum Ausgleich von Mindereinnahmen im Linienverkehr gezahlt werden müssen, die ihnen dadurch entstehen, dass sie verpflichtet werden, Zeitkarten an Auszubildende (Schüler, Studenten und Lehrlinge) zu nichtkostendeckenden Preisen zu verkaufen. Infolge Änderung des PBefG sind mit Wirkung ab 1. 1. 91 die Länder auch für die sog. „Bundesunternehmen“ ausgleichspflichtig.

Zu Titelgruppe 87 – allgemein –

Die für die Förderung sonstiger Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs erforderlichen Ausgaben werden aus den ab 1. 1. 1996 zur Verfügung stehenden Regionalisierungsmitteln („X-Betrag“) finanziert (vgl. Erl. zu 251 87, 331 90 und 331 91).

Zu 653 87 und 657 87

Gemäß § 7 Abs. 6 des Nieders. Gesetzes zur Neuordnung des öffentlichen Personennahverkehrs (NNVG) vom 28. 6. 1995 erhalten die kommunalen Aufgabenträger des ÖPNV ab 1996 pauschale Finanzhilfen zur Abdeckung ihrer Verwaltungskosten.

Veranschlagt sind auch Mittel für die Tarifverbundförderung an Zweckverbände.

Weiter sind ab dem Jahr 2000 Mittel für die Aufgabenträger des SPNV gemäß § 7 Abs. 7 des Nieders. Gesetzes zur Neuordnung des öffentlichen Personennahverkehrs (NNVG) veranschlagt.

Zu 671 87

Der nds. Landesnahverkehrsgesellschaft wurde als Zentrale Stelle für den öffentlichen Personennahverkehr nach § 8 NNVG 1996 die Wahrnehmung von Aufgaben im Rahmen des NNVG übertragen. Die notwendigen Ausgaben sind vom Land zu erstatten.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	3 000 000	—	—	3 000 000

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0803 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 89		Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem GVFG (Fahrzeugbeschaffungen) * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 89.	(6.300.000) (60.000.000)	(35.300.000)	(30.000.000)	(+5.300.000)	(32.250)
883 89-7	741	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	6.300.000 60.000.000	3.000.000	3.000.000	—	—
887 89-2	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
891 89-0	741	Zuschüsse an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	20.300.000	15.000.000	+5.300.000	26.624
892 89-6	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	12.000.000	12.000.000	—	5.626
TGr. 90		Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem Regionalisierungsgesetz (Baumaßnahmen) * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 90.	(95.000.000) (70.000.000)	(163.604.100)	(165.227.000)	(–1.622.900)	(198.327)
661 90-8	741	Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen	95.000.000 70.000.000	10.000.000	12.800.000	–2.800.000	7.393
883 90-0	741	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	13.528.800	25.305.500	–11.776.700	33.177
887 90-6	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
891 90-3	741	Zuschüsse an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	139.055.700	122.644.500	+16.411.200	153.500
892 90-0	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	1.019.600	4.477.000	–3.457.400	4.256
TGr. 91		Förderung von Investitionen des öffentlichen Personennahverkehrs nach dem Regionalisierungsgesetz (Fahrzeugbeschaffungen) * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 91.	(242.000.000) (—)	(58.563.000)	(127.650.000)	(–69.087.000)	(80.919)
883 91-9	741	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	242.000.000 —	—	—	—	—
887 91-4	741	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
891 91-1	741	Zuschüsse an private Unternehmen mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	58.563.000	127.650.000	–69.087.000	80.919
892 91-8	741	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen	—	—	—	—	—
TGr. 95		Zuschüsse zur Förderung von Verkehrsprojekten im Rahmen von EU-Programmen * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 251 95.	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
653 95-6	699	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
683 95-2	699	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
883 95-1	699	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV) * Übertragbar.	—	—	—	—	—
891 95-4	699	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen * Übertragbar.	—	—	—	—	—
892 95-0	699	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen * Übertragbar.	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		380.000	–380.000	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 89

Vgl. Erl. zu 331 85 und 331 89.

Veranschlagt ist der Zuschussbedarf für Fahrzeugbeschaffungen des ÖPNV.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	27 000 000	—	27 000 000
2002 ff.	—	33 000 000	6 300 000	39 300 000

Zu Titelgruppe 90

Vgl. Erläuterungen zu 251 87, 331 90 und 331 91.

Veranschlagt ist der Zuschussbedarf für folgende Baumaßnahmen (vgl. auch Erl. zu TGr. 85):

Maßnahme	Mio. DM
1. Stadtbahnlinie D-Süd in Hannover	20,84
2. S-Bahn Bennemühlen/Flughafen –Laatzten	54,50
3. S-Bahn Wunstorf–Hannover–Lehrte	1,30
4. Bahnhofsprogramm	5,50
5. DB-Strecken Hildesheim–Bodenburg/ Seesen–Herzberg/Göttingen–Bodenfelde	16,50
6. Sonstige Projekte	64,96
Zusammen	163,60

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	103 200 000	40 000 000	—	143 200 000
2002	16 900 000	30 000 000	40 000 000	86 900 000
2003	—	—	35 000 000	35 000 000
2004	—	—	20 000 000	20 000 000

Zu Titelgruppe 91

Vgl. Erläuterungen zu 251 87, 331 90 und 331 91.

Veranschlagt ist der erforderliche Zuschussbedarf für folgende Fahrzeugbeschaffungen:

	Mio. DM	Betrag 2001 DM
1. 19 S-Bahn-Fahrzeuge für die Strecke Bennemühlen/Flughafen–Laatzten voraussichtliche Beschaffungskosten	117,80	
Landeszuschuss 1998 bis 2001 vorgesehene Raten in 2001	114,00	38,06
2. 46 Elektrotriebfahrzeuge für die Strecken Emden–Münster/ Norddeich–Emden–Bremen/ Uelzen–Göttingen sowie 14 Verbrennungstriebfahrzeuge für die Strecke Cuxhaven–Hamburg voraussichtliche Beschaffungskosten	261,00	
Landeszuschuss 2000 bis 2003 vorgesehene Rate in 2001		19,00
3. Sonstige Fahrzeugbeschaffungen vorgesehene Rate in 2001		1,50
		58,56

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	9 000 000	—	—	9 000 000
2002	—	—	137 000 000	137 000 000
2003	—	—	105 000 000	105 000 000

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0803 Allgemeine Bewilligungen im Bereich Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 08 03					
		1 Eigene Einnahmen		1.100.000	1.800.000	–700.000	
		2 Übertragungseinnahmen		724.772.900	733.459.500	–8.686.600	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		445.843.100	441.597.000	+4.246.100	
		Summe der Einnahmen		1.171.716.000	1.176.856.500	–5.140.500	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	30.000.000	416.857.500	397.253.000	+19.604.500	
		6 Übertragungsausgaben	700.000.000 95.000.000 70.000.000	512.509.900	536.936.300	–24.426.400	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	318.300.000 60.000.000	457.563.100	445.480.000	+12.083.100	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	390.000	28.440.000	–28.050.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	443.300.000 830.000.000	1.387.320.500	1.408.109.300	–20.788.800	
		Zuschuss		215.604.500	231.252.800	–15.648.300	

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 11-0	610	Verwaltungsgebühren		2.100.000	2.100.000	—	1.723
112 01-9	610	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		1.000	1.000	—	2
113 01-5	610	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		1.000	1.000	—	0
119 51-0	610	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	—	1
122 01-4	632	Einnahmen aus Förderabgaben gem. § 31 Bundesberggesetz		450.000.000	225.000.000	+225.000.000	139.616
122 02-2	632	Einnahmen aus Feldesabgaben gem. § 30 Bundesberggesetz		100.000	150.000	-50.000	79
122 03-0	632	Einnahmen aus Förderzins auf Grund von Gewinnungsverträgen		—	900.000	-900.000	951
124 01-7	610	Mieten und Pachten		5.000	5.000	—	2
132 01-0	610	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		3.000	5.000	-2.000	—
231 01-8	610	Erstattungen des Bundes für die Durch- führung des Gesetzes zur Regelung des Meeresbodenbergbaugesetzes		5.000	5.000	—	5
232 01-4	610	Erstattung von Verwaltungsausgaben für auftragsweise Wahrnehmung bergbehördlicher Aufgaben		536.800	536.800	—	519
232 02-2	610	Erstattung von Reisekosten für auftrags- weise Wahrnehmung bergbehördlicher Auf- gaben		35.000	45.000	-10.000	16
256 01-0	610	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		62.400	62.400	—	—
		A U S G A B E N					
422 01-8	610	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	8.027.500	5.159.400	+2.868.100	5.246
422 19-0	610	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-0	610	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Frei- stellung bei Personalüberhang	—	87.800	84.900	+2.900	87
422 41-7	610	Anwärterbezüge	—	110.500	110.500	—	130
425 01-7	610	Vergütungen der Angestellten	—	—	2.256.700	-2.256.700	2.396
425 03-3	610	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 41-6	610	Vergütungen der auszubildenden Kräfte	—	20.800	30.000	-9.200	—
425 51-3	610	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-3	610	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	237.000	-237.000	211
426 03-0	610	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	43.900	-43.900	-5
426 41-2	610	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
426 51-0	610	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	1
427 01-0	610	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	95.500	95.500	—	2
427 31-1	610	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	7.500	7.500	—	—
427 42-7	610	Zur Fortbildung von Betriebsangehörigen der bergbaulichen Unternehmungen	—	2.800	2.800	—	3
453 01-0	610	Trennungsgeld für abgeordnete oder ver- setzte Bedienstete und Umzugskostenver- gütungen	—	60.000	24.600	+35.400	59

ERLÄUTERUNGEN

Zu 111 11

Verwaltungsgebühren nach der Verordnung über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen und Leistungen (Allg. Gebührenordnung – AllGO –) v. 22. 9. 1966 (Nds. GVBl. S. 191) in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 112 01

Verwarnungs- und Bußgelder nach den entsprechenden Vorschriften.

Zu 113 01

1. Geräte	1 000 DM
2. Maschinen	— DM
3. Ausstattungsgegenstände	— DM
4. Akten, Drucksachen und dgl.	— DM
Zusammen	1 000 DM

Zu 122 01

Grundlage für die Erhebung einer Förderabgabe ist das Bundesberggesetz vom 13. 8. 1980 (BGBl. I S. 1310) in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 122 02

Gem. § 30 Bundesberggesetz ist eine Feldeabgabe zu entrichten.

Zu 122 03

Reduzierung des Ansatzes wegen Änderung des privatrechtlichen Gestattungsvertrages (Kalisalz).

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	5 000 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	— DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	— DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	— DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	— DM
Zusammen	5 000 DM

Zu 232 01

Verwaltungskostenbeiträge der Länder

1. Schleswig-Holstein	402 680 DM
2. Hamburg	75 640 DM
3. Bremen	58 480 DM
Zusammen	536 800 DM

Zu 422 01, 422 19, 425 01, 425 03, 426 01 und 426 03

Für das Kapitel 08 10 ist mit Wirkung vom 1. 1. 2000 die Personalkostenbudgetierung eingeführt worden.

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 92,59 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	56,72	56,72	—	59
Angestellte	32,99	32,74	0,25	33
Lohnempfänger/-innen	2,88	2,88	—	3
Insgesamt	92,59	92,34	0,25	95

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 8 027 500 DM und beinhaltet eine jährliche Dienstaufwandsentschädigung von 1 800 DM für den Präsidenten/die Präsidentin des Oberbergamtes.

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	8 027 500
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	353 700
43	Versorgungsbezüge	1 835 400
44	Beihilfen, Unterstützungen	74 300
45	Personalbezogene Sachausgaben	70 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	220 700
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0
Summe der Personalausgaben im Kapitel		10 581 600

Zu 422 31

Veranschlagt sind die erforderlichen Mittel für die gem. § 15 Sonderurlaubsverordnung vom Dienst freigestellten Beamtinnen und Beamte (sog. Vorruhestand).

Zu 422 41

1. Anwärterbezüge, Sonderzuwendungen	110 500 DM
2. Aufwandsentschädigungen	— DM
3. Besondere Zulagen	— DM
4. Unterhaltsbeihilfen für Verwaltungspraktikanten gemäß § 25 Abs. 2 NBG	— DM
Zusammen	110 500 DM

Zu 427 01

Vergütungen für Vertretungen der Kanzleikräfte in Urlaubs- und Krankheitsfällen sowie für AB-Maßnahmen.

Zu 427 31

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den aufgrund des RdErl. d. MF v. 13. 4. 1966 (Nds. MBl. S. 319), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften.

Die Vergütungen von Prüfungstätigkeiten im Bereich der niedersächsischen Landesverwaltung richtet sich nach dem RdErl. d. MF vom 7. 5. 1991 (Nds. MBl. S. 751), in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 427 42

Beamte der Bergverwaltung erhalten für Vorträge über Unfallverhütung eine Entschädigung von 12 DM je Doppelstunde.

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für Landesbedienstete	25 000 DM
2. Umzugskostenvergütungen für Landesbedienstete	35 000 DM
Zusammen	60 000 DM

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0810 Bergverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
453 11-8	610	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	—	—	—
459 06-0	610	Grubenentschädigung	—	10.000	10.000	—	5
511 01-0	610	Geschäftsbedarf	—	32.000	30.100	+1.900	29
512 01-7	610	Bücher und Zeitschriften	—	75.700	68.700	+7.000	74
513 01-3	610	Post- und Fernmeldegebühren	—	70.000	89.200	-19.200	59
514 01-0	610	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	21.900	21.900	—	16
515 01-6	610	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	20.000	38.000	-18.000	12
515 02-4	610	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	78.600	78.600	—	75
516 01-2	610	Dienst- und Schutzkleidung	—	1.100	1.100	—	1
516 03-9	610	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	—	10.500	10.500	—	4
517 01-9	610	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	22.300	22.300	—	18
517 19-1	610	Reinigungskosten	—	76.400	56.400	+20.000	49
517 59-0	610	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	72.700	72.700	—	54
518 01-5	610	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—
519 01-1	610	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen * Übertragbar.	—	—	—	—	—
519 03-8	610	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	3.300	3.300	—	1
525 01-1	610	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	45.700	45.700	—	52
526 01-8	610	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	366.400	1.566.400	-1.200.000	618
527 01-4	610	Reisekostenvergütungen	—	255.700	255.700	—	260
527 02-2	610	Reisekostenvergütungen für auftragsweise Wahrnehmung bergbehördlicher Aufgaben	—	35.000	45.000	-10.000	25
527 03-0	610	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	3.500	3.500	—	2
531 01-1	610	Veröffentlichungen	—	1.900	1.900	—	0
535 01-7	610	Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	—	1.900	1.900	—	0
535 02-5	610	Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	—	23.100	23.100	—	6
537 01-0	610	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	—	—	—	—
546 59-0	610	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
681 01-3	610	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	800	1.000	-200	1
685 01-9	610	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	800	1.000	-200	1
811 01-4	610	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	28.000	35.000	-7.000	—
812 13-4	610	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-0	610	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	25.000	25.000	—	3
812 35-5	610	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	—	—	15.000	-15.000	—
981 01-7	990	Abführung an 13 21 - 381 08	—	975.500	—	+975.500	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 459 06

Bedienstete der Bergverwaltung erhalten für das dienstliche Befahren von Betriebsanlagen eine Entschädigung nach den Bestimmungen des RdErl. d. MW v. 27. 12. 1978 – GültL 3/144 – (Nds. MBl. 1979 S. 54).

Diese Entschädigung gilt als Aufwandsentschädigung im Sinne des EStG.

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	4 500 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	23 900 DM
3. Bekanntmachungen	3 400 DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	200 DM
Zusammen	32 000 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	25 000 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	45 700 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	3 000 DM
4. Buchbinderkosten	2 000 DM
Zusammen	75 700 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	27 100 DM
2. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	31 700 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	9 500 DM
4. Einmalige Gebühren für die Verlegung usw. von Fernmeldeanlagen	— DM
5. Rundfunk- und Fernsehgebühren	— DM
6. Raumsicherungs- und Notruftanlagen	1 700 DM
Zusammen	70 000 DM

Zu 514 01

1. Betriebsstoffe	17 400 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	3 800 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	500 DM
4. Sonstiges	200 DM
Zusammen	21 900 DM

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Personenkraftwagen	2	2	2

Zu 515 01

U. a. Restaurierung der Antikmöbel des Oberbergamtes (Erl. d. MW v. 11. 12. 1991 – 35.1 – 11.16/1.3 –).

Zu 515 02

1. Dienstzimmerausstattungen	64 300 DM
2. Büromaschinen	14 200 DM
3. Wirtschaftsgeräte	100 DM
4. Werkstattausrüstungen	— DM
5. Ausstattung von Amts- und Dienstwohnungen	— DM
Zusammen	78 600 DM

Zu 516 01

Dienst- und Schutzkleidung der Amtsboten, Hausarbeiter, Kraftfahrer, Pförtner und Sonstiger sowie des Bedienungspersonals von Vervielfältigungseinrichtungen.

Zu 516 03

Die technischen Beamten und Angestellten, denen Schutzkleidung geliefert werden müsste, erhalten statt dessen eine Pauschalvergütung (Aufwandsentschädigung) von monatlich 20 DM.

Veranschlagt sind:

43 Beamte } 44 Stellen x 240 DM = rd. 10 500 DM
1 Angestellte(r) }

Zu 517 01

1. Wassergeld	10 700 DM
2. Grundbesitzabgaben	8 000 DM
3. Bewachungskosten	— DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	3 100 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	500 DM
Zusammen	22 300 DM

Zu 519 03

1. Landeseigene Gebäude	3 300 DM
2. Gemietete oder gepachtete Gebäude	— DM
Zusammen	3 300 DM

Zu 525 01

1. Ausbildungslehrgänge	23 000 DM
2. Fortbildungsveranstaltungen	16 000 DM
3. Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	4 700 DM
4. Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	—
5. Erstattung von Prüfungsgebühren	2 000 DM
6. Sonstiger Aufwand	— DM
Zusammen	45 700 DM

Zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der grubensicherheitlichen Aufgaben der Bergbehörde ist die ständige Weiterbildung der technischen Beamten durch vermehrte Teilnahme an Lehrgängen erforderlich.

Zu 526 01

1. (Amts-)ärztliche und Röntgenschirmbilduntersuchungen	6 000 DM
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	8 000 DM
3. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus (u. a. in Sachen Gorleben)	352 400 DM
Zusammen	366 400 DM

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	129 300 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für privateigene Kraftfahrzeuge	126 400 DM
Zusammen	255 700 DM

Zu 527 02

Reisekosten für die auftragsweise Wahrnehmung bergbehördlicher Aufgaben für die übrigen Küstenländer und Berlin. Die Kosten werden erstattet und bei 232 02 vereinnahmt.

Zu 531 01

1. Amtliche Druckwerke	1 900 DM
2. Öffentlichkeitsarbeit	— DM
3. Technische und wissenschaftliche Druckwerke	— DM
4. Sonstige Veröffentlichungen	— DM
Zusammen	1 900 DM

Zu 685 01

Beiträge für nachstehende Institutionen:

1. Deutsche Gesellschaft für Mineralölwissenschaften und Kohlechemie, Hamburg
2. Deutsche Geologische Gesellschaft, Hannover
3. Gesellschaft deutscher Metallhütten und Bergleute, Clausthal-Zellerfeld

Zu 811 01

	Listenpreis einschl. MwSt. DM	Sonderaus- stattung u. a. DM

Ersatzbeschaffung:

1 Pkw für das Oberbergamt	25 500	2 500

Es wird ein Kraftfahrzeug mit einer Fahrleistung von ca. 180 000 km ausgesondert.

Zu 812 15

Ersatzbeschaffungen:

Dienstzimmereinrichtungen	— DM
Fotokopierer für die Bergämter	25 000 DM
Zusammen	25 000 DM

Zu 981 01

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0810 Bergverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		Sicherheitsmaßnahmen bei der Erschließung nordwesteurop. Unterwassermineralvorkommen	(—)	(31.000)	(31.000)	(—)	(23)
526 61-1	610	Sachverst., Gerichts- und ähnl. Kosten	—	—	—	—	—
527 61-8	610	Reisekosten	—	30.000	30.000	—	22
547 61-9	610	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	1.000	1.000	—	1
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunika- tionstechnik	(—)	(126.400)	(233.200)	(–106.800)	(337)
522 99-3	610	Verbrauchsmittel	—	5.000	10.300	–5.300	3
535 99-8	610	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte	—	60.000	62.500	–2.500	18
538 99-7	610	Dienstleistungen Außenstehender	—	30.000	10.000	+20.000	39
547 99-6	610	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	1.400	1.400	—	—
812 99-1	610	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Aus- rüstungsgegenständen * Übertragbar.	—	30.000	149.000	–119.000	276
		Abschluss Kapitel 08 10					
		1 Eigene Einnahmen		452.211.000	228.163.000	+224.048.000	
		2 Übertragungseinnahmen		639.200	649.200	–10.000	
		Summe der Einnahmen		452.850.200	228.812.200	+224.038.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	8.422.400	8.062.800	+359.600	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.345.100	2.551.200	–1.206.100	
		6 Übertragungsausgaben	—	1.600	2.000	–400	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	83.000	224.000	–141.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	975.500	—	+975.500	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	10.827.600	10.840.000	–12.400	
		Überschuss		442.022.600	217.972.200	+224.050.400	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		1.835.400	1.922.900		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		12.663.000	12.762.900		
		Überschuss einschl. Versorgungsanteil		440.187.200	216.049.300		

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 61

Im Rahmen einer internationalen Arbeitsteilung bei der Erarbeitung von Sicherheitsbestimmungen für die Erschließung von Unterwasser-Mineralvorkommen ist die Bundesrepublik Deutschland in der Konferenz über Sicherheit und Sicherheitsvorkehrungen gegen Verschmutzung bei der Erschließung von Unterwasser-Mineralvorkommen vertreten. Die Zuständigkeit des OBA ergibt sich aus § 136 des Bundesberggesetzes (BBergG) vom 13. 8. 1980 (BGBl. I S. 1310) i.V. mit dem RdErl. des MW v. 11. 4. 1983 (Nds. MBl. 1983 S. 483).

Im wesentlichen geht es um die Erarbeitung von Sicherheitsvorschriften für den Bau und den Betrieb von Bohrinseln und Pipelines auf dem Festlandssockel in der Nordsee.

Zu 538 99

1. Dienstleistungen des IZN (Beratung, Verfahrensentwicklung und Schulung)	25 000 DM
2. Sonstige Dienstleister	5 000 DM
Zusammen	30 000 DM

Zu 812 99

Ausbau der Bürokommunikation (Geräte und Software)	30 000 DM
Zusammen	30 000 DM

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0811 Mess- und Eichwesen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-0	312	Ablieferungen des Landesbetriebs Mess- und Eichwesen		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-3	312	Zuführungen an den Landesbetrieb Mess- und Eichwesen für laufende Zwecke	—	3.829.100	540.100	+3.289.000	654
891 01-1	312	Zuführungen an den Landesbetrieb Mess- und Eichwesen für Investitionen	—	1.075.500	750.000	+325.500	1.868
		Abschluss Kapitel 08 11					
		1 Eigene Einnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		6 Übertragungsausgaben	—	3.829.100	540.100	+3.289.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	1.075.500	750.000	+325.500	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	4.904.600	1.290.100	+3.614.500	
		Zuschuss		4.904.600	1.290.100	+3.614.500	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 08 11 allgemein

Entsprechend dem Beschluss der Landesregierung vom 9. 12. 1997 ist zum 1. 1. 1998 der Landesbetrieb „Mess- und Eichwesen Niedersachsen“ (MEN) gemäß § 26 LHO errichtet worden.

Ab dem Haushaltsjahr 1999 erfolgt die Bewirtschaftung des Landesbetriebs nach Wirtschaftsplan mit kaufmännischem Rechnungswesen nach Kosten- und Leistungsrechnung.

Infolge der Einrichtung des Landesbetriebs wurden im Haushaltsjahr 1998 die bisher im Kapitel 03 08 veranschlagten Personal- und Sachausgaben für die von dem Dezernat S 4 des Niedersächsischen Landesverwaltungsamtes wahrgenommenen mittelinstantzlichen Aufgaben nach Kapitel 08 11 verlagert.

Landesbetrieb Mess- und Eichwesen Niedersachsen**– Wirtschaftsjahr 2001 –****I. Erfolgsplan**

	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	Ist 1999 DM		Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	Ist 1999 DM
Umsatzerlöse	1 000	2 000	968	Aufwendungen für Material	115 000	75 200	122 821
Gebühren, Entgelte, Bußgelder				Aufwendungen für bezogene			
– Gebühren	12 100 000	13 000 000	11 572 000	Leistungen	70 000	105 000	19 494
– Ordnungswidrigkeiten	200 000	200 000	201 500	Löhne, Gehälter, Besoldung			
– Gewerbliche Einnahmen	900 000	—	850 000	– Löhne für Arbeiter/-innen	2 301 000	2 065 000	2 005 081
Aktiviertete Eigenleistungen	—	—	—	– Gehälter für Angestellte	2 520 700	3 273 200	2 866 559
sonst. betriebliche Erträge	67 000	88 000	47 000	– Nebenbezüge	4 500	2 500	4 402
Zinserträge	—	—	—	– Jubiläumszuwendungen	1 800	3 000	—
Außerordentliche Erträge	—	6 000	—	– Dienstbezüge Beamte	6 430 000	6 545 500	5 842 481
				– Versorg.-Aufw. für Beamte	1 929 000	—	—
				– Vergütungen für Praktikanten	7 200	7 200	—
				Beihilfen/Unterst. f. Beamte	369 900	381 300	106 200
				Miet- und Raumkosten	1 524 900	271 900	258 679
				Sonstige Personalaufwendungen	457 600	141 300	156 241
				Aufwendungen für Rechte			
				und Dienste	162 000	125 000	112 903
				Aufwendungen für den			
				Geschäftsbetrieb	733 500	830 000	627 109
				Sonst. Aufwendungen	470 000	10 000	398 906
Erträge	13 268 000	13 296 000	12 671 468	Aufwand	17 097 100	13 836 100	12 520 875
				Ergebnis des Geschäftsbetriebes	– 3 829 100	– 540 100	150 593

II. Finanzplan

	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	Ist 1999 DM		Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	Ist 1999 DM
Investitionen	1 115 500	1 310 000	1 527 700	Erlöse aus dem Abgang			
				von Vermögensgegenständen	40 000	15 000	22 900
				Zuweisungen für Investitionen	1 075 500	750 000	750 000
				Zuführungen a. d. Rücklage		545 000	604 207
				Zuführungen aus dem Erfolgsplan	—	—	150 593
Investitionssumme	1 115 500	1 310 000	1 527 700	Summe Deckungsmittel	1 115 500	1 310 000	1 527 700

Erläuterungen zum Finanzplan

Fahrzeuge	441 000 DM
Fachgeräte	498 500 DM
Betriebs-, Geschäfts- und DV-Ausstattung	176 000 DM

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	Ist 1999 DM
Betriebsmitteldarlehensbedarf 08 11 Titel 682 01	3 829 100	540 100	—
Investitionszuschuß 08 11 Titel 891 01	1 075 500	750 000	750 000
Ablieferung 08 11 Titel 121 02	—	—	—

Übersicht über die Stellen für vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter/-innen

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
			Angestellte	1) 2 kw bei automatisierter Erstellung der Kostenbescheide über die zu entrichtenden Eichgebühren – spätestens zum 31. 12. 2001 –
III	1	1		
IV a	1	1		
V b	2	2		
V c	2	2		
VI b	14	14		
VII ¹⁾	2	—		
VIII	6	6		
IX b	1	1		
IX b - VII	2	3		
	31	30	Zusammen	
			Arbeiter/-innen	
MTL 4	1	1		
MTL 2	33	34		
	34	35	Zusammen	

Angestellte

Zugänge:
Verg.-Gr. VII BAT 2 Verlagerung von Kap. 03 05 seit 1. 3. 1999
mit dem Hinweis:
gleichzeitig Ausbringung des HV Nr. 1

Abgang:
Verg.-Gr.
IX b – VII BAT 1 Einsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/98
ab 1. 1. 1999 – 4. Rate

Arbeiter/-innen

Abgang:
Lohn-Gr. 1-8 MTL 1 Einsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/98
ab 1. 1. 1999 – 4. Rate.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0813 Materialprüfanstalten

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-7	312	Ablieferungen der Materialprüfanstalten		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
682 01-0	312	Zuführungen an die Materialprüfanstalten für laufende Zwecke	—	3.752.500	1.608.600	+2.143.900	7.250
891 01-9	312	Zuführungen an die Materialprüfanstalten für Investitionen	—	2.152.000	2.183.400	–31.400	2.425
		Abschluss Kapitel 08 13					
		1 Eigene Einnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		6 Übertragungsausgaben	—	3.752.500	1.608.600	+2.143.900	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	2.152.000	2.183.400	–31.400	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	5.904.500	3.792.000	+2.112.500	
		Zuschuss		5.904.500	3.792.000	+2.112.500	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 08 13 allgemein:

Entsprechend dem Beschluss der Landesregierung vom 10. 6. 1997 sind zum 1. 1. 1998 fünf Landesbetriebe „Materialprüfanstalten“ gemäß § 26 LHO errichtet worden. Diese sind:

1. die Materialprüfanstalt für das Bauwesen, Hannover (1. MPA),
2. die Materialprüfanstalt für Werkstoffe des Maschinenwesens und Kunststoffe, Hannover (2. MPA),
3. die Materialprüfanstalt für Werkzeuge, Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik, Hannover (3. MPA),
4. die Materialprüfanstalt für das Bauwesen, Braunschweig (4. MPA),
5. die Materialprüfanstalt für Nichtmetallische Werkstoffe, Clausthal-Zellerfeld (5. MPA).

Gleichzeitig ist die „Zentrale für Amtliches Materialprüfwesen in Niedersachsen“ (ZAMP) aufgelöst worden. Die Aufgaben der ZAMP sind auf die Materialprüfanstalten übergegangen.

Ab dem Haushaltsjahr 1999 erfolgt die Bewirtschaftung der fünf Landesbetriebe nach Wirtschaftsplan mit kaufmännischem Rechnungswesen nach Kosten- und Leistungsrechnung.

Zu 121 02

Leertitel für die Vereinnahmung der erwirtschafteten Überschüsse des Vorjahres.

Zu 682 01 und 891 01

Haushaltsmäßiges Gesamtergebnis der fünf Materialprüfanstalten 2001

	Gesamt	1. MPA	2. MPA	3. MPA	4. MPA	5. MPA
Betriebskostenzuschuss						
Titel 682 01	3 752 500	741 800	1 197 100	514 900	755 700	543 000
Investitionszuschuss						
Titel 891 01	2 152 000	455 000	390 000	190 000	1 000 000	117 000

Wirtschaftsplan für die Materialprüfanstalt für das Bauwesen, Hannover, (1. MPA) – Wirtschaftsjahr 2001 –

I. Erfolgsplan

	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	Ist 1999 DM		Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	Ist 1999 DM
Umsatzerlöse	3 500 000	3 550 000	3 685 497	Personalaufwand	3 254 500	3 142 100	2 900 622
Sonstige betriebliche Erträge	—	—	—	Sachaufwendungen	987 300	989 200	527 921
				Steuern und Abgaben	—	—	—
				Abführung an Landeshaushalt	—	—	—
Betriebliche Erträge	3 500 000	3 550 000	3 685 497	Betriebliche Aufwendungen	4 241 800	4 131 300	3 428 543
				Betriebsergebnis	– 741 800	– 581 300	256 954
				Finanzergebnis	—	—	—
				Ergebnis der gewöhnlichen			
				Geschäftstätigkeit	– 741 800	– 581 300	256 954
				sonstige Steuern	—	—	—
				Gewinn/Verlust	– 741 800	– 581 300	256 954

II. Finanzplan

Investitionen	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	Ist 1999 DM	Finanzierung	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	Ist 1999 DM
Kurzfristige Anlagegüter	115 000	109 000	65 223	Abschreibungen	—	—	—
Langfristige Anlagegüter	340 000	300 000	574 548	Zuschuss für Investitionen	455 000	409 000	382 817
				Zuführung aus Betriebserträgen	—	—	256 954
				sonstige Zuführungen	—	—	—
Finanzbedarf	455 000	409 000	639 771	Finanzdeckung	455 000	409 000	639 771

Investitionen (1. MPA) (2001)

Pkw	40 000 DM
EDV-Ausstattung	24 000 DM
Software	5 000 DM
Büroausstattung	6 000 DM
Neuausstattung Chemielabor	30 000 DM
Geringwertige Wirtschaftsgüter	10 000 DM
Gabelstapler	60 000 DM
1 Materialprüfmaschine 2050/SN3A	190 000 DM
Unvorhersehbare Ersatzbeschaffungen	90 000 DM
Zusammen	455 000 DM

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	Ist 1999 DM
Ablieferung	—	—	—
Betriebskostenzuschuss	741 800	581 300	—
Investitionszuschuss	455 000	409 000	382 817

Übersicht über die Stellen für vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter/-innen (1. MPA)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Angestellte				
I b	3	3		
II a	2	2		
III	1	1		
IV a	5	5		
IV b	1	1		
V b	1	2		
V c	2	2		
VI b	4	4		
VII	4	4		
	23	24	Zusammen	
Arbeiter/-innen				
8 a	2	2		
7	3	3		
6	1	1		
5	2	2		
	8	8	Zusammen	

Angestellte

Abgang:
Verg.-Gr. V b BAT 1 Einsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/98
ab 1. 1. 1999 – 4. Rate

**Wirtschaftsplan für die Materialprüfanstalt
für Werkstoffe des Maschinenwesens und Kunststoffe, Hannover, (2. MPA)
– Wirtschaftsjahr 2001 –**

I. Erfolgsplan

	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	Ist 1999 DM		Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	Ist 1999 DM
Umsatzerlöse	3 990 000	3 912 900	4 072 597	Personalaufwand	3 811 200	3 473 900	3 077 937
Sonstige betriebliche Erträge	—	—	—	Sachaufwendungen	1 375 900	896 000	880 798
				Steuern und Abgaben	—	—	—
				Abführung an Landeshaushalt	—	—	—
Betriebliche Erträge	3 990 000	3 912 900	4 072 597	Betriebliche Aufwendungen	5 187 100	4 369 900	3 958 735
				Betriebsergebnis	– 1 197 100	– 457 000	113 862
				Finanzergebnis	—	—	—
				Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	– 1 197 100	– 457 000	113 862
				sonstige Steuern	—	—	—
				Gewinn/Verlust	– 1 197 100	– 457 000	113 862

II. Finanzplan

Investitionen	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	Ist 1999 DM	Finanzierung	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	Ist 1999 DM
Kurzfristige Anlagegüter	90 000	30 000	51 848	Abschreibungen	—	—	—
Langfristige Anlagegüter	400 000	400 000	478 473	Zuschuss für Investitionen	390 000	430 000	416 459
				Zuführung aus Betriebserträgen	—	—	113 862
				sonstige Zuführungen	100 000	—	—
Finanzbedarf	490 000	430 000	530 321	Finanzdeckung	490 000	430 000	530 321

Investitionen (2. MPA) (2001)

CNC-Fräsmaschine	100 000 DM
Coulometrie Messgerät	32 000 DM
Durchlaufhitzer für Thermoöl	32 000 DM
Flammen AAS kombiniert mit flammenloser AAS	80 000 DM
Flexibles Endoskop mit Lichtquelle	18 000 DM
Isotachophorese Messgerät	39 000 DM
Tragbares Kombinationsschweißgerät MIG/MAG/WIG/E	7 000 DM
Ölauslaufschutz	17 000 DM
Steuerung Schenkpulser mit erweiterter Messdatenerfassung	48 000 DM
Ultraschallprüfgerät mit Zubehör	12 000 DM
Ultraschallwanddickenmessgerät DM 4 DL mit Zubehör	5 000 DM
US-Prüfkopfsatz	10 000 DM
Klimaschrank	80 000 DM
Röntgenstativ	5 000 DM
Zubehör für Isotopen-Arbeitsgeräte	5 000 DM
Zusammen	490 000 DM

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	Ist 1999 DM
Ablieferung	—	—	—
Betriebskostenzuschuss	1 197 100	457 000	—
Investitionszuschuss	390 000	430 000	416 459

Übersicht über die Stellen für vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter/-innen (2. MPA)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Angestellte				
I a	2	2		
I b	2	3		
II a	2	2		
III	3	3		
IV a	3	3		
IV b	2	2		
V b	8	8		
V c	3	3		
VI b	3	3		
VII	3	3		
VIII	1	1		
	32	33	Zusammen	
Arbeiter/-innen				
9	1	1		
8/8a	2	2		
	3	3	Zusammen	

Angestellte

Abgang:
Verg.-Gr. I b BAT 1 Einsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/98
ab 1. 1. 1999 – 4. Rate

**Wirtschaftsplan für die Materialprüfanstalt
für Werkzeuge, Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik, Hannover, (3. MPA)
– Wirtschaftsjahr 2001 –**

I. Erfolgsplan

	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	Ist 1999 DM		Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	Ist 1999 DM
Umsatzerlöse	1 814 800	1 975 000	1 640 291	Personalaufwand	1 829 400	1 718 400	1 598 848
Sonstige betriebliche Erträge	—	—	—	Sachaufwendungen	500 300	461 900	366 449
				Steuern und Abgaben	—	—	—
				Abführung an Landeshaushalt	—	—	—
Betriebliche Erträge	1 814 800	1 975 000	1 640 291	Betriebliche Aufwendungen	2 329 700	2 180 300	1 965 297
				Betriebsergebnis	– 514 900	– 205 300	– 325 006
				Finanzergebnis	—	—	—
				Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	– 514 900	– 205 300	– 325 006
				sonstige Steuern	—	—	—
				Gewinn/Verlust	– 514 900	– 205 300	– 325 006

II. Finanzplan

Investitionen	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	Ist 1999 DM	Finanzierung	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	Ist 1999 DM
Kurzfristige Anlagegüter	78 000	54 000	49 799	Abschreibungen	—	—	—
Langfristige Anlagegüter	112 000	145 000	128 031	Zuschuss für Investitionen	190 000	199 000	177 830
				Zuführung aus Betriebserträgen	—	—	—
				sonstige Zuführungen	—	—	—
Finanzbedarf	190 000	199 000	177 830	Finanzdeckung	190 000	199 000	177 830

Investitionen (3. MPA) (2001)

EDV-Soft- und Hardware	40 000 DM
Härtemessmaschine	47 000 DM
Schleuderprüfstand, Blechschneidemaschine, Pulser für Biegewechselfestigkeitsprüfungen	103 000 DM
Zusammen	190 000 DM

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	Ist 1999 DM
Ablieferung	—	—	—
Betriebskostenzuschuss	514 900	205 300	325 006
Investitionszuschuss	190 000	199 000	177 830

Übersicht über die Stellen für vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter/-innen (3. MPA)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Angestellte				
I b	1	1		
IV a	3	3		
IV b	3	3		
V b	4	4		
V c	2	2		
VI b	3	4		
	16	17	Zusammen	

Angestellte

Abgang:
Verg.-Gr. VI b BAT 1 Einsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/98
ab 1. 1. 1999 – 4. Rate

Wirtschaftsplan für die Materialprüfanstalt für das Bauwesen, Braunschweig, (4. MPA) – Wirtschaftsjahr 2001 –

I. Erfolgsplan

	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	Ist 1999 DM		Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	Ist 1999 DM
Umsatzerlöse	11 750 000	13 400 000	11 390 122	Personalaufwand	10 092 300	9 595 900	9 446 619
Sonstige betriebliche Erträge	—	—	—	Sachaufwendungen	2 413 400	2 956 500	2 456 457
				Steuern und Abgaben	—	—	—
				Abführung an Landeshaushalt	—	—	—
Betriebliche Erträge	11 750 000	13 400 000	11 390 122	Betriebliche Aufwendungen	12 505 700	12 552 400	11 903 076
				Betriebsergebnis	– 755 700	847 600	– 512 954
				Finanzergebnis	—	—	—
				Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	– 755 700	847 600	– 512 954
				sonstige Steuern	—	—	—
				Gewinn/Verlust	– 755 700	847 600	– 512 954

II. Finanzplan

Investitionen	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	Ist 1999 DM	Finanzierung	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	Ist 1999 DM
Kurzfristige Anlagegüter	290 000	263 000	268 144	Abschreibungen	—	—	—
Langfristige Anlagegüter	1 210 000	1 617 000	1 547 947	Zuschuss für Investitionen	1 000 000	1 032 400	1 071 700
				Zuführung aus Betriebserträgen	—	847 600	—
				sonstige Zuführungen	500 000	—	744 931
Finanzbedarf	1 500 000	1 880 000	1 816 091	Finanzdeckung	1 500 000	1 880 000	1 816 631

Investitionen (4. MPA) (2001)

Erweiterung der Bauteilprobenlager und Probenvorbereitung im Brandschutz	1 200 000 DM
Erneuerung des schalltechnischen Armaturenprüfstandes	150 000 DM
Ersatzbeschaffung von zentralen Netzwerkservern	70 000 DM
Kurzfristige Anlagegüter	80 000 DM
Zusammen	1 500 000 DM

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	Ist 1999 DM
Ablieferung	—	—	—
Betriebskostenzuschuss	755 700		512 954
Investitionszuschuss	1 000 000	1 032 400	1 071 700

Übersicht über die Stellen für vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter/-innen (4. MPA)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Angestellte				
I b	5	5		
II a	10	10		
III	6	6		
IV a	7	7		
IV b	8	8		
V b	8	9		
V c	10	10		
VI b	9	9		
VII	5	5		
	3	3		
	71	72	Zusammen	
Arbeiter/-innen				
8a	21	21		
8	4	4		
6	2	2		
	27	27	Zusammen	

Angestellte

Abgang:
Verg.-Gr. V b BAT 1 Einsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/98
ab 1. 1. 1999 – 4. Rate

**Wirtschaftsplan für die Materialprüfanstalt
für Nichtmetallische Werkstoffe, Clausthal-Zellerfeld, (5. MPA)
– Wirtschaftsjahr 2001 –**

I. Erfolgsplan

	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	Ist 1999 DM		Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	Ist 1999 DM
Umsatzerlöse	1 335 000	1 310 000	1 424 383	Personalaufwand	1 659 300	1 396 200	1 432 105
Sonstige betriebliche Erträge	—	—	—	Sachaufwendungen	218 700	278 800	191 446
				Steuern und Abgaben	—	—	—
				Abführung an Landeshaushalt	—	—	—
Betriebliche Erträge	1 335 000	1 310 000	1 424 383	Betriebliche Aufwendungen	1 878 000	1 675 000	1 623 551
				Betriebsergebnis	– 543 000	– 365 000	– 199 168
				Finanzergebnis	—	—	—
				Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	– 543 000	– 365 000	– 199 168
				sonstige Steuern	—	—	—
				Gewinn/Verlust	– 543 000	– 365 000	– 199 168

II. Finanzplan

Investitionen	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	Ist 1999 DM	Finanzierung	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	Ist 1999 DM
Kurzfristige Anlagegüter	57 000	13 500	3 643	Abschreibungen	—	—	—
Langfristige Anlagegüter	80 000	99 500	75 480	Zuschuss für Investitionen	117 000	113 000	79 123
				Zuführung aus Betriebserträgen	—	—	—
				sonstige Zuführungen	20 000	—	—
Finanzbedarf	137 000	113 000	79 123	Finanzdeckung	137 000	113 000	79 123

Investitionen (5. MPA) (2001)

Erweiterung der Prüfkapazitäten für die Prüfung von Betonersatzstoffen und Oberflächenschutzsystemen	89 000 DM
Aufbau eines Prüfstandes für Rammsonden	28 000 DM
Umrüstung der Asphaltprüfung auf die Anforderungen neuer europäischer Normen	20 000 DM
Zusammen	137 000 DM

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	Ist 1999 DM
Ablieferung	—	—	—
Betriebskostenzuschuss	543 000	365 000	199 168
Investitionszuschuss	117 000	113 000	79 123

Übersicht über die Stellen für vollbeschäftigte Angestellte und Arbeiter/-innen (5. MPA)

Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
Angestellte				
Ib	3	3		
IV a	3	3		
V b	1	1		
V c	1	1		
VI b	2	2		
VII	1	1		
VIII	1	1		
	12	12	Zusammen	
Arbeiter/-innen				
7/7a	3	3		
	3	3	Zusammen	

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
113 01-4	177	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden * Vgl. K-Vermerk zu 535 01.		5.000	3.000	+2.000	36
119 06-3	177	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen * Vgl. K-Vermerk zu 535 01.		2.000	2.000	—	—
119 11-0	177	Entgelte und Auslagen für Beratungen, Gutachten, Untersuchungen und dgl.		2.800.000	2.800.000	—	903
119 31-4	177	Einnahmen aus Veröffentlichungen * Vgl. K-Vermerk zu 531 01. ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		50.000	50.000	—	46
119 41-1	177	Rückzahlung von Überzahlungen		7.000	7.000	—	64
119 51-9	177	Vermischte Einnahmen		20.000	20.000	—	10
124 01-6	177	Mieten und Pachten * Vgl. K-Vermerk zu 518 01.		6.000	6.000	—	6
132 01-9	177	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen * Vgl. K-Vermerk zu 811 01.		4.000	13.800	–9.800	3
132 02-7	177	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen * Vgl. K-Vermerk zu 812 35.		5.000	5.000	—	—
232 01-3	177	Erstattung von Verwaltungsausgaben für die Wahrnehmung des geologischen Dienstes		152.000	152.000	—	143
256 01-0	177	Sonst. Zuweisungen von der Bundesanstalt f. Arbeit für Aushilfskräfte		200.000	200.000	—	65
381 01-9	990	Zuführung von 15 56 - 981 02		235.200	228.400	+6.800	466
Titelgruppe(n)							
TGr. 64		Forschungsvorhaben und Untersuchungen für Dritte und nieders. Landesbehörden		(3.000.000)	(5.478.700)	(–2.478.700)	(2.701)
251 64-6	177	Zuweisungen vom Bund * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 64.		638.900	638.900	—	—
252 64-2	177	Sonstige Zuweisungen von Ländern * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 64.		—	—	—	—
281 64-2	177	Sonstige Erstattungen aus dem Inland * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 64.		1.788.800	2.638.800	–850.000	1.687
286 64-4	177	Sonstige Erstattungen aus dem Ausland * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 64.		—	—	—	260
381 64-7	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 64.		572.300	2.201.000	–1.628.700	753
Summe für inzwischen weggefallene Titel					2.000	–2.000	
A U S G A B E N							
422 01-7	177	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten ***Erstattungen vom Bund im Rahmen des Verwaltungsabkommens vom 17./26.11.1958 dürfen durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden. Gemäß §17 Abs.1 S.2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“ verbindlich.	—	19.717.400	19.047.400	+670.000	6.637
422 19-0	177	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-9	177	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	437.000	630.300	–193.300	602

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 08 18

Ab dem Haushaltsjahr 1998 wird bei Kapitel 08 18 der Modellversuch zur Flexibilisierung der Haushaltswirtschaft durchgeführt. Folgende Haushaltsstellen werden in die Flexibilisierung einbezogen:

425 41, 425 51, 426 41, 426 51, 427 01, 427 02, 459 06, 511 01, 512 01, 513 01, 514 01, 514 06, 515 01, 515 02, 516 01, 517 01, 517 19, 517 59, 518 01, 519 01, 519 02, 519 03, 522 01, 523 01, 524 01, 525 01, 525 02, 526 01, 527 01, 527 03, 531 01, 535 01, 537 01, 538 01, 538 02, 546 59, 631 01, 685 01, 811 01, 811 06, 812 13, 812 15, 812 19, 812 35, 513 99, 518 99, 522 99, 535 99, 547 99, 812 99.

Hierfür wird folgende Bewirtschaftung zugelassen:

Die Ausgaben der HGrn. 4 bis 6 einerseits und innerhalb der HGr. 8 andererseits sind gegenseitig deckungsfähig. Außerdem sind die Ausgaben der HGrn. 4 bis 6 einseitig deckungsfähig zugunsten der Ausgaben der HGr. 8.

Sämtliche in die Budgetierung einbezogenen Titel sind übertragbar.

Zu 113 01

1. Geräte	2 400 DM
2. Maschinen	— DM
3. Ausstattungsgegenstände	— DM
4. Akten, Drucksachen und dgl.	2 600 DM
Zusammen	5 000 DM

Zu 119 11

Vergütungen und Auslagen für die Erstattung von Gutachten, gutachterlichen Stellungnahmen, Beratungen und für Auskünfte nach der Vergütungsordnung vom 1. 1. 1990 (RdErl. MW v. 21. 12. 1989 – Nds. MBl. S. 91 –), dem Vergütungsverzeichnis für das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung vom 1. 4. 1990 (Erl. d. MW vom 26. 1. 1995 – Nds. MBl. S. 24 –) und der Preisliste für Leistungen des Nds. Landesamtes für Bodenforschung im Bereich Bodenmechanik, Erd- und Grundbau vom 1. 1. 1991 (Erl. MW v. 26. 1. 1995 – Nds. MBl. S. 24 –) in der jeweils geltenden Fassung.

Die Vergütungssätze wurden mit Wirkung vom 1. 1. 2000 erhöht.

Zu 119 31

Einnahmen aus dem Verkauf von geologischen Jahrbüchern, der Beihefte und von Kartenwerken.

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	— DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	— DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	— DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	3 500 DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	2 500 DM
Zusammen	6 000 DM

Zu 132 01

Vorgesehen ist der Verkauf von zwei auszusondernden Kraftfahrzeugen.

Zu 232 01

Verwaltungskostenbeitrag der Freien Hansestadt Bremen für die Wahrnehmung des geologischen Landesdienstes gemäß Vertrag vom 23./30. 8. 1999.

Mit dem Beitrag ist die laufende allgemeine Beratung der Bremer Landesdienststellen abgegolten.

Zu 381 01

Erstattungen der Selbstkosten für Aufträge von Dienststellen der niedersächsischen Landesverwaltung, hier: Zuführung aus der Wasserentnahmegebühr

15 40 – 981 02 235 200 DM

Zu Titelgruppe 64

Weniger aufgrund der Anpassung an das Ist-Ergebnis 1999.

Zu 251 64, 281 64 und 286 64

Das Landesamt beantragt im Rahmen seiner geowissenschaftlichen Tätigkeit Zuwendungen für Forschungsvorhaben beim Bund (BMFT, BMÜ, BMI u. a.) sowie bei sonstigen Dritten (EG, DFG, Wirtschaftsverbände usw.). Die nach den Richtlinien der Zuwendungsgeber geförderten Aufwendungen werden hier vereinnahmt und bei der Ausgabetitelgruppe 64 verausgabt.

Zu 381 64

Erstattungen der Selbstkosten für Aufträge von Dienststellen der niedersächsischen Landesverwaltung.

Zu 422 01, 422 19, 425 01, 425 03, 426 01 und 426 03

Für das Kapitel 08 18 ist mit Wirkung vom 1. 1. 1998 die Personalkostenbudgetierung eingeführt worden.

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 205,76 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	95,00	95,00	—	95
Angestellte	100,76	100,76	—	102
Lohnempfänger/-innen	10,00	9,00	1,00	8
Insgesamt	205,76	204,76	1,00	205

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 19 717 400 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	19 717 400
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	3 146 400
43	Versorgungsbezüge	2 416 700
44	Beihilfen, Unterstützungen	202 900
45	Personalbezogene Sachausgaben	12 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	603 000
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—

Summe der Personalausgaben im Kapitel 26 098 400

Veranschlagt sind 55 200 DM für 2 stundenweise beschäftigte Kräfte – davon 27 600 DM für 1 Kraft im Reinigungsdienst.

Der Vizepräsident des Landesamtes für Bodenforschung erhält eine Dienstaufwandsentschädigung von jährlich 900 DM.

Zu 422 31

Veranschlagt sind die erforderlichen Mittel für die gem. § 15 Sonderurlaubsverordnung vom Dienst freigestellten Beamtinnen und Beamte (sog. Vorruhestand).

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0818 Landesamt für Bodenforschung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
425 01-6	177	Vergütungen der Angestellten *** Vgl. Vermerk zu 422 01.	—	—	—	—	11.361
425 03-2	177	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 41-5	177	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	72
425 51-2	177	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	8.200	8.200	—	—
426 01-2	177	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	623
426 03-9	177	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	55
426 41-1	177	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
426 51-9	177	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
427 01-9	177	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	647.200	647.200	—	97
427 02-7	177	Sonstige Beschäftigungsentgelte	—	—	—	—	—
427 39-6	177	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	9.400	9.400	—	—
453 01-0	177	Trennungsgeld für abgeordnete oder ver- setzte Bedienstete und Umzugskostenver- gütungen	—	1.000	1.000	—	—
459 06-9	177	Grubenentschädigung	—	1.000	1.000	—	0
511 01-0	177	Geschäftsbedarf	—	61.900	61.900	—	78
512 01-6	177	Bücher und Zeitschriften	—	16.200	16.200	—	14
513 01-2	177	Post- und Fernmeldegebühren	—	30.000	56.900	–26.900	26
514 01-9	177	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	35.000	35.000	—	45
514 06-0	177	Haltung von Nutz- und Sonderfahrzeugen	—	76.000	76.000	—	83
515 01-5	177	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	6.100	6.100	—	8
515 02-3	177	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	26.300	26.300	—	46
516 01-1	177	Dienst- und Schutzkleidung	—	5.100	5.100	—	3
517 01-8	177	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	21.000	21.000	—	23
517 19-0	177	Reinigungskosten	—	28.000	28.000	—	40
517 59-0	177	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	58.200	58.200	—	66
518 01-4	177	Mieten und Pachten * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 124 01.	—	470.000	470.000	—	393
519 01-0	177	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen * Übertragbar.	—	—	—	—	7
519 02-9	177	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	10.000	10.000	—	—
519 03-7	177	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	4.400	4.400	—	3
522 01-1	177	Verbrauchsmittel für Fachaufgaben	—	145.700	145.700	—	130
523 01-8	177	Bibliotheken, Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen	—	73.000	73.000	—	77
524 01-4	177	Lehrmittel	—	1.000	1.000	—	—
525 01-0	177	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	50.000	50.000	—	97
525 02-9	177	Zentrale Fortbildungsveranstaltungen auf dem Gebiet der angewandten Geowissen- schaften	—	6.900	6.900	—	1

ERLÄUTERUNGEN

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für Landesbedienstete	500 DM
2. Umzugskostenvergütungen für Landesbedienstete	500 DM
Zusammen	1 000 DM

Zu 459 06

Die Bediensteten des Landesamtes für Bodenforschung erhalten nach den Bestimmungen des RdErl. des MW vom 27. 12. 1978 – GültL 3/144 – (Nds. MBl. 79 S. 54) für das dienstliche Befahren von Betriebsanlagen, die der Bergaufsicht unterliegen, eine Entschädigung in Höhe von je 9,- DM für Befahrungen unter Tage und in Höhe von je 4,50 DM für Befahrungen über Tage bei einer Dauer von mehr als 2 Stunden.

Diese Entschädigung gilt als Aufwandsentschädigung im Sinne des EStG.

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	25 000 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	28 400 DM
3. Bekanntmachungen	5 000 DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	3 500 DM
Zusammen	61 900 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	9 400 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	5 800 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	400 DM
4. Buchbinderkosten	600 DM
Zusammen	16 200 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	15 100 DM
2. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	4 100 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	5 000 DM
4. Einmalige Gebühren für die Verlegung usw. von Fernmeldeanlagen	4 700 DM
5. Rundfunk- und Fernsehgebühren	100 DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	1 000 DM
Zusammen	30 000 DM

Weniger Fernmeldegebühren infolge neuer Verträge durch das IZN.

Zu 514 01

1. Betriebsstoffe	23 000 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	6 500 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	4 300 DM
4. Sonstiges	1 200 DM
Zusammen	35 000 DM

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1. 1. 2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Personenkraftwagen	7	7	7

Zu 514 06

1. Betriebsstoffe	42 600 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	26 500 DM
3. Kfz-Steuer	6 300 DM
4. Sonstiges	600 DM
Zusammen	76 000 DM

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1. 1. 2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Lastkraftwagen	3	3	3
Nutz- und Sonderfahrzeuge	13	13	14
Anhänger	9	9	8
Zusammen	25	25	25

Zu 515 02

1. Dienstzimmerausstattungen	23 500 DM
2. Büromaschinen	1 800 DM
3. Wirtschaftsgeräte	— DM
4. Werkstattausrüstungen	1 000 DM
Zusammen	26 300 DM

Zu 516 01

Dienst- und Schutzkleidung der Amtsboten, Hausarbeiter, Kraftfahrer, Pförtner, des Bedienungspersonals von Vervielfältigungseinrichtungen sowie Sonstiger.

Zu 517 01

1. Wassergeld	10 000 DM
2. Grundbesitzabgaben	1 000 DM
3. Bewachungskosten	5 000 DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	5 000 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	— DM
Zusammen	21 000 DM

Zu 517 59

1. Heizung	25 000 DM
2. Beleuchtung	8 200 DM
3. Elektrische Kraft	25 000 DM
Zusammen	58 200 DM

Zu 518 01

1. Diensträume und -gebäude	227 000 DM
2. Wohnungen und Wohngebäude	— DM
3. Unbebaute Grundstücke	239 000 DM
4. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	4 000 DM
Zusammen	470 000 DM

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	VE aus 2000 DM	VE aus 2001 DM	Zusammen DM
2001	281 800	—	—	281 800
2002	281 800	—	—	281 800
2003	281 800	—	—	281 800
2004ff.	845 200	—	—	845 200

Zu 519 01

Bauunterhaltung für Dienstgebäude in Bremen, Grubenhagen, Hannover.

Zu 519 02

Veranschlagt für die Laboratorien, Werkstätten und technischen Arbeitsräume, insbesondere für Klimaanlage, Abluftanlagen und Laborentsorgung.

1. Unterhaltung und Wartung	5 000 DM
2. Ersatz und Ergänzung	5 000 DM
Zusammen	10 000 DM

Zu 519 03

Veranschlagt sind die Kosten für die Pflege der Grün- und Außenanlagen in

1. Hannover, Stilleweg 2	400 DM
2. Außenstelle, Grubenhagen	1 500 DM
3. Außeninstitut Bremen	2 500 DM
Zusammen	4 400 DM

Zu 522 01

Verbrauchsmittel und kurzlebige Kleingeräte für Fachaufgaben des Amtes, soweit nicht bei 535 01 veranschlagt.

Zu 523 01

1. Bibliotheken	62 000 DM
2. Kunstwerke, Sammlungsgegenstände	11 000 DM
3. Sonderausstellungen und Vorträge	— DM
4. Forschungsarbeiten, Hilfsleistungen Außenstehender	— DM
Zusammen	73 000 DM

 ERLÄUTERUNGEN

Zu 524 01

Veranschlagt sind die Kosten für Lehr-, Unterrichts- und Anschauungsmaterial für die Ausbildung von Kartographenlehrlingen, Chemielaboranten und eines Kfz-Mechanikers.

Zu 525 01

1. Ausbildungslehrgänge	4 000 DM
2. Fortbildungsveranstaltungen	16 100 DM
3. Fachtagungen u. a. Veranstaltungen	26 900 DM
4. Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	— DM
5. Erstattung von Prüfungsgebühren	3 000 DM
6. Sonstiger Aufwand	— DM
Zusammen	50 000 DM

Veranschlagt sind die Kosten für Lehrlingsausbildung und berufsbegleitende Fortbildung insbesondere auf dem Gebiet der EDV sowie für Fachtagungen.

Zu 525 02

1. Fortbildungsveranstaltungen	4 600 DM
2. Sonstiger Aufwand	2 300 DM
Zusammen	6 900 DM

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0818 Landesamt für Bodenforschung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
526 01-7	177	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	47.000	47.000	—	49
527 01-3	177	Reisekostenvergütungen	—	232.400	232.400	—	233
527 03-0	177	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	2.600	2.600	—	0
529 01-6	177	Zur Verfügung des Präsidenten des Nds. Landesamtes für Bodenforschung	—	800	800	—	1
531 01-0	177	Veröffentlichungen * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 31. ***Zuschüsse von Autoren und sonstigen Dritten fließen den Ausgaben zu.	—	280.500	270.500	+10.000	191
535 01-6	177	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 113 01 und 119 06.	—	165.100	165.100	—	170
537 01-9	177	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	—	—	—	—
538 01-5	177	Bohrungen sowie geowissenschaftliche und bodenkundliche Untersuchungen	—	103.900	103.900	—	158
538 02-3	177	Rohstoffsicherungsprogramm	—	221.600	221.600	—	201
546 57-3	177	Sächliche Verwaltungsausgaben zur Regulierung von Schäden, die nicht versichert sind	—	—	—	—	—
546 59-0	177	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	1.000	1.000	—	4
549 01-7	989	Effizienzdividende gemäß HG	—	–160.800	–160.800	—	—
631 01-5	177	Erstattung von Verwaltungsausgaben an den Bund	—	1.156.300	1.157.700	–1.400	868
681 01-2	177	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	4.000	5.000	–1.000	0
685 01-8	177	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	7.200	7.200	—	7
811 01-3	177	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 132 01.	—	—	50.000	–50.000	30
811 06-4	177	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	— 350.000	204.000	104.000	+100.000	169
812 13-3	177	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-0	177	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	8
812 19-2	177	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	— 75.000	75.000	75.000	—	—
812 35-4	177	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 132 02.	—	340.000	310.000	+30.000	408
818 57-3	177	Ausgaben für Investitionen zur Regulierung von Schäden, die nicht versichert sind	—	—	—	—	—
981 01-6	990	Abführung an 13 21 - 381 08	—	396.100	—	+396.100	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 64		Forschungsvorhaben und Untersuchungen für Dritte und nieders. Landesbehörden * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 251 64, 252 64, 281 64, 286 64 und 381 64.	(—)	(3.000.000)	(5.478.700)	(–2.478.700)	(2.705)
427 64-7	177	Beschäftigungsentgelte f. Aushilfskräfte bei kurzfristigen Geländeinsätzen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 526 01

1. (Amts)ärztliche und Röntgenschirmbilduntersuchungen	1 000 DM
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	12 500 DM
3. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs u. a. Parteikosten des Fiskus	6 300 DM
4. Betriebsärztlicher Dienst	27 200 DM
Zusammen	47 000 DM

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	194 600 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für private Kraftfahrzeuge	29 800 DM
3. Feldaufwandsentschädigung	8 000 DM
Zusammen	232 400 DM

Zu 531 01

Veranschlagt sind die Kosten für

1. Schriftenpublikationen (Geologische Jahrbücher, Erläuterungshefte, Zeitschrift „Angewandte Geologie“)	84 000 DM
2. Kartenpublikationen	
a) 3 Blattgebände mit jeweils 3–4 Kartenblättern der Geologischen Karte 1:25 000	60 000 DM
b) 8/10 Blätter der Bodenkarte 1:25 000	67 000 DM
3. Öffentlichkeitsarbeit (Ausstellungen auf Kongressen u. Fachmessen, Faltblätter, Berichte)	7 500 DM
4. Sonstige Veröffentlichungen (Kosten d. Dokumentation)	2 000 DM
5. Herstellung von Kartenwerken durch das LGN	60 000 DM
Zusammen	280 500 DM

Zu 535 01

Veranschlagt sind:

1. Unterhaltung	65 100 DM
2. Ersatz und Ergänzung	100 000 DM
Zusammen	165 100 DM

Mittel zur Beschaffung und Unterhaltung von technischen Apparaten und Geräten für Fachaufgaben bis 10 000 DM je Gerät.

Zu 538 01

1. Geologische Untersuchungsarbeiten in eigener Regie und durch Dritte	73 900 DM
2. Untersuchungsbetrieb des Außeninstituts für Moorforschung und angewandte Bodenkunde	30 000 DM
Zusammen	103 900 DM

Veranschlagt sind die Kosten der Untersuchungsarbeiten und Untersuchungsbohrungen insbesondere für Geländeuntersuchungen und für wirtschaftsorientierte geowissenschaftliche Grundlagenforschung.

Zu 538 02

Das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung wurde von der Landesregierung beauftragt, an einem Rohstoffsicherungsprogramm mitzuarbeiten. Dieses Programm hat zum Ziel, die im Landesraumordnungsprogramm gemachten Aussagen zur Rohstoffsicherung zu ergänzen, für wichtige Planungs- und Genehmigungsentscheidungen präzise Kenntnisse über Rohstoffe und Lagerstätten vorzubereiten und einen umweltschonenden Abbau und Verbrauch zu konzipieren. Außerdem sollen der Rohstoffbedarf und Möglichkeiten untersucht werden, diesen durch Substitution, Recycling und Spartechnologien zu verringern.

Zu 546 59

Ausgaben, die nicht bei einem der vorangehenden Ausgabetitel für sächliche Verwaltungsausgaben nachgewiesen werden können, wie Kranzspenden usw.

Zu 549 01

Vereinbarte Effizienzdividende gem. § 6 HG.

Zu 631 01

Nach dem Vertrag vom 7./8. 3. 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Niedersachsen über die Errichtung und Nutzung eines gemeinsamen Dienstgebäudes für die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung sind die Personalkosten für den Inneren Dienst und die Sachkosten für die gemeinsame Bewirtschaftung der Grundstücke und Gebäude vom Land Niedersachsen anteilig an den Bund zu erstatten.

Veranschlagt sind:

1. Personalkosten gemäß § 7 des Hausvertrages	366 300 DM
2. Sachkosten gem. §§ 4 und 8 des Hausvertrages	790 000 DM
Zusammen	1 156 300 DM

Zu 681 01

Veranschlagt für Ersatzleistungen zur Regulierung von Schäden u. a. gem. § 96 NBG.

Zu 685 01

1. Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V., Eschborn	245 DM
2. Deutsche Wissenschaftliche Gesellschaft für Erdöl, Erdgas und Kohle, Hamburg	200 DM
3. Geologische Vereinigung, Mendig	170 DM
4. Paläontologische Gesellschaft, Frankfurt/M.	100 DM
5. Deutsche und Internationale Bodenkundliche Gesellschaft, Oldenburg	285 DM
6. Oberrheinischer Geologischer Verein e. V., Karlsruhe	60 DM
7. Verband der Deutschen Höhlen- und Karstforscher e. V., München	60 DM
8. Deutsche Geologische Gesellschaft, Hannover	130 DM
9. Verband Deutscher landwirtschaftlicher Untersuchungs- und Forschungsanstalten, Darmstadt	420 DM
10. Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft e. V., Frankfurt/M.	240 DM
11. Deutsche Gesellschaft für Moor- und Torfkunde e. V., Hannover	200 DM
12. Verein zur Förderung des Deutschen Forschungsnetzes e. V. (DFN-Verein), Berlin	5 000 DM
Zusammen	7 110 DM
rd.	7 200 DM

Zu 811 06

Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. DM	Sonderaus- stattung u. a. DM

Ersatzbeschaffungen:

1 Transporter-Kombi, 2,5 l, 85 kw	48 000	4 000
1 Transporter-Kombi, 2,5 l, 85 kw	48 000	4 000

Als Sonderausstattung ist vorgesehen:

Nebelscheinwerfer, Unterbodenschutz auf alle Flächen erweitert, Gummifußboden Fahrgastraum, Anhängervorrichtung, Standheizung, Fahrer- u. Beifahrer-Airbag, Hartfaserverkleidung

1 Trägerfahrzeug für Bohrgerät (Gesamtanschaffungsbetrag 350 000 DM) hiervon kassenwirksam in 2001 (kassenwirksam in 2002 250 000 DM)	100 000

Insgesamt 204 000

Zu 812 19

Ersatzbeschaffung:

1 programmierbares Steuerungs- und Speichersystem für Waage und 8 Umlaufbänder der automatischen Bewässerungsanlage in der Gefäßstation Bremen mit den Bestandteilen:

- Rechnereinheit
- SPSS-Steuereinheit
- Klimatisierung

Gesamtkosten: 150 000 DM

Diese werden kassenwirksam in 2000: 75 000 DM
in 2001: 75 000 DM

 ERLÄUTERUNGEN

Zu 812 35

Erstbeschaffung:

Wägbares Feldlysimeter	90 000 DM

Automatische pH- und Leitfähigkeitsbestimmung einschließlich Software und Steuerung über PC	55 000 DM

Ergänzungsbeschaffung:

Ammonium- und Nitratanalysenstraße	35 000 DM

Ersatzbeschaffung:

Programmierbarer Verdünnungsautomat	15 000 DM

Zentrifuge	25 000 DM

Heliumpyknometer	75 000 DM

Zentrifuge Varifuge mit Tragringrotoren	45 000 DM

Zusammen	340 000 DM

Zu 981 01

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 64

Veranschlagt sind die Ausgaben für Maßnahmen des Landesamtes, die es im Rahmen seiner geowissenschaftlichen Forschungstätigkeiten aus besonderen Forschungsmitteln des Bundes, der Länder und sonstiger Dritter durchführt.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0818 Landesamt für Bodenforschung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
429 64-0	177	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	2.007.700	4.007.700	-2.000.000	1.785
459 64-6	177	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	10.000	10.000	—	—
538 64-3	177	Dienstleistungen Außenstehender	—	160.000	160.000	—	263
547 64-2	177	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	822.300	1.301.000	-478.700	546
811 64-1	177	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 64-8	177	Erwerb von Spezialgeräten für Untersuchungsaufgaben	—	—	—	—	111
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik	(—)	(870.900)	(795.900)	(+75.000)	(1.303)
513 99-3	177	Post- und Fernmeldegebühren; Standleitungskosten	—	31.900	31.900	—	66
518 99-5	177	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—
522 99-2	177	Verbrauchsmittel	—	22.500	22.500	—	30
535 99-7	177	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte	—	269.100	269.100	—	610
547 99-5	177	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	197.400	172.400	+25.000	113
812 99-0	177	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen * Übertragbar.	—	350.000	300.000	+50.000	484
Abschluss Kapitel 08 18							
1 Eigene Einnahmen				2.899.000	2.908.800	-9.800	
2 Übertragungseinnahmen				2.779.700	3.629.700	-850.000	
3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen				807.500	2.429.400	-1.621.900	
Summe der Einnahmen				6.486.200	8.967.900	-2.481.700	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	22.838.900	24.362.200	-1.523.300	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	3.522.100	3.992.700	-470.600	
6 Übertragungsausgaben			—	1.167.500	1.169.900	-2.400	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			425.000	969.000	839.000	+130.000	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	396.100	—	+396.100	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	28.893.600	30.363.800	-1.470.200	
425.000							
Zuschuss				22.407.400	21.395.900	+1.011.500	
Nachrichtlich:							
Anteil an den Versorgungsausgaben				2.416.700	2.392.900		
Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil				31.310.300	32.756.700		
Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil				24.824.100	23.788.800		

ERLÄUTERUNGEN

Zu 429 64

Entsprechend der Zahl und Art der Aufträge werden an Hilfskräften voraussichtlich benötigt:

Verg.-Gr.	Titel 429 64
I a	1
I b	12
II a	14
III	1
IV a	3
IV b	2
V b	3
V c	3
VI b	10
VII	4
VIII	2
IX	1
X	1
Zusammen	57
MTArb	3
Zusammen	60

Zu 547 64

Veranschlagt sind die sächlichen Verwaltungsausgaben (Reisekosten, Betriebskosten, Verbrauchsmittel, Kleingeräte, Wartung usw.).

Zu Titelgruppe 99

Die geowissenschaftlichen Methoden und Verfahren sind so vielseitig und umfangreich geworden, dass die Lösung anstehender Probleme ohne den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung nicht mehr möglich ist.

Zu 513 99

Veranschlagt sind die Kosten für Datenfernübertragung, Datex usw. von Hannover nach den Außenstellen und nach anderen geowissenschaftlichen Datenbanken und für den Anschluss an das Deutsche Forschungsnetz.

Zu 522 99

Veranschlagt sind die Kosten für Verbrauchsmittel und kurzlebige Kleingeräte.

Zu 535 99

Veranschlagt sind die Kosten für Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung von Geräten, insbesondere für das Seismiksystem.

Zu 547 99

Veranschlagt sind die Kosten für den Ankauf von ADV-Programmen sowie für die Datenbank zum Bodenschutzprogramm Niedersachsen, für die Methodendatenbank zum Bodeninformationssystem sowie für hydrogeologische und lagerstättenkundliche Fachinformationssysteme.

Zu 812 99

Erstbeschaffung:

Hardware
Backup-Rechner für
internes Informationssystem 15 000 DM

Software
Software zur Administration
(z.B. Content Management) 25 000 DM

Ergänzungsbeschaffung:

Hardware
Erweiterung Platten 50 000 DM

Software:
Lernsoftware
Programmmodul „Reservoir Volumetrics“
des Systems ISP003
(GeoQuest-Sattlegger-Verbund)
Upgrade für Finite Element Programm
für Boden- und Felsberechnungen
(Plaxis BV, Niederlande) 72 000 DM

Ersatzbeschaffung:

Hardware
Ersatz/Ergänzung von 2 PCs à 5 000 DM
Ersatz/Ergänzung von 6 PCs à 5 000 DM
Ersatzbeschaffung von 10 PCs
inkl. 21"-Monitor zur Entwickl.
von Graph.-Anwend. und
Umsetzung im Fachbereich 100 000 DM

Software
1. PC-Software
2. GIS-Bibliothek, MapObjects
in akt. Version f. MeMas etc. 88 000 DM

Zusammen 350 000 DM

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0820 Straßenbauverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 11-2	711	Verwaltungsgebühren		1.500.000	1.400.000	+100.000	1.577
112 01-1	711	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		5.000	5.000	—	4
113 01-8	711	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		110.000	130.000	–20.000	108
119 01-6	711	Einnahmen aus Nebentätigkeit		1.000	1.000	—	—
119 06-7	711	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		1.000	1.000	—	1
119 11-3	711	Einnahmen für Aufträge Dritter		90.000	65.000	+25.000	94
119 31-8	711	Einnahmen aus Veröffentlichungen		240.000	280.000	–40.000	239
119 32-6	711	Einnahmen aus Veröffentlichungen von Verdingungsunterlagen für Bundesstraßen und Betriebsstrecken von BAB		490.000	920.000	–430.000	494
119 41-5	711	Rückzahlung von Überzahlungen		75.000	90.000	–15.000	75
119 46-6	711	Ersatzleistungen		40.000	75.000	–35.000	39
119 51-2	711	Vermischte Einnahmen		600.000	560.000	+40.000	977
119 52-0	711	Einnahmen aus Zinsen		300.000	600.000	–300.000	304
119 73-3	723	Ersatzleistungen für die Beschädigung von Straßenanlagen * Vgl. K-Vermerk zu 521 73.		4.500.000	3.800.000	+700.000	6.728
124 01-0	711	Mieten und Pachten		450.000	470.000	–20.000	454
125 01-6	722	Betriebseinnahmen aus Fuhrleistungen für den Bund im Rahmen der Auftragsverwaltung		2.360.000	2.050.000	+310.000	2.359
125 02-4	724	Betriebseinnahmen aus Fuhrleistungen für Landkreise im Rahmen der Auftragsverwaltung		1.210.000	1.180.000	+30.000	1.213
131 01-6	723	Einnahmen aus der Veräußerung von Grundstücken für den Straßenbau		60.000	200.000	–140.000	58
132 01-2	711	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		680.000	1.020.000	–340.000	676
132 02-0	711	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen		1.000	1.000	—	—
231 01-0	723	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund		20.000	20.000	—	24
231 61-4	721	Erstattung von Personalkosten für den Betrieb und die Unterhaltung des Autobahnfernmeldesetzes durch den Bund * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		3.300.000	3.310.000	–10.000	3.288
231 62-2	721	Erstattungen von Personalkosten für die Unterhaltung und Instandsetzung der Bundesfernstraßen durch den Bund * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.		92.000.000	90.760.000	+1.240.000	91.938
231 69-0	722	Erst. des Bundes zu d. Kosten d. Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht für Bundesstraßen und Betriebsstrecken der BAB u. a.		23.970.000	26.243.000	–2.273.000	23.968
231 73-8	722	Erstattungen des Bundes für den Einsatz von Landesstraßenwärtern auf Bundesstraßen		80.000	240.000	–160.000	82
233 01-3	724	Erstattungen von Gemeinden (GV) für die technische Verwaltung der Kreisstraßen		10.000.000	5.600.000	+4.400.000	6.141
233 71-4	725	Erstattungen der Gemeinden für die technische Mitwirkung beim Gemeindestraßenbau		63.000	34.000	+29.000	63
256 01-3	711	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		20.000	20.000	—	—
271 01-2	711	Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen		1.500.000	1.180.000	+320.000	2.823
311 07-3	922	Fördermittel f.d. Beschaffung von Ersatzwohnraum zur Freimachung von Liegenschaften für Bundeszwecke (Räumungsbetroffene) * Vgl. K-Vermerk zu 863 07.		—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 08 20

In diesem Kapitel sind die Kosten veranschlagt für

- a) das Niedersächsische Landesamt für Straßenbau (NLStB),
- b) die 13 Straßenbauämter (SBÄ) Aurich, Gandersheim, Goslar, Hameln, Hannover, Lingen, Lüneburg, Nienburg, Oldenburg, Osnabrück, Stade, Verden und Wolfenbüttel mit den Außenstellen Celle, Hildesheim, Langenhagen und Northeim
- c) das Straßenneubauamt Braunschweig (SNA) (bis 31. 3. 2001),
- d) 58 Straßenmeistereien (SM),
- e) 18 Autobahnmeistereien (AM),
- f) 2 Fernmeldemeistereien (FM),
- g) die bei dem NLStB und dem SBA Oldenburg eingesetzten Fachkräfte für Arbeitssicherheit.

Der niedersächsischen Straßenbauverwaltung (SBV) obliegt die Betreuung des Landesstraßennetzes, für dessen Unterhaltung und Instandsetzung, Neu-, Um- und Ausbau, die entsprechenden Haushaltsmittel bei den TGrn 73, 75, 76, 79, 81 und 82 sowie bei dem Titel 821 02 ausgebracht sind.

Daneben hat die niedersächsische SBV im Rahmen der Auftragsverwaltung für die BAB und Bundesstraßen für den Bund und im Rahmen der technischen Verwaltung der Kreisstraßen für 13 Landkreise umfangreiche Haushaltsmittel voraussichtlich zu bewirtschaften.

A: Im Bundeshaushalt

1. Für Bundesstraßen und Bundesautobahnen (Kap. 12 10)	724 000 000 DM
2. Bundeszuschüsse für Straßenbaumaßnahmen kommunaler Baulastträger (Kap. 12 10)	121 000 000 DM
Zusammen	845 000 000 DM

B: In den Haushalten der Landkreise

Mittel für die Unterhaltung und Instandsetzung sowie für den Neu-, Um- und Ausbau von Landesstraßen, deren technische Verwaltung von der SBV wahrgenommen wird, geschätzt auf

95 000 000 DM

A und B insgesamt 940 000 000 DM

Die Mittel zu A und B laufen nicht durch den Landeshaushalt, mit Ausnahme eines Betrages von 121 Mio. DM bei A 2 (vgl. Erläuterung zu Titel 331 01).

Zu 111 11

Benutzungsgebühren für die Ausübung sowie Gebühren und Auslagen für die Genehmigung von Sondergebrauchsrechten z. B. bei Zufahrten, Zugängen u. ä. an

1. Landesstraßen	750 000 DM
2. Bundesstraßen und Kreisstraßen	750 000 DM
Zusammen	1 500 000 DM

Zu 113 01

1. Geräte	12 000 DM
2. Maschinen	50 000 DM
3. Ausstattungsgegenstände	5 000 DM
4. Akten, Drucksachen und dgl.	3 000 DM
5. Obst u. a.	40 000 DM
Zusammen	110 000 DM

Zu 119 01

Abführungen auf Grund des § 75 a NBG.

Zu 119 06

1. Einnahmen aus der Benutzung landeseigener Geräte usw.	500 DM
2. Kostenbeiträge für private Benutzung amtlicher Fernsprechanstalten in den Wohnungen von Beamten	500 DM
Zusammen	1 000 DM

Zu 119 11

Erstattung der Kosten durch den Bund für die Einstufung von Brücken in militärische Lastenklassen. (Vgl. Titel 538 05).

Zu 119 31

Erlöse aus Verdingungsunterlagen für Baumaßnahmen an Landesstraßen und Kreisstraßen nach der Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB) Teil A.

Zu 119 32

Erlöse aus Verdingungsunterlagen für Baumaßnahmen an Bundesstraßen und BAB-Betriebsstrecken.

Weniger infolge Abnahme der Bautätigkeit.

Zu 119 46

Ersatzleistungen von Bediensteten im Erstattungsverfahren oder sonstigen Rückgriffen von haftenden Versicherungsunternehmen mit Ausnahme der bei 119 73 zu buchenden Einnahmen.

Zu 119 52

In dem Ansatz sind Zinseinnahmen aus Rückforderungen von Zuwendungen enthalten.

Weniger infolge zurückgegangener Rückforderungen.

Zu 119 73

Ersatzleistungen Dritter für die Beschädigung von Straßenanlagen und Abgeltung von Unterhaltungskosten (Ablösungsbeträge, Unterhaltung von Straßen fremder Baulastträger und militärische Brückenbeschilderung).

Mehr infolge zunehmender Beschädigung von Straßenanlagen.

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	380 000 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	70 000 DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	— DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	— DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	— DM
Zusammen	450 000 DM

Zu 125 01 und 125 02

Der Bund bzw. die Landkreise erstatten dem Land die Aufwendungen für Fuhrleistungen, die im Rahmen der Auftragsverwaltung mit landeseigenen Nutz- und Sonderfahrzeugen durchgeführt werden.

Die Ausgaben werden bei der TGr. 73 nachgewiesen.

Mehr aufgrund der Anpassung an die Ist-Ergebnisse 1999.

Zu 131 01

Erlöse aus dem Verkauf von Grundstücken, die im Zusammenhang mit dem Um- und Ausbau von Landesstraßen erworben wurden, aber nicht mehr benötigt werden, sowie für Straßengrundstücke, die für den Straßenverkehr infolge Einziehung entbehrlich geworden sind.

Weniger aufgrund der Anpassung an das Ist-Ergebnis 1999.

Zu 132 01

Veranschlagt sind die Erlöse aus dem Verkauf der auszusondernden Dienst- und Nutzfahrzeuge (vgl. 811 01 und 811 73).

Weniger aufgrund der Anpassung an das Ist-Ergebnis 1999.

Zu 231 01

Veranschlagt ist die Erstattung der dem Land entstehenden Verwaltungskosten für die Einstufung von Brücken in militärische Lastenklassen (vgl. auch Erläuterungen zu 119 11).

Zu 231 61

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 61.

Zu 231 62

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 62.

 ERLÄUTERUNGEN

Zu 231 69

Der Beitrag des Bundes zu den Kosten der Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht für Bauvorhaben auf den Bundesfernstraßen gemäß Art. 3 des Finanzanpassungsgesetzes – FAnpG – vom 30. 8. 1971 (BGBl. I S. 1426) in der jeweils geltenden Fassung wird in Höhe von 1,0 bzw. 3,0 v. H. des tatsächlichen Bauvolumens hier vereinnahmt.

Das tatsächliche Bauvolumen ist vorher nicht mit Sicherheit vor-
 auszusehen. Es wird jedoch mit folgenden Beträgen gerechnet:

519 000 000 DM	für kleineren Um- und Ausbau (davon 1,0%)	=	5 190 000 DM
626 000 000 DM	für größeren Um- und Ausbau (davon 3,0%)	=	18 780 000 DM
Zusammen			23 970 000 DM

Zu 231 73

Weniger aufgrund der Anpassung an das Ist-Ergebnis 1999.

Zu 233 01

Veranschlagt sind die Erstattungsbeträge der Landkreise für zuviel gezahlte Schlüsselzuweisungen und die Erstattungen von Personalkosten für die Bearbeitung von Personalangelegenheiten des Kreisstraßenpersonals durch die SBV.

Mehr aufgrund eines geänderten Berechnungsverfahrens.

Zu 233 71

Kostenerstattung für technische Mitwirkung beim Gemeindestraßenbau einschließlich der Bauaufsicht.

Zu 271 01

Erstattungen Dritter von Verwaltungskosten aus Kreuzungsmaßnahmen.

Mehr aufgrund der Anpassung an das Ist-Ergebnis 1999.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0820 Straßenbauverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 311 07-3		<i>** Die Beschaffung und Bewirtschaftung aller Kredite obliegt dem MF. Zuviel gebuchte Einnahmen aus Kreditaufnahmen können durch Absetzen von der Einnahme verausgabt werden. Die Jahreskreditermächtigung wird davon nicht berührt.</i>					
331 01-5	725	Zuweisungen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden * Vgl. K-Vermerk zu 883 05.		120.963.000	120.963.000	—	96.776
342 70-0	721	Sonstige Zuschüsse für Investitionen -Inland- * Vgl. K-Vermerk zu 731 70.		30.000.000	—	+30.000.000	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63 bis 65		Erstattung des Bundes für die Kosten der Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht für Sonderbaumaßnahmen		(20.000)	(14.000)	(+6.000)	(20)
231 63-0	722	An Bundesstraßen		14.000	9.000	+5.000	14
231 64-9	723	An Landesstraßen		5.000	4.000	+1.000	5
231 65-7	725	An kommunalen Straßen		1.000	1.000	—	1
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			8.000	–8.000	
		A U S G A B E N					
422 01-0	711	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen	—	108.953.000	28.393.800	+80.559.200	27.332
422 19-3	711	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-2	711	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	1.395.000	1.669.300	–274.300	1.527
422 41-0	711	Anwärterbezüge	—	589.400	589.400	—	2.320
422 51-7	711	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	—	—	—
425 01-0	711	Vergütungen der Angestellten	—	—	76.786.500	–76.786.500	73.574
425 03-6	711	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	254.600	–254.600	84
425 41-9	711	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	730.000	472.800	+257.200	693
425 51-6	711	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	5.000	5.000	—	4
426 01-6	711	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	4.336.900	–4.336.900	5.016
426 03-2	711	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	553.500	–553.500	353
426 41-5	711	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
426 51-2	711	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	9.900	9.900	—	4
427 01-2	711	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	176.900	176.900	—	116
427 02-0	711	Vergütungen für Praktikanten während des Praxissemesters an Fachhochschulen * Gegenseitig deckungsfähig: 0820 - 427 02 und 0830 - 427 02.	—	21.000	21.000	—	16
427 31-4	711	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	59.100	57.300	+1.800	52
427 39-0	711	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	24.800	24.800	—	31
453 01-3	711	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	153.000	108.100	+44.900	152

ERLÄUTERUNGEN

Zu 331 01

Der Bund gewährt dem Land aus dem Mehraufkommen an Mineralölsteuer zweckgebundene Finanzhilfen für den kommunalen Straßenbau u. d. ÖPNV nach Maßgabe des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVfG), die das Land für Investitionen zur Förderung von kommunalen Straßenbauvorhaben u. d. ÖPNV-Vorhaben zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden verwenden muß. Die Zuwendungen werden über den Landeshaushalt geleistet und bei 883 05 wieder verausgabt.

Zu 342 70

Die Regionen Ostfriesland, Emsland und Grafschaft Bentheim beteiligen sich mit einem Beitrag in Höhe von 135 Mio. DM, aufgeteilt auf die Jahre 2001 bis 2005, am Bau der A 31 (siehe auch Erläuterung zu Ausgabe TGr. 70).

Haushaltsjahr	Beitrag der Region
2001	30 000 000 DM
2002	25 000 000 DM
2003	25 000 000 DM
2004	30 000 000 DM
2005	25 000 000 DM
	Zusammen 135 000 000 DM

Zu 422 01, 422 19, 425 01, 425 03, 426 01 und 426 03

Für das Kapitel 08 20 ist mit Wirkung vom 1. 1. 2000 die Personalkostenbudgetierung eingeführt worden.

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 1227,04 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	356,81	356,81	—	378
Angestellte	782,09	773,18	8,91	808
Lohnempfänger/-innen	88,14	88,14	—	87
Insgesamt	1227,04	1218,13	8,91	1273

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 108 953 000 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	108 953 000
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	201 484 100
43	Versorgungsbezüge	10 427 400
44	Beihilfen, Unterstützungen	2 757 700
45	Personalbezogene Sachausgaben	726 400
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	8 196 200
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		332 544 800

Zu 422 31

Veranschlagt sind die erforderlichen Mittel für die gem. § 15 Sonderurlaubsverordnung vom Dienst freigestellte Beamtinnen und Beamten (sog. Vorruhestand).

Zu 427 02

Wegen der Einführung von Praxissemestern für Studentinnen und Studenten der Fachhochschulen sind Vergütungen in Höhe von 21 000 DM für die Praktikanten bereitzuhalten.

Zu 427 31

Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von mtl. 75 DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den auf Grund des RdErl. d. MF v. 13. 4. 1966 (Nds. MBl. S. 319), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 75 DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die Vergütungen von Prüfungstätigkeiten im Bereich der niedersächsischen Landesverwaltung richtet sich nach dem RdErl. d. MF v. 7. 5. 1991 (Nds. MBl. S. 751).

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für Landesbedienstete	80 000 DM
2. Umzugskostenvergütungen für Landesbedienstete	73 000 DM
Zusammen	153 000 DM

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0820 Straßenbauverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
453 11-0	711	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Aus- und Fortbildungslehrgängen	—	20.000	20.000	—	8
511 01-3	711	Geschäftsbedarf	—	435.400	435.400	—	420
512 01-0	711	Bücher und Zeitschriften	—	191.200	191.200	—	213
513 01-6	711	Post- und Fernmeldegebühren	—	1.212.000	1.443.100	-231.100	1.212
514 01-2	711	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	252.600	252.600	—	283
515 01-9	711	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	129.700	129.700	—	120
515 02-7	711	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	242.400	242.400	—	426
516 01-5	711	Dienst- und Schutzkleidung	—	93.600	93.600	—	13
517 01-1	711	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	270.800	270.800	—	262
517 19-4	711	Reinigungskosten	—	905.900	905.900	—	846
517 59-3	711	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	724.300	724.300	—	709
518 01-8	711	Mieten und Pachten	—	3.950.300	2.907.300	+1.043.000	2.893
519 01-4	711	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen * Übertragbar.	—	—	—	—	—
519 03-0	711	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	4.600	4.600	—	6
522 32-5	721	Markierungsmaterial für Vermessungen	—	18.400	18.400	—	9
525 01-4	711	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	167.800	167.800	—	195
526 01-0	711	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	330.600	220.600	+110.000	331
527 01-7	711	Reisekostenvergütungen	—	1.442.100	1.442.100	—	1.300
527 02-5	711	Reisekostenvergütungen nach Nr.11 der SR 2A zum MTL II	—	—	—	—	8
527 03-3	711	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	123.100	123.100	—	94
527 04-1	711	Reisekostenpauschbeträge; Bewegungsgelder	—	70.300	70.300	—	63
529 01-0	711	Zur Verfügung des Präsidenten des Nds. Landesamtes für Straßenbau	—	800	800	—	1
531 01-4	711	Veröffentlichungen	—	1.500	1.500	—	1
533 01-7	711	Sachaufwand der Ausbildung	—	15.800	15.800	—	21
535 01-0	711	Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	—	8.900	8.900	—	31
535 02-8	711	Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	—	29.300	29.300	—	17
537 01-2	711	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	55.700	55.700	—	76
538 01-9	723	Dienstleistungen Außenstehender * Übertragbar.	3.000.000 3.000.000	5.500.000	4.320.000	+1.180.000	4.277
538 02-7	729	Kosten für den Druck von Straßenkarten für Niedersachsen * Übertragbar.	—	50.000	20.000	+30.000	47
538 05-1	711	Kosten für die Einstufung von Brückenbauwerken in militärische Lastenklassen * Übertragbar.	—	45.000	56.000	-11.000	2
546 59-3	711	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
651 01-0	711	Zuweisungen an den Bund für Erfassung und Auswertung von Daten im Straßenwesen * Übertragbar.	150.000 180.000	245.000	230.000	+15.000	191
681 01-6	711	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	355.000	355.000	—	514

ERLÄUTERUNGEN

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	50 000 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	330 400 DM
3. Bekanntmachungen	15 000 DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	40 000 DM
Zusammen	435 400 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	104 500 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	64 000 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	13 500 DM
4. Buchbinderkosten	9 200 DM
Zusammen	191 200 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	585 700 DM
2. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	514 300 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	55 000 DM
4. Einmalige Gebühren für die Verlegung usw. von Fernmeldeanlagen	38 500 DM
5. Rundfunk- und Fernsehgebühren	2 000 DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	16 500 DM
Zusammen	1 212 000 DM

Weniger Fernmeldegebühren infolge neuer Verträge durch das IZN.

Zu 514 01

1. Betriebsstoffe	200 300 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	41 200 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	7 600 DM
4. Sonstiges	3 500 DM
Zusammen	252 600 DM

Bestand an Dienstfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	35	35	35
Verm.- u. Prüf-Kfz	27	27	27
Zusammen	62	62	62

Zu 515 02

1. Dienstzimmerausstattungen	120 000 DM
2. Büromaschinen	120 000 DM
3. Wirtschaftsgeräte	2 400 DM
Zusammen	242 400 DM

Zu 516 01

Dienst- und Schutzkleidung der Außendienstbeamten, Bildschirmarbeitsplatzinhaber, Amtsboten, Hausarbeiter, Kraftfahrer, Pfortner und sonstiger sowie des Bedienungspersonals von Vervielfältigungseinrichtungen.

Zu 517 01

1. Wassergeld	196 800 DM
2. Grundbesitzabgaben	43 000 DM
3. Bewachungskosten	13 300 DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	4 300 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	13 400 DM
Zusammen	270 800 DM

Zu 518 01

1. Diensträume und -gebäude	3 805 600 DM
2. Wohnungen und Wohngebäude	95 000 DM
3. Unbebaute Grundstücke	— DM
4. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	49 700 DM
Zusammen	3 950 300 DM

Für eine Neuanmietung in Folge der Zusammenlegung der Straßenbauämter Hannover und Hildesheim mit dem Autobahnneubauamt Hannover sowie der Straßenbauämter Oldenburg-Ost und Oldenburg-West ist in 1999 eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 9,5 Mio. DM bereitgestellt worden, welche in den Jahren 2001 bis 2010 kassenwirksam wird.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	VE aus 2000 DM	VE aus 2001 DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	—	—	—
2002	950 000	—	—	950 000
2003	950 000	—	—	950 000
2004	950 000	—	—	950 000
2005 ff.	6 650 000	—	—	6 650 000

Zu 525 01

1. Ausbildungslehrgänge, Laufbahnprüfungen	100 000 DM
2. Fortbildungsveranstaltungen	13 500 DM
3. Fachtagungen u.ä. Veranstaltungen	4 300 DM
4. Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	50 000 DM
Zusammen	167 800 DM

Zu 526 01

1. (Amts)ärztliche und Röntgenscheibbilduntersuchungen	9 000 DM
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	80 000 DM
3. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus	241 000 DM
Zusammen	330 000 DM

Mehr aufgrund von gestiegenen Verfahrenskosten und Vollzug des Arbeitssicherheitsgesetzes.

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	443 000 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für privateigene Kraftfahrzeuge	999 100 DM
Zusammen	1 442 100 DM

Zu 527 04

Pauschalierte Außendienstentschädigung für die Leiter/-innen der Straßen-/Autobahnmeistereien.

Zu 531 01

Veröffentlichungen zur Aufklärung der Bevölkerung über geplante und im Bau befindliche Straßenbauvorhaben.

Zu 533 01

1. Beschaffung von Lehrmitteln und Geräten	12 000 DM
2. Bewirtschaftung von Unterrichtsräumen	3 800 DM
Zusammen	15 800 DM

Zu 535 01 und 535 02

Prüf- und Vermessungsgeräte.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 538 01

Ausgaben für Ingenieur- und Vermessungsbüros für Vorhaben an Landesstraßen, Radwegen in der Baulast des Landes sowie Kreisstraßen in der technischen Verwaltung des Landes.

1. Landesstraßen	2 713 800 DM
2. Radwege	1 496 300 DM
3. Kreisstraßen	1 289 900 DM

Zusammen 5 500 000 DM

Mehr aufgrund eines erhöhten Erhaltungs- und Instandsetzungsbedarfs.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	VE aus 2000 DM	VE aus 2001 DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	3 000 000	—	3 000 000
2002	—	—	3 000 000	3 000 000

Zu 538 02

Herstellung von Kartenwerken durch das LGN.

Zu 538 05

Kosten für die Einstufung von Brückenbauwerken im Zuge von Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen in militärische Lastenklassen. Die Aufwendungen werden in voller Höhe durch den Bund erstattet.

Zu 651 01

Erstattung von Kostenanteilen des Landes an den Bund bei Projekten zur Erfassung und Auswertung von Daten im Straßenwesen.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	VE aus 2000 DM	VE aus 2001 DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	180 000	—	180 000
2002	—	—	150 000	150 000

Zu 681 01

Ersatzleistungen für Folgeschäden aus Anlass der Straßenunterhaltung und Bauvorbereitung.

Abgeltung von Ansprüchen aus Straßenunfällen, für die das Land aufgrund seiner Verkehrssicherungspflicht haften muß.

Schadensersatzleistungen aus Anlass von Verkehrsunfällen, an denen Kraftfahrzeuge der Straßenbauverwaltung beteiligt waren.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0820 Straßenbauverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
811 01-7	711	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	190.800	211.000	–20.200	198
812 13-7	711	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	120.000	120.000	—	92
812 15-3	711	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	173.500	173.500	—	187
812 35-8	711	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	—	262.000	254.500	+7.500	229
821 02-0	723	Vorzeitiger Erwerb von Grundstücken für den Bau von Landesstraßen	200.000 300.000	400.000	500.000	–100.000	411
863 07-6	411	Darlehen für Räumungsbetroffene * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 311 07.	—	—	—	—	—
883 01-8	725	Zuweisungen an kommunale Baulastträger zum Bau von Straßen zur Entlastung von Ortsdurchfahrten * Gegenseitig deckungsfähig: 883 01, 731 79 und 821 79.	6.000.000 3.000.000	6.500.000	6.900.000	–400.000	3.034
883 03-4	725	Zuweisung der Pflichtanteile des Landes für Maßnahmen an Bahnübergängen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz * Gegenseitig deckungsfähig: 883 03 und 883 04.	500.000 500.000	800.000	1.000.000	–200.000	941
883 04-2	725	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden nach § 17 Eisenbahnkreuzungsgesetz * Vgl. D-Vermerk zu 883 03.	—	200.000	200.000	—	—
883 05-0	725	Zuweisungen für Investitionen an kommunale Baulastträger * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 331 01.	—	120.963.000	120.963.000	—	103.373
981 01-0	990	Abführung an Kapitel 1302 zur Refinanzierung des Grundstocks	—	—	—	—	—
981 02-8	990	Abführung an 13 21 - 381 08	—	13.872.400	—	+13.872.400	—
982 01-6	990	Zahlungen an private Unternehmen der Tiefbauwirtschaft *** Der MW ist berechtigt, Verpflichtungen bis zum Betrag von 80 Mio. DM einzugehen und entsprechende Zahlungen zu leisten. Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe bis spätestens zum Buchungsschluß des jeweiligen Haushaltsjahres zu vereinnahmen.	—	—	—	—	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Betrieb und Unterhaltung des Autobahnfern-meldenetzes * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 61.	(—)	(3.300.000)	(3.310.000)	(–10.000)	(3.293)
425 61-3	721	Vergütungen der Angestellten * Übertragbar.	—	3.295.000	3.305.000	–10.000	3.034
426 61-0	721	Löhne der Arbeiter * Übertragbar.	—	—	—	—	251
459 61-5	721	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben * Übertragbar.	—	5.000	5.000	—	1
527 61-0	721	Reisekosten für Straßenbauarbeiter gem. Nr. 11 der SR 2 a MTL II	—	—	—	—	8
TGr. 62		Unterhaltung und Instandsetzung der Bundesfernstraßen * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 62.	(—)	(92.000.000)	(90.760.000)	(+1.240.000)	(91.957)
426 62-8	721	Löhne der Arbeiter * Übertragbar.	—	91.940.000	90.700.000	+1.240.000	90.484

ERLÄUTERUNGEN

Zu 811 01

Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. DM	Sonderaus- stattung u. a. DM
Ersatzbeschaffungen:		
5 Dienst-Pkw bis 1,9 l Diesel	134 000	25 000
1 Dienst-Pkw bis 1,9 l (NLStB)	26 800	5 000
Insgesamt	190 800	

Zur Aussonderung gelangen sechs Dienst-Pkw mit voraussichtlicher Fahrleistung von 230 000 bis 260 000 km nach dem Stand vom 1. 1. 2001. Als Sonderausstattung sind vorgesehen:

Schiebedach, Standheizung, Kopfstützen hinten, zwei Außenspiegel, Radio, Nebelscheinwerfer, ABS.

Zu 812 13

Vorgesehen ist die Ersatzbeschaffung von Telefonanlagen.

Zu 812 15

Veranschlagt sind die Kosten für die Ersatzbeschaffung von:

3 Großformatkopierern	63 500 DM
2 Faltmaschinen	56 000 DM
2 Baubürocontainern	54 000 DM
Zusammen	173 500 DM

Zu 812 35

Veranschlagt sind die Kosten für den Erwerb von drei Totalstationen (elektronische Tachymeter, GPS) und zwei Digitalnivellieren für drei bzw. zwei SBÄ.

Zu 821 02

Erwerb von Grundstücken, die zur Durchführung späterer Baumaßnahmen im Zuge von Landesstraßen benötigt werden.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	VE aus 2000 DM	VE aus 2001 DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	300 000	—	300 000
2002	—	—	200 000	200 000

Zu 883 01

Zur Verringerung der Verkehrsbelastung auf Landesstraßen in Ortsdurchfahrten können den Kommunen Zuweisungen für den Bau von Entlastungsstraßen gewährt werden. Die Zuweisungen dürfen im Einzelfall bis zu 15 v. H. der nach § 44 LHO zuwendungsfähigen Kosten betragen.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	VE aus 2000 DM	VE aus 2001 DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	3 000 000	—	3 000 000
2002	—	—	4 000 000	4 000 000
2003	—	—	2 000 000	2 000 000

Zu 883 03

Nach § 13 Abs. 1 des Eisenbahnkreuzungsgesetzes (EKrG) in der Fassung des Gesetzes vom 21. 03. 1971 (BGBl. I S. 337), trägt das Land einen Teil der Kosten für bauliche Änderungen an Bahnübergängen im Zuge von öffentlichen Straßen, und zwar

a) bei Kreuzungen mit Strecken der Deutschen Bahn AG

$\frac{1}{3}$ für Maßnahmen im Zuge von Landesstraßen als Träger der Straßenbaulast

b) bei Kreuzungen mit nichtbundeseigenen Eisenbahnen

$\frac{2}{3}$ für Maßnahmen im Zuge von Landesstraßen
($\frac{1}{3}$ als Träger der Straßenbaulast und ($\frac{1}{3}$ als Beitrag)

$\frac{1}{3}$ für Maßnahmen im Zuge von Bundesstraßen, von Bundes- und Landesstraßen in der Baulast von Gemeinden sowie von kommunalen und sonstigen öffentlichen Straßen als Beitrag.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	VE aus 2000 DM	VE aus 2001 DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	500 000	—	500 000
2002	—	—	500 000	500 000

Zu 883 04

Gemäß § 8 Abs. 2 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) ist das Land Anordnungsbehörde für Kreuzungen zwischen öffentlichen Straßen und nichtbundeseigenen Eisenbahnen. Die Anordnungsbehörde soll nach § 17 EKrG den Beteiligten Zuschüsse für Maßnahmen nach den §§ 2 und 3 des EKrG gewähren.

Zu 883 05

Vgl. Erläuterungen zu 331 01.

Zu 981 02

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu 982 01

Die Ermächtigung, in begrenztem Umfang Zahlungen an private Unternehmen der Tiefbauwirtschaft zu gewähren, dient der Sicherung eines kontinuierlichen Baufortschritts beim Bundesfernstraßenbau. Ein Leertitel ist ausreichend, weil die Zahlungen vor dem Rechnungsabschluss zurückgezahlt bzw. erstattet werden.

Zu Titelgruppe 61

Aus technischen Gründen ist die Zahlung aus dem Landeshaushalt erforderlich. Der Landeshaushalt wird hierdurch nicht zusätzlich belastet, weil entsprechende Einnahmen aus dem Bundeshaushalt bei Titel 231 61 aufkommen. Die Mittel sind für 44 Angestellte vorgesehen.

Zu Titelgruppe 62

Die hier veranschlagten Mittel sind für das auf Bundesfernstraßen eingesetzte Straßenwartungspersonal vorgesehen. Der Landeshaushalt wird hierdurch nicht zusätzlich belastet, weil die vom Bund zu erstattenden Beträge für die Wahrnehmung der Auftragsverwaltung bei Tit. 231 62 vereinnahmt werden.

Die Mittel sind vorgesehen für 1320 Straßenwärter.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0820 Straßenbauverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
459 62-3	721	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben * Übertragbar.	—	60.000	60.000	—	21
527 62-9	721	Reisekosten für Straßenbauarbeiter gem. Nr.11 der SR 2a MTL II	—	—	—	—	1.453
TGr. 69		Kost. d. Entwurfsbearbeitung u. Bauaufsicht von Bundesstr. u. Betriebsstrecken der BAB	(18.000.000) (19.000.000)	(80.964.300)	(81.951.100)	(–986.800)	(72.300)
425 69-9	722	Vergütungen der Angestellten	—	41.342.700	40.109.000	+1.233.700	38.649
426 69-5	722	Löhne der Arbeiter	—	744.700	722.900	+21.800	456
459 69-0	722	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	297.000	295.500	+1.500	24
527 69-6	722	Reisekosten für Straßenbauarbeiter gem. Nr.11 der SR 2a MTL II	—	—	—	—	4
538 69-8	722	Dienstleistungen Außenstehender * Übertragbar.	18.000.000 19.000.000	31.000.000	33.243.800	–2.243.800	26.709
547 69-7	722	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	4.000.000	4.000.000	—	4.219
631 69-8	722	Erstattung von Lohnkosten an den Bund für zur Bauüberwachung eingesetzte, aus Bundesmitteln bezahlte Straßenwärter	—	1.989.700	1.989.700	—	1.907
633 69-0	722	Erstattung von Verwaltungskosten an Gemeinden (GV)	—	445.400	445.400	—	40
671 69-0	722	Erstattung von Verwaltungskosten an den Bund	—	1.030.500	1.030.500	—	231
672 69-6	722	Erstattung von Verwaltungskosten an nicht-bundeseigene Eisenbahnen	—	14.300	14.300	—	—
812 69-2	722	Erwerb von Geräten für Fach- und sonstige Aufgaben * Übertragbar.	—	100.000	100.000	—	59
TGr. 70		Bau der Emsland-Autobahn A 31 (Lückenschluss) * Übertragbar. ***Die Freigabe der ausgebrachten VE bedarf der Einwilligung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des LT.	(590.000.000) (—)	(30.000.000)	(—)	(+30.000.000)	(—)
671 70-3	721	Erstattungen an die NFG	590.000.000 —	—	—	—	—
731 70-6	721	Straßenbaumaßnahmen * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 342 70.	—	30.000.000	—	+30.000.000	—
TGr. 73		Betrieb, Unterhaltung und Instandsetzung von Landesstraßen ** Abweichend von § 35 LHO fließen Beiträge Dritter sowie Rückeinnahmen aus Leistungen für Dritte, soweit sie auf investive Mittel entfallen, den Ausgaben der Titelgruppe zu.	(2.500.000) (3.000.000)	(132.675.300)	(125.269.500)	(+7.405.800)	(124.693)
425 73-7	723	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
426 73-3	723	Löhne für das Straßenwartungspersonal	—	60.991.900	61.503.900	–512.000	60.094
459 73-9	723	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	191.400	191.400	—	12
514 73-0	723	Haltung von Nutz- und Sonderfahrzeugen	—	4.800.000	4.343.400	+456.600	4.786
516 73-2	723	Dienst- und Schutzkleidung	—	500.000	370.000	+130.000	729
517 73-9	723	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	900.000	946.800	–46.800	902
518 73-5	723	Mieten und Pachten	—	400.000	720.600	–320.600	92
519 73-1	723	Bauliche Unterhaltung von Betriebsanlagen	—	423.200	423.200	—	585
521 73-6	723	Betrieb, Wartung und Unterhaltung * Übertragbar.	—	40.901.900	40.901.900	—	38.683

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 69

Für Kosten der Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht von Bundesfernstraßen werden insgesamt erforderlich (Summe der Titelgruppe) 79 913 000 DM

Davon werden gedeckt durch:

1. den Beitrag des Bundes (vgl. Einnahme bei 231 69) 23 970 000 DM
2. Erstattung des Bundes für Sonderbaumaßnahmen an Bundesstraßen (vgl. Einnahme bei 231 63) 14 000 DM

Mithin sind aus Landesmitteln zu tragen 55 929 100 DM

Für die Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht werden voraussichtlich folgende Stellen für Bedienstete benötigt:

- 1 Stelle der Verg.-Gr. I a BAT
- 8 Stellen der Verg.-Gr. I b BAT
- 25 Stellen der Verg.-Gr. II a BAT
- 43 Stellen der Verg.-Gr. III BAT
- 31 Stellen der Verg.-Gr. IV a BAT
- 13 Stellen der Verg.-Gr. IV b BAT
- 133 Stellen der Verg.-Gr. V b BAT
- 65 Stellen der Verg.-Gr. V c BAT
- 33 Stellen der Verg.-Gr. VI b BAT
- 31 Stellen der Verg.-Gr. VII BAT
- 30 Stellen der Verg.-Gr. IX –VII BAT
- 8 Stellen nach MTL.

421 Stellen insgesamt

Hinzu kommen die im Zusammenhang mit der Projektgruppe A 2 und den Abschnittsleitungen benötigten Stellen für die Bauvorbereitung und Bauüberwachung:

- 4 Ingenieure II a BAT
- 9 Ingenieure III BAT
- 4 Ingenieure IV a BAT
- 4 Techniker V b BAT
- 5 Techniker V c BAT
- 2 Techniker VI b BAT

28 Stellen insgesamt

Zu 538 69

Ausgaben für Ingenieur-, Vermessungsbüros für Vorhaben an Bundesstraßen und Bundesautobahnen.

1. Bundesstraßen 18 300 000 DM
2. Bundesautobahnen 12 700 000 DM

Zusammen 31 000 000 DM

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	VE aus 2000 DM	VE aus 2001 DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	19 000 000	—	19 000 000
2002	—	—	18 000 000	18 000 000

Zu 631 69

Erstattung von Lohnkosten an den Bund und die Landkreise für zur Bauaufsicht an Bundesstraßen eingesetzte Bundes- bzw. Kreisstraßenwärter.

Zu 633 69

Verwaltungskosten an Gemeinden für Um- und Ausbaumaßnahmen an Bundesstraßen in Ortsdurchfahrten auf Grund von UA-Vereinbarungen.

Zu 671 69

Verwaltungskosten an die Deutsche Bahn AG für Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Bundesstraßen und an die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes.

Zu 672 69

Verwaltungskosten an nichtbundeseigene Eisenbahnen für Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Bundesstraßen.

Zu 812 69 (2000)

Veranschlagt sind die Kosten für den Erwerb von 2 Druck- und Sortiersystemen.

Zu Titelgruppe 70

Das Land Niedersachsen finanziert den Bau der A 31 (Lückenschluss von Wietmarschen bis Landesgrenze Niedersachsen/Nordrhein-Westfalen) nach Maßgabe eines zwischen Bund und Land abzuschließenden Vertrages in Höhe von bis zu 420 Mio. DM vor; um die Fertigstellung bis zum 31. 10. 2005 zu ermöglichen. Nach diesem Vertrag erstattet der Bund dem Land ab 2010 die Baukosten in Höhe von bis zu 285 Mio. DM; die übrigen Kosten in Höhe von 135 Mio. DM sind für den Bund ein sog. Interessenbeitrag des Landes zur Kostensenkung, wobei sich das Land diesen Betrag von der Region Emsland nach Maßgabe eines Vertrages zwischen Land und Region erstatten lässt.

Die Vorfinanzierung des Landes erfolgt unter Abzug der Finanzierungsbeteiligung der Region durch die Niedersächsische Finanzierungsgesellschaft (NFG). Das Land erstattet der NFG die durch die notwendigen Darlehensaufnahmen anfallenden Zinsen; die Tilgung erfolgt entsprechend der Erstattung durch den Bund ab 2010.

Zu 671 70

Die Verpflichtungsermächtigung ist zum Abschluss der Vorfinanzierungsverträge erforderlich. Sie deckt die Ermächtigungen des Landes zur Vorfinanzierung der gesamten Baukosten sowie die voraussichtlich anfallenden Vorfinanzierungskosten (= Zinsen) über 170 Mio. DM, bezogen auf die von der NFG aufzunehmenden Darlehen, ab. Die Verteilung der VE auf die künftigen Haushaltsjahre stellt sich wie folgt dar:

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	VE aus 2000 DM	VE aus 2001 DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	—	—	—
2002	—	—	1 750 000	1 750 000
2003	—	—	7 350 000	7 350 000
2004	—	—	15 050 000	15 050 000
2005 ff.	—	—	565 850 000	565 850 000

Zu 731 70

Siehe Erläuterungen zu Titel 342 70.

Zu Titelgruppe 73

Aufwendungen an Landesstraßen zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit und Ordnung, zur Pflege der Anlagen (Betrieb und Wartung), bauliche Sofortmaßnahmen und laufende Maßnahmen kleineren Umfangs ohne nennenswerte Wiederanhebung des Gebrauchswertes (Unterhaltung) und Maßnahmen größeren Umfangs mit deutlicher Wiederanhebung des Gebrauchswertes (Instandsetzung).

Zu unterhalten sind rd. 8 040 km Landesstraßen.

Zu 426 73

Hier sind Lohnkosten für die im Rahmen des Unterhaltungs- und Betriebsdienstes eingesetzten Straßenwärter und Auszubildenden veranschlagt.

	2001	2000
Zahl der Bediensteten		
– Lohnempfänger –		
im Straßenwartungsdienst	839	855
Auszubildende	100	100

ERLÄUTERUNGEN

Zu 514 73

Kosten für Betriebsstoffe, Instandsetzung und Unterhaltung der Nutzfahrzeuge und Ausgaben für Fuhrleistungen im Rahmen der Auftragsverwaltung f. d. Bund und von den SBV betreute Landkreise.

Aufgrund der Reform der Straßenbauverwaltung sind Straßenbauämter/Straßenmeistereien aufgelöst bzw. zusammengelegt worden. Dadurch ergeben sich größere Meistereibezirke. Laufleistung und Verschleiß der Fahrzeuge erhöhen sich entsprechend.

Aus diesen Gründen ist die Erhöhung des Ansatzes erforderlich.

Bestand an Nutzfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Nutzfahrzeuge	348	348	348
Anhänger	29	29	29
Radwegeunterhaltungsgeräte	37	37	37

Einnahmen aus Fuhrleistungen für Bund und Landkreise im Rahmen der Auftragsverwaltung sind bei 125 01 und 125 02 veranschlagt.

Zu 517 73

Wegen der Zusammenlegung von Straßenbauämtern und Straßenmeistereien wird weniger Mietraum benötigt.

Zu 521 73

Hieraus werden u. a. die Aufwendungen für Streckenwartung, Winterdienst, Reinigung und Pflege der Anlagen bestritten. Außerdem werden Schlaglöcher beseitigt, örtlich begrenzte Oberflächenbehandlungen durchgeführt, kleinere Brückenausbesserungsarbeiten, Reparaturen einzelner Verkehrszeichen und kleinere Ersatzpflanzungen u. ä. vorgenommen.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0820 Straßenbauverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 521 73-6		<i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 73.</i>					
526 73-8	723	Aufwendungen für Sachverständige für Arbeitssicherheit	—	150.000	63.900	+86.100	143
527 73-4	723	Reisekosten für Straßenbauarbeiter gemäß Nr. 11 der SR 2 a MTL II	—	1.100.000	—	+1.100.000	1.037
535 73-7	723	Betrieb, Unterhaltung und Ersatz der Straßenbaugeräte	—	2.892.800	2.892.800	—	2.887
547 73-5	723	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	400.000	187.500	+212.500	836
631 73-6	723	Erstattungen an den Bund für den Einsatz von Bundesstraßenwärtern auf Landes- straßen	—	400.000	200.000	+200.000	419
633 73-9	723	Erstattung von Verwaltungskosten an Ge- meinden (GV)	—	—	—	—	—
672 73-4	723	Erstattung der Kosten der Fortbildungs- veranstaltungen zum/r Straßenwärter- meister/-in	—	—	—	—	—
685 73-9	723	Leistungen an Wasser- und Bodenverbände	—	824.100	824.100	—	786
711 73-0	723	Kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten von Betriebsanlagen der Straßenbauverwal- tung * Übertragbar.	—	—	—	—	—
731 73-0	723	Instandsetzung * Übertragbar.	2.000.000 2.000.000	7.000.000	7.600.000	-600.000	9.139
732 73-7	723	Baumaßnahmen vor Abgabe der Baulast im Sinne von § 11 Abs. 4 NStG * Übertragbar.	500.000 1.000.000	1.100.000	1.100.000	—	754
811 73-4	723	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen * Übertragbar.	—	6.700.000	—	+6.700.000	—
812 73-0	723	Erwerb von Straßenbaugeräten * Übertragbar.	—	3.000.000	3.000.000	—	2.809
TGr. 75		Erhaltung von Landesstraßen * Übertragbar. ** Abweichend von § 35 LHO fließen Bei- träge Dritter sowie Rückeinnahmen aus Leistungen für Dritte, soweit sie auf investive Mittel entfallen, den Ausgaben der Titelgruppe zu. ***Bei Maßnahmen unter 1 Mio. DM entfällt die Vorlage der Unterlagen gem. § 24 LHO.	(20.000.000) (20.000.000)	(50.000.000)	(47.200.000)	(+2.800.000)	(54.059)
731 75-7	723	Erneuerung * Gegenseitig deckungsfähig: 731 75, 732 75, 821 75, 731 76, 821 76, 731 81, 821 81, 731 82 und 821 82.	20.000.000 20.000.000	22.000.000	19.200.000	+2.800.000	41.770
732 75-3	723	Um- und Ausbau * Vgl. D-Vermerk zu 731 75.	—	25.000.000	25.000.000	—	11.095
821 75-6	723	Grunderwerb * Vgl. D-Vermerk zu 731 75.	—	3.000.000	3.000.000	—	1.194
TGr. 76		Baumaßnahmen an Landesstraßen, ausgelöst durch Maßnahmen Dritter * Übertragbar. ** Abweichend von § 35 LHO fließen Bei- träge Dritter sowie Rückeinnahmen aus Leistungen für Dritte, soweit sie auf investive Mittel entfallen, den Ausgaben der Titelgruppe zu. ***Bei diesen Maßnahmen entfällt die Vor- lage der Unterlagen gemäß § 24 LHO.	(14.000.000) (14.000.000)	(25.000.000)	(25.000.000)	(—)	(13.909)
731 76-5	723	Baukosten * Vgl. D-Vermerk zu 731 75.	14.000.000 14.000.000	25.000.000	25.000.000	—	13.702
821 76-4	723	Grunderwerb * Vgl. D-Vermerk zu 731 75.	—	—	—	—	207

ERLÄUTERUNGEN

Zu 526 73

Mehr zum Vollzug des Arbeitssicherheitsgesetzes.

Zu 527 73

Mehr aufgrund der Anpassung an die Ist-Ergebnisse 1999.

Zu 535 73

Kosten der Ersatzbeschaffung von Straßenbaugeräten nur soweit der Betrag von 10 000 DM je Gerät nicht überschritten wird, im übrigen bei 812 73.

Zu 547 73

Mehr aufgrund der Anpassung an die Ist-Ergebnisse 1999.

Zu 631 73

Mehr aufgrund der Anpassung an die Ist-Ergebnisse 1999.

Zu 685 73

Hieraus sind die Beiträge an die Wasser- und Bodenverbände zu bestreiten.

Zu 731 73

Veranschlagt sind die Kosten für Aufbringung bzw. Ersatz von Deckschichten, Oberflächenbehandlung, Beseitigung von Spurrinnen und Aufbringen von Fahrbahnmarkierungen, Ausbesserung bzw. teilweise Erneuerung an Schutzeinrichtungen, Verbesserung des Korrosionsschutzes, Beseitigung von Beton- und Stahlschäden größeren Umfangs an Brücken, Schäden an Entwässerungseinrichtungen (Instandsetzung).

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	VE aus 2000 DM	VE aus 2001 DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	2 000 000	—	2 000 000
2002	—	—	2 000 000	2 000 000

Zu 732 73

Die veranschlagten Mittel werden benötigt, um Arbeiten vor Abstufung durch die Straßenbauverwaltung selbst oder durch Zahlung einer Ablösungssumme an den neuen Baulasträger zu erfüllen.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	VE aus 2000 DM	VE aus 2001 DM	Gesamt- belastung DM
2000	—	1 000 000	—	1 000 000
2001	—	—	500 000	500 000

Zu 811 73

Kfz-Typ	Listenpreis einschl. MwSt. DM	Sonderaus- stattung u. a. DM
Ersatzbeschaffungen:		
48 Nutzfahrzeuge	5 143 000	—
1 Anhänger	37 000	—
2 Hubsteiger	3164 000	—
7 Radwegunterhaltungsgeräte	1 204 000	—
Insgesamt	6 700 000	

Die Mittel wurden bisher bei Titel 811 06 ausgebracht.

Zu 812 73

Nachweisung über die im lfd. Hj. für den Geschäftsbereich der Straßenbauverwaltung zu beschaffenden Geräte:

Ersatzbeschaffungen:

13 Streuautomaten	je 81 000 DM	1 053 000 DM
3 Radwegstreuer	je 16 500 DM	49 500 DM
6 Schneepflüge	je 31 500 DM	189 000 DM
4 Schneepflüge f. Radwege	je 12 000 DM	48 000 DM
1 Schneeschleuder	je 46 000 DM	46 000 DM
1 Schneefräse	je 90 000 DM	90 000 DM
4 Soleaufbereitungsanlagen	je 96 000 DM	384 000 DM
1 Hydr. Standentleerung	je 13 500 DM	13 500 DM
2 Aufbaumäherwerke	je 64 000 DM	128 000 DM
6 Randstreifenmäher	je 37 000 DM	222 000 DM
8 Motormäher	je 16 000 DM	128 000 DM
1 Frontlader f. Unimog	je 27 500 DM	27 500 DM
2 Vorbaukehrrmaschinen	je 20 000 DM	40 000 DM
3 Leittpfostenwaschgeräte	je 18 000 DM	54 000 DM
2 Kleinkompressoren	je 14 500 DM	29 000 DM
3 Vibrationsplatten	je 11 000 DM	33 000 DM
1 Bauwagen	je 13 000 DM	13 000 DM
1 Stromerzeuger	je 10 500 DM	10 500 DM
4 Buschhacker	je 27 000 DM	108 000 DM
1 Mähergerät	je 18 500 DM	18 500 DM
1 Streuautomat	je 14 500 DM	14 500 DM
1 Kehrbesen	je 12 000 DM	12 000 DM
Summe		2 711 000 DM

Neubeschaffungen:

8 Soletanks für Streuautomaten	je 23 000 DM	184 000 DM
1 Datenerfassungssystem für den Winterdienst	je 105 000 DM	105 000 DM
Gesamtsumme		3 000 000 DM

Zu Titelgruppe 75

Aufwendungen an Landesstraßen für Maßnahmen zur Wiederherstellung des ursprünglichen Gebrauchswertes (Erneuerung) und zur Verbesserung der Qualität und Kapazität einer vorhandenen Straße (Um- und Ausbau).

(Vgl. Anlage 2 zum Epl. 08).

Zu 731 75 und 732 75**Belastung**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	VE aus 2000 DM	VE aus 2001 DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	20 000 000	—	20 000 000
2002	—	—	20 000 000	20 000 000

Zu 731 75

Veranschlagt sind u. a. Kosten für den Einbau von mehreren Fahrbahnschichten, das Herstellen eines frostsicheren Unterbaus, die Erneuerung von Entwässerungsanlagen, Brücken und Durchlässen.

Die Erhöhung des Ansatzes ist erforderlich, um die Landesstraßen in einem verkehrssicheren Zustand erhalten zu können.

Zu 732 75

Diese Aufwendungen dienen der Verbesserung der Qualität einer vorhandenen Straße. Zu diesen Maßnahmen zählen u. a. Kurvenbegradigungen, Straßenverbreiterungen, Änderungen von Kreuzungen, Verbreiterung oder Verstärkung von Brückenbauwerken sowie der Rückbau von Straßen (auch gleichzeitig mit Ersatz, Um- und Ausbau).

Zu Titelgruppe 76

Die Straßenbaubehörden sind Rechtsverpflichtungen eingegangen, durch die sich Verbindlichkeiten des Landes für künftige Haushaltsjahre ergeben.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	VE aus 2000 DM	VE aus 2001 DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	14 000 000	—	14 000 000
2002	—	—	14 000 000	14 000 000

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0820 Straßenbauverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 79		Bau von Landesstraßen auf neuer Trasse * Übertragbar. ** Abweichend von § 35 LHO fließen Beiträge Dritter sowie Rückeinnahmen aus Leistungen für Dritte, soweit sie auf investive Mittel entfallen, den Ausgaben der Titelgruppe zu. ***Bei Maßnahmen unter 1 Mio. DM entfällt die Vorlage der Unterlagen gem. § 24 LHO.	(—)	(—)	(—)	(—)	(0)
731 79-0	723	Baukosten * Vgl. D-Vermerk zu 883 01.	—	—	—	—	—
821 79-9	723	Grunderwerb * Vgl. D-Vermerk zu 883 01.	—	—	—	—	0
TGr. 81		Baumaßnahmen zur Beseitigung von Gefahrenstellen * Übertragbar. ** Abweichend von § 35 LHO fließen Beiträge Dritter sowie Rückeinnahmen aus Leistungen für Dritte, soweit sie auf investive Mittel entfallen, den Ausgaben der Titelgruppe zu. ***Bei diesen Maßnahmen entfällt die Vorlage der Unterlagen gemäß § 24 LHO.	(3.000.000) (3.000.000)	(7.200.000)	(6.800.000)	(+400.000)	(4.170)
731 81-1	723	Baukosten * Vgl. D-Vermerk zu 731 75.	3.000.000 3.000.000	7.200.000	6.800.000	+400.000	3.986
821 81-0	723	Grunderwerb * Vgl. D-Vermerk zu 731 75.	—	—	—	—	184
TGr. 82		Anbau von Radwegen an vorhandenen Landesstraßen * Übertragbar. ** Abweichend von § 35 LHO fließen Beiträge Dritter sowie Rückeinnahmen aus Leistungen für Dritte, soweit sie auf investive Mittel entfallen, den Ausgaben der Titelgruppe zu. ***Bei diesen Maßnahmen entfällt die Vorlage der Unterlagen gemäß § 24 LHO.	(9.000.000) (9.000.000)	(17.000.000)	(17.000.000)	(—)	(23.427)
731 82-0	723	Baukosten * Vgl. D-Vermerk zu 731 75.	9.000.000 9.000.000	17.000.000	17.000.000	—	21.365
821 82-9	723	Grunderwerb * Vgl. D-Vermerk zu 731 75.	—	—	—	—	2.062
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik	(—)	(3.680.400)	(3.234.000)	(+446.400)	(2.810)
525 99-5	711	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	92.700	92.700	—	45
538 99-0	711	Dienstleistungen Außenstehender	—	346.400	100.000	+246.400	333
547 99-9	711	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	941.300	941.300	—	1.327
812 99-4	711	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen * Übertragbar.	—	2.300.000	2.100.000	+200.000	1.106
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		6.704.400	-6.704.400	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 81

Veranschlagt sind die Mittel für Maßnahmen zur Ausschaltung von Gefahrenstellen im Landesstraßennetz – Unfallschwerpunktprogramm –.

Zu 731 81

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	VE aus 2000 DM	VE aus 2001 DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	3 000 000	—	3 000 000
2002	—	—	3 000 000	3 000 000

Zu Titelgruppe 82

Veranschlagt sind die Mittel für den Bau von Radwegen an Landesstraßen. Außerdem werden auch Gemeinschaftsradwege mitfinanziert, deren Planung, Bau und Finanzierung von Gemeinden und Landkreisen begleitet werden.

Zu 731 82

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	VE aus 2000 DM	VE aus 2001 DM	Gesamt- belastung DM
2000	—	9 000 000	—	9 000 000
2001	—	—	9 000 000	9 000 000

Zu Titelgruppe 99

DV-Anlagen für Planung, Entwurf, Bau und Betrieb von Straßen sowie Verwaltungsaufgaben. Veranschlagt sind die Kosten für Beschaffungen, den laufenden Betrieb sowie für Schulungen.

Zu 538 99

Dienstleistungen des IZN

(Beratung, Verfahrensentwicklung und Schulung)	346 400 DM
Zusammen	346 400 DM

Zu 812 99

Es sind folgende Beschaffungen vorgesehen:

1. Personalcomputer	1 600 000 DM
2. Fachsoftware für PCs	280 000 DM
3. Notebooks	204 000 DM
3. Rasterplotter	100 000 DM
3. Scanner DIN A0	48 000 DM
4. Tageslichtprojektoren (5 Beamer)	68 000 DM
Zusammen	2 300 000 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 08 20					
		1 Eigene Einnahmen		12.713.000	12.856.000	–143.000	
		2 Übertragungseinnahmen		130.973.000	127.421.000	+3.552.000	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		150.963.000	120.963.000	+30.000.000	
		Summe der Einnahmen		294.649.000	261.240.000	+33.409.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	311.004.800	310.372.500	+632.300	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	21.000.000	105.120.400	103.383.500	+1.736.900	
		6 Übertragungsausgaben	22.000.000				
			590.150.000	5.304.000	5.089.000	+215.000	
		7 Bauausgaben	180.000				
			48.500.000	134.300.000	101.700.000	+32.600.000	
			49.000.000				
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	6.700.000	144.709.300	145.222.000	–512.700	
			3.800.000				
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	13.872.400	—	+13.872.400	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	666.350.000	714.310.900	665.767.000	+48.543.900	
			74.980.000				
		Zuschuss		419.661.900	404.527.000	+15.134.900	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		10.427.400	11.007.500		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		724.738.300	676.774.500		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		430.089.300	415.534.500		

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0830 Häfen- und Schifffahrtsverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
119 51-5	712	Vermischte Einnahmen		—	—	—	35
124 01-2	731	Mieten und Pachten		—	—	—	10
383 72-7	990	Zuführung der Bauleitungsmittel für landes- eigene Hafenbaumaßnahmen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.		3.500.000	3.500.000	—	1.960
383 73-5	990	Zuführung für d. Bauleitung bei der Durch- führung von Baumaßnahmen der Wasserwirt- schaftsverw. u. wasserwirtsch. Zweckverb. * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 73.		55.000	55.000	—	—
383 82-4	990	Zuführung für die Durchführung von Vor- planungsarbeiten zum Ausbau der Häfen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82.		—	—	—	25
A U S G A B E N							
427 02-3	712	Vergütungen für Praktikanten während des Praxissemesters an Fachhochschulen * Vgl. D-Vermerk zu 0820 - 427 02.	—	16.000	16.000	—	1
681 01-9	731	Schadensersatzleistungen und Unfallent- schädigungen	—	—	—	—	—
682 01-5	731	Verlustrückstellungen im allgemeinen Hafenum- schlag der Seefischmarkt und Hafenumschlag Cuxhaven GmbH	—	—	—	—	—
683 02-0	731	Betriebskostenzuschuß an die Emder Hafen- umschlagsgesellschaft (EHUG)	—	—	—	—	—
741 02-0	731	Maßnahmen gegen die Verschlickung im Fedderwarder Priel/Siel	—	—	—	—	—
749 01-2	731	Mehrzweckumschlaganlage an der Elbe in Cuxhaven	—	—	—	—	4.636
881 01-8	731	Zuweisungen an den Bund zum Ausbau des Mittellandkanals ***Gem. § 17 Abs. 1 LHO ist die Erläuterung hinsichtlich der Verteilung auf die einzelnen Haushaltsjahre verbindlich.	—	16.200.000	16.200.000	—	16.200
883 01-0	731	Zuweisungen an kommunale Baulasträger zur Instandsetzung und zum Ausbau nichtlandes- eigener Hafenanlagen * Gegenseitig deckungsfähig: 883 01 und 892 01.	—	2.000.000	800.000	+1.200.000	995
892 01-0	731	Zuweisungen an private Baulasträger zur Instandsetzung und zum Ausbau nichtlandes- eigener Hafenanlagen * Einseitig deckungsfähig zu Lasten 0831 - 741 61. Vgl. D-Vermerk zu 883 01.	—	—	200.000	–200.000	338
Titelgruppe(n)							
TGr. 72		Bauleitungskosten für die Durchführung von Hafenbaumaßnahmen * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur ge- leistet werden bis zur Höhe der Istein- nahmen bei 383 72.	(—)	(3.500.000)	(3.500.000)	(—)	(1.945)
984 72-0	990	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	2.800.000	2.800.000	—	1.859
985 72-7	990	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
987 72-0	990	Vergütungen der Sonderfachleute	—	500.000	500.000	—	34
988 72-6	990	Nicht aufteilbarer Sachaufwand	—	200.000	200.000	—	51
TGr. 73		Bauleitungskosten für Maßnahmen der Was- serwirtschaft und Landeskultur * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur ge-	(—)	(55.000)	(55.000)	(—)	(—)

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 08 30 allgemein

Ab dem Haushaltsjahr 1997 werden die Haushaltsmittel der Häfen- und Schifffahrtsverwaltung in dem neuen Kapitel 08 31 Häfen- und Schifffahrtsverwaltung – Modellversuch „Budgetierung“ zusammengefasst.

Im Kapitel 08 31 sind alle Einnahmen und Ausgaben veranschlagt, die im Zusammenhang mit der Verwaltung der 15 landeseigenen Seehäfen entstehen.

Die sonstigen Kosten der Häfen- und Schifffahrtsverwaltung werden weiterhin im Kapitel 08 30 veranschlagt.

Zu 383 72

Die Kosten der Bauleitung für Hafenbaumaßnahmen des Landes sind in den Gesamtkosten der betreffenden Objekte enthalten. Der rechnermäßige Nachweis der Ausgaben für die Bauleitung erfolgt zusammengefasst bei Titelgruppe 72. Die nebenstehende Buchungsstelle dient der Verrechnung dieser Ausgaben mit den Bautiteln der Hauptgruppe 7. (Vgl. auch Kap. 08 31 Tit. 741 61).

Zu 383 73

Für die vom Nds. Hafenamt Cuxhaven auftragsweise durchzuführenden Baumaßnahmen der Nds. Wasserwirtschaftsverwaltung sind die hierbei entstehenden Bauleitungskosten unter sinngemäßer Anwendung des RdErl. d. ML vom 20. 6. 1958 – III B 2/603-7 Nr. 1549 – (Nds. MBl. S. 468) an das Kapitel 08 30 abzuführen. In diesem Rahmen übernimmt das Amt auch die Bauleitung für Maßnahmen der wasserwirtschaftlichen Zweckverbände. Die dabei entstehenden Kosten sind nach den RdErl. d. ML vom 30. 6. 86 – 314, 312 – 01 01 06 – (Nds. MBl. S. 704) von den Zweckverbänden zu erstatten.

Zu 383 82

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 82.

Zu 427 02

Wegen der Einführung von Praxissemestern für Studentinnen und Studenten der Fachhochschulen sind Vergütungen in Höhe von 16 000 DM bereitzustellen.

Zu 683 02

Leertitel zur Buchung von Ausgaberesten.

Zu 749 01

Leertitel zur Buchung von Ausgaberesten.

Zu 881 01

Im Rahmen des Programms der Bundesregierung für den Ausbau der Binnenwasserstraßen für die Wasserstraßenklasse IV wird auch der Mittellandkanal zwischen Bergeshövede und der Landesgrenze zu Sachsen-Anhalt (Rühen) ausgebaut. In Anbetracht der Bedeutung dieser Wasserstraße für die Wirtschaft im nordwestdeutschen Raum ist durch Regierungsabkommen vereinbart worden, dass Niedersachsen zusammen mit Hamburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen das sog. Länderdrittel zu den Gesamtkosten des Ausbaues von 4 421 Mio. DM aufbringt. Die Bauausführung obliegt der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes. Nach den Regierungsabkommen sind die Vertragspartner verpflichtet, ihnen gehörige für den Bau unmittelbar beanspruchte Grundstücke unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Der Landeszuschuss beträgt nach dem	
Preisstand 1997	760 861 000 DM
1. Rate 1966 bis 35. Rate 2000	499 810 000 DM
Vorbehalten	261 051 000 DM

Hierdurch ergeben sich folgende Belastungen für:

2001	16 200 000 DM
2002	16 200 000 DM
2003	16 200 000 DM
2004	16 200 000 DM
2005 ff.	196 251 000 DM

Durch folgende Entwicklungen sind seit 1980 (Gesamtkosten 3 974 Mio. DM) Mehrkosten in Höhe von 2 189 Mio. DM entstanden:

- erhöhte Anforderungen an die Umweltverträglichkeit
- erhöhte technische Anforderungen
- zusätzliche Maßnahmen
(Fortschreibung des Ausbaufortganges)
- Preissteigerungen 1980 – 1997.

Zu 883 01

Veranschlagt sind Mittel für Zuweisungen an kommunale Baulastträger zum notwendigen Ausbau ihrer Hafenanlagen, soweit die eigenen finanziellen Mittel hierfür nicht ausreichen.

Mehr aufgrund des voraussichtlichen Bedarfs.

Zu 892 01

Zuweisungen an private Baulastträger zum notwendigen Ausbau der Hafenanlagen, soweit es sich um überwiegend öffentlichen Umschlag handelt und die eigenen finanziellen Mittel hierfür nicht ausreichen.

Zu Titelgruppe 72

Vgl. Erläuterungen zu 383 72.

Zu Titelgruppe 73

Vgl. Erläuterungen zu 383 73.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0830 Häfen- und Schifffahrtsverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch TGr. 73		leistet werden bis zur Höhe der Istein- nahmen bei 383 73.					
984 73-9	990	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	50.000	50.000	—	—
985 73-5	990	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
987 73-8	990	Vergütungen der Sonderfachleute	—	—	—	—	—
988 73-4	990	Nicht aufteilbarer Sachaufwand	—	5.000	5.000	—	—
TGr. 82		Durchführung von Vorplanungsarbeiten zum Ausbau der Häfen * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur ge- leistet werden bis zur Höhe der Istein- nahmen bei 383 82.	(—)	(—)	(—)	(—)	(25)
984 82-8	990	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
985 82-4	990	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
987 82-7	990	Vergütungen der Sonderfachleute	—	—	—	—	24
988 82-3	990	Nicht aufteilbarer Sachaufwand	—	—	—	—	0
		Abschluss Kapitel 08 30					
		1 Eigene Einnahmen		—	—	—	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		3.555.000	3.555.000	—	
		Summe der Einnahmen		3.555.000	3.555.000	—	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	16.000	16.000	—	
		6 Übertragungsausgaben	—	—	—	—	
		7 Bauausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	18.200.000	17.200.000	+1.000.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	3.555.000	3.555.000	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	21.771.000	20.771.000	+1.000.000	
		Zuschuss		18.216.000	17.216.000	+1.000.000	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 82

Die allgemeinen Vorplanungsarbeiten größeren Umfangs für den Ausbau der Häfen im nieders. Küstenbereich sind investive Maßnahmen, deren Kosten unter der Hauptgruppe 7 zu veranschlagen sind. Die jeweiligen Ausgaben sind jedoch zum Zwecke der getrennten Nachweisung von persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten endgültig hier zu buchen.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
Titelgruppe(n)							
TGr. 61/62		Einnahmen-Budget		(59.870.000)	(47.630.600)	(+12.239.400)	(63.480)
119 61-6	712	Verwaltungseinnahmen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		800.000	442.600	+357.400	828
119 62-4	712	Umsatzsteuerrückzahlungen		10.000.000	4.000.000	+6.000.000	10.399
129 61-1	731	Verkehrsrentgelte * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		37.000.000	35.000.000	+2.000.000	37.896
129 62-0	731	Einnahmen aus sonstiger wirtschaftlicher Tätigkeit * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		12.000.000	8.118.000	+3.882.000	14.146
256 61-3	712	Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		—	—	—	122
271 61-2	731	Erstattungen aus sonstigen Bereichen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		70.000	70.000	—	88
A U S G A B E N							
Titelgruppe(n)							
TGr. 61/62		Ausgaben-Budget * Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 119 61, 129 62, 256 61 und 271 61 sowie um 50,0 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 129 61. ***Gem. § 17 Abs.1 S.2 LHO sind Ziff. 6 und 7 der Erläuterungen zu „Kapitel 0831 allgemein“ verbindlich. Einseitig deckungsfähig bis zur Höhe von 2 Mio. DM zugunsten 13 20 - 831 29 für Maßnahmen im Bereich Häfen und Schifffahrt.	(20.000.000) (40.000.000)	(175.558.700)	(145.652.800)	(+29.905.900)	(139.755)
422 61-0	712	Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten	20.000.000 40.000.000	4.337.300	4.429.800	–92.500	4.484
422 62-9	712	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
429 61-5	712	Nicht aufteilbare Personalausgaben für das etatisierte Personal	—	15.694.200	16.272.400	–578.200	17.000
429 62-3	712	Nicht aufteilbare Personalausgaben für das nicht etatisierte Personal	—	35.478.600	35.302.000	+176.600	39.407
459 61-1	712	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	58.600	58.300	+300	12
461 61-6	981	Ausgaben zur Deckung des Mehrbedarfs an Personalausgaben ***Die Ausgabe darf nur mit Einwilligung des MF geleistet werden.	—	1.382.700	2.207.100	–824.400	—
462 61-2	981	Globale Minderausgaben	—	—	–461.400	+461.400	—
547 61-8	712	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben ***Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO sind Erlöse aus der Belieferung Dritter mit Trinkwasser und elektrischer Energie sowie Schadensersatzleistungen durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.	—	39.332.600	46.340.600	–7.008.000	43.556
631 61-9	712	Erstattung von Verwaltungsausgaben an den Bund	—	550.000	550.000	—	671
636 61-0	712	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Sozialversicherungsträger	—	25.000	25.000	—	13
672 61-7	731	Erstattungen an Sonstige im Inland	—	175.000	175.000	—	333

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 08 31 allgemein

1. Das Kapitel 0831 enthält die Einnahmen und Ausgaben für die landeseigenen Seehäfen, die im Rahmen des fünfjährigen Modellversuchs „Budgetierung“ veranschlagt und bewirtschaftet werden.

Die anderen von der Häfen- und Schifffahrtsverwaltung zu tätigen Einnahmen und Ausgaben sind im Kapitel 08 30 veranschlagt.

2. Die Budgetierung bezweckt eine Dezentralisierung des Haushaltsvollzugs auf die niedersächsische Häfen- und Schifffahrtsverwaltung als ideelle Organisation für einen festgelegten einheitlichen Gesamtfinanzrahmen (Gesamtbudget).
3. Innerhalb der Häfen- und Schifffahrtsverwaltung soll die Aufgaben- und Ausgabenverantwortung soweit wie möglich auf die Ortsebene Hafenämter delegiert werden.
4. Die Budgetierung ergänzt folgerichtig die seit dem 1. 1. 1996 für die 15 landeseigenen Seehäfen eingeführte Kosten- und Leistungsrechnung, um einen Hafenbetrieb nach betriebswirtschaftlichen Kriterien führen zu können.
5. Der Modellversuch hat am 1. 1. 1997 begonnen und ist mit einem fünfjährigen Zeitraum bis zum Jahr 2001 befristet.
6. Für den Modellversuch wird folgende Bewirtschaftung zugelassen:
- Abweichend von § 38 Abs. 2 und Abs. 3 LHO ist eine Mitwirkung des Finanzministeriums bei der Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen nicht erforderlich.
 - Nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen gelten, wenn das Haushaltsgesetz für das nächste Haushaltsjahr nicht rechtzeitig verkündet wird, bis zur Verkündung dieses Haushaltsgesetzes. Eine davon abweichende Regelung gilt nicht für diesen Modellversuch.
 - Abweichend von § 35 Abs. 2 LHO dürfen im Zusammenhang mit der Abwicklung von bereits am 1. 1. 1997 vorhandene Ausgabereste bei Kapitel 08 30 und Kapitel 50 81 TGr. 81 Ausgaben für denselben Zweck aus verschiedenen Titeln des Haushaltsplans geleistet werden.
 - Ausgabereste dürfen gebildet, übertragen und in Anspruch genommen werden. Die insoweit erforderliche Einwilligung des Finanzministeriums gilt als erteilt.
 - Die Deckungsfähigkeit der Ausgaben der Hauptgruppen 7 und 8 zugunsten von Ausgaben anderer Hauptgruppen im Kapitel 08 31 TGr. 61/62 wird abweichend von § 20 Abs. 1 Nr. 1 LHO ausgeschlossen.
7. Die Ergebnisse des Modellversuchs werden jährlich ausgewertet und dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen und dem Ausschuss für Häfen und Schifffahrt vorgelegt.
8. Von den bei der Bezirksregierung Weser-Ems als Mittelinstanz der Häfen- und Schifffahrtsverwaltung entstehenden Einnahmen und Ausgaben sind hier
- Ausgaben der Obergruppe 42 für das Fachpersonal,
 - Ausgaben für die eigentlichen Fachaufgaben sowie die
 - Einnahmen, die mit den Ausgaben zu a) und b) im ursächlichen Zusammenhang stehen (ohne Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten und Verwaltungsgebühren)
- veranschlagt.

Alle übrigen Einnahmen und Ausgaben sind bei Kapitel 03 05 ausgebracht (vgl. allgemeine Erläuterung zu Kapitel 03 05).

Zu 119 61

Veranschlagt sind Gebühren, Entgelte, Geldstrafen, Verkaufserlöse unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände und sonstige Verwaltungseinnahmen.

Zu 119 62

Abweichend vom RdErl. des MF v. 16. 2. 1968 (Nds. MBl. S. 233) i. d. F. v. 24. 8. 1983 (Nds. MBl. S. 784) – Buchung der Umsatzsteuer – werden sämtliche Umsatzsteuerrückzahlungen bei dem Titel 119 62 als Einnahme veranschlagt und nachgewiesen.

Zu 129 61

Dazu gehören Hafenentgelte (Hafen- und Kajegeld/Kaimauermiete).

Zu 129 62

Erlöse aus Veräußerungen landeseigener Einrichtungen und Sachen sowie Mieten und Pachten.

Zu 271 61

Veranschlagt sind Erstattungen von Bauleitungsmitteln für Hafenbaumaßnahmen Dritter.

Zu 422 61

Vorsorglich ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung zur haushaltsrechtlichen Absicherung der bis zum Jahre 2001 vorgesehenen Investitionsmaßnahmen (Tit. 741 61 und 821 61).

Belastung (2001)

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	VE aus 2000 DM	VE aus 2001 DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	40 000 000	—	40 000 000
2002	—	—	20 000 000	20 000 000

Zu 429 61

Vergütung der Angestellten sowie Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter einschließlich Entschädigung für nebenamtliche Kräfte.

	Verg.-Gr. Lohn-Gr.	Anzahl der Stellen 2001	2000

I. Angestellte⁹⁾

I b	1	1
II a ²⁾	2	2
III	20	20
IV a	14	14
IV b ⁴⁾⁷⁾	9	12
V b	17	17
V c	20	20
VI b ⁵⁾⁸⁾	47	49
VII ⁶⁾	21	24
VIII ³⁾	8	9
X	2	2
IX b-VII ⁶⁾	13	13
Zusammen	174	183

Freistellungen gem. Vereinbarung nach § 81 Nds. PersVG:

III	—	1
IV a	—	1
IV b	—	1
VI b	—	6
VII	—	1
IX b	—	1
IX	—	1
Insgesamt	174	195

II. Arbeiter/-innen

Sonstige Dienste	2 a – 8 ⁹⁾	8	8
Zusammen		8	8

Freistellungen gem. Vereinbarung nach § 81 Nds. PersVG:

Kraftfahrdienst	—	1
Insgesamt	8	9

²⁾ 1 kw ab 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002)

³⁾ 3 kw ab 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002)

⁴⁾ 3 kw ab 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003)

⁵⁾ 2 kw ab 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003)

⁶⁾ 1 kw ab 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003)

⁷⁾ 2 kw ab 1. 4. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003)

⁸⁾ 1 kw ab 1. 7. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003)

⁹⁾ 1 kw ab 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002)

Zu I. Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b BAT	3	} Einsparung gem. ZV für 2001
Verg.-Gr. VI b BAT	2	
Verg.-Gr. VII BAT	3	
Verg.-Gr. VIII BAT	1	
Abgänge	9	
Verg.-Gr. III BAT	1	} Abgang aufgrund Zahlung Altersrente für beurlaubte Angestellte (58er Regelung)
Verg.-Gr. IV a BAT	1	
Verg.-Gr. IV b BAT	1	
Verg.-Gr. VI b BAT	6	
Verg.-Gr. VII BAT	1	
Verg.-Gr. IX b BAT	1	
Verg.-Gr. IX BAT	1	
Abgänge	12	
Abgänge insgesamt	21	

 ERLÄUTERUNGEN

Zu 429 62

Vergütung der Angestellten sowie Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter einschließlich Entschädigung für nebenamtliche Kräfte.

Nach dem Stand vom 1. 1. 2000 waren eingestellt und eingestuft:

	Anzahl
Verg.-Gr. IV b BAT	2
Verg.-Gr. V b BAT	6
Verg.-Gr. V c BAT	3
Verg.-Gr. VI b BAT	8
Verg.-Gr. VII BAT	1
Verg.-Gr. VIII BAT	1
	21
Hinzu kommen:	
Arbeiter/Arbeiterinnen	483
Auszubildende	76
	559
Insgesamt	580

Zu 631 61

Kostenanteil für die Wahrnehmung des Hafenlotsdienstes in Emden sowie für den Schiffsmelddienst auf der Unterweser.

Zu 636 61

Erstattung anteiliger Personalkosten für die bei der Betriebskrankenkasse des Bundesverkehrsministeriums (BKK) Versicherten.

Zu 672 61

Erstattung anteiliger Kosten an die Deutsche Bahn AG für Unterhaltung und Betrieb der nieders. Hafenbahn im Hafen Cuxhaven.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0831 Häfen- und Schifffahrtsverwaltung - Modellversuch „Budgetierung“

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
681 61-6	731	Schadenersatzleistungen, Unfall- und Nutzungsentschädigungen	—	—	—	—	10
685 61-1	731	Beiträge und Zuschüsse an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	102.000	302.000	-200.000	292
741 61-9	731	Hafenbaumaßnahmen * <i>Einseitig deckungsfähig zugunsten 0830 - 892 01.</i> *** <i>Bei Hafenbaumaßnahmen fließen abweichend von §35 LHO Rückeinnahmen aus Leistungen für Dritte den Ausgaben der entsprechenden Hafenbaumaßnahmen zu.</i>	—	34.000.000	36.000.000	-2.000.000	31.926
811 61-7	731	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	292.000	292.000	—	760
812 61-3	731	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	160.000	160.000	—	1.182
821 61-2	731	Grunderwerb sowie Erwerb unbeweglicher Anlagen	—	4.000.000	4.000.000	—	107
981 61-0	990	Abführung an 13 02 - 381 02, 13 21 - 381 08 und 13 50 - 381 08	—	39.970.700	—	+39.970.700	—
Abschluss Kapitel 08 31							
1 Eigene Einnahmen				59.800.000	47.560.600	+12.239.400	
2 Übertragungseinnahmen				70.000	70.000	—	
Summe der Einnahmen				59.870.000	47.630.600	+12.239.400	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			20.000.000	56.951.400	57.808.200	-856.800	
			40.000.000				
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	39.332.600	46.340.600	-7.008.000	
6 Übertragungsausgaben			—	852.000	1.052.000	-200.000	
7 Bauausgaben			—	34.000.000	36.000.000	-2.000.000	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	4.452.000	4.452.000	—	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	39.970.700	—	+39.970.700	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			20.000.000 40.000.000	175.558.700	145.652.800	+29.905.900	
Zuschuss				115.688.700	98.022.200	+17.666.500	
Nachrichtlich:							
Anteil an den Versorgungsausgaben				1.404.900	1.590.800		
Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil				176.963.600	147.243.600		
Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil				117.093.600	99.613.000		

ERLÄUTERUNGEN

Zu 681 61

Vorsorglich Leertitel.

Zu 685 61

Die Hafenwirtschaftsgemeinschaften/Hafenförderungsgesellschaften haben 1991 einen gemeinsamen Förderverein – Niedersächsische Hafenvertretung e. V. – für die Hafenwerbung der nieders. Seehäfen gegründet. Sie wollen damit die Aktivitäten des Landes unterstützen. Die Arbeit des Vereins ist nur gewährleistet, wenn sich das Land an den für Werbemaßnahmen entstehenden Aufwendungen finanziell beteiligt.

Weiterhin veranschlagt ist der Mitgliedsbeitrag für den Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV).

Zu 741 61 und 821 61

Im Rahmen der Umstrukturierung und des Ausbaus der niedersächsischen Seehäfen werden für

Hafenbaumaßnahmen in Brake	2,70 Mio. DM
Hafenbaumaßnahmen in Cuxhaven	12,00 Mio. DM
Hafenbaumaßnahmen in Emden	14,00 Mio. DM
Hafenbaumaßnahmen in Norden	3,30 Mio. DM
Hafenbaumaßnahmen in Wilhelmshaven	2,00 Mio. DM
Grunderwerb in den landeseigenen Seehäfen	4,00 Mio. DM

Zusammen 38,00 Mio. DM

vorgesehen.

Zu 981 61

- a) Abführung des Versorgungskostenanteils für die planmäßigen Beamten an 13 50 – 381 08.
- b) Abführung von 50 v. H. der bei Tit. 129 62 aufkommenden Einnahmen aus Erbbaurechtsverträgen an 13 02 – 381 02 sowie
- c) Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften an 13 21 – 381 08.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 0896 Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 41-6	011	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	659
331 01-6	692	Zuweisungen für Investitionen vom Bund nach dem Strukturhilfegesetz		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
746 04-6	731	Errichtung eines Massengutlagers am Rüster-sieler Groden in Wilhelmshaven	—	—	—	—	—
749 01-0	731	Mehrzweckumschlaganlage an der Elbe in Cuxhaven	—	—	—	—	3.233
		Titelgruppe(n)					
TGr. 65		Projekt Joint European Submicron Silicon (JESSi) * Übertragbar.	(—)	(—)	(—)	(—)	(1.527)
883 65-5	169	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
891 65-8	169	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	1.527
893 65-0	169	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 08 96					
		1 Eigene Einnahmen		—	—	—	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		7 Bauausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	—	—	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 746 04 bis 893 65

Leertitel zur Buchung von Ausgaberesten.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 08					
		1 Eigene Einnahmen		534.758.000	300.345.400	+234.412.600	
		2 Übertragungseinnahmen		1.104.915.800	946.280.400	+158.635.400	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		685.757.600	640.606.900	+45.150.700	
		Summe der Einnahmen		2.325.431.400	1.887.232.700	+438.198.700	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	20.000.000 40.000.000	432.824.900	434.311.500	–1.486.600	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	313.488.000 922.716.000	580.989.800	571.018.100	+9.971.700	
		6 Übertragungsausgaben	690.150.000 70.180.000	614.522.800	577.287.800	+37.235.000	
		7 Bauausgaben	48.500.000 49.000.000	168.300.000	137.700.000	+30.600.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	327.000.000 109.225.000	1.185.548.200	1.007.765.700	+177.782.500	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	60.198.500	32.417.000	+27.781.500	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	1.399.138.000 1.191.121.000	3.042.384.200	2.760.500.100	+281.884.100	
		Zuschuss		716.952.800	873.267.400	–156.314.600	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		21.290.900	22.993.300		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		3.063.675.100	2.783.493.400		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		738.243.700	896.260.700		
		Summe für inzwischen weggefallene Kapitel					
		Einnahmen			6.047.000		
		Ausgaben	—		16.645.000		

Nachweisung

über die der alleinigen Verfügung des Landes unterliegenden Sondervermögen, die zu solchen Zwecken bestimmt sind, für die auch allgemeine Landesmittel verwendet werden (§ 26 LHO).

Wirtschaftsförderfonds

Niedersachsen

Das Sondervermögen ist auf Grund des § 1 des Gesetzes „Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen“ vom 8. 11. 1977 (Nds. GVBl. 1977 S. 589) gebildet worden.

Verpflichtungen zu Lasten des Fonds dürfen im Rahmen des Gesetzes und der parlamentarischen Ermächtigungen zum jährlichen Wirtschaftsplan des Fonds eingegangen werden.

Ausgaben dürfen in Höhe der dem Fonds aus eigenen Einnahmen oder Zuführungen aus dem Landeshaushalt zur Verfügung stehenden Mitteln geleistet werden.

Soweit die in den Vorjahren ausgebrachten Kreditermächtigungen nicht in Anspruch genommen wurden, bleiben sie in der Höhe weiter bestehen, wie sie zur Erfüllung von in den Wirtschaftsplänen der Vorjahre veranschlagten, aber nicht getätigten Ausgaben, die als Ausgabereste nach § 45 LHO in das nächste Hj. zu übertragen sind, benötigt werden.

Die Kreditermächtigungen dürfen nur mit Zustimmung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtags in Anspruch genommen werden.

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7
	E I N N A H M E N					
119 51	Vermischte Einnahmen		—	—	—	219
119 77	Rückzahlungen von Überzahlungen aus dem Bereich Förderung von Beratungs- und anderen Dienstleistungsmaßnahmen (NPGI-Progr.)		—	—	—	6
359 02	Zuführung aus dem Landeshaushalt zur Finanzierung von Investitionen		66.635.000	86.135.000	–19.500.000	82.235
359 03	Zuführung aus dem Landeshaushalt aus Rückflüssen des EG-Fonds ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 68.		—	—	—	—
361 01	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre		—	—	—	–95.610
	Titelgruppe(n)					
TGr. 61	Einnahmen aus dem Bereich Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen Landesdarlehensprogramm - ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 61.		(85.000.000)	(80.500.000)	(+4.500.000)	(72.046)
359 61	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		85.000.000	80.500.000	+4.500.000	72.046
TGr. 62	Einnahmen aus dem Bereich der wirtschaftsnahen Infrastruktur, Standortvorsorge, Industriebrachenbeseitigung ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 62.		(6.350.000)	(4.300.000)	(+2.050.000)	(10.361)
119 62	Rückzahlungen von Überzahlungen		—	—	—	209
153 62	Zinseinnahmen von Gemeinden (GV)		500.000	700.000	–200.000	507
161 62	Zinseinnahmen von öffentl. Unternehmen		350.000	700.000	–350.000	859
173 62	Darlehensrückflüsse von Gemeinden (GV)		1.600.000	1.700.000	–100.000	2.332
181 62	Darlehensrückflüsse von öffentl. Unternehmen		1.200.000	1.200.000	—	2.254
359 62	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		2.700.000	—	+2.700.000	4.200
TGr. 65	Einnahmen aus dem Bereich des Technologieprogramms ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 65.		(2.500.000)	(2.700.000)	(–200.000)	(3.473)
119 65	Rückzahlungen von Überzahlungen		100.000	100.000	—	1.626
124 65	Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung		50.000	50.000	—	44
153 65	Zinseinnahmen von Gemeinden (GV)		50.000	50.000	—	—
161 65	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen		50.000	50.000	—	2
162 65	Zinseinnahmen von privaten Unternehmen und Sonstigen		450.000	1.000.000	–550.000	497
173 65	Darlehensrückflüsse von Gemeinden (GV)		100.000	100.000	—	—
181 65	Darlehensrückflüsse von öffentlichen Unternehmen		100.000	100.000	—	—
182 65	Darlehensrückflüsse von privaten Unternehmen und Sonstigen		1.100.000	1.250.000	–150.000	803
359 65	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		500.000	—	+500.000	500
TGr. 66	Einnahmen aus dem Bereich des Technologietransfers ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 66.		(350.000)	(700.000)	(–350.000)	(384)
119 66	Rückzahlungen von Überzahlungen		—	—	—	188
153 66	Zinseinnahmen von Gemeinden (GV)		—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

ALLGEMEINES

Entsprechend dem „Gesetz über ein Sonderprogramm zur Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen“ vom 08.11. 1977, in der Fassung vom 16.10.1997, ist ein Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen gegründet worden, dem ab 01.01. 1978 jährlich mindestens 100 Mio. DM aus Landeshaushaltsmitteln zuzuführen sind (§ 4 FondsG). Die Mittel sollen für Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftskraft und der -struktur des Landes, insbesondere für Maßnahmen zum Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur etwa durch Gemeindeverbände sowie öffentliche Unternehmen verwendet werden; eine Mitfinanzierung von Programmen nach Art. 91a und Art. 104 a GG sowie die Finanzierung anderer Förderungsprogramme aus Mitteln des Wirtschaftsförderfonds ist nicht statthaft (§§ 1,2 FondsG).

In den vergangenen Haushaltsjahren sind folgende Finanzierungsaufgaben aus dem Kapitel 08 02 in den Wirtschaftsförderfonds übernommen worden:

- Regionale Wirtschaftsförderung,
- Maßnahmen der Wirtschaftswerbung,
- Zuwendungen nach dem Gesetz zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen,
- Außenhandelsförderung der mittelständischen Wirtschaft,
- Förderung der Fremdenverkehrswerbung und
- Technologieprogramme.

Zu Titel 359 02

Der Betrag steht im Landeshaushalt im Kapitel 08 02 Titel 891 02 bereit.

Zu Titel 359 61

Durch eine Einbringung des Fördervermögens in das haftende Eigenkapital der NORD/LB und Übertragung des weiteren zur Wirtschaftsförderung von der LTS-Wirtschaft verwalteten Vermögens an die NORD/LB fließen Tilgungen und Zinsen aus dem Landesdarlehensprogramm nicht mehr dem Land zu.

Gemäß § 5 des Vertrages zwischen dem Land und der NORD/LB kann jedoch das zugeführte Vermögen bis auf einen Bestand mit einem Verkehrswert von mindestens 1,5 Mrd. DM zurückgeführt werden, so daß Entnahmen aus dem Vermögen der NORD/LB möglich sind.

Aus dem Bereich des Landesdarlehensprogramms werden Zinsen und Rückflüsse von Darlehen erwartet, die dem haftenden Eigenkapital der NORD/LB zufließen.

Aus dem Vermögen der NORD/LB soll ein Betrag in gleicher Höhe entnommen werden.

Zu den Titeln 153 62, 161 62, 173 62, 181 62

Zinsen und Tilgungen aus den in den vorangegangenen Jahren vergebenen Darlehen an Gemeinden (GV) und öffentliche Unternehmen für den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur, Standortvorsorge und Industriebrachenbeseitigung.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 5081 Wirtschaftsförderfonds -Gewerblicher Bereich-

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7
161 66	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen		50.000	100.000	–50.000	—
162 66	Zinseinnahmen von privaten Unternehmen und Sonstigen		50.000	300.000	–250.000	—
182 66	Darlehensrückflüsse von privaten Unternehmen und Sonstigen		100.000	300.000	–200.000	—
232 66	Erstattung von Verwaltungsausgaben und Betriebskosten für das Erfinderzentrum Norddeutschland (EZN)		—	—	—	—
331 66	Zuweisungen des Bundes		—	—	—	196
359 66	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		150.000	—	+150.000	—
TGr. 67	Einnahmen aus dem Bereich der Förderung neuer Kommunikationstechnologien ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 67.		(200.000)	(200.000)	(—)	(229)
162 67	Zinseinnahmen von privaten Unternehmen und Sonstigen		50.000	50.000	—	29
182 67	Darlehensrückflüsse von privaten Unternehmen und Sonstigen		50.000	150.000	–100.000	200
359 67	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		100.000	—	+100.000	—
TGr. 68	Einnahmen aus dem Bereich der besonderen Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 68.		(25.000.000)	(—)	(+25.000.000)	(55)
119 68	Rückzahlungen von Überzahlungen		—	—	—	55
161 68	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen		—	—	—	—
162 68	Zinseinnahmen von privaten Unternehmen und Sonstigen		—	—	—	0
359 68	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		25.000.000	—	+25.000.000	—
TGr. 70	Einnahmen aus dem Bereich der Wirtschaftswerbung ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 70.		(—)	(—)	(—)	(—)
119 70	Einnahmen von Dritten		—	—	—	—
TGr. 72	Einnahmen aus dem Bereich der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen ***Vgl. K-Vermerk zu 862 72.		(9.600.000)	(8.100.000)	(+1.500.000)	(12.959)
119 72	Rückzahlungen von Überzahlungen		100.000	100.000	—	258
162 72	Zinseinnahmen von privaten Unternehmen und Sonstigen		—	—	—	0
359 72	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		9.500.000	8.000.000	+1.500.000	12.700
TGr. 73	Einnahmen aus dem Bereich Tourismus ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 73.		(—)	(—)	(—)	(878)
113 73	Veräußerungserlöse		—	—	—	—
119 73	Rückzahlungen von Überzahlungen		—	—	—	38
251 73	Zuweisungen des Bundes		—	—	—	—
282 73	Sonstige Zuschüsse Dritter		—	—	—	840
359 73	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titel 119 68

Rückzahlungen aus Zuwendungen nach den Verwaltungsvorschriften zu §§ 23 und 44 LHO.

Zu Titel 359 72

In Höhe der aus dem Bereich des Förderprogramms für Existenzgründerinnen (s. Titel 862 72) erwarteten Zins- und Tilgungseinnahmen sollen Entnahmen aus dem Vermögen der NORD/LB erfolgen.

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7
	A U S G A B E N					
919 01	Abführungen an den Landeshaushalt	—	3.595.000	—	+3.595.000	—
972 01	Globale Minderausgabe	—	—	—	—	—
	Titelgruppe(n)					
TGr. 61	Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen - Landesdarlehensprogramm - § 2 Abs. 1 Nr. 1 Fondsgesetz - ***Übertragbar. <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei TGr. 61; Mindereinnahmen sind einzusparen.</i> <i>Gegenseitig deckungsfähig: 50 81 TGr. 61 und 50 83 TGr. 90.</i> <i>Einseitig deckungsfähig: TGr.61 zugunsten 862 72.</i>	(15.000.000) (15.000.000)	(70.000.000)	(80.000.000)	(–10.000.000)	(49.585)
861 61	Darlehen an öffentl. Unternehmen	15.000.000 15.000.000	—	—	—	—
862 61	Darlehen an private Unternehmen	—	70.000.000	80.000.000	–10.000.000	49.585
863 61	Darlehen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 62	Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur, Standortvorsorge, Industriebrachenbe-seitigung ***Übertragbar. <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei TGr. 62; Mindereinnahmen sind einzusparen.</i> <i>Gegenseitig deckungsfähig: 50 81 TGr. 62, 65, 66, 67, 68, 75 und 50 83 TGr. 85, 86, 87.</i>	(12.000.000) (10.000.000)	(7.230.000)	(8.230.000)	(–1.000.000)	(36.354)
538 62	Dienstleistungen Außenstehender	12.000.000 10.000.000	—	—	—	—
546 62	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
761 62	Tiefbaumaßnahmen des Landes	—	—	—	—	–27
853 62	Darlehen an Gemeinden (GV)	—	3.000.000	3.000.000	—	12.138
861 62	Darlehen an öffentliche Unternehmen	—	3.000.000	3.000.000	—	9.796
883 62	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	1.000.000	2.000.000	–1.000.000	5.925
891 62	Zuschüsse für Investitionen an öffentli-che Unternehmen	—	230.000	230.000	—	8.523
TGr. 65	Förderung von Forschungs-, Entwicklungs-, Innovationsvorh. sowie von wirtschaftsnahen Forschungsinstituten -Technologieprogramm- ***Übertragbar. <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei TGr. 65; Mindereinnahmen sind einzusparen.</i> <i>Vgl. D-Vermerke zu TGr. 62.</i>	(45.000.000) (50.000.000)	(35.560.000)	(53.460.000)	(–17.900.000)	(42.142)
538 65	Dienstleistungen Außenstehender; Gutachten	45.000.000 50.000.000	700.000	700.000	—	1.164
547 65	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs-ausgaben	—	—	—	—	0
631 65	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an den Bund	—	—	—	—	—
661 65	Schuldendiensthilfen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titel 919 01

Einmalige Abführung zur Entlastung des Landeshaushalts.

Zu Titelgruppe 61

Die Förderung von Existenzgründungen und von kleinen und mittleren Unternehmen soll nach Maßgabe des Landesdarlehensprogramms erfolgen und dazu dienen, die Leistungsfähigkeit, die Innovationsfreudigkeit und die Risikobereitschaft zu stärken sowie die bedeutende Rolle von Existenzgründern und von kleinen und mittleren Unternehmen bei der Entwicklung und Einführung technologisch neuartiger Produkte sowie bei der originellen Anwendung fortschrittlicher Techniken zu unterstützen, um insgesamt auf diesem Wege die Wirtschaftsstruktur des Landes zu verbessern.

Im einzelnen sollen solche Investitionen mit zinsgünstigen Darlehen gefördert werden, die – wie etwa die Errichtung, die Erweiterung oder die Verlagerung einer Betriebsstätte – für die Weiterentwicklung eines kleinen oder mittleren Unternehmens wesentlich sind.

Die Vergabe der Darlehen erfolgt nach der Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr für die Gewährung von Landesdarlehen zur Wirtschaftsförderung in Niedersachsen.

Zu Titel 861 61

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	15 000 000	—	15 000 000
2002	—	—	8 000 000	8 000 000
2003	—	—	7 000 000	7 000 000

Zu Titel 862 61

Ausgewiesen sind die für die Vergabe von zinsgünstigen Darlehen vorgesehenen Mittel.

Der bisherige Ansatz von 80,0 Mio. DM wurde zur Finanzierung der beiden in Kapitel 08 02 TGr. 76 neu veranschlagten Förderprogramme „Meisterprämie“ und „Gründungszuschuss“ um 10,0 Mio. DM gekürzt.

Zu Titelgruppe 62

Im Rahmen der Wirtschaftsförderung ist es eine Aufgabe der Gemeinden (GV), attraktive Gewerbe- und Industrieflächen zu erwerben, zu erschließen und zu marktgerechten Konditionen ansiedlungswilligen oder expandierenden Gewerbe- und Industrieunternehmen anzubieten. Hierzu zählt auch die Wiedernutzbarmachung solcher Flächen, die brach liegen oder weitgehend aufgegeben wurden. Im Einzelfall kann ein erhebliches Landesinteresse an der Durchführung derartiger Projekte bestehen. Zur Mitfinanzierung dieser Maßnahmen können zinsgünstige Darlehen, in Ausnahmefällen auch nicht rückzahlbare Zuwendungen, gewährt werden.

Zu Titel 538 62

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	7 000 000	200 000	—	7 200 000
2002	3 000 000	5 200 000	—	8 200 000
2003	—	4 600 000	3 600 000	8 200 000
2004ff	—	—	8 400 000	8 400 000

Zu Titelgruppe 65

Die Intensivierung der wirtschaftsnahen Forschung und Entwicklung sowie die Einführung innovativer Produkte und Produktionsverfahren sind für die Verbesserung der Wirtschaftskraft und der Struktur des Landes von großer Bedeutung. Es sollen daher Zuwendungen zur Finanzierung insbesondere folgender Projekte und Maßnahmen gewährt werden:

- Innovationsvorhaben von Unternehmen,
- wirtschaftsnahe Forschungsinstitute (Institut für Lebensmitteltechnik, Institut für Kautschuktechnologie, Laserzentrum Hannover u. a.),
- Innovationsförderung für das nieders. Handwerk,
- Existenzgründungen aus Hochschulen,
- Fachkoordinierung Biotechnologie,
- Teilnahme KMU an Inlandmessen durch Förderung von Gemeinschaftsständen.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Laserzentrums Hannover e.V., Hannover

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Vorläufiges Istergebnis 1999 DM
Ausgaben			
1. Personalausgaben	9 700 000	8 400 000	9 278 000
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	4 800 000	4 200 000	5 189 900
3. Schuldendienst	—	—	—
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—
5. Ausgaben für Investitionen	1 800 000	1 800 000	1 832 000
6. Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—
Zusammen	16 300 000	14 400 000	16 299 900

Einnahmen

Eigene Einnahmen einschl. Vorsteuer- erstattungen	13 600 000	11 700 000	13 599 900
Mithin Fehlbetrag	2 700 000	2 700 000	2 700 000
Der Fehlbetrag 2001 soll gedeckt werden durch:			
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers			— DM
b) das Land mit			2 700 000 DM
c) den Bund mit			— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit			— DM
e) Private			— DM
Zusammen			2 700 000 DM

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
des Deutschen Instituts für Kautschuktechnologie e. V., Hannover

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Vorläufiges Istergebnis 1999 DM
Ausgaben			
1. Personalausgaben	3 600 000	3 185 000	3 604 000
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	1 200 000	1 150 000	1 160 000
3. Schuldendienst	—	—	15 000
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—
5. Ausgaben für Investitionen	500 000	750 000	403 000
6. Besondere Finanzierungsausgaben	50 000	15 000	156 700
Zusammen	5 350 000	5 100 000	5 338 700

Einnahmen

Eigene Einnahmen einschl. Vorsteuer- erstattungen	4 600 000	4 350 000	4 588 700
Mithin Fehlbetrag	750 000	750 000	750 000
Der Fehlbetrag 2001 soll gedeckt werden durch:			
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers			— DM
b) das Land mit			750 000 DM
c) den Bund mit			— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit			— DM
e) Private			— DM
Zusammen			750 000 DM

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Titelgruppe 65

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Deutschen Instituts für Lebensmitteltechnik e.V., Quakenbrück

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Vorläufiges Istergebnis 1999 DM
Ausgaben			
1. Personalausgaben	4 200 000	4 555 000	4 342 670
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	2 000 000	2 240 000	2 427 605
3. Schuldendienst	—	—	—
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—
5. Ausgaben für Investitionen	—	945 000	214 220
6. Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	632 325
Zusammen	6 200 000	7 740 000	7 616 820

Einnahmen

Eigene Einnahmen einschl. Vorsteuererstattungen

	5 400 000	7 140 000	7 122 215

Mithin Fehlbetrag	800 000	600 000	494 605

Der Fehlbetrag 2001 soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	800 000 DM
c) den Bund mit	— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— DM
e) Private	— DM
Zusammen	800 000 DM

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Instituts für Integrierte Produktion gGmbH (ehemals CIM-Fabrik)

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Vorläufiges Istergebnis 1999 DM
Ausgaben			
1. Personalausgaben	4 500 000	3 500 000	3 970 000
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	1 000 000	780 000	1 156 000
3. Schuldendienst	—	—	—
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—
5. Ausgaben für Investitionen	360 000	450 000	282 000
6. Besondere Finanzierungsausgaben	50 000	10 000	48 000
Zusammen	5 910 000	4 740 000	5 456 000

Einnahmen

Eigene Einnahmen einschl. Vorsteuererstattungen

	5 110 000	3 940 000	4 656 000

Mithin Fehlbetrag	800 000	800 000	800 000

Der Fehlbetrag 2001 soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	800 000 DM
c) den Bund mit	— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— DM
e) Private	— DM
Zusammen	800 000 DM

Noch zu Titelgruppe 65

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Deutschen Windenergieinstitut GmbH, Wilhelmshaven

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Vorläufiges Istergebnis 1999 DM
Ausgaben			
1. Personalausgaben	2 450 000	2 395 000	2 470 318
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	1 300 000	1 540 000	1 381 136
3. Schuldendienst	—	—	—
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—
5. Ausgaben für Investitionen	200 000	255 000	345 828
6. Besondere Finanzierungsausgaben	—	10 000	—
Zusammen	3 950 000	4 200 000	4 197 282

Einnahmen

Eigene Einnahmen einschl. Vorsteuererstattungen

	2 750 000	2 700 000	2 697 282

Mithin Fehlbetrag	1 200 000	1 500 000	1 500 000

Der Fehlbetrag 2001 soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	1 200 000 DM
c) den Bund mit	— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— DM
e) Private	— DM
Zusammen	1 200 000 DM

Zu Titel 538 65

Es sind vorrangig Mittel für die Vergabe von Gutachten ausgebracht, die im Rahmen der Durchführung des Technologieprogrammes von externen Stellen erstellt werden. Darüber hinaus beinhaltet dieser Titel Mittel für Dienstleistungen, die zur Begleitung von technologiepolitischen Landesinitiativen in Auftrag gegeben werden.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	18 000 000	14 000 000	—	32 000 000
2002	5 000 000	14 000 000	26 000 000	45 000 000
2003	2 000 000	12 000 000	15 000 000	29 000 000
2004ff	—	10 000 000	4 000 000	14 000 000

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 5081 Wirtschaftsförderfonds -Gewerblicher Bereich-

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7
683 65	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	12.200.000	25.200.000	–13.000.000	22.163
685 65	Sonstige Zuschüsse	—	12.860.000	13.697.300	–837.300	13.335
853 65	Darlehen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
861 65	Darlehen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
862 65	Darlehen an private Unternehmen	—	7.100.000	11.000.000	–3.900.000	4.477
883 65	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	200.000	200.000	—	—
891 65	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	1.000.000	1.000.000	—	—
892 65	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	1.500.000	1.500.000	—	676
919 65	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	162.700	–162.700	325
TGr. 66	Förderung des Technologietransfers, der Technologieberatung u. von Maßnahmen der beruflichen Qualifizierung ***Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei TGr. 66; Mindereinnahmen sind einzusparen. Vgl. D-Vermerke zu TGr. 62.	(6.000.000) (6.000.000)	(7.500.000)	(8.000.000)	(–500.000)	(12.538)
538 66	Dienstleistungen Außenstehender; Gutachten	6.000.000 6.000.000	900.000	700.000	+200.000	1.861
547 66	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	88
661 66	Schuldendiensthilfen	—	—	—	—	—
683 66	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	1.250.000	1.000.000	+250.000	767
685 66	Sonstige Zuschüsse	—	4.350.000	5.300.000	–950.000	9.831
853 66	Darlehen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
861 66	Darlehen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
862 66	Darlehen an private Unternehmen	—	1.000.000	1.000.000	—	–300
883 66	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
891 66	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
892 66	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
919 66	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	—	291
TGr. 67	Förderung neuer Kommunikationstechnologien ***Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tgr. 67; Mindereinnahmen sind einzusparen. Vgl. D-Vermerke zu Tgr. 62.	(3.000.000) (3.000.000)	(3.000.000)	(6.000.000)	(–3.000.000)	(5.831)
538 67	Dienstleistungen Außenstehender; Gutachten	3.000.000 3.000.000	200.000	200.000	—	1.033
547 67	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	1
653 67	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
683 67	Zuschüsse an private Unternehmen	—	1.500.000	4.500.000	–3.000.000	1.797
685 67	Zuschüsse an Sonstige	—	1.300.000	1.300.000	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titel 683 65 und 862 65

Diese beiden Titel dienen der Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben auf dem Gebiet der Produkt- und Verfahrensinnovation von kleinen und mittleren Unternehmen in Niedersachsen. Förderschwerpunkte sind die Technologiefelder der

- physikalischen Technologien,
- Produktions- und Fertigungstechnik,
- neue Materialien,
- Mikrosystemtechnik,
- Mikroelektronik,
- IuK-Technik und
- Biotechnologie / Gentechnik.

Die Mittel werden in Form von Darlehen und Zuschüssen vergeben. Kürzung des Ansatzes aufgrund erfolgter Kürzung der Zuführung an den Wirtschaftsförderfonds bei Kapitel 08 02 Titel 891 02.

Zu Titel 685 65

Ein Schwerpunkt des niedersächsischen Technologieprogrammes ist die Förderung wirtschaftsnaher Forschungsinstitute. Aus diesem Titel werden daher vorrangig Mittel für die Grundfinanzierung des Laserzentrums Hannover, des Deutschen Instituts für Lebensmitteltechnik in Quakenbrück, des Deutschen Instituts für Kautschuktechnologie in Hannover, des Instituts für integrierte Produktion Hannover sowie des Deutschen Windenergieinstituts in Wilhelmshaven gezahlt.

Einen weiteren Förderschwerpunkt bildet die Innovationsförderung für das niedersächsische Handwerk. Hierdurch soll die Innovationsfähigkeit des Handwerks und damit seine Wettbewerbsfähigkeit insgesamt verbessert werden. Die Mittel werden an die anspruchsberechtigten kleinen und mittleren Handwerksbetriebe in Form von Zuschüssen gezahlt.

Schließlich werden Mittel dieses Titels auch zur Unterstützung der Teilnahme von technologieorientierten kleinen und mittleren Unternehmen auf Inlandmessen verwendet.

Zu Titel 892 65

Es sind Mittel vorrangig zur Vergabe von Zuschüssen für Projekte im Rahmen des Technologieprogramms ausgewiesen, die überwiegend investiven Charakter haben.

Zu Titelgruppe 66

Die zügige Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in die wirtschaftliche Praxis ist wesentliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung und den Ausbau eines hohen technologischen Standards und damit der Wettbewerbsfähigkeit der nieders. Wirtschaft. Dafür ist der Technologietransfer, die -beratung und die Qualifizierung von Mitarbeitern in Unternehmen von besonderer Bedeutung. Zur Verstärkung der hier bereits vorhandenen Einrichtungen und laufenden Aktivitäten sollen dafür geeignete Projekte und Maßnahmen gefördert werden.

Aus dieser Titelgruppe werden u. a. Zuwendungen für die Nieders. Agentur für Technologietransfer und Innovation GmbH (NATI), die Innovationsberatung der Gewerkschaften und des Handwerks sowie die Erfinderberatung und -förderung durch das EZN Norddeutschland gezahlt. Zuwendungen nach der Personaltransferrichtlinie werden ebenfalls aus dieser Titelgruppe finanziert.

Zu Titel 538 66**Belastung**

der Haushalts-jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamtbelastung DM
2001	3 000 000	3 500 000	—	6 500 000
2002	1 000 000	1 500 000	3 500 000	6 000 000
2003	—	1 000 000	2 000 000	3 000 000
2004	—	—	500 000	500 000

Zu Titel 685 66

Übersicht über d. Einnahmen u. Ausgaben d. Nieders. Agentur f. Technologietransfer u. Innovationsförderung GmbH

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Vorläufiges Istergebnis 1999 DM
Ausgaben			
1. Personalausgaben	1 435 700	1 227 000	1 186 000
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	1 651 000	1 187 000	1 951 000
3. Schuldendienst	—	—	—
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—
5. Ausgaben für Investitionen	—	—	—
6. Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—
Zusammen	3 086 700	2 414 000	3 137 000

Einnahmen

Eigene Einnahmen einschl. Vorsteuererstattungen	1 302 700	914 000	1 637 300
Mithin Fehlbetrag	1 784 000	1 500 000	1 499 700
Der Fehlbetrag 2001 soll gedeckt werden durch:			
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers			— DM
b) das Land mit			1 784 000 DM
c) den Bund mit			— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit			— DM
e) Private			— DM
Zusammen			1 784 000 DM

Zu Titelgruppe 67

Die Informations- und Kommunikationstechnologien haben für die Wettbewerbsfähigkeit sowohl großer als auch mittlerer und kleiner Unternehmen eine große Bedeutung erlangt. Die Realisierung von Anwendungen der IuK-Technik in niedersächsischen Unternehmen ist daher zum Schwerpunkt der Technologiepolitik entwickelt worden.

Aufbauend auf den Erfahrungen der Multimedia-Initiative, die vom Land und der Deutschen Telekom AG gemeinsam durchgeführt wurde, sollen durch Zuwendungen nach der IuKW-Richtlinie innovative Pilot- und Demonstrationsvorhaben gefördert werden, die dazu beitragen, dass nieders. Unternehmen in der Anwendung von IuK-Techniken führend sind. Eine hohe Bedeutung kommt dabei auch der Weiterentwicklung des elektronischen Geschäftsverkehrs zu, die durch eine e-commerce-Initiative für den Zeitraum 2000 / 2001 forciert werden soll.

Zu Titel 538 67**Belastung**

der Haushalts-jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamtbelastung DM
2001	700 000	1 800 000	—	2 500 000
2002	—	1 000 000	1 500 000	2 500 000
2003	—	200 000	1 100 000	1 300 000
2004	—	—	400 000	400 000

Zu Titel 683 67

Kürzung des Ansatzes aufgrund Verlagerung der „Medienwirtschaft“ in die Staatskanzlei und demzufolge Kürzung der Zuführung an den Wirtschaftsförderfonds bei Kapitel 08 02 Titel 891 02.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 5081 Wirtschaftsförderfonds -Gewerblicher Bereich-

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7
853 67	Darlehen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
861 67	Darlehen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
862 67	Darlehen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
883 67	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
891 67	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
892 67	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
919 67	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	—	3.000
TGr. 68	Besondere Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur ***Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 359 03 und bei TGr. 68; Mindereinnahmen sind einzusparen. Vgl. D-Vermerke zu TGr. 62. Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(—)	(45.350.000)	(1.995.000)	(+43.355.000)	(1.150)
547 68	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
662 68	Schuldendiensthilfen für Darlehen an private Betriebe der gewerblichen Wirtschaft	—	—	—	—	—
671 68	Erstattungen an die NFG	—	1.370.000	1.770.000	–400.000	154
685 68	Sonstige Zuschüsse	—	75.000	225.000	–150.000	175
697 68	Vermögensübertragungen an Unternehmen	—	7.000.000	—	+7.000.000	500
761 68	Sonstige Tiefbaumaßnahmen	—	—	—	—	—
853 68	Darlehen für Infrastrukturmaßnahmen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
861 68	Darlehen an Betriebe der gewerblichen Wirtschaft mit mehr als 50 v.H. öffentl. Beteiligung	—	—	—	—	—
862 68	Darlehen an private Betriebe der gewerblichen Wirtschaft	—	—	—	—	—
883 68	Zuweisungen für Infrastrukturmaßnahmen an Gemeinden (GV)	—	36.905.000	—	+36.905.000	—
891 68	Zuschüsse für Investitionen an Betriebe der gewerblichen Wirtschaft mit mehr als 50 v.H. öffentlicher Beteiligung	—	—	—	—	—
892 68	Zuschüsse für Investitionen an private Betriebe der gewerblichen Wirtschaft	—	—	—	—	321
TGr. 70	Maßnahmen der Wirtschaftswerbung ***Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei TGr. 70.	(1.000.000) (1.000.000)	(2.300.000)	(2.500.000)	(–200.000)	(2.557)
531 70	Veröffentlichungen	1.000.000 1.000.000	—	—	—	372
538 70	Dienstleistungen Außenstehender	—	1.800.000	2.000.000	–200.000	2.111
547 70	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	500.000	500.000	—	74

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 68

Für besondere Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftskraft und -struktur des Landes sowie zur Stärkung der Leistungskraft und der Rahmenbedingungen der niedersächsischen Wirtschaft.

Zu Titel 671 68

Das Land Niedersachsen hat sich als stiller Gesellschafter an der im Jahre 1997 gegründeten Beteiligungsgesellschaft IMH Hannover Venture Capital GmbH & Co. KG (HVC) mit einer Einlage von bis zu 25,25 Mio. DM beteiligt. Die Finanzierung dieser Beteiligung erfolgt über die Niedersächsische Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH, Hannover (NFG). Die Einzahlung der Fördereinlage durch die NFG erfolgt in Teilbeträgen und ist abhängig vom Investitionsbedarf der HVC. Zum Abschluss eines stillen Gesellschaftervertrages zwischen der HVC und dem Land Niedersachsen sowie eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der NFG und dem Land Niedersachsen ist im Haushaltsjahr 1997 eine VE in Höhe von 40,0 Mio. DM überplanmäßig bereit gestellt worden. Veranschlagt sind die erforderlichen Zins- und Tilgungsleistungen.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	1 370 000	—	—	1 370 000
2002	1 770 000	—	—	1 770 000
2003	1 770 000	—	—	1 770 000
2004ff	31 530 000	—	—	31 530 000

Zu Titel 685 68

Die hier veranschlagten Mittel sind vorgesehen zur Finanzierung der

1. Arbeitsgruppe Neue Hanse Interregio	50 000 DM
2. Geschäftsstelle Grenzüberschreitendes Aktionsprogramm für das Gebiet EUREGIO	25 000 DM
Zusammen	75 000 DM

Zu Titel 697 68

Das Land Niedersachsen wird sich als stiller Gesellschafter an der Warenterminbörse Hannover AG (WTB) und der Clearing Bank Hannover AG mit einer Einlage von bis zu 7,0 Mio. DM beteiligen.

Zu Titel 883 68

Zusätzliche Haushaltsmittel zur Finanzierung neuer Projekte außerhalb der Ziel 2-Fördergebiete bzw. der begonnenen Initiativen.

Zu Titel 531 70

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	500 000	500 000	—	1 000 000
2002	—	500 000	600 000	1 100 000
2003	—	—	400 000	400 000

Zu Titel 538 70

Aufwand für wirtschaftswerbende Maßnahmen, insbesondere im Zusammenhang mit der Industrieansiedlung.

Zu Titel 547 70

Sonstiger Sachaufwand aus Anlaß wirtschaftswerbender Maßnahmen, der dem Ministerium unmittelbar entsteht.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 5081 Wirtschaftsförderfonds -Gewerblicher Bereich-

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7
TGr. 71	Außenhandelsförderung der mittelständischen Wirtschaft ***Übertragbar. Gegenseitig deckungsfähig: 50 81 TGr. 71, 72, 73, 75 und 50 83 TGr. 88, 89.	(1.000.000) (1.000.000)	(2.300.000)	(2.400.000)	(–100.000)	(2.282)
547 71	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben im Rahmen der Außenhandels- förderung	1.000.000 1.000.000	100.000	100.000	—	437
683 71	Zuschüsse an Institutionen und Sonstige im Rahmen der Außenhandelsförderung	—	2.200.000	2.300.000	–100.000	1.845
TGr. 72	Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen ***Übertragbar. Vgl. D-Vermerke zu TGr.71.	(2.000.000) (2.000.000)	(12.950.000)	(16.300.000)	(–3.350.000)	(12.233)
538 72	Dienstleistungen Außenstehender	2.000.000 2.000.000	2.000.000	2.000.000	—	538
547 72	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	0
683 72	Zuschüsse an private Unternehmen	—	—	—	—	400
684 72	Beratungshilfen für Arbeitnehmerinitiativen	—	200.000	200.000	—	—
685 72	Zuschüsse an Organisationen der Wirtschaft	—	3.450.000	4.000.000	–550.000	5.457
862 72	Darlehen an private Unternehmen, insbesondere Förderung von Existenz- gründerinnen ***Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei TGr. 72; Mindereinnahmen sind einzusparen. Einseitig deckungsfähig: 862 72 zu Lasten TGr. 61.	—	7.100.000	9.900.000	–2.800.000	5.838
892 72	Hilfen bei Unternehmensfortführungen durch Auffanggesellschaften	—	200.000	200.000	—	—
TGr. 73	Förderung des Tourismus ***Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen über- schritten werden bis zur Höhe der Mehr- einnahmen bei TGr. 73. Vgl. D-Vermerke zu TGr. 71.	(3.000.000) (1.000.000)	(5.850.000)	(3.750.000)	(+2.100.000)	(4.396)
538 73	Dienstleistungen Außenstehender	3.000.000 1.000.000	1.000.000	900.000	+100.000	2.814
547 73	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	100.000	100.000	—	1
652 73	Sonstige Zuweisungen an Sachsen-Anhalt	—	—	—	—	—
653 73	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	500.000	—	+500.000	79
685 73	Zuschüsse an Fremdenverkehrsverbände und andere Organisationen und Sonstige	—	2.150.000	2.650.000	–500.000	1.259
862 73	Darlehen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
883 73	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	1.600.000	—	+1.600.000	123
891 73	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	400.000	—	+400.000	121
893 73	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	100.000	100.000	—	—
919 73	Abführung an andere Kapitel des Landeshaus- halts	—	—	—	—	—
TGr. 75	Kofinanzierung von EU-Programmen ***Übertragbar. Gegenseitig deckungsfähig mit 50 81	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titel 547 71

Die Mittel sind insbesondere vorgesehen

- für die Betreuung ausländischer Repräsentanten der Wirtschaft und der Wirtschaftsverwaltungen sowie für die Durchführung außenwirtschaftlich relevanter Veranstaltungen.
- Förderung von nieders. Wirtschaftsrepräsentationen im Ausland.
- Förderung des Außenwirtschaftsinformationswesens (z.B. Unterstützung der Einführung moderner Technik, Unterstützung gemeinsamer Informationsmaßnahmen der Wirtschaft).

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamtbelastung DM
2001	—	1 000 000	—	1 000 000
2002	—	—	1 000 000	1 000 000

Zu Titel 683 71

Außenhandelsförderung der mittelständischen nieders. Wirtschaft u. a. bei Auslandsmessen und Exportberatung.

Zu Titelgruppe 72

Die Förderung erfolgt nach den §§ 6 bis 10 und § 15 des Gesetzes zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen vom 30.04.1978 i. d. F. v. 28.05.1993 (Nds. GVGl. Nr. 18) 1993, S. 132). Das Gesetz zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen hat im Interesse der Sicherung einer ausgewogenen Wirtschaftsstruktur des Landes den Zweck, die Leistungskraft kleinerer und mittlerer Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft zu erhalten und zu stärken, insbesondere Wettbewerbsnachteile auszugleichen und die rechtzeitige Anpassung an den wirtschaftlichen und technischen Wandel zu fördern.

Die Mittel sind insbesondere für folgende Maßnahmen im Sinne des o. a. Gesetzes veranschlagt:

1. Förderung der beruflichen Bildung.
2. Förderung der Unternehmensberatung.
3. Förderung der Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an Messen und Ausstellungen.
4. Darlehen für die Existenzgründung durch Frauen.

Gefördert werden Maßnahmen des Handwerks, des Handels, der Industrie, des Hotel- und Gaststättengewerbes und der freien Berufe, insbesondere solche der Selbstverwaltungsorganisationen.

Zu Titel 538 72

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamtbelastung DM
2001	—	2 000 000	—	2 000 000
2002	—	—	1 500 000	1 500 000
2003	—	—	500 000	500 000

Zu Titel 684 72

1. Mit den Beratungshilfen für Arbeitnehmerinitiativen steht ein Instrument zur Verfügung, mit dem – durch externe Beratung – zur Klärung der Situation von wirtschaftlich gefährdeten Klein- und Mittelbetrieben beigetragen werden kann, sofern eine auch teilweise Fortführung in Arbeitnehmerhand zu denkbaren Fortführungs- alternativen zählt.

2. Förderung von Arbeitnehmerkonferenzen.

Zu Titel 685 72

Zuweisungen insbesondere an die Organisationen des Handels und des Handwerks u. a. zur Durchführung von Betriebsberatungen und sonstiger Maßnahmen zur fachlichen Qualifizierung.

Zu Titel 862 72

Veranschlagt sind die Mittel für Existenzgründungsdarlehen für Frauen.

Zu Titel 892 72

Mit den Hilfen bei Unternehmenfortführungen durch Auffanggesellschaften sollen konzeptionell aussichtsreiche Fortführungsalternativen gefördert werden, die dem Arbeitsplatzzerhalt dienen.

Zu Titelgruppe 73

Neben den schon in den Vorjahren aus dieser Titelgruppe finanzierten Maßnahmen zur Optimierung des touristischen Marketings von Land und Regionen sollen verstärkt Mittel zur Förderung von Investitionsvorhaben zur Anpassung von Infrastrukturen an die Bedürfnisse der Kernzielgruppen, auch als Kofinanzierung für in EU-Programmen veranschlagte Maßnahmen, eingesetzt werden.

Zu Titel 538 73

Veranschlagt sind Mittel für Projekte und Initiativen zur Qualitätssteigerung in Produktentwicklung und Marktauftritt der niedersächsischen Tourismusregionen.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamtbelastung DM
2001	—	1 000 000	—	1 000 000
2002	—	—	2 000 000	2 000 000
2003	—	—	1 000 000	1 000 000

Zu Titel 685 73

Die veranschlagten Mittel sind schwerpunktmäßig zur Unterstützung der überregional bzw. landesweit organisierten Fremdenverkehrsverbände bei einem abgestimmten, am Niedersachsenstil orientierten Marktauftritt vorgesehen.

Zu Titelgruppe 75

Die Einrichtung dieser Titelgruppe erfolgt aus haushaltssystematischen Gründen zur Kofinanzierung von EU- Projekten, für die keine spezielle Förderrichtlinie existiert.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 5081 Wirtschaftsförderfonds -Gewerblicher Bereich-

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7
noch TGr. 75	<i>TGrn. 62, 65, 66, 67, 68, 71, 72, 73 und 50 83 TGrn. 85, 86, 87, 88, 89. Gemäß § 35 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungs- zwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>					
538 75	Dienstleistungen Außenstehender; Gutachten	—	—	—	—	—
683 75	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
685 75	Sonstige Zuschüsse	—	—	—	—	—
883 75	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
891 75	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
892 75	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
919 75	Abführung an andere Kapitel des Landeshaushalts	—	—	—	—	—
TGr. 81	Hafenbaumaßnahmen ***Übertragbar. <i>Bei Hafenbaumaßnahmen fließen abweichend von § 35 LHO Rückeinnahmen aus Leistun- gen für Dritte den Ausgaben der ent- sprechenden Hafenbaumaßnahmen zu.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(41)
741 81	Hafenbaumaßnahmen in Emden	—	—	—	—	—
743 81	Hafenbaumaßnahmen in Brake	—	—	—	—	—
744 81	Hafenbaumaßnahmen in Wilhelmshaven	—	—	—	—	41
821 81	Grunderwerb sowie Erwerb unbeweglicher Anlagen	—	—	—	—	—
Abschluss Kapitel 50 81						
1 Eigene Einnahmen			6.050.000	8.000.000	–1.950.000	
2 Übertragungseinnahmen			—	—	—	
3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen			189.585.000	174.635.000	+14.950.000	
Summe der Einnahmen			195.635.000	182.635.000	+13.000.000	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben		73.000.000	7.300.000	7.200.000	+100.000	
6 Übertragungsausgaben		74.000.000	—	—	—	
7 Bauausgaben		—	50.405.000	62.142.300	–11.737.300	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		15.000.000	—	—	—	
9 Besondere Finanzierungsausgaben		15.000.000	134.335.000	113.130.000	+21.205.000	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben		—	3.595.000	162.700	+3.432.300	
		88.000.000 89.000.000	195.635.000	182.635.000	+13.000.000	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 81

Ab dem Haushaltsjahr 1997 werden die Haushaltsmittel für Hafenbaumaßnahmen im Kapitel 08 31 veranschlagt.

Leertitel zur Buchung von Ausgaberesten.

Einzelplan 08 Nds. Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Kapitel 5081 Anhang zum Wirtschaftsplan des „Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen“ – Gewerblicher Bereich –

Belastungstabelle über die Verwendung der für 2001 vorgesehenen Ausgabemittel sowie die Belastungen der folgenden Jahre aufgrund der bestehenden Verpflichtungen und der Ermächtigungen für das laufende Haushaltsjahr						
Titel/ Titel- gruppe	Zweckbestimmung	2001 TDM	2002 TDM	2003 TDM	2004 ff. TDM	Tit./TGr. TDM
1	2	3	4	5	6	7
919 01	Abführungen an den Landeshaushalt	3.595	—	—	—	3.595
TGr. 61	Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen - Landesdarlehensprogramm - - § 2 Abs. 1 Nr. 1 Fondsgesetz -	70.000	8.000	7.000	—	85.000
TGr. 62	Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur, Standortvorsorge, Industriebrachenbeseitigung	7.230	8.200	8.200	8.400	32.030
TGr. 65	Förderung von Forschungs-, Entwicklungs-, Innovationsvorh. sowie von wirtschaftsnahen Forschungsinstituten -Technologieprogramm-	35.560	45.000	29.000	14.000	123.560
TGr. 66	Förderung des Technologietransfers, der Technologieberatung u. von Maßnahmen der beruflichen Qualifizierung	7.500	6.000	3.000	500	17.000
TGr. 67	Förderung neuer Kommunikationstechnologien	3.000	2.500	1.300	400	7.200
TGr. 68	Besondere Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur	45.350	1.770	1.770	31.530	80.420
TGr. 70	Maßnahmen der Wirtschaftswerbung	2.300	1.100	400	—	3.800
TGr. 71	Außenhandelsförderung der mittelständischen Wirtschaft	2.300	1.000	—	—	3.300
TGr. 72	Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen	12.950	1.500	500	—	14.950
TGr. 73	Förderung des Tourismus	5.850	2.000	1.000	—	8.850
TGr. 75	Kofinanzierung von EU-Programmen	—	—	—	—	—
TGr. 81	Hafenbaumaßnahmen	—	—	—	—	—
	Summe	195.635	77.070	52.170	54.830	379.705

Einzelplan 08 Nds. Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Kapitel 5081 Anhang zum Wirtschaftsplan des „Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen“ – Gewerblicher Bereich –

Finanzierungstabelle über die Finanzierung der Ausgabemittel der Belastungstabelle unmittelbar aus dem Wirtschaftsförderfonds oder durch Aufnahme von Kreditmarktmitteln						
Titel/ Titel- gruppe	Zweckbestimmung	2001 TDM	2002 TDM	2003 TDM	2004 ff. TDM	Tit./TGr. TDM
1	2	3	4	5	6	7
359 02	Zuführung aus dem Landeshaushalt zur Finanzierung von Investitionen	66.635	62.085	62.085	62.085	252.890
359 03	Zuführung aus dem Landeshaushalt aus Rückflüssen des EG-Fonds	—	—	—	—	—
TGr. 61	Einnahmen aus dem Bereich Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen Landesdarlehensprogramm -	85.000	85.000	85.000	85.000	340.000
TGr. 62	Einnahmen aus dem Bereich der wirtschaftsnahen Infrastruktur, Standortvorsorge, Industriebrachenbeseitigung	6.350	6.550	6.600	6.650	26.150
TGr. 65	Einnahmen aus dem Bereich des Technologieprogramms	2.500	2.450	2.400	2.350	9.700
TGr. 66	Einnahmen aus dem Bereich des Technologietransfers	350	300	300	300	1.250
TGr. 67	Einnahmen aus dem Bereich der Förderung neuer Kommunikationstechnologien	200	100	100	100	500
TGr. 68	Einnahmen aus dem Bereich der besonderen Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur	25.000	—	—	—	25.000
TGr. 70	Einnahmen aus dem Bereich der Wirtschaftswerbung	—	—	—	—	—
TGr. 72	Einnahmen aus dem Bereich der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen	9.600	9.600	9.600	9.600	38.400
TGr. 73	Einnahmen aus dem Bereich Tourismus	—	—	—	—	—
	Summe der Finanzierungsmittel	195.635	166.085	166.085	166.085	693.890
	Summe der Ausgaben lt. Belastungstabelle	195.635	77.070	52.170	54.830	379.705
	Überschuss / Fehlbedarf (-)	—	89.015	113.915	111.255	314.185

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7
	E I N N A H M E N					
359 01	Entnahme aus dem Vermögen der Nord/LB für den Bereich des Epl. 09. ***Die Bewirtschaftung der Mittel des Kapitels obliegt dem ML.		—	—	—	4
359 02	Zuführung von 0910 919 01		400.000	—	+400.000	—
361 01	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre		—	—	—	351
	A U S G A B E N					
862 02	Darlehen an private landwirtschaftliche Betriebe	—	—	—	—	—
919 01	Abführung an den Landeshaushalt	—	—	—	—	—
	Titelgruppe(n)					
TGr. 61	Besondere Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur - land- und forstwirtschaftlicher Bereich - ***Übertragbar Gem. § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(—)	(400.000)	(—)	(+400.000)	(750)
531 61	Veröffentlichungen	—	—	—	—	—
538 61	Dienstleistungen Außenstehender	—	100.000	—	+100.000	—
547 61	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	100.000	—	+100.000	158
682 61	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	61
683 61	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	88
685 61	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige	—	—	—	—	—
892 61	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	200.000	—	+200.000	442
	Abschluss Kapitel 50 82					
	3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		400.000	—	+400.000	
	Summe der Einnahmen		400.000	—	+400.000	
	5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	200.000	—	+200.000	—
	6 Übertragungsausgaben	—	—	—	—	—
	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	200.000	—	+200.000	—
	9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	—
	Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	400.000	—	+400.000	

ERLÄUTERUNGEN

ALLGEMEINES

Die Gewährung von Darlehen an private landwirtschaftliche Betriebe ist seit 1987 beendet. Tilgungsrückflüsse und Zinsen werden zunächst beim Zweckvermögen der Nord/LB vereinnahmt und halbjährlich dem Landeshaushalt zugeführt.

Wirtschaftsförderfonds

Niedersachsen

– Ökologischer Bereich –

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7
	E I N N A H M E N					
119 51	Vermischte Einnahmen		—	—	—	50
359 02	Zuführung aus dem Landeshaushalt zur Finanzierung von Investitionen		34.460.000	47.860.000	-13.400.000	48.260
361 01	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre		—	—	—	236.404
	Titelgruppe(n)					
TGr. 85	Einnahmen aus dem Bereich: Neue und erneuerbare Energien, rationelle und sparsame Energieverwendung ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 85.		(1.250.000)	(1.250.000)	(—)	(1.295)
119 85	Rückzahlungen von Überzahlungen		—	—	—	66
161 85	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen		—	—	—	—
162 85	Zinseinnahmen von privaten Unternehmen und Sonstigen		100.000	400.000	-300.000	116
181 85	Darlehensrückflüsse von öffentlichen Unternehmen		100.000	350.000	-250.000	—
182 85	Darlehensrückflüsse von privaten Unternehmen und Sonstigen		300.000	500.000	-200.000	313
359 85	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		750.000	—	+750.000	800
TGr. 86	Einnahmen aus dem Bereich: Wirtschaft und Umwelt, ökologische Umstrukturierung und Modernisierung der Wirtschaft ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 86.		(900.000)	(900.000)	(—)	(3.974)
119 86	Rückzahlungen von Überzahlungen		—	—	—	3.072
162 86	Zinseinnahmen von privaten Unternehmen und Sonstigen		350.000	350.000	—	574
182 86	Darlehensrückflüsse von privaten Unternehmen und Sonstigen		450.000	550.000	-100.000	328
359 86	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		100.000	—	+100.000	—
TGr. 87	Einnahmen aus dem Bereich: Umwelttechnologie ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 87.		(300.000)	(300.000)	(—)	(129)
119 87	Rückzahlungen von Überzahlungen		—	—	—	80
161 87	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen		—	—	—	—
162 87	Zinseinnahmen von privaten Unternehmen und Sonstigen		200.000	200.000	—	25
182 87	Darlehensrückflüsse von privaten Unternehmen und Sonstigen		50.000	100.000	-50.000	23
359 87	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		50.000	—	+50.000	—
TGr. 88	Einnahmen aus dem Bereich: Umweltqualifikation und Beratung ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 88.		(10.000)	(10.000)	(—)	(1)
119 88	Rückzahlungen von Überzahlungen		—	—	—	—
157 88	Zinseinnahmen von Zweckverbänden		—	—	—	—
162 88	Zinseinnahmen von privaten Unternehmen und Sonstigen		1.000	1.000	—	1
182 88	Darlehensrückflüsse von privaten Unternehmen und Sonstigen		9.000	9.000	—	—

ERLÄUTERUNGEN

ALLGEMEINES

Eine der wesentlichen Aufgaben, denen sich die nieders. Landesregierung verpflichtet fühlt, ist die Umstrukturierung der Produktionsprozesse der nieders. Wirtschaft auf umweltfreundliche Verfahren, die selbst bereits Rohstoffe und Energie einsparen, Emissionen deutlich verringern und Abfälle vermeiden helfen.

Mit diesen Umstellungsprozessen ist die Chance für die Freisetzung erheblicher Entwicklungspotentiale verbunden. Parallel zu dem gestiegenen Umweltbewußtsein der Bevölkerung und zu den ständig höheren Anforderungen der staatlichen Umweltvorschriften ist ein Nachfragepotential nach neuen Umwelttechniken und Umweltdienstleistungen entstanden, das zu einem neuen, zukunftssträchtigen Umweltmarkt geführt hat, der gerade für kleine und mittlere Unternehmen gute Entwicklungsmöglichkeiten verspricht.

Zur Unterstützung dieser Entwicklung und zur Umsetzung ihrer umweltwirtschaftlichen Ziele hat die Niedersächsische Landesregierung den Wirtschaftsförderfonds um den „Ökologischen Bereich“ erweitert.

Damit wird die Wirtschaftsförderung neben den bereits bestehenden Wachstums- und Arbeitsplatzaspekten um die Förderung von Umweltschutzmaßnahmen zur ökologischen Umstellung und Modernisierung der Produktionsprozesse erweitert.

Die nieders. Wirtschaft ist aufgrund ihrer überwiegend mittelständischen Struktur und der bisher schon gezeigten Aktivitäten im Umweltbereich für diese Aufgaben gut gerüstet.

Der Wirtschaftsförderfonds – ökologischer Bereich – wird in enger Abstimmung mit dem Nieders. Umweltministerium abgewickelt, um so den ressortübergreifenden Politikbereichen Umwelt und Wirtschaft gerecht zu werden. Mit dem Fonds soll das konstruktive Miteinander zwischen Wirtschaft und Umweltschutz unterstützt werden.

Zu Titel 359 02

Der Betrag steht im Landeshaushalt im Kapitel 08 02 Titel 891 02 bereit.

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7
359 88	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		—	—	—	—
TGr. 89	Einnahmen aus dem Bereich: Tourismus ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 89.		(1.000.000)	(1.000.000)	(—)	(1.902)
119 89	Rückzahlungen von Überzahlungen		—	—	—	1
153 89	Zinseinnahmen von Gemeinden (GV)		—	—	—	0
359 89	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		1.000.000	1.000.000	—	1.900
TGr. 90	Einnahmen aus dem Bereich: Wirtschafts- förderung, Verbesserung der Umweltsituation in kleinen und mittleren Unternehmen ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabe-TGr. 90.		(—)	(—)	(—)	(202)
119 90	Rückzahlungen von Überzahlungen		—	—	—	—
359 90	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB		—	—	—	202
A U S G A B E N						
Titelgruppe(n)						
TGr. 85	Neue und erneuerbare Energien, rationelle und sparsame Energieverwendung ***Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen über- schritten werden bis zur Höhe der Mehr- einnahmen bei TGr. 85; Mindereinnahmen sind einzusparen. Gegenseitig deckungsfähig: 50 83 TGr. 85, 86, 87 und 50 81 TGr. 62, 65, 66, 67, 68, 75.	(14.000.000) (14.000.000)	(16.000.000)	(20.000.000)	(-4.000.000)	(9.277)
538 85	Dienstleistungen Außenstehender;Gutachten	14.000.000 14.000.000	500.000	500.000	—	1.124
547 85	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	5
683 85	Zuschüsse an private Unternehmen	—	—	—	—	—
685 85	Zuschüsse an Sonstige	—	100.000	100.000	—	—
853 85	Darlehen an Gemeinden (GV) ***853 85, 857 85, 861 85, 862 85 und 863 85 einseitig deckungsfähig zu Lasten TGr. 90.	—	—	—	—	114
857 85	Darlehen an Zweckverbände ***Vgl. D-Vermerk zu 853 85.	—	—	—	—	—
861 85	Darlehen an öffentliche Unternehmen ***Vgl. D-Vermerk zu 853 85.	—	1.000.000	1.000.000	—	—
862 85	Darlehen an private Unternehmen ***Vgl. D-Vermerk zu 853 85.	—	10.600.000	14.000.000	-3.400.000	7.054
863 85	Darlehen an Sonstige ***Vgl. D-Vermerk zu 853 85.	—	—	—	—	—
883 85	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	100.000	100.000	—	—
891 85	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	100.000	100.000	—	—
892 85	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	3.600.000	4.200.000	-600.000	980
893 85	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 85

Der Notwendigkeit der verstärkten Anwendung und Nutzung neuer und erneuerbarer Energiequellen, der Energieeinsparung und der rationalen Energieverwendung soll durch die Gewährung öffentlicher Finanzierungshilfen verstärkt Rechnung getragen werden.

Schwerpunkte der Förderung sollen sein:

- Thermische Solarenergieanlagen,
- Photovoltaische Solarenergieanlagen,
- Wärme- und/oder Stromerzeugungsanlagen auf der Basis von Biomasse,
- Pilot-, Demonstrations- und Entwicklungsvorhaben im Bereich der betrieblichen Abwärmenutzung und neue und erneuerbare Energien.

Die Förderung erfolgt auf der Grundlage der notifizierten Richtlinie „Erneuerbare Energien“ im Regelfall durch die Gewährung zinsgünstiger Darlehen.

Daneben soll im Rahmen einer gemeinsamen „Solaroffensive“ von MW und MU eine Qualifizierungsoffensive für Solarenergie, solarthermischen Siedlungen sowie der Einstieg in die Produktion von Photovoltaikanlagen in Niedersachsen gefördert werden.

Zu Titel 538 85

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	5 500 000	9 000 000	—	14 500 000
2002	500 000	4 000 000	9 000 000	13 500 000
2003	—	1 000 000	3 000 000	4 000 000
2004	—	—	2 000 000	2 000 000

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 5083 Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen - Ökologischer Bereich -

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7
TGr. 86	Wirtschaft und Umwelt, ökologische Umstrukturierung und Modernisierung der Wirtschaft ***Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei TGr. 86; Mindereinnahmen sind einzusparen. Vgl. D-Vermerk zu TGr. 85.	(15.000.000) (20.000.000)	(11.870.000)	(17.570.000)	(–5.700.000)	(3.515)
538 86	Dienstleistungen Außenstehender; Gutachten	15.000.000 20.000.000	1.000.000	1.000.000	—	29
547 86	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	0
683 86	Zuschüsse an private Unternehmen	—	2.000.000	2.000.000	—	10
685 86	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
853 86	Darlehen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
861 86	Darlehen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
862 86	Darlehen an private Unternehmen	—	6.800.000	11.000.000	–4.200.000	76
863 86	Darlehen an Sonstige	—	—	—	—	—
883 86	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
891 86	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	1.000.000	1.000.000	—	—
892 86	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	1.070.000	2.570.000	–1.500.000	3.400
893 86	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 87	Umwelttechnologie ***Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei TGr. 87; Mindereinnahmen sind einzusparen. Vgl. D-Vermerk zu TGr. 85.	(8.000.000) (8.000.000)	(7.500.000)	(11.000.000)	(–3.500.000)	(4.405)
538 87	Dienstleistungen Außenstehender; Gutachten	8.000.000 8.000.000	500.000	500.000	—	—
547 87	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
683 87	Zuschüsse an private Unternehmen	—	2.000.000	2.000.000	—	958
685 87	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	372
853 87	Darlehen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
861 87	Darlehen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
862 87	Darlehen an private Unternehmen	—	4.000.000	6.000.000	–2.000.000	—
863 87	Darlehen an Sonstige	—	—	—	—	—
883 87	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
891 87	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
892 87	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	1.000.000	2.500.000	–1.500.000	3.074
893 87	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 88	Umweltqualifikation und Beratung ***Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei TGr. 88; Mindereinnahmen sind einzusparen.	(300.000) (300.000)	(300.000)	(400.000)	(–100.000)	(20)

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 86

Aus Gründen der Umweltvorsorge ist die umweltverträgliche Umstrukturierung der Wirtschaft notwendig. Die überwiegend mittelständische Wirtschaft Niedersachsens ist in vielfältiger Weise bei der Verwendung von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen im Produktionsprozeß sowie bei der Entsorgung mit Umweltproblemen und deren Folgewirkungen belastet. Sie soll in die Lage versetzt werden, diese vom eigenen Betrieb ausgehenden Umwelteinwirkungen systematisch zu erfassen sowie Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln und umzusetzen.

Eine Förderung innovativer Prozesse in der Umwelt- und Abfallwirtschaft wirkt sich zudem mittel- und langfristig strukturverbessernd aus und stärkt die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen. Das Land gewährt daher nach Maßgabe der Richtlinie „Wirtschaft und Umwelt“ und der VV zu § 44 LHO aus Mitteln des Wirtschaftsförderfonds – ökologischer Bereich – Zuwendungen für Maßnahmen zur verstärkten Umstrukturierung durch die Einführung von Produktionsverfahren, die eine Stärkung der nieders. Wirtschaft zur Folge haben und den Umweltschutz integrieren.

Gegenstand der Förderung sind die notwendigen und nachweisbaren Investitions- und Betriebsausgaben für Maßnahmen, die eine besondere Umweltrelevanz haben, der Kreislaufwirtschaft dienen, volks- und betriebswirtschaftlich sinnvoll sind und in Niedersachsen durchgeführt werden. Zuwendungsfähig sind nur Ausgaben, die über bereits bestehende gesetzliche Anforderungen im Bereich der Luftreinigung, der Abfallentsorgung und des Bodenschutzes wesentlich hinausgehen.

Insbesondere sollen gefördert werden:

1. Entwicklungs- und Demonstrationsanlagen zur Einführung neuer Vermeidungs-, Verminderungs- und Verwertungstechnologien von verwertbaren Abfällen,
2. Entwicklungs- und Demonstrationsvorhaben zur Umsetzung von ganzheitlichen Entsorgungskonzepten der Abfallvermeidung und -verwertung,
3. Behandlungsanlagen von verwertbaren Abfällen (außer Abfallverbrennungsanlagen).

Antragsberechtigt sind Unternehmen des produzierenden Gewerbes, des verarbeitenden Handwerks sowie produktionsorientierte Dienstleistungsunternehmen mit Betriebsstätte in Niedersachsen.

Die Förderung wird als verlorener Zuschuß oder als Darlehen gewährt.

Zu Titel 538 86

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	8 000 000	2 500 000	—	10 500 000
2002	4 000 000	7 000 000	5 500 000	16 500 000
2003	—	7 000 000	5 000 000	12 000 000
2004	—	3 500 000	4 500 000	8 000 000

Zu Titelgruppe 87

Das ausgeprägte Umweltbewußtsein und die ständig steigenden Umweltschutzanforderungen führen zu einem wachsenden Nachfragepotential nach neuen Umwelttechniken. Die Entwicklung neuer Umwelttechnologien ist vielfach mit einem hohen technischen wirtschaftlichen Risiko behaftet. Für die überwiegend mittelständisch strukturierte Wirtschaft ist daher zur konkreten Unterstützung der innerbetrieblichen umweltrelevanten Entwicklungsaktivitäten eine Förderung seitens des Landes erforderlich. Diese wird zur Entwicklung und Erprobung von neuen Umwelttechnologien nach Maßgabe der Richtlinie „Neue Umwelttechnologien“ und der VV zu § 44 LHO aus Mitteln des Wirtschaftsförderfonds - ökologischer Bereich - gewährt.

Aus Mitteln dieses Programms können Projekte zur Entwicklung und Erprobung umweltfreundlicher Produkte und Produktionsverfahren, soweit sie volks- und betriebswirtschaftlich sinnvoll sind, einen besonderen Beitrag zum Umweltschutz bringen und in Niedersachsen durchgeführt werden.

Hierzu gehören insbesondere:

1. neue und innovative Technologien zur Vermeidung, Verwertung und Behandlung von Abwässern und verwertbaren Abfällen,
2. neue und innovative Technologien zur Reinhaltung von Luft, Wasser oder Boden,
3. Markteinführung umweltverträglicher Produktionsverfahren.

Antragsberechtigt sind Unternehmen des Produzierenden Gewerbes, des verarbeitenden Handwerks sowie produktionsorientierte Dienstleistungsunternehmen mit Betriebsstätte in Niedersachsen.

Die Förderung erfolgt als verlorener Zuschuß oder als Darlehen.

Zu Titel 538 87

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	2 500 000	4 000 000	—	6 500 000
2002	500 000	2 500 000	5 000 000	8 000 000
2003	—	1 500 000	2 500 000	4 000 000
2004	—	—	500 000	500 000

Zu Titelgruppe 88

Bei der Umweltvorsorge kommt der Einführung umweltfreundlicher Produkte und Produktionsverfahren eine wachsende Bedeutung zu. Die erforderlichen Umstellungen bei der Schaffung, der Produktion und beim Vertrieb einschl. der Rücknahme und Wiederverwertung müssen durch gezielte Beratungs- und berufliche Qualifizierungsmaßnahmen gestützt werden, damit die Umstellungen zügig ohne wirtschaftliche Verluste erfolgen können. Durch eine Förderung von Beratungs- und Qualifizierungsmaßnahmen soll die Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen mittelständischen Wirtschaft gestärkt und die regionale Wirtschaftsstruktur verbessert werden. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sollen in die Lage versetzt werden, die vom eigenen Betrieb ausgehenden Umweltwirkungen systematisch zu erfassen und umweltfreundliche Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Das Land Niedersachsen gewährt Zuwendungen für Beratungs- und Schulungsmaßnahmen zur Umstellung auf umweltfreundliche Produkte, Produktion und Produktverwertung, die eine Stärkung der niedersächsischen Wirtschaft zur Folge haben und wirtschaftliche Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 5083 Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen - Ökologischer Bereich -

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7
noch TGr. 88	<i>Gegenseitig deckungsfähig : 5083 TGr. 88 89 und 5081 TGr. 71, 72 ,73, 75.</i>					
538 88	Dienstleistungen Außenstehender;Gutachten	300.000 300.000	—	—	—	—
547 88	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	—
683 88	Zuschüsse an private Unternehmen	—	—	—	—	—
685 88	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
861 88	Darlehen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
862 88	Darlehen an private Unternehmen	—	—	100.000	–100.000	—
863 88	Darlehen an Sonstige	—	—	—	—	—
883 88	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
891 88	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
892 88	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	300.000	300.000	—	20
893 88	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
919 88	Abführung an andere Kapitel des Landeshaus- halts	—	—	—	—	—
TGr. 89	Tourismus ***Übertragbar. <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen über- schritten werden bis zur Höhe der Mehr- einnahmen bei TGr. 89; Mindereinnahmen sind einzusparen. Vgl. D-Vermerk zu Tgr. 88.</i>	(1.250.000) (3.000.000)	(2.250.000)	(2.350.000)	(–100.000)	(–2.400)
538 89	Dienstleistungen Außenstehender;Gutachten	1.250.000 3.000.000	—	—	—	—
547 89	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	—
653 89	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	500.000	—	+500.000	—
683 89	Zuschüsse an private Unternehmen	—	660.000	—	+660.000	—
685 89	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
853 89	Darlehen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
862 89	Darlehen an private Unternehmen	—	—	2.350.000	–2.350.000	–2.400
883 89	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	1.090.000	—	+1.090.000	—
891 89	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
892 89	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
893 89	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 90	Darlehen zur Wirtschaftsförderung, Verbes- serung der Umweltsituation in kleinen und mittleren Unternehmen ***Übertragbar. <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen über- schritten werden bis zur Höhe der Mehr- einnahmen bei TGr. 90; Mindereinnahmen sind einzusparen. Gegenseitig deckungsfähig: 50 83 TGr. 90 und 50 81 TGr. 61. Einseitig deckungsfähig zugunsten</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titel 538 88

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	200 000	100 000	—	300 000
2002	100 000	100 000	100 000	300 000
2003	—	100 000	100 000	200 000
2004	—	—	100 000	100 000

Zu Titelgruppe 89

Die Tourismusförderung verfolgt das Ziel, insbesondere durch Qualitätsteigerung des touristischen Angebots und Schaffung der Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung die Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu optimieren und ein weiterhin moderates Wachstum zu ermöglichen. Mit den hier veranschlagten Mitteln sollen Projekte, die in besonderer Weise einer nachhaltigen touristischen Entwicklung dienen, unterstützt und die mit dieser Zielsetzung in EU-Programmen veranschlagten Maßnahmen kofinanziert werden.

Zu Titel 538 89

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2002	—	—	1 000 000	1 000 000
2003	—	—	250 000	250 000

Zu Titelgruppe 90

Leertitel zur Buchung von Ausgaberesten.

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 5083 Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen - Ökologischer Bereich -

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7
noch TGr. 90	853 85, 857 85, 861 85, 862 85 und 863 85.					
538 90	Dienstleistungen Außenstehender; Gutachten	—	—	—	—	—
547 90	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	—
	Abschluss Kapitel 50 83					
	1 Eigene Einnahmen		1.560.000	2.460.000	—900.000	
	3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		36.360.000	48.860.000	—12.500.000	
	Summe der Einnahmen		37.920.000	51.320.000	—13.400.000	
	5 Sächliche Verwaltungsausgaben	38.550.000 45.300.000	2.000.000	2.000.000	—	
	6 Übertragungsausgaben	—	5.260.000	4.100.000	+1.160.000	
	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	30.660.000	45.220.000	—14.560.000	
	9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
	Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	38.550.000 45.300.000	37.920.000	51.320.000	—13.400.000	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 08 Nds. Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
 Kapitel 5083 Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen – Ökologischer Bereich –

Belastungstabelle über die Verwendung der für 2001 vorgesehenen Ausgabemittel sowie die Belastungen derfolgenden Jahre aufgrund der bestehenden Verpflichtungen und der Ermächtigungen für das laufende Haushaltsjahr						
Titel/ Titel- gruppe	Zweckbestimmung	2001 TDM	2002 TDM	2003 TDM	2004 ff. TDM	Tit./TGr. TDM
1	2	3	4	5	6	7
TGr. 85	Neue und erneuerbare Energien, rationelle und sparsame Energieverwendung	16.000	13.500	4.000	2.000	35.500
TGr. 86	Wirtschaft und Umwelt, ökologische Umstrukturierung und Modernisierung der Wirtschaft	11.870	16.500	12.000	8.000	48.370
TGr. 87	Umwelttechnologie	7.500	8.000	4.000	500	20.000
TGr. 88	Umweltqualifikation und Beratung	300	300	200	100	900
TGr. 89	Tourismus	2.250	1.000	250	—	3.500
TGr. 90	Darlehen zur Wirtschaftsförderung, Verbesserung der Umweltsituation in kleinen und mittleren Unternehmen	—	—	—	—	—
	Summe	37.920	39.300	20.450	10.600	108.270

Einzelplan 08 Nds. Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
 Kapitel 5083 Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen – Ökologischer Bereich –

Finanzierungstabelle über die Finanzierung der Ausgabemittel der Belastungstabelle unmittelbar aus dem Wirtschaftsförderfonds oder durch Aufnahme von Kreditmarktmitteln						
Titel/ Titel- gruppe	Zweckbestimmung	2001 TDM	2002 TDM	2003 TDM	2004 ff. TDM	Tit./TGr. TDM
1	2	3	4	5	6	7
359 02	Zuführung aus dem Landeshaushalt zur Finanzierung von Investitionen	34.460	48.010	48.010	48.010	178.490
TGr. 85	Einnahmen aus dem Bereich: Neue und erneuerbare Energien, rationelle und sparsame Energieverwendung	1.250	1.250	1.250	1.250	5.000
TGr. 86	Einnahmen aus dem Bereich: Wirtschaft und Umwelt, ökologische Umstrukturierung und Modernisierung der Wirtschaft	900	900	900	900	3.600
TGr. 87	Einnahmen aus dem Bereich: Umwelttechnologie	300	300	300	300	1.200
TGr. 88	Einnahmen aus dem Bereich: Umweltqualifikation und Beratung	10	10	10	10	40
TGr. 89	Einnahmen aus dem Bereich: Tourismus	1.000	1.000	1.000	1.000	4.000
TGr. 90	Einnahmen aus dem Bereich: Wirtschaftsförderung, Verbesserung der Umweltsituation in kleinen und mittleren Unternehmen	—	—	—	—	—
	Summe der Finanzierungsmittel	37.920	51.470	51.470	51.470	192.330
	Summe der Ausgaben lt. Belastungstabelle	37.920	39.300	20.450	10.600	108.270
	Überschuss / Fehlbedarf (-)	—	12.170	31.020	40.870	84.060

08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Anlage 2
zu 08 20 – Titelgruppe 75

In dieser Anlage sind auch diejenigen Maßnahmen aus Bauprogrammen der Vorjahre ausgewiesen, die durch Auflagen im Rahmen der Planfeststellung und/oder durch gestiegene Bau- und Grunderwerbskosten die Grenze von 1,0 Mio. DM Gesamtkosten überschritten haben.

Lfd. Nr.	Landesstraßen		Bezeichnung des Bauvorhabens	Gesamtkosten des Landes DM	Ausgaben bzw. Ansatz in Vorjahren DM	für 2001 sind aus AM vorgesehen DM	für 2002 sind aus AM vorgesehen DM	Vorbehalten bleiben DM
	Nr.	von — bis						
1	2	3	3	4	5	6	7	8

I. Fortsetzungsmaßnahmen über 1,0 Mio. DM

1	442	Steinbergen – Nienstädt	Ausbau der OD Obernkirchen mit Radweg km 0,355–0,812					
			Ges.-Kosten	1 600 000 DM				
			KA-Dritter	150 000 DM				
			GE-Land	150 000 DM				
			BK-Land	1 300 000 DM	1 450 000	1 200 000	250 000	—
2	351	Stolzenau – Hoya	Ausbau der OD Marklohe km 45,350–46,580					
			Ges.-Kosten	1 850 000 DM				
			KA-Dritter	300 000 DM				
			GE-Land	50 000 DM				
			BK-Land	1 500 000 DM	1 550 000	820 000	630 000	100 000

*) Anmerkung: KA = Kostenanteile
GE = Grunderwerbskosten
BK = Baukosten

Lfd. Nr.	Landesstraßen		Bezeichnung des Bauvorhabens	Gesamtkosten des Landes DM	Ausgaben bzw. Ansatz in Vorjahren DM	für 2001 sind aus AM vorgesehen DM	für 2002 sind aus AM vorgesehen DM	Vorbehalten bleiben DM
	Nr.	von — bis						
1	2	3	3	4	5	6	7	8

II. Neue Maßnahmen über 1,0 Mio. DM

3	127	Wangersen – Buxtehude	Ausbau der OD Ahrenswohlde km 17,882–18,925 Ges.-Kosten 1 800 000 DM KA-Dritter 300 000 DM GE-Land 60 000 DM BK-Land 1 440 000 DM	1 500 000	—	—	1 000 000	500 000
4	624	Dahlum – Landesgrenze	Ausbau und Brückenneubau in der Gemarkung Söllingen km 8,123–9,230 Ges.-Kosten 1 700 000 DM KA-Dritter — DM GE-Land 140 000 DM BK-Land 1 560 000 DM	1 700 000	—	700 000	900 000	100 000
5	193	Schwarmstedt – Neustadt/Rgbe.	Ausbau der OD Vesbeck mit Brückenerneuerung km 15,873–17,112 Ges.-Kosten 2 350 000 DM KA-Dritter 300 000 DM GE-Land 10 000 DM BK-Land 2 000 000 DM	2 050 000	—	1 000 000	1 000 000	50 000
6	523	Osterode – Landolfshausen	Ausbau der OD Schwiegershausen km 6,200–8,211 Ges.-Kosten 1 550 000 DM KA-Dritter 100 000 DM GE-Land 10 000 DM BK-Land 1 440 000 DM	1 450 000	—	—	950 000	500 000
7	469	Harbarnsen – Langenholzen	Ausbau der OD Sack km 0,0–1,140 Ges.-Kosten 1 450 000 DM KA-Dritter 300 000 DM GE-Land 50 000 DM BK-Land 1 100 000 DM	1 150 000	—	300 000	800 000	50 000
8	270	Uelzen – Wittingen	Ausbau der OD Wieren einschl. Radweg; km 10,067–11,595 Ges.-Kosten 1 500 000 DM KA-Dritter 50 000 DM GE-Land 50 000 DM BK-Land 1 400 000 DM	1 450 000	—	200 000	1 000 000	250 000

*) Anmerkung: KA = Kostenanteile
GE = Grunderwerbskosten
BK = Baukosten

Einzelplan 08

Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

**Stellenpläne,
Stellenübersichten und Bedarfsnachweise**

für das

Haushaltsjahr 2001

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 08 01 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Planmäßige Beamte/-innen				
			Feste Gehälter:	
B 9	1	1	Staatssekretär/-in	2) 1 Stelle darf abweichend von § 49 Abs. 3 LHO mit einer Beamtin/einem Beamten des gehobenen Dienstes für die Dauer des Einsatzes als Persönliche/r Referent/-in besetzt werden.
B 6	4	4	Ministerialdirigent/-in	
B 3	4	4	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin	3) 1 Stelle darf abweichend von § 49 Abs. 3 LHO mit einer Beamtin/einem Beamten des gehobenen Dienstes für die Dauer des Einsatzes als Pressereferentin/-referent besetzt werden.
B 3	1	1	Ministerialrat/-rätin	
B 2	17	20	Ministerialrat/-rätin	4) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	17	20	Ministerialrat/-rätin	5) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
A 15	22	23	Direktor/-in	
A 14 ³⁾ 11)	9	9	Oberrat/-rätin	6) kw.
A 13 ²⁾	1	1	Rat/Rätin	
A 13 ⁴⁾	2	2	Oberamtsrat/-rätin	7) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
A 13 ⁷⁾ 9)	33	34	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	33	33	Amtsrat/-rätin	9) 1 kw nach Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen.
A 11	18	18	Amtmann/-männin/-frau	
A 9 ⁵⁾	3	3	Amtsinspektor/-in	11) 1 kw ab 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).
A 9	2	2	Amtsinspektor/-in	
A 8	2	2	Hauptsekretär/-in	12) 1 kw ab 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
A 7 ¹²⁾	1	1	Obersekretär/-in	
A 5	2	2	Oberamtsmeister/-in	
	172	180	Zusammen	
			Stellen zu Titel 422 31:	
B 2	3	3	Ministerialrat/-rätin	
A 16	4	4	Ministerialrat/-rätin	
A 13	4	4	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	2	2	Amtsrat/-rätin	
A 5	1	1	Oberamtsmeister/-in	
	14	14	Zusammen	
			Leerstellen:	
B 3 ⁶⁾	1	1	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin	
A 16 ⁶⁾	2	3	Ministerialrat/-rätin	
A 15 ⁶⁾	1	1	Direktor/-in	
A 12 ⁶⁾	6	5	Amtsrat/-rätin	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Abgänge:	Stellen		Leerstellen:	
Bes.-Gr. B 2			Zugang:	
– Ministerialrat/-rätin –	3	Umwandlung in Angestelltenstellen	Bes.-Gr. A 12	1 für eine Beamtin, die unter Wegfall der Dienstbezüge beurlaubt ist
Bes.-Gr. A 16			Abgänge:	
– Ministerialrat/-rätin –	2	Umwandlung in Angestelltenstellen	Bes.-Gr. A 16	
Bes.-Gr. A 16			– Ministerialrat/-rätin –	1 Beendigung der Beurlaubung
– Ministerialrat/-rätin –	1	Einsparung gem. § 9 HG 1997/1998 – 4. Rate –		
Bes.-Gr. A 15				
– Direktor/-in –	1	Einsparung gem. ZV für 2001 (gleichzeitig Wegfall der		
Bes.-Gr. A 13				
– Oberamtsrat/-rätin –	1	HV-Vermerke 8 und 10)		
Abgänge insgesamt	8			

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte*)			
Außertariflich (B 2)	3	—	*) Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig. Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen sind für die Dauer ihrer Vorzimmer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
Außertariflich (A 16)	2	—	
I	5	5	
I a	8	9	
I b	3	3	
II a	3	2	
III	15	16	
IV a	3	3	
IV b ⁵⁾	1	1	
V b	3	5	
V c	18	19	
VI b	21	23	
VII	2	2	
IX b–VII ⁴⁾ ⁵⁾	18	21	
	105	109	
Zusammen			
Stellen zu Titel 425 31:			
I a	—	1	
IV a	—	1	
IX b–VII	—	2	
	—	4	
Zusammen			
Leerstellen:			
I ³⁾	1	1	
I a ³⁾	1	2	
VI b ³⁾	1	1	
IX b–VII ³⁾	3	3	

³⁾ kw.

⁴⁾ 1 kw ab 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

⁵⁾ 1 kw ab 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte		Höhergruppierungen:	
Zugänge:	Stellen	Stellen	
Außertariflich (B 2)	3	Verg.-Gr. I BAT	1 von Verg.-Gr. I a BAT
Außertariflich (A 16)	2	Verg.-Gr. II a BAT	1 von Verg.-Gr. III BAT
Zugänge insgesamt	5	Herabgruppierungen:	
Abgänge:		Verg.-Gr. VII BAT	1 von Verg.-Gr. V b BAT
Verg.-Gr. I BAT	1	Verg.-Gr. IX b–VII BA	1 von Verg.-Gr. V c BAT
Verg.-Gr. IX b–VII	1	Leerstellen:	
Verg.-Gr. V b	1	Abgänge:	
Verg.-Gr. VI b	2	Verg.-Gr. I BAT	1
Verg.-Gr. VII	1	Verg.-Gr. I a BAT	1
Verg.-Gr. IX b–VII	3	} Beendigung der Beurlaubung	
Abgänge	9		
Bleiben Abgänge	4		
Verg.-Gr. I a	1		
Verg.-Gr. IV a	1		
Verg.-Gr. IX b–VII	2		
Abgänge	4		

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Arbeiter/-innen				
4	6	6		
3/4	6	7		
	12	13	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen	
Abgang:	Stellen
Lohn-Gr. 4	
– Sonstige Dienste –	1 Einsparung gem. ZV für 2001

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 08 10 Bergverwaltung

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke	
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) 3 kw ab 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).
	2001	2000		
Planmäßige Beamte/-innen				
B 5	1	1	Feste Gehälter: Präsidentin oder Präsident des Oberbergamtes	
B 2	1	1	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Oberbergamtes	
Aufsteigende Gehälter:				
A 16	2	2	Leitende(r) Direktor/-in	
A 15	9	9	Direktor/-in	
A 14	11	11	Oberrat/-rätin	
A 13 ¹⁾	10	11	Rat/Rätin	
A 13	3	4	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	9	9	Amtsrat/-rätin	
A 11	8	8	Amtsmann/-männin/-frau	
A 10	5	7	Oberinspektor/-in	
	59	63	Zusammen	
Stellen zu Titel 422 31:				
A 15	1	1	Direktor/-in	
	1	1	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13		
– Regierungsrat/-rätin –	1	} Verlagerung nach Kap. 04 06, Anrechnung auf die Einsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998 ab 1. 1. 1999 – 4. Rate –
Bes.-Gr. A 13		
– Oberamtsrat/-rätin –	1	
Bes.-Gr. A 10		
– Oberinspektor/-in –	2	Einsparung gem. ZV für 2001
Abgänge insgesamt	4	

Die ausgebrachten Planstellen verteilen sich auf:

Bes.-Gr.	Oberbergamt	Bergämter	Zusammen
B 5	1	—	1
B 2	1	—	1
A 16	2	—	2
A 15	5	4	9
A 14	5	6	11
A 13 (h.D.)	3	7	10
A 13 (g.D.)	3	—	3
A 12	3	6	9
A 11	3	5	8
A 10	4	1	5
Insgesamt	30	29	59

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 BBesG:

Höherer Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. B 2/A 16	2
Bes.-Gr. A 15	8
Bes.-Gr. A 14	9
Bes.-Gr. A 13	10
Zusammen	29

Gehobener Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. A 13	2
Bes.-Gr. A 12	7
Bes.-Gr. A 11	7
Bes.-Gr. A 10	3
Zusammen	19

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) 1 kw nach Abschluss des Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahrens Gorleben.
	2001	2000		
Angestellte				
I b	1	1		
V b	2	2		
V c	5	6		
VI b	5	5		
VII	8	8		
VIII	2	2		
IX b	1	1		
IX b – VII ¹⁾	9	9		
	33	34	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte		Die ausgebrachten Stellen verteilen sich auf:			
Abgang:	Stellen				
Verg.-Gr. V c	1	Einsparung gem. ZV für 2001			
		Verg.-Gr.	Oberbergamt	Bergämter	Zusammen
		I b	1	—	1
		V b	2	—	2
		V c	2	3	5
		VI b	4	1	5
		VII	3	5	8
		VIII	2	—	2
		IX b	1	—	1
		IX b–VII	3	6	9
		Insgesamt	18	15	33

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) 1 Dienstwohnung.
	2001	2000		
Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst				
A 13	11	11	Referendar/-in	
Arbeiter/-innen				
4	1	1		
1-8 ¹⁾	2	3		
	3	4	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Abgang: Stellen
Lohn-Gr. 1–8 1 Einsparung gem. ZV für 2001
(gleichzeitig Wegfall des HV Nr. 2)

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Planmäßige Beamte/-innen				
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	1	1	Leitende(r) Direktor/-in	
A 15	1	1	Direktor/-in	
A 14	2	2	Oberrat/-rätin	
A 13	9	9	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	17	17	Amtsrat/-rätin	
A 11	19	19	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	11	11	Oberinspektor/-in	
A 9	1	1	Inspektor/-in	
A 9	4	4	Amtsinspektor/-in	
A 8	10	10	Hauptsekretär/-in	
A 7	15	15	Obersekretär/-in	
	90	90	Zusammen	
			Stellen zu Titel 422 31:	
A 14	1	1	Oberrat/-rätin	
	1	1	Insgesamt	
Erläuterungen zum Stellenplan				

Planmäßige Beamte/-innen

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 BBesG:

Höherer Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. B 2/A 16	1
Bes.-Gr. A 15	1
Bes.-Gr. A 14	2
Bes.-Gr. A 13	—
Zusammen	4

Gehobener Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. A 13	8
Bes.-Gr. A 12	17
Bes.-Gr. A 11	18
Bes.-Gr. A 10	11
Zusammen	54

Mittlerer Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. A 9	4
Bes.-Gr. A 8	10
Bes.-Gr. A 7	15
Bes.-Gr. A 6	—
Zusammen	29

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	*)Die Stellen für Angestellte sind in den Erläuterungen im Wirtschaftsplan des Landsbetriebes Mess- und Eichwesen Niedersachsen dargestellt. (Anlage zu Kap. 08 11).
	2001	2000		
Angestellte*)				

*) Die Stellen für Angestellte sind in den Erläuterungen im Wirtschaftsplan des Landsbetriebes Mess- und Eichwesen Niedersachsen dargestellt. (Anlage zu Kap. 08 11).

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	*)Die Stellen für Arbeiter sind in den Erläuterungen im Wirtschaftsplan des Landsbetriebes Mess- und Eichwesen Niedersachsen dargestellt. (Anlage zu Kap. 08 11).
	2001	2000		
Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst				
A 9	2	2	Inspektor/-in-Anwärter/-in	
A 5	3	3	Assistent/-in-Anwärter/-in	
	5	5	Zusammen	
Arbeiter/-innen*)				

*) Die Stellen für Arbeiter sind in den Erläuterungen im Wirtschaftsplan des Landsbetriebes Mess- und Eichwesen Niedersachsen dargestellt. (Anlage zu Kap. 08 11).

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 08 13 Materialprüfanstalten

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen			
			Aufsteigende Gehälter:
A 15	5	5	Direktor/-in
A 14	9	9	Oberrat/-rätin
A 13	4	4	Rat/Rätin
	18	18	Zusammen
Erläuterungen zum Stellenplan			

Planmäßige Beamt(e)/-innen

Die ausgebrachten Planstellen verteilen sich auf:

Bes.-Gr.	1. MPA	2. MPA	3. MPA	4. MPA	5. MPA	Zusammen
A 15	1	1	1	1	1	5
A 14	2	3	—	4	—	9
A 13	1	—	1	2	—	4
Insgesamt	4	4	2	7	1	18

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	*) Die Stellen für Angestellte sind in den Erläuterungen der Wirtschaftspläne der Landesbetriebe Materialprüfanstalten dargestellt. (Anlage zu Kap. 08 13).
	2001	2000		
Angestellte*)				

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 08 18 Landesamt für Bodenforschung

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen			
B 3	1	1	Feste Gehälter: Vizepräsidentin und Professorin oder Vizepräsident und Professor beim Landesamt für Bodenforschung
A 16	3	5	Aufsteigende Gehälter: Leitende(r) Direktor/-in beim Landesamt für Bodenforschung und Professor/-in
A 15	20	18	Direktor/-in beim Landesamt für Bodenforschung und Professor/-in
A 15	1	1	Direktor/-in
A 14 ⁵⁾	26	26	Oberrat/-rätin
A 13 ³⁾⁴⁾	15	15	Rat/Rätin
A 13 ¹⁾	4	3	Oberamtsrat/-rätin
A 12	6	7	Amtsrat/-rätin
A 11	10	10	Amtmann/-männin/-frau
A 10	8	8	Oberinspektor/-in
A 8	1	1	Hauptsekretär/-in
	95	95	Zusammen
A 15	3	4	Stellen zu Titel 422 31: Direktor/-in beim Landesamt für Bodenforschung und Professor/-in
A 14	2	3	Oberrat/-rätin
A 12	1	1	Amtsrat/-rätin
	6	8	Insgesamt
A 10 ²⁾	—	1	Leerstellen: Oberinspektor/-in

Soweit Beamte/-innen des Landesamtes für Bodenforschung aufgrund des Verwaltungsabkommens vom 17./26. 11. 1958 zur Dienstleistung bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe herangezogen und die Dienstbezüge erstattet werden bzw. Beamte/-innen zwecks Dienstleistung bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe ohne Dienstbezüge beurlaubt werden, darf mit Einwilligung des MW die Planstelle längstens für die Zeit der Dienstleistung bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe mit einem Angestellten besetzt werden.

¹⁾ Eine Stelle darf nur zu 50 v. H. besetzt und nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

²⁾ kw.

³⁾ 1 kw ab 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

⁴⁾ 2 kw ab 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

⁵⁾ 1 kw ab 1. 7. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

Erläuterungen zum Stellenplan

Soweit Beamte/-innen des Landesamtes für Bodenforschung aufgrund des Verwaltungsabkommens vom 17./26. 11. 1958 zur Dienstleistung bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe herangezogen und die Dienstbezüge erstattet werden bzw. Beamte/-innen zwecks Dienstleistung bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe ohne Dienstbezüge beurlaubt werden, darf mit Einwilligung des MW die Planstelle längstens für die Zeit der Dienstleistung bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe mit einem Angestellten besetzt werden.

¹⁾ Eine Stelle darf nur zu 50 v. H. besetzt und nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

²⁾ kw.

³⁾ 1 kw ab 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

⁴⁾ 2 kw ab 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

⁵⁾ 1 kw ab 1. 7. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugänge:	Stellen
Bes.-Gr. A 15	
– Direktor/-in beim Landesamt für Bodenforschung und Professor/-in –	2
	Verlagerung von Kap. 08 20 (Straßenbauverwaltung)
Zugänge	2
Abgänge:	
Bes.-Gr. A 16	
– Ltd. Direktor/-in beim Landesamt für Bodenforschung und Professor/-in –	2
	Verlagerung nach Kap. 08 20 (Straßenbauverwaltung)
Abgänge	2
Bes.-Gr. A 15	
– Direktor/-in beim Landesamt für Bodenforschung und Professor/-in –	1
Bes.-Gr. A 14	1
– Oberrat/-rätin –	1
	Abgang aufgrund Eintritt in den Ruhestand beurlaubter Beamter – Titel 422 31 – (58er-Regelung)
Stellenhebung:	
Bes.-Gr. A 13	
– Oberamtsrat/-rätin –	1
	von Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin – für einen für Personalratstätigkeiten freigestellten Beamten –

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 BBesG:

Höherer Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. B 2/A 16	3
Bes.-Gr. A 15	20
Bes.-Gr. A 14	25
Bes.-Gr. A 13	15
Zusammen	63

Gehobener Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. A 13	2
Bes.-Gr. A 12	6
Bes.-Gr. A 11	7
Bes.-Gr. A 10	4
Zusammen	19

Leerstellen:

Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. A 10	
– Oberinspektor/-in –	1
	Beendigung der Beurlaubung

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte			
I a ⁴⁾	2	2	Soweit Angestellte des Landesamtes für Bodenforschung aufgrund des Verwaltungsabkommens vom 17./26. 11. 1958 zur Dienstleistung bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe herangezogen und die Vergütungen erstattet werden bzw. Angestellte zwecks Dienstleistung bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe ohne Vergütungen beurlaubt werden, darf mit Einwilligung des MW die Stelle längstens für die Zeit der Dienstleistung bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe mit einem weiteren Angestellten besetzt werden. ¹⁾ Eine Stelle darf nur zu 50 v. H. besetzt und nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. ³⁾ kw. ⁴⁾ 1 kw ab 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002). ⁵⁾ 3 kw ab 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003). ⁶⁾ 1 kw ab 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003). ⁷⁾ 1 kw ab 1. 4. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003). ⁸⁾ 1 kw ab 1. 7. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003). ⁹⁾ 1 kw ab 1. 10. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
I b ¹⁾	7	7	
II a ⁴⁾⁵⁾⁷⁾	11	12	
III	5	5	
IV a	6	8	
IV b ⁶⁾	12	12	
V b	13	11	
V c	7	6	
VI b ⁸⁾	24	26	
VII ⁴⁾⁹⁾	3	4	
VIII	3	4	
IX b–VII ⁸⁾	9	9	
	102	106	
Stellen zu Titel 425 31:			
IV b	—	1	
V b	—	1	
	—	2	Insgesamt
Leerstellen:			
V c ³⁾	1	1	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a BAT	2	Einsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998 ab 1. 1. 1999 – 4. Rate –
Verg.-Gr. VII BAT	1	Einsparung gem. ZV für 2001
Verg.-Gr. VIII BAT	1	Einsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998 ab 1. 1. 1999 – 4. Rate –
Abgänge	4	
Verg.-Gr. IV b BAT	1	} Abgang aufgrund Zahlung Alters- rente für beurlaubte Angestellte – Titel 422 31 – (58er-Regelung)
Verg.-Gr. V b BAT	1	
Höhergruppierungen:		
Verg.-Gr. IV b BAT	1	von Verg.-Gr. VI b BAT
Verg.-Gr. V c BAT	1	von Verg.-Gr. VI b BAT
Herabgruppierungen:		
Verg.-Gr. V b BAT	1	von Verg.-Gr. II a BAT
Verg.-Gr. V b BAT	1	von Verg.-Gr. IV b BAT

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	¹) 1 kw ab 1. 1. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
	2001	2000		
Arbeiter/-innen				
4	1	1		
3–4¹)	7	8		
	8	9	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 3 MTL	1	Einsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998 ab 1. 1. 1999 – 4. Rate –

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 08 19 Landesamt für Bodenforschung – Gemeinschaftsaufgaben –

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen			
A 16	—	1	Aufsteigende Gehälter: Leitende(r) Direktor/-in beim Landesamt für Bodenforschung und Professor/-in
A 15	—	9	Direktor/-in beim Landesamt für Bodenforschung und Professor/-in
A 14	—	12	Oberrat/-rätin
A 13	—	4	Rat/Rätin
A 13	—	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12	—	2	Amtsrat/-rätin
A 11	—	4	Amtmann/-männin/-frau
A 10	—	3	Oberinspektor/-in
	—	36	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16		
– Leitende(r)		
Direktor/-in beim		
Landesamt für		
Bodenforschung und		
Professor/-in –	1	} wegen Gründung des Instituts für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben (selbstständige Anstalt des öffentlichen Rechts), Einsparung gem. ZV für 2001
Bes.-Gr. A 15		
– Direktor/-in beim		
Landesamt für		
Bodenforschung und		
Professor/-in –	9	
Bes.-Gr. A 14		
– Oberrat/-rätin –	12	
Bes.-Gr. A 13		
– Rat/Rätin –	4	
Bes.-Gr. A 13		
– Oberamtsrat/	1	
–rätin –		
Bes.-Gr. A 12		
– Amtsrat/-rätin –	2	
Bes.-Gr. A 11		
– Amtmann/-männin/		
–frau –	4	
Bes.-Gr. A 10		
– Oberinspektor/-in –	3	
Zusammen	36	

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte			
I b	—	13	
II a	—	6	
III	—	3	
IV a	—	14	
IV b	—	7	
V b	—	10	
V c	—	4	
VI b	—	12	
IX b–VII	—	3	
	—	72	Zusammen
			Stellen zu Titel 425 31:
IV a	—	1	
	—	1	Insgesamt

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. II a BAT	3	Einsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998 ab 1. 1. 1999 – 4. Rate –
Verg.-Gr. IV b BAT	1	
Verg.-Gr. V b BAT	1	
Abgänge	5	
Verg.-Gr. I b BAT	13	wegen Gründung des Instituts für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben (selbstständige Anstalt des öffentlichen Rechts), Einsparung gem. ZV für 2001
Verg.-Gr. II a BAT	3	
Verg.-Gr. III BAT	3	
Verg.-Gr. IV a BAT	14	
Verg.-Gr. IV b BAT	6	
Verg.-Gr. V b BAT	9	
Verg.-Gr. V c BAT	4	
Verg.-Gr. VI b BAT	12	
Verg.-Gr. IX b–VII BAT	3	
Abgänge	67	
Abgänge insgesamt	73	
Verg.-Gr. IV a BAT	1	Abgang aufgrund Zahlung Altersrente für einen beurlaubten Angestellten – Titel 425 31 – (58er-Regelung)

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	

Arbeiter/-innen

4 — 1

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Abgänge:	Stellen	
Lohn-Gr. 4 MTL	1	wegen Gründung des Instituts für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben (selbstständige Anstalt des öffentlichen Rechts), Einsparung gem. ZV für 2001

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Planmäßige Beamte/-innen				1) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Vorbemerkung Nr. 21 zu den BBesO A und B.
B 4	1	1	Feste Gehälter: Präsident oder Präsidentin des Niedersächsischen Landesamtes für Straßenbau	2) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.
B 2	1	1	Abteilungsdirektor/-in	3) 39 Dienstwohnungen.
				4) 53 Dienstwohnungen.
				5) kw.
				6) 3 kw ab 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).
				7) 2 kw ab 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).
A 16 ¹⁾	1	1	Aufsteigende Gehälter: Leitende(r) Baudirektor/-in	8) 1 kw ab 1. 4. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
A 16	13	11	Leitende(r) Direktor/-in	9) 3 kw ab 1. 7. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
A 15	24	29	Direktor/-in	10) 2 kw ab 1. 7. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
A 14	36	37	Oberrat/-rätin	
A 13 ⁶⁾ 8)	23	25	Rat/Rätin	
A 13 ²⁾	4	3	Oberamtsrat/-rätin	
A 13	38	27	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	92	96	Amtsrat/-rätin	
A 11 ³⁾	97	101	Amtsmann/-männin/-frau	
A 10 ⁴⁾ 9)	45	55	Oberinspektor/-in	
A 9 ⁷⁾ 10)	6	10	Inspektor/-in	
	381	397	Zusammen	
A 16	1	2	Stellen zu Titel 422 31: Leitende(r) Direktor/-in	
A 15	3	3	Direktor/-in	
A 14	1	1	Oberrat/-rätin	
A 13 ²⁾	1	1	Oberamtsrat/-rätin	
A 13	9	9	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	6	6	Amtsrat/-rätin	
A 10	1	1	Oberinspektor/-in	
	22	23	Insgesamt	
A 15 ⁵⁾	1	1	Leerstellen: Direktor/-in	
A 14 ⁵⁾	1	1	Oberrat/-rätin	
A 13 ⁵⁾	1	1	Rat/Rätin	
A 11 ⁵⁾	1	1	Amtmann/-männin/-frau	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16 – Leitende(r) Direktor/-in –	2	Verlagerung von Kap. 08 18 (Nieders. Landesamt für Bodenforschung)
Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin –	7	Umwandlungen von Angestelltenstellen
Zugänge insgesamt	9	
Abgänge:		
Bes.-Gr. A 15 – Direktor/-in –	2	Verlagerung nach Kap. 08 18 (Nieders. Landesamt für Bodenforschung)
Bes.-Gr. A 15 – Direktor/-in –	1	Einsparung gem. ZV für 2001
Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –	4	
Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/ -männin/-frau –	4	
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	9	
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	1	Verlagerung nach Kap. 06 01 (MWK) gem. § 50 LHO – Anrechnung auf ZV bis 2003 (2003)
Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –	4	Einsparung gem. ZV für 2001
Abgänge	25	
Bleiben Abgänge	16	
Bes.-Gr. A 16 – Leitende(r) Direktor/-in –	1	Abgang aufgrund Eintritt in den Ruhestand eines beurlaubten Beamten – Titel 422 31 – (58er-Regelung)
Stellensenkungen:		
Bes.-Gr. A 13 + Amtszulage – Oberamtsrat/-rätin –	1	von Bes.-Gr. A 14 – Oberrat/-rätin –
Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin –	2	von Bes.-Gr. A 15 – Direktor/-in –
Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin –	2	von Bes.-Gr. A 13 – Rat/Rätin –

Die ausgebrachten Planstellen verteilen sich auf:

Bes.-Gr.	Nieders. Landesamt für Straßenbau	Bezirks- regierungen	Straßen bauämter	Zusammen
B 4	1	—	—	1
B 2	1	—	—	1
A 16	2	4	8	14
A 15	13	—	11	24
A 14	14	—	22	36
A 13 (h.D.)	7	—	16	23
A 13 (g.D.)	11	2	29	42
A 12	4	4	84	92
A 11	10	—	87	97
A 10	5	—	40	45
A 9	1	—	5	6
Insgesamt	69	10	302	381

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO
zu § 26 Abs. 4 BBesG:

Höherer Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. B 2/A 16	13
Bes.-Gr. A 15	22
Bes.-Gr. A 14	29
Bes.-Gr. A 13	21
Zusammen	85

Gehobener Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. A 13	35
Bes.-Gr. A 12	77
Bes.-Gr. A 11	86
Bes.-Gr. A 10	33
Zusammen	231

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Die ausgebrachten Planstellen verteilen sich auf:

Verg.-Gr.	Nieders. Landesamt für Straßenbau	Bezirks- regierungen	Straßen bauämter	Zusammen
I a	4	—	—	4
I b	13	—	—	13
II a	23	—	28	51
III	21	2	76	99
IV a	8	5	123	136
IV b	1	—	32	33
V b	16	—	52	68
V c	10	4	173	187
VI b	16	—	76	92
VII	2	—	24	26
VIII	1	—	20	21
IX b—VII	11	—	67	78
Insgesamt	126	11	671	808

Einzelplan 08 Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel 08 20 Straßenbauverwaltung

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst				
A 13	20	20	Baureferendar/-in	
A 9	30	30	Inspektor/-in-Anwärter/-in	
	50	50	Zusammen	
Arbeiter/-innen				
4	31	32		
1-8	52	58		
	83	90	Zusammen	
Stellen zu Titel 426 31:				
4	—	1		
1-8	—	1		
	—	2	Insgesamt	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Abgänge:	Stellen	
Lohn-Gr. 4 MTL		
– Kraftfahrdienst –	1	} Einsparung gem. ZV für 2001
Lohn-Gr. 1-8	6	
– Sonstige Dienste –		
Abgänge	7	
Lohn-Gr. 4		
– Kraftfahrdienst –	1	} Abgang aufgrund Zahlung Alters-
Lohn-Gr. 1-8		
– Sonstige Dienste –	1	rente für beurlaubte Arbeiter/-innen
		– Titel 425 31 – (58er-Regelung)

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen			1) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13. 2) 1 Betriebsinspektor/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO; Streichung des Haushaltsvermerks bei Ausscheiden des Stelleninhabers. 3) 1 kw ab 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).
		Aufsteigende Gehälter:	
A 16	3	3	
A 15	6	7	Direktor/-in
A 14	3	3	Oberrat/-rätin
A 13 ¹⁾	2	2	Oberamtsrat/-rätin
A 13	7	7	Oberamtsrat/-rätin
A 12	10	10	Amtsrat/-rätin
A 11	16	16	Amtmann/-männin/-frau
A 10 ³⁾	7	7	Oberinspektor/-in
A 9 ²⁾	1	1	Inspektor/-in
	1	1	Amtsinspektor/-in
	2	2	Betriebsinspektor/-in
A 8	3	3	Hafenmeister/-in
	5	5	Hauptsekretär/-in
A 7	6	6	Hafenmeister/-in/Hauptsekretär/-in
	72	73	Zusammen
			Stellen wegen Freistellung gem. § 15 UrlVO (Vorruhestand):
A 8	1	1	Hafenmeister/-in
	1	1	Insgesamt

- ¹⁾ Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13.
²⁾ 1 Betriebsinspektor/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO; Streichung des Haushaltsvermerks bei Ausscheiden des Stelleninhabers.
³⁾ 1 kw ab 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Abgang: Stellen
Bes.-Gr. A 15
– Direktor/-in – 1 Einsparung gem. ZV für 2001

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 BBesG:

Höherer Dienst:

Stellen
Bes.-Gr. B 2/A 16 3
Bes.-Gr. A 15 6
Bes.-Gr. A 14 2
Bes.-Gr. A 13 —
Zusammen 11

Gehobener Dienst:

Stellen
Bes.-Gr. A 13 7
Bes.-Gr. A 12 9
Bes.-Gr. A 11 13
Bes.-Gr. A 10 4
Zusammen 33

Mittlerer Dienst:

Stellen
Bes.-Gr. A 9 3
Bes.-Gr. A 8 7
Bes.-Gr. A 7 6
Bes.-Gr. A 6 —
Zusammen 16

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	*) Die Stellen für Angestellte sind nach Zahl und Vergütungsgruppen in Form einer Übersicht in den Erläuterungen zu Kapitel 08 31 Titel 429 61 dargestellt.
	2001	2000		
Angestellte*)				

*) Die Stellen für Angestellte sind nach Zahl und Vergütungsgruppen in Form einer Übersicht in den Erläuterungen zu Kapitel 08 31 Titel 429 61 dargestellt.

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	*) Die Stellen für Arbeiter/-innen sind in Form einer Übersicht in den Erläuterungen zu Kapitel 0831 Titel 42961 dargestellt.
	2001	2000		
Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst				
A 13	2	2	Baureferendar/-in	
A 9	2	2	Inspektor/-in-Anwärter/-in	
	4	4	Zusammen	
Arbeiter/-innen*)				

*) Die Stellen für Arbeiter/-innen sind in Form einer Übersicht in den Erläuterungen zu Kapitel 08 31 Titel 429 61 dargestellt.

Haushaltsplan
für das
Haushaltsjahr 2001

Einzelplan 09
Ministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
– Ernährung und Landwirtschaft –

Vorwort zum Einzelplan 09

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 09 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ernährung und Landwirtschaft –, und zwar:

- des Ministeriums (Kap. 09 01)
- der Allgemeinen Bewilligungen – Einzelne Förderungsmaßnahmen – (Kap. 09 02)
- der Allgemeinen Bewilligungen – Erzeugung und Betriebswirtschaft – (Kap. 09 03)
- der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (Kap. 09 04)
- der Ernährung und Vermarktung (Kap. 09 05)
- der Agrarstrukturverwaltung (Kap. 09 10)
- der Domänenverwaltung (Kap. 09 30)
- der Moorverwaltung (Kap. 09 31)
- der Verwaltung des Veterinärwesens und der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung (Kap. 09 40)
- der Untersuchungsämter (Kap. 09 41)
- der Gestütverwaltung (Kap. 09 50)
- der Fischereiverwaltung (Kap. 09 61)
- des Landesinstituts für Bienenkunde (Kap. 09 71)

B. Die persönlichen Verwaltungsausgaben für 2001 sind in den „allgemeinen Bemerkungen zur Veranschlagung der Personalausgaben“ im Vorbericht hinter der Begründung zu den „Allgemeinen Bestimmungen“ erläutert.

C. Sächliche Verwaltungsausgaben (Hauptgruppe 5) und Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke mit Ausnahme für Investitionen (Hauptgruppe 6)

Soweit Ansatzreduzierungen im Einzelfall nicht erläutert worden sind, dienen sie der haushaltsmäßigen Umsetzung der Einsparbeschlüsse der Landesregierung.

D. Hochbaumaßnahmen

Die Hochbaumaßnahmen sind im Einzelplan 20 – Hochbauten – in den Kapiteln 20 75 und 20 76 ausgewiesen.

E. Maßnahmen nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAKG)

Die Mittel für die Maßnahmen nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sind entsprechend der Aufgabenverteilung in den Einzelplänen 09 und 15 veranschlagt.

Die Zuweisungen des Bundes gem. § 10 GAKG werden im Einzelplan 09 insgesamt bei den Titeln 251 01 und 331 01 vereinnahmt. Die Ausgaben sind entsprechend ihrer Zweckbestimmung veranschlagt. Die Erläuterungen zu den Titeln 251 01, 331 01 und 538 01 Abs. 1 sind verbindlich.

Für den 29. Rahmenplan (2001) sind für die Maßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe ausgebracht:

	Mio. DM	davon im	
		Epl. 09 Mio. DM	Epl. 15 Mio. DM
a) aus Mitteln des Bundes	245,000 DM	138,932 DM	106,068 DM
b) aus Mitteln des Landes	142,148 DM	92,621 DM	49,527 DM
insgesamt:	387,148 DM	231,553 DM	155,595 DM
sowie Verpflichtungs- ermächtigungen			
a) aus Mitteln des Bundes	173,300 DM	106,800 DM	66,500 DM
b) aus Mitteln des Landes	102,200 DM	71,200 DM	31,000 DM
insgesamt:	275,500 DM	178,000 DM	97,500 DM

Im einzelnen wird auf das Kapitel 09 04 und die Anlage 1 verwiesen.

F. Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes

Niedersachsen hat auf der Grundlage der VO (EG) 1257/1999 des Rates vom 17. 5. 1999 zur „Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes“ ein Programm mit dem niedersächsischen Titel „**PROLAND**“ für die Jahre 2000 bis 2006 erstellt. Im Einzelnen wird auf das Kapitel 09 02 Ausgabeteilgruppen 90 und 91 verwiesen.

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	E i n n a h m e n						
		0	1	2	3	Gesamt-	4	5
		Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	eigene Einnahmen	Über- tragungs- einnahmen	vermögens- wirksame und Sonder- einnahmen	einnahmen	persönliche Verwaltungs- ausgaben	sächliche Verwaltungs- ausgaben; Schulden- dienst
		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0901	Ministerium	—	259.200	10.000	—	269.200	25.497.700	1.909.600
0902	Allgemeine Bewilligungen -einzelne Förderungsmaßnahmen-	—	300.000	123.453.000	—	123.753.000	—	448.800
0903	Allgemeine Bewilligungen -Erzeugung und Betriebswirtschaft-	—	220.000	—	1.500.000	1.720.000	30.000	315.000
0904	Gemeinschaftsaufgabe - Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes - (GemAgrG)	—	1.000.000	60.331.800	78.600.000	139.931.800	—	950.000
0905	Ernährung und Vermarktung	5.800.000	280.000	—	21.800.000	27.880.000	5.062.200	1.150.000
0910	Agrarstrukturverwaltung	—	2.200.000	4.330.000	3.500.000	10.030.000	80.080.100	26.810.500
0930	Domänenverwaltung	—	10.845.000	11.300	7.680.000	18.536.300	2.399.100	1.353.400
0931	Moorverwaltung	—	2.495.000	—	50.000	2.545.000	2.938.000	1.155.500
0940	Verwaltung des Veterinärwesens und der Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände- überwachung	—	414.000	6.500	—	420.500	4.068.100	291.000
0941	Untersuchungsämter	—	9.646.000	325.000	—	9.971.000	39.798.300	11.644.000
0950	Gestütverwaltung	—	10.418.000	80.000	850.000	11.348.000	5.927.000	2.456.000
0961	Fischereiverwaltung	—	307.000	200.000	50.000	557.000	1.952.200	703.600
0971	Landesinstitut für Bienenkunde	—	169.300	40.000	—	209.300	2.159.000	411.000
	Summe 2001	5.800.000	38.553.500	188.787.600	114.030.000	347.171.100	169.911.700	49.598.400
	Summe 2000	5.800.000	37.029.700	60.701.600	170.736.300	274.267.600	168.819.800	44.372.000
	2001 mehr/weniger (-)	—	1.523.800	128.086.000	-56.706.300	72.903.500	1.091.900	5.226.400

gaben und Verpflichtungsermächtigungen

Epl. 09

A u s g a b e n					2001 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 – Sp.14)	2000 Überschuss Zuschuss (-)	2001 Verbesserung Verschlech- terung (-) (Sp.15 – Sp.16)	Ver- pflichtungs- ermächti- gungen
6 Über- tragungs- ausgaben	7 Bau- ausgaben	8 sonst. Ausga- ben für Inve- stitionen und Invest.förd.- maßnahmen	9 besondere Finan- zierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	509.000	998.500	28.914.800	-28.645.600	-24.708.000	-3.937.600	—
2.927.200	—	—	121.043.000	124.419.000	-666.000	6.384.000	-7.050.000	11.800.000
132.953.500	—	780.000	—	134.078.500	-132.358.500	-131.801.500	-557.000	5.970.000
98.553.000	—	132.050.000	—	231.553.000	-91.621.200	-86.888.000	-4.733.200	178.000.000
10.906.600	—	21.800.000	—	38.918.800	-11.038.800	-11.747.100	708.300	1.700.000
1.148.000	—	1.949.000	3.524.400	113.512.000	-103.482.000	-82.810.600	-20.671.400	60.000
2.728.500	6.250.000	—	32.816.200	45.547.200	-27.010.900	4.495.300	-31.506.200	—
—	210.700	537.000	4.844.200	9.685.400	-7.140.400	-1.702.400	-5.438.000	—
25.309.200	—	20.000	—	29.688.300	-29.267.800	-33.143.600	3.875.800	—
—	—	4.195.000	3.340.300	58.977.600	-49.006.600	-46.412.900	-2.593.700	—
868.700	—	2.330.000	1.139.400	12.721.100	-1.373.100	28.800	-1.401.900	—
126.500	—	8.400.000	—	11.182.300	-10.625.300	-9.656.500	-968.800	—
—	—	113.000	248.200	2.931.200	-2.721.900	-2.374.000	-347.900	—
275.521.200	6.460.700	172.683.000	167.954.200	842.129.200	-494.958.100	-420.336.500	-74.621.600	197.530.000
240.342.700	6.518.700	232.181.100	2.369.800	694.604.100				152.310.000
35.178.500	-58.000	-59.498.100	165.584.400	147.525.100				45.220.000

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0901 Ministerium**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 11-2	011	Verwaltungsgebühren		30.000	30.000	—	27
113 01-8	011	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		1.000	1.000	—	0
119 01-6	011	Einnahmen aus Nebentätigkeit		8.000	13.000	-5.000	—
119 06-7	011	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staat- licher Einrichtungen		1.000	1.000	—	1
119 41-5	011	Rückzahlung von Überzahlungen		5.000	5.000	—	3
119 46-6	011	Ersatzleistungen		2.000	2.000	—	2
119 51-2	011	Vermischte Einnahmen		5.000	5.000	—	11
124 01-0	011	Mieten und Pachten		43.200	54.800	-11.600	—
132 01-2	011	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		10.000	10.000	—	7
132 10-1	011	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen * Vgl. K-Vermerk zu 811 10.		66.000	66.000	—	32
132 11-0	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge * Vgl. K-Vermerk zu 811 11.		88.000	88.000	—	91
231 01-0	011	Erstattung von Reisekosten durch den Bund * Vgl. K-Vermerk zu 527 02.		10.000	10.000	—	16
256 01-3	011	Sonstige Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit		—	—	—	—
A U S G A B E N							
412 04-0	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungs- stellen gem. § 73 b Abs. 4 Nds. PersVG. und § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	1.000	1.000	—	—
421 01-4	011	Amtsbezüge der Ministerin oder des Ministers - Laufende Zahlungen -	—	288.600	287.600	+1.000	286
421 02-2	011	Amtsbezüge der Ministerin oder des Ministers - Einzelzahlungen -	—	—	—	—	—
422 01-0	011	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	20.953.700	21.447.000	-493.300	12.874
422 09-6	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-3	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-2	940	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Frei- stellung bei Personalüberhang	—	879.000	964.800	-85.800	973
425 01-0	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	6.557
425 31-1	011	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	14
425 41-9	011	Vergütungen der auszubildenden Kräfte	—	—	60.000	-60.000	—
425 51-6	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	5.000	5.000	—	1
426 01-6	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	848
426 51-2	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	5.000	5.000	—	1
427 01-2	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	12.000	12.000	—	-5
427 31-4	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	20.000	32.000	-12.000	17
427 39-0	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	33.800	—	+33.800	34
441 02-3	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Beamtinnen und Beamte	—	2.962.900	3.262.100	-299.200	2.762

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 01

Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 des Deckungskreises gem. § 12 Abs. 1 Satz 1 des Haushaltsgesetzes sind im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 09“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 546 01 zusammengefasst ausgebracht. Sie sind übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Im Rahmen dieses Modellversuchs gilt im Einzelplan 09 die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragen sind.

Zu 111 11

Gebühren und Auslagen auf dem Gebiet der Veterinärverwaltung.

Zu 113 01

1. Geräte	— DM
2. Maschinen	500 DM
3. Ausstattungsgegenstände	500 DM
4. Akten, Drucksachen und dgl.	— DM
Zusammen	1 000 DM

Zu 119 01

1. Abführung auf Grund des § 5 Abs. 3 des Ministergesetzes in der jeweils gültigen Fassung	8 000 DM
2. Abführungen auf Grund des § 75 a Abs. 2 NBG	— DM
Zusammen	8 000 DM

Zu 119 06

Veranschlagt sind Einnahmen aus der privaten Mitbenutzung staatl. Einrichtungen, bei denen die Berechnungsgrundlage verschiedenartige Kosten umfasst.

Zu 124 01

Mietzahlungen des IZN für Büro- und Technikräume im Dienstgebäude des ML, Calenberger Str. 2 in Hannover.

Zu 132 01

Die Aussonderung von Dienst-Kfz ist vorgesehen.

Zu 132 10

Vgl. Erläuterung zu Titel 811 10.

Zu 132 11

Vgl. Erläuterung zu Titel 811 11.

Zu 412 04

Der Vorsitzende einer Einigungsstelle – § 73 b Abs. 4 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz und § 48 Abs. 3 Niedersächsisches Richtergesetz – erhält für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 200 DM, in jedem Jahr der Wahlperiode der Personalräte jedoch nicht mehr als 1 000 DM.

Zu 421 01

1. Amtsgehalt	270 600 DM
2. Dienstaufwandsentschädigung	12 000 DM
3. Entschädigung bei getrennter Haushaltsführung	6 000 DM
Zusammen	288 600 DM

Zu 2.: Veranschlagt ist eine Dienstaufwandsentschädigung für den Minister gemäß § 9 des Ministergesetzes.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 218,41 Vollzeiteinheiten (VZE).

Beschäftigungsvolumen:

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	129,78	129,78	—	146
Angestellte	78,63	78,63	—	69
Lohnempfänger/-innen	10,00	10,00	—	11
Insgesamt	218,41	218,41	—	226

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 20 953 700 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	20 953 700
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	1 314 100
43	Versorgungsbezüge	4 641 600
44	Beihilfen, Unterstützungen	429 600
45	Personalbezogene Sachausgaben	83 100
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	586 400
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0
Summe der Personalausgaben im Kapitel		28 008 500

Zu 427 01

Für vorübergehende, unvermeidliche Vertretungen in Krankheits- und Urlaubsfällen mit aushilfsweise Tätigen.

Zu 427 31

Prüfungsvergütungen an die Mitglieder der Prüfungsausschüsse und Lehrvergütungen.

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte richtet sich nach den auf Grund des Runderlasses des MF vom 13. April 1966 (Nds. MBl. S. 319), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 75 DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0901 Ministerium**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
441 03-1	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften für Angestellte	—	51.800	76.400	-24.600	52
441 04-0	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	4.900	7.400	-2.500	5
441 05-8	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften für Sonstige	—	—	—	—	—
441 06-6	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	107.400	—	+107.400	89
442 01-1	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	2.000	2.000	—	—
443 01-8	940	Fürsorgemaßnahmen, insbesondere bei Dienstunfällen	—	87.500	87.500	—	65
453 01-3	940	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	83.100	38.500	+44.600	83
511 01-3	011	Geschäftsbedarf	—	—	—	—	104
512 01-0	011	Bücher und Zeitschriften	—	—	—	—	104
513 01-6	011	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	—	—	204
514 01-2	011	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	74
515 01-9	011	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	18
515 02-7	011	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	36
515 03-5	045	Ausrüstungsgegenstände für den Behördenselbstschutz	—	—	—	—	—
516 01-5	011	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	1
517 01-1	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	199
517 19-4	011	Reinigungskosten	—	—	—	—	171
517 59-3	011	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	127
518 01-8	011	Mieten und Pachten	—	—	—	—	144
519 02-2	011	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	—	—	—	5
519 03-0	011	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	—	18
525 01-4	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	8
526 01-0	011	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	61
526 02-9	011	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten bei naturschutzrelevanten Angelegenheiten der Land- und Forstwirtschaft	—	—	—	—	—
527 01-7	011	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	230
527 02-5	011	Reisekostenvergütungen für Vertreter des Landes in Gremien des Bundes und der EU * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 01.	—	10.000	10.000	—	17
527 03-3	011	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	—	—	—	10
529 01-0	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers	—	10.000	10.000	—	10
531 01-4	011	Veröffentlichungen	—	—	—	—	25
531 02-2	011	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	10.000	—	+10.000	—
537 01-2	011	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	—	—	—	5

ERLÄUTERUNGEN

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für Landesbedienstete	73 100 DM
2. Umzugskostenvergütungen für Landesbedienstete	10 000 DM
Zusammen	83 100 DM

Mehr infolge Umsetzung der Forstreform.

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0901 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
538 01-9	529	Dienstleistungen Außenstehender zur Begleitung und Bewertung der VO (EWG) 2078/92 aufgrund der VO (EG) 746/96	—	—	—	—	54
546 01-1	011	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 12 Abs. 1 HG) ***Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“ verbindlich.	—	1.695.000	1.735.000	-40.000	—
546 59-3	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	1
681 01-6	011	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
811 01-7	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	35.000	45.000	-10.000	32
811 10-6	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 10.	—	66.000	66.000	—	32
811 11-4	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.	—	88.000	88.000	—	91
812 15-3	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	120.000	120.000	—	88
981 09-5	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	998.500	—	+998.500	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 94		Reformdividende aus dem Pilotprojekt Energiekosteneinsparung (LENI)	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 94-5	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 94-8	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
711 94-2	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 94-3	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 96		Reformdividende	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 96-1	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 96-4	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
711 96-9	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 96-0	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 99		Elektronische Datenverarbeitung	(—)	(384.600)	(360.000)	(+24.600)	(423)
515 99-0	011	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	134.000	134.000	—	201
525 99-5	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	11
538 99-0	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	24.600	—	+24.600	64
547 99-9	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	26.000	26.000	—	35
712 99-0	011	Ausbau des Datennetzes im Dienstgebäude des ML	—	—	—	—	98
812 99-4	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	200.000	200.000	—	13
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		-3.728.500	+3.728.500	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 811 01

Ersatzbeschaffungen:

1 Pkw bis zu 2 000 ccm Hubraum
 Listenpreis (einschl. Umsatzsteuer)
 sowie Sonderausstattung
 (Kopfstützen im Fond, Halogen-Nebelscheinwerfer, rechter Außenspiegel, Außenthermometer, Radio mit Verkehrsdecoder), einschl.
 Nebenkosten für Überführung und Zulassung 35 000 DM

Das Dienst-Kfz wird zum Zeitpunkt der Aussonderung die Mindestfahrleistung nach den Kfz-Richtlinien erreicht haben.

Zu 811 10

Auf Grund der Kfz-Richtlinien dürfen Dienstkraftfahrzeuge schon dann durch neue Fahrzeuge ersetzt werden, wenn in Höhe der jeweils zu erwartenden Verwertungserlöse mindestens gleichwertige Ersatzbeschaffungen vorgenommen werden können.

2 Pkw
 Listenpreis (einschl. Umsatzsteuer)
 sowie Sonderausstattung, Nebenkosten für
 Überführung und Zulassung 66 000 DM
 Summe 66 000 DM

Zu 811 11

Auf Grund der Kfz-Richtlinie dürfen Dienstkraftfahrzeuge für Ministerinnen, Minister, Staatssekretärinnen und Staatssekretäre schon dann durch neue Fahrzeuge ersetzt werden, wenn in Höhe der jeweils zu erwartenden Verwertungserlöse mindestens gleichwertige Ersatzbeschaffungen vorgenommen werden können.

1 Pkw für den Minister
 Listenpreis (einschließlich Umsatzsteuer)
 sowie Sonderausstattung
 Nebenkosten für Überführung und Zulassung 47 000 DM
 1 Pkw für den Staatssekretär
 Listenpreis (einschließlich Umsatzsteuer)
 sowie Sonderausstattung
 Nebenkosten für Überführung und Zulassung 41 000 DM

Zu 812 15

Ersatzbeschaffungen:

1. Büroausstattung
 (PC-Arbeitsplätze) 50 000 DM
 2. Geschirrspüler 14 000 DM
 3. 1 Convect-Air 4 Tischgerät
 für den Kantinenbetrieb 16 000 DM
 4. Kippbratpfanne 14 000 DM
 5. Verschließbare Aktenschränke
 für die Registratur 26 000 DM
 Summe 120 000 DM

Zu 981 09

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 94

„Nutzerprämie“ der für dieses Kapitel festgestellten Energieeinsparung (Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft).

Zu Titelgruppe 96

Zur Bewirtschaftung von Mitteln aus der im Haushaltsjahr 2000 erwirtschafteten Reformdividende im Rahmen der Personal- und Stellenbewirtschaftung im Einzelplan 09.

Zu Titelgruppe 99**812 99**

1. Ersatzbeschaffungen für vorhandene Endgeräte
 auf PC-Arbeitsplätzen nach flächendeckender
 Einführung der Bürokommunikation 140 000 DM
 2. Aufrüstung der zentralen Server des ML (Hard-
 und Systemsoftware, Massenspeicher, RAM,
 Tools, Peripherie) 40 000 DM
 3. Überlassung von Standardsoftware (Lizenzen) 20 000 DM
 Summe 200 000 DM

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0901 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 09 01					
		1 Eigene Einnahmen		259.200	275.800	-16.600	
		2 Übertragungseinnahmen		10.000	10.000	—	
		Summe der Einnahmen		269.200	285.800	-16.600	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	25.497.700	22.559.800	+2.937.900	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.909.600	1.915.000	-5.400	
		6 Übertragungsausgaben	—	—	—	—	
		7 Bauausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	509.000	519.000	-10.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	998.500	—	+998.500	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	28.914.800	24.993.800	+3.921.000	
		Zuschuss		28.645.600	24.708.000	+3.937.600	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		4.641.600	4.607.300		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		33.556.400	29.601.100		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		33.287.200	29.315.300		

ERLÄUTERUNGEN

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0902 Allgemeine Bewilligungen -einzelne Förderungsmaßnahmen-**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 41-9	529	Rückzahlungen von Überzahlungen aus Landesmitteln		250.000	250.000	—	31
119 44-3	529	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen des soziostrukturellen Einkommensausgleichs (Beteiligungsverhältnis 65:35) ***Rückzahlungen an den Bund sind durch - Absetzen von der Einnahme zu verausgaben		—	—	—	26
119 51-6	011	Vermischte Einnahmen		50.000	50.000	—	350
251 90-2	549	EU-Mittel zur Förd. v. Maßnahmen a.d Europ. Garantiefonds d. Landwirtschaft (EAGFL)Entwicklungsplan z. Förd. ländl. Räume 2000-06 * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 90.		115.743.000	—	+115.743.000	—
281 02-0 (GA)	549	Erstattungen der Länder zur Abwicklung der Evaluierung nach VO (EG) 950/97 von Fördermaßnahmen im Rahmen der GAK * Vgl. K-Vermerk zu 631 02.		—	—	—	—
281 03-8 (GA)	549	Erstattungen der Länder zur Abwicklung der Evaluierung nach VO (EG) 951/97 von Fördermaßnahmen im Rahmen der GAK * Vgl. K-Vermerk zu 631 03.		—	—	—	—
286 01-3	529	Erstattungen des Bundes aus EG-Mitteln ***Erstattungen an die Tierseuchenkasse sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.		7.710.000	15.630.000	–7.920.000	13.633
286 02-1 (GA)	549	Erstattungen des Bundes aus EU-Mitteln zur Abwicklung der Evaluierung nach V0 (EG) 950/97 von Fördermaßnahmen i.R. der GAK * Vgl. K-Vermerk zu 631 02.		—	—	—	—
286 03-0 (GA)	549	Erstattungen des Bundes aus EU-Mitteln zur Abwicklung der Evaluierung nach V0 (EG) 951/97 von Fördermaßnahmen i.R. der GAK * Vgl. K-Vermerk zu 631 03.		—	—	—	—
286 73-0	529	Erstattungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern aus EU-Stukturfondsmitteln für Maßnahmen im ehemaligen Amt Neuhaus * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 73.		—	—	—	3.767
341 01-4	549	Beiträge und Zuschüsse Dritter zur Mitfinanzierung von Maßnahmen aus dem Europäischen Garantiefonds der Landwirtschaft (EAGFL) * Vgl. K-Vermerk zu 893 01.		—	—	—	—
382 01-2	990	Durchlaufende Gelder für die Gemeinschaftsinitiative Pesca (1994 - 1999) * Vgl. K-Vermerk zu 982 01.		—	—	—	111
		Titelgruppe(n)					
TGr. 65/66		EU-Mittel zur Abwicklung der Förderung der Entwicklung im ländl. Raum (1994 - 1999) -Ziel 5 b der Reform der EG-Strukturfonds-		(—)	(34.000.000)	(–34.000.000)	(91.148)
346 65-2	549	Für Investitionen aus dem EAGFL * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.		—	34.000.000	–34.000.000	38.888
346 66-0	549	Für Investitionen aus dem EFRE * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.		—	—	—	52.259
TGr. 68/69		EU-Mittel zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum (LEADER)		(—)	(—)	(—)	(19.815)
382 68-3	990	Durchlaufende Gelder aus EAGFL * Vgl. K-Vermerk zu 982 68.		—	—	—	8.561
382 69-1	990	Durchlaufende Gelder aus EFRE * Vgl. K-Vermerk zu 982 68.		—	—	—	11.253

ERLÄUTERUNGEN

Zu 251 90

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 90

Zu 281 02 und 286 02

Vgl. Erläuterung zu 631 02.

Zu 281 03 und 286 03

Vgl. Erläuterung zu 631 03.

Zu 282 01

Vgl. Erläuterung zu 684 01.

Zu 286 01

Vereinnahmt werden Erstattungen des Bundes aus EU-Mitteln im Rahmen der

- Effizienzverordnung VO (EWG) 2328/91 für die einzelbetriebliche Förderung
- Entscheidung des Rates 90/224/EWG über bestimmte Ausgaben im Veterinärbereich
- Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig auf Grund der VO (EG) 1221/97

Weniger infolge Verrechnung von EU-Anlastungen und Umstellung des EU-Finanzierungssystems (vgl. 09 02 TGr. 90).

Zu 286 73

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 73.

Zu 341 01

Vgl. Erläuterung zu 893 01.

Zu 382 01

Vgl. Erläuterung zu 982 01.

Zu 346 65 und 346 66

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 65/66.

Zu 382 68 und 382 69

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 68.

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0902 Allgemeine Bewilligungen -einzelne Förderungsmaßnahmen-**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 75		EU-Mittel zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum (LEADER PLUS - 2000 bis 2006 -)		(—)	(—)	(—)	(—)
287 75-3	549	Für laufende Zwecke aus dem EAGFL * Vgl. K-Vermerk zu 982 75.		—	—	—	—
382 75-6	990	Durchlaufende Gelder aus dem EAGFL * Vgl. K-Vermerk zu 982 75.		—	—	—	—
A U S G A B E N							
631 02-0 (GA)	549	Erstattung d. Kosten an d. Bundesforschungsanstalt f. Landwirtschaft z. Evaluierung n. VO(EG)950/97 v. Fördermaßnahmen i.R.d. GAK * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 02 und 286 02.	—	—	—	—	—
631 03-9 (GA)	549	Erstattung d. Kosten an d. Bundesforschungsanstalt f. Landwirtschaft z. Evaluierung n. VO(EG)951/97 v. Fördermaßnahmen i.R.d. GAK * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 03 und 286 03.	—	—	—	—	—
636 01-4	549	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die landwirtschaftliche Alterskasse * Übertragbar.	—	1.500.000	2.350.000	–850.000	1.350
662 11-2	529	Schuldendiensthilfen für Bankkredite zur Durchführung eines Stufeninvestitionsplans zur Rationalisierung landw. Betriebe * Übertragbar.	—	40.000	60.000	–20.000	20
671 01-4	529	Erstattungen an die Nds. LTS-Agrar für die Aufbereitung von EU-Erstattungsfällen	—	410.000	410.000	—	611
685 01-5	623	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	6.000	6.000	—	5
893 01-7	549	Zuschüsse Dritter zur Mitfinanzierung von Maßnahmen a. d. Europäischen Garantiefonds der Landwirtschaft (EAGFL) - 2000 bis 2006 * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 341 01. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	—	—	—	—	—
982 01-0	990	Durchlaufende Gelder für die kommunalen Gebietskörperschaften im Rahmen von „Pesca 1994 - 1999“ * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 01.	—	—	—	—	346
Titelgruppe(n)							
TGr. 63		Durchführung des Bundesbodenschutzgesetzes * Übertragbar.	(—)	(1.100.000)	(1.000.000)	(+100.000)	(1.063)
429 63-9	549	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
518 63-1	549	Mieten und Pachten	—	39.800	39.800	—	—
538 63-2	549	Dienstleistungen Außenstehender	—	209.000	109.000	+100.000	122
547 63-1	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	33
681 63-0	549	Entschädigungen	—	—	—	—	—
685 63-5	549	Zuschüsse an Sonstige	—	851.200	851.200	—	908
812 63-7	549	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 287 75 und 382 75

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 75.

Zu 631 02 und 631 03

Nationale Fördermaßnahmen, die von europäischen Strukturfonds mitfinanziert werden, sind vom Mitgliedsstaat zu evaluieren. Die Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft in Braunschweig (FAL) führt für Deutschland die Evaluierung nach

- der VO (EG) 950/97 zur „Verbesserung der Effizienz der Agrarstruktur“ und
- der VO (EG) 951/97 zur „Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsbedingungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse“

durch. Niedersachsen koordiniert diese finanzielle Abwicklung für Fördermaßnahmen innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“.

Zu 636 01

Erstattungen von Verwaltungsausgaben an die landw. Alterskasse für die vom Bund finanzierte „Betriebsaufgaberente“ (§§ 17, 19 des Gesetzes zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit).

Weniger infolge Rückgangs der Zahlfälle.

Zu 662 11

Im Stufeninvestitionsplan werden langfristige Kapitalmarktdarlehen, die der Konsolidierung kurzfristiger, hochverzinslicher Verbindlichkeiten dienen, zinsverbilligt.

Veranschlagt sind die noch zu erwartenden Abrufe aus Bewilligungen von Zinverbilligungen für Kapitalmarktdarlehen in den Jahren 1973 bis 1984.

Zu 671 01

Abwicklung des Agrarinvestitionsförderungsprogramms im Rahmen der EU-Erstattung aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds – Abt. Ausrichtung –.

Zu 685 01

1. Mitgliedsbeiträge des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an „Deutsche Reitschule Warendorf“	
„Deutsche Gartenbaugesellschaft“	
„Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft Frankfurt“	
„Agrarsoziale Gesellschaft (ASG)“	
„Verein Landwirtschaftsmuseum Lüneburger Heide Hösseringen“	4 950 DM
2. Mitgliedsbeiträge der Gestütverwaltung an „Verband Hann. Warmblutzüchter“	100 DM
3. Mitgliedsbeiträge des Bieneninstituts an „Landesverband Hannoverscher Imker“	
„Deutscher Berufs- und Erwerbsimkerverband“	
„Arbeitsgemeinschaft der Institute“	
„Bee Research Association (England)“	
„Internationale Kommission für Bienenbotanik (Frankreich)“	950 DM
Zusammen	6 000 DM

Zu 893 01

Kofinanzierungsmittel Dritter zur Bindung von EU-Mitteln im Rahmen des nieders. Programms „PROLAND“.

Zu 982 01

Im Rahmen der Umstrukturierung des Fischereisektors hat die Europäische Kommission neben dem Finanzinstrument zur Ausrichtung der Fischerei (FIAF) – Ziel 5 a – die Gemeinschaftsinitiative „PESCA“ initiiert. Es sollen sehr spezifische Vorhaben gefördert werden, die dazu beitragen sollen, den Wandel im Fischereisektor erfolgreich abzuschließen und das sozioökonomische Gefüge in der Küstenregion zu diversifizieren. Die globalen Fördermittel werden an die betroffenen Landkreise weitergeleitet. Die erforderliche Mitfinanzierung wird durch die Kommunen und/oder von Privaten durchgeführt.

Zu Titelgruppe 63

Im Rahmen der Durchführung des Bundesbodenschutzgesetzes werden flächendeckend Dauerbeobachtungsflächen eingerichtet. Die Flächen dienen der Erfassung der langfristig standort-, belastungs- und nutzungsspezifischen Einflüsse und ermöglichen dadurch rechtzeitige Maßnahmen zum Bodenschutz bei drohender Bodenzerstörung und Überbelastung durch Schadstoffe.

Die Personalkosten für das Landesamt für Bodenforschung sind bei Kapitel 08 18 und die der Niedersächsischen Forstlichen Versuchsanstalt sind bei Kapitel 10 06 nachgewiesen.

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0902 Allgemeine Bewilligungen -einzelne Förderungsmaßnahmen-**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
893 63-7	549	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 65/66		Abwicklung der Förderung der Entwicklung im ländl.Raum (1994 - 1999) -Ziel 5 b der Reform der EG-Strukturfonds- * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 346 65 und 346 66. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. ***Die Ausgaben der Titelgruppe richten sich nach dem genehmigten EU-Programm. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.	(—)	(—)	(39.500.000)	(-39.500.000)	(100.897)
425 65-0	549	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	172
538 65-9	549	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	161
547 65-8	549	Nichtaufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	51
653 65-2	549	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	311
662 65-1	549	Schuldendiensthilfen (Zinszuschüsse) für Darlehen zum Bodenzwischenerwerb	—	—	—	—	90
682 65-2	549	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	26
683 65-9	549	Zuschüsse an private Unternehmen	—	—	—	—	216
685 65-1	549	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	602
812 65-3	549	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	87
883 65-8	549	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	39.500.000	-39.500.000	37.724
892 65-7	549	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	687
893 65-3	549	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	8.849
981 66-8	990	Abführungen an MW und MU aus EFRE	—	—	—	—	51.920
TGr. 68		Zuschüsse zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum (LEADER) - Ziel 5 b der Reform des EG-Strukturfonds- ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(—)	(100.000)	(100.000)	(—)	(13.483)
538 68-3	549	Dienstleistungen Außenstehender ***Die Ausgaben des Titels erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen entsprechende dem genehmigten EG-Programm bei 382 68. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EG-Programms als Vorgriff gemäß § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.	—	100.000	100.000	—	19
547 68-2	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben ***Die Ausgaben des Titels erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen entsprechende dem genehmigten EG-Programm bei 382 68. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EG-Programms als Vorgriff gemäß § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.	—	—	—	—	5

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 65/66

In 17 niedersächsischen Landkreisen wurde das von der EU-Kommission und dem Land Niedersachsen gemeinschaftlich aufgelegte Förderprogramm für die Jahre 1994 bis 1999 zur Verbesserung der Entwicklung des ländlichen Raumes im Rahmen des Ziels 5 b durchgeführt. Nach dieser Entscheidung wurden in den nachfolgend aufgeführten besonders ländlich geprägten und strukturschwachen Landkreisen Strukturfondsmittel eingesetzt: Ammerland, Aurich, Cloppenburg, Emsland, Friesland, Grafschaft Bentheim, Leer, Oldenburg, Vechta, Wittmund, Diepholz, Nienburg, Cuxhaven, Lüchow-Dannenberg, Rotenburg (Wümme), Soltau-Fallingb. und Uelzen.

Im Jahr 2001 werden die Maßnahmen schlussfinanziert.

Zu Titelgruppe 68

Im Rahmen der Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes (Ziel 5 b der EU-Strukturfondsreform) hatte die EU-Kommission die Gemeinschaftsinitiative LEADER initiiert, mit der die Einrichtung eines Netzes örtlicher Aktionsgruppen verfolgt wurde. Diese Gruppen führten auf lokaler Ebene Maßnahmen auf den Gebieten Umweltschutz, Tourismus und Vermarktung von Agrarprodukten eigenständig unter Zuhilfenahme neuer Informations- und Kommunikationstechnologien durch.

Im Förderzeitraum 1994 bis 1999 wurde die Gemeinschaftsinitiative LEADER II unter dem Leitthema „Wasser schützen – Wasser nutzen“ durchgeführt. Sie unterstützte beispielgebende lokale Entwicklungsinitiativen im ländlichen Raum, die Entwicklung innovativer, mustergültiger und übertragbarer Maßnahmen, den Austausch von Erfahrungen und die Weitergabe von „Know-how“.

Im Jahr 2001 werden die Maßnahmen schlussfinanziert.

Zu 538 68 und 547 68

Begleitung und Bewertung des von der EU-Kommission genehmigten Programms „LEADER II“.

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0902 Allgemeine Bewilligungen -einzelne Förderungsmaßnahmen-**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
982 68-0	990	Durchlaufende Gelder für die kommunalen Gebietskörperschaften * Übertragbar. <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 68 und 382 69.</i>	—	—	—	—	13.459
TGr. 73		Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen im ehemaligen Amt Neuhaus * Übertragbar. <i>Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 286 73.</i> ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind. ***Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der zwischen den Ländern Niedersachsen und Mecklenburg- Vorpommern getroffenen Verwaltungs- vereinbarung als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.	(—)	(—)	(—)	(—)	(1.788)
683 73-0	529	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
892 73-8	529	Zuschüsse für investive Zwecke	—	—	—	—	1.788
TGr. 75		Zuschüsse zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum (LEADER PLUS - 2000 bis 2006 -) ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind.	(—)	(100.000)	(—)	(+100.000)	(—)
538 75-6	549	Dienstleistungen Außenstehender ***Die Ausgaben des Titels erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen entsprechende dem ge- nehmigten EG-Programm bei 287 75. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EG-Programms als Vorgriff gemäß § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.	—	100.000	—	+100.000	—
547 75-5	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben ***Die Ausgaben des Titels erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen entsprechende dem ge- nehmigten EG-Programm bei 287 75. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EG-Programms als Vorgriff gemäß § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.	—	—	—	—	—
982 75-3	990	Durchlaufende Gelder für die kommunalen Gebietskörperschaften * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 287 75 und 382 75.	—	—	—	—	—
TGr. 81/82		Förderung ökologischer Maßnahmen auf land- wirtschaftlich genutzten Flächen * Übertragbar.	(—)	(120.000)	(120.000)	(—)	(192)
683 81-0	529	Zuwendungen an landwirtschaftliche Unter- nehmen - 20jährige Stilllegung von Ackerflä- chen für ökologische Ruhezonen -	—	80.000	80.000	—	51
683 82-9	529	Zuwendungen an landwirtschaftliche Unter- nehmen - Kooperationsmodell Naturschutz - Landwirtschaft -	—	40.000	40.000	—	142

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 73

Durchführung von Maßnahmen im Gebiet des ehemaligen Amt Neuhaus aufgrund des Staatsvertrages und einer Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen der Ziel-1-Förderung der EU-Strukturfonds.

Zu Titelgruppe 75

Im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative „LEADER +“ für die Jahre 2000 bis 2006 können in Niedersachsen in ländlichen Gebieten, die bestimmten Kriterien der Leitlinien der EU-Kommission entsprechen, insbesondere gebietsbezogene, integrierte Entwicklungsstrategien mit Pilotcharakter und die Zusammenarbeit zwischen ländlichen Gebieten gefördert werden.

Das niedersächsische Konzept sieht, basierend auf den Erfahrungen der Vorläuferprogramme, folgende Strategien vor:

Förderung Regionaler Entwicklungskonzepte

Unter Einbeziehung von Kommunen, staatlichen Stellen, Wirtschaft, Verbänden und Privaten einer Region, die sich als lokale Aktionsgruppen konstituieren, soll die effizientere Nutzung von vorhandenem Know-how und die Mobilisierung der Kreativität der Beteiligten unterstützt werden. Die zu erarbeitenden regionalen Entwicklungskonzepte haben sich insbesondere an folgenden Themen zu orientieren:

- Verbesserung der Lebensqualität der Region und der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen insbesondere im Hinblick auf die Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen und Jugendliche
- Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Erzeugnisse und Dienstleistungen durch Einsatz von neuem Know-how und neuer Technologien
- Aufwertung der lokalen Erzeugnisse durch erleichterten Marktzugang im Rahmen kollektiver Maßnahmen
- Valorisierung des natürlichen und kulturellen Potentials einschl. der Steigerung des Wertes von Flächen im gemeinschaftlichen Interesse, die unter NATURA 2000 ausgewählt wurden.

Förderung der Zusammenarbeit zwischen ländlichen Gebieten

Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen ländlichen Regionen und durch die Kombination von Projekten sollen Synergieeffekte ausgenutzt und zusätzliche positive Auswirkungen für die Region erzielt werden.

Zu 538 75 und 547 75

Begleitung und Bewertung des von der EU-Kommission genehmigten Programms „LEADER +“.

Zu 982 75

Kommunale Gebietskörperschaften sind federführend für die finanzielle Abwicklung verantwortlich und stellen grundsätzlich die notwendige Mitfinanzierung der EU-Mittel sicher.

Zu Titelgruppe 81/82

Aufgrund der Verordnung (EWG) 2078/92 wurden Maßnahmen zur Förderung umweltgerechter und den natürlichen Lebensraum schützende landwirtschaftliche Produktionsverfahren bewilligt.

683 81

Abwicklung der Fördermaßnahme „20jährige Stilllegung von Ackerland“.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	80 000	—	—	80 000
2002	80 000	—	—	80 000
2003	80 000	—	—	80 000
2004	80 000	—	—	80 000
2005ff.	1 120 000	—	—	1 120 000
Summe	1 440 000	—	—	1 440 000

683 82

Abwicklung der Fördermaßnahme „Kooperationsmodell extensive Acker- und Grünlandnutzung“.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	40 000	—	—	40 000
2002	40 000	—	—	40 000
Summe	80 000	—	—	80 000

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0902 Allgemeine Bewilligungen -einzelne Förderungsmaßnahmen-**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 90		EU-Mittel z. Förd. v. Maßnahmen a.d. Europ. Garantiefonds d. Landwirtschaft (EAFGL)Entwicklungsplan z. Förd. ländl. Räume 2000-06 * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 251 90. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. ***Die Ausgaben der Titelgruppe richten sich nach dem genehmigten EU-Programm. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.	(—)	(115.743.000)	(—)	(+115.743.000)	(—)
425 90-0	549	Vergütung der Angestellten	—	—	—	—	—
531 90-5	549	Veröffentlichungen	—	—	—	—	—
538 90-0	549	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
547 90-9	549	Nichtaufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
653 90-3	549	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
663 90-9	549	Schuldendiensthilfen an Sonstige	—	—	—	—	—
682 90-3	549	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
683 90-0	549	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
685 90-2	549	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige	—	—	—	—	—
812 90-4	549	Erwerb von Geräten, Ausrüstungs- und Ausrüstungsgegenstände	—	—	—	—	—
883 90-9	549	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
892 90-8	549	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
893 90-4	549	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
971 90-5	988	Globale Mehrausgabe (EU-Mittel zur Bewilligung der Maßnahmen und Deckung der Ausgaben in der Titelgruppe 90)	—	115.743.000	—	+115.743.000	—
TGr. 91		Landesmittel zur Kofinanzierung v. Maßnahmen a.d. Europ. Garantiefonds der Landwirtschaft(EAGFL) Förderung länd. Räume 2000-06 * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. ***Die Ausgaben der Titelgruppe richten sich nach dem genehmigten EU-Programm. Die Mehrausgaben im laufenden Haushaltsjahr sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.	(11.800.000) (—)	(5.300.000)	(—)	(+5.300.000)	(—)
425 91-9	549	Vergütung der Angestellten	—	—	—	—	—
531 91-3	549	Veröffentlichungen	—	—	—	—	—
538 91-8	549	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
547 91-7	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
653 91-1	549	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
682 91-1	549	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 90

Niedersachsen hat auf der Grundlage der VO (EG) 1257/1999 des Rates vom 17. 5. 1999 zur „Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes“ ein Programm mit dem niedersächsischen Titel „PRO-LAND“ für die Jahre 2000 bis 2006 erstellt. Es berücksichtigt die unterschiedlichen Anforderungen in den ländlichen Räumen, die sektoralen Probleme im Bereich Landwirtschaft und im Verarbeitungs- und Vermarktungsbereich land- und forstwirtschaftlicher Produkte sowie die Belange der Umwelt. Die nachfolgend aufgeführten Förderschwerpunkte umfassen sowohl sektorspezifische als auch sektorübergreifende Maßnahmen und tragen zu einer nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume bei.

Förderschwerpunkt I:**Verbesserung der Produktionsstruktur**

Die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen tragen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft einschließlich der Verarbeitung und Vermarktung bei.

Zur Kofinanzierung sind für 2001 Mittel aus folgenden Haushaltsstellen eingeplant.

09 03/685 01 und 685 47,		
09 02 TGr. 91	Qualifizierung und Weiterbildung	1,5 Mio. DM
09 04/663 63 und 892 86	Agrarinvestitionsförderungs- programm	61,6 Mio. DM
09 04 TGr. 65–69	Marktstrukturverbesserung	3,0 Mio. DM
09 04 TGr. 74–77		
10 02/685 43, 685 47 und 683 62	Förderung der Forstwirtschaft	7,7 Mio. DM

Förderschwerpunkt II:**Strukturübergreifende Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung**

Diese Maßnahmen verbessern die Bedingungen der Ressourcennutzung im agrarnahen Bereich. Sie stärken die Wettbewerbskraft der Regionen, fördern die regionale Wirtschaftsstruktur und erhöhen die Attraktivität des ländlichen Raums als Wohn-, Arbeits- und Investitionsstandort.

Zur Kofinanzierung sind für 2001 Mittel aus folgenden Haushaltsstellen eingeplant.

09 04 TGr. 61	Flurbereinigung	27,2 Mio. DM
09 04 TGr. 62	Dorferneuerung	18,3 Mio. DM
09 02 TGr. 91, 09 03/685 71 und 09 04 TGr. 72	Entwicklung typischer Landschaften einschl. ländl. Wegebau, Geoinformationssystem POLARIS und Gartenkulturzentrum	10,0 Mio. DM

Förderschwerpunkt III:**Maßnahmen zum Schutz der Umwelt in Zusammenhang mit der Land- und Forstwirtschaft und der Verbesserung des Tierschutzes**

Mit den Maßnahmen dieses Förderschwerpunkts werden die naturräumlichen Potentiale nachhaltig gesichert und verbessert.

Weiterhin wird die Erhaltung der genetischen Vielfalt in der Tierzucht und vom Aussterben bedrohter Haustierrassen und die Verbesserung der Tierhaltung in Tierheimen gefördert.

Zur Kofinanzierung sind für 2001 Mittel aus folgenden Haushaltsstellen eingeplant:

09 04 TGr. 90–93	Nds. Agrarumweltprogramm (NAU)	10,0 Mio. DM
09 03/683 03	Besondere Tierzuchtmaßnahmen	0,3 Mio. DM

Weitere Umwelt- und Ausgleichsmaßnahmen sowie der Landschaftspflege sind im Kapitel 15 02 TGr. 90 dargestellt.

Zu 971 90

Veranschlagt sind die für 2001 zur Bewilligung und Auszahlung vorgesehenen EU-Mittel. Der haushaltsmäßige Nachweis wird bei dem nach der Haushaltssystematik jeweiligen Sachtitel geführt.

Zu Titelgruppe 91

Veranschlagt sind die für 2001 zur Bewilligung und Auszahlung vorgesehenen Landesmittel zur Kofinanzierung des nieders. Programms „PROLAND“ (vgl. Erläuterung zu 09 02 TGr. 90). Der haushaltsmäßige Nachweis wird bei dem nach der Haushaltssystematik jeweiligen Sachtitel geführt.

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0902 Allgemeine Bewilligungen -einzelne Förderungsmaßnahmen-

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
683 91-8	549	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
685 91-0	549	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige	—	—	—	—	—
812 91-2	549	Erwerb von Geräten, Austattungs- und Ausrüstungsgegenstände	—	—	—	—	—
883 91-7	549	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
892 91-6	549	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
893 91-2	549	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
971 91-3	988	Globale Mehrausgabe (Landesmittel zur Bewilligung der Maßnahmen und Deckung der Ausgaben in der Titelgruppe 91)	11.800.000 —	5.300.000	—	+5.300.000	—
Abschluss Kapitel 09 02							
1 Eigene Einnahmen				300.000	300.000	—	
2 Übertragungseinnahmen				123.453.000	15.630.000	+107.823.000	
3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen				—	34.000.000	-34.000.000	
Summe der Einnahmen				123.753.000	49.930.000	+73.823.000	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	—	—	—	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	448.800	248.800	+200.000	
6 Übertragungsausgaben			—	2.927.200	3.797.200	-870.000	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	—	39.500.000	-39.500.000	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			11.800.000 —	121.043.000	—	+121.043.000	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			11.800.000 —	124.419.000	43.546.000	+80.873.000	
Zuschuss				666.000		+7.050.000	
Überschuss					6.384.000		

ERLÄUTERUNGEN

Zu 971 91

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	5 000 000	—	5 000 000
2002	—	5 000 000	5 300 000	10 300 000
2003	—	5 000 000	5 300 000	10 300 000
2004 ff.	—	5 000 000	1 200 000	6 200 000
Summe	—	20 000 000	11 800 000	31 800 000

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0903 Allgemeine Bewilligungen -Erzeugung und Betriebswirtschaft-**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 41-2	529	Rückzahlung von Überzahlungen aus Landesmitteln		200.000	200.000	—	274
119 51-0	012	Vermischte Einnahmen		20.000	10.000	+10.000	73
282 01-1	529	Zuschuss des Bundes für Modellvorhaben: Einkommensalternativen im ländl. Raum und Ernährungsmaßnahmen sozialschwacher Gruppen * Vgl. K-Vermerk zu 684 01.		—	—	—	58
286 01-7	529	Erstattungen des Bundes aus EU-Mitteln für das Versuchswesen * Vgl. K-Vermerk zu 685 43.		—	—	—	282
		Titelgruppe(n)					
TGr. 70		Förderung von Landesgartenschauen in Niedersachsen		(1.500.000)	(—)	(+1.500.000)	(—)
119 70-6	529	Einnahmen aus Sponsoring * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 70.		—	—	—	—
356 70-8	950	Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds		1.500.000	—	+1.500.000	—
		A U S G A B E N					
682 01-0	549	Zuschuß an die Braunschweig-GmbH * Übertragbar.	—	275.000	275.000	—	275
683 02-4	549	Zuschüsse zur Förderung der Tierzucht * Übertragbar. Gegenseitig deckungsfähig: 0903 - 683 02, 0903 - 683 03, 0903 - 525 71, 0903 - 538 71, 0903 - 541 71, 0903 - 547 71, 0903 - 653 71, 0903 - 683 71, 0903 - 685 71, 0903 - 525 72, 0903 - 526 72, 0903 - 538 72, 0903 - 547 72, 0903 - 683 72, 0903 - 685 72, 0903 - 883 72, 0903 - 892 72, 0903 - 893 72, 0903 - 683 73, 0905 - 683 63 und 0905 - 683 74.	—	1.100.000	1.100.000	—	1.016
683 03-2	549	Besondere Tierzuchtmaßnahmen nach der VO (EWG) 1257/99 * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 683 02.	1.080.000	280.000	270.000	+10.000	206
684 01-2	529	Zuschuss des Bundes für Modellvorhaben: Einkommensalternativen im ländl. Raum und Ernährungsmaßnahmen sozialschwacher Gruppen * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 01.	—	—	—	—	58
685 01-9	549	Ökologische und umweltschützende Weiterbildungsmaßnahmen nach der VO (EWG) 1257/99 * Übertragbar. Gegenseitig deckungsfähig: 0903 - 685 01, 0903 - 685 47, 0903 - 685 48, 0903 - 685 54 und 0905 - 685 72.	200.000 200.000	350.000	350.000	—	209
685 41-8	549	Zuschuß (Budget) an die Landwirtschaftskammern für die Erledigung der Pflichtaufgaben und Auftragsangelegenheiten * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. *** Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kapitel 10 04 Titel 422 01 und Kapitel 10 01 Titel 441 02. Der Ansatz erhöht sich um die Personalausgaben und Beihilfen für bis zu 22 an die Landwirtschaftskammern versetzten Forstbeamtinnen und Forstbeamte.	—	112.100.000	110.000.000	+2.100.000	113.873

ERLÄUTERUNGEN

Zu 282 01

Vgl. Erläuterungen zu 684 01.

Zu 286 01

Vgl. Erläuterungen zu 685 43.

Zu Titelgruppe 70

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 70.

Zu 682 01

Der Vertrag mit der Braunschweig-GmbH, nach dem das Land den Verlust aus dem Betrieb des Vollblutgestüts Harzburg bis zu 275 000 DM jährlich übernimmt, wurde bis zum 31. 12. 2002 verlängert, damit eine längerfristige züchterische Ausrichtung des Gestüts geplant werden kann.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	275 000	—	—	275 000
2002	275 000	—	—	275 000
Summe	550 000	—	—	550 000

Zu 683 02

1. Allgemeine Tierzuchtmaßnahmen	500 000 DM
2. EDV-Arbeiten	370 000 DM
3. Besondere Landesmaßnahmen	230 000 DM

Zusammen 1 100 000 DM

Zu 683 03

Auf Grund der VO (EG) 1257/99 können Maßnahmen zur Erhaltung der genetischen Vielfalt in der Tierzucht und die Zucht einer vom Aussterben bedrohten Rasse bei Pferden, Schafen und Rindern gefördert werden. Die EU-Beteiligung beträgt bis zu 50 v. H.

Nach der EU-Verordnung ist es erforderlich, eine mindestens 5jährige Verpflichtung einzugehen.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	10 000	270 000	—	280 000
2002	—	270 000	—	270 000
2003	—	270 000	—	270 000
2004	—	270 000	—	270 000
Summe	10 000	1 080 000	—	1 090 000

Zu 684 01

Im Rahmen von Modellvorhaben sollen Wege zur Erschließung von Einkommensalternativen für landwirtschaftliche Familien und insbesondere Frauen im ländlichen Raum aufgezeigt werden.

Sozial schwachen Gruppen soll in Modellprojekten aufgezeigt werden, wie mit vergleichsweise geringen finanziellen Mitteln eine gesunde Ernährung möglich ist, um damit mangelhafte und unausgewogene Ernährungsgewohnheiten, die zu gesundheitlichen Schädigungen führen, zu ändern.

Zu 685 01

Es sollen zielgerichtet ökologische und umweltschützende Weiterbildungsmaßnahmen, Lehrgänge und Praktika auf Grund der VO (EG) 1257/99 gefördert werden. Die EU-Beteiligung beträgt bis zu 50 v. H.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	200 000	—	200 000
2002	—	—	200 000	200 000
Summe	—	200 000	200 000	400 000

Zu 685 41

Zum Ende der Modellphase der Budgetierung des Zuschusses für die Landwirtschaftskammern für die Erledigung der Pflichtaufgaben und Auftragsangelegenheiten sollte eine Finanzierungsregelung getroffen werden, die die bisherige Regelung des § 31 des Gesetzes über Landwirtschaftskammern ersetzen soll.

Diese Änderung wurde zum Anlass einer grundsätzlichen Überarbeitung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammern genommen. Bis zur Änderung bzw. Neufassung des Gesetzes über Landwirtschaftskammern ist es daher erforderlich, die Finanzierung der Landwirtschaftskammern in der bisherigen Form als Zuschuss (Budget) fortzuführen.

Neben dem Zuschuss für die Erledigung der Pflichtaufgaben und Auftragsangelegenheiten stehen 530 000 DM zur Finanzierung der im Rahmen der Reform der Landesforstverwaltung umgesetzten Bediensteten entsprechend des Vertrages zwischen dem Land und den Landwirtschaftskammern zur Verfügung. Dieser Betrag ändert sich bei weiteren Umsetzungen von Forstpersonal der Landesforstverwaltung zu den Landwirtschaftskammern.

Unter Berücksichtigung dieses Betrages beträgt das den Landwirtschaftskammern zustehende Budget 111 570 000 DM.

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0903 Allgemeine Bewilligungen -Erzeugung und Betriebswirtschaft-**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
685 43-4	549	Zuschüsse für das Feldversuchswesen * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 286 01. ***Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO genehmigt	—	420.500	416.500	+4.000	699
685 47-7	549	Zuschüsse an Deula-Lehranstalten für berufsbezogene Weiterbildungsmaßnahmen und an Sonstige * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 685 01.	100.000 —	250.000	250.000	—	189
685 48-5	127	Zuschüsse an Deula-Lehranstalten für schu- lische Maßnahmen, die den berufsbildenden Unterricht ergänzen * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 685 01.	—	2.000.000	2.000.000	—	1.778
685 49-3	549	Zuschüsse an Rennvereine * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 96,0 v.H. der Isteinnahmen bei 1301 - 055 01.	—	3.000.000	3.000.000	—	3.070
685 50-7	549	Ausgleich an Rennvereine für Leistungs- prüfungen auf A-Rennbahnen ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. ***Die Ausgabe darf nur mit Zustimmung des MF in Anspruch genommen werden.	—	600.000	—	+600.000	—
685 54-0	549	Zuschüsse an Beratungsringe * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 685 01. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	—	7.240.000	9.050.000	–1.810.000	9.050
Titelgruppe(n)							
TGr. 70		Förderung von Landesgartenschauen in Niedersachsen * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 70. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind.	(2.000.000) (—)	(1.500.000)	(—)	(+1.500.000)	(—)
547 70-8	529	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben * Übertragbar.	—	—	—	—	—
685 70-1	529	Zuschüsse an Verbände und Organisationen * Übertragbar.	2.000.000 —	1.500.000	—	+1.500.000	—
883 70-8	529	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
893 70-3	529	Zuschüsse für Investitionen an Verbände und Organisationen	—	—	—	—	—
TGr. 71		Für Forschung und sonstige Förderung der Landwirtschaft * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind.	(670.000) (570.000)	(1.763.000)	(2.000.000)	(–237.000)	(1.566)
525 71-2	549	Fachtagungen * Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 683 02.	—	—	—	—	1
538 71-7	549	Dienstleistungen Außenstehender * Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 683 02.	—	210.000	210.000	—	310

ERLÄUTERUNGEN

Zu 685 43

1. Versuchs- und Forschungsvorhaben zur Entwicklung integrierter Anbausysteme	286 500 DM
2. Erfassung und Auswertung ökonomischer Daten verschiedener Betriebstypen des ökologischen Landbaus in Niedersachsen	134 000 DM
Zusammen	420 500 DM

Belastung durch die Maßnahme unter Nr. 1

des Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	286 500	—	—	286 500
2002	286 500	—	—	286 500
Summe	573 000	—	—	573 000

Belastung durch die Maßnahme unter Nr. 2

des Haus- halts- jahres	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	134 000	—	—	134 000

Zur Weiterentwicklung des ökologischen Landbaus werden Untersuchungen fortgesetzt, die sich mit der praxisnahen Vermarktung und Wirtschaftlichkeit der hofeigenen Weiterverarbeitung befassen.

Zu 685 49

Die Rennvereine erhalten auf der Grundlage des Rennwett- und Lotteriegesetzes vom 8. 4. 1922 eine Rückvergütung von 96 v. H. aus der Totalisatorsteuer an dem Wettaufkommen ($16\frac{2}{3}$ v. H.) der Pferderennen.

Zu 685 50

Zuschuss an Rennvereine, die Leistungsprüfungen auf A-Rennbahnen durchführen, aufgrund der strukturellen Veränderungen im Wettangebot.

Zu 685 54

Zuschüsse an Beratungsringe zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der nieders. Landwirtschaft und Sicherung ihrer Marktanteile innerhalb der EU.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben

I. der Beratungsringe im Bereich der Landwirtschaftskammer Hannover

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	27 075 000	27 636 000	25 625 508
Einnahmen	19 850 000	18 901 000	18 607 309
Fehlbetrag	7 225 000	8 735 000	7 018 199

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	2 150 000 DM
b) das Land mit	5 075 000 DM
c) den Bund mit	— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— DM
e) Private	— DM
Zusammen	7 225 000 DM

II. der Beratungs- und Erzeugerringe im Bereich der Landwirtschaftskammer Weser-Ems

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	11 045 000	11 323 000	11 450 365
Einnahmen	8 400 000	8 008 000	7 763 423
Fehlbetrag	2 645 000	3 315 000	3 686 942

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	480 000 DM
b) das Land mit	2 165 000 DM
c) den Bund mit	— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— DM
e) Private	— DM
Zusammen	2 645 000 DM

Zu Titelgruppe 70

In Bad Zwischenahn soll im Jahre 2002 eine Landesgartenschau unter Einbeziehung des Gartenkulturcentrums durchgeführt werden. Sie dient sowohl der Grünflächen- und Umweltgestaltung, der Verbesserung der Lebensqualität der Bewohner als auch der Wirtschaftsförderung. Es sollen Möglichkeiten der Gestaltung von Freiräumen in Kommunen und die Schaffung von innovativen Lösungen und Impulsen für Wirtschaft und Tourismus aufgezeigt sowie die Sensibilisierung und Aktivierung der Bevölkerung im Umgang mit Natur und Landschaft positiv beeinflusst werden.

Belastung

des Haus- halts- jahres	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2002	—	—	2 000 000	2 000 000

Die bei Titel 547 70 ausgewiesene VE wird voraussichtlich bei den Titeln 685 70 und 893 70 in Anspruch genommen.

Zu Titelgruppe 71**525 71**

Sachaufwendungen zur Durchführung von Symposien.

Vorsorglich Leertitel.

538 71

Auftragsforschung, Untersuchungen und Versuche, insbesondere

- im Hinblick auf eine umwelt- und ressourcenschonende Produktion
- zu aktuellen agrarpolitischen Themen
- auf dem Gebiet der Tierproduktion
- zur Lösung umweltrelevanter Fragen des Pflanzenschutzes.

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0903 Allgemeine Bewilligungen -Erzeugung und Betriebswirtschaft-**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
541 71-8	549	Ehrenzeichen und sonstige Auszeichnungen * Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 683 02.	—	15.000	15.000	—	15
547 71-6	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 683 02.	—	60.000	60.000	—	4
653 71-0	549	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV) * Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 683 02.	—	48.000	60.000	–12.000	—
683 71-7	549	Zuschüsse an private Unternehmen für Zwecke der Tierzucht * Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 683 02.	70.000 70.000	380.000	500.000	–120.000	336
685 71-0	549	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke * Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 683 02.	600.000 500.000	1.050.000	1.155.000	–105.000	901
TGr. 72		Für Forschung und sonstige Förderung auf dem Gebiet nachwachsender Rohstoffe * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind.	(3.000.000) (3.000.000)	(2.800.000)	(2.800.000)	(—)	(2.257)
525 72-0	169	Fachtagungen und Ausstellungen * Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 683 02.	— 3.000.000	—	—	—	—
526 72-7	169	Aufwandsentschädigung für den Vorsitzenden des Beirates für nachwachsende Rohstoffe * Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 683 02.	—	—	4.200	–4.200	4
538 72-5	169	Dienstleistungen Außenstehender * Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 683 02.	—	—	—	—	383
547 72-4	169	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 683 02.	—	20.000	8.800	+11.200	7
683 72-5	169	Zuschüsse an private Unternehmen * Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 683 02.	3.000.000 —	2.000.000	1.187.000	+813.000	1.718
685 72-8	169	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke * Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 683 02.	—	—	—	—	145
883 72-4	169	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV) * Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 683 02.	—	—	—	—	—
892 72-3	169	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen * Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 683 02.	—	780.000	1.600.000	–820.000	—
893 72-0	169	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige * Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 683 02.	—	—	—	—	—
TGr. 73		Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig aufgrund der VO (EG) 1221/97 * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind.	(—)	(400.000)	(400.000)	(—)	(355)
429 73-0	549	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	30.000	16.000	+14.000	15
547 73-2	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	10.000	5.200	+4.800	7
683 73-3	549	Zuschüsse an Imker * Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 683 02.	—	360.000	378.800	–18.800	332
812 73-8	549	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		100.000	–100.000	

ERLÄUTERUNGEN

541 71

Auszeichnungen für besondere tierzüchterische Leistungen.

547 71 und 653 71

Sachaufwendungen in Vorbereitung und Ausführung des Landeswettbewerbs „Unser Dorf soll schöner werden“.

683 71

Zuschüsse für spezielle Tierzuchtmaßnahmen, für die Dotierung von Pferderennen und zur Verbesserung von Qualität und Absatz tierischer Erzeugnisse.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	70 000	—	70 000
2002	—	—	70 000	70 000
Summe	—	70 000	70 000	140 000

685 71

1. Zuschüsse an die Agrarsoziale Gesellschaft (Projektförderung)	40 000 DM
2. Unterstützung innovativer Projekte in der Agrartechnik	150 000 DM
3. Zuschuss an das Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e.V. für die Versuchsanstalt Dethlingen (Kartoffelanbau)	85 200 DM
4. Für landwirtschaftliche Forschung und sonstige Förderung der Landwirtschaft	564 800 DM
5. Untersuchung psycho-sozialer Probleme in ldw. Betrieben, Betrieb eines Sorgentelefon und Familienberatung vor Ort	70 000 DM
6. Fortbildung der Dorfhelferinnen	70 000 DM
7. Zuschüsse an Betriebshilfsdienste	70 000 DM
Zusammen	1 050 000 DM

Belastung zu Nr. 3

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	85 200	—	85 200
2002	—	85 200	—	85 200
2003	—	85 200	—	85 200
2004	—	85 200	—	85 200
2005	—	85 200	—	85 200
Summe	—	426 000	—	426 000

Zur Sicherstellung der Finanzierung der KTBL-Versuchsstation Dethlingen, die besonders auf dem Gebiet des Kartoffelbaues und der Kartoffellagerung eine einmalige Einrichtung in der Bundesrepublik Deutschland ist, wurde die zwischen dem ML, dem KTBL, den Landwirtschaftskammern verschiedener Länder und Verbänden der Kartoffelwirtschaft abgeschlossene Verwaltungsvereinbarung bis zum 31. 12. 2005 verlängert.

Belastung zu Nr. 4

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	350 000	—	350 000
2002	—	150 000	400 000	550 000
2003	—	—	200 000	200 000
Summe	—	500 000	600 000	1 100 000

Zu Titelgruppe 72

Das Land fördert Vorhaben in den Bereichen Industrie- und Energiepflanzenbau sowie solche zur technischen Verwertung, Verarbeitung und energetischen Nutzung entsprechend den Zielen und Schwerpunkten des niedersächsischen Förderkonzeptes für nachwachsende Rohstoffe. Auch Maßnahmen der Markteinführung sowie Fachtagungen, Ausstellungen und Symposien werden unterstützt.

Folgende Maßnahmen werden u. a. gefördert:

- Herstellung von Farben, Lacken und Bindemitteln auf Basis von pflanzlichen Ölen und Stärke
- Abgasuntersuchungen an modernen Dieselmotoren beim Einsatz von RME
- Herstellung von Faserverbund- und Konstruktionswerkstoffen aus Pflanzenfasern in biologisch abbaubaren Bindemitteln
- Herstellung von Schmierstoffen und Hydraulikölen aus pflanzlichen Ölen
- Energiegewinnung aus Biomasse.

Der niedersächsische Beirat für nachwachsende Rohstoffe informiert die Landesregierung über neue Entwicklungen und regt F u. E.-Vorhaben und innovative Maßnahmen an. Weiterhin trifft er Tendenzangaben über neue Stoffe, Produktlinien und Verfahren sowie über deren Umweltverträglichkeit.

525 72

Sachaufwendungen zur Durchführung einer Anhörung/Symposium.

683 72**Belastung**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	605 000	1 750 000	—	2 355 000
2002	—	750 000	1 500 000	2 250 000
2003	—	500 000	1 000 000	1 500 000
2004	—	—	500 000	500 000
Summe	605 000	3 000 000	3 000 000	6 605 000

Zu Titelgruppe 73

Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig auf Grund der VO (EG) 1221/97. Die EG-Beteiligung beträgt bis zu 50 v. H.

Zu 429 73, 547 73 und 812 73

Forschungsvorhaben zur Untersuchung von Nebenwirkungen von Varroatosebehandlungsmitteln bei dem Nds. Landesinstitut für Bienenkunde (vgl. Kapitel 09 71 TGr. 67).

Zu 683 73

Zuschüsse an Imkerinnen und Imker zur Bekämpfung der Varroatose und verwandter Krankheiten sowie für Schulungsmaßnahmen (Aus- und Fortbildung).

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0903 Allgemeine Bewilligungen -Erzeugung und Betriebswirtschaft-

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 09 03					
		1 Eigene Einnahmen		220.000	210.000	+10.000	
		2 Übertragungseinnahmen		—	—	—	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		1.500.000	—	+1.500.000	
		Summe der Einnahmen		1.720.000	210.000	+1.510.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	30.000	16.000	+14.000	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	315.000	303.200	+11.800	
			3.000.000				
		6 Übertragungsausgaben	5.970.000	132.953.500	129.992.300	+2.961.200	
			1.850.000				
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	780.000	1.700.000	—920.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	5.970.000 4.850.000	134.078.500	132.011.500	+2.067.000	
		Zuschuss		132.358.500	131.801.500	+557.000	

ERLÄUTERUNGEN

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0904 Gemeinschaftsaufgabe - Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes - (GemAgrG)**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
119 42-4 (GA)	529	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe (Beteiligungsverhältnis 60 : 40) ***Rückzahlungen an den Bund sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.		500.000	500.000	—	2.011
119 43-2 (GA)	529	Rückzahlungen aus Zuwendungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe (Beteiligungsverhältnis 70 : 30) ***Rückzahlungen an den Bund sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.		500.000	500.000	—	–9
251 01-2 (GA)	529	Zuweisungen des Bundes für laufende Zwecke Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ ***Gem. § 17 Abs. 1 LHO ist die Erläuterung zu den Titeln 251 01, 331 01 und 538 01 Abs. 1 verbindlich.		60.331.800	39.822.600	+20.509.200	41.947
331 01-6 (GA)	529	Zuweisungen des Bundes für Investitionen Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ ***Gem. § 17 Abs. 1 LHO ist die Erläuterung zu den Titeln 251 01, 331 01 und 538 01 Abs. 1 verbindlich.		78.600.000	93.209.400	–14.609.400	83.119
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			800.000	–800.000	
A U S G A B E N							
538 01-0 (GA)	529	Förderung der agrarstrukturellen Entwicklungsplanung ***Gem. § 17 Abs. 1 LHO ist die Erläuterung zu den Titeln 251 01, 331 01 und 538 01 Abs. 1 verbindlich.	400.000 400.000	800.000	800.000	—	651
631 02-8 (GA)	529	Anteil Nds. im Rahmen der Evaluierung nach VO (EG) 950/97 von Fördermaßnahmen im Rahmen der GAK	—	—	—	—	—
631 03-6 (GA)	529	Anteil Nds. im Rahmen der Evaluierung nach VO (EG) 951/97 von Fördermaßnahmen im Rahmen der GAK	—	—	—	—	—
683 02-8 (GA)	521	Zuschüsse zur Förderung des freiwilligen Landtausches	500.000 500.000	1.000.000	1.000.000	—	942
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Förderung der Flurbereinigung	(38.500.000) (38.500.000)	(45.900.000)	(45.900.000)	(—)	(46.439)
531 61-9 (GA)	521	Veröffentlichungen	— 38.500.000	30.000	30.000	—	—
538 61-3 (GA)	521	Dienstleistungen Außenstehender	—	70.000	70.000	—	—
883 61-2 (GA)	521	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	5.000.000	5.000.000	—	3.489
892 61-1 (GA)	521	Zuschüsse an private Unternehmen	—	2.300.000	2.300.000	—	1.487
893 61-8 (GA)	521	Zuschüsse an Sonstige	38.500.000 —	38.500.000	38.500.000	—	41.463
TGr. 62		Förderung der Dorferneuerung	(14.200.000) (14.200.000)	(25.000.000)	(17.200.000)	(+7.800.000)	(27.663)
531 62-7 (GA)	529	Veröffentlichungen	— 14.200.000	20.000	20.000	—	—
538 62-1 (GA)	529	Dienstleistungen Außenstehender	—	30.000	30.000	—	—
883 62-0 (GA)	529	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	14.200.000 —	15.750.000	7.950.000	+7.800.000	15.797
892 62-0 (GA)	529	Zuschüsse an private Unternehmen	—	6.000.000	6.000.000	—	5.282

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 04

Durch Artikel 91 a GG wurde die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes zur Gemeinschaftsaufgabe erklärt. In Ausführung dessen wurde am 3. 9. 1969 das Gesetz über eine Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAKG, BGBl. I S. 1573) erlassen.

Bei der Erfüllung dieser Aufgabe, deren Durchführung den Ländern obliegt, wirkt der Bund mit, da sie für die Gesamtheit bedeutsam ist und zur Verbesserung der Lebensverhältnisse beiträgt. Bund und Länder tragen bei der Gemeinschaftsaufgabe gleichermaßen Verantwortung. Diese Verantwortung dokumentiert sich in einer gemeinsamen Planung und Finanzierung der Maßnahmen.

Für die Erfüllung der Gemeinschaftsaufgabe wird von Bund und Ländern ein gemeinsamer Rahmenplan aufgestellt. Er enthält die Maßnahmen die durchgeführt werden und gibt die Förderungsarten (Zuschüsse und Zinszuschüsse) sowie die Zielvorstellungen der einzelnen Maßnahmen an. Außer den Mitteln und Maßnahmen enthält der Rahmenplan auch allgemeine Grundsätze für die Vergabe der ausgewiesenen Mittel, um eine einheitliche Förderung zu gewährleisten.

Die Ausgaben im Kapitel 09 04 werden mit einem Anteil von 60 v. H. Bundesmittel mitfinanziert. Die Einnahmen der Bundesmittel sind entsprechend veranschlagt.

Zu 251 01 und 331 01

Die Zuweisungen des Bundes gem. § 10 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAKG) werden insgesamt bei den Titeln 251 01 und 331 01 vereinnahmt.

Zu 538 01

Gesamtausgaben im Kapitel dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe von $\frac{5}{3}$ der Isteinnahmen bei den Titeln 251 01 und 331 01 und sind übertragbar. Alle Titel und Titelgruppen sind gegenseitig deckungsfähig. Gem. § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben des Kapitels im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Die agrarstrukturelle Entwicklungsplanung wird als Entscheidungshilfe für den effizienten mit anderen Bereichen abgestimmten Einsatz von Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur nach dem GAKG und ergänzender Maßnahmen gefördert.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamtbelastung DM
2001	—	400 000	—	400 000
2002	—	—	400 000	400 000
Summe	—	400 000	400 000	800 000

Zu 683 02

Im Rahmen des freiwilligen Landtauschs können ländliche Grundstücke zur Verbesserung der Agrarstruktur unter Berücksichtigung der Sicherung eines nachhaltig leistungsfähigen Naturhaushalts in einem schnellen und einfachen Verfahren getauscht werden.

Gefördert werden können Vorarbeiten, Vergütungen an Helfer und Aufwendungen, die den Tauschpartnern nach Maßgabe des Tauschplans zur Last fallen.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamtbelastung DM
2001	—	500 000	—	500 000
2002	—	—	500 000	500 000
Summe	—	500 000	500 000	1 000 000

Zu Titelgruppe 61

Die Förderung der Flurbereinigung dient der Neuordnung ländlichen Grundbesitzes und der Gestaltung des ländlichen Raums durch Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur einschließlich von Maßnahmen zur Sicherung eines nachhaltig leistungsfähigen Naturhaushalts. Die Zuwendungen in Form von Zuschüssen und Darlehen können gewährt werden für Vorarbeiten, den Landzwischenenerwerb und die Finanzierung der Ausführungskosten. Ausführungskosten entstehen insbesondere

- bei Maßnahmen zur wertgleichen Abfindung und Herstellung gemeinschaftlicher Anlagen,
- bei Maßnahmen, die mit Rücksicht auf den Umwelt- und den Denkmalschutz erforderlich sind,
- bei Maßnahmen der Dorferneuerung sowie
- bei allen sonstigen Arbeiten zur Wahrnehmung von gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Teilnehmer.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamtbelastung DM
2001	32 500 000	9 000 000	—	41 500 000
2002	21 500 000	9 000 000	9 000 000	39 500 000
2003	13 500 000	8 000 000	9 000 000	30 500 000
2004	5 500 000	7 000 000	8 000 000	20 500 000
2005 ff.	—	5 500 000	12 500 000	18 000 000
Summe	73 000 000	38 500 000	38 500 000	150 000 000

Zu Titelgruppe 62

Die Maßnahmen der Dorferneuerung dienen der Verbesserung der Agrarstruktur. Förderungsfähig sind in erster Linie Maßnahmen zur Verbesserung der innerörtlichen Verkehrsverhältnisse und Maßnahmen zur Erhaltung und Gestaltung land- und forstwirtschaftlicher oder ehemals land- und forstwirtschaftlich geprägter Bausubstanz mit ortsbildprägendem Charakter. Außerdem können Maßnahmen gefördert werden, die geeignet sind, land- und forstwirtschaftliche Bausubstanz an die Erfordernisse zeitgemäßen Wohnens und Arbeitens anzupassen, vor äußeren Einwirkungen zu schützen oder in das Ortsbild bzw. in die Landschaft einzubinden.

Die Maßnahmen werden nur in Gemeinden oder Ortsteilen mit landwirtschaftlicher Siedlungsstruktur, in Weilern und landschaftsbestimmenden Gehöftgruppen und Einzelhöfen gefördert.

Belastung

der Haushaltsjahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamtbelastung DM
2001	6 200 000	8 000 000	—	14 200 000
2002	—	6 200 000	8 000 000	14 200 000
2003	—	—	6 200 000	6 200 000
Summe	6 200 000	14 200 000	14 200 000	34 600 000

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0904 Gemeinschaftsaufgabe - Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes - (GemAgrG)**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
893 62-6 (GA)	529	Zuschüsse an Sonstige	—	3.200.000	3.200.000	—	6.585
TGr. 63/86		Einzelbetriebliche Maßnahmen	(50.000.000) (30.000.000)	(78.974.000)	(91.490.000)	(–12.516.000)	(73.689)
662 63-2 (GA)	522	Schuldendiensthilfen (Zinszuschüsse) für Darlehen zum Bodenzwischenerwerb	— 30.000.000	500.000	1.200.000	–700.000	1.200
663 63-9 (GA)	522	EFP- Zinszuschüsse an private Unternehmen	—	2.500.000	7.700.000	–5.200.000	4.000
663 86-8 (GA)	522	AFP-Zinszuschüsse an private Unternehmen	45.000.000 —	58.974.000	32.241.000	+26.733.000	46.115
683 63-0 (GA)	529	Ausgleichszulage in Berggebieten und bestimmten anderen benachteiligten Gebieten	—	—	—	—	—
862 86-0 (GA)	522	AFP-Darlehen an private Unternehmer im ehemaligen Amt Neuhaus	—	—	—	—	—
892 86-7 (GA)	522	AFP-Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	5.000.000 —	17.000.000	50.349.000	–33.349.000	22.374
TGr. 65 bis 69		Marktstrukturverbesserung	(9.400.000) (5.400.000)	(11.800.000)	(10.800.000)	(+1.000.000)	(11.633)
892 65-4 (GA)	523	Zuschüsse für Vermarktungs- und Verarbeitungseinrichtungen für Obst und Gemüse	2.000.000 —	1.500.000	1.400.000	+100.000	2.141
892 66-2 (GA)	523	Zuschüsse für Vermarktungseinrichtungen für Blumen und Zierpflanzen	2.000.000 —	1.000.000	100.000	+900.000	421
892 67-0 (GA)	523	Zuschüsse für Be- und Verarbeitungseinrichtungen für Kartoffeln	3.000.000 3.000.000	4.000.000	4.000.000	—	4.139
892 68-9 (GA)	523	Zuschüsse für Maßnahmen aufgrund von sonstigen EU-Verordnungen	2.000.000 2.000.000	1.900.000	1.900.000	—	1.625
892 69-7 (GA)	523	Zuschüsse zur Vermarktung und Verarbeitung fischwirtschaftlicher Produkte	400.000 400.000	3.400.000	3.400.000	—	3.307
TGr. 70		Zuschüsse nach dem Marktstrukturgesetz	(1.000.000) (1.000.000)	(3.750.000)	(3.750.000)	(—)	(2.223)
683 70-2 (GA)	523	Für laufende Zwecke	—	500.000	500.000	—	320
892 70-0 (GA)	523	Für Investitionen	1.000.000 1.000.000	3.250.000	3.250.000	—	1.903
TGr. 71		Förderung der Verarbeitung und Vermarktung ökologisch oder regional erzeugter landwirtschaftlicher Produkte	(800.000) (800.000)	(2.250.000)	(2.250.000)	(—)	(25)
683 71-0 (GA)	523	Für laufende Zwecke	— 800.000	500.000	500.000	—	—
892 71-9 (GA)	523	Für Investitionen	800.000 —	1.750.000	1.750.000	—	25
TGr. 72		Förderung des ländlichen Wirtschaftswegebau	(4.000.000) (2.000.000)	(2.000.000)	(2.000.000)	(—)	(2.530)
883 72-8 (GA)	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	4.000.000 2.000.000	2.000.000	2.000.000	—	2.494
893 72-3 (GA)	524	Zuweisungen an Wasser- und Bodenverbände	—	—	—	—	36
TGr. 74 bis 77		Förderung der Forstwirtschaft	(32.200.000) (35.500.000)	(29.700.000)	(29.100.000)	(+600.000)	(28.179)
683 74-5 (GA)	529	Erstaufforstungsprämie	12.000.000 16.000.000	4.200.000	5.600.000	–1.400.000	3.051
683 76-1 (GA)	523	Zuschüsse an forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse für laufende Zwecke	— 400.000	—	400.000	–400.000	—
892 74-3 (GA)	529	Zuschüsse für Investitionen bei waldbaulichen Maßnahmen	11.200.000 12.000.000	14.000.000	15.200.000	–1.200.000	13.710

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 63/86

Gefördert werden

1. betriebliche Investitionen, die der Verbesserung oder Sicherung der Einkommen und/oder der Arbeits- und Produktionsbedingungen dienen, inclusive Frostschutzberegnungsanlagen und Direktvermarktung (663 86 und 892 86),
2. Investitionen zur Energieeinsparung (663 86 und 892 86).

Die Titel EFP-Zinszuschüsse (663 63) und Zinszuschüsse für Darlehen zum Bodenzwischenerwerb (662 63) enthalten nur noch die Ansätze zur Abwicklung von Rechtsverpflichtungen.

Die Finanzierung im Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) erfolgt durch Zuschüsse und mittels zinsverbilligter Kapitalmarktdarlehen; öffentliche Darlehen werden nicht gewährt.

Die Fördermittel setzen sich entsprechend dem Rahmenplan wie folgt zusammen:

1. Zinsverbilligungszuschüsse zur Erfüllung von Rechtsverpflichtungen
 Titel 662 63 500 000 DM
 Titel 663 63 2 500 000 DM
4. Zuschüsse
 davon entfallen auf:
 Investitionen Titel 663 86 58 974 000 DM
 Investitionen Titel 892 86 17 000 000 DM

Zu 662 63

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	500 000	—	—	500 000
2002	400 000	—	—	400 000
2003	50 000	—	—	50 000
Summe	950 000	—	—	950 000

Zu 663 63

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	2 500 000	—	—	2 500 000
2002	1 900 000	—	—	1 900 000
2003	1 400 000	—	—	1 400 000
2004	1 000 000	—	—	1 000 000
2005 ff.	1 900 000	—	—	1 900 000
Summe	8 700 000	—	—	8 700 000

Zu 663 86 und 892 86

Im Rahmen des Agrarinvestitionsförderungsprogramms (AFP) können Investitionen von Landwirten als Einzelunternehmer oder als Mitglieder einer Kooperation zur strukturellen Verbesserung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des Betriebs gefördert werden. Die Zuwendungen können in Form von Zinszuschüssen und Zuschüssen gewährt werden.

In die Förderung einbezogen sind betriebliche Investitionen für diversifizierende Tätigkeiten im Bereich Direktvermarktung und Freizeit und Erholung. Förderungsfähig sind auch Maßnahmen mit Umweltschutz- und Tierschutzrelevanz, sofern diese im Zusammenhang mit betrieblichen Investitionen erfolgen.

Im Produktionsbereich können auch Investitionen für bauliche und technische Wärmedämmung und Regeltechnik in beheizten Betriebsgebäuden gefördert werden.

Ziel ist die Einsparung fossiler Energiearten sowie die Überleitung auf kostengünstige und umweltfreundliche Energien.

Zu 663 86

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	14 400 000	4 000 000	—	18 800 000
2002	8 535 000	3 000 000	10 000 000	21 535 000
2003	—	3 000 000	15 000 000	18 000 000
2004	—	—	20 000 000	20 000 000
Summe	22 935 000	10 000 000	45 000 000	77 935 000

Zu 892 86

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	6 515 000	7 000 000	—	13 515 000
2002	500 000	7 000 000	1 000 000	8 500 000
2003	—	6 000 000	1 500 000	7 500 000
2004	—	—	2 500 000	2 500 000
Summe	7 015 000	20 000 000	5 000 000	32 015 000

Zu Titelgruppe 65 bis 69

Zur Anpassung der Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Bezug auf Menge, Qualität und Art des Angebots an die Markterfordernisse können vorhandene oder neu zu schaffende Absatzeinrichtungen und Unternehmen des Handels sowie der Be- und Verarbeitung, und zwar in der Regel Erstabnehmer, gefördert werden:

- Einrichtungen zur Verarbeitung und Vermarktung für Obst und Gemüse,
- Vermarktungseinrichtungen für Blumen und Zierpflanzen durch Investitionsbeihilfen,
- Einrichtung zur Be- und Verarbeitung von Kartoffeln durch Investitionsbeihilfen,
- sonstige Vorhaben zur Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach der Verordnung (EWG) Nr. 951/97 durch Investitionsbeihilfen.

Zur Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsbedingungen für fischwirtschaftliche Erzeugnisse können vorhandene oder neu zu schaffende Verarbeitungs- und Vermarktungseinrichtungen gefördert werden:

- Neu- und Ausbau von Kapazitäten einschließlich der technischen Einrichtungen durch Investitionsbeihilfen,
- innerbetriebliche Rationalisierung durch Umbau und/oder Modernisierung technischer Einrichtungen durch Investitionsbeihilfen,
- Kosten der Vorplanung durch Zuschüsse.

Zu 892 65

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2002	—	—	1 500 000	1 500 000
2003	—	—	500 000	500 000
Summe	—	—	2 000 000	2 000 000

Zu 892 66

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2002	—	—	1 500 000	1 500 000
2003	—	—	500 000	500 000
Summe	—	—	2 000 000	2 000 000

ERLÄUTERUNGEN

Zu 892 67

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	1 445 000	2 000 000	—	3 445 000
2002	—	1 000 000	2 000 000	3 000 000
2003	—	—	1 000 000	1 000 000
Summe	1 445 000	3 000 000	3 000 000	7 445 000

Zu 892 68

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	500 000	—	500 000
2002	—	500 000	1 000 000	1 500 000
2003	—	500 000	1 000 000	1 500 000
2004	—	500 000	—	500 000
Summe	—	2 000 000	2 000 000	4 000 000

Zu 892 69

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	400 000	—	400 000
2002	—	—	400 000	400 000
Summe	—	400 000	400 000	800 000

Zu Titelgruppe 70

Durch das Marktstrukturgesetz wird der Zusammenschluss landwirtschaftlicher Betriebe zu Erzeugergemeinschaften oder zu Vereinigungen von Erzeugergemeinschaften gefördert. Anerkannten Erzeugergemeinschaften und deren Vereinigungen können Startbeihilfen und Investitionsbeihilfen gewährt werden. Investitionsbeihilfen können auch Unternehmen des Handels und der Be- und Verarbeitung land- und fischwirtschaftlicher Produkte erhalten, wenn sie unter bestimmten Voraussetzungen mit Erzeugergemeinschaften oder deren Vereinigungen langfristige Lieferverträge eingehen.

Zu 892 70

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	1 000 000	—	1 000 000
2002	—	—	1 000 000	1 000 000
Summe	—	1 000 000	1 000 000	2 000 000

Zu Titelgruppe 71

Durch die Förderung soll die Verarbeitung und Vermarktung zusammengefasster Partien von ökologisch oder regional erzeugten landwirtschaftlichen Produkten an die Erfordernisse des Marktes angepasst werden, um damit insbesondere Voraussetzungen für eine Nachfragebefriedigung nach diesen Produkten und Erlösvorteile für die Erzeuger zu schaffen.

Zu 683 71

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	500 000	—	500 000
2002	—	300 000	500 000	800 000
2003	—	—	300 000	300 000
Summe	—	800 000	800 000	1 600 000

Zu 883 72

Gefördert werden Wegebauvorhaben zur nachhaltigen Entwicklung und Verbesserung der mit der Landwirtschaft verbundenen Infrastruktur.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	2 000 000	—	2 000 000
2002	—	—	4 000 000	4 000 000
Summe	—	2 000 000	4 000 000	6 000 000

Zu Titelgruppe 74 bis 77

Zur Unterstützung einer beständigen Entwicklung der Forstwirtschaft werden Maßnahmen gefördert, die der Sicherung der Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes sowie der Verbesserung der Produktions-, Arbeits- und Absatzbedingungen in der Forstwirtschaft dienen.

Zu 683 74 und 892 74

Für Vorhaben, Erstaufforstung, langfristige Überführung von Reinbeständen und den Umbau nicht standortgerechter Bestände, Waldbauliche Maßnahmen in Jungbeständen sowie Nachbesserungen von geförderten Pflanzungen können land- und forstwirtschaftliche Unternehmer, anerkannte forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse und sonstige Betriebsinhaber Zuwendungen erhalten.

Ferner kann als Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Forstbetriebe, insbesondere bei umfangreichen Zwangseinschlägen, die Anlage von Einrichtungen zur langfristigen Lagerung von Holz bezuschusst werden.

Zum Ausgleich von Einkommensverlusten nach Aufforstung bisher landwirtschaftlich genutzter Flächen kann bis zu 20 Jahre lang eine Aufforstungsprämie gewährt werden.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 683 76 und 892 76

Für die erstmalige Beschaffung von Forstmaschinen und -geräten sowie für die Anlage von Holzaufbereitungsplätzen und den Bau von Betriebsgebäuden kann anerkannten forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen ein Zuschuss bis zu 40 % der förderungsfähigen Kosten gewährt werden. Die Kosten für Verwaltung und Beratung dieser Zusammenschlüsse werden in den ersten 20 Jahren nach der Anerkennung bezuschusst, wobei die Höhe der Zuwendung von anfangs 40 % schrittweise auf 20 % der Kosten zurückgeht.

Bei Zusammenschlüssen, die überdurchschnittlich mit Jungbeständen ausgestattet sind, kann die Förderung von Verwaltung und Beratung zeitlich ausgedehnt werden.

Zu 683 74

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	3 048 000	600 000	—	3 648 000
2002	3 048 000	600 000	600 000	4 248 000
2003	3 048 000	600 000	600 000	4 248 000
2004	3 048 000	600 000	600 000	4 248 000
2005 ff.	32 196 000	9 600 000	10 200 000	51 996 000
Summe	44 388 000	12 000 000	12 000 000	68 388 000

Zu 892 74

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	11 200 000	—	11 200 000
2002	—	—	11 200 000	11 200 000
Summe	—	11 200 000	11 200 000	22 400 000

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0904 Gemeinschaftsaufgabe - Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes - (GemAgrG)**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
892 75-1 (GA)	529	Zuschüsse für Investitionen aufgrund neuartiger Waldschäden	7.200.000 6.500.000	8.200.000	6.700.000	+1.500.000	8.800
892 76-0 (GA)	523	Zuschüsse an forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse für Investitionen	1.000.000 —	1.800.000	400.000	+1.400.000	1.581
892 77-8 (GA)	524	Zuschüsse für Investitionen im forstwirtschaftlichen Wegebau	800.000 600.000	1.500.000	800.000	+700.000	1.037
TGr. 78/79		Leistungsprüfungen in der tierischen Erzeugung	(—)	(4.700.000)	(4.700.000)	(—)	(4.700)
683 78-8 (GA)	529	Zuschüsse für Milchleistungsprüfungen	—	2.600.000	2.600.000	—	2.600
683 79-6 (GA)	529	Zuschüsse an Kontrollringe für Leistungs- prüfungen in der Tierzucht	—	2.100.000	2.100.000	—	2.100
TGr. 80/81		Maßnahmen für landwirtschaftliche Arbeit- nehmer und Sonstige	(—) (700.000)	(615.000)	(2.130.000)	(-1.515.000)	(589)
683 80-0 (GA)	529	Zuschüsse für Anpassungshilfen an landwirt- schaftliche Arbeitnehmer	—	380.000	380.000	—	189
683 81-8 (GA)	539	Zuschüsse an landwirtschaftliche Betriebe zur Erleichterung der betrieblichen Umstellung	— 700.000	235.000	1.750.000	-1.515.000	400
TGr. 90 bis 93		Förderung ökologischer Maßnahmen auf land- wirtschaftlich genutzten Flächen	(27.000.000) (12.500.000)	(25.064.000)	(9.600.000)	(+15.464.000)	(8.344)
683 90-7 (GA)	529	Zuschüsse zur Förderung extensiver Produktionsverfahren bei Dauerkulturen	500.000 —	2.500.000	—	+2.500.000	52
683 91-5 (GA)	529	Zuschüsse zur Förderung extensiver Grünlandnutzung	15.000.000 —	10.200.000	200.000	+10.000.000	1.632
683 92-3 (GA)	529	Zuschüsse zur Förderung ökologischer Anbauverfahren	10.000.000 12.500.000	11.864.000	9.400.000	+2.464.000	6.660
683 93-1 (GA)	529	Zuschüsse zur Förderung der zehnjährigen Stilllegung landwirtschaftl. Nutzflächen	1.500.000 —	500.000	—	+500.000	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		1.000.000	-1.000.000	
		Abschluss Kapitel 09 04					
		1 Eigene Einnahmen		1.000.000	1.000.000	—	
		2 Übertragungseinnahmen		60.331.800	39.822.600	+20.509.200	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		78.600.000	94.009.400	-15.409.400	
		Summe der Einnahmen		139.931.800	134.832.000	+5.099.800	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	400.000 53.100.000 84.500.000	950.000	950.000	—	
		6 Übertragungsausgaben	60.900.000 93.100.000 27.500.000	98.553.000	65.571.000	+32.982.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		132.050.000	155.199.000	-23.149.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	178.000.000 141.500.000	231.553.000	221.720.000	+9.833.000	
		Zuschuss		91.621.200	86.888.000	+4.733.200	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 75

Gefördert werden Vor- und Unterbau, Bodenschutz- und Meliorationsdüngung sowie – nach immissionsbedingter vorzeitiger Endnutzung – die Wiederaufforstung.

Zu 892 75

Belastung

der Haus-halts-jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt-belastung DM
2001	—	7 200 000	—	7 200 000
2002	—	—	7 200 000	7 200 000
Summe	—	7 200 000	7 200 000	14 400 000

Zu 892 76

Belastung

der Haus-halts-jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt-belastung DM
2000	—	1 000 000	—	1 000 000
2001	—	—	1 000 000	1 000 000
Summe	—	1 000 000	1 000 000	2 000 000

Zu Titelgruppe 77

Der Neubau bzw. die Befestigung bisher nicht oder nicht ausreichend befestigter forstwirtschaftlicher Wege einschließlich der notwendigen Vorarbeiten kann im Privat- und Körperschaftswald gefördert werden.

Zu 892 77

Belastung

der Haus-halts-jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt-belastung DM
2001	—	800 000	—	800 000
2002	—	—	800 000	800 000
Summe	—	800 000	800 000	1 600 000

Zu Titelgruppe 78/79

Für die Durchführung von Milchleistungsprüfungen, Kontrolltätigkeiten bei der Schweinemast, bei der Aufzucht von Sauen in Ferkelerzeugerbetrieben, bei der Rindermast und bei der Mast von Lämmern und Jungmasthammeln kann an die Kontrollringe ein nach Tierarten in unterschiedlicher Höhe festgelegter Zuschuss zu den jährlich laufenden Kosten gewährt werden.

Zu 683 78

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Milchkontrollvereine bzw. -verbände im Bereich
der Landwirtschaftskammern Hannover und Weser-Ems

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	38 654 000	46 303 100	38 629 851
Einnahmen	36 054 000	43 703 100	36 029 851
Fehlbetrag	2 600 000	2 600 000	2 600 000

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

- a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers — DM
- b) das Land mit 2 600 000 DM
- c) den Bund mit — DM
- d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit — DM
- e) Private mit — DM

Zusammen 2 600 000 DM

Der Berechnung der Ausgaben liegen folgende Kuhbestände zugrunde:

Lwk	2001	2000	1999
Hannover	321 000	336 000	326 118
Weser-Ems	319 000	332 000	319 033
Gesamt:	640 000	668 000	645 151
Mithin Ø			
Kosten je Kuh	60,40	69,32	59,88

Von den Gemeinschaftsaufgabemitteln entfallen 2001 auf die

Lwk Hannover	50,55 v. H.
Lwk Weser-Ems	49,45 v. H.

Zu 683 79

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Kontrollringe im Bereich
der Landwirtschaftskammern Hannover und Weser-Ems

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben	10 190 000	10 070 000	8 577 717
Einnahmen	8 090 000	7 970 000	6 477 717
Fehlbetrag	2 100 000	2 100 000	2 100 000

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

- a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers — DM
- b) das Land mit 2 100 000 DM
- c) den Bund mit — DM
- d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit — DM
- e) Private mit — DM

Zusammen 2 100 000 DM

Die Zuwendungen an Beratungsringe, die gleichzeitig Aufgaben als Kontrollringe in der Tierzucht wahrnehmen, sind auch in der Übersicht II zu Titel 685 54 aufgeführt. Von den Gemeinschaftsaufgabemitteln entfallen 2001 auf die

Lwk Hannover	60,91 v. H.
Lwk Weser-Ems	39,09 v. H.

Zu 683 80

Die Anpassungshilfe können ältere landwirtschaftliche Arbeitnehmer in Anspruch nehmen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, wenn ein landwirtschaftlicher Betrieb oder Teile eines landwirtschaftlichen Betriebs in erheblichem Umfang stillgelegt werden. Weiterhin kann die Anpassungshilfe diesen Arbeitnehmern auch bei Arbeitsplatzverlust im Zusammenhang mit umfangreicheren Maßnahmen zur Produktionseinschränkung oder zur rationelleren Gestaltung des Betriebes gewährt werden.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 683 81

Durch die Förderung sollten Landwirte die Möglichkeit erhalten, ihren Betrieb auf eine Bewirtschaftungsweise mit geringerem Arbeitsaufwand umzustellen und an einer Umschulung für eine außerlandwirtschaftliche Erwerbstätigkeit teilzunehmen.

Die Förderung lief mit Ablauf des Jahres 1999 aus. Die Ansätze dienen zur Abwicklung von Rechtsverpflichtungen.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	235 000	—	—	235 000
2002	35 000	—	—	35 000
Summe	270 000	—	—	270 000

Zu Titelgruppe 90 – 93

Mit dieser Förderung sollen strukturell bedeutsame Leistungen der landwirtschaftlichen Betriebe für eine umweltfreundliche Landbewirtschaftung unterstützt werden, die deutlich über die Anforderungen an eine ordnungsgemäße Landbewirtschaftung hinausgehen. Gefördert werden auf Nachhaltigkeit ausgerichtete, besonders umweltfreundliche landwirtschaftliche Produktionsweisen.

Zu 683 90

Gefördert wird die Einführung oder Beibehaltung extensiver Produktionsverfahren bei Dauerkulturen zur nachhaltigen Verbesserung der natürlichen und wirtschaftlichen Produktionsbedingungen, die mit den Belangen des Schutzes der Umwelt und der Erhaltung des natürlichen Lebensraumes vereinbar sind.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	2 500 000	—	2 500 000
2002	—	2 500 000	100 000	2 600 000
2003	—	2 500 000	100 000	2 600 000
2004	—	2 500 000	100 000	2 600 000
2005 ff.	—	2 500 000	200 000	2 700 000
Summe	—	12 500 000	500 000	13 000 000

Zu 683 91

Gefördert wird die Einführung oder Beibehaltung einer extensiven Grünlandbewirtschaftung und die Umwandlung von Ackerflächen in extensiv zu nutzendes Grünland.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	200 000	10 000 000	—	10 200 000
2002	—	10 000 000	3 000 000	13 000 000
2003	—	10 000 000	3 000 000	13 000 000
2004	—	10 000 000	3 000 000	13 000 000
2005 ff.	—	10 000 000	6 000 000	16 000 000
Summe	200 000	50 000 000	15 000 000	65 200 000

Zu 683 92

Gefördert wird die Einführung oder Beibehaltung ökologischer Anbauweisen im gesamten Betrieb.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	8 864 000	3 000 000	—	11 864 000
2002	8 186 000	3 000 000	2 000 000	13 186 000
2003	5 283 000	3 000 000	2 000 000	10 283 000
2004	841 000	3 000 000	2 000 000	5 841 000
2005 ff.	—	3 000 000	4 000 000	7 000 000
Summe	23 174 000	15 000 000	10 000 000	48 174 000

Zu 683 93

Gefördert wird die zehnjährige Stilllegung landwirtschaftlicher Nutzflächen zur nachhaltigen Anpassung der Produktionsstrukturen an die weiter steigenden Anforderungen im Hinblick auf den Schutz der Umwelt, die Sicherung der natürlichen Produktionsgrundlagen sowie die Nachfrage nach umweltgerecht erzeugten Produkten.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	500 000	—	500 000
2002	—	500 000	150 000	650 000
2003	—	500 000	150 000	650 000
2004	—	500 000	150 000	650 000
2005 ff.	—	3 000 000	1 050 000	4 050 000
Summe	—	5 000 000	1 500 000	6 500 000

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0905 Ernährung und Vermarktung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 41-0	529	Rückzahlungen von Überzahlungen aus Landesmitteln		50.000	50.000	—	103
119 51-7	012	Vermischte Einnahmen		200.000	200.000	—	86
		Titelgruppe(n)					
TGr. 66		EU-Mittel zur Abwicklung der Förderung der Verarbeitung und Vermarktung ldw. Produkte -Ziel 5a der Reform des EU-Strukturfonds-		(10.000.000)	(10.000.000)	(—)	(36.094)
287 66-5	523	Für laufende Zwecke * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.		—	—	—	—
346 66-1	523	Für Investitionen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.		10.000.000	10.000.000	—	36.094
TGr. 67		EU-Mittel zur Abwicklung der Förderung der Fischwirtschaft (FIAF -1994 bis 1999) -Ziel 5a der Reform des EU-Strukturfonds-		(2.800.000)	(2.800.000)	(—)	(7.848)
287 67-3	523	Für laufende Zwecke * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.		—	—	—	—
346 67-0	523	Für Investitionen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.		2.800.000	2.800.000	—	7.848
TGr. 68		EU-Mittel zur Förderung der Fischwirtschaft (FIAF -Förderperiode 2000 bis 2006-)		(9.000.000)	(7.000.000)	(+2.000.000)	(—)
287 68-1	542	Erstattungen der EU für laufende Zwecke * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.		—	—	—	—
346 68-8	542	Erstattungen der EU für Investitionen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.		9.000.000	7.000.000	+2.000.000	—
TGr. 71		Umlage gem. § 22 MFG		(5.830.000)	(5.830.000)	(—)	(7.846)
099 71-0	532	Abgabe der Molkereien * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 71.		5.800.000	5.800.000	—	7.728
162 71-4	532	Zinseinnahmen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 71.		30.000	30.000	—	118
		A U S G A B E N					
422 01-5	511	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	5.062.200	1.112.900	+3.949.300	1.012
422 19-8	511	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-4	511	Vergütungen der Angestellten	—	—	4.200.200	–4.200.200	4.043
511 02-6	523	Sachkosten für Marktordnungsaufgaben der EG	—	—	—	—	—
516 02-8	511	Dienst- und Schutzkleidung für das Fachpersonal	—	—	—	—	9
522 09-5	511	Überwachung nach den Futtermittel-, Düngemittel-, Handelsklassen- und Saatgut- gesetzen	—	—	—	—	1.005
525 01-9	511	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	7
527 01-1	511	Reisekostenvergütungen ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	—	—	—	—	5
535 01-4	511	Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	—	—	—	—	0
535 02-2	511	Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	—	—	—	—	27

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 05

Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 des Deckungskreises gem. § 12 Abs. 1 Satz 1 des Haushaltsgesetzes sind im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 09“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 546 01 zusammengefasst ausgebracht. Sie sind übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Im Rahmen dieses Modellversuchs gilt im Einzelplan 09 die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.

Zu Kapitel 09 05 allgemein

Für das bei den Bezirksregierungen tätige Fachpersonal sind hier nur die

- a) Ausgaben der Obergruppe 42 (Dienstbezüge und Vergütungen),
 - b) Ausgaben für die Durchführung der eigentlichen Fachaufgaben sowie die
 - c) Einnahmen, die mit den Ausgaben zu a) und b) im ursächlichen Zusammenhang stehen,
- zu veranschlagen.

Neben der Durchführung von Fördermaßnahmen im Bereich Ernährung und Vermarktung werden diesbezügliche Prüfaufgaben nach Landes-, Bundes- und EU-Recht wahrgenommen.

Zu c) gehören nicht die Einnahmen aus „Verwaltungsgebühren“ (Titel 111 11) und „Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten“ (Titel 112 01).

Alle übrigen Haushaltseinnahmen und -ausgaben sind im Kap. 03 05 ausgebracht (vgl. allgemeine Erläuterung zu Kap. 03 05).

Zu Titelgruppe 66

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 66.

Zu Titelgruppe 67

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 67.

Zu Titelgruppe 68

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 68.

Zu Titelgruppe 71

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 71.

Zu 422 01 und 425 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 50,14 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	8,75	8,75	—	9
Angestellte	41,39	41,39	—	43
Lohnempfänger/ -innen	—	—	—	—
Insgesamt	50,14	50,14	—	52

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 5 062 200 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	5 062 200
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	5 500
43	Versorgungsbezüge	335 300
44	Beihilfen, Unterstützungen	98 000
45	Personalbezogene Sachausgaben	0
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	133 800
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0

Summe der Personalausgaben im Kapitel 5 634 800

1 Beamter/Beamtin als Ausbildungsleiter/Ausbildungsleiterin für den höheren landw. Dienst erhält eine Lehrzulage nach Tz. 1.31 des RdErl. des MF vom 13. 4. 1966 (Nds. MBl. S. 319) in der jeweils geltenden Fassung. Die Lehrzulage gilt bis zur Höhe von mtl. 75,— DM, höchsten jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0905 Ernährung und Vermarktung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
538 01-3	511	Dienstleistungen Außenstehender für Kontroll- und Überwachungsaufgaben	—	—	—	—	—
538 02-1	523	Dienstleistungen Außenstehender für die Evaluierung von Fördermaßnahmen ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	—	—	—	—	2
546 01-6	523	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 12 Abs. 1 HG) *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“ verbindlich.	—	1.100.000	1.184.000	-84.000	—
TGr. 63		Titelgruppe(n) Förderung von Projekten zur Sicherung der wirtschaftlichen Grundlagen im ländlichen Raum * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(700.000) (400.000)	(821.600)	(1.095.000)	(-273.400)	(—)
683 63-3	539	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen * Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 683 02.	700.000 400.000	821.600	1.095.000	-273.400	—
685 63-6	539	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
892 63-1	539	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
893 63-8	539	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 66		EU-Mittel zur Abwicklung der Förderung der Verarbeitung und Vermarktung ldw. Produkte -Ziel 5a der Reform des EG-Strukturfonds- * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 287 66 und 346 66. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. *** Die Ausgaben der Titelgruppe richten sich nach dem genehmigten EU-Programm. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.	(—)	(10.000.000)	(10.000.000)	(—)	(17.145)
682 66-1	523	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
683 66-8	523	Zuschüsse an private Unternehmen	—	—	—	—	—
685 66-0	523	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
892 66-6	523	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	10.000.000	10.000.000	—	17.145
893 66-2	523	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 67		EU-Mittel zur Abwicklung der Förderung der Fischwirtschaft (FIAF -1994 bis 1999-) - Ziel 5a der Reform des EU-Strukturfonds - * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 287 67 und 346 67. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts	(—)	(2.800.000)	(2.800.000)	(—)	(7.888)

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 63

Unterstützung von Initiativen mit dem Zweck der Sicherung der wirtschaftlichen Grundlagen im ländlichen Raum durch Förderung von Maßnahmen zur

- Erschließung zusätzlicher Einkommensquellen durch innovative Vermarktung
- Diversifizierung des Angebotes
- Unterstützung der vertikalen Zusammenarbeit von Organisationen und Unternehmen
- Erhaltung bzw. Steigerung der regionalen Wertschöpfung
- Unterstützung umwelt- und tiergerechter Produktionsverfahren unter besonderer Berücksichtigung der gesundheitlichen Unbedenklichkeit des Produktes.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	400 000	—	400 000
2002	—	—	500 000	500 000
2003	—	—	200 000	200 000
Summe	—	400 000	700 000	1 100 000

Zu Titelgruppe 66

EU-Mittel zur Abwicklung der Maßnahmen zur Verbesserung der Vermarktungs- und Verarbeitungsstruktur landwirtschaftlicher Produkte, die aus dem EAGFL nach der VO (EWG) Nr. 866/90 (Ziel 5 a der Reform des Strukturfonds) gefördert wurden.

Zu Titelgruppe 67

EU-Mittel zur Abwicklung von Strukturmaßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Fischerei und Aquakultur sowie der Verarbeitung und Vermarktung der entsprechenden Erzeugnisse, die aus dem Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF) nach der VO (EG) Nr. 3699/93 (Ziel 5 a der Reform der Strukturfonds) gefördert wurden.

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0905 Ernährung und Vermarktung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch TGr. 67		<i>halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind. ***Die Ausgaben der Titelgruppe richten sich nach dem genehmigten EU-Programm. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.</i>					
682 67-0	542	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
685 67-9	542	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	3
892 67-4	542	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	2.800.000	2.800.000	—	7.885
TGr. 68		Zuschüsse (EU-Mittel) zur Förderung der Fischwirtschaft (FIAP -Förderperiode 2000 bis 2006-) * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 287 68 und 346 68. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind. ***Die Ausgaben der Titelgruppe richten sich nach dem genehmigten EU-Programm. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.	(—)	(9.000.000)	(7.000.000)	(+2.000.000)	(—)
662 68-7	542	Schuldendiensthilfen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
682 68-8	542	Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—	—	—
685 68-7	542	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
892 68-2	542	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	9.000.000	7.000.000	+2.000.000	—
TGr. 69		Prüfungsaufgaben im Rahmen der VO (EWG) Nr. 4045/89 * Übertragbar.	(—)	(50.000)	(50.000)	(—)	(8)
511 69-7	511	Geschäftsbedarf	—	19.100	19.100	—	—
535 69-3	511	Geräte für Fachaufgaben	—	19.700	19.700	—	3
547 69-1	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	11.200	11.200	—	5
TGr. 70		Durchführung der Ernährungswirtschafts- meldeverordnung	(—)	(—)	(—)	(—)	(59)
429 70-2	019	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	59
547 70-5	019	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	—
TGr. 71		Förderung der Milchwirtschaft * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur ge- leistet werden bis zur Höhe der Istein- nahmen bei 099 71 und 162 71. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind.	(—)	(5.830.000)	(5.030.000)	(+800.000)	(7.046)
683 71-4	532	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	330.000	830.000	-500.000	279
685 71-7	532	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	—	5.500.000	4.200.000	+1.300.000	6.767
862 71-6	532	Darlehen an private Unternehmen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 68

Für Strukturmaßnahmen der Gemeinschaft im Sektor der Fischerei und Aquakultur sowie Verarbeitung und Vermarktung der entsprechenden Erzeugnisse, die aus dem Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF) nach den Verordnungen (EG) Nr. 1263/99 und Nr. 2792/99 gefördert werden sollen, können im Rahmen von Förderrichtlinien Zuschüsse bis zur Höhe von 35 v. H. der zuschussfähigen Ausgaben gewährt werden. Diese Förderung löst die bisherige Förderung nach der VO (EG) Nr. 3699/93 (vgl. TGr. 67) ab.

Die nationale Kofinanzierung in Höhe von mindestens 5 v. H. wird bei Kapitel 09 04 Titel 892 69 oder Kapitel 09 61 Titelgruppe 62 oder Titel 892 63 bereitgestellt.

Zu Titelgruppe 69

Das Land ist gem. VO (EWG) Nr. 4045/89 des Rates vom 21. 12. 1989 verpflichtet, eine unabhängige Prüforganisation für Maßnahmen zu führen, die Bestandteil des Finanzierungssystems des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft – Abt. Garantie – sind.

Das erforderliche Personal wird in der Stellenübersicht des Kapitels 09 05 geführt.

Alle für die Durchführung der Fachaufgabe notwendigen Sach- aufwendungen sind in der Titelgruppe 69 zusammengefasst.

Zu Titelgruppe 70

Zur Vorbereitung von Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiet der Ernährungssicherung und zur Einweisung in Sicherstellungsfunktionen.

Zu Titelgruppe 71

Die nach § 22 Abs. 1 Milch- und Fettgesetz (MFG) vom 28. 2. 1951 (BGBl. I S. 135) in Verbindung mit der VO über die Erhebung einer Umlage auf dem Gebiet der Milchwirtschaft vom 22. 5. 1973 (Nds. GVBl. S. 179) in der jeweils gültigen Fassung aufkommenden Umlagemittel werden für die im MFG aufgeführten Zwecke insbesondere verwendet für die

- Förderung der Milchgüte
- Verbesserung der Hygiene bei der Milchgewinnung und beim Milchabsatz
- Beratung der Betriebe in milchwirtschaftlichen Fragen und laufende Fortbildung des Berufsnachwuchses
- Werbung zur Erhöhung des Verbrauchs von Milch und Milch- erzeugnissen
- Durchführung von Aufgaben, die nach den Vorschriften des MFG bestimmten Stellen übertragen worden sind, u. a. Notierungs- kommission.

Zu 685 71

1. Landesvereinigung der Milchwirtschaft	5 000 000 DM
2. Sonstige Zuwendungsempfänger	830 000 DM
Zusammen	5 830 000 DM

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Landesvereinigung der Milchwirtschaft Niedersachsen e. V.

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben			
	6 200 000	6 318 000	5 643 557
Einnahmen			
	1 200 000	1 321 000	1 150 299
Fehlbetrag	5 000 000	4 997 000	4 493 258

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	5 000 000 DM
c) den Bund mit	— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— DM
e) Private	— DM
Zusammen	5 000 000 DM

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0905 Ernährung und Vermarktung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
892 71-2	532	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
893 71-9	532	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 72		Ernährungsberatung ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(200.000) (—)	(755.000)	(855.000)	(–100.000)	(877)
547 72-1	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	0
685 72-5	549	Sonstige Zuschüsse * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 685 01.	200.000 —	755.000	855.000	–100.000	877
TGr. 73/74		Zuschüsse zur Absatzförderung ernährungswirtschaftlicher Erzeugnisse * Übertragbar.	(800.000) (500.000)	(3.500.000)	(3.500.000)	(—)	(3.510)
538 73-0	539	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
683 73-0	539	Zuschüsse an die Marketinggesellschaft	300.000 300.000	2.700.000	2.700.000	—	2.828
683 74-9	539	Zuschüsse an sonstige private Unternehmen * Vgl. D-Vermerk zu 0903 - 683 02.	500.000 200.000	800.000	800.000	—	574
685 73-3	539	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	108
892 73-9	539	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		800.000	–800.000	
		Abschluss Kapitel 09 05					
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben		5.800.000	5.800.000	—	
		1 Eigene Einnahmen		280.000	280.000	—	
		2 Übertragungseinnahmen		—	—	—	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		21.800.000	19.800.000	+2.000.000	
		Summe der Einnahmen		27.880.000	25.880.000	+2.000.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	5.062.200	5.313.100	–250.900	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.150.000	1.234.000	–84.000	
		6 Übertragungsausgaben	1.700.000 900.000	10.906.600	10.480.000	+426.600	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	21.800.000	19.800.000	+2.000.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	800.000	–800.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	1.700.000 900.000	38.918.800	37.627.100	+1.291.700	
		Zuschuss		11.038.800	11.747.100	–708.300	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		335.300	399.600		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		39.254.100	38.026.700		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		11.374.100	12.146.700		

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 72

Förderung von Aufklärungs-, Informations- und Beratungsmaßnahmen (Ausstellungen, Seminare, Vorträge und Erstellung von Informationsmaterial) insbesondere zur Schaffung eines verbesserten Verbraucherbewusstseins. Förderfähig sind Personal- und Sachausgaben.

Die Maßnahmen werden schwerpunktmäßig im Bereich der Vollwerternährung u. a. in Schulen, Universitäten, Kantinen und in sozialen Brennpunkten durchgeführt. Die Durchführung obliegt insbesondere der Verbraucherzentrale Niedersachsen e. V. und der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e. V.

Zu Titelgruppe 73/74

1. Unterstützung der Bemühungen um die weitere Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsstruktur unter dem Gesichtspunkt der Sicherung und Verbesserung des Absatzes sowie zur Förderung der marktorientierten Qualitätsproduktion im Hinblick auf die Wettbewerbsverschärfung durch die Schaffung des Europäischen Binnenmarktes und der Änderung der gemeinsamen Agrarpolitik.

Insbesondere wird die Marketinggesellschaft für nieders. Agrarprodukte e. V. in folgenden Bereichen tätig:

- Unterstützung der Vermarktungsbemühungen der niedersächsischen Landwirtschaft durch Beteiligung an Messen und Ausstellungen, Durchführung von Verkaufsförderungsaktionen und Absatzförderungsmaßnahmen.
 - Beratung von Vermarktungsorganisationen durch Erarbeiten von Konzepten.
 - marktkonforme Angebotserstellung durch Entwicklung von Qualitätssicherungssystemen
 - Beratung von Erzeugern und Erzeugerzusammenschlüssen
 - Begleitung von Pilotvorhaben
 - Fortbildungsmaßnahmen über die Marketing-Akademie
2. Zuschüsse für überbetriebliche Vorhaben im Hinblick auf Organisation der Vermarktung und Qualitätssicherung. Gefördert werden Aufwendungen für die Tätigkeit von Zusammenschlüssen sowie Erstinvestitionen dieser Zusammenschlüsse.

Zu 683 73**Belastung**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	300 000	—	300 000
2002	—	—	300 000	300 000
Summe	—	300 000	300 000	600 000

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben
der Marketinggesellschaft für nieders. Agrarprodukte e. V.

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben			
	6 200 000	5 600 000	6 620 805
Einnahmen			
	3 500 000	2 900 000	3 792 505
Mithin Fehlbetrag	2 700 000	2 700 000	2 828 300

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	2 700 000 DM
c) den Bund mit	— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— DM
e) Private mit	— DM
Zusammen	2 700 000 DM

Zu 683 74

Zuschüsse zur Förderung der Marktausrichtung der Landwirtschaft und der ihr nachgelagerten Sektoren sowie zur Förderung der Entwicklung neuer Absatzwege.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	290 000	100 000	—	390 000
2002	—	100 000	300 000	400 000
2003	—	—	200 000	200 000
Summe	290 000	200 000	500 000	990 000

Agrarstrukturverwaltung

Es sind vorhanden:

- je 4 Dezernate „Agrarstruktur“ (508) und „Landwirtschaft“ (506) bei den Bezirksregierungen
- 11 Ämter für Agrarstruktur in Aurich, Braunschweig, Bremerhaven, Göttingen, Hannover incl. landesweite Aufgaben, Lüneburg, Meppen, Oldenburg, Osnabrück, Sulingen und Verden

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0910 Agrarstrukturverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 11-1	511	Verwaltungsgebühren ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.		350.000	250.000	+100.000	384
112 01-0	511	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		3.000	3.000	—	6
113 01-7	511	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		4.000	4.000	—	3
119 06-6	511	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staat- licher Einrichtungen		1.000	1.000	—	—
119 31-7	511	Einnahmen aus Veröffentlichungen * Vgl. K-Vermerk zu 531 31. ***Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlich- ungen unentgeltlich abgegeben werden.		2.000	6.000	-4.000	0
119 41-4	511	Rückzahlung von Überzahlungen aus Landes- mitteln		80.000	80.000	—	25
119 46-5	511	Ersatzleistungen		—	—	—	15
119 51-1	511	Vermischte Einnahmen		60.000	60.000	—	17
119 73-2	511	Einnahmen aus Planungen für Gemeinden im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verbesse- rung der Agrarstruktur * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 73.		—	—	—	129
124 01-9	511	Mieten und Pachten		60.000	37.000	+23.000	61
132 01-1	511	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		26.000	26.000	—	26
162 01-8	522	Zinseinnahmen von Restkaufgeldern		19.000	19.000	—	19
182 01-9	522	Tilgung von Restkaufgeldern		145.000	145.000	—	137
256 01-2	511	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	27
256 02-0	511	Lohnkostenzuschüsse von der Bundesanstalt für Arbeit für unbefristete Beschäftigte		50.000	70.000	-20.000	3
271 01-1	511	Erstattung von Verfahrens- und sonstigen Kosten in Flurbereinigungsverfahren * Vgl. K-Vermerk zu 526 02 und 538 02.		2.800.000	2.800.000	—	2.493
271 02-0	511	Erstattung von Bauleitungskosten in Flurb- reinigungs- und Siedlungsverfahren		50.000	50.000	—	13
271 03-8	511	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch Teilnehmergemeinschaften		700.000	600.000	+100.000	716
271 06-2	511	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch den Braunschweigischen Vereinigten Kloster- und Studienfonds		180.000	180.000	—	185
281 01-7	522	Erstattung von Zuschüssen und sonstigen Vergünstigungen bei Weiterveräußerung von Siedlerstellen und Siedlungsflächen ***Gemäß § 15 Abs. 1 Satz 3 LHO wird zugelassen, daß der Anteil der NLG, den sie für die Erhebung von Einnahmen im Auftrage des Landes erhält, von der Einnahme abgesetzt wird.		100.000	150.000	-50.000	44
286 01-9	529	Wiedereinziehungspauschale bei Rück- forderungen von EU-Beihilfen ***Vgl. K-Vermerk zu 427 01.		450.000	450.000	—	472
286 02-7	529	Erstattungen im Rahmen der Kontrollen nach VO (EG) 2630/97 ***Vgl. K-Vermerk zu 427 01.		—	—	—	950
286 99-0	529	Beteiligung der EG an den Kosten zur Durch- führung der EG-Agrarreform		—	300.000	-300.000	290
356 01-7	950	Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds		3.500.000	17.000.000	-13.500.000	17.000

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 10

Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 des Deckungskreises gem. § 12 Abs. 1 Satz 1 des Haushaltsgesetzes sind im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 09“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 546 01 zusammengefasst ausgebracht. Sie sind übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Im Rahmen dieses Modellversuchs gilt im Einzelplan 09 die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.

Zu Kapitel 09 10

Für das bei den Bezirksregierungen tätige Fachpersonal sind hier nur die

- a) Ausgaben der Obergruppe 42 (Dienstbezüge und dergl.),
- b) Ausgaben für die eigentlichen Fachaufgaben (insbesondere Ausgaben der Gruppe 535 und des Titels 812 35) sowie die
- c) Einnahmen, die mit den Ausgaben a) und b) im ursächlichen Zusammenhang stehen, veranschlagt.

Zu c) gehören nicht die Einnahmen aus „Verwaltungsgebühren“ (Titel 111 11) und „Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten“ (Titel 112 01).

Alle übrigen Haushaltseinnahmen und -ausgaben sind bei Kap. 03 05 ausgebracht (vgl. allgemeine Erläuterung zu Kap. 03 05).

Zu 111 11

Gemäß § 15 Abs. 1 Satz 3 LHO wird zugelassen, dass der Anteil der Einnahmen aus Gebühren, der einem beauftragten privaten Unternehmen für die Ausführung von reproduktionstechnischen Arbeiten zusteht, durch Absetzen von der Einnahme verausgabt wird.

Zu 113 01

1. Geräte	2 100 DM
2. Maschinen	800 DM
3. Ausstattungsgegenstände	100 DM
4. Akten, Drucksachen und dgl.	1 000 DM
Zusammen	4 000 DM

Zu 119 31

Einnahmen aus dem Verkauf des Regelleistungsverzeichnisses.

Zu 119 73

Vgl. Erläuterung zu Ausgabetitelgruppe 73.

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	— DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	— DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	— DM
4. Pachtung und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	— DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	60 000 DM
Zusammen	60 000 DM

Zu 162 01 und 182 01

Rückflüsse aus Restkaufgeldern aus dem Bereich des ehem. Siedlungsamtes Oldenburg (gestundete Kaufpreisanteile in abgeschlossenen Siedlungsverfahren).

Zu 271 01

1. Verfahrenskosten in Unternehmensverfahren, Unternehmenskostenanteile	2 800 000 DM
2. Besondere und Weiterungskosten	— DM
Zusammen	2 800 000 DM

Zu 271 02

Veranschlagt sind Leistungsentgelte der Teilnehmergeinschaften sowie Bauleitungsgebühren in Siedlungsverfahren.

Zu 271 03

Erstattung von Kosten durch die Teilnehmergeinschaften für die Gestellung von ständigen Messgehilfen in Flurbereinigungsverfahren.

Zu 271 06

Erstattung der anteiligen Personalkosten, die durch die Betreuung des Grundbesitzes des Braunschweigischen Vereinigten Kloster- und Studienfonds entstehen.

Zu 281 01

Beträge, die die Siedler im Falle der Veräußerung von Siedlerstellen und Siedlungsgrundstücken nach näherer Festsetzung durch die Siedlungsbehörde erstatten müssen.

Der Anteil der NLG beträgt 4 v. H. der von ihr erhobenen Einnahmen = rd. 4 000 DM.

Zu 286 01

Dem Land steht auf Grund Art. 7 Abs. 1 der VO (EG) 595/91 vom 4. 3. 91 bei Unregelmäßigkeiten und der Wiedereinzahlung zu Unrecht gezahlter Beträge der Finanzierung der Agrarpolitik eine Wiedereinzahlungspauschale zu.

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0910 Agrarstrukturverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
Titelgruppe(n)							
TGr. 72		Mehreinnahmen aufgrund des Gesetzes zur Änderung der Finanzierung landw. Siedlungen		(1.450.000)	(1.830.000)	(-380.000)	(1.437)
162 72-7	246	Zinsen		100.000	130.000	-30.000	91
182 72-8	246	Tilgungen		1.350.000	1.700.000	-350.000	1.347
A U S G A B E N							
412 02-2	511	Entschädigung ehrenamtlicher Beisitzer bei der Spruchstelle für Flurbereinigung	—	18.000	13.000	+5.000	16
422 01-0	511	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	76.123.900	31.670.000	+44.453.900	26.888
422 19-2	511	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-1	511	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Frei- stellung bei Personalüberhang	—	695.400	959.300	-263.900	736
422 41-9	511	Anwärterbezüge	—	917.600	730.800	+186.800	590
425 01-9	511	Vergütungen der Angestellten	—	—	42.841.300	-42.841.300	45.068
425 03-5	511	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	465.400	-465.400	319
425 41-8	511	Vergütungen der auszubildenden Kräfte	—	1.245.400	1.200.900	+44.500	1.108
425 51-5	511	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-5	511	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	2.917.700	-2.917.700	2.936
426 03-1	511	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	5.300	-5.300	6
426 41-4	511	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
427 01-1	511	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte <i>***Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 286 02 und in Höhe von 50 v.H. der Isteinnahmen bei 286 01</i>	—	812.500	812.500	—	1.875
427 02-0	511	Beschäftigungsentgelte an Praktikanten	—	20.000	20.000	—	11
427 31-3	511	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	20.000	22.000	-2.000	5
427 39-9	811	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	165.300	176.500	-11.200	165
453 01-2	511	Trennungsgeld für abgeordnete oder ver- setzte Bedienstete und Umzugskostenver- gütungen	—	50.000	50.000	—	58
453 11-0	511	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbil- dungslehrgängen	—	12.000	12.000	—	14
511 01-2	511	Geschäftsbedarf	—	—	—	—	473
512 01-9	511	Bücher und Zeitschriften	—	—	—	—	60
513 01-5	511	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	—	—	1.023
514 01-1	511	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	375
515 01-8	511	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	31
515 02-6	511	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	390
515 03-4	045	Ausrüstungsgegenstände für den Behördenselbstschutz	—	—	—	—	—
516 01-4	511	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	11

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 72

Durch das Gesetz zur Änderung der Finanzierung landwirtschaftlicher Siedlungen vom 25. 2. 1983 – BGBl. I S. 199 – werden die Zins- und Tilgungsbeträge für Darlehen, die vor dem 1. Januar 1973 bewilligt worden sind, angehoben. Die hierdurch anfallenden Mehreinnahmen sind laut Gesetz zweckgebunden für Eingliederungsmaßnahmen.

Zu 422 01, 425 01, 425 03, 426 01 und 426 03

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 945,18 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	343,11	343,11	—	421
Angestellte	564,72	560,82	3,90	537
Lohnempfänger/-innen	37,35	35,76	1,59	38
Insgesamt	945,18	939,69	5,49	996

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 76 123 900 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	76 123 900
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	4 024 400
43	Versorgungsbezüge	9 413 700
44	Beihilfen, Unterstützungen	1 548 100
45	Personalbezogene Sachausgaben	62 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	2 113 300
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0

Summe der Personalausgaben im Kapitel 09 10 93 281 400

In dem Personalkostenbudget sind enthalten:

1 Beamter als Ausbildungsleiterin/Ausbildungsleiter für den höheren landwirtschaftlichen Dienst erhält eine Lehrzulage nach dem RdErl. d. MF vom 25. 03. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils gültigen Fassung. Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von mtl. 75 DM, höchstens jedoch bis zu 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Es sind veranschlagt:

1 Beamter mtl. 125 DM = 1 500 DM

Zu 422 41

1. Anwärterbezüge	917 600 DM
2. Aufwandsentschädigungen	— DM
3. Besondere Zulagen	— DM
4. Unterhaltsbeihilfen für Verwaltungs- (Forst-)praktikanten gemäß § 25 Abs. 2 NBG	— DM
Zusammen	917 600 DM

Zu 425 41

	2000	2001
Auszubildende	60	60

Zu 427 02

Vergütung der Studenten der nieders. Fachhochschulen, die die vorgeschriebenen Praxissemester in der Agrarstrukturverwaltung ableisten.

Zu 427 31

1. Lehrvergütungen	19 000 DM
2. Prüfungsvergütungen	1 000 DM
Zusammen	20 000 DM

Die Höhe der hier veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte richtet sich nach den auf Grund des RdErl. des MF vom 25.03.1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 75 DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtl. Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

25% der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Die Mittel sind erforderlich, um den Lehrbetrieb im bisherigen Umfang aufrechterhalten zu können.

Die Begrenzung der an die einzelne nebenamtliche Lehrkraft zu zahlenden Vergütung auf einen halbjährlichen Höchstbetrag bleibt dem Fachminister vorbehalten.

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für	
5 Landesbedienstete	30 000 DM
2. Umzugskostenvergütungen für	
2 Landesbedienstete	20 000 DM
Zusammen	50 000 DM

Zu 453 11

Die Mittel dienen vorwiegend zur Erstattung von Fahrkosten an berufsschulpflichtige Auszubildende zum Besuch auswärtiger Berufsschulen.

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0910 Agrarstrukturverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
516 04-9	511	Schutzkleidungszuschüsse an Praktikanten	—	—	—	—	—
517 01-0	511	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	82
517 19-3	511	Reinigungskosten	—	—	—	—	263
517 59-2	511	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	270
518 01-7	511	Mieten und Pachten	—	—	—	—	813
519 03-0	511	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	—	—
522 21-9	511	Labor-, Röntgen- und Fotobedarf	—	—	—	—	1
525 01-3	511	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	222
526 01-0	511	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	97
526 02-8	521	Gebühren und Reisekosten für Sachverständige in Flurbereinigungsverfahren * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 271 01. Gegenseitig deckungsfähig: 526 02 und 538 02.	—	180.000	180.000	—	117
527 01-6	511	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	447
527 03-2	511	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	—	—	—	9
531 31-5	511	Veröffentlichungen * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 31. ***Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung zu Nr. 2 verbindlich.	—	33.500	33.500	—	33
535 01-9	511	Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	—	—	—	—	55
535 02-7	511	Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	—	—	—	—	49
537 01-1	511	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	—	—	—	1
538 01-8	521	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	145
538 02-6	521	Ausführung von Arbeiten durch Dritte in Flurbereinigungsverfahren * Übertragbar. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 271 01. Vgl. D-Vermerk zu 526 02.	—	8.682.000	8.682.000	—	8.737
544 01-8	511	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluß des Haushaltsjahres	—	—	—	—	—
546 01-0	511	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 12 Abs. 1 HG) ***Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“ verbindlich.	—	5.121.000	4.660.000	+461.000	-2
546 59-2	511	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
571 01-5	923	Zinsausgaben an die Deutsche Postbank AG in Bonn * Gegenseitig deckungsfähig: 571 01 und 591 01.	—	—	262.000	-262.000	396
591 01-6	923	Tilgungsausgaben an die Deutsche Postbank AG in Bonn * Vgl. D-Vermerk zu 571 01.	—	2.631.700	1.738.000	+893.700	2.104
671 01-0	521	Erstattungen an die Norddeutsche Landesbank für die Verwaltung von Landesdarlehen zur Förderung der Flurbereinigung	—	10.000	15.500	-5.500	10
671 02-8	522	Erstattungen an die Norddeutsche Landesbank für die Verwaltung von Landesdarlehen zur Förderung der Siedlung	—	8.000	10.500	-2.500	8

ERLÄUTERUNGEN

Zu 526 02

1. Gebühren	80 000 DM
2. Reisekosten	100 000 DM
Zusammen	180 000 DM

Zu 531 31

1. Zur Herausgabe eines Regel-	
leistungsverzeichnisses	— DM
2. Für Informationsmaterial	33 500 DM
Zusammen	33 500 DM

Zur Herstellung von Informationsmaterial, insbesondere für flurbereinigungsinteressierte Gemeinden und andere Stellen. Der Betrag für Informationsmaterial darf nicht überschritten werden.

Zu 538 02

Um die Leistungsfähigkeit der Ämter für Agrarstruktur elastischer an wechselnde räumliche und sachliche Schwerpunkte der ländlichen Neuordnung anpassen zu können, ist der Stellenbestand der Agrarstrukturverwaltung weitgehend auf die zur behördlichen Leitung der Flurbereinigungsverfahren erforderlichen Arbeiten zugeschnitten, während die übrigen Arbeiten an sachkundige Gesellschaften, Ingenieurbüros u. a. vergeben werden. Es handelt sich im Wesentlichen um folgende Arbeiten:

- Herbeiführung von Abfindungsvereinbarungen und Ausarbeitung von Zusammenlegungsplänen (§ 99 FlurbG);
- Entwurf von Wege- und Gewässerplänen und landschaftspflegerischen Begleitplänen (§ 41 FlurbG);
- topographische und bestimmende Befliegung (für Planungsunterlagen und als Luftbildvermessung);
- Absteckung, Abmarkung und Vermessung des Wege- und Gewässernetzes und der neuen Grundstücke.

Besondere Bedeutung hat die Vergabe von Arbeiten an Dritte im Rahmen von Unternehmensverfahren.

Die Mehreinnahmen bei Titel 271 01 stehen als zusätzliche Haushaltsmittel hierfür zur Verfügung.

Zu 571 01 und 591 01

Mittel für den Schuldendienst der Darlehen zur Förderung der ländlichen Siedlung, die die Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank in Bonn den Siedlern und Siedlungsträgern anstelle von Darlehen aus Landeshaushaltsmitteln in den Haushaltsjahren 1965 bis 1978 bereitgestellt hat. Die Darlehen stammen aus Anleihen auf dem Kapitalmarkt und wurden den Siedlern und Siedlungsträgern zu denselben Konditionen gewährt, wie sie für Darlehen aus Landeshaushaltsmitteln gelten.

Die Deutsche Postbank AG ist durch Verschmelzung Rechtsnachfolgerin der DSL-Bank AG.

Zu 671 01

Laut Treuhandvereinbarung beträgt die jährliche Verwaltungsgebühr 0,25 % der Darlehnsbeträge.

Zu 671 02

Für rd. 1 000 Darlehnsfälle je 8,- DM.

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0910 Agrarstrukturverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
672 01-6	522	Erstattungen an die NLG für das Programm „Hilfen für existenzgefährdete landwirtschaftliche Betriebe durch Landankäufe“	—	1.000.000	1.000.000	—	1.320
681 01-5	511	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	3
685 51-7	549	Beteiligung an der „Grünen Woche“ * Übertragbar.	60.000 60.000	130.000	130.000	—	130
811 01-6	511	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	309.000	281.000	+28.000	229
812 13-6	511	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	90.000	—	+90.000	—
812 35-7	511	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	—	250.000	280.000	-30.000	261
919 01-1	950	Abführung an 5082 - 359 02	—	400.000	—	+400.000	—
981 09-4	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	3.124.400	—	+3.124.400	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 71		Umsiedlung landwirtschaftlicher Betriebe im öffentlichen Interesse * Übertragbar.	(—)	(1.000.000)	(1.000.000)	(—)	(—)
862 71-0	522	Darlehen	—	1.000.000	1.000.000	—	—
892 71-7	522	Zuschüsse	—	—	—	—	—
TGr. 73		Planungen für Gemeinden bei Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 50,0 v.H. der Isteinnahmen bei 119 73.	(—)	(—)	(—)	(—)	(65)
547 73-4	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 73-0	511	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	65
TGr. 99		Elektronische Datenverarbeitung	(—) (4.500.000)	(10.462.300)	(6.702.400)	(+3.759.900)	(8.581)
512 99-0	511	Bücher und Zeitschriften	—	3.000	3.000	—	1
513 99-6	511	Post- und Fernmeldegebühren	—	325.000	690.000	-365.000	—
515 99-9	511	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	1.200.000	1.150.000	+50.000	1.051
518 99-8	511	Mieten und Pachten	— 4.500.000	3.000.000	2.431.000	+569.000	2.133
519 99-4	511	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	5.000	15.000	-10.000	2
522 99-5	511	Verbrauchsmittel	—	250.000	250.000	—	223
524 99-8	511	Lehr- und Lernmittel	—	10.000	10.000	—	4
525 99-4	511	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	130.000	130.000	—	397
538 99-9	511	Dienstleistungen Außenstehender * Übertragbar.	—	5.239.300	1.723.400	+3.515.900	3.786
672 99-7	529	Erstattungen an Sonstige	—	—	—	—	—
812 99-3	511	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	300.000	300.000	—	436
893 99-3	511	Zuschuß an die Landwirtschaftskammern für Investitionen im Rahmen der Umsetzung der GAP-Maßnahmen	—	—	—	—	547

ERLÄUTERUNGEN

Zu 672 01

Die NLG kaufte 1986/87 im Auftrage des Landes Flächen von existenzgefährdeten Betrieben an, um hierdurch eine Eigenkonsolidierung zu ermöglichen. Die NLG ist ermächtigt, hierfür Kapitalmarktdarlehen bis 100 Mio. DM aufzunehmen. Das Land erstattet den Kapitaldienst, die Kosten der NLG und Verwertungsverluste; etwaige Überschüsse werden an das Land abgeführt.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	1 000 000	—	—	1 000 000
2002	1 000 000	—	—	1 000 000
2003	1 000 000	—	—	1 000 000
2004	1 000 000	—	—	1 000 000
2005ff.	4 400 000	—	—	4 400 000
Summe	8 400 000	—	—	8 400 000

Zu 685 51**Belastung**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	60 000	—	60 000
2002	—	—	60 000	60 000
Summe	—	60 000	60 000	120 000

Zu 811 01

Ersatzbeschaffungen:

a) 3 Pkw Kombi (einschl. Umsatzsteuer und Sonderausstattung)	à 35 000 DM	105 000 DM
b) 7 Pkw Kombi (einschl. Umsatzsteuer und Sonderausstattung)	à 26 000 DM	182 000 DM
c) 1 Pkw Kombi (einschl. Umsatzsteuer)	à 22 000 DM	22 000 DM
Summe (einschl. Überführung, Zulassung pp.)		309 000 DM

Als Sonderausstattung sind vorgesehen für jedes Fahrzeug:

Zu a)

Halogen-Nebelscheinwerfer, Komfortsitz, Gepäckraumabdeckung, Gummibodenbelag im Gepäckraum.

Zu b)

Kopfstützen für Rücksitze, Halogen-Nebelscheinwerfer, Komfortsitz.

Zu 812 13

Erwerb einer ISDN-Fernmeldeanlage für das AfA Lüneburg.

Zu 812 35

Ergänzungsbeschaffungen:

1 elektronisches Tachymeter	30 000 DM
2 GPS-FKS-Systeme	40 000 DM
4 motorisierte elek. Tachymeter	180 000 DM
Zusammen	250 000 DM

Zu Titelgruppe 71

Umsiedlung landwirtschaftlicher Betriebe zur Ersatzlandbeschaffung sowohl für die Dümmersanierung als auch für andere Gebiete.

Zu Titelgruppe 73

Vorsorglich Leertitel.

Zu Titelgruppe 99**518 99**

Anmietung von Software für das Betriebssystem und systemnahe Software sowie Leasing von Hardware. Mehr aufgrund notwendiger Beschaffungen.

Hardware

- Entwicklungsrechner und USV
- 38 Server
- 1010 Personalcomputer mit Monitoren
- 375 Drucker

Software

- Windows NT
- Office 97, Exchange
- Softwareverteilungsprogramm
- Informix, Networker

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	1 800 000	900 000	—	2 700 000
2002	1 800 000	900 000	—	2 700 000
2003	1 800 000	900 000	—	2 700 000
2004	—	900 000	—	900 000
2005	—	900 000	—	900 000
Summe	5 400 000	4 500 000	—	9 900 000

538 99

Vergabe von Programmierarbeiten insbesondere für

- Flurbereinigung Niedersachsen innerhalb des Geoinformationssystems DAVID sowie Agenda 2000
- Zentralanwendungen und Fernerkundung bei Flächenprämien i.R. „Integriertes Verwaltungskontrollsystem (InVeKos)“
- Durchführung „PROLAND“ (VO (EG) 1257/99)
- Datenabgleiche bei Tierprämien.

Mehr aufgrund Anpassungen und Erweiterungen der vorhandenen Software und Neuprogrammierung für „PROLAND“.

672 99

Vorsorglich Leertitel.

812 99

Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen.

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0910 Agrarstrukturverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 09 10					
		1 Eigene Einnahmen		2.200.000	2.461.000	–261.000	
		2 Übertragungseinnahmen		4.330.000	4.600.000	–270.000	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		3.500.000	17.000.000	–13.500.000	
		Summe der Einnahmen		10.030.000	24.061.000	–14.031.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	80.080.100	81.896.700	–1.816.600	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	26.810.500	21.957.900	+4.852.600	
		6 Übertragungsausgaben	4.500.000 60.000	1.148.000	1.156.000	–8.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	1.949.000	1.861.000	+88.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	3.524.400	—	+3.524.400	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	60.000 4.560.000	113.512.000	106.871.600	+6.640.400	
		Zuschuss		103.482.000	82.810.600	+20.671.400	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		9.413.700	11.979.800		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		122.925.700	118.851.400		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		112.895.700	94.790.400		

ERLÄUTERUNGEN

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0930 Domänenverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 11-7	811	Verwaltungsgebühren		30.000	15.000	+15.000	55
113 01-2	811	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		—	—	—	0
119 41-0	811	Rückzahlung von Überzahlungen		20.000	10.000	+10.000	30
119 51-7	811	Vermischte Einnahmen		15.000	15.000	—	9
121 04-0	811	Ablieferung der Domäne St. Ludgeri		400.000	280.000	+120.000	605
121 05-8	811	Ablieferung der Domäne Derneburg		180.000	180.000	—	195
121 06-6	811	Ablieferung der Domäne Kloster Appingen		—	—	—	—
121 07-4	811	Ablieferung der Domäne Hollanderhof		—	—	—	—
124 01-4	811	Mieten und Pachten		200.000	210.000	-10.000	200
124 02-2	811	Einkünfte von verpachteten Domänen		4.300.000	4.200.000	+100.000	4.311
124 03-0	811	Einkünfte von Garten-, Acker-, Wiesen-, Weide- und sonstigen Streugrundstücken		3.900.000	3.700.000	+200.000	3.846
124 04-9	811	Einkünfte von Mühlen, einzelnen vermiete- ten Gebäuden und sonstigen Nutzungen		300.000	300.000	—	254
124 05-7	811	Einkünfte von Fischerei- und Nebennutzun- gen der domänen-fiskalischen Gewässer		284.000	284.000	—	279
124 06-5	811	Einkünfte von Fischerei- und Nebennutzungen aus dem Steinhuder Meer * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66. ***Die vertraglich an die fürstliche Hof- kammer Schaumburg Lippe abzuführenden Beträge von den Einnahmen für das Be- fahren des Steinhuder Meeres dürfen auch nach Ablauf des Haushaltsjahres durch Absetzen von der Einnahme verausgabt werden.		950.000	900.000	+50.000	949
124 07-3	811	Einkünfte von Fischerei- und Nebennutzungen aus dem Dümmer		266.000	206.000	+60.000	216
132 01-7	811	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		—	—	—	—
256 01-8	811	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit		—	—	—	—
271 02-5	811	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch die Lastenausgleichsbank		1.300	1.300	—	2
281 01-2	811	Erstattung von Steuern vom Grundvermögen, öffentlichen Lasten und sonstigen Beiträ- gen durch Dritte		10.000	10.000	—	15
341 01-5	811	Pächterbeiträge zu den Kosten kleiner Neu-, Um- und Erweiterungsbauten		1.200.000	1.200.000	—	1.177
341 02-3	811	Pächterbeiträge zu den laufenden Unter- haltungskosten		80.000	112.100	-32.100	69
341 63-5	811	Umlagen für Unterhaltungsarbeiten an Grä- ben und Wegen des domänenfiskalischen Streubesitzes * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.		—	—	—	6
356 01-2	950	Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds * Vgl. K-Vermerk zu 682 01 und 682 02. ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.		6.400.000	4.458.800	+1.941.200	1.463
		A U S G A B E N					
422 01-5	811	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	2.263.800	470.300	+1.793.500	447
422 19-8	811	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-7	811	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Frei- stellung bei Personalüberhang	—	118.800	170.900	-52.100	177
425 01-4	811	Vergütungen der Angestellten	—	—	1.728.100	-1.728.100	1.489

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 30

Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 des Deckungskreises gem. § 12 Abs. 1 Satz 1 des Haushaltsgesetzes sind im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 09“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 546 01 zusammengefasst ausgebracht. Sie sind übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Im Rahmen dieses Modellversuchs gilt im Einzelplan 09 die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.

Zu Kapitel 09 30

In den Regierungsbezirken Braunschweig und Hannover wird die Flächenverwaltung unmittelbar von den Bezirksregierungen wahrgenommen, während in den Regierungsbezirken Lüneburg (Domänenamt Stade) und Weser-Ems (Domänenämter Norden und Oldenburg) Ortsdienststellen vorhanden sind. Der Gesamtflächenbestand der Domänenverwaltung beträgt rd. 49 048 ha. Zusätzlich werden rd. 10 364 ha im Auftrag der Naturschutzverwaltung (Kap. 15 20) verwaltet.

Zu 121 04 bis 121 07

Ablieferungen der selbst bewirtschafteten Domänen (Unternehmen im Sinne des § 26 LHO) mit landwirtschaftlicher Buchführung. Die Wirtschaftspläne (Erfolgs- und Finanzpläne) der selbst bewirtschafteten Domänen befinden sich in den Anlagen zum Einzelplan 09.

Die Wirtschaftspläne berücksichtigen die seitens der EU vorgegebene Flächenstilllegung.

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	—	DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	200 000	DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	—	DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—	DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	—	DM
Zusammen	200 000	DM

Zu 124 02

Es sind vorhanden:

- 103 Domänen über je 50 ha mit 12 520 ha LF (13 224 ha Gesamtfläche),
- 12 Pachthöfe bis zu je 50 ha mit 561 ha LF (619 ha Gesamtfläche).

Der Ansatz berücksichtigt Pachtpreisreduzierungen für Maßnahmen zur Stärkung des Naturhaushalts innerhalb und außerhalb von Schutzgebieten in Höhe von rd. 1 151 000 DM.

Zu 124 03

Es sind vorhanden: 11 056 ha LF (34 324 ha Gesamtfläche).

Der Ansatz für Pachteinnahmen berücksichtigt Pachtpreisreduzierungen für Maßnahmen zur Stärkung des Naturhaushalts innerhalb und außerhalb von Schutzgebieten in Höhe von rd. 1 204 300 DM.

Zu 124 05

Einnahmen aus der Verpachtung von domänenfiskalischen Fische- und Nebennutzungen der Gewässer.

Der Ansatz berücksichtigt Pachtpreismindereinnahmen für Maßnahmen zur Stärkung des Naturhaushalts innerhalb und außerhalb von Schutzgebieten in Höhe von rd. 44 500 DM.

Zu 124 06

Einnahmen aus der Verpachtung von domänenfiskalischen Fische- und Nebennutzungen des Steinhuder Meeres.

Es sind veranschlagt:

1. Entgelte für das Befahren des Steinhuder Meeres		
a) zur Personenbeförderung	65 000	DM
× Anteil der Fürstlichen Hofkammer	40 000	DM
verbleiben		25 000 DM
b) für sportliche Zwecke		890 000 DM
2. Sonstige Einnahmen		35 000 DM
Zusammen		950 000 DM

Zu 271 02

Erstattung von Verwaltungskosten durch die Lastenausgleichsbank für die Verwaltung ehem. Mecklenburgischer Flächen (vgl. 422 01 und 425 01).

Zu 341 01

Pächterbeiträge zu den Kosten der nach dem Domänenbauplan bei 711 01 veranschlagten Baumaßnahmen (ohne Kosten für die Pflege der Baudenkmäler).

Zu 341 02

Pächterbeiträge zu den Kosten der nach dem Domänenbauplan bei 519 01 veranschlagten Maßnahmen der Bauunterhaltung.

Zu 341 63

Leertitel, da sich nicht übersehen lässt, in welcher Höhe von den Pächtern des domänenfiskalischen Streubesitzes Umlagen gezahlt werden.

Zu 356 01

Durch die Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds werden die Aufwendungen für Zuschüsse und Kapitalausstattungen an die selbst bewirtschafteten Domänen, für die Folgeeinrichtungsarbeiten auf Anlandungsflächen, für Tiefbauten, für den Wirtschaftswegebau auf domänenfiskalischem Besitz (vgl. Titelgruppen 62 und 63), die Gewässer Steinhuder Meer und Dümmer (vgl. Titelgruppen 66 und 68) sowie die Anteile der Domänenverwaltung zu den Kosten der bei 711 01 veranschlagten Baumaßnahmen – mit Ausnahme der Nutzungsentgelte für das Liegenschaftsmanagement – gedeckt.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 28 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	9,00	9,00	—	9,0
Angestellte	19,00	19,00	—	18,5
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	28,00	28,00	—	27,5

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 2 263 800 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	2 263 800
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	131 200
43	Versorgungsbezüge	242 300
44	Beihilfen, Unterstützungen	46 300
45	Personalbezogene Sachausgaben	7 500
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	63 200
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0
Summe der Personalausgaben im Kapitel 09 30		2 754 300

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0930 Domänenverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
427 01-7	811	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 11-4	811	Entschädigungen für nebenberuflich tätige Aufseher, Schleusen-, Dünen- und Buschwärter	—	9.000	9.000	—	5
453 01-8	811	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	7.500	7.500	—	—
511 01-8	811	Geschäftsbedarf	—	—	—	—	13
512 01-4	811	Bücher und Zeitschriften	—	—	—	—	4
513 01-0	811	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	—	—	19
514 01-7	811	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
515 01-3	811	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	9
515 02-1	811	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	55
517 01-6	811	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	515
517 19-9	811	Reinigungskosten	—	—	—	—	5
517 59-8	811	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	10
518 01-2	811	Mieten und Pachten	—	—	—	—	2
519 01-9	811	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen * Übertragbar. Einseitig deckungsfähig zugunsten 711 01.	—	248.100	248.100	—	88
525 01-9	811	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	1
526 01-5	811	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-1	811	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	28
537 01-7	811	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	—	—	—	—
546 01-6	511	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 12 Abs. 1 HG) ***Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“verbindlich.	—	751.100	751.100	—	—
546 59-8	811	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	1
681 01-0	811	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	2
682 01-7	811	Zuschuß an die Domäne Hollanderhof * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 356 01.	—	133.900	20.000	+113.900	70
682 02-5	811	Zuschuß an die Domäne Kloster Appingen * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 356 01.	—	89.000	—	+89.000	—
682 03-3	811	Zuschuß an die Domäne Derneburg	—	596.400	—	+596.400	—
682 04-1	811	Zuschuß an die Domäne St. Ludgeri	—	375.400	—	+375.400	—
711 01-7	811	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten * Einseitig deckungsfähig zu Lasten 519 01. ***Gemäß § 15 Abs. 1 Satz 3 LHO wird zugelassen, daß Brandentschädigungen von der Ausgabe abgesetzt werden.	—	2.800.000	2.800.000	—	1.596
812 01-8	811	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	—	—	—	—	—
981 09-0	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	32.816.200	—	+32.816.200	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 427 11

Die Bezahlung der nebenberuflich tätigen Aufseher pp. erfolgt nach dem Umfang der Tätigkeit unter Berücksichtigung der Größe des Aufsichtsbezirks und der zu leistenden besonderen Arbeiten (z. B. Schleusenbedienung usw.).

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für	
1 Landesbediensteten	2 800 DM
2. Umzugskostenvergütungen für	
2 Landesbedienstete	4 700 DM
Zusammen	7 500 DM

Zu 519 01

1. Landeseigene Gebäude	245 600 DM
2. Gemietete oder gepachtete Gebäude	2 500 DM
Zusammen	248 100 DM

Veranschlagt sind rd. 8% des Friedensneubauwertes von rd. 31 008 900 DM.

Zu 682 01

Verlust resultiert aus Umstellungsinvestitionen und der Einrichtung der Domäne als Beispielsbetrieb für den ökologischen Landbau.

Zu 682 02

Die selbst bewirtschaftete Domäne Kloster Appingen dient weiterhin als Forschungsbetrieb für die Universität Göttingen, die den forschungsbedingten Mehraufwand in größeren Teilbereichen erstattet.

Zu 711 01

Der Anteil der Pächter an den nachgewiesenen Baukosten wird bei 341 01 vereinnahmt.

Der Anteil der Domänenverwaltung wird durch Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds (vgl. 356 01) gedeckt.

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0930 Domänenverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Betriebsausgaben für selbstbewirtschaftete Streugrundstücke * Übertragbar.	(—)	(380.000)	(97.400)	(+282.600)	(51)
429 61-3	811	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
522 61-3	811	Verbrauchsmittel	—	5.700	5.700	—	0
538 61-7	811	Vergabe von Arbeiten für landeskulturelle Maßnahmen	—	16.500	16.500	—	12
547 61-6	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	75.200	75.200	—	39
671 61-9	811	Erstattung an öffentliche Unternehmen	—	282.600	—	+282.600	—
811 61-5	811	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	—	—	—	—	—
TGr. 62		Sicherungs- und Überwachungsarbeiten auf Anlandungsflächen * Übertragbar.	(—)	(1.134.300)	(157.600)	(+976.700)	(158)
429 62-1	811	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
522 62-1	811	Verbrauchsmittel	—	7.200	7.200	—	—
538 62-5	811	Dienstleistungen Außenstehender	—	48.700	48.700	—	66
547 62-4	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	101.700	101.700	—	91
671 62-7	811	Erstattung an öffentliche Unternehmen	—	976.700	—	+976.700	—
TGr. 63		Tiefbauten und landschaftspflegerische Maßnahmen sowie Ausbau und Unterhaltung von Wirtschaftswegen und Brücken * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 341 63.	(—)	(1.724.500)	(1.450.000)	(+274.500)	(1.318)
429 63-0	811	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
538 63-3	811	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	348
547 63-2	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	229
671 63-5	811	Erstattung an öffentliche Unternehmen	—	274.500	—	+274.500	—
761 63-4	811	Tiefbaumaßnahmen	—	1.450.000	1.450.000	—	741
TGr. 66		Steinhuder Meer * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 124 06.	(—) (500.000)	(1.041.200)	(1.041.200)	(—)	(224)
429 66-4	811	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
513 66-5	811	Sturmwarnanlage	—	33.800	33.800	—	6
517 66-0	811	Bewirtschaftungskosten	—	7.400	7.400	—	4
538 66-8	811	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
547 66-7	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
761 66-9	811	Tiefbaumaßnahmen	— 500.000	1.000.000	1.000.000	—	215
TGr. 67		Landschaftspflegerische Maßnahmen einschl. Öffentlichkeitsarbeit auf domänenfiskalischen Flächen * Übertragbar.	(—)	(100.000)	(150.000)	(–50.000)	(104)
538 67-6	811	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	11
761 67-7	811	Tiefbau- und Pflegemaßnahmen	—	100.000	150.000	–50.000	93

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 61

1. Unterhaltung von Weideeinrichtungen sowie für Wassergeld	78 800 DM
2. Verjüngung des Forstbestandes auf Norderney	17 000 DM
3. Löhne	268 200 DM
4. Ersatzbeschaffung	— DM
5. Erstattung von Verwaltungskosten	— DM
6. Wege- und Gewässerunterhaltung für die vom AfA Oldenburg übern. Flächen	16 000 DM
Zusammen	380 000 DM

Es werden im Jahresdurchschnitt 10 Arbeitskräfte für den Weidebetrieb für die Dauer von 6 Monaten beschäftigt. Umgerechnet auf 12 Monate ergeben sich 3,5 volle Arbeitskräfte. Die Entlohnung erfolgt nach dem MTL. Es handelt sich um Arbeitskräfte der Wasserwirtschaftsverwaltung (Epl. 15). Die Kosten werden anteilig aus der Titelgruppe 61 finanziert.

Zu Titelgruppe 62

Kosten für Sicherungs- und Überwachungsmaßnahmen auf den Anlandungsflächen an der ostfriesischen Küste (Bezirksregierung Weser-Ems) einschließlich Kostenerstattung an NLWK.

Die Aufwendungen werden durch Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds gedeckt (vgl. 356 01).

Es werden im Jahresdurchschnitt 23 Arbeitskräfte mit je 8 Monaten beschäftigt. Umgerechnet auf 12 Monate ergeben sich 15 volle Arbeitskräfte. Die Entlohnung erfolgt nach dem MTL. Es handelt sich um Arbeitskräfte der Wasserwirtschaftsverwaltung (Epl. 15). Die Kosten werden anteilig aus der Titelgruppe 62 finanziert.

Zu Titelgruppe 63

Kosten für die Unterhaltung und Neuanlage von Kanälen, Ufern und Deichen, für die Unterhaltung der Ent- und Bewässerungsanlagen sowie für landschaftspflegerische Maßnahmen auf

dom.-fisk. Grundbesitz und Baukosten für Wirtschaftswege und Brücken einschl. deren Unterhaltung.

Die Aufwendungen werden durch Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds gedeckt (vgl. 356 01), soweit sie nicht aus zweckgebundenen Einnahmen finanziert werden. Die Pächter verzinsen die nachgewiesenen Kosten für Dränagen, Wirtschaftswege oder Brücken bzw. beteiligen sich daran einmalig.

Es werden im Jahresdurchschnitt 11 Arbeitskräfte mit je 8 Monaten beschäftigt. Umgerechnet auf 12 Monate ergeben sich 7 volle Arbeitskräfte. Die Entlohnung erfolgt nach dem MTL. Es handelt sich um Arbeitskräfte der Wasserwirtschaftsverwaltung (Epl. 15). Die Kosten werden anteilig aus der Titelgruppe 63 finanziert.

Zu Titelgruppe 66

Aufwendungen für die Unterhaltung, ökologische Sicherung sowie Entschlammung des Steinhuder Meeres einschließlich Kostenerstattung an NLWK.

Die bei 124 06 aufkommenden Mehreinnahmen sollen nur für Maßnahmen der TGr. 66 Verwendung finden.

Die Aufwendungen werden durch Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds gedeckt (vgl. 356 01).

Zu 761 66**Belastung**

des Haus- halts- jahres	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	500 000	—	500 000
Summe	—	500 000	—	500 000

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0930 Domänenverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 68		Dümmer	(—)	(900.000)	(900.000)	(—)	(516)
429 68-0	811	Nicht aufteilbare Personalausgaben * <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	—
517 68-7	811	Bewirtschaftungskosten	—	—	—	—	—
538 68-4	811	Dienstleistungen Außenstehender * <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	—
547 68-3	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben * <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	—
761 68-5	811	Tiefbaumaßnahmen * <i>Übertragbar.</i>	—	900.000	900.000	—	516
TGr. 99		Elektronische Datenverarbeitung	(—)	(58.000)	(51.900)	(+6.100)	(13)
535 99-5	811	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte	—	10.200	10.200	—	—
547 99-3	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- aufgaben	—	47.800	41.700	+6.100	13
812 99-9	811	Erwerb von Geräten, Ausrüstungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		1.533.800	–1.533.800	
		Abschluss Kapitel 09 30					
		1 Eigene Einnahmen		10.845.000	10.300.000	+545.000	
		2 Übertragungseinnahmen		11.300	11.300	—	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		7.680.000	5.770.900	+1.909.100	
		Summe der Einnahmen		18.536.300	16.082.200	+2.454.100	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	2.399.100	2.385.800	+13.300	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.353.400	1.347.300	+6.100	
		6 Übertragungsausgaben	—	2.728.500	20.000	+2.708.500	
		7 Bauausgaben	—	6.250.000	6.300.000	–50.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	500.000	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	32.816.200	1.533.800	+31.282.400	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— 500.000	45.547.200	11.586.900	+33.960.300	
		Zuschuss		27.010.900		+31.506.200	
		Überschuss			4.495.300		
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		242.300	230.300		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		45.789.500	11.817.200		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		27.253.200			
		Überschuss einschl. Versorgungsanteil			4.265.000		

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 68

Aufwendungen für die Unterhaltung und Entschlammung des Dümmers einschließlich Kostenerstattung an NLWK.

Die Aufwendungen werden durch Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds gedeckt (vgl. 356 01).

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 11-0	811	Verwaltungsgebühren		6.000	6.000	—	—
113 01-6	811	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		—	—	—	2
119 41-3	811	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	—
119 51-0	811	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	—	—
124 01-8	811	Mieten und Pachten		5.000	5.000	—	5
124 02-6	811	Einkünfte aus verpachteten kultivierten Moorgrundstücken		620.000	565.000	+55.000	603
124 03-4	811	Einkünfte aus verpachteten unkultivierten Moorgrundstücken		1.850.000	2.300.000	-450.000	1.626
125 01-4	811	Sonstige Einkünfte aus in der Kultivierung befindlichen Moorgrundstücken		5.000	12.000	-7.000	17
125 02-2	811	Sonstige Einkünfte aus unkultivierten Moorgrundstücken		1.000	1.000	—	—
132 01-0	811	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		7.000	30.000	-23.000	—
256 01-1	811	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	—
281 01-6	811	Erstattung von Steuern und Abgaben aus veräußerten Siedlungsflächen		—	—	—	—
356 01-6	950	Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds		50.000	41.000	+9.000	2
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Gestaltungs- und Regenerationsarbeiten in landeseigenen Mooren		(—)	(—)	(—)	(50)
241 61-8	811	Erstattungen des Bundes für den Zivilen Ersatzdienst * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		—	—	—	—
281 61-0	811	Erstattungen Dritter für Regenerationsmaßnahmen in landeseigenen Mooren * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		—	—	—	50
282 61-6	811	Zuschüsse Dritter zur Unterhaltung von wasserwirtschaftlichen Anlagen und Wegen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		—	—	—	—
A U S G A B E N							
422 01-9	811	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	968.400	78.500	+889.900	80
422 19-1	811	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-0	811	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-8	811	Vergütungen der Angestellten	—	—	838.000	-838.000	806
426 03-0	811	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	17.700	-17.700	18
426 41-3	811	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
427 01-0	811	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	2.400	2.400	—	1
427 39-8	811	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-1	811	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	1.000	1.000	—	—
511 01-1	811	Geschäftsbedarf	—	—	—	—	8
512 01-8	811	Bücher und Zeitschriften	—	—	—	—	5

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 31

Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 des Deckungskreises gem. § 12 Abs. 1 Satz 1 des Haushaltsgesetzes sind im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 09“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 546 01 zusammengefasst ausgebracht. Sie sind übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Im Rahmen dieses Modellversuchs gilt im Einzelplan 09 die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.

Zu Kapitel 09 31

Die Staatliche Moorverwaltung ist in der Staatl. Moorverwaltung Weser-Ems in Meppen zentralisiert.

Die moorfiskalische Gesamtfläche beläuft sich auf 13 078 ha, daneben werden 3 190 ha Flächen der Naturschutzverwaltung betreut.

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	— DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	5 000 DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	— DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	— DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	— DM
Zusammen	5 000 DM

Zu 124 02

Die verpachteten moorfiskalischen Flächen betragen 2 218 ha, dabei sind im Ansatz des Titels Pachtpreisreduzierungen zur Stärkung des Naturhaushalts in Höhe von rd. 151 000 DM berücksichtigt

Zu 124 03

1. Torfheuer	1 640 000 DM
2. Einnahmen aus der Verpachtung unkultivierter Flächen (einschl. Jagd- und Fischereipacht)	185 000 DM
3. Sonstige Betriebseinnahmen	25 000 DM
Zusammen	1 850 000 DM

Fläche des Vorjahres: rd. 4 460 ha (Vorjahr: 5 700 ha).

Zu 125 02

1. Erlöse aus dem Verkauf von Torf an Angehörige der Verwaltung	— DM
2. Verkauf von Sand und Kies	— DM
3. Sonstiges	1 000 DM
Zusammen	1 000 DM

Zu 356 01

Die Aufwendungen bei 711 01 werden durch Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds gedeckt.

Zu 282 61

Leertitel, da sich nicht übersehen läßt, in welcher Höhe Beiträge für die Unterhaltung wasserwirtschaftlicher Anlagen und Wege auf veräußerten Siedlungsflächen bzw. Beiträge zu den Kosten der Entwässerung und Erschließung der Handtorfstichflächen in den ostfriesischen Mooren (sog. Schlötgelder) aufkommen.

Die Käufer von Siedlungsflächen haben aufgrund der Kaufverträge so lange Beiträge zu entrichten, bis die Unterhaltungskosten von Wasser- und Bodenverbänden übernommen werden.

Zu 422 01, 425 01 und 426 03

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 10,81 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	1,00	1,00	—	1
Angestellte	9,50	9,50	—	10
Lohnempfänger/-innen	0,31	—	0,31	—
Insgesamt	10,81	10,50	0,31	11

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 968 400 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	968 400
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	1 967 100
43	Versorgungsbezüge	27 700
44	Beihilfen, Unterstützungen	56 800
45	Personalbezogene Sachausgaben	3 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	77 600
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0
Summe der Personalausgaben im Kapitel 09 31		3 100 600

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für	
1 Landesbediensteten	500 DM
2. Umzugskostenvergütungen für	
1 Landesbediensteten	500 DM
Zusammen	1 000 DM

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0931 Moorverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
513 01-4	811	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	—	—	16
515 01-7	811	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	0
515 02-5	811	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	46
516 01-3	811	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	—
517 01-0	811	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	321
517 19-2	811	Reinigungskosten	—	—	—	—	3
517 59-1	811	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	6
519 01-2	811	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen * Übertragbar. Einseitig deckungsfähig zugunsten 711 01.	—	10.000	32.500	-22.500	9
525 01-2	811	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	0
527 01-5	811	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	30
527 03-1	811	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	—	—	—	0
544 01-7	811	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluß des Haushaltsjahres	—	—	—	—	—
546 01-0	811	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 12 Abs. 1 HG) ***Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“verbindlich.	—	451.000	451.000	—	—
546 59-1	811	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
681 01-4	811	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	0
711 01-0	811	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten * Einseitig deckungsfähig zu Lasten 519 01.	—	50.000	41.000	+9.000	61
811 01-5	811	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 01-1	811	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	—	—	—	—	—
981 09-3	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	4.844.200	—	+4.844.200	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Gestaltungs- und Regenerationsarbeiten in den landeseigenen Mooren * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 241 61, 281 61 und 282 61.	(—)	(3.326.400)	(3.172.300)	(+154.100)	(3.164)
426 61-8	811	Löhne der Arbeiter * Übertragbar.	—	1.964.200	1.905.600	+58.600	1.814
427 61-4	811	Vergütungen für Personen, die Zivilen Ersatzdienst leisten * Übertragbar.	—	—	—	—	—
459 61-3	811	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben * Übertragbar.	—	2.000	2.000	—	0
522 61-7	811	Verbrauchsmittel * Übertragbar.	—	170.000	170.000	—	60
527 61-9	811	Reisekosten für Moorarbeiter gem.Nr.5 der SR 2i MTL II	—	17.700	19.200	-1.500	15
535 61-1	811	Geräte für Fachaufgaben * Übertragbar.	—	34.800	34.800	—	67

ERLÄUTERUNGEN

Zu 519 01

1. Landeseigene Gebäude	10 000 DM
2. Gemietete oder gepachtete Gebäude	— DM
Zusammen	10 000 DM

Zu 711 01

Die Ausgaben werden durch Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds gedeckt (vgl. 356 01).

Zu Titelgruppe 61

Übersicht über die durchschnittlich beschäftigten Arbeiter für die Verwirklichung des Moorschutzprogramms in den landeseigenen Mooren einschl. angrenzender Feuchtgrünlandflächen (Renaturierungs- und Pflegearbeiten), Aufforstungsmaßnahmen und die Herichtung von Flächen als Ersatzland für flächenbeanspruchende öffentliche Planungsvorhaben:

Lohn-Gruppe:	2001
3/3 a	7
4/4 a	4
5/5 a	13
6/6 a	1
7/7 a	1
8/8 a	1
Zusammen	27

Es befinden sich 6 400 ha moorfiskalischer Flächen und rd. 1 180 ha Flächen der Naturschutzverwaltung in der Regeneration.

Hier sind auch Unterhaltung und Ersatzbeschaffung der für die Gestaltungs- und Regenerationsarbeiten in den landeseigenen Mooren benötigten landeseigenen Maschinen und Geräte sowie Nutzfahrzeuge veranschlagt.

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0931 Moorverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
538 61-0	811	Dienstleistungen Außenstehender * Übertragbar.	—	40.000	40.000	—	73
547 61-0	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben * Übertragbar.	—	400.000	450.000	-50.000	560
761 61-1	811	Landbautechnische Arbeiten und Tiefbau- maßnahmen * Übertragbar.	—	160.700	177.700	-17.000	251
811 61-9	811	Erwerb von Nutzfahrzeugen * Übertragbar.	—	325.000	300.000	+25.000	276
812 61-5	811	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen * Übertragbar.	—	212.000	73.000	+139.000	47
TGr. 99		Elektronische Datenverarbeitung	(—)	(32.000)	(29.000)	(+3.000)	(24)
535 99-9	811	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte	—	6.000	6.000	—	22
547 99-7	811	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	26.000	23.000	+3.000	2
812 99-2	811	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 09 31					
		1 Eigene Einnahmen		2.495.000	2.920.000	-425.000	
		2 Übertragungseinnahmen		—	—	—	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		50.000	41.000	+9.000	
		Summe der Einnahmen		2.545.000	2.961.000	-416.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	2.938.000	2.845.200	+92.800	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.155.500	1.226.500	-71.000	
		6 Übertragungsausgaben	—	—	—	—	
		7 Bauausgaben	—	210.700	218.700	-8.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	537.000	373.000	+164.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	4.844.200	—	+4.844.200	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	9.685.400	4.663.400	+5.022.000	
		Zuschuss		7.140.400	1.702.400	+5.438.000	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		27.700	28.200		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		9.713.100	4.691.600		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		7.168.100	1.730.600		

ERLÄUTERUNGEN

Zu 811 61**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen und Nutzfahrzeugen**

	Ist 1.1.1999	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Kombi	4	4	4
Unimog	2	2	2
Radschlepper	6	6	6
Einachsmäher	1	1	1
Planierraupen	3	3	3
Moorpflüge	5	5	5
Großflächenstreuer	2	1	1
Anhänger	7	7	7
Raupenbagger	1	1	1
Bauwagen	8	7	7
Grundwasser- senkungspumpe	—	1	1
Rundballenpresse	—	1	1
Zusammen	39	39	39

Ersatzbeschaffung:

1 Planierraupe	325 000 DM
Zusammen	325 000 DM

Zu 812 61

Ersatzbeschaffung:

1 Ackerfräse	25 000 DM
1 Büro- und Aufenthaltscontainer (Außenstelle Vechta)	125 000 DM

Neubeschaffungen:

1 Tandemtiefloader	32 000 DM
1 GPS-System	30 000 DM
Zusammen	212 000 DM

Verwaltung des Veterinärwesens und der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung

Vorbemerkungen:

Es sind vorhanden:

in der Mittelinstanz

4 Dezernate Veterinärangelegenheiten, Verbraucherschutz (509) bei den Bezirksregierungen,
der Staatliche Tierseuchenbekämpfungsdienst bei der Bezirksregierung in Hannover,
der Staatliche Fischseuchenbekämpfungsdienst bei der Bezirksregierung in Hannover,
die Staatliche Akkreditierungsstelle Hannover bei der Bezirksregierung Hannover,
der Staatliche Tierschutzdienst bei der Bezirksregierung Weser-Ems,
der Nieders. Rückstandskontrolldienst bei der Bezirksregierung Weser-Ems.

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0940 Verwaltung des Veterinärwesens und der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 12-8	549	Gebühren für amtstierärztliche Dienstgeschäfte * Vgl. K-Vermerk zu 459 08.		180.000	150.000	+30.000	197
111 45-4	511	Prüfungsgebühren		5.000	5.000	—	1
111 66-7	549	Verwaltungsgebühren der Akkreditierungsstelle * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 66.		200.000	180.000	+20.000	201
119 12-9	511	Erstattung von Reisekosten * Vgl. K-Vermerk zu 527 02.		15.000	15.000	—	20
119 51-0	511	Vermischte Einnahmen		10.000	10.000	—	9
119 64-1	511	Einnahmen aus Veröffentlichungen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 64.		4.000	4.000	—	5
271 64-8	511	Erstattungen von Verwaltungsausgaben * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 64.		6.500	6.500	—	2
281 01-5	549	Erstattungen für die zentrale Datenbank des Herkunfts- und Informationssystems für Tiere * Vgl. K-Vermerk zu 672 01.		—	—	—	—
286 01-7	549	Erstattungen des Bundes aus EU-Mitteln		—	—	—	133
382 01-6	990	Durchlaufende Gelder für Tollwutimpfungen von Füchsen * Vgl. K-Vermerk zu 982 01.		—	—	—	35
Titelgruppe(n)							
TGr. 69		Außergewöhnliche Stützungsmaßnahmen		(—)	(—)	(—)	(12)
281 69-4	549	Erstattungen für Beihilfemaßnahmen aufgrund außergewöhnlicher Stützungsmaßnahmen * Vgl. K-Vermerk zu 683 69.		—	—	—	10
286 69-6	549	Erstattungen des Bundes für Beihilfemaßnahmen aufgrund außergewöhnlicher Stützungsmaßnahmen * Vgl. K-Vermerk zu 683 69.		—	—	—	2
A U S G A B E N							
422 01-8	511	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	3.266.400	2.389.100	+877.300	1.924
422 19-0	511	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-0	511	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
422 41-7	511	Anwärterbezüge	—	595.700	466.900	+128.800	281
425 01-7	511	Vergütungen der Angestellten	—	—	1.032.500	–1.032.500	1.123
425 51-3	511	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	1.000	—	—
427 31-1	511	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	100.000	119.700	–19.700	93
427 39-7	511	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	55.100	11.800	+43.300	55
459 07-8	511	Pauschalentschädigungen für Aufwendungen im Dienst	—	2.400	2.400	—	2
459 08-6	549	Gebührenanteile der beamteten Tierärzte * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 25,0 v.H. der Einnahmen bei 111 12.	—	37.500	37.500	—	6
525 01-1	511	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	—
527 02-2	511	Reisekosten aus gebührenpflichtigen Dienstgeschäften * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Einnahmen bei 119 12.	—	15.000	15.000	—	8

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 40

Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 des Deckungskreises gem. § 12 Abs. 1 Satz 1 des Haushaltsgesetzes sind im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 09“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 546 01 zusammengefaßt ausgebracht. Sie sind übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Im Rahmen dieses Modellversuchs gilt im Einzelplan 09 die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.

Zu Kapitel 09 40

Für das bei den Bezirksregierungen tätige Fachpersonal sind hier nur die

- a) Ausgaben der Obergruppe 42 (Dienstbezüge und dergl.)
- b) Ausgaben für die eigentlichen Fachaufgaben (insbesondere Ausgaben der Gruppe 535, des Titels 812 35 und der Titelgruppen) sowie die
- c) Einnahmen, die mit den Ausgaben zu a) und b) im ursächlichen Zusammenhang stehen,

veranschlagt.

Zu c) gehören nicht die Einnahmen aus „Verwaltungsgebühren“ (Titel 111 11) und „Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten“ (Titel 112 01).

Alle übrigen Haushaltseinnahmen und -ausgaben sind bei Kap. 03 05 ausgebracht (vgl. allgemeine Erläuterung zu Kap. 03 05).

Zu 111 12

Für amtierärztliche Dienstgeschäfte gemäß Verordnung über die Erhebung von Gebühren auf dem Gebiete der Veterinärverwaltung in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 111 66

Einnahmen der Akkreditierungsstelle für Lebensmittel untersuchende Laboratorien bei der Bezirksregierung Hannover. Sofern die Staatl. Lebensmittel- bzw. Veterinäruntersuchungsämter beteiligt werden, sind die entsprechenden Einnahmen im Kapitel 09 41 zu verbuchen.

Zu 119 12

Die bei gebührenpflichtigen Dienstgeschäften dem Land entstehenden Reisekosten werden Gebührenpflichtigen in Rechnung gestellt und hier vereinnahmt.

Zu 286 01

Erstattungen für das System zur Kennzeichnung und Identifizierung von Rindern einschl. Datenbank.

Zu 422 01 und 425 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 30,00 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	20,50	20,50	—	23
Angestellte	9,50	9,50	—	7
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	30,00	30,00	—	30

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 3 266 400 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	3 266 400
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	772 400
43	Versorgungsbezüge	846 600
44	Beihilfen, Unterstützungen	78 000
45	Personalbezogene Sachausgaben	39 900
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	106 500
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0

Summe der Personalausgaben im Kapitel 09 40 5 109 800

In dem Personalkostenbudget sind enthalten:

1 Beamter des höheren Dienstes erhält als Ausbildungsleiter für Referendare eine Lehrzulage nach dem RdErl. des MF vom 25.03.1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils gültigen Fassung. Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von mtl. 75 DM, höchstens jedoch bis zu 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Es sind veranschlagt:

1 Beamter mtl. 125 DM = 1 500 DM

Zu 422 41

- 1. Anwärterbezüge, Sonderzuwendungen 595 700 DM
- 2. Aufwandsentschädigungen — DM
- 3. Besondere Zulagen — DM
- 4. Unterhaltsbeihilfen für Verwaltungs- (Forst-)praktikanten gemäß § 25 Abs. 2 NBG — DM

Zusammen 595 700 DM

Nach der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des höheren Veterinärdienstes des Landes Niedersachsen vom 13. 5. 1976 (Nds. GVBl. S. 91) in der jeweils geltenden Fassung ist für die Einstellung als Veterinärassessor die Ableistung eines Vorbereitungsdienstes erforderlich.

Zu 427 31

Prüfungsvergütungen an die Mitglieder der Prüfungsausschüsse.

25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 459 07

Die Leiter des Tierseuchenbekämpfungsdienstes und des Fischseuchenbekämpfungsdienstes erhalten eine Amtskostenentschädigung (Aufwandsentschädigung) gem. Verordnung über die Entschädigung von besonderem Aufwand der beamteten Tierärzte und Assistenztierärzte bei den Landkreisen und kreisfreien Städten vom 4. 1. 1978 (Nds. GVBl. S. 11) in der jeweils geltenden Fassung.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 459 08

Die beamteten Tierärzte bei den Bezirksregierungen erhalten, soweit sie ausnahmsweise gebührenpflichtige amtstierärztliche Dienstgeschäfte wahrnehmen, für den ihnen im Rahmen dieser Tätigkeit entstehenden besonderen Aufwand von einem Gebührenaufkommen bis zu 1 000 DM monatlich 25 v. H., von dem darüber hinausgehenden Gebührenaufkommen bis zu insges. 2 000 DM monatlich 10 v. H. Für ein 2 000 DM monatlich übersteigendes Gebührenaufkommen werden Gebührenanteile nicht gewährt (Verordnung über die Entschädigung von besonderem Aufwand der beamteten Tierärzte und Assistenztierärzte bei den Landkreisen und kreisfreien Städten vom 4. 1. 1978 [Nds. GVBl. S. 11] in der jeweils geltenden Fassung).

Davon sind $33\frac{1}{3}$ v. H., höchstens jedoch 1 200 DM im Kalenderjahr, Aufwandsentschädigungen.

Zu 527 02

Vgl. Erläuterung zu 119 12.

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0940 Verwaltung des Veterinärwesens und der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
546 01-9	511	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 12 Abs. 1 HG) ***Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“ verbindlich.	—	—	—	—	—
546 59-0	511	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
671 01-8	910	Erstattung an öffentliche Unternehmen	—	36.000	—	+36.000	—
672 01-4	549	Erstattungen i. R. d. Durchführung der VO (EG) 820/97 und andere * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 281 01.	—	212.200	212.200	—	2.849
681 01-3	511	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
981 09-2	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	—	—	—	—
982 01-3	990	Durchlaufende Gelder für Tollwutimpfungen von Füchsen * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 01.	—	—	—	—	35
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Tierseuchenbekämpfung aus Landesmitteln	(—)	(25.067.900)	(28.882.900)	(–3.815.000)	(22.059)
459 61-2	549	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
511 61-4	549	Geschäftsbedarf	—	5.200	5.200	—	25
513 61-7	549	Post- und Fernmeldegebühren	—	1.100	1.100	—	1
515 61-0	549	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattung- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	15.200	35.200	–20.000	25
525 61-5	549	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	1.900	1.900	—	—
527 61-8	549	Reisekostenvergütungen	—	14.500	14.500	—	9
547 61-9	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	10.000	10.000	—	0
672 61-8	549	Erstattungen an die Tierseuchenkasse * Übertragbar.	—	25.000.000	28.815.000	–3.815.000	21.999
812 61-4	549	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	20.000	—	+20.000	—
TGr. 63		Forschung und Förderung * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(—)	(87.000)	(87.000)	(—)	(87)
538 63-6	131	Dienstleistungen Außenstehender	—	50.000	50.000	—	87
685 63-9	174	Sonstige Zuschüsse	—	37.000	37.000	—	—
981 63-7	990	Abführung an 06 21-381 63	—	—	—	—	—
TGr. 64		Förderung des Tierschutzes aus Landesmitteln * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 64 und 271 64. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(—)	(74.000)	(100.000)	(–26.000)	(76)
525 64-0	549	Fachtagungen	—	30.000	50.000	–20.000	9

ERLÄUTERUNGEN

Zu 671 01

Kosten der im Rahmen der Veterinärreferendarausbildung durchgeführten Fachseminare an der Tierärztlichen Hochschule Hannover. – Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des höheren Veterinärdienstes des Landes Niedersachsen vom 13. 5. 1976 (Nds. GVBl. S. 91) in der jeweils geltenden Fassung.

Zu 982 01

Die EU beteiligt sich zu 50 v. H. an den Impfstoff- und Auslegekosten der Landkreise und kreisfreien Städte für Tollwutimpfungen von Füchsen.

Zu Titelgruppe 61/62

Aufwendungen im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung.

511 61

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	2 300 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	2 900 DM
3. Bekanntmachungen	— DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	— DM
Zusammen	5 200 DM

513 61

Kosten für Telefongespräche des Fischseuchenbekämpfungsdienstes und des Fischgesundheitsdienstes.

525 61

1. Ausbildungslehrgänge	— DM
2. Fortbildungsveranstaltungen	1 200 DM
3. Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	700 DM
4. Aus- und Fortbildung ehrenamtl. Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	— DM
5. Erstattung von Prüfungsgebühren	— DM
6. Sonstiger Aufwand	— DM
Zusammen	1 900 DM

672 61

Erstattungen an die seit dem 1. 1. 1966 bestehende Tierseuchenkasse auf Grund des § 15 Abs. 1–3 des Ausführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz – AGTierSG – i. d. F. vom 1. 8. 1994 (Nds. GVBl. S. 411), für Entschädigungen für Tierverluste (Schweinepest, Leukose der Rinder, Tuberkulose der Rinder, Brucellose, Salmonellose der Rinder, Tollwut, Maul- und Klauenseuche u. a.) und für Kosten vorbeugender Seuchenbekämpfungsmaßnahmen (Leukose- und Brucellose-Untersuchungen der Rinder, Aujeszkyszutimpfungen und -untersuchungen der Schweine u. a.).

A) Vorbeugende Maßnahmen

Leukose-Blut-/	
Milch-Untersuchungen – Labor –	560 000 DM
Brucellose-Blut-/	
Milch-Untersuchungen – Labor –	300 000 DM
Leukose- und Brucellose-	
Blut-/Milch-Probenentnahmen	250 000 DM
Schweinepestschutzimpfungen	— DM
Blutuntersuchungen auf Schweinepest	3 500 000 DM
Aujeszkyszutimpfungen u. -untersuchungen	9 000 000 DM
BHV1-Bekämpfung	5 435 000 DM
Sonstige Untersuchungen	1 100 000 DM
	20 145 000 DM

B) Entschädigungen

Schweinepest	1 000 000 DM
Rinderleukose	100 000 DM
Rindertuberkulose	300 000 DM
Brucellose (Rinder und Schweine)	50 000 DM
Salmonellose (Rinder u. Schweine)	100 000 DM
Tollwut	25 000 DM
Maul- und Klauenseuche	— DM
Aujeszkysche Krankheit	
(Rinder u. Schweine)	1 275 000 DM
Bienenseuchen	50 000 DM
sonstige Tierseuchen	110 000 DM
	3 010 000 DM

C) MKS-Vakzinebank

MKS-Vakzinebank	1 845 000 DM
A)+B+C) insgesamt	25 000 000 DM

Auf EU-Ebene wurde beschlossen, die MKS-Schutzimpfungen einzustellen. Dafür wurde 1992 eine MKS-Vakzinebank eingerichtet.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 2000 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	1 845 000	—	1 845 000
2002	2 210 000	—	2 210 000
Summe	4 055 000	—	4 055 000

Zu Titelgruppe 63**538 63**

Auftragsforschung, z. B. durch die Tierärztliche Hochschule Hannover.

685 63

Förderung von Forschungsvorhaben im Rahmen der Tier- und Fischseuchenbekämpfung, der Lebensmittelüberwachung und des Tierschutzes.

Zu Titelgruppe 64

Kosten des Tierschutzbeirats sowie besonderer Vorhaben auf dem Gebiet des Tierschutzes.

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0940 Verwaltung des Veterinärwesens und der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
526 64-6	549	Aufwandsentschädigung für den Vorsitzenden des Tierschutzbeirats	—	4.200	4.200	—	4
541 64-5	549	Tierschutzpreis	—	—	—	—	2
547 64-3	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	15.800	15.800	—	20
683 64-4	549	Zuschüsse an Tierschutzvereine	—	24.000	30.000	-6.000	30
685 64-7	549	Zuschüsse für Untersuchungen und sonstige Vorhaben auf dem Gebiet des Tierschutzes	—	—	—	—	11
TGr. 65		Lebensmittelrechtliche Prüfungen	(—)	(12.000)	(12.000)	(—)	(8)
427 65-6	549	Prüfungsvergütungen	—	10.000	10.000	—	8
547 65-1	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	2.000	2.000	—	0
TGr. 66		Akkreditierungsstelle für lebensmitteluntersuchende Laboratorien * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 90,0 v.H. der Mehreinnahmen bei 111 66.	(—)	(126.100)	(108.100)	(+18.000)	(73)
511 66-5	549	Geschäftsbedarf	—	20.000	20.000	—	4
515 66-0	549	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausrüstungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	56.100	38.100	+18.000	11
526 66-2	549	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 66-9	549	Reisekostenvergütung	—	50.000	50.000	—	58
547 66-0	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 66-5	549	Erwerb von Geräten, Ausrüstungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 69		Außergewöhnliche Stützungsmaßnahmen	(—)	(—)	(—)	(—)	(3)
683 69-5	549	Beihilfemaßnahmen an landwirtschaftliche Betriebe aufgrund von außergewöhnlichen Stützungsmaßnahmen * Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 69 und 286 69.	—	—	—	—	3
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		36.000	-36.000	

 ERLÄUTERUNGEN

541 64

Leertitel.

Es soll alle 2 Jahre ein Preis innerhalb eines Landeswettbewerbs zur Förderung tiergerechter Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere und tierschonender Behandlung beim Transport und bei der Schlachtung von Tieren verliehen werden bis zu insgesamt max. 15 000 DM.

Zu Titelgruppe 65

Prüfungsvergütungen einschl. Reisekosten und Sachkosten aus Anlaß der Prüfungen von Lebensmittelchemikern und Lebensmittelkontrolleuren.

Zu Titelgruppe 66

Vgl. Erläuterungen zu 111 66.

511 66

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	10 000 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	5 000 DM
3. Bekanntmachungen	— DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	5 000 DM
Zusammen	20 000 DM

515 66

1. Dienstzimmerausstattungen	— DM
2. Büromaschinen	56 100 DM
3. Wirtschaftsgeräte	— DM
Zusammen	56 100 DM

527 66

1. Reisekosten allgemein	40 000 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für private Kraftfahrzeuge	10 000 DM
Zusammen	50 000 DM

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0940 Verwaltung des Veterinärwesens und der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 09 40					
		1 Eigene Einnahmen		414.000	364.000	+50.000	
		2 Übertragungseinnahmen		6.500	6.500	—	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		420.500	370.500	+50.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	4.068.100	4.070.900	–2.800	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	291.000	313.000	–22.000	
		6 Übertragungsausgaben	—	25.309.200	29.094.200	–3.785.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	20.000	—	+20.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	36.000	–36.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	29.688.300	33.514.100	–3.825.800	
		Zuschuss		29.267.800	33.143.600	–3.875.800	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		846.600	1.025.600		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		30.534.900	34.539.700		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		30.114.400	34.169.200		

ERLÄUTERUNGEN

Untersuchungsämter

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0941 Untersuchungsämter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 11-3	511	Verwaltungsgebühren * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61. *** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61/ 62. Gemäß § 17 Abs. 1 S.2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.		3.500.000	3.500.000	—	2.691
111 63-6	511	Gebühren für Untersuchungen im Auftrage Dritter * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.		6.000.000	5.000.000	+1.000.000	6.389
111 65-2	511	Gebühren der Grenzkontrollstelle * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.		108.000	108.000	—	23
112 01-2	511	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		—	—	—	0
113 01-9	511	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		1.000	1.000	—	1
119 06-8	511	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		1.000	1.000	—	1
119 41-6	511	Rückzahlung von Überzahlungen		4.000	4.000	—	0
119 46-7	511	Ersatzleistungen		1.000	1.000	—	4
119 51-3	511	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	—	12
124 01-0	511	Mieten und Pachten		30.000	6.000	+24.000	31
132 01-3	511	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		—	1.000	–1.000	—
231 01-1	511	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund * Vgl. K-Vermerk zu 672 01.		320.000	320.000	—	341
251 64-0	511	Zuweisungen Dritter für Forschungsvorhaben * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.		—	—	—	32
256 01-4	511	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	32
271 01-3	511	Erstattung von Verwaltungsausgaben * Vgl. K-Vermerk zu 533 01.		5.000	5.000	—	—
A U S G A B E N							
422 01-1	511	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	37.237.700	7.444.100	+29.793.600	7.289
422 19-4	511	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-3	511	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-0	511	Vergütungen der Angestellten	—	—	25.188.500	–25.188.500	24.246
425 41-0	511	Vergütungen der auszubildenden Kräfte	—	788.800	760.600	+28.200	522
425 51-7	511	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	3.300	–2.300	0
426 01-7	511	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	4.231.400	–4.231.400	4.370
426 03-3	511	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	78.900	–78.900	62
426 51-3	511	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.000	5.200	–4.200	—
427 01-3	511	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	81.000	190.700	–109.700	81
427 02-1	511	Beschäftigungsentgelte für Praktikanten	—	250.000	350.000	–100.000	281
427 39-0	511	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	58.800	76.100	–17.300	59
453 01-4	511	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	30.000	45.000	–15.000	23

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 41

Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 des Deckungskreises gem. § 12 Abs. 1 Satz 1 des Haushaltsgesetzes sind im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 09“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 546 01 zusammengefasst ausgebracht. Sie sind übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Im Rahmen dieses Modellversuchs gilt im Einzelplan 09 die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.

Zu Kapitel 09 41

Es sind vorhanden:

2 Staatl. Veterinäruntersuchungsämter in Hannover und Oldenburg mit Außenstelle in Stade sowie das Staatl. Veterinäruntersuchungsamt für Fische und Fischwaren in Cuxhaven sowie 2 Lebensmitteluntersuchungsämter in Oldenburg und in Braunschweig sowie das Bedarfsgegenständeuntersuchungsamt in Lüneburg.

Zu 111 11

Gemäß Verordnung über die Erhebung von Gebühren auf dem Gebiete der Veterinärverwaltung in der jeweils geltenden Fassung für Amtshandlungen und Dienstleistungen der Staatl. Veterinäruntersuchungsämter bzw. Gebühren sowie Auslagenerstattungen in Be-
anstandungsfällen nach rechtskräftiger Verurteilung nach der Gebührenordnung für die amtliche Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeuntersuchung vom 18. 8. 1993 (Nieders. GVBl. S. 302) – in der jeweils gültigen Fassung.

An Einnahmen sind vorgesehen:

Amt	
BUA Lüneburg	12 000 DM
LUA Braunschweig	210 000 DM
LUA Oldenburg	280 000 DM
VUA Cuxhaven	28 000 DM
VUA Hannover	620 000 DM
VUA Oldenburg	2 350 000 DM
Zusammen	3 500 000 DM

Zu 111 63

Untersuchungen im Auftrage Dritter, insbesondere Flächenuntersuchungen auf Rinderleukose auf Rechnung der Nieders. Tierseuchenkasse und Untersuchungen im Auftrage privater Dritter bei Tieren und Waren, die für den Export vorgesehen sind sowie fachliche Stellungnahmen.

Zu 111 65

Das Staatliche Untersuchungsamt für Fische und Fischwaren in Cuxhaven mußte aufgrund entsprechender EU-Richtlinien als Grenzkontrollstelle erklärt werden.

Entsprechend der Richtlinie 91/493 (EWG) sind die personellen sowie sächlichen Kosten durch Gebühreneinnahmen auszugleichen.

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	30 000 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	— DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	— DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	— DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	— DM
Zusammen	30 000 DM

Zu 231 01

Für Untersuchungen von Lebensmitteln auf Radioaktivität.

Zu 251 64

Leertitel, weil die Höhe der Zuweisungen sehr stark schwankt.

Zu 271 01

Erstattung von Sachaufwand für die Aus- und Fortbildung Außenstehender (Fisch-Seminare).

Zu 422 01, 425 01, 426 01 und 426 03

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 454,65 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	77,67	77,67	—	101
Angestellte	304,41	304,41	—	301
Lohnempfänger/-innen	72,57	67,06	5,51	72
Insgesamt	454,65	449,14	5,51	474

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 37 237 700 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	37 237 700
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	2 520 500
43	Versorgungsbezüge	2 454 700
44	Beihilfen, Unterstützungen	768 600
45	Personalbezogene Sachausgaben	80 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	1 049 200
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0
Summe der Personalausgaben im Kapitel		44 110 700

Zu 425 41

	2001	2000
Auszubildende (Labordienst)	38	38

Zu 427 02

Vergütung für 23 Berufspraktikanten der Pharmazie und Lebensmittelchemie des Lebensmitteluntersuchungsamtes Braunschweig. Für andere Praktikanten sind die Mindestbeiträge der Sozialversicherung zu entrichten.

Zu 453 01

1. Trennungsgeld	27 000 DM
2. Umzugskostenvergütungen	3 000 DM
Zusammen	30 000 DM

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0941 Untersuchungsämter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
453 11-1	511	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	50.000	50.000	—	9
511 01-4	511	Geschäftsbedarf	—	—	—	—	162
512 01-0	511	Bücher und Zeitschriften	—	—	—	—	131
513 01-7	511	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	—	—	372
514 01-3	511	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	37
515 01-0	511	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	51
515 02-8	511	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	243
515 03-6	045	Ausrüstungsgegenstände für den Behördenselbstschutz	—	—	—	—	6
516 01-6	511	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	3
517 01-2	511	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	262
517 19-5	511	Reinigungskosten	—	—	—	—	344
517 59-4	511	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	877
518 01-9	511	Mieten und Pachten	—	—	—	—	496
519 02-3	511	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	—	—	—	198
519 03-1	511	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	—	8
525 01-5	511	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	102
526 01-1	511	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	1
527 01-8	511	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	73
527 03-4	511	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	—	—	—	2
533 01-8	511	Sachaufwand der Aus- und Fortbildung Außenstehender * Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 271 01.	—	5.000	5.000	—	—
537 01-3	511	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	—	—	—	—
546 01-2	511	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 12 Abs. 1 HG) ***Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“verbindlich.	—	3.358.000	3.658.000	-300.000	—
546 59-4	511	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	54
672 01-8	529	Erstattungen an die Landwirtschaftskammern für Untersuchungen nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 231 01.	—	—	—	—	—
681 01-7	511	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	11
811 01-8	511	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	42.800	-42.800	22
812 13-8	511	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	80.000	—	+80.000	81
812 15-4	511	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	15.000	20.000	-5.000	34
981 09-6	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	3.340.300	—	+3.340.300	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 453 11

Fahrtkosten der Auszubildenden zum Besuch einer auswärtigen Berufsschule.

Zu 533 01

Vgl. K-Vermerk zu 271 01.

Zu 812 13

Erwerb von ISDN-Fernmeldeanlagen für das VUA Cuxhaven und das VUA Hannover.

Zu 812 15

1 Bibliothekseinrichtung	15 000 DM

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0941 Untersuchungsämter**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
Titelgruppe(n)							
TGr. 61/62		Untersuchungsbetrieb * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 70,0 v.H. der Mehreinnahmen bei 111 11. ***Mehreinnahmen, die über das in den Erläuterungen zu Titel 111 11 je Amt festgesetzte Soll hinausgehen, dürfen jeweils zu 70 v.H. verausgabt werden. Nicht verausgabte Mehreinnahmen sind zu diesem Prozentsatz gem. § 45 LHO übertragen.	(—)	(8.964.100)	(9.044.100)	(–80.000)	(8.734)
429 61-0	511	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	8
516 61-0	511	Dienst- und Schutzkleidung	—	91.700	91.700	—	63
522 61-0	511	Laborbedarf, Röntgenbedarf, Fotobedarf und Versuchstierhaltung	—	2.977.800	2.977.800	—	2.938
535 61-4	511	Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben mit den dazu erforderlichen Einrichtungen	—	857.000	857.000	—	601
535 62-2	511	Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben mit den dazu erforderlichen Einrichtungen	—	648.600	648.600	—	620
538 61-3	511	Dienstleistungen Außenstehender	—	390.000	390.000	—	341
547 61-2	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	99.000	99.000	—	24
812 61-8	511	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	3.900.000	3.980.000	–80.000	4.139
TGr. 63		Untersuchungen im Auftrage Dritter * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 70,0 v.H. der Isteinnahmen bei 111 63. ***Einseitig deckungsfähig zu Gunsten Titelgruppe 99.	(—)	(4.200.000)	(3.500.000)	(+700.000)	(3.853)
429 63-6	511	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	1.300.000	1.300.000	—	1.440
522 63-6	511	Verbrauchsmittel	—	1.600.000	900.000	+700.000	731
535 63-0	511	Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	—	900.000	900.000	—	355
547 63-9	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	400.000	400.000	—	162
812 63-4	511	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	1.164
TGr. 64		Forschungsvorhaben aus Zuweisungen Dritter * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 251 64.	(—)	(—)	(—)	(—)	(1)
429 64-4	511	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 64-7	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	1
812 64-2	511	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 65		Grenzkontrollstelle beim Staatlichen Veterinäruntersuchungsamt für Fische und Fischwaren in Cuxhaven * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 65.	(—)	(54.000)	(54.000)	(—)	(5)
429 65-2	511	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
511 65-0	511	Geschäftsbedarf	—	10.000	10.000	—	1

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 61**538 61**

Für die Beauftragung eines privaten Kurierdienstes mit dem landesweiten Transport der Proben zu den amtlichen Untersuchungs- und Messstellen und für die laufende Anpassung der Software des Labordatensystems.

812 61

Notwendige Ersatz-, Ergänzungs- und Neubeschaffungen von Labor- und Untersuchungsgeräten für den Untersuchungsbetrieb. Eine Einzelaufführung der Geräte ist nicht erfolgt, um flexibel auf die Angebotssituation bei den Geräten und die Entwicklung der Untersuchungsverfahren reagieren zu können. Im Vordergrund stehen Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen. Für Großgeräte erfolgt eine enge Abstimmung mit dem ML.

Zu Titelgruppe 63

Vgl. 111 63.

Das VUA Oldenburg darf von der Ausgabeermächtigung des Haushaltsvermerks einen Betrag in Höhe von 481 500 DM nicht in Anspruch nehmen.

Im VUA Oldenburg werden aus der Titelgruppe ständig beschäftigt:

3 Kräfte nach Verg.-Gr. V c BAT

2 Kräfte nach Verg.-Gr. VIII BAT

Zu Titelgruppe 64

Leertitel (vgl. Erläuterung zu 251 64).

Zu Titelgruppe 65

Ausgaben der Grenzkontrollstelle im staatlichen Veterinäruntersuchungsamt für Fische und Fischwaren Cuxhaven. Vgl. Erläuterungen zu 111 65.

511 65

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	4 000 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	3 000 DM
3. Bekanntmachungen	— DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	3 000 DM
Zusammen	10 000 DM

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0941 Untersuchungsämter**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
513 65-3	511	Post- und Fernmeldegebühren	—	20.000	20.000	—	1
517 65-9	511	Bewirtschaftung der Grenzkontrollstelle	—	10.000	10.000	—	1
527 65-4	511	Reisekosten	—	4.000	4.000	—	—
535 65-7	511	Geräte für Fachaufgaben	—	5.000	5.000	—	1
547 65-5	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	5.000	5.000	—	1
812 65-0	511	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 99		Elektronische Datenverarbeitung ***Einseitig deckungsfähig zu Lasten Titelgruppe 63.	(—)	(462.900)	(612.200)	(-149.300)	(302)
518 99-0	511	Mieten und Pachten	—	102.900	90.000	+12.900	67
547 99-0	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	160.000	413.900	-253.900	150
812 99-5	511	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	200.000	108.300	+91.700	85
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		1.000	-1.000	
		Abschluss Kapitel 09 41 1 Eigene Einnahmen 2 Übertragungseinnahmen		9.646.000 325.000	8.623.000 325.000	+1.023.000 —	
		Summe der Einnahmen		9.971.000	8.948.000	+1.023.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	39.798.300	39.724.800	+73.500	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	11.644.000	11.485.000	+159.000	
		6 Übertragungsausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	4.195.000	4.151.100	+43.900	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	3.340.300	—	+3.340.300	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	58.977.600	55.360.900	+3.616.700	
		Zuschuss		49.006.600	46.412.900	+2.593.700	
		Nachrichtlich: Anteil an den Versorgungsausgaben Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		2.454.700 61.432.300 51.461.300	2.673.600 58.034.500 49.086.500		

 ERLÄUTERUNGEN

513 65

1. Postgebühren	5 000 DM
2. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	12 000 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	3 000 DM
4. Einmalige Gebühren für die Verlegung usw. von Fernmeldeanlagen	— DM
5. Hörfunk und Fernsehgebühren	— DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	— DM
Zusammen	20 000 DM

517 65

1. Wassergeld	1 000 DM
2. Grundbesitzabgaben	2 000 DM
3. Bewachungskosten	— DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	— DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	7 000 DM
Zusammen	10 000 DM

527 65

1. Reisekosten allgemein	2 000 DM
2. Wegstreckenentschädigungen für anerkannte private und für private Kraftfahrzeuge	2 000 DM
Zusammen	4 000 DM

Zu Titelgruppe 99**812 99**

1. Beschaffungen für die Erstausrüstung von PC-Arbeitsplätzen und Ersatzbeschaffungen für vorhandene Endgeräte	70 000 DM
2. Beschaffung und Aufrüstung von Servern	70 000 DM
3. Überlassung von Software	60 000 DM
Zusammen	200 000 DM

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0950 Gestütverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 11-2	549	Verwaltungsgebühren		20.000	30.000	–10.000	3
119 06-7	549	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		1.000	1.000	—	1
119 51-2	549	Vermischte Einnahmen		7.000	7.000	—	8
121 02-9	811	Ablieferung des Hengstaufzuchtgestüts Hunnesrück		400.000	400.000	—	251
121 03-7	549	Ablieferung aus der Hengstparade		420.000	410.000	+10.000	425
124 01-0	549	Mieten und Pachten		120.000	120.000	—	117
125 43-1	549	Deckgelder außerhalb der zentralen Pferdebesamungsstation Celle ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitel 683 01.		7.000.000	7.375.000	–375.000	6.640
125 44-0	549	Pensionskosten für fremde Pferde * Vgl. K-Vermerk zu 534 01.		650.000	480.000	+170.000	646
125 61-0	549	Einnahmen der Pferdebesamungsstation * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61. ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich. ***Vgl. K-Vermerk zu 683 01. Gem. § 15 Abs. 1 Satz 3 LHO wird zugelassen, daß Nebenkosten bis zur Höhe von 0,3 v.H. der Isteinnahmen abgesetzt werden.		1.200.000	475.000	+725.000	1.402
132 01-2	549	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		—	—	—	—
132 02-0	549	Erlöse aus dem Verkauf von ausgesonderten Gestütpferden * Vgl. K-Vermerk zu 813 34. ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich. ***Gem. § 15 Abs. 1 Satz 3 LHO wird zugelassen, dass die Nebenkosten abgesetzt werden. Die darin enthaltenen Bewirtungskosten dürfen 0,25 v. H. der Isteinnahmen nicht überschreiten.		600.000	600.000	—	1.083
271 01-2	549	Erstattung von Verwaltungsausgaben		80.000	75.000	+5.000	80
356 01-8	950	Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds		850.000	—	+850.000	—
		A U S G A B E N					
422 01-0	549	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	5.272.600	2.667.300	+2.605.300	3.094
422 19-3	549	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-2	549	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
422 51-7	549	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	100.000	116.600	–16.600	65
425 01-0	549	Vergütungen der Angestellten	—	—	565.300	–565.300	668
425 51-6	549	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-6	549	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	2.068.100	–2.068.100	1.370
426 41-5	549	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	215.000	215.000	—	208
426 51-2	549	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	17.000	17.000	—	18
427 01-2	549	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	16.300	16.300	—	15
427 02-0	549	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige ***Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich, Mehrausgaben sind in diesem Umfange zugelassen.	—	100.000	140.000	–40.000	98
427 39-0	549	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 50

Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 des Deckungskreises gem. § 12 Abs. 1 Satz 1 des Haushaltsgesetzes sind im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 09“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 546 01 zusammengefaßt ausgebracht. Sie sind übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Im Rahmen dieses Modellversuchs gilt im Einzelplan 09 die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.

Zu Kapitel 09 50

Es sind vorhanden:

Landgestüt Celle mit Hengstaufzuchtgestüt in Hunnesrück.

Zu 121 02

Der Wirtschaftsplan (Erfolgs- und Finanzplan) des Hengstaufzuchtgestüts Hunnesrück befindet sich in der Anlage 6 zum Einzelplan 09.

Veranschlagung nach dem voraussichtlichen Wirtschaftsergebnis.

Zu 121 03

Ablieferung des voraussichtlichen Überschusses der Hengstparade (vgl. Anlage 7 zu Kap. 09 50). Die aus Anlaß der Hengstparade bei Kap. 09 50 entstandenen Personalkosten für Verwaltungsaufwand werden von der Hengstparadekasse erstattet und bei Kap. 09 50 Titel 271 01 vereinnahmt.

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	82 000 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	20 000 DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	— DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	— DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	18 000 DM
Zusammen	120 000 DM

Zu 125 43

1. Deckgeld für rd. 7 200 Stuten mit durchschnittlich 850 DM	6 120 000 DM
2. Zuschlag von rd. 300 DM für rd. 300 Stuten, die nicht bei einem Zuchtverband in Niedersachsen registriert sind	90 000 DM
3. Fohlengeld für rd. 3 950 Fohlen mit je 200 DM	790 000 DM
Zusammen	7 000 000 DM

Zu 125 44

Pensionskosten für Hengste privater Eigentümer im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Leistungsprüfung und Pensionskosten für Stuten privater Eigentümer für die vorübergehende Unterstellung auf den Deck- und Besamungsstellen.

Zu 125 61 und 132 02

Werbungskosten des Landstallmeisters im Zusammenhang mit dem Verkauf von Sperma und von Hengsten können bis zu insgesamt 2 000 DM von der Einnahme abgesetzt werden; eine Überschreitung dieses Betrages bedarf der Einwilligung des MF.

Zu 271 01

Erstattungsbeträge

a) vom Verband Hannoverscher Warmblutzüchter	24 600 DM
b) von der Hengstparadekasse	55 400 DM
Insgesamt	80 000 DM

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 91,99 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	56,08	56,08	—	76
Angestellte	8,25	8,25	—	8
Lohnempfänger/-innen	27,66	27,66	—	9
Insgesamt	91,99	91,99	—	93

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 5 272 600 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	5 272 600
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	505 700
43	Versorgungsbezüge	1 103 900
44	Beihilfen, Unterstützungen	111 500
45	Personalbezogene Sachausgaben	166 100
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	152 200
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0
Summe der Personalausgaben im Kapitel 09 50		7 312 000

Zu 426 41

Veranschlagt sind:

Kosten für zu Pferdewirt-/Stellmacher/-innen Auszubildende (Bruttovergütung, Anteile für Kost und Wohnung sowie Sozialversicherungsbeiträge).

Auszubildende: 12 Pferdewirte/-innen
1 Stellmacher/-in

Zu 427 02

Für zusätzliche Arbeitskräfte auf den in Ostfriesland eingerichteten Vertragsdeckstationen. Sie erhalten pro gedeckte Stute ein Drittel des durchschnittlichen Deckgeldes (z. Zt. 850,— DM), das für eine eingetragene Stute erhoben wird.

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0950 Gestütverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
453 01-3	549	Trennungsgeld für abgeordnete oder ver- setzte Bedienstete und Umzugskostenver- gütungen	—	160.400	160.400	—	158
453 11-0	549	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	5.700	5.700	—	5
511 01-3	549	Geschäftsbedarf	—	—	—	—	43
512 01-0	549	Bücher und Zeitschriften	—	—	—	—	5
513 01-6	549	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	—	—	67
514 01-2	549	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	32
515 01-9	549	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	31
515 02-7	549	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	39
515 03-5	045	Ausrüstungsgegenstände für den Behördenselbstschutz	—	—	—	—	—
516 01-5	549	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	1
516 03-1	549	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	—	—	—	—	21
517 01-1	549	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	127
517 19-4	549	Reinigungskosten	—	—	—	—	23
517 59-3	549	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	129
518 01-8	549	Mieten und Pachten	—	—	—	—	551
519 02-2	549	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	—	—	—	—
525 01-4	549	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	15
526 01-0	549	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 01-7	549	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	147
527 03-3	549	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Perso- nalvertretungsangelegenheiten u. in Vertre- tung der Interessen der Schwerbehinderten	—	—	—	—	—
527 05-0	549	Bewegungsgelder für besondere Aufwendungen im Deckstellenbereich	—	—	—	—	—
534 01-3	549	Nutz- und Zuchtthierhaltung * <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 125 44.</i>	—	780.000	732.700	+47.300	738
537 03-9	549	Kosten für Pferde- und Gepäcktransporte zu und von den Deckstellen	—	—	—	—	43
538 01-9	549	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	8
546 01-1	549	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausga- ben des Kapitels (§ 12 Abs. 1 HG) *** <i>Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „All- gemeine Erläuterung zum Kapitel“ver- bindlich.</i>	—	1.395.000	1.390.000	+5.000	—
546 59-3	549	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	0
672 01-7	549	Erstattungen an Sonstige	—	25.000	25.000	—	18
681 01-6	549	Schadensersatzleistungen und Unfallent- schädigungen	—	—	—	—	—
682 01-2	549	Zuschuß an das Hengstaufzuchtgestüt Hunnestück	—	761.700	—	+761.700	—
683 01-9	549	Zuschüsse an private Unternehmer als Hengstzüchterprämien *** <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe von 1 v.H. der Isteinahmen bei 125 43 und 125 61.</i>	—	82.000	78.500	+3.500	65

ERLÄUTERUNGEN

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für 72 Landesbedienstete	160 400 DM
2. Umzugskostenvergütungen für — Landesbedienstete	— DM
Zusammen	160 400 DM

Zu 534 01

1. Kraftfutter 6 500 dt zu je 45 DM	292 500 DM
2. Heu 5 000 dt zu je 30 DM	150 000 DM
3. Stroh 4 000 dt zu je 15 DM	60 000 DM
4. Sonstige Zusatzfuttermittel	94 500 DM
5. Hufbeschlag- und Schmiedebetrieb	20 000 DM
6. Kur- und Arzneikosten für Pferde	92 100 DM
7. Beschaffung und Instandsetzung von Sätteln, Zaumzeug u. a.	70 900 DM
Zusammen	780 000 DM

Bestand an Hengsten

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Spezialhengste (Vollblut, Trakehner, Araber)	15	15	15
Hannoveraner	140	140	140
Zusammen	155	155	155

Neben diesen eigenen Deckhengsten werden rd. 40 eigene Junghengste im Training und zur Prüfung gehalten. Daneben werden zeitweise 50–60 fremde Prüfungshengste sowie rd. 30 Hengste bzw. Wallache, die zum Verkauf stehen, gehalten.

Zu 672 01

Teilweise Erstattung der Lohn- und Lohnnebenkosten für den in der Deck- und Frischsamenübertragungsstelle Ankum angestellten Zuchtwart, Gestütwärter und Hausmeister.

Zu 683 01

Für in Niedersachsen gezüchtete und vom Landgestüt aufgekaufte Hengste (Landbeschäler), denen überdurchschnittlich viele Stuten in der Decksaison zugeführt werden, erhält der jeweilige Züchter eine Hengstzüchterprämie in Abhängigkeit der von diesem Landbeschäler gedeckten Stuten.

Berücksichtigt werden nur nieders. Züchter.

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0950 Gestütverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
811 01-7	549	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 13-7	549	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	45.000	-45.000	—
812 15-3	549	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	50.000	50.000	—	50
813 34-6	549	Ankauf von Zuchthengsten einschließlich Transport- und Nebenkosten * Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 132 02.	—	1.430.000	1.430.000	—	1.908
821 01-2	549	Erwerb von Grundstücken	—	850.000	—	+850.000	—
981 09-5	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	1.139.400	—	+1.139.400	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Betrieb der Pferdebesamungsstation * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 60,0 v.H. der Mehreinnahmen bei 125 61.	(—)	(321.000)	(221.300)	(+99.700)	(241)
429 61-9	549	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	40.000	40.000	—	114
522 61-9	549	Spermaankauf	—	40.000	40.000	—	—
535 61-3	549	Geräte für Fachaufgaben	—	15.000	15.000	—	—
538 61-2	549	Dienstleistungen Außenstehender	—	4.000	4.000	—	—
547 61-1	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	222.000	122.300	+99.700	127
812 61-7	549	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	—	—	—	—	—
Abschluss Kapitel 09 50							
1 Eigene Einnahmen				10.418.000	9.898.000	+520.000	
2 Übertragungseinnahmen				80.000	75.000	+5.000	
3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen				850.000	—	+850.000	
Summe der Einnahmen							
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	5.927.000	6.011.700	-84.700	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	2.456.000	2.304.000	+152.000	
6 Übertragungsausgaben			—	868.700	103.500	+765.200	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	2.330.000	1.525.000	+805.000	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	1.139.400	—	+1.139.400	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben							
Zuschuss			—	12.721.100	9.944.200	+2.776.900	
Überschuss				1.373.100		+1.401.900	
Nachrichtlich:							
Anteil an den Versorgungsausgaben				1.103.900	999.700		
Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil				13.825.000	10.943.900		
Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil				2.477.000	970.900		

ERLÄUTERUNGEN

Zu 812 15

Ersatzbeschaffung:

Laborgeräte in den Besamungsstationen 50 000 DM

Zu 821 01

Mehrwertausgleich für den Tausch von entbehrlichen Forstflächen und Barzahlung gegen eine bisher angemietete Besamungsstation.

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0961 Fischereiverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 11-9	511	Verwaltungsgebühren		200.000	65.000	+135.000	200
112 01-8	511	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		15.000	15.000	—	25
119 42-0	542	Rückzahlungen aus Zuwendungen des Landes		2.000	2.000	—	4
119 51-9	511	Vermischte Einnahmen		10.000	10.000	—	7
124 01-6	511	Mieten und Pachten		75.000	135.000	–60.000	72
132 01-9	511	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		—	—	—	—
182 62-8	542	Rückflüsse aus Landesdarlehen zur Förderung der Seefischerei * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.		5.000	50.000	–45.000	4
232 01-3	511	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch das Land Bremen		200.000	200.000	—	199
282 01-0	511	Zuschüsse Dritter * Vgl. K-Vermerk zu 685 51.		—	—	—	146
282 65-7	511	Erstattungen Dritter im Rahmen von Beweissicherungsverfahren * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.		—	—	—	76
346 01-9	542	Erstattungen der EG für Maßnahmen nach der Entscheidung des Rates 95/527/EG		50.000	115.000	–65.000	1.821
A U S G A B E N							
422 01-7	511	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	1.943.200	929.600	+1.013.600	797
422 19-0	511	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 41-6	511	Anwärterbezüge	—	—	—	—	—
425 01-6	511	Vergütungen der Angestellten	—	—	586.500	–586.500	515
426 01-2	511	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	393.800	–393.800	460
426 51-9	511	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	8.000	8.000	—	7
453 01-0	511	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	1.000	1.000	—	1
511 01-0	511	Geschäftsbedarf	—	—	—	—	6
512 01-6	511	Bücher und Zeitschriften	—	—	—	—	8
513 01-2	511	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	—	—	13
515 01-5	511	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	1
515 02-3	511	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	27
516 01-1	511	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	0
516 03-8	511	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	—	—	—	—	2
517 01-8	511	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	2
517 19-0	511	Reinigungskosten	—	—	—	—	6
517 59-0	511	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	3
518 01-4	511	Mieten und Pachten	—	—	—	—	18
519 01-0	511	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	—	—	—	3
522 21-6	511	Labor-, Röntgen- und Fotobedarf	—	—	—	—	—
525 01-0	511	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	1

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 61

Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 des Deckungskreises gem. § 12 Abs. 1 Satz 1 des Haushaltsgesetzes sind im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 09“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 546 01 zusammengefasst ausgebracht. Sie sind übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Im Rahmen dieses Modellversuchs gilt im Einzelplan 09 die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.

Zu Kapitel 09 61

Es sind vorhanden:

- 1 Staatl. Fischereiamt Bremerhaven in Bremerhaven mit 2 Außenstellen in Cuxhaven und Norddeich
- 1 Dezernat Binnenfischerei im Niedersächsischen Landesamt für Ökologie in Hildesheim.

Zu 09 61 allgemein

Für das bei dem Nds. Landesamt für Ökologie tätige Fachpersonal sind hier nur die

- a) Ausgaben der Obergruppe 42 (Dienstbezüge und dergl.),
- b) Ausgaben für die eigentlichen Fachaufgaben (insbesondere Ausgaben der Gruppe 535 und der Titelgruppen) sowie die
- c) Einnahmen, die mit den Ausgaben zu a) und b) im ursächlichen Zusammenhang stehen,

veranschlagt.

Zu c) gehören nicht die Einnahmen aus „Verwaltungsgebühren“ (Titel 111 11) und „Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten“ (Titel 112 01).

Alle übrigen Haushaltseinnahmen und -ausgaben sind bei Kapitel 15 03 ausgebracht (vgl. allgemeine Erläuterung zu Kapitel 15 03).

Zu 112 01

Einnahmen aus Bußgeldbescheiden nach dem Seefischereigesetz.

Zu 124 01

Einnahmen aus der Erteilung von Fischereierlaubnissen.

Zu 182 62

Tilgungsraten für bei 862 62 gezahlte Landesdarlehen.

Zu 232 01

Erstattung der anteiligen Kosten für das Staatl. Fischereiamt in Bremerhaven durch das Land Bremen.

Zu 282 01 und 282 65

Vorsorglich Leertitel.

Zu 346 01

Erstattungen der EU für Investitionen in der Fischereiaufsicht gem. Entscheidung des Rates 95/527/EG, insbesondere zu Ausgaben der Titelgruppe 66/67.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 23,50 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	11,00	11,00	—	14
Angestellte	6,50	6,50	—	4
Lohnempfänger/-innen	6,00	6,00	—	6
Insgesamt	23,50	23,50	—	24

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 1 943 200 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	1 943 200
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	12 100
43	Versorgungsbezüge	250 000
44	Beihilfen, Unterstützungen	37 800
45	Personalbezogene Sachausgaben	1 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	51 600
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0

Summe der Personalausgaben im Kapitel 09 61 2 295 700

In dem Personalkostenbudget sind enthalten:

Beamte des mittleren Dienstes als Schiffsführer der Fischereiaufsichtsfahrzeuge sowie Angestellte und Lohnempfänger, die auf einem Fischereiaufsichtsfahrzeug tätig sind, erhalten eine Bordzulage (Aufwandsentschädigung) nach den Richtlinien für die Gewährung einer Bordzulage im Fischereiaufsichtsdienst von 3,50 DM für jeden Tag, an dem sie sich mit ihrem Fahrzeug länger als 12 Stunden seewärts der in § 1 der Flaggenrechtsverordnung vom 04. 07. 1990 (BGBl. I S. 1389) – in der jeweils geltenden Fassung – festgelegten Grenze befinden.

Die Aufwandsentschädigung ist im Sinne des § 3 Nr. 12 EStG steuerfrei.

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für Landesbedienstete	1 000 DM
2. Umzugskostenvergütungen für Landesbedienstete	— DM
Zusammen	1 000 DM

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0961 Fischereiverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
527 01-3	511	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	7
527 02-1	511	Reisekostenvergütungen für Bootsleute	—	—	—	—	6
527 04-8	511	Reisekostenpauschbeträge; Bewegungsgelder	—	—	—	—	9
535 01-6	511	Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	—	—	—	—	—
535 02-4	511	Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	—	—	—	—	0
546 01-8	511	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 11 Abs. 1 HG) ***Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“verbindlich.	—	130.000	127.500	+2.500	—
546 59-0	511	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	4
672 01-3	511	Erstattung von Auslagen an ehrenamtliche Fischereiaufseher an den Küstengewässern	—	—	—	—	—
685 21-2	511	Zuschüsse zu den Kosten einer durchzuführenden Enquete in der Deutschen Seefischerei	—	15.000	17.000	-2.000	12
685 51-4	511	Verwendung der Zuschüsse Dritter * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 01.	—	—	—	—	147
812 01-0	511	Erwerb von Geräten	—	—	—	—	—
981 09-1	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	—	—	—	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 62		Förderung der Kleinen und Großen Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 182 62.	(—)	(1.091.500)	(491.500)	(+600.000)	(290)
538 62-7	542	Dienstleistungen Außenstehender	—	80.000	80.000	—	109
662 62-0	542	Schuldendiensthilfen	—	60.000	60.000	—	4
683 62-7	542	Zuschüsse an Erzeugerorganisationen gemäß VO (EWG) Nr. 3759/92	—	21.500	21.500	—	—
685 62-0	542	Zuschüsse an sonstige	—	30.000	30.000	—	10
862 62-9	542	Darlehen an Kutterfischereibetriebe	—	—	—	—	—
892 62-5	542	Zuschüsse für investive Zwecke	—	900.000	300.000	+600.000	166
TGr. 63/64		Sicherung des Seefischverarbeitungsstandortes Cuxhaven * Übertragbar.	(—)	(7.500.000)	(7.200.000)	(+300.000)	(4.207)
661 63-1	699	Schuldendiensthilfen an die NFG	—	—	—	—	—
661 64-0	542	Schuldendiensthilfen an die Seefischmarkt Cuxhaven GmbH	—	—	—	—	—
761 63-6	699	Kosten für die Erschließung von Industriegelände im Fischereihafen von Cuxhaven	—	—	—	—	—
891 63-7	699	Zuweisungen für Maßnahmen aus dem Überlassungsvertrag der Seefischmarkt und Hafenumschlag Cuxhaven GmbH ***Einseitig deckungsfähig zu Lasten Titelgruppe 62.	—	6.500.000	5.500.000	+1.000.000	3.944
892 63-3	699	Zuschüsse für Investitionen im Bereich der Fischverarbeitung	—	1.000.000	1.700.000	-700.000	263
TGr. 65		Beweissicherungsverfahren in der Binnenfischerei * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur ge-	(—)	(—)	(—)	(—)	(78)

ERLÄUTERUNGEN

Zu 685 21

Über die Kosten- und Ertragslage der Betriebe der deutschen Seefischerei wird eine gemeinsam vom Bund, den Küstenländern und den Wirtschaftsverbänden finanzierte Untersuchung durchgeführt. Sie schafft die unerlässlichen Unterlagen für alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen, nicht zuletzt im Hinblick auf die EU.

Veranschlagt ist der anteilmäßig auf das Land Niedersachsen entfallende Betrag.

Zu 685 51

Vorsorglich Leertitel, da sich nicht übersehen lässt, in welcher Höhe Beiträge aufkommen.

Zu Titelgruppe 62**538 62**

Für den Bereich der Binnenfischerei sind zusätzliche Erkenntnisse über den Zustand der Fischfauna in den niedersächsischen Gewässern erforderlich, die über Untersuchungen durch Dritte gesammelt werden.

Daneben können im Bereich der Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei Ausgaben für Überprüfungen anfallen.

862 62 und 892 62

Die niedersächsische Flotte der Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei ist teilweise überaltert, sodass ihre Wettbewerbsfähigkeit für die Zukunft gefährdet ist. Um den Betrieben Neubauten, Grunderneuerungen sowie Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen zu ermöglichen, sind im Rahmen eines der EU vorgelegten 7-Jahres-Programms ab 2000 nationale Finanzierungshilfen im vorgesehenen Umfang notwendig, mit denen EU-Mittel gebunden werden.

Zu Titelgruppe 63/64**891 63**

Mittel zur Deckung des Erneuerungsbedarfs zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit der landeseigenen Seefischmarkt und Hafenumschlag Cuxhaven GmbH als Grundlage des Fischwirtschaftsstandortes Cuxhaven.

Bis zum 31. 12. 2002 ist in den landeseigenen Liegenschaften die Umsetzung der Richtlinie 91/493/EWG zur Festlegung von Hygienevorschriften vorzunehmen.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	5 000 000	—	—	5 000 000
2002	5 230 000	—	—	5 230 000
Summe	10 230 000	—	—	10 230 000

Zu 892 63

Förderung von Fischverarbeitungsbetrieben, insbesondere um EU-Mittel zu binden.

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0961 Fischereiverwaltung**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch TGr. 65		<i>leistet werden bis zur Höhe der Istein- nahmen bei 282 65.</i>					
429 65-8	511	Nicht aufteilbare Personalausgaben * <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	—
547 65-0	511	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	78
812 65-6	511	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Aus- rüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 66/67		Betrieb der Fischereiaufsichtsfahrzeuge * <i>Übertragbar.</i>	(—)	(493.600)	(493.600)	(—)	(630)
514 66-3	511	Haltung von Wasserfahrzeugen	—	483.400	483.400	—	307
514 67-1	511	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	10.200	10.200	—	2
811 66-8	511	Erwerb von Wasserfahrzeugen	—	—	—	—	296
811 67-6	511	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	25
812 66-4	511	Erwerb von Geräten	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 09 61					
		1 Eigene Einnahmen		307.000	277.000	+30.000	
		2 Übertragungseinnahmen		200.000	200.000	—	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		50.000	115.000	–65.000	
		Summe der Einnahmen		557.000	592.000	–35.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	1.952.200	1.918.900	+33.300	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	703.600	701.100	+2.500	
		6 Übertragungsausgaben	—	126.500	128.500	–2.000	
		7 Bauausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	8.400.000	7.500.000	+900.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	11.182.300	10.248.500	+933.800	
		Zuschuss		10.625.300	9.656.500	+968.800	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		250.000	333.800		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		11.432.300	10.582.300		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		10.875.300	9.990.300		

 ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 65**429 65, 547 65 und 812 65**

Vorsorglich Leertitel, da sich nicht übersehen lässt, in welcher Höhe Beiträge aufkommen. Die Mittel werden von anderer Seite zweckgebunden zur Verfügung gestellt.

Zu Titelgruppe 66/67

Mittel für die Unterhaltung und Instandsetzung der Fischereiaufsichtsfahrzeuge auf See und zu Lande.

Bestand an Dienstfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Wasserfahrzeuge	3	3	3
Personenwagen	2	2	2

514 66

1. Betriebsstoffe	100 000 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	230 000 DM
3. Sonstiges	153 400 DM
Zusammen	483 400 DM

514 67

1. Betriebsstoffe, Pkw	4 000 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	4 000 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	400 DM
4. Sonstiges	1 800 DM
Zusammen	10 200 DM

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0971 Landesinstitut für Bienenkunde**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 11-1	174	Verwaltungsgebühren		50.000	30.000	+20.000	57
119 51-1	174	Vermischte Einnahmen		2.000	2.000	—	2
119 65-1	174	Einnahmen aus Forschungs- und ähnlichen Aufträgen Dritter * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.		—	—	—	43
124 01-9	174	Mieten und Pachten		6.100	3.900	+2.200	8
132 01-1	174	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		3.500	—	+3.500	6
256 01-2	174	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	37
281 67-0	549	Erstattungen für die Durchführung des Forschungsvorhabens zur Verbesserung der Honigqualität i. R. d. VO (EG) 1221/97 * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.		40.000	21.200	+18.800	23
Titelgruppe(n)							
TGr. 66		Einnahmen aus Wirtschafts-, Lehr- und Beratungstätigkeit		(107.700)	(85.000)	(+22.700)	(141)
111 66-9	174	Lehrgangsgebühren * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.		8.000	8.000	—	14
113 66-1	174	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb der Vermögensrechnung * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.		2.000	2.000	—	2
125 66-0	174	Erlöse aus der Imkerei * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.		97.700	75.000	+22.700	125
A U S G A B E N							
422 01-0	174	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	1.904.500	128.400	+1.776.100	134
422 19-2	174	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-9	174	Vergütungen der Angestellten	—	—	1.750.100	–1.750.100	1.727
425 51-5	174	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	4.000	8.200	–4.200	4
426 41-4	174	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	186.900	142.800	+44.100	147
427 01-1	174	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	1.500	1.500	—	5
453 01-2	174	Trennungsgeld für abgeordnete oder ver- setzte Bedienstete und Umzugskostenver- gütungen	—	—	—	—	—
453 11-0	174	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	7.900	5.700	+2.200	6
511 01-2	174	Geschäftsbedarf	—	—	—	—	8
512 01-9	174	Bücher und Zeitschriften	—	—	—	—	7
513 01-5	174	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	—	—	15
514 01-1	174	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	18
515 01-8	174	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	5
515 02-6	174	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	9
516 01-4	174	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	2
516 02-2	174	Dienst- und Schutzkleidung für das Fachpersonal	—	—	—	—	0

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 09 71

Die Ausgaben der Obergruppen 51 – 54 des Deckungskreises gem. § 12 Abs. 1 Satz 1 des Haushaltsgesetzes sind im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 09“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 546 01 zusammengefasst ausgebracht. Sie sind übertragbar. Es dürfen Ausgabereste gebildet werden, die grundsätzlich zu 80 v. H. in das Folgejahr übertragen werden. Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen. Im Rahmen dieses Modellversuchs gilt im Einzelplan 09 die Deckungsfähigkeit auch, soweit die Ausgaben übertragbar sind.

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	6 100 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	— DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	— DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	— DM
5. Andere Mieten und Pachten	— DM
Zusammen	6 100 DM

Zu Titelgruppe 66

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 66.

Zu Titelgruppe 67

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 67.

Zu 422 01 und 425 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 21,77 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	1,00	1,00	—	2
Angestellte	20,77	20,77	—	20
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	21,77	21,77	—	22

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 1 904 500 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	1 904 500
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	247 400
43	Versorgungsbezüge	44 600
44	Beihilfen, Unterstützungen	41 700
45	Personalbezogene Sachausgaben	7 900
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	56 900
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0
Summe der Personalausgaben im Kapitel 09 71		2 303 000

Zu 426 41

Kosten für Auszubildende (Bruttovergütung, Anteile für Kost und Wohnung sowie Sozialversicherungsbeiträge).

Auszubildende: 10

Zu 453 11

Für Familienheimfahrten der Auszubildenden.

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0971 Landesinstitut für Bienenkunde**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
517 01-0	174	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	15
517 19-3	174	Reinigungskosten	—	—	—	—	52
517 59-2	174	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	34
518 01-7	174	Mieten und Pachten	—	—	—	—	10
519 03-0	174	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	—	3
522 21-9	174	Verbrauchsmittel	—	—	—	—	32
522 31-6	174	Kleingeräte	—	—	—	—	—
525 01-3	174	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	1
527 01-6	174	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	25
527 03-2	174	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	—	—	—	—
535 01-9	174	Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	—	—	—	—	7
535 02-7	174	Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	—	—	—	—	12
546 01-0	174	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 12 Abs. 1 HG) ***Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“verbindlich.	—	292.500	292.500	—	—
546 59-2	174	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
681 01-5	174	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	1
811 01-6	174	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	63.000	—	+63.000	56
812 13-6	174	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-2	174	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	50.000	53.000	-3.000	14
981 09-4	990	Abführung an 1321 - 381 09	—	248.200	—	+248.200	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 65		Forschungs- und ähnliche Aufträge * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 65.	(—)	(—)	(—)	(—)	(35)
429 65-0	174	Nicht aufteilbare Personalausgaben * Übertragbar.	—	—	—	—	—
547 65-3	174	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * Übertragbar.	—	—	—	—	35
812 65-9	174	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 66		Wirtschafts-, Lehr- und Beratungstätigkeit * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 66, 113 66 und 125 66.	(—)	(122.700)	(107.700)	(+15.000)	(144)
429 66-9	174	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	24.200	24.200	—	22
524 66-1	174	Lehr- und Lernmittel	—	13.300	13.300	—	12
534 66-7	174	Bienenhaltung	—	67.600	52.600	+15.000	63
535 66-3	174	Geräte für Fachaufgaben	—	17.600	17.600	—	45
547 66-1	174	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	2

 ERLÄUTERUNGEN

Zu 811 01

Ersatzbeschaffung:

1 VW-Transporter Syncro TDI (einschließlich Umsatzsteuer)	63 000 DM

Sonderausstattung:

Klimaanlage, Schwingsitz, langer Radabstand, Anhängerkupplung,
Airbag für Fahrer und Beifahrer, Radio.

Zu 812 15

Ersatzbeschaffungen:

Chromatographie-Datensystem	15 000 DM
Dioden-Array-Detektor	35 000 DM

Zusammen	50 000 DM

Zu Titelgruppe 65

Ausgaben für Untersuchungen, Gutachten und andere Aufträge
Dritter und des Landes.

Zu Titelgruppe 66

Lehr- und Beratungstätigkeit, Bewirtschaftung der ca. 400 Bienen-
völker im Rahmen des Ausbildungsbetriebes sowie der Bereitstel-
lung von Bienenvölkern und -material für Forschungszwecke.

**Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-
Kapitel 0971 Landesinstitut für Bienenkunde**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 67		Forschungsvorhaben zur Verbesserung der Honigqualität i. R. d. VO (EG) 1221/97 <i>* Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 281 67. ***Die Ausgaben der Titelgruppe richten sich nach dem genehmigten EU-Programm. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.</i>	(—)	(40.000)	(21.200)	(+18.800)	(23)
429 67-7	549	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	30.000	16.000	+14.000	15
547 67-0	549	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	10.000	5.200	+4.800	7
812 67-5	549	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 99		Elektronische Datenverarbeitung	(—)	(10.000)	(5.000)	(+5.000)	(32)
547 99-8	174	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	10.000	5.000	+5.000	5
812 99-3	174	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen <i>* Übertragbar.</i>	—	—	—	—	27
Abschluss Kapitel 09 71							
1 Eigene Einnahmen				169.300	120.900	+48.400	
2 Übertragungseinnahmen				40.000	21.200	+18.800	
Summe der Einnahmen				209.300	142.100	+67.200	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	2.159.000	2.076.900	+82.100	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	411.000	386.200	+24.800	
6 Übertragungsausgaben			—	—	—	—	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	113.000	53.000	+60.000	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	248.200	—	+248.200	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	2.931.200	2.516.100	+415.100	
Zuschuss				2.721.900	2.374.000	+347.900	
Nachrichtlich:							
Anteil an den Versorgungsausgaben				44.600	46.100		
Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil				2.975.800	2.562.200		
Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil				2.766.500	2.420.100		

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 67

Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig auf Grund der VO (EG) 1221/97. Die EG-Beteiligung beträgt bis zu 50 v. H.

429 67, 547 67, 812 67

Forschungsvorhaben zur Untersuchung von Nebenwirkungen von Varroatosebehandlungsmitteln bei dem Nds. Landesinstitut für Bienenkunde (vgl. Kapitel 09 03 TGr. 73).

Zu Titelgruppe 99

Elektronische Datenverarbeitung zur Bearbeitung von Forschungs- und Verwaltungsaufgaben.

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 09					
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben		5.800.000	5.800.000	—	
		1 Eigene Einnahmen		38.553.500	37.029.700	+1.523.800	
		2 Übertragungseinnahmen		188.787.600	60.701.600	+128.086.000	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		114.030.000	170.736.300	-56.706.300	
		Summe der Einnahmen		347.171.100	274.267.600	+72.903.500	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	169.911.700	168.819.800	+1.091.900	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	400.000	49.598.400	44.372.000	+5.226.400	
		6 Übertragungsausgaben	60.600.000	275.521.200	240.342.700	+35.178.500	
		7 Bauausgaben	92.230.000	6.460.700	6.518.700	-58.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	63.710.000	172.683.000	232.181.100	-59.498.100	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	167.954.200	2.369.800	+165.584.400	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	197.530.000	842.129.200	694.604.100	+147.525.100	
		Zuschuss	152.310.000	494.958.100	420.336.500	+74.621.600	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		19.360.400	22.324.000		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		861.489.600	716.928.100		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		514.318.500	442.660.500		

lfd. Nr.	Kapitel	Titel	Maßnahme/Zweckbestimmung	Verpflichtungser- mächtigung (VE) DM	Ansatz DM
1	2	3	4	5	6
			<u>Einzelpläne 09 und 15 (Beteiligungsverhältnis 60 : 40)</u>		
01	Einzelbetriebliches Förderungsprogramm (Abwicklung)				
	09 04	663 63	EFP- Zinszuschüsse an private Unternehmen	—	2.500.000
			Summe 01		2.500.000
02	Agrarinvestitionsförderungsprogramm				
	09 04	663 86	AFP-Zinszuschüsse an private Unternehmen	45.000.000	58.974.000
	09 04	862 86	AFP-Darlehen an private Unternehmer im ehemaligen Amt Neuhaus	—	—
	09 04	892 86	AFP-Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	5.000.000	17.000.000
			Summe 02	50.000.000	75.974.000
03	Ausgleichszulage				
	09 04	683 63	Ausgleichszulage in Berggebieten und be- stimmten anderen benachteiligten Gebieten	—	—
			Summe 03		—
04	Umstellungshilfe (Abwicklung)				
	09 04	683 81	Zuschüsse an landwirtschaftliche Betriebe zur Erleichterung der betrieblichen Umstellung	—	235.000
			Summe 04		235.000
05	Forstwirtschaftlicher Wegebau				
	09 04	892 77	Zuschüsse für Investitionen im forstwirtschaftlichen Wegebau	800.000	1.500.000
			Summe 05	800.000	1.500.000
06	Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse				
	09 04	683 76	Zuschüsse an forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse für laufende Zwecke	—	—
	09 04	892 76	Zuschüsse an forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse für Investitionen	1.000.000	1.800.000
			Summe 06	1.000.000	1.800.000
07	Waldbauliche und andere forstliche Maßnahmen				
	09 04	683 74	Erstaufforstungsprämie	12.000.000	4.200.000
	09 04	892 74	Zuschüsse für Investitionen bei waldbaulichen Maßnahmen	11.200.000	14.000.000
			Summe 07	23.200.000	18.200.000
08	Beseitigung neuartiger Waldschäden				
	09 04	892 75	Zuschüsse für Investitonen aufgrund neuartiger Waldschäden	7.200.000	8.200.000
			Summe 08	7.200.000	8.200.000
09	Milchleistungsprüfungen				
	09 04	683 78	Zuschüsse für Milchleistungsprüfungen	—	2.600.000
			Summe 09		2.600.000

Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Anlage 1

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GemAgrG)

Für das Haushaltsjahr 2001

— Einzelpläne 09 und 15 —

29. Rahmenplan

lfd. Nr.	Kapitel	Titel	Maßnahme/Zweckbestimmung	Verpflichtungser- mächtigung (VE) DM	Ansatz DM
1	2	3	4	5	6
10	Kontrollringe				
	09 04	683 79	Zuschüsse an Kontrollringe für Leistungs- prüfungen in der Tierzucht	—	2.100.000
			Summe 10		2.100.000
11	Anpassungshilfe für landwirtschaftliche Arbeitnehmer				
	09 04	683 80	Zuschüsse für Anpassungshilfen an landwirt- schaftliche Arbeitnehmer	—	380.000
			Summe 11		380.000
12	Absatzeinrichtungen für Obst und Gemüse				
	09 04	892 65	Zuschüsse für Vermarktungs- und Verarbei- tungseinrichtungen für Obst und Gemüse	2.000.000	1.500.000
			Summe 12	2.000.000	1.500.000
13	Vermarktungseinrichtungen für Blumen und Zierpflanzen				
	09 04	892 66	Zuschüsse für Vermarktungseinrichtungen für Blumen und Zierpflanzen	2.000.000	1.000.000
			Summe 13	2.000.000	1.000.000
14	Be- und Verarbeitungseinrichtungen für Kartoffeln				
	09 04	892 67	Zuschüsse für Be- und Verarbeitungseinrich- tungen für Kartoffeln	3.000.000	4.000.000
			Summe 14	3.000.000	4.000.000
15	Maßnahmen aufgrund sonstiger EU-Verordnungen				
	09 04	892 68	Zuschüsse für Maßnahmen aufgrund von sonstigen EU-Verordnungen	2.000.000	1.900.000
			Summe 15	2.000.000	1.900.000
16	Vermarktung und Verarbeitung fischwirtschaftlicher Produkte				
	09 04	892 69	Zuschüsse zur Vermarktung und Verarbeitung fischwirtschaftlicher Produkte	400.000	3.400.000
			Summe 16	400.000	3.400.000
17	Marktstrukturgesetz				
	09 04	683 70	Für laufende Zwecke	—	500.000
	09 04	892 70	Für Investitionen	1.000.000	3.250.000
			Summe 17	1.000.000	3.750.000
18	Verarb. und Vermarktung ökol./reg. erzeugter ldw. Produkte				
	09 04	683 71	Für laufende Zwecke	—	500.000
	09 04	892 71	Für Investitionen	800.000	1.750.000
			Summe 18	800.000	2.250.000
19	Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung				
	09 04	538 01	Förderung der agrarstrukturellen Entwicklungsplanung	400.000	800.000
			Summe 19	400.000	800.000
20	Freiwilliger Landtausch				
	09 04	683 02	Zuschüsse zur Förderung des freiwilligen Landtausches	500.000	1.000.000
			Summe 20	500.000	1.000.000

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GemAgrG)

Für das Haushaltsjahr 2001

— Einzelpläne 09 und 15 —

29. Rahmenplan

lfd. Nr.	Kapitel	Titel	Maßnahme/Zweckbestimmung	Verpflichtungser- mächtigung (VE) DM	Ansatz DM
1	2	3	4	5	6
21	Flurbereinigung				
	09 04	531 61	Veröffentlichungen	—	30.000
	09 04	538 61	Dienstleistungen Außenstehender	—	70.000
	09 04	883 61	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	5.000.000
	09 04	892 61	Zuschüsse an private Unternehmen	—	2.300.000
	09 04	893 61	Zuschüsse an Sonstige	38.500.000	38.500.000
			Summe 21	38.500.000	45.900.000
22	Dorferneuerung				
	09 04	531 62	Veröffentlichungen	—	20.000
	09 04	538 62	Dienstleistungen Außenstehender	—	30.000
	09 04	883 62	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	14.200.000	15.750.000
	09 04	892 62	Zuschüsse an private Unternehmen	—	6.000.000
	09 04	893 62	Zuschüsse an Sonstige	—	3.200.000
			Summe 22	14.200.000	25.000.000
23	Bodenzwischenerwerb (Abwicklung)				
	09 04	662 63	Schuldendiensthilfen (Zinszuschüsse) für Darlehen zum Bodenzwischenerwerb	—	500.000
			Summe 23		500.000
24	Landwirtschaftlicher Wegebau				
	09 04	883 72	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	4.000.000	2.000.000
	09 04	893 72	Zuweisungen an Wasser- und Bodenverbände	—	—
			Summe 24	4.000.000	2.000.000
25	Ökologische Maßnahmen auf ldw. genutzten Flächen				
	09 04	683 90	Zuschüsse zur Förderung extensiver Produktionsverfahren bei Dauerkulturen	500.000	2.500.000
	09 04	683 91	Zuschüsse zur Förderung extensiver Grünlandnutzung	15.000.000	10.200.000
	09 04	683 92	Zuschüsse zur Förderung ökologischer Anbauverfahren	10.000.000	11.864.000
	09 04	683 93	Zuschüsse zur Förderung der zehnjährigen Stilllegung landwirtschaftl. Nutzflächen	1.500.000	500.000
			Summe 25	27.000.000	25.064.000
26	Hochwasserschutz im Binnenland				
	15 54	685 61	Zuw. an d. Kuratorium f. Wasserwirtschaft	17.500.000	—
	15 54	761 61	Tiefbaumaßnahmen	—	9.483.000
	15 54	821 61	Erwerb von Grundstücken	—	—
	15 54	883 61	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—
	15 54	893 61	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige	—	19.000.400
			Summe 26	17.500.000	28.483.400

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GemAgrG)

Für das Haushaltsjahr 2001

— Einzelpläne 09 und 15 —

29. Rahmenplan

lfd. Nr.	Kapitel	Titel	Maßnahme/Zweckbestimmung	Verpflichtungser- mächtigung (VE) DM	Ansatz DM
1	2	3	4	5	6
27	Wasserversorgung		Summe 27		—
28	Abwasserbehandlung				
	15 52	883 69	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—
	15 52	887 69	Zuweisungen an Wasser- und Bodenverbände	—	—
			Summe 28		—
			Summe (Beteil.Verh. 60 : 40) Einzelplan 09	178.000.000	231.553.000
			Summe (Beteil.Verh. 60 : 40) Einzelplan 15	17.500.000	28.483.400
			Gesamtsumme (Beteil.Verh. 60 : 40)	195.500.000	260.036.400
<u>Einzelpläne 09 und 15 (Beteiligungsverhältnis 70 : 30)</u>					
29	Küstenschutz				
	15 54	761 81	Landeseigene Tiefbaumaßnahmen	80.000.000	27.600.000
	15 54	893 81	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige	—	63.712.000
			Summe 29	80.000.000	91.312.000
30	Bau eines Emssperrwerkes				
	15 54	761 82	Tiefbaumaßnahmen	—	35.800.000
	15 54	821 82	Erwerb von Grundstücken	—	—
			Summe 30		35.800.000
			Summe (Beteil.Verh. 70 : 30) Einzelplan 09		—
			Summe (Beteil.Verh. 70 : 30) Einzelplan 15	80.000.000	127.112.000
			Gesamtsumme (Beteil.Verh. 70 : 30)	80.000.000	127.112.000
			Summe Einzelplan 09	178.000.000	231.553.000
			Summe Einzelplan 15	97.500.000	155.595.400
			Gesamtsumme	275.500.000	387.148.400
<u>Zusammenstellung</u>					
	09 04			178.000.000	231.553.000
	15 54			17.500.000	28.483.400
	15 52				—
			Summe Epl. 09 u. 15 (Beteiligungsverhältnis 60 : 40)	195.500.000	260.036.400
	15 54			80.000.000	127.112.000
			Summe Epl. 09 u. 15 (Beteiligungsverhältnis 70 : 30)	80.000.000	127.112.000
			Summe Einzelplan 09	178.000.000	231.553.000
			Summe Einzelplan 15	97.500.000	155.595.400
			Gesamtsumme	275.500.000	387.148.400

		Ansatz DM
I. Einnahmen	Summe Einzelplan 09	139.931.800
	Summe Einzelplan 15	106.068.500
	Gesamtsumme	<u>246.000.300</u>
II. Ausgaben	Summe Einzelplan 09	231.553.000
	Summe Einzelplan 15	155.595.400
	Gesamtsumme	<u>387.148.400</u>
III. Eingesetzte Landesmittel		141.148.100
(Summe II. - Summe I.)		

09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
– Ernährung und Landwirtschaft –

Wirtschaftsplan der selbstbewirtschafteten Domäne St. Ludgeri,
Landkreis Helmstedt, Regierungsbezirk Braunschweig
für das Wirtschaftsjahr 2000/2001
(LF 447 ha)

I. Erfolgsplan

	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM		Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM
Umsatzerlöse				Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	1 239 511	1 318 502	1 530 588	Pflanzenproduktion	338 000	339 000	348 672
Tierproduktion	—	—	—	Tierproduktion	—	—	—
Forstwirtschaft, Jagd	3 700	3 700	3 004	Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	407 052	454 000	451 546	Nebenbetriebe, Dienstleistungen	203 334	270 000	225 504
Summe Umsatzerlöse	1 650 263	1 776 202	1 985 138	sonstiger Materialaufwand	133 500	133 700	142 557
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	—	—	–19 529	Summe Materialaufwand	674 834	742 700	716 733
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an Tieren	—	—	—	Personalaufwand	504 780	508 000	529 652
andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—	Abschreibungen	280 000	260 000	281 009
sonstige betriebliche Erträge	260 113	233 596	296 345	sonstige betriebliche Aufwendungen	—	—	—
Betriebliche Erträge	1 910 376	2 009 798	2 261 954	Unterhaltung	84 800	106 600	147 780
				Betriebsversicherungen	33 611	30 800	31 323
				sonstiger Betriebsaufwand	73 150	87 116	68 526
				zeitraumfremde Aufwendungen	—	—	34
				Summe sonst. betriebl. Aufwendungen	191 561	224 516	247 663
				Betriebliche Aufwendungen	1 651 175	1 735 216	1 775 057
				Betriebsergebnis	259 201	274 582	486 897
				sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	30 000	33 000	37 386
				Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	1 300
				Finanzergebnis	30 000	33 000	38 686
				Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	289 201	307 582	525 583
				sonstige Steuern	–23 026	–22 608	–23 025
				Gewinn/Verlust	266 175	284 974	502 558

Anzahl der Angestellten: 2 davon
1 Teilzeitbeschäftigte (65 %)

Anzahl der Arbeiter: 5

II. Finanzplan

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM	Finanzierung	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	—	60 000	—	1. Abschreibungen	146 175	260 000	172 270
2. Totes Inventar einschl. zu aktivierende Reparaturen	146 175	204 974	153 128	2. Betriebserträge	—	4 974	—
3. Tieranlagevermögen	—	—	—	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	—	—	6 118
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	—	—	25 260	4. Zuschuss aus Haushaltsmitteln (Titel 682 ..)	—	—	—
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapitalausstattung (Titel 861 ..)	—	—	—
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	—	—	—	6. Sonstiges	—	—	—
7. Sonstiges	—	—	—				
Finanzbedarf	146 175	264 974	178 388	Finanzdeckung	146 175	264 974	178 388

Bemerkungen:

Vorgesehen sind:

Zu 2.:

90 PS Schlepper/Frontlader	90 000 DM
Gülpumpen für Schlempe	12 000 DM
Kantenhäcksler	14 000 DM
Kleingeräte für Büro, Brennerei, Werkstatt	15 000 DM
Förderanlagen, Speicher, Getreidelager	5 175 DM
Isol. Wärmebehälter 6 m ³ für Brennerei	10 000 DM
Zusammen	146 175 DM

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM
Gewinn/Verlust	266 175	284 974	502 558
+ Abschreibungen	280 000	260 000	274 891
+ Buchwertabgabe des Anlagevermögens	—	—	6 118
+ sonstige Eigenmittel	—	—	—
– Finanzbedarf	146 175	264 974	178 388
Endergebnis: Ablieferung Titel 121 04	400 000	280 000	605 179

09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
– Ernährung und Landwirtschaft –

Wirtschaftsplan der selbstbewirtschafteten Domäne Derneburg,
Landkreis Hildesheim, Regierungsbezirk Hannover
für das Wirtschaftsjahr 2000/2001
(LF 208 ha)

I. Erfolgsplan

	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM		Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM
Umsatzerlöse				Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	530 100	540 800	555 106	Pflanzenproduktion	150 900	167 900	154 299
Tierproduktion	25 000	25 000	25 811	Tierproduktion	3 000	3 000	9 462
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—	Nebenbetriebe, Dienstleistungen	—	—	—
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	1 000	1 000	3 137	Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
Summe Umsatzerlöse	556 100	566 800	584 054	sonstiger Materialaufwand	45 000	42 400	40 348
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	—	—	27	Summe Materialaufwand	198 000	213 300	204 109
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an Tieren	—	—	–4 180	Personalaufwand	252 000	249 000	251 318
andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—	Abschreibungen	94 800	104 800	92 992
sonstige betriebliche Erträge	252 300	269 150	270 193	sonstige betriebliche Aufwendungen			
Betriebliche Erträge	808 400	835 950	850 094	Unterhaltung	67 670	62 000	68 723
				Betriebsversicherungen	15 200	15 700	19 054
				sonstiger Betriebsaufwand	13 000	16 120	16 057
				zeitraumfremde Aufwendungen	10 330	7 200	813
				Summe sonst. betriebl. Aufwendungen	106 200	101 020	104 647
				Betriebliche Aufwendungen	651 000	668 120	653 066
				Betriebsergebnis	157 400	167 830	197 028
				sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8 600	8 600	18 280
				Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	–7 909
				Finanzergebnis	8 600	8 600	10 371
				Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	166 000	176 430	207 399
				sonstige Steuern	–16 200	–16 200	–11 273
				Gewinn/Verlust	149 800	160 230	196 126

Anzahl der Angestellten: 2 davon
1 Teilzeitbeschäftigte (40 %)

Anzahl der Arbeiter: 2 davon
1 Teilzeitbeschäftigte (50 %)

II. Finanzplan

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM	Finanzierung	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	64 600	10 000	49 185	1. Abschreibungen	64 600	85 030	92 992
2. Totes Inventar und zu aktivierende Reparaturen	—	75 030	1 724	2. Betriebserträge	—	—	—
3. Tieranlagevermögen	—	—	—	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	—	—	1
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	—	—	2 900	4. Zuschuss aus Haushaltsmitteln (Titel 682 ..)	—	—	—
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapitalausstattung (Titel 861 ..)	—	—	—
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	—	—	40 000	6. Sonstiges	—	—	816
7. Sonstiges	—	—	—				
Finanzbedarf	64 600	85 030	93 809	Finanzdeckung	64 600	85 030	93 809

Bemerkungen:

Vorgesehen sind:

Zu 1.:

Heizungen

	64 600 DM
Zusammen	64 600 DM

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM
+/- Gewinn/Verlust	149 800	160 230	196 126
+ Abschreibungen	94 800	104 800	92 992
+ Buchwertabgänge des Anlagevermögens	—	—	1
+ sonstige Eigenmittel	—	—	—
– Finanzbedarf	64 600	85 030	93 809
Endergebnis:			
Zuschuss Titel 682 ..—			
Ablieferung Titel 121 05	180 000	180 000	195 310

09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
– Ernährung und Landwirtschaft –

**Wirtschaftsplan der selbstbewirtschafteten Domäne Kloster Appingen,
Landkreis Aurich, Regierungsbezirk Weser-Ems**
für das Wirtschaftsjahr 2000/2001
(LF 170 ha)

I. Erfolgsplan

	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM		Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM
Umsatzerlöse				Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	—	—	—	Pflanzenproduktion	36 000	36 000	34 600
Tierproduktion	792 000	711 500	744 251	Tierproduktion	198 000	173 300	199 599
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	1 002	Nebenbetriebe, Dienstleistungen	—	—	—
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	—	—	—	Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
Summe Umsatzerlöse	792 000	711 500	745 253	sonstiger Materialaufwand	87 000	76 700	81 603
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	—	—	1 200	Summe Materialaufwand	321 000	286 000	315 648
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an Tieren	—	—	3 540	Personalaufwand	295 000	285 000	267 945
andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—	Abschreibungen	90 000	90 000	89 320
sonstige betriebliche Erträge	75 000	78 000	71 366	sonstige betriebliche Aufwendungen			
				Unterhaltung	80 000	60 000	72 268
				Betriebsversicherungen	7 500	7 000	7 384
				sonstiger Betriebsaufwand	55 000	50 900	52 702
				zeitraumfremde Aufwendungen	14 500	10 000	14 890
				Summe sonst. betriebl. Aufwendungen	157 000	127 900	147 244
Betriebliche Erträge	867 000	789 500	821 359	Betriebliche Aufwendungen	863 000	788 900	820 157
				Betriebsergebnis	4 000	600	1 202
				sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	3 364
				Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	–1 800	–1 100
				Finanzergebnis	—	–1 800	2 264
				Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4 000	–1 200	3 466
				sonstige Steuern	–4 000	–3 800	–3 543
				Gewinn/Verlust	—	–5 000	–77

Anzahl der Angestellten: 2 davon
1 Teilzeitbeschäftigte

Anzahl der Arbeiter: 3

einschl. Sockelbetrag Uni Göttingen (50 000 DM)

II. Finanzplan

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM	Finanzierung	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	80 000	70 000	37 476	1. Abschreibungen	90 000	85 000	89 243
2. Totes Inventar und zu aktivierende Reparaturen	10 000	5 000	37 303	2. Betriebserträge	—	—	—
3. Tieranlagevermögen	—	—	3 540	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	—	—	—
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	—	—	10 751	4. Zuschuss aus Haushaltsmitteln (Titel 682 ..)	—	—	—
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapitalausstattung (Titel 861 ..)	—	—	—
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	—	10 000	173	6. Sonstiges	—	—	—
7. Sonstiges	—	—	—				
Finanzbedarf	90 000	85 000	89 243	Finanzdeckung	90 000	85 000	89 243

Bemerkungen:

Vorgesehen sind:

Zu 1.:

Einrichtung eines Jungvieh- und Kälberstalles
(2. Bauabschnitt), Gesamtkosten rd. 125 000 DM) 80 000 DM

Zu 2.:

Güllepumpe 8 000 DM
Kleingeräte 2 000 DM

Zusammen 90 000 DM

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM
+/- Gewinn/Verlust	—	– 5 000	– 77
+ Abschreibungen	90 000	90 000	89 320
+ Buchwertabgänge des Anlagevermögens	—	—	—
+ sonstige Eigenmittel	—	—	—
– Finanzbedarf	90 000	85 000	89 243
Endergebnis:			
Zuschuss Titel 682 02	—	—	—
Ablieferung Titel 121 06	—	—	—

09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
– Ernährung und Landwirtschaft –

**Wirtschaftsplan der selbstbewirtschafteten Domäne Hollanderhof,
Landkreis Cuxhaven, Regierungsbezirk Lüneburg
für das Wirtschaftsjahr 2000/2001
(LF 150 ha)**

I. Erfolgsplan

	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM		Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM
Umsatzerlöse				Materialaufwand			
Pflanzenproduktion	203 700	205 600	170 995	Pflanzenproduktion	23 500	26 000	26 210
Tierproduktion	137 500	162 400	128 261	Tierproduktion	77 800	66 800	64 637
Forstwirtschaft, Jagd	—	—	1 454	Nebenbetriebe, Dienstleistungen	—	—	—
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	6 000	15 000	12 137	Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
Summe Umsatzerlöse	347 200	383 000	312 847	sonstiger Materialaufwand	43 000	39 500	35 319
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	—	—	–19 454	Summe Materialaufwand	144 300	132 300	126 166
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an Tieren	—	—	3 550	Personalaufwand	193 000	198 000	194 035
andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—	Abschreibungen	51 700	54 100	55 690
sonstige betriebliche Erträge	113 100	97 000	99 590	sonstige betriebliche Aufwendungen			
Betriebliche Erträge	460 300	480 000	396 533	Unterhaltung	44 000	46 500	65 954
				Betriebsversicherungen	11 000	11 500	10 560
				sonstiger Betriebsaufwand	32 000	35 500	36 374
				zeitraumfremde Aufwendungen	8 000	10 400	25 888
				Summe sonst. betriebl. Aufwendungen	95 000	103 900	138 776
				Betriebliche Aufwendungen	484 000	488 300	514 667
				Betriebsergebnis	–23 700	–8 300	–118 134
				sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	20
				Zinsen und ähnliche Aufwendungen	—	—	–120
				Finanzergebnis	—	—	–100
				Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	–23 700	–8 300	–118 234
				sonstige Steuern	–6 000	–6 000	–5 273
				Gewinn/Verlust	–29 700	–14 300	–123 507

Anzahl der Angestellten: 2 davon
1 Teilzeitbeschäftigte (30 %)

Anzahl der Arbeiter: 1

II. Finanzplan

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM	Finanzierung	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	—	—	—	1. Abschreibungen	50 000	54 100	2 192
2. Totes Inventar einschl. zu aktivierende Reparaturen	42 000	69 800	7 014	2. Betriebserträge	—	—	—
3. Tieranlagevermögen	—	—	—	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	—	—	—
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	—	—	-4 822	4. Zuschuss aus Haushaltsmitteln (Titel 682 01)	—	15 700	—
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapitalausstattung (Titel 861 ..)	—	—	—
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	—	—	—	6. Sonstiges	—	—	—
7. Sonstiges	—	—	—				
Finanzbedarf	42 000	69 800	2 192	Finanzdeckung	50 000	69 800	2 192

Bemerkungen:

Vorgesehen sind:

Zu 2.:

Ersatzbeschaffung für Hof- u. Feldwirtschaft	37 000 DM
Geringwertige Wirtschaftsgüter	5 000 DM
Zusammen	42 000 DM

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM
+/- Gewinn/Verlust	-29 700	-14 300	-123 507
+ Abschreibungen	51 700	54 100	55 690
+ Buchwertabgänge des Anlagevermögens	—	—	2
+ sonstige Eigenmittel	—	—	—
- Finanzbedarf	42 000	69 800	2 192
Endergebnis:			
Zuschuss Titel 682 01	-20 000	-30 000	-70 007

09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
– Ernährung und Landwirtschaft –

Wirtschaftsplan des Nieders. Hengstauzuchtgestüts Hunnesrück,
Landkreis Northeim, Regierungsbezirk Braunschweig
für das Wirtschaftsjahr 2000/2001
(LF 502,84 ha)

I. Erfolgsplan

	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM		Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM
Umsatzerlöse				Materialaufwand			
Obstbau	—	—	—	Pflanzenproduktion	278 000	270 000	257 232,14
Pflanzenproduktion	1 057 000	1 050 000	862 805,88	Tierproduktion	455 000	455 000	414 593,07
Tierproduktion	731 000	750 000	780 308,11	Nebenbetriebe, Dienstleistungen	—	—	—
Forstwirtschaft, Jagd	5 000	5 000	5 085,55	Forstwirtschaft, Jagd	—	—	—
Nebenbetriebe, Dienstleistungen	—	—	—	sonstiger Materialaufwand	125 000	133 000	152 235,78
Lohnarbeit, Maschinenmiete	150 000	130 000	141 375,95	Summe Materialaufwand	858 000	858 000	824 060,99
Summe Umsatzerlöse	1 943 000	1 935 000	1 789 575,49	Personalaufwand	580 000	590 000	580 085,64
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	—	—	48 914,67	Abschreibungen	190 000	210 000	189 237,62
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an Tieren	—	—	–83 377,68	sonstige betriebliche Aufwendungen			
andere aktivierte Eigenleistungen	—	—	—	Unterhaltung	180 000	120 000	141 211,12
sonstige betriebliche Erträge	—	—	12 217,95	Betriebsversicherungen	50 000	50 000	41 415,81
Preisausgleich	224 000	200 000	192 005,31	sonstiger Betriebsaufwand	33 000	33 000	53 298,28
Pachten, Mieten	140 000	150 000	160 192,40	zeitraumfremde Aufwendungen (Vorsteuer)	33 000	36 000	41 517,84
Abgang Maschinen	40 000	35 000	33 495,01	Summe sonst. betriebl. Aufwendungen	296 000	239 000	277 443,05
Betriebliche Erträge	2 347 000	2 320 000	2 153 023,15	außerordentliche Aufwendungen	—	—	300,00
				Betriebliche Aufwendungen	1 924 000	1 897 000	1 871 127,30
				Betriebsergebnis	423 000	423 000	281 895,85
				sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	—	—	133,70
				Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2 000	2 000	2 025,00
				Finanzergebnis	–2 000	–2 000	–1 891,30
				Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	421 000	421 000	280 004,55
				außerordentliche Aufwendungen	—	—	—
				sonstige Steuern (Grundsteuer)	21 000	21 000	21 303,53
				Gewinn/Verlust	400 000	400 000	258 701,02

Bemerkungen:

Personalaufwand – vorgesehen sind

a) Angestellte

b) Lohnempfänger

Zu a)

1 Wirtschaftsleiter

0,75 Büroangestellte

Zu b)

2 Viehpfleger

1 Gutshandwerker

3 Schlepperfahrer

2 Auszubildende

II. Finanzplan

Maßnahmen	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM	Finanzierung	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM
1. Neubauten und zu aktivierende Baumaßnahmen	—	60 000	2 882,36	1. Abschreibungen	190 000	210 000	189 237,62
2. Totes Inventar einschl. zu aktivierende Reparaturen	190 000	150 000	201 691,26	2. Betriebserträge	—	—	12 663,50
3. Tieranlagevermögen	—	—	—	3. Buchwertabgänge Anlagevermögen	—	—	4 610,26
4. Finanzanlagen/Beteiligungen	—	—	9 475,00	4. Zuschuss aus Haushaltsmitteln (Titel 682 ..)	—	—	—
5. Tilgung von Darlehen	—	—	—	5. Rückzahlbare Kapitalausstattung (Titel 861 ..)	—	—	—
6. Aufstockung des Finanzumlaufvermögens	—	—	—	6. Sonstiges	—	—	7 537,24
7. Sonstiges	—	—	—				
Finanzbedarf	190 000	210 000	214 048,62	Finanzdeckung	190 000	210 000	214 048,62

Bemerkungen:

Vorgesehen sind:

a) Abschluss des Einbaus der Fördergeräte in der Siloanlage	15 000 DM
b) Anschaffung eines Sähkompaktors zur Rübenbestellung	20 000 DM
c) Anschaffung eines Schleppers ca. 190 PS	150 000 DM
d) Anschaffung eines Solariums zur Pferdepflege	5 000 DM
Zusammen	190 000 DM

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

	Ansatz Wj. 2000/2001 DM	Ansatz Wj. 1999/2000 DM	Ist Wj. 1998/1999 DM
+/- Gewinn/Verlust	400 000	400 000	258 701,02
+ Abschreibungen	190 000	210 000	189 237,62
+ Buchwertabgänge des Anlagevermögens	—	—	17 249,76
+ sonstige Eigenmittel	—	—	—
– Finanzbedarf	–190 000	–210 000	–214 048,62
Endergebnis:			
Zuschuss Titel 682 ..	—	—	—
Ablieferung Titel 121 ..	400 000	400 000	251 139,78

Wirtschaftsplan der Hengstparade für das Hj. 2001

I. Erfolgsplan

	Aufwendungen				Erträge		
	Ansatz 2001	Ansatz 2000	Ist 1999		Ansatz 2001	Ansatz 2000	Ist 1999
1. Personalkosten	195 000	200 000	192 177	1. Eintrittskarten- und Programmverkauf	1 350 000	1 312 000	1 363 615
2. Personalkosten Turniersportteilnahme	5 000	5 000	—	2. Standgelder	8 000	8 000	8 157
3. Dienstleistungen Außenstehender	110 000	90 000	108 950	3. Vermischte Einnahmen	77 000	40 000	88 036
4. Geschäftsbedarf einschl. Werbung	190 000	130 000	217 222				
5. Post- und Fernmeldegebühren	50 000	50 000	53 497				
6. Mieten	300 000	280 000	298 618				
7. Unterhaltung des Paradeplatzes	20 000	30 000	16 524				
8. Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	33 000	29 000	33 322				
9. Nicht aufteilbarer sonstiger Aufwand	50 000	56 000	44 420				
10. Steuern	10 000	25 000	6 318				
11. Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Landgestüt (09 50 – 271 01)	62 000	55 000	63 565				
Summe der Aufwendungen	1 025 000	950 000	1 034 613	Summe der Einnahmen	1 435 000	1 360 000	1 459 808

III. Haushaltsmäßiges Ergebnis

			Ansatz 2001	Ansatz 2000	Ist 1999
Erträge			1 435 000	1 360 000	1 459 808
Aufwendungen			1 025 000	950 000	1 034 613
+/- Endergebnis:			410 000	410 000	425 195
Ablieferung			—	—	—
Zuschuss			—	—	—

09 50 – 121 03
 09 50 – 682 03

Einzelplan 09

Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

– Ernährung und Landwirtschaft –

Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

für das

Haushaltsjahr 2001

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Planmäßige Beamte/-innen				1) Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 LBesO.
				2) kw.
				3) Ein/Eine Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
				4) 1 Stelle der Bes.-Gr. A 13 oder A 14 darf nur mit einem/einer Veterinärbeamten/-in besetzt werden, der/die von vornherein für längstens 5 Jahre im Ministerium als Referent/-in beschäftigt werden soll.
				5) 1 Stelle kw nach dem 31. 12. 2002 (für die Tier-schutzbeauftragte/den Tierschutzbeauftragten) infolge ZV bis 2003 (2003).
				6) 1 Stelle kw zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2002).
B 9 ¹⁾	1	1	Feste Gehälter:	
B 6	4	4	Staatssekretär/-in	
B 3	4	4	Ministerialdirigent/-in	
B 2	12	12	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin	
			Ministerialrat/-rätin	
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16 ⁵⁾	17	17	Ministerialrat/-rätin	
A 15	17	16	Direktor/-in	
A 14 ⁴⁾	10	9	Oberrat/-rätin	
A 13 ⁴⁾	3	4	Rat/Rätin	
A 13	23	23	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	25	24	Amtsrat/-rätin	
A 11 ⁶⁾	14	14	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	7	6	Oberinspektor/-in	
A 9	4	6	Inspektor/-in	
A 9 ³⁾	2	1	Amtsinspektor/-in	
A 8	1	2	Hauptsekretär/-in	
	144	143	Zusammen	
			Stellen zu Titel 422 31:	
B 3	2	2	Ltd. Ministerialrat/-rätin	
B 2	2	2	Ministerialrat/-rätin	
A 16	1	1	Ministerialrat/-rätin	
A 13	6	6	Oberamtsrat/-rätin	
A 9	1	1	Amtsinspektor/-in	
	12	12	Zusammen	
			Leerstellen:	
B 2 ²⁾	1	1	Ministerialrat/-rätin	
A 15 ²⁾	1	1	Direktor/-in	
A 14 ²⁾	2	2	Oberrat/-rätin	
A 13 ²⁾	1	1	Rat/Rätin	
A 13 ²⁾	1	1	Oberamtsrat/-rätin	
A 12 ²⁾	3	3	Amtsrat/-rätin	
A 9 ²⁾	1	1	Amtsinspektor/-in	
	10	10	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Beamte

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15		
– Direktor/-in –	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 04 01
Bes.-Gr. A 14		
– Oberrat/-rätin –	1	infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 09 10
Bes.-Gr. A 12	1	
– Amtsrat/-rätin –	1	
Bes.-Gr. A 10	1	
– Oberinspektor/-in –	1	
Bes.-Gr. A 9		
– Amtsinspektor/-in –	1	infolge Umsetzung gemäß § 50 LHO von Kapitel 10 04
Zusammen	5	
Abgänge:		
Bes.-Gr. A 13		
– Rat/Rätin –	1	infolge Stelleneinsparung 1998 gemäß § 9 HG
Bes.-Gr. A 9		
– Inspektor/-in –	2	davon
		1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 09 10
		1 infolge Vollzug des kw-Vermerks
Bes.-Gr. A 8		
– Hauptsekretär/-in –	1	infolge Umsetzung gemäß § 50 LHO nach Kapitel 10 04
Zusammen	4	
Bleibt Zugang	1	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 3 und 5 sind neu gefasst worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 6 ist gestrichen worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 7 ist als Haushaltsvermerk Nr. 6 neu gefasst worden.

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Beamtete Hilfskräfte				
A 14	2	2	Oberrat/-rätin	1) Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.
	2	2	Zusammen	
Angestellte				
I (übertariflich)	1	1		Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/ des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen sind für die Dauer ihrer Vorzimmer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.
I a	1	1		
III	4	4		Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.
IV a	3	3		
IV b ¹⁾	3	1		Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
V b ⁴⁾	5	7		
V c	10	9		2) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.
VI b ¹⁾	21	22		
VII	2	2		3) kw.
VIII	2	3		
IX b–VII ²⁾ 5)	17	18		4) 1 Stelle kw mit Ablauf des 30. 4. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001).
	69	71	Zusammen	
IX b–VII ³⁾	3	5	Leerstellen: Schreib- und Fernschreibdienst	5) 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2003).
	3	5	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	2	infolge Umsetzung der ersten Vorzimmerkräfte aus Verg.-Gr. V b wegen Eingruppierung in Verg.-Gr. IV b
Verg.-Gr. IX b–VII	1	nach sechsjähriger Bewährung infolge Umsetzung der 2. Vorzimmerkraft des Staatssekretärs aus Verg.-Gr. VI b
Zusammen	3	
Abgänge:		
Verg.-Gr. V b	2	infolge Umsetzung der ersten Vorzimmerkräfte nach Verg.-Gr. IV b
Verg.-Gr. VI b	1	infolge Umsetzung der 2. Vorzimmerkraft des Staatssekretärs nach Verg.-Gr. IX b–VII
Verg.-Gr. VIII	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks
Verg.-Gr. IX b–VII	1	infolge Stelleneinsparung 1998
Zusammen	5	
Bleibt Abgang	2	

Anderweitige Einstufung von Stellen gemäß Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000:

Verg.-Gr. V c	1	von Verg.-Gr. VI b
Verg.-Gr. VI b	1	von Verg.-Gr. IX b–VII

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 3 ist gestrichen worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 4 ist neu Haushaltsvermerk Nr. 3.
Der Haushaltsvermerk Nr. 5 ist gestrichen worden.

Stellen zu 425 31:

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. IX b–VII	1	infolge Rentenbezugs

Leerstellen:

Abgang:		
Verg.-Gr. IX b–VII	2	teilweiser Vollzug des Haushaltsvermerks

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ernährung und Landwirtschaft –
 Kapitel 09 01 Ministerium

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) 2 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2002).
	2001	2000		
Arbeiter/-innen				
4	6	5		
2 a ¹⁾	5	6		
1	—	1		
	11	13	Zusammen	
Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen				

Arbeiter/-innen

Abgänge:	Stellen	
Lohn-Gr. 2 a	1	infolge Stelleneinsparung gem. ZV für 2001
Lohn-Gr. 1	1	Einsparung für eine Maßnahme gem. Nr. 2/7 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen:
 Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist neu gefasst worden.

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ernährung und Landwirtschaft –
Kapitel 09 05 Ernährung und Vermarktung

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen¹⁾			¹⁾ Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 09 05, 09 10, 09 30 und 09 31 gegenseitig in Anspruch genommen werden. ²⁾ 1 Stelle kw zum 30. 11. 2006.
A 15	4	4	Aufsteigende Gehälter:
A 14	3	2	Direktor/-in
A 13	1	2	Oberrat/-rätin
A 12	—	1	Rat/Rätin
A 11	1	1	Amtsrat/-rätin
			Amtmann/-männin/-frau
	9	10	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Die ausgebrachten Stellen verteilen sich auf die Bezirksregierungen.

Beamte

Zugänge:	Stellen
Bes.-Gr. A 14	
– Oberrat/-rätin –	1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 09 10
Zusammen	1

Abgänge:	Stellen
Bes.-Gr. A 13	
– Rat/Rätin –	1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 09 10
Bes.-Gr. A 12	
– Amtsrat/-rätin –	1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 10 04
Zusammen	2
Bleibt Abgang	1
Sonstige Veränderungen:	
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist neu gefasst worden.	
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist neu ausgebracht worden.	

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte¹⁾			¹⁾ Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 09 05, 09 10, 09 30 und 09 31 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
IV a	9	9	
IV b	34	34	
	43	43	Zusammen
			Stellen zu 425 31:
IV b	—	1	
V b	—	1	
			Leerstellen:
IV a	1	1	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Die ausgebrachten Stellen verteilen sich auf die Bezirksregierungen.

Sonstige Veränderungen:

Stellen zu Titel 425 31:

Abgänge:	Stellen
Verg.-Gr. IV b	1
Verg.-Gr. V b	1
	infolge Rentenbezugs
Zusammen	2

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist neu gefasst worden.

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ernährung und Landwirtschaft –
Kapitel 09 10 Agrarstrukturverwaltung

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen⁹⁾			¹⁾ 14 Stellen kw zum 31. 12. 2002.
A 16	12	12	⁴⁾ 1 Stelle kw (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998).
A 15	18	18	⁵⁾ Ein/Eine Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszu-
A 14	37	39	lage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
A 13	18	19	⁶⁾ kw.
A 13 ⁸⁾	21	21	⁸⁾ Ein/Eine Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszu-
A 12	55	55	lage gem. Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.
A 11	85	86	⁹⁾ Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 09 05,
A 10 ¹⁾ ¹⁰⁾	73	73	09 10, 09 30 und 09 31 gegenseitig in Anspruch
A 9	25	24	genommen werden.
A 9 ⁵⁾	10	10	¹⁰⁾ 1 Stelle kw zum 31. 12. 2001.
A 8	24	22	
A 7	24	24	
A 6 ⁴⁾	7	7	
	409	410	
Planstellen insgesamt			
Stellen zu 422 31:			
A 16	2	2	
A 15	2	2	
A 13	7	7	
A 12	2	2	
	13	13	
Stellen insgesamt			
Leerstellen:			
A 13 ⁶⁾	1	1	
A 11 ⁶⁾	3	4	
A 10 ⁶⁾	3	2	
A 9 ⁶⁾	5	3	
A 7 ⁶⁾	2	2	
	14	12	
Leerstellen insgesamt			

Von den planmäßigen Beamten/innen entfallen auf die Sonderlaufbahn „technischer Dienst“:

Bes.-Gr.	höherer Dienst		Bes.-Gr.	gehobener Dienst		Bes.-Gr.	mittlerer Dienst	
	2001	2000		2001	2000		2001	2000
A 16	6	6	A 13	15	15	A 9	8	8
A 15	13	13	A 12	42	43	A 8	18	16
A 14	20	21	A 11	56	57	A 7	21	21
A 13	10	9	A 10	26	27	A 6	6	6
Insges.	49	49		139	142		53	51

Erläuterungen zum Stellenplan

Die ausgebrachten Planstellen verteilen sich auf:

Bezirksregierungen 29
Ämter für Agrarstruktur: 380

Zugänge:	Stellen
Bes.-Gr. A 13 – Rat/Rätin –	1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 09 05
Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –	1 infolge Umwandlung gem. Ziff. 2 Abs. 5 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000 von Bes.-Gr. A 13 – Rat/Rätin –
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor-in –	1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 10 04 (bei Kapitel 10 04 bereits im HP 1999/2000 vollzogen)
Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –	1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 09 01
Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in –	2 infolge Umwandlung von Verg.-Gr. V c
Zusammen	6
Abgänge:	Stellen
Bes.-Gr. A 14 – Oberrat/-rätin –	2 davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 09 05 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 09 01
Bes.-Gr. A 13 – Rat/Rätin –	2 1 infolge Umwandlung gem. Ziff. 2 Abs. 5 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000 nach Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin – 1 infolge Stelleneinsparung gem. ZV für 2001
Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –	1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 09 01
Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-frau –	1 infolge Stelleneinsparung gem. ZV für 2001
Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –	1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 09 01
Zusammen	7
Bleibt Abgang	1

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist gestrichen worden (kw-Vermerke
jetzt bei Verg.-Gr. VII ausgebracht).
Der Haushaltsvermerk Nr. 4 ist ergänzt worden.
Im Haushaltsvermerk Nr. 5 ist numehr statt der Fußnote 4 richtig
die Fußnote 3 ausgebracht worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 9 ist neu gefasst worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 10 ist neu ausgebracht worden.

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke	
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung		
	2001	2000			
Beamtete Hilfskräfte¹⁰⁾					
A 13	—	1	Assessor/-in	¹⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.	
A 10	5	5	Oberinspektor/-in z. A.	³⁾ kw.	
A 9	4	4	Inspektor/-in z. A.	⁵⁾ Je 1 Stelle kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers.	
A 6	3	3	Sekretär/-in z. A.	⁹⁾ kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers zum 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2002).	
	12	13	Zusammen	¹⁰⁾ Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 09 05, 09 10, 09 30 und 09 31 gegenseitig in Anspruch genommen werden.	
Angestellte¹⁰⁾					
I a	1	—		¹²⁾ 1 Stelle kw (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998).	
II a	—	1		¹³⁾ 5 Stellen kw zum 31. 12. 2002.	
III	17	18		¹⁴⁾ 1 Stelle kw (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998).	
IV a	128	129		¹⁵⁾ 1 Stelle darf auf Dauer nur zu ³ / ₄ besetzt werden.	
IV b	29	27		¹⁶⁾ 1 Stelle darf auf Dauer nur zur Hälfte besetzt werden.	
V b ¹²⁾	17	17		¹⁷⁾ 1 Stelle darf auf Dauer nur zur Hälfte besetzt werden.	
V c ⁵⁾²⁰⁾	104	110		¹⁸⁾ 1 Stelle darf auf Dauer nur zu ¹ / ₄ besetzt werden.	
VI b ¹³⁾	87	87		¹⁹⁾ 1 Stelle wird zur Hälfte bei Kapitel 09 01 genutzt.	
VII ⁵⁾¹⁸⁾¹⁹⁾²¹⁾	86	84		²⁰⁾ 1 Stelle darf auf Dauer nur zur Hälfte besetzt werden (Einsparung 1998).	
VIII ¹⁴⁾¹⁷⁾	31	36		²¹⁾ 11 Stellen kw; davon	
IX b ⁹⁾	1	2		2 Stellen kw zum 31. 12. 2001,	
IX b–VII ¹⁾¹⁵⁾¹⁶⁾	36	36		2 Stellen kw zum 31. 12. 2002,	
	537	547	Zusammen	2 Stellen kw zum 31. 12. 2004	
Leerstellen					3 Stellen kw zum 31. 12. 2005,
IV a ³⁾	2	2		2 Stellen kw zum 31. 12. 2006.	
IV b ³⁾	—	1			
V b ³⁾	2	2			
V c ³⁾	5	4			
VI b ³⁾	9	8			
VII ³⁾	11	12			
VIII ³⁾	6	5			
IX b–VII ³⁾	4	3			
	39	37	Zusammen		

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Beamtete Hilfskräfte

Die ausgebrachten Planstellen verteilen sich auf:

Bezirksregierungen	—
Ämter für Agrarstruktur:	12

Angestellte

Die ausgebrachten Planstellen verteilen sich auf:

Bezirksregierungen	11
Ämter für Agrarstruktur:	526

Beamtete Hilfskräfte

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13		
– Assessor/-in –	1	infolge Stelleneinsparung 1998
Zusammen	1	

Angestellte

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. V b	1	infolge Stelleneinsparung gem. ZV 2001
Verg.-Gr. V c	5	davon
		3 infolge Stelleneinsparung 1998
		2 infolge Umwandlung nach Bes.-Gr. A 8
Verg.-Gr. VIII	3	infolge Stelleneinsparung 1998
Verg.-Gr. IX b	1	infolge Stelleneinsparung 1998
Zusammen	10	

Anderweitige Einstufung von Stellen gemäß Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000:

Verg.-Gr. I a	1	von Verg.-Gr. II a
Verg.-Gr. III	– 1	nach Verg.-Gr. IV a
Verg.-Gr. IV a	– 1	von Verg.-Gr. III 1 Stelle
Verg.-Gr. IV b	2	nach Verg.-Gr. IV b 2 Stellen
Verg.-Gr. V b	1	von Verg.-Gr. V b 1 Stelle,
		nach Verg.-Gr. V b 1 Stelle,
		von Verg.-Gr. IV a 2 Stellen
Verg.-Gr. V c	– 1	von Verg.-Gr. V c 1 Stelle,
Verg.-Gr. VI b	—	von Verg.-Gr. IV b 1 Stelle,
		nach Verg.-Gr. IV b 1 Stelle
Verg.-Gr. VII	2	nach Verg.-Gr. V b
Verg.-Gr. VIII	– 2	von Verg.-Gr. VIII 1 Stelle,
		von Verg.-Gr. VI b 1 Stelle,
		nach Verg.-Gr. VI b 1 Stelle,
		nach Verg.-Gr. VII 1 Stelle

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist gestrichen worden (4 kw-Vermerke – jetzt bei Verg.-Gr. VII ausgebracht).
Der Haushaltsvermerk Nr. 6 ist gestrichen worden.
Der Haushaltsvermerk 9 ist ergänzt worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 10 ist neu gefasst worden.
Die Haushaltsvermerke Nr. 20, 21 und 22 sind neu ausgebracht worden.

Stellen zu 425 31:

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. IV b	4	
Verg.-Gr. V b	1	
Verg.-Gr. V c	1	
Verg.-Gr. VI b	7	
Verg.-Gr. VII	5	
Verg.-Gr. VIII	2	
Verg.-Gr. IX b	1	
		infolge Rentenbezugs

Zusammen 21

Leerstellen:

Zugänge:		
Verg.-Gr. V c	1	
Verg.-Gr. VI b	1	
Verg.-Gr. VIII	1	
Verg.-Gr. IX b–VII	1	
		neu ausgebracht wegen Gewährung von Erziehungsurlaub
Zusammen	4	

Abgänge:		
Verg.-Gr. IV b	1	Vollzug des Haushaltsvermerks
Verg.-Gr. VII	1	teilweiser Vollzug des Haushaltsvermerks

Zusammen 2
Bleibt Zugang 2

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ernährung und Landwirtschaft –
Kapitel 09 10 Agrarstrukturverwaltung

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) 1 Stelle kw nach Ausscheiden des Stelleninhabers der Lohnkostenzuschussmaßnahme.
	2001	2000		
Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst				
A 13	26	26	Referendar/-in	
A 9	4	8	Inspektor/-in-Anwärter/-in	
	30	34	Zusammen	
Arbeiter/-innen				
6	1	1		
5	1	1		
4	32	33		
2 a ¹⁾	4	4		
1	—	1		
	38	40	Zusammen	
Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen				

Abgänge: Stellen
Bes.-Gr. A 9
– Inspektor/-in-
Anwärter/-in – 4 infolge Stelleneinsparung 1998
Lohn-Gr. 1 1 infolge Stelleneinsparung 1998
Lohn-Gr. 4 1 infolge Stelleneinsparung gem. ZV
für 2001 (Stellenabgänge 1999)

Zusammen 6

Sonstige Veränderungen:
Stellen zu 426 31:
Abgänge
Lohn-Gr. 4 3 infolge Rentenbezugs

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ernährung und Landwirtschaft –
Kapitel 09 30 Domänenverwaltung

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		1) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 09 05, 09 10, 09 30 und 09 31 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
	2001	2000	

Planmäßige Beamte/-innen¹⁾

A 14	2	2	Aufsteigende Gehälter:
A 12	1	1	Oberrat/-rätin
A 11	4	4	Amtsrat/-rätin
A 10	2	2	Amtmann/-männin/-frau
			Oberinspektor/-in
	9	9	Planstellen insgesamt
Stellen zu 422 31:			
A 14	1	1	Oberrat/-rätin
A 11	—	1	Amtmann/-männin/-frau
A 8	1	1	Hauptsekretär/-in
	2	3	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Zu 422 31:

Abgang: Stellen
Bes.-Gr. A 11 1 infolge Versetzung des Stelleninhabers in den Ruhestand

Die ausgebrachten Planstellen verteilen sich auf die Ortsinstanz.
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde neu ausgebracht.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		1) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen. 2) 1 Stelle kw zum 31. 12. 2001. 3) 1 Stelle darf auf Dauer nur zur Hälfte besetzt werden (Domänenamt Norden). 4) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 09 05, 09 10, 09 30 und 09 31 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
	2001	2000	

Angestellte

V b	6	6	Verwaltungsdienst
V c ²⁾	4	4	
VI b	1	1	
VII	3	4	
IX b–VII ¹⁾ 3)	3	3	Schreib- und Fernschreibdienst
IV a	1	1	Technischer Dienst
V c	1	1	
	19	20	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Die ausgebrachten Planstellen verteilen sich auf die Ortsinstanz.
Die Haushaltsvermerke Nr. 3 und 4 wurden neu ausgebracht.

Abgang: Stellen
Verg.-Gr. VII 1 infolge Stelleneinsparung 1998

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ernährung und Landwirtschaft –
Kapitel 09 31 Moorverwaltung

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		1) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 09 05, 09 10, 09 30 und 09 31 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
	2001	2000	

Planmäßige Beamte/-innen¹⁾

A 11	1	1	Aufsteigende Gehälter: Regierungsamtmann/-männin/-frau

Erläuterungen zum Stellenplan

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde neu ausgebracht.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		1) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen. 2) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 09 05, 09 10, 09 30 und 09 31 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
	2001	2000	

Angestellte²⁾

V b	1	1	Verwaltungsdienst
V c	1	1	
VI b	1	1	
VII	1	1	
IX b–VII ¹⁾	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst
I b	1	1	Technischer Dienst
IV a	1	1	
IV b	2	2	
V c	1	1	
	10	10	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Der Haushaltsvermerk Nr. 2 wurde neu ausgebracht.

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ernährung und Landwirtschaft –
Kapitel 09 40 Verwaltung des Veterinärwesens und der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 09 40 und Kapitel 09 41 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
	2001	2000		

Erläuterungen zum Stellenplan

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde aus verwaltungsökonomischen Gründen redaktionell angepasst.

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 09 40 und Kapitel 09 41 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
	2001	2000		
Angestellte ¹⁾				
I b	1	1	Tierärztlicher Dienst	
II a	2	2	Technischer Dienst	
IV a	1	1		
IV b	2	2		
VII	1	1		
	7	7	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde aus verwaltungsökonomischen Gründen redaktionell angepasst.

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 09 40 und Kapitel 09 41 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
	2001	2000		
Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst ¹⁾				
A 13	22	22	Referendar/-in	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde aus verwaltungsökonomischen Gründen redaktionell angepasst.

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ernährung und Landwirtschaft –
Kapitel 09 41 Untersuchungsämter

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	2) Die Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zu Bes.-Gr. A 9 BBesO. 3) kw 4) Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 09 40 und Kapitel 09 41 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
	2001	2000		
Planmäßige Beamte/-innen⁴⁾				
			Aufsteigende Gehälter:	
A 16	2	2	Leitende(r) Direktor/-in	
A 15	14	14	Direktor/-in	
A 14	41	41	Oberrat/-rätin	
A 13	40	40	Rat/Rätin	
A 12	2	2	Amtsrat/-rätin	
A 9 ²⁾	2	2	Amtsinspektor/-in	
	101	101	Zusammen	
			Leerstellen:	
A 14 ³⁾	1	1	Oberrat/-rätin	
A 13 ³⁾	4	4	Rat/Rätin	
	5	5	Zusammen	

²⁾ Die Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zu Bes.-Gr. A 9 BBesO.

³⁾ kw

⁴⁾ Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 09 40 und Kapitel 09 41 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den planmäßigen Beamten/innen entfallen auf die Sonderlaufbahn „technischer Dienst“:

Bes.-Gr.	gehobener Dienst	
	2001	2000
A 12	2	2

Der Haushaltsvermerk Nr. 4 wurde aus verwaltungsökonomischen Gründen redaktionell angepasst.

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
			Angestellte⁷⁾	
V b	5	5	Verwaltungsdienst	¹⁾ Eine Stelle darf zur Hälfte für eine Angestellte/einen Angestellten in Anspruch genommen werden, die/der der Funktion Schreib- und Fernschreibdienst zuzuordnen ist.
V c	3	2		²⁾ kw
VI b	2	3		³⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.
VII ¹³⁾	10	10		⁴⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. VIII (Fallgruppe 4) und VII (Fallgruppe 4) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.
VIII ¹⁾ 13)	7	6		⁵⁾ 1 Stelle darf mit Halbtagskräften im Schreibdienst besetzt werden, die unter die Fallgruppe 4 der Verg.-Gr. VIII fallen.
VIII/VII ⁴⁾	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst	⁷⁾ Bei Bedarf können die Stellen bei Kapitel 09 40 und Kapitel 09 41 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
IX b–VII ³⁾ 5)13)	17	17		⁸⁾ 3 Stellen ku nach Verg.-Gr. V c nach Ausscheiden der Stelleninhaber, davon: 2 im LUA Braunschweig und 1 im BUA Lüneburg.
I b ¹²⁾	1	1	Technischer Dienst/	¹²⁾ 1 Stelle ku in eine Halbtagsstelle.
II a	2	1	Ärztlicher Dienst/	¹³⁾ Folgende Stellen dürfen nur anteilig besetzt werden: halbtags: 1 Stelle IX b–VII im BUA Lüneburg 1 Stelle VI b (TD) im BUA Lüneburg (siehe auch Nr. 9) 1 Stelle VI b (TD) im LUA Braunschweig 2 Stellen VIII (VD) im LUA Braunschweig 1 Stelle VII (VD) im LUA Braunschweig 1 Stelle V c (TD) im LUA Braunschweig 3 Stellen V c (TD) im VUA Oldenburg 1 Stelle VI b (TD) im VUA Oldenburg 1 Stelle IX b–VII im VUA Oldenburg. zu einem Viertel: 1 Stelle V c (TD) im VUA Oldenburg.
IV b	7	8	Sonstiger Dienst	¹⁴⁾ 1 Stelle darf im VUA Hannover zur Hälfte nur bis Verg.-Gr. VII besetzt werden.
V b ⁸⁾ 14)	52	53		¹⁵⁾ 1 Stelle VI b (TD) kw zum 28. 2. 2001 infolge Zielvereinbarung bis 2003 (2001).
V c ¹³⁾ 17)	104	103		¹⁶⁾ 1 Stelle VII (TD) kw zum 30. 11. 2002 infolge Zielvereinbarung bis 2003 (2002).
VI b ¹³⁾ 15)	56	54		¹⁷⁾ 1 Stelle V c (TD) kw zum 31. 8. 2003, 1 Stelle VII (TD) kw zum 30. 9. 2003 infolge Zielvereinbarung bis 2003 (2003).
VII ¹⁶⁾ 17)	14	17		
VIII	3	3		
IV a	2	2	Datenverarbeitung	
IV b	3	3		
VII	2	2		
I b	4	4	Tierärztlicher Dienst	
II a	6	6		
	301	301	Zusammen	
			Leerstellen:	
VII ²⁾	1	1	Verwaltungsstellen	
V c ²⁾	1	1		
IX b–VII ²⁾	2	2	Schreib- und Fernschreibdienst	
V b ²⁾	1	1	Technischer Dienst	
V c ²⁾	8	8		
VI b ²⁾	6	6		
VII ²⁾	3	3		
IV b ²⁾	1	1	Datenverarbeitung	
	23	23	Zusammen	

 Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. V c (VD)	1	Hebung von Verg.-Gr. VI b (VD) durch Senkung von Verg.-Gr. IV b (TD) nach Verg.-Gr. V b in 1999 gemäß Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen
Verg.-Gr. VIII (VD)	1	} infolge Umsetzung 1999 aus Kapitel 05 42
Verg.-Gr. II a (TD pp.)	1	
Verg.-Gr. V b (TD pp.)	1	Senkung von Verg.-Gr. IV b (TD) als Einsparung für Hebung einer Stelle Verg.-Gr. VI b (VD) nach Verg.-Gr. V c (VD) in 1999 gemäß Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen
Verg.-Gr. V c (TD pp.)	2	infolge des Vollzugs des HV Nr. 8 in 1999
Verg.-Gr. VI b (TD pp.)	2	Hebung von Verg.-Gr. VII (TD) durch Senkung von Lohn-Gr. 4 nach Lohn-Gr. 2 und HV Nr. 14 in 1999 gemäß Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen

Zusammen 8

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b (VD)	1	Hebung nach Verg.-Gr. V c (VD) Einsparung durch Senkung von Verg.-Gr. IV b (TD) nach Verg.-Gr. V b (TD) in 1999 gemäß Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen
Verg.-Gr. IV b (TD pp.)	1	Senkung nach Verg.-Gr. V b (TD) als Einsparung für Hebung einer Stelle Verg.-Gr. VI b (VD) nach Verg.-Gr. V c (VD) in 1999 gemäß Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen
Verg.-Gr. V b (TD pp.)	2	infolge des Vollzugs des HV Nr. 8 in 1999
Verg.-Gr. V c (TD pp.)	2	infolge des Vollzugs des HV Nr. 9 in 1999 davon 1 Stelle (ZV bis 2003)
Verg.-Gr. VII (TD pp.)	2	Hebung nach Verg.-Gr. VI b (TD) durch Senkung von Lohn-Gr. 4 nach Lohn-Gr. 2 in 1999 gemäß Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen
Verg.-Gr. VII (TD pp.)	1	Stelleneinsparung 1997/1998

Zusammen 8

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 7 wurde aus verwaltungsökonomischen Gründen redaktionell angepasst.

Der Haushaltsvermerk Nr. 8 wurde infolge des Vollzugs von 2 kw-Vermerken entsprechend verringert.

Der Haushaltsvermerk Nr. 13 wurde um 1 Stelle VIII und 1 Stelle IX b–VII ergänzt.

Die Haushaltsvermerke Nr. 14, 15, 16 und 17 wurden neu ausgebracht.

Die Stelleninhaber/-innen, die am Tage der Übernahme in den Landesdienst am 1.8.1977 im Dienste eines kommunalen chemischen Untersuchungsamtes standen, erhalten eine Grundvergütung nach den tariflichen Regelungen der Vka.

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ernährung und Landwirtschaft –
Kapitel 0941 Untersuchungsämter

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) Jeweils 1 Stelle ku nach Ausscheiden der Stelleninhaber nach Lohn-Gr. 1 im BUA Lüneburg. 3) 1 Stelle kw zum 31. 12. 2002 infolge Zielvereinbarung bis 2003 (2003)
	2001	2000		
Arbeiter/-innen				
6	2	2	Labordienst/Sonstiger Dienst/ Reinigungsdienst (hiervon 2 Hausmeister)	
5 a	2	2		
5	3	3		
4 ¹⁾	14	15	(hiervon 2 Hausmeister)	
3 ¹⁾	12	12		
2 a	33	33		
2 ³⁾	5	4		
1	1	1		
	(6)	(6)	(hiervon: Boten, Pförtner, Hausmeister usw.)	
	72	72	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Zugang: Stellen
Lohn-Gr. 2 1 Absenkung von Lohn-Gr. 4
für Hebung von 2 Stellen
der Verg.-Gr. VII nach Verg.-Gr. VI b
gemäß Nr. 2 Abs. 7
der Allgemeinen Bestimmungen

Abgang: Stellen
Lohn-Gr. 4 1 Absenkung von Lohn-Gr. 2
für Hebung von 2 Stellen
der Verg.-Gr. VII nach Verg.-Gr. VI b
gemäß Nr. 2 Abs. 7
der Allgemeinen Bestimmungen

Sonstige Zugänge: 1 Stelle der Lohn-Gr. 5 ist im HP 1999/2000 aufgrund eines Druckfehlers nicht ausgewiesen worden. Dieses Versehen wurde im Datenbestand bereinigt.

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 3 wurde neu ausgebracht.

Die Stelleninhaber/-innen, die am Tage der Übernahme in den Landesdienst am 1.8.1977 im Dienste eines kommunalen chemischen Untersuchungsamtes standen, erhalten eine Grundvergütung nach den tariflichen Regelungen der Vka.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen			¹⁾ je 1 DW. ²⁾ 6 DW. ³⁾ Der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 9 LBesO.
A 16	1	1	Aufsteigende Gehälter:
A 14 ¹⁾	1	1	Landstallmeister/-in
A 13	1	1	Oberrat/-rätin
A 10	1	—	Oberamtsrat/-rätin
A 9	—	1	Oberinspektor/-in
A 9 ¹⁾ ³⁾	1	1	Inspektor/-in
A 8	1	1	Erste(r) Hauptsattelmeister/-in
A 7 ¹⁾	5	5	Hauptsattelmeister/-in
A 6	5	5	Obersattelmeister/-in
A 6 ²⁾	12	12	Sattelmeister/-in
A 5 ²⁾	42	42	Gestüthauptwärter/-in
A 4 ¹⁾	6	6	Gestütoberwärter/-in
	76	76	Gestütwärter/-in
			Planstellen insgesamt

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang: Stellen
 Bes.-Gr. A 10 1 infolge Umsetzung von 10 04

Abgang:
 Bes.-Gr. A 9 1 infolge Umsetzung nach 10 04

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 1 und Nr. 2 wurden der aktuellen Lage angepasst. Die Gesamtzahl der DW wurde nicht verändert.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte			⁵⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen. ⁶⁾ DW.
V c	2	2	Verwaltungsdienst
VI b	1	1	
VII	1	1	
IX b–VII ⁵⁾	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst
I b	1	1	Technischer Dienst
VI b	1	1	
VII ⁶⁾	1	1	Sonstige Dienste
	8	8	Zusammen

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Arbeiter/-innen			
4	1	1	Kraftfahrdienst
4	6	8	Gestütbetriebsdienst
4	2	2	Handwerklicher Dienst
	9	11	Zusammen

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Abgang: Stellen
 Lohn-Gr. 4
 – Gestüt-
 betriebsdienst – 2 infolge Stelleneinsparung 1998

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	

Planmäßige Beamte/-innen⁴⁾

A 15	2	2	Aufsteigende Gehälter:
A 14	3	3	Fischereidirektor
A 13	2	2	Fischereioberrat/-rätin
A 11	1	1	Fischereirat/-rätin
A 9	3	3	Regierungsamtmann/-männin/-frau
A 8	2	2	Fischereiamtsinspektor/-in
			Fischereihauptsekretär/-in
	13	13	Planstellen insgesamt

Erläuterungen zum Stellenplan

Die ausgebrachten Planstellen verteilen sich auf:

Bes.-Gr.	Landesamt für Ökologie 2001	Staatl. Fischereiamt Bremerhaven 2001	Zusammen 2001
A 15	1	1	2
A 14	3	—	3
A 13	2	—	2
A 11	—	1	1
A 9	—	3	3
A 8	—	2	2
Zusammen	6	7	13

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	

Beamtete Hilfskräfte

A 6	1	1	Fischereisekretär/-in z. A.
	1	1	Zusammen

Angestellte

V c	1	1	Verwaltungsdienst
VII	1	1	
V c	1	1	Technischer Dienst
VI b	1	1	
	4	4	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Beamtete Hilfskräfte

Die ausgebrachte Stelle entfällt auf das Staatliche Fischereiamt Bremerhaven.

Angestellte

Die ausgebrachten Stellen verteilen sich auf:

Verg.-Gr. BAT	Landesamt für Ökologie 2001	Staatl. Fischereiamt Bremerhaven 2001	Zusammen 2001
Verwaltungsdienst			
V c	—	1	1
VII	—	1	1
1			
Techn. Dienst			
V c	1	—	1
VI b	1	—	1
Zusammen	2	2	4

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ernährung und Landwirtschaft –
 Kapitel 09 61 Fischereiverwaltung

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Beamtete/-innen im Vorbereitungsdienst				
A 5	—	1	Fischereiassistent/-in	
Arbeiter/-innen				
8	6	6	Bootsleute	
Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen				

Abgang: Stellen
 Bes.-Gr. A 5 1 infolge Stelleneinsparung

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nrn. 1, 2 und 3 sind gegenüber dem HP 1999/2000 gestrichen worden, weil sie aufgrund eines Druckfehlers im falschen Kapitel ausgebracht wurden.

Einzelplan 09 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ernährung und Landwirtschaft –
Kapitel 09 71 Niedersächsisches Landesinstitut für Bienenkunde

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) Die Stelle darf vorläufig nur nach Bes.-Gr. A 15 ausgeschöpft werden. Ausschöpfung nach Bes.-Gr. A 16 nur mit vorheriger Zustimmung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen.
	2001	2000		
Planmäßige Beamte/-innen⁴⁾				
A 16 ¹⁾	1	1	Aufsteigende Gehälter:	
A 13	1	1	Leitende(r) Direktor/-in	
			Rat/Rätin	
	2	2	Planstellen insgesamt	

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen. 2) 1 DW. 3) 1 Stelle kw bei Ausscheiden des Stelleninhabers der Lohnkostenzuschussmaßnahme.
	2001	2000		
Angestellte				
V b	1	1	Verwaltungsdienst	
VII	2	2		
IX b–VII ¹⁾	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst	
IV b	1	1	Technischer Dienst	
V c	6	6		
VI b	2	2		
VII ²⁾³⁾	4	4		
VIII	1	1		
II a	2	2	Sonstige Dienste	
	20	20	Zusammen	

Haushaltsplan
für das
Haushaltsjahr 2001

Einzelplan 10
Ministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
– Landesforstverwaltung –

Vorwort zum Einzelplan 10

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

1. Der Einzelplan 10 enthält die Einnahmen und Ausgaben der Landesforstverwaltung (LFV), und zwar
 - der Forstabteilung des Ministeriums (Kap. 10 01)
 - der Allgemeinen Bewilligungen (Kap. 10 02)
 - der Forstverwaltung (Hoheitsdezernate) (Kap. 10 03)
 - der Forstämter (Kap. 10 04)
 - des Forstplanungsamtes (Kap. 10 05)
 - der Forstlichen Versuchsanstalt (Kap. 10 06)
 - der Waldarbeitsschule (Kap. 10 10)
 - des Personals des Klosterkammerforstbetriebes (Kap. 10 11)
2. Der Landesforstverwaltung sind vielfältige Aufgaben übertragen:
 - Bewirtschaftung von rd. 347 000 ha Landesforsten einschließlich rd. 5 300 ha Forsten des Braunschweigischen Vereinigten Kloster- und Studienfonds sowie rd. 200 ha Treuhandwald gem. § 7 LWaldG,
 - Umsetzung des Regierungsprogramms „Langfristige ökologische Waldentwicklung (LÖWE)“ mit dem Ziel einer naturnahen Bewirtschaftung der Landesforsten auf ganzer Fläche und jährlicher Umwandlung von rd. 2 000 ha in laubholzreiche Mischbestände,
 - Ausführung des Waldschutzgebietskonzepts zur Entwicklung und Sicherung typischer und seltener Waldgesellschaften in den Landesforsten auf rd. 100 000 ha (15 800 ha Nationalpark Harz, 4 200 ha Naturwälder, 62 000 ha Naturwirtschaftswälder, 5 700 ha lichte Wirtschaftswälder, 500 ha Kulturwirtschaftswälder, 3 500 ha Generhaltungswälder, 9 200 ha Sonderbiotope),
 - Betreuung von rd. 91 000 ha Körperschafts- und Genossenschaftsforsten gem. § 8 LWaldG gegen Kostenerstattung,
 - Fachaufsicht über rd. 25 000 ha Forsten des Allgemeinen Hannoverschen Kloster- und Studienfonds,
 - forstfachliche Beratung von Kommunen auf rd. 23 000 ha,
 - Wahrnehmung von forst- und jagdhoheitlicher Aufgaben einschl. der forstfachlichen Beratung der Forstbehörden (Landkreise/kreisfreie Städte) gem. § 5 LWaldG,
 - Aufstellung der forstlichen Rahmenplanung gem. § 10 LWaldG,
 - Förderung der nichtstaatlichen Forstwirtschaft und des Jagdwesens aus zweckgebundenen Mitteln,
 - Wahrnehmung allgemeiner Angelegenheiten der Holzwirtschaft (Säge- und Holzwerkstoffindustrie, Holzhandel und Werbung für den Holzverbrauch),
 - Erfüllung von Aufgaben in der Aus- und Fortbildung der Laufbahnen des gehobenen und höheren Forstdienstes sowie der Waldarbeiterberufe,
 - praxisbezogene Forschung und Entwicklung,
 - Information der Öffentlichkeit über Nutzen, Leistungen und Probleme der Forstwirtschaft, wie z. B. der jährliche Waldschadensbericht,
 - Umweltbildung u. a. durch Jugendwaldeinsätze in den Jugendwaldheimen und Unterstützung der Regionalen Umweltbildungszentren,
 - Unterstützung anderer Dienststellen auf dem Wege der fachlichen Amtshilfe.

3. Aufbau der Landesforstverwaltung

Die Landesforstverwaltung wird im Jahr 2001 nach Abschluss der 1997 begonnenen Neuorganisation in 45 Forstämter (vor der Organisation 80) und 340 Revierförstereien (vor der Organisation 450) gegliedert sein.

Sie ist im Bereich ihrer forstbetrieblichen Aufgaben zweistufig organisiert, d. h. die Forstämter sind direkt dem Ministerium unterstellt.

Dagegen werden die forst- und jagdhoheitlichen Aufgaben der Forstverwaltung einschließlich Vertretung der Belange des Waldes durch Einbindung jeweils eines Walddezernats in die Bezirksregierungen dreistufig wahrgenommen.

In dem 1994 eingerichteten Nationalpark Harz nimmt die Nationalparkverwaltung als Sonderdezernat der Bezirksregierung Braunschweig den Aufgaben- und Zuständigkeitsbereich eines Niedersächsischen Forstamts sowie als obere Forst- und Jagdbehörde wahr. Hierfür sind Personal- und Sachkosten im Kapitel 10 04 mit jährlich rd. 9,5 Mio. DM vorgesehen.

Dem Ministerium sind als Stabsstellen das Forstplanungsamt in Wolfenbüttel, die Forstliche Versuchsanstalt in Göttingen und Escherode sowie die Waldarbeitsschule in Münchehof unterstellt.

B. Persönliche Verwaltungsausgaben

Auf die im Vorbericht hinter der Begründung zu den „Allgemeinen Bestimmungen“ aufgenommene „Allgemeine Bemerkung zur Veranschlagung der Personalausgaben“ wird hingewiesen.

C. Hochbaumaßnahmen

Die Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Landesforstverwaltung – sind im Kapitel 20 77 des Einzelplans 20 – Hochbauten – ausgewiesen.

D. Förderung des Privatwaldes

Neben den Ansätzen im Kapitel 10 02 sind im Einzelplan 09 im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ 29,7 Mio. DM (davon 17,8 Mio. DM Bundesmittel) für forstliche Maßnahmen enthalten. Weitere Mittel in Höhe von 1,3 Mio. DM für forstliche Spezialberatung und 1,1 Mio. DM für forstliche Standortkartierung sind in das Budget der Landwirtschaftskammern eingeflossen. Darüber hinaus werden die Personalausgaben für bis zu 30 an die Landwirtschaftskammern versetzte Forstbeamtinnen und Forstbeamte aus dem Einzelplan 10 finanziert.

E. Erläuterungen zu den finanziellen Ergebnissen der LFV

1. Der vorliegende Epl. 10 weist Ausgaben von 360,1 Mio. DM aus. Darin sind alle unter Abschnitt A erläuterten Aufgaben der LFV enthalten.
2. Diese Daten eignen sich jedoch grundsätzlich nicht für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit des Landesforstbetriebes, denn sie enthalten auch den Aufwand für nicht forstbetriebliche Aufgaben. Dies sind in erster Linie die Förderung des Privatwaldes aus Landesförderprogrammen, die Dienstleistungen der Landesforstverwaltung für Dritte, insbesondere die Betreuung des Körperschafts- und Genossenschaftswaldes, die Waldentwicklungsmaßnahmen im Nationalpark Harz sowie die hoheitlichen und sonstigen behördlichen Aufgaben der Landesforstverwaltung (vgl. dazu die jeweiligen Erläuterungen in den Jahresberichten der LFV).

Ausgehend von den Wirtschaftsergebnissen im Forstwirtschafts-/Haushaltsjahr 1999 und im Hinblick auf die zu erwartenden erheblichen Holzpreisverschlechterungen nach den Sturmwürfen 1999 in Süddeutschland, wird nach der entsprechenden Bereinigung für den forstbetrieblichen Bereich der LFV ein voraussichtlicher jährlicher Zuschuss von rd. 40 Mio. DM veranschlagt.

3. Zusätzlich sind bei diesem Betriebsergebnis der Landesforsten die finanziellen Auswirkungen des Waldnaturschutzes, des Waldumbaus und die Bodenschutzmaßnahmen zur Abpufferung der Luftschadstoffimmissionen zu berücksichtigen. So verzichtet die LFV auf rd. 71 000 ha oder 20 % der Fläche (15 800 ha Nationalpark, 4 700 ha Naturwälder und Sukzessionsflächen, 26 000 ha Naturschutzgebiete und -denkmäler sowie rd 25 000 ha sonstige geschützte Biotope) als Folge naturschutzrechtlicher Verpflichtungen oder besonderer Schutzprogramme teilweise oder völlig auf die Nutzung von erntereifem Holz. Die finanzielle Belastung der Landesforstverwaltung aus den o. a. Nutzungsbeschränkungen und den Mehraufwendungen wird periodisch kalkuliert und betrug zuletzt rd. 36 Mio. DM/Jahr.
4. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die Landesforsten ein Aufbaubetrieb sind, also kein ausgeglichenes Altersklassenverhältnis der Baumarten aufweisen. So überwiegen nach den umfangreichen Übernutzungen der vergangenen Jahrzehnte (Nachkriegseinschläge, Naturkatastrophen insbesondere 1972, 75 und 76) jüngere Bestände, die erst in späteren Jahrzehnten genutzt werden können. Daher wächst derzeit auf der Gesamtfläche fast ein Drittel Holzmenge in den jungen Waldbeständen mehr zu, als in erntereifen Beständen oder im Rahmen von Durchforstungen tatsächlich genutzt werden kann. Dies führt zu entsprechenden Mindereinnahmen aus dem Verkauf von Holz, ohne dass der damit korrespondierende Aufbau des Holzvorratsvermögens hinreichend genau eingeschätzt und in der Erfolgsrechnung veranschlagt werden kann.

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	E i n n a h m e n						
		0	1	2	3	Gesamt-	4	5
		Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	eigene Einnahmen	Über- tragungs- einnahmen	vermögens- wirksame und Sonder- einnahmen	einnahmen	persönliche Verwaltungs- ausgaben	sächliche Verwaltungs- ausgaben; Schulden- dienst
		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1001	Forstabteilung des Ministeriums	—	1.000	—	—	1.000	4.432.800	197.200
1002	Allgemeine Bewilligungen	2.300.000	10.000	—	—	2.310.000	—	—
1003	Forstverwaltung (Mittelinstantz)	—	11.000	—	—	11.000	2.686.800	39.000
1004	Forstämter	—	158.104.000	3.673.400	4.100.000	165.877.400	132.801.100	84.120.700
1005	Forstplanungsamt	—	27.000	—	—	27.000	7.537.800	3.818.600
1006	Forstliche Versuchsanstalt	—	92.000	258.800	—	350.800	8.423.400	1.873.800
1010	Niedersächsische Waldarbeitsschule	—	71.000	40.000	186.100	297.100	2.247.400	626.600
1011	Personal des Klosterkammerforstbetriebes	—	—	2.300.000	—	2.300.000	1.672.500	9.000
	Summe 2001	2.300.000	158.316.000	6.272.200	4.286.100	171.174.300	159.801.800	90.684.900
	Summe 2000	2.300.000	177.541.000	6.336.600	4.265.000	190.442.600	167.742.900	95.871.600
	2001 mehr/weniger (-)	—	-19.225.000	-64.400	21.100	-19.268.300	-7.941.100	-5.186.700

gaben und Verpflichtungsermächtigungen

Epl. 10

A u s g a b e n					2001 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 – Sp.14)	2000 Überschuss Zuschuss (-)	2001 Verbesserung Verschlech- terung (-) (Sp.15 – Sp.16)	Ver- pflichtungs- ermächti- gungen
6 Über- tragungs- ausgaben	7 Bau- ausgaben	8 sonst. Ausga- ben für Inve- stitionen und Invest.förd.- maßnahmen	9 besondere Finan- zierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	—	—	4.630.000	-4.629.000	-4.969.600	340.600	—
7.998.800	—	—	—	7.998.800	-5.688.800	-5.653.200	-35.600	—
—	—	—	—	2.725.800	-2.714.800	-2.286.800	-428.000	—
209.000	6.520.000	4.807.300	87.165.300	315.623.400	-149.746.000	-55.848.700	-93.897.300	2.510.000
—	—	408.000	344.500	12.108.900	-12.081.900	-11.732.600	-349.300	—
5.000	150.000	271.300	240.400	10.963.900	-10.613.100	-10.487.300	-125.800	—
—	920.000	160.000	413.200	4.367.200	-4.070.100	-3.994.700	-75.400	—
—	—	—	—	1.681.500	618.500	626.400	-7.900	—
8.212.800	7.590.000	5.646.600	88.163.400	360.099.500	-188.925.200	-94.346.500	-94.578.700	2.510.000
8.200.200	7.590.000	5.384.400	—	284.789.100				1.360.000
12.600	—	262.200	88.163.400	75.310.400				1.150.000

**Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-
Kapitel 1001 Forstabteilung des Ministeriums**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 51-7	512	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	—	3
		A U S G A B E N					
412 04-4	512	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 73 b Abs. 4 Nds. PersVG. und § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	1.000	1.000	—	—
422 09-0	512	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
427 31-9	512	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	7.500	8.500	–1.000	4
441 02-8	512	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Beamtinnen und Beamte *** <i>Einseitig deckungsfähig zu Gunsten Kapitel 09 03 Titel 685 41 Der Ansatz vermindert sich um die Beihilfen für bis zu 30 an die Landwirtschaftskammern versetzten Forstbeamtinnen und Forstbeamte.</i>	—	4.200.000	4.440.300	–240.300	3.995
441 03-6	512	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Angestellte	—	28.900	34.400	–5.500	27
441 04-4	512	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	22.800	40.400	–17.600	21
441 06-0	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften	—	38.600	—	+38.600	36
442 01-6	512	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	1.000	1.000	—	—
443 01-2	512	Fürsorgemaßnahmen, insbesondere bei Dienstunfällen	—	133.000	172.800	–39.800	133
516 03-6	512	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	—	—	—	—	13
525 01-9	512	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	13
527 03-8	512	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	—	—	—	57
538 01-3	512	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	80
546 01-6	512	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 12 Abs. 1 HG) *** <i>Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“verbindlich.</i>	—	197.200	272.200	–75.000	—
546 59-8	512	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	0
		Titelgruppe(n)					
TGr. 96		Reformdividende	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 96-6	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 96-9	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
711 96-3	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 96-4	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zum Kapitel 10 01

Im Einzelplan 10 sind gegenseitig deckungsfähig: Alle Titel der Hauptgruppen 5–8 und die Titelgruppen. Die Titel der Hauptgruppen 7 und 8 außerhalb von Titelgruppen dürfen nicht zur Verstärkung der Hauptgruppen 5 und 6 herangezogen werden.

In der Haushaltsrechnung ist darzustellen, in welchem Umfang und aus welchem Grund von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht wurde.

Die Ausgaben der Obergruppe 51–54 des Deckungskreises gem. § 12 Abs. 1 Satz 1 Haushaltsgesetz sind im Rahmen des Modellversuchs: „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 10“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 546 01 zusammengefasst ausgebracht.

Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen.

Zu Kapitel 10 01

Es handelt sich um die Ausgaben der Forstverwaltung innerhalb der Abteilung 4 – Forsten und Holzwirtschaft, Waldökologie, sofern sie nicht bei 09 01 veranschlagt sind.

Zu 412 04

Der Vorsitzende einer Einigungsstelle – § 71 Abs. 7 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz – erhält für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 200 DM.

Zu 427 31

Prüfungsvergütungen an die Mitglieder des Prüfungsausschusses für den höheren Forstdienst. 25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 516 03

Beamte und Angestellte, die zum Tragen der Dienstkleidung verpflichtet sind, erhalten einen Dienstkleidungszuschuss (Aufwandsentschädigung) von 34 DM monatlich.

Zu 538 01

Bei diesem Titel werden die Ausgaben gem. Arbeitssicherheitsgesetz für das gesamte Personal der Landesforstverwaltung gebucht.

Die Aufgaben sind an ein privates Unternehmen übertragen worden.

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-
Kapitel 1001 Forstabteilung des Ministeriums

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 10 01					
		1 Eigene Einnahmen		1.000	1.000	—	
		Summe der Einnahmen		1.000	1.000	—	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	4.432.800	4.698.400	-265.600	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	197.200	272.200	-75.000	
		7 Bauausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	4.630.000	4.970.600	-340.600	
		Zuschuss		4.629.000	4.969.600	-340.600	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-
Kapitel 1002 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
099 61-7	549	Jagdabgabe * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		2.300.000	2.300.000	—	2.295
119 42-1	549	Rückzahlungen aus Zuwendungen des Landes ***Rückzahlungen an den Bund sind durch Absetzen von der Einnahme zu veraus- gaben.		5.000	10.000	–5.000	2
119 51-0	549	Vermischte Einnahmen ***Rückzahlungen an den Bund sind durch Absetzen von der Einnahme zu veraus- gaben.		5.000	5.000	—	0
A U S G A B E N							
546 01-0	549	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausga- ben des Kapitels (§ 11 Abs. 1 HG) ***Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „All- gemeine Erläuterung zum Kapitel“ver- bindlich.	—	—	—	—	—
685 41-9	549	Zuschüsse für Waldbrandversicherungen	—	1.200.000	1.200.000	—	1.223
685 43-5	549	Förderung der forstfachlichen Betreuung im Privatwald * Übertragbar.	—	2.800.000	2.600.000	+200.000	5.309
685 45-1	549	Zuschüsse zur Entlastung privater Wald- besitzer von den Beiträgen für Aufgaben nach dem Wasserverbandsgesetz * Übertragbar.	—	1.100.000	1.200.000	–100.000	1.241
685 47-8	549	Förderung von Maßnahmen zur Aufrechter- haltung und Verbesserung der ökologischen Stabilität von Wäldern	—	100.000	—	+100.000	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Förderung des Jagdwesens * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 90,0 v.H. der Isteinnahmen bei 099 61.	(—)	(2.100.000)	(2.100.000)	(—)	(2.142)
685 61-3	549	Sonstige Zuschüsse * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	—	2.100.000	2.100.000	—	2.142
981 61-1	990	Abführung an 20 77-381 01	—	—	—	—	—
TGr. 62		Zuschüsse zur Förderung der Forst- und Holzwirtschaft	(—)	(698.800)	(866.200)	(–167.400)	(646)
683 62-9	549	Zuschüsse für Waldschutzmaßnahmen im Nichtstaatswald * Übertragbar.	—	400.000	500.000	–100.000	256
685 62-1	549	Zuschüsse an Vereine, Verbände, Gesell- schaften u. a. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	—	298.800	366.200	–67.400	390
Summe für inzwischen weggefallene Titel			—		2.000	–2.000	

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zum Kapitel 10 02

Im Einzelplan 10 sind gegenseitig deckungsfähig: Alle Titel der Hauptgruppen 5–8 und die Titelgruppen. Die Titel der Hauptgruppen 7 und 8 außerhalb von Titelgruppen dürfen nicht zur Verstärkung der Hauptgruppen 5 und 6 herangezogen werden.

In der Haushaltsrechnung ist darzustellen, in welchem Umfang und aus welchem Grund von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht wurde.

Zu Kapitel 10 02**Zu 099 61**

Anteil des Landes an dem Aufkommen aus den Jagdscheingebühren gem. Art. 25 Abs. 2 des Landesjagdgesetzes (LJagdG) vom 24. 2. 1978 (Nieders. GVBl. S. 217).

Die Einnahmen sollen bestimmungsgemäß für die Förderung jagdlicher Zwecke verwendet werden (vgl. Titelgruppe 61).

Zu 685 41

Nach dem Landeswaldgesetz vom 19. 7. 1978 (Nieders. GVBl. S. 596) gewährt das Land Niedersachsen Waldbesitzern Beihilfen in Höhe von 50 v. H. eines angemessenen Versicherungsschutzes.

Zu 685 42

Weggefallen

Zu 685 43

Zur Sicherstellung der forstfachlichen Betreuung des Privatwaldes sollen Zuschüsse an die forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse gewährt werden.

Zu 685 45

Wegen der besonderen Bedeutung des Waldes für die Allgemeinheit, insbesondere für den Wasserhaushalt und unter Berücksichtigung der überwiegend geringen wirtschaftlichen Nutzbarkeit der Grundstücke, sollen die Waldbesitzer durch Zuschüsse von den Beiträgen zur Unterhaltung der Gewässer entlastet werden.

Zu Titelgruppe 61**685 61**

1. Gestaltung von Lebensräumen (Biotopgestaltung) sowie für die Wiedereinbürgerung von Wild	200 000 DM
2. Förderung der Jagdgebrauchshundehaltung	50 000 DM
3. Jagdliche Ausstellungen	60 000 DM
4. Jagdliche Forschungsaufträge	700 000 DM
5. Förderung des jagdlichen Schießwesens	100 000 DM
6. Jagdschutzmaßnahmen	120 000 DM
7. Seehundaufzuchtstation Norden	30 000 DM
8. Jägerlehrhof Jagdschloss Springe	300 000 DM
9. Bekämpfung von Wildkrankheiten	60 000 DM
10. Anlage von Hegebüschten, Vogelschutzhecken, Wildremisen, Äsungsflächen u. a.	350 000 DM
11. Jagdliche Öffentlichkeitsarbeit	130 000 DM

Zusammen 2 100 000 DM

Aus dem Aufkommen an Jagdscheingebühren verbleiben 210 000 DM beim Land als pauschale Abgeltung für die Bearbeitung der Zuwendungen sowie Leistungen der Landesforstverwaltung für die gesamte Jägerschaft (z. B. Einrichtung und Unterhaltung von Schweißhundstationen).

Zu Titelgruppe 62**685 62**

1. Kuratorium für Waldarbeit und Forsttechnik	125 300 DM
2. Arbeitsgemeinschaft Holz	63 000 DM
3. Schutzgemeinschaft Deutscher Wald	97 500 DM
4. Deutscher Forstwirtschaftsrat	13 000 DM

Zusammen: 298 800 DM

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-
Kapitel 1002 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 10 02					
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben		2.300.000	2.300.000	—	
		1 Eigene Einnahmen		10.000	15.000	-5.000	
		Summe der Einnahmen		2.310.000	2.315.000	-5.000	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	
		6 Übertragungsausgaben	—	7.998.800	7.968.200	+30.600	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	7.998.800	7.968.200	+30.600	
		Zuschuss		5.688.800	5.653.200	+35.600	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-
Kapitel 1003 Forstverwaltung (Mittelinstanz)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 11-4	512	Verwaltungsgebühren		10.000	10.000	—	11
119 51-4	512	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	—	1
		A U S G A B E N					
422 01-2	512	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	2.347.800	1.938.300	+409.500	2.310
422 19-5	512	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-4	512	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	336.000	317.500	+18.500	332
453 01-5	512	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	3.000	3.000	—	—
516 03-3	512	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	—	—	—	—	9
525 01-6	512	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	4
527 01-9	512	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	22
546 01-3	512	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 12 Abs. 1 HG) ***Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“verbindlich.	—	39.000	39.000	—	—
546 59-5	512	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 10 03					
		1 Eigene Einnahmen		11.000	11.000	—	
		Summe der Einnahmen		11.000	11.000	—	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	2.686.800	2.258.800	+428.000	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	39.000	39.000	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	2.725.800	2.297.800	+428.000	
		Zuschuss		2.714.800	2.286.800	+428.000	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		869.300	647.400		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		3.595.100	2.945.200		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		3.584.100	2.934.200		

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zum Kapitel 10 03

Im Einzelplan 10 sind gegenseitig deckungsfähig: Alle Titel der Hauptgruppen 5–8 und die Titelgruppen. Die Titel der Hauptgruppen 7 und 8 außerhalb von Titelgruppen dürfen nicht zur Verstärkung der Hauptgruppen 5 und 6 herangezogen werden.

In der Haushaltsrechnung ist darzustellen, in welchem Umfang und aus welchem Grund von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht wurde.

Die Ausgaben der Obergruppe 51 – 54 des Deckungskreises gem. § 12 Abs. 1 Satz 1 Haushaltsgesetz sind im Rahmen des Modellversuchs: „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 10“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 546 01 zusammengefasst ausgebracht.

Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen.

Zu Kapitel 10 03**Zu 422 01**

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 26,20 Vollzeiteinheiten (VZE).

Beschäftigungsvolumen:

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	26,20	26,20	—	24
Angestellte	—	—	—	—
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	26,20	26,20	—	24

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt: 2 347 800 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	2 347 800
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	348 400
43	Versorgungsbezüge	869 300
44	Beihilfen, Unterstützungen	77 600
45	Personalbezogene Sachausgaben	3 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	70 900
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0
Summe der Personalausgaben im Kapitel 10 03		3 717 000

Beamte:

Lehrzulagen gem. RdErl. d. MF v. 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664 – VORIS 20444 00 00 00 002) in der jeweils geltenden Fassung

für 1 planmäßigen Beamten

mtl. 125 DM und 31,25 DM = 156,25 DM = 1 875 DM
rd. 1 900 DM

Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von mtl. 75 DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i.S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 453 01

1. Trennungsgeld	2 500 DM
2. Umzugskostenvergütungen	500 DM
Zusammen	3 000 DM

Zu 516 03

Beamte und Angestellte, die zum Tragen der Dienstkleidung verpflichtet sind, erhalten einen Dienstkleidungszuschuss (Aufwandsentschädigung) von 34 DM monatlich.

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-
Kapitel 1004 Forstämter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 11-8	812	Verwaltungsgebühren		10.000	10.000	—	12
112 01-7	812	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		3.000	3.000	—	3
113 01-3	812	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		35.000	35.000	—	114
119 06-2	812	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		100.000	100.000	—	80
119 31-3	812	Einnahmen aus Veröffentlichungen		1.000	5.000	–4.000	0
119 32-1	812	Einnahmen aus Führungen und Vorträgen		50.000	—	+50.000	33
119 41-0	812	Rückzahlung von Überzahlungen		30.000	50.000	–20.000	16
119 46-1	812	Ersatzleistungen		80.000	50.000	+30.000	79
119 47-0	812	Haftungsentschädigung		50.000	50.000	—	50
119 51-8	812	Vermischte Einnahmen		600.000	600.000	—	446
121 11-3	812	Anteil am Reingewinn des Stadtförstes Bad Pyrmont		150.000	150.000	—	129
124 01-5	812	Mieten und Pachten ***Für Dienstposten der Forstbetriebsbeamten des Außendienstes mit Revier oder mit funktionellen Aufgaben wird in der Dienstwohnung ein Arbeitszimmer mietfrei überlassen.		12.600.000	13.600.000	–1.000.000	12.614
125 11-9	812	Holzverkäufe im Forstwirtschaftsjahr * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61. ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61. Gemäß § 15 Abs. 1 Satz 3 LHO wird zugelassen, daß eine Frühabfuhrprämie von der Einnahme abgesetzt wird.		130.000.000	149.000.000	–19.000.000	130.672
125 13-5	812	Nebennutzungen im Forstwirtschaftsjahr		3.000.000	4.000.000	–1.000.000	2.504
125 14-3	812	Entschädigungen für vorzeitigen Abtrieb von Beständen, Einn. aus der Ablösung von Berecht. und sonst. einmalige Abfindungen		250.000	250.000	—	252
125 15-1	812	Einnahmen aus der Jagd		7.500.000	7.000.000	+500.000	6.356
125 65-8	812	Einnahmen aus der Fischerei * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.		420.000	400.000	+20.000	421
129 01-7	812	Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit		1.000.000	500.000	+500.000	1.441
132 01-8	812	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		160.000	120.000	+40.000	160
132 02-6	812	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen		100.000	20.000	+80.000	288
233 01-9	812	Erstattung von Verwaltungsausgaben für die Betreuung von Körperschaftswald		551.300	912.400	–361.100	515
256 01-9	812	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	563
271 02-6	812	Erstattung von Verwaltungsausgaben für die Betreuung von Genossenschaftswald		2.872.100	2.578.100	+294.000	2.681
281 01-3	812	Erstattung von Kosten durch die Treuhandanstalt für die Bewirtschaftung von Forsten		—	—	—	—
281 02-1	812	Sonstige Erstattungen aus dem Inland		—	—	—	3
282 67-2	812	Sonstige Zuschüsse (Beiträge) Dritter zur Förderung des Jugendwaldeinsatzes * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.		250.000	250.000	—	161
282 99-0	812	Sonstige Zuschüsse (Beiträge) Dritter zur maschinellen Aufbereitung (Automation) * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 99.		—	—	—	357
356 01-3	950	Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds * Vgl. K-Vermerk zu 711 01.		3.000.000	3.000.000	—	2.356

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zum Kapitel 10 04

Im Einzelplan 10 sind gegenseitig deckungsfähig: Alle Titel der Hauptgruppen 5–8 und die Titelgruppen. Die Titel der Hauptgruppen 7 und 8 außerhalb von Titelgruppen dürfen nicht zur Verstärkung der Hauptgruppen 5 und 6 herangezogen werden.

In der Haushaltsrechnung ist darzustellen, in welchem Umfang und aus welchem Grund von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht wurde.

Die Ausgaben der Obergruppe 51–54 des Deckungskreises gem. § 12 Abs. 1 Satz 1 Haushaltsgesetz sind im Rahmen des Modellversuchs: „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 10“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 546 01 zusammengefasst ausgebracht.

Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen.

Zu Kapitel 10 04

Es sind vorhanden

50 Forstämter (ab 01.10.2000 noch 45 – siehe Vorwort)

1 Teichwirtschaft in Ahlhorn

Für den Aufgaben- und Zuständigkeitsbereich, den die Bezirksregierung Braunschweig (Nationalparkverwaltung Harz) als niedersächsisches Forstamt oder als obere Forst- und Jagdbehörde wahrnimmt, sind die Personal- und die Sachkosten in diesem Kapitel mit vorgesehen.

Zu 113 01

1. Geräte	20 000 DM
2. Maschinen	10 000 DM
3. Ausstattungsgegenstände	5 000 DM
4. Akten, Drucksachen und dgl.	— DM

Zusammen 35 000 DM

Zu 119 31

Einnahmen aus dem Verkauf amtlicher Drucksachen, Vordrucke usw.

Zu 119 41

U.a. Steueranteile und Steuererstattungen.

Zu 119 47

Entschädigungen aus Anlass von Waldbränden, der Beschädigung forstlicher Anlagen sowie für Manöverschäden – sofern nicht Schäden an Forstwegen –.

Zu 121 11

Nach dem Staatsvertrag zwischen Preußen und Waldeck-Pyrmont über die Vereinigung des Gebietsteils Pyrmont mit Preußen vom 29. 11. 1921 in Verbindung mit dem Schlussprotokoll vom selben Tage (Nieders. GVBl. Sb. II, S. 7) sowie der Betriebssatzung für den Stadtforst Bad Pyrmont vom 25. 3. 1973 (ABl. RB Han. S. 699) teilen sich das Land Niedersachsen und die Stadt Bad Pyrmont den Reingewinn oder Fehlbetrag des Eigenbetriebes „Stadtforst Bad Pyrmont“ zu gleichen Teilen.

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	2 600 000 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	1 300 000 DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	100 000 DM
4. Einnahmen aus Abbauverträgen	5 500 000 DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	3 100 000 DM

Zusammen 12 600 000 DM

Zu 125 11

Es werden voraussichtlich 1 350 000 Festmeter verkaufsfähiges Holz eingeschlagen und zum Preis von 96,30 DM/Festmeter verkauft.

Aus Forstschutzgründen und zur Einsparung von Bekämpfungsmaßnahmen gegen den Borkenkäfer kann in gefährdeten Gebieten zur Beschleunigung der Holzabfuhr als sicherste Vorbeugungsmaßnahme eine Frühabfuhrprämie an den Holzkäufer aus dem bereits gezahlten Holzkaufgeld erstattet werden.

Die Frühabfuhrprämie beträgt 3–5 DM/fm.

Zu 125 13

Einnahmen aus dem Verkauf von

1. Nicht aufgearbeitetem Derbholz	1 200 000 DM
2. Weihnachtsbäumen	450 000 DM
3. Schmuck- und Deckreisig	400 000 DM
4. Forstsamen- und -pflanzen	900 000 DM
5. Sonstiges	50 000 DM

Zusammen 3 000 000 DM

Zu 125 15

1. Einnahmen aus dem Verkauf von Wild und Wildbret	3 700 000 DM
2. Abschussentgelte	900 000 DM
3. Entgelt für Jagderlaubnisscheine	1 300 000 DM
4. Jagdverpachtungen	1 500 000 DM
5. Sonstiges	100 000 DM

Zusammen 7 500 000 DM

Entgelte für die Jagdausübung werden in bestimmten Ausnahmefällen von Jagdgästen des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gemäß Nr. 825 der Jagdnutzungsvorschrift der Niedersächsischen Landesforstverwaltung (JNV) nicht erhoben.

Der Haushaltsansatz berücksichtigt die entsprechende Mindereinnahme in Höhe von rd. 60 000 DM.

Zu 125 65

1. Einnahmen aus der Teichwirtschaft Ahlhorn	370 000 DM
2. Einnahmen aus sonst. Fischereigewässern	50 000 DM

Zusammen 420 000 DM

Zu 233 01 und 271 02

Entschädigung für die Betriebsplanung und Betriebsleitung im Körperschafts- und Genossenschaftswald.

Die Einnahmen liegen rd. 13 000 000 DM unter dem Aufwand der Landesforstverwaltung für die Betreuung des Körperschafts- und Genossenschaftswaldes.

Zu 356 01

Durch die Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds werden Aufwendungen für Baumaßnahmen (vgl. Titel 711 01) gedeckt.

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-
Kapitel 1004 Forstämter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
Titelgruppe(n)							
TGr. 62		Zuweisungen und Zuschüsse zu sonstigen Betriebsmaßnahmen im Forstwirtschaftsjahr		(165.000)	(—)	(+165.000)	(16.527)
125 62-3	812	Sonstige Erlöse der Forstämter durch interne Verrechnung * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.		165.000	—	+165.000	14.303
231 62-8	812	Erstattungen von Sachkosten für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach dem Naturschutz- bzw. Landeswaldgesetz * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.		—	—	—	1.138
253 62-1	812	Zuweisungen von Gemeinden (GV) zur Unterhaltung von Wegen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.		—	—	—	14
256 62-0	812	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.		—	—	—	3
282 62-1	812	Sonstige Zuschüsse (Beiträge) Dritter zur Unterhaltung von Wegen u. ä. * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.		—	—	—	823
287 62-3	812	Sonstige Zuschüsse (Beihilfen) von der EG zur Aufforstung landwirtschaftlicher Nutzflächen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.		—	—	—	246
333 62-5	812	Zuweisungen von Gemeinden (GV) für Wegebau * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.		—	—	—	—
341 62-8	812	Zuschüsse (Beiträge) Dritter für Wegebau * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.		—	—	—	—
TGr. 64		Einnahmen und Zuschüsse für das Jagdwesen		(1.300.000)	(1.100.000)	(+200.000)	(1.543)
111 64-9	812	Eintrittsgelder aus Schaugehegen in den Forstämtern Saupark und Neuhaus sowie Jagdschloß Springe * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.		1.200.000	1.000.000	+200.000	1.290
125 64-0	812	Sonstige Einnahmen aus Schaugehegen in den Forstämtern Saupark und Neuhaus sowie Jagdschloß Springe * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.		100.000	100.000	—	113
256 64-7	812	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.		—	—	—	—
282 64-8	812	Sonstige Zuschüsse (Beiträge) Dritter * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.		—	—	—	139
TGr. 69		Einnahmen für gemeindefreie Gebiete		(500.000)	(300.000)	(+200.000)	(31)
119 69-0	812	Gewerbesteuerausgleich * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 69.		500.000	300.000	+200.000	31
256 69-8	812	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 69.		—	—	—	—
TGr. 70		Zuweisungen und Zuschüsse für die Baudenkmalpflege		(1.100.000)	(1.100.000)	(—)	(2.230)
256 70-1	184	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 70.		—	—	—	—
333 70-6	184	Zuweisungen von Gemeinden für Baudenkmalpflegearbeiten * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 70.		—	—	—	150
356 70-6	950	Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 70.		1.100.000	1.100.000	—	2.080

ERLÄUTERUNGEN

Zu 356 70

Durch die Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds werden die Aufwendungen für die Baudenkmalspflege (vgl. Titelgruppe 70) gedeckt.

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-
Kapitel 1004 Forstämter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
422 01-6	812	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten *** <i>Einseitig deckungsfähig zu Gunsten Kapitel 09 03 Titel 685 41 Der Ansatz vermindert sich um die Personalausgaben fuer bis zu 30 an die Landwirtschaftskammern versetzten Forstbeamtinnen und Forstbeamte.</i>	—	126.961.600	135.130.100	-8.168.500	50.133
422 05-9	812	Dienstbezüge der beamteten Hilfskräfte	—	—	—	—	69
422 19-9	812	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-8	812	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	1.263.200	1.317.100	-53.900	1.289
422 41-5	812	Anwärterbezüge *** <i>Vgl. Vermerk zu 427 04.</i>	—	1.661.000	1.453.500	+207.500	1.661
425 01-5	812	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	14.657
425 03-1	812	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	2
425 31-7	812	Vergütung aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	93
425 41-4	812	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
426 01-1	812	Loehne der Arbeiter/Arbeiterinnen	—	—	—	—	65.848
426 03-8	812	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	1.548
426 31-3	812	Leistungen auf Grund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	—	—	—	—	397
426 41-0	812	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	2.537
426 51-8	812	Mehrarbeits-/ bzw. Ueberstundenlöhne für Arbeiter/Arbeiterinnen	—	200.000	35.000	+165.000	199
427 01-8	812	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	100.000	112.600	-12.600	2
427 02-6	812	Beschäftigungsentgelte an Praktikanten/Praktikantinnen	—	150.000	216.000	-66.000	127
427 03-4	812	Beschäftigungsentgelte für Aushilfskräfte im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der BA	—	—	—	—	837
427 04-2	812	Ausbildungsvergütungen *** <i>Ausbildungsvergütungen für auszubildende Diplomforstwirte, die im Angestelltenverhältnis eingestellt werden, dürfen geleistet werden, wenn bei 422 41 ein gleich hoher Betrag dadurch eingespart wird, daß für jeden auszubildenden Diplomforstwirt eine der im Bedarfsnachweis zu 10 04 ausgebrachten Stellen für Forstreferendare gesperrt wird.</i>	—	—	—	—	—
427 31-0	812	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	8.000	8.000	—	5
427 39-5	812	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	19.700	-19.700	—
453 01-9	812	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	600.000	600.000	—	640
459 03-3	812	Gebührenanteile und Pauschentschädigungen für Geschäftszimmeraufwand	—	350.000	400.000	-50.000	350
511 01-9	812	Geschäftsbedarf	—	—	—	—	313
512 01-5	812	Bücher und Zeitschriften	—	—	—	—	190
513 01-1	812	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	—	—	1.564
514 01-8	812	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	1.475

ERLÄUTERUNGEN

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 1 706,06 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nach- richtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	628,23	628,23	—	684
Angestellte	202,22	202,22	—	205
Lohnempfänger/ -innen	875,61	875,61	—	955
Insgesamt	1 706,06	1 706,06	—	1 844

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt: 126 961 600 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Ober- gruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	126 961 600
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	3 844 500
43	Versorgungsbezüge	17 122 700
44	Beihilfen, Unterstützungen	3 773 200
45	Personalbezogene Sachausgaben	2 257 300
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	3 448 400
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0
Summe der Personalausgaben im Kapitel 10 04		157 407 700

Zu 427 02

Studenten der Hochschulen und Fachhochschulen eines forstlichen Studienganges, die die vorgeschriebenen Praxissemester in der LFV ableisten, erhalten eine Vergütung von 300 DM monatlich im ersten und von 600 DM monatlich im zweiten Praxissemester.

Zu 427 31

Prüfungsvergütungen an die Mitglieder des Prüfungsausschusses für den gehobenen Forstdienst.

25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 453 01

1. Trennungsgeld	350 000 DM
2. Umzugskostenvergütungen	250 000 DM
Zusammen	600 000 DM

Zu 459 03

Die Forstbeamten als Revierleiter oder mit funktionaler Zuständigkeit erhalten eine Entschädigung (Aufwandsentschädigung) für die Reinigung, Heizung, Möblierung und Beleuchtung der Arbeitszimmer in Höhe von bis zu 75 DM monatlich.

**Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-
Kapitel 1004 Forstämter**

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
515 01-4	812	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	103
515 02-2	812	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	1.006
516 01-0	812	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	1
516 03-7	812	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	—	—	—	—	248
516 04-5	812	Schutzkleidungszuschüsse an Praktikanten/ Praktikantinnen	—	—	—	—	7
517 01-7	812	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	5.098
517 02-5	812	Beiträge und Kosten im Flurbereinigungs- verfahren	—	—	—	—	72
517 19-0	812	Reinigungskosten	—	—	—	—	104
517 59-9	812	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	458
518 01-3	812	Mieten und Pachten	—	—	—	—	153
519 01-0	812	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	—	—	—	2.353
519 03-6	812	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	—	19
525 01-0	812	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	199
526 01-6	812	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	79
527 01-2	812	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	935
527 03-9	812	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	—	—	—	7
527 04-7	812	Reisekostenpauschbeträge; Bewegungsgelder	—	—	—	—	3
531 01-0	812	Veröffentlichungen	—	—	—	—	—
537 01-8	812	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	—	—	—	10
538 01-4	812	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	32
546 01-7	812	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 12 Abs. 1 HG) ***Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“verbindlich.	—	13.433.600	13.433.600	—	–45
546 59-9	812	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	18
681 01-1	812	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	100.000	100.000	—	243
681 09-7	812	Geldentschädigungen an Stelle von Naturalabgaben	—	64.000	80.000	–16.000	70
685 21-1	812	Abführung an den Braunschweigischen Vereinigten Kloster- und Studienfonds	—	—	—	—	—
685 22-0	812	Anteil am Verlust des Stadtförstes Bad Pyrmont	—	—	—	—	—
711 01-8	812	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten * Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 356 01.	—	4.750.000	3.950.000	+800.000	4.610
711 02-6	812	Neubau und Sanierung von Kleinklä- und Abwasseranlagen für Forstsiedlungen und Einzelgehöfte	—	200.000	500.000	–300.000	79
811 01-2	812	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	1.360.000 1.360.000	1.360.000	1.360.000	—	1.177
812 13-2	812	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	50.000	–50.000	335
812 15-9	812	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	100.000	–100.000	19

ERLÄUTERUNGEN

Zu 516 03

Beamte und Angestellte, die zum Tragen der Dienstkleidung verpflichtet sind, erhalten einen Dienstkleidungszuschuss (Aufwandsentschädigung) von 34 DM monatlich.

Zu 516 04

Die Landesforstverwaltung ist verpflichtet, für Praktikanten, die bei Außenarbeiten eingesetzt werden, die Körperschutzausrüstung zu stellen. Zur Vermeidung des damit verbundenen Verwaltungsaufwands soll den Praktikanten als Abgeltung ein einmaliger Pauschbetrag gezahlt werden.

Es werden je nach Dauer der Ausbildungszeit bis zu 200 DM gewährt.

Zu 681 09

Geldentschädigung an Stelle von Berechtigungsholz.

Zu 685 21

Die Forsten des Braunschweigischen Vereinigten Kloster- und Studienfonds mit einer Fläche von 5 256 ha werden von den Dienststellen der Landesforstverwaltung gemeinsam mit den Landesforsten verwaltet.

Die Wirtschaftsüberschüsse bzw. Fehlbeträge werden, sofern sie 50 DM/ha überschreiten, ausgezahlt bzw. vereinnahmt.

Vorsorglich Leertitel.

Zu 685 22

Nach dem Staatsvertrag zwischen Preußen und Waldeck-Pyrmont über die Vereinigung des Gebietsteils Pyrmont mit Preußen vom 29. 11. 1921 in Verbindung mit dem Schlussprotokoll vom selben Tage (Nieders. GVBl. Sb. II, S. 7) sowie der Betriebssatzung für den Stadtforst Bad Pyrmont vom 25. 3. 1973 (ABl. RB Han. S. 699) teilen sich das Land Niedersachsen und die Stadt Bad Pyrmont den Reingewinn oder Fehlbetrag des Eigenbetriebes „Stadtforst Bad Pyrmont“ zu gleichen Teilen.

Zu 711 01

Veranschlagt sind Neu-, Um- und Erweiterungsbauten mit einer Bausumme von 20 000 DM bis zu 2 000 000 DM im Einzelfalle.

Zu 811 01

Es ist vorgesehen, weitere Forstbeamte mit Dienstwagen auszustatten.

Neu- und Ersatzbeschaffungen:

48 Pkw, 4türlich

Grundpreis à 28 000 DM = 1 334 000 DM

Sonderausstattung u. a. 16 000 DM

Zusammen 1 360 000 DM

Als Sonderausstattung sind vorgesehen:

Anhängenvorrichtung, verstärkte Stoßdämpfer, Sonderlackierung, Triebwerkunterschutz, Ganzjahresreifen, Netztrennwand für Variant-Modell, ggf. Allradantrieb, Schiebedach.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	1 360 000	—	1 360 000
2002	—	—	1 360 000	1 360 000
Summe	—	1 360 000	1 360 000	2 720 000

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltungs-
Kapitel 1004 Forstämter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
821 02-6	812	Ablösungen von Berechtigungen Dritter	—	60.000	60.000	—	67
981 10-4	990	Abführung an 1321 - 381 10	—	87.165.300	—	+87.165.300	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Holzernte im Forstwirtschaftsjahr * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 35,0 v.H. der Mehreinnahmen bei 125 11. ***Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.	(—)	(40.074.000)	(46.074.000)	(-6.000.000)	(34.022)
426 61-5	812	Löhne der Arbeiter/Arbeiterinnen (Waldarbeiter/Waldarbeiterinnen)	—	—	—	—	0
547 61-7	812	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	40.074.000	46.074.000	-6.000.000	34.022
TGr. 62		Sonstige Betriebsmaßnahmen im Forstwirtschaftsjahr * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 62, 231 62, 253 62, 256 62, 282 62, 287 62, 333 62 und 341 62. ***Abweichend von § 22 Landeswaldgesetz können vorübergehend bis zu einer beabsichtigten Änderung die Kosten für die Besetzung von Feuerwachtürmen auf privaten Grundstücken - ohne anteilige Erstattung - aus der Titelgruppe übernommen werden.	(—)	(27.211.300)	(27.337.700)	(-126.400)	(34.102)
459 62-9	812	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	24.000	24.000	—	6
547 62-5	812	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	24.180.000	24.680.000	-500.000	29.609
711 62-0	812	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Betriebsgebäude)	—	170.000	170.000	—	—
761 62-7	812	Bau von Forstwegen und Wasserbauten	—	400.000	400.000	—	495
812 62-0	812	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	2.437.300	2.063.700	+373.600	3.992
TGr. 63		Versicherungsbeiträge, Sozialzulagen, Fürsorgeleistungen u.a.f. Waldarbeiter/Waldarbeiterinnen im Forstwirtschaftsjahr	(—)	(1.298.300)	(1.298.300)	(—)	(1.130)
459 63-7	812	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	1.033.300	1.033.300	—	824
525 63-0	812	Aus- und Fortbildung	—	250.000	250.000	—	291
527 63-2	812	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenh. u. in Vertretung d. Interessen d. Schwerbehinderten	—	15.000	15.000	—	14
TGr. 64		Jagdwesen * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 111 64, 125 64, 256 64 und 282 64.	(—)	(2.070.000)	(2.214.700)	(-144.700)	(2.035)
459 64-5	812	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	250.000	250.000	—	220
518 64-1	812	Jagd pachtgelder	—	74.300	74.300	—	77
522 64-9	812	Verbrauchsmittel	—	400.000	400.000	—	394
547 64-1	812	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1.300.700	1.445.400	-144.700	1.302
681 64-0	812	Schadenersatzleistungen für Wildschäden u. a.	—	45.000	45.000	—	13

ERLÄUTERUNGEN

Zu den Titelgruppen 61 bis 65

Die Waldarbeiterinnen und Waldarbeiter erhalten Monatslohn.

Die entsprechenden Stellen sind in den Bedarfsnachweisen ausgebracht.

Zu Titelgruppe 61

1. Kosten für Unternehmereinschlag
2. Kosten für Rücken und Lagern von Holz
3. Sonstige Kosten

Zu Titelgruppe 62**Sonstige Betriebsmaßnahmen**

Aufgabenbereich	Summe	459 62	547 62	711 62	761 62	812 62
	DM	DM	DM	DM	DM	DM
Nebennutzung	40 000	—	40 000	—	—	—
Bestandesbegründung	2 300 000	—	2 300 000	—	—	—
Samen- und Pflanzenbeschaffung, Pflanzenanzucht	2 900 000	—	2 900 000	—	—	—
Bestandespflege	4 300 000	—	4 300 000	—	—	—
Forstschutz	3 000 000	—	3 000 000	—	—	—
Wege- und Wasserbau	4 000 000	—	3 600 000	—	400 000	—
Maschinen und Geräte	4 237 300	—	2 000 000	—	—	2 237 300
Betriebsgebäude	870 000	—	700 000	170 000	—	—
Bewegliche Schutzhütten	800 000	—	600 000	—	—	200 000
Holzkonservierungsanlagen	190 000	—	190 000	—	—	—
Vermessung, Abmarkung, Grenzsicherung	30 000	—	30 000	—	—	—
Sonstige Maßnahmen	424 000	24 000	400 000	—	—	—
Materialankauf	2 200 000	—	2 200 000	—	—	—
Naturschutz- und Landschaftspflege, Erholung, Forstliche Öffentlichkeitsarbeit	1 920 000	—	1 920 000	—	—	—
	27 211 300	24 000	24 180 000	170 000	400 000	2 437 300

812 62

Notwendige Ersatzbeschaffungen im Rahmen der Abschreibungsbeiträge für vorhandene Maschinen und Geräte (Afa) sowie Ergänzungsbeschaffungen. Eine Einzelaufführung ist nicht erfolgt, um sich flexibel auf die Angebotssituation und Neuentwicklungen der Maschinen und Geräte sowie den aktuellen Bedarf zeitnah einstellen zu können.

Zu Titelgruppe 63

1. Reisekosten der Waldarbeiter zur Teilnahme an Lehrgängen der Waldarbeiterschule; sonstige Kosten
2. Reisekosten der Waldarbeiter in Personalvertretungsangelegenheiten
3. Körperschutzausrüstungen und -mittel für die Waldarbeit sowie sonstige personalbezogene Sachausgaben.

Zu Titelgruppe 64

1. Wildpflege
2. Gatterbauten
3. Bau und Unterhaltung jagdlicher Einrichtungen
4. Jagdpachtgelder
5. Wildschadensersatz
6. Schaugehege
7. Jagdschloß Springe

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltungs-
Kapitel 1004 Forstämter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
711 64-6	812	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Jagdeinrichtungen)	—	—	—	—	—
812 64-7	812	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	28
TGr. 65		Fischereiwesen * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 125 65. ***Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für den gleichen Zweck veranschlagt sind.	(—)	(218.000)	(218.000)	(—)	(778)
514 65-4	812	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	5.100	5.100	—	1
522 65-7	812	Verbrauchsmittel	—	100.000	100.000	—	64
547 65-0	812	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	112.900	112.900	—	284
711 65-4	812	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Betriebsgebäude) * Übertragbar.	—	—	—	—	—
761 65-1	812	Wasserbauten * Übertragbar.	—	—	—	—	429
812 65-5	812	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen * Übertragbar.	—	—	—	—	—
TGr. 67		Jugendwaldeinsatz * Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 282 67.	(—)	(1.400.000)	(1.500.000)	(-100.000)	(1.038)
429 67-3	238	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	200.000	200.000	—	164
522 67-3	238	Verbrauchsmittel	—	255.700	255.700	—	61
547 67-6	238	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	944.300	1.044.300	-100.000	813
TGr. 69		Gemeindefreie Gebiete * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 256 69. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 50,0 v.H. der Mehreinnahmen bei 119 69.	(—)	(250.000)	(150.000)	(+100.000)	(451)
538 69-3	812	Dienstleistungen Außenstehender	—	100.000	100.000	—	156
547 69-2	812	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	150.000	50.000	+100.000	295
TGr. 70		Baudenkmalspflege * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 256 70, 333 70 und 356 70.	(—)	(1.100.000)	(1.100.000)	(—)	(2.379)
519 70-2	184	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	100.000	100.000	—	95
711 70-0	184	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Baudenkmale)	—	1.000.000	1.000.000	—	2.284
TGr. 99		Maschinelle Aufbereitung (Automation) Geräte und Gebrauchsgegenstände * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 99.	(1.150.000) (—)	(3.575.100)	(2.213.900)	(+1.361.200)	(5.620)
513 99-2	812	Post- und Fernmeldegebühren	—	42.500	42.500	—	—
515 99-5	812	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung	—	900.000	558.900	+341.100	278
522 99-1	812	Verbrauchsmittel	—	159.200	159.200	—	208

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 65

1. Teichwirtschaft Ahlhorn
2. Sonstige kleine Fischereigewässer

Zu Titelgruppe 67

Die Jugendlichen werden in 11 landeseigenen Jugendwaldheimen und -lagern untergebracht und gepflegt.

Veranschlagt sind:

70 000 Anwesenheitstage sowie die Kosten zur Beförderung der Jugendlichen von den Jugendwaldheimen zu den Beschäftigungsstellen.

Daneben werden Jugendwaldeinsätze außerhalb von Jugendwaldheimen und Waldjugendspiele durchgeführt.

Zu Titelgruppe 69

Kommunale Maßnahmen in gemeindefreien Gebieten.

Die Aufwendungen werden durch den Gewerbesteuerausgleich gedeckt (vgl. 119 69).

Zu Titelgruppe 70

Die Aufwendungen werden durch Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds gedeckt (vgl. 356 70).

Zu Titelgruppe 99

In allen Niedersächsischen Forstämtern sind aktuelle Client-Server-Netzwerke im Einsatz. Sie sind in dem Intranet der Landesforstverwaltung zusammengeführt, welches vom Niedersächsischen Forstplanungsamt administriert wird.

Die Abwicklung der Geschäftsprozesse erfolgt unter Nutzung spezieller Forstsoftware. Betriebliche Analysen auf allen Ebenen erfolgen mithilfe des Forstlichen Informationssystems (NIFIS), welches auf oracle-Datenbanken basiert. Büroanwendungen und -kommunikation entsprechen dem Standard moderner Wirtschaftsbetriebe.

Das Geoinformationssystem (NIFIS-GIS) soll zukünftig direkt von den Dienststellen genutzt werden können.

Die Landesforstverwaltung ist in das Netz des Landes Niedersachsen (IZN-net) integriert. Das IZN erbringt Dienstleistungen im Rahmen der Nutzung des Rechenzentrums und darüber hinaus.

Alle Dienststellen sind an das neue Haushaltsvollzugssystem über das Vorsystem Forstsoftware per Schnittstelle angeschlossen und nutzen besondere Verfahrensteile des HVS im Dialog.

In den Forstrevieren werden mobile Holzdatenerfassungsgeräte eingesetzt. Die mit ihnen erfassten Daten werden elektronisch an die Forstamtssysteme übermittelt.

513 99

Fernmeldegebühren für Wählleitungen zur Datenfernübertragung	42 500 DM

515 99

1. Maschinen und Geräte (einschl. Zubehör)	490 000 DM
2. Reparaturkosten	85 000 DM
3. Wartungskosten	325 900 DM
Zusammen	900 000 DM

522 99

1. Ausdruckpapier, Vordrucke	127 200 DM
2. Magnetbandkassetten, Drucktücher usw.	30 000 DM
3. Sonstiges Verbrauchsmaterial	2 000 DM
Zusammen	159 200 DM

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-
Kapitel 1004 Forstämter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
538 99-5	812	Dienstleistungen Außenstehender	—	1.523.400	639.600	+883.800	1.671
812 99-0	512	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen * Übertragbar.	1.150.000 —	950.000	813.700	+136.300	3.464
Abschluss Kapitel 10 04							
1 Eigene Einnahmen				158.104.000	177.343.000	-19.239.000	
2 Übertragungseinnahmen				3.673.400	3.740.500	-67.100	
3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen				4.100.000	4.100.000	—	
Summe der Einnahmen				165.877.400	185.183.500	-19.306.100	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	132.801.100	140.799.300	-7.998.200	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	84.120.700	89.540.500	-5.419.800	
6 Übertragungsausgaben			—	209.000	225.000	-16.000	
7 Bauausgaben			—	6.520.000	6.020.000	+500.000	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			2.510.000 1.360.000	4.807.300	4.447.400	+359.900	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	87.165.300	—	+87.165.300	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			2.510.000 1.360.000	315.623.400	241.032.200	+74.591.200	
Zuschuss				149.746.000	55.848.700	+93.897.300	
Nachrichtlich:							
Anteil an den Versorgungsausgaben				17.122.700	17.755.600		
Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil				332.746.100	258.787.800		
Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil				166.868.700	73.604.300		

ERLÄUTERUNGEN

538 99

Programme und Programmpflege	1 523 400 DM
davon Kosten für Dienstleistungen des IZN	323 400 DM

812 99

Das Projekt „Erweiterung des Niedersächsischen Forstlichen Informationssystems“ wird gemäß IuK-Ressortplan in den Jahren 2000 bis 2002 in drei Stufen alle Reviere vollständig in Verfahren und Netz der Landesforstverwaltung wie des Landes integrieren. Dazu wird eine Ausstattung mit Personalcomputern und entsprechender Software vorgenommen.

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltungs-
Kapitel 1005 Forstplanungsamt

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
119 11-2	512	Einnahmen für Aufträge Dritter		1.000	1.000	—	—
119 51-1	512	Vermischte Einnahmen		15.000	3.000	+12.000	26
124 01-9	512	Mieten und Pachten		5.000	1.000	+4.000	24
125 61-9	512	Erlöse aus der Veräußerung von beweg- lichen Sachen und Diensten aus Wirtschaft- licher Tätigkeit * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		—	—	—	33
132 01-1	512	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		6.000	—	+6.000	—
256 01-2	512	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	64
282 61-7	512	Sonstige Zuschüsse Dritter * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		—	—	—	27
282 99-4	812	Sonstige Zuschüsse (Beiträge) Dritter zur maschinellen Aufbereitung (Automation) * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 99.		—	—	—	8
A U S G A B E N							
422 01-0	512	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	7.261.600	7.617.800	-356.200	3.451
422 05-2	512	Dienstbezüge der beamteten Hilfskräfte	—	—	—	—	326
422 19-2	512	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-1	512	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Frei- stellung bei Personalüberhang	—	221.200	213.000	+8.200	219
425 01-9	512	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	3.241
425 31-0	812	Vergütung aufgrund dienstlicher Frei- stellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	128
426 01-5	512	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	132
427 01-1	512	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	10.000	10.000	—	—
427 03-8	512	Beschäftigungsentgelte für Aushilfs- kräfte im Rahmen von Arbeitsbeschaffungs- maßnahmen der BA	—	—	—	—	138
427 39-9	512	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-2	512	Trennungsgeld für abgeordnete oder ver- setzte Bedienstete und Umzugskostenver- gütungen	—	10.000	15.000	-5.000	—
511 01-2	512	Geschäftsbedarf	—	—	—	—	22
512 01-9	512	Bücher und Zeitschriften	—	—	—	—	6
513 01-5	512	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	—	—	109
514 01-1	512	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	40
515 01-8	512	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	3
515 02-6	512	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	53
516 01-4	512	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	1
516 03-0	512	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	—	—	—	—	16
517 01-0	512	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	9
517 19-3	512	Reinigungskosten	—	—	—	—	6
517 59-2	512	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	49

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zum Kapitel 10 05

Im Einzelplan 10 sind gegenseitig deckungsfähig: Alle Titel der Hauptgruppen 5–8 und die Titelgruppen. Die Titel der Hauptgruppen 7 und 8 außerhalb von Titelgruppen dürfen nicht zur Verstärkung der Hauptgruppen 5 und 6 herangezogen werden.

In der Haushaltsrechnung ist darzustellen, in welchem Umfang und aus welchem Grund von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht wurde.

Die Ausgaben der Obergruppe 51–54 des Deckungskreises gem. § 12 Abs. 1 Satz 1 Haushaltsgesetz sind im Rahmen des Modellversuchs: „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 10“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 546 01 zusammengefasst ausgebracht.

Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen.

Zu Kapitel 10 05**Zu 124 01**

1. Amts- und Dienstwohnungen	—	DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	—	DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	—	DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	—	DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	5 000	DM
Zusammen	5 000	DM

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 87,56 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	50,06	50,06	—	39
Angestellte	35,50	35,50	—	33
Lohnempfänger/-innen	2,00	2,00	—	1
Insgesamt	87,56	87,56	—	73

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt: 7 261 600 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	7 261 600
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	287 100
43	Versorgungsbezüge	1 357 500
44	Beihilfen, Unterstützungen	217 600
45	Personalbezogene Sachausgaben	10 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	198 900
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0
Summe der Personalausgaben im Kapitel 10 05		9 332 700

Beamte:

Lehrzulagen gem. RdErl. d. MF v. 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664 – VORIS 20444 00 00 00 002) in der jeweils geltenden Fassung

für 1 planmäßigen Beamten

mtl. 125 DM und 31,25 DM = 156,25 DM = 1 875 DM
rd. 1 900 DM

Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von mtl. 75 DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i.S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 453 01

1. Trennungsgeld	1 000	DM
2. Umzugskostenvergütungen	9 000	DM
Zusammen	10 000	DM

Zu 516 03

Beamte und Angestellte, die zum Tragen der Dienstkleidung verpflichtet sind, erhalten einen Dienstkleidungszuschuss (Aufwandsentschädigung) von 34 DM monatlich.

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltungs-
Kapitel 1005 Forstplanungsamt

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
518 01-7	512	Mieten und Pachten	—	—	—	—	4
519 01-3	512	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	—	—	—	387
519 03-0	512	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	—	5
525 01-3	512	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	62
527 01-6	512	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	45
531 01-3	512	Veröffentlichungen	—	—	—	—	160
531 03-0	512	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	—	—	—	64
538 01-8	512	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	216
546 01-0	512	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 12 Abs. 1 HG) ***Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“verbindlich.	—	900.000	900.000	—	—
546 59-2	512	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	1
681 01-5	512	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
711 01-1	512	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
811 01-6	512	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	83.000	—	+83.000	—
981 10-8	990	Abführung an 1321 - 381 10	—	344.500	—	+344.500	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Forsteinrichtung, Forstvermessung, Standortkartierung und forstliche Rahmenplanung * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 61 sowie bis zu 60,0 v.H. der Isteinnahmen bei 125 61.	(—)	(2.000.000)	(2.000.000)	(—)	(2.019)
429 61-8	512	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	35.000	100.000	–65.000	45
527 61-0	512	Reisekostenvergütungen	—	90.000	250.000	–160.000	85
531 61-7	512	Veröffentlichungen	—	—	50.000	–50.000	—
535 61-2	512	Geräte für Fachaufgaben	—	30.000	60.000	–30.000	28
538 61-1	512	Dienstleistungen Außenstehender	—	1.525.000	990.000	+535.000	1.564
547 61-0	512	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	320.000	550.000	–230.000	297
812 61-6	512	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 99		Maschinelle Aufbereitung (Automation) Geräte und Gebrauchsgegenstände * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 99.	(—)	(1.278.600)	(981.800)	(+296.800)	(1.227)
513 99-6	512	Post- und Fernmeldegebühren	—	198.600	100.000	+98.600	431
515 99-9	512	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung	—	220.000	226.800	–6.800	136
522 99-5	512	Verbrauchsmittel	—	35.000	50.000	–15.000	20
538 99-9	512	Dienstleistungen Außenstehender	—	500.000	350.000	+150.000	323
812 99-3	512	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	325.000	255.000	+70.000	317

 ERLÄUTERUNGEN

Zu 811 01

Ersatzbeschaffungen:

1 Pkw, 5-Gang, Diesel, Variant

Grundpreis	=	24 000 DM
Sonderausstattung u. a.		3 000 DM

Zusammen		27 000 DM

Als Sonderausstattung sind vorgesehen:

Kopfstützen hinten, Radio, Fahrersitz höhenverstellbar, Netztrennwand im Gepäckraum, verstärkte Stoßdämpfer, Unterfahrschutz.

1 Kombi

Grundpreis	=	51 000 DM
Sonderausstattung u. a.		5 000 DM

Zusammen		56 000 DM

Als Sonderausstattung sind vorgesehen:

Radio, ABS, EDS, Airbag für Fahrer und Beifahrer, Anhängervorrichtung, Winterpaket, Nutzlast erhöht, 2er Sitzbank und Einzelsitz rechts 1. Sitzreihe, 3er Sitzbank wickelbar 2. Sitzreihe.

Zusammen		83 000 DM

Zu Titelgruppe 61**527 61**

1. Reisekostenvergütung an Beamte und Angestellte bei auswärtiger Beschäftigung	89 000 DM
2. Feldaufwandvergütung an verm.-techn. Bedienstete	1 000 DM

Zusammen	90 000 DM

Bei örtlichen Vermessungsarbeiten ist eine Feldaufwandvergütung von 3 DM täglich nach dem Erlass des ML vom 11. 12. 1986 – 405 F 03500-27 – GültL 82/492 zu zahlen.

Zu Titelgruppe 99**513 99**

Fernmeldegebühren für Standleitungen für Datenfernübertragungen.

515 99

1. Maschinen und Geräte (einschl. Zubehör)	158 000 DM
2. Reparaturkosten	20 000 DM
3. Wartungskosten	42 000 DM

Zusammen	220 000 DM

522 99

1. Ausdruckpapier, Vordrucke	30 000 DM
2. Magnetbandkassetten, Drucktücher usw.	5 000 DM

Zusammen	35 000 DM

538 99

Programme und Programmpflege 500 000 DM

812 99

Beschaffung von Forsteinrichtungssoftware, neuer GIS-Server, GIS-Ausrüstung.

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-
Kapitel 1005 Forstplanungsamt

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 10 05					
		1 Eigene Einnahmen		27.000	5.000	+22.000	
		2 Übertragungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		27.000	5.000	+22.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	7.537.800	7.955.800	-418.000	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	3.818.600	3.526.800	+291.800	
		6 Übertragungsausgaben	—	—	—	—	
		7 Bauausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	408.000	255.000	+153.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	344.500	—	+344.500	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	12.108.900	11.737.600	+371.300	
		Zuschuss		12.081.900	11.732.600	+349.300	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		1.357.500	1.294.200		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		13.466.400	13.031.800		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		13.439.400	13.026.800		

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-
Kapitel 1006 Forstliche Versuchsanstalt

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
113 06-1	174	Einnahmen aus der Vergabe von Lizenzen * Vgl. K-Vermerk zu 459 07.		25.000	50.000	-25.000	15
119 51-5	174	Vermischte Einnahmen		20.000	5.000	+15.000	51
124 01-2	174	Mieten und Pachten		40.000	40.000	—	41
132 01-5	174	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		7.000	10.000	-3.000	9
256 01-6	174	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	97
271 01-5	174	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch andere Länder		258.800	266.100	-7.300	250
282 99-8	812	Sonstige Zuschüsse (Beiträge) Dritter zur maschinellen Aufbereitung (Automation) * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 99.		—	—	—	10
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		Zuweisungen und Zuschüsse für forstwis- senschaftliche Untersuchungen		(—)	(—)	(—)	(1.242)
119 61-2	174	Einnahmen aus Gebühren für Zulassungs- prüfungen von Forstschutzmitteln * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		—	—	—	27
251 61-8	174	Sonstige Zuweisungen vom Bund * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		—	—	—	255
252 61-4	174	Sonstige Zuweisungen von Ländern * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		—	—	—	232
256 61-0	174	Sonstige Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		—	—	—	40
282 61-0	174	Sonstige Zuschüsse Dritter * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		—	—	—	689
		A U S G A B E N					
422 01-3	174	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	7.725.500	7.599.600	+125.900	2.492
422 05-6	174	Dienstbezüge der beamteten Hilfskräfte	—	—	—	—	12
422 19-6	174	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-5	174	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Frei- stellung bei Personalüberhang	—	154.900	144.000	+10.900	153
425 01-2	174	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	4.539
425 03-9	174	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 41-1	174	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	—
426 01-9	174	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	731
426 03-5	174	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 41-8	174	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	—	—	—	19
427 01-5	174	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	1.000	1.000	—	—
427 03-1	174	Beschäftigungsentgelte für Aushilfs- kräfte im Rahmen von Arbeitsbeschaffungs- maßnahmen der BA	—	—	—	—	143
427 39-2	174	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	88.000	70.000	+18.000	88
453 01-6	174	Trennungsgeld für abgeordnete oder ver- setzte Bedienstete und Umzugskostenver- gütungen	—	8.000	8.000	—	6

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zum Kapitel 10 06

Im Einzelplan 10 sind gegenseitig deckungsfähig: Alle Titel der Hauptgruppen 5–8 und die Titelgruppen. Die Titel der Hauptgruppen 7 und 8 außerhalb von Titelgruppen dürfen nicht zur Verstärkung der Hauptgruppen 5 und 6 herangezogen werden.

In der Haushaltsrechnung ist darzustellen, in welchem Umfang und aus welchem Grund von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht wurde.

Die Ausgaben der Obergruppe 51 – 54 des Deckungskreises gem. § 12 Abs. 1 Satz 1 Haushaltsgesetz sind im Rahmen des Modellversuchs: „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 10“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 546 01 zusammengefasst ausgebracht.

Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen.

Zu Kapitel 10 06**Zu 113 06**

Vgl. Erläuterung zu 459 07.

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	30 000 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	10 000 DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	— DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	— DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	— DM
Zusammen	40 000 DM

Zu 271 01

Erstattungen von Personalausgaben durch Schleswig-Holstein und andere Länder für die Betreuung von Versuchsflächen.

Zu Titelgruppe 61**251 61**

Vorsorglich Leertitel für Zuwendungen des Bundesministers für Forschung und Technologie.

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 89,28 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	29,25	29,25	—	23
Angestellte	47,56	47,56	—	44
Lohnempfänger/-innen	12,47	12,47	—	12
Insgesamt	89,28	89,28	—	79

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt: 7 725 500 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	7 725 500
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	692 000
43	Versorgungsbezüge	857 200
44	Beihilfen, Unterstützungen	243 000
45	Personalbezogene Sachausgaben	19 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	222 100
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0
Summe der Personalausgaben im Kapitel		9 758 800

Zu 453 01

1. Trennungsgeld	6 000 DM
2. Umzugskostenvergütungen	2 000 DM
Zusammen	8 000 DM

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltungs-
Kapitel 1006 Forstliche Versuchsanstalt

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
459 07-3	174	Vergütungen für Arbeitnehmererfindungen * <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 40,0 v.H. der Isteinnahmen bei 113 06.</i>	—	10.000	15.000	–5.000	5
511 01-6	174	Geschäftsbedarf	—	—	—	—	16
512 01-2	174	Bücher und Zeitschriften	—	—	—	—	4
513 01-9	174	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	—	—	56
514 01-5	174	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	58
515 01-1	174	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	3
515 02-0	174	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	30
516 01-8	174	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	4
516 03-4	174	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	—	—	—	—	10
517 01-4	174	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	28
517 19-7	174	Reinigungskosten	—	—	—	—	11
517 59-6	174	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	128
518 01-0	174	Mieten und Pachten	—	—	—	—	28
519 01-7	174	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	—	—	—	78
519 02-5	174	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	—	—	—	3
519 03-3	174	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	—	0
525 01-7	174	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	4
526 01-3	174	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	1
527 01-0	174	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	5
546 01-4	174	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 12 Abs. 1 HG) ***Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“verbindlich.	—	430.000	430.000	—	—
546 59-6	174	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	3
681 01-9	174	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	5.000	5.000	—	1
711 01-5	174	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	150.000	170.000	–20.000	—
811 01-0	174	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	85.000	189.000	–104.000	143
812 13-0	174	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	109
812 15-6	174	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	20.000	–20.000	24
812 35-0	174	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	—	186.300	177.000	+9.300	151
981 10-1	990	Abführung an 1321 - 381 10	—	240.400	—	+240.400	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Forstwissenschaftliche Untersuchungen * <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 251 61, 252 61, 256 61 und 282 61 sowie bis zu 80,0 v.H. der Isteinnahmen bei 119 61.</i>	(—)	(1.153.500)	(1.153.500)	(—)	(2.988)
425 61-6	174	Vergütungen der Angestellten	—	90.000	90.000	—	1.561

ERLÄUTERUNGEN

Zu 459 07

An dem Aufkommen aus der Vergabe von Lizenzen für den Nachbau der Borkenkäferfalle, der Mäuseköderstation, der Schlagfalle und einer Einlassvorrichtung für eine Mehrfachfangeinrichtung für Kleinsäuger sind drei Arbeitnehmer beteiligt.

Zu 516 03

Beamte und Angestellte, die zum Tragen der Dienstkleidung verpflichtet sind, erhalten einen Dienstkleidungszuschuss (Aufwandsentschädigung) von 34 DM monatlich.

Zu 711 01

Grundinstandsetzung und Umbau Abteilungsleiter-DW.

Zu 811 01

Ersatzbeschaffung:

(Abt. C – Waldressourcen)

1 Pkw, Diesel		
Grundpreis	44 000 DM	
Sonderausstattung u. a.	5 000 DM	49 000 DM

Als Sonderausstattung sind vorgesehen:

Radio, Klimaanlage, Anhängervorrichtung, Winterreifen.

Neubeschaffung:

(Abt. A – Waldwachstum)

1 Pkw, Diesel		
Grundpreis	31 000 DM	
Sonderausstattung u. a.	5 000 DM	36 000 DM

Als Sonderausstattung sind vorgesehen:

Radio, Standheizung, Schlechtwegefahrwerk

Zusammen	85 000 DM

Zu 812 ..

Notwendige Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von Maschinen, Geräten und Ausrüstungsgegenständen.

Eine Einzelauflistung ist nicht erfolgt, um sich flexibel auf die Angebotssituation und auf Neuentwicklungen einstellen zu können.

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltungs-
Kapitel 1006 Forstliche Versuchsanstalt

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
429 61-1	174	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	320.000	320.000	—	63
512 61-6	174	Bücher und Zeitschriften	—	33.000	33.000	—	40
522 61-1	174	Verbrauchsmittel	—	194.500	194.500	—	227
527 61-3	174	Reisekostenvergütungen	—	171.200	171.200	—	196
531 61-0	174	Veröffentlichungen	—	8.800	8.800	—	4
535 61-6	174	Geräte für Fachaufgaben	—	96.900	96.900	—	87
538 61-5	174	Dienstleistungen Außenstehender	—	204.500	204.500	—	773
547 61-4	174	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	34.600	34.600	—	39
TGr. 62		Dauerbeobachtungsflächen im Bodenschutz- konzept	(—)	(251.600)	(251.600)	(—)	(240)
429 62-0	174	Nicht aufteilbare Personalausgaben * <i>Übertragbar.</i>	—	25.000	10.500	+14.500	20
459 62-6	174	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben * <i>Übertragbar.</i>	—	1.000	1.000	—	—
514 62-7	174	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen * <i>Übertragbar.</i>	—	25.000	17.000	+8.000	23
522 62-0	174	Verbrauchsmittel * <i>Übertragbar.</i>	—	60.000	120.600	−60.600	49
527 62-1	174	Reisekostenvergütungen * <i>Übertragbar.</i>	—	5.000	6.700	−1.700	4
535 62-4	174	Geräte für Fachaufgaben * <i>Übertragbar.</i>	—	5.000	25.300	−20.300	3
538 62-3	174	Dienstleistungen Außenstehender * <i>Übertragbar.</i>	—	125.600	39.400	+86.200	106
547 62-2	174	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben * <i>Übertragbar.</i>	—	5.000	1.100	+3.900	4
811 62-1	174	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen * <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	—
812 62-8	174	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	30.000	−30.000	30
TGr. 63		Programm zur Erhaltung forstlicher Genressourcen	(—)	(314.400)	(314.400)	(—)	(428)
514 63-5	174	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	16.000	6.000	+10.000	17
522 63-8	174	Verbrauchsmittel * <i>Übertragbar.</i>	—	60.000	43.500	+16.500	72
527 63-0	174	Reisekostenvergütungen * <i>Übertragbar.</i>	—	10.000	30.000	−20.000	9
535 63-2	174	Geräte für Fachaufgaben * <i>Übertragbar.</i>	—	40.000	43.500	−3.500	10
538 63-1	174	Dienstleistungen Außenstehender * <i>Übertragbar.</i>	—	177.400	132.600	+44.800	308
547 63-0	174	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben * <i>Übertragbar.</i>	—	11.000	58.800	−47.800	12
711 63-5	174	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten * <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	—
811 63-0	174	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 63-6	174	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen * <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	—
TGr. 99		Maschinelle Aufbereitung (Automation) Geräte und Gebrauchsgegenstände * <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen</i>	(—)	(160.300)	(310.300)	(−150.000)	(233)

ERLÄUTERUNGEN

Zu 514 62

1. Betriebsstoffe	17 000 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	7 000 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	600 DM
4. Sonstiges	400 DM
Zusammen	25 000 DM

Zu Titelgruppe 99

Veranschlagt sind die Kosten für die automatisierte Datenverarbeitung im Rahmen der von der Niedersächsischen Forstlichen Versuchsanstalt zu erledigenden landesweiten Aufgaben (Waldschadenerhebung, Luftbildauswertung, Auswertung ertragskundlicher Versuche, Forstpflanzenzüchtung etc.).

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-
Kapitel 1006 Forstliche Versuchsanstalt

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch TGr. 99		<i>überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 99.</i>					
513 99-0	174	Post- Fernmeldegebühren	—	1.300	10.000	–8.700	0
515 99-2	174	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung	—	124.000	95.300	+28.700	115
522 99-9	174	Verbrauchsmittel	—	15.000	15.000	—	14
538 99-2	174	Dienstleistungen Außenstehender	—	20.000	40.000	–20.000	54
812 99-7	174	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	150.000	–150.000	50
Abschluss Kapitel 10 06							
1 Eigene Einnahmen				92.000	105.000	–13.000	
2 Übertragungseinnahmen				258.800	266.100	–7.300	
Summe der Einnahmen				350.800	371.100	–20.300	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	8.423.400	8.259.100	+164.300	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	1.873.800	1.858.300	+15.500	
6 Übertragungsausgaben			—	5.000	5.000	—	
7 Bauausgaben			—	150.000	170.000	–20.000	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	271.300	566.000	–294.700	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	240.400	—	+240.400	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	10.963.900	10.858.400	+105.500	
Zuschuss				10.613.100	10.487.300	+125.800	
Nachrichtlich:							
Anteil an den Versorgungsausgaben				857.200	836.900		
Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil				11.821.100	11.695.300		
Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil				11.470.300	11.324.200		

E R L Ä U T E R U N G E N

515 99

1. Maschinen und Geräte (einschl. Zubehör)	99 000 DM
2. Reparaturkosten	25 000 DM
3. Wartungskosten	— DM
Zusammen	124 000 DM

522 99

1. Ausdruckpapier, Vordrucke	10 000 DM
2. Magnetbandkassetten, Drucktücher usw.	5 000 DM
Zusammen	15 000 DM

538 99

Programme und Programmpflege	20 000 DM

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltungs-
Kapitel 1010 Niedersächsische Waldarbeitsschule

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
113 01-1	512	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		1.000	1.000	—	1
119 06-0	512	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		1.000	1.000	—	2
119 51-6	512	Vermischte Einnahmen		10.000	10.000	—	17
124 01-3	512	Mieten und Pachten		49.000	49.000	—	47
132 01-6	512	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		10.000	—	+10.000	53
256 01-7	512	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	—
271 61-0	512	Erstattung von Verwaltungsausgaben * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		—	—	—	150
282 61-1	512	Sonstige Zuschüsse Dritter * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		40.000	30.000	+10.000	46
381 01-6	990	Zuführung von 0720-98101		186.100	165.000	+21.100	161
A U S G A B E N							
422 01-4	512	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	2.027.400	1.883.500	+143.900	811
422 19-7	512	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-3	512	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	302
426 01-0	512	Löhne der Arbeiter/Arbeiterinnen	—	—	—	—	859
426 31-1	512	Leistungen auf Grund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	—	—	—	—	11
427 01-6	512	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	5.000	7.600	–2.600	—
427 03-2	512	Beschäftigungsentgelte für Aushilfskräfte im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der BA	—	—	—	—	—
427 39-3	512	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-7	512	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	15.000	15.000	—	—
511 01-7	512	Geschäftsbedarf	—	—	—	—	5
512 01-3	512	Bücher und Zeitschriften	—	—	—	—	7
513 01-0	512	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	—	—	38
514 01-6	512	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	10
515 01-2	512	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	5
515 02-0	512	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	8
516 01-9	512	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	3
516 03-5	512	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	—	—	—	—	3
517 01-5	512	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	25
517 19-8	512	Reinigungskosten	—	—	—	—	5
517 59-7	512	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	—	—	23
518 01-1	512	Mieten und Pachten	—	—	—	—	20

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zum Kapitel 10 10

Im Einzelplan 10 sind gegenseitig deckungsfähig: Alle Titel der Hauptgruppen 5–8 und die Titelgruppen. Die Titel der Hauptgruppen 7 und 8 außerhalb von Titelgruppen dürfen nicht zur Verstärkung der Hauptgruppen 5 und 6 herangezogen werden.

In der Haushaltsrechnung ist darzustellen, in welchem Umfang und aus welchem Grund von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht wurde.

Die Ausgaben der Obergruppe 51–54 des Deckungskreises gem. § 12 Abs. 1 Satz 1 Haushaltsgesetz sind im Rahmen des Modellversuchs: „Wirtschaftliche und bedarfsorientierte Eigenverantwortung im Hinblick auf den Einsatz der Sachmittel im Einzelplan 10“ in den jeweiligen Kapiteln bei Titel 546 01 zusammengefasst ausgebracht.

Die Ausgaben sind nach der Haushaltssystematik zu buchen.

Zu Kapitel 10 10**Zu 113 01**

1. Geräte	200 DM
2. Maschinen	800 DM
3. Ausstattungsgegenstände	— DM
4. Akten, Drucksachen und dgl.	— DM
Zusammen	1 000 DM

Zu 119 06

Einnahmen aus der Benutzung landeseigener Geräte usw.

Zu 119 51

Einnahmen für die Holzernte im Zuge des Lehrbetriebes.

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	22 000 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	24 000 DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	— DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	300 DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	2 700 DM
Zusammen	49 000 DM

Zu 271 61

Leertitel, da sich nicht übersehen lässt, ob und wie viele fremde Teilnehmer die Lehrgänge besuchen werden.

Zu 381 01

Erstattung von Personalausgaben durch den MK (vgl. 422 01).

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 25,20 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	9,00	9,00	—	8
Angestellte	4,00	4,00	—	4
Lohnempfänger/-innen	12,20	12,20	—	9
Insgesamt	25,20	25,20	—	21

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt: 2 027 400 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	2 027 400
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	209 300
43	Versorgungsbezüge	262 100
44	Beihilfen, Unterstützungen	64 600
45	Personalbezogene Sachausgaben	15 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	59 000
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0

Summe der Personalausgaben im Kapitel 10 10 2 637 400

Beamte:

Die anteiligen Dienstbezüge für Beamte, die Berufsschulunterricht erteilen, werden wieder erstattet (vgl. 381 01).

Lehrzulagen gem. RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664 – VORIS 20444 00 00 00 002) in der jeweils geltenden Fassung für hauptamtliche Lehrkräfte

- a) für 1 planmäßigen Beamten mtl. 125 DM
b) für 7 planmäßige Beamte mtl. je 93,75 DM*)

Die Lehrzulagen gelten als steuerfreie Aufwandsentschädigung i.S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

*) Die Zahlung der Lehrzulage erfolgt ggf. auch an Beamte, die unter Inanspruchnahme von Planstellen der Kapitel 10 03, 10 04, 10 05 oder 10 06 vorübergehend an die Waldarbeitsschule versetzt worden sind.

Lohnempfänger:

Lehrzulagen gem. RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664 – VORIS 20444 00 00 00 002) in der jeweils geltenden Fassung für hauptamtliche Lehrkräfte für 7 Forstwirtschaftsmeister mtl. je 93,75 DM*)

Die Lehrzulagen gelten als steuerfreie Aufwandsentschädigung i.S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

*) Die Zahlung der Lehrzulage erfolgt ggf. auch an Forstwirtschaftsmeister, die unter Inanspruchnahme von Stellen des Kapitels 10 04 vorübergehend an die Waldarbeitsschule versetzt worden sind.

Zu 453 01

1. Trennungsgeld	3 000 DM
2. Umzugskostenvergütungen	12 000 DM
Zusammen	15 000 DM

Zu 516 03

Beamte und Angestellte, die zum Tragen der Dienstkleidung verpflichtet sind, erhalten einen Dienstkleidungszuschuss (Aufwandsentschädigung) von 34 DM monatlich.

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltungs-
Kapitel 1010 Niedersächsische Waldarbeitsschule

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
519 01-8	512	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	—	—	—	102
519 03-4	512	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	—	—	1
525 01-8	512	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	7
527 01-0	512	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	3
538 01-2	512	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	19
546 01-5	512	Deckungskreis sächlicher Verwaltungsausgaben des Kapitels (§ 12 Abs. 1 HG) ***Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die „Allgemeine Erläuterung zum Kapitel“verbindlich.	—	221.600	221.600	—	—
546 59-7	512	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	0
681 01-0	512	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	2.000	-2.000	—
711 01-6	512	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	920.000	1.400.000	-480.000	816
811 01-0	512	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	92.000	—	+92.000	51
812 15-7	512	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	68.000	116.000	-48.000	108
981 10-2	990	Abführung an 1321 - 381 10	—	413.200	—	+413.200	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Allgemeine Schulausgaben und Verpflegung * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 271 61. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 282 61.	(—)	(580.000)	(580.000)	(—)	(780)
427 61-0	512	Entschädigungen für nebenamtliche Lehrkräfte	—	30.000	30.000	—	16
429 61-2	512	Nicht aufteilbare Personalausgaben ** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO.	—	170.000	170.000	—	145
514 61-0	512	Unterhaltung von Dienstkraftfahrzeugen im Schulbetrieb	—	37.000	37.000	—	34
517 61-9	512	Elektrische Kraft für den Schulbetrieb	—	10.000	20.000	-10.000	11
522 61-2	512	Verbrauchsmittel ** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO.	—	90.000	90.000	—	73
524 61-5	512	Lehr- und Lernmittel	—	140.000	130.000	+10.000	209
525 61-1	512	Aus- und Fortbildung	—	23.000	23.000	—	16
527 61-4	512	Reisekostenvergütungen	—	10.000	10.000	—	9
535 61-7	512	Geräte für Fachaufgaben	—	30.000	30.000	—	91
547 61-5	512	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben ** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO.	—	40.000	40.000	—	176
TGr. 99		Maschinelle Aufbereitung (Automation) Geräte und Gebrauchsgegenstände	(—)	(25.000)	(25.000)	(—)	(236)
515 99-3	512	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung	—	15.000	15.000	—	74
522 99-0	512	Verbrauchsmittel	—	5.000	5.000	—	1
538 99-3	512	Dienstleistungen Außenstehender	—	5.000	5.000	—	2
812 99-8	512	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	160

ERLÄUTERUNGEN

Zu 711 01

Umbau- und Sanierungsarbeiten im Internats- und Küchenbereich 920 000 DM

Zu 811 01

Ersatzbeschaffungen:

1 Kombi	
Grundpreis	50 000 DM
Sonderausstattung u. a.	6 000 DM
Zusammen	56 000 DM

Als Sonderausstattung sind vorgesehen:

Reserveradhalterung schwenkbar am Heck, Beifahrer-Doppelsitzbank, halbhohle Trennwand mit Polsterleiste, Standheizung mit Timer, Klimaanlage mit mech. Regelung, Anhängervorrichtung, 1. Sitzreihe mit 2er Sitzbank und Klappsitz, 2. Sitzreihe mit 3er Sitzbank, wickelbar, Radio mit Frontantenne 2L, 2. Batterie, Zentralverriegelung

1 Pkw, Variant	
Grundpreis	32 000 DM
Sonderausstattung u. a.	4 000 DM
Zusammen	36 000 DM

Als Sonderausstattung sind vorgesehen:

Anhängervorrichtung, Radio „alpha“, Schiebe-/Ausstell-Glasdach, Schlechtwetterpaket, Winterpaket, Triebwerksunterschutz, Schalenfussmatten, Passformwanne

Zusammen		92 000 DM

Zu 812 ..

Notwendige Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von Maschinen, Geräten und Ausrüstungsgegenständen.

Eine Einzelaufstellung ist nicht erfolgt, um sich flexibel auf die Angebotsituation und auf Neuentwicklungen einstellen zu können.

Zu Titelgruppe 61**427 61**

Im Rahmen der Ausbildungs- und Fortbildungslehrgänge zur Vorbereitung auf die Prüfung zum Forstwirtschaftsmeister nebenamtlich tätige Lehrkräfte erhalten Lehrvergütungen gem. Nr. 1.5 des Runderlasses des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664). Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 75 DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

429 61, 522 61 und 547 61

Es sind rd. 10 000 Verpflegungstage je 30 DM = rd. 300 000 DM veranschlagt.

514 61

1. Betriebsstoffe	20 000 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	15 300 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	17 000 DM
4. Sonstiges	700 DM
Zusammen	37 000 DM

Zu Titelgruppe 99**519 99**

1. Maschinen und Geräte (einschl. Zubehör)	11 000 DM
2. Reparaturkosten	2 000 DM
3. Wartungskosten	2 000 DM
Zusammen	15 000 DM

522 99

1. Ausdruckpapier, Vordrucke	3 000 DM
2. Magnetbandkassetten, Drucktücher usw.	2 000 DM
Zusammen	5 000 DM

538 99

Programme und Programmpflege	5 000 DM

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-
Kapitel 1010 Niedersächsische Waldarbeitsschule

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 10 10					
		1 Eigene Einnahmen		71.000	61.000	+10.000	
		2 Übertragungseinnahmen		40.000	30.000	+10.000	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		186.100	165.000	+21.100	
		Summe der Einnahmen		297.100	256.000	+41.100	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	2.247.400	2.106.100	+141.300	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	626.600	626.600	—	
		6 Übertragungsausgaben	—	—	2.000	-2.000	
		7 Bauausgaben	—	920.000	1.400.000	-480.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	160.000	116.000	+44.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	413.200	—	+413.200	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	4.367.200	4.250.700	+116.500	
		Zuschuss		4.070.100	3.994.700	+75.400	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		262.100	291.600		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		4.629.300	4.542.300		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		4.332.200	4.286.300		

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-
Kapitel 1011 Personal des Klosterkammerforstbetriebes

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
271 01-0	812	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch die Klosterkammer		2.300.000	2.300.000	—	1.896
		A U S G A B E N					
422 01-8	812	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	1.672.500	1.665.400	+7.100	1.629
422 19-0	812	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
516 03-9	812	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	—	9.000	8.200	+800	—
		Abschluss Kapitel 10 11					
		2 Übertragungseinnahmen		2.300.000	2.300.000	—	
		Summe der Einnahmen		2.300.000	2.300.000	—	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	1.672.500	1.665.400	+7.100	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	9.000	8.200	+800	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.681.500	1.673.600	+7.900	
		Überschuss		618.500	626.400	-7.900	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		541.800	556.200		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		2.223.300	2.229.800		
		Überschuss einschl. Versorgungsanteil		76.700	70.200		

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 10 11**Zu 271 01**

Erstattung von Personalausgaben für die Verwaltung der Klosterforsten.

Zu 422 01

Das Beschäftigungsvolumen beträgt für beide Haushaltsjahre 20,17 Vollzeiteinheiten (VZE).

Beschäftigungsvolumen:

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	20,17	20,17	—	22
Angestellte	—	—	—	—
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	20,17	20,17	—	22

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt: 1 672 500 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	1 672 500
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	8 800
43	Versorgungsbezüge	541 800
44	Beihilfen, Unterstützungen	48 400
45	Personalbezogene Sachausgaben	0
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	44 200
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0
Summe der Personalausgaben im Kapitel 10 11		2 315 700

516 03

Beamte und Angestellte, die zum Tragen der Dienstkleidung verpflichtet sind, erhalten einen Dienstkleidungszuschuss (Aufwandsentschädigung) von 34 DM monatlich.

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 10					
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben		2.300.000	2.300.000	—	
		1 Eigene Einnahmen		158.316.000	177.541.000	-19.225.000	
		2 Übertragungseinnahmen		6.272.200	6.336.600	-64.400	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		4.286.100	4.265.000	+21.100	
		Summe der Einnahmen		171.174.300	190.442.600	-19.268.300	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	159.801.800	167.742.900	-7.941.100	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	90.684.900	95.871.600	-5.186.700	
		6 Übertragungsausgaben	—	8.212.800	8.200.200	+12.600	
		7 Bauausgaben	—	7.590.000	7.590.000	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	2.510.000 1.360.000	5.646.600	5.384.400	+262.200	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	88.163.400	—	+88.163.400	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	2.510.000 1.360.000	360.099.500	284.789.100	+75.310.400	
		Zuschuss		188.925.200	94.346.500	+94.578.700	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		21.010.600	21.381.900		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		381.110.100	306.171.000		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		209.935.800	115.728.400		

Einzelplan 10

Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

– Landesforstverwaltung –

Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

für das

Haushaltsjahr 2001

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Landesforstverwaltung –
 Kapitel 10 03 Forstverwaltung (Mittelinstantz)

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
1) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 10 03, 10 04, 10 05, 10 06, 10 10 und 10 11 gegenseitig in Anspruch genommen werden.			
Planmäßige Beamte/-innen ¹⁾			
			Aufsteigende Gehälter:
A 15	4	4	Direktor/-in
A 14	4	4	Oberrat/-rätin
A 13	1	1	Rat/Rätin
A 13	—	—	Oberamtsrat/-rätin
A 12	8	8	Amtsrat/-rätin
A 11	4	4	Amtmann/-männin/-frau
A 10	3	3	Oberinspektor/-in
	24	24	Zusammen
Stellen zu Titel 422 31:			
A 15	2	2	Direktor/-in
A 14	2	2	Oberrat/-rätin
A 12	1	1	Amtsrat/-rätin
	5	5	Zusammen

¹⁾ Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 10 03, 10 04, 10 05, 10 06, 10 10 und 10 11 gegenseitig in Anspruch genommen werden.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen¹⁾			¹⁾ Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 10 03, 10 04, 10 05, 10 06, 10 10 und 10 11 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
A 15 ²⁾	40	40	²⁾ 11 (16) DW bei Bes.-Gr. A 15 bis A 13.
A 14 ²⁾	37	37	³⁾ 255 (406) DW bei Bes.-Gr. A 13 bis A 9.
A 13 ²⁾ ¹¹⁾	3	8	⁵⁾ kw.
A 13 ³⁾	12	12	⁶⁾ 1 Stelle kw nach dem 31. 12. 2001.
A 12 ³⁾	46	45	⁷⁾ 1 Stelle kw nach dem 31. 12. 2001
A 11 ³⁾	221	221	⁸⁾ 3 Stellen kw, jeweils eine in den Jahren 2002, 2003 und 2004.
A 10 ³⁾ ⁶⁾	267	272	¹⁰⁾ 5 Stellen kw (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998), davon 3 zum 1. 4. 2003 und 2 zum 1. 6. 2003.
A 9 ³⁾ ⁷⁾ ⁸⁾ ¹⁰⁾ ¹²⁾	51	58	¹¹⁾ 2 Stellen kw zum 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003.
A 9	—	1	¹²⁾ 3 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.
A 8	1	1	
	678	695	
Zusammen			
Stellen zu Titel 422 31:			
A 15	2	3	
A 14	2	2	
A 13	—	—	
A 13	1	1	
A 12	6	6	
A 11	8	8	
A 10	1	1	
	20	21	
Zusammen			
Leerstellen:			
A 15 ⁵⁾	2	2	
A 13 ⁵⁾	—	—	
A 13 ⁵⁾	1	1	
A 12 ⁵⁾	—	—	
A 11 ⁵⁾	—	—	
A 10 ⁵⁾	1	1	
A 9 ⁵⁾	1	1	
	5	5	
Zusammen			

- ¹⁾ Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 10 03, 10 04, 10 05, 10 06, 10 10 und 10 11 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
²⁾ 11 (16) DW bei Bes.-Gr. A 15 bis A 13.
³⁾ 255 (406) DW bei Bes.-Gr. A 13 bis A 9.
⁵⁾ kw.
⁶⁾ 1 Stelle kw nach dem 31. 12. 2001.
⁷⁾ 1 Stelle kw nach dem 31. 12. 2001
⁸⁾ 3 Stellen kw, jeweils eine in den Jahren 2002, 2003 und 2004.
¹⁰⁾ 5 Stellen kw (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998), davon 3 zum 1. 4. 2003 und 2 zum 1. 6. 2003.
¹¹⁾ 2 Stellen kw zum 1. 1. 2002 infolge ZV bis 2003.
¹²⁾ 3 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugänge:	Stellen	Abgänge:	Stellen
Bes.-Gr. A 12 Amtsrat/-rätin	1	Bes.-Gr. A 13 h.D. Rat/Rätin	5
Bes.-Gr. A 9 g.D. Inspektor/-in	1		davon 3 infolge Einsparauflage (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998) 2 gem. ZV für 2001
Bes.-Gr. A 8 Hauptsekretär/-in	1	Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	5
Zusammen	3		davon 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 09 50 1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kapitel 10 11 3 infolge Personaltransfer zu den Landwirtschaftskammern
		Bes.-Gr. A 9 g.D. Inspektor/-in	8
			davon 1 infolge Einsparauflage (§ 9 Abs.2 HG 1997/1998) 1 infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks mit der Fußnote 8 6 infolge Personaltransfer zu den Landwirtschaftskammern
		Bes.-Gr. A 9 m.D. Amtsinspektor/-in	1
		Bes.-Gr. A 8 Hauptsekretär/-in	1
		Zusammen	20
		bleiben Abgänge:	17
		Stellen zu Titel 422 31:	
		Bes.-Gr. A 15 Direktor/-in	1
			infolge endgültigen Ausscheidens eines Bediensteten

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 4 und 9 sind gestrichen worden.
Die Zahlen der durch Haushaltsvermerke ausgewiesenen Dienstwohnungen (DW) haben sich durch Umwandlung in Mietwohnungen bzw. Verkauf der Gehöfte im Rahmen der Organisationsreform bei der Fußnote ²⁾ um 5 und bei der Fußnote ³⁾ um 151 verringert.
Der Haushaltsvermerk Nr. 8 ist neu gefasst worden.
Die Haushaltsvermerke Nr. 10 – 12 sind neu ausgebracht worden.

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Landesforstverwaltung –
Kapitel 10 04 Forstämter

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Beamtete Hilfskräfte				
A 13	1	1	Assessor/-in	¹⁾ kw.
A 9	5	5	Inspektor/-in z. A.	²⁾ Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 10 04, 10 05, 10 06 und 10 10 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
	6	6	Zusammen	³⁾ kw (2 Stellen) von Angehörigen des ehemaligen Staatl. Forstamtes Carrenzien infolge ZV bis 2003, davon 1 Stelle der Verg.-Gr. I b zum 1. 6. 2001, 1 Stelle der Verg.-Gr. IV a zum 1. 11. 2002.
Angestellte²⁾⁴⁾				
I b ³⁾	1	1		⁴⁾ Die Stellen im Nieders. Forstamt Carrenzien können in Planstellen umgewandelt werden.
II a	1	1		⁵⁾ 8 Stellen kw (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998), davon 1 zum 1. 3. 2003, 3 zum 1. 4. 2003 und 4 zum 1. 12. 2003.
III	—	1		
IV a ³⁾	12	14		
IV b	1	2		
V b	1	1		
V c	59	59		
VI b	59	59		
VII	54	54		
VIII ⁵⁾	17	19		
	205	211	Zusammen	
Stellen zu Titel 425 31:				
V c	—	1		
VI b	—	1		
VII	—	1		
VIII	—	1		
	—	4	Zusammen	
Leerstellen:				
IV b ¹⁾	1	1		
V c ¹⁾	2	2		
VI b ¹⁾	3	3		
VII ¹⁾	3	3		
VIII ¹⁾	2	2		
	11	11	Zusammen	
Erläuterungen zu den Stellenübersichten				

Angestellte

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. III	1	infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks mit der Fußnote ³⁾ (ZV 2001)
Verg.-Gr. IV a	2	
Verg.-Gr. IV b	1	
Verg.-Gr. VIII	2	infolge Einsparauflage (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998)
Zusammen	6	

Stellen zu Titel 425 31:	Stellen	
Abgänge:		
Verg.-Gr. V c	1	infolge endgültigen Ausscheidens des Stelleninhabers
Verg.-Gr. VI b	1	
Verg.-Gr. VII	1	
Verg.-Gr. VIII	1	
Zusammen	4	

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 3 ist neu gefasst worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 5 ist neu ausgebracht worden.

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Landesforstverwaltung –
 Kapitel 10 04 Forstämter

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst				¹⁾ Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 1004, 1006 und 1010 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
A 13	40	40	Referendar/-in	²⁾ 30 Stellen kw infolge ZV bis 2003, davon 23 zum 1. 1. 2003 (2003) und 7 mit Ablauf des 31. 12. 2003.
A 9	45	45	Inspektor/-in-Anwärter/-in	
	85	85	Zusammen	
Arbeiter/-innen¹⁾²⁾				
MTW	955	985		
	955	985	Zusammen	
Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen				

Arbeiter/-innen

Abgänge: Stellen
 MTW 30 gem. ZV für 2001

Sonstige Veränderungen:
 Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist neu ausgebracht worden.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen³⁾			¹⁾ Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.
			²⁾ kw.
			³⁾ Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 10 03, 10 04, 10 05, 10 06, 10 10 und 10 11 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
			⁴⁾ Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gemäß Vorbemerkung Nr. 21 zur BBesO A.
			⁵⁾ Die auf den technischen Dienst im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG entfallenden Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.
			⁶⁾ 2 Stellen kw infolge ZV bis 2003, davon 1 zum 1. 1. 2003 (2003) und 1 zum 1. 7. 2003 (2003).
			⁷⁾ 3 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.
A 16 ⁴⁾	1	1	Aufsteigende Gehälter ¹⁾ :
A 15 ³⁾	6	6	Leitende(r) Direktor/-in
A 14	2	2	Direktor/-in
A 13 ⁶⁾	13	14	Oberrat/-rätin
A 13	1	1	Rat/Rätin
A 12 ¹⁾⁵⁾	4	4	Oberamtsrat/-rätin
A 11 ¹⁾	2	2	Amtsrat/-rätin
A 10	6	6	Amtmann/-männin/-frau
A 9 ⁷⁾	4	4	Oberinspektor/-in
	39	40	Inspektor/-in
			Zusammen
A 14	1	1	Stellen zu Titel 422 31:
A 13	1	1	Oberrat/-rätin
A 11	—	—	Oberamtsrat/-rätin
			Amtmann/-männin/-frau
	2	2	Zusammen
A 14 ²⁾	1	1	Leerstellen:
A 13 ²⁾	1	1	Oberrat/-rätin
A 11 ²⁾	1	1	Rat/Rätin
A 9 ²⁾	1	1	Amtmann/-männin/-frau
			Inspektor/-in
	4	4	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf den technischen Dienst nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 1 BBesG.

Höherer Dienst

Bes.-Gr.	§ 1 Nr. 12 der VO
A 15	1
Insgesamt höh. Dienst	1

Gehobener Dienst

Bes.-Gr.	§ 1 Nr. 9 der VO
A 12	1
Insgesamt geh. Dienst	1

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG.

Gehobener Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 2 a) der VO
A 12	3
A 11	2
Insgesamt geh. Dienst	5

Abgänge: Stellen
Bes.-Gr. A 13 h.D. 1 infolge Einsparauflage
Rat/Rätin (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998)

Sonstige Veränderungen:
Die Haushaltsvermerke Nr. 6 und 7 sind neu ausgebracht worden.

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Landesforstverwaltung –
Kapitel 10 05 Forstplanungsamt

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	¹⁾ Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 1004, 1005, 1006 und 1010 gegenseitig in Anspruch genommen werden. ²⁾ 1 Stelle kw nach dem 31. 12. 2001. ³⁾ 1 Stelle kw zum 1.12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001).
	2001	2000		
Angestellte ¹⁾				
III	3	3		
IV a	9	9		
V b ²⁾	2	2		
V c	5	5		
VI b	5	5		
VII ³⁾	6	7		
VIII	3	3		
	33	34	Zusammen	
Stellen zu Titel 425 31:				
VIII	—	1		
VII	—	1		
IV a	—	1		
VI a	—	1		
IX b	—	1		
	—	5	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte		Stellen zu Titel 425 31:	
Abgang:	Stellen	Abgänge:	Stellen
Verg.-Gr. VII	1 gem. ZV für 2001	Verg.-Gr. IV a	1
		Verg.-Gr. VI a	1
		Verg.-Gr. VII	1
		Verg.-Gr. VIII	1
		Verg.-Gr. IX b	1
		Zusammen	5
Sonstige Veränderungen: Der Haushaltsvermerk Nr. 3 ist neu ausgebracht worden.			

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 1004, 1005, 1006 und 1010 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
	2001	2000		
Arbeiter/-innen ¹⁾				
4	1	1		

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Landesforstverwaltung –
Kapitel 10 06 Forstliche Versuchsanstalt

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen²⁾			¹⁾ – (1) DW bei Bes.-Gr. A 15.
A 16 ⁴⁾	1	1	²⁾ Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 10 03, 10 04, 10 05, 10 06, 10 10 und 10 11 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
A 15 ¹⁾	3	3	
A 14	4	3	³⁾ kw.
A 13 ⁵⁾	5	5	⁴⁾ Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gemäß Vorbemerkung Nr. 21 zur BBesO A.
A 12	2	2	
A 11	1	1	⁵⁾ 1 Stelle kw zum 1.1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).
A 10	4	4	
A 9 ⁶⁾	1	2	⁶⁾ 1 Stelle kw mit Ablauf des 31.12. 2003 infolge ZV bis 2003.
	21	21	
A 14	1	1	Stellen zu Titel 422 31:
A 13	1	1	Oberrat/-rätin
	2	2	Oberamtsrat/-rätin
A 10 ³⁾	1	1	Leerstellen:
	1	1	Oberinspektor/-in
			Zusammen

- ¹⁾ – (1) DW bei Bes.-Gr. A 15.
²⁾ Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 10 03, 10 04, 10 05, 10 06, 10 10 und 10 11 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
³⁾ kw.
⁴⁾ Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gemäß Vorbemerkung Nr. 21 zur BBesO A.
⁵⁾ 1 Stelle kw zum 1.1. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).
⁶⁾ 1 Stelle kw mit Ablauf des 31.12. 2003 infolge ZV bis 2003.

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:
Bes.-Gr. A 14
Oberrat/-rätin

Stellen

1 infolge Umwandlung einer Stelle der Verg.-Gr. I b

Abgang:
Bes.-Gr. A 9 g.D.
Inspektor/-in

Stellen

1 infolge Einsparauflage (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998)

Sonstige Veränderungen:
Die bei der Fußnote¹⁾ ausgewiesene Dienstwohnung (DW) ist entfallen.
Die Haushaltsvermerke Nr. 5 und 6 sind neu ausgebracht worden.

Einzelplan 10 Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Landesforstverwaltung –
Kapitel 10 06 Forstliche Versuchsanstalt

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 1004, 1005, 1006 und 1010 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
	2001	2000		
Beamtete Hilfskräfte				
A 13	2	2	Assessor/-in	
	2	2	Zusammen	
Angestellte ¹⁾				
I a	1	1		
I b	1	2		
II a	7	8		
IV a	2	2		
IV b	2	2		
V b	2	2		
V c	12	12		
VI b	11	11		
VII	4	4		
VIII	1	2		
IX b	1	1		
	44	47	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. I b	1	infolge Umwandlung nach Bes.-Gr. A 14
Verg.-Gr. II a	1	gem. ZV für 2001
Verg.-Gr. VIII	1	infolge Einsparauflage (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998)
Zusammen	3	

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist gestrichen worden.

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 1004, 1006 und 1010 gegenseitig in Anspruch genommen werden. 2) 1 Stelle kw zum 1.7. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
	2001	2000		
Arbeiter/-innen ¹⁾				
3	1	1		
MTW ²⁾	11	11		
	12	12	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist neu ausgebracht worden.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
			¹⁾ 2 (2) DW bei Bes.-Gr. A 15 bis A 13.
			³⁾ Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 10 03, 10 04, 10 05, 10 06, 10 10 und 10 11 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
Planmäßige Beamte/-innen ³⁾			
			Aufsteigende Gehälter:
A 15 ¹⁾	1	1	Direktor/-in
A 14 ¹⁾	1	1	Oberrat/-rätin
A 13 ¹⁾	1	1	Rat/Rätin
A 13	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 12	1	1	Amtsrat/-rätin
A 11	1	1	Amtmann/-männin/-frau
A 10	2	2	Oberinspektor/-in
	8	8	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist weggefallen.

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 10 04, 10 05, 10 06 und 10 10 gegenseitig in Anspruch genommen werden.
	2001	2000		
Angestellte ¹⁾				
V b	1	1		
V c	1	1		
VII	—	1		
VIII	2	2		
	4	5	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Abgänge: Stellen
Verg.-Gr. VII 1 infolge Einsparauflage
(§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998)

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) Bei Bedarf können die Stellen bei den Kapiteln 10 04, 10 06 und 10 10 gegenseitig in Anspruch genommen werden. 2) 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 infolge ZV bis 2003.
	2001	2000		
Arbeiter/-innen ¹⁾				
1	3	3		
MTW ²⁾	6	7		
	9	10	Zusammen	
Stellen zu Titel 426 31:				
MTW	—	1		
	—	1	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Abgänge: Stellen
MTW 1 infolge Einsparauflage
(§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998)

Stellen zu Titel 426 31:
Abgänge: Stellen
MTW 1 infolge endgültigen Ausscheidens
des Stelleninhabers

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist neu ausgebracht worden.

Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. A 10	
Oberinspektor/-in	1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO von Kapitel 10 04
Sonstige Veränderungen:	
Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist gestrichen worden.	

Haushaltsplan
für das
Haushaltsjahr 2001

Einzelplan 11
Justizministerium

Vorwort zum Einzelplan 11

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 11 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereichs des Justizministeriums, und zwar:

- I. des Ministeriums (Kap. 11 01)
- II. der Allgemeinen Bewilligungen (Kap. 11 02)
- III. der ordentlichen Gerichte und Staatsanwaltschaften (Kap. 11 04)
- IV. der Justizvollzugseinrichtungen (Kap. 11 05)
- V. des Finanzgerichts (Kap. 11 08)
- VI. des Oberverwaltungsgerichts und der Verwaltungsgerichte (Kap. 11 10)
- VII. des Landessozialgerichts und der Sozialgerichte (Kap. 11 12)

B. Hochbaumaßnahmen

Die Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich des Justizministeriums sind in den Kap. 20 81 und 20 82 des Einzelplans 20 – Hochbauten – ausgewiesen.

C. Wesentliche Veränderungen

- a) Gemäß Beschluss der Landesregierung vom 15. 12. 1999, Nieders. MBl. 1/2000, S. 2, sind die Aufgaben des Justizministeriums „Europaangelegenheiten, Internationale Zusammenarbeit“ auf die Staatskanzlei und die Aufgaben der Staatskanzlei „Verfassungsrecht, Rechtsvereinfachung“ auf das Justizministerium übergegangen.
Die Einzelheiten des Aufgabenübergangs waren bis zum 1. 3. 2000 abschließend zu regeln.
- b) Das Kapitel 11 15 (Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege – Fachbereich Rechtspflege –) ist nach Überführung in das im Einzelplan 03 ausgebrachte Kapitel 03 04 zum 1. 1. 2001 aufgelöst worden.
- c) In allen Kapiteln des Einzelplans ist die Personalkostenbudgetierung eingeführt.
- d) Bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie im Justizministerium wird die Flexibilisierung der Haushaltsführung mit dezentraler Ressourcenverantwortung mit folgenden Maßgaben fortgeführt:
 1. Erfasst sind
 - bei den Einnahmen die Titel 113 01 sowie 132 .. und
 - bei den Ausgaben die Hauptgruppen 5 – ohne Titel 529 01, 536 11 bis 536 19 – und 8.
 2. Die Ansätze sind jeweils innerhalb der
 - Hauptgruppe 5 – ohne Titel 529 01 und 536 11 bis 536 19 – sowie
 - Hauptgruppe 8gegenseitig deckungsfähig.
Darüber hinaus sind die Ansätze der Hauptgruppe 5 – ohne Titel 529 01 und 536 11 bis 536 19 – deckungsfähig zugunsten der Hauptgruppe 8.
 3. Die Ausgabeansätze in Hauptgruppen 5 und 8 dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei den o. a. Einnahmetiteln.
 4. Bei den in die Flexibilisierung einbezogenen Titeln dürfen Ausgabereste bis zur Höhe von 90 v. H. gebildet, übertragen und mit Einwilligung des MF ohne Anrechnung auf die Ausgabeansätze des Folgejahres in Anspruch genommen werden.

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	E i n n a h m e n						
		0 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	1 eigene Einnahmen	2 Über- tragungs- einnahmen	3 vermögens- wirksame und Sonder- einnahmen	Gesamt- einnahmen	4 persönliche Verwaltungs- ausgaben	5 sächliche Verwaltungs- ausgaben; Schulden- dienst
		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1101	Ministerium	—	369.500	1.000	—	370.500	59.258.400	2.320.300
1102	Allgemeine Bewilligungen	—	—	—	—	—	2.089.500	24.228.100
1104	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	—	699.448.000	140.000	—	699.588.000	806.651.000	349.939.700
1105	Just.vollz.einrichtungen	—	6.342.800	13.580.000	—	19.922.800	236.610.300	61.650.800
1108	Finanzgericht	—	2.252.000	—	—	2.252.000	11.850.700	1.692.400
1110	Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte	—	5.428.000	680.000	—	6.108.000	41.592.100	6.909.000
1112	Landessozialgericht und Sozialgerichte	—	2.345.200	—	—	2.345.200	25.660.200	16.226.200
1115	Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege -Fachbereich Rechtspflege-	—	—	—	—	—	—	—
	Summe 2001	—	716.185.500	14.401.000	—	730.586.500	1.183.712.200	462.966.500
	Summe 2000	—	715.766.400	15.566.000	—	731.332.400	1.137.116.300	495.515.700
	2001 mehr/weniger (-)	—	419.100	-1.165.000	—	-745.900	46.595.900	-32.549.200

gaben und Verpflichtungsermächtigungen

Epl. 11

A u s g a b e n					2001 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 – Sp.14)	2000 Überschuss Zuschuss (-)	2001 Verbesserung Verschlech- terung (-) (Sp.15 – Sp.16)	Ver- pflichtungs- ermächti- gungen
6 Über- tragungs- ausgaben	7 Bau- ausgaben	8 sonst. Ausga- ben für Inve- stitionen und Invest.förd.- maßnahmen	9 besondere Finan- zierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
10	11	12	13	14	15	16	17	18
1.000	—	—	904.800	62.484.500	-62.114.000	-56.042.100	-6.071.900	—
2.617.200	—	17.683.500	—	46.618.300	-46.618.300	-30.399.300	-16.219.000	3.856.800
6.187.600	—	1.507.000	48.189.500	1.212.474.800	-512.886.800	-473.568.800	-39.318.000	—
23.530.100	—	4.165.200	26.067.400	352.023.800	-332.101.000	-296.387.400	-35.713.600	4.661.800
380.000	—	—	—	13.923.100	-11.671.100	-10.025.000	-1.646.100	—
—	—	32.000	1.937.500	50.470.600	-44.362.600	-42.471.700	-1.890.900	—
—	—	46.000	1.251.100	43.183.500	-40.838.300	-38.201.300	-2.637.000	—
—	—	—	—	—	—	-1.201.800	1.201.800	—
32.715.900	—	23.433.700	78.350.300	1.781.178.600	-1.050.592.100	-948.297.400	-102.294.700	8.518.600
36.425.000	—	10.572.800	—	1.679.629.800				7.576.100
-3.709.100	—	12.860.900	78.350.300	101.548.800				942.500

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 11-9	011	Verwaltungsgebühren ***Die allgemeinen Erläuterungen in Abschnitt C des Vorworts sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.		1.000	1.000	—	—
113 01-4	011	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		1.000	1.000	—	1
119 06-3	011	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		1.000	1.000	—	—
119 31-4	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen		340.000	310.000	+30.000	363
119 41-1	011	Rückzahlung von Überzahlungen		10.000	120.000	-110.000	31
119 51-9	011	Vermischte Einnahmen		8.000	8.000	—	13
124 01-6	011	Mieten und Pachten		8.500	8.500	—	9
132 01-9	011	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		—	—	—	—
132 02-7	011	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen		—	—	—	—
132 11-6	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge * Vgl. K-Vermerk zu 811 11.		—	—	—	178
256 01-0	011	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	—
281 01-4	011	Erstattung von Prozesskosten		1.000	1.000	—	0
A U S G A B E N							
412 04-6	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 71 Abs. 7 Nds. PersVG und § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	1.000	1.000	—	0
421 01-0	011	Amtsbezüge des Ministers/der Ministerin -Laufende Zahlungen-	—	288.600	281.600	+7.000	291
421 02-9	011	Amtsbezüge des Ministers/der Ministerin -Einzelzahlungen-	—	—	—	—	—
422 01-7	011	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen und Richter/Richterinnen	—	14.102.600	16.442.100	-2.339.500	11.193
422 09-2	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-0	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-9	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	216.600	161.900	+54.700	279
425 01-6	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	4.244
425 41-5	011	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	18.000	32.000	-14.000	—
425 51-2	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	1.000	—	—
426 01-2	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	649
426 03-9	011	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 51-9	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.000	1.000	—	1
427 01-9	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	7.200	7.200	—	—
427 39-6	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
441 02-0	940	Beihilfen auf Grund d. Beihilfavorschriften für Beamte/Beamtinnen und Richter/Richterinnen	—	43.247.500	45.032.900	-1.785.400	38.285
441 03-8	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Angestellte	—	81.600	160.000	-78.400	76

ERLÄUTERUNGEN

Zu 119 31

Einnahmen aus Veröffentlichungen im Niedersächsischen Staatsanzeiger.

Zu 119 41

Weniger nach Übergang der Aufgaben „Europaangelegenheiten, Internationale Zusammenarbeit“ auf die Staatskanzlei.

Zu 412 04

Der/Die Vorsitzende einer Einigungsstelle – § 71 Abs. 7 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz und § 48 Abs. 3 Niedersächsisches Richterergesetz – erhält für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 200 DM.

Zu 422 01

Das Beschäftigungsvolumen beträgt für das Haushaltsjahr 2001 149,42 Vollzeiteinheiten (VZE).

Beschäftigungsvolumen:

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen und Richter/-innen	105,48	105,48	—	116
Angestellte	36,94	36,94	—	26
Lohnempfänger/-innen	7,00	7,00	—	8
	—	—	—	—
Insgesamt	149,42	149,42	—	150

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 14 102 600 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	14 102 600
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	583 200
43	Versorgungsbezüge	3 200 800
44	Beihilfen, Unterstützungen	600 700
45	Personalbezogene Sachausgaben	60 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	386 600
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		18 933 900

Zu 425 41

Mittel für zwei Auszubildende im Rahmen der Beschäftigungsinitiative.

Zu 427 01

Für Vertretungen in Urlaubs- und Krankheitsfällen.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1101 Ministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
441 04-6	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	6.000	6.200	-200	6
441 05-4	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Sonstige	—	1.000	2.000	-1.000	—
441 06-2	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften	—	173.500	323.200	-149.700	162
442 01-8	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	1.000	1.000	—	—
443 01-4	940	Fürsorgemaßnahmen, insbesondere bei Dienstunfällen	—	791.800	892.000	-100.200	792
443 03-0	011	Aufwendungen für Leistungen nach dem Arbeitssicherheitsgesetz	— 520.000	260.000	252.000	+8.000	197
443 06-5	940	Kostenerstattungen an Landesbedienstete für Rechtsschutz in Strafsachen	—	—	—	—	1
453 01-0	011	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	59.000	59.000	—	102
459 07-7	011	Außerordentliche Zuwendungen an Bedienstete der Justizverwaltung	—	1.000	1.000	—	—
462 01-9	981	Globale Minderausgabe für Personalausgaben	—	—	-10.176.000	+10.176.000	—
511 01-0	011	Geschäftsbedarf	—	107.500	123.500	-16.000	147
512 01-6	011	Bücher und Zeitschriften	—	150.000	133.000	+17.000	146
513 01-2	011	Post- und Fernmeldegebühren	—	240.000	379.700	-139.700	236
514 01-9	011	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	47.000	35.000	+12.000	47
515 01-5	011	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	22.000	22.000	—	22
515 02-3	011	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	144.700	125.000	+19.700	209
516 01-1	011	Dienst- und Schutzkleidung	—	4.500	4.500	—	3
517 01-8	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	120.000	167.000	-47.000	107
517 19-0	011	Reinigungskosten	—	120.000	112.000	+8.000	113
517 59-0	011	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	100.000	120.000	-20.000	87
518 01-4	011	Mieten und Pachten	—	540.000	485.000	+55.000	513
519 01-0	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen * Übertragbar.	—	—	—	—	—
519 03-7	011	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	3.000	3.000	—	2
525 01-0	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten *** Beträge, die für Teilnehmer/-innen anderer Verwaltungen an Aus- oder Fortbildungsveranstaltungen der Nieders. Justizverwaltung erstattet werden, sind abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.	—	—	—	—	39
526 01-7	011	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	70.000	40.000	+30.000	47
527 01-3	011	Reisekostenvergütungen	—	157.000	217.000	-60.000	172
527 03-0	011	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	50.000	43.000	+7.000	59
529 01-6	011	Zur Verfügung der Ministerin/des Ministers	—	10.000	10.000	—	9
531 01-0	011	Veröffentlichungen ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.	—	80.000	21.000	+59.000	79

ERLÄUTERUNGEN

Zu 443 01

Weniger entsprechend dem Ist 1999.

Zu 443 03

Verpflichtungsermächtigungen zur Eingehung vertraglicher Bindungen für Leistungen nach dem Arbeitssicherheitsgesetz.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	260 000	—	260 000
2002	—	260 000	—	260 000
Summe	—	520 000	—	520 000

Zu 459 07

Außerordentliche Zuwendungen für besonders rühmenswertes Verhalten, z. B. bei der Ergreifung entwichener Gefangener, bei schweren Störungen des Sitzungsdienstes usw.

Zu 513 01

Weniger nach Übergang der Aufgaben „Europaangelegenheiten, Internationale Zusammenarbeit“ auf die Staatskanzlei und infolge Einsparungen bei den Telefonkosten.

Zu 514 01**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	4	4	4

Zu 518 01

Verpflichtungsermächtigung für den Abschluss eines langfristigen Mietvertrages für das Landesjustizprüfungsamt.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	294 000	—	—	294 000
2002	294 000	—	—	294 000
2003	294 000	—	—	294 000
2004	294 000	—	—	294 000
2005 bis 2008	1 192 000	—	—	1 192 000
Summe	2 368 000	—	—	2 368 000

Zu 525 01

Die Ausgaben werden aus 11 02 – 525 01 gedeckt.

Zu 527 03

Die Mitglieder des beratenden Ausschusses nach § 11 SGG und – für den Fall ihrer Verhinderung – ihre Vertreter/-innen erhalten, soweit sie nicht dem öffentlichen Dienst angehören, eine Entschädigung für den ihnen aus der Teilnahme an Sitzungen erwachsenden Verdienstaufschlag und Aufwand sowie Ersatz der Fahrkosten nach den Vorschriften des Gesetzes über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
531 03-7	011	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	3.000	3.000	—	3
537 01-9	011	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	3.000	3.000	—	—
538 01-5	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	2.600	2.600	—	—
546 59-0	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
681 01-2	011	Schadensersatzleistungen und Unfallent- schädigungen ***Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.	—	—	—	—	0
685 01-8	011	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	1.000	1.000	—	0
811 01-3	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 11-0	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.	—	—	—	—	178
812 13-3	011	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-0	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
813 59-8	011	Globalansatz für den Erwerb beweglicher Sachen	—	—	—	—	—
981 01-6	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	904.800	—	+904.800	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 96		Reformdividende	(—)	(—)	(—)	(—)	(87)
429 96-8	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	87
547 96-0	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	—
711 96-5	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 96-6	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommuni- kationstechnik	(—)	(346.000)	(422.800)	(-76.800)	(924)
512 99-7	052	Bücher und Zeitschriften	—	—	—	—	1
513 99-3	052	Post- und Fernmeldegebühren	—	20.000	20.000	—	—
515 99-6	052	Geräte und Ausstattungsgegenstände für die maschinelle Aufbereitung - Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung -	—	269.700	352.800	-83.100	738
522 99-2	052	Verbrauchsmittel	—	40.000	40.000	—	10
525 99-1	052	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	15.000	10.000	+5.000	43
538 99-6	052	Dienstleistungen Außenstehender	—	1.300	—	+1.300	133
812 99-0	052	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		538.400	-538.400	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 538 01

Für Hilfe bei rechtstatsächlichen Untersuchungen u. ä.

Zu 685 01

Beiträge für den Deutschen Juristentag e.V. in Bonn und die Juristische Studiengesellschaft Hannover.

Zu 981 01

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 99

Mittel für die Ersatzbeschaffung und Instandhaltung von Geräten für die Aufrechterhaltung und den Ausbau der Bürokommunikation einschl. Verbrauchsbedarf und Schulungen.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 11 01					
		1 Eigene Einnahmen		369.500	449.500	–80.000	
		2 Übertragungseinnahmen		1.000	1.000	—	
		Summe der Einnahmen		370.500	450.500	–80.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	59.258.400	53.676.200	+5.582.200	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	520.000	—	—	—	
		6 Übertragungsausgaben	—	2.320.300	2.815.400	–495.100	
		7 Bauausgaben	—	1.000	1.000	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	904.800	—	+904.800	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	— 520.000	62.484.500	56.492.600	+5.991.900	
		Zuschuss		62.114.000	56.042.100	+6.071.900	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		3.200.800	3.894.400		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		65.685.300	60.387.000		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		65.314.800	59.936.500		

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1102 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
427 31-4	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung ***Die allgemeinen Erläuterungen in Abschn. C des Vorworts sind gem. § 17 Abs.1 Satz 2 LHO verbindlich. Beträge, die für Teilnehmer/-innen anderer Verwaltungen an Ausbildungsveranstaltungen der Nds. Justizverwaltung erstattet werden, sind abweichend von § 35 Abs.1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.	—	2.089.500	2.467.000	-377.500	1.306
511 01-3	052	Kosten der zentralen Beschaffung von Vordrucken	—	4.800.000	5.100.000	-300.000	4.030
518 01-8	052	Kosten der zentralen Anmietung von Maschinen und Gerät	—	100.000	200.000	-100.000	—
525 01-4	052	Aus- und Fortbildung der Bediensteten ***Beträge, die für Teilnehmer/-innen anderer Verwaltungen an Aus- oder Fortbildungsveranstaltungen der Nieders. Justizverwaltung erstattet werden, sind abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.	—	3.678.500	2.647.000	+1.031.500	179
632 01-5	052	Anteil an den Kosten der Deutschen Richterakademie in Trier und Wustrau	—	280.000	270.000	+10.000	241
632 02-3	052	Anteil an den Kosten eines gemeinsamen Prüfungsamts in Berlin	—	5.000	5.000	—	1
632 03-1	052	Anteil an den Kosten des Landgerichts Berlin zur Bewältigung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität	—	150.000	273.200	-123.200	2
685 51-8	179	Anteil an den Kosten der Kriminologischen Zentralstelle e. V.	—	—	—	—	—
685 53-4	239	Zuwendungen für die Durchführung des Täter-Opfer-Ausgleichs in Strafverfahren gegen erwachsene Täter	1.100.000 227.000	700.000	400.000	+300.000	272
685 54-2	239	Zuwendungen für berufsqualifizierende Maßnahmen für Straffällige	1.556.800 641.300	750.000	641.300	+108.700	750
		Titelgruppe(n)					
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik	(1.200.000) (—)	(34.065.300)	(14.976.000)	(+19.089.300)	(22.409)
512 99-0	052	Bücher und Zeitschriften	—	31.600	31.600	—	12
513 99-7	052	Post- und Fernmeldegebühren	—	164.000	165.800	-1.800	35
515 99-0	052	Geräte und Ausstattungsgegenstände für die maschinelle Aufbereitung - Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung -	—	4.100.200	3.480.100	+620.100	3.960
518 99-9	052	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—
519 99-5	052	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	12.800	12.800	—	2
522 99-6	052	Verbrauchsmittel	—	2.587.200	1.984.200	+603.000	1.824
525 99-5	052	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	2.719.900	1.119.200	+1.600.700	1.690
538 99-0	052	Dienstleistungen Außenstehender	—	6.033.900	1.704.300	+4.329.600	1.194
632 99-6	052	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	—	459.200	621.800	-162.600	203
671 99-1	052	Anschluss an das Juristische Informationssystem JURIS	—	273.000	273.000	—	235
712 99-0	052	Aufwendungen für Datenübertragungsnetze in den Liegenschaften ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	—	—	—	—	1.621

ERLÄUTERUNGEN

Zu 427 31

Zentrale Veranschlagung für den Epl. 11.

1. Lehrvergütungen für nebenamtliche Lehrkräfte	1 439 500 DM
2. Prüfungsvergütungen für die Mitglieder der Prüfungsausschüsse	650 000 DM
Zusammen	2 089 500 DM

Zu 1.:

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen richtet sich nach den aufgrund des Runderlasses des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) zu beachtenden Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 75 DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG 1997. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG 1997 in der jeweils geltenden Fassung fällt.

Zu 2.:

25 v.H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG 1997. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG 1997 fällt.

Der/Die Präsident/-in und die Vizepräsidenten/-innen des Landesjustizprüfungsamtes erhalten für ihre nebenamtliche Tätigkeit, die nicht Prüfungstätigkeit ist, eine Vergütung. Der/Die Präsident/-in erhält 300 DM, die beiden Vizepräsidenten/-innen erhalten je 200 DM monatlich.

Weniger infolge Rückgangs der Anwärterzahlen.

Zu 511 01

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.

Zu 518 01

Zentrale Veranschlagung für den Einzelplan 11.

Zu 525 01

Zentrale Veranschlagung der Haushaltsmittel für den Epl. 11.

1. Ausbildungslehrgänge, Laufbahnprüfungen	2 273 000 DM
2. Fortbildungsveranstaltungen	1 300 000 DM
3. Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	55 500 DM
4. Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	— DM
5. Erstattung von Prüfungsgebühren	— DM
6. Sonstiger Aufwand	— DM
7. Reisekosten für Teilnehmer/-innen an der Richterakademie in Trier und Wustrau	50 000 DM
Zusammen	3 678 500 DM

Mehr entsprechend dem Bedarf.

Zu 632 01

Die Deutsche Richterakademie in Trier und Wustrau ist eine gemeinsame Einrichtung des Bundes und der Länder. Träger sind die Länder Brandenburg und Rheinland-Pfalz. Die laufenden Kosten tragen Bund und Länder je zur Hälfte. Der auf die Länder entfallende Anteil wird von ihnen gemeinsam aufgebracht.

Zu 632 02

Anteil an den Kosten eines gemeinsamen Prüfungsamts in Berlin zur Abnahme der Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft für Bewerber aus dem Gebiet der EU.

Zu 632 03

Durch die strafgerichtliche Bewältigung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität entstehen beim Landgericht Berlin zusätzliche Personal- und Sachkosten.

Die Mehrausgaben sollen von Bund und Ländern je zur Hälfte getragen werden. Der danach auf die Länder entfallende Anteil wird nach dem Königsteiner Schlüssel umgelegt.

Weniger infolge Rückgangs der Verfahren.

Belastung

der Haushalts-jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamtbelastung DM
2001	281 400	—	—	281 400
2002	290 000	—	—	290 000
2003	298 600	—	—	298 600
2004	307 600	—	—	307 600
2005 bis 2006	66 500	—	—	66 500
Summe	1 244 100	—	—	1 244 100

Zu 685 53

Zuwendungen an einen Verein zur Durchführung des Täter-Opfer-Ausgleichs in Strafverfahren gegen erwachsene Straftäter.

Mehr zur Förderung weiterer freier Träger.

Ausbringung von Verpflichtungsermächtigungen zur weiteren Gewährung von Zuwendungen.

Belastung

der Haushalts-jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamtbelastung DM
2001	—	227 000	—	227 000
2002	—	—	550 000	550 000
2003	—	—	550 000	550 000
Summe	—	227 000	1 100 000	1 327 000

Zu 685 54

Zuwendungen an Vereine zum Aufbau von Beschäftigungs- und Wohnraumprojekten.

Mehr für weitere Projekte.

Ausbringung von Verpflichtungsermächtigungen zur weiteren Gewährung von Zuwendungen.

Belastung

der Haushalts-jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamtbelastung DM
2001	—	641 300	—	641 300
2002	—	—	768 800	768 800
2003	—	—	788 000	788 000
Summe	—	641 300	1 556 800	2 198 100

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 99

Zentrale Veranschlagung der Haushaltsmittel für den nachgeordneten Geschäftsbereich. Mehr infolge Einführung des elektronischen Grundbuchs (Projekt „SOLUM-STAR“).

513 99

Aufwendungen für Datenfernübertragungsleitungen.

515 99

1. Maschinen und Geräte (einschl. Zubehör)	1 800 000 DM
2. Wartungs- und Instandsetzungskosten	2 300 200 DM
Zusammen	4 100 200 DM

Mehr infolge Einführung neuer IuK-Verfahren.

522 99

Verbrauchsmaterial für Tinten- und Laserdrucker. Mehr infolge Einführung neuer IuK-Verfahren.

525 99

Schulung der Anwender/-innen und des Betreuungspersonals.

538 99

1. Dienstleistungen des IZN (insbes. Betrieb des Rechenzentrums sowie Bereitstellung und Betreuung des izn-Net).	2 400 000 DM
2. Sonstige Dienstleistungen (insbes. Programmierarbeiten Installationsunterstützungen, Beratungsleistungen)	3 520 400 DM
3. Erfüllung von Pflegeverträgen	113 500 DM
Zusammen	6 033 900 DM

632 99

Erstattung der anteiligen Programmpflege- und -weiterentwicklungskosten für das Buchführungs- und Abrechnungssystem im Strafvollzug (BASIS) an das Land Nordrhein-Westfalen und das maschinelle Mahnverfahren an das Land Baden-Württemberg.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
812 99-4	052	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	1.200.000 —	17.683.500	5.583.200	+12.100.300	11.632
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	100.000		3.434.800	-3.434.800	
		Abschluss Kapitel 11 02					
		2 Übertragungseinnahmen		—	15.000	-15.000	
		Summe der Einnahmen		—	15.000	-15.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	2.089.500	2.565.600	-476.100	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	24.228.100	17.140.200	+7.087.900	
		6 Übertragungsausgaben	100.000 2.656.800 868.300	2.617.200	5.035.300	-2.418.100	
		7 Bauausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.200.000 —	17.683.500	5.673.200	+12.010.300	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	3.856.800 968.300	46.618.300	30.414.300	+16.204.000	
		Zuschuss		46.618.300	30.399.300	+16.219.000	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		—	18.700		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		46.618.300	30.433.000		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		46.618.300	30.418.000		

ERLÄUTERUNGEN

812 99

Neubeschaffungen:

Beschaffungen für das Projekt „SOLUM-STAR“ 12 646 600 DM

Ergänzungsbeschaffungen:

Beschaffungen für das Projekt „Geschäftsstellenautomation“ 1 600 000 DM

Beschaffungen für das Projekt „BASIS“ 400 000 DM

Beschaffungen für das Projekt „EUREKA-FACH“ 300 000 DM

Beschaffungen für das Projekt „Dezernatsarbeitsplatz“ 200 000 DM

Ersatzbeschaffungen:

Beschaffungen für das Projekt „Geschäftsstellenautomation“ 1 800 400 DM

Beschaffungen für das Projekt „BASIS“ 100 000 DM

Beschaffungen für das Projekt „EUREKA-FACH“ 100 000 DM

Arbeitsplatzausstattungen für IuK-Projekte 536 500 DM

Zusammen 17 683 500 DM

Verpflichtungsermächtigung für weitere IuK-Ausstattung des IZN-Rechenzentrums und bei Amtsgerichten (Projekt „SOLUM-STAR“).

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	—	—	—
2002	—	—	1 200 000	1 200 000
Summe	—	—	1 200 000	1 200 000

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1104 Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
112 01-9	052	Gerichtskosten, Geldstrafen, Geldbußen, Sicherheitsleistungen ***Die allgemeinen Erläuterungen in Abschn. C des Vorworts sind gem. § 17 Abs.1 Satz 2 LHO verbindlich. Die Rückzahlung der vereinnahmten Sicherheitsleistung erfolgt abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Einnahme.		686.000.000	680.000.000	+6.000.000	678.790
113 01-5	052	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		30.000	30.000	—	22
119 06-4	052	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staat- licher Einrichtungen		1.000	1.000	—	1
119 31-5	052	Einnahmen aus Veröffentlichungen		—	—	—	0
119 41-2	052	Rückzahlung von Überzahlungen		100.000	150.000	–50.000	62
119 46-3	052	Ersatzleistungen		800.000	500.000	+300.000	1.129
119 51-0	052	Vermischte Einnahmen		2.000.000	1.900.000	+100.000	2.055
119 52-8	052	Einnahmen im Rahmen des Modellvorhabens zur Intensivierung von Verfall und Einziehung		10.000.000	16.000.000	–6.000.000	3.606
124 01-7	052	Mieten und Pachten		500.000	565.000	–65.000	545
132 01-0	052	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		15.000	15.000	—	25
132 02-8	052	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen		2.000	8.000	–6.000	0
132 11-7	052	Erlöse aus der Veräußerung personenbe- zogener Dienstkraftfahrzeuge * Vgl. K-Vermerk zu 811 11.		—	—	—	—
232 01-4	052	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern		100.000	—	+100.000	84
256 01-0	052	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	500
256 02-9	052	Sonstige Zuweisungen von Sozialhilfeträgern * Vgl. K-Vermerk zu 427 01.		—	—	—	28
281 01-5	052	Erstattung von Prozesskosten		40.000	40.000	—	48
A U S G A B E N							
412 01-2	052	Entschädigung ehrenamtlicher Richter/ Richterinnen und Beisitzer/Beisitzerinnen	—	3.600.000	3.700.000	–100.000	3.296
412 02-0	052	Entschädigung für ehrenamtliche Bewäh- rungshelfer/Bewährungshelferinnen (einschl. Reisekosten)	—	80.000	100.000	–20.000	62
422 01-8	052	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten/ Beamtinnen und Richter/Richterinnen	—	683.183.300	477.860.100	+205.323.200	470.630
422 19-0	052	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-0	052	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Frei- stellung bei Personalüberhang	—	373.400	358.600	+14.800	371
422 41-7	052	Anwärterbezüge	—	59.660.000	49.758.600	+9.901.400	51.782
422 51-4	052	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	45.000	45.000	—	30
425 01-7	052	Vergütungen der Angestellten	—	—	184.873.100	–184.873.100	185.316
425 03-3	052	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	686
425 41-6	052	Vergütung der auszubildenden Kräfte ***Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist Satz 2 der Erläuterungen verbindlich.	—	9.444.000	8.209.000	+1.235.000	7.908
425 51-3	052	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	5.000	5.000	—	7
426 01-3	052	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	8.156.000	–8.156.000	10.933

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 11 04

Es sind vorhanden: 3 Oberlandesgerichte, 11 Landgerichte, 80 Amtsgerichte, 3 Generalstaatsanwaltschaften, 11 Staatsanwaltschaften, 1 Anwaltsgerichtshof, 3 Anwaltsgerichte.

Zu 112 01

1. Gerichtskosten
Zu den Gebühren und Auslagen gehören auch die vom Gericht bei der Bewilligung von Prozeßkostenhilfe festgesetzten Ratenzahlungen.
2. Sicherheitsleistungen:
Einnahmen aus Sicherheitsleistungen gem. §§ 127a, 132 StPO

Zu 119 46

Einnahmen u. a. aus Ersatzleistungen für von Bediensteten erlittene Dienstunfälle.

Mehr entsprechend dem Ist 1999.

Zu 119 51

Einnahmen aus verfallenen Sicherheiten, ausgebuchten Hinterlegungen, Umsatzprovisionen bei Warenautomaten und dgl.

Zu 119 52

Abschöpfung von Straftatgewinnen durch Einziehungs- und Verfallsentscheidungen in Fällen, in denen keine Rückgewinnungshilfe zu leisten ist.

Zu 232 01

Erstattungen von Dienstbezügen von einem anderen Dienstherrn und aufgrund von Verwaltungsvereinbarungen.

Zu 412 02

Für die Betreuung eines/einer Probanden/Probandin erhalten die ehrenamtlichen Bewährungshelfer/-innen eine monatliche Entschädigung von 100 DM. Daneben werden Reisekosten erstattet.

Es ist die Entschädigung für durchschnittlich 65 eingesetzte ehrenamtliche Bewährungshelfer/-innen veranschlagt.

Zu 422 01

Das Beschäftigungsvolumen beträgt für das Haushaltsjahr 2001 9 093,35 Vollzeitereinheiten (VZE).

Beschäftigungsvolumen:

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen und Richter/-innen	6 164,02	6 164,02	—	6 418
Angestellte	2 750,23	2 750,23	—	2 720
Lohnempfänger/-innen	179,10	149,21	29,89	111
Insgesamt	9 093,35	9 063,46	29,89	9 249

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 683 183 300 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	683 183 300
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	74 533 200
43	Versorgungsbezüge	176 436 800
44	Beihilfen, Unterstützungen	30 994 900
45	Personalbezogene Sachausgaben	47 800 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	19 948 400
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		1 032 896 600

Veranschlagt sind auch:

1. Lehrzulagen für
 - a) Richter/-innen und Staatsanwälte/-innen, die im Rahmen ihres Hauptamtes Leiter/-in von Arbeitsgemeinschaften (für Referendare/-innen und Beamte/-innen in der Amtsanwaltsausbildung) sind. Sie erhalten eine monatliche Lehrzulage von 125 bzw. 93,75 bzw. 62,50 DM gem. RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664)
 - b) den/die hauptamtliche(n) Leiter/-in des Ausbildungslehrgangs für Gerichtsvollzieheranwärter/-innen. Er/Sie erhält eine monatliche Lehrzulage (Aufwandsentschädigung) von 125 DM gem. RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664). Die Lehrzulagen zu a) gelten bis zur Höhe von mtl. 75 DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG 1997. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG 1997 in der jeweils geltenden Fassung fällt.

Die Lehrzulage zu b) gilt gem. Abschn. I Nr. 4 der LehrzRL vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) als steuerfreie Aufwandsentschädigung i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG 1997.
2. Dienstaufwandsentschädigungen
 - a) für 3 Präsidenten/-innen der Oberlandesgerichte
– je 1 800 DM –
 - b) für 3 Generalstaatsanwälte/-innen
– je 1 200 DM –
3. Löhne für 31 ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen – davon 29 Kräfte im Reinigungsdienst –, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft beträgt sowie Löhne für 31 stundenweise beschäftigte Kräfte im Reinigungsdienst.

Zu 422 51

Mehrarbeitsvergütungen beim Vollzug von Jugendarrest an Wochenenden in Gerichten sowie für den Sitzungsdienst.

Zu 425 41

Mittel für 455 Auszubildende.

Die Mittel dürfen auch für die Ausbildung von Kräften für die Kapitel 11 08, 11 10 und 11 12 verwendet werden.

Zu 425 51

Für unabweisbar notwendige Mehrarbeit im Sitzungsdienst, beim Vollzug von Jugendarrest an Wochenenden in Gerichten u. ä.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1104 Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
426 03-0	052	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	571.300	-571.300	449
426 51-0	052	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	60.000	60.000	—	50
427 01-0	052	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte * Übertragbar. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 256 02.	—	575.000	500.000	+75.000	619
427 03-6	052	Beschäftigungsentgelte für Kräfte im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	—	—	—	—	486
427 07-9	052	Beschäftigungsentgelte für Rechts- und andere Praktikanten/Praktikantinnen	—	460.800	282.900	+177.900	256
427 32-0	052	Entschädigung der Lehrkräfte in den Gruppenarbeitsgemeinschaften für die praktische Studienzeit	—	50.000	50.000	—	44
427 39-7	052	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	1.314.500	981.200	+333.300	1.314
453 01-0	052	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	1.000.000	890.000	+110.000	942
453 11-8	052	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	300.000	470.000	-170.000	212
459 06-0	052	Entschädigungen der Vollstreckungsbeamten/-innen (einschl. Reisekosten und sonstiger barer Auslagen)	—	46.500.000	44.000.000	+2.500.000	48.028
511 01-0	052	Geschäftsbedarf	—	2.500.000	2.522.400	-22.400	3.763
512 01-7	052	Bücher und Zeitschriften	—	3.200.000	2.216.500	+983.500	3.116
513 01-3	052	Post- und Fernmeldegebühren	—	41.500.000	47.184.900	-5.684.900	36.005
514 01-0	052	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	190.000	180.000	+10.000	190
515 01-6	052	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	800.000	905.000	-105.000	725
515 02-4	052	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	1.791.000	1.765.000	+26.000	8.518
516 01-2	052	Dienst- und Schutzkleidung	—	11.000	11.000	—	27
516 02-0	052	Dienst- und Schutzkleidung für das Fachpersonal	—	43.400	43.400	—	46
516 03-9	052	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	—	225.000	210.000	+15.000	160
517 01-9	052	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	2.573.000	2.521.000	+52.000	2.414
517 19-1	052	Reinigungskosten	—	6.800.000	6.365.000	+435.000	6.252
517 59-0	052	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	6.300.000	6.663.100	-363.100	5.917
518 01-5	052	Mieten und Pachten	—	9.117.400	10.071.000	-953.600	8.106
519 01-1	052	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen * Übertragbar.	—	—	—	—	—
519 02-0	052	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	50.000	50.000	—	47
519 03-8	052	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	100.000	50.000	+50.000	110
522 32-2	052	Betreuungskosten im Rahmen der Bewährungshilfe, der Führungsaufsicht und der Gerichtshilfe	—	35.000	40.000	-5.000	31
525 01-1	052	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	1.382
525 02-0	052	Unterrichtung der ehrenamtlichen Richter/Richterinnen	—	—	—	—	0

ERLÄUTERUNGEN

Zu 426 51

Überstundenlöhne beim Vollzug von Jugendarrest an Wochenenden in Gerichten.

Zu 427 07

Mehr für die Ausbildung von Jahrespraktikanten/-innen in der Bewährungshilfe

Zu 427 32

Gemäß § 15 NJAVO sind bei mehreren Land- und Amtsgerichten Gruppenarbeitsgemeinschaften für die praktische Studienzeit eingerichtet.

Die Höhe der veranschlagten Entschädigung richtet sich nach dem RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664).

Zu 427 39

Mehr entsprechend dem Ist 1999.

Zu 453 01

Mehr entsprechend dem Ist 1999.

Zu 453 11

Weniger entsprechend dem Ist 1999.

Zu 459 06

Es sind veranschlagt

a) die den Gerichtsvollziehern/-innen aufgrund der Verordnung zur Abgeltung der Bürokosten im Gerichtsvollzieherdienst vom 1. 12. 1998 (Nds. GVBl. S. 703) sowie der VO vom 8. 7. 1976 (BGBl. I S. 1783) und

b) die den Vollziehungsbeamten/-innen der Justiz aufgrund der AV vom 27. 11. 1990 (Nds. Rpfl. S. 300)

in der jeweils geltenden Fassung zu gewährenden Entschädigungen.

Die den Gerichtsvollziehern/-innen gewährte Entschädigung zur Abgeltung der Bürokosten wird in Höhe von 30 v.H. als Aufwandsentschädigung gezahlt. Die Zulagen der Vollziehungsbeamten/-innen sind in voller Höhe Aufwandsentschädigungen.

Zu 512 01

Mehr entsprechend dem Bedarf.

Zu 514 01**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1. 1. 2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	27	27	27
Akten-transportwagen	5	5	5

Zu 516 03

Beamte/-innen, die zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, erhalten Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 360 DM.

Zu 518 01

Verpflichtungsermächtigungen für die Miete von Dienstgebäuden für die Amtsgerichte Hannover, Nordhorn, Rinteln (üpl. in 1999), Springe, Syke, Walsrode, die Staatsanwaltschaften Göttingen und Hannover, die Justizbehörden in Oldenburg und Stade sowie die Bewährungshilfe Hannover.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	3 748 600	—	—	3 748 600
2002	3 633 600	—	—	3 633 600
2003	3 078 600	—	—	3 078 600
2004	3 093 600	—	—	3 093 600
2005 bis 2018	25 713 600	—	—	25 713 600
Summe	39 268 000	—	—	39 268 000

Zu 525 01

Die Ausgaben werden aus 11 02 – 525 01 gedeckt.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1104 Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
526 01-8	052	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	160.000	115.000	+45.000	156
526 02-6	052	Zinsen hinterlegter Gelder und Auslagen in Hinterlegungssachen	—	350.000	210.000	+140.000	346
527 01-4	052	Reisekostenvergütungen	—	1.800.000	1.650.000	+150.000	1.798
527 03-0	052	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	50.000	50.000	—	35
529 01-7	052	Zur Verfügung der Präsidenten/-innen der Oberlandesgerichte und der Generalstaatsanwälte/Generalstaatsanwältinnen	—	7.500	7.500	—	7
536 11-0	052	Entschädigungen beigeordneter Anwälte/Anwältinnen *** <i>Reiseentschädigungen an mittellose Personen und Vorschüsse an Zeugen u. Sachverständige in Arbeitsgerichtsverfahren dürfen gezahlt werden.</i>	—	80.000.000	95.000.000	–15.000.000	74.276
536 12-9	052	Zeugenentschädigungen *** <i>Vgl. Vermerk zu 536 11.</i>	—	15.000.000	16.000.000	–1.000.000	12.524
536 13-7	052	Sachverständigenentschädigungen *** <i>Vgl. Vermerk zu 536 11.</i>	—	72.000.000	77.500.000	–5.500.000	70.167
536 14-5	052	Untersuchungs- und Unterbringungskosten	—	9.500.000	11.011.200	–1.511.200	8.585
536 15-3	052	Bekanntmachungskosten	—	16.500.000	34.827.000	–18.327.000	14.022
536 16-1	052	Sonstige Verfahrensauslagen	—	2.300.000	2.700.000	–400.000	1.814
536 17-0	052	Reisekosten des Gerichts	—	400.000	400.000	—	348
536 18-8	052	Kosten der Beratungshilfe	—	8.500.000	13.000.000	–4.500.000	7.418
536 19-6	052	Entschädigungen aufgrund des Betreuungsgesetzes	—	68.000.000	50.000.000	+18.000.000	56.354
536 21-8	052	Auslobungen und Belohnungen	—	5.000	5.000	—	5
537 01-0	052	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	60.000	60.000	—	103
537 02-8	052	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	—	65.400	65.400	—	58
544 01-6	052	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	—	2.000	2.000	—	1
546 59-0	052	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	4.000	4.000	—	1
632 01-2	052	Anteil an den Verwaltungskosten der Zentr. Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung vor NS-Verbrechen	—	247.200	247.200	—	173
632 02-0	052	Anteil an den Kosten der Neuordnung der bundeseinheitlichen Systeme zur Personalbedarfsberechnung	—	—	300.000	–300.000	—
681 01-3	052	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen *** <i>Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.</i>	—	400.000	400.000	—	119
681 05-6	052	Entschädigungen (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen	—	5.500.000	6.000.000	–500.000	5.158
681 59-5	052	Betreuung von Sexualdelinquenten und Gewalttätern im Rahmen der Bewährungshilfe *** <i>Beträge, die erstattet werden, sind abweichend von § 35 Abs.1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.</i>	—	28.000	35.000	–7.000	18
685 51-5	059	Zuwendungen für die Fortbildung von Schiedspersonen	—	4.400	4.400	—	4
685 52-3	052	Zuwendungen für die Fortbildung zur/zum Verfahrenspflegerin/Verfahrenspfleger	—	8.000	—	+8.000	—
811 01-4	052	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	112.000	99.000	+13.000	158
811 11-1	052	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen * <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.</i>	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 526 02

Mehr in Anpassung an die Ist-Entwicklung.

Zu 527 01

1. a) Reisekosten der Staatsanwälte/-innen
und Amtsanwälte/-innen zu Gerichtssitzungen
und Kosten der Reisen zu Gerichtstagen 750 000 DM
 - b) Reisekosten allgemein 550 000 DM
 2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte
private und für privateigene Kraftfahrzeuge 500 000 DM
- Zusammen 1 800 000 DM

Zu 536 11 bis 536 16

Weniger in Anpassung an die Ist-Entwicklung.

Zu 536 18

Weniger in Anpassung an die Ist-Entwicklung und infolge Verlagerung nach Kapitel 05 20 Titel 536 01.

Zu 536 19

Mehr in Anpassung an die Ist-Entwicklung.

Zu 632 01

Nach einer Vereinbarung der Landesjustizverwaltungen ist im Lande Baden-Württemberg eine Zentrale Stelle zur Vorbereitung und Koordinierung der Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen errichtet worden. Die Kosten dieser Stelle werden zunächst von Baden-Württemberg verauslagt und werden von den Ländern anteilig erstattet.

Zu 632 02

Beteiligung an den in Baden-Württemberg zu leistenden Ausgaben für die mit externer Hilfe zu entwickelnden neuen Systeme für Personalbedarfsberechnung im höheren und gehobenen Dienst sowie im mittleren Dienst und Schreibdienst (Serviceeinheiten).

In 2000 Ausbringung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	—	—	—
2002	—	37 000	—	37 000
Summe	—	37 000	—	37 000

Zu 681 05

Entschädigungen für zu Unrecht erlittene Strafverfolgung sowie Auslagenersatz im Strafverfahren und in gerichtlichen Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz (§§ 467 ff. StPO).

Zu 681 59

Sachmitteleinsatz zur Betreuung von Sexualdelinquenten und Gewalttätern im Rahmen der Bewährungshilfe.

Zu 685 51

Der Bund Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen hält regelmäßig Lehrgänge zur Aus- und Fortbildung der Schiedspersonen ab. Die Kosten werden von dem Verein, von den beteiligten Gemeinden und von dem betreffenden Land (Justizverwaltung) getragen.

Zu 685 52

Zuwendungen an den Deutschen Kinderschutzbund Landesverband Niedersachsen e. V. zur Durchführung von Seminaren zur Fortbildung zum Verfahrenspfleger/zur Verfahrenspflegerin in familiengerichtlichen Verfahren.

Zu 811 01

Ersatzbeschaffungen:

1 Kleinbus	
Kaufpreis einschl. Sonderausstattung	40 000 DM
Als Sonderausstattung sind vorgesehen:	
Autoradio, Nebelscheinwerfer	
1 Kleinbus	
Kaufpreis einschl. Sonderausstattung	40 000 DM
Als Sonderausstattung sind vorgesehen:	
Autoradio, Nebelscheinwerfer	
1 Pkw	
Kaufpreis einschl. Sonderausstattung	32 000 DM
Als Sonderausstattung sind vorgesehen:	
Autoradio, Nebelscheinwerfer	
Zusammen	112 000 DM

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1104 Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
812 13-4	052	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	777.000	440.000	+337.000	1.025
812 15-0	052	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	618.000	971.000	-353.000	1.427
812 19-3	052	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	19
813 59-9	052	Globalansatz für den Erwerb beweglicher Sachen	—	—	—	—	—
981 01-7	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	48.189.500	—	+48.189.500	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		5.000	-5.000	
		<u>Abschluss Kapitel 11 04</u>					
		1 Eigene Einnahmen		699.448.000	699.169.000	+279.000	
		2 Übertragungseinnahmen		140.000	40.000	+100.000	
		Summe der Einnahmen		699.588.000	699.209.000	+379.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	806.651.000	780.870.800	+25.780.200	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	349.939.700	383.410.400	-33.470.700	
		6 Übertragungsausgaben	—	6.187.600	6.986.600	-799.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	1.507.000	1.510.000	-3.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	48.189.500	—	+48.189.500	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.212.474.800	1.172.777.800	+39.697.000	
		Zuschuss		512.886.800	473.568.800	+39.318.000	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		176.436.800	189.615.900		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		1.388.911.600	1.362.393.700		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		689.323.600	663.184.700		

 ERLÄUTERUNGEN

Zu 812 13

Ersatz und Erweiterung von
Fernsprechanlagen für

AG Burgdorf	20 000 DM
AG Hameln	150 000 DM
LG Hannover	460 000 DM
AG Leer	90 000 DM
Bewährungshilfe Lingen	11 000 DM
Bewährungshilfe Nordhorn	11 000 DM
Änderung und Erweiterung kleiner Fernsprech- anlagen mit über 10 000 DM Kosten im Einzelfall	35 000 DM
Zusammen	777 000 DM

Zu 812 15

Ersatzbeschaffungen:

div. Zeiterfassungsgeräte	40 000 DM
Frankiermaschinen	63 000 DM
Beleuchtungsanlagen	135 000 DM
Ausstattungsgegenstände für Funktionsräume	35 000 DM
Zusammen	273 000 DM

Ergänzungsbeschaffungen:

Registraturanlagen	170 000 DM
Personensicherungsanlagen und Detektionsrahmen	175 000 DM
Zusammen	345 000 DM

Zu 981 01

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für
Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1105 Justizvollzugseinrichtungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 12-1	056	Haftkostenbeiträge der Gefangenen ***Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist Nr. 2 der „Allgemeinen Erläuterungen“ zum Kapitel 11 05 verbindlich.		592.300	600.000	–7.700	580
111 31-8	056	Erstattung der Pflegekosten des Mutter-Kind-Heimes		457.000	—	+457.000	4
112 01-2	056	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		5.000	5.000	—	1
113 01-9	056	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		7.800	15.000	–7.200	13
119 06-8	056	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staat- licher Einrichtungen		52.700	40.000	+12.700	32
119 21-1	056	Einnahmen aus der Teilnahme an der Ver- pfl egung der Gefangenen		140.000	—	+140.000	0
119 26-2	056	Einnahmen für Unterkunft und Verpflegung in der Fachhochschule und der Justizvoll- zugsschule		50.000	50.000	—	9
119 41-6	056	Rückzahlung von Überzahlungen		35.900	20.000	+15.900	31
119 46-7	056	Ersatzleistungen		408.000	300.000	+108.000	225
119 51-3	056	Vermischte Einnahmen		216.200	220.000	–3.800	122
119 71-8	056	Einnahmen aus der Teilnahme an der Ver- pfl egung der Gefangenen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 71.		—	85.000	–85.000	98
121 02-0	869	Ablieferungen aus Arbeitsbetrieben i.S.d. § 26 LHO - Justizvollzugsarbeitsver- waltung -		3.500.000	4.000.000	–500.000	3.310
124 01-0	056	Mieten und Pachten		663.100	765.000	–101.900	591
125 03-3	056	Einnahmen aus den durch die BA geförderten Berufsvorbereitungs- und Umschulungslehrg- ängen * Vgl. K-Vermerk zu 525 03.		200.000	90.000	+110.000	240
129 01-2	056	Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit		—	—	—	—
132 01-3	056	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		14.800	15.000	–200	12
132 02-1	056	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen		—	1.000	–1.000	—
231 01-1	056	Erstattungen von Verwaltungskosten durch den Bund		600.000	600.000	—	239
232 01-8	056	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern		550.000	550.000	—	524
236 03-0	056	Erstattung von Aufwendungen für Berufsvor- bereitungs- und Umschulungslehrgänge durch die Bundesanstalt für Arbeit * Vgl. K-Vermerk zu 525 03.		800.000	600.000	+200.000	914
256 01-4	056	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	233
256 64-2	056	Sonstige Zuweisungen der BA für sozial- pädagogische Fachkräfte für Umschulungs- lehrgänge * Vgl. K-Vermerk zu 425 64.		230.000	120.000	+110.000	237
271 01-3	056	Erst. anteiliger Pers.- u. Sachkosten der Arbeitsbetriebe im Sinne des § 26 LHO		11.000.000	11.500.000	–500.000	12.835
281 01-9	056	Erstattung von Prozesskosten		5.000	5.000	—	—
282 01-5	056	Anteile der Gefangenen an den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung		380.000	270.000	+110.000	274
282 69-4	056	Zuschüsse Dritter zur Gefangenenbetreuung * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 69.		15.000	15.000	—	31

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 11 05

1. Es sind vorhanden: 23 Justizvollzugsanstalten, 3 Jugendarrestanstalten und 1 Justizvollzugsschule. Im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche Eigenverantwortung“ sind die bisher in den Titelgruppen 71 bis 73 und 81 bis 87 veranschlagten Ansätze in die OGr. 51 bis 54 sowie die TGr. 61, 62, 64 und 65 bis 67 verlagert worden.

2. Im Kapitel 11 05 sind im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche Eigenverantwortung“ gegenseitig deckungsfähig: Die Ausgaben der Hauptgruppen 5, 6 und 8 – ohne die Titel 525 01, 525 03, 632 01, 671 01, 681 06, 681 10 – sowie der Titelgruppen 61, 62, 64 und 65/67 – ohne den Titel 425 64 –.

Die Ausgaben der Hauptgruppen 5, 6 und 8 sowie der Titelgruppen 61, 62, 64 und 65/67 – ohne den Titel 425 64 – des Kapitels dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei 129 01.

Die Ausgaben der Hauptgruppen 5, 6 und 8 sowie der Titelgruppen 61, 62, 64 und 65/67 – ohne den Titel 425 64 – des Kapitels dürfen überschritten werden bis 65 v. H. der Ist-Einnahmen bei 119 21.

Die Ausgaben der Hauptgruppen 5, 6 und 8 sowie der Titelgruppen 61, 62, 64 und 65/67 – ohne den Titel 425 64 – des Kapitels erhöhen oder vermindern sich um 50 v. H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 111 12, 111 31, 112 01, 113 01, 119 06, 119 41, 119 46, 119 51, 124 01, 132 01 und 132 02.

Ausgabereste dürfen gebildet, übertragen und mit Einwilligung des MF bis zur Höhe von 90 v. H. in Anspruch genommen werden. Bei der Obergruppe 81 wird zugelassen, dass von den Erläuterungen abgewichen wird. Minderausgaben der Hauptgr. 8 dürfen abweichend von § 20 Abs. 2 LHO nicht für Mehrausgaben bei den übrigen Titeln verwendet werden.

Zu 111 12

Gefangene, denen gestattet wird, einer Arbeit, Berufsausbildung oder Umschulung auf der Grundlage eines freien Beschäftigungsverhältnisses außerhalb der Justizvollzugsanstalt ohne Aufsicht nachzugehen (Freigang), sind berechtigt, Arbeitsverträge unmittelbar mit dem Arbeitgeber abzuschließen. Von ihren Einkünften wird für Unterkunft und Verpflegung ein Haftkostenbeitrag gem. § 50 StVollzG erhoben.

Zu 111 31

Erstattung der Pflegekosten durch die Träger der Jugendhilfe für die Unterbringung von Kindern im Mutter-Kind-Heim der JVA für Frauen in Vechta. Bisher bei 111 82 veranschlagt. Mehr infolge Ausweitung der Belegkapazität.

Zu 119 06

Insbesondere Entschädigungen aus Anlass des Einsatzes von Dienstkraftfahrzeugen für Fahrten der Arbeitsbetriebe i. S. des § 26 LHO oder in Fällen des § 35 StVollzG.

Zu 119 21

Einnahmen aus der Teilnahme von Bediensteten und Besuchern/Be-sucherinnen an der Gefangenenverpflegung. Bisher bei 119 71 und 119 81 veranschlagt.

Zu 119 46

Einnahmen aus Ersatzleistungen von Haftpflichtversicherungen für von Bediensteten erlittene Dienstunfälle, im Erstattungsverfahren und aus Kassen- und Rechnungsfehlbeträgen.

Zu 119 51

Erstattung von Übergangsgeldern und Beileistungen sowie Einnahmen aus Umsatzprovisionen bei Warenautomaten und dgl.

Zu 121 02

1. Nach den als Anlagen zum Einzelplan 11 abgedruckten Wirtschaftsplanen hat der Landesbetrieb i. S. des § 26 LHO anteilige Personal- und Sachkosten (Tit. 271 01) und Ablieferungen (Tit. 121 02) an den Haushalt abzuführen. Darauf werden Abschlagszahlungen geleistet. Unabhängig von den Wirtschaftsplanen sind hier die Schlusszahlungen des vorhergegangenen und die Abschlagszahlungen des laufenden Geschäftsjahres veranschlagt.

2. Aus den Mitteln der Arbeitsbetriebe werden in besonderen Fällen auch Arbeitsaufseher/-innen oder andere Angestellte bzw. Lohnempfänger/-innen bezahlt, die vorübergehend oder ständig (vgl. Nr. 18 Abs. 4 der Geschäftsanweisung für die Arbeitsverwaltung (GAV)) zur Durchführung bestimmter Arbeitsvorhaben außerhalb der Anstalt oder als Fachkräfte in Eigenbetrieben der Vollzugsanstalten beschäftigt werden.

Übersicht

über die aus Mitteln der Arbeitsbetriebe i. S. des § 26 LHO ständig bezahlten Angestellten und Lohnempfänger (Stellenplan)

Beschäftigungsanstalt	Beschäftigungsart	Anzahl 2001	Veranschlagt 2000
Justizvollzugsarbeitsverwaltung	Leiter der JVA	1	—
	Betriebswirt	1	1
Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel	Buchdruckermeister/-in	1	1
	Setzer/-in	1	1
	Drucker/-in	1	1

4. Übersicht

über den Bedarf und den Bestand an Dienstkraftfahrzeugen bei den Arbeitsbetrieben i. S. des § 26 LHO

Justizvollzugsanstalt	Art des Fahrzeugs	Ist 1. 1. 2000	Soll 2000	Erforderlich für 2001
Celle	Lastkraftwagen	2	2	2
Bad Gandersheim	Lieferwagen	1	1	1
Hannover	Lastkraftwagen	1	1	1
Lingen I	Lastkraftwagen	1	1	1
Lingen II	Lastkraftwagen	—	1	1
	PKW-Kombi	—	1	1
Oldenburg	Lastkraftwagen	—	1	1
Wolfenbüttel	Lastkraftwagen	1	1	1
	Lieferwagen	1	1	1

Zu 125 03

Erlöse aus Reparaturen und aus dem Verkauf von Gegenständen, die in den von der Bundesanstalt für Arbeit (BA) geförderten Umschulungslehrgängen pp. erzielt werden.

Ausgaben werden bei Titel 525 03 nachgewiesen.

Zu 129 01

Beteiligung der Justizvollzugsanstalten aus den Überschüssen der Arbeitsbetriebe.

Zu 231 01

Erstattungen des Bundes in Staatsschutz-Strafsachen gem. AV vom 29. 3. 1995 – Nds. Rpfl. S. 81 –.

Zu 232 01

Erstattungen der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein für die Unterbringung von weiblichen Jugendstrafgefangenen in der JVA für Frauen in Vechta sowie des Landes Bremen aufgrund des Verwaltungsabkommens vom 23. 12. 1988.

Zu 236 03

Erstattung der Aufwendungen für Grundausbildungs- und Umschulungslehrgänge in Justizvollzugsanstalten durch die BA.

Die Ausgaben werden bei Titel 525 03 nachgewiesen.

Zu 256 64

Vgl. Erläuterungen zu 425 64.

Zu 271 01

Vgl. Erläuterungen zu 121 02 und Anlagen zu Einzelplan 11.

Zu 282 69

Geldspenden Außenstehender zugunsten der Betreuung der Gefangenen (AV v. 20. 09. 1995 – Nds. Rpfl. S. 299).

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
Titelgruppe(n)							
TGr. 81 bis 85		Einnahmen von drei Justizvollzugsanstalten im Rahmen des Modellversuchs „Erweiterte wirtschaftliche Eigenverantwortung“		(—)	(334.000)	(–334.000)	(733)
111 81-4	056	Haftkostenbeiträge der Gefangenen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.		—	72.000	–72.000	97
111 82-2	056	Erstattung der Pflegekosten des Mutter-Kind-Heimes * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.		—	140.000	–140.000	508
112 81-0	056	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.		—	—	—	0
113 81-7	056	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.		—	3.000	–3.000	2
119 81-5	056	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staat- licher Einrichtungen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.		—	5.000	–5.000	4
119 82-3	056	Einnahmen aus der Teilnahme an der Ver- pfl egung der Gefangenen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.		—	35.000	–35.000	42
119 83-1	056	Rückzahlung von Überzahlungen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.		—	—	—	2
119 84-0	056	Ersatzleistungen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.		—	7.400	–7.400	5
119 85-8	056	Vermischte Einnahmen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.		—	32.300	–32.300	32
124 81-9	056	Mieten und Pachten * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.		—	36.300	–36.300	42
132 81-1	056	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.		—	3.000	–3.000	—
132 82-0	056	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.		—	—	—	—
A U S G A B E N							
422 01-1	056	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	223.668.300	206.796.300	+16.872.000	166.972
422 19-4	056	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 41-0	056	Anwärterbezüge	—	9.195.200	13.201.400	–4.006.200	8.405
422 51-8	056	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	15.000	15.000	—	4
425 01-0	056	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	29.251
425 03-7	056	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	90
425 51-7	056	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	10.000	10.000	—	3
426 01-7	056	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	3.234
426 03-3	056	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	51
426 41-6	056	Löhne der auszubildenden Kräfte	—	1.270.000	670.000	+600.000	165
426 51-3	056	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	100.000	120.000	–20.000	69
427 01-3	056	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	72.000	72.000	—	66
427 03-0	056	Beschäftigungsentgelte für Kräfte im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	—	—	—	—	235

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 81/85

Verlagert in die Titel 111 12, 111 31, 119 06, 119 21, 119 46, 119 51, 124 01 und 132 01.

Zu 422 01

Das Beschäftigungsvolumen beträgt für das Haushaltsjahr 2001 3 605,16 Vollzeiteinheiten (VZE).

Beschäftigungsvolumen:

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nach- richtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	3 209,16	3 209,16	—	3 354
Angestellte	346,16	344,16	2,00	290
Lohn- empfänger/-innen	49,84	47,34	2,50	50
Insgesamt	3 605,16	3 600,66	4,50	3 694

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 223 668 300 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Ober- gruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	223 668 300
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	13 169 000
43	Versorgungsbezüge	63 663 900
44	Beihilfen, Unterstützungen	9 681 300
45	Personalbezogene Sachausgaben	756 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	6 230 300
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		317 168 800

Veranschlagt sind auch:

Lehrzulagen für den/die hauptamtliche(n) Leiter/-in und die hauptamtlichen Lehrkräfte der Justizvollzugsschule für das Land Niedersachsen. Sie erhalten eine Lehrzulage von monatlich 125 DM bzw. 93,75 DM gem. RdErl. des MF vom 28. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung.

Die Lehrzulagen für hauptamtliche Lehrkräfte gelten gem. Abschn. I Nr. 4 der LehrzRL v. 28. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) als steuerfreie Aufwandsentschädigung i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG 1997.

Ferner sind veranschlagt:

Vergütungen für nur zu einem geringen Teil ihrer Arbeitskraft beschäftigte Kräfte für den Vollzug von Kurz- und Freizeitarrest und für im Bedarfsfall tätig werdende Hilfskräfte im Aufsichtsdienst (AV vom 12. 7. 88, Nds. Rpfl. S. 180 i. d. F. d. AV v. 21. 9. 92, Nds. Rpfl. S. 209) sowie für 4 Schreibkräfte.

Löhne für 4 ständige nicht vollbeschäftigte Kräfte im Reinigungsdienst, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft beträgt sowie Löhne für drei stundenweise beschäftigte Kräfte im Reinigungsdienst bei der Justizvollzugsschule, der JVA Celle und der JVA Hannover.

Zu 426 41

Löhne für bis zu 60 externe Auszubildende in den Kammerberufen im Rahmen der Beschäftigungsinitiative. Mehr infolge Erhöhung der Ausbildungsplätze.

Zu 426 51

Vergütung für Mehrarbeit insbesondere für Heizer/-innen und Kraftfahrer/-innen.

Zu 427 01

Vergütungen für die Vertretung der med.-technischen Assistenten/-innen beim Anstaltskrankenhaus in Lingen und bei der JVA Hannover, der Reinigungskräfte bei den JVA'en Celle, Bad Gandersheim und der Justizvollzugsschule sowie für 1 Kochfrau bei einer Jugendarrestanstalt.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1105 Justizvollzugseinrichtungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
427 07-2	056	Beschäftigungsentgelte für Praktikanten/ Praktikantinnen im Sozial- und Erziehungs- dienst	—	100.000	100.000	—	71
427 39-0	056	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	81.800	80.500	+1.300	82
441 04-0	056	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.000	1.000	—	—
442 01-2	056	Unterstützungen aufgrund der Unterstüt- zungsgrundsätze	—	—	—	—	—
453 01-4	056	Trennungsgeld für abgeordnete oder ver- setzte Bedienstete und Umzugskostenver- gütungen	—	350.000	350.000	—	276
453 11-1	056	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	400.000	400.000	—	257
511 01-4	056	Geschäftsbedarf	—	404.000	—	+404.000	—
512 01-0	056	Bücher und Zeitschriften	—	172.000	—	+172.000	—
513 01-7	056	Post- und Fernmeldegebühren	—	1.200.000	—	+1.200.000	—
514 01-3	056	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	720.000	—	+720.000	—
515 01-0	056	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	200.000	—	+200.000	—
515 02-8	056	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstatt- ungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	550.000	—	+550.000	—
516 01-6	056	Dienst- und Schutzkleidung	—	70.000	—	+70.000	—
516 02-4	056	Dienst- und Schutzkleidung für das Fachpersonal	—	—	—	—	—
516 03-2	056	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	—	981.600	—	+981.600	1
517 01-2	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	11.500.000	—	+11.500.000	—
517 19-5	056	Reinigungskosten	—	2.722.000	—	+2.722.000	—
517 59-4	056	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	9.100.000	—	+9.100.000	—
518 01-9	056	Mieten und Pachten	—	900.000	—	+900.000	—
519 02-3	056	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	700.000	—	+700.000	—
519 03-1	056	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	40.000	—	+40.000	—
522 51-2	056	Beschaffung von Munition	—	100.000	—	+100.000	—
525 01-5	056	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	837
525 03-1	056	Durchführung von Berufsvorbereitungs- und Umschulungslehrgängen für Gefangene * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 125 03 und 236 03.	—	1.000.000	690.000	+310.000	920
526 01-1	056	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1.000.000	—	+1.000.000	—
527 01-8	056	Reisekostenvergütungen	—	220.000	—	+220.000	—
527 03-4	056	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Perso- nalvertretungsangelegenheiten u. in Vertre- tung der Interessen der Schwerbehinderten	—	30.000	—	+30.000	—
527 04-2	056	Reisekostenpauschbeträge; Bewegungsgelder	—	—	—	—	—
534 01-4	056	Haltung von Diensthunden	—	18.000	—	+18.000	—
535 01-0	056	Beschaffung von Waffen	—	—	—	—	—
537 01-3	056	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für 140 Landesbedienstete	240 000 DM
2. Umzugskostenvergütungen für 25 Landesbedienstete	110 000 DM
Zusammen	350 000 DM

Zu 511 01 bis 522 51 und 526 01 bis 546 59

Mehr durch Verlagerung aus den Titelgruppen 71 bis 73 und 81 bis 87 im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche Eigenverantwortung“ (vgl. Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 11 05).

Zu 514 01**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1. 1. 2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw (einschl. Kombi)	22	22	22
Gefangenentransportwagen	50	52	53
Lastkraftwagen	2	3	3
Zugmaschinen	6	6	6
Krankentransportwagen	1	1	1

Zu 516 03

Bedienstete, die zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, erhalten Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigung) nach einem Kopfsatz von jährlich 360 DM.

Zu 518 01

Für die Anmietung von Kopiergeräten sowie einer Liegenschaft in Langenhagen für die Abschiebungshaftanstalt. Für den Abschluss eines langfristigen Mietvertrages ist eine Verpflichtungsermächtigung ausgebracht.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	760 000	—	—	760 000
2002	760 000	—	—	760 000
2003	760 000	—	—	760 000
2004	760 000	—	—	760 000
2005 bis 2009	3 230 000	—	—	3 230 000
Summe	6 270 000	—	—	6 270 000

Zu 519 02

Mehr infolge zusätzlicher betrieblicher Einbauten.

Zu 525 01

Die Ausgaben werden aus 11 02 – 525 01 gedeckt.

Zu 525 03

Aufwendungen für Grundausbildungs- und Umschulungslehrgänge in Justizvollzugsanstalten.

Die Aufwendungen werden durch Einnahmen gedeckt (vgl. 125 03 und 236 03).

Zu 526 01

1. (Amts-)ärztliche und Röntgenschirmbilduntersuchungen	30 000 DM
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	915 000 DM
3. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus	15 000 DM
4. Entschädigung der Anstaltsbeiräte	40 000 DM
Zusammen	1 000 000 DM

Zu 4.: Die Mitglieder der Anstaltsbeiräte erhalten eine Sitzungspauschale von 20 DM, höchstens jedoch bis zu 240 DM pro Jahr (Aufwandsentschädigung). Übersteigt der tatsächliche Verdienstausschlag die Sitzungspauschale, so ist diese – unter Anrechnung der Sitzungspauschale – bis zur Höhe der in § 2 Abs. 2 bis 4 des Gesetzes über die Entschädigung ehrenamtlicher Richter festgelegten Höchstsätze zu erstatten. Daneben werden Reisekosten in sinngemäßer Anwendung des Bundesreisekostengesetzes gezahlt.

Zu 534 01

Entschädigung für die Betreuung, Pflege und Fütterung eines Diensthundes oder eines privateigenen Hundes, der zur Verwendung im Dienst zugelassen ist, in entsprechender Anlehnung an die für die Polizei geltenden Regelungen.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1105 Justizvollzugseinrichtungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
537 02-1	056	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	—	426.000	—	+426.000	—
544 01-0	056	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	—	5.800	—	+5.800	—
546 59-4	056	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	1.300	—	+1.300	—
632 01-6	056	Erstattung von Ausgaben an die Freie Hansestadt Bremen	—	300.000	300.000	—	300
671 01-1	056	Erstattung von Aufwendungen an die Arbeitsbetriebe im Sinne des § 26 LHO	—	270.000	270.400	–400	270
681 01-7	056	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen ***Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.	—	50.000	43.500	+6.500	63
681 06-8	056	Durchführung der Unfallversicherung für Gefangene nach der Reichsversicherungsordnung	—	600.000	725.100	–125.100	527
681 07-6	056	Gefangenen- und Entlassenenfürsorge ***Beträge, die von Gefangenen rückerstattet werden, sind abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.	2.431.800 2.357.800	3.032.800	2.841.800	+191.000	2.422
681 09-2	056	Taschengeld für Gefangene und Untergebrachte in Justizvollzugsanstalten	—	400.000	370.000	+30.000	345
681 10-6	056	Beiträge für Gefangene zur Arbeitslosenversicherung	—	9.500.000	9.000.000	+500.000	9.120
681 11-4	056	Leistungen an Abschiebungsgefangene nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	—	100.000	173.000	–73.000	49
685 01-2	869	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	—	—	—	—
685 51-9	869	Zuschuss an die Gesellschaft für Fortbildung der Strafvollzugsbediensteten e.V.	—	1.000	1.000	—	1
685 53-5	056	Zuschuss an das Kriminologische Forschungsinstitut in Hannover (KFN)	—	100.000	—	+100.000	—
811 01-8	056	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	1.840.000	988.000	+852.000	620
812 13-8	056	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	66.400	150.000	–83.600	183
812 15-4	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	764.800	436.500	+328.300	388
812 19-7	056	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	920.000	945.000	–25.000	965
813 59-2	056	Globalansatz für den Erwerb beweglicher Sachen	— 1.500.000	—	—	—	—
981 01-0	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	26.067.400	—	+26.067.400	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Ärztliche Versorgung der Gefangenen	(—)	(11.910.000)	(10.190.000)	(+1.720.000)	(7.956)
427 61-7	056	Nebenamtlich und nebenberuflich tätige Ärzte ** Ersparnisse infolge zeitweilig nicht besetzter oder unbesetzter Stellen für Ärzte bei 422 01 dürfen hier verwendet werden.	—	960.000	860.000	+100.000	839
522 61-0	056	Kleingeräte und Verbrauchsmittel	—	3.820.000	3.280.000	+540.000	2.788
538 61-3	056	Ärztliche Behandlung und Unterbringung in Krankenanstalten	—	7.130.000	6.050.000	+1.080.000	4.330
TGr. 62		Andere Dienstleistungen für die Versorgung der Gefangenen	(2.230.000) (2.230.000)	(7.310.700)	(8.231.400)	(–920.700)	(4.385)
427 62-5	056	Nebenamtlich tätige Kräfte	—	151.000	120.000	+31.000	67
459 62-4	056	Personalbezogene Sachausgaben	—	6.000	6.000	—	4
531 62-7	056	Entschädigung für Nutzungsrechte	—	17.400	17.400	—	15

ERLÄUTERUNGEN

Zu 537 02

Insbesondere Ausgaben für Krankentransporte von Gefangenen oder sonstigen, aus vollzuglichen Gründen notwendigen Einzeltransporte, sofern dafür keine landeseigenen Kraftfahrzeuge zur Verfügung stehen, und Reisekosten für das Transportbegleitpersonal.

Zu 632 01

Erstattung von Ausgaben für erforderliche Investitionen im Rahmen der Unterbringung nieders. Jugendstrafgefangener im bremischen Jugendvollzug.

Belastung:

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	300 000	—	—	300 000
2002	300 000	—	—	300 000
2003	300 000	—	—	300 000
2004	300 000	—	—	300 000
2005 bis 2022	5 100 000	—	—	5 100 000
Summe	6 300 000	—	—	6 300 000

Zu 671 01

Kosten der angemessenen und arbeitstherapeutischen Beschäftigung von Gefangenen (§ 37 Abs. 4 u. 5 StVollzG).

Zu 681 07

1. Für die Justizvollzugsanstalten	600 000 DM
2. Für Anlaufstellen für Straffällige	1 911 000 DM
3. Weitere Organisationen der Gefangenen- und Entlassenenhilfe	521 800 DM
Zusammen	3 032 800 DM

Zur weiteren Gewährung von Zuschüssen an Träger der Straffälligenhilfe ist eine Verpflichtungsermächtigung ausgebracht.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	2 357 800	—	2 357 800
2002	—	—	2 431 800	2 431 800
Summe	—	2 357 800	2 431 800	4 789 600

Zu 681 11

Das Asylbewerberleistungsgesetz vom i. d. F. v. 26. 5. 1997, BGBl. I S. 1130, verpflichtet die Justizvollzugsbehörden, Abschiebungsgefangenen einen monatlichen Geldbetrag zur Deckung persönlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens zu gewähren.

Zu 685 51

Zuschuss des Landes Niedersachsen zu den Herstellungskosten der „Zeitschrift für Strafvollzug“, die von der Gesellschaft für Fortbildung der Strafvollzugsbediensteten e.V. herausgegeben wird.

Zu 685 53

Zuschuss des Landes Niedersachsen zur Durchführung einer Untersuchung über die Ursachen der Überbelegung der nds. Justizvollzugsanstalten.

Ausbringen einer Verpflichtungsermächtigung zur weiteren Gewährung der Zuwendung für die Dauer des Forschungsprojektes.

Belastung:

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	100 000	—	100 000
2002	—	90 000	—	90 000
2003	—	20 000	—	20 000
Summe	—	210 000	—	210 000

Zu 811 01

Ersatzbeschaffungen:

3 Pkw bis zu 1 700 ccm Hubraum	78 000 DM
Listenpreis (einschl. Umsatzsteuer)	
4 GTW bis zu 1 900 ccm Hubraum	212 000 DM
Listenpreis (einschl. Umsatzsteuer und Sonderausstattung)	
2 GTW bis zu 15 500 ccm Hubraum	1 500 000 DM
Listenpreis (einschl. Umsatzsteuer und Sonderausstattung)	
Zusammen	1 790 000 DM

Ergänzungsbeschaffung:

1 GTW bis zu 1900 ccm Hubraum	50 000 DM
Listenpreis (einschl. Umsatzsteuer und Sonderausstattung)	
An Sonderausstattung ist vorgesehen: Sicherheitseinrichtungen.	

Für die Ersatzbeschaffung der zwei GTW bis 15 500 ccm Hubraum ist eine Verpflichtungsermächtigung ausgebracht.

Belastung

des Haus- halts- jahres	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	1 500 000	—	1 500 000

Zu 812 13

Ersatzbeschaffungen:

1 Telekommunikationsanlage	66 400 DM

Zu 812 15

Ersatzbeschaffungen:

5 Gepäckdurchleuchtungsgeräte	350 000 DM
Speisesaaleinrichtung	75 000 DM
Pistolen	300 000 DM
Zusammen	725 000 DM

Ergänzungsbeschaffung:

1 Sprachkommunikations- aufzeichnungsgerät	22 000 DM
1 Ballenpresse	17 800 DM
Zusammen	39 800 DM

Zu 812 19

Ersatzbeschaffungen:

5 Durchsuchungsrahmen	60 000 DM

Ergänzungsbeschaffungen:

3 Personensicherungsanlagen	800 000 DM
5 Durchsuchungsrahmen	60 000 DM
Zusammen	920 000 DM

Zu 981 01

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61

Mehr durch Verlagerung aus der Titelgruppe 81 bis 87 im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche Eigenverantwortung“ (vgl. Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 11 05).

Zu Titelgruppe 62**427 62**

Vergütungen und Auslagenersatz für nebenamtliche Geistliche, Organisten/-innen, Psychologen/-innen und Sozialarbeiter/-innen, Schuldenberater/-innen sowie Dolmetscher/-innen.

459 62

Müheentgelt für die Verpflegung der Arrestanten/-innen auf Rechnung der Justizwachtmeister bei Amtsgerichten (10 Arrestanten/-innen).

531 62

Entschädigung für die Wiedergabe von Tonbildträgern in Aufenthaltsräumen der Justizvollzugsanstalten.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1105 Justizvollzugseinrichtungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
538 62-1	056	Dienstleistungen Außenstehender	—	770.000	705.700	+64.300	299
642 62-3	056	Erstattungen für die Unterbringung in An- stalten anderer Länder	2.230.000 2.230.000	3.833.000	5.110.000	–1.277.000	1.855
671 62-3	056	Erstattungen für Unterbringung und Ver- pfl egung an die Arbeitsbetriebe	—	113.300	113.300	—	102
672 62-0	056	Erstattungen an Kirchenverwaltungen	—	2.420.000	2.159.000	+261.000	2.043
TGr. 64		Aus- und Fortbildung der Gefangenen	(—)	(4.555.000)	(3.927.400)	(+627.600)	(3.394)
425 64-9	056	Vergütung der Angestellten * Übertragbar. <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 256 64.</i>	—	230.000	120.000	+110.000	237
515 64-8	056	Maschinen, Geräte, Ausstattungs- und Aus- rüstungsgegenstände	—	260.000	228.000	+32.000	196
522 64-4	056	Kleingeräte, Verbrauchsmaterial und Be- triebsstoffe	—	655.000	640.000	+15.000	210
524 64-7	056	Lehr- und Lernmittel	—	133.000	114.300	+18.700	160
538 64-8	056	Dienstleistungen Außenstehender	—	365.000	268.100	+96.900	280
671 64-0	056	Erstattung von Aufwendungen für Lehrwerk- stätten an die Arbeitsbetriebe im Sinne von § 26 LHO	—	600.000	600.000	—	600
681 64-5	056	Ausbildungsbeihilfen für Gefangene ***Ausbildungsbeihilfen an Gefangene, die gem. § 22 Abs.3 SGB III von der Bundes- anstalt für Arbeit erstattet werden, sind abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu ver- einnahmen.	—	2.210.000	1.957.000	+253.000	1.710
812 64-2	056	Erwerb von Maschinen, Geräten und Werk- zeugen	—	102.000	—	+102.000	—
TGr. 65 bis 67		Anderer Sachaufwand für Unterbringung und Versorgung der Gefangenen	(—)	(16.896.700)	(—)	(+16.896.700)	(—)
512 65-7	056	Gefangenenbücherei	—	56.700	—	+56.700	—
519 65-1	056	Kleine bauliche Veränderungen in den Unterkunfts- und Freizeitbereichen der Gefangenen	—	60.000	—	+60.000	—
522 65-2	056	Lebensmittel für die Verpflegung der Ge- fangenen.	—	11.500.000	—	+11.500.000	—
522 66-0	056	Lebensmittel bei Dienstleiterverpflegung	—	—	—	—	—
522 67-9	056	Verbrauchsmittel und Kleingeräte	—	1.200.000	—	+1.200.000	—
532 65-8	056	Unterkunftsgeräte und sonstige Geräte zur Versorgung der Gefangenen	—	1.800.000	—	+1.800.000	—
532 66-6	056	Bettzeug, Wäsche und Bekleidung	—	1.800.000	—	+1.800.000	—
547 65-5	056	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben ***Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Gefangeneneinrichtungen unentgeltlich abgegeben werden.	—	8.000	—	+8.000	—
812 65-0	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	472.000	—	+472.000	—
TGr. 69		Verwendung der Zuschüsse Dritter zur Gefangenenbetreuung * Übertragbar. <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur ge- leistet werden bis zur Höhe der Istein- nahmen bei 282 69.</i>	(—)	(15.000)	(15.000)	(—)	(31)
522 69-5	056	Kleingeräte und Verbrauchsmaterial	—	7.500	7.500	—	30
547 69-8	056	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	7.500	7.500	—	—

ERLÄUTERUNGEN

538 62

Auslagenersatz für Maßnahmeträger für sozialpädagogische und sozialtherapeutische Betreuungsarbeit, Dolmetscher- und Übersetzungskosten sowie Kosten der Vertragsfriseurin u. a.

642 62

Erstattung der Kosten für die Unterbringung von nieders. Jugendstrafgefangenen im bremischen Jugendvollzug aufgrund des Verwaltungsabkommens vom 23. 3. 1998.

Ausbringung einer Verpflichtungsermächtigung zur Sicherstellung der Mindesterstattung.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	2 230 000	—	2 230 000
2002	—	—	2 230 000	2 230 000
Summe	—	2 230 000	2 230 000	4 460 000

671 62

Erstattung der Kosten für Unterbringung und Verpflegung der Gefangenen, soweit Unternehmer diese Leistungen erbringen und sie der Arbeitsverwaltung in Rechnung stellen.

672 62

Erstattung der Dienstbezüge für 23 Anstaltsseelsorger/-innen.

Mehr infolge Beschäftigung von 2,5 weiteren Seelsorgern infolge Inbetriebnahme weiterer Justizvollzugsanstalten.

Zu Titelgruppe 64

Mehr durch Verlagerung aus der Titelgruppe 81 bis 87 im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche Eigenverantwortung“ (vgl. Allgemeine Erläuterungen zu Kap. 11 05).

425 64

Die Bundesanstalt für Arbeit fördert nach dem SGB III die Beschäftigung von 2 sozialpädagogischen Fachkräften sowie eines Ausbildungsmeisters zur Betreuung von Gefangenen, die an beruflichen Umschulungsmaßnahmen teilnehmen. Die Ausgaben werden durch Einnahmen bei Titel 256 64 gedeckt. Dabei können allerdings durch die Abrechnungsmodalitäten mit der BA zeitliche Verschiebungen eintreten.

Vergütung für drei Angestellte.

538 64

Kursgebühren an Maßnahmeträger im Bereich der schulischen Bildung, Honorare für Lehrkräfte im Bereich der beruflichen Aus- und Fortbildung sowie des sozialen Trainings.

681 64

Mehr, weil die Bundesanstalt für Arbeit die Fördermittel für die schulische und berufliche Aus- und Fortbildung der Gefangenen gekürzt hat.

812 64

Ersatzbeschaffungen:

Gerät und Anlagen für die Ausbildungsbetriebe
– Holz 40 000 DM

Ergänzungsbeschaffungen:

Geräte und Anlagen für
die Ausbildungsbetriebe
– Metall 33 500 DM
– Orthopädienschuhmacher 28 500 DM

Zusammen 102 000 DM

Zu Titelgruppe 65/67

Mehr durch Verlagerung aus den Titelgruppen 71 bis 73 und 81 bis 87 im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche Eigenverantwortung“ (vgl. Allgemeine Erläuterungen zu Kap. 11 05).

519 65

Für kleine bauliche Veränderungen, die die Justizvollzugsanstalten in Eigenregie durchführen.

522 67

Geschirr, Bestecke, Kleingeräte und Verbrauchsmittel für die Reinigung und Instandhaltung von Bettzeug, Wäsche und Kleidung sowie für die Körperreinigung; Kleingeräte und Verbrauchsmittel für die kulturellen Veranstaltungen, die Freizeitgestaltung und den Gefangenen-sport.

532 65

Beschaffung und Unterhaltung von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Zellen, Gemeinschafts- und Mehrzweckräumen für Gefangene, für Kranken-, Küchen- und Speiseräume, für die Wäscherei sowie von Sportgeräten.

532 66

Beschaffung und Unterhaltung von Bettzeug (einschl. Matratzen), Wäsche und Kleidung einschl. Sportbekleidung.

547 65

Aufwendungen für Anstalts- und Gefangenenzeiten.

812 65

Ersatzbeschaffungen:

Geräte und Anlagen für
– die medizinische Betreuung 110 000 DM
– die Anstaltsküchen 305 100 DM
– die Anstaltswäschereien 56 900 DM

Zusammen 472 000 DM

Zu Titelgruppe 69

Für die Verwendung von Spenden Dritter.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1105 Justizvollzugseinrichtungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
681 69-6	056	Zuschüsse, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an Gefangene	—	—	—	—	2
812 69-3	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	0
TGr. 71 bis 73		Ausgaben der Justizvollzugseinrichtungen im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche Eigenverantwortung“ * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 65,0 v.H. der Isteinnahmen bei 119 71. ***Ausgabereste dürfen mit Einwilligung des MF bis zur Höhe von 90 v.H.in Anspruch genommen werden. Bei der Obergr. 81 wird zugelassen, daß von den Erläuterungen abgewichen wird. Minderausgaben der Hauptgr. 8 dürfen abweichend von § 20 Abs. 1 Satz 1 LHO nicht für Mehrausgaben bei den übrigen Titeln verwendet werden.	(—)	(—)	(46.250.300)	(–46.250.300)	(34.543)
511 71-5	056	Geschäftsbedarf	—	—	234.000	–234.000	332
512 71-1	056	Bücher und Zeitschriften	—	—	106.900	–106.900	143
512 72-0	056	Gefangenenbücherei	—	—	47.000	–47.000	38
513 71-8	056	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	1.110.600	–1.110.600	1.059
514 71-4	056	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	534.600	–534.600	601
515 71-0	056	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	130.500	–130.500	201
515 72-9	056	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	273.500	–273.500	1.562
516 71-7	056	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	1.047.100	–1.047.100	776
517 71-3	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	12.120.000	–12.120.000	7.111
517 72-1	056	Reinigungskosten	—	—	1.822.300	–1.822.300	1.660
517 73-0	056	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	7.684.600	–7.684.600	6.526
518 71-0	056	Mieten und Pachten	—	—	1.001.800	–1.001.800	641
519 71-6	056	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	—	475.000	–475.000	566
519 72-4	056	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	17.700	–17.700	77
519 73-2	056	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	—	50.100	–50.100	60
522 71-7	056	Lebensmittel für die Verpflegung der Gefangenen	—	—	13.275.000	–13.275.000	8.145
522 72-5	056	Verbrauchsmittel und Kleingeräte	—	—	890.000	–890.000	703
522 73-3	056	Beschaffung von Munition	—	—	80.000	–80.000	85
526 71-2	056	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	1.125.000	–1.125.000	201
527 71-9	056	Reisekostenvergütung	—	—	113.300	–113.300	196
532 71-2	056	Unterkunftsgeräte und sonstige Geräte zur Versorgung der Gefangenen	—	—	1.540.000	–1.540.000	1.872
532 72-0	056	Bettzeug, Wäsche und Bekleidung	—	—	1.580.000	–1.580.000	1.166
537 71-4	056	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	—	—	364.400	–364.400	219
544 71-0	056	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	—	—	5.800	–5.800	3
546 71-3	056	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	18.000	–18.000	24

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 71/73

Verlagerung in die Obergruppen 51 bis 54 sowie in die Titelgruppe 65 bis 67 im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche Eigenverantwortung“ (vgl. Allgemeine Erläuterungen zu Kap. 11 05).

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1105 Justizvollzugseinrichtungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
547 71-0	056	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben ***Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Gefangenenzeitungen unentgeltlich abgegeben werden.	—	—	7.000	–7.000	3
812 71-5	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen zur Versorgung der Gefangenen	—	—	596.100	–596.100	572
TGr. 81 bis 87		Ausgaben von drei Justizvollzugsanstalten im Rahmen des Modellversuchs „Erweiterte wirtschaftliche Eigenverantwortung“ * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zu 65,0 v.H. der Isteinnahmen bei 119 82. Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um 50,0 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 111 81, 111 82, 112 81, 113 81, 119 81, 119 83, 119 84, 119 85, 124 81, 132 81 und 132 82. ***Ausgabereste dürfen mit Einwilligung des MF bis zur Höhe von 90 v.H. in Anspruch genommen werden. Bei der Obergr.81 wird zugelassen, daß von den Erläuterungen abgewichen wird. Minderausgaben der Hauptgr. 8 dürfen ab- weichend von § 20 Abs.1 Nr.1 LHO nicht für Mehrausgaben bei den übrigen Titeln verwendet werden.	(—)	(—)	(9.222.800)	(–9.222.800)	(6.502)
427 83-8	056	Nebenamtlich und nebenberuflich tätige Ärzte	—	—	102.000	–102.000	38
427 84-6	056	Nebenamtlich tätige Kräfte	—	—	31.100	–31.100	20
511 81-2	056	Geschäftsbedarf	—	—	50.200	–50.200	49
512 81-9	056	Bücher und Zeitschriften	—	—	39.400	–39.400	22
512 86-0	056	Gefangenenbücherei	—	—	8.300	–8.300	6
513 81-5	056	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	124.700	–124.700	98
514 81-1	056	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	135.000	–135.000	94
515 81-8	056	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Ge- räte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegen- stände sowie d.sonst.Gebrauchsgegenstände	—	—	85.100	–85.100	239
515 85-0	056	Maschinen, Geräte, Ausstattungs- und Aus- rüstungsgegenstände für die Aus- und Fort- bildung der Gefangenen	—	—	31.300	–31.300	25
516 81-4	056	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	7.000	–7.000	5
517 81-0	056	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	3.200.000	–3.200.000	1.767
518 81-7	056	Mieten und Pachten	—	—	22.000	–22.000	20
519 81-3	056	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	—	90.000	–90.000	191
519 82-1	056	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	12.000	–12.000	8
519 86-4	056	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	—	9.900	–9.900	10
522 83-0	056	Kleingeräte und Verbrauchsmittel für die ärztliche Versorgung der Gefangenen	—	—	552.000	–552.000	338
522 85-7	056	Kleingeräte, Verbrauchsmaterial und Be- triebsstoffe für die Aus- und Fortbildung der Gefangenen	—	—	15.600	–15.600	9
522 86-5	056	Lebensmittel für die Verpflegung der Ge- fangenen.	—	—	2.190.000	–2.190.000	1.639
522 87-3	056	Verbrauchsmittel und Kleingeräte für die Versorgung der Gefangenen	—	—	144.000	–144.000	119
524 85-0	056	Lehr- und Lernmittel für die Aus- und Fort- bildung der Gefangenen	—	—	17.000	–17.000	13

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 81/87

Verlagerung in die Obergruppen 51 bis 54 sowie in die Titelgruppen 61, 62, 64 und 65 bis 67 im Rahmen des Modellversuchs „Wirtschaftliche Eigenverantwortung“ (vgl. Allgemeine Erläuterungen zu Kap. 11 05).

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1105 Justizvollzugseinrichtungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
526 81-0	056	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	154.400	-154.400	70
527 81-6	056	Reisekostenvergütungen	—	—	12.300	-12.300	17
532 86-0	056	Unterkunftsgeräte und sonstige Geräte zur Versorgung der Gefangenen	—	—	167.600	-167.600	138
532 87-9	056	Bettzeug, Wäsche und Bekleidung zur Versorgung der Gefangenen	—	—	150.200	-150.200	56
537 81-1	056	Kosten der Gefangenenbeförderung und Vorführungskosten (einschl. Reisekosten)	—	—	53.700	-53.700	35
538 83-4	056	Ärztliche Behandlung der Gefangenen und Unterbringung in Krankenanstalten	—	—	1.090.500	-1.090.500	874
538 84-2	056	Dienstleistungen Außenstehender für die Versorgung der Gefangenen	—	—	65.300	-65.300	33
538 85-0	056	Dienstleistungen Außenstehender für die Aus- und Fortbildung der Gefangenen	—	—	87.900	-87.900	42
544 81-8	056	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	—	—	—	—	1
546 81-0	056	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	1.300	-1.300	2
547 86-8	056	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben ***Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Gefangenenzeiten unentgeltlich abgegeben werden.	—	—	1.000	-1.000	38
671 84-4	056	Erstattungen für Unterbringung und Verpflegung an die Arbeitsbetriebe	—	—	—	—	—
681 81-5	056	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen ***Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.	—	—	—	—	3
681 82-3	056	Gefangenen- und Entlassenenfürsorge ***Beträge, die von Gefangenen rückerstattet werden, sind abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.	—	—	110.000	-110.000	23
681 83-1	056	Taschengeld für Gefangene und Unterbrachte in Justizvollzugsanstalten	—	—	22.000	-22.000	18
681 84-0	056	Leistungen an Abschiebungsgefangene nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	—	—	5.000	-5.000	5
681 85-8	056	Ausbildungsbeihilfen für Gefangene ***Ausbildungsbeihilfen an Gefangene, die gem. § 22 Abs. 3 SGB III von der Bundesanstalt für Arbeit erstattet werden, sind abweichend von § 35 Abs. 1 LHO durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.	—	—	221.000	-221.000	170
811 81-6	056	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	111.000	-111.000	—
812 82-0	056	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 83-9	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	55
812 84-7	056	Erwerb von besonderen Betriebseinrichtungen	—	—	—	—	—
812 85-5	056	Erwerb von Maschinen, Geräten und Werkzeugen für die Aus- und Fortbildung der Gefangenen	—	—	—	—	—
812 86-3	056	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die Unterbringung und Versorgung der Gefangenen	—	—	103.000	-103.000	208

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1105 Justizvollzugseinrichtungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 11 05					
		1 Eigene Einnahmen		6.342.800	6.540.000	–197.200	
		2 Übertragungseinnahmen		13.580.000	13.660.000	–80.000	
		Summe der Einnahmen		19.922.800	20.200.000	–277.200	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	236.610.300	223.055.300	+13.555.000	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	61.650.800	66.180.400	–4.529.600	
		6 Übertragungsausgaben	4.661.800	23.530.100	24.022.100	–492.000	
			4.587.800				
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	4.165.200	3.329.600	+835.600	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	1.500.000				
			—	26.067.400	—	+26.067.400	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	4.661.800 6.087.800	352.023.800	316.587.400	+35.436.400	
		Zuschuss		332.101.000	296.387.400	+35.713.600	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		63.663.900	58.898.700		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		415.687.700	375.486.100		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		395.764.900	355.286.100		

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
112 01-3	055	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten ***Die allgemeinen Erläuterungen in Abschn. C des Vorworts sind gem. § 17 Abs.1 Satz 2 LHO verbindlich.		2.150.000	2.150.000	—	2.064
113 01-0	055	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		1.000	1.000	—	0
119 46-8	055	Ersatzleistungen		1.000	1.000	—	—
119 51-4	055	Vermischte Einnahmen		100.000	100.000	—	165
256 01-5	055	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	—
A U S G A B E N							
412 01-7	055	Entschädigung ehrenamtlicher Richter/ Richterinnen und Beisitzer/Beisitzerinnen	—	160.000	160.000	—	140
422 01-2	055	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten/ Beamtinnen und Richter/Richterinnen	—	11.652.100	7.534.100	+4.118.000	7.555
422 19-5	055	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-1	055	Vergütungen der Angestellten	—	—	2.373.100	-2.373.100	2.414
425 51-8	055	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	—	—	—
426 01-8	055	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	127.000	-127.000	130
426 51-4	055	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.000	1.000	—	0
427 01-4	055	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	6.600	6.600	—	—
427 39-1	055	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-5	055	Trennungsgeld für abgeordnete oder ver- setzte Bedienstete und Umzugskostenver- gütungen	—	30.000	30.000	—	32
453 11-2	055	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	1.000	1.000	—	—
511 01-5	055	Geschäftsbedarf	—	26.500	25.000	+1.500	25
512 01-1	055	Bücher und Zeitschriften	—	92.000	83.000	+9.000	89
513 01-8	055	Post- und Fernmeldegebühren	—	200.000	214.500	-14.500	192
515 01-0	055	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	20.000	16.000	+4.000	20
515 02-9	055	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstatt- ungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	74.700	30.000	+44.700	34
516 01-7	055	Dienst- und Schutzkleidung	—	1.000	1.300	-300	0
516 03-3	055	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	—	1.000	1.000	—	1
517 01-3	055	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	75.000	72.000	+3.000	74
517 19-6	055	Reinigungskosten	—	75.000	75.000	—	68
517 59-5	055	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	48.000	50.000	-2.000	42
518 01-0	055	Mieten und Pachten	—	967.000	967.000	—	948
519 01-6	055	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen * Übertragbar.	—	—	—	—	—
519 03-2	055	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1.000	1.000	—	1

ERLÄUTERUNGEN

Zu 112 01

Hierzu gehören auch die vom Gericht mit der Bewilligung von Prozesskostenhilfe festgesetzten zu zahlenden Beträge.

Zu 119 51

Erstattungen von Dienstbezügen für abgeordnete Richter/-innen und Beamte/-innen u. a.

Zu 422 01

Das Beschäftigungsvolumen beträgt für das Haushaltsjahr 2001 118,42 Vollzeiteinheiten (VZE).

Beschäftigungsvolumen:

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nach- richtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen und Richter/-innen	75,32	75,32	—	76
Angestellte	41,10	41,10	—	42
Lohnempfänger/-innen	2	2	—	2
Insgesamt	118,42	118,42	—	120

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 11 652 100 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Ober- gruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	11 652 100
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	52 900
43	Versorgungsbezüge	2 788 700
44	Beihilfen, Unterstützungen	478 600
45	Personalbezogene Sachausgaben	31 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	308 000
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		15 311 300

Veranschlagt sind auch:

- Lehrzulagen für Richter/-innen, die im Rahmen ihres Hauptamtes Leiter/-innen von Arbeitsgemeinschaften für Referendare/-innen sind. Sie erhalten eine monatliche Lehrzulage von 125 bzw. 93,75 bzw. 62,50 DM gem. RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung.

Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von monatlich 75 DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG 1997. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG in der jeweils geltenden Fassung fällt.

- Dienstaufwandsentschädigung für den/die Präsidenten/-in des Finanzgerichts 1 200 DM

Zu 516 03

Beamte/-innen, die zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, erhalten Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 360 DM.

Zu 518 01

Für die langfristige Anmietung eines Dienstgebäudes ist eine Verpflichtungsermächtigung ausgebracht.

Belastung:

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	943 000	—	—	943 000
2002	943 000	—	—	943 000
2003	943 000	—	—	943 000
2004	943 000	—	—	943 000
2005 bis 2010	5 658 000	—	—	5 658 000
Summe	9 430 000	—	—	9 430 000

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1108 Finanzgericht

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
525 01-6	055	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	2
526 01-2	055	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1.000	1.000	—	0
527 01-9	055	Reisekostenvergütungen	—	6.200	6.200	—	6
529 01-1	055	Zur Verfügung des (der) Präsidenten/Präsidentin des Nieders. Finanzgerichts	—	1.000	1.000	—	1
536 11-5	055	Entschädigungen beigeordneter Anwälte	—	8.000	8.900	-900	7
536 12-3	055	Zeugenentschädigungen	—	20.000	26.000	-6.000	18
536 13-1	055	Sachverständigenentschädigungen	—	70.000	80.000	-10.000	56
536 16-6	055	Sonstige Verfahrensauslagen	—	1.000	1.000	—	0
536 17-4	055	Reisekosten des Gerichts	—	3.000	3.300	-300	2
537 01-4	055	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	1.000	1.000	—	0
546 59-5	055	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
632 01-7	055	Erstattung der Kosten des Gemeinsamen Senats für Zoll- und Verbrauchsteuersachen beim Finanzgericht Hamburg	—	380.000	380.000	—	300
812 13-9	055	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-5	055	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
Abschluss Kapitel 11 08							
1 Eigene Einnahmen				2.252.000	2.252.000	—	
2 Übertragungseinnahmen				—	—	—	
Summe der Einnahmen				2.252.000	2.252.000	—	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	11.850.700	10.232.800	+1.617.900	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	1.692.400	1.664.200	+28.200	
6 Übertragungsausgaben			—	380.000	380.000	—	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	—	—	—	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	13.923.100	12.277.000	+1.646.100	
Zuschuss				11.671.100	10.025.000	+1.646.100	
Nachrichtlich:							
Anteil an den Versorgungsausgaben				2.788.700	2.705.500		
Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil				16.711.800	14.982.500		
Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil				14.459.800	12.730.500		

ERLÄUTERUNGEN

Zu 525 01

Die Ausgaben werden aus 11 02 – 525 01 gedeckt.

Zu 632 01

Aufgrund des Staatsvertrages zwischen den Ländern Freie und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein vom 8./14./22. 4. 1981 (Nieders. GVBl. S. 408) beteiligt sich Niedersachsen an den Kosten des gemeinsamen Senats beim Finanzgericht Hamburg.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1110 Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
112 01-7	053	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten ***Die allgemeinen Erläuterungen in Abschn. C des Vorworts sind gem. § 17 Abs.1 Satz 2 LHO verbindlich.		5.200.000	5.000.000	+200.000	5.081
113 01-3	053	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		1.000	1.000	—	2
119 41-0	053	Rückzahlung von Überzahlungen		1.000	1.000	—	29
119 46-1	053	Ersatzleistungen		15.000	15.000	—	389
119 51-8	053	Vermischte Einnahmen		200.000	200.000	—	197
124 01-5	053	Mieten und Pachten		6.000	13.500	–7.500	6
132 01-8	053	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		5.000	—	+5.000	—
132 11-5	053	Erlöse aus der Veräußerung personen- bezogener Dienstkraftfahrzeuge * Vgl. K-Vermerk zu 811 11.		—	—	—	—
232 01-2	053	Erstattungen des Landes Schleswig-Holstein zu den Kosten des Oberverwaltungsgerichts und des Disziplinarhofs		680.000	650.000	+30.000	677
256 02-7	053	Sonstige Zuweisungen von Sozialhilfeträgern * Vgl. K-Vermerk zu 427 02.		—	—	—	110
A U S G A B E N							
412 01-0	053	Entschädigung ehrenamtlicher Richter/ Richterinnen und Beisitzer/Beisitzerinnen	—	320.000	450.000	–130.000	269
422 01-6	053	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten/ Beamtinnen und Richter/Richterinnen	—	41.149.000	40.140.100	+1.008.900	28.619
422 19-9	053	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-5	053	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	9.471
425 51-1	053	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	1.000	—	—
426 01-1	053	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	894
426 51-8	053	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.000	1.000	—	—
427 01-8	053	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	24.500	24.500	—	—
427 02-6	053	Beschäftigungsentgelte für Hilfskräfte * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 256 02.	—	—	—	—	105
427 03-4	053	Beschäftigungsentgelte für Kräfte im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	—	—	—	—	—
427 39-5	053	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	31.600	31.900	–300	32
453 01-9	053	Trennungsgeld für abgeordnete oder ver- setzte Bedienstete und Umzugskostenver- gütungen	—	65.000	53.600	+11.400	65
511 01-9	053	Geschäftsbedarf	—	80.000	100.000	–20.000	68
512 01-5	053	Bücher und Zeitschriften	—	490.000	450.000	+40.000	486
513 01-1	053	Post- und Fernmeldegebühren	—	650.000	734.100	–84.100	628
514 01-8	053	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	36.000	36.000	—	31
515 01-4	053	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	25.000	40.000	–15.000	20
515 02-2	053	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstatt- ungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	150.000	150.000	—	288

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 11 10

Es sind vorhanden:

Niedersächsisches Obergerverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte Braunschweig, Göttingen, Hannover, Lüneburg, Oldenburg, Osnabrück und Stade.

Zu 112 01

Hierzu gehören auch die vom Gericht mit Bewilligung von Prozesskostenhilfe festgesetzten Ratenzahlungen.

Zu 119 51

Erstattung von Dienstbezügen für abgeordnete Richter/-innen und Beamte/-innen usw.

Zu 232 01

Anteil des Landes Schleswig-Holstein an den Versorgungslasten des Obergerverwaltungsgerichts nach Auflösung des gemeinsamen Obergerverwaltungsgerichts.

Zu 412 01

Weniger in Anpassung an die Ist-Entwicklung.

Zu 422 01

Das Beschäftigungsvolumen beträgt für das Haushaltsjahr 2001 448,12 Vollzeiteneinheiten (VZE).

Beschäftigungsvolumen:

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen				
und Richter/-innen	292,83	292,83	—	325
Angestellte	140,69	140,69	—	129
Lohnempfänger/-innen	14,60	14,60	—	12
Insgesamt	448,12	448,12	—	466

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 41 149 000 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	41 149 000
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	219 600
43	Versorgungsbezüge	9 955 000
44	Beihilfen, Unterstützungen	1 691 300
45	Personalbezogene Sachausgaben	65 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	1 088 600
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		54 168 500

Veranschlagt sind auch:

1. Lehrzulagen für Richter/-innen, die im Rahmen ihres Hauptamtes Leiter/-innen von Arbeitsgemeinschaften für Referendare/-innen sind. Sie erhalten eine monatliche Lehrzulage von 125 bzw. 93,75 DM bzw. 62,50 DM gem. RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664).

Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von monatlich 75 DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigung i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG 1997. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG 1997 in der jeweils geltenden Fassung fällt.

2. Dienstaufwandsentschädigung für den/die Präsidenten/-in des Obergerverwaltungsgerichts 1 800 DM

Zu 425 51 und 426 51

Für unabweisbar notwendige Überstunden im Sitzungs- und Hausmeisterdienst u. a.

Zu 427 01

Für unvermeidliche Vertretungen in Urlaubs- und Krankheitsfällen im Abtrage- und Reinigungsdienst sowie für Aushilfen im Schreibdienst in Großprozessen.

Zu 514 01**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1. 1. 2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	6	6	6

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1110 Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
516 01-0	053	Dienst- und Schutzkleidung	—	1.000	1.000	—	2
516 02-9	053	Dienst- und Schutzkleidung für das Fachpersonal	—	1.000	1.000	—	1
516 03-7	053	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	—	8.000	8.000	—	6
517 01-7	053	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	350.000	235.000	+115.000	339
517 19-0	053	Reinigungskosten	—	330.000	315.000	+15.000	287
517 59-9	053	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	290.000	296.000	-6.000	275
518 01-3	053	Mieten und Pachten	—	1.500.000	1.690.000	-190.000	1.504
519 01-0	053	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen * Übertragbar.	—	—	—	—	—
519 03-6	053	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	1.400	1.400	—	10
525 01-0	053	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	21
525 02-8	053	Unterrichtung ehrenamtlicher Richter/ Richterinnen	—	—	—	—	—
526 01-6	053	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	2.200	1.200	+1.000	2
527 01-2	053	Reisekostenvergütungen	—	23.900	23.900	—	22
527 03-9	053	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	6.000	6.000	—	5
529 01-5	053	Zur Verfügung des (der) Präsidenten/Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts	—	1.500	1.500	—	1
536 11-9	053	Entschädigungen beigeordneter Anwälte/ Anwältinnen	—	1.650.000	1.700.000	-50.000	1.524
536 12-7	053	Zeugenentschädigungen	—	50.000	50.000	—	47
536 13-5	053	Sachverständigenentschädigungen	—	1.200.000	1.700.000	-500.000	1.072
536 16-0	053	Sonstige Verfahrensauslagen	—	40.000	30.000	+10.000	35
536 17-8	053	Reisekosten des Gerichts	—	20.000	20.000	—	14
537 01-8	053	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	3.000	60.000	-57.000	—
544 01-4	053	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	—	—	—	—	—
546 59-9	053	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	1
681 01-1	053	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen ***Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.	—	—	—	—	0
811 01-2	053	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	32.000	—	+32.000	—
811 11-0	053	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.	—	—	—	—	—
812 13-2	052	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-9	053	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
981 01-5	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	1.862.000	—	+1.862.000	—
981 02-3	990	Abführung an 13 02 - 381 02	—	75.500	—	+75.500	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 516 03

Beamte/-innen, die zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, erhalten Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 360 DM.

Zu 517 01

Mehr infolge Verlagerung von 11 10 – 518 01.

Zu 518 01

Weniger infolge Verlagerung nach 11 10 – 517 01 und Herabsetzung des Mietzinses für das Mietobjekt Verwaltungsgericht Göttingen.

Verpflichtungsermächtigungen für den Abschluss langfristiger Mietverträge für die Unterbringung der Verwaltungsgerichte Göttingen und Hannover.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	1 116 000	—	—	1 116 000
2002	1 130 000	—	—	1 130 000
2003	1 130 000	—	—	1 130 000
2004	1 130 000	—	—	1 130 000
2005 bis 2012	7 210 000	—	—	7 210 000
Summe	11 716 000	—	—	11 716 000

Zu 525 01

Die Ausgaben werden aus 11 02 – 525 01 gedeckt.

Zu 536 13

Weniger in Anpassung an die Ist-Entwicklung.

Zu 811 01

Ersatzbeschaffung:

1 Pkw
Kaufpreis einschl. Sonderausstattung 32 000 DM
Als Sonderausstattung sind vorgesehen:
Autoradio, Komfortsitz für Fahrer,
Nebelscheinwerfer

Zu 981 01

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu 981 02

Abführung an 13 02 – 381 02 (ab 2000 bis 2009) zur Refinanzierung des Grundstocks für den Erwerb von Teilflächen der Schlieffen-Kaserne in Lüneburg.

Belastung der Haushaltsjahre:

2001	75 500 DM
2002	75 500 DM
2003	75 500 DM
2004	75 500 DM
2005 bis 2009	320 100 DM
Summe	622 100 DM

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1110 Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 11 10					
		1 Eigene Einnahmen		5.428.000	5.230.500	+197.500	
		2 Übertragungseinnahmen		680.000	650.000	+30.000	
		Summe der Einnahmen		6.108.000	5.880.500	+227.500	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	41.592.100	40.702.100	+890.000	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	6.909.000	7.650.100	–741.100	
		6 Übertragungsausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	32.000	—	+32.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.937.500	—	+1.937.500	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	50.470.600	48.352.200	+2.118.400	
		Zuschuss		44.362.600	42.471.700	+1.890.900	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		9.955.000	9.865.900		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		60.425.600	58.218.100		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		54.317.600	52.337.600		

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1112 Landessozialgericht und Sozialgerichte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 11-5	054	Verwaltungsgebühren ***Die allgemeinen Erläuterungen in Abschn. C des Vorworts sind gem. § 17 Abs.1 Satz 2 LHO verbindlich.		1.000	1.000	—	0
112 01-4	054	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		2.200.000	1.900.000	+300.000	2.101
113 01-0	054	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		1.000	1.000	—	0
119 41-8	054	Rückzahlung von Überzahlungen		1.000	1.000	—	0
119 46-9	054	Ersatzleistungen		1.000	1.000	—	1
119 51-5	054	Vermischte Einnahmen		120.000	120.000	—	126
124 01-2	054	Mieten und Pachten		21.200	20.000	+1.200	21
132 01-5	054	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		—	—	—	—
256 01-6	054	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
412 01-8	054	Entschädigung ehrenamtlicher Richter/ Richterinnen und Beisitzer/Beisitzerinnen	—	460.000	500.000	–40.000	398
422 01-3	054	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten/ Beamtinnen und Richter/Richterinnen	—	25.034.800	14.532.700	+10.502.100	14.740
422 19-6	054	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-2	054	Vergütungen der Angestellten	—	—	8.378.600	–8.378.600	8.676
425 51-9	054	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	1.000	—	—
426 01-9	054	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	491.200	–491.200	566
426 03-5	054	Löhne der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
426 51-5	054	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.000	1.000	—	—
427 01-5	054	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	15.000	15.000	—	—
427 03-1	054	Beschäftigungsentgelte für Kräfte im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	—	—	—	—	—
427 39-2	054	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	68.400	41.700	+26.700	68
453 01-6	054	Trennungsgeld für abgeordnete oder ver- setzte Bedienstete und Umzugskostenver- gütungen	—	80.000	60.000	+20.000	78
511 01-6	054	Geschäftsbedarf	—	90.000	64.400	+25.600	97
512 01-2	054	Bücher und Zeitschriften	—	230.000	190.000	+40.000	244
513 01-9	054	Post- und Fernmeldegebühren	—	650.000	629.700	+20.300	664
514 01-5	054	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	14.000	11.000	+3.000	14
515 01-1	054	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	22.000	22.000	—	16
515 02-0	054	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstatt- ungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	78.000	78.000	—	344
516 01-8	054	Dienst- und Schutzkleidung	—	2.000	2.000	—	1
516 02-6	054	Dienst- und Schutzkleidung für das Fachpersonal	—	2.000	2.000	—	2
516 03-4	054	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	—	7.200	6.500	+700	5

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 11 12

Es sind vorhanden: Landessozialgericht Niedersachsen und Sozialgerichte Aurich, Braunschweig, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Oldenburg, Osnabrück, Stade.

Zu 112 01

Hierzu gehören auch die vom Gericht bei der Bewilligung von Prozesskostenhilfe festgesetzten Ratenzahlungen.

Mehr in Anpassung an die Ist-Entwicklung.

Zu 422 01

Das Beschäftigungsvolumen beträgt für das Haushaltsjahr 2001 304,44 Vollzeiteinheiten (VZE).

Beschäftigungsvolumen:

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen und Richter/-innen	162,16	162,16	—	171
Angestellte	135,87	135,87	—	133
Lohnempfänger/-innen	6,41	6,41	—	3
Insgesamt	304,44	304,44	—	307

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 25 034 800 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	25 034 800
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	167 900
43	Versorgungsbezüge	5 085 100
44	Beihilfen, Unterstützungen	1 031 100
45	Personalbezogene Sachausgaben	80 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	663 600
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		32 062 500

Veranschlagt sind auch:

1. Lehrzulagen für Richter/-innen, die im Rahmen ihres Hauptamtes Leiter/-innen von Arbeitsgemeinschaften für Referendare/-innen sind. Sie erhalten eine monatliche Lehrzulage von 125 bzw. 93,75 DM bzw. 62,50 DM gem. RdErl. des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664).

Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von monatlich 75 DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, als steuerfreie Aufwandsentschädigung i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG 1997. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG 1997 in der jeweils geltenden Fassung fällt.

2. Dienstaufwandsentschädigung für den/die Präsidenten/-in des Landessozialgerichts 1 800 DM

Zu 425 51

Für unabweisbar notwendige Überstunden im Sitzungsdienst u. a.

Zu 426 51

Für unabweisbar notwendige Überstunden im Sitzungsdienst u. a.

Zu 427 01

Für unvermeidliche Vertretungen in Urlaubs- und Krankheitsfällen im mittleren, im Schreib- und einfachen Dienst.

Zu 514 01**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	2	2	2

Zu 516 03

Beamte/-innen, die zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet sind, erhalten Dienstkleidungszuschüsse (Aufwandsentschädigungen) nach einem Kopfsatz von jährlich 360 DM.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1112 Landessozialgericht und Sozialgerichte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
517 01-4	054	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	40.000	65.000	-25.000	36
517 19-7	054	Reinigungskosten	—	250.000	250.000	—	221
517 59-6	054	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	160.000	218.000	-58.000	134
518 01-0	054	Mieten und Pachten	—	1.140.000	1.030.000	+110.000	814
519 01-7	054	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen * <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	—
519 03-3	054	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	2.000	2.000	—	4
525 01-7	054	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	34
526 01-3	054	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1.000	1.000	—	0
527 01-0	054	Reisekostenvergütungen	—	18.000	12.500	+5.500	26
527 03-6	054	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	10.000	10.000	—	9
529 01-2	054	Zur Verfügung des (der) Präsidenten/Präsidentin des Landessozialgerichts	—	1.000	1.000	—	1
536 11-6	054	Entschädigungen beigeordneter Anwälte/Anwältinnen	—	540.000	550.000	-10.000	533
536 12-4	054	Zeugenentschädigungen	—	290.000	290.000	—	277
536 13-2	054	Sachverständigenentschädigungen	—	12.500.000	12.500.000	—	11.552
536 14-0	054	Untersuchungs- und Unterbringungskosten	—	170.000	190.000	-20.000	154
536 16-7	054	Sonstige Verfahrensauslagen	—	1.000	1.000	—	0
536 17-5	054	Reisekosten des Gerichts	—	6.000	6.000	—	3
537 01-5	054	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	2.000	32.000	-30.000	57
544 01-1	054	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	—	—	—	—	—
546 59-6	054	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
681 01-9	054	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen *** <i>Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig.</i>	—	—	—	—	4
811 01-0	054	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 13-0	054	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	112
812 15-6	054	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	46.000	60.000	-14.000	21
981 01-2	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	1.251.100	—	+1.251.100	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 518 01

Mehr infolge ganzjähriger Veranschlagung der Miete für das SG Hannover.

Verpflichtungsermächtigungen für den Abschluss langfristiger Mietverträge für die Sozialgerichte Osnabrück und Hannover.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	970 000	—	—	970 000
2002	985 000	—	—	985 000
2003	1 000 000	—	—	1 000 000
2004	1 015 000	—	—	1 015 000
2005 bis 2011	5 000 000	—	—	5 000 000
Summe	8 970 000	—	—	8 970 000

Zu 525 01

Die Ausgaben werden aus 11 02 – 525 01 gedeckt.

Zu 812 15

Ersatz von Ausstattungsgegenständen
für Funktionsräume 46 000 DM

Zu 981 01

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1112 Landessozialgericht und Sozialgerichte

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 11 12					
		1 Eigene Einnahmen		2.345.200	2.044.000	+301.200	
		2 Übertragungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		2.345.200	2.044.000	+301.200	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	25.660.200	24.021.200	+1.639.000	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	16.226.200	16.164.100	+62.100	
		6 Übertragungsausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	46.000	60.000	–14.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.251.100	—	+1.251.100	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	43.183.500	40.245.300	+2.938.200	
		Zuschuss		40.838.300	38.201.300	+2.637.000	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		5.085.100	5.218.800		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		48.268.600	45.464.100		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		45.923.400	43.420.100		

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1115 Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege -Fachbereich Rechtspflege-

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
119 26-5	137	Einnahmen für die Verpflegung in der Fachhochschule		—	75.000	-75.000	16
119 51-6	137	Vermischte Einnahmen		—	—	—	74
124 01-3	137	Mieten und Pachten		—	6.400	-6.400	8
232 01-0	137	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern		—	1.200.000	-1.200.000	1.329
A U S G A B E N							
422 01-4	137	Dienstbezüge der planmäßigen Beamten/Beamtinnen und Richter/Richterinnen	—	—	1.402.500	-1.402.500	1.635
425 01-3	137	Vergütungen der Angestellten	—	—	266.200	-266.200	268
426 01-0	137	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	113.600	-113.600	116
427 01-6	137	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	10.000	-10.000	7
427 31-8	137	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	—	50.000	-50.000	36
427 39-3	137	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-7	137	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	—	40.000	-40.000	—
453 11-4	137	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	—	—	110.000	-110.000	38
511 01-7	137	Geschäftsbedarf	—	—	8.000	-8.000	3
512 01-3	137	Bücher und Zeitschriften	—	—	43.600	-43.600	48
513 01-0	137	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	18.900	-18.900	14
515 01-2	137	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	5.400	-5.400	4
515 02-0	137	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	20.000	-20.000	63
516 01-9	137	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	1.000	-1.000	1
517 01-5	137	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	20.000	-20.000	15
517 19-8	137	Reinigungskosten	—	—	75.000	-75.000	44
517 59-7	137	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	62.000	-62.000	45
518 01-1	137	Mieten und Pachten	—	—	17.800	-17.800	-13
519 01-8	137	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen * Übertragbar.	—	—	—	—	—
519 03-4	137	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	1.000	-1.000	5
522 01-9	137	Verpflegungskosten für in der Schule eingenommene Mahlzeiten ** Zur Selbstbewirtschaftung gemäß § 15 Abs. 2 LHO. Das Verpflegungsgeld ist nach der tatsächlichen Verpflegungsstärke und dem festgesetzten Tagesverpflegungssatz zu berechnen.	—	—	200.000	-200.000	117
524 02-0	137	Lehr- und Lernmittel	—	—	3.000	-3.000	2
525 01-8	137	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	3.000	-3.000	18
527 01-0	137	Reisekostenvergütungen	—	—	10.200	-10.200	5
537 01-6	137	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	—	—	—	11

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 1115 Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege -Fachbereich Rechtspflege-

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
546 59-7	137	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
681 01-0	137	Schadensersatzleistungen und Unfallent- schädigungen ***Leistungen aus Gründen der Billigkeit sind zulässig	—	—	—	—	—
812 13-0	137	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-7	137	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
981 01-3	990	Abführung an 13 21 - 381 11	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		2.000	-2.000	
		Abschluss Kapitel 11 15					
		1 Eigene Einnahmen		—	81.400	-81.400	
		2 Übertragungseinnahmen		—	1.200.000	-1.200.000	
		Summe der Einnahmen		—	1.281.400	-1.281.400	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	—	1.992.300	-1.992.300	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	490.900	-490.900	
		6 Übertragungsausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	2.483.200	-2.483.200	
		Zuschuss		—	1.201.800	-1.201.800	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		—	503.600		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		—	2.986.800		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil			1.705.400		

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 11					
		1 Eigene Einnahmen		716.185.500	715.766.400	+419.100	
		2 Übertragungseinnahmen		14.401.000	15.566.000	–1.165.000	
		Summe der Einnahmen		730.586.500	731.332.400	–745.900	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	1.183.712.200	1.137.116.300	+46.595.900	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	520.000	462.966.500	495.515.700	–32.549.200	
		6 Übertragungsausgaben	100.000	32.715.900	36.425.000	–3.709.100	
		7 Bauausgaben	7.318.600	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	5.456.100	23.433.700	10.572.800	+12.860.900	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	1.200.000	78.350.300	—	+78.350.300	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	1.500.000	1.781.178.600	1.679.629.800	+101.548.800	
		Zuschuss	7.576.100	1.050.592.100	948.297.400	+102.294.700	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		261.130.300	270.721.500		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		2.042.308.900	1.950.351.300		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		1.311.722.400	1.219.018.900		

Wirtschaftsplan

des Landesbetriebes „Arbeitsbetriebe der Justizvollzugs-, Jugendstraft- und Jugendarrestanstalten“
für das Geschäftsjahr 2001

11 Justizministerium

Aufwand	Erfolgsplan 2001	Erfolgsplan 2000	mithin für 2001		Erfolgs- rechnung 1999
	DM	DM	mehr DM	weniger DM	DM
1. Einsatzstoffe	8 380 000	6 700 000	1 680 000	—	9 943 195
2. Kalkulierte Arbeitslöhne	23 000 000	18 400 000	4 600 000	—	20 609 022
3. Gemeinkosten:					
a) kalkulatorische Personalkosten	3 000 000	2 900 000	100 000	—	2 895 002
b) kalkulatorische Abschreibungen	1 100 000	1 050 000	50 000	—	1 144 795
c) sonstige kalkulatorische Kosten	500 000	370 000	130 000	—	274 714
d) sonstige Gemeinkosten	3 000 000	2 900 000	100 000	—	2 826 747
4. Sonderkosten:					
a) Löhne usw.	544 000	416 000	128 000	—	326 644
b) Tagegelder usw.	1 000	1 000	—	—	2 000
c) sonstige Sonderkosten (Ausgangsfrachten pp.)	420 000	400 000	20 000	—	377 371
5. Verwaltungskosten:					
a) zu bezahlende Personalkosten	—	—	—	—	—
b) kalkulatorische Personalkosten	1 300 000	1 250 000	50 000	—	1 248 330
c) sächliche Verwaltungskosten	3 000	3 300	—	300	4 100
6. Bestandsveränderungen	5 000 000	4 500 000	500 000	—	4 136 000
7. Bilanzmäßige Abschreibungen	1 200 000	1 200 000	—	—	1 210 018
8. Sonst. (betriebsfremder usw.) Aufwand	25 000	35 000	—	10 000	125 360
9. Aus dem Ertrag zu deckender Aufwand: Aufwand der Zentralen Arbeitsverwaltung	—	—	—	—	—
10. Rückstellungen	—	—	—	—	—
11. Rücklagen					
a) für Investitionen zu A 8, 16, 20, 21,30, 31, 50, 64 und 85 des Finanzplans	1 367 500	1 174 700	192 800	—	1 200 300
b) zur Verstärkung der flüssigen Mittel	500 000	—	500 000	—	—
12. An den Haushalt abzuführen					
a) anteilige Personal- und Sachkosten (Tit. 271 01)	10 452 000	11 539 000	—	1 087 000	12 549 577
b) Reingewinn (Tit. 121 02)	3 000 000	2 500 000	500 000	—	3 791 453
c) Dividende an JVA'en (Titel 129 01)	500 000	—	—	—	—
Gesamtaufwand:	63 292 500	55 339 000	8 550 800	1 097 300	62 664 628

plan	Anlage zu 11 05 – 121 02 und 271 01				
	Erfolgsplan 2001 DM	Erfolgsplan 2000 DM	mithin für 2001		Erfolgs- rechnung 1999 DM
Ertrag			mehr DM	weniger DM	
1. Umsätze abzüglich Erlösschmälerungen	38 696 500 4 000	31 114 000 5 000	7 582 500 —	— 1 000	38 442 700 5 874
Netto-Erlöse	38 692 500	31 109 000	7 583 500	—	38 436 826
2. Innerbetriebliche Leistungen:					
a) auf Vorrat gefertigte Erzeugnisse	5 200 000	4 700 000	500 000	—	3 762 661
b) sonstige innerbetriebliche Leistungen	700 000	700 000	—	—	749 332
3. Sonstige Erträge:					
a) allgemeiner Art (betriebsfremd usw.)	1 300 000	1 300 000	—	—	1 433 021
b) zu den kalkulierten Arbeitslöhnen	11 500 000	11 960 000	—	460 000	12 880 585
c) kalkulatorischer Art	5 900 000	5 570 000	330 000	—	5 402 203
4. Verlust:					
a) in das nächste Geschäftsjahr vorzutragen	—	—	—	—	—
b) aus dem Eigenkapital zu decken	—	—	—	—	—
c) durch Zuschuss aus dem Haushalt (Titel 682 01) zu decken	—	—	—	—	—
Gesamtertrag:	63 292 500	55 339 000	8 413 500	460 000	62 664 628

11 Justizministerium

Finanzplan

A. Investitionsvorhaben (aufgerundet auf volle 100,-DM)

Lfd. Nr.	Anzahl	Anlagegegenstand	Betrag DM	Grund der Investition
1	1	Schweißgerät	2 000	Ers.-Besch. kl. Betr. Braunschweig
2	1	Fräse	1 300	Ers.-Besch. kl. Betr. Braunschweig
3	3	Palettenregale	3 900	Erg.-Besch. kl. Betr. Braunschweig
4	1	Ballenpresse	10 800	Ers.-Besch. U-Betr. Braunschweig
5	2	Deichsel-Stapler	18 400	Ers.-Besch. U-Betr. Braunschweig
6	1	Papierbohrmaschine	5 400	Erg.-Besch. U-Betr. Braunschweig
7	1	Blockheftmaschine	9 000	Ers.-Besch. U-Betr. Braunschweig
R 8	1	Formatkreissäge	80 000	Ers.-Besch. Tischlerei Celle
9	2	Schweißplatzabsaugungen	12 500	Erg.-Besch. Schlosserei Celle
10	1	Gewindeschneideapparat	1 600	Ers.-Besch. Schlosserei Celle
11	1	Drehselbank	5 200	Erg.-Besch. Arbeitstherapiebetr. Celle
12	1	Kettelnähmaschine	4 700	Ers.-Besch. Schuhmacherei Celle
13	1	Schaumstoffsäge	1 200	Erg.-Besch. Schuhmacherei Celle
14	1	Farbspritzgerät	12 500	Erg.-Besch. Baukolonne Celle
15	div.	Vorratsregale	26 500	Ers.-Besch. Gärtnerei Gött.-Leineberg
R 16	1	Formatkreissäge	65 000	Ers.-Besch. Tischlerlehrbetrieb Hameln
17	1	Geschirrspülautomat	17 500	Ers.-Besch. Kochlehrbetrieb Hameln
18	1	Topfpülmaschine	15 500	Ers.-Besch. Kochlehrbetrieb Hameln
19	1	Salatbüffet	9 500	Erg.-Besch. Kochlehrbetrieb Hameln
R 20	1	Gabelstapler	78 000	Ers.-Besch. Schlosserlehrwerkstatt Hameln
R 21	1	Werkhalle	500 000	Erg.-Besch. versch. U-Betr. Hameln o. a.
22	1	Bohrhammer	1 700	Erg.-Besch. Tischlerei Hannover
23	1	Industriesauger	9 800	Ers.-Besch. Tischlerei Hannover
24	1	Plattensäge	59 500	Ers.-Besch. Tischlerei Hannover
25	1	Schweißgerät	6 700	Ers.-Besch. Schlosserei Hannover
26	1	Patchmaschine	3 400	Ers.-Besch. versch. Kl. Betr. Hannover
27	1	Betonmischer	1 300	Ers.-Besch. Baukolonne Hannover
28	1	Lagercontainer	5 500	Erg.-Besch. versch. U-Betr. Hildesheim
29	2	Computerarbeitsplätze	5 000	Ers.-Besch. Verw. allgemein Lingen I
R 30	1	CNC-Drehmaschine	111 500	Ers.-Besch. Schlosserei Lingen I
R 31	1	Knetmaschine	88 000	Ers.-Besch. Bäckerei Lingen I
32	1	Rund- u. Langwirkmaschine	54 000	Ers.-Besch. Bäckerei Lingen I
33	1	Behälterspülmaschine	20 000	Erg.-Besch. Bäckerei Lingen I
34	2	Formatkreissägen	19 000	Ers.-Besch. Arbeitstherapie Lingen I
35	1	Kapp- u. Gehrungssäge	1 900	Erg.-Besch. Arbeitstherapie Lingen I
36	1	Bandsäge	5 200	Ers.-Besch. Arbeitstherapie Lingen I
37	1	Klappgerüst	1 900	Erg.-Besch. Baukolonne Lingen I
38	1	Dachgerüst	2 900	Erg.-Besch. Baukolonne Lingen I
39	1	Bohrhammer	1 900	Ers.-Besch. Baukolonne Lingen I
40	1	Kapp- u. Gehrungssäge	1 900	Erg.-Besch. Baukolonne Lingen I
41	1	Abdach	35 000	Erg.-Besch. versch. U-Betriebe Lingen I
42	1	Absauganlage	10 000	Erg.-Besch. Arbeitstherapie Lingen II
43	1	Traktor	17 000	Erg.-Besch. Gartenbaubetrieb Meppen
44	1	Dreiseitenkipper	5 000	Erg.-Besch. Gartenbaubetrieb Meppen
Mithin insgesamt:			1 348 600	

11 Justizministerium

Finanzplan

A. Investitionsvorhaben (aufgerundet auf volle 100,-DM)

Lfd. Nr.	Anzahl	Anlagegegenstand	Betrag DM	Grund der Investition
Übertrag:			1 348 600	
45	1	Schutzgasschweißgerät	3 000	Ers.-Besch. Baukolonne Meppen
46	1	Tischkreissäge	1 500	Erg.-Besch. Baukolonne Meppen
47	1	Schweißgerät	6 000	Erg.-Besch. Baukolonne Meppen
48	1	Säulenbohrmaschine	4 800	Ers.-Besch. Baukolonne Meppen
49	2	Schnellmähmaschinen	16 000	Ers.-Besch. versch. U-Betr. Meppen
R 50	1	Exzenterpresse	200 000	Ers.-Besch. Schlosserei Salinenmoor
51	1	Nachrüst. einer Tafelschere	22 000	Erg.-Besch. Schlosserei Salinenmoor
52	1	Scherenhubtisch	6 500	Ers.-Besch. Schlosserei Salinenmoor
53	1	Teilereiniger	1 600	Ers.-Besch. Schlosserei Salinenmoor
54	1	Handgabelhubwagen	2 500	Ers.-Besch. Schlosserei Salinenmoor
55	1	Kragarmregal	4 000	Ers.-Besch. Schlosserei Salinenmoor
56	1	Gabelstapler	47 000	Ers.-Besch. versch. U-Betr. Salinenmoor
57	5	Gabelhubwagen	6 000	Ers.-Besch. versch. U-Betr. Salinenmoor
58	1	Absauganlage	4 000	Ers.-Besch. versch. U-Betr. Salinenmoor
59	1	Rohrreinigungsmaschine	3 000	Ers.-Besch. Baukolonne Salinenmoor
60	1	Kettensäge	2 000	Ers.-Besch. Baukolonne Salinenmoor
61	1	Schweißanlage	7 000	Ers.-Besch. Schlosserei Uelzen
62	1	Gleichrichter-Schweißanlage	20 000	Ers.-Besch. Schlosserei Uelzen
63	1	Säulenbohrmaschine	21 000	Erg.-Besch. Schlosserei Uelzen
R 64	1	Biegepresse	115 000	Ers.-Besch. Schlosserei Uelzen
65	1	Absauggerät	5 000	Ers.-Besch. versch. kl. Betr. Uelzen
66	1	Deichselstapler	12 000	Ers.-Besch. Metall- u. Elektroarb. Uelzen
67	1	Gefahrstoffschrank	8 000	Erg.-Besch. Tischlerei Vechta
68	1	Tafelschere	51 300	Ers.-Besch. Schlosserei Vechta
69	1	Schweißanlage	9 100	Ers.-Besch. Schlosserei Vechta
70	1	Rohrausklink-Gerät	5 800	Erg.-Besch. Schlosserei Vechta
71	1	Hebebühne	16 000	Ers.-Besch. Kraftfahrzeug-Lehrbetr. Vechta
72	1	Häcksler	1 300	Erg.-Besch. Arbeitstherapie Vechta
73	1	Standbohrmaschine	1 400	Ers.-Besch. Arbeitstherapie Vechta
74	1	Steintrennsäge	4 100	Erg.-Besch. Bau-Lehrbetrieb Vechta
75	1	Absetzbecken f. Arbeitsgeräte	1 800	Erg.-Besch. Maler-Lehrbetrieb Vechta
76	1	Kompressor	5 000	Erg.-Besch. Fahrzeug-Lack.-Lehrbetr. Vechta
77	1	Bandmesser	19 100	Erg.-Besch. Schneiderei Vechta
78	4	Schnellnäher	21 200	Ers.-Besch. Schneiderei Vechta
79	2	Knopflochmaschinen	28 000	Ers.-Besch. Schneiderei Vechta
80	1	Knopfannähmaschine	8 500	Ers.-Besch. Schneiderei Vechta
81	2	Hubwagen	2 600	Erg.-Besch. Schneiderei Vechta
82	2	EDV-Arbeitsplätze	6 000	Ers.-Besch. Verw. allgemein Wolfenbüttel
83	1	Fräs- und Dübelmaschine	70 000	Ers.-Besch. Tischlerei Wolfenbüttel
84	1	Industrieschweißanlage	15 500	Ers.-Besch. Schlosserei Wolfenbüttel
R 85	1	Bandsäge	130 000	Ers.-Besch. Schlosserei Wolfenbüttel
86	1	Papierbohrmaschine	11 200	Ers.-Besch. Druckerei Wolfenbüttel
87	1	EDV-Ausstattung	44 000	Erg.-Besch. Druckerei Wolfenbüttel
88	1	PC-Arbeitsplatz	5 000	Erg.-Besch. JVAV Celle
89	1	Laserdrucker	2 500	Ers.-Besch. JVAV Celle
90	1	Faxgerät	3 500	Ers.-Besch. JVAV Celle
91	1	CAD-Programm	15 000	Erg.-Besch. JVAV Celle
92		Unvorhergesehenes	120 000	je Arbeitsverwaltung 5 000 DM
Mithin insgesamt:			2 464 400	

	DM	DM
1. Abschreibungen		
1.1 nicht in Anspruch genommene Abschreibungsreserven am 31. 12. 1999	—	—
1.2 voraussichtlich nicht in Anspruch zu nehmende Abschreibungen des Geschäftsjahres 2000	—	—
1.3 Abschreibungen des Planjahres	1 096 900	1 096 900
2. Erlöse aus den Verkäufen von Anlagegegenständen	—	—
3. Rücklagen		
3.1 aus dem Geschäftsjahr 2000	—	—
3.2 aus dem Geschäftsjahr 2001 (s. Erfolgsplan Pos. 11a Aufwand)	1 367 500	1 367 500
4. Kapitalverstärkungen		
4.1 durch Zuschuss aus dem Landeshaushalt (Titel 891 01)	—	—
	Mithin insgesamt:	2 464 400

Einzelplan 11

Justizministerium

Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

**für das
Haushaltsjahr 2001**

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen			
			Feste Gehälter:
B 9 ⁹⁾	1	1	Staatssekretär/-in
B 6	2	3	Ministerialdirigent/-in
B 5	—	1	Ministerialdirigent als Europabeauftragter
B 3	4	5	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin
B 2	13	13	Ministerialrat/-rätin
			Aufsteigende Gehälter:
A 16 ¹⁾	10	14	Ministerialrat/-rätin
A 15 ¹⁾ ⁶⁾	11	12	Regierungsdirektor/-in
A 14 ¹⁾	10	9	Oberregierungsrat/-rätin
A 13 ⁸⁾	1	1	Regierungsrat/-rätin
A 13	11	14	Oberamtsrat/-rätin
A 12 ⁷⁾	13	14	Amtsrat/-rätin
A 11 ²⁾ ⁵⁾	13	13	Amtmann/-männin/-frau
A 10	4	2	Oberinspektor/-in
A 9 ¹⁰⁾	5	5	Amtsinspektor/-in
A 9	7	8	Amtsinspektor/-in
A 8	7	7	Hauptsekretär/-in
A 7 ³⁾	1	2	Obersekretär/-in
A 6	1	1	Oberamtsmeister/-in
A 5	2	3	Oberamtsmeister/-in
	116	128	Zusammen
			Stellen zu Titel 422 31:
B 6	1	1	Ministerialdirigent/-in
A 16 ¹⁾	1	1	Ministerialrat/-rätin
A 13	1	1	Oberamtsrat/-rätin
	3	3	Zusammen
			Leerstellen:
A 14 ¹¹⁾	—	1	Oberregierungsrat/-rätin
A 12 ¹¹⁾	2	1	Amtsrat/-rätin
A 9 ¹¹⁾	2	3	Amtsinspektor/-in
A 8 ¹¹⁾	3	2	Hauptsekretär/-in
	7	7	Zusammen

Allgemeine Haushaltsvermerke für den Epl. 11

1. Abweichend von Nr. 3 der Allgemeinen Bestimmungen zu den Stellenplänen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen dürfen Leerstellen auch in den Fällen ausgebracht werden, in denen Richter/-innen und Beamte/-innen (auch bis zu einem Jahr) an eine Dienststelle des Bundes abgeordnet und die Dienstbezüge erstattet werden. Diese Leerstellen gelten von Beginn der Abordnung an als ausgebracht.

2. 16 Stellen unbestimmter Wertigkeit infolge Zielvereinbarung bis 2003 kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 im Zusammenhang mit zu erwartenden Einsparungen aus noch durchzuführenden Justizreformen (10 Stellen) bzw. weiteren Rationalisierungsgewinnen insbesondere aus P 53 (6 Stellen).

¹⁾ Bis zu 24 Stellen dürfen von Richtern/-innen und Staatsanwälten/-innen (Bes.-Gr. R 1 und R 2) verwaltet werden (vgl. 11 04, 11 08, 11 10 und 11 12 – Leerstellen –).

²⁾ 1 Stelle kann bei Bedarf vorübergehend mit einer Beamtin/einem Beamten des mittleren Dienstes besetzt werden.

³⁾ 1 Stelle kann bei Bedarf mit einer Beamtin/einem Beamten des einfachen Dienstes besetzt werden.

⁵⁾ Davon 1 kw mit Abschluß des Projekts „Geschäftsstellenautomation bei niedersächsischen Gerichten (EUREKA)“, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2001.

⁶⁾ Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2002.

⁷⁾ Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2002.

⁸⁾ Die Stelle darf von 1 Richter/-in oder Staatsanwalt/-wältin (Bes.-Gr. R 1) verwaltet werden (vgl. 11 04, 11 10 und 11 12 – Leerstellen –).

⁹⁾ Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zu Bes.-Gr. B 9 LBesO.

¹⁰⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

¹¹⁾ kw.

Allgemeine Haushaltsvermerke für den Epl. 11

1. Abweichend von Nr. 3 der Allgemeinen Bestimmungen zu den Stellenplänen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen dürfen Leerstellen auch in den Fällen ausgebracht werden, in denen Richter/-innen und Beamte/-innen (auch bis zu einem Jahr) an eine Dienststelle des Bundes abgeordnet und die Dienstbezüge erstattet werden. Diese Leerstellen gelten von Beginn der Abordnung an als ausgebracht.
2. 16 Stellen unbestimmter Wertigkeit infolge Zielvereinbarung bis 2003 kw mit Ablauf des 31. 12. 2003 im Zusammenhang mit zu erwartenden Einsparungen aus noch durchzuführenden Justizreformen (10 Stellen) bzw. weiteren Rationalisierungsgewinnen insbesondere aus P 53 (6 Stellen).

- ¹⁾ Bis zu 24 Stellen dürfen von Richtern/-innen und Staatsanwälten/-innen (Bes.-Gr. R 1 und R 2) verwaltet werden (vgl. 11 04, 11 08, 11 10 und 11 12 – Leerstellen –).
- ²⁾ 1 Stelle kann bei Bedarf vorübergehend mit einer Beamtin/einem Beamten des mittleren Dienstes besetzt werden.
- ³⁾ 1 Stelle kann bei Bedarf mit einer Beamtin/einem Beamten des einfachen Dienstes besetzt werden.
- ⁵⁾ Davon 1 kw mit Abschluß des Projekts „Geschäftsstellenautomation bei niedersächsischen Gerichten (EUREKA)“, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2001.
- ⁶⁾ Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2002.
- ⁷⁾ Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2002.
- ⁸⁾ Die Stelle darf von 1 Richter/-in oder Staatsanwalt/-wältin (Bes.-Gr. R 1) verwaltet werden (vgl. 11 04, 11 10 und 11 12 – Leerstellen –).
- ⁹⁾ Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zu Bes.-Gr. B 9 LBesO.
- ¹⁰⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
- ¹¹⁾ kw.

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang:		Stellen	Leerstellen:	
Bes.-Gr. B 2	1	} Verlagerung von Kapitel 02 01	Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. A 16	1		Bes.-Gr. A 12 ¹¹⁾	2
Bes.-Gr. A 15 ⁶⁾	1	neu entsprechend dem Bedarf	Bes.-Gr. A 8 ¹¹⁾	1
Bes.-Gr. A 14	1	Verlagerung von Kapitel 02 01		
Bes.-Gr. A 12	2	neu entsprechend dem Bedarf	Zusammen	3
Bes.-Gr. A 10	3	Verlagerungen von Kapitel 11 04 (2 Stellen)		
		und Kapitel 11 05 (1 Stelle)	Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. A 4	1	Verlagerung von Kapitel 11 04	Bes.-Gr. A 14 ¹¹⁾	1
			Bes.-Gr. A 12 ¹¹⁾	1
Zusammen	10		Bes.-Gr. A 9 ¹¹⁾	1
			Amtsinspektor/-in	1
			Zusammen	3
Abgang:			Sonstige Veränderungen:	
Bes.-Gr. B 6	1	} Verlagerung nach Kapitel 02 01	Der Allgemeine Haushaltsvermerk Nr. 2 sowie die Haushaltsvermerke Nr. 6 und 7 sind neu ausgebracht worden.	
Bes.-Gr. B 5 ⁴⁾	1		Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist geändert.	
Bes.-Gr. B 3	1		Der Haushaltsvermerk Nr. 4 ist weggefallen.	
Bes.-Gr. B 2	1			
Bes.-Gr. A 16	5			
Bes.-Gr. A 15	2			
Bes.-Gr. A 13	2			
Oberamtsrat/-rätin	3			
Bes.-Gr. A 12	3			
Bes.-Gr. A 10	1			
Bes.-Gr. A 9	1			
Amtsinspektor/-in	1			
Bes.-Gr. A 7	1			
		infolge Einsparauflage für das Hj. 1998 (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998)		
Bes.-Gr. A 5	1	Verlagerung nach Kapitel 11 04		
Bes.-Gr. A 4	1	Einsparung gem. Zielvereinbarung für 2001 (zugleich im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform)		
Zusammen	22			
Bleibt Abgang	12			

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte			
Außertariflich			
B 3	—	1	Verwaltungsdienst
I	—	1	
I a	—	3	
I b ⁴⁾)	2	1	
IV a	—	1	
V b ³⁾	2	2	
V c ⁵⁾	1	4	
VI b ³⁾	13	8	
VII	—	1	
IV b	1	1	Bibliotheksdienst
VI b	1	1	
VI b	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst
IX b–VII ⁶⁾	5	15	
	26	40	Zusammen
IV a	—	1	Stellen zu Titel 425 31:
V c	—	1	Verwaltungsdienst
	—	2	Zusammen
I ⁸⁾	—	2	Leerstellen:
V c ⁸⁾	—	1	Verwaltungsdienst
IX b–VII ⁸⁾	4	5	Schreib- und Fernschreibdienst
	4	8	Zusammen

³⁾ Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig.

Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs, die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen und der selbstständigen, der Staatssekretärin oder dem Staatssekretär unmittelbar unterstellten Referatsgruppenleiter/-innen (soweit diese/r in Bes.-Gr. B 3 eingestuft sind) sowie der Präsidentin/des Präsidenten des Landesjustizprüfungsamtes sind für die Dauer ihrer Vorzimmer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe.

Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt.

Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.

⁴⁾ Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2002.

⁵⁾ Davon 1 Stelle, die nur zur Hälfte besetzt werden darf.

⁶⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII und VII nachgewiesen.

⁷⁾ kw mit Ende der laufenden Legislaturperiode.

⁸⁾ kw.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Zugang:	Stellen	Stellen zu Titel 425 31:
Verwaltungsdienst		Abgang:
Verg.-Gr. I b ⁴⁾	1 neu entsprechend dem Bedarf	Verwaltungsdienst
Verg.-Gr. V c ⁵⁾	1 neu entsprechend dem Bedarf (als Abweichung von den Stellenübersichten im Hj. 2000 genehmigt)	Verg.-Gr. IV a
		1 unter Anrechnung auf die Einsparauflage für das Haushaltsjahr 1998 (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998)
Zusammen	2	Verg.-Gr. V c
		1 Einsparung gem. Zielvereinbarung für 2001 (zugleich aufgrund der Verwaltungsreform)
Abgang:	Stellen	Zusammen
Verwaltungsdienst		2
Verg.-Gr. AT B 3	1	
Verg.-Gr. I	1	
Verg.-Gr. I a	3	
Verg.-Gr. IV a	1	Leerstellen:
Verg.-Gr. V c	4	Zugang:
Verg.-Gr. VI b	1	Schreibdienst
Verg.-Gr. VII	1	Verg.-Gr. IX b–VII
		3 neu gem. Nr. 3 (5) der Allgemeinen Bestimmungen
Schreibdienst		Zusammen
Verg.-Gr. IX b–VII	4 davon	3
	2 Verlagerungen nach Kapitel 02 01	
	1 infolge Einsparauflage für das Haushaltsjahr 1998 (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998)	Abgang:
	1 Einsparung gem. Zielvereinbarung für 2001 (zugleich aufgrund der Verwaltungsreform)	Verwaltungsdienst
		Verg.-Gr. I ⁸⁾
		Verg.-Gr. V c ⁸⁾
		2 } Verlagerungen nach Kapitel 02 01
		1 }
		Schreibdienst
		Verg.-Gr. IX b–VII ⁸⁾
		4 davon
		2 Verlagerungen nach Kapitel 02 01
		2 infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks (HV Nr. 8)
Zusammen	16	Zusammen
Bleibt Abgang	14	7
		Bleibt Abgang
		4
Umwandlungen:	Stellen	Sonstige Veränderungen:
Verwaltungsdienst		Die Haushaltsvermerke Nr. 4 und 5 sind neu ausgebracht worden.
Verg.-Gr. VI b	6 von Verg.-Gr. IX b–VII – Schreibdienst – gegen Einsparung	Der Haushaltsvermerk Nr. 9 ist weggefallen.
Zusammen	6	

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 01 Ministerium

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke	
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung		
	2001	2000			
Arbeiter/-innen					
4	3	5	Kraftfahrdienst		
4	2	2	Sonstige Dienste		
3	3	3			
	(3)	(3)	(hiervon: Bote/-in, Pförtner/-in, Hausmeister/-in usw.)		
	8	10	Zusammen		
Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen					

Abgang:	Stellen	
Kraftfahrdienst	2	davon
Lohn-Gr. 4		1 Verlagerung nach Kapitel 11 04
		1 sonstige Einsparung
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist weggefallen.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
			Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen
R 8	3	3	Feste Gehälter: Präsident/-in
R 6	2	2	des Oberlandesgerichts Generalstaatsanwalt/-wältin
R 5	7	7	– als Leiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht mit 101 und mehr Planstellen für Staatsanwälte/-innen im Bezirk –
R 5	1	1	Präsident/-in des Landgerichts – an einem Gericht mit 81 bis 150 Richterplan- stellen einschl. der Richterplanstellen der Gerichte, über die der/die Präsident/-in die Dienstaufsicht führt –
R 5	1	1	Präsident/-in des Amtsgerichts – an einem Gericht mit 81 bis 150 Richterplan- stellen –
R 4	3	3	Generalstaatsanwalt/-wältin – als Leiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht mit bis zu 100 Plan- stellen für Staatsanwälte/-innen im Bezirk –
R 4	3	3	Vizepräsident/-in des Oberlandesgerichts
R 4	3	3	Präsident/-in des Landgerichts – an einem Gericht mit 41 bis 80 Richterplan- stellen einschl. der Richterplanstellen der Gerichte, über die der/die Präsident/-in die Dienstaufsicht führt –
R 4	3	3	Leitende(r) Oberstaatsanwalt/-wältin – als Leiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit 41 und mehr Planstel- len für Staatsanwälte/-innen –
R 3	38	38	Vorsitzende(r) Richter/-in am Oberlandesgericht
R 3	1	1	Präsident/-in des Landgerichts – an einem Gericht mit bis zu 40 Richterplan- stellen einschl. der Richterplanstellen der Gerichte, über die der/die Präsident/-in die Dienstaufsicht führt –
R 3	7	7	Vizepräsident/-in des Landgerichts – als ständige(r) Vertreter/-in eines(r) Präsi- den-ten/-in an einem Gericht mit 81 und mehr Richterplanstellen einschließlich der Richter- planstellen der Gerichte, über die der/die Prä- sident/-in die Dienstaufsicht führt –
R 3	1	1	Präsident/-in des Amtsgerichts – an einem Gericht mit bis zu 40 Richterplan- stellen –
R 3	1	1	Vizepräsident/-in des Amtsgerichts – als ständige(r) Vertreter/-in eines(r) Präsi- den-ten/-in eines Gerichts mit 81 und mehr Rich- terplanstellen –
R 3	5	4	Leitende(r) Oberstaatsanwalt/-wältin – als Abteilungsleiter/-in bei einer Staatsan- waltschaft bei einem Oberlandesgericht –
	7	7	– als Leiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit 11 bis 40 Planstellen für Staatsanwälte/-innen –

Allgemeine Haushaltsvermerke:

1. Bedienstete, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Vergütung nach Lohngruppe 2a gem. AV vom 19. 11. 1987 – Nds. Rpfl. S. 277.
2. Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.
4. Soweit Richter/-innen und Beamte/-innen an den Landtag, die Staatskanzlei, den Staatsgerichtshof, die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege oder ein Nieders. Ministerium abgeordnet und die Dienstbezüge aus Mitteln bei dem entsprechenden Kapitel gezahlt werden, darf die Planstelle längstens für die Zeit der Abordnung für eine(n) andere(n) Richter/-in oder Beamten/-in in Anspruch genommen werden.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
R 2 ²⁾	4	4	Aufsteigende Gehälter: Vizepräsident/-in des Landgerichts – als ständige(r) Vertreter/-in eines(r) Präsi- den-ten/-in der Bes.-Gr. R 3 oder R 4 –
R 2 ⁴⁾	1	1	Vizepräsident/-in des Amtsgerichts – als ständige(r) Vertreter/-in eines(r) Präsi- den-ten/-in der Bes.-Gr. R 3 oder R 4 –
R 2 ³⁾	35	35	Direktor/-in des Amtsgerichts – an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplan- stellen –
R 2 ⁵⁾	1	1	Leitende(r) Oberstaatsanwalt/-wältin – als Leiter/-in einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht mit bis zu 10 Planstellen für Staatsanwälte/-innen –
R 2 ¹¹⁾	10	10	Oberstaatsanwalt/-wältin – als Abteilungsleiter/-in bei einer Staatsan- waltschaft bei einem Landgericht und als der/die ständige Vertreter/-in eines(r) Leiten- den Oberstaatsanwalts/-wältin der Bes.-Gr. R 3 oder R 4 –
R 2 ⁷⁾	122	122	Richter/-in am Oberlandesgericht
R 2 ⁹⁾ 50)	165	165	Vorsitzende(r) Richter/-in am Landgericht
R 2 ¹⁹⁾	33	33	Direktor/-in des Amtsgerichts – an einem Gericht mit 4 bis 7 Richterplanstel- len –
R 2 ⁸¹⁾	29	28	Richter/-in am Amtsgericht – als weitere(r) aufsichtsführende(r) Richter/-in an einem Gericht mit 15 und mehr Richter- planstellen –
	35	35	– als ständige(r) Vertreter/-in des/der Direk- tors/-in an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen –
R 2	21	22	Oberstaatsanwalt/-wältin – als Dezernent/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht –
	74	74	– als Abteilungsleiter/-in bei einer Staatsan- waltschaft bei einem Landgericht –
R 1 ¹²⁾	10	10	Direktor/-in des Amtsgerichts – an einem Gericht mit bis zu 3 Richterplanstel- len –
R 1 ⁶⁷⁾	907	919	Richter/-in am Amtsgericht und Richter/-in am Landgericht
R 1	—	3	Staatsanwalt/-wältin
R 1 ⁵¹⁾	292	288	Staatsanwalt/-wältin
A 15 ¹⁰⁾	3	3	Regierungsdirektor/-in
A 14 ¹⁰⁾ 24)	7	7	Oberregierungsrat/-rätin
A 13 ¹⁰⁾	1	1	Regierungsrat/-rätin
A 13 ¹⁴⁾	12	11	Oberamtsrat/-rätin
A 13 ¹⁵⁾	10	10	Oberamtsanwalt/-wältin
A 13 ⁶⁸⁾ 81)	62	61	Oberamtsrat/-rätin
A 13	51	51	Oberamtsanwalt/-wältin
A 12 ⁵⁸⁾ 69) 81)	272	268	Amtsrat/-rätin
A 12	47	47	Amtsanwalt/-wältin
A 11 ⁵⁹⁾ 70) 81)	539	530	Amtmann/-männin/-frau
A 10 ⁶⁰⁾ 79)	502	501	Oberinspektor/-in
A 9 ¹⁷⁾ 34) 52) 61) 78) 80) 82)	224	235	Inspektor/-in
A 9 ²⁶⁾ 47) 62)	130	132	Amtsinspektor/-in
A 9 ²⁶⁾	83	83	Obergerichtsvollzieher/-in
A 9 ⁴⁸⁾ 63)	330	328	Amtsinspektor/-in
A 9	194	194	Obergerichtsvollzieher/-in
A 8 ⁶⁴⁾	426	432	Hauptsekretär/-in
A 8	143	117	Gerichtsvollzieher/-in
A 8	2	3	Justizvollstreckungshauptsekretär/-in
A 7 ⁷⁴⁾ 83)	471	475	Obersekretär/-in
A 6 ⁴⁹⁾ 66) 75)	316	273	Sekretär/-in
A 6 ¹⁸⁾ 33) 76)	125	125	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in
A 5 ¹⁸⁾ 25) 53) 77)	422	420	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in
A 5	—	1	Oberamtsmeister/-in
A 4 ¹⁸⁾ 20)	60	61	Hauptwachtmeister/-in
A 3 ¹⁸⁾ 21)	22	22	Oberwachtmeister/-in
	6 276	6 223	Zusammen
			Stellen zu Titel 422 31:
A 13	1	1	Oberamtsrat/-rätin
A 9 ²⁶⁾	7	7	Amtsinspektor/-in
	8	8	Zusammen

- 2) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszu-
lage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.
- 3) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszu-
lage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.
- 4) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszu-
lage gem. Fußnote 4 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.
- 5) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszu-
lage gem. Fußnote 10 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.
- 7) Davon dürfen vorübergehend bis zu 5 Stellen mit
Vorsitzenden Richtern/-innen am Landgericht
besetzt werden.
- 9) Davon dürfen vorübergehend bis zu 5 Stellen mit
Richtern/-innen am Oberlandesgericht besetzt
werden.
- 10) Je 1 Stelle der Bes.-Gr. A 15, A 14 und A 13 darf
von einem/einer Richter/-in bzw. Staatsanwalt/-
wältin (Bes.-Gr. R 1 und – soweit es die Planstellen
der Bes.-Gr. A 15 und A 14 betrifft – Bes.-Gr. R 2)
verwaltet werden.
- 11) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszu-
lage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.
- 12) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszu-
lage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. R 1 BBesO.
- 14) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszu-
lage gem. Fußnote 13 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.
- 15) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszu-
lage gem. Fußnote 12 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.
- 17) Die Stellen des gehobenen Sozialdienstes dürfen
im Bedarfsfall auch mit Angestellten der Verg.-Gr.
IVb BAT (Sozial- und Erziehungsdienst) besetzt
werden.
- 18) Insgesamt 54 DW.
- 19) Davon 2 ku nach Bes.-Gr. R 1 mit Amtszulage gem.
Fußnote 1 zur Bes.-Gr. R 1 BBesO bei Ausscheiden
der Stelleninhaber.
- 20) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszu-
lage gem. Fußnote 4 zur Bes.-Gr. A 4 BBesO.
- 21) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszu-
lage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 3 BBesO.
- 24) Bis zu 4 Stellen können bei Bedarf vorübergehend
auch mit Beamten/-innen des gehobenen Dienstes
besetzt werden.
- 25) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszu-
lage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.
- 26) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszu-
lage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
- 29) kw.
- 30) Von den Leerstellen dürfen 3 Stellen mit Vorsitzen-
den Richtern/-innen am Verwaltungsgericht und
Richtern/-innen am Verwaltungsgericht, die
zugleich Professoren/-innen an einer Hochschule
sind, besetzt werden (vgl. Kap. 11 10 – Leerstel-
len –).
- 31) Bezüge werden aus diesen Stellen nicht gezahlt.
- 32) Von den Leerstellen dürfen 2 Stellen mit Richtern/
-innen am Verwaltungsgericht oder Richtern/
-innen am Sozialgericht besetzt werden (vgl. Kap.
11 10 und 11 12 – Leerstellen –).
- 33) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszu-
lage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 6 BBesO.
- 34) Davon 3 Stellen des gehobenen Justizdienstes kw
mit Ablauf des 31. 12. 2001 (§ 9 Abs. 2 HG
1995/1996).
- 47) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 3. 2001 (§ 9 Abs. 2
HG 1997/1998).
- 48) Davon 4 kw mit Ablauf des 31. 3. 2001 (1 Stelle)
bzw. 31. 12. 2001 (3 Stellen) (§ 9 Abs. 2 HG
1997/1998).
- 49) Davon 6 kw mit Ablauf des 31. 3. 2001 (§ 9 Abs. 2
HG 1997/1998).
- 50) Davon 2 Stellen kw nach Ende der EXPO-beding-
ten Mehrarbeit, spätestens mit Ablauf des 30. 9.
2001.
- 51) Davon 5 Stellen kw nach Ende der EXPO-beding-
ten Mehrarbeit, spätestens mit Ablauf des 31. 7.
2003.
- 52) Davon 3 Stellen kw mit Ablauf des 31. 7. 2003.
- 53) Davon 7 Stellen kw nach Ende der EXPO-beding-
ten Mehrarbeit, spätestens mit Ablauf des 31. 3.
2001 (3 Stellen) bzw. 30. 9. 2001 (4 Stellen).

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
			Leerstellen:	
R 2 ³⁰⁾ bzw. R 1 ³⁰⁾ ³¹⁾	8	8	Richter/-in am Oberlandesgericht, Vorsitzende(r) Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Landgericht und Richter/-in am Amtsgericht, die zugleich Professor/-in an einer Hochschule sind, mit Dienstbezügen gem. § 5 BBesG. i.V. m. Vorbemerkung Nr. 5 zur BBesO C.	58) Davon 3 Stellen des gehobenen Justizdienstes kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2002 (1 Stelle) und 31. 12. 2003 (2 Stellen).
R 2 ³¹⁾ bzw. R 1 ³¹⁾	20	20	Richter/-in am Oberlandesgericht, Vorsitzende(r) Richter/-in am Landgericht, Oberstaatsanwalt/-wältin, Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Amtsgericht und Staatsanwalt/-wältin, soweit sie im Justizministerium in freien Planstellen der Bes.-Gr. A 13 (Regierungsrat/-rätin), A 14 (Oberregierungsrat/-rätin), A 15 (Regierungsdirektor/-in) und A 16 (Ministerialrat/-rätin) beschäftigt werden. (Vgl. 11 01 – Planmäßige Beamte/-innen –)	59) Davon 6 Stellen des gehobenen Justizdienstes kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2001, 31. 12. 2002 und 31. 12. 2003 (jeweils 2 Stellen). 60) Davon 1 Stelle des gehobenen Justizdienstes kw mit Ausscheiden des(r) Stelleninhabers/-in aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2002. 61) Davon 2 Stellen des gehobenen Justizdienstes kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2001. 62) Davon 1 kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2002. 63) Davon 5 kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31.12. 2001 (2 Stellen) und 31. 12. 2002 (3 Stellen). 64) Davon 3 kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31.12. 2001 (2 Stellen) und 31. 12. 2002 (1 Stelle). 66) Davon 4 kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31.12. 2001 und 31. 12. 2002 (jeweils 2 Stellen). 67) Davon 23 kw mit Ablauf des 31. 12. 2001, darunter 12 Stellen infolge Anrechnung auf Zielvereinbarung bis 2003 (2001). 68) Davon 2 Stellen des gehobenen Justizdienstes kw mit Ablauf des 31. 12. 2001, auch infolge Anrechnung auf Zielvereinbarung bis 2003 (2001). 69) Davon 6 Stellen des gehobenen Justizdienstes kw mit Ablauf des 31. 12. 2001, auch infolge Anrechnung auf Zielvereinbarung bis 2003 (2001). 70) Davon 6 Stellen des gehobenen Justizdienstes kw mit Ablauf des 31. 12. 2001, auch infolge Anrechnung auf Zielvereinbarung bis 2003 (2001). 74) Davon 7 kw mit Ablauf des 31. 12. 2001, auch infolge Anrechnung auf Zielvereinbarung bis 2003 (2001). 75) Davon 6 kw mit Ablauf des 31. 12. 2001, auch infolge Anrechnung auf Zielvereinbarung bis 2003 (2001). 76) Davon 2 kw mit Ablauf des 31. 12. 2001, auch infolge Anrechnung auf Zielvereinbarung bis 2003 (2001). 77) Davon 8 kw mit Ablauf des 31. 12. 2001, auch infolge Anrechnung auf Zielvereinbarung bis 2003 (2001). 78) Davon 1 Stelle des gehobenen Justizdienstes kw mit Ablauf des 31. 12. 2001 (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998). 79) Davon 6 Stellen des gehobenen Justizdienstes kw mit Ablauf des 31. 12. 2002. 80) Davon 6 Stellen des gehobenen Justizdienstes kw mit Ablauf des 31. 12. 2002. 81) Je 1 Stelle der Bes.-Gr. R 2 – Richter/-in am Amtsgericht – als weitere(r) aufsichtsführende(r) Richter/-in, Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin, Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin sowie 2 Stellen der Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-frau – kw mit Ablauf des 30. 6. 2005. 82) Davon 1 Stelle kw infolge Zielvereinbarung bis 2003 (2002) aus Anlass der Einführung der 1. Stufe des automatisierten Mahnverfahrens. 83) Davon 2 Stellen kw infolge Zielvereinbarung bis 2003 (je 1 Stelle 2002 und 2003) aus Anlass der Einführung der 1. Stufe des automatisierten Mahnverfahrens.
R 2 ³¹⁾ bzw. R 1 ³¹⁾	3	3	Richter/-in am Oberlandesgericht, Vorsitzende(r) Richter/-in am Landgericht, Oberstaatsanwalt/-wältin, Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Amtsgericht und Staatsanwalt/-wältin, soweit sie im Kapitel 11 04 in den für hauptamtliche Prüfer/-innen bestimmten Planstellen der Bes.-Gr. A 13 (Regierungsrat/-rätin), A 14 (Oberregierungsrat/-rätin) oder A 15 (Regierungsdirektor/-in) geführt werden.	
R 2 ³¹⁾	2	2	Vorsitzende(r) Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Oberlandesgericht und Oberstaatsanwalt/-wältin sowie	
R 1 ³¹⁾	5	5	Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Amtsgericht und Staatsanwalt/-wältin, soweit sie an der Niedersächsischen Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege – Fachbereich Rechtspflege – in freien Planstellen der Bes.-Gr. R 1 und R 2 beschäftigt werden. (Vgl. Stellenplan Kapitel 03 04)	
R 1 ³¹⁾ ³²⁾	5	5	Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Amtsgericht und Staatsanwalt/-wältin, soweit sie am Nieders. Finanzgericht in freien Planstellen der Bes.-Gr. R 2 beschäftigt werden (vgl. Kap. 11 08 – Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen –)	
R 2 ²⁹⁾	1	—	Richter/-in am Oberlandesgericht	
R 1 ²⁹⁾	51	49	Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Amtsgericht oder Staatsanwalt/-wältin	
A 12 ²⁹⁾	—	1	Amtsrat/-rätin	
A 12 ²⁹⁾	2	1	Amtsanwalt/-wältin	
A 11 ²⁹⁾	5	5	Amtmann/-männin/-frau	
A 10 ²⁹⁾	57	44	Oberinspektor/-in	
A 9 ²⁹⁾	17	22	Inspektor/-in	
A 9 ²⁹⁾	4	6	Amtsinspektor/-in	
A 9 ²⁹⁾	1	—	Obergerichtsvollzieher/-in	
A 8 ²⁹⁾	23	32	Hauptsekretär/-in	
A 8 ²⁹⁾	1	—	Gerichtsvollzieher/-in	
A 7 ²⁹⁾	95	98	Obersekretär/-in	
A 6 ²⁹⁾	60	57	Sekretär/-in	
A 6 ²⁹⁾	1	—	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	
A 5 ²⁵⁾ ²⁹⁾	4	5	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	
A 4 ²⁵⁾ ²⁹⁾	—	1	Hauptwachtmeister/-in	
	365	364	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Die Planstellen des gehobenen Dienstes teilen sich wie folgt auf:

Bes.-Gr.	Stellen- zahl	davon						
		gehobener Justizdienst					gehobener Sozialdienst	Allgemeiner Vollzugs- und Verwaltungs- dienst
	Insgesamt	Zusammen	hiervon entfallen auf die Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:	§ 2 Nr. 2 der VO	§ 3 Nr. 1 der VO	§ 3 Nr. 2 a der VO	§ 26 BBesG	
A 13 ¹⁴⁾	12	12	7	—	—	—	5	—
A 13	62	58	15	5	2	2	36	—
A 12	272	246	134	15	10	10	87	1
A 11	539	462	259	14	11	11	180	3
				(davon 2 Stellen Vollzugsdienst)				(davon 2 Stellen § 3 Nr. 1 der VO)
A 10	502	376	171	13	10	10	182	—
A 9	224	185	87	3	1	1	94	—
Summe	1 611	1 339	673	50	34	34	584	4

Die Planstellen des mittleren Dienstes teilen sich wie folgt auf:

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO	Allgemeine Obergrenzen	Insgesamt
A 9 ²⁶⁾	108	22	130
A 9	270	60	330
A 8	122	304	426
A 7	50	421	471
A 6	11	305	316
Insgesamt	561	1 112	1 673

Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. R 2	
– Richter/-in am Amtsgericht – als weitere(r) aufsichtsführende(r) Richter/-in	1
Bes.-Gr. R 1	
– Staatsanwalt/ -wältin –	1
Bes.-Gr. A 13 ¹⁴⁾	1
	neu entsprechend dem Bedarf
	Verlagerung und gleichzeitige Umwandlung einer Planstelle der Bes.-Gr. R 1 von Kapitel 11 10
Bes.-Gr. A 13	
– Oberamtsrat/ -rätin –	2
Bes.-Gr. A 12	
– Amtsrat/-rätin –	4
	davon
	1 Verlagerung von Kapitel 11 05
	3 neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 11	11
	neu entsprechend dem Bedarf
	davon 3 Stellen des gehobenen Justizdienstes
	besetzbar ab 1. 4. 2001
Bes.-Gr. A 10	8
	neu entsprechend dem Bedarf
	davon 2 Stellen des gehobenen Justizdienstes
	besetzbar ab 1. 4. 2001
Bes.-Gr. A 9	
– Inspektor/-in –	6
	davon
	1 Umwandlung aus einer Stelle für beamtete Hilfskräfte der Bes.-Gr. A 9
	2 neu entsprechend dem Bedarf
	3 durch teilweises Hinausschieben des kw-Vermerks (HV Nr. 34)
Bes.-Gr. A 9 ²⁶⁾	
– Amtsinspektor/-in –	1
	durch teilweises Hinausschieben des kw-Vermerks (HV Nr. 47)
Bes.-Gr. A 9	
– Amtsinspektor/-in –	5
	davon
	4 durch teilweises Hinausschieben des kw-Vermerks (HV Nr. 48)
	1 neu entsprechend dem Bedarf
zu übertragen	40

Zugang:	Stellen
Übertrag:	40
Bes.-Gr. A 8	
– Hauptsekretär/-in –	1
– Gerichts- vollzieher/-in –	7
	neu entsprechend dem Bedarf
	Umwandlungen aus Angestellten- stellen des Schreibdienstes der Verg.-Gr. IX b–VII BAT
Bes.-Gr. A 6	
– Sekretär/-in –	50
	davon
	40 Umwandlungen aus Stellen für beamtete Hilfskräfte der Bes.-Gr. A 6
	10 durch Hinausschieben des kw-Vermerks (HV Nr. 49)
Bes.-Gr. A 5	2
	davon
	1 Umwandlung aus einer Stelle des Kraftfahrdienstes der Lohn-Gr. 4
	– besetzbar ab 1. 9. 2001 –
	1 Verlagerung von Kapitel 11 01
Zusammen	100

Erläuterungen zum Stellenplan

Abgang:	Stellen	Umwandlungen:	Stellen
Bes.-Gr. R 1 – Richter/-in am Amtsgericht, Richter/-in am Landgericht	12	Bes.-Gr. R 1 – Staatsanwalt/ -wältin –	3
	davon	Bes.-Gr. A 8 – Gerichtsvoll- zieher/-in –	19
	1 infolge Einsparauflage für das Hj. 1998 (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998)		davon
	2 infolge Vollzugs von im Zusammenhang mit der Einsparauflage für das Hj. 1998 ausgebrachter kw-Vermerke		1 von Bes.-Gr. A 8 – Justizvollstreckungs- hauptsekretär/-in –
	2 Einsparungen gem. Zielvereinbarung für 2001 (zugleich teilweiser Vollzug des HV Nr. 43)		1 von Bes.-Gr. A 9 – Amtsinspektor/-in –
	7 Umwandlungen in Stellen für richterliche/staatsanwaltliche Hilfskräfte der Bes.-Gr. R 1		6 von Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in –
			11 von Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in – hiervon bis zu 7 Stellen spätestens mit Wirkung vom 1. 7. 2001
Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/ -rätin –	1	Zusammen	22
Bes.-Gr. A 11	2	Hebungen:	Stellen
	1 Verlagerung nach Kapitel 11 05	Bes.-Gr. R 3 – Leitende(r) Ober- staatsanwalt/-wältin –	
	1 infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 59	als Dezernent/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht –	1
Bes.-Gr. A 10	7		von Bes.-Gr. R 2 – Oberstaatsanwalt/-wältin – als Dezernent/-in bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Oberlandesgericht
Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –	6	Zusammen	1
	davon	Leerstellen:	Stellen
	4 infolge Vollzugs des HV Nr. 46	Zugang:	
	1 Einsparung gem. Zielvereinbarung für 2001	Bes.-Gr. R 2 ²⁹⁾ – Richter/-in am Oberlandesgericht –	1
	1 infolge Vollzugs eines im Zusammenhang mit der Einsparauflage für das Hj. 1998 ausgebrachten kw-Vermerks	Bes.-Gr. R 1 ²⁹⁾ Bes.-Gr. A 12 ²⁹⁾ – Staatsanwalt/ -wältin –	2
Bes.-Gr. A 9 ²⁶⁾ – Amtsinspektor/-in –	3	Bes.-Gr. A 10 ²⁹⁾ Bes.-Gr. A 9 ²⁹⁾ – Obergerichts- vollzieher/-in –	1
	davon	Bes.-Gr. A 8 ²⁹⁾ – Gerichtsvoll- zieher/-in –	1
	2 infolge Einsparauflage für das Hj. 1998 (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998)	Bes.-Gr. A 6 ²⁹⁾ – Sekretär/-in –	3
	1 infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 62	– Erste(r) Haupt- wachtmeister/-in –	1
Bes.-Gr. A 9 – Amtsinspektor/-in –	2	Zusammen	23
Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in –	1	Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. A 7	4	Bes.-Gr. A 12 ²⁹⁾ – Amtsrat/-rätin –	1
	davon	Bes.-Gr. A 9 ²⁹⁾ – Inspektor/-in –	5
	2 Einsparungen gem. Zielvereinbarung für 2001	Bes.-Gr. A 8 ²⁹⁾ – Amtsinspektor/-in –	2
	2 infolge Vollzugs des HV Nr. 65	Bes.-Gr. A 7 ²⁹⁾ – Hauptsekretär/-in –	3
Bes.-Gr. A 6 – Sekretär/-in –	7	Bes.-Gr. A 5 ²⁹⁾ Bes.-Gr. A 4 ²⁹⁾	1
	davon	Zusammen	22
	2 infolge Vollzugs von im Zusammenhang mit der Einsparauflage für das Hj. 1998 ausgebrachten kw-Vermerke	Bleibt Zugang	1
	4 infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 49	Sonstige Veränderungen:	
	1 infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 66	Die Haushaltsvermerke Nrn. 13, 28, 45, 46, 57, 65, 71, 72 und 73 sind vollzogen.	
Bes.-Gr. A 5 – Oberamts- meister/-in –	1	Der Haushaltsvermerk Nr. 43 ist infolge teilweisen Vollzugs und Übertragung auf 1 Stelle für staatsanwaltliche Hilfskräfte der Bes.- Gr. R 1 weggefallen.	
	Einsparung gem. Zielvereinbarung für 2001 (zugleich Vollzug des HV Nr. 28)	Der Allgemeine Haushaltsvermerk Nr. 4 sowie die Haushaltsver- merke Nrn. 34, 47, 48, 49, 52, 59, 62, 63, 64, 66–70 sowie 74–77 sind geändert.	
Bes.-Gr. A 4	1	Die Haushaltsvermerke Nrn. 78–83 sind neu ausgebracht worden.	
Zusammen	47		
Bleibt Zugang	53		

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Richterliche und beamtete Hilfskräfte				
R 1 ¹⁾ 14 ⁴⁹⁾	81	79	Richter/-in/Staatsanwalt/-wältin	1) Davon dürfen je 4 Stellen für Hilfskräfte bei Kap. 11 05, 11 08, 11 10, 11 12 und 11 15 verwendet werden.
A 9 ¹⁾ 50)	11	12	Inspektor/-in z.A.	
A 6 ¹⁾ 5 ⁵¹⁾	50	90	Sekretär/-in z.A.	5) Von den Stellen sind 30 für Hilfskräfte zum Ersatz von Beamten/-innen bestimmt, die unter Beibehaltung ihrer Planstellen, jedoch unter Aufgabe ihrer bisherigen Tätigkeit eine zusätzliche Ausbildung erhalten.
	142	181	Zusammen	
			Leerstellen:	6) Die jeweiligen ersten Sekretärinnen der Präsidenten/-innen der Oberlandesgerichte sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert. Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
R 1 ¹⁹⁾	21	21	Richter/-in/Staatsanwalt/-wältin	
A 9 ¹⁹⁾	7	6	Inspektor/-in z.A.	
A 6 ¹⁹⁾	3	4	Sekretär/-in z.A.	
	31	31	Zusammen	
Angestellte				
I b	4	4	Verwaltungsdienst	8) Die jeweiligen ersten Sekretärinnen der 3 Generalstaatsanwälte/-innen, die Sekretärinnen der Ltd. Oberstaatsanwälte/-innen der Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten Hannover, Braunschweig, Aurich, Göttingen, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Verden, Oldenburg und Osnabrück, die ersten Sekretärinnen der 11 Präsidenten/-innen der Landgerichte und die ersten Sekretärinnen der Präsidenten/-innen der Amtsgerichte Hannover und Braunschweig sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
IV b	8	8		
V b	2	2		
V c ⁶⁾ 24 ⁴¹⁾	126	122		
VI b ⁸⁾ 12 ¹⁶⁾ 42 ⁴⁷⁾	793	707		
VII ²³⁾ 39 ⁴³⁾	479	483		
VIII ⁴⁴⁾ 53 ⁵³⁾	4	4		
IX b ⁴⁵⁾	1	1		
IV b	21	21	Sozial- und Erziehungsdienst	
IV b	1	1	Bibliotheksdienst	
V b	3	3		
V c	1	1		
VI b	5	5		
VII	5	5		
VIII	1	1		
IV a	8	8	Datenverarbeitung	
IV b ¹⁵⁾	9	7		
V c ²⁵⁾	42	43		
VI b	4	4	Schreib- und Fernschreibdienst	11) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII und VII BAT nachgewiesen.
IX b–VII ¹⁾ 11 ¹³⁾ 17 ²²⁾ 38 ⁴⁰⁾ 46 ⁴⁸⁾ 52 ⁵³⁾	1 182	1 296		
V c	1	1	Technischer Dienst	12) Davon 1 befristet für die Dauer der Tätigkeit als Vorlesekraft einer blinden Richterin/Staatsanwältin.
VI b	1	1		
VII	7	7		13) Davon 1 Stelle, die nur zu drei Viertel besetzt werden darf.
VIII	12	12		
	2 720	2 747	Zusammen	14) Davon 6 kw mit Ablauf des 31. 12. 2001, darunter 2 Stellen infolge Anrechnung auf Zielvereinbarung bis 2003 (2001).
			Leerstellen:	
V c ¹⁹⁾	—	2	Verwaltungsdienst	15) Davon 1 kw mit Ablauf des 30. 6. 2005.
VI b ¹⁹⁾	30	22		
VII ¹⁹⁾	68	66		16) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2001 (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998).
IV b ¹⁹⁾	—	1	Sozial- und Erziehungsdienst	
VI b ¹⁹⁾	1	—	Schreib- und Fernschreibdienst	17) Davon je 35 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2002, 2003 und 2004 sowie 36 Stellen kw mit Ablauf des 31. 12. 2005 (Projekt „SOLUM STAR“), darunter in den Haushaltsjahren 2002 und 2003 jeweils 27 Stellen zugleich infolge Anrechnung auf Zielvereinbarung bis 2003 (2002/2003).
IX b–VII ¹⁹⁾	326	351		
VII ¹⁹⁾	1	—	Technischer Dienst	19) kw.
	426	442	Zusammen	
22) Bis zu 5 % der Stellen können vorübergehend dem Verwaltungsdienst zugeordnet werden.				
23) Bis zu 5 % der Stellen können vorübergehend dem Schreib- und Fernschreibdienst zugeordnet werden.				
24) Davon 1 Stelle, die (in Höhe von 100 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden darf.				
25) Davon 29 Stellen kw Zug um Zug mit Zulegung von im Rahmen von P 53 für die Benutzerbetreuung vor Ort in den Einzelplan 11 umzusetzenden Stellen unter Berücksichtigung des im Jahr 2000 insoweit entstehenden zusätzlichen Bedarfs.				
38) Davon jährlich 14 Stellen kw jeweils zum 31. 8. des Jahres, beginnend 1997 und endend 2001, sowie 13 Stellen kw zum 31. 8. 2002, in den Haushaltsjahren 2001 und 2002 auch infolge Anrechnung auf Zielvereinbarung bis 2003 (2001 und 2002).				
Der Haushaltsvermerk kann im Einzelfall auch bei Stellen der Verg.-Gr. VII – Verwaltungsdienst – und auch in anderen Kapiteln vollzogen werden.				
40) Davon 2 kw mit Ablauf des 31. 3. 2001 (§ 9 Abs. 2 HG 1995/1996).				

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
			⁴¹⁾ Davon 8 kw nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2001 (1 Stelle), 31. 12. 2002 (3 Stellen) und 31. 12. 2003 (4 Stellen). ⁴²⁾ Davon 8 kw nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2001 (1 Stelle), 31. 12. 2002 (3 Stellen) und 31. 12. 2003 (4 Stellen). ⁴³⁾ Davon 1 kw nach Ausscheiden des(r) Stelleninhabers/-in aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2001. ⁴⁴⁾ Davon 3 kw nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2001, 31. 12. 2002 und 31. 12. 2003 (jeweils 1 Stelle). ⁴⁵⁾ kw nach Ausscheiden des(r) Stelleninhabers/-in aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2001. ⁴⁶⁾ Davon 2 kw nach Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2002 und 31. 12. 2003 (jeweils 1 Stelle). ⁴⁷⁾ Davon 22 kw mit Ablauf des 31. 12. 2001, auch infolge Anrechnung auf Zielvereinbarung bis 2003 (2001). ⁴⁸⁾ Davon 17 kw mit Ablauf des 31. 12. 2001, auch infolge Anrechnung auf Zielvereinbarung bis 2003 (2001). ⁴⁹⁾ Davon 11 Stellen kw nach Ende der EXPO-bedingten Mehrarbeit, spätestens mit Ablauf des 31. 3. 2001 (7 Stellen) und 30. 9. 2001 (4 Stellen). ⁵⁰⁾ Davon 1 Stelle kw mit Ablauf des 31. 7. 2003. ⁵¹⁾ Davon 5 Stellen kw nach Ende der EXPO-bedingten Mehrarbeit, spätestens mit Ablauf des 31. 3. 2001 (2 Stellen) bzw. 30. 9. 2001 (3 Stellen). ⁵²⁾ Davon 2 Stellen kw infolge Zielvereinbarung bis 2003 (je 1 Stelle 2001 und 2003) aus Anlass der Einführung der 1. Stufe des automatisierten Mahnverfahrens. ⁵³⁾ Davon jeweils 1 Stelle des Schreib- und Verwaltungsdienstes, die nur zur Hälfte besetzt werden darf.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Richterliche und beamtete Hilfskräfte

Zugang:		Leerstellen:	
Bes.-Gr. R 1	Stellen 11	Zugang: Bes.-Gr. A 9 ¹⁹⁾	Stellen 1 neu gemäß Nr. 3 (1) der Allgemeinen Bestimmungen
	davon		
	2 neu entsprechend dem Bedarf		
	2 Verlagerungen und gleichzeitige Umwandlungen von 2 Planstellen der Bes.-Gr. R 1 von Kapitel 11 10	Zusammen	1
	7 Umwandlungen aus Planstellen der Bes.-Gr. R 1 – Richter/-in am Amtsgericht, Richter/-in am Landgericht –	Abgang: Bes.-Gr. A 6 ¹⁹⁾	1 infolge teilweisen Vollzugs des kw-Vermerks (HV Nr. 19)
Zusammen	11	Zusammen	1
Abgang:		Sonstige Veränderungen:	
Bes.-Gr. R 1	Stellen 9	Die Haushaltsvermerke Nr. 14, 49 und 50 sind geändert (der HV Nr. 14 unter Einbeziehung weiterer, aus gleichem Anlass mit diesem kw-Vermerk versehenen Stellen).	
	davon		
	1 Einsparung gem. Zielvereinbarung für 2001		
	(gleichzeitig teilweiser Vollzug des HV Nr. 14)		
	8 infolge teilweisen Vollzugs des HV Nr. 49		
Bes.-Gr. A 9	1		
	Umwandlung in eine Planstelle der Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –		
Bes.-Gr. A 6	40		
	Umwandlungen in Planstellen der Bes.-Gr. A 6 – Sekretär/-in –		
Zusammen	50		
Bleibt Abgang	39		

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugang:		Umwandlungen:		Stellen	
Verwaltungsdienst	Stellen	Verwaltungsdienst		85	von Verg.-Gr. IX b–VII
Verg.-Gr. VI b	4	Verg.-Gr. VI b			– Schreibdienst –
					gegen Einsparung
Verg.-Gr. VII	3	Datenverarbeitung		1	von Verg.-Gr. V c
		Verg.-Gr. V c			– Verwaltungsdienst –
Datenverarbeitung	1	Zusammen		86	
Verg.-Gr. IV b ¹⁵⁾					
Schreibdienst	5	Höhergruppierungen:			
Verg.-Gr. IX b–VII		Verwaltungsdienst		6	davon
		Verg.-Gr. V c			5 von Verg.-Gr. VII
Zusammen	13				1 von Verg.-Gr. VI b
					gegen Einsparung
Abgang:	Stellen	Datenverarbeitung		1	von Verg.-Gr. V c
Verwaltungsdienst	1	Verg.-Gr. IV b			gegen Einsparung
Verg.-Gr. V c		Zusammen		7	
Verg.-Gr. VI b	1				
		Heraabgruppierungen:			
Verg.-Gr. VII	3	Stellen			
Datenverarbeitung	1	Verwaltungsdienst		1	von Verg.-Gr. VI b
Verg.-Gr. V c		Verg.-Gr. VII			
Schreibdienst	34	Zusammen		1	
Verg.-Gr. IX b–VII					
		Leerstellen:			
		Zugang:			
		Verwaltungsdienst		8	
		Verg.-Gr. VI b ¹⁹⁾		2	
		Verg.-Gr. VII ¹⁹⁾			
		Schreibdienst		1	neu gemäß Nr. 3 (5) der
		Verg.-Gr. VI b ¹⁹⁾			Allgemeinen Bestimmungen
		Technischer Dienst		1	
		Verg.-Gr. VII ¹⁹⁾			
		Zusammen		12	
Zusammen	40	Abgang:			
Bleibt Abgang	27	Verwaltungsdienst		2	
		Verg.-Gr. V c			
		Sozial- und			
		Erziehungsdienst		1	infolge teilweisen Vollzugs
		Verg.-Gr. IV b ¹⁹⁾			des kw-Vermerks (HV Nr. 19)
		Schreibdienst		25	
		Verg.-Gr. IX b–VII ¹⁹⁾			
		Zusammen		28	
		Bleibt Abgang		16	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nrn. 15, 16, 17, 52 und 53 sind neu ausgebracht worden.

Die Haushaltsvermerke Nrn. 13, 25, 38, 40, 41, 42, 47 und 48 sind geändert.

Der Haushaltsvermerk Nr. 39 ist vollzogen.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 04 Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst				1) kw.
R 1	1 818	1 818	Referendar/-in	2) 1 ehemaliger Kraftfahrer erhält übertariflich eine Besitzstandszulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen seinem bis zum 31.7. 1996 als Chefkraftfahrer gezahlten letzten Lohn und dem ihm tarifvertraglich gewährten Lohn.
A 9 ³⁾	197	197	Rechtspflegeanwärter/-in	
A 6 ³⁾	185	185	Sekretäranwärter/-in	3) Die Stellen dürfen auch für die Ausbildung von Kräften für die Kapitel 11 08, 11 10 und 11 12 verwendet werden.
A 3 ³⁾	11	11	Wachtmeisteranwärter/-in	
	2 211	2 211	Zusammen	4) 1 Arbeiterin erhält übertariflich eine Besitzstandszulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen ihrem bis zum 30.6. 1979 bei der aufgelösten Landesfrauenklinik in Celle gezahlten Lohn und der sich aus der Lohn-Gr. 1 ergebenden Vergütung.
Arbeiter/-innen				
4 ²⁾	3	4	Kraftfahrdienst	
1 ⁴⁾	11	16	Reinigungsdienst	
6/7	3	3	Heizer/-in	
5	3	3	Hausmeister/-in	
3/4	91	91	Justizhelfer/-in	
	111	117	Zusammen	
			Leerstellen:	
3/4 ¹⁾	3	3	Justizhelfer/in	
	3	3	Zusammen	
Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen				

Arbeiter/-innen

Zugang:	Stellen	
Lohn-Gr. 4 ²⁾	1	Verlagerung von Kapitel 11 01
Zusammen	1	
Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 4	2	davon
		1 sonstige Einsparung
		1 Umwandlung in eine Planstelle der Bes.-Gr. A 5 – Erste(r) Hauptwachtmeister/-in – mit Wirkung vom 1. 9. 2001
Lohn-Gr. 1 ⁴⁾	5	davon
		4 infolge Einsparauflage für das Hj. 1998 (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998)
		1 Einsparung gemäß Zielvereinbarung für 2001
Zusammen	7	
Bleibt Abgang	6	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ist neu ausgebracht worden.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamte/-innen			Allgemeine Haushaltsvermerke:
A 16 ²⁾	1	1	1. Beamte/-innen und Angestellte, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Vergütung nach Lohngruppe 2 a gem. AV v. 19. 11. 1987 (Nds. Rpfl. S. 277).
A 16	9	5	
A 15 ¹⁷⁾	33	32	2. Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.
A 14 ³⁾ 10 ¹⁷⁾	50	52	
A 14	2	2	4. Soweit Beamte/-innen an das Justizministerium abgeordnet und die Dienstbezüge aus Stellen bei Kap. 11 01 gezahlt werden, darf die Planstelle längstens für die Zeit der Abordnung von einer Ersatzkraft verwaltet werden.
A 13 ¹⁰⁾	47	49	
A 13 ⁸⁾ 17)	40	40	
A 13 ¹⁾ 17)	8	8	
A 12 ¹³⁾ 17)	34	33	
A 11 ³⁾ 17)	50	46	
A 10 ¹⁷⁾	134	103	
A 9 ⁴⁾ 17)	71	93	
A 9 ¹⁾ 5 ⁹⁾ 17)	154	138	1) Bei den Stellen für Amtsinspektoren/-innen, Betriebsinspektoren/-innen, Hauptsekretäre/-innen, Hauptwerkmeister/-innen, Obersekretäre/-innen und Oberwerkmeister/-innen 30 DW
A 9 ¹⁾ 9)	7	7	Oberamtsräte/-rätinnen 1 DW
A 9 ¹⁷⁾	378	319	2) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Vorbemerkung Nr. 21 zur BBesO. A und B.
A 9 ¹⁾	21	23	3) Jeweils 1 Stelle Sozialoberrat/-rätin bzw. Sozialamtmann/-frau kw, zugleich infolge Anrechnung auf Zielvereinbarung bis 2003 (2003).
A 8 ¹⁾ 14 ¹⁷⁾	892	824	4) Die Stellen dürfen im Bedarfsfall auch mit Angestellten der Verg.-Gr. IV b BAT (Sozial- und Erziehungsdienst) besetzt werden.
A 8 ¹⁾	41	40	5) Davon 1 Stelle, die (in Höhe von 100 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden darf.
A 7 ¹⁾	1 356	1 232	6) kw.
A 7 ¹⁾	24	24	8) Bis zu 11 Stellen für Oberlehrer/-innen können im Bedarfsfall mit Sportlehrern/-innen der Verg.-Gr. II b BAT besetzt werden.
	3 352	3 071	9) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
			10) Insgesamt bis zu 3 Stellen können bei Bedarf mit jeweils 2 Ärzten/-innen im Praktikum besetzt werden.
			13) 1 Stelle kw nach Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2002.
			14) 3 Stellen kw nach dem Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2001.
			17) davon kw nach Fortfall der Einrichtung: 2 Stellen Bes.-Gr. A 15 – Direktor/-in – 1 Stelle Bes.-Gr. A 14 – Oberrat/-rätin – 1 Stelle Bes.-Gr. A 13 – Oberlehrer/-in – 1 Stelle Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin – 1 Stelle Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin – 2 Stellen Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-frau – 3 Stellen Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in – 3 Stellen Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in – 6 Stellen Bes.-Gr. A 9 ⁹⁾ – Amtsinspektor/-in – 13 Stellen Bes.-Gr. A 9 – Amtsinspektor/-in – 29 Stellen Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in –
A 13 ⁶⁾	1	1	
A 10 ⁶⁾	7	7	
A 9 ⁶⁾	7	7	
A 9 ⁶⁾	1	1	
A 8 ⁶⁾	5	5	
A 7 ⁶⁾	23	23	
	44	44	

Allgemeine Haushaltsvermerke:

1. Beamte/-innen und Angestellte, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Vergütung nach Lohngruppe 2 a gem. AV v. 19. 11. 1987 (Nds. Rpf. S. 277).
2. Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.
4. Soweit Beamte/-innen an das Justizministerium abgeordnet und die Dienstbezüge aus Stellen bei Kap. 11 01 gezahlt werden, darf die Planstelle längstens für die Zeit der Abordnung von einer Ersatzkraft verwaltet werden.

¹⁾ Bei den Stellen für Amtsinspektoren/-innen, Betriebsinspektoren/-innen, Hauptsekretäre/-innen, Hauptwerkmeister/-innen, Obersekretäre/-innen und Oberwerkmeister/-innen 30 DW
Oberamtsräte/-rätinnen 1 DW

²⁾ Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Vorbemerkung Nr. 21 zur BBesO. A und B.

³⁾ Jeweils 1 Stelle Sozialoberrat/-rätin bzw. Sozialamt/-mann/-frau kw, zugleich infolge Anrechnung auf Zielvereinbarung bis 2003 (2003).

⁴⁾ Die Stellen dürfen im Bedarfsfall auch mit Angestellten der Verg.-Gr. IV b BAT (Sozial- und Erziehungsdienst) besetzt werden.

⁵⁾ Davon 1 Stelle, die (in Höhe von 100 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden darf.

⁶⁾ kw.

⁸⁾ Bis zu 11 Stellen für Oberlehrer/-innen können im Bedarfsfall mit Sportlehrern/-innen der Verg.-Gr. II b BAT besetzt werden.

⁹⁾ Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

¹⁰⁾ Insgesamt bis zu 3 Stellen können bei Bedarf mit jeweils 2 Ärzten/-innen im Praktikum besetzt werden.

¹³⁾ 1 Stelle kw nach Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2002.

¹⁴⁾ 3 Stellen kw nach dem Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers aus dem Dienst, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2001.

¹⁷⁾ davon kw nach Fortfall der Einrichtung:
2 Stellen Bes.-Gr. A 15 – Direktor/-in –
1 Stelle Bes.-Gr. A 14 – Oberrat/-rätin –
1 Stelle Bes.-Gr. A 13 – Oberlehrer/-in –
1 Stelle Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin –
1 Stelle Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –
2 Stellen Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-frau –
3 Stellen Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in –
3 Stellen Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in –
6 Stellen Bes.-Gr. A 9⁸⁾ – Amtsinspektor/-in –
13 Stellen Bes.-Gr. A 9 – Amtsinspektor/-in –
29 Stellen Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in –.

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:

Gehobener Dienst (2001)

Bes.-Gr.	Stellenzahl Gesamt	davon
		§ 3 Abs. 1 Nr. 2a der VO
A 12	34	1
A 11	50	1
A 10	134	2
Insgesamt	218	4

Mittlerer Dienst (2001)

Bes.-Gr.	Stellenzahl Gesamt	davon	
		§ 2 Nr. 6 der VO	§ 3 Abs. 1 Nr. 4 der VO
A 9 ^{b)}	154	7 (-)*	12
A 9	378	23 (7)*	7
A 8	892	40 (2)*	22
A 7	1 356	24	8
Insgesamt	2 780	94 (9)*	49

*) Die in Klammern genannte Stellenzahl ist auf die allgemeinen Obergrenzen nach § 26 Abs. 1 BBesG im Landesbereich ange-rechnet worden

Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. A 16 Leitende(r)	1 } neu entsprechend dem Bedarf
Direktor/-in	
Bes.-Gr. A 15 Direktor/-in	
Bes.-Gr. A 14 Oberrat/-rätin	
Bes.-Gr. A 12 Amtsrat/-rätin	
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/-frau	1 Verlagerung von Kapitel 11 04
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/-frau	3 neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	4 Umwandlungen von Stellen für Inspektoranwärter/-innen
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	1 neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	1 Umwandlung von Verg.-Gr. IV b – Sozial- und Erziehungsdienst –
Bes.-Gr. A 9 ^{b)} Amtsinspektor/-in	16 } Umwandlungen von Stellen für Obersekretäranwärter/-innen
Bes.-Gr. A 9 Amtsinspektor/-in	
Bes.-Gr. A 9 Amtsinspektor/-in	38 } Umwandlungen von Stellen für Obersekretäranwärter/-innen
Bes.-Gr. A 9 Amtsinspektor/-in	1 Umwandlung von Verg.-Gr. VI b – Justizvollzugs- und Aufsichtsdienst –
Bes.-Gr. A 9 Amtsinspektor/-in	2 neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 9 Betriebsinspektor/-in	2 Umwandlungen von Verg.-Gr. V b – Sozial- und Erziehungsdienst –
Bes.-Gr. A 8 Hauptsekretär/-in	82 Umwandlungen von Stellen für Obersekretäranwärter/-innen
Bes.-Gr. A 8 Hauptsekretär/-in	2 Umwandlungen von Verg.-Gr. V c – Sozial- und Erziehungsdienst –
Bes.-Gr. A 8 Hauptsekretär/-in	2 neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. A 8 Hauptwerkmeister/-in	1 Umwandlung von Verg.-Gr. VI b – Technischer Dienst –
Bes.-Gr. A 7 Obersekretär/-in	137 Umwandlungen von Stellen für Obersekretäranwärter/-innen
Bes.-Gr. A 7 Obersekretär/-in	2 Umwandlungen von Verg.-Gr. VI b – Justizvollzugs- und Aufsichtsdienst –
Bes.-Gr. A 7 Obersekretär/-in	3 neu entsprechend dem Bedarf
Zusammen	303

Abgang: Bes.-Gr. A 13 Rat/Rätin	1	Einsparung gem. Zielvereinbarung für 2001 (zugleich vorzeitiger Vollzug des kw-Vermerks HV Nr. 16)
Bes.-Gr. A 13 Rat/Rätin	1	infolge Einsparung zur Gegenfinanzierung von Hebungen
Bes.-Gr. A 12 Amtsrat/-rätin	1	Verlagerung nach Kapitel 11 04
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	1	Verlagerung nach Kapitel 11 01
Bes.-Gr. A 7 Obersekretär/-in	17	infolge Einsparauflage für das Hj. 1998 (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998)
Bes.-Gr. A 7 Obersekretär/-in	1	infolge Vollzug des kw-Vermerks (HV Nr. 15)
Zusammen	22	
Bleibt Zugang	281	
Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16 Leitende(r)	3	von Bes.-Gr. A 15
Direktor/-in		
Bes.-Gr. A 15 Direktor/-in	3	von Bes.-Gr. A 14
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in		
Bes.-Gr. A 10 Oberinspektor/-in	22	von Bes.-Gr. A 9 (geh. Dienst)
Bes.-Gr. A 9 Amtsinspektor/-in		
Bes.-Gr. A 9 Amtsinspektor/-in	4	von Bes.-Gr. A 9 (m.D.)
Bes.-Gr. A 9 Amtsinspektor/-in		
Bes.-Gr. A 9 Amtsinspektor/-in	18	von Bes.-Gr. A 8
Bes.-Gr. A 8 Hauptsekretär/-in		
Zusammen	50	
Sonstige Veränderungen:		
Die Haushaltsvermerke Nr. 15 und 16 sind vollzogen. Der Haushaltsvermerk Nr. 3 ist geändert.		

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 05 Justizvollzugseinrichtungen

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Beamtete Hilfskräfte			
A 9	3	3	Inspektor/-in
	3	3	Zusammen
A 9 ⁵⁾	1	1	Leerstellen: Inspektor/-in z. A.
	1	1	Zusammen
Angestellte			
V b	1	1	Verwaltungsdienst
V c	12	12	
VI b ⁶⁾ 27)	15	15	
VII	33	32	
VIII	4	4	
IX b–VII ²⁾ 28)	56	58	Schreib- und Fernschreibdienst
IV a ⁹⁾	2	2	Sozial- und Erziehungsdienst
IV b ¹⁰⁾	10	11	
V b ¹¹⁾	—	2	
V c ¹²⁾	9	11	
VI b	1	1	
VI b ²²⁾ 28)	71	74	Justizvollzugs- und Aufsichtsdienst
VII	42	53	
IV a	7	7	Technischer Dienst
V b	3	3	
V c	5	5	
VI b	1	2	
VIII	3	3	
I b	1	1	Ärztlicher und zahnärztlicher Dienst
II a ²⁶⁾	1	1	
Kr. VI	2	2	Krankenpflegedienst
V c	4	4	Med.-techn. Berufe
VI b	1	1	
VIII	1	1	
VII	—	1	Wirtschaftsdienst
	285	307	Zusammen
VI b ⁵⁾	1	1	Leerstellen: Verwaltungsdienst
VII ⁵⁾	5	5	
IX b–VII ⁵⁾	5	5	Schreib- und Fernschreibdienst
IV b ⁵⁾	—	—	
V c ⁵⁾	—	—	Sozial- und Erziehungsdienst
Kr. VI ⁵⁾	1	1	Krankenpflegedienst
V c ⁵⁾	1	1	Med.-techn. Berufe
	13	13	Zusammen

²⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

⁵⁾ kw.

⁶⁾ Davon 1 befristet für die Dauer der Tätigkeit als Vorlesekraft eines blinden Beamten.

⁹⁾ ku nach Bes.-Gr. A 11 (Amtmann/-frau).

¹⁰⁾ 3 Stellen ku nach Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in) bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.

¹²⁾ davon 9 ku nach Bes.-Gr. A 8 } Hauptsekretär/-in

²²⁾ 5 Angestellte erhalten eine nicht aufzehrbare, an den künftigen allgemeinen Vergütungserhöhungen teilnehmende übertarifliche Ausgleichszulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen Verg.-Gr. VI b BAT und der sich aus der Verg.-Gr. V c BAT ergebenden Vergütung;
ku nach Bes.-Gr. A 7 – Obersekretär/-in

²⁶⁾ ku nach Bes.-Gr. A 13 – Rat/-rätin – nach Ausscheiden der Stelleninhaberin.

²⁷⁾ 1 Stelle kw nach Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2001.

²⁸⁾ davon kw nach Fortfall der Einrichtung:
2 Stellen Verg.-Gr. IX b–VII
– Schreib- und Fernschreibdienst –
49 Stellen Verg.-Gr. VI b
– Justizvollzugs- und Aufsichtsdienst –.

²⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.

⁵⁾ kw.

⁶⁾ Davon 1 befristet für die Dauer der Tätigkeit als Vorlesekraft eines blinden Beamten.

⁹⁾ ku nach Bes.-Gr. A 11 (Amtmann/-frau).

¹⁰⁾ 3 Stellen ku nach Bes.-Gr. A 10 (Oberinspektor/-in) bei Ausscheiden der Stelleninhaber/-innen.

¹²⁾ davon 9 ku nach Bes.-Gr. A 8 } Hauptsekretär/-in

²²⁾ 5 Angestellte erhalten eine nicht aufzehrbare, an den künftigen allgemeinen Vergütungserhöhungen teilnehmende übertarifliche Ausgleichszulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen Verg.-Gr. VI b BAT und der sich aus der Verg.-Gr. V c BAT ergebenden Vergütung;

²⁶⁾ ku nach Bes.-Gr. A 13 – Rat/-rätin – nach Ausscheiden der Stelleninhaberin.

²⁷⁾ 1 Stelle kw nach Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers, spätestens mit Ablauf des 31. 12. 2001.

²⁸⁾ davon kw nach Fortfall der Einrichtung:
2 Stellen Verg.-Gr. IX b–VII
– Schreib- und Fernschreibdienst –
49 Stellen Verg.-Gr. VI b
– Justizvollzugs- und Aufsichtsdienst –.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. VII	2	neu entsprechend dem Bedarf
Verg.-Gr. VIII	1	infolge Vollzugs des ku-Vermerks (HV Nr. 13)
Zusammen	3	
Abgang:	Stellen	
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. VII	1	infolge Vollzugs des kw-Vermerks (HV Nr. 4)
Schreib- und Fernschreibdienst		
Verg.-Gr. IX b–VII	2	infolge Einsparung zur Gegenfinanzierung von 2 Stellen der Verg.-Gr. VII
Sozial- und Erziehungsdienst		
Verg.-Gr. IV b	1	Umwandlung in eine Planstelle der Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in – infolge teilweisen Vollzugs des ku-Vermerks (HV Nr. 10)
Verg.-Gr. V b	2	Umwandlungen in Planstellen der Bes.-Gr. A 9 – Betriebsinspektor/-in – infolge Vollzugs des ku-Vermerks (HV Nr. 11)
Verg.-Gr. V c	2	Umwandlungen in Planstellen der Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in – infolge teilweisen Vollzugs des ku-Vermerks (HV Nr. 12)
Justizvollzugs- und Aufsichtsdienst		
Verg.-Gr. VI b	1	Umwandlung in eine Planstelle der Bes.-Gr. A 9 – Amtsinspektor/-in – infolge Vollzugs eines ku-Vermerks (HV Nr. 21)
Verg.-Gr. VI b	2	Umwandlungen in Planstellen der Bes.-Gr. A 7 – Obersekretär/-in – infolge teilweisen Vollzugs eines ku-Vermerks (HV Nr. 22)
Verg.-Gr. VII	11	infolge Einsparauflage für das Hj. 1998 (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998)
Technischer Dienst		
Verg.-Gr. VI b	1	Umwandlung in eine Planstelle der Bes.-Gr. A 8 – Hauptwerkmeister/-in – infolge Vollzugs des ku-Vermerks (HV Nr. 24)
Wirtschaftsdienst		
Verg.-Gr. VII	1	infolge Vollzugs eines ku-Vermerks (HV Nr. 13)
Verg.-Gr. VIII	1	infolge Einsparung zur Gegenfinanzierung einer Planstelle
Zusammen	25	
Bleibt Abgang	22	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 10, 12 und 22 sind geändert.

Die Haushaltsvermerke Nr. 4, 11, 13, 21 und 24 sind vollzogen.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 05 Justizvollzugseinrichtungen

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst				
A 9 ⁶⁾ ⁸⁾	34	38	Inspektoranwärter/-in	⁶⁾ Davon 1 Stelle ku in eine Planstelle der Bes.-Gr. A 13 – Oberamtsrat/-rätin –, 2 Stellen ku in Planstellen der Bes.-Gr. A 12 – Amtsrat/-rätin –, 6 Stellen ku in Planstellen der Bes.-Gr. A 11 – Amtmann/-frau –, 6 Stellen ku in Planstellen der Bes.-Gr. A 10 – Oberinspektor/-in – und 3 Stellen ku in Planstellen der Bes.-Gr. A 9 – Inspektor/-in – jeweils zum 1. 8. 2002.
A 7 ⁸⁾ ⁹⁾	287	560	Obersekretäranwärter/-in	
	321	598	Zusammen	
Arbeiter/-innen				
6 ¹⁰⁾	1	1	Kraftfahrdienst	⁸⁾ Neue Stellen dürfen für Einstellungen nur in dem Umfang in Anspruch genommen werden, in dem geeignete Bewerberinnen oder Bewerber aus dem Reform-Arbeitsmarkt nicht zu gewinnen sind.
5 ¹⁰⁾	5	5		
4	11	12		
5	4	5	Technischer Dienst	⁹⁾ Davon 8 Stellen ku in Planstellen der Bes.-Gr. A 9 ⁹⁾ – Amtsinspektor/-in –, 21 Stellen ku in Planstellen der Bes.-Gr. A 9 – Amtsinspektor/-in –, 45 Stellen ku in Planstellen der Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in – und 74 Stellen ku in Planstellen der Bes.-Gr. A 7 – Obersekretär/-in – jeweils zum 1. 1. 2002.
4 ¹⁰⁾	1	1		
6	2	2	Sonstige Dienste	
5	12	12		¹⁰⁾ davon kw nach Fortfall der Einrichtung: 1 Stelle Lohn-Gr. 6 – Kraftfahrdienst – 1 Stelle Lohn-Gr. 5 – Kraftfahrdienst – 1 Stelle Lohn-Gr. 4 – Technischer Dienst – 1 Stelle Lohn-Gr. 3 – Sonstige Dienste –.
4	6	6		
3 ¹⁰⁾	3	4		
2 a	5	5		
	(15)	(15)	(hiervon: Botendienst, Pfortnerdienst, Hausmeisterdienst usw.)	
	50	53	Zusammen	
Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen				

Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 9		
Inspektoranwärter/-in	4	infolge Vollzugs des ku-Vermerks (HV Nr. 1)
Bes.-Gr. A 7		
Obersekretäranwärter/-in	273	infolge Vollzugs des ku-Vermerks (HV Nr. 7)
Zusammen	277	

Arbeiter/-innen

Abgang:	Stellen	
Kraftfahrdienst		
Lohn-Gr. 4	1	infolge Einsparung zur Gegenfinanzierung einer Planstelle
Technischer Dienst		
Lohn-Gr. 5	1	infolge Einsparauflage für das Hj. 1998 (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998)
Sonstige Dienste		
Lohn-Gr. 3	1	
Zusammen	3	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 1, 2, 3, 4, 5 und 7 sind vollzogen.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen			
Feste Gehälter:			
R 6	1	1	Präsident/-in des Finanzgerichts
R 3 ¹⁾	1	1	Vizepräsident/-in des Finanzgerichts
R 3 ¹⁴⁾	14	13	Vorsitzende(r) Richter/-in am Finanzgericht
Aufsteigende Gehälter:			
R 2 ⁴⁾ 6)15)	43	39	Richter/-in am Finanzgericht
A 13	2	2	Oberamtsrat/-rätin
A 12	1	1	Amtsrat/-rätin
A 11 ¹⁶⁾	4	3	Amtmann/-männin/-frau
A 10 ⁹⁾	1	1	Oberinspektor/-in
A 9 ¹⁰⁾	1	1	Amtsinspektor/-in
A 9 ¹⁷⁾	4	3	Amtsinspektor/-in
A 8	1	1	Hauptsekretär/-in
A 7	1	1	Obersekretär/-in
A 6 ¹²⁾	1	1	Erste(r) Hauptwachmeister/-in
A 5 ³⁾	1	1	Erste(r) Hauptwachmeister/-in
	76	69	Zusammen
Leerstellen:			
R 2 ⁸⁾	1	1	Richter/-in am Finanzgericht, der/die zugleich Professor/-in an einer Hochschule ist, mit Dienstbezügen gem. § 5 BBesG i.V.m. Vorbemerkung Nr. 5 zur BBesO C.
R 2 ⁸⁾	1	1	Richter/-in am Finanzgericht, soweit er/sie im Justizministerium in einer freien Planstelle der Bes.-Gr. A 14 (Oberregierungsrat/-rätin), A 15 (Regierungsdirektor/-in) oder A 16 (Ministerialrat/-rätin) beschäftigt wird
R 2	—	1	Richter/-in am Finanzgericht
	2	3	Zusammen

Allgemeiner Haushaltsvermerk:

2. Soweit Richter/-innen und Beamte/-innen an den Landtag, die Staatskanzlei, den Staatsgerichtshof, die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege oder ein Nieders. Ministerium abgeordnet und die Dienstbezüge aus Mitteln bei dem entsprechenden Kapitel gezahlt werden, darf die Planstelle längstens für die Zeit der Abordnung für eine(n) andere(n) Richter/-in oder Beamten/-in in Anspruch genommen werden.

1) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 3 BBesO.

3) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.

4) Hiervon dürfen bis zu 5 Stellen von Richtern/-innen am Landgericht, Richtern/-innen am Amtsgericht und Staatsanwälten/-innen, Richtern/-innen am Verwaltungsgericht und Richtern/-innen am Sozialgericht verwaltet werden (vgl. Kap. 11 04, 11 10 und 11 12 – Leerstellen –).

6) Hiervon dürfen bis zu 5 Stellen von Oberregierungsräten/-rätinnen verwaltet werden (vgl. Kap. 04 06 – Leerstellen –).

8) Bezüge werden aus dieser Stelle nicht gezahlt.

9) Die Stelle darf auch für eine(n) Beamten/-in des mittleren Dienstes verwendet werden.

10) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.

12) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 6 BBesO.

14) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.

15) Davon 2 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.

16) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.

17) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:

Mittlerer Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO
A 9 + AZ	1
A 9	4
A 8	1
A 7	1
Insgesamt	7

Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. R 3 Vorsitzende(r) Richter/-in am Finanzgericht	1 neu entsprechend dem Bedarf
Bes.-Gr. R 2 Richter/-in am Finanzgericht	4 davon 2 neu entsprechend dem Bedarf 2 Verlagerungen von Kap. 11 10
Bes.-Gr. A 11 Amtmann/-männin/ -frau	1
Bes.-Gr. A 9 Amtsinspektor/-in	1
Zusammen	7

Abgang:	Stellen
Bes.-Gr. R 2	1 infolge Vollzugs des kw-Vermerks (HV Nr. 13)
Zusammen	1

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 13 ist vollzogen.
Die Haushaltsvermerke Nr. 14 bis 17 sind neu ausgebracht worden.
Der Allgemeine Haushaltsvermerk Nr. 2 ist geändert.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 08 Finanzgericht

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) Die erste Vorzimmerkraft des/der Präsidenten/-in des Finanzgerichts ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten. 2) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII und VII BAT nachgewiesen. 3) Davon 1 kw nach Wegfall der Überlast. 4) Davon 1 kw nach Wegfall der Überlast. 5) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2005.
	2001	2000		
Angestellte				
V b	1	1	Verwaltungsdienst	
VI b ¹⁾³⁾⁵⁾	28	24		
VII	1	1		
V c	1	1	Bibliotheksdienst	
IX b–VII ²⁾⁴⁾	11	10	Schreib- und Fernschreibdienst	
	42	37	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. VI b	4	davon
		1 neu entsprechend dem Bedarf
		1 Umwandlung einer von Kap. 11 10 verlagerten Planstelle der Bes.-Gr. A 6 – Sekretär/-in –
		2 Verlagerungen von Kap. 11 10 bei gleichzeitiger Höhergruppierung von Verg.-Gr. VIII
Schreibdienst		
Verg.-Gr. IX b–VII	1	Verlagerung von Kap. 11 10
Zusammen	5	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 3 bis 5 sind neu ausgebracht worden.

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Arbeiter/-innen				
3/4	1	1	Justizhelfer/-in	
4	1	1	Sonstige Dienste	
	2	2	Zusammen	

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen				Allgemeine Haushaltsvermerke:
R 8	1	1	Feste Gehälter:	2. Soweit Richter/-innen und Beamte/-innen an den Landtag, die Staatskanzlei, den Staatsgerichtshof, die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege oder ein Nieders. Ministerium abgeordnet und die Dienstbezüge aus Mitteln bei dem entsprechenden Kapitel gezahlt werden, darf die Planstelle längstens für die Zeit der Abordnung für eine(n) andere(n) Richter/-in oder Beamten/-in in Anspruch genommen werden.
R 4	1	1	Präsident/-in des Oberverwaltungsgerichts	3. Stellen des richterlichen Dienstes, deren Inhaber/-innen an kommunale Körperschaften abgeordnet werden, können vorübergehend bis zur Höhe der Ausgaben in Anspruch genommen werden, die die Kommunen dem Land erstatten.
R 4	1	1	Vizepräsident/-in des Oberverwaltungsgerichts	
R 4	1	1	Präsident/-in des Verwaltungsgerichts – an einem Gericht mit 41 und mehr Richterplanstellen –	4. Bedienstete, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Vergütung nach Lohngruppe 2 a gem. AV vom 19. 11. 1987 – Nds. Rpfl. S. 277 –.
R 3	10	10	Vorsitzende(r) Richter/-in am Oberverwaltungsgericht	
R 3	6	6	Präsident/-in des Verwaltungsgerichts – an einem Gericht mit bis zu 40 Richterplanstellen –	5. Das Finanzministerium wird ermächtigt, mit Zustimmung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen des Landtages für die Bearbeitung von Asylsachen im notwendigen Umfang zur Bildung von bis zu vier weiteren Kammern die hierzu erforderlichen Planstellen und Stellen (einschl. Folgepersonal) zusätzlich einzurichten.
R 2 ⁵⁾	7	7	Aufsteigende Gehälter: Vizepräsident/-in des Verwaltungsgerichts – als ständige(r) Vertreter/-in eines/ einer Präsidenten/-in der Bes.-Gr. R 3 und R 4 –	
R 2	27	31	Richter/-in am Oberverwaltungsgericht	2) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zur Bes.-Gr. A 4 BBesO.
R 2 ²¹⁾	42	42	Vorsitzende(r) Richter/-in am Verwaltungsgericht	
R 1 ²²⁾	127	131	Richter/-in am Verwaltungsgericht	3) Bezüge werden aus diesen Stellen nicht gezahlt.
A 13	3	3	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	5	4	Amtsrat/-rätin	4) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.
A 11	10	10	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	11	11	Oberinspektor/-in	5) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.
A 9 ³³⁾	2	2	Inspektor/-in	
A 9 ⁹⁾	2	2	Amtsinspektor/-in	6) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 3 BBesO.
A 9 ³⁴⁾	4	4	Amtsinspektor/-in	
A 8 ³⁵⁾	16	16	Hauptsekretär/-in	7) kw.
A 7 ³⁶⁾	19	19	Obersekretär/-in	
A 6 ³⁷⁾	3	6	Sekretär/-in	8) Insgesamt 1 DW.
A 6 ⁸⁾ 12)	4	4	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	
A 5 ⁴⁾ 8)	12	12	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	9) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
A 4 ²⁾ 8) 38)	6	6	Hauptwachtmeister/-in	
A 3 ⁶⁾ 8)	1	1	Oberwachtmeister/-in	12) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 6 BBesO.
	320	330	Zusammen	
Leerstellen:				21) Davon 16 Stellen kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.
R 2 ³⁾ bzw. R 1 ³⁾	2	2	Richter/-in am Oberverwaltungsgericht, Vorsitzende(r) Richter/-in am Verwaltungsgericht und Richter/-in am Verwaltungsgericht, soweit sie im Justizministerium in einer freien Planstelle der Bes.-Gr. A 13 (Regierungsrat/-rätin), A 14 (Oberregierungsrat/-rätin), A 15 (Regierungsdirektor/-in) oder A 16 (Ministerialrat/-rätin) beschäftigt werden (vgl. 11 01 – Planmäßige Beamte/-innen –)	22) Davon 41 Stellen kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.
R 2 ³⁾	2	2	Richter/-innen am Oberverwaltungsgericht, die zugleich Professoren/-innen an einer Hochschule sind, mit Dienstbezügen gem. § 5 BBesG i.V.m. Vorbemerkung Nr. 5 zur BBesO C.	29) Bezüge werden aus diesen Stellen nicht gezahlt.
R 2 ²⁹⁾ und R 1 ²⁹⁾	3	3	Vorsitzende Richter/-in am Verwaltungsgericht und Richter/-in am Verwaltungsgericht, die zugleich Professoren/-innen an einer Hochschule sind, mit Dienstbezügen gem. § 5 BBesG i.V.m. Vorbemerkung Nr. 5 zur BBesO C.	Im Falle der Inanspruchnahme der Leerstellen müssen die entsprechenden Stellen bei 11 04 freigehalten werden (vgl. 11 04 – Leerstellen –).
				33) Davon 1 Stelle kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.
				34) Davon 1 Stelle kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.
				35) Davon 4 Stellen kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.
				36) Davon 8 Stellen kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.
				37) Davon 3 Stellen kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.
				38) Davon 4 Stellen kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 10 Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
R 1 ²⁹)	1	1	Richter/-in am Verwaltungsgericht, soweit er/sie am Nieders. Finanzgericht in einer freien Planstelle der Bes.-Gr. R 2 beschäftigt wird (vgl. Kap. 11 08 – Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen –)
R 1 ⁷)	16	19	Richter/-in am Verwaltungsgericht
A 10 ⁷)	1	—	Oberinspektor/-in
A 9 ⁷)	—	1	Inspektor/-in
A 8 ⁷)	2	3	Hauptsekretär/-in
A 7 ⁷)	—	1	Obersekretär/-in
A 6 ⁷)	2	1	Sekretär/-in
	29	33	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:

Gehobener Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 1 der VO	§ 3 Nr. 2 a der VO
A 12	1 (1)*	1
A 11	—	2
Insgesamt	1 (1)*	3

Mittlerer Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO
A 9 + AZ	2
A 9	2
A 8	2
Insgesamt	6

*) Die in Klammern genannte Stellenzahl ist auf die allgemeinen Obergrenzen nach § 26 Abs. 1 BBesG im Landesbereich angerechnet worden.

Abgang: Bes.-Gr. R 2 Richter/-in am Oberverwaltungs- gericht	4	davon 2 infolge Einsparauflage für das Hj. 1998 (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998) 2 Verlagerungen nach Kap. 11 08 infolge Vollzuges des allg. HV Nr. 6
Bes.-Gr. R 1 Richter/-in am Verwaltungs- gericht Bes.-Gr. A 6 Sekretär/-in	3 3	Verlagerungen nach Kap. 11 04 davon 2 infolge Einsparauflage für das Hj. 1998 (§ 9 Abs. 2 HG 1997/1998) 1 Verlagerung nach Kap. 11 08
Zusammen	10	
Umwandlungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12 Amtsrat/-rätin	1	von Bes.-Gr. R1 – Richter/-in am Verwaltungsgericht –
Zusammen	1	
Leerstellen:	Stellen	
Zugang: Bes.-Gr. A 10 ⁷) Bes.-Gr. A 6 ⁷)	1 1	neu gem. Nr. 3 (1) der Allgemeinen Bestimmungen
Zusammen	2	
Abgang: Bes.-Gr. R 1 Bes.-Gr. A 9 Inspektor/-in Bes.-Gr. A 8 Bes.-Gr. A 7	3 1 1 1	infolge teilweisen Vollzuges des kw-Vermerks (HV Nr. 7)
Zusammen	6	
Bleibt Zugang	4	
Sonstige Veränderungen:		
Der Allgemeine Haushaltsvermerk Nr. 6 ist vollzogen. Der Allgemeine Haushaltsvermerk Nr. 2 sowie die Haushaltsvermerke Nr. 22, 36 und 37 sind geändert.		

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 10 Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke	
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung		
	2001	2000			
Richterliche und beamtete Hilfskräfte					
R 1	4	4	Richter/-in am Verwaltungsgericht	1) Die Sekretärin des/der Präsidenten/-in des Oberverwaltungsgerichts ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. V c BAT eingruppiert. Die jeweilige erste Sekretärin des Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts erhält für die Dauer der Wahrnehmung der Vorzimmergeschäfte für den Präsidenten des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs eine jederzeit widerrufliche Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Vergütungsgruppe V c BAT und V b BAT. Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten. 2) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII und VII BAT nachgewiesen. 3) kw. 4) kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren 5) Davon 1 Stelle kw Zug um Zug mit Zulegung einer im Rahmen von P53 für die Benutzerbetreuung vor Ort in den Einzelplan 11 umzusetzenden Stelle unter Berücksichtigung des im Jahr 2000 insoweit entstehenden zusätzlichen Bedarfs. 9)Die jeweiligen Sekretärinnen der 7 Präsidenten/-innen der Verwaltungsgerichte sind für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkräfte übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten. 10) Davon 22 Stellen kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asvlverfahren.	
A 6 ⁴⁾	1	1	Sekretär/-in z. A.		
	5	5	Zusammen		
Angestellte					
V b	1	1	Verwaltungsdienst		
V c ¹⁾	1	1			
VI b ⁹⁾	59	38			
VIII	—	2			
V b	2	2	Bibliotheksdienst		
V c	4	4			
VI b	2	2			
VIII	2	2	Technischer Dienst		
V c ⁵⁾	5	3	Datenverarbeitung		
VI b	1	1	Schreib- und Fernschreibdienst		
IX b–VII ²⁾ ¹⁰⁾	51	76			
IX b	1	1	Sonstige Dienste		
	129	133	Zusammen		
V c ³⁾	1	1	Leerstellen: Bibliotheksdienst		
VI b ³⁾	5	2	Verwaltungsdienst		
VII ³⁾	2	2			
IX b–VII ³⁾	12	10	Schreib- und Fernschreibdienst		
	20	15	Zusammen		

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Richterliche und beamtete Hilfskräfte

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 4 ist neu ausgebracht worden.

Angestellte

Zugang:	Stellen	
Datenverarbeitung		
Verg.-Gr. V c	1	Verlagerung von Kap. 11 04
Zusammen	1	
Abgang:	Stellen	
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. VIII	2	Verlagerungen nach Kap. 11 08
Schreibdienst		
Verg.-Gr. IX b–VII	3	davon
		1 infolge Einsparauflage
		für das Hj. 1998
		(§9 Abs. 2 HG 1997/1998)
		1 Verlagerung nach Kap. 11 08
		1 sonstige Einsparung
Zusammen	5	
Bleibt Abgang	4	
Umwandlungen:	Stellen	
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. VI b	22	von Verg.-Gr IX b–VII
		– Schreibdienst –
		gegen Einsparung
Datenverarbeitung		
Verg.-Gr. V c	1	von Verg.-Gr. VI b
		– Verwaltungsdienst –
		gegen Einsparung
Zusammen	23	

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. VI b ³⁾	3	} neu gem. Nr. 3(5) der Allgemeinen Bestimmungen
Schreibdienst	2	
Verg.-Gr. IX b–VII ³⁾		
Zusammen	5	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 5 ist neu ausgebracht worden.
Der Haushaltsvermerk Nr. 10 ist geändert.

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 10 Oberverwaltungsgericht und Verwaltungsgerichte

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	

¹⁾ Davon 2 kw nach Wegfall der zusätzlichen Belastung durch Asylverfahren.

Arbeiter/-innen

4	4	5	Kraftfahrdienst
3/4 ¹⁾	5	5	Justizhelfer/-in
1	2	2	Reinigungsdienst
1	1	1	Sonstige Dienste
	12	13	Zusammen

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Abgang:	Stellen
Lohn-Gr. 4	
Kraftfahrdienst	1 gemäß Zielvereinbarung für 2001 (PKB-Überschuss)
Zusammen	10

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen				Allgemeine Haushaltsvermerke:
R 6	1	1	Feste Gehälter:	2. Bedienstete, die Hausdienstgeschäfte ausführen, die nicht zu ihren Dienstobliegenheiten gehören, erhalten eine Vergütung nach Lohngruppe 2 a gem. AV v. 19. 11. 1987 (Nds. Rpfl. S. 277).
R 3 ²⁾	1	1	Präsident/-in des Landessozialgerichts	3. Soweit Richter/-innen und Beamte/-innen an den Landtag, die Staatskanzlei, den Staatsgerichtshof, die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege oder ein Nieders. Ministerium abgeordnet und die Dienstbezüge aus Mitteln bei dem entsprechenden Kapitel gezahlt werden, darf die Planstelle längstens für die Zeit der Abordnung für eine(n) andere(n) Richter/-in oder Beamten/-in in Anspruch genommen werden.
R 3	8	8	Vizepräsident/-in des Landessozialgerichts	
			Vorsitzende(r) Richter/-in am Landessozialgericht	
R 2 ³⁾	3	3	Aufsteigende Gehälter:	
			Direktor/-in des Sozialgerichts	
			– an einem Gericht mit 8 und mehr Richterplanstellen –	
R 2	24	24	Richter/-in am Landessozialgericht	
R 2	5	5	Direktor/-in des Sozialgerichts	1) 3 DW.
			– an einem Gericht mit 4 bis 7 Richterplanstellen –	2) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 3 BBesO.
R 2			Richter/-in am Sozialgericht	3) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. R 2 BBesO.
	1	1	– als weitere(r) aufsichtsführende(r) Richter/-in an einem Gericht mit 15 und mehr Richterplanstellen –	4) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 6 BBesO.
	3	3	– als ständige(r) Vertreter/-in des/der Direktors/-in eines Gerichts mit 8 und mehr Richterplanstellen –	8) Bezüge werden aus diesen Stellen nicht gezahlt.
R 1	51	51	Richter/-in am Sozialgericht	9) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
A 13	1	1	Oberamtsrat/-rätin	10) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 5 zur Bes.-Gr. A 3 BBesO.
A 12	8	8	Amtsrat/-rätin	12) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zur Bes.-Gr. A 4 BBesO.
A 11	6	6	Amtmann/-männin/-frau	13) Bezüge werden aus dieser Stelle nicht gezahlt. Im Falle der Inanspruchnahme der Leerstelle muß die entsprechende Stelle bei Kap. 11 04 freigehalten werden.
A 10	9	9	Oberinspektor/-in	16) kw.
A 9	2	2	Inspektor/-in	17) Die Stelleninhaber/-innen erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 6 zur Bes.-Gr. A 5 BBesO.
A 9 ⁹⁾	2	2	Amtsinspektor/-in	
A 9	4	2	Amtsinspektor/-in	
A 8	6	5	Hauptsekretär/-in	
A 7	7	10	Obersekretär/-in	
A 6	5	5	Sekretär/-in	
A 6 ⁴⁾	3	3	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	
A 5 ¹⁷⁾	16	13	Erste(r) Hauptwachtmeister/-in	
A 4 ¹⁾ 12)	1	2	Hauptwachtmeister/-in	
A 3 ¹⁾ 10)	4	4	Oberwachtmeister/-in	
	171	169	Zusammen	
Leerstellen:				
R 2 ⁸⁾ bzw. R 1 ⁸⁾	1	1	Richter/-in am Landessozialgericht bzw. Richter/-in am Sozialgericht, soweit er/sie im Justizministerium in einer freien Planstelle der Bes.-Gr. A 13 (Regierungsrat/-rätin), A 14 (Oberregierungsrat/-rätin), A 15 (Regierungsdirektor/-in) oder A 16 (Ministerialrat/-rätin)beschäftigt wird.	
R 1 ⁸⁾ bzw. R 2 ⁸⁾	1	1	Richter/-in am Landessozialgericht bzw. Richter/-in am Sozialgericht, der/die zugleich Professor/-in an einer Hochschule ist, mit Dienstbezügen gem. § 5 BBesG i.V.m. Vorbemerkung Nr. 5 zur BBesO C.	
R 1 ¹³⁾	1	1	Richter/-in am Sozialgericht, soweit er/sie am Nieders. Finanzgericht in einer freien Planstelle der Bes.-Gr. R 2 beschäftigt wird (vgl. Kap. 11 08 – Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen –).	
R 2 ¹⁶⁾	1	2	Richter/-in am Landessozialgericht	
R 1 ¹⁶⁾	3	2	Richter/-in am Sozialgericht	
A 10 ¹⁶⁾	1	2	Oberinspektor/-in	
A 8 ¹⁶⁾	1	1	Hauptsekretär/-in	
A 7 ¹⁶⁾	2	1	Obersekretär/-in	
A 6 ¹⁶⁾	1	—	Sekretär/-in	
	12	11	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG:

Gehobener Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 1 der VO	§ 3 Nr. 2 a der VO
A 12	1 (1)*	1
A 11	—	1
Insgesamt	1 (1)*	2

Mittlerer Dienst

Bes.-Gr.	§ 3 Nr. 4 der VO
A 9 ⁵⁾	1
A 8	2 (1)*
Insgesamt	3 (1)*

*) Die in Klammern genannte Stellenzahl ist auf die allgemeinen Obergrenzen nach § 26 Abs. 1 BBesG im Landesbereich angerechnet worden.

Zugang: Bes.-Gr. A 5 ¹⁷⁾ Erste(r) Hauptwachmeister/-in	2	Umwandlungen von je einer Stelle der Verg.-Gr. VIII – Technischer Dienst – und der Lohn-Gr. 4 – Kraftfahrdienst –

Zusammen 2

Hebungen:

Bes.-Gr. A 9 Amtsinspektor/-in	2	von Bes.-Gr. A 8 – Hauptsekretär/-in – gegen Einsparung

Bes.-Gr. A 8 Hauptsekretär/-in	3	von Bes.-Gr. A 7 – Obersekretär/-in – gegen Einsparung

Bes.-Gr. A 5 Erste(r) Hauptwachmeister/-in	1	von Bes.-Gr. A 4 – Hauptwachmeister/-in – gegen Einsparung

Zusammen 6

Leerstellen:

Zugang: Bes.-Gr. R 1 ¹⁶⁾ Bes.-Gr. A 7 ¹⁶⁾ Bes.-Gr. A 6 ¹⁶⁾	1 1 1	neu gem. Nr. 3 (1) der Allgemeinen Bestimmungen

Zusammen 3

Abgang:

Bes.-Gr. R 2 Richter/-in am Landessozialgericht	1
Bes.-Gr. A 10	1

Zusammen 2

Bleibt Zugang 1

Sonstige Veränderungen:

Der Allgemeine Haushaltsvermerk Nr. 3 ist geändert.

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Angestellte				
V c	1	3	Verwaltungsdienst	1) Die jeweilige Sekretärin des/der Präsidenten/-in des Landessozialgerichts ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
VI b ¹⁾	55	20		
VII	13	13		
VIII	2	2		
V b	1	1	Datenverarbeitung	2) kw.
V c	3	—		
V b	1	1	Bibliotheksdienst	3) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII und VII nachgewiesen.
VIII	4	5	Technischer Dienst	
IX b–VII ³⁾	53	90	Schreib- und Fernschreibdienst	
	133	135	Zusammen	
VI b ²⁾	1	—	Leerstellen:	
VII ²⁾	1	1	Verwaltungsdienst	
IX b–VII ²⁾	21	16	Schreib- und Fernschreibdienst	
	23	17	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Abgang: Technischer Dienst Verg.-Gr. VIII	Stellen	
	1	Umwandlung in eine Planstelle der Bes.-Gr. A 5 – Erste(r) Hauptwachtmeister/-in –
Schreibdienst Verg.-Gr. IX b–VII	1	gemäß Zielvereinbarung für 2001 (PKB-Überschuss)
Zusammen	2	

Umwandlungen: Verwaltungsdienst Verg.-Gr. VI b	Stellen	
	35	von Verg.-Gr. IX b–VII – Schreibdienst – gegen Einsparung
Datenverarbeitung Verg.-Gr. V c	3	davon 2 von Verg.-Gr. V c – Verwaltungsdienst – 1 von Verg.-Gr. IX b–VII – Schreibdienst – gegen Einsparung
Zusammen	38	

Leerstellen: Zugang: Verwaltungsdienst Verg.-Gr. VI b ²⁾	Stellen	
	1	} neu gemäß Nr. 3 (5) der Allgemeinen Bestimmungen
Schreibdienst Verg.-Gr. IX b–VII ²⁾	5	
Zusammen	6	

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
			Arbeiter/-innen	
4	1	2	Kraftfahrdienst	
5	1	1	Sonstige Dienste	
4	1	1		
	3	4	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Arbeiter/-innen

Abgang: Lohn-Gr. 4 Kraftfahrdienst	Stellen	
	1	Umwandlung in eine Planstelle der Bes.-Gr. A 5 – Erster(r) Hauptwachtmeister/-in –
Zusammen	1	

Einzelplan 11 Justizministerium
Kapitel 11 15 Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege – Fachbereich Rechtspflege –

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Richter/-innen und Beamte/-innen			
R 2 ¹) ⁴)	—	1	Aufsteigende Gehälter: Verwaltungsdienst Vorsitzende(r) Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Oberlandesgericht, Oberstaatsanwalt/-wältin
			Oberamtsrat/-rätin
			Oberinspektor/-in
			Amtsinspektor/-in
A 13	—	1	
A 10	—	1	
A 9 ²)	—	1	
R 2 ¹) ⁴)	—	1	Schuldiensnt Vorsitzende(r) Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Oberlandesgericht, Oberstaatsanwalt/-wältin
			Richter/-in am Landgericht, Richter/-in am Amtsgericht, Staatsanwalt/-wältin
			Oberregierungsrat/-rätin
			Oberamtsrat/-rätin
A 14 ⁴)	—	2	
A 13 ⁴)	—	4	
A 12 ⁴)	—	1	
	—	16	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Abgang:	Stellen	
Verwaltungsdienst		
Bes.-Gr. R 2 ¹) ⁴)	1	} Verlagerung nach Kapitel 03 04 infolge Einrichtung eines Zentralkapitels für die Fachhochschulen
Bes.-Gr. A 13		
Bes.-Gr. A 10		
Bes.-Gr. A 9 ²)	1	
Schuldiensnt		
Bes.-Gr. R 2 ¹) ⁴)	1	}
Bes.-Gr. R 1 ¹) ⁴)	4	
Bes.-Gr. A 14 ⁴)	2	
Bes.-Gr. A 13 ⁴)	4	
Bes.-Gr. A 12 ⁴)	1	
Zusammen	16	

Sonstige Veränderungen:
Die Haushaltsvermerke Nrn. 1, 2 und 4 sind entfallen.

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Angestellte				
V c	—	1	Bibliotheksdienst	
IX b–VII ¹⁾	—	2	Schreib- und Fernschreibdienst	
VIII	—	1	Sonstige Dienste	
	—	4	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Abgang:	Stellen	
Bibliotheksdienst		
Verg.-Gr. V c	1	} Verlagerung nach Kapitel 03 04 infolge Einrichtung eines Zentralkapitels für die Fachhochschulen
Schreibdienst		
Verg.-Gr. IX b–VII ¹)	2	
Sonstige Dienste		
Verg.-Gr. VIII	1	
Zusammen	4	

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 ist entfallen.

Einzelplan 11 Justizministerium
 Kapitel 11 15 Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege – Fachbereich Rechtspflege –

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	

Arbeiter/-innen

2 a	—	2	Küchendienst
	—	2	Zusammen

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Abgang:	Stellen	
Lohn-Gr. 2 a	2	Einsparungen gem. Zielvereinbarung für 2001
Zusammen	2	

Haushaltsplan
für das
Haushaltsjahr 2001

Einzelplan 12
Staatsgerichtshof

Vorwort zum Einzelplan 12

Einzelplan 12 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs. Bei dem Ausgabetitel 412 01 ist berücksichtigt, dass der wiedergewählte Präsident des Staatsgerichtshofs nunmehr Ehrenrichter ist.

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	E i n n a h m e n						
		0 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	1 eigene Einnahmen	2 Über- tragungs- einnahmen	3 vermögens- wirksame und Sonder- einnahmen	Gesamt- einnahmen	4 persönliche Verwaltungs- ausgaben	5 sächliche Verwaltungs- ausgaben; Schulden- dienst
		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1201	Staatsgerichtshof	—	—	—	—	—	308.000	59.700
	Summe 2001	—	—	—	—	—	308.000	59.700
	Summe 2000	—	—	—	—	—	311.900	56.900
	2001 mehr/weniger (-)	—	—	—	—	—	-3.900	2.800

gaben und Verpflichtungsermächtigungen

Epl. 12

A u s g a b e n					2001 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 – Sp.14)	2000 Überschuss Zuschuss (-)	2001 Verbesserung Verschlech- terung (-) (Sp.15 – Sp.16)	Ver- pflichtungs- ermächti- gungen
6 Über- tragungs- ausgaben	7 Bau- ausgaben	8 sonst. Ausga- ben für Inve- stitionen und Invest.förd.- maßnahmen	9 besondere Finan- zierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	—	—	367.700	-367.700	-412.800	45.100	—
—	—	—	—	367.700	-367.700	-412.800	45.100	—
—	—	44.000	—	412.800				—
—	—	-44.000	—	-45.100				—

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 51-0	051	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
132 11-8	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge * Vgl. K-Vermerk zu 811 11.		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
412 01-3	051	Entschädigungen für ehrenamtliche Richter/ Richterinnen und Beisitzer/Beisitzerinnen	—	123.600	126.700	–3.100	100
422 01-9	051	Dienstbezüge der abgeordneten Beamtinnen und Beamten und Richterinnen und Richter ***Abweichend von § 8 Abs. 5 Satz 1 und 2 HG 2001 zählt der Titel 422 01 nicht zum PKB-Deckungskreis.	—	121.600	121.600	—	15
422 05-1	051	Dienstbezüge der beamteten und richterlichen Hilfskräfte	—	—	—	—	—
422 09-4	051	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-1	051	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-8	051	Vergütungen der Angestellten	—	29.200	28.500	+700	28
427 12-6	051	Entschädigungen für nebenamtliche Richter/ Richterinnen	—	33.600	35.100	–1.500	52
511 01-1	051	Geschäftsbedarf	—	5.400	5.400	—	2
512 01-8	051	Bücher und Zeitschriften	—	4.100	4.100	—	4
513 01-4	051	Post- und Fernmeldegebühren	—	6.000	3.200	+2.800	1
514 01-0	051	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	4.000	4.000	—	3
515 01-7	051	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	1.000	1.000	—	—
515 02-5	051	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	1.000	1.000	—	5
516 01-3	051	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	—
526 01-9	051	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1.000	1.000	—	—
527 01-5	051	Reisekostenvergütungen	—	10.000	10.000	—	4
529 01-8	051	Zur Verfügung des Präsidenten des Staats- gerichtshofs	—	1.000	1.000	—	1
536 11-1	051	Entschädigungen beigeordneter Anwälte * Gegenseitig deckungsfähig: 536 11, 536 12, 536 13, 536 16 und 536 17.	—	1.200	1.200	—	—
536 12-0	051	Zeugenentschädigungen * Vgl. D-Vermerk zu 536 11.	—	1.000	1.000	—	—
536 13-8	051	Sachverständigenentschädigungen * Vgl. D-Vermerk zu 536 11.	—	1.000	1.000	—	—
536 16-2	051	Sonstige Verfahrensauslagen * Vgl. D-Vermerk zu 536 11.	—	1.000	1.000	—	—
536 17-0	051	Reisekosten des Gerichts * Vgl. D-Vermerk zu 536 11.	—	1.000	1.000	—	—
538 01-7	051	Dienstleistungen Außenstehender	—	20.000	20.000	—	—
546 59-1	051	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	1.000	1.000	—	—
681 05-7	051	Entschädigungen an Beschuldigte in Straf- sachen und Erstattung außergerichtlicher Kosten an Verfahrensbeteiligte	—	—	—	—	—
811 01-5	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen ** Die Ausgabe (Maßnahme) darf nur mit Einwilligung des Ausschusses für Haus- halt und Finanzen des LT geleistet werden.	—	—	44.000	–44.000	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 132 11

Nach den neuen Kfz-Richtlinien dürfen personenbezogene Dienstkraftfahrzeuge schon dann durch neue Fahrzeuge ersetzt werden, wenn in Höhe der jeweils zu erwartenden Verwertungserlöse mindestens gleichwertige Ersatzbeschaffungen vorgenommen werden können.

Zu 412 01

Dienstaufwandsentschädigungen für Präsident/Präsidentin*)	18 000 DM
für Mitglieder*) (6 x 12 000)	72 000 DM
für Stellvertreter*) (7 x 4 800)	33 600 DM
Zusammen	123 600 DM

*)gemäß § 5 Abs. 1, 3, und § 7 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof vom 1. Juli 1996 (NdsGVBl. S. 342).

Zu 422 05

Zur Besoldung eines abgeordneten Richters oder der Beschäftigung einer wissenschaftlichen Hilfskraft.

Umgesetzt nach 422 01.

Zu 425 01

Das Beschäftigungsvolumen beträgt für das Haushaltsjahr 2001 0,5 Vollzeiteneinheiten (VZE).

Beschäftigungsvolumen:

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen und Richter/-innen	—	—	—	—
Angestellte	0,5	0,5	—	1
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	0,5	0,5	—	1

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 29 200 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	29 200
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	155 200
43	Versorgungsbezüge	39 400
44	Beihilfen, Unterstützungen	—
45	Personalbezogene Sachausgaben	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	4 900
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		228 700

Zu 427 12

Dienstaufwandsentschädigungen für Mitglieder*) (2 x 12 000 DM)	24 000 DM
für Stellvertreter*) (2 x 4 800 DM)	9 600 DM
Zusammen	33 600 DM

*) gemäß § 5 Abs. 1, 3 und § 7 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof vom 1. Juli 1996 (NdsGVBl. S. 342)

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	400 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	5 000 DM
3. Bekanntmachungen	— DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	— DM
Zusammen	5 400 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	1 000 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	3 000 DM
3. Gesetz- und Verkündungsblätter	100 DM
4. Buchbinderkosten	— DM
Zusammen	4 100 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	3 000 DM
2. Fernmeldegebühren	3 000 DM
Zusammen	6 000 DM

Zu 514 01

Für die anteilige Erstattung an Verwaltungen, deren Dienstkraftfahrzeuge mitbenutzt werden.

Zu 515 02

1. Dienstzimmersausstattungen	1 000 DM
2. Büromaschinen	— DM
3. Wirtschaftsgeräte	— DM
Zusammen	1 000 DM

Zu 526 01

1. (Amts)ärztliche und Röntgenschirmbilduntersuchungen	— DM
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	700 DM
3. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus	300 DM
Zusammen	1 000 DM

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	10 000 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für private Kraftfahrzeuge	— DM
Zusammen	10 000 DM

Zu 538 01

Mittel sind erforderlich zum Abschluss von Werkverträgen über Leistungen von wissenschaftlichen Hilfskräften, die nicht im Beamten- oder Richter-verhältnis stehen 20 000 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
811 11-2	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen * <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.</i>	—	—	—	—	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 96		Reformdividende	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 96-0	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 96-2	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	—
711 96-7	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 96-8	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 12 01					
		1 Eigene Einnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	308.000	311.900	–3.900	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	59.700	56.900	+2.800	
		6 Übertragungsausgaben	—	—	—	—	
		7 Bauausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	44.000	–44.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	367.700	412.800	–45.100	
		Zuschuss		367.700	412.800	–45.100	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		39.400	43.700		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		407.100	456.500		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		407.100	456.500		

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 12					
		1 Eigene Einnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	308.000	311.900	–3.900	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	59.700	56.900	+2.800	
		6 Übertragungsausgaben	—	—	—	—	
		7 Bauausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	44.000	–44.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	367.700	412.800	–45.100	
		Zuschuss		367.700	412.800	–45.100	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		39.400	43.700		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		407.100	456.500		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		407.100	456.500		

Einzelplan 12

Staatsgerichtshof

Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

für das

Haushaltsjahr 2001

Einzelplan 12 Staatsgerichtshof
Kapitel 12 01 Staatsgerichtshof

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke	
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) Die Stelle darf nur mit einer/einem Bediensteten mit höchstens 50 v. H. der regelmäßigen durchschnittlichen Wochenarbeitszeit einer/eines Vollbeschäftigten besetzt werden.
	2001	2000		
Angestellte				
IX b–VII ¹⁾	1	Schreibdienst		

¹⁾ Die Stelle darf nur mit einer/einem Bediensteten mit höchstens 50 v. H. der regelmäßigen durchschnittlichen Wochenarbeitszeit einer/eines Vollbeschäftigten besetzt werden.

Haushaltsplan
für das
Haushaltsjahr 2001

Einzelplan 13
Allgemeine Finanzverwaltung

Vorwort zum Einzelplan 13

A. Aufgaben und Aufbau des Einzelplans in den wichtigsten Grundzügen

Im Einzelplan 13 sind unter der Bezeichnung „Allgemeine Finanzverwaltung“ im wesentlichen Einnahmen und Ausgaben vereinigt, die entweder keinen oder mehrere der übrigen Einzelpläne berühren oder für deren Nachweis an dieser Stelle ein besonderes finanzwirtschaftliches Interesse besteht. Im inneren Gefüge des Haushalts stellt der Einzelplan 13 mit seinem erheblichen Überschuß den Ausgleich des Gesamthaushalts her.

Der Einzelplan 13 ist in folgende Kapitel aufgegliedert:

- Kap. 13 01 Steuern
- „ 13 02 Allgemeine Bewilligungen
- „ 13 03 Neue Techniken im Haushaltsbereich
- „ 13 10 Ausgleichsleistungen zwischen Land, Bund und Ländern
- „ 13 12 Finanzausgleich zwischen Land, Gemeinden und Landkreisen
- „ 13 20 Vermögensverwaltung
- „ 13 21 Liegenschaftsverwaltung
- „ 13 25 Schuldenverwaltung
- „ 13 50 Versorgung
- „ 13 99 Sonstige Einnahmen und Ausgaben

B. Wesentliche organisatorische Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

Keine.

C. Sonstige Veränderungen

Das Kapitel 13 11 (Sonderbeitrag zur Aufstockung des Fonds „Deutsche Einheit“ wurde aufgelöst. Die bisher bei 13 11 – 575 01 veranschlagten Mittel sind jetzt bei 13 25 – 575 01 veranschlagt.

D. Hochbaumaßnahmen

Die Hochbaumaßnahmen sind im Kapitel 20 12 des Einzelplans 20 – Hochbauten – ausgewiesen.

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	E i n n a h m e n						
		0	1	2	3	Gesamt-	4	5
		Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	eigene Einnahmen	Über- tragungs- einnahmen	vermögens- wirksame und Sonder- einnahmen	einnahmen	persönliche Verwaltungs- ausgaben	sächliche Verwaltungs- ausgaben; Schulden- dienst
		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1301	Steuern	27.818.000.000	—	—	—	27.818.000.000	—	—
1302	Allgemeine Bewilligungen	—	454.923.100	400.000	1.006.416.300	1.461.739.400	351.605.900	-3.425.500
1303	Neue Techniken im Haushaltsbereich	—	—	—	—	—	—	3.080.000
1310	Ausgleichsleistungen zwischen Land, Bund und Ländern	—	—	2.414.000.000	—	2.414.000.000	—	—
1312	Finanzausgleich zwischen Land, Gemeinden und Landkreisen	—	50.000	51.100.000	—	51.150.000	—	—
1320	Vermögensverwaltung	—	111.225.400	1.300	32.384.000	143.610.700	—	32.100
1321	Liegenschaftsverwaltung	—	379.965.700	—	471.302.400	851.268.100	3.643.900	10.520.300
1325	Schuldenverwaltung	—	122.807.900	657.000	3.800.000.000	3.923.464.900	—	4.529.938.000
1350	Versorgung	—	2.510.000	323.303.900	6.702.000	332.515.900	3.585.735.800	23.500
1399	Sonstige Einnahmen und Ausgaben	173.800.000	6.002.000	11.806.500	1.000	191.609.500	—	135.000
	Weggefallene Kapitel							
	Summe 2001	27.991.800.000	1.077.484.100	2.801.268.700	5.316.805.700	37.187.358.500	3.940.985.600	4.540.303.400
	Summe 2000	28.592.000.000	494.242.300	2.633.891.900	2.861.905.500	34.582.039.700	3.833.557.900	4.396.869.100
	2001 mehr/weniger (-)	-600.200.000	583.241.800	167.376.800	2454.900.200	2.605.318.800	107.427.700	143.434.300

gaben und Verpflichtungsermächtigungen

Epl. 13

A u s g a b e n					2001 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 – Sp.14)	2000 Überschuss Zuschuss (-)	2001 Verbesserung Verschlech- terung (-) (Sp.15 – Sp.16)	Ver- pflichtungs- ermächti- gungen
6 Über- tragungs- ausgaben	7 Bau- ausgaben	8 sonst. Ausga- ben für Inve- stitionen und Invest.förd.- maßnahmen	9 besondere Finan- zierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	—	—	—	27.818.000.000	28.420.000.000	-602.000.000	—
17.220.700	—	—	-412.202.800	-46.801.700	1.508.541.100	324.600.500	1.183.940.600	—
—	—	2.000.000	—	5.080.000	-5.080.000	-1.681.500	-3.398.500	—
4.000	—	—	—	4.000	2.413.996.000	2.375.995.000	38.001.000	—
4.753.912.200	—	548.584.500	—	5.302.496.700	-5.251.346.700	-5.475.590.600	224.243.900	—
67.728.000	—	1.153.350.000	26.904.100	1.248.014.200	-1.104.403.500	32.210.100	-1.136.613.600	—
—	—	420.500	10.770.500	25.355.200	825.912.900	-10.860.900	836.773.800	—
—	—	60.000.000	35.444.000	4.625.382.000	-701.917.100	-1.713.714.500	1.011.797.400	—
15.308.100	—	—	—	3.601.067.400	-3.268.551.500	-3.149.584.600	-118.966.900	—
46.248.000	—	1.280.000	15.708.000	63.371.000	128.238.500	144.167.400	-15.928.900	420.000
						-35.700.000	35.700.000	
4.900.421.000	—	1.765.635.000	-323.376.200	14.823.968.800	22.363.389.700	20.909.840.900	1.453.548.800	420.000
5.120.077.800	—	651.486.400	-329.792.400	13.672.198.800				200.000
-219.656.800	—	1.114.148.600	6.416.200	1.151.770.000				220.000

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1301 Steuern

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
		A. Gemeinschaftssteuern und Gewerbesteuerumlage					
011 01-0	910	Lohnsteuer		22.278.000.000	25.355.000.000		22.553.146
011 02-9	910	Gemeindeanteil an der Lohnsteuer		–3.341.700.000	–3.803.250.000		–3.382.972
011 03-7	910	Bundesanteil an der Lohnsteuer		–9.468.150.000	–10.775.875.000		–9.585.087
011 **		Landesanteil an der Lohnsteuer		9.468.150.000	10.775.875.000	–1.307.725.000	
012 01-7	910	Veranlagte Einkommensteuer		1.327.000.000	765.000.000		1.657.336
012 02-5	910	Gemeindeanteil an der veranlagten Einkommensteuer		–199.050.000	–114.750.000		–248.600
012 03-3	910	Bundesanteil an der veranlagten Einkommen- steuer		–563.975.000	–325.125.000		–704.368
012 **		Landesanteil an der veranlagten Einkommen- steuer		563.975.000	325.125.000	+238.850.000	
013 01-3	910	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag		1.141.000.000	826.000.000		1.186.994
013 03-0	910	Bundesanteil an den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag		–570.500.000	–413.000.000		–593.497
013 **		Landesanteil an den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag		570.500.000	413.000.000	+157.500.000	
014 01-0	910	Körperschaftsteuer		2.353.000.000	4.910.000.000		4.547.049
014 03-6	910	Bundesanteil an der Körperschaftsteuer		–1.176.500.000	–2.455.000.000		–2.273.525
014 **		Landesanteil an der Körperschaftsteuer		1.176.500.000	2.455.000.000	–1.278.500.000	
018 01-5	910	Zinsabschlag		1.290.000.000	982.000.000		1.008.992
018 02-3	910	Gemeindeanteil am Zinsabschlag		–154.800.000	–117.840.000		–121.079
018 03-1	910	Bundesanteil am Zinsabschlag		–567.600.000	–432.080.000		–443.956
018 **		Landesanteil am Zinsabschlag		567.600.000	432.080.000	+135.520.000	
		Zusammen Landesanteil an den Steuern vom Einkommen		12.346.725.000	14.401.080.000	–2.054.355.000	
015 01-6	910	Umsatzsteuer (Landesanteil)		11.123.275.000	10.236.920.000	+886.355.000	9.846.894
017 01-9	910	Gewerbesteuerumlage (Landesanteil)		377.000.000	314.000.000	+63.000.000	319.198
017 02-7	910	Gewerbesteuerumlage (Landesanteil außerhalb des FAG)		455.000.000	459.000.000	–4.000.000	466.929
		Summe A		24.302.000.000	25.411.000.000	–1.109.000.000	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 13 01

Die Ansätze der Steuern und steuerinduzierten Einnahmen (Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen) sind im Wesentlichen von der zentralen Schätzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 16. bis 18. Mai 2000 abgeleitet worden, der ein Wachstum des nominalen Bruttosozialprodukts von 4,2 v. H. für 2001 im gesamten Bundesgebiet zugrunde liegt.

Die veranschlagten Beträge beruhen auf geltendem Steuerrecht.

Zu 011 01 bis 014 01 und 018 01

Die Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie dem Zinsabschlag werden zu 100 v. H. nachgewiesen und um die gesetzlichen Anteile des Bundes und der Gemeinden gemindert.

Zu 011 02, 012 02 und 018 02

Gemäß Art. 106 Abs. 5 GG i.V.m. § 1 des Gesetzes zur Neuordnung der Gemeindefinanzen (Gemeindefinanzenreformgesetz) – in der jeweils gültigen Fassung – erhalten die Gemeinden 15 v. H. der im Gebiet des Landes aufkommenden Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer (Gemeindeanteil an der Einkommensteuer) sowie 12 v. H. des im Gebiet des Landes aufkommenden Zinsabschlages (Gemeindeanteil an dem Zinsabschlag).

Zu 011 03 bis 014 03 und 018 03

Gemäß Art. 106 Abs. 3 GG steht das Aufkommen der Einkommensteuer und des Zinsabschlages, soweit es nicht nach Art. 106 Abs. 5 GG den Gemeinden zugewiesen wird, und das Aufkommen der Körperschaftsteuer dem Bund und dem Land gemeinsam (Gemeinschaftssteuer) je zur Hälfte zu.

Zu 015 01

Gemäß Artikel 106 Abs. 3 GG steht das Aufkommen der Umsatzsteuer dem Bund und den Ländern gemeinsam zu (Gemeinschaftssteuer). Wegen der Erhöhung der Umsatzsteuer auf 16 v. H. ab 1. April 1998 erhält der Bund vom Aufkommen der Umsatzsteuer vorab 5,63 v. H. zur Finanzierung der Senkung der Lohnnebenkosten. Vom Restbetrag erhalten die Gemeinden 2,2 v. H. Der Länderanteil am verbleibenden Aufkommen ist mit 49,75 v. H. angesetzt unter Berücksichtigung des von den Ländern zu leistenden Schuldendienstes im Zusammenhang mit dem Fonds „Deutsche Einheit“ und der zusätzlichen Belastung aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs.

Die Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern (einschließlich der Gemeinden) ist in § 1 und die Verteilung unter den Ländern in § 2 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern in der jeweils gültigen Fassung geregelt.

Zu 017 01

Gemäß Art. 106 Abs. 6 GG i.V.m. § 6 des Gesetzes zur Neuordnung der Gemeindefinanzen (Gemeindefinanzenreformgesetz) – in der jeweils gültigen Fassung – haben die Gemeinden eine Umlage nach Maßgabe des Gewerbesteueraufkommens abzuführen, die entsprechend dem Verhältnis von Bundes- und Landesvervielfältiger auf den Bund und das Land aufzuteilen ist. Veranschlagt ist der Landesanteil.

Zu 017 02

Die Einnahmen aus der Anhebung der Gewerbesteuerumlage zwecks Beteiligung der Kommunen an den einigungsbedingten Lasten des Landes stehen gem. § 6 Abs. 5 Gemeindefinanzenreformgesetz in der jeweils gültigen Fassung diesem allein zu und bleiben bei der Ermittlung der Steuereinnahmen im Finanzausgleich unberücksichtigt.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1301 Steuern

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		B. Landessteuern					
051 01-2	910	Vermögensteuer		43.000.000	9.000.000	+34.000.000	118.297
052 01-9	910	Erbschaftsteuer		474.000.000	458.000.000	+16.000.000	403.689
053 01-5	910	Grunderwerbsteuer nach dem Gesetz vom 29.3.1940		—	—	—	615
053 02-3	910	Grunderwerbsteuer nach dem Gesetz vom 17.12.1982		968.000.000	900.000.000	+68.000.000	975.096
054 01-1	910	Kraftfahrzeugsteuer		1.566.000.000	1.211.000.000	+355.000.000	1.420.318
055 01-8	910	Totalisatorsteuer * Vgl. K-Vermerk zu 0903 - 685 49.		3.000.000	3.000.000	—	3.198
056 01-4	910	Sonstige Rennwettsteuer		2.000.000	3.000.000	–1.000.000	1.882
057 01-0	910	Lotteriesteuer		321.000.000	275.000.000	+46.000.000	287.062
059 01-3	910	Feuerschutzsteuer		61.000.000	70.000.000	–9.000.000	58.884
061 01-8	910	Biersteuer		78.000.000	80.000.000	–2.000.000	78.359
		Summe B		3.516.000.000	3.009.000.000	+507.000.000	
		Summe A und B		27.818.000.000	28.420.000.000	–602.000.000	
		Abschluss Kapitel 13 01					
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben		27.818.000.000	28.420.000.000	–602.000.000	
		Summe der Einnahmen		27.818.000.000	28.420.000.000	–602.000.000	
		Überschuss		27.818.000.000	28.420.000.000	–602.000.000	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 053 01 und 053 02

Als Folge der Novellierung des Grunderwerbsteuergesetzes (mit Wirkung vom 1. Januar 1983) werden bei 053 01 die Einnahmen veranschlagt, die aus Erwerbsvorgängen herrühren, für die noch das frühere Recht anzuwenden ist. In diesen Fällen wird der den berechtigten Landkreisen und kreisfreien Städten zustehende Zuschlag von $\frac{4}{7}$ diesen weiterhin von den örtlich zuständigen Finanzämtern unmittelbar überwiesen.

Bei 053 02 wird das gesamte auf Grund der neuen gesetzlichen Regelung (GrEStG 1983) anfallende Grunderwerbsteueraufkommen ausgewiesen.

Zu 059 01

Das Feuerschutzsteueraufkommen ist zweckgebunden für Brandschutzaufgaben einzusetzen. Vom Aufkommen fließen 75% an die Landkreise und Gemeinden, der Rest wird für Brandschutzaufgaben des Landes verwendet.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1302 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
069 01-2	910	Mindereinnahmen bei Steuern		—	—	—	—
119 31-1	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen *** <i>Abweichend von §§ 61 Abs. 1 bzw. 63 Abs. 3 LHO dürfen Haushaltspläne und andere haushaltsrechtliche Vorschriften unentgeltlich abgegeben werden.</i>		1.500	1.500	—	1
119 41-9	017	Rückzahlung von Überzahlungen		20.000	40.000	–20.000	—
119 51-6	017	Vermischte Einnahmen		—	20.000	–20.000	—
119 53-2	872	Erbschaft des Fiskus nach § 1936 BGB sowie Einn. aus der Verw. und Verwertung von herrenlosem Gut, beschlagn. Vermögen und dgl.		3.000.000	1.800.000	+1.200.000	4.232
122 01-0	862	Konzessionsabgaben des Zahlenlottos und des Fußballtotos		—	—	—	31.451
122 03-7	862	Konzessionsabgaben auf Lotterien *** <i>Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist der Abs. 3 der Erläuterungen verbindlich.</i>		—	—	—	15.654
122 04-5	862	Konzessionsabgaben aufgrund § 6 NLottG		308.000.000	265.000.000	+43.000.000	234.276
122 05-3	862	Konzessionsabgaben für Bingo-Lotterie * <i>Vgl. K-Vermerk zu 0302 - 685 55.</i>		4.100.000	7.700.000	–3.600.000	3.214
122 06-1	862	Zweckerträge aus der Lotterie Glücksspirale * <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 0331 - 61.</i>		4.100.000	—	+4.100.000	—
123 01-7	862	Einnahmen aus der Nordwestdeutschen Klassenlotterie		10.500.000	12.600.000	–2.100.000	12.861
133 01-2	869	Erlöse aus dem Verkauf von Landesvermögen *** <i>Kosten können durch Absetzen von der Einnahme verausgabt werden.</i>		125.000.000	—	+125.000.000	—
134 01-9	871	Kapitalrückzahlungen von Landesbetrieben zur Refinanzierung des Grundstocks * <i>Vgl. K-Vermerk zu 916 01.</i>		201.600	—	+201.600	46
241 02-8	017	Erstattung von Ausgleichsbezügen gemäß § 87 Abs. 2 des Soldatenversorgungsgesetzes vom Bund		400.000	700.000	–300.000	302
241 05-2	231	Erstattung des Bundeskindergeldes und des Zuschlags zum Bundeskindergeld f. Landesbedienstete und Versorgungsempfänger vom Bund * <i>Vgl. K-Vermerk zu 681 19.</i> *** <i>Rückzahlungen sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.</i>		—	—	—	12
351 01-0	950	Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage		870.234.400	81.411.400	+788.823.000	—
356 01-1	950	Entnahme aus dem Grundstock (ohne Agrarstrukturfonds)		113.000.000	50.000.000	+63.000.000	—
356 02-0	950	Entnahme aus dem Agrarstrukturfonds		15.000.000	13.300.000	+1.700.000	13.300
356 03-8	950	Rückführung aus dem Wirtschaftsförderfonds		3.595.000	—	+3.595.000	—
371 01-0	989	Globale Mehreinnahmen		—	—	—	—
372 01-7	988	Globale Mindereinnahmen		—	—	—	—
381 02-4	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts zur Refinanzierung des Grundstocks * <i>Vgl. K-Vermerk zu 916 01.</i> ** <i>Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>		4.586.900	2.521.600	+2.065.300	4.376
A U S G A B E N							
422 02-2	960	Nachversicherungen für aus dem Landesdienst ausscheidende Bedienstete	—	45.000.000	60.000.000	–15.000.000	43.701
441 07-8	981	Zur Deckung des Mehrbedarfs an Beihilfen (ohne Versorgung)	—	—	–37.000.000	+37.000.000	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 119 31

Einnahmen aus dem Verkauf von Haushaltsplänen, Haushaltsrechnungen und anderen haushaltsrechtlichen Vorschriften. Über unentgeltliche Abgaben wird von Fall zu Fall entschieden.

Zu 122 04

Nach dem Niedersächsischen Gesetz über das Lotterie- und Wettwesen (NLottG) i. d. F. vom 21. 6. 1997 (Nds. GVBl. Nr. 12/1997, ausgegeben am 26. 6. 1997) haben Wettunternehmen Konzessionsabgaben an das Land abzuführen.

Zu 122 05

Gemäß § 7 Abs. 4 NLottG sind abweichend von § 7 Abs. 1 bis 3 NLottG für die erstmalig eingeführte Umweltlotterie „BINGOLOTTO“ die Konzessionsabgaben ausschließlich für Zwecke des Umweltschutzes, vorrangig in Niedersachsen, zu verwenden.

Die Ausgabe ist bei Kap. 03 02 Titel 685 55 veranschlagt.

Zu 122 06

Das Land Niedersachsen ist seit dem 1. 1. 2000 neuer Destinatär der Lotterie Glücksspirale. Die anfallenden Zweckerträge sind im Epl. 03 veranschlagt und zweckgebunden für die Sanierung von Sportstätten zu verwenden.

Zu 123 01

Die Nordwestdeutsche Klassenlotterie wird im Namen und für Rechnung mehrerer Länder betrieben. Grundlage ist für Niedersachsen das Gesetz vom 20. 3. 1948 (Nieders. GVBl. Sb. I S. 579). Die Bilanzgewinne werden im Verhältnis der Einwohnerzahlen und der verkauften Lose zwischen den Ländern verteilt. Erfahrungsgemäß entfallen auf Niedersachsen etwa 21 v. H.

Zu 134 01

Der Ankauf von Grundstücken für die Katasterverwaltung (Kapitel 03 18), das Mess- und Eichwesen (Kapitel 08 11) und das Landesamt für Wasserwirtschaft und Küstenschutz (Kapitel 15 55) ist aus dem Grundstock vorfinanziert worden.

Zu 241 02

Inhaber eines Eingliederungsscheines erhalten als Beamte nach § 11a des Soldatenversorgungsgesetzes vom 5. 3. 1987 (BGBl. I S. 843) Ausgleichsbezüge zum Unterhaltszuschuss bzw. zu den Dienstbezügen. Nach § 87 Abs. 2 dieses Gesetzes trägt der Bund die Ausgleichsbezüge. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung werden die vom Bund zu erstattenden Leistungen hier in einer Summe ausgewiesen.

Zu 241 05

Anpassung an das Jahressteuergesetz 1996 vom 11. 10. 1995.

Die Bundeserstattung für das Kindergeld entfällt. Die vom Arbeitgeber gezahlten Beträge sind mit der Lohnsteuerschuld zu verrechnen.

Zu 351 01

Zum Ausgleich des Haushalts.

Zu 356 01

Entnahme zur Deckung des Haushalts.

Zu 356 02

Entnahme zur Deckung des Haushalts.

Zu 356 03

Vgl. 50 81 – 919 01.

Zu 381 02

In zunehmendem Maße werden anstelle von angemieteten Diensträumen Liegenschaften bereitgestellt, die aus dem Grundstock finanziert werden. Die wegfallenden Ausgaben für Mieten sind dem Grundstock solange zur Refinanzierung zur Verfügung zu stellen, bis der kapitalisierte Kaufpreis in den Grundstock zurückgeführt wurde.

Außerdem werden hier die Erbbauzinsen vereinnahmt, die im Rahmen des Modellversuchs „Budgetierung der Niedersächsischen Häfen- und Schifffahrtsverwaltung“ dem Grundstock zuzuführen sind.

Vgl. 03 05 – 981 01, 03 20 – 981 02, 03 26 – 981 03, 04 06 – 981 02, 05 15 – 981 01, 07 51 – 981 01, 08 20 – 981 01, 08 31 – 981 61, 11 10 – 981 02, 13 21 – 981 61, 13 21 – 981 70

Zu 422 02

Zentral im Epl. 13 veranschlagt.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1302 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
461 01-0	981	Zur Deckung des Mehrbedarfs an Personal- ausgaben (ohne Versorgung) * <i>Einseitig deckungsfähig zugunsten 916 02.</i> *** <i>Die Ausgaben sind gem. § 20 Abs. 2 LHO im Gesamthaushalt für die Rechnungs- legung deckungsfähig mit den in § 20 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a) Doppelbuchst. aa) LHO genannten Ausgaben.</i>	—	306.605.900	460.548.900	-153.943.000	—
461 02-8	981	Zur Deckung des Mehrbedarfs an Personalaus- gaben aufgrund der Leistungsprämien- und -zulagenverordnung - NLPZVO - *** <i>Die Ausgaben sind gem. § 20 Abs. 2 LHO im Gesamthaushalt für die Rechnungs- legung deckungsfähig mit den in § 20 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a) Doppelbuchst. aa) LHO genannten Ausgaben.</i>	—	—	—	—	—
461 05-2	981	Globale Minderausgaben aufgrund des Stellenabbaues infolge der Zielverein- barungen	—	—	—	—	—
527 05-3	988	Verstärkungsmittel für Wegstreckenent- schädigungen *** <i>MF wird ermächtigt, die Mittel auf die betroffenen Einzelpläne zu verteilen.</i>	—	3.000.000	—	+3.000.000	—
529 01-3	011	Zur Verfügung der Landesregierung * <i>Einseitig deckungsfähig bis zur Höhe von 10.000 DM zugunsten 529 02. Gegenseitig deckungsfähig: 529 01 und 529 03.</i> *** <i>Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.</i>	— 200.000	990.000	990.000	—	562
529 02-1	012	Verfügun gsmittel für Landesdienststellen bei außergewöhnlichem Aufwand aus dienstli- cher Veranlassung und in besonderen Fällen * <i>Einseitig deckungsfähig bis zur Höhe von 10.000 DM zu Lasten 529 01.</i> *** <i>Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.</i>	—	12.000	12.000	—	8
529 03-0	011	Zur Verfügung der Landesregierung im Zusammenhang mit Veranstaltungen von internationaler Bedeutung * <i>Vgl. D-Vermerk zu 529 01.</i> *** <i>Kostenbeiträge können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.</i>	—	360.000	460.000	-100.000	—
531 02-6	017	Drucklegung des Haushaltsplans, der Haus- haltsrechnung u.ä. sowie haushaltsrechtl. und haushaltswirtschaftl. Vorschriften	—	1.212.500	1.212.500	—	579
538 01-2	012	Dienstleistungen Außenstehender * <i>Übertragbar.</i>	—	—	—	—	—
549 01-4	989	Globale Minderausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben	—	-10.000.000	—	-10.000.000	—
681 03-6	260	Leistungen zur Beseitigung von außer- ordentlichen Notständen * <i>Übertragbar.</i>	—	720.000	900.000	-180.000	100
681 19-2	231	Bundeskindergeld und Bundeskindergeld- zuschlag für Landesbedienstete und Versorgungsempfänger * <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 241 05.</i> *** <i>Rückflüsse sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.</i>	—	—	—	—	22
681 59-1	872	Ausgaben im Zusammenhang mit Erbschaften n. § 1936 BGB, der Verw. und Verwert. von her- renlosem Gut, beschlagn. Vermögen und dgl.	—	400.000	400.000	—	834
682 01-6	981	Personalverstärkungsmittel für Landes- betriebe *** <i>MF wird ermächtigt, den Landesbetrieben Mittel in Höhe der Gehalts- und Tarif- erhöhungen zuzuführen.</i>	—	15.437.700	36.500.000	-21.062.300	—
911 01-5	950	Zuführung an die Allgemeine Rücklage	—	—	—	—	312.719

ERLÄUTERUNGEN

Zu 529 01 und 529 02

Die Inanspruchnahme richtet sich nach den vom LM in der Sitzung am 25. 6. 1986 beschlossenen Richtlinien für die Bewirtschaftung von Verfügungsmitteln und dem Rundschreiben des MF vom 31. 7. 1986 – 10 – 13 02 (40) – (VORIS 64000 03 00 00 030).

Zu 531 02

Veranschlagt sind die Kosten insbesondere für den Druck des Haushaltsplans und Erstellung des Reindrucks auf CD-Rom, etwaiger Ergänzungen und Nachträge, der Haushaltsrechnung, der Mipla, des Subventionsberichts sowie haushaltsrechtlicher Vorschriften und Vordrucke.

Zu 681 19

Vgl. Erläuterungen zu 241 05.

Zu 681 59

Der Fiskus ist als Erbe gemäß § 1967 BGB verpflichtet, Nachlassverbindlichkeiten zu erfüllen.

Zu 682 01

Bei den Zuweisungen an die Landesbetriebe wurden keine Erhöhungsbeträge berücksichtigt.

Zentrale Veranschlagung im Epl. 13.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1302 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
916 01-7	950	Zuführung an den Grundstock (ohne Agrar- strukturfonds) * <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 134 01 und 381 02.</i>	—	4.788.500	2.521.600	+2.266.900	4.422
916 02-5	950	Zuführungen an die Landesversorgungs- rücklage * <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 461 01.</i>	—	—	—	—	9.743
961 01-2	970	Zum Ausgleich von Fehlbeträgen aus Vorjahren	—	—	—	—	—
971 01-8	988	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel)	—	3.000.000	3.000.000	—	—
972 01-4	989	Globale Minderausgaben	—	–420.000.000	–408.000.000	–12.000.000	—
981 01-3	990	Abführung an 13 21 - 381 13	—	8.700	—	+8.700	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 65 bis 67		Zuschüsse an „Kinder von Tschernobyl - Stiftung des Landes Niedersachsen“ ** <i>Abweichend von § 20 LHO sind die Aus- gaben der Titelgruppe nicht gegenseitig deckungsfähig.</i>	(—)	(663.000)	(649.000)	(+14.000)	(721)
685 65-1	290	Zuschüsse aus den Konzessionsabgaben nach dem NLottG *** <i>Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetz- lichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.</i>	—	663.000	649.000	+14.000	635
685 66-0	290	Zuschüsse aus Toto-/Lotto-Mitteln (Konzessionsabgabe) nach Art. 10 Haushaltsbegleitgesetz 1997	—	—	—	—	—
685 67-8	290	Zuschüsse aus der Konzessionsabgabe nach Art. 10 Haushaltsbegleitgesetz 1997 *** <i>Die Ausgaben dürfen nur in Höhe des ge- setzlichen Anteils an den Ist-Einnahmen bei 13 02 Tit. 122 03 geleistet werden.</i>	—	—	—	—	86
TGr. 70		Gutachten u.ä. im Zusammenhang mit dem Gesamthaushalt * <i>Übertragbar.</i>	(—)	(1.000.000)	(200.000)	(+800.000)	(52)
429 70-1	019	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
538 70-5	019	Dienstleistungen Außenstehender	—	1.000.000	200.000	+800.000	52
547 70-4	019	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		24.600.000	–24.600.000	
		Abschluss Kapitel 13 02					
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben		—	—	—	
		1 Eigene Einnahmen		454.923.100	287.161.500	+167.761.600	
		2 Übertragungseinnahmen		400.000	700.000	–300.000	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		1.006.416.300	147.233.000	+859.183.300	
		Summe der Einnahmen		1.461.739.400	435.094.500	+1.026.644.900	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	351.605.900	484.048.900	–132.443.000	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	–3.425.500	2.874.500	–6.300.000	
		200.000					
		6 Übertragungsausgaben	—	17.220.700	21.949.000	–4.728.300	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	4.100.000	–4.100.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	–412.202.800	–402.478.400	–9.724.400	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	–46.801.700	110.494.000	–157.295.700	
		200.000					
		Überschuss		1.508.541.100	324.600.500	+1.183.940.600	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 916 02

Zur Durchführung des § 14 a des Bundesbesoldungsgesetzes wird für die Versorgung der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter des Landes sowie der Mitglieder der Landesregierung und der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes ein Sondervermögen eingerichtet.

Hinweis auf das Sondervermögen Kap. 51 39 – Landesversorgungsrücklage –.

Zu 971 01

Globalansatz zur Deckung unvermeidbarer Haushaltsüberschreitungen geringeren Umfangs, die in der Haushaltsrechnung bei den jeweiligen Titeln als „mehr“ gebucht werden.

Die Aufteilung des Betrages wird in einer Anlage zur Haushaltsrechnung nachgewiesen.

Zu 972 01

Zum Ausgleich des Haushalts.

Zusätzlich sind in anderen Einzelplänen globale Minderausgaben wie folgt veranschlagt:

05 01	– DM
06 01	19 487 000 DM
08 01	– DM

Zu 981 01

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 65 bis 67

Die Geschäftsführung der Stiftung liegt beim MFAS; das Land trägt die hierfür anfallenden Personal- und Sachkosten. Die Ressortzuständigkeit für die Stiftung liegt beim MF.

Hier sind die gesetzlich festgelegten Anteile an den zweckgebundenen Konzessionsabgaben (gem. Art. 10 Haushaltsbegleitgesetz 1997 bzw. § 7 Abs. 1 bis 3 Niedersächsisches Gesetz über das Lotteriede- und Wettwesen) veranschlagt. Vgl. Erläuterungen zu 13 02 – 122 04.

Zu Titelgruppe 70

Vorsorgliche Veranschlagung von Gutachterkosten im Zusammenhang mit dem Landeshaushalt.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1303 Neue Techniken im Haushaltsbereich

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommuni- kationstechniken * Übertragbar.	(—)	(5.080.000)	(1.681.500)	(+3.398.500)	(76)
515 99-7	012	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	30.000	150.000	–120.000	—
525 99-2	012	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	100.000	110.000	–10.000	1
538 99-7	012	Dienstleistungen Außenstehender	—	2.940.000	411.500	+2.528.500	70
547 99-6	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	10.000	10.000	—	6
812 99-1	012	Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegen- ständen und Software	—	2.000.000	1.000.000	+1.000.000	—
		Abschluss Kapitel 13 03					
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	3.080.000	681.500	+2.398.500	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	2.000.000	1.000.000	+1.000.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	5.080.000	1.681.500	+3.398.500	
		Zuschuss		5.080.000	1.681.500	+3.398.500	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 99

Im Rahmen der Verwaltungsreform soll das bestehende Haushaltswirtschaftssystem bis zum Jahr 2005 durch ein neues – stärker ökonomisch orientiertes – Steuerungssystem ergänzt und ersetzt werden soweit es rechtlich und tatsächlich möglich ist. Als erste Stufe werden bereits die Bereiche des Haushaltsvollzugs (Kassenverfahren und Haushaltsmittelbewirtschaftung – P 53-Verfahren) sowie stufenweise die Bereiche der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) realisiert. In einer zweiten Stufe sollen die übrigen Verfahren und Teilverfahren im Bereich der öffentlichen Haushaltswirtschaft zu einem integrierten Verfahren vereint werden:

- Aufstellung der Mittelfristigen Planung (Mipla),
- Aufstellung des Haushaltsplans,
- zentrale Maßnahmen der Haushaltsführung und Haushaltsbewirtschaftung,
- Aufstellung der Haushaltsrechnung.

Das derzeitige zentrale Verfahren der Haushaltswirtschaft (MHR-Verfahren – Mipla – Haushalt – Rechnung) wird hierdurch ersetzt.

Die Maßnahme wird im Jahre 2000 begonnen, veranschlagt sind die in 2001 voraussichtlich fällig werdenden Beträge.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte üpl. VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	100 000	4 514 400	—	4 614 400
2002	80 000	3 141 800	—	3 221 800
2003	—	679 500	—	679 500
2004	—	679 500	—	679 500
2005 ff.	—	—	—	—
Summe	180 000	9 015 200	—	9 195 200

Zu 538 99

Beratung bei der Verfahrenseinführung, landesspezifische Anpassungen, Betriebskosten des Informatik-Zentrums Niedersachsen.

Zu 812 99

Für den Erwerb der Software.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
 Kapitel 1310 Ausgleichsleistungen zwischen Land, Bund und Ländern

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
211 01-9	910	Ergänzungszuweisung des Bundes (Art. 107 Abs. 2 GG) ***Rückzahlungen sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.		1.530.000.000	1.557.000.000	–27.000.000	1.709.944
212 01-5	910	Länderfinanzausgleich (Art. 107 Abs. 2 GG) ***Rückzahlungen sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.		884.000.000	819.000.000	+65.000.000	950.163
		A U S G A B E N					
686 01-7	029	Anteil des dem Lande Österreich zustehenden Biersteueraufkommens (Artikel 12 des Vertrages vom 2.12.1890)	—	4.000	5.000	–1.000	4
		Abschluss Kapitel 13 10					
		2 Übertragungseinnahmen		2.414.000.000	2.376.000.000	+38.000.000	
		Summe der Einnahmen		2.414.000.000	2.376.000.000	+38.000.000	
		6 Übertragungsausgaben	—	4.000	5.000	–1.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	4.000	5.000	–1.000	
		Überschuss		2.413.996.000	2.375.995.000	+38.001.000	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 211 01 und 212 01

Errechnet auf Grund der Steuerschätzung (vgl. zu Kapitel 13 01).

Zu 686 01

Nach dem deutsch-österreichischen Vertrag vom 2. 12. 1890 über den Anschluß der österreichischen Gemeinde Mittelberg an das Zollsystem des Deutschen Reiches (RGBl. 1891 S. 59) ist der Bund Vertragspartner und im Außenverhältnis zu Österreich verpflichtet, den Biersteueranteil abzuführen. Im Innenverhältnis fordert der Bund den von den Ländern vereinnahmten Biersteueranteil zurück. Gem. Beschluß der Finanzministerkonferenz vom 1. 12. 1977 trägt Bayern die Hälfte. Die zweite Hälfte entfällt auf die anderen Länder. Der niedersächsische Anteil hieran beträgt 8,57 v. H.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
 Kapitel 1312 Finanzausgleich zwischen Land, Gemeinden und Landkreisen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
011 10-6	910	Vorauszahlung auf den Gemeindeanteil an der Lohnsteuer		—	—	—	—
012 10-2	910	Vorauszahlung auf den Gemeindeanteil an der veranlagten Einkommensteuer		—	—	—	—
015 10-1	910	Vorauszahlung auf den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer ***Ausgaben sind durch Absetzung von der Einnahme zu leisten. Zahlungen an die Kommunen dürfen bis Ende Februar des folgenden Haushaltsjahres noch zu Lasten des abzuschließenden Haushaltsjahres gebucht werden.		—	—	—	—
018 10-0	910	Vorauszahlung auf den Gemeindeanteil am Zinsabschlag		—	—	—	—
119 41-1	017	Rückzahlung von Überzahlungen		30.000	30.000	—	—
119 51-9	017	Vermischte Einnahmen		20.000	20.000	—	25
213 01-9	910	Einheitsumlage		—	—	—	—
213 81-7	910	Einnahmen aus der Finanzausgleichsumlage * Vgl. K-Vermerk zu 613 84.		50.000.000	44.000.000	+6.000.000	51.277
231 01-7	017	Erstattung von Verwaltungsausgaben der Ämter für Verteidigungslasten durch den Bund		1.100.000	1.100.000	—	825
286 01-6	017	Erstattung gemäß Art.56 Abs.10 des Zusatzabkommens zum Nato-Truppenstatut durch die Stationierungstruppen		—	—	—	—
A U S G A B E N							
613 01-7	910	Zuweisungen an Landkreise und kreisfreie Städte aus dem Aufkommen an Grunderwerbsteuer	—	—	—	—	0
633 01-8	017	Erstattung von Verwaltungsausgaben der Ämter für Verteidigungslasten bei kommunalen Gebietskörperschaften	—	2.300.000	2.300.000	—	2.014
633 03-4	910	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Gemeinden (GV) für die Durchführung des Bundeserziehungsgeldgesetzes ***Im Rahmen der Abrechnung für das Vorjahr sind Rückzahlungen von Gemeinden (GV) durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen. Zahlungen dürfen bis zur Höhe der Rückzahlungen geleistet werden.	—	—	—	—	4
643 01-3	910	Rückzahlung von Gemeinden und Landkreisen aufgrund der Steuerverbundabrechnung des Vorjahres	—	—	—	—	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 73 bis 76		Zuweisungen an Gemeinden und Landkreise innerhalb des Steuerverbundes * Übertragbar. ***Für die Berechnung und Aufteilung der Ausgleichsmasse gelten die §§ 1 und 2 NFAG. Dadurch sowie durch Rundungen im Vorjahr eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden.	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
613 73-4	910	Bedarfszuweisungen wegen einer außergewöhnlichen Lage ***Nicht verbrauchte Ausgaben wachsen den Bedarfszuweisungen für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden. Rückzahlungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.	—	—	—	—	—
613 74-2	910	Ausgleichsbetrag	—	—	—	—	—
613 75-0	910	Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 213 01

Die Einheitsumlage wird seit 1999 nicht mehr erhoben.

Zu 213 81

Die Finanzausgleichsumlage wird gem. § 16 NFAG erhoben und fließt den Schlüsselzuweisungen des laufenden Haushaltsjahres zu (vgl. K-Vermerk bei 613 84).

Zu 231 01

Nach den Richtlinien über pauschale Zuschüsse des Bundes zu den laufenden Verwaltungsausgaben der Verteidigungslastenverwaltung vom 6. 12. 1976 und den dazu ergangenen Ergänzungsrundschreiben leistet der Bund zu den persönlichen Aufwendungen und zu den Sachausgaben jährlich für jeden Beschäftigten einen Zuschuß.

Die Einnahme dient zur Teildeckung der Ausgaben bei 633 01.

Zu 286 01

Die Lohnstelle Celle ist mit Wirkung vom 1. April 1998 aufgelöst worden. Die Tätigkeiten wurden in der Lohnstelle Soest (NRW) zentralisiert.

Zu 613 01

Zur Zahlung des bei 13 01 – 053 01 nach altem Recht vereinnahmten Gemeindeanteils an der Grunderwerbsteuer.

Der Gemeindeanteil an der bei 13 01 – 053 02 veranschlagten Grunderwerbsteuer ist seit 1999 in der Titelgruppe 81 bis 84 enthalten.

Zu 633 01

Den kommunalen Gebietskörperschaften werden die persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten der Ämter für Verteidigungslasten ersetzt (§ 14 NFAG).

Zu 633 03

Die Erstattung der Verwaltungsausgaben ist ab 1999 in Titel 613 82 enthalten.

Zu Titelgruppe 73 bis 76

Die Mittel für die Zuweisungen an Gemeinden und Landkreise innerhalb des Steuerverbundes sind seit 1999 in der Titelgruppe 81 bis 84 veranschlagt.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1312 Finanzausgleich zwischen Land, Gemeinden und Landkreisen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
613 76-9	910	Allgemeine Schlüsselzuweisungen	—	—	—	—	—
883 73-1	910	Bedarfszuweisungen aus Anlass besonderer Aufgaben ***Vgl. Vermerk zu 613 73.	—	—	—	—	—
883 76-6	910	Investiver Anteil an den Schlüsselzuweisungen	—	—	—	—	—
TGr. 81 bis 84		Zuweisungen an Gemeinden und Landkreise innerhalb des Steuerverbundes (ab Haushaltsjahr 1999) * Übertragbar. ***Für die Berechnung und Aufteilung der Ausgleichsmasse gelten die §§ 1 bis 3 NFVG und die §§ 1, 2 und 16 NFAG. Dadurch sowie durch Rundungen im Vorjahr eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden.	(—)	(5.300.196.700)	(5.518.440.600)	(–218.243.900)	(5.028.567)
613 81-5	910	Bedarfszuweisungen wegen einer außergewöhnlichen Lage ***Nicht verbrauchte Ausgaben wachsen den Bedarfszuweisungen für das nächste Haushaltsjahr zu. Dadurch eintretende Mehrausgaben dürfen geleistet werden. Rückzahlungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.	—	120.000.000	95.000.000	+25.000.000	99.900
613 82-3	910	Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	—	705.810.600	832.381.600	–126.571.000	822.177
613 83-1	910	Allgemeine Schlüsselzuweisungen	—	3.875.801.600	3.983.385.700	–107.584.100	3.548.799
613 84-0	910	Finanzausgleichsumlage * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 213 81.	—	50.000.000	44.000.000	+6.000.000	51.277
883 81-2	910	Bedarfszuweisungen aus Anlass besonderer Aufgaben ***Vgl. Vermerk zu 613 81.	—	5.000.000	5.000.000	—	4.219
883 83-9	910	Finanzhilfen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	543.584.500	558.673.300	–15.088.800	502.195
Abschluss Kapitel 13 12							
0 Steuern und steuerähnliche Abgaben				—	—	—	
1 Eigene Einnahmen				50.000	50.000	—	
2 Übertragungseinnahmen				51.100.000	45.100.000	+6.000.000	
Summe der Einnahmen				51.150.000	45.150.000	+6.000.000	
6 Übertragungsausgaben			—	4.753.912.200	4.957.067.300	–203.155.100	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	548.584.500	563.673.300	–15.088.800	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	5.302.496.700	5.520.740.600	–218.243.900	
Zuschuss				5.251.346.700	5.475.590.600	–224.243.900	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 81 bis 84

Die Finanzzuweisungen sind nach §§ 1 und 16 NFAG und § 1 NFVG ermittelt worden.

Sie errechnen sich wie folgt:

Landesanteil an den Steuern	
Summe A + B Kapitel 13 01	27 818 000 000 DM
abzüglich GewSt-Umlage Titel 017 01	377 000 000 DM
abzüglich GewSt-Umlage Titel 017 02	455 000 000 DM
abzüglich GrEST Titel 053 02	968 000 000 DM
abzüglich Feuerschutzsteuer Titel 059 01	61 000 000 DM
Zwischensumme	25 957 000 000 DM
Länderfinanzausgleich Kap. 13 10 Tit. 212 01	884 000 000 DM
Bundesergänzungszuweisungen Kap. 13 10 Tit. 211 01	1 530 000 000 DM
Förderabgabe Kap. 08 10 Tit. 122 01	450 000 000 DM
Spielbankabgabe Kap. 13 99 Tit. 093 01	166 400 000 DM
Summe Verbundeinnahmen	28 987 400 000 DM
Verbundquote	17,01%
	4 930 756 700 DM
33 v.H. der Grunderwerbsteuer 053 02	319 440 000 DM
Zuweisungsmasse	5 250 196 700 DM
Finanzausgleichsumlage	50 000 000 DM
	5 300 196 700 DM

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1320 Vermögensverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 51-4	016	Vermischte Einnahmen		5.000	5.000	—	—
121 11-0	853	Gewinne aus der Beteiligung an Unternehmen des öffentlichen Rechts		29.000.000	23.000.000	+6.000.000	22.454
121 12-8	872	Gewinne aus der Beteiligung an Unternehmen des privaten Rechts		500.000	200.000	+300.000	679
133 01-0	869	Erlöse aus dem Verkauf von Aktien, Ge- schäftsanteilen, Bezugsrechten usw. und aus der Liquidation von Unternehmen ***Kosten können durch Absetzen von der Einnahme verausgabt werden.		—	—	—	1.950
161 01-4	872	Zinseinnahmen durch die Inanspruchnahme von Betriebsmittelvorschüssen im Einzelplan 05		—	600.000	–600.000	—
161 02-2	872	Zinseinnahmen durch die Inanspruchnahme von Betriebsmittelvorschüssen im Einzelplan 06		—	—	—	0
161 03-0	872	Zinseinnahmen durch die Inanspruchnahme von Betriebsmittelvorschüssen im Einzelplan 09		—	2.500	–2.500	3
161 05-7	872	Einnahmen aus der Verzinsung des Träger- kapitals des Landes bei den Öffentlichen Versicherungen Oldenburg und Braunschweig * Vgl. K-Vermerk zu 685 05.		378.000	378.000	—	335
161 10-3	872	Zinseinnahmen aus einem Darlehen an die Hannoversche Beteiligungsgesellschaft mbH		—	—	—	—
161 20-0	872	Zinseinnahmen aus Kassenbestands- verstärkungen an Landesbetriebe ***Zinsausgaben für abgelieferte Kassen- mittel können bis zur Höhe des unabweis- baren Bedarfs durch Absetzen von der Einnahme geleistet werden.		202.500	—	+202.500	—
161 21-9	872	Zinseinnahmen aus Kassenbestands- verstärkungen an Landesgesellschaften ***Zinsausgaben für abgelieferte Kassen- mittel können bis zur Höhe des unabweis- baren Bedarfs durch Absetzen von der Einnahme geleistet werden.		—	—	—	418
162 53-3	872	Zinsen aus Geldanlagen		5.000.000	8.000.000	–3.000.000	950
331 63-7	960	Zuweisungen für Investitionen vom Bund wegen Eigenkapitalzuführung an die EXPO 2000 Hannover GmbH * Vgl. K-Vermerk zu 1320 - 831 63.		—	—	—	—
359 01-9	950	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB für den Bereich des Epl. 05		—	—	—	—
359 02-7	950	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB für den Bereich des Epl. 08		—	—	—	—
359 03-5	950	Entnahme aus dem Vermögen der NORD/LB für den Bereich des Epl. 09		13.496.000	15.022.000	–1.526.000	16.134
382 07-0	990	Bundesanteile an den Darlehen einzelbe- triebliche Förderung GemAgrG -Zinsen- * Vgl. K-Vermerk zu 982 04.		2.100.000	2.400.000	–300.000	2.695
382 08-8	990	Wie 382 07 -Tilgungen- * Vgl. K-Vermerk zu 982 04.		13.800.000	14.100.000	–300.000	16.161
382 09-6	990	Bundesanteile an den Darlehen Flurbereini- gung GemAgrG -Zinsen- * Vgl. K-Vermerk zu 982 05.		—	—	—	—
382 10-0	990	Wie 382 09 -Tilgungen- * Vgl. K-Vermerk zu 982 05.		450.000	480.000	–30.000	678
382 11-8	990	Bundesanteile an den Darlehen Siedlung und Landarbeiterwohnungen GemAgrG -Zinsen- * Vgl. K-Vermerk zu 982 06.		186.000	186.000	—	262
382 12-6	990	Wie 382 11 -Tilgungen- * Vgl. K-Vermerk zu 982 06.		2.352.000	3.732.000	–1.380.000	2.668

ERLÄUTERUNGEN

Zu 121 11 und 121 12

Die Beteiligungen des Landes Niedersachsen und die zu erwartenden Gewinne sind in der Beilage 1 zum Einzelplan 13 sachlich geordnet und zusammengestellt.

Zu 161 01, 161 02 und 161 03

Bislang wurden die Zinsen für die den landeseigenen Krankenhäusern, den Hochschulkliniken und den selbstbewirtschafteten landwirtschaftlichen Landesbetrieben zur Aufrechterhaltung der Liquidität gewährten Betriebsmittelvorschüsse hier vereinnahmt.

Die Geldversorgung erfolgt nunmehr über Kassenbestandsverstärkungen; die Zinsen hierfür werden bei 161 20 vereinnahmt.

Zu 161 05

Die Zinseinnahmen sind zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen des Landes aufgrund der Übertragung der Teilträgerschaften bei den Öffentlichen Versicherungen Oldenburg und Braunschweig zu verwenden (s. Titel 685 05). Der Titel wurde bereits 1995 außerplanmäßig eingerichtet.

Zu 161 20

Zinsen für den Kontenausgleich der Landesbetriebe.

Zu 161 21

Gemäß Vertrag von 4. 3. 1999 zwischen dem Land Niedersachsen und der Hannoverschen Beteiligungsgesellschaft mbH wird das Girokonto der HanBG bei der NordLB in ein automatisches Verstärkungs- und Abführungsverfahren mit der Niedersächsischen Landeshauptkasse einbezogen. Zu diesem Zweck übernimmt das Land in unbegrenzter Höhe positive wie negative Salden vom Konto der Han BG auf das Konto der LHK. Der sich entsprechend ergebende Zinsbetrag wird hier vereinnahmt bzw. von der Einnahme abgesetzt.

Zu 359 01

Eine Entnahme ist vorzunehmen, wenn die Rückflüsse die Ausgaben für den sozialen Wohnungsbau überschreiten und der Überschuss in Anwendung des Gesetzes über die Bindung der Rückflüsse aus Darlehen zur Förderung des Wohnungsbaues vom 4. Juli 1991 (Nieders. GVBl. S. 249) der Unterabteilung Wohnungsbau der Allgemeinen Rücklage zuzuführen ist.

Zu 359 02 und 359 03

Entnahme der bei den Landestreuhandstellen aufkommenden Zinsen und Tilgungen auf Darlehen, vgl. Gesetz über die Einbringung der Fördervermögen des Landes Niedersachsen in das haftende Eigenkapital der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale – vom 17. Dezember 1991 (Nieders. GVBl. S. 358); hier: § 5 Nrn. 1 und 2 des Einbringungsvertrages.

Zu 382 07 bis 382 12

Bundesanteile an den Zinsen und Tilgungen für die im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ gewährten Darlehen.

Die Anteile werden bei 982 04 bis 982 06 verausgabt.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1320 Vermögensverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
Titelgruppe(n)							
TGr. 63		Einnahmen im Zusammenhang mit der Finanzierung der Expo		(—)	(—)	(—)	(8.314)
162 63-0	869	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland		—	—	—	314
182 63-1	869	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland * Vgl. K-Vermerk zu 892 63.		—	—	—	8.000
TGr. 64		Darlehen aus dem Epl. 03		(—)	(—)	(—)	(7)
162 64-9	872	Zinsen		—	—	—	0
182 64-0	872	Tilgungen		—	—	—	7
TGr. 66		Darlehen aus dem Epl. 05		(600.100)	(614.800)	(–14.700)	(623)
162 66-5	872	Sonstige Zinsen		104.700	111.200	–6.500	110
173 66-7	872	Tilgungen von Gemeinden (GV)		4.000	4.000	—	2
182 66-6	872	Sonstige Tilgungen		490.100	498.600	–8.500	510
233 66-0	872	Verwaltungskostenerstattung von Gemeinden (GV)		1.300	1.000	+300	1
TGr. 68		Darlehen zur Förderung des Schulbaues (einschl. Sportstätten)		(2.227.800)	(2.810.500)	(–582.700)	(3.165)
153 68-2	872	Zinsen von Gemeinden (GV)		—	—	—	1
157 68-8	872	Zinsen von Zweckverbänden		—	—	—	—
173 68-3	872	Tilgungen von Gemeinden (GV)		2.226.800	2.809.500	–582.700	3.163
177 68-9	872	Tilgungen von Zweckverbänden		—	—	—	—
182 68-2	872	Sonstige Tilgungen		1.000	1.000	—	1
TGr. 69		Darlehen zur Studien- und Graduiertenförderung		(35.200.000)	(27.083.000)	(+8.117.000)	(54.984)
162 69-0	872	Zinsen		200.000	183.000	+17.000	346
182 69-0	872	Tilgungen		35.000.000	26.900.000	+8.100.000	54.639
TGr. 71		Sonstige Darlehen aus dem Epl. 07		(—)	(—)	(—)	(0)
162 71-1	872	Zinsen		—	—	—	—
182 71-2	872	Tilgungen		—	—	—	0
TGr. 82		Darlehen und rückzahlbare Schuldendiensthilfen für die Wasserwirtschaftsverwaltung		(15.621.800)	(17.453.700)	(–1.831.900)	(15.089)
153 82-8	872	Zinsen von Gemeinden (GV)		—	—	—	1
157 82-3	872	Zinsen von Zweckverbänden		—	—	—	0
162 82-7	872	Sonstige Zinsen		2.500	2.600	–100	4
173 82-9	872	Tilgungen von Gemeinden (GV)		8.822.400	9.809.300	–986.900	7.991
177 82-4	872	Tilgungen von Zweckverbänden		6.787.400	7.632.200	–844.800	7.083
182 82-8	872	Sonstige Tilgungen		9.500	9.600	–100	11
TGr. 87		Sonstige Darlehen aus dem Epl. 09		(14.031.500)	(13.549.100)	(+482.400)	(13.763)
162 87-8	872	Sonstige Zinsen		999.900	1.071.600	–71.700	967
182 87-9	872	Sonstige Tilgungen		13.031.600	12.477.500	+554.100	12.796
TGr. 92		Darlehen aus dem bisherigen Epl. 12		(14.000)	(16.000)	(–2.000)	(11)
162 92-4	872	Zinsen		1.000	1.000	—	0

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppen 64 bis 98

Es handelt sich um nicht zweckgebundene Zinsen und Tilgungen auf Landesdarlehen (zu einem geringen Teil auch auf sonstige Forderungen und Wertpapiere), die hier zentral vereinnahmt werden. Den Rückflüssen liegen verbindliche Zins- und Tilgungspläne zugrunde. Abweichungen gegenüber den Vorjahresansätzen ergeben sich aus jährlichen Neuberechnungen bei einer Vielzahl von Dienststellen und lassen sich nicht im Einzelnen erläutern.

Zu Titelgruppe 64

Bei diesen Ansätzen werden nicht zweckgebundene Zinsen und Tilgungen auf Darlehen, die aus dem Epl. 03 verausgabt wurden, vereinnahmt.

Zu Titelgruppe 66

Bei diesen Ansätzen werden nicht zweckgebundene Zinsen und Tilgungen auf Darlehen, die aus dem Epl. 05 verausgabt wurden, vereinnahmt.

Zu 162 66 und 182 66

Die Zinsen und Tilgungen von Darlehen für den sozialen Wohnungsbau sind bei 13 25 – Einnahmetitelgruppe 72 bis 75 veranschlagt.

Zu Titelgruppen 68 bis 71

Bei diesen Ansätzen werden nicht zweckgebundene Zinsen und Tilgungen auf Darlehen, die aus den Epl. 06 und 07 verausgabt wurden, vereinnahmt.

Zu 162 69 und 182 69

Die eingehenden Darlehnstilgungen und Zinsbeträge werden vom Bundesverwaltungsamt nach einem Verteilerschlüssel pauschaliert an die Bundesländer abgeführt.

Zu Titelgruppen 82 und 87

Bei diesen Ansätzen werden nicht zweckgebundene Zinsen und Tilgungen auf Darlehen, die aus dem Epl. 09 verausgabt wurden, vereinnahmt.

Zu Titelgruppe 92

Bei diesen Ansätzen werden nicht zweckgebundene Zinsen und Tilgungen auf Darlehen, sonstige Forderungen und Wertpapiere, die aus dem bisherigen Epl. 12 verausgabt wurden, vereinnahmt.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1320 Vermögensverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
182 92-5	872	Tilgungen		13.000	15.000	–2.000	10
TGr. 96		Sonstige Darlehen, Forderungen und Wert- papiere		(5.170.900)	(5.170.900)	(—)	(32)
153 96-8	872	Zinsen von Gemeinden (GV)		—	—	—	0
161 96-0	872	Zinsen von öffentlichen Unternehmen		5.145.000	5.145.000	—	—
162 96-7	872	Sonstige Zinsen		—	—	—	0
173 96-9	872	Tilgungen von Gemeinden (GV)		—	—	—	2
181 96-1	872	Tilgungen von öffentlichen Unternehmen		—	—	—	—
182 96-8	872	Sonstige Tilgungen		25.900	25.900	—	29
TGr. 98		Darlehen zur Förderung von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nach § 96 Abs. 2 AFG		(3.275.100)	(3.712.800)	(–437.700)	(5.712)
153 98-4	872	Zinsen von Gemeinden (GV)		677.200	690.800	–13.600	337
157 98-0	872	Zinsen von Zweckverbänden		107.700	110.600	–2.900	60
162 98-3	872	Zinsen von Sonstigen		200.300	202.700	–2.400	125
173 98-5	872	Tilgungen von Gemeinden (GV)		1.351.300	1.763.900	–412.600	4.050
177 98-0	872	Tilgungen von Zweckverbänden		512.500	515.400	–2.900	481
182 98-4	872	Tilgungen von Sonstigen		426.100	429.400	–3.300	660
A U S G A B E N							
538 01-0	016	Kosten für die Verwaltung von Darlehen durch Kreditinstitute	—	1.000	1.000	—	1
538 02-9	869	Dienstleistungen Außenstehender im Zusam- menhang mit Beteiligungen	—	30.000	30.000	—	1
546 59-5	017	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
581 01-3	928	Tilgung für sonstige Darlehen des Bundes aus dem Epl. 05	—	1.100	1.100	—	1
671 01-2	852	Erstatt. an die Hannoversche Beteiligungs- gesellschaft mbH z. Ausgl. des Verlust- saldos v. Zinsaufwand zu Dividendenerträgen	—	—	—	—	—
685 05-6	189	Vertraglich geregelte Zuschüsse an die Stiftung NORD/LB und ÖVB sowie an die Kulturstiftung der ÖVO * Übertragbar. Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 161 05.	—	378.000	378.000	—	335
685 06-4	179	Anspruch der Volkswagen-Stiftung auf den Dividendengegenwert * Übertragbar.	—	45.350.000	39.305.000	+6.045.000	45.352
831 21-4	853	Kapitalzuführung an die Kreditanstalt für Wiederaufbau	—	—	—	—	—
831 29-0	869	Für unvorhergesehene oder sonst notwendig werdende Beteiligungen und Beteiligungs- kosten ***Ausgaben dürfen im Einzelfall vorüber- gehend zur Vergabe zinsloser Darlehen geleistet werden. Darlehnsrückzahlungen können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden. Einseitig deckungsfähig bis zur Höhe von 2 Mio DM zu Lasten 08 31 - TGr. 61/62 für Maßnahmen im Bereich Häfen und Schifffahrt.	—	350.000	350.000	—	35
911 01-3	950	Zuführung an die Unterabteilung Wohnungsbau der Allgemeinen Rücklage ***Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist der letzte Satz der Erläuterung verbindlich.	—	—	—	—	—
981 01-1	990	Abführung an 13 21 - 381 13	—	8.016.100	—	+8.016.100	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 96

Bei diesen Ansätzen werden nicht zweckgebundene Zinsen und Tilgungen auf Darlehen, sonstige Forderungen und Wertpapiere, die aus dem Epl. 13 verausgabt wurden, vereinnahmt.

Zu 538 02

Die Mittel sind für Gutachten und ähnliche Arbeiten Dritter, die im Zusammenhang mit Beteiligungen des Landes erforderlich werden, bestimmt.

Zu 671 01

Zur Sicherung des Industriestandortes Salzgitter-Peine hat die Hannoversche Beteiligungsgesellschaft mbH im Interesse des Landes Aktien des Stammkapitals der Preussag Stahl AG übernommen. Das Land verpflichtet sich, auf die Dauer von sieben Jahren den Unterschiedsbetrag zwischen den Zinsaufwendungen der Hannoverschen Beteiligungsgesellschaft mbH für die Refinanzierung des Kaufpreises und den Dividendenerträgen aus den Aktien der Preussag Stahl AG zu erstatten.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	—	—	—
2002	—	—	—	—
2003	—	—	—	—
2004	—	—	—	—
2005ff.	70 000 000	—	—	70 000 000
Summe	70 000 000	—	—	70 000 000

Zu 685 05

Gemäß Verträgen vom 17. 3. 1994 zwischen dem Land, dem Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverband und der Landschaftlichen Brandkasse Hannover und vom 29. 3. 1994 zwischen dem Land und der NORD(LB hat sich das Land verpflichtet, die auf die Trägerkapitalanteile des Landes bei den Öffentlichen Versicherungen Oldenburg (ÖVO) bzw. Öffentlichen Versicherungen Braunschweig (ÖVB) entfallenden Zinsen der Kulturstiftung der ÖVO bzw. der Stiftung der NORD/LB und der ÖVB für Braunschweig zuzuführen. Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 161 05.

Zu 685 06

Gem. Vertrag über die Regelung der Rechtsverhältnisse bei der Volkswagenwerk GmbH und über die Errichtung einer Stiftung Volkswagenwerk vom 11./12. November 1959 sowie der Stiftungs-urkunde und Stiftungssatzung vom 19. Mai 1961 hat die Volkswagen-Stiftung einen Anspruch auf den Dividendengegenwert von z. Z. 30 234 600 Stück VW-Aktien.

Zu 831 29

Soweit bei Beteiligungsunternehmen aus wirtschaftlichen und finanziellen Erwägungen Kapitalerhöhungen notwendig werden, kann sich das Land den Beschlüssen nicht entziehen. Mittel sollen nur bei einer Verpflichtung oder einem wichtigen Interesse des Landes in Anspruch genommen werden.

Des weiteren vgl. Erläuterungen zu 08 31 – TGr. 61/62.

Zu 911 01

Vgl. Erläuterungen zu 359 01. Die Zuführung an die Rücklage erhöht oder vermindert sich entsprechend der Isteinnahmen und der darauf entfallenden Bundesanteile sowie der Istaussgaben für den sozialen Wohnungsbau.

Zu 981 01

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1320 Vermögensverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
982 04-2	990	Ablieferung des Bundesanteils an den Zinsen und Tilgungen für Darlehen einzelbetriebliche Förderung GemAgrG <i>* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 07 und 382 08.</i>	—	15.900.000	16.500.000	–600.000	18.856
982 05-0	990	Ablieferung des Bundesanteils an den Zinsen und Tilgungen für Darlehen Flurbereinigung GemAgrG <i>* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 09 und 382 10.</i>	—	450.000	480.000	–30.000	678
982 06-9	990	Ablieferung des Bundesanteils an den Zinsen und Tilgungen für Darlehen Siedlung und Landarbeiterwohnungen GemAgrG <i>* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 382 11 und 382 12.</i>	—	2.538.000	3.918.000	–1.380.000	2.930
Titelgruppe(n)							
TGr. 63/64		Gründung von Gesellschaften im Zusammenhang mit der Expo	(—)	(1.153.000.000)	(8.843.100)	(+1.144.156.900)	(13.417)
661 63-7	869	Schuldendiensthilfen an die NFG <i>* Übertragbar.</i>	—	3.000.000	3.000.000	—	2.415
682 63-4	869	Zuschüsse zur Abdeckung von Verlusten	—	—	—	—	—
831 63-0	869	Kapitalzuführung an die EXPO 2000 Hannover GmbH <i>* Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1320 - 331 63 und 1325 - 325 01.</i>	—	1.150.000.000	—	+1.150.000.000	—
831 64-8	869	Finanzierungsbeitrag Deutscher Pavillon	—	—	5.843.100	–5.843.100	3.002
892 63-9	869	Zuschüsse für Investitionen <i>* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 182 63.</i>	—	—	—	—	8.000
TGr. 65		Zuschüsse an die Staatsbäder <i>* Übertragbar. ***Das MF wird ermächtigt, die Sicherungen der Pachtverpflichtungen der Niedersächsischen Bädergesellschaft mbH für den Anbau des Hauses Esplanade in Bad Nenndorf (Speise- und Mehrzweckräume) zu übernehmen.</i>	(—)	(22.000.000)	(24.100.000)	(–2.100.000)	(22.056)
682 65-0	861	Zuschüsse zur Abdeckung von Verlusten aus der Betriebsführung oder für andere laufende Zwecke	—	19.000.000	20.000.000	–1.000.000	20.000
891 65-9	861	Zuschüsse zu den Investitionen <i>***Als Vorsteuer erstattete Umsatzsteuer wird durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt. Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung in Abs. 3 letzter Satz verbindlich.</i>	—	3.000.000	4.100.000	–1.100.000	2.056
Summe für inzwischen weggefallene Titel			—		36.500.000	–36.500.000	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 982 04 bis 982 06

Vgl. 382 07 bis 382 12.

Zu Titelgruppe 63/64**Zu 661 63****Belastung**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	3 000 000	3 000 000
2002	23 000 000	23 000 000
2003	1 400 000	1 400 000
2004	20 900 000	20 900 000
2005ff.	6 006 700	6 006 700
Summe	54 306 700	54 306 700

Zu 831 63

Der Bund und das Land gehen vor dem Hintergrund der jetzt bekannten Chancen und Risiken von einem maximalen Gesamtverlust bei der EXPO 2000 Hannover GmbH i. H. v. 2 400 Mio. DM aus. Dieser Verlust soll nach Beendigung der Weltausstellung im Jahre 2001 durch Verzehr des Eigenkapitals, das bisher 100 Mio. DM beträgt, gedeckt werden. An der noch erforderlichen Kapitalzuführung i. H. v. 2 300 Mio. DM hat sich das Land mit 50 v. H. zu beteiligen.

Zu Titelgruppe 65

Die Staatsbäder Nenndorf, Norderney und Pyrmont sind Betriebe nach § 26 LHO und dienen als Heilbäder der Volksgesundheit.

Die Staatsbäder werden von jeweils einer Betriebsführungsgesellschaft vor Ort geführt. Diese Gesellschaften gehören zum Vermögen der Staatsbäder. Die Gesellschaften sind auf die Abdeckung von Verlusten angewiesen, weil die Erträge insgesamt hinter den Aufwendungen zurückbleiben. Entsprechende Mittel sind beim Titel 682 63 veranschlagt. Bauten und andere Investitionen der Staatsbäder werden beim Titel 891 63 nachgewiesen.

Weitere Einzelheiten ergeben sich aus den Wirtschaftsplänen der Staatsbäder, die diesem Kapitel als Anlage beigefügt sind.

Belastung zu 891 63

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	—	—	—
2002	—	—	—	—
2003	—	—	—	—
2004	—	—	—	—
2005ff.	124 900 000	—	—	124 900 000
Summe	124 900 000	—	—	124 900 000

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1320 Vermögensverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 13 20					
		1 Eigene Einnahmen		111.225.400	102.595.300	+8.630.100	
		2 Übertragungseinnahmen		1.300	1.000	+300	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		32.384.000	35.920.000	–3.536.000	
		Summe der Einnahmen		143.610.700	138.516.300	+5.094.400	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	32.100	32.100	—	
		6 Übertragungsausgaben	—	67.728.000	79.183.000	–11.455.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	1.153.350.000	6.193.100	+1.147.156.900	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	26.904.100	20.898.000	+6.006.100	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.248.014.200	106.306.200	+1.141.708.000	
		Zuschuss		1.104.403.500		+1.136.613.600	
		Überschuss			32.210.100		

ERLÄUTERUNGEN

Zusammenstellung der Wirtschaftspläne der niedersächsischen Staatsbäder für das Jahr 2001

I. Erfolgspläne (DM)

	Staatsbad Nenndorf			Staatsbad Norderney		
	Ansatz 2001	Ansatz 2000	Vorl. Ist 1999	Ansatz 2001	Ansatz 2000	Vorl. Ist 1999
A. Erträge						
1. Kurtaxe						
Leistungen der Betriebsführerin	700 000	650 000	634 316	8 500 000	8 400 000	7 985 732
2. Erneuerung und Ersatz	—	—	—	—	—	—
3. Übernahme von Steuern	—	—	—	—	—	—
4. Erbbauzinsen	161 000	161 000	131 032	140 000	140 000	93 233
5. Pachterlöse	1 705 000	1 735 000	1 700 604	1 200 000	1 280 000	1 203 943
6. Erlöse aus Anlageabgängen	—	700 000	913 700	—	875 000	—
7. Erlöse aus Rohmoor	—	—	—	—	—	—
8. Auflösung von Rückstellungen	—	—	—	—	—	—
9. Sonstige Erträge	—	—	—	—	—	—
10. Gewinn aus Anlageabgängen	—	—	—	—	—	—
11. Gewinn aus Beteiligung	—	—	—	—	—	—
Summe	2 566 000	3 246 000	3 379 652	9 840 000	10 695 000	9 282 908
B. Aufwendungen						
1. Überlassung der Kurtaxe an die Betriebsführerin zur zweckgerechten Verwendung	700 000	650 000	634 316	8 500 000	8 400 000	7 985 732
2. Abschreibungen auf Sachanlagen	1 800 000	1 800 000	1 800 000	1 550 000	1 550 000	1 450 000
3. Abschreibungen auf Finanzanlagen	—	—	—	—	—	—
4. Absetzung für Substanzverzehr	—	—	—	—	—	—
5. Steuern von Einkommen, Ertrag und Vermögen	120 000	120 000	118 377	150 000	150 000	151 479
6. Gebäudeversicherungen	105 000	105 000	102 898	50 000	50 000	54 412
7. Instandhaltungen	810 000	810 000	722 578	540 000	540 000	357 640
8. Pachtaufwendungen	4 200 000	4 065 000	4 065 726	—	—	—
9. Verwaltungskosten	295 000	315 000	285 035	350 000	370 000	350 494
10. Sonstige Aufwendungen	121 000	121 000	121 032	—	—	—
11. Verlust aus Beteiligung	6 000 000	6 650 000	6 843 232	1 500 000	1 800 000	2 922 460
Summe	14 151 000	14 636 000	14 693 194	12 640 000	12 860 000	13 272 217
C. Ergebnis						
Verlust	11 585 000	11 390 000	11 313 542	2 800 000	2 165 000	3 989 309
Gewinn	—	—	—	—	—	—

Zusammenstellung der Wirtschaftspläne der niedersächsischen Staatsbäder für das Jahr 2001

I. Erfolgspläne (DM)

	Staatsbad Pyrmont			insgesamt		
	Ansatz 2001	Ansatz 2000	Vorl. Ist 1999	Ansatz 2001	Ansatz 2000	Vorl. Ist 1999
A. Erträge						
1. Kurtaxe						
Leistungen der Betriebsführerin	2 800 000	2 750 000	2 837 089	12 000 000	11 800 000	11 457 137
2. Erneuerung und Ersatz	—	—	—	—	—	—
3. Übernahme von Steuern	—	—	—	—	—	—
4. Erbbauzinsen	775 000	875 000	772 218	1 076 000	1 176 000	996 483
5. Pachterlöse	2 900 000	2 750 000	2 837 174	5 805 000	5 765 000	5 741 721
6. Erlöse aus Anlageabgängen	—	—	1 144 851	—	1 575 000	2 058 551
7. Erlöse von Rohmoor	—	—	—	—	—	—
8. Auflösung von Rückstellungen	—	—	—	—	—	—
9. Sonstige Erträge	—	—	—	—	—	—
10. Gewinn aus Anlageabgängen	—	—	—	—	—	—
11. Gewinn aus Beteiligung	—	—	—	—	—	—
Summe	6 475 000	6 375 000	7 591 332	18 881 000	20 316 000	20 253 892
B. Aufwendungen						
1. Überlassung der Kurtaxe an die Betriebsführerin zur zweckgerechten Verwendung	2 800 000	2 750 000	2 837 089	12 000 000	11 800 000	11 457 137
2. Abschreibungen auf Sachanlagen	1 400 000	1 400 000	1 400 000	4 750 000	4 750 000	4 650 000
3. Abschreibungen auf Finanzanlagen	—	—	—	—	—	—
4. Absetzung für Substanzverzehr	—	—	—	—	—	—
5. Steuern von Einkommen, Ertrag und Vermögen	105 000	105 000	105 599	375 000	375 000	375 455
6. Gebäudeversicherungen	90 000	90 000	87 382	245 000	245 000	244 692
7. Instandhaltungen	770 000	770 000	917 922	2 120 000	2 120 000	1 998 140
8. Pachtaufwendungen	6 200 000	6 100 000	6 065 862	10 400 000	10 165 000	10 131 588
9. Verwaltungskosten	380 000	380 000	387 238	1 025 000	1 065 000	1 022 767
10. Sonstige Aufwendungen	750 000	750 000	750 000	871 000	871 000	871 032
11. Verlust aus Beteiligung	3 500 000	6 350 000	4 110 013	11 000 000	14 800 000	13 875 705
Summe	15 995 000	18 695 000	16 661 105	42 786 000	46 191 000	44 626 516
C. Ergebnis						
Verlust	9 520 000	12 320 000	9 069 773	23 905 000	25 875 000	24 372 624
Gewinn	—	—	—	—	—	—

Zusammenstellung der Wirtschaftspläne der niedersächsischen Staatsbäder für das Jahr 2000

II. Finanzpläne (DM)

	Nenndorf Ansatz 2001	Norderney Ansatz 2001	Pyrmont Ansatz 2001	insgesamt Ansatz 2001	insgesamt Ansatz 2000
A. Finanzbedarf					
1. Investitionen	1 000 000	1 000 000	1 000 000	3 000 000	8 300 000
2. Abführung an den Grundstock	—	—	—	—	1 575 000
3. Abdeckung von Verlusten Betriebs-GmbH	6 000 000	1 500 000	3 500 000	11 000 000	14 800 000
4. Übriger Verlust der Staatsbäder	5 585 000	1 300 000	6 020 000	12 905 000	12 650 000
5. + Kapitaleinzahlung /– Kapital- minderung	– 50 000	– 55 000	– 50 000	– 155 000	– 925 000
Summe des Finanzbedarfs	12 535 000	3 745 000	10 470 000	26 750 000	36 400 000
B. Deckungsmittel					
6. Abschreibungen auf Sachanlagen	1 800 000	1 550 000	1 400 000	4 750 000	4 750 000
7. Erlöse aus Anlageabgängen	—	—	—	—	1 575 000
8. Zuschuss aus Kapitel 13 20 Titel 682 65 insgesamt	9 735 000	1 195 000	8 070 000	19 000 000	21 775 000
davon Betriebsgesellschaft	5 950 000	1 445 000	3 450 000	10 845 000	13 875 000
davon Besitzgesellschaft (§ 26 LHO)	3 785 000	– 250 000	4 620 000	8 155 000	7 900 000
9. Zuschuss aus Kapitel 13 20 Titel 891 65	1 000 000	1 000 000	1 000 000	3 000 000	8 300 000
Summe der Deckungsmittel	12 535 000	3 745 000	10 470 000	26 750 000	36 400 000

Erläuterungen zu den Wirtschaftsplänen

1. Die Betriebsführungsgesellschaften setzen die Kurtaxe nach § 18 des Verwaltungskostengesetzes im Auftrage des Landes fest, ziehen sie ein und verwenden sie im jeweiligen Staatsbad zweckentsprechend.
2. Die Gesamtverluste der Staatsbäder sind aus den Ziffern A3 und A4 ersichtlich. Hierauf leistet das Land den unter B 8 genannten Zuschuss.
3. Der Zuschuss für Investitionen in das Grundvermögen der Staatsbäder ist unter Ziffer B 9 ausgewiesen.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1321 Liegenschaftsverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 11-8	016	Verwaltungsgebühren		1.000	23.000	-22.000	0
119 41-0	016	Rückzahlung von Überzahlungen		1.000	1.000	—	18
119 51-8	016	Vermischte Einnahmen		1.000	1.000	—	25
124 01-5	016	Mieten und Pachten ***Gem. § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung in Abs. 2 verbindlich.		2.215.000	2.184.000	+31.000	2.223
124 03-1	016	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 03		1.400	—	+1.400	—
124 04-0	016	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 04		1.192.700	—	+1.192.700	—
124 05-8	016	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 05		34.893.500	—	+34.893.500	—
124 06-6	016	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 06		324.741.100	—	+324.741.100	—
124 08-2	016	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 08		1.864.800	—	+1.864.800	—
124 09-0	016	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 09		1.936.400	—	+1.936.400	—
124 13-9	016	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 13		—	—	—	—
124 15-5	016	Mieten und Pachten von Landesbetrieben im Einzelplan 15		13.117.800	—	+13.117.800	—
256 02-7	016	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit		—	—	—	—
381 01-8	990	Zuführung von Einzelplan 01		—	—	—	825
381 02-6	990	Zuführung von Einzelplan 02		5.822.300	—	+5.822.300	—
381 03-4	990	Zuführung von Einzelplan 03		89.534.400	—	+89.534.400	—
381 04-2	990	Zuführung von Einzelplan 04		44.277.600	—	+44.277.600	—
381 05-0	990	Zuführung von Einzelplan 05		15.358.300	—	+15.358.300	—
381 06-9	990	Zuführung von Einzelplan 06		14.518.600	—	+14.518.600	—
381 07-7	990	Zuführung von Einzelplan 07		4.881.500	—	+4.881.500	—
381 08-5	990	Zuführung von Einzelplan 08		56.253.500	—	+56.253.500	—
381 09-3	990	Zuführung von Einzelplan 09		46.511.200	—	+46.511.200	—
381 10-7	990	Zuführung von Einzelplan 10		88.163.400	—	+88.163.400	—
381 11-5	990	Zuführung von Einzelplan 11		78.274.800	—	+78.274.800	—
381 12-3	990	Zuführung von Einzelplan 12		—	—	—	—
381 13-1	990	Zuführung von Einzelplan 13		18.139.300	—	+18.139.300	—
381 14-0	990	Zuführung von Einzelplan 14		437.000	—	+437.000	—
381 15-8	990	Zuführung von Einzelplan 15		8.305.500	—	+8.305.500	—
381 19-0	990	Zuführung von 04 10 - 981 02		825.000	825.000	—	825
		A U S G A B E N					
525 01-0	016	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	50.000	—	+50.000	—
981 01-5	990	Abführung an 13 21 - 381 13	—	10.114.500	—	+10.114.500	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 124 01

Vom Gesamtbetrag von 2 215 000 DM entfallen auf die Bewirtschaftung der

Behördenhäuser (Titelgruppe 61/62/63/97)

1. Amts- und Dienstwohnungen	51 200 DM
2. Mietwohnungen und Einzelräume	33 900 DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	3 500 DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	8 400 DM
5. Andere Mieten und Pachten	— DM
Zusammen	97 000 DM

sonstigen Grundstücke der Allgemeinen Finanzverwaltung (Titelgruppe 70/71/98)

1. Amts- und Dienstwohnungen	18 000 DM
2. Mietwohnungen und Einzelräume	1 197 100 DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	412 200 DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	28 300 DM
5. Andere Mieten und Pachten	462 500 DM
Zusammen	2 118 100 DM

Die Einnahmen aus der Vermietung des Schlosses Celle an die Deutsche Managementakademie sind dem Grundstock solange zur Refinanzierung zur Verfügung zu stellen, bis der kapitalisierte Kostenanteil des Renovierungspreises an den Grundstock zurückgeführt wurde. Die Abführung ist über 981 70 abzuwickeln.

Zu 124 03 bis 124 15

Einführung eines Liegenschaftsmanagements ab 2001; Einnahmen aus der entgeltlichen Überlassung landeseigener Grundstücke an Landesbetriebe.

Zu 381 01 bis 381 15

Einführung eines Liegenschaftsmanagements ab 2001; Einnahmen aus der entgeltlichen Überlassung landeseigener Grundstücke an Landesdienststellen als haushaltstechnische Verrechnung.

Zu 381 19

Anteilige Bewirtschaftungskosten für Staatshochbauämter, die in Behördenhäusern untergebracht sind.

Vgl. Erläuterung zu 04 10 – 231 01.

Zu 525 01

1. Ausbildungslehrgänge	5 000 DM
2. Fortbildungsveranstaltungen	5 000 DM
3. Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	40 000 DM
4. Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	— DM
5. Erstattung von Prüfungsgebühren	— DM
6. Sonstiger Aufwand	— DM
Zusammen	50 000 DM

Für die Einführung des Liegenschaftsmanagements ab 2001.

Zu 981 01

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1321 Liegenschaftsverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
Titelgruppe(n)							
TGr. 61/62 63/97		Bewirtschaftung der Behördenhäuser	(—)	(13.977.000)	(12.515.400)	(+1.461.600)	(12.212)
427 61-1	016	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	27.300	39.500	–12.200	36
429 61-4	016	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	3.555.700	3.427.600	+128.100	3.121
453 61-2	016	Umsatzkostenvergütungen	—	—	—	—	—
459 61-0	016	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	2.200	2.600	–400	1
513 61-5	016	Post- und Fernmeldegebühren	—	225.500	238.300	–12.800	115
513 62-3	016	Benutzungsgebühren und Wartung von Alarmanlagen	—	19.200	20.700	–1.500	11
515 61-8	016	Ausrüstungsgegenstände für den Behördenselbstschutz	—	—	1.300	–1.300	—
515 62-6	016	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	68.000	34.500	+33.500	52
515 63-4	016	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	133.900	96.200	+37.700	200
516 61-4	016	Dienst- und Schutzkleidung	—	3.100	1.500	+1.600	2
517 61-0	016	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	3.540.900	3.324.100	+216.800	3.141
517 97-1	016	Reinigungskosten	—	2.416.200	1.984.600	+431.600	1.991
518 61-7	016	Mieten und Pachten	—	2.903.400	2.721.800	+181.600	2.725
519 61-3	016	Pflege und Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	158.500	122.700	+35.800	64
525 61-3	016	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	2.000	—	+2.000	—
526 61-0	016	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	3
544 61-8	016	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	—	—	—	—	—
547 61-7	016	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	600	—	+600	34
681 61-5	016	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
812 61-2	016	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen * Übertragbar.	—	420.500	—	+420.500	154
812 62-0	016	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen * Übertragbar.	—	—	—	—	64
981 61-9	990	Abführung an 13 02 - 381 02	—	500.000	500.000	—	500
TGr. 70 71/98		Bewirtschaftung der sonstigen Grundstücke der Allgemeinen Finanzverwaltung	(—)	(1.157.700)	(1.323.500)	(–165.800)	(1.245)
429 70-3	016	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	58.700	139.700	–81.000	30
459 70-0	016	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
513 71-2	016	Benutzungsgebühren und Wartung von Alarmanlagen	—	15.000	15.000	—	11
515 70-7	016	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	1.000	1.000	—	1
515 71-5	016	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	2

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 61/62/63/97**429 61**

1. Entschädigung für Hausverwalter	2 533 700 DM
2 Lohngr. 2 a MTL II	
3 Lohngr. 3 MTL II	
13 Lohngr. 4 MTL II	
7 Lohngr. 5 MTL II	
1 Vizewirte	
9 Lohn-Gr. 5 a	
2. Löhne usw. für vollbeschäftigte Haus- und Reinigungskräfte	476 000 DM
5 Lohngr. 1 a MTL II	
1 Lohngr. 2 a MTL II	
3 Lohngr. 3 a MTL II	
1 Lohngr. 5 a MTL II	
3. Kosten für stundenweise beschäftigte Arbeitskräfte im Reinigungsdienst	472 800 DM
6 Lohngr. 1 MTL II	
6 Lohngr. 1a MTL II	
4 Lohngr. 4 MTL II	
4. Kosten für Pfortner/Telefonzentrale	73 200 DM
1 Verg.-Gr. VII BAT	
Zusammen	3 555 700 DM

513 61

1. Postgebühren	— DM
2. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	54 600 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	163 900 DM
4. Änderung und Erweiterung von Fernmeldeanlagen	— DM
5. Rundfunk- und Fernsehgebühren	— DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	7 000 DM
Zusammen	225 500 DM

515 63

1. Dienstzimmerausstattungen	57 200 DM
2. Büromaschinen	6 200 DM
3. Wirtschaftsgeräte	52 500 DM
4. Werkstattausrüstungen	15 200 DM
5. Ausstattung von Amts- und Dienstwohnungen	2 800 DM
Zusammen	133 900 DM

517 61

1. Heizstoffe	1 296 500 DM
2. Wassergeld, Licht- und Kraftstrom	1 472 000 DM
3. Grundbesitzabgaben	329 600 DM
4. Bewachungskosten	105 300 DM
5. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	115 600 DM
6. Andere Hauswirtschaftskosten	199 900 DM
Zusammen	3 518 900 DM

518 61

1. Diensträume und -gebäude	2 753 400 DM
2. Wohnungen und Wohngebäude	150 000 DM
3. Unbebaute Grundstücke	— DM
4. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	— DM
Zusammen	2 903 400 DM

519 61

1. Landeseigene Gebäude	144 600 DM
2. Gemietete oder gepachtete Gebäude	13 900 DM
Zusammen	158 500 DM

812 61

Beschaffung einer neuen Telefonanlage für die Behördenhäuser in Lingen, Stade III, Otterndorf und Celle I; Ergänzung der Telefonanlage für das Behördenhaus in Nienburg	420 500 DM

Zu Titelgruppe 70/71/98**429 70**

1. Entschädigung für Hausverwalter	58 700 DM
Pauschalentschädigungen (Vizewirte)	
1 Lohngr. 2 MTL II 1	
2. Löhne für vollbeschäftigte Haus- und Reinigungskräfte	— DM
3. Kosten für stundenweise beschäftigte Arbeitskräfte im Reinigungsdienst	— DM
Zusammen	58 700 DM

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1321 Liegenschaftsverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
517 70-0	016	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	851.700	905.800	–54.100	977
517 98-0	016	Reinigungskosten	—	38.300	27.900	+10.400	33
519 70-2	016	Pflege und Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	33.000	26.600	+6.400	32
544 70-7	016	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	—	1.000	1.500	–500	—
547 70-6	016	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	3.000	2.000	+1.000	3
681 70-4	016	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
812 70-1	016	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen * Übertragbar.	—	—	—	—	—
981 70-8	990	Abführung an 13 02 - 381 02	—	156.000	204.000	–48.000	156
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik; Liegenschaftsinformationssystem	(—)	(56.000)	(56.000)	(—)	(31)
511 99-0	016	Geschäftsbedarf	—	—	—	—	—
513 99-2	016	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	—	—	—
515 99-5	016	Geräte und Gebrauchsgegenstände für die maschinelle Aufbereitung	—	1.000	—	+1.000	29
522 99-1	016	Verbrauchsmittel	—	—	—	—	—
525 99-0	016	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	5.000	—	+5.000	—
538 99-5	016	Dienstleistungen Außenstehender	—	50.000	56.000	–6.000	2
Abschluss Kapitel 13 21							
1 Eigene Einnahmen				379.965.700	2.209.000	+377.756.700	
2 Übertragungseinnahmen				—	—	—	
3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen				471.302.400	825.000	+470.477.400	
Summe der Einnahmen				851.268.100	3.034.000	+848.234.100	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	3.643.900	3.609.400	+34.500	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	10.520.300	9.581.500	+938.800	
6 Übertragungsausgaben			—	—	—	—	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	420.500	—	+420.500	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	10.770.500	704.000	+10.066.500	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	25.355.200	13.894.900	+11.460.300	
Zuschuss					10.860.900		
Überschuss				825.912.900		+836.773.800	

 ERLÄUTERUNGEN

517 70

1. Heizstoffe	192 500 DM
2. Wassergeld, Licht- und Kraftstrom	213 700 DM
3. Grundbesitzabgaben	174 400 DM
4. Bewachungskosten	230 900 DM
5. Vertragliche Wartungskosten betriebs technischer Anlagen	33 900 DM
6. Andere Hauswirtschaftskosten	6 300 DM
Zusammen	851 700 DM

519 70

1. Landeseigene Gebäude	33 000 DM
2. Gemietete oder gepachtete Gebäude	— DM
Zusammen	33 000 DM

981 70

Vgl. Erläuterungen zu 124 01 Abs. 2.

Zu Titelgruppe 99

Hier sind die Kosten für die Unterhaltung eines Liegenschaftsinformationssystems sowie für die damit verbundenen Aufwendungen zusammengefasst.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1325 Schuldenverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
162 01-9	411	Einnahmen aus Hauszinssteuerhypotheken und von den aus deren Rückflüssen wiedergewährten WoBaudarlehen -Zinseinnahmen-		25.000	25.000	—	15
182 01-0	411	Einnahmen aus Hauszinssteuerhypotheken und von den aus deren Rückflüssen wiedergewährten WoBaudarlehen - Rückflüsse -		80.000	80.000	—	110
281 02-6	252	Erstattung von Schuldendienstleistungen durch Sonstige		657.000	691.000	-34.000	691
325 01-5	928	Schuldenaufnahmen zur Finanzierung der Eigenkapitalzuführung der EXPO 2000 Hannover GmbH * Vgl. K-Vermerk zu 1320 - 831 63. ***Die Ermächtigung, zweckgebundene Kredite nach § 2 Abs.1 S.2 HG aufzunehmen, verringert sich um die Höhe der Ist-Einnahmen bei 13 20 - 331 63.		1.150.000.000	—	+1.150.000.000	—
351 02-4	950	Entnahme aus der Unterabteilung „Zinsen für Diskontkredite“ der Allgemeinen Rücklage * Vgl. K-Vermerk zu 575 01.		—	—	—	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61/62 64/66		Netto-Kreditfinanzierung		(2.650.000.000)	(2.650.000.000)	(—)	(2.416.717)
325 61-9	928	Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt ***Die Beschaffung und Bewirtschaftung aller Kredite obliegt dem MF. Einnahmen aus Krediten dürfen in das folgende Haushaltsjahr umgebucht werden; desgleichen dürfen bis Ende Juni des folgenden Haushaltsjahres eingehende Einnahmen aus Krediten noch zugunsten des abzuschließenden Haushaltsjahres gebucht oder umgebucht werden.		6.011.000.000	4.562.000.000	+1.449.000.000	6.460.106
325 62-7	928	Tilgung für Darlehen anderer Darlehensgeber einschließlich Tilgung der Anleihen des Landes Niedersachsen ***Rückzahlungen - auch aus Vorjahren - sind mit Ausnahme der Erstattungen bei 281 02 hier zu vereinnahmen. Mehrausgaben dürfen gem. § 18 LHO geleistet werden.		-3.111.000.000	-1.832.000.000	-1.279.000.000	-3.977.042
325 64-3	928	Vorzeitige Tilgung von Krediten ***Vgl. Vermerk zu 325 62.		—	—	—	3.652
325 66-0	928	Tilgung kurzfristiger Kredite ***Vgl. Vermerk zu 325 62.		—	—	—	—
326 61-5	929	Schuldenaufnahmen im Ausland ***Vgl. Vermerk zu 325 61. Bei Kreditaufnahmen in fremder Währung ist auf die Kreditermächtigung nach § 18 Abs. 2 LHO die sich nach der Absicherung des Wechselkurses in DM ergebende Rückzahlungsverpflichtung anzurechnen. Der Abschluss einer Wechselkursabsicherung für die Schuldendienstverpflichtung des Landes in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit der Kreditaufnahme dient zugleich der Vermeidung des Kursrisikos.		—	—	—	—
326 62-3	929	Tilgung von Auslandsschulden ***Vgl. Vermerk zu 325 62.		-250.000.000	-80.000.000	-170.000.000	-70.000
326 64-0	929	Vorzeitige Tilgung von Auslandsschulden ***Vgl. Vermerk zu 325 62.		—	—	—	—
326 66-6	929	Tilgung kurzfristiger Kredite - Auslandsschulden - ***Vgl. Vermerk zu 325 62.		—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 162 01 und 182 01

Bundesanteile aus Darlehnsrückflüssen, vgl. Gesetz über die Einbringung der Fördervermögen des Landes Niedersachsen in das haftende Eigenkapital der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale – vom 17. Dezember 1991 (Nieders. GVBl. S. 358); hier: § 5 Nr. 2 des Einbringungsvertrages.

Zu 281 02

Erstattung von Schuldendienstleistungen für aufgenommene Darlehen für Neu- und Erweiterungsbauten der Berufsförderungswerke Bad Pyrmont und Bookholzberg durch die Stiftung des Landes Niedersachsen für berufliche Rehabilitation Behinderter.

Zu 325 01

Zweckgebundene Kreditaufnahmen nach § 3 Abs. 1 Satz 2 HG.

Zu 351 02

Entnahme zur Deckung von Zinsausgaben für Diskontkredite zum Zeitpunkt der Fälligkeit (vgl. 911 02).

Zu Titelgruppe 61/62/64/66

Es handelt sich ausschließlich um nicht zweckgebundene Kredite vom Kreditmarkt.

325 62 und 326 62

Planmäßige Tilgungsverpflichtungen.

325 64, 325 66, 326 64 und 326 66

Leertitel zum rechnungsmäßigen Nachweis des Vollzugs von § 3 Abs. 2 HG.

326 61

Nach dem Übergang der währungspolitischen Zuständigkeiten von der Deutschen Bundesbank auf die Europäische Zentralbank können angesichts des Vorgehens anderer EWÜ-Staaten – auch unter Beachtung der gesamtwirtschaftlichen Verantwortung der öffentlichen Hand – Kredite in fremder Währung aufgenommen werden.

Der insoweit neu aufgenommene Haushaltsvermerk legt fest, dass für etwaige Kreditaufnahmen in Fremdwährungen eine Absicherung des Wechselkurses vorzunehmen ist, um daraus für den Haushalt resultierende Risiken auszuschließen. Die sich danach ergebende Rückzahlungsverpflichtung in DM ist auf die Kreditermächtigung anzurechnen.

Damit werden die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für das Land geschaffen, sich ggfs. zu günstigeren Konditionen zu finanzieren.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1325 Schuldenverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 70/71		Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen		(1.100.000)	(3.700.000)	(–2.600.000)	(946)
141 70-4	872	Zinsen		600.000	1.200.000	–600.000	452
141 71-2	872	Tilgungen		500.000	2.500.000	–2.000.000	495
TGr. 72 bis 75		Bundesanteile aus Darlehensrückflüssen		(121.602.900)	(—)	(+121.602.900)	(—)
162 72-8	411	Zinsen aus Wohnungsbaudarlehen, die unter die zwischen Bund und Land abgeschlossene Verw.Vereinbarung vom 14.9.1990 fallen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.		13.903.200	—	+13.903.200	—
162 73-6	411	Zinsen aus Aufwendungsdarlehen zur Förde- rung der Bildung von Wohnungseigentum im 2. Förderungsweg * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.		12.350.000	—	+12.350.000	—
162 74-4	411	Zinsen aus sonst. Wohnungsbaudarl. einschl. Darlehen zur Förderung von Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten an Wohngebäuden * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.		—	—	—	—
162 75-2	872	Zinsen aus sonstigen Darlehen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.		5.000	—	+5.000	—
182 72-9	411	Tilgungen aus Wohnungsbaudarl., die unter die zwischen Bund und Land abgeschlossene Verw.Vereinbarung vom 14.9.1990 fallen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.		42.482.000	—	+42.482.000	—
182 73-7	411	Tilgungen aus Aufwendungsdarlehen zur För- derung der Bildung von Wohnungseigentum im 2. Förderungsweg * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.		52.487.500	—	+52.487.500	—
182 74-5	411	Tilg. aus sonst. Wohnungsbaudarl. einschl. Darlehen zur Förderung von Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten an Wohngebäuden * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.		293.700	—	+293.700	—
182 75-3	872	Tilgungen aus sonstigen Darlehen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.		81.500	—	+81.500	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			88.909.500	–88.909.500	
		A U S G A B E N					
546 59-3	928	Vermischte Verwaltungsausgaben * Gegenseitig deckungsfähig: 546 59, 572 04, 575 01, 575 02, 575 03, 575 06, 576 01, 584 01, 592 04, 595 02 und 911 02. ***Rückzahlungen - auch aus Vorjahren - sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.	—	—	—	—	27
572 04-7	928	Zinsen für Darlehen der Sozialversiche- rungsträger sowie der Bundesanstalt für Arbeit -zweckgebundene Darlehen- * Vgl. D-Vermerk zu 546 59. ***Vgl. Vermerk zu 546 59.	—	382.000	414.000	–32.000	555
575 01-1	928	Zinsen für Darlehen anderer Darlehensgeber einschließlich Zinsen für Anleihen des Landes Niedersachsen * Die Ausgabe erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 351 02. Vgl. D-Vermerk zu 546 59. ***Vgl. Vermerk zu 546 59.	—	4.244.384.700	4.078.520.000	+165.864.700	3.964.624
575 02-0	928	Zinsen aus Grundstücksankäufen * Vgl. D-Vermerk zu 546 59. ***Vgl. Vermerk zu 546 59.	—	1.000	1.000	—	—
575 03-8	928	Geldbeschaffungskosten * Vgl. D-Vermerk zu 546 59. ***Vgl. Vermerk zu 546 59.	—	72.830.000	64.740.000	+8.090.000	43.786

ERLÄUTERUNGEN

Zu 141 70 und 141 71

Zinsen und Tilgungen auf Forderungen aus vom Land anerkannten und abgerechneten Bürgschaftsausfällen.

Zu Titelgruppe 72 bis 75

Vgl. Gesetz über die Einbringung der Fördervermögen des Landes Niedersachsen in das haftende Eigenkapital der Norddeutschen Landesbank – Girozentrale – vom 17. Dezember 1991 (Nds. GVBl. S. 358); hier § 5 Nr. 2 des Einbringungsvertrages.

Zu 546 59

Kosten der Währungsumstellung.

Zu 572 04, 575 01, 575 02 und 576 01

Planmäßige Zinsverpflichtungen.

Zu 575 03

Disagio u. ä. Nebenkosten für Haushaltsdeckungskredite.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1325 Schuldenverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
575 06-2	928	Zinsen für Kassenkredite und sonstige schwebende Verpflichtungen * Vgl. D-Vermerk zu 546 59. ***Vgl. Vermerk zu 546 59.	—	36.750.000	28.000.000	+8.750.000	18.628
576 01-8	929	Zinsen für Auslandsschulden * Vgl. D-Vermerk zu 546 59. ***Vgl. Vermerk zu 546 59.	—	78.102.000	77.380.000	+722.000	80.893
584 01-0	928	Tilgung für Darlehen des Lastenausgleichs- fonds * Vgl. D-Vermerk zu 546 59. ***Vgl. Vermerk zu 546 59.	—	1.000	1.000	—	1
592 04-8	928	Tilgung für Darlehen der Sozialversiche- rungsträger sowie der Bundesanstalt für Arbeit -zweckgebundene Darlehen- * Vgl. D-Vermerk zu 546 59. ***Vgl. Vermerk zu 546 59.	—	2.070.000	2.110.000	–40.000	2.387
595 02-0	928	Tilgung für Darlehen aus Grundstücksankäufen * Vgl. D-Vermerk zu 546 59. ***Vgl. Vermerk zu 546 59.	—	90.000	90.000	—	90
871 01-0	680	Für die Inanspruchnahme und für Aufwendun- gen zur Vermeidung von Verlusten aus Bürg- schafts-, Gewährleistungs- u.ä. Verträgen ***Erstattungen können durch Absetzen von der Ausgabe vereinnahmt werden.	—	60.000.000	75.000.000	–15.000.000	27.616
911 02-0	950	Zuführung an die Unterabteilung „Zinsen für Diskontkredite“ der Allgemeinen Rücklage * Vgl. D-Vermerk zu 546 59.	—	35.444.000	35.444.000	—	35.443
911 03-8	950	Zuführung an die Unterabteilung „Tilgung der zweckgebundenen Schulden der EXPO 2000 Hannover GmbH“ der Allgemeinen Rücklage	—	—	—	—	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 72/73		Schuldendienstleistungen an den Bund * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 162 72, 162 73, 162 74, 162 75, 182 72, 182 73, 182 74 und 182 75. ***Rückzahlungen - auch aus Vorjahren - sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.	(—)	(95.327.300)	(—)	(+95.327.300)	(—)
561 72-0	928	Zinsen für Wohnungsbaudarlehen des Bundes	—	31.535.900	—	+31.535.900	—
561 73-8	928	Zinsen für sonstige Darlehen des Bundes	—	92.000	—	+92.000	—
581 72-0	928	Tilgung für Wohnungsbaudarlehen des Bundes	—	63.119.400	—	+63.119.400	—
581 73-9	928	Tilgungen für sonstige Darlehen des Bundes	—	580.000	—	+580.000	—
Summe für inzwischen weggefallene Titel			—		95.420.000	–95.420.000	
Abschluss Kapitel 13 25							
1 Eigene Einnahmen				122.807.900	92.714.500	+30.093.400	
2 Übertragungseinnahmen				657.000	691.000	–34.000	
3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen				3.800.000.000	2.650.000.000	+1.150.000.000	
Summe der Einnahmen				3.923.464.900	2.743.405.500	+1.180.059.400	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	4.529.938.000	4.346.676.000	+183.262.000	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	60.000.000	75.000.000	–15.000.000	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	35.444.000	35.444.000	—	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	4.625.382.000	4.457.120.000	+168.262.000	
Zuschuss				701.917.100	1.713.714.500	–1.011.797.400	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 584 01, 592 04 und 595 02

Planmäßige Tilgungsverpflichtungen.

Zu 595 02

Den Ausgaben liegen nachstehende Grundstücksankäufe zugrunde:

1. Flurstücke in Clausthal-Zellerfeld, Andreasberger Straße	Wert: 46 400 DM
2. Wohngrundstück in Hannover, Im Moore 9	Wert: 150 000 DM
3. Grundstück in Osnabrück, Alte Münze 10	Wert: 230 000 DM

Zu 871 01

In dem Ansatz sind auch die damit im Zusammenhang entstehenden Kosten der Rechtsverfolgung enthalten.

Auf Grund der konjunkturellen Entwicklung wird mit einer erhöhten Inanspruchnahme aus Bürgschaften gerechnet.

Zu 911 02

Rechnerische Zinsbestandteile von Diskontkrediten zum fiktiven Zinstermin.

Zu Titelgruppe 72/73

Die Schuldendienstleistungen an den Bund werden aufgrund der Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die Verzinsung und Tilgung der den Ländern gem. Art. 104 a Abs. 4 GG zur Förderung des Wohnungsbaus sowie der Modernisierung und Instandsetzung von Wohnungen ausgeliehenen Bundesmittel vom 14. September 1990 gezahlt.

Die Höhe der Leistungen ist abhängig vom tatsächlichen Rückflussaufkommen im Vorjahr.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1350 Versorgung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
119 41-5	931	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	—
119 46-6	931	Ersatzleistungen		2.500.000	2.500.000	—	2.221
119 51-2	931	Vermischte Einnahmen		10.000	10.000	—	71
242 03-9	931	Erstattung nach § 18 Abs. 2 und 3 des Reichsnährstands-Abwicklungsgesetzes		1.900.000	1.900.000	—	2.148
281 01-8	931	Erstattung von anteiligen Versorgungs- bezügen von landeseigenen Krankenhäusern		5.915.500	6.589.600	–674.100	6.745
281 02-6	931	Erstattung von anteiligen Versorgungs- bezügen von den Hochschulkliniken		18.520.000	13.330.600	+5.189.400	17.865
281 03-4	931	Erstattung von Versorgungsbezügen durch die Klosterkammer		800.000	400.000	+400.000	981
281 04-2	931	Erstattung von anteiligen Versorgungsbe- zügen aus Hochschulhaushalten mit globaler Steuerung		184.742.100	69.369.300	+115.372.800	52.575
281 05-0	931	Versorgungszuschläge für ohne Dienstbezüge beurlaubte Landesbeamte		1.600.000	1.500.000	+100.000	1.845
281 06-9	931	Erstattung von anteiligen Versorgungsbe- zügen von sonstigen Landesbetrieben		2.016.300	799.000	+1.217.300	—
381 01-2	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landeshaushalts		—	—	—	656
381 03-9	990	Zuführung von Einzelplan 03		572.500	700.500	–128.000	7.044
381 04-7	990	Zuführung von Einzelplan 04		3.700.000	3.700.000	—	3.700
381 05-5	990	Zuführung von Einzelplan 05		600.000	620.000	–20.000	626
381 06-3	990	Zuführung von Einzelplan 06		733.100	738.100	–5.000	48
381 07-1	990	Zuführung von Einzelplan 07		—	—	—	—
381 08-0	990	Zuführung von Einzelplan 08		—	422.000	–422.000	410
381 14-4	990	Zuführung von Einzelplan 14		—	631.700	–631.700	—
381 15-2	990	Zuführung von Einzelplan 15		1.096.400	1.114.200	–17.800	1.039
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Erstattung von anteiligen Versorgungsbezü- gen ***An Erstattungspflichtige zurückzuzahlen- de Erstattungen - auch aus Vorjahren - sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.		(107.810.000)	(107.450.000)	(+360.000)	(117.451)
241 61-0	935	Vom Bund		105.000.000	105.000.000	—	113.551
242 61-6	935	Von Ländern		1.500.000	1.500.000	—	2.694
243 61-2	935	Von Gemeinden (GV) und Landkreisen		150.000	150.000	—	152
246 61-1	935	Von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit		250.000	300.000	–50.000	435
247 61-8	935	Von Zweckverbänden		150.000	150.000	—	270
281 61-1	935	Von Stellen außerhalb der Landesverwaltung		760.000	350.000	+410.000	349
A U S G A B E N							
431 01-0	931	Ruhegehälter sowie Witwen- und Waisengelder * Gegenseitig deckungsfähig: 431 01, 432 01, 432 06, 436 01, 436 02, 439 02, 439 04, 439 05 und 461 01.	—	3.700.000	3.700.000	—	3.702
432 01-6	931	Ruhegehälter, Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge * Vgl. D-Vermerk zu 431 01.	—	3.064.141.000	2.872.632.000	+191.509.000	2.878.252

ERLÄUTERUNGEN

Übersicht über die Zahl der Versorgungsempfänger der Landesregierung

Ruhegehaltsempfänger
Witwen und Vollwaisen

	Stand 1. 1. 2000	Im Haushaltsplan für Ende 2000 angesetzt	Voraussichtlich Ende 2001
	29	29	29
	10	10	10
Zusammen	39	39	39

der Verwaltung

Ruhegehaltsempfänger (einschl. Beamte im einstweiligen Ruhestand und Empfänger von Unterhaltsbeiträgen für Richter und Beamte)
Witwen und Vollwaisen (einschl. Empfänger von Unterhaltsbeiträgen für Hinterbliebene)
Ruhelöhne für ehemalige hamburgische Staatsarbeiter und Hinterbliebenenbezüge
Ruhelöhne für ehemalige Straßenwärter und Hinterbliebenenbezüge
Reichsnährstand
Laufende Unterstützungen
Sonstige Versorgungsleistungen (Titel 439 04 u. 681 02)

	8 983	9 392	9 811
	6 921	6 916	6 856
	5	5	4
	60	58	56
	41	39	35
	3	3	3
	6	6	6
Zusammen	16 019	16 419	16 771

der Polizei einschl. Beamte der Justizverwaltung im Vollzugsdienst

Ruhegehaltsempfänger (einschl. Empfänger von Unterhaltsbeiträgen für Beamte)
Witwen und Vollwaisen (einschl. Empfänger von Unterhaltsbeiträgen für Hinterbliebene)

	6 355	6 608	6 817
	4 743	4 703	4 647
Zusammen	11 098	11 311	11 464

der allgemein- und berufsbildenden Schulen

Ruhegehaltsempfänger (einschl. Empfänger von Unterhaltsbeiträgen für Beamte)
Witwen und Vollwaisen (einschl. Empfänger von Unterhaltsbeiträgen für Hinterbliebene)

	19 114	20 439	21 944
	7 561	7 589	7 557
Zusammen	26 675	28 028	29 501
Insgesamt	53 831	55 797	57 775

Zu 119 46

Erstattungen von den haftenden Versicherungsunternehmen.

Zu 242 03

Vgl. zu 439 02.

Zu 281 01 und 281 02

Bei den Landeskrankenhäusern und den Hochschulkliniken handelt es sich um Wirtschaftsbetriebe. Träger der Versorgungslast für die dort beschäftigten Beamten bleibt das Land. Diese Betriebe führen daher Versorgungsanteile in Höhe von 35 v. H. der Dienstbezüge der Beamten an das Land ab.

Zu 281 03

Erstattung von Versorgungsbezügen der Beamten der Klosterkammer Hannover und deren Hinterbliebenen sowie der Beihilfe nach den Beihilfavorschriften durch den Allgemeinen Hannoverschen Klosterfonds.

Zu 281 04

Die nachfolgend genannten Einrichtungen werden als Wirtschaftsbetriebe geführt. Sie erstatten Versorgungsanteile in Höhe von 30 v. H. der Dienstbezüge für die dort beschäftigten Beamten.

1. Universität Göttingen (06 10)	32 489 900 DM
2. Universität Oldenburg (06 13)	10 620 000 DM
3. Universität Osnabrück (06 14)	12 978 200 DM
4. TU Braunschweig (06 15)	19 693 600 DM
5. TU Clausthal (06 16)	3 924 300 DM
6. Universität Hannover (06 17)	30 907 100 DM
7. Hochschule Vechta (06 18)	3 018 000 DM
8. Ti Ho Hannover (06 21)	5 419 500 DM
9. HBK Braunschweig (06 22)	2 443 700 DM
10. HTM Hannover (06 23)	4 004 800 DM
11. Universität Hildesheim (06 29)	3 877 700 DM
12. Universität Lüneburg (06 30)	4 566 900 DM
13. FH Osnabrück (06 33)	7 787 300 DM
14. FH Hildesheim/Holzminde/ Göttingen (06 34)	6 892 900 DM
15. FH Nordostniedersachsen (06 36)	4 718 100 DM
16. FH Braunschweig/Wolfenbüttel (06 37)	6 267 300 DM
17. FH Hannover (06 38)	8 280 400 DM
18. FH Oldenburg/Ostfriesland/ Wilhelmshaven	13 015 400 DM
Zusammen	180 905 100 DM

Zu 281 05

Die im Beamtenverhältnis zurückgelegte Zeit einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge ist nach § 6 BeamtVG dem Grunde nach nicht ruhegehaltfähig. Die Ruhegehaltfähigkeit kann aber, wenn der Urlaub öffentlichen Belangen oder dienstlichen Interessen dient, durch die Zahlung eines Versorgungszuschlags erreicht werden.

Zu 281 06

1. Nds. Landesamt für Wasserwirtschaft und Küstenschutz	1 653 800 DM
2. Staatstheater Braunschweig	362 500 DM
Zusammen	2 016 500 DM

Zu allen Einnahmetiteln 381 ..

Werden Beamte bei gebührenpflichtigen Amtshandlungen tätig, oder für die Wahrnehmung von Aufgaben Dritter im Wege der Organleihe oder auf vertraglicher Grundlage eingesetzt, so ist bei der Berechnung der Gebühr bzw. der Kostenerstattung ein Versorgungszuschlag in Höhe von 30 v. H. der Dienstbezüge einzubeziehen. Dieser ist als haushaltstechnische Verrechnung an das Kapitel 13 50 abzuführen, in dem für jeden in Frage kommenden Einzelplan ein Titel der Gruppe 381 – ergänzt um die Einzelplanbezeichnung (z. B. 381 03 für den Einzelplan 03, 381 04 für den Einzelplan 04, ...) – eingerichtet ist. Entsprechendes gilt, wenn Aufgaben des Landes von Dritten oder durch sonstige zweckgebundene Mittel finanziert werden, sofern gesetzliche Regelungen nicht entgegenstehen. Auf den Rechtsgrund der Zweckbindung kommt es dabei nicht an.

Zu Titelgruppe 61

Erstattung von anteiligen Versorgungsbezügen nach §§ 42, 71 e Abs. 3 Satz 2, 78 a G 131, nach dem BWGöD, von Ruhelöhnen und Hinterbliebenenbezügen für ehemalige Straßenwärter, sowie nach §§ 107 b BeamtVG.

Zu 281 61

1. Versorgungsverband Deutscher Wirtschaftsorganisationen für die am 1. 4. 1952 vorhanden gewesenen Versorgungsempfänger der braunschweigischen kaufmännischen Schulen	40 000 DM
2. Stiftung des Landes Niedersachsen für berufliche Rehabilitation Behinderter	100 000 DM
3. Institut für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben	410 000 DM
4. Sonstige	210 000 DM
Zusammen	760 000 DM

Zu 431 01

Rechtsgrundlage: Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Landesregierung i. d. F. vom 3. 4. 1979 (Nds. GVBl. S. 106).

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1350 Versorgung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
432 06-7	931	Ausgleich nach § 48 BeamtVG * <i>Vgl. D-Vermerk zu 431 01.</i>	—	3.760.000	3.760.000	—	3.445
436 01-1	931	Ruhelöhne für ehemalige hamburgische Staatsarbeiter und Hinterbliebenenbezüge * <i>Vgl. D-Vermerk zu 431 01.</i>	—	8.000	8.000	—	10
436 02-0	931	Ruhelöhne für ehemalige Straßenwärter und Hinterbliebenenbezüge * <i>Vgl. D-Vermerk zu 431 01.</i>	—	200.000	300.000	-100.000	229
439 01-0	935	Kosten der Nachversicherung (§ 72 G 131, § 99 AKG und § 9 Abs. 4 AVG)	—	1.400.000	1.400.000	—	1.337
439 02-9	931	Aufwendungen des Landes nach § 18 Abs. 1 Satz 2 des Reichsnährstands-Abwicklungsge- setzes * <i>Vgl. D-Vermerk zu 431 01.</i> *** <i>Erstattungen nach § 42 Abs. 2 G 131 - auch aus Vorjahren - sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.</i>	—	2.300.000	2.300.000	—	3.886
439 04-5	931	Sonstige Versorgungsaufwendungen * <i>Vgl. D-Vermerk zu 431 01.</i> *** <i>Leistungen aus Gründen der Billigkeit dürfen nur mit Einwilligung des MF ge- währt werden.</i>	—	400.000	400.000	—	326
439 05-3	931	Übergangsversorgung für Justizvollzugs- angestellte (Nr. 6 Abs. 1 SR 2 n zum BAT) * <i>Vgl. D-Vermerk zu 431 01.</i>	—	714.000	656.000	+58.000	614
441 06-6	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	1.538.000	1.319.000	+219.000	1.394
442 01-1	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstüt- zungsgrundsätze	—	3.800	3.800	—	3
443 01-8	940	Fürsorgemaßnahmen, insbesondere bei Dienstunfällen	—	1.179.000	1.179.000	—	1.596
443 04-2	940	Einmalige Unfallentschädigung nach § 43 BeamtVG	—	150.000	100.000	+50.000	150
446 01-7	933	Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	420.452.000	406.712.000	+13.740.000	380.798
446 07-6	981	Zur Deckung des Mehrbedarfs an Beihilfen	—	—	-28.000.000	+28.000.000	—
461 01-6	981	Zur Deckung des Mehrbedarfs an Versorgungs- ausgaben * <i>Einseitig deckungsfähig zugunsten 916 02. Vgl. D-Vermerk zu 431 01.</i>	—	85.790.000	79.429.800	+6.360.200	—
526 01-0	931	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	3.500	3.500	—	6
544 01-9	931	Rückzahlung vereinnahmter Beträge nach Schluss des Haushaltsjahres	—	20.000	20.000	—	—
642 01-0	931	Erstattung anteiliger Versorgungsaufwen- dungen nach besonderen Vereinbarungen *** <i>Von Erstattungsempfängern zurückzuzah- lende Erstattungen - auch aus Vorjahren- sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.</i>	—	800	1.000	-200	1
643 02-5	931	Erst. von Versorgungsbezügen für Beamte von komm. Gesundheits- u. Veterinärämtern sowie für frühere kommunale Polizeivollzugsbeamte *** <i>Vgl. Vermerk zu 642 01.</i>	—	1.400.000	1.400.000	—	2.293
646 01-6	931	Erst. v. Ersatzzusatzrenten an d. LVA sowie Erst. an die Versorgungsanst. d. Bundes und d. Länder f. d. Zahlung v. Rentenzuschüssen *** <i>Vgl. Vermerk zu 642 01.</i>	—	12.800	17.000	-4.200	19
647 01-2	931	Sonstige Erstattungen an Zweckverbände *** <i>Vgl. Vermerk zu 642 01.</i>	—	250.000	250.000	—	282
671 01-0	931	Erstattung von Versorgungslasten der Klos- terkammer gemäß Vereinbarung *** <i>Vgl. Vermerk zu 642 01.</i>	—	56.000	70.000	-14.000	73
671 02-9	931	Erstattung v. Versorgungslasten an Sonstige *** <i>Vgl. Vermerk zu 642 01.</i>	—	3.300.000	3.300.000	—	3.676
681 02-4	931	Renten und Rentenzuschüsse	—	12.000	12.000	—	12

ERLÄUTERUNGEN

Zu 432 06

Nach der voraussichtlichen Zahl der in den Ruhestand tretenden Polizeivollzugsbeamten und Beamten des Justizvollzugsdienstes im Aufsichts- und Werkdienst.

Zu 436 01

Rechtsgrundlage: Art. 1 § 1 Ziff. 2 und 6 der Dritten Durchführungsverordnung zum Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen vom 13. 3. 1937 (RGBl. S. 303).

Zu 439 02

Nach § 2 der 30. DVO z. G 131 vom 20. 3. 1964 (BGBl. I S. 221) hat das Land Niedersachsen für die in § 18 Abs. 1 Satz 2 des Reichsnährstands-Abwicklungsgesetzes vom 23. 2. 1961 (BGBl. I S. 119) bezeichneten Personen, die im Landesbereich ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben, die dort aufgeführten Zahlungsverpflichtungen aus dem G 131 zu erfüllen. Soweit dadurch die sich aus § 18 Abs. 2 und 3 Satz 2 des Reichsnährstands-Abwicklungsgesetzes ergebende endgültige Zahlungsverpflichtung überschritten wird, erhält das Land nach § 3 der 30. DVO z. G 131 den Mehrbetrag nach Ablauf eines jeden Hj. erstattet (vgl. 242 03).

Zu 439 04

1. Ruhegeldanteile für ehem. Bedienstete des Staatstheaters Oldenburg	15 000 DM
2. Zwischenumlage an den Versorgungsverband Deutscher Wirtschaftsorganisationen für Weiterführung der Versorgungsempfänger der braunschweigischen kaufmännischen Schulen	33 000 DM
3. Zuwendungen aus Gründen der Billigkeit	— DM
4. Sonstige Aufwendungen	352 000 DM
Zusammen	400 000 DM

Zu 439 05

Nach Nr. 7 der Sonderregelung Nr. 2 n zum BAT treten Angestellte im Justizvollzugsdienst, die im Aufsichts-, Werk- oder Sanitätsdienst tätig sind, mit Vollendung des 60. Lebensjahres ohne Kündigung in den Ruhestand. Sie erhalten dafür bis zum Beginn der Versorgungsrente der VBL, längstens jedoch bis zum Ablauf des Monats, in dem sie das 65. Lebensjahr vollenden, eine Übergangsversorgung aus Landesmitteln.

Der Ansatz ist nach der Zahl der voraussichtlich ausscheidenden Kräfte errechnet.

Zu 441 06

Nach Einführung der Pflegeversicherung ist es für bundeseinheitliche Auswertung erforderlich, Pflegebeihilfen für Versorgungsempfängerinnen, Versorgungsempfänger und Hinterbliebene gesondert nachzuweisen.

Zu 443 04

Ein Beamter, der einen Dienstunfall der in § 37 BeamtVG bezeichneten Art erleidet, erhält gemäß § 43 BeamtVG neben einer beamtenrechtlichen Versorgung bei Beendigung des Dienstverhältnisses eine einmalige Entschädigung von 150 000 DM, wenn er infolge des Unfalls in seiner Erwerbsfähigkeit zu diesem Zeitpunkt um wenigstens 80 v. H. beeinträchtigt ist. Im Todesfall steht dem in § 43 Abs. 2 BeamtVG genannten Personenkreis ein Anspruch auf Entschädigung zu.

Zu 526 01

Kosten für Zusatz- und Facharztgutachten, die bei ärztlichen (Nach-) Untersuchungen von (dienstunfallverletzten) Versorgungsempfängern entstehen.

Zu 642 01

Auf Grund der Verwaltungsvereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den beteiligten Ländern vom 19. 10. 1955 über die Verteilung der Abwicklungskosten des früheren Zentraljustizamtes für die britische Zone werden die Abwicklungskosten für Beamte, die vor oder nach dem 1. 4. 1950 in den Ruhestand getreten sind und vor der Zurruesetzung nicht von einem anderen Dienstherrn übernommen wurden, gemeinsam getragen. Auf die Versorgungsfälle findet hamburgisches Recht Anwendung. Soweit die Abwicklungskosten von den beteiligten Ländern gemeinsam getragen werden, werden sie auf diese Länder entsprechend der Bevölkerungszahl nach dem Stande vom 31. 3. 1950 aufgeteilt.

Zu 643 02

1. Nach § 55 Abs. 2 des Niedersächsischen Finanzausgleichsgesetzes vom 20. 5. 1954 i. d. F. vom 23. 4. 1957 (Sammelband I des bereinigten niedersächsischen Rechts S. 513) hat das Land die Versorgungsbezüge der Beamten zu tragen, die zum Zeitpunkt der Kommunalisierung der Gesundheits- und Veterinärämter (1. 1. 1978) das 60. Lebensjahr bereits vollendet hatten.
2. Rechtsgrundlage: § 110 Abs. 1 Nds. Gefahrenabwehrsgesetz i. d. F. vom 13. 4. 1994 (Nds. GVBl. S. 172).

Zu 646 01

1. Rechtsgrundlage: § 8 des Abkommens über die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung für Angestellte oder angestelltenversicherungspflichtige Arbeitnehmer bei der fr. Reichsverwaltung und der fr. Preuß. Staatsverwaltung vom 9. 10./19. 10. 1928 i. d. F. vom 23. 2./21. 3. 1932 (RBBl. S. 45 / Pr.BBl. S. 81).
Für Angestellte, die ohne Zusatzrente (mit Überversicherung) aus dem preuß. Staatsdienst ausgeschieden sind. Die Ersatzzusatzrenten werden durch die Landesversicherungsanstalten gezahlt und vom Land erstattet.
2. Erstattung des Mehraufwandes an die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder gemäß Ziffer 4 der Durchführungsbestimmungen des fr. RFM vom 10. 12. 1943 (RBBl. S. 215) und des fr. Pr.FM vom 10. 12. 1943 (FMBl. S. 221).
Es handelt sich um Rentenempfänger, die im Zeitpunkt der Überführung aus der Überversicherung in die Zusatzversicherung (1. 1. 1944) und beim Eintritt des Versicherungsfalles bei solchen ehemaligen Reichs- und Landesbehörden und -dienststellen beschäftigt waren, die im Zuge der staatlichen Umorganisation niedersächsische Landesbehörden bzw. -dienststellen geworden sind. Die Erstattung erfolgt auf Grund der Zusage vom 13. 5. 1950.

Zu 647 01

Durch das Gesetz zur Vereinheitlichung der Landessozialverwaltung in Niedersachsen vom 20. 2. 1974 (Nieders. GVBl. S. 110) sind die Aufgaben des Landessozialhilfverbandes Oldenburg als überörtlicher Träger der Sozialhilfe und der Kriegsofferfürsorge auf das Land übergegangen. Nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes hat das Land die Versorgungsbezüge der bei Inkrafttreten des Gesetzes vorhandenen Versorgungsempfänger des Landessozialhilfverbandes, die bei Eintritt des Versorgungsfalles als Beamte in der Zentralverwaltung des Verbandes, bei dem Landeskrankenhaus Wehnen oder bei der Gehörschule Wildeshausen beschäftigt waren oder Hinterbliebene dieser Personen sind, zu erstatten.

Zu 671 01

Nach Abschn. III der Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und dem Allgemeinen Hannoverschen Klosterfonds vom 30. 8./18. 9. 1963 übernimmt das Land bestimmte Versorgungslasten. Es trägt außerdem die Versorgungslasten der Präsidenten der Klosterkammer anteilig im Verhältnis der Dienstzeiten, die diese bei der Klosterkammer einerseits und bei anderen nieders. Landesbehörden abgeleistet haben.

Zu 671 02

Erstattung von Versorgungslasten an die Landwirtschaftskammern gemäß § 4 des Gesetzes zur Übernahme der von den Landwirtschaftskammern getragenen öffentlichen Schulen vom 11. 12. 1975 (Nds. GVBl. S. 429).

Zu 681 02

Renten auf Grund des Art. 1 § 3 Abs. 2 und 3 des Zivilstaatsdienergesetzes.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1350 Versorgung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
916 02-1	950	Zuführungen an die Landesversorgungs- rücklage * <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 461 01.</i>	—	—	—	—	3.128
Titelgruppe(n)							
TGr. 65		Erstattung von anteiligen Versorgungsbezü- gen	(—)	(10.276.500)	(10.386.500)	(–110.000)	(10.193)
641 65-0	935	An den Bund	—	5.600.000	5.700.000	–100.000	5.750
642 65-7	935	An Länder	—	4.500.000	4.500.000	—	4.275
643 65-3	935	An Gemeinden (GV)	—	120.000	120.000	—	96
646 65-2	935	An Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	—	16.500	16.500	—	16
647 65-9	935	An Zweckverbände	—	40.000	50.000	–10.000	57
Abschluss Kapitel 13 50							
1 Eigene Einnahmen				2.510.000	2.510.000	—	
2 Übertragungseinnahmen				323.303.900	201.338.500	+121.965.400	
3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen				6.702.000	7.926.500	–1.224.500	
Summe der Einnahmen				332.515.900	211.775.000	+120.740.900	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	3.585.735.800	3.345.899.600	+239.836.200	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	23.500	23.500	—	
6 Übertragungsausgaben			—	15.308.100	15.436.500	–128.400	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	—	—	—	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	3.601.067.400	3.361.359.600	+239.707.800	
Zuschuss				3.268.551.500	3.149.584.600	+118.966.900	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 916 02

Vgl. Erläuterungen zu 13 02 – 916 02.

Zu Titelgruppe 65

1. Nach der Dritten Novelle zum G 131 traten alle unterwertig wiederverwendeten Beamten, die nicht endgültig zu übernehmen waren, mit Ablauf des 30. 9. 1961 in den Ruhestand. Das Land hat sich ab 1. 10. 1961 an der Versorgungslast zu beteiligen.
2. Erstattung von Versorgungsbezügen nach §§ 107 b, 107 c BeamtVG.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1399 Sonstige Einnahmen und Ausgaben

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
093 01-0	910	Abgabe von Spielbanken ***Vgl. Vermerk zu 653 01. Von dem Landesanteil an der Einnahme sind 8 208 000 DM 093 03 zuzuführen.		166.400.000	156.000.000	+10.400.000	152.714
093 02-9	910	Tronc-Abgabe		—	1.400.000	–1.400.000	618
093 03-7	910	Abgabe von Spielbanken zum Ausgleich der Aufwendungen für die Spielbanküberwachung * Vgl. K-Vermerk zu 981 02. ***Vgl. Vermerk zu 093 01 und 653 01.		—	—	—	6.840
093 04-5	910	Zusatzleistungen zur Spielbankabgabe		7.400.000	14.600.000	–7.200.000	12.082
111 11-6	017	Verwaltungsgebühren * Vgl. K-Vermerk zu 671 01. ***Durch Absetzen von der Einnahme dürfen verausgabt werden a) Anteile des Bundes, b) Kosten für Prüfungen nach den Bürgschaftsrichtlinien.		6.000.000	7.000.000	–1.000.000	8.176
119 41-9	017	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	—
119 51-6	017	Vermischte Einnahmen		2.000	2.000	—	—
253 01-8	181	Sonstige Zuweisungen von Gemeinden (GV)		5.000.000	5.000.000	—	5.000
331 01-9 (GA)	960	Zuweisungen des Bundes gemäß § 12 HBFG		—	20.000.000	–20.000.000	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63 bis 66		Erstattungen für sonstigen Sachaufwand für Personal		(6.807.500)	(5.062.400)	(+1.745.100)	(2.302)
241 63-0	017	Erstattung von Unfallversicherungs- leistungen vom Bund		1.200.000	1.200.000	—	1.262
271 63-6	223	Erstattungen von Ausgaben durch landeseige- ne Krankenhäuser für die gesetzliche Un- fallversicherung des Landes Niedersachsen		—	832.900	–832.900	847
271 64-4	223	Erstattungen von Ausgaben durch die Hoch- schulkliniken für die gesetzliche Unfall- versicherung des Landes Niedersachsen		—	1.600.000	–1.600.000	—
271 65-2	223	Erstattungen von Ausgaben für die gesetzl. Unfallvers. des Landes Nieders. durch Hoch- schulhaushalte mit globaler Steuerung		—	337.200	–337.200	170
271 66-0	223	Erstattungen von Ausgaben für die gesetzl. Unfallversicherung des Landes Niedersachsen durch Landesbetriebe		5.606.500	1.091.300	+4.515.200	—
381 63-6	990	Zuführung von anderen Kapiteln des Landes- haushalts für die gesetzliche Unfallver- sicherung des Landes Niedersachsen		1.000	1.000	—	23
TGr. 71		Modellversuch Firmen-Abonnement ***Rückzahlungen dürfen durch Absetzen von der Einnahme verausgabt werden		(—)	(—)	(—)	(7)
119 71-0	960	Verkauf von Fahrausweisen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 71.		—	—	—	7
124 71-4	960	Vermietung von Behördenparkplätzen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 71.		—	—	—	—
TGr. 73		Parkraumbewirtschaftung und Job-Ticket in der Landeshauptstadt		(—)	(—)	(—)	(1.867)
119 73-7	960	Verkauf von Fahrausweisen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 73.		—	—	—	1.801
124 73-0	960	Vermietung von Behördenparkplätzen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 73.		—	—	—	65

ERLÄUTERUNGEN

Zu 093 01

Gemäß § 3 Abs. 1 des Niedersächsischen Spielbankgesetzes vom 10. 11. 1989 (Nieders. GVBl. S. 375) unterliegt der Betrieb einer Spielbank der Spielbankabgabe in Höhe von 80 v. H. der Bruttospielerträge.

Zu 093 02

Gemäß § 2 der VO über Zusatzleistungen zur Spielbankabgabe und über die Troncabgabe vom 11. 4. 1990 (Nieders. GVBl. S. 139), geändert durch Verordnung vom 13. 9. 2000 (Nieders. GVBl. S. 246), ist ab dem 1. 1. 2000 bei monatlichen Tronceinnahmen von mehr als 1 700 000 DM eine Troncabgabe von 5 v. H. des Tronc-Aufkommens zu entrichten.

Zu 093 03

Von dem Landesanteil an der Einnahme bei 093 01 werden vom MF 8 208 000 DM am Jahresabschluss nach 093 03 umgebucht.

Zu 093 04

Nach § 1 der VO über Zusatzleistungen zur Spielbankabgabe und über die Troncabgabe vom 11. 4. 1990 (Nieders. GVBl. S. 139), geändert durch Verordnung vom 13. 9. 2000 (Nieders. GVBl. S. 246), sind Zusatzleistungen zur Spielbankabgabe in Höhe von bis zu 8 v. H. des Bruttospielertrages zu entrichten, wenn und soweit der Bruttospielertrag der Spielbanken in einer Gemeinde jährlich 10 Mio. DM übersteigt. Diese Regelung findet erstmals für das Geschäftsjahr 1999/2000 Anwendung.

Zu 111 11

Veranschlagt sind die Entgelte für Landesbürgschaften und Landeskredite. Nach der Neuregelung des Geschäftsbesorgungsverhältnisses erhält die C & L Deutsche Revision AG zur Deckung ihrer Aufwendungen von diesen Entgelten einschließlich etwaiger Entgeltermäßigungen einen variablen Anteil von max. 90 v. H., dessen Höhe u. a. von der Gesamthöhe der Entgelte abhängt. Veranschlagt ist ein Anteil von 75 v. H. Der Anteil der C & L Deutsche Revision AG ist bei 671 01 ausgewiesen.

Für die Bürgschaften im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ beansprucht der Bund auf Grund seiner 50%igen Garantie 20% der Verwaltungsentgelte. Die C & L Deutsche Revision AG führt den Bundesanteil an den Verwaltungsentgelten unmittelbar aus den bei ihr eingehenden Entgelten ab.

Zu 253 01

Zahlung der Landeshauptstadt Hannover im Zusammenhang mit dem geänderten Vertrag zur Bereinigung der kulturellen und wirtschaftlichen Beteiligungsverhältnisse und zur Sicherung des kulturellen Angebots, durch den das Land u. a. das volle Eigentum an der Staatstheater GmbH Hannover und die damit verbundenen Folgekosten übernimmt.

Zu Titelgruppe 63 bis 66

Vgl. Ausgabetitelgruppe 63.

Zu 241 63

Veranschlagt sind Erstattungen von Unfallversicherungsleistungen für Bedienstete, die im Interesse des Bundes tätig waren.

Zu 271 63, 271 64 und 271 65

Erstattungen aller Landesbetriebe für die gesetzliche Unfallversicherung sind ab 2001 bei 271 66 veranschlagt.

Zu 271 66

Die als Landesbetriebe geführten Einrichtungen erstatten Kosten für vom Land Niedersachsen zentral erbrachte Aufwendungen zur gesetzlichen Unfallversicherung.

Bisherige Veranschlagung bei 271 63, 271 64 und 271 65.

Zu 381 63

Erstattungen von Kosten für vom Land Niedersachsen zentral erbrachte Aufwendungen zur gesetzlichen Unfallversicherung als Beteiligung von Drittmittelgebern oder anderen Erstattungspflichtigen.

Zuführung von 0512 - 981 02 (Landesversicherungsamt) DM 1000.

Zu Titelgruppe 73

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 73/74.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1399 Sonstige Einnahmen und Ausgaben

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
546 59-7	960	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	0
653 01-6	910	Anteil der Spielbankgemeinden an den Brutto- spielerträgen der Spielbanken *** <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe von 12,5 v. H. des Auf- kommens bei 093 01 und 093 03, höchstens jedoch jährlich 51,71 DM je Einwohner der Spielbankgemeinde.</i>	—	13.500.000	13.250.000	+250.000	12.190
671 01-4	017	Erstattung der Kosten des Landeskredit- ausschusses * <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zu 90,0 v.H. der Mehreinnahmen bei 111 11.</i>	—	4.900.000	5.500.000	-600.000	5.740
672 02-9	017	Erstattung des Landesanteils an den Kosten der Geschäftsstelle der Tarifgemeinschaft deutscher Länder	—	118.000	115.000	+3.000	97
682 01-6	692	Zuschuss zu den Verwaltungskosten der Nie- dersächsischen Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH (NFG)	—	330.000	172.000	+158.000	144
863 01-0	692	Darlehen an die Niedersächsische Gesell- schaft für öffentliche Finanzierungen mbH *** <i>Das MF kann zinslose Darlehen unter dem Vorbehalt gewähren, daß diese auf An- forderung binnen 1 Woche, spätestens zum Schluß des Haushaltsjahres an das Land zurückzahlen sind. Rückzahlungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu ver- einnahmen.</i>	—	—	—	—	—
863 02-9	692	Darlehen an die Flughafen Hannover-Langen- hagen GmbH *** <i>Vgl. Vermerk zu 863 01.</i>	—	—	—	—	—
863 04-5	861	Darlehen an die niedersächsischen Bäder- gesellschaften mbH *** <i>Vgl. Vermerk zu 863 01.</i>	—	—	—	—	—
863 05-3	692	Darlehen an sonstige Gesellschaften, an denen das Land beteiligt ist *** <i>Vgl. Vermerk zu 863 01.</i>	—	—	—	—	—
981 02-1	990	Abführung an 04 06 - 381 01 * <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 093 03.</i>	—	8.208.000	6.840.000	+1.368.000	6.840
TGr. 63		Titelgruppe(n) Sonstiger Sachaufwand für Personal ** <i>Abweichend von § 20 LHO sind die Aus- gaben der Titelgruppe nicht gegenseitig deckungsfähig.</i>	(—)	(34.900.000)	(36.200.000)	(-1.300.000)	(29.306)
681 63-0	223	Durchführung der Unfallversicherung für Angestellte und Arbeiter des Landes	—	27.400.000	27.400.000	—	21.885
981 63-3	990	Ausgleichsabgabe auf Grund des Schwerbehin- dertengesetzes -Abführung an 05 36 - 381 61-	—	7.500.000	8.800.000	-1.300.000	7.421
TGr. 69		Sicherheitsmaßnahmen	(420.000) (—)	(1.415.000)	(1.520.000)	(-105.000)	(2.081)
518 69-0	049	Mieten und Pachten * <i>Übertragbar.</i>	—	135.000	—	+135.000	80
547 69-0	049	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	—
811 69-0	049	Beschaffungen * <i>Übertragbar.</i>	420.000 —	180.000	420.000	-240.000	924
812 69-6	049	Ergänzung von Anlagen in Dienstgebäuden (soweit nicht Baumaßnahmen) und in beson- deren Fällen auch in Wohnungen * <i>Übertragbar.</i>	—	1.100.000	1.100.000	—	1.077

ERLÄUTERUNGEN

Zu 653 01

Nach § 1 der Verordnung über die Höhe des Anteils der Spielbankgemeinde an der Spielbankabgabe vom 26. 1. 1990 (Nds. GVBl. S. 37), zuletzt geändert durch Verordnung vom 20. 12. 1994 (Nds. GVBl. S. 540), erhalten Gemeinden, in denen sich eine öffentliche Spielbank befindet, einen Anteil an der Spielbankabgabe in Höhe von 10 v. H. des Bruttospielertrages, höchstens jedoch jährlich 50 DM je Einwohner. Der Höchstbetrag je Einwohner erhöht sich um die Hälfte des Vmhundertsatzes, um den der Bruttospielertrag aller niedersächsischen Spielbanken im Vorjahr gestiegen ist. Der Gemeindeanteil an der Spielbankabgabe wird monatlich jeweils für den vorausgegangenen Monat als Abschlag ausgezahlt.

Zu 671 01

Es handelt sich um die auf die C & L Deutsche Revision AG entfallenden Anteile an den Entgelten für Landesbürgschaften und Landeskredite.

Vgl. Erläuterungen zu 111 11.

Zu 672 02

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder ist eine Arbeitgebervereinigung, in der alle Bundesländer Mitglied sind. Die Kosten der Geschäftsstelle werden gemäß Satzung zu gleichen Teilen auf die Länder umgelegt.

Zu 682 01

Die Verwaltungskosten der NFG werden vom Land getragen.

Vgl. Anlage zu diesem Kapitel.

Zu 981 02

Die Abgabe der Spielbanken zum Ausgleich der Aufwendungen für die Spielbanküberwachung wird an das Kapitel 04 06 (Finanzämter) abgeführt.

Zu Titelgruppe 63**Zu 681 63**

Gesetzliche Unfallversicherung im Rahmen des 7. Buches des Sozialgesetzbuches (SGB).

Zu 981 63

Gemäß § 5 Abs. 1 des Schwerbehindertengesetzes (SchwbG) i. d. F. vom 26. 8. 1986 (BGBl. I S. 1421) haben auch Arbeitgeber der öffentlichen Hand, die über mindestens 16 Arbeitsplätze verfügen, auf mindestens 6 v. H. der Arbeitsplätze Schwerbehinderte zu beschäftigen. Für die Verpflichtung, je Monat und unbesetzten Pflichtplatz 200 DM als Ausgleichsabgabe zu entrichten, gilt das Land als ein Arbeitgeber (§ 11 Abs. 7 SchwbG).

Aus Vereinfachungsgründen wird die vom Land zu entrichtende Ausgleichsabgabe zentral im Epl. 13 nachgewiesen.

Wegen der Verwendung der Ausgleichsabgabe vgl. 05 36 Titelgruppe 68/71.

Zu Titelgruppe 69

Die Mittel werden den obersten Landesbehörden auf Anforderung zur Bewirtschaftung zugewiesen.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1399 Sonstige Einnahmen und Ausgaben

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 71/72		Modellversuch Firmen-Abonnement * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 71 und 124 71.	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
538 71-3	960	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
547 71-2	960	Erwerb von Fahrausweisen	—	—	—	—	—
547 72-0	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	—
TGr. 73/74		Parkraumbewirtschaftung und Job-Ticket in der Landeshauptstadt * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 73 und 124 73.	(—)	(—)	(—)	(—)	(1.755)
547 73-9	960	Erwerb von Fahrausweisen	—	—	—	—	1.755
547 74-7	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		1.300.000	–1.300.000	
		Abschluss Kapitel 13 99					
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben		173.800.000	172.000.000	+1.800.000	
		1 Eigene Einnahmen		6.002.000	7.002.000	–1.000.000	
		2 Übertragungseinnahmen		11.806.500	10.061.400	+1.745.100	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		1.000	20.001.000	–20.000.000	
		Summe der Einnahmen		191.609.500	209.064.400	–17.454.900	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	135.000	1.300.000	–1.165.000	
		6 Übertragungsausgaben	—	46.248.000	46.437.000	–189.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	420.000	1.280.000	1.520.000	–240.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	15.708.000	15.640.000	+68.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	420.000	63.371.000	64.897.000	–1.526.000	
		Überschuss	—	128.238.500	144.167.400	–15.928.900	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 73/74

Mit den Einnahmen aus der Vermietung von Parkplätzen an Bedienstete wird kostendeckend ein Job-Ticket finanziert.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Niedersächsischen Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH (NFG)

Zu 682 01

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis für 1999 DM
Ausgaben			
1. Personalausgaben	129 000	136 000	121 263
2. Sachausgaben ohne Abschreibungen	21 000	36 000	24 287
3. Abschreibungen	—	—	—
4. Ausgaben für Investitionen	—	—	—
5. Ausgleichszahlungen an die ZVK für ehemalige Mitarbeiter der Nds. Hochschulbau-GmbH	180 000	—	—
Zusammen	330 000	172 000	145 550
Einnahmen			
Eigene Einnahmen einschl. Vorsteuererstattungen	—	—	2 338
Abschreibungen	—	—	—
Mithin Fehlbetrag	333 000	172 000	143 212

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch:

a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	— DM
b) das Land mit	330 000 DM
c) dem Bund mit	— DM
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	— DM
e) Private	— DM
Zusammen	330 000 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 13 0 Steuern und steuerähnliche Abgaben 1 Eigene Einnahmen 2 Übertragungseinnahmen 3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen Summe der Einnahmen		27.991.800.000 1.077.484.100 2.801.268.700 5.316.805.700	28.592.000.000 494.242.300 2.633.891.900 2.861.905.500	-600.200.000 +583.241.800 +167.376.800 +2.454.900.200	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben 5 Sächliche Verwaltungsausgaben 200.000 6 Übertragungsausgaben 8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen 420.000 9 Besondere Finanzierungsausgaben —	— — 200.000 — 420.000 — —	3.940.985.600 4.540.303.400 4.900.421.000 1.765.635.000 -323.376.200	3.833.557.900 4.396.869.100 5.120.077.800 651.486.400 -329.792.400	+107.427.700 +143.434.300 -219.656.800 +1.114.148.600 +6.416.200	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben Überschuss Nachrichtlich: Summe für inzwischen weggefallene Kapitel Ausgaben	420.000 200.000 —	14.823.968.800 22.363.389.700	13.672.198.800 20.909.840.900	+1.151.770.000 +1.453.548.800	
					35.700.000		

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 5131 Allgemeine Rücklage

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7
	E I N N A H M E N					
119 51	Vermischte Einnahmen ***Die Erläuterungen des gesamten Kapitels sind verbindlich.		—	—	—	—
162 01	Sonstige Zinseinnahmen		—	—	—	—
182 01	Tilgungen auf nachgewiesenes Kapitalvermö- gen (einschl. Restkaufgelder)		—	—	—	—
359 01	Zuführungen aus dem Landeshaushalt		—	—	—	312.719
361 01	Übertrag aus dem Vorjahr		856.702.600	938.114.000	–81.411.400	951.646
	A U S G A B E N					
546 59	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
919 01	Abführung an den Landeshaushalt	—	—	81.411.400	–81.411.400	—
	Abschluss Kapitel 51 31					
	1 Eigene Einnahmen		—	—	—	—
	3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		856.702.600	938.114.000	–81.411.400	—
	Summe der Einnahmen		856.702.600	938.114.000	–81.411.400	
	5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
	9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	81.411.400	–81.411.400	—
	Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	81.411.400	–81.411.400	—
	Überschuss		856.702.600	856.702.600	—	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titel 359 01

Vgl. Landeshaushalt 13 02 – 911 01.

Zu Titel 361 01

Beim Ansatz für das Jahr 2000 wurde nicht der ursprünglich im HP 2000 enthaltene, sondern der im Zuge des Abschlusses 1999 ermittelte, tatsächliche Bestand ausgewiesen.

Zu Titel 919 01

Vgl. Landeshaushalt 13 02 – 351 01.

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 5132 Grundstock (ohne Agrarstrukturfonds)

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7
	E I N N A H M E N					
119 51	Vermischte Einnahmen ***Die Erläuterungen des gesamten Kapitels sind verbindlich.		100	5.100	–5.000	103
131 01	Erlös aus dem Verkauf von Grundstücken (ausschl. Restkaufgelder)		40.000.000	50.000.000	–10.000.000	38.334
131 02	Erlös aus dem Verkauf von Grundstücken durch Landesbetriebe		—	2.100.000	–2.100.000	117
162 01	Zinsen (einschl. Erbbauzinsen)		1.650.000	2.016.000	–366.000	1.820
182 01	Tilgungen auf nachgewiesenes Kapitalvermö- gen (einschl. Restkaufgelder)		—	—	—	143
359 01	Zuführung aus dem Landeshaushalt		16.703.500	5.021.600	+11.681.900	7.018
361 01	Übertrag aus dem Vorjahr		115.617.800	163.527.400	–47.909.600	156.548
	A U S G A B E N					
511 01	Geschäftsbedarf	—	35.000	35.000	—	20
527 01	Reisekostenvergütungen	—	8.000	8.000	—	4
546 59	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	30.000	30.000	—	1.060
821 01	Ankauf von Grundstücken	—	30.000.000	25.000.000	+5.000.000	46.724
883 01	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
919 01	Abführung an den Landeshaushalt	—	113.000.000	75.000.000	+38.000.000	33.334
	Abschluss Kapitel 51 32					
	1 Eigene Einnahmen		41.650.100	54.121.100	–12.471.000	
	3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		132.321.300	168.549.000	–36.227.700	
	Summe der Einnahmen		173.971.400	222.670.100	–48.698.700	
	5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	73.000	73.000	—	
	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	30.000.000	25.000.000	+5.000.000	
	9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	113.000.000	75.000.000	+38.000.000	
	Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	143.073.000	100.073.000	+43.000.000	
	Überschuss		30.898.400	122.597.100	–91.698.700	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 51 32

Abweichend von § 64 Abs. 6 S. 2 LHO dürfen die Mittel des Grundstocks zur Deckung des Haushalts herangezogen werden.

Soweit der Bestand es zulässt, dürfen höhere Ausgaben geleistet werden.

Gem. § 63 Abs. 3 LHO wird in Einzelfällen zugelassen, dass landeseigene Grundstücke in Gebieten, die die Voraussetzung für die Durchführung von Sanierungsmaßnahmen i. S. der §§ 136 bis 164 des Baugesetzbuches (BauGB) oder von Entwicklungsmaßnahmen i. S. der §§ 6 und 7 des BauGB- Maßnahmengesetzes i. V. m. den §§ 165 bis 171 des BauGB erfüllen, auch ohne eine entsprechende förmliche Festlegung des Gebietes oder Förderung der Maßnahme zum sanierungs- oder entwicklungsunbeeinflussten Grundstückswert an die Gemeinde veräußert werden, wenn sich diese zur Durchführung der beabsichtigten städtebaulichen Maßnahmen auf dem Grundstück innerhalb von 5 Jahren verpflichtet. Im Übrigen gelten die hierzu vom BMF ergangenen Grundsätze für die verbilligte Veräußerung bundeseigener Grundstücke (VerbGs) vom 31.03.1993 (Bundesanzeiger Nr. 95a vom 25.05.1993) entsprechend.

Gem. § 63 Abs. 3 LHO wird zugelassen, dass landeseigene bebaute und unbebaute Grundstücke bei einer Nutzungsbindung von mindestens 20 Jahren für Hochschulzwecke unter dem vollen Wert an Gebietskörperschaften veräußert werden. Der Preisnachlass beträgt bei Liegenschaften, die einer Bauleitplanerischen Vorbereitung bedürfen

- 50 v.H. bis zum Ablauf des dritten Jahres nach tatsächlicher Verfügbarkeit des Kaufobjektes für die geplante Hochschulnutzung und
- 25 v.H. im vierten Jahr nach tatsächlicher Verfügbarkeit.
- Er entfällt ab dem fünften Jahr nach tatsächlicher Verfügbarkeit.

Bei anderen Liegenschaften beträgt der Preisnachlass

- 50 v.H. im ersten Jahr nach tatsächlicher Verfügbarkeit des Kaufobjektes am Markt für die beabsichtigte Hochschulnutzung.
- 40 v.H. im zweiten Jahr nach tatsächlicher Verfügbarkeit und
- 25 v.H. im dritten Jahr nach tatsächlicher Verfügbarkeit.
- Er entfällt ab dem vierten Jahr nach Freigabe.

Im Übrigen gelten die hierzu vom BMF ergangenen Grundsätze und Richtlinien für die verbilligte Veräußerung bundeseigener Grundstücke (VerbGs) vom April 1997 (Bundesanzeiger 1997 S. 153) entsprechend.

Zu Titel 131 01

Vgl. Vermerk zu 919 01.

Zu Titel 162 01

Gem. § 64 Abs. 4 i. V. m. § 63 Abs. 3 S. 3 und Abs. 5 LHO wird zugelassen, dass der Gemeinde Butjadingen das Flurstück 794/58, Flur 11, Gemarkung Langwarden zur Größe von 1.203 qm bis zum 31.12.2032 zwecks Errichtung eines Nationalparkhauses/Museums im Wege des Erbbaurechts unter Verzicht auf die Erhebung eines Erbbauzinses überlassen wird.

Gem. § 64 Abs. 4 i. V. m. § 63 Abs. 3 S. 3 und Abs. 5 LHO wird zugelassen, dass dem Studentenwerk in Hannover das Flurstück 1796/5, Flur 5, Gemarkung Hannover in Größe von 2.051 qm bis zum Ablauf von 7 Jahren nach Inbetriebnahme des auf dem Grundstück zu errichtenden Studentenwohnheims zu einem ermäßigten Erbbauzins von 2 v.H. des Verkehrswertes überlassen wird.

Gem. § 64 Abs. 4 i. V. m. § 63 Abs. 3 S. 3 und Abs. 5 LHO wird zugelassen, dass dem Studentenwerk in Göttingen folgende landeseigene Grundstücke bis zum Ablauf von 7 Jahren nach Inbetriebnahme der auf den Grundstücken zu errichtenden Studentenwohnheime zu einem ermäßigten Erbbauzins von 2 v.H. des Verkehrswertes überlassen werden :

- a) Teilfläche des Flurstücks 126/18, Flur 6, Gemarkung Göttingen in Größe von ca. 5.395 qm,
- b) Teilfläche des Flurstücks 99/45, Flur 10, Gemarkung Weende in Größe von ca. 7.000 qm,
- c) Teilfläche des Flurstücks 111/11, Flur 6, Gemarkung Göttingen in Größe von ca. 3.800 qm,
- d) Flurstücke 179/7 und 218/14, Flur 7 und Flurstücke 112/2, 3/3 und 145/1, Flur 9, Gemarkung Weende zur Größe von 15.698 qm.

Gem. § 64 Abs. 4 i. V. m. § 63 Abs. 3 S. 3 und Abs. 5 LHO wird zugelassen, dass der Deutschen Primatenzentrum GmbH (DPZ) in Göttingen als Forschungseinrichtung der sog. „Blauen Liste“ die für die Errichtung von Labor-, Verwaltungs- und Gehegeeinrichtungen erforderlichen landeseigenen Grundstücke ab 1999 für die Dauer ihrer Aufnahme in der „Blauen Liste“ im Wege des Erbbaurechts unter Verzicht auf die Erhebung eines Erbbauzinses überlassen werden (vgl. dazu Kapitel 06 07 Titel 252 01).

Zu Titel 359 01

Vgl. Landeshaushalt 06 03 – 916 01, 06 04 – 916 01, 13 02 – 916 01, 15 42 – 916 61 und 20 11 – 916 01.

Zu Titel 361 01

Beim Ansatz für das Jahr 2000 wurde nicht der ursprünglich im HP 2000 enthaltene, sondern der im Zuge des Abschlusses 1999 ermittelte, tatsächliche Bestand ausgewiesen.

Zu Titel 919 01

Vgl. Landeshaushalt 13 02 – 356 01.

Die Ausgaben erhöhen sich um die Mehreinnahmen bei 131 01

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7
	E I N N A H M E N					
119 51	Vermischte Einnahmen ***Die Erläuterungen des gesamten Kapitels sind verbindlich.		100.000	100.000	—	158
131 01	Erlös aus dem Verkauf von Grundstücken (ausschl. Restkaufgelder)		12.400.000	12.000.000	+400.000	29.726
131 02	Erlös aus dem Verkauf von Grundstücken von Landesbetrieben		—	—	—	—
162 01	Zinsen (einschl. Erbbauzinsen)		400.000	400.000	—	526
182 01	Tilgungen auf nachgewiesenes Kapitalvermö- gen (einschl. Restkaufgelder)		100.000	100.000	—	20
359 01	Zuführungen aus dem Landeshaushalt		—	—	—	—
361 01	Übertrag aus dem Vorjahr		38.018.500	40.171.300	–2.152.800	40.173
	A U S G A B E N					
511 01	Geschäftsbedarf	—	70.000	50.000	+20.000	65
527 01	Reisekosten	—	3.000	3.000	—	0
546 59	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	300.000	300.000	—	545
821 01	Ankauf von Grundstücken	—	3.627.000	3.000.000	+627.000	1.417
919 01	Abführung an den Landeshaushalt	—	35.160.000	11.399.800	+23.760.200	45.591
	Abschluss Kapitel 51 33					
	1 Eigene Einnahmen		13.000.000	12.600.000	+400.000	
	3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		38.018.500	40.171.300	–2.152.800	
	Summe der Einnahmen		51.018.500	52.771.300	–1.752.800	
	5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	373.000	353.000	+20.000	
	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	3.627.000	3.000.000	+627.000	
	9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	35.160.000	11.399.800	+23.760.200	
	Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	39.160.000	14.752.800	+24.407.200	
	Überschuss		11.858.500	38.018.500	–26.160.000	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 51 33

Soweit der Bestand es zulässt, dürfen höhere Ausgaben geleistet werden.

Zu Titel 131 01

Gem. § 63 Abs. 3 LHO wird in Einzelfällen zugelassen, dass landeseigene Grundstücke in Gebieten, die die Voraussetzung für die Durchführung von Sanierungsmaßnahmen i. S. der §§ 136 bis 164 des Baugesetzbuches (BauGB) oder von Entwicklungsmaßnahmen i. S. der §§ 6 und 7 des BauGB-Maßnahmengesetzes i.V.m. den §§ 165 bis 171 des BauGB erfüllen, auch ohne eine entsprechende förmliche Festlegung des Gebietes oder Förderung der Maßnahme zum sanierungs- oder entwicklungsunbeeinflussten Grundstückswert an die Gemeinde veräußert werden, wenn sich diese zur Durchführung der beabsichtigten städtebaulichen Maßnahmen auf dem Grundstück innerhalb von 5 Jahren verpflichtet. Im Übrigen gelten die hierzu vom BMF ergangenen Grundsätze für die verbilligte Veräußerung bundeseigener Grundstücke (VerbGs) vom 31.03.1993 (Bundesanzeiger Nr. 95a vom 25.05.1993) entsprechend.

Gem. § 63 Abs. 3 S. 3 LHO wird zugelassen, dass das Aneignungsrecht des Fiskus hinsichtlich des herrenlosen Flurstücks 1078/121, Flur 2, Gemarkung Fleestedt, Landkr. Harburg, ohne Wertausgleich an die Gemeinde Seevetal abgetreten wird.

Gem. § 63 Abs. 3 LHO wird zugelassen, dass landeseigene bebaute und unbebaute Grundstücke bei einer Nutzungsbindung von mindestens 20 Jahren für Hochschulzwecke unter dem vollen Wert an Gebietskörperschaften veräußert werden. Der Preisnachlass beträgt bei Liegenschaften, die einer Bauleitplanerischen Vorbereitung bedürfen

- 50 v.H. bis zum Ablauf des dritten Jahres nach tatsächlicher Verfügbarkeit des Kaufobjektes für die geplante Hochschulnutzung und
- 25 v.H. im vierten Jahr nach tatsächlicher Verfügbarkeit.
- Er entfällt ab dem fünften Jahr nach tatsächlicher Verfügbarkeit.

Bei anderen Liegenschaften beträgt der Preisnachlass

- 50 v.H. im ersten Jahr nach tatsächlicher Verfügbarkeit des Kaufobjektes am Markt für die beabsichtigte Hochschulnutzung.
- 40 v.H. im zweiten Jahr nach tatsächlicher Verfügbarkeit und
- 25 v.H. im dritten Jahr nach tatsächlicher Verfügbarkeit.
- Er entfällt ab dem vierten Jahr nach Freigabe.

Im Übrigen gelten die hierzu vom BMF ergangenen Grundsätze und Richtlinien für die verbilligte Veräußerung bundeseigener Grundstücke (VerbGs) vom 26.03.1996 entsprechend.

Zu Titel 162 01

Gem. § 64 Abs. 4 i.V.m. § 63 Abs. 3 S. 3 und Abs. 5 LHO wird zugelassen, dass dem Studentenwerk in Oldenburg das Flurstück 3/242, Flur 49, Gemarkung Emden in Größe von 0,6887 ha bis zum Ablauf von 7 Jahren nach Inbetriebnahme des auf dem Grundstück zu errichtenden Studentenwohnheims zu einem ermäßigten Erbbauzins von 2 v. H. des Verkehrswertes überlassen wird.

Zu Titel 361 01

Beim Ansatz für das Jahr 2000 wurde nicht der ursprünglich im HP 2000 enthaltene, sondern der im Zuge des Abschlusses 1999 ermittelte, tatsächliche Bestand ausgewiesen.

Zu Titel 919 01

Vgl. Landeshaushalt 09 03 – 356 70, 09 10 – 356 01, 09 30 – 356 01, 09 31 – 356 01, 09 50 – 356 01, 10 04 – 356 01, 10 04 – 356 70, 13 02 – 356 02, 20 64 – 356 61, 20 64 – 356 62, 20 75 – 356 01, 20 76 – 356 01, 20 77 – 356 01 und 20 77 – 356 02.

Die Ausgaben erhöhen sich um die Mehreinnahmen bei 131 01

Der für das Jahr 2000 ausgewiesene Ansatz wurde um zwei im Haushaltsjahr 1999 vorgezogene Entnahmen korrigiert (vgl. 09 10 – 356 01 und 13 02 – 356 02).

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 5135 Unterabteilung Zinsen für Diskontkredite der Allgemeinen Rücklage

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7
	E I N N A H M E N					
359 01	Zuführungen aus dem Landeshaushalt ***Die Erläuterungen des gesamten Kapitels sind verbindlich.		35.444.000	35.444.000	—	35.443
361 01	Übertrag aus dem Vorjahr		282.956.000	248.069.500	+34.886.500	247.512
	A U S G A B E N					
919 01	Abführung an den Landeshaushalt	—	—	—	—	—
	Abschluss Kapitel 51 35					
	3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		318.400.000	283.513.500	+34.886.500	
	Summe der Einnahmen		318.400.000	283.513.500	+34.886.500	
	9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
	Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	—	—	
	Überschuss		318.400.000	283.513.500	+34.886.500	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 51 35

Entnahmen dürfen nur zur Zahlung von Zinsen für Diskontkredite verwendet werden.

Zu Titel 359 01

Vgl. Landeshaushalt 13 25 – 911 02.

Zu Titel 919 01

Vgl. Landeshaushalt 13 25 – 351 02.

Verzeichnis der Beteiligungen des Landes Niedersachsen an Unternehmen

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Unternehmens	Höhe der Beteiligung a) DM b) v.H.	Jahres- ergebnis des Unter- nehmens (+ Gewinn, – Gewinn)	Voraus- sichtl. im Haus- haltsjahr 2001 zufließ. Gewinn DM	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
I.	Unternehmen des öffentlichen Rechts				
1	Kreditinstitute				
1.1	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt a. M.	a) 23 200 000 b) 2,32	1999 + 529 700 000	—	Eingezahlt sind 3 480 000 DM. Weiter hat das Land an die KfW 17 400 000 DM als Eigenkapitaleinlage gezahlt. Der Gewinn wurde der gesetzlichen Rücklage überwiesen. Neben dem ausgewiesenen Anteil am Stammka- pital der Bank hält das Land eine besondere Ka- pitaleinlage in Höhe von 100 000 000 DM.
1.2	Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –, Hannover	a) 288 000 000 b) 40	1999 + 145 500 000	29 000 000	
		a) 311 200 000		29 000 000	
II.	Unternehmen des privaten Rechts				
2	Hannoversche Beteiligungsgesellschaft mbH, Hannover (HanBG) Die HanBG hält folgende Beteiligungen für das Land: – Volkswagen AG, Wolfsburg – Flughafen Hannover- Langenhagen GmbH, Hannover – Deutsche Messe AG, Hannover – Spielbanken Niedersachsen GmbH, Hannover – Niedersächsische Gesellschaft zur Endablagerung von Sonder- abfall (NGS), Hannover – Salzgitter AG, Salzgitter	a) 1 204 748 000 b) 100 a) 289 769 350 b) 18,57 a) 21 000 000 b) 35 a) 74 748 000 b) 49,83 a) 10 000 000 b) 100 a) 2 520 000 b) 36 a) 79 560 000 b) 25,5	1998 – 114 584 223 1998 + 2 243 000 000 1998 – 10 772 468 1998 + 26 170 943 1998 – 4 088 334 1998 + 1 579 868 1998/9 + 50 256 000	— *) *) *) *) *) *)	*) = Dividenden fließen nicht in den Landes- haushalt, sondern werden an die HanBG als unmittelbarem Aktionär/Gesellschafter ausgeschüttet
3	Volkswagen-Aktiengesellschaft, Wolfsburg	a) 1 006 800 b) 0,07	1998 + 2 243 000 000	300 000	
4	Verkehrs- und hafenwirtschaftliche Unternehmen				
4.1	Flughafengesellschaft Braunschweig mbH, Braunschweig	a) 211 600 b) 17,8	1998 – 801	—	Die Gesellschaft befindet sich in Liquidation.
4.2	Osthannoversche Eisenbahnen AG, Celle	a) 9 149 700 b) 40,24	1998 – 196 261	—	
4.3	Eisenbahnen und Verkehrsbetriebe Elbe-Weser GmbH, Zeven	a) 6 576 800 b) 58	1998 – 1 189 455	—	
4.4	Seefischmarkt und Hafenumschlag Cuxhaven GmbH, Cuxhaven	a) 8 150 000 b) 100	1998 —	—	
4.5	Cux-Port-Seehafen GmbH, Cuxhaven	a) 1 482 000 b) 24,70	1998 – 1 694 350	—	
4.6	Emder Hafenumschlaggesell- schaft mbH i. L., Emden	a) 50 000 b) 100	—	—	
4.7	Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH, Hannover	a) 250 000 b) 100 a) 25 870 100	—	—	

13 Allgemeine Finanzverwaltung

Beilage 1
13 20 Vermögensverwaltung

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Unternehmens	Höhe der Beteiligung a) DM b) v.H.	Jahres- ergebnis des Unter- nehmens (+ Gewinn, – Gewinn)	Voraus- sichtl. im Haus- haltsjahr 2001 zufließ. Gewinn DM	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
5	Unternehmen der Landesentwicklung und der Strukturverbesserung				
5.1	Niedersächsische Landgesellschaft mbH, Hannover	a) 823 240 b) 51,88	+ 1998 4 067 347	—	
5.2	Industriewasserversorgungsgesellschaft Nordwest-Niedersachsen mbH, Wilhelmshaven	a) 156 000 b) 52	+ 1998 221 226	200 000	
		a) 979 240		200 000	
6	Einrichtungen für Kultur und Forschung				
6.1	Niedersächsische Staatstheater Hannover GmbH, Hannover	a) 51 000 b) 100	—	—	
6.2	Gesellschaft für Biotechnologische Forschung mbH, Braunschweig	a) 5 000 b) 10	—	—	
6.3	GKSS-Forschungszentrum Geesthacht GmbH, Hamburg	a) 500 b) 0,63	—	—	
6.4	Deutsches Primatenzentrum GmbH, Göttingen	a) 25 000 b) 50	—	—	
6.5	FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft uznd Unterricht gem. GmbH, Grünwald	a) 20 000 b) 6,25	– 1998 1 128 813	—	
6.6	Institut für den wissenschaftlichen Film gem. GmbH, Göttingen	a) 10 000 b) 10	—	—	
6.7	Fachinformationszentrum Karlsruhe GmbH, Karlsruhe	a) 2 000 b) 2,17	—	—	
6.8	Institut Frau und Gesellschaft GmbH i. L., Hannover	a) 200 000 b) 100	—	—	Die Gesellschaft befindet sich in Liquidation.
6.9	Hochschul-Informations-System GmbH, Hannover	a) 4 000 b) 4,16	—	—	
6.10	Gesellschaft für wissenschaftliche Datenverarbeitung mbH Göttingen, Göttingen	a) 50 000 b) 50	—	—	
6.11	Einkaufszentrale für öffentliche Bibliotheken GmbH, Reutlingen	a) 180 000 b) 4,23	– 1998 578 723	—	
6.12	DSMZ – Deutsche Sammlung von Mikroorganismen und Zellkulturen GmbH, Braunschweig	a) 50 000 b) 100	—	—	
6.13	Niedersächsische Agentur für Technologie-Transfer und Innovation GmbH, Hannover	a) 120 000 b) 70,6	—	—	Eingezahlt sind 90 000 DM.
6.14	Deutsche Management-Akademie Niedersachsen GmbH, Celle	a) 260 000 b) 52	—	—	
6.15	Niedersächsisches Institut für Peptid-Forschung GmbH, Hannover	a) 50 000 b) 100	—	—	Durch Vertrag vom 27. 3. 2000 wurde der Geschäftsbetrieb ausgegliedert veräußert. Der verbleibende „Mantel“ wird nach Abwicklung der restlichen Geschäftsvorfälle liquidiert.

13 Allgemeine Finanzverwaltung

Beilage 1
13 20 Vermögensverwaltung

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Unternehmens	Höhe der Beteiligung a) DM b) v. H.	Jahres- ergebnis des Unter- nehmens (+ Gewinn, – Gewinn)	Voraus- sichtl. im Haus- haltsjahr 2001 zufließ. Gewinn DM	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
6.16	Deutsches Windenergie-Institut GmbH, Wilhelmshaven	a) 50 069 b) 100	—	—	
6.17	Institut für Solarenergieforschung GmbH, Emmerthal	a) 50 000 b) 100	—	—	
6.18	Clausthaler Umwelttechnik-Institut GmbH, Clausthal-Zellerfeld	a) 50 069 b) 100	—	—	
6.19	Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH, Bonn	a) 2 000 b) 2,44	—	—	
6.20	Innovationsgesellschaft Universität Hannover mbH, Hannover	a) 48 896 b) 100			
		a) 1 228 534		—	
7	Andere Unternehmen				
7.1	Niedersächsische Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen mbH, Hannover	a) 106 397 b) 70,6	—	—	
7.2	Niedersächsisches Staatsbad Nenndorf Betriebsgesellschaft mbH, Bad Nenndorf	a) 50 069 b) 100	1998 – 21 371 364	—	
7.3	Niedersächsisches Staatsbad Norderney Betriebsgesellschaft mbH, Norderney	a) 58 675 b) 100	—	—	
7.4	Niedersächsisches Staatsbad Pyrmont Betriebsgesellschaft mbH, Bad Pyrmont	a) 58 675 b) 100	—	—	
7.5	Nieders. Gesellschaft zur Endablagerung von Sonderabfall mbH, Hannover	a) 1 050 000 b) 15	1998 + 1 579 868	—	
7.6	Nieders. Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen GmbH, Hoheneggelsen	a) 3 000 000 b) 100	1998 – 92 964	—	
7.7	Niedersächsische Energie-Agentur GmbH, Hannover	a) 187 500 b) 25	—	—	
7.8	Landesberatungsgesellschaft für Integration und Beschäftigung mbH, Hannover	a) 44 000 b) 88	—	—	
7.9	AMI – Arzneimitteluntersuchungsinstitut Nord-GmbH, Bremen	a) 12 500 b) 25	—	—	
7.10	Gesellschaft zur Vorbereitung und Durchführung der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover mbH, Hannover	a) 3 000 000 b) 30	1998 – 208 137 170	—	
7.11	Gesellschaft zur Entwicklung, Erschließung, Verwaltung und Verwertung von Grundstücken des Geländes der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover mbH, Hannover	a) 4 729 200 b) 47	1998 + 2 240	—	
7.12	Trägersgesellschaft Deutscher Pavillon mbH, Hannover	a) 5 900 b) 5,21	—	—	
7.13	Internationale Frauenuniversität GmbH, Hannover	a) 24 937 b) 51	—	—	
7.14	Brauergilde Hannover AG, Hannover	a) 300 000 b) 1,57	—	—	Den Bestand verwaltet der Nieders. Landtag.
		a) 12 627 853		—	
	Nachrichtlich:				
	Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH, Hannover.	a) 50 000 b) 100	—	—	Durch Vertrag vom 17. 12. 1999 veräußert.

Zusammenstellung

Lfd. Nr.	Kapitel/ Titel	Summe der unmittelbaren Beteiligungen (Spalte 3 Buchstabe a)	Voraussichtlich im Haushalts- jahr 2001 zufließender Gewinn (Spalte 5)
I. 1.	13 20 – 121 11	311 200 000	29 000 000
II. 2.	13 20 – 121 12	1 204 748 000	—
3.		1 006 800	300 000
4.		25 870 100	—
5.		979 240	200 000
6.		1 228 534	—
7.		12 627 853	—
		1 557 660 527	29 500 000

Nachweisung

über die der alleinigen Verfügung des Landes unterliegenden Sondervermögen, die zu solchen Zwecken bestimmt sind, für die auch allgemeine Landesmittel verwendet werden (§ 26 LHO).

Landesversorgungsrücklage

Niedersachsen

Einzelplan 13 Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 5139 Landesversorgungsrücklage

Titel	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7
	E I N N A H M E N					
359 01	Zuführungen aus dem Landeshaushalt		—	—	—	12.871
361 01	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre		—	—	—	—
	A U S G A B E N					
459 59	Vermischte Personalausgaben	—	—	—	—	—
	<u>Abschluss Kapitel 51 39</u>					
	3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	
	Summe der Einnahmen		—	—	—	
	4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	
	Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	—	—	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 51 39

Durch Art. 5 Nr. 4 des Versorgungsreformgesetzes 1998 (BGBl. I S. 1666) ist in das Bundesbesoldungsgesetz (BBesG) § 14a m.W.v. 1. Januar 1999 neu eingefügt worden. Danach sind beim Bund und in den Ländern Versorgungsrücklagen als Sondervermögen zu bilden, um die Versorgungsleistungen angesichts der demographischen Veränderungen und des Anstiegs der Zahl der Versorgungsempfänger in den Jahren 2014 bis 2028 sicherzustellen.

In der Zeit vom 1. Januar 1999 bis zum 31. Dezember 2013 werden die Anpassungen der Besoldung in gleichmäßigen Schritten von durchschnittlich 0,2 Prozentpunkte abgesenkt; die dadurch ersparten Beiträge sind dem Sondervermögen zuzuführen. Die Mittel der Sondervermögen dürfen nur zur Finanzierung künftiger Versorgungsausgaben in dem vorgenannten Zeitraum verwendet werden.

Der Wirtschaftsplan umfaßt den staatlichen Bereich.

**Wirtschaftsplan für die
Niedersächsische Landesversorgungsrücklage
für das Geschäftsjahr 2001**

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2001

Finanzbedarf	Soll 2001 T€	Soll 2000 T€	Soll 1999 T€	Soll 2001 TDM ¹⁾	Deckungsmittel	Soll 2001 T€	Soll 2000 T€	Soll 1999 T€	Soll 2001 TDM ¹⁾
1. Ablieferung an den Landeshaushalt	—	—	—	—	1. Zuführungen aus dem Landeshaushalt				
2. Sonstige Aufwendungen	—	—	—	—	– aktiv Beschäftigte	20 605	12 629	6 502	40 300
					– Versorgungs-empfänger	6 698	4 090	—	13 100
					2. Zuführungen von Landesbetrieben	511	307	—	1 000
					3. Rückflüsse Geldanlagen				
					– langfristig	—	—	—	—
					– kurzfristig	901	81	—	1 762
					4. Zinseinnahmen	2 122	793	81	4 150
					5. Sonstige Einnahmen	—	—	—	—
					6. Forderungen	—	1	—	—
Summe:	—	—	—	—		30 837	17 901	6 583	60 312
Finanzanlage						30 837	17 901	6 583	60 312

¹⁾ Als Umrechnungskurs für einen Euro wurde 1,95583 Deutsche Mark (DM) amtlich festgelegt. Rundungsbedingte Summendifferenzen sind möglich.

Erläuterungen zum Finanzplan

Die Ablieferungen an den Landeshaushalt werden ab dem Jahr 2014 erfolgen.

Für das Kalenderjahr 1999 werden die Zuführungen der Landesbetriebe zur Niedersächsischen Landesversorgungsrücklage aus dem Landeshaushalt geleistet. Gleiches gilt für die Abschlagzahlung 2000.

Das Guthaben auf dem Geldmarktkonto ist als kurzfristige Geldanlage jederzeit verfügbar. Das Konto enthält eine Zinsvereinbarung, die sich eng an den aktuellen Durchschnittszinssatz für Tagesgelder anlehnt.

In den Zinseinnahmen sind die im Kalenderjahr zufließenden Zinsen enthalten.

Der verbleibende Betrag wird nach Abzug der Sach- und sonstigen Ausgaben an den Geld- und Kapitalmärkten angelegt.

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

Erträge	Soll 2001 T€	Soll 2000 T€	Soll 1999 T€	Soll 2001 TDM ¹⁾	Aufwendungen	Soll 2001 T€	Soll 2000 T€	Soll 1999 T€	Soll 2001 TDM ¹⁾
1. Zinserträge					1. Zinsaufwendungen	—	—	—	—
– langfristig	2 206	853	28	4 315	2. Kosten				
– kurzfristig	52	14	1	102	bei Geldanlagen	—	—	—	—
– sonstige	—	—	79	—	3. Sonstige Aufwendungen	—	—	—	—
2. Sonstige Erträge	—	—	—	—					
Summe:	2 258	867	108	4 417		—	—	—	—
Jahresüberschuss						2 258	867	108	4 417

¹⁾ Als Umrechnungskurs für einen Euro wurde 1,95583 Deutsche Mark (DM) amtlich festgelegt. Rundungsbedingte Summendifferenzen sind möglich.

Erläuterungen zum Erfolgsplan

In den Zinserträgen sind die im Kalenderjahr entstehenden Erträge enthalten. Der Zinsfluss kann in einem späteren Kalenderjahr erfolgen.

Das Geldmarktkonto wird als kurzfristige Geldanlage genutzt. Es enthält eine Zinsvereinbarung, die sich eng an den aktuellen Durchschnittszinssatz für Tagesgelder anlehnt.

Die Niedersächsische Landesversorgungsrücklage hat den Abschlag für das Jahr 1999 am 1. Dezember 1999 aus dem Landeshaushalt erhalten. Die Forderung wurde seit dem 15. Juni 1999 mit 2,6 % verzinst. Da es sich hierbei um einen einmaligen Vorgang handelt, wird die Einnahme als sonstiger Zinsertrag gebucht.

Haushaltsplan
für das
Haushaltsjahr 2001

Einzelplan 14
Landesrechnungshof

Vorwort zum Einzelplan 14

Aufgaben und Aufbau der Verwaltung

Der Einzelplan 14 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereichs des Niedersächsischen Landesrechnungshofs, im Einzelnen:

- I. des Landesrechnungshofs (Kapitel 14 01),
- II. der Staatlichen Rechnungsprüfungsämter (Kapitel 14 03),
- III. des Staatlichen Rechnungsprüfungsamts Hannover I – Hochbau Bund –
(Kapitel 14 04)

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	E i n n a h m e n						
		0 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	1 eigene Einnahmen	2 Über- tragungs- einnahmen	3 vermögens- wirksame und Sonder- einnahmen	Gesamt- einnahmen	4 persönliche Verwaltungs- ausgaben	5 sächliche Verwaltungs- ausgaben; Schulden- dienst
		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1401	Landesrechnungshof	—	6.000	—	—	6.000	10.611.600	783.400
1403	Staatliche Rechnungsprüfungsämter	—	—	28.000	—	28.000	11.700.800	1.085.200
1404	Staatliches Rechnungsprüfungsamt Hannover I - Hochbau Bund -	—	—	1.950.300	—	1.950.300	1.769.600	169.400
	Summe 2001	—	6.000	1.978.300	—	1.984.300	24.082.000	2.038.000
	Summe 2000	—	10.000	3.137.100	8.000	3.155.100	24.769.300	1.851.800
	2001 mehr/weniger (-)	—	-4.000	-1.158.800	-8.000	-1.170.800	-687.300	186.200

gaben und Verpflichtungsermächtigungen

Epl. 14

A u s g a b e n					2001 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 – Sp.14)	2000 Überschuss Zuschuss (-)	2001 Verbesserung Verschlech- terung (-) (Sp.15 – Sp.16)	Ver- pflichtungs- ermächti- gungen
6 Über- tragungs- ausgaben	7 Bau- ausgaben	8 sonst. Ausga- ben für Inve- stitionen und Invest.förd.- maßnahmen	9 besondere Finan- zierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	—	250.200	386.800	12.032.000	-12.026.000	-10.619.100	-1.406.900	—
—	—	94.700	50.200	12.930.900	-12.902.900	-13.635.600	732.700	—
—	—	11.300	—	1.950.300	—	—	—	—
—	—	356.200	437.000	26.913.200	-24.928.900	-24.254.700	-674.200	—
1.000	—	148.000	639.700	27.409.800				220.000
-1.000	—	208.200	-202.700	-496.600				-220.000

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
113 01-0	011	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		—	—	—	—
119 01-8	011	Einnahmen aus Nebentätigkeit		1.000	—	+1.000	0
119 06-9	011	Einnahmen aus privater Mitbenutzung staatlicher Einrichtungen		1.000	—	+1.000	0
119 51-4	011	Vermischte Einnahmen		—	—	—	5
132 01-4	011	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		4.000	10.000	–6.000	—
132 11-1	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge * Vgl. K-Vermerk zu 811 11.		—	—	—	—
381 01-4	990	Zuführung von 1404 - 981 01		—	8.000	–8.000	—
		A U S G A B E N					
412 04-1	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 73 b Abs. 4 Nds. PersVG. und § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	—	—	—	—
422 01-2	011	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	9.530.800	8.100.600	+1.430.200	8.072
422 09-8	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-5	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-4	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	248.900	305.800	–56.900	293
425 01-1	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	812.000	–812.000	873
426 01-8	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	186.100	–186.100	185
427 39-1	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
441 02-5	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Beamtinnen und Beamte	—	809.800	563.700	+246.100	758
441 03-3	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Angestellte	—	1.100	1.000	+100	2
441 04-1	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	—
441 06-8	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften	—	—	—	—	–2
443 01-0	940	Fürsorgemaßnahmen, insbesondere bei Dienstunfällen	—	1.000	7.800	–6.800	1
453 01-5	011	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	20.000	20.000	—	7
511 01-5	011	Geschäftsbedarf	—	18.000	18.000	—	14
512 01-1	011	Bücher und Zeitschriften	—	77.500	65.000	+12.500	68
513 01-8	011	Post- und Fernmeldegebühren	—	35.000	44.700	–9.700	33
514 01-4	011	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	21.000	21.000	—	22
515 01-0	011	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	2.000	2.000	—	4
515 02-9	011	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	15.000	15.000	—	35
516 01-7	011	Dienst- und Schutzkleidung	—	1.000	1.700	–700	0
517 01-3	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	22.000	22.000	—	18
517 19-6	011	Reinigungskosten	—	42.000	42.000	—	37

ERLÄUTERUNGEN

Zu 412 04

Der Vorsitzende einer Einigungsstelle – § 71 Abs. 7 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz und § 48 Abs. 3 Niedersächsisches Richterrecht – erhält für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 200 DM, in jedem Jahr der Wahlperiode der Personalräte jedoch nicht mehr als 1 000 DM.

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 91,74 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	77,97	77,97	—	78
Angestellte	11,77	11,77	—	14
Lohnempfänger/-innen	2,00	2,00	—	2
Insgesamt	91,74	91,74	—	94

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 9 530 800 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	9 530 800
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	293 400
43	Versorgungsbezüge	2 823 500
44	Beihilfen, Unterstützungen	341 600
45	Personalbezogene Sachausgaben	20 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	258 400
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		13 267 700

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für 2 Landesbedienstete	20 000 DM
2. Umzugskostenvergütungen für — Landesbedienstete	— DM
Zusammen	20 000 DM

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	3 000 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	14 100 DM
3. Bekanntmachungen	— DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	900 DM
Zusammen	18 000 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	20 200 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	49 600 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	1 700 DM
4. Buchbinderkosten	6 000 DM
Zusammen	77 500 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	5 800 DM
2. Fernmelde- und Fernschreibgebühren	17 600 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	10 700 DM
4. Einmalige Gebühren für die Ver- legung usw. von Fernmeldeanlagen	— DM
5. Rundfunk- und Fernsehgebühren	400 DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	500 DM
Zusammen	35 000 DM

Zu 514 01

1. Betriebsstoffe	13 500 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	6 000 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	1 500 DM
4. Sonstiges	— DM
Zusammen	21 000 DM

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	3	3	3

Zu 515 02

1. Dienstzimmersausstattungen	12 100 DM
2. Büromaschinen	2 800 DM
3. Wirtschaftsgeräte	— DM
4. Werkstattausrüstungen	100 DM
5. Ausstattung von Amts- und Dienstwohnungen	— DM
Zusammen	15 000 DM

Zu 517 01

1. Wassergeld	4 100 DM
2. Grundbesitzabgaben	— DM
3. Bewachungskosten	— DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	3 000 DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	14 900 DM
Zusammen	22 000 DM

Einzelplan 14 Landesrechnungshof
Kapitel 1401 Landesrechnungshof

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
517 59-5	011	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	29.000	29.000	—	29
518 01-0	011	Mieten und Pachten	—	27.000	27.000	—	21
525 01-6	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	16.000	16.000	—	16
526 01-2	011	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	80.000	10.000	+70.000	5
527 01-9	011	Reisekostenvergütungen	—	105.000	100.000	+5.000	96
527 03-5	011	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	4.000	9.700	-5.700	3
529 01-1	011	Zur Verfügung des Präsidenten	—	4.000	4.000	—	4
546 59-5	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	1.000	1.000	—	—
681 01-8	011	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
811 01-9	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	31.800	41.000	-9.200	—
811 11-6	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.	—	—	—	—	—
812 13-9	011	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-5	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
981 01-1	990	Abführung an 1321 - 381 14	—	386.800	—	+386.800	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 70		Personelle Verwaltungshilfe für das Land Sachsen- Anhalt und andere neue Bundesländer ***Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kapitel 02 03 TGr. 61/62.	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
422 70-5	011	Aufwandsentschädigungen für planmäßige Beamte/Beamtinnen	—	—	—	—	—
453 70-8	011	Trennungsgeld für entsandte Bedienstete	—	—	—	—	—
459 70-6	011	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
527 70-1	011	Reisekostenvergütungen	—	—	—	—	—
547 70-2	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
TGr. 96		Reformdividende	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 96-3	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 96-6	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
711 96-0	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 96-1	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 99		Kosten der Datenverarbeitung	(—)	(502.300)	(171.000)	(+331.300)	(177)
512 99-2	011	Bücher und Zeitschriften	—	1.200	1.000	+200	2
513 99-9	011	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	—	—	—
515 99-1	011	Geräte und Ausstattungsgegenstände für die maschinelle Aufbereitung (einschl. Wartung)	—	117.200	71.000	+46.200	57
522 99-8	011	Verbrauchsmaterial	—	9.000	8.500	+500	13
525 99-7	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	24.500	18.500	+6.000	12
538 99-1	011	Dienstleistung Außenstehender	—	132.000	—	+132.000	2

 ERLÄUTERUNGEN

Zu 517 59

1. Heizung	12 200 DM
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	16 800 DM
Zusammen	29 000 DM

Zu 518 01

1. Diensträume und -gebäude	— DM
2. Wohnungen und Wohngebäude	— DM
3. Unbebaute Grundstücke	— DM
4. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	27 000 DM
Zusammen	27 000 DM

Zu 525 01

1. Ausbildungslehrgänge	— DM
2. Fortbildungsveranstaltungen	15 000 DM
3. Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	1 000 DM
4. Aus- und Fortbildung ehrenamtl. Kräfte; Umschulung von Hilfskräften	— DM
5. Erstattung von Prüfungsgebühren	— DM
6. Sonstiger Aufwand	— DM
Zusammen	16 000 DM

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	105 000 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für private Kraftfahrzeuge	— DM
Zusammen	105 000 DM

Zu 811 01

Ersatzbeschaffung:

1 Pkw

Listenpreis (einschl. Umsatzsteuer und Sonderausstattung)	31 800 DM

Zu 981 01

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 99

Ausgaben für die Datenverarbeitung beim Landesrechnungshof.

Hierin sind auch die Haushaltsmittel für die Abgeltung der Dienstleistungen des IZN enthalten.

Zu 515 99

Softwarebeschaffung, Systemberatung u. a.	117 200 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
812 99-6	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	218.400	72.000	+146.400	92
		Abschluss Kapitel 14 01					
		1 Eigene Einnahmen		6.000	10.000	–4.000	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	8.000	–8.000	
		Summe der Einnahmen		6.000	18.000	–12.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	10.611.600	9.997.000	+614.600	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	783.400	527.100	+256.300	
		6 Übertragungsausgaben	—	—	—	—	
		7 Bauausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	250.200	113.000	+137.200	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	386.800	—	+386.800	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	12.032.000	10.637.100	+1.394.900	
		Zuschuss		12.026.000	10.619.100	+1.406.900	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		2.823.500	3.018.800		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		14.855.500	13.655.900		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		14.849.500	13.637.900		

ERLÄUTERUNGEN

Zu 812 99

Ersatzbeschaffung für 56 PC und Drucker	218 400 DM
Zusammen	<u>218 400 DM</u>

Einzelplan 14 Landesrechnungshof
Kapitel 1403 Staatliche Rechnungsprüfungsämter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
113 01-7	019	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		—	—	—	0
119 51-1	019	Vermischte Einnahmen		—	—	—	4
271 01-1	019	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch Landesbetriebe und sonstige öffentliche Einrichtungen		28.000	5.000	+23.000	16
		A U S G A B E N					
422 01-0	019	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	11.186.000	10.321.900	+864.100	8.865
422 19-2	019	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-1	019	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	509.800	528.400	–18.600	535
425 01-9	019	Vergütungen der Angestellten	—	—	1.648.700	–1.648.700	1.781
425 31-0	019	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern	—	—	—	—	123
427 39-9	019	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete in Mutterschutz	—	—	—	—	—
453 01-2	019	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	5.000	5.000	—	—
511 01-2	019	Geschäftsbedarf	—	29.100	39.800	–10.700	16
512 01-9	019	Bücher und Zeitschriften	—	56.800	45.800	+11.000	50
513 01-5	019	Post- und Fernmeldegebühren	—	40.400	69.100	–28.700	31
514 01-1	019	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	6.000	22.500	–16.500	3
515 01-8	019	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	6.800	7.300	–500	0
515 02-6	019	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	58.300	44.000	+14.300	45
516 01-4	019	Dienst- und Schutzkleidung	—	1.000	—	+1.000	1
517 01-0	019	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	30.300	38.000	–7.700	27
517 19-3	019	Reinigungskosten	—	51.600	87.600	–36.000	44
517 59-2	019	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	84.000	89.400	–5.400	77
518 01-7	019	Mieten und Pachten	— 220.000	458.900	457.800	+1.100	390
519 03-0	019	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	2.000	1.800	+200	—
525 01-3	019	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	21.500	21.500	—	25
526 01-0	019	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	4.900	—	+4.900	1
527 01-6	019	Reisekostenvergütungen	—	66.500	83.700	–17.200	40
527 03-2	019	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	4.600	6.400	–1.800	1
537 01-1	019	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	—	500	–500	6
538 01-8	019	Dienstleistungen Außenstehender	—	1.100	6.000	–4.900	—
546 59-2	019	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	1.000	1.000	—	0
681 01-5	019	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	1.000	–1.000	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 134,64 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nach- richtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	117,06	117,06	—	122
Angestellte	17,58	17,58	—	19
Lohnempfänger/ -innen	—	—	—	—
Insgesamt	134,64	134,64	—	141

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 11 186 000 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Ober- gruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	11 186 000
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	559 200
43	Versorgungsbezüge	3 207 700
44	Beihilfen, Unterstützungen	408 600
45	Personalbezogene Sachausgaben	5 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	309 000
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		15 675 500

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	11 000 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	11 000 DM
3. Bekanntmachungen	— DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	7 100 DM
Zusammen	29 100 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	25 500 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	27 500 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	3 800 DM
4. Buchbinderkosten	— DM
Zusammen	56 800 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	23 000 DM
2. Fernmeldegebühren	13 300 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	4 100 DM
4. Einmalige Gebühren für die Ver- legung usw. von Fernmeldeanlagen	— DM
5. Rundfunk- und Fernsehgebühren	— DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	— DM
Zusammen	40 400 DM

Zu 514 01

1. Betriebsstoffe	4 500 DM
2. Unterhaltung und Instandsetzung	1 500 DM
3. Kraftfahrzeugsteuer	— DM
4. Sonstiges	— DM
Zusammen	6 000 DM

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	1	1	1

Zu 515 02

1. Dienstzimmerausstattungen	50 000 DM
2. Büromaschinen	8 300 DM
3. Wirtschaftsgeräte	— DM
4. Werkstattausrüstungen	— DM
Zusammen	58 300 DM

Zu 517 01

1. Wassergeld	7 000 DM
2. Grundbesitzabgaben	3 000 DM
3. Bewachungskosten	— DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	— DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	20 300 DM
Zusammen	30 300 DM

Zu 518 01

1. Diensträume und -gebäude	443 900 DM
2. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	15 000 DM
Zusammen	458 900 DM

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	220 000	—	—	220 000
2002	220 000	—	—	220 000
2003	128 500	—	—	128 500
Summe	568 500	—	—	568 500

Zu 525 01

1. Fortbildungsveranstaltungen	18 000 DM
3. Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	3 500 DM
3. Sonstiger Aufwand	— DM
Zusammen	21 500 DM

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	63 800 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für private Kraftfahrzeuge	2 700 DM
Zusammen	66 500 DM

Einzelplan 14 Landesrechnungshof
Kapitel 1403 Staatliche Rechnungsprüfungsämter

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
811 01-6	019	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 13-6	019	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-2	019	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	35.000	-35.000	47
981 01-9	990	Abführung an 1321 - 381 14	—	50.200	—	+50.200	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 99		Kosten der Datenverarbeitung	(—)	(255.100)	(78.400)	(+176.700)	(328)
512 99-0	019	Bücher und Zeitschriften	—	3.400	3.200	+200	1
513 99-6	019	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	—	—	—
515 99-9	019	Geräte und Ausstattungsgegenstände für die maschinelle Aufbereitung (einschl. Wartung)	—	110.900	53.600	+57.300	29
522 99-5	019	Verbrauchsmaterial	—	9.000	8.800	+200	4
525 99-4	019	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	14.100	12.800	+1.300	31
538 99-9	019	Dienstleistung Außenstehender	—	23.000	—	+23.000	—
812 99-3	019	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	94.700	—	+94.700	264
Abschluss Kapitel 14 03							
1 Eigene Einnahmen				—	—	—	
2 Übertragungseinnahmen				28.000	5.000	+23.000	
Summe der Einnahmen				28.000	5.000	+23.000	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	11.700.800	12.504.000	-803.200	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	1.085.200	1.100.600	-15.400	
220.000							
6 Übertragungsausgaben			—	—	1.000	-1.000	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	94.700	35.000	+59.700	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	50.200	—	+50.200	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	12.930.900	13.640.600	-709.700	
220.000							
Zuschuss				12.902.900	13.635.600	-732.700	
Nachrichtlich:							
Anteil an den Versorgungsausgaben				3.207.700	3.896.400		
Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil				16.138.600	17.537.000		
Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil				16.110.600	17.532.000		

ERLÄUTERUNGEN

Zu 981 01

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 99

1. Software, Schulung, Wartung, Beratung	160 400 DM
2. Hardware	94 700 DM
Zusammen	255 100 DM

Hierin sind auch die Haushaltsmittel für die Abgeltung der Dienstleistungen des IZN enthalten.

Einzelplan 14 Landesrechnungshof
Kapitel 1404 Staatliches Rechnungsprüfungsamt Hannover I - Hochbau Bund -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
231 01-3	018	Erstattungen der Verwaltungsausgaben für die hochbautechnische Betreuung der Bundesbauanlagen		1.950.300	3.132.100	-1.181.800	—
		A U S G A B E N					
422 01-3	018	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	1.769.600	190.600	+1.579.000	94
422 19-6	018	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-5	018	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
425 01-2	018	Vergütungen der Angestellten	—	—	2.077.700	-2.077.700	1.927
425 31-4	018	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern	—	—	—	—	24
511 01-6	018	Geschäftsbedarf	—	4.000	7.800	-3.800	2
512 01-2	018	Bücher und Zeitschriften	—	3.700	3.700	—	2
513 01-9	018	Post- und Fernmeldegebühren	—	6.900	8.000	-1.100	7
514 01-5	018	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	8.000	-8.000	—
515 01-1	018	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	1.000	700	+300	0
515 02-0	018	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	3.800	6.000	-2.200	5
516 01-8	018	Dienst- und Schutzkleidung	—	1.000	—	+1.000	—
517 01-4	018	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	15.100	15.100	—	14
517 19-7	018	Reinigungskosten	—	11.100	11.100	—	9
517 59-6	018	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	6.900	10.100	-3.200	6
518 01-0	018	Mieten und Pachten	—	84.900	84.900	—	84
525 01-7	018	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	2.500	1.000	+1.500	2
526 01-3	018	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	1.100	—	+1.100	0
527 01-0	018	Reisekostenvergütungen	—	6.500	15.000	-8.500	5
527 03-6	018	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehindeten	—	1.000	1.600	-600	—
546 59-6	018	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	1.300	—	+1.300	—
681 01-9	018	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
812 13-0	018	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-6	018	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
981 01-2	990	Abführung an 1401 - 381 01	—	—	8.000	-8.000	—
981 02-0	990	Abführung an 1350 - 381 14	—	—	631.700	-631.700	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 99		Kosten der Datenverarbeitung	(—)	(29.900)	(51.100)	(-21.200)	(89)
512 99-3	018	Bücher und Zeitschriften	—	1.000	1.800	-800	0
513 99-0	018	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	—	—	—
515 99-2	018	Geräte und Ausstattungsgegenstände für die maschinelle Aufbereitung (einschl. Wartung)	—	13.600	36.400	-22.800	2

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 14 04

Die im Zusammenhang mit der Vorprüfung von Baumaßnahmen des Bundes (vgl. Abschnitt J der Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes im Zuständigkeitsbereich der Finanzbauverwaltungen) entstehenden Verwaltungskosten werden gemäß dem Verwaltungsabkommen über die Erledigung von Bauaufgaben des Bundes durch die Niedersächsische Staatshochbauverwaltung vom 10. 12./21. 12. 1993 in voller Höhe vom Bund erstattet.

Zu 231 01

Voraussichtliche Erstattung von Verwaltungskosten für die Vorprüfung von Baumaßnahmen des Bundes.

Zu 422 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 17,59 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	1,00	1,00	—	1
Angestellte	16,59	16,59	—	19
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	17,59	17,59	—	20

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 1 769 600 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	1 769 600
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	600
43	Versorgungsbezüge	31 000
44	Beihilfen, Unterstützungen	61 900
45	Personalbezogene Sachausgaben	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	46 800
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel		1 909 900

Zu 511 01

1. Allgemeine Arbeitsunterlagen	1 400 DM
2. Büro- und Kanzleibedarf	1 400 DM
3. Bekanntmachungen	— DM
4. Sonstiger Geschäftsbedarf	1 200 DM
Zusammen	4 000 DM

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	2 000 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	1 000 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	700 DM
4. Buchbinderkosten	— DM
Zusammen	3 700 DM

Zu 513 01

1. Postgebühren	3 000 DM
2. Fernmeldegebühren	3 400 DM
3. Miete und Wartung von Fernmeldeanlagen	500 DM
4. Einmalige Gebühren für die Verlegung usw. von Fernmeldeanlagen	— DM
5. Rundfunk- und Fernsehgebühren	— DM
6. Raumsicherungs- und Notrufanlagen	— DM
Zusammen	6 900 DM

Zu 515 02

1. Dienstzimmerausstattungen	3 800 DM
2. Büromaschinen	— DM
3. Wirtschaftsgeräte	— DM
4. Werkstattausrüstungen	— DM
Zusammen	3 800 DM

Zu 517 01

1. Wassergeld	2 100 DM
2. Grundbesitzabgaben	3 000 DM
3. Bewachungskosten	— DM
4. Vertragliche Wartungskosten betriebstechnischer Anlagen	— DM
5. Sonstige Hauswirtschaftskosten	10 000 DM
Zusammen	15 100 DM

Zu 518 01

1. Diensträume und -gebäude	82 500 DM
2. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	2 400 DM
Zusammen	84 900 DM

Zu 525 01

1. Fortbildungsveranstaltungen	1 000 DM
3. Fachtagungen u. ä. Veranstaltungen	1 500 DM
3. Sonstiger Aufwand	— DM
Zusammen	2 500 DM

Zu 527 01

1. Reisekosten allgemein	6 500 DM
2. Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für private Kraftfahrzeuge	— DM
Zusammen	6 500 DM

Zu 981 01 und zu 981 02

Die anteiligen Kosten für Leitungsaufgaben und Versorgungsaufwendungen werden im Kapitel 04 10 veranschlagt.

Zu Titelgruppe 99

Software, Schulung, Wartung, Beratung	29 900 DM

Einzelplan 14 Landesrechnungshof
Kapitel 1404 Staatliches Rechnungsprüfungsamt Hannover I - Hochbau Bund -

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
522 99-9	018	Verbrauchsmaterial	—	1.000	5.200	-4.200	1
525 99-8	018	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	1.000	7.700	-6.700	1
538 99-2	018	Dienstleistung Außenstehender	—	2.000	—	+2.000	—
812 99-7	018	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Aus- rüstungsgegenständen	—	11.300	—	+11.300	85
Abschluss Kapitel 14 04							
2 Übertragungseinnahmen				1.950.300	3.132.100	-1.181.800	
Summe der Einnahmen				1.950.300	3.132.100	-1.181.800	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	1.769.600	2.268.300	-498.700	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	169.400	224.100	-54.700	
6 Übertragungsausgaben			—	—	—	—	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	11.300	—	+11.300	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	—	639.700	-639.700	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	1.950.300	3.132.100	-1.181.800	
Nachrichtlich:							
Anteil an den Versorgungsausgaben				31.000	68.400		
Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil				1.981.300	3.200.500		
Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil				31.000	68.400		

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 14 1 Eigene Einnahmen 2 Übertragungseinnahmen 3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen Summe der Einnahmen 4 Persönliche Verwaltungsausgaben 5 Sächliche Verwaltungsausgaben 6 Übertragungsausgaben 7 Bauausgaben 8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen 9 Besondere Finanzierungsausgaben Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben Zuschuss Nachrichtlich: Anteil an den Versorgungsausgaben Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		6.000 1.978.300 — 1.984.300 — 24.082.000 — 2.038.000 220.000 — — — 356.200 — 437.000 — 26.913.200 24.928.900 6.062.200 32.975.400 30.991.100	10.000 3.137.100 8.000 3.155.100 24.769.300 1.851.800 1.000 — 148.000 639.700 27.409.800 24.254.700 6.983.600 34.393.400 31.238.300	–4.000 –1.158.800 –8.000 –1.170.800 –687.300 +186.200 –1.000 — +208.200 –202.700 –496.600 +674.200 — — —	

Einzelplan 14

Landesrechnungshof

Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

**für das
Haushaltsjahr 2001**

Planmäßige Beamte/-innen		Stellen zu Titel 422 31
Aufsteigende Gehälter		Abgang: Stellen
Umwandlung:		Bes.-Gr. A 13 1 Ausscheiden des Stelleninhabers
Abgang:		
Bes.-Gr. A 13	Stellen 1 nach VergGr. IIa BAT	1
Zusammen	1	

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Angestellte				
II a	1	—		1) Die Vorzimmerkraft der Präsidentin/des Präsidenten des Landesrechnungshofs ist für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhält eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Vergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung wird sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig. Die Vorzimmerkraft der Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten des Landesrechnungshofs ist für die Dauer ihrer Vorzimmertätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhält sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten. 4) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen. 5) Die derzeitige Stelleninhaberin erhält für die Dauer ihrer Tätigkeit als Kanzleivorsteherin eine übertarifliche monatliche Zulage in Höhe von 150 DM.
V b ¹⁾	2	2		
VI b ¹⁾	3	3		
VII	1	1		
IX b	2	2		
IX b–VII ⁴⁾ ⁵⁾	5	5		
	14	13	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte:

Umwandlung:	
Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. II a BAT	1 von Bes.-Gr. A 13
Zusammen	1

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Arbeiter/-innen				
4	2	2		
	2	2	Zusammen	

Einzelplan 14 Landesrechnungshof
Kapitel 14 03 Staatliche Rechnungsprüfungsämter

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke	
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) kw.
	2001	2000		
Planmäßige Beamte/-innen				
			Aufsteigende Gehälter:	
A 15	5	5	Direktor/-in	
A 13	15	15	Oberamtsrat/-rätin	
A 12	42	42	Amtsrat/-rätin	
A 11	60	60	Amtmann/-männin	
A 10	—	3	Oberinspektor/-in	
	122	125	Zusammen	
Stellen zu Titel 422 31:				
A 14	1	1	Oberrat/-rätin	
A 13	4	4	Oberamtsrat/-rätin,	
A 12	2	2	Amtsrat/-rätin	
A 11	1	1	Amtmann/-männin/-frau,	
	8	8	Zusammen	
Leerstellen ¹⁾ :				
A 11	1	6	Amtmann/-männin/-frau	
A 10	1	—	Oberinspektor/-in	
	2	6	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen		Leerstellen	Leerstellen
Aufsteigende Gehälter		Zugang:	
Abgang:	Stellen	Bes.-Gr. A 10	1
Bes.-Gr. A 10	3	Abgang:	Stellen
Zusammen	3	Bes.-Gr. A 11	5
		Teilvollzug des kw-Vermerks Nr. 1	
		Sonstige Veränderungen:	
		Der HV Nr. 2 wurde vollzogen.	

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	³) 2 kw infolge ZV bis 2003 (2003).
	2001	2000		
Angestellte				
III	8	9		
IV a³)	2	2		
VI b	5	4		
VII	3	5		
IX b	1	—		
	19	20	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. III BAT	1	Vollzug des kw-Vermerks Nr. 2
		gem. ZV für 2001
Zusammen	1	

Umwandlung (Allgemeine Bestimmungen 1999/2000 Nr. 2 Abs. 7)

Zugang:	Stellen	
Verg.-Gr. VI b BAT	1	von Verg.-Gr. VII BAT
Verg.-Gr. IX b BAT	1	von Verg.-Gr. VII BAT
Zusammen	2	

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. VII BAT	2	1 nach Verg.-Gr. VI b BAT
		1 nach Verg.-Gr. IX b BAT
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen:
Der HV Nr. 2 wurde vollzogen.

Einzelplan 14 Landesrechnungshof
Kapitel 14 04 Staatliches Rechnungsprüfungsamt Hannover I – Hochbau-Bund –

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		1) Der/Die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 11 zur Bes.-Gr. A 13 BBesO.
	2001	2000	

Planmäßige Beamte/-innen

A 13 ¹⁾	1	1	Aufsteigende Gehälter: Oberamtsrat/-rätin
	1	1	Zusammen

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	

Angestellte

II a ¹⁾	2	2	Zusammen
III	14	15	
IV a ³⁾	1	2	
VI b	1	1	
IX b–VII ⁴⁾	1	1	
	19	21	

¹⁾ 1 kw infolge ZV bis 2003 (2003).

³⁾ 1 kw infolge ZV bis 2003 (2003).

⁴⁾ 1 kw infolge ZV bis 2003 (2003).

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. III BAT	1	Vollzug des kw-Vermerks Nr. 2 gem. ZV für 2001
Verg.-Gr. IV a BAT	1	Teilvollzug des kw-Vermerks Nr. 3 gem. ZV für 2001
Zusammen	2	

Sonstige Veränderungen:
Der HV Nr. 2 wurde vollzogen.
Der HV Nr. 3 wurde geändert.

Haushaltsplan
für das
Haushaltsjahr 2001

Einzelplan 15
Umweltministerium

Vorwort zum Einzelplan 15

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 15 enthält die Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsbereichs des Umweltministeriums, im einzelnen

- I. des Umweltministeriums (Kap. 15 01),
- II. der Allgemeinen Bewilligungen (Kap. 15 02),
- III. des Niedersächsischen Landesamtes für Ökologie (Kap. 15 03)
- IV. der Gewerbeaufsichts- und Abfallwirtschaftsverwaltung (Kap. 15 06),
- V. des Naturschutzes und der Landschaftspflege (Kap. 15 20),
- VI. der Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz (Kap. 15 22),
- VII. des Nationalparks Harz (Kap. 15 24),
- VIII. des Nationalparks Wattenmeer (Kap. 15 25),
- IX. der Siedlungs- und Sonderabfälle, Altlasten (Kap. 15 40),
- X. der Kampfmittelbeseitigung (Kap. 15 42),
- XI. der Wasserwirtschaftsverwaltung bei den Bezirksregierungen (Kap. 15 50),
- XII. der Förderung von wasserwirtschaftlichen Maßnahmen allgemein (Kap. 15 51),
- XIII. des Gewässerschutzes und der -überwachung; Abwasserbehandlung (Kap. 15 52),
- XIV. des Küsten- und Hochwasserschutzes (Kap. 15 54),
- XV. des Niedersächsischen Landesbetriebs für Wasserwirtschaft und Küstenschutz (Kap. 15 55),
- XVI. der Verwendung der Wasserentnahmegebühr (Kap. 15 56),
- XVII. der Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz (Kap. 15 96).

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Gemäß RdErl. des MU vom 31. 5. 1999 (Nds. MBl. S. 332) wurden die zuvor bei den Bezirksregierungen angesiedelten regional wahrzunehmenden operativen Aufgaben des Gewässerkundlichen Landesdienstes zum Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft und Küstenschutz verlagert.

C. Sonstige Veränderungen

Für das Niedersächsische Landesamt für Ökologie wurde an Stelle des Kapitels 15 10 das Kapitel 15 03 neu eingerichtet.

D. Hochbaumaßnahmen

Die Hochbaumaßnahmen für den Geschäftsbereich des Umweltministeriums sind im Kap. 20 90 des Einzelplans 20 – Hochbauten – ausgewiesen.

E. Persönliche Verwaltungsausgaben

Für 2001 wird hierzu auf die „Allgemeinen Bemerkungen zur Veranschlagung der Personalausgaben“ im Vorbericht hinter der Begründung zu den „Allgemeinen Bestimmungen“ verwiesen.

F. Maßnahmen nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“

Für die Maßnahmen der Gemeinschaftsaufgabe sind im Einzelplan 15 ausgebracht:

	2001 (29. Rahmenplan)
a) aus Mitteln des Bundes	106 068 500 DM
b) aus Mitteln des Landes	49 526 900 DM
insgesamt:	155 595 400 DM
sowie Verpflichtungsermächtigungen	
a) zu Lasten des Bundes über	66 500 000 DM
b) zu Lasten des Landes über	31 000 000 DM
insgesamt:	97 500 000 DM

Soweit es sich um Ausgaben nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (Gem AgrG) vom 3. September 1969 – BGBl. I S. 1573 –, geändert durch Gesetz vom 8. August 1997 – BGBl. I S. 2027 – handelt, ist in der Spalte „Titel“ der abgekürzte Klammerzusatz „(GA)“ angefügt.

Im einzelnen wird auf die Anlage 1 zu Epl. 09 verwiesen.

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	E i n n a h m e n						
		0 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	1 eigene Einnahmen	2 Über- tragungs- einnahmen	3 vermögens- wirksame und Sonder- einnahmen	Gesamt- einnahmen	4 persönliche Verwaltungs- ausgaben	5 sächliche Verwaltungs- ausgaben; Schulden- dienst
		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1501	Umweltministerium	—	51.754.700	1.713.500	344.100	53.812.300	31.897.900	51.689.100
1502	Allgemeine Bewilligungen	—	45.000	18.239.000	—	18.284.000	60.000	685.000
1503	Landesamt für Ökologie	—	6.759.000	1.208.600	578.500	8.546.100	38.591.800	13.148.100
1506	Gewerbeaufsichts- und Abfallwirtschaftsverw.	—	9.672.000	820.000	—	10.492.000	47.367.200	8.072.700
1510	Landesamt für Ökologie	—	—	—	—	—	—	—
1520	Naturschutz und Landschaftspflege	—	645.000	—	—	645.000	10.298.600	3.181.200
1522	Budgetierung Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz	—	899.000	—	—	899.000	1.814.800	831.100
1524	Nationalpark Harz	—	39.000	15.000	—	54.000	878.800	708.200
1525	Nationalpark Wattenmeer	—	311.000	5.000	—	316.000	1.929.400	431.800
1540	Siedlungs- und Sonderabfälle, Altlasten	—	25.000	—	—	25.000	—	—
1542	Kampfmittelbeseitigung	—	351.000	11.300.000	—	11.651.000	4.661.300	14.453.700
1550	Wasserwirtschaftsverw. bei den Bezirksregierungen	—	1.019.000	—	7.076.800	8.095.800	23.788.700	945.700
1551	Förderung von wasserwirtschaftlichen Maßnahmen allgemein	—	10.000	—	—	10.000	—	—
1552	Gewässerschutz und -überwachung; Abwasserbehandlung	70.000.000	500.000	375.700	211.400	71.087.100	912.100	2.475.000
1554	Küsten- und Hochwasserschutz	—	111.000	—	138.463.300	138.574.300	2.700.000	600.000
1555	Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft und Küstenschutz	—	—	—	—	—	—	—
1556	Verwendung der Wasserentnahmegebühr	142.000.000	—	—	—	142.000.000	58.900	16.725.000
1596	Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz	—	—	—	—	—	—	—
	Summe 2001	212.000.000	72.140.700	33.676.800	146.674.100	464.491.600	164.959.500	113.946.600
	Summe 2000	212.580.000	90.448.000	18.713.400	137.554.300	459.295.700	216.015.300	144.232.200
	2001 mehr/weniger (-)	-580.000	-18.307.300	14.963.400	9.119.800	5.195.900	-51.055.800	-30.285.600

gaben und Verpflichtungsermächtigungen

Epl. 15

A u s g a b e n					2001 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 – Sp.14)	2000 Überschuss Zuschuss (-)	2001 Verbesserung Verschlech- terung (-) (Sp.15 – Sp.16)	Ver- pflichtungs- ermächti- gungen
6 Über- tragungs- ausgaben	7 Bau- ausgaben	8 sonst. Ausga- ben für Inve- stitionen und Invest.förd.- maßnahmen	9 besondere Finan- zierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
DM	DM	DM	DM	DM				
10	11	12	13	14	15	16	17	18
1.470.800	—	445.000	3.004.000	88.506.800	-34.694.500	-27.231.600	-7.462.900	100.000
3.616.100	—	—	17.659.000	22.020.100	-3.736.100	-3.623.400	-112.700	420.000
75.000	—	3.759.000	1.202.600	56.776.500	-48.230.400	—	-48.230.400	600.000
—	—	140.000	1.699.800	57.279.700	-46.787.700	-47.041.500	253.800	—
—	—	—	—	—	—	-44.737.500	44.737.500	—
13.180.600	250.000	3.725.200	3.631.900	34.267.500	-33.622.500	-25.315.700	-8.306.800	22.455.000
2.600	—	114.500	—	2.763.000	-1.864.000	-1.864.000	—	—
398.000	—	20.000	—	2.005.000	-1.951.000	-1.894.000	-57.000	—
2.348.800	—	—	—	4.710.000	-4.394.000	-4.362.900	-31.100	3.349.500
5.314.500	—	6.522.000	—	11.836.500	-11.811.500	-17.000.000	5.188.500	—
15.000	—	455.000	24.300	19.609.300	-7.958.300	-8.206.000	247.700	—
1.000	—	275.000	100.000	25.110.400	-17.014.600	-43.397.400	26.382.800	—
8.900.600	—	220.000	—	9.120.600	-9.110.600	-7.533.000	-1.577.600	4.594.400
34.991.800	50.000	26.052.400	3.305.800	67.787.100	3.300.000	9.057.100	-5.757.100	3.340.000
—	91.083.000	82.712.400	—	177.095.400	-38.521.100	-113.117.700	74.596.600	97.500.000
79.102.800	—	10.925.000	—	90.027.800	-90.027.800	-52.698.400	-37.329.400	8.000.000
35.655.000	—	13.357.200	15.240.700	81.036.800	60.963.200	72.984.900	-12.021.700	56.900.000
—	—	—	—	—	—	—	—	—
185.072.600	91.383.000	148.722.700	45.868.100	749.952.500	-285.460.900	-315.981.100	30.520.200	197.258.900
98.713.500	174.373.500	131.231.000	10.711.300	775.276.800				137.948.400
86.359.100	-82.990.500	17.491.700	35.156.800	-25.324.300				59.310.500

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 11-6	011	Verwaltungsgebühren * Vgl. K-Vermerk zu 981 10.		2.090.000	4.100.000	–2.010.000	2.840
111 13-2	011	Gebühren und Auslagen für die Durchführung von Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Atomgesetz		600.000	700.000	–100.000	561
111 65-5	011	Auslagen für die Heranziehung von Sachverständigen in Genehmigungs-, Planfeststellungs- und Aufsichtsverfahren * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.		48.210.000	53.110.000	–4.900.000	46.469
113 01-1	011	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		1.000	1.000	—	6
119 01-0	011	Einnahmen aus Nebentätigkeit		—	14.000	–14.000	—
119 31-1	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		5.000	5.000	—	5
119 41-9	011	Rückzahlung von Überzahlungen		5.000	5.000	—	11
119 46-0	011	Ersatzleistungen		1.000	1.000	—	7
119 51-6	011	Vermischte Einnahmen		7.500	5.000	+2.500	11
132 11-3	011	Erlöse aus der Veräußerung personenbezogener Dienstkraftfahrzeuge * Vgl. K-Vermerk zu 811 11.		—	—	—	234
241 01-0	011	Sonstige Erstattungen vom Bund		30.000	20.000	+10.000	32
256 01-7	011	Sonstige Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte		454.500	454.500	—	773
271 01-6	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von der Nds. Umweltstiftung		80.000	100.000	–20.000	76
282 71-9	011	Beiträge Dritter zu den Kosten von F+E - Vorhaben und Kooperationen im Bereich der Umweltinformationssysteme * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 71.		526.800	—	+526.800	761
287 01-0	011	Erstattung von Personalausgaben für das European Topic Centre on Catalogue of Data Sources (ETC/CDS)		222.200	222.200	—	26
381 02-4	990	Zuführung von 15 56 - 981 01 für Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der Wasserentnahmegebühr		344.100	—	+344.100	401
		Titelgruppe(n)					
TGr. 67		Einnahmen aus der Verpachtung der Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen		(835.200)	(978.700)	(–143.500)	(3.258)
119 67-2	011	Erstattung von Steuern und Abgaben		—	143.500	–143.500	44
124 67-6	011	Pachteinnahmen		835.200	835.200	—	3.214
TGr. 72		Koordinierungsstelle Umweltdatenkatalog		(400.000)	(—)	(+400.000)	(446)
125 72-9	011	Erlöse aus der Übertragung von Nutzungsrechten an Dritte * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.		—	—	—	—
231 72-3	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.		200.000	—	+200.000	200
232 72-0	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.		200.000	—	+200.000	246
271 72-5	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Dritten * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 72.		—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			1.000	–1.000	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 111 11

Allgemeine Verwaltungsgebühren nebst Auslagen sowie Gebühren in Genehmigungs-, Planfeststellungs- und Aufsichtsverfahren gemäß §§ 7, 7 a, 9, 9 b und 19 Atomgesetz i. d. F. der Bekanntmachung vom 15. 7. 1985 (BGBl. I S. 1565), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 3. 5. 2000 (BGBl. I S. 636).

Weniger infolge des Wegfalls bisher angefallener Abschlagzahlungen im Rahmen der Genehmigungsverfahren für die geplanten Endlager „Schacht Konrad“ und Gorleben.

Zu 111 13

Verwaltungsgebühren nebst Auslagen für die Durchführung von Zuverlässigkeitsüberprüfungen gem. § 12 b Atomgesetz von Personen, die bei der Errichtung und beim Betrieb von Anlagen nach § 7 Atomgesetz oder bei Tätigkeiten nach den §§ 4, 6 und 9 Atomgesetz tätig sind. Gemäß der 1. VO zur Änderung der Kostenverordnung zum Atomgesetz v. 18. 12. 1992 sind für die Zuverlässigkeitsüberprüfungen Kosten zu erheben.

Zu 111 65

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabe-Titelgruppe 65.

Zu 113 01

1. Geräte	200 DM
2. Maschinen	— DM
3. Ausstattungsgegenstände	800 DM
4. Akten, Drucksachen und dgl.	— DM
Zusammen	1 000 DM

Zu 132 11

Vgl. 811 11.

Zu 241 01

Erstattung des Landesanteils an den Unterhaltungskosten der Zwischensammelstelle für radioaktive Abfälle in Geesthacht (vgl. 538 03).

Zu 256 01

Zuweisungen für die von der Arbeitsverwaltung getragenen Personalkosten für ABM-Kräfte (vgl. 427 01).

Zu 271 01

Die Nds. Umweltstiftung erstattet dem Land die anteiligen sächlichen sowie persönlichen Verwaltungsausgaben (insgesamt 0,75 Stellenanteile).

Zu 282 71

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabe-Titelgruppe 71.

Zu 287 01

Auf Grund der Übernahme weiterer Aufgaben zur Entwicklung des Umweltinformationssystems European Topic Centre on Catalogue of Data Sources (ETC/CDS) wurden Stellen für zusätzliches Personal (je eine Stelle Verg.-Gr. I b und Verg.-Gr. IV a BAT) im 2. Nachtrag 1998 etatisiert. Die Personalkosten werden durch die Europäische Umweltagentur erstattet.

Zu 381 02

Zuführung für Personal- und Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der Umsetzung des § 47 h NWG (vgl. 15 56 – 981 01).

Zu Titelgruppe 67

Veranschlagt sind die in 2001 zu erwartenden Einnahmen des Betriebs gewerblicher Art aus der Verpachtung der Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen (SDH) und die Rekultivierungsbeiträge (vgl. Ausgabe-Titelgruppe 67/68).

Zu Titelgruppe 72

Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 72.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
412 04-3	011	Entschädigung an Vorsitzende der Einigungsstellen gem. § 73 b Abs. 4 Nds. PersVG und § 48 Abs. 3 Nds. Richtergesetz	—	1.000	1.000	—	0
421 01-8	011	Amtsbezüge der Ministerin oder des Ministers	—	288.600	281.600	+7.000	276
422 01-4	011	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	26.523.600	17.750.200	+8.773.400	17.366
422 09-0	011	Leistungsprämien	—	—	—	—	—
422 19-7	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-6	011	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	599.900	714.100	–114.200	726
422 51-0	011	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	1.000	—	+1.000	—
425 01-3	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	7.703.100	–7.703.100	8.246
425 51-0	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	1.000	—	0
426 01-0	011	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	838.200	–838.200	929
426 51-6	011	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.000	1.000	—	1
427 01-6	011	Beschäftigungsentgelte für Kräfte im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	—	505.000	505.000	—	1.049
427 02-4	011	Beschäftigungsentgelte an Praktikanten/ Praktikantinnen	—	1.000	1.000	—	—
427 05-9	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	25.000	25.000	—	—
427 31-8	011	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	2.500	7.200	–4.700	2
427 39-3	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	46.000	–46.000	—
441 02-7	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Beamtinnen und Beamte	—	3.148.400	3.597.700	–449.300	3.408
441 03-5	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Angestellte	—	31.900	81.100	–49.200	41
441 04-3	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	1.200	12.200	–11.000	7
441 05-1	940	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Sonstige	—	1.000	1.000	—	—
441 06-0	227	Pflegebeihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften	—	19.200	26.800	–7.600	25
442 01-5	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	—	1.000	1.000	—	—
443 01-1	940	Fürsorgemaßnahmen, insbesondere bei Dienstunfällen	—	39.000	57.000	–18.000	54
443 06-2	940	Kostenerstattungen an Landesbedienstete für Rechtsschutz in Strafsachen	—	1.000	1.000	—	2
453 01-7	011	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	43.500	25.000	+18.500	43
462 01-6	981	Minderausgabe für Personal	—	—	–3.858.400	+3.858.400	—
511 01-7	011	Geschäftsbedarf	—	119.000	119.000	—	115
512 01-3	011	Bücher und Zeitschriften	—	92.100	92.100	—	90
513 01-0	011	Post- und Fernmeldegebühren	—	210.000	304.600	–94.600	203
514 01-6	011	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	55.000	75.000	–20.000	49
515 01-2	011	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	30.000	30.000	—	27

ERLÄUTERUNGEN

Zu 412 04

Der Vorsitzende einer Einigungsstelle – § 71 Abs. 7 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz – erhält für jeden bearbeiteten Einzelfall eine Vergütung von 200 DM, in jedem Jahr der Wahlperiode der Personalräte jedoch nicht mehr als 1 000 DM.

Zu 421 01

1. Amtsgehalt	276 600 DM
2. Dienstaufwandsentschädigung	12 000 DM
3. Entschädigung für getrennte Haushaltsführung	— DM
Zusammen	288 600 DM

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 262,81 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nach- richtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	168,51	168,51	—	190
Angestellte	82,30	82,30	—	66
Lohnempfänger/ -innen	12,00	12,00	—	13
Insgesamt	262,81	262,81	—	269

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 26 523 600 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Ober- gruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	26 523 600
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	2 138 500
43	Versorgungsbezüge	5 825 900
44	Beihilfen, Unterstützungen	573 800
45	Personalbezogene Sachausgaben	43 500
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	754 800
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0
Summe der Personalausgaben im Kapitel 15 01		35 860 100

Zu 427 01

Zentrale Veranschlagung der Vergütungen für ABM-Kräfte für den gesamten Geschäftsbereich (bis auf Kapitel 15 52, 15 55 und 15 56) (vgl. 256 01).

Zu 453 01

1. Trennungsgeld für Landesbedienstete	28 500 DM
2. Umzugskostenvergütungen für Landesbedienstete	15 000 DM
Zusammen	43 500 DM

Zu 514 01**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	4	4	4

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1501 Umweltministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
515 02-0	011	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	154.000	92.500	+61.500	270
516 01-9	011	Dienst- und Schutzkleidung	—	2.700	2.700	—	4
517 01-5	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	265.000	202.700	+62.300	264
517 19-8	011	Reinigungskosten	—	240.000	195.400	+44.600	236
517 59-7	011	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	180.000	235.200	–55.200	161
518 01-1	011	Mieten und Pachten	—	270.000	314.200	–44.200	260
525 01-8	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	85.000	40.000	+45.000	69
526 01-4	011	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	263.600	200.000	+63.600	120
527 01-0	011	Reisekostenvergütungen	—	265.000	281.000	–16.000	241
527 03-7	011	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	20.000	15.000	+5.000	17
529 01-3	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers	—	10.000	10.000	—	7
531 02-6	011	Veröffentlichungen und sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	360.000	350.000	+10.000	325
537 01-6	011	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	4.000	10.000	–6.000	4
538 01-2	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	49.300	40.100	+9.200	105
538 03-9	621	Landesanteil an den ungedeckten Betriebskosten der Zwischensammelstelle für radioaktive Abfälle in Geesthacht	—	30.000	20.000	+10.000	27
546 59-7	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	7.000	1.000	+6.000	7
631 01-2	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben an den Bund	—	25.000	25.000	—	23
632 01-9	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder * Gegenseitig deckungsfähig: 632 01 und 672 01.	—	30.000	—	+30.000	—
672 01-0	011	Erstattungen an Landwirtschaftskammern * Vgl. D-Vermerk zu 632 01.	—	30.000	30.000	—	5
681 01-0	011	Schadenersatzleistungen	—	1.000	1.000	—	—
811 11-8	011	Erwerb von personenbezogenen Dienstkraftfahrzeugen * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 132 11.	—	—	—	—	234
812 15-7	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	25.000	25.000	—	24
981 10-2	990	Abführung an 13 50 - 381 15 * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 10,0 v.H. der Isteinnahmen bei 111 11.	—	209.000	410.000	–201.000	283
981 11-0	990	Abführung an 13 21 - 381 15	—	2.273.700	—	+2.273.700	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Kosten der Beiräte, Kommissionen, Arbeitsgruppen und dgl.	(—)	(100.000)	(100.000)	(—)	(164)
412 61-2	011	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	40.000	40.000	—	—
427 61-0	011	Entschädigungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	40.000	40.000	—	0
526 61-8	011	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	5
538 61-6	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	110

ERLÄUTERUNGEN

Zu 531 02

Die Mittel sind für eine Öffentlichkeitsarbeit bestimmt, die die aktuellen Umweltaufgaben darstellt und in der öffentlichen umweltpolitischen Diskussion die Ziele der niedersächsischen Umweltpolitik zur Geltung bringen soll.

Geplant sind insbesondere Kampagnen mit Forums- und Fachveranstaltungen, Hearings, Aktionen und Veröffentlichungen zur Agenda 21, z. B. Klimaschutz, Abfallvermeidung, Umweltchemikalien und Trinkwasserschutz. Als besondere Veröffentlichung steht der Umweltqualitätsbericht für das Jahr 2001 an.

Die kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit und die öffentlichkeitswirksame Behandlung von Fachthemen soll durch Broschüren, Faltblätter und Nutzung des Internets sichergestellt werden.

Außerdem wird sich das Umweltministerium an Messen und Ausstellungen beteiligen.

Für die Nutzung des Internets wurden zusätzlich 10 000 DM veranschlagt.

Zu 538 03

Die Länder haben nach § 9 a Abs. 3 Atomgesetz i. d. F. der Bekanntmachung vom 15. 7. 1985 (BGBl. I S. 1565), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 3. 5. 2000 (BGBl. I S. 636), Landessammelstellen für die Zwischenlagerung der in ihrem Gebiet anfallenden radioaktiven Abfälle einzurichten.

Nach § 82 i. V. m. § 81 der Strahlenschutzverordnung vom 13. 10. 1976 (BGBl. I S. 2905) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 1989 (BGBl. I S. 1321), zuletzt geändert durch Art. 1 der VO vom 18. 8. 1997 (BGBl. I S. 2113), besteht eine grundsätzliche Ablieferungspflicht für radioaktive Abfälle. Die vier norddeutschen Küstenländer haben eine gemeinsame Sammelstelle in der GKSS Forschungszentrum Geesthacht GmbH auf deren Reaktorgelände in Geesthacht errichtet.

Die Kapazität der gemeinsamen Sammelstelle ist erschöpft. Neue Einlagerungen finden nicht mehr statt.

Der Bedarf der Länder betrug 38 % der Einlagerungskapazität. Veranschlagt ist der Anteil des Landes Niedersachsen an den laufenden Betriebskosten der Sammelstelle ($\frac{4}{9}$ von 38 %) (vgl. 241 01).

Zu 631 01

Der Bund und die Länder haben eine Verwaltungsvereinbarung über den Aufbau und Betrieb eines gemeinsamen, zentralen Stoffdatenpools Bund/Länder (GSBL) über umweltrelevante und gefährliche chemische Stoffe abgeschlossen.

Nach der Vereinbarung hat Niedersachsen entsprechend den Vorgaben des Königssteiner Schlüssels 25 000 DM für die Koordinierungsstelle zur Verfügung zu stellen.

Zu 632 01 und 672 01

Erstattungen für die Mitarbeit von Inspektoren/-innen anderer Länder und der Landwirtschaftskammern auf Einhaltung der Grundsätze der Guten Laborpraxis (GLP) entsprechend dem „Leitfaden zur Harmonisierung des GLP-Überwachungsverfahrens in der Bundesrepublik Deutschland“.

Die verausgabten Beträge werden den Antragstellern in voller Höhe als Auslagen berechnet und beim Titel 111 11 vereinnahmt.

Zu 811 11

Ausgaben für personenbezogene Dienstkraftfahrzeuge sowie für Dienstkraftfahrzeuge für Referenten. Nach den Kfz-Richtlinien dürfen personenbezogene Dienstkraftfahrzeuge schon dann durch neue Kraftfahrzeuge ersetzt werden, wenn mit dem jeweils zu erwartenden Verwertungserlös mindestens gleichwertige Ersatzbeschaffungen vorgenommen werden können (vgl. 132 11).

Zu 812 15

Ergänzungsbeschaffungen:

Dienstzimmersausstattungen	12 500 DM
Regalsysteme für Altregistraturen	12 500 DM
Zusammen	25 000 DM

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Epl 13.

Zu Titelgruppe 61

Es sind veranschlagt für:

– Niedersächsische Regierungskommission zum Vermeiden und Verwerten von Abfällen	80 000 DM
– Runder Tisch Agenda 21	20 000 DM
Zusammen	100 000 DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
547 61-5	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	20.000	20.000	—	49
TGr. 63		Niedersächsisches Umweltinformationssystem * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(100.000) (200.000)	(300.000)	(400.000)	(-100.000)	(393)
429 63-9	011	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	60.000	—	+60.000	—
538 63-2	011	Dienstleistungen Außenstehender	100.000 200.000	200.000	360.000	-160.000	230
547 63-1	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	20.000	20.000	—	163
812 63-7	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausstattungsgegenständen	—	20.000	20.000	—	—
TGr. 65		Atomgenehmigungs- und Aufsichtsverfahren * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 65. *** Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.	(—)	(48.210.000)	(53.110.000)	(-4.900.000)	(47.956)
526 65-0	011	Sachverständige und ähnliche Kosten	—	47.688.700	51.110.000	-3.421.300	47.112
547 65-8	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	55
981 65-0	990	Abführung an 08 18 - 381 64	—	521.300	2.000.000	-1.478.700	789
TGr. 67/68		Betrieb gewerblicher Art „Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen“ * Übertragbar.	(—)	(1.580.000)	(1.580.000)	(—)	(3.416)
542 67-2	011	Steuern und Abgaben	—	115.200	—	+115.200	260
547 67-4	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	80.000	80.000	—	101
653 67-9	011	Zuweisung an die Gemeinde Söhlde zum Ausgleich von Nachteilen infolge Betriebs der Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	—	500.000	500.000	—	500
672 67-3	011	Erstattung der Kosten für die Unterhaltung der Deponie und der Sickerwasserentsorgung	—	884.800	1.000.000	-115.200	507
761 68-4	011	Oberflächenabdichtung und Rekultivierung der Deponie II ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. *** Bei dieser Maßnahme entfällt die Vorlage der Unterlagen gem. § 24 Abs. 3 LHO, wenn sie im Einzelnachweis dargestellt ist.	—	—	—	—	2.048
TGr. 71		Kosten von F+E Vorhaben und Kooperationen im Bereich der Umweltinformationssysteme aus Beiträgen Dritter * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 71. *** Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Pro-	(—)	(526.800)	(—)	(+526.800)	(760)

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 63

Weiterentwicklung und Pflege eines Nieders. Umweltinformationssystems (NUMIS).

Im einzelnen sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Pflege und Weiterentwicklung der WWW-Komponente,
- Weiterentwicklung des Geo-Informationssystems unter besonderer Berücksichtigung der Fachsysteme des Geschäftsbereichs,
- Fortführung der Einführung des Nieders. Umweltdatenkatalogs, Aktualisierung der Daten,
- Anteil Niedersachsens an der Koordinierungsstelle Umweltdatenkatalog.

Die Verausgabung von Zuschüssen und Zuweisungen Dritter (Bund, EU, andere Länder) zu den Kosten der gemeinsamen Entwicklung von Umweltinformationssystemen erfolgt bei Titelgruppe 71.

538 63

Die Mittel sind vorgesehen für Planungs- und Entwicklungsleistungen Dritter.

Ferner sollen die Arbeiten für das Geographische Umweltinformationssystem „GEOSUM“ befristet an Dritte vergeben werden.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	100 000	—	100 000
2002	—	100 000	100 000	200 000
Summe	—	200 000	100 000	300 000

812 63

Neubeschaffung:

Hardwarekomponenten für das

Nieders. Umweltinformationssystem 20 000 DM

Zu Titelgruppe 65

Veranschlagt sind die Ausgaben, die das Land für die Heranziehung von Sachverständigen in Genehmigungs-, Planfeststellungs- und Aufsichtsverfahren gemäß §§ 7, 7 a, 9, 9 b und 19 Atomgesetz zu veranlagten hat. Schwerpunktmäßig handelt es sich dabei um Begutachtungen und Stellungnahmen zu Änderungsvorhaben sowie für wiederkehrende Prüfungen in den vier niedersächsischen Kernkraftwerken. Diese Ausgaben werden von den jeweiligen Betreibern als Auslagen erstattet.

526 65

Die Mittel sind bestimmt für die Heranziehung von Sachverständigen im Rahmen von förmlichen Verfahren nach dem Atomgesetz.

981 65

Veranschlagt ist die Abführung für Sachverständigenleistungen durch das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung im Zusammenhang mit den Planfeststellungsverfahren für die Endlagerprojekte Gorleben und Konrad.

Zu Titelgruppe 67/68

Das Land Niedersachsen, vertreten durch das Nieders. Umweltministerium, hat als Betrieb gewerblicher Art „Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen“ mit Betriebs- und Überlassungsvertrag vom 21. 9. 1992 mit der Nieders. Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen GmbH (SDH) vereinbart, dass die SDH unter Beachtung des Planfeststellungsbeschlusses vom 14. 10. 1985 und der dazu ergangenen Planfeststellungs-Änderungsbeschlüsse und Änderungsgenehmigungen die Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen betreibt. Das Land hat der SDH gem. § 2 Abs. 1 des o. a. Vertrages gegen Entgelt die Verwaltung und Nutzung der notwendigen Vermögenswerte überlassen (Grundstücksflächen, Gebäude, Einlagerungseinrichtungen und sonstige technische Anlagen und Maschinen, betriebseigene Kläranlage, Polder im Erweiterungsbereich West).

547 67

Veranschlagt sind u. a. die Kosten der kaufmännischen Buchführung und der Beratung des Betriebs gewerblicher Art in kaufmännischen und steuerlichen Fragen.

653 67

Das Land Niedersachsen gewährt der Gemeinde Söhlde gemäß Vertrag vom 12. 07. 1995 bis zum Ende des Einlagerungsbetriebs am 31. 12. 2005 jährlich eine Zuweisung von 500 000 DM zum Ausgleich von Nachteilen, die mit dem Betrieb der Sonderabfalldeponie Hoheneggelsen verbunden sind.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	500 000	—	—	500 000
2002	500 000	—	—	500 000
2003	500 000	—	—	500 000
2004	500 000	—	—	500 000
2005	500 000	—	—	500 000
Summe	2 500 000	—	—	2 500 000

Zu Titelgruppe 71

Die Titelgruppe dient der Abwicklung der aus Zuschüssen und Zuweisungen Dritter (Bund, andere Länder, Europäische Umweltagentur) finanzierten Ausgaben für die gemeinsame Entwicklung und Weiterentwicklung von Umweltinformationssystemen (u. a. das European Topic Centre on Catalogue of Data Sources ETC/CDS).

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch TGr. 71		<i>gramms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.</i>					
429 71-0	011	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	202.100	—	+202.100	220
538 71-3	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	301.300	—	+301.300	—
547 71-2	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	23.400	—	+23.400	540
TGr. 72		Koordinierungsstelle Umweltdatenkatalog * Übertragbar. <i>Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 125 72, 231 72, 232 72 und 271 72.</i> ***Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.	(—)	(400.000)	(—)	(+400.000)	(442)
429 72-8	011	Nicht aufteilbare Personalausgaben ***Die Ausgaben dürfen zur Vergütung von bis zu 3 unbefristet beschäftigten Angestellten verwendet werden.	—	320.000	—	+320.000	318
538 72-1	011	Dienstleistungen Außenstehender	—	80.000	—	+80.000	102
547 72-0	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	23
812 72-6	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 96		Reformdividende	(—)	(—)	(—)	(—)	(69)
429 96-5	960	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	35
547 96-8	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	34
711 96-2	960	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 96-3	960	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	—
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunika- tionstechnik * Übertragbar.	(—)	(848.800)	(810.100)	(+38.700)	(1.186)
513 99-0	011	Post- und Fernmeldegebühren * Gegenseitig deckungsfähig: 1501 - 513 99, 1501 - 515 99, 1501 - 518 99, 1501 - 522 99, 1501 - 525 99, 1501 - 538 99, 1501 - 547 99, 1501 - 812 99, 1506 - 513 99, 1506 - 518 99, 1506 - 522 99, 1506 - 525 99, 1506 - 538 99, 1506 - 547 99, 1506 - 812 99, 1520 - 513 99, 1520 - 518 99, 1520 - 522 99, 1520 - 525 99, 1520 - 535 99, 1520 - 538 99, 1520 - 547 99 und 1520 - 812 99.	—	10.000	10.000	—	1
515 99-3	011	Geräte und Gebrauchsgegenstände * Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 513 99.	—	195.100	165.100	+30.000	344
518 99-2	011	Mieten und Pachten * Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 513 99.	—	—	—	—	—
522 99-0	011	Verbrauchsmittel * Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 513 99.	—	40.000	40.000	—	30
525 99-9	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten * Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 513 99.	—	70.000	100.000	-30.000	56
538 99-3	011	Dienstleistungen Außenstehender * Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 513 99.	—	133.700	95.000	+38.700	147
547 99-2	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 513 99.	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

429 71

Hier werden die Vergütungen für die für das ETC/CDS befristet beschäftigten Bediensteten, eine Referentin/ein Referent (Verg.-Gr. II a BAT) und einen Sachbearbeiter/eine Sachbearbeiterin (Verg.-Gr. IV a BAT), gebucht.

538 71

Es werden Ausgaben an Dritte zur Entwicklung des ETC/CDS geleistet.

Zu Titelgruppe 72

Zur Buchung der Ausgaben für die Durchführung der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Weiterentwicklung und Pflege des Metainformationssystems „Umweltdatenkatalog“.

Die Geschäftsführung der Koordinierungsstelle obliegt dem Nieders. Umweltministerium.

Der auf Niedersachsen entfallende Anteil an den Personal- und Sachkosten wird aus TGr. 63 gedeckt.

429 72

Für die Geschäftsführung der Koordinierungsstelle „Umwelt-Datenkatalog“ sind die folgenden drei Arbeitsplätze bestimmt:

Angestellte

Verwaltungsdienst: Arbeitsplätze

Verg.-Gr. I b 1

Verg.-Gr. II a 1

Verg.-Gr. IV a 1

Zusammen 3

Zu Titelgruppe 99

In der Titelgruppe sind sämtliche Ausgaben für die Informations- und Kommunikations-Technik im Umweltministerium zentral veranschlagt.

515 99

Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von Standard-Software sowie Hardware (z. B. Monitore, Tastaturen, Drucker, Netzkomponenten); Reparaturen von Datenendgeräten; Wartungs- und Pflegeverträge.

538 99

Erwerb und Weiterentwicklung von Anwendungsprogrammen, Verfahrens- und Programmpflege sowie Geräteumsetzungen, Systemarbeiten Dritter, Vergabe von Datenerfassungsaufträgen an Dritte.

Für Dienstleistungen des IZN: 38 700 DM.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
812 99-8	011	Erwerb von Geräten , Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen * Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 513 99.	—	400.000	400.000	—	608
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		8.600	-8.600	
		Abschluss Kapitel 15 01					
		1 Eigene Einnahmen		51.754.700	58.920.700	-7.166.000	
		2 Übertragungseinnahmen		1.713.500	796.700	+916.800	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		344.100	—	+344.100	
		Summe der Einnahmen		53.812.300	59.717.400	-5.905.100	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	31.897.900	27.898.800	+3.999.100	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	100.000 200.000	51.689.100	54.639.200	-2.950.100	
		6 Übertragungsausgaben	—	1.470.800	1.556.000	-85.200	
		7 Bauausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	445.000	445.000	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	3.004.000	2.410.000	+594.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	100.000 200.000	88.506.800	86.949.000	+1.557.800	
		Zuschuss		34.694.500	27.231.600	+7.462.900	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		5.825.900	6.321.800		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		94.332.700	93.270.800		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		40.520.400	33.553.400		

 ERLÄUTERUNGEN

812 99

Ersatzbeschaffungen:

1. Zentrale Server des MU	90 000 DM
2. Datenendgeräte für das MU (insbes. zur Bürokommunikation)	240 000 DM
3. Datennetz des MU – Switching Baugruppen, Router u. a.	40 000 DM
Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen:	
1. Überlassung von Standardsoftware	30 000 DM
Zusammen	400 000 DM

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1502 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
119 41-2	330	Rückzahlung von Überzahlungen		20.000	50.000	–30.000	18
119 51-0	330	Vermischte Einnahmen		25.000	25.000	—	25
251 90-6	330	EU-Mittel zur Förderung von Maßnahmen aus dem Europ. Garantiefonds der Landwirtschaft (EAGFL), Entwicklungsplan 2000 bis 2006 * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 90.		17.359.000	—	+17.359.000	—
287 71-4	330	Zuweisungen im Rahmen des Aktionsprogramms LIFE zur Entwicklung und Durchführung der Umweltpolitik * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 71.		250.000	—	+250.000	—
381 70-2	990	Zuführung von 09 02 - 981 66 * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 70.		—	—	—	16.484
Titelgruppe(n)							
TGr. 63		Förderung des Freiwilligen ökologischen Jahres		(630.000)	(30.000)	(+600.000)	(419)
251 63-9	330	Zuweisungen des Bundes * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.		400.000	—	+400.000	419
281 63-5	330	Erstattungen Dritter * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.		230.000	30.000	+200.000	—
A U S G A B E N							
653 02-8	330	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für lokale Agenda 21-Prozesse ***Die Mittel dürfen nur in Anspruch genommen werden, sofern die Europäische Union die Förderung lokaler Agenda 21-Prozesse im Rahmen des Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) genehmigt.	—	350.000	—	+350.000	—
681 59-5	330	Umweltpreis des Landes Niedersachsen und sonstige Geldleistungen	—	50.000	—	+50.000	—
684 01-2	330	Leistungen auf Grund des Gesetzes zur finanziellen Förderung der Arbeit von Umwelt- u. Naturschutzverbänden in Nieders.	—	1.204.000	1.204.000	—	1.203
685 01-9	623	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	16.800	16.800	—	9
685 53-1	330	Finanzhilfe an die Nds. Umweltstiftung gemäß § 7 Abs. 2 NLottG ***Ausgaben dürfen nur in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Konzessionsabgabe geleistet werden.	—	1.591.200	1.557.600	+33.600	1.524
Titelgruppe(n)							
TGr. 63		Förderung des Freiwilligen ökologischen Jahres * Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 251 63 und 281 63. ***Das MU wird ermächtigt, Teilnehmern am Freiwilligen Ökologischen Jahr durch den Träger monatlich eine Aufwandsbeihilfe auszahlen zu lassen.	(420.000) (—)	(1.199.100)	(665.000)	(+534.100)	(864)
429 63-2	330	Nicht aufteilbare Personalausgaben	420.000 —	60.000	—	+60.000	58
547 63-5	330	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	435.000	195.000	+240.000	409
653 63-0	330	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	40.000	130.000	–90.000	37
684 63-2	330	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	—	344.100	309.800	+34.300	344
685 63-9	330	Sonstige Zuschüsse	—	20.000	30.200	–10.200	16

Zu 251 90

Zu 287 71

Zu 381 70

Zu Titelgruppe 63

251 63

281 63

Zu 653 02

Zu 681 59

Bisher veranschlagt in der ab 2001 entfallenen TGr. 62.

Zu 684 01

Zu 685 01

1.	Abwassertechnische Vereinigung	1 450 DM
2.	Deutscher Verband für Wasserwirtschaft und Kulturbau e. V., Bonn	500 DM
3.	Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V., Eschborn	400 DM
4.	Deutscher Arbeitsring für Lärmbekämpfung e. V. (DAL)	280 DM
5.	Deutsches Institut für Normung, Berlin	2 000 DM
6.	Verein zur Förderung des Instituts für das Recht der Wasserwirtschaft an der Universität Bonn e. V.	1 000 DM
7.	Verband Deutscher Naturparke – VDN	2 600 DM
8.	Föderation der Natur- und Nationalparke Europas	1 900 DM
9.	Deutsche Gesellschaft für Moor- und Torfkunde	50 DM
10.	Deutsche Orchideen Gesellschaft e. V., Hamburg	85 DM
11.	Deutsche Ornithologen Gesellschaft e. V.	90 DM
12.	Floristische-Soziologische Arbeitsgemeinschaft	80 DM
13.	Naturhistorische Gesellschaft Hannover	30 DM
14.	Europark Föderation Deutschland	6 000 DM
15.	Nds. Ornithologische Vereinigung e. V.	40 DM
16.	Gesellschaft Deutscher Chemiker	100 DM
17.	Max-Planck-Institut für Limnologie	160 DM
	Zusammen	16 765 DM

Zu 685 53

- a) Verbesserung des Umweltbewusstseins,
- b) Verbesserung der Umweltvorsorge,
- c) Sicherung des Naturhaushaltes,
- d) Sicherung des Ressourcenhaushaltes und
- e) ökologische Weiterentwicklung der Industriegesellschaft.

Zu Titelgruppe 63

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen der Bewilligung von Fördererzusagen für das jeweils im nächsten Haushaltsjahr liegende freiwillige ökologische Jahr.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	420 000	—	420 000
2002	—	—	420 000	420 000
Summe	—	420 000	420 000	840 000

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1502 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
981 63-7	990	Abführung an 15 03 - 381 04	—	300.000	—	+300.000	—
TGr. 70		Zuschüsse zur Förderung der Entwicklung im ländlichen Raum - Ziel 5 b der Reform des EU-Strukturfonds * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 381 70. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. *** Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.	(—)	(—)	(—)	(—)	(19.066)
883 70-8	330	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	18.891
893 70-3	330	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und an Sonstige	—	—	—	—	175
TGr. 71		Verausgabung von Zuschüssen der EU im Rahmen des Aktionsprogramms LIFE zur Entwicklung und Durchführung der Umweltpolitik * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 287 71. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. *** Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.	(—)	(250.000)	(—)	(+250.000)	(297)
429 71-3	330	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 71-6	330	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	250.000	—	+250.000	16
685 71-0	330	Sonstige Zuschüsse	—	—	—	—	—
761 71-8	330	Investive Maßnahmen auf landeseigenen Flächen	—	—	—	—	—
812 71-1	330	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
821 71-0	330	Landeseigener Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	280
TGr. 90		Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen aus dem Europ. Garantiefonds der Landwirtschaft (EAGFL), Entwicklungsplan 2000 bis 2006 * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 251 90. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. *** Die Ausgaben der Titelgruppe richten sich nach dem genehmigten EU-Programm. Die nicht durch Einnahmen gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen des genehmigten EU-Programms als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.	(—)	(17.359.000)	(—)	(+17.359.000)	(—)
425 90-4	330	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
531 90-9	330	Veröffentlichungen	—	—	—	—	—
538 90-3	330	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

981 63

Der Anteil der Zuwendung des BMFSFJ zu den Personalkosten für die pädagogische Betreuung der FÖJ-Teilnehmer/-innen durch Bedienstete des NLO wird in entsprechender Höhe abgeführt.

Zu Titelgruppe 70

Zur Verausgabung von Mitteln der EU, die dem Land im Rahmen des Ziel 5 b-Förderprogrammes „Entwicklung des ländlichen Raumes in Niedersachsen“ aus dem EAGFL und den EFRE zur Verfügung gestellt werden. Verpflichtungen im Rahmen des Programms durften bis zum 31. 12. 1999 eingegangen werden. Soweit es sich um mehrjährige Verpflichtungen handelt, werden Zahlungen noch bis zum Ablauf der Vertragsdauer (spätestens 31. 12. 2003) als Altverpflichtungen aufgrund des bereits ausgelaufenen Programms abgewickelt.

Zu Titelgruppe 71

Zur Verausgabung von Zuschüssen der EU-Kommission, die dem Land im Rahmen des Aktionsprogramms LIFE zur Entwicklung und Durchführung der Umweltpolitik gewährt werden.

Förderschwerpunkte sind Maßnahmen in den Bereichen Gewässerschutz und Naturschutz.

Notwendige Komplementärmittel des Landes zur Durchführung der LIFE-Projekte werden bei den jeweiligen Fachkapiteln zur Verfügung gestellt.

Zu Titelgruppe 90

Niedersachsen hat auf der Grundlage der VO (EG) 1257/1999 des Rates vom 17. 05. 1999 zur „Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums“ ein Programm mit dem niedersächsischen Titel „PRO-LAND“ für die Jahre 2000 bis 2006 erstellt. Für das Programm ist federführend ML zuständig (s. Kap. 09 02 TGr. 90). Für Maßnahmen des MU sind in diesem Zeitraum insgesamt Landes- und EU-Mittel i. H. v. ca. 250 Mio. DM eingeplant.

Die erforderlichen Komplementärmittel des Landes werden im Rahmen der Erfüllung der Fachaufgaben bei den jeweiligen Fachkapiteln zur Verfügung gestellt. Bei der Landschaftspflege ist ein Teil der Komplementärmittel von den Kommunen zu finanzieren.

Die Förderbereiche im Einzelnen, den hierfür jeweils geplanten Betrag sowie die Haushaltsstelle, aus der der Landesanteil gedeckt wird, sind der folgenden Übersicht zu entnehmen:

Maßnahme- ziffer PROLAND	EU-Maßnahmebezeichnung Förderrichtlinie der Umweltministeriums	Gesamtbetrag 2000 bis 2006 (EU + Land) DM	EU-Anteil 2001 (15 02 TGr. 90) DM	Haushaltsstelle für den Landesanteil
e	Benachteiligte Gebiete und Gebiete mit umweltspezifischen Einschränkungen			
e 1	Erschwerenausgleich in geschützten Teilen von Natur und Landschaft	8 400 000	600 000	15 20 – 683 01
f	Agrarumweltmaßnahmen			
f 3a	Kooperationsprogramm Biotoppflege	20 424 076	—	15 20 TGr. 61 u. 67
f 3d	Kooperationsprogramm Erhaltung der biologischen Vielfalt – Nordische Gastvögel, extensive Bewirtschaftung	15 767 973 (ca. 9 Mio.)	1 246 163 (750 000)	15 20 – 683 03
f 3e	– Artenschutzmaßnahmen auf Ackerflächen (Ackerwildkräuter)	(ca. 6 Mio.)	(450 000)	15 20 – 685 61
f 3b	Kooperationsprogramm Feuchtgrünland	16 213 052	1 150 304	15 56 TGr. 62
f 3c	Kooperationsprogramm Dauergrünland in Naturschutzgebieten und Nationalparks	20 407 276	1 485 809	15 20 – 683 02
f 4a bis e	Trinkwasserschutz in Wasservorranggebieten	33 427 595	1 712 500	15 56 TGr. 80 bis 82
m	Vermarktung von landwirtschaftlichen Qualitätserzeugnissen			
m 1	Vermarktung landwirtschaftlicher Qualitätserzeugnisse aus Wasservorranggebieten	6 000 000	500 000	15 56 TGr. 80 bis 82
t	Schutz der Umwelt im Zusammenhang mit der Land- und Forstwirtschaft, der Landschaftspflege und der Verbesserung des Tierschutzes			
t 2a	Förderung von Erhaltung, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft in bestimmten Gebieten durch andere (Förderrichtlinie „Landschaftsentwicklung“)	23 594 480	1 797 240	15 20 TGr. 67, 15 56 TGr. 62
t 2a	Förderung von Erhaltung, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft in bestimmten Gebieten durch das Land Niedersachsen (Verwaltungsvorschrift „Naturschutz“)	23 000 000	1 196 012	15 20 TGr. 61 u. 67
t 2b	Förderung der naturnahen Gewässergestaltung	37 109 026	2 596 466	15 52 TGr. 86
t 4 a bis c	flankierende Maßnahmen zur gewässerschonenden Landbewirtschaftung	17 778 000	926 576	15 56 TGr. 80 bis 82
t 3	Maßnahmen zum Schutz von Feuchtgrünland	700 000	47 930	15 56 TGr. 62
u	Wiederaufbau eines durch Naturkatastrophen geschädigten landwirtschaftlichen Produktionspotentials sowie Einführung geeigneter vorbeugender Instrumente			
u 1	Küstenschutz	12 200 000	1 100 000	15 54 TGr. 81
u 2	Hochwasserschutz im Binnenland	14 455 823	3 000 000	15 54 TGr. 61
Gesamtbetrag		249 477 301	17 359 000	

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1502 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
547 90-2	330	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	—
653 90-7	330	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
682 90-7	330	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
683 90-3	330	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
685 90-6	330	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige	—	—	—	—	—
812 90-8	330	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
883 90-2	330	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
892 90-1	330	Zuweisungen für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
893 90-8	330	Zuweisungen für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
971 90-9	988	Globale Mehrausgaben (EU-Mittel zur Be- willigung der Maßnahmen und Deckung der Ausgaben der Titelgruppe 90)	—	17.359.000	—	+17.359.000	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	420.000		285.000	-285.000	
		<u>Abschluss Kapitel 15 02</u>					
		1 Eigene Einnahmen		45.000	75.000	-30.000	
		2 Übertragungseinnahmen		18.239.000	30.000	+18.209.000	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		18.284.000	105.000	+18.179.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	420.000	60.000	—	+60.000	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	420.000	—	—	—	
		6 Übertragungsausgaben	—	685.000	195.000	+490.000	
		7 Bauausgaben	—	3.616.100	3.533.400	+82.700	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	17.659.000	—	+17.659.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	420.000 420.000	22.020.100	3.728.400	+18.291.700	
		Zuschuss		3.736.100	3.623.400	+112.700	

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 11-3	610	Verwaltungsgebühren * Vgl. K-Vermerk zu 981 10. ***Vgl. K-Vermerk zu 511 01.		2.060.000	—	+2.060.000	—
111 69-5	330	Gebühren für das KFÜ ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 69/70.		3.055.000	—	+3.055.000	—
113 01-9	610	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		1.000	—	+1.000	—
119 51-3	610	Vermischte Einnahmen ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		115.000	—	+115.000	—
124 01-0	610	Mieten und Pachten		120.000	—	+120.000	—
132 02-1	610	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen		5.000	—	+5.000	—
241 02-5	185	Erstattungen des Bundes für den Zivildienst		45.000	—	+45.000	—
381 03-0	990	Zuführung von 15 56 - 981 61		101.100	—	+101.100	—
381 04-8	990	Zuführung von 15 02 - 981 63		300.000	—	+300.000	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62		Zwischenlagerung von schwachradioaktiven Abfällen gemäß § 9 a Atomgesetz		(58.000)	(—)	(+58.000)	(—)
111 61-0	621	Gebühren für die Übernahme radioaktiver Abfälle		—	—	—	—
241 61-0	621	Sonstige Erstattungen vom Bund		58.000	—	+58.000	—
241 62-9	621	Erstattungen der Personalausgaben vom Bund		—	—	—	—
TGr. 68		Wassergütestelle Weser		(887.000)	(—)	(+887.000)	(—)
119 68-8	610	Sonstige Einnahmen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.		—	—	—	—
232 68-9	610	Erstattungen für die Unterhaltung der Wassergütestelle Weser * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.		709.600	—	+709.600	—
381 68-4	990	Zuführung von 15 52 - 981 97 * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.		177.400	—	+177.400	—
TGr. 73		Überwachung der Umgebungsradioaktivität ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 73/74.		(919.000)	(—)	(+919.000)	(—)
111 73-3	330	Gebühren für die Überwachung kerntechnischer Anlagen ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 73/74.		669.000	—	+669.000	—
231 73-9	330	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 73/74.		250.000	—	+250.000	—
TGr. 75/76		Forschungs- und sonstige Aufträge Dritter, Forschungsvorhaben des Bundes		(880.000)	(—)	(+880.000)	(—)
119 75-0	185	Einnahmen aus Forschungs- und ähnlichen Aufträgen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 75.		706.000	—	+706.000	—
119 76-9	185	Einnahmen für Aufträge Dritter * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 75.		28.000	—	+28.000	—
251 75-6	185	Zuweisungen des Bundes für Forschungen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 75.		146.000	—	+146.000	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 15 03

Das Nieders. Landesamt für Ökologie (NLÖ) hat seinen Sitz in Hildesheim (Wasser, Abfall und Naturschutz) und z. Z. weitere Amtsteile in Hannover (Arbeitsmedizin sowie Immissions- und Strahlenschutz) und auf Norderney (Forschungsstelle Küste). Das Landesamt ist dem MU unmittelbar nachgeordnet und untersteht seiner Dienstaufsicht. Die Fachaufsicht üben MU, ML und MFAS im Rahmen ihrer Zuständigkeiten aus.

Zur Vorbereitung der Einführung einer flexibilisierten Haushaltsführung beim NLÖ wurde ein neues Kapitel 15 03 eingerichtet, in das die bisher bei Kapitel 15 10 veranschlagten Mittel verlagert wurden.

Im Kapitel 15 03 wurde im Vergleich zum bisherigen Kapitel 15 10 der Bestand an Titelgruppen sowie der Titelbestand insgesamt verringert. Die Titelstruktur wurde dabei an den Kostenartenplan des NLÖ angepasst.

Zu 111 11

1. Gebühren für Grund- und Trinkwasseruntersuchungen sowie Grundwasseruntersuchungen im Bereich von Deponien	460 000 DM
2. Gebühren für Abwasseruntersuchungen	350 000 DM
3. Gebühren für Untersuchungen von oberirdischen Gewässern	655 000 DM
4. Abfalluntersuchungen	55 000 DM
5. Gebühren im Bereich Arbeitsschutz, Chemikalien, Strahlenschutz und Immissionsschutz	365 000 DM
6. Gebühren im Bereich Naturschutz	50 000 DM
7. Sonstige Gebühren	125 000 DM
Zusammen	2 060 000 DM

Hier werden auch die Auslagen gem. § 13 NVwKostG vereinnahmt.

Zu 111 69

Gebühren für die Aufsichtsmaßnahmen im Rahmen der Kernreaktor-Fernüberwachung gem. § 21 Abs. 1 Nr. 5 Atomgesetz (AtG) i. V. m. § 5 Kostenverordnung zum Atomgesetz (AtKostV). Vgl. Ausgabe-Titelgruppe 69/70.

Zu 113 01

1. Geräte	1 000 DM
2. Maschinen	— DM
3. Ausstattungsgegenstände	— DM
4. Akten, Drucksachen und dgl.	— DM
Zusammen	1 000 DM

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	10 000 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	110 000 DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	— DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	— DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	— DM
Zusammen	120 000 DM

Zu 241 02

Veranschlagt sind die Einnahmen für Zivildienstleistende im Bereich des Naturschutzes. Die (Sach-)Ausgaben werden bei 546 59 geleistet.

Zu 381 03

Zuführung aus der Wasserentnahmegebühr (vgl. 15 56 – 981 61) zur Finanzierung einer Stelle der Verg.-Gr. II a BAT für die Durchführung und Betreuung von Modell-, Pilot- und Forschungsvorhaben zum Schutz des Grundwassers sowie für eine schonende Grundwasserbewirtschaftung.

Zu 381 04

Zuführung des auf die Personalaufwendungen des NLÖ entfallenden Anteils der Zuwendungen des BMFSFJ zu den Kosten des freiwilligen ökologischen Jahres (FÖJ).

Zu Titelgruppe 61/62

Umlagerung der in der Landessammelstelle Steyerberg gelagerten radioaktiven Abfälle in das Außenlager Leese der Firma AEA Technology QSA GmbH, Braunschweig, und Auflösung des Standortes Steyerberg.

Der Bund hat die dem Land im Zusammenhang mit der Lagerung der Abfälle in Leese entstehenden Kosten als Zweckausgaben gem. Art. 104 a Abs. 2 Grundgesetz zu erstatten.

Zu 232 68

Von den für die Wassergütestelle Weser entstehenden Ausgaben werden aufgrund der Verwaltungsvereinbarung erstattet:

Bremen	177 400 DM
Hessen	177 400 DM
Nordrhein-Westfalen	177 400 DM
Thüringen	177 400 DM
Summe	709 600 DM

Zu 381 68

Zuführung aus der Abwasserabgabe (vgl. 15 52 – 981 97) zur Finanzierung des niedersächsischen Anteils an den Ausgaben für die Wassergütestelle Weser.

Vgl. Ausgabeteilgruppe 68.

Zu Titelgruppe 75/76

Einnahmen aus Aufträgen Dritter, zur Durchführung von Forschungs- und ähnlichen Aufträgen sowie aus Zuweisungen des Bundes für Forschungen.

Vgl. Ausgabeteilgruppe 75.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
256 75-8	185	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 75.		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
412 02-4	330	Kosten des Beirats für das Freiwillige ökologische Jahr	—	1.000	—	+1.000	—
422 01-1	610	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	36.771.400	—	+36.771.400	—
422 19-4	610	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-3	610	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	269.900	—	+269.900	—
422 51-8	610	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	1.000	—	+1.000	—
425 01-0	610	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	—
425 41-0	610	Vergütungen der auszubildenden Kräfte	—	136.000	—	+136.000	—
425 51-7	610	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	24.000	—	+24.000	—
426 01-7	610	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	—	—	—
426 51-3	610	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	20.000	—	+20.000	—
427 03-0	185	Vergütungen für Personen, die Zivildienst leisten	—	75.000	—	+75.000	—
427 05-6	610	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	100.000	—	+100.000	—
427 31-5	610	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Kräfte der Ausbildung	—	2.500	—	+2.500	—
427 39-0	610	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	90.000	—	+90.000	—
453 01-4	610	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	100.000	—	+100.000	—
511 01-4	610	Geschäftsbedarf * Übertragbar. Gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 512 01, 513 10, 513 11, 514 10, 515 10, 516 10, 517 10, 517 59, 518 10, 518 11, 519 02, 519 03, 522 21, 525 01, 526 01, 527 10, 531 01, 531 03, 535 10, 538 01, 546 59 und 547 50. ***Die Ausgaben des Deckungskreises erhöhen sich um 80 v.H. der Mehreinnahmen bei Titel 111 11 (Reformdividende) oder vermindern sich um 100 v.H. der Mindereinnahmen bei Titel 111 11, höchstens jeweils um 150.000 DM. In Höhe der Reformdividende dürfen Ausgabereste gebildet, übertragen und im nächsten Haushaltsjahr in Anspruch genommen werden. Infolge von Mindereinnahmen bei Titel 111 11 eingetretene Mehrausgaben sind auf die nächstjährige Bewilligung als Vorgriff anzurechnen.	—	200.000	—	+200.000	—
512 01-0	610	Bücher und Zeitschriften * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 511 01. ***Vgl. K-Vermerk zu 511 01.	—	175.000	—	+175.000	—
513 10-6	610	Postgebühren * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 511 01. ***Vgl. K-Vermerk zu 511 01.	—	100.000	—	+100.000	—
513 11-4	610	Fernmeldegebühren * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 511 01. ***Vgl. K-Vermerk zu 511 01.	—	410.000	—	+410.000	—
514 10-2	610	Haltung von Fahrzeugen * Übertragbar.	—	350.000	—	+350.000	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 412 02

Erstattungen der notwendigen Auslagen, insbesondere Fahrtkosten der ehrenamtlichen Mitglieder des FÖJ-Beirats.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen (BV) beträgt 394,16 Vollzeiteinheiten (VZE).

Nachrichtliche Aufteilung des BV:

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nach- richtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	86,10	86,10	—	98
Angestellte	287,97	287,97	—	297
Lohnempfänger/ -innen	20,09	20,09	—	17
Insgesamt	394,16	394,16	—	412

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 36 771 400 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Ober- gruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	36 771 400
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	1 757 200
43	Versorgungsbezüge	2 722 400
44	Beihilfen, Unterstützungen	772 900
45	Personalbezogene Sachausgaben	105 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	1 016 700
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel 15 03		43 145 600

Veranschlagt ist eine steuerfreie Dienstaufwandsentschädigung i. S. des § 3 Nr. 12 S. 1 EStG in Höhe von monatlich 185 DM für den Präsidenten des NLO.

Zu 422 51, 425 51 und 426 51

Vergütungen bzw. Löhne für Bereitschaftsdienste u. a. der Hausmeister, des Personals auf Schiffen und des für das KFÜ (TGr. 69/70) zuständigen Personals.

Zu 425 01

Hieraus werden auch die Vergütungen für 2 ständige nicht vollbeschäftigte Angestellte im Schreibdienst gezahlt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu 425 41

Auszubildende:	2001	2000
Chemielaboranten/-laborantinnen	5	4
Feinmechanikerinnen und Feinmechaniker, Maschinenbaumechanikerinnen und Maschinenbaumechaniker	1	1
Vermessungstechnikerinnen und Vermessungstechniker	1	1
Zusammen	7	6

Zu 426 01

Hieraus werden auch die Löhne für 2 ständige nicht vollbeschäftigte Arbeiter/-innen gezahlt, deren durchschnittliche Arbeitszeit mindestens die Hälfte der Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Kraft beträgt.

Zu 427 03

Siehe Titel 241 02 und 546 59.

Zu 427 05

Für die Beschäftigung von Zeitarbeitskräften im Rahmen der Durchführung befristeter wissenschaftlicher Projekte der Forschungsstelle Küste.

Zu 427 31

Vergütungen der Prüfungstätigkeiten im Rahmen der Ausbildung des gehobenen bautechnischen Verwaltungsdienstes der Fachrichtung Wasserwirtschaft.

Die Höhe der Prüfungsvergütungen richtet sich nach den aufgrund des Runderlasses des MF vom 7. 5. 1991 (Nds. MBl. S. 751), in der jeweils gültigen Fassung, erlassenen Vorschriften. 25 v.H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 511 01 bis 538 01, 546 59 und 547 50

In einem ersten Schritt zur Einführung einer flexibilisierten Haushaltsführung beim NLO werden die im Kapitel 15 03 veranschlagten sächlichen Verwaltungsausgaben (511 01 bis 538 01 sowie 546 59 und 547 50) aus dem gesetzlichen Deckungskreis des Einzelplans 15 herausgelöst und bilden einen eigenen Deckungskreis. Zwischen den Einnahmen bei Titel 111 11 und den Ausgaben dieses Deckungskreises wird eine Korrespondenz dergestalt hergestellt, dass sich die Ausgaben des Deckungskreises um 80 v.H. der Mehreinnahmen bei Titel 111 11, höchstens jedoch um 150 000 DM, erhöhen (Reformdividende) oder um 100 v.H. der Mindereinnahmen bei Titel 111 11, höchstens jedoch um 150 000 DM, vermindern. Die Ausgaben des Deckungskreises werden für übertragbar erklärt.

Zu 514 10**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	12	12	12
Lkw	1	1	1
Sonderfahrzeuge	8	8	8
Anhänger	20	20	20
Wasserfahrzeuge	11	11	11
Zusammen	52	52	52

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1503 Landesamt für Ökologie

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 514 10-2		Vgl. D-Vermerk zu 511 01. ***Vgl. K-Vermerk zu 511 01.					
515 10-9	610	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie sonstige Gebrauchsgegenstände * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 511 01. ***Vgl. K-Vermerk zu 511 01.	—	270.000	—	+270.000	—
516 10-5	610	Beschaffung und Unterhaltung von Dienst- und Schutzkleidung * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 511 01. ***Vgl. K-Vermerk zu 511 01.	—	28.000	—	+28.000	—
517 10-1	610	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume sowie Reinigungskosten * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 511 01. ***Vgl. K-Vermerk zu 511 01.	—	850.000	—	+850.000	—
517 59-4	610	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 511 01. ***Vgl. K-Vermerk zu 511 01.	—	850.000	—	+850.000	—
518 10-8	610	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 511 01. ***Vgl. K-Vermerk zu 511 01.	—	2.230.000	—	+2.230.000	—
518 11-6	610	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 511 01. ***Vgl. K-Vermerk zu 511 01.	—	90.900	—	+90.900	—
519 02-3	610	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 511 01. ***Vgl. K-Vermerk zu 511 01.	—	120.000	—	+120.000	—
519 03-1	610	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 511 01. ***Vgl. K-Vermerk zu 511 01.	—	1.000	—	+1.000	—
522 21-0	330	Labor-, Röntgen- und Fotobedarf * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 511 01. ***Vgl. K-Vermerk zu 511 01.	—	850.000	—	+850.000	—
525 01-5	610	Aus- und Fortbildung der Bediensteten * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 511 01. ***Vgl. K-Vermerk zu 511 01.	—	180.000	—	+180.000	—
526 01-1	610	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 511 01. ***Vgl. K-Vermerk zu 511 01.	—	12.000	—	+12.000	—
527 10-7	610	Reisekosten * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 511 01. ***Vgl. K-Vermerk zu 511 01.	—	806.900	—	+806.900	—
531 01-5	610	Veröffentlichungen * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 511 01. ***Vgl. K-Vermerk zu 511 01.	—	219.000	—	+219.000	—
531 03-1	610	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 511 01. ***Vgl. K-Vermerk zu 511 01.	—	—	—	—	—
535 10-0	610	Geräte für Fachaufgaben * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 511 01. ***Vgl. K-Vermerk zu 511 01.	—	1.289.000	—	+1.289.000	—
538 01-0	330	Dienstleistungen Außenstehender * Übertragbar.	—	530.000	—	+530.000	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 516 10

Dienst- und Schutzkleidung der Hausmeister/Hausarbeiter, Kraftfahrer, des Probenahmedienstes und des Labor-, Schiffs- und Werkstattpersonals.

Schutzkleidung für Beamte, die bei bestimmten Tätigkeiten am Arbeitsplatz zum Schutz gegen Unfälle oder aus Gründen der Hygiene getragen werden muss.

Die im Außendienst tätigen Bediensteten erhalten – soweit ihnen das Land nicht unentgeltlich Schutzkleidung zur Verfügung stellt – nach näherer Maßgabe des RdErl. d. MU vom 25. 9. 1998 (Nds. MBl. S. 1317) eine pauschale Aufwandsentschädigung zur Abgeltung von Aufwendungen für die Erstbeschaffung sowie die Reinigung, Unterhaltung und Ersatzbeschaffung von Schutzkleidung.

Die von der Niedersächsischen Landesregierung am 24. 3. 1998 beschlossene Aufwandsentschädigung ist steuerfrei im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Zu 518 10

Durch die bis 1999 bei 15 10 – 518 01 in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen ergibt sich folgende Belastung:

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	283 400	—	—	283 400
2002	283 400	—	—	283 400
Summe	566 800	—	—	566 800

Zu 522 21

Für den Laborbereich werden hieraus vor allem

- Laborchemikalien
- technische Gase
- Laborverbrauchsmaterial (Glasgeräte, Pipetten etc.)
- Lösungsmittel
- Regenerationsstoffe für Chemikalienaufbereitung sowie
- Film- und Fotoentwicklungen

beschafft.

Zu 531 01

1. Amtliche Druckwerke	— DM
2. Öffentlichkeitsarbeit	35 000 DM
3. Technische und wissenschaftliche Druckwerke	159 000 DM
4. Sonstige Veröffentlichungen	25 000 DM

Zusammen 219 000 DM

Fachwissenschaftliche Veröffentlichungen und populäre Medien der Öffentlichkeitsarbeit zur Information von Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Für die Abgabe von Druckwerken mit Herstellungskosten von über 5,- DM/Stück wird grundsätzlich ein entsprechendes Entgelt zuzüglich Versandkosten erhoben.

Zu 535 10

Unterhaltung der vorhandenen empfindlich reagierenden Messgeräte, die einem erhöhten Verschleiß unterliegen oder eine kurze Standzeit haben, sowie Ersatzbeschaffungen.

Zu 538 01

Die Mittel sind insbesondere vorgesehen

- a) für Unternehmerleistungen im Rahmen des Bund/Länder-Messprogramms Nordsee sowie Stoffeintrag aus Weser und Ems in die Nordsee (Untersuchungskosten für Wasseranalysen, Sedimentuntersuchungen, Miesmuscheluntersuchungen, Schwermetalluntersuchungen, Hubschrauber- und Schiffseinsätze)
- b) zur Vergabe von fachlichen Gutachten in besonderen Fällen sowie zum Abschluss von Werkverträgen zur Vorbereitung von Schutzgebietsverfahren
- c) für die Erstellung von Schallimmissionsplänen.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1503 Landesamt für Ökologie

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 538 01-0		<i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i> <i>***Vgl. K-Vermerk zu 511 01.</i>					
538 02-8	330	Dienstleistungen des Deutschen Wetter- dienstes * Übertragbar.	—	750.000	—	+750.000	—
538 03-6	330	Kosten für Untersuchungen zur Beurteilung der Luftqualität * Übertragbar.	600.000 —	—	—	—	—
546 59-4	610	Vermischte Verwaltungsausgaben * Übertragbar. <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i> <i>***Vgl. K-Vermerk zu 511 01.</i>	—	130.000	—	+130.000	—
547 50-7	610	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnik * Übertragbar. <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i> <i>***Vgl. K-Vermerk zu 511 01.</i>	—	1.003.700	—	+1.003.700	—
632 01-6	610	Erstattung der Kosten für die Geschäfts- stelle der Länderarbeitsgruppe ASYS	—	65.000	—	+65.000	—
681 01-7	610	Schadenersatzleistungen und Unfallent- schädigungen	—	10.000	—	+10.000	—
811 10-7	610	Erwerb von Fahrzeugen	—	86.000	—	+86.000	—
812 13-8	610	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-4	610	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	130.000	—	+130.000	—
812 35-9	610	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	—	2.049.000	—	+2.049.000	—
812 50-2	610	Investitionen für Informations- und Kommunikationstechnik	—	300.000	—	+300.000	—
981 10-0	990	Abführung an 13 50 - 381 15 * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 3,0 v.H. der Isteinnahmen bei 111 11.	—	61.800	—	+61.800	—
981 11-8	990	Abführung an 13 21 - 381 15	—	1.140.800	—	+1.140.800	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61/62		Zwischenlagerung von schwachradioaktiven Abfällen gemäß § 9 a Atomgesetz * Übertragbar. <i>***Mehrausgaben gegenüber dem Gesamtansatz der Titelgruppe sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.</i>	(—)	(58.000)	(—)	(+58.000)	(—)
513 61-0	621	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	—	—	—
516 61-0	621	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	—	—	—
517 61-6	621	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	—
518 61-2	621	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—
522 61-0	621	Treibstoff, Reinigungsmittel, Laborbedarf	—	—	—	—	—
535 61-4	621	Ersatz und Ergänzung der Geräteausstattung	—	—	—	—	—
535 62-2	621	Unterhaltung der Geräte	—	—	—	—	—
538 61-3	621	Dienstleistungen Außenstehender	—	58.000	—	+58.000	—
641 61-9	621	Sonstige Erstattungen an den Bund	—	—	—	—	—
811 61-1	621	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 61-8	621	Erwerb von technischen Geräten	—	—	—	—	—
TGr. 68		Wassergütestelle Weser * Übertragbar. <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur ge-</i>	(—)	(887.000)	(—)	(+887.000)	(—)

ERLÄUTERUNGEN

Zu 538 02

Für Dienstleistungen des Deutschen Wetterdienstes. Aufgrund des Gesetzes über den Deutschen Wetterdienst (DWD-Gesetz) vom 10. 9. 1998 (BGBl. I Nr. 63, S. 2871) ist die Inanspruchnahme von Leistungen des Deutschen Wetterdienstes für die Bundesländer grundsätzlich kostenpflichtig.

Zu 538 03

Zur Umsetzung der Richtlinie 96/62/EG des Rates vom 27. 9. 1996 über die Beurteilung und die Kontrolle der Luftqualität (EU-Luftqualitäts-Rahmenrichtlinie) und deren Tochterrichtlinien sind Luftuntersuchungen zur Vorbereitung verursachungsspezifischer Maßnahmenpläne vorzunehmen. Für entsprechende Auftragsvergaben im Jahr 2001 ist eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 600 000 DM ausgebracht.

Belastung

des Haus- halts- jahres	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2002	—	—	600 000	600 000

Zu 546 59

U. a. Sachausgaben für Zivildienstleistende (Pauschalen nach dem Zivildienstgesetz).

Zu 547 50

Hier sind mit Ausnahme der Ausgaben für das Automatische Gewässerüberwachungssystem, das Kernreaktor-Fern-Überwachungssystem und das Lufthygienische Überwachungssystem Niedersachsen sämtliche sächlichen Verwaltungsausgaben für Informations- und Kommunikationstechnik im NLO veranschlagt, wie Ausgaben für den Erwerb von Gebrauchsgegenständen wie Datenträger, Diskettenaufbewahrungskästen u. a., für IuK-spezifische Fortbildungen und Schulungen, für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen, Wartungs- und Reparaturkosten der Rechner, Datenendgeräte und Drucker sowie sonstige Kosten für den laufenden Betrieb (einschl. EDV-Möbel) sowie für den Erwerb und die Weiterentwicklung von Programmen, Verfahrens- und Programmpflege sowie Systemarbeiten Dritter.

Zu 632 01

In einer Verwaltungsvereinbarung zwischen Niedersachsen und 13 anderen Bundesländern ist die gemeinsame Erstellung, der Betrieb, die Pflege und die Weiterentwicklung des DV-Verfahrens Abfallüberwachungssystem ASYS für die Überwachung der nachweis- bzw. notifizierungspflichtigen Abfallströme als Fortschreibung des bisherigen ARSYS-Konzeptes geregelt. Die Zusammenarbeit wird durch eine Länderarbeitsgruppe sichergestellt, bei der eine Geschäftsstelle als Koordinierungsstelle eingerichtet ist. An den Kosten beteiligt sich das Land nach dem an die Länderanzahl angepassten „Königsteiner Schlüssel“.

Zu 811 10

Ersatzbeschaffungen:

1 VW Passat	46 000 DM
1 VW Golf Variant Syncro	40 000 DM
einschl. Sonderausstattungen	

Zusammen 86 000 DM

Ausgesondert werden Fahrzeuge nach gutachterlicher Stellungnahme.

Zu 812 15

Ersatzbeschaffungen:

Dienstzimmerausstattung	60 000 DM
3 Fotokopiergeräte	60 000 DM

Ergänzungsbeschaffungen:

Dienstzimmerausstattung	10 000 DM
Zusammen	130 000 DM

Zu 812 35

1. Ersatzbeschaffungen:

Gefahrstoff-Datenbank auf CD-ROM	45 000 DM
Gaschromatograph mit Säulenschalttechnik	100 000 DM
Flüssigkeitsszintillationsspektrometer	135 000 DM
Mehrkanaliger DAT-Recorder	40 000 DM
Teileersatz für Messgeräte	
– integrierte Staubanalyse	70 000 DM
3 Rechner incl. Farbmonitore	20 000 DM
2 Flammenionisationsdetektoren (FID)	70 000 DM
Reinstgermaniumdetektor	80 000 DM
Schwingungskalibriereinrichtung	25 000 DM
ICP-Spektrometersystem	334 000 DM
Hardware – DV Zentrale LÜN	120 000 DM
12 Stickoxid-Messplätze	260 000 DM
Kalibriereinrichtung	70 000 DM
Meteorologische Geber	40 000 DM

2. Ergänzungsbeschaffungen

Datenbankanwendung	50 000 DM
Datenbankanwendung-Gefahrstoffe	60 000 DM
Softwareanpassung AzB, SIP, IMMI, GIS	100 000 DM
Softwareanpassung der LÜN-Stationen	120 000 DM
Softwareanpassung der DV-Zentrale LÜN	120 000 DM

3. Neubeschaffung:

Wasserspritzraum (IPX5 und IPX6)	25 000 DM
Sprüh- und Spritzwassertestgerät SWT 400	80 000 DM
Staub-Testgerät ST 1000 U	60 000 DM
Wärme-/Trockenschrank	
VTU 60/90 -300°C	25 000 DM

Zusammen 2 049 000 DM

Zu 812 50

Hier sind mit Ausnahme der Ausgaben für das Automatische Gewässerüberwachungssystem, das Kernreaktor-Fern-Überwachungssystem und das Lufthygienische Überwachungssystem Niedersachsen sämtliche Investitionsausgaben für Informations- und Kommunikationstechnik im NLO veranschlagt.

Erneuerung bzw. Ergänzung der IuK-Verkabelung	240 000 DM
Ersatzbeschaffung von Servern	60 000 DM

Zusammen 300 000 DM

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel festgestellten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61/62

Veranschlagt sind die Kosten für die Lagerung der aus der Landes-sammelstelle Steyerberg ausgelagerten radioaktiven Abfälle im Außenlager Leese der Firma AEA Technology QSA GmbH. Vgl. Erläuterungen zur Einnahmetitelgruppe 61/62.

Zu Titelgruppe 68

Die Weseranliegerländer Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen haben sich in der „Arbeitsgemeinschaft zur Reinhaltung der Weser“ zusammengeschlossen.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben – insbesondere die Bekämpfung der Verschmutzung der Weser – ist beim NLO in Hildesheim eine „Wassergütestelle Weser“ mit folgenden Aufgaben eingerichtet worden:

- Erarbeitung von Programmen für den quantitativen und qualitativen Messdienst auf der Weser
- Auswerten aller Daten und Untersuchungen
- Aufstellen von Güteberichten
- Erarbeiten von wasserwirtschaftlichen Grundlagen (Bemessungsgrenzen, Güteziele, Einleitungsnormen)
- Ausarbeiten von Wasserwirtschaftsplänen (Nährstoffplan, ökologischer Plan, Wärmelastplan u. ä.).

Finanzierung: Die 5 Mitgliedsländer zahlen zu gleichen Teilen. Die Einnahmen sind bei 232 68 veranschlagt.

Es sind veranschlagt:

	Für das Haus- haltsjahr 2000 waren	Für das Haushaltsjahr 2001 sind
	durchschnittlich erforderlich	

Angestellte

Technischer Dienst		
Verg.-Gr. I b	1	1
Verg.-Gr. III	2	2

Verwaltungsdienst		
Verg.-Gr. VI b VD	1	1

Zusammen	4	4

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1503 Landesamt für Ökologie

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch TGr. 68		<i>leistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 68, 232 68 und 381 68.</i>					
425 68-1	610	Vergütungen der Angestellten	—	365.000	—	+365.000	—
459 68-3	610	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	5.000	—	+5.000	—
538 68-0	610	Dienstleistungen Außenstehender	—	380.000	—	+380.000	—
547 68-0	610	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	137.000	—	+137.000	—
TGr. 69/70		Kernreaktor-Fern-Überwachungssystem (KFÜ) * Übertragbar. ***Ausgaben dürfen geleistet werden bis zur Höhe der den Betrag von 1,3 Mio. DM übersteigenden Isteinnahmen bei 111 69 aufgrund von Erstattungen für die Durchführung des KFÜ. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.	(—)	(1.755.000)	(—)	(+1.755.000)	(—)
522 69-5	330	Labor-, Röntgen- und Fotobedarf	—	50.000	—	+50.000	—
535 69-0	330	Technische Geräteausstattung -Unterhaltung-	—	365.000	—	+365.000	—
535 70-3	330	Technische Geräteausstattung -Ersatz und Ergänzung-	—	120.000	—	+120.000	—
547 69-8	330	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	250.000	—	+250.000	—
812 69-3	330	Erwerb von Meßeinrichtungen	—	970.000	—	+970.000	—
TGr. 73/74		Überwachung der Umgebungsradioaktivität * Übertragbar. ***Ausgaben dürfen geleistet werden bis zur Höhe der den Betrag von 600.000,- DM übersteigenden Isteinnahmen bei Einnahmetitelgruppe 73. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.	(—)	(319.000)	(—)	(+319.000)	(—)
522 73-3	330	Labor-, Röntgen- und Fotobedarf	—	25.000	—	+25.000	—
535 73-8	330	Technische Geräteausstattung -Unterhaltung-	—	25.000	—	+25.000	—
535 74-6	330	Wie 535 73 -Ersatz und Ergänzung-	—	40.000	—	+40.000	—
547 73-6	330	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5.000	—	+5.000	—
811 73-5	330	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 73-1	330	Erwerb von Meßeinrichtungen	—	224.000	—	+224.000	—
TGr. 75		Forschungs- und sonstige Aufträge Dritter, Forschungsvorhaben aus Zuweisungen des Bundes * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 75, 251 75 und 256 75 sowie bis zu 95,0 v.H. der Isteinnahmen bei 119 76.	(—)	(878.600)	(—)	(+878.600)	(—)
427 75-7	185	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
429 75-0	185	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	631.000	—	+631.000	—
459 75-6	185	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	—	—	—
538 75-3	185	Dienstleistungen Außenstehender	—	76.000	—	+76.000	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 69/70

Das KFÜ ist ein unter staatlicher Kontrolle arbeitendes Umweltüberwachungssystem, dessen Kosten von den Betreibern der zu überwachenden Anlagen aufgrund des Atomgesetzes in vollem Umfang erstattet werden.

Neben den Erstattungen für den Betrieb und die Investitionen des KFÜ werden auch die Kosten des Personals des NLO sowie des MU, das mit dem Betrieb des KFÜ betraut ist, in vollem Umfang vereinahmt (vgl. 111 69).

An das KFÜ angeschlossen sind die vier nieders. Kernkraftwerke.

522 69

Verbrauchsmittel für den Betrieb des KFÜ.

535 69

Hier sind die Kosten der Unterhaltung, Wartung und Instandsetzung der Geräte für den Betrieb des KFÜ veranschlagt.

535 70

Kosten der Ersatzbeschaffungen für Geräte für das KFÜ.

812 69

Ergänzungsbeschaffungen:

Software KFÜ-Zentrale	170 000 DM
Hardware KFÜ-Zentrale	180 000 DM
Mess- und DV-Einrichtungen	
sowie für das System MODL	620 000 DM
Zusammen	970 000 DM

Zu Titelgruppe 73/74

Nach § 48 Strahlenschutz-Verordnung erfolgt die Überwachung der Umgebung kerntechnischer Anlagen auf Radioaktivität durch das NLO.

812 73

1. Ersatzbeschaffungen:

Soft- und Hardware für Gammaskpektrometrie	26 000 DM
in-situ-Spektrometer	60 000 DM
in-situ-Detektor	30 000 DM
Reinstgermaniumdetektor	78 000 DM

2. Ergänzungsbeschaffung:

Soft- und Hardware für Alphaspektrometrie	30 000 DM
Zusammen	224 000 DM

Zu Titelgruppe 75

Zur Abwicklung spezieller Aufträge, zur Wahrnehmung von Untersuchungen, Gutachten und anderer Aufträge Dritter im Rahmen des Aufgabenbereiches des NLO und zur Durchführung vom Bund finanzierter Forschungsvorhaben.

Vgl. Einnahmetitelgruppe 75/76.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
547 75-2	185	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	171.600	—	+171.600	—
812 75-8	185	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 94		Reformdividende aus dem Pilotprojekt Ener- giekosteneinsparung (LENI)	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
429 94-6	610	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
547 94-9	610	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	—	—	—	—
711 94-3	610	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
812 94-4	610	Sonstige Ausgaben für Investitionen	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 15 03					
		1 Eigene Einnahmen		6.759.000	—	+6.759.000	
		2 Übertragungseinnahmen		1.208.600	—	+1.208.600	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		578.500	—	+578.500	
		Summe der Einnahmen		8.546.100	—	+8.546.100	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	38.591.800	—	+38.591.800	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	600.000	13.148.100	—	+13.148.100	
		6 Übertragungsausgaben	—	75.000	—	+75.000	
		7 Bauausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	3.759.000	—	+3.759.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.202.600	—	+1.202.600	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	600.000	56.776.500	—	+56.776.500	
		Zuschuss		48.230.400	—	+48.230.400	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		2.722.400	—		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		59.498.900	—		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		50.952.800			

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1506 Gewerbeaufsichts- und Abfallwirtschaftsverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 11-4	254	Verwaltungsgebühren * Vgl. K-Vermerk zu 981 10.		3.260.000	2.930.000	+330.000	4.832
111 12-2	254	Erstattungen von Auslagen nach § 13 Verwaltungskostengesetz * Vgl. K-Vermerk zu 526 04.		150.000	500.000	–350.000	30
111 13-0	254	Zwangsgelder bei Übertretungen		20.000	30.000	–10.000	15
111 15-7	254	Gebühren und Auslagen bei Atomgenehmigungs- verfahren (Fasslager Gorleben) * Vgl. K-Vermerk zu 526 05.		1.200.000	2.500.000	–1.300.000	695
112 01-3	254	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		2.845.000	2.845.000	—	2.881
119 31-0	254	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		1.000	1.000	—	—
119 41-7	254	Rückzahlung von Überzahlungen		1.000	5.000	–4.000	1
119 46-8	254	Ersatzleistungen		10.000	20.000	–10.000	9
119 51-4	254	Vermischte Einnahmen		12.000	5.000	+7.000	13
132 01-4	254	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		—	—	—	—
243 01-0	254	Sonstige Erstattungen von Gemeinden (GV)		620.000	775.000	–155.000	616
256 03-1	254	Ausbildungszuschüsse von der Bundesanstalt für Arbeit		—	—	—	—
281 01-0	254	Erstattung der Kosten von Ersatzvornahmen		—	—	—	114
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Einnahmen im Rahmen d. Modellversuchs einer flexibilisierten Haushaltsführung bei den Gewerbeaufsichtsämtern Hann. u. Hildesheim		(2.373.000)	(2.403.000)	(–30.000)	(2.770)
111 61-0	254	Verwaltungsgebühren * Vgl. K-Vermerk zu 981 61. ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		1.240.000	1.240.000	—	1.518
112 61-7	254	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		933.000	933.000	—	1.018
119 61-1	254	Sonstige Einnahmen		—	—	—	—
243 61-4	254	Sonstige Erstattungen von Gemeinden (GV) ***Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		200.000	230.000	–30.000	235
Summe für inzwischen weggefallene Titel					8.000	–8.000	
A U S G A B E N							
412 02-5	254	Entschädigung für Mitglieder der Aus- schüsse für Jugendarbeitsschutz	—	2.000	2.000	—	—
422 01-2	254	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	45.664.200	32.095.000	+13.569.200	30.723
422 19-5	254	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-4	254	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Frei- stellung bei Personalüberhang	—	1.345.100	1.658.500	–313.400	1.647
422 41-1	254	Anwärterbezüge	—	231.200	—	+231.200	—
425 01-1	254	Vergütungen der Angestellten	—	—	13.928.800	–13.928.800	12.883
425 41-0	254	Vergütungen der auszubildenden Kräfte	—	20.800	—	+20.800	6
425 51-8	254	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	6.000	–5.000	—
426 01-8	254	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	336.000	–336.000	220
427 31-6	254	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	20.000	20.000	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zu Kap. 15 06

Es sind vorhanden:

- 4 Dezernate für Abfallwirtschaft, Abfallrecht, Immissions- und Arbeitsschutz bei den Bezirksregierungen.
- 10 Staatliche Gewerbeaufsichtsämter: Braunschweig, Celle, Cuxhaven, Emden, Göttingen, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Oldenburg und Osnabrück.

Für das bei den Bezirksregierungen tätige Fachpersonal sind hier nur veranschlagt die

- a) Ausgaben der Obergruppe 42 (Dienstbezüge und dergl.),
 - b) Ausgaben für die eigentlichen Fachaufgaben (insbesondere Ausgaben des Titels 525 01, der Gruppe 535 und des Titels 812 35) sowie die
 - c) Einnahmen, die mit den Ausgaben zu a) und b) im ursächlichen Zusammenhang stehen.
- Zu c) gehören nicht die Einnahmen aus „Verwaltungsgebühren“ (Titel 111 11) und „Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten“ (Titel 112 01).

Alle übrigen Haushaltseinnahmen und -ausgaben sind bei Kap. 03 05 ausgebracht (vgl. allgemeine Erläuterung zu Kap. 03 05).

Zu 111 11

Verwaltungsgebühren und Auslagen.

Zu 111 12

Erstattung von Auslagen, die bei 526 04 verausgabt werden.

Zu 111 15

Erstattung von Gutachterkosten gem. § 21 Abs. 2 Atomgesetz für die im Rahmen des Aufsichtsverfahrens über das Fasslager Gorleben hinzugezogenen Sachverständigen.

Zu 112 01

Geldbußen nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten.

Zu 243 01

Anteilige Gebührenzuschläge für die Mitwirkung der Gewerbeaufsichtsbehörden bei der Erteilung einer Baugenehmigung oder bei sonstigen Amtshandlungen der kommunalen Bauaufsichtsbehörden gem. der Baugebührenordnung vom 13. 1. 1998 (Nds. GVBl. S. 3).

Zu Titelgruppe 61

Mit dem Modellversuch einer flexibleren Haushaltsführung bei den Staatlichen Gewerbeaufsichtsämtern Hannover und Hildesheim ist eine weitgehende dezentrale Ressourcensteuerung eingeführt worden, die im Interesse einer effizienteren Verwaltung Kostenbewusstsein und Motivation in den Modellämtern fördern soll. Zur besseren Übersicht sind die Einnahmen und Ausgaben der beiden Ämter – bis auf die Personalausgaben – in einer Einnahme- und einer Ausgabe-Titelgruppe zusammengefasst. Dadurch werden auch Investitions- sowie IuK-Ausgaben in die gegenseitige Deckungsfähigkeit einbezogen. Erzielen die Modellämter Mehreinnahmen bei den Titeln 111 61, 112 61 und 243 61, werden ihnen als Reformdividende 30 v.H. dieser Mehreinnahmen, höchstens jedoch 120 000 DM, zur eigenen Verwendung zugestanden. Mindereinnahmen bei den Titeln 111 61, 112 61 und 243 61 führen dazu, dass sich die Ausgaben der Titelgruppe um 30 v. H. der Mindereinnahmen, höchstens jedoch um 120 000 DM, vermindern. Es wird ferner die Möglichkeit eröffnet, losgelöst vom Grundsatz der Jährlichkeit, in Höhe der nicht verbrauchten Ausgaben und anteiligen Mehreinnahmen Ausgabereste zu bilden, die in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden und dann für sämtliche Zwecke der Titelgruppe in Anspruch genommen werden dürfen.

Zu 412 02

Nach dem JArbSchG in der Fassung vom 12. 4. 1976 (BGBl. I S. 965), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. 1. 1998 (BGBl. I S. 164), sind bei den Gewerbeaufsichtsämtern Ausschüsse und gegebenenfalls Unterausschüsse zu bilden.

Veranschlagt sind Mittel für die Gewährung von Entschädigungen für bare Auslagen und Entgeltausfall der Ausschussmitglieder nach Maßgabe der jeweils geltenden Entschädigungsregelungen des MFAS.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 581,55 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	411,76	411,76	—	445
Angestellte	166,47	166,47	—	168
Lohnempfänger/-innen	3,32	3,32	—	3
Insgesamt	581,55	581,55	—	616

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 45 664 200 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	45 664 200
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	1 860 000
43	Versorgungsbezüge	10 932 200
44	Beihilfen, Unterstützungen	951 000
45	Personalbezogene Sachausgaben	10 000
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	1 251 000
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0
Summe der Personalausgaben im Kapitel		60 668 400

Zu 422 41

1. Anwärterbezüge, Sonderzuwendungen.	231 200 DM
2. Aufwandsentschädigungen	— DM
3. Besondere Zulagen	— DM
4. Anwärtersonderzuschläge	— DM
Zusammen	231 200 DM

Zu 425 41

Auszubildende	2001	2000
Kauffrau/Kaufmann für Bürokommunikation	1	1

Zu 427 31

1. Lehrvergütungen	15 000 DM
2. Prüfungsvergütungen	5 000 DM
Zusammen	20 000 DM

Zu 1.:

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den auf Grund des Runderlasses des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664), in der jeweils gültigen Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 75 DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 2.:

25 v. H. der Prüfungsvergütungen, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten, sind steuerfreie Aufwandsentschädigungen im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1506 Gewerbeaufsichts- und Abfallwirtschaftsverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
427 39-1	254	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	72.900	30.500	+42.400	73
453 01-5	254	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	10.000	10.000	—	29
511 01-5	254	Geschäftsbedarf	—	80.000	106.000	-26.000	60
512 01-1	254	Bücher und Zeitschriften	—	170.000	146.900	+23.100	166
513 01-8	254	Post- und Fernmeldegebühren	—	340.700	340.700	—	331
514 01-4	254	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	8.000	9.900	-1.900	7
515 01-0	254	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	35.000	34.300	+700	32
515 02-9	254	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	102.000	102.000	—	157
516 01-7	254	Dienst- und Schutzkleidung	—	10.500	10.500	—	6
516 03-3	254	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	—	90.000	113.600	-23.600	60
517 01-3	254	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	35.000	32.500	+2.500	38
517 19-6	254	Reinigungskosten	—	100.000	117.700	-17.700	120
517 59-5	254	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	111.000	126.000	-15.000	113
518 01-0	254	Mieten und Pachten	—	700.800	960.200	-259.400	830
524 02-8	254	Lehrmittel	—	2.300	2.300	—	1
525 01-6	254	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	238.000	238.000	—	186
526 01-2	254	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	50.000	34.000	+16.000	49
526 04-7	254	Sachverständige- und Gutachterkosten in Verfahren nach § 13 Verwaltungskostengesetz * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 12. ***Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Ausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.	—	150.000	500.000	-350.000	30
526 05-5	254	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten bei Atomgenehmigungsverfahren (Fasslager Gorleben) * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 111 15. ***Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Ausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.	—	1.200.000	2.500.000	-1.300.000	818
527 01-9	254	Reisekostenvergütungen	—	846.800	811.800	+35.000	803
527 03-5	254	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	6.700	4.600	+2.100	6
531 01-6	254	Veröffentlichungen	—	1.000	—	+1.000	—
535 01-1	254	Technische Geräteausstattung -Unterhaltung-	—	14.000	11.800	+2.200	14
535 02-0	254	Wie 535 01 -Ersatz und Ergänzung-	—	20.600	20.600	—	15
537 01-4	254	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	—	—	—	—
538 04-5	330	Kosten von Ersatzvornahmen bei kontaminierten gewerblichen Anlagen * Übertragbar.	—	100.000	100.000	—	—
546 59-5	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	4.900	4.900	—	0

ERLÄUTERUNGEN

Zu 453 01

1. Trennungsgeld	6 000 DM
2. Umzugskostenvergütungen	4 000 DM
Zusammen	10 000 DM

Zu 514 01**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	1	1	1

Zu 516 03

Die im Außendienst tätigen Bediensteten erhalten – soweit ihnen das Land nicht unentgeltlich Schutzkleidung zur Verfügung stellt – nach näherer Maßgabe des RdErl. des MU vom 25. 9. 1998 (Nds. MBl. S. 1317) eine pauschale Aufwandsentschädigung zur Abgeltung von Aufwendungen für die Erstbeschaffung sowie die Reinigung, Unterhaltung und Ersatzbeschaffung von Schutzkleidung.

Die von der Niedersächsischen Landesregierung am 24. 3. 1998 beschlossene Aufwandsentschädigung ist steuerfrei im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Zu 517 01 bis 517 59

Verlagerung von Mitteln i.H. v. insgesamt 47 000 DM in das Kapitel 13 21 aufgrund des Umzugs des Staatl. Gewerbeaufsichtsamtes Lüneburg in das als Behördenhaus i.S. der VV Nr. 1.1.3 zu § 64 LHO bewirtschaftete Behördenzentrum II in Lüneburg.

Zu 518 01**Belastung**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	372 300	—	—	372 300
2002	372 300	—	—	372 300
2003	93 100	—	—	93 100
Summe	837 700	—	—	837 700

Zu 526 01

1. (Amts-)ärztliche und Röntgen- schirmbilduntersuchungen	— DM
2. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	20 000 DM
3. Gerichts-, Anwalts-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus	30 000 DM
4. Aufwandsentschädigungen und Auslagenersatz von Beirats- u. a. Ausschussmitgliedern	— DM
Zusammen	50 000 DM

Zu 2.:

Für Messungen/Ermittlungen nach §§ 26 und 29 Abs. 2 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung vom 14. 5. 1990 (BGBl. I S. 880), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. 10. 1998 (BGBl. I S. 3178), sowie für Überwachungsmaßnahmen nach § 52 Abs. 2 und 3 BImSchG, sofern das Land die Kosten zu tragen hat (§ 30 Satz 2, § 52 Abs. 4 BImSchG). Außerdem ist die Einschaltung von Sachverständigen in Gentechnik-Verfahren notwendig.

Zu 526 04

1. Sachverständigenentschädigungen, Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke	150 000 DM
2. Gerichts-, Anwalts-, Sachverständigen-, Vollstreckungs- u. a. Parteikosten des Fiskus	— DM
Zusammen	150 000 DM

Zu 1.:

Für Sachverständigengutachten zur Beurteilung der Genehmigungsfähigkeit von Anlagen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz und für Untersuchungen von Abfallproben im Rahmen der abfallwirtschaftlichen Überwachung.

Verauslagte Kosten werden bei 111 12 vereinnahmt.

Zu 526 05

Gutachterkosten zur Überprüfung von Auflagen. Verauslagte Kosten werden bei 111 15 vereinnahmt.

Zu 538 04

Veranschlagt sind Mittel für die Durchführung von Ersatzvornahmen durch die Gewerbeaufsichts- und Abfallwirtschaftsverwaltung.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1506 Gewerbeaufsichts- und Abfallwirtschaftsverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
681 01-8	330	Schadenersatzleistungen und Unfallent- schädigungen	—	—	—	—	1
811 01-9	254	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 13-9	254	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	83
812 15-5	254	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	75.000	75.000	—	25
812 35-0	254	Erwerb von technischen Geräten	—	40.000	40.000	—	40
981 10-0	990	Abführung an 13 50 - 381 15 * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 10,0 v.H. der Isteinnahmen bei 111 11.	—	326.000	293.000	+33.000	453
981 11-9	990	Abführung an 13 21 - 381 15	—	1.249.800	—	+1.249.800	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61/62		Modellversuch einer flexibilisierten Haushaltsführung bei den Gewerbeaufsichts- ämtern Hannover und Hildesheim * Abweichend von § 20 LHO sind nur gegen- seitig deckungsfähig 547 61, 547 62, 681 61, 811 61, 812 61 und 812 62. *** Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um 30 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 111 61, 112 61 und 243 61, höchstens jeweils um 120.000 DM. In Höhe der nicht verbrauchten Ausgaben dürfen Ausgabereste gebildet, übertragen und im nächsten Haushaltsjahr in Anspruch genommen werden. Die insoweit erforderlichen Einwilligungen des MF gelten als erteilt.	(—)	(2.319.800)	(2.322.800)	(-3.000)	(2.539)
547 61-3	254	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben * Übertragbar.	—	2.170.800	2.055.800	+115.000	2.382
547 62-1	254	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben für Informations- u. Kommunika- tionstechnik * Übertragbar.	—	—	—	—	—
681 61-1	610	Schadenersatzleistungen und Unfallent- schädigungen * Übertragbar.	—	—	—	—	—
811 61-2	254	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen * Übertragbar.	—	—	—	—	—
812 61-9	254	Ausgaben für Investitionen * Übertragbar.	—	25.000	140.000	-115.000	20
812 62-7	254	Investitionen für Informations- u. Kommunikationstechnik * Übertragbar.	—	—	—	—	—
981 61-5	990	Abführung an 13 50 - 381 15 * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 10,0 v.H. der Isteinnahmen bei 111 61.	—	124.000	127.000	-3.000	138
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunika- tionstechnik * Übertragbar.	(—)	(1.484.600)	(1.905.800)	(-421.200)	(1.179)
513 99-9	254	Post- und Fernmeldegebühren, Standleitungs- kosten * Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 513 99.	—	—	—	—	1
518 99-0	254	Mieten und Pachten * Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 513 99.	—	400.000	—	+400.000	—
522 99-8	254	Verbrauchsmittel * Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 513 99.	—	100.000	100.000	—	64
525 99-7	254	Aus- und Fortbildung der Bediensteten * Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 513 99.	—	80.000	110.000	-30.000	40
538 99-1	254	Dienstleistungen Außenstehender * Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 513 99.	—	580.000	820.000	-240.000	301

ERLÄUTERUNGEN

Zu 812 15

Ersatzbeschaffungen:

2 Kopiergeräte	25 000 DM
Dienstzimmersausstattungen	50 000 DM
Zusammen	75 000 DM

Zu 812 35

Ersatzbeschaffungen:

Schallmesseinrichtungen mit Messwertverarbeitung und -ausgabe einschließlich Zubehör	40 000 DM

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 61/62

Vgl. Erläuterungen zu Einnahme-TGr. 61.

547 61**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

Ist 1.1.2000 Soll 2000 Für 2001 erforderlich

Pkw 1 1 1

Infolge der mit dem 2. Nachtrag zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1998 vorgenommenen Verlagerung von Titel 518 01 ergibt sich folgende Belastung:

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	1 254 500	—	—	1 254 500
2002	1 254 500	—	—	1 254 500
2003	209 100	—	—	209 100
Summe	2 718 100	—	—	2 718 100

812 61

Ersatzbeschaffung:

1 Kopiergerät	25 000 DM
Zusammen	25 000 DM

Zu Titelgruppe 99

In der Titelgruppe sind sämtliche Ausgaben für die Informations- und Kommunikationstechnik in der Gewerbeaufsichts- und Abfallwirtschaftsverwaltung zentral veranschlagt (einschl. EFÜ).

518 99

Leasingkosten für angemietete Hardware.

522 99

Verbrauchsmittel, Formulare.

525 99

Schulungen der Bediensteten.

538 99

Entwicklung und Weiterentwicklung von Software und Programmen, Verfahrens- und Programmpflege, Systemarbeiten Dritter.

Für Dienstleistungen des IZN: 50 000 DM.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1506 Gewerbeaufsichts- und Abfallwirtschaftsverwaltung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
547 99-0	254	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 513 99.	—	324.600	715.800	–391.200	593
812 99-6	254	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausstattungsgegenständen * Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 513 99.	—	—	160.000	–160.000	179
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		11.800	–11.800	
		Abschluss Kapitel 15 06					
		1 Eigene Einnahmen		9.672.000	11.017.000	–1.345.000	
		2 Übertragungseinnahmen		820.000	1.005.000	–185.000	
		Summe der Einnahmen		10.492.000	12.022.000	–1.530.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	47.367.200	48.097.600	–730.400	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	8.072.700	10.130.900	–2.058.200	
		6 Übertragungsausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	140.000	415.000	–275.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.699.800	420.000	+1.279.800	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	57.279.700	59.063.500	–1.783.800	
		Zuschuss		46.787.700	47.041.500	–253.800	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		10.932.200	11.701.100		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		68.211.900	70.764.600		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		57.719.900	58.742.600		

ERLÄUTERUNGEN

547 99

Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen, Wartungs- und Reparaturkosten sowie sonstige Kosten für den laufenden Betrieb.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 11-5	610	Verwaltungsgebühren * Vgl. K-Vermerk zu 981 10.		—	3.230.000	-3.230.000	1.393
111 12-3	330	Entgelte		—	—	—	—
111 69-7	621	Gebühren für das KFÜ *** Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 69/70.		—	3.455.000	-3.455.000	3.042
113 01-0	610	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		—	1.000	-1.000	—
119 01-9	330	Einnahmen aus Nebentätigkeit		—	1.000	-1.000	—
119 31-0	610	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		—	140.000	-140.000	110
119 41-8	330	Rückzahlung von Überzahlungen		—	1.000	-1.000	—
119 51-5	610	Vermischte Einnahmen		—	13.000	-13.000	2
119 64-7	610	Einnahmen für Aufträge Dritter * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.		—	450.000	-450.000	148
124 01-2	610	Mieten und Pachten		—	106.000	-106.000	117
132 01-5	330	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		—	5.000	-5.000	50
132 02-3	330	Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen		—	—	—	1
233 01-6	330	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Gemeinden (GV)		—	100.000	-100.000	—
241 02-7	185	Erstattungen des Bundes für den Zivildienst		—	50.000	-50.000	47
251 66-9	610	Zuweisung des Bundes für Forschungen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.		—	1.000.000	-1.000.000	539
381 02-3	990	Zuführung von 15 56 - 981 01		—	—	—	2.687
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61/62		Zwischensammelstelle für radioaktive Abfälle in Steyerberg		(—)	(417.600)	(-417.600)	(—)
111 61-1	621	Gebühren für die Übernahme radioaktiver Abfälle durch die Zwischensammelstelle in Steyerberg		—	—	—	—
241 61-2	330	Sonstige Erstattungen vom Bund		—	241.600	-241.600	—
241 62-0	330	Erstattungen der Personalausgaben vom Bund		—	176.000	-176.000	—
TGr. 65		Forschungs- und ähnliche Aufträge Dritter		(—)	(1.000.000)	(-1.000.000)	(829)
119 65-5	185	Einnahmen aus Forschungs- und ähnlichen Aufträgen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.		—	1.000.000	-1.000.000	829
256 65-2	330	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.		—	—	—	—
TGr. 68		Wassergütestelle Weser		(—)	(567.200)	(-567.200)	(712)
119 68-0	610	Sonstige Einnahmen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.		—	—	—	3
232 68-0	610	Erstattungen für die Unterhaltung der Wassergütestelle Weser * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 68.		—	567.200	-567.200	567
381 68-6	990	Zuführung von 15 56 - 981 01		—	—	—	142

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 15 10

Die bisher bei Kapitel 15 10 veranschlagten Mittel wurden in das neu eingerichtete Kapitel 15 03 – Landesamt für Ökologie – verlagert.

Die Leertitel des Kapitels 15 10 dienen der Nachweisung des Istergebnisses 1999.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 73		Überwachung der Umgebungsradioaktivität ***vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 73/74.		(—)	(896.000)	(–896.000)	(1.566)
111 73-5	330	Gebühren für die Überwachung kerntechnischer Anlagen ***vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 73/74.		—	646.000	–646.000	1.269
231 73-0	330	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund ***vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 73/74.		—	250.000	–250.000	297
A U S G A B E N							
412 02-6	330	Kosten des Beirats für das Freiwillige ökologische Jahr	—	—	1.000	–1.000	1
422 01-3	610	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	—	7.386.100	–7.386.100	7.612
422 05-6	610	Dienstbezüge der beamteten Hilfskräfte	—	—	—	—	—
422 31-5	610	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Freistellung bei Personalüberhang	—	—	260.000	–260.000	267
422 51-0	610	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	—	1.000	–1.000	—
425 01-2	610	Vergütungen der Angestellten	—	—	26.770.700	–26.770.700	26.266
425 03-9	610	Vergütungen der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Angestellten	—	—	—	—	—
425 31-4	610	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmern/Arbeitnehmerinnen	—	—	—	—	51
425 41-1	610	Vergütungen der auszubildenden Kräfte	—	—	122.300	–122.300	138
425 51-9	610	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	—	10.000	–10.000	28
426 01-9	610	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	1.856.500	–1.856.500	1.340
426 31-0	610	Leistungen aufgrund von Auflösungsverträgen mit älteren Arbeitnehmern/Arbeitnehmerinnen	—	—	—	—	107
426 51-5	610	Mehrarbeits- bzw. Überstundenlöhne für Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	34.400	–34.400	22
427 02-3	330	Beschäftigungsentgelte an Praktikanten/Praktikantinnen	—	—	—	—	—
427 03-1	185	Vergütungen für Personen, die Zivildienst leisten	—	—	75.000	–75.000	56
427 05-8	610	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	—
427 31-7	011	Entschädigungen für nebenamtliche und nebenberufliche Kräfte der Ausbildung	—	—	2.500	–2.500	1
427 39-2	610	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	20.300	–20.300	90
427 40-6	610	Vergütungen von befristet voll- oder teilzeitbeschäftigten Vertretungskräften	—	—	—	—	440
453 01-6	610	Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen	—	—	100.000	–100.000	81
511 01-6	610	Geschäftsbedarf	—	—	202.100	–202.100	191
512 01-2	610	Bücher und Zeitschriften	—	—	120.000	–120.000	129
513 01-9	610	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	477.100	–477.100	377
514 01-5	610	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	179.200	–179.200	160
514 02-3	610	Haltung von Wasserfahrzeugen	—	—	240.000	–240.000	166
515 01-1	610	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	66.300	–66.300	71

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1510 Landesamt für Ökologie

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
515 02-0	610	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	—	140.000	-140.000	225
515 03-8	610	Ausrüstungsgegenstände für den Behördenselbstschutz	—	—	—	—	—
516 01-8	610	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	21.100	-21.100	18
516 02-6	330	Dienst- und Schutzkleidung für das Fachpersonal	—	—	1.900	-1.900	2
516 03-4	330	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	—	—	10.900	-10.900	1
517 01-4	610	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	550.000	-550.000	675
517 19-7	610	Reinigungskosten	—	—	220.000	-220.000	247
517 59-6	610	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	—	810.000	-810.000	860
518 01-0	610	Mieten und Pachten	—	—	2.487.400	-2.487.400	2.238
519 02-5	610	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	—	13.100	-13.100	124
519 03-3	610	Pflege und Unterhaltung der Vor- und Ziergärten sowie der Grünanlagen	—	—	1.000	-1.000	2
522 21-2	330	Labor-, Röntgen- und Fotobedarf	—	—	870.000	-870.000	801
525 01-7	610	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	165.700	-165.700	127
526 01-3	610	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	12.100	-12.100	20
527 01-0	610	Reisekostenvergütungen	—	—	800.000	-800.000	747
527 03-6	610	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten u. in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	—	—	11.000	-11.000	7
527 05-2	610	Reisekosten für Angestellte auf Schiffen und schwimmenden Geräten	—	—	6.500	-6.500	2
527 06-0	610	Reisekosten für Wasserbauarbeiter	—	—	5.000	-5.000	0
531 01-7	610	Veröffentlichungen	—	—	219.000	-219.000	221
531 03-3	011	Sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit	—	—	—	—	—
535 01-2	610	Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	—	—	539.400	-539.400	565
535 02-0	610	Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	—	—	290.000	-290.000	374
537 01-5	610	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	—	36.000	-36.000	—
538 01-1	330	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	630.000	-630.000	574
546 59-6	610	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	58.400	-58.400	59
632 01-8	610	Erstattung der Kosten für die Geschäftsstelle der Länderarbeitsgruppe ASYS	—	—	65.000	-65.000	53
681 01-9	610	Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	10.000	-10.000	6
685 01-4	012	Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	—	—	—	—	—
811 01-0	610	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	534.000	-534.000	160
811 02-8	610	Erwerb von Wasserfahrzeugen	—	—	—	—	—
811 06-0	610	Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 13-0	610	Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	—	—	—	—	—
812 15-6	610	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	120.000	-120.000	106
812 35-0	610	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben	—	—	900.000	-900.000	693
981 10-1	990	Abführung an 13 50 - 381 15 * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 3,0 v.H. der Isteinnahmen bei 111 11.	—	—	96.900	-96.900	41

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
Titelgruppe(n)							
TGr. 61/62		Zwischensammelstelle für radioaktive Abfälle in Steyerberg * Übertragbar. *** Mehrausgaben gegenüber dem Gesamtansatz der Titelgruppe sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.	(—)	(—)	(241.600)	(–241.600)	(290)
513 61-2	621	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	60.000	–60.000	73
516 61-1	621	Dienst- und Schutzkleidung	—	—	1.500	–1.500	1
517 61-8	621	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	38.000	–38.000	14
518 61-4	621	Mieten und Pachten	—	—	97.100	–97.100	97
522 61-1	621	Treibstoff, Reinigungsmittel, Laborbedarf	—	—	5.000	–5.000	2
535 61-6	621	Ersatz und Ergänzung der Geräteausrüstung	—	—	10.000	–10.000	14
535 62-4	621	Unterhaltung der Geräte	—	—	10.000	–10.000	4
538 61-5	621	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	20.000	–20.000	3
641 61-0	621	Sonstige Erstattungen an den Bund	—	—	—	—	—
811 61-3	621	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 61-0	621	Erwerb von technischen Geräten	—	—	—	—	82
TGr. 63		Automatisches Gewässerüberwachungssystem	(—)	(—)	(184.500)	(–184.500)	(179)
513 63-9	610	Post- und Fernmeldegebühren	—	—	30.000	–30.000	8
517 63-4	610	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	—
522 63-8	610	Verbrauchsmittel	—	—	7.000	–7.000	—
535 63-2	610	Geräte für Fachaufgaben	—	—	130.000	–130.000	68
538 63-1	610	Unternehmerleistungen	—	—	12.500	–12.500	97
547 63-0	610	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	5.000	–5.000	6
812 63-6	610	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen * Übertragbar.	—	—	—	—	—
TGr. 64		Spezialuntersuchungen und für Arbeiten im Auftrage Dritter * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 95,0 v.H. der Isteinahmen bei 119 64.	(—)	(—)	(427.500)	(–427.500)	(76)
429 64-6	610	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	100.000	–100.000	—
459 64-2	610	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	1.000	–1.000	—
547 64-9	610	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	316.500	–316.500	70
812 64-4	610	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	10.000	–10.000	7
TGr. 65		Forschungs- und ähnliche Aufträge Dritter * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinahmen bei 119 65 und 256 65.	(—)	(—)	(1.000.000)	(–1.000.000)	(798)
427 65-1	610	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	—	—	—	3
429 65-4	185	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	543.000	–543.000	635
538 65-8	185	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	261.000	–261.000	8

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
547 65-7	185	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	196.000	-196.000	151
TGr. 66		Forschungsvorhaben aus Zuweisungen des Bundes * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 251 66.	(—)	(—)	(1.000.000)	(-1.000.000)	(524)
429 66-2	610	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	380.000	-380.000	303
547 66-5	610	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	620.000	-620.000	221
812 66-0	610	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 68		Wassergütestelle Weser * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 68 und 232 68.	(—)	(—)	(709.000)	(-709.000)	(716)
425 68-3	610	Vergütungen der Angestellten	—	—	343.500	-343.500	389
459 68-5	610	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	—	5.000	-5.000	—
538 68-2	610	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	232.100	-232.100	276
547 68-1	610	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	128.400	-128.400	51
TGr. 69/70		Kernreaktor-Fern-Überwachungssystem (KFÜ) * Übertragbar. *** Ausgaben dürfen geleistet werden bis zur Höhe der den Betrag von 1,3 Mio. DM übersteigenden Isteinnahmen bei 111 69 aufgrund von Erstattungen für die Durchführung des KFÜ. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.	(—)	(—)	(2.155.000)	(-2.155.000)	(911)
522 69-7	330	Labor-, Röntgen- und Fotobedarf	—	—	50.000	-50.000	71
535 69-1	330	Technische Geräteausstattung -Unterhaltung-	—	—	365.000	-365.000	320
535 70-5	330	Technische Geräteausstattung -Ersatz und Ergänzung-	—	—	120.000	-120.000	35
547 69-0	610	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	250.000	-250.000	240
812 69-5	330	Erwerb von Meßeinrichtungen	—	—	1.370.000	-1.370.000	246
TGr. 71/72		Lufthygienisches Überwachungssystem Niedersachsen (LÜN) * Übertragbar.	(—)	(—)	(1.379.100)	(-1.379.100)	(1.229)
522 71-9	330	Labor-, Röntgen- und Fotobedarf	—	—	50.000	-50.000	9
535 71-3	330	Technische Geräteausstattung -Unterhaltung-	—	—	237.500	-237.500	257
535 72-1	330	Wie 535 71 -Ersatz und Ergänzung-	—	—	50.000	-50.000	36
546 71-5	610	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	82.600	-82.600	238
812 71-7	330	Erwerb von Meßeinrichtungen	—	—	959.000	-959.000	688
TGr. 73/74		Überwachung der Umgebungsradioaktivität * Übertragbar. *** Ausgaben dürfen geleistet werden bis zur Höhe der den Betrag von 600.000,- DM übersteigenden Ist-Einnahmen bei Einnahmetitelgruppe 73. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben	(—)	(—)	(296.000)	(-296.000)	(353)

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1510 Landesamt für Ökologie

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch TGr. 73/74		<i>sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.</i>					
522 73-5	330	Labor-.Röntgen- und Fotobedarf	—	—	25.000	-25.000	15
535 73-0	330	Technische Geräteausstattung - Unterhaltung -	—	—	25.000	-25.000	20
535 74-8	330	Wie 535 73 - Ersatz und Ergänzung -	—	—	40.000	-40.000	53
547 73-8	330	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	5.000	-5.000	60
811 73-7	330	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 73-3	330	Erwerb von Meßeinrichtungen	—	—	201.000	-201.000	206
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunika- tionstechnik * Übertragbar.	(—)	(—)	(1.228.700)	(-1.228.700)	(1.219)
513 99-0	623	Post- und Fernmeldegebühren, Standleitungskosten	—	—	60.000	-60.000	60
515 99-2	623	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	—	23.000	-23.000	2
518 99-1	623	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—
522 99-9	623	Verbrauchsmittel	—	—	34.000	-34.000	38
525 99-8	623	Aus- und Fortbildung	—	—	112.000	-112.000	80
535 99-3	623	Geräte für Fachaufgaben	—	—	350.000	-350.000	372
538 99-2	623	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	309.700	-309.700	192
547 99-1	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	40.000	-40.000	21
812 99-7	623	Erwerb von Geräten , Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	300.000	-300.000	455
		Abschluss Kapitel 15 10					
		1 Eigene Einnahmen	—	—	9.048.000	-9.048.000	
		2 Übertragungseinnahmen	—	—	2.384.800	-2.384.800	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	11.432.800	-11.432.800	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	—	38.012.300	-38.012.300	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	13.592.100	-13.592.100	
		6 Übertragungsausgaben	—	—	75.000	-75.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	4.394.000	-4.394.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	96.900	-96.900	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	56.170.300	-56.170.300	
		Zuschuss		—	44.737.500	-44.737.500	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben	—	—	2.649.200		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil	—	—	58.819.500		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil			47.386.700		

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1520 Naturschutz und Landschaftspflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 11-8	185	Verwaltungsgebühren		3.000	3.000	—	3
119 31-3	185	Einnahmen aus Veröffentlichungen ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		1.000	1.000	—	—
119 41-0	185	Rückzahlung von Überzahlungen		20.000	40.000	–20.000	13
119 42-9	185	Rückzahlungen aus Zuwendungen des Landes		120.000	100.000	+20.000	113
119 51-8	185	Vermischte Einnahmen		80.000	80.000	—	100
124 02-3	185	Einnahmen aus der Verpachtung von Naturschutzflächen		420.000	530.000	–110.000	321
282 69-9	185	Zweckgebundene Beiträge Dritter * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 69.		—	—	—	17
		Titelgruppe(n)					
TGr. 68		Schutzgebietssystem Elbetal		(1.000)	(—)	(+1.000)	(123)
119 68-2	185	Einnahmen aus dem Verkauf von Veröffent- lichungen * Vgl. K-Vermerk zu 1520 - 681 02.		—	—	—	0
124 68-6	185	Einnahmen aus der Verpachtung von Natur- schutzflächen * Vgl. K-Vermerk zu 1520 - 681 02.		—	—	—	112
132 68-9	185	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		1.000	—	+1.000	0
241 68-2	185	Erstattungen des Bundes für den Zivildienst * Vgl. K-Vermerk zu 1520 - 681 02.		—	—	—	11
		A U S G A B E N					
422 01-6	185	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	9.561.600	8.950.400	+611.200	2.472
422 19-9	185	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-8	185	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Frei- stellung bei Personalüberhang	—	—	—	—	—
422 41-5	185	Anwärterbezüge	—	301.500	295.500	+6.000	258
425 01-5	185	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	6.441
425 51-1	185	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	1.000	—	—
426 01-1	185	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—	—	56
427 01-8	185	Beschäftigungsentgelte für Kräfte im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	—	—	—	—	—
427 02-6	185	Beschäftigungsentgelte an Praktikanten/ Praktikantinnen	—	9.600	9.600	—	6
427 39-5	185	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	4.000	—	+4.000	4
427 40-9	185	Vergütungen von befristet voll- oder teil- zeitbeschäftigten Vertretungskräften	—	—	—	—	88
511 01-9	185	Geschäftsbedarf	—	2.000	4.000	–2.000	1
512 01-5	185	Bücher und Zeitschriften	—	3.900	4.400	–500	4
516 03-7	185	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	—	3.500	500	+3.000	4
525 01-0	185	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	—	—	—	—
546 59-9	185	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	500	–500	—
681 01-1	185	Schadenersatzleistungen und Unfallent- schädigungen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 15 20

Für das bei den Bezirksregierungen tätige Fachpersonal sind hier nur die

- a) Ausgaben für Dienstbezüge und dgl. (Obergruppe 42),
- b) Ausgaben für die eigentlichen Fachaufgaben (s. aber Sonderregelung für die Naturschutzstationen und die Schutzgebietsverwaltung Elbetal weiter unten),
- c) Einnahmen, die mit den Ausgaben zu a) und b) im ursächlichen Zusammenhang stehen,

veranschlagt.

Zu c) gehören nicht die Einnahmen aus „Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten“ (Titel 112 01).

Alle übrigen Haushaltseinnahmen und -ausgaben sind bei Kap. 03 05 ausgebracht (vgl. allgemeine Erläuterung zu Kap. 03 05).

Abweichend hiervon werden im Einvernehmen mit dem MI die Ausgaben für den laufenden Betrieb der Naturschutzstationen sowie der Schutzgebietsverwaltung Elbetal mit Ausnahme der Reisekosten grundsätzlich aus dem Kapitel 15 20 geleistet.

Die im Kapitel 15 20 ausgewiesenen Mittel sollen zu einem großen Teil zur Kofinanzierung von Maßnahmen verwendet werden, die die EU im Rahmen des Europäischen Garantiefonds der Landwirtschaft (EAGFL) unterstützt (s. auch Erläuterungen zu Kapitel 15 02, Titelgruppe 90). Insbesondere gilt dies für die bei den Titeln 683 01, 683 02, 683 03 und den Titelgruppen 61 und 67 ausgebrachten Ansätze.

Um im Haushaltsjahr 2001 neue Verträge im Rahmen des EAGFL-Förderprogramms PROLAND abschließen zu können, sind folgende Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht:

- Dauergrünlandprogramm (Titel 683 02) 2 000 000 DM
- Kooperationsprogramm biologische Vielfalt, Teilbereich nordische Gastvögel (Titel 683 03) 1 250 000 DM
- Kooperationsprogramm biologische Vielfalt, Teilbereich Ackerrandstreifen (Titel 429 61) 1 250 000 DM
- Richtlinien Biotoppflege und Landschaftspflege, Verwaltungsvorschrift Naturschutz (Titel 427 67) 7 000 000 DM

Die Ausgaben für Entschädigungen nach § 50 NNatG, Erschwernisausgleich und Vertragsnaturschutz (Titel 681 02, 681 03, 683 01, 683 02 und 683 03) sowie für das Schutzgebietssystem Elbetal (Titelgruppe 68) werden nach wie vor aus der Wasserentnahmegebühr (WEG) finanziert. Zusätzlich wird ab 2001 die Titelgruppe 67/70 aus WEG-Mitteln gedeckt. Auf die Erläuterungen zu Kapitel 15 56 wird verwiesen.

Zu 124 02

Einnahmen aus der Verpachtung landeseigener Grundstücke (Naturschutzverwaltung). Die Einnahmen für Flächen im Gebiet der Schutzgebietsverwaltung Elbetal sind beim Titel 124 68 zu buchen.

Zu Einnahme-Titelgruppe 68

Für das Schutzgebietssystem Elbetal sind die Einnahmen in einer gesonderten Titelgruppe zu buchen. Ein Ansatz wurde nicht ausgewiesen. Die Einnahmen bei den Titeln 119 68, 124 68 und 241 68 kommen aufgrund des beim Titel 681 02 ausgebrachten K-Vermerks dem Deckungskreis der aus WEG-Mitteln finanzierten Titel zugute.

Zu 422 01, 425 01 und 426 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen 2001 beträgt 88,93 Vollzeiteinheiten (VZE).

Nachrichtliche Aufteilung des BV:

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	28,59	28,59	—	36
Angestellte	58,41	58,41	—	55
Lohnempfänger/-innen	1,93	1,93	—	2
Insgesamt	88,93	88,93	—	93

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 9 561 600 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	9 561 600
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	747 500
43	Versorgungsbezüge	960 600
44	Beihilfen, Unterstützungen	206 800
45	Personalbezogene Sachausgaben	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	272 000
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel 15 20		11 748 500

Zu 422 41

1. Anwärterbezüge, Sonderzuwendungen 301 500 DM
2. Aufwandsentschädigungen — DM
3. Besondere Zulagen — DM
4. Unterhaltsbeihilfen für Verwaltungs- (Forst-)praktikanten gemäß § 25 Abs. 2 NBG — DM

Zusammen 301 500 DM

Zu 427 01

Die Mittel zur Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind zentral bei Kapitel 15 01 veranschlagt.

Zu 427 02

Die Mittel sind vorgesehen für Zahlungen von Praktikumsvergütungen an Studierende, die am Praxissemester teilnehmen.

Sofern eine solche Vergütung nicht gezahlt wird, sind die Mindestbeträge zur Sozialversicherung zu entrichten.

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten 1 900 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen 1 200 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter 800 DM
4. Buchbinderkosten — DM

Zusammen 3 900 DM

Zu 516 03

Die im Außendienst tätigen Bediensteten erhalten – soweit ihnen das Land nicht unentgeltlich Schutzkleidung zur Verfügung stellt – nach näherer Maßgabe des RdErl. d. MU vom 25. 9. 1998 (Nds. MBl. S. 1317) eine pauschale Aufwandsentschädigung zur Abgeltung von Aufwendungen für die Erstbeschaffung sowie die Reinigung, Unterhaltung und Ersatzbeschaffung von Schutzkleidung. Die von der Niedersächsischen Landesregierung am 24. 3. 1998 beschlossene Aufwandsentschädigung ist steuerfrei im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Zu 525 01

Mittel für die Aus- und Fortbildung sind grundsätzlich im Kapitel 03 05 ausgebracht. Die fachliche Aus-, Fort- und Weiterbildung im Natur- und Umweltschutz ist zu dem eine Aufgabe der Alfred-Toepfer-Akademie für Naturschutz, die diese Aufgabe im Rahmen des im Kapitel 15 22 eingeplanten Budgets erfüllt. Aus dem Kapitel 15 20 werden nur die darüber hinausgehenden besonderen fachlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen bezahlt.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1520 Naturschutz und Landschaftspflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
681 02-0	185	Entschädigungen nach § 50 NNatG. * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 1520 - 119 68, 1520 - 124 68, 1520 - 241 68, 1556 - 099 86, 1556 - 256 01 und 1556 - 282 02. Gegenseitig deckungsfähig: 1520 - 681 02, 1520 - 681 03, 1520 - 683 01, 1520 - 683 02, 1520 - 683 03, 1520 - 685 03, 1520 - 427 67, 1520 - 517 67, 1520 - 518 67, 1520 - 518 70, 1520 - 521 67, 1520 - 531 67, 1520 - 535 67, 1520 - 538 67, 1520 - 547 67, 1520 - 653 67, 1520 - 683 67, 1520 - 685 67, 1520 - 711 67, 1520 - 761 67, 1520 - 811 67, 1520 - 812 67, 1520 - 821 67, 1520 - 883 67, 1520 - 883 70, 1520 - 893 67, 1520 - 893 70, 1520 - 412 68, 1520 - 427 68, 1520 - 429 68, 1520 - 517 68, 1520 - 518 68, 1520 - 521 68, 1520 - 531 68, 1520 - 535 68, 1520 - 538 68, 1520 - 547 68, 1520 - 652 68, 1520 - 653 68, 1520 - 685 68, 1520 - 761 68, 1520 - 811 68, 1520 - 812 68, 1520 - 821 68, 1520 - 883 68, 1520 - 893 68, 1540 - 538 95, 1540 - 547 95, 1540 - 661 95, 1540 - 682 95, 1540 - 891 95, 1551 - 657 05, 1551 - 685 03, 1551 - 685 05, 1551 - 685 06, 1551 - 893 03, 1555 - 682 03, 1555 - 891 01, 1555 - 891 02, 1556 - 633 01, 1556 - 981 01, 1556 - 981 02, 1556 - 981 03, 1556 - 981 10, 1556 - 429 61, 1556 - 459 61, 1556 - 538 61, 1556 - 547 61, 1556 - 812 61, 1556 - 981 61, 1556 - 429 62, 1556 - 459 62, 1556 - 538 62, 1556 - 547 62, 1556 - 653 62, 1556 - 681 62, 1556 - 683 62, 1556 - 685 62, 1556 - 761 62, 1556 - 812 62, 1556 - 821 62, 1556 - 883 62, 1556 - 893 62, 1556 - 531 63, 1556 - 538 63, 1556 - 547 63, 1556 - 547 64, 1556 - 671 63, 1556 - 681 63, 1556 - 711 63, 1556 - 812 63, 1556 - 812 64, 1556 - 891 63, 1556 - 538 80, 1556 - 547 80, 1556 - 653 80, 1556 - 657 80, 1556 - 681 80, 1556 - 682 80, 1556 - 683 80, 1556 - 685 80, 1556 - 685 81, 1556 - 685 82, 1556 - 883 80, 1556 - 887 80, 1556 - 891 80, 1556 - 892 80, 1556 - 892 81, 1556 - 893 80, 1556 - 761 86, 1556 - 821 86, 1556 - 883 86 und 1556 - 893 86. ***Ausgaben im Deckungskreis dürfen bis zum Monat August eines jeden Haushaltsjahres vor Eingang der Isteinnahmen in Höhe von bis zu 90 v.H. der veranschlagten Einnahmen bei 1556 - 099 86 geleistet werden.	—	—	—	—	—
681 03-8	185	Härteausgleichsleistungen * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	—	—	—	—
683 01-4	185	Erschwernisausgleich nach § 52 Abs. 1 NNatG * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	5.050.000	4.200.000	+850.000	3.952
683 02-2	185	Vertragsnaturschutz nach § 29 Abs. 3 NNatG * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	2.000.000 2.207.500	2.345.000	2.054.400	+290.600	461
683 03-0	185	Vertragsnaturschutz für nordische Gastvögel * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	1.250.000 —	750.000	—	+750.000	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 681 02

Nach § 50 NNatG haben Eigentümer oder andere Nutzungsberechtigte, denen durch Maßnahmen aufgrund dieses Gesetzes Beschränkungen ihrer Nutzungsrechte oder Pflichten in einem Ausmaß auferlegt werden, die über die Sozialbindung des Eigentums hinausgehen, einen Anspruch auf Entschädigung.

Zu den neu ausgebrachten Vermerken (K- und D-Vermerk) wird auf die Erläuterungen zu Kapitel 15 56 verwiesen.

Zu 683 01

Gemäß § 52 Abs. 1 NNatG in Verbindung mit § 1 bis 3 der Verordnung über den Erschwernisausgleich und den Vertragsnaturschutz in geschützten Teilen von Natur und Landschaft vom 10. 7. 97 (Nds. GVBl. S. 344) wird für Einschränkungen bei der Nutzung von Grünland ein Geldausgleich gewährt.

Die Mittel für den Nationalpark Wattenmeer und für Flächen im Schutzgebietssystem Elbetal sind im Ansatz mit enthalten.

Der Ansatz wurde wegen der zu erwartenden Zahlungen für Schutzmaßnahmen in FFH-Gebieten erhöht.

Zu 683 02

Zum Abschluss von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen aufgrund des § 4 der Verordnung über den Erschwernisausgleich und den Vertragsnaturschutz in geschützten Teilen von Natur und Landschaft vom 10. 07. 1997 (Nds. GVBl. S. 344) mit Eigentümern oder sonstigen Nutzungsberechtigten, die diese zur Erreichung oder Verbesserung des Schutzzweckes eines Gebietes gem. §§ 24 oder 25 NNatG dauernd oder befristet zu einer Pflege oder zu einer nicht bereits durch Rechtsvorschrift angeordneten Unterlassung gegen Zahlung eines Entgelts verpflichten.

Die Mittel für Flächen innerhalb des Nationalparks Wattenmeer und für Flächen im Schutzgebietssystem Elbetal sind im Ansatz mit enthalten.

Eine EU-Erstattung gemäß der Verordnung (EWG) 1257/1999 setzt den Abschluss von mindestens fünfjährigen Vereinbarungen voraus.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte und die 2000 üpl. bewilligte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	762 100	1 550 000	—	2 312 100
2002	762 100	1 550 000	400 000	2 712 100
2003	762 100	1 550 000	400 000	2 712 100
2004ff.	2 549 800	2 100 000	1 200 000	5 849 800
Summe	4 836 100	7 750 000	2 000 000	13 586 100

Zu 683 03

Bei diesem Titel sind erstmals separat die Mittel für Zuwendungen an Landwirte im Rahmen des Kooperationsprogramms Erhaltung der biologischen Vielfalt, Teilbereich nordische Gastvögel, ausgebracht. Gefördert wird die Bereitstellung von Nahrungsgrundlagen für nordische Gastvögel an der Mittelelbe, der Unterelbe und im Rheiderland. Die bisher beim Titel 538 68 veranschlagten Mittel für Zuwendungen im Gebiet der Mittelelbe sind in der Summe enthalten.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 apl. bewilligte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	300 000	—	300 000
2002	—	300 000	250 000	550 000
2003	—	300 000	250 000	550 000
2004ff.	—	600 000	750 000	1 350 000
Summe	—	1 500 000	1 250 000	2 750 000

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1520 Naturschutz und Landschaftspflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
685 03-3	185	Zuschüsse für die Durchführung des Deutschen Naturschutztages * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	80.000 —	—	—	—	—
981 11-2	990	Abführung an 1321-381 15	—	3.631.900	—	+3.631.900	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege aus der Spielbankabgabe * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(1.250.000) (—)	(2.750.000)	(2.750.000)	(—)	(2.607)
429 61-4	185	Nicht aufteilbare Personalausgaben	1.250.000 —	185.000	197.300	-12.300	183
538 61-8	185	Dienstleistungen Außenstehender	—	488.900	742.700	-253.800	987
547 61-7	185	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	95.000	110.000	-15.000	94
652 61-5	185	Zuweisungen an andere Bundesländer	—	—	—	—	—
653 61-1	185	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	340.000	110.000	+230.000	339
685 61-0	185	Zuschüsse an Sonstige	—	1.311.100	440.000	+871.100	578
883 61-7	185	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	230.000	1.050.000	-820.000	337
893 61-2	185	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	100.000	100.000	—	88
TGr. 67/70		Ausweisung, Entwicklung und Pflege der Naturschutz- und FFH-Gebiete einschließlich Naturschutzstationen * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(10.965.000) (800.000)	(8.255.000)	(5.753.600)	(+2.501.400)	(4.765)
427 67-0	185	Vergütungen für Personen, die Zivildienst leisten * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	10.965.000 800.000	12.400	10.000	+2.400	11
517 67-0	185	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	475.000	465.000	+10.000	454
518 67-6	185	Mieten und Pachten * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	7.700	—	+7.700	8
518 70-6	185	Pachtverträge für „Rote Flächen“ im NSG Lüneburger Heide * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	11.200	25.000	-13.800	11
521 67-7	185	Maßnahmen auf landeseigenen Flächen * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	550.000	650.000	-100.000	32
531 67-2	185	Veröffentlichungen und sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	1.000	—	+1.000	1
535 67-8	185	Geräte für Fachaufgaben * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	20.000	20.000	—	2
538 67-7	185	Dienstleistungen Außenstehender * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	1.096.600	250.000	+846.600	554
547 67-6	185	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	90.000	85.000	+5.000	90
653 67-0	185	Zuweisungen an Gemeinden (GV) * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	500.000	110.000	+390.000	208
683 67-7	185	Vertrag mit dem Verein Naturschutzpark e.V. (VNP) für das NSG Lüneburger Heide * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	833.100	833.100	—	833

ERLÄUTERUNGEN

Zu 685 03

Die VE wird zur Unterstützung der Durchführung des Deutschen Naturschutztages durch den Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN) im Jahre 2002 benötigt.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	—	—	—
2002	—	—	80 000	80 000
2003	—	—	—	—
2004 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	80 000	80 000

Zu Titelgruppe 61

Es sollen vornehmlich

- spezielle Maßnahmen zur Förderung von Pflanzen und Tieren bedrohter Arten,
 - die Unterstützung von Betreuungsstationen für verletzte, kranke, beschlagnahmte und eingezogene Tiere,
 - Planungen und Maßnahmen mit Vorbildfunktion für die Erhaltung und Wiederherstellung eines Biotopverbundsystems,
 - Maßnahmen mit beispielhaftem Charakter und für Lebensräume von Tieren und Pflanzen stark gefährdeter Arten gemäß den Roten Listen,
 - Maßnahmen im Rahmen des Kooperationsprogramms biologische Vielfalt, Teilbereich Ackerwildkräuter
- gefördert werden.

429 61

Veranschlagt sind die Vergütungen für zwei befristet beschäftigte wissenschaftliche Angestellte nach Verg.-Gr. II a und VI b BAT zur Erstellung besonderer fachlicher Planungen, Untersuchungen und Gutachten.

538 61

Aus dem Ansatz sind auch Monitoring, Begleitung und Bewertung der Maßnahmen aufgrund der Förderrichtlinie zur Erhaltung der biologischen Vielfalt zu zahlen.

652 61

Vorsorglich Leertitel, um bei überregionalen Fragen mit anderen Bundesländern kooperieren zu können.

685 61

Zuwendungen an Betreuungsstationen für verletzte und kranke Tiere sowie 5-jährige Verträge aufgrund des Kooperationsprogramms Biologische Vielfalt, Teilbereich Ackerwildkräuter sowie der Förderrichtlinie Biotoppflege.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 üpl. bewilligte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	311 100	1 000 000	—	1 311 100
2002	323 500	1 000 000	250 000	1 573 500
2003	335 000	1 000 000	250 000	1 585 500
2004 ff.	351 300	2 000 000	750 000	3 101 300
Summe	1 320 900	5 000 000	1 250 000	7 570 900

Zu Titelgruppe 67/70

Gem. § 29 NNatG trägt das Land die Kosten der Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen in Naturschutzgebieten. Es kann die Maßnahmen selbst durchführen oder kommunale Gebietskörperschaften, Verbände o. ä. beauftragen. Dies ist von Fall zu Fall unterschiedlich und von der Geeignetheit der vor Ort jeweils vorhandenen, ggfs. in Frage kommenden Träger abhängig. Da somit der Träger nicht vorhersehbar ist, muss aus Praktikabilitätsgründen die Möglichkeit geschaffen werden, auf die vorhandenen Gegebenheiten flexibel reagieren zu können.

In einigen überregional bedeutsamen Naturschutzgebieten nehmen Naturschutzstationen die Aufgabe wahr, die Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen für die auf Dauer zu pflegenden Ökosystemtypen zu koordinieren und zu überwachen sowie die Bevölkerung zu informieren.

Es sind folgende Naturschutzstationen eingerichtet worden:

- Steinhuder Meer
- Dümmer
- Fehntjer Tief
- Unterebbe

In Gebieten von gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung sowie an Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben für Naturschutz und Landschaftspflege beteiligt sich das Land finanziell an der Förderung des Bundes. Die notwendigen Mittel sind in dieser Titelgruppe veranschlagt.

Die Zweckbestimmung der Titelgruppe wurde ergänzt, um auch Maßnahmen in FFH-Gebieten, die nicht als Naturschutzgebiet ausgewiesen sind, aus den hier veranschlagten Mitteln abwickeln zu können. Der Gesamtansatz der Titelgruppe wurde für die Finanzierung von Schutzmaßnahmen in FFH-Gebieten um ca. 3 Mio. DM erhöht.

427 67

Die Verpflichtungsermächtigung ist überwiegend für Maßnahmen nach den Richtlinien Biotoppflege und Landschaftspflege sowie der Verwaltungsvorschrift Naturschutz erforderlich (7,0 Mio. DM). 2,5 Mio. DM sind für das Projekt von gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung „Nieders. Drömling“ und 1,465 Mio. DM für einen 5-jährigen Vertrag mit dem BUND zur Pflege von Naturschutzgebieten vorgesehen.

517 67

Grundbesitzabgaben für landeseigene Grundstücke (Naturschutzverwaltung).

518 70

Mittel für den Abschluss von Pachtverträgen für „Rote Flächen“ im NSG Lüneburger Heide.

521 67**Belastung**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	200 000	—	200 000
2002	—	400 000	350 000	750 000
2003	—	200 000	350 000	550 000
2004 ff.	—	—	1 050 000	1 050 000
Summe	—	800 000	1 750 000	2 550 000

535 67

Geräte für die Pflege und Entwicklung der zu betreuenden Gebiete.

538 67

Für den Abschluss von Werkverträgen (z. B. fachliche Gutachten, kartographische Darstellungen, Pflegeverträge, Erstellung von Pflege- und Entwicklungsplänen, Monitoring).

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	—	—	—
2002	—	—	293 000	293 000
2003	—	—	293 000	293 000
2004 ff.	—	—	879 000	879 000
Summe	—	—	1 465 000	1 465 000

ERLÄUTERUNGEN

547 67

Die Mittel sind vorgesehen für Betriebskosten im Bereich der Naturschutzstationen.

653 67

Zuwendungen an Gemeinden (GV) zur Pflege und Entwicklung schutzwürdiger Flächen.

683 67

Mittel für den Vertrag mit dem Verein Naturschutzpark e. V. zur Pflege von Flächen im Naturschutzgebiet Lüneburger Heide.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	833 100	—	—	833 100
2002	833 100	—	—	833 100
2003	—	—	—	—
2004 ff.	—	—	—	—
Summe	1 666 200	—	—	1 666 200

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1520 Naturschutz und Landschaftspflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
685 67-0	185	Zuschüsse an Sonstige * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	1.737.800	520.000	+1.217.800	472
711 67-0	185	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	—	—	—	—
761 67-8	185	Investive Maßnahmen auf landeseigenen Flächen * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	250.000	87.500	+162.500	28
811 67-5	185	Erwerb von Dienstkraft- und Wasserfahrzeu- gen * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	—	—	—	—
812 67-1	185	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	50.000	—	+50.000	—
821 67-0	185	Landeseigener Erwerb von Grundstücken * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	450.000	—	+450.000	338
883 67-6	185	Zuweisungen für Grunderwerb und andere In- vestitionen an Gemeinden (GV) * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	400.000	122.500	+277.500	322
883 70-6	185	Zuweisungen an Gemeinden (GV) als Landesan- teil an der Bundesförderung für GR-Projekte und E+E-Vorhaben * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	1.290.200	1.716.900	-426.700	1.181
893 67-1	185	Zuschüsse zu Ausführungskosten von Flurbe- reinigungungsverfahren und für andere Investi- tionen an Sonstige * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	35.000	—	+35.000	8
893 70-1	185	Zuschüsse an Sonstige als Landesanteil an der Bundesförderung für GR-Projekte und E+E-Vorhaben * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	445.000	858.600	-413.600	214
TGr. 68		Schutzgebietssystem Elbetal * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind.	(6.910.000) (200.000)	(1.575.000)	(2.022.300)	(-447.300)	(1.858)
412 68-1	185	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	2.030.000 —	3.500	—	+3.500	3
427 68-9	185	Vergütungen für Personen, die Zivildienst leisten sowie Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	20.000	—	+20.000	19
429 68-1	185	Nicht aufteilbare Personalausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	200.000	—	+200.000	187
517 68-8	185	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	35.000	70.000	-35.000	49
518 68-4	185	Mieten und Pachten * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	20.000	20.000	—	12
521 68-5	185	Maßnahmen auf landeseigenen Flächen * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	30.000	50.000	-20.000	—
531 68-0	185	Veröffentlichungen und sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	50.000	50.000	—	0
535 68-6	185	Geräte für Fachaufgaben * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	10.000	20.000	-10.000	0
538 68-5	185	Dienstleistungen Außenstehender * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	115.200	750.000	-634.800	869
547 68-4	185	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	52.700	91.100	-38.400	90
652 68-2	185	Länderübergreifende Zusammenarbeit * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	—	—	—	—
653 68-9	185	Zuweisungen an Gemeinden (GV) * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	130.600	—	+130.600	61

ERLÄUTERUNGEN

685 67

Zahlungen aufgrund der Förderrichtlinie „Biotoppflege“ und Kosten der Betreuung und Pflege von Schutzgebieten gem. §§ 29 Abs. 2 und 61 NNatG in Verbindung mit §§ 54 ff. VwVfG durch Naturschutzverbände.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	437 800	—	1 000 000	1 437 800
2002	437 800	—	1 000 000	1 437 800
2003	437 800	—	1 000 000	1 437 800
2004 ff.	437 800	—	2 000 000	2 437 800
Summe	1 751 200	—	5 000 000	6 751 200

711 67

Zur Buchung der Kosten von Umbaumaßnahmen in der Naturschutzstation Dümmer.

812 67**Belastung**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	—	—	—
2002	—	—	50 000	50 000
2003	—	—	50 000	50 000
2004 ff.	—	—	150 000	150 000
Summe	—	—	250 000	250 000

883 67

Für investive Maßnahmen zur Pflege und Entwicklung schutzwürdiger Flächen sowie zum Ankauf von Flächen, die für die Verwirklichung der Naturschutzziele von besonderer Bedeutung sind.

883 70 und 893 70

Landesanteil an der Förderung des Bundes für Projekte von gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung (GR-Projekte) sowie an Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben (E + E-Vorhaben).

Folgende GR-Projekte werden gefördert:

- Fischerhuder Wümmeniederung / Landkreis Verden
- Meerbruch – Steinhuder Meer / Landkreise Hannover, Nienburg und Schaumburg
- Lutter / Landkreise Celle und Gifhorn
- Lüneburger Heide/Landkreise Harburg u. Soltau-Fallingb. ostel
- Krähenbeer – Küstenheiden / Landkreis Cuxhaven
- Hammeniederung / Landkreis Osterholz

Folgendes E + E Vorhaben wird gefördert:

- Nieders. Drömling / Landkreise Gifhorn und Helmstedt, Stadt Wolfsburg.

Zu dem Projekt „Dannenberger Marsch“ im Landkreis Lüchow-Dannenberg siehe Erläuterung zu Titel 883 68.

883 70**Belastung**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 üpl. bewilligte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	977 200	285 000	250 000	1 512 200
2002	407 900	595 000	250 000	1 252 900
2003	372 800	665 000	250 000	1 287 800
2004 ff.	602 000	1 960 000	1 750 000	4 312 000
Summe	2 359 900	3 505 000	2 500 000	8 364 900

893 70**Belastung**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 üpl. bewilligte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	235 000	210 000	—	445 000
2002	—	210 000	—	210 000
2003	—	420 000	—	420 000
2004 ff.	—	2 590 000	—	2 590 000
Summe	235 000	3 430 000	—	3 665 000

Zu Titelgruppe 68

Das „Schutzgebietssystem Elbetal“ in der unteren Mittel-Elbe-Niederung ist Teil des länderübergreifenden UNESCO-Biosphärenreservats „Flußlandschaft Elbe“ der Länder Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Abgesehen von den Personalkosten und mit Ausnahme der Ansätze für Erschwernisausgleich sowie Vertragsnaturschutz sind in der Titelgruppe die Ausgaben der Schutzgebietsverwaltung ausgewiesen. Die Mittel für den Erschwernisausgleich nach § 52 Abs. 1 NNatG und den Vertragsnaturschutz nach § 29 Abs. 3 NNatG sind bei Titel 683 01 bzw. 683 02 und 683 03 zentral veranschlagt.

429 68

Zur vorübergehenden Beschäftigung von 2 Angestellten der Vergütungsgruppe III und IV a BAT bis zum 31. 12. 2002.

538 68

Erstellung fachplanerischer Grundlagen in Form von Gutachten und Werkverträgen, Effizienzkontrollen. Die bisher hier ausgebrachten Mittel für Vertragsnaturschutz mit landwirtschaftlichen Betrieben im Rahmen des Artenschutzprogramms „Nordische Gastvögel“ sind ab 2001 beim Titel 683 03 ausgewiesen.

547 68

Die Mittel sind vorgesehen für Betriebskosten der Schutzgebietsverwaltung.

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1. 1. 2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Personenkraftwagen	2	2	2
Anhänger	1	1	1
Nutz- und Sonderfahrzeuge	1	1	1
Zusammen	4	4	4

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1520 Naturschutz und Landschaftspflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
685 68-8	185	Zuschüsse zur Unterhaltung von Informationseinrichtungen und zu anderen Zwecken an Sonstige * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	183.000	200.000	-17.000	—
761 68-6	185	Investive Maßnahmen auf landeseigenen Flächen * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	—	50.000	-50.000	—
811 68-3	185	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	25.000	—	+25.000	25
812 68-0	185	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	—	—	—	—
821 68-9	185	Landeseigener Erwerb von Grundstücken * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	— 200.000	200.000	200.000	—	542
883 68-4	185	Zuweisungen für Grunderwerb und andere Investitionen an Gemeinden (GV) sowie als Landesanteil an Bundesförderungen * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	4.880.000 —	500.000	521.200	-21.200	—
893 68-0	185	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	—	—	—	—
TGr. 69		Maßnahmen des Naturschutzes aus zweckgebundenen Beiträgen Dritter * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 69.	(—)	(—)	(—)	(—)	(10)
538 69-3	185	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	1
547 69-2	185	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	9
685 69-6	185	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
761 69-4	185	Investive Maßnahmen	—	—	—	—	—
812 69-8	185	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik	(—)	(23.500)	(23.500)	(—)	(120)
513 99-2	185	Post- und Fernmeldegebühren, Standleitungskosten * Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 513 99.	—	—	—	—	—
518 99-4	185	Mieten und Pachten * Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 513 99.	—	—	—	—	—
522 99-1	185	Verbrauchsmittel * Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 513 99.	—	1.000	1.000	—	—
525 99-0	185	Aus- und Fortbildung der Bediensteten * Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 513 99.	—	—	—	—	—
535 99-6	185	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte * Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 513 99.	—	21.000	21.000	—	82
538 99-5	185	Dienstleistungen Außenstehender * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 513 99.	—	—	—	—	17
547 99-4	185	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 513 99.	—	1.500	1.500	—	7
812 99-0	185	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen * Vgl. D-Vermerk zu 1501 - 513 99.	—	—	—	—	15

ERLÄUTERUNGEN

685 68

Betriebskostenzuschuss für das Informationszentrum in Bleckede.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	—	—	—
2002	—	—	183 000	183 000
2003	—	—	183 000	183 000
2004 ff.	—	—	1 464 000	1 464 000
Summe	—	—	1 830 000	1 830 000

811 68

Ersatzbeschaffung:

1 VW Polo 25 000 DM

Veranschlagt ist ein Fahrzeug einschließlich der erforderlichen Sonderausstattung, Überführung und Brief.

821 68

Zur Erreichung des Schutzziels ist der Grunderwerb zwingend notwendig.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	200 000	—	200 000
2002	—	—	200 000	200 000
2003	—	—	—	—
2004 ff.	—	—	—	—
Summe	—	200 000	200 000	400 000

883 68

Landesanteil an der Förderung des Bundes für das Projekt von gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung „Dannenberger Marsch“/Landkreis Lüchow-Dannenberg.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	—	—	—	—
2002	—	—	500 000	500 000
2003	—	—	500 000	500 000
2004 ff.	—	—	3 880 000	3 880 000
Summe	—	—	4 880 000	4 880 000

Zu Titelgruppe 69

Zur zweckentsprechenden Verausgabung von Spenden Dritter für Naturschutzzwecke.

Zu 535 99

Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen, Wartungs- und Reparaturkosten.

Zu 538 99

Programmierarbeiten für Fachaufgaben durch Außenstehende.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1520 Naturschutz und Landschaftspflege

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 15 20					
		1 Eigene Einnahmen		645.000	754.000	–109.000	
		2 Übertragungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		645.000	754.000	–109.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	14.245.000	10.298.600	9.463.800	+834.800	
			800.000				
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	3.181.200	3.431.700	–250.500	
		6 Übertragungsausgaben	3.330.000	13.180.600	8.467.500	+4.713.100	
			2.207.500				
		7 Bauausgaben	—	250.000	137.500	+112.500	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	4.880.000	3.725.200	4.569.200	–844.000	
			200.000				
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	3.631.900	—	+3.631.900	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	22.455.000 3.207.500	34.267.500	26.069.700	+8.197.800	
		Zuschuss		33.622.500	25.315.700	+8.306.800	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		960.600	858.400		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		35.228.100	26.928.100		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		34.583.100	26.174.100		

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1522 Budgetierung Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 51-5	185	Vermischte Einnahmen *** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist Nr. 5 der Erläuterungen verbindlich.		399.000	374.000	+25.000	236
282 01-7	185	Zweckgebundene Einnahmen und Spenden		—	—	—	413
		Titelgruppe(n)					
TGr. 65		Forschungs- und ähnliche Aufträge Dritter		(500.000)	(500.000)	(—)	(1.391)
119 65-5	185	Vermischte Einnahmen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.		500.000	500.000	—	826
282 65-3	185	Erstattungen Dritter * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.		—	—	—	565
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			25.000	–25.000	
		A U S G A B E N					
422 01-3	185	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten * Übertragbar. Gegenseitig deckungsfähig: 422 01, 425 01, 426 01, 429 01, 546 59, 685 01 und 812 01.	—	1.331.100	—	+1.331.100	301
422 19-6	185	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-2	185	Vergütungen der Angestellten * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 422 01.	—	—	—	—	864
426 01-9	185	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 422 01.	—	—	—	—	61
429 01-8	185	Nicht aufteilbare Personalausgaben * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 422 01.	—	203.700	1.458.900	–1.255.200	410
546 59-6	185	Vermischte Verwaltungsausgaben * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 422 01.	—	611.100	687.000	–75.900	806
685 01-4	185	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 422 01.	—	2.600	2.600	—	1
812 01-6	185	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Aus- rüstungsgegenständen * Vgl. D-Vermerk zu 422 01.	—	114.500	114.500	—	232
		Titelgruppe(n)					
TGr. 65		Forschungs- und ähnliche Aufträge Dritter * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur ge- leistet werden bis zur Höhe der Istein- nahmen bei 119 65 und 282 65.	(—)	(500.000)	(500.000)	(—)	(1.728)
429 65-4	185	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	280.000	280.000	—	432
547 65-7	185	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaus- gaben	—	220.000	220.000	—	1.296
812 65-2	185	Erwerb von Geräten, Ausrüstungs- und Aus- stattungsgegenständen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

1. Rechtsgrundlage

Die Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz wurde 1981 durch Beschluss des Landesministeriums als Norddeutsche Naturschutzakademie gegründet [(Nds. MBl. 10/1981, S. 364) mit den Änderungsbeschlüssen vom 11. 2. 1988 (Nds. MBl. S. 247), 13. 12. 1988 (Nds. MBl. 1/1989 S. 16), 4. 9. 1990 (Nds. MBl. 34/1990 S. 1188) und 17. 10. 1995 (Nds. MBl. 39/1995 S. 1213)]. Gemäß Errichtungsbeschluss verfolgt sie ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

2. Aufgaben

Die Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz nimmt in Zusammenarbeit mit den Universitäten und Hochschulen, den Dienststellen der niedersächsischen Naturschutzverwaltung und anderen entsprechenden Einrichtungen des In- und Auslandes folgende Aufgaben wahr:

- Aus-, Fort- und Weiterbildung im Natur- und Umweltschutz,
- Öffentlichkeitsarbeit,
- Durchführung eigener Forschungsvorhaben,
- Förderung und Vernetzung der Forschung für Naturschutz,
- Förderung des Erkenntnis- und Erfahrungsaustausches.

3. Verwaltungsaufbau

Die Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz ist unmittelbar dem Nds. Umweltministerium nachgeordnet und hat ihren Sitz auf Hof Möhr im Außenbereich der Stadt Schneverdingen. Der Veranstaltungsbetrieb wird weitestgehend im Camp Reinsehlen (Schneverdingen) durchgeführt, wo die Akademie Büro- und Tagungsräume angemietet hat und wo Unterkunft und Verpflegung vor Ort verfügbar sind. Die Akademie ist damit an zwei Standorten tätig.

4. Ziele der Akademie für das Haushaltsjahr 2001**4.1 Allgemeine Ziele**

Im Haushaltsjahr 2001 wird die Akademie bisher befristete Arbeitsverhältnisse in eine Stelle BAT VII umwandeln. Sie erbringt die dafür benötigten Mittel aus erwirtschafteten Mehreinnahmen und kann damit ihre Aufgaben als Dienstleister für Bildung und Forschung durch bedarfsgerechte, Agenda-21-gemäße und auf Kostendeckung zielende Angebote und Leistungen weiter im erreichten Umfang erfüllen. Einnahmen werden vor allem erzielt aus Teilnehmergebühren, Verkauf von Publikationen, Vermietungen, Aufträge in Forschung, Bildung und Öffentlichkeitsarbeit.

Auf der Grundlage der seit September 1997 durchgeführten Kosten- und Leistungsrechnung ist zur weiteren Effizienz- und Effektivitätssteigerung ab dem Haushaltsjahr 1999 die Budgetierung eingeführt worden, die eine flexiblere Bewirtschaftung der Einnahmen und Ausgaben ermöglicht.

4.2 Ziele im Aufgabengebiet Bildung

Die Akademie führt seit 1. 10. 1999 ihre Seminare und Fachtagungen im Camp Reinsehlen (Schneverdingen) durch. Die Attraktivität des Seminarangebotes konnte dadurch noch weiter erhöht werden.

In der Aus-, Fort- und Weiterbildung konzentriert sich die Akademie auf die Zielgruppen Verwaltung, Entscheidungsträger und Multiplikatoren. Erkenntnis- und Erfahrungsaustausch findet vor allem im Rahmen von Fachtagungen statt.

Im Haushaltsjahr 2001 wird die Akademie ihr Angebot an Seminaren und Fachtagungen auf dem Vorjahresniveau (68 Seminare und Tagungen) beibehalten und nach Möglichkeit ausbauen. Im Vordergrund steht dabei die Konsolidierung der Veranstaltungsorganisation nach dem Umzug in das Camp Reinsehlen. Die Zahl der Veranstaltungstage und der Teilnehmertage wird dieser Entwicklung folgen.

Ein Schwerpunkt des Seminarangebots wird die Vermittlung von kommunikativen- und Methodenkompetenzen sein. Spezielle Fortbildungslehrgänge bzw. -abschnitte im Rahmen der Referendaraus- bildung der Landespflege, für die Nationalparkwacht in den Nationalparks Nds. Wattenmeer und Harz sowie für die Landschaftswacht sind geplant. Zusammen mit der Ländlichen Erwachsenenbildung in Niedersachsen e. V. (LEB) werden weiterhin Fortbildungslehrgänge zum/zur „Geprüften Natur- und Landschaftspfleger/Landschaftspflegerin“ durchgeführt.

Außerdem wird die Akademie Fortbildungsmaterial entwickeln, erproben und gegen Entgelt vertreiben. Dies geschieht vorrangig im Rahmen der Arbeit als „Regionales Umweltbildungszentrum“ oder im Themenfeld der Agenda 21.

Bildungsmaßnahmen im Auftrag Dritter werden nur gegen volle Kostenerstattung realisiert. Mit Unterstützung durch die Alfred Toepfer Stiftung F.V.S. wird im Rahmen des EU-Förderprogramms Leonardo II die Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern europäischer Großschutzgebiete in Zusammenarbeit mit dem internationalen Haus Sonnenberg (Harz) angestrebt. Mit der Republik Slowenien ist die Fortbildung der öffentlich Bediensteten in Natur- und Umweltschutz geplant.

4.3 Ziele im Aufgabengebiet Öffentlichkeitsarbeit

Zielgruppen sind einerseits die breite Öffentlichkeit, insbesondere alle wichtigen Gruppen entsprechend dem Teil III der Agenda 21, und andererseits das Fachpublikum im amtlichen, ehrenamtlichen und privaten Natur- und Umweltschutz.

Im Haushaltsjahr 2001 wird die Akademie die wissenschaftlichen Schriftenreihen „NNA-Berichte“ als Band 14 mit etwa 600 Seiten in gewohnter Weise herausgeben und zukünftig in jährlich zwei Ausgaben aktuelle Informationen aus der laufenden Arbeit der Akademie für die interessierte Öffentlichkeit und speziell für die Veranstaltungsteilnehmer der Akademie bereithalten. Sie bedient damit weiterhin über 200 Schriftentauschpartner in ganz Europa. Die Publikationen der Akademie vermitteln Handlungskompetenzen für Personen, die in Agenda 21-Prozessen oder/und in Verwaltungen tätig sind. Die Akademie wird darüber hinaus in Agenda 21-Prozessen selbst gestaltend mitwirken.

Das Akademieangebot und die Fachinhalte werden im Internet laufend aktualisiert und erweitert. Führungen und Vorträge zum Naturschutzgebiet Lüneburger Heide werden gegen Gebühr angeboten.

4.4 Ziele im Aufgabengebiet Forschung

Im Haushaltsjahr 2001 wird die Akademie ihre Zusammenarbeit mit allen in Betracht kommenden niedersächsischen Hochschulen und Fachhochschulen, insbesondere mit der Universität Lüneburg auf der Basis des Kooperationsvertrages vom 17. 10. 1994, durch einen fachbereichsübergreifenden Ansatz ausbauen und verstärken. Sie wird einen Forschungspreis vergeben, der von Dritten dotiert wird. Die Fachbibliothek mit über 4500 Bänden (Buchbestand), 400 Zeitschriftenbänden und Schriftenreihen wird durch Einsatz neuer Medien der Öffentlichkeit verfügbar gemacht.

Die Forschung im Naturschutzgebiet Lüneburger Heide wird von der Naturschutzakademie koordiniert. Unter Einwerbung von Drittmitteln und in Kooperation mit niedersächsischen Universitäten und Fachhochschulen werden etwa 20 Projektarbeiten z. B. zu Fragen des Flächenmanagements auf Heiden und ehemaligen militärischen Übungsflächen, zu Waldökologie und Gewässerrenaturierung durchgeführt, betreut und unterstützt. Das mit Förderung der Nds. Lottostiftung aufgebaute Geografische Informationssystem kommt dabei zum Einsatz. Umfangreiche, mit Drittmitteln ausgestattete Verbundforschungsvorhaben im Rahmen der BMFT-Forschungsförderung „Biotop- und Artenschutz/Integrierte Naturschutzforschung“ sowie im 5. Rahmenprogramm der EU zu heidebezogenen Themen sind beabsichtigt.

5. Besondere Regelungen für die Budgetierung der Mittel der Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz

Die Ausgaben des Kapitels erhöhen sich um 80 v.H. der Mehreinnahmen bei Titel 119 51; sie vermindern sich um die Mindereinnahmen bei diesem Titel. Die Einnahmen bei Titel 282 01 erhöhen die Ausgaben.

Darüber hinaus dürfen bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 37 LHO überplanmäßige Ausgaben geleistet werden. Die insoweit erforderlichen Einwilligungen des MF gelten als erteilt. Diese Mehrausgaben sind auf die nächstjährige Bewilligung als Vorgriff anzurechnen.

Für eingegangene Verpflichtungen und nicht abgeflossene Ausgabereste aus Vorjahren werden Ausgabereste gebildet und übertragen. Nicht belegte Haushaltsmittel werden in Höhe von 80 v.H. übertragen.

6. Zu 422 01, 425 01, 426 01 und 429 01

Die Gesamtsumme des Budgets für die Bezüge der Beamten, die Vergütung der Angestellten und die Löhne der Arbeiter sind beim Titel 422 01 ausgewiesen, die sonstigen Personalkosten beim Titel 429 01.

Das Beschäftigungsvolumen 2001 beträgt 14 Vollzeiteinheiten (VZE).

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	1 331 100
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	485 400
43	Versorgungsbezüge	104 500
44	Beihilfen, Unterstützungen	36 500
45	Personalbezogene Sachausgaben	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	48 000
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—

Summe der Personalausgaben im Kapitel 15 22 2 005 500

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1522 Budgetierung Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 15 22					
		1 Eigene Einnahmen		899.000	874.000	+25.000	
		2 Übertragungseinnahmen		—	25.000	-25.000	
		Summe der Einnahmen		899.000	899.000	—	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	1.814.800	1.738.900	+75.900	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	831.100	907.000	-75.900	
		6 Übertragungsausgaben	—	2.600	2.600	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	114.500	114.500	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	2.763.000	2.763.000	—	
		Zuschuss		1.864.000	1.864.000	—	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		104.500	—		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		2.867.500	2.763.000		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		1.968.500	1.864.000		

ERLÄUTERUNGEN

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 11-2	185	Verwaltungsgebühren		2.000	1.500	+500	2
112 01-1	185	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		2.000	—	+2.000	—
119 51-2	185	Vermischte Einnahmen		10.000	30.000	–20.000	3
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Durchführung von Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen		(15.000)	(—)	(+15.000)	(24)
256 61-7	185	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		—	—	—	13
282 61-8	185	Zweckgebundene Beiträge Dritter * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		15.000	—	+15.000	11
TGr. 62		Informations- und Öffentlichkeitsmaßnahmen		(25.000)	(—)	(+25.000)	(17)
119 62-8	185	Einnahmen aus Veröffentlichungen und sonstige Verwaltungseinnahmen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62. ** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		20.000	—	+20.000	17
125 62-8	185	Erlöse aus der Übertragung von Nutzungsrechten an Dritte * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 62.		5.000	—	+5.000	—
A U S G A B E N							
412 02-3	185	Entschädigung für die ehrenamtlich tätigen Beiratsmitglieder	—	4.000	4.000	—	2
422 01-0	185	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	859.400	780.300	+79.100	319
422 19-3	185	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-0	185	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	431
427 39-0	185	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
427 40-3	185	Vergütungen von befristet voll- oder teilzeitbeschäftigten Vertretungskräften	—	—	—	—	—
511 01-3	185	Geschäftsbedarf	—	2.000	—	+2.000	2
517 01-1	185	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	—	—	—	—
519 01-4	185	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	10.000	12.000	–2.000	—
525 01-4	185	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	4.500	4.500	—	13
546 59-3	185	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
981 11-7	990	Abführung an 1321-381 15	—	—	—	—	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Durchführung von Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 256 61 und 282 61. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veran-	(—)	(358.700)	(358.300)	(+400)	(284)

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zu Kapitel 15 24

Der Nationalpark Harz ist mit Wirkung vom 1. 1. 1994 eingerichtet worden. Derzeitige Rechtsgrundlage ist das Gesetz über den Nationalpark Harz (Art. 2 des Gesetzes vom 15. 7. 1999, Nds. GVBl. S. 164).

Ein Nationalpark bedarf nach § 25 NNatG einer eigenen Verwaltung. Diese Verwaltung, die einem Dezernat der Bezirksregierung Braunschweig obliegt, nimmt für den gesamten Bereich des Nationalparks Harz die Aufgaben einer oberen Naturschutzbehörde wahr.

Im Kapitel 15 24 sind die zur Durchführung der Fachaufgaben im Nationalpark nötigen Einnahmen und Ausgaben veranschlagt.

Die übrigen sächlichen Verwaltungsausgaben für den Nationalpark sind bei Kapitel 10 04 veranschlagt.

Zu 125 62

Zur Erschließung weiterer Einnahmen wird angestrebt, Rechte des Landes zu verwerten, die im Zusammenhang mit dem Nationalpark stehen (z.B. Rechte an einem Signet).

Zu 412 02

Mittel für Entschädigungen einschl. Reisekostenvergütungen der ehrenamtlichen Nationalparkbeiratsmitglieder.

Der Nationalparkbeirat berät gem. § 18 Abs. 2 des Gesetzes über den Nationalpark Harz die Nationalparkverwaltung.

Zu 422 01 und 425 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen 2001 beträgt 8,00 Vollzeiteinheiten (VZE).

Nachrichtliche Aufteilung des BV:

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	4,00	4,00	—	6
Angestellte	4,00	4,00	—	2
Lohnempfänger/-innen	—	—	—	—
Insgesamt	8,00	8,00	—	8

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 859 400 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	859 400
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	17 400
43	Versorgungsbezüge	121 600
44	Beihilfen, Unterstützungen	17 600
45	Personalbezogene Sachausgaben	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	23 200
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel 15 24		1 039 200

Zu Titelgruppe 61

Im Zuge der Durchführung des „Gesetzes über den Nationalpark Harz“ ist im Nationalpark eine Vielzahl von Pflege- und Entwicklungsarbeiten zu verrichten.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1524 Nationalpark Harz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch TGr. 61		<i>schlägt sind.</i> <i>***Einseitig deckungsfähig zugunsten TGr.99</i>					
427 61-6	185	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte * Gegenseitig deckungsfähig: 427 61, 429 61, 516 61, 521 61, 538 61, 547 61, 761 61, 981 61, 427 62, 429 62, 531 62, 538 62, 653 62, 685 62, 812 62, 883 62 und 893 62.	—	15.400	—	+15.400	17
429 61-9	185	Nicht aufteilbare Personalausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 427 61.	—	—	—	—	—
516 61-9	185	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse * Vgl. D-Vermerk zu 427 61.	—	2.500	2.500	—	—
521 61-2	185	Maßnahmen auf landeseigenen Flächen * Vgl. D-Vermerk zu 427 61.	—	140.800	258.300	-117.500	12
538 61-2	185	Dienstleistungen Außenstehender * Vgl. D-Vermerk zu 427 61.	—	200.000	97.500	+102.500	198
547 61-1	185	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 427 61.	—	—	—	—	56
761 61-3	185	Investive Maßnahmen auf landeseigenen Flächen * Vgl. D-Vermerk zu 427 61.	—	—	—	—	—
981 61-3	990	Abführung an Kapitel 10 04 Titelgruppen 62 und 63 * Vgl. D-Vermerk zu 427 61.	—	—	—	—	—
TGr. 62		Informations- und Öffentlichkeitsmaßnahmen * Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 62 und 125 62. <i>***Einseitig deckungsfähig zugunsten TGr.99</i>	(—)	(334.400)	(334.400)	(—)	(351)
427 62-4	185	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte * Vgl. D-Vermerk zu 427 61.	—	—	—	—	—
429 62-7	185	Nicht aufteilbare Personalkosten * Vgl. D-Vermerk zu 427 61.	—	—	—	—	—
531 62-6	185	Veröffentlichungen und sonstige Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit * Vgl. D-Vermerk zu 427 61.	—	23.000	23.000	—	40
538 62-0	185	Dienstleistungen Außenstehender * Vgl. D-Vermerk zu 427 61.	—	13.400	13.400	—	13
653 62-4	185	Zuweisungen zur Unterhaltung von Informationszentren und zu anderen Zwecken an Gemeinden (GV) * Vgl. D-Vermerk zu 427 61.	—	170.000	170.000	—	170
685 62-3	185	Zuschüsse zur Unterhaltung von Informationszentren und zu anderen Zwecken an Sonstige * Vgl. D-Vermerk zu 427 61.	—	128.000	128.000	—	128
812 62-5	185	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen * Vgl. D-Vermerk zu 427 61.	—	—	—	—	—
883 62-0	185	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV) * Vgl. D-Vermerk zu 427 61.	—	—	—	—	—
893 62-5	185	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige * Vgl. D-Vermerk zu 427 61.	—	—	—	—	—
TGr. 63		Verstärkte Förderung des Naturschutzes * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(—)	(400.000)	(400.000)	(—)	(395)
429 63-5	185	Nicht aufteilbare Personalkosten	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

516 61

Die im Außendienst tätigen Bediensteten erhalten – soweit das Land nicht unentgeltlich Schutzkleidung zur Verfügung stellt – nach näherer Maßgabe des RdErl. d. MU vom 25. 9. 1998 (Nds. MBl. S. 1317) eine pauschale Aufwandsentschädigung zur Abgeltung von Aufwendungen für die Erstbeschaffung sowie die Reinigung, Unterhaltung und Ersatzbeschaffung von Schutzkleidung.

Die von der Niedersächsischen Landesregierung am 24. 3. 1998 beschlossene Aufwandsentschädigung ist steuerfrei im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

521 61

Für den Nationalpark Harz, der fast ausschließlich aus landeseigenen Flächen besteht, werden umfangreiche nichtwaldbauliche Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen notwendig. Für diese nach § 29 NNatG durchzuführenden Maßnahmen entstehen Planungs- und Durchführungskosten.

538 61

Zum Abschluss von Werkverträgen zur Vorbereitung von Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen sowie von Maßnahmen zur Bestandslenkung.

981 61

Abführung an Kapitel 10 04 für Löhne der Waldarbeiter, soweit sie für die Durchführung von Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen außerhalb des Waldes eingesetzt sind.

Zu Titelgruppe 62

Die Öffentlichkeitsarbeit ist zentrale Aufgabe der Nationalpark-Verwaltung, um ein wachsendes Verständnis der Einwohner und Gäste des Nationalparks für die Naturschutzmaßnahmen zu erreichen.

531 62

1. Amtliche Druckwerke	— DM
2. Öffentlichkeitsarbeit	16 000 DM
3. Technische und wissenschaftliche Druckwerke	3 500 DM
4. Sonstige Veröffentlichungen	3 500 DM
Zusammen	23 000 DM

Für die Anfertigung von Informations- und Aufklärungsmaterial sowie die Vorbereitung und Durchführung von Ausstellungen, Informationsveranstaltungen und andere Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit.

538 62

Mittel für die Werkverträge im Zusammenhang mit der Durchführung von Informationsmaßnahmen.

653 62

Zahlungen aufgrund einer Verwaltungsvereinbarung mit der Stadt St. Andreasberg zum Betrieb des Informationszentrums Erzwäsche.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	170 000	—	—	170 000
2002	170 000	—	—	170 000
2003	170 000	—	—	170 000
2004 ff.	850 000	—	—	850 000
Summe	1 360 000	—	—	1 360 000

685 62

Zahlungen aufgrund eines Kooperationsvertrags mit dem BUND zum Betrieb des Nationalparkhauses Altenau-Torfhaus.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	128 000	—	—	128 000
2002	128 000	—	—	128 000
2003	128 000	—	—	128 000
2004 ff.	768 000	—	—	768 000
Summe	1 152 000	—	—	1 152 000

Zu Titelgruppe 63

Veranschlagt sind Verstärkungsmittel zum Ausgleich des Wegfalls der Förderung von Naturschutzmaßnahmen nach dem Verkauf der Harzwasserwerke.

429 63

Zur Buchung der Kosten der vorübergehenden Beschäftigung eines Angestellten für die Einrichtung des Geografischen Informationssystems.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1524 Nationalpark Harz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
521 63-9	185	Maßnahmen auf landeseigenen Flächen	—	260.000	70.000	+190.000	3
538 63-9	185	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	368
547 63-8	185	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	20.000	20.000	—	24
653 63-2	185	Zuweisungen zur Ausstattung und Unter- haltung von Informationszentren an Gemein- den (GV)	—	100.000	100.000	—	—
761 63-0	185	Investive Maßnahmen auf landeseigenen Flächen	—	—	210.000	-210.000	—
812 63-3	185	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrü- stungsgegenständen	—	20.000	—	+20.000	—
893 63-3	185	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunika- tionstechnik ***Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppen 61 und 62	(—)	(32.000)	(32.000)	(—)	(28)
513 99-7	185	Post- und Fernmeldegebühren, Standleitungskosten	—	1.000	1.000	—	—
518 99-9	185	Mieten und Pachten	—	2.000	2.000	—	—
522 99-6	185	Verbrauchsmittel	—	2.000	2.000	—	2
525 99-5	185	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	2.000	2.000	—	—
535 99-0	185	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte	—	20.000	20.000	—	26
538 99-0	185	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	0
547 99-9	185	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	5.000	5.000	—	—
812 99-4	185	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
Abschluss Kapitel 15 24							
1 Eigene Einnahmen				39.000	31.500	+7.500	
2 Übertragungseinnahmen				15.000	—	+15.000	
Summe der Einnahmen				54.000	31.500	+22.500	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	878.800	784.300	+94.500	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	708.200	533.200	+175.000	
6 Übertragungsausgaben			—	398.000	398.000	—	
7 Bauausgaben			—	—	210.000	-210.000	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	20.000	—	+20.000	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	—	—	—	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	2.005.000	1.925.500	+79.500	
Zuschuss				1.951.000	1.894.000	+57.000	
Nachrichtlich:							
Anteil an den Versorgungsausgaben				121.600	102.300		
Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil				2.126.600	2.027.800		
Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil				2.072.600	1.996.300		

 ERLÄUTERUNGEN

653 63

Kosten der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, soweit ein Bedarf über den Ansatz der Titelgruppe 62 hinaus besteht.

521 63 und 761 63

Mittel zur Durchführung von Maßnahmen der Renaturierung von Gewässern und Mooren sowie der Wiedervernässung künstlich entwässerter Bereiche.

Zu 518 99

1. Diensträume und -gebäude	—	DM
2. Wohnungen und Wohngebäude	—	DM
3. Unbebaute Grundstücke	—	DM
4. Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	2 000	DM
Zusammen	2 000	DM

Zu 535 99

1. Ersatz für abgängige Arbeitsplatzcomputer	10 000	DM
2. Ersatz eines GIS-Workstation	—	DM
3. Installierung eines Internetanschlusses	3 000	DM
4. Beschaffung von zwei Netzwerk-Servern	7 000	DM
Zusammen	20 000	DM

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
111 11-6	185	Verwaltungsgebühren		10.000	8.000	+2.000	10
112 01-5	185	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten		2.000	4.000	-2.000	1
119 41-9	185	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	—
119 42-7	185	Rückzahlungen aus Zuwendungen des Landes		1.000	10.000	-9.000	10
119 51-6	185	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
119 65-6	185	Einnahmen aus Forschungs- und ähnlichen Aufträgen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 65.		294.000	—	+294.000	864
251 61-9	185	Zuweisungen des Bundes für Forschungsvorhaben * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		—	—	—	164
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen		(—)	(—)	(—)	(—)
282 63-8	185	Zweckgebundene Beiträge Dritter * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.		—	—	—	—
TGr. 64		Informations- und Öffentlichkeitsmaßnahmen		(9.000)	(4.000)	(+5.000)	(7)
119 64-8	185	Einnahmen aus Öffentlichkeitsarbeit und sonstige Verwaltungseinnahmen * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64. ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich. Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		4.000	4.000	—	7
125 64-8	185	Erlöse aus der Übertragung von Nutzungsrechten an Dritte * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.		—	—	—	—
256 64-5	185	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.		—	—	—	—
282 64-6	185	Sonstige zweckgebundene Beiträge Dritter * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.		5.000	—	+5.000	—
		A U S G A B E N					
412 02-7	185	Entschädigung für die ehrenamtlich tätigen Beiratsmitglieder	—	1.000	1.000	—	—
422 01-4	185	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	1.718.400	1.642.300	+76.100	615
422 19-7	185	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
425 01-3	185	Vergütungen der Angestellten	—	—	—	—	1.028
427 39-3	185	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
427 40-7	185	Vergütungen von befristet voll- oder teilzeitbeschäftigten Vertretungskräften	—	—	—	—	—
511 01-7	185	Geschäftsbedarf	—	4.000	2.600	+1.400	4
512 01-3	185	Bücher und Zeitschriften	—	—	—	—	—
516 02-7	185	Dienst- und Schutzkleidung für das Fachpersonal	—	1.000	—	+1.000	—
535 02-1	185	Geräte für Fachaufgaben	—	5.500	5.500	—	6
546 59-7	185	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	1.000	2.500	-1.500	0
981 11-0	990	Abführung an 1321-381 15	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zu Kapitel 15 25

Der Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer ist mit Wirkung vom 1. 1. 1986 eingerichtet worden. Derzeitige Rechtsgrundlage ist das Gesetz über den Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer (Art. 1 des Gesetzes 15. 07. 1999, GVBl. S. 164). Nach § 14 dieses Gesetzes obliegt die Nationalparkverwaltung einem Dezernat der Bezirksregierung Weser-Ems.

Im Kapitel 15 25 sind die zur Durchführung der Fachaufgaben im Nationalpark nötigen Einnahmen und Ausgaben veranschlagt.

Zu 112 01

Geldbußen und Verwarnungsgelder aus Verstößen gegen Naturschutzrecht.

Zu 119 65

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 65.

Zu 251 61

Vgl. Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 61.

Zu 119 64

Die für die kommerzielle Nutzung des Nationalparkemblems abzuführende Agenturgebühr wird gem. § 15 Abs. 1 Satz 3 LHO von der Einnahme abgesetzt.

Zu 412 02

Mittel für Entschädigungen einschl. Reisekostenvergütungen der ehrenamtlichen Nationalparkbeiratsmitglieder.

Der Nationalparkbeirat berät die Nationalparkverwaltung.

Zu 422 01 und 425 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen 2001 beträgt 16,15 Vollzeiteinheiten (VZE).

Nachrichtliche Aufteilung des BV:

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	6,53	6,53	—	7
Angestellte	9,62	9,62	—	10
Lohnempfänger/ -innen	—	—	—	—
Insgesamt	16,15	16,15	—	17

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 1 718 400 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	1 718 400
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	213 200
43	Versorgungsbezüge	196 100
44	Beihilfen, Unterstützungen	38 800
45	Personalbezogene Sachausgaben	—
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	51 000
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	—
Summe der Personalausgaben im Kapitel 15 25		2 217 500

Zu 516 02

Die im Außendienst tätigen Bediensteten erhalten – soweit ihnen das Land nicht unentgeltlich Schutzkleidung zur Verfügung stellt – nach näherer Maßgabe des RdErl. d. MU vom 25. 9. 1998 (Nds. MBl. S. 1317) eine pauschale Aufwandsentschädigung zur Abgeltung von Aufwendungen für die Erstbeschaffung sowie die Reinigung, Unterhaltung und Ersatzbeschaffung von Schutzkleidung.

Die von der Niedersächsischen Landesregierung am 24. 3. 1998 beschlossene Aufwandsentschädigung ist steuerfrei im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 61		Titelgruppe(n) Ökosystemforschung Wattenmeer * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 251 61.	(—)	(—)	(—)	(—)	(212)
429 61-2	185	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	106
538 61-6	185	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	52
547 61-5	185	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	54
TGr. 62		Trilaterales Monitoring- Programm * Übertragbar.	(—)	(132.500)	(132.500)	(—)	(71)
538 62-4	185	Dienstleistungen Außenstehender	—	127.500	112.500	+15.000	71
547 62-3	185	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5.000	5.000	—	0
812 62-9	185	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	15.000	–15.000	—
TGr. 63		Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 282 63. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. *** Einseitig deckungsfähig zugunsten TGr.99	(—)	(131.400)	(150.800)	(–19.400)	(149)
427 63-6	185	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte * Gegenseitig deckungsfähig: 427 63, 521 63, 538 63, 547 63, 685 63, 812 63, 427 64, 531 64, 538 64, 547 64 und 653 64.	—	—	—	—	—
521 63-2	185	Maßnahmen auf landeseigenen Flächen * Vgl. D-Vermerk zu 427 63.	—	12.200	7.200	+5.000	38
538 63-2	185	Dienstleistungen Außenstehender * Vgl. D-Vermerk zu 427 63.	—	13.600	21.600	–8.000	6
547 63-1	185	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 427 63.	—	8.000	—	+8.000	8
685 63-5	185	Zuschüsse an Sonstige * Vgl. D-Vermerk zu 427 63.	—	97.600	122.000	–24.400	97
812 63-7	185	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben * Vgl. D-Vermerk zu 427 63.	—	—	—	—	—
TGr. 64		Informations- und Öffentlichkeitsmaßnahmen, sonstige Maßnahmen aus zweckgebundenen Beiträgen Dritter * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 119 64, 125 64, 256 64 und 282 64. *** Einseitig deckungsfähig zugunsten TGr. 99.	(3.349.500) (7.120.900)	(2.402.200)	(2.430.200)	(–28.000)	(2.423)
427 64-4	185	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte * Vgl. D-Vermerk zu 427 63.	—	—	—	—	—
531 64-6	185	Veröffentlichungen und sonstige Kosten der Öffentlichkeitsarbeit * Vgl. D-Vermerk zu 427 63.	—	96.200	3.400	+92.800	23
538 64-0	185	Dienstleistungen Außenstehender * Vgl. D-Vermerk zu 427 63.	—	24.800	54.800	–30.000	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 61

Abschluss der wissenschaftlichen Untersuchungen im Rahmen des Forschungsprojekts „Ökosystemforschung – Teilprojekt Niedersächsisches Wattenmeer“, das in den Jahren 1989 bis 1995 durchgeführt wurde.

Zu Titelgruppe 62

Dänemark, Deutschland und die Niederlande haben in der am 13. 11. 1991 anlässlich der 6. trilateralen Regierungskonferenz zum Schutz des Wattenmeeres unterzeichneten Ministererklärung unter Ziffer 33 vereinbart, auf dem Gebiet des Monitorings und der wissenschaftlichen Forschung zusammenzuarbeiten und ein gemeinsames Monitoring-Programm zu entwickeln und durchzuführen.

Dabei in Niedersachsen erhobene Daten werden von der Nationalparkverwaltung aufbereitet, digitalisiert und an die vorhandene zentrale Einrichtung weitergeleitet.

Zu Titelgruppe 63

Im Nationalpark sind eine Vielzahl von Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen durchzuführen. Das Land kann die erforderlichen Maßnahmen selbst durchführen oder sie durch Dritte durchführen lassen. Die entstehenden Kosten trägt gem. § 29 Abs. 5 NNatG das Land.

521 63

Für Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen nach § 29 NNatG sowie für Beschilderungen auf landeseigenen Flächen.

538 63

Zum Abschluss von Werkverträgen u. a. zur Vorbereitung von Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen sowie von Maßnahmen zur Bestandslenkung von Seevögeln.

685 63

Zuwendungen für Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen.

Die 1999 in Anspruch genommene VE ist für die Absicherung der Betreuung zentraler Bereiche des Nationalparks Nieders. Wattenmeer durch Verbände erforderlich gewesen.

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	92 000	—	—	92 000
2002	92 000	—	—	92 000
2003 ff.	92 000	—	—	92 000
Summe	276 000	—	—	276 000

Zu Titelgruppe 64

Die Mittel sind für die Öffentlichkeitsarbeit bestimmt. Zu diesem Zweck beteiligt sich das Land an den Kosten für den Betrieb von Informationszentren im Nationalpark. Daneben werden Ausstellungen, Informationsveranstaltungen und sonstige Öffentlichkeitsmaßnahmen durchgeführt.

531 64

Zur Vorbereitung und Durchführung von Ausstellungen, Informationsveranstaltungen und anderen Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit.

Herausgabe von Informations- und Aufklärungsmaterial.

Für Druckwerke mit Herstellungskosten über 5,- DM wird ein entsprechendes Entgelt – zuzüglich einer Versandkostenpauschale – erhoben.

538 64

Zum Abschluss von Werkverträgen zur Vorbereitung von Informationsmaßnahmen.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
547 64-0	185	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 427 63.	—	30.000	—	+30.000	28
653 64-4	185	Zuweisungen zur Unterhaltung von Informationszentren und zu anderen Zwecken an Gemeinden * Vgl. D-Vermerk zu 427 63.	3.349.500 7.120.900	2.251.200	2.372.000	–120.800	2.372
TGr. 65		Forschungs- und ähnliche Aufträge Dritter * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 65. ***Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.	(—)	(294.000)	(—)	(+294.000)	(539)
429 65-5	185	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	210.000	—	+210.000	331
538 65-9	185	Dienstleistungen Außenstehender	—	77.000	—	+77.000	168
547 65-8	185	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	7.000	—	+7.000	39
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunikationstechnik ***Vgl. D-Vermerk zu Ausgabetitelgruppen 63 und 64.	(—)	(19.000)	(17.900)	(+1.100)	(59)
513 99-0	185	Post- und Fernmeldegebühren, Standleitungskosten	—	—	—	—	—
522 99-0	185	Verbrauchsmittel	—	1.000	1.100	–100	0
525 99-9	185	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	3.000	7.300	–4.300	—
535 99-4	185	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der Geräte	—	6.600	9.500	–2.900	41
538 99-3	185	Dienstleistungen Außenstehender	—	8.400	—	+8.400	18
547 99-2	185	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	0
812 99-8	185	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		3.600	–3.600	
		Abschluss Kapitel 15 25					
		1 Eigene Einnahmen		311.000	26.000	+285.000	
		2 Übertragungseinnahmen		5.000	—	+5.000	
		Summe der Einnahmen		316.000	26.000	+290.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	1.929.400	1.643.300	+286.100	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	431.800	236.600	+195.200	
		6 Übertragungsausgaben	3.349.500 7.120.900	2.348.800	2.494.000	–145.200	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	15.000	–15.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	3.349.500 7.120.900	4.710.000	4.388.900	+321.100	
		Zuschuss		4.394.000	4.362.900	+31.100	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		196.100	222.400		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		4.906.100	4.611.300		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		4.590.100	4.585.300		

ERLÄUTERUNGEN

653 64

Zuwendungen für Kennzeichnungs-, Pflege-, Entwicklungs- und Informationsmaßnahmen.

Aufgrund des besonderen Landesinteresses an gut ausgestatteten und funktionsfähigen Informationszentren ist mit den Trägern der Zentren im Nationalpark jeweils eine Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen worden, nach der das Land sich an der Unterhaltung jährlich mit einer pauschalen Förderung der Betriebs- und Personalkosten beteiligt.

Die VE für 2001 ist für die Verlängerung von Verträgen für die Nationalparkeinrichtungen in Cuxhaven (ab 2002) und auf Juist (ab 2003) um 10 Jahre erforderlich.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte und die 2000 üpl. bewilligte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	2 144 000	107 200	—	2 251 200
2002	1 498 000	763 000	192 000	2 453 000
2003	1 179 000	756 200	335 000	2 270 200
2004ff.	2 140 000	5 690 900	2 822 500	10 653 400
Summe	6 961 000	7 317 300	3 349 500	17 627 800

Zu Titelgruppe 65

Zur Wahrnehmung von Untersuchungen, Gutachten und anderer Aufträge Dritter auf dem Gebiet des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1540 Siedlungs- und Sonderabfälle, Altlasten

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 41-6	012	Rückzahlungen aus Zuwendungen des Landes		—	—	—	—
119 51-3	610	Vermischte Einnahmen		25.000	—	+25.000	26
241 94-7	330	Sonstige Erstattungen vom Bund aus der Altlastenhaftung * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 94.		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
544 02-8	623	Rückzahlung vereinnahmter Beträge aus der Abfallabgabe * Übertragbar.	—	—	—	—	405
		Titelgruppe(n)					
TGr. 92		Siedlungsabfälle und ähnliche Abfälle aus Gewerbe und Industrie * Übertragbar.	(—)	(—)	(—)	(—)	(468)
653 92-7	330	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	—
883 92-2	433	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	468
TGr. 93		Sonderabfälle, Rückholung verbrachter Abfälle * Übertragbar.	(—)	(36.500)	(500.000)	(-463.500)	(338)
526 93-3	011	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
538 93-1	330	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	500.000	-500.000	160
632 93-8	330	Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Land Baden-Württemberg	—	36.500	—	+36.500	—
892 93-0	433	Zuschüsse an private Unternehmen	—	—	—	—	177
TGr. 94		Kostenerstattung nach § 11 des Nieders. Bodenschutzgesetzes * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 241 94.	(—)	(500.000)	(500.000)	(—)	(48)
653 94-3	433	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	250.000	250.000	—	—
883 94-9	433	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV)	—	250.000	250.000	—	48
893 94-4	433	Zuschüsse an Sonstige	—	—	—	—	—
TGr. 95		SAD Münchenhagen * Übertragbar.	(—)	(11.300.000)	(16.000.000)	(-4.700.000)	(16.000)
538 95-8	330	Unternehmerleistungen * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	—	—	—	—
547 95-7	330	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	—	—	—	—
661 95-4	330	Schuldendiensthilfe an die Nds. Gesell- schaft für öffentliche Finanzierungen mbH * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	—	—	—	—
682 95-1	330	Zuschüsse für laufende Zwecke an die Altlastensicherungsgesellschaft mbH * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	5.028.000	6.979.000	-1.951.000	11.597
891 95-0	433	Zuschüsse für Investitionen an die Altlastensicherungsgesellschaft mbH * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	6.272.000	9.021.000	-2.749.000	4.403

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zu Kapitel 15 40

Bereits für die Haushaltsjahre 1999 und 2000 wurde durch Anpassung verschiedener Ausgabeansätze der Tatsache Rechnung getragen, dass aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 7. 5. 1998 zur Nichtigkeit des Nieders. Abfallabgabengesetzes die Finanzierungsgrundlage für die bislang im Kapitel 15 40 veranschlagten Maßnahmen entfallen war.

Die Ausgabeansätze sind weiter reduziert durch:

- Streichung der Maßnahmen zur Vermeidung und Verwertung von Sonderabfällen (TGr. 93),
- Reduzierung der Ausgaben für die Sicherung der SAD Münchenhagen entsprechend dem 1997 beschlossenen Finanzierungsplan (TGr. 95).

Zu Titelgruppe 93

Vorhaben und Maßnahmen, die der Vermeidung und Verwertung von besonders überwachungsbedürftigen Abfällen dienen, sind aufgrund der Finanzlage nicht mehr möglich. In die Titelgruppe 93 aufgenommen wurde ein Ansatz für die Erstattung von Personal- und Sachkosten an das Land Baden-Württemberg aufgrund eines Staatsvertrags über die Bildung einer gemeinsamen Einrichtung nach § 6 Abs.1 Satz 7 Abfallverbringungsgesetz. Die Überschrift der Titelgruppe wurde entsprechend angepasst.

Zu Titelgruppe 94

Die in dieser Titelgruppe ausgewiesenen Maßnahmen im Altlastenbereich unterliegen seit dem 1. 3. 1999 dem Gesetz des Bundes zum Schutz des Bodens und dem Nieders. Bodenschutzgesetz (NBodSchG) vom 19. 2. 1999 (Nds. GVBl. S. 46). Der ausgebrachte Ansatz ist vorrangig für Kostenerstattungen nach § 11 Satz 1 NBodSchG bestimmt.

Zu Titelgruppe 95

Auf Basis der Beschlüsse des Landtages vom 17. 4. 1991 und vom 16. 10. 1996 wurde für die Sonderabfalldéponie Münchenhagen ein Sicherungskonzept entwickelt, das der Landtag in seiner Sitzung vom 22. 01. 1998 zustimmend zur Kenntnis genommen hat. Der finanziellen Konzeption hat der Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Landtags am 19. 11. 1997 durch Freigabe der Verpflichtungsermächtigung zugestimmt.

Die auf der Altlast SAD Münchenhagen durchzuführenden Sicherungsmaßnahmen umfassen eine Oberflächenabdichtung, eine vollständige seitliche Umschließung mit 30 m Arbeitstiefe und die Implementierung eines Überwachungssystems (Monitoring). Diese Maßnahmenkombination begrenzt die derzeitige Austragssituation in dem durch die fachlichen Belange gebotenen Rahmen und ermöglicht gleichzeitig weitere Maßnahmen, die aufgrund neuer Erkenntnisse, insbesondere aus dem Monitoring, erforderlich werden können (sog. aufwärtskompatibles System). Zur Durchführung der Sicherungsmaßnahmen besteht in den Jahren 1998 bis 2001 nach den unveränderten Planungen ein Investitionsbedarf in Höhe von ca. 73 Mio. DM (inkl. einer jährlichen Kostensteigerungsrate von 4 v.H.). Hiervon entfallen auf

– seitliche Umschließung (Einkapselung)	40,435 Mio. DM
– Oberflächenabdichtung	16,092 Mio. DM
– Neuordnung der Oberflächenwasserableitung	4,056 Mio. DM
– Gasbehandlungsanlage	1,858 Mio. DM
– Monitoring	1,103 Mio. DM
– Erschließungsbereich	2,642 Mio. DM
– Ingenieurleistungen	5,825 Mio. DM
– Ökologische Umgestaltung	0,930 Mio. DM

Mit der Realisierung der Baumaßnahmen, die für die weitere Sicherung der Altlast abzuwickeln sind, hat die Bezirksregierung Hannover, bei der die Aufgaben der zuständigen Abfallbehörde verbleiben, die Altlastensicherungsgesellschaft mbH – ASG – im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages beauftragt. Alleingesellschafterin der ASG ist die Nieders. Sonderabfalldéponie Hoheneggelsen GmbH – SDH –.

Soweit eine Finanzierung der Sicherungsmaßnahmen jeweils über den jährlichen Haushaltsplan nicht in dem erforderlichen Umfang gesichert werden kann, stellt die Nieders. Gesellschaft für öffentliche Finanzierungen – NFG – die danach noch notwendigen Mittel als Kredit bereit. Der Kredit ist ab dem Jahr 2002 innerhalb eines Zeitraumes von 10 Jahren zu tilgen.

Der Ansatz bei 682 95 wird benötigt, damit die ASG die laufenden Betriebskosten auf der Altlast bestreiten kann. Die in diesem Jahr im Rahmen des Haushaltsplanes verfügbare Investitionssumme ist bei 891 95 in Ansatz gebracht.

Der Ansatz der Titelgruppe i. H. von 11,3 Mio. DM wird aus dem Aufkommen der Wasserentnahmegebühr finanziert (vgl. Allgem. Erläuterungen zu Kapitel 15 56).

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	6 272 000	—	—	6 272 000
2002	7 900 000	—	—	7 900 000
2003	7 900 000	—	—	7 900 000
2004	7 900 000	—	—	7 900 000
2005ff.	55 240 000	—	—	55 240 000
Summe	85 212 000	—	—	85 212 000

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1540 Siedlungs- und Sonderabfälle, Altlasten

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 15 40					
		1 Eigene Einnahmen		25.000	—	+25.000	
		2 Übertragungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		25.000	—	+25.000	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	500.000	–500.000	
		6 Übertragungsausgaben	—	5.314.500	7.229.000	–1.914.500	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	6.522.000	9.271.000	–2.749.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	11.836.500	17.000.000	–5.163.500	
		Zuschuss		11.811.500	17.000.000	–5.188.500	

ERLÄUTERUNGEN

[illegible]

Kapitel 15 40

[illegible]

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
Titelgruppe(n)							
TGr. 61/62		Kampfmittelbeseitigung		(11.651.000)	(11.604.000)	(+47.000)	(4.983)
111 61-7	049	Verwaltungsgebühren		300.000	300.000	—	184
113 61-0	049	Erlöse aus dem Verkauf von Munitions- schrott		1.000	1.000	—	1
119 61-8	049	Rückzahlung von Überzahlungen		—	—	—	1
119 62-6	049	Vermischte Einnahmen		50.000	3.000	+47.000	49
241 61-8	049	Erstattungen von Kriegsfolgehilfeleistungen vom Bund * Vgl. K-Vermerk zu 538 61.		1.300.000	1.300.000	—	1.014
241 62-6	049	Erstattung von Bergungskosten vom Bund * Vgl. K-Vermerk zu 538 62.		10.000.000	10.000.000	—	3.735
A U S G A B E N							
Titelgruppe(n)							
TGr. 61/62		Kosten der Kampfmittelbeseitigung	(—)	(19.609.300)	(19.810.000)	(–200.700)	(14.045)
425 61-1	049	Vergütungen der Angestellten ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	2.555.800	2.543.000	+12.800	2.436
426 61-8	049	Löhne der Arbeiter ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	2.103.500	2.093.000	+10.500	1.889
459 61-3	049	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	—	2.000	2.000	—	3
514 61-4	049	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	150.000	150.000	—	150
517 61-3	049	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	40.000	50.000	–10.000	29
518 61-0	049	Mieten und Pachten	—	160.000	170.000	–10.000	148
519 61-6	049	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	15.000	20.000	–5.000	26
522 61-7	049	Labor-, Röntgen- und Fotobedarf	—	50.000	107.000	–57.000	8
525 61-6	049	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	50.000	40.000	+10.000	76
527 61-9	049	Reisekostenvergütungen	—	250.000	260.000	–10.000	214
535 61-1	049	Geräte für Fachaufgaben	—	60.000	50.000	+10.000	40
538 61-0	049	Dienstleistungen Außenstehender * Übertragbar. Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 241 61.	—	3.478.700	3.800.000	–321.300	3.188
538 62-9	049	Dienstleistungen Außenstehender für Bergungsmaßnahmen * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 241 62. *** Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind als Vorgriff gem. § 37 Abs. 6 LHO nachzuweisen.	—	10.000.000	10.000.000	—	5.327
547 61-0	049	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	200.000	220.000	–20.000	182
681 61-8	049	Schadenersatzleistungen	—	15.000	15.000	—	33
711 61-4	049	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

241 61

Erstattungen von Landesaufwendungen (insbesondere Personalkosten) vom Bund für Flächenräumungs-, Vermessungs- und Bergungsarbeiten von ehem. Reichsmunition auf nicht bundeseigenen Flächen.

Der K-Vermerk ermöglicht, Mehreinnahmen für Mehrausgaben bei 538 61 zu verwenden und trägt damit zur Flexibilisierung der Mittelbewirtschaftung bei.

241 62

Erstattungen vom Bund für Flächenräumungs-, Vermessungs- und Bergungsarbeiten von ehemals Reichsmunition auf nicht bundeseigenen Flächen, die an Firmen vergeben werden (vgl. 538 62).

425 61

Für 27 (28) beschäftigte Angestellte, und zwar:

- 1 Verg.-Gr. III TV-KBD
- 1 Verg.-Gr. IV b TV-KBD
- 2 Verg.-Gr. V b BAT¹⁾
- 7 Verg.-Gr. V a TV-KBD²⁾
- 10 Verg.-Gr. V c BAT³⁾
- 3 Verg.-Gr. V c TD BAT⁴⁾
- 2 Verg.-Gr. VI b TD BAT⁵⁾
- 1 Verg.-Gr. VII BAT

¹⁾ kw

²⁾ 4 (4) kw

³⁾ 8 (9) kw

⁴⁾ kw mit Wegfall der Aufgaben

⁵⁾ kw, davon 1 mit Wegfall der Aufgaben

Zu- und Abgänge:

- Abgang von 1 Stelle der Verg.-Gr. V c BAT durch Vollzug eines kw-Vermerks.
- 1 Stelle der Verg.-Gr. VI b BAT wurde in 1 Stelle der Verg.-Gr. V c BAT umgewandelt.
- 1 Stelle der Verg.-Gr. VI b BAT wurde in 1 Stelle der Verg.-Gr. VII BAT umgewandelt.

426 61

Für 21 (21) beschäftigte Arbeiter/-innen, und zwar:

- 4 Lohn-Gr. 5 TV-Mun. Nds.
- 13 Lohn-Gr. 3/4 TV-Mun. Nds.
- 4 Lohn-Gr. 5 MTArb

Zu- und Abgänge: 1 Stelle der Lohn-Gr. 3/4 TV Mun. Nds. wurde in 1 Stelle der Lohn-Gr. 5 MTArb. umgewandelt.

459 61

Hier sind Mittel für die Bewilligung von Beihilfen, Unterstützungen und Trennungsgeld veranschlagt.

Ferner sind hier Ausgaben im Sinne des Haushaltsvermerks zu diesem Titel ohne besondere Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe des tatsächlichen Bedarfs zu buchen. Die Mittel werden am Jahresabschluss überplanmäßig bereitgestellt.

514 61**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen**

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Pkw	6	6	6
Lkw	7	5	6
Sonderfahrzeuge	6	7	6
Anhänger	3	2	3
Wasserfahrzeuge	1	–	1
	23	20	22

538 61

Für Flächenräumungs-, Vermessungs- und Bergungsarbeiten von alliierten Kampfmitteln auf nicht bundeseigenen Flächen, die an Firmen vergeben werden. Sofern bei der Räumung von alliierten Kampfmitteln gleichzeitig Reichsmunition aufgefunden wird, werden die angefallenen Kosten (insbesondere Personal-, Sach- und Räumkosten) vom Bund anteilig erstattet (s. Erläuterung zu Titel 241 61). Zum K-Vermerk vgl. Titel 241 61.

Für die nach § 7 NGefAG Verantwortlichen trägt das Land aus Billigkeitsgründen die mit der Beseitigung im Zusammenhang stehenden Kosten.

538 62

Für Flächenräumungs-, Vermessungs- und Bergungsarbeiten von ehem. Reichsmunition auf nicht bundeseigenen Flächen, die an Firmen vergeben werden. Der Bund erstattet als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches die angefallenen Kosten (s. Erläuterung zu Titel 241 62).

Durch den ***Haushaltsvermerk können abweichend von dem Grundsatz der Jährlichkeit die notwendigen Ausgaben geleistet werden, sofern sichergestellt ist, dass eine spätere Einnahme die geleistete Ausgabe deckt. Damit wird das Erstattungsverfahren gegenüber dem Bund erleichtert.

681 61

Für Sprengschäden bei Kampfmittelbeseitigungsmaßnahmen und sonstige Schäden (z. B. Kfz).

711 61

Zur Buchung der Kosten von Umbaumaßnahmen im Depot Achternholt.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1542 Kampfmittelbeseitigung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
811 61-9	049	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	258.000	290.000	–32.000	296
812 61-5	049	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	—	197.000	—	+197.000	—
916 61-5	950	Zuführung zum Grundstock (51 32 - 359 01)	—	15.000	—	+15.000	—
981 61-1	990	Abführung an 13 21 - 381 15	—	9.300	—	+9.300	—
<u>Abschluss Kapitel 15 42</u>							
1 Eigene Einnahmen				351.000	304.000	+47.000	
2 Übertragungseinnahmen				11.300.000	11.300.000	—	
Summe der Einnahmen				11.651.000	11.604.000	+47.000	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			—	4.661.300	4.638.000	+23.300	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			—	14.453.700	14.867.000	–413.300	
6 Übertragungsausgaben			—	15.000	15.000	—	
7 Bauausgaben			—	—	—	—	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	455.000	290.000	+165.000	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	24.300	—	+24.300	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	19.609.300	19.810.000	–200.700	
Zuschuss				7.958.300	8.206.000	–247.700	

 ERLÄUTERUNGEN

811 61

Ersatzbeschaffungen:

1 Lkw	115 000 DM
1 Pkw	48 000 DM
1 Bus	95 000 DM
Zusammen	258 000 DM

einschließlich der erforderlichen Sonderausstattungen.

812 61

Ersatzbeschaffungen:

Gabelhubwagen	70 000 DM
Hubeinrichtung	30 000 DM
Ladebordwand	22 000 DM

Ergänzungsbeschaffung:

Piktrostat	75 000 DM
Zusammen	197 000 DM

916 61Erstattung der aus dem Grundstock verauslagten Kosten für den An-
kauf des Depots Achternholt.**981 61**Abführung der für den Kampfmittelbeseitigungsdienst ermittelten
Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Epl. 13.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1550 Wasserwirtschaftsverwaltung bei den Bezirksregierungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 11-6	610	Verwaltungsgebühren * Vgl. K-Vermerk zu 981 10.		1.000.000	1.490.000	–490.000	768
119 51-6	610	Vermischte Einnahmen		4.000	3.000	+1.000	15
124 01-3	610	Mieten und Pachten		5.000	20.000	–15.000	9
132 01-6	610	Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen		10.000	10.000	—	12
381 02-4	990	Zuführung von 15 56 - 981 01 für Verwal- tungskosten im Zusammenhang mit der Wasser- entnahmegebühr		4.025.000	—	+4.025.000	3.921
381 04-0	990	Zuführung von 15 52 - 981 97 für Verwal- tungskosten im Zusammenhang mit der Abwasserabgabe		2.500.000	—	+2.500.000	4.511
381 05-9	990	Zuführung von 15 52 - 981 82 für Personal- kosten des Leiters der Sonderstelle zur Bekämpfung vom Meeresverschmutzungen		111.800	111.800	—	108
381 99-7	990	Zuführung von 15 52 - 981 97 und 15 56 - 981 01 für die Informations- und Kommunikationstechnik * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 99.		440.000	—	+440.000	570
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			53.000	–53.000	
A U S G A B E N							
422 01-4	610	Dienstbezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	—	22.682.200	9.766.200	+12.916.000	9.687
422 19-7	610	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
422 31-6	610	Dienstbezüge aufgrund dienstlicher Frei- stellung bei Personalüberhang	—	642.100	813.700	–171.600	880
422 41-3	610	Anwärterbezüge	—	372.500	490.000	–117.500	270
422 51-0	610	Mehrarbeitsvergütungen für Beamtinnen und Beamte	—	1.000	—	+1.000	—
425 01-3	610	Vergütungen der Angestellten	—	—	29.086.500	–29.086.500	20.311
425 41-2	610	Vergütung der auszubildenden Kräfte	—	41.600	60.000	–18.400	65
425 51-0	610	Überstundenvergütungen für Angestellte	—	1.000	20.000	–19.000	1
426 01-0	610	Löhne der Arbeiterinnen und der Arbeiter	—	—	1.430.100	–1.430.100	819
427 02-4	610	Beschäftigungsentgelte an Praktikanten/ Praktikantinnen	—	5.900	5.900	—	2
427 31-8	610	Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	—	1.000	1.000	—	—
427 39-3	610	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	23.000	80.000	–57.000	22
453 01-7	610	Trennungsgeld für abgeordnete oder ver- setzte Bedienstete und Umzugskostenver- gütungen	—	17.400	30.000	–12.600	54
453 11-4	610	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbil- dungslehrgängen	—	1.000	3.000	–2.000	—
511 01-7	610	Geschäftsbedarf	—	38.000	68.000	–30.000	62
512 01-3	610	Bücher und Zeitschriften	—	35.000	67.000	–32.000	47
513 01-0	610	Post- und Fernmeldegebühren	—	53.000	229.600	–176.600	126
514 01-6	610	Haltung von Dienstkraftfahrzeugen	—	14.000	123.000	–109.000	45
515 01-2	610	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	4.000	8.000	–4.000	5
515 02-0	610	Ersatz und Ergänzung der Geräte, Ausstat- tungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie der sonstigen Gebrauchsgegenstände	—	24.000	41.000	–17.000	76

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 15 50

Die Struktur des Kapitels 15 50 war in den vergangenen Jahren bereits sukzessive dem schrittweise veränderten Behördenaufbau nach verschiedenen organisatorischen Veränderungen in der Umweltverwaltung des Landes angepasst worden. Nachdem gemäß RdErl. des MU vom 31. 5. 1999 (Nds. MBl. S. 332) auch die operativen, regional wahrzunehmenden Aufgaben des Gewässerkundlichen Landesdienstes (GLD) aus den Bezirksregierungen herausgelöst und auf den Landesbetrieb für Wasserwirtschaft und Küstenschutz verlagert worden sind, haben sich erneut Veränderungen ergeben. Mit der Verlagerung dieser Aufgaben zum 1. 7. 1999 war die Umsetzung von 226 Stellen und von Mitteln im Umfang von 18 837 300 DM (Einnahmen von 55 000 DM und Ausgaben von 18 892 300 DM, davon 17 353 800 DM für Personalausgaben) in das Kapitel 15 55 verbunden. Zudem waren 422 400 DM im Zusammenhang mit der Gründung eines Behördenhauses in Verden in das Kapitel 13 21 umzusetzen. Die Haushaltsansätze für 2001 basieren auf den bereits im Jahr 2000 nach § 50 LHO vorgenommenen Mittelverlagerungen (vgl. Allgemeine Erläuterungen zu Kap. 15 55). Danach verbleiben im Kapitel 15 50 die Ausgaben und Stellen für die allgemeinen Aufgaben der Wasserwirtschaftsverwaltung, für die die Bezirksregierungen (Dezernate 502 – Wasserwirtschaft, Wasserrecht – mit den Außenstellen in Aurich, Brake, Meppen, Cloppenburg, Stade, Verden, Sulingen, Hildesheim und Göttingen) zuständig sind.

Für das bei den Bezirksregierungen tätige Fachpersonal sind hier nur die

- Ausgaben der Obergruppe 42 (Dienstbezüge und dgl.),
 - Ausgaben für die eigentlichen Fachaufgaben (insbesondere Ausgaben der Gruppe 535) sowie die
 - Einnahmen, die mit den Ausgaben zu a) und b) im ursächlichen Zusammenhang stehen,
- veranschlagt.

Zu c) gehören nicht die Einnahmen aus „Verwaltungsgebühren“ (Titel 111 11) und „Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten“ (Titel 112 01).

Alle übrigen Haushaltseinnahmen und -ausgaben sind bei Kap. 03 05 auszubringen (vgl. Allgemeine Erläuterungen zu Kap. 03 05).

Zu 124 01

1. Amts- und Dienstwohnungen	1 800 DM
2. Mietwohnungen und Einzelwohnräume	2 200 DM
3. Dienst- und Werkräume, Hörsäle, Wagenhallen	— DM
4. Pachten und Nutzungsentgelte für unbebaute Liegenschaften	— DM
5. Sonstige Mieten und Pachten	1 000 DM
Zusammen	5 000 DM

Zu 381 02, 381 04 und 381 99

Erstmalige Veranschlagung zweckgebundener Einnahmen. Bisher waren lediglich die Ist-Buchungen entsprechend der jeweiligen Zweckbestimmung bei den als Leertitel geführten Haushaltsstellen vorgenommen worden (vgl. Erläuterungen zu Kapitel 15 52 Titel 981 97 und Kapitel 15 56 Titel 981 01).

Zu Hauptgruppe 4

Weniger infolge der Verlagerung von Mitteln und Stellen des GLD in das Kapitel 15 55 (vgl. die vorstehenden Allgemeinen Erläuterungen). Die Titel 425 03, 426 03, 426 51 und 427 03 sind durch vollständige Verlagerung der Ansätze in das Kapitel 15 55 entfallen.

Zu 422 01, 425 01, und 426 01

Beschäftigungsvolumen:

Das Beschäftigungsvolumen beträgt 243,93 Vollzeiteinheiten (VZE).

	Beschäftigungsvolumen (in VZE ohne Titelgruppen)			Stellen (nachrichtlich)
	gesamt	aus Stellen	aus Mitteln	
Beamte/-innen	96,11	96,11	—	100
Angestellte	146,82	146,82	—	151
Lohnempfänger/-innen	1,00	1,00	—	1
Insgesamt	243,93	243,93	—	252

Personalkostenbudget:

Die Höhe des Personalkostenbudgets beträgt 22 682 200 DM

Personalausgaben nach Obergruppen:

Obergruppe	Bezeichnung	2001 DM
42	Bezüge aus PKB-Titeln	22 682 200
	Bezüge außerhalb von PKB-Titeln	1 135 300
43	Versorgungsbezüge	3 235 600
44	Beihilfen, Unterstützungen	477 400
45	Personalbezogene Sachausgaben	18 400
46	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	628 000
	Globale Minderausgaben für Personalausgaben	0
Summe der Personalausgaben im Kapitel 15 50		28 176 900

Die Bezüge aus PKB-Titeln (Obergruppe 42) beinhalten auch die Zahlung von Lehrzulagen nach dem RdErl. d. MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664) in der jeweils geltenden Fassung an 1 Beamten des höheren Dienstes und 4 Beamte des gehobenen Dienstes, die als Ausbildungsleiter für Referendarinnen und Referendare bzw. für Bauinspektoranwärterinnen und -anwärter eingesetzt sind.

Die Lehrzulagen gelten bis zur Höhe von mtl. 75 DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

1 Beamter mtl.	93,75 DM =	1 125 DM
4 Beamte mtl.	je 62,50 DM =	3 000 DM
Zusammen		4 125 DM
		rd. 4 200 DM

Zu 422 41

1. Anwärterbezüge, Sonderzuwendungen	296 500 DM
2. Aufwandsentschädigungen	— DM
3. Besondere Zulagen	— DM
4. Unterhaltsbeihilfen für Verwaltungs- (Forst-)praktikanten gem. § 25 Abs. 2 NBG	— DM
5. Anwärtersonderzuschläge	76 000 DM
Zusammen	372 500 DM

Weniger infolge Verlagerung von Mitteln zu Kapitel 15 06 Titel 422 41.

Zu 425 41

Mittel teilweise verlagert nach Kapitel 15 06 Titel 425 41.

Auszubildende
Kaufleute für Bürokommunikation 2

Zu 427 02

6 Praktikantenstellen (allg.)	500 DM
Obwohl Vergütungen an Praktikanten nicht gezahlt werden, sind die Mindestbeiträge in der Sozialversicherung zu entrichten.	
2 Praktikantenstellen für Studierende	5 400 DM
Praktikantenvergütung für Praxissemester im Bereich der Wasserwirtschaftsverwaltung, die mit Zustimmung des MF außertariflich gewährt wird (300 DM/Monat im 1. Praxissemester und 600 DM/Monat im 2. Praxissemester).	
Zusammen	5 900 DM

ERLÄUTERUNGEN

Zu 427 31

Die Höhe der veranschlagten Lehrvergütungen an Beamte, Richter und Angestellte des Landes richtet sich nach den auf Grund des Runderlasses des MF vom 25. 3. 1998 (Nds. MBl. S. 664), in der jeweils geltenden Fassung, erlassenen Vorschriften. Davon gelten je Lehrkraft bis zu mtl. 75 DM, höchstens jedoch bis zu jährlich 1 200 DM sämtlicher Einnahmen aus Nebentätigkeiten als steuerfreie Aufwandsentschädigungen i. S. des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG. Dies gilt nicht, wenn die Tätigkeit unter die Steuerbefreiung des § 3 Nr. 26 EStG fällt.

Zu 453 01

1. Trennungsgeld	11 400 DM
2. Umzugskostenvergütungen	6 000 DM
Zusammen	17 400 DM

Zu 453 11

Die Mittel dienen auch zur Erstattung von Fahrkosten an berufsschulpflichtige Auszubildende zum Besuch auswärtiger Berufsschulen.

Zu Hauptgruppe 5 (Einzeltitel):

Weniger infolge der Verlagerung von Mitteln des GLD in die Kapitel 13 21 und 15 55 (vgl. die vorstehenden Allgemeinen Erläuterungen). Die Ansätze wurden unter Berücksichtigung des Umsetzungsbetrages aus 2000 in Höhe von 1 314 400 DM ermittelt. Der Titel 519 03 ist durch vollständige Verlagerung des Ansatzes in das Kapitel 15 55 entfallen.

Zu 512 01

1. Fachbücher, Zeitschriften, Landkarten	18 000 DM
2. Fortsetzungswerke, Loseblatt- und Entscheidungssammlungen	7 000 DM
3. Gesetz- u. a. Verkündungsblätter	4 000 DM
4. Buchbinderkosten	6 000 DM
Zusammen	35 000 DM

Zu 514 01**Bestand an Dienstkraftfahrzeugen (geringer infolge Verlagerung des GLD-Fuhrparks zum Kapitel 15 55)**

	Ist 1.1.2000	Soll 2000	Für 2001 erforderlich
Personenkraftwagen			
Bezirksregierung Weser-Ems/Außenstelle			
Aurich	1	1	1
Brake	1	1	1
Meppen	1	1	1
Zusammen	3	3	3

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1550 Wasserwirtschaftsverwaltung bei den Bezirksregierungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
515 03-9	045	Ausrüstungsgegenstände für den Behördenselbstschutz	—	1.000	—	+1.000	—
516 03-5	610	Dienst- und Schutzkleidungszuschüsse, Kleidergeld und Einkleidungsbeihilfen	—	1.000	70.000	-69.000	7
517 01-5	610	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	9.000	50.000	-41.000	20
517 19-8	610	Reinigungskosten	—	46.000	152.000	-106.000	99
517 59-7	610	Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	—	44.000	177.000	-133.000	100
518 01-1	610	Mieten und Pachten	—	181.500	453.000	-271.500	232
519 02-6	610	Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der betrieblichen Einbauten	—	—	5.000	-5.000	2
525 01-8	610	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	30.000	52.000	-22.000	38
526 01-4	610	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	3.000	7.000	-4.000	1
527 01-0	610	Reisekostenvergütungen	—	90.000	183.000	-93.000	148
527 03-7	610	Reisekostenvergütungen f. Reisen in Perso- nalvertretungsangelegenheiten u. in Vertret- ung der Interessen der Schwerbehinderten	—	6.000	8.000	-2.000	14
535 01-3	610	Unterhaltung der Geräte für Fachaufgaben	—	1.000	2.000	-1.000	1
535 02-1	610	Ersatz und Ergänzung der Geräte für Fachaufgaben	—	2.000	—	+2.000	2
537 01-6	610	Kosten von Behördenumzügen, Verlegungen	—	—	—	—	0
538 01-2	610	Dienstleistungen Außenstehender	—	115.000	130.000	-15.000	99
546 59-7	610	Vermischte Verwaltungsausgaben	—	3.200	6.000	-2.800	5
681 01-0	610	Schadenersatzleistungen und Unfallent- schädigungen	—	1.000	5.000	-4.000	7
811 01-0	610	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	80.000	210.000	-130.000	—
981 10-2	990	Abführung an 13 50 - 381 15 * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 10,0 v.H. der Isteinnahmen bei 111 11.	—	100.000	149.000	-49.000	76
981 11-0	990	Abführung an 13 21 - 381 15	—	—	—	—	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 99		Kosten der Informations- und Kommunika- tionstechnik * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 381 99.	(—)	(440.000)	(897.100)	(-457.100)	(707)
513 99-0	623	Post- und Fernmeldegebühren, Standleitungs- kosten	—	—	5.000	-5.000	1
515 99-3	623	Geräte und Gebrauchsgegenstände	—	22.400	55.000	-32.600	81
518 99-2	623	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—
522 99-0	623	Verbrauchsmittel	—	26.400	65.000	-38.600	28
525 99-9	623	Aus- und Fortbildung	—	42.200	60.000	-17.800	13
535 99-4	623	Geräte für Fachaufgaben	—	66.500	280.000	-213.500	237
538 99-3	623	Dienstleistungen Außenstehender	—	87.500	132.100	-44.600	82
547 99-2	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben	—	—	—	—	1
812 99-8	623	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Aus- rüstungsgegenständen	—	195.000	300.000	-105.000	265
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		206.100	-206.100	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 516 03

Die im Außendienst tätigen Bediensteten erhalten – soweit ihnen das Land nicht unentgeltlich Schutzkleidung zur Verfügung stellt – nach näherer Maßgabe des RdErl. d. MU vom 25. 9. 1998 (Nds. MBl. S. 1317) eine pauschale Aufwandsentschädigung zur Abgeltung von Aufwendungen für die Erstbeschaffung sowie die Reinigung, Unterhaltung und Ersatzbeschaffung von Schutzkleidung.

Die Aufwandsentschädigung ist steuerfrei im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

Zu 518 01

Zuvor in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen sind mit den jeweiligen Mietverhältnissen auf den NLWK übergegangen.

Zu 527 01

Für Reisekosten, Wegstreckenentschädigung für anerkannte private eigene und für private Kraftfahrzeuge sowie Pauschvergütung für Verpflegung und Benutzung privater Fahrzeuge für den Transport von Spezialgeräten.

Die Gewährung der Pauschvergütung richtet sich nach Nr. 4 des RdErl. d. MU vom 25. 9. 1998 (Nds. MBl. S. 1317).

Zu 538 01

Veranschlagt sind die Kosten für Gutachten und Untersuchungen durch Dritte auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft, soweit sie nicht unmittelbar mit dem GLD zum Kapitel 15 55 verlagert wurden.

Zu Hauptgruppe 6

Weniger infolge der Verlagerung von Mitteln des GLD in das Kapitel 15 55 (vgl. die vorstehenden Allgemeinen Erläuterungen). Die Ansätze wurden unter Berücksichtigung des Umsetzungsbetrages aus 2000 in Höhe von 4 400 DM ermittelt.

Zu 811 01

Ersatzbeschaffungen für die Bezirksregierung Weser-Ems/Außenstelle:

a) Aurich:	
1 VW Passat Variant TDI	40 000 DM
b) Meppen:	
1 VW Passat Variant TDI	40 000 DM
Zusammen	80 000 DM

Veranschlagt sind Fahrzeug einschließlich erforderlicher Sonderausstattung, Überführung und Brief.

Zu 981 11

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Zu Titelgruppe 99

In der Titelgruppe sind die Ausgaben für die Informations- und Kommunikationstechnik in den Bezirksregierungen sowie die behördenübergreifend anfallenden IuK-Kosten der Wasserwirtschaftsverwaltung veranschlagt.

Weniger infolge der Verlagerung von Mitteln des GLD in das Kapitel 15 55 (vgl. die vorstehenden Allgemeinen Erläuterungen) in Höhe von 432 100 DM sowie von 25 000 DM in das Kapitel 15 03.

In den Ansätzen sind Mittel enthalten, die aus folgenden Aufkommen finanziert werden:

Wasserentnahmegebühr (vgl. 15 56 – 981 01)	173 000 DM
Abwasserabgabe (vgl. 15 52 – 981 97)	267 000 DM
Zusammen	440 000 DM

538 99

Verkabelungsarbeiten, Weiterentwicklung von Software und Programmen, Wartung der System-Hardware.

812 99

Ergänzung der Ausstattung der Wasserwirtschaftsverwaltung mit EDV 195 000 DM

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1550 Wasserwirtschaftsverwaltung bei den Bezirksregierungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 15 50					
		1 Eigene Einnahmen		1.019.000	1.531.000	–512.000	
		2 Übertragungseinnahmen		—	45.000	–45.000	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		7.076.800	111.800	+6.965.000	
		Summe der Einnahmen		8.095.800	1.687.800	+6.408.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	23.788.700	41.988.500	–18.199.800	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	945.700	2.432.700	–1.487.000	
		6 Übertragungsausgaben	—	1.000	5.000	–4.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	275.000	510.000	–235.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	100.000	149.000	–49.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	25.110.400	45.085.200	–19.974.800	
		Zuschuss		17.014.600	43.397.400	–26.382.800	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		3.235.600	3.826.300		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		28.346.000	48.911.500		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		20.250.200	47.223.700		

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1551 Förderung von wasserwirtschaftlichen Maßnahmen allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 41-2	012	Rückzahlungen aus Zuweisungen des Landes		—	—	—	48
119 42-0	623	Rückzahlungen im Rahmen der GA (Beteiligungsverhältnis 60 : 40) *** Rückzahlungen an den Bund sind durch Ab- setzen von der Einnahme zu verausgaben		—	—	—	—
119 51-0	610	Vermischte Einnahmen		10.000	26.000	–16.000	10
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			100.000	–100.000	
		A U S G A B E N					
652 01-3	623	Zuweisungen an Länder * Gegenseitig deckungsfähig: 652 01 und 685 02. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	—	—	—	—	—
657 05-8	623	Zuweisungen an Unterhaltungsverbände für die Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	4.000.000	3.000.000	+1.000.000	5.099
685 02-7	623	Zuwendungen an das Kuratorium für Wasser- wirtschaft außerhalb der Gemeinschafts- aufgabe * Vgl. D-Vermerk zu 652 01. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	—	48.000	60.000	–12.000	60
685 03-5	623	Zuschüsse an die Genossenschaft der linksemsischen Kanäle in Meppen * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	1.780.000	1.880.000	–100.000	1.620
685 05-1	625	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände (Deichverbände) und Sonstige zu den Deich- erhaltungskosten nach § 8 (3) u. (4) NDG * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	150.000	150.000	—	300
685 06-0	625	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände (Deichverbände) gemäß § 8 Abs. 2 NDG * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	1.750.000	1.750.000	—	1.700
685 08-6	625	Zuweisungen an das Kuratorium für Forschung im Küsteningenieurwesen	—	24.000	19.000	+5.000	19
685 41-8	625	Zuschüsse an die Landwirtschaftskammern für die Bisambekämpfung * Übertragbar.	4.594.400 —	1.148.600	—	+1.148.600	—
893 03-7	623	Zuschüsse für Investitionen an die Genos- senschaft der linksemsischen Kanäle in Meppen * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	220.000	220.000	—	480
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		580.000	–580.000	

ERLÄUTERUNGEN

Zu 631 01 und 632 01

Die bis 2000 im Kapitel 15 51 veranschlagten Titel wurden ab 2001 ins Kapitel 15 52 umgesetzt.

Zu 657 05

Zuweisungen an Unterhaltungsverbände für die Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung gem. § 104 NWG i. d. F. vom 25. 3. 1998 (Nds. GVBl. S. 347), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 21. 1. 1999 (Nds. GVBl. S. 10).

Der Ansatz wird aus dem Aufkommen der Wasserentnahmegebühr finanziert (vgl. Allgem. Erläuterung zu Kapitel 15 56).

Zu 652 01 und 685 02

Die bis zum 31. 12. 2000 über das Kuratorium für Wasserwirtschaft (KfW) als Zuwendung finanzierten gemeinsamen Vorhaben der Länder sollen ab 2001 von einem Bundesland für die anderen Bundesländer im Rahmen des Länderfinanzierungsprogrammes „Wasser und Boden“ abgewickelt werden. Der Anteil des Landes Niedersachsen wird dann aus 15 51 – 652 01 und aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe (15 52 – 652 98) finanziert. Bis zum Haushaltsjahr 2000 erfolgte die Finanzierung aus 15 51 – 685 02 und 15 52 – 685 97. Die Haushaltsmittel werden nach Klärung der Verfahrensabwicklung im Haushaltsjahr 2002 umgesetzt.

Zu 685 03/893 03

Satzungsmäßiger Zweck der Genossenschaft ist u. a. der Betrieb und die Unterhaltung eines s. Z. vom Staat erbauten Kanalnetzes (111 km) in den linksemsischen Hochmooren. Die Einnahmen aus Kanalabgaben, Liegenschaften usw. reichen zur Erfüllung dieser Aufgabe der Genossenschaft nicht aus.

**Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der
Genossenschaft der linksemsischen Kanäle**

	Betrag für 2001 DM	Betrag für 2000 DM	Istergebnis 1999 DM
Ausgaben			
1. Personalausgaben	1 895 000	1 995 000	1 906 500
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	635 000	635 000	653 700
3. Schuldendienst	—	—	—
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	—	—	—
5. Ausgaben für Investitionen	220 000	220 000	1 162 500
6. Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	—
Zusammen	2 750 000	2 850 000	3 722 700
Einnahmen			
Eigene Einnahmen einschl. Vorsteuererstattungen	750 000	750 000	1 623 200
Mithin Fehlbetrag	2 000 000	2 100 000	2 099 500

Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch Mittel des Landes.

Zu 685 05

Veranschlagt sind Mittel für Zuwendungen in Härtefällen gemäß § 8 Abs. 3 und 4 des Niedersächsischen Deichgesetzes (NDG) vom 1. 3. 1963 (Nds. GVBl. S. 81), in der geltenden Fassung, zu den Deicherhaltungskosten der Wasser- und Bodenverbände (Deichverbände) sowie der Sonstigen.

Der Ansatz wird aus dem Aufkommen der Wasserentnahmegebühr finanziert (vgl. Allgem. Erläuterung zu Kapitel 15 56).

Zu 685 06

Veranschlagt sind Mittel in der Höhe, in der voraussichtlich gemäß § 8 Abs. 2 des Niedersächsischen Deichgesetzes (NDG) vom 1. 3. 1963 (Nds. GVBl. S. 81) in der geltenden Fassung Zuschüsse zur Erhaltung der Schutzwerke im Deichvorland oder im Watt zu leisten sind.

Der Ansatz wird aus dem Aufkommen der Wasserentnahmegebühr finanziert (vgl. Allgem. Erläuterung zu Kapitel 15 56).

Zu 685 08

Nach dem Verwaltungsabkommen zwischen dem Bund und den Küstenländern von 1973 arbeiten die Vertragspartner in der Küstenforschung zusammen, um die Naturvorgänge an den Küsten und im Küstenvorfeld zu erkennen und möglichst weitgehend zu beherrschen.

Sie haben dazu das Kuratorium für Forschung im Küstengemeinwesen eingesetzt, das die Art und Durchführung des Sachprogramms koordiniert.

Die Kosten des Kuratoriums werden vom Bund (überwiegend) und von den Küstenländern getragen.

Zu 685 41

Entsprechend der Entschließung des Landtages vom 11. 11. 1999 sind die landesweiten Aufgaben der Organisation und Koordinierung der Bisambekämpfung sowie die Schulung der Bisambekämpfer in Verbindung mit der Ausstellung von Fängerlizenzen und der notwendigen Überwachung weiterhin vom Land wahrzunehmen. Die Durchführung der Bisambekämpfung ist mit RdErl. vom 9. 12. 1999 (Nds. MBl. S. 813) geregelt worden. Die Landwirtschaftskammern werden im Rahmen einer entsprechenden vertraglichen Regelung mit der Durchführung der verbliebenen Aufgaben zur Bisambekämpfung betraut.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2002	—	—	1 148 600	1 148 600
2003	—	—	1 148 600	1 148 600
2004	—	—	1 148 600	1 148 600
2005	—	—	1 148 600	1 148 600
Summe	—	—	4 594 400	4 594 400

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1551 Förderung von wasserwirtschaftlichen Maßnahmen allgemein

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 15 51					
		1 Eigene Einnahmen		10.000	26.000	–16.000	
		2 Übertragungseinnahmen		—	100.000	–100.000	
		Summe der Einnahmen		10.000	126.000	–116.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	—	95.000	–95.000	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	5.000	–5.000	
		6 Übertragungsausgaben	4.594.400	8.900.600	7.339.000	+1.561.600	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	220.000	220.000	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	4.594.400	9.120.600	7.659.000	+1.461.600	
		Zuschuss	—	9.110.600	7.533.000	+1.577.600	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1552 Gewässerschutz und -überwachung; Abwasserbehandlung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
099 97-0	623	Abwasserabgabe * Vgl. K-Vermerk zu 631 01.		70.000.000	72.580.000	–2.580.000	42.256
119 42-4	623	Rückzahlungen im Rahmen der GA (Beteiligungsverhältnis 60 : 40)		—	—	—	125
119 51-3	610	Vermischte Einnahmen		300.000	250.000	+50.000	344
119 63-7	623	Beiträge Dritter für Untersuchungen und wasserwirtschaftliche Rahmenplanung * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 63.		200.000	620.000	–420.000	1.558
256 97-9	623	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte * Vgl. K-Vermerk zu 631 01.		—	—	—	—
281 84-1	330	Erstattungen für die Bekämpfung von Öl- und chemischen Verunreinigungen im Küstengebiet * Vgl. K-Vermerk zu 631 01.		—	—	—	—
331 69-5 (GA)	623	Zuweisungen des Bundes für die Abwasserbe- handlung * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 69.		—	—	—	571
Titelgruppe(n)							
TGr. 82		Sonderstelle der Küstenländer für die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen		(587.100)	(346.900)	(+240.200)	(522)
232 82-4	610	Erstattungen für die Unterhaltung der Sonderstelle		375.700	346.900	+28.800	333
281 82-5	610	Erstattungen für Maßnahmen der Sonderstelle * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82.		—	—	—	—
381 82-0	990	Zuführung von 15 52 - 981 97		211.400	—	+211.400	189
A U S G A B E N							
631 01-0	330	Erstattung der Kosten für die Geschäfts- stelle der Gütestelle Nord- und Ostsee * Übertragbar. Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 099 97, 256 97 und 281 84. Gegenseitig deckungsfähig: 1552 - 631 01, 1552 - 632 01, 1552 - 429 64, 1552 - 459 64, 1552 - 538 64, 1552 - 547 64, 1552 - 812 64, 1552 - 538 84, 1552 - 631 84, 1552 - 632 84, 1552 - 881 84, 1552 - 882 84, 1552 - 631 85, 1552 - 642 85, 1552 - 672 85, 1552 - 429 86, 1552 - 459 86, 1552 - 657 86, 1552 - 681 86, 1552 - 761 86, 1552 - 821 86, 1552 - 883 86, 1552 - 893 86, 1552 - 429 97, 1552 - 538 97, 1552 - 547 97, 1552 - 643 97, 1552 - 653 97, 1552 - 653 98, 1552 - 672 97, 1552 - 685 97, 1552 - 685 98, 1552 - 761 97, 1552 - 883 97, 1552 - 887 97, 1552 - 891 97, 1552 - 892 97, 1552 - 981 97 und 1555 - 682 02.	—	40.000	40.000	—	20
632 01-6	330	Erstattung der Kosten für die Überwachung der Reinhaltung von Gewässern * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	405.000	440.000	–35.000	360
Titelgruppe(n)							
TGr. 63		Untersuchungen und wasserwirtschaftliche Rahmenplanung aus Einnahmen Dritter * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur ge-	(—)	(200.000)	(620.000)	(–420.000)	(1.022)

ERLÄUTERUNGEN

Zu 099 97

Nach dem Abwasserabgabengesetz des Bundes i. d. Neufassung vom 3. 11. 1994 (BGBl. I S. 3370) zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 25. 8. 1998 (BGBl. S. 2455) und dem Niedersächsischen Ausführungsgesetz zum Abwasserabgabengesetz i. d. F. vom 24. 3. 1989 (Nds. GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. 6. 1992 (Nds. GVBl. S. 183), voraussichtlich zu erwartendes Aufkommen.

Ab dem Haushaltsjahr 2001 sind neben der Ausgabetitelgruppe 97/98 folgende Zweckbestimmungen in den Deckungskreis der Ausgaben einbezogen worden, die aus den Einnahmen der Abwasserabgabe finanziert werden:

– Gütestelle Nord- und Ostsee (15 52 – 631 01)	40 000 DM
– Erstattung der Kosten für die ARGE ELBE (15 52 – 632 01)	405 000 DM
– Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (15 52 – TGr. 64)	2 000 000 DM
– Ölunfallbekämpfung (15 52 – TGr. 84)	4 970 000 DM
– Marpol und Bilgenentölung (15 52 – TGr. 85)	2 239 600 DM
– Naturnahe Gewässergestaltung/ Gewässerrandstreifen (15 52 – TGr. 86)	4 300 000 DM
– Gewässerkundlicher Landesdienst beim NLWK (15 55 – 682 02)	3 000 000 DM
Zusammen	16 954 600 DM
– Verwendung der Abwasserabgabe (15 52 – TGr. 97/98)	53 045 400 DM

Summe Deckungskreis Abwasserabgabe 70 000 000 DM

Aus technischen Gründen ist der gesamte Deckungsvermerk bei Titel 631 01 ausgebracht.

Zu 232 82

Die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern erstatten 64 v. H. der entstandenen Aufwendungen.

Vgl. Erläuterung zu Ausgabe-Titelgruppe 82.

Zu 631 01

Der Bund und die Küstenländer haben ein Verwaltungsabkommen über die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zur Überwachung der Nord- und Ostsee abgeschlossen. Zweck der Arbeitsgemeinschaft ist die Einrichtung eines übergreifenden Bund/Länder-Messprogramms zur Überwachung der Nord- und Ostsee im Bereich des deutschen Festlandssockels und in Bereichen, in denen Deutschland auf Grund internationaler Regelungen zur Überwachung verpflichtet ist. Zur Durchführung dieser Aufgaben ist die Gütestelle Nord- und Ostsee beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrologie in Hamburg eingerichtet worden.

Die Kosten der Geschäftsstelle werden auf rd. 1 Mio. DM geschätzt. Sie werden zu 50 % vom Bund und zu 50 % von den Küstenländern finanziert. Der Anteil Niedersachsens beträgt 40 000 DM und wird aus der Abwasserabgabe bereitgestellt.

Zu 632 01

Die Reinhaltung der Bundeswasserstraßen obliegt den Anliegerländern. Die in diesem Rahmen erforderliche Güteüberwachung muss bei Wasserstraßen, die mehrere Länder durchfließen, nach einheitlichen Gesichtspunkten ausgerichtet sein. Zur Gewährleistung einer einheitlichen Güteüberwachung der Elbe ist in einer Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg über die Bildung der Länderarbeitsgemeinschaft Elbe (ARGE Elbe), die am 1. 7. 1993 in Kraft trat, u. a. geregelt, dass diese Länder die Aufwendungen der gemeinsamen Überwachungsstelle mit Sitz in Hamburg tragen.

Veranschlagt ist der voraussichtlich auf Niedersachsen entfallende Kostenanteil. Die Finanzierung erfolgt aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe.

Zu Titelgruppe 63

Die Titelgruppe 63 ist der Abwicklung von Arbeiten der Bezirksregierungen im Auftrage Dritter vorbehalten.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1552 Gewässerschutz und -überwachung; Abwasserbehandlung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch TGr. 63		<i>leistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 119 63.</i>					
429 63-6	623	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	20.000	70.000	-50.000	194
459 63-2	623	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	1.000	1.000	—	—
547 63-9	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	179.000	549.000	-370.000	508
811 63-8	623	Erwerb von Kraftfahrzeugen	—	—	—	—	75
812 63-4	623	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausstattungsgegenständen	—	—	—	—	245
TGr. 64		Umsetzung der EU - Wasserrahmenrichtlinie * Übertragbar.	(—)	(2.000.000)	(2.000.000)	(—)	(25)
429 64-4	623	Nicht aufteilbare Personalausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	500.000	500.000	—	—
459 64-0	623	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	—	—	—	—
538 64-8	623	Dienstleistungen Außenstehender * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	1.500.000	1.500.000	—	25
547 64-7	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	—	—	—	—
812 64-2	623	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausstattungsgegenständen * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	—	—	—	—
TGr. 69		Förderung der Abwasserbehandlung * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Isteinnahmen bei 331 69. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	(—)	(—)	(—)	(—)	(952)
883 69-8 (GA)	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	413
887 69-3 (GA)	623	Zuweisungen an Wasser- und Bodenverbände	—	—	—	—	539
TGr. 82		Sonderstelle der Küstenländer für die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen * Übertragbar. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 281 82.	(—)	(587.100)	(542.000)	(+45.100)	(534)
425 82-7	610	Vergütungen der Angestellten	—	339.600	307.000	+32.600	332
459 82-9	610	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben	—	1.500	1.000	+500	—
547 82-5	610	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	96.000	84.000	+12.000	58
981 82-7	990	Abführung an 15 50 - 381 05 und 13 50 - 381 15	—	150.000	150.000	—	144
TGr. 84		Bekämpfung von Öl- und chemischen Verunreinigungen * Übertragbar.	(—)	(4.970.000)	(5.750.000)	(-780.000)	(6.619)
538 84-2	330	Dienstleistungen Außenstehender * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	—	—	—	42
631 84-2	330	Erstattungen an den Bund * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	1.430.000	1.440.000	-10.000	4.117

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 64

Ausgaben zur Umsetzung der von der EU zu beschließenden EU-Wasserrichtlinie.

Es handelt sich um neue Aufgaben:

- Erfassen und Auswerten von zusätzlichen Gewässergütedaten
- Erstellung von Bewirtschaftungsplänen für Grund- und Oberflächengewässer
- Dokumentation der Gewässergütedaten.

Im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben sind insbesondere auch Ausgaben für die Beschaffung spezieller Soft- und Hardware für die Dokumentation (Pläne) enthalten.

Die Finanzierung erfolgt aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe.

538 64

Für die Durchführung eines niederländisch-deutschen Projekts zur Entwicklung eines gemeinsamen Gewässergütesystems.

Zu Titelgruppe 69

Gemeinschaftsaufgabe.

Die Finanzierung von Maßnahmen zur Abwasserbehandlung ist z. Z. ausgesetzt.

Zu Titelgruppe 82

Zur Wahrnehmung zentraler Aufgaben, die den Küstenländern auf Grund einer Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Küstenländern über die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen und der zwischen den Partnern vereinbarten Aufgabenverteilung obliegen, wurde die „Sonderstelle der Küstenländer zur Bekämpfung von Meeresverschmutzungen“ (SLM) errichtet. Der Vorsitz wird von Niedersachsen geführt. Die Kosten werden anteilig von den Küstenländern getragen (vgl. 232 82). Der nieders. Anteil beträgt z. Z. 36 v. H. der Gesamtkosten (vgl. 381 82) und wird aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe finanziert.

Es sind veranschlagt:

	Für das Haushaltsjahr 2000 waren durchschnittlich erforderlich	Für das Haushaltsjahr 2001 sind

Angestellte

Technischer Dienst		
Verg.-Gr. III	1	1
Verg.-Gr. IV b	1	1
Verg.-Gr. V b	1	1
Schreib- und Fernschreibdienst		
Verg.-Gr. IX b – VII	1	1
Zusammen	4	4

981 82

Abführung der Personalkosten/des Versorgungszuschlages für den beamteten Leiter der SLM. Die Planstelle A 15 ist im Kapitel 15 50 veranschlagt.

Abführung an:

13 50 – 381 15	38 200 DM
15 50 – 381 05	111 800 DM
Zusammen	150 000 DM

Die Abführungen werden auf der Basis der tatsächlich entstandenen Besoldung ermittelt und abgerechnet.

Zu Titelgruppe 84

Der Bund und die 5 Küstenländer haben sich durch ein Verwaltungsabkommen zu einem gemeinsamen Vorgehen bei der Bekämpfung von Meeresverschmutzungen im Küstengebiet verpflichtet.

Der nieders. Anteil beträgt 18 v. H. der Ausgaben für die gemeinsam mit dem Bund und den 5 Bundesländern finanzierten Geräte.

Neue Beschaffungen nach dem Systemkonzept 1994 finanzieren der Bund und die 5 Küstenländer jeweils für ihren Zuständigkeitsbereich. Der nieders. Anteil beträgt in diesem Fall 36 v. H. der Aufwendungen.

Die Finanzierung erfolgt aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe.

631 84

Veranschlagt ist der auf Niedersachsen entfallende Anteil an den laufenden Kosten und den Ausgaben für sonstige Maßnahmen, die keine Investitionen darstellen.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1552 Gewässerschutz und -überwachung; Abwasserbehandlung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
632 84-9	330	Erstattungen an Länder * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	600.000	700.000	–100.000	286
881 84-9	330	Anteil des Landes an den Investitionen * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	60.000	310.000	–250.000	249
882 84-5	330	Anteil des Landes an den Investitionen (Beschaffungsprogramm der Länder) * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	2.880.000	3.300.000	–420.000	1.925
TGr. 85		Schiffsentsorgung von Öl und ölhaltigen Rückständen * Übertragbar.	(—)	(2.239.600)	(2.421.000)	(–181.400)	(1.566)
631 85-0	330	Erstattungen an Länder * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	16.000	16.000	—	—
642 85-2	330	Erstattung der Kosten für die Bilgenent- ölung * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	500.000	500.000	—	347
672 85-9	330	Erstattungen an private Schiffsentsorgungs- unternehmen * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	1.723.600	1.905.000	–181.400	1.219
TGr. 86		Förderung der naturnahen Gewässerge- staltung/ Gewässerrandstreifen * Übertragbar.	(2.500.000) (1.500.000)	(4.300.000)	(4.300.000)	(—)	(1.774)
429 86-5	623	Nicht aufteilbare Personalausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	2.500.000 1.500.000	—	—	—	—
459 86-1	623	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	—	—	—	—
657 86-8	623	Zuweisungen an Wasser- und Bodenverbände für erhöhten Pflegeaufwand in Gewässer- randstreifen * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	80.000	380.000	–300.000	—
681 86-6	623	Entschädigung aufgrund von Anordnungen nach § 91a Abs.4 NWG * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	200.000	1.360.000	–1.160.000	—
761 86-0	623	Landeseigene Tiefbauten * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	50.000	200.000	–150.000	97
821 86-2	623	Erwerb von Grundstücken * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	—	—	—	—
883 86-8	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV) * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	2.910.000	1.000.000	+1.910.000	229
893 86-3	623	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	1.060.000	1.360.000	–300.000	1.448
TGr. 97/98		Verwendung der Abwasserabgabe * Übertragbar.	(840.000) (—)	(53.045.400)	(49.106.800)	(+3.938.600)	(56.206)
429 97-0	623	Nicht aufteilbare Personalausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	840.000 —	50.000	500.000	–450.000	48
538 97-4	623	Unternehmerleistungen * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	700.000	755.000	–55.000	—
547 97-3	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	—	—	—	—
643 97-2	623	Erstattungen an Gemeinden(GV) gemäß § 10 Abs. 3 Abwasserabgabengesetz * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	22.000.000	22.000.000	—	5.194
653 97-8	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV) zur Abgeltung des Verwaltungsaufwands * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	1.000.000	1.000.000	—	471
653 98-6	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für For- schungsaufträge u.ä. * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	—	—	—	222
672 97-2	623	Erstattungen an Sonstige gemäß § 10 Abs. 3 Abwasserabgabengesetz * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	5.000.000	6.224.000	–1.224.000	2.272

ERLÄUTERUNGEN

882 84

Anteil Niedersachsens an dem Beschaffungsprogramm 2001.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	1 440 000	—	—	1 440 000
2002	1 370 000	—	—	1 370 000
Summe	2 810 000	—	—	2 810 000

Zu Titelgruppe 85

Die Ausgaben der Titelgruppe werden aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe finanziert.

631 85

Auf Grund eines internationalen Übereinkommens zur Abfallsorgung der Binnenschifffahrt wird die bundesweite Sammlung der Altöle und ölhaltigen Abwässer (Bilgenöle) durch eine „innerstaatliche Institution“ veranlasst. Diese Institution richtet das Land Nordrhein-Westfalen ein.

Veranschlagt ist der auf das Land Niedersachsen entfallende Kostenanteil.

642 85

Soweit die Kosten des Sammeldienstes für das auf den Binnenschiffen anfallende Altöl und die ölhaltigen Abwässer nicht durch den Verkauf des gesammelten Altöls gedeckt werden können, sollen sie zwischen den Anliegerländern umgelegt werden.

Veranschlagt ist der auf Niedersachsen entfallende Kostenanteil.

672 85

Mit dem Angebot zur unentgeltlichen Schiffsentsorgung in den nds. Seehäfen wird zur Reinhaltung der Nordsee das Ziel verfolgt, dass ölhaltige Rückstände aus dem Schiffsbetrieb in dafür geeigneten Anlagen an Land entsorgt werden.

Zu Titelgruppe 86

In der Vergangenheit sind zahlreiche Gewässer fast ausschließlich unter Nutz- und Sicherheits Gesichtspunkten ausgebaut worden. Eine Folge der landw. Entwässerung war u. a., dass intensiv genutzte landw. Flächen bis an die Gewässerränder ausgedehnt wurden. Dadurch verloren die Gewässer ihre natürliche Dynamik und biologische Wirksamkeit. Durch Maßnahmen der naturnahen Gewässergestaltung wie die Bepflanzung mit Gehölzen, Böschungsabflachungen, Randstreifen, Beseitigung biologischer Sperren (Wehre, Abstürze) soll dieser Entwicklung entgegengewirkt werden.

Besonders bedeutsam für den Gewässerschutz ist die Renaturierung zu einem biologisch und ökologisch funktionsfähigen Gewässernetz nach den Vorgaben des niedersächsischen Fließgewässerschutzprogramms.

Für Entschädigungen auf Grund von Anordnungen nach § 91 a Abs. 4 NWG ist ein Betrag von 0,2 Mio. DM eingeplant.

Die Ausgaben der Titelgruppe werden aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe finanziert.

Die bei Titel 429 86 veranschlagte Verpflichtungsermächtigung ist vorgesehen für:

Titel

893 86 2 500 000 DM

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte und die 2000 üpl. bewilligte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
883 86				
2001	—	2 896 000	—	2 896 000
2002	—	1 104 000	—	1 104 000
Summe	—	4 000 000	—	4 000 000
893 86				
2001	—	1 000 000	—	1 000 000
2002	—	—	1 341 000	1 341 000
2003	—	—	1 159 000	1 159 000
Summe	—	1 000 000	2 500 000	3 500 000

Zu Titelgruppe 97/98

Aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe werden Maßnahmen finanziert, die der Erhaltung oder Verbesserung der Gewässergüte dienen.

538 97

Untersuchungen zur Verbesserung der Gewässergüte mit folgenden Themenschwerpunkten:

- Nährstoffbilanzierung niedersächsischer Gewässer
- Langfristige Sanierung der Gewässergüte belasteter Gewässer
- Verwertung von Klärschlamm und Nutzung seiner Nährstoffe durch Schadstoffminimierung.

643 97

Erstattungen an Gemeinden (GV) infolge Verrechnung von geschuldeter Abwasserabgabe mit Aufwendungen für die Errichtung oder Erweiterung von Abwasserbehandlungsanlagen gem. § 10 Abs. 3 AbwAG.

652 98

Zur Finanzierung des Länderfinanzierungsprogrammes Wasser und Boden siehe Erläuterungen zu 15 51 – 652 01 und 685 02.

653 97

Die kommunalen Körperschaften erhalten pauschale Zuweisungen zur Deckung des Verwaltungsaufwandes, der ihnen durch den Vollzug des Abwasserabgabengesetzes und des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes entsteht.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1552 Gewässerschutz und -überwachung; Abwasserbehandlung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
685 97-7	623	Zuschüsse zur Aus- und Fortbildung gem. § 13 AbwAG u. Zuw. an d. Kuratorium für Wasserwirtschaft * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	—	1.500.000	1.300.000	+200.000	1.249
685 98-5	623	Zuschüsse an Sonstige * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	497.200	217.000	+280.200	46
761 97-5	623	Landeseigene Tiefbaumaßnahmen * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	—	—	—	—
883 97-3	623	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV) * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	12.142.400	11.100.000	+1.042.400	22.628
887 97-9	623	Zuweisungen für Investitionen an Wasser- und Bodenverbände * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	7.000.000	6.010.800	+989.200	2.500
891 97-6	623	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	—	—	—	—
892 97-2	623	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	—	—	—	1.832
981 97-5	990	Abführungen an andere Kapitel des Einzel- planes 15 * Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01.	—	3.155.800	—	+3.155.800	19.744
Abschluss Kapitel 15 52							
0 Steuern und steuerähnliche Abgaben				70.000.000	72.580.000	-2.580.000	
1 Eigene Einnahmen				500.000	870.000	-370.000	
2 Übertragungseinnahmen				375.700	346.900	+28.800	
3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen				211.400	—	+211.400	
Summe der Einnahmen				71.087.100	73.796.900	-2.709.800	
4 Persönliche Verwaltungsausgaben			3.340.000	912.100	1.379.000	-466.900	
5 Sächliche Verwaltungsausgaben			1.500.000	—	—	—	
6 Übertragungsausgaben			—	2.475.000	2.888.000	-413.000	
7 Bauausgaben			—	34.991.800	37.042.000	-2.050.200	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	50.000	200.000	-150.000	
9 Besondere Finanzierungsausgaben			—	26.052.400	23.080.800	+2.971.600	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			3.340.000 1.500.000	67.787.100	64.739.800	+3.047.300	
Überschuss				3.300.000	9.057.100	-5.757.100	

ERLÄUTERUNGEN

685 98

Zuschüsse an das Deutsche Institut für Bautechnik für die Erteilung von Prüfzeichen und Bauartzulassungen von Abwasserbehandlungsanlagen und Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und für die Durchführung einer Abwasser-Info-Börse durch die Umwelt Aktion Niedersachsen (U.A.N.). (VE 2001).

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	217 200	—	—	217 200
2002	217 200	—	280 000	497 200
2003	217 200	—	280 000	497 200
2004	217 200	—	280 000	497 200
2005ff.	606 400	—	—	606 400
Summe	1 475 200	—	840 000	2 315 200

887 97

Belastung

des Haus- halts- jahres	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	35 000	—	—	35 000

981 97

Abführungen für (an):

– den Verwaltungsaufwand Land (15 50 – 381 04)	2 500 000 DM
– zur Abwasserabgabe – / Einleiterüberwachung durch EDV (15 50 – 381 99)	267 000 DM
– die Wassergütestelle Weser (15 03 – 381 68)	177 400 DM
– die Sonderstelle zur Bekämpfung von Meeresverschmutzungen (15 52 – 381 82)	211 400 DM

Zusammen 3 155 800 DM

Der Verwaltungsaufwand für das Land wird nach dem tatsächlichen Aufwand zum Ende des Haushaltsjahres ermittelt und entsprechend abgeführt.

Abweichend vom bisherigen Verfahren wird bei den Ab- und Zuführungstiteln, die bisher lediglich dem Nachweis von Ist-Buchungen dienten, innerhalb des Einzelplans ein Ansatz ausgebracht.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1554 Küsten- und Hochwasserschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
119 41-3	012	Rückzahlungen aus Zuwendungen des Landes		—	—	—	—
119 42-1	623	Rückzahlungen im Rahmen der GA (Beteiligungsverhältnis 60 : 40) ***Rückzahlungen an den Bund sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben		1.000	35.000	–34.000	0
119 43-0	625	Rückzahlungen im Rahmen der GA (Beteili- gungsverhältnis 70 : 30) ***Rückzahlungen an den Bund sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben		20.000	—	+20.000	20
119 51-0	610	Vermischte Einnahmen		90.000	110.000	–20.000	76
331 81-1 (GA)	625	Zuweisungen des Bundes für den Küsten- schutz * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 81.		63.918.400	64.818.600	–900.200	62.199
331 82-0 (GA)	625	Zuweisungen des Bundes für den Bau eines Emssperrwerkes * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82.		25.060.000	29.470.000	–4.410.000	26.110
331 83-8	625	Zuweisungen des Bundes für den Bau eines Emssperrwerkes (außerhalb der GA)		19.500.000	19.500.000	—	10.000
381 01-0	990	Zuführung von 15 56 - 981 03		9.594.800	—	+9.594.800	22.677
381 02-9	990	Zuführung von 15 52 - 981 97		—	—	—	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Zuweisungen des Bundes zur Förderung des Hochwasserschutzes im Binnenland		(17.090.100)	(12.680.100)	(+4.410.000)	(16.369)
251 61-3 (GA)	623	Sonstige Zuweisungen vom Bund * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		—	—	—	—
331 61-7 (GA)	623	Zuweisungen für Investitionen vom Bund * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 61.		17.090.100	12.680.100	+4.410.000	16.369
TGr. 67		Förderung der Arbeitsbeschaffung auf dem Gebiet des Küstenschutzes		(3.300.000)	(3.300.000)	(—)	(1.115)
322 67-7	928	Schuldenaufnahme von der BfA * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67. ***Die Beschaffung und Bewirtschaftung al- ler Kredite obliegt dem MF. Die Jahres- kreditermächtigung wird davon nicht be- rührt.		1.500.000	1.500.000	—	20
336 67-8	625	Zuweisungen der BfA * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.		1.800.000	1.800.000	—	1.094
A U S G A B E N							
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Förderung des Hochwasserschutzes im Binnenland * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 166,67 v.H. der Isteinnahmen bei 251 61 und 331 61.	(17.500.000) (15.300.000)	(28.483.400)	(21.133.400)	(+7.350.000)	(27.281)
685 61-3 (GA)	623	Zuw. an d. Kuratorium f. Wasserwirtschaft	17.500.000 15.300.000	—	—	—	—
761 61-1 (GA)	623	Tiefbaumaßnahmen ***Das MU darf zulassen, daß die zur Durch- führung der einzelnen Baumaßnahmen nach dem Baufortschritt erforderlichen Aus- gaben bis zur Höhe der in der Titelgrup- pe 61 veranschlagten Ausgaben geleistet werden. Dies darf in keinem Fall dazu führen, daß von den in den Einzelbauvorhaben gemäß § 24 LHO zugrunde liegenden Plä- nen und Kostenberechnungen sowie von den festgestellten Gesamtkosten der einzel-	—	9.483.000	14.200.000	–4.717.000	5.085

ERLÄUTERUNGEN

Zur Gemeinschaftsaufgabe:

Soweit die Zweckbestimmungen nachstehend als Gemeinschaftsaufgabe erläutert sind, handelt es sich um Ausgaben des **29. Rahmenplans (2001)** nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GemAgrG) vom 3. September 1969 (BGBl. I S. 1573), geändert durch Gesetz vom 8. August 1997 (BGBl. I S. 2027).

Zu 331 81, 331 82, 251 61 und 331 61

Gemeinschaftsaufgabe (GA), Zuweisungen des Bundes.

Zu Titelgruppe 61

Gemeinschaftsaufgabe.

Es werden Zuwendungen gewährt zur Fortführung begonnener Maßnahmen (Hochwasserschutz).

Die landeseigenen Tiefbaumaßnahmen (s. hierzu auch den Einzelnachweis) wickelt der NLWK auf der Basis seines Wirtschaftsplans ab (s. Kapitel 15 55).

Die bei Titel 685 61 veranschlagte Verpflichtungsermächtigung gliedert sich wie folgt auf

Titel

761 61	5 500 000 DM
893 61	12 000 000 DM

Summe	17 500 000 DM

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM

761 61

2001	8 000 000	1 069 000	—	9 069 000
2002	4 800 000	1 000 000	1 500 000	7 300 000
2003	—	—	3 000 000	3 000 000
2004	—	—	1 000 000	1 000 000

Summe	12 800 000	2 069 000	5 500 000	20 369 000

893 61

2001	2 000 000	5 931 000	—	7 931 000
2002	—	5 500 000	4 500 000	10 000 000
2003	—	1 800 000	5 000 000	6 800 000
2004	—	—	2 500 000	2 500 000

Summe	2 000 000	13 231 000	12 000 000	27 231 000

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1554 Küsten- und Hochwasserschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch 761 61-1		<i>nen Maßnahmen abgewichen wird. Bei diesen Maßnahmen entfällt die Vorlage der Unterlagen gem. § 24 Abs. 3 LHO, wenn sie im Einzelnachweis dargestellt werden. Das MU darf im Bedarfsfall mit Einwilligung des MF im Rahmen der hier insgesamt veranschlagten Ausgaben zusätzlich nicht veranschlagte Tiefbaumaßnahmen finanzieren.</i>					
821 61-4 (GA)	623	Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	554
883 61-0 (GA)	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	—	—	—	—	795
893 61-5 (GA)	623	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige	—	19.000.400	6.933.400	+12.067.000	20.848
TGr. 67		Verstärkte Förderung der Arbeitsbeschaffung auf dem Gebiet des Küstenschutzes aus Darlehen und Zuweisungen der BfA * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 322 67 und 336 67.	(—)	(3.300.000)	(3.300.000)	(—)	(1.358)
427 67-3	610	Vergütungen für Personal von AB-Maßnahmen	—	2.700.000	2.700.000	—	1.290
527 67-8	610	Reisekosten gemäß Nr. 13 der SR 2b MTL II	—	50.000	50.000	—	73
547 67-9	610	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	550.000	550.000	—	–4
671 67-1	623	Erstattung an den NLWK	—	—	—	—	—
TGr. 81		Wasserwirtschaftliche Maßnahmen des Küstenschutzes * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 142,86 v.H. der Isteinnahmen bei 331 81.	(80.000.000) (80.000.000)	(91.312.000)	(92.598.000)	(–1.286.000)	(88.855)
761 81-6 (GA)	625	Landeseigene Tiefbaumaßnahmen ***Das MU darf zulassen, daß die zur Durchführung der einzelnen Baumaßnahmen nach dem Baufortschritt erforderlichen Ausgaben bis zur Höhe der in der Titelgruppe 81 veranschlagten Ausgaben geleistet werden. Dies darf in keinem Fall dazu führen, daß von den in den Einzelbauvorhaben gemäß § 24 LHO zugrunde liegenden Plänen und Kostenberechnungen sowie von den festgestellten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen abgewichen wird. Bei diesen Maßnahmen entfällt die Vorlage der Unterlagen gem. § 24 Abs. 3 LHO, wenn sie im Einzelnachweis dargestellt werden. Das MU darf im Bedarfsfall mit Einwilligung des MF im Rahmen der hier insgesamt veranschlagten Ausgaben zusätzlich nicht veranschlagte Tiefbaumaßnahmen finanzieren.	80.000.000 80.000.000	27.600.000	27.400.000	+200.000	31.768
893 81-0 (GA)	625	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige	—	63.712.000	65.198.000	–1.486.000	57.087
TGr. 82		Bau eines Emssperrwerkes * Übertragbar. Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zu 142,86 v.H. der Isteinnahmen bei 331 82. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. ***Das MU darf zulassen, daß die zur Durchführung der Baumaßnahme nach dem Bau-	(—)	(35.800.000)	(42.100.000)	(–6.300.000)	(37.300)

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 67

Veranschlagt sind Darlehen und Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit, die zur verstärkten Förderung der Arbeitsbeschaffung auf dem Gebiet des Küstenschutzes für Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden, die das Land als Träger durchführt.

Zu Titelgruppe 81

Gemeinschaftsaufgabe.

Die landeseigenen Tiefbaumaßnahmen (s. hierzu auch den Einzelnachweis) wickelt der NLWK auf der Basis seines Wirtschaftsplans ab (s. Kapitel 15 55).

Soweit es sich nicht um landeseigene Bauvorhaben handelt, sind hauptsächlich Wasser- und Bodenverbände (Deich- und Sielachten) Träger der Maßnahmen. Da diese die Arbeiten nicht aus eigener Kraft ausführen können, sind Zuschüsse des Landes erforderlich.

Die Gesamtbelastung der folgenden Haushaltsjahre ergibt sich aus den nachstehenden Übersichten.

Die bei Titel 761 81 veranschlagte Verpflichtungsermächtigung gliedert sich wie folgt:

Titel	
761 81	22 000 000 DM
893 81	58 000 000 DM
Summe	80 000 000 DM

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
761 81				
2001	14 500 000	8 000 000	—	22 500 000
2002	5 000 000	8 000 000	10 000 000	23 000 000
2003	—	3 000 000	10 000 000	13 000 000
2004	—	—	2 000 000	2 000 000
Summe	19 500 000	19 000 000	22 000 000	60 500 000
893 81				
2001	15 500 000	22 000 000	—	37 500 000
2002	5 000 000	12 000 000	30 000 000	47 000 000
2003	—	7 000 000	25 000 000	32 000 000
2004	—	—	3 000 000	3 000 000
Summe	20 500 000	41 000 000	58 000 000	119 500 000

Zu Titelgruppe 82 und 83

Der Bau eines Emssperrwerkes bei Gandersum mit Staufunktion ist zur Verbesserung des Küstenschutzes und zur Stärkung des Wirtschaftsraumes an der Ems vordringlich. Die Gesamtkosten für diese Maßnahme betragen voraussichtlich 373 Mio. DM nach Fortschreibung im Jahre 2000. Für die Vorplanungen sind 8,0 Mio. DM (Bund 4,0 Mio. DM/Land 4,0 Mio. DM) eingeplant worden. Die Kosten der Bauausführung belaufen sich auf 365 Mio. DM. Sie sind bei Kapitel 15 54 TGr. 82 und 83 zu veranschlagen.

Durch Umschichtung innerhalb der „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ wurde die Finanzierung ursprünglich in Höhe von 135 Mio. DM (Bund 94,5 Mio. DM = 70 %, Land 40,5 Mio. DM = 30 %) bei TGr. 82 und aus allgemeinen Deckungsmitteln in Höhe von 210 Mio. DM (Bund 78 Mio. DM/Land 132 Mio. DM) bei TGr. 83 sichergestellt.

Durch den mit Bescheid des Verwaltungsgerichtes Oldenburg vom 25. 11. 1998 verfügten und inzwischen aufgehobenen Baustopp sind über die ursprüngliche Planung hinausgehende Mehrkosten von z. Z. 20,0 Mio. DM zu erwarten, die im Haushaltsjahr 2002 fällig werden und entsprechend im Haushaltsjahr 2002 im Rahmen der GA bei TGr. 82 zu veranschlagen sind.

Zu Titelgruppe 82

durch Umschichtung innerhalb der GA			
	1998	1999	Zwischensumme
vom MU	14 800 000 DM	27 300 000 DM	42 100 000 DM
vom ML	5 000 000 DM	10 000 000 DM	15 000 000 DM
	19 800 000 DM	37 300 000 DM	57 100 000 DM
	2000	2001	Gesamt
vom MU	32 100 000 DM	25 800 000 DM	100 000 000 DM
vom ML	10 000 000 DM	10 000 000 DM	35 000 000 DM
	42 100 000 DM	35 800 000 DM	135 000 000 DM

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1554 Küsten- und Hochwasserschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
noch TGr. 82		<i>fortschritt erforderlichen Ausgaben bis zur Höhe der in der Titelgruppe 82 veranschlagten Ausgaben geleistet werden. Bei dieser Maßnahme entfällt die Vorlage der Unterlagen gem. § 24 Abs. 3 LHO, wenn sie im Einzelnachweis dargestellt wird.</i>					
761 82-4 (GA)	625	Tiefbaumaßnahmen	—	35.800.000	42.100.000	–6.300.000	37.300
821 82-7 (GA)	625	Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	—
TGr. 83		Bau eines Emssperrwerkes (außerhalb der GA) * Übertragbar. ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind. *** Bei dieser Maßnahme entfällt die Vorlage der Unterlagen gem. § 24 Abs. 3 LHO, wenn sie im Einzelnachweis dargestellt wird.	(—)	(18.200.000)	(83.900.000)	(–65.700.000)	(0)
761 83-2	625	Tiefbaumaßnahmen	—	18.200.000	83.900.000	–65.700.000	0
821 83-5	625	Erwerb von Grundstücken	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 15 54 1 Eigene Einnahmen 2 Übertragungseinnahmen 3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		111.000 — 138.463.300	145.000 — 129.768.700	–34.000 — +8.694.600	
		Summe der Einnahmen		138.574.300	129.913.700	+8.660.600	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben 5 Sächliche Verwaltungsausgaben 6 Übertragungsausgaben 7 Bauausgaben 8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	— — 17.500.000 15.300.000 80.000.000 80.000.000 —	2.700.000 600.000 — 91.083.000 82.712.400	2.700.000 600.000 — 167.600.000 72.131.400	— — — –76.517.000 +10.581.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	97.500.000 95.300.000	177.095.400	243.031.400	–65.936.000	
		Zuschuss		38.521.100	113.117.700	–74.596.600	

ERLÄUTERUNGEN

761 82

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	35 800 000	—	—	35 800 000

Zu Titelgruppe 83

Baukosten 1998 bis 2001

vom Bund 78 000 000 DM

vom Land 132 000 000 DM

210 000 000 DM

761 83

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	9 500 000	—	—	9 500 000

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1555 Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft und Küstenschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-0	623	Ablieferungen des Landesbetriebs		—	—	—	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel			17.179.600	-17.179.600	
		A U S G A B E N					
682 01-4	623	Zuführungen für laufende Zwecke des Landesbetriebs * Übertragbar. ***Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.	—	63.239.600	—	+63.239.600	—
682 02-2	623	Zuführungen für den Gewässerkundlichen Landesdienst des Landesbetriebs * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 1552 - 631 01. ***Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.	—	3.000.000	—	+3.000.000	—
682 03-0	623	Zuführungen für den Betrieb und die Unterhaltung von landeseigenen Gewässern und Anlagen des Landesbetriebs * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02. ***Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.	—	12.863.200	—	+12.863.200	—
682 39-1	610	Zuschuss an den Landesbetrieb für die Beschäftigung von Ersatzkräften für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
891 01-2	623	Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs - Fahrzeug- u. Gerätebeschaffungen - * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02. ***Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.	—	4.000.000	—	+4.000.000	—
891 02-0	623	Zuführungen für Baumaßnahmen des Landesbetriebs - außerhalb der GA - * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02. ***Bei diesen Maßnahmen entfällt die Vorlagepflicht der Unterlagen gem. § 24 Abs. 3 LHO, wenn sie im Einzelnachweis dargestellt werden. Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO sind die im Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerke verbindlich.	8.000.000 —	6.925.000	—	+6.925.000	—
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		69.878.000	-69.878.000	

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 15 55

1. Dem Beschluss der Landesregierung vom 26. 8. 1997 entsprechend wurde im Zuge der Neuorganisation der Wasserwirtschaftsverwaltung durch RdErl. des MU, MI und MF vom 17. 12. 1997 (Nds. MBl. 1998 S. 298) zum 1. 1. 1998 ein „Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft und Küstenschutz“ (NLWK) gemäß § 26 LHO errichtet. Einzelheiten zum NLWK, insbesondere zu Aufgaben, Aufsicht und Wirtschaftsführung, ergeben sich aus der Betriebssatzung (Nds. MBl. 1998 S. 299).
2. Schwerpunkt der Tätigkeit des NLWK ist zum einen der Ausbau, der Betrieb und die Unterhaltung von Gewässern, die von der Wasserwirtschaftsverwaltung des Landes zu verwalten sind. Zum zweiten ist dem NLWK die Planung, der Bau, der Betrieb und die Unterhaltung von Insel-, Küsten- und Hochwasserschutzanlagen und sonstigen wasserwirtschaftlichen Anlagen des Landes übertragen. Daneben kann der NLWK gegen Entgelt die Planung, den Bau, den Ausbau, den Betrieb und die Unterhaltung von Gewässern, Insel-, Küsten- und Hochwasserschutzanlagen und sonstigen wasserwirtschaftlichen Anlagen für Dritte erbringen. Zudem wurden ihm mit Wirkung vom 1. 7. 1999 die bis dahin bei den Bezirksregierungen angesiedelten Aufgaben des regional wahrzunehmenden Gewässerkundlichen Landesdienstes (GLD) übertragen (s. Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 15 50).
3. Der NLWK hat seinen Sitz in Norden (Direktion). Er unterhält derzeit 10 Betriebsstellen in Norden, Aurich, Brake, Cloppenburg, Meppen, Stade, Lüneburg, Verden, Sulingen und Süd sowie Anlagen und Bauhöfe an weiteren Orten. Diese Organisation wird im Zuge eines kontinuierlichen Organisationsentwicklungsprozesses nach fachlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten optimiert.
4. Ein großer Teil der für die Wirtschaftsführung geltenden Bestimmungen der Betriebssatzung (z. B. Wirtschaftsplan, doppelte kaufmännische Buchführung, Kosten- und Leistungsrechnung), die denen generell für Landesbetriebe nach § 26 LHO geltenden entsprechen, ist erst zum 1. 1. 2000 in Kraft getreten (§ 10 Abs. 2 der Betriebssatzung). Zu diesem Zeitpunkt hat der NLWK mit Zustimmung des MF seine Wirtschaftsführung auf die Regeln der kaufmännischen doppelten Buchführung umgestellt. Er wirtschaftet nunmehr nach einem Wirtschaftsplan und nicht mehr nach Vorgaben für Einnahmen und Ausgaben des Kapitels 15 55.
5. Mittel, die der NLWK zur Erfüllung von Landesaufgaben benötigt, werden ihm über den Wirtschaftsplan bereitgestellt, der nach Erfolgs- und Finanzplan gegliedert als Anlage beigefügt ist. Da der NLWK auch für den beim Kapitel 15 56 veranschlagten Gewässerschutz bzw. die Gewässerüberwachung sowie für verschiedene Baumaßnahmen zuständig ist, die in den Kapiteln 15 52 und 15 54 (u. a. Bau des Emssperwerkes) veranschlagt sind, umfasst der Wirtschaftsplan neben den laufenden Zuführungen aus dem Kapitel 15 55 auch Mittel aus diesen Kapiteln.
6. Die vom NLWK zu erbringenden Leistungen werden beginnend mit dem Jahr 2001 jährlich in Zielvereinbarungen zwischen MU und NLWK fixiert. Wegen der ggf. notwendigen Reaktionen auf Sturmflut- und Hochwasserereignisse und wegen der Abhängigkeit vieler Baumaßnahmen von der Zuweisung von GA-Mitteln des Bundes unterliegen diese Zielvereinbarungen dem Vorbehalt späterer Anpassungen.
NLWK-intern erfolgt die Steuerung der Aufgabenerledigung bereits seit 1999 auf der Grundlage von Zielvereinbarungen des Direktors des Landesbetriebs mit den vier Geschäftsbereichen der Direktion sowie den Zielvereinbarungen der Leitungen dieser Geschäftsbereiche mit den jeweils zugeordneten Geschäftsbereichsleitungen in den Betriebsstellen.

Zu 682 01, 682 02, 682 03

Der aus Zuführungen für laufende Zwecke zu deckende Fehlbetrag des Landesbetriebs entspricht grundsätzlich den bisherigen Ansätzen des Kapitels 15 55 im nicht-investiven Bereich einschließlich der aus dem Kapitel 15 50 umgesetzten Beträge (siehe Allgemeine Erläuterungen zum Kapitel 15 50). Zudem sind erstmals die Beihilfen (0,285 Mio. DM) und der Versorgungszuschlag (1,654 Mio. DM) in Höhe von 30% der vorgesehenen Besoldungsleistungen für alle im Landesbetrieb lt. Stellenplan beschäftigten Beamten hier enthalten; zudem waren tarifbedingte Strukturveränderungen mit 0,243 Mio. DM zu berücksichtigen.

Die Zuführungen für laufende Zwecke werden zur Erfüllung der Zielvereinbarung über den Personalabbau sukzessive bis zum Jahr 2003 um jeweils 0,3 Mio. DM p.a. gesenkt. Die Ablieferung der entsprechenden, zuführungsfinanzierten Stellen erfolgt gemäß den zum Wirtschaftsplan ausgebrachten Bewirtschaftungsvermerken.

Bis 2000 beschäftigte der NLWK bis zu 154 Personen als sog. Titelgruppenpersonal gemäß VV Nr. 9 zu § 17 LHO mit Vorarbeits-, Planungs- und Bauleitungstätigkeiten sowie zum Betrieb und für die Unterhaltung von Gewässern, Deichen, Sperrwerken, Geräten und dgl. im Auftrage Dritter. Die bisherige Ermächtigung für dieses Drittmittelpersonal wird auf bis zu 110 Dienstkräfte in Dauerarbeitsverhältnissen reduziert.

Zu 682 01

Für Miet- und Pachtverhältnisse für Büroräume, Garagen und Grundstücke bestehen Rechtsverpflichtungen, die z. T. aus Umsetzungen von Kapitel 15 50 resultieren (vgl. Erläuterungen zu Kapitel 15 50 Titel 518 01).

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	511 700	—	—	511 700
2002	511 700	—	—	511 700
2003	511 700	—	—	511 700
2004	511 700	—	—	511 700
2005ff.	1 563 500	—	—	1 563 500
Summe	3 610 300	—	—	3 610 300

Hier sind erstmals auch Mittel i.H. von 13 117 800 DM mit veranschlagt, die als Nutzungsentgelt für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13 zu zahlen sind.

Zu 682 02

Die Zuführungen für den Gewässerkundlichen Landesdienst werden aus der Abwasserabgabe finanziert (vgl. Erläuterung zu Kapitel 15 52 Titel 099 97).

Zu 682 03

Die Zuführungen für den Betrieb und die Unterhaltung von Gewässern und Anlagen werden aus der Wasserentnahmegebühr finanziert (vgl. Allgemeine Erläuterung zu Kapitel 15 56).

Zu 891 01 und 891 02

Die Zuführungen für Investitionen des Landesbetriebs in Fahrzeuge, Geräte und Baumaßnahmen werden aus der Wasserentnahmegebühr finanziert (vgl. Allgemeine Erläuterung zu Kapitel 15 56).

Die Ansätze für Baumaßnahmen (Titel 891 02) wurden um 0,7 Mio. DM und für Geräte- und Fahrzeugbeschaffungen (Titel 891 01) um 1,476 Mio. DM gegenüber den Ansätzen für das Jahr 2000 erhöht. Die Ansatzverstärkung dient vorrangig dem Abschluss einer Beschaffungsmaßnahme, für die bereits im Jahr 1999 eine Verpflichtungsermächtigung in Anspruch genommen wurde.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 891 01

Die Zuführungen an den NLWK sind für die zur Erledigung seiner Aufgaben erforderliche Erst- und Ersatzbeschaffung von Kraftfahrzeugen, Wasserfahrzeugen, Spezialgeräten und Iuk-Ausstattung bestimmt. U. a. wird die schon in 2000 veranschlagte Ersatzbeschaffung für das LMS Kopersand abgeschlossen.

Belastung

des Haus- halts- jahres	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	2 700 000	—	—	2 700 000

Der Anteil des Schiffes (Ersatzbeschaffung für LMS Kopersand), der auf den Einsatzbereich für die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen entfällt, einschließlich Sonderausrüstung, wird durch die Partnergemeinschaft – Bund und Küstenländer – finanziert (siehe Kapitel 15 52 TGr. 84); der Anteil Niedersachsens hieran beträgt 36%.

Gesamtkosten für das Schiff	7 000 000 DM
Sonderausrüstung	
Schadstoffunfallbekämpfung	2 000 000 DM
Zusammen	9 000 000 DM
– davon für Zwecke des NLWK	4 200 000 DM
– davon für die Schadstoffunfallbekämpfung	4 800 000 DM
Anteil Niedersachsen (36%) =	1 728 000 DM

Zu 891 02

Die Zuführungen statten den NLWK mit Mitteln für den Neubau sowie zur Grundinstandsetzung und Optimierung von landeseigenen, wasserwirtschaftlichen Bauwerken aus.

Der Landesbetrieb hat die im Einzelnachweis dargestellten größeren Baumaßnahmen durchzuführen. Daneben ist eine ganze Reihe kleinerer Maßnahmen erforderlich, die sukzessive in dem Umfang zur Ausführung gelangen, wie der Mittelbedarf für die größeren Einzelmaßnahmen dies zulässt.

Der gegenüber 2000 erhöhte Ansatz ist insbesondere auf den Neubau (Ersatz) der über 100 Jahre alten Schleuse EJK I und der zugehörigen Brücke EJK 8 zurückzuführen, der als größere Einzelmaßnahme i. S. v. § 24 Abs. 3 LHO im Einzelnachweis dargestellt ist. Für dieses Vorhaben wird die ausgebrachte VE eingesetzt.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2002	—	—	4 000 000	4 000 000
2003	—	—	4 000 000	4 000 000
Summe	—	—	8 000 000	8 000 000

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1555 Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft und Küstenschutz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 15 55					
		1 Eigene Einnahmen		—	6.825.800	-6.825.800	
		2 Übertragungseinnahmen		—	2.680.000	-2.680.000	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	7.673.800	-7.673.800	
		Summe der Einnahmen		—	17.179.600	-17.179.600	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	—	—	37.415.800	-37.415.800	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	17.543.100	-17.543.100	
		6 Übertragungsausgaben	—	79.102.800	435.000	+78.667.800	
		7 Bauausgaben	—	—	6.225.000	-6.225.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	8.000.000	10.925.000	2.359.000	+8.566.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	5.900.100	-5.900.100	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	8.000.000	90.027.800	69.878.000	+20.149.800	
		Zuschuss	—	90.027.800	52.698.400	+37.329.400	
		Nachrichtlich:					
		Anteil an den Versorgungsausgaben		—	1.298.200		
		Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil		90.027.800	71.176.200		
		Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		90.027.800	53.996.600		

ERLÄUTERUNGEN

Kapitel Titel	FKT	Zweckbestimmung	H V	Ver- pflich- tungs- ermäch- tig. für 2001 DM	Ansatz für 2001 DM	Ansatz für 2000 DM	+ = Mehr – = We- niger	Ist für 1999 in 1 000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9
15 54 761 61	623	Landeseigene wasserwirtschaftliche Maßnahmen im Binnenland – Tiefbaumaßnahmen –	X	5 500 000	9 483 000	14 200 000	– 4 717 000	5 085
821 61	623	– Erwerb von Grundstücken – Erhöhung und Verstärkung der Hochwasserdeiche am Ems-Jade-Kanal auf Teilstrecken Erhöhung und Verstärkung des rechtsseitigen Huntedeiches oberhalb Oldenburg bei Wardenburg und Tungeln Hochwasserrückhaltebecken Salzderhelden Hochwasserrückhaltebecken Wendebach Hochwasserrückhaltebecken Allerknien bei Grafhorst Ledaschöpfwerk Hochwasserrückhaltebecken Reinshof Hochwasserrückhaltebecken Alfhausen-Rieste Sanierung der Talsperre Thülsfeld	X	—	—	—	—	554
15 54 761 81	625	Landeseigene wasserwirtschaftliche Maßnahmen des Küstenschutzes – Tiefbaumaßnahmen – Erhöhung und Verstärkung der Deiche und Schutzwerke auf den Ostfriesischen Inseln Küstenschutz an der ostfriesischen Küste (Vorlandarbeiten an der Festlandküste) Küstenschutz vor der Nordküste des Jeverlandes und im Jadegebiet Küstenschutz an der Butjadinger Küste Erhöhung und Verstärkung der Deiche am Nord- und Südgeorgsfehnkanal Erhöhung und Verstärkung des Elbedeiches im Bereich Belum östlich des Ostedeiches Küstenschutz an der Leybucht, Bauwerk Leysiel und 7,1 km Deichbau Erhöhung und Verstärkung des Hauptdeiches von Emden bis zur Knock Neubau (Ersatz) des Borssumer Außensiels einschl. Deichanschlüsse	X	22 000 000	27 600 000	27 400 000	+ 200 000	31 768
15 54 761 82	625	Landeseigene wasserwirtschaftliche Maßnahmen des Küstenschutzes – Bau eines Emssperrwerkes bei Gandersum	X	—	35 800 000	42 100 000	– 6 300 000	37 300
761 83	625	– Bau eines Emssperrwerkes bei Gandersum	X	—	18 200 000	83 900 000	– 65 700 000	—
15 55 891 02	731	Zuführungen für Baumaßnahmen des Landesbetriebes – außerhalb der GA – Neubau (Ersatz) von 3 Brücken über den Ems-Jade-Kanal (EJK 9, 10 und 29) Erneuerung und Umbau baulicher Anlagen sowie Ufersicherungen am Ems-Jade-Kanal Neubau (Ersatz) der Schleuse EJK 1 sowie der zugehörigen beweglichen Brücke EJK 8 am Ems-Jade-Kanal	X	8 000 000	6 925 000	—	+ 6 925 000	—
				—	54 000 000	126 000 000	– 72 000 000	37 300

Einzelnachweis der Baumaßnahmen

Jahr der Kosten- ermittlung	Gesamt- kosten gemäß § 24 LHO DM	Bis einschl. 2001 sind verfügbar DM	Noch zu veranschlagen					Bis einschl. 1999 wurden verausgabt DM	Erläuterungen
			2002 DM	2003 DM	2004 DM	später DM	Insgesamt DM		
10	11	12	13	14	15	16	17	18	
1996	78 000 000	41 485 000	283 400	1 143 400	1 183 400	33 904 800	36 515 000	36 593 000	
2000	6 000 000	600 000	—	—	—	5 940 000	5 940 000	—	
1997	254 740 000	254 100 000	200 000	240 000	200 000	—	640 000	252 936 000	
1982	12 000 000	11 035 000	—	—	—	965 000	965 000	11 035 000	
1974	24 000 000	11 500 000	200 000	200 000	200 000	11 900 000	12 500 000	11 143 000	
2000	21 000 000	16 200 000	4 800 000	—	—	—	4 800 000	948 000	
1992	53 000 000	515 000	—	—	—	52 485 000	52 485 000	515 000	
1997	130 700 000	130 700 000	1 000 000	1 500 000	1 500 000	1 300 000	5 300 000	129 142 000	
1998	12 000 000	600 000	3 000 000	4 000 000	4 000 000	400 000	11 400 000	200 000	
	596 740 000	466 195 000	9 483 400	7 083 400	7 083 400	106 894 800	130 545 000	442 512 000	
1998	330 000 000	203 049 000	13 389 000	15 839 000	19 289 000	78 434 000	126 951 000	175 551 000	Die Gesamtkosten erfassen den Zeitraum bis 2010
1993	42 000 000	31 300 000	2 000 000	2 000 000	2 000 000	4 700 000	10 700 000	29 295 000	
1992	50 600 000	50 600 000	—	—	—	—	—	49 946 000	
1981	37 500 000	28 400 000	400 000	400 000	400 000	7 900 000	9 100 000	27 629 000	
1996	16 200 000	9 300 000	500 000	500 000	500 000	5 400 000	6 900 000	8 628 000	
1998	2 800 000	2 800 000	—	—	—	—	—	1 000 000	
1998	188 550 000	183 000 000	4 900 000	650 000	—	—	5 550 000	165 450 000	
1991	30 000 000	24 200 000	3 000 000	2 800 000	—	—	5 800 000	20 850 000	
1998	13 000 000	13 000 000	—	—	—	—	—	12 300 000	
	710 650 000	545 649 000	24 189 000	22 189 000	22 189 000	96 434 000	165 001 000	490 649 000	
		135 000 000	20 000 000	—	—	—	20 000 000	57 100 000	Die Gesamtkosten erfassen den Zeitraum bis 2002
		210 000 000	—	—	—	—	—	18 501 600	
2000	365 000 000	345 000 000	20 000 000	—	—	—	20 000 000	75 601 600	
2000	6 750 000	6 750 000	—	—	—	—	—	3 550 000	
1995	13 930 000	12 749 000	1 181 000	—	—	—	1 181 000	10 891 000	
2000	10 000 000	2 000 000	4 000 000	4 000 000	—	—	8 000 000	—	

Im Einzelnachweis der Baumaßnahmen sind die Baumaßnahmen mit einem Mittelbedarf von mehr als 2 Mio. DM im Einzelfall veranschlagt (VV Nr. 1.3 zu § 24 LHO).

Zu 15 54 – 761 61

Bei anhaltenden Tidehochwasserständen und geschlossenem Ledasperrwerk reichen die Entlastungspolder im Leda-Jümme-Gebiet nicht aus, die anfallenden Oberwasserabflüsse zu speichern. Die Hochwassersicherheit war in den letzten Jahren wiederholt stark gefährdet. Im Zusammenhang mit dem Bau des Emssperrwerkes wird durch den vorgesehenen Ausbau des Ledaschöpfwerkes die Hochwassersicherheit für den gesamten Leda-Jümme-Raum wesentlich verbessert.

Die Talsperre Thülsfeld wurde vor 70 Jahren gebaut. Die Sicherheitsprüfung hat schwerwiegende Mängel bezüglich der Freibordhöhen der Dämme und deren Lagerungsdichte ergeben. Das Entnahmebauwerk weist ebenfalls Mängel auf und erfüllt nicht die heute geltenden Vorschriften hinsichtlich Bemessung und Sicherheitsauslegung. Das max. zulässige Stauziel mußte bereits um 1,50 m abgesenkt werden. Das Bauwerk ist daher dringend zu sanieren, um wieder einen ausreichenden Hochwasserschutz für die unterhalb der Talsperre liegenden Siedlungsgebiete zu gewährleisten.

Zu 15 54 – 761 81

Im Rahmen des Nieders. Küstenschutzprogrammes werden neben der Finanzierung von Vorhaben der Verbände auch eine Reihe landeseigener Maßnahmen durchgeführt.

- Die Baukosten zur Erhöhung und Verstärkung der Deiche und Schutzwerke auf den Ostfriesischen Inseln sind fortgeschrieben worden, da inzwischen weitere Schutzwerke auf den Inseln – insbesondere auf Norderney und Baltrum – abgängig sind und erneuert werden müssen. Die Inseldeiche sind auf Norderney, Juist und Wangerooge zu erhöhen, um auf diesen Inseln die Schutzdünen zu sichern.
- Die Hauptdeiche östlich und westlich des Ostesperrwerkes im Bereich Belum müssen verstärkt bzw. nacherhöht werden.
- Mehrkosten bei den Maßnahmen an der Leybucht durch Ersatzleistungen infolge Änderung des Planfeststellungsbeschlusses für den Bereich Leybuchtziel sowie Baukostensteigerungen.

Zu 15 55 – 891 02

Mehrkosten durch die Ersatzbauten für weitere Brücken und für die Schleuse in Rahe. Die Bauwerke sind über 100 Jahre alt und abgängig.

**Wirtschaftsplan für den
Niedersächsischen Landesbetrieb
für Wasserwirtschaft und Küstenschutz (NLWK)
für das Geschäftsjahr 2001**

Erfolgsplan für das Geschäftsjahr 2001

Aufwendungen		Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Erträge		Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
A.B.1.1	Baustoffe	614 800	—	—	A.A.1.1	Verwaltungsgebühren	186 000	—	—
A.B.1.2	RHB, Waren	550 000	—	—	A.A.1.2	Veröffentlichungen	—	—	—
A.B.1.3.1	Planungen	—	—	—	A.A.1.3	andere Erlöse	24 500	—	—
A.B.1.3.2	Bau	200 000	—	—	A.A.1.4	Kostenersätze ¹⁾	11 802 800	—	—
A.B.1.3.3	Betrieb, Unterhaltung	7 996 700	—	—	A.A.1.5	Umsatzerlöse	11 920 000	—	—
A.B.2	Personalaufwand	66 784 400	—	—	A.A.3.1	Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung	800 000	—	—
A.B.3	Abschreibungen	1 000 000	—	—	A.A.3.2	Sonstige betriebl. Erlöse/Erträge	285 300	—	—
A.B.4.1.1	Instandhaltung Grund- stücke, Bauten	2 907 200	—	—		Fehlbetrag des Erfolgsplans	80 102 800	—	—
A.B.4.1.2	Instandhaltung Anlagen, Maschinen	1 860 800	—	—					
A.B.4.1.3	Instandhaltung Fahrzeuge	710 000	—	—					
A.B.4.1.4	Instandhaltung BGA	117 800	—	—					
A.B.4.2.01	Mieten	13 639 400	—	—					
A.B.4.2.02	Bewirtschaftungs- kosten	1 942 600	—	—					
A.B.4.2.03	Versicherung, Abgaben, Steuern	—	—	—					
A.B.4.2.04	Betriebs- und Bürobedarf	176 500	—	—					
A.B.4.2.05	Bücher, Zeitschriften	96 700	—	—					
A.B.4.2.06	Porti, Frachten	413 900	—	—					
A.B.4.2.07	IuK, Telefon	398 400	—	—					
A.B.4.2.08	Reise-, Fahrtkosten	1 011 400	—	—					
A.B.4.2.09	Dienstleistungen Dritter	1 775 700	—	—					
A.B.4.2.10	Rechts-, Prüfungs-, Beratungs- und Buch- führungskosten	—	—	—					
A.B.4.2.11	Arbeitskleidung	159 000	—	—					
A.B.4.2.12	Aus- und Weiterbildung	111 400	—	—					
A.B.4.2.13	Öffentlichkeitsarbeit	43 500	—	—					
A.B.4.2.14	Verwaltungskostenersatz	—	—	—					
A.B.4.2.15	Sonstiges	2 611 200	—	—					
Gesamtsumme:		105 121 400	—	—			105 121 400	—	—

¹⁾ darin Kostenersätze aus:

15 56 671 63

3 740 000 DM

Finanzplan für das Geschäftsjahr 2001

Investitionsausgaben		Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM	Deckungsmittel		Soll 2001 DM	Plan 2000 DM	Ist 1999 DM
B.A.1.1	Fehlbetrag des Erfolgsplans	80 102 800	—	—	B.B.1	Veränderung des Kapitals aus Abschreibungen und Wertverlusten	1 000 000	—	—
B.A.2.1	Vermehrung des Sachanlagevermögens des NLWK	4 710 000	—	—	B.B.5.1	Zuführungen zur Fehlbetragsabdeckung ¹⁾	79 102 800	—	—
B.A.2.2	Vermehrung des Investivvermögens des Landes	98 058 000	—	—	B.B.5.2.1	Zuführungen und Erstattungen für Investitionen des NLWK in das Sachanlagevermögen ²⁾	4 710 000	—	—
					B.B.5.2.2	Zuführungen und Erstattungen für Investitionen in das unbewegliche Landesvermögen ³⁾	98 058 000	—	—
Gesamtsumme:		182 870 800	—	—			182 870 800	—	—

¹⁾ Zuführungen aus:

15 55	682 01	63 239 600 DM
15 55	682 02	3 000 000 DM
15 55	682 03	12 863 200 DM

Zusammen: 79 102 800 DM

²⁾ Zuführungen/Erstattungen aus:

15 55	891 01	4 000 000 DM
15 56	891 63	710 000 DM

Zusammen: 4 710 000 DM

³⁾ Zuführungen/Erstattungen aus:

15 52	761 86	50 000 DM
15 54	761 61	9 483 000 DM
15 54	761 81	27 600 000 DM
15 54	761 82	35 800 000 DM
15 54	761 83	18 200 000 DM
15 55	891 02	6 925 000 DM

Zusammen: 98 058 000 DM

Bewirtschaftungsvermerke:

(1) Deckungsfähigkeit

Die Ansätze innerhalb des Erfolgsplans (laufender Aufwand) und innerhalb des Finanzplans (investiver Aufwand) sind jeweils gegenseitig deckungsfähig. Zweckgebundene Einnahmen dürfen nur im Rahmen der Zweckbindung verwendet werden.

Der Erfolgsplan ist insgesamt zu Gunsten des Finanzplans deckungsfähig.

Die Aufwandsansätze erhöhen oder vermindern sich um Mehr- und Mindererträge.

(2) Inanspruchnahme der Ansätze

Die Ansätze des Erfolgsplans dürfen bei unabweisbaren Erfordernissen, die aktenkundig zu machen sind, um bis zu 500 000 DM zu Lasten des Finanzplans überschritten werden. Im Folgejahr ist zwingend ein Ausgleich zu Gunsten des Finanzplans wieder herbeizuführen.

Aufwendungen, die zu einer Erhöhung des Mittelbedarfs gegenüber dem Wirtschaftsplan führen, sind nur unter den Voraussetzungen des § 37 LHO zulässig und bedürfen der Einwilligung des MF.

(3) Personalaufwendungen

Die als Anlage zum Wirtschaftsplan beigefügte Übersicht über die Stellen der auf Dauer beschäftigten, zuführungsfinanzierten Angestellten ist einschließlich der ausgebrachten Bemerkungen verbindlich. Der Landesbetrieb ist befugt, von den Übersichten unter Beachtung des Tarifrechts analog Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen abzuweichen.

Für die auf Dauer beschäftigten, zuführungsfinanzierten Arbeiterinnen und Arbeiter ist die dem Wirtschaftsplan beigefügte Übersicht hinsichtlich der Gesamtzahl der Stellen sowie der Bemerkungen verbindlich.

Soweit Bauleitungs- oder andere Mittel zur Verfügung stehen, ist der Landesbetrieb ermächtigt, mit bis zu 110 aus diesen Mitteln vergüteten Angestellten und Arbeiterinnen bzw. Arbeitern unbefristete Arbeitsverträge unter der Voraussetzung abzuschließen, dass der Abschluss befristeter Verträge aus arbeitsrechtlichen Gründen nicht rechtswirksam wäre.

Im Erfolgsplan sind Aufwendungen für insgesamt 57 Auszubildende, insbesondere für die Berufe Bauzeichner, Chemielaborant, Fachinformatiker, Wasserbauer, Tischler und Schiffsmechaniker, berücksichtigt.

Infolge der Zielvereinbarung zum Personalabbau sind aus dem Gesamtbestand der im Stellenplan und in der Anlage zum Wirtschaftsplan dargestellten Stellen des zuführungsfinanzierten Personals 18 Stellen bis zum Ende des Haushaltsjahres 2003 abzubauen.

(4) Nicht verbrauchte Zuführungen

Die bis zum Ende des Geschäftsjahres vom Land zugeführten und nicht verbrauchten (nicht gebundenen) Mittel für laufende Zwecke können in Höhe von 80 v. H. einer Rücklage zugeführt werden. Die restlichen 20 % sind als Verbindlichkeit gegenüber dem Land zu behandeln.

Vom Land zugeführte und nicht verbrauchte (nicht gebundene) Mittel für investive Zwecke können in voller Höhe einer Rücklage zugeführt werden.

Die Entnahmen aus diesen Rücklagen sind zur Erfüllung der jeweiligen Aufgaben des NLWK einzusetzen; Dauerverpflichtungen dürfen nicht eingegangen werden.

(5) Anlagevermögen

In der Bilanz werden die Bestandteile des unbeweglichen Anlagevermögens (Grundstücke, Gebäude und wasserwirtschaftliche Anlagen) wegen des Landesliegenschaftsmanagements nicht aktiviert. Investitionen in unbewegliches Anlagevermögen sind wie Investitionen in fremdes Vermögen zu behandeln.

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Angestellte)

Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
V b	3	2	Verwaltungsdienst	¹⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i.d.F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.
V c	5	3		
VI b ⁵⁾	12	3		
VII	12	8		
VIII	6	3	Schreibdienst	²⁾ unbesetzt.
IX b–VII ¹⁾	20	12		³⁾ Eine Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
I b	2	—	Technischer Dienst	⁴⁾ kw.
II a ⁶⁾	27	5		⁵⁾ Die jeweilige Vorzimmerkraft der Direktorin/des Direktors ist für die Dauer der Wahrnehmung dieser Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Zugleich erhält sie für die Bedienung von Textverarbeitungsautomaten eine übertarifliche Zulage in Höhe der Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
III	27	15		
IV a	36	17		
V b ³⁾	22	11		
V c ⁷⁾	36	14		
VI b ⁸⁾	51	16		
VII	15	3		
VIII	10	4		
V b	1	—	Datenverarbeitung	⁶⁾ Eine Stelle darf (in Höhe von 60 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
VIII	1	—		
	286	116	Zusammen	⁷⁾ Eine Stelle darf (in Höhe von 10 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
V c ⁴⁾	—	—	Leerstellen: Technischer Dienst	⁸⁾ Eine halbe Stelle ist infolge Einsparung gem. Nr. 1 Abs. 3 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998 dauerhaft gesperrt.

Erläuterungen

Zugänge:	Stellen	Leerstellen:	Stellen
Verwaltungsdienst		Zugang:	
Verg.-Gr. V b	1	Technischer Dienst	
Verg.-Gr. V c	2	Verg.-Gr. V c	1 verlagert von Kapitel 15 50 (gem. § 50 Abs. 1 LHO bereits 1999 umgesetzt)
Verg.-Gr. VI b	9		
Verg.-Gr. VII	4	Abgang:	
Verg.-Gr. VIII	3	Technischer Dienst	
Schreibdienst		Verg.-Gr. V c	1 infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 4
Verg.-Gr. IX b–VIII	8		
Technischer Dienst		Sonstige Veränderungen:	
Verg.-Gr. I b	1	Der bisherige Haushaltsvermerk Nr. 2 (vgl. HPL 2000) wurde gestrichen.	
Verg.-Gr. II a	22	Die aus dem bisherigen Haushaltsvermerk Nr. 3 (vgl. HPL 2000) hervorgegangene Bemerkung Nr. 3 wurde der eingetretenen Veränderung entsprechend angepasst.	
Verg.-Gr. III	13	Die Bemerkungen Nr. 4, 5, 6 und 7 wurden neu ausgebracht.	
Verg.-Gr. IV a	20	Die Bemerkung Nr. 8 wurde mit der zugehörigen Stelle vom Kapitel 15 50 (vgl. den im HPL 2000 ausgebrachten Haushaltsvermerk Nr. 9) hierher verlagert.	
Verg.-Gr. V b	11		
Verg.-Gr. V c	22		
Verg.-Gr. VI b	35		
Verg.-Gr. VII	12		
Verg.-Gr. VIII	7		
Datenverarbeitung			
Verg.-Gr. V b	1		
Verg.-Gr. VIII	1		
Technischer Dienst			
Verg.-Gr. I b	1	verlagert von Kapitel 15 10	
Zusammen	173		
Abgänge:	Stellen		
Technischer Dienst			
Verg.-Gr. III	1	gemäß ZV für 2001	
Verg.-Gr. VIII	1		
Verg.-Gr. IV a	1	verlagert nach Kapitel 15 10	
Zusammen	3		

Anlage zum Wirtschaftsplan
(Übersicht über die Stellen für Arbeiterinnen und Arbeiter)

Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	Bemerkungen
	2001	2000		
4	19	3	Kraftfahrdienst	¹⁾ Eine Stelle der Lohn-Gr. 5 (in Höhe von 10 v. H.), eine Stelle der Lohn-Gr. 7 a (in Höhe von 60 v. H.) und eine weitere Stelle der Lohn-Gr. 8 (in Höhe von 10 v. H.) dürfen nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
1	1	—	Reinigungsdienst	
2	1	—		
1–8 ¹⁾	260	260	Sonstige Dienste	
	281	263	Zusammen	

Erläuterungen

Zugänge:	Stellen	
Kraftfahrdienst		
Lohn-Gr. 4	16	} verlagert von Kapitel 15 50 (gem. § 50 Abs. 1 LHO bereits 1999 umgesetzt
Reinigungsdienst		
Lohn-Gr. 1	1	
Lohn-Gr. 2	1	
Sonstige Dienste		
Lohn-Gr. 1–8	7	
Zusammen	25	
Abgänge:	Stellen	
Sonstige Dienste		
Lohn-Gr. 1–8	4	infolge Einsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998 für 1998
Lohn-Gr. 1–8	3	gem. ZV für 2001
Zusammen	7	

Sonstige Veränderungen:

Die aus dem bisherigen Haushaltsvermerk Nr. 1 (vgl. HPL 2000) hervorgegangene Bemerkung Nr. 1 wurde den eingetretenen Veränderungen entsprechend angepasst.
Der bisherige Haushaltsvermerk Nr. 2 (vgl. HPL 2000) wurde gestrichen.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1556 Verwendung der Wasserentnahmegebühr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
099 86-0	623	Wasserentnahmegebühr * Vgl. K-Vermerk zu 1520 - 681 02.		142.000.000	140.000.000	+2.000.000	144.870
119 51-8	610	Vermischte Einnahmen		—	—	—	152
256 01-9	610	Sonstige Zuweisungen von der Bundesanstalt für Arbeit für Aushilfskräfte * Vgl. K-Vermerk zu 1520 - 681 02.		—	—	—	290
282 02-8	623	Zuweisungen des Bundes aus EU-Mitteln * Vgl. K-Vermerk zu 1520 - 681 02.		—	—	—	1.547
A U S G A B E N							
633 01-7	623	Erstattung des Verwaltungsaufwandes an untere Wasserbehörden für die Festsetzung und Erhebung der Wasserentnahmegebühr * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	1.100.000	1.100.000	—	712
981 01-5	990	Abführung an andere Kapitel des Einzel- planes 15 für Verwaltungskosten im Zusam- menhang mit der Wasserentnahmegebühr * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	4.542.100	—	+4.542.100	71.464
981 02-3	990	Abführung an andere Kapitel des Landes- haushaltes außerhalb des Einzelplanes 15 für Verwaltungskosten i. S. Wasserentn.geb. * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	765.300	1.585.300	–820.000	762
981 03-1	990	Abführung an 15 54 - 381 01 * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	9.594.800	—	+9.594.800	—
981 10-4	990	Abführung an 13 50 - 381 15 * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	237.400	—	+237.400	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Modell-, Pilot- und Forschungsvorhaben zum Schutz des Grundwassers sowie für eine schonende Grundwasserbewirtschaftung * Übertragbar.	(2.200.000) (2.200.000)	(2.400.000)	(2.400.000)	(—)	(2.776)
429 61-4	623	Nicht aufteilbare Personalausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	2.200.000 2.200.000	48.900	150.000	–101.100	503
459 61-0	623	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	10.000	10.000	—	—
538 61-8	623	Dienstleistungen Außenstehender * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	2.200.000	2.200.000	—	2.273
547 61-7	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	40.000	40.000	—	—
812 61-2	623	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	—	—	—	—
981 61-9	990	Abführung an 15 03 - 381 03 * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	101.100	—	+101.100	—
TGr. 62		Naturschutzprogramme zum Schutz der Gewässer und des Wasserhaushalts ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Aus- gaben der Titelgruppe im Rahmen des Ver- wendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaus- halts Mittel für denselben Zweck veran- schlagt sind.	(5.100.000) (2.000.000)	(11.500.000)	(11.500.000)	(—)	(11.803)
429 62-2	623	Nicht aufteilbare Personalausgaben * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	5.100.000 2.000.000	—	—	—	18

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zu Kapitel 15 56

Ab dem Haushaltsjahr 2001 sind neben den Titeln des Kapitels 15 56 folgende Zweckbestimmungen in den Deckungskreis der Ausgaben einbezogen worden, die aus den Einnahmen der Wasserentnahmegebühr finanziert werden:

– Erschwerenausgleich (15 20 – 683 01, 681 02)	5 050 000 DM
– Vertragsnaturschutz (15 20 – 683 02)	2 345 000 DM
– Vertragsnaturschutz Gastvögel (15 20 – 683 03)	750 000 DM
– Elbetal (15 20 – TGr. 68)	1 575 000 DM
– Ausweisung, Entwicklung und Pflege der Naturschutzgebiete (15 20 – TGr. 67/70 und 685 03)	8 255 000 DM
– SAD Mönchshagen (15 40 – TGr. 95)	11 300 000 DM
– Zuweisungen an Unterhaltungsverbände nach § 104 NWG (15 51 – 657 05)	4 000 000 DM
– Zuschüsse an die Linksemsische Kanalgenossenschaft (15 51 – 685 03/893 03)	2 000 000 DM
– Zuschüsse an die Deichverbände nach § 8 Abs. 3 und 4 NDG (15 51 – 685 05)	150 000 DM
– Zuschüsse an die Deichverbände nach § 8 Abs. 2 NDG (15 51 – 685 06)	1 750 000 DM
– Betrieb und Unterhaltung landeseigener Gewässer und Anlagen durch den NLWK (15 55 – 682 03)	12 863 200 DM
– Investition für Geräte der Wasserwirtschaft des NLWK (15 55 – 891 01)	4 000 000 DM
– Investitionen für wasserwirtschaftliche Anlagen des NLWK (15 55 – 891 02)	6 925 000 DM
Zusammen	60 963 200 DM

Aus technischen Gründen ist der gesamte Deckungsvermerk bei Kapitel 15 20 Titel 681 02 ausgebracht.

Abführungen an Kapitel des Einzelplans 15 sind bei Titel 981 01 und 981 03 veranschlagt.

Die Ausgaben für den Trinkwasserschutz, die bisher bei den einzelnen Titeln der Hauptgruppen 5, 6 und 8 veranschlagt waren, sind neu in der Titelgruppe 80/81/82 zusammengefasst worden. Die bisher in der Titelgruppe 95 – Wassersparprogramm – ausgewiesenen Ausgaben sind entfallen.

Zu 099 86

Zur Förderung einer sparsamen Wassernutzung wird für bestimmte Entnahmen aus oberirdischen Gewässern und aus dem Grundwasser eine Wasserentnahmegebühr erhoben.

Es werden jährliche Einnahmen in Höhe von 142,0 Mio. DM erwartet, die sich ergeben aus:

– öffentlicher Wasserversorgung	58,00 Mio. DM
– Kühlung	79,52 Mio. DM
– Wasserhaltung	0,41 Mio. DM
– Beregnung	0,58 Mio. DM
– Fischhaltung	0,01 Mio. DM
– Gewerbe und Industrie	3,48 Mio. DM
rd.	142,00 Mio. DM

Über die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel bei den einzelnen Titeln ist sicherzustellen, dass nicht über den Betrag der tatsächlich im Haushaltsjahr eingegangenen Einnahmen hinaus Ausgaben geleistet werden.

In der Regel stehen die Mittel erst in der 2. Hälfte eines Jahres zur Verfügung, sodass sie im laufenden Haushaltsjahr nicht mehr vollständig verausgabt werden können. Die nicht zur Auszahlung gebrachten Haushaltsmittel sind auf Grund der durch § 47 h Abs. 3 NWG vorgegebenen Zweckbindung als Ausgabereste in das nächste Haushaltsjahr zu übertragen. Soweit diese Ausgabereste nicht durch Verpflichtungen belegt sind, erhöhen sie den Verfügungsrahmen des jeweils folgenden Haushaltsjahres.

Das Jahresaufkommen wird entsprechend der Bestimmung des § 47 h Abs. 3 NWG verwendet.

Zu 633 01

Für die Berechnung und Festsetzung sowie für die Erhebung der Wasserentnahmegebühr wird den unteren Wasserbehörden der Verwaltungsaufwand erstattet (§ 47 h Abs. 2 NWG).

Zu 981 01

Bei diesem Titel werden die Mittel für die Verwaltungskosten für die Erhebung und Verwendung der Wasserentnahmegebühr abgeführt, die bei anderen Kapiteln des Einzelplans 15 entstehen.

Personal- und Verwaltungskosten	
– Nieders. Umweltministerium (Kapitel 15 01 – 381 02)	344 100 DM
– Wasserwirtschaftsverwaltung (Kapitel 15 50 – 381 02)	4 025 000 DM
– Wasserwirtschaftsverwaltung EDV (Kapitel 15 50 – 381 99)	173 000 DM
Zusammen	4 542 100 DM

Der Verwaltungsaufwand für das Land wird nach dem tatsächlichen Aufwand zum Ende des Haushaltsjahres ermittelt und entsprechend abgeführt.

Abweichend vom bisherigen Verfahren wird bei den Ab- und Zuführungstiteln, die bisher lediglich dem Nachweis von Ist-Buchungen dienten, innerhalb des Einzelplans ein Ansatz ausgebracht.

Zu 981 02

Abführungen an	
03 05 – 381 05	530 100 DM
08 18 – 381 01	235 200 DM
Zusammen	765 300 DM

Der Verwaltungsaufwand für das Land wird nach dem tatsächlichen Aufwand zum Ende des Haushaltsjahres ermittelt und entsprechend abgeführt.

Zu 981 03

Abführungen für die Kofinanzierung der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes.

Zu 981 10

Abführung an 13 50 – 381 15 für Versorgungszuschläge des beamteten Personals, für das Beträge aus 15 56 – 981 01 an andere Kapitel des Einzelplans 15 und aus 15 56 – 981 02 an andere Kapitel des Landeshaushalts abgeführt werden.

Zu Titelgruppe 61

Forschungsvorhaben, Modell- und Pilotprojekte zum Schutz des Grundwassers sowie für eine schonende Grundwasserbewirtschaftung durch landeseigene Einrichtungen sowie durch Dritte.

538 61**Belastung**

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	200 100	1 000 000	—	1 200 100
2002	8 800	700 000	1 000 000	1 708 800
2003	—	500 000	700 000	1 200 000
2004	—	—	500 000	500 000
Summe	208 900	2 200 000	2 200 000	4 608 900

Zu Titelgruppe 62

Veranschlagt sind die Mittel für Naturschutzprogramme (z. Z. „Erhaltung von Feuchtwiesen in Lebensräumen des Weißstorchs“, „Fließgewässerprogramm“, „Feuchtgrünlandschutzprogramm“, „Fischotterprogramm“, „Moorschutzprogramm“ und „Unterebbe – Asseler Sand“) sowie Programme zur Erhaltung bestimmter Ökosystemtypen oder Arten. Zugleich wird der Anteil des Landes im Rahmen des Ziel 5 b-Förderprogrammes „Entwicklung des ländlichen Raumes in Niedersachsen – Bereich Naturschutz und Landschaftspflege“ sowie ab 2000 der EAGFL-Programme erbracht (s. Kapitel 15 02 TGr. 90).

Die bei 429 62 veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen laufen ab:

bei Titel 683 62	1 600 000 DM
bei Titel 821 62	2 250 000 DM
bei Titel 883 62	1 250 000 DM

Zusammen 5 100 000 DM

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1556 Verwendung der Wasserentnahmegebühr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
459 62-9	623	Nicht aufteilbare Fürsorgeleistungen und personalbezogene Sachausgaben * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	—	—	—	—
538 62-6	623	Dienstleistungen Außenstehender * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	585.000	585.000	—	491
547 62-5	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	—	—	—	5
653 62-0	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV) * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	125.000	125.000	—	451
681 62-3	623	Entschädigungen nach § 50 NNatG * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	25.000	25.000	—	29
683 62-6	623	Vertragsnaturschutz für freiwillige Nutzungseinschränkungen * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	4.100.000	4.100.000	—	2.093
685 62-9	623	Zuweisungen an Sonstige * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	315.000	315.000	—	687
761 62-7	623	Investive Maßnahmen auf landeseigenen Flächen * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	—	—	—	—
812 62-0	623	Erwerb von Geräten * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	—	—	—	2
821 62-0	623	Landeseigener Erwerb von Grundstücken * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	3.900.000	3.900.000	—	5.322
883 62-5	623	Zuweisungen für den Grunderwerb und andere Investitionen an Gemeinden (GV) * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	2.150.000	2.150.000	—	2.422
893 62-0	623	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige * Übertragbar. Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	300.000	300.000	—	282
TGr. 63/64		Verwaltungsausgaben für den Gewässerschutz und die Gewässerüberwachung * Übertragbar.	(1.000.000) (—)	(7.997.200)	(4.304.200)	(+3.693.000)	(4.550)
531 63-0	623	Veröffentlichungen * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	1.000.000 —	50.000	50.000	—	11
538 63-4	623	Unternehmerleistungen * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	1.420.000	1.420.100	-100	2.112
547 63-3	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	80.000	60.000	+20.000	52
547 64-1	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben für die Ausweisung von Überschwem- mungsgebieten * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	1.200.000	1.200.000	—	720
671 63-6	623	Erstattungen an den NLWK * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	3.740.000	—	+3.740.000	—
681 63-1	623	Entschädigungen für Grundwasserbeob- achtungsbrunnen und Pegel * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	—	7.000	-7.000	5
711 63-8	623	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	—	1.000	-1.000	2
812 63-9	623	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausstattungsgegenständen * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	—	20.000	-20.000	—
812 64-7	623	Erwerb von Geräten für Fachaufgaben * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	797.200	1.546.100	-748.900	1.647

ERLÄUTERUNGEN

538 62

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	135 000	—	—	135 000
2002	50 000	—	—	50 000
2003	250 000	—	—	250 000
Summe	435 000	—	—	435 000

653 62

Mit dem Landkreis Stade ist eine Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen worden, nach der das Land einen Anteil der Personal-, Sach- und Nebenkosten eines im Rahmen des Naturschutzprogramms „Untereibe – Asseler Sand“ beim Landkreis beschäftigten Naturschutzwartes übernimmt. Die Laufzeit der Verwaltungsvereinbarung über das jeweilige Haushaltsjahr hinaus verlängert sich jeweils stillschweigend um ein Jahr, wenn die Vereinbarung nicht ein Jahr vor Ablauf gekündigt wird.

683 62

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte und die 2000 üpl. bewilligte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	982 100	1 250 000	—	2 232 100
2002	302 100	1 350 000	320 000	1 972 100
2003	234 000	1 350 000	320 000	1 904 000
2004	9 800	1 450 000	320 000	1 779 800
2005 ff.	—	1 450 000	640 000	2 090 000
Summe	1 528 000	6 850 000	1 600 000	9 978 000

685 62

Belastung

des Haus- halts- jahres	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	37 500	—	—	37 500

821 62

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	1 615 000	1 000 000	—	2 615 000
2002	1 475 000	100 000	2 000 000	3 575 000
2003	1 000 000	100 000	250 000	1 350 000
2004	—	200 000	—	200 000
Summe	4 090 000	1 400 000	2 250 000	7 740 000

883 62

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	201 600	—	—	201 600
2002	—	—	1 000 000	1 000 000
2003	—	—	250 000	250 000
Summe	201 600	—	1 250 000	1 451 600

Zu Titelgruppe 63/64

In der Titelgruppe sind sämtliche Verwaltungsausgaben für den Bereich Gewässerschutz und Gewässerüberwachung einschließlich der EDV-Ausgaben für die Messnetze enthalten.

Die Anzahl der Zweckbestimmungen in der Titelgruppe 63/64 wurde reduziert. Für die Erstattungen an den NLWK wurden die Ausgaben bei den Titeln 671 63 und 891 63 veranschlagt.

547 63

Die im Außendienst tätigen Bediensteten erhalten – soweit ihnen das Land nicht unentgeltlich Schutzkleidung zur Verfügung stellt – nach näherer Maßgabe des RdErl. d. MU vom 25. 9. 1998 (Nds. MBl. S. 1317) eine pauschale Aufwandsentschädigung zur Abgeltung von Aufwendungen für die Erstbeschaffung sowie die Reinigung, Unterhaltung und Ersatzbeschaffung von Schutzkleidung.

Die von der Niedersächsischen Landesregierung am 24. 3. 1998 beschlossene Aufwandsentschädigung ist steuerfrei im Sinne des § 3 Nr. 12 Satz 1 EStG.

547 64

Belastung

des Haus- halts- jahres	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2002	—	—	1 000 000	1 000 000

812 64

Ersatzbeschaffungen:

1 UV/VIS-Spektralphotometer	56 000 DM
1 Atomabsorptionsspektrometer mit Fließinjektions- system und Hybridgenerator	120 000 DM
1 Fluoreszenzmessgerät	45 000 DM
1 Gaschromatograph mit Workstation und Probenaufgabesystem	155 800 DM
1 Probenwechsler für die Gaschromatographie	70 400 DM
Zusammen	447 200 DM

Neubeschaffungen:

1 Laserscan-Mikroskop	350 000 DM
Zusammen	350 000 DM
Insgesamt	797 200 DM

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1556 Verwendung der Wasserentnahmegebühr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
891 63-6	623	Erstattungen für Investitionen an den NLWK * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	710.000	—	+710.000	—
TGr. 80 bis 82		Maßnahmen zum Trinkwasserschutz * Übertragbar.	(48.600.000) (26.000.000)	(42.900.000)	(41.100.000)	(+1.800.000)	(37.600)
538 80-4	623	Dienstleistungen Außenstehender für Maß- nahmen nach § 47 h NWG * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	48.600.000 12.000.000	11.100.000	12.000.000	–900.000	13.266
547 80-3	623	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungs- ausgaben * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	50.000	—	+50.000	—
653 80-8	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für die Pacht von Flächen in Wasserschutzgebieten und weitere Maßnahmen nach § 47 h NWG * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	200.000	200.000	—	146
657 80-3	623	Zuweisungen an Wasser- und Bodenverb. für die Pacht von Flächen in Wasserschutzgebie- ten und weitere Maßnahmen nach § 47 h NWG * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	100.000	100.000	—	—
681 80-1	623	Ausgleichsleist. n. § 51a NWG u. Entschädi- gungsleist. für Nutzungseinschränkungen von Grundst. aufgrund freiwilliger Vereinbarung * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	— 14.000.000	22.350.000	22.000.000	+350.000	18.323
682 80-8	623	Zuschüsse an öffentl. Wasserversorgungsun- ternehmen für die Pacht von Flächen in Was- erschutzgebieten u.a. Maßnahmen n. §47hNWG * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	2.000.000	200.000	+1.800.000	361
683 80-4	623	Zuschüsse an private Unternehmen für die Pacht von Flächen in Wasserschutzgebieten u. andere Maßnahmen nach § 47h NWG * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	200.000	200.000	—	—
685 80-7	623	Zuschüsse an Kongress und Ausstellung Wasser Berlin e.V. * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	—	—	—	—
685 81-5	623	Zuschüsse an Landwirtschaftskammern für gewässerschutzorientierte Beratungen * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	1.400.000	1.400.000	—	993
685 82-3	623	Zuschüsse an Sonstige für die Pacht von Flächen in Wasserschutzgebieten u. andere Maßnahmen nach § 47h NWG * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	—	—	—	—
883 80-3	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV) für den Kauf von Flächen in Wasserschutzgebieten * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	600.000	500.000	+100.000	—
887 80-9	623	Zuweisungen an Wasser- und Bodenverbände für den Kauf von Flächen in Wasserschutz- gebieten * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	1.000.000	1.000.000	—	342
891 80-6	623	Zuschüsse an öffentl. Wasserversorgungs- unternehmen für den Kauf von Flächen in Wasserschutzgebieten * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	2.100.000	2.100.000	—	1.980
892 80-2	529	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen für eine gewässerschonende Güllelagerung * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	1.300.000	1.100.000	+200.000	2.153
892 81-0	623	Zuschüsse an private Unternehmen für den Kauf von Flächen in Wasserschutzgebieten * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	300.000	300.000	—	36
893 80-9	623	Zuschüsse an Sonstige für den Kauf von Flächen in Wasserschutzgebieten * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	200.000	—	+200.000	—
TGr. 86		Förderung der naturnahen Gewässerger- staltung/ Gewässerrandstreifen * Übertragbar.	(—)	(—)	(—)	(—)	(2.965)
761 86-4	623	Landeseigene Tiefbauten * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	—	—	—	55

ERLÄUTERUNGEN

891 63

Ersatzbeschaffungen:

3 Seilkrananlagen	195 000 DM
1 TDC-Gerät	120 000 DM
1 Graphitrohr-AAS mit Zeemann-Technik	81 000 DM
1 DFÜ-Pegel Bensorsiel	22 000 DM
1 Neutralisationsanlage für Laborwasser	34 000 DM
1 Stationäres Probeannahmegerät	20 000 DM
1 Quecksilberanalysator	45 000 DM
1 Induktive Durchflussmessung	20 000 DM
1 Laborspülmaschine	15 000 DM
Zusammen	552 000 DM

Ergänzungsbeschaffungen:

1 FIAS-Messplatz zum Photometer	40 000 DM
1 Aufrüstung TOC-Gerät zur Feststoffanalyse	40 000 DM
Zusammen	80 000 DM

Neubeschaffungen:

1 Gaschromatograph	78 000 DM
Zusammen	78 000 DM
Insgesamt	710 000 DM

Zu Titelgruppe 80/81/82

Die Ausgaben für den Trinkwasserschutz wurden in dieser Titelgruppe zusammengefasst. Die bisher einzeln veranschlagten Titel der HGr. 5, 6 und 8 wurden hierher umgesetzt, soweit sie Maßnahmen für den Trinkwasserschutz beinhalten.

Die bei 538 80 veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen laufen ab bei

Titel 538 80	12 000 000 DM
Titel 681 80	24 000 000 DM
Titel 682 80	12 600 000 DM
Zusammen	48 600 000 DM

538 80

Erkundung und Bewertung von Grundwasserbelastungen sowie zusätzliche Beratung der Forst- und Landwirtschaft und des Erwerbsgartenbaus im Interesse des Gewässerschutzes einschl. der damit im Zusammenhang stehenden Boden- und Gewässeruntersuchungen.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	5 999 100	2 000 000	—	7 999 100
2002	2 999 100	3 000 000	2 000 000	7 999 100
2003	1 999 400	3 000 000	2 000 000	6 999 400
2004	—	2 000 000	2 000 000	4 000 000
2005 ff.	—	2 000 000	6 000 000	8 000 000
Summe	10 997 600	12 000 000	12 000 000	34 997 600

653 80 und 657 80

Zuweisungen an Gemeinden bzw. Wasser- und Bodenverbände für die Pacht von Flächen in Wasserschutzgebieten und für weitere Maßnahmen nach § 47 h Abs. 3 S. 2 NWG.

681 80

Es sind veranschlagt die Ausgaben für Ausgleichsleistungen nach § 51 a NWG für Einschränkungen einer ordnungsgemäßen Land- oder Forstwirtschaft sowie für Einschränkungen der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung auf Grund freiwilliger Vereinbarungen.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte und die 2000 üpl. bewilligte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	8 899 000	6 772 000	—	15 671 000
2002	3 499 000	5 878 000	7 000 000	16 377 000
2003	3 499 000	5 999 000	7 000 000	16 498 000
2004	—	5 112 000	7 000 000	12 112 000
2005 ff.	—	11 594 000	3 000 000	14 594 000
Summe	15 897 000	35 355 000	24 000 000	75 252 000

Die Nutzungseinschränkungen werden bei Abschluss von 6-jährigen freiwilligen Vereinbarungen aus dem EAGFL der EU gefördert. Ein Teil der im Haushaltsjahr 2000 ausgebrachten VE sowie die 2000 überplanmäßig bewilligte VE i. H. v. 21,355 Mio. DM ist für die Durchführung der EU-Programme bestimmt.

682 80

Zuschüsse an öffentliche Wasserversorgungsunternehmen für die Durchführung von Maßnahmen zum Trinkwasserschutz.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2002	—	—	1 800 000	1 800 000
2003	—	—	1 800 000	1 800 000
2004	—	—	1 800 000	1 800 000
2005 ff.	—	—	7 200 000	7 200 000
Summe	—	—	12 600 000	12 600 000

685 81

Bei der Erarbeitung von Grundlagen für Maßnahmen im Rahmen von § 47 h NWG ist die fachtechnische Beratung von Dienststellen der Landwirtschaftskammern nötig. Gleichzeitig können die Landwirtschaftskammern Vermittlungs- und Schulungsaufgaben im Auftrag der Wasserwirtschaftsverwaltung erfüllen.

Belastung

der Haus- halts- jahre	durch die bis 1999 in Anspruch genommenen VE DM	durch die 2000 ausgebrachte VE DM	durch die 2001 ausgebrachte VE DM	Gesamt- belastung DM
2001	1 400 000	—	—	1 400 000
2002	1 400 000	—	—	1 400 000
Summe	2 800 000	—	—	2 800 000

883 80 und 887 80

Zuschüsse an Gemeinden bzw. Wasser- und Bodenverbände für den Erwerb von Flächen in Wasserschutzgebieten gem. § 47 h Abs. 3 Nr. 1 NWG.

892 80

Die Mittel werden für den Bau von Güllebehältern ausschließlich in Wasserschutz- und Wasservorranggebieten eingesetzt.

Zu Titelgruppe 86

Die Titelgruppe dient zur Abwicklung von Ausgaberesten.

Neue Maßnahmen sind in Kapitel 15 52 Titelgruppe 86 veranschlagt und werden aus Mitteln der Abwasserabgabe finanziert.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1556 Verwendung der Wasserentnahmegebühr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
821 86-7	623	Erwerb von Grundstücken * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	—	—	—	1
883 86-2	623	Zuweisungen an Gemeinden (GV) * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	—	—	—	1.567
893 86-8	623	Zuschüsse an Wasser- und Bodenverbände und Sonstige * Vgl. D-Vermerk zu 1520 - 681 02.	—	—	—	—	1.342
		Summe für inzwischen weggefallene Titel	—		5.025.600	-5.025.600	
		Abschluss Kapitel 15 56					
		0 Steuern und steuerähnliche Abgaben		142.000.000	140.000.000	+2.000.000	
		1 Eigene Einnahmen		—	—	—	
		2 Übertragungseinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		142.000.000	140.000.000	+2.000.000	
		4 Persönliche Verwaltungsausgaben	7.300.000 4.200.000	58.900	160.000	-101.100	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	49.600.000 12.000.000	16.725.000	21.730.700	-5.005.700	
		6 Übertragungsausgaben	— 14.000.000	35.655.000	30.122.000	+5.533.000	
		7 Bauausgaben	—	—	1.000	-1.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	13.357.200	13.416.100	-58.900	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	15.240.700	1.585.300	+13.655.400	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	56.900.000 30.200.000	81.036.800	67.015.100	+14.021.700	
		Überschuss		60.963.200	72.984.900	-12.021.700	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 1596 Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
119 41-1	623	E I N N A H M E N					
		Rückzahlungen von Überzahlungen		—	—	—	9
		<u>Abschluss Kapitel 15 96</u>					
		1 Eigene Einnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Erläuterung zu Kapitel 15 96

Haushaltsmittel für Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz stehen nicht mehr zur Verfügung.

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 15 0 Steuern und steuerähnliche Abgaben 1 Eigene Einnahmen 2 Übertragungseinnahmen 3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen Summe der Einnahmen 4 Persönliche Verwaltungsausgaben 5 Sächliche Verwaltungsausgaben 6 Übertragungsausgaben 7 Bauausgaben 8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen 9 Besondere Finanzierungsausgaben Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben Zuschuss Nachrichtlich: Anteil an den Versorgungsausgaben Ausgaben einschließl. Versorgungsanteil Zuschuss einschließl. Versorgungsanteil		212.000.000 72.140.700 33.676.800 146.674.100 464.491.600 25.305.000 6.920.000 50.300.000 12.200.000 28.773.900 38.628.400 80.000.000 80.000.000 12.880.000 200.000 — 197.258.900 137.948.400 285.460.900 24.098.900 774.051.400 309.559.800	212.580.000 90.448.000 18.713.400 137.554.300 459.295.700 216.015.300 144.232.200 98.713.500 174.373.500 131.231.000 10.711.300 775.276.800 315.981.100 26.979.700 802.256.500 342.960.800	–580.000 –18.307.300 +14.963.400 +9.119.800 +5.195.900 –51.055.800 –30.285.600 +86.359.100 –82.990.500 +17.491.700 +35.156.800 –25.324.300 –30.520.200	

Einzelplan 15

Umweltministerium

Stellenpläne, Stellenübersichten und Bedarfsnachweise

**für das
Haushaltsjahr 2001**

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamtinnen und Beamte¹⁾			1) Für die Geschäftsführung der Nieders. Umweltstiftung werden 0,75 Stellen und für die Geschäftsführung der Nieders. Wattenmeerstiftung werden 0,5 Stellen in Anspruch genommen.
Feste Gehälter:			2) Die Stelleninhaberin oder der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 LBesO.
B 9 ²⁾	1	1	3) Die Stelleninhaberin oder der Stelleninhaber erhält als Beamtin bzw. Beamter des gehobenen technischen Dienstes eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.
B 6	4	5	
B 3	5	3	
Leitende Ministerialrätin, Leitender Ministerialrat			4) Die Stelleninhaberinnen bzw. die Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
B 3 ¹⁴⁾	1	1	
B 2	14	15	5) kw.
Aufsteigende Gehälter:			6) 1 Stelle darf (in Höhe von 50 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
A 16	22	23	7) Unbesetzt.
A 15	34	38	8) kw nach Versetzung oder Eintritt der Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber in den Ruhestand.
A 14 ¹¹⁾ 13)	17	15	
A 13	2	2	9) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2002).
A 13 ³⁾	1	1	
A 13 ⁶⁾	32	32	10) Davon 1 kw mit Ablauf des 30. 9. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).
A 12	31	31	
A 11 ¹⁰⁾ 12)	16	18	11) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2003).
A 9 ⁴⁾	2	1	
A 9	4	5	12) Davon 1 kw mit Ablauf des 30. 4. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
A 8 ⁹⁾	4	4	
	190	195	13) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 10. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
Zusammen			
Stellen zu Titel 422 31⁸⁾			14) ku nach B 2 nach Versetzung oder Eintritt des Stelleninhabers in den Ruhestand.
B 3	—	1	
Leitende Ministerialrätin, Leitender Ministerialrat			
B 2	3	3	
Ministerialrätin, Ministerialrat			
A 16	3	3	
A 13	2	2	
	8	9	
Zusammen			
Leerstellen:			
B 3 ⁵⁾	—	1	
Leitende Ministerialrätin, Leitender Ministerialrat			
B 2 ⁵⁾	1	1	
A 16 ⁵⁾	2	2	
A 16 ⁵⁾	1	1	
A 15 ⁵⁾	1	1	
A 14 ⁵⁾	4	—	
A 12 ⁵⁾	5	—	
A 11 ⁵⁾	1	1	
A 9 ⁵⁾	1	—	
	16	7	
Zusammen			

- ¹⁾ Für die Geschäftsführung der Nieders. Umweltstiftung werden 0,75 Stellen und für die Geschäftsführung der Nieders. Wattenmeerstiftung werden 0,5 Stellen in Anspruch genommen.
- ²⁾ Die Stelleninhaberin oder der Stelleninhaber erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 LBesO.
- ³⁾ Die Stelleninhaberin oder der Stelleninhaber erhält als Beamtin bzw. Beamter des gehobenen technischen Dienstes eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.
- ⁴⁾ Die Stelleninhaberinnen bzw. die Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zur Bes.-Gr. A 9 BBesO.
- ⁵⁾ kw.
- ⁶⁾ 1 Stelle darf (in Höhe von 50 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
- ⁷⁾ Unbesetzt.
- ⁸⁾ kw nach Versetzung oder Eintritt der Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber in den Ruhestand.
- ⁹⁾ Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2001 infolge ZV bis 2003 (2002).
- ¹⁰⁾ Davon 1 kw mit Ablauf des 30. 9. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).
- ¹¹⁾ Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2002 infolge ZV bis 2003 (2003).
- ¹²⁾ Davon 1 kw mit Ablauf des 30. 4. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
- ¹³⁾ Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 10. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
- ¹⁴⁾ ku nach B 2 nach Versetzung oder Eintritt des Stelleninhabers in den Ruhestand.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	verlagert von Kap. 15 20
Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	1	gem. ZV für 2001
Bes.-Gr. A 15	3	davon
		1 verlagert nach Kap. 15 20
		2 infolge Umwandlung in Stellen der Verg.-Gr. Ia
Bes.-Gr. A 11	2	davon
		1 infolge Einsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998 für 1998
		1 gem. ZV für 2001
Zusammen	6	
Bleibt Abgänge	5	
Hebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. B 3	1	von Bes.-Gr. B 2
Bes.-Gr. A 9 (m. D.) mit Amtszulage	1	von Bes.-Gr. A 9 (m. D.) bei gleichzeitiger Senkung einer Stelle Bes.-Gr. A 9 (m. D.) mit Amtszulage nach Bes.-Gr. A 9 im Kap. 15 55
Senkungen:	Stellen	
Bes.-Gr. B 6	1	nach Bes.-Gr. B 3
Bes.-Gr. A 15	1	nach Bes.-Gr. A 14
Stellen zu Titel 422 31:		
Abgang:		
Bes.-Gr. B 3	1	infolge Teilvollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 8

Leerstellen

Zugänge:	Stellen
Bes.-Gr. A 14	4
Bes.-Gr. A 12	5
Bes.-Gr. A 9	1
Zusammen	10
Abgänge:	Stellen
Bes.-Gr. B 3	1
Bleibt Zugänge	9

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 7 wurde gestrichen.
Die Haushaltsvermerke Nr. 9 bis 14 wurden neu ausgebracht.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte			
A 16			1) Die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers und die erste Vorzimmerkraft der Staatssekretärin/des Staatssekretärs sind für die Dauer ihrer Vorzimmer Tätigkeit übertariflich in die Verg.-Gr. V b BAT eingruppiert. Sie erhalten eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. V b und IV b BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhöht sich die persönliche Zulage auf den vollen Unterschiedsbetrag zu Verg.-Gr. IV b BAT. Nach sechsjähriger Bewährung werden sie in die Verg.-Gr. IV b BAT eingruppiert. Die vorgenannte Zulage entfällt gleichzeitig. Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers, der Staatssekretärin/des Staatssekretärs und die jeweiligen Sekretärinnen der Abteilungsleiter/-innen und der selbstständigen dem/der Staatssekretär/-in unmittelbar unterstellten Referatsgruppenleiter/-in sind für die Dauer ihrer Vorzimmer Tätigkeit übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert. Nach zweijähriger Bewährung im Vorzimmerdienst erhalten sie eine persönliche Zulage in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen den Grundvergütungen der Verg.-Gr. VI b und V c BAT in der jeweils maßgebenden Lebensaltersstufe. Die vorstehend genannten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage wird in Höhe der Hälfte der tariflichen Zulage gewährt. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
Außertariflich	1	1	
I	2	2	
Ia	7	4	
I b	1	2	
II a	1	1	
III ⁵⁾	7	7	
IV a	1	1	
V b ¹⁾	4	4	
V c	9	9	
VI b ¹⁾	22	24	
VII	—	1	
IX b–VII ²⁾	11	12	
	66	68	Zusammen
Leerstellen:			
I b ³⁾	1	—	2) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen. 3) kw. 4) Unbesetzt. 5) 1 Stelle darf (in Höhe von 25 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden. 6) Unbesetzt.
II a ³⁾	1	1	
V b ³⁾	1	1	
IX b–VII ³⁾	4	—	
	7	2	Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugänge: Verg.-Gr. I a	Stellen 2	infolge Umwandlung von Stellen der Bes.-Gr. A 15
Abgänge: Verg.-Gr. VI b	Stellen 2	davon 1 gem. ZV für 2001 1 infolge Einsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998 für 1998
Verg.-Gr. VII	1	verlagert nach Kap. 15 22
Verg.-Gr. IX b–VII	1	infolge Einsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998 für 1998
Zusammen	4	
Bleibt Abgänge	2	
Höhergruppierung: Verg.-Gr. I a	Stellen 1	von Verg.-Gr. I b bei Wegfall einer persönlichen Zulage gem. § 24 Abs. 1 BAT in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Verg.-Gr. I b und I a in der jeweils maßgebenden Lebensalters- stufe (alter Haushaltsvermerk Nr. 6)
Leerstellen		
Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. I b	1	
Verg.-Gr. IX b–VII	4	
Zusammen	5	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde den organisatorischen Veränderungen entsprechend ergänzt.
Der Haushaltsvermerk Nr. 6 wurde gestrichen.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 01 Ministerium

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	

Arbeiter/-innen

5/5 a	2	2	
4/4 a	4	4	
3/3 a	7	7	
	13	13	Zusammen

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 03 Landesamt für Ökologie

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamtinnen und Beamte			1) unbesetzt.
B 5	1	1	Präsidentin oder Präsident des Landesamtes für Ökologie
B 2	1	1	Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Landesamtes für Ökologie
A 16	4	4	Aufsteigende Gehälter: Leitende Direktorin beim Landesamt für Ökologie und Professorin, Leitender Direktor beim Landesamt für Ökologie und Professor
A 15	7	7	Direktorin beim Landesamt für Ökologie und Professorin, Direktor beim Landesamt für Ökologie und Professor
A 15 ⁹⁾	10	10	Direktorin, Direktor
A 14 ⁵⁾	24	25	Oberrätin, Oberrat
A 13 ⁵⁾¹⁰⁾	22	24	Rätin, Rat
A 13 ²⁾⁸⁾	5	4	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12 ⁵⁾	8	10	Amtsärztin, Amtsarzt
A 11 ⁵⁾	7	8	Amtsfrau, Amtmann
A 10	3	3	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9 ³⁾	3	3	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
A 8	2	2	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
	97	102	Zusammen
Stellen zu Titel 422 31⁷⁾			2) 1 StelleninhaberIn oder Stelleninhaber erhält als Beamtin oder Beamter des gehobenen technischen Dienstes eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.
B 5	1	1	Präsidentin des Landesamtes für Ökologie, Präsident des Landesamtes für Ökologie
A 15	1	1	Direktorin, Direktor
A 12	1	1	Amtsärztin, Amtsarzt
	3	3	Zusammen
Leerstellen:			3) 2 (1) StelleninhaberInnen oder Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zu Bes.-Gr. A 9 BBesO.
A 14 ⁴⁾	1	—	Oberrätin, Oberrat
A 13 ⁴⁾	1	3	Rätin, Rat
A 10 ⁴⁾	1	1	Oberinspektorin, Oberinspektor
	3	4	Zusammen
			4) kw.
			5) Folgende Planstellen dürfen nur mit Zustimmung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in Anspruch genommen werden: – Bereich Arbeitsschutz 1 A 14 Oberrätin, Oberrat 1 A 13 Rätin, Rat 2 A 12 Amtsärztin, Amtsarzt 1 A 11 Amtsfrau, Amtmann – Bereich Ökologische Gesamtplanung 1 A 13 Rätin, Rat.
			6) unbesetzt.
			7) kw nach Versetzung oder Eintritt der StelleninhaberInnen oder Stelleninhaber in den Ruhestand.
			8) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 8. 2003 gem. Nr. 8 Abs. 3 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000.
			9) 1 Stelle darf (in Höhe von 75 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
			10) 1 Stelle darf (in Höhe von 12,5 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

- ¹⁾ unbesetzt.
²⁾ 1 Stelleninhaberin oder Stelleninhaber erhält als Beamtin oder Beamter des gehobenen technischen Dienstes eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.
³⁾ 2 (1) Stelleninhaberrinnen oder Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zu Bes.-Gr. A 9 BBesO.
⁴⁾ kw.
⁵⁾ Folgende Planstellen dürfen nur mit Zustimmung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in Anspruch genommen werden:
– Bereich Arbeitsschutz
1 A 14 Oberrätin, Oberrat
1 A 13 Rätin, Rat
2 A 12 Amtsärztin, Amtsarzt
1 A 11 Amtsfrau, Amtmann
– Bereich Ökologische Gesamtplanung
1 A 13 Rätin, Rat.
⁶⁾ unbesetzt.
⁷⁾ kw nach Versetzung oder Eintritt der Stelleninhaberrinnen oder Stelleninhaber in den Ruhestand.
⁸⁾ Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 8. 2003 gem. Nr. 8 Abs. 3 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000.
⁹⁾ 1 Stelle darf (in Höhe von 75 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
¹⁰⁾ 1 Stelle darf (in Höhe von 12,5 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 (h. D.)	1	infolge Verlagerung von Kap. 15 06 (gem. § 50 Abs. 1 LHO bereits 2000 umgesetzt)
Bes.-Gr. A 13 (g. D.)	1	infolge Verlagerung von Kap. 03 05 (gem. Nr. 8 Abs. 3 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000 bereits 1999 umgesetzt)
Zusammen	2	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 (h. D.)	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 6 gem. ZV für 2001
Bes.-Gr. A 14	1	} gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Bes.-Gr. A 13 (h. D.)	2	
Bes.-Gr. A 12	2	
Bes.Gr. A 11	1	
Zusammen	7	
Bleibt Abgänge	5	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 3 wurde geändert.
Der Haushaltsvermerk Nr. 6 wurde vollzogen.
Die Haushaltsvermerke Nr. 8 bis Nr. 10 wurden neu ausgebracht.

Von den Planstellen entfallen auf den Technischen Dienst:

Bes.-Gr.	Stellen
A 16	3
A 15	6
A 14	4
A 13 (höh. D.)	8
A 13 (geh. D.)	2
A 12	5
A 11	3
Insgesamt	31

Leerstellen:

Zugang:	Stellen
Bes.-Gr. A 14	1

Abgang:	
Bes.-Gr. A 13 (h. D.)	2
	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 4

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 03 Landesamt für Ökologie

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Beamtete Hilfskräfte				
A 13	1	1	Assessorin, Assessor	1) Die jeweilige Sekretärin des Präsidenten/der Präsidentin ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.
Angestellte				
I b	7	8		2) Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
II a ¹¹⁾ ¹²⁾ ¹³⁾	34	36		3) unbesetzt
III	29	31		4) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i.d.F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBL S. 829) nachgewiesen.
IV a	37	36		5) 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
IV b	17	16		6) 1 Stelle darf (in Höhe von 50 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
V b	33	31		7) unbesetzt.
V c ⁵⁾	28	26		8) kw.
VI b ¹⁾ ²⁾ ⁶⁾	56	57		9) unbesetzt.
VII	36	42		10) unbesetzt.
VIII ¹⁴⁾	5	7		11) Davon 1 kw.
IX b–VII ⁴⁾	15	16		12) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 10. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001).
	297	306	Zusammen	13) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 8. 2001 infolge ZV für 2001 (PKB-Überschuss).
Leerstellen:				
II a ⁸⁾	2	1		14) Davon 1 kw mit Ablauf des 30. 9. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
III ⁸⁾	—	1		
IV a ⁸⁾	2	1		
IV b ⁸⁾	2	3		
V b ⁸⁾	2	—		
V c ⁸⁾	2	1		
VI b ⁸⁾	2	4		
VII ⁸⁾	2	2		
	14	13	Zusammen	

- ¹⁾ Die jeweilige Sekretärin des Präsidenten/der Präsidentin ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorzimmerkraft übertariflich in Verg.-Gr. VI b BAT eingruppiert.
- ²⁾ Die für die Dauer ihrer Tätigkeit übertariflich eingruppierten Vorzimmerkräfte, die Textverarbeitungsautomaten bedienen, erhalten eine übertarifliche Zulage. Die Zulage beträgt die Hälfte der entsprechenden tariflichen Zulage. Mit der übertariflichen Eingruppierung und der übertariflichen Zulage sind entsprechende tarifliche Zulagen abgegolten.
- ³⁾ unbesetzt
- ⁴⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. S. 829) nachgewiesen.
- ⁵⁾ 1 Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
- ⁶⁾ 1 Stelle darf (in Höhe von 50 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
- ⁷⁾ unbesetzt.
- ⁸⁾ kw.
- ⁹⁾ unbesetzt.
- ¹⁰⁾ unbesetzt.
- ¹¹⁾ Davon 1 kw.
- ¹²⁾ Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 10. 2001 infolge ZV bis 2003 (2001).
- ¹³⁾ Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 8. 2001 infolge ZV für 2001 (PKB-Überschuss).
- ¹⁴⁾ Davon 1 kw mit Ablauf des 30. 9. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	1	infolge Abweichung von den Stellenübersichten gem. § 49 Abs. 7 LHO mit Wirkung vom 01. 01. 2000
Verg.-Gr. IV a	1	infolge Verlagerung von Kap. 15 55
Zusammen	2	
Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. I b	1	infolge Verlagerung nach Kap. 15 55
Verg.-Gr. II a	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 9 gem. ZV für 2001
Verg.-Gr. II a	2	} gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Verg.-Gr. VII	3	
Verg.-Gr. VIII	2	
Verg.-Gr. IX b–VII	1	
Verg.-Gr. VII	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 7
Zusammen	11	
Bleibt Abgänge	9	

Höhergruppierungen:

Verg.-Gr. V c	1	von Verg.-Gr. VI b gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000
Verg.-Gr. V b	2	von Verg.-Gr. VII gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000
Zusammen	3	

Herabgruppierungen:

Verg.-Gr. III	2	davon
		1 nach Verg.-Gr. IV b gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000
		1 nach Verg.-Gr. V b gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000
Verg.-Gr. V b	1	nach Verg.-Gr. V c (als Ausgleich für den Zugang einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu Bes.-Gr. A 9 BBesO)
Zusammen	3	

Leerstellen:

Zugänge:	Stellen
Verg.-Gr. II a	1
Verg.-Gr. IV a	1
Verg.-Gr. V b	2
Verg.-Gr. V c	1
Zusammen	5

Abgänge:

Verg.-Gr. III	1	} infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 8
Verg.-Gr. IV b	1	
Verg.-Gr. VI b	2	
Zusammen	4	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 5 und Nr. 6 wurden geändert.
Die Haushaltsvermerke Nr. 7, Nr. 9 und Nr. 10 wurden vollzogen.
Die Haushaltsvermerke Nr. 11 bis Nr. 14 wurden neu ausgebracht.

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Arbeiter/-innen				
7	3	3		1) DW.
6	2	2		2) unbesetzt.
5	—	1		3) unbesetzt.
4 ⁵⁾ 6)	10	11		4) unbesetzt.
3 ¹⁾	1	1		5) Davon 1 kw mit Ablauf des 28. 02. 2003 infolge ZV bis 2003 (nach 2003).
2	—	2		6) 1 Stelle darf (in Höhe von 12,5 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.
2 a	1	3		
	17	23	Zusammen	

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Abgänge:	Stellen	
Lohn-Gr. 5	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 4
Lohn-Gr. 4	1	} gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Lohn-Gr. 2	2	
Lohn-Gr. 2 a	2	infolge Einsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998 für 1998
Zusammen	6	

Sonstige Veränderungen:

Die Haushaltsvermerke Nr. 2 und Nr. 4 wurden vollzogen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 3 wurde gestrichen.
Die Haushaltsvermerke Nr. 5 und Nr. 6 wurden neu ausgebracht.

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamtinnen und Beamte¹⁾			
A 16	5	5	Aufsteigende Gehälter:
A 15 ¹²⁾	19	19	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 14	38	34	Direktorin, Direktor
A 13 ¹⁴⁾	33	42	Oberrätin, Oberrat
A 13 ⁵⁾	25	25	Rätin, Rat
A 12 ⁷⁾	74	76	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 11 ¹⁴⁾	90	88	Amtsärztin, Amtsarzt
A 10 ⁹⁾	56	64	Amtfrau, Amtmann
A 9 ²⁾	6	4	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	25	19	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
A 8	39	42	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
A 7 ¹⁰⁾	28	35	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
	438	453	Obersekretärin, Obersekretär
			Zusammen
Stellen zu Titel 422 31¹¹⁾			
A 16	2	2	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	3	3	Direktorin, Direktor
A 14	1	1	Oberrätin, Oberrat
A 13	6	6	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
			(davon 2 mit Amtszulage)
A 12	5	5	Amtsärztin, Amtsarzt
A 11	—	1	Amtfrau, Amtmann
A 10	2	2	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	6	6	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
			(davon 2 mit Amtszulage)
	25	26	Zusammen
Leerstellen:			
A 14 ³⁾	1	1	Oberrätin, Oberrat
A 13 ³⁾	—	1	Rätin, Rat
A 12 ³⁾	1	—	Amtsärztin, Amtsarzt
A 11 ³⁾	2	4	Amtfrau, Amtmann
A 10 ³⁾	3	5	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 7 ³⁾	2	3	Obersekretärin, Obersekretär
	9	14	Zusammen

¹⁾ Die allein den Angehörigen von Funktionsgruppen im Sinne der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes vom 21. August 1992 (BGBl. I S. 1597) vorbehaltenen Planstellen ergeben sich aus der in den Erläuterungen enthaltenen Übersicht.

²⁾ Die Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 3 zu Bes.-Gr. A 9 BBesO.

³⁾ kw.

⁴⁾ Unbesetzt.

⁵⁾ Vier (zwei) Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber erhalten als Beamtinnen oder Beamte des gehobenen technischen Dienstes eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.

⁶⁾ 1 Stelle darf (in Höhe von 20 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

⁷⁾ 1 Stelle darf (in Höhe von 45 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

⁸⁾ 1 Stelle darf (in Höhe von 25 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

⁹⁾ Davon 4 (10) kw wegen Wegfall des Abfallabgabengesetzes unter Anrechnung auf die dem Geschäftsbereich des MU aufzugebene Stelleneinsparauflage infolge ZV bis 2003.

¹⁰⁾ Davon 2 (6) kw wegen Wegfall des Abfallabgabengesetzes unter Anrechnung auf die dem Geschäftsbereich des MU aufzugebene Stelleneinsparauflage infolge ZV bis 2003.

¹¹⁾ kw nach Versetzung oder Eintritt der Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber in den Ruhestand.

¹²⁾ Für die Dauer der Beschäftigung eines Landesbediensteten bei der Altlastensicherungsgesellschaft ist die Wiederbesetzung der Stelle ausgeschlossen.

¹³⁾ Unbesetzt.

¹⁴⁾ Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 10. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	2	infolge Umwandlung von 2 Stellen der Verg.-Gr. I b
Bes.-Gr. A 13 (höh. D.)	1	infolge Umwandlung einer Stelle der Verg.-Gr. II a
Bes.-Gr. A 11	1	infolge Verlagerung von Kap. 15 50
Zusammen	4	
Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 (höh. D.)	4	davon
		1 infolge Umsetzung gem. § 50 LHO nach Kap. 15 10
		1 infolge Vollzugs des bisher im HPI 1999/2000 versehentlich bei A 13 h. D. im Kap. 15 50 (statt im Kap. 15 06) ausgebrachten Haushaltsvermerks Nr. 7 gem. ZV für 2001
		1 infolge Vollzugs des bisherigen Haushaltsvermerks Nr. 13 (vgl. HPI 2000) gem. ZV für 2001
		1 gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Bes.-Gr. A 12	1	infolge Wechsels im Vorsitz des HPR in 2000 verlagert ins Kap. 15 55
Bes.-Gr. A 12	1	infolge Vollzugs des bisher im HPI 1999/2000 versehentlich bei A 12 und A 11 im Kap. 15 50 (statt im Kap. 15 06) ausgebrachten Haushaltsvermerks Nr. 7 gem. ZV für 2001
Bes.-Gr. A 11	1	
Bes.-Gr. A 10	6	infolge Teilvollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 9 gem. ZV für 2001
Bes.-Gr. A 7	6	davon
		2 infolge Einsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998 für 1998
		4 infolge Teilvollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 10 gem. ZV für 2001
Zusammen	19	
Bleibt Abgänge	15	

Stellenhebungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	2	von Bes.-Gr. A 13 (höh. D.)
Bes.-Gr. A 13 (geh. D.) mit Amtszulage	2	von Bes.-Gr. A 13 (s. Haushaltsvermerk Nr. 5)
Bes.-Gr. A 11	2	von Bes.-Gr. A 10
Bes.-Gr. A 9 (mittl. D.) mit Amtszulage	2	von Bes.-Gr. A 9 (mittl. D.)
Bes.-Gr. A 9 (mittl. D.)	4	von Bes.-Gr. A 8
Bes.-Gr. A 8	1	von Bes.-Gr. A 7
Zusammen	13	

Stellensenkungen:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 (höh. D.)	4	nach Bes.-Gr. A 9 (mittl. D.)

Soweit Stellenobergrenzen überschritten werden, ist die Umwandlung der die Obergrenzen überschreitenden Planstellen für einen Zeitraum von längstens 5 Jahren ausgesetzt (§ 26 Abs. 6 BBesG).

Von den Planstellen für Beamte des höheren und des gehobenen Dienstes entfallen auf den Technischen Dienst:

Bes.-Gr.	Stellen
A 16	5
A 15	19
A 14	38
A 13 (höh. D.)	33
A 13 (geh. D.)	25
A 12	69
A 11	81
A 10	56
Insgesamt	326

Von den Planstellen entfallen auf Funktionsgruppen nach der VO zu § 26 Abs. 4 Nr. 2 BBesG vom 3. 12. 1998 (BGBl. I S. 3434) in der jeweils geltenden Fassung:

Mittlerer Dienst

Bes.-Gr.	§ 2 Nr. 5 der VO
A 9 mit Amtszulage	6
A 9	25
A 8	39
A 7	28
A 6	—
Insgesamt	98

Die für das Haushaltsjahr 2001 ausgebrachten Stellen verteilen sich auf:

Bes.-Gruppe	Bezirksregierungen	Gewerbeaufsichtsämter	Zusammen
A 16	3	2	5
A 15	8	11	19
A 14	9	29	38
A 13 (höh. D.)	—	33	33
A 13 (geh. D.)	4	21	25
A 12	10	64	74
A 11	10	80	90
A 10	—	56	56
A 9 mit Amtszulage	—	6	6
A 9	—	25	25
A 8	—	39	39
A 7	—	28	28
A 6	—	—	—
Insgesamt	44	394	438

Stellen zu Titel 422 31:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 11	1	infolge Teilvollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 11

Leerstellen:

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12	1	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 (höh. D.)	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 3
Bes.-Gr. A 11	2	
Bes.-Gr. A 10	2	
Bes.-Gr. A 7	1	
Zusammen	6	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 5 wurde den Veränderungen entsprechend angepasst.

Die Haushaltsvermerke Nr. 6 bis Nr. 8 wurden neu ausgebracht. Der bisherige Haushaltsvermerk Nr. 7 (vgl. HPI 2000) wurde gestrichen, da er wegen des Wechsels im Vorsitz des HPR in 2000 ins Kap. 15 55 verlagert wurde.

Die Haushaltsvermerke Nr. 9 und 10 wurden nach Teilvollzug entsprechend angepasst.

Der Haushaltsvermerk Nr. 13 wurde gestrichen.

Der Haushaltsvermerk Nr. 14 wurde neu ausgebracht.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 06 Gewerbeaufsichts- und Abfallwirtschaftsverwaltung

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Beamtete Hilfskräfte			
A 10	7	7	Technischer Dienst Oberinspektorin z.A., Oberinspektor z.A.
Angestellte			
I b	1	3	
II a	2	4	
III	4	6	
IV a ⁵⁾⁶⁾	22	22	
IV b	13	13	
V b	6	6	
V c ⁵⁾⁷⁾	21	18	
VI b ⁶⁾	12	12	
VII ³⁾	12	12	
VIII ⁸⁾	16	20	
IX b–VII ¹⁾	59	61	
	168	177	Zusammen
Leerstellen:			
II a ²⁾	—	1	
IV a ²⁾	—	1	
VII ²⁾	—	2	
IX b–VII ²⁾	1	1	
	1	5	Zusammen

¹⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1a zum BAT i.d.F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

²⁾ kw

³⁾ Davon 1 kw.

⁴⁾ Unbesetzt.

⁵⁾ Für die Dauer der Beschäftigung von 3 Landesbediensteten (1 Verg.-Gr. IV a und 2 Verg.-Gr. V c) bei der Altlastensicherungsgesellschaft ist die Wiederbesetzung der Stellen ausgeschlossen.

⁶⁾ Davon 1 kw unter Anrechnung auf die dem Geschäftsbereich des MU aufgegebene Stelleneinsparauflage infolge ZV bis 2003.

⁷⁾ Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2002 gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998.

⁸⁾ Davon 1 kw mit Ablauf des 30. 9. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

- ¹⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.
- ²⁾ kw
- ³⁾ Davon 1 kw.
- ⁴⁾ Unbesetzt.
- ⁵⁾ Für die Dauer der Beschäftigung von 3 Landesbediensteten (1 Verg.-Gr. IV a und 2 Verg.-Gr. V c) bei der Altlastensicherungsgesellschaft ist die Wiederbesetzung der Stellen ausgeschlossen.
- ⁶⁾ Davon 1 kw unter Anrechnung auf die dem Geschäftsbereich des MU aufgegebenen Stelleneinsparauflage infolge ZV bis 2003.
- ⁷⁾ Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 12. 2002 gem. Nr. 8 Abs. 4 der Allgemeinen Bestimmungen 1997/1998.
- ⁸⁾ Davon 1 kw mit Ablauf des 30. 9. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Beamtete Hilfskräfte

Die für das Haushaltsjahr 2001 ausgebrachten Stellen verteilen sich auf:

Bes.-Gruppe	Bezirks- regie- rungen	Gewerbe- aufsichts- ämter	Zusammen
A 10	—	7	7

Angestellte

Zugänge:	Stellen	
Verg.-Gr. IV a	1	infolge Verlagerung von Kap. 15 50
Verg.-Gr. V c	4	davon
	1	infolge Verlagerung von Kap. 03 05
		(gem. Nr. 8 Abs. 3 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000 bereits 1999 umgesetzt)
	3	infolge Verlagerung von Kap. 15 50
Zusammen	5	

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. I b	2	infolge Umwandlung in Stellen der Bes.-Gr. A 14
Verg.-Gr. II a	2	davon
	1	gem. ZV für 2001
	1	infolge Umwandlung in eine Stelle der Bes.-Gr. A 13 (höh. D.)
Verg.-Gr. III	2	davon
	1	gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
	1	infolge Verlagerung nach Kap. 15 50
Verg.-Gr. IV a	1	gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Verg.-Gr. V c	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 6 gem. ZV für 2001
Verg.-Gr. VIII	4	davon
	1	infolge Einsparung gem. § 9 Abs. 2 HG 1997/1998 für 1998
	3	gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Verg.-Gr. IX b–VII	2	gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Zusammen	14	
Bleibt Abgänge	9	

Die für das Haushaltsjahr 2001 ausgebrachten Stellen verteilen sich auf:

Verg.-Gruppe BAT	Bezirks- regie- rungen	Gewerbe- aufsichts- ämter	Zusammen
I b	—	1	1
II a	2	—	2
III	—	4	4
IV a	4	18	22
IV b	—	13	13
V b	2	4	6
V c	3	18	21
VI b	1	11	12
VII	—	12	12
VIII	—	16	16
IX b–VII	—	59	59
Insgesamt	12	156	168

Leerstellen:

Abgänge:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	1	infolge Vollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 2
Verg.-Gr. IV a	1	
Verg.-Gr. VII	2	
Zusammen	4	

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 4 wurde gestrichen.

Die Haushaltsvermerke Nr. 7 und Nr. 8 wurden neu ausgebracht.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 06 Gewerbeaufsichts- und Abfallwirtschaftsverwaltung

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst				
A 10	5	—	Oberinspektoranwärterin, Oberinspektoranwärter	
A 7	5	—	Obersekretäranwärterin, Obersekretäranwärter	
	10	—	Zusammen	
Arbeiter/-innen				
4	3	3		

Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen

Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 10	5	neu gegen Einsparung von 5 Stellen für Inspektoranwärterinnen und Inspektoranwärter bei Kap. 15 50
Bes.-Gr. A 7	5	neu
Zusammen	10	

Arbeiter/-innen

Sonstige Veränderungen:
Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde gestrichen.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 20 Naturschutz und Landschaftspflege

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	1) 12 Stellen kw (infolge ZV bis 2003) mit Ausscheiden einer Stelleninhaberin oder eines Stelleninhabers der Laufbahngruppe einschließlich vergleichbarer Angestellter. Wird die frei gewordene Stelle nicht wieder besetzt, so tritt die Wirkung des Vermerks bei der freien Stelle ein. Von einer Wiederbesetzung der freien Stelle ist abzusehen, sofern die gesetzlichen Obergrenzen ausgeschöpft sind.
	2001	2000		
Planmäßige Beamtinnen und Beamte ¹⁾				
A 16	2	3	Aufsteigende Gehälter:	
A 15	3	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor	
A 14	14	15	Direktorin, Direktor	
A 13	9	9	Oberrätin, Oberrat	
A 12	1	1	Rätin, Rat	
A 11	3	3	Amtsärztin, Amtsarzt	
A 8	4	4	Amtsfrau, Amtmann	
			Hauptsekretärin, Hauptsekretär	
	36	36	Zusammen	

¹⁾ 12 Stellen kw (infolge ZV bis 2003) mit Ausscheiden einer Stelleninhaberin oder eines Stelleninhabers der Laufbahngruppe einschließlich vergleichbarer Angestellter. Wird die frei gewordene Stelle nicht wieder besetzt, so tritt die Wirkung des Vermerks bei der freien Stelle ein. Von einer Wiederbesetzung der freien Stelle ist abzusehen, sofern die gesetzlichen Obergrenzen ausgeschöpft sind.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 15	1	Verlagerung von Kapitel 15 01
Bes.-Gr. A 15	1	Verlagerung von Kapitel 15 24
Zusammen	2	
Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 16	1	Verlagerung nach Kapitel 15 24
Bes.-Gr. A 14	1	Verlagerung nach Kapitel 15 01
Zusammen	2	

Von den Planstellen entfallen auf den Technischen Dienst:

	Stellen
Bes.-Gr. A 16	3
Bes.-Gr. A 15	1
Bes.-Gr. A 14	15
Bes.-Gr. A 13	8
Bes.-Gr. A 12	1
Bes.-Gr. A 11	3
Bes.-Gr. A 8	4
Zusammen	35

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde neu ausgebracht.

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
			1) 1 ku nach Verg.-Gr. IV a BAT.
			2) unbesetzt.
			3) 1 kw.
			4) Siehe Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
Angestellte ⁴⁾			
I b	1	1	
II a ³⁾	9	10	
III ¹⁾	26	26	
IV a	18	19	
IV b	1	1	
	55	57	Zusammen
Leerstellen:			
III	2	—	
IV a	2	—	
	4	—	Zusammen

¹⁾ 1 ku nach Verg.-Gr. IV a BAT.

²⁾ unbesetzt.

³⁾ 1 kw.

⁴⁾ Siehe Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Abgang:	Stellen	
Verg.-Gr. II a	1	infolge Vollzugs des HV ²⁾
Verg.-Gr. IV a	1	Änderung der Vergütungsgruppe gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen Bestimmungen 1999/2000 nach Verg.-Gr. VI b, die gem. ZV für 2001 in Abgang gestellt wird

Leerstellen:	Stellen
Zugang:	
Verg.-Gr. III	2
Verg.-Gr. IV a	2
Zusammen	4

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 2 wurde gestrichen.

Der Haushaltsvermerk Nr. 4 wurde neu ausgebracht.

BEDARFSNACHWEISE				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Beamte/-innen im Vorbereitungsdienst				
A 13	10	10	Referendarin, Referendar	
Arbeiter/-innen				
1-8	2	2		
	12	12	Zusammen	

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 22 Budgetierung Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	

Planmäßige Beamtinnen und Beamte

A 16	1	1	Aufsteigende Gehälter: Direktorin der Alfred Toepfer Akademie und Professorin, Direktor der Alfred Toepfer Akademie und Professor
A 14	1	—	Oberrätin, Oberrat
A 13	2	3	Rätin, Rat
A 11	1	1	Amtfrau, Amtmann
	5	5	Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Von den Planstellen entfallen auf den Technischen Dienst:

Bes.-Gr.	Stellen
A 14	1
A 13	1

Hebung: Stellen
Bes.-Gr. A 14 1 von Bes.-Gr. A 13

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	

Angestellte

II a	2	2	
IV a ¹⁾	1	1	
IV b	1	1	
VII	3	2	
IX b–VII ²⁾	1	1	
	8	7	Zusammen

¹⁾ ku nach Verg.-Gr. IV b.

²⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Zugänge: Stellen
Verg.-Gr. VII 1 verlagert von Kap. 15 01

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	

Arbeiter/-innen

4	1	1

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 24 Nationalpark Harz

STELLENPLAN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Planmäßige Beamtinnen und Beamte				
A 16	1	—	Aufsteigende Gehälter:	
A 15	—	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor	
A 14	1	1	Direktorin, Direktor	
A 13	2	2	Oberrätin, Oberrat	
A 11	1	1	Rätin, Rat	
A 9	1	1	Amtfrau, Amtmann	
			Inspektorin, Inspektor	
	6	6	Zusammen	

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang: Stellen
Bes.-Gr. A 16 1 verlagert von Kap. 15 20

Abgang: Stellen
Bes.-Gr. A 15 1 verlagert nach Kap. 15 20

Von den Planstellen entfallen auf den Technischen Dienst:

Bes.-Gr.	Stellen
A 16	1
A 14	1
A 13	2
Insgesamt	4

STELLENÜBERSICHTEN				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung	
	2001	2000		
Angestellte				
I b	1	—		
II a	1	2		
	2	2	Zusammen	

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte

Höhergruppierung: Stellen
Verg.-Gr. I b 1 von Verg.-Gr. II a
gem. Nr. 2 Abs. 7 der Allgemeinen
Bestimmungen 1999/2000

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 25 Nationalpark Wattenmeer

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamtinnen und Beamte¹⁾			¹⁾ 2 Stellen kw (infolge ZV bis 2003) mit Ausscheiden einer Stelleninhaberin oder eines Stelleninhabers der Laufbahngruppe einschließlich vergleichbarer Angestellter. Wird die frei gewordene Stelle nicht wieder besetzt, so tritt die Wirkung des Vermerks bei der freien Stelle ein. Von einer Wiederbesetzung der freien Stelle ist abzusehen, sofern die gesetzlichen Obergrenzen ausgeschöpft sind.
A 16	1	1	
A 14	3	3	
A 13	3	3	
	7	7	
			Aufsteigende Gehälter: Leitende Baudirektorin, Leitender Baudirektor Oberrätin, Oberrat Rätin, Rat Zusammen

Erläuterungen zum Stellenplan

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde neu ausgebracht.

Von den Planstellen entfallen auf den Technischen Dienst:

Bes.-Gr.	Stellen
A 16	1
A 14	1
A 13	2
Insgesamt	4

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte¹⁾			¹⁾ Siehe Haushaltsvermerk Nr. 1 zum Stellenplan.
II a	2	2	
III	5	5	
IV b	1	1	
IV a	2	2	
	10	10	
			Zusammen

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde neu ausgebracht.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 50 Wasserwirtschaftsverwaltung bei den Bezirksregierungen

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamtinnen und Beamte			
			Aufsteigende Gehälter:
A 16	4	4	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	11	11	Direktorin, Direktor
A 14 ⁷⁾	17	22	Oberrätin, Oberrat
A 13 ¹⁾	7	12	Rätin, Rat
A 13 ⁴⁾	5	7	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 13	1	2	Realschullehrerin, Realschullehrer
A 12 ⁶⁾	16	23	Amtsärztin, Amtsarzt
A 12	1	1	Lehrerin, Lehrer
A 11	27	34	Amtfrau, Amtmann
A 10	9	13	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	1	1	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
A 8 ⁷⁾	1	1	Hauptsekretärin, Hauptsekretär
	100	131	Zusammen
Stellen zu Titel 422 31⁸⁾			
A 16	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	2	2	Direktorin, Direktor
A 14	1	2	Oberrätin, Oberrat
A 13	4	4	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
			(davon eine/einer mit Amtszulage)
A 13	1	1	Realschullehrerin, Realschullehrer
A 12	1	1	Amtsärztin, Amtsarzt
	10	11	Zusammen
Leerstellen:			
A 15 ²⁾	1	1	Direktorin, Direktor
A 13 ²⁾	1	—	Rätin/Rat
A 12 ²⁾	1	—	Amtsärztin, Amtsarzt
A 11 ²⁾	1	—	Amtfrau, Amtmann
	4	1	Zusammen

1) Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 3. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

2) kw.

3) unbesetzt.

4) 2 (1) Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber erhalten als Beamtinnen oder Beamte des gehobenen technischen Dienstes eine Amtszulage gemäß Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.

5) unbesetzt.

6) Eine Stelle darf (in Höhe von 55 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

7) Davon je 1 kw wegen Wegfall des Abfallabgabengesetzes unter Anrechnung auf die dem Geschäftsbereich des MU aufgegebene Stelleneinsparauflage infolge ZV bis 2003.

8) kw nach Versetzung oder Eintritt der Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber in den Ruhestand.

¹⁾ Davon 1 kw mit Ablauf des 31. 3. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

²⁾ kw.

³⁾ unbesetzt.

⁴⁾ 2 (1) Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber erhalten als Beamtinnen oder Beamte des gehobenen technischen Dienstes eine Amtszulage gemäß Fußnote 11 zu Bes.-Gr. A 13 BBesO.

⁵⁾ unbesetzt.

⁶⁾ Eine Stelle darf (in Höhe von 55 v. H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

⁷⁾ Davon je 1 kw wegen Wegfall des Abfallabgabengesetzes unter Anrechnung auf die dem Geschäftsbereich des MU aufgegebene Stelleneinsparauflage infolge ZV bis 2003.

⁸⁾ kw nach Versetzung oder Eintritt der Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber in den Ruhestand.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12	1	verlagert von Kap. 15 55
Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	5	verlagert nach Kap. 15 55 (gem. § 50 Abs. 1 LHO bereits 1999 umgesetzt)
Bes.-Gr. A 13 h.D.	4	
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	
Bes.-Gr. A 13 (Realschullehrerin, Realschullehrer)	1	
Bes.-Gr. A 12	8	
Bes.-Gr. A 11	6	gem. ZV für 2001 verlagert nach Kap. 15 55
Bes.-Gr. A 10	2	
Bes.-Gr. A 13 h.D.	1	
Bes.-Gr. A 13 g.D.	1	
Bes.-Gr. A 11	1	
Bes.-Gr. A 10	1	gem. ZV für 2001 (PKB-Überschuss)
Bes.-Gr. A 10	1	infolge Teilvollzugs des Haushaltsvermerks Nr. 7 gem. ZV für 2001
Zusammen	32	
Bleibt Abgänge	31	
Stellenhebung:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 (geh. D.) mit Amtszulage	1	von Bes.-Gr. A 13 (siehe Haushaltsvermerk Nr. 4)

Von den Planstellen entfallen auf den Technischen Dienst:

Bes.-Gr.	Stellen
A 16	4
A 15	11
A 14	15
A 13 (höh. D.)	3
A 13 (geh. D.)	4
A 12	16
A 11	27
A 10	9
Insgesamt	89

Stellen zu Titel 422 31:

Abgang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	verlagert nach Kap. 15 55 (gem. § 50 Abs. 1 LHO bereits 1999 umgesetzt)

Leerstellen:

Zugänge:	Stellen
Bes.-Gr. A 13 (h.D.)	1
Bes.-Gr. A 12	1
Bes.-Gr. A 11	1
Zusammen	3

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde neu ausgebracht. Die Haushaltsvermerke Nr. 4 und 6 wurden den eingetretenen Veränderungen entsprechend angepasst. Der bei A 13 (höh. D.), A 12 und A 11 im HPL 1999/2000 versehentlich im Kap. 15 50 statt im Kap. 15 06 ausgebrachte HV Nr. 7 wurde inzwischen im Kap. 15 06 jeweils vollzogen und hier entsprechend gestrichen.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 50 Wasserwirtschaftsverwaltung bei den Bezirksregierungen

STELLENÜBERSICHTEN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Verg.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Angestellte			
IV b	1	1	Verwaltungsdienst
V b	3	4	
V c	3	5	
VI b	4	13	
VII	3	7	
VIII ⁶⁾ 7)	3	8	
IX b–VII ¹⁾	10	19	Schreib- und Fernschreibdienst
I b	2	3	Technischer Dienst
II a	31	54	
III	39	52	
IV a ⁵⁾ 10)11)	23	44	
IV b	—	1	
V b	4	15	
V c ²⁾	3	29	
VI b	17	56	
VII	3	18	
VIII ⁴⁾	2	10	
IX b	—	1	
V b	—	1	Datenverarbeitung
VIII	—	1	
	151	342	Zusammen
Leerstellen:			
IV a ³⁾	1	—	Verwaltungsdienst
V c ³⁾	1	—	
VI b ³⁾	3	—	
III ³⁾	1	—	Technischer Dienst
V c ³⁾	—	1	
VII ³⁾	2	—	
IX b–VII ³⁾	2	2	Schreib- und Fernschreibdienst
	10	3	Zusammen

¹⁾ Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.

²⁾ 1 DW.

³⁾ kw.

⁴⁾ Davon 1 kw mit Ablauf des 30. 9. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).

⁵⁾ Davon 1 kw mit Ablauf des 30. 4. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).

⁶⁾ Davon 1 (1) kw.

⁷⁾ Davon 1 (1) kw.

⁸⁾ unbesetzt.

⁹⁾ unbesetzt.

¹⁰⁾ Davon 1 kw unter Anrechnung auf die dem Geschäftsbereich des MU aufgegebene Stelleneinsparauflage infolge ZV bis 2003.

¹¹⁾ Eine Stelle darf (in Höhe von 50 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

- 1) Hier sind die Schreibkräfte der Verg.-Gr. IX b, VIII (Fallgruppen 1 bis 3) und VII (Fallgruppen 1 bis 3) der Anlage 1 a zum BAT i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 7. 1969 (Nds. MBl. 1969 S. 829) nachgewiesen.
- 2) 1 DW.
- 3) kw.
- 4) Davon 1 kw mit Ablauf des 30. 9. 2003 infolge ZV bis 2003 (2003).
- 5) Davon 1 kw mit Ablauf des 30. 4. 2002 infolge ZV bis 2003 (2002).
- 6) Davon 1 (1) kw.
- 7) Davon 1 (1) kw.
- 8) unbesetzt.
- 9) unbesetzt.
- 10) Davon 1 kw unter Anrechnung auf die dem Geschäftsbereich des MU aufzugebene Stelleneinsparauflage infolge ZV bis 2003.
- 11) Eine Stelle darf (in Höhe von 50 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

Erläuterungen zu den Stellenübersichten

Angestellte		noch Abgänge:	Stellen
Zugang:	Stellen	Übertrag	180
Technischer Dienst		Technischer Dienst	
Verg.-Gr. III	1 verlagert von Kap. 15 06	Verg.-Gr. V c	1
		Verg.-Gr. VI b	1
		Verg.-Gr. VII	1
Abgänge:	Stellen	Verg.-Gr. II a	1
Verwaltungsdienst		Verg.-Gr. III	1
Verg.-Gr. V b	1	Verg.-Gr. VI b	2
Verg.-Gr. V c	2	Verg.-Gr. VII	1
Verg.-Gr. VI b	9	Verg.-Gr. IV a	1
Verg.-Gr. VII	4	Verg.-Gr. V c	3
Verg.-Gr. VIII	4	Zusammen	192
Schreibdienst		Leerstellen:	
Verg.-Gr. IX b–VII	8	Zugänge:	Stellen
Technischer Dienst		Verwaltungsdienst	
Verg.-Gr. I b	1 verlagert nach Kap. 15 55	Verg.-Gr. IV a	1
Verg.-Gr. II a	22 (gem. § 50 Abs. 1 LHO bereits 1999 umgesetzt)	Verg.-Gr. V c	1
Verg.-Gr. III	13	Verg.-Gr. VI b	3
Verg.-Gr. IV a	20	Technischer Dienst	
Verg.-Gr. V b	11	Verg.-Gr. III	1
Verg.-Gr. V c	22	Verg.-Gr. VII	2
Verg.-Gr. VI b	35	Zusammen	8
Verg.-Gr. VII	12	Abgang:	Stellen
Verg.-Gr. VIII	6	Technischer Dienst	
Datenverarbeitung		Verg.-Gr. V c	1 verlagert nach Kap. 15 55
Verg.-Gr. V b	1		(gem. § 50 Abs. 1 LHO bereits 1999 umgesetzt)
Verg.-Gr. VIII	1		
Verwaltungsdienst		Sonstige Veränderungen:	
Verg.-Gr. VIII	1	Die Haushaltsvermerke Nr. 4, 5 und 11 wurden neu ausgebracht.	
Schreibdienst		Der Haushaltsvermerk Nr. 8 wurde gestrichen.	
Verg.-Gr. IX b–VII	1	Der Haushaltsvermerk Nr. 9 wurde gestrichen, da er mit der zugehörigen Stelle zum Kapitel 15 55 verlagert und dort als Bemerkung Nr. 8 in der Anlage zum Wirtschaftsplan neu ausgebracht wurde.	
Technischer Dienst			
Verg.-Gr. IV b	1		
Verg.-Gr. VI b	1		
Verg.-Gr. VII	1		
Verg.-Gr. VIII	2		
Verg.-Gr. IX b	1		
zu übertragen:	180		

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 50 Wasserwirtschaftsverwaltung bei den Bezirksregierungen

BEDARFSNACHWEISE			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr. Lohn-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst			
A 13	11	11	Referendarin, Referendar
A 9	8	13	Inspektoranwärterin, Inspektoranwärter
	19	24	Zusammen
Arbeiter/-innen			
4	—	18	Kraftfahrdienst
1	—	1	Reinigungsdienst
2	—	1	
1–8	1	8	Sonstige Dienste
	1	28	Zusammen
Erläuterungen zu den Bedarfsnachweisen			

Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst

Abgänge: Stellen
Bes.-Gr. A 9 5 als Ausgleich für 5 neue Stellen
für Oberinspektoranwärterinnen/
Oberinspektoranwärter
bei Kapitel 15 06

Arbeiter

Abgänge: Stellen
Kraftfahrdienst Lohn-Gr. 4 16
Reinigungsdienst Lohn-Gr. 1 1
Lohn-Gr. 2 1
Sonstige Dienste Lohn-Gr. 1-8 7
Kraftfahrdienst Lohn-Gr. 4 1
Lohn-Gr. 4 1
Zusammen 27

verlagert nach Kapitel 15 55
(gem. § 50 Abs. 1 LHO
bereits 1999 umgesetzt)

gem. ZV für 2001
infolge Einsparung gem. § 9 Abs. 2
Haushaltsgesetz 1997/1998 für 1998

Sonstige Veränderungen:

Der bisherige Haushaltsvermerk Nr. 1 wurde gestrichen.

Einzelplan 15 Umweltministerium
Kapitel 15 55 Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft und Küstenschutz

STELLENPLAN			Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl		Stellenbezeichnung
	2001	2000	
Planmäßige Beamtinnen und Beamte			
B 3 ⁴⁾	1	1	Feste Gehälter: Direktorin oder Direktor des Landesbetriebes für Wasserwirtschaft und Küstenschutz
A 16	2	2	Aufsteigende Gehälter: Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	4	4	Direktorin, Direktor
A 14	7	2	Oberrätin, Oberrat
A 13	7	4	Rätin, Rat
A 13 ⁵⁾	9	6	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 13	1	—	Realschullehrerin, Realschullehrer
A 12 ⁶⁾	16	8	Amtsärztin, Amtsarzt
A 11	12	6	Amtfrau, Amtmann
A 10	4	3	Oberinspektorin, Oberinspektor
A 9	1	1	Amtsinspektorin, Amtsinspektor
A 8 ¹⁾	3	4	Deichvögtin, Deichvogt
A 8	1	1	Hauptwerkmeisterin, Hauptwerkmeister
	68	42	Zusammen
Stellen zu dem bisherigen Titel 422 31³⁾			
A 16	1	1	Leitende Direktorin, Leitender Direktor
A 15	1	1	Direktorin, Direktor
A 14	1	—	Oberrätin, Oberrat
A 13	1	1	Oberamtsrätin, Oberamtsrat
A 12	1	1	Amtsärztin, Amtsarzt
	5	4	Zusammen

¹⁾ 2 DW.

²⁾ unbesetzt.

³⁾ kw nach Versetzung oder Eintritt der Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber in den Ruhestand.

⁴⁾ Das Amt der Bes.-Gr. B 3 darf der Stelleninhaberin oder dem Stelleninhaber erst nach entsprechender Änderung des NBesG übertragen werden.

Bis dahin kann die Stelleninhaberin oder der Stelleninhaber in Bes.-Gr. A 16 eine Amtszulage nach Vorbemerkung Nr. 21 zur BBesO erhalten.

⁵⁾ Eine Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

⁶⁾ Eine Stelle darf (in Höhe von 20 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

¹⁾ 2 DW.

²⁾ unbesetzt.

³⁾ kw nach Versetzung oder Eintritt der Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber in den Ruhestand.

⁴⁾ Das Amt der Bes.-Gr. B 3 darf der Stelleninhaberin oder dem Stelleninhaber erst nach entsprechender Änderung des NBesG übertragen werden.

Bis dahin kann die Stelleninhaberin oder der Stelleninhaber in Bes.-Gr. A 16 eine Amtszulage nach Vorbemerkung Nr. 21 zur BBesO erhalten.

⁵⁾ Eine Stelle darf nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

⁶⁾ Eine Stelle darf (in Höhe von 20 v.H.) nur für Personalratstätigkeit verwendet werden.

Erläuterungen zum Stellenplan

Planmäßige Beamte/-innen

Zugänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	5	} verlagert von Kap. 15 50 (gem. § 50 Abs. 1 LHO bereits 1999 umgesetzt)
Bes.-Gr. A 13 h. D.	4	
Bes.-Gr. A 13 g. D.	1	
Bes.-Gr. A 13 (Realschullehrerin, Realschullehrer)	1	
Bes.-Gr. A 12	8	
Bes.-Gr. A 11	6	} verlagert von Kap. 15 50 infolge Wechsels im Vorsitz des HPR in 2000 verlagert von Kap. 15 06 (A 12), ab 2001 als Bes.-Gr. A 13 g. D. gem. Nr. 1 Abs. 2 der Allg. Best. 1999/2000 neu auszubringen
Bes.-Gr. A 10	2	
Bes.-Gr. A 13 g. D.	1	
Bes.-Gr. A 13 g. D.	1	
Zusammen	29	

Abgänge:	Stellen	
Bes.-Gr. A 12	1	} verlagert nach Kap. 15 50 gem. ZV für 2001
Bes.-Gr. A 10	1	
Bes.-Gr. A 8	1	
Zusammen	3	

Senkung:	Stellen	
Bes.-Gr. A 13 h. D.	1	nach Bes.-Gr. A 12
Bes.-Gr. A 9 (m. D.) mit Amtszulage	1	nach Bes.-Gr. A 9 (m. D.) bei gleichzeitiger Hebung einer Stelle Bes.-Gr. A 9 nach Bes.-Gr. A 9 (m. D.) und Amtszulage im Kap. 15 01

Von den Planstellen für Beamte entfallen auf den Technischen Dienst:

Bes.-Gr.	Stellen
A 16	1
A 15	4
A 14	7
A 13 (höh. D.)	7
A 13 (geh. D.)	8
A 12	17
A 11	12
A 10	4
A 8	3 (Deichvögtin, Deichvogt)
A 8	1 (Hauptwerksmeisterin, Hauptwerksmeister)
Insgesamt	64

Stellen zu dem bisherigen Titel 422 31

Zugang:	Stellen	
Bes.-Gr. A 14	1	verlagert von Kap. 15 50 (gem. § 50 Abs. 1 LHO bereits 1999 umgesetzt)

Sonstige Veränderungen:

Der bisherige Haushaltsvermerk Nr. 2 (vgl. HPl. 1999/2000) wurde wegen der Stellensenkung gestrichen.
Der Haushaltsvermerk Nr. 5 wurde der eingetretenen Veränderung im HPR-Vorsitz entsprechend angepasst.
Der Haushaltsvermerk Nr. 6 wurde dem veränderten Sachverhalt entsprechend angepasst.

Haushaltsplan
für das
Haushaltsjahr 2001

Einzelplan 20
(Hochbauten)

Vorwort zum Einzelplan 20 (Hochbauten)

A. Aufgaben und Aufbau des Einzelplanes in den wichtigsten Grundzügen

Im Einzelplan 20 sind die von der Staatshochbauverwaltung durchzuführenden Hochbaumaßnahmen ausgebracht. Der Einzelplan ist nach den Geschäftsbereichen kapitelweise wie folgt gegliedert:

Kapitel	20 11	Allgemeine Hochbauangelegenheiten (Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude; kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten; Vorarbeitskosten für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten)
Kapitel	20 12	Allgemeine Hochbauangelegenheiten (Behördenhäuser)
Kapitel	20 21	Landtag
Kapitel	20 25	Staatskanzlei
Kapitel	20 31	Innenministerium
Kapitel	20 32	Innenministerium (Landespolizei Abschnitt 1)
Kapitel	20 35	Finanzministerium
Kapitel	20 41	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kapitel	20 42	Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales (Landeskrankenhäuser)
Kapitel	20 51	Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Fachhochschulen/Hochschulen)
Kapitel	20 52	Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Fachhochschul-Entwicklungsprogramm)
Kapitel	20 53	Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Bibliotheken, Museen, Theater und andere Einrichtungen)
Kapitel	20 60	Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Energiesparmaßnahmen)
Kapitel	20 61	Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Göttingen)
Kapitel	20 62	Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Hannover)
Kapitel	20 63	Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Technische Universität Braunschweig)
Kapitel	20 64	Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Tierärztliche Hochschule Hannover)
Kapitel	20 65	Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Technische Universität Clausthal)
Kapitel	20 66	Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Medizinische Hochschule Hannover)
Kapitel	20 67	Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Oldenburg)
Kapitel	20 68	Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Osnabrück)
Kapitel	20 69	Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Abwicklung der Maßnahmen der Hochschulbaugesellschaft)
Kapitel	20 71	Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Kapitel	20 75	Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Ernährung und Landwirtschaft
Kapitel	20 76	Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Domänenverwaltung)
Kapitel	20 77	Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Landesforstverwaltung)
Kapitel	20 81	Justizministerium (Gerichte und Staatsanwaltschaften)
Kapitel	20 82	Justizministerium (Justizvollzugsanstalten)
Kapitel	20 85	Abwicklung der Maßnahmen des aufgelösten Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten
Kapitel	20 90	Umweltministerium

B. Wesentliche organisatorische Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

Keine.

C. Sonstige Veränderungen

Keine.

D. Allgemeine Erläuterungen

1. Allgemeine Haushaltsvermerke

Die „Allgemeinen Haushaltsvermerke, die nicht auf einzelne Titel oder Titelgruppen beschränkt sind“, sind in den Erläuterungen bei Kapitel 20 11 Titel 729 01 (Spalte 14) ausgedruckt. Diese Erläuterungen sind durch entsprechenden Einzelvermerk gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO für verbindlich erklärt.

2. Hochschulbau

Der Aufbau und Ausbau von Hochschulen (einschließlich der Hochschulkliniken) ist eine Gemeinschaftsaufgabe des Bundes und der Länder (Art. 91 a Abs. 1 Nr. 1 GG). Die Ausführung richtet sich nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Ausbau und Neubau von Hochschulen“ (Hochschulbauförderungsgesetz – HBFG –) vom 1. 9. 1969 (BGBl. I Seite 1556), zuletzt geändert durch § 80 des Hochschulrahmengesetzes (HRG) vom 26. 1. 1976 (BGBl. I Seite 185 ff). Für die Erfüllung dieser Gemeinschaftsaufgabe wird entsprechend dem Zeitraum der Finanzplanung ein gemeinsamer Rahmenplan aufgestellt, der jährlich der Entwicklung angepasst und fortgeschrieben wird (§ 5 HBFG).

Die Hochschulbaumaßnahmen des Landes Niedersachsen werden von der Staatlichen Hochbauverwaltung durchgeführt. Die Maßnahmen werden in Spalte 9 des Einzelnachweises durch den Zusatz „RPl“ gekennzeichnet.

3. Gesamtkosten der großen Baumaßnahmen (einschl. Grunderwerb)

3.1 Das Jahr der Ermittlung der Gesamtkosten ist grundsätzlich aus den vorliegenden Erläuterungsbogen ersichtlich. Bei denjenigen Baumaßnahmen, für die eine Fortschreibung erforderlich war bzw. die neu ausgebracht sind, ist in Spalte 9 zusätzlich das Jahr der Kostenermittlung angegeben worden.

Es bedeuten in Spalte 10:

Teil 1: Kosten des Baugrundstücks

Teil 2: Erschließungs- und Baukosten

Teil 3: Kosten für die erstmalige Einrichtung.

3.2 Die Gesamtkosten für die veranschlagten großen Baumaßnahmen haben sich gegenüber dem Vorjahr geändert.

Insgesamt ergibt sich folgende Entwicklung:	rd. Mio. DM
Gesamtkosten lt. HPl 2001 (Spalte 10 des Einzelnachweises)	3 283,3
Gesamtkosten lt. HPl 1999/2000 (Spalte 10 des Einzelnachweises)	3 181,2
Erhöhung	102,1

Die Gesamtkosten für 24 Baumaßnahmen können noch nicht genannt werden.

4. Vorbehaltsbeträge der großen Baumaßnahmen (einschl. Grunderwerb)

Vorbehaltsbeträge sind diejenigen Kosten, die in künftigen Haushaltsjahren noch zu veranschlagen sind, um die Maßnahmen auszufinanzieren (vgl. auch Spalte 12 des Einzelnachweises). Für die Veränderung gegenüber 1999/2000 gelten die Ausführungen unter Nr. 3.2 entsprechend.

Insgesamt ergibt sich folgende Entwicklung:	rd. Mio. DM
Vorbehaltsbeträge lt. HPl 2001 (Spalte 12 des Einzelnachweises)	422,2
Vorbehaltsbeträge lt. HPl 1999/2000 (Spalte 12 des Einzelnachweises)	293,9
Erhöhung	128,3

Die Vorbehaltsbeträge für 24 Baumaßnahmen können noch nicht genannt werden.

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	E i n n a h m e n						
		0	1	2	3	Gesamt-	4	5
		Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	eigene Einnahmen	Über- tragungs- einnahmen	vermögens- wirksame und Sonder- einnahmen	einnahmen	persönliche Verwaltungs- ausgaben	sächliche Verwaltungs- ausgaben; Schulden- dienst
		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9
2011	Allgemeine Hochbauangelegenheiten	—	435.000	205.000	43.090.000	43.730.000	—	61.538.000
2012	Allgemeine Hochbauangelegenheiten (Behördenhäuser und sonstige Einzelmaßnahmen)	—	—	—	—	—	—	—
2021	Niedersächsischer Landtag	—	—	—	—	—	—	—
2025	Nds. Staatskanzlei	—	—	—	—	—	—	—
2031	Nds. Innenministerium	—	—	—	—	—	—	—
2032	Nds. Innenministerium (Landespolizei - Abschnitt 1)	—	—	—	—	—	—	—
2035	Nds. Finanzministerium	—	—	—	—	—	—	—
2041	Nds. Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales	—	—	—	—	—	—	—
2042	Nds. Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales (Landeskrankenhäuser)	—	—	—	200.000	200.000	—	—
2051	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Fachhochschulen / Hochschulen)	—	—	—	—	—	—	—
2052	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Fachhochschul - Entwicklungsprogramm)	—	—	—	—	—	—	—
2053	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Bibliotheken, Museen, Theater und andere Einrichtg.)	—	—	—	3.000.000	3.000.000	—	—
2060	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Energiesparmaßnahmen)	—	—	—	—	—	—	—
2061	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Göttingen)	—	—	—	—	—	—	—
2062	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Hannover)	—	—	—	—	—	—	—
2063	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Technische Universität Braunschweig)	—	—	—	—	—	—	—
2064	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Tierärztliche Hochschule Hannover)	—	—	—	610.000	610.000	—	—

gaben und Verpflichtungsermächtigungen

Epl. 20

A u s g a b e n					2001 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 – Sp.14)	2000 Überschuss Zuschuss (-)	2001 Verbesserung Verschlech- terung (-) (Sp.15 – Sp.16)	Ver- pflichtungs- ermächti- gungen
6 Über- tragungs- ausgaben	7 Bau- ausgaben	8 sonst. Ausga- ben für Inve- stitionen und Invest.förd.- maßnahmen	9 besondere Finan- zierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
DM	DM	DM	DM	DM				
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	62.250.000	—	1.000.000	124.788.000	-81.058.000	-82.131.900	1.073.900	200.000.000
—	—	—	—	—	—	-635.000	635.000	—
—	—	—	—	—	—	-624.000	624.000	—
—	5.000.000	500.000	—	5.500.000	-5.500.000	-15.760.000	10.260.000	18.000.000
—	1.800.000	1.500.000	—	3.300.000	-3.300.000	-7.250.000	3.950.000	—
—	26.000.000	750.000	—	26.750.000	-26.750.000	-26.735.000	-15.000	—
—	2.400.000	—	—	2.400.000	-2.400.000	-2.245.000	-155.000	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	5.750.000	—	—	5.750.000	-5.550.000	-7.000.000	1.450.000	—
—	—	—	—	—	—	-205.000	205.000	—
—	14.450.000	4.050.000	—	18.500.000	-18.500.000	-16.157.900	-2.342.100	—
—	4.500.000	—	—	4.500.000	-1.500.000	-5.018.000	3.518.000	—
—	3.500.000	—	—	3.500.000	-3.500.000	-3.988.000	488.000	—
—	20.900.000	—	—	20.900.000	-20.900.000	-22.794.000	1.894.000	—
—	4.500.000	850.000	—	5.350.000	-5.350.000	-5.304.000	-46.000	—
—	9.500.000	—	—	9.500.000	-9.500.000	-9.000.000	-500.000	—
—	—	—	—	—	610.000	—	610.000	—

Übersicht über die Einnahmen, Aus

Kap.	Bezeichnung	E i n n a h m e n						
		0	1	2	3	Gesamt-	4	5
		Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	eigene Einnahmen	Über- tragungs- einnahmen	vermögens- wirksame und Sonder- einnahmen	einnahmen	persönliche Verwaltungs- ausgaben	sächliche Verwaltungs- ausgaben; Schulden- dienst
		DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9
2065	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Technische Universität Clausthal)	—	—	—	—	—	—	—
2066	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Medizinische Hochschule Hannover)	—	—	—	—	—	—	—
2067	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Oldenburg)	—	—	—	—	—	—	—
2068	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Osnabrück)	—	—	—	—	—	—	—
2069	Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Abwicklung der Maßnahmen der Hochschulbaugesellschaft)	—	—	—	450.000	450.000	—	—
2071	Nds. Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	—	—	—	—	—	—	—
2075	Nds. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Ernährung und Landwirtschaft-	—	—	—	2.000.000	2.000.000	—	—
2076	Nds. Ministerium f. Ernährung, Landwirtschaft u. Forsten -Ernährung u. Landwirtsch. (Domänenverw.)-	—	—	—	—	—	—	—
2077	Nds. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-	—	—	—	—	—	—	—
2081	Justizministerium	—	—	—	—	—	—	—
2082	Justizministerium	—	—	—	—	—	—	—
2085	Abwicklung der Maßnahmen des aufgelösten Nds. Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten	—	—	—	—	—	—	—
2090	Nds. Umweltministerium	—	—	—	—	—	—	—
	Summe 2001	—	435.000	205.000	49.350.000	49.990.000	—	61.538.000
	Summe 2000	—	380.000	205.000	71.950.200	72.535.200	—	71.545.000
	2001 mehr/weniger (-)	—	55.000	—	-22.600.200	-22.545.200	—	-10.007.000

gaben und Verpflichtungsermächtigungen

Epl. 20

A u s g a b e n					2001 Überschuss Zuschuss (-) (Sp. 7 – Sp.14)	2000 Überschuss Zuschuss (-)	2001 Verbesserung Verschlech- terung (-) (Sp.15 – Sp.16)	Ver- pflichtungs- ermächti- gungen
6 Über- tragungs- ausgaben	7 Bau- ausgaben	8 sonst. Ausga- ben für Inve- stitionen und Invest.förd.- maßnahmen	9 besondere Finan- zierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben				
DM	DM	DM	DM	DM				
10	11	12	13	14	15	16	17	18
—	1.750.000	—	—	1.750.000	-1.750.000	-1.500.000	-250.000	—
—	29.100.000	1.000.000	—	30.100.000	-30.100.000	-39.827.000	9.727.000	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	520.000	—	—	520.000	-520.000	-1.000.000	480.000	—
—	1.000.000	—	—	1.000.000	-550.000	-1.650.000	1.100.000	—
160.000	2.500.000	—	—	2.660.000	-2.660.000	-1.200.000	-1.460.000	—
—	19.500.000	—	—	19.500.000	-17.500.000	-15.000.000	-2.500.000	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	-939.000	939.000	—
—	52.800.000	1.350.000	—	54.150.000	-54.150.000	-87.711.000	33.561.000	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	500.000	—	—	500.000	-500.000	-1.500.000	1.000.000	—
160.000	268.220.000	10.000.000	1.000.000	340.918.000	-290.928.000	-355.174.800	64.246.800	218.000.000
200.000	329.155.000	20.810.000	6.000.000	427.710.000				175.000.000
-40.000	-60.935.000	-10.810.000	-5.000.000	-86.792.000				43.000.000

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2011 Allgemeine Hochbauangelegenheiten

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
113 01-6	018	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen außerhalb des Nachweises über das Vermögen und die Schulden		—	—	—	—
119 02-2	011	Schadensersatzleistungen für die Beseitigung von Bauschäden sowie Grundsanierung am Gebäude Schiffgraben 10 , 3000 Hannover ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.		—	—	—	—
119 41-3	018	Rückzahlung von Überzahlungen		300.000	250.000	+50.000	563
119 46-4	871	Ersatzleistungen		25.000	25.000	—	8.302
119 51-0	018	Vermischte Einnahmen		100.000	100.000	—	24
132 02-9	018	Erlöse aus der Veräußerung beweglicher Sachen		10.000	5.000	+5.000	9
231 01-9	871	Erstattungen von Bauunterhaltungskosten vom Bund		200.000	200.000	—	—
233 01-1	871	Erstattungen von Bauunterhaltungskosten von Gemeinden (GV)		5.000	5.000	—	—
331 01-3	131	Zuweisungen des Bundes zu staatlichen Bau- maßnahmen gem. § 12 HBFG ** Der MF darf nicht verwendete Erstattungen des Bundes durch Absetzen von der Einnahme verausgaben.		43.090.000	39.828.100	+3.261.900	18.000
331 02-1	131	Zuweisung des Bundes zu staatlichen Bau- maßnahmen - Dienstgebäude der OFD		—	—	—	—
331 03-0	131	Zuweisungen des Bundes zu staatlichen Bau- maßnahmen gem. § 12 HBFG (zu den bei Titel 729 02 veranschlagten Mehrkosten)		—	—	—	—
331 04-8	235	Zuweisung des Bundes für die Grundsanierung des Hauses 54 im Grenzdurchgangslager Friedland		—	—	—	—
381 01-0	990	Zuführung von 05 24 - 981 03		—	—	—	152
381 02-9	990	Zuführung von Kapitel 0603 und 0604 * Vgl. K-Vermerk zu 712 05.		—	9.500.000	–9.500.000	3.064
381 04-5	990	Zuführung von 15 56 - 981 95 ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.		—	—	—	—
A U S G A B E N							
519 01-2	871	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen * Übertragbar.	—	51.538.000	64.400.000	–12.862.000	87.810
519 04-7	871	Ersatz von Beleuchtungsanlagen mit PCB-haltigen Kondensatoren * Übertragbar.	—	2.500.000	2.645.000	–145.000	1.788
538 01-7	018	Vergütungen Außenstehender für technische Grundsatzplanungen als Voraussetzung für die Programmierung von Hochbauten * Übertragbar.	—	—	—	—	—
538 02-5	018	Dienstleistungen Außenstehender * Übertragbar.	—	7.500.000	4.500.000	+3.000.000	11.860
711 01-0	871	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten ** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.	—	31.000.000	22.500.000	+8.500.000	42.191
711 02-9	871	Maßnahmen im Zusammenhang mit der erstmaligen Herrichtung von angekauften Gebäuden	—	500.000	2.500.000	–2.000.000	696
711 03-7	871	Maßnahmen zur Altlastenbeseitigung	—	2.000.000	2.000.000	—	1.632
711 04-5	871	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten und Maßnahmen zur Altlastenbeseitigung in den Hochschulen und Universitäten	—	12.500.000	12.500.000	—	9.309

Einzelnachweis der Hochbaumaßnahmen

Kapitel 2011

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen							
Jahr der Kosten- ermittlung	Teil 2 Teil 3 Teil 1 DM	DM	DM	DM								
9	10	11	12	13	14							
					Zu 119 02 Die Einnahmen sind zweckgebunden für die 5. Teilmaßnahme bei 712 04 zu verwenden. Zu 132 02 Verkaufserlöse im Zusammenhang mit der Durchführung von Baumaßnahmen. Zu 331 01 Die Erstattungen des Bundes für Hochschulbaumaßnahmen gemäß § 12 HBFG (in Spalte 9 mit RPl gekennzeichnet) sind hier zentral ausgebracht. Der Ansatz entspricht dem voraussichtlichen Aufkommen für das Hj. 2001. Zu 381 01 Es handelt sich um die Erstattung der Ausgaben für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen des Landeskrankenhauses Brauel. Zu 381 04 Für durchzuführende wassersparende Maßnahmen in landeseigenen Gebäuden, z. B. Einsatz von wassersparenden Installationen und Anlagen. Zu 519 01 <table><tr><th></th><th>Hj. 2001 DM</th><th>Hj. 2000 DM</th></tr><tr><td>1. Unterhaltung der landeseigenen Gebäude</td><td rowspan="2">51 538 000</td><td rowspan="2">64 400 000</td></tr><tr><td>2. Unterhaltung der angemieteten oder gepachteten Gebäude</td></tr></table> Zu 1.: Unterhaltung für alle landeseigenen Gebäude, soweit für sie nicht besondere Buchungsstellen bestimmt sind. Zu 2.: Unterhaltung der angemieteten oder gepachteten Gebäude und Gebäudeteile nach dem tatsächlichen Bedarf, soweit diese auf Grund rechtlicher Verpflichtung vom Land Niedersachsen zu tragen ist. Zu 538 01 Die hier veranschlagten Mittel sind für die Programmierung und Schaffung der Rahmenbedingungen aller Hochbauten sowie der erforderlichen Grunddaten u. a. auf dem Gebiet der Raumordnung, der Energiefragen, der Ver- und Entsorgung vorgesehen. Zu 538 02 Dienstleistungen Außenstehender für die Durchführung von Arbeiten, die die Staatshochbauverwaltung mangels geeigneter oder ausreichender eigener Kräfte nicht selbst erledigen kann. Zu 711 01, 711 03 und 711 04 Veranschlagt sind die Kosten für kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten bis 2 000 000 DM im Einzelfall.		Hj. 2001 DM	Hj. 2000 DM	1. Unterhaltung der landeseigenen Gebäude	51 538 000	64 400 000	2. Unterhaltung der angemieteten oder gepachteten Gebäude
	Hj. 2001 DM	Hj. 2000 DM										
1. Unterhaltung der landeseigenen Gebäude	51 538 000	64 400 000										
2. Unterhaltung der angemieteten oder gepachteten Gebäude												

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2011 Allgemeine Hochbauangelegenheiten

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
712 01-7	871	Vorarbeitskosten für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	2.000.000	1.750.000	+250.000	1.835
712 02-5	132	Vorarbeitskosten für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten in den Hochschulen und Universitäten	—	4.000.000	1.250.000	+2.750.000	3.488
712 03-3	871	Maßnahmen zur Altlastenbeseitigung	—	1.250.000	3.000.000	-1.750.000	455
712 04-1	871	Durchsanierung von Gebäuden, 1. BA ***Gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO ist die Erläuterung zur 5. Teilmaßnahme verbindlich.	—	4.000.000	4.500.000	-500.000	4.901
712 05-0	132	Vorarbeitskosten für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten aus der Dringlichkeitsliste C * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 381 02. ***Soweit Vorarbeitskosten in früheren Haushaltsjahren aus Titel 712 01 vorfinanziert worden sind, sind sie ebenfalls hier zu veranschlagen und durch Absetzung von der Ausgabe bei 712 01 wieder zu vereinnahmen.	—	—	—	—	2.723
729 01-7	131	Zur Durchführung von Hochbaumaßnahmen ** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.	200.000.000 175.000.000	—	—	—	—
729 02-5	131	Zur Durchführung von Hochschulbaumaßnahmen	—	—	—	—	—
916 01-1	950	Abführung an 51 32 - 359 01	—	1.000.000	2.500.000	-1.500.000	2.500
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		Verbesserung des Klimaschutzes, Maßnahmen zur Energieeinsparung in landeseigenen Gebäuden	(—)	(—)	(—)	(—)	(1.495)
711 61-4	871	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	624
712 61-0	871	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	871
TGr. 62/63		Aktionsprogramm Energieeinsparung/Solar-offensive	(—)	(5.000.000)	(8.000.000)	(-3.000.000)	(209)
711 62-2	871	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	4.000.000	5.000.000	-1.000.000	209
711 63-0	871	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
712 62-9	871	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	1.000.000	3.000.000	-2.000.000	—
712 63-7	871	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 11 1 Eigene Einnahmen 2 Übertragungseinnahmen 3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		435.000 205.000 43.090.000	380.000 205.000 49.328.100	+55.000 — -6.238.100	
		Summe der Einnahmen		43.730.000	49.913.100	-6.183.100	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben 7 Bauausgaben 9 Besondere Finanzierungsausgaben	— 200.000.000 175.000.000 —	61.538.000 62.250.000 1.000.000	71.545.000 58.000.000 2.500.000	-10.007.000 +4.250.000 -1.500.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	200.000.000 175.000.000	124.788.000	132.045.000	-7.257.000	
		Zuschuss		81.058.000	82.131.900	-1.073.900	

Einzelnachweis der Hochbaumaßnahmen

Kapitel 2011

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen
Jahr der Kosten- ermittlung	Teil 2 Teil 3 Teil 1 DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14
	(24 351 000)	(10 216 000)	(14 135 000)	(5 966 000)	Zu 712 01 und 712 02 Die hier veranschlagten Mittel sind ausschließlich für die Aufstellung der Haushaltsunterlagen – Bau – und der Ausführungsunterlagen – Bau – gemäß § 24 bzw. § 54 LHO der von der StHBV zu planenden und durchzuführenden großen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie zur Programmierung und Schaffung von Rahmenbedingungen, z.B. aller Hochschulbauten, u. a. auf dem Gebiet der Raumordnung, der Energiefragen, der Ver- und Entsorgung vorgesehen.
	(49 032 000)	(46 422 000)	(2 610 000)	(37 922 000)	
					Zu 712 03 Maßnahmen zur Altlastenbeseitigung.
					Spalte 10: Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Vorlage baufachlicher Unterlagen für die Einzelmaßnahmen erfolgt nach Dringlichkeitsgesichtspunkten. Durch HU-Bau nachgewiesen sind die Kosten für folgende Teilmaßnahme:
					1. MH Hannover, Asbestentsorgung-UBF-Bau = abgerechnet 2. LkH Lüneburg, Asbestsanierung der Aufnahmeklinik = 2 398 000 DM 3. Universität Göttingen, Asbest- sanierung im Zentralklinikum, UBFT-Gebäude, Archiv 8 = 3 281 000 DM 4. MH Hannover Radiologisches Institut, K 7-Asbestentsorgung = 953 000 DM 5. TU Braunschweig, Sanierung untergrundverun- reinigter Grundstücksflächen im Zentralbereich = 3 000 000 DM 6. Uni Hannover, Institut für Organische Chemie, Asbestentsorgung im Gebäude Schneiderberg 1 b = 2 077 000 DM 7. MH Hannover, Umstellung der Kältezentrale auf umweltfreundliche Kältemittel = 8 736 000 DM 8. Oldenburgisches Staatstheater Ersatz einer Hydraulikanlage und Entsorgung der PCB-haltigen Anlage = 3 906 000 DM
	(10 000 000)	(10 000 000)	(—)	(8 985 000)	
1997	7 250 000			6 215 000	
1997	2 750 000			2 770 000	
	(20 000 000)	(14 000 000)	(6 000 000)	(209 000)	
				209 000	
				—	Zu Titelgruppe 61 Realisierung von rentierlichen Maßnahmen zur Energieeinsparung in landeseigenen Gebäuden.
				—	Zu Titelgruppe 62/63 Realisierung von rentierlichen Maßnahmen zur Energieeinsparung in landeseigenen Gebäuden.
				—	

Einzelnachweis der Hochbaumaßnahmen

Kapitel 2011

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen
Jahr der Kosten- ermittlung	Teil 2 Teil 3 Teil 1 DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14
					Zu 712 04 Durchsanierung von Gebäuden, 1. BA Spalte 10: Die Gesamtkosten stehen noch nicht fest. Die Vorlage baufachlicher Unterlagen für die Einzelmaßnahmen erfolgt nach Dringlichkeitsgesichtspunkten. Durch HU-Bau nachgewiesen sind die Kosten für folgende Teilmaßnahmen: 1. Herzog-Anton-Ulrich-Museum in Braunschweig, Sanierung Dachbereich = 5 398 000 DM 2. Katasteramt Goslar, Grundinstandsetzung = abgerechnet 3. JVA Hameln, Sanierung der Unterkunftshäuser = 5 190 000 DM 4. Regierungsdienstgeb. Lüneburg, Sanierung der abgehängten Decken = abgerechnet 5. Nds. Finanzministerium, Bauschädenbeseitigung einschl. Grundsanierung (siehe Erläuterung zu Titel 119 02) = abgerechnet 6. Grenzdurchgangslager Friedland, Grundsanierung des Hauses 54 = 2 494 000 DM 7. Amtsgericht Emden, Grundsanierung = abgerechnet 8. Landgericht Hannover, Erneuerung der Fenster in einem Gebäudeteil = abgerechnet 9. Braunschweig-Kolleg, Sanierung der Häuser A, B und D = 6 390 000 DM 10. MH Hannover, Erneuerung der Lüftungs- anlagen im Rechenzentrum K 4-Laborbau = 1 954 000 DM 11. Nieders. Landesmuseum Hannover, Sanierungs- und Sicherungsmaßnahmen Die Gesamtkosten haben sich durch Umsetzung nach 20 53/65 um 1 620 000 DM vermindert. = 4 250 000 DM 12. Landeskrankenhaus Königs- lutter, Fassadensanierung des ehem. Abt.- und Direktionsgebäudes = 1 350 000 DM 13. Uni Hannover, Grundinstandsetzung der Institute für Sportwissen- schaften, Im Moritzwinkel = 3 678 000 DM 14. Oberbergamt Claustal/ Zellerfeld, Grundinstandsetzung = 4 164 000 DM 15. LKH Osnabrück, Durchsanierung des Gebäudes Knollstr. 86 – Geronto- psychiatrie = 3 552 000 DM 16. Uni Göttingen, Anatomisches Institut, 1. BA Großer Präpariersaal und Hörsaal = 4 715 000 DM 17. Braunschweig-Kolleg Sanierung der Häuser C und E = 5 897 000 DM

Einzelnachweis der Hochbaumaßnahmen

Kapitel 2011

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen						
Jahr der Kosten- ermittlung	Teil 2 Teil 3 Teil 1 DM	DM	DM	DM							
9	10	11	12	13	14						
					Zu 72901 1. Allgemeine Haushaltsvermerke, die nicht auf einzelne Titel oder Titelgruppen beschränkt sind: MF darf die zur Durchführung der im Einzelplan 20 aufgeführten Maßnahmen erforderlichen Mittel nach dem Baufortschritt in der Höhe zusätzlich in Anspruch nehmen, in der sie bei anderen Titeln oder Titelgruppen entbehrlich sind. Grundstückskosten für große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten des Landes, die aus dem Allgemeinen Grundstock vorfinanziert werden, sind diesem nach entsprechender Veranschlagung im Einzelplan 20 zu erstatten. Bei den Gruppentiteln sind die Ausgaben bis zur Höhe der nach Teil 1 bis 3 der Haushaltsunterlage – Bau – (§ 24 LHO) genehmigten Unterlagen nachzuweisen. 2. Zur Durchführung von Maßnahmen, die in diesem Einzelplan veranschlagt sind, dürfen Verpflichtungen zu Lasten kommender Haushaltsjahre eingegangen werden, für Einzelmaßnahmen jedoch nur bis zur Höhe der lt. Einzelnachweis Spalte 12 noch zu veranschlagenden Ausgaben; die Summe der zu Lasten künftiger Haushaltsjahre einzugehenden Verpflichtungen ergibt sich aus dem nachstehenden Ablaufgitter. <table><tr><td colspan="2">Belastung künftiger Haushalte durch Vorbehaltsbeträge des Epl. 20</td></tr><tr><td>Belastung der Haushaltsjahre</td><td>Mio. DM</td></tr><tr><td>Hj. 2002 und später</td><td>422,2</td></tr></table> (Vgl. Nr. 4 der Allgemeinen Erläuterungen).	Belastung künftiger Haushalte durch Vorbehaltsbeträge des Epl. 20		Belastung der Haushaltsjahre	Mio. DM	Hj. 2002 und später	422,2
Belastung künftiger Haushalte durch Vorbehaltsbeträge des Epl. 20											
Belastung der Haushaltsjahre	Mio. DM										
Hj. 2002 und später	422,2										

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2012 Allgemeine Hochbauangelegenheiten (Behördenhäuser und sonstige Einzelmaßnahmen)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
333 01-0	052	Zuweisung der Stadt Celle zu den Kosten der Grundinstandsetzung des Schlossgebäudes in Celle		—	—	—	—
333 65-6	183	Zuweisung der Stadt Celle für die Sanierungs- und Restaurierungsarbeiten im Schlossgebäude Celle, 2. BA		—	—	—	—
356 01-0	950	Entnahme aus dem Grundstock zur Durchführung der Maßnahme in TGr. 64		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 64		Herrichtung des landeseigenen Dienstgebäudes Kaiserbleek 8 in Goslar	(—)	(—)	(—)	(—)	(32)
712 64-9	012	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	32
812 64-3	012	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 65		Schloss Celle, Sanierungs- und Restaurierungsarbeiten, 2. BA	(—)	(—)	(635.000)	(-635.000)	(1.112)
712 65-7	012	Erschließungs- und Baukosten	—	—	50.000	-50.000	1.112
812 65-1	012	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	585.000	-585.000	—
		Abschluss Kapitel 20 12					
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		7 Bauausgaben	—	—	50.000	-50.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	585.000	-585.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	635.000	-635.000	
		Zuschuss		—	635.000	-635.000	

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten Teil 2 Teil 3 Teil 1	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen
Jahr der Kosten- ermittlung	DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14
	(10 017 000)	(10 017 000)	(—)	(9 835 000)	Zu 333 65 An den Sanierungs- und Restaurierungsarbeiten 2. BA, wird sich die Stadt Celle mit voraussichtlich 3,9 Mio. DM, zahlbar in 8 gleichbleibenden Jahresraten, beteiligen.
1996	9 497 000			9 335 000	
1998	520 000			500 000	
	(30 064 000)	(30 064 000)	(—)	(29 328 000)	
1990	28 189 000			27 498 000	Zu Titelgruppe 65 Sicherung des Baubestandes und Herrichtung repräsentativer Räume. Spalte 10: Die Kostengliederung hat sich geändert.
1989	1 875 000			1 830 000	

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		Sanierungs- und Umbaumaßnahmen im und am Landtagsgebäude; Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz, Hannover	(—)	(—)	(—)	(—)	(161)
712 61-3	011	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	161
812 61-8	011	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 62		Nds. Landtag, Sanierungs- u. Umbaumaßnahmen sowie Modernisierung des Leitungsnetzes, EDV- Verkabelung	(—)	(—)	(624.000)	(–624.000)	(579)
712 62-1	011	Erschließungs- und Baukosten	—	—	624.000	–624.000	579
812 62-6	011	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
		<u>Abschluss Kapitel 20 21</u>					
		7 Bauausgaben	—	—	624.000	–624.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	624.000	–624.000	
		Zuschuss		—	624.000	–624.000	

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		Neubau eines Dienstgebäudes für die Vertretung des Landes beim Bund in Berlin	(—)	(5.500.000)	(15.760.000)	(–10.260.000)	(5.817)
714 61-0	011	Erschließungs- und Baukosten	—	5.000.000	13.760.000	–8.760.000	5.252
812 61-2	011	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	500.000	2.000.000	–1.500.000	—
821 61-1	011	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	565
TGr. 62		Dienstgebäude für die Vertretung des Landes Niedersachsen bei der Europäischen Union in Brüssel	(18.000.000) (—)	(—)	(—)	(—)	(—)
714 62-9	011	Erschließungs- und Baukosten	18.000.000 —	—	—	—	—
812 62-0	011	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
821 62-0	011	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
TGr. 64		Erweiterung des Staatsarchivs in Oldenburg	(—)	(—)	(—)	(—)	(427)
714 64-5	162	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	80
812 64-7	162	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	347
821 64-6	052	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 25					
		7 Bauausgaben	18.000.000 —	5.000.000	13.760.000	–8.760.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	500.000	2.000.000	–1.500.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	18.000.000 —	5.500.000	15.760.000	–10.260.000	
		Zuschuss		5.500.000	15.760.000	–10.260.000	

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
381 01-6	990	Zuführung von 03 07 - 981 01		—	—	—	—
381 02-4	990	Zuführung von 03 26 - 981 02 * Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.		—	—	—	2.515
		A U S G A B E N					
981 01-3	990	Abführung an 0307-381 01	—	—	3.500.000	–3.500.000	3.500
		Titelgruppe(n)					
TGr. 64		Herrichten von Teilen der ehemaligen Husarenkaserne in Braunschweig als ZAST * Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur ge- leistet werden bis zur Höhe der Istein- nahmen bei 381 02.	(—)	(—)	(—)	(—)	(585)
712 64-0	235	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	569
812 64-5	235	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	16
TGr. 69		Neu- und Umbaumaßnahmen in der Nieders. Landesfeuerwehrschule Loy	(—)	(—)	(—)	(—)	(17)
712 69-1	044	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	17
812 69-6	044	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 70		Umbau und Erweiterung der Nieders. Landesfeuerwehrschule in Celle	(—)	(3.300.000)	(3.750.000)	(–450.000)	(2.367)
712 70-5	044	Erschließungs- und Baukosten	—	1.800.000	3.000.000	–1.200.000	2.289
812 70-0	044	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	1.500.000	750.000	+750.000	79
821 70-9	044	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
TGr. 75		Erweiterungsbau für die Bezirksregierung Hannover	(—)	(—)	(—)	(—)	(98)
712 75-6	012	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	98
812 75-0	012	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
821 75-0	012	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 31					
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		7 Bauausgaben	—	1.800.000	3.000.000	–1.200.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	1.500.000	750.000	+750.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	—	3.500.000	–3.500.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	3.300.000	7.250.000	–3.950.000	
		Zuschuss		3.300.000	7.250.000	–3.950.000	

Einzelnachweis der Hochbaumaßnahmen

Kapitel 20 31

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten Teil 2 Teil 3 Teil 1	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen
Jahr der Kosten- ermittlung	DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14
	(8 499 000)	(8 499 000)	(—)	(7 784 000)	Zu Titelgruppe 64 Spalte 10: Die Gesamtkosten haben sich durch technisch unabweisbare Zusatzmaßnahmen und zusätzliche Nutzerforderungen von 7 500 000 DM um 999 000 DM auf 8 499 000 DM erhöht.
1999	8 199 000			7 574 000	
1995	300 000			210 000	
	(11 723 000)	(11 723 000)	(—)	(11 721 000)	
1994	11 230 000			11 228 000	Zu Titelgruppe 70 Zur Erhöhung der Ausbildungskapazität und Anpassung an die veränderten Techniken. Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln der Feuerschutzsteuer.
1991	493 000			493 000	
	(29 047 000)	(27 426 000)	(1 621 000)	(20 376 000)	
1998	24 473 000			18 415 000	
1998	3 683 000			1 070 000	Zu Titelgruppe 70 Zur Erhöhung der Ausbildungskapazität und Anpassung an die veränderten Techniken. Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln der Feuerschutzsteuer.
	891 000			891 000	
	(41 401 000)	(41 401 000)	(—)	(38 613 000)	
1995	39 582 000			36 884 000	
1995	1 619 000			1 618 000	
	200 000			111 000	

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2032 Nds. Innenministerium (Landespolizei - Abschnitt 1)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		Polizeidirektion Hannover, Umbau und Erweiterung Hardenbergstraße 1, 1. BA	(—)	(—)	(3.310.000)	(-3.310.000)	(1.945)
713 61-6	042	Erschließungs- und Baukosten	—	—	3.310.000	-3.310.000	1.920
812 61-4	042	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	25
TGr. 62		Polizeidirektion Hannover, Erweiterungsgebäude Am Welfenplatz 1	(—)	(—)	(800.000)	(-800.000)	(169)
713 62-4	042	Erschließungs- und Baukosten	—	—	800.000	-800.000	169
812 62-2	042	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 63		Herrichtung der ehem. Domäne St. Ludgeri	(—)	(—)	(—)	(—)	(267)
713 63-2	042	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	267
812 63-0	042	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 64		Neubau eines Polizeidienstgebäudes in Göttingen	(—)	(1.500.000)	(11.500.000)	(-10.000.000)	(13.957)
713 64-0	042	Erschließungs- und Baukosten	—	750.000	10.000.000	-9.250.000	12.350
812 64-9	042	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	750.000	1.500.000	-750.000	1.607
821 64-8	042	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
TGr. 65		Ausbau der landeseigenen Polizeiliegenschaft in Hannover, Kastanienallee 1	(—)	(—)	(125.000)	(-125.000)	(1.679)
713 65-9	042	Erschließungs- und Baukosten	—	—	125.000	-125.000	1.679
812 65-7	042	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 66		Polizei Delmenhorst, Grundsanierung, Um- und Erweiterungsbau	(—)	(6.250.000)	(7.000.000)	(-750.000)	(—)
713 66-7	042	Erschließungs- und Baukosten	—	6.250.000	7.000.000	-750.000	—
812 66-5	042	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
821 66-4	042	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
TGr. 67		Mars-la-Tour-Kaserne Braunschweig, Außenanlagen, 3.BA	(—)	(—)	(1.000.000)	(-1.000.000)	(—)
713 67-5	042	Erschließungs- und Baukosten	—	—	1.000.000	-1.000.000	—
812 67-3	042	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 68		Polizei Göttingen, Um- und Ausbau des Gebäudes Robert-Bosch-Str.	(—)	(3.000.000)	(3.000.000)	(—)	(—)
713 68-3	042	Erschließungs- und Baukosten	—	3.000.000	3.000.000	—	—
812 68-1	042	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
821 68-0	042	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
TGr. 69		Polizeidirektion Hannover, Umbau und Erweiterung Hardenbergstraße 1, 2.BA	(—)	(1.000.000)	(—)	(+1.000.000)	(—)
713 69-1	042	Erschließungs- und Baukosten	—	1.000.000	—	+1.000.000	—
812 69-0	042	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 81		Unterbringung der Polizeidirektion Braunschweig	(—)	(9.000.000)	(—)	(+9.000.000)	(55)
713 81-0	042	Erschließungs- und Baukosten	—	9.000.000	—	+9.000.000	55
812 81-9	042	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—

Einzelnachweis der Hochbaumaßnahmen

Kapitel 20 32

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten Teil 2 Teil 3 Teil 1	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen
Jahr der Kosten- ermittlung	DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14
	(49 285 000)	(49 285 000)	(—)	(44 556 000)	Zu Titelgruppe 61 Zur verbesserten Unterbringung der Polizeidienststellen.
1998	46 915 000			42 601 000	
1992	2 370 000			1 955 000	
	(12 220 000)	(12 220 000)	(—)	(9 736 000)	
1992	12 000 000			9 544 000	
1992	220 000			192 000	
	(14 879 000)	(14 879 000)	(—)	(13 777 000)	
1992	14 543 000			13 441 000	
1990	336 000			336 000	
	(55 700 000)	(55 700 000)	(—)	(45 983 000)	Zu Titelgruppe 64 Spalte 10: Die Kostengliederung hat sich geändert.
1994	51 512 000			43 796 000	
1994	3 488 000			1 611 000	
	700 000			576 000	
	(3 704 000)	(3 704 000)	(—)	(2 379 000)	
1997	3 653 000			2 379 000	
1997	51 000			—	
	(28 238 000)	(13 250 000)	(14 988 000)	(—)	Zu Titelgruppe 66 Maßnahmen zur Verbesserung der Raumsituation in Verbindung mit der Auflösung der bisherigen dezentralen Unterbringung.
2000	25 575 000				
2000	1 050 000				
	1 613 000				
					Zu Titelgruppe 67 Die Maßnahme wird nicht mehr durchgeführt
	(6 000 000)	(6 000 000)	(—)	(—)	Zu Titelgruppe 68 Unterbringung von Spezialeinrichtungen der Polizei sowie Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Werkstattbereich. Spalte 10: Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 15,5 Mio. DM betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
	(1 000 000)	(1 000 000)	(—)	(—)	Zu Titelgruppe 69 Spalte 10: Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 42,0 Mio. DM betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
	(25 496 000)	(358 000)	(25 137 000)	(358 000)	
2000	24 958 000			358 000	
2000	537 000			—	

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2032 Nds. Innenministerium (Landespolizei - Abschnitt 1)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 82		Mars-la-Tour-Kaserne in Braunschweig, Umbauten und Instandsetzung	(—)	(6.000.000)	(—)	(+6.000.000)	(699)
713 82-9	042	Erschließungs- und Baukosten	—	6.000.000	—	+6.000.000	699
812 82-7	042	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
		<u>Abschluss Kapitel 20 32</u>					
		7 Bauausgaben	—	26.000.000	25.235.000	+765.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	750.000	1.500.000	-750.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	26.750.000	26.735.000	+15.000	
		Zuschuss		26.750.000	26.735.000	+15.000	

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
356 01-6	950	Entnahme aus dem Grundstock zur Durchführung der Maßnahme zu Tit.715 01		—	—	—	—
381 01-0	990	Zuführung von 04 06 - 981 88		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
715 01-6	013	Unterbringung des Informatikzentrums (IZN) Göttinger Chaussee 259, Hannover	—	—	—	—	1.481
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		Finanzamt Bad Bentheim, Erweiterung	(—)	(500.000)	(—)	(+500.000)	(—)
715 61-0	016	Erschließungs- und Baukosten	—	500.000	—	+500.000	—
812 61-5	016	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
821 61-4	016	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
TGr. 62		Finanzamt Hildesheim, Umbau und Erweiterung	(—)	(—)	(—)	(—)	(853)
715 62-8	016	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	853
812 62-3	016	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
821 62-2	016	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
TGr. 63		Weiterer Ausbau der I u K- Technik in der niedersächsischen Steuerverwaltung (VDV II)	(—)	(—)	(—)	(—)	(192)
538 63-7	016	Dienstleistungen Außenstehender	—	—	—	—	—
711 63-0	016	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	88
712 63-7	016	Große Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—	—	104
TGr. 64		Finanzamt Vechta, Neubau	(—)	(—)	(—)	(—)	(89)
715 64-4	016	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	84
812 64-0	016	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	5
821 64-9	016	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
TGr. 65		Finanzamt Bad Gandersheim, Erweiterung	(—)	(1.000.000)	(—)	(+1.000.000)	(—)
715 65-2	016	Erschließungs- und Baukosten	—	1.000.000	—	+1.000.000	—
812 65-8	016	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 66		Finanzamt Verden, Herrichtung des ehemaligen Landkreisgebäudes	(—)	(900.000)	(2.245.000)	(–1.345.000)	(1.446)
715 66-0	016	Erschließungs- und Baukosten	—	900.000	1.500.000	–600.000	1.446
812 66-6	016	Kosten der erstmaligen Einrichtung	—	—	745.000	–745.000	—

Einzelnachweis der Hochbaumaßnahmen

Kapitel 20 35

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten Teil 2 Teil 3 Teil 1	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen
Jahr der Kosten- ermittlung	DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14
1999	9 151 000	9 151 000	—	8 291 000	Zu 715 01 Spalte 10: Die Gesamtkosten haben sich durch Lohn- und Materialpreisssteigerungen von 8 569 000 DM um 582 000 DM auf 9 151 000 DM erhöht.
	(500 000)	(500 000)	(—)	(—)	
1997	(27 824 000)	(27 824 000)	(—)	(26 932 000)	Zu Titelgruppe 61 Zur Verbesserung der Unterbringung des Personals. Spalte 10: Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 20,5 Mio. DM betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.
	25 915 000			25 023 000	
1995	809 000			809 000	
	1 100 000			1 100 000	
	(40 000 000)	(40 000 000)	(—)	(36 610 000)	Zu Titelgruppe 63 Spalte 10: Die Kostengliederung hat sich geändert.
1995	2 180 000			2 130 000	
1995	15 981 000			14 249 000	
1995	21 839 000			20 231 000	
	(18 865 000)	(18 865 000)	(—)	(17 698 000)	Zu Titelgruppe 64 Spalte 10: Die Gesamtkosten haben sich von 20 465 000 DM um 1 600 000 DM auf 18 865 000 DM vermindert.
1999	15 668 000			14 691 000	
1997	1 993 000			1 901 000	
	1 204 000			1 106 000	
	(1 000 000)	(1 000 000)	(—)	(—)	Zu Titelgruppe 65 Durch Freimachen eines Gebäudes für das neue Straßenbauamt ist die Erweiterung an das bestehende Hauptgebäude notwendig. Spalte 10: Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 7,0 Mio. DM betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.
	(5 266 000)	(5 266 000)	(—)	(1 522 000)	
1999	4 521 000			1 522 000	
1998	745 000			—	

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2035 Nds. Finanzministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		<u>Abschluss Kapitel 20 35</u>					
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	
		7 Bauausgaben	—	2.400.000	1.500.000	+900.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	745.000	–745.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	2.400.000	2.245.000	+155.000	
		Zuschuss		2.400.000	2.245.000	+155.000	

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2041 Nds. Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
381 02-7	990	Zuführung von 05 40 - 981 74		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
712 01-5	214	Erneuerung der Fassade, Fenster und der Toilettenanlagen in den Dienstgebäuden des Versorgungsamtes Hannover	—	—	—	—	359
		Abschluss Kapitel 20 41					
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		7 Bauausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	—	—	

Einzelnachweis der Hochbaumaßnahmen

Kapitel 20 41

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen
Jahr der Kosten- ermittlung	Teil 2 Teil 3 Teil 1				
	DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14
1998	10 630 000	10 630 000	—	10 167 000	

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2042 Nds. Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales (Landeskrankenhäuser)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr – = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
121 02-9	871	Ablieferung der kaufmännisch geführten landeseigenen Krankenhäuser zur Durchführung der Maßnahmen bei Titel 711 01 * Vgl. K-Vermerk zu 711 01.		—	—	—	—
381 01-2	990	Zuführung von 05 21 - 981 01		200.000	1.252.000	–1.052.000	1.452
		A U S G A B E N					
711 01-2	871	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten für die Landeskrankenhäuser * Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei 121 02.	—	—	—	—	865
712 01-9	312	Landeskrankenhaus Wehnen, Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, 2. BA	—	1.750.000	3.752.000	–2.002.000	2.000
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		Landeskrankenhaus Wunstorf - Sanierungsmaßnahmen, 2. BA -	(—)	(750.000)	(3.000.000)	(–2.250.000)	(3.800)
712 62-0	312	Erschließungs- und Baukosten	—	750.000	3.000.000	–2.250.000	3.800
812 62-5	312	Kosten der erstmaligen Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 63		LKH Lüneburg, Sanierung der Häuser 3, 9, 14 und 23	(—)	(1.750.000)	(1.500.000)	(+250.000)	(1.476)
712 63-9	312	Erschließungs- und Baukosten	—	1.750.000	1.500.000	+250.000	1.476
812 63-3	312	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 64		Landeskrankenhaus Tiefenbrunn, Umbau der Häuser 6 und 9	(—)	(—)	(—)	(—)	(–127)
712 64-7	312	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	–127
812 64-1	312	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 65		Landeskrankenhaus Moringen, Neubau der Klinik „B“ und Umbau des Männerlanghauses	(—)	(—)	(—)	(—)	(499)
712 65-5	312	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	499
812 65-0	312	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
821 65-9	312	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
TGr. 66		Landeskrankenhaus Wehnen, Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, 1. BA	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
712 66-3	312	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	—
812 66-8	312	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 67		Landeskrankenhaus Lüneburg, Sanierung und Umbau der Häuser 20 und 26	(—)	(1.000.000)	(—)	(+1.000.000)	(—)
712 67-1	312	Erschließungs- und Baukosten	—	1.000.000	—	+1.000.000	—
812 67-6	312	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 68		Landeskrankenhaus Moringen, Anbau eines Kriseninterventionsbereichs	(—)	(500.000)	(—)	(+500.000)	(—)
712 68-0	312	Erschließungs- und Baukosten	—	500.000	—	+500.000	—
812 68-4	312	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 71		Landeskrankenhaus Göttingen, Sanierung 2.BA	(—)	(—)	(—)	(—)	(1.998)
712 71-0	312	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	1.998

Einzelnachweis der Hochbaumaßnahmen

Kapitel 20 42

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten Teil 2 Teil 3 Teil 1	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen
Jahr der Kosten- ermittlung	DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14
1998	23 750 000	21 040 000	2 710 000	15 538 000	Zu 712 01 Maßnahmen im gerontopsychiatrischen Bereich und psychiatrischen Langzeitbereich.
	(23 944 000)	(20 121 000)	(3 823 000)	(16 371 000)	
1992	23 944 000			16 371 000	
	—			—	Zu Titelgruppe 62 Zur Verbesserung der medizinischen Versorgung und der Unterbrin- gung von Patienten.
	(13 550 000)	(11 375 000)	(2 175 000)	(8 125 000)	
1999	13 272 000			8 125 000	
1999	278 000			—	Zu Titelgruppe 63 Spalte 10: Die Gesamtkosten haben sich durch technisch unabweisba- re Zusatzmaßnahmen und zusätzliche Nutzerforderungen von 12 175 000 DM um 1 375 000 DM auf 13 550 000 DM erhöht.
	(5 580 000)	(5 580 000)	(—)	(5 076 000)	
1995	5 580 000			5 076 000	
	—			—	Zu Titelgruppe 66 Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung und Unterbringung der forensischen Patienten.
	(24 135 000)	(24 135 000)	(—)	(23 999 000)	
1998	24 115 000			23 982 000	
	—			—	Zu Titelgruppe 67 Zur Verbesserung der sicheren Versorgung und Unterbringung der forensischen Patienten.
	20 000			17 000	
	(54 665 000)	(54 665 000)	(—)	(54 645 000)	
1990	54 665 000			54 645 000	Zu Titelgruppe 68 Ausbau von 12 Kriseninterventionsplätzen.
	—			—	
	(1 000 000)	(1 000 000)	(—)	(—)	
	(500 000)	(500 000)	(—)	(—)	Zu Titelgruppe 68 Ausbau von 12 Kriseninterventionsplätzen.
	(29 216 000)	(29 216 000)	(—)	(29 159 000)	
1998	28 445 000			28 388 000	

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2042 Nds. Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales (Landeskrankenhäuser)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
812 71-4	312	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 74		Landeskrankenhaus Königslutter, Sanierung des Hauptgebäudes und Umbau von Haus 1	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
712 74-4	312	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	—
812 74-9	312	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 86		Landeskrankenhaus Königslutter, Sanierungsmaßnahmen, 2. BA	(—)	(—)	(—)	(—)	(65)
712 86-8	312	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	65
812 86-2	312	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
Abschluss Kapitel 20 42							
1 Eigene Einnahmen				—	—	—	
3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen				200.000	1.252.000	-1.052.000	
Summe der Einnahmen				200.000	1.252.000	-1.052.000	
7 Bauausgaben			—	5.750.000	8.252.000	-2.502.000	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	—	—	—	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	5.750.000	8.252.000	-2.502.000	
Zuschuss				5.550.000	7.000.000	-1.450.000	

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten Teil 2 Teil 3 Teil 1	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen
Jahr der Kosten- ermittlung	DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14
1993	771 000			771 000	
1995	(20 729 000) 20 729 000 —	(20 729 000)	(—)	(20 725 000) 20 725 000 —	
1994 1986	(26 505 000) 26 113 000 392 000	(26 505 000)	(—)	(26 036 000) 25 644 000 392 000	

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2051 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Fachhochschulen / Hochschulen)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
714 01-0	137	FHS Hannover, Brandschutzmaßnahmen am Standort Nienburg	—	—	—	—	249
		Titelgruppe(n)					
TGr. 62		FHS Osnabrück, Ingenieurwissenschaften	(—)	(—)	(205.000)	(–205.000)	(578)
714 62-2	137	Erschließungs- und Baukosten	—	—	205.000	–205.000	578
891 62-1	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
		<u>Abschluss Kapitel 20 51</u>					
		7 Bauausgaben	—	—	205.000	–205.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	205.000	–205.000	
		Zuschuss		—	205.000	–205.000	

Einzelnachweis der Hochbaumaßnahmen

Kapitel 2051

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten Teil 2 Teil 3 Teil 1	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen
Jahr der Kosten- ermittlung	DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14
RP1 1998	1 010 000	1 010 000	—	619 000	Zu 2051 und 2052 sowie 2060–2068 allgemein In diesen Kapiteln sind Hochschulbaumaßnahmen veranschlagt. Die zu erwartenden Erstattungen des Bundes (§ 12 HBFG) sind insgesamt bei 20 11–331 01 veranschlagt.
RP1 1995	(18 952 000) 16 952 000	(18 952 000)	(—)	(18 149 000) 16 149 000	
1989	2 000 000			2 000 000	

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2052 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Fachhochschul - Entwicklungsprogramm)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
331 01-8	137	Zuweisungen des Bundes zu staatlichen Baumaßnahmen gem. § 12 HBFG		—	13.220.100	-13.220.100	10.000
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		FHS BS/WE, Standort Wolfenbüttel, Erweiterungsbau FB Maschinenbau und Werkstatt	(—)	(3.250.000)	(3.000.000)	(+250.000)	(82)
712 61-5	131	Erschließungs- und Baukosten	—	3.000.000	3.000.000	—	82
891 61-7	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	250.000	—	+250.000	—
TGr. 62		FHS Osnabrück, Erweiterung der Fachhochschulbibliothek u.a.	(—)	(—)	(—)	(—)	(157)
712 62-3	137	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	157
821 62-7	137	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
TGr. 63		FHS Nordostniedersachsen, Erweiterung und Umbau für den FB Bauingenieurwesen in Suderburg	(—)	(300.000)	(1.550.000)	(-1.250.000)	(1.951)
712 63-1	137	Erschließungs- und Baukosten	—	—	750.000	-750.000	1.621
821 63-5	137	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
891 63-3	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	300.000	800.000	-500.000	330
TGr. 64		FHS Braunschweig/Wolfenbüttel, Neubau eines Rechenzentrums in Wolfenbüttel	(—)	(—)	(—)	(—)	(190)
712 64-0	137	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	190
821 64-3	137	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
891 64-1	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 66		FHS Osnabrück, Ankauf und Umbau der ehem. Frauenklinik für den FB Gesundheitswesen und für zentrale Einrichtungen	(—)	(1.300.000)	(1.150.000)	(+150.000)	(895)
712 66-6	137	Erschließungs- und Baukosten	—	1.000.000	1.000.000	—	895
821 66-0	137	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
891 66-8	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	300.000	150.000	+150.000	—
TGr. 67		FHS Hildesheim/Holzminden, Neubau für den FB Forstwirtschaft in Göttingen	(—)	(—)	(200.000)	(-200.000)	(194)
712 67-4	137	Erschließungs- und Baukosten	—	—	200.000	-200.000	66
821 67-8	137	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
891 67-6	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	128
TGr. 71		FHS Nordostniedersachsen, Erweiterung und Umbau für den FB Architektur- und Bauingenieurwesen in Buxtebude	(—)	(—)	(—)	(—)	(704)
712 71-2	137	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	498
821 71-6	137	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
891 71-4	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	206

Einzelnachweis der Hochbaumaßnahmen

Kapitel 20 52

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten Teil 2 Teil 3 Teil 1	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen
Jahr der Kosten- ermittlung	DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14
					Zu 2052 allgemein Ziel dieses Programms ist neben der Schaffung von rd. 7 500 zusätzli- chen flächenbezogenen Studienplätzen, die Überlastbedingungen abzubauen und die Fachhochschulen für die Studienbewerber offenzu- halten.
RP1	(8 880 000)	(6 364 000)	(2 516 000)	(114 000)	
1999	7 930 000			—	
1999	950 000			—	
RP1	(6 854 000)	(6 854 000)	(—)	(6 490 000)	
1998	6 336 000			5 972 000	
1991	518 000			518 000	
RP1	(32 799 000)	(32 799 000)	(—)	(30 655 000)	
1996	27 613 000			26 841 000	
1996	4 874 000			3 509 000	
	312 000			305 000	
RP1	(10 272 000)	(10 272 000)	(—)	(8 554 000)	
1996	9 472 000			7 754 000	
1997	800 000			800 000	
				—	
RP1	(18 150 000)	(16 050 000)	(2 100 000)	(14 050 000)	
1993	9 600 000			8 100 000	
1993	1 300 000			500 000	
	7 250 000			5 450 000	
RP1	(28 790 000)	(28 790 000)	(—)	(21 763 000)	
1996	26 790 000			19 763 000	
1993	2 000 000			2 000 000	
				—	
RP1	(11 736 000)	(11 736 000)	(—)	(11 594 000)	
1998	10 999 000			10 857 000	
1992	737 000			737 000	
				—	

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2052 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Fachhochschul - Entwicklungsprogramm)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 72		FHS Osnabrück, Ausbau des landwirtschaftlichen Versuchsbetriebes, 1.BA	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
712 72-0	137	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	—
821 72-4	137	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
891 72-2	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 74		FHS Hildesheim / Holzminden, Neubau für Betriebswirts., Holztechnik, Bibliothek, RZ, Zentr. Einrichtg. in Hildesheim, Goschentor	(—)	(2.000.000)	(5.500.000)	(-3.500.000)	(9.433)
712 74-7	137	Erschließungs- und Baukosten	—	1.500.000	3.000.000	-1.500.000	6.933
821 74-0	137	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
891 74-9	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	500.000	2.500.000	-2.000.000	2.500
TGr. 75		FHS Hildesheim / Holzminden, Neubau für die Zentr. Hochschulverwaltung u. sonstg. Zentr. Einrichtungen in Hildesheim, Hohnsen 4	(—)	(—)	(303.000)	(-303.000)	(1.638)
712 75-5	137	Erschließungs- und Baukosten	—	—	243.000	-243.000	1.278
891 75-7	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	60.000	-60.000	360
TGr. 77		FHS Oldenburg, Erwerb, Umbau und bauliche Ergänzungen der ehem. von Hohnhorst-Kaserne in Oldenburg	(—)	(—)	(—)	(—)	(16)
712 77-1	137	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	16
821 77-5	137	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
891 77-3	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 78		FHS Oldenburg, Umbau des Altbaubestandes für den FB Bauingenieurwesen	(—)	(—)	(492.000)	(-492.000)	(925)
712 78-0	137	Erschließungs- und Baukosten	—	—	492.000	-492.000	570
891 78-1	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	355
TGr. 79		FHS Hannover, Ausbau des Standortes Ricklinger Stadtweg, 1.BA	(—)	(1.000.000)	(1.202.000)	(-202.000)	(3.930)
712 79-8	137	Erschließungs- und Baukosten	—	1.000.000	365.000	+635.000	2.204
821 79-1	137	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
891 79-0	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	837.000	-837.000	1.726
TGr. 80		FHS Hildesheim/Holzminden, Baumaßnahmen für den Fachbereich PMF in Göttingen	(—)	(—)	(—)	(—)	(861)
712 80-1	137	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	236
821 80-5	137	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
891 80-3	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	625
TGr. 81		FHS Nordostniedersachsen, Neubau für den FB Automatisierungstechnik in Lüneburg	(—)	(3.500.000)	(1.113.000)	(+2.387.000)	(4.175)
712 81-0	137	Erschließungs- und Baukosten	—	2.000.000	486.000	+1.514.000	2.175
891 81-1	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	1.500.000	627.000	+873.000	2.000

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen
Jahr der Kosten- ermittlung	Teil 2 Teil 3 Teil 1 DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14
RP1	(4 770 000)	(4 770 000)	(—)	(4 770 000)	Zu Titelgruppe 75 Spalte 10: Die Gesamtkosten haben sich durch Lohn- und Materialpreisssteigerungen von 3 420 000 DM um 140 000 DM auf 3 560 000 DM erhöht.
1997	3 220 000			3 220 000	
1989	220 000			220 000	
	1 330 000			1 330 000	
RP1	(30 340 000)	(30 340 000)	(—)	(24 475 000)	
1998	25 883 000			20 918 000	
1993	3 400 000			2 500 000	
1998	1 057 000			1 057 000	
RP1	(3 560 000)	(3 560 000)	(—)	(2 885 000)	
1999	3 200 000			2 525 000	
1993	360 000			360 000	
RP1	(9 705 000)	(9 705 000)	(—)	(9 351 000)	
1996	8 344 000			7 944 000	
1993	430 000			426 000	
	931 000			931 000	
RP1	(4 513 000)	(4 513 000)	(—)	(3 567 000)	
1996	2 813 000			2 623 000	
1993	1 700 000			944 000	
RP1	(44 921 000)	(41 953 000)	(2 968 000)	(40 558 000)	
1998	37 728 000			33 998 000	
1993	4 700 000			4 098 000	
	2 493 000			2 492 000	
RP1	(37 179 000)	(37 179 000)	(—)	(29 673 000)	
1996	29 619 000			23 659 000	
1993	4 000 000			4 000 000	
	3 560 000			2 014 000	
RP1	(50 517 000)	(49 166 000)	(1 351 000)	(44 553 000)	
1994	44 390 000			41 456 000	
1994	6 127 000			3 097 000	

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2052 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Fachhochschul - Entwicklungsprogramm)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 82		FHS Ostfriesland in Emden, Neubau für Elektrotechnik, Informatik, Zentrale Veranstaltungsräume u. Zentr. Einrichtungen	(—)	(3.450.000)	(14.868.000)	(-11.418.000)	(9.555)
712 82-8	137	Erschließungs- und Baukosten	—	2.250.000	12.868.000	-10.618.000	9.475
891 82-0	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	1.200.000	2.000.000	-800.000	80
TGr. 83		FHS Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven, Erweiterungsmaßnahmen und Umbau für zentrale Einrichtungen und Verwaltung	(—)	(1.000.000)	(—)	(+1.000.000)	(—)
712 83-6	137	Erschließungs- und Baukosten	—	1.000.000	—	+1.000.000	—
891 83-8	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 84		FHS Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven - Standort Emden; Neubau einer Mensa	(—)	(2.700.000)	(—)	(+2.700.000)	(—)
712 84-4	137	Erschließungs- und Baukosten	—	2.700.000	—	+2.700.000	—
891 84-6	137	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
Abschluss Kapitel 20 52							
3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen				—	13.220.100	-13.220.100	
Summe der Einnahmen				—	13.220.100	-13.220.100	
7 Bauausgaben			—	14.450.000	22.404.000	-7.954.000	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	4.050.000	6.974.000	-2.924.000	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	18.500.000	29.378.000	-10.878.000	
Zuschuss				18.500.000	16.157.900	+2.342.100	

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2053 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Bibliotheken, Museen, Theater und andere Einrichtg.)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
333 62-6	181	Zuweisung der Stadt Braunschweig zu den Kosten der Sanierungsmaßnahmen für das Staatstheater Braunschweig - Großes Haus -		—	—	—	—
333 64-2	181	Zuweisung der Stadt Braunschweig zu den Kosten des Staatstheaters Braunschweig, Kleines Haus		—	—	—	616
381 02-7	990	Zuführung von 0661-98162 für Staatstheater Oldenburg		—	—	—	22.260
Titelgruppe(n)							
TGr. 67		Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel		(3.000.000)	(—)	(+3.000.000)	(—)
341 67-0	162	Beiträge von der Gesellschaft der Freunde der Herzog August Bibliothek		1.500.000	—	+1.500.000	—
381 67-1	990	Zuführung von Kap. 06 09 (VW-Vorab) für den Lesesaalanbau		1.500.000	—	+1.500.000	—
A U S G A B E N							
712 01-5	183	Herzog-Anton-Ulrich-Museum, Sanierungsmaßnahmen	—	—	1.500.000	-1.500.000	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Staatstheater Oldenburg, Erweiterung um eine Spielstätte einschl. Umbau und Verlagerung von Werkstätten	(—)	(—)	(376.000)	(-376.000)	(1.893)
714 61-1	181	Erschließungs- und Baukosten	—	—	376.000	-376.000	1.686
812 61-3	181	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	208
TGr. 62		Staatstheater Braunschweig, Sanierung Großes Haus	(—)	(—)	(—)	(—)	(33)
714 62-0	181	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	33
812 62-1	181	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 63		Nieders. Landesmuseum Hannover, Sanierungsmaßnahmen	(—)	(1.000.000)	(500.000)	(+500.000)	(—)
712 63-5	183	Erschließungs- und Baukosten	—	1.000.000	500.000	+500.000	—
812 63-0	183	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 64		Staatstheater Braunschweig, Kleines Haus	(—)	(—)	(—)	(—)	(900)
712 64-3	181	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	284
812 64-8	181	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	616
821 64-7	181	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
TGr. 65		Grundinstandsetzung des Hauptgebäudes des Nds. Landesmuseums in Hannover	(—)	(500.000)	(2.000.000)	(-1.500.000)	(4.001)
712 65-1	183	Erschließungs- und Baukosten	—	500.000	2.000.000	-1.500.000	4.001
812 65-6	183	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 66		Errichtung einer Bundesakademie für kulturelle Bildung in Wolfenbüttel	(—)	(—)	(—)	(—)	(73)
713 66-6	178	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	59
812 66-4	178	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	13

Einzelnachweis der Hochbaumaßnahmen

Kapitel 20 53

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten Teil 2 Teil 3 Teil 1 DM	Bis einschl. 2001 sind verfügbar DM	Insgesamt Noch zu veranschlagen DM	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt DM	Erläuterungen
9	10	11	12	13	14
	—	—	—	—	Zu 712 01 Die Maßnahme wird nicht mehr durchgeführt.
	(24 523 000)	(24 260 000)	(263 000)	(24 260 000)	
2000	23 921 000			23 658 000	
1995	602 000			602 000	
	(39 200 000)	(39 200 000)	(—)	(38 606 000)	Zu Titelgruppe 61 Spalte 10: Die Gesamtkosten haben sich durch Lohn- und Materialpreissteigerungen von 24 260 000 DM um 263 000 DM auf 24 523 000 DM erhöht.
1996	37 779 000			37 185 000	
1996	1 421 000			1 421 000	
	(1 500 000)	(1 500 000)	(—)	(—)	
	(46 110 000)	(46 110 000)	(—)	(44 400 000)	Zu Titelgruppe 63 Abschließende Grundinstandsetzungsmaßnahme. Spalte 10: Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 10,0 Mio. DM betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
1994	43 046 000			41 386 000	
1990	2 398 000			2 397 000	
	666 000			617 000	
	(15 341 000)	(15 341 000)	(—)	(13 838 000)	
1998	15 341 000			13 838 000	
	—			—	
	(20 799 000)	(20 799 000)	(—)	(20 763 000)	
1992	19 590 000			19 555 000	
1986	1 198 000			1 197 000	

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2053 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Bibliotheken, Museen, Theater und andere Einrichtg.)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
821 66-3	178	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
TGr. 67		Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel, Lesesaalanbau	(—)	(3.000.000)	(—)	(+3.000.000)	(—)
712 67-8	162	Erschließungs- und Baukosten	—	3.000.000	—	+3.000.000	—
812 67-2	162	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 86		Landesmuseum für Kunst- u. Kulturgeschichte Oldenburg, Umbau und Sanierung	(—)	(—)	(642.000)	(-642.000)	(—)
712 86-4	183	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	—
812 86-9	183	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	642.000	-642.000	—
		Abschluss Kapitel 20 53					
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		3.000.000	—	+3.000.000	
		Summe der Einnahmen		3.000.000	—	+3.000.000	
		7 Bauausgaben	—	4.500.000	4.376.000	+124.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	642.000	-642.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	4.500.000	5.018.000	-518.000	
		Zuschuss		1.500.000	5.018.000	-3.518.000	

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten Teil 2 Teil 3 Teil 1	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen
Jahr der Kosten- ermittlung	DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14
	11 000			11 000	Zu Titelgruppe 67 Spalte 10: Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 6,0 Mio. DM betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
	(3 000 000)	(3 000 000)	(—)	(—)	
	(25 109 000)	(25 109 000)	(—)	(23 439 000)	
1993	21 504 000			21 376 000	
1993	3 605 000			2 063 000	

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2060 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Energiesparmaßnahmen)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
713 01-3	131	Energiesparmaßnahmen in den Universitäten und Hochschulen	—	3.500.000	3.500.000	—	2.144
713 02-1	131	Energiesparmaßnahmen in den Universitäten und Hochschulen, 2. BA	—	—	488.000	-488.000	6
		Abschluss Kapitel 20 60					
		7 Bauausgaben	—	3.500.000	3.988.000	-488.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	3.500.000	3.988.000	-488.000	
		Zuschuss		3.500.000	3.988.000	-488.000	

Einzelnachweis der Hochbaumaßnahmen

Kapitel 20 60

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten Teil 2 Teil 3 Teil 1	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen
Jahr der Kosten- ermittlung	DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14
RPl (teilweise)	32 306 000	(31 792 000)	(514 000)	25 292 000	Zu 713 01 Maßnahmen zur Senkung der Energiekosten im Hochschulbereich. Folgende Teilmaßnahmen sollen durchgeführt werden:
RPl (teilweise)	30 020 000	(30 020 000)	(—)	22 096 000	1. Uni Göttingen, Teilstillegung des Heizwerkes „Altklinikum“ und Folgemaßnahmen = abgerechnet 2. 1. Maßnahmengruppe – Klinikum – 1. BA (GÖ 25) = abgerechnet 3. MH Hannover, Ausbau der Dampfversorgung = abgerechnet 4. MH Hannover-Großkälte, Nutzung der Abwärme bei der Kälteversorgung = abgerechnet 5. TU Hannover, Energiesparmaßnahmen in verschiedenen Gebäuden = abgerechnet 6. TU Braunschweig, Energiesparmaßnahmen in verschiedenen Gebäuden = 2 995 000 DM 7. MH Hannover, Zentrales Betriebsleitsystem – Optimierung des Betriebsablaufs = abgerechnet 8. Uni Göttingen, Umbaumaßnahmen am Heizwerk zur Reduzierung von Schadstoffimmissionen = 8 755 000 DM 9. Uni Göttingen, 2. Maßnahmengruppe – Klinikum-UBFT – = 20 556 000 DM 10. Hochschule Hildesheim, Energiesparmaßnahmen in verschiedenen Gebäuden = abgerechnet 11. TU Braunschweig, Pharmaziegebäude Einbau von Wärmerückgewinnungs- anlagen und Brandschutzmaßnahmen = abgerechnet
					Zu 713 02 Maßnahmen zur Senkung der Energiekosten im Hochschulbereich. Folgende Teilmaßnahmen werden durchgeführt:
					1. TU Clausthal Sanierung des Heiznetzes = 9 343 000 DM Die Gesamtkosten haben sich durch Lohn- und Materialpreissteigerungen und technisch unab- weisbare Zusatzmaßnahmen von 7 043 000 DM um 2 300 000 DM auf 9 343 000 DM erhöht. 2. Uni Hannover Stilllegung des Heizkraftwerkes und Anschluß an die Fernwärme mit Umschlußarbeiten = 10 175 000 DM 3. MH Hannover Forschungszentrum Oststadtkrankenhaus – Anschluß an Fernwärme und Optimierung der RLT-Anlagen sowie Verbesserung des baulichen Wärmeschutzes = abgerechnet 4. MH Hannover, Zentrales Tierlabor Optimierung der RLT-Anlagen, 1. BA = 4 550 000 DM 5. MH Hannover, Theoretische Institute II Optimierung der RLT-Anlagen, 1. BA = 5 952 000 DM

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2061 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Göttingen)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
713 01-7	131	Brandschutzmaßnahmen im Klinikum, 3.BA	—	1.000.000	2.000.000	-1.000.000	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		Pilotprojekt zur Brandschutz- und Asbest- sanierung der Bettenhäuser in den Unikliniken	(—)	(3.600.000)	(—)	(+3.600.000)	(—)
712 61-4	131	Erschließungs- und Baukosten	—	3.600.000	—	+3.600.000	—
891 61-6	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erst- malige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 62		Zentrale Leittechnik Nordgebiet	(—)	(1.000.000)	(—)	(+1.000.000)	(—)
713 62-9	131	Erschließungs- und Baukosten	—	1.000.000	—	+1.000.000	—
891 62-4	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erst- malige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 65		Brandschutzmaßnahmen einschl. Asbestsanie- rung im Zentralklinikum, UBFT-Gebäude, 4.BA	(—)	(1.000.000)	(—)	(+1.000.000)	(—)
713 65-3	131	Erschließungs- und Baukosten	—	1.000.000	—	+1.000.000	—
891 65-9	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erst- malige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 66		Umbau der Tiefgarage in der SUB, 1.BA	(—)	(5.000.000)	(—)	(+5.000.000)	(—)
712 66-5	131	Erschließungs- und Baukosten	—	5.000.000	—	+5.000.000	—
891 66-7	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erst- malige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 67		Neubau der Staats- und Universitätsbiblio- thek Göttingen	(—)	(—)	(—)	(—)	(4)
713 67-0	162	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	4
821 67-7	162	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
891 67-5	162	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erst- malige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 68		Verlagerung des Sprachlabors	(—)	(1.200.000)	(—)	(+1.200.000)	(—)
712 68-1	131	Erschließungs- und Baukosten	—	1.200.000	—	+1.200.000	—
891 68-3	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erst- malige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 69		Umbau der Kinderklinik für den Bereich Arbeits- und Sozialmedizin	(—)	(—)	(—)	(—)	(10)
712 69-0	131	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	10
891 69-1	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erst- malige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 72		Umbau Psychiatrie, 2. BA	(—)	(1.000.000)	(527.000)	(+473.000)	(1.701)
712 72-0	131	Erschließungs- und Baukosten	—	1.000.000	527.000	+473.000	1.538
891 72-1	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erst- malige Einrichtung	—	—	—	—	162
TGr. 73		Neubau von Lösungsmittelagarn für den Fachbereich Chemie	(—)	(—)	(—)	(—)	(34)
713 73-4	131	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	34
891 73-0	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erst- malige Einrichtung	—	—	—	—	—

Einzelnachweis der Hochbaumaßnahmen

Kapitel 20 61

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten Teil 2 Teil 3 Teil 1	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen
Jahr der Kosten- ermittlung	DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14
	5 545 000	3 350 000	2 195 000	350 000	Zu 713 01 Technische Notmaßnahme.
RP1	(7 307 000)	(3 600 000)	(3 707 000)	(—)	
1999	6 512 000				
1999	795 000				
RP1	(1 000 000)	(1 000 000)	(—)	(—)	Zu Titelgruppe 62 Maßnahmen zur Energieeinsparung. Spalte 10: Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 8,5 Mio. DM betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.
RP1	(7 985 000)	(1 000 000)	(6 985 000)	(—)	Zu Titelgruppe 65 Technische Notmaßnahmen zur Erfüllung gesetzlicher und bauordnungsrechtlicher Vorschriften.
2000	7 985 000 —				
RP1	(5 000 000)	(5 000 000)	(—)	(—)	Zu Titelgruppe 66 Erweiterung der Magazinflächen. Spalte 10: Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 7,5 Mio. DM betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.
RP1	(146 751 000)	(146 751 000)	(—)	(144 542 000)	
1994	141 948 000			139 739 000	
1988	4 803 000 —			4 803 000 —	
RP1	(1 200 000)	(1 200 000)	(—)	(—)	Zu Titelgruppe 68 Verbesserung der räumlichen Situation. Spalte 10: Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 5,0 Mio. DM betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.
RP1	(7 864 000)	(7 864 000)	(—)	(7 350 000)	
1991	6 689 000			6 309 000	
1991	1 175 000			1 041 000	
RP1	(26 745 000)	(24 770 000)	(1 975 000)	(23 243 000)	Zu Titelgruppe 72 Zur Verbesserung der räumlichen Verhältnisse und Schaffung von Forschungsflächen.
1998	23 371 000			20 459 000	
1988	3 374 000			2 784 000	
RP1	(5 236 000)	(5 236 000)	(—)	(5 231 000)	
1990	4 926 000			4 921 000	
1986	310 000			310 000	

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2061 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Göttingen)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 76		Umbau des ehem. Versuchsgutes Holtensen, 1. BA	(—)	(—)	(—)	(—)	(444)
713 76-9	131	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	239
891 76-4	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	205
TGr. 77		Schaffung von Parkplätzen, 2. BA	(—)	(2.100.000)	(3.500.000)	(-1.400.000)	(1.942)
713 77-7	131	Erschließungs- und Baukosten	—	2.100.000	3.500.000	-1.400.000	1.942
891 77-2	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 79		Brandschutzmaßnahmen im Klinikum, 1.BA	(—)	(3.000.000)	(4.000.000)	(-1.000.000)	(241)
713 79-3	131	Erschließungs- und Baukosten	—	3.000.000	4.000.000	-1.000.000	241
891 79-9	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 81		Neubau eines Archivgebäudes für das Klinikum	(—)	(—)	(—)	(—)	(256)
713 81-5	131	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	70
891 81-0	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	185
TGr. 83		Umbau der ehemaligen Zentralwäscherei zu einer Nebenmensa	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
713 83-1	131	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	—
891 83-7	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 84		Uni Göttingen, Beseitigung des Brandschadens im Seminargebäude Goßlerstr. 9	(—)	(—)	(—)	(—)	(-25)
713 84-0	131	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	-25
891 84-5	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 85		Uni Göttingen, Um- und Ausbau des Sammel-lagers für radioaktive Stoffe etc.	(—)	(—)	(267.000)	(-267.000)	(952)
713 85-8	131	Erschließungs- und Baukosten	—	—	267.000	-267.000	883
891 85-3	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	70
TGr. 87		Neubau eines Ausweichgebäudes für das Klinikum	(—)	(—)	(10.000.000)	(-10.000.000)	(—)
713 87-4	132	Erschließungs- und Baukosten	—	—	10.000.000	-10.000.000	—
891 87-0	132	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 88		Uni Göttingen, Verbesserung des baulichen Brandschutzes, UBFT	(—)	(2.000.000)	(2.500.000)	(-500.000)	(1.766)
713 88-2	131	Erschließungs- und Baukosten	—	2.000.000	2.500.000	-500.000	1.766
891 88-8	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—

Einzelnachweis der Hochbaumaßnahmen

Kapitel 20 61

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten Teil 2 Teil 3 Teil 1	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen
Jahr der Kosten- ermittlung	DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14
RP1	(5 456 000)	(5 456 000)	(—)	(5 091 000)	
1989	5 053 000			4 786 000	
1989	403 000			305 000	
RP1	(14 463 000)	(14 463 000)	(—)	(9 024 000)	Zu Titelgruppe 77
1999	14 463 000			9 024 000	Neuordnung der Außenanlagen im Bereich Altklinikum/GWZ zur Erfüllung bauordnungsrechtlicher Vorschriften.
	—			—	Spalte 10: Die Gesamtkosten haben sich von 19 063 000 DM um 4 600 000 DM auf 14 463 000 DM vermindert.
RP1	(19 185 000)	(16 163 000)	(3 022 000)	(9 163 000)	Zu Titelgruppe 79
1990	19 185 000			9 163 000	Technische Notmaßnahme zur Wiederherstellung der bauordnungsrechtlich erforderlichen Sicherheitsbestimmungen in den Gebäuden PF 1 und PF 2.
	—			—	
RP1	(24 814 000)	(24 814 000)	(—)	(24 491 000)	
1995	24 374 000			24 110 000	
1990	440 000			381 000	
RP1	(13 495 000)	(13 495 000)	(—)	(13 193 000)	
1994	13 065 000			12 763 000	
1991	430 000			430 000	
RP1	(1 050 000)	(1 050 000)	(—)	(1 025 000)	
1991	1 000 000			975 000	
1991	50 000			50 000	
RP1	(7 970 000)	(7 970 000)	(—)	(6 038 000)	
1993	7 620 000			5 968 000	
1993	350 000			70 000	
					Zu Titelgruppe 87
					Die Maßnahme wird nicht mehr durchgeführt.
RP1	(20 205 000)	(8 137 000)	(12 068 000)	(3 637 000)	Zu Titelgruppe 88
1993	20 205 000			3 637 000	Anpassung der 12 Treppenhaukerne des UBFT-Gebäudes an geltende bauordnungsrechtliche Vorschriften.
	—			—	

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2061 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Göttingen)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 20 61					
		7 Bauausgaben	—	20.900.000	22.794.000	–1.894.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	20.900.000	22.794.000	–1.894.000	
		Zuschuss		20.900.000	22.794.000	–1.894.000	

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2062 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Hannover)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
713 01-0	131	Beseitigung eines Brandschadens im Gebäude der Organischen Chemie	—	—	—	—	—
891 13-0	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für den Erwerb von landeseigenen Fernmeldeanlagen	—	750.000	500.000	+250.000	625
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		Umbaumaßnahmen im Gebäudekomplex Hannover, Wunstorfer Str.	(—)	(—)	(—)	(—)	(255)
713 61-4	131	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	255
891 61-0	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 62		Umbau und Erweiterung für den Bereich Chemie	(—)	(—)	(783.000)	(–783.000)	(849)
713 62-2	131	Erschließungs- und Baukosten	—	—	783.000	–783.000	747
891 62-8	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	102
TGr. 63		Altbaubereich der Chemie, Sanierung der Grundpraktika im Gebäude 2501 sowie Herstellung eines Gefahrstofflagers	(—)	(—)	(921.000)	(–921.000)	(1.827)
713 63-0	131	Erschließungs- und Baukosten	—	—	831.000	–831.000	1.827
891 63-6	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	90.000	–90.000	—
TGr. 64		Altbaubereich der Chemie, Sanierung der Grundpraktika im Gebäude 2505	(—)	(3.100.000)	(3.100.000)	(—)	(341)
713 64-9	131	Erschließungs- und Baukosten	—	3.000.000	3.000.000	—	341
891 64-4	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	100.000	100.000	—	—
TGr. 66		Grundinstandsetzung Gebäude Appelstraße 9A	(—)	(1.500.000)	(—)	(+1.500.000)	(—)
713 66-5	131	Erschließungs- und Baukosten	—	1.500.000	—	+1.500.000	—
891 66-0	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 62					
		7 Bauausgaben	—	4.500.000	4.614.000	–114.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	850.000	690.000	+160.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	5.350.000	5.304.000	+46.000	
		Zuschuss		5.350.000	5.304.000	+46.000	

Einzelnachweis der Hochbaumaßnahmen

Kapitel 20 62

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen
Jahr der Kosten- ermittlung	Teil 2 Teil 3 Teil 1 DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14
1994	1 120 000	1 120 000	—	1 049 000	Zu 891 13 Erneuerung und Erweiterung der Fernsprechnebenstellenanlage.
RP1 1989	9 850 000	9 431 000	419 000	8 181 000	
RP1 (teilweise)	(6 619 000)	(6 619 000)	(—)	(6 371 000)	
1988	5 600 000			5 353 000	
1988	1 019 000			1 018 000	
RP1	(44 885 000)	(44 855 000)	(—)	(42 390 000)	
1996	40 215 000			37 811 000	
1996	4 670 000			4 579 000	
RP1	(9 728 000)	(9 728 000)	(—)	(8 810 000)	
1997	9 438 000			8 810 000	
1997	290 000			—	
RP1	(8 857 000)	(6 541 000)	(2 316 000)	(341 000)	Zu Titelgruppe 64 Technische Notmaßnahme. Spalte 10: Die Gesamtkosten haben sich durch Lohn- und Materialpreissteigerungen sowie durch technisch unabweisbare Zusatzmaßnahmen von 7 893 000 DM um 964 000 DM auf 8 857 000 DM erhöht.
1999	8 657 000			341 000	
1997	200 000			—	
RP1	(1 500 000)	(1 500 000)	(—)	(—)	Zu Titelgruppe 66 Technische Notmaßnahmen zur Erfüllung bauordnungsrechtlicher Vorschriften. Spalte 10: Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 11,0 Mio. DM betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2063 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Technische Universität Braunschweig)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
713 01-4	131	Brandschutz und Sanierung technischer Anlagen im Pharmaziegebäude Beethovenstr.55, 2.BA	—	1.500.000	2.000.000	-500.000	1.403
713 02-2	131	Brandschutz und Maßnahmen zur allgemeinen Gefahrenabwehr im Gebäude Schleinitzstr. 22	—	2.000.000	3.000.000	-1.000.000	3.734
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		TU Braunschweig, Bibliothek	(—)	(—)	(—)	(—)	(242)
713 61-8	131	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	239
821 61-5	131	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
891 61-3	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	2
TGr. 62		TU Braunschweig, Sanierung der Hauptmensa Katharinenstr.	(—)	(6.000.000)	(4.000.000)	(+2.000.000)	(891)
713 62-6	131	Erschließungs- und Baukosten	—	6.000.000	4.000.000	+2.000.000	891
891 62-1	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 63					
		7 Bauausgaben	—	9.500.000	9.000.000	+500.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	9.500.000	9.000.000	+500.000	
		Zuschuss		9.500.000	9.000.000	+500.000	

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen
Jahr der Kosten- ermittlung	Teil 2 Teil 3 Teil 1 DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14
RPI 1997	8 744 000	7 262 000	1 482 000	3 762 000	Zu 713 01 Technische Notmaßnahme. Zu 713 02 Technische Notmaßnahme.
RPI 1997	9 338 000	9 002 000	336 000	4 002 000	
RPI 1998	(27 131 000)	(27 131 000)	(—)	(23 636 000)	
1989	25 666 000			22 182 000	
	892 000			881 000	
	573 000			573 000	
RPI	(21 203 000)	(11 489 000)	(9 714 000)	(1 489 000)	Zu Titelgruppe 62 Grundinstandsetzung für rd. 5 000 Essenteilnehmer. Spalte 10: Die Gesamtkosten haben sich durch zusätzliche Nutzerfor- derungen von 20 975 000 DM um 228 000 DM auf 21 203 000 DM erhöht.
2000	20 128 000			1 489 000	
1999	1 075 000			—	

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
356 61-4	950	Entnahme aus dem Grundstock zur Durchfüh- rung der Maßnahme in TGr. 61		—	—	—	—
356 62-2	950	Entnahme aus dem Grundstock (Agrarstruktur- fonds) zur Durchführung der Maßnahme in TGr. 62		610.000	2.800.000	-2.190.000	9.000
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		Lehr- u. Forschungsgut Ruthe, Neubau eines Geflügelforschungszentrums - Haus I -	(—)	(—)	(—)	(—)	(162)
712 61-5	131	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	146
891 61-7	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erst- malige Einrichtung	—	—	—	—	16
TGr. 62		Lehr- und Forschungsgut Ruthe, Errichtung eines Geflügelforschungs- und Ausbildungs- zentrums sowie Neubau eines Milchviehstalls	(—)	(—)	(2.800.000)	(-2.800.000)	(6.700)
712 62-3	131	Erschließungs- und Baukosten	—	—	2.800.000	-2.800.000	6.605
891 62-5	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erst- malige Einrichtung	—	—	—	—	95
TGr. 64		Herrichtung der Liegenschaft Kali und Salz in Hannover, Verwaltungs- gebäude	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
712 64-0	131	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	—
891 64-1	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erst- malige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 65		Tierärztliche Hochschule Hannover, Bereitstellungslager für Sonderabfälle	(—)	(—)	(—)	(—)	(506)
712 65-8	131	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	489
891 65-0	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erst- malige Einrichtung	—	—	—	—	17
		Abschluss Kapitel 20 64					
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		610.000	2.800.000	-2.190.000	
		Summe der Einnahmen		610.000	2.800.000	-2.190.000	
		7 Bauausgaben	—	—	2.800.000	-2.800.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	2.800.000	-2.800.000	
		Überschuss		610.000	—	+610.000	

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten Teil 2 Teil 3 Teil 1	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen
Jahr der Kosten- ermittlung	DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14
RPI	(2 855 000)	(2 855 000)	(—)	(2 855 000)	Zu Titelgruppe 62 Vervollständigung des Gutes in ein Geflügelforschungs- und Ausbildungszentrum sowie Erneuerung eines Milchviehstalles. Die Maßnahme wird aus dem Agrarstrukturfonds refinanziert. Spalte 10: Die Gesamtkosten haben sich durch Lohn- und Materialpreissteigerungen und zusätzliche Nutzerforderungen von 11 800 000 DM um 910 000 DM auf 12 710 000 DM erhöht.
1996	2 675 000			2 675 000	
1996	180 000			180 000	
RPI tlw	(12 710 000)	(12 710 000)	(—)	(6 700 000)	
1999	11 283 000				
1998	1 427 000				
RPI	(18 677 000)	(18 677 000)	(—)	(18 337 000)	
1994	18 127 000			17 794 000	
1992	550 000			543 000	
RPI	(2 509 000)	(2 509 000)	(—)	(2 057 000)	
1997	2 209 000			1 867 000	
1997	300 000			190 000	

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N Titelgruppe(n)					
TGr. 61		TU Clausthal, Zentrales Chemikalien- und Abfalllager	(—)	(750.000)	(1.500.000)	(–750.000)	(1.922)
713 61-5	131	Erschließungs- und Baukosten	—	750.000	1.500.000	–750.000	1.922
891 61-0	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 62		Erschließung des Feldgrabengebietes zur Versorgung von Institutsneubauten, 2. BA	(—)	(—)	(—)	(—)	(90)
713 62-3	131	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	90
891 62-9	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 63		Gebäude der Organischen Chemie, Asbestentsorgung und Sicherheitsmaßnahmen	(—)	(1.000.000)	(—)	(+1.000.000)	(—)
713 63-1	131	Erschließungs- und Baukosten	—	1.000.000	—	+1.000.000	—
891 63-7	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 65					
		7 Bauausgaben	—	1.750.000	1.500.000	+250.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.750.000	1.500.000	+250.000	
		Zuschuss		1.750.000	1.500.000	+250.000	

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten Teil 2 Teil 3 Teil 1	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen
Jahr der Kosten- ermittlung	DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14
RPI	(10 930 000)	(10 421 000)	(509 000)	(8 171 000)	Zu Titelgruppe 61 Spalte 10: Die Gesamtkosten haben sich durch Lohn- und Materialpreissteigerungen und zusätzliche Nutzerforderungen von 10 440 000 DM um 490 000 DM auf 10 930 000 DM erhöht.
1999	10 090 000			7 331 000	
1994	840 000			840 000	
RPI	(7 660 000)	(7 660 000)	(—)	(7 410 000)	Zu Titelgruppe 63 Technische Notmaßnahme. Spalte 10: Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 6,5 Mio. DM betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.
1995	7 660 000 —			7 410 000 —	
RPI	(1 000 000)	(1 000 000)	(—)	(—)	

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
342 01-7	132	Zuschüsse der Deutschen Krebshilfe für die Baumaßnahme in TGr. 67		—	4.000.000	-4.000.000	—
		A U S G A B E N					
712 04-3	132	Ersatz und Verbesserung der RLT-Anlagen	—	—	10.000.000	-10.000.000	—
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		Neubau einer Abfallzentrale (Sonderabfall)	(—)	(—)	(—)	(—)	(2)
713 61-9	132	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	2
891 61-4	132	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 62		Neubau einer Abfallzentrale	(—)	(—)	(—)	(—)	(577)
713 62-7	132	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	577
891 62-2	132	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 63		Umbau und Erweiterung der Intensivpflege, 1.BA	(—)	(—)	(—)	(—)	(40)
713 63-5	132	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	40
891 63-0	132	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 65		Medizinische Hochschule Hannover, Sanierung und Modernisierung der Sterilisationszentrale	(—)	(100.000)	(827.000)	(-727.000)	(2.622)
713 65-1	132	Erschließungs- und Baukosten	—	100.000	827.000	-727.000	2.622
891 65-7	132	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 66		Anbau für die Zentralküche und Umbau freierwerdender Flächen	(—)	(7.500.000)	(10.000.000)	(-2.500.000)	(146)
713 66-0	132	Erschließungs- und Baukosten	—	7.500.000	10.000.000	-2.500.000	146
891 66-5	132	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 67		Neubau einer Erwachsenen - Infektionsstation, Zentrales Patientenaktenarchiv	(—)	(9.000.000)	(13.000.000)	(-4.000.000)	(5.225)
713 67-8	132	Erschließungs- und Baukosten	—	8.000.000	11.000.000	-3.000.000	4.563
891 67-3	132	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	1.000.000	2.000.000	-1.000.000	662
TGr. 68		Umbau und Erweiterung der Intensivpflege, 2.BA	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
713 68-6	132	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	—
891 68-1	132	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 69		MH Hannover, Umbau des OP-Bereichs im UBF-Bau, 1.BA	(—)	(10.000.000)	(10.000.000)	(—)	(500)
713 69-4	132	Erschließungs- und Baukosten	—	10.000.000	10.000.000	—	0
891 69-0	132	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	500

Einzelnachweis der Hochbaumaßnahmen

Kapitel 20 66

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten Teil 2 Teil 3 Teil 1	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen
Jahr der Kosten- ermittlung	DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14
RP1 1986	16 551 000	16 551 000	—	4 207 000	Zu 712 04 Die Maßnahme ist aus krankenhaushygienischen Gründen erforderlich. Spalte 10: Teilmaßnahmen: 1. Erfüllung von hygienischen Anforderungen = 4 207 000 DM 2. Labore Ebene 1–3, UBF-Bau = 4 634 000 DM 3. Nuklearmedizin = 7 710 000 DM
RP1	(3 015 000)	(3 015 000)	(—)	(2 536 000)	
1992	2 590 000			2 218 000	
1992	425 000			318 000	
RP1	(4 293 000)	(4 293 000)	(—)	(3 409 000)	Zu Titelgruppe 63 Spalte 10: Die Gesamtkosten haben sich durch Lohn- und Materialpreissteigerungen von 67 530 000 DM um 830 000 DM auf 68 360 000 DM erhöht.
1996	4 289 500			3 409 000	
1988	3 500			—	
RP1	(68 360 000)	(68 360 000)	(—)	(67 424 000)	
2000	62 215 000			61 279 000	Zu Titelgruppe 64 Die Maßnahme wird nicht durchgeführt.
1991	6 145 000			6 145 000	
RP1	(7 924 000)	(6 720 000)	(1 204 000)	(5 793 000)	
1996	7 174 000			5 668 000	
1996	750 000			125 000	Zu Titelgruppe 65 Die Sterilisationszentrale ist in Bezug auf hygienische Anforderungen und unter Beachtung der Gefahrstoffverordnung sowie von Arbeitsschutzbestimmungen baulich und gerätetechnisch zu sanieren.
RP1	(39 500 000)	(19 300 000)	(9 610 000)	(596 000)	
1999	36 500 000			596 000	
1999	3 000 000			—	
RP1	(36 706 000)	(30 733 000)	(5 973 000)	(8 733 000)	Zu Titelgruppe 66 Die Maßnahme wird nicht durchgeführt.
1998	31 856 000			8 071 000	
1998	4 850 000			662 000	
RP1	(59 031 000)	(—)	(—)	(1 127 000)	
2000	44 731 000			1 127 000	Zu Titelgruppe 69 Maßnahme zur Verbesserung der Funktionsabläufe und der Wirtschaftlichkeit sowie Anpassung an hygienische und medizintechnische Anforderungen.
2000	14 300 000			—	
RP1	(51 158 000)	(22 919 000)	(28 239 000)	(2 919 000)	
1999	33 658 000			2 419 000	
1999	17 500 000			500 000	

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2066 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Medizinische Hochschule Hannover)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 70		Optimierung der Heizregelung und RLT- Anlagen im Zentralen Tierlabor, 2.BA	(—)	(1.000.000)	(—)	(+1.000.000)	(—)
713 70-8	132	Erschließungs- und Baukosten	—	1.000.000	—	+1.000.000	—
891 70-3	132	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 71		Sanierung der RLT-Anlagen in den Laboren (Ebene 1-3), UBF Bau, 2.BA	(—)	(1.000.000)	(—)	(+1.000.000)	(—)
713 71-6	132	Erschließungs- und Baukosten	—	1.000.000	—	+1.000.000	—
891 71-1	132	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 72		Umbau des Zentralen OP-Bereichs im UBF-Bau, 2.BA	(—)	(500.000)	(—)	(+500.000)	(—)
713 72-4	132	Erschließungs- und Baukosten	—	500.000	—	+500.000	—
891 72-0	132	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 73		Optimierung der Heizungsregelung und RLT-Anlagen in der Nuklearmedizin	(—)	(1.000.000)	(—)	(+1.000.000)	(—)
713 73-2	132	Erschließungs- und Baukosten	—	1.000.000	—	+1.000.000	—
891 73-8	132	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
Abschluss Kapitel 20 66							
3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen				—	4.000.000	–4.000.000	
Summe der Einnahmen				—	4.000.000	–4.000.000	
7 Bauausgaben			—	29.100.000	41.827.000	–12.727.000	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	1.000.000	2.000.000	–1.000.000	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	30.100.000	43.827.000	–13.727.000	
Zuschuss				30.100.000	39.827.000	–9.727.000	

Einzelnachweis der Hochbaumaßnahmen

Kapitel 20 66

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten Teil 2 Teil 3 Teil 1	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen
Jahr der Kosten- ermittlung	DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14
RP1	(1 000 000)	(1 000 000)	(—)	(—)	Zu Titelgruppe 70 Maßnahmen zur Energieeinsparung. Spalte 10: Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 6,5 Mio. DM betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
RP1	(1 000 000)	(1 000 000)	(—)	(—)	Zu Titelgruppe 71 Maßnahmen zur Energieeinsparung. Spalte 10: Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 4,6 Mio. DM betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
RP1	(500 000)	(500 000)	(—)	(—)	Zu Titelgruppe 72 Spalte 10: Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 24,5 Mio. DM betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gem. § 24 LHO aufgestellt ist.
RP1	(1 000 000)	(1 000 000)	(—)	(—)	Zu Titelgruppe 73 Maßnahmen zur Energieeinsparung. Spalte 10: Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 7,8 Mio. DM betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gem. § 24 LHO aufgestellt ist.

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2067 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Oldenburg)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		Umbaumaßnahmen im Verfügungszentrum und Herrichtung der ehem. PH-Gebäude	(—)	(—)	(—)	(—)	(244)
712 61-6	131	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	244
891 61-8	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 67					
		7 Bauausgaben	—	—	—	—	—
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	—
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	—	—	—

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2068 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Universität Osnabrück)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		Umbau des Erweiterungsgebäudes	(—)	(—)	(—)	(—)	(463)
713 61-6	131	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	406
891 61-1	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	57
TGr. 62		Umbau Verfügungszentrum	(—)	(520.000)	(1.000.000)	(-480.000)	(620)
713 62-4	131	Erschließungs- und Baukosten	—	520.000	1.000.000	-480.000	620
891 62-0	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 68					
		7 Bauausgaben	—	520.000	1.000.000	-480.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	520.000	1.000.000	-480.000	
		Zuschuss		520.000	1.000.000	-480.000	

Einzelnachweis der Hochbaumaßnahmen

Kapitel 20 68

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten Teil 2 Teil 3 Teil 1	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen
Jahr der Kosten- ermittlung	DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14
RP1	(4 588 000)	(4 588 000)	(—)	(4 120 000)	
1990	3 385 000			3 040 000	
1989	1 203 000			1 080 000	
RP1	(15 335 000)	(15 335 000)	(—)	(14 901 000)	Zu Titelgruppe 62
1992	14 335 000			13 307 000	Spalte 10: Die Gesamtkosten haben sich von 16 065 000 DM um
1985	1 000 000			998 000	730 000 DM auf 15 335 000 DM vermindert.

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2069 Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kultur (Abwicklung der Maßnahmen der Hochschulbaugesellschaft)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
119 51-3	131	Vermischte Einnahmen		—	—	—	—
331 01-6	131	Zuweisungen des Bundes zu staatlichen Bau- maßnahmen gem. § 12 HBFG		450.000	1.350.000	–900.000	—
342 01-8	131	Zuweisungen der NFG zu staatlichen Baumaß- nahmen gem. HBFG		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		Abwicklung der von der HBG begonnenen Maß- nahmen des Hochschulbaus	(—)	(1.000.000)	(3.000.000)	(–2.000.000)	(—)
712 61-3	131	Erschließungs- und Baukosten	—	1.000.000	1.000.000	—	—
821 61-7	131	Kosten der Baugrundstücke	—	—	—	—	—
891 61-5	131	Zuschüsse an Landesbetriebe für die erst- malige Einrichtung	—	—	2.000.000	–2.000.000	—
		Abschluss Kapitel 20 69					
		1 Eigene Einnahmen		—	—	—	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		450.000	1.350.000	–900.000	
		Summe der Einnahmen		450.000	1.350.000	–900.000	
		7 Bauausgaben	—	1.000.000	1.000.000	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	2.000.000	–2.000.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	1.000.000	3.000.000	–2.000.000	
		Zuschuss		550.000	1.650.000	–1.100.000	

Einzelplan 20 Hochbauten
 Kapitel 2071 Nds. Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
631 01-3	871	Erstattung von Kosten für Unterhaltungs- aufwand des Bundes im gemeinsamen Dienst- gebäude der BGR und des NLFB	—	160.000	200.000	–40.000	150
711 01-7	711	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Zusammenhang mit der Neuorganisation der Straßenbauverwaltung	—	1.500.000	—	+1.500.000	—
881 01-0	169	Zuweisungen an den Bund für Baumaßnahmen im gemeinsamen Dienstgebäude BGR und NLfB	—	—	—	—	726
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		SM-Gehöft Nordenham, Neubau	(—)	(1.000.000)	(1.000.000)	(—)	(—)
712 61-7	711	Erschließungs- und Baukosten	—	1.000.000	1.000.000	—	—
812 61-1	711	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
821 61-0	711	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 71					
		6 Übertragungsausgaben	—	160.000	200.000	–40.000	
		7 Bauausgaben	—	2.500.000	1.000.000	+1.500.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	2.660.000	1.200.000	+1.460.000	
		Zuschuss		2.660.000	1.200.000	+1.460.000	

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000	Ansatz 2001	Ansatz 2000	+ = mehr - = weniger	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
356 01-7	950	Entnahme aus dem Grundstock (Agrarstruktur- fonds) für die Maßnahme in TGr. 61		2.000.000	—	+2.000.000	—
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 61		Staatliches Lebensmitteluntersuchungsamt Braunschweig, Umbau des ehemaligen Dienst- gebäudes des Medizinaluntersuchungsamtes	(—)	(2.000.000)	(—)	(+2.000.000)	(—)
712 61-1	511	Erschließungs- und Baukosten	—	2.000.000	—	+2.000.000	—
812 61-6	511	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 62		Lebensmitteluntersuchungsamt Oldenburg, Neubau	(—)	(17.500.000)	(15.000.000)	(+2.500.000)	(—)
716 62-5	511	Erschließungs- und Baukosten	—	17.500.000	15.000.000	+2.500.000	—
812 62-4	511	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
821 62-3	511	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 75					
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		2.000.000	—	+2.000.000	
		Summe der Einnahmen		2.000.000	—	+2.000.000	
		7 Bauausgaben	—	19.500.000	15.000.000	+4.500.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	19.500.000	15.000.000	+4.500.000	
		Zuschuss		17.500.000	15.000.000	+2.500.000	

Einzelnachweis der Hochbaumaßnahmen

Kapitel 20 75

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten Teil 2 Teil 3 Teil 1	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen
Jahr der Kosten- ermittlung	DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14
	(2 000 000)	(2 000 000)	(—)	(—)	Zu Titelgruppe 61 Verbesserung der räumlichen Situation. Spalte 10: Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 6,0 Mio. DM betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.
1998	(59 422 000)	(32 500 000)	(26 922 000)	(—)	Zu Titelgruppe 62 Zur Verbesserung der Raumsituation in Verbindung mit der Auflösung der dezentralen Unterbringung. Das MF wird ermächtigt, die Maßnahme auch im Wege eines sogenannten Investormodells umzusetzen, sofern dieses die wirtschaftlichere Lösung ist (Wirtschaftlichkeitsrechnung i. S. § 7 LHO).
1998	53 067 000				
	5 405 000				
	950 000				

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2076 Nds. Ministerium f. Ernährung, Landwirtschaft u. Forsten -Ernährung u. Landwirtsch. (Domänenverw.)-

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
341 01-3	811	Pächterbeiträge zu den Baukosten für Domänenbauten		—	—	—	—
356 01-0	950	Entnahme aus dem Grundstock (Agrarstrukturfonds)		—	—	—	391
		A U S G A B E N					
712 02-0	811	Domäne Liebenburg, Sanierung des Alten Brauhauses	—	—	—	—	391
		Abschluss Kapitel 20 76					
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		7 Bauausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	—	—	

Einzelnachweis der Hochbaumaßnahmen

Kapitel 20 76

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten Teil 2 Teil 3 Teil 1	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen
Jahr der Kosten- ermittlung	DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14
1998	(1 500 000)	(1 500 000)	(—)	(1 500 000)	Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 20 76 In diesem Kapitel sind Hochbaumaßnahmen veranschlagt, die aus Mitteln des Agrarstrukturfonds refinanziert werden.

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2077 Nds. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten -Landesforstverwaltung-

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
356 01-4	950	Entnahme aus dem Grundstock (Agrarstruktur- fonds) für Neubauten von Forstdienstge- bäuden		—	—	—	—
356 02-2	950	Wie 356 01 - für Ersatzbauten von veräußer- ten Forstdienstgebäuden -		—	—	—	—
381 01-9	990	Zuführung von 10 02 - 981 61		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
712 01-5	812	Ersatzbauten für veräußerte Forstdienst- gebäude	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 77					
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		7 Bauausgaben	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	—	—	

Einzelnachweis der Hochbaumaßnahmen

Kapitel 20 77

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen
Jahr der Kosten- ermittlung	Teil 2 Teil 3 Teil 1				
	DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14
					Allgemeine Erläuterungen zu Kapitel 20 77 In diesem Kapitel sind Hochbaumaßnahmen veranschlagt, die aus Mit- teln des Agrarstrukturfonds refinanziert werden.

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2081 Justizministerium (Gerichte und Staatsanwaltschaften)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 65		Amtsgericht Gifhorn, Umbau und Erweiterung	(—)	(—)	(—)	(—)	(211)
712 65-2	052	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	130
812 65-7	052	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	81
TGr. 68		Erweiterung und Umbau des Amtsgerichtsge- bäudes in Burgwedel	(—)	(—)	(—)	(—)	(899)
712 68-7	052	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	855
812 68-1	052	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	44
TGr. 69		Neubau eines Dienstgebäudes für die Staats- anwaltschaft beim Landgericht Braunschweig	(—)	(—)	(—)	(—)	(20)
712 69-5	052	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	20
812 69-0	052	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
821 69-9	052	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
TGr. 72		Dienstgebäude für die Justizbehörden in Braunschweig, Eiermarkt- Amtsgericht	(—)	(—)	(—)	(—)	(335)
712 72-5	052	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	323
812 72-0	052	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	12
821 72-9	052	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
TGr. 73		Umbau und Erweiterung des Amts- und des Landgerichtsgebäudes in Göttingen	(—)	(—)	(400.000)	(-400.000)	(627)
712 73-3	052	Erschließungs- und Baukosten	—	—	400.000	-400.000	370
812 73-8	052	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	257
TGr. 74		Amtsgericht Tostedt, Umbau und Erweiterung	(—)	(—)	(539.000)	(-539.000)	(1.545)
712 74-1	052	Erschließungs- und Baukosten	—	—	539.000	-539.000	1.316
812 74-6	052	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	229
821 74-5	052	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
TGr. 75		Amtsgericht Jever, Umbau und Erweiterung	(—)	(—)	(—)	(—)	(167)
712 75-0	052	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	152
812 75-4	052	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	15
TGr. 76		Erweiterung und Umbau der Dienstgebäude für die Justizbehörden in Hannover, I. BA	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
712 76-8	052	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	—
812 76-2	052	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 81					
		7 Bauausgaben	—	—	939.000	-939.000	—
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	—
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	939.000	-939.000	—
		Zuschuss		—	939.000	-939.000	

Einzelnachweis der Hochbaumaßnahmen

Kapitel 20 81

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten Teil 2 Teil 3 Teil 1	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen
Jahr der Kosten- ermittlung	DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14
	(13 003 000)	(13 003 000)	(—)	(12 540 000)	Zu Titelgruppe 65 Zur Verbesserung der räumlichen Verhältnisse. Spalte 10: Die Gesamtkosten haben sich durch technisch unabweisbare Zusatzmaßnahmen von 12 932 000 DM um 71 000 DM auf 13 003 000 DM erhöht.
1999	12 352 000			11 961 000	
1999	651 000			579 000	
	(11 304 000)	(11 304 000)	(—)	(11 229 000)	Zu Titelgruppe 68 Spalte 10: Die Gesamtkosten haben sich durch technisch unabweisbare Zusatzmaßnahmen von 11 269 000 DM um 35 000 DM auf 11 304 000 DM erhöht.
2000	10 889 000			10 814 000	
1994	415 000			415 000	
	(27 234 000)	(27 234 000)	(—)	(27 009 000)	
1998	22 964 000			22 769 000	
1998	1 323 000			1 293 000	
	2 947 000			2 947 000	
	(80 679 000)	(80 679 000)	(—)	(79 542 000)	
1994	73 930 000			73 047 000	
1994	3 149 000			2 895 000	
	3 600 000			3 600 000	
	(40 655 000)	(40 655 000)	(—)	(39 703 000)	Zu Titelgruppe 73 Spalte 10: Die Gesamtkosten haben sich durch technisch unabweisbare Zusatzmaßnahmen und nachträgliche Nutzerforderungen von 40 416 000 DM um 239 000 DM auf 40 655 000 DM erhöht.
2000	38 566 000			37 708 000	
1993	2 089 000			1 995 000	
	(17 575 000)	(17 575 000)	(—)	(17 201 000)	
1992	16 223 000			15 947 000	
1998	826 000			728 000	
	526 000			526 000	
	(9 320 000)	(9 320 000)	(—)	(8 943 000)	
1998	8 820 000			8 493 000	
1995	500 000			450 000	
	(33 045 000)	(33 045 000)	(—)	(32 848 000)	
1989	31 285 000			31 098 000	
1983	1 760 000			1 750 000	

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
A U S G A B E N							
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		JVA Celle I, Sanierung Hauptgebäude	(—)	(—)	(287.000)	(–287.000)	(685)
714 61-6	056	Erschließungs- und Baukosten	—	—	287.000	–287.000	438
812 61-8	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	247
TGr. 62		Jugendanstalt Hameln, Sicherungsmaßnahmen	(—)	(—)	(—)	(—)	(168)
714 62-4	056	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	168
812 62-6	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 63		JVA Celle, Sicherungsmaßnahmen	(—)	(7.400.000)	(6.800.000)	(+600.000)	(4.553)
714 63-2	056	Erschließungs- und Baukosten	—	7.000.000	6.000.000	+1.000.000	4.433
812 63-4	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	400.000	800.000	–400.000	120
821 63-3	056	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
TGr. 64		Jugendanstalt Hameln, Schaffung zusätzlicher Haftplätze	(—)	(—)	(2.974.000)	(–2.974.000)	(8.294)
714 64-0	056	Erschließungs- und Baukosten	—	—	2.500.000	–2.500.000	7.820
812 64-2	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	474.000	–474.000	474
TGr. 65		Neubau einer Justizvollzugsanstalt in Oldenburg	(—)	(8.450.000)	(19.000.000)	(–10.550.000)	(24.662)
714 65-9	056	Erschließungs- und Baukosten	—	7.500.000	19.000.000	–11.500.000	24.412
812 65-0	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	950.000	—	+950.000	250
821 65-0	056	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
TGr. 66		JVA Meppen, Schaffung zusätzlicher Haftplätze	(—)	(500.000)	(3.000.000)	(–2.500.000)	(4.815)
714 66-7	056	Erschließungs- und Baukosten	—	500.000	2.500.000	–2.000.000	4.397
812 66-9	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	500.000	–500.000	418
TGr. 67		JVA Lingen I, Abteilung Groß-Hesepe, Schaffung zusätzlicher Haftplätze	(—)	(800.000)	(3.000.000)	(–2.200.000)	(4.353)
714 67-5	056	Erschließungs- und Baukosten	—	800.000	2.500.000	–1.700.000	3.903
812 67-7	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	500.000	–500.000	450
TGr. 68		JVA Hildesheim, Sicherungsmaßnahmen	(—)	(—)	(1.000.000)	(–1.000.000)	(—)
714 68-3	056	Erschließungs- und Baukosten	—	—	1.000.000	–1.000.000	—
812 68-5	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 69		JVA Lingen I, Sicherungsmaßnahmen	(—)	(1.500.000)	(1.500.000)	(—)	(—)
714 69-1	056	Erschließungs- und Baukosten	—	1.500.000	1.500.000	—	—
812 69-3	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 70		JVA Göttingen-Leineberg, Neubau	(—)	(10.000.000)	(5.000.000)	(+5.000.000)	(—)
714 70-5	056	Erschließungs- und Baukosten	—	10.000.000	5.000.000	+5.000.000	—
812 70-7	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
821 70-6	056	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—

Einzelnachweis der Hochbaumaßnahmen

Kapitel 20 82

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten Teil 2 Teil 3 Teil 1	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen
Jahr der Kosten- ermittlung	DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14
	(23 103 000)	(23 103 000)	(—)	(21 962 000)	
1998	21 943 000			21 019 000	
1998	1 160 000			943 000	
	(4 442 000)	(4 113 000)	(—)	(4 113 000)	
1997	4 442 000			4 113 000	
	—			—	
	(50 539 000)	(23 759 000)	(26 780 000)	(9 559 000)	Zu Titelgruppe 63
1997	48 694 000			9 399 000	Zwingend erforderliche Sicherungsmaßnahmen.
1997	1 805 000			120 000	
	40 000			40 000	
	(8 883 000)	(8 883 000)	(—)	(8 294 000)	Zu Titelgruppe 64
1999	8 409 000			7 820 000	Schaffung zusätzlicher Haftplätze.
1998	474 000			474 000	Spalte 10: Die Gesamtkosten haben sich durch Lohn- und Materialpreissteigerungen sowie durch zusätzliche Nutzerforderungen von 8 465 000 DM um 418 000 DM auf 8 883 000 DM erhöht.
	(106 427 000)	(83 418 000)	(23 009 000)	(55 968 000)	Tu Titelgruppe 65
2000	89 968 000			45 859 000	Spalte 10: Die Gesamtkosten haben sich durch Lohn- und Materialpreissteigerungen sowie durch zusätzliche Nutzerforderungen von 100 575 000 DM um 5 852 000 DM auf 106 427 000 DM erhöht.
2000	6 459 000			266 000	
	10 000 000			9 843 000	
	(7 533 000)	(7 533 000)	(—)	(5 815 000)	
1998	7 016 000			5 397 000	
1998	517 000			418 000	
	(7 637 000)	(7 637 000)	(—)	(5 203 000)	
1998	7 076 000			4 753 000	
1998	561 000			450 000	
	(1 000 000)	(1 000 000)	(—)	(—)	Zu Titelgruppe 68
					Nachrüstung zur Erhöhung der Sicherheit und Verbesserung der Vollzugsbedingungen.
					Spalte 10: Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 8,5 Mio. DM betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.
	(7 663 000)	(3 000 000)	(4 663 000)	(—)	Zu Titelgruppe 69
1999	7 618 000				Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit.
1999	45 000				
	(5 000 000)	(5 000 000)	(—)	(—)	Zu Titelgruppe 70
					Schaffung zusätzlicher Haftplätze
					Spalte 10: Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 110,0 Mio. DM betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2082 Justizministerium (Justizvollzugsanstalten)

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 71		JVA Stade, Sanierung	(—)	(—)	(500.000)	(-500.000)	(—)
714 71-3	056	Erschließungs- und Baukosten	—	—	500.000	-500.000	—
812 71-5	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 72		Neubau einer Justizvollzugsanstalt im Großraum Hannover	(—)	(20.000.000)	(40.000.000)	(-20.000.000)	(—)
714 72-1	056	Erschließungs- und Baukosten	—	20.000.000	40.000.000	-20.000.000	—
812 72-3	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
821 72-2	056	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
TGr. 73		Herrichtung der ZAST Langenhagen als Ab- schiebehaft	(—)	(2.500.000)	(4.650.000)	(-2.150.000)	(4.079)
714 73-0	056	Erschließungs- und Baukosten	—	2.500.000	4.000.000	-1.500.000	4.059
812 73-1	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	650.000	-650.000	20
TGr. 74		JVA Hannover, Küchenneubau	(—)	(1.500.000)	(—)	(+1.500.000)	(—)
714 74-8	056	Erschließungs- und Baukosten	—	1.500.000	—	+1.500.000	—
812 74-0	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 75		Schaffung von Haftplätzen in den Sozialthe- rapien der Justizvollzugsanstalten	(—)	(1.000.000)	(—)	(+1.000.000)	(—)
714 75-6	056	Erschließungs- und Baukosten	—	1.000.000	—	+1.000.000	—
812 75-8	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 76		JVA Hannover, Neubau eines Pfortengebäudes	(—)	(500.000)	(—)	(+500.000)	(—)
714 76-4	056	Erschließungs- und Baukosten	—	500.000	—	+500.000	—
812 76-6	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
TGr. 86		JVA Wolfenbüttel, Sanierung Rotes Haus	(—)	(—)	(—)	(—)	(198)
714 86-1	056	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	198
812 86-3	056	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
<u>Abschluss Kapitel 20 82</u>							
7 Bauausgaben			—	52.800.000	84.787.000	-31.987.000	
8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			—	1.350.000	2.924.000	-1.574.000	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	54.150.000	87.711.000	-33.561.000	
Zuschuss				54.150.000	87.711.000	-33.561.000	

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten Teil 2 Teil 3 Teil 1	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen
Jahr der Kosten- ermittlung	DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14
	(500 000)	(500 000)	(—)	(—)	Zu Titelgruppe 71 Bauliche Sanierung und vollzugstechnische Verbesserungen. Spalte 10: Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 4,0 Mio. DM betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.
2000	172 837 000				Zu Titelgruppe 72 Schaffung zusätzlicher Haftplätze.
2000	17 000 000				
	12 500 000				
	(17 254 000)	(11 229 000)	(6 025 000)	(4 079 000)	Zu Titelgruppe 73 Anmietung und Herrichtung zur Entlastung des geschlossenen Vollzugs im Raum Hannover. Spalte 10: Die Kostengliederung hat sich geändert.
2000	15 195 500			4 059 000	
2000	2 058 500			20 000	
	(1 500 000)	(1 500 000)	(—)	(—)	Zu Titelgruppe 74 Neben dem Ersatz der abgängigen Küche soll auch eine Mehrzweckhalle errichtet werden sowie Ersatz für Parkplätze. Spalte 10: Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 23,0 Mio. DM betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.
	(1 000 000)	(1 000 000)	(—)	(—)	Zu Titelgruppe 75 Erfüllung gesetzlicher Auflagen. Spalte 10: Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 8,0 Mio. DM betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.
	(500 000)	(500 000)	(—)	(—)	Zu Titelgruppe 76 Neben dem Pfortengebäude soll auch die Außensicherung realisiert werden. Spalte 10: Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 11,0 Mio. DM betragen. Die Kostengliederung kann erst erfolgen, wenn die Haushaltsunterlage – Bau – gemäß § 24 LHO aufgestellt ist.
1997	10 876 000		(—)	10 079 000	
1997	760 000			686 000	

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2085 Abwicklung der Maßnahmen des aufgelösten Nds. Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		E I N N A H M E N					
331 63-7	235	Zuweisung des Bundes für den Neubau eines Wirtschafts- und Sozialgebäudes im Grenzdurchgangslager Friedland		—	—	—	—
381 01-4	990	Zuführung von 03 26 - 981 01		—	—	—	—
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		Grenzdurchgangslager Friedland, Neubau eines Wirtschafts- und Sozialgebäudes	(—)	(—)	(—)	(—)	(3)
712 63-0	235	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	3
812 63-5	235	Kosten für erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
821 63-4	235	Kosten des Baugrundstücks	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 85					
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		—	—	—	
		Summe der Einnahmen		—	—	—	
		7 Bauausgaben	—	—	—	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	—	—	—	

Einzelplan 20 Hochbauten
Kapitel 2090 Nds. Umweltministerium

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr - = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		A U S G A B E N					
		Titelgruppe(n)					
TGr. 63		Umweltministerium Hannover, Grundinstandsetzung	(—)	(500.000)	(1.500.000)	(-1.000.000)	(366)
712 63-5	011	Erschließungs- und Baukosten	—	500.000	1.500.000	-1.000.000	324
812 63-0	011	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	42
TGr. 64		Umweltministerium Hannover, Sanierung der Gründung	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
712 64-3	011	Erschließungs- und Baukosten	—	—	—	—	—
812 64-8	011	Kosten für die erstmalige Einrichtung	—	—	—	—	—
		Abschluss Kapitel 20 90					
		7 Bauausgaben	—	500.000	1.500.000	-1.000.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	500.000	1.500.000	-1.000.000	
		Zuschuss		500.000	1.500.000	-1.000.000	

Kenn- zeichnung	Gesamtkosten Teil 2 Teil 3 Teil 1	Bis einschl. 2001 sind verfügbar	Insgesamt Noch zu veranschlagen	Bis einschl. 1999 wurden verausgabt	Erläuterungen
Jahr der Kosten- ermittlung	DM	DM	DM	DM	
9	10	11	12	13	14
	(18 666 000)	(16 334 000)	(2 332 000)	(14 334 000)	Zu Titelgruppe 63 Spalte 10: Die Gesamtkosten haben sich durch Lohn- und Materialpreisteigerungen sowie durch technisch unabweisbare Zusatzmaßnahmen und zusätzliche Nutzerforderungen von 15 181 000 DM um 3 485 000 DM auf 18 666 000 DM erhöht.
1999	18 236 000			13 904 000	
1989	430 000			430 000	
	(26 046 000)	(26 046 000)	(—)	(25 777 000)	Zu Titelgruppe 64 Spalte 10: Die Gesamtkosten haben sich von 30 136 000 DM um 4 090 000 DM auf 26 046 000 DM vermindert.
1999	26 046 000			25 777 000	
	—			—	

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2001 2000 DM	Ansatz 2001 DM	Ansatz 2000 DM	+ = mehr – = weniger DM	Ist 1999 in 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
		<u>Gesamtabschluss Einzelplan 20</u>					
		1 Eigene Einnahmen		435.000	380.000	+55.000	
		2 Übertragungseinnahmen		205.000	205.000	—	
		3 Vermögenswirksame und Sondereinnahmen		49.350.000	71.950.200	–22.600.200	
		Summe der Einnahmen		49.990.000	72.535.200	–22.545.200	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben	—	61.538.000	71.545.000	–10.007.000	
		6 Übertragungsausgaben	—	160.000	200.000	–40.000	
		7 Bauausgaben	218.000.000 175.000.000	268.220.000	329.155.000	–60.935.000	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	—	10.000.000	20.810.000	–10.810.000	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.000.000	6.000.000	–5.000.000	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	218.000.000 175.000.000	340.918.000	427.710.000	–86.792.000	
		Zuschuss		290.928.000	355.174.800	–64.246.800	